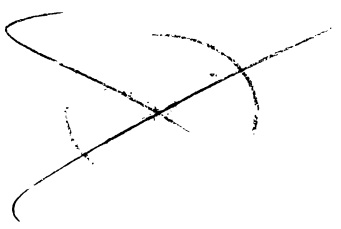
Bibliotéka
M.K.
Brno

6166

Sl 1703 f

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA
43108
A0030

Ytg t



BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU
O 13149
2°

Miejska Biblioteka Publiczna w ELBLĄGU

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 1 | **Mittwoch, den 22. Oktober 1919** | **1. Jahrgang**

91873 I/IV 671

Des Volkes Stimme

Ein jahrzehnte langer Wunsch der Elbinger Arbeiterschaft ist in Erfüllung gegangen: sie besitzt ihre eigene Zeitung. Vollendet ist, was sehnsüchtig Tausende erstrebten; in dem alten Patrizierhause in der Spieringstraße erbauten Arbeiterhände und Arbeitergroschen ein stattliches Unternehmen, das eine wirksame Waffe im Befreiungskampfe der proletarischen Massen sein soll und auch sein wird.

Die Elbinger Arbeiterschaft braucht ihre Zeitung bitter nötig wie ein Stückchen Brot. Seitdem sie denken lernte, steht sie im Lager der entschiedenen Sozialdemokratie. Das wird niemals anders sein. Für den Schein- und Aftersozialismus ist kein Boden in Elbing. Haben sich doch diese angeblichen Sozialdemokraten mit Großgrundbesitzern und Großkapitalisten verbündet. Sie spreizen sich in den Regierungsämtern, verhandeln mit Geheimräten und Fabrikdirektoren und das Volk steht derweil vor den Türen der Ministerzimmer mit leeren Händen und darbt wie während des Krieges. Auf der andern Seite sucht eine Handvoll wahnwitziger Wirrköpfe die Arbeiterschaft zu Putschen zu verleiten. Gewiß, es gab und gibt Kommunisten, die es aufrichtig mit ihrem Bekenntnis zu dieser Lehre meinen, in ihr wirklich das Heil für die Arbeiterklasse und für die Menschheit erblicken. Rosa Luxemburg war eine solche Persönlichkeit und an der Reinheit der Absichten unserer ehemaligen Genossin Zetkin bestehen ebensowenig Zweifel. So sind indes nur wenige. Der größte Teil der Kommunisten weiß nicht, was er will, und ein bedeutender Bruchteil von ihnen umfaßt zweifelhafte Elemente, die gerne im Trüben fischen möchten. Wenn sie zur Macht kämen, wäre das Ende der Kampf aller gegen alle. Sozialismus aber ist nicht das alberne Märchen vom Teilen. Er ist kein zweckloses Verschleudern wirtschaftlicher und idealer Werte. Sozialismus ist die aufs zweckmäßigste organisierte Kulturarbeit einer höheren Gesellschaftsstufe. Die Naturkräfte müssen viel mehr als bisher in den Dienst der Menschheit gestellt werden. Die Wasserkraft der Flüsse, die Meeresbrandung, der Wind sollen unsere Maschinen treiben, die Chemie die künstlichen Düngemittel liefern, um die Oedländereien anzubauen. Die Watten der Nordseeküste sind dem Meere zu entreißen, die Landwirtschaft darf nur mit Maschinen pflügen, säen und ernten. Und in Gemeinde und Staat muß das Volk, muß der Arbeiter das entscheidende Wort zu sprechen haben und die Früchte der wirtschaftlichen Organisation ernten. Nicht Bureaukraten oder Kapitalisten. Das brauchen wir und damit ist die Aufgabe der unabhängigen Sozialdemokratie und auch zugleich die unserer Elbinger Volksstimme gezeichnet: unbedingtes Einsetzen für die kommende neue Zeit gegen privatkapitalistische Interessenpolitiker sowohl als auch gegen scheinsozialistische Arbeiterverräter und kommunistisch-anarchistische Arbeiterzersplitterer.

Rückhaltlos und offen soll in den Spalten der Volksstimme zum Ausdruck kommen, was die Masse bewegt. Ihre Wünsche und ihr stürmisches Vorwärtsdrängen wirklicher Kultur, wahrem Menschentum entgegen, sollen hier die Tribüne finden, von der sie widerhallen, weit hinein ins Land, in die Hütten der noch Schlafenden, hinüber auch in die Hauptstadt der Deutschen Republik an das Ohr der Mächtigen. Die deutschen Arbeiter sind weder Verbrecher, die es nach sinnlosem Zerstören gelüstet, noch wollen sie Almosenempfänger sein, wie die Massen, die einst auf den Straßen Roms umherlungerten. Das deutsche und mit ihm das Elbinger Proletariat wird seine Ehre dareinsetzen, das verwüstete Europa neu aufzubauen und die Kriegsgreuel zu tilgen. Aber das Proletariat will, daß Deutschland eine Gemeinschaft freier Menschen wird. Es lehnt ein Sklavendasein mit Entschiedenheit ab. Es läßt sich nicht die Lasten des Weltkrieges aufpacken und wird nicht dulden, daß die Urheber des Entsetzlichen, das wir während dieser fünf Jahre erlebten, wieder in den Besitz der Macht gelangen. Ihr klagt über die hohen Löhne und murrt über die Arbeitsunlust des Proletariers? Ja, kann dies anders sein? Die hohen Löhne sind doch nur die Folge der immer noch steigenden Warenpreise und der Papiergeldspekulationen. Das Kriegsgewinnler und -wuchertum will die Steuern, die es notgedrungen dem Staat abgeben muß, einbringen, indem es die Lebensmittelpreise immer weiter in die Höhe treibt. Es verschiebt ohne Rücksicht auf das Interesse des Staates den Wertbesitz der Nation, schleppt planlos die Auslandsware ins Land und entwertet, um sich zu bereichern, die deutsche Valuta. Die Folge dieses Treibens muß Arbeitsunlust, müssen Lohnforderungen sein. Mit welchem Recht verlangt die Bourgoisie, daß das Proletariat patriotisch handeln soll, wo sie selber nur von krassem Eigennutz getrieben wird? Solange dies der Fall ist, soll man der Arbeiterschaft mit scheinheiligen Phrasen vom Leibe bleiben. Wer die Gesundung der staatlichen Verhältnisse anstrebt, muß fordern, daß die Kriegslasten restlos auf die Schultern des imperialistischen Großkapitals gelegt werden, daß die Schuldigen des Weltkrieges vor Gericht kommen und alle Privilegien beseitigt werden. Jeder der annimmt, mit Hilfe bewaffneter Landsknechtsbanden die alten Zustände aufrecht erhalten zu können, irrt gewaltig. Nie wird das Gewesene wiederkehren. Staatsbürger sind wir und nicht Untertanen eines Hohenzollern oder eines Noske. Willkommen ist uns Arbeitern die Mitarbeit jedes ehrlichen Volksfreundes, gleichgültig, woher er kommt. Unterdrücken und gängeln lassen wir uns nicht, wir sind längst mündig.

Der Elbinger Arbeiterschaft harren zudem örtliche Aufgaben in überreichem Maße. Es fehlen in Elbing hunderte Wohnungen, es fehlt eine leistungsfähige moderne Straßenbahn. Steuer- und Schulfragen drängen zu einer zeitgemäßen Lösung. So lange in der Arbeiterstadt Elbing eine Stadtverordnetenversammlung nach dem Dreiklassenprinzip besteht, ist keine grundlegende Aenderung zu erwarten. Eine neugewählte Gemeindevertretung, in der die unabhängige Sozialdemokratie tonangebend ist, ist die erste Vorbedingung zur Lösung. In alte Schläuche neuen Wein zu füllen, geht nicht an. Ihren entscheidenden Sieg im Rathause hat die Arbeiterschaft noch zu erkämpfen. Und während sie vor der schweren Aufgabe der Neugestaltung der gemeindlichen Verhältnisse steht, brandet vor den Toren der Stadt die Welle des polnischen Imperialismus empor. Wenige Kilometer von uns beginnt das Abstimmungsgebiet und der Pole streckt seine Hände nach dem reindeutschen Elbing aus. Wir lieben mit Recht den deutschen Agrarier nicht, aber ihn mit dem polnischen Junker tauschen, hieße den Teufel durch Beelzebub ersetzen. Judenprogrome, religiöser Fanatismus, nationaler Kampf in gehässigster Form, wären die Folgen einer Angliederung Elbings an Polen. Wir deutschen Arbeiter gönnen unseren polnischen Klassengenossen die politische Selbständigkeit und wenn hüben und drüben erst wirkliche Volksstaaten bestehen, wird eine friedliche Verständigung unschwer zu erreichen sein. Mit dem polnischen Kapitalismus haben wir so wenig Gemeinschaft wie mit dem deutschen.

Arbeiter! Genossen! In alledem, was andeutungsweise hier berührt wurde, wird die Elbinger Volksstimme furchtlos und unerschrocken eure Bannerträgerin sein. Doch Treue um Treue! Jeder von euch muß mithelfen, jeder wird gebraucht. Vergeßt nie: in der Volksstimme schreiben Arbeiter für Arbeiter. Das ist der große Unterschied zwischen einer bürgerlichen und einer Arbeiterzeitung; diese dient dem Ziele des politischen Fortschritts, jene den Interessen Einzelner. Kameraden! In dem großen Ringen unserer Zeit gilt es Partei zu ergreifen mit Kopf und Hand und Herz! Wer wollte in feiger Geduld bei Seite stehen und eigene Schuld zu der der Herren fügen? Und wenn auch nicht heute und morgen erreicht wird, was wir erstreben, aufwärts geht unsere Bahn, einer besseren Zukunft entgegen.

Mag kommen, was da kommen mag,
Wir spotten jedem Vernichtungsschlag!
Die Welt zu erlösen ist unser Ziel,
Gerechtigkeit muß werden!

Gustav Schröder.

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

Was der Tag bringt

Die französischen Wahlen. Die französischen Kammerwahlen sind auf den 16. November festgesetzt. Sie beginnen den Reigen, denn entgegen dem Kommissionsvorschlag hat das Plenum beschlossen, zuerst die Kammerwahlen und dann die Gemeindewahlen, Generalratswahlen und Senatswahlen vorzunehmen. Dem Beschluß ging ein heftiger Kampf zwischen Briand und Clemenceau voraus, in dem Clemenceau siegte. Die Sozialisten haben sich bei dem Vertrauensvotum der Stimme enthalten. Sie waren sachlich ebenfalls der Meinung, daß die Kammerwahlen zuerst stattfinden müßten, aber sie wollten, trotz dieser Uebereinstimmung nicht Herrn Clemenceau das Vertrauen votieren.

12000 erwischte Spitzbuben Laut Mitteilung von „zuständiger Seite" sind durch Untersuchungen, die das Reichsverwertungsamt eingeleitet hat, bisher 12000 Einzelfälle von Heeresgutverschiebungen festgestellt worden, die einen Wert von rund 150 Millionen Mark darstellen. Die Untersuchungen fördern noch fortgesetzt neue Fälle zutage, so daß mit mehreren 100 Millionen, die der Reichskasse gerettet werden können, gerechnet werden darf. Wohlverstanden, das sind die aufgedeckten Fälle, bei denen es noch was zu retten gab. Wie groß darüber hinaus die nicht festgestellten und nie feststellbaren Verschiebungen gehen, kann auch nicht annähernd geschätzt werden.

Woher die hohe Dividende? Der Aufsichtsrat der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika beschloß, den Abschluß für 1914-15 **einschließlich 1917-18** der auf den 3. November einzuberufenden ordentlichen Hauptversammlung vorzulegen und dieser die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent für das Geschäftsjahr 1914-15 und einer solchen von je 15 Prozent für 1915-16, 1916-17 und 1917-18 in Vorschlag zu bringen.

Haases Befinden sehr ernst. Es hat sich eine neue Operation nötig gemacht, die, wie es scheint, ergebnislos verlaufen ist. Der Patient befindet sich in außerordentlich schwachem Zustande. Sein Befinden ist sehr ernst.

Die Besetzung Oberschlesiens. Wie Chicago Tribune mitteilt, hat der Dampfer President Grand mit 5000 Mann amerikanischer Soldaten an Bord, die für die Besetzung Oberschlesiens bestimmt seien, Neuyork verlassen. Die Truppen würden am 25. Oktober in Brest erwartet.

Verhaftungen in Zoppot. Der Direktor des städtischen Gaswerks in Zoppot Bernhard Günther, der nach sehr erheblichen Veruntreuungen — bestehend im unberechtigten Verkauf von Kohlen, Koks und Teer des Gaswerks für eigene Rechnung — flüchtig geworden war, ist ergriffen und im Danziger Krankenhause zur Beobachtung seines Geisteszustandes untergebracht worden. Außer G. ist auch der Gasmeister Döring unter dem Verdachte der Beihilfe verhaftet.

Ausgeschlossen! Die sozialistischen Abgeordneten Mauger und Lecointe wurden laut Beschluß des Verwaltungsrats der sozialistischen Partei, weil sie für die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles gestimmt hatten, aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen.

Neun Flieger abgestürzt. Aus Newyork wird gemeldet: Bei einem großen Flug von der amerikanischen Ostküste nach der Westküste sind bereits neun Flieger abgestürzt und gestorben. Nur einem Flieger ist es gelungen, den ganzen Flug von dem Newyorker Flugplatz bis an die Westküste zu vollenden.

Frankreichs Hilfe für Noske

Deutsche mehrheitssozialistische Blätter haben es den französischen Genossen zum Vorwurf gemacht, daß sie in der Kammer und in ihrer Presse auf die vollständige Entwaffnung Deutschlands gedrängt haben. Auf diese Weise werde Deutschland allen Angriffen von außen her schutzlos preisgegeben. Die Motive, aus denen heraus die französischen Sozialisten so handelten, sind jedoch bekannt, sie sahen den immer selbstbewußter auftretenden Militarismus unter Noskes Leitung, und sie hatten nicht die geringste Lust, sich und andere Völker noch einmal in kriegerische Verwickelungen hineinziehen zu lassen. Aus diesen Gründen verlangen sie folgerichtig auch die Abrüstung in allen anderen Ländern, und es ist ihnen gelungen, am 3. Oktober in der Kammer einen ersten Schritt in dieser Richtung vorwärts zu kommen. Die Kammer nahm gegen eine Stimme einen Antrag Renaudel an, der zunächst eine Initiative der französischen Regierung im Sinne der Gesellschaft der Nationen fordert und außerdem verlangt, daß bei einer Zusammenkunft dieser Gesellschaft die französischen Delegierten beauftragt werden, eine Prüfung der Maßnahmen vorzuschlagen, die, auf dem Wege der progressiven Rüstungseinschränkung, auf die allgemeine Abrüstung hinzielen. Das ist natürlich nur ein winziger Gewinn, aber immer ein Beweis dafür, daß die französischen Genossen nicht einseitig auf die Wehrlosmachung Deutschlands, sondern auf die Sicherung des Weltfriedens hinarbeiten wollen.

Die Debatte an diesem und an einigen vorhergehenden Tagen förderte aber andere Tatsachen ans Licht, die nicht nur für Frankreich, sondern vor allem für Deutschland interessant sind. Es dürfte deshalb angebracht sein, aus dem offiziellen Bericht, sowie aus einem Artikel von Marcel Cachin wichtige Stellen wiederzugeben.

„Es wird jetzt zugegeben ... daß die Entente zynischerweise Noske geholfen hat, die Revolution der Unabhängigen Deutschlands zu unterdrücken. Es ist zugegeben, daß unsere Regierung das besiegte Deutschland nicht hat verhindern wollen, Kanonen zu gießen. Noch besser, sie hat sich bereit erklärt, ihm welche zu schicken, wenn es von unruhigen Nachbarn angegriffen wurde." Und Cachin weist darauf hin, daß der unruhige Nachbar höchstens Polen sein könne, das von Frankreich ebenfalls mit Kriegsmaterial versorgt werde. Also wieder einmal ein Geschäft für die Rüstungsindustrie, die von der französischen Regierung unterstützt, Freund und Feind Mordwerkzeuge liefern will! Wenn es nur etwas einbringt! — Cachin knüpft an diese Tatsache und daran, daß die Regierung allen Fragen über die Bestätigung des Generals von der Goltz in Litauen Stillschweigen entgegengesetzt habe, die Bemerkung: „Wir haben das Recht zu denken, daß die Entente ihrerseits in gewissem Einverständnis mit dem infamen Gouvernement Noske gewesen ist".

Uns interessiert vor allem die Behauptung, daß die französische Regierung zur Bekämpfung der deutschen Revolution wesentlich beigetragen habe. Hier stützte sich Cachin auf eine Bemerkung Clemenceaus, der zugab, eine Bitte Noskes um Hinausschiebung des Abgabetermins einer gewissen Anzahl von Maschinengewehren nach Anhören des Generalstabs entsprochen zu haben. Und Barthou, der keineswegs Sozialist ist, führt in einem Zwischenruf in der Kammer dazu weiter aus: „Ich habe gesagt, daß der Marschall Foch eine Verringerung der Ablieferung deutscher Maschinengewehre bewilligt habe. Das ist die Wahrheit. Erzberger hatte sich zur Unterstützung seiner Forderung auf die Möglichkeit berufen, diese 5000 Maschinengewehre gegen die Revolution zu gebrauchen." Auch diese Ausführungen blieben unwidersprochen, obwohl der französischen Regierung daran gelegen sein mußte, den Vorwürfen, daß sie die vollkommene Entwaffnung Deutschlands verhindert habe, die Spitze abzubrechen. Sie werden also auf Wahrheit beruhen.

Uns scheint es nun lohnend, daß man auch hier noch einmal auf die französische Debatte und vor allem auch auf die Tätigkeit des Herrn Erzbergers zurückkommt. Wer hatte ihn beauftragt, die Belassung der 5000 Maschinengewehre zu fordern, und wer gab ihm das Recht von der Notwendigkeit zur Bekämpfung der Revolution zu sprechen? Die französische Regierung hat sich durch ihr Schweigen kompromittiert; uns scheint jedoch, daß durch die Kammerdebatten in Frankreich und durch ihre Enthüllungen niemand stärker kompromittiert wurde als Herr Noske und Herr Erzberger.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Verwirrung im Kommunistenlager

Die Unklarheit in den Reihen der Kommunisten über die elementarsten Fragen der Klassenkampfführung nimmt dauernd zu. Bitter rächt sich jetzt an ihnen ihre Absplitterung von den in der Unabhängigen Sozialdemokratie organisierten Massen, die sie zu einer Sekte ohne politischen Einfluß herabdrückte. Der unsinnige Kampf gegen den Parlamentarismus — der ja durchaus auch dem Willen der Moskauer Internationale widerspricht — und die völlige Hilflosigkeit gegenüber den Problemen der Gewerkschafts- und Rätebewegung bringen immer neue Gruppenbildungen in der K. P. D. hervor. Weil man völlig vergaß, daß man den Gang der geschichtlichen Entwicklung nicht durch willkürliche Thesen in gewollte Bahnen lenken kann, weil man auch ohne jede Rücksicht auf den Reifezustand der Arbeiterbewegung die Revolution „vorwärtstreiben" wollte, überließ man sich einer hemmungslosen Politik der Gefühle und Stimmungen, die jede einheitliche Stellungnahme zu den Fragen des Tages unmöglich machte. Während die Zentrale der Kommunisten auf Grund ihrer marxistischen Einsicht die Beteiligung an den Parlamenten fordert, wird diese von der Mehrheit der schlagwortfrohen Parteimitglieder abgelehnt. Geradezu unübersehbar ist die Fülle der kommunistischen Anschauungen über den Wert der Räte und Gewerkschaften. Hier wird die Revolutionierung der Gewerkschaften verlangt, etwa im Sinne der U. S. P., dort wieder verwirft man sie überhaupt und kehrt frohgemut zu den verstaubten Idealen syndikalistischer Erkenntnis zurück. Jede kommunistische Lokalorganisation huldigt verschiedenen Anschauungen und bildet sich ein, damit den besonderen Interessen des Proletariats ihres Wirkungskreises zu dienen. Daß nun die sich für ganz konsequent haltenden Kommunisten glücklich auch bei der **Verneinung der Bedeutung der politischen Partei und ihres Wirkens überhaupt angelangt sind,** beweist ferner eine Annäherung an anarchistische Tendenzen, über die sich Liebknecht und Luxemburg im Grabe umdrehen würden.

Die **Zentrale der K. P. D.** scheint die Gefahr der anarchistischen Auflösung der Partei erkannt zu haben, wie aus einer Erklärung hervorgeht, die sie in der kommunistischen Presse veröffentlicht. Sie schreibt:

„Die „Rote Fahne" von Berlin, auf deren Herausgabe die Zentrale der K. P. D. keinen Einfluß hat, hat in den letzten Nummern wiederholt Artikel veröffentlicht, die völlig dem Geiste des Kommunismus widersprechen und syndikalistisch waren. Als solche Artikel sprechen wir an, denjenigen, der die Sabotage als individuellen Einzelakt, als die neue Waffe des Proletariats erklärt.

In ihrer Nummer 55|56 veröffentlicht nunmehr die „Rote Fahne" einen Artikel, an dessen Schluß es heißt, daß das Proletariat erkennen müsse, daß es sich auf anderem Boden als dem der Partei zu formieren habe. Dieser Boden sei die revolutionäre Betriebsorganisation.

Damit ist im syndikalistischen Sinne Wesen und Zweck der politischen Partei überhaupt und der kommunistischen im besonderen verneint.

Die Zentrale der K. P. D. erklärt, daß sie den oder die Verfasser des Artikels und die für dessen Aufnahme Verantwortlichen als der K. P. D. nicht mehr zugehörig betrachtet."

Auf die weitere Entwicklung der Dinge in der K. P. D. kann man gespannt sein. Ob nicht mit der Zeit doch demjenigen Teil ihrer Anhängerschaft, dem Marx nicht nur Aushängeschild ist, ein Licht über die nächste politische Notwendigkeit aufgehen wird?

Die baltische Schande

Im Baltikum wütet der Krieg mit größter Heftigkeit weiter. Die deutsche „Eiserne Division", die zu der russischen Reaktionsarmee des Generals Amalow-Bermondt übergetreten ist, hat dabei hervorragenden Anteil. Die Henkerdienste, die diese Horden unter der glorreichen Führung des famosen Majors Bischoff der russischen Gegenrevolution leisten, haben denn auch sofort „ehrende" Anerkennung gefunden: Nach einer Meldung aus Mitau „teilte der „Oberbefehlshaber" der russischen Westarmee, General Amalow-Bermondt dem Führer der Eisernen Division, Major Bischoff, mit, daß er ihn anläßlich der Einnahme von Riga und der Dünabrücken zum St. Georgsorden vorgeschlagen habe. Jede Kompagnie der Eisernen Division erhält zwei Georgskreuze."

Jede dieser „Auszeichnungen" für diese deutschen Landsknechte bedeutet zugleich einen Schandfleck für die deutsche Regierung, durch deren Schuld es erst soweit gekommen ist, daß jetzt deutsche Soldaten für die zaristische Reaktion die Waffen führen. Dabei besitzt sie auch noch die Stirn, in ihren Erklärungen an die Entente ihre „Unschuld" zu beteuern. Wir hörten ja auch von ihr, daß sie den Obermeuterer Herrn v. d. Goltz „nach Berlin berufen" habe, wo er sich „verantworten" solle. Herrn v. d. Goltz fällt es indes nicht im Traum ein, diesem „Befehle" zu folgen; er bleibt in aller Gemütsruhe im Baltikum und putscht die Noskehorden weiter auf. So wird erst neuerdings wieder aus Mitau berichtet, daß v. d. Goltz „einen Aufruf an die Soldaten des ehemaligen Reservekorps in der russischen Westarmee richtete, worin er ihnen für die „Heldentaten" vor Riga dankt, die er mit Stolz verfolgt habe. In dem Aufruf sagt der Graf, wenn er auch von der Reichsregierung seiner Stelle als Kommandierender General des 6. Reservekorps entsetzt sei, werde er doch mit allen Kräften bemüht sein, für seine alten Soldaten zu sorgen. In einem Schreiben an Graf Amalow beglückwünscht er diesen zu den Erfolgen der russischen Westarmee vor Riga in den letzten schweren Kampftagen, in denen zum ersten Male seit über einem Jahrhundert wieder deutsche und russische Truppen Seite an Seite gefochten hatten.

Welch Stolz erfüllt darob des Junkers Brust! Als Wilhelms Generale, Junker, Staatsmänner und all die anderen Kriegsverbrecher im August 1914 das deutsche Volk in ein ungeheuerliches Kriegselend stürzten, las man's bekanntlich ganz anders! Da war der Zarismus der Feind, der Deutschland „vernichten" wollte. Heute aber leisten nicht nur wilhelminische Generale, heute leistet sogar eine deutsche „sozialistische" Regierung der russischen Reaktion Vorschub. Wir haben es in der Tat herrlich weit gebracht!

Zur Eroberung Schmalkaldens

Unser Bruderblatt, die Schmalkaldener „Volksstimme" bringt folgenden Aufruf:

An die Arbeiterschaft Schmalkaldens!

Ohne jeglichen Grund sind Noske-Truppen in Schmalkalden eingerückt. Wider Recht und Gesetz haben sie unsere führenden Genossen Blechschmidt und Pappenheim verhaftet. Die darauf einberufene, nach Tausenden zählende Versammlung beschloß einmütig, in den Generalstreik einzutreten und forderte die sofortige Freilassung der Verhafteten und die sofortige Abberufung der Truppen sowie des stellvertretenden Landrates, durch dessen Auftreten die friedliche Bevölkerung des Kreises Schmalkalden auf das äußerste gereizt wurde. Die Streikenden erwarten die Unterstützung und Sympathie des gesamten werktätigen Volkes. Der Aktionsausschuß.

Ergänzend entnehmen wir der „Volksstimme" noch folgende Darstellung:

„Um vielen Einwohnern den von manchem lang ersehnten Anblick unserer feldgrauen Jungens zu gewähren, sind auf Betreiben des „Sozialisten" Schubert und infolge der Agitation der rechtssozialistischen „Werra Wacht" über Nacht Reichswehrtruppen bei uns eingezogen. Morgens halb sechs Uhr wurden die Genossen Pappenheim und Blechschmidt verhaftet. Das Delikt soll Landfriedensbruch sein. Als Grund wird wohl die Demonstration wegen der Kartoffelfrage benannt werden und, wie unbegründet die ganze Aktion ist, sieht man daraus, daß Genosse Pappenheim in diesem Falle gar nicht an der Demonstration teilgenommen hat, sondern während derselben ruhig in der Kreistagssitzung saß und sich nur ruhestiftend einmischte, als infolge des herausfordernden Wesens des Landrates Tätlichkeiten bevorstanden.

Die kommenden Tage werden zeigen, inwieweit man diese Schädigung der Arbeiterschaft fortzusetzen gewillt ist. Der ganze Schlag soll natürlich der „Volksstimme" gelten. Es wird ein Schlag ins Wasser werden.

An den Arbeitern, den Parteigenossen, liegt es nun, die rechte Antwort zu geben. Nun erst recht!

Das hungernde Volk aber wird auf diese Art mehr Kartoffelesser, aber nicht mehr Kartoffeln haben."

„Der Tag des Irrsinns"

Der herannahende 9. November und die Erinnerung an den Zusammenbruch ihrer verbrecherischen Herrschaft stimmt die Alldeutschen zur Trauer. Mit noch blinderer Wut als bisher schon wüten sie gegen die wenigen Errungenschaften, die die bürgerlich-rechtssozialistische Herrschaft vom 9. November übrig gelassen hat. In einem Leitartikel tobt sich die schwerindustrielle „Post" aus. Für alles, was der Krieg gebracht hat, für den Niedergang der deutschen Wirtschaft, für den politischen und wirtschaftlichen Bankerott, sucht sie natürlich die Revolution verantwortlich zu machen. Selbst die Verfassung, „das einzige positive Werk der ganzen neuen Zeit", mit der sie sehr zufrieden ist, hält sie nicht ab, den Jahrestag der Revolution mit folgenden Worten zu begeifern:

„Und ist doch (der 9. November) der elendeste von allen. Ist der programmatische Beginn des Niedergangs. Ist der Auftakt unserer Schmach und der erste Peitschenhieb, der uns arme Sklaven traf. Was sind das für Leute, die solch einen Tag feiern wollen? Was ist das für ein Volk, das zum Alkohol der Freude greift, während einige, vom Ekel übermannt, schon den Schierlingsbecher der Verzweiflung leerten? Was ist das für ein Geist, der Trauer als Freude und Schande als Witz begreift? Sind es Deutsche unter Deutschen? Sind es gar die, welche dem Dreiklassenwahlrecht fluchten und ihre politische Reife betonten? Leben wir in der Walpurgisnacht oder erleben wir nicht vielmehr die trübe Dunstgeburt eines Winters, der sich härter anläßt als jeder Kriegswinter zuvor? Dieser Ringelreihen des Irrsinns soll uns locken?"

Diese Schimpferei zeigt zu gut, wie schmerzlich es die Alldeutschen empfinden, daß das Volk am 9. November den Versuch unternommen hat, sich von ihrer Herrschaft zu befreien. Es darf aber nicht bei der Abwehr dieser erbärmlichen Angriffe bleiben, sondern die Massen müssen die Entschlossenheit finden, das Werk konsequent zu beenden, das sie am 9. November 1918 begonnen haben und dessen Verwirklichung ihnen mit Hilfe rechtssozialistischer Elemente bis jetzt unmöglich gemacht wurde.

Italien.

Die italienische Krise

Der Außenstehende ist leicht zu dem Glauben geneigt, daß die Fiume-Angelegenheit und die mit ihr zusammenhängende Ursache in Italien einen rein politischen und nationalistischen Charakter trage. Tatsächlich liegen die Dinge nicht so einfach. Die Ursachen sind, wie überall, wirtschaftlicher Natur und reichen beträchtlich weiter zurück. Die Fiume-Frage spielt dabei eine verhältnismäßig geringfügige Rolle, die ist nur der Ausfluß einer seit mehr als zwanzig Jahren betriebenen Politik der italienischen Bourgeoisie.

Die erste Periode des Expansionsdranges und des Wunsches nach Kolonisation war durch die große in Abessynien erlittene Schlappe beendet worden. Mit der Zeit des wirtschaftlichen Aufstiegs am Beginn des 20. Jahrhunderts flammte die Expansionslust des Kapitals jedoch wieder auf. Italien erlebte zu der Zeit eine Periode kräftiger industrieller und kommerzieller Tätigkeit, mit der große technische Fortschritte Hand in Hand gingen. Zum erstenmal seit langem kam das italienische Budget in Gleichgewicht. Die Bourgeoisie erfaßte ein Rausch; der Spekulationsgeist entwickelte sich, mit dem Unternehmungsgeist, große Vermögen wurden verdient.

Der Staat hätte damals die Möglichkeit und die Pflicht gehabt, die Ueberschüsse für die innere Kolonisation zu verwenden, die einer energischen Regierung schöne Aufgaben bot, so die Verbesserung des Bodens, die Ausbeutung der Wasserkräfte, Volksbildung, Verteilung des unkultivierten Bodens unter die Arbeiter, kurz, es gab eine ganze Menge Fragen, die selbst eine bürgerliche Regierung hätte in Angriff nehmen müssen.

Nichts derartiges geschah. Der Unternehmungsgeist der Bourgeoisie drängte über die Grenzen hinaus, der italienische Imperialismus kam auf und ging mit einer verblüffenden

Kühnheit ans Werk. Der Erfolg blieb nicht aus und das Land wurde in das Tripolis-Abenteuer hineingezogen, das dem Volke nicht den geringsten Vorteil brachte, dafür aber die erste Brandfackel war, die so nahe bei dem leicht entzündbaren Europa angesteckt wurde. Eine kleine Minderheit leitete so die Geschicke des Landes. Sie kannte nur das eine Ziel, Italien als Großmacht zu sehen und mit der Großmacht sollten dann die großen Geschäfte und die Riesengewinne kommen.

Dieselbe Minderheit trieb Italien im Jahre 1916 in den Krieg. Am 26. April wurde der Londoner Vertrag unterzeichnet, während Sonnino auch zum Schein mit Oesterreich verhandelte. Als Oesterreich sozusagen alle Wünsche der Irredentisten zu erfüllen bereit war, wollte die Mehrheit des Parlaments die österreichischen Vorschläge annehmen. Das Ministerium Salandra-Sonnino scheute sich jedoch nicht, Straßenmanifestationen zu organisieren und auf diese Weise das Parlament in die andere Richtung zu zwingen. Einzig und allein die Sozialdemokratie ließ sich nicht einschüchtern.

Der Krieg brachte nicht den erträumten schnellen großen Sieg. Die dreieinhalb Jahre Kampf haben Italien eine halbe Million Tote gekostet und das Land in eine schreckliche wirtschaftliche Lage gebracht. Die Unzufriedenheit im ganzen Lande ist groß. Die Sozialisten sowie auch die bürgerliche Opposition, die sich jetzt wieder ans Tageslicht wagt, machen große Fortschritte. Die Partei der Imperialisten braucht deshalb eine Ablenkung der unzufriedenen Massen und sie glaubt diese am besten in einem Gewaltstreich zu finden. Sie würde selbst vor einem neuem Krieg nicht zurückscheuen, um sich an der Macht zu halten, und sie sieht nicht, daß diese Gewaltpolitik, deren erstes Sympton das Fiume-Abenteuer ist, nur mit dem Sturz des imperialistischen Regimes enden kann.

Das italienische Volk hat genug in diesem Krieg gelitten, es wird in seinen Leiden die Kraftquelle finden, sich gegen jedes kriegerische Abenteuer aufzulehnen und diejenigen Schichten hinwegzufegen, die es an den Rand des Verderbens gebracht haben.

Rußland

Schwindelberichte aus Rußland

Das Ende des Bolschewismus jubelt Heilmann in der Sozialistischen Korrespondenz — und in gleicher Weise echot es aus den bürgerlichen Reptilen. Warum diese Freude? Weil Petersburg von den Horden Denikins eingenommen sein soll. Es schien wenigstens so. Kronstadt sollte gefallen sein, und die Truppe Denikins näherte sich mit Windeseile der Stadt Petersburg. Und nun arbeiteten die internationalen Lügenbureaus mit prompter Einstellung auf diese neueste Sensation. Bald Reuter- bald Wolff-Büreau — eine Agentur wußte immer besser als die andere Alarmnachrichten auszuposaunen. Meldet Reuter, daß sich eine „Abordnung der Petersburger Arbeiter" zu General Judenitsch begeben habe und diesen bat, Petersburg nicht zu beschießen, man wolle Judenitsch gegen die Bolschewisten unterstützen, so schwindelt W. T. B. bereits, daß „nach Abzug der kommunistischen Truppen aus Petersburg auch die Arbeiter den Befehl erhalten haben, die Stadt zu verlassen."

Lügt W. T. B.:

Helsingfors, 19. Oktober. Die weiße Armee erreichte die Station Ligowo, 13 Werst von Petersburg,

so meldet T. U. in bestimmter Form die Einnahme:

Berlin, 20. Oktober. (T. U.) Das in Berlin erscheinende russische Blatt Prisyw veröffentlicht folgenden Bericht des Generals Judenitsch: Krasnoje Gorka, Oranienbaum, Peterhof und Strjelna sind von unseren Truppen durchschritten. Die Küste des Finnischen Meerbusens ist vollständig von den Bolschewisten gesäubert. Unsere Truppen haben die Stadt Petersburg selbst von Süden erreicht und stehen im Weichbilde der Stadt in Straßenkämpfen. Das englische Geschwader ist an der Newamündung eingefahren.

Einer fixer im Schwindeln als der andere. Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Hören wir einen gewiß unverdächtigen Zeugen, die gewiß nicht bolschewistenfreundlichen Leipziger Neuesten Nachrichten. Das Blatt läßt sich aus Helsingfors melden:

„Die endgiltige Kapitulation von Kronstadt ist nicht bestätigt. Stündlich laufen widersprechende Meldungen ein. Fest steht, daß der Vormarsch der Armee Judenitsch bisher erfolgreich war, doch soll ihre militärische Stellung nicht so sicher sein, wie die überraschenden Erfolge der letzten Tage vermuten ließen. In russischen Kreisen ruft es Besorgnis hervor, daß durch den eiligen Vormarsch die Verbindung mit den rückwärtigen Etappen teilweise unterbrochen ist. Den Sturm auf Krasnoje Gorka führten von der Landseite Truppen der Nordwestarmee sowie Fürst Lievensche Truppen mit estnischen Truppen aus. Gleichzeitig wurde die Festung von englischen Eskadres und Flugzeugen bombardiert. Die roten Truppen sollen in Unordnung in der Richtung auf Petersburg fliehen. Petersburg ist noch fest in bolschewistischer Hand, allerdings werden wieder Straßenunruhen gemeldet. Ferner sollen sich bolschewistische Truppen von der finnischen Grenze nach Petersburg zurückziehen."

Also selbst Kronstadt ist noch nicht gefallen! Die roten Garden „sollen" sich in Richtung auf Petersburg zurückziehen, in Petersburg „sollen" Straßenkämpfe (zum wievielten Male?) stattfinden. Das klingt schon anders als die Siegesmeldungen der Gegenrevolution, die selbst Schmock Heilmann zu einem Freudenjauchzer veranlaßt. Aber gemach: selbst wenn Judenitsch Petersburg erreicht, wenn seine Horden brandschatzend im Norden Sowjetrußland einfallen, die Diktatur des russischen Proletariats ist damit noch längst nicht erledigt. Fälschlich totgesagten Leuten prophezeit man ein langes Leben. Uns scheint, so will es auch Sowjetrußland ergehen.

In und um Elbing

Versammlung der Rechtssozialisten

Vor einer mäßig besuchten Versammlung referierte am Montag im Volkshause der Auchsozialist Hermann Schulz (M. d. N.) über das Thema: „Die neuen Steuern und das Betriebsrätegesetz." Der größte Teil der Besucher waren Angehörige unserer Partei. Schulz bemühte sich, die neuen Steuern, namentlich die Umsatzsteuer, seinen Zuhörern mundgerecht zu machen. Auch das Betriebsrätegesetz behandelte er eingehend. In der Aussprache zerpflückten die Genossen Grunwald und Baude das Referat recht gründlich. Sie wiesen nach, daß die so viel gepriesene Erbschaftssteuer durchaus noch nicht das Ideal eines Arbeiters sein könne, ein Neffe habe seinen Onkel überhaupt nicht zu beerben. Der Proletarier erbe in den meisten Fällen garnichts. Die Umsatzsteuer sei eine indirekte Steuer und treffe als solche letzten Endes immer den Verbraucher. Auch sei es in der Sozialdemokratie immer üblich gewesen, sich den Verwendungszweck genau anzusehen. In dieser Hinsicht ständen die Rechtssozialisten schlecht vor dem Volke da. Die Genossen beleuchteten im Zusammenhange damit den neuen Söldner-Militarismus und das dem deutschen Volke so großen Schaden zufügende Baltische Abenteuer. Auch sorge die Regierung schlecht für die Kriegsgefangenen, während sie im Gegensatz dazu die rebellischen Offiziere noch fürstlich belohne. Ein Genosse forderte die anwesenden Arbeiter auf, die Elbinger Volksstimme zu lesen und nicht die rosarot gefärbte Zeitung der Rechtssozialisten, in der doch nur stände, was die Bauarbeiter-Exzellenz Winnig bei der Tannenbergfeier gesprochen habe. — In seinem Schlußwort kam Schulz wie immer mit Zitaten und Zeitungsausschnitten. Als die Versammlung durch Zurufe ihren Unwillen kundgab, wurde Schulz gehässig. Auch wollte er hinwegleugnen, daß den baltischen Söldlingen Land versprochen wurde. Als die Entstellungen und Unwahrheiten zu grob wurden, rief Genosse Grunwald dem Referenten zu, er möge bei der Wahrheit bleiben. Schulz wurde jetzt ganz rabiat. In demagogischer Weise versuchte er den Genossen Grunwald als Ruhestörer hinzustellen. Es gelang ihm freilich nicht. Schulz bewies sich wieder einmal als jenen Teil der Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft. Beim Hinausgehen konnte man das aus den Urteilen der Versammlungsbesucher deutlich entnehmen.

Die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung

wird in Elbing am 30. November stattfinden. Seitens unserer Parteileitung sind die notwendigen Wahlvorbereitungen bereits getroffen.

Petroleum

wird im kommenden Winter 1,80 Mark pro Liter kosten, wenn man es vom Kaufmann selber holt. Bei Lieferung ins Haus beträgt der Preis 1,85 Mark. — Die Preise für die Lebensmittel- und Haushaltsartikel steigen fortgesetzt. Und da wundert sich eine hohe Regierung, wenn die Arbeiter Lohnforderungen stellen!

Ostdeutsche Nachrichten

Die Revolution in Kassubien

Unter dieser Ueberschrift bringt die unabhängige Parteipresse folgenden Artikel:

„Noske will seine Söldner dahin schicken, wo sie am notwendigsten sein sollen, nach Oberschlesien und nach dem alten Ordenslande. Diese löbliche Absicht nötigt uns, einmal öffentlich festzustellen, was in Westpreußen bisher geschehen und was nicht geschehen ist. Nur kurze Zeit noch und wir feiern den ersten Jahrestag der deutschen Revolution. So mager auch in anderen Landesteilen die Früchte der Revolution sind, in Westpreußen sind sie noch dürftiger als anderswo. Wir haben bisher noch keine Neuwahl der Gemeindevertretungen gehabt. Dabei hat selbst der frühere, hochkonservative Oberpräsident von Westpreußen, Herr von Jagow, anerkannt, daß in den reindeutschen Städten Danzig und Elbing keinerlei Bedenken gegen die Vornahme der Wahlen bestünden und daß die Erneuerung dieser Stadtverordnetenversammlungen unbedingt notwendig sei. — Sie wäre auch in Orten mit gemischter Bevölkerung eine Maßnahme gewesen, die dem nationalen Frieden gedient hätte. Nach der aufgehobenen Städteordnung wurden die Dreiklassenparlamente alle zwei Jahre erneuert. Die höchste Mandatdauer betrug 6 Jahre. Jetzt sitzen in Danzig eine Anzahl Stadtverordnete bereits volle sieben Jahre in ihren Sesseln und die Sozialdemokratie verfügt in dieser Stadt von 200 000 Einwohnern nicht über ein Mandat. Auch die Rechtssozialisten nicht. Das sind westpreußische Revolutionsfrüchte. Von einer Neuwahl der Kreistage ist überhaupt keine Rede.

Während aber auf der einen Seite die westpreußische Bevölkerung vergeblich Gerechtigkeit fordert, ist auf der anderen Seite alles geschehen, um sie zu provozieren. Bei der aus etwa zwei Dritteln Deutschen und einem Drittel Polen bestehenden Bevölkerung Westpreußens bedurfte diese Provinz besonders einsichtiger Behandlung. Fast durchweg sind jedoch die alten hakatistischen Beamten bis in die jüngste Zeit am Ruder gewesen oder noch im Besitze der Macht. Es genügt, hier Namen zu nennen, wie Regierungspräsident Foerster-Danzig, Verwaltungsdirektor Ziehm-Danzig, Landrat v. Auwers-Stuhm, die geradezu gemeingefährliche Reaktionäre sind. Sie konnten ungestört ihr Wesen treiben und wurden von dem Sozialdemokraten Heine im Amte erhalten.

Weiter erfolgten ständige Ueberfälle der Grenzschutztruppen auf die völlig friedliche Einwohnerschaft. Nur einige Daten:

Am 28. Januar 1919 Erstürmung von Culmsee durch Grenzschutztruppen unter Leutnant Roßbach nach vorhergegangener Beschießung der Stadt mit Granaten. Getötet vier Kinder und eine Frau. Auf Seiten der Truppen niemand getötet oder verwundet.

Am 28. Februar Angriffe von Grenzschutztruppen auf die Thorner Bevölkerung. Blutige Verluste der Einwohner, deren Verluste wir nicht feststellen konnten.

Am 1. März nächtlicher Ueberfall der Sturmabteilung Roßbach auf die 5er Grenadiere in Danzig.

Mitte März Besetzung der Städte Mewe und Dirschau durch Grenzschutztruppen. In Dirschau wird ein Matrose erschossen und ein Kriegsbeschädigter verwundet.

14. März Besetzung Danzigs durch Grenzschutztruppen, ohne daß eine Zivilbehörde diese Maßnahme gewünscht hatte.

8. bis 11. April war in Danzig Generalstreik. Auf eine unbewaffnete, völlig friedliche Menge wurde von den Truppen geschossen. Resultat: fünf Tote, drei Verwundete.

Die Zusammenstellung dieser Gewalttaten ist nicht vollständig. In ihr fehlen die Eroberung von Warlubien, von Strasburg, von Czerks, sowie die Graudenzer Kämpfe und die Thorner Handgranatenangriffe, deren genaues Datum wir im Augenblick nicht feststellen können. Die beiden letzterwähnten Vorgänge wurden durch Truppen aus Kurland verübt, die nach ihren Gastrollen wieder nach Kurland zurückgingen. Ein Beweis dafür, daß es sich um abgekartetes Spiel handelt. Man wollte die Bevölkerung provozieren. Daß es in Westpreußen bisher nicht zu oberschlesischen Zuständen gekommen ist, ist nur der Einsicht und Besonnenheit der Bevölkerung, nicht der Staatskunst der mehrheitssozialistischen Minister zu verdanken. Aber jede Geduld hat ihre Grenzen und wenn die längst notwendigen Gemeindewahlen nicht endlich kommen, muß der Zorn des Volkes losbrechen. Posens und Oberschlesiens Schicksal sollte der Regierung ein Warnung sein."

In der Tat ist diese Darstellung völlig am Platze. Sie wäre noch in manchem zu ergänzen. Z. B. daß die Danziger Bevölkerung seit Wochen kein Fleisch auf die Reichsfleischkarten erhält, weil die Agrarier in den zur Lieferung verpflichteten Kreisen die Lieferung größtenteils verweigern und die Zivilbehörden erklären, sie hätten kein Mittel, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. So sehen die Revolutionsfrüchte unter mehrheitssozialistischer Regierung in Westpreußen aus.

Der Danziger Generalstreik

und das von den Danziger Neuesten Nachrichten in die Welt gesetzte Schleifsteinmärchen wird am 5. November vor dem dortigen Schöffengericht zur Verhandlung kommen. Redakteur Hertell von den Neuesten hat gegen den Genossen Schröder eine Klage angestrengt, weil er durch einen Artikel Schröders im Freien Volk beleidigt sein will. Schröder, der von Hertell durch persönliche Angriffe in den Neuesten zu seiner Kritik provoziert wurde, erhebt Widerklage und beantragt die Vernehmung einer Anzahl Zeugen über die Vorgänge anläßlich des Generalstreiks, bei dem bekanntlich von Soldaten am Hauptbahnhof Danzig mehrere friedliche Passanten erschossen und andere verwundet wurden. Als Rechtsbeistand unseres Genossen fungiert Rechtsanwalt Rosenbaum-Danzig.

Die Herren Schleichhändler

Die Danziger Volkswacht berichtet über eine Anzahl in Danzig und Umgegend erwischter Schieber. So beschlagnahmte der Arbeiterrat Ohra eine ausgeschlachtete Sterke im Gewicht von 450 Pfund, die nach Oliva geschmuggelt werden sollte. Die Danziger Bürgerwehr kam in einem Hause auf Langgarten gerade zu der heimlichen Schlachtung eines dreieinhalb Zentner schweren Schweines herbei. Am Kleinbahnhof in Kneipab wurde eine Frau mit 3 Zentner Weizen abgefaßt. Am Werdertor wurden einigen jungen Burschen 176 Pfund Weizenmehl abgenommen, an gleicher Stelle einer Frau aus Ohra 3 Zentner Roggen und 1 Zentner Gerste. Auf dem Danziger Hauptbahnhof verfielen 40 Pfund Kalbfleisch, 30 Pfund Schweinefleisch, 210 Pfund Schweinefleisch, 70 Pfund Schweinefleisch und 95 Pfund Schweinefleisch der Beschlagnahme. Zum Teil waren Eisenbahnbeamte an den Schiebungen beteiligt.

In Königsberg

hat sich der Streik der kaufmännischen Angestellten weiter ausgedehnt. Er liegt, wie aus der gesamten bürgerlichen Presse ersichtlich ist, der Bourgeoisie bereits sehr schwer im Magen. Berichtete diese Presse am ersten Streiktage noch anscheinend objektiv über den Ausstand, so begann am zweiten Tage bereits die Hetze gegen die ausständigen Angestellten. Sofort wußten diese guten Zeitungen einstimmig (und von einem Schmock verfaßt) über Terrorismus und Gewalttätigkeiten zu berichten. Ja, die Unverschämtheit ging soweit, daß jene Herren Chefs die Streikenden mit dem Revolver bedrohten, als in der Notwehr befindlich bezeichnet wurden. So bedrohte u. a. ein Herr von Lübtow, Inhaber des Friseurgeschäftes auf dem Steindamm, am Sonnabend vormittag Angestellte mit dem Revolver. Von Notwehr konnte in diesem Fall gar keine Rede sein. Da der Herr anscheinend keinen Waffenschein besitzt, mußte er sich, unter großem Geleite, nach der nächsten Polizeiwache begeben. Auch an andern Plätzen der Stadt wurden Streikende mit dem Revolver bedroht.

Montag morgens 8 Uhr versuchten einige ausständige Angestellte vor dem Zigaretten-Geschäft von M. Millner in der Schanzengasse die Angestellten für den Anschluß an den Streik zu gewinnen. Plötzlich trat Herr Millner mit einem großen Hund heraus, schlug auf einen der Ausständigen ein und bedrohte ihn mit dem Revolver. Ein hinzugekommener Polizeibeamter erklärte, nicht feststellen zu können, ob Herr Millner im Besitz eines Waffenscheines sei und leistete dem mißhandelten Angestellten keinen Schutz. Wenn die Angestellten sich in solchen Fällen energisch zur Wehr setzen, so braucht sich darüber niemand zu wundern.

Auch die Königsberger Bäckergesellen traten Montag in den Streik.

Das Schöffengericht Marienburg

verurteilte den Molkereibesitzer Karl Bukowski wegen Betrugs und Nahrungsmittelfälschung zu 3 Tagen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte 1 Jahr und 500 Mark Geldstrafe beantragt.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Kaufhaus D. Loewenthal

Geschäftshaus ersten Ranges!!!

Für den Herbst- und Winterbedarf

bringen wir in unseren Abteilungen

fertige Herrenkleidung und Massanfertigung

recht vorteilhafte Angebote!!!

Hochmoderne Ulster — blaue Cheviot-Anzüge — schwarze Kammgarn-Rockanzüge
feinste Kammgarn-Hosen

Reizende Saison-Neuheiten in Herrenhüten — Krawatten — Leinen- und Dauer-Kragen (abwaschbar) — Jünglings- und Kinder-Anzüge
Trikotagen — Handschuhe — Strümpfe — Hosenträger — Stöcke

Leinen- und Baumwollwaren durch grosse Neueingänge reichhaltigst ausgestattet, sehr preiswert!

Grundsatz der Firma: Nur reelle Waren! — billige Verkaufspreise!

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestraße 12/14

Lieferant guter, gediegener
Möbel eigenen Fabrikates

zu anerkannt **billigen Preisen.**

Gelegenheitskäufe stets am Lager.

J. Grabowsky

Fischerstr. 27 ELBING Fischerstr. 27

Trotz der enormen Preissteigerung verkaufe zu verhältnismäßig billigen Preisen!

Machen Sie bitte einen Versuch!
Sie bleiben dauernd mein Kunde!

Glas — Porzellan — Steingut
Zink — Emaille — Blechwaren
Bürsten — Besen — Korbwaren

1 Posten	Markttaschen	12.00, 9.00, 4.95—0.95
1 „	Wäscheleinen	25.00, 15.00, 4.95—1.95
1 „	Scheuerbürsten	3.95, 2.95, 1.95—0.95
1 „	Schrubber	4.95, 3.95, 2.92, 1.95
1 „	Messer u. Gabel	4.95, 3.95, 2.95, 1.95
1 „	Tee- u. Eßlöffel	2.95, 1.95, 1.50, 0.95
1 „	Tornister	25.00, 15.00, 9.50, 3.95

Bilder, Rippes, Sträuße, Vasen,
Tafelaufsätze—Likörserviece

Bitte die Schaufenster zu beachten!

J. Grabowsky
nur Fischerstr. 27.

Hans Tischmann

empfiehlt sein großes Lager in

Sprechapparaten mit nur prima Werken, Schallplatten, elektrischen Taschenlampen, = Uhren- und Goldwaren jeder Art. =

Anfertigung eleganter

Damenkostüme u. Herrengarderobe

nach Maß unter Garantie für guten Sitz und Formen.

Umarbeiten von Militärsachen sowie Wenden, Aenderungen u. Reparaturen
für Damen-, Herren- und Kindergarderobe.

Stoff- und Musterlager in Damen- und Herrenstoffen aller Art in bester Auswahl.

C. Troike, Schneidermeister,
Heilige Geiststrasse 29, Eingang Mauerstrasse.

Inserate

für die an demselben Tage erscheinende Nummer erbitten wir bis spätestens **10 Uhr vormittags.**

Verlag der Elbinger Volksstimme.

Gutes, wohlschmeckendes
Weizen- und Roggenbrot
empfiehlt
E. Springstein, Wilhelmstraße 2.

---

1 Paar gut erhaltene
Militärschuhe und eine Gasampel
zu verkaufen.
Gr. Zahlerstr. 20, II., links.

Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut

von
Johann Kaiser, Tischlermeister
Friedrichstrasse 3, Eingang Heil. Geiststrasse, Telephon 1038
empfiehlt sein Lager in
Särgen nebst Ausstattungen
von den **einfachsten** bis zu den **elegantesten**
zu **angemessenen Preisen.**
Eigene Leichenwagen und Träger.

Königl.
Adler-Apotheke
Brückstr. 19
Anfertigung sämtl. Krankenkassenrezepte

W. Breitfeldt
Innerer Mühlendamm 18/19,
Fernsprecher 352,
empfiehlt sein **Spezial-Geschäft** in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.**
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!!!
Geöffnet von 8—6 Uhr abds.
Sonntags von 1/2 8—9 Uhr.

Sämtliche
Schreibwaren
für
Schule, Haus, Behörde
für
Handel, Gewerbe, Industrie
in nur bester Ausführung
kauft man bei
G. W. Petersen
Alter Markt 33.

Kaufe dauernd
alte Musikplatten
sowie
Nähmaschinen
auch **reparaturbedürftige**
Laufer, Georgendamm 8.

Zigarren, Zigaretten
nur orientalische Sorten,
sowie
Prima Rauch- und Kautabak
empfiehlt
Frau Helene Wild
Herrenstraße 26.

Zöpfe!!
sowie jede moderne
Haararbeit!!
aus ausgekämmtem Haar fertigt zu soliden Preisen an
Frau **Anna Rompf, Elbing,**
Burgstraße 7, 1 Treppe.
Dam. frisiert in u. auß. d. Hause.

Elbinger Standesamt
vom 22. 10. 19

Sterbefälle: Fabrikarbeiter Gustav Neubert, 1 Tochter, 2 J. Schneidermeister-Witwe Magdalena Lange geb. Packheiser, 69 J. Altsitzer Johann Kahlweiß, 68 Jahre. Arbeiter-Witwe Euphrosine Thimm geb. Austen 85 Jahre. Invaliden-Renten-Empfänger Jakob Scharnitzki, 68 J. Schmied Karl Eduard Buchholz, 56 J. Kaufmann und Stadtältester Ludwig Wiedwald, 69 J. Invaliden-Renten-Empfängerin Witwe Maria Walkies geb. Loleit, 65 J. Arbeiter Rudolf Karl Wedhorn, 35 Jahre. Fabrikarbeiter Hermann Treptau, 31 J. Invaliden-Renten-Empfänger August Peter Wollmann, 62 J. Kutscher Johann Gottfried Braun, 1 S., 1 J. 6 M. Invaliden-Renten-Empfängerin Witwe Wilhelmine Laabs geborene Reimer, 58 J.

Nr. 1. **Beilage zur Elbinger Volksstimme.** Mittwoch, 22. Oktober 1919.

Einladung zum Parteitag.

Parteigenossen!

Seit unserem Parteitage im März hat unsere Partei einen beispiellosen Aufschwung genommen. Immer neue Massen sind unsern Organisationen zugeströmt; ein reges geistiges Leben pulsiert in ihnen. Das leidenschaftliche Ringen des deutschen revolutionären Proletariats nach Klarheit über die Wege zum Sozialismus spiegelt sich in unsern Parteidiskussionen wieder. Die weltpolitische Situation stellt das internationale Proletariat vor gewaltige Probleme, zu deren Lösung unsere Partei in entscheidendem Maße mitberufen ist. Je einheitlicher und geschlossener die Anschauungen in der Partei über die Aufgaben und die Taktik der Partei im nationalen wie im internationalen Rahmen sind, je energischer und sicherer vermag sie den Kampf zur Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus zu führen. Daher rufen wir die Parteigenossen auf, durch einen

= außerordentlichen Parteitag =

erneut unser geistiges Rüstzeug prüfen und schärfen zu lassen.

Wir berufen den Parteitag zum

Sonntag, den 16. November 1919,

abends 6 Uhr, nach Leipzig,

ins dortige **Volkshaus** ein. Als

Tagesordnung

schlagen wir vor:

1. **Geschäftsbericht der Parteileitung.**
   Berichterstatter: Dittmann.
2. **Programm und Taktik der Partei.**
   Referent: Crispien.
3. **Unsere Stellung zur Internationale.**
   Referent: Hilferding.
   Korreferent: Stoecker.
4. **Die Gewerkschaftsbewegung.**
   Referent: Henke.
5. **Besondere Anträge.**

Die Delegation zum Parteitag

kann nicht mehr nach Reichstagswahlkreisen geschehen, weil diese nicht mehr die Grundlage unserer Organisation bilden. Wir müssen die Mandate auf die Agitationsbezirke nach der Mitgliederzahl verteilen.

Unter Zugrundelegung einer Gesamtmitgliederzahl von 750 000 und einer Delegiertenzahl von 300 entfällt auf je 2500 Mitglieder ein Delegierter. Wir empfehlen nun, in den Agitationsbezirken besondere Wahlkreise mit annähernd je 2500 Mitgliedern zu bilden und die Delegierten durch Urwahlen von den Mitgliedern in besonderen Wahllokalen wählen zu lassen, ein Einsammeln der Stimmen in den Wohnungen oder Werkstätten ist unstatthaft. Große Ortsvereine, denen mehrere Delegierte zustehen, können diese auch, ohne Einzelwahlbezirke zu bilden, zusammen wählen. Wo die alten Wahlkreisgrenzen noch beachtet werden, können sie entsprechende Berücksichtigung finden, eventuell sind mehrere Wahlkreise zusammenzulegen. — Die Delegationskosten sind natürlich in den Bezirken aufzubringen. Vor der Vornahme der Wahlen ist in den Ortsgruppen über die Tagesordnung des Parteitages zu diskutieren und es ist überall zu betonen, daß die sachliche Stellungnahme zu den Problemen, die der Parteitag zu lösen hat, für die Delegierteuwahlen entscheidend zu sein hat.

Anträge zum Parteitag,

die in die gedruckte Vorlage für den Parteitag aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Freitag, den 7. November, in unseren Händen sein.

Mitteilungen über die Wohnungsbeschaffung für die Delegierten in Leipzig werden noch bekanntgegeben.

Parteigenossen! Ans Werk! Nehmt Stellung zum Parteitag, wählt Eure Delegierten und stellt Eure Anträge! Sorgt dafür, daß auch dieser Parteitag unserer Bewegung einen so mächtigen Impuls nach vorwärts verleiht, wie es der Revolutionsparteitag im März getan hat.

Berlin, den 14. Oktober 1919.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arthur Crispien. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase.
Wilhelm Koenen. Gustav Laukant. Julius Moses.
Anna Nemitz. Walter Stoecker. Luise Ziez.

Die deutschen Landsknechte im Baltikum

Die aufsässigen deutschen Truppen in Kurland und Estland sind nahe daran, Deutschland in einen neuen Krieg zu stürzen. Was für eine Sorte Landeskinder dort oben beisammen ist, dafür zeugen zwei Schilderungen, die wir in Parteizeitungen fanden. Unser Königsberger Bruderblatt brachte unlängst folgende Darstellung:

„Ein sonniger Frühlingsabend war es. Die Bäume und Sträucher prangten im Jugendgrün, die Vögel zwitscherten, Alt und Jung freute sich des Lebens. Auf dem Schloßberg erstrahlte die alte Ordensritter-Burgruine im Abendrot; in ihrem alten Gemäuer, den lauschigen Gängen, ergingen sich Jungens und Mädels in harmloser Fröhlichkeit, in den Beteuerungen der Liebe. Plötzlich hallte wüster Lärm in diesen idyllischen Abendfrieden. Vor dem Gefängnis hatte sich ein johlender Haufen fremder Landsknechte versammelt, Alte und Junge, Frauen und Kinder darunter. Rufe: raus, raus mit ihr, waren zu vernehmen; und plötzlich öffnete sich die Türe und heraus trat ein etwa 20jähriges Mädchen in ländlicher Tracht. Etwas unsicher überschaute sie die lüsterne, johlende Menge und trat die Stufen hinab, mit wollüstigem Gebrüll empfangen. In Kurzem war sie ihrer Kleider entledigt und derbe Landsknechtsfäuste hoben sie in die Höhe, zur allgemeinen Ergötzlichkeit so, wie sie der Herrgott geschaffen. Jüngelchen von knapp 17 Jahren drängten sich in wollüstiger Gier herzu, ein jeder wollte was sehen, ein jeder wollte etwas befühlen. Solch ein Fest wurde nicht alle Tage geboten. Die Augen erglänzten, die Wangen hochrot, die Bestie war erwacht. Unter Püffen und Stößen, unter Johlen und Gebrüll gings durch die Stadt, dem Flusse zu. Schläge auf das Gesäß, die Brüste, Griffe zwischen die Beine, vermochten keinen Schmerzenslaut über ihre Lippen zu bringen. Ein Opferlamm, das zur Schlachtbank geführt wurde. In glühendem Rot war die Sonne untergegangen, sie wollte nicht Zeuge sein dessen, was nun erfolgte.

Die Menge hatte sich etwas verloren, die Landsknechte mit ihrem Opfer das Ufer erreicht. Noch einmal versuchten sie durch Rutenstreiche, wollüstige Betastungen und derbe Späße ihre Gier zu befriedigen und dann warfen sie das alles stumm und wehrlos duldende Mädchen ins Wasser. Wird sie durch Schwimmen sich retten? Nein! Sie suchte Errettung durch den Tod, kein Kampf mit dem nassen Element, den Tod und die Meute verachtend, regungslos ging sie unter. Mit Bootshaken wurde der fast leblose Körper herausgezogen. Die immer mehr sich ausbreitende Dämmerung ließ den reinen weißen Körper in magischem Lichte erschimmern; ruhig und friedlich lag die Tote da, von hundert lüsternen Augen entweiht, geschändet. Kam die Meute zur Vernunft?

Ein Dolch erglänzte, fuhr ihr um die Brüste, um die Scham; sollen wir?, los, fahr zu, stich die Augen aus! In wüster Gier breiteten sie die Beine aus.

Die Nacht brach herein.

Einige Bürger kamen mit Spaten, schaufelten ein Grab und legten den Körper hinein.

Unter wollüstigem Wiehern zogen die Landsknechte davon.

Zwischen Wolkenschichten brach das helle Licht des Mondes hervor, beleuchtete gespenstig die Ruine, spiegelte sich im Wasser, fuhr liebkosend über das Grab — und — Finsternis herrschte.

Kein Märchen, sondern eine wahre Geschichte, die am Abend des 24. Mai 1919 zu Bausk in Kurland von deutschen Soldaten in Szene gesetzt wurde. Das Opfer, ein weibliches Mitglied der Roten Garde."

Ein ehemaliger aktiver Feldwebel, der vier Jahre an der Front war und den dann die Not zwang, sich für die baltischen Truppen anwerben zu lassen, schreibt der Berliner Freiheit voll Entsetzen über das Treiben der deutschen Truppen im Baltikum:

Ich gehörte der Maschinengewehrabteilung des Freikorps v. Medem an, die seinerseits der sogenannten deutschen Legion unter dem Befehl des Kapitänleutnants von Siebert unterstand. Sämtliche deutschen Truppen im Baltikum bestehen zu mehr als drei Vierteln aus niedrigstem, arbeitsscheuem Gesindel und Landsknechten schlimmster Art. **Was sie zusammenhält, das ist nicht etwa ein nationaler oder ethischer Gedanke, sondern allein die Sucht nach Raub und Plünderung.** Würden ihnen morgen die russischen Bolschewisten ein oder zwei Mark höhere Löhnung versprechen, so würden sie mit fliegenden Fahnen in deren Lager übergehen. Von irgendeiner Disziplin ist keine Rede. Abgesehen von gelegentlichen Spielen wird überhaupt kein Dienst getan. Jeder macht im großen ganzen was er will, und die Offiziere wagen kaum, irgend etwas gegen ihre Leute zu unternehmen. Raub, Plünderung und Schändung sind an der Tagesordnung. Von Bestrafungen hierfür hört man kaum jemals etwas.

Die Landesbewohner werden auf das schändlichste behandelt und rücksichtslos ausgebeutet. Nach der Eroberung von Riga fanden die entsetzlichsten Plünderungen statt. Hierbei haben eine große Anzahl Leute **ungeheure Summen geraubt,** deren sie sich öffentlich rühmen. **Manche haben über 100 000 Rubel erbeutet.**

Bezeichnende Beispiele für das Wüten der deutschen Soldateska bilden die zahlreichen **Ueberfälle auf Frauen und Mädchen, die in einer hier nicht wiederzugebenden Art und Weise geschändet werden.** Als in einem solchen Falle lettische Miliz eingreifen wollte, wurde sie von den Deutschen mit Revolvern zur Umkehr gezwungen.

In einem Falle solcher Frauenschändung, in dem ich immer wieder auf Bestrafung der schuldigen Soldaten drängte, wurden diese schließlich mit — **10 Mark Geldstrafe** belegt. Als die Betreffenden die 10 Mark bezahlten, äußerte ein Gefreiter, das mache ihm nichts, soviel falle **von den 16 000 Rubeln, die er in Riga geraubt habe,** schon ab. Auf die Erklärung des betreffenden Feldwebels, er würde sich bei dieser lächerlichen Strafe nicht beruhigen und die Angelegenheit weitermelden, wurde ihm bedeutet, er solle das nur ruhig tun, **man würde die Sache von dort aus schon unterdrücken.**

Trotz solcher Untaten gelten die Soldaten der deutschen Legion bei den Bewohnern als noch verhältnismäßig „anständig". Die Soldaten der sogenannten „Eisernen Division" haben noch einen **viel furchtbareren Ruf.**

Bis zu meinen Fortgang von der Truppe, also bis zum 1. Oktober, kamen **unentwegt neue Freiwillige** an. Ueber das Noskesche Verbot setzte man sich hohnlachend hinweg. Neuangeworbenen wird ein Urlaubsschein zugeschickt, um den Anschein zu erwecken, daß sie bereits der Truppe angehören und nur auf Urlaub in Deutschland waren. Die Offiziere erklären ganz offen, daß sie nicht daran dächten, nach Deutschland zurückzukehren. Den Mannschaften ist diese Frage an sich völlig gleichgültig. Sie wollen eben nur dort sein, wo es **hohe Löhnung und möglichst viel zu rauben gibt.**

Infolge dieser Untaten ziehen sich die wenigen anständigen Elemente, die sich noch unter den Unteroffizieren und Mannschaften befinden, immer mehr zurück. Zugleich mit mir kündigten allein von meiner Abteilung 6 Unteroffiziere und 20 Mann aus Ekel über die unbestraft gebliebenen Untaten der Truppen ihren Dienst. So bleibt das Gesindel allein zurück.

Soviel mir bekannt ist, befindet sich der Führer meiner Abteilung, Hauptmann Medem, zur Zeit in Berlin. Ich bin jederzeit bereit, ihm gegenüber für die Wahrheit meiner Behauptungen einzustehen.

So sehen Noskes Hätschelkinder aus!

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

1]

Erstes Kapitel.

Der Erste Staatsanwalt von Kern betrat den Sitzungssaal der Fünften Strafkammer, wo, wie er wußte, der Staatsanwalt Jordan amtierte. Der war gerade beim Plädoyer. Mit einer leichten Verneigung gegen den Richtertisch trat der Erste Staatsanwalt näher und ließ sich in einen der Zeugenstühle nieder. Er hatte Jordan eine dienstliche Mitteilung zu machen und hörte sogleich, daß der Kollege am Ende seiner Ausführungen war.

Mit heißem Kopf, das glattrasierte Senatorengesicht in Gluten, das eisengraue, kurzgeschorene Haupt zurückgeworfen, den hohen, sehnigen Körper hochgereckt, agierte dieser erlesene Redner mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit gegen den armen dreiundzwanzigjährigen Sünder auf der Anklagebank, der, „dem Liebchen zu Gefallen", ganze 150 Mark seiner Firma, einer Glasversicherungsgesellschaft, durch Quittungsfälschung unterschlagen hatte.

Mit dröhnender Stimme, die Rechte zur Faust geballt und sie gegen den Angeklagten schüttelnd, rief der Staatsanwalt: „Von mildernden Umständen kann hier gar keine Rede sein! Daß der Angeklagte nicht vorbestraft ist, will bei einem so jungen Menschen gar nichts sagen. Er hat sich wahrlich mit seinen dreiundzwanzig Jahren früh genug gegen die Gesetze vergangen! Hier ist Milde durchaus nicht am Platze! Im Gegenteil! Es gilt wieder einmal ein Exempel zu statuieren und dem Gesetze die Achtung zurückzuerobern, die die heranreifende Generation total zu verlieren auf dem besten Wege ist. Schon im Laufe der Beweisaufnahme sah sich der Herr Verteidiger bemüßigt, hier allzuhäufig die Jugend des Angeklagten zu betonen und als Entschuldigungsgrund zu mißbrauchen. Das wird, wie ich hoffe, bei den Herren Richtern nicht verfangen.

Die Jugend ist es in erster Reihe, die die Sittengesetze heute zu verachten nur allzu geneigt ist. Der Geist der Ungesetzlichkeit, der Rebellion gegen Ethik und Gottesglauben geht gerade in den Reihen der Jugendlichen heutzutage furchtbar um, und deshalb sind in erster Linie sie es, die am bedürftigsten erscheinen, daß ihnen der Respekt vor den Vorschriften der zehn Gebote wie des Strafgesetzbuches mit Flammenschrift eingebrannt werde.

Der Angeklagte wollte seine „Braut", sagen wir richtiger seine Konkubine, auf die Rennbahn führen und ihr Gelegenheit geben, dort ihrer Wettleidenschaft zu frönen. Da fälschte er die Quittungen und wurde zum Verbrecher!

Ja, kann man sich wohl eine geringere Widerstandskraft gegenüber der Versuchung zum Verbrechen vorstellen? Ist nicht mit absoluter Gewißheit anzunehmen, daß der Angeklagte bei nächster Gelegenheit, sobald sie sich bietet, auch das Zehnfache der hier defraudierten Summe unterschlagen werde? Das ist ganz ohne Zweifel!

Der Angeklagte bedeutet mir überhaupt den ganzen Typ des modernen Schwindler- und Schiebertums. Er hat dessen sämtliche Kennzeichen. Neigung zum Wohlleben und Luxus. Großmannssucht, Kavalierpassionen. Scheu vor ehrlicher, ordentlicher Arbeit.

Denn was treibt diesen gelernten Friseur zum Drohnenleben des Agenten? Arbeitsscheu — nichts weiter. Sie sehen hier einen hoffnungsvollen Adepten am Beginn einer voraussichtlich langen Verbrecherlaufbahn. Es hieße diese fördern, griffe man nicht sogleich in ihren Anfängen mit der ganzen zulässigen Schärfe des Strafgesetzes ein. Hierüber bin ich mir völlig klar. Aus diesen Erwägungen heraus beantrage ich zwei Jahre Zuchthaus."

Während der Angeklagte mit einem Aufschrei ohnmächtig von der Bank sank, und der Gerichtsdiener herzusprang, ihn aufzuheben, ließ Staatsanwalt Jordan sich auf seinen Stuhl nieder und trocknete sich die Stirn. Seine Augen flammten, es zuckte in seinem Gesicht. Er war in außerordentlicher Erregung. In diesem Moment trat der Erste Staatsanwalt an Jordan heran, der sich von seinem Sitz erhob. Von Kern reichte Jordan die Hand. Dann sagte er: „Herr Kollege, darf ich Sie bitten, nach Schluß dieser Verhandlung einen Moment in mein Amtszimmer zu kommen?"

Jordan verneigte sich, und der Erste Staatsanwalt verließ mit einem stummen Gruß gegen den Richtertisch den Saal. Eine Stunde darauf ließ Jordan sich bei von Kern melden.

„Na," — rief dieser dem Kollegen entgegen, „haben Sie den arbeitsscheuen Friseur zur Strecke gebracht?"

Ein Schatten ging über Jordans Züge. Es klang im Gegensatz zu der jovialen Anrede des Vorgesetzten sehr dienstlich, als Jordan entgegnete: „Der Angeklagte hat anderthalb Jahre Zuchthaus bekommen."

„Jordan Triumphator!" lachte Herr von Kern.

„Verzeihung", entgegnete Jordan sehr nachdrücklich, „wie der Herr Erste Staatsanwalt sich entsinnen wird, hatte ich zwei Jahre beantragt."

„Richtig — Richtig," sagte von Kern und lud Jordan mit einer Handbewegung zum Niedersetzen ein. Er hatte im Sinne, dem Kollegen seine allzu große Schärfe vorzuhalten, stand aber im Augenblick davon ab, da er den Eindruck hatte, daß Jordan noch gar zu erregt von der Verhandlung sei. Von Kern klemmte das Monokel ein und begann unter den Akten, die berghoch auf seinem riesigen Diplomatenschreibtisch sich häuften, zu wühlen.

„Hören Sie", näselte er, froh, das Gespräch wieder in rein amtsgeschäftliche Bahnen zu lenken, „der Kollege Strachwitz hat sich krank gemeldet. Da wird eine Vertretung in einer Sache wegen schwerer Kuppelei notwendig. Hier sind die Akten. Sie gehen Ihnen noch heute zu. Termin der Hauptverhandlung steht schon am siebenten an. Heute ist der 4. November. Ich bitte Sie, die Vertretung zu übernehmen. Es ist so recht ein Fall für Sie!"

Wieder schwoll die Ader auf Jordans hoher Stirn bedenklich an. Wieder glaubte er im Tone des Vorgesetzten die mokante Färbung zu spüren.

„Wieso?" fragte er scharf. „Weshalb, weshalb, ein Fall — gerade für mich?"

Die sehr gepflegte Rechte von Kerns strich den flotten grauen Schnurrbart und nahm dann das Monokel aus dem Auge. Von Kern sah dem Kollegen mit einem vollem Blick in die großen dunklen, leidenschaftlichen Augen. Er lächelte fein und sagte im leichten Tone: „Nun — ich habe nur einen flüchtigen Blick in die Akten geworfen. Der übliche schwere Kuppeleifall. Für Sie aus dem Grunde reizvoll, weil wieder Jugendliche im Mittelpunkt der Handlung stehen. Eine Siebzehnjährige, die verkuppelt sein soll. Da lassen sich ja wieder die eindringlichsten Diagnosen über die totale Verderbtheit der heutigen Jugend anstellen."

(Fortsetzung folgt.)

Der Krieg ist aus — es lebe der Krieg!

Von Artur Crispien.

Der Krieg ist aus, es lebe der Krieg! Mit diesen Worten läßt sich am besten die gegenwärtige weltpolitische Lage charakterisieren. Formell ist der Friede geschlossen, zwischen den Zentralmächten und den Ententestaaten. Der Friede ist aber trotzdem ein Problem, das noch gelöst werden muß. Der Vertrag von Versailles hat nun wohl auch den größten Optimisten darüber belehrt, daß der Friede weder durch das famose Wilsonsche Völkerbundsprogramm noch durch den bürgerlichen Pazifismus verwirklicht werden kann. Alle Illusionen nach dieser Richtung sind zerstört.

Solange der Kapitalismus die Welt regiert, wird die Menschheit überhaupt nicht zum Frieden kommen. Der Kapitalismus trägt immer neue Kriege in seines Schurzes Falten. Erst wenn die Menschheit den Kapitalismus überwunden hat und zu einer höheren Kulturstufe, dem Sozialismus, gelangt ist, werden Völkerbund und Völkerfrieden Wahrheit geworden sein.

Friede! — Wo ist Friede? Wo wir auch hinblicken, krachen immer noch Handgranaten, knattern immer noch Maschinengewehre, donnern immer noch Kanonen, herrscht immer noch Massenmord. Wir stehen dicht vor dem verzweifelten Krieg aller gegen alle.

Deutschland schloß Frieden mit der Ukraine und schickte seine Soldaten zum Sturz der ukrainischen Regierung, deren Unterschrift unter den Friedensvertrag kaum trocken war.

Deutschland schloß Frieden mit dem Sowjet-Rußland. Deutschland bestand darauf, daß der Friedensvertrag mit der Phrase beginne, man wolle fortan in Frieden und Freundschaft miteinander leben. Dann wütete die deutsche Soldateska in Rußland, ganz, als wäre nie ein Friedensvertrag abgeschlossen.

Wie die Deutschen, so machen es die Kapitalisten aller Länder: sie bekriegen die sozialistischen Regierungen. Wie die russische und die in Ungarn. Die Kapitalisten fürchten ihren Sturz und den Sieg des Sozialismus.

Die Kapitalisten führen Krieg nach außen gegen ihre kapitalistischen Konkurrenten, sie führen ebenso Krieg nach innen gegen ihre sozialistischen Bedränger. In Deutschland tobt der kapitalistische Krieg mit Minenwerfern, Kanonen, Handgranaten, Maschinengewehren, Gasbomben und Flammenwerfern gegen sozialistische Arbeiter und die Rechtssozialisten sprechen den Waffensegen.

Die Ententestaaten schlossen Frieden mit den Zentralmächten. Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain sind aber gar keine Friedensverträge, sie sind nichts anderes als neue Kriegserklärungen für den wirtschaftlichen Krieg. Der wirtschaftliche Krieg ist nicht minder grausam als der politische. Zwar schweigen die Kanonen und Menschen werden nicht mehr von Granaten zerfetzt oder von Gasen vergiftet. Dafür aber geht die chronische Unterernährung um, macht aus Kindern Greise und wird zum langsamen, desto qualvolleren Hungertod.

Die siegreichen Kapitalisten, die ihre Konkurrenten militärisch geschlagen haben, wollen sie auch wirtschaftlich vernichten. Was kümmert es sie, wenn Millionen und aber Millionen Menschen zugrunde gehen. Wenn die Kapitalisten nur das Kommando über den Erdball in ihre Hände bekommen. Die Kapitalisten aller Länder befinden sich mitten im Konkurrenzkampf um die Beherrschung der Welt, den sie mit allen, buchstäblich mit allen Mitteln führen.

So verlogen wie die deutschen Parolen für die jahrelangen Massenschlächtereien: Für Heim und Herd, für Weib und Kind, für Freiheit und Vaterland! so verlogen sind auch die Kriegsparolen der Entente: Für die Befreiung und die Selbständigkeit der Nationen!

Wir haben nie daran gezweifelt, daß die deutschen Brandstifter und Massenraubmörder den Weltkrieg für die Interessen der deutschen Kapitalisten angezettelt haben. Das beweist unser Kampf gegen den Krieg vor und während des Krieges, lange vor allen „Enthüllungen".

Wir haben nie daran geglaubt, daß die Entente den unterdrückten Nationen die Freiheit und Selbständigkeit bringen wollte.

Die deutschen Kriegsverbrecher wollten die Nordküste Frankreichs, Belgien und die Ostseeprovinzen Rußlands, als — Sicherungen gegen feindliche Angriffe! Sie, die selber wie die Räuber in andere Länder eingefallen waren! Und noch nach ihrer vernichtenden Niederlage versuchen deutsche Landsknechte im Baltikum Land zu rauben.

Die Entente zerstückelt Staaten, reißt Gebietsteile aus ihnen heraus und verteilt sie und schafft sogenannte Nationalstaaten, die wirtschaftlich nicht leben und politisch nicht sterben können.

Italien, dessen Regierung sich scheut, nach den furchtbaren Blutopfern mit leeren Händen vor das italienische Volk zu treten, verlangt Welsch- und Deutsch-Tirol, Istrien und die Ostküste des Adriatischen Meeres.

Polen soll mit Hilfe der Entente große Teile rein deutschen Gebiets haben, quer und längs durch Westpreußen, ohne Rücksicht darauf, daß Elbing mit Ostpreußen dann eine deutsche Insel im polnischen Landmeer bilden. Klarer konnte nie die wirtschaftliche Sinnlosigkeit politischer Grenzberichtigungen zutage gefördert werden.

Tschechoslowakien will Böhmen, Mähren und Nord-Ungarn an sich reißen.

Rumänien strebt über Siebenbürgen hinaus bis zur Theißniederung und zankt sich mit Jugoslawien um das Banat im südlichen Ungarn.

Jugoslawien, der serbo-kroatische Staat will sich bilden aus Serbien, Montenegro, Teilen von Albanien und Mazedonien, aus Bosnien, der Herzogowina, Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Krain und Teilen von Steiermark und Kärnten.

Um die deutschen Kolonien geht der Streit zwischen den Staaten der Entente. Frankreich und England machen durch ihre „Friedensmaßnahmen" Kolonialländer aus Deutschland und Oesterreich.

So werden große Gebiete zerstückelt und neu gruppiert, Nationen „selbständig" gemacht ohne jede Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Diese Nationen sind nichts als Ausbeutungsobjekte für die siegreichen Entente-Kapitalisten, vollkommen von ihnen abhängig.

Das kapitalistische Nationalitätenprinzip ist ein reaktionäres Prinzip. Es ist eine Versündigung gegen den kulturellen Fortschritt, nach Abstammungen oder nach Sprachgebieten die menschliche Gesellschaft immer wieder neu einzuteilen und durch politische Grenzen zu trennen. Es ist überhaupt unmöglich, irgend einer Nation ein zusammenhängendes Gebiet zuzuteilen, ohne anderen Nationen mehr oder weniger große Gebietsteile zu nehmen. Dazu sind die Völker längst zu sehr mit einander vermischt. Nicht neue Staaten und Staatenableger, sondern Beseitigung der politischen Grenzen und Aufgehen der Nationen in die Weltwirtschaft, die wirtschaftlich die Völker aller Kulturländer auf das innigste miteinander verbunden hat: das ist die Forderung des Tages! Ein Volk, das von der Weltwirtschaft ausgeschlossen ist, müßte zugrunde gehen.

Die Naturverhältnisse, die klimatischen Verhältnisse, die Beschaffenheit des Bodens, die Bodenschätze und demzufolge die Art der Erzeugnisse sind in den verschiedenen Ländern verschieden. Darum ist jede Nation, wenn sie ihre Kultur erhalten oder gar verbessern will, auf den Warenaustausch, auf den innigsten wirtschaftlichen Verkehr mit anderen Nationen angewiesen. Man prüfe nur einmal den Welthandel, den Außenhandel der verschiedenen Länder und achte dabei besonders auf die Art der Waren, die zwischen den Nationen hin und her gehandelt werden. Was es für irgend ein Volk bedeutet, nicht an der Weltwirtschaft teilzunehmen, das hat Deutschland, das hat jeder von uns am eigenen Leibe infolge des Krieges genugsam empfinden müssen. Was also hat es für einen Sinn, Völker politisch von einander zu trennen, wenn sie wirtschaftlich nicht getrennt werden können.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ökonomische Struktur der Gesellschaft, das ist das Entscheidende. Der juristische und politische Ueberbau muß sich der ökonomischen Struktur anpassen, sollen Frieden, Harmonie und Freiheit bei den Menschen wohnen.

Weil heute der juristische und politische Ueberbau der menschlichen Gesellschaft, der sie durch politische Grenzen in Staaten trennt, nicht mit der ökonomischen Struktur, Weltwirtschaft, in Einklang steht, deshalb wird die Menschheit von Krisen, Katastrophen, Kriegen und Revolutionen heimgesucht.

Es ist die Aufgabe des Proletariats, das Ziel der sozialistischen Klassenkämpfer, den geistigen Ueberbau der Gesellschaft umzuwälzen, bis der Sozialismus verwirklicht ist: Die planmäßig organisierte sozialistische Weltwirtschaft.

Dann wird der Ruf lauten: „Der Krieg ist aus, es lebe der Frieden!"

An unsere Leser!

Ihr, die Ihr die „Elbinger Volksstimme" lest, das Blatt, das Euren Interessen dient; und für Euch kämpft:

Lest Ihr auch die Anzeigen?

Merkt es Euch: Die Einkünfte, die der Zeitung aus dem Anzeigenteil zufließen, dienen dem Ausbau des redaktionellen Teiles, der doch Euch in erster Linie zugute kommt.

Darum verdienen auch die Anzeigen Euer Interesse!

Lest sie und macht Eure Einkäufe und Besuche in den Geschäften und Veranstaltungen, die in der „Elbinger Volksstimme" inserieren, sagt dabei aber auch, daß Ihr deshalb kauft und die Veranstaltungen unterstützt, weil sie in der „Elbinger Volksstimme" inserieren. Damit zeigt Ihr jenen Geschäftsleuten, daß ihre Anzeigen gelesen worden sind und ermuntert sie, auch weiter in der „Elbinger Volksstimme" zu inserieren.

Eurer Zeitung erweist Ihr damit einen großen Dienst!

In und um Elbing.

Wie die Volksstimme ward

Die Schaffung unserer Elbinger Volksstimme vollzog sich anders, als die bisher im Osten durch Arbeiter erfolgten Zeitungsgründungen. Monatelang, ehe zum Ankauf eines Druckereigrundstückes geschritten werden konnte, war ein bedeutendes Kapital für das neue Unternehmen vorhanden. Der stürmische Drang unserer Elbinger Arbeiterschaft nach einem ihnen gehörenden Blatt bewirkte, daß sich tausende in die Abonnentenlisten eintragen ließen, ehe der geringste praktische Schritt zur Lösung des Druckproblems geschah. Auch die Stimmung in weiten Kreisen der Elbinger Geschäftswelt war dem Unternehmen günstig. So bestanden auf der einen Seite gute Vorbedingungen. Auf der anderen stellten sich der Errichtung eine Anzahl Schwierigkeiten in den Weg, die man früher nicht kannte.

Sollte ein moderner Zeitungsbetrieb entstehen, so mußte von vornherein der Druck im eigenen Betrieb erfolgen. Unterhandlungen zwecks Ankauf eines geeigneten Grundstücks sind mehrfach gepflogen worden, ohne daß sie zu einem Resultat führten. Erst als im August durch Vermittlung unseres Genossen, Dr. Cranz II, der Kauf des Grundstücks Spieringstraße 21, der Frau Rentiere Wernich gehörig, erfolgte, konnte ernstlich an den Aufbau des Betriebes herangegangen werden. Doch nun machten sich Transport- und Materialschwierigkeiten sehr störend bemerkbar. Immer wieder stellte sich heraus, daß die voraussichtlichen Lieferungstermine nicht eingehalten wurden. Schweren Herzens mußten wir endlich daran gehen, auf den geplanten Druck auf der Rotationsmaschine mit Stereotypieeinrichtung vorläufig verzichten und den Druck auf der Doppel-Schnellpresse vornehmen. Wir hoffen aber, in nicht allzulanger Zeit im Besitz der gewünschten Maschinen zu sein, wodurch wir dann in der Lage sind, den Druck bedeutend zu beschleunigen und auch in einem größeren Format erscheinen werden.

Vor weitere Schwierigkeiten stellte uns der notwendige Umbau des Hauses. Besonders der Einbau der Kraft- und Lichtanlage und die Errichtung eines Glasdaches für den Maschinensaal brachten nicht nur bedeutende Kosten, sondern auch große Zeitverzögerungen mit sich. Einen Teil unserer Setzkästen und den größten Teil der Büroeinrichtungen haben wir bisher trotz größter Bemühungen nicht erhalten. Trotzdem sind wir in der verhältnismäßig kurzen Zeit von acht Wochen soweit, den Betrieb aufzunehmen.

Ueber die politische Haltung unseres Blattes ist im Einführungsartikel das nötige gesagt. Hier sei nur noch kurz bemerkt, daß die Volksstimme redaktionell so gehalten sein wird, daß sie nicht nur ein Blatt für den Mann ist. Das Lesebedürfnis und die Anschauungsweise der Frau wird besondere Berücksichtigung erfahren. Legen wir doch mit vollem Recht darauf Wert, daß die Frau des Mannes Mitstreiterin und ebenbürtige Genossin sei. In früheren Zeiten kam es häufig vor (heute ist's wohl mehr eine Folge des Papiermangels), daß die sozialdemokratischen Zeitungen lediglich ein politisches Gewand trugen. Diesen Fehler wird die Volksstimme vermeiden, da sie auf allen Gebieten die beratende Wegweiserin sein soll.

Die eingangs geschilderten Verhältnisse erschweren nicht nur die Aufgabe der technischen Druckleitung, sondern auch die der Expedition. Die Eintragung in die Postzeitungsliste wurde im September beantragt. Sie ist abgelehnt worden. Beschwerde bei der Oberpostdirektion Danzig und dem Ministerium war vergeblich. Der Bezug der Elbinger Volksstimme durch die Post wird also vor Januar 1920 nicht möglich sein. Das Verhalten der Post ist angesichts des Finanzdefizits nicht verständlich. Unserem Blatt erwachsen daraus bedeutende wirtschaftliche Nachteile, da seine Verbreitung nach außerhalb fürs erste sehr erschwert ist. Die Genossen müssen die Maßnahme der Postverwaltung durch erhöhte Agitation in Elbing wettmachen. Jeder einzelne kann und muß für die Elbinger Volksstimme werben. Und wenn in den ersten Tagen in der Zustellung nicht alles klappt, soll der Betroffene nicht gleich ein Hallo über die bummelige Expedition anstimmen, sondern daran denken, daß wir kurze Tage, schmutzige Straßen und keine Beleuchtung haben und daß es den Zeitungsfrauen nicht leicht ist, die Wohnungen der Bezieher unter solchen Umständen zu finden. Die Geschäftsleitung wird das Menschenmögliche tun, um allen berechtigten Anforderungen zu genügen. Jeder Bezieher wird die fehlende Nummer jederzeit in unserer Expedition empfangen können, wo auch etwaige Richtigstellungen der Abonnementsliste entgegengenommen werden.

So mag denn unsere erste Nummer hinausgehen zu Freunden und Feinden. Hoffen wir, daß der ersteren mehr sind, als der letzteren und daß mit dem Erscheinen der Volksstimme ein neues Blatt in der Elbinger Zeitungsgeschichte beginnt.

Redaktion und Verlag der Elbinger Volksstimme.

Geschworenenauslosung

Für die am 3. November beginnende Schwurgerichtsperiode des Elbinger Landgerichts wurden als Geschworene ausgelost: Hofbesitzer Gustav Witting-Kl. Wickerau, Gutsbesitzer Heinrich Janzen-Pr.-Königsdorf, Gutspächter Kommsee-Michelau (Rosenberg), Bankdirektor Bischoff-Marienburg, Arbeiter Bartschkowski-Grunau Höhe, Arbeiter Rose-Stuhm, Domänenverwalter Schulz-Liessau, Besitzer Schubert-Grünhagen (Stuhm), Glasermeister Gredstädt-Dt. Eylau, Baugewerksmeister Hanne-Rosenberg, Hofbesitzer Peter Lettau-Ellerwald 3. Trift, die Kaufleute Jablonowski und Louis Anker in Rosenberg, Besitzer Kutschwalski-Freystadt, Gutsbesitzer Neufeld-Klein-Montau, Molkereibesitzer Hentschel-Conradswalde bei Dt. Eylau, Besitzer Schreiber-Gulbien, Gutsbesitzer Katoll-Rosenberg, Gutspächter Welle-Cölmsee (Rosenberg), Bauunternehmer Irglin-Neudorf bei Dt. Eylau, Domänenpächter Wiebe-Kl. Sehren, Baugewerksmeister Sternberg-Freystadt, Arbeiter Reinhold Fröse-Tiegenhof, Dreher Otto Glaß, Töpfer Oskar Bartkewitz, Lagerhalter Albert Krüger, Kaufmann August Heß, Landmesser Alfred Pache, Töpfer Karl Braun und Braumeister Wilhelm Günthert in Elbing.

Unter den 30 Geschworenen sind 7 Arbeiter und mehrere Kleinbürger. Wenn das agrarische Element unter den Geschworenen auch noch immer überwiegt, — diese Berufsgruppe ist mit 13 Herren vertreten — so ist doch gegen früher ein merklicher Fortschritt eingetreten.

Die sterbende Stadtverordnetenversammlung

Eine Schande der mehrheitssozialistischen preußischen Regierung ist es, daß die westpreußischen Gemeindewahlen nach einem Jahr Revolutionsdauer erst soweit gediehen sind, daß wir bei der Aufstellung der Wählerlisten angelangt sind. Kein Grund ist stichhaltig, der diese Verzögerung begründen könnte. Wie notwendig die Kommunalwahlen sind, zeigt sich uns Elbingern an der Interesselosigkeit der Stadtverordneten. Die Stadtverordnetensitzungen weisen einen geradezu jämmerlichen Besuch auf. In der letzten am Freitag waren **38** Stadtverordnete anwesend. **60** Mitglieder zählt das Kollegium. Eine Magistratsvorlage wurde mit **20** Stimmen angenommen. Es ist die höchste Zeit, daß an die Stelle des verfaulten Dreiklassensystems eine wirkliche Gemeindevertretung gewählt wird.

Erhöhung der Preise für Druckpapier

Durch Bekanntmachung der Reichsstelle für Druckpapier vom 29. 9. 19 sind die Preise für Zeitungsdruckpapier für das vierte Vierteljahr 1919 gegenüber den bisherigen Preisen um 18,50 Mark erhöht worden. Gleichzeitig ist der den Beziehern von den Herstellern gewährte Kassenskonto von 2 Prozent in Fortfall gekommen. Die Preiserhöhungen, die von den Herstellern mit erheblichen Preissteigerungen für Kohle, Rohstoffe (Papierholz, Zellstoff, Holzstoff) und Arbeitslöhnen begründet worden sind, sind nach langwierigen, unter Leitung des Reichswirtschaftsministeriums vor sich gegangenen Verhandlungen von den Vertretern der Verlegerverbände zugestanden worden.

Aus der Partei

Taschenkalender 1920 der U. S. P.

128 Seiten. Preis 2.— Mk. Verlagsgenossenschaft Freiheit, e. G. m. b. H., Berlin NW. 6. Aus dem Inhalt des Kalenders heben wir hervor: Kalendarium für 1920 — Revolutionsprogramm der U. S. P. — Verzeichnis der unabhängigen Parteipresse — der Gewerkschaftspresse — und der Bezirksorganisation der U. S. P. — Neuer Einkommensteuertarif — Neuer Posttarif — Flugposttarif — Tägliches Notizbuch — Adressentafel — Freier Raum für Notizen. Mit der Herausgabe dieses Taschenkalenders erfüllt der Verlag Freiheit ein Bedürfnis aller in der Arbeiterbewegung tätigen Personen, die schon lange den Mangel eines handlichen Taschenkalenders, der das wichtige Adressenmaterial enthält, bedauerten. Deshalb ist der Taschenkalender für jeden Funktionär unentbehrlich und auch für alle anderen Mitglieder ein jederzeit willkommenes Notiz- und Nachschlagebuch.

Ein Hamsterlager der U. S. P. D.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Durch die gesamte arbeiterfeindliche Presse Deutschlands macht in diesen Tagen eine Notiz die Runde, bei deren Lektüre jedem das Wasser im Munde zusammenlaufen muß. Sie hat ungefähr folgenden Inhalt: Bei einer Haussuchung anläßlich des letzten Verbots der Freiheit wurde im Berliner Parteibüro der U. S. P. D. ein Hamsterlager von 20—30 Kisten mittleren Umfangs gefunden, die neben Büchsenmilch ausschließlich rationierte Mühlenfabrikate enthielten. Ferner wurde festgestellt, daß bis vor kurzem Speck und Schmalz vorhanden gewesen. Bei der Kriminalpolizei liegt ein amtliches Protokoll vor, aus dem hervorgeht, daß von diesem Parteibüro der Mörder Neurings, der Arbeiter Passin aus Dresden, während seines Aufenthalts in Berlin täglich eine Ration zur Fristung seines Lebens erhielt.

Was ist Wahres an der Geschichte? Die Lebensmittel sind oder waren tatsächlich vorhanden: sie entstammen einer **Sammlung für politisch Inhaftierte,** die die Regierung schmachvollerweise in den Gefängnissen hungern läßt und denen die Berliner Arbeiter von ihren schmalen Rationen freiwillig Naturalbeiträge zur Verbesserung ihrer Ernährung lieferten. Sie sind also kein Beweis für die Hamsterei der „unabhängigen Parteibonzen", sondern nur ein Denkmal für den Opfermut des Berliner Proletariats!

Die Behauptung, irgendwelche Mörder seien aus diesen Vorräten verpflegt worden, ist glatt erlogen. Irgendein Soldschreiber reaktionärer Cliquen hat sie sich aus den schmierigen Pfoten gesogen, um die Berliner Genossen zu diskreditieren. Die Verleumder schließen eben aus ihrer eigenen Praxis der Mörderbeschützung und Verherrlichung — Vogel, Marloh, Runge, Tamschick usw. — auf die ihrer Gegner.

Rebellion auf dem Lande

Des deutschen Volkes Nährstand wird rebellisch. Die brandenburgischen Grundbesitzerverbände drohen mit einer Milchsperre gegen Berlin. Für den kommenden Winter steht eine systematische Aushungerung der Städte durch das Land bevor. Die Bauern wollen ihren Pflichten der Ablieferung an die Städte nicht mehr nachkommen und schicken sich an, durch geradezu ungeheuerliche Forderungen das ganze Staatswesen in den Abgrund zu stürzen. Damit hätten wir also den bildschönsten Bolschewismus mitten in Deutschland, auf dem Lande!

Das russische Wort „bolsche" heißt auf Deutsch: mehr. Bolschewisten sind die, welche mehr wollen. Die deutschen Bauern wollen mehr, mehr Geld nämlich, als die planmäßige Zwangswirtschaft im Interesse der gesamten Bevölkerung ihnen für ihre Produkte bewilligen kann. Weil der „freie" Handel 2,50 Mk. für das Liter Milch bringt, wollen die Produzenten nicht für einen Bruchteil dessen an die Kommunen liefern. Da die Kuhhaut allein 800 Mk. auf dem „freien" Ledermarkt wert ist, so mag der Bauer nicht sein Rindvieh für 1200 Mk. der Zentrale verkaufen. Und ähnlich ist's mit allen Landesprodukten. Selbstlosigkeit ist nie eine agrarische Tugend gewesen. Die einstmals notleidende Landwirtschaft nimmt jetzt eben rücksichtslos ihre sieben fetten Jahre wahr. Wie käme sie dazu, sich mit fünfen zu begnügen? ! Man kann es den Landleuten nicht verdenken, daß sie mehr wollen. Sie wissen ja nicht, was Bolschewismus ist.

Zugegeben, die Landwirtschaft habe in den friedlichen Jahren der Kornzölle Not gelitten. Das Volk hat von dieser Not gewiß nicht profitiert. Aber aus dem Leiden des Krieges und seinen Folgen zog nicht zum wenigsten der Bauer seinen gewaltigen Vorteil, trotz aller Zwangswirtschaft, und zieht ihn weiter. Gibt es einen von ihnen, der sich nicht in der Zeit, wo Millionen starben, ganz gründlich gesund gemacht hat? Es sei jedem gegönnt, der auch Söhne vor dem Feind verlor! Aber nun könnte es genug sein. Die Not der städtischen Volksmassen wächst ins Unerträgliche. Dabei will jeder Obstbauer rasch noch Millionär werden. Der Kuhbauer möchte dasselbe, und darum organisiert man systematisch die Nichtablieferung von Milch und Schlachtvieh. Ein Geschäft für die Feinde der Republik! Bäuerliche Habgier vor dem Wagen der Reaktion zieht das Land in den Bolschewismus.

Was kann die republikanische Regierung dagegen tun? Gar nichts. Denn sie duldete damals, daß das Landvolk von den Truppen der Gegenrevolution bewaffnet wurde. Heute hat jeder Bauer seinen Schießprügel hinter dem Ofen zum Schutze der heiligsten Güter seines bodenständigen Egoismus. Da soll man ihm mal kommen, um die Ablieferung zu erzwingen! Der bewaffnete Bauer hat auch keine Angst vor den hungernden Städtern, die etwa aufs Land ziehen könnten, um sich mit Gewalt ihren Mundvorrat zu holen. Er weiß ja, daß man die Arbeiter systematisch entwaffnet hat. Also hat der Bauer ja die Gewalt im Lande und kann ungehindert eine wirtschaftliche Tyrannei ausüben, welche wirklich ein schwaches Staatswesen in den Abgr zu stürzen vermag.

Da sind wir nun heute in Deutschland glücklich so w wie uns kein Spartakus jemals hätte bringen können! großes Industrievolk ist der rücksichtslosesten Despotie e agrarischen Minderheit wehrlos überliefert. Die Hun krawalle in den Städten werden sich häufen. Damit w man wieder viele Unschuldige schädigen. Aber schließlich w die Verzweiflung darbender Massen doch den Weg zu Schuldigen finden. Dann könnte man vielleicht bald i ganzen Lande Dinge hören, wie jetzt eben aus Baden, wo einzelnen Gemeinden schon Gebäude, Heu- und Strohschu angezündet worden sein sollen. Was kann die Regier dagegen tun? Truppen zum Schutze der Bauern schick Dann werden die Bauern mit diesen Truppen die Repu stürzen. Das Landvolk hat längst sein monarchistisches L wiedergefunden. Es lebe der König von Preußen!

Wäre die deutsche Republik von heute nicht kreuzlo geboren und so geschwächt auf der Brust, so hätte sie Kluft zwischen Stadt und Land, die jetzt ihr Grab zu wer droht, gar nicht sich auftun lassen. Ein starker Staat h durch kräftige Gesetzgebung von vornherein dafür sorgen müs daß alle Produktion, vor allem die landwirtschaftliche, soz planmäßig in den Dienst des Volksganzen gestellt wu Kurz, man mußte mit der Sozialisierung der Landwirtsch beginnen, so schwer die Aufgabe an sich auch sein mag. A die landwirtschaftliche Produktion ist zunächst die wichtigste unser zusammengebrochenes Volkstum, wie uns eben wie die Gefahr ihrer organisierten Sabotage durch die Bauernsch zeigt. Unser Land könnte sich nach dieser guten Ernte ol große Einfuhr selbst ernähren. Es muß es tun, weil di Einfuhr bereits wieder merklich nachläßt, da wir sie ka mehr bezahlen können. Aber das Land will nicht, es w die Städte nicht ernähren, weil da die verhaßte Arbeitersch die Macht hat. Das ist die Kluft, über welche es keine Bri gibt: die Arbeiterfeindschaft der Agrarier!

Wenn sie nicht zu überbrücken geht, so müßte man di Kluft eben ausfüllen: mit den geopferten Interessen a Arbeiterfeinde. Dazu wäre es heute noch nicht zu spät, we wir im Reich eine entschlossene, grundsatzfeste Arbeiterregieru kriegten, wie sie in Sachsen „beinahe" zustande gekomm wäre. Statt dessen hat aber eine Umbildung des Reich kabinetts in einer Weise stattgefunden, daß für die Sache i notleidenden Massen gewiß nicht viel zu erwarten ist. muß das Verhängnis denn seinen Lauf nehmen. Die Dikta der Habsucht mag ihren Terror ausüben, sie wird den Vers der letzten ökonomischen Kräfte der alten Gesellschaft b beschleunigen. Vielleicht wachsen dann gerade im Kampfe i ihr die Kräfte des Volkes, der revolutionären Menschheit u morgen.

Und mag wirklich noch einmal eine kurze Spanne siegre scheinender Reaktion kommen, geführt von den Matadoren d verflossenen Macht zum Zwecke ihrer Wiederherstellung, könnte dies gar das Signal zum unwiderstehlichen Aufsta des plötzlich geeinigten Proletariats sein, zum Beginn d schonungslosesten Klassenkampfes, der mit der Vernichtu aller Menschenniedrigkeit enden und die Geburt der neu Gesellschaft bringen würde. Damit hätte er ein Ziel erreic das sich der bäuerliche Bolschewismus von heute sicher ni träumen läßt.

Hugo H. Kaulfuß.

Kaufhaus Gebr. Lublinski

empfiehlt

seine **grossen Läger** in

Baumwollwaren, Kleiderstoffen

Wäsche

Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion

Grosses Stofflager für Massanfertigung

Infolge frühzeitigen Einkaufs besonders preiswürdige Qualitäten

Stadttheater Elbing

Mittwoch, den 22. Oktober 1919

Operetten-Neuheit!

Das Vagabundenmädel.

Operetten-Neuheit!

Ernst Doebel, Schneidermeister

Spieringstraße 16 — ELBING — Spieringstraße 16

Wollstoffe
Friedensware
in großer Auswahl
eingetroffen.

Gestreifte
Hosenstoffe
am Lager.

Anzüge nach Maß
von
350,— Mk.
an.

Bei zugebrachten Stoffen
werden Anzüge, Kostüme, Mäntel unter Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung in kurzer Zeit geliefert.

Neu eingerichtet:
Spezialabteilung
für
Blusen u. Kleider
Beste Maßarbeit.

Umarbeiten
von
Militärsachen in Zivil
Schicke Formen — Guter Sitz
Wenden v. Anzügen, Paletots Kostümen billigst.

Reparaturen
Bügeln
Aendern
in saubersterVerarbeitung.

Männergesangverein „Liederfreund"

Chormeister G. Pahnke
begeht
Sonntag, den 26. Oktober 1919 nachmittags 3 Uhr, sein

16. Stiftungsfest

in sämtlichen Räumen des **Volkshauses** durch ein
großes Musik- und Gesangskonzert
unter Mitwirkung der Stadttheater-Kapelle, Direktor A. Pelz und des **Frauen-Gesangvereins „Liederfreund".**
Anfang des Konzerts punkt 4 Uhr, des Gesanges 5 Uhr.
Eintritt nur gegen Einladungskarten.

Der Vorstand.

Konsum- u. Sparverein von Elbing und Umgegend e. G. m. b. H.

Größtes Detail-Geschäft am Orte
Monatlicher Umsatz 80—90000 Mk.
1500 Haushaltungen
mit einer Kopfzahl von 4800 Personen
5 Verkaufsstellen am Orte.

Die Genossen, die noch nicht dem Consum-Verein angehören, bitten wir, dieses schnellstens nachzuholen.

Die Verwaltung.

R. Lessing Nachf.

Inh.: **J. Moeck**
Uhrmacher und Juwelier
Alter Markt — **Fernsprecher 312**
Uhren, Gold-, Silber- und Alfenidewaren
Verlobungs- und Trauringe
Große Auswahl. Billige Preise.

Es ist mir gelungen,
einen großen Posten
... Möbel ...
sehr vorteilhaft einzukaufen und bin ich in der Lage, allen meinen Kunden
ganze Wohnungseinrichtungen
sowie
einzelne Möbelstücke
billig abzugeben.

Versäume niemand, die günstige Gelegenheit wahrzunehmen.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

S. Maltenfort

Alter Markt 5. **Elbing** Alter Markt 5.

Großes Lager von gold. u. silbernen
Anker- sowie Zylinder-Uhren
für Damen und Herren.
Moderne Salon-Uhren
Ketten :: Ringe :: Anhänger
in großer Auswahl.
Eigene Reparatur-Werkstatt f. Uhren all. Art.

Paul Mulack Nachflg.
August Krüger, **Alter Markt 2.**
Aeltestes Geschäft am Platze.
Gegründet 1847.

Reelle Bezugsquelle

für
Pelzwaren
wie
Kragen, Muffen, Pelzhüte, Pelzmützen usw., Klapp-Hüte, Velour-, Haar- u. Woll-Hüte. Sport-Mützen.
Blaue Tuchmützen usw.

Dauerwäsche, Papierwäsche, Gummi-Hosenträger, Kragen, Krawatten, Selbstbinder, Serviteurs, Manschetten, Stöcke, Socken, Handschuhe, Unterhemden, Wickelgamaschen, Gummiband, Schnürsenkel usw.

Gebr. Laschinsky,

Elbing Westpr., Alter Markt 64.
am Markttor. Fernruf 826.

Rudolf Ullrich, Elbing Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere, hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Beerdigungsinstitut H. Herder,

Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Billigste Bezugsquelle

in **Papierwaren, Ansichtskarten, Kappen, Kottillonorden, Scherzartikel, Konfetti** usw.
F. Fietkau Nachfolger, Am Markttor.

Große Auswahl
Modenjournale
Herbst und Winter
sowie **Romane, Novellen** von beliebten Schriftstellern empfiehlt
Franz Falk, Buchhandlg.
Inn. Mühlendamm 8.

Zu verkaufen
ein Paar Herrenschnürschuhe für größeren Fuß. Gute Arbeitsstiefel.
Spieringstraße 21, I.

Wer tauscht eine
2-Zimmer-Wohnung
in Elbing geg. eine ebensolche in Danzig ein? Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Taschenlampen
Taschenbatterien
Birnen
Ventilgummi
Gummilösung
Flickgummi
sowie
Decken und Schläuche
offeriert billigst
F. Laufer, Georgendamm 8.

Empfehle mein reichsortiertes Lager in:
Salonuhren — Freischwingern
Regulatoren
Wanduhren und Weckern
Taschenuhren und Goldwaren
aller Art.
Georg Schmidt
jetzt Wasserstraße 87.
Reparaturen werden sauber und schnell ausgeführt.

Empfehle mich zur
Ausführung sämtlicher Malerarbeiten
in Stadt und Land.
Otto Weiss, Maler
Kl. Hommelstallstr. 3.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 2 | Donnerstag, den 23. Oktober 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die Streikwelle in Amerika. Wie aus Washington gemeldet wird, ist die Streikbewegung in den Vereinigten Staaten ins riesenhafte gewachsen. Allein in Neuyork zählt man zurzeit etwa 60 Streiks. Der Streik der Metallarbeiter dauert unvermindert fort, und der Streik der Eisenbahner ruft bereits große Beunruhigung im Wirtschaftsleben hervor. Zur Verhinderung des drohenden Bergarbeiterstreiks, der eine außerordentlich ernste Krise für das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten bedeuten würde, werden große Anstrengungen gemacht. Die amerikanische Regierung hat festgestellt, daß, wenn der für den 1. November geplante Bergarbeiterstreik wirklich zum Ausbruch komme, die Eisenbahnen nur für zehn Tage Steinkohlen hätten. Wahrscheinlich wird ein Ausfuhrverbot für Steinkohle erfolgen.

Gegen die Hungerstreikschande. Wie die Frankf. Zeitung aus Oberhausen meldet, ist die gesamte Belegschaft der Zeche Rhein 1 in Wehofen in einen 48stündigen Proteststreik getreten, weil von den in Werl inhaftierten politischen Gefangenen zwei erkrankt sind und einer an Hunger gestorben ist. Notstandsarbeiten werden ausgeführt.

50 000 Kommunisten im Gefängnis. Von geradezu entsetzlichen Verfolgungen und Martern, der die ungarische Arbeiterschaft ausgesetzt sind, gibt ein Aufruf Kunde, den das einzige der weißen Reaktion entronnene Mitglied des ehemaligen russischen Sowjet an die Proletarier der ganzen Welt richtet. Hier heißt es unter anderem:

„Fünfzigtausend Genossen sind im Gefängnis und Dutzende unter ihnen sind bereits ermordet. Man nimmt sich nicht die Mühe, sie eines Verbrechens anzuklagen, es genügt, jemanden als Sozialisten und Kommunisten zu denunzieren und er wird sofort eingekerkert. Dies trifft nicht etwa bewaffnete aufständische Revolutionäre, sondern friedliche Arbeiter und selbst Arbeiterkinder.

Der weiße Terror vergießt heute an einem Tage mehr Blut, als in der ganzen vier Monate langen Diktatur des Proletariats geflossen ist."

Vom Berliner Metallarbeiterstreik. Entgegen Berichten bürgerlicher Blätter, die die Beendigung des Berliner Metallarbeiterstreiks meldeten, sei festgestellt, daß der Streik noch andauert. Es finden noch immer Verhandlungen zur Einigung statt. Die Streikenden denken nicht an die Wiederaufnahme der Arbeit, ehe diese Beratungen beendet sind. Die Boykottierung der Mitglieder der Technischen Nothilfe ist bisher von der Fünfzehnerkommission nicht zurückgenommen worden. In einer Erklärung, die die Freiheit veröffentlicht, fordert die Fünfzehnerkommission alle Obleute der Streikleitung auf, ihr mitzuteilen, wer von den Mitgliedern der Gewerkschaften der Technischen Nothilfe angehört.

Landarbeiterstreik in Italien. Infolge eines Ausstandes der Landarbeiter in der Provinz Piacenza geht die ehemals blühende Provinz, wie der Secolo meldet, vollkommen dem Elend entgegen. Alle Versuche der Regierung, eine Verständigung zwischen beiden Parteien zustande zu bringen, haben sich zerschlagen. Die Herbstsaat ist fast vollständig unterblieben, so daß ungeheure Landstrecken nicht bebaut werden konnten. Die Eigentümer haben aus Mangel an Futtermitteln und Arbeitskräften ihre Viehbestände zum größten Teil nach den benachbarten Provinzen verkauft. Infolgedessen fehlt es an Milch und Milchprodukten.

Forderungen englischer Seeleute. Die von den Räten der englischen Seeleute aufgestellten Forderungen umfassen 14 Punkte, darunter Mindestlohn, freie Kost an Bord auch während des Ladens, Festsetzung einer bestimmten Zahl von Arbeitsstunden auf See und in den Häfen, das Recht der Seeleute auf einen Teil ihres Verdienstes bei der Ankunft im fremden Hafen, im Falle von Schiffbruch Bezahlung des Lohnes bis zur Heimkehr des Seemannes, Entschädigung an die Hinterbliebenen bei Verlust des Lebens, Entschädigungen bei Unglück und bei Verlust von persönlichem Besitz, die Reorganisation des drahtlosen telegraphischen Dienstes auf See und die Bildung eines gemischten nationalen Seefahrtsrates und eines solchen internationalen Rates.

Für die dritte Internationale. In einer Versammlung der Leipziger Unabhängigen wurde nach längerer Aussprache eine Entschließung angenommen, die sich für das sofortige Ausscheiden der unabhängigen Sozialdemokratie aus der zweiten Internationale und für die Nichtbeschickung der Genfer Konferenz ausspricht. Die Entschließung fordert weiter die Beteiligung an der dritten Internationale. Für diese Entschließung stimmten 910, gegen sie 497.

Vom Metallarbeiterverbandstag. Die Abstimmung über die Erwerbslosenunterstützung ergab keine Mehrheit für deren Erhöhung. Beschlossen wurde, die Krankenunterstützung mit den bestehenden Sätzen der Arbeitslosenunterstützung gleichzustellen. Das Sterbegeld wurde in Klasse 1 festgesetzt auf 60 Mark nach 52, steigend auf 200 Mark nach 572 Beitragswochen.

Stadt Groß-Berlin. An zuständiger Stelle erfährt die Dena, daß sich das Staatsministerium in seiner Sitzung am 21. Oktober erneut mit dem Gesetz über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin beschäftigt. Ueber das Resultat der Beratung ist bisher nichts bekannt.

Wir und Polen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Ein Danziger Blatt läßt sich aus Berlin berichten, daß die Besetzung von Westpreußen durch polnische Truppen alsbald zustande komme. Diese Meldung ist nicht nur unbegründet, sondern auch geeignet, eine vollkommen falsche Auffassung zu erwecken. Sie ergäbe überhaupt nur einen Sinn, wenn sie sich auf die abzutretenden Landesteile bezöge. Von einer alsbaldigen Besetzung durch polnische Truppen kann nicht die Rede sein, vielmehr wird von den Kommissionen, die jetzt in Berlin verhandeln, ein Räumungsplan in gegenseitiger Beratung festgestellt. Erst wenn dieser festgestellt, außerdem der Friedensvertrag in Kraft getreten sein wird, kann von einer Besitznahme durch die Polen in dem Maße, wie unsere eigenen Truppen zurückgezogen werden, gesprochen werden.

Arbeiterlohn und Unternehmerprofit

Bei den ungeheuren Preistreibereien hat das Großkapital, die der Staatskrippe nahestehenden Schichten und ein sich einnistendes Schiebertum verstanden, allen Nutzen in seine Taschen und durch diese zum wahrscheinlich größten Teil ins Ausland fließen zu lassen.

Die Erhöhung des Arbeitslohnes hat mit der Erhöhung der Preise nicht gleichen Schritt gehalten.

Die ganze Kunst der heutigen aus den Vertretern der Arbeiterschaft zusammengesetzten Regierung hat dahin geführt, daß der Arbeitslohn durch die fortwährenden Preiserhöhungen tatsächlich weit unter das Niveau der Vorkriegszeit herabgedrückt worden ist. Und in höherem Maße gilt das noch von den Angestellten und Beamten, von den Renten und Pensionen. So sieht bis heute der Sozialismus in der Praxis aus.

Alles, was die Mehrheitssozialdemokratie als Regierungspartei bisher der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten gebracht hat, ist die — größte Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, die seit Menschengedenken zu verzeichnen war. Und wo kommt das Drittel hin, das heute die Arbeiterschaft weniger verdient, das dem früheren Mittelstand mittels der Preiserhöhungen abgenommen wird und das zum großen Teil doch umläuft? Es fließt in die Taschen weniger, der Spekulanten, der Schieber, aber auch der Unternehmer.

Denn während die Löhne nominell um das etwa Zweieinhalbfache gestiegen sind, sind die Warenpreise überall um mehr als das Fünffache, meist um mehr als das Zehnfache gestiegen. Der Gewinn fließt in die Hände einzelner.

* * *

Die Geldumsätze und Gewinne der Unternehmer sind trotz des Rückgangs des Warenumsatzes in ganz gewaltigem Umfang gestiegen. Auch hierfür liegen heute zahlenmäßige Unterlagen vor.

So brachte die Düsseldorfer Freie Zeitung kürzlich Angaben über die Einkommenbewegung in Düsseldorf für die Jahre 1915 bis 1917, denen die folgenden Zahlen entnommen sind.

Es betrug demnach der Jahresverdienst:

	1915	1917	Steigerung
Papierfabrik	Mk. 210.000	2.946.000	14 fach
"	Mk. 31.000	556.000	18 "
Kleine Metallwarenfabrik	Mk. 99.800	1.225.000	12 "
Dampfsägewerk	Mk. 10.000	300.000	30 "
Lackfabrik	Mk. 40.000	201.000	5 "

Aehnliche Verhältnisse trifft man bei Nachprüfung der veröffentlichten Bilanzen von Aktiengesellschaften. Gegenwärtig sind die Gewinne noch weiter gewachsen.

Während also die Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft nicht im Verhältnis zu der Verteuerung der Lebenshaltung stiegen, sind die Verkaufspreise so gut wie aller Industrieprodukte in einem die mittlere Preiserhöhung um das Vierfache noch weit übersteigenden Maße angewachsen.

Auf Grund der heutigen Arbeitslöhne dürfte kein einziges inländisches Industrieprodukt gegenwärtig mehr als den dreifachen Preis, tatsächlich sogar nicht einmal diesen kosten. Alles was heute mehr dafür gelöst wird, ist müheloser Gewinn wucherhafter Art.

Nicht die hohen Löhne sind schuld an den gegenwärtigen hohen Preisen, sondern der übermäßige Gewinn an ihnen durch Arbeitgeber und Zwischenhandel.

Das Aergste aber an diesen Zuständen ist, daß die hohen Gewinne der Nichtarbeiter ins Ausland wandern und weder steuerlich erfaßt werden, noch im Lande weiter umlaufen.

* *

Zweierlei tut heute not:

Erstens die Löhne und Gehälter in Einklang zu bringen mit den tatsächlichen Preisen. Das würde eine etwa 50prozentige Lohnerhöhung verlangen und eine noch größere Erhöhung der Gehälter.

Zweitens die bisherigen übermäßigen Gewinne von Arbeitgebern und Zwischenpersonen zu beseitigen.

In der Praxis bedeutet das die Unterdrückung des Wuchers und des Schiebertums.

Das weiß man natürlich im Lager des Großkapitals und des Großschiebertums — beide Begriffe sind identisch — sehr genau. Das weiß man auch genau im Regierungslager.

Die systematische Irreführung, die bis zur Verhetzung gesteigert wird, über die angeblichen hohen Löhne der Arbeiterschaft als Grund der Teuerung und die Hetze gegen die angebliche Arbeitsunwilligkeit der Arbeiterschaft, haben nur den Zweck, die Aufmerksamkeit abzulenken von den eigentlich für die Preisteuerung Verantwortlichen. Sie sind der Deckmantel, unter dem der Wucher weiter blühen soll und die Preise immer weiter in die Höhe getrieben werden. Beseitigt man dann noch die Lebensmittel, um sie zu verteuern, sorgt für Kohlenknappheit, um sie zu verteuern, sorgt für Verkehrsschwierigkeiten zu dem gleichen Zweck, dann wird wohl endlich das verzweifelte Volk in seiner Not hochgehen. Dann wird es mit Hilfe der Noskegarden niedergeworfen, der Arbeitszwang eingeführt und damit hofft das heutige Schiebertum den dauernden Genuß seiner jetzigen Position gesichert zu haben.

Das ungefähr dürften die wirklichen Absichten der Drahtzieher der jetzigen reaktionären Entwicklung sein. Es ist genau das gleiche Verfahren, nach dem der Weltkrieg provoziert wurde, es sind auch noch immer die gleichen handelnden Personen.

Den Plan entlarven dürfte bedeuten, ihn verhindern.

Dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit aber kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß es sich da gröblich irreführen läßt, wo ein wenig Nachdenken das ausschließen müßte.

Wird es doch noch Tausende geben, die auch nach den hier gegebenen Aufklärungen weiter schimpfen werden auf die Arbeiter, die nicht arbeiten wollen und auf die hohen Löhne als Ursache der Teuerung, und die Regierung auffordern, da einmal endlich mit fester Hand zuzugreifen. Und im Hintergrund steht Mephisto Wucher und schert seine riesengroßen Schafe.

* *

Die gewaltige Steigerung der Unternehmergewinne, bei im allgemeinen beträchtlich gesunkenem wirklichem Umsatz an Waren, ist nur möglich durch Verschiebung des Anteils von Lohn (resp. Gehalt) und Geschäftsgewinn des Arbeitgebers an der erzeugten Ware und zweitens durch Verschiebung der Einkommensverhältnisse und Verbrauchsausgaben innerhalb der ganzen Volkswirtschaft. Auf diese Weise konnten durch Herabdrückung des Anteils der Löhne und des Einkommenswertes der großen Massen die Beträge frei werden, die einer zahlenmäßig kleinen Schicht der Bevölkerung, trotz des bedeutenden Rückgangs des „gesamten Reichtums der Nation" und des wirklichen nationalen Gesamteinkommens in erzeugten Gütern gewaltige Mehrgewinne verschafft haben.

Das wirkliche Einkommen der Arbeiterschaft ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege um mehr als ein Drittel gesunken, noch stärker ist das Sinken des Einkommens der Angestellten, des Mittelstandes, der meisten Mitglieder der freien Berufe, des Rentnertums. Man hat nur nötig, das jetzige Einkommen durch vier zu teilen, und mit dem der alten Friedenszeit zu vergleichen, um zu wissen, wie stark es — zurückgegangen ist.

Der tatsächliche Rückgang wird nur dadurch verhüllt, daß die Mark zahlenmäßig nicht geändert wurde, während sie ihrer Kaufkraft nach nur noch 25 Pfennig wert ist und bei dem ungehemmt weiter blühenden Wucher und der völligen Korruption unserer Staatsmaschine weiterhin sinken muß.

Rechtspflege im neuen Deutschland

a) Ihre Humanität

Der Mörder Runge führt im Gefängnis ein Freudenleben, mit Wein, Zigarren usw. reichlich durch seine Freunde versehen.

Der Mörder Vogel ist wohlbehalten in Uruguay in Süd-Amerika eingetroffen.

Der 32fache Mörder Marloh wird im Sanatorium gepflegt.

Der Leutnant von Simons, der tapfere Räuber und Zerstörer der französischen Fahnen, der einen Schreiber mit 500 Mark bestechen wollte, um in die Zelle Karl Radeks gelassen zu werden, wird freigesprochen, denn:

„Unterstellt man, daß der Beschuldigte tatsächlich die Absicht gehabt habe, Radek zu ermorden, so ist die Tat jedoch nicht so weit gediehen, daß ein strafbarer Tatbestand verwirklicht war. Unter dem Gesichtspunkt des Mordes war die Tat nur strafbar, wenn sie bereits in das Stadium des Versuchs getreten war. Hier ist es jedoch bei den ersten Vorbereitungshandlungen verblieben und die Erreichung des Versuchsstadiums durch die rechtzeitige Festnahme des Beschuldigten vereitelt worden.

Urkundenfälschung kommt nicht in Frage, weil der Beschuldigte von keiner Urkunde Gebrauch gemacht hat.

Ebenso kommt Bestechung nicht in Frage, da die nach dieser Richtung hin gestellte Aeußerung des Beschuldigten so vager Natur ist, daß darin ein Versprechen von Vorteilen für irgendeine bestimmte pflichtwidrige Handlung nicht erblickt werden kann.

Für Mißbrauch der Dienstgewalt und Amtsanmaßung fehlt es an entsprechenden Anhaltspunkten.

Das Verfahren ist demnach einzustellen, ohne daß es darauf ankommt, nachzuprüfen, ob wirklich der Beschuldigte, wie aus der Kindlichkeit seines Verhaltens wohl geschlossen werden kann, gar nicht die Absicht der Ermordung gehabt hat, sondern entweder überhaupt planlos vorgegangen ist oder, wie er angibt, nur die Zuverlässigkeit der Wachtleute auf die Probe stellen wollte."

b) Ihre Strenge

Die andere Seite der deutschen „Rechtspflege", welche Hunderte ohne jeden Grund — lediglich auf die Verdächtigung von Lockspitzeln hin — monatelang in Schutzhaft, d. h. in vollkommener Rechtslosigkeit, schmachten läßt, trat in grellste Beleuchtung während und nach dem — Münchener Geiselprozeß. Die Verhandlung zeigte ein Bild traurigster Instinktverwirrung und Instinktverwilderung unter einem Teil der Angeklagten; aber das Bild, das die Galerie, die Presse und die Verhandlungsleitung bot, war noch um viele Grade entsetzlicher; dieselbe Presse, welche Spalten mit ihrem Abscheu vor diesem Morde füllte, fand keinen Ton der Anklage gegen die Ermordung der gefangenen Rotgardisten, gegen die durch den Prozeß erwiesene Fälschung der Unterschrift Eglhofers,

gegen den provokatorischen Mißbrauch des Dienststempels durch die Thule-Gesellschaft usw. Und dieselbe Presse, die nicht müde wurde, ihre Feindschaft gegen jede Gewalttat zu feiern, berichtete über die Hinrichtung mit festlicher Befriedigung Folgendes:

„Besonders zuverlässige Truppen waren zu der Erschießung kommandiert worden, doch hatten sie sich aus allen Teilen der Reichswehr des bayrischen Kontingents zur Vollstreckung des Urteils bereit erklärt, ein Zeichen der Erregung, welche sich der gesamten Bevölkerung angesichts der Ergebnisse der Prozeßverhandlungen bemächtigt hatte."

Dieser Blutdurst im nüchternen Alltag, nicht in der letzten Not des Entscheidungskampfes, ist unvergleichlich gräßlicher als die Tat selbst, die gesühnt werden soll. Und wo findet man dieses Kulturdokument? Im Berliner Tageblatt, dem Organ der „gebildeten" „demokratischen" Bourgeoisie.

Die Demokraten sind niemals als Partei gegen die Todesstrafe gewesen. Dies war aber die Sozialdemokratie. Wie war es möglich, daß von einem sozialdemokratischen Ministerium ein Todesurteil bestätigt werden konnte?

Auch darüber unterrichtet uns das Berliner Tageblatt. Es schrieb:

Nach der neu in Kraft getretenen Verfassung steht die Bestätigung von Todesurteilen allein dem Ministerrat zu. Der Ministerrat begann heute vormittag 9 Uhr im Justizministerium. Bis zum Schluß der Redaktion war die lange und verantwortungsschwere Sitzung noch nicht beendet. Der Entscheidung sehen die politischen Kreise mit um so größerer Spannung entgegen, als die Stellung der sozialistischen Mitglieder des Ministeriums überaus peinlich ist. **Ihr Parteiprogramm verbietet ihnen bekanntlich die Billigung von Todesurteilen prinzipiell.** Nun aber haben die Sozialdemokraten nach Auflösung des Militärministeriums gar nicht mehr, wie bisher, die Mehrheit der 5 Stimmen gegen die der 4 bürgerlichen. Sie haben aber zurzeit nicht einmal Stimmengleichheit mit den bürgerlichen Stimmen, denn der Ministerpräsident ist von München abwesend und befindet sich auf seiner Ferienreise. So dürften voraussichtlich die bürgerlichen Ministerratsmitglieder das Uebergewicht haben."

Als Levine seinerzeit erschossen wurde, war Hoffmann in Davos und protestierte nachher telegraphisch. Jetzt aber befand er sich auf seiner Ferienreise und mordete dadurch mit vollem Bewußtsein sechs Menschen.

Und dieser Mensch ist noch immer Sozialdemokrat und Ministerpräsident. **Ein Genosse der S. P. D.!**

Politische Rundschau

Deutschland

Noske-Landsknechte als Mörder

In München stehen zurzeit vier Angehörige der Reichswehr vor Gericht, die die Hauptbeteiligten an dem Massenmord der katholischen Gesellenvereinler sein sollen. Die Vernehmung der Angeklagten schon förderte manche interessanten Momente ans Tageslicht. Als erster von ihnen wird ein gewisser Müller vernommen. Müller kam im Juni 1918 ins Feld und stand beim 20. Reserve-Regiment. Er erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse und das Verdienstkreuz. An der Marne ist Müller verschüttet. Ueber die Vorgänge, die zum Prozeß führten, gibt der Angeklagte folgende Schilderung: „Es war uns durch unsere Vorgesetzten wiederholt gesagt worden, wir sollten keine Rücksicht nehmen, wenn wir Spartakisten erwischen. Es seien Lumpen, die keinen Menschen schonten. Es wurde auch viel davon erzählt, daß die Roten auf den Kopf eines jeden Regierungssoldaten eine Prämie von 300 Mark ausgesetzt hätten, und daß sie jeden erschössen, den sie erwischten. Am 6. Mai bekamen wir von der Kompagnie Wein, den wir aus Kochgeschirren tranken. Entgegen einem Befehle sahen wir uns an diesem Tage die Stadt an und kamen in das Restaurant „Zur Stadt Straßburg". Plötzlich setzte auf der Straße eine Schießerei ein. Wir gingen auf die Straße hinaus. Es fielen Schüsse, und zu derselben Zeit wurde ein Trupp Menschen vorbeigeführt, von denen es hieß, sie seien Spartakisten. Alles schrie: „Die Kerle müssen erschossen werden." Wir schlossen uns den Truppen an, auch eine Anzahl Vorgesetzte und andere Mannschaften. Ich bin dann mit den übrigen Mannschaften in den Keller gegangen. Alles stürzte sich auf die Leute hier und schrie: „Die werden erschossen!" Ich schoß dann auch mit meiner Pistole nach den vermeintlichen Spartakisten. Ich war so erregt, daß ich mich an alle anderen Vorgänge nicht mehr erinnern kann." Der Angeklagte kann auf Befragen des Vorsitzenden nicht angeben, wie viele Personen er erschossen hat.

Es wird hierauf der Angeklagte Makowski, seinerzeit Vizefeldwebel im Alexander-Regiment, aufgerufen. Der Angeklagte schildert das Eintreffen am Karolinen-Platz. Es sei u. a. die Aeußerung gefallen, jetzt wolle man richtig rein machen. Müller habe dabei am tollsten gehaust. Auf Befragen des Vorsitzenden bekundet der Angeklagte, er habe nicht zugeschlagen, sondern die Leute nur hingeführt, um sie vorschriftsmäßig zu übergeben.

Der dritte Angeklagte Grabasch ist gleichfalls Träger des Eisernen Kreuzes 2. Klasse. Am Tage der Tat hörte der Angeklagte eine Schießerei. Er holte daraufhin seine Pistole aus dem Quartier und stieg über drei Zäune hinweg in den Hof des Karolinenplatzes 5 in dem Glauben, daß ein Angriff auf den dort liegenden Stab versucht werde. Im Hofe lagen bereits mehrere Tote. Grabasch sah, wie Müller einen Mann aus dem Keller herauszog, nach dem Schuppen mit ihm ging und einen Schuß auf den Mann abgab. Grabasch behauptet weiter, Müller habe einem Manne, der bereits verwundet war, drei Schläge mit dem Seitengewehr über den Kopf gegeben; um seine Leiden abzukürzen, habe er, Grabasch, dem Schwerverletzten den Gnadenschuß gegeben. (Lebhafte Bewegung im Zuhörerraum.)

Der vierte Angeklagte Kremer bekundet, Müller habe schon unterwegs auf die Leute eingeschlagen, ebenso ein großer Vizefeldwebel.

So sehen Noskes Schützlinge nach eigenem Eingeständnis aus.

Als erster Zeuge schilderte der Schreiner Joseph Ascher, wie er und andere Mitglieder des Gesellenvereins im Vereinslokal überfallen und „Hände hoch!" abgeführt wurden. „Wir wurden dann in einen Kellerraum hinabgestoßen. Am Eingang stand Makowski und schlug jeden Verhafteten. Im Keller waren wir ungefähr 15 Personen. Dann kamen Soldaten in den Keller herunter, darunter Makowski. Sie befahlen uns, uns in der Nische mit dem Gesicht nach dem Boden niederzulegen. Kaum lagen wir, da fielen die ersten Schüsse. In unserer Todesangst standen wir wieder auf. Mein Freund Wieler rief: „Wenn Ihr uns erschießt, dann laßt uns wenigstens noch ein Vaterunser beten", es half aber alles nichts."

Der Schmalkaldener Skandal

Schmalkalden ist bekanntlich auf Veranlassung des an Stelle Genossen Vogtherrs zum Landrat von Herrn Heine ernannten Rechtssozialisten Schubert unter Belagerungszustand und militärischen „Schutz" gestellt worden. Unter Führung des Genossen Mehrhof aus Erfurt versuchten die Schmalkaldener Arbeiter in einer Besprechung mit dem Landrat Schubert und dem Kommandeur der Besatzungstruppen zu einer Verständigung zu gelangen. Schubert verlangte als Vorbedingung für die Aufhebung des verfassungswidrigen Belagerungszustandes die Abgabe aller in Arbeiterbesitz befindlichen Waffen. Wie das gemacht werden solle und ob überhaupt die Arbeiter ebenso wie das Bürgertum bewaffnet seien, vermochte Herr Schubert nicht nachzuweisen. Unsere Genossen erklärten sich bereit, einen Aufruf zur Waffenabgabe an die gesamte Bevölkerung des Kreises zu unterstützen, erklärten jedoch, daß zur Beruhigung der durch den Belagerungszustand und die Anwesenheit der Besatzungstruppen erregten Stimmung eine öffentliche Versammlung notwendig sei. Nur dann könne auch die Wiederaufnahme der Arbeit, der Abbruch des Generalstreiks erzielt werden!

Der Kommandeur der Reichswehrformation war mit der Versammlung durchaus einverstanden. Nicht so Herr Schubert, der von Machtbewußtsein und Autoritätsdünkel kollerte und erklärte, er genehmige die Versammlung nicht. Genosse Mehrhof gab ihm darauf zu wissen, daß er durch seine Politik der Gewalt die Mißstimmung und Erbitterung in der Bevölkerung noch vergrößere, unterstützt vom Kommandanten, Major Dietrichs! Es half alles nichts, Herr Schubert blieb hart und will mit Gewalt sein Ziel erreichen.

Wenn in Schmalkalden aber die Lage sich wieder verschärft, trägt er die Schuld daran.

Ein Kommentar zum Vorgehen dieses „sozialistischen" Landrats erscheint überflüssig! Nur eine Bemerkung: Er setzt lediglich fest, was seine Genossen während des Krieges begonnen! Sie waren schon damals häufig päpstlicher als der Papst und mußten sich von Militärs über den Umgang mit Menschen belehren lassen! Was sagt Scheidemann dazu, der jetzt wieder die Einigungsstandarte schwingt?

Aus der Nationalversammlung

wird uns geschrieben: Die Finanzen spielen in der Reichspolitik jetzt die wichtigste Rolle. In der Sitzung am Dienstag begann die Beratung des Etats des Reichsschatzministeriums und ganz wider Erwarten ist das sonst gähnend leere Haus halbwegs besetzt, die Regierungsbänke zeigen sogar eine starke Fülle. Der Reichsschatzminister Mayer schildert einleitend, welche großen Aufgaben dem Schatzamt gestellt seien. Es handelt sich im wesentlichen um den Abbau des Militarismus. Dem Reichsschatzamt ist die Verwendung des mobilen und immobilen Heeresgutes überwiesen. Es hat eine heillose Unordnung bei dem mobilen Heeresgut geherrscht. Man wußte nicht, was vorhanden war und konnte infolgedessen auch nicht kontrollieren, wie Unterschleife und Verschiebungen vorkommen, hatte überhaupt keinen rechten Begriff von den Werten, die zur Verfügung standen. Der Schatzminister behauptet, daß heute Ordnung sei. 95 Prozent der Vorwürfe, die erhoben wurden, seien unberechtigt oder an die falsche Adresse gerichtet. Die Inventur habe ergeben, daß aus dem Heeresgut 2 bis 3 Milliarden erzielt werden können. — Bei den immobilen Heeresgütern handelt es sich um die Militär- und Marinebetriebe. Diese Betriebe sollen auf Friedensarbeit umgestellt und der Produktion nutzbar gemacht werden. Nach Auffassung des Schatzministers geht das nur durch die Bildung von Gesellschaften. Die Fäden dieser Organisation würden zusammenlaufen bei einer Abteilung des Schatzministeriums, die, wenn die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft noch dazu komme, den größten Industriekonzern der Welt bilden dürfte. Bei den Kriegsbetrieben, die von der Heeresverwaltung während des Krieges neu und nur für Kriegszwecke eingerichtet wurden, ist eine gewaltige Geldverschwendung getrieben worden. Man hat die Betriebe nicht eingerichtet für kurze Zeit, sondern als ob sie für die Ewigkeit bestimmt seien und nebenher noch mit allerhand Luxus ausgestattet. Das soll nun nach der Umstellung natürlich in Wegfall kommen. Es kommen bei den Kriegsbetrieben etwa 45 000 Arbeiter in Frage. Der Schatzminister versichert, daß versucht werden soll, die Arbeiter möglichst unterzubringen, aber mit Entlassungen sei auch für die nächste Zeit noch zu rechnen. Seine Schlußausführungen richten sich gegen die großen Kosten, welche die Besatzungstruppen verursachen. Allein in Wiesbaden seien vier Millionen für militärische Bauten verwendet worden. Der Schatzminister gibt der Entente anheim, in ihrem eigenen Interesse den Bogen nicht zu überspannen und sichert sich damit den Beifall seiner Parteifreunde.

Für Sowjetrußland!

Mit allen gegen zwei Stimmen nahm der Verbandstag der Metallarbeiter folgende Entschließung an:

Die imperialistischen Regierungen der Entente holen zu einem letzten Schlag gegen das sozialistische Rußland aus. Durch eine verschärfte Blockade aller kapitalistischen Staaten der Erde soll es wirtschaftlich ruiniert und auf die Kniee gezwungen werden. Gleichzeitig stürmen im Osten erneut gegenrevolutionäre russische Armeen in Gemeinschaft mit verhetzten deutschen Söldnerheeren gegen Sowjetrußland an.

In Rußland soll der Herd der proletarischen Weltrevolution, der gefährlichste Feind des Weltimperialismus getroffen und vernichtet werden. Um das zu erreichen, geht die Entente sogar soweit, ihre verachteten Todfeinde von gestern zur Teilnahme an ihrem Vernichtungsfeldzug zu befehlen. Ihre bürgerlich-sozialpatriotischen deutschen Lakaien beeilen sich, dem Wink zu gehorchen.

Der in Stuttgart versammelte Kongreß der deutschen Metallarbeiter, der ein und eine halbe Million deutscher Arbeiter vertritt, entbietet in dieser schweren Stunde den russischen Genossen brüderlichen Gruß und herzliche Sympathie.

Der Kongreß richtet an die französischen, amerikanischen, italienischen und englischen Arbeiter, durch deren Aktionen die Entente gezwungen wurde, direkte militärische Interventionen in Rußland aufzugeben, die dringende Aufforderung, ihre Anstrengungen heute schon zu verdoppeln, um die Aufhebung der wirtschaftlichen Blockade gegen Rußland zu erzwingen.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

2]

Jetzt schoß Jordan wieder ein Blutstrom in die Wangen. Er sprang auf.

„Verzeihung — aber — das . . ." es klang bedrohlich. Auch Herr von Kern erhob sich, trat neben Jordan und legte ihm begütigend die Rechte auf die Schulter.

„Ich bitte Sie um eins", sagte er, „nur um das eine. Hören Sie mich ruhig an. Ich habe meinen Abschied eingereicht und werde mich baldmöglichst in das Privatleben zurückziehen. Erlauben Sie einem älteren Kollegen, der Sie aufrichtig hochschätzt und Ihre erlesenen Gaben voll anerkennt, Ihnen einiges zu sagen, was er seit Jahren schon auf dem Herzen hat. Sie haben Ihr Amt in langer Dauer mit Hingebung geführt und mit einem vorbildlichen Eifer. Ihre Beförderung in die nächst höhere Dienstklasse steht nahe bevor, und ich bin sicher, daß Ihnen noch eine glänzende Laufbahn offen ist. Sie selbst sind heute ein reifer Mann, mit Ihren fünfzig Jahren wohl kaum mehr geneigt, Ratschläge für Ihre Amtsführung anzunehmen, und doch möchte ich, ehe ich aus dem Dienste gehe, in aller Hochachtung — ja — aus einer gewissen kollegialischen Zuneigung heraus, Ihnen einiges eröffnen. Was ich Ihnen sagen möchte, sage ich auch im Hinblick auf die jüngeren Kollegen, die in Zukunft unter Ihrer Aufsicht arbeiten werden, im Hinblick auf die jungen Kräfte, die in Ihnen und Ihrem Wirken Vorbild und Muster sehen sollen. Also, Herr Kollege Jordan — außerdienstlich — rein menschlich gesprochen, Sie wenden im Amte — für mein Gefühl — allzuviel Schärfe auf. Es ist Ihnen wohlbekannt, daß seit Jahr und Tag in Parlament und Presse gegen das Institut der Staatsanwaltschaft Sturm gelaufen wird. Unser Amt, als das des öffentlichen Anklägers, steht wenig in Gunst . . ."

„Wenig", warf Jordan ein, „bei den Anhängern des Umsturzes . ."

„Ich glaube im Gegenteil, daß diese Antipathien tief hineinreichen in die bürgerlichen Schichten."

„Mich kümmern sie nicht!" bemerkte Jordan.

„Ein wenig sollten wir doch auf sie achten, lieber Kollege. Der Ankläger, den wir gemeinhin darstellen, sollte acht darauf haben, daß er sein klägerisch Amt mit Menschlichkeit führe. Wir sind und wollen die „objektivste Behörde" sein. Es mag in Ihrem Temperament liegen, daß Sie immer den ganzen Elan des Angreifers gegen den Angeklagten richten."

„Das tue ich, sobald ich ihn für schuldig halte."

„Gewiß. Natürlich. Aber die Art, wie Sie, Herr Kollege, die gesamte Position des Beschuldigten erschüttern, hat etwas" — er suchte nach dem Worte — „etwas — erlauben Sie mir den Ausdruck — etwas Grausames."

„Mit Beschönigungen kann man keine Schuld feststellen, Herr Geheimrat."

„Gewiß nicht. Zugegeben. — Nein. Aber — ich habe vorhin nur den letzten Schluß Ihres Plädoyers gehört. Selbst in diesen wenigen Sätzen fiel mir eine solche — wie mich dünkt — überflüssige Grausamkeit gegen den Angeklagten und ein Ausfall gegen eine Zeugin auf."

„Welche — wenn ich bitten darf?"

„Sie sprachen, Herr Kollege Jordan, von der „Braut" des Beschuldigten. Sprachen das Wort mit verdächtigender und herabsetzender Betonung aus, fügten die Bemerkung hinzu: „sagen wir richtiger Konkubine". Das ist ein solcher Zug von — wie mich dünkt — unnötiger Grausamkeit. Denn sie trifft einen Menschen, der nur indirekt mit der Sache zu tun hat, auf eine recht empfindliche Art."

„Herr von Kern, Sie sahen das Kokettengesicht jener Dirne auf der Zeugenbank. Glauben Sie etwa, daß dieses Geschöpf die unberührte Braut des angeklagten Schwindlers war?"

„Nicht im entferntesten glaube ich das, Herr Kollege. Aber dennoch halte ich es für — mindestens nebensächlich, das Gegenteil zu behaupten, und für namenlos grausam, diese Zeugin vor den Richtern auf solche Weise bloßzustellen."

„Herr Geheimrat", sagte Jordan, sich hochaufrichtend, „ich bin Ihnen ehrlich verbunden für diese Hinweise, die Ihre gute Absicht zweifellos dartun. Aber hier scheiden uns grundlegende Prinzipien. Es sind eben Weltanschauungsdinge, die hier zwischen uns treten. Gerade die Verwilderung in geschlechtlichen Dingen dünkt mich der Urgrund aller sonstigen Entartungen, die wir heutzutage in den niederen Schichten unseres Volkes mitansehen müssen."

„Ich bezweifle, Herr Kollege Jordan, daß die geschlechtliche Verwilderung heut in den niederen Volksschichten größer ist, als sie ehedem war. Und ich bezweifle ferner, daß sie in den niederen Volksschichten größer ist als in den oberen."

„Dann sind unsere Anschauungen eben unvereinbar. Was mich betrifft, Herr Geheimrat von Kern, so halte ich es für meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, der sittlichen und in erster Reihe der geschlechtlichen Verkommenheit, wo immer sie mir entgegentritt, mit der ganzen Strenge meines Amtes zu begegnen. Diesen Krebsschaden unseres Volkslebens gilt es, mit Feuer und Schwert zu bekämpfen; wenn irgendwo Milde und Nachsicht vom Uebel wären — dann hier. Denn die Gewissenlosigkeit der geschlechtlichen Beziehungen, sie ist die entsetzliche Folge der Entkirchlichung des Volkes. Die Einführung der Zivilehe hat dieser Verwilderung weiteren Vorschub geleistet, und die Sozialdemokratie tut das Ihrige vollauf, das Volk der Kirche weiter zu entfremden. Hier sehen wir die schönen Früchte des Teufelsevangeliums der freien Liebe. Es ist Pflicht eines Königlichen Staatsanwaltes, das Seine dazuzutun, daß das Kaiserwort, dem Volke müsse die Religion erhalten werden, zu seinem Rechte kommt. Denn wo keine Religion ist, da ist auch keine Sittlichkeit. Da findet das Verbrechen leicht seine Statt."

„Bedenken Sie auch, Herr Kollege, daß Sie mit diesem Urteil einer großen gebildeten bürgerlichen Schicht, den Monistenkreisen, die ethische Unbescholtenheit einfach absprechen?"

„Ich bin Katholik und gläubig, Herr Geheimrat. Mir, wie auch jedem kirchentreuen Protestanten ist eine andere Anschauung nicht wohl zuzumuten. Ich habe vom Staatsanwaltsamte die hohe, die höchste Meinung, daß es eine ethische Instanz bedeutet. Daß es über der Sitte Wacht zu halten und jede strafbare Verletzung, die ihr zugefügt wird, mit Strenge zu ahnden habe. In diesem Bestreben will ich es eher auf mich nehmen, einmal grausam (wie Sie es nennen) zu sein, als der Verderbtheit gegenüber lasch und nachsichtig — wo immer ich auf sie stoße. In diesem Sinne und in keinem anderen will ich wirken, so lange der König mir mein Amt beläßt. In diesem Sinne will ich, daß die jüngeren Kollegen ihre Amtspflicht auffassen sollen. Hieran kann kein noch so wohlgemeinter Rat das Geringste ändern."

„Nun — ich hoffe", sagte endlich Herr von Kern, „daß diese Unterhaltung im übrigen nichts an unseren sonstigen freundschaftlichen Beziehungen ändert."

(Fortsetzung folgt.)

Der Kongreß verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die weitere Werbung von Söldnern gegen Rußland und eine Teilnahme Deutschlands an der Blockade unterbleibt und die sofortige Aufnahme von diplomatischen und writschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland aufgenommen werden.

Frankreich

Gewaltiger Aufschwung der französischen Parteipresse

Wie der Pariser Populaire mitteilt, haben die letzten sechs Monate der sozialistischen Presse Frankreichs einen ungeahnt gewaltigen Aufschwung gebracht. Während der Populaire noch vor einem halben Jahre in einer Auflage von nur 40000 Exemplaren erschien, ist sie heute auf mehr als 100000 angewachsen. In der gleichen Zeit stieg die Auflage der Humanité von 90000 auf 300000. Bei Besprechung dieser Zahlen kennzeichnet der Populaire die Lügenhaftigkeit der bürgerlichen französischen Presse, die in einer Umfrage über die Auflagen der einzelnen Zeitungen die unheimlichsten Zahlen angegeben hat, Zahlen, die sie gerne einmal erreichen möchten, die aber noch nicht zu einem Zehntel zutreffen. Ironisch bemerkt der Populaire hierzu, daß, wenn die sozialistischen Blätter nach dem gleichen Rezept gehandelt hätten, er selber wenigstens eine Million und die Humanité drei Millionen hätten angeben müssen, denn es könne leicht sein, daß sie diese Ziffern in ganz kurzer Zeit erreichten.

In und um Elbing

Patriotismus nach der Elle gemessen

Die Elbinger Zeitung bringt in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel: „Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ost- und Westpreußen?“ Darin teilt sie mit, Graf Kanitz hätte in der preußischen Landesversammlung einen Antrag empfohlen, in Ost- und Westpreußen die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel aufzuheben. Nach der Elbinger Zeitung hat der agrarische Führer dabei unter anderem zur Begründung ausgeführt:

> Im Reiche könne man allerdings die Zwangswirtschaft plötzlich nicht aufheben. Ostpreußen aber sei der Wellenbrecher, der auf allen Seiten von Polen und anderen Feinden umbrandet werde. An Stelle der Zwangswirtschaft verspreche die Berufsorganisation der ostpreußischen Landwirtschaft selbst für die Versorgung der Landwirtschaft einzustehen. Könne man die Grenze Ostpreußens nicht sperren, so lasse sich die Zwangswirtschaft nicht aufrechterhalten, denn auch die moralische Widerstandsfähigkeit habe ihre Grenzen. **Man könne nicht darauf rechnen, daß die Ostmärker für Deutschland stimmen, wenn sie die Aussicht haben, in den Zwang zurückzukehren.** Wir Ostpreußen haben das Gefühl, auf verlorenem Boden zu stehen. **Ein richtiges Verständnis nationalen Gefühls heißt es zu wecken, wenn auch die Sozialdemokratie bei dem Worte eine Gänsehaut bekomme.** Die Ostpreußen verlangen in dem Kampf um Leben und Tod, in dem sie ständen, für ihre Reichstreue keine besondere Belohnung oder Autonomie. **Die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei für sie eine Lebensforderung.** Die Zerstückelung Preußens sei das Ziel des Friedensvertrages, aber die abgeschnittenen Glieder Preußens würden sich wie ein Wurm krümmen und würden sich wieder zusammenfinden. Ruhe gebe es nun in Europa nicht mehr.

Natürlich ist die Aufhebung der Zwangswirtschaft nur für die Agrarier eine „Lebensfrage“. Den Arbeitern und dem übrigen Teil der Bevölkerung ist wohl bekannt, daß die Zwangswirtschaft nur ein wirtschaftliches Surrogat darstellt. Sie wissen aber auch, daß sie ohne die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel garnichts erhielten. Das Beispiel der Eierfreigabe beweist dieses zur Genüge. Der weitaus größte Teil der ost- und westpreußischen Bevölkerung lehnt die Kanitz'schen Unterstellungen mit Entschiedenheit ab.

Ganz offen droht dieser „Patriot“ mit dem Abfall Ostpreußens vom Deutschen Reiche. Er kann sich dabei freilich auf gleichgesinnte Mitglieder seiner Kaste berufen, die sich bemühen, das deutsche Ostpreußen an Polen zu verschachern. Mußte doch der große Kurfürst einem echten deutschen Edelmann, dem **Grafen von Kalckstein**, in Memel öffentlich den Kopf abschlagen lassen, weil Kalckstein fortgesetzt zugunsten der Polen im Lande Aufstände anzettelte. Ein anderer Junker jener Tage, Herr von Kalnein, dessen Nachkommen heute noch auf Kilgis bei Creuzburg in Ostpreußen sitzen, war um nichts besser als der gerichtete Kalckstein. Nur daß er, schlauer als dieser, beizeiten den Kopf aus der Schlinge zog und seine Genossen verriet. Die ostpreußischen Junker haben ihren Patriotismus immer mit der Elle gemessen.

Aus dem Elbinger Parteileben

Für die kommenden Stadtverordnetenwahlen ist seitens der Parteileitung und der Vertrauensmänner die Kandidatenliste bereits fertiggestellt. Sie unterliegt noch der Bestätigung der Mitglieder. Da bei der Größe der Elbinger Organisation kein Saal in Elbing groß genug wäre, eine allgemeine Generalversammlung abzuhalten, muß nach dem Muster der Großstädte eine aus Delegierten zusammengesetzte Generalversammlung entscheiden, ob die Liste gebilligt wird. Gegenwärtig finden in den Bezirken die Delegiertenwahlen statt. Auf je 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Generalversammlung wird am 2. November vormittags 10 Uhr im Volkshause tagen.

Zum Parteitag wählt Elbing 3 Delegierte. Diese Wahl erfolgt am 9. November und zwar soll gemäß der Anregung des Parteivorstandes eine Wahl durch Urabstimmung vorgenommen werden. Es wird die doppelte Anzahl Kandidaten zur Wahl gestellt und in mehreren Lokalen abgestimmt. Die Genossen werden gebeten, auf diese Abstimmung schon jetzt aufmerksam zu machen und für rege Beteiligung zu sorgen.

Bezirksversammlung der U. S. P.

Am Dienstag den 21. d. Mts. fand die Bezirksversammlung des 1. und 5. Bezirks statt. Die bekanntgegebene Abrechnung des III. Quartals rief eine kurze Aussprache hervor. Nach vorgenommener Wahl von Delegierten zur Generalversammlung wies Genosse Vogel auf den am 16. Novbr. in Leipzig stattfindenden Parteitag hin, und forderte die Versammlung auf, hierzu der Generalversammlung drei Vorschläge zu unterbreiten. Nach lebhafter Debatte wurde diesem entsprochen. Genosse Wriedt erörterte die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen und skizzierte kurz die Aufgaben unserer Vertreter im Stadtparlament. In Verschiedenem machte er bekannt, daß unsere Presse trotz aller Widerwärtigkeiten am Mittwoch erscheine und forderte die Anwesenden auf, ihre Parteipflicht zu erfüllen und für weiteste Verbreitung Sorge zu tragen. Er machte darauf aufmerksam, daß das Interesse der Genossen nicht erlahmen dürfe und daß die Genossenschaft Elbinger Volksstimme auch weiterhin durch Zuführung neuer Mitglieder unterstützt werden müsse.

Falsche Banknoten.

Es befinden sich sehr viele falsche Fünfzigmarkscheine im Umlauf. Die Banken veröffentlichen ein Verzeichnis der ungültigen Scheine. Banknoten mit nachfolgenden in der unteren linken Ecke schwarz gedruckten Nummern sind falsch: A. 001 — B. 133 — D. 628 — E. 81 — G. 132 — H. 1—141 — J. 164—168 — H. 144.

Elbinger Stadttheater

„Das Vagabundenmädel“, Operette in 3 Akten von Jean Kren und Bernhard Buchbinder; Musik von Gilbert.

Vor einem brechend besetzten Hause gab man gestern die mit großem Beifall aufgenommene, oben genannte Operette. Die Direktion hat ihr Kassenstück, das ihr noch viele volle Häuser sichert. Gilbert hat in der Musik des Stückes noch einige Neuheiten hervorgebracht, aber Schlagermelodien sind es nicht. Er hat seine beste Zeit überstanden. Der Inhalt des Stückes: nicht besser und nicht schlechter als die übrigen Operetten. Viel Heiterkeit, ein wenig Sentimentalität und recht viel Tanz! Und das ist jetzt bei einem großen Teil des Theaterpublikums die Hauptsache.

Auf die Aufführung und Ausstattung hatte die Spielleitung große Sorgfalt gelegt. Dafür zeichnete Herr Wiesner. Ueberhaupt Herr Wiesner. — Es scheint, als ob ihm sämtliche Rollen auf den „Leib“ geschrieben sind. Er war köstlich als Vagabund Johannes Zeltinger. Ebenso sein Schwesterchen, das Vagabundenmädel. Dieses wurde von Frl. Blumenfeld recht natürlich gestaltet. Richtiges Quecksilber, doch voll anmutiger Schelmerei war ihr „Vagabundenmädel“. — „Wenn's so liebenswürdig gemacht wird“, ist auch der Beifall durchaus verdient. Frl. Tiede und Herr Kaiser als Baronesse und Baron gefielen auch allgemein, trotz ihrer unglaublichen Liebe und Millionen. Die eifersüchtige Bildhauersgattin stellte Frl. Wander dar, die ebenso, wie Herr Heidenreich als Bildhauer Martinius, eine gute Leistung bot. Bliebe nur noch Herr Lehmann als Gerichtspräsident v. Berger aus Nirgendheim zu erwähnen. Er bot seiner Rolle gemäß diese Marionettenfigur recht drastisch, wodurch die Heiterkeit im Publikum natürlich nicht gemindert wurde. Frau Hagin zeigte im spanischen Tanz und im Fackeljonglieren, daß sie sich von den andern nicht übertreffen ließ. Publikum und Direktion werden zufrieden sein. ld.

An unsere Leser!

Ihr, die Ihr die „Elbinger Volksstimme“ lest, das Blatt, das Euren Interessen dient, uud für Euch kämpft:

Lest Ihr auch die Anzeigen?

Merkt es Euch: Die Einkünfte, die der Zeitung aus dem Anzeigenteil zufließen, dienen dem Ausbau des redaktionellen Teiles, der doch Euch in erster Linie zugute kommt.

Darum verdienen auch die Anzeigen Euer Interesse!

Lest sie und macht Eure Einkäufe und Besuche in den Geschäften und Veranstaltungen, die in der „Elbinger Volksstimme“ inserieren, sagt dabei aber auch, daß Ihr deshalb kauft und die Veranstaltungen unterstützt, weil sie in der „Elbinger Volksstimme“ inserieren. Damit zeigt Ihr jenen Geschäftsleuten, daß ihre Anzeigen gelesen worden sind und ermuntert sie, auch weiter in der „Elbinger Volksstimme“ zu inserieren.

Eurer Zeitung erweist Ihr damit einen großen Dienst!

Wirtschaftliches.

Billige Maschinen fürs Ausland; niedrige Löhne im Inland.

Da ist mit Hilfe der „sozialistischen“ Regierung den Arbeitern monatelang vorgeschwindelt worden, ihre „hohen Löhne“ machten die deutschen Unternehmer konkurrenzunfähig. Die unabhängige Parteipresse hat den Schwindel wiederholt aufgedeckt an der Tatsache, daß die Löhne der englischen und amerikanischen Arbeiter ein Vielfaches der deutschen Löhne betragen und aus diesem Grunde Konkurrenzunfähigkeit gar nicht in Frage komme. Die Beweise dafür mehren sich. Schon im Handelsteil der Köln. Zeitung ist unlängst darauf verwiesen worden, daß deutsche Unternehmer dem Ausland viel zu niedrige Preise stellen, es wurde für höhere Preise Stimmung gemacht. Jetzt kommen die Düsseldorfer Nachrichten mit einer Meldung aus London, wonach die Daily Mail sich über die außerordentlich billigen Angebote deutscher Maschinen aus Düsseldorf beklagt und entsprechende Maßnahmen zur Ueberwachung der Einfuhr verlangt. Das Blatt fordert zum möglichst teuren Verkauf auf. Das laute Geschrei der deutschen Unternehmer über die hohen Preise muß also zweierlei Zwecken dienen. Einmal wird die deutsche Arbeiterschaft damit an ihrer Lebenshaltung bestohlen, indem durch Vorenthaltung der notwendigan Steigerungen ihre Lebenslage viel tiefer gehalten wird, wie vor dem Kriege. Zum andern wird damit eine Konkurrenz ermöglicht, die man mit Schutzkonkurrenz richtig bezeichnen kann. Und noch ein Wichtiges kommt in Betracht. Das Reich hat ein paar Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel bestimmt in der Absicht, damit einen Lohnabbau einzuleiten. Die Unternehmer sind eifrig dabei, ihn zu betreiben. Letzten Endes geben ihnen also die Milliarden die Mittel, ihre billige Auslandskonkurrenz zu betreiben. Woraus hervorgeht, daß bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft alle Vorteile den Nutznießern der Arbeitskraft zufallen. Aber die „sozialistischen“ Minister und ihre Vertreter, wie unlängst der Unterstaatssekretär Professor Hirsch in Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums erklären den Kapitalisten, „die Sozialisierung könne nur mit großer Vorsicht durchgeführt werden, sie komme gegebenenfalls nur in Frage, wo wichtige Rohstoffe nutzbar zu machen sind.“ Daraus ziehen die Kapitalisten mit Recht den sicheren Schluß, daß ihrer Profitmacherei keine Zügel angelegt, die Ausbeutung nicht beseitigt werden solle. Will die Arbeiterschaft nicht für alle Zukunft unter diesen Zuständen ein kümmerliches Dasein fristen, dann muß sie selbst Hand an die Sozialisierung legen.

Bei dieser Gelegenheit ist es mindestens interessant, wie verkehrt sich die Verhältnisse bei den Rechtssozialisten spiegeln. Richard Woldt, rechtssozialistischer Redakteur, als früherer Ingenieur für einen Fachmann in solchen Fragen von seiner Partei angesehen, macht im letzten Heft der Neuen Zeit Propaganda für die „Rückkehr zur Akkordarbeit“. Dabei gibt er folgende Weisheit zum Besten:

„Die Unternehmer legen ihre Kalkulation vor. Die radikalen Schreier, die als Ausschußmitglieder oder als Betriebsräte die Interessen ihrer Arbeitskollegen zu vertreten haben, können diese Berechnungen nachprüfen. Schwarz auf weiß geht aus solchen Kalkulationen hervor, daß mit solchen geringen Arbeitsleistungen einfach der Betrieb nicht aufrechtzuerhalten ist. Die Preisberechnungen machen es unmöglich, Aufträge zu erhalten. **Das betreffende Werk wird von der Konkurrenz geschlagen. Die Arbeit wird in das Ausland vergeben. Millionenwerte sind uns allein in der Metallindustrie in den letzten Wochen entgangen, weil wir auf Grund der gegenwärtigen Arbeitsleistungen nicht mehr konkurrenzfähig sind.**“

Die kapitalistischen Profitzieher können sich beglückwünschen zu dieser rechtssozialistischen, freiwilligen Hilfeleistung. Aber die Sache ist ganz logisch: rechtssozialistische Regierungsmenschen geben den Ton an. Da sie der kapitalistischen Wirtschaft keinen Abbruch tun wollen, mühen sich die kleineren Geister der Partei erst recht um deren Bestand. Wenn die Tatsachen ihren Ausführungen widersprechen, so ist das eben das tragische Geschick ihrer Regierungsfähigkeit und Folge der Anpassungsfähigkeit.

Aus den Gerichtssälen

Der Erpresserparagraph gegen Betriebsräte

Vor einigen Tagen beschäftigte sich das Reichsgericht mit einer Revision, welche der Genosse Otto Peters, geschäftsführendes Mitglied des Bezirksbergarbeiterrates Halle, gegen das drakonische Urteil eingelegt hatte, das das Landgericht Halle am 8. Mai gegen ihn fällte. Genosse Peters war zu **9 Monaten Gefängnis** verurteilt worden, weil er als Beauftragter der Arbeiterschaft des Hallischen Kaliwerks in Schlettau berechtigte Lohnforderungen auf energische Weise vertreten hatte. Alle Maßnahmen, die der Betriebsrat damals getroffen hatte, waren notwendig, um Aeußerstes zu verhüten. Dafür, daß der Betriebsrat mit dem Genossen Peters als Sprecher einen Streik und seine Folgen verhinderte, indem er die paar Pfennige Lohn dem Direktor abforderte und somit die Belegschaft beruhigte, wird nun unser Genosse Peters 9 Monate im Kerker sitzen. Auch das Reichsgericht verwarf die Revision mit der Begründung, die Feststellung, daß Genosse Peters einen widerrechtlichen Vermögensvorteil erstrebt hat und sich dessen bewußt gewesen ist, sei kein Rechtsirrtum. Der Erpresserparagraph scheint das neueste Mittel der bürgerlichen Klassenjustiz im Kampfe gegen die Betriebsräte zu sein. Wenn man übrigens glaubt, mit der Einkerkerung des Genossen Peters, gegen den ja seit mehreren Monaten eine ganz beispiellose Hetze entfesselt worden ist, der Rätebewegung der Mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter einen vernichtenden Schlag versetzen zu können, so irrt man sich gewaltig. Derartige Klassenurteile haben noch niemals eine revolutionäre Bewegung ersticken können.

Ein neues Klassenjustiz-Urteil

16 Jahre Zuchthaus, 2½ Jahre Gefängnis, 31 Jahre Ehrverlust

Der große Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier erlebte dieser Tage vor dem Naumburger Schwurgericht sein erstes gerichtliches Nachspiel. Die ersten Tage des Streiks, der am 24. Februar proklamiert war, verliefen äußerst ruhig, was jedoch dem reaktionären Bürgerausschuß von Zeitz nicht zu passen schien. Um die für die Sozialisierung des Bergbaues kämpfenden Arbeiter durch Aushungerung in das kapitalistische Joch zurück zu zwingen, rief er die Zeitzer Bürgerschaft zum Bürger- und Beamtenstreik auf. Außerdem wurden Noskетruppen nach Zeitz berufen, die jedoch nichts zu tun fanden und wieder abrückten. Wurde die Disziplin der Arbeiterschaft durch diese Provokation schon auf eine harte Probe gestellt, so erreichte die Erregung der Zeitzer Arbeiterschaft ihren Höhepunkt, als sich am Vormittag des 1. März das Gerücht verbreitete, der Volksbote sei militärisch besetzt. In Wirklichkeit hatte ein Trupp von 26 bewaffneten Soldaten und 4 Polizisten die Geschäftsräume des Volksboten nach Waffen durchsucht, natürlich ergebnislos!

In dieser überhitzten Atmosphäre nun kam es am selben Tage zu einem Wortwechsel zwischen einem Leutnant Schröder und einem Matrosen wegen des provozierenden Waffentragens des Ersteren, in dessen Verlauf der Matrose von dem Leutnant erschossen wurde. Infolge dieser Bluttat kam es dann zu Ausschreitungen, in deren Verlauf der Leutnant Schröder von der erregten Menge erschlagen wurde. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu Schlägereien, an denen beteiligt gewesen zu sein die Angeklagten Friedrich Fischer, Karl Steininger, Gustav Stauch, Albert Paul, Friedrich Wachtel, Gustav Zimmermann und Anna Röder beschuldigt waren. Sämtliche Angeklagten bestritten in der Verhandlung, sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben. Sie sind auch von keinem der Verletzten als Beteiligte wiedererkannt worden. Weibergeklatsch und gegenseitige Bezichtigungen hat sie vor das Gericht gebracht. Trotzdem wurden sämtliche sechs männlichen Angeklagten von den Geschworenen für schuldig befunden und nur Wachtel wurden mildernde Umstände zugesprochen. Das Gericht ging über die Anträge des Staatsanwalts noch

hinaus und verurteilte Fischer und Steininger zu je 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Stauch und Zimmermann zu je zweieinhalb Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Paul zu 5 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, Wachtel zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust; Fräulein Röder wurde freigesprochen.

Selbst wenn durch die Verhandlungen die Angeklagten der Teilnahme an den Schlägereien überführt worden sein sollten (der Prozeß wegen Totschlag des Leutnants Schröder steht noch aus), so bedeutet dieses Urteil ein Akt der Klassenjustiz allerschlimmster Art, das uns auch zugleich in erschreckender Weise den Tiefstand unserer revolutionären Errungenschaften illustriert. Selbst aus der reaktionären wilhelminischen Epoche übernommene Richter haben in den Berliner Spartakusprozessen den Angeklagten die politische Erregung zur Zeit der begangenen Straftaten zu gute gehalten und bei der Abmessung des Strafmaßes als strafmildernd in Betracht gezogen. Hier in Naumburg hat man lediglich aus Haß gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Urteile gefällt, die jedem menschlich fühlenden das Blut in den Adern erstarren lassen. Die Gegenrevolution will ihre Opfer haben.

Von nah und fern

Die „technische Nothilfe" mit den Handgranaten

Bürgerliche Blätter melden: In Steglitz explodierte auf einem fahrenden Militärautomobil eine Handgranate, anscheinend durch Unvorsichtigkeit der Insassen. Vier Soldaten wurden auf der Stelle getötet, einer schwer und der Chauffeur leicht verletzt.

In Ergänzung meldet T. U.: Es handelt sich um Angehörige der technischen Gruppe des Reichswehrkommandos Langwitz, die als Arbeitswilligenschutz für ein im Streik befindliches Elektrizitätswerk bestimmt waren. (!!)

Folgen christlicher Erziehung

Das Düsseldorfer Zentrumsorgan bringt folgende Notiz aus Trier:

Das städtische Lebensmittelamt hatte beschlossen, in dem widerspenstigen Orte Reinsfeld eine Zwangsrequisition von Kartoffeln vorzunehmen. Man ließ sechs leere Eisenbahnwaggons nach Reinsfeld abrollen und schickte mehrere Autos mit 20 Gendarmen und 7 städtischen Polizeibeamten zur Unterstützung des Unternehmens dorthin. Da nach Erklärung des Gemeindevorstehers die Bauern zum Höchstpreise keine Kartoffeln herausgeben wollten, begann man mit der gewaltsamen Wegnahme. Es entspann sich ein Kampf zwischen den Beamten und den widerspenstigen Bauern, die mit Steinen und Holzscheiten vorgingen. Ein 17jähriger unbeteiligter Landmann wurde von einem Schuß in den Unterleib getroffen und getötet. Erst nachdem Blut geflossen war, bequemten sich die widerspenstigen Bauern zur Herausgabe der Kartoffeln. Der Triersche Bauernverein hat gegen das Vorgehen der Stadt Trier Beschwerde beim Reichskanzler eingelegt.

Da Reinsfeld ein Bauerndorf im frommen Trierschen Lande ist und infolgedessen wohl keine „Spartakisten" kennt oder spartakistischer Verhetzung zugänglich ist, bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß dieser landesverräterische Eigennutz der Bauern eine Folge ihrer „christlichen Erziehung" ist, nämlich der „christlichen Erziehung", die die Zentrumshäuptlinge erteilen, die mit Christentum nur den Namen gemeinsam hat.

Aus der Partei.

Der Kreisverein für Groß-Stuttgart

hat folgende Anträge an den Parteitag zur Taktik der Partei gestellt:

I. Die Partei hält fest an den Grundlinien des Aktionsprogramms, wonach wir uns auf jeden Kampfplatz stellen, einschließlich Parlamente. Die Tätigkeit innerhalb der Parlamente muß getragen sein von revolutionärem Geiste, jedes Kompromiß, jede reformistische Tätigkeit ist, weil unvereinbar mit dem revolutionären Klassenkampf, zu unterlassen.

II. Den Beitritt zur 2. Internationale lehnt die Partei ab. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den oppositionellen Elementen der Ententestaaten und den Parteien der 3. Internationale in Fühlung zu treten zur Aufrichtung einer revolutionären, internationalen Arbeiter-Union.

III. Abgeordnete der Partei können am Parteitag nur mit beratender Stimme teilnehmen.

IV. Reichskonferenzen sind tunlichst zu vermeiden, da sie nie ein getreues Spiegelbild der Stimmung in der Partei zum Ausdruck bringen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Fleischausgabe

für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober 1919.

Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte:

150 g Rindfleisch mit Knochen und
50 g Wurst, letztere, soweit der Vorrat reicht.

Elbing, den 23. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Kinder-Nährmittel-Zusatzmarke Nr. 153.

1/4 Pfund Bobons, und zwar:

Konserven-Konfekt	1 Pfund	= 3,—	Mark
Karamelbonbons	1 „	= 3,20	„
Fondants	1 „	= 4,60	„

nur bei **Füllhas**, Johannisstraße 6.

Elbing, den 23. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Unabh. Soziald. Verein Elbing.

Nachruf.

Am Freitag, den 17. d. M., verschied durch Unglücksfall unser Genosse

Rudolf Wedhorn

im Alter von 36 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Elbing, den 22. Oktober 1919.

Die Parteileitung.

Möbelfabrik Klinger
Neust. Schmiedestraße 12/14
Lieferant guter, gediegener Möbel eigenen Fabrikates
zu anerkannt **billigen Preisen.**
Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Für
Wäsche-Ausstattungen
empfehle ich in allen Abteilungen meines Geschäfts **erstklassige Qualitäten** sehr preiswert!!!
Meine besonders bekannte Spezial-Abteilung für
Leinenwaren, Tischzeuge
Haus- und Küchenwäsche
sowie Quantitäten **Bettwäsche**
Leibwäsche, Weisszeuge
sowie **Stickereien**
bieten eine günstige Kaufgelegenheit für
Braut-Ausstattungen
: und Ergänzungen :
J. G. Klaassen Nachf.
Brückstraße 8
Telephon 875 Telephon 875

Voranzeige!

Dem geehrten Publikum von Elbing und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Hause **Brückstraße 3,** Ecke Wasserstraße, Anfang November d. Js. ein
Eisenwarengeschäft
verbunden mit
Magazin für Haus- u. Küchengeräte
eröffne.

Langjährige Erfahrungen setzen mich in den Stand, jedem Käufer gerecht zu werden.

Mein vornehmster Geschäftsgrundsatz wird es sein: Lieferung nur erstklassiger Fabrikate zu angemessenen Preisen, höfliche, schnelle und sachgemäße Bedienung.

Der Eröffnungstag wird noch bekannt gegeben.

Hochachtungsvoll
Hermann Bruckert.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Elbing und Umgebung die ganz ergebene Anzeige, dass wir am Donnerstag, den 23. Oktober d. Js., **Friedrichstrasse Nr. 3** ein
Kaffee-, Konfitüren- u. Schokoladen-Spezialgeschäft
unter der Firma
Hamburger Kaffee-Lager
Gebr. Pfeil
eröffnen werden.

Prompte und reelle Bedienung wird stets unser Bestreben sein. Wir bitten um gütige Unterstützung unseres Unternehmens.

Hochachtungsvoll
Gebr. Pfeil.

Elbing, den 22. Oktober 1919.

4 Waggon
Emaillewaren
und Wirtschaftsgeräte
soeben eingetroffen
empfiehlt
Carl Steppuhn.

Zur Herbstsaison
empfehle für sämtliche Farb- und Reinigungssachen meine
Expreßfärberei
Inh.: Ewald Gilbers, Färbermeister
Betriebs- und Annahmeräume Gr. Zahlerstraße 24
Laden nur Innerer Mühlendamm Nr. 17.
Gardinen-Wasch- u. Spannanstalt.

Viehscheeren
offeriert
Carl Steppuhn.

Neu aufgenommen:
Elektrische Kronen,
Elektrische Zuglampen,
Ampeln u. Deckenbeleuchtung,
Spirituslampen u. -Brenner,
Karbidlampen u. -Laternen,
Hängelampen u. Küchenlampen,
Zylinder u. Glocken.
L. Wolf & Söhne
Alter Markt 35.

Reisstrahlenstärke „Remy"
pr. Pfd. **16,00** Mark, empfiehlt
H. Wegsel, Mühlenstr., Ecke Mitschmannstraße

Freitag u. Sonnabend Fleisch- und Fleischwurst-Verkauf
Roßschlächterei Georgendamm 15.

Ein Posten
Schuhcreme
und
Hienfong-Essenz
billig abzugeben
für Hausierer und Händler
J. Staesz jun.
Wasserstraße 44.

W. Breitfeldt
Innerer Mühlendamm 18/19,
Fernsprecher 352,
empfiehlt sein
Spezialgeschäft
in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.**
:: **Beste Bezugsquelle** :: **für Wiederverkäufer!!!**

E. Deckner
Wilhelmstraße 13
empfiehlt
Rauchtabak
prima Ware
sehr preiswert, ebenso
Kautabak.

Lampions
Kotillonorden
Kappen
für Herren und Damen
Confetti
empfiehlt billigst
G. W. Petersen
Alter Markt 33.
Vereine und Gesellschaften 10 Prozent Rabatt.

Ein Kinder-Sitz- und Liegewagen
mit Gummirädern zu verkauf.
Erbien, Kastanienallee 31, II.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 3 | **Freitag, den 24. Oktober 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Der schlesische Adler. Die Welt am Montag schreibt: Wie wir in der Breslauer Presse lesen, ist dem Feldwebel Marx der „Schlesische Adler" verliehen worden, und zwar gleich die 1. und 2. Klasse auf einmal. Es wäre ganz interessant zu erfahren, seit wann dieser Orden, den das kaiserliche Deutschland nicht kannte, existiert, und wer ihn verleiht. Etwa Herr Ebert? Dann führt er vielleicht auch das alte Ordensfest wieder ein.

„Not"leidende. Zum Preise von 70 000 Mark wurde im Jahre 1916 das Mühlengut in Oberlungwitz in Sachsen verkauft. Jetzt ging es für 280 000 Mark in den Besitz eines Dresdner Kapitalisten über. In Form höherer Lebensmittelpreise muß in Wirklichkeit die breite Masse der Konsumenten die Zeche bezahlen. Und dabei wagen es die Agrarier von der großen Not der Landwirtschaft und der Unersättlichkeit der Arbeiter zu schreien.

Die Schweine der Schweinehunde. Vom Landesbund Breslau wurde die Freigabe der Schweine von der Zwangsbewirtschaftung verlangt und erklärt:

„Werden die Schweine nicht sofort freigegeben, so halten sich die Besitzer im Landkreise Breslau vom 15. Oktober ab — an die Vorschriften der Zwangsbewirtschaftung der Schweine nicht mehr gebunden.

Sollte gegen einzelne Besitzer strafbar vorgegangen werden, so behalten wir uns vor, jede Lieferung von Milch, Butter und Vieh einzustellen."

Die Tote Hand. Der Ausschuß für das Reichsnotopfer lehnte die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen auf gänzliche Umgestaltung der Grundlagen der Vorlage ab. Nach eingehenden Darlegungen des Reichsbankpräsidenten wurde die in erster Lesung aufgehobene Abgabefreiheit der Reichsbank wieder hergestellt und auch für die Darlehnskassen die Abgabefreiheit beschlossen. Eine längere Debatte entstand über einen Zentrumsantrag, die Abgabepflicht der Kirchen, die entgegen der Regierungsvorlage in erster Lesung beschlossen worden war, wieder zu beseitigen. Der Antrag wurde auch vom Finanzminister unterstützt. Die Abstimmung wurde noch ausgesetzt, da zunächst keine Einigung zu erzielen war. Auf Antrag Rießer wurde beschlossen, daß nur solche Sparkassen abgabefrei sein sollen, die sich auf die Pflege des eigentlichen Sparverkehrs beschränken.

Geschäftsführung der Betriebsräte. Der Betriebsräteausschuß nahm zu Artikel 21 u. a. folgende Bestimmungen an: „Die Sitzungen des Betriebsrats finden in der Regel und nach Möglichkeit außerhalb der Arbeitszeit statt. Sie sind öffentlich. Der Arbeitgeber nimmt an den Sitzungen, zu denen er eingeladen ist oder die auf seinen Antrag anberaumt sind, teil. Ihm kann in diesen Sitzungen nach Vereinbarung der Vorsitz übertragen werden. Von Sitzungen, die während der Arbeitszeit stattfinden müssen, ist der Arbeitgeber zu benachrichtigen." Weiter wurde beschlossen, daß der Betriebsrat sein Amt ehrenamtlich verwaltet. Versäumnis der Arbeitszeit darf keine Lohnkürzung nach sich ziehen. Die durch die Geschäftsführung entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber. Für Sitzungen sind geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Erhebung von Beiträgen für den Betriebsrat ist verboten.

Kanonen auf Pfarrhöfen. Man muß sich an den Kopf greifen, wenn man manche militärische Machenschaften der letzten Zeit betrachtet. So wurden in der Gegend der Festung Ingolstadt, beispielshalber in Geisenfeld, Kanonen auf dem Pfarrhofe eingestellt, Maschinengewehre und Hunderte von Gewehren in den umliegenden Ortschaften untergebracht und Pferdegeschirre den Bauern zunächst leihweise überlassen. Sollte ausgerechnet in dieser „regierungsfrommen" bayerischen Gegend ein Spartakistenangriff bevorstehen?

Sozialisierung in England. In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses hat das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten beantragt, um über die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke zu verhandeln.

Danzig in schwerer Not. Die immer noch andauernde Blockade der Ostsee bringt Danzig in die Gefahr einer großen Gasnot. Denn die Betriebseinstellung des Gaswerks steht unmittelbar bevor, da die Kohlenvorräte der Erschöpfung nahe sind. Auch die Belieferung der Danziger Bevölkerung mit Hausbrandkohle ist außerordentlich unzureichend. Der amerikanische Zerstörer „Yangton" hat den Hafen verlassen. Gestern kreuzte ein englischer Zerstörer in der Danziger Bucht, um nach einiger Zeit wieder in die Ostsee hinaus zu dampfen.

Gegen die internationale Verschwörung des Kapitals

Die Regierungen der Ententestaaten haben neue Schritte unternommen, um die verschärfte Blockade Sowjetrußlands zu verwirklichen. Für das Proletariat der ganzen Welt ist damit eine neue Lage geschaffen: es muß seine ganze Kraft zusammenfassen, um entscheidend in die Ostpolitik der Regierungen einzugreifen und die internationale Verschwörung des Kapitals zu vereiteln.

Die russische Sowjetrepublik ist auf allen Seiten von Feinden bedroht, die unter dem Schlachtruf „Gegen den Bolschewismus" in Wahrheit gegen alle Sozialisten der Welt kämpfen. Im Osten Sowjetrußlands steht Koltschak; mehrere Male besiegt und zurückgeschlagen, sammelt er immer wieder Truppen gegen Moskau. Vom Süden her rückt Denikin gegen Moskau vor. Petersburg wird von den Truppen des General Judenitschs und von der englischen Flotte bedroht. An der Westfront sammelt sich neben den Polen, die die Rolle des Gendarmen der Entente spielen, die konterrevolutionäre Armee der deutschen und russischen Monarchisten; von Kurland und Litauen aus hat sie ihren Vormarsch begonnen, um ihren Teil von der Beute zu nehmen.

Eine mehr passive Rolle bei diesem Kesseltreiben gegen Sowjetrußland spielen die ehemals russischen Randvölker, die Esten, die Letten, die Litauer, die Weißrussen, die Ukrainer. Die Abneigung gegen den Bolschewismus und den großrussischen Zentralismus hat auch viele kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten in diesen Ländern den Feinden Sowjetrußlands in die Arme getrieben. Sie fürchten aber nicht minder den Sieg Koltschaks und Denikins, die ihnen nicht nur ihre Selbständigkeit, sondern auch den Grund und Boden rauben und sie in die zaristische Sklaverei zurückstoßen würden. Sie fürchten auch die Festsetzung der Entente in den Randländern, die ihnen ökonomische Unterjochung und Abhängigkeit bringen würde. Vor allem aber fürchten sie die deutschen Reaktionäre und Militaristen, die ihre raubgierigen Finger wieder nach dem Osten ausgestreckt haben.

Die Besorgnis vor den offenen und verkappten Räubern aus dem Westen macht die Regierungen der russischen Randländer geneigt, dem Verlangen der dortigen Sozialisten stattzugeben: Friede mit Sowjetrußland zu schließen. Diese Friedensbereitschaft muß vom deutschen und vom westeuropäischen Proletariat gefördert, sie muß als Grundlage für eine Aktion in allen Ländern benutzt werden, die die Bahn frei macht für den

Gesamtfrieden im Osten,

zu dem sich die Sowjetregierung in feierlichen Kundgebungen an alle Regierungen mehrfach bereit erklärt hat.

Dieser Friede wird nur möglich, wenn das gesamte europäische Proletariat den stärksten Druck auf seine Regierungen ausübt und sie zwingt, ihre militärischen Expeditionen und die mörderische Blockade gegen das russische Volk einzustellen, jegliche offene und verkappte Unterstützung der Koltschak, Denikin, Judenitsch, Awalow-Bermondt zu unterlassen und von der politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung der Randvölker, von jeder Ausnutzung dieser Völker zum Kampf gegen Sowjetrußland Abstand zu nehmen. Solange der westeuropäische Imperialismus das Chaos und die Anarchie im Osten künstlich aufrecht erhält und die Ostländer als Werkzeuge seiner Politik mißbraucht, kann es nicht zum Frieden kommen.

Das deutsche Proletariat hat hierbei besondere Aufgaben zu erfüllen: Sein Kampf gegen die Russenpolitik der Westmächte ist zugleich ein Kampf gegen die deutsche Gegenrevolution, die im Osten erstarkt. Das baltische Abenteuer der deutschen Militärs, das Auftreten des Grafen Goltz und anderer Offiziere, die Konspirationen zwischen den Häuptern der deutschen Schwerindustrie, des Adels und der Militärkamarilla mit den Führern der russischen monarchistischen Gegenrevolution geben den vollen Beweis, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen bei günstiger Gelegenheit sich im Osten für ihre Verluste und Niederlagen schadlos halten und die russische Gegenrevolution als Sprungbrett für die Gegenrevolution in Deutschland benutzen wollen.

Die ablehnende Haltung der Entente den deutschen Imperialisten gegenüber macht diese in ihren Plänen nicht irre. Sie suchen die Furcht des Ententekapitals vor der deutschen Konkurrenz im Osten zu zerstreuen, indem sie ihnen die Vorteile der deutschen Waffenhilfe, die Tüchtigkeit der deutschen Generäle und Landsknechte beim Feldzug gegen Moskau vor Augen führen. Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, kommt den deutschen Feinden des Sozialismus und der Demokratie nicht ungelegen. Bietet ihnen die Entente als Gegenleistung mehr Soldaten für die Reichswehr und einen Teil der russischen Beute, so werden sie sich auch in dieser Frage mit dem „Erb- und Landesfeind" verständigen.

Wir brandmarken die Pläne der deutschen Militaristen und Imperialisten, wie die gegenrevolutionären Maßnahmen der Ententeregierungen. Wir erheben Anklage gegen die Verbrechen, die die deutschen Militaristen im Osten verüben. Wir protestieren gegen die Liebesdienste, die die Regierung ihnen und den ihnen verbündeten zaristischen Gegenrevolutionären erwiesen hat. Wir sagen schärfsten Kampf an der Verschwörung, die sich gegen die russische wie gegen die deutsche Revolution richtet. Diesem räuberischen, arbeiterfeindlichen Treiben hat sowohl die Regierung Scheidemann wie die Regierung Bauer durch ihre Politik offen und insgeheim Vorschub geleistet.

Mit gleicher Schärfe erheben wir Protest gegen die

Interventionspolitik der Entente

im Osten. Diese Politik ist ein Verbrechen an den Völkern Rußlands und an der Zukunft der Welt. Wir begrüßen die Aktionen, die von unseren Genossen in den Ländern der Entente mit zunehmender Wucht gegen die Blockade Sowjetrußlands und für die Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung unternommen werden; auch wir sind entschlossen, diesen Kampf, den wir seit Monaten führen, mit aller Energie fortzusetzen. Das allein kann dem blutigen Chaos im Osten ein Ende setzen, den Sozialismus retten und das Aufsteigen einer finsteren Reaktion verhindern, die das Proletariat aller Länder bedroht.

Von der deutschen Regierung verlangen wir, daß sie endlich mit wirksamen Taten eine klare, ehrliche Stellung in der Ostpolitik einnehme. Alle Personen in amtlicher Stellung, die durch Handlungen oder Unterlassungen die jetzige Verwicklung Deutschlands im Osten verschuldet oder sich an der Verschwörung mit den russischen Gegenrevolutionären beteiligt haben, sind ihrer Posten zu entheben und unter Anklage zu stellen. Alle Militärs, die dem Rückkehrbefehl der Regierung keine Folge leisteten, sind unverzüglich ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlustig zu erklären. Die Beteiligung an dem Menschenschacher für die russischen Weißen Garden und die Werbungen unter den noch immer in Deutschland zurückgehaltenen russischen Kriegsgefangenen sind unter strenge Strafe zu stellen.

Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, ist abzulehnen. Zugleich hätte die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erklären, unverzüglich die diplomatischen Beziehungen und den wirtschaftlichen Verkehr mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen.

Ueber diese Mindestforderungen hinaus muß das deutsche Proletariat bereit sein, Anschläge von deutscher Seite gegen die Sowjetrepublik oder die russischen Randstaaten zu vereiteln und den Abwehrkampf unserer russischen Genossen zu unterstützen. Das deutsche Proletariat darf schon in seinem eigenen Interesse nicht dulden, daß die russische Revolution niedergeschlagen werde. Der internationalen Front des Kapitals gilt es, die

die internationale Front des Proletariats

entgegenzustellen. Ueber die noch immer gesperrten Grenzen hinweg strecken wir den russischen Genossen die Bruderhand entgegen, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es dem gemeinsamen Kampfe des internationalen Proletariats gelingen muß, der Weltreaktion Herr zu werden und die Sache des Sozialismus zum Siege zu führen.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Fraktion der Nationalversammlung

Frau Brönner, Sie würden gewiß nicht aufhören, zu essen!

In der Nationalversammlung machte die Deutsch-Demokratin Frau Elisabeth Brönner-Königsberg, als unsere Parteigenossin Luise Zietz über den Hungerstreik der Schutzhäftlinge sprach, den Zwischenruf: „Dann könnten sie ja essen!" Angesichts dieser Bemerkung legt man sich unwillkürlich die Frage vor: Wie ist es möglich, daß ein Mitglied der Nationalversammlung, einer das Schicksal Deutschlands so nachhaltig beeinflussenden Körperschaft, ein solches Wort sprechen konnte? Welcher sittlichen und geistigen Werte entbehrt dieses Mitglied und auch die Versammlung selbst, wenn sie diesen Ausruf mit Beifall quittiert. Um uns die Frage beantworten zu können, wollen wir uns die Situation erst einmal klarmachen. Unsere Genossin Zietz sagte über die Häftlinge: „Es hat sich herausgestellt, daß gerade diesen Leuten in den meisten Fällen nicht das Allergeringste nachzuweisen war." Darauf kam der Zwischenruf: „Dann könnten sie ja essen." Unsere Genossin ging sofort auf diesen Zwischenruf ein und machte darauf aufmerksam, daß es ein Verzweiflungsakt der Häftlinge wäre, welche lieber sterben wollten, als die Qualen der Haft länger zu ertragen.

Gewiß, für Leute, welche gewöhnt sind, alles im Leben unter dem Gesichtswinkel der Nützlichkeit zu betrachten, ist es zwecklos, in einem solchen Falle die Nahrung zu verweigern, denn der freiwillige Hungertod eines politischen Gegners wird auf diese Regierung mit ihrem Noske nicht den Eindruck machen, daß sie ein aller Menschlichkeit Hohn sprechendes, von demselben Noske früher scharf bekämpftes Kampfmittel aufgibt. Die Nützlichkeitsmenschen entbehren auch wahrer Begeisterungsfähigkeit für Dinge, die nur im Kampf gegen die herrschenden Gewalten errungen werden können. Sie pflegen lieber nach dem Schützengrabengrundsatz: Am sichersten ist es beim größten Haufen, zu handeln. Wer heute für den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Proletariats seine ganze Kraft einsetzt, nachdem die Verräter des Sozialismus sich mit den Bürgerlichen verbündet haben, der hat mit Recht den Anspruch, von jedem anständigen Menschen wegen seiner Seelengröße geachtet zu werden. Die Verteidiger des humanistischen Gymnasiums führen ihren Gegnern immer an, daß die Bekanntschaft mit den alten Helden und Philosophen, mit dem hohen Sinn, wie ihn in ihrer Blütezeit die alten Völker in ihrer Gesamtheit zeigten, in unserer Jugend einen echten Idealismus allein zu wecken vermöchten. Ich pflichte ihnen nicht bei. Auch unser zeitgenössisches Proletariat, das kein Gymnasium besucht hat, zeigt täglich jedem, der sehen will, daß selbstlose Hingebung an eine große Sache nicht allein seinen wahren Führern, sondern auch seinen unauffällig kämpfenden, einfachen Mitstreitern in höchstem Maße eigen ist. Vor jetzt nahezu 30 Jahren sagte einmal der das Menschenherz nur zu gut kennende berühmte Schweizer Irrenarzt Forel: „Die einzige Partei, die noch Ideale hat, ist die Sozialdemokratie." Sie ist die Partei der Hungrigen, aber nicht so sehr der nach leiblicher Nahrung, als vielmehr nach höherer Wertung in geistiger und sittlicher Beziehung Verlangenden. Ihnen stehen

die Satten gegenüber mit begreiflichem Unverständnis für Hunger, denn wie soll ein Gesättigter, der noch niemals oder vor langen Zeiten Mangel gelitten, den quälenden Antrieb des leeren Magens sich vorstellen können."

Frau Brönner ist wohl kaum humanistische Bildung zuteil geworden, dafür müßte aber das Weib in ihr den Boden für eine mildere Lebensauffassung bereiten. Hoffte man doch allgemein gerade von der politischen Betätigung der Frau, daß eine versöhnlichere Note in den öffentlichen Kampf der Geister und Interessen hineingetragen werden würde.

Wie arg muß man über das hartherzige Verhalten der Frauen der Nationalversammlung mit Ausnahme der unabhängigen Genossinnen in der Frage der Wochenhilfe enttäuscht sein! Von den Rechtssozialisten in einer Kommission, welche zwecks Durchberatung der Reichsversicherungsordnung gebildet war, aufgestellte Forderungen haben die Frauen dieser Partei jetzt, nachdem sie bürgerliche Busenfreunde geworden sind, abgelehnt, trotzdem sie sich nicht scheuten, von der großen Schwesternschaft aller Frauen zu sprechen. Na, zum Teufel! Was waren denn das für abscheuliche Anmaßungen der Unabhängigen wieder? Man höre und staune: 1. Eine Schwangerenfürsorge für 8 Wochen in der Höhe des Grundlohnes. 2. Eine Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen in gleicher Höhe. 3. Unentgeltliche Hebammendienste und, wenn nötig, ärztliche Hilfe bei Entbindung und Schwangerschaftsbeschwerden. 4. Ein Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes für 26 Wochen. 5. Obligatorische Familienfürsorge für die Versicherten.

Frau Brönner! Sie waren also von Gesinnungsgenossen umgeben, als Ihr Zwischenruf einen Einblick in Ihre hochherzige Seele gestattete! Würden Sie auch den Mut haben, in einer Versammlung proletarischer Frauen diese Forderungen abzulehnen? Wenn ja, so bewundere ich an Ihnen ebenso, wie an ihrer Gesinnungsgenossin, der „Sozialistin" Luise Schröder, Charaktereigenschaften, auf die ein Landsknechtführer stolz sein könnte. Es wäre aber für das deutsche Volk besser, wenn die Frauen der Nationalversammlung der Mehrzahl ihrer Schwestern im Volke glichen, denen wir Männer es als ein Himmelsgeschenk anrechnen, daß das Gemüt ihren Willen überwiegt. Es ist wohl keine philosophische Spekulation, sondern eine auf guter Naturbeobachtung beruhende Wahrheit, daß ein Jeder eine Mischung von Männlichkeit und Weiblichkeit darstellt, und daß also auch ein durch seine Geschlechtsorgane als Weib gekennzeichnetes Individuum mehr Mann als Weib sein kann. Im Allgemeinen jedoch überwiegen bei der Frau die weiblichen, weicheren Eigentümlichkeiten des Geschlechtscharakters. Es ist ja einleuchtend, daß heutzutage, im Beginn aller politischen Betätigung der Frauenwelt nur willensstarke Frauen sich in die Arena der Oeffentlichkeit trauen. Wir brauchen aber als Gegengewicht gegen die Männerwelt mit dem ihr eigentümlichen Fühlen das echt weiblich empfindende Gemüt der Frau. Fürchtet Euch nicht, Ihr Frauen! Auch wenn Ihr in der Minderzahl Euch unter Männern öffentlich betätigt, Euer Einfluß wird gewaltig sein, wenn ihr echte Frauen seid! Ihr werdet auch Verständnis haben für idealistische Streiter; Ihr werdet auch das Zeug in Euch haben, aufzuhören, zu essen.

Dr. Kranz II.

Politische Rundschau

Deutschland

Spaltung der sozialistischen Jugend

In Weimar tagte eine Reichskonferenz der Freien Sozialistischen Jugend. Bedauerlicherweise war das Endergebnis dieser Konferenz eine Spaltung der Freien sozialistischen Jugend. Die Mehrheit nahm ein Programm an, in dem erklärt wird, daß die „unklare Politik der U. S. P. aufs schärfste bekämpft" werden müsse. Ein Vertreter erklärte, daß die U. S. P. schärfer bekämpft werden müsse als — die Noskegarden. Vorsorglicherweise beschloß man gleich, daß alle Mitglieder auf das Programm verpflichtet werden müßten. Darauf verließen eine Reihe von Delegierten den Saal und schlossen sich zusammen, um die alten Grundsätze der Freien Sozialistischen Jugend weiter zu propagieren.

Man hat die Mitglieder der U. S. P. in der Jugend also tatsächlich ausgeschlossen aus der Organisation. Denn man mußte wissen, daß diese Jugendgenossen nicht ein Programm gutheißen konnten, in dem der Kampf gegen die Partei, der sie angehören, als Organisationspflicht aufgestellt wird.

Niemals ist eine Spaltung leichtfertiger herbeigeführt und niemals ist heuchlerischer dann erklärt worden, diejenigen, die man hinausdrängt und die sich dann notgedrungen zusammenschließen, hätten Schuld an der Spaltung.

Angst vor der Sozialisierung. — Künstliche Kohlennot

Eine Studienkommission, die von der Stadt Elberfeld ins Ruhrgebiet gesandt wurde, stellte fest, daß auf einigen Zechen die Förderungsleistung prozentual der Friedensleistung gleichkommt. Während die Unternehmer dauernd über Arbeitermangel und Arbeitsunlust der Bergarbeiter jammern, liegt nach Ansicht der Sachverständigen für den Bergbau, der Leitung der Bergarbeiterverbände in Bochum, Essen und Belegschaften der Zechen eine systematische Sabotage der Kohlenförderung durch die Grubenbesitzer vor. Dem Reichskommissar Otto Hue erklärte ein Vertreter der Stadt Hamburg, daß er seit drei Wochen im Ruhrgebiete herumlaufe, um 30 000 arbeitswillige Arbeiter zu vermitteln. Obwohl Bedarf an Arbeitskräften vorliegt, machen die Grubenbesitzer keinen Gebrauch von den Angeboten. Als Grund wird Mangel an Unterkunftsräumen angegeben, dabei hat die Firma Krupp Arbeiterbaracken für mehrere tausend Personen leer stehen. Aus Angst vor der Sozialisierung tun die Unternehmer alles, um die Kohlenförderung so unrentabel wie nur möglich zu machen. Die Anordnungen des Reichskommissars Hue werden von den Unternehmern einfach nicht befolgt. Die Kommission hat auch festgestellt, daß Kohlen in großen Mengen zu Schieberpreisen von 10 bis 12 Mark pro Zentner verschoben werden. Uebereinstimmend wurde festgestellt, daß genügend Kohlen da sind. Das geht auch aus dem Lieferungsvertrage mit Frankreich hervor, wohin außer der Vertragsmenge noch ½ Millionen Tonnen mehr geliefert werden. Diese Tatsachen beweisen aufs eindringlichste die Sabotage des Unternehmertums.

Die Blutopfer.

Nach einer Zusammenstellung eines belgischen Blattes läßt sich im Durchschnitt der Verlust an Menschenleben im Kriege wie folgt berechnen. Es fiel ein Mann auf

28	Einwohner	in Frankreich
35	„	„ Deutschland
50		Oesterreich-Ungarn
66		„ Großbritannien
79		„ Italien
107		„ Rußland
2000	„	„ der Verein. Staaten Nordamerikas.

An zweiter Stelle steht bereits Deutschland. In der Tat Frankreich und Deutschland haben durch den Völkermord den größten Aderlaß an Männern erfahren müssen.

Massendesertion deutscher Soldaten

Eine Depesche aus Thorn meldet:

Ungefähr 200 Mannschaften und einige Offiziere eines Bataillons des Regiments Nr. 21 in Thorn haben in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober unter Mitnahme von Waffen das Bataillon verlassen, um anscheinend die Grenze in der Richtung nach Kurland zu überschreiten. Es ist energisch Vorsorge getroffen worden, um die Flüchtlinge am Ueberschreiten der Grenze zu verhindern. Im übrigen hat der Rest des Bataillons, ebenso wie die anderen Truppenteile, bei deren Mannschaften Neigung zum Uebertritt zu bestehen schien, den gegebenen Befehlen Folge geleistet.

Der skandalöse Vorgang beweist wiederum die völlige Disziplinlosigkeit der Noskesöldner. — Bei Kowno wurde ein deutsches Flugzeug abgeschossen.

Lettland

Die Banden v. d. Goltz plündern und morden.

Das lettische Pressebüro meldet uns: Eine deutsche Meldung aus Mitau behauptet, jedoch unbegründeterweise, daß unter der Bevölkerung Kurlands große Freude herrscht wegen des Vorstoßes und der Einnahme von Südostkurland durch die russisch-deutschen Truppen unter dem Kommando des Generals Goltz und Bermondts. Alles hätte erleichtert aufgeatmet, alles hätte mit der alten russischen Friedensfahne geflaggt. „Was für eine Freude dort herrscht und welcher Art die deutschen Truppen dort mit Begeisterung begrüßt wurden", geht aus den Nachrichten der Laiepreß hervor. Aus Aussagen deutscher Kriegsgefangener, die durch lettische Truppen gefangen worden sind, sowie auch aus Aussagen der Landeseinwohner, die sich durch die Front geschlichen hatten, geht hervor, daß die deutsch-russischen Truppen nach dem mißlungenen Angriff auf die lettländischen Truppen die Bevölkerung Kurlands ohne Mitleid terrorisierten. Auf einfache Denunziation hin wurden Leute, ohne zuerst vors Gericht gestellt zu werden, ohne Mitleid füsiliert. Die deutschen Kommandanten und Bermondt forderten von der Bevölkerung unter Drohung mit der Todesstrafe unerschwinglich hohe Steuern. Ganz Kurland wird von Banden, die aus den Armeen Goltz und Bermondt desertiert sind, unsicher gemacht. Sie überfallen die Einwohnerschaft, plündern und morden. In Mitau ist der Belagerungszustand verhängt worden, der sich dort gegen die Letten richtet. Die Ernte in Kurland ist dieses Jahr ausgezeichnet, wird aber von den russisch-deutschen Truppen vernichtet. Der Ruin der Bevölkerung und die hoffnungslose Lage, hervorgerufen durch die deutsche Politik, sind unbeschreiblich.

Artilleriefeuer und Gasangriffe deutscher Truppen auf lettische Frauen und Kinder!

Vom lettischen Presse-Büro wird uns über die Kämpfe bei Riga gemeldet: Bei Riga Artillerie-, Maschinengewehr- und Gewehrfeuer. Vom deutschen Feuer und giftigen Gasen viele Opfer an Frauen und Kindern.

Der lettische Ministerpräsident Ulmanis erklärt offiziell: Laut Zeugenaussagen der Gefangenen des deutschen Freiwilligenkorps Rieckhof wurden die Mannschaften am 4. (!) Oktober in Deutschland angeworben (!!) Andere Gefangene der weiter genannten Bataillone sagen aus: Das österreichische Bataillon Sudetenland und das bayrische Bataillon Bertold wären noch im September nach Kurland gekommen. Somit ist die deutsche Lüge von der Grenzsperre für Truppen, die nach Kurland gehen, auch durch Tatsachen widerlegt.

Die gefangen genommenen russischen Offiziere behaupten, alle Russen wären zu den Letten übergegangen, wenn sie die wahre Sachlage gekannt hätten. Die Deutschen trauten den Russen nicht; sie schieben zwischen den weißrussischen Abteilungen deutsche Soldaten mit Maschinengewehren ein.

Schweiz

Fürstliche Kapitalschieber in der Schweiz

Das Berner Sozialistenorgan, die Tagwacht schreibt: Schweizerische Finanzkreise glauben zu wissen, daß es der ehemaligen deutschen Kronprinzessin Cäcilie gelungen sei, einige zwanzig Millionen ihres Riesenvermögens in die Schweiz schmuggeln zu lassen. Auch Exkaiser Carl habe auf diese Weise einen schönen Teil seines nach Hunderten von Millionen zählenden Vermögens rechtzeitig unter Dach gebracht."

Ein Kapitalistenblatt schreibt dazu: „. . . . Außerdem haben wir in unserm Lande gegenwärtig Tausende von fendalen Herren einstige Lenker, der Völker, zu beherbergen, die unsern großen Börsenumsätzen nicht fremd stehen. Es werden große Summen bei deutschen Banken zugunsten schweizerischer Banken einbezahlt und die betreffenden Gutschriften auf allerlei Umwegen hierher spediert. In der Schweiz, zum Beispiel in Glarus, haben sich eigene Gesellschaften gegründet, um die Gelder in Empfang zu nehmen. Den Kapitalisten folgen dann die Eigentümer nach, die sich durch Ankauf von Liegenschaften usw. bei uns festzusetzen suchen und so die Preise samt den Mietzinsen in die Höhe treiben. Oder diese Steuerfrandanten wandern, manchmal mit Millionenvermögen, bei uns jahrelang von einem Kurort und Hotel zum andern, ohne je eine Steuer zu entrichten."

So schmarotzt in der Schweiz auch Graf Berchthold, einer der größten Hauptschuldigen am Völkermorden, der mit den geretteten Geldern am Thunersee sein fürstliches Leben weiterführt, als ob nichts passiert wäre. Berchthold war einer der ersten, der sein Vaterland im Stiche ließ und sich aus dem Staube machte, als seine verbrecherische Politik zusammenbrach.

Neben Berchthold treibt sich der berüchtigte Prinz Windischgrätz mit seinem Anhang in der Schweiz herum.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

3]

„Das ist gewiß," entgegnete Jordan.

Mit einer stummen Verbeugung verabschiedete er sich von dem Ersten Staatsanwalt.

* * *

Als der Staatsanwaltschaftsrat Matthias Jordan an diesem trüben Novembertage gegen vier Uhr nachmittags in seine am Lützowufer zu Berlin gelegene Wohnung heimkam, fand er die Akten, die der Erste Staatsanwalt ihm hatte zuschicken wollen, bereits auf seinem Schreibtisch. Da bis zum Diner noch zwei Stunden Zeit waren, so machte sich Jordan sogleich an diese Akten, deren Inhalt er wie einen spannenden Roman verschlang. Von Kern hatte nicht zuviel gesagt. Es handelte sich in der Tat um Vorgänge aus dem dunkelsten Berlin, wenn auch der Ort der Handlung nicht etwa der Umkreis der Gipsstraße, sondern vielmehr das repräsentable, ja sogar nicht unfeine Hansaviertel war. Mitten in diesem Studium wurde Jordan durch das Telephon auf seinem Schreibtische gestört, dessen Schnarrer zu rasseln begann. Es meldete sich Eneccerus, Jordans Jugendfreund, der Shekespeareforscher, der, vor einer längeren Reise nach England Abschied zu nehmen, seinen Besuch anmeldete und fragte, ob er Jordan genehm sei. Dieser verneinte. Sogar etwas schroff. Er stecke mitten in dringender und schwieriger Arbeit, habe sich hastig in eine ganz neue Materie einzuarbeiten, deren Hauptverhandlung binnen kurzem schon anstehe, und müsse bis dahin jegliche Störung abwehren.

„Schade," sagte Eneccerus: „Na — dann muß ich mich damit bescheiden, dir auf diesem Wege Lebewohl zu sagen. Ich bleibe ein Vierteljahr fort. Laß dir's inzwischen gut gehen, Matthias, und empfiehl mich der gnädigen Frau. Lebewohl! Noch eins — du! Geh mit den armen Sündern nicht gar zu streng ins Gericht!"

Aergerlich warf Jordan den Hörer ins Gestell. In diesem Augenblick öffnete sich die hohe Flügeltür, und Frau Rosalinde Jordan betrat das riesige Arbeitszimmer ihres Gemahls. Dieser erhob sich, warf einen Blick auf die gewaltige Standuhr in der Ecke und sah, daß es bereits nach sechs war. Wie die Zeit doch rann! Er ging seiner Frau entgegen und küßte der ragend hoch gewachsenen, mageren, in schwarze Seide gekleideten Dame die knochige aber wohlgeformte adlige Hand, die nur ein Trauring schmückte.

„Du bist noch nicht umgezogen?" sagte die geborene Gräfin Feilen zu ihrem Manne, Mißbilligung in Blick und Ton.

„Verzeih, Linda, ich habe wohl bei der Arbeit vergessen, auf die Zeit zu achten. Bitte — nur fünf Minuten Geduld."

Er eilte hinaus. Sie sah ihm, den grauumrahmten scharf markierten, spitznasigen Asketenkopf schüttelnd, nach und begab sich in das Eßzimmer, einen vornehmen, mit düsteren feierlichen schwarzen, schweren Eichenmöbeln gefüllten Raum, in dem viel Silber im Glanze des elektrischen Lichtes schimmerte. Frau Linda hatte sich kaum an der blendend weißgedeckten Tafel niedergelassen, da trat der Diener schon mit der Platte herein, die die Suppentexine trug. Die Knöpfe blitzten an seiner Livree. Kein Wappen, aber ein großes J schmückte sie. Soeben trat der Diener neben den hochlehnigen Sessel der Gnädigen, dessen reiches, schweres Schnitzwerk an Chorgestühl erinnerte, als der Herr des Hauses, jetzt im schwarzen Gehrock, den Speisesaal betrat und am Tische Platz nahm. Zu einem stummen Gebet falteten die Ehegatten die Hände, dann begann das Mahl der zwei hohen, grauhaarigen, feierlichen Menschen, die sich in dem Riesenraume ein wenig verloren ausnahmen.

Nach dem ersten Löffel Suppe fragte Jordan seine Frau: „Wie verlief die Sitzung im Hauspflegeverein?"

„Normal, Matthias. Aber du — du hast Aerger gehabt."

Mit dem Ausdruck des Erschreckens richtete er seine dunklen Augen auf die hellgrauen seiner Frau, die forschend auf ihn gerichtet waren. Beherrsche ich mich so wenig? dachte er. Kann man mir denn wirklich noch heute jede Seelenregung vom Gesicht ablesen?"

„Aerger — nein — Aerger habe ich eigentlich nicht gehabt. Doch ja — weißt du — Eneccerus klingelte mich an. Wollte herkommen, sich verabschieden. Er geht zu Studienzwecken auf ein Vierteljahr nach England. Ich winkte ab. Kann ihn heute nicht brauchen. Habe — für Strachwitz — der sich krank gemeldet hat, vertretungsweise eine eilige Sache übernommen."

„Strachwitz hat sich immer sehr lieb, Matthias, und dich spannen sie stets mit Vorliebe dafür ein."

„Es ist ein sehr interessanter Fall."

Frau Linda Jordan zuckte die spitzen Achseln.

„Sehr interessant," bekräftigte der Staatsanwalt. „Aber weißt du, dieser E. (der Diener war inzwischen eingetreten, und Jordan wollte den Namen seines Jugendfreundes vor diesem Dritten nicht aussprechen), dieser E. — das fiel mir vorhin ein — paßt doch eigentlich nicht — seiner ganzen Lebensführung nach gar nicht zu uns."

„Siehst du das jetzt endlich ein, Matthias?"

„Ja. Da reist er gewiß diese langen Monate wieder mit seiner sogenannten Freundin, die nun schon so lange Jahre weder daheim noch in der Fremde von ihm weicht. Beide sind vermögend, beide frei, nichts hinderte die Leute, sich zu heiraten, aber sie ziehen es vor, durch ihr freies Zusammenleben Aergernis zu geben. Man sollte solche Dinge durch einen auch noch so seltenen Verkehr nicht schweigend gutheißen. Man macht sich in gewisser Art an ihnen mitschuldig."

„Ich freue mich, Matthias, daß du endlich von selbst zu dieser Ansicht kommst."

„Ja, Linda, ich komme dazu. Wir sind doch verpflichtet, im Leben Farbe zu bekennen. Entweder — oder. Eneccerus ist doch schließlich ein Bohemien. Seine ganze lasche Art paßt mir nicht. Ich ärgerte mich auch über eine Bemerkung, die er am Schluß unseres Telephongespräches vorhin machte. Ich sagte, ich hätte einen eiligen Fall übernommen und deshalb heute für ihn keine Zeit. Da bemerkte er: Geh mit den Sündern nicht zu streng ins Gericht! Wie kommt er zu einer solchen Ermahnung? Das sind Uebergriffe. Es ärgerte mich um so mehr — als . . ."

Er stockte, denn den Zwischenfall mit dem Ersten Staatsanwalt hatte er seiner Frau gar nicht erzählen wollen, weil — ja — im Augenblick war ihm der Grund hierfür eigentlich nicht klar.

Frau Linda hatte aber sofort automatisch ein.

„Es ärgerte dich um so mehr — als . . ." sagte sie in gespanntem Inquisitionstone.

Jordan goß ein Glas Fachinger ein und trank es hastig leer. Es war, als gälte es etwas hinunterzuspülen.

„Siehst du, Matthias — wie ich dich kenne. Du hast im Dienst heute Aerger gehabt."

Er spielte nervös mit dem Messerbänkchen, und das wilde Funkeln kam wieder in seine großen Augen. Seine schwere Rechte strich rasch über das dichte starre eisengraue Haar.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntlich sollte er daheim über
Ernährungsminister mitlaufen lez
Der Windischgrätz-Clique in
chistischen Wühlhubern besteht, die
Oesterreich und Ungarn die Habsbur
aufzurichten suchen.

Der italienische Berichterstatter Zin
Epoca über die Hetze der Wiener Chri
Regierung und gegen den
Nuntius Valfrè unterhalte ständig Emiss
Die Mittel zur Propaganda
Schweiz. Weiter berichtet Zingarelli, daß
grätz, „Baron" Clumecky, „Graf" Hunyad
und „Graf" Berchthold, die sich
die Hauptträger der monarchistischen
seien. Die Monarchisten wollen sich an
des Exkaisers Max halten, wenn Karl nic
übernehmen wolle. Von Windischgrätz
als ungarischer Ernährungsminister
Jahres 1917 für den Staat bestimmtes
arbeitet und dieses Mehl an
reich verkauft habe. Der Reingewi
zehn davon behielt Windischgrätz
Bande Budapests ein.

Von Karl erzählt die Ep
unfähig war der letzte Kaiser
der österreichischen Krone
Aussichten auf den ungarn
treuen wiegeln ihn innerw
Mutter der Exkaiserin arbei
gischen Hof, wie auch durch
der hohen englischen Aristo
Stande seiner Finanzen. Ge
Emigranten in der Schweiz
Champagnergelagen führen, u
monarchistische Bewegung ihn
gutes Leben mit dem Gelde
erhalten. Tatsache ist, daß K
französische Grenze unternimm
französischen Persönlichkeiten zus

Und das Volk von Wien
morgen essen wird, der Wiener Wa
not einfach abgeholzt und hunderte v
Südslawen, Italienern verjagt, hause
lichtlosen Güterwagen auf den Bahnh

In und um E

Englische Zigaretten!

werden jetzt vielfach angeboten. Dazu schrei
Tabakzeitung: „In den letzten Tagen ist
Riesenfälschung im Handel mit englischen Z
Spur gekommen. Eine von der bekannten
Wills eingeleitete Untersuchung hat ergeben, da
blicklich in Deutschland im Handel befindlichen Zigar
„Gold Flake", „Kapstadt" und „Players Navy
größten Teil gefälscht sind. Diese Fälschungen, die au
heitsschädlichem Tabak hergestellt sind, wurden von g
losen Elementen über ganz Deutschland verbreitet. Di
geleitete Untersuchung führte in Köln bereits zu der
haftung einer großen Anzahl von Personen. Auch in
übrigen Großstädten Deutschlands haben die Behörden energi
Untersuchungen eingeleitet, um das gemeingefährliche Trei
der Zigarettenfälscher aufzudecken."

Der dritte und vierte Bezirk

der U. S. P. Elbing hielten am Mittwoch eine gemeinsa
Versammlung ab. Genosse Erbien verlas die Abrechnun
die ohne Ausstellungen gutgeheißen wurde und machte ein
Ausführungen über die Stadtverordnetenwahlen und
Generalversammlung unserer Partei. Dann erfolgten
Delegiertenwahlen. Aus dem 3. Bezirk wurden 16
aus dem 4. Bezirk 10 Genossen gewählt. Genosse Bau
sprach nach der Wahl über die Bedeutung des Parteitages
Als Kandidaten für diese Delegation stellte der 3. Bezirk
Genossen Harwardt, Gottschalk und Wilki und der
4. Bezirk die Genossen Baude, Erbien und Kretsch
mann auf.

Weitere Bezirksversammlungen

Der 2. Bezirk tagte am gestrigen Donnerstag. Er
lehnte ohne Debatte die Abrechnung und die Delegiertenwahl
zur Generalversammlung. Dann referierte Genosse Baude
über den Parteitag. Dieser Gegenstand rief eine lebhafte
Aussprache hervor.

Gleichfalls am Donnerstag fand eine Versammlung des
6. Bezirks im Gasthaus Concordia statt. Da Genosse Wolle
als Bezirksleiter ausgeschieden ist, wurde Genosse Hippler
der von den Vertrauensleuten mit der Leitung betraut war
als Bezirksleiter einstimmig gewählt. Es erfolgte dann eben
falls die Wahl der Deligierten zur Generalversammlung.
Genosse Grunwald teilte der Versammlung mit, daß
sie nach drei Genossen zum Parteitag vorzuschlagen habe.
Diesem wurde Rechnung getragen. Genosse Krebs stellte
den Antrag, daß zur nächsten Abrechnung gedruckte Abrech
nungsformulare an die Mitglieder ausgegeben werden sollen.
Hierzu machte Genosse Grunwald bekannt, daß wir dieses
wegen Papierknappheit nicht machen könnten. Zum Schluß
forderte Genosse Grunwald die Versammlung auf, sich recht
rege an der Agitation für die Stadtverordnetenwahl zu beteiligen.

Eine Ente

Bürgerliche Zeitungen und mit ihnen die Danziger
Volkswacht bringen folgende Notiz:

Elbing. Ein Grundstücksverkauf, der in seinen Be
gleitumständen recht interessant ist, wurde vor kurzem
hier abgeschlossen. Die hiesige unabhängige sozialdemo
kratische Partei, die in den nächsten Wochen eine Tages
zeitung unter dem Namen „Elbinger Volksstimme" her
ausgeben wird, suchte seit langer Zeit ohne Erfolg ein
passendes Grundstück. Ein solches war gerade in der
Spieringstraße vorhanden, jedoch gehörte es der Rentiere
Emilie Wernich, der Witwe des früheren Besitzers der
Elbinger Zeitung, die auf keinen Fall an die Unabhängigen
ihr Privatgrundstück verkaufen wollte. Die Unabhängigen
wußten sich jedoch zu helfen. Seit dem Juni 1919 ge
hört auch der praktische Arzt Dr. Ernst Kranz zu den
Unabhängigen. Dieser kaufte das Grundstück auf seinen
Namen für 90 000 Mark, um es dann seinen Genossen
zu übergeben. Erst als der Kauf rechtsgültig war, erfuhr
Frau Wernich von diesem Doppelspiel.

[illegible]
erfäl
die Ar
Mitgliede
vertrages
bemessen sin

Ich beme
der Zwangswirt
gelieferten Mil
Hauteinschläge über
sind zu tatkräftiger
anzuspornen.

Da zahlreiche Landw
auffassen, als ob die Zwangsu
würde, wäre ich für eine An
die tatsächliche Lage dankbar.

An den Landbund Weichsel.

Abschrift zur Kenntnis unter
Erlaß vom 28. 9. 1918.

seits die Landwirte aufzuklären. Von einer
suchte Anregung auf weitere Erhöhung der Viehpr
scheint aussichtslos. Im Auftrage gez. Pechmann.

Der Landeshauptmann von Marienburg fügt dieser Bekanntmachung noch hinzu, daß er dringend um die Ab
lieferung des für die eigene Versorgung der Kreisbevölkerung bezw. des für die Stadt Danzig erforderlichen Schlachtviehes ersuche. Auf höhere Viehpreise sei nicht zu rechnen. Wer seine Schlachtviehablieferungspflicht nicht erfüllt habe, erhalte keine Genehmigung zum Verkauf von Zucht- oder Nutzvieh.

Ob die Danziger nun Fleisch bekommen werden?

Noch immer laufen die frei umher!

An die Adresse des Herrn August Winnig richtet unser Königsberger Bruderblatt folgende Anklage: Am 20. Juni wurden bekanntlich in Neidenburg die Parteigenossen des Herrn Winnig, Stadtsekretär Fauk und Kaufmann Dziech durch Soldaten überfallen, mit dem Tode bedroht. Dziech lag viele Wochen krank darnieder, seine Wohnung wurde völlig demoliert. Es herrschte allgemeine Empörung in Neidenburg über die viehischen Taten jener Rohlinge und sogar Noske hielt es für nötig, zuzusichern, daß Remedur geschaffen werde. Wie sieht nun diese „Remedur" aus? Die Truppen wurden zwar von Neidenburg weg verlegt, jene Haupttäter aber laufen noch heute frei und unbehelligt in Neidenburg herum. Was sie dort zu suchen haben, ist nicht recht erfindlich, da sie anscheinend einen festen Beruf nicht haben, aber eine Gefahr für die seinerzeit von ihnen Mißhandelten bilden. Wie weit die Frechheit dieser Burschen geht, zeigt folgendes: Acht Tage (!) nach dem ersten Überfall wurde Dziech von dem einen der Rowdys, die ihn damals mit dem Tode bedrohten, von dem „Studenten" Petzold, und Genossen auf dem Bahnhof Allenstein aufs schwerste insultiert und bedroht und nur durch das Dazwischen-

die
Reg
gegen
wurden
Flugzeug
dem Balk
Aus
behörden die
2 Millionen
Munitionsdet
Freiheit wisse
Waffen versteck
Maschinengewehr
vertrage vier
gewehre versteckt.

Wegen dieser
verhängt, sind
und Kohlen!

Verantwortlicher Red
allgemeinen Teil: Gust
F. Rudnitzki, beide
Druck und Verlag: Ve
E. G. m. b. H., in Elbing.

tadt-Kino

Alter Markt 39

ontag abend zwei ganz hervorragend Filmwerke

rote Herzogin

cherdrama in fünf spannnenden Akten.
Hauptrolle die berühmte **Lori Lens**
sowie

netten der Leidenschaft

ben einer Schauspielerehe in 4 Akten.
hluß der hiesigen Stadtverwaltung darf ich folgt öffnen:
gen von 3 bis 5½ Uhr I. Vorstellung,
von 5½ bis 7½ Uhr geschlossen,
von 7½ bis 10 Uhr II. Vorstellung.
von 3 Uhr ab durch-
orstellungen.

Empfehlung

arzkopf.

---

lplan
rasse 15 **C.T.**

Montag, den 27. Oktober.
Schlagerprogramm!

Gewitter!!

us dem Leben in 4 Akten.
die ungarischen Künstler
d **Gustav Halmy.**

s Lebenswerk

berühmten **Harry Higgs.**
auptdarstell. **Hans Mierendorf.**
ntags als Einlage:

soll sich verloben!"

Akten mit **Rudi Bach u. Else Gärtner.**
er Verfügung müssen Kinotheater in der bis ½8 Uhr schließen. Es finden des- 2 Vorstellungen statt:
3—½6 Uhr, 2. Vorstell. ½8—10 Uhr.
ununterbrochen von 3—10 Uhr.

---

er Central-Dampf-Wäscherei Reinigungsanstalt und Färberei

empfiehlt sich zur **Annahme von Haus-, Hotel-, Gardinen- und Plättwäsche.**
Stärke genügend vorhanden, so daß jeder Auftrag schnellstens erledigt wird.

Chemische Reinigung von Damen- und Herren-Garderoben.
Reparaturen werden durch Schneider ausgeführt.
Umfärben von Gegenständen in allen gewünschten Farben.

J. Koppenhagen

Kalkscheunstraße 3/4. **Fabrik Dienerstraße.**

---

n
us.
hen hat,
men!

rlen!

Götz, mit
s Riemann
Karl Platen.

ag! Laut Polizeiverordnung müssen Kinotheater in der Zeit von
8 Uhr schließen!
gl. 2 geschlossene Vorstellungen statt.
orstell. 3¹⁵ Uhr, 2. Vorstell. 7.30 Uhr.
!! Sonntag von 3 Uhr ab ununterbrochen Vorstellung !!
Kassenöffnung eine halbe Stunde vor Anfang.

Taschenlampen
Taschenbatterien
Birnen
Ventilgummi
Gummilösung
Flickgummi
sowie
Decken und Schläuche
offeriert billigst
F. Laufer, Georgendamm 8.

Inserate

für die an demselben Tage erscheinende Numme. erbitten wir bis spätestens **10 Uhr vormittags**
Verlag der Elbinger Volksstimme.

---

lz-
uhe
n.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestraße 12/14

Lieferant guter, gediegener
Möbel eigenen Fabrikates
zu anerkannt **billigen Preisen.**
Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Halte meinen
Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Salon
meiner werten Kundschaft bestens empfohlen.
O. Mull, Schichaustraße.

Zigarren, Zigaretten

nur orientalische Sorten,
sowie
Prima Rauch- und Kautabak
empfiehlt
Frau Helene Wild
Herrenstraße 26.

Kaufe dauernd
alte Musikplatten
sowie
Nähmaschinen
auch **reparaturbedürftige**
Laufer, Georgendamm 8.

Kautschuk-stempel
Petschafte
Typen-Druckereien
für Private, Behörden, Industrie, Handel und Gewerbe
liefert sauber und billig
G. W. Petersen
Papierhandlung.

Sämtliche Artikel zur
Wäsche
Seifenpulver, Soda, Kernseifen, Schmierseifen, Toilettenseifen
empfiehlt billigst
Drogerie
Pulewka
Königsbergerstr. 120.

Ein neuer Ulster
für starke Figur preiswert zu verkaufen. Sternstr. 19, II.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 4 | **Sonnabend, den 25. Oktober 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Bayerns blutdürstige Regierung. Die Bayerische Regierung hat nach Münchener Meldungen durch das deutsch-österreichische Konsulat in München ein neuerliches nachdrückliches Verlangen nach Auslieferung des in Wien verhafteten Kommunisten Max Lewien gestellt. Die bayerische Regierung weist in der Note auf die Bedenklichkeit der Ansammlung flüchtiger Kommunisten von Ost und West in Oesterreich hin und spricht die Besorgnis aus, daß die Ablehnung die bisher freundnachbarlichen Beziehungen Deutsch-Oesterreichs und Bayerns trüben könnte.

750 000 Arbeiter im Streik. Die amerikanischen Streiks dehnen sich immer mehr aus. Jetzt streiken bereits 750 000 Arbeiter. Die Times melden aus Washington, daß die Bergwerksbesitzer mit ihren Arbeitern nicht unterhandeln wollen. Sie verlangen, daß der achtstündige Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche aufrechterhalten bleiben. Die Arbeiter fordern statt dessen den sechsstündigen Arbeitstag und die fünftägige Arbeitswoche, dazu eine Lohnerhöhung von 60 Prozent.

Aus Böhmen. Der Minister für öffentliche Arbeiten in der tschechoslowakischen Republik, Genosse Hampl, hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich mit der Errichtung von Berg- und Revierräten beschäftigt.

Proteststreik am Niederrhein. Der Proteststreik gegen das Verhalten der belgischen Besatzung in den Orten in der Nähe des Rheins und auf der linken Rheinseite dehnte sich weiter aus. Die Belegschaften von vier Bergwerken sind jetzt am Streik beteiligt, ferner alle Beamten und Arbeiter des Kruppschen Werkes Rheinhausen, das bis auf die Verrichtung der Notstandsarbeiten stilliegt. Einige Straßenbahnlinien stellten den Betrieb ein. Die Geschäftshäuser und Gastwirtschaften sind geschlossen. Nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet.

Landsknechtwerber in Hannover. In seiner Nummer vom 24. Oktober bringt unser Parteiblatt in Hannover, das Volksrecht, im Faksimile, Beweise, daß noch am 17. Oktober ein deutscher Agent, der sich Franz Scherrer nannte, die Anwerbung von Freiwilligen für das 1. Kurlandische Regiment versuchte. Der Agent trug Blanko-Urlaubscheine und Reiseausweise, mit Stempel und Unterschrift versehen, bündelweise bei sich.

Die Wahlen in Bulgarien. Laut Meldung aus Sofia haben die Sozialdemokraten bei den jüngst vollzogenen Sobranjewahlen 85 Mandate erobert, von denen 38 den gemäßigten und 46 den radikalen zufielen. Die Bauernpartei eroberte 86 Mandate. Da die Sobranje insgesamt 222 Mandate umfaßt, beherrschen diese beiden Gruppen die künftige Politik Bulgariens. Im Kabinett sitzen 4 Bauernparteiler und 3 Sozialdemokraten.

Simons Wahl soll ungültig sein. Der Ausschuß für die Wahlprüfungen der Nationalversammlung hat beim Plenum beantragt, die Wahl des Abg. Simon-Nürnberg (Unabh. Soz.) wegen Wahlbeeinflussungen für ungültig zu erklären.

Unterschlagungen bei den Leipziger Kommunisten. Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten von angeblich durchaus zuverlässiger Seite erfahren, wurde in einer geheimen Sitzung des Roten Soldatenbundes u. a. bekanntgegeben, daß seit Freitag der Vorsitzende des Roten Soldatenbundes zu Leipzig, König, und der Kassierer Roedel mit der Kasse des Bundes in Höhe von 23 000 Mk. durchgegangen sind. Der Redner teilte dies den Anwesenden im Vertrauen mit und bat dringend, nichts an die Oeffentlichkeit kommen zu lassen, da sonst die Mitglieder das Vertrauen zur Leitung verlieren würden, und es der Kommunistischen Partei zum Schaden gereichen würde, wenn die Allgemeinheit von der bereits vierten Unterschlagung in der Kommunistischen Partei in Leipzig in Kenntnis gesetzt werde.

Waffenerfolge der Bolschewiki. Ein Funkspruch der Bolschewiken berichtet, daß die Bolschewisten Orel genommen und an der Norenfront 19 Regimenter unter dem Befehl Denikins vernichtet hätten. Sie haben 2 Panzerzüge, 4 Geschütze und 50 Maschinengewehre erbeutet. — Ein Funkspruch der Sowjetregierung berichtet, daß die roten Truppen südwestlich Petersburg erfolgreich vorrücken und 6 Meilen von Krasnoje Selo im Kampfe stehen.

Finnland kämpft nicht. Die finnländische Regierung hat auf die Plenarberatungen im Reichstage über eine Teilnahme Finnlands an der Bekämpfung der Bolschewikis vorläufig verzichtet, nachdem sich unter den Parteiführern keine sichere Mehrheit für ein solches Unternehmen ergab.

Maulkorbfreiheit der Noskepartei. Gegen den Vorsitzenden der mecklenburg-strelitzschen Landtagsfraktion der S. P. D., den Schriftsteller Hans Leus, ist, wie dieser selbst in einer Versammlung der Zentralstelle zur Einigung der Sozialdemokratie mitteilte, vom Vorstand seiner Partei ein Verfahren eingeleitet worden, weil er sich bei einem Besuch Noskes trotz dem Einverständnis mit der gesamten Landtagsfraktion weigerte, mit Noske zusammen durch das Land zu fahren. Es soll ein Bezirks-Parteitag stattfinden, auf dem Noske das Referat halten wird und Leus als Korreferent sprechen soll.

60 000 Anzüge verschoben. Wie der Ueberwachungsdienst beim Oberkommando, Zweigstelle Münster, mitteilt, wurden in Münster neuerdings wiederum unter dem Verdacht einer versuchten Millionenschiebung von Bekleidungsstücken für zurückkehrende deutsche Kriegsgefangene sechs Personen verhaftet. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Münster sollten 60 000 Anzüge verschoben werden. Unter den Verhafteten befindet sich ein Gütervorsteher und ein Oberbahnassistent.

Wohnungs-Diktatur

Wohnungselend überall, und nirgends der ernstliche Wille, ihm wenigstens so weit abzuhelfen, soweit es möglich ist. Finanzelend, Kohlenmangel und infolgedessen der Mangel an den notwendigsten Baumaterialien stehen der Errichtung von Neubauten sehr hinderlich im Wege. Aber die Beschlagnahme von vorhandenen Wohnungen, die sich heute in den Händen von Personenkreisen befinden, für die eine Wohnungsnot etwas Unbekanntes ist, könnte in ganz anderem Maße erfolgen, als man sie bisher auch nur zu planen wagte. Lieber sucht man sich durch völlig unzulängliche Notaktionen über die Kalamität hinwegzusetzen. Eine Beschlagnahme von Wohnungen würde nur einen geringen Teil des Bedarfs decken können, erklärt der Senat in Bremen, wo etwa 8000 Wohnungen fehlen. Mit der großzügigen Anlage von Neusiedlungen soll hier der „Revolution auf dem Wohnungsmarkt" begegnet werden. Wenn nur noch Zeit dazu wäre und die erwähnten Schwierigkeiten nicht beständen. In Düsseldorf geht man an die Beschlagnahme, läßt aber einen privaten Wohnungsnachweis noch bestehen, wodurch Wohnungswucher und Wohnungsschleichhandel doch nur begünstigt werden. Wohin man blickt, halbe Maßnahmen, weil man nicht den Mut aufbringt, durchzugreifen, oder völlige Ohnmacht infolge des Mangels am Nötigsten.

Indes nähern wir uns dem Winter, in dessen dunklem Schoße keinerlei heitere Lose zu ruhen scheinen. Die Wohnungsnot wird außerdem durch den Zuzug der Kriegsgefangenen und Flüchtlinge von Ost und West immer brennender. Da scheint man sich in Berlin an „zuständiger Stelle" endlich entschlossen zu haben, alles aufzubieten, um das Wohnungselend wenigstens so weit zu mildern, daß es nicht mehr die Gefahr ist, als welche es jetzt über dem Haupte der Stadtverwaltung schwebt. Nach Mitteilungen, die der Direktor des städtischen Wohnungsamtes am 21. September in einer demokratischen Versammlung gemacht hat, ist die Stadt Berlin entschlossen, dem Wohnungselend in der Reichshauptstadt nunmehr mit allen Mitteln entgegenzutreten. Für die gegenwärtig herrschenden traurigen Zustände sei in erster Linie die Regierung verantwortlich, die es versäumt habe, die großen Flüchtlingsströme aus dem Osten und Westen rechtzeitig abzulenken. Auch von lästigen Ausländern sei Berlin geradezu überschwemmt, die jetzt zum Teil ausgewiesen werden sollen. Der Unterbringung der Obdachlosen in Baracken steht das Wohnungsamt skeptisch gegenüber. Es empfahl dagegen die Erbauung von Bureaubaracken, damit die Wohnungen, die bisher von Behörden benutzt werden, ihrem Wohnungszweck wieder zugeführt werden können. Die Stadt Berlin ist im Begriff, 20 Bureaubaracken zu errichten, die einen Aufwand von rund 1 Million Mark verursachen. Leute, die bisher keine Unterkunft finden konnten, sollen in Hotels untergebracht werden, die zu diesem Zweck beschlagnahmt werden sollen. Der Widerstand renitenter Großwohnungsbesitzer werde mit allen Mitteln gebrochen werden. Die Stadt habe bereits Möbelspeicher gemietet und werde Widerspenstigen durch Truppen der Reichswehr zwangsweise die beschlagnahmten Räume ausleeren lassen. Der Reichswehrminister habe dem städtischen Wohnungsamt bereits die nötigen Truppen und Lastautos zur Verfügung gestellt. Auch den Schiebungen mit sogenannten möblierten Wohnungen werde das Wohnungsamt mit aller Energie zu Leibe gehen. Es wird diese Räume rücksichtslos beschlagnahmen. Ebenso werde man sich die Wohnungen Alleinstehender genau ansehen.

Jetzt schreien die am lautesten, die sich kürzlich nicht meldeten, als zur freiwilligen Abtretung von Wohnräumen aufgefordert wurde. Die Wohnungskalamität für die Fremden sei jetzt schon groß, wird mit Recht behauptet, und müsse noch größer werden mit der Beschlagnahme von Hotels. Wirtschaftlicher Schaden für Berlin, d. h. für die in Betracht kommenden Kreise von Geschäftsleuten, müsse die Folge sein. Dem letzteren gegenüber muß einfach gefragt werden, was vorgeht, ob: daß die Berliner Einwohnerschaft, und zwar überwiegend, soweit sie der Arbeiterklasse angehört, eine notdürftige Wohnung bekommt, oder daß gewisse Leute Geschäfte machen. Die Antwort kann nur in dem Sinne erfolgen, in dem sie der Direktor des Berliner städtischen Wohnungsamtes in Aussicht gestellt hat. Freilich ist das nur eine Notmaßnahme, über die die Hauptsache: sofortige ernstliche Inangriffnahme einer durchgreifenden Beseitigung der Wohnungsnot durch Neubauten, nicht übersehen werden darf. Selbst ein bürgerliches Blatt wie die Frankfurter Zeitung muß zugeben, daß schwere Fehler von der Regierung gemacht worden sind. Diese habe überhaupt keine ernsthaften Anstrengungen gemacht, um dem drohenden Elend vorzubeugen. Wenn man noch jetzt, wie der Reichskommissar für das Wohnungswesen Scheidt, es für gut und ausreichend hält, dem preußischen Parlament wie zum Hohn ein paar nichtssagende und abgeleierte Erklärungen über die Wohnungsnot zu geben, anstatt mit Taten vorzugehen, so liefert man denjenigen nichts weiter als ein Agitationsmaterial ersten Ranges, die behaupten, daß es das Schicksal der jungen Republik sei, von Unfähigen in den Abgrund gesteuert zu werden.

Es ist wirklich nicht mehr damit getan, daß man die Wohnungsnot erklärlich findet. Man hat solange gezögert, sich mit Hilfe neuer Baumethoden Wohnungsgelegenheiten zu schaffen, bis das Material für die Sparmethoden ebenfalls nicht mehr zu haben und bis Holz und Isoliermaterial zu unerschwinglichen Preisen in die Höhe getrieben waren. Vom Lehmstampfbau, der fast ausschließlich unter den augenblicklichen Verhältnissen noch in Betracht kommt und der nach unserer Meinung mit allen Kräften gefördert werden müßte, weiß man anscheinend „hoch oben" nicht viel.

Die Regierung steht aber durchaus nicht allein schuldig da. Wenn nun auch die größte Kommunalverwaltung Deutschlands sich endlich zu energischem Vorgehen aufrafft, so bleibt doch ganz allgemein das Schuldkonto der Städte belastet, die vor allem nicht genügend den vorhandenen Wohnraum herangezogen haben und dies auch jetzt noch nicht tun. Die Verhältnisse in den Großstädten, aber auch in den kleinen Städten, sind vielfach unhaltbar. Es kann in dieser Sache gar keinen anderen Gesichtspunkt als den der sozialen Gerechtigkeit geben.

Worunter die Frankfurter Zeitung im vorliegenden Falle versteht, daß die „Großen" — etwa aus steuerlichen Erwägungen heraus — nicht auf Kosten kleinerer und mittlerer Hausbesitzer geschont werden dürfen. Daß nur noch der Sozialismus helfen kann, will oder kann auch die Frankfurterin nicht sehen. (Die sozialistische Gemeinde.)

Politische Rundschau

Deutschland

Noch immer der alte Wilhelm

O.—o. Dem Berliner Tageblatt entnehmen wir folgende Notiz:

Die Kreuzzeitung veröffentlicht ein Antworttelegramm Wilhelms II. auf eine deutschnationale Kundgebung, das ganz in dem Stil gehalten ist, als sei nichts geschehen. Wir mißgönnen dem Herrn Oberhofmarschall nicht das Vergnügen, sich noch als Beauftragter „Allerhöchstseines" Kaisers zu fühlen. Ob es geschmackvoll ist, heute noch in dieser Form Telegramme in die Welt zu senden, darüber läßt sich allerdings streiten. Das Telegramm lautet:

„Vom Oberhofmarschall des Kaisers in Amerongen: Seine Majestät der Kaiser und König haben über das treue Gedenken der zum Landesparteitage in Breslau versammelten Männer und Frauen Mittelschlesiens sich herzlich gefreut und mich zu beauftragen geruht, den Ausdruck Allerhöchstseines aufrichtigen Dankes zu übermitteln. Seine Majestät verfolgen die Beratungen des Landesparteitages mit warmem Interesse und wünschen seiner Arbeit reichen Segen zum Besten des deutschen Vaterlandes."

Na also! „Seine Majestät der Kaiser und König" wendet sich an seine deutschnationalen Armkrieger und verrät uns sein „warmes Interesse" an der Arbeit seiner Kreaturen. Als im November 1918 Wilhelm fahnenflüchtig geworden war, ging durch die Zeitungen eine Nachricht, daß er sich in seiner Zurückgezogenheit nur noch „Graf von Hohenzollern" nennen wolle. Aus dem Grafen ist inzwischen schon wieder der allerhöchste Kaiser und König geworden. Der gute Mann weiß die Zeichen der Zeit gut zu deuten. Was er von der deutschen „Regierung" erfährt, ist ja auch durchaus danach angetan, ihn in seinem Wahn zu bestärken, daß die Zeit nicht mehr fern ist, daß er den „Thron seiner Väter" wieder besteigen darf.

Wäre es nicht angebracht, daß unsere „Regierung" schon allmählich Anknüpfungspunkte bei dem „Allerhöchsten" suchte? Vielleicht ließe sich dann der eine oder andere gut unterbringen. Etwa Noske als Wilhelms Kriegsminister und Heine als Minister des Innern! Ebert könnte eventuell Oberzeremonienmeister werden. Jedenfalls zweifeln wir nicht, daß Wilhelm sich so treuer Sachwalter „allergnädigst" erinnern wird.

Staatsgerichthof-Ersatz

Ein neues Bild im politischen Leben Deutschlands: ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß tagt öffentlich, und zwar ist es einer, der Fragen von ungeheuerster Wichtigkeit der Lösung und Aufklärung näherbringen soll.

Fast ein Jahr nach Beendigung des großen Völkermordens ist man endlich allmählich denn doch soweit gekommen, ernsthaft daran zu gehen, die Schuld der einzelnen deutschen Staatsmänner, Diplomaten, Heerführer usw. am Kriege uud an der Verlängerung des Krieges festzustellen. Zu diesem Zwecke hat bekanntlich die Nationalversammlung eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt. Nach einer Reihe geschlossener Sitzungen tagte der Unterausschuß dieser Kommission am 21. Oktober zum ersten Male öffentlich. Die Oeffentlichkeit freilich ist eine beschränkte, Publikum im eigentlichen Sinne ist kaum vorhanden, denn der Zutritt zu den Verhandlungen ist nur gegen Karten möglich und mit den Karten ist man sehr sparsam umgegangen. Sehr zahlreich aber ist die Presse vertreten, die inländische sowohl wie die ausländische. Daneben außer der Untersuchungskommission viele Mitglieder der Nationalversammlung und ein Tisch voll Sachverständiger, von denen zunächst Prof. Dietrich Schäfer vom Vorsitzenden vereidigt werden.

Der im Sitzungssaale I des Reichstagsgebäudes tagende Untersuchungsausschuß soll vor allem die Friedensmöglichkeit während des Krieges prüfen. Des chronischen Papier- und Raummangels wegen können wir aus den interessanten Verhandlungen nur das Allerwesentlichste berichten:

Mancherlei der Oeffentlichkeit bisher unbekannte Momente ergaben sich aus den Ausführungen des Referenten des zweiten Unterausschusses Dr. Sinzheimer und der Vernehmung des ehemaligen deutschen Gesandten in Amerika Grafen Bernstorff. Zunächst konnte festgestellt werden, daß Wilson bis zur Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges und noch einige Zeit nachher bis zur Kriegserklärung Amerika sehr **energisch an der Herbeiführung des Friedens gearbeitet,** und zwar auf Grund der Formel:

Keine Sieger und Besiegte.

Die deutsche Regierung, von Bernstorff wiederholt eindringlich auf Wilsons Wünsche aufmerksam gemacht, legte ein geradezu unsinniges Verhalten an den Tag, obwohl der Vertrauensmann Wilsons, Oberst House, zweimal im Winter 1915-16 mit Solf und Bethmann über Wilsons Bemühungen verhandelt hatte. Wilson war schon im Mai 1916, nachdem Deutschland in einer Note über die widerrechtliche Torpedierung des Dampfers Sussex abgegeben, den U-Boot-Krieg in Zukunft nach den völkerrechtlichen Bestimmungen über den Kreuzerkrieg führen zu wollen, zu einer

direkten Friedensvermittlung,

eventuell unter Hinzuziehung des Königs von Spanien und des Papstes, bereit. **Bethmann Hollweg lehnte direkte Vorschläge an Wilson zur Uebernahme der Friedensvermittlung ab,** weil Deutschland nicht wünschte, daß der amerikanische Präsident an der eigentlichen Friedenskonferenz teilnehme, sondern ihn nur zu einer Konferenz nach Friedensschluß zur Besprechung internationaler Fragen hinzugezogen wissen wollte. Im übrigen war Deutschland mit einem Apell Wilsons an die Kriegführenden zur Herbeiführung des Friedens einverstanden. Bernstorff erhielt während des ganzen Sommers 1916 dauernd Instruktionen, um Wilsons Vermittlungsabsichten zu fördern. Noch am 20. November telegraphierte der damalige Staatssekretär des Aeußeren von Jagow an Bernstorff, Wilsons Friedensvermittlung sei erwünscht. Zur gleichen Zeit aber wurde im Großen Hauptquartier zu Pleß das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 beschlossen. Weshalb, ist schwer verständlich. Sinzheimer verlangt mit Recht die Gründe zu wissen. Um so mehr, als Bernstorff wiederholt erklärt, das deutsche Friedensangebot hätte Friedensaussichten verschlechtert, weil die Entente daraus geschlossen, Deutschland brauche den Frieden. Wilsons Aktion, die Bernstorff am 24. November 1916 als nahe bevorstehend ankündigte, sei durch Deutschlands Friedensangebot am 12. Dezember 1916 erschwert worden. Der Grund der Ueberstürzung des deutschen Angebots erscheint als um so weniger verständlich, als Staatssekretär von Jagow am 26. November 1916 an Bernstorff telegraphierte, Wilsons Vermittlung würde einem Friedensschritt der Zentralmächte vorgezogen. Er würde aber klar werden, wenn man Sinzheimers Ankündigung der Bedingungen zum Friedensschluß auf Grund des deutschen Angebotes kennen lernt, die im Verlaufe der weiteren Vernehmung bekannt werden sollen und durchaus nicht den Status quo ante fordern, wie von der deutschen Regierung behauptet.

Wilsons Friedensapell, in dem er die öffentliche Bekanntgabe der Friedensliebe der Kriegführenden forderte, erging, durch den Gesandten einer neutralen Macht am 18. Dezember in Berlin offiziell angekündigt, am 21. Dezember 1916. Obwohl nun Bernstorff am 25. Dezember telegraphierte, die öffentliche Meinung Amerikas unterstütze Wilsons Vorgehen, bestätigte Zimmermann am 26. Dezember den Empfang von Wilsons Note nur mit allgemeinen Redensarten, ohne Wilsons Aufforderung zur Bekanntgabe der Kriegsziele zu beachten. Und zwar war diese Unterlassung, die einen Erfolg der Aktion Wilsons unmöglich machte, auf Verlangen militärischer Stellen geschehen. Bernstorff hatte seitdem wiederholt Besprechungen mit Obetst House, der wenigstens vertrauliche Bekanntgabe der deutschen Kriegsziele verlangte. Seine Vorstellungen blieben aber erfolglos. — Und zwar, wie die Formulierung der Friedensbedingungen, die zum Angebot vom 12. Dezember geführt hatten — mit Billigung des Kaisers. Bernstorff erklärte sofort, dies

bedeute den Krieg mit Amerika.

Die Unterstaatssekretäre Alberts und Haniels schlossen sich seiner Auffassung an und verwiesen in einem Gutachten auf die unerschöpflichen Hilfsmittel Amerikas. Alles vergebens! **Kaiser und Heer wollten den rücksichtslosen U-Boot-Krieg.** Bernstorff bekam die Anweisung, seinen Beginn zum 1. Februar 1917 am 31. Januar 1917 abends in Washington anzukündigen. Wilson ließ nochmals alle Minen springen. Bernstorff telegraphierte vergebens um Aufschub des Beginns. Er wird abgelehnt aus technischen Gründen, weil den bereits in See gegangenen U-Booten keine rechtzeitige Meldung mehr gemacht werden könne. Gleichzeitig erhält Bernstorff von Bethmann den Auftrag, Wilson zu erklären: Die öffentliche Bekanntgabe der Bedingungen, auf Grund deren Deutschland am 12. Dezember 1916 Frieden zu schließen bereit gewesen wäre, sei unmöglich. Wilson hat sich trotzdem am 30. Januar 1917 **nochmals zur Friedensvermittlung erboten. Der Beginn des verschärften U-Boot-Krieges aber machte sie unmöglich.** — Wilson ist also, soviel kann man schon jetzt als Ergebnis und Vernehmung des Grafen Bernstorff behaupten — **unter allen Umständen zur Friedensvermittlung während des ganzen Krieges bis zum Ausbruch des verschärften U-Boot-Krieges bereit gewesen.** Alle Bedingungen, die ihm vernünftigerweise von Deutschland gestellt werden konnten, nahm er an. Wenn seine Friedensversuche gescheitert sind, so **einzig und allein durch die Schuld der damaligen deutschen Machthaber!**

Spitzel an der Arbeit.

Die Vossische Zeitung gibt mit schmatzendem Behagen eine Meldung des militärischen Pressebureaus in Bern wieder, nach der kommunistische Kuriere mit Geheimpapieren an der Grenze festgenommen wurden. Darin sei ausgeführt, „daß die internationale Revolutionsbewegung vom 21. Juli leider gescheitert sei infolge des Versagens des Solidaritätsgedankens und daß auch die kommunistischen Demonstrationen am 7. September, des Jahrestages der russischen bolschewistischen Revolution, nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätten. Seitdem aber sei die linksextreme Bewegung in Deutschland wieder im Aufsteigen begriffen, so daß man es wagen könne, auf die Zeit vom 7. bis 10. November zur Feier der Revolution in Deutschland eine neue Aktion vorzubereiten. Der Beschluß dazu sei von der kommunistischen Organisation Deutschlands in Verbindung mit dem Komitee der dritten Internationale gefaßt, und es gelte nun, die Arbeiterschaft in allen Ländern zu veranlassen, in jenen Tagen auf die Straße zu treten und damit die Bildung einer Räteregierung einzuleiten."

Mit Grauen vernimmt der neue deutsche Spießer diese Mär. Spitzel hat sein Ziel erreicht. Mit ihm Noske, dem solche Meldungen stets willkommenen Anlaß bieten, seine gepanzerte Faust spielen zu lassen.

Die Flucht militärischer Kanonenschieber.

In Magdeburg versuchten vor einiger Zeit mehrere Personen in Uniform, mit Hilfe gefälschter Papiere Geschütze, Pferde, Geschirrzeug und andere Ausrüstungsgegenstände wegzuschaffen. Es wäre ihnen auch gelungen, denn sie waren bereits beim Verladen, wenn nicht im letzten Augenblick Hamburger Kriminalbeamte die Leutchen dingfest gemacht hätten, weil sie wegen ganz erheblicher Schiebereien gesucht wurden. Als in der Presse erstmalig über die Kanonenschieberei berichtet wurde, griff das Generalkommando des IV. A.-K. ein. Die Sache sei falsch. Die Presse verhielt sich noch einen Tag reserviert. Mit einem Male waren die Gauner, unter ihnen ein Leutnant Peter Hanuß, ein Sergeant Theodor Schulze und ein Unteroffizier Oskar Kroll, die der Baltenwehr angehörten, aus dem Magdeburger Militärgefängnis entflohen. Es war ihnen gelungen, die Posten zu bestechen, die eines Tages die Zellen öffneten und sie entweichen ließen. Der stellvertretende Wachthabende und ein Posten sind mit geflüchtet. Bezeichnenderweise schwieg sich nun das Generalkommando vollends aus.

Wir haben nun keine Zweifel mehr, daß hier mindestens der Versuch reaktionärer Militärs vorlag, für die Weißen Garden im Baltikum Kanonen und Materialien wegzuschaffen und daß das nur schief gegangen ist, weil die Herren zufällig wegen ganz erheblicher Lebensmittelschiebungen der Kriminalpolizei in die Hände fielen.

Offiziere waren die Anstifter!

Zu der Massendesertion deutscher Soldaten aus Thorn wird der Danziger Zeitung gemeldet:

Die geflüchteten Leute waren von Offizieren, die an dem Unternehmen beteiligt waren, tagelang bearbeitet worden. Ihnen wurden verlockende Versprechungen über Löhnung, Verpflegung und gute Beute gemacht. Die für den Plan gewonnenen Mannschaften wurden vollständig mit Wintersachen ausgerüstet. Ein Leutnant ließ sich vom Zahlmeister die Spargelder der Mannschaften auszahlen und sagte ihnen, sie bekämen das Geld nach gelungenem Grenzübergang ausgezahlt. Die Mannschaften durften sich vor dem Abmarsche nicht vom Lager entfernen, damit in der Stadt nichts von dem Plane bekannt würde. Jeder Mann erhielt einen untersiegelten Entlassungsschein, in dem, falls die Leute vor Grenzübergang versprengt würden, der Name irgendeiner ostpreußischen Stadt als Entlassungsort eingetragen war. Nachts marschierte die Abteilung, eine Uebung vorspiegelnd, nach Culmsee und vereinigte sich dort mit dem Detachement Roßbach.

Der letzte Satz würde darauf schließen lassen, daß der Leutnant Roßbach, der tapfere Sieger von Culmsee, dessen Granatfeuer dort mehrere Kinder tötete, mit von der Partie ist. Die Danziger Zeitung stellt übrigens weitere Desertionen in Aussicht.

Polen

Vor einem Umsturz?

Wie die Londoner Times melden, verschlimmert sich die wirtschaftliche und politische Lage der jungen Republik Polen von Tag zu Tag. Der Landwirtschafts- und der Ernährungsminister haben ihre Demission gegeben, weil sie die Verantwortung für die mangelnde Ernährung des Volkes nicht mehr übernehmen konnten. Der Mangel an Lebensmitteln ist schon auf das Höchste gestiegen, die von Amerika versprochene Hilfe seit Juli nicht mehr eingetroffen. Die arme Bevölkerung kann selbst auf Lebensmittelkarten nichts mehr erhalten. Infolge der Arbeitsunlust sind immer mehr Arbeiter zum Feiern gezwungen, was die Not immer noch mehr vergrößert.

Diese Zustände, verbunden mit der Proletarierfeindlichkeit der nur dem Namen nach demokratischen polnischen Regierung und einer ausgedehnten kommunistischen Aktion lassen nach den Berichten der Times den Eintritt eines kommunistischen Umsturzes leicht möglich erscheinen. Von großer Bedeutung ist es auch, daß nach diesem Bericht die starke polnische sozialdemokratische Partei sich mit der kommunistischen Partei vereinigt hat.

Für den ganzen Bereich des polnischen Staates ist dem Dziennik Poznanski zufolge bereits der Landarbeiterstreik ausgerufen worden, weil die Regierung die Hauptforderungen des Berufsverbandes abgelehnt habe.

Großbritannien

Ein Generalstab der Arbeit in England

Der Eisenbahnerstreik ist durch das Eingreifen der „Vierzehn" des Vermittlungskomitees der großen Arbeiterorganisationen zu einem glücklichen Ende geführt worden. Die Lösung ist jedoch noch keine endgültige und die Eisenbahner müssen sich darauf gefaßt machen, daß sie unter Umständen im nächsten Jahre neue größere Kämpfe zu bestehen haben.

Und nicht die Eisenbahner allein. Fast in allen Industrien und Gewerben müssen die Löhne auf eine feste Basis gestellt werden. Die Zeit großer Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit hat auch in England begonnen und es ist klar, daß die Arbeiter ihre Vorkehrungen treffen, diese Kämpfe siegreich zu bestehen. Mehr als alles andere haben die großen Aktionen der letzten Zeit bewiesen, daß nur das gemeinsame Vorgehen der Organisationen das notwendige Gegengewicht gegen die Macht des Kapitals schaffen kann. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend haben die vierzehn Arbeitervertreter, die als Vermittler bei dem Eisenbahnerstreik fungierten, dem parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses bei Gelegenheit ihrer Berichterstattung den Vorschlag unterbreitet, daß sehr bald ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß einberufen werden soll, um die ganze Frage der Kriegslöhne und ihrer Beibehaltung in Erwägung zu ziehen, und Mittel zu finden, um Kriegslöhne und Grundlöhne gleichzusetzen. Weiter wünschten sie, daß ein ständiger Rat geschaffen würde zur Regelung der Lohnfragen in Hinblick auf die Abhängigkeit der verschiedenen Gewerbe und Industrien des ganzen Landes von einander.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

4]

„Nun denn — ja — Linda, Herr von Kern sah sich bemüßigt."

„Der Erste Staatsanwalt."

„Ja. Er nimmt übrigens seinen Abschied — wie er mir sagte."

„Das ist gut für dich, Matthias."

„Ich werde bald avancieren. Das sagte er mir auch."

„Doch alles wirklich kein Grund zum Aerger."

„Nein. Aber Herr von Kern fühlte die Notwendigkeit, mir für meine fernere Amtsführung Richtlinien zu geben."

„Richtlinien?!"

„Ja — sogar in Form sanfter Vorhaltungen. Er versicherte mir erst seinen Respekt, ja seine „Zuneigung", wenn ich recht gehört habe, ging aber dann zu einer kleinen Philippika über, in deren Verlauf er mir Grausamkeit vorwarf und übermäßige Schärfe."

„Dir?!!"

Matthias nickte.

„Du hast ihm doch ehrlich hierfür gedient?"

„Das tat ich. Ich lehnte jeden Hinweis von seiner Seite in diesen Dingen ab. Er kam mir mit Gemeinplätzen. Wies auf die Pressеangriffe gegen die Staatsanwaltschaft hin und riet mir Milde an. Ich protestierte nachdrücklichst. Sagte ihm, daß ich mein Amt genau in der bisherigen Weise weiterführen würde, so lange Seine Majestät es mir beließe. Sagte, daß ich eingesetzt sei, besonders der zunehmenden Verwilderung der Jugendlichen mit der vollen Strenge des Gesetzes entgegenzutreten, und daß die Zeitverhältnisse und Sittenzustände im Lande solche Strenge unerbittlich notwendig machten. Er schien wenig davon überzeugt."

„Kern!!!"

Frau Rosalinde Jordan, die Schwester des Fürstbischofs von B....., Sprossin des ultramontanen Hochadels, sprach diesen Namen mit ganz unverhohlener Mißachtung aus.

„Kern — ja — gerade er, gerade der," rief Matthias, „der hat es nötig, mir Vorhaltungen zu machen. Dieser Junggeselle und Stammgast aller nächtlichen Bars und Tanzkneipen. Er — Lebemann und Staatsanwalt! Das paßt nicht zusammen! Du hast recht, Linda. Ich hätte ihm noch ganz anders dienen müssen! Es ist die höchste Zeit, daß er den Dienst verläßt. Denn eine Zierde unseres Standes war der Mann nie. Ihm fehlte entschieden das sittliche Vollmaß. Auf den Rennplätzen, bei den Buchmachern und bei der Halbwelt kann man doch unmöglich die ethischen Qualitäten erwerben die — nach meinem Gefühl — die unerläßlichen Vorbedingungen sein müssen für das hohe Amt des staatlichen Anklägers, der der beamtete Wächter der Ordnung und Sitte ist und streng gegen jede Verletzung der Gesetze, strenger aber noch gegen sich selbst zu sein hat. So habe ich mein Amt vom ersten Tage an aufgefaßt und geführt — so will und werde ich es weiterführen."

Frau Linda nickte zustimmend. Der Diener servierte den Nachtisch.

Während Jordan eine edle französische Kalville schälte, sah er einen Augenblick starr vor sich hin. Die spähenden Augen seiner Frau bemerkten in den sonst so energischen Zügen des Staatsanwalts einen schlimmen Ausdruck von Betroffenheit, Ratlosigkeit, ja — Bestürzung . . .

„Was ist dir? Matthias? woran denkst du?"

Er zuckte zusammen. Es war eigentlich unerträglich, wie diese lauernde Frau jede seiner Regungen überwachte und unerbittlich Einlaß begehrte in sein geheimstes Seelen- und Geistesleben. Er strich mit der Rechten, die schwer und breit wie die Tatze eines Bären war, über sein Gesicht, als gälte es dort, die Spuren fortzutilgen, die den Spionensinn der Frau geweckt hatten. Aber es half ihm nichts, daß er jetzt plötzlich mit ganz konzentrierter Aufmerksamkeit seinen Apfel zu verzehren begann. Denn Frau Linda wiederholte ihre Frage in so eindringlichem Tone, daß es ein Entweichen nicht mehr gab.

Ist das erträglich? dachte Jordan. Kann man es aushalten, in jeder Minute über jegliche Regung in Gefühl und Gedanken Rede stehen zu müssen? Ist das nicht, als würde Polizeiaufsicht ausgeübt, und grausamer, als je ein Kriminalbeamter das einem Verbrecher gegenüber zu tun vermöchte? Kann man dauernd so leben?

Man mußte wohl, denn in sechsundzwanzigjähriger Ehe hatte er stets so gelebt; keine Falte seines Seins lag verdeckt vor dieser Frau. Was war es, das sich jetzt — nach fast einem Menschenalter des Zusammenlebens — zeitweise hiergegen in ihm sich empörte? Waren es die Jahre, das herannahende Alter, das ungebärdiger machte, aufsässiger, streitsüchtiger? War es nicht bei den anderen umgekehrt? Lebten sie sich nicht von Tag zu Tag tiefer ineinander ein, so daß sogar die kleinen Tyranneien der übertriebenen Liebe und Anteilnahme zu erwünschten Zeichen unerloschener Sympathien wurden?

Aber — er fühlte — seit einiger Zeit war tiefe Gereiztheit in ihm. Eine schmerzliche Gespanntheit der Seele, die bei kleinsten Anlässen nur allzuleicht zu scharfen Entladungen drängte. Er mußte auf sich achten in diesem Punkte. Vielleicht war es gerade das, was Kern mit seiner Mahnung gemeint hatte. Er, Jordan, war wirklich, er fühlte das, im Seelenzustande der Gereiztheit und schlug vielleicht aus diesem Grunde auch dienstlich und im Amte härter zu, als das bei normaler Gemütslage hätte geschehen dürfen.

„— Also — woran dachtest du eben, Matthias?" fragte Frau Linda zum dritten Male.

Er gab sich einen Ruck und zwang sich zu einem möglichst unbefangenen Tone.

„Weißt du — begann er — mir ging soeben durch den Kopf, daß es doch ein seltsames Zusammentreffen war, was ich heut erlebte."

„Was denn?"

„Na — eben — die Seltsamkeit, daß mir von zwei so gänzlich verschiedenen und getrennten Seiten her die gleiche Mahnung kam."

„Welche?"

„Nun eben die zur Milde. Geh mit den Sündern nicht zu streng ins Gericht, sagte mir Eneccerus am Telephon. Das gleiche predigt mir Kern. Mich macht es nachdenklich, dieses eigentümliche Erlebnis der gleichen Mahnung am selben Tage von zwei so entgegengesetzten Seiten her."

„Laß dich nicht irremachen, Matthias. Dies sind gar nicht zwei Seiten. Es ist nur eine. Herr von Kern und Eneccerus, es ist so ziemlich die gleiche Nummer. Zwei lockere Vögel beide. Das sind die Instanzen nicht, von denen her ein Matthias Jordan seine Weisungen zu empfangen hat."

„Du hast recht, Linda — und ich danke dir."

Er netzte seine Finger in der Kristallschale, trocknete sie mit der Serviette.

(Fortsetzung folgt.)

Das parlamentarische Komitee hat der Forderung eines besonderen Kongresses zugestimmt und eine Kommission eingesetzt, die die Vorarbeiten dafür erledigen soll. Sie besteht aus den Gen. H. Gosling, A. B. Swales, John Hill, R. B. Walker und Will Thorne. Die Verbände sollen aufgefordert werden, alles nur vorhandene Material über Löhne, Kriegsbonus und damit zusammenhängende Angelegenheiten beizubringen.

Außerdem will die Gewerkschaftsleitung mit dem Vermittlungskomitee neue Politik ausarbeiten, von der man annimmt, daß sie die Position jeder Gewerkschaft oder jedes Gewerkschaftsverbandes sehr stärken wird.

Dieser Beschluß hat eine außerordentlich weittragende Bedeutung, die nicht nur von der englischen Arbeiterbewegung, sondern von der gesamten denkenden Oeffentlichkeit in England erkannt und diskutiert wird. Ueberall werden der Debatte die Vorschläge von H. Gosling, des Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes, zugrunde gelegt, die dieser in den Daily News veröffentlichte. Gosling war der Vorsitzende des Komitees der Vierzehn, die im Eisenbahnerstreik vermittelten, und gerade seine Erfahrungen in dieser Tätigkeit führen ihn zu der Ueberzeugung, daß eine Körperschaft eingesetzt werden müsse, die eine gemeinsame Aktion überall, wo es nötig ist, einleiten kann.

Er vergleicht die Arbeiterbewegung der Jetztzeit mit einer Flut, die nicht für die Dauer aufgehalten werden kann. Sie sei nicht nur natürlich, sondern auch ein Recht. Es sei ebenso unsinnig zu versuchen, sie aufzuhalten, sowie sie über die Gemeinschaft ungeregelt hereinbrechen zu lassen, da sie dann den Ruin des Landes bedeute. Die Flut ist die Bewegung der Arbeiter auf eine tatsächliche Beteiligung an der Kontrolle der Industrie. Es ist die Entwickelung von der Stellung der Angestellten zu der Stellung des Teilhabers. Die Eisenbahnkrisis war ein Symptom dieser Bewegung. Keine Macht der Erde könne diese Flut verhindern, es komme darauf an, sie in den richtigen Kanal zu leiten.

Als der richtige Weg dazu erscheint H. Gosling, eine Körperschaft zu bilden, die in der Lage ist, für die gesamte Gewerkschaftsbewegung mit der Regierung zu verhandeln. Augenblicklich hat jede Arbeiterorganisation ihre besondere Leitung, und es ist schwer, sie im richtigen Augenblick zu vereinigen und aktionsfähig zu machen. Die neue Körperschaft dagegen wird der Exekutive des Gewerkschaftskongresses ähnlich sein, aber enger untereinander verbunden, mächtiger und leichter beweglich.

Sie mag von vielen als eine Gefahr für den Staat angesehen werden, aber ein so mächtiger Faktor wie die Arbeiterbewegung muß ein entsprend mächtiges Instrument haben, sonst wird unweigerlich ein Chaos entstehen. Das politische Kabinett muß einen industriellen Partner haben. Das verlangen die jungen Männer, und sie werden es auch durchsetzen. —

Wir werden die nächste Entwickelung in England sehr aufmerksam verfolgen müssen.

In und um Elbing.

Freie sozialistische Jugend Elbing

Uns wird geschrieben: Die Hoffnungen, die alle wahren Anhänger und Freunde der „Freien sozialistischen Jugend“ in die Reichskonferenz gesetzt hatten, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Wer da annahm, daß auf dieser Konferenz die Gegensätze, die sich seit längerer Zeit in der Stellung der Jugend zu den Parteien bemerkbar machten, beseitigt werden würden, sah sich gründlich getäuscht. Von vornherein konnte ein unbefangener Beobachter bemerken, daß sich unter den Delegierten zwei Richtungen hervorhoben. Die eine, die es zum Prinzip erhob, die Freie sozialistische Jugend dürfe sich nur an die K. P. D. anlehnen und nur das Programm und die Taktik dieser Partei als richtig anerkennen, während die andere Richtung in der klaren Erkenntnis, daß diese einseitige Stellungnahme unbedingt zur Spaltung führen würde, es sich zur Aufgabe machte, ein zwar kritisches, aber doch gutes Verhältnis gegenüber beiden für die revolutionäre Jugend in Betracht kommenden Parteien, sowohl K. P. D. als auch U. S. P. D. herbeizuführen. In der nach dem Referat der Genossin Oslav-Berlin, „Unsere Stellung zu den Parteien“ einsetzende Diskussion, stießen die Meinungen hart aufeinander. Es erwies sich bald, daß die erste hier angeführte Richtung sich zu einer Verständigung nicht bereit erklärte. Den Abschluß fand die Debatte in zwei Resolutionen, die der Konferenz zur Abstimmung vorgelegt wurden. Die eine von ihnen entsprach dem Wesen der ersten Richtung und wurde von Berlin eingebracht. Die zweite Resolution legte die Stellung der zweiten Richtung klar und wurde von dem Bezirk Ost- und Westpreußen eingebracht. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß die zweite Richtung in der Minderheit war. Es wurde die Resolution Berlin angenommen. Dieses Werk hat die Konferenz dem Einfluß der Zentrale der freien sozialistischen Jugend, die rein kommunistisch ist, zu verdanken. Nachdem es gelungen war, wurde es gekrönt durch einen Zusatzantrag, der da besagte, daß alle die, die sich nicht auf den Boden der angenommenen Resolution stellten, nicht mehr Mitglied der Freien sozialistischen Jugend sein dürfen. Das beantwortet die Opposition mit folgender Erklärung:

Da ein weiteres Zusammenarbeiten mit der ausgesprochen kommunistischen Jugend uns unmöglich gemacht ist, erklären alle Ortsgruppenvertreter, die auf dem Boden der Freien sozialistischen Jugend stehen und ein freundschaftliches Verhältnis mit der U. S. P. D. und K. P. D. wünschen, weil dadurch allein die Aktionsfähigkeit und die Geschlossenheit der Freien sozialistischen Jugend gewahrt bleibt, daß sie sich hiermit von der kommunistischen Jugend trennen.

Somit war die Spaltung auf der Konferenz gegeben, herbeigeführt durch den Einfluß der extremen Vertreter der kommunistischen Richtung in der Zentralleitung. Die aus der Konferenz ausgeschiedenen Ortsgruppenvertreter nahmen sofort in einer weiteren Sitzung zu der aus der Situation sich ergebenden Lage Stellung. Sie kamen zu dem Resultat, schnellstens eine Reichskonferenz der auf dem Boden der zweiten Resolution stehenden Ortsgruppen einzuberufen. Mit der Vorbereitung wurde eine provisorische Zentrale, Sitz Berlin, beauftragt. Soviel über die Konferenz bis zum Stadium der Trennung. In einem demnächst erscheinenden Artikel wird auf den weiteren Verlauf der Konferenz und der sich daraus für uns ergebenden Notwendigkeit eingegangen werden. Die Ortsgruppe Elbing wird ebenfalls zu dieser Frage Stellung nehmen müssen und es ist zu erwarten, daß die Entscheidung der einsichtigen arbeitenden Jugend nicht schwer fallen wird.

Noskegarnison in Elbing

Seit heute ist die Wachkompagnie Elbing aufgelöst. Dafür ist von Pr. Holland eine halbe Kompagnie Reichswehr mit einem Offizier nach Elbing verlegt.

Was geschehen kann

Am gestrigen Tage wurde im Schichauschen Werk am Markttor einem Arbeiter die ganze Löhnung von 90 Mark für rückständige Steuern abgezogen. Der Mann ist verheiratet. Er steht nun die ganze Woche ohne einen Pfennig Geld da. Ob ein solches Verfahren zulässig ist, vermögen wir nicht zu entscheiden; human ist es auf keinen Fall.

Ostdeutsche Nachrichten

Thorner Auswanderung

Die Danziger Zeitung schreibt:

„Die deutschen Denkmäler in Thorn. Das Standbild Kaiser Wilhelms I. ist Montag, den 20. Oktober, nachmittags, von seinem Sockel herabgeholt worden. Es wird nach einem kleinen westpreußischen Städtchen gebracht werden, nach Preußisch-Friedland, wo es dann Aufstellung findet. Die Rösner-Gedenktafel wird in der Altstädtischen evangelischen Kirche untergebracht werden, während die Bismarck-Plakette vom Turm in der Bromberger Vorstadt im Deutschen Haus aufbewahrt werden wird.“

Preußisch-Friedland ist bereits ziemlich rot verseucht. Es ist nicht anzunehmen, daß die Bewohner an dem alten Herrn viel Wohlgefallen finden. Warum läßt ihn die hohe Regierung nicht in einen Schmelzofen spazieren?

Schleichhandel unter „Militärischer Bedeckung.“

Aus Marienburg wird uns geschrieben: Mittwoch abend gegen 10 Uhr beobachtete das Mitglied des Arbeiterrats Sandmann, wie ein Militärfuhrwerk, eskortiert von einem Schargierten und zwei Soldaten vor dem Hause des Zigarrenhändlers Sperling, Langgasse, halt machte und die Begleiter es dann recht eilig hatten, eine Wolldecke über ein Faß Butter zu werfen und beides in die Wohnung des Herrn Sperling zu schaffen. Als dann gleich darauf der Genosse Sandmann unter Hinzuziehung des Polizeiwachtmeisters Herrn Käsler in das Haus eindrang, konnten diese auch tatsächlich ein volles Faß Butter beschlagnahmen. Herr Sperling wollte natürlich nicht wissen, wie und von wem die Butter hergekommen sei. Dann gab er zu, daß er eben aus Gefälligkeit das Fäßchen eingestellt hätte. Als der „unnütze Arbeiterrat“ nun die Butter wegschappen wollte, bestand der sich als Schieber sehr berühmt gemachte Herr darauf, daß, wenn die Butter nun doch beschlagnahmt sei, er eben noch 10 Pfund abnehmen werde, was ihm auch bereitwilligst — abgelehnt wurde. Unverfrorenheit siegt u. s. w.

Milchkontrolle in Marienburg

Um bei den Milchlieferanten, soweit sie im Kreise Stuhm wohnen und verpflichtet sind, die Milch von ihren Kühen an hiesige Molkereien bezw. an die Molkerei Kistler in Willenberg zu liefern, den direkten, unkontrollierbaren und die Existenz der Molkereibetriebe schwer schädigenden Verkauf von Vollmilch an die Verbraucher zum Preise von 56 Pfg. je Liter zu verhindern und um der Marienburger Bevölkerung die Vollmilch für den Preis von 46 Pfg. je Liter einheitlich zuführen zu können, werden die zu den betr. Milchlieferanten führenden Wege von hiesigen Polizeiorganen und Mitgliedern des hiesigen Arbeiterrats für Milchabholer von heute ab gesperrt werden. Alle Vollmilchversorgungsberechtigten Personen erhalten die Milch in den hiesigen Verkaufsstellen. Die Kistlersche Milchverkaufsstelle in der Langgasse wird am 1. November d. Js. wieder geöffnet werden.

Gute Beute

Bei einem Einbruch in einem Marienburger Zigarrengeschäft wurden für 6000 Mark Zigaretten gestohlen.

Danzig ohne Licht

Danzig erhält nur in den Stunden von 5—9 Uhr Nachmittags Gas. Der Druck ist so gering, daß die Flamme kaum sichtbar ist. Straßenbeleuchtung gibt es überhaupt nicht mehr. Die völlige Stillegung des Gaswerkes steht unmittelbar bevor.

Von nah und fern

Der König ernennt den Arbeiterrat

Einen Arbeiterrat, der mindestens beanspruchen kann, als besonders originell bezeichnet zu werden, soll Schweden bekommen. Der schwedische Reichstag hat ein Gesetz beschlossen, nach dem der König von Schweden einen Arbeiterrat ernennen soll. Er besteht aus vier Unternehmern und drei Arbeitern. Vier Mitglieder werden von dem König ernannt und die drei anderen bestimmt die Regierung. Titel und Uniform der Mitglieder des königlich schwedischen Arbeiterrates sind noch nicht bestimmt, doch hören wir, daß man Wilhelm Hohenzollern in Amerongen um Einreichung eines Uniformentwurfes gebeten hat. Sämtliche davongejagte Staatshäupter sollen dicke Kummertränen vergossen haben, weil sie nicht im Oktober 1918 auf die Idee gebracht wurden, Arbeiterräte zu ernennen.

Aus der Partei.

Die politischen Einbrüche

in die Sekretariate der U. S. P. und in die Redaktionsräume der unabhängigen Zeitungen mehren sich neuerdings derart, daß man annehmen muß, es wird hierbei systematisch vorgegangen. In der letzten Zeit sind aus unseren Büros in Berlin, München und Braunschweig die Mitgliederverzeichnisse gestohlen worden. Jetzt ist wiederum ein politischer Einbruchsdiebstahl in die Expedition der Oberfränkischen Volkszeitung in Hof verübt worden. Hierbei wurde die dort aufbewahrte Kartothek der Sektion Hof gestohlen. Wie das genannte Blatt berichtet, durchsuchte der Dieb sämtliche Räume, Kästen und Schubladen, bis er das Gewünschte gefunden hatte. Kassabücher und alle anderen Sachen hat er unberührt gelassen und nur die Kartothek gestohlen. Hoffentlich gelingt es recht bald, den Burschen festzunehmen, um die Urheber des Einbruchs kennen zu lernen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Achtung, Genossen!

Sämtliche

Tischlerarbeiten

sowie

ganze Ausstattungen,

Einzelmöbel und Bauarbeiten

in modernstem Stil und allen Holzarten

führt zu billigsten Preisen gewissenhaft aus

Genosse Gehrke

Mattendorffstr. 11.

Möbel-, Bau- und Sargtischlerei.

Moderne Kücheneinrichtung

billig zu verkaufen.

Mattendorffstraße 11.

Bringe mein

Friseurgeschäft

in empfehlende Erinnerung

Erich Dautert.

Konfektionshaus zur **Golden. Kugel** Alter Markt 29 vis-à-vis Stadt-Kino.

empfiehlt sein reichhaltiges Winterlager:

Winter-Ulster von 190 Mk. an

Winter-Joppen von 57 Mk. an

Anzüge von 120 Mk. an

Wollgestr. Unterjacken,

ein Posten

Militär-Drillichjacken,

Filzschuhe m. Ledersohle

f. Herren, Frauen u. Kinder,

ein Posten gestreifter

Kamgarnhosen,

Vierf. Leinen-Kragen

in allen Größen,

Dauer-Kragen, -Stulpen

Dauer Serviteure.

H. Powisteitsky,

Alter Markt 29.

1 fast neuer

Herren-Velourhut

Gr. 57. 2 getr. Anzüge für mittlere Figur zu verkaufen.

Wilhelmstr. 13, II.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 27. Oktober bis 1. November 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck A**
Dienstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck B**
Mittwoch: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck C**
Donnerstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck D**
Freitag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck E**
Sonnabend: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck F**

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 3.—30. November 1919;
2. **Zuckerkarten** für die Monate November 1919 bis Januar 1920 (Kinder bis 1 Jahr erhalten eine Zusatzkarte);
3. **Einfuhrzusatzkarten** von Nr. 21 bis 24.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 24. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Fleischkundenliste.

Unsere Bekanntmachung vom 5. Oktober 1919 Elbinger Zeitung Nr. 239 wird dahin geändert, daß in Nr. 1 an Stelle der Zahl 1500 die Zahl 1700 tritt.

Elbing, den 23. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Kartoffelhändler.

Um bei den geringen Kartoffeleingängen die Belieferung der laufenden Wochenmarken sicherzustellen, wird hiermit angeordnet:

Bis auf weiteres dürfen die Kartoffelhändler nur 3/4 der ihnen zugeteilten Kartoffeln auf ganze Markenblätter zur Wintereinkellerung verkaufen, während 1/4 zur Belieferung der jeweils geltenden Wochenmarken zu verwenden ist.

Elbing, den 25. Oktober 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Marienburger Nahrungsmittel-Verteilungsplan f. d. Woche vom 27. 10. bis 1. 11. 1919.

A. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 64 1/4 Pfd. Nudeln in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.

B. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 65 100 Gramm Kaffee-Ersatz Mk. 1,25 pr. Pfd.

C. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 66 1/2 Pfd. Peluschken in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.

D. Ohne Voranmeldung auf Auslandsmehlkarte 1/2 Pfd. ausl. Weizenmehl in den bekanntgegebenen Geschäften.

E. Gegen Voranmeldung auf Milchkart. **A** 3, **B** 3, **C** 3, **D** 2, **E** 2, **F** 2, **G** 2, 1/4 Pfd. Zitronensirup Mk. 2,40 je Pfd. in den Geschäften von: Blumenthal, Wilhelm Epp, Mayland, Preuß, W. Störmer.

Schluß der Voranmeldung **Freitag, den 31. Okt.** Abgabe der Marken **Sonnabend, den 1. November von 10—12 Uhr.** Ausgabe der Waren an die Kaufleute **Montag, den 3. Nov. von 9—12 Uhr** vom Lager Steingasse.

Marienburg, den 20. Oktober 1919.

Städt. Ernährungsamt. Arbeiterrat.

Auslandfleischausgabe.

Infolge der Ostseeblockade ist das Auslandfleisch nicht eingetroffen. Die Ausgabe erfolgt später und wird noch bekanntgegeben.

Marienburg, den 20. Oktober 1919.

Städt. Ernährungsamt. Arbeiterrat.

Kartoffelversorgung.

Die Heranschaffung der für die gesammte Bevölkerung erforderlichen Mengen Kartoffeln für die bevorstehende Versorgungsperiode stößt infolge der in Kürze zu erwartenden Abtrennung westpreußischen Gebietes auf erhebliche Schwierigkeiten. Es besteht große Gefahr, daß eine regelmäßige genügende Belieferung nicht wird vorgenommen werden können. Haushaltungen, die in der Lage sind, den notwendigen Vorrat einzulagern, ist es daher auf das dringendste anzuraten, sich die erforderlichen Mengen schnellstens zu beschaffen.

Zur Belieferung berechtigt sind **sämtliche** Kreise Westpreußens. Die Frist zur Einreichung der Bezugscheine läuft mit dem 15. November ab.

Marienburg, den 22. Oktober 1919.

Städt. Ernährungsamt. Arbeiterrat.

Geschäfts-Verlegung!

Mache meiner werten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß ich meine **Zigarren-Filiale** von **Junkerstraße 5** nach

Herrenstraße Nr. 44

neben Herrn Friseur Hübner

verlegt und heute eröffnet habe. Ich empfehle:

Zigarren, Zigaretten

auch milleweise,

Rauch-, Kau- u. Schnupftabak, Tabakpfeifen, Zigarren-, und Zigarettenspitzen, Etuis 2c.

W. Breitfeldt

Zigarren-, Zigaretten- und Tabakhandlung.
Hauptgeschäft: Inn. Mühlend. 18/19. Fernspr. 352.

Mache **bekannt** auf meine neuen

Tanzapparate u. Platten.

Großes Lager in:

Guitarren, Lauten, Mandolinen, Harmonikas etc.

Alles gediegene preiswerte Instrumente finden Sie in dem altbewährten fachmännischen

Musikhaus **H. Kolmsee,**
Wasserstr. 27.

Anfertigung eleganter

Damenkostüme u. Herrengarderobe

nach Maß unter Garantie für guten Sitz und Formen.

Umarbeiten von Militärsachen sowie Wenden, Aenderungen u. Reparaturen
für Damen-, Herren- und Kindergarderobe.

Stoff- und Musterlager in Damen- und Herrenstoffen aller Art in bester Auswahl.

C. Troike, Schneidermeister
Heilige Geistsrasse 29, Eingang Mauerstrasse.

Das

Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend den ganzen Tag geöffnet. Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Feine Herrenwäsche
w. saub. u. bill. gewaschen u. geplätt. Ritterstr. 24, **Borchert.**

Möbelfabrik Klinger
Neust. Schmiedestraße 12/14

Lieferant guter, gediegener Möbel eigenen Fabrikates
zu anerkannt **billigen Preisen.**
Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Sie sparen viel Geld!

wenn Sie Ihre getragenen **Kleidungsstücke** in meiner Werkstatt

wenden und modernisieren

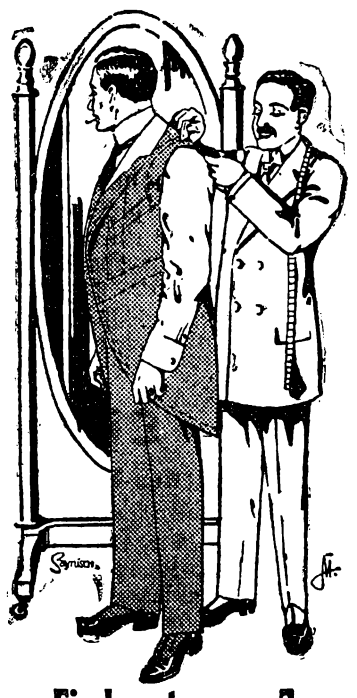
lassen.

Maßanfertigung
eleganter Herrenbekleidung
unter Leitung eines neu engagierten erstklassigen, in ersten Häusern tätig gewesenen Zuschneiders

Stoffe zur Maßanfertigung werden angenommen

Reparatur- und Bügel-Anstalt

Sämtliche Aufträge werden sauber, modern und schnellstens ausgeführt



J. Coper, Elbing, Fischerstrasse 7.

Stadttheater Elbing
Sonnabend, 25. Oktober:
Das Buch einer Frau.
Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr:
Der Graf v. Luxemburg
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Vagabundenmädel.
Montag, den 27. Oktober:
Zapfenstreich.

Empfehle
Emaillewaren
wie **Eimer, Wannen, Schmortöpfe mit Ring** usw.

Dalli-Plätteisen
Plätteisen
für Kohlen, Bolzen und Spiritus,
Wirtschaftswagen
Tafelwagen
Fleischhackmaschinen
Brotschneidemaschin.
verschiedene Systeme,
Solinger Stahlwaren
wie **Tischmesser u. Gabeln Taschenmesser, Scheeren** usw.

Joh. Meißner Nachf.
Ecke Königsberger- und Leichnamstraße.

Verlobungs- u. Trauringe
in allen Goldarten, 333/585 u. 900
stets in großer Auswahl am Lager.
Einkauf von Gold und Silber
zu höchsten Tagespreisen.
Augustin Riebe
Juwelier
Goldschmiedemeister und Graveur.

Zur Herbstsaison
empfehle für sämtliche Farb- und Reinigungssachen meine
Expreßfärberei
Inh.: **Ewald Gilbers,** Färbermeister
Betriebs- und Annahmeräume Gr. Zahlerstraße 24
Laden nur Innerer Mühlendamm Nr. 17.
Gardinen-Wasch- u. Spannanstalt.

Rudolf Ullrich, Elbing Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere, hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche anläßlich unserer

Vermählung

danken wir herzlichst.

Ernst Witt und Frau
Minna geb. Fietkau.

Elbing, 25. Oktober 1919.

Voranzeige.

Die neuen Leiter der Deutschen Heilsarmee

Kommandeur und Frau Ögrim

aus Schweden

besuchen am **Freitag, den 31. Oktober** unsere Stadt und werden **abends 7 1/2 Uhr** im **Gewerbehaus** einen

Vortrag

halten.

Es ladet freundlichst ein

Adjutant W. Bartzen.

Kaufmännische Privatschule
von
R. Mrongovius
Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.
Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten
sowie in **Polnischer** u. **Russischer** Sprache

Familienanzeigen
Kaufgesuche
Verkaufsangebote
finden in der
„Elbinger Volksstimme"
die weiteste Verbreitung!
Wir empfehlen sie als wirksames Anzeigenorgan!

Taschenlampen
Birnen :: Batterien
stets frisch am Lager
Georg Schmidt
Wasserstraße 87.

Lichtspielvorführungen
für Jugendliche u. deren Angehörige finden während des Winterhalbjahres **jeden Sonntag v. 5 Uhr ab** in der **Turnhalle, Leichnamstraße** statt.
Der Ortsausschuß.

Ein **Posten**
Schuhcreme
und
Hienfong-Essenz
billig abzugeben
für Hausierer und Händler
J. Staesz jun.
Wasserstraße 44.

Empfehle mich z. Anf. von
Haararbeiten
jeder Art. Kaufe jeden Posten ausgekämmter Haare. **Haarnetze** in jeder Farbe vorrätig.
E. Dautert, Friseur,
Gr. Zahlerstr. 1, gegenüber d. Landratsamt.

Ein **kompl. Kinderbett,** ein **Kinderklappstuhl** zu kaufen ges. Schriftl. Angeb. an **Wriedt,** Holländerstr. 7a.

Der arme Konrad

Blätter für Unterhaltung und Belehrung

Nr. 1 | Sonnabend, den 25. Oktober | 1919

Aus den Tagen des Bundschuhs

Ich bin der arme Kunrad
Und komm von nah und fern,
Vom Hartematt, vom Hungerrain
Mit Spieß und Morgenstern.
Ich will nicht länger sein der Knecht,
Leibeigen, frönig, ohne Recht.
Ein gleich Gesetz, das will ich han,
Vom Fürsten bis zum Bauersmann.
Ich bin der arme Kunrad.
Spieß voran,
Drauf und dran!

Ich bin der arme Kunrad
In Aberacht und Bann,
Den Bundschuh trag ich auf der Stang,
Hab Helm und Harnisch an.
Der Papst und Kaiser hört mich nicht,
Ich halt nun selber das Gericht,
Es geht an Schloß, Abtei und Stift,
Nichts gilt als wie die heilge Schrift.
Ich bin der arme Kunrad.
Spieß voran,
Drauf und dran!

Ich bin der arme Kunrad,
Trag Pech in meiner Pfann.
Heijoh! Nun geht's mit Sens' und Axt
An Pfaff und Edelmann.
Sie schlugen mich mit Prügeln platt
Und machten mich mit Hunger satt,
Sie zogen mir die Haut vom Leib
Und taten Schand an Kind und Weib.
Ich bin der arme Kunrad.
Spieß voran,
Drauf und dran!

Bauernlied 1525

Als einst das deutsche Volk noch nicht Städte und Fabriken kannte, war der Grundbesitz gemeinsames Eigentum der Gemeinde. Alljährlich wurde der Acker unter die Familien des Dorfes verteilt, wobei die kinderreichen Sippen bevorzugt wurden. Wald und Weide blieben stets der gemeinsamen Benutzung vorbehalten. Alle dörflichen Angelegenheiten wurden in der Gemeindeversammlung beraten, in der jeder erwachsene Gemeindeangehörige Sitz und Stimme hatte. Ein Oberhaupt wählte diese nur, wenn es in den Krieg ging.

Das war in den Tagen des Mutterrechts. Dann kam mit der Herrschaft des Mannes das Privateigentum. Aus den Heerführern wurden Fürsten. Soweit Schatzungen zu zahlen waren, erfolgte die Abgabe in Naturalprodukten. Gemünztes Geld gab es in jenen Tagen wenig und das heutige Lumpen-Papiergeld war noch nicht erfunden. Die Fürsten blieben arm und waren für die Besoldung ihres Gefolges hauptsächlich auf die Kriegsbeute angewiesen. Das eroberte Land verteilten sie unter ihre Reisigen. Allmählich bildete sich das Rittertum heraus, dessen Hauptbeschäftigung in Kriegsfahrten, in Jagden und Zechgelagen bestand. Aber noch saß der Bauer als freier Mann auf seiner Scholle. Für den Fall des Krieges unterlag er der Pflicht, dem Aufgebot des Fürsten zu folgen. Ueber seinen Besitz und seine Person jedoch war niemand Herr. Fehden und Kriegsfahrten waren damals nichts seltenes und der Bauer fand es bequemer, die Verpflichtung zum Heeresdienst und den Schutz seines Eigentums dem Ritter zu übertragen. Er zahlte ihm eine Vergütung und dafür lag der Ritter gegen Landesfeinde und Wegelagerer zu Felde.

Im Laufe der Jahrhunderte ward aus einem Vertrage, der von gleichberechtigten Teilen abgeschlossen war und der beide Teile band, eine einseitige Verpflichtung des Bauern. Der Ritter maßte sich den freien Grundbesitz des Bauern als Eigentum an. Nur die Nutznießung stände dem Bauern zu, wofür er Abgaben und Fronden zu leisten hätte. Schließlich kam es soweit, daß sogar die Person des Bauern dem Herrn gehörte. Er war Sklave, war leibeigen oder hörig geworden.

So vollzog sich die Entwicklung so ziemlich in allen Ländern Europas. Sie dauerte Menschenalter hindurch und verlief nicht ohne Kämpfe, denn die Bauern wehrten sich ihrer Haut. Meist unterlagen sie. Und nur, wo die geographischen Verhältnisse sie begünstigten, wie in Norwegen, in Friesland, in Schleswig-Holstein und in der Schweiz, retteten die Bauern ihren Besitz und ihre Freiheit vor den räuberischen Händen des Adels. Bauernaufstände kehren während des ganzen Mittelalters wieder. Unter dem Zeichen des Bundschuhs fanden sich die Leibeigenen zusammen. Sie sammelten sich in dem großen Geheimbunde des armen Konrad. Mehr als einmal wankte die Macht des Adels in Deutschland und war nahe daran, in Stücke zu gehen. Die größte dieser Erhebungen fiel in das Jahr 1525 und ist unter dem Namen des großen Bauernkrieges bekannt.

Die deutschen Bauern lebten in geradezu unerträglichen Verhältnissen. Etwa 25—30 verschiedene Abgaben und Steuern wurden von ihnen verlangt. Dem Ritter stand das jus primae noctis, das Recht der ersten Nacht, zu. Der Bauer mußte bei der Eheschließung die Erlaubnis des Herrn nachsuchen, der Ritter hatte das Recht, die Hochzeitsnacht bei der Braut zu schlafen oder, wenn er dies Recht nicht ausüben wollte, es durch eine besondere Steuer abzulösen. Starb der Bauer, dann konnte der Ritter das, wonach er Verlangen trug, aus seiner Hinterlassenschaft wählen. Das Besthaupt wurde diese Steuer genannt. Dazu kamen Hand- und Spanndienste in unbeschränkter Zahl. Das Wild des Herrn zerstampfte den Acker des Bauern. Diebte der Bauer aber ein Stück Wild, dann wurde er auf einen Hirsch geschmiedet und das geängstigte Tier mit ihm in den Forst gejagt. Von der Geburt bis zum Sterbebett war das Leben des Bauern ein einziger Tag der Qual und es ging ein Sprichwort, der tote Bauer wähle sicher den Höllenpfad, wenn ihm an der Himmelsmauer ein Edelmann begegne.

Die Kirche, gleichgültig ob katholisch oder evangelisch, stellte sich nicht auf die Seite der Bauern. Die geistlichen Würdenträger hatten selber vielen Grundbesitz errafft und waren an der Ausbeutung der Bauern interessiert. Die kaiserliche Gewalt war ohnmächtig und die Fürsten, deren es damals ungefähr 300 in Deutschland gab, in der Regel die schlimmsten Bauernschinder. Das städtische Patriziertum hatte für die Bauernsache eher Feindschaft als Freundschaft, das Proletariat der Städte schlief größtenteils noch. Nur in einzelnen bedeutenderen Städten wie Mühlhausen in Thüringen und Rothenburg an der Tauber siegte die Macht des Volkes. Im allgemeinen blieb sie auf die bedeutungslosen Landstädte und das platte Land Süd- und Mitteldeutschlands beschränkt. Einzelne Mitglieder des Adels, wie Ulrich von Hutten, Florian Geyer, Wendel Hipler, stellten der Bauernsache tatkräftige Führer. Ebenso manche Angehörige des niederen Klerus, wie Jakob Wehe und Thomas Münzer, die beide auf dem Blutgerüst ihre Parteinahme für das Volk besiegelten.

Zum großen Teile hüllte sich die Bewegung in das Gewand religiöser Formen. Die Mißbräuche der Pfaffenherrschaft machen dies erklärlich. Aus dem religiösen Kleide jedoch schimmern die wirtschaftlichen und politischen Forderungen deutlich als die treibende Kraft hindurch. In ihren berühmten zwölf Artikeln fordern die Bauern die Abschaffung der Leibeigenschaft, Freiheit des Fischens und der Jagd für die Gemeinden, Rückgabe der Wälder an die Gemeinden, Er-

leichterung der Fronlasten und Bezahlung der geleisteten Arbeit, Rückgabe der gestohlenen Gemeindeweiden, Erleichterung oder Aufhebung der Zehnten.

Den Verlauf des Aufstandes hier im einzelnen zu schildern, ist nicht möglich. Im Frühjahr und Sommer des Jahres 1525 kam es allenthalben in Franken, in Thüringen und Schwaben zu Kämpfen. Die Bauern errangen zunächst überall große militärische Erfolge. Wo die Herren die zwölf Artikel nicht annahmen, wurden ihre Burgen erstürmt, in Brand gesteckt und alle Urkunden vernichtet. Mancher adlige Schnapphahn stürzte von der Mauerzinne seiner Feste oder wurde wie der Graf von Helfenstein im eroberten Weinsberg durch die Spieße gejagt. Dann wandte sich das Schlachtenglück, weil die Bauern ihre Kraft in kleinen örtlichen Einzelaktionen zersplitterten und nicht zu großzügigem gemeinsamen Handeln zusammenzufassen verstanden. Ein Teil der Führer wurde von dem Adel mit Geld erkauft; andere, wie Michael Geißmair, durch Meuchelmord beseitigt. Der Truchseß Georg von Waldburg sammelte ein Heer und schlug in blutigen Schlachten die einzelnen Gewalthaufen der Bauern. Florian Geyers schwarze Schar fiel bei dem Schlosse Ingolstatt bis auf den letzten Mann. Münzers Heerhaufen wurde bei Mühlhausen vernichtet. Ueberall gings an ein Köpfen, Hängen und Foltern. Luther ermunterte die Herren noch in ihrem blutigen Geschäft. Er schrieb „wider die mörderischen, räuberischen Rotten der Bauern". Man solle sie zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wie man einen tollen Hund totschlüge. „Darum, liebe Herren, loset hie, rettet hie; steche, schlage, würge sie, wer da kann. Bleibst Du darüber tot, wohl Dir; seligeren Tod kannst Du nimmermehr überkommen." — Militärisch unbesiegt blieben die Salzburger und Tyroler Bauern. An dem Gesamtausgang der Erhebung änderte das nichts. Das Volk war besiegt und Deutschland ward reif für das Zeitalter der Religionszänkereien und des dreißigjährigen Mordens.

* * *

Warum wir die Erinnerung an jene Zeit wachrufen, jenes eisern klirrende Kampflied der Bauern an die Spitze unserer Unterhaltungsbeilage setzten und den Namen des Bundes der Leibeigenen als Titel für sie wählten, fragt mancher unserer Leser. Diese Devise soll eine stete Mahnung sein. Die Arbeiter soll sie daran errinnern, daß sie nicht frei sind, daß sie die Fessel der Rechtlosigkeit noch immer durch die Jahrhunderte nachschleifen, daß ihre Bewegung durch Uneinigkeit und Unbildung, durch Verrat und Gleichgültigkeit genau so gefährdet ist, wie die der aufständischen Bauern daran zugrunde ging. Anders sind unsere Kampfmittel als die unserer Vorfahren. Die winzige Type des Buchdruckers ist eine wuchtigere Waffe als die stärkste Partisane. Geistig frei und gebildet müssen wir alle werden, an einem Strange ziehen. Dann wird kein Verrat ehrgeiziger Führer, wie Scheidemann und Noske, möglich sein, wird der Widerstand der Kapitalistenklasse wie Spinnweben verflattern. Daran soll der Titel der Unterhaltungsbeilage allwöchentlich die Proletarier mahnen. Und die Besitzenden daran, daß Gewalt und Unterdrückung nie zu gutem Ende führen. Ihr Sieg im Bauernkriege leitete den Beginn von Deutschlands Abstieg ein. Das arbeitende Volk zu entbehren, ist unmöglich. Wer das einsieht, der handele auch danach. Oder er trägt die Mitschuld daran, wenn der arme Konrad eines Tages wieder Gericht hält.

Gustav Schröder.

„Genosse, ich kann den Brief nicht nehmen"

Skizze aus dem russischen Kerkerleben. Von Eugen Levine.

Diese Skizze des ermordeten Kommunisten Levine erschien vor sechs Jahren in unserm damaligen Bremer Parteiorgan unter dem Pseudonym Eugen Goldberg. Sie schildert ein Erlebnis aus seiner russischen Kerkerzeit.

Der Wind heult. In der kleinen Petroleumlampe flackert die Flamme, züngelt hin und her, biegt sich und beugt sich. Phantastisch tanzt der Schatten des Teekessels an den runden Wänden der Turmzelle. Auf der harten Pritsche liege ich, fest gehüllt in meinen Pelz, und lausche dem Lied des Windes. In den verrosteten Angeln knarrt das Fenster und ächzt. Die kleine Ratte, die mir sonst Gesellschaft leistet, graziös über den Tisch läuft, hin und her huscht, wagt sich heute aus dem Loch nicht heraus. Ganz allein bin ich heute. Starre zur Decke. Lasse müde den Blick über die Wände gleiten. Alles so bekannt. Die Namen an den Wänden. Kommentare der Nachfolger: „Ab nach dem Zuchthaus zu Smolensk", „Hingerichtet in Wilna" .... Und daneben immer und immer wieder: „Es lebe der Kampf", „Es lebe die Revolution".

Der Wind heult und wieder flackert das Licht in der Lampe, wieder tanzen phantastische Schatten. Immer fester hülle ich mich in den Pelz, den sie mir gelassen haben. Es ist kalt in der Turmzelle. Schon ermüden die Augen und fallen langsam zu. Da plötzlich fahre ich auf. Draußen auf der eisernen Treppe höre ich Schritte und Kettengeklirr, Stimmen und Kommandorufe. Sie nahen in der Richtung meiner Zelle. Unter mir verstummen sie. Dumpf dröhnend fällt in der unteren Turmzelle die eisenbeschlagene Tür ins Schloß. Wieder Stimmengewirr und stampfende Schritte. Dann wieder Stille.

Nur der Wind heult, der Fensterrahmen knarrt, die Flamme in der Lampe züngelt und flackert, und phantastisch tanzen die Schatten.

Ich lausche angestrengt. In die Zelle unter mir haben sie einen „Neuen" gebracht. Wer ist es? Ein Fremder, ein Freund? Ein Genosse oder ein Krimineller? Was droht ihm? Der Galgen? Oder bloß Kerker? Ich lausche. Wird er nicht klopfen? Nicht seinen Namen nennen? Nein, es bleibt still. Nur der Wind singt sein Lied.

Ich lege das Ohr an die Wand — alles still. Kein Laut. Vielleicht weiß er nicht, daß jemand über ihm sitzt. Ich nehme den Metallbecher und klopfe leise an die Wand; ta ta — tatatatata — tatatata — tatata — leise, rythmisch. „Kto wy?" — „Wer seid Ihr?" Aber ich komme nicht zu Ende. An der Tür ein leises, schleichendes Geräusch. Schnell ist der Becher versteckt. Ich liege auf dem Rücken, mit verschränkten Armen, mit künstlich gleichgültigem Gesicht. Ich schaue nach dem Guckloch an der Tür. Ein entzündetes Auge richtet seinen Blick auf mich. Ich erwiderte den Blick und fühle, wie etwas Feindseliges wider meinen Willen aus meinem Auge spricht. Da wird das Guckloch wieder geschlossen und an Stelle des Auges grinst hinter der kleinen Oeffnung die dunkle Metallplatte.

Nun bin ich wieder allein. Mit dem Klopfen ist es heute nacht zu Ende. Sonst werde ich angezeigt.

Uebrigens scheint der Neue das Klopfen nicht zu verstehen. Morgen muß ich versuchen, ihm das Klopfalphabet zuzustellen. Durch wen? Ich überlege. Denke an verschiedene Kriminelle, die Zutritt zum unteren Korridor haben. Am einfachsten wäre es ja, den Brief durchs Fenster an einem Strick hinabzulassen. Doch das ist gefährlich. Die Posten haben Befehl, zu feuern, sobald sich jemand am Fenster zeigt. Ich werde mit Butkewitsch sprechen. Der hat als Putzer zu allen Zellen unsres Korridors Zutritt. Vielleicht kann er mir helfen. Es eilt ja auch nicht. Morgen wird sich schon ein Weg finden. Ich schließe die Augen und versuche zu schlafen. Lange höre ich noch das Knarren des Fensters, lange höre ich noch das Heulen des Windes . . . Dann aber allmählich legt sich bleierne Müdigkeit wie ein Reifen um die Stirn, und ich schlafe ein.

*

Langsam dreht sich der Schlüssel im Türschloß. Einmal, Zweimal. Knarrend geht die Tür auf. Penetranter Geruch von Dutzenden von Paraschas (Eimern) schlägt vom Korridor in die Turmzelle. Ich öffne die Augen. Es dämmert kaum. Gähnend steht der Wärter in der Tür, nestelt am Gurt, steckt den Revolver zurecht. „Guten Morgen", „Guten Morgen". Klappernd mit den Holzpantoffeln auf dem steinernen Boden, klirrend mit den eisernen Ketten, läuft Butkewitsch, der Korridorputzer, hin und her. „Guten Morgen" — „Guten Morgen". Er läuft ans Fenster, reißt es auf, und kühlend netzt die frische Morgenluft mir das Gesicht. Ich wende den Kopf zum Fenster, atme in vollen Zügen die Luft ein. Da gewahre ich im fahlen Morgenlicht auf dem Fensterbrett etwas Weißes: einen kleinen Zettel. Schnell sehe ich weg, damit der Wärter nicht der Richtung meines Blickes folgt. Doch er hat nichts gemerkt. Noch immer macht er sich gähnend am Revolver zu schaffen. Wieder klirren die Ketten und klappern die Pantoffel: Butkewitsch bringt die leere Parascha. Schnell wechselten wir einen Blick des Einverständnisses. Dann nimmt er die leergebrannte Lampe vom Tisch, und die Tür fällt dröhnend ins Schloß. Zweimal dreht sich der Schlüssel. Ich bin wieder allein.

Einen Blick aufs Guckloch in der Tür: Nein, niemand. Ich nehme den Zettel vom Fenster. Ich erkenne die Handschrift; ein Genosse vom unteren Korridor schreibt mir: „Genosse! Gestern nacht hat man einen Neuen gebracht. Du kennst ihn nicht. Er sitzt unter Dir im Turm. Morgen wird er zur Hinrichtung transportiert. In unsrer Zelle sitzen seine Freunde. Sie wollen ihm einen letzten Gruß senden. Jede Verbindung mit seiner Zelle im unteren Korridor ist abgeschnitten.

Versuche, den beiliegenden Zettel zu ihm zu schaffen. Es sind letzte Abschiedsgrüße. Dank im voraus. . . ."

Den ganzen Vormittag gehe ich in meiner Zelle auf und ab und überlege. Unten ist die Verbindung mit ihm abgeschnitten. Es gibt nur ein einziges Mittel: Ich muß ihm den Brief durchs Fenster zustellen. . .

Als ich um 12 Uhr das Mittagessen in Empfang nehme, raune ich Butkewitsch zu: „Das Telephon!" Er nickt. Eine halbe Stunde später bringt er mir heißes Wasser für den Tee. Der Wärter bleibt in der Tür stehen. Butkewitsch macht sich am Tisch zu schaffen. Der Wärter wird ärgerlich. „Na, wirds bald?" Da beginnen zwei Kriminelle in dem Korridor Streit. Absichtlich, um den Wärter abzulenken. Laut hallen die Schimpfworte. Der Wärter geht hinaus. „Wollt ihr wohl Ruhe halten!" Butkewitsch benutzt den Augenblick, zieht unter seiner Jacke ein Bündel hervor, wirft es schnell unter meine Pritsche und geht dann auch hinaus. Auf dem Korridor ist es wieder ruhig, der Wärter kommt zurück, läßt seine Blicke prüfend durch die Zelle schweifen und geht dann auch hinaus. Die Tür fällt ins Schloß, wieder knarrt zweimal der Schlüssel, und wieder bin ich allein. Das „Telephon" liegt unter der Pritsche: ein langer Strick aus Fetzen von Bettdecken zusammengesetzt. Der Zettel ist in einer Spalte der Wand versteckt. Ich muß warten. Ein dreifacher Ring umgibt das Gefängnis. Innen im Hof Gefängniswärter und Feldjäger, draußen, vor der Mauer, Schutzleute. Gerade vor meinem Fenster — ein Feldjäger. Der muß es sehen, wenn ich das „Telephon" hinablasse. Doch ich habe Glück. Heute abend soll ein Feldjäger auf Wache kommen, der mit uns heimlich sympathisiert. Der wird schon ein Auge zudrücken. Und die Außenposten werden es nicht so schnell merken. Ich habe alles für den Abend bereit. Schreibe ein Klopfalphabet mit Erläuterungen, damit der Genosse wenigstens die letzte Nacht mit mir sprechen kann. Vielleicht hat er letzte Wünsche zu übermitteln, letzte Grüße. . .

Es dämmert. Ich hocke auf dem Fensterbrett. Im Garten des Gefängnisdirektors, draußen, vor unsrer Mauer, räkeln sich die Schutzleute. Innen im Hofe, vor dem Fenster, steht der Feldjäger. Sieht er mich nicht? Will er mich nicht sehen?

Ich stecke die Hand zwischen die Gitterstäbe und lasse langsam das „Telephon" hinab. Unten baumelt der Brief. Nach meiner Berechnung muß er jetzt vor seinem Fenster sein. Aber niemand greift danach: das Seil spannt sich nicht. Ich klopfe an die Wand, um den Genossen aufmerksam zu machen. Keine Antwort. Das Telephon baumelt im Winde. Vielleicht kann er es nicht greifen, weil es so hin und her geht. Ich ziehe das Telephon wieder herauf, beschwere es mit dem Metallbecher und lasse es hinab. Gerade gespannt hängt jetzt der Strick. Jetzt muß der Brief vor seinem Fenster sein. Ich klopfe mit dem Fuß auf den Boden, klopfe mit dem schweren Holzschemel. Laut. Er muß es hören. Aber unten bleibt alles still. Keine Hand greift nach dem Brief.

Der Feldjäger wird unruhig. Er winkt mir und macht mir Zeichen. Ich soll aufhören. Ich beachte es nicht. Die Schutzleute an der Außenmauer haben es auch bemerkt. Laut tönen ihre Stimmen. „Hundesohn! — mach, daß du fortkommst vom Fenster!"

Jetzt gilt es. Länger kann ich nicht bleiben. Gesehen hat man mich ja doch schon. Ich presse das Gesicht an die Gitterstäbe und rufe: „Genosse! Genosse! Warum nehmen Sie den Brief nicht?" — „Hundesohn! Wirds bald! Wir schießen!" Und schon greifen sie nach den Gewehren. Ich lausche — noch einen Augenblick, sonst ist es zu spät. Da dringt eine Stimme von unten herauf, stammelnd und klagend, leise und kraftlos, so leise, daß ich das Gehör anstrengen muß, um zu hören: „Genos—se . . Ich kann . . den Brief . . nicht . . . nehmen. Beim Verhör . . hat man . . mir . beide Arme . . . gebrochen . . . Genosse . . . leb wohl . ." Leise und klagend tönt die Stimme und bricht plötzlich ab.

Ein wütendes Winken des Feldjägers; die Schutzleute vor der Mauer haben schon angelegt. Mit einem Ruck reiße ich das Telephon nach oben und lasse mich vom Fensterbrett gleiten, verstecke alles schnell unter der Pritsche.

Es ist höchste Zeit gewesen. Aufgescheucht vom Lärm, macht der Wärter auf dem Korridor seine Runde. Und jetzt schaut sein Auge durchs Guckloch. Aber ich liege schon auf meiner Pritsche auf dem Rücken mit verschränkten Armen, und beruhigt geht er weiter. . .

Nachts, als es ganz still ist und draußen vor der Tür regelmäßiges Schnarchen ertönt, stehe ich auf und verbrenne alles: das Klopfalphabet, die Erläuterungen und die letzten Grüße.

Rußig züngelt die Flamme zur Lampe heraus, ergreift das Papier und leckt gierig daran. Ein Häufchen Asche fällt auf den Tisch. Der Wind heult, fährt zwischen den Fensterritzen hindurch und die Aschestückchen flattern durch die Zelle: Das Alphabet, die Erläuterungen und die letzten Grüße.

Unten aber sitzt der, dem sie galten. Am Vorabend seiner Hinrichtung. Mit gebrochenen Armen. Und niemand, der ihm ein letztes Abschiedswort sagen könnte.

Der Wind heult. Unruhig flackert die Flamme. Phantastisch tanzen die Schatten. Am Fußboden bewegten sich zitternd die Aschestückchen.

Ich liege wieder auf der Pritsche. Hülle mich fester in den Pelz. Fröstle trotzdem. Schließe krampfhaft die Augen, beiße die Zähne zusammen. Im Ohr klingt mir noch immer leise klagend die stammelnde Stimme:

„Ich kann den Brief nicht nehmen, Genosse! Leb wohl!" —

Kleines Feuilleton

Der Tower

Die Engländer wollen Wilhelm II., sofern er von der holländischen Regierung ausgeliefert wird, nach London in den Tower überführen, in dieses ehemalige Staatsgefängnis, das in langen Jahrhunderten englischer Geschichte Zeuge vieler Verfolgungen und Gewalttaten, tragischer Schicksale und gefallener Größe gewesen ist. Von Thomas Morus, dem Kanzler Heinrichs VIII., der im Jahre 1535 hier enthauptet wurde, bis zu dem Iren Sir Roger Casement, der im Jahre 1916 am Galgen starb, sind es die berühmtesten Namen aus englischen und schottischen Geschlechtern, die in der alten Zitadelle, viele Jahre der Freiheit beraubt, schließlich auf dem Schaffott endeten. Anna Boleyn, die auf Geheiß ihres Gemahls Heinrichs VIII. anno 1536 und Königin Katharina Howard, die 1542 enthauptet worden ist, Margaret Pole, Gräfin von Salisbury, Lady Jane Grey und ihr gleichfalls hingerichteter Gemahl Dudley; der Graf Essex und noch viele andere, die gehenkt wurden. Sie alle, die einst im Tower starben, liegen in der kleinen Kirche St. Peter oder auf dem kleinen Friedhof begraben, der sich neben der Kapelle in der nordwestlichen Ecke dieser unheimlichen Festung befindet, die Wilhelm der Eroberer im Jahre 1078 erbaute, zuerst den Weißen Turm, der, ein mächtiges, über 30 Meter langes und breites Viereck, 28 Meter hoch in die Lüfte ragt, umschlossen von drei bis vier Meter dicken Mauern und Ecktürmen. Um ihn herum entstanden später die zahlreichen anderen Türme, Bastionen und Kasematten der weitgedehnten Feste, die die alte Zitadelle Londons war, bis auf Karl II. auch gelegentlich als „königliche Residenz" diente. Hauptsächlich aber war der Tower stets Staatsgefängnis, und erst im 19. Jahrhundert wurde er als Arsenal nutzbar gemacht. In dem runden Wakefield Tower werden die englischen Kronjuwelen aufbewahrt, unter ihnen der berühmte Cullinan-Diamant aus Pretoria, der größte der Erde.

Die Telephonie mit dem Sonnenstrahl

Eine Aufsehen erregende neue Erfindung ist von dem Londoner Professor Dr. A. O. Rankine gemacht worden: Er verwendet die Sonnenstrahlen oder auch andere Lichtstrahlen als Ersatz für den Telephondraht zur Uebermittlung der menschlichen Stimme auf weite Entfernungen. Die Erfindung hat den Vorteil vor der drahtlosen Telegraphie oder Telephonie, daß das auf diese Weise vermittelte Gespräch von niemandem belauscht werden kann.

Zwei elektrische Instrumente wurden von ihm in einiger Entfernung aufgestellt und ein Strahl elektrischen Lichts von dem einen zu dem andern projiziert. Rankine sprach dann in den Aufnahmeapparat, der einem kleinen phonographischen Trichter ähnelt. Der Lichtstrahl war auf einen kleinen, erbsengroßen Spiegel reflektiert, wobei der Spiegel die Stelle der Nadel des Phonographen einnimmt. Mittels eines elektrischen Apparates und der Verwendung des Elementes Selenium riefen nun die Wellenbewegungen der Stimme korrespondierende Wellenbewegungen des Lichtstrahls hervor, die von dem Empfangsinstrument aufgenommen wurden. Rankines Stimme war an dem Endpunkt des Strahles so klar und deutlich zu hören, wie wenn er selbst dort stände. „Ich habe schon verschiedene Gespräche auf eine Entfernung von zwei und mehr Kilometer geführt, wobei ich die Sonnenstrahlen für die Vermittlung benutzte", erklärte Rankine. „Und es ist nicht die geringste Schwierigkeit, auf eine Entfernung von 16 Kilometern sich verständlich zu machen, wenn die Länge des benutzten Strahles groß genug ist. Durch Vergrößerung des Spiegels

und der elektrischen Kraft lassen sich sehr gut auch größere Entfernungen durch den Lichtstrahl überbrücken. Die Erfindung wird von besonderem Wert sein für Schiffe, die in einem Hafen vor Anker gehen und sogleich mit den Hafenbehörden Verbindung haben wollen. Durch diese Erfindung kann ein Schiff sofort mit der Küste in Verbindung treten, indem es einfach die Sonnenstrahlen oder die Scheinwerferstrahlen benutzt."

Der Kampf gegen die Steinkohle

Die Nützlichkeit der Steinkohle ist den Menschen seit grauer Vorzeit bekannt. In Griechenland wurde dieser Brennstoff bereits im 4. Jahrhundert v. Chr. von Schmieden und Metallarbeitern benutzt. Und als das Holz teurer wurde und man in vielen Gegenden zu fürchten begann, daß die Wälder vollständig verschwinden würden, fing man an, die „schwarzen Diamanten" häufiger zu verwenden. Leicht war es anfangs nicht, die Steinkohle zu brennen, und es war ein schwerer Kampf zu bestehen, bis sie allgemein geduldet wurde. Unsere Vorfahren hatten nämlich besondere Angst davor, daß die Luft durch Qualm und Rauch der Steinkohle verpestet würde, eine Furcht, die ja auch nicht unbegründet war. In England wandte man die Steinkohle in größerer Ausdehnung als Brennstoff erst zur Zeit Eduards II. (1300/1397) an. Eine große Zahl von Klagen über diese unangenehme neue Erfindung ging beim König ein, und dieser sah sich im Interesse der Gesundheit veranlaßt, in einer Bekanntmachung auf die Schädlichkeit des Steinkohlenrauchs hinzuweisen. Aber obgleich auch die Aerzte dem Steinkohlenrauch die Entstehung von ansteckenden Krankheiten und andere Gesundheitsschädigungen zuschrieben, wurden die Verhältnisse durch die königliche Proklamation keineswegs gebessert. Aus den Schornsteinen qualmte der Kohlenrauch ebenso dick wie vorher, und die Petitionen dagegen mehrten sich von Tag zu Tag. Eduard II. wußte schließlich keinen andern Rat, als einen Ausschuß einzusetzen, der ohne weiteres vorschlug, alle Feuerstätten zu zerstören, wo mit Steinkohle geheizt wurde, und ihre Besitzer zur Verantwortung zu ziehen. Der Ausschuß ging gegen die Luftvergifter streng vor; er ließ z. B. einen Kohlenverbraucher wegen seines Verbrechens foltern. Aber auch diese drakonische Strenge nützte nichts.

In andern Ländern entstanden ähnliche Zwiste. Im Jahre 1348 warnte der Magistrat von Zwickau die Metallarbeiter, die Luft mit Steinkohlenrauch zu verpesten. Aber alle Verbote und Strafen waren wirkungslos. Die Steinkohle drang durch und wird jetzt überall straflos gebrannt, obgleich ihr Rauch nicht angenehmer geworden ist. Immerhin hat die neuzeitliche Technik durch die Einführung der Rauchverbrennung die Beseitigung der ärgsten Belästigungen wenigstens angebahnt.

Splitter und Späne

Ich glaube nicht, daß Gott die größte Hälfte der Menschheit mit Sätteln auf dem Rücken und einem Zügel im Mund geschaffen hat und eine Handvoll Leute gestiefelt und gespornt, um auf den andern zu reiten.

Der englische Demokrat Richard Rumbold
vor seiner Hinrichtung 1685.

Militarismus und Volk

Kultur und Militarismus — die Vermenschlichung der Menschheit und die Vertierung der Menschheit! Auch ein charakteristisches Kapitel im Buche der Entwicklungen unserer Tage, ein Kapitel voll Antithesen! Die Kultur, als eine spontan wirkende Kraft, erhebt und vertieft die Geister — der Militarismus, als eine zwangmäßig vorgehende Macht, unterdrückt und verflacht die Charaktere. Jene, eine geistige Nötigung, versittlicht — dieser, eine mechanische Institution, entsittlicht. Die Kultur empfiehlt die freiwillige Unterwerfung des einzelnen unter ein als gut erkanntes Gesetz, die Hingabe an Volk, Vaterland, Menschheit — der Militarismus gebietet diktatorisch die individuumfeindliche Unterjochung des Einzelwillens durch die willkürliche und zufällige Fuchtel des Gewaltstaates. Jene, die Schule der Selbstachtung, hat eine befreiende Kraft in sich — dieser, der Zuchtmeister der Autoritätsanbetung, entnervt, entmannt, entwürdigt den selbstbewußten Menschen in uns. Die Kultur schafft Organisationen, die von unten, d. h. aus dem Volke heraus, sich natürlich entwickeln, Organisationen der Beglückung und des Fortschritts — der Militarismus will alles von oben, d. h. von der jeweilig herrschenden Macht, vorgeschrieben und kommandiert wissen. Jene erzieht zum produktiven Volks-, dieser zum unproduktiven Herrendienst. Bei der Kultur ist alles innerlicher, beim Militarismus alles äußerlicher Herkunft. Diese nennt die Freiheit ihren Gott — jener dient dem Götzen Drill.

Der Soldat von heute ist in erster Linie Prätorianer, ein Polizist im Dienste der Satten gegen die Hungrigen. Schafft den Hunger der Hungrigen ab, ihr Satten — und ihr braucht weder Prätorianer noch Polizisten mehr!

Ernst Ziel in Moderne Xenien.

Herrengewissen

Ochsen spannt man nicht an Faden, denn sie würden stracks zerrissen:
schwerlich bindet man den Menschen, der Gewalt hat, ans Gewissen.

Logau.

Die Schalksecke

Die Erschaffung der Deutschen Republik

Am Anfang war der 9. November.

Und Deutschland war wüste und leer und finster und hungrig.

Und Ebert, Scheidemann und Noske sprachen: Es werde Republik.

Und es ward Republik.

Da schieden Ebert, Scheidemann und Noske den Kadavergehorsam von der Freiheit.

Und Ebert, Scheidemann und Noske sprachen: Es sammle sich das Volk an besonderem Orte, daß man die Eintracht sehe.

Und es geschah also.

Und so ward die Nationalversammlung in Weimar.

Und Ebert, Scheidemann und Noske machten zwei Friedenslichter.

Ein kleines Licht, das hieß Erzberger; und ein großes Licht, das hieß Brockdorff-Rantzau.

Und Ebert, Scheidemann und Noske sprachen: Laffet uns den Militarismus stürzen und nach seinem Ebenbild einen neuen Militarismus schaffen, der da herrschen soll über die neue Freiheit.

Und sie schufen die Freiwilligenkorps von Lüttwitz und Dohna und Loeschebrandt und Lettow-Vorbeck und Bodenhausen und Hülsen und Heuduck.

Und Ebert, Scheidemann und Noske segneten sie und sprachen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet Deutschland und macht es euch untertan und sorgt, daß die Reichen ihr Geld in Sicherheit bringen, und daß die Armen allerlei grün Kraut essen.

Und es geschah also.

Also ward vollendet die deutsche Republik mit ihrem gewaltigen Heer.

Aber die Schlange war listiger denn alles, was Ebert, Scheidemann und Noske gemacht hatten und sprach zu der Republik: Warum sollst du nicht essen von dem Baum der Reaktion?

Da sprach die Republik: Ich esse vom Baume der Freiheit.

Da sprach die Schlange, daß von dem Baume der Reaktion gut zu essen wäre, und daß es ein lustiger Baum sei.

Und die Republik nahm von der Frucht und aß.

Und alsogleich ward sie vertrieben aus dem Garten der Freiheit, und ein Cherub mit einem bloßen hauenden Schwert rief „Hurra" und sang „Heil Dir im Siegerkranz".

Noske aber bekam den Roten Adlerorden mit Eichenlaub und Schwertern, Ebert wurde Hoffattlermeister und Scheidemann Kastellan des Königlichen Luftschlosses auf der Pfaueninsel.

An die Indifferenten

Ach wüchsen doch der Prügelbäume
Noch hunderttausend mehr im Reich,
Und schnitt von jedem jeder Junker
Sich hunderttausend Stöcke gleich.

Und schlüge einen alle Tage
Entzwei auf euren Hosen dann
Und zög', wenn die entzwei gehauen,
Euch keine neuen Hosen an.

Denn seht! Ihr seid die ärgsten Sünder,
Im Kittel wie im seidnen Rock:
Ihr Menschen laßt den Stock euch geben,
Das wahrlich, das verdient den Stock!

Glasbrenner.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Druck und Verlag Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., beide in Elbing.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 5 | Montag, den 27. Oktober 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Eine große Räuberbande. Die Armee Koltschaks verwüstet auf ihrem Rückzug in Sibirien die Erntebestände und raubt den Bauern das Vieh. Deserteure des Denikinschen Heeres erzählen, daß die Demoralisation unter den Weißen Garden überhand nimmt. Besonders unter den Regimentern Kornilows sei die Demoralisation groß. Sie flüchteten oft beim ersten Gewehrschuß. Ebenso hat die Moral der polnischen Truppen in der Gegend von Kowno stark gelitten.

Noske rüffelt den Vorwärts. Dem Vorwärts ist vom Reichswehrminister Noske folgender charakteristischer Brief zugegangen: „Im Vorwärts vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeigt, von der ich weit abrücke. Wenn dort von einem „Herauswerfen“ und einem „Im großen Bogen folgen“ u. a. gesprochen wird, so kann ich nur verurteilen, wenn in einer derartigen Weise von Männern gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von den meinen trennen und deren langjährige Friedens- und Kriegsdienste sie aber vor solchen Ausdrücken schützen müßten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über Verabschiedung von Offizieren.“

Schwerer Dienst. Daß das außerordentliche Kriegsgericht Hamburg außerordentlich zu schaffen hat, beweist, daß „nur“ 40 militärische Richter dazu kommandiert sind. Von diesen sind 3 Oberstleutnants, 15 Majore, 19 Hauptleute, 2 Rittmeister, 1 Kapitänleutnant und 15 Herren führen das Prädikat „von“.

Putschchen gefällig? Dem kommunistischen Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten in Berlin war ein Angebot gemacht worden, 400 Gewehre, 12 Maschinengewehre, 200 Pistolen und eine tüchtige Menge Munition zu kaufen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß die Lieferung von dem Rekrutendepot des Freikorps Hülsen ausgehen sollte. 4 Personen wurden verhaftet.

Diese haarsträubende Begebenheit setzt allem die Krone auf.

Wilhelm klagt. Wegen des „Kaiserfilms“, der in Berlin verboten ist, hat Wilhelm aus Amerongen bei der Staatsanwalt in Berlin Strafantrag gegen den Schauspieler und Verfasser Ferdinand Bonn gestellt. Wilhelm II. klagt wegen Beleidigung, wegen Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung aller Aufführungen. Der Film ist geschmacklos, aber Wilhelm sollte lieber sich selbst anklagen, denn die Stinden des „persönlichen Regiments“ waren in der Wirklichkeit noch trauriger und schlimmer als im Film.

Ludendorff gibt nichts! Fama hatte von dem „Hasardeur des Weltkrieges“ behauptet, daß er beabsichtige, den Ertrag seiner „Erinnerungen“, der auf etwa 20 Millionen Mark geschätzt wird, den Kriegsinvaliden zu überweisen. Das war ein Irrtum! Herr Ludendorff dementiert. Er gibt nichts. Die Deutsche Tageszeitung, die ihre Pappenheimer kennt, hat vorsichtshalber angerufen und kann feststellen, daß die erste Meldung jeder Tatsächlichkeit entbehrt.

90 000 Mark im Stiefel. Bei einem Berliner Schuhmacher traf die Militärpolizei drei Männer, die sich eine große Anzahl zusammengepreßter Tausendmarkscheine in die ausgehöhlten Sohlen und Absätze eines Paares Stiefel einnageln ließen. Die überraschten Schmuggler wurden festgenommen und dann die Werkstatt durchsucht; dabei wurden ein Paar Stiefel entdeckt, in denen beim Abreißen der Sohlen und Absätze das Papiergeld zum Vorschein kam. Außerdem fand man auch noch weitere Stiefel mit Hohlräumen vor, die für die Aufnahme der Banknoten bestimmt waren. Im ganzen gelang es der Militärpolizei, 90 000 Mark in rotgestempelten Tausendmarkscheinen in Beschlag zu nehmen.

40 000 Eisenbahnwagen. Aus Aachen wird gedrahtet: In Brüssel ist soeben eine Depesche des Marschalls Foch bei der belgischen Regierung eingelaufen des Inhalts, daß im besetzten linksrheinischen Gebiet etwa 40 000 belgische Eisenbahnwaggons wieder aufgefunden seien. Belgische Delegierte sind aufgefordert worden, die Identität dieser Eisenbahnwagen festzustellen. Wie Marschall Foch weiter mitteilt, habe sich die deutsche Regierung verpflichtet, die 40 000 Waggons Belgien zurückzugeben.

Einstellung des Personenverkehrs. In München wurde amtlich folgendes mitgeteilt: Zufolge des Beschlusses des Ministerrats wurde an den Reichskanzler sowie an den Reichswirtschaftsminister in Berlin je ein Telegramm gerichtet, worin der bayerische Ministerrat seine Auffassung kundtut, daß die in Süddeutschland herrschende Kohlennot zur Katastrophe führen muß, wenn nicht eine Einstellung des Eisenbahnpersonenverkehrs auf 10 bis 14 Tage erfolgt. Gleichzeitig wird ersucht, zur Beratung und Beschlußfassung über diese Maßnahme die Verkehrsminister der einzelnen Länder sofort nach Berlin zu berufen. Der Personenverkehr an Sonntagen ist bereits eingestellt.

Die Hundekadaversülze. Der von den Hamburger Unruhen im Juni her bekannte Sülzefabrikant Heil wurde heute nach mehrtägigen Verhandlungen wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel- und das Fleischbeschaugesetz sowie wegen Verkaufs gesundheitsschädlichen Fleisches zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe und wegen verbotenen Zuckerhandels zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, die Betriebsleiterin König wegen Beihilfe zu 6 Wochen Gefängnis.

In der Fabrik dieses Mannes wurde bekanntlich aus allerlei Tierkadavern „Sülze“ fabriziert.

Haases Befinden. In dem Befinden des Genossen Haase ist eine leichte Besserung festzustellen. Das Fieber hält sich auf mittelmäßiger Höhe. Die Schwäche des Patienten ist außeordentlich groß. Die Eiterung des etwa 40 Zentimeter langen Schußkanals dauert an. Der behandelnde Arzt hat jedoch dem B. T. mitgeteilt, daß er hoffe, den Kranken durch die Krisis durchzubringen.

Französisches Urteil über unsere Scheinsozialisten

Gegenwärtig wird in der Unabhängigen Sozialdemokratie sehr lebhaft die Frage des Anschlusses an die Genfer oder Moskauer Internationale erörtert. Oder richtiger: Es wird darum gestritten, ob wir in Genf, in der 2. Internationale nochmals versuchen sollen, die deutschen Noskeparteiler auszuschließen, um sie damit vor der ganzen proletarischen Welt in Acht und Bann zu tun, sie der wohlverdienten Strafe für ihren schändlichen Verrat auszusetzen. Viele Genossen erhoffen von der Genfer Konferenz, daß sie diesen Schritt tun wird. Andere glauben und sagen, die Ententesozialisten seien selbst so in antisozialistische Gedankengänge verstrickt, daß sie den deutschen Sozialverrätern nicht die Gemeinschaft aufkündigen wollten und könnten.

Da ist es von Interesse, wieder eine der vielen französischen Stimmen zu hören, die in letzter Zeit laut wurden, die scharf und klar von den Noskeanern abrückten. Am 6. Oktober schreibt Daniel Renault im Populaire einen Artikel, der ebenfalls eine Absage an die deutschen Scheinsozialisten darstellt, die nun wohl als Spiegelbild der Stimmnng in französischen Sozialistenkreisen betrachten darf.

Zunächst teilt Renault die durch Cachin und Loquet den Herrn Clemenceau, Pichon und Berthou entrissenen Geständnisse der Zusammenarbeit zwischen dem französischen Generalstab und Noske mit.*)

Das Ultimatum der Entente an den Grafen von der Goltz nennt Renault ein Pseudo-Ultimatum. In demselben Augenblick seien die alliierten Regierungen unter der Hand tätig, daß die Armee von der Goltz aufrecht erhalten und von der deutschen Regierung neu rekrutiert würde. Diese Verschwörung der französischen und der deutschen Regierung sei ein schwerer Verrat. „Die Nichtentwaffnung Deutschlands, die Rettung seines Militarismus unter dem Schutze des französischen Militarismus, seines würdigen Bruders, das ist der unerhörteste Skandal, den man sich denken kann.“

Was Renault hier über die heimliche Verständigung der deutschen und französischen Regierung in der Militärfrage schreibt, ist von weittragender politischer Bedeutung. So ungeheuerlich es erscheinen mag, daß sogenannte Sozialisten mit den Gewalthabern der Entente sich über die Niederhaltung der revolutionären Bewegung durch militärische Machtmittel verständigen, so ist das doch nach all den Handlungen der regierenden Sozialisten durchaus möglich. Ihre ganze Politik ist kapitalistisch und es wäre nur eine konsequente Fortsetzung dieser Politik, wenn man mit den Ententekapitalisten gemeinsam gegen die mit ehernen Schritten auftretende Weltrevolution die Maschinengewehre, Handgranaten und Flammenwerfer arbeiten ließe. Doch davon mehr, wenn die volle Klarheit vorhanden sein wird. Das Proletariat mag einstweilen die Lehre daraus ziehen, wachsam zu sein und sich zu sammeln. Renault spricht dann seinen und seiner französischen Genossen tiefsten Abscheu über die Noskepolitik und ihre Macher und Verteidiger in Sätzen aus, die die bisher stumpfen rechtssozialistischen Arbeiter wie mit Keulenschlägen aus ihrem verhängnisvollen geistigen Schlafe wecken müssen. Er schreibt:

„Aber wenn die französische Regierung, die die Wiederherstellung der deutschen Armee aus militärischer Solidarität und zur Vernichtung der revolutionären Bewegung begünstigt, in nationaler und republikanischer Hinsicht allerdings ein unerhörtes Verbrechen begeht, was soll man erst von den sogenannten sozialistischen Führern der deutschen Regierung sagen, die die Hilfe unserer Minister und unserer Generäle gegen das eigene deutsche Volk annehmen und selber verlangen. Was soll man von diesem Noske sagen, der von unsern militärischen Führern das Zugeständnis erbeten und erlangt hat, einen Ueberschuß an Maschinengewehren behalten zu dürfen, um die Arbeiter von Berlin niederzumetzeln.

Wir können an dieser Frage nicht uninteressiert vorübergehen, denn unsere Veranwortung steht auf dem Spiele, da Noske Mitglied der deutschen rechtssozialistischen Partei ist, die ihrerseits der zweiten Internationale angehört. Auch unsere Partei gehört der zweiten Internationale an.

Hier besteht ein Problem von äußerster Schwere, das wir die Pflicht haben, rücksichtslos zu prüfen. Wenn wir hier schweigen würden mit der Hoffnung, Zeit zu gewinnen, würden wir die Lage noch schwieriger machen.

Die Verbrechen der Führer der deutschen Rechtssozialisten sind die furchtbarsten Herausforderungen des internationalen Sozialismus.

Während des Krieges hat die frühere Mehrheit der französischen Partei den deutschen Rechtssozialisten die schwersten Vorwürfe wegen ihrer erniedrigenden Haltung vor dem deutschen Kaiser gemacht. Aber diese Haltung bedeutet nichts in Anbetracht der erbärmlichen Taten, die sie begangen haben, seitdem sie die Macht in Händen halten, seitdem sie mit der Bourgeoisie und mit Hindenburg sich verbündet haben. Jetzt legen sie der deutschen revolutionären Arbeiterklasse ein wahres Schreckensregime auf.

Wir wollen die internationale Einigkeit! Gemeinsam mit Adler und mit den deutschen Unabhängigen beklagen wir die Trennung, die den Sozialismus in der Welt scheidet. Wir wollen die Anstrengungen verdoppeln, um diese Trennung durch die Vereinigung der beiden Internationalen, die sich unglückseligerweise bekämpfen, ein Ende zu machen.

Wir wünschen auch im Interesse des deutschen Volkes und der sozialistischen Bewegung in ganz Europa, daß die Einigung in Deutschland wiederhergestellt werde. Aber wir können nicht glauben, wie es der alte Bernstein tut, daß diese Einigung durch die Versöhnung der Opfer und der Henker geschehen könne.

Noske und seine Anhänger haben zu viel Blut vergossen, sie haben gegen die Kommunisten und gegen die Unabhängigen zu viel Gewalt verübt, als daß diese Einigung noch möglich sein könnte.

Ohne Zweifel gibt es in den Reihen der deutschen Rechtssozialisten zahlreiche Männer, denen man bei aller Gerechtigkeit keine Verantwortung für die Politik des Verrates und der Brutalität der Führer ihrer Partei aufbürden kann. Diese werden sich, sei es früher oder später zu unseren unabhängigen Genossen gesellen und so wird sich die Einigung vollziehen. Aber die Führer der Partei, die auf ihrem Gewissen nicht nur den Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs, den Tod Levines und das grausame Wüten eines Gallifet haben, die in den blutigen Tagen des Januar in Berlin und zur Zeit des Münchner Aufstandes eine systematisch gegenrevolutionäre Politik geführt haben, sie können allen wahren Sozialisten nur noch Haß und Abscheu einflößen.

Unsere unabhängigen Genossen haben klar gegen sie Stellung genommen.

In Luzern haben Hilferding und Crispin sich darüber deutlich ausgesprochen. Sie sprachen nicht leichtfertig, da auf dem letzten Kongreß die deutschen Unabhängigen verlangt haben, die Rechtssozialisten aus der Internationale auszuschließen.

Wenn man den Wert dieser Entscheidung begreifen will, muß man sie zusammenbringen mit dem Schritt, den Genosse Crispin im Namen seiner Partei bei den französischen Genossen getan hat, um mit den Organisationen der dritten Internationale zu einer Verständigung zu gelangen.

Diese beiden Fragen müssen zusammen betrachtet werden.

Es wäre unsinnig, auf eine Verständigung mit der dritten Internationale zu hoffen, solange sich in der zweiten Internationale Menschen finden, die für die Gegenrevolution und für den Militarismus sind.

Ohne jeden Zweifel wird die neue Mehrheit der französischen sozialistischen Partei die deutschen Unabhängigen stützen, wenn sie diese Reinigung der Internationale verlangen, die notwendigste von allen.

Vielleicht kann auf diese Weise in unserer französischen Partei die Einigkeit wiederhergestellt werden, wenn es wahr ist, daß auch unsere Genossen der alten Majorität, wie Renaudel auf dem letzten Kongreß es verkündete, gegen Leute wie Scheidemann und Noske die gleichen Empfindungen hegen.“

Das ist die Stimmung unserer französischen Genossen. Jedes eigene Wort würde die Wucht der Kritiken und Anklagen Renaults nur abschwächen. Für uns sind sie eine freudige Genugtuung, eine Anerkennung unserer klaren sozialistischen und wahrhaft internationalen Politik. Und das berechtigt uns noch mehr zu der Hoffnung, daß bei uns in Deutschland als auch in allen anderen Ländern der internationale sozialistische Geist wieder seinen Siegeszug antreten nnd über Stumpfheit und Verrat, über Kapitalismus und Imperialismus endlich triumphieren wird.

*) Siehe Nr. 1 der E. V.: Frankreichs Hilfe für Noske.

Der falsche Ruf nach der Einigkeit.

Von Curt Geyer.

Von rechtssozialistischer Seite ist durch Herrn Scheidemann eine Verwirrungsaktion eingeleitet worden, die durch die wiederholte Ausstoßung des Rufes nach der Einigung des Proletariats die Arbeiterschaft von der Einigung auf dem Boden der Grundsätze der Unabhängigen Sozialdemokratie abhalten soll. Ueber den Zweck dieser Verwirrungsaktion brauchen nicht viel Worte verloren zu werden. Die rechtssozialistische Partei fühlt, daß sie einem Jena entgegengeht. Nur die Aufhaltung des Klärungsprozesses in der Arbeiterschaft kann sie retten. Daher der falsche Schrei nach der Einigung des Proletariats, der eine günstige Wahlsituation herbeiführen soll.

Zur selben Zeit, wo Scheidemann und Genossen die Verwirrungsaktion unternehmen, erscheint eine Ausgabe der Welt am Montag, die völlig der Frage der Einigung des Proletariats gewidmet ist. Von den unabhängigen Sozialisten, die an dieser Nummer mitgearbeitet haben, weichen die von Karl Kautsky und Heinrich Ströbel vertretenen Ansichten beträchtlich von der Forderung des Aktionsprogramms der U. S. P. ab, daß das Bekenntnis zu den Grundsätzen des Aktionsprogramms der U. S. P. die Voraussetzung der Einigung des Proletariats ist. Der Zeitpunkt für die Herausgeber dieser Einigungsnummer der Welt am Montag ist außerordentlich übel gewählt. Die baltische Politik der rechtssozialistischen Regierung hat zu einer Katastrophe geführt. Nie war deutlicher, daß die Rechtssozialisten die kapitalistisch-monarchisch-reaktionäre Gegenrevolution gerettet haben. In Berlin waltet der Nosketerror gegen die klassenbewußte

Arbeiterschaft in der unsinnigsten Weise. Trotzdem übt Scheidemann falsche Töne von Einigkeit. In dieser Situation bedeutet die Herausgabe der Einigungsnummer der Welt am Montag eine direkte Unterstützung der Verwirrungsaktion der Scheidemann und Genossen. Umsomehr als die Voraussetzungen für die Einigung des Proletariats in dieser Nummer in einer Weise umrissen werden, die unseren Widerspruch hervorrufen muß.

Es ist auch in unserer Partei Mode geworden, den Rechtssozialisten zu versichern: im Ziele trennt uns nichts, nur über den Weg bestehen Differenzen. Es gibt sogar Leute in der Partei, die die Differenzen nicht einmal im Weg sehen, sondern lediglich die empörende Politik eines Noske.

Demgegenüber ist es notwendig, um jede Verwirrung und damit die Abdrängung der Partei von der gerade revolutionären Linie zu vermeiden, mit aller Deutlichkeit die programmatischen Ansichten der U. S. P. zu betonen. Karl Kautsky will die Einigung des Proletariats auf dem Boden der Demokratie. Er erwartet von ihr die Stärkung des „marxistischen Zentrums", das sich mit so wenig Recht auf Marx beruft, jener Sozialistengruppe, die sich heute auf U. S. P. und rechtssozialistische Partei verteilt und vor dem Kriege kämpfte gegen die Richtung, die auf eine wirklich revolutionäre Taktik in der alten deutschen Sozialdemokratie drängte. Diese Anschauung widerspricht der klaren Erkenntnis des Programms zur Diktatur. Auf dieser Basis die Einigung herbeiführen wollen, heißt die Existenzberechtigung der U. S. P. verneinen.

Diese Anschauung hat eine weitere Stütze gefunden in der Rede des Genossen Oskar Cohn, der in der Nationalversammlung erklärte, daß nach einer Absage der Rechtssozialisten an die Noskepolitik eine demokratische Politik möglich wäre. Das heißt doch noch die Parlamentstribüne ausnutzen, um Verwirrung zu stiften über die grundlegenden Anschauungen der U. S. P.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat auf dem Parteitag im März der bürgerlichen Demokratie eine scharfe Absage erteilt. Sie hat sich losgesagt von der Anschauung, als ob auf dem demokratischen Wege der Sozialismus verwirklicht werden könne. Sie hat sich unzweideutig zur Diktatur des Proletariats bekannt. Damit hat sie eine scharfe und unverwischbare Trennungslinie zwischen sich und die rechtssozialistische Partei gezogen. Die Kluft ist unüberbrückbar. Ein Kompromiß zwischen den Anschauungen der U. S. P. und der rechtssozialistischen Partei über den Weg zum Sozialismus ist nicht möglich. Wer dennoch die Einigung auf der Grundlage der Demokratie anstrebt, will zurück hinter den Märzparteitag, will die Ansichten der rechtssozialistischen Partei als richtig anerkennen und als einer, der den Irrtum seiner Partei einsieht, sich von ihren bisherigen Anschauungen abwenden. Er will die friedliche parlamentarische Entwicklung an die Stelle der revolutionären setzen. Für die U. S. P. D. ist eine Diskussion, die nach dieser Richtung oder auf ein Kompromiß in dieser Richtung abzielt, ausgeschlossen. Sie hat vielmehr all Ursache, ihr Bekenntnis zur Diktatur gegenüber der einsetzenden Verwirrungsaktion noch klarer und schärfer zu präzisieren.

Allein die scheinbar nur taktische Differenz über den Weg zum Sozialismus zwischen U. S. P. und S. P. D. ist in Wahrheit eine grundsätzliche über das Ziel. Die rechtssozialistische Partei will den Sozialismus nicht. Die rechtssozialistische Politik und die programmatischen Erklärungen der rechtssozialistischen Führer über ihre Politik lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß die S. P. D. eine radikale bürgerliche Partei ist, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und sozialpolitischen Reformen steht, die aber die Grundlage des Kapitalismus nicht angreifen will.

Die Sozialpolitik Gustav Bauers und die Wirtschaftspolitik Robert Schmidts zeigen das auf das Deutlichste. Gustav Bauer steht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft, deren Ziel die Erhaltung des Unternehmertums als Klasse neben der Arbeiterschaft ist. Er unterbindet den Klassenkampf und bietet der Arbeiterklasse dafür das Linsengericht unzulänglicher Sozialreform. Sein Ziel ist nicht Sozialismus, sondern Verewigung und Verankerung des Klassenstaates. Robert Schmidt arbeitet unter dem Beifall der Kapitalisten an der Wiederbelebung des deutschen Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse. Er entfesselt die „freie Wirtschaft", damit die Preistreiberei, die als Kehrseite die Senkung des Reallohns hat. Also Stützung der Profitwirtschaft mit Hilfe des Lohndrucks. Das Ziel seiner Wirtschaftspolitik ist der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft.

Wer angesichts dieser Tatsachen — die durch die lehrreichen Debatten der letzten Tage in der Nationalversammlung erhärtet wurden — noch davon redet, daß U. S. P. und S. P. D. nach dem gleichen Ziele strebten, der trägt nicht minder Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft als der, der die Einigung auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie empfiehlt. Mit aller erdenklichen Schärfe muß heute festgestellt werden: Die rechtssozialistische Partei ist eine bürgerliche Partei. Ihr Ziel ist nicht der Sozialismus.

Die U. S. P. trennt von der S. P. D. eine unüberbrückbare Kluft, nicht nur im Weg, sondern auch im Ziel.

Eine Einigung der U. S. P. mit der S. P. D. ist unmöglich.

Die Aufgabe der U. S. P. ist es, mit rücksichtsloser Schärfe den Kampf gegen die S. P. D. zu führen, das Wesen dieser Partei zu kennzeichnen und im Kampfe gegen diese Partei die Arbeiter von ihr loszureißen, die wirklich den Sozialismus wollen, und zu sammeln auf dem Boden des Bekenntnisses der U. S. P. zur sozialen Revolution. Dies Bekenntnis scharf präzisiert und rein der Verwirrungsaktion der Scheidemann und Löbe, der Auffassung Kautskys und Ströbels entgegenzustellen, das ist die Aufgabe.

Genossen! Genossinnen!

Jeder rufe sich seine Pflicht ins Gedächtnis. Nicht nur mit Herz und Mund, auch durch die Tat gilt es, sich zum Sozialismus zu bekennen,

Kampf dem Kapitalismus!!!!

Wenn jeder einzelne die kapitalistische Eigentumssucht ablegt, wenn jeder mit allen seinen Kräften und allen Mitteln gewillt ist, dem großen gemeinsamen Ziel zu dienen, nur dann ist der

Sieg des Sozialismus sicher!!

Darum, Genossen und Genossinnen, alle, die Ihr noch abseits steht, erfüllt Mann für Mann alle Eure Pflicht,

: zeichnet Anteile :

der Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H.

Schon zeigen sich die Erfolge unserer unermüdlichen Aufklärungsarbeit. Auf die U. S. P. D. blicken heute die Arbeiter der Welt. Von Deutschland hängt zum großen Teile der Fortgang der Weltrevolution ab.

Zeige jeder, daß er zu Kampf und Opfern jederzeit bereit ist.

Politische Rundschau

Deutschland

Noskelandsknechte als Mörder

Die Beweisaufnahme im Münchener Mordprozeß ergibt weiter interessante Einzelheiten. Leutnant Berger war zugegen, als die Angeklagten von der Expedition zurückkehrten. Der Angeklagte Müller meldete sich dienstlich von der Erschießung der „21 Spartakisten" zurück. (Bewegung.) Es sei freilich auch möglich, daß er gesagt habe: „Von der Ermordung zurück." Der Angeklagte schien angetrunken zu sein. Jedenfalls war er nicht in der Lage, eine Schilderung der Vorgänge im Keller zu geben. Dem Angeklagten Kreiner war nichts nachzuweisen. Der Elektrotechniker Kern hat beobachtet, daß die ganze Kompagnie durch den Weingenuß und zu rasches Trinken angeheitert, zum Teil sogar total betrunken war. Es kommt dann noch zur Sprache, daß nach der Mordtat im Keller zwei der Angeklagten einen förmlichen Indianertanz über den Leichen ausführten. Der Zeuge Glasmaler Staudinger, der diese Bekundung macht, erzählt, daß die beiden Soldaten sich umarmt hielten und während des Tanzes wie die Wilden heulten. Der Zeuge hörte auch, daß Ausdrücke wie „Saukatholiken", „Schweinehunde", „Saubayern" usw. fielen. Der Zeuge sah noch, wie einzelne der Schwerverwundeten wahllos mit dem Seitengewehr niedergestochen wurden und daß auch die Kleidung der Erschossenen durchsucht wurde.

Die Verteidigung beantragt, den bekannten Psychiater Professor Dr. Kraepelin über den Geisteszustand Müllers zu vernehmen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Schließlich kommt noch zur Sprache, daß während des ganzen Mordens im Keller ein Reichswehrsoldat in einer Ecke die ganze Zeit hindurch friedlich schlief. Es werden dann die Vernehmungen der nicht erschienenen Zeugen verlesen, aus denen ebenfalls hervorgeht, daß insbesondere Müller und Makowski es waren, die bei dem Mord die Hauptrolle spielten. Beide hätten die noch Lebenden mit den Stiefeln auf den Kopf getreten und geschrien: „Der lebt ja noch, der muß hin!" Dann wurden Seitengewehr und Dolch in Brust und Kopf der Unglücklichen gerannt. Der Hauptmann von Alt-Stutterheim habe wiederholt aufgefordert, aus dem Keller herauszugehen, aber die Angeklagten kümmerten sich nicht darum. Die Zeugen sind ebenfalls der Meinung, daß in erster Linie bayerische Soldaten beteiligt waren, daß sich aber auch Preußen darunter befunden hätten.

Staatsanwalt Dr. Mugler führte in seinem Plaidoyer aus: Während der Geiselmord einen hochpolitischen Anstrich gehabt habe, fehle dieser den Vorgängen am Karolinenplatz vollkommen. Hier stehe eine Bluttat zur Verhandlung, die allerdings auch eine disziplinlose Horde von Soldaten verübt habe, zu der sie jedoch von keiner Seite angeregt worden sei, und für die ihre Führer nichts könnten. (Unruhe und Zurufe im Zuhörerraum.) Aus diesem Grunde habe er, der Staatsanwalt, auch nicht die Anklage wegen Mord, sondern nur wegen Totschlages erhoben, denn schon vor der Beweisaufnahme habe festgestanden, daß ein ungeheuerlicher Irrtum vorgekommen sei, ein tiefbedauerliches Mißverständnis, das mit politischen und militärischen Gründen nichts zu tun gehabt habe. Allerdings sei zugegeben, daß die politischen Vorgänge in München, vor allem der Geiselmord und Niedermetzelung zahlreicher Reichswehrsoldaten durch die Rotgardisten, die in feiger und meuchelmörderischer Weise vor sich gegangen sei, auch die Reichswehrtruppen schwer gereizt sein mußten. Da sei nun die Nachricht von dem angeblichen Spartakistennest im Gesellenvereinshaus aufgetaucht, und die ganz unbeteiligten Soldaten, welche im angetrunkenen Zustand den Zug der Unglücklichen herankommen sahen, glaubten Lynchjustiz üben zu können. Dieser Glaube sei selbstverständlich im Irrtum. Auch der gemeinste Verbrecher müsse in einem Kulturstaat das gleiche Recht für alle finden. Müller und Makowski hätten den Reichswehrtruppen eine Schlacht verlieren helfen, sie hätten ihre soldatische Ehre mit Schmutz besudelt und der jungen Reichswehr einen schweren Schlag versetzt. Das Vorgehen der Angeklagten charakterisiere sich als ein schwerer Exzeß der mit voller Strenge geahndet werden müsse, auch wenn

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

5]

„Ich lasse mich in der Tat von solchen Leuten nicht irre machen. Ich gehe den mir vorgezeichneten Weg unbeirrt weiter. Hier drinnen," er schlug an sein Herz, „sitzt mein einziger Richter, und die höhere Instanz — das ist mir — Gott. Ich bleibe, der ich war — und übe mein Amt wie bisher. Denn ich bin eingesetzt . ."

Ein Augenblick des Schweigens, dann falteten beide Ehegatten die Hände und neigten wieder im Gebete stumm die Häupter. Sie erhoben sich. Jordan reichte seiner Frau die Hand, küßte die ihre und führte die Gemahlin in den Salon.

„In einer Stunde kommt der Wagen," sagte Linda.

„Ich kann leider heute nicht mit. Fahre allein spazieren. Meine Arbeit drängt."

Jordan ging in sein Studierzimmer, entzündete eine große, schwere Havanna und griff nach den Akten.

Zweites Kapitel.

Ein ziemlich typischer Fall von schwerer Kuppelei stand zur Verhandlung.

Auf der Anklagebank saß eine etwa vierzigjährige Frau; das volle Licht der fünf Riesenfenster der Gegenwand fiel auf sie. Spuren einstiger Anmut sah man noch in ihren Zügen. Die hohe Gestalt war ein wenig gebeugt und von harter Arbeit hergenommen. In dem blassen Gesicht mehr Trotz als Angst. Um die herb zusammengezogenen Lippen tiefe Verbitterung. Zum Richtertisch, der mit den fünf Männern der Strafkammer besetzt war, und vor allem zu der Ecke, die Staatsanwalt Jordan einnahm, sandte die Angeklagte Blicke des Mißtrauens und der Unsicherheit hinauf.

So sieht man den Feind an, von dem nichts Gutes kommen kann. Die Frau zeigte das Wesen eines gefangenen Tieres, das sich der Gewalt des Stärkeren wehrlos anheimgefallen sieht. In eine Falle geraten, muß es in der schweren Pein verharren, abzuwarten, welches Los ihm beschert sein wird. Eine dumpfe gepreßte Ergebenheit, hinter der der Haß gegen die Bedränger lauerte, sprach aus Blick und Ton. Nur wenn, wie in diesem Augenblick, der kahlköpfige, lange, dürre Verteidiger mit den abgehackten kurzen Bewegungen und den abgearbeiteten Zügen zu ihr, die in seinem Rücken saß, sich wandte, kam ein wenig Bewegung in die starre Maske der Frau, ein Hauch von Leben und ein Funke von Hoffnung. All das erlosch mit einem Schlage, als in diesem Moment der Vorsitzende, ein graubärtiger Sechziger mit güten Zügen und einem menschlich klingenden Organ, dem Gerichtsdiener auftrug, den einzigen Belastungszeugen, Restaurateur Koch, hereinzurufen, von dem die Anzeige an die Staatsanwaltschaft ergangen war.

Ein gewöhnlich aussehender, untersetzter, breitschultriger, kahler Mann mit blaßblondem Schnurrbart und unsteten Augen trat herein. Er sah einen Moment in dem großen Raume umher, dessen Wände in braunem Holze bis zu Mannshöhe getäfelt waren. Er wurde vereidigt.

Zur Sache sagte er, in stark berlinisch gefärbter Sprechart, dieses aus; „Es war im Mai dieses Jahres. Ich stand — es war wohl elf Uhr abends, vor dem Eingang meines Bierlokales. Die Anjeklagte. Frau Hecker, die mit ihrem Mann im selben Hause, Hansaplatz 19, die Portierstelle versah, stand in der Haustür. Ich hatte schon früher jesehen, daß die Tochter der Frau Hecker, jejen elf Uhr abends am Hansaplatz, dicht vor unserem Hause, einen jungen Maler erwartete, mit dem sie dann in dessen Wohnung in der Lessingstraße jing.

Auch an diesem Abend sah ich das Mädel kaum zehn Schritt von der Mutter, die in der Haustür stand, an der Haltestelle der Elektrischen warten; es dauerte auch nicht lange, dann kam der Maler. Er stieg aus, das Mädel faßte ihn unter und jing mit ihm los. Sie blieb nochmals stehen, wandte sich um und rief über den kleinen Vorjarten weg zur Haustür zu, wo Frau Hecker stand: „Jute Nacht, Muttchen!" Dann jing sie mit dem Maler weg."

„Das sagen Sie unter Ihrem Eide aus?" bemerkte der Vorsitzende.

„Jawoll!" bekräftigte Herr Koch mit eifrigem Kopfnicken.

„Diese Aussage ist sehr wichtig, denn sie bildet die einzige Grundlage der Anklage."

Der Vorsitzende sagte es, indem er einen fast bekümmerten Blick auf die Angeklagte warf, die hilflos ins Leere starrte.

„Meine Klientin hat diese Worte ihrer Tochter nicht gehört!" rief eifrig der Verteidiger.

„Sie behauptet das allerdings," sagte der Vorsitzende.

Staatsanwalt Jordan begann unruhig in seinen Akten zu blättern. Der Unterbau der Anklage erschien ihm plötzlich doch bedenklich schwächer als noch gestern beim Studium der Akten. Es war doch mißlich, solch eine Vertretung Hals über Kopf zu übernehmeu. Strachwitz, der die ganze Voruntersuchung Schritt für Schritt überwacht hatte, beherrschte die Materie zweifellos sicherer. Jordan hatte heute das fatale Gefühl, eine unhaltbare Position zu vertreten. Er fing an, das Gesicht der Angeklagten zu prüfen. Er fand viel Verstocktheit darin. Die Scheuheit des Blickes kündete alles eher als Schuldlosigkeit. Dieser Frau war die skrupellose Wahrnehmung jedweden Vorteils sicherlich zuzutrauen. Jordan wollte eben einige bedeutsame Fragen nach Einkommen und wirtschaftlichen Verhältnissen an die Angeklagte richten, als der Verteidiger eingriff.

„Herr Koch," wandte er sich an den Zeugen, „ist es wahr, daß Sie mit der Angeklagten verfeindet sind?"

„Das stimmt."

„Sie hatten mehrfach Streit mit der Frau Hecker und zwar des Vorgartens wegen, den die Frau, nach Ihrer Meinung, nicht sauber genug hielt. Sie haben an den Hauswirt mehrfach Beschwerden deshalb gerichtet und schließlich die Entlassung der Heckerschen Eheleute aus dem Portierdienst des Hauses durchgesetzt."

„Stimmt," bestätigte Koch.

„Die Denunziation, die Sie an die Königliche Staatsanwaltschaft wegen schwerer Kuppelei gegen Frau Hecker richteten, erweist sich also als ein Racheakt."

Koch zuckte die Achseln, während Staatsanwalt Jordan jetzt diesen Zeugen scharf ins Auge faßte. Ein unsympathischer, gewöhnlicher Kerl, dachte Jordan. Eine weitere Erschütterung der Anklageposition. Denunziation als Racheakt. Pfui Teufel.

Jordan griff ein.

„Sagen Sie, Frau Hecker, welches Gehalt bezogen Sie mit Ihrem Manne für Ihren Portierdienst?"

„Monatlich vierzig Mark!"

„Hatten Sie Nebeneinnahmen — von den Mietern — etwa?"

„Trinkgeld — ja — zu Neujahr — alles zusammen — etwa hundert Mark im Jahr."

„Hm. Sie bezogen also aus Ihrer Portierstelle jährlich ungefähr sechshundert Mark."

„Ja."

(Fortsetzung folgt.)

Proletarier!

Der Jahrestag der deutschen Revolution naht. Rüstet zu einer würdigen eindrucksvollen Kundgebung am

9. November.

zuzugeben sei, daß die Veranstalter der Versammlung unglaublich unvorsichtig gewesen seien. Die Angriffe gegen die Führer der Soldaten seien unberechtigt. (Erneute Unruhe im Zuhörerraum.) Das Ungeheuerlichste an der Tat sei der begangene Leichenraub. Der Staatsanwalt beantragt dann gegen Müller und Makowski die Höchststrafe wegen Totschlags, für Kreiner Freisprechung und für Grubert ein Jahr Gefängnis. Müller und Makowski wurden wegen eines in Mittäterschaft begangenen Verbrechens des Totschlags zu 14 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte Grabasch erhielt ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte Kreiner wurde freigesprochen. Das Urteil erregte wegen der Milde bei den Angehörigen der Getöteten lebhaften Widerspruch.

Neue Ausrüstung für die baltischen Abenteurerbanden

Aus Lübeck wird uns berichtet: „Der Dampfer Estland der Hanseatischen Dampfschiffahrtsgesellschaft lud in Lübeck etwa in der Zeit vom 11. bis 16. d. Mts. Heeresausrüstungsgegenstände, Wäsche, Tornister und dergleichen Dinge. Der Dampfer wurde dann am 16. Oktober zurückgehalten, weil die Blockade zu erwarten war. Man scheint aber doch noch die Absicht zu haben, die „notleidenden Truppen im Baltikum" zu unterstützen, denn das Schiff verholte jetzt und liegt klar zur Abfahrt." — Wohin soll die Fahrt gehen? Auf alle Fälle haben die Regierungsstellen sofort Maßnahmen zu ergreifen, die etwaige Verschiebung dieser Ausrüstungsgegenstände zu verhindern. Der Verdacht, daß hier in der Tat solche Manöver beabsichtigt sind, wird noch dadurch bestärkt, daß die Sachen in geschlossenen Möbelwagen angefahren wurden, um sie in einer für Außenstehende unsichtbaren Weise verladen zu können.

Die allgemeine Wehrpflicht noch nicht aufgehoben?

Der Friedensvertrag von Versailles bestimmt ausdrücklich, daß Deutschland das System der allgemeinen Wehrpflicht aufzuheben und zur Aufstellung einer Söldnertruppe überzugehen habe. Der Vertrag ist von Deutschland ratifiziert und damit als rechtsgültig anerkannt worden. Auch die Konsequenz aus ihm wurde bereits gezogen durch die Annahme des Reichswehrgesetzes.

Trotz alledem aber soll noch die allgemeine Wehrpflicht zu Recht bestehen, wie das in nachstehendem Schriftstück behauptet wird:

Berlin, den 19. September 1919.
Reichswehr-Befehlsstelle Preußen
Nr. 489, 19. C 4 dem Ministerium des Innern hier
mit folgendem zurückgesandt.

Ersuchen von Militärbehörden um Festnahme von Militärpersonen wegen unerlaubter Entfernung sind nicht anders zu behandeln als bisher. Unerlaubte Entfernung nach § 64 ff. M. St. G. B. ist eigenmächtige Entfernung oder vorsätzliches Fernbleiben von der Truppe. Ob die Zugehörigkeit zur Truppe auf gesetzlicher Wehrpflicht — diese ist übrigens noch nicht aufgehoben — beruht oder auf vertraglicher Bindung ist unerheblich. Dementsprechend bestimmt § 69 für den schwersten Fall der unerlaubten Entfernung. Wer sich einer unerlaubten Entfernung in der Absicht, sich einer gesetzlichen oder von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienste zu entziehen schuldig macht, ist wegen Fahnenflucht (Desertion) zu bestrafen. Auch das beim kriegführenden Heere vertraglich verpflichtete Heeresgefolge § 155 unterliegt bei unerlaubter Entfernung den genannten Strafvorschriften.

Der Chef. Der Unterstaatssekretär.
J. A.: Unterschrift des Ministers J. A.: Vieht
des Innern V d 5086 Berlin, den 4. 10. 19."

Es scheint die Auffassung des Herrn Unterstaatssekretärs Vieth keineswegs eine rein private Ansicht zu sein. Der Ausschuß für Petitionen der Deutschen Nationalversammlung bekannte sich gleichfalls zu ihr! Er hatte über die Petition eines Vaters zu entscheiden, der seinen minderjährigen Sohn aus dem Heeresverbande entlassen haben wollte. Seine verschiedenen Gesuche an das zuständige Generalkommando — es kommt das Gardekorps in Frage — wurden abgewiesen, unterm 15. März 1919 mit der Begründung, die Entlassung seines Sohn könne nicht erfolgen, „weil er seine aktive Dienstpflicht noch nicht erfüllt habe und ein gesetzlicher Grund für eine vorzeitige Entlassung nicht vorliege ." Unterm 18. Oktober 1919 beschloß der Petitionsausschuß, die Angelegenheit „für erledigt zu erklären". Er schließt sich also dem Bescheide des Generalkommandos des Gardekorps an.

Stellt man diese Entscheidung mit der Auskunft der Reichswehrbefehlsstelle Preußen zusammen mit den wiederholten Versuchen von Bezirkskommandos in allen Teilen Deutschlands, eine neue militärische Kontrolle über die auf Grund des früheren Reichsgesetzes wehrpflichtig gewesenen Personen aufzurichten, so erscheint die Behauptung nicht unberechtigt, Noske und seine Helfershelfer übten sich ganz in der Stille an der Arbeit zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Diesem Skandal muß energisch zu Leibe gerückt werden. Er bedeutet eine schwere Gefährdung des Friedensvertrages und ist eine treffliche Illustration zu der Behauptung der Reichsregierung, sie wolle den Versailler Vertrag loyal ausführen! Die Reichsregierung wird Auskunft zu geben haben über das, was gespielt wird!

Die Einwohnerwehren — Werkzeuge der Gegenrevolution

Die Gegenrevolutionäre setzen begreiflicherweise große Hoffnungen auf die Einwohnerwehren. Ihr brennendes Verlangen, die Diktatur der Rechtssozialisten durch die Wiedererrichtung der eigenen Diktatur abzulösen, läßt sie manchmal in blindem Eifer mehr sagen, als ihren reaktionären Wünschen und Hoffnungen dienlich. Die Deutsche Tageszeitung z. B. wehrt sich dagegen, daß die Einwohnerwehren verpflichtet werden sollen, „der vom Volke gewählten Regierung ihre treuen Dienste zu widmen und die vom Volke gegebenen Gesetze und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen." Die jetzige Regierung sei eine Parteiregierung und die Einwohnerwehren dürfen nicht auf sie, sondern nur auf die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" eingeschworen werden.

„Jemanden, dem es wider das Gefühl oder das Gewissen geht, Versicherungen abzugeben, aus denen politische Bindungen gegenüber der Regierung mindestens abgeleitet werden könnten, darum von der Mitwirkung an der Aufgabe ausschließen zu wollen, sein und seines Nachbarn Haus vor Dieben und Räubern, politischen oder unpolitischen, zu schützen, wäre im übrigen doch geradezu ungeheuerlich; durch solche Zumutungen kann gerade den zuverlässigsten Verfechtern von Gesetz und Ordnung der Weg zu den Einwohnerwehren erschwert und muß zugleich der innere Wert feierlicher Verpflichtungen zerstört werden."

Deutlicher braucht die Deutsche Tageszeitung nicht zu werden. Man will sich wohl der Waffen bedienen, die den Einwohnerwehren zur Verfügung gestellt werden, aber beileibe nicht auf den Gebrauch zu gegenrevolutionären Zwecken verzichten. Also: Augen auf!

In und um Elbing

Die Köpfe der Revolution

Herr Dehler, Redakteur der Elbinger Zeitung, unternimmt unter diesem Titel eine Würdigung der führenden Männer der Revolution. Im allgemeinen findet niemand Gnade vor den Augen Herrn Dehlers. Selbst Scheidemann und Noske nicht. Noske wisse zwar, was er wolle, sei aber kein Diplomat und stoße das Offizierkorps vor den Kopf, das er doch am allernotwendigsten brauche. Genug, hervorgeht, wieviel militärfromm Herr Dehler noch ist als Noske und welchen rückschrittlichen Standpunkt dieser Wächter der öffentlichen Meinung Elbings einnimmt. Doch das mögen seine Leser mit ihm abmachen. Wir wollen nur wenige bescheidene Worte zugunsten einiger arg von Dehler mißhandelten unabhängiger und kommunistischer Politiker einlegen.

Von Dehlers Ausführungen kann man nur denen über Liebknecht und Rosa Luxemburg zustimmen. In der Tat war es das tragische Schicksal dieser beiden kenntnisreichen und tapferen Menschen, daß sie in der Gefängniszelle den Zusammenhang mit der Masse verloren hatten und diese, in die Freiheit zurückgekehrt, ganz falsch beurteilten. Rosa Luxemburg hat sich noch Frühjahr 1918 zu einer Freundin, die sie im Gefängnis besuchte, über den Bolschewismus scharf ablehnend ausgesprochen. Wer selber monatelang in Einzelhaft gesessen hat, der weiß, wie leicht man in der Kerkerzelle ein schiefes Bild von den Dingen gewinnt, die sich draußen abspielen. Und als Rosa Luxemburg und Liebknecht sich über das geringe Können und die mangelnde politische Einsicht der radikal-denkenden Arbeiterkreise klar wurden — ihr Auftreten auf der Kommunistenkonferenz an der Jahreswende 1918 zeigt dies — war es zu spät. Sie konnten sich aus dem Hexenkessel nicht mehr frei machen und Spitzel und gedungene Mörder führten ihren Untergang herbei. Mindestens Rosa Luxemburgs ungewöhnlich großes Wissen hätte sich auf die Dauer nicht mit den platten Ansichten ihrer kommunistischen Parteigänger vertragen. Liebknecht war mehr Fanatiker. Reinheit seines Wollens und persönlichen Mut wird ihm niemand absprechen können. Zu ähnlichen Gedankengängen kommt auch Herr Dehler. Aber dann ist's zu Ende. Schon Haase ist ihm nur ein unentwegter Stürmer. Zum Führer fehle ihm die imponierende Kraft, der allumfassende Blick und der Eisenkopf. Wie kann man Haase nur so verkennen! Gerade umgekehrt ist's: Haase ist vielmehr Führer als Stürmer. Wer Gelegenheit gehabt hat, diesen Mann auf Parteikonferenzen und in Parlamentsverhandlungen zu hören, wird sich ständig über die Leichtigkeit gewundert haben, mit der er das Wesen einer Sache erfaßt. Diese Begabung, Kenntnisse, ehrliche und unermüdliche Hingabe an den Sozialismus schätzen unsere Parteifreunde an Haase. Und wenn sie einen Wunsch hätten, wäre es der, Haase möchte eine wenig mehr Draufgänger sein. Von Crispien, dem andern Vorsitzenden unserer Partei spricht Dehler überhaupt nicht. Dabei hat Crispien, dessen Schicksale geradezu romanhaft sind — Gefängnis während des Krieges, Strafeinziehung zum Militär, monatelanges Liegen im ersten Schützengraben, tagelanger Rückzug unter amerikanischem Granatfeuer, Wahl zum württembergischen Ministerpräsidenten, Wahl in die württembergische Kammer, Wahl zum Vorsitzenden der U. S. P. D. — eine große Rolle in der deutschen Revolutionsbewegung gespielt und allem Anschein nach eine noch weit größere vor sich. Gerade von der Vereinigung der Tätigkeit Haases und Crispiens erwarten wir mit Recht viel, weil beide sich in selten vortrefflicher Weise ergänzen. Daß Herr Dehler als Fernstehender diese Zusammenhänge nicht so kennt, ist begreiflich. Nicht begreiflich aber ist, daß er seine Wissenschaft über politische Führer aus den verlogensten und bösartigsten Quellen schöpft. So etwas tut man als anständiger Kerl — und wir Elbinger Politiker wollen doch alle trotz der Verschiedenartigkeit der Anschauungen unsere gute Erziehung hochhalten, nicht wahr, Herr Dehler? — nicht.

„Ein Idealist war dagegen Kurt Eisner in München, der freilich in seiner Einfalt als eins der gefährlichsten Pflänzchen aus der schwülen Revolutionsatmosphäre emporgewuchert war. Niemand hatte den blutleeren Stubengelehrten vorher recht ernst genommen, und selbst bei seinen Münchener Kaffeehaus-Literaten galt er als komische Figur, dem bei seinem „Regierungsantritt" von ihm wohlwollender Seite erklärt wurde, daß er zwar schon viele dumme Streiche in seinem Leben gemacht habe, daß dieser aber zweifellos der dümmste sei. Daß eine Figur wie Eisner überhaupt möglich war, ist einer der größten Witze der ganzen Revolutionsgeschichte. In seiner Naivität, in seinem Wahnwitz hat er der sozialistischen Regierung die schwersten Steine in den Weg geworfen. Erst brach er die „Beziehungen mit Berlin" ab, dann veröffentlichte er der die Bruchstücke aus den Münchner Archiven, „bewies" auf dem Berner Sozialistenkongreß die „Schuld Deutschlands am Kriege", natürlich zur großen Freude unserer Feinde, denen der Suchomlinow-Prozeß und das Brüsseler Archiv noch schwer auf der Seite liegen, erhob gegen die „unglückliche Einmischung des ehemaligen Feldmarschalls Hindenburg" Protest, setzte dem bayerischen Löwen auf den Zwanzigmarkscheinen die Jakobinermütze auf und ließ sich von Frau Rahel Rabinowitz, seiner geschiedenen Gattin, als Trottel vor aller Welt blamieren. Und immer wieder taucht die Frage auf, wie ist einem solchen kindlichen Gemüt ein solcher Einfluß auf die Massen möglich?"

Die Sperrungen nehmen wir vor, um die Art, wie Eisner geschunden wurde, etwas sinnfälliger hervortreten zu lassen. Das Eisner ursprünglich ein angesehener bürgerlicher Journalist war, daß er am Vorwärts lange Jahre einen der ersten Redakteurposten bekleidete, daß er ein ungewöhnlich guter Stilist war, mehrere wertvolle größere geschichtliche Abhandlungen veröffentlichte, daß unter dem alten Regime ein Hoch- und Landesverratsprozeß gegen ihn schwebte, weiß offenbar Herr Dehler nicht. Er kolportiert das Märchen vom „Trottel Eisner". Und nun gar andere! Eichhorn ist ein Verbrecher und ein Lump — denn darauf läuft seine Charakterisierung hinaus; Merges, der Führer der Braunschweiger Kommunisten, und Adolf Hoffmann sind nur humoristisch zu nehmen. Herr Dehler, wissen Sie auch, daß Adolf Hoffmann ein intimer Freund von Bebel war? Meinen Sie, ein Mann wie Bebel hätte an diesem Freundschaftsbande Gefallen finden können, wenn der Partner nicht ein geistig bedeutender Mensch gewesen wäre? Mir und mich verwechseln leider viele Berliner. Auch der alte Wrangel tats, ohne daß sein Ansehen sonst darunter in den Augen eines Patrioten gelitten hat. Herr Dehler scheint die Arbeiter noch für sehr unreif zu halten, daß er sie als eine blinde Gefolgschaft von Narren und Dummköpfen darstellt. So leicht ist's nicht, Arbeiterführer zu werden. Das Schicksal bringt der Dornen mehr als der Rosen. Bei der Bedeutung aber, die die proletarische Bewegung jetzt gewonnen hat, darf mit Fug und Recht auch von bürgerlicher Seite mehr Sachlichkeit in der Beurteilung der treibenden Kräfte und der führenden Personen gefordert werden.

Die Volkshochschule Elbing

Unter tätiger Teilnahme der gesamten Arbeiterschaft und weiter Kreise des akademisch gebildeten Bürgertums im Januar 1919 gegründet, nimmt diese Einrichtung in kurzem ihre Tätigkeit auf. Was sie im Laufe des nächsten Semesters bieten will, weist in der Auswahl der Stoffe eine geschickte Hand auf. Wir werden morgen die Veröffentlichung des Lehrplanes vornehmen und auch einen von Herrn Stadtbibliothekar Dr. Lockemann verfaßten Artikel über die Aufgaben der Volkshochschule bringen. Schon jetzt seien unsere Leser auf die wertvolle Einrichtung aufmerksam gemacht. Sie verdient die tatkräftigste Förderung jedes denkenden Menschen.

Herr Carlson hineingefallen

In Danzig hatte sich das Gerücht verbreitet, der Besitzer der Schichauwerft, Carlson, wolle seine Werft an eine amerikanische Gesellschaft verkaufen. Der Bankbeamte und Schriftsteller Dr. Baumgarth in Danzig, jetzt in Berlin, teilte das der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" mit. Der Werftbesitzer Carlson veranlaßte den Staatsanwalt, gegen den Verfasser der Notiz wegen Beleidigung seiner Person Anklage zu erheben, was der Staatsanwalt auch tat. Sowohl der Beleidiger wie der Beleidigte ließen sich durch Rechtsanwälte vertreten. Carlson ließ erklären, daß er nie eine derartige Verhandlung geflogen habe und daß dieses Gerücht ihm bei den Arbeitern geschadet habe. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, da in der Weitergabe eines Gerüchts ohne beleidigende Absicht keine strafbare Handlung zu erblicken sei.

Bemerkenswert an dem Prozeß ist die Parteinahme der Staatsanwaltschaft für Carlson, die öffentliche Klage erhob, statt Carlson auf den Weg der Privatklage zu verweisen. Der Beklagte hatte dadurch bedeutende prozessuale Nachteile und Herr Carlson spart die Gerichtskosten.

Heil'ge Ordnung, segensreiche

Stehen da am Freitag voriger Woche eine Anzahl Frauen vor einem Konfitürengeschäft in der Johannisstraße und warten auf den Beginn des Verkaufs. Eiligen Schrittes naht ein Diener des Gesetzes. Die Wartenden, erfreut, daß nun ihre Geduld mit Erfolg gekrönt wird, sind arg enttäuscht, als der Gewaltige in dem Geschäft verschwindet. Nach kurzer Zeit tritt er, bewaffnet mit zwei Tüten voll des süßen Erzeugnisses, wieder auf die Straße. Die wartenden Frauen hören noch die Worte: „Schließen Sie nur gleich wieder zu!" Auf eine erregte Anfrage, was das für ein Verhalten sei, findet der gute Mann keine Worte. Man sollte doch annehmen, daß es jetzt endlich an der Zeit wäre, die Beziehungen der Geschäftsleute zu den Ordnungshütern in anderer Weise zu gestalten, meint der Gewährsmann dieses Vorganges.

Elbinger Polizeinachrichten

Es ist der Kriminalpolizei gelungen, in einer hiesigen Gastwirtschaft vier Schreibmaschinen im Werte von 4—5000 Mk. zu beschlagnahmen. Die Maschinen wurden vor etwa 14 Tagen

in Königsberg aus dem Bureau der Leipziger Feuerversicherungsgesellschaft gestohlen.

Die Einbrecher, welche seinerzeit in der Wittenfelderstraße einen Schaufensterdiebstahl ausführten und den Einbruch bei Abramowsky, Jockey-Club verübten, sind ebenfalls ermittelt worden. Es kommen in Frage die beiden Arbeiter H. und P.

Der Arbeiterrat beschlagnahmte heute morgen auf dem Roßwiesenbahnhof eine Waggonladung mit Steinkohlenbriketts und Steinkohlen. Die Sendung war deklariert als Gips. Der Inhalt entpuppte sich als in Fässer gepackte Kohlen.

Ostdeutsche Nachrichten

Beschlagnahmt

Die Marienburger Polizei beschlagnahmte am Freitag abend auf dem Bahnhof 70 Pfund Rehfleisch, 61 Pfund Ziegenfleisch, 17 Enten, 1 Gans, 13 Hühner und 3 Rehfelle. Weiter wurden beschlagnahmt 1 Zentner Rindfleisch, 4 Ziegen und einige Kaninchen.

Die Danziger Arbeitslosen

In Danzig sind 7000 Personen arbeitslos. Ihre Zahl wächst ständig weiter an. Aussicht auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage ist für Danzig noch weniger vorhanden, als für andere Städte. Die Hoffnungen gewisser Teile des Bürgertums, die von der Gründung des Freistaates und dem künftigen Verkehr mit Polen Wunderdinge erwarten, werden schwer enttäuscht werden. Von kommunistischer Seite wurden am 16. Oktober der Danziger Zeitung zufolge folgende Forderungen aufgestellt:

Die Erwerbslosenunterstützung ist so zu erhöhen, daß sie auf gleiche Höhe mit den in den Fabriken gezahlten Arbeitslöhnen kommt.

Außerdem hat jeder Verheiratete und Unverheiratete eine Entschuldungssumme von 1000 Mark und für jedes Kind eine weitere von 400 Mark zu erhalten.

Den Erwerbslosen ist freie ärztliche Behandlung zu gewähren. Ferner ist eine bessere Belieferung der Arbeitslosen mit Lebensmitteln und Brennstoffen zu bewilligen.

So etwas zu fordern, ist barer, blanker Blödsinn. Wäre es möglich, diesem Wunsche nachzukommen, dann wären die Arbeitslosen besser gestellt, als die arbeitenden Proletarier. Diese hätten das Interesse, möglichst schnell arbeitslos zu werden. Und wovon sollten diese Beträge gezahlt werden? Das ganze Dreck-Papiergeld stellt doch nichts als Staatsschulden dar. Es läßt sich nur auf Kosten der weiteren Geldentwertung vermehren. Immer neue Preissteigerungen sind die Folgen noch größerer Papiergeldausgabe. Die Undurchführbarkeit der kommunistischen Forderung ist schon aus diesen paar Andeutungen ersichtlich. 1848 forderten die Pariser Arbeiter das Recht auf Arbeit. Der Sozialismus ist über diese kleinbürgerliche Illusion längst hinweggegangen und hat die Pflicht auf Arbeit für alle gesunden Staatsangehörigen als Programmsatz formuliert. Dem Arbeiter kann nicht an der Durchführung solcher Forderungen, wie die der Danziger Kommunisten, gelegen sein. Sie stellte ihn auf eine Stufe mit Zuhältern, Fürsten und anderen menschlichen Drohnen. Worauf es ankommt, ist, daß Arbeitsgelegenheit beschafft wird und daß die Früchte der technisch aufs zweckmäßigste zu organisierenden Arbeit der Gesamtheit zukommen. Wenn das Danziger Proletariat wirklich in nennenswertem Maße den kommunistischen Rattenfängern zulaufen würde, wäre es tief zu bedauern. Es würde nur noch tiefer in die kapitalistische Knechtschaft hinabgedrückt, wenn es solchem Irrwege folgte. Unsere Danziger Parteigenossen haben die heilige Pflicht, hier eine feste Grenzlinie zwischen sich und den Kommunisten zu ziehen. Andernfalls versündigen sie sich an der gesamten Arbeiterbewegung des Ostens.

Neue polnische Zeitung

In Thorn, wo bereits als polnische Zeitung die „Gazeta Torunska" erscheint, soll ein zweites polnisches Blatt begründet werden. In das Genossenschaftsregister ist laut Beschluß vom 28. September die Firma Drukarnia Robotnicza w Toruniu, e. G. m. b. H., eingetragen worden. Eigentümerin des neuen Unternehmens ist die nationale polnische Arbeiterpartei.

Gewerkschaftliches

Dißmann und Brandes
Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes

Auf der Verbandstagung in Stuttgart wurden als Vorsitzende mit gleichen Rechten gewählt: Dißmann (Frankfurt) mit 183 Stimmen und Brandes (Magdeburg) mit 182 Stimmen (beide neugewählt), Reichel mit 139 Stimmen (vom alten Vorstand). Als Sekretär wurden neugewählt: Tost (Berlin) mit 184, Schliefstedt (Remscheid) mit 182, Sickert (Hamburg) mit 180 Stimmen, mit 139 Stimmen wurde Zernicke (vom alten Vorstand) zum Sekretär gewählt. Als Hauptkassierer wurde gewählt: Werner (vom alten Vorstand) mit 148 Stimmen, neugewählt wurde Schäfer (Leipzig) als zweiter Kassierer mit 184 Stimmen. Als Redakteure erhielten Müller (Berlin) und Haase (Kiel) je 181 Stimmen. Als Ausschußvorsitzende erhielten Hany (Frankfurt 178 und Baumann (Frankfurt) 182 Stimmen.

Die Opposition hatte von den Neugewählten eine bestimmte Erklärung über ihre zukünftige Arbeit verlangt. Im Namen der Gewählten erklärte Brandes, daß alle Gewählten bereit sind, nach den Beschlüssen des Verbandstags und auf dem Boden des Statuts die übertragenen schweren Pflichten zu erfüllen.

Der nicht wiedergewählte Redakteur Scherm hat von der Generalversammlung den Auftrag erhalten, die Geschichte des Verbandes zu schreiben, sein jüngerer Kollege Quist wird voraussichtlich im literarischen Bureau des Verbandes arbeiten.

Mit dem Ergebnis dieser Wahlen in der größten deutschen Gewerkschaft ist die Abreichnung mit der scheinsozialistischen Generalkommission ein gutes Stück näher gerückt.

Aus den Gerichtssälen

Urteil im Berliner Aufruhrprozeß

Die Angeklagten Haberland, Haase, Wollny, Pierot, Ostermann und Braß wurden wegen Anschlusses an einen bewaffneten Haufen, Wollny außerdem wegen schweren Landfriedensbruchs und Braß außerdem wegen einfachen Landfriedensbruchs, Haberland, Haase, Pierot und Ostermann zu je sechs Monaten Gefängnis, Wollny zu neun Monaten Gefängnis, Braß zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Bei Haberland, Haase, Wollny, Pierot und Braß wurden die Strafen durch die Untersuchungshaft als für verbüßt angesehen, dem Angeklagten Ostermann werden vier Monate Haft angerechnet.

Von nah und fern

Vierzig Tote

Amtlich wird gemeldet: Am 24. d. Mts. um 5 Uhr 7 Minuten vormittags, fuhr in Kilometer 6,65 der Strecke Ratibor—Troppau in Weiche 3 der von Kuchelna einfahrende Personenzug Nr. 1002 dem im Bahnhof Kranowitz haltenden Güterzug 8901 in die Flanke. Der Packwagen des Personenzuges und zwei Wagen 4. Klasse desselben Zuges wurden ineinandergeschoben und gerieten in Brand, außerdem noch ein Wagen 2. und 3. Klasse. Bisher sind 40 verkohlte Leichen geborgen. Ueber 40 Schwerverletzte und 30 Leichtverletzte wurden in die Krankenhäuser von Ratibor und Kranowitz gebracht. Der große Umfang des Brandes ist hauptsächlich auf den durch die Reisenden mitgeführten geschmuggelten Spiritus zurückzuführen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Briefkasten der Redaktion

F. 23. Für den angerichteten Schaden sind die Eltern der betreffenden Kinder, die Ihnen die Fenster zerschlugen, verantwortlich. Ob der Wirt eine Schutzvorrichtung anbringen mußte und Sie ihm, da er dies nicht getan, die Kosten von der Miete abziehen können, ist eine Rechtsfrage, deren Ausgang zweifelhaft ist.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Höchstpreise.

Auf Grund des § 59 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 und in Abänderung unserer Bekanntmachung vom 23. Juli 1919 wird für die Stadt Elbing nach Anhörung des zuständigen Fachausschusses der Preisprüfungsstelle bestimmt:

1. Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund **inländisches Weizenauszugmehl** beträgt . . . 0,43 Mar.
   der Verkaufspreis für **Kinderzwieback** aus diesem Auszugmehl für 1 kg 1,30 „
   „ 700 g 0,91 „
   „ 350 g 0,46 „
2. Diese Festsetzung tritt am 28. d. Mts. in Kraft.

Elbing, den 27. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnungen des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. G. Bl. S. 607) vom 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 728) und vom 6. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 673) und auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (R. G. Bl. S. 199) sowie der Verordnung der Landeszentralbehörden, betreffend den An- und Verkauf von Zucht-, Nutz und Magervieh vom 16. Juli 1918 (M. Bl. f. Landw. 1918 S. 166) ordnet das Landesfleischamt folgendes an:

Die Provinzial- (Bezirks-) Fleischstellen haben sofort durch Bekanntmachung jeglichen An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh auch durch die von den Viehhandelsverbänden mit Ausweiskarten versehenen Händlern mit Wirkung vom 27. Oktober d. Js. an bis auf weiteres zu verbieten.

Der Handel mit Ferkeln und von Läuferschweinen bis zum Gewicht von 25 kg bleibt auch weiterhin gestattet.

Zuwiderhandlungen gegen die Bekanntmachung der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstellen sind auf Grund der eingangs aufgeführten Bestimmungen unter Strafe zu stellen.

Die Maßnahmen der Provinzialfleischstellen sind aufzuheben, sobald der Bedarf für die Feindbundlieferungen gedeckt ist.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Preußisches Landesfleischamt.

Vorstehende Verordnung wird hierdurch dahingehend ergänzt, daß jeder Ankauf von Zucht- und Nutzvieh auch durch die vom Ostpr. Viehhandelsverband mit Ausweiskarten versehenen Händler und Fleischer innerhalb der Provinz Ostpreußen mit Wirkung vom 27. Oktober d. Js. bis auf weiteres verboten wird.

Nach Mitteilung des Landesfleischamts Berlin haben die getroffenen Maßnahmen ihren Grund in der Aufbringung der Viehlieferung an den Feindbund, die sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages beginnt und innerhalb 3 Monaten nach Friedensschluß durchgeführt sein muß. Die Aufbringung stellt so große Anforderungen an unsere Zuchtviehbestände, daß daneben ein Handel mit Zucht- und Nutzvieh nicht Platz haben kann. Außerdem wird die Eisenbahn durch den Abtransport des an die Entente abzuliefernden Viehs derartig belastet, daß schon bahntechnisch die getroffenen Maßnahmen dringend erforderlich waren, zumal die Eisenbahn gerade in der jetzigen Zeit der Kartoffeln- und Rübenernte ganz besonders stark mit Waggonanforderungen in Anspruch genommen ist.

Königsberg, den 21. Oktober 1919.

Provinzialfleischstelle.

U.S.P.D. VI. Bezirk

Dienstag abend 6 Uhr

im **Volkshaus.**

Vertrauensmänner, Unterkassierer und Gruppenführer sind mitzubringen.

Einem geehrten Publikum von Elbing und Umgebung beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage in **Elbing** im Hause

Feldstraße Nr. 3

(ehemaliges Lok. „Herrmann'schen Gastwirtschaft) eine

Kolonialwaren- und Materialwaren-Handlung

eröffnet habe.

Ich werde stets bemüht sein, meine geehrte Kundschaft durch reelle Bedienung und Beschaffung bester Ware voll und ganz zufrieden zu stellen.

Indem ich bitte, mein junges Unternehmen durch volles Vertrauen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne ich

mit aller Hochachtung!

Heinrich Maibaum.

Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Elbing.

Am Donnerstag, den 30. Oktober, abends 5½ Uhr,

findet im **„Volkshaus"** eine

ordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

Geschäfts- und Kassenbericht.
Anstellung eines Geschäftsführers.
Beschlußfassung über ein Ortsstatut.
Verbandsangelegenheiten.

Vertrauensleute und Delegierte werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -Teilnehmer und -Hinterbliebenen.

Ortsgruppe Elbing.

Am **Dienstag, d. 28. Oktober 1919, abends 6 Uhr** im **Volkshaus**

Mitgliederversammlung der Sektion der Hinterbliebenen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestraße 12/14

Lieferant guter, gediegener Möbel eigenen Fabrikates

zu anerkannt **billigen Preisen.**

Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Zigarren, Zigaretten

nur orientalische Sorten,

sowie

Prima Rauch- und Kautabak

empfiehlt

Frau Helene Wild

Herrenstraße 26.

Zur Aufklärung an die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen im Schneidergewerbe!

Wir machen hierdurch bekannt, daß wir den **Tarif,** der vorige Woche von dem **Gewerkverein H. D.** herausgegeben ist, **nicht anerkennen.** Wir erklären selbigen hierdurch als **ungültig.** Wir warnen die Arbeitgeber bezw. Arbeitgeberinnen vor Unterzeichnung dieses Tarifs.

Die Lohnkommission
des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen, Putzarbeiterinnen und Wäschearbeiterinnen Deutschlands
Ortsgruppe Elbing.

Familienanzeigen

Kaufgesuche

Verkaufsangebote

finden in der

„Elbinger Volksstimme"

die weiteste Verbreitung!

Wir empfehlen sie als wirksames Anzeigenorgan!

Sämtliche Lacke

für Handwerker und für den Hausgebrauch

liefert

J. Staeß jun.

Wasserstraße 44.

Viehscheeren

offeriert

Carl Steppuhn.

Kriminal- und Sittenromane

in größter Auswahl empfiehlt

Baschek, Herrenstr. 45.

W. Breitfeldt

Innerer Mühlendamm 18/19, Fernsprecher 352,

empfiehlt sein

Spezialgeschäft

in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.**

:: **Beste Bezugsquelle** ::
für Wiederverkäufer!!!

Karbidlampen

Karbidbrenner und Reiniger

offeriert

Laufer, Georgend. 8

Fahrradhandlung.

Fahrrad

mit Gummibereifung u. Freilauf und 1 **Spiegel** zu verk. **Georgend. 12,** Hinterhaus.

Kaufe dauernd alte Musikplatten

sowie

Nähmaschinen

auch **reparaturbedürftige**

Laufer, Georgendamm 8.

1 Kleiderschrank, 1 Tisch zu verk. Kl. Stromstraße 2.

3 belg. Riesenhäsinnen

billig zu verk. **Hochstr. 21.**

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 6 | **Dienstag, den 28. Oktober 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Rostes Landsknechte schuld! Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Am 10. Oktober funkte die verbündete Marine-Waffenstillstandskommission: „Infolge des Angriffs auf Riga wird die Freifahrterlaubnis für alle deutschen Schiffe in der Ostsee vorübergehend aufgehoben. Schiffe, die jetzt in der Ostsee in See sind, sind zurückzurufen, und es ist keinen anderen die Erlaubnis gegeben auszufahren, solange dies Verbot dauert. Deutsche Schiffe, die in der Ostsee angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen." Es ist inzwischen festgestellt, daß eine amtliche Bekanntgabe dieser verhängten Ostseesperre bei den neutralen Ostseestaaten nicht stattgefunden hat.

Für die Küstengewässer Deutschlands ist die Blockade jetzt aufgehoben worden.

Regiment Jesus. Bürgerliche Londoner Blätter melden aus Helsingfors: „Auf der östlichen Front ist bei der Weißen Garde ein Regiment eingereiht worden, das unter dem Namen „Regiment Jesu" bekannt ist. Dieses Regiment besteht ausschließlich aus Geistlichen, Dekanen und Pfarrern, die in weiße Kleider gehüllt sind und ihre Toga und andere kirchliche Gewänder tragen. Sie marschieren mit hocherhobenen Kruzifixen, während sie ihre Gebete sprechen."

Oesterreich liefert nicht aus. Wie eine Meldung aus Budapest besagt, ist die Antwort der österreichischen Regierung in der Auslieferungsangelegenheit der ungarischen Volkskommissare eingetroffen. Die Antwort betont, daß die österreichische Regierung das Ersuchen der ungarischen Regierung ernstlich erwogen hätte. Das Ersuchen der ungarischen Regierung müsse jedoch abgelehnt werden.

Gegen die Schieber. Nach einer amtlichen Mitteilung des hessischen Landesernährungsamts in Darmstadt hat die Reichseinfuhrstelle für Lebens- und Futtermittel nunmehr eine Einfuhrkontrolle für ausländische Lebens- und Futtermittel an der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet eingerichtet. Diese Maßnahme ist lediglich im Interesse der deutschen Valuta getroffen worden. Vorläufig sind beschlagnahmefrei: Reis, Hülsenfrüchte, Kaffee, Kakao und Schokolade; beschlagnahmt werden vorerst: alle Fette und Oele, Seife, kondensierte Milch, Fleisch, auch Konservenfleisch, Fische und Kartoffeln und daraus hergestellte Lebensmittel, Getreide, Mehl, Gewürze und Zucker.

Wer regiert? Als die baltische Division durch ihre Gehorsamverweigerung die Blockadedrohung der Entente gegen Deutschland heraufbeschworen hatte, erklärte sie die deutsche Reichsregierung bekanntlich als Hochverräter in Acht und Bann. Sie erklärte weiter die Grenzen gegen das Baltikum gesperrt und jeden Transport von Menschen, Munition und Material an die Meuterer eingestellt sowie jede Verkehrsmöglichkeit mit der Heimat unterbunden zu haben. Wie nun die Neue Berliner Zeitung mitteilen kann, ist der Regierung ein umfangreiches Material übermittelt worden, das unzweideutig den Fortbestand der Beziehungen zwischen Berlin und Mitau, dem Sitz der „Eisernen Division", nachweist. Es ist festgestellt worden, daß Mannschaften, die die Meuterer zur Heimkehr nach Deutschland zu bewegen versuchten, vom Kriegsgericht der „Eisernen Division" auf Grund des alten deutschen Kriegsrechts als Meuterer zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weiter, daß die „Eiserne Division" zuverlässigen Angehörigen Urlaubsscheine zur Hin- und Rückfahrt nach der deutschen Heimat ausstellt, die von der deutschen Grenzpolizei als vollgültige Ausweise angesehen werden. Zur Zeit sind mehr als hundert baltische Urlauber in Berlin, die sich trotz ihrer neuen russischen Abzeichen völlig unbehindert bewegen können. Nach wie vor arbeitet in Berlin ungestört eine Vertretung der russischen Freiwilligen-Westarmee: Am Karlsbad 5.

Das Lehrerinnen-Zölibat aufgehoben. Im Haushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung wurde ein Antrag angenommen, der in der Durchführung des Paragraphen 128 Abs. 2 der Reichsverfassung alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte und damit auch das Zölibat der Lehrerinnen beseitigt.

Um die Eidesformel. Unter den kleinen Anfragen ist die des Genossen Adolf Hoffmann bemerkenswert. In ihr wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um die Richter anzuhalten, den Zeugen, die es wünschen, die religiöse Eidesformel zu erlassen. Der Regierungsvertreter sagte allgemeine Durchführung der dahingehenden Bestimmung der Verfassung zu. Zur Eidesleistung mit religöser Formel kann also niemand gezwungen werden. Der Regierungsvertreter mußte zugeben, daß ein Fall von Zuwiderhandlung vorgekommen sei.

Ein Arbeiterführer ermordet. Die Züricher Zeitung meldet aus Frankreich: Am Freitag abend wurde der Sekretär des Eisenbahnsyndikats von Marseille, Faure, durch Revolverschüsse auf dem Heimwege ermordet.

Die Entente will keinen Frieden. Der Matin meldet, daß ein neues Friedensangebot der Russen in Paris eingegangen ist, aber vom Rat der Verbündeten zurückgewiesen wurde. „Home libre" schreibt: Gemäß der Erklärung Clemenceaus in der Kammer werden die Alliierten die Auslieferung der verbrecherischen Machthaber in Moskau an einen interalliierten Gerichtshof verlangen.

Gegen die Arbeiter! Die Information berichtet aus Paris: Die Pariser Blätter kündigen für das ganze deutsche Besatzungsgebiet eine erhebliche Heraufsetzung der Stärke der Besatzungsarmee an, welche durch die Streikbewegung der Arbeiter notwendig gemacht worden sei. Die Besatzungsarmee der Pfalz z. B. wird um acht Bataillone verstärkt werden.

Der Widerspenstigen Zähmung. Eine Depesche aus Hanau meldet: Nachdem alle Versuche, die Gemeinde Nieder Dorfelden zur freiwilligen Kartoffel ablieferung fehlgeschlagen waren, wurde vom Landrat die zwangsweise Wegführung aller Kartoffeln aus der Gemeinde angeordnet. Ein Bataillon der Reichswehr rückte in Nieder-Dorfelden ein und besetzte alle Dorfeingänge. Unter dem Schutze des Militärs wurden sodann die einzelnen Gehöfte revidiert und alle ablieferungspflichtigen Kartoffeln beschlagnahmt.

Elbinger Fortbildungskurse — Volkshochschule Elbing

Wie bekannt, wurden im vergangenen Winter unter der Bezeichnung „Elbinger Fortbildungskurse" Unterrichtsstunden und Vorträge abgehalten, die einen doppelten Zweck hatten. Erstlich sollten sie im Deutschen, im Rechnen, in den Fächern der Naturkunde usw. die Elementarkenntnisse, in denen mancher seit der Schulzeit unsicher geworden war, wieder befestigen und erweitern. Daneben hatten die Vorträge das Ziel, das, was man gemeinhin unter „allgemeiner Bildung" versteht, in leicht verständlicher Form zu vermitteln und den Zugang zu den Schätzen der Kunst und des Geisteslebens zu erleichtern. Sie sollten das Verständnis für die vielfältigen Aufgaben wecken, die die Gegenwart jedem einzelnen in Haus, Beruf, Gemeinde und Staat stellt. Bei dem allen handelte es sich um einen ersten Versuch. Nicht alles, was erstrebenswert war, konnte erreicht werden. Aber daß das Bedürfnis nach derartigen volkstümlichen Belehrungen in weiten Kreisen, besonders auch in der werktätigen Bevölkerung, vorhanden ist, war unverkennbar. Mancher erfreuliche Erfolg stellte sich ein.

Im kommenden Winter wird das Unternehmen wiederholt werden. Es hat nunmehr den Namen „Volkshochschule" angenommen. Damit soll angedeutet werden, daß die Arbeit der freien Volksbildung in Elbing sich in ähnlicher Richtung bewegt, wie in zahlreichen anderen großen und kleineren Orten Deutschlands, die ihren Bestrebungen bereits jenen Namen gegeben haben. Auch bot die bisherige Bezeichnung „Fortbildungskurse" oft Anlaß zu Verwechslungen mit Fortbildungsschule u. dergl. Nichts wäre törichter, als eine reine Hochschule in ihren Einrichtungen und Formen nachahmen zu wollen. Aber es liegt in dem Namen „Volkshochschule" allerdings ein bestimmtes Programm. Es soll nicht nur Elementarunterricht erteilt oder in den Vorträgen ein Gebiet mehr oder weniger unterhaltsam behandelt werden. Vielmehr ist die Absicht, die Hörer in stärkerem Maße, als es auch im vorigen Winter geschehen ist, zur tätigen Mitarbeit bei der Darbietung des Stoffes anzuregen. Besprechstunden, die den einzelnen Vorträgen folgen, sollen jedem Gelegenheit bieten, durch Frage, Rede und Widerrede Mißverstandenes aufzuklären und den Ueberblick über das Ganze zu gewinnen. In besonderer Weise ist dies der Zweck der „Arbeitsgemeinschaften" (vergl. Lehrplan, Gruppe D). Da in ihnen, wie in Gruppe A, nur eine beschränkte Anzahl von Hörern sich vereinigen kann, und sie 15 Stunden umfassen, so wird dem einzelnen möglich sein, in einen bestimmten Stoff wirklich einzudringen, die Zusammenhänge zu erkennen und sein Denk- und Urteilsvermögen zu schulen. Da ist die Gelegenheit, zu einer wirklichen „Bildung" der Geisteskräfte vorzuschreiten. Das ist das Ziel der Volkshochschule.

Ausdrücklich muß betont werden, daß sie durchaus neutral ist. Sie dient keiner Partei, ihre Vorträge verfolgen keinen politischen Zweck irgend welcher Art, auch da nicht, wo politische Fragen gestreift werden müssen. Darum konnten auch Abgesandte ganz verschieden gerichteter Verbände und Vereinigungen mit Vertretern der Stadt zum Arbeitsausschuß zusammentreten, der den neuen Lehrplan gutgeheißen hat.

Zu dessen Erläuterung mag noch folgendes angeführt werden: Die Gruppe A soll vornehmlich dem Elementarunterricht dienen. Jeder einzelne Kursus umfaßt 18 Stunden und wird an 9 Unterrichtstagen mit je 2 Stunden durchgeführt. Damit die Teilnehmer nicht zu sehr in Anspruch genommen werden, bleiben zwei Wochentage (Mittwoch und Sonnabend) mit einer Ausnahme ganz frei. Manche Gebiete (Deutsch, Rechnen, Chemie und Physik) werden in zwei gleichzeitigen Lehrgängen behandelt, von denen der eine ein Unterkursus, der andere ein Oberkursus ist. Diese Einteilung wurde durch die Erfahrungen des letzten Winters veranlaßt. Sie geschieht im Interesse der Besucher, damit diejenigen, die sich erst mit den einfachsten Grundlagen eines Faches vertraut machen wollen, hierzu genügend Zeit haben, und damit die anderen, die schon weiter vorgeschritten sind, nicht durch jene aufgehalten werden. So finden, um nur ein Beispiel anzuführen, im chemischen Unterkursus (A 3) die Grundbegriffe der Chemie, die anorganischen und organischen Säuren und ihre Salze, die Gärung und die darauf beruhenden Gewerbe (Brotbacken, Wein-, Bier-, Spiritus- und Essigbereitung) ihre Behandlung, in dem zugehörigen Oberkursus, der schon Kenntnisse voraussetzt, werden Streifzüge durch die moderne Chemie unternommen und das Wichtigste über hohe und niedere Temperaturen, Teerfarben, die Stickstoffrage und dergl. vorgetragen. Eine entsprechende Gliederung ist im Physikunterricht beabsichtigt. In der „allgemeinen Staatsbürgerkunde" (A 7) werden die Hörer z. B. über Stadt-, Kreis- und Provinzialverwaltung, die preußische Staats- und die deutsche Reichsverfassung, über Verkehrseinrichtungen, Steuer-, Versicherungs- und Sparkassenwesen und dergl. belehrt werden.

In Gruppe B sind die Vortragsreihen, in C die Einzelvorträge untergebracht. Da das weibliche Geschlecht in zunehmendem Maße in das öffentliche Leben eintritt, daneben aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Frau zu kämpfen hat, sich ebenso gesteigert haben, so sind die ersten 5 Vorträge in B und ein Vortrag in Gruppe C (Nr. 11) der besonderen Belehrung von Frauen und Mädchen über mehrere wichtige Fragen eingeräumt. Daß Vorträge über medizinische und gesundheitliche Gegenstände verhältnismäßig zahlreich sind, erscheint bei dem Rückgang des allgemeinen Gesundheitszustandes ohne weiteres gerechtfertigt. Ueber die sonstigen Vorträge brauchen hier im Voraus keine besonderen Aufklärungen gegeben zu werden, nur sei noch bemerkt, daß die Theateraufführung von Hebbels Maria Magdalene, die das Winterhalbjahr beschließen soll, in erster Linie für die Hörer der unmittelbar voraufgegangenen Vortragsreihe über Hebbels Dramen bestimmt ist und die beste Veranschaulichung des gesprochenen Wortes bieten wird.

Mit den Arbeitsgemeinschaften (Gruppe D) soll auch für Elbing eine anderwärts schon bewährte Einrichtung geschaffen werden. Die Hörer sollen in gemeinsamer Arbeit dazu gelangen, die Grundfragen, die in einem bestimmten Thema liegen, zu verstehen. Es kommt hierbei nicht so sehr auf das Wissen einer Menge von Einzeltatsachen an, als auf die Ausbildung des selbständigen Denkens über wissenschaftliche und Kulturangelegenheiten. Die geschichtlichen Zusammenhänge, das naturgesetzliche Geschehen und die Veranlagung des Menschen im Denken, Fühlen und Wollen sind die wichtigsten Faktoren aller Entwicklung überhaupt. Sie zu begreifen, ist für den unerläßlich, der sich zum eigenen Urteil und zur Gewinnung einer Weltanschauung erheben will. Hierfür sollen die drei Arbeitsgemeinschaften in Gruppe D die ersten Handhaben bieten.

Ueber Eintrittspreise, Ort und Zeit enthält die Bekanntmachung im Anzeigenteil alles Nötige.

Es sei zum Schluß noch einmal darauf hingewiesen, daß die Volkshochschule sich an das ganze Volk wendet und die Angehörigen aller Stände, insonderheit der werktätigen Bevölkerung gewinnen möchte. Von der Teilnahme, die ihr gerade auch die Arbeiterschaft entgegenbringen wird, ist es abhängig, ob dieses gemeinnützige Unternehmen auf die Dauer bestehen und weiter ausgebaut werden kann.

Um diese vertrauensvolle Teilnahme sei hiermit gebeten.

Theodor Lockemann.

Kommunistische Spaltungsversuche

Wir entnehmen der Berliner Freiheit: Die Deutsche Allg. Zeitung veröffentlicht einen mit W. Markowski unterzeichneten Brief an Bucharin und Tschitscherin, der einem auf der Reise von Deutschland nach Sowjetrußland befindlichen Kurier der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands an der litauischen Grenze abgenommen worden ist. In dem Briefe heißt es:

„Hierbei lenke ich nochmals Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß bei der Beurteilung und den Verhandlungen mit den Unabhängigen eine scharfe Trennung zwischen den Anhängern Hilferding-Haase und Däumig-Müller zu machen ist. Letztere Strömung kann unbedingt kommunistisch bezeichnet und wenn sie irgendwie mit der offiziellen Führern der Kommunisten auseinandergeht, so nur in der Taktik und Methode der Erlangung ihrer Ziele — der Diktatur des Proletariats mit Hilfe der Rätemacht. Nach dem Ausscheiden der Scheidemänner und Demokraten aus dem Berliner Vollzugsrat hat ein offener Kampf zwischen den Kommunisten und Unabhängigen begonnen. Ich füge hinzu, daß im Berliner Rat die Unabhängigen alle zur Strömung Müller-Däumig gehören und von irgendeinem Einfluß Haase-Hilferding keine Rede sein kann. Viele Mitglieder der Kommunistischen Partei, und ebenso die Mehrzahl der Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei des Berliner Rats haben ihre Unzufriedenheit mit der Taktik der Z. K.- (Kommunistischen) Partei zum Ausdruck gebracht, die mit der gesamten unabhängigen Partei Kampf führt, ohne zwischen Haase und Däumig zu unterscheiden. . . . Mir persönlich scheint es, daß die Bewegung in Deutschland durch eine Uebereinstimmung der Tätigkeit der Kommunisten mit den linken Unabhängigen und eine Beilegung des Kampfes mit der Unabhängigen Partei nur gewinnen kann. Das schließt natürlich nicht den Kampf gegen die Strömung Haase-Hilferding aus. Dieser muß fortgesetzt werden. Däumig und Müller, die selbst gegen sie kämpfen, schaffen dadurch eine Plattform, auf der eine Verständigung herbeigeführt werden kann. Die zu Ihnen kommenden Genossen wollen sich mit Ihnen beraten, ehe sie einen Beschluß fassen."

Uns ist die Absicht kommunistischer Kreise (nicht nur deutscher) durch Ausspielen des sogenannten linken Flügels der U. S. P. gegen die Gesamtpartei Uneinigkeit in unseren Reihen zu schaffen, bereits seit einiger Zeit bekannt. Nachdem es der kommunistischen Partei nicht gelungen ist, wie es auch in Moskau erwartet und gewünscht worden war, die unabhängige Sozialdemokratie im offenen Kampf zu vernichten, soll jetzt der Versuch unternommen werden, sie von innen heraus zu sprengen. Man fühlt sich zu schwach, die gesamte Partei anzugreifen und möchte daher zuvor ihre Kräfte spalten, um dann mit den gespaltenen Teilen um so leichter fertig zu werden. Für die Kommunistische Partei Deutschlands ist das eine Lebensfrage. Die Partei ist in Zersetzung begriffen; der

parlamentarisch-gewerkschaftliche Flügel, der mit revolutionärer Phraseologie den taktischen und zum Teil prinzipiellen Rückzug verdecken will, steht mit dem anarcho-syndikalistischen in schwerem Konflikt. Ein Kampf nach außen würde diese Gegensätze etwas in den Hintergrund drängen und außerdem, falls das Ziel erreicht und eine Verständigung oder Verschmelzung mit dem „linken Flügel" der U. S. P. zu erreichen wäre, die parlamentarische Fraktion der Kommunisten erheblich stärken.

Aber nicht nur der innere Zustand der deutschen Kommunistischen Partei drängt zu dieser Taktik, die Kommunisten folgen zugleich auch der Moskauer Losung. In den Beschlüssen der Moskauer Internationale (2.—6. März 1919), die ja, wo sie auf die Unabhängige Sozialdemokratie zu sprechen kommen, im wesentlichen ein Katalog von Beschimpfungen sind, heißt es in einer Resolution über die Berner Konferenz:

> Das „Zentrum" (Sozial-Pazifisten, Kautskyaner, Unabhängige) besteht vom Beginn des Krieges an auf „Einheit mit den Sozialchauvinisten. Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg predigt das „Zentrum" weiterhin die gleiche Einheit, d. h. die Einheit der Arbeiterkommunisten mit den Mördern der kommunistischen Führer Liebknecht und Luxemburg . . .
>
> Es ist unbedingt erforderlich, die revolutionärsten Elemente vom „Zentrum" abzuspalten, was nur durch schonungslose Kritik und Bloßstellung der Führer des „Zentrums" zu erreichen ist."

Mit dieser Lösung werden aber die deutschen Kommunisten, die jetzt in ihrer geradezu grotesken geistigen Unselbständigkeit in Moskau anfragen, ob sie sich als pfiffige Taktiker zunächst auf einen Teilkampf beschränken dürfen, in Zukunft nicht mehr Glück haben als bisher. Und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse Dentschlands für die spezifisch bolschewistischen Methoden keinen Boden abgeben und die Uebertragung russischer revolutinärer Methoden auf Deutschland nur die Gegenrevolution stärkt, was bereits immer weitere Kreise der Arbeiter begriffen haben. Die deutschen Kommunisten sind heute in allen ihren Schattierungen nur ein Hindernis für ein erfolgreiches Arbeiten für die soziale Revolution. Ihre Versuche, die Unabhängige Sozialdemokratie, um die sich heute das sozialistische Proletariat Deutschlands gruppiert, sind — praktisch — gegenrevolutionäre Arbeit, wie überhaupt ihre fortgesetzte Schürung des Streits innerhalb des revolutionären Proletariats die Schwächung der Arbeiterbewegung zugunsten der Bourgeoisie bedeutet.

Politische Rundschau

Deutschland

Von der Braunschweiger Reaktion

In Braunschweig macht die Reaktion unter Vorstand der Rechtssozialisten die größten Fortschritte. Nachdem man den Landesarbeiterrat unter Bruch der Landesverfassung abgewürgt, den welfischen Monarchisten Hampe in den Rat der Volksbeauftragten gewählt, unter Bruch der Landschaftsordnung die Bezeichnung Volksbeauftragter abgeschafft und den Ministertitel wieder eingeführt hatte, machte man sich daran, den unabhängigen Polizeidirektor Genossen Tappe zu beseitigen. Man griff dabei zu einem in Fällen reaktionärer Maßnahmen „bewährten" Mittel. Wie früher vor erneuter Verhängung des Belagerungszustandes „Matrosenunruhen", von denen niemand was gemerkt hatte, die Zeitungsschreiber bewegten, wurden diesmal, in der Nähe des Kreisgefängnisses einige Handgranaten geworfen. Die Reichswehr, die im Kreisgefängnis — wohlverstanden als Wache — stationiert ist, schoß stundenlang Löcher in die schwarze Nacht. Weiteres unterließ sie zur Feststellung der Handgranatenwerfer. Gegen das Kreisgefängnis war die Handgranatenwerferei völlig zwecklos. Weniger zwecklos war sie gegen den unabhängigen Polizeidirektor Tappe. Gegen diesen setzte sofort am Montag die Hetze der bürgerlichen Presse mit Hochdruck ein. Er wurde als unabhängiger Polizeidirektor wegen aller Schandtaten, die es gibt, und noch mehr wegen aller, die es nicht gibt, verantwortlich gemacht. Brave Bürger wollten klagbar gegen die Regierung vorgehen, weil sie einen solchen Polizeidirektor dulde, der unabhängig ist und die verdammte Fähigkeit hatte, die Polizei nicht zu einem Instrument der Reaktion werden zu lassen. Am Mittwoch erfuhr außerdem noch die staunende Mitwelt, daß in der Nacht vom Sonntag auf Montag Ansammlungen vor dem Polizeigebäude in der Münzstraße stattgefunden hatten, von denen bisher kein Mensch in Braunschweig etwas wußte.

So beschloß denn der Rat der Volksbeauftragten — Pardon das hohe Staatsministerium — zur Vollendung der Reaktion in Braunschweig den unabhängigen Polizeidirektor Tappe seines Amtes zu entheben. So geschehen am Mittwoch, den 22. Oktober 1919.

Ein Lieferungsskandal

Millionen deutscher Bürger wissen nicht, woher sie die Mittel nehmen sollen, um sich kleiden zu können. In unerhörter Weise sind die Preise für sämtliche Kleidungsstücke in die Höhe gegangen. Kaum sind Stoffe zur Verarbeitung aufzutreiben: und dennoch wagt es eine amtliche Stelle, 20000 Wolldecken aus Reichsbeständen einer Konfektionsfirma zur Herstellung von Uniformen für das polnische Heer zur Verfügung zu stellen. Das Reichsverwertungsamt ist hierzu bereit. Fürwahr, nicht trefflicher kann die Wahnsinnspolitik illustriert werden, die von oben herab als wirtschaftliche Notwendigkeit deklariert wird, als durch diese Tatsachen. Liegt nicht eine bewußte, reaktionäre Absicht zur weiteren Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland vor, so doch eine Unfähigkeit zu ihrer Ordnung, die geradezu verblüffend ist! Nie haben Wucherer und Spekulanten bessere Zeiten gehabt, als im republikanischen Deutschland unter der Herrschaft eines „sozialistischen" Wirtschaftsministers!

Solidarität

Die konservativen Mitglieder der Nationalversammlung Dr. Roesicke und Genossen fordern in einer kleinen Anfrage Auskunft über die Maßnahmen, die die Regierung gegen die Stadtbevölkerung zu unternehmen beabsichtigt, wenn sie sich nicht widerstandslos von den Agrariern aushungern lassen will und sich mit Gewalt holt, was man ihr zum Leben vorenthält. Anlaß zu der Anfrage war ein landrätlicher Erlaß an die Bürgermeister des Schmalkaldener Landkreises, in dem sie ersucht wurden, auf eine pflichtgetreue Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte einzuwirken, da sonst die hungernden Städte sich evtl. mit Gewalt die Lebensmittel vom Lande holen könnten.

Herr Roesicke und Konsorten sind also durchaus einverstanden mit dem agrarischen Lieferstreik, der die städtische Bevölkerung der Gefahr des Verhungerns aussetzt. Sie nehmen für sich und ihresgleichen völlige Wucherfreiheit in Anspruch, selbst wenn sie unter Mißachtung gesetzlicher Vorschriften sich auswirkt. Also die Notwehr der mit dem Hunger bedrohten Massen möchten sie sich mit Hilfe der Noskidischen Kämpfer vom Halse gehalten wissen. Eine feine Gesellschaft! Nur steht leicht zu befürchten, daß, wie an den verbrecherischen Wuchereien und Gesetzesbrüchen der Landwirte ihre Solidarität erklären, die Regierung von ihren Wünschen sich sympathisch gekitzelt fühlen wird!

Die geheimen Personalakten

Seit mehreren Jahrzehnten kämpft die deutsche Beamtenschaft um das Recht der Einsichtnahme in ihre Personalakten. Jede Behörde führt über jeden Beamten ein Aktenstück, in das nicht nur seine Beförderungen, Gehaltsaufbesserungen, Urlaubsgesuche, Eingaben und Aehnliches eingetragen werden, sondern das auch alle Urteile Vorgesetzter, alle ärztlichen Gutachten, ja alle Denunziationen, die von außen her der Behörde zugetragen wurden, enthält. Diese Akten waren es, in denen unter dem alten Regime das Warnungszeichen stand: „Achtung Sozialdemokratie!" Diese Akten waren es, in denen über die Lehrer, die sich nicht dem alten Zopf der religiösen Schulaufsicht beugen wollten, warnende Randbemerkungen standen, die irgendein „gesinnungstüchtiger" Vorgesetzter eingetragen hatte. Beim Disziplinarverfahren gegen die Beamten und Lehrer tauchten dann diese Eintragungen auf zur größten Verwunderung des davon Getroffenen.

Die Revolution mußte diese Ungerechtigkeit beseitigen. Nach dem 9. November 1918 sollten keine Eintragungen mehr in die Personalakten gemacht werden dürfen, ohne daß der betreffende Beamte Gelegenheit erhielt, von der Eintragung Kenntnis zu nehmen. Der Art. 129, Abs. 3 der Verfassung gesteht den Beamten die Einsichtnahme in ihre Personalnachweise unzweideutig und ohne jede Einschränkung zu.

Jetzt, da die Verfassung Gesetz geworden ist, jetzt beginnen bereits die reaktionären Treibereien, um auf dem Verwaltungswege die Beamten um ihr verfassungsmäßiges Recht zu betrügen. Der Regierung ist plötzlich nicht klar, daß der Paragraph der Verfassung juristisch einwandfrei den Beamten das Recht sichert, auch in ihre alten Personalakten Einsicht zu nehmen. Aber auch sachliche Erwägungen hat die Regierung plötzlich erfunden, um diesen ungeheuerlichen Betrug an den Beamten zu rechtfertigen. Ein Beamter könnte aus den Personalakten entnehmen, daß der Vertrauensmann ihn für geisteskrank erklärt hat, das könnte für den Beamten unangenehm sein. Die Regierung befürchtet weiter, daß aus der Einsichtnahme in die Personalakten Beleidigungsklagen entstehen könnten gegen diejenigen, die unwahre Beschuldigungen gegen die Beamten in die Akten hineingebracht haben.

Und hier scheint in der Tat der wahre Grund dieses neuen Betrugsmanövers zu liegen. Die noch immer aus dem alten System zahlreich überkommenen höheren Vorgesetzten befürchten offenbar, daß ihre Intriguen gegen ihre Untergebenen gar zu deutlich aufgedeckt werden könnten. Das aber ist als Genugtuung den Beamten gegenüber gerade notwendig. Die ausgleichende Gerechtigkeit verlangt, daß diese Herren Denunzianten ihre Strafe noch nachträglich ereilt. Das deutsche Volk will endlich einmal erfahren, welch' Geist in seinem so gesinnungstüchtigen Beamtentum geherrscht hat.

Das bezeichnendste an der ganzen Sache aber ist, daß die Regierung des freiesten Landes der Welt sich im Jahre 1919 weit reaktionärer erweist als des alten preußischen Staates König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848. Dieser erließ damals eine Kabinettsorder (Preußische Gesetzessammlung von 1848, Nr. 3013, Seite 200), wonach die „seither stattgefundenen geheimen Konduitenlisten in der Zivilverwaltung abgeschafft werden". Diese Kabinettsorder wurde später nicht beachtet. Die gegenwärtige Regierung versucht durch Auslegungskünste das verfassungsmäßige Recht der Beamten umzubringen.

Das Morden geht weiter.

Unser Zeitzer Parteiorgan, der Volksbote, berichtet über folgende Mordtat:

„Am 21. Oktober wollten zwei junge Burschen aus Naumburg beim Besitzer der Saalehäuser, Schreiber, mit der Fähre des Betreffenden, der jenseits der Saale stand, übergesetzt sein. Dabei ist es jedenfalls zu einem heftigen Wortwechsel gekommen. Darauf hat Schreiber, der mit einem Militärgewehr bewaffnet war, kurzerhand auf den 17 jährigen Vogel aus Naumburg angelegt und geschossen. Er traf den jungen Menschen durchs Herz. — — —"

Der Mörder, der so ohne jeden Grund ein blühendes Menschenleben vernichtet, hat die Legitimation zu seinem Vorgehen wahrscheinlich von denselben Leuten bekommen, die ihm das Militärgewehr übergaben. Der Geist der Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren tobt mit allen Mitteln gegen das Proletariat! Es ist vogelfrei! Für Mörder, die Hüter der Gesellschaft sind, bestehen gute Zeiten!

Sie wollten nicht anders

Aus Hagen in Westfalen wird uns geschrieben: Durch die rechtssozialistische Presse geht eine Notiz aus dem Landkreis Hagen in Westfalen, dort seien durch die Abgabe weißer Stimmzettel der Unabhängigen zwei bürgerliche Provinziallandtags-Abgeordnete gewählt worden.

Die Sache verhält sich wie folgt: Die Rechtssozialisten und die U. S. P. verfügen über je 5 Stimmen. Eine Einigung, welche Partei den zu wählenden Abgeordneten stellen sollte, kam nicht zustande. Unsere Genossen machten den Vorschlag, das Los entscheiden zu lassen. Dies lehnten die Rechtssozialisten ab. Sie verlangten vielmehr, daß unsere fünf Vertreter für ihre Liste stimmen sollten, weil zwei ihrer Freunde in der Stadt Hagen die unabhängige Liste gewählt hätten. Aus dem Grunde mußten unsere Genossen weiße Stimmzettel abgeben. In der Stadt Hagen hatten unsere Genossen keine Hilfe von den Rechtssozialisten verlangt.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

6]

„Davon kann doch eine Familie nicht leben."

„Mein Mann ist Eisenbahninvalide — und hat monatlich achtzig Mark Rente davon."

„Wir wollen ihn vernehmen," warf der Vorsitzende ein.

Der Gerichtsdiener rief den Zeugen Konrad Hecker.

Ein kleiner, etwa fünfzigjähriger, kahler Stelzfuß humpelte an einer Krücke herein und nahm vor dem Zeugentisch Stellung. Die Tränen rannen ihm unaufhaltsam in seinen grauen verwilderten Vollbart. Aber er gab keinen Laut von sich. In seinem ärmlichen Sonntagsstaat, zerschlagen auf die Krücke gestützt, bot der Mann das Bild völliger Verzweiflung.

„Mann, weshalb weinen Sie so?" fragte der Vorsitzende.

„Wenn meine Frau bestraft wird," antwortete der Zeuge tonlos, „dann bin ich verloren, Ich kann mir mit meinem Gebrechen allein nicht forthelfen. Kann ohne sie keine Hausreinigung übernehmen, keine Portierstelle. Was soll ich dann anfangen?"

Der Vorsitzende wies den Zeugen darauf hin, daß er die Aussage verweigern könne. Dieser verneinte. Dann fragte der Präsident, ob Hecker zur Sache etwas auszusagen hätte.

„Ich weiß davon gar nichts," wimmerte der Befragte.

„Dann setzen Sie sich. Und fassen Sie sich. Beruhigen Sie sich doch!"

Stumm ließ sich der Krüppel auf die Zeugenbank nieder. Die Angeklagte hatte sich zur Wand gewendet und weinte in ihr Taschentuch hinein.

„Wir kommen zur Vernehmung der Tochter," sagte der Vorsitzende. „Rufen Sie das Fräulein Herta Hecker."

Der Gerichtsdiener eilte hinaus.

Obgleich die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war und nur Richter, Staatsanwalt, Verteidiger und Zeugen im Saale sich befanden, so ging es doch wie eine Sensation durch den Raum, als Herta Hecker jetzt eintrat.

War es ihre strahlende Jugend, das eigentümlich flimmernde Gold ihres Haares, die Gertenschlankheit ihrer Gestalt, der das schlichte, gutgeschnittene, dunkelgraue, englische Kostüm etwas Vornehmes gab, wozu der große, hellgraue, englische Filzhut, den nur ein gleichfarbiges Band schmückte, so außerordentlich gut stimmte? War es das strahlende Blau der Augen, das kecke Rot des süßen üppigen Mundes?

Eine junge Schönheit stand prangend vor dem Richtertisch. Aber es war nicht das allein, was aufreizend auf all diese Männer wirkte. Der protokollführende junge Referendar starrte sie wie in Verzückung an.

Mehr noch als die Schönheit der Zeugin verblüffte alle Anwesenden der seltsame Timbre von Vornehmheit, der um Herta Hecker war. Haltung, Gestalt, Kleidung, Hände und Füße, die ganze Erscheinung hätte jeden Salon geschmückt. Einer der beisitzenden Richter, ein Fünfziger mit genießerischen Zügen und einem gemeinen Munde, hatte den Klemmer aufgesetzt und musterte die Zeugin mit gar nicht verhohlenem Behagen . . Staatsanwalt Jordan sah mit sichtlicher Ueberraschung auf das Mädchen. Seine Augen wanderten forschend von ihr zu der Frau auf der Anklagebank und dem Vater, dem armen Krüppel, der immer noch lautlos weinte. War es möglich? War das das Kind dieser beiden? Wo war da auch nur eine leise Spur von Aehnlichkeit? An der Mutter mochte vielleicht noch dies und jenes davon zu finden sein. Aber daß der armselige Kerl mit dem Stelzbein der Vater dieses Geschöpfes sein sollte

Herta Hecker stand ruhig und gefaßt vor dem Zeugentisch und beantwortete die Fragen des Vorsitzenden mit fester Stimme, der man freilich die mühselig erkämpfte Fassung anhören konnte.

Auf die Frage des Vorsitzenden antwortete das Mädchen soeben, daß sie am 4. November 1897 zu Berlin geboren sei. Vor drei Tagen also hatte sie das siebzehnte Lebensjahr vollendet. Dabei glich sie völlig einer Zwanzigjährigen mit ihrer hohen Gestalt, die heute schon eine kräftige und doch zarte Fülle wies.

Siebzehn Jahre — siebzehn Jahre — dachte Jordan.

Ob die zwei Leute da unten wohl schon achtzehn Jahre miteinander verheiratet waren? Schon wollte er die Frage, seit wann sie verheiratet sei, an die Angeklagte richten, aber er stand davon ab. Ihm dünkte das doch ein wenig zu grausam. Denn jetzt war er davon überzeugt, daß die Angeklagte dieses Kind ungeboren in die Ehe eingebracht, daß Herta Hecker nicht diesen Krüppel zum Vater hatte.

Es war gewiß so. Die Angeklagte, der der natürliche Vater ihres Kindes damals sicherlich einige Mittel gegeben hatte, brauchte einen gesetzlichen Vater für ihr Kind. Deshalb nahm sie den Invaliden, der seinerseits eine feste Rente in den Haushalt einbrachte. So war diese Großstadtehe zusammengekommen, der dann solche seltsamen Geschöpfe entsprossen.

Aber Herta Hecker trug heute den Namen dieses Invaliden, und so hatte wohl selbst der Staatsanwalt kein gesetzliches Recht, den Zusammenhängen dieser unwahrscheinlichen Vaterschaft seine Zweifel entgegenzusetzen.

Mit nervösen Fingern blätterte Jordan in seinen Akten. Die Protokolle der Voruntersuchung berührten diese Frage gar nicht, enthielten nichts, was auf sie hinwies. Sie gehörten wohl auch kaum zur Sache. Jordan griff hastig nach dem Konzeptzettel seines Plädoyers, fügte das Wort ehelich? mit einem Fragezettel zu den zahlreichen übrigen Notizen, die dort standen, warf noch einen prüfenden Blick auf die Zeugin und strich dann das Wort „ehelich?" auf seinem Zettel wieder aus.

Dann hefteten sich seine Augen wieder auf das Mädchen, dessen Anblick wirklich ein Fest bedeutete. Der beisitzende Richter verschlang sie durch seinen Klemmer, und der Vorsitzende befragte sie jetzt mit seinem verbindlichsten Lächeln und leitete seine Fragen im Tone unverhohlener Galanterie mit den Worten: „Nun sagen Sie uns, Fräulein Hecker" — ein. Seine Stimme war fast von Zärtlichkeit durchtränkt. Da wallte Jordans heißes Blut empört auf. Das war ja fast, als stünde Phryne leibhaftig vor den Richtern. Diese siebzehnjährige Dirne brauchte wahrhaftig auch nur sich die Bluse von der Brust zu reißen, um die gesamte Anklage in Grund und Boden zu vernichten. Der Staatsanwalt trommelte einen Augenblick unruhig auf der Tischplatte, dann sprang er auf und richtete in barschestem Tone diese Fragen an die Zeugin.

„Welche Schule haben Sie besucht?"

„Die Gemeindeschule."

„Wie lange ist es her, daß Sie diese verließen?"

„Zwei Jahre."

„Was haben Sie seitdem getrieben?"

„Ich lernte in der Fortbildungsschule Stenographie und Schreibmaschine."

„Wie lange?"

„Ein Jahr."

(Fortsetzung folgt.)

Frankreich

Spaltung in der französischen Partei?

Innerhalb der sozialistischen Partei des Seinedepartements ist ein Konflikt ausgebrochen, der möglicherweise zur Spaltung führen kann. Die Abgeordneten Dejeante, Navarre, Rozier und Veber sind, da sie für die letzten Kriegskredite gestimmt haben, von der Kandidatenliste gestrichen worden. Eine Anzahl Abgeordneter, darunter Renaudel, vereinigte sich, um von dem Verwaltungsrat der sozialistischen Partei die Aufstellung dieser vier Kandidaten zu verlangen. Die Morgenblätter sagen eine Spaltung voraus, falls diesem Verlangen nicht Folge gegeben wird.

So sehr man eine Spaltung in den Arbeiterparteien, gleichviel welchen Landes bedauern mag, so wenig förderlich kann es aber auch sein, wenn derart entgegengesetze Elemente, wie sie die den Versailler Vertrag bewilligenden Abgeordneten gegenüber wahrhaften Sozialisten darstellen, künstlich im gemeinsamen Parteirahmen erhalten werden.

Die Militärkamarilla gegen Sadoul

Nach dem Petit Parisien ist gegen den Hauptmann Sadoul wegen Einverständnisses mit dem Feinde, Aufwiegelung von Militärpersonen, Widersetzlichkeit und Desertion ins Ausland eine Untersuchung eingeleitet worden. Der Militärgouverneur von Paris hat am Mittwoch die Eröffnung des Verfahrens gegen Sadoul verfügt.

Sadoul ist der Hauptmann, der von der französischen Militärmission nach Rußland delegiert war, dort den Bolschewismus kennen lernte und sich ihm anschloß. Er wurde von der französischen Partei zum Kandidaten für die Kammerwahlen aufgestellt.

Nun fürchtet man den aufrechten Mann und will ihn unmöglich machen. Das Spiel ist nicht neu!

In und um Elbing.

Ein Schwabenstreich

Seitens einiger Väter, deren Kinder höhere Lehranstalten besuchen, gehen uns lebhafte Klagen über die sogenannten „Kohlenferien" zu, die in den höheren Schulen Elbings zur Zeit an der Tagesordnung sind. Die Herren beschweren sich darüber, daß sie das erhebliche Schulgeld ohne Gegenleistung zahlen müßten. Die Ausbildung der Jugend litte unter solchen Maßnahmen und der erzwungene Müßiggang sei den Kindern moralisch auch nicht zuträglich. Zu Hause würde in den meisten Fällen auch nicht oder doch nur wenig geheizt, sodaß der Zweck, der erreicht werden solle, doch nicht erreicht würde.

Die Beschwerdeführer haben recht. So kalt ist es im Oktober nicht, daß absolut geheizt werden muß und „Kohlenferien" nötig sind. Für die Volks- und Mittelschulen hat man diese nicht gemacht, sondern unterrichtet die Kinder in ungeheizten Räumen weiter. Und die Sprößlinge des besser gestellten Bürgertums dürften immerhin doch wärmere Unterkleidung besitzen, als diese Kinder. Was denn, wenn die Kohlenknappheit noch schlimmer wird? Sollen dann die Kohlenferien Monate hindurch dauern? Durchweg hat der Schulunterricht sehr unter den Kriegswirkungen gelitten. Mit Ausfall von Schulstunden sollte daher äußerste Zurückhaltung geübt werden.

Versammlung der Demokraten

Gestern abend sprach im Gewerbehaus vor einem größeren Zuhörerkreis Herr Abgeordneter Schmiljan von der Deutschdemokratischen Partei. Mit den Stadtverordnetenwahlen selbst stand der Vortrag in keinem Zusammenhang. Er bewegte sich in den Bahnen der hohen Politik. Der Referent führte aus, daß in den östlichen Bezirken mit Rücksicht auf die unruhige Bevölkernng bisher keine Neuwahlen ausgeschrieben wären. Das ginge aber nicht weiter so, denn das Volk bilde den Staat und müsse selbst darüber bestimmen, wie es verwaltet werden will. Der Redner schilderte die Wirkungen des Friedensvertrages, die jetzt eingesetzte Ostseeblockade und verteidigte an Hand dieser Vorgänge die Haltung der Demokraten in der Frage der Unterzeichnung des Friedens. Die Demokraten hätten die Revolution nicht gewollt, aber der unglücklich verlaufene Krieg mit seinen fünfjährigen Entbehrungen hätte diesen Zusammenbruch herbeigeführt. Redner geißelte dann das Treiben der Rechtsparteien und zeigte, daß das Spiel mit dem monarchischen Gedanken notwendiger Weise zum Bürgerkriege führen muß. Seine Ausführungen klangen aus in der Aufforderung an das Bürgertum, wachsam zu sein und nach Kräften zum Aufbau und zur Festigung unseres Staatswesens beizutragen. — Die Diskussion wurde vom Genossen Köhler eröffnet. Dieser führte aus, daß der Aufbau nur in sozialistischem Sinne möglich sei. Auch wir wären Anhänger der Demokratie, aber solange noch der Kapitalismus seine Herrschaft ausübt, würden wir durch Demokratie nicht zum Ziele kommen. Herr Oberlehrer Köhler von der Deutschen Volkspartei warf dem Referenten vor, mit den Linksparteien zu liebäugeln. Das würde ihnen aber nichts nützen. Er verstieg sich zu der Behauptung, das bis in die weitesten Arbeiterkreise hinein die Deutsche Volkspartei an Anhänger gewinnt. Interessant waren die Bemerkungen, daß die Deutsche Volkspartei der demokratischen Partei zu den Stadtverordnetenwahlen die Aufstellung einer gemeinsamen Liste vorgeschlagen habe, die hoffentlich doch noch zum Ziele führe. Genosse Zech rechnete mit den zum Ausdruck gekommenen antisemitischen Rüpeleien ab und zeigte, wie nach der Revolution aus allen Ecken Volksparteien gebildet wurden. Er forderte auf, bei den kommenden Wahlen nur sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben.

Nach einem Schlußwort des Herrn Rebehn fand die Versammlung gegen 11 Uhr ihr Ende.

Die Liederfreunde

Uns wird geschrieben: Wenn schon die Veranstaltungen der frei organisierten Arbeiterschaft Elbings sich seit langer Zeit eines regen Besuches zu erfreuen hatten, so hat doch das Volkshaus wohl selten eine solche Fülle von Besuchern zu verzeichnen gehabt, wie es am Sonntag der Fall war. Mit Stolz und Befriedigung kann daher der Arbeitergesangverein „Liederfreund", sowohl Männer- wie Frauenchor, auf diesen Tag zurückblicken, an dem es galt, das 16jährige Bestehen festlich zu begehen und den vielen Freunden sein Können zu zeigen. Die übergroße Zahl der Gäste hat wohl ebenfalls das Fest mit Befriedigung über die schön verlebten Stunden verlassen. Freilich muß hierbei gesagt werden, daß der Verlauf des Konzertes sich eindrucksvoller hätte gestalten lassen. Die wirklich schönen Vorträge, sowohl der Gesänge wie der instrumentalen Darbietungen, hätten zweifellos viel nachhaltiger auf die Zuhörer gewirkt, wie es unter der diesmal herrschenden Unruhe, die sich durch die große Anzahl kleiner Kinder, die ja dafür noch nicht Verständnis haben können, sowie durch das ruhestörende Bedienen seitens der Kellner während der Vorträge bemerkbar machte, sein konnte. Von dieser Stelle sei daher der Wunsch gestattet, daß die nächsten Veranstaltungen sich in der vorher angegebenen Form vollziehen möchten. Schreiber dieses ist überzeugt, daß die Mehrheit der Besucher dafür dankbar sein würde.

Die gebotenen Vorträge des mit feinem Verständnis zusammengesetzten Programms legten mit Ausnahme des Anfanges des Männerchors „Unser Lied", in dem der Ansatz nicht gelang, Zeugnis ab, mit welchem Fleiß und welcher Hingabe die Sänger und Sängerinnen an der Pflege des Gesanges arbeiten, sowie von der Tüchtigkeit ihres Dirigenten, Herrn Pahnke. Es würde über den Rahmen dieser Besprechung hinausgehen, jeden einzelnen Vortrag zu beleuchten. Besonders erwähnt zu werden verdienen die beiden Tendenzchöre der Männerabteilung, sowie der beiden Lieder des gemischten Chores Hymne an die Nacht und Barcarole. Herr Kapellmeister Pelz trug mit seiner Kapelle durch auserlesene Piecen und guter Wiedergabe derselben ebenfalls zum guten Gelingen mit bei. Hervorzuheben sind besonders die Kammermusik des 2. Teils und das Flötensolo des Herrn Werner.

Die Festgeber bewiesen, daß trotz der durch die langen Kriegsjahre aufs äußerste dezimierten Sängerschar unter der Leitung ihres Vorstandes und in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Höhe der Leistungen erreicht ist, die für die Zukunft das Höchste erwarten läßt. Wünschen wir im Interesse der freiorganisierten Arbeiterschaft und des Festgebers, daß die Liederfreunde auf diesem Wege fortschreiten zu unser aller Freude.

Die Stadtverordnetenwahlen nahen!

Eine Bekanntmachung des Magistrats in der heutigen Nummer beschäftigt sich mit dem Ausliegen der Wählerlisten. Die ungeheure Bedeutung der diesmaligen Wahl für die Arbeiterschaft sollte einen jeden veranlassen, sich von seiner Eintragung in die Wählerliste zü überzeugen. Lest die Bekanntmachung und tut eure Pflicht, Genossen!

Elbinger Polizeinachrichten

Der Sängerin Frl. Ella Garden wurde Sonnabend abend ein Samtmantel, Schuhe und Schirm gestohlen. Ermittlungen sind eingeleitet. Nähere Angaben zur Aufklärung sind erwünscht. Belohnung wird zugesichert.

Ostdeutsche Nachrichten

Tadellose Kerle

Vor einigen Tagen wurde Genosse Grunwald von mehrheitssozialistischer Seite nach Christburg gerufen, weil die dortigen Arbeiter auch Verlangen nach einer wahrheitsgetreuen Schilderung der politischen Lage trugen. Grunwald folgte dem Rufe und sprach vor etwa 500—600 Personen mit gutem Erfolge. In Christburg ist eine starke Uebertrittsbewegung und die Gründung einer unabhängigen Parteiorganisation im Gange. Darob sind die Rechtssozialisten schier aus dem Häuschen geraten. Herr Lövel, ihr bekannter Agitator, nötigte der Christburger Zeitung einen langen Bericht auf, in dem er die Niederlage, die er gegenüber Grunwald erlitt, in seiner Weise zu beschönigen sucht. Wir können an dem größerem Teil der Ausführungea mit leisem Lächern vorübergehen. Wes Geistes Kind den Artikel geschrieben hat, ist aus folgender Stelle ersichtlich:

> Der Redner (Lövel, Red. d. Volksstimme) wurde wiederholt in seinen Ausführungen unterbrochen, besonders einige **Frauchen**, u. a. die Eigentümerfrau Wilhelmine Reinhold, die **Arbeiterfrauchen** Lichottka und Joost von hier, glaubten sich besonders radikal benehmen zu müssen.

Solange die „Frauchen" brav in mehrheitssozialistischer Herde mitliefen, wars gut. Nun, da sie eigene Ansichteu haben und die Politik ihrer „Führer" kritisch zu würdigen beginnen, werden sie mit herabsetzenden Bemerkungen namentlich in der Oeffentlichkeit denunziert. Sehr fein.

Dann machen die Christburger Mehrheitssozialisten damit Stimmung, daß Christburg zum Abstimmungsgebiet gehöre. Sie verwiesen darum auf Oberschlesien, wo die Polen mit Hilfe der radikalen Parteien Putsche organisiert hätten. Wie faul muß es um eine Sache aussehen, die mit so unsauberen Mitteln verteidigt wird! Von den unabhängigen Sozialdemokraten ist nie ein Hehl aus ihrer ablehnenden Stellung gegenüber dem reaktionären imperialistischen Polen gemacht worden. Den Leuten, die den französischen Generalstab um Hilfe gegen die deutschen Arbeiter anbettelten, ist freilich alles recht, um die auf den Tod gehaßten unabhängigen Sozialdemokraten zu unterdrücken. Aber dennoch marschieren wir. Auch in Christburg.

Hartes Urteil

Vor dem Danziger Schwurgericht hatte sich gestern der 21jährige Paul Feyke aus Ohra zu verantworten, der als Soldat in einer Februarnacht d. J. sich in den Straßen von Ohra umhertrieb, mit einem Armeerevolver bewaffnet. Aus dem Lokal Zur Ostbahn hinausgeworfen, schoß er von draußen durch das Fenster, ohne jemand zu treffen. Dann schoß er auf der Straße nach anderen Personen, u. a. auf den Schaffner Wohlfahrt. Es ist nur dem Zufall zu verdanken, daß Menschen nicht getroffen wurden. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach versuchtem Totschlag in drei Fällen, Hausfriedensbruch und unberechtigtem Waffentragen. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus, zwei Wochen Haft und sechs Jahren Ehrverlust. Unter der Gesamtstrafe befinden sich sieben Monate Gefängnis, zu denen der Angeklagte bereits früher verurteilt worden war.

Aus den Gerichtssälen

Vor dem Schwurgericht in Berlin ist dieser Tage der „Aufruhr"-Prozeß gegen die 6 Mitglieder der revolutionären „Vorwärts"-Besatzung vom Januar dieses Jahres verhandelt, dessen Urteil wir bereits in der gestrigen Nummer mitteilten. Die Aussagen der Angeklagten werfen grelle Schlaglichter auf das Wüten der Noskegarden. Braß, der jahrelang in russischer Gefangenschaft schmachtete, nennt seine Haft in Moabit schlimmer, als die Kerkerhaft des Zarismus. Auch stellt es sich heraus, daß wichtige Maßnahmen der Besatzung das Werk des Regierungsspitzels Roland gewesen sind, der mit allen Mitteln der Gemeinheit arbeitete.

Ein verschwundenes Dokument, wonach die Volksbeauftragten die Vorwärtsbesatzung als kriegführende Partei anerkannt hätten, veranlaßte das Gericht, den ehemaligen Ministerpräsidenten Scheidemann als Zeugen zu laden. Dieser behauptete, nichts von dem Schriftstück zu wissen. Auf die Anfrage des Verteidigers, Dr. Rosenfeld, ob ihm bekannt sei, daß die Besatzung bereit gewesen wäre, die Gebäude am Ende der Verhandlungen ohne Blutvergießen freiwillig zu räumen, erklärte er:

> „Wir konnten die Gebäude nicht als Faustpfänder benutzen lassen und uns zu politischen Konzessionen bereit erklären."

Und auf den Vorwurf Rosenfelds, er habe das Militär beauftragt, gewaltsam vorzugehen, antwortete Scheidemann:

> „Für eine Regierung, die sich nicht lächerlich machen will, war das selbstverständlich."

Er gibt ferner zu, daß die Regierung damals in schwerster Bedrängnis war, weil sie gar nicht sicher war, ob sie des Aufstandes würde Herr werden können, weil sie nicht wußte, welche militärische Macht ihr zu Gebote stand. Hierauf stellt Rechtsanwalt Weinberg einen Antrag, der die Frage enthält, ob die damalige Reichs- und preußische Regierung nicht mit der Möglichkeit gerechnet hat, daß sie vor dem Sturze steht und sie den Vertretern der revolutionären Arbeiterschaft Platz machen müsse. Die Frage sei erheblich, denn würde sie bejaht, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines Freispruchs. Sie führe zu der Feststellung, daß es sich nicht um einen Widerspruch gegen einen intakten Regierungsapparat handelt, sondern um einen Kampf um die Staatsgewalt.

Das Gericht läßt sich jedoch darauf nicht ein. Scheidemann gibt zu, daß die Regierung den „Aufrührern" versichert habe, daß sie nicht erschossen werden würden. Trotzdem sind aber Erschießungen vorgenommen worden, da sich die Regierungstruppen über die Gesetze einfach hinweggesetzt haben, während man die Angeklagten nach ihnen verurteilen will.

Ueber die Mißhandlungen und Ermordungen der Parlamentäre in der Dragonerkaserne will Scheidemann natürlich nichts wissen, auch der Leutnant v. Broeck, der in der Kaserne anwesend war, bestreitet, daß Erschießungen vorgekommen sind. Angeklagter Braß erbietet sich, 300 Zeugen beizubringen, daß dieser Leutnant einen Meineid schwört. Nur die Mißhandlungen will Broeck gesehen haben. Der Angeklagte Wollny erzählt davon:

> **„Ich bin mit einer zollstarken Peitsche blutig geschlagen worden und zusammengebrochen, ich habe hilflos im Schlamm und Dreck gelegen und bin dann in den Stall geschmissen worden, daß ich beinahe verreckt wäre. Das muß der Leutnant gesehen haben.**

Der Prozeß beweist also zweierlei. Erstens, daß die Regierungstruppen in geradezu bestialischer Weise mit den revolutionären Arbeitern umgesprungen sind, zweitens aber, daß die Herren Scheidemann und Genossen die Schuld für die blutigen Vorgänge tragen. Scheidemann hat es nun zugeben müssen, daß die regierenden Sozialisten damals auf von den Revolutionären angebotene Verhandlungen nicht eingingen, „um sich nicht lächerlich zu machen". Man wollte „keine Konzessionen machen", man hielt es „für selbstverständlich", dem Militär den Auftrag zum gewaltsamen Vorgehen zu geben, also Arbeiterblut zu vergießen. Diese unumstößlichen Feststellungen in dem Prozeß, der noch nicht zu Ende ist, zeigen aufs klarste, wie schändlich diese Sozialverräter gehandelt haben. Sie wagen es noch, sich dem Volke als Sozialisten und Beglücker zu präsentieren. Wie lange noch?

Gewerkschaftliches

Streik der Holzarbeiter in Halle

Seit 5 Wochen stehen die Holzarbeiter in Halle im schweren Kampfe um die Anerkennung und Durchführung des vom Arbeitseberschutzverband abgelehnten Reichstarifs. — Nach neuntägigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberschutzverband der Tischlerzwangsinnung vor dem Schlichtungsausschuß ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der den im Reichstarif enthaltenen Forderungen nicht im entferntesten Rechnung trägt, die grundsätzlichen Forderungen der Holzarbeiter geradezu über den Haufen wirft. — Diesen Schiedsspruch haben die Holzarbeiter in einer überfüllten Versammlung abgelehnt und mit unverminderter Einmütigkeit die Fortführung des Kampfes beschlossen. Die Holzarbeiter im ganzen Reich werden ersucht, ihre Halleschen Kollegen in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe weitgehendst zu unterstützen, und vor allem jeden Zuzug zu vermeiden, sowie jedwede Lieferung um Zufuhr von Möbeln, Pianos, Musikwerken und sonstigen Erzeugnissen der Holzindustrie aller Art und unter allen Umständen zu verhindern.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Sektion Kraftwagenführer.

Donnerstag, abends 6 Uhr:

Versammlung

im **„Volkshaus"**.

Erscheinen aller Kraftwagenführer erforderlich.

Die Sektionsleitung.

Elegante

Herren- u. Damengarderoben

sowie zugebrachter Stoff

wird sauber und zu soliden Preisen angefertigt.

Für tadellosen Sitz wird garantiert.

Gust. Birnitzer, Schneidermeister

Fleischerstraße 5, hinten, rechts.

Volkshochschule Elbing

(begründet als **„Elbinger Fortbildungskurse"** im Januar 1919).

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1919/20.

Gruppe A (Unterricht).

1. Rektor Pettelkau: Deutsch (Unterstufe). Montags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 3. November 1919. 2. Mittelschullehrer Fester: Deutsch (Oberstufe). Montags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 3. November 1919. 3. Rektor Sablotny: Chemie (Unterstufe): Dienstags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 4. November 1919. 4. Chemiker Lengning: Chemie (Oberstufe). Dienstags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 11. November 1919. 5. Lehrer Krause: Rechnen (Unterstufe). Donnerstags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 6. November 1919. 6. Rektor Dammin; Rechnen (Oberstufe). Donnerstags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 6. November 1919. 7. Rektor Stach: Allgem. Staatsbürgerkunde. Freitags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 7. November 1919. 8. Rektor Reinhardt: Raumlehre. Montags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 19. Januar 1920. 9. Rektor Stach: Kaufm. Rechnen. Dienstags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 20. Januar 1920. 10. Fräulein Hillhagen: Stenographie. Donnerstags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 22. Januar 1920. 11. Mittelschullehrer Friese: Physik (Unterstufe). Freitags 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 23. Januar 1920. 12. Ingenieur Giefer: Physik (Oberstufe). Mittwochs 5½ bis 7½ Uhr. Beginn: 21. Januar 1920.

Jeder Lehrgang umfaßt 18 Stunden (je 2 Stunden an 9 Unterrichtstagen).

Es finden statt: Lehrgang 3 im Physikzimmer der Hansaschule, Poststraße 2, Lehrgang 4 im Physikzimmer der Kaiserin-Auguste-Viktoriaschule, Lehrgang 11 und 12 im Physikzimmer der Altstädt. Knabenschule, Burgstraße 16a, alle anderen Lehrgänge im Jugendheim, Kalkscheunstraße 17/18.

Gruppe B (Vortragsreihen).

1. Fräulein Gewerbelehrerin Scheessel: Frauenvorträge. a) Die Hausfrau und die Gesundheit ihrer Familie. Freitag, 7. November 1919. b) Richtlinien für die Säuglings- und Kinderpflege. Dienstag, 11. November 1919. c) Die Aufgaben der Frau in der Kinderstube. Freitag, 14. November 1919. d) Die Hauswirtschaft, ein wichtiger Teil der Volkswirtschaft. Dienstag, 18. November 1919. e) Die Familie, die Grundlage des Staates. Freitag, 21. Novbr. 1919. 2. Studienrat Dr. Müller; Der deutsche Wald und seine Bewohner. Dienstag, 2., Freitag, 5., Dienstag, 9., Freitag, 12. Dezember 1919. 3. Studienassessor Krüger: Die Anfänge des Kapitalismus im deutschen Mittelalter. Dienstag, 6., Freitag, 9., Dienstag, 13., Freitag, 16. Januar 1920. 4. Pfarrer Heuer: Große deutsche Maler des 19. Jahrhunderts. Dienstag, 27., Freitag, 30. Jan., Dienstag, 3., Freitag, 6. Februar 1920. 5. Spezialarzt Dr. Rothmann; Bau und Funktionen des menschlichen Körpers. Dienstag, 17., Freitag, 20., Dienstag, 24., Donnerstag, 26. Februar 1920. 6. Stadtbaurat Braun: Weltstädte der Baukunst. Dienstag, 9., Freitag, 12. März 1920. 7. Oberlehrer Dr. Brenke: Hebbels Dramen. Dienstag, 16., Freitag, 19., Dienstag, 23., Freitag, 26. März 1920. 8. Aufführung im Stadttheater: Hebbels Maria Magdalene. Sonabend, 27. März 1920.

Gruppe C. (Einzelvorträge.)

1. Studienrat Dr. Ehrlich: Das Leben der alten Preußen Mittwoch, 12. Nov. 1919. 2. Prakt. Arzt Dr. Fabian: Winke für Gesunderhaltung Mittwoch, 3. Dez. 1919. 3. Oberlehrer Dr. Ryll: Konstantinopel Mittwoch, 10. Dez. 1919. 4. Diplom-Handelslehrer Haedicke: Jahresabschluß und Steuererklärung des Privatmannes Mittwoch, 7. Januar 1920. 5. Stadtrat Dr. Busse: Mietskaserne und Kleinhaus in ihren sozialen Wirkungen Mittwoch, 14. Jan. 1920. 6. Prakt. Arzt Dr. Kranz II: Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung Mittwoch, 28. Jan. 1920. 7. Diplom-Handelslehrer Haedicke: Deutschlands Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln aus dem Ausland Mittwoch, 4. Febr. 1920. 8. Schulrat Ringleb: Moderne Erziehungsaufgaben Mittwoch, 18. Febr. 1920. 9. Musikdirektor Wagner: Das deutsche Volkslied Mittwoch, 25. Febr. 1920. 10. Spezialarzt Dr. Heymann: Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten Mittwoch, 10. März 1920. 11. Justizrat Aron: Die Frau im bürgerlichen Gesetzbuch Mittwoch, 17. März 1920. 12. Studienrat Dr. Ehrlich: Alt-Elbinger Giebelhäuser Mittwoch, 24. März 1920.

Die Vorträge der Gruppen B und C finden im Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule statt und beginnen abends 8 Uhr. Nach den Vorträgen: Besprechstunde.

Gruppe D. (Arbeitsgemeinschaften.)

1. Studienassessor Krüger: Landeskunde und Geschichte von Westpreußen. 15 Stunden. Beginn: Montag, 3. Nov. 1919, 8—9 Uhr abends. 2. Dr. Schröder: Grundfragen des seelischen Lebens. 15 Stunden. Beginn: Donnerstag, 8. Jan. 1920, 8—9 Uhr abends. 3. Studienrat Dr. Graf: Das Wichtigste aus der Zellenlehre. 15 Stunden. Beginn: Montag, 12. Jan. 1920, 8—9 Uhr abends.

Am ersten Abend jeder Arbeitsgemeinschaft werden die weiteren Termine von dem Leiter im Einvernehmen mit den Besuchern festgelegt werden. Unterrichtsraum: das Physikzimmer der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule.

Aenderungen des Lehrplans bleiben vorbehalten.

Zum Besuch der angekündigten Unterrichtsstunden und Vorträge ist jede über 18 Jahre alte Person berechtigt. Die Vortragsreihe B 1 ist nur für Frauen und Mädchen bestimmt.

Es kosten
in Gruppe A: der einzelne Lehrgang 2 Mk., jeder weitere von demselben Besucher belegte Lehrgang 1 Mk.
in Gruppe B: die einzelne Vortragsreihe 1 Mk., die Vortragsreihen 2—7, durch Gesamtkarte belegt, 3 Mk.;
in Gruppe C: der einzelne Vortrag 0,25 Mk., alle Vorträge, durch Gesamtkarte belegt, 2 Mk.;
in Gruppe D: die einzelne Arbeitsgemeinschaft 5 Mk.

Der Kartenverkauf findet von Donnerstag, 30. Oktober, ab, an den Wochentagen von 11—12 und 4—5½ Uhr in der Stadtbücherei, Am Lustgarten 6, I, für die Gruppen B und C, außerdem an den Vortragsabenden am Saaleingang statt. Die Hörer des Vortrages B 7 sollen bei dem Verkauf der Karten für die Theateraufführung B 8 bevorzugt werden, worüber das Nähere zu gegebener Zeit mitgeteilt werden wird.

Elbing, im Oktober 1919.

Der Arbeitsausschuß für die Volkshochschule Elbing.

Gewerkschaftskartell der freien Gewerkschaften. **Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Duncker).** **Christlicher Metallarbeiterverband.**
Arbeitsgemeinschaft technischer und kaufmännischer Verbände.
Evangelischer Arbeiterverein. **Katholischer Arbeiterverein** **Evangel. Arbeiterinnenverein.** **Bund technischer Angestellten und Beamten.** **Verein erwerbstätiger kathol. Frauen und Mädchen.** **Verein der weiblichen Angestellten.**
Oberbürgermeister **Dr. Merten.** Schulrat **Ringleb.** Stadtrat **Dr. Busse.** Stadtbibliothekar **Dr. Lockemann,** als Geschäftsführer.

Stadtverordnetenwahl.

Nachdem die Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung auf den 30. Novbr d. Js. festgesetzt sind, werden die Wählerlisten hierzu in der Zeit von

Mittwoch, den 29. d. Mts., bis einschließlich 5. November d. Js.

wie in untenstehender Nachweisung angegeben zu jedermanns Einsicht ausliegen, und zwar wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, und Sonntag, den 2. n. Mts., von 9—1 Uhr vormittags.

Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb der Auslegungsfrist bei dem Magistrat schriftlich anzeigen oder bei den von uns bestellten Kommissaren:

Herrn Magistratssekretär Schröter, Rathaus, Zimmer 10,
„ Bureauhilfsarbeiter Arndt, IV. Polizeirevier,

während der vorstehend festgesetzten Zeit mündlich zu Protokoll geben.

Die Beweismittel zum Einspruch sind, soweit die Richtigkeit der Behauptungen nicht offenkundig ist, beim Erheben des Einspruchs beizubringen. (§ 4 Abs. 1 der Wahlordnung vom 30. November 1918 — R. G. Bl. S. 1354.)

Einsprüche, die nach Ablauf der Auslegungsfrist angebracht werden, können nicht berücksichtigt werden. (§ 9 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 — R. G. Bl. S. 1346.)

Besonders wird darauf hingewiesen, daß nach § 10 des Reichswahlgesetzes das Wahlrecht nur in dem Stimmbezirke ausgeübt werden kann, wo der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist.

Die Wählerlisten sind auf Grund der Personalkarten des Ernährungsamts aufgestellt.

Die am 20. d. Mts. auf den gelben Markenausweiskarten befindliche Wohnungsangabe ist für die Bezirkszuteilung maßgebend gewesen.

Alle diejenigen Personen, die noch nicht endgültig in die Lebensmittelversorgung der Stadt Elbing aufgenommen sind, werden noch ganz besonders auf die Einsichtnahme in die Wählerlisten und gegebenenfalls auf rechtzeitige Stellung des Antrages wegen Aufnahme in diese aufmerksam gemacht.

Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Reichsangehörigen, die bis zum 29. d. Mts. 20 Jahre alt, bis zum 30. November d. Js. 6 Monate hier aufhaltsam sein werden und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Nachweisung

der Stimmbezirke und der Räume, in denen die Wählerlisten eingesehen werden können.

Stimmbezirk	
	Stimmbezirk I-VI: Vorzimmer zum Stadtverordneten-Sitzungssaal Eingang am Lustgarten
I.	Am Elbing, Am Wasser, Berliner Chaussee, Berlinerstraße, Börsenstraße, Claaßenhöfchen, Grubenhagen von Nr. 31—Ende, Lange Bahn, Möhrchenstraße, Müllerstraße, Schiffer auf dem Elbingfluß, Schiffsstraße, Schillingsbrücke, Schwedenstraße, Wallstraße, Wansau, Wasserstraße,
II.	Am Kraffohlsdorfer Weg, Conventstraße, Danzigerstraße, Grubenhagen Nr. 1—30, Heringstraße, Klosterhof, Körperstraße, Kraffohlsdorf soweit zum Stadtkreis Elbing gehörig, Kürschnerstraße, Schiffsholm, Schleusendamm, Tiegenhöfer Chaussee, Wilhelmstraße Nr. 55—62, Wollstraße,
III.	Alter Markt, Am Markttor, Am Schmiedetor, Alst. Wallstraße, Fischerstraße, Kettenbrunnenstraße, Marktorstraße, Mauerstraße, Schmiedestraße, Spiering-Wilhelmstraße Nr. 1—54, Wollweberstraße,
IV.	Am Lustgarten, Brückstraße, Burgstraße, Dienerstraße, Fleischerstraße, Gymnasiumstraße, Gr. Hommelstraße, Gr. Hommelstallstraße, Heil. Geiststraße, Kl. Hommelstraße, Kl. Hommelstallstraße, Kalkscheunstr., Stadthofstraße und Theaterplatz,
V.	Fischervorberg, Holzstraße, Inn. Vorberg, Jungferndamm, Kreuzstraße, Neustädt. Fähre, Ritterstraße, Roßwiesenstraße und Storchstraße,
VI.	Grabenstraße, Holländerstraße, Innerer Marienburgerdamm, Schottlandstraße, Zimmerstraße.
	Stimmbezirk VII-XI: Rathaus Zimmer 10, 1 Treppe
VII.	Aeuß. Mühlendamm Nr. 1—9 und Nr. 90—100, Bekleidungsinstandsetzungswerkstätte, Bismarckstraße, Friedrichstraße, Friedrich-Räuberstraße, Friedrich-Wilhelmplatz, Garnisonkommando, Hohezinn-, Hospital-, Jakobstraße, Inn. Mühlendamm, Kehrwieder-, Moltke-, Mühlen-, Nitschmann-, Pfeffer-, Post-, Roon-, Sturm-, Tauben-, Töpfer-, Vorbergstraße.
VIII.	Fleischer-, Grünstraße Nr. 1—13 und Nr. 54—Ende, Hansa-, Königsbergerstraße Nr. 1—25 und 101—Ende, Kegel-, Leichnamstraße 1—7, Löser-, Logen-, Prediger-, Sonnenstraße Nr. 1—15 und Nr. 66—Ende, Traubenstraße.
IX.	Kastanienallee Nr. 1—12 und Nr. 99—Ende, Hl. Leichnamstraße Nr. 8—57 und Nr. 118—141, 1. Nieder-, 2. Niederstraße Nr. 1—6.
X.	Brandenburger-, Gr. Lastadien-, Gr. Strom-, Kl. Lastadien-, Kl. Stromstraße, Kastanienallee Nr. 13—26 und Nr. 90—98, Hl. Leichnamstraße Nr. 141 b bis Ende, Maaß-, 2. Niederstraße Nr. 7—Ende, 3. Niederstraße, Reiferbahn, Schichaustraße, Schiffbauplatz, Treideldamm, Ziegelscheunstraße, Ziegelwerder.
XI.	Gr. Wunderberg, Kl. Wunderberg.
	Stimmbezirk XII und XIII: Rathaus Zimmer 27, 2 Treppen
XII.	Hl. Leichnamstraße Nr. 58—70 und 99—117, Gr. Rosen-, Kl. Rosen-, Sternstraße Nr. 1—12 und 47—Ende.
XIII.	Hochstraße Nr. 1—38, Kautstraße, Kl. Teichhof, Königsbergerstraße 26—100, Reservelazarett, Taubstummenheim, Sternstraße 13—46, Stolzenmorgen. Vogelsang, Waldschlößchen.
	Stimmbezirk XIV-XVI: Polizei-Revier IV, Hauptstraße
XIV.	Hochstraße Nr. 81—Ende, Kastanienallee 27—65 und Nr. 72—98, Hl. Leichnamstraße 71—98, Mattendorfstraße.
XV.	Brauereistraße, Englisch Brunnen, Hochstraße 39/40—80, Kürschnersreihe—Paugritzstraße, Paulikirchstraße, Querstraße.
XVI.	Adalbert-Kirch-, Benkensteiner, Haupt-, Hinterstraße, Kastanienallee 66—71, Klosterstraße, Lärchwalderweg, Schloßstraße.
	Stimmbezirk XVII-XIX: Rathaus Zimmer 27, 2 Treppen
XVII.	Aeuß. Mühlendamm Nr. 10—26 und 61—89, Blumenstraße, Johannisstraße Nr. 14—Ende, St. Annenplatz.
XVIII.	Aeuß. Mühlendamm 41—60, Bergstraße, Kl. Röbern, Neuegutstraße, Pulvergrund, Sanssouci, Strauchmühle, Thumberg, Wittenfelde, Wittenfelderstraße.
XIX.	Aeuß. Mühlendamm 27—40, Grünstraße Nr. 14—53, Ilgnerstraße, Sonnenstraße 16—64/65.
	Stimmbezirk XX-XXV: Rathaus Zimmer 41, 2 Treppen
XX.	Am Holländertor, Anker-, Bader-, Bahnhof-, Dietrich-, Herrenstraße, Holländer Chaussee Nr. 1—18a, Johannisstraße Nr. 1—13, Junkerstraße, Militär-Meldeamt, Neust. Grünstraße, Neust. Rosenstraße, Neust. Schmiedestraße, Neust. Stallstraße, Neust. Wallstraße, Schulstraße.
XXI.	Aeuß. Marienburgerdamm, Bahnwärterhaus 28, Drausenkampe, Kolonie Trettinkenhof, Petristraße,
XXII. XXIII.	Acker-, Feld-, Flur-, Garten-, Gr. Zahler-, Kl. Zahler-, Wiesenstraße, Altst. Roßgarten, Bahnhof, Bahnhofskommandantur, Baumschulenweg, Comenusstraße, Fliegerstation, Garnisonlazarett, Holländer Chaussee Nr. 18b—Ende, Kriegsverpflegungsanstalt, Neust. Feld, Pott-Cowlestraße Nr. 1—7, und Nr. 11—Ende, Trettinkenhof, Trusostraße,
XXIV.	Georgendamm, Hindenburgstraße Nr. 1—1c und Nr. 20b—Ende, Hochmeisterstraße, Karlstraße, Lindenstraße, Talstraße,
XXV.	Am Stadtfeld, Arndtstraße, Blücherstraße, Abwicklungskommando Inf.-Regt. 148, Abwicklungskommando Pferdedepot 20. A.-K., Friesestraße, Garnisonverwaltung, Gneisenaustraße, Hindenburgstraße Nr. 2—20a, Landwehrstraße, Mackensenstraße, Pestalozzistraße, Pott-Cowlestraße Nr. 8—10, Weingarten soweit zum Stadtkreis Elbing gehörig, Yorkstraße.

Elbing, den 27. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Mittwoch
Fleisch- und Fleischwurstverkauf
Roßschlächterei
Georgendamm 15.

Königl.
Adler-Apotheke
Brückstraße 19
Anfertigung sämtl. Krankenkassenrezepte

Zigarren, Zigaretten
rein orientalische Sorten, englische Zigaretten verschiedene Marken, sowie prima Rauch-, Kau- und Schnupftabak empfiehlt preiswert
C. Becker, Georgendamm 8.

Malerlehrling
bei hoher Entschädigung stellt ein **E. Szczelinski,** Malermeister, Neust. Wallstraße 33.

Jungen
zum Straßenverkauf unserer Zeitung gesucht.
Meldungen in der Expedition Spieringstraße 21.

Lichtspielhaus.
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!
Täglich 3.25 und 7,30 Uhr.
Bruno Kastner
in
Das Herz des Casanowa.
Schauspiel in 1 Vorspiel und 3 Akten.
Die Lüge des Pia Mahren.
Drama in 5 Akten.
Täglich 3,25 und 7,30 Uhr.

Spielplan
C.T. Brückstrasse 15 **C.T.**
Nur 3 Tage! **Von Dienstag b. Donnerstag.** Nur 3 Tage!
Extrablatt!
Fred Horst ermordet!
Fred Horst neustes Abenteuer. — Aus dem Tagebuch von Fred Horst's Boy. — **Detektiv-Abenteuer** in 4 Akten.
Bruno Eichgrün als Fred Horst.
Zweiter Schlager auch für Kinder erlaubt.
Des Ringes Fluch!
Spannendes Seemannsdrama in 4 Akten.
Nur noch **Mittwoch** und **Donnerstag nachm. 3 Uhr:**
Große Kinder- u. Familienvorstellung
Erwachsene haben für 1 Kind freien Eintritt.
Anfang 3 Uhr, abends 7.30 Uhr.
Kassenöffnung eine halbe Stunde vorher.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Anzüge werden sauber und billig repariert, gereinigt und gebügelt.
M. Schepanski,
Wilhelmstraße 15.

Schw. Jackett u. Weste
billig zu verkaufen.
Wilhelmstraße 32.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden [illegible] Wochentag mit Haus
Bezugspreis in Elbing [illegible] monatlich
vierteljährlich 4.80 Mark, [illegible] Mark 4.20
1.60 Mark; bei den Abholeste[illegible] 15 Pfg.
bezw. 1.40 Mk. Einzelnumme[illegible] Petit-
Anzeigenpreis: einspaltig[illegible] 50 Mk.
zeile 45 Pfg., im Reklameteil

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 7 | **Mittwoch, den 29. Oktober 1919** | **1. Jahrgang**

Was der [illegible]tag bringt

Einigung der russischen Arbeiter. Aus P[illegible]ersburg wird gemeldet: Die [illegible]ernste [illegible]lage der Sowjet-Regierung hat alle Pa[illegible]meien geeinigt. Die Arbeiter-vereine und ehemaligen Gewerkscha[illegible]sten hätten in Moskau auf einer außerordentlichen Konferenz beschl[illegible]en, mit der Verteidigungs-kommission im Einvernehmen zu ar[illegible]iten.

Trifft diese Meldung zu, dann [illegible] hat die Gegenrevolution ein Resultat gezeitigt, mit dem wir woh[illegible] zufrieden sein können.

Gegen die Intervention. Eine R[illegible]versammlung in London stellte [illegible] die englische Regierung folgende Forderungen:

1. Sofortige Zurückziel[illegible]ung der englischen Truppen aus Rußland.
2. Einstellung der Belieferung [illegible]antibolschewistischer Truppen mit Waffen.
3. Friedensschluß mit de[illegible] gegenwärtigen russischen Regierungen auf der Grundlage der Selbstbestimmung für die verschiedenen Nationen im Innern Ruß[illegible]lands.

Kein Geld da. Aus Berlin wird [illegible]us geschrieben: Während man für die durch den [illegible] Krieg geschädigten Unter-nehmer Milliarden über Milliarden aus[illegible]geworfen hat, ist für die Aermsten der Armen, die Familien d[illegible]r Kriegsgefangenen, kein Geld vorhanden. Der Reichsminist[illegible]r des Innern, Dr. Koch, erklärt in der Antwort auf eine kleine An[illegible]frage, daß für die Unter-stützung bedürftiger Kriegsgefangener u[illegible]nd ihrer Familien keine weiteren Mittel außer den hierfür berei[illegible]bestellten 150 Millionen Mark ausgeworfen werden könnten. Di[illegible]e Finanzlage des Reichs mache das unmöglich. Nicht unmöglich ab[illegible]er ist es dem Reich, für einzelne Erwerbsgruppen, etwa die Reed[illegible]er., Milliardengeschenke auszuwerfen! Auch diese Tatsache beleu[illegible]chtet trefflich den Geist des neuen „Volksstaates" Deutschland.

Ein Volkshaus in London. Durch Zusammenwirken [illegible]von Arbeiterpartei, Ge-werkschaften und Genoss[illegible]enschaften beabsichtigt man in London ein Vo[illegible]lkshaus zu errichten, dessen Kosten auf 900 000 Pfund Sterling (18 Millionen Mark) veranschlagt werden.

Die Tiroler Genossen gegen Annexion. Nach Berichten it[illegible]alienischer Zeitungen sandten die Soziali[illegible]sten Tirols eine auf einem außerordentl[illegible]ichen Parteikongreß einstimmig gefaßte Entschließung an die sozi[illegible]alistische Gruppe des italienischen Parlaments, in der sie die it[illegible]alienischen Genossen dringend baten, die Rechte Südtirols zu ve[illegible]rteidigen, mit allen Mitteln auf ihre Regierung einzuwirken, daß Tirol von Deutsch-Oesterreich nicht getrennt würde und so die Vergewaltigung der Selbständigkeit dieses rein deutschen Landes zu verhindern.

Der Zustand Haases. Nach eingehenden Beratungen haben sich die behandelnden Aerzte zur Amputation des verletzten Beines entschlossen. Die Operation fand Montag mittag statt. Bei der allgemeinen Schwäche des Patienten ist der Zustand nach wie vor sehr ernst.

Vollstrecktes Todesurteil. Havas meldet aus Paris: Der wegen Einverständnisses mit dem Feinde zum Tode verurteilte Lonsit ist in Vincennes hingerichtet worden.

Ein Polizist als Wucherer. Vor kurzem ist in Braunschweig ein Polizist wegen Schleichhandel festgenommen worden. Derselbe steckte mit einem Schleichhändler, der bei einem Dritten Zucker bestellt hatte, unter einer Decke. Der Zucker wurde dann von Beamten in dem Moment als er an den Schleichhändler abgeliefert werden sollte, amtlich beschlagnahmt und dann verwandten die Beiden die beschlagnahmte Ware für sich.

Der Baltikumschieber im Reichstag. Der Vorwärts teilt mit: Ohne Rücksicht auf das deutsche Volk wird immer mehr versucht, den Westrussen und den zu ihnen von der deutschen Fahne Geflüchteten ihren Kriegsbedarf aus Deutschland heimlich und durch Diebstahl am Reichsbesitz zuzuführen. Nur dadurch, daß gestern nachmittag ein Angehöriger des Reichsministeriums auf einen Baltikumschieber, der in russischer Uniform im Reichstag war, aufmerksam wurde und sofort seine Vernehmung und die seines Begleiters bewirkte, ist es möglich gewesen, zuzugreifen. Der Reichswehrminister wird dem Treiben der Agenten der westrussischen Armee in Berlin scharfe Aufmerksamkeit zuwenden.

Unterschlagung in Hamburg. Der Unterzahlmeister der Hamburger Sicherheitspolizei Abt. 1 Thümeyer ist nach Veruntreuung von 80 000 Mark defraudiert.

Pressefreiheit. Die in Thorn erscheinende rechtssozialische Freie Presse wurde von dem Gouverneur der Festung auf drei Tage verboten, weil das Blatt den Artikel der Freiheit nachgedruckt hatte, in dem diese Mitteilungen über die Flucht von Offizieren und Mannschaften des Infanterieregiments Nr. 21 machte. Dabei enthielt jener Artikel nur tatsächliche Angaben. — Die Deutsche Zeitung ist ebenfalls wieder, diesmal auf unbestimmte Zeit, verboten.

„Jede Hoffnung verloren." Einige Pariser Abendblätter lassen durchblicken, und Chicago Tribune bestätigt es, daß man in Pariser diplomatischen Kreisen jede Hoffnung verloren habe, daß General Judenitsch Petersburg einnehmen könne. Auch Populaire erklärt, der Mißerfolg des Generals Judenitsch werde bestätigt. Chicago Tribune glaubt sogar, daß Judenitsch vielleicht vor bolschewistischen Kräften den Rückzug (!) antreten müsse und daß die Rote Armee möglicherweise sogar einen Teil der baltischen Provinzen besetzen werde.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Nach ausgedehnter Tagung hat der Verbandstag der deutschen Metallarbeiter seinen Abschluß gefunden. Seine Verhandlungen und Beschlüsse reihen ihn ein in die Kongresse, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ihren historischen Platz gefunden. Mit Spannung sah man der Tagung entgegen. Nicht nur die Metallarbeiter schauten auf ihn, sondern mit ihnen das gesamte klassenbewußte Proletariat, weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Der Metallarbeiterverband verkörpert mit 1 400 000 Mitgliedern die weitaus stärkste Gewerkschaft der Welt. Innerhalb des Verbandes rangen seit Jahren die Geister. Schon auf dem Verbandstag in Köln im Jahre 1917 kämpfte eine erhebliche Minorität gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaften, die ihre Träger auch im Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes gefunden hatte, entschieden an. Auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß lehnte es jedoch bereits die Mehrheit der Metallarbeiterdelegation ab, Legien und Genossen ein Vertrauensvotum auszustellen. Das war der erste Auftakt zum Verbandstage. Beide Richtungen wußten, daß es galt, in Stuttgart die Kräfte zu messen, daß dort die Entscheidung fallen würde. Dementsprechend auch das Interesse an den Delegiertenwahlen. Auf dem Verbandstage selbst stellte sich am ersten Verhandlungstage heraus, daß die Opposition über eine feste Mehrheit verfügte. Umsonst war das Bemühen, diese Mehrheit künstlich zu korrigieren. Vorstandsanhänger versuchten, unter Zuhilfenahme eines höchst eigenartig konstruierten Wahlreglements sämtliche Mandante der Berliner Delegierten (52, die geschlossen zur Opposition standen), für ungültig zu erklären. Umsonst. Man verlangte bei der Abstimmung die Ausschaltung der Berliner Delegierten. Doch die Rechnung war zu früh gemacht worden. Erstens entschied auch ohne Berlin die Mehrheit für Gültigkeit, zweitens war die rechtliche Mitentscheidung der Berliner Delegierten unbestritten durch die gleiche Praxis früherer Verbandstage. Nachdem dann noch den zehn Dresdener opp. Delegierten das Mandat zugesprochen wurde — dieselben wurden mit etwa tausend Stimmen Mehrheit gewählt —, doch hatten Wahlkomitee und Vorstand ihre Mandate zugunsten anderer kassiert — stand das Stärkeverhältnis auf dem Verbandstage fest. Die Mehrheit (Opposition) verfügte über etwa 200 Stimmen, die Minderheit (Vorstandsanhänger) über etwa 130. Beide Gruppen bildeten ihre Fraktionen. Bis es zur endgültigen Konstituierung der Generalversammlung kam, gingen drei Tage dahin. Vorher wurde Stellung zum Berliner Metallarbeiterstreik genommen. Einstimmig bekundete der Verbandstag den im Kampf stehenden Kollegen Sympathie und Solidarität, gleichzeitig protestierend gegen die von den Regierungsorganen und Behörden gegen die Streikenden gerichteten Maßnahmen.

Dann setzte die grundsätzliche Auseinandersetzung über die Gewerkschaftspolitik und die zukünftigen Wege der Organisation beim Vorstandsbericht ein. Beim Geschäftsbericht wurde Reichel (Hauptvorstand) von Kummer als „Korreferent" der Rechten sekundiert. Ihnen trat Gen. Dißmann, Frankfurt a. M. als Korreferent der Opposition entgegen. Für die Arbeitsgemeinschaften plädierte Zernicke vom Hauptvorstand, gegen ihn sprach Gen. Richard Müller, Berlin. Nach dreitägiger Redeschlacht folgte das Votum der Delegierten. Mit 194 Stimmen (etliche Delegierte waren abgereist) gegen 129, wurde die von Generalkommission und Gewerkschaftsinstanzen seit Kriegsausbruch betriebene Politik verworfen und verlangt, daß die Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den revolutionären Klassenkampf und das Rätesystem einzustellen seien. Die Arbeitsgemeinschaften wurden abgelehnt, ein Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum nur insoweit bejaht, wie dieses durch den Abschluß von Abkommen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen bedingt ist. Der Verbandstag sprach sich ferner für die Schaffung eines Industrieverbandes für alle Hand- und Kopfarbeiter aus. Damit hatte der Verbandstag mit großer Mehrheit seinen Willen klar und unzweideutig bekundet. Leider kam die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht ganz zustande, um auch das Verbandsstatut in entscheidendem Sinne zu ändern. Hier bleibt der nächsten Zukunft noch ein gut Stück Arbeit übrig. Eine allgemeine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung lehnte der Verbandstag ab. Dagegen wurde die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung von 14 auf 30 Mark pro Woche erhöht, wozu weitere Zuschläge für Frau und Kinder kommen. Die Delegation zum internationalen Metallarbeiterkongreß setzt sich aus sechs Kollegen der U. S. P. D. und drei der S. P. D, zusammen.

Der seitherige Verbandsvorsitzende, Alexander Schlicke, (jetziger Reichsarbeitsminister) nahm brieflich seinen Abschied. Der Vorstand besteht zukünftig aus neun Personen, von denen sechs aus den Reihen der Opposition neu gewählt wurden, darunter die beiden Redakteure des Verbandsorgans und die zwei Ausschußvorsitzenden.

Der Verbandstag hat ein gut Stück Arbeit geleistet. Die größte deutsche Gewerkschaft hat der Politik der Generalkommission und Verbandsvorstände eine scharfe Absage erteilt und in ihren Beschlüssen, in der Zusammensetzung des Vorstandes, der Redaktion des Verbandsorgan usw. zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt ist, zukünftig mit dem revolutionären Proletariat gemeinsam zu marschieren, Haltung und Politik des Verbandes so einzustellen, wie es das gegenwärtige entscheidende Ringen des Proletariats in seinen Befreiungskampf erfordert. Sicherlich werden sich der neuen Verbandsleitung und der Verbandstagsmehrheit viele Hindernisse in den Weg stellen. Auch die unterlegene Minderheit wird zweifellos alles aufbieten, um wieder die alte Machtposition zurückzugewinnen. Doch die Entwicklung schreitet vorwärts: unsere revolutionären Kampfgenossen im Metallarbeiterverband werden ihren Mann zu stellen wissen. Die Rechtsler sind natürlich mit dem Kongreß höchst unzufrieden. Ihre Presse schmäht die Mehrheit des Verbandstages und ihre Beschlüsse. Vom „Stuttgarter Spuk" u. a. war schon während der Tagung in den rechtssozialistischen Organen zu lesen. Auf einen ähnlichen Ton sind ihre Nachbetrachtungen gestimmt. Da wurde der Ausflug ins Remstal zu einer „Weinprobe der Revolutionäre"; man unterschlägt, daß die Mehrheit nur aus kollegialer Rücksichtnahme den Ausflug akzeptierte! Daß sich der Verbandstag erst am vierten Tag konstituierte, wird der Opposition als Schuld zugeschoben, während in Wirklichkeit die andere Seite dauernd Obstruktion machte. Man schreibt ferner, die Opposion habe als Mehrheit ihre Macht gründlich ausgeübt. Diese Heulmeierei steht den Herrschaften wirklich nett, die jahrzehntelang von ihrer Macht rücksichtslosen Gebrauch machten. Mehr als einmal ist ihnen diese stets geübte Praxis in Stuttgart unter die Nase gerieben worden. Die Opposition ging ruhig, sicher und unbeirrt ihren Weg. Konsequent faßte sie ihre Beschlüsse — da gab es kein Kompromiß — während sie in den Kommissionen wie auch später bei der Vorstandswahl der heutigen Minderheit eine Vertretung gewährte. Mögen die Herren von der Rechten schimpfen. Wer ob seiner Politik von der größten Gewerkschaft so heimgeleuchtet bekam, dessen Schmerz ist wohl zu verstehen.

Der Metallarbeiterverbandstag hat eine entscheidende Bedeutung weit über den Rahmen der Metallarbeiter hinaus. Sein Verlauf und seine Entschließungen werden auch den oppositionellen, revolutionären Kräften in den anderen Gewerkschaften ein Ansporn zur Nacheiferung sein. Wo die Opposition sich heute noch in der Minderheit befindet, wird sich die Energie und die Tatkraft unserer Genossen verdoppeln und verdreifachen, um durch rastlose Aufklärungsarbeit unserer Idee unseren Anschauungen zum Siege zu verhelfen. Nicht der Austritt aus den Gewerkschaften, sondern die praktische Betätigung in den Gewerkschaften birgt den Sieg für die Zukunft in sich. Das lehrt der Verbandstag der Metallarbeiter erneut.

Die Genossen im Metallarbeiterverband wissen, daß sie allein nicht in der Lage sind, die gesamten gesellschaftlichen Zustände von Grund auf anders gestalten zu können. Soll an die Stelle kapitalistischer Gewaltherrschaft ein sozialistisches Gemeinwesen treten, dann bedarf es der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf revolutionärem Kampfesboden, die Beseitigung einer verderblichen Politik, wie sie seit Jahr und Tag von Legien und Genossen ausgeübt wird. Die Metallarbeiter sind mit gutem Beispiel voranmarschiert, mögen ihnen die Klassengenossen in den anderen Organisationen folgen.

Politische Rundschau

Deutschland

Herr Ebert in Wilhelms Kürassierstiefeln

Der Präsident der Deutschen Republick, Herr Ebert, hat sich überraschend schnell in die Rolle Wilhelms eingespielt, soweit sie das persönliche Regiment betrifft. Moralische Hemmungen bestehen nicht; schon bei der Uebernahme der Präsidentschaft erklärte er ja bereits, er höre nunmehr auf, Sozialist zu sein. Sie haben bei Herrn Ebert auch früher nicht bestanden. Denn als ein Haufen wildgewordener Soldaten ihm im Dezember 1918 die Präsidentschaft antrug, erklärte er dies nicht für Hochverrat — wir hatten damals bekanntlich die Regierung des Rates der Volksbeauftragten —, veranlaßte nicht die Verhaftung der Putschlüsternen, sondern erwiderte, er müsse erst mit seinen Parteigenossen reden! Als die Friedensbedingungen bekannt wurden, blamierte er sich dann das erste Mal gründlich, indem er ihre Unannehmbarkeit öffentlich verkündete. Bekanntlich wurde der Friedensvertrag ein paar Monate später von ihm ratifiziert. Einige Zeit schwieg Herr Ebert und käute nur die Reden seiner Beamten bei offiziellen Veranstaltungen aller Art wieder. Dies paßte ihm nicht: er will „aktiv" wirken. Und so hat er nun dieser Tage ohne Wissen der Reichsregierung dem Korrespondenten einer spanischen Zeitung ein Interview gewährt und dabei die künftige Reichspolitik festzulegen versucht.

Wie sein Freund Noske, mit dem er gemeinsam Badereisen und Bankettourneen unternimmt, setzt sich also auch Herr Ebert über unzweideutige Verfassungsbestimmungen hinweg. Das ist ein ganz unerhörter Skandal. Es ist notwendig, dem höchstgestellten Repräsentanten der Republik sehr energisch klar zu machen, daß er absolut nichts zu sagen hat, außer, was ihm von den verantwortlichen Regierungsstellen aufgetragen wird. Vom persönlichen Regiment haben wir nachgerade genug.

Was nun das Interview Herrn Eberts betrifft, so ist daran geradezu unglaublich die Art, wie er sich das Verhalten Deutschlands gegenüber einem Verlangen der Entente zur Teilnahme an einer Blockade Sowjetrußlands denkt. Er rechnet damit, daß Deutschland zur Teilnahme gezwungen

werde und drückt seinen tiefen Abscheu darüber aus. Das ist menschlich sehr hübsch von ihm mit Rücksicht auf die Folgen einer Blockade. Aber wo zum Teufel steht denn geschrieben, daß die Entente uns zwingen möchte oder könnte, aktiv militärisch gegen Rußland vorzugehen? Sie hat weiter nichts getan, als, wie andere Staaten, auch Deutschland zu einem aktiven Vorgehen gegen Rußland aufgefordert. Weshalb erklärt Herr Ebert, wenn er schon das Bedürfnis hat, seinen Geist ohne Befragen der Regierung individuell leuchten zu lassen, nicht rund heraus in Konsequenz seines bekundeten Abscheus vor dem Verlangen der Entente die Ablehnung Deuschlands? Dann hätte er sich wenigstens ehrenvoll blamiert, wenn seine geäußerten Befürchtungen Tat würden. So aber können seine Wort leicht in der Wirkung als Rat in bestimmter Hinsicht an die Entente erscheinen. Nur eine neue Schädigung des deutschen Ansehens im Auslande bei allen Sozialisten und rechtlich denkenden wird die Folge davon sein:

Weil man mit der Masse auf den schreienden Widerspruch der deutschen Regierungsweisheit gestoßen wird, die im Innern mit der brutalsten Gewaltanwendung alles, was ihr unbequem ist, niederknüttelt und nach außen nicht den Mut findet, vor aller Welt empörende Zumutungen abzulehnen. Wie nahe liegt doch der Gedanke, diese entsprächen in Wahrheit ihrer Ueberzeugung. Und ihre Taten gegen das revolutionäre Proletariat in Deutschland lassen freilich ihre Geneigtheit zu einem ähnlichen Vorgehen gegen die Revolution im verhaßten Sowjetrußland nur zu deutlich erkennen! — — —

Genug. Auch die neueste Aktion des Herrn Präsidenten zeigt, wie überflüssig nicht nur, sondern geradezu schädlich sein Amt ist und wie recht die Unabhängige Sozialdemokratie in Weimar gehandelt, als sie an Stelle des Präsidenten ein verantwortliches Kollegium mit der Vertretung der deutschen Staatsmacht nach innen und außen betrauen wollte.

Zur Praxis deutscher Vorgesetzter in ausländischen Gefangenenlagern

Daß der alte preußische Drill auch während der Gefangenschaft seiner Träger nicht starb, haben zahllose Beschwerden von deutschen Kriegsgefangenen während des Krieges und ihre Rache an schikanierenden Vorgesetzten nach der Entlassung auf deutschem Boden bewiesen. Erst in letzter Zeit wurden mehrere solcher Fälle bekannt, in denen Kriegsgefangene nach ihrer Heimkehr in den deutschen Sammellagern ihren Vorgesetzten, die sie in der Gefangenschaft „geschliffen" hatten, mit ungebrannter Asche quittierten. Auf Grund dieser Tatsachen haben nunmehr unsere Genossen Simon-Nürnberg und Geyer-Leipzig folgende kleine Anfrage in der Nationalversammlung gestellt:

„. . . . Ein großer Teil deutscher Kriegsgefangener erhebt nach ihrer Rückkehr bittere Klage darüber, daß sie in den Gefangenenlagern durch ihre deutschen Vorgesetzten Drangsalierungen und Grausamkeiten ausgesetzt waren.

Nach Zeitungsberichten hat die Erbitterung über diese erduldeten Grausamkeiten dazu geführt, daß Kriegsgefangene nach ihrer Rückkehr Lynchjustiz an solchen Vorgesetzten verübten.

Ist der Regierung diese Tatsache bekannt, und ist sie bereit, eine restlose Aufklärung der Vorgänge in den Gefangenenlagern herbeizuführen und die Schuldigen, Offiziere und Unteroffiziere zur Verantwortung zu ziehen.?"

Die Hetze gegen unsere Parteipresse

Immer schamloser bekennt sich die Regierung zu einer durch keine gesetzlichen o der rechtlichen Bedenken mehr gehemmten Diktatur der persönlichen Willkür ihrer Parteibonzen. Vor kurzem hat der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westposen Hörsing ohne Angabe von Gründen der oberschlesischen Arbeiterschaft, die fast ausnahmslos in der U. S. P. organisiert ist, die Herausgabe einer unabhängigen Zeitung verboten. Wie groß das Bedürfnis danach ist, geht am besten daraus hervor, daß die oberschlesische Arbeiterschaft zu diesem Zwecke in wenigen Wochen genug Mittel aufgebracht hat, um eine eigene Druckerei zu erwerben. Jetzt geht Hörsing daran, unser Breslauer Parteiorgan, die Schlesische Arbeiter-Zeitung, zu vernichten. Mitte September ließ er es mit Berufung auf den Belagerungszustand auf Grund eines Aufsatzes über die oberschlesische Politik auf drei Wochen verbieten. Es stellte sich aber heraus, daß von dem 271 Zeilen langen Aufsatze nur 33 Zeilen verbindender redaktioneller Text waren und daß der übrige Text des Aufsatzes aus Zitaten bestand, die der oberschlesischen Zentrumspresse entnommen waren, welche den verderblichen Einfluß der Hörsing'schen Brutalität auf die Wirtschaftslage und nationale Stimmung Oberschlesiens in eingehendster und vernichtender Weise dargelegt hatte. Nachdem nun wieder zwei Nummern der Schlesischen Arbeiterzeitung erschienen sind, trifft ein neues Verbot für die Zeitung ein, auf die Dauer vom 24. Oktober bis einschließlich 9. November. Jede Erörterung dieses Verbots ist bezeichnenderweise untersagt. Dieses Mal verzichtet man auf die Angabe von Gründen und spricht nur von „aufreizenden Artikeln in den Nummern vom 11. und 18. Oktober." Da das Verbot aber am 24. Oktober ausgesprochen wurde, an einem Tage, an dem die neue Zeitung bereits hergestellt war, sieht man klar, daß es Herr Hörsing darauf abgesehen hat, die Zeitung wirtschaftlich zu schädigen und überhaupt zu ruinieren, wie es Noske mit der „Republik" geboten hat. Beide wissen warum.

Wie lange soll diese Korruption noch andauern?

Katzenjammer

Wo die abhängige Vernunft sich noch nicht völlig in die sklavische Abhängigkeit von der Weisheit regierender parteigenössischer Minister begeben, blitzt ihr ab und zu ein Funke der Erkenntnis des jammervollen Bankerotts auf, dem uns die jetzige Regierungspolitik unaufhaltsam entgegenführt. So finden wir in einem Artikel Hermann Wägers, des rechtssozialistischen Beigeordneten des Landespolizeiamtes Berlin, im Hamburger Echo folgende Feststellung:

„— — — Die Bauern verschieben das Brotgetreide diesjähriger Ernte nach dem Auslande. Die Gendarmerie und die ihr zur Hilfe beigegebenen Gewerkschaftsgenossen werden zum Teil mit scharfen Schüssen und Maschinengewehrfeuer empfangen, wenn sie sich einfallen lassen, Revisionen zur Durchführung der Zwangswirtschaft vorzunehmen. Man hat den Bauern seinerzeit die Waffen gegeben, um sich gegen den Bolschewismus von links verteidigen zu können. Jetzt brauchen sie die Waffen, um damit gegen die Staatsautorität vorzugehen und den Bolschewismus von rechts zu begünstigen."

Herr Wägers verlangt dann sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Organisation eines großzügigen Kampfes gegen die Lieferstreiks, Wucherer und Schleichhändler. Sollte das nicht geschehen, „so kommt es in kurzer Zeit zum Kladderadatsch und dagegen hilft dann auch die militärische Sicherheitspolizei nicht mehr."

Herr Wägers wird lange warten können. Seine Parteifreunde in der Regierung fühlen sich allzusehr als Sachwalter der Interessen der Gesamtheit, worunter nach bürgerlich-demokratischem Begriff stets die Interessen der besitzenden Klasse verstanden wurden, als daß sie seine Kassandrarufe beherzigen könnten. Ihre Taktik geht vielmehr dahin, die agrarische Revolte zu verschleiern, zu beschönigen und zu verheimlichen. Denn wenn sie offenbar würde, meinte der Herr Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt dieser Tage im Haushaltausschuß, würde das schädigend auf das deutsche Ansehen im Auslande und damit weiter valutaverschlechternd wirken! Es bleibt aber alles beim alten: bis der Bürgerkrieg übers ganze Reich losbricht.

Spaltung der kommunistischen Partei

Ein Telegramm aus Hannover meldet:

„Die Kommunistische Partei hat sich gespalten. Auf ihrem Parteitag hat die Zentrale der K. P. D. den Delegierten Leitsätze zur Beschlußfassung vorgelegt, die die grundsätzliche Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit verlangten und erklärten, daß die K. P. D. jeden Förderalismus als syndikalistisch verwerfe. Von 43 Delegierten haben 18 gegen diese Leitsätze gestimmt und wurden deshalb als außerhalb der Partei stehend erklärt und aufgefordert, den Parteitag sofort zu verlassen. Ein Teil der Delegierten ist sich sofort in einer Sonderkonfereuz darüber schlüssig geworden, daß die von der Zentrale herbeigeführte Spaltung den Zweck verfolge, der revolutionären Massenbewegung des deutschen Proletariats das Rückgrat zu brechen. Diese Delegierten behalten sich vor, die Partei-Organisation in neuer Form zu konsolidieren, und haben die Vorarbeiten zur Durchführung dieses Zweckes der Partei-Organisation der Stadt Hamburg übertragen."

Das Schicksal, daß die Kommunisten der Unabhängigen Sozialdemokratie bereiten wollten, hat sie also selber ereilt.

Lettland

Selbsthilfe der Letten

Der lettische Bezirkschef in Libau hat den deutschen Leutnant zur See Stein, der in amtlicher Stelle bei der Marineauflösungsstelle der deutschen Küsteninspektion tätig war, verhaftet und mitgeteilt, daß er erst freigelassen wird, wenn mehrere lettische Offiziere, die in Esern und Schrunden verhaftet sind, freigelassen werden. Desgleichen hat er für Reichsdeutsche in Libau von der nächsten Ausgabe ab die Brotkarten gesperrt mit der Begründung, daß, da deutsche Truppen vor Libau ständen, die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln leide.

Die deutsche Regierung hat sich nachdrücklich für Stein ins Zeug gelegt. Wie könnte man es auch anders erwarten!

*

Nach lettischen Meldungen geht die Brandschatzung der Bevölkerung durch die Landsknechte weiter. Riga wird noch immer mit giftigen Gasgranaten beschossen. Die deutschen Landsknechte werden beschuldigt, in Twensberg 14 Gefangene ermordet zu haben.

Polen

Streik in den polnischen Zuckerfabriken

In allen Zuckerfabriken Polens ist die Arbeit eingestellt worden. Die Arbeiter verlangen Lohnerhöhungen und Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Einstellungen nnd Entlassungen von Arbeitern. Es wird angenommen, daß der Streik sich auf andere Arbeiterschichten ausdehnen wird.

Brauchen wir in Elbing eine freireligiöse Gemeinde

Von Dr. Kranz II.

Die Menschen zerfallen in ihrer Stellung zur Religion in zwei Hauptgruppen. Die einen haben ein tiefes religiöses Bedürfnis, welches ihre ganze Persönlichkeit beherrscht, die andern entbehren dieses Gefühls vollständig. Zwischen diesen beiden, einander gegensätzlich gegenüberstehenden Gruppen gibt es viele Menschen, welche die Uebergänge darstellen, insofern, als sie mehr oder weniger religiös tief empfinden. Man muß sich jedoch hüten, die Menschen je nach ihrer Religiösität für Gute oder Schlechte zu halten, denn die Moral hat mit dem religiösen Bedürfnis nicht das Mindeste zu tun. Es gibt, wie ein jeder aus seiner Erfahrung weiß, Leute, welche nicht allein jedem der bekannten Religionssysteme und -lehren ablehnend gegenüber stehen, sondern auch nicht einmal den Glauben an einen Gott, in welcher Weise man sich denselben auch vorstellen möge, als Notwendigkeit für sich empfinden und doch durch ihre in ihren Handlungen sich offenbarende Gesinnung zeigen, daß sie zu den moralisch am höchsten stehenden und Edelsten ihrer Zeitgenossen gehören, während andererseits es auch Menschen gibt, welche sehr kirchlich gesonnen sind, auch sogar sich vor sich selbst für wirklich fromm halten, aber aus Mangel an guten Charakteranlagen ihre Handlungen nicht in den richtigen Einklang mit den von ihnen für wahr und richtig gehaltenen Lehren ihres Glaubensbekenntnisses, ja nicht einmal mit den allgemein gültigen Sittengesetzen zu bringen vermögen. Wie vorher erwähnt, hat die Moral mit dem religiösen Bedürfnis des Einzelnen nichts zu tun, jedoch besteht ein Zusammenhang zwischen der Moral, das heißt, sowohl zwischen den

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

7]

„Haben Sie dann diese Kenntnisse verwertet? Ich meine hatten Sie eine Stellung in einem Bureau?"

„Ja."

„Bei wem?"

„Bei einem Rechtsanwalt."

„Wie lange?"

„Drei Wochen."

„Weshalb nur so kurze Zeit?"

„Der Bureauvorsteher belästigte mich. Stellte mir nach."

„Hm. Seitdem haben Sie keine Stellung mehr gehabt?"

„Nein."

„Seit wann also sind Sie beschäftigungslos?"

„Seit anderthalb Jahren."

„So. — Und Ihre Eltern ließen Sie also einfach herumlaufen. Na — dann ist das ja kein Wunder. Dabei kleiden Sie sich weit über Ihren Stand. Wo kommen die Mittel hierzu her?"

Herta Hecker richtete einen großen erstaunten Blick auf den hochgewachsenen, zornigen Mann, der sie so bitterböse, ja haßerfüllt ansah. Hatte er ein Recht, solche Fragen an sie zu richten? Hier also war der Feind. Wie Schutz suchend, wandte sie sich zu dem Vorsitzenden, der auch ein wenig betroffen dreinsah.

Wieder sehr milde, sagte er: „Fräulein Hecker, beantworten Sie die Frage des Herrn Staatsanwalts."

Der Verteidiger sprang auf. „Die Zeugin ist hierzu nicht verpflichtet!" rief er.

Sofort warf der Staatsanwalt ein: „Der Herr Verteidiger fürchtet also, daß die Zeugin durch Beantwortung meiner Frage sich selbst bezichtigen könnte. Das genügt mir vollauf."

Jordan setzte sich und strich befriedigt über seine fiebernde Stirn. Ruhe — nur Ruhe — dachte er. Ich will mich nicht hinreißen lassen. Ich habe gar nichts gegen dieses wirklich schöne Geschöpf. Aber ich ertrage es nicht, daß preußische Richter von jeder hübschen Larve sich weich machen lassen. Hier wird wegen schwerer Kuppelei verhandelt. Da ist es nicht am Platze, Süßholz zu raspeln. Ja, ja. Dies ist der springende Punkt. Das Mädel kleidet sich wie eine Prinzessin. Die Mutter litt das. Nahm es an, daß andere diesen Aufwand bestritten. Wahrnehmung eines Vorteils aus unsittlichen Beziehungen. Die Mutter nahm wohl auch selbst Geld von der Tochter an. Jordan notierte auf seinem Merkzettel: Kleideraufwand der Tochter.

Der Vorsitzende fragte: „Hat der Herr Staatsanwalt noch eine Frage an die Zeugin?"

Jordan sprang auf. „Gewiß. Und eine recht wichtige. Haben Sie, Herta Hecker, bisher stets bei Ihren Eltern gewohnt?"

„Ja."

„Haben Sie Ihren Eltern für Kost und Wohnung etwas bezahlt?"

„Nein."

„Das ist seltsam genug. Ihre Eltern leben in kümmerlichen Umständen. Sie sind eine erwachsene, kräftige Person. Weshalb arbeiten Sie nicht? Weshalb unterstützen Sie Ihre Eltern nicht wenigstens dadurch, daß Sie für Kost und Logis eine Kleinigkeit entrichteten, wie das Mädchen Ihres Standes stets zu tun pflegen?"

Herta Hecker zuckte die Achseln und warf den blonden Kopf in den Nacken. Sonst antwortete sie nichts. Diese Gebärde war voller Hochmut und Trotz. Sie nahm sich aus, als wollte das Mädchen ausdrücken, sie begreife nicht, wie man sie unter so allgemeine Gesichtspunkte stellen könnte, da sie doch ein so besonderes Wesen sei. Etwas Prinzessinnenhaftes war in dieser Abweisung, die, wie es Jordan schien, wiederum am Richtertische tiefen und wohlgefälligen Eindruck hervorrief.

Von neuem packte Jordan die Wut.

„Hören Sie, Zeugin, es geht hier um das Schicksal Ihrer Mutter, der Zuchthausstrafe droht. Ich möchte Sie doch auf den ganzen Ernst der Lage hingewiesen haben. Wenn schwache und charakterlose Eltern auch mit Recht dafür büßen sollen, daß ihre unmündigen Kinder auf Abwege kommen, so sollten Sie selbst doch hierfür mehr Verständnis zeigen, daß am Ende Sie es sind, die Ihre leibliche Mutter ins Zuchthaus bringt. Sie können mit ihren siebzehn Jahren noch nicht verderbt genug sein, dieser Gefahr gegenüber fühllos zu bleiben."

Es packte sie. Es ging ihr wie ein Ruck durch die Glieder. Sie riß sich zur Anklagebank herum. Sie stürzte zu ihrer Mutter hin, schlang beide Arme um deren Hals, als gälte es die Angeklagte zu schützen.

„Muttchen! Muttchen!" rief sie schluchzend.

„Führen Sie hier kein Theater auf," knurrte Jordan, „das wirkt fast noch schlimmer als Ihre frühere Frechheit."

Eine Pause entstand. Im Augenblick ließ Herta Hecker von ihrer Mutter ab, die schluchzend dasaß, trocknete sich rasch die Augen und wandte sich zum Staatsanwalt. Totenblaß war sie geworden, es zuckte um ihren Mund. Ihr klassisch schönes, marmorbleiches Gesicht, aus dem jeder Blutstropfen gewichen war und in dem nur der üppige Dirnenmund purpurn glühte, glich einer Maske. Den Dämon des Hasses konnte sie darstellen, denn diese großen Augen durchbohrten Jordan mit dem vollen Ausdruck der Wut. Einen Moment starrte er sie fassungslos an. Es war etwas in diesem Gesicht, was ihn herrisch anblitzte. Die Wut packte jetzt auch ihn. Der Staatsanwalt schlug mit der Faust auf den Tisch. „Sehen Sie mich nicht so an!" donnerte er, „ich verbitte mir das! Mit solchen Elementen, wie Sie sind, werden wir hier noch fertig werden! Ich behalte mir vor, am Ende der Verhandlung Ihre Ueberführung in Zwangserziehung zu beantragen. Merken Sie sich das!"

Herta Hecker rührte sich nicht, stand einen Moment wie eine Bildsäule da. Dann wandte sie sich ruhig ab, mit einer Wendung zum Zeugentisch, die fast ihren Rücken dem Staatsanwalt zuwandte.

Der Verteidiger war gleichfalls sehr blaß geworden, wagte aber, um die Sache der Angeklagten nicht noch weiter zu verderben, keinen Einspruch. Der Denunziant, Herr Koch, allein leuchtete vor Schadenfreude

„Hat der Herr Staatsanwalt noch sonst eine Frage an die Zeugin?"

Gegen den Vorsitzenden, der diese Worte au ihn gerichtet hatte, sich leicht verneigend, sagte Jordan kurz: „Ich verzichte."

Auf einen Wink des Vorsitzenden nahm Herta Hecker auf der Zeugenbank Platz.

„Dann kommen wir," bemerkte der Vorsitzende, „zur Vernehmung der restlichen Zeugen. Rufen Sie Herrn Karl Steffens herein!"

Ein junger, stutzenhafter Kahlkopf mit verlebten Zügen, in denen die Angst zuckte, trat an den Zeugentisch heran und sprach, nachdem alle sich erhoben, die Eidesformel dem Vorsitzenden nach. Seine Stimme bebte. Die Spürkünste des Denunzianten Koch hatten diesen Zeugen aufgebracht, der nun um Stellung, Ruf und Namen bangte, da er mit Herta Hecker Beziehungen gehabt, als sie noch in einem Alter stand, das diese Beziehungen unter Strafe stellte. Der Rechtsanwalt, den Steffens befragt hatte, hatte ihn zwar beruhigt, aber ihm doch auch geraten, bei der Zeugenaussage das Mädchen nicht zu schonen. Je dirnenhafter Steffens es schildern würde, um so sicherer unterstellten Richter und Staatsanwalt die Bescholtenheit des Mädchens, womit dann die Straflosigkeit derer feststand, die vor Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist mit Herta Hecker zu tun gehabt hatten.

(Fortsetzung folgt.)

sittlichen Begriffen als auch den aus ihnen sich ergebenden Handlungen, mit den religiösen Lehren, denn zweifellos haben die von den einzelnen Religionssystemen gelehrten Sittengesetze einen großen Einfluß auf die Anschauungen der Menschen über Gut und Böse. Der gemäß seinen angeborenen Charakteranlagen gute Wilde wird durch den Glauben an das Christentum entschieden in seinen Handlungen dahingehend beeinflußt werden, daß er zum Beispiel die Menschenfresserei aufgeben wird.

Die heute in der ganzen Welt ihren Einfluß geltend machenden Religionen unterscheiden sich in den von ihnen gelehrten sittlichen Begriffen nicht wesentlich voneinander, sodaß bei den Kulturnationen dieselben Sittengesetze das Leben des Einzelnen und der Oeffentlichkeit beherrschen. Es brauchte daher auch ein unter uns aufwachsendes Kind nicht eine besondere unterrichtliche Unterweisung in der allgemeinen Moral, um eine Gefährdung der Sittlichkeit zu vermeiden, da der Verkehr mit den es umgebenden Menschen die Bekanntschaft mit den Moralbegriffen vermittelt, wenn die Umgebung selbst auf genügender sittlicher Höhe steht. Ist dies nicht der Fall, so ist das Kind allerdings sehr gefährdet, auch wenn Religions- oder Moralunterricht erteilt wird. Denn was vermag ein selbst täglicher, einstündiger Unterricht gegen das ständige böse Beispiel, zumal da der von den schlechten Eltern, welche in den meisten Fallen die Umgebung ausmachen, vererbte schlechte Charakter einen minderwertigen Boden für die gute Saat bildet. Aber auch moralisch gute Eltern sind aus Mangel an erzieherischer Begabung und Zeit oft nicht in der Lage, ihr Kind auf größte sittliche Höhe zu bringen. Deshalb werden wir für unsere Kinder einen Religions- oder Moralunterricht nicht entbehren wollen.

Welcher Unterschied besteht nun zwischen einem Religions- und einem Moralunterricht. Der erstere vermittelt die Kenntnis der Geschichte der Religionen aller Systeme, wenn er vollkommen ist, der Religionsunterricht unserer Schulen nur des jüdischen und christlichen Bekenntnisses, ferner lehrt er die Kinder das Glaubensbekenntnis der beiden christlichen Religionen; aus diesen beiden Lehrstoffen entnimmt der Schüler die religiösen Sittenbegriffe und findet sie in Uebereinstimmung mit den schon vor seiner Schulzeit ihm von der Umgebung vermittelten allgemein herrschenden Sittengesetzen.

Der Moralunterricht will zunächst, was in seinem Namen liegt, nur die Bekanntschaft mit den herrschenden Moralgesetzen herbeiführen, da aber das Studium der Bibel, eines weltgeschichtlich wichtigen Buches, und der Geschichte aller Religionen ein wichtiges Bildungsmittel ist, auch zur Durchgeistigung der Moral dient, so wird keinem Kinde dieser Lehrstoff vorenthalten werden dürfen. Der wichtige Unterschied beider Unterrichte liegt also in der voruteilsfreien Darstellung der Glaubenssätze aller Religionen im Moralunterricht gegenüber der von dem Lehrer im Religionsunterricht aufgestellten Forderung, allein sein Glaubensbekenntnis für das einzig wahre zu halten.

Diejenigen Eltern, welche aus der Staatskirche ausgetreten sind und damit zum Ausdruck gebracht haben, daß sie nicht die Glaubenssätze oder Dogmen eines Religionssystems anerkennen, sondern daß sie sich auf Grund ihrer Lebenserfahrung und ihrer Kenntnisse des Naturgeschehens eine, von aller übernatürlichen Offenbarung freie Vernunftreligion geschaffen haben, werden es nicht zulassen wollen, daß ihre Kinder den vorher geschilderten, einseitigen Religionsunterricht, wie er in der Schule erteilt wird, erhalten.

Um einen guten Moralunterricht für die Jugend zu schaffen, bedarf er des Zusammenschlusses aller freidenkender Eltern zu einer freireligiösen Gemeinde.

Doch dies ist nicht der einzige Grund, welcher die Konfessionslosen veranlaßt, eine freireligiöse Gemeinde zu gründen:

Wie die politischen Verhältnisse es jeden lehren, brauchen die Freidenker oder Dissidenten des Schutzes vor Gewissenszwang, der Befreiung von jeder inneren und äußeren religiösen Vergewaltigung. Die Macht der Kirche und der sie stützenden Staatsinstitutionen ist auch in unserem jetzigen Deutschland noch sehr groß, und auch jetzt noch nicht, ebensowenig wie im Mittelalter, kennt die Kirche wirkliche Duldung Andersdenkender. Seht viele Rektoren und Lehrer mit Ausnahme der sozialistischen, wie sie sich dagegen sträuben, ein Kind vom Religionsunterricht frei zu geben. Die Regierung erschwert die Befreiung von diesem Unterricht durch den Zwang, das Kind nur am 1. April und 1. Oktober aus dieser Lehrstunde herausnehmen zu dürfen.

Wir Konfessionslosen aber brauchen den Zusammenschluß auch um unserer selbst willen: In sonntäglichen Versammlungen wollen wir gegenseitig uns unsere Kenntnisse in den Naturwissenschaften vertiefen helfen, denn unsere Religion verzichtet nicht auf die Wahrheiten der Naturerkenntnis und verläßt sich nicht auf finstere Vorstellungen alter Kirchenväter über Zweck und Ziel unseres Daseins. Was große Geister, die Philosophen aller Zeiten, sich, unbeirrt vom Kirchenglauben, unter Religion dachten, das wollen wir uns vortragen, und damit unsere Religionsanschauungen und Sittenbegriffe verbreitern und vertiefen.

Vieler Konfessionsloser Wunsch ist es auch, an Stelle der Taufe, der Einsegnung und der kirchlichen Hochzeitszeremonie den ernsten Lebensmomenten angemessene, feierliche Handlungen zu setzen. Auch das ermöglicht nur der Zusammenschluß zu einer Gemeinde. Wie erleichtert eine solche Vereinigung die Veranstaltung einer würdigen Begräbnisfeier. Ein reges Gemeindeleben wird eine hinreichende Zahl guter Redner schaffen. Und das auch Freidenker bei der Beerdigung ihrer Angehörigen einen Nachruf am Grabe nicht missen wollen, dürfte zu den Selbstverständlichkeiten gehören. Wie kalt und unbefriedigend wirkte neulich die Bestattung der Gattin eines alten Klassenkämpfers, bei der jedes teilnamsvolle Wort eines rednerisch begabten Genossen fehlte.

Vorstehende Ausführungen dürften hinreichend sein, um die Notwendigkeit der Gründung einer freireligiösen Gemeinde in Elbing zu beweisen.

Es gibt auch unter den Freidenkern viele Leute, welche ein tiefes religiöses Bedürfnis in sich tragen und welche eine ernste Feierstunde nicht entbehren möchten, in der sie fern ab von dem Alltäglichen zu hohen Gedanken erhabenster Menschlichkeit angeregt werden, sei es, daß das Beispiel der edelsten Menschen aller Zeiten die eigene Seele erhebt, sei es, daß die Worte eines aus eignem tieferen Innern schöpfenden Redners zum Nachdenken und Verweilen in der höheren Sphäre andächtiger Innerlichkeit zwingt.

In und um Elbing

Vierte Klasse

Natürlich fahre ich vierter Klasse. Die ehrwürdige Institution der Klasseneinteilung in der Eisenbahn ist ja spezifisch norddeutscher Art, und bevor die etwa alles nivellierende Neuerungssucht sie umwirft, will ich sie doch mit allen Vorzügen für mich ausnutzen.

Pädogogische Rücksicht auf das Volksempfinden trennt säuberlich die Armen von den mehr Zahlungsfähigen, die sich für ihr gutes Geld mit seufzendem Behagen auf die Samtpolster sinken lassen und kopfschüttelnd zusehen, wie sich der „Plebs", mit Gepäck überlastet, in die Wagen vierter Klasse staut.

Ich komme mit einem Menschenknäuel hinein, ohne Stufen zu merken, und konzentriere alle Willenskraft darauf, meine Reisetasche an mich zu drücken. Es ist schwarz vor meinen Augen, denn ich presse meine Nase an den Rücken eines gewaltigen Vordermannes. Es tritt etwas Ruhe ein, nachdem Säcke, Pakete, Schloßkörbe auf- und nebeneinander getürmt sind und die Menschen ihren Stand eingenommen haben. Ich finde Platz für einen Fuß — der andere steht auf einer Pappschachtel. Ich suche zu zählen: Es sind rund vierzig Menschen mit Gepäck in dem Abteil.

Die Kupeetür ist geschlossen. Ich habe nichts gegen sofortige Abfahrt.

Da wird die Tür aufgerissen. Ein lahmer Krieger, mit einem Säugling bewaffnet, als Bedeckung gefolgt von seiner energischen jungen Frau mit zusammengeklapptem Kinderwagen, lehnt die Angstschreie: „Besetzt!" „Uebervoll!" — mit einer Handbewegung ab, die die Nächststehenden auf die Schachteln treibt.

„Und das Unmögliche, hier wirds Ereignis!" Auch die Frau kommt herein, schließt hinter sich die Tür, klappt gewaltsam den Kinderwagen auf, vertreibt zwei kräftige „Männer in den besten Jahren" von der Bank — und nimmt zufrieden mit ihrem Eheherrn Platz, den Säugling in schöner Gemütlichkeit pflegend.

Jeder hat sich der glücklichen Familie wegen noch schlanker anlehnen müssen, und um alle zu versöhnen, hält die tatkräftige Mutter eine Ansprache.

„Solange der Kriegsbeschädigte nicht erster Klasse fahren darf, während die Drückeberger bequem darin sitzen, steigt er in die Vierte! Ein Kind gehört nicht ins Hundekupee, und weil die Züge keinen Wagen für Säuglinge und stillende Mütter haben, muß man sich behelfen. Wer sich geniert, soll wegsehen!"

Sprachs und öffnete die Bluse und der schmatzende Säugling trank, daß ihm die Schweißperlen auf die rosige Haut traten.

Keiner der Mitreisenden hat sich geniert. Soweit ich den Kopf drehen konnte, ruhten alle Blicke andächtig auf der Frau mit dem Kinde — auf der zeitgemäß energischen Mutter.

Wer bekommt den Zucker?

Der Verteilungsplan der Reichszuckerstelle für die beiden letzten Jahre sieht folgendermaßen aus:

	Bereitstellung für Weinzuckerung		Einmachezucker
1917-18	116 207	Doppelzentner	900 000 Doppelzentner
1918-19	120 000	"	—

Damit die Ansprüche der Besitzenden auf einen guten Wein erfüllt werden können, bekommen also die Weinproduzenten in diesem Jahre noch 4000 Doppelzentner Zucker mehr als vorher. Den unterernährten Proletarierfrauen und -Kindern aber, denen auch die Milch zum größten Teil schon durch die Resistenz der Agrarier vorenthalten wird, entzieht man außerdem auch noch die bisher gewohnte kleine Zuckerzulage. Damit ja den Nachtklublern und ähnlichen gesellschaftlich notwendigen Existenzen der Weingenuß gewährleistet werden kann.

Mit vollem Recht bezeichnet der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus die Praxis der Reichszuckerstelle als „schreiendes Unrecht". Der Einwand, die Weintrauben könnten ohne Zucker nicht verwertet werden, ist lächerlich. Man kann sie roh genießen, trocknen, zu Marmeladen verarbeiten und in Säfte sterilisieren. Aber dann wäre es mit der Weinherstellung in diesem Jahre nichts; und das geht nach dem unerforschlichen Ratschluß Schmidts und seiner Instanzen nicht an. Mögen die breiten Massen nach Zucker hungern. Was tuts! Wenn nur die kapitalistischen Parasiten der Gesellschaft zu ihrem Vergnügen kommen!

Die Soldaten müssen Waffen tragen

Das Garnisonkommando bittet uns zwecks Vermeidung von Mißverständnissen und Mißhelligkeiten um folgende Veröffentlichung:

Nach einer neueren Verfügung des Wehrkreiskommandos I (früher Generalkommando) Königsberg, dem auch die Garnison Elbing untersteht, haben sämtliche Truppen des Wehrkreisbereichs in und außer Dienst die Seitenwaffe zu tragen. Das bezieht sich nicht nur auf die Reichswehr, sondern auch auf die Angehörigen der Abwicklungsstellen der alten Armee.

Was das Tanzen kostet

Die Elbinger Volkszeitung rechnets uns gestern vor. 720 Millionen jährlich soll das deutsche Volk dafür ausgeben. Ob die Rechnung auch nur annähernd stimmt, wollen wir nicht nachprüfen, sondern nur feststellen, daß die Elbinger Volkszeitung diese Notiz gleich zweimal bringt. Einmal auf der dritten und sodann nochmals auf der vierten Seite im gleichen Wortlaut. Sie scheint also den Kampf gegen das Tanzen für notwendiger zu erachten, als den um die elementarsten Volksrechte.

Ein Einbruch

wurde vor einigen Tagen bei dem Fuhrhalter Jepp in Pangritz-Kolonie, Klosterstr. Nr. 30, verübt. Es wurden sämtliche Sparkassenbücher und Kriegsanleihen gestohlen, etwas Geld war schon von der Sparkasse abgehoben. Der Diebstahl wurde erst nach fünf Tagen entdeckt. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Von der Heilsarmee

Am Freitag, den 31. Oktober 1919, wird der neue Leiter der Deutschen Heilsarmee Herr Kommandeur Degrim seine erste Versammlung in Elbing im Gewerbehaus abhalten. Der Kommandeur stammt aus Schweden und hat dort jahrelang die Leitung der Heilsarmee in Händen gehabt. Die Frau Kommandeurin übernimmt die Sozialarbeit, sie wird auch anwesend sein und sprechen.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Räumung Westpreußens

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird hierüber aus Danzig gemeldet: „Es ist vorgesehen, daß die Räumung am Morgen des 7. Tages nach dem offiziellen Friedensschluß beginnt. Das westpreußische Gebiet ist in sieben Zonen eingeteilt worden. Jede Zone hat eine Räumungsfrist von zwei bis vier Tagen, so daß die ganze Räumung in 19 Tagen erfolgt sein dürfte. Sie erfolgt in der östlichen Ecke Westpreußens, im Kreise Strasburg; auch Festung und Stadt Thorn liegen in der ersten Räumungszone.

Um die Uebergabe der deutschen Verwaltungen und Festungen durch die Polen vorzubereiten, treffen schon vor dem Tage der Uebergabe polnische Kommissionen, bestehend aus Offizieren, Militär- und Verwaltungsbeamten, in den einzelnen Festungen bezw. Orten ein. Wie verlautet, erklären die Polen sich imstande, durch eigene Beamten sofort die Lücken in den ländlichen und städtischen Verwaltungsbehörden auszufüllen, die durch den Fortzug der deutschen Beamten entstehen. Schon seit einiger Zeit sind bei jedem Landratsamt bezw. Magistrat in den Stadtkreisen polnische Delegierte zu informatorischen Zwecken tätig. Die Zahl der deutschen Beamten, die geneigt sind, in polnische Dienste überzutreten, ist verhältnismäßig gering. In einzelnen Kreisen ist kein einziger deutscher staatlicher oder städtischer Beamter dazu bereit, zumal die Polen bisher die Bedingungen, unter denen sie die deutschen Beamten übernehmen würden, nicht bekanntgegeben haben. Abschreckend auf die deutschen Beamten hat es in sehr hohem Grade gewirkt, daß die polnische Presse vor einiger Zeit mitteilte, es würde von jedem Staats- und städtischen Beamten die Leistung des polnischen Staatsdienereides verlangt und gefordert, innerhalb einer bestimmten Zeit die polnische Sprache erlernt zu haben.

Bei der militärischen Räumung folgen die polnischen Truppen den deutschen auf dem Fuße. Es bleibt jedoch zwischen den beiden Truppenkörpern eine neutrale Zone von einigen Kilometern, um Zusammenstöße zu vermeiden. Während der Uebergangszeit wird dort der Schutz des Eigentums den örtlichen Zivilbehörden anvertraut. In dem ganzen Gebiet sind in den letzten Monaten Einwohnerwehren aus deutschen und polnischen Männern gebildet worden. Sie werden mit den örtlichen Polizeiorganen den Sicherheitsdienst versehen. Diese Maßnahme ist um so nötiger, als mit der Bildung von Räuberbanden, die sich das Abziehen des deutschen Militärs zunutze machen wollen, zu rechnen ist. In den letzten Monaten haben besonders in dem waldreichen Gebiet der Tuchler Heide trotz der starken Belegung mit deutschen Grenzschutztruppen derartige Banden ihr Unwesen getrieben, ganze Höfe ausgeplündert und niedergebrannt und Bauernfamilien ermordet. Die polnischen Volksräte stellen mit dem Tage der Uebernahme durch die polnischen Militärbehörden ihre Tätigkeit ein. Auch für die deutschen Arbeiter und Bauernräte gibt es dann keine Betätigung mehr."

Buchdruckerstreik in Marienburg

Ein Extrablatt der Marienburger Zeitung berichtet:

Mit dem heutigen Tage hat unser gesamtes Buchdruckereipersonal unter Bruch des für Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit ca. 30 Jahren gültigen deutschen Buchdruckertarifs die Arbeit niedergelegt. Wir sind dadurch genötigt worden, unsere Betriebe ruhen zu lassen und bitten daher unsere Leser, Inserenten und Kunden, der gegebenen Lage Rechnung tragen zu wollen. Marienburger Zeitung und Kreisblatt, O. Halb. Marienburger Nogat-Zeitung, Fritz Großnick. Buchdruckerei Paul Aßmus.

Wir wissen zwar nicht, welches der Grund zu diesem Vorgehen der Buchdruckergehilfen ist und welches ihre Forderungen sind, können aber schon heute feststellen, daß der oben zitierte „seit ca. 30 Jahren gültige" Buchdruckertarif am allerwenigsten bis in neuerer Zeit hinein gerade von den Marienburger Buchdruckereibesitzern respektiert und anerkannt wurde. Die Firmen Großnick und Aßmus haben wohl schon seit einiger Zeit den Tarif anerkannt, aber mit seiner Innehaltung hat es immer merklich gehapert. Die Organisationsleitung in Danzig kann davon ein Lied singen. Die Firma O. Halb hat aber erst nach der Revolution dem Tarif zugestimmt, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", aber jetzt entsinnt sie sich ebenfalls auf den „seit ca. 30 Jahren gültigen" Buchdruckertarif. Früher scheint die Firma denn doch nichts von der Existenz eines solchen gewußt zu haben.

So muß man reden

Die Danziger Volkswacht berichtet über die Metallarbeiterverbandstagung:

> . . . Eine geschlagene Woche hat die Generalversammlung dieses Verbandes gebraucht, um die Vergangenheit durch einfache Abstimmung schlecht zu heißen. Der heftigste, zeitraubendste Kampf drehte sich um die Kriegspolitik, die sogenannten Fehler der Generalkommission und vor allem — um wohlberechtigte Wahlproteste. **(Die Opposition hatte ihre Mehrheit erschwindelt, und die Berliner waren wieder einmal die Mandateschieber, die mit unglaublichen Mitteln bei der Wahl gearbeitet hatten und obendrein die Stirn besaßen, auf dem Verbandstag über die Gültigkeit ihrer eigenen Mandate mit abzustimmen.)** Der Vergangenheit hatte man ausgiebig gedient, um dafür die Zukunft um so mehr zu vernachlässigen. . . .

Der Grimm der Unterlegenen spricht aus diesen Zeilen. Es wird der Volkswacht nichts helfen: dieser Verbandstag war der Beginn einer großen Reinigungsarbeit. Bauarbeiter und Holzarbeiter kommen auch noch dran.

Die Soldatenräte werden eingesperrt

Nach der Danziger Zeitung hatte sich der Landwehrmann, Kaufmann Karl Buschmeyer vor dem hiesigen Schöffengerichte wegen Beleidigung der Offiziere der früheren Kommandantur in Danzig zu verantworten. Nach der Revolution wurde Buschmeyer als Beauftragter des Vollzugsausschusses bei der Kommandantur bestellt. Als in Danzig die Kundgebung anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Liebknecht stattfand, ordnete Buschmeyer an, daß dabei eine Militärkapelle mitwirkte. Dieser Anordnung suchten sich die Offiziere der Kommandantur zu widersetzen. Buschmeyer wurde nun recht grob und sprach von einer „Gemeinheit" und „Frechheit", seinen Befehl, die Anordnung in die Parole aufzunehmen, nicht zu befolgen und er drohte, die Arbeitermassen nach der Kommandantur zu schicken. Wegen dieser Beleidigung hatte der Kommandant Strafantrag gestellt. Das Schöffengericht verhandelte über die Sache. Buschmeyer war

vom Erscheinen befreit. Das Gericht verurteilte ihn wegen Beleidigung der Offiziere und Erpressung zu **einem Monat Gefängnis.**

Es ist erreicht. Wir sind, ehe ein Jahr vergangen ist, bereits glücklich soweit gekommen, daß wir wegen der Revolution bestraft werden. Noch ein Jahr und Wilhelm thront wieder in Berlin. Wenn, ja wenn nur die 300 Milliarden Staatsschulden nicht wären.

Danzigs Metallarbeiter kündigen dem Polizeipräsidenten

Unter der Spitzmarke: „Ein Akt der Gewalt" berichtet die Danziger Volkswacht:

„Die am Sonnabend tagende Versammlung des Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, dem Gewerkschaftssekretär Genossen Früngel, der zurzeit das Amt des Polizeipräsideuten kommissarisch versieht, die Kündigung zuzustellen. Genosse Früngel ist dadurch nicht aus dem Verband ausgeschlossen.

Es ist ein trauriges Zeichen von der fortschreitenden Radikalisierung im Gewerkschaftsleben, die selbst nicht davor zurückschreckt, Beamte, die zu den Zeiten, als Gefahr damit verbunden war, für ihre Verbandskollegen sich eingesetzt haben, kurzerhand abzusägen. Willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein . . ."

Wozu das Gegreine? Früngel verbot im Auftrage seiner reaktionären Freunde das freie Volk. Wenn die Danziger Arbeiter jetzt wieder zurückhauen, so ist das eine Maßregel, die jedermann erwarten mußte. Lediglich durch seine Schuld ist Früngel in diese tragikomische Rolle gekommen.

Von nah und fern

Granaten- u. Gasmunitionsexplosion bei Munster

Große Mengen von Granaten und Gasmunition sind auf dem Gasplatz in Brelow bei Munster in Brand geraten. Die Wucht der Explosionen war so stark, daß in den benachbarten Ortschaften des Umkreises die Fensterscheiben sprangen und die Türen aufflogen. Zahlreiche Leitungsdrähte wurden zerstört und die Beleuchtung vielfach unterbrochen. Am Freitag und Sonnabend war in der gefährdeten Gegend infolge der ununterbrochenen Gasexplosionen sogar der Eisenbahnverkehr eingestellt. Viele Einwohner des Dorfes Munster haben den Ort fluchtartig verlassen. Die Bewohner der gefährdeten Gegend sind durch die Kommandantur mit Gasmasken versehen wörden. Nach den letzten Meldungen aus Munster haben die Explosionen jetzt aufgehört, dagegen besteht die Gasgefahr ungeschwächt noch weiter fort. Ob Menschen umgekommen sind, wird sich erst feststellen lassen, wenn die über der Gegend lagernden starken Gasschwaden abgezogen sind.

Hungerstreikdrohung kommunistischer Schutzhäftlinge

Die auf der Festung Königstein in Schutzhaft befindlichen Kommunistenführer richten in der Dresdener unabhängigen „Volkszeitung" ein offenes Schreiben an den Justizminister Dr. Harnisch, worin sie mit dem Hungerstreik drohen, wenn ihnen nicht folgende Forderungen erfüllt werden: 1) völlig gleiche Kost mit der Reichswehr (der Besatzungstruppen) und eine Erhöhung der Heizung, 2) sofortige Beseitigung der Postzensur durch die Nachrichtenstelle in Dresden und 3) offene Zellen gleich den übrigen Festungsgefangenen.

Ein vielsagender Brief

Ein Angehöriger der Eisernen Division hat aus Mitau im Oktober folgenden Brief an seine Berliner Angehörigen gerichtet:

„Ich will Dir mal einiges über unsere Lage mitteilen. Soweit uns bekannt ist, verlangt die Entente sofortige Räumung Kurlands, sonst marschiert sie über den Rhein und verhängt die Blockade. Unsere Regierung sagt natürlich, sie täte alles, um uns zum Rückzug zu zwingen. Sie sperrte uns die Löhnung, die Lebensmittel, Bekleidung usw. und wir kehrten trotzdem nicht zurück. Nun, lieber Otto, genau so wie das Volk vor fünf Jahren belogen wurde, wird es auch heute. Die Zeitungen müssen schreiben, was ihnen diktiert wird. Hier denkt kein Mensch daran, nach Deutschland zu gehen. General v. d. Goltz ist nur auf dem Papier abberufen. Er sitzt hier in Mitau in seinem Quartier auf Urlaub und hat jetzt sogar mit unserem Führer, Major Bischoff, den Vormarsch auf Riga befohlen, welches eventuell scho.i in unserem Besitz ist, wenn Du diese Zeilen bekommst.

Die Berliner Regierung ist vollständig mit unserem Handeln hier einverstanden, sie muß aber vor der Entente so tun. Wir sind nun geschlossen, die ganze Division, zu den Russen übergetreten, also wir sind seit zwei Tagen Russen, aber nur in den Augen der Entente. Nun räumen wir erst recht nicht Kurland, sondern segeln unter russischer Flagge und beginnen als Russen am 8. Oktober den Vormarsch auf Riga. Da kann natürlich die Entente nichts gegen machen. Es ist eben kein deutscher Soldat mehr in Kurland, außerdem wagt es die Entente auch nicht, gegen uns direkt vorzugehen, sie holte einen mächtigen dicken Schädel hier. Und sollten die Alliierten tatsächlich über den Rhein kommen und die Heimat dadurch in große Gefahr kommen, dann kämen wir selbstverständlich nach unserer Heimat.

Aber vorläufig wollen wir hier erst ganze Arbeit machen. Jetzt bekommen die Letten und Esten erst ordentlich eins auf den Deckel. Hoffentlich gibt es da für uns anständig etwas zu rubeln, denn scharf sind wir alle auf die Rubel. Dann ist die Eiserne Division auch zum Einmarsch in Deutschland bereit, sowie dort die kommunistischen Unruhen ausbrechen; es ist alles bereit hier dazu. Alle Tage ist Instruktion über die Lage in Berlin und über die Arbeiterschaft in Deutschland. Heute sagte unser Kommandeur, die Spartakisten werden ans Ruder kommen, es wäre dann schlecht für uns hier, wenn wir auseinander kämen; denn sie würden alle ehemaligen Angehörigen der Eisernen Division in Deutschland erschießen. Darum müßten wir hier zusammenbleiben und geschlossen nach Deutschland marschieren und lieber Otto, wie nennt man doch in Berlin solche Truppe? — R? Aber ich hoffe ja, daß alles nicht so schlimm kommt. Das in Berlin etwas vorgeht, wissen wir genau, aber hoffentlich gibt es kein Blutvergießen. Hier wird es ja wieder in den nächsten Tagen viel Blut kosten, Militär ist genug hier, schaffen tun wir es, was wir vorhaben. Und die Regierung in Berlin schickt uns alle Tage unsere Lebensmittelzüge, also ist sie doch mit unserem Vorhaben einverstanden."

Wirtschaftliches.

Bankrotteurerpolitik

Um den Bankrott von Genossenschaften, Versicherungsunternehmen, Sparkassen usw. zu verhüten, die große Beträge in Kriegsanleihe angelegt haben, wird in einer kleinen Anfrage in der Nationalversammlung die Regierung um Aenderung gewisser handelsgerichtlicher Bestimmungen ersucht. Das Handelsgesetzbuch schreibt vor, daß alle Wertpapiere im Besitze eines Unternehmens in die Bilanz mit dem am Bilanztage geltenden Börsenkurs eingestellt werden müssen. Der Kurs der Kriegsanleihe steht jetzt auf 80. Das bedeutet: Alle Kriegsanleihebesitzer, die sich ihren Besitz während des Krieges erzeichneten, haben bis jetzt einen Verlust von ungefähr einem Fünftel der eingezahlten Kapitalien. Da es sich gerade bei den obengenannten Gesellschaften oft um riesige Summen handelt, die in Kriegsanleihe angelegt werden mußten, ist klar, daß sie bei einer bilanzmäßigen Bewertung nach den gesetzlichen Vorschriften die Gesellschaften in eine Situation bringen, die die Pflicht zur Insolvenzerklärung erheischt.

In der kleinen Anfrage wird nun von der Regierung verlangt, sie solle durch gesetzliche Bestimmungen ermöglichen, daß die Gesellschaften ihre Kursverluste, die sie, wenn sie nach dem Handelsgesetzbuch offenbart werden müssen, bankrottieren, rechtmäßig auf eine Reihe von Jahren verteilen können. Diese Forderung bedeutet das Anerkenntnis der vollständigen Pleite des Wirtschaftslebens, deren öffentliche Bekundung man verschleiern will, indem man sie durch papierene Bestimmungen zum gesetzlichen Dauerzustand macht! So kann es nicht gemacht werden! Der Kapitalismus ist eben nicht imstande zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, in die der Krieg Deutschland gebracht hat. Vielmehr muß die gesamte Wirtschaft auf neue Grundlagen gestellt werden, wenn man aus der schleichenden Krise, aus der Atmosphäre des ewigten Pleitezustandes herauskommen will. Auch diese kleine Anfrage beweist, wie notwendig der Uebergang zur sozialistischen Wirtschaftsweise ist.

Aus der Partei.

Wieder ein Zeitungsverbot

Auf Anordnung des Generalkommandos des 7. Armeekorps ist das „Ruhrecho", unser jüngstes Parteiblatt, wegen einer Kopfleiste: „Wie lange soll die Schande des Belagerungszustandes noch dauern?" bis auf weiteres verboten worden.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Kartoffeln.

Nach einer Mitteilung des Kreisausschusses des Landkreises Elbing haben die Feststellungen ergeben, daß im Landkreise Elbing Kartoffelüberschüsse, die auf Bezugscheine der Stadt Elbing noch abgegeben werden könnten, nicht mehr vorhanden sind. **Die Ausgabe von Kartoffelbezugscheinen auf den Landkreis Elbing wird deshalb nunmehr endgültig eingestellt.** Um das Umtauschen bereits ausgegebener und unbeliefert gebliebener Bezugscheine auf den Landkreis Elbing zu vermeiden, wird hiermit gestattet, daß auf solche Bezugscheine (aber **nur** des **Landkreises Elbing**) auch die hiesigen Kartoffelhändler Kartoffeln abgeben dürfen, und zwar auf jedes Blatt die darauf verzeichneten 3 Zentner. Voraussetzung ist, daß beide Teile der Scheine (Bezugschein und Begleitschein mit gleicher Nummer) noch zusammenhängen oder doch vorher durch Unterkleben zusammengefügt werden. Der Preis für die auf diese Bezugscheine von den Händlern gelieferten Kartoffeln beträgt 10,80 Mark je Zentner. Dadurch wird die Rückvergütung der Gebühr von 20 Pfg. je Zentner, die bei Ausstellung der Bezugscheine bezahlt worden ist, erreicht. Die Händler erhalten diese 20 Pfg. vom Ernährungsamt ebenfalls vergütet und zwar haben sie zu diesem Zweck die Bezugscheine mit den Markenblättern, auf die zur Wintereinkellerung im Voraus Kartoffeln abgegeben worden sind, nach Schluß jeder Kalenderwoche im Ernährungsamt einzureichen.

Elbing, den 28. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Generalversammlung

am Freitag, den 31. d. Mts.
im Volkshaus, großer Saal.

Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Elbing.

Am Donnerstag, den 30. Oktober, abends 5½ Uhr,

findet im **„Volkshaus"** eine

ordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

Geschäfts- und Kassenbericht.
Anstellung eines Geschäftsführers.
Beschlußfassung über ein Ortsstatut.
Verbandsangelegenheiten.

Vertrauensleute und Delegierte werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Patentfedermatratzen

und Auflagen werden in jeder Größe schnell und billig angefertigt in der

Ostdeutschen Matratzenfabrik
E. Siebert, **Junkerstraße 14.**

An unsere Leser!

Zum **1. November** werden wir für unsere Zeitung vorläufig folgende

Abholestellen

einrichten:

Herrn **G. Tiedtke,** Kol. Trettinkenhof 15
Nitsch, Kastanienallee 56
Laufer, Georgendamm 8
Borkowski, Fischervorberg 8
Kremke, Schulstraße 1
Maibaum, Feldstraße 3.
Lange, Paul, Mattendorfstraße 19.

Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen

Verlag der Elbinger Volksstimme

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestraße 12/14

Lieferant guter, gediegener Möbel eigenen Fabrikates

zu anerkannt **billigen Preisen.**

Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Zur Herbstsaison

empfehle für sämtliche Farb- und Reinigungssachen meine

Expreßfärberei

Inh.: **Ewald Gilbers,** Färbermeister

Betriebs- und Annahmeräume Gr. Zahlerstraße 24
Laden nur Innerer Mühlendamm Nr. 17.

Gardinen-Wasch- u. Spannanstalt.

Im

Stadt-Kino

Alter Markt 39

von **Freitag** bis **Montag**

Grosse

Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Anfang pünktlich 3 Uhr.
Kassenöffnung ½3 Uhr.
Nach 3 Uhr ist für Kinder kein Einlaß mehr.

Am vorteilhaftesten kaufen Sie:

Lauten
Guitarren
Mandolinen
Violinen
Zithern
Ziehharmonikas
Mundharmonikas

sowie sämtl. **Ersatzteile**

bei

H. Budzuhn

Auß. Mühlendamm 1.

Sämtliche

Schreibwaren

für

Schule, Haus, Behörde

für

Handel, Gewerbe, Industrie

in nur bester Ausführung kauft man bei

G. W. Petersen

Alter Markt 33.

Haus-Uhren

in Eiche und Nußbaum
mit besten Messingwerken
soeben eingetroffen

Augustin Riebe

Juwelier

Alter Markt Nr. 53.

Beerdigungsinstitut H. Herder,

Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Rudolf Ullrich, Elbing Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere, hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Privatfuhren

Fuhren zur Bahn führt aus

Hill

Leichnamstraße 96.

Alle Courths-Mahler-Romane

auf Lager und empfiehlt **Baschek, Herrenstr. 45.**

Einen Kinderwagen mit Gummibereifung zu verkaufen **Karlstraße 5, I.**

Elbinger Standesamt

vom 24. Oktober 1919.

Sterbefälle: Inv.-Rent.-Empf. Amalie Berta Zahlfeldt geb. Kleinfeldt, 66 J. — Fabrikarbeiter Hermann Mergel, 1 S. 11 Wochen — Fabrikarbeiter Friedr. Herm. Heinath, 1 S. 2 Monate — Schneiderin Emma Hedwig Panke, 26 J. — Arbeiterfrau Katharina Knoblauch geb. Klatt, 47 J. — Verkäuferin Selma Gertrud Klose, 19 J. — Arbeit.-Ww. Henriette Lehwald geb. Dziggel 81 J. — Kutscher Joh. Paul Queißler, 1 S. 1 Woche — Arb.-Ww. Wilhelmine Gerlach geb. Wölm, 77 J. — Arbtn. Auguste Pauline Berta Herzog geb. Reimann, 44 J. — Fabrikarbeiterfrau Maria Dziggel geb. Werner, 28 J. — Dreher Heinr. Albrecht Kopphammel, 1 S. 3½ J. — Fleischermstr. Ludwig Christian Heinrich Huschky, 54 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 8 | Donnerstag, den 30. Oktober 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Eine bemerkenswerte Wahl. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Wiesbaden erhielten die bürgerlichen Parteien 30 Sitze. Das Zentrum, das wegen seines Verhaltens Dorten gegenüber und wegen seines Kampfes gegen die Sperrfrist allein stand, bekam davon 8 Sitze. Die Sozialdemokratie, die bisher fünf Vertreter hatte, erhielt 17, die Unabhängigen vier und die Kommunisten zwei.

An dem Resultat ist zweierlei interessant. Erstens, daß das Zentrum mit seiner Liebäugelei mit dem Ablösungsagitator Dorten einen politischen Mißerfolg zu verzeichnen hat, und zweitens, daß die Kommunisten sich an der Wahl beteiligt haben.

Auslieferung von Rupprecht und Wilhelm. Der französische Gesandte Ch. Benoist hat von der französischen Regierung den Auftrag erhalten, bei der niederländischen Regierung auf Auslieferung Kaiser Wilhelms hinzuwirken. Gleichzeitig will man an die Schweiz herantreten, um von ihr die Auslieferung des bayerischen Kronprinzen Rupprecht zu erhalten.

Landesverrat? Gegen unser Königsberger Parteiblatt, die Freiheit, wurde wegen eines Artikels vom 22. Oktober mit der Ueberschrift „Ein Blick in die Geheimküche der republikanischen Regierung, das schuldlose Deutschland, Fabrikation und Vernichtung amtlicher Dokumente" ein strafrechtliches Verfahren wegen Landesverrats und Beleidiguug eingeleitet.

Nachrichtenbureau Scheidemann. Wie der Temps erfahren hat, soll Scheidemann während seines Aufenthaltes in der Schweiz sich mit der Gründung eines Nachrichtenbureaus zur Verhetzung Frankreichs und zur Beeinflussung der neutralen Presse im deutschgünstigen Sinne befaßt haben.

Die Reichsschulden. Unter Noskes Vorsitz (!) hat sich der Reichsrat mit dem Entwurf des Haushaltes der Finanzverwaltung beschäftigt. Am 1. April 1920 werden die Schulden des Reiches insgesamt 204 Milliarden Mark betragen. Der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Robis, erklärte, so könne es unmöglich weitergehen. (Ganz unsere Meinung! D. Red.) Er empfahl, den Grundsatz der Sparsamkeit noch stärker zur Durchführung zu bringen. (Das können sich Noske und die Reichswehr gesagt sein lassen!) Dem Volke fehle es noch an der wahren Vorstellung über die Sachlage.

Belgien fordert 1153 Verbrecher. Minister Vandervelde hat in der letzten Sitzung des belgischen Ministerrats die Liste der Deutschen bekanntgegeben, die auf Grund des Friedensvertrages vor einen internationalen Gerichtshof gestellt werden sollen. Sie umfaßt 1153 Namen und soll dieser Tage nach Paris gesandt werden.

Ein Zopf abgeschnitten. Die bayerischen Gesandtschaften in Petersburg und Rom sind aufgehoben; die in Paris, Wien und Bern werden demnächst aufgelöst.

Die Deutsche Zeitung putscht. Zu der letzten Beschlagnahme der Deutschen Zeitung erfahren wir noch, daß diese wegen des Schlußsatzes des Artikels „Wie lange noch?" erfolgte. In diesem Schlußsatz wird der Reichswehr ganz offensichtlich Gehorsamsverweigerung gegenüber dem verächtlichen Reichspräsidenten und seinen Ministern zugemutet.

Englands Defizit. Der Amsterdamer Telegraaf meldet aus London: Der Schatzkanzler hat ein Weißbuch veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß das Finanzjahr mit einem Defizit von 473 Millionen Pfund Sterling anstatt der erwarteten 250 Millionen abschließen wird. Der neue Heeresetat beläuft sich auf 405 Millionen, nicht auf 287 Millionen, wie ursprünglich beabsichtigt. Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler, daß der Eisenbahnerstreik dem englischen Staat ungefähr zehn Millionen Pfund Sterling gekostet hat.

Schweizer Wahlen. Ueber Basel meldet die Telegraphen-Union: Auf Grund der bis spät abends vorliegenden vorläufigen Wahlergebnisse rechnet die Basler Nationalzeitung mit folgender Zusammensetzung des Nationalrates: Freisinnige 60 (bisher 100), Katholiken 40 (40), Liberale 10 (10), Bauern 25, Sozialdemokraten 40 (20). Die übrigen 14 Sitze von 189 Nationalratsmitgliedern fallen wie bisher an Abgeordnete verschiedener Gruppen. Eine absolute Mehrheit besteht also im neuen Nationalrat nicht mehr.

Die vorliegenden Wahlergebnisse lassen ein bemerkenswertes Anwachsen der sozialistischen Stimmen erkennen. Die Schweizer Genossen verdoppelten ihre Mandatszahlen und schlugen eine Bresche in die freisinnige Position.

Unruhen in New-York. In New-York ist es am Montag im Zusammenhang mit dem Hafenarbeiterstreik zu einem Zusammenstoß von zehntausend Streikenden mit einigen Hundert Arbeitswilligen gekommen. Es wurden Revolverschüsse abgegeben. Eine große Anzahl von Personen wurden verwundet.

Bauarbeiterstreik in Frankreich. Wie die französischen Zeitungen melden, streiken im Departement du Nord zurzeit 90 000 Bauarbeiter. In Lille sind die Bergarbeiter, denen sich auch die Elektrizitätsarbeiter anzuschließen drohen, in den Ausstand getreten.

Geschlossene Fabriken. In den französischen Fabrikstädten Roubaix und Tourcing haben sich die Unternehmer, dem Matin zufolge, wegen des Kohlenmangels und der Desorganisation des Eisenbahnverkehrs entschlossen, ihre Fabriken zu schließen und alle Arbeiter zu entlassen.

Zweite oder dritte Internationale?

Von Gustav Schröder.

I.

Leipzigs Parteigenossen fordern mit anderen den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie an die dritte Internationale. Auch dort, wo dieser Beschluß nicht gefaßt wurde — und bis heute hat die übergroße Mehrzahl unserer Organisationen dies Verlangen nicht gestellt — wird die Frage der Internationale in Arbeiterkreisen mit großem Eifer diskutiert. Das ist erklärlich, denn der Weltkrieg zeigte, wie enge Bande alle Völker verknüpfen. Er lehrte deutlich, daß kein Volk für sich allein bestehen kann. Wenn das Proletariat einen neuen internationalen Zusammenschluß erstrebt, zieht es nur eine der Lehren des Weltkrieges.

Aber die Gedankengänge eines Teiles der Arbeiterschaft über das Problem der Internationale sind doch recht unklar und oberflächlich. Es gibt viele Arbeiter, die der Meinung sind, mit der Schaffung einer neuen, in allen ihren Teilen wirklich sozialistisch denkenden Internationale sei die Weltrevolution gewonnen. Und das sind noch nicht mal die rückständigsten. Andere Arbeiter sehen in der Internationale so etwas wie eine Art höheres Wesen und wieder andere träumen davon, mit der Herrschaft der Internationale seien alle Landesgrenzen überflüssig und ebenso alle staatlichen Gesetze der einzelnen Völker. Es würde nur noch ein Volk geben. Versuchen wir etwas größere Klarheit zu gewinnen. —

International stammt aus Neulateinischem und heißt ins Deutsche übersetzt „zwischen den Völkern". Der ältere Liebknecht gibt in seinem Fremdwörterbuch als Erklärung des Begriffes Internationalismus „Die Weltanschauung, welche das allgemein Menschliche allen Nationen Gemeinsame über das spezifisch Nationale, die Nationen noch Trennende setzt". Das besagt: nicht eine Aufhebung der Volksunterschiede soll erfolgen, sondern die Regelung ihrer Beziehungen auf höherer Grundlage als es die heutige ist.

Wie die Natur die verschiedenen Arten der Tiere schuf, schuf sie auch die Völker. Nicht willkürlich sind diese entstanden und sie können auch nicht willkürlich abgeschafft oder geändert werden. Dazu ist kein zaristischer Ukas und auch kein proletarischer Versammlungsbeschluß im Stande. Es geht den Völkern wie den Arten der Tiere und Pflanzen: alte sterben aus, wenn ihre Zeit erfüllt ist, neue tauchen auf und blühen. Jedes Volk hat ein Recht auf seine Existenz, auf die Pflege seiner Kultur und seiner Eigenart. Der Menschheit würde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn es irgend einer Macht gelänge, ein „Einheitsvolk" heranzuzüchten. Was gäbe das für eine Kreuzung ab: Abkömmlinge aus Ehen zwischen Chinesen and Negern! Körperlich wie geistig würde nichts dabei herauskommen. Die Lebensbedingungen der Völker wurzeln in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Leider sind diese in den einzelnen Staaten bis zum heutigen Tage nicht in Harmonie mit den politischen Zuständen. Hier sind zum großen Teile noch immer alte überlebte Formen maßgebend und daraus sind die sozialen Kämpfe in den einzelnen Staaten sowohl als auch ihre kriegerischen Konflikte miteinander zu erklären. Der heutige Nationalismus, der sein Volk als das auserwählte bezeichnet und die Nachbarvölker als den „Erbfeind" hinstellt, ist ein Vermächtnis barbarischer Zeiten. Es kann sich für jedes Volk nicht darum handeln, andere Völker zu unterdrücken oder auszutilgen. Es gilt die Beziehungen zwischen den Völkern so zu gestalten, daß keinem Volk Unrecht geschieht, aber auch kein Volk andern Völkern gegenüber Unrecht ausübt. „Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' auch keinem andern zu."

Doch wie sollten die herrschenden Klassen den Völkern fremder Staaten Gerechtigkeit widerfahren lassen? Tun sie doch dies nicht einmal ihren eigenen Volksgenossen gegenüber. Die Arbeiterbewegung aller Länder bringt für dies düstere Kapitel Belege. Und die heutigen Machthaber können sich nicht einmal mit gutem Glauben ausreden, denn ihnen steht das auf allen Gebieten hoch entwickelte Wissen des 19. Jahrhunderts zur Verfügung. Die Despoten früherer Jahrhunderte waren dumme, unwissende Tröpfe; die kapitalistische Großbourgoisie vermag diese Entschuldigung nicht geltend zu machen. Es ist eine Utopie, anzunehmen, unter dem Kapitalismus könnten irgendwo Gerechtigkeit und Frieden gedeihen.

Die Arbeiterschaft erkannte sehr bald alle diese Zusammenhänge. Sie schuf ihre erste „Internationale Arbeiterassoziation". 1870 ging diese zu Grunde. Zum Teil dnrch den deutsch-französischen Krieg, zum andern Teil durch die Streitigkeiten zwischen Marxisten und Bakunisten. Die letzeren entwickelten sich zu Anarchisten. Sie lösten sich von der sozialistischen Bewegung los und wurden eine politisch bedeutungslose Sekte, die die Regierungen durch ihre Spitzel zu Attentaten aufreizte und als Wauwau benutzte. Der Vorgang ist lehrreich, denn ob unsere heutigen Kommunisten es gerne oder ungern hören: Bakunins Anhänger waren ihre Vorläufer. Wenn unsere Kommunisten erklären, sie gingen bis aufs kommunistische Manifest zurück, dann erwidern wir ihnen: Das ist eine Phrase. So wertvoll das kommunistische Manifest ist, es ist eine Jugendarbeit von Marx; später schrieb er sein Kapital. Und dieses ist allgemein als Grundlage des Sozialismus anerkannt.

Anarchismus und Sozialismus rangen eine Reihe von Jahren erbittert miteinander. Dann kam die zweite Internationale. Wir sahen sie wachsen und freuten uns ihrer erstarkenden Macht. Aber auch diese hielt im Juli 1914 dem Imperialistenrausche nicht stand. Wir deutschen Arbeiter haben zwei große Fehler begangen. Einmal vergaßen wir, daß der zweiten Internationale nur ein Bruchteil der Menschheit angeschlossen war. Deutschland hatte die stärkste sozialdemokratische Bewegung in allen Ländern der Erde. Und doch waren wir bis vor dem Kriege nur eine Minderheit der Bevölkerung. Eine sehr starke zwar, aber doch immerhin eine Minderheit. Nun in den andern Ländern gar! Welch eine klägliche Rolle spielte der Sozialismus bis kurz vor dem Kriege in England. Nicht einmal eine Tageszeitung besaß er. Sollen wir an Südeuropa, an Rußland erinnern, wo drei Viertel der Arbeiterschaft Analphabeten sind, die gar nicht einmal ein sozialistisches Flugblatt lesen können, geschweige je in ihrem Leben ein sozialistisches Buch zu verstehen vermöchten? Und Amerika erst und Asien, Erdteile, aus denen die stärksten Wurzeln des Kapitalismus sprossen! Wir sahen das nicht, berauschten uns an den klugen und tapferen Worten einzelner Männer auf den internationalen Kongressen, die nicht für ihr Volk sprechen konnten.

Den zweiten großen Fehler begingen wir deutschen Proletarier, in dem übergroßen Zuvertrauen zu unseren Führern. Wir traten ihnen nicht kritisch genug gegenüber und ließen ihnen viel zu viel ihren Willen. Mit dem Schlagwort „Disziplin" wurde ein Unfug getrieben, der geradezu ungeheuerlich war. Das gilt für das Gewerkschafts- wie für das Parteileben. Generalkommission und Parteivorstand usurtierten eine Machtfülle, die ein Gegenstück nur am preußischen Militarismus fand. Als dann die Stunde der Prüfung kam, zeigte sich, daß die Mehrzahl der Führer aus schlechtem Teig gebacken war. Sie verleugneten ihre einfachsten proletarischen Pflichten. Die zweite Internationale ging nicht zum wenigsten durch die Schuld von deutschen rechtssozialistischen Führern in die Brüche, die sich zu Handlangern des Imperialismus hergaben. Und dem deutschen Proletariat gegenüber wurden Scheidemann und Legien zu Bütteln des Kapitals. Sie sind mitschuldig an der Schutzhaftschande, an der Hilfsdienstsklaverei, an der Einreihung militäruntauglicher Arbeiter in die Schützengräben. Sie haben sich bemüht, nach eigenem Eingeständnis bemüht, die Revolution zu verhindern. Und als ihnen das unmöglich war, taten sie was sie konnten, die Position ihrer Freunde und Bundesbrüder im bürgerlichen Lager zu stützen. Beweise dafür sind unter anderem die Hinausschiebung der Gemeindewahlen in Westpreußen, das Weiterbestehenlassen der Gutsbezirke und das ständige Techtelmechtel mit den feudalen Offizieren, um einiges zu nennen. Die Bewaffnung der Bourgoisie, die Entwaffnung der Arbeiter, Belagerungszustand, Zeitungszensur, Massenmetzeleien in den Großstädten. Das und vieles mehr drängt sich zu einem solchen Bild zusammen, daß der gesunde Sinn unserer Parteigenossen sich wehren muß, mit diesen Leuten in einer Internationale zusammen zu sitzen. Das ist für uns ein Unding, so wenig von einer Vereinigung der alten und der unabhängigen Sozialdemokratie die Rede sein kann. Von der alten Partei blieb nichts als die leere Hülle. Und in der treiben fratzenhafte Lemuren ihr Unwesen.

Doch sollen und können wir nun darum nach Moskau zur dritten Internationale gehen? Darüber in einem zweiten Artikel.

Ein interessanter Bericht über Sowjetrußland

Die Humanité veröffentlicht den schon mehrfach erwähnten Geheimbericht des im Frühjahr von Wilson nach Rußland gesandten Diplomaten Bullitt, der die politische und wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands ausspionieren sollte. Bullitt schilderte zunächst die verheerenden Folgen der Blockade. Es fehle an Lokomotiven, wodurch der gesamte Verkehr stocke. Die Verbindung mit den Kohlenzentren sei fast abgeschnitten, die Bevölkerung der Städte allen Krankheiten und einem langsamen Verhungern ausgesetzt. Die Regierung nutzte die vorhandenen Mittel gut aus. „Der zerstörende Abschnitt der Revolution ist vorüber und die ganze Energie der Regierung ist der Arbeit des Wiederaufbaus zugewendet. Der Terror hat aufgehört. Die öffentliche Ordnung ist wiederhergestellt. Die Diebstähle sind wenig zahlreich. Die öffentliche Prostitution ist verschwunden. Die Theater haben ihre Vorstellungen wieder aufgenommen. Tausende von neuen Schulen sind in allen Teilen Rußlands eröffnet worden." In einem Jahre habe die Sowjetregierung auf diesem Gebiet mehr getan, als die Zarenregierung während 50 Jahren!

Die Regierung sitze fest und die Bevölkerung unterstütze sie, trotz der Hungersnot, für die sie die von der Entente verhängte Blockade verantwortlich mache. Nur die Sozialrevolutionären der Linken und die Anarchisten bekämpfen die Regierung, die sie „die besoldeten Gendarmen der Bourgeois der Entente" nennen. Sie werfen den Kommunisten vor, die Intellektuellen gegen hohe Entlohnung in leitende Posten

gebracht zu haben und wollen nichts von bürgerlichen Offizieren und von den Friedensbestrebungen der Regierung wissen. Die Opposition fordert die Abschlachtung (??) der gesamten Bourgeosie und eine Kriegserklärung an alle nichtrevolutionären Regierungen. (?)

Innerhalb der Kommunistischen Partei gebe es auch Meinungsverschiedenheiten. Trotzki und andere wünschen eine energische Kriegführung, die die Entente zu einem Eingreifen zwingen und in der Folge das westeuropäische Proletariat zur Revolution treiben würde. Lenin, Tschitscherin und die große Masse der Kommunisten erklären dagegen, daß gegenwärtig das Hauptziel sei, das russische wie das europäische Proletariat vom Hunger zu retten. Sie sind für eine internationale Verständigung, besonders mit den Vereinigten Staaten, selbst wenn prinzipielle Konzessionen gemacht werden müßten.

Bullitt zieht aus seinen Beobachtungen folgende Schlüsse: 1. Nur eine sozialistische Regierung könne sich gegenwärtig in Rußland halten; die Leninisten seien ebenso gemäßigt wie irgendeine andere sozialistische Partei. 2. Kein Frieden sei in Europa möglich, solange man nicht mit der Revolution Frieden gemacht habe, die Vorschläge der russischen Regierung können einen gerechten Frieden herbeiführen. 3. Die Aufhebung der Blockade würde eine weit bessere Beeinflussung ermöglichen, weil die Bevölkerung deren Wiedereinführung fürchten würde. Der Friede würde die oppositionellen Kräfte freimachen.

Aus allen diesen Gründen empfahl Bullitt in seinem Bericht — der in wesentlichen Einzelheiten abweicht von den Schilderungen, die bisher auch von Sozialisten über die Zustände in Sowjet-Rußland verbreitet wurden —, in Verhandlungen mit der russischen Regierung einzutreten.

Wahres und Falsches, durch die Brille eines amerikanischen Kapitalisten gesehen, mag hier vermengt sein. Interessant ist jedenfalls die Feststellung des Amerikaners, daß die Sowjetregierung durch ihre aufbauende Tätigkeit der Unterstützung des russischen Proletariats, dessen Leiden von der Blockade und der Kriegsraserei der Ententeimperialisten her stammen, sicher ist. Die Vernunftmahnungen Bullitts sind von der Entente bekanntlich in den Wind geschlagen worden. Die kapitalistischen Hyänen versuchen es erneut mit einer erdrosselnden Blockade.

Politische Rundschau

Deutschland

Der Hofbericht

Am 23. Oktober brachte das „sozialdemokratische" Bochumer Volksblatt einen wirklichen Hofbericht, an dem vor ein paar Jahren jeder Monarchist seine Freude haben konnte. In einem längeren Aufsatz über Eberts Aufenthalt in Breslau, den Empfang durch den Regierungs-Präsidenten und die geschwungenen Reden heißt es wörtlich:

„Vom Rathause begaben sich die Herrschaften zur Ausstellung."

Die Freude des Volksblattes über seinen Ebert, der vom Sattler und Budiker zum Reichspräsidenten aufrückte, wollen wir durchaus nicht stören. Daß die „aufrechten" Demokraten ihren Parteifreund nun aber zu den „Herrschaften" zählen, sich selbst also zu den gewöhnlichen Untertanen rechnen, das riecht verdammt nach Servilität!

Wenn hungernde Menschen ihr Recht fordern . .

Wiederum liegen zwei klassische Dokumente dafür vor, daß die Bauern aus gewinnsüchtiger Absicht mit den Produkten des Grund und Bodens zurückhalten und sich an gesetzliche Bestimmungen nicht kehren. Selbst Drohungen der Behörden, die Ablieferungspflichten zu erfüllen, bleiben einfach unbeachtet, weil man den Bauern während der Zeit der Revolution viel zu wenig beachtet hat und ihm das Gefühl, daß auch er für die Aufrechterhaltnng des Wirtschaftslebens zu sorgen hat, abhanden gekommen ist. Die beiden Dokumente lauten: 1. Der Landrat des Kreises Rotenberg i. H. erließ folgende Bekanntmachung: **„Es ist mir zur Kenntnis gelangt, daß einzelne Kartoffelerzeuger Kartoffeln der Ablieferung vorenthalten, um durch den demnächstigen Verkauf als Saatkartoffeln einen höheren Verdienst zu erzielen. Ich ersuche daher die Kartoffelerzeuger, in ihrem eigenen Interesse und ohne Unterbrechung die Speisekartoffellieferung fortzusetzen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung der Bedarfskreise, zumal Großstädte und Industriebezirke, hängt von der fortlaufenden Versorgung mit Lebensmitteln ab."**

2. gibt der Landrat aus dem Kreise Neuhaus (Oste) bekannt: „Die Versorgung mit Roggenbrot der über 16000 Köpfe starken brotversorgungsberechtigten Bevölkerung des eigenen Kreises ist dadurch gefährdet, daß von den Landwirten der Geestbezirke nicht genügende Mengen Roggen zur Ablieferung gelangen. Bei den Lagerhaltern und Mühlen wird bald kein Pfund Roggen mehr vorhanden sein. Die Folge wird davon sein, daß der arbeitenden Bevölkerung nicht ihr tägliches Brot, das Schwarzbrot, geliefert werden kann. Ich vertraue auf die Einsicht der Landwirte, daß in den allernächsten Tagen größere Mengen an Brotgetreide zur Ablieferung gelangen werden. Wird dies nicht der Fall sein, so wird es mir nicht möglich sein, 16000 hungernde Menschen davon abzuhalten, sich ihr Recht und ihr Brot dort zu holen und zu suchen, wo sie es finden werden."

Landräte, bei denen man gewiß keine Ursache hat, von kommunistischem Einschlag zu sprechen, erklären somit kurz und bündig, daß sie für Ruhe und Ordnung nicht aufzukommen vermögen, wenn ihnen die „passive Resistenz" der Bauern dabei im Wege ist. Und wahrhaftig würde es nicht das erstemal sein, daß die hungernde Stadtbevölkerung ihr Recht sich selbst holt, wenn man es ihr nicht gibt. — Will also die Regiernng Ruhe und Ordnung im Lande haben, will sie tatsächlich jede Möglichkeit ausschließen, daß leichtfertige Putschisten die gereizte Stimmung der Proletariermassen für ihre Zwecke ausnutzen, so sollte sie weniger die Arbeiter zur Vernunft mahnen, als vielmehr einmal recht derb und unzweideutig bei den Krautjunkern zugreifen. Was aber ist geschehen, wo die Bauern durch Gewaltmittel jede Kontrolle verhinderten und sich über die Ablieferungspflichten hinwegsetzten? **Nichts hat man in dieser Hinsicht getan, hat die Dinge ihren Gang gehen lassen und muß darum auch die volle Verantwortung dafür tragen, wenn Hungernde sich ihr Recht holen, wo und mit welchen Mitteln sie es immer bekommen können.**

Marschbereit nach Zella-Mehlis und Schmalkalden

Am Montag wurden auf dem Erfurter Güterbahnhof natürlich unter der nötigen Vorsicht verladen: Vom Reichswehrregiment 21 in Erfurt:

6. Komp. 122 Mann und 16 Unteroffiziere,
4. 160 „ 18
60 Minenwerfer,
60 „ Artillerie mit 19 Infanteriegeschützen.

Jede Kompagnie hat 200 Stielhandgranaten empfangen; ebenso ist an die Mannschaften seit Sonnabend die Marschverpflegung ausgegeben. Stacheldraht und sonstige Absperrutensilien reichlich vorhanden!

Es werden noch zuverlässige Leute zur Einstellung gesucht. Führungszeugnis der Polizeibehörden ist vorzulegen!

Im Laufe dieser Woche sollen die um ihre versprochene Ansiedlung betrogenen Soldaten aus dem Baltikum (Baltenkämpfer) nach Hamburg und Rheinland abtransportiert werden.

Montag früh ist auch das Koburger Bataillon nach Schmalkalden verladen worden.

Generalfeldmarschall Graf v. Haeseler

Im Alter von beinahe 84 Jahren ist vor einigen Tagen Generalfeldmarschall Graf von Haeseler auf seinem Gut in Harnecop bei Wriezen plötzlich am Herzschlag gestorben. — Von dem alten Reitergeneral, einem Offizier von seltener Bedürfnislosigkeit, sind viele Anekdoten und Geschichten in Umlauf. Namentlich als ausdauernder und ganz hervorragender Reiter werden viele Bravourstückchen erzählt. Graf Haeseler war seit 1853 Offizier und hat an allen Feldzügen teilgenommen, 1870/71 als Befehlshaber der Armee Prinz Friedrich Carl und zuletzt als Oberquartiermeister der Okkupationsarmee. Er trat nach dem Kriege in den großen Generalstab ein und übernahm 1883 als Generalmajor die 31. Kavalleriebrigade in Straßburg. 1903 nahm er als Generaloberst seinen Abschied, aber 1914 zog der alte Haudegen wieder mit in den Weltkrieg und es wurde mit dem „Schrecken der Franzosen" in der siegessicheren deutschen Presse mancher Unfug getrieben!

Der Glanz seines öffentlichen Lebens, denn der „älteste deutsche Offizier" betätigte sich noch politisch im Herrenhaus seligen Angedenkens, hat vor etwa zwei Jahren eine starke Trübung erfahren. Trotz Zensur und aller Verbote, von der Sache etwas in die Oeffentlichkeit zu bringen, wurde bekannt, daß vom Gute des Grafen kein Stück Vieh abgeliefert, für landwirtschaftliche Erzeugnisse dagegen die höchsten Wucherpreise verlangt wurden! Während das deutsche Volk Hunger hatte, namentlich unter Mangel an Fleisch litt, ließ man auf dem Gute Harnecop das Vieh nur an Altersschwäche sterben! Der alte Reitergeneral, dessen Leben vom menschenmordenden Kriegshandwerk erfüllt war, hatte die Marotte, sein Vieh nicht schlachten zu lassen. Selbst schwere Geldstrafen wurden von der Gutsverwaltung wegen der Nichtablieferung von Vieh bezahlt, bis dann gewaltsam Schlachtvieh vom Gute geholt werden mußte. Mit dieser Marotte hat der alte Reitergeneral selbst bei enragiertesten Durchhaltern stark an Renommee eingebüßt und die militärischen Zensurstellen baten himmelhoch, die „unangenehme Sache mit dem Grafen Haeseler" nicht mehr in der Presse zu behandeln, nachdem sie sich endlich hatten bequemen müssen, einen offiziösen Bericht in der Presse erscheinen zu lassen.

Elemente, die das deutsche Volk zur Verzweiflung bringen!

Der Frankfurter Zeitung wird aus Koblenz berichtet: Die ernste wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten veranlaßte den Reichskommissar für das besetzte Gebiet, von Stark, die Vertreter der einzelnen Bevölkerungsschichten zu einer Konferenz in Koblenz zusammenzuberufen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die besetzten Gebiete aus eigener Ernte den Getreidebedarf für 7 bis 8 Monate decken könnten, daß aber die **Landwirte sich weigern,** ihre Ablieferungspflichten zu erfüllen und **das Getreide an die Schleichhändler zu Riesenpreisen abgeben.** Der Schmuggel von deutschem Getreide über die Westgrenze habe einen ungeheuerlichen Umfang angenommen. **Tonnenweise in langen Automobilzügen gehe aus den Kreisen Geldern und Cleve das Getreide nach Holland** und kommt zu unerhörten Preisen als Auslandsmehl wieder herein. Die deutschen Behörden seien machtlos, da ihnen die Berechtigung der Zollkontrolle fehle. Die Schmugglerautomobile seien zum größten Teil von Militärpersonen begleitet. Aus diesen Umständen entstehe die Gefahr, daß das besetzte Gebiet in absehbarer Zeit ohne jeden Vorrat von Brotgetreide dastehe. Um praktische Maßnahmen zur Behebung der Notlage und Bekämpfung gegen das überhandnehmende Schieber- und Wuchertum zu finden, wurden für die einzelnen Gebiete Sonderkommissionen eingesetzt, die sich in Verbindung mit dem Reichskommissar und mit den Besatzungsbehörden über die geeigneten Hilfsmaßnahmen ins Einvernehmen setzen sollen.

Und diesem hundsgemeinen Treiben sah und sieht man höheren Orts rat- und tatlos zu.

Wie die Militärs die Dinge sehen

Die Berliner Freiheit veröffentlicht ein interessantes, dem Reichswehrministerium und anderen Kommandostellen zugegangenes Schriftstück des Reichswehrgruppenkommandos I, in dem zunächst ein allgemeiner Ueberblick über die Lage gegeben wird, wie sie sich in den Augen des Militärs spiegelt. Bemerkenswert ist da unter anderm folgende Stelle: **„Die Oganisation des Umsturzes ist gut. Die Kommunisten, die U. S. P. und der linke Flügel der Mehrheitssozialisten sind daran beteiligt."**

Es wird dann ein Klagelied angestimmt über den Zustand der Reichswehr: **„Die Führer sind sich ihrer Aufgabe wohl bewußt, schwer aber lastet auf ihnen die Sorge um die**

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

8]

Der Zeuge Steffens war Bankbeamter, neunundzwanzig Jahre alt, unverheiratet, und hatte Herta Hecker in einem Halenseer Tanzlokal kennen gelernt. Gleich am ersten Abend ihrer Bekanntschaft sei sie mit in seine Wohnung gekommen und habe ihn dort im Verlauf von etwa drei Monaten vielleicht sechsmal besucht. Bei jedem Besuche habe er ihr Geschenke gemacht, die in Höhe von sechs bis zehn Mark schwankten.

Alle diese peinlichen Einzelheiten holte der Vorsitzende dem Zeugen durch Kreuz- und Querfragen heraus. Staatsanwalt Jordan machte eifrig Notizen und nickte dann und wann befriedigt mit dem grauen Kopf.

Jetzt endlich fungierte dieser Vorsitzende in angemessener Weise. Jetzt endlich war die Sache in das Fahrwasser einer richtigen Verhandlung gekommen, jetzt, nachdem er, Jordan, ihr den nötigen Schwung gegeben und den alten Verhandlungsleiter mit der Nase darauf gestoßen hatte, in welcher Weise er mit „Hexen dieser Art" umzugehen habe.

Nun plötzlich waren alle romantischen Zauber von dieser Asphaltblume gewichen — und das grinsende Alltagslaster entpuppte sich, das, im Kindesalter fast noch stehend, die Tanzsäle schon unsicher machte, dort ungeniert auf den Männerfang ging und seine Nächte und seine Gunst gewohnheitsmäßig verkaufte. Eine Dirne wie viele andere, nur von erschreckender Frühreife und Abgefeimtheit. Eine Kokotte, die sich die Vornehmheitsnote ausgesucht und mit verblüffendem Geschick die Prinzessin mimte. Nichts weiter. Hierbei kam ihr ihr Aeußeres außerordentlich zustatten, denn der anonyme Urheber ihrer Tage war, so durfte man schließen, gewiß irgendein hochaufgeschossener Adliger aus einem Kavallerieregiment der Garde, von jenen Agrariersöhnen einer, die lebenshungrig die Amüsierplätze der Reichshauptstadt allnächtlich bevölkern, der in irgendeinem Nachtlokal der Mutter der Herta Hecker vor achtzehn Jahren so begegnet war, wie dieser Ladenschwengel hier jetzt der Herta selbst auf dem Halenseer Tanzparkett.

Aus der rassigen Inzucht seiner endlosen Ahnenreihe hatte jener Junker selbst die Hochbeinigkeit und vornehme Gestrecktheit der Glieder überkommen, die er nun auf dieses Straßenmädchen vererbte.

Mit der Körperstruktur der Aristokratie war dieser feilen Person ein willkommenes Lockmittel für ihren Gimpelfang gegeben, und ihre Schlauheit verfehlte nicht, diesen äußeren Vorteil durch ein ihm angepaßtes Gebaren, das vornehm wirken sollte, zu steigern. Vom Vater hatte dieses Mädchen die Statur, von der Mutter das Dirnentum geerbt. Und diese Mutter, bis heute unbestraft, sollte ihn endlich ihren Lohn jetzt dafür empfangen, daß sie, die ein Leben in Laster und Sünde verbracht, nun ihre Tochter zu dem gleichen Luderdasein erzog und anhielt.

In diesen Gedankenreihen analysierte sich Staatsanwalt Jordan die Wesensart des Mädchens, das jetzt dort auf der Zeugenbank wie hingegossen saß. Ihre großen, klaren, tiefen Augen starrten nachdenklich ins Leere. Ihr gleißend blonder Kopf war zurückgelehnt, und der knappe, kurze Rock umspannte eng zwei herrlich geformte Beine und ließ oberhalb der koketten, schmalen, niederen Lackschuhe einen erlesenen hellgrauen, englischen Seidenstrumpf sehen, dessen Farbe genau der des Hutes entsprach. Jordan sah die Blicke der anwesenden Männer teils wohlgefällig, teils gierig um das Mädchen spielen, das dann und wann aufschauend diese stummen Bewunderungszeichen stolz zu vermerken schien.

Welch eine Mode! dachte Jordan. War nicht das Teufelswerk dieser engen Röcke die reine Aufreizung zu Unzucht und Sinnlichkeit?

Sie zwang anständige Frauen, beim Besteigen der Treppe, eines Tramwagens, eines Autos, das zurückgestellte Bein bis zur Wadenhöhe zu entblößen. Bei den in Cafés und Restaurationen in Klubsesseln sich rekelnden Frauen und Mädchen dieser Bürgerschaft erlaubte diese Mode jedem Indiskreten die gleichen Wadenstudien.

Eine gewisse Kindlichkeit vortäuschend, erzielte diese Modeausschweifung der übertrieben engen Röcke die schamlose, plastische Bloßstellung der Hüften, Schenkel und Becken, der Rundungen, die wie unter Trikotbespannung herausfordernd hervorsprangen.

Es war die Uniformierung des Dirnentums, der die ganze, auch die anständige Frauenwelt mit diesen modernen und geschlitzten Röcken und Florstrümpfen sich unterworfen hatte.

Was Wunder, daß die Dirnen selbst dieser gemeinen Tracht mit Hingebung sich zuwandten? Keine Frage, die Dirne beherrschte das gesellschaftliche Bild vollkommen.

Und wie die Dame sich nicht scheute, in Dirnenaufmachung die Straßen zu betreten, so zogen auch Nigger- und Apachentänze mit all ihren schamlosen Phallusbewegungen in die Salone der feinen Leute ein, die ihre höchsten gesellschaftlichen Belustigungen darin zu finden schienen, auf das Apachenniveau herabzusinken. Staatsanwalt Jordan sah die Berliner Lebewelt solche Wege der Entartung gehen und entsetzte sich über diese Anzeichen einer allgemeinen Sitten- und Kulturverwilderung, deren bestialische Genußsucht heute bereits so geil in die Binsen geschossen war, daß die Geburtenziffern der Bevölkerung, vor allem der städtischen, rapide zu sinken begannen.

Kein Wunder. Diese in engen Röcken trippelnden Weibchen, deren höchstes Ziel war, Kokotten zu gleichen, sie schrien wohl nach allen natürlichen und widernatürlichen Reizungen der Erotik — aber Mütter wollten sie nicht werden, denn die von den Modepäpsten geforderte Gliederschlankheit hätte unter der Mutterschaft leiden können, die man auch sonst in jedem Betracht als schönheitsstörend, unbequem und langweilig vermied.

Die nur zu real gesinnten Eheherren dachten in gleicher Art und sahen ihr Budget außerdem recht gern von den ansehnlichen Kosten der Kinderaufziehung verschont. Diese Gelder verwendet man besser auf pikante und galante Damen, von denen ein Prachtexemplar, jung, verführerisch, elegant, eben diese Herta Hecker, hier auf der Zeugenbank saß . . .

Staatsanwalt Jordan erwog soeben, ob er sein Plädoyer auf eine solche Zeitcharakteristik ausdehnen sollte — da entließ der Vorsitzende den Zeugen Steffens und rief den folgenden, den Kunstmaler Lokatos, auf. Ein blasses Lebemännchen in lässiger Eleganz, mit einem schwarzen Wuschelkopf und kokettem, kleinem Schnurrbärtchen in dem gelben Gesicht trat herein. Es zuckte in den nervösen Zügen, und schon bei der Eidesablegung verspürte Staatsanwalt Jordan, daß dieser Zeuge erheblich tiefer erregt war, als die meisten vor Gericht Erscheinenden, die nicht ganz direkt mit der Sache zu tun hatten, zu sein pflegten. Nach der Art intelligenter Angeklagter prüfte der Zeuge wie im Fluge die Gesichter des Kollegiums dort oben hinter dem grünen Tisch, und sein tastender Blick blieb, wie im Schreck erstarrend, an dem finster drohenden Augenpaar hängen, das der Staatsanwaltshüne auf ihn gerichtet hielt. Ein Kerl wie ein Scharfrichter, dachte der Maler, und entwarf im Geiste sofort eine farbige Skizze, die diesen ungeschlachten Ankläger in purpurroter, mittelalterlicher Gewandung, das blitzende, riesige Richtbeil in der Faust, vor einen Block stellte, auf den Hertas blondes Haupt gelegt war. Der Maler strich mit der zitternden Rechten über die Augen, als gelte es, eine schreckliche Vision fortzuwischen oder zu bannen, und riß seine Gedanken zusammen, denn das Verhör begann. Die Vereidigung geschah.

„Ihr Name?"

„Emerich Lokatos."

„Alter?"

„Neunundzwanzig Jahre."

„Geboren — wo?"

„In Szent-Miklosch in Ungarn."

(Fortsetzung folgt.)

Truppe. Dort sieht es nicht so aus, wie es sein muß und wie es sein könnte. Seit Monaten tritt das Reichswehrgruppenkommando dafür ein, daß die Verminderung des Heeres nicht übereilt wird. Trotzdem versucht wurde, von hier aus in Erwiderung der Befehle des Kriegsministeriums die Verringerung des Heeres in ruhigere Bahnen zu lenken, stehen wir jetzt der Tatsache gegenüber, daß bei der Mehrzahl der unterstellten Verbände die Stärken rapide sinken. Gleichzeitig sinkt an vielen Orten der innere Wert der Truppen, nicht nur durch Verhetzung, sondern dadurch, daß gerade die besten Leute gehen ... Den besseren Elementen wird es verhältnismäßig leicht, Arbeit zu finden, die schlechteren bleiben und bei weiterer Entwicklung auf dieser Linie wird das Heer zum Sammelpunkt von Arbeitslosen und Gesindel."

Es wird mitgeteilt, daß für die Bekämpfung des Generalstreiks eine einheitliche Richtlinie in Vorbereitung sei, aber es wird auch eine ganze Reihe weitere Vorschläge gemacht, um die Situation nach dem Sinne der Militärs zu gestalten. Mit allen Mitteln sei die Erhaltung eines Heeres von 250000 Mann zu erstreben, der Uniform sei ein größerer Schutz zu gewähren. Rücksichtlos und sofort sei der Kampf aufzunehmen gegen die Führer der Kommunisten und Unabhängigen und ihre Helfer (Geldgeber), ferner sei ein Streikverbot durchzuführen und ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung zu beginnen.

Frankreich

Parteispaltung in Frankreich

Die Berner Tagwacht schreibt: Nach den Zeitungen steht für die Wahlen eine Spaltung der Sozialisten bevor. Die Anstifter der Bewegung sind einerseits die ausscheidenden Deputierten, die aus der Partei ausgeschlossen wurden oder die nicht mehr als Kandidaten portiert werden und andererseits die in der offiziellen sozialistischen Kandidatenliste inbegriffenen Abgeordneten, die mit der extremistischen Richtung die aus der Kandidatenwahl besonders der Bezeichnung des Bolschewistenführer Sadoul zum Kandidaten hervorgeht. Man zählt bis jetzt ungefähr zehn Andersdenkende unter den ausscheidenden Deputierten von Paris und 6 oder 7 unter denjenigen der Provinz. Ein Manifest wird diese Spaltung veröffentlichen.

In und um Elbing.

Unser Kommunalprogramm

Wir befinden uns am Beginn des bedeutungsvollsten Kommunalwahlkampfes, den Elbing bisher gesehen hat. Es ist Zeit für unsere Genossen, die Organisation der Wahlpropaganda vorzunehmen, denn noch gibt es eine große Zahl derer, die uns fern stehen. Seit dem 9. November 1918 ist mancherlei Schutt auch für die Gemeindeverwaltung hinweggeräumt worden, so das Dreiklassenwahlrecht und das Hausbesitzerprivileg und die Frauen haben endlich das Wahlrecht erhalten. Auf Grund der hierdurch bei den Neuwahlen veränderten Zusammensetzung der Gemeindevertretungen könnte nun die Arbeiterklasse ihre Interessen wirksam wahrnehmen, wo sie die Mehrheit errungen hat. Aber die Gemeinden sind vollständig abhängig von der Landesgesetzgebung, und diese trägt vor allem in Preußen noch nicht den veränderten politischen Verhältnissen Rechnung.

Bei Aufstellung unserer Forderungen haben wir jedoch nicht danach zu fragen, was im Augenblick durchzuführen möglich ist, sondern nur prinzipielle Erwägungen dürfen Platz greifen.

Zur Grundlage unserer Richtlinien mußte die programmatische Kundgebung unserer Partei dienen, die am 6. März 1919 auf der Parteikonferenz beschlossen worden ist. Darin heißt es:

„Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht.

Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente."

Dieses Programm gilt auch für die Gemeindeverwaltung. Es unterscheidet sich von dem alten Programm zunächst schon durch die Hineinarbeitung des Rätesystems. Wir verlangten in jener Kundgebung:

„Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben."

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze in der Gemeindepolitik sind bestimmte „nächste" Forderungen aufgestellt worden. Ein Teil der Forderungen, die wir vor dem 9. November vertreten haben, ist durch Aenderungen der Gesetzgebung erfüllt worden. Aber, wenn auch das Dreiklassenwahlrecht und das Hausbesitzerprivileg beseitigt sind, die Magistratsverfassungen sind bestehen geblieben. In den vierzehn verschiedenen Städte- bezw. Landgemeindeverordnungen Preußens ist das **Zweikammersystem** festgelegt und daran ist noch nichts geändert. Neben den aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Gemeindevertretungen bestehen die Magistrate oder Schöffen unverändert weiter. Und wenn sie auch ebenso wie der Bürgermeister (Gemeindevorstand) von den Gemeindevertretungen gewählt werden, so stehen sie doch über den Gemeindevertretungen, da deren Beschlüsse von den Magistraten genehmigt werden müssen, so daß diesen gegenüber die Stadtverordnetenversammlung bezw. Gemeindevertretung ohnmächtig ist. Das muß beseitigt werden, und zwar schleunigst. Versprechungen sind von der jetzigen preußischen Regierung zwar schon lange gemacht worden, aber geschehen ist noch nichts. Es muß etwas völlig Neues geschaffen werden. Ohne grundlegende gesetzliche Neugestaltungen ist es nicht möglich, die Interessen der Arbeiter genügend wahrzunehmen. Deshalb stehen an der Spitze unseres Programms die Forderungen, die wir an den Staat zu stellen haben, so lange wir uns in der heutigen Uebergangszeit befinden. Diese Forderungen sind:

A. An den Staat.

1. Rechte und Pflichten der Gemeinden.

a) Durch Staatsgesetz sind die Gemeinden als öffentlichrechtlicher Verband ihrer Einwohner zur Wahrung der Gemeindeinteressen anzuerkennen und mit den für ihre Aufgaben erforderlichen Rechten, insbesondere dem der örtlichen Polizei, der Enteignung und der Erhebung von progressiven Zuschlägen zu den staatlichen Besitzsteuern auszustatten.

b) Der Staat hat den Gemeinden volle Selbstverwaltung zu gewähren, also auch das Recht zum Zusammenschluß benachbarter Gemeinden zu Einheitsgemeinden oder zu Verbänden zwecks Durchführung gemeinsamer Aufgaben.

2. Die Gemeindeverwaltung.

Die Verwaltung der Gemeinde ist durch die Gemeindevertretung (Gemeinderäte, Stadtverordnetenversammlung) in Verbindung mit den kommunalen Arbeiterräten zu führen. Diese bilden aus ihrer Mitte Ausschüsse zur fortdauernden Kontrolle über die Ausübung der gesamten städtischen Verwaltung. Sie haben das Recht, gegen Beschlüsse und Maßnahmen der städtischen Verwaltung Einspruch zu erheben und die Entscheidung des kommunalen Arbeiterrats anzurufen.

Die Mitglieder der Gemeindeverwaltung sind in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen, wobei jeder Wähler eine Stimme hat.

Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben. Jährlich wird die Hälfte der Gemeindevertreter neu gewählt. Die Wahlen sind an einem gesetzlichen Ruhetage vorzunehmen.

Die Gemeindevertretung faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit.

Zur Durchführung ihrer Beschlüsse wählt die Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl einen Gemeindeausschuß. Dieser hat die Gemeinde nach außen zu vertreten, das Eigentum der Stadtgemeinde zu verwalten und die Gemeindebeamten zu beaufsichtigen.

Anstellung und Entlassung der Gemeindebeamten und der Gemeindearbeiter erfolgt unter Mitwirkung des kommunalen Beamten-, Angestellten-, bezw. Arbeiterrats durch die Gemeindevertretung.

Der Gemeindeausschuß ist für seine Tätigkeit der Gemeindevertretung verantwortlich.

Die Gemeindevertretung, der Gemeindeausschuß und die Mitglieder der kommunalen Arbeiterratsausschüsse sind für ihre Tätigkeit aus Mitteln der Gemeinde angemessen zu entschädigen.

In weiteren Ausführungen werden wir in den nächsten Tagen unsere prinzipiellen Forderungen an die Gemeinde und die speziell für Elbing notwendigen Maßnahmen darlegen.

Die Rechtssozialisten gegen eine freireligiöse Gemeinde

Bekanntlich sind in Elbing Bestrebungen im Gange, die aus der Kirche Ausgetretenen in eine freireligiöse Gemeinde zu sammeln. Ein Bestreben, in dem sich vorurteilslos denkende Menschen unbeschadet der Verschiedenartigkeit ihrer politischen Anschauungen zusammenfinden können. Anders denken die Elbinger Scheidemänner. Ihre Elbinger Volkszeitung lehnte den Abdruck des Artikels unseres Genossen Kranz „Brauchen wir in Elbing eine freireligiöse Gemeinde" ab. „Sozialisten" stellen sich schützend der überlebten Staatskirche zur Seite. Für die Sache der freireligiösen Gemeinde bedeutet das zwar nicht viel bei dem geringen Einfluß, den die Rechtssozialisten in Elbing besitzen. Aber der Vorgang lehrt erneut, wie man sie einschätzen muß. „Wenn man sich erst einmal auf der schiefen Bahn befindet, gibt's kein Halten mehr" versicherte die Volkszeitnng neulich treuherzig. Wir glauben ihr das.

Strafverschärfung für unerlaubte Schlachtungen

Da die heimlichen Schlachtungen einen Umfang angenommen haben, der die Fleischversorgung der Gesamtbevölkerung auf das schwierigste gefährdet, hat der Reichswirtschaftsminister durch Verordnung vom 28. Oktober 1919 bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtung auf Gefängnis und Geldstrafe nebeneinander, nicht mehr wie bisher nur wahlweise auf die eine oder andere Strafart zu erkennen ist.

Gleichzeitig ist in der Verordnung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 für alle anderen strafbaren Tatbestände das Strafmaß in Anlehnung an die übrigen Vorschriften auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft auf Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder eine dieser Strafen erhöht und den Gerichten die Einziehungsbefugnis gegeben worden.

Das Ende des Kriegsbrotes

Das Elbinger Ernährungsamt teilt uns mit: „Das bisherige, zu 94 Prozent ausgemahlene Roggen- und Weizenmehl geht zu Ende. Sowohl in Bäckereien als in Mehlhandlungen werden die Bestände etwa am Schlusse dieser Woche geräumt sein. Es kann vorkommen, daß an einzelne Stellen schon für die letzten Tage der Woche das neue Mehl — Roggenmehl zu 82 Prozent und Weizenmehl zu 80 Prozent — gegeben werden muß, während andererseits hier und da vielleicht ein Geschäft einen kleinen Bestand an altem Mehl noch in die nächste Woche wird übernehmen müssen. Das bessere Mehl bringt leider, wie schon wiederholt angekündigt, auch eine wesentliche Preissteigerung mit sich. Einmal ist geringer ausgemahlenes Mehl ohnehin teurer und dann sind bekanntlich die Getreidepreise für das neue Erntejahr durch eine von der Nationalversammlung beschlossene Verordnung erheblich erhöht worden, welche Erhöhung jedoch bis jetzt aus Reichsmitteln übernommen wurde, nunmehr aber in dem Mehlpreise ebenfalls in die Erscheinung tritt. Die neuen Mehlpreise, wie sie von der Reichsgetreidestelle jetzt berechnet werden, bringen beim Roggenmehl eine Preissteigerung von rund 14 Mk., beim Weizenmehl von rund 17 Mk. je dz. mit sich. Lediglich die sich daraus ergebenden erhöhten Einstandskosten der Bäcker sind auf den bisherigen Brotpreis aufgeschlagen worden, sodaß sich aus der neuen Preisfestsetzung eine Steigerung des Verdienstes der Bäckereien nicht ergibt. Die neuen Brotpreise sind aus der im Anzeigenteil dieser Zeitung abgedruckten Bekanntmachung ersichtlich.

Die gegen das Vorjahr doch erheblich veränderten Verhältnisse lassen es angezeigt erscheinen, auch das Semmelbackverbot aufzuheben. Die Bäckereien dürfen, sobald sie neues Mehl erhalten, Semmeln gleichviel welcher Form im Gewicht von 80 Gramm pro Stück zum Preise von 8 Pfg. herstellen und auf die Brotmarke (für eine Tagesmarke 4 Stück) abgeben. Die neuen Preise für Weizenauszugmehl (Krankenmehl) und Kinderzwieback sind bereits bekanntgegeben worden, weil der Bestand in Auszugmehl zum alten Preise bereits völlig verbraucht ist und schon jetzt solches zum erhöhten Preise zur Ausgabe kommt.

* * *

Das bessere Brot wünscht wohl jeder sehnsüchtig herbei. Die Preissteigerung aber hätte nicht erfolgen brauchen, wenn wir eine Regierung mit mehr Rückgrat gehabt hätten. Elbings Arbeiter wissen, daß die Lokalbehörden und die Bäcker keine Schuld tragen. Sie werden die Konsequenz bei den Wahlen ziehen und keinem Angehörigen der deutsch-nationalen Partei eine Stimme geben.

Elbinger Stattheater

Am Dienstag abend ging bei gut besuchtem Hause Wagners „Fliegender Holländer" in Szene. Das erste Stück Wagners, in dem er sich entschieden von dem alten Opernstiel abwendet und in neue Bahnen einlenkt; und zwar in die des Musikdramas. — Das Musikdrama ist uns nicht mehr ganz unbekannt, wurde doch vor nicht allzulanger Zeit an der hiesigen Bühne d'Alberts „Tiefland" aufgeführt. — Doch nun zur Erstaufführung selbst. Herr Kapellmeister Krause bewies mit der Vorführung der Ouvertüre sein Talent als Orchesterdirigent. Das verstärkte Orchester zeigte bis zum Schluß (wenn man von den Hörnern absieht), daß die Musiker mit Lust und Liebe an die Einübung des Werkes gegangen sind. Die Bühnenausstattung im ersten Akt wies Mängel auf; auch war die Wirkung des Ansegelns und des Untergangs des Holländerschiffes verfehlt. Das kommt wohl daher, weil unsere Bühne sich für Wagneraufführungen nicht eignet. — Herr Steinbach spielte mit Geschick den Kapitän, der, durch und durch Geschäftsmann, es fertig brachte, seine Tochter dem Fremden um des Geldes willen zu geben. Herr Kius paßte vorzüglich zu seiner Rolle. Den Steuermann gab Herr Kaiser gut wieder. — Der zweite Akt brachte das schöne Spinnerlied und die Ballade, den Kerupunkt der Oper. — Frl. Pittamitz verstand es ausgezeichnet, sich ihrer Rolle voll und ganz anzupassen. Der Chor war wahrscheinlich nach der zweiten Strophe eingeschlafen und von einem Acapella-Chor nach der dritten Strophe konnte überhaupt nicht die Rede sein. Hoffentlich ist die zweite Aufführung von diesen Mängeln frei. Den Jäger sang Herr Hagin. Sein Gesang ließ, trotz des weichen Tones, den trotzigen Jäger erkennen. Leider hatte auch, wie nur zu oft, die Feder gewaltet, und mit kühnem Strich den schönen Gesang zwischen den Matrosen des Holländers und denen Dalands gestrichen. Es ist zwar schwer, einen großen Chor zusammenzubringen, aber Gesangvereine oder stimmbegabte Herren würden wohl gerne ihre Kräfte im Interesse der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. — Das Stück endete um 10½ Uhr. Einige der Theaterbesucher konnten aber das Ende wieder einmal nicht abwarten. Die Sorge um ihre „geliebte Garderobe" ließ ihnen keine Ruhe. G. R.

Vorberatungen für ein Hebammengesetz

Auf Einladung des Ministers für Volkswohlfahrt fand letzthin unter Beteiligung von sachverständigen Aerzten, Vertretern des Hebammenstandes und Mitgliedern der Preußischen Landesversammlung eine Beratung statt, die über die von der Preußischen Landesversammlung aufgestellten Richtlinien für ein demnächst vorzulegendes Hebammengesetz eine Klärung herbeiführen sollte. Die eingehende Aussprache führte in allen wichtigen Punkten zu einer Einigung und dürfte eine wertvolle Grundlage für die Ausarbeitung des Hebammengesetzentwurfs bilden. Es ist zu erwarten, daß der Gesetzentwurf in nächster Zeit fertiggestellt sein wird und nach nochmaliger Beratung durch eine Anzahl von Sachverständigen der Preußischen Landesversammlung vorgelegt werden kann.

Elbinger Polizeinachrichten

Verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt wurde der stellenlose Friseurgehilfe Baliskowski. Am 29. d. Mts. übernachtete er in der Gastwirtschaft Simon-Pr. Holland und stahl daselbst die ganze Bettwäsche, 2 Bettbezüge, 2 Kopfkissen und 2 Laken, die er dann am nächsten Tage an einen Bahnbeamten in Grünhagen für 80 Mark verkauft. B. ist erst vor ein paar Tagen aus dem Gefängnis entlassen, wo er ebenfalls eine Strafe wegen Wäschediebstahls verbüßte.

Ostdeutsche Nachrichten

Danzig und die Blockade

Die Verhängung der Blockade lastet schwer auf den Gemütern der Danziger. Im Hafen ist Totenstille, kein Kahn bewegt sich mehr, keine Rauchfahne ist zu sehen.

Die Hafenarbeiter sind in großer Not und haben schon Versammlungen abgehalten; sie wollen Unterstützungen von Staat und Kommune. Die Blockade hat auch üble Folgen für die Versorgung der Danziger Bevölkerung; die Nahrungsmitteldampfer von Stettin und Lübeck werden nicht durchgelassen, die Kohlentransporte von Emden bleiben aus. Die Stimmung ist sehr gedrückt.

Schwindel

Die bürgerliche Presse meldete den Einzug polnischer Truppen in Thorn. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, ist an der Nachricht kein wahres Wort.

Der beleidigte Magistrat

Auch der Danziger Magistrat hat sich beleidigt gefühlt. Das Magistrats-Pressebureau versendet an die Danziger Tageszeitungen folgende Notiz, die wahrscheinlich abschreckend wirken soll:

Im November v. Js. hatte ein Herr Rosenberg aus Neufahrwasser in einem Eisenbahnwagen behauptet, daß der Magistrat 16,000 Zentner Kartoffeln an eine sächsische Handelskammer verkauft habe, obwohl doch hier in Danzig große Kartoffelnot sei. Er erklärte das für eine Gemeinheit. Der Magistrat hatte hierauf gegen Rosenberg bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt, und R. ist jetzt rechtskräftig wegen Beleidigung des Magistrats zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt worden.

Der sterbende Rechtssozialismus

In Krojanke (Kreis Flatow) ist er sang- und klanglos vor einigen Tagen verschieden. Die dortige Ortsgruppe der S. P. beschloß ihren Uebertritt zur U. S. P. 94 Genossen traten über.

Zum Austausch deutsch-polnischer Gebiete

Mehrere Zeitungen meldeten, zwischen Deutschland und Polen sei ein Abkommen beschlossen worden, das dahin ginge, vorwiegend deutsche Ortschaften gegen solche mit polnischer Bevölkerung auszutauschen. Diese Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen. Die deutsche Regierung versucht eine Be-

richtigung der durch den Friedensvertrag festgelegten Ostgrenze da zu erreichen, wo Gebiete mit einer ganz überwiegenden deutschen Bevölkerung zu Polen geschlagen worden sind und zahlreiche dringende Gesuche um Belassung beim Deutschen Reich vorliegen. Zunächst wird es sich darum handeln, daß die mit der Festsetzung der Grenze nach dem Friedensvertrag betraute Kommission, die bisher mehr oder weniger nur topographische Aufgaben hat, eine erweiterte Zuständigkeit erhält, ferner daß die ethnographisch strittigen Gebiete einer besonderen, den Abstimmungsgebieten ähnlichen Behandlung in bezug auf Festsetzung und Verwaltung unterstellt werden. In dieser Beziehung hat die Regierung bereits die entsprechenden Schritte getan, ohne daß jedoch eine Entscheidung vorläge.

Von nah und fern

Ihrer Majestät Bluse

Die Hoffnung auf baldige Rückkehr Seiner Majestät scheint bei den Deutschnationalen doch nicht allzu groß zu sein. Sie trösten sich daher einstweilen mit der Verehrung durchgeschwitzter Kleidungsstücke der geliebten Personen. Und verhökern sie — Geschäft ist Geschäft — meistbietend mittels Zeitungsinserats in gesinnungsverwandten Blättern. In der „Kreuzzeitung" lesen wir folgende Anzeige:

Kaiserin.

Bluse mit Armbinde, getragen von J. M. 1903 beim Armbruch, verkaufe an Verehrerin J. M. 14 Jahre im persönlichen Dienst J. M.

Bücherschau

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nr. 43 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Unsere Einigungsparole von Eugen Prager; Aus der Geschichte der sozialistischen Internationale von Artur Crispien; Die Lohnfrage in der Uebergangszeit zum Sozialismus von A. Stein; Schule und Volksbildung in den Vereinigten Staaten von H. Krah.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal nnd ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 6 Mk.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Brot und Mehl.

Auf Grund der §§ 58/61 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 wird für die Stadt Elbing nach Anhörung des Fachausschusses für das Bäckereigewerbe u. des zuständ. Fachausschusses der Preisprüfungsstelle folgendes bestimmt:

1. In Abänderung der Ziffer 9 unserer Bekanntmachung vom 23. Juli 1919 werden für den Verkauf von zu 82% ausgemahlenem Roggenmehl und zu 80% ausgemahlenem Weizenmehl, so wie von Brot, das aus solchem Mehl hergestellt ist, folgende Verkaufspreise bei der Abgabe an Verbraucher festgesetzt;

Roggenmehl	1 kg	= 0,76 Mark
	1750 g	= 1,33 „
Weizenmehl	1 kg	= 0,80
	1750 g	= 1,40
Roggenbrot	1 kg	= 0,68
	2500 g	= 1,70
Weizenbrot, groß	1 kg	= 0,74
	2500 g	= 1,85 „

2. Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 14. Dezember 1918 wird die Herstellng von Semmeln aus 80%igem Weizenmehl zugelassen. Unter Semmeln ist Kleingebäck in jeder Form zu verstehen (also auch Zwieback, Franzbrote usw.) Das Gewicht des einzelnen Stücks muß durchschnittlich 80 g betragen. Semmeln in anderem Gewicht dürfen nicht hergestellt werden. Auf 1 Tagesbrotmarke (357 g Brot) sind 4 Semmeln zu 80 g abzugeben. Der Höchstpreis für 1 Semmel wird festgesetzt auf 8 Pf., für 1 kg mithin auf 1 Mk.
   Die bestehenden besonderen Vorschriften für Zwieback aus Weizenauszugsmehl bleiben hiervon unberührt.
3. Obige Bestimmungen treten in Kraft, sobald Bäckereien und Mehlhandlungen die Bestände an 94%igem Mehl und an Backwaren, die aus solchem Mehl hergestellt sind, geräumt haben.
4. Uebertretungen unterliegen den Strafvorschriften des § 80 der Reichsgetreideordnung.

Elbing, den 29. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Fleischausgabe

für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1919.

Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte: 150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.

Elbing, den 30. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

U. S. P. II. Bezirk

Am Freitag, den 31. Oktober, 6 Uhr abends findet im **Volkshaus** eine

Vertrauensmänner-, Delegierten-, Bezirkskassierer-, Hauskassierer-Besprechung

statt. Um vollzähliges Erscheinen bittet

Die Bezirksleitung II. Bezirk
(nach der neuen Einteilung).

Stadt-Kino

Alter Markt 39

bringt von **Freitag bis Montag**

Das Himmelsschiff

in 6 Akten, welches auch für die **Familien- u. Kinder-Vorstellung** erlaubt ist.

Anfang **pünktlich 3 Uhr, nach 3 Uhr** können keine Kinder mehr hereingelassen werden, da sie dann nicht mehr alles sehen.

Außerdem zur Abend-Vorstellung ein

Karlchen-Lustspiel in 2 Akten.

Mit bester Empfehlung

Rich. Schwarzkopf.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche anläßlich unserer Vermählung sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Willy aus dem Bruch
und Frau Berta geb. Seidler.

Die Heilsarmee.

Kommandeur Ögrim

der neue Leiter der deutschen Heilsarmee, wird am **Freitag, den 31. d. Mts., abends 8 Uhr,** im **Gewerbehaus,** Kehrwiederstraße, einen **Vortrag** halten.

Die Frau Kommandeurin, welche die Sozial-Arbeit der deutschen Heilsarmee leitet, wird auch anwesend sein und sprechen.

Jedermann freundlichst eingeladen.

Malerlehrling

bei hoher Entschädigung stellt ein **E. Szczelinski,** Malermeister, Neust. Wallstraße 33.

1 moderner

Kinderwagen

preiswert zu verkaufen **Petriftraße 17.**

Clarinette

zu kaufen gesucht. **Liedtke,** Mattendorffstr. 10.

Elbinger Standesamt

vom 30. Oktober 1919.

Sterbefälle: Schlosserfrau Anna Elisabeth Allert geb. Diegner, 45 J. — Inv.-Rent.-Empf. Friedrich Grunwald, 68 J. — Braumeister Joh. Gottfried Walter Preuß, T. 1 J. — Eigentümer-Ww. Henr. Armbrust geb. Fietkau, 81 Jahre.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Elbing und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Hause

Brückstraße 3, Ecke Wasserstraße

früh. Frau Agnes Tolksdorf, am **Sonnabend, 1. November d. Js.,** ein

Eisenwaren-Geschäft

verbunden mit

Magazin für Haus- u. Küchengeräte

eröffne. Ich empfehle sämtliche in dieses Fach schlagende Waren, wie: Rein Aluminium-, Felsen-Kochgeschirre, Frucht- und Kochkessel, Waschmaschinen, Wäscherollen, Grudeherde, Stahlwaren, Ia Solinger Fabrikate, Bürstenwaren usw.

Mein vornehmster Geschäftsgrundsatz wird es sein: Lieferung nur erstklassiger Fabrikate zu angemessenen Preisen, höfliche, schnelle und sachgemäße Bedienung.

Ich bitte höflichst, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Hermann Bruckert.

Täglich frische

Räucherheringe

zu haben. **Paul Lange, Mattendorffstr. 19.**

Kautschukstempel

Petschafte

Typen-Druckereien

für Private, Behörden, Industrie, Handel und Gewerbe liefert sauber und billig

G. W. Petersen
Papierhandlung.

Wer besorgt ausführliche **Zeichnung** zur kleinen Dampfmaschine eventl. Lokomobile. Schriftl. Meld. u. **W. 123** an die Geschäftsstelle Elb. Volksstimme.

! Markenfrei !

Jeden Donnerstag, Freitag und Sonnabend

prima fette Gänse

ganz und zerteilt

Gänse-Kleinfleisch — Gänse-Leber
Gänse-Flomen — Gänse-Schmalz
Gänse-Pökelfleisch
prima geräucherte Gänse-Brüste
prima geräucherte Gänse-Keulen
empfiehlt

Curt Kuhn

Telephon 265. **Alter Markt 60.**

An unsere Leser!

Zum **1. November** werden wir für unsere Zeitung vorläufig folgende

Abholestellen

einrichten:

Herrn **G. Tiedtke,** Kol. Trettinkenhof 15
Nitsch, Kastanienallee 56
Laufer, Georgendamm 8
Borkowski, Fischervorberg 8
Kremke, Schulstraße 1
Maibaum, Feldstraße 3.
Lange, Paul, Mattendorffstraße 19.

Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen

Verlag der Elbinger Volksstimme

Freitag u. Sonnabend
Fleisch- und Wurstverkauf.
Roßschlächterei Georgendamm 15.

Rauch- und Kautabak
Zigarren u. Zigaretten
zu haben
Paul Lange
Mattendorffstraße 19.

Das

Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend den ganzen Tag geöffnet. Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Elektromonteure

selbständig und mit Rohrdrahtverlegung vertraut, sucht
Blank,
Installationsgeschäft
Wittenfelderstr. 24b.

Neu für Elbing u. Umgegend

Nur **kurze Zeit**
von Sonntag, den 2. November 1919

Platz am Marienburgerdamm

in einer Bretterbude von 50 Metern Länge.

Eröffnung von N. D. Nielsens Panoptikum

und großes anatomisches

Museum

enthaltend über 1000 Nummern

Gruppen u. Figuren in Wachs in natürlicher Größe, darunter die großen Gruppen nach einer berühmten Malerei **(Der Weg der Sünde),** bestehend aus 42 Figuren in Lebensgröße.

Grosse Anatomisch-pathologisch embryologische Abteilung

eine für Damen und eine für Herren.

Das Museum ist täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Alle, welche **Elbing** besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses **wissenschaftliche Museum** zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Eintrittspreis 2 Mk., anatomische Abteilung 1 Mk.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 9 | Freitag, den 31. Oktober 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Sowjets in Australien. Nach einem Bericht der englischen Zeitung Daily Mail haben die Einwohner von Port Darwin in Australien ihre bisherige Verwaltung gestürzt und die Errichtung einer Sowjetregierung proklamiert. Die bisherigen Beamten haben fluchtartig die Stadt verlassen. Nähere Nachrichten über die Ausbreitung der Bewegung ist Australien fehlen noch.

Judenverfolgungen. Die Pariser Humanite veröffentlicht neue Berichte über furchtbare Judenverfolgungen in den in den Händen der Reaktionäre befindlichen Teilen Rußlands. In allen von den Truppen Denikins eroberten südrussischen Städten wurde unter den deutschen Juden ein furchtbares Blutbad angerichtet. Die Denikinsche Heeresleitung begünstigte diese Propaganda. Dies sei kein Wunder, da doch Denikins Armee der Sammelpunkt aller reaktionären und somit antisemitischen Elemente geworden sei. Die Gegenrevolutionäre, so schreibt die Humanite, bilden einen Ballen um Denikins Armee, die den Bürgerkrieg dazu benutzen, um ihren Haß an den Juden auszulassen.

Frieden mit den Bolschewiki! Der Pariser Populaire berichtet über den unerschütterlichen Kampf, den die polnische sozialistische Partei gegen die Regierung Polens führt, um diese zum Frieden mit Sowjetrußland zu veranlassen. Die ununterbrochenen Bemühungen der Partei scheinen nach der Ansicht des französischen sozialistischen Blattes endlich von Erfolg gekrönt werden zu sollen, da der Einfluß der sozialistischen Partei in Polen immer stärker werde und die Regierung immer größere Rücksicht auf sie zu nehmen gezwungen sei. Die sozialistische Partei Polens sei die einzige polnische Partei, die eine straffe Organisation und ein entschiedenes Programm habe.

Todesurteile wegen der Gazette des Ardennes. Das französische Kriegsgericht hat gegen die Redakteure und Herausgeber der Gazette des Ardennes drei Angeklagte zum Tode, zwei andere zu siebenjähriger Zwangsarbeit und sechs weitere Angeklagte zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

So findet eine vergiftende Arbeit ihre Sühne, die von den deutschen Militärs in Frankreich organisiert worden war. Die deutschen Hauptschuldigen aber bleiben unbehelligt oder sie sitzen gar in einem der Pressebureaus, die heute ihre vergiftenden Lügen über „Spartakus" in die Welt setzen.

Hessischer Bauernstreik. In allen drei hessischen Provinzen hat laut Rh.-W. Ztg. ein Bauernstreik begonnen. Die Landwirte liefern keine Kartoffeln mehr, so daß die dringende Gefahr einer Katastrophe besteht.

Der renitente Bischof. Erzbischof v. Faulhaber nahm auf dem Katholikentage, der viele tausend Zuhörer im Zirkusgebäude zusammenführte, Gelegenheit, gegen das neue Regiment Stellung zu nehmen. Die neue Reichsverfassung habe mit ihren Bestimmungen über die Schule den Katholiken den Kampf angesagt, und diese werden ihn durchführen, komme was da wolle. Die Verfassunggeber, die die Religion aus dem öffentlichen Leben getilgt haben, haben kein Recht, die Staatsbürger auf die Verfassung mit der Eidesformel „Ich schwöre" zu verpflichten. Ebenso verhält es sich mit dem Eid auf die Steuererklärung. Jeder Gläubige hat das Recht, zu sagen: Ich verweigere den Steuereid. Der Erzbischof bezeichnete schließlich die Nachricht von den Plänen über die Bildung einer katholischen Donaumonarchie als infame Unwahrheit.

Die Bolschewiki greifen an. Nach den letzten hier eingegangenen Meldungen kann nunmehr kein Zweifel bestehen, daß die Initiative in den Kämpfen vor Petersburg auf die Bolschewisten übergegangen ist. Der Hauptangriff der Roten Armee ist in Richtung von Krasnoze Sselo und Gatschina geführt worden. Wie weit Judenitsch vor diesem Stoß zurückgewichen ist, läßt sich im Augenblick noch nicht mit Sicherheit übersehen.

Eine Depesche aus Helsingfors meldet: Unter der persönlichen Leitung Trotzkis werden weiter Elitetruppen nach Petersburg gebracht. Eine Baschkiren-Kavalleriedivision ist bereits eingetroffen, weitere Baschkiren-Infanteriedivisionen sind im Anrollen begriffen. Diese Konzentration von Kerntruppen nach Petersburg beweist, daß die Bolschewisten Petersburg nicht nur bis zum äußersten verteidigen wollen, sondern auch die Absicht haben, zum Gegenschlag auszuholen. Trotzki sagte über die Lage von Petersburg. Bis zum 21. 10. lag die Initiative in Judenitsch Händen; am 22: ging die Rote Armee zum Angriff über und brachte dem Feind einen schweren Schlag bei. Wir haben den Feind zum Wanken gebracht und ihm seine Hauptstellung entrissen, und wenn wir unsere Kräfte noch weiter anspannen, wird auf den ersten Streich bald ein entscheidender Schlag folgen. Die Petersburger Menschewiki haben ihre Kräfte für die Verteidigung der Stadt angeboten.

Verschärfte Streiklage in Amerika. Nach dem Abbruch der Verhandlungen, die auf Einladung Wilsons zwischen Vertretern der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber stattgefunden hatten, hat sich die Streiklage in den Vereinigten Staaten äußerst verschärft. Der Ausstand der Kohlenbergwerksarbeiter soll am morgigen Sonnabend beginnen und wird 200 000 Mann umfassen. Gompers hat für den Beginn des nächsten Monats eine Versammlung der Vormänner von 112 Arbeitervereinigungen nach Washington einberufen, auf der Vorbereitungen getroffen werden sollen „für ein offensives und defensives Bündnis der internationalen Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten und Kanada zur nachdrücklichen Führung des Kampfes der Arbeiterschaft auf Leben und Tod, der sich nun nähere.

Man nimmt übrigens, wie wir bereits meldeten, an, daß die kommenden Streiks eine besondere Unterstützung von seiten der Landarbeiter erhalten werden, mit deren Organisation bereits begonnen. Wie der Petit Parisien schreibt, ist Amerika von der größten Arbeiterbewegung bedroht, welche es je erlebt hat. Den Stahlarbeitern, welche sich noch im Streik befinden, und den Bergleuten, welche die Arbeitseinstellung für den 1. November beschlossen, werden sich bald die Angestellten der Eisenbahn anschließen, wenn ihre Forderungen nicht durchdringen. Sie wollen, daß die Kontrolle der Regierung über die Eisenbahn aufhört. In 14 Tagen werden in den Vereinigten Staaten zwei Millionen Arbeiter in den Streik eintreten.

Zweite oder dritte Internationale?

Von Gustav Schröder.

II.

In Moskau war vom 1.—6. März jene Konferenz zusammen, die die sogenannte dritte Internationale gründete. Mit Ausnahme der russischen Bolschewisten nahm an dieser Tagung keine Massenpartei teil. Das muß festgehalten werden. Außer den Russen waren Vertreter mehrerer asiatischer Völker, Angehörige der russischen Randvölker, mehrere Kommunisten vom Balkan und aus einigen anderen europäischen Ländern vertreten. Die großen sozialistischen Parteien Westeuropas fehlten. Die schweizerische Sozialdemokratie, die in Moskau vertreten war, lehnte den Anschluß an die dritte Internationale später durch Urabstimmung ab. Jene Moskauer Konferenz vertrat nur einen kleinen Bruchteil des sozialistisch denkenden Proletariats. Es bedeutet im Hinblick darauf, daß das wirtschaftliche Schwergewicht sich für die nächsten Jahrzehnte nach England und den Vereinigten Staaten verschiebt, ein, gelinde gesagt, sehr starkes Selbstbewußtsein, von sich als von der „dritten Internationale" zu sprechen, wenn die proletarischen Massen jener Länder nicht hinter dieser Internationale stehen. Eine Internationale hat doch nur dann Wert, wenn sie mehr ist, als ein schönrednischer oder politischer Diskutierklub. Wollen wir aufs neue in den alten Fehler verfallen? Eine Internationale nützt uns nur dann, wenn die internationalen Massen hinter ihr stehen. Andernfalls ist sie trotz allen radikalen Aufputzes ein leerer Popanz und keine praktische Kriegsmaschine im Befreiungskampf der Arbeiter. Die Massen erfüllt man nicht durch Gründung einer Konkurrenz-Internationale mit revolutionärem sozialistischem Geist, sondern durch stete Aufklärung in dem politischen Leben der Länder. Nicht, weil wir eine neue Internationale haben, bekommen wir die Massen und mit ihnen die Weltrevolution. Nein, umgekehrt: haben wir die Massen, dann kriegen wir auch die Internationale, die wir brauchen. Ob zweite, dritte oder vierte, daran liegt nichts. Das Entstehen einer wirklich brauchbaren Internationale erfordert Zeit, setzt einen gewissen Reifezustand der sozialistischen Bewegung voraus. Diese Periode abzukürzen, liegt nicht in der Hand einer Partei oder eines Parteitages. Wenn ihre Zeit da ist, werden wir auch die richtige Internationale haben.

In Moskau hatte man diese Erkenntnis nicht. Man beschloß dort Richtlinien für die dritte Internationale. Diese gehen von der grundlegenden Voraussetzung aus, der Kapitalismus der ganzen Welt sei durch den Krieg zusammengebrochen. Wörtlich:

> „Der imperialistische Krieg verwandelte sich in den Bürgerkrieg. Die neue Epoche ist geboren. Die Epoche der Auflösung des Kapitalismus, seiner inneren Zersetzung ist da. Die Epoche der kommunistischen Revolution des Proletariats ist angebrochen."

Für Männer wie Lenin und Trotzki ist das ein ungewöhnlich kurzsichtiger Blick. Zusammengebrochen ist vorläufig nur der russische Kapitalismus. In Deutschland schon sitzt er verdammt fest im Sattel. In Frankreich und England ist er so stark, daß er dem russischen Kommunismus seit Monaten einen erbitterten Krieg liefern kann. In Amerika und Japan feiert er wirtschaftliche Orgien gewaltigster Art. — Die Richtlinien lehnen dann weiter die parlamentarische Regierungsform ab und fordern an Stelle der Demokratie die Rätediktatur. Um dahin zu kommen, soll das Proletariat den gesamten staatlichen Apparat zertrümmern und an dessen Stelle seinen eigenen Herrschafts- und Verwaltungsapparat aufrichten. Das liest sich sehr schön und klingt recht „revolutionär" und „tapfer." Aber in die Tat umgesetzt, bedeutet es den Hungertod von Hunderttausenden Frauen und Kindern, bedeutet das gegenseitige Abwürgen von zehntausender kräftiger Männer, deren Arbeitskraft einen großen wirtschaftlichen Wert hat. Es bedeutet die Vernichtung des wenigen Wohlstandes, den der Krieg dem siechen Europa gelassen hat. Nie darf außer Acht gelassen werden, daß dies alles die Arbeiterklasse am schärfsten trifft. Denn Dreiviertel des Volkes bestehen aus Arbeitern. Bricht das Chaos herein, dann leidet die Arbeiterklasse zuerst und in stärkstem Maße.

Mit welchem Recht maßt das bisher so rückständige agrarische Rußland sich an, dem unendlich höher stehenden westeuropäischen Proletariat seine künftigen Kampfformen vorzuschreiben? Die Wege der Arbeiterschaft zu ihrem Ziel: Eroberung der politischen Macht werden sehr verschieden sein. Eine ganze große Skala von Kampfmitteln steht ihr zu Gebot. Von der einfachen Protestresolution und der Beeinflussung der Oeffentlichkeit durch Presse und Versammlung über Straßendemonstration und Generalstreik bis zum bewaffneten Aufstand und zur Massenfüsilade unbelehrbarer Volksfeinde ist eine lange Stufenleiter. Die Arbeiterschaft wird ihre Mittel nach Zeit und Umständen wählen. Daß sie das verzweifelste zuerst und nur das wählen soll, ist eine Methode, die uns zu asiatisch erscheint und die wir daher ablehnen. Für Rußland mochte sie nötig sein. Für West- und Mitteleuropa dürfte eine andere Form des Kampfes angemessener zum Ziel führen.

Um nun in Deutschland die „proletarische Revolution" herbeizuführen, beschloß man in Moskau den Kampf gegen die — unabhängige Sozialdemokratie. Wenigstens ihre Spaltung soll versucht werden. Und wir haben noch vor wenigen Tagen gesehen, wie in Weimar die kommunistische Jugend uns schärferen Kampf als der Gefolgschaft Noskes ankündigte und die Spaltung der freien sozialistischen Jugend herbeiführte. Die kommunistischen Flugschriften und Zeitungen haben mehr als einmal unsäglich niedrige Angriffe gegen unsere Genossen Haase und Kautsky gebracht. Daß sich an der kommunistischen Taktik nichts geändert hat, beweist der Brief an Bucharin, den wir in Nr. 6 der Volksstimme abdruckten. Solange die Kommunisten bei uns waren, bestand ihre Tätigkeit in fortgesetzten Zänkereien. Drei Tage vor der Nationalversammlungswahl forderten sie in Danzig die Arbeiter öffentlich durch Plakate zum Fernbleiben von der Wahl auf. Was sollen wir in der dritten Internationale? Etwa die Stiefelputzer der Spartakisten sein?

Wir können nicht nach Moskau gehen. Sollte der Parteitag dies beschließen, dann würde die politische Entwicklung diesen Beschluß sehr bald korrigieren. Den Heldenkampf der russischen Kommunisten verfolgen wir mit Bewunderung und arbeiten für unseren Teil an dem Siege der deutschen Arbeiterschaft in zäher Weise. Doch so wenig wie wir den Russen in ihre Taktik dreinreden, so wenig wollen wir uns von ihnen Vorschriften machen lassen. Wir verzichten darauf, uns von Leuten, denen die deutschen Verhältnisse fremd sind, Instruktionen zu holen, wie das die deutschen Kommunisten tun.

Wir können weder die aus den Trümmern zusammengeflickte zweite, noch die Moskauer dritte Internationale brauchen. Gegenwärtig muß unsere Aufgabe sein, in allen Ländern mit den uns nahestehenden Teilen der sozialistischen Parteien Verbindungen anzuknüpfen und diese über die Zustände der deutschen Arbeiterbewegung zu unterrichten. Die richtige Lösung wäre, wenn in Genf die deutschen Rechtssozialisten von der ferneren Zugehörigkeit zur Internationale ausgeschlossen würden. Dann würden vielen tausenden Arbeitern, die ihnen heute noch nachlaufen, mit einemmal die Augen aufgehen. Nicht wir unabhängigen Sozialdemokraten haben seinerzeit die Parteispaltung herbeigeführt. Wir lehnten sie ab und lehnten auch die Spaltung der Gewerkschaften ab, als wir, aus der alten Partei brutal hinausgeworfen, uns in einer neuen zusammenschlossen. Der Ausgang der Metallarbeiterverbandstagung zeigt die Richtigkeit unserer Taktik in der Gewerkschaftsfrage. Auch beim Problem der Internationale wird diese Taktik sich bewähren, wenn wir ihr Zeit lassen, die Kräfte zu entfesseln. Vom Genuß einer vorzeitig gepflückten Frucht kommt nichts als Bauchgrimmen heraus. Die Hauptsache für uns ist, die stärkste politische Partei Deutschlands zu werden. Bringen wir das zuwege, dann haben wir der kommenden wirkich sozialistisch handelnden Internationale ein gut Stück vorgearbeitet.

Die Arbeiterräte.

Von Gustav Heß.

Mehrfach begegnet man in den Reihen unserer eignen Parteigenossen der Auffassung, die Arbeiterräte wären auch nicht im Stande, bei der Befreiung der Arbeiterklasse den Platz anszufüllen, den man ihnen zugedacht hat. Dem gegenüber muß entgegengehalten werden, daß man den Kampf der Räte von andern Gesichtspunkten aus betrachten soll. Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Als im November 1918 die Arbeiterräte gebildet wurden, krankten sie vor allem daran, daß sie nicht in der Lage waren, aus eigener Initative heraus den Weg zum Vertrauen der breiten Masse zu finden. Das lag zum Teil an den damals schwierigen Umständen, unter denen sie arbeiten mußten und auch jetzt noch arbeiten. Zu einem anderen Teil auch daran, daß als Arbeiterräte Personen gewählt wurden, die alles andere nur nicht Arbeiterräte waren. Von diesen Schlacken mußten sich die Arbeiterräte erst einmal befreien, um überhaupt aktionsfähig zu werden. Die Regierung und unsere Gegner haben es außerdem verstanden, die Arbeiterräte auf alle nur mögliche Art in der Oeffentlichkeit zu diskretieren und wo es ging, sie ganz verschwinden zu lassen.

Erst in letzter Zeit, als die Masse der Arbeiterschaft den Kampf um die Arbeitsräte gegen die Regierung energischer aufgenommen hat, erklärt sich diese bereit, die Arbeiterräte als Wirtschaftsräte beizubehalten. Dagegen muß mit aller Entschiedenheit von Seiten der Proletarier Front gemacht werden. Nicht, weil das Parteiprogramm es verlangt, sondern weil die Arbeiterräte das Bindeglied sind, um zur gegebenen Zeit die politische und die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu verknüpfen. Die Räte müssen gestützt durch das revolutionäre Proletariat die Träger der künftigen Neugestaltung des Staates werden.

Davon abgesehen ist es aber auch Pflicht der Arbeiterräte, schon jetzt unter den gegebenen Umständen alles für die Arbeiterschaft herauszuholen, was zu holen möglich ist. Es ist ihre Aufgabe, sich mit allen kommunalen Verwaltungszweigen vertrat zu machen und auf Abstellung bestehender Uebelstände hinzuwirken. Die Verbesserung der sch[illegible]

Wohnungsverhältnisse, die Ernährungs- und Brennstofffrage die besonders hier im Osten im Vordergrund steht, die Bekämpfung des Schleichhandels sind Gegenstände von besonderer Wichtigkeit.

Aehnlich wie bei den eigentlichen Arbeiterräten liegt die Sache bei den Betriebsräten. Allerdings wird diesen der der Nationalversammlung vorliegende Gesetzentwurf bald bestimmte Form geben. Wie das Gesetz ausfallen wird, darüber besteht in unsern Reihen wohl kein Zweifel. Letzten Endes wird auch hier das revolutionäre Proletariat den Kampf gegen das Unternehmertum in weiter verschärftem Maße aufnehmen müssen.

Von Seiten der bürgerlichen Gesellschaftsklassen wird man wohl oder übel den Arbeiterräten Zugeständnisse machen müssen. Ebenso scharf aber, wie wir den Kampf nach rechts führen, muß dieser auch nach links gegen die Kommunisten gerichtet sein. Warum das geschehen muß, geht aus folgenden Erwägungen hervor. Die Kommunisten verkünden überall, wo sie Gelegenheit dazu haben, die Forderung ihres Programms: Alle Macht den Räten. Im Gegensatz dazu lautet unser Aktionsprogramm: **„Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt dieselben in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht."** Eine große Kluft trennt beide Forderungen. Das erkennt jeder, sobald er sie nur etwas eingehender prüft. Die der unabhängigen Partei trägt den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung, die der Kommunisten ist nichts als eine radikal klingende Phrase. Der Gebrauch jeder Waffe will erlernt sein und das Rätesystem steht erst am Anfange seiner Entwicklung. Notwendig ist es, daß die Arbeiter sich überall weit mehr damit beschäftigen. Wenn diese Zeilen dazu beitragen, haben sie ihren Zweck erfüllt.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Tätigkeit der antibolschewistischen Ligen in Braunschweig

Unsere Braunschweiger Genossen sind in den Besitz mehrerer Schriftstücke gelangt, welche von einer antibolschewistischen Zentrale in Hannover versandt waren. In diesen wird um Zuweisung größerer Geldmittel ersucht, um Propaganda gegen ein angesehenes unabhängiges Mitglied der Braunschweiger Landesversammlung zu machen.

In dem Schreiben wird ausgeführt, daß man die deutsche Arbeiterschaft aufklären müsse, daß die Zustände vor dem 9. November besser als jetzt seien, und daß die deutsche Arbeiterschaft sich bald nach den Fleischtöpfen Wilhelms zurücksehnen würde. Also gegenrevolutionäre Propaganda vom reinsten Wasser. Diese Zentrale behauptet aber weiter, daß ihre Tätigkeit mit Erlaubnis der Behörde ausgeübt werde.

Ferner führt dieses Schmutzbureau aus, daß es bereit sei, jedes namhaft gemachte Mitglied eines Arbeiterrats, eines Betriebsausschusses oder der U. S. P. D. durch Broschüren bei der Arbeiterschaft unmöglich zu machen. Verleumdung, Lüge und andere Gemeinheiten, das sind die Mittel zur Bekämpfung der U. S. P.

Sie richten sich ein

Nachdem nun die Demokraten das Schmollen aufgegeben und wieder in den Schoß des zentrümisch-rechtssozialistischen Reichskabinetts zurückgekehrt sind, gehen die Versuche zur Verewigung der Nationalversammlung munter weiter. Der erste Vorstoß Eberts nach Abschluß der Verfassung in Weimar mißglückte. Die Mehrheit der Nationalversammlung lehnte es ab, ihren Namen in Reichstag umzuändern. Das ist aber auch nicht nötig: denn Herr Fehrenbach, der Präsident, erklärte dieser Tage im Plenum nach der Erledigung des Uebergangs-Reichshaushaltsetats, der augenblicklich zur Debatte steht, würde wahrscheinlich Ende März der erste ordentliche Etat unter Berücksichtigung der neuen Steuergesetze der Nationalversammlung vorgelegt werden können. Man kann sich aber auch unter der alten Flagge recht lange vor der gefürchteten Neuwahl drücken.

Das die Absicht besteht, die N.-V. möglichst noch jahrelang bestehen zu lassen, geht auch aus der Aufstellung des Reichstagsetats hervor, der dieser Tage zur Beratung kommt. Bisher waren im Notetat die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder bei den „Einmaligen Ausgaben" eingestellt. Das hat sich nunmehr geändert. Der neue Etat stellt die Diäten bereits unter dem Titel „Fortdauernde Ausgaben" ein und begründet dies Einrichten auf eine lange Legislaturperiode mit dem Hinweis darauf, daß die Nationalversammlung auf Grund der neuen Verfassung bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages als „Reichstag" fungieren solle.

Wir denken, der Gang der wirtschaftlichen Entwickelung wird den Anhängern dieser bequemen Politik einen dicken Strich durch ihre Zukunftsrechnungen machen.

Aus der Nationalversammlung

Der neue Militarismus stand in der Sitzung am 19. Oktober auf der Tagesordnung. Die Beratung des Militäretats wurde eingeleitet durch den Abg. Marotzky. Er hält eine begeisterte Lobrede auf den neuen Militarismus und verlangt dementsprechend, daß die Leute höher bezahlt, besser verpflegt und besser bekleidet werden; daß die Offiziere durchaus monarchische Gesinnung haben, das stört den Herren nicht. Er findet das durchaus natürlich und ist damit zufrieden, denn er ist überzeugt, daß sie gewaltsam die Verfassung nicht umstürzen werden. Der Redner, der durch seine auf den reaktionären Ton gestimmte Reden auf lärmenden Widerspruch und lange Unterbrechungen auf der Seite der Rechtssozialisten stieß, bekennt sich weiter als Gegner der sozialistischen Regierung. Eine sozialistische Oppositionspartei hält er für ganz wünschenswert, aber Sozialisten in der Regierung sind ihm ein Greuel. — Es folgt der rechtssozialistische Abgeordnete Stücklen. Man merkt es seiner Rede an, daß sie zum guten Teile von der Regierung inspiriert ist. Er berührt Themen, auf deren Beantwortung sich die Regierung präpariert hat. Zum Teil gibt er auch gleich von sich aus die entschuldigende Antwort auf seine bescheidene Kritik. Daß er auch auf die monarchischen Offiziere losschlägt, ist Blendwerk und soll nach außen vorbeugen, als hätten die Rechtssozialisten immer noch etwas von dem alten Geiste an sich. Freilich gibt es selbst unter den rechtssozialistischen Abgeordneten naive Leute, die Stücklens Kritik ernst nehmen. So ertönt bei den Ausführungen über die monarchischen Offiziere unter allgemeinem Gelächter aus rechtssozialistischen Reihen der Ruf: „Gustav, werde hart!" — Die Heiterkeit pflanzt sich auch auf die Regierungsbänke fort. Die dort zahlreich vertretenen Offiziere wissen sehr genau, daß sie solches Hartwerden nicht zu fürchten haben. — Der Konservative von Gräfe, bekannt durch seine scharfen Attacken, die er gegen die Regierung reitet, bringt das Haus wieder in große Aufregung. Er zieht kräftig vom Leder und nimmt sich in der Kennzeichnung der Zeitungsverbote und der sonstigen Regierungstätigkeit kein Blatt vor den Mund. Der Umstand, daß sowohl Marotzky wie von Graefe in den Hauptteilen ihrer Ausführungen gegen die Regierung sich wandten, gibt der Debatte eine Wendung, die sie sonst wahrscheinlich nicht genommen hätte. Die Regierung muß sich in ihrer Antwort fast ausschließlich gegen rechts wenden. Noske erwähnt in seiner Rede kaum flüchtig die Opposition von links. Er sowie Dr. David, der ihm am Rednerpult folgt, halten so eine Art Generalabrechnung mit den Konservativen. Dr. David nahm es auf sich, die Schuld der Konservativen am Kriege und seinen Ausgang festzustellen und zu verteidigen, daß die Rechtssozialisten den Frieden unterzeichnet haben. Wenn er sich auch in der Form immer gegen die Konservativen wandte, waren seine Ausführungen doch unverkennbar von der Absicht getragen, die rechtssozialistische Politik während und nach dem Kriege als einwandfrei hinzustellen. — Genosse Koenen, der namens der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion spricht, stellt die Wahrheit wieder her und betont nachdrücklichst, daß die Rechtssozialisten eben so viel Schuld an der Verlängerung des Krieges haben, wie die anderen Parteien. Die Besprechung geht weiter.

Ein voller Sieg der Arbeiter in Bitterfeld

Das Mitglied des Bezirks-Arbeiterrates Halle und das Mitglied des Betriebsrates der Grube Leopold bei Bitterfeld, Genosse Rauchfuß, der am 25. Oktober von Noske-Offizieren verhaftet war, ist am Dienstag mittag wieder freigelassen worden. Die Arbeiterschaft des Bitterfelder Reviers, mit der sich die gesamte Arbeiterschaft Mitteldeutschlands solidarisch erklärt hatte, hatte die Freilassung des Genossen Rauchfuß kategorisch verlangt. Der feste Wille der Arbeiterschaft, der Vertreter des Rätesystems, hat seine Wirkung ausgeübt. Daraufhin ist man zurückgewichen und die Noskiden, die in einer Stärke von ungefähr 1000 Mann mit Maschinengewehren, Kanonen und Minenwerfern auf Bitterfeld angerückt waren und die Grube besetzt hatten, sind gänzlich zurückgezogen worden.

Die technische Nothilfe, die auf Grube Leopold ihr Probestückchen ablegen sollte, hat gänzlich versagt. Diese organisierte Streikbrecherbande hat sich völlig unfähig erwiesen, einen komplizierten Betrieb aufrecht zu erhalten. Sie hat durch ihre Unfähigkeit den größten Schaden im Betrieb angerichtet. Uebrigens stellte sich jetzt heraus, daß die Absperrung der Kraft- und Lichtversorgung Bitterfelds wahrscheinlich von der Werksleitung der Grube Leopold selbst vorgenommen worden ist. Erhebungen darüber sind im Gange.

Rechnet da jemand auf eine Verurteilung?

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet: Der Attentäter Voß, der den Anschlag auf Haase verübte, befindet sich im Untersuchungsgefängnis in Moabit. Die Untersuchung auf seinen Geisteszustand wird veranlaßt werden. Die Anklage lautet auf „versuchten Totschlag". Die weiteren Vernehmungen des Attentäters müssen den Eindruck verstärken, daß es sich nicht nur um einen geistigminderwertigen, sondern sogar um einen geistig gestörten Menschen handelt.

Liebknechts und Rosa Luxemburgs und Eisners Mörder waren „geistig minderwertig". Soll das bei Haases Mörder anders sein?

Großbritannien

Die Bergarbeiterbewegung in England

Am 9. Oktober hat in London eine äußerst wichtige Besprechung zwischen Lloyd George und der Leitung des Bergarbeiterverbandes stattgefunden. Die englischen Bergarbeiter wollten einen definitiven Bescheid haben, wie die Regierung sich zur Nationalisierung der Bergwerke stelle. Lloyd George hat sich nicht entschließen können, ihren Wünschen entgegenzukommen, und das ist nur zu natürlich. Die Zusammensetzung der Koalitionsregierung bedingt mit Naturnotwendigkeit die Ablehnung aller prinzipiellen Forderungen, die auf eine vollkommen veränderte Grundlage des Industriesystems hinauslaufen. Daß die Entwicklung jedoch eher Koalationsregierungen stürzen als festentschlossene Arbeiterorganisationen zu einer Umkehr bewegen wird, scheint auch Lloyd George zu ahnen. Denn nur so läßt sich seine Andeutung verstehen, daß nur bei allgemeinen Wahlen eine Regierung genommen werden könne, die die Bergarbeiterforderungen bewilligen könne.

Lloyd George wiederholte das frühere Anerbieten der Regierung, das statt der Nationalisierung des Kohlenbergbaues folgende Konzessionen vorsah: 1. Staatliches Verkaufsrecht von Bergrechten. 2. Ein Teil des Kaufgeldes wird zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verwandt. 3. Kein Verkauf von Bergwerken. 4. Einsetzung von Grubenkommissionen und Beförderung von Arbeitern zu Aufsehern, die die Sicherheitsfragen zu erledigen haben, jedoch keine Befugnis besitzen, in die geschäftliche Leitung einzugreifen.

Diese Bedingungen konnten die Bergarbeiter nicht befriedigen, und sowohl Robert Smillie wie Frank Hodges erklärten dem Premierminister rund heraus, daß der Regierungsvorschlag ihrer Ansicht nach direkt schädlich sei, sowohl für die Interessen der Arbeiter wie für die der Allgemeinheit.

Interessant ist, daß die Bergarbeiter die Frage Lloyd Georgs, ob sie lieber unter dem alten System arbeiten würden als unter dem neuen von der Regierung vorgeschlagenen, wenn die Nationalisierung nicht durchgeführt würde, mit ja beantworteten. Diese Antwort wird natürlich von Lloyd George in der Oeffentlichkeit ausgenutzt werden, aber Smillie beeilte sich, sogleich die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Bergarbeiter zu dieser Haltung kommen. Er sagte darüber zu einem Interviewer von „Daily Herald", der einzigen sozialistischen Tageszeitung:

> „Wir haben drei Einwendungen gegen den Regierungsvorschlag: 1. Er stellt ein System vereinigte Minengruppen auf, die gemeinsam durch Arbeiter und Privatkapitalisten kontrolliert werden, die jedoch herausfinden könnten, daß ihr vereinigtes Interesse wichtiger sei als das Interesse des Publikums, und diese Gruppen könnten und würden höchstwahrscheinlich sich zu Bergwerkstrusts entwickeln, die das Interesse der Nation sehr rasch aus den Augen verlieren.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

9]

„Ungarischer Staatsangehörigkeit?"

„Ja."

„Sie sind Maler?"

„Ja."

„Porträt?"

„Genre und Porträt."

„Seit wann in Berlin?"

„Seit drei Jahren."

Der Maler sprach mit der bekannten eigenartigen Sprachfärbung der deutsch redenden Madjaren.

„Sie wohnen in der Lessingstraße 80?"

„Ja."

„Haben dort auch Ihr Atelier?"

„Ja."

„Wo haben Sie die Herta Hecker kennen gelernt?

„Auf der Straße."

„Fräulein Hecker wohnt in ihrer Nachbarschaft. Hat das Mädchen Sie auf der Straße angesprochen?"

„Nein. Ich habe das Fräulein angesprochen. Ich bin Porträtist und war von der Erscheinung der Dame auf den ersten Blick fasziniert."

Der Staatsanwalt sprang auf.

„Ich muß an den Zeugen die Frage richten, ob er die deutsche Sprache auch sicher beherrscht. Er sagt hier unter seinem Eide aus. Seine Aussage ist für die ganze Sache von höchster Wichtigkeit, von entscheidendem Wert. Ich würde darauf dringen, daß der gerichtliche Dolmetscher zugezogen wird, falls Herr Lokatos, wie es den Anschein hat, die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrscht."

Der Zeuge erwiderte: „Ich beherrsche die deutsche Sprache in dem Maße, daß ich meine Aussage ohne Dolmetscher machen kann und mit meinem Eide entschieden für sie einzustehen in der Lage bin. Ich begreife nicht, was den Herrn Staatsanwalt dazu veranlassen kann, meine Kenntnisse des Deutschen so in Zweifel zu ziehen. Ich habe von Kindheit auf deutsch gesprochen."

„Diese Aufklärung kann ich dem Zeugen auf der Stelle geben," warf Jordan ein. „Er nannte hier die Zeugin Hecker eine „Dame". Das ist wohl nicht die richtige Bezeichnung für dirnenhafte Frauensleute, die für sechs Mark feil sind, wie der Zeuge Steffens soeben hier bekundet hat."

Mit einem raschen Seitenblick streifte Jordan das Gesicht der Hecker, wie um zu erproben, welche Wirkung dieser Hieb auf sie ausübte. Sie blieb fast regungslos, in ihrem halbabgewandten Gesicht konnte Jordan nur sehen, wie der üppige Mund sich herb zusammenpreßte. Dahingegen fuhr der ungarische Maler auf, als habe er selbst den Schlag bekommen. Er zuckte zusammen, seine Fäuste ballten sich, und in seinem jetzt erdfahlen Gesichte zeigte sich ein solcher Ausdruck des Leidens, daß es den Vorsitzenden rührte. Er griff ein.

„Augenscheinlich," sagte er, „hat der Herr Zeuge die Herta Hecker von einer besseren Seite kennen gelernt."

„Das kann man gleich feststellen," warf Jordan ein. „Will der Zeuge Lokatos unter seinem Eide etwa bekunden, daß seine Beziehungen zu der Hecker rein platonische oder künstlerische waren, so daß sie ihm nur als Modell etwa gedient hat? Oder ist es nicht im Gegenteil wahr, daß auch dieser Zeuge mit der Hecker intimen Verkehr gehabt hat?"

Der Maler biß sich die Lippen blutig und blieb stumm.

„Antworten Sie, Zeuge," rief Jordan. „Haben Sie mit der Hecker Verkehr gehabt oder nicht?"

„Ja," sagte Lokatos tonlos.

„Na — da haben wir's also. Es war ja doch von vornherein sonnenklar. Denn daß das Mädchen nach elf Uhr abends, gewohnheitsmäßig, wie erwiesen ist, am Hansaplatz auf den Zeugen wartete, mit ihm nach Hause ging, wie gleichfalls feststeht, um etwa ästhetische Probleme in der Wohnung des Herrn mit diesem zu erörtern — das ist wohl ausgeschlossen. Sie haben die Hecker auch jedesmal bezahlt? Nicht wahr?"

„Nein!" schrie der Maler. Es klang wie ein Aufschrei der Wut und der Empörung.

„Ich bitte Ste, ruhig zu bleiben," mahnte der Vorsitzende. „Haben Sie dem Mädchen gar keine materielle Hilfe zugewendet?"

„Sie bekam von mir monatlich etwas."

„Wieviel?"

„Zwei- bis dreihundert Mark."

„Haben Sie davon Ihrer Mutter etwas abgegeben, Herta Hecker?" fragte der Staatsanwalt.

Der Verteidiger erhob sich rasch. „Ich mache die Zeugin darauf aufmerksam, daß sie die Aussage über diesen Punkt verweigern kann."

„Ich verweigere sie," sagte das Mädchen, ohne aufzublicken.

„Genügt mir vollkommen," warf Jordan ein, während er eilig Notizen schrieb.

Der Verteidiger stand auf. „Ich möchte eine Frage an den Zeugen richten. Hatte er in seinem Verkehr mit Fräulein Hecker den Eindruck, mit einer ganz gewöhnlichen Person zu verkehren? Hatte das Mädchen bei näherer Bekanntschaft das Benehmen einer Dirne?

Es leuchtete auf in den dunklen, schönen Künstleraugen. Ein Schimmer von Verklärung ging über die blassen Züge, die sich nun langsam röteten. Es war etwas wie Freude und Dank in seiner zitternden Stimme, Dank und Freude über diese erlösende Frage, die den Maler endlich instand setzte, für die hartbedrängte Geliebte, für das schwer beschimpfte Mädchen einzutreten.

„Nein!" rief er aus, und seine Stimme klang voll und warm, „nichts — nichts hatte Herta von einer Dirne. Ihre Hingebung war rein und — und — — keusch." Leise sprach er das Wort, als entweihe er ein Geheimnis. „Ich habe nie ein unanständiges Wort — nie eine häßliche Bemerkung von Herta gehört. Nie forderte oder verlangte sie etwas von mir. Ich hatte das süße Gefühl, ihre ganze Neigung zu besitzen — als ein Geschenk zu besitzen — als eine freie Gabe, die Neigung und Sympathie mir zuwandten — nichts anderes. Was ich ihr gab, mußte ich ihr aufdrängen. Nur langsam konnte ich sie daran gewöhnen, die monatlichen Zuwendungen, die ich in einem Kuvert unter ihren Teller zu legen pflegte, von mir anzunehmen."

„Wie lange hat dieser Verkehr angedauert?" fragte der Vorsitzende.

„Vier Monate."

„Und er dauert noch jetzt an?"

„Ja."

„Glaubt der Zeuge, daß die Hecker ihm in dieser Zeit treu gewesen ist?" warf Jordan ein.

„Das weiß ich."

(Fortsetzung folgt.)

2. Die Löhne, die von den vereinigten Gruppen gezahlt werden müssen, ob Gewinne erzielt würden oder nicht, würden von der Gruppe abhängen, in der sie aufgestellt würden. Es ist begreiflich, daß es in einer Gruppe möglich wäre, zwei oder drei Schilling höhere Löhne zu zahlen als in einer anderen, infolge besserer natürlicher Bedingungen. Das würde selbstverständlich die Organisation der Arbeiter in Stücke spalten.

3. Wir sind überzeugt, daß die Nationalisierung unvermeidlich ist, und diese Aufstellung des vereinigten Gruppensystems würde nur die Verwirklichung der verständigen Aktion verzögern, die das Land in den nächsten Jahren zweifellos unternehmen wird."

Smillie sagte dann weiter, daß er persönlich die Nationalisierung vor allem im Interesse der Sicherheit der Arbeiter verlange. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Privatprofit bei der Kohlengewinnung mehr Unfälle und mehr Todesfälle der Arbeiter bedeutet. Unter einem vereinigten Gruppensystem, wie es die Regierung vorsieht, wird aber der Profit weiter der Hauptfaktor bleiben, und wir brauchen nicht zu erwarten, daß es bei diesem System größere Sicherheit für die Arbeiter geben wird. Smillie hatte keinen anderen Ausgang von der Unterredung mit der Regierung erwartet. Bei den allgemeinen Wahlen müsse man das Publikum vor die Wahl stellen, entweder der Regierung oder den Arbeitern zu folgen. Die Interessen der großen Allgemeinheit liegen aber sicher in einer Linie mit denen der Arbeiter.

Sobald die nach Washington entsandten Arbeitervertreter Buming, Bowermann und Sexton zurück sind, also etwa Mitte November, wird ein großer Gewerkschaftskongreß einberufen werden, der sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hat. Zweifellos werden die nächsten Wahlen vollkommen im Zeichen der Arbeitskämpfe stehen. Dabei ist von Interesse, daß bei der letzten Nachwahl, die kurz nach Beendigung des Eisenbahnerstreiks stattfand, die Zahl der Arbeiterstimmen sich verdoppelte, während die der Bürgerlichen stark zurückgingen. Wenngleich die Arbeiterpartei den Sitz nicht erringen konnte, ist die Nachwahl doch ein Beweis dafür, daß der Eisenbahnerstreik die Sympathien der großen Masse für die Arbeiterbewegung nicht verringert hat, daß im Gegenteil die Arbeiter mehr und mehr die Notwendigkeit einer scharfen Arbeiterbewegung einsehen.

In und um Elbing

Unser Kommunalprogramm

Unseren Forderungen an den Staat folgen die an die Gemeinden. Wir verlangen bezüglich der Aufbringung der Mittel: a) durch Steuern: Steuern sind nur zu erheben als progressiv gestaffelte Zuschläge zu denjenigen Steuern des Reiches oder Staates, welche Einkommen, Vermögen oder Erbschaft treffen, ferner Grundsteuer, Gebäude- und Bauplatzsteuer, wobei durch ausreichende Wohnungsfürsorge die Ueberwälzung auf den Mieter verhindert werden muß. Andere Steuern kommen nur insoweit in Betracht, als sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht belasten. b) durch Gemeindebetriebe: Gemeindebetriebe dürfen nur, soweit sie nicht allgemein notwendigen Bedürfnissen dienen, Preise oder Gebühren berechnen, bei denen Ueberschüsse erzielt werden.

Das bedeutet, daß die Gemeindesteuern auf die leistungsfähigen Schultern gelegt und daß die Gemeinden zum Eigenbetrieb von Unternehmungen weit mehr als bisher übergehen sollen. Durch Steuern allein können die Gemeinden ihre Ausgaben nicht decken. Sie müssen selber werbende Unternehmungen schaffen. Es ist durchaus möglich, daß z. B. die Stadt Elbing eine moderne Straßenbahn bauen und betreiben oder die Löserschen Zigarrenfabriken übernehmen kann. Der Gewinn, den hier Berliner Großkapitalisten aus Elbing und seiner Bevölkerung herausholen, kann der Stadt selber zufließen. Und ebenso lassen sich weitere Fabrikationszweige finden, in denen die Betätigung der Stadt möglich ist. Selbstverständlich ist, daß die Stadt in ihren Betrieben keine Hungerlöhne zahlt. Wenn sie anstatt veralteter kameralischer Grundsätze kaufmännische Regeln anwendet und zugleich in der Stadtverordnetenversammlung mit dem Dreiklassenwahlrecht der Bureaukratismus ausgefegt wird, werden die städtischen Betriebe trotzdem gewinnbringend sein.

Der Mann mit der Dornenkrone

In ihrer gestrigen Donnerstagnummer stimmt auch die Elbinger Volkszeitung in den Jammerchorus der Volkswacht über die Kündigung des Danziger Polizeipräsidenten durch die dortigen Metallarbeiter ein. Stromweis fließen die Krokodilstränen:

Nichts muß jeden ehrlichen Arbeiterfreund so sehr empören, wie der unabhängige Terror, der unsere Genossen, die in den Gewerkschaften angestellt sind, schonungslos aufs Pflaster wirft, weil sie nicht ihrer Ueberzeugung untreu werden. Ein besonders skandalöser Fall dieser Art hat sich am Sonnabend in Danzig ereignet. **Ganz Deutschland zittert im nationalen Schmerz** um das Schicksal der alten Weichselstadt. Alle Danziger, die sich noch die Spur eines Gefühls für den Zusammenhang mit ihren deutschen Brüdern bewahrt haben, bangen den Tagen entgegen, wo sie von ihrem Vaterlande gerissen werden sollen. **Die Unabhängigen brüten aber gerade in dieser Stadt,** deren Schicksal ein Weltmonument für die Versklavung Deutschlands infolge des unglücklichen Ausgangs des Weltkrieges darstellt, **Rache** gegen diejenigen, die durch ihre Politik der Volksverteidigung ihre Heimat vor dieser schändlichen Erniedrigung bewahren wollten. Am Sonnabend hat man deshalb in der Danziger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes **ein Lynchgericht** über den Genossen Frügel, den Kassierer der Danziger Ortsverwaltung, abgehalten, weil er kommissarischer Polizeipräsident Danzigs geworden ist. Trunken von ihrem großen Stuttgarter „Siege", wollten die Unabhängigen und Kommunisten auch in Danzig ihre „revolutionäre" Größe bekunden. **Und deshalb kündigte man Frügel schonungslos. Graue Haare zieren den Mann, dem gegenüber diese Schandtat begangen wurde,** nicht allein eines Alters wegen. Die Königsberger und Elbinger Metallarbeiter wissen, wie aufopfernd Frügel gerade in Ostelbien für die Gewerkschaft gearbeitet hat. Ein anderer, der nicht so unverdrossen, unter Aufopferung aller Ansprüche an das Leben, gearbeitet hätte, hätte sich hier unmöglich durchsetzen können. **Frügels Unermüdlichkeit, die auch das Gefängnis nicht scheute, schuf zum guten Teile überhaupt erst die Metallarbeiterorganisation im deutschen Osten.** Nun haben ihm Leute dafür gedankt, die völlig unfähig dazu sind, den Idealismus auch nur zu begreifen, der zu solchen Taten fähig macht. **Wie muß es wohl seelisch auf den Mann wirken, der wegen seiner Pflichttreue solchen Dank erhält? Doch auch die Dornenkrone des Märtyrers ist ein stolzer Schmuck.** Und alle diejenigen, die Märtyrer schufen, haben es bitter büßen müssen. Das werden auch **die Folterknechte der unabhängigen Inquisition** noch erfahren müssen. Zunächst dürfte sich aber Frau Käte Leu, die stets gefühlsstark begeisterte Führerin der Danziger Unabhängigen, die schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen, am Falle Frügel die ideale Vollkommenheit ihrer Partei gegenüber der Erbärmlichkeit der Sozialdemokratie zu beweisen.

Ob bei diesem Gefühlserguß nicht ein gewisser dienstbarer Geist namens Brennabor mitgeholfen hat? „Niemand kann zweien Herren dienen." Wenn der Polizeipräsident auf dem Präsidium wirklich zu arbeiten hat, vermag er natürlich im Metallarbeiterbureau nichts zu schaffen. Oder saß er dort als Ausgedinger, der nur das Gehalt bezog? — Das arme Terrorismusopfer! Wissen die Elbinger Mehrheitssozialisten nichts davon, daß während des Krieges Genosse Schröder, der Redakteur der Volkswacht schonungslos von ihren Danziger Freunden aufs Pflaster gesetzt wurde, weil er seine Ueberzeugung nicht verleugnen wollte? 1½ Jahre ist Schröder in schlimmster Weise drangsaliert. Seine Briefe wurden gebrochen, dreimal ist er gekündigt worden. Etwa 280 Mark Gehalt ist die Volkswacht Schröder noch heute schuldig. Und Schröder hatte drei kleine Kinder. Die Leute, die sich in ruppigster Weise bewegt haben, stellen sich als Opferlämmer hin. Köstlich. Der Frügel von früher war ein anderer als der heutige. So muß er auch eine andere Behandlung erwarten. Das greinende Krokodil aus der Wilhelmstraße sollte etwas mehr Logik anstelle seines übergroßen Gefühls zu setzen versuchen.

Das Problem der Internationale

Auf dem Leipziger Parteitage wird die Frage des künftigen internationalen Zusammenschlusses der Arbeiter die wichtigste sein. Wir haben über diesen Gegenstand bereits mehrere Artikel gebracht, in denen wir die verschiedenen Ansichten für sich sprechen ließen. Den Artikeln der Genossen Geyer und Schröder soll eine Artikelserie des Genossen Crispien folgen. Crispien erörtert in drei Aufsätzen das Problem. Wir bitten unsere Freunde an dieser Stelle dringend, alle diese Ausführungen recht eingehend zu prüfen. Kommunisten wie Rechtssozialisten erwarten von der Diskussion über die Internationale eine innere Krisis, womöglich gar die Spaltung unserer Partei. Wie sehr verkennen sie das Wesen der Unabhängigen Sozialdemokratie! Wir hoffen, daß die Leipziger Debatten einen anderen Ausgang nehmen und der Partei neue Werbekraft verleihen werden. Mögen die Genossen das in der Volksstimme gebotene Material recht eingehend als Unterlage für Aussprachen in den Vereinsversammlungen benutzen. Der erste Crispienartikel: „Die ökonomische Stuktur der heutigen Gesellschaft" erscheint Sonnabend. Zwei andere, „Ziel und Grundsätze der neuen Internationale" und „Sozialrevolutionäre aller Länder, vereinigt euch" folgen Montag und Dienstag.

Schwerer Unfall

Am gestrigen Abend gegen 11 Uhr ereignete sich auf dem Kleinen Exerzierplatz ein schwerer Unfall, dem unser Genosse Kranz mit zum Opfer fiel. Ein Besitzer holte Genossen Kranz zu einer Entbindung aufs Land. Der Wagen geriet in die auf dem Platz liegenden Eisenbahnschienen. Das Pferd scheute und ging durch. Dabei wurde der Wagen völlig zertrümmert und beide Insassen herausgeschleudert. Der Besitzer erlitt innere Verletzungen. Dr. Kranz trug bei dem Unfall schwere Kopf- und Armwunden davon.

Uebt Solidarität!

Der Vorstand des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, Zahlstelle Elbing, appelliert an das Solidaritätsgefühl der arbeitenden Klasse. Wie ja der Oeffentlichkeit bekannt sein dürfte, steht unsere Organisation mit den hiesigen Arbeitgebern in Lohnverhandlungen. Der alte Tarif, der bis zum 1. Oktober d. Js. lief und Wochenlöhne von 55, 65 und 70 Mark vorsah — das sind in Stundenlöhne umgerechnet 1,15 Mk., 1,35 Mk. und 1,65 Mk. — ist von uns gekündigt worden, was wohl jeder verständige Mensch verstehen wird, wenn man sich die heutigen Zeitverhältnisse vor Augen führt. Nicht aber so die Bäckermeister. Trotzdem sie jede Preiserhöhung ihrerseits mit „erhöhten Löhnen" begründen, haben die Gesellen bis jetzt noch wenig davon gemerkt, daß ihre Löhne so riesig in die Höhe gegangen sind. Im Gegenteil, die alten Löhne, wie sie solange bestanden, konnten den Arbeitgebern auch nur dadurch abgerungen werden, daß die Stadtverwaltung sich bereit erklärte, einen Teil des Lohnes aus städtischen Mitteln beizusteuern. Nun kamen wir mit der neuen Lohnforderung. Diese schlug bei den Arbeitgebern wie eine Bombe ein, trotzdem die Stadtverwaltung sich wiederum bereit erklärte, zwei Drittel der Forderung auf sich zu nehmen und von den Arbeitgebern nur ein Drittel getragen werden durfte, erklärten die Bäckermeister uns schlankweg, daß sie aus ihrer Tasche auch nicht einen Pfennig bewilligen würden. Wir sollten nur ruhig streiken, die Meister würden auch ohne ihre Gesellen mit der Arbeit fertig werden. Wir leichtsinnig von seiten der Arbeitgeber manchesmal ein Streik heraufbeschworen werden kann, das sieht man an diesem Schulbeispiel. Und was ein Bäckerstreik unter Umständen für Folgen zeitigen könnte, das sollten sich die verantwortlichen Stellen wohl selber ausmalen können. Unsere Forderungen sind sehr bescheiden. Wir verlangen Wochenlöhne von 75, 85 und 100 Mark, das sind in Stundenlöhne umgerechnet 1,55, 1,75 und 2,10 Mark. Beharren die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt, so ist ein schwerer Konflikt unausbleiblich. Die werktätige Bevölkerung Elbings kann ersehen, daß das Recht auf unserer Seite ist. Wir sind entschlossen, wenn es nicht anders sein kann, auch zu dem Streik als äußerstem gewerkschaftlichen Kampfmittel zu greifen, um unsern Berufsangehörigen das zu sichern, auf was heute doch jeder Mensch ein Anrecht haben sollte, das Recht, als Menschen unter Menschen leben zu können. Wir werden die Oeffentlichkeit über den weiteren Verlauf unserer Lohnbewegung auf dem Laufenden halten. Die Beauftragten des Bäckerverbandes.

Elbinger Polizeinachrichten

Am 27. d. Mts., 12 Uhr mittags, wurde an der Eisenbahnbrücke die Leiche eines zirka 70 Jahre alten Mannes gefunden. Der Tote hatte keine Papiere bei sich. Bekleidet war er mit einem gestreiften Jackett, Weste, Hose, blauer Unterjacke, grauen Strümpfen und Schnürstiefeln. Besonderes Erkennungszeichen: an der linken Hand fehlt der kleine Finger. Nähere Angaben sind der Kriminalabteilung erwünscht.

Durch Mitglieder des hiesigen Arbeiterrats und der Bahnhofswoche wurden 2 Männer festgenommen, die einen schweren Korb trugen. Bei der Revision stellte es sich heraus, daß in dem Korb ca. 50 Pfund Rindfleisch enthalten waren, das nach Berlin verschoben werden sollte. Einem der Festgenommenen gelang es, zu entschlüpfen.

Ostdeutsche Nachrichten

Westpreußens und Posens Ueberreste

Die preußische Regierung hat neue Provinzial-, Städte-, Kreis- und Gemeindeordnungen ausgearbeitet, die in den nächsten Tagen der Landesversammlung zugehen werden. Ueber die neue Provinzialordnung erfahren wir aus Berlin:

Das preußische Staatsministerium hat folgender Neueinteilung der preußischen Provinzen zugestimmt, die nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Kraft tritt: Die östlich der Weichsel liegenden bisherigen Gebiete Westpreußens fallen an Ostpreußen. Zu Schlesien fallen der Kreis Fraustadt einschließlich einiger Gemeinden des Kreises Bomst, zu Pommern fallen die Kreise Neustadt, Schlochau, Flatow, Deutsch Krone, Filehne, Schneidemühl, Kolmar, Czarnikau (Reste der Ostmark), zu Brandenburg fallen die Kreise Schwerin (Warthe), Meseritz und Bomst (letzterer soweit er nicht zu Schlesien gehört). Von Brandenburg losgelöst wird als besondere Provinz der ganze Bezirk des neuen Groß Berlin, sobald dieser genau feststeht. Auch die übrigen Provinzen erfahren Abänderungen. Preußen wird in Zukunft also mit Groß Berlin 12 Provinzen zählen. Die Namen Westpreußen und Posen verschwinden ganz, die Bildung einer neuen Provinz Ostmark aus Resten der beiden Provinzen erschien untunlich.

Regierungspräsident Foerster bleibt noch

Regierungspräsident Foerster hatte vor längerer Zeit sein Abschiedsgesuch eingereicht, sich aber bereit erklärt, noch über den 1. Oktober hinaus im Amte zu verbleiben bezw. die Geschäfte des Oberpräsidenten zu führen. Jetzt erfährt die Danz. Ztg., daß Regierungspräsident Foerster auch nach Beendigung seiner hiesigen Tätigkeit weiter im preußischen Staatsdienste verbleiben wird, und zwar übernimmt er die Führung der Geschäfte des Präsidenten des neugebildeten Landesfinanzamtes Stettin.

Das wäre ja auch schade, wenn dieser Erzreaktionär nicht dieser „sozialistischen" Republik erhalten bliebe. Zu Noske, Ebert, Bauer und Frügel paßt er vorzüglich.

Beendeter Streik

Der Buchdruckerstreik in Marienburg ist durch Vermittlung des Ersten Bürgermeisters beigelegt worden.

Ein Messerstecher

Vor dem Marienburger Schöffengericht stand der Arbeiter Johann Sabott aus Leßau. Er hatte ohne jeden Grund seinen Arbeitskollegen Manke durch mehrere Messerstiche verletzt. Der Amtsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Die Schöffen gingen darüber hinaus und erkannten auf 6 Monate Gefängnis.

Die Swinemünder Schieberzentrale

Eine Schieberzentrale im Kreisausschuß ist in der pommerschen Stadt Swinemünde aufgedeckt worden. Schon seit einigen Wochen wurde vermutet, daß in der Geschäftsstelle (Nährmittelstelle) des Kreisausschusses erhebliche Unregelmäßigkeiten durch eigene Angestellte verübt wurden. Die Vermutungen und Gerüchte, die über diese Angelegenheit verbreitet waren, haben jetzt eine überraschende Aufklärung erfahren. Wie das Landratsamt mitteilt, ist es gelungen, soviel Material zu sammeln und die Beweisaufnahme so zu beschleunigen, daß nach Vernehmung des Verdächtigen beim Landrat die Verhaftung des Lageristen Wagner aus Swinemünde erfolgen konnte. Es sind erhebliche Posten Zucker der Geschäftsstelle des Kreisausschusses entwendet und zum Preise von **400 Mark für den Zentner** verschoben worden. Der Geschäftsleiter Ludwig ist bis auf weiteres beurlaubt worden, weil er den Verlust des Zuckers nicht gemeldet hatte und auf Anfrage des Landrats erklärt hat, der Zucker sei auf dem Transport verloren gegangen.

Briefkasten der Redaktion

Karl Herrmann. Sie irren. Die Konsumverwaltung ist durch einen längeren Vertrag gebunden, der zurzeit nicht zu lösen ist. Andernfalls wäre es selbstverständlich, daß die Verwaltung eine andere Stellung einnähme.

Elbinger Standesamt

Fabrikarbeiter Karl Tiedtke, 44 J. — Arbeiter Heinrich Sommerfeld, 1 T., 8 J. — Arbeiterwitwe Katharina Anna Gabriel geb. Nikolajewski, 76 J. — Maschinist Max Johannes Gumowski, 1 S., 7 W. — Schlosserfrau Henriette Abraham geb. Diegner, 40 J.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Marienburger Nahrungsmittel-Verteilungsplan

für die Woche vom 3. bis 8. November 1919.

A. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 67 ½ Pfund Graupen, in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.

B. Ohne Voranmeldung auf Auslandsmehlkarte ½ Pfund ausländ. Weizenmehl, in den bekanntgegebenen Geschäften.

C. Ohne Voranmeldung auf Milchkarten A 4, B 4, C 4 ¼ Pfund Feintalg, Mk. 3,50 je Pfund bei den Fleischermeistern Braun, Drossel, Pohl.

Schluß der Voranmeldung: Freitag, den 31. Oktober 1919.
Abgabe der Marken: Sonnabend, den 1. November 1919.
Ausgabe der Waren an die Kaufleute: Montag, den 2. November 1919, von 8½—10 Uhr vom Speicher Steingasse.

Marienburg, den 25. Oktober 1919.

Städtisches Ernährungsamt. — Arbeiterrat.

Winter-Saison 1919

Meine bekanntlich grossen Läger bieten
Ihnen reichste Auswahl

Elegant garnierter Hüte

:: aller Preislagen

Als besondere Spezialität:

Hervorragende Velours

nur beste Fabrikate
in allen Formen und Farben.

Neu aufgenommen:

Pelzkolliers u. Pelz-Garnituren

Elbinger Stroh- und Filzhut-Fabrik

Felix Berlowitz.

Bekanntmachung.

Die Straße „Am Elbing" hat die Bezeichnung **„Wasserstraße"** erhalten.

Elbing, d. 30. Okt. 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Kartoffeln.

Mit Rücksicht auf die immer noch außerordentlich geringen Kartoffeleingänge wird angeordnet,

daß bis auf weiteres von den Kartoffelhändlern nur noch auf die jeweils gültigen Wochenmarken **Kartoffeln** abgegeben werden dürfen, die Belieferung ganzer Kartoffelmarkenblätter zur Wintereindeckung also bis zu anderweiter Bekanntgabe einzustellen ist.

Elbing, den 31. Oktober 1919.

Der Magistrat.
Ernährungsamt.

W. Breitfeldt

Innerer Mühlendamm 18/19,
Fernsprecher 352,
empfiehlt sein

Spezialgeschäft

in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.**

:: **Beste Bezugsquelle** :: **für Wiederverkäufer!!!**

Käsekartons

sämtl. andere **Versandkartons, Pack-** u. **Pergamentpapier** empfiehlt billigst
Baschek, Herrenstr. 45.

Rollfuhren

werden prompt und billig ausgeführt von
Freitag, Kastanienallee 14.

Zucker.

Zur Abgabe auf die November-Zuckermarken sind vorläufig nur die kleinen Restzuckerbestände verfügbar, die sich zur Zeit noch bei den hiesigen Kaufleuten befinden. Die Heranführung des zur Belieferung der November-Marken nötigen Zuckers ist bisher trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen. Die Belieferung des hiesigen Handels mit Zucker erfolgt unter Ausschaltung der Stadt durch das Landeszuckeramt und die Provinzialzuckerstelle, und die dringenden Vorstellungen bei beiden Stellen, für rechtzeitige Heranführung des Zuckers für November nach Elbing zu sorgen, sind bis jetzt erfolglos gewesen, werden aber fortgesetzt. Die Lage ist übrigens überall die gleiche, beispielsweise auch in Danzig. Um zunächst die Belieferung der Zuckerkarten der Säuglinge — Kinder bis zu 1 Jahr — sicher zu stellen, wird angeordnet,

das bis einschließlich 4. November die hiesigen Kaufleute die bei ihnen vorhandenen Bestände an Weißzucker — unter Ausschluß jeder Belieferung anderer Zuckerkarten — nur auf Zusatzzuckerkarten und auf Zuckerkarten mit einem roten „K" und zwar zu den bisherigen Höchstpreisen, verkaufen dürfen.

Ein kleiner Posten Weißzucker ist in Elbing in einigen Tagen zu erwarten und wird ebenfalls nur auf Karten der Kinder bis zu 1 Jahr zur Ausgabe kommen, wenn deren Bedarf durch die zur Zeit bei den Kaufleuten vorhandenen Restbestände noch nicht gedeckt sein sollte.

Elbing, den 31. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Reelle Bezugsquelle

für

Pelzwaren

wie

Kragen, Muffen, Pelzhüte, Pelzmützen usw., Klapp-Hüte, Velour-, Haar- u. Woll-Hüte. Sport-Mützen. Blaue Tuchmützen usw.

Dauerwäsche, Papierwäsche, Gummi-Hosenträger, Kragen, Krawatten, Selbstbinder, Serviteurs, Manschetten, Stöcke, Socken, Handschuhe, Unterhemden, Wickelgamaschen, Gummiband, Schnürsenkel usw.

Gebr. Laschinsky,

Elbing Westpr., Alter Markt 64.
am Markttor. Fernruf 826.

Bekanntmachung.

Es treten folgende Straßenumbenennungen ein:

1. Die Bahnhofstraße wird zur **„Herrenstraße"** gezogen und dementsprechend benannt.
2. Das Stück der Holländerstraße, welches vom Inneren Marienburgerdamm in der Verlängerung der Schottlandstraße verläuft — Hausnummer 7a—11 — wird **„Schottlandstraße"** benannt.
3. Das im rechten Winkel nach Norden abzweigende Stück der Holländerstraße — Hausnummer 2—7 und 15—24 wird zur **„Neust. Wallstraße"** zugerechnet und dementsprechend benannt.
4. Das Stück der Schottlandstraße, welches von der Roßwiesenstraße bis zur Kreuz- und Storchstraße reicht, — Hausnummer 1—3a und 53 — wird zur **„Roßwiesenstraße"** gezogen und dementsprechend benannt.

Elbing, den 30. Oktober 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

U. S. P. D.

Sonntag, den 2. November, vorm. 1/2 10 Uhr, findet im **Volkshaus** eine

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Abrechnuug vom III. Quartal.
2. Stellungnahme zum Parteitag am 16. November.
3. Aufstellung von 6 Kandidaten zur Urwahl am 9. November.
4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung haben nur die Parteifunktionäre und die Delegierten durch Ausweis Zutritt.

Die Parteileitung.

Suche von gleich u. zum 11. Nov.

Hotelwirtin, Landwirtin, Stützen, Büfettfräulein, Kinderfräul., bess. Kindermädchen, Kinderfrau, Köchin, I.- u. II.-kl. Stubenmädchen Landmädchen, Mädchen für alles

für hier und nach anderen Städten, mit auch ohne Melken, für Rittergüter, Güter, Käser., Gastwirtschaft u. Besitzung.

Frau Karoline Ehlert,

gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Körperstraße 8,
dicht an der Hauptkirche zu St. Marien.

Instleute mit Scharwerkern, Knechte, Arbeiter, Fütterer und Dienstjungen können sich melden.

Neu für Elbing u. Umgegend

Nur **kurze Zeit**

von Sonntag, den 2. November 1919

Platz am Marienburgerdamm

in einer Bretterbude von 50 Metern Länge.

Eröffnung von **N. D. Nielsens**

Panoptikum

und großes anatomisches

Museum

enthaltend über 1000 Nummern

Gruppen u. Figuren in Wachs in natürlicher Größe, darunter die großen Gruppen nach einer berühmten Malerei **(Der Weg der Sünde),** bestehend aus 42 Figuren in Lebensgröße.

Grosse Anatomisch-pathologisch embryologische Abteilung

eine für Damen und eine für Herren.

Das Museum ist täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Alle, welche **Elbing** besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses **wissenschaftliche Museum** zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Eintrittspreis 2 Mk., anatomische Abteilung 1 Mk.

Beerdigungsinstitut H. Herder,

Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Schwarze Handtasche verlor. Geg. Belohn. abzugeb. Aeuß. Mühlendamm 65, u. l.

Lebensmittel in der Woche vom 3. bis 9. November 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln	7 Pfund	Kartoffelmarke 6	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	0,84	0,12
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 134	—	—	bis Sonntag	Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 134	—	—	bis Sonntag	Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
Butter	50 Gramm	Fettmarke 32	—	—	ab Montag	Molkereien	0,65	6,50
Graupe	125 Gramm	Nährmittelmarke 520	3. 11.	H. Stach	4. 11.	Kaufleute	0,11	0,44
Maggiwürfel	2 Stück	Nährmittelmarke 520	4. 11.	Oscar Tennstädt	4. 11.	„	1 Stück 10 oder 13 Pfg.	
Marmelade	250 Gramm	Nährmittelmarke 521	4. 11.	Fritz Wiebe	5. 11.	„	0,65	1,30
Margarine*)	50 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 17 A	5. 11.	„	6. 11.	„	0,50	5,—
Roggenmehl 82 %	125 Gramm	Nährmittelmarke 522	—	—	6. 11.	Mehlhändler	0,10	0,38
Amerikan. Weizenmehl**)	250 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 17 B	5. 11.	—	7. 11.	Kaufleute	0,42	0,84
oder Amerikan. Roggenauszugmehl	250 Gramm		5. 11.	Fritz Preuß	7. 11.		0,35	0,70
oder inl. Weizenmehl 80 %	250 Gramm		—	—	7. 11.	Mehlhändler	0,20	0,40
Keks	125 Gramm	Kinderzusatzmarke 154	—	—	8. 11.	die bekannt. Geschäfte	0,39	1,56
oder Zwieback	125 Gramm		—	—	8. 11.		0,44	1,76
Rindfleisch***)	125 Gramm	10/10 Fleischkarte	6. 11.	Schlachthof	7. 11.	Fleischer lt. Kundenliste	Bratfl. 0,88	3,50
			7. 11.		8. 11.		Hackfleisch 1.—	4,—
							Kochfleisch 0,70	2,80
Schweinefleisch (amerik. ****)	125 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 17 C	6. 11.		7. 11.		1,09	4,35
			7. 11.		8. 11.			

In der obigen Woche gilt die **Brotaufstrichmarke V** für 1/4 Pfund inl. 82 %iges Roggenmehl, erhältlich in den Mehlhandlungen.

Nährmittelmarke V für 1/4 Pfund Graupe, 2 Maggiwürfel, 1/2 Pfund Marmelade, erhältlich bei **Conrad John,** Alter Markt 8, **Bruno Winter,** Holl. Tor 5, **F. Plohmann Nachfl.,** Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 1. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Die Verkaufsstellen für Margarine werden nach Eintreffen der Ware bekannt gegeben.
**) Zum Verkauf kommen nur Reste aus der letzten Verteilung.
***) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 125 Gramm ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.
****) Nur bei gleichzeitiger Vorlage des fälligen Wochenabschnittes der Reichsfleischkarte, weil Selbstversorger ausgeschlossen werden müssen.

her Nachricht hatten.
erhielten ihre

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 10 | Sonnabend, den 1. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Bergarbeiterstreik in Westfalen. Wegen Zwistigkeiten eines Mitgliedes des Betriebsrates mit der Zechenverwaltung ist die Belegschaft der Zeche „Prosper" Schacht 3 bei Bottrop in Stärke von 1020 Mann in den Ausstand getreten.

Im Zwickauer Bergrevier haben die Arbeiter sich bereit erklärt, an Stelle der siebenstündigen die achtstündige Arbeitsschicht zu setzen.

Endgültiges Wahlergebnis in der Schweiz. Nach den jetzt endgültig vorliegenden Ergebnissen zum schweizerischen Nationalrat verteilen sich die 189 Sitze nunmehr wie folgt:

Freisinnig demokratische Partei 63 Vertreter, bisher 108; Katholisch konservative Partei 42 Vertreter, bisher 42; Sozialdemokratische Partei 39 Vertreter, bisher 20; Bauernpartei 27 Vertreter, bisher keinen; Liberaldemokratische Partei 9 Vertreter, bisher 11; Ostschweizerische Demokraten 4 Vertreter, bisher 4; Grütlianer 3 Vertreter, bisher 3; Demokratische Fortschrittspartei 1 Vertreter, bisher 1; Evangelische Volkspartei 1 Vertreter, bisher keinen.

Den Galgen für Awalow! Wie englische Blätter melden, ist dem Führer der gegenrevolutionären Truppen im Baltikum, dem Obersten Awalow, durch Funkspruch schärfster Protest der französischen Militärmission im Baltikum übermittelt worden, wegen der fortdauernden Beschießungen Rigas und außerdem wurde ihm erklärt, die Welt sei nicht überrascht, daß aus einem Verräter nun ein Mörder geworden sei. Ihn und seine Ratgeber erwarte, wenn sie in die Hände der Entente fielen, der Galgen.

Russische Note an Deutschland. Wie die Londoner Times melden, hat der Volkskommissar des Aeußern, Tschitscherin, eine Note an die deutsche Regierung abgesandt, in der die Sowjetrepublik sich gegen die Teilnahme Deutschlands an der angeblich bevorstehenden Blockierung Rußlands durch die Entente wendet. Tschitscherin erklärt, falls Deutschland sich an der Blockade aktiv beteilige, werde die Sowjetregierung mit schärfsten Maßnahmen gegen Deutschland antworten.

(In erster Linie müßten aber die noch in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen dafür büßen, wenn die deutsche kapitalistische Regierung ihrem Haß gegen Sowjetrußland durch aktive Teilnahme an der Blockade Ausdruck gäbe. — Die Red.)

Ein Sechzigjähriger. Am 2. November vollendet Genosse Ewald Vogtherr in voller Rüstigkeit sein 60. Lebensjahr. Seit 1888, also ein volles Menschenalter, steht er in der Partei, der er fast seine ganze Arbeitskraft gewidmet hat und während und nach dem Sozialistengesetz auch große wirtschaftliche Opfer bringen mußte. Seine Wahl und Nichtbestätigung als Landrat von Schmalkalden steht noch zur Debatte, als Kennzeichen unserer politischen Zustände. Die Genossen unserer Partei werden dem Sechzigjährigen ein noch recht langes Leben und Wirken für unsere gemeinsame Sache wünschen.

Todesurteil gegen einen Noskesöldner. Das Volksgericht (!) in Kattowitz verurteilte den 25 Jahre alten Vizefeldwebel Oskar Bock, gebürtig aus Mühlhausen in Thüringen, wegen Raubmordes, Raubes und Plünderung, begangen in Oberschlesien, zum Tode und 15 Jahren Zuchthaus.

Was die U-Boote uns kosten. Aus Paris wird gemeldet: Die Wiedergutmachungskommission hat die durch die deutsche Kriegführung angerichteten Schäden der Welthandelstonnage endgültig auf 35 000 000 000 Franken festgesetzt.

Aufruhranklage. Die Anklagebehörde hat gegen die Führer des wilden Eisenbahnerstreiks vom Sommer in Frankfurt a. M. das Verfahren wegen Aufruhrs eingeleitet.

Die „humane" Reichsregierung. Die Reichsregieruug hat sämtlichen Posthelferinnen Hamburgs, zum Teil ohne Angabe eines bestimmten Termins, gekündigt! Der Winter steht vor der Tür und nun werden diese Leute auf die Straße gesetzt und Not und Elend preisgegeben. Begründet ist die plötzliche Entlassung in keiner Weise worden. Gen. Zubeil hat nunmehr eine kleine Anfrage in der Nationalversammlung über den Vorfall gestellt, um die Gründe der Postbehörde zu erfahren. Insbesondere verlangt er zu wissen, welche Maßnahmen zum Schutz der entlassenen Posthelferinnen vor drohender Not getroffen worden sind.

Unabhängige Wahlsiege. In Flörsheim hat, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, bei den stattgefundenen Kommunalwahlen, unsere Partei 807, die Liste der Rechtssozialisten 294, das Zentrum 775 und die Beamtenvereinigung 267 Stimmen erhalten. Danach entfallen auf unsere Partei 7, auf die Rechtssozialisten 3, auf die Zentrümler 6 und auf die Beamtenvereinigung 2 Sitze. Von 2746 Wahlberechtigten haben 2232 ihr Wahlrecht ausgeübt.

In Biebrich stellte sich das Wahlergebnis wie folgt: U. S. P. 2172, Rechtssozialisten 2246, Vereinigte Bürgerlichen 3172. Gegenüber den Preußenwahlen bedeutet das für unsere Partei einen Gewinn von 1200 Stimmen. Die Rechtsler verloren 1650 und die Bürgerlichen 2200 Stimmen.

Abermalige Erhöhung der Fahrpreise? Aus München kommt die „erfreuliche" Kunde, daß aus Verhandlungen zwischen der preußischen und den süddeutschen Eisenbahnbehörden die Absicht einer abermaligen Fahrpreiserhöhung um 50 Prozent ab Januar hervorgehe:

Damit würde das Reisen selbst in vierter Klasse nur noch ein Luxusvergnügen für Schieber und der ihnen nahestehenden Kapitalisten werden!

Der Wiederaufbau der sozialistischen Internationale

Von Arthur Crispien.

1. Die ökonomische Struktur der heutigen Gesellschaft.

Bevor wir daran gehen können, die Internationale neu erstehen zu lassen, müssen wir uns über die Welt, in der wir leben und über den Stand ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung völlig klar sein. Denn aus dieser Welt geboren, soll die Internationale auf diese Welt einwirken.

Die materialistische Forschungsmethode lehrt uns, daß die jeweilig bestehende ökonomische Struktur der menschlichen Gesellschaft ihren entsprechenden juristischen und politischen Ueberbau hat. Die ökonomische Struktur hängt ab von dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte. Produktivkräfte, das sind die Arbeitsmittel, die Naturkräfte und Bodenschätze, das ist alles, was sich der Mensch in der Arbeit dienstbar gemacht hat. Ist infolge der Entwicklung der Produktivkräfte die ökonomische Struktur verändert, dann muß auch, zur Herstellung der Harmonie, eine Umwandlung des juristischen und politischen Ueberbaus erfolgen. Den wirtschaftlichen Umwälzungen folgen politische Umwälzungen: Revolutionen.

Oekonomisch haben wir heute die Weltwirtschaft. Das besagt, daß die Kulturvölker der ganzen Erde wirtschaftlich eine Gesellschaft bilden und daß kein Kulturvolk existieren kann, wenn es von der Weltwirtschaft dauernd ausgeschlossen ist. Was es heißt, auch nur vorübergehend außerhalb der Weltwirtschaft zu leben, das haben Deutschland und Oesterreich während des Krieges erfahren müssen, das spüren sie heute noch, wo sie noch lange nicht in dem Maße wie vor dem Kriege an der Weltwirtschaft teilnehmen können. Wie innig die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander sind, dafür liegen auch aus „normalen Zeiten", aus der Zeit vor dem Kriege, Tatsachen genug vor.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (1914) betrug Deutschlands Spezialhandel im Jahre 1913 in der Einfuhr 10 096,5 Millionen Mark, in der Ausfuhr 10 770,3 und insgesamt 20 866,8 Millionen Mark. Ein Blick auf die Qualität der eingeführten Waren läßt erkennen, daß Deutschland Waren eingeführt hat, die in Deutschland gar nicht oder nicht in genügender Menge oder nicht in benötigter Güte erzeugt werden können: Baumwolle, Gewürze, Heringe, Kaffee, Kakaobohnen, Reis, Südfrüchte, Tee, Jute, Erdöl, Chilisalpeter, Weizen, Gerste, Tabak, Braunkohlen, Eisenerze, Blei, Kupfer usw. Dafür konnte Deutschland anderen Ländern abgeben: Roggen, Hafer, Kartoffeln, Zucker, Salz, Kalirohsalze, Roheisen usw.

Die Naturverhältnisse, die klimatischen Verhältnisse, die Bodengestaltungen, die Bodenbeschaffenheiten, die Bodenschätze, und demzufolge die Art der Erzeugnisse sind in den verschiedenen Ländern verschieden. Darum ist jede Nation, wenn sie ihre Kultur erhalten und verbessern will, auf den innigsten wirtschaftlichen Verkehr mit anderen Nationen angewiesen. Wie richtig das ist, lehrt uns der Außenhandel der verschiedenen Länder. Es seien nur einige wichtigere Länder angeführt.

Großbritannien führte 1913 Waren aus im Werte von 12 956,4 Millionen Mark, eingeführt wurden Waren für 15 688,3 Millionen Mark. Für die Vereinigten Staaten von Nordamerika betrugen die Zahlen 10 356,7 und 7 614,5 Millionen Mark, für Japan 1 328,2 und 1 531,8 Millionen Mark, für Frankreich (1912): 6 579,1 und 8 234,9 Millionen Mark, für Oesterreich-Ungarn (1912): 2 487,7 und 3 109,4 Millionen Mark, für Italien (1912): 2 011,9 und 3 132,9 Millionen Mark und für Rußland (1912): 3 280,6 und 2 531,1 Millionen Mark.

Insgesamt wurden auf diese Weise im Jahre 1912 für 164 670,3 Millionen Mark Waren zwischen den bedeutenderen Nationen hin- und hergehandelt.

Dem Welthandel entspricht der Weltverkehr. Der Bestand der Handelsmarine betrug nach den Feststellungen, die sich auf die Zeit von 1900 bis 1913 erstreckten, 121 773 Schiffe mit 32 515 651 Registertons netto, darunter 7 428,184 Registertons brutto. Die Länge der Eisenbahnen, deren Netz die Länder der Erde überspannt, betrug im Jahre 1912 insgesamt 1 081 488 Kilometer. Die Zahl der Postanstalten der Erde betrug 1911 insgesamt 267 764. Postsendungen waren aufgegeben, vom Ausland eingegangen und im Durchgang befördert rund 37 000 Millionen Briefe und Postkarten und 370 Millionen Postanweisungen im Betrage von 39 400 Millionen Franken. Fernsprecheinrichtungen für den Fernverkehr waren fast 59 000 vorhanden, Telegraphenanstalten 144 000, die neben den inländischen 101 Millionen internationale Telegramme beförderten. Ferner gab es 2576 Unterseekabel, die zusammen 531 591 Kilometer lang waren, und 567 Funkentelegraphenstationen für den öffentlichen Verkehr Hingewiesen sei ferner auf den internationalen Wechselverkehr und auf den internationalen Reiseverkehr.

Aus der Kapitalswanderung ist der internationale Charakter des Kapitals ersichtlich. Schon im Jahre 1906 hatten im Auslande angelegt: Deutschland ungefähr 26 Milliarden Mark, Frankreich etwa 40 und England gegen 63 Milliarden Mark. Die Zahlen für das fremde Kapital, das in der ganzen Welt tätig ist, lassen sich nicht annähernd schätzen. Es handelt sich hier um ungeheure Anlagenwerte in Kolonialländern und in kapitalschwachen rückständigeren Ländern.

Von internationalen kapitalistischen Verbindungen und Organisationen sind u. a. vor dem Krieg vorhanden gewesen: Kartelle und Verkaufsvereinbarungen (Schienenkartell), Reedergesellschaften, der Ozeantrust, der Petroleumtrust. Den Wilsonschen Völkerbund muß man heute ebenfalls hierher rechnen. Ferner ein internationaler Postverein, internationale Eisenbahnkonferenzen und die internationale Regelung des Seerechts. Heute kommt das Luftrecht dazu.

Den internationalen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, gestaltet sich die Bevölkerungsbewegung. In Deutschland wurden 1910 rund 1 260 000 Ausländer gezählt. Im Jahre 1913 sind fast 26 000 Deutsche ausgewandert. Von 1894 bis 1913 wanderten 432 000 Deutsche aus. In Frankreich wohnten 1905 weit über eine Million Ausländer. Dafür lebten über 500 000 Franzosen im Auslande. Jährlich wanderten bis zum Kriege aus Italien, Oesterreich, Spanien und Irland Menschen aus, zusammen in einem Jahre fast eineinhalb Millionen, die meist nach Amerika gingen. Aus den europäischen Ländern überhaupt wanderten in einem Jahre allein nach Amerika zwei Millionen Menschen aus. Die Zahlen der Wanderarbeiter, die sich nur vorübergehend in fremden Ländern aufhalten, sind noch größer, als die der Auswanderer. Allein in Preußen wurden 1911 nicht weniger als 821 000 ausländische Arbeiter beschäftigt.

Haben wir also ökonomisch die Weltwirtschaft, wie steht es dann mit dem juristischen und politischen Ueberbau? Der stimmt keineswegs mit der ökonomischen Struktur überein. Die heutige Gesellschaft, die wirtschaftlich in der Weltwirtschaft zusammengefaßt ist, ist durch die politische Grenzen in Staaten getrennt. In jedem Staat bestehen besondere juristische und politische Einrichtungen, die hemmend auf die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen einwirken.

Der Kapitalismus kann sich nur entwickeln, wenn er sich fortgesetzt auszudehnen vermag. Im Lande selbst werden nach und nach alle Klassen und Schichten der Bevölkerung von dem kapitalistischen Getriebe erfaßt. Der Kapitalismus kann sich nur ausdehnen, wenn er ständig Neuland findet, aus dem er Rohstoffe, Bodenschätze und Arbeitskräfte zu holen vermag, in dem er Anlagemöglichkeiten findet und in dem er Waren absetzen kann. Daraus entspringt der internationale Konkurrenzkampf der Kapitalisten aller Länder gegeneinander um die Reste des Neulands: der Imperialismus.

Dem Sieger in diesem Konkurrenzkampf soll die Herrschaft über die Weltwirtschaft als Preis zuteil werden. Die Freiheit und Selbständigkeit der Nationen ist nur scheinbar, nur formell, rein politisch vorhanden. In Wirklichkeit wird die ganze Menschheit von kapitalistischen Herrschern kommandiert, die jetzt dabei sind, die staatlichen Herrschaftsorganisationen durch ihren sogenannten Völkerbund in eine internationale Herrschaftsorganisation umzuwandeln.

Was ergeben sich daraus für Schlußfolgerungen für die niternationale Arbeiterbewegung?

Betrachtungen zum Heil-Prozeß

K. L. Vor dem Hamburger Landgericht stand ein feister Kapitalist, der sich wegen Lebensmittelfälschung zu verantworten hatte. Ekelerregende Dinge wurden zutage gefördert. Ein pestilenzartiger Gestank stieg auf, der sich mit Riesenschnelle über ganz Deutschland und weit darüber hinaus verbreitete. Der angeklagte Kapitalist war natürlich ein guter Christ, der auch vor Gericht damit herumrenommierte, daß er jeden Sonntag die Kirche besuche. Der christliche Glaube hinderte diesen Menschen anscheinend nicht, seine Arbeiterinnen auf das brutalste zu behandeln, ja eine Arbeiterin am Heiligen Abend aufs Straßenpflaster zu werfen. Das christliche Glaubensbekenntnis hinderte diesen Menschen auch nicht, zu den denkbar schlechtesten Arbeitsbedingungen seine Arbeiterinnen zu beschäftigen. Selbstverständlich spotteten die hygienischen Einrichtungen jeder Beschreibung. Nicht einmal Waschgelegenheit — man denke, in einem Lebensmittelbetrieb — war vorhanden. Die Toiletten waren in einem gar nicht wiederzugebenden Zustande. Weiter ist in dem Prozeß festgestellt worden, daß in ein und demselben Betriebe Lebensmittel, Dung und Häute verarbeitet wurden.

Herr Heil hat nun Glück gehabt. Er hat einen milden Staatsanwalt und ein noch milderes Gericht gefunden. Drei Monate Gefängnis, das ist etwas mehr als ein junger Kommunist bekam, der kleine spartakistische Etiketten an Hamburgs Mauern klebte. Tausend Mark Geldstrafe sind nach dem Geldstande vor dem Kriege nicht ganz 200 Mark, die der Lebensmittelverfälscher mit zwei Fingern aus der linken oder rechten Westentasche zieht. Doch wir wollen das Gericht wegen der nach unserer Meinung großen Milde nicht kritisieren. Wir wollen annehmen, daß die Herren nach bestem Wissen und Gewissen den Spruch gefällt haben, aber eins wollen wir brandmarken: daß ein Angeklagter, der mit auf der Anklagebank saß und den man, wenn auch unbewußt, zum Tode verurteilte, freigesprochen wurde. Das war **unser jetziges kapitalistisches Wirtschaftssystem.**

Betrachten wir die Dinge von dem einzig richtigen sozialistischen Standpunkt aus, dann kann uns die Person Heil sehr gleichgültig sein. Der einzig wahre Schuldige, der alle

ndete, sondern förderte, ist unser Heil. Deshalb gibt es nicht nur einen Heil in Hamburg, es gibt Hunderte, ja Tausende von Heils in jeder Stadt. Unser Wirtschaftssystem hat es soweit gebracht, daß Kaufleute, die niemals Lebensmittel fälschten, außerordentliche Seltenheiten, also weiße Raben sind. Unser Wirtschaftssystem schafft doch schlechte Menschen. Je brutaler, je skrupelloser solche Menschen sind, um ein so besseres Geschäft machen sie. Ob es wohl Reisende gibt, die niemals gelogen und betrogen haben? Sollen wir an den Krieg erinnern, an die Tausende von Verbrecher- und Schiebergestalten, die an dem Hunger ihrer Mitmenschen sich riesenhafte Reichtümer erwarben? Sollen wir an die Leute erinnern, die heute in den zweirädrigen Karren sitzen und große Summen auf Rennen umsetzen? Wer hat diese Leute in die Höhe gehoben, wer hat diese Leute reich gemacht? War es nicht auch unser Wirtschaftssystem? Deshalb erheben wir erneut und mit doppeltem Nachdruck unseren Ruf: Hinweg mit dem kapitalischen Wirtschaftssystem!

Wir wollen keine neuen Versprechungen von „Besserwerden", von Einführung neuer Kontrollinstanzen, das sind Schönheitspflaster, die nur die gärenden Geschwüre am Wirtschaftskörper verdecken, aber nicht heilen. Hier kann nur eine kräftige Operation und eine ganz andere Behandlung helfen, wenn unser Wirtschaftskörper und mit ihm die Menschheit wieder gesund werden soll.

Ob im sozialistischen Wirtschaftsleben solche ekelerregenden Dinge mit dem höchsten Gut der Menschen, mit der Nahrung, auch getrieben werden können, wie im kapitalistischen Wirtschaftsleben? Wir können mit gutem Gewissen diese Frage verneinen. Solche Dinge sind absolut unmöglich, weil die Vorbedingungen dazu fehlen. Solche Dinge sind auch heute schon in den Arbeitergenossenschaften, die sich doch an das kapitalistische System anlehnen, ausgeschlossen. Vor einigen Wochen versuchten ja Hamburger Schlächtermeister — die übrigens bei dem Heil-Prozeß sich auffallend ruhig verhielten — die Konservenfabrik der Produktion in Mißkredit zu bringen. Die Herren Schlächtermeister sind ganz gehörig dabei hineingefallen. Eine sofort zusammengesetzte Kommission, der auch Schlächtermeister angehörten, mußte auf Grund ihrer Untersuchungen zugeben, daß alle Waren einwandfrei in Material und Gewicht waren. Wenn aber Genossenschaftsbetriebe gut arbeiten, müssen es Kommunalbetriebe erst recht.

Aber noch eine rein politische Frage ist zu lösen, die im Heil-Prozeß nicht unberücksichtigt gelassen werden darf. Das ist die Frage: Wer trägt die Schuld an den Unruhen, die nach Aufdeckung der Schweinereien in Hamburg ausbrachen und **fast hundert Menschen das Leben kosteten?** Es war recht auffällig, daß nach Einmarsch der Truppen sofort von gewisser Seite die linksstehenden Parteien, vor allem aber die Unabhängige Sozialdemokratie Partei, verdächtigt wurde, die Unruhen bewußt angezettelt zu haben. Besonders, wenn auch indirekt, ist diese Behauptung in der Bürgerschaft aufgestellt worden. Es seien, so wurde dort gesagt, sogar Zettel mit dem U. S. P.-Stempel vorgefunden worden. Nun hat ja das außerordentliche Kriegsgericht mit einer bewunderungswürdigen Leidenschaft die Schuld der U. S. P. an das Tageslicht zu bringen versucht. Das außerordentliche Kriegsgericht ist bei diesem Versuch gehörig hineingefallen. Das Gegenteil ist in sehr vielen Verhandlungen festgestellt worden, nämlich, daß Mitglieder der U. S. P. den Bahrenfeldern das Leben gerettet haben, und daß Mitglieder der U. S. P. es waren, die eine geraubte Geldkasse den Räubern abgenommen und dem Gericht wieder zugestellt haben. Ein Hochverratsprozeß, der gegen Mitglieder unserer Partei angestrengt werden sollte, ist ebenfalls elend schon im Anfangsstadium zusammengebrochen. Weil nun aber seinerzeit die Massen, vor allem die ganz unteren Schichten, aufgewiegelt sind, müssen die Aufwiegler wo anders zu suchen sein. Es ist bekannt und jedem noch in Erinnerung, daß lange bevor die Lebensmittelunruhen ausbrachen, eine ganz bestimmte Schicht sich die Kehlen nach den Truppen heiser schrie. Diese Schicht, denen es an Geldmitteln nie fehlt, hatte ein ganz besonderes Interesse daran, es zu Unruhen kommen zu lassen, damit die langersehnten reaktionären Truppen ihnen zur tatsächlichen politischen Macht verhelfen konnten. Es ist dieser Klasse leider gelungen, ihre unsauberen Pläne durchzuführen. Wer heute noch glaubt, daß in Hamburg der Senat und die Bürgerschaft, in Deutschland Ebert und sein politischer Anhang regieren, dem ist fürwahr nicht zu helfen.

Dasselbe Manöver, das seinerzeit leider geglückt ist, soll auch heute wieder versucht werden. Auch heute wird von rechts versucht, Putsche zu inszenieren, damit der „Polizei"-Militarismus seine Daseinsberechtigung beweisen kann. Auf welche Weise das geschieht, braucht hier des längeren nicht untersucht zu werden. Bleibt die Arbeiterschaft ruhig, läßt sie sich nicht durch bezahlte Agents provocateurs zu Unruhen verleiten, wird der Polizeimilitarismus und sein Bruder, die beide nur der Name trennt, zur Untätigkeit verdammt, dann wird der Militarismus an seinem eigenen faulen Dasein zugrunde gehen. Dann aber wird das werktätige fleißige Volk aufstehen und wird dem Wirtschaftsleben ein anderes, besseres Gesicht geben, dann werden Lebensmittelfälschungen und ähnliche Verbechen, begangen am Volk, unbekannte Dinge sein.

(Hamburger Volkszeitung).

Politische Rundschau

Deutschland

„Genosse" von Gilsa

Die Nationale Leitartikelkorrespondenz des Dr. Fritz Neumann schreibt:

„Wie wir von zuverlässiger Seite hören, gab es unlängst bei der Beratung von Regierungsvertretern und Abgeordneten ein interessantes Intermezzo. Es waren u. a. Vertreter des Reichswehrministeriums, darunter der Adjutant Noskes, Maior von Gilsa, anwesend. Eines der Regierungsmitglieder berief sich in der Debatte plötzlich auf „unsern Genossen von Gilsa". Als die Vertreter der bürgerlichen Parteien über diesen vermeintlichen Zungenschlag ihre Heiterkeit äußerten, erklärte jenes Regierungsmitglied gewissermaßen offiziell: „Meine Herren, wir haben das Recht, von dem „Genossen von Gilsa" zu sprechen, da Herr Major von Gilsa seinen förmlichen Uebertritt zur Sozialdemokratie erklärt hat." Man wird jedermanns Ueberzeugung zu ehren haben. Aber dieser Gesinnungswechsel in diesem Augenblick und in dieser Stellung wird, so fürchten wir, im Lande einen Eindruck machen, der Herrn Major von Gilsa nicht gerade zur Ehre gereichen wird."

Wir dagegen meinen, daß Herr von Gilsa kaum einen Gesinnungswechsel vorzunehmen brauchte, um Mitglied der Rechtssozialisten zu werden. Der Gesinnungswechsel ist von der anderen Seite so ausgiebig vollzogen worden, daß die Ideengemeinschaft vollständig geworden ist.

Gummiknüppel gegen Kriegsbeschädigte

Die wirtschaftliche Lage der Kriegsbeschädigten schreit zum Himmel. Mit völlig unzulänglichen Renten sind sie Not und Entbehrung ausgesetzt. Kein Wunder, daß sie durch straffe Organisation ihren berechtigten Forderungen auf Verbesserung ihrer Lage Nachdruck zu geben versuchen. Diese Organisationen der Kriegsbeschädigten aber sind den Herrschaften unangenehm. Sie wollen nichts davon wissen und bringen dies bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck.

In Elberfeld veranstalteten letzten Sonntag Kriegsbeschädigten-Organisationen Straßendemonstrationen zur Unterstützung ihrer Forderungen auf Teuerungszulagen. Da ein Teil der Straßenbahner mit ihnen sympathisierte, lag der Straßenbahnverkehr für geraume Zeit still. Dies veranlaßte die Elberfelder Polizei, mit Säbeln und Gummiknüppeln auf die unbewaffneten friedlichen Demonstranten loszugehen. Eine Anzahl von ihnen und außerdem von völlig unbeteiligten Zuschauern wurde blutig geschlagen.

Es ist kein Wunder, daß nun auch die städtischen Polizisten den Koller kriegen! Die Taten der Noskiden zeigen es ihnen ja, wie sie vorzugehen haben. — Das Tollste an der Elberfelder Prügelei ist ihr Nachspiel. Ein Führer der Kriegsbeschädigten, der die Straßenbahner zur Arbeitsruhe aufgefordert hatte, wurde mit anderen verhaftet und soll wegen Landfriedensbruch prozessiert werden. Ein Kommentar erübrigt sich wohl!

Die gut gefütterten Streikbrecher

Die alte kaiserliche Armee bot bekanntlich politischer Propaganda nur soweit Raum, als sie sich auf die Lobpreisung der Vorzüge des bestehenden kapitalistischen Systems unter monarchisch, konservativ-alldeutscher Führung bewegte. Natürlich waren die im konservativen Fahrwasser schwimmenden Parteien damit sehr einverstanden; daß das Heer in ihrem Sinne bearbeitet wurde, empfanden sie nicht als politische Beeinflussung: denn wer an der Macht ist, hält ohne weiteres die Propagierung seiner Ideen für das Normale nnd Selbstverständliche bei allen Einrichtungen, über die er verfügt.

Es ist daher einfach lächerlich, wenn sich die monarchisch gesinnten Parteigänger jetzt darüber aufregen, daß ihrer Agitation im Heere Noske entgegenzutreten gewillt scheint. Daß er erklärt, er wolle überhaupt jede Politisierung des Heeres verbieten, er dulde keine gewerkschaftlichen Tendenzen in der Reichswehr usw., sondern als sein Ideal verkündet: das Heer hat bedingungsloses Werkzeug der Regierung zu sein.

Wir können uns eine Kritik dieser rechtssozialistisch-ministerlichen Auffassung vom sozialistischen Standpunkt aus ersparen und uns damit begnügen ein Blatt der alldeutschen Berliner, Täglichen Rundschau, zu zitieren. Das Blatt schreibt:

. . Aber das Heer soll auch keine „Gewerkschaft" werden, sagt Noske. Sondern eben nur bedingungsloses Werkzeug der Regierung.

Mit andern Worten: gut gefütterte Streikbrecher.

Das alles hat mit dem sozialdemokratischen Programm nichts mehr gemein, schlägt ihm sogar ins Gesicht. Es steckt auch gar keine Staatsraison mehr darin. Es ist nackteste Interessenpolitik der gegenwärtigen Nutznießer des Staates, die hier getrieben wird. Das Heer soll ihnen dienen. Nichts weiter. — — — "

Das ist natürlich die Meinung der Täglichen Rundschau nur solange, als nicht ihre politische Richtung auch wieder formell in Deutschland herrscht. Aber sie hat den Bundesgenossen ihres Geistes in der jetzigen Regierung dort eine Wahrheit gesagt, die unangenehm ist: aber deshalb, weil sie aus kongelialem Geiste erzeugt wurde.

Erhöhte Spannung im Berliner Metallarbeiterstreik

Obwohl die Verhandlungen über die Einrangierung in die einzelneu Lohnklassen zwar langsam aber sicher vorwärts gehen, sind die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit völlig gescheitert. Die Unternehmer weigern sich, in den Betrieben, in denen die Arbeiter aus Anlaß des Streiks entlassen worden sind, den als Arbeiter-Ausschuß-Mitgliedern, Arbeiter- und Betriebsräten tätig gewesenen die Ausübung ihrer Funktionen zu gestatten. Die Fünfzehner-Kommission beschloß, Missionen an die Gewerkschafts-Kommission und an die politischen Parteien zu entsenden mit dem Ersuchen, den Parteileitungen den Stand der Dinge und den Angriff auf die Grundrechte der Arbeiter zu unterbreiten. Verlangt wird das Eintreten der Parteien für die Rechte der Arbeiterschaft, nötigenfalls durch Proklamierung des Generalstreiks. Am Mittwoch tagte die Vollversammlung der Arbeiter- und Betriebsräte Groß-Berlins. Sie erblickt in dem Vorgehen der Unternehmerverbände gegen die Arbeiterausschüsse einen erneuten Versuch, das arbeitende Volk rechtlos zu machen. Sie verpflichtete sich, im Notfalle mit aller Schärfe den aufgezwungenen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen. Die Arbeiter- und Betriebsräte erklären sich von neuem bereit, den kämpfenden Metallarbeitern finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen uud, „wenn die Metall-

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

10]

„Man kann so etwas nicht wissen. Nur glauben kann man es. Also der Zeuge glaubt es. Ist es ihm bekannt gewesen, daß die Hecker vor ihm mit anderen Männern verkehrt hatte?"

Nur langsam und zögernd brachte der Maler die Antwort auf diese Frage Jordans heraus. Er sagte: „Nie habe ich diesen Punkt berührt. Nie danach gefragt. Fräulein Hecker ist blutjung, körperlich weit über ihre Jahre entwickelt. Mädchen ihres Herkommens pflegen ja naturgemäß die paar kurzen Jahre ihrer Blüte vollauf zu genießen. Ich mache ihr daraus keinen Vorwurf. Die Verführung in dieser großen Stadt ist ungeheuer, und wenn ein armes, schönes Ding, das sich gern gut und erlesen kleidet, unerfahren und lebensfremd der Versuchung erliegt und wirklich, ein halbes Kind an Jahren, Geschenke dafür nimmt, so darf es, nach meiner Ansicht, deshalb noch nicht schlechtweg Dirne gescholten werden."

„Darüber kann man sehr anderer Meinung sein," bemerkte Jordan mit gerötetem Kopf. Die Stimme erhebend, setzte er hinzu: „Ueber die in diesem Lande geltende sittliche Einschätzung von Mädchen, die sich für Geld verkaufen, bin ich übrigens nicht gesonnen, mir von — sagen wir — zugewanderten jungen und unerfahrenen Leuten Belehrungen erteilen zu lassen."

„Wir kommen jetzt zu einem wichtigen Punkte ihrer Aussage," warf der Vorsitzende ein. „Der Zeuge Koch hat unter Eid ausgesagt, daß er im Mai dieses Jahres folgenden Vorgang beobachtet hat: die Angeklagte Frau Hecker stand in der Haustür. Es war elf Uhr abends. Herta Hecker, die Sie öfter schon dort am Hansaplatz erwartet haben soll, stand wenige Schritte von ihrer Mutter entfernt, an der Haltestelle der Straßenbahn, mit der Sie, Herr Zeuge, dann auch bald kamen. Sie stiegen aus, reichten der Herta den Arm und gingen mit ihr in der Richtung Ihrer Wohnung fort. Entsinnen Sie sich dieses Vorganges?"

„Ich kann nicht bestreiten, daß er sich an bezeichneter Stelle öfter wiederholt hat."

„Ja. Aber an diesem ganz bestimmten Abend im Mai geschah noch etwas Besonderes, dessen Sie sich doch wohl entsinnen müßten. Als Sie nämlich mit der Herta Hecker fortzugehen sich anschickten, wandte diese sich noch einmal um und rief ihrer in der Haustür stehenden Mutter über den Vorgarten hinweg zu: „Gute Nacht, Muttchen!" Entsinnen Sie sich dessen, Herr Lokatos?"

„Nein!"

„Sie haben diesen Zuruf der Herta an ihre Mutter bestimmt nicht gehört?"

„Nein."

„Seltsam. Herr Koch hat ihn gehört, dieser Zeuge stand am Eingang seines Lokals, also fünf Meter von der Herta weiter entfernt als Sie, der Sie neben ihr gingen. Was Koch hat hören können, müssen doch auch Sie gehört haben?"

„Ich entsinne mich nicht."

„Das kann eher sein. Sie entsinnen sich dieses Zurufes nicht. Sie entsinnen sich nicht, ihn gehört zu haben. Das ist nicht ganz dasselbe, als wenn Sie aussagen, der Zuruf sei überhaupt nicht erfolgt. Also wie fassen Sie Ihre Aussage über diesen Punkt?"

„Ich entsinne mich nicht."

„Es wäre ja möglich, der Zuruf wäre erfolgt, Sie hätten ihn auch gehört, aber dieser Wahrnehmung nicht acht gehabt oder sie vergessen. All das liegt als möglich in der jetzigen Fassung Ihrer Aussage, die ich mit den Worten: „Ich entsinne mich nicht" zu Protokoll zu nehmen bitte."

Der schreibende Referendar nickte eifrig.

„Denn hier," fuhr der Vorsitzende fort, „hier liegt der springende Punkt der Anklage. Ist es wirklich geschehen, daß diese Mutter ihre minderjährige Tochter um elf Uhr abends mit einem Manne fortgehen ließ, und zwar in dessen Wohnung? Ist es geschehen, daß die Tochter, sich auf diesen Weg begebend, der Mutter noch ein freundliches Abschiedswort zurief, das ganz offenkundig die Zustimmung der Mutter zu dem nächtlichen Liebeswege der Tochter voraussetzte? Ist dieser Zuruf getan worden? Ja oder nein? Der Zeuge Koch behauptet es. Der Zeuge Lokatos erinnert sich nicht, ihn gehört zu haben. Da weitere Fragen an diesen letzten Zeugen nicht gerichtet werden, so sind wir an den Schluß der Beweisaufnahme gelangt. Das Wort hat der Herr Staatsanwalt."

Zögernd erhob sich Jordan. Im letzten Augenblicke noch hatte er eine Aenderung in dem Plan seiner Rede beschlossen. Da nämlich wollte er einhaken, wo der Präsident stehen geblieben war. Blitzschnell schoß ihm die Konzeption dieses Gedankens durch das hastig arbeitende Gehirn.

„Meine Herren Richter! Der Herr Vorsitzende hat als den springenden Punkt der Anklage den Umstand bezeichnet, daß die Herta Hecker an jenem Maiabend, als sie mit dem Zeugen Lokatos in dessen Wohnung ging, von der Mutter sich laut mit dem Zurufe verabschiedete: „Gute Nacht, Muttchen!"

Der Zeuge Koch hat beschworen, daß er diesen Zuruf gehört habe, der Zeuge Lokatos dagegen unter seinem Eide ausgesagt, er erinnere sich nicht, diesen Zuruf vernommen zu haben. Nun, meines Erachtens schließen diese beiden eidlichen Bekundungen sich gar nicht aus.

Denn der Zeuge Koch stand auf der Lauer, um Material für seine Denunziation gegen die mit ihm verfeindete Angeklagte zu erhaschen, und der schwärmerische Künstler, der seine ganze exotische Phantasie hier zu Hilfe nahm, um die Zeugin Hecker mit einer Gloriole zu umstrahlen, war wohl in Erwartung der kommenden Schäferstunde nicht zum besten disponiert, allzu scharfe Augenblickswahrnehmungen in seiner Umgebung anzustellen.

So kann man beiden Zeugen in diesem Punkte vollen Glauben zumessen, dies um so mehr, als ihre Aussagen in dieser Sache sich ja nur scheinbar widersprechen. Aber ich möchte mich doch durchaus dafür entscheiden, der Aussage Kochs Glauben zu schenken, denn sie ist positiv.

Koch sagt eidlich aus: Ich habe gehört. Sogar die Worte, die bei diesem Zurufe gefallen sind, weiß er präzis zu rekapitulieren.

Lokatos Aussage dagegen ist im gleichen Grade unbestimmt. Sie lautet nicht: Dies hat die Hecker nicht gesagt. Sie lautet vielmehr: Ich kann mich nicht erinnern, daß die Hecker diesen Zuruf tat.

Mit vollem Recht wies der Herr Vorsitzende auf diesen prägnanten Unterschied hin. Ich möchte aber der Kochschen Aussage noch aus einem anderen Grunde zweifellosen Glauben zumessen. Als ich während der Beweisaufnahme der Herta Hecker vorhielt, daß sie es sei, die ihre Mutter ins Zuchthaus brächte, führte sie hier einen Gefühlsakt auf, stürzte zur Angeklagten hin und rief schluchzend zweimal: „Muttchen!" Sie gebrauchte also ganz spontan das gleiche Kosewort der Mutter gegenüber, das der Zeuge Koch an jenem Maiabend bei jenem Zurufe gehört hat.

Die Mutter „Muttchen" zu nennen, ist für die Herta Hecker recht sehr charakteristisch. Und zwar deshalb, weil es neuerdings in guten Familien stark Mode geworden ist, die Mutter „Mutti" oder „Muttchen" zu rufen. Und Herta Hecker hat ja den Vornehmheitstick — in allen Aeußerlichkeiten natürlich. Denn ihrer Anlage nach ist sie schließlich ja doch nichts anderes als das herkömmliche Kontrollmädchen."

Ein murrender Laut folgte diesem Worte. Staatsanwalt Jordan blickte erstaunt und drohend auf. Er konnte nicht feststellen, ob es die Herta Hecker oder dieser verrückte ungarische Maler war, der diese Ungebühr verübt und mit lautem Murren die Dirnencharakterisierung der Hecker quittiert hatte.

(Fortsetzung folgt.)

industriellen ihre provozierende, hartnäckige Haltung in der Frage der Arbeiterausschüsse, Betriebs- und Arbeiterräte nicht aufgeben, die Arbeiterschaft anderer wichtiger Industrien zur Anwendung schärferer Kampfmittel aufzufordern."

Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, durch Sammlungen und Entnahme von Streikmarken die Unterstützung der Streikenden zu ermöglichen.

In und um Elbing

Unser Kommunalprogramm

Von der Aufbringung der Mittel geht unser Kommunalprogramm zu den **wirtschaftlichen Aufgaben** der Gemeinden über. Bezüglich der Kommunalisierung von Betrieben fordert es:

Alle gewerblichen Unternehmungen, die allgemein notwendigen Bedürfnissen der Gemeinde dienen, sind ausschließlich von der Gemeinde zu betreiben, soweit sie nicht von einem größeren Verband (Reich, Staat oder Bezirk) bereits sozialisiert sind, insbesondere

a) die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Brennmaterial.
b) das Verkehrswesen (Personen- und Frachtbeförderung durch Fuhrwerke, Straßenbahnen, Kleinbahnen) und zwar innerhalb des Gemeindebezirks als auch in seiner näheren Umgebung.
c) Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln durch Märkte und Markthallen, gemeindliche Milchversorgung, Bäckereien, Versorgung mit Vieh, Vieh- und Schlachthöfe, Schlächtereien, Brauereien, Speisehäuser.
d) Herstellung von Gegenständen des Bedarfs der Gemeindeverwaltungen.
e) Druckerei-, Inseraten- und Anschlagswesen.
f) Arbeitsnachweis.
g) Geldverkehr durch Gemeindesparkassen.
h) Feuerversicherung.
i) Apotheken.
k) Bestattungswesen.

Diese Forderungen sprechen für sich selbst und bedürfen einer näheren Begründung nicht. Auf die wichtige Wohnungsfrage kommen wir in der nächsten Nummer zu sprechen.

Die Ernährungskatastrophe

Die Produzenten auf dem Lande treten in immer größeren Scharen in den Lieferstreik ein. Der Schleichhandel wird reichlich versorgt, dagegen wird durch Zurückhaltung der Nahrungsmitel die verhaßte „Zwangswirtschaft" zu sprengen versucht. Die Landwirte weigern sich jetzt, Kartoffeln zu dem amtlich festgesetzten Preise abzugeben. Viele von ihnen erstreben höhere Gewinne. Andre haben gegenrevolutionäre Gelüste. Sie hoffen, durch Aushungerung der Großstädte Putsche hervorzurufen, damit die monarchistische Gegenrevolution sich der Staatsgewalt bemächtigen und ihr Regiment aufrichten kann.

Die Verwaltungen der Großstädte telegraphieren inzwischen den Reichswirtschaftsminister an, und der hält — ausgerechnet in dieser Zeit — optimistische Reden in der Nationalversammlung, in denen er betont, daß unsre Ernährnngslage günstiger wird. Es sieht aus, als ob dies politische Kind auf dem Monde lebt.

Wie harinäckig der Streik der ländlichen Produzenten eingesetzt hat, geht schon daraus hervor, daß an verschiedenen Stellen bereits die — Reichswehr eingegriffen und die Nahrungsmittel beschlagnahmt hat. Wie hat man noch bis vor kurzem auf das „barbarische" Sowjetrußland gezetert, das seine Soldaten auf das Land schickt, um die Bauern zur Lieferung von Nahrungsmitteln anzuhalten. Jetzt erleben wir in Deutschland das gleiche Verfahren, und es sind ausgerechnet die L. N. N., die in ihrer gestrigen Morgenausgabe betonen, wenn alle Ermahnungen nichts fruchten, dann muß eben genau wie im Hanauer Bezirk mit Hilfe der Reichswehr die Eintreibung der Kartoffeln vorgenommen werden.

Vor einigen Monaten wurde das noch als „Bolschewismus" verschrien. Heute sieht man es wohl als ein Mittel — gegen den „Bolschewismus" an. Es ist — worauf immer wieder hingewiesen werden muß — die Profitwirtschaft, die uns das beschert. Wenn ein finanzkrankes Reich auch noch viele Tausende Soldaten unterhalten und bezahlen muß, damit sie auf dem Lande Streifzüge unternehmen, um die Großstädter vor dem Verhungern zu bewahren, so muß sich wohl jeder sagen, daß dies System auf die Dauer nicht zu halten ist. Da muß die Gesellschaft die ländlichen Großbetriebe übernehmen und die Profitwirtschaft ausschalten. Und genau so muß es mit den Kohlengruben, den großindustriellen Betrieben und den Verkehrsmitteln geschehen. Es nutzt nichts, daß so fortwurstelt wird wie in der jetzigen Zeit. Die ökonomischen Schwierigkeiten sind so groß, daß nur der Sozialismus die Gesellschaft wieder aufrichten kann. Er muß deshalb das Ziel des gesamten Proletariats sein. Von selbst freilich kommt er nicht; er muß erkämpft werden. Erkenntnis darüber in allen Schichten des arbeitenden Volkes zu verbreiten, muß unsre allererste Aufgabe sein

Neueinteilung der Parteibezirke

Infolge der überaus starken Mitgliederzunahme und zwecks besserer Agitation hat die Parteiorganisation der U. S. P. Elbing folgende Bezirkseinteilung vorgenommen:

1. Bezirk

Bezirksführer: Eugling, Franz, Spieringstr. 7, 1 Tr.

Grubenhagen, Schleusendamm, Schiffsholm, Kraffohlsdorferweg, Tiegenhöfer Chaussee, Wallstr., Wollstr., Danzigerstr., Langebahn, Mohrchenstr., Müllerstr., Berliner Chaussee, Berlinerstraße, Börsenstr., Heringstr., Adlerstr., Am Wasser, Am Elbing, Wasserstr., Schichaustr., Altst. Wallstr., Markttorstr., Conventstraße, Kürschnerstr., Klosterhof, Körperstr., Wollweberstr., Wilhelmstr., Spieringstr., Kettenbrunnenstr., Poststraße.

2. Bezirk

Bezirksführer: Scheiba, A., Alter Markt 17

Alter Markt, Fischerstr., Brückstr., Heil. Geiststr., Schmiedestraße, Fleischerstr., Mauerstr., Friedrichstr., Vorbergstr., Holzstraße, Kreuzstr., Ritterstr., Schottlandstr., Storchstr., Roßwiesenstr., Jungferndamm, Vorberg, Inn. Vorberg, Fischervorberg, Burgstr., Kalkscheunstr., Dienerstr., Hommelstr., Große und Kl. Hommelstr., Hommelstallstr., Stadthofstraße.

3. Bezirk

Bezirksführer: Wriedt, Ernst, Holländerstr. 7a

Inn. und Aeuß. Marienburgerdamm, Holländerstraße, Bahnhofstr., Neust. Wallstr., Herrenstr., Junkerstr., Am Lustgarten, Baderstr., Neust. Schmiedestr., Schulstr., Neust. Grünstr., Neust. Rosenstr., Neust. Stallstr., Ritschmannstr., Mühlenstr., Inn. Mühlendamm, Kehrwiederstr., Hospitalstr., Sturmstr., Zimmerstr., Grabenstr., Ankerstr., Friedrich-Räuberstr., Friedrich-Wilhelm-Platz, Logenstr., Jakobstr., Pfefferstr., Töpferstraße, Taubenstr., Kol. Trettinkenhof, Holländertor.

4. Bezirk

Bezirksführer: Heß, Gustav, Talstr. 38

Johannesstr., Lindenstr., Karlstr., Petristr., Große und Kleine Zahlerstr., Talstr., Holländer Chaussee, Feldstr., Flurstr., Gartenstr., Ackerstr., Trusostr., Pott-Cowlestr., Comeniusstr., Fliegerschule, Bahnhof.

5. Bezirk

Bezirksführer: Melzner, Eduard, Gartenstr. 13

Georgendamm, Hindenburgstr., Wittenfelderstr., Am Stadtfeld, Landwehrstr., Hochmeisterstr., Kaserne, Bergstr., Blumenstr., Aeuß. Mühlendamm, St. Annenplatz, Weingarten.

6. Bezirk

Bezirksführer: Krüger, Albert, Georgendamm 21.

Hohezinnstr., Bismarkstr., Traubenstr., Hansastr., Sonnenstr., Grünstr., Ilgnerstr., Neuegutstr., Kegelstr., Bleicherstraße.

7. Bezirk

Bezirksführer: Gottschalk, Königsbergerstr.

Königsbergerstr., Gr. und Kl. Wunderberg, Ziegelscheunstr., Löserstr., Sternstr. von 23—33, Predigerstr., Leichnamstr. von 1—34 und 141 bis Ende.

8. Bezirk

Bezirksführer: Bauer, Sternstr. 44.

Leichnamstr. von 35—67a und 108—140, Sternstr. von 1—22 und 35 bis Ende, Hochstr. von 1—20 und 98 bis Ende.

9. Bezirk

Bezirksführer: Erbien, Georg, Kastanienallee 31.

Kastanienallee von 1—44 und 80 bis Ende, Gr. und Kl. Rosenstr., I., II. und III. Niederstr., Lastadienstr., Maasstr., Kl. Lastadienstr., Gr. und Kl. Stromstr., Reiferbahn.

10. Bezirk

Bezirksführer: Hippler, Gr. Rosenstr. 12.

Elbing III, Mattendorfstr., Kastanienallee von 45—79, Leichnamstr. von 68—107, Hochstr. von 21—98.

Die Einteilung der Bezirke wird nur einmal veröffentlicht. Wir bitten unsere Mitglieder dieses auszuschneiden und aufzubewahren.

Neubewaffnung der Elbinger Polizei

In den Neuen Westpreußischen Mitteilungen — Erscheinungsort Marienwerder — lesen wir heute folgende Notiz:

> §§ **Elbing**, 30. Oktober. Mit Lederpeitschen als Hiebwaffe ist die Elbinger Schutzmannschaft ausgerüstet worden. Und zwar ist eine Ledergerte eingeführt worden, die sich vorzüglich zur Selbstverteidigung eignet. Die Behörde folgt mit Rücksicht auf die stets unsicherer werdenden Verhältnisse dem Beispiel der englischen Polizei, die auch die Tagesposten schon seit langem mit einfachen Knütteln ausgerüstet hat.

Da wir Zweifel an der Richtigkeit der Nachricht hatten, fragten wir die Polizei telephonisch an und erhielten ihre Bestätigung.

Verkehrseinschränkung und Kohlennot

Als vor einiger Zeit das Eisenbahnministerium daran ging, sämtlichen Schnellzugverkehr nach dem Osten einzustellen und außerdem den Güterverkehr aufs äußerste zu beschränken, wurde als hauptsächlichster wenn nicht einziger Grund für diese das gesamte Wirtschaftsleben des ganzen Reiches aufs schwerste schädigende Maßnahme die ausgiebige Versorgung der Bewohner des Ostens mit Brennmaterial und insbesondere Steinkohlen angegeben. Wie steht es nun aber in Wirklichkeit mit der Versorgung der hiesigen Bevölkerung mit Steinkohlen? Von einer merklichen Besserung gegenüber früher ist bis heute noch nichts zu spüren. Im Gegenteil, die Eingänge an Kohlen sind noch mehr zurückgegangen. Trotzdem versichert wurde, daß die Gestellung der Wagen auf den Gruben eine Höhe erreicht hat, wie sie seit 1918 nicht erzielt worden ist, kann bis heute von einem Abtransport beträchtlicher Mengen Steinkohlen nach dem Osten des Reiches nicht die Rede sein.

Ob nicht wieder einmal dem Volke etwas vorgeflunkert wurde und das rollende Wagenmaterial zu andern Zwecken — wir denken hier in erster Linie an das Baltikum — nötiger gebraucht ist. Wir möchten es im Interesse der durch den herannahenden Winter unter dem Mangel an Brennmaterial schwer leidenden Bevölkerung nicht hoffen, sehen aber bis heute noch keine Besserung der unhaltbaren Zustände, wenn nicht noch in den nächsten Wochen eine einschneidende Aenderung eintritt.

Ostdeutsche Nachrichten

Heines Freunde

Als Verwalter des Landratsamts des Kreises Danziger Niederung ist Regierungsrat Freiherr von Stockmar bestellt worden. Er hat sein Amt bereits angetreten. — Kein Wunder! Hat Heine doch mehr als einmal selber darauf aufmerksam gemacht, daß er einer „höheren" preußischen Beamtenfamilie entsprossen sei.

Erwischte Seelenverkäufer

In Zoppot gelang es dem Arbeiterrat in der Haffuerklause einen Leutnant und zwei Unteroffiziere abzufassen, die Soldaten für die Kollschakarmee anwarben. Sie hatten bereits 20 Mann für ihren Plan gewonnen. Die Werber wurden festgenommen.

Kommunalisierung des Beerdigungswesens

In Königsberg wurde in der Stadtverordnetenversammlung ein sozialdemokratischer Antrag auf Kommunalisierung des Beerdigungswesens angenommen. Danach soll der Magistrat der alleinige Verkäufer von Särgen sein und auch die Leichenwagen beschaffen. Als Preisregulator soll der Magistrat eine Sargtischlerei für Minderbemittelte und den Mittelstand einrichten.

Stadtratwahl in Stettin

In der Stadtverordnetenversammlung wurden die Wahlen von 13 unbesoldeten Stadträten vorgenommen. Gewählt wurden 1 Unabhängiger, 4 Mehrheitssozialisten, 1 Deutschnationaler, 1 Deutscher Volksparteiler, 3 Demokraten, darunter eine Frau, ein Vertreter der Beamtengruppe, ein Mitglied der Bürgerpartei und ein anderer bürgerlicher Kandidat, der auf eine zusammengefaßte Liste gewählt wurde.

Warnung!

Gegen einen gewissen Hugo Kalthoff besteht der dringende Verdacht, daß er sich in manchen Organisationen eingeschlichen und Spitzeldienste geleistet hat. In Dänemark ist die Polizei in den Besitz der Adressen sämtlicher Flüchtlinge gekommen, vermutlich durch Kalthoff. Es ist zu befürchten, daß er sich wieder nach Deutschland begeben wird, um dort die Organisationen um Unterstützung anzugehen und von neuem Spitzeldienste zu leisten. Kalthoff ist etwa 37 Jahre und in Castrop in Westfalen geboren.

Standesamtliche Nachrichten

Sterbefälle. Arbeiterwitwe Barbara Ehlert geborene Feldkeller 81 J. — Metalldreher Friedrich Wilhelm Grünhagel 68 Jahre.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 3. bis 8. November 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck G**
Dienstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck H**
Mittwoch: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck J**
Donnerstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck K**
Freitag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck L**
Sonnabend: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck M**

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 10. November bis 7. Dezember 1919;
2. **Einfuhrzusatzkarten** von Nr. 21 bis 24.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 1. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Nährmittelmarke Nr. 523 (anstatt 520).

Dienstag, den 4. November 1919
1/4 Pfund Graupe 11 Pfennig, 1 Pfund 44 Pfennig.
Elbing, den 1. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Verkaufe billigst einen Posten
Winterhüte
Putz-Atelier **Gertrud Blöss**
Jungferndamm 19, 1 Tr.

Ernst Doebel, Schneidermeister
Spieringstraße 16 ELBING Spieringstraße 16

Wollstoffe
Friedensware
in großer Auswahl
eingetroffen.

Gestreifte
Hosenstoffe
am Lager.

Anzüge nach Maß
von
350,— Mk.
an.

Bei zugebrachten Stoffen
werden Anzüge, Kostüme, Mäntel unter Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung in kurzer Zeit geliefert.

Neu eingerichtet:
Spezialabteilung
für
Blusen u. Kleider
Beste Maßarbeit.

Umarbeiten
von
Militärsachen in Zivil
Schicke Formen — Guter Sitz
Wenden v. Anzügen, Paletots Kostümen billigst.

Reparaturen
Bügeln
Aendern
in saubersterVerarbeitung.

Donnerstag, den 30. Oktbr., mittags 11½ Uhr, entschlief sanft nach kurzem aber schweren Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere herzensgute unvergeßliche Mutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Henriette Abraham

geb. **Diegner**

im 41. Lebensjahre.

Sie folgte ihrer vor 3 Tagen verstorbenen letzten Schwester in die Ewigkeit.

Im tiefen Schmerz:

die trauernden Hinterbliebenen

Max Abraham als Gatte
Erich Abraham
Herbert Abraham
Alfred Abraham als Kinder

Elbing, den 1. November 1919.

Die Beerdigung findet Montag, den 3. Nov., nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause Grabenstraße 32 aus statt. Freunde und Bekannte werden gebeten, der Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen.

U. S. P. D.

Sonntag, den 2. November, vorm. ½10 Uhr, findet im **Volkshaus** eine

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Abrechnuug vom III. Quartal.
2. Stellungnahme zum Parteitag am 16. November.
3. Aufstellung von 6 Kandidaten zur Urwahl am 9. November.
4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung haben nur die Parteifunktionäre und die Delegierten Zutritt. Legitimation durch Ausweis und Mitgliedsbuch.

Die Parteileitung.

Kaufmännische Privatschule

von

R. Mrongovius

Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.

Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten

sowie in **Polnischer** u. **Russischer** Sprache

Freude und Jubel in jeder Familie

erweckt zur **Kürzung der Langenweile** ein gut spielender

Sprechapparat mit neuesten **Platten.**

Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung

Elbinger Platten-Centrale **Hans Tischmann**

Polstermöbel

lassen Sie anfertigen und umarbeiten

bei

Max Reichelt Burgstraße 28 Telephon 861

Spezialität: **Anfertigen von Klubmöbeln**

Wohnungseinrichtungen und Gardinenanmachen

Gute Verarbeitung und billige Preise

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestraße 12/14

Lieferant guter, gediegener

Möbel eigenen Fabrikates

zu anerkannt **billigen Preisen.**

Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Achtung! **Achtung!**

Fertige

Militär-, Beamten- und Zivil-Mützen

aus zugebrachtem Stoff an.

Getragene Mützen werden zu modernen Fassons umgearbeitet und gewandt.

Kösling, Mützenmacher

Brückstraße 27, v. 2 Tr.

(früher Fischerstraße 38.)

Billig Möbel Billig

Besichtigen Sie meine Riesenläger

ohne jeden Kaufzwang.

Kompl. Schlafzimmer	von	775.— M	bis	5200.— M
Kompl. Herrenzimmer	„	1650.— M	bis	6800.— M
Kompl. Speisezimmer	„	1890.— M	bis	7300.— M
Kompl. Wohnzimmer		790.— M	bis	5660.— M
Kompl. Küchen		435.— M	bis	1900.— M

Einzelne Ergänzungsstücke

sehr preiswert.

Bettstellen mit Matratzen	von	75.— M	bis 545.— M
Kleiderschränke		350.— M	bis 895.— M
Vertikos		350.— M	bis 895.— M
Plüschsofas		725.— M	b. 1250.— M
Chaiselongues		395.— M	bis 450.— M
Spiegel		65.— M	bis 475.— M
Tische		90.— M	bis 335.— M
Stühle . . .		21.— M	bis 95.— M
Küchenschränke		195.— M	bis 425.— M

Ganz besonders vorteilhaftes Angebot

in einzelnen

Büfetts, Schreibtischen, Umbauten, Korb- und Luxusmöbeln u. s. w.

Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

S. Maltenfort

Alter Markt Nr. 5.

Verlobungs- u. Trauringe

in allen Goldarten, 333/585 u. 900

stets in großer Auswahl am Lager.

Einkauf von Gold und Silber

zu höchsten Tagespreisen.

Augustin Riebe

Juwelier

Goldschmiedemeister und Graveur.

Gummi-Mäntel

für Damen und Herren, mit Friedensgummierung

Gummi-Dauerwäsche
Gummi-Tischdecken mit Stoffrückseite
Gummi-Hosenträger
Gummi-Schläuche, rot und schwarz
Gummi-Luft- und Wasserkissen

empfiehlt

Erich Müller Nachfl.

Inh. **Eva Müller**

Spezialgeschäft für Gummiwaren.

Taschenlampen
Taschenbatterien
Birnen
Ventilgummi
Gummilösung
Flickgummi

sowie

Decken und Schläuche

offeriert billigst

F. Laufer, Georgendamm 8.

Das

Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Kassenschluß ½ Std. vorher.

Empfehle

Emaillewaren

wie **Eimer, Wannen, Schmortöpfe** mit Ring usw.

Dalli-Plätteisen

Plätteisen

für Kohlen, Bolzen und Spiritus,

Wirtschaftswagen

Tafelwagen

Fleischhackmaschinen

Brotschneidemaschin.

verschiedene Systeme,

Solinger Stahlwaren

wie **Tischmesser u. Gabeln Taschenmesser, Scheeren** usw.

Joh. Meißner Nachf.

Ecke Königsberger- und Leichnamstraße.

Billigste Bezugsquelle

für

Zigarren
Zigaretten
Tabake u. Kautabake

auch für Wiederverkäufer

Herb. Kremke Nachf.

Schulstr. 1, Ecke Herrenstr.

Frauen und Mädchen

stellt ein **Expreßfärberei,** Große Zahlerstraße 24.

Nur kurze Zeit

von Sonntag, den 2. November

auf dem Platz bei Marienburgerdamm

Neu für Elbing!

Zum ersten Mal hier!

Nielsens Museum

größtes wanderndes Wachskabinett

enthaltend über 1000 Nummern, Gruppen und Figuren in Wachs, ausgeführt in natürlicher Größe.

2. Große Anatomisch-pathologisch-embryologische Abteilung,

eine für Damen u. eine für Herren.

In der Hygienischen Ausstellung in Dresden 1914 äußerte Professor Schwartz über die Pathologische Abteilung:

„Wir stehen vor einer ausgebreiteten Krankheit, dem weißen Tod — der Syphilis in ihrer Schreckensgestalt. Sehen Sie auf diese ausgestellten Wachspräparate, sie sprechen von sich selber!!!"

Täglich geöffnet

von morgens 10 Uhr bis 9 Uhr abends.

Alle, welche Elbing besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses **wissenschaftliche Museum** zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Eintrittspreis: 2 Mark, anatomische Abteilung 1 Mark.

Shag-Tabak garant. rein Übersee, **wollige Ware,** für d. verwöhntesten Raucher empfiehlt

Otto Heldt, Inh. Otto Wein

Zigarren-, Tabakhandlung, am Gericht 7.

NB. Im Preise ebenso billig, wie anderweitig angebotene, minderwertige Ware.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Ia Zigarren

von **60 Pfg.** an,

Deutsche und engl. Zigaretten

von **16** bis **40 Pfg.**

Ia Rauchtabak

(Grob- und Feinschnitt)

50 g M **2.—, 2.25, 2.50.**

Zigarettenhülsen

u. sonstige **Raucherbedarfsartikel,** wie **Pfeifen, Spitzen, Etuis** und dergl. zu soliden Preisen.

Erich Murawski

Leichnamstr. 23.

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, kann sofort eintreten.

H. Lange, Drechslermeister. Zu melden **Ritterstr. 14, I.**

Lampions

Kotillonorden

Kappen

für Herren und Damen

Confetti

empfiehlt billigst

G. W. Petersen

Alter Markt 33.

Vereine und Gesellschaften 10 Prozent Rabatt.

Lehrlinge

sucht

Ewald Gilbers,

Färbermeister, Gr. Zahlerstr. 24

Malerlehrling

bei hoher Entschädigung stellt ein **E. Szczelinski,** Malermeister, Neust. Wallstraße 33.

Der arme Konrad

Blätter für Unterhaltung und Belehrung

Nr. 2 | Sonnabend, den 1. November | 1919

Schläfer erwacht!

Du schläfst noch, teilnahmloser Gesell?
Wenn rings die Welt in Waffen steht,
Wenn neues Hoffen, wenn Frühlingsahnung
Flüsternd durch alle Lande geht.
Du schläfst?

Wach auf und sieh in die kämpfende Welt
Und sieh der Arbeit stolze Wehr.
Das Volk der Arbeit sammelt sich,
Du müder Schläfer, wir rufen auch Dich
Zu der Arbeit trotzigem Weltheer:
Steh auf!

Steh auf! Hinaus zum heiligen Kampf!
Sieh: nie sind der Kämpfer zuviel.
Wir kämpfen für Freiheit, für Brot und für Licht,
Und warst du bis heute ein duldender Knecht,
So wag's und erkämpfe dein Menschenrecht;
Wenn das Elend erschlagen, wenn die Kette zerbricht,
Dann sind wir am heiligen Ziel.

August Ellinger.

Liebe mit Hindernissen

Erzählung von A. v. Hedenstjerna.

Er war ein junger, frischer Jüngling, der sich der Landwirtschaft gewidmet hatte. Er hatte treue blaue Augen, doppelsohlige lange Schaftstiefel und eine Stellung als Inspektor bei dem Gutsbesitzer Borst auf Lindacker.

Sie war ein junges frohes Mädchen, die eine Haushaltungsschule durchgemacht hatte. Sie hatte ein blaukariertes Alltagskleid, eine kleine nette Figur, runde Wangen, appetitliche Lippen und eine Stellung als Wirtschafterin bei der Frau Gutsbesitzer Borst.

Er hieß Karl Anders und sie hieß Lottchen Jensen.

Sie sahen einander täglich, und es wäre ein Wunder gewesen, wenn sie sich nicht geliebt hätten. Aber unser Herr hat aufgehört, Wunder zu tun; darum liebten sie sich auch, wie es ihre jungen, verhältnismäßig unverdorbenen Herzen vermochten.

Aber sie hatten niemals Gelegenheit gefunden, davon miteinander zu sprechen, und wenn Lottchen am Herde stand und ihre Braten in der Pfanne umwendete, hatte sie ein Gefühl, als wäre es ihr eigenes, sehnendes, liebendes Herz gewesen, das sie umdrehte.

So schlimm ergeht es einem, wenn man eine Person anderen Geschlechts aufrichtig von Herzen liebt. Wenn man liebt, liegt es im menschlichen Instinkt, mit seinen besten und stärksten Seiten dem geliebten Gegenstand zu imponieren zu suchen. Herr Anders prüfte seine Vorzüge. Im mündlichen Vortrag war er nur schwach, die Augensprache war ein zweischneidiges Schwert, das, wenn es bei Tisch erprobt wurde, die einzige Stelle, wo man sich sicher täglich traf, fehltreffen konnte und zwar die Gouvernante oder Frau Borst. Seine Hände waren groß und rot. Seine Stimme eignete sich nicht für den Gesang. Aber die Füße, das war Herrn Anders' stärkste Seite. Er hatte, wie gesagt, Schaftstiefel, er konnte täglich fünf Meilen gehen, ohne müde zu werden, und er saß Lottchen gerade gegenüber. Welches Feld für eine zärtliche und feine Fußsprache! Und so drückte er denn in Gottes Namen zu, mitten zwischen der Suppe und dem Hecht, mit den äußersten Zehspitzen, zärtlich fragend, liebevoll —

„Hol Sie der Teufel! Meine Hühneraugen! Halten Sie doch Ihre Füße still, Herr!" schrie der Gutsbesitzer.

Man muß die Gegend genau kennen, um sich auf Fußpartieen einzulassen.

Auf Lindacker gab es viele schöne Pferde und einige reizende kleine Füllen. Herr Anders liebte die Pferde, und wenn er einen freien Augenblick hatte, stand er immer in der Stalltüre und schaute die schönen Türe an. Es war gerade, als wenn dies sein Herzeleid ein wenig gelindert hätte, ohne daß ich darum behaupten will, daß die feinsten Wagenpferde in der Welt dem Herzen eines rechtschaffenen Inspektors ein hinreichendes Surrogat für Schön-Lottchen sein konnten.

Wenn nun Fräulein Jensen Herrn Anders wie ein Fragezeichen in der Stalltüre stehen sah, eilte sie selbst schnell wie ein Gedankenstrich zu dem Regal, wo in der Küche die übriggebliebenen trockenen Brotstücke hingelegt zu werden pflegten, schüttete sie in ihre Schürze und steuerte auch ihrerseits nach dem Stall, um die kleinen, süßen Tiere zu füttern.

„Jetzt oder niemals," dachte der Inspektor jedesmal, wenn er das blaukarierte Kleid über die geharkten Gänge und über das hervorsprießende Gras auf sich zuschweben sah. Aber gerade wenn er ihr sein Herz öffnen wollte, während sie den kleinen Felix oder die Freya fütterte, kroch entweder einer der Knechte vom Heuboden herab oder kam das Milchmädchen und sollte im Häckselkasten nach Eimern suchen oder rief Frau Borst: „Fräulein Jensen, wo ist der neue Webekamm?„ Oder es schrie der Gutsbesitzer: „Herr Anders, sollen wir heute Korn säen?"

Und dann umwölkte sich Lottchens Stirn, und dann murmelte Herr Anders: „Hol euch der Teufel!"

Einmal war das Glück ihnen günstig. Niemand störte sie. Lottchen stand behaglich mit ihrem runden, weißen Arm um die kleine Freya gegen das Füllen gelehnt. Die Brotbissen waren verfüttert, zwei Herzen klopften in gleichem Schlage. Die Pulse glühten, die Augen glänzten. Die alten Pferde machten sich über ihr Futter her, die jungen bissen einander ins Ohr, die Vögel sangen im Vogelbeerbaum vor dem Fenster. Herr Anders faßte Lottchens Hand, beugte sich zu ihr nieder und begann: „Ach, Fräulein Lottchen, ich habe lange ge—", aber weiter kam er auch dieses Mal nicht, denn plötzlich wurde er von gewaltiger Kraft rückwärts emporgehoben, beschrieb einen Halbkreis durch die Luft und wurde mitten auf den Stallboden niedergeschleudert.

Eine neue Mahnung für alle, die ihre Herzen in Ställen öffnen wollen, ohne erst den Stallbock einzuschließen.

Wieder verging Woche auf Woche, und die Liebe in den jungen Herzen wuchs, wie der Spargel um die Sommerzeit. Lottchen würzte eine Vanillespeise, und Herr Anders ließ halbtrockenes Futtergras einfahren.

Aber dann ging die Sonne an einem schönen und lachenden Augustsonntag über Lindacker auf. Alle sollten zur Kirche fahren, außer Lottchen, die urplötzlich „furchtbare Zahnschmerzen" bekam, sowie Herr Anders, der zu Hause bleiben wollte und danach sehen, daß die Dorfkinder nicht alle Kirschen stahlen.

Um zehn Uhr vormittags lenkten ein Paar blankgebürstete Reitstiefel aus bestem Roßleder ihren Weg zum Park am See hinab, und zehn Minuten später trippelten ein Paar netter, kleiner Kalblederstiefelchen denselben Weg entlang. Sie trafen sich unter einer schattigen Erle, und nun zum hundertstenmal dachte Herr Anders: „Jetzt oder niemals!"

Der arme, ehrsame Jüngling! Er zitterte von Kopf bis zu Fuß, und alles Blut in seinem ganzen Körper wollte unwillkürlich durch die Ohrläppchen hinaus.

Das arme, liebe, neunzehnjährige Mädchen! Ihr Herzchen klopfte mächtig, und die kleinen sonnenverbrannten Finger zitterten heftig.

„O, Fräulein Jensen, wie sehr habe ich mich nach dieser Gelegenheit gesehnt, Ihnen zu sagen, wie innig —"

„Ich hoffe, daß ich nicht störe?" sagte die Gouvernante süßsauer und schritt mit langen Schritten, aufgehobenem Kleide und gewaltigen Füßen plötzlich aus den taunassen Büschen hervor.

„Ich — ich — dachte, das Fräulein wäre in der Kirche," stammelte der Inspektor.

„Nein, glücklicherweise bekam ich auch so schreckliche Zahnschmerzen! Guten Morgen, meine Herrschaften! Viel Vergnügen auf Ihrer Promenade!" Und dann verschwand sie.

Als Herr Anders sich nach Lottchen umwandte, war auch sie verschwunden, als wenn sie ein Nebelbild gewesen wäre.

Der August ging zu Ende, aber der Mondenschein war noch wunderschön. Eines Abends, als Lottchen die Wäsche eingeweicht, Preißelbeeren eingekocht, vier Hühnchen gepflückt und alle gebleichte Leinwand abgenommen hatte, meinte sie, das Recht zu haben, ein wenig hinauszugehen und zu schwärmen. Der untrügliche Instinkt der Liebe leitete Herrn Anders, der hinausspaziert war, um einige Züge aus seiner Zigarre zu tun, gerade zu derselben Bank unter einem großen Apfelbaum hin. Mutiger, als jemals, in der stillen Abenddämmerung, die mitleidig ihre Schleier über sein verlegenes Antlitz breitete, begann er abermals: „O, Lottchen, endlich werde ich doch einmal Ihnen sagen können, wie grenzenlos ich Sie —" Da sauste es wie ein Wirbelwind in den heftig sich schüttelnden Zweigen des Apfelbaumes. Tausend kleine runde Körper regneten auf die beiden jungen Leute herab, und mitten droben im Baume ertönte ein munteres Lachen.

Es ist wirklich sehr traurig, daß ein armer Inspektor, der den ganzen Tag im Schweiße seines Angesichts gearbeitet hat, nicht einmal, wenn der Abend kommt, in der Stille und im Frieden der Natur derjenigen, die er liebt, sein Herz öffnen kann, ohne erst nachzusehen, ob nicht die Jungen des Prinzipals auf dem Baume sitzen und Unfug treiben.

Herr Anders faßte einen kühnen Entschluß. Er wollte am 1. Oktober ziehen und ein kleines Gut für eigene Rechnung pachten. Daher wollte er vorher keinen neuen Versuch machen, Lottchen unter vier Augen zu treffen. Aber wenn er seinen Lohn bekommen hatte, seine Bücher und das Inventar abgeliefert und allen Borsts zusammengenommen für ein angenehmes Zusammenleben gedankt hatte, dann wollte er offen, ruhig und ernst sagen: „Frau Borst, dürfte ich fragen, wo ich Fräulein Jensen treffen kann? Ich habe ihr ein paar Worte allein zu sagen."

„Und dann würde er ebenso ruhig und ernst die Hand der Geliebten erfassen, ihr in die Augen sehen und sagen: „Lottchen, du weißt, daß ich dich liebe! Willst du mich auch ein klein wenig liebhaben?"

Auf diese Weise würde alles schön und gut werden. Welcher Narr er war, daß er daran nicht schon längst gedacht hatte!

Der 1. Oktober kam. Herr Anders bekam seinen Lohn, lieferte die Bücher und das Inventar ab, dankte der Familie Borst für die angenehme Zeit, die er in ihrem Hause zugebracht, wandte sich darauf an Frau Borst und sagte sehr ordentlich, wenn auch mit bebender Stimme: „Frau Borst, dürfte ich fragen, wo ich Fräulein Jensen treffen könnte? Ich wollte etwas — hm, eine Kleinigkeit — ich wollte sie — allein —" Frau Borst lachte.

„Es tut mir sehr leid, Herr Anders, Fräulein Jensen bekam gestern nachmittag Urlaub fortzureisen, um einen kranken Bruder zu besuchen.

„Was — wann — kommt sie zurück? flüsterte der arme Herr Anders.

„Das weiß ich nicht so bestimmt. Sie bekam Urlaub, einige Tage fortzubleiben, wenn es mit ihrem Bruder schlecht stehen sollte."

Herr Anders taumelte fast bewußtlos aus dem Zimmer und auf das Fuhrwerk hinauf, das ihn zum Bahnhof führte, kaufte ein Billet, stieg in den Zug ein und drückte sich in die Ecke, zog sein blaukariertes Taschentuch vor, schnaubte seine Nase und — weinte, weinte zum erstenmal, seit seine Mutter am Nervenfieber starb, als er erst 14 Jahre alt war. —

In Station X soll der Schnellzug Nr 137, mit dem Herr Anders reiste, dem gemischten Zug Nr. 142 begegnen. Gerade wenn 137 auf der Station ankommt, soll Nr. 142 von derselben abfahren. Bisweilen gleiten die Züge nur einen Augenblick aneinander vorüber, bisweilen stehen sie einige Minuten lang einander gegenüber.

Zug Nr. 137 kam mit Herrn Anders in der Station an. Mit vollem Dampf, das Personal auf den Plätzen und erhobenem Ventil stand Nr. 142 bereit, abzufahren.

Himmel! Das ist Lottchens blauer Shawl in dem Damenkupee dritter Klasse des Zuges Nr. 142.

Wenn man verliebt ist, pflegt man die Mitpassagiere auf der Eisenbahn, Zugpersonal und dergleichen zu betrachten, als wenn sie gar nicht vorhanden wären. Herr Anders stürmte auf den Perron hinaus, verneigte sich vor dem Shawl in Nr. 142 und rief mit einer Stimme, die vor jahrelanger Sehnsucht, grenzenloser Liebe und Angst bebte: „Lottchen, willst du meine Frau werden?"

Entsetzt über das heitere Erstaunen der glücklicherweise sehr wenigen Passagiere, dachte Lottchen, in gewöhnlicher Mädchenweise, Umstände zu machen. Aber blitzschnell stand es vor ihrer jungfräulichen Seele, daß es jetzt galt, den Augenblick wahrzunehmen, wenn nicht das Glück ihres ganzen Lebens verspielt werden sollte, und antwortete einfach und treuherzig: „Ja, Karl!"

„So steige sogleich aus," sagte Herr Anders.

Und das tat sie. Hand in Hand stürmten sie in den Wartesaal erster Klasse, und dort sank Lottchen an das getreue Herz, das sich so lange und innig nach ihr gesehnt hatte. Aber das junge, holde Mädchen, dessen innerste Herzensnerven erschüttert waren, erbebte plötzlich in den Armen des Geliebten, schlug seine schönen feuchten Augen auf und rief in keuscher, unbeschreiblicher Verwirrung: „Meine Reisetasche!"

Aber Herr Anders antwortete ihr nicht. Was sind wohl alle Reisetaschen, Handkoffer und Reisekörbe der Welt für einen Inspektor, der liebt und weiß, daß er wieder geliebt wird!

Melac der Zweite

Von Fructidor in der Weltbühne

Der Graf von Melac, Marschall der französischen Armee, erhielt von Ludwig dem Vierzehnten, seinem Obersten Kriegsherrn, im Jahre 1689 den glorreichen Auftrag, die Rheinpfalz recht gründlich zu verwüsten. Die gestellte Aufgabe wurde von jenem Herrn nach den kriegstechnischen Begriffen der Zeit vollkommen gelöst. Er ließ Heidelberg, Mannheim und eine Reihe anderer Städte niederbrennen und verübte auch sonst allerhand Schandtaten, so daß sein Name nicht unterging, vielmehr in den betroffenen Landesteilen jahrhundertelang mit Erbitterung und Verachtung ausgesprochen wurde.

Erst der neudeutschen Kriegskunst vom Jahre 1917 ist es vorbehalten gewesen, Melac als einen traurigen Nichtskönner auf dem Gebiete planmäßiger Zerstörung erscheinen zu lassen.

Die Schlacht an der Somme, deren verzehrende, Deutschlands Mannschaft verzehrende Flammen um den November 1916 in Regen, Schlamm und Dunkelheit erloschen, hinterließ an der Westfront eine tiefe Wunde, die sich nicht mehr schließen wollte. Man faßte deshalb den Plan zu einem kühnen operativen Schnitt und baute bei Saint-Quentin neue Stellungen, in die die Armee zurückgenommen werden sollte. Es war die berühmte Siegfriedslinie, so genannt in sicherer Erwartung des Siegfriedens. Der Rückzug in dieses neue Stellungssystem erfolgte im März 1917. Er wickelte sich aber nicht so ohne weiteres ab; vielmehr ging ihm ein furchtbares Trauerspiel voraus. In den Monaten Januar bis März 1917 beging die deutsche Heeresleitung eines der größten Verbrechen, die die Menschheit je hat erdulden müssen, indem sie das zwischen der alten Linie und dem neuen Verteidigungssystem liegende Land ohne irgendwelchen Zwang in eine Wüste verwandeln ließ. Der in Frage kommende Bezirk, eine schöne, dichtbevölkerte Gegend, erstreckt sich in nord-südlicher Richtung ungefähr von Arras bis nach La Fère und läuft von Westen nach Osten, von Roye bis Saint-Quentin.

Die Organisation war in technischer Hinsicht ausgezeichnet vorbereitet, und man sah wieder einmal, daß der deutsche Militarismus, wenn's ans Zerstören ging, in der Welt voran war. Pionierbataillone und einzelne Kompagnien ergossen sich wie Heuschreckenschwärme über das unglückliche Land. Zuerst

machte man sich an die kleineren Objekte. Einzelnstehende Schlösser, Kirchen und Landhäuser wurden in die Luft gesprengt und die Parks, Mauern und Umzäunungen niedergelegt. Dann kamen die Chaussee- und Obstbäume an die Reihe, die systematisch abgeholzt wurden. Hierauf begann der Generalangriff gegen die Dörfer und Städte. Sie wurden in Brand gesteckt und größere Objekte, die Widerstand leisteten, zwischendurch gesprengt. Das Feuer wurde meist in den frühen Morgenstunden gelegt, damit es tagsüber sein Werk verrichten und des Nachts den Gegnern nicht mehr verraten könnte, was vorging. Tag um Tag schwelte überall die düsterrote Glut der Brände, und riesenhafte Trauerfahnen von schwarzem Rauch zogen über die Gegend hin. Aus allen Richtungen her knallten die Sprengungen, hörte man das erschütternde Krachen zusammenstürzender Gebäude. Selbst an die Trümmer wurde noch Feuer gelegt, und stehengebliebene Mauerreste fielen dem Hebebaum zum Opfer. Zuletzt nahm man sich der Brunnen an, die gesprengt und verschüttet wurden. Die Möbel gingen, soweit sie nicht dem Feuer überliefert wurden, in Güterzügen mit unbekanntem Ziel nach Osten.

Das Furchtbarste in diesem Höllenstück war selbstverständlich das Schicksal der Bevölkerung. Die Temperaturen des Winters 1916 zu 1917 sind ja allen, die den Krieg erlebten, noch in Erinnerung. In der fürchterlichen Kälte mußten die unglücklichen Bewohner den Marsch in die Verbannung antreten. Trotzdem sie im allgemeinen eine bewundernswürdige Fassung bewahrten, spielten sich bei der Evakuierung geradezu erschütternde Szenen ab. So, wenn alte Eheleute aus dem Häuschen, in dem sie ihr ganzes Leben zugebracht hatten, heraus mußten und nun zitternd vor Kälte und Weh auf den Versammlungsplätzen standen. Jeder konnte nur ein bißchen Bettzeug und Wäsche mitnehmen, denn der Fuhrwerke, die zum Transport gestellt wurden, waren nur wenige. So rangen Frauen die Hände vor Offizieren und baten, ihnen einen Wagen zu stellen, da sie ihre alte Familienwäsche retten wollten. Die Bitten mußten abgeschlagen werden, da jede Hilfeleistung verboten war. Beim Abtransport wurde vor der Einheit der Familie nicht haltgemacht, sondern die Familienmitglieder wurden auseinandergerissen. Die alten und Kranken kamen zu den wenigen stehengelassenen Uebergabeplätzen, während die jüngeren Leute in die Sklaverei der Zwangsarbeit abtransportiert wurden, Mädchen und Männer, wie es traf. Manchem deutschen Soldaten, der bei diesem Teufelswerk mit Hand anlegen mußte, sind die Tränen hochgestiegen, mancher hat die Faust geballt, und manchem ist in diesen Tagen zum erstenmal die Ahnung gekommen, daß die Weltgeschichte hierfür noch zum Weltgerichte rufen werde.

Als der Abtransport der Einwohner erfolgt und die Rückwärtsbewegung der Truppen in der Hauptsache durchgeführt war, wurden von besonderen Kommandos die Landstraßen ungangbar gemacht, die Bahnhofsgebäude verbrannt, die Schienen aufgerissen, Kreuzwege und Brücken gesprengt, und so war das alte Wort, daß „kein Stein auf dem andern bleiben werde", wieder einmal zur schauerlichen Wirklichkeit geworden. Wenn es in diesem Gebirge von Gemeinheit noch besonders hohe Gipfel gibt, so waren dies die Sprengung des althistorischen Schlosses Coucy-le-Bhateau und der romantischen Zitadelle zu Ham (wo Napoleon III. die Jahre seiner Gefangenschaft verlebte), wobei durch den Sprengdruck der verwendeten Dynamitmassen ganze Häuserreihen einfach umgelegt wurden. Als alles bestens vollendet war, da war aus der freundlich-heiteren Pikardie eine Wüste geworden, in der das Schweigen des Todes herrschte.

Auf die Frage, warum das alles sein mußte, würden die genialen Herren, die für diese Schandtaten verantwortlich sind, heute wohl keine Antwort wissen. Genützt hat Deutschland die wahnsinnige Zerstörung einen Dreck. Der Heimat wurde damals mit frecher Stirn vorgelogen, der Feind würde über das verwüstete Gelände nicht vorrücken können. Dabei waren die Engländer und Franzosen so schnell zur Stelle, daß sie sogar einzelne Deckungstrupps noch erwischten, denen ausnahmslos die hänfene Kravatte umgelegt wurde. Als dann im Frühjahr 1919 die „große" Offensive kam und bei Amiens stecken blieb, kehrte sich der Fluch gegen das deutsche Heer, denn nun hatte es die Wüste im Rücken, und beim Nachschub bildeten sich Verhältnisse heraus, daß sich einem bei der Erinnerung noch heute die Haut zusammenzieht.

Vielleicht hat man sich, als der Plan für die Verwüstung aufgestellt wurde, von dem Gedanken an die Abschreckungstheorie leiten lassen, der in diesem Kriege überall, wo er durchgeführt wurde, Fiasko erlitten hat; vielleicht war es auch die Idee, sich ein Glacis zu schaffen. An der Beseitigung dieses „Glacis" haben bis jetzt die armen deutschen Kriegsgefangenen schuften müssen, es hat Deutschland den Friedensvertrag eingebracht und wird uns noch Milliarden kosten. Denn es ist ja ohne weiteres klar, daß — abgesehen von dem U-Boot-Krieg — den deutschen Truppen nichts so sehr den Ruf von Barbaren zugezogen hat, wie diese Hinrichtung einer ganzen Landschaft. Der furchtbare Haß der Franzosen, den der deutsche Spießer „ungerecht" und „unritterlich" zu nennen nicht schwer hat, ist für keinen unverständlich, der damals mit dabei sein mußte oder später Gelegenheit hatte, diese Wüste des Todes kennen zu lernen.

In Deutschland weiß man von all diesen Dingen im allgemeinen noch sehr wenig. Das dichte Gewebe von Lüge und Verschweigung, das über der Verwüstung der Sommegegend liegt, muß aber mit allen Mitteln gelockert und gelüftet werden, und vielleicht fällt es einem künftigen deutschen Staatsgerichtshof auch ein, einmal der Frage gehörig auf den Grund zu gehen, in wessen Kopfe der Schandplan aufgetaucht ist und wer die Ausführungsbefehle gegeben hat. Die Memoiren, die jetzt von hohen Herren über den Krieg geschrieben werden, dürften über diese Dinge wohl kaum eine Aufklärung bringen, die Stich hält.

Kleines Feuilleton

Arktische Naturschätze

Der europäische Durchschnittsleser weiß — oder wußte bis vor kurzem von den hochnordischen Länderstrecken nicht viel mehr, als daß es „dort oben" recht viel Schnee und Eis, ansehnliche Gletscherberge und erschauernd niedrige Temperaturen gibt, die der spärlich vorhandenen Tierwelt in Gestalt vereinzelter Walfische, umherstreifender Robbenschwärme und beutehungriger Eisbären eine mehr als genügsame Lebensweise aufnötigen. Daß diese Auffassung, die eine Zeitlang selbst von den Pionieren der Polarkunde eine gewisse Bekräftigung erhielt, doch nicht ganz mit den wirklichen Verhältnissen in der Arktis im Einklang steht, ist nunmehr allerdings in unzweifelhafter Form festgestellt, — so unzweifelhaft, daß man sich genötigt sah, dem allzu lebhaft gewordenen Wettbewerb der an der planmäßigen oder richtiger planlosen Ausbeutung der polaren Naturschätze beteiligten Seefahrtvölker mit dem Rüstzeug einer hochfeierlichen internationalen Schutzgesetzgebung entgegenzutreten.

Gab es nun wirklich in der arktischen Zone etwas zu holen? Das kleine Norwegen ist in der Lage, auf diese Frage eine verblüffend lehrreiche Antwort zu geben. Nach offiziellen Feststellungen bezifferte sich der Jahresgewinn, den die norwegische Fang-Schiffahrt in den Jahren vor 1914 aus den Schätzen des Eismeeres zieht, durchschnittlich auf 22—25 Millionen Kronen (1 Krone norw. galt vor dem Kriege 1,12 Reichsmark). Von dieser Summe entfallen rund 18 Millionen auf die antarktische Region, die übrigen vier auf Spitzbergen, Beeren-Island und Jan Mayen, nebst den für freien Verkehr zugänglichen Teilen Grönlands.

Der weitaus größte Teil des norwegischen Gewinnes rekrutiert sich aus den Erträgen der arktischen Küstenfischerei, insbesondere des Walfanges, der von den berufsmäßigen Eismeerfahrern in geradezu bewundernswerter Weise organisiert worden ist. Durch Verbesserung der technischen Hilfsmittel, u. a. der von England eingeführten schwimmenden Trankochereien usw., ist es den schnellsegelnden Walfängern möglich geworden, ihre Exkursionen bis in die entlegensten Regionen der arktischen Wildnis auszudehnen.

Der Ertrag eines einzelnen Fahrzeuges für die drei bis viermonatige Fangsaison darf auf 20 000 Kronen veranschlagt werden; die jährliche Gesamtausbeute von Walspeck beträgt 10 000 — 20 000 Tonnen. Auch die eigentliche Jagd auf Polarwild liefert keine unerheblichen Beträge; allein auf Spitzbergen werden alljährlich Wildmengen im Werte von einer halben Million Kronen erbeutet. Um diese Gewinnziffer zu erreichen, müssen durchschnittlich 50 000 Robben, 300 Eisbären, 260 Rentiere und 120 Blaufüchse ihr Leben lassen. Hinzu kommt noch die Eiderdaunenernte im Werte von mehreren tausend Kronen. Mit der zunehmenden Erschließung der neuerdings auf Spitzbergen angetroffenen Kohlenlager, deren größter Teil bisher ebenfalls in norwegischen Händen war und deren Verkaufswert auf 15 bis 18 Millionen Kronen angegeben wird, hat die reguläre Jagd- und Fangausbeute allerdings eine merkliche Verminderung erfahren; eine ganz natürliche Konsequenz angesichts der Wildverfolgungen, die von der auf Spitzbergen

domizilierten internationalen Bergwerksbevölkerung in Szene gesetzt worden. Jetzt ist Spitzbergen von dem obersten Rat der Entente Norwegen zugesprochen worden.

Die Wasserkräfte der Welt

Die Kohlennot bedroht nicht nur das Wirtschaftsleben Deutschlands: sie ist in der ganzen Welt zu Hause. Sie war schon vor dem Kriege vorhanden und gab den eigentlichen Anlaß zur Suche nach neuen Kraftquellen. Insbesondere kamen hierzu die Wasserkräfte, die dann auch in steigendem Maße zur Erzeugung elektrischer Energie ausgenutzt wurden. Nach einer Mitteilung der Ingenieur-Zeitung ergibt sich folgendes Bild von den vorhandenen und bisher ausgenutzten Wasserkräften der hauptsächlichsten Länder (in Millionen Pferdekräften):

Land	Jahr	vorhanden	benutzt	Prozent
Ver. Staaten	1914	30,00	5,50	16,6
Norwegen	1911	7,50	0,92	12,3
Schweden	1915	6,75	0,85	12,6
Oesterreich	1911	6,47	0,56	8,0
Frankreich	1916	6,20	0,90	14,7
Italien	1911	5,50	0,96	17,5
Spanien	1911	5,00	0,31	6,0
Schweiz	1914	2,53	0,50	20,4
Deutschland	1911	1,43	0,45	31,3
England	1911	0,96	0,08	8,2

Der Ausnutzungsgrad ist demnach bisher prozentual am stärksten in Deutschland und der Schweiz. Durch die bevorstehende weitere Nutzbarmachung der großen bayerischen Wasserkraftreservoire wird diese Prozentziffer noch erheblich steigen.

Neros Karikatur

In der Zeitschrift Natur und Gesellschaft erzählt Kapitän z. S. a. D. L. Persius u. a. folgende Erlebnisse:

. Ein Kreuzer hielt Schießübungen ab. Wilhelm II. war an Bord. Heiterer Sonnenschein, warmes, schönes Wetter. Wilhelm II. war in bester Laune. Hier und dort, wie er das bei solchen Gelegenheiten liebte, teilte er mit seiner starken rechten Hand Schläge aus an — — Bevorzugte, ulkte überall herum. Sein Leibmedikus, der Generalarzt . . . . ., stand auf der rechten Seite der Kommandobrücke, lehnte sich an das hintere Geländer. Dem alten Herrn war das lange Stehen wohl beschwerlich. Traumverloren schaute er, hintenübergelehnt, aufs glitzernde Meer, in den blauen Himmel und ließ sich wohlig von der warmen Sonne bescheinen. Da sprang Wilhelm II. auf ihn zu, griff mit seiner rechten Hand zwischen beide . . . und rief ihm einige Worte zu, die ich, weil ich einige Schritte entfernt stand, nicht genau hören konnte. Der arme Generalarzt taumelte vor wahnsinnigem Schmerz und krampfte sich an das Geländer, um nicht niederzusinken. Kreidebleich war er geworden. Wilhelm II. war anfangs in ein tolles Gelächter ausgebrochen, wandte sich aber, als er die Wirkung seines Zugriffs sah, stumm ab und ging auf die andere Seite der Brücke. Das ganze sollte wohl ein Scherz sein, aber es war ein übler, und — ein unanständiger, besonders zu verurteilen, weil verschiedene Matrosen, das Signalpersonal usw. den Vorfall mit ansehen.

Auf einem Schiff, mit dem Prinz Heinrich längere Zeit auf der ostasiatischen Station geweilt hatte, gab es bei der Heimkehr in Kiel Inspizierung durch Wilhelm II. Es war im März, und das Linoleum auf der Kommandobrücke schwitzte bei der feuchten Witterung viele dicke Tropfen aus. Wilhelm II. war in übermütigster Laune, riß einen Witz nach dem andern. Sein Flügeladjutant, Admiral . . . ., stand vor ihm, kehrte ihm den Rücken zu. Plötzlich sauste die rechte Hand Wilhelms II. mit aller Wucht auf des Admirals hintere Front nieder, so daß sich dieser vor Schmerzen krümmte. „Sind Sie verrückt geworden, p .... Sie mir doch nicht immer auf die Stiebeln", schrie Wilhelm II. ihn an. Die breite, große Kommandobrücke stand dicht gedrängt von Offizieren, Unteroffizieren und Matrosen, die das Schauspiel grinsend mit ansahen. Mir stieg ein physisches Unbehagen auf. So also begann die Inspizierung durch den obersten Kriegsherrn, auf die wir uns so lange gefreut hatten! Wir waren stolz darauf gewesen, daß der Kaiser das Schiff, das seinen Bruder jahrelang getreulich geführt hatte, in eigener Person begrüßen würde

Splitter und Späne

Frau und Mutter

Wer über die Weiber schimpft, hat sie zu lieb gehabt.
Sprichwörtlich.

Was mich darüber tröstet eine Frau zu sein, ist, daß ich wenigstens niemals nötig habe, eine solche zu heiraten.
Lady Montagu.

Eine gute Frau ist schwerer zu finden als ein weißer Rabe. Heil. Gregor

Behandelt die Frauen mit Nachsicht!
Aus krummer Rippe ward sie erschaffen,
Gott konnte sie nicht ganz gerade machen.
Goethe.

Sind doch ein wunderlich Volk, die Weiber, so wie die Kinder!
Jedes lebet so gern nach seinem eignen Belieben,
Und man sollte hernach nur immer loben und streicheln.
Goethe.

Die Frau ist ein menschliches Wesen, das sich anzieht, schwatzt und sich auszieht. Voltaire.

Das Süßeste und Bitterste in ein Wort gefaßt, heißt Weib. Manche Frau verteilt dann ihre Bestandteile so, daß sie außer dem Hause süß und in eignem Hause bitter ist.
Otto v. Leixner.

Gebt der Frau Flügel, und sie ist entweder ein Engel oder eine Gans. Sprichwörtlich.

Es ist nichts reizender, als eine Mutter zu sehen mit einem Kind auf dem Arm, und nichts ehrwürdiger als eine Mutter unter vielen Kindern.
Goethe, Wilhelm Meisters Lehrjahre.

Die Kinderliebe der Frau ist vielleicht deshalb etwas so wehmütig Schönes, weil jedes Kind ein kleiner Räuber ihrer Schönheit ist. Karl Ludwig Schleich.

Zehn Brahmanen überragt ein Lehrer an Würde, zehn Lehrer überragt ein Vater, zehn Väter oder wohl auch die ganze Erde übertrifft an Würde eine einzige Mutter. Welcher Ehrwürdige kommt einer Mutter gleich? Indisch.

Mutter sein heißt in Sorgen glücklich sein.
Ludwig Finkh.

Alle Liebe der Menschen muß erworben, erobert und verdient, über Hindernisse hinweg erhalten werden; die Mutterliebe allein hat man immer unerworben und unverdient.
Bertold Auerbach.

Die Schalksecke

Gebet der Scheinsozialisten

Vater unser, wir sind auch Christen,
wir heißen bloß: Mehrheitssozialisten.

Im Himmel wird Scheidemann es dir beweisen,
einstweilen geht Meister Philipp auf Reisen.

Geheiliget werde dein Name auf Erden;
Spartakus muß ausgerottet werden.

Dein Reich muß kommen, wir werden es zwingen,
es wird mit dem Zentrum und Noske gelingen.

Dein Wille geschehe durch uns auf Erden,
um deine Minister im Himmel zu werden.

Das tägliche Brot mußt du uns geben,
wovon sollen unsere Noskiten sonst leben.

Vergib uns die Schuld, die Blutschuld, die schwere,
und segne die guten Maschinengewehre.

Wie wir vergeben den schuldigen Seelen,
die das Volk für den Kapitalismus bestehlen.

Und führe uns nicht in Versuchung, zu kneifen,
sondern lehre uns gründlich, das Volk einzuseifen.

Erlöse uns von dem Rätegedanken,
das Uebel bringt sonst alle Ordnung ins Wanken.

Denn dein ist das Reich, das wir siegreich verkünden,
wenn Unabhängige und Kommunisten verschwinden.

Und die Kraft und die Herrlichkeit bleibt uns erhalten,
um mit Handgranaten den Staat zu verwalten.

O Herr, laß gedeihen für Posten den Samen,
wir werden dir danken, in Ewigkeit, Amen!

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Druck und Verlag Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., beide in Elbing.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 11 | **Montag, den 3. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

An alle! Der große Angriff auf die Sowjet-Republik, welcher in zwei Hauptrichtungen, auf Petersburg und auf die Südfront, eröffnet wurde, scheiterte ebenso wie der Angriff auf die Ostfront. Die fremden Funksprüche machten von der Offensive Koltschaks viel Aufhebens und meldeten die Niederlage der roten Truppen. Es ist sicher, daß diese Offensive mit großen Kräften und mit neuen von den Alliierten gesandten Munitionsvorräten vorbereitet wurde. Die roten Truppen haben, obwohl sie durch Märsche, welche wegen ihrer Schnelligkeit in der Kriegsgeschichte vereinzelt dastehen, erschöpft waren, nicht für einen Augenblick ihre Hauptstellungen verloren. Das einzige Resultat der großen Bemühungen der Gegenrevolution ist die Eroberung von einigen Dutzend elender Stationen in der sibirischen Ebene für einige Wochen. Aber die Sowjet-Truppen, verjüngt und verstärkt durch eine große Anzahl Freiwilliger, welche aus allen Teilen zum Schutze der Revolution zuströmten, erneuerten ihr unaufhaltsames Vordringen. Unsere neue Offensive heimst bereits ihre ersten Erfolge ein. Auf der ganzen Front in der Richtung Omsk haben wir beinahe überall unsere ursprüngliche Stellung wiedererlangt. Unsere heldenhaften Truppen eroberten wiederum die Hauptstadt Westsibiriens Tobolsk. Dieser wichtige Sieg ist für die Rote Armee bloß eine Etappe auf ihrem Vormarsch auf Omsk, von wo der Generalstab der Gegenrevolutionäre mit den Generalen und den Missionen der Alliierten bereits weiter gegen Osten flüchtet. Das Sowjet-Rußland hat in den Volksmassen genug Kräfte, um an drei Fronten zu widerstehen und alle seine Gegner genügend zu belehren.

Funkspruch Trotzkis.

Revolutionsfeiern von Militärs Gnaden. Generalmajor Möhl hat einen Befehl erlassen, daß am 9. November in Bayern Revolutionsfeiern nur mit militärischer Erlaubnis, nur in geschlossenen Räumen, nur am Vormittag und nur mit vorher angemeldeter Teilnehmerzahl stattfinden dürfen.

Nicht der Generalmajor, der Rechtssozialist verbot! Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt zu dem Münchener Revolutionsfeierverbot mit: In München ist bekanntlich beschlossen worden, die revolutionären Feiern am 9. November zu verbieten. Einzelne Berliner Blätter haben militärische Kommandostellen, insbesondere auch das Reichswehrministerium mit diesem Münchener Beschluß in Verbindung gebracht. Wie wir hierzu von zuständiger Stelle erfahren, hat keine militärische Stelle, insbesondere nicht das Reichswehrministerium, an dem Zustandekommen dieses Beschlusses mitgewirkt. Er ist vielmehr erfolgt nach Verhandlungen im bayerischen Ministerium des Innern und mit Genehmigung des Leiters dieser Behörde, der selbst Mehrheitssozialdemokrat ist. — Und die wollen sich mit uns vereinigen!

Es muß krachen! Das Echo de Paris veröffentlicht eine von den übrigen Blättern bisher unterdrückte Rede des Delegierten der Eisenbahner Sirolle in der Gewerkschaftszentrale in Paris, in der Sirolle verlangt, daß die Arbeiter auf die Straßen hinausgehen sollen, um von Worten zu Taten überzugehen. Es muß krachen. Die russische Revolution sei von 100 Matrosen gemacht worden. 100 Pariser Eisenbahner seien bereit, in Paris das Gleiche zu tun. Die Eisenbahner sind bereit, den Massen das zu geben, um sie mitzuziehen. Der Eisenbahner Badekart unterstützte Sirolle, indem er erklärte, die russische Revolution müsse im Interesse der französischen Arbeiter um jeden Preis gerettet werden. Die Versammlung beschloß:

Auf ein gegebenes Zeichen an einem bestimmten Tage der nächsten Woche legen die Eisenbahner die Arbeit nieder und gehen zu einer allgemeinen Versammlung aller Gewerkschaften, um weitere Maßnahmen zu beschließen.

Massenausweisungen aus Elsaß-Lothringen. Nach einer Meldung aus Kehl erhielten am Dienstag voriger Woche 8350 Einwohner Elsaß-Lothringens den Befehl Millerands, das Elsaß innerhalb 6 Wochen zu verlassen. Es ist dies die dritte größere Ausweisung von Deutschen aus dem Elsaß seit dem Friedensvertrag von Versailles.

Belohnung für Faulheit. Wolffs Telegraphenbureau meldet unterm 1. November: Um eine stärkere Kartoffellieferung nach den Bedarfsverbänden zu erreichen, sind zur Beseitigung der augenblicklichen Transportschwierigkeiten seitens des Eisenbahnministeriums einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrswesens geplant. Gleichzeitig wird mit Wirkung vom 3. November angeordnet, daß für jeden bis 15. Dezember abgelieferten Zentner Speisekartoffeln eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2 Mark gezahlt werden darf.

Haase im Sterben. Die letzte Mitteilung vom 1. November, die wir gestern erhielten, lautet: Das Befinden Hugo Haases hat sich heute morgen abermals verschlechtert. Es ist wiederum Schüttelfrost eingetreten, das Fieber ist nach wie vor hoch und der Patient außerordentlich schwach. Der Zustand des Kranken wird als recht bedenklich bezeichnet. Die Hoffnung auf Erhaltung des Lebens des Patienten muß als gering bezeichnet werden.

Amerika vor der Revolution? Der Kohlenstreik in den Vereinigten Staaten ist jetzt zur Tatsache geworden. Gestern abend haben ungefähr eine halbe Million Mann die Arbeit niedergelegt. Die Behörden sind sich über den Umfang der drohenden Katastrophe vollkommen klar und glauben nur durch Anwendung äußerster Gewaltmittel die Existenz des Landes sichern zu können. Alle Arbeitswilligen sollen von Soldaten geschützt, die Arbeiterführer sollen verhaftet und wegen Anstiftung zum Aufruhr angeklagt werden.

Der Wiederaufbau der sozialistischen Internationale

Von Arthur Crispien.

Ziel und Grundsätze der neuen Internationale

Der Kapitalismus kann nicht in einem Lande niedergerungen, er kann nur international besiegt werden, denn er hat durchaus internationalen Charakter. Damit ist nicht gesagt, daß die Befreiung der Arbeiter mit einem Schlage zu gleicher Zeit in allen Ländern erfolgen muß. Die proletarische Revolution ist ein historischer Prozeß. Sie beginnt in einem Lande, springt von einem ins andere Land über, bis alle Länder von ihr erfaßt sind. Die Arbeiterklasse hat aber ein Lebensinteresse daran, daß nicht ihre Revolution von den Kapitalisten in einzelnen Ländern isoliert und erstickt wird, bevor sie sich auf alle Länder der Erde auszudehnen vermochte. Jede proletarische Revolution in jedem Lande ist für die Arbeiter ebenso eine internationale Angelegenheit, wie für die Kapitalisten. Wir weisen auf das kapitalistische Kesseltreiben gegen Rußland und auch gegen Ungarn hin. Die internationale Solidarität der Kapitalisten gegen die Proletarier ist stärker als es die Interessengegensätze zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder sind. Gegen das revolutionäre Rußland kämpfen die patriotischen Engländer und Franzosen brüderlich vereint mit ihren deutschen Feinden. Die deutschen Patrioten bieten sich ihren englischen und französischen Feinden als Landsknechte der Reaktion an.

Der internationalen Organisation der Kapitalisten muß eine internationale Organisation der Arbeiter entgegengestellt werden. Nicht eine, in der die nationalen Arbeiterorganisationen als selbständige Organisationen lediglich durch ein Bureau verbunden sind. Sondern eine, in die die nationalen Organisationen vollständig aufgegangen sind, eine in ihrem ganzen Wesen und Wirken internationale Organisation, die durch bindende Beschlüsse auch eine festgefügte internationale Front für internationale Aktionen zu bilden vermag. Für die Erledigung ihrer besonderen nationalen Angelegenheiten kann den nationalen Organisationen trotzdem Spielraum genug bleiben.

Die Aufgabe der wieder zu errichtenden Internationale ist nicht mehr die Erweckung der Arbeiter zum selbständigen Klassenkampf, nicht mehr die Förderung nationaler Organisationen, nicht mehr die Unterstützung des Kampfes zur materiellen und geistigen Hebung der Arbeiterklasse, nicht mehr die Veranstaltung von internationalen Kundgebungen und Demonstrationen. Das waren die Aufgaben ihrer Vorläuferinnen. Die Aufgabe der kommenden Internationale ist es, die Arbeiter aller Länder für die internationalen entscheidenden Endkämpfe gegen den Kapitalismus in Bewegung zu setzen.

Das Ziel dieser Kämpfe kann für Sozialisten kein anderes sein, als das, den juristischen und politischen Ueberbau der heutigen Gesellschaft mit ihrer ökonomischen Struktur in Einklang zu bringen. Das wird in der planmäßig organisierten sozialistischen Weltwirtschaft geschehen sein.

Die sozialistische Weltwirtschaft setzt den Sturz der kapitalistischen Weltherrschaft voraus. Die sozialistische Internationale muß sich ein klares internationales Programm geben, das für alle Länder unbedingt gilt. Sie hat darüber hinaus die Aufgabe, schon jetzt Richtlinien für alles das aufzustellen, was am Tage nach dem Sturz der kapitalistischen Weltherrschaft praktisch geschehen muß, um den Sozialismus zu verwirklichen. Jedes Mitglied einer sozialistischen Landespartei muß auch persönlich und direkt Mitglied der sozialistischen Internationale sein, muß auch direkte Beiträge an die Internationale leisten. Durch die persönliche und direkte Zugehörigkeit der einzelnen Arbeiter zur Internationale wird die Idee der Internationale eine viel tiefere Wirkung auf das Proletariat ausüben und die internationale Zusammengehörigkeit viel inniger sich gestalten.

Die Art der Kampfmittel und der Taktik ergibt sich aus den geschichtlichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und aus den Erfordernissen der Gegenwart. Wir werden heute nicht mehr Maschinen demolieren, Fabriken in Brand setzen und einzelne Menschen umbringen, weil sie reich sind. Wir werden heute nicht mehr gegen Produktions-Instrumente und einzelne Personen kämpfen, sondern gegen das kapitalistische Produktionssystem und gegen die Klassen, die die Träger und Verteidiger dieses Systems sind. Wir werden heute nicht mehr Verschwörergesellschaften bilden und Attentate als politische Kampfmittel gelten lassen, sondern durch große Organisationen die Arbeiter zusammenfassen und in breitester Oeffentlichkeit wirken. Nur so können wir die Arbeiter bis weit über die Organisationen hinaus erfassen und für die Revolution mobil machen. Wir werden heute nicht mehr durch planlose Aufstände von proletarischen Minderheiten den Gewalthabern Gelegenheit geben, die Arbeiter dermaßen abzuschlachten, daß sie dauernd ohnmächtig zu jeder wirkungsvollen und entscheidenden Aktion sind, sondern wir werden Massenaktionen als wichtigstes Kampfmittel planmäßig und zielbewußt durchführen. Wir werden nicht den Arbeitern vortäuschen, daß wir auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie durch den Parlamentarismus den Kapitalismus überwinden können, sondern wir werden daran festhalten, daß der Parlamentarismus nur ein — und nicht einmal das wichtigste — Kampfmittel im Befreiungskrieg der Arbeiter ist. Aber nichtsdestoweniger ein wirksames Kampfmittel. Ein Mittel für die revolutionäre Propaganda, ein Mittel zur Entlarvung der Regierung und der verschiedenen Parteien. War der Parlamentarismus außerdem ein wichtiges Mittel, Reformen zur materiellen und geistigen Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu erringen, so ist er heute darüber hinaus ein wichtiges Mittel, die Arbeiter für ihre praktische Betätigung nach dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu schulen. Man denke nur an die Schulung unserer Vertreter durch ihre Arbeit in den Kommunen. Wie wertvoll wird diese Schulung für die Arbeiterklasse sein, wenn sie vor der Frage steht, den ganzen Verwaltungsapparat der Gesellschaft zu übernehmen. Ebenso wertvoll, wie die wirtschaftliche und technische Schulung der Arbeiter in der Räteorganisation. Ebenso wertvoll, wie die politische Schulung der Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften.

Die Internationale wird nicht die primitiven Kampfmittel der Arbeiter aus der Urzeit ihrer Bewegung anwenden dürfen, sondern sie wird alle entwickelten Waffen der modernen Arbeiterbewegung verwenden müssen und zu ihrem Nutzen auf keine verzichten dürfen. Und es darf kein Gebiet geben, auf dem die moderne Arbeiterbewegung nicht dem Kapitalismus entgegentritt.

Die Internationale wird auch nicht zu den überwundenen primitiven und anarchistischen Ideen zurückkehren und die Geschichte des Sozialismus als Luft behandeln dürfen, sondern sie wird sich fester als je auf den Boden des historischen wissenschaftlichen Sozialismus stellen müssen. Je wilder die politischen Stürme brausen, desto fester müssen wir als wissenschaftlich geschulte Sozialisten stehen, desto klarer müssen wir blicken.

Die Internationale muß aber auch ebenso rücksichtslos wie den Anarchismus den Opportunismus ausmerzen. Der Opportunismus war es, der der alten Internationale das Mark aus den Knochen fraß, er ist es, der auch die neue Internationale rückgratlos machen würde, wenn er dort eine Stätte fände.

Unfruchtbare Außenpolitik

Nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk mit der baltischen Abendteurerpolitik unserer Regierung gemacht hat, hat es gewiß keine Ursache, große Hoffnungen auf die übrige Außenpolitik der Regierung zu setzen. Nach all' der Not und all' dem Elend der Kriegsjahre müssen wir aber wenigstens das eine verlangen, daß wir nicht weiter durch die Regierung in eine Politik getrieben werden, die zu neuen außenpolitischen Konflikten führen muß. Mit der Versicherung, die immer wieder der Minister des Auswärtigen abgibt, daß wir im Frieden leben wollen, ist es nicht getan. Auch die kaiserliche Regierung hat ständig vor aller Welt ihre unwandelbare Friedensliebe proklamiert und trotzdem nicht nur eine Politik getrieben, die unbedingt zu kriegerischen Konflikten führen mußte, sondern auch willkürlich den Krieg vom Zaun gebrochen. Heute bereiten in Deutschland gewisse Kreise, nicht nur auf der Rechten, sondern auch unter den Rechtssozialisten den Revanchegedanken vor und jagen so das Volk in neue kriegerische Verwicklungen. Man kann nicht sagen, daß die Regierung ernsthaft diesen Bestrebungen entgegentritt. Sie duldet die Hetze, die noch immer gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens, die wir selbst als Wiedergutmachung des Unrechts 1870/71 anerkannt haben, betrieben wird. Sie steht allen Bestrebungen sympathisch gegenüber, die eine Verständigung mit dem französischen Volke hindern. Die Rechtssozialisten beschimpfen unsere französischen Genossen und der Minister des Aeußern, Hermann Müller, hat kürzlich in der Nationalversammlung wieder eine Rede gehalten, die man früher unbedingt als Vorbereitung einer Stimmungsmache gegen Frankreich gekennzeichnet haben würde. Unter dem alten Regime pflegten solche Reden, obwohl sie niemals in solcher Schärfe und Unversöhnlichkeit gehalten waren, vom gesamten Auslande stets als politische Provokationen aufgefaßt zu werden; heute können sie das zwar noch nicht sein, da alle Welt weiß, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich in neue politische Verwicklungen hineinreißen zu lassen, aber diese Reden verhindern die so dringend notwendige Verständigung mit dem französischen Volke, die sowohl in unserem eigenen Interesse — wegen der wirtschaftlichen Beziehungen und der Wiederaufbaufragen —, als auch im französischen Interesse, — wegen der zerstörten Gebiete —, als auch im Interesse ganz Europas — wegen der gemeinsamen Ueberwindung der schweren wirtschaftlichen Krisis — gefordert werden muß. Solche Reden des verantwortlichen Ministers für die auswärtige Politik leisten der Revanchestimmung Vorschub, schädigen deshalb das Ansehen des deutschen Volkes im Auslande und führen das Volk selbst auf falsche Bahnen.

Wir haben gewiß, wie der Friedensvertrag uns gezeigt hat, von den imperialistischen Regierungen der Entente keine besonderen Freundlichkeiten zu erwarten, es kann aber nicht geleugnet werden, daß sich dank der eifrigen Bemühungen unserer französischen Genossen in Frankreich mehr und mehr die Erkenntnis durchringt, daß es auch im französischen Interesse liegt, möglichst bald eine Verständigung der beiden Nachbarvölker herbeizuführen, damit in möglichster Harmonie der Wiederaufgau der zerstörten Gebiete erfolge und sich eine Basis für gemeinsame wirtschaftliche Ueberwindung der schweren

Folgen des unseligen Krieges finde. Der verantwortliche Leiter der französischen Politik, der Ministerpräsident Clemenceau, hat deshalb kürzlich vor dem Senat eine große Rede gehalten, deren Hauptton auf Versöhnung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem deutschen Volke lag. Clemenceau hat klar und deutlich erkannt, daß nur wirtschaftliche Verständigung und wirtschaftliches Zusammenarbeiten die beiden Völker vor dem Zusammenbruch retten kann. Vielleicht beugt Clemenceau sich dieser Erkenntnis nicht gern, der politischen Notwendigkeit aber kann sich dieser Politiker nicht verschließen. Die wenigen scharfen Worte, die er fand, richteten sich gegen unsere Alldeutschen, indem er erklärte, vor der Aufnahme in den Völkerbund werde man sich erst darüber versichern müssen, ob sich das deutsche Volk noch immer die Denkungsweise der deutschen Professoren und Gelehrten, die die Unschuld Deutschlands in die Welt hinausriefen und alle andern Völker beschimpften, zu eigen mache. Aber nicht nur in Worten, auch in praktischen Handlungen zeigt die französische Regierung ein deutliches Einschwenken zum Wege der Verständigung hin. Der General Mangin, der in den besetzten Gebieten militaristische Annektionsgelüste betätigte, ist abberufen und bei Clemenceau völlig in Ungnade gefallen. Der neue französische Kommissar für die besetzten Gebiete, Tirard, hielt kürzlich in Köln eine Rede, in der er völlig unmißverständlich erklärte:

„Die französische Zivilregierung wünscht keine Politik der Annektion gegen Deutschland zu treiben, sie hält es für selbstverständlich, daß die Rheinlande im Deutschen Reiche bleiben. Aber ebenso selbstverständlich wird die zukünftige Politik Frankreichs gegenüber Deutschlands von der Politik abhängen, die Deutschland gegenüber Frankreich treibt."

Und diese deutsche Politik sieht dann so aus, wie sie der deutsche Minister des Auswärtigen kürzlich in der Nationalversammlung zum Ausdruck brachte. Er entstellte die Rede Clemenceaus, in dem er einzelne Sätze, die Clemenceau zur Beruhigung und Abwehr der annektionistischen Opposition in Frankreich gesprochen hat, hervorzerrt und darauf gereizt erwidert. Er hetzt noch immer in der Gefangenenfrage, obwohl ihm der Rechtsstandpunkt nicht unklar sein kann. Aber er fand kein Wort einer Richtlinie für die künftige deutsche Politik gegenüber Frankreich. Beschwerden und Klagen, aber kein Ziel. Jammer und Haß und böswilliges Mißverständnis, aber keine Darlegung der Aufgaben der deutschen Politik. Wie der Minister in das baltische Abenteuer hineingetaumelt ist, so wird er in Konflikte mit Frankreich hineintaumeln und wird dann über das „Unrecht" klagen, das seine Unfähigkeit selbst heraufbeschworen hat. Seit Monaten warten die französischen Unterhändler auf irgendwelche positiven Vorschläge der deutschen Unterhändler für die Wiederaufbaufragen und noch immer ist nichts erfolgt. Vor den Friedensverhandlungen und während der Friedensverhandlungen hat die Regierung es versäumt, Vorarbeiten für die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten französischen Gebiete zu leisten, mit nichtigen Vorwänden hat sie sich dann entschuldigt und auch jetzt geschieht noch nichts auf diesem Gebiete. Wenn dann Frankreich infolge der Untätigkeit und Unfähigkeit der deutschen verantwortlichen Politiker unter Androhung von Zwangsmaßnahmen neue Forderungen an uns stellen wird, so wird ein neues Geschrei sich erheben, die Regierung wird sich wieder als die zu Unrecht mißhandelte gebärden. Das deutsche Volk hat alle Ursache, die Dinge nicht wieder so treiben zu lassen, wie es in der baltischen Frage geschehen ist.

Vor allem aber muß das Proletariat die Augen offen halten, denn es selbst wird letzten Endes stets der leidende Teil dieser Angelegenheit sein. Eine Politik, die die Verständigung mit den Völkern zwar mit Worten predigt, mit der Tat aber verhindert, werden die deutschen Arbeiter nimmermehr mitmachen. Sie wollen der Welt den Frieden erhalten und wünschen deshalb nichts sehnlicher als

eine Verständigung der Völker.

Walter Oehme-Berlin.

Politische Rundschau

Deutschland

Bethmann Hollweg im Kreuzverhör

Nach Eröffnung der Nachmittagssitzung des Untersuchungsausschusses am 31. Oktober wurde Herr von Bethmann Hollweg von dem Vorsitzenden, den Ausschußmitgliedern und den Sachverständigen befragt. Der frühere Reichskanzler ist heute seelisch ein gebrochener Mann. Bald nach Beginn der Fragen erklärte er, daß er völlig außerstande sei, einzelne Fragen zu beantworten. Er müsse erst die Akten einsehen und sich mit seinen Mitarbeitern besprechen. — Auf die Fragen des Vorsitzenden bekundet von Bethmann Hollweg, daß er mit dem Botschafter Gerard sich über die Friedensbedingungen unterhalten habe. Er habe seiner Erinnerung nach ähnliches gesagt wie in seinen Reden im Reichstag. Gerard habe sehr richtig beobachtet, daß hinsichtlich des U-Bootkrieges in Deutschland verschiedene Strömungen bestanden und daß seit Herbst 1916 der Druck der öffentlichen Meinung für die Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges immer größer wurde. Bethmann sagte dem Botschafter, daß er seine Beobachtungen für richtig halte. — Die Frage, ob Oesterreich von den Verhandlungen mit Amerika bezüglich der Wilsonschen Friedensaktion unterrichtet war, kann Bethmann Hollweg nicht ohne Akteneinsicht beantworten. Bethmann erinnert sich jetzt, daß er mit Gerard auch über Belgien gesprochen habe und die Bedingungen und die Garantien genannt habe, welche man fordern müsse, damit Belgien handelspolitisch und militärisch nicht von der Entente ausgenutzt werden könne. — Abg. Sinzheimer kommt auf die Vorgänge, die sich im Oktober 1916 im Hauptquartier zu Pleß abgespielt haben, zu sprechen. In der Aufzeichnung, die Herr von Bethmann Hollweg über die Unterredung mit Minister Burian gemacht habe, sei nichts von der amerikanischen Vermittlung erwähnt. Bethmann Hollweg erklärt, daß es sich bei diesem Schriftstück um Notizen zur Unterstützung seines eigenen Gedächtnisses handle, sie besäßen keinen dokumentarischen Wert und Beweiskraft für das, was tatsächlich erörtert worden sei. Auf die Frage, ob er sich nun von der eigenen oder von der Wilsonschen Vermittlung mehr versprochen habe, erklärt Herr von Bethmann, daß er immer zwei Eisen im Feuer haben wollte. — Bethmann hat niemanden von dem deutschen Friedensschritt unterrichtet, weil er sich nur durch die Ueberraschung den Erfolg versprach. Wilson ist verstimmt gewesen, aber er hat sich durch seine Verstimmung nicht abhalten lassen, seine Friedensnote dennoch herauszubringen. Ob die Entente auf Wilsons Friedensschritt anders reagiert hätte, wenn unser direktes Friedensangebot nicht vorangegangen wäre, läßt sich von hier aus nicht beantworten. Auf Fragen des Abg. Cohn erklärt Bethmann, daß sich die militärische Lage jeden Augenblick ändern konnte und er darum am 12. Dezember mit dem Friedensangebot herausgekommen sei. Es kommt dann das Gespräch auf die Presse. v. Bethmann gibt an, daß der Apparat, der bestand, um seine Reden zu propagieren, sicherlich in Betrieb gesetzt worden sei, von den Einzelheiten habe er keine Kenntnis gehabt. Der frühere Schatzminister Gothein wünscht Aufklärung über einen Brief, in dem sich der damalige Reichskanzler beschwert, daß die Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung und Kölnische Zeitung eine so starke U-Boothetze betreiben und seine Politik durchkreuzen. Aus der Antwort Falkenhains sei zu ersehen, daß eine Differenz zwischen der Obersten Heeresleitung und der höchsten Zivilstelle bestand. Abg. Professor Schücking fragt, warum Herr von Bethmann Hollweg sich keine volkstümliche Plattform gegen die Maschinerie der Kriegsstimmung geschaffen habe. Der Reichskanzler habe damals für den Völkerbund gesprochen, um den Feinden ein moralisches Gegengewicht zu bieten. Wie war es möglich, daß gleichzeitig und später in Deutschland verboten war, über den Völkerbund zu schreiben und zu sprechen? Daß Gelehrte, die dieses Thema wissenschaftlich zu erörtern suchten, mit Schutzhaft und Gefängnis bedroht wurden? v. Bethmann erinnert sich dunkel der Angelegenheit, weiß nichts über Details, auf Vorhalt entsinnt er sich, daß Professor Dr. Quidde ihm geschrieben, ja, daß er ihn empfangen und ihm Schutz gegen die Verfolgungen zugesagt habe. Es sei ihm unmöglich zu sagen, was er darauf veranlaßt habe. Abg. Gothein fragt, ob denn die militärische Zensur Anordnungen des Reichskanzlers nicht zu befolgen hatte. v. Bethmann kann unter dem Zeugeneid keine Auskunft über die Organisation geben! Abg. Sinzheimer fragt, ob denn nicht versucht worden sei, Presse und Reichstag in Parallele zu der Friedensaktion Wilsons zu bringen. Bethmann erklärt, im deutschen Volk bestand eine starke Feindseligkeit gegen Amerika. Alle Anweisungen an die Presse genügten nicht. Es wurden gegen seine Haltung in dieser Frage im preußischen Abgeordnetenhaus Aktionen unternommen. Als Sinzheimer von der pessimistischen Auffassung des Reichskanzlers spricht, protestiert Bethmann sehr heftig. Er habe vom ersten Tage an über den Krieg ernst, sehr ernst gedacht, habe den Parteiführern niemals ein rosiges Bild über die Lage gegeben, aber das, was er in vertrauten Gesprächen sagte, hätte nicht öffentlich kundgegeben werden können, sonst wäre das Volk sofort zusammengebrochen! Der Mut mußte aufrecht erhalten werden! Das habe die Pflicht geboten gegen das Volk! gegen die Armee! Abg. Cohn wünscht zu wissen, wie es kam, daß der Oberstleutnant Deutelmoser, der die Pressekonferenzen geleitet habe, ins auswärtige Amt berufen wurde. Dadurch sei der militärische Einfluß noch verstärkt worden. Bethmann will Deutelmoser für geeignet gehalten haben. Der militärische Einfluß sei nicht verstärkt worden. Die Gründe, die zur Ernennung des Oberstleutnant Deutelmoser geführt haben, gehörten nicht zu seiner Zeugenaussage! Verschiedene weitere Fragen, an denen sich auch Mitglied David beteiligt, beantwortet Bethmann mit Sätzen, die gar keine Antwort auf die Frage darstellen. Es entsteht ein Zwiegespräch, in dem Bethmann-Hollweg völlig daneben redet. Nachdem noch einige besonders markante Frechheiten militärischer Zensur wie im Falle des Professor Delbrück zur Sprache gekommen sind, wird die Sitzung auf Dienstag, den 4. November, 10 Uhr vertagt.

Großgrundbesitz und Reinertrag

Wenn man die Großgrundbesitzer hört, gibt es unter den notleidenden Landwirten keine Kategorie, die so schwer leidet, wie die Großgrundbesitzer. Ein Beispiel hierfür zeigt eine Zusammenstellung, die im Kreise Iserlohn gemacht worden ist. Da besitzt z. B. der Prinz von Bentheim 2312 Morgen von Grundstücken, aus denen ein Reinertrag von 1676 Mark pro Jahr herausgerechnet worden ist. Also pro Morgen etwa 75 Pfennig. Ein Herr von Fürstenberg gibt an, von seinem Besitztum von 1696 Morgen 5037 Mark Reingewinn herausgeholt zu haben, also immerhin etwas mehr. Da sind noch die Herren von Rheinbaben mit 2268, von Böselager mit 2540, von der Secke mit 1500 und noch eine Reihe von Herren von und zu auf, die Tausende von Morgen Land im Besitz haben, aber vom Morgen nicht mehr wie 75 Pfennig bis 1.50 Mark Reinertrag gehabt haben wollen. Das sind jedoch nur Beispiele von einem einzigen Kreise. Aehnlich liegen aber die Verhältnisse im ganzen Reiche.

Die Großgrundbesitzer sind eifrigst bestrebt, die Heranziehung zum sogenannten Reichsnotopfer nicht nach dem Werte ihres Grundbesitzes, sondern nach dem Ertrage besteuert zu sehen. Die bevorstehenden Zahlen geben ein Bild, welche Hinterziehungsmöglichkeiten sich bei einem Eingehen auf solches Begehren eröffnen.

Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht

Die Tägliche Rundschau bringt einige Einzelheiten über die in Bälde der Preußischen Landesversammlung zugehenden neuen preußischen Städte-Ordnung, aus denen sich zwar noch keine endgültigen Schlüsse in Bezug auf den Charakter des Gesetzentwurfes ziehen, die aber doch erkennen lassen, daß es mit der Selbstverwaltung der Städte nicht allzuweit her sein wird. „In Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die Städte keiner Anweisung der Aufsichtsbehörden unterworfen", heißt es. Die Städte sind berechtigt, ihr Vermögen selbständig zu verwalten, sie können auch Anleihen zu werbenden Zwecken aufnehmen. Der Staatsaufsicht aber werden weitgehende Befugnisse zugewiesen, so z. B.:

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

11]

Aber Jordan beschloß, fortan sehr scharf darauf zu achten, ob seine Rede weiteren protestierenden Kundgebungen begegnen würde, und in diesem Fall sofort die schärfsten Ordnungsstrafen zu beantragen.

Im Augenblick saß das glückliche Liebespaar auf der Zeugenbank ziemlich nahe beieinander. Beide hielten die Blicke gesenkt.

Sie paßten eigentlich prachtvoll zueinander, die beiden blühenden, jungen Menschen, der tief brünette Ungar und die leuchtende Blondine, die den reinsten Typ der Angelsächsin in Gestalt, Teint und Haltung darbot. Sie hatten gewiß die süßesten Stunden miteinander verbracht, und es war eigentlich nicht allzu schwer zu glauben, daß wirkliche Neigung sie zueinander trieb.

Der Künstler und die Dirne haben ja doch so tausenderlei tief Verwandtes gemeinsam. Er hatte zudem die volle Kraft der Phantasie, dieses Straßenmädchen sich in die reine Geliebte umzuwandeln, von der er hier vor dem Richtertische gefaselt hatte.

Wie beneidenswert eigentlich diese freien, jungen Menschen, die bacchantisch über die Grenzen der Sitte hinweg schwärmten und die Huld ihrer jungen Tage in vollen Zügen genossen. In diesem Sinne hatte er, Jordan, eigentlich nie gelebt. Nie! Die Strenge seiner Anschauungen führte ihn rein und unerfahren, unverantwortlich früh und jung in seine Konventionsehe hinein, in der er nie — niemals den Rausch der Leidenschaft erleben konnte. Gott — war dieses Lumpenvolk eigentlich beneidenswert! Ein Abenteuer, wie dieses Bohemepack sie tausendfach genoß, war ja doch schließlich schöner, toller und wilder als sein ganzes eisernes und automatisch klapperndes Pflichtleben. Aehnliches mochte wohl der fette, genießerische Beisitzer mit dem dicken, wulstigen Munde und dem schweren Klemmer auf der Nase eben auch denken, denn er schmachtete die Hecker ganz versunken an. Jordan gab sich einen Ruck und strich ärgerlich über die Stirn. Zur Sache! Zur Sache jetzt. Mit fester Stimme fuhr er nun in seinem Plädoyer fort:

„Der Herr Vorsitzende nannte den Zuruf der Herta Hecker an ihre Mutter an jenem Maiabend den „springenden Punkt der Anklage". Ich pflichte dieser Ansicht nicht im geringsten bei.

Denn wenn man selbst annähme, dieser Zuruf sei nicht geschehen, so bleiben doch noch viele Voraussetzungen in voller Kraft bestehen, die die Anwendung des Paragraphen 181 des Reichsstrafgesetzbuches gegen die Angeklagte Luise Hecker in vollster Strenge rechtfertigen — nein geböten!

Die Angeklagte hat es geduldet, daß ihre junge, schöne Tochter noch vor Vollendung des sechzehnten Lebensjahres, also in einem Alter, das ihre sämtlichen Liebhaber eigentlich strafbar macht, einem lüderlichen Lebenswandel sich ergab.

Sie hat diese Tochter nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, zur Arbeit angehalten. Weshalb? Aus purem kupplerischen Eigennutz. Denn eine Schreibmaschinendame erhält kaum den dritten Teil des monatlichen Betrages, den der junge Lokatos seiner Geliebten hat zuwenden können — und in dem schmalen Budget dieses Eisenbahninvaliden und dieser Portierfrau stellt eine monatliche Summe von dreihundert Mark schon einen fabelhaften Zuschuß dar.

Dabei zweifle ich nicht, daß bei weiteren Recherchen die Zahl der Liebhaber, der gelegentlichen wie der ständigen, die der Herta Hecker tributär wurden, sich ansehnlich hätte vermehren lassen. Dann hätten wir hier statt der zwei wohl eine ganze Reihe von Belastungszeugen gesehen, die freilich alle das Gleiche hätten bekunden müssen.

Ich verzichte gern auf dieses weitere Material, denn die Beweisaufnahme erweist zur Evidenz, daß diese Mutter sich der schweren Kuppelei unstreitig schuldig gemacht hat.

Es ist mir nur zu wohl bekannt, daß in den niederen Volksschichten mit der Schönheit der aufblühenden Töchter ein verbrecherischer Handel gewohnheitsmäßig getrieben wird, an dem freilich die gleiche tiefe und schwere Schuld die Käufer genau so trifft wie die Verkäufer. Aber am Ende bleibt doch die leibhaftige Mutter, die wie diese hier ihr Kind sprupellos verschachert, das verabscheuungswürdigste Element in diesem schmutzigen Handel, und der Gesetzgeber hat wohl gewußt, aus welchem Grunde er das gemeine Vergehen der Verkuppelung der eigenen Kinder mit Zuchthausstrafe ahndet.

Diese ist unzweifelhaft hier um so bestimmter geboten, als diese entartete Mutter ihr einziges Kind auf den Lasterweg drängte, ein Mädchen, mit erlesenen Gaben der Natur ausgestattet, das, unter anderen Umständen erwachsen, ein glückliches und glückspendendes Gesellschaftsmitglied hätte werden können. So freilich — wurde eine Dirne erzogen, beängstigend früh verderbt und in der ersten Blüte schon so vergiftet, daß sie, im Kindesalter fast noch stehend, schon ihr schmutziges Gewerbe meisterhaft handhabte und stattliche Betriebsgewinne der habgierigen Mutter heimzuschaffen verstand. Ja, diese geborene Dirne kannte trotz ihrer unreifen Jugend alle, aber auch alle Schliche des horizontalen Gewerbes und stellt aus diesem Grunde ein besonders gefährliches Exemplar ihrer Gattung dar. Denn sie ist in allen Sätteln gerecht. Hier — wie im Falle Steffens — ganz und gar Gassendirne, die von den Tanzböden aus Gelegenheitsjagd betreibt und für sechs Mark sich verkauft — eine Hauspraxis mit Gelegenheitsbesuchen bei der Kundschaft ausübt, dann wieder — im Falle Lokatos — die keusche Geliebte mimt und für einige Semester — sogar vielleicht unter wochenlanger Bewahrung der außerehelichen Treue — dem suggestiven jungen Künstler das reine, liebende, hingegebene Weib vorgaukelt.

Erwägen Sie, meine Herren Richter, welches Unheil diese in ihren Entwicklungsanfängen stehende gleißende junge Halbweltlerin unter den Männern noch anrichten wird und stellen Sie ihr das mahnende Merkmal einer drakonischen Bestrafung der Mutter gleich an den Beginn ihrer Laufbahn.

Vielleicht, daß die junge Dirne dann nachdrücklich erfährt, daß das Laster unter dem hellen Auge Gottes allezeit schon auf Erden seine harte Strafe findet und daß der höchste Richter über den Sternen seiner und seiner Gebote nicht spotten läßt.

Vielleicht hat dieses Erlebnis dann doch noch seine erzieherische Wirkung auf dieses verlorene junge Menschenkind. Ich beantrage gegen die Angeklagte, die der schweren Kuppelei überführt ist, eine Strafe von zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust."

Ein Schreck durchzuckte die Angeklagte, ihre Tochter und ihren Mann. Auch der Maler reckte plötzlich den Kopf empor und sah mit einem Ausdruck fassungslosen Entsetzens auf Jordan, der sich jetzt ruhig auf seinen Sessel niederließ.

Der Verteidiger hatte sich zu der Angeklagten umgewendet. Er sprach leise zu ihr, und seinen Gebärden entnahm Jordan: der Verteidiger versicherte der Klientin, daß es so schlimm nicht werden würde.

Dann erhielt er das Wort zu seinem Plädoyer. Er führte aus, daß der Staatsanwalt eine Charakteristik der Zeugin Fräulein Hecker hier gegeben habe, die überstreng wäre und deshalb nicht gerecht sein könne. Hier sei durch die Spürnase des Denunzianten Koch nur ein Zeuge aufgebracht worden, der als bezahlender Liebhaber des Fräulein Hecker angesehen werden könne.

Den Maler, Herrn Lokatos dagegen, verbinde ein Band wahrer Zuneigung mit Fräulein Hecker. In diesem Verhältnis könne ein gerecht Urteilender nichts Unsittliches finden. Der vermögende, junge Künstler gab der Geliebten, die arm ist, von seinem Ueberfluß.

„Was ist hierbei so scharf zu rügen? Er gab ihr so vornehm und reichlich, daß das junge Fräulein mit dieser Sicherung ihrer Existenz allen weiteren Versuchungen und Gefährdungen ihrer großen Schönheit in dieser verderbten Weltstadt überhoben war. Fräulein Herta Hecker, das bitte ich die Herren zu bedenken, ist kein gewöhnliches Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wählerlisten

liegen nur noch bis Mittwoch aus. Parteigenossen, seht sie ein! Sichert euer Wahlrecht!

Orientierung über alle städtischen Verhältnisse durch Einsicht in die Akten, Beanstandung rechtswidriger Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, Eingriffsrecht bei ungenügender Verwaltungstätigkeit der Stadt, Mitteilung städtischer Beschlüsse vor dem Inkrafttreten in folgenden Fällen: Wahl von Bürgermeistern und Beigeordneten, Erlaß von Ortsstatuten, Abweichungen von den Vermögensvorschriften, Anleiheaufnahmen, Bürgschaftsübernahmen, Erhebung von mehr als 20 v. H. Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer, bei unterschiedlicher Belastung der Realsteuern untereinander oder der Realsteuern einerseits und der Einkommensteuer andererseits, wenn die prozentualen Zuschläge zu der einen Steuerart um mehr als die Hälfte höher sein sollen als zu der anderen. Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, Bürgermeister abzusetzen und Stadtverordnetenversammlungen aufzulösen.

Merkwürdig berührt es, daß in dem Entwurf auch noch Bestimmungen enthalten sind, die mit anderen Gesetzesbestimmungen kollidieren. Beispielsweise wird es nach Einführung der Reichseinkommensteuer kommunale Zuschläge zur Staatseinkommensteuer nicht mehr geben.

Die Bestimmungen für die Wahl zu den Stadtverordnetenversammlungen sind den reichsgültigen Wahlbestimmungen angepaßt. Die Wahl selbst soll erstmalig im Jahre 1920 stattfinden. Drei Monate nach Inkrafttreten der neuen Städteordnung soll die Wahlzeit der Bürgermeister und Beigeordneten erlöschen. Bürgermeistern, die keine Befähigung zum Richteramt haben, soll ein Jurist als hauptamtlicher Beigeordneter beigegeben werden.

Auch die Zeitfreiwilligen feiern die Revolution

Wie unserm Hamburger Parteiorgan, der Hamburger Volkszeitung, aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, sind die Zeitfreiwilligen zum 8. November alarmiert worden. Wir nehmen an, um in geschlossenem Zuge die Demonstration der Hamburger Arbeiter zu eröffnen und so zu bekunden, daß sie die Revolution mit Leib und Leben zu schützen gewillt sind. Ein Schuft ist, wer anders denkt!

Finnland

Die Gegensätze in Finnland

Aus Helsingfors wird von bürgerlicher Seite geschrieben:

Der zunnächst unerwartet erfolgreiche Vormarsch des Generals Judenitsch gegen Petersburg hatte in Finnland eine Krisenstimmung sondergleichen erzeugt. Obwohl von nüchterner militärischer Seite die Lage der Nordwestarmee von Anfang an als durchaus nicht glänzend angesehen wurde, waren alle „aktivistischen" Kreise, namentlich aber die Russen von dem bevorstehenden Sturz der Räteherrschaft überzeugt und stimmten ein Triumphgeschrei an. Ein Zeichen dafür, daß Finnland genau wie die übrigen europäischen Staaten nervenschwach geworden ist, zeigt sich darin, daß, nachdem maßgebende Kreise noch bis vor kurzem an Friedensverhandlungen mit Rußland gedacht haben, nunmehr der kleine Erfolg des Generals Judenitsch genügt hat, um die Regierung nicht nur zu veranlassen, den Vorschlag der Verhandlungen weit von sich zu weisen, sondern auch Strömungen aufkommen zu lassen, die die Teilnahme Finnlands am Feldzug gegen Rußland befürworten.

Diesem Plan liegen zweierlei Motive zu Grunde: einmal sollte der „Bazillenherd", der stetig Ansteckungskeime nach Finnland ausstrahlt und den „Roten" im Lande die östliche Anlehnung gewährt, vernichtet werden, anderseits möchte man dem kommenden weißen Rußland mit der Bekämpfung der Revolution einen Dienst leisten, um es sich zu verpflichten — denn immer noch ist in vielen finnischen Gemütern die Furcht wach, daß das neue Rußland ungeachtet aller formellen Versprechungen seine alten Rechte auf Finnland geltend machen könne. Die Entscheidung über die Frage, ob Finnland in der einen oder anderen Form den Kampf gegen die Bolschewisten aufnimmt, wird sich wohl in Bälde entscheiden, und man geht wohl nicht fehl, die bevorstehende Ankunft des Generals Mannerheim mit der Lösung der Frage in Verbindung zu bringen.

Wenn irgend ein Argument gegen die Teilnahme Finnlands auch von weißer Seite mit einigem Nachdruck geltend gemacht wird, so betrifft es die drohende Haltung des finnländischen Proletariats, wobei man die Grenze dieser Schicht wohl ziemlich weit nach oben ziehen darf. Die sozialdemokratische Partei hat sich für die Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland erklärt, und auch die den Sozialdemokraten am nächsten stehende Partei der Agrarier dürfte sich nur sehr ungern für ein militärisches Eingreifen gegen Sowjetrußland entschließen. Unzweifelhaft wird diese Haltung auch auf die Stimmung der Armee, um deren Beeinflussung die bolschewistischen Agitatoren mit Hochdruck bemüht sind, abfärben. Die Sachlage bietet demnach dasselbe Bild wie in allen europäischen Staaten, wo die Frage des politischen Verhaltens gegenüber den Bolschewisten die Nationen mehr oder minder ausgeprägt in zwei Lager gespaltet hat. Finnland bildet nur deshalb einen Sonderfall, weil wohl in keinem Lande diese Trennung so einschneidend ist wie hier. Die rote und die weiße Schicht stehen drohend einander gegenüber, die „Weißen" in Gestalt ihrer glänzend organisierten Schutzkorps bis an die Zähne bewaffnet, die „Roten" unter der stetigen Verfolgung der Polizei im geheimen arbeitend, sich organisierend und Waffen sammelnd.

Beide Parteien tragen nicht die leiseste Neigung zu einer Versöhnung in sich. Das zuletzt gebildete Ministerium sollte unter der Aegide des bürgerlich-liberalen Reichspräsidenten Stahlberg versuchen, die Gegensätze zu überbrücken. Aber dieser Versuch war bei dem Siedegrad der innerpolitischen Kampfstimmung von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Rußland

Fürchterliche Judenmetzeleien in Polen und in der Ukraine

Die blutigen Pogrome, die sich besonders in Wilna bei der Besetzung der Stadt durch polnisches Militär im Frühjahr ereigneten, sind jetzt durch eine amerikanische Untersuchungskommission an Ort und Stelle untersucht und klargestellt worden. Im Berliner Tageblatt veröffentlicht Dr. Paul Nathan die Resultate dieser Untersuchung, aus denen hervorgeht, daß die polnische Soldateska volle zehn Tage in Wilna gewütet hat, obgleich sie die Stadt seit dem Einrücken vollkommen in der Hand hatte. Die Polen behaupteten der Kommission gegenüber, daß es in Wilna zu Straßenkämpfen gekommen sei und daß dabei auch Juden getötet worden wären. Unter den Getöteten befinden sich **viele Kinder und Greise**, die sich gemeinhin nicht an Straßenkämpfen beteiligen, auch ist **nicht ein Christ** darunter. In diesen Tagen sind in Wilna ungefähr **2000 schwere Verbrechen** begangen worden, Morde und Plünderungen, von denen nicht ein einziges durch die Lokalbehörden eine Sühne gefunden hat. Das alles steht aktenmäßig fest.

Fast noch schlimmer als in Posen wüteten die Pogromisten in der gesamten Ukraine. Bei den ukrainischen Judenmetzeleien wurden rund **40 000 Menschen getötet, gegen 100 000 verwundet und zu Krüppeln** gemacht und fast **10 000 Frauen geschändet.** Der Schaden an Hab und Gut ist auf weit über 100 Millionen Rubel zu beziffern. Einzelne Fälle beweisen die ganze Entsetzlichkeit dieser Vorgänge.

In dem Städtchen Trostianetz in Podolien sind **jüdische Männer überhaupt nicht am Leben geblieben.** Man hat sie — in runder Summe 500 — alle getötet. Es gibt dort heute 900 Witwen und Waisen. In Owrutsch haben im ganzen dreimal Pogrome stattgefunden. In Felschtin in Podolien fand zunächst ein Pogrom statt. Nach dem Pogrom wurde die gesamte Ortschaft, die aus Holzhäusern besteht, angesteckt und völlig niedergebrannt. In Elisabethgrad im Gouvernement Cherson hat man 80 000 Juden ausgeraubt. In Tscherkassy im Gouvernement Kiew sind rund 1500 Menschen getötet worden. In Wassilkow fand gleichfalls ein Pogrom statt, und ich will zum Schluß nur eine einzige Zeugenaussage der verheirateten Bronja Kotzupei hierhersetzen: „Wir versteckten uns alle, die wir uns retten konnten, in der Klosettgrube. Als ich herauskroch, fand ich in einem Zimmer den erschlagenen Vater; im zweiten Vater Schwester und Tante erschlagen; in den Flügel hatte man hineingestopft die toten Brüder und meinen Mann. Das Haus war ausgeplündert."

Diese wahnsinnigen Bluttaten sind ein Beweis dafür, wie tief die Methoden des alten zaristischen Regimes in das Volk eingefressen sind. Krieg, Revolution, Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten haben die Bevölkerung kulturell noch tiefer sinken lassen. Juden und Revolutionäre sind in den nichtbolschewistischen russischen Landesteilen, besonders in der Ukraine, Freiwild. Es wird ungeheurer Anstreugungen der Westmächte bedürfen, diesem Rückfall in die Barbarei Einhalt zu gebieten. Ob die Westmächte bei ihrer eigenen Interessenspaltuug heute überhaupt in der Lage sind, das russische Problem zu lösen, ist allerdings eine schwer zu bejahende Frage.

Frankreich

Gegen die Intervention in Rußland

Nach einer Meldung des Basler Vorwärts haben 27 französische Gewerkschaften, die zur revolutionären Minderheit der Confödération Generale de Travail (etwa der deutschen Generalkommission entsprechend) gehören, sich für die sofortige Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Intervention in Rußland und gegen die Blockade entschlossen. „Sie halten den Generalstreik für das einzige Kampfmittel und haben bei der C. G. T. den Antrag gestellt, den Vorstand sofort einzuberufen, um zu dem Generalstreik Stellung zu nehmen. Sie verlangen eine Antwort binnen 48 Stunden. Man bezweifelt in den Kreisen der C. G. T., daß der Antrag in Abwesenheit von Jouhaux und Demoulins, die nach Washingthon gereist sind, angenommen werden könnte. In der Humanite veröffentlichen eine Reihe von Intellektuellen, darunter Anatole France, Henri Barbusse, Victor Margueritte, Charles Gide, Hadamard und andere, einen Aufruf gegen die Blockade von Sowjetrußland. ."

Italien

Das Wahlmanifest der italienischen Sozialisten

Auch das italienische klassenbewußte Proletariat rüstet sich zu den Wahlen. Wie in Frankreich hat es einen schweren Stand, da zweifellos auch in Italien der chauvinistische Taumel breiter Massen von den Reaktionären aller Sorten geschickt für ihre Zwecke ausgenutzt werden wird. Das hindert aber unsere Genossen nicht, in ihrer sozialistisch-grundsatztreuen Haltung, die sie während des ganzen Krieges, als der Nationalismus am höchsten ging, gezeigt. Die sozialistische Parteileitung hat jetzt ihr Wahlmanifest aufgestellt und veröffentlicht. Es nimmt etwa zwei Spalten des „Avanti" ein. Die Sozialisten wiederholen im ersten Teil ihre unentwegte Abneigung gegen den Krieg und veranschaulichen dessen Folgen. Im zweiten Teil werden die imperialistischen Ziele der siegreichen Mächte gebrandmarkt und zum Schluß wird die sozialistische Republik sowie die Internationale der Völker verherrlicht. Die Versammlung des Parteivorstandes beschloß auch, einen Gruß an das kommunistische Rußland zu senden und nahm einen Protest an gegen die reaktionäre Politik der Entente gegenüber der Räteregierung. Für die Wahlvorschrift wurde beschlossen, daß kein Streikbrecher als Kanditat aufgestellt werden darf; dasselbe gilt auch für die Eisenbahner. Serrati hat alle die ihm angebotenen Kandidaturen abgelehnt, da er den Posten des Chefredakteurs am „Avanti" mit dem Amt eines Abgeordneten unvereinbar hält. Enrica Ferri hat auf eine Wiederwahl verzichtet, wie er in einem Briefe an den „Avanti" mitteilt. Die Sozialisten von Mantua haben es im Kriege abgelehnt, ihn in ihre Liste aufzunehmen. Gegen diese offizielle Liste will Ferri nicht kandidieren.

In und um Elbing

Generalversammlung der U. S. P. Elbing

Unter Beteiligung von etwa 250 Delegierten und Vertrauensmännern tagte gestern vormittag im großen Saale des Volkshauses die Generalversammlung unserer Partei: Es war die erste, die in dieser Weise zusammengesetzt war. Die steigende Größe der Organisation bedingte die neue Form der Vertretung. Zunächst sollte die Abrechnung gegeben werden. Sie wurde zurückgestellt, um die Stellungnahme zum Parteitag in ausgiebigster Weise zu erörtern. Das einleitende Referat hielt Genosse Grunwald. In seinen Ausführungen nahm die Frage, ob zweite oder dritte Internationale, naturgemäß den breitesten Raum ein. Grunwald schloß sich den Gedankengängen Crispiens im Großen und Ganzen an, wobei er besonders ausführlich auf die Richtlinien der Moskauer Internationale und die neuerliche Entwicklung der französischen Parteibewegung einging. Neben der Internationale spielte die Gewerkschaftsfrage eine bedeutende Rolle in dem Grunwaldschen Referat. Auf keinen Fall könnten wir an die Stelle großer Industrieverbände Betriebsorganisationen, sogenannte Arbeiterunionen, setzen. Diese von kommunistischer Seite erhobene Forderung sei ein Rückschritt in die primitivste Zeit des Klassenkampfes. Die Gewerkschaften müßten mit revolutionärem Geist erfüllt werden. Wie der Verbanostag der Metallarbeiter so erfreulich zeige, sei hier die Wendung zum besseren bereits im Gange.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kuhn, Schröder, Krüger, Korschunowski, Papproth, Müller, Dangel, Scheiba, Melzner, Baude und Perschon. Nach einem kurzen Schlußwort Grunwalds erfolgte die Abstimmung über die eingelaufenen Anträge. Mit allen andern gegen 22 Stimmen entschied sich die Generalversammlung für folgende Resolution Schröder:

> **Nach eingehender Aussprache erklärt die Generalversammlung der U. S. P. Elbings, einen Anschluß an die dritte Internationale nicht gut heißen zu können. Da eine Weiterexistenz der zweiten Internationale in der gegenwärtigen Form ebenso wenig in Frage kommt, hat der Vorstand der U. S. P. D. schleunigst mit den auf dem Boden unserer Partei stehenden Genossen der anderen Länder Verbindungen zum Zweck gemeinsamen Handelns anzuknüpfen. Ob die Partei nach Genf gehen soll, hängt von den jeweiligen politischen Umständen ab, die sich heute noch nicht übersehen lassen. Keineswegs darf die U. S. P. D. in der zweiten Internationale bleiben, wenn die kompromittierten Führer der deutschen Rechtssozialisten in ihr weiter Sitz und Stimme haben dürfen.**

Diese Resolution soll dem Parteitage unterbreitet werden. Einstimmige Annahme fanden zwei weitere Anträge. Der erste lautet:

> In Anbetracht der Tatsache, daß die Wahlberechtigung mit dem vollendeten 20. Jahre, die Mündigkeitserklärung jedoch erst mit dem vollendeten 21. Jahre eintritt, beantragen die Elbinger Genossen: Die Fraktion der U. S. P. möge in der Nationalversammlung dafür eintreten, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches dahin zu ändern, daß Mündigkeit mit der Vollendung des 20. Jahres beginnt.

Der zweite Antrag verpflichtet die Elbinger Delegierten auf dem Parteitage dafür einzutreten, daß der Parteivorstand in den einzelnen Bezirken Bildungskurse einrichtet. Damit war der erste Gegenstand erledigt und die Generalversammlung nahm die Abrechnung entgegen. Während dies geschah, wurden die von den Bezirken bekanntgegebenen Kandidaten zum Parteitage zur Wahl gestellt. Drei Delegierte hat Elbing zu wählen. Diese Wahl wird am nächsten Sonntag erfolgen. Zur Wahl wird die doppelte Anzahl gestellt. Die Versammlung wählte aus den Vorgeschlagenen mittels Stimmzettel als die Genossen: Heß, Krüger, Pätz, Wolle, Wilki und Erbien. — Die Abrechnung erfuhr keine Bemängelungen. Ihr schloß sich eine Aussprache über Parteiangelegenheiten an, deren wichtigste Gegenstände die Beschlußfassung über die Feier des Revolutionsgedenktages und über den Ausbau der Elbinger Volksstimme waren. Genosse Grunwald teilte mit, daß seitens der Elbinger Kommunisten ihm vorgeschlagen wäre, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten sollten gemeinsam den 7. November, den Jahrestag der russischen Revolution, feiern. Debattelos ging die Versammlung über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Sie beschloß am **9. November** vormittags im großen Saale des Volkshauses eine Demonstrationsversammlung abzuhalten, deren Zutritt nur Mitgliedern der U. S. P. gestattet ist. Am Nachmittag wird am gleichen Orte unter Mitwirkung der Gesangvereine und mit einem Konzert verbunden eine Gedenkfeier veranstaltet werden. Auch hier finden nur Mitglieder der Partei und ihre Angehörige Einlaß. Es wurde ein Arbeitsausschuß gewählt und der Vorstand beauftragt, gemeinsam mit diesem alles notwendige in die Wege zu leiten. — Den in Bezug auf

unsere Zeitung gefaßten Beschluß teilen wir an anderer Stelle mit. Die Generalversammlung nahm dann die für die Stadtverordnetenversammlung aufgestellte Kandidatenliste unserer Partei zur Kenntnis und billigte sie. Nachdem noch einige Bestimmungen bezüglich der Anstellungsverhältnisse im Parteisekretariat getroffen waren, erfolgte kurz vor zwei Uhr Schluß der Versammlung.

Der Boykott der Boykotteure

In den wenigen Tagen des Bestehens der Elbinger Volksstimme hat sich bereits gezeigt, daß verschiedene Elbinger Geschäftsleute unsere Zeitung planmäßig boykottieren. Obwohl sie in anderen Zeitungen inserieren, lehnen sie eine Geschäftsverbindung mit der Volksstimme ab. Aus den Kreisen der Parteigenossen heraus ist der Wunsch erwachsen, gleiches mit gleichem zu vergelten, da die betreffenden Herren offenbar auf die Kundschaft unserer Parteigenossen keinen Wert legen. Diesem Verlangen Rechnung tragend, hat gestern die Generalversammlung einstimmig den Boykott jener Firmen beschlossen, die die Volksstimme boykottieren. In jedem Bezirk wird eine Kommission für die Durchführung dieses Beschlusses gewählt werden. Die Parteileitung ist beauftragt, die notwendigen Maßnahmen in die Hand zu nehmen.

Zurückgestellt

Des Berichtes über die Generalversammlung halber mußte die Weitererörterung des Kommunalprogramms bis morgen zurückgestellt werden. Auch die Veröffentlichung der Abrechnung und die der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl nehmen wir morgen vor.

Die Nemesis

Hatten da am Dienstag voriger Woche die Rechtssozialisten in Berlin und Umgegend 30 Versammlungen arrangiert. Unter den Rednern war auch Hermann Schulz-Elbing, M. d. N. aufgeführt. In seiner Versammlung sprach unser lieber Landsmann dann vor nicht allzustarker Zuhörerschaft. Es mochten etwa 250 Personen anwesend sein. Für einen Arbeitervorort und eine öffentliche Versammlung, in der Anhänger aller Parteien Zutritt hatten, gewiß ein recht bescheidenes Auditorium. Das ehrenwerte M. d. N. tat trotzdem sein Bestes. In der üblichen Weise wurden Marx und Engels geschunden, Sätze aus ihren Schriften herausgerissen und sonst noch alle möglichen Rednerkniffe angewandt. Der Zweck heiligt ja das Mittel. Die Versammlung ward sichtlich unruhiger. Und Hermann Schulz fuhr schwereres Geschütz auf: „Die Unabhängigen! Ja, meine Herren, da kann ich Ihnen aus meiner Heimat so allerhand erzählen. Jetzt geberden sie sich radikal. Fragen sie mal, wo sie früher gewesen sind. **Der Führer der Elbinger Unabhängigen ist die ganze Kriegszeit reklamiert gewesen und ich, wie sie mich hier sehen, war von Anfang bis zu Ende im Kriege.**“ Hinten im Saale lächelte ein Zuhörer still vergnügt in sich hinein. Mit der Verfassung sei er auch nicht zufrieden, aber das Erfurter Programm sei restlos erfüllt. Bis auf den I-Punkt erfüllt. Na, und so fort. Aber alles hat ein Ende. Auch die Rede eines M. d. N. Ein Unabhängiger meldete sich zum Wort. Hermann Schulz, der Tapfere, sank auf seinen Stuhl zurück. Aeffte ihn ein Spuk der Hölle? Das . . . war . . . ja . . . Grunwald, der Führer der Elbinger Unabhängigen, den er eben heruntergerissen hatte! Zum Teufel! Nicht mal im Weichbild Berlins war man sicher, auch wenn garnicht auf dem Versammlungsinserat angegeben war, wo man sprechen sollte. Erde, tu dich auf und verschlinge den letzten echten Elbinger Mehrheitssozialisten! — Sollen wir weiter erzählen? Wir decken barmherzig einen Schleier darüber. Ja, auch in der Millionenstadt trifft man sich manchmal zufällig und gerade, wenn einem nichts daran gelegen ist.

Keinen Personenverkehr!

Eine Sitzung der Reichregierung unter Zuziehung der einzelstaatlichen Minister hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilmachung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend die Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung, vom 26. April 1919 (Reichsgesetzbl. S. 438) mit Rücksicht auf die Transportnot und die Verbesserung der Kartoffel- und Kohlenversorgung in Uebereinstimmung mit den Eisenbahnverwaltungen der Länder angeordnet, was folgt:

1) In der Zeit vom 5. bis 15. November 1919 einschließlich ist auf sämtlichen, dem öffentlichen Verkehr dienenden vollspurigen Haupt- und Nebeneisenbahnen der gesamte Personenverkehr einzustellen.

Ausnahmen sind nur zulässig zugunsten des unbedingt notwendigen Arbeiterverkehrs und des Vorortverkehrs der Großstädte.

2) Nach dem 15. November 1919 dürfen auf den zu 1) bezeichneten Bahnen bis auf weiteres für den Personenverkehr nur die im Interesse des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Züge gefahren werden.

Das Reichsverkehrsministerium hat die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen.

Berlin, den 1. November 1919.

Die Reichsregierung.
Bauer. Schmidt. Bell.

Die Maßnahme fordert den schärfsten Protest heraus. Nur eine stümperhafte Regierung hilft sich mit solchen Doktor-Eisenbart-Kuren. Warum wird der Bau der notwendigen Lokomotiven und Eisenbahnwagen nicht mit Hochdruck vorgenommen? In Berlin sind 160000 Metallarbeiter nun seit zwei Monaten auf die Straße geworfen, weil das übermütige Großkapital es so haben will. Eine Aussicht auf baldige Beilegung des Konflikts besteht nicht. Die Regierung wendet sich mit ihren Maßnahmen gegen die Arbeiter statt gegen die Unternehmer. Den lieferungsunlustigen Agrariern zahlt sie nach wilhelminischem Muster „Schnelligkeitsprämien“ aus den Taschen der Konsumenten. Und so fort. Der Bevölkerung wird aber immer wieder die bescheidenste Möglichkeit des Reisens genommen. Was bilden die Herren in Berlin sich eigentlich ein? Wenn der Deutsche auch geduldig ist, so hat dies doch seine Grenzen.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Genosse Ernst Vogel ist von der Generalversammlung der Elbinger Metallarbeiterzahlstelle als zweiter Geschäftsführer angestellt worden.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Räumung Westpreußens

Die militärischen Bestimmungen über die Uebergabe des westpreußischen Gebiets an Polen lauten wie folgt: Der polnische Vormarsch beginnt erst am 7. Tage nach Niederlegung des Protokolls über die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Hauptmächte in Paris. Dieser Tag gilt als erster Räumungstag, von dem ab die nachfolgend angegebenen Termine rechnen.

Vom 1. bis zum 3. Tage wird ein schmaler Streifen südlich der Linie Schönsee—Kulmsee—Bromberg—Nakel—Usch mit der Stadt Thorn von den Polen besetzt; Thorn wird am Mittag des 2. Tages von uns geräumt. Zwischen dem 4. und 7. Tage wird das gesamte Abtretungsgebiet östlich der Weichsel besetzt, und zwar Kulm am 6., Graudenz am 7. Tage. Westlich der Weichsel werden im gleichen Zeitraum Bromberg (am 4. Tage), Nakel, Mrotschin und Wirsitz und das Land nördlich davon bis zur Linie Kulm—nördlich Zempelburg besetzt. Der 8. Tag ist allgemeiner Ruhetag. Zwischen dem 9. und 12. Tage werden wir das Gebiet bis zur Linie: südlich Dirschau—Pr. Stargard—Czersk—südlich Tuchel—südlich Konitz räumen. Vom 13. bis 16. Tage wird das Land bis nördlich Berent von den Polen besetzt und zwischen dem 16. und 19. Tage das übrige Abtretungsgebiet bis zum Meere. Die einzelnen Tageszonen werden durch Vereinbarungen zwischen den örtlichen deutschen und polnischen Kommandostellen festgelegt werden.

Kaserne für Wohnungszwecke freigegeben

Zwischen Vertretern der Militärbehörde und dem Magistrat Danzig ist erneut über die Freigabe von Kasernen zu Wohnzwecken verhandelt worden. Die Militärbehörde ist hierbei der Stadt insoweit entgegengekommen, daß sie die Kaserne an Bastion Ochs zur Einrichtung von Wohnungen zur Verfügung gestellt hat. Die Kaserne soll an die Stadt vermietet werden. Die Uebernahme wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Eine Revolveraffäre

Am Sonnabend vormittag lauerte in Danzig der Arbeiter Spodowski an der Petershagener Eisenbahnbrücke den Arbeitern Karl Marquardt und Wilhelm Wilschewski aus Petershagen, die in einem Strafverfahren ungünstig über ihn ausgesagt hatten, auf. In der Notwehr gaben beide mehrere Schüsse auf Spodowski ab. Sp. brach durch einen Brustschuß und einen Bauchsteckschuß schwerverletzt zusammen und mußte in das städtische Krankenhaus geschafft werden, wo er nachmittags verstarb. Die an der Tat beteiligten Arbeiter Marquardt und Wilschewski haben sich der Polizei selbst gestellt und sind dem Gerichte zugeführt worden. Der Erschossene soll zwanzigmal vorbestraft sein.

Von der „sozialistischen“ Regierung

Aus Flatow wird uns geschrieben:

Das Gewerkschaftskartell Flatow hatte am **17. April** d. J. eine längere Eingabe zum Zweck der Absetzung des Landrats an den Reichskommissar Winnig nach Königsberg gesandt.

Am **16. Juni** wurde die gleiche Eingabe nach Danzig an den Beauftragten des Reichskommissars, Abgeordneten Gehl gesandt. Diese Beschwerde erhielt nun der Landrat zur Entgegnung. Im übrigen blieb alles still.

Am **8. September** wurde nochmals eine Eingabe an den Abgeordneten Brandenburg, Mitarbeiter im Ministerium des Innern, geschickt, daß der Landrat sich an die neue Zeit nicht gewöhnen könne, noch heute nur die Interessen der Kapitalisten und Agrarier vertrete und alle Gesetze und Verordnungen zu Gunsten der minderbemittelten Bevölkerung niemals erhalten haben wolle.

Was macht nun unsere angeblich sozialistische Ziele verfolgende Regierung? Diese Eingabe wird dem Oberpräsidenten der Provinz zugesandt. Dieser schickt einen Oberregierungsrat zur Untersuchung. Einen Herren, der Fleisch vom Fleische derselben Beamtenkaste ist. Den Bericht dieses Herrn kennen wir nicht. Jetzt ist November und unsere Eingabe vom 17. April ist bisher noch immer nicht in unserem Sinne erledigt. So sieht „sozialistische“ Regierungskunst aus. Kein Wunder, wenn die Arbeiter aufwachen und wie die in Krojanke geschlossen zur U. S. P. kommen.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Briefkasten der Redaktion

Anfragende im Abstimmungsgebiet. Ein gesetzlicher Zwang zur Teilnahme an der Abstimmung besteht nicht. Ob er daran teilnimmt, bleibt jedem einzelnen überlassen. Allerdings sind wir auch Ihrer Ansicht, daß für die Arbeiter in Polen noch weniger zu holen sein wird, als in Deutschland und daß im eigenen Interesse kein Arbeiter polnisch stimmen kann.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Fischverkauf.

Morgen, Dienstag, früh kommt ein

Waggon aller Sorten frischer Haff-Fische

auf dem Fischmarkt markenfrei zum Verkauf.

Elbing, den 3. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Achtung! Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Elbing.

Branchen-Versammlungen

Mittwoch, den 5. November 1919, abends 6 Uhr:
Schlosser, Bauschlosser u. Klempner.
Donnerstag, den 6. November 1919, abends 6 Uhr:
Dreher, Former und Elektriker.
Freitag, den 7. November 1919, abends 6 Uhr:
Schmiede, Kesselschmiede und Werft
im **Volkshause:**
Tagesordnung in allen **drei** Versammlungen: **Bericht über den Verbandstag.**
Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Lichtspielhaus

Fleischerstraße 9.

Nur 3 Tage! **Nur 3 Tage!**

Pola Negri u. Harry Liedke
in
Kreuziget Sie
Die Tat des Anderen
Ein nordisches Drama in 5 Akten mit
Karl Alstrup und **Gudrun Hullberg.**
Nachm. 3.30 abends 7.30 Uhr.

Spielplan

C.T. Brückstrasse 15 **C.T.**

Nur noch bis Donnerstag, den 6. November

Die Menschen nennen es Liebe!
Verlorene Töchter
III. Teil! Kulturfilm in 6 Akten. **III. Teil!**
Hauptdarstellerin **Manja Tatschewa.**
Der lebende Schatten
Drittes Abenteuer des berühmten Detektivs **Max Landa.**
Detektiv-Abenteuer in 4 Akten.
Vorstellung: 3—½6 Uhr und ½8—10 Uhr.
Kassenöffnung ½ Stunde vorher.

U. S. P.

I. u. II. Bezirk Dienstag, 4. Nov., abends 6 Uhr
Vertrauensmänner- und Delegierten-Besprechung
im **Volkshaus.** Nach der neuen Einteilung.
Die Bezirksleitungen.

Suche zu Martini zu Stadt u. Umgebung
Wirtinnen, Stützen, Köchinnen, Stubenmädchen, Mädchen für **herrsch. Haushalt,** fürs **Land** ohne melken, **Mädchen** zu **Kindern,** junge **Mädchen, Landmädchen** u. **Kinderfrauen.** **Empfehle.** **Stütze** v. gleich, **Wirtschafter,** verheir. **Kutscher, Instleute.**
Frau **Elisabeth Rosner**
gewerbsmäßige **Stellenvermittlerin, Wasserstraße 91.**

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestraße 12/14
Lieferant guter, gediegener
Möbel eigenen Fabrikates
zu anerkannt **billigen Preisen.**
Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Freie sozialistische Jugend.
Mittwoch, d. 5. Novbr., nachm. 5½ Uhr, findet im **Volkshaus,** kl. Saal, eine
Generalversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Stellungnahme zur Reichskonferenz.
3. Wahlen.
4. Vereinsangelegenheiten u. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.
Der Arbeitsausschuß.

Obstbäume

Apfel
Birnen
Pflaumen
Kirschen
Ziersträucher
Johannisbeeren
Stachelbeeren
Linden
Rotdorn
Flieder,
in den schönsten Farben empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei, **Grubenhagen 24**
Fernruf 553.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 12 | **Dienstag, den 4. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

713 Dampfer liegen still. Aus dem Haag wird unterm 1. November über die Lage in New York depeschiert: Aus New York wird gemeldet, daß seit dem 15. Oktober infolge des Hafenarbeiterstreiks keine Post von New York nach Europa abgesandt worden ist. 60 000 Postsäcke und 11 000 Postpakete warten auf Beförderung. Im New Yorker Hafen liegen 76 Passagier- und 637 Frachtdampfer still.

Pressefreiheit. Unser Breslauer Bruderblatt machte durch ein Extrablatt am 1. November bekannt: Auf Grund eines Verbotes des Militärbefehlshabers müssen wir das Erscheinen unserer Zeitung auf die Dauer von 3 Wochen vom 26. Oktober bis 17. November einstellen. Schlesische Arbeiter-Zeitung.

120 deutsche Seeoffiziere vor Gericht. Wie berichtet wird, beabsichtigt die englische Regierung, den Admiral Reuter und 120 Seeoffiziere wegen der Versenkung der deutschen Schiffe vor Scapa-Flow vor Gericht zu ziehen und vorläufig nicht freizulassen.

27 Polizisten verwundet. Reuter meldet aus Agypten: In Alexandria kam es zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen einer aufrührerischen Volksmenge und der Polizei, bei dem der Pöbel (? die Red.) mit Stöcken, Steinen und Flaschen auf die Polizei losging und siebenundzwanzig Polizisten verletzte. Da es der Polizei nicht gelang, die Menschenmenge auseinanderzutreiben, wurden Truppen aufgeboten, die auf die Volksmenge feuerten und zwei Personen töteten und zehn verwundeten.

Der Kapitalismus zahlt. Neuyork Times meldet aus London, daß einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge eine Gruppe von internationalen Bankiers Koltschak einen Kredit von 50 Millionen Dollar gewährt. Die Omsker Regierung rechnet für die Zukunft auf die Unterstützung Amerikas.

Bündnis zwischen Japan und England. Nach einer Mitteilung des Pressebureau Radio aus Lyon gibt die japanische Regierung bekannt, daß sie mit England in Verhandlungen zwecks Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages eintreten wird.

Fürchterliche Eisenbahnkatastrophe in Dänemark. Am Sonnabend abend fuhr der Schnellzug aus Korsör dicht vor Kopenhagen in einen Zug aus Kallundborg ein. Fünf bis sechs Wagen und die eine Lokomotive stürzten die Böschung hinab und wurden zertrümmert. Nach den bisherigen Feststellungen sind 41 Personen getötet. Neun Leichen sind unter der umgestürzten Lokomotive gefunden worden. Unter den Verunglückten befinden sich 2 Deutsche.

Ueber die Ursache des Eisenbahnunglücks wird mitgeteilt: Aus dem Zuge von Kallundsborg, der gegen 9 Uhr abends in Kopenhagen eintreffen sollte, fiel bei Viger alev ein Kind aus einem Abteil. Als man das Kind wieder aufgefunden hatte und der Zug sich langsam in Bewegung setzte, brauste der D-Zug von Korsör heran und fuhr in die letzten Wagen des vorhergehenden Zuges hinein. Fünf Wagen des Kallundsborger Zuges wurden zertrümmert. Die ganze Nacht hindurch wurde an der Rettung der Verunglückten gearbeitet.

Ludendorff zum Duell gefordert. Ludendorff hat dem ersten Kriegsminister der deutschen Republik Scheüch den Vorwurf gemacht, er habe sich im Oktober 1918 nicht schützend vor den Kaiser und das Heer gestellt. Scheüch hat wiederholt versucht, Ludendorff eines Besseren zu belehren, und als Ludendorff auf der Richtigkeit seiner Beweisführung beharrte, ihn vor die Pistole gefordert. Ludendorff hat es aber vorgezogen, sich nicht dem Geschoß seines Gegners auszusetzen. Scheüch hat darauf, um „diesen Streit vom Deutschen Offiziersbund fernzuhalten", angekündigt, daß er den Vorsitz im D. O. B. niederlegen werde.

Schießende belgische Soldaten. Wie jetzt bekannt wird, sind am 24. Oktober abends die Werkmeister Otto und Joseph Wehr, zwei Brüder, auf der Heerdter Landstraße im niederrheinischen Besatzungsgebiet von zwei belgischen Soldaten angehalten und nach ihren Pässen gefragt. Als sie diese hervorholen wollten, gaben die Belgier drei Gewehrschüsse auf sie ab, wodurch die beiden Brüder im Rücken getroffen und schwer verletzt wurden.

Der Polizeikommissar als Schieber. Der Polizeikommissar Heiter der städtischen Lebensmittelpolizei in Essen wurde von der Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht der Beteiligung an Schiebergeschäften verhaftet.

Vom Mordbuben Voß. Berliner Blätter berichten: Voß, der das Attentat auf den Abgeordneten Haase verübt hat, befindet sich im Untersuchungsgefängnis in Haft und wird dort vom Geheimen Medizinalrat Dr. Leppmann beobachtet, nachdem er vor dem Untersuchungsrichter seine Behauptung wiederholt, er habe Haase einen Denkzettel verabreichen wollen, weil Haase Bestechungen und Unregelmäßigkeiten bei der preußischen General-Lotteriedirektion zu verheimlichen gesucht habe. Die Haftbeschwerde, die Voß eingelegt hat, ist von der Strafkammer verworfen worden.

Eröffnung der Washingtoner Arbeiterkonferenz. Die internationale Arbeiterkonferenz wurde in Abwesenheit der deutschen und österreichischen Delegierten eröffnet. Der Franzose Jouhaux ist zum Vizepräsidenten ernannt. Den Vorsitz führt der Arbeitervertreter Wilson.

Reuter bestätigt, daß die internationale Arbeiterkonferenz in Washington für die Zulassung der Vertreter Deutschlands und Oesterreichs zu den Sitzungen der Konferenz gestimmt hat.

Der Wiederaufbau der sozialistischen Internationale

Von Arthur Crispien.

3. Sozialrevolutionäre aller Länder, vereinigt euch!

Wie soll nun die neue Internationale geschaffen werden? Wir wissen aus der Geschichte der Internationale, daß jedesmal, wenn sie aufgehört hatte zu bestehen, ungeduldige und vorzeitige Versuche unternommen wurden, sie wieder zu errichten. Diese Versuche haben nie zu einem Erfolg geführt. Jedesmal kam die neue Internationale erst dann zustande, wenn ihr Wiedererstehen durch die Verhältnisse zwingend wurde und wenn in den Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder die Vorbedingungen dazu geschaffen waren. Sollten wir diese Lehren unbeachtet lassen? Das wäre durchaus nicht nützlich für die kommende Internationale.

Die Gründung der Moskauer Internationale ist so ein verfrühter Versuch. Hat doch selbst der Vertreter des Deutschen Spartakusbundes auf ihrer Gründungskonferenz die Gründung einer neuen Internationale als verfrüht bezeichnet. Es geht auch nicht an, daß ein Teil der internationalen Arbeiterbewegung eine Internationale gründet, ein Programm aufstellt und eine Taktik vorschreibt, die von allen andern einfach hingenommen werden soll. Der Gründung einer Internationale müssen nationale und internationale Auseinandersetzungen und Klärungen vorausgehen. Und gerade in dieser Zeit welterschütternder Ereignisse und grenzenloser Verwirrung ist es doppelt nötig, durch den Kampf der Geister zur Klarheit — und damit zur Aktionsfähigkeit zu kommen.

Die Zeit drängt, wir können nicht warten, hören wir als Einwand, die Weltrevolution muß unmittelbar herbeigeführt werden, soll Sowjetrußland nicht zugrunde gehen und die Weltrevolution nicht für absehbare Zeit abdanken. Gewiß, die Zeit drängt. Und welcher revolutionäre Sozialist sehnt nicht mit allen Fasern seines Herzens die Erhaltung des revolutionären Rußland und den Fortgang der Weltrevolution herbei. Diese Sehnsucht darf uns jedoch nicht zu Mitteln der Ueberstürzung und Verzweiflung greifen lassen. Je stärker diese Sehnsucht ist, desto mehr verpflichtet sie uns zur Schaffung einer proletarischen Macht, die imstande ist, die revolutionäre Epoche abzukürzen. Die Bildung dieser proletarischen Macht wird aber gerade durch die Zersplitterung der Internationale verhindert. Durch eine Zersplitterung ohne durchschlagenden Grund. Es ist nur die schlichte Feststellung einer Tatsache, wenn hier erklärt wird, daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht minder revolutionär sind, als die Parteien der Moskauer Internationale.

Die Zeit drängt. Das sagten Ungeduldige schon 1848, in der Annahme, daß die proletarische Revolution binnen zweimal 24 Stunden kommen werde. Und mußten sie nicht einsehen lernen, daß sie im Irrtum waren? Mußte sich deswegen die Arbeiterbewegung begraben lassen? Im Gegenteil, sie ist ständig gewachsen und reifer und stärker geworden. Heute wissen wir aus der Geschichte der Internationale, wie verderblich es ist, aus der rauhen Wirklichkeit harter Tatsachen in die Gefilde phantastischer Ideen und Illusionen zu flüchten.

Wer wagt es heute, ernsthaft zu behaupten, daß binnen zweimal 24 Stunden die Weltrevolution auch nur in allen europäischen Ländern ausbrechen wird? Ohne Frage, die Weltrevolution ist unvermeidlich, sie wird in allen kapitalistischen Ländern kommen, weil sie kommen muß, weil sie ihre bestimmte historische Mission hat, weil wir in ihrem Sinne bewußt auf die Entwicklung einwirken. Wenn aber nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, dann wird es noch eines harten, zähen und langwierigen Kampfes bedürfen, bis die Weltrevolution durch alle Lande braust. Es wäre eine verhängnisvolle Illusion, nichts mehr zu sehen, als die über Nacht kommende Weltrevolution und alle Kampfmittel bis auf die direkte Aktion für den unmittelbaren letzten Erfolg zu mißachten. Es wäre eine für jeden Politiker unverzeihliche Unterlassungssünde, die proletarische Bewegung nicht auch auf ein langwieriges, zähes Ringen einzustellen.

Wie leicht erscheint manchen die Lösung des Problems der Internationale. Nach Moskau! Gehen wir nach Moskau! — Dieser Weg führt uns aber nicht zur Lösung, wenn wir unseren revolutionären sozialistischen Grundsätzeu treu bleiben, wenn wir nicht als revolutionäre sozialistische Partei Selbstmord verüben wollen. Die Moskauer Beschlüsse atmen schonungslose Feindschaft gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. In dem Manifest der Moskauer Internationale heißt es:

„Wenn der Krieg von 1870 der ersten Internationale einen Schlag versetzte, indem er die Tatsache enthüllte, daß hinter dem sozial-revolutionären Programm noch keine geschlossene Macht der Massen stand, so tötete der Krieg von 1914 die zweite Internationale, indem er zeigte, daß über den zusammengeschweißten Arbeitermassen Parteien stehen, die sich in untertänige Organe des bürgerlichen Staates verwandelten.

Dies bezieht sich nicht nur auf die Sozialpatrioten, die heute offen in das Lager der Bourgeoisie übergegangen, zu ihren bevorzugten Vertrauenspersonen und zu verläßlichen Henkern der Arbeiterklasse geworden sind, sondern auch auf das verschwommene, unbeständige sozialistische Zentrum, das heute bemüht ist, die zweite Internationale, d. h. die Beschränktheit, den Opportunismus und die revolutionäre Machtlosigkeit ihrer leitenden Spitzen zu erneuern. Die Unabhängige Partei Deutschlands, die heutige Mehrheit der sozialistischen Partei Frankreichs, die Gruppe der Menschewiki in Rußland, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und andere ähnliche Gruppen versuchen tatsächlich den Platz auszufüllen, den die alten offiziellen Parteien der zweiten Internationale vor dem Kriege eingenommen hatten, indem sie wie früher mit Ideen des Kompromisses und der Einigung auftreten, auf diese Weise mit allen Mitteln die Energie des Proletariats paralysieren, die Krise in die Länge ziehen und somit das Elend Europas noch vergrößern. Der Kampf gegen das sozialistische Zentrum ist die notwendige Vorbedingung des erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus."

Die unabhängigen Volksbeauftragten beteiligten sich im November 1918 nicht an der Regierung als „untertänige Organe des bürgerlichen Staates", sondern als Beauftragte der revolutionären Arbeitermassen, um die Macht des bürgerlichen Staates zu brechen. Das wurde vereitelt durch den Verrat der Rechtssozialisten und durch die mangelnde revolutionäre Geschlossenheit und Zielklarheit der breiten Massen. Ende Dezember 1918 traten die Unabhängigen aus der Regierung aus, um Schulter an Schulter mit dem sozialrevolutionären Proletariat den schärfsten Kampf gegen die rechtssozialistisch-bürgerliche Regierung und den bürgerlichen Staat zu führen. Tut nichts. Im März 1919 wird die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands in Moskau als „untertäniges Organ des bürgerlichen Staates" verächtlich gemacht.

In der Moskauer Resolution über die Stellung zu den sozialistischen Strömungen und der Berner Konferenz wird gesagt:

„Das „Zentrum" besteht vom Beginn des Krieges an auf „Einigung" mit den Sozialchauvinisten. Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg predigt das „Zentrum" weiterhin die gleiche „Einheit", d. h. die Einheit der Arbeiterkommunisten mit den Mördern der kommunistischen Führer Liebknechts und R. Luxemburgs."

„Es ist unbedingt erforderlich, die revolutionären Elemente vom Zentrum abzuspalten, was nur durch schonungslose Kritik und Bloßstellung der Führer des „Zentrums" zu erreichen ist. Der organisatorische Bruch mit dem „Zentrum" ist eine absolute historische Notwendigkeit. Es ist die Aufgabe der Kommunisten eines jeden einzelnen Landes, den Augenblick dieses Bruches je nach der Entwicklungsstufe, welche die Bewegung bei ihnen erreicht hat, zu bestimmen."

Man sage nicht, das war im März, bevor sich die Unabhängigen ihr Revolutionsprogramm gegeben haben. Heute würden die Moskauer solche Beschlüsse nicht mehr fassen. Ganz abgesehen davon, daß die Beschlüsse nicht außer Kraft gesetzt sind, gelten sie heute noch als maßgebend für die Agitation der deutschen Kommunisten. Die Moskauer Beschlüsse gegen die Unabhängigen werden als Flugschriften und Flugblätter, in der Presse und in Versammlungen heute noch verbreitet und vertreten. Die Kommunisten greifen uns heute noch, von der Grundlage ihrer Moskauer Beschlüsse ausgehend, planmäßig in öffentlichen Volksversammlungen an, die von den Unabhängigen einberufen werden. Die Kommunisten verschonen oft genug die Rechtssozialisten und sogar die Bourgeoisie, um die Wucht ihres Kampfes gegen uns allein zu richten. Mir persönlich ist das wiederholt passiert. In einer Volksversammlung in Hannover traten drei Rechtssozialisten und fünf Kommunisten gegen unsere Partei auf. Die Kommunisten gehen dabei meist nicht auf die grundsätzlichen und taktischen Gegensätze zwischen unserer und ihrer Partei ein, sie greifen immer wieder dieselben „Führer des Zentrums" an, um sie eben, getreu den Moskauer Beschlüssen, „schonungslos bloßzustellen" und den Spaltpilz in unsere Partei zu tragen.

Diese Moskauer Taktik ist ebenso beklagenswert, wie sie schädigend auf die revolutionäre proletarische Bewegung wirkt. Unsere Agitatoren, wie ich selbst auch, haben sich unzähligemal laut und öffentlich mit den Kommunisten als revolutionäre Klassenkämpfer solidarisch erklärt. Wir haben über alle Gegensätze und bitteren Erfahrungen hinweg zu den Kommunisten gestanden, weil die ganze Meute der Reaktion auf ihren Fersen war. Wir haben uns regelmäßig darauf beschränkt, Angriffe und Anschuldigungen sachlich zurückzuweisen. Das alles hält die Kommunisten nicht davon ab, immer wieder ihre Zertrümmerungstaktik gegen unsere Partei anzuwenden. Der linke Flügel des revolutionären sozialistischen Proletariats könnte einig und geschlossen dastehen, wenn die Kommunisten es wollten!

Es liegt aber System in der Moskauer Taktik gegen die Unabhängigen. Bevor in Deutschland eine Klärung und Sammlung möglich war, haben die Kommunisten den revolutionären sozialistischen Flügel des Proletariats gespalten. Syndikalistische Kommunisten bemühen sich, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zertrümmern. Kommunisten haben dieser Tage die sozialistische Jugend auseinandergerissen. Sie wollen nun auch die Unabhängige Sozialdemokratie sprengen. Dabei haben die Kommunisten mit ihrer Taktik so vollkommen Schiffbruch gelitten, daß ihre eigene Partei sich in einem Zustand der Desorganisation befindet. Die Kommunisten laufen gegen ihre eigene Zentrale Sturm. Vertreter des Parlamentarismus wüten gegen Antiparlamentarier, sozialistische Kommunisten gegen syndikalistische und anarchistische Kommunisten. Eine trostlose Zerfahrenheit und Zerrüttung in der ganzen kommunistischen Partei. Ueberall niederreißen, zerstören, verwüsten, zertrümmern, ein Chaos auf allen

Gebieten. Ganz im Sinne Bakunins: Zertrümmerung aller Autorität durch Entfesselung böser Leidenschaften. Niederreißen aller Organisation. Und aus den Trümmern wird durch den natürlichen Instinkt der Massen das neue große Wunder erwachsen.

Kampf ohne Pardon gegen die sozialrevolutionären Unabhängigen! Verbrüderung mit den Syndikalisten! Das ist ebenfalls eine Moskauer Parole. Das Moskauer Manifest erklärt:

„Indem wir die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Fäulnis der überlebten offiziellen sozialistischen Parteien verwerfen, fühlen wir, die in der dritten Internationale vereinigten Kommunisten, uns als die direkten Fortsetzer der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen, von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg."

Und in den Richtlinien der Moskauer Internationale nach einer erneuten Absage an die Unabhängigen:

„Auf der andern Seite ist ein Block mit denjenigen Elementen der revolutionären Arbeiterbewegung notwendig, welche, obgleich sie früher der sozialistischen Partei nicht angehörten, jetzt im großen und ganzen auf dem Standpunkte der proletarischen Diktatur in der Form der Rätemacht stehen, z. B. mit entsprechenden Elementen des Syndikalismus."

Zurück zur Zeit vor Marx! Zurück zu Babeuf! Zurück zum Syndikalismus! Das ist der Weisheit letzter Schluß. Wenn die „entsprechenden Elemente des Syndikalismus" auch nur „im großen und ganzen" auf dem Standpunkt der proletarischen Diktatur in der Form der Rätemacht stehen, so sind sie den Moskauern trotzdem als Blockgenossen willkommen. Tod aber den Unabhängigen, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, die die proletarische Diktatur und das Rätesystem in ihrem Programm aufgenommen haben.

Die ganze Taktik der Moskauer Internationale beruht auf dem fundamentalen Irrtum, daß die proletarische Revolution heute und morgen in jedem kapitalistischen Staat zum Ausbruch kommt. Mit einem Kampf über diese Zeit hinaus wird garnicht gerechnet. Es ist die Taktik der Verzweiflung, der Versuch, die Weltgeschichte zu vergewaltigen. Diese Taktik hat aber die Wirkung, die Reaktion zu fördern, anstatt der Revolution zu nützen. Sie stiftet überall Verwirrung in den Reihen der Arbeiter, sie wirkt wie Sprengpulver auf die proletarischen Armeen in den verschiedenen Ländern und hindert ihre Aktionsfähigkeit auf nationalem und internationalem Gebiet. Die Regierungen der Entente schicken ihre Bajonette gegen Rowjetrußland. Deutsche Landsknechte unterstützen das Kesseltreiben der Reaktion gegen die russische Sowjetregierung. Der russischen Revolution kann desto wirksamer geholfen werden, je stärker und geschlossener die sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern ihren reaktionären Regierungen entgegenzutreten imstande sind.

Den Weg nach Moskau haben die Moskauer selbst durch ihre Beschlüsse und durch ihre Praxis gegen die Unabhängigen für uns gesperrt. Auf Grund dieser Beschlüsse könnten wir nur in den Kreml gelangen, wenn wir uns blindlings den Kommunisten unterordnen und in die internationale kommunistisch-syndikalistische Organisation aufgehen würden.

Die Moskauer Beschlüsse können nicht die Plattform einer neuen Internationale bilden, diese Plattform kann nur von allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder gemeinsam geschaffen werden,

Darum sind auch die Versuche entschieden abzulehnen, durch die die sogenannte zweite Internationale wieder erstehen soll.

Diese Internationale hatte ihre Berechtigung zu ihrer Zeit. Heute wäre sie nichts als ein Gespenst aus der Vergangenheit. Nicht alte Posthörner aus vergangenen Tagen können heute den Kapitalisten den Marsch blasen, sondern die Posaunen des jüngsten Gerichts müssen ertönen. Mögen die Toten ihre Toten begraben. Die neue Internationale wird der Fels sein, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut wird.

Es bleibt kein anderer Weg, wir müssen mit allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder, mit Einschluß der Bolschewisten, Verbindungen anknüpfen und Beziehungen zu ihnen herstellen und Vorbereitungen treffen, zur Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses. Zu diesem Weltkongreß sollen alle sozialistischen Parteien zugelassen werden, die durch Wort und Tat den selbständigen Klassenkampf führen, die die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter erstreben, die auf dem Boden des Rätesystems stehen und die die Diktatur des Proletariats als notwendige Uebergangsmaßnahme für die Zeit vom Kapitalismus bis zum Sozialismus anerkennen. Die sozialistischen Parteien mit einem solchen Programm werden allein in der Lage sein, eine aktionsfähige, siegverheißende Internationale zu bilden.

Die Schaffung einer solchen Internationale ist ein zu gewaltiges Werk, als daß es in einigen Wochen oder Monaten vollendet sein könnte. Aber ein Werk, das erstehen wird, wenn wir ernsthaft wollen. Es sind viele Schwierigkeiten zu überwinden. Wie viel Mühe wird es nicht allein schon kosten, auch nur wieder die Verbindungen zwischen den sozialistischen Parteien aller Länder herzustellen! Alle diese Schwierigkeiten sind aber dazu da, daß sie überwunden werden.

In den verschiedenen Ländern ringen sich die sozialistischen Organisationen mehr und mehr zur Klarheit durch, sind sie dabei, sich auf dem heute gegebenen Kampffeld zu orientieren, die Kaders zu bilden, die Waffen zu prüfen, zu ergänzen und zu schärfen. In den verschiedenen Ländern vollzieht sich in immer steigendem Maße die Vereinigung des Proletariats auf dem Boden der sozialrevolutionären Grundsätze, zur Fortführung der proletarischen Revolution. Das alles muß auch auf dem Gebiet der Internationale geschehen. Dann werden wir in einer internationalen Organisation alle revolutionären Sozialisten von Sibirien, über Asien, Europa und Amerika bis Japan zusammenfassen können. Dann werden die Proletarier aller Länder eine eigene Internationale haben, zu der auch die Sozialisten der westlichen Staaten Europas gehören, der Länder, die kapitalistisch am höchsten entwickelt und die darum, wie uns das Studium der Wirtschaftsgeschichte und der gesellschaftlichen Entwicklung lehrt, am reifsten für die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus sind. Eine Internationale, die in Wort und Tat revolutionär ist, ohne jeden opportunistischen Krankheitskeim. Eine Internationale für den internationalen Triumph des Sozialismus.

Politische Rundschau

Deutschland

Ein Dokument, das genügt

Die Wiener Zeitungen veröffentlichen aus den demnächst herauskommenden deutschen Dokumenten über den Kriegsausbruch einen Brief des Legationsrates von Schön an den bayrischen Ministerpräsidenten Graf Hertling, desselben Herrn Schön, der Eisner der Fälschung bezichtigt hat. Es würde vollkommen genügen, wenn die Dokumente aus diesem einzigen Brief beständen, der völlig genügt, um der Diskussion über die Schuldfrage ein- für allemal ein Ende zu bereiten und jeden, der sich nicht absichtlich die Augen verschließt und die Ohren verstopft, über die verbrecherische Gesellschaft des alten, von vielen wieder so heiß herbeigesehnten Deutschland aufzuklären. In diesem Brief heißt es:

„Der diplomatische Schritt der Wiener Regierung wird mit der Uebergabe einer Note in Belgrad am 26. d. M. eingeleitet. Die Hinausschiebung erfolgte, weil man die Abreise Poincarés und Vivianis aus Petersburg abwarten wollte. Auch will man bis dahin mit der Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs die friedlicheren Tendenzen vortäuschen und auf Börse und Presse Einfluß nehmen.

Wie Zimmermann mir mitteilt, wird die Note folgende drei Forderungen aufstellen:

1. Der König von Serbien soll in einer Proklamation erklären, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung fernstehe,

2. die serbische Regierung soll gegen die Mörder des Thronfolgerpaares eine Untersuchung einleiten, an der auch ein österreichischer Beamter teilnimmt,

3. schärfstes Vorgehen gegen alle Teilnehmer der großserbischen Bewegung.

Die Befristung der Note dauert 48 Stunden. **Man ist hier der Meinung, daß Serbien die Bedingungen nicht erfüllen kann.** Infolgedessen wäre der Krieg unvermeidlich. Oesterreich müsse die Lage ausnützen, doch zweifelt sowohl Jagow als Zimmermann, ob man sich in Wien tatsächlich dazu entschließen wird. Wir haben auf die Frage Wiens geantwortet, **daß wir mit Oesterreichs Vorgehen einverstanden sind, sogar auf die Gefahr hin, mit Rußland in einen Krieg zu kommen.** Zimmermann hat den Eindruck, daß die furchtsamen und stets besorgten Kreise in Wien es sogar unangenehm empfunden haben, daß man Oesterreich vorher nicht offiziell ermahnt hatte.

Nach hiesiger Auffassung wird die Stellung der anderen Großmächte davon abhängen, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder Gebietszugeständnisse erstreben wird. Im ersten Fall wäre der Krieg lokalisiert, im zweiten **müsse man mit größeren Verwicklungen rechnen.** Die Reichsregierung werde im Interesse der Lokalisierung des Krieges sofort nach Uebergabe der Note eine Aktion bei den Großmächten beginnen und ihnen gegenüber behaupten, daß Deutschland durch die Aktion Oesterreichs ebenso überrascht wurde, wie die anderen Großmächte. **(Ich möchte bemerken, daß wir nicht einmal Italien unterrichtet haben.)"**

Von einem anderen Dokumente, das sich auf den „Friedenskaiser" bezieht, wird aus Budapest folgendes gemeldet:

Der Pester Lloyd veröffentlicht den vom Historiker, Bischof Wilhelm Fraknoi, im Wiener kaiserlichen Archiv aufgefundenen Geheimbericht des Grafen Tisza vom 4. Dezember 1915 an den Kaiser Franz Joseph über seinen Besuch bei Kaiser Wilhelm II. Er erklärt darin, daß er vergeblich versuchte, die ihm allzu optimistisch erscheinenden Anschauungen des Kaisers Wilhelm, der die Kräfte des Gegners beträchtlich unterschätzte und über den weiteren Verlauf des Krieges und dessen Ausgang allzu günstige Erwartungen hegte, auf den Boden der realen Tatsachen zurückzuführen. Er halte es darum für notwendig, durch Vermittelung der Lenker der verantwortlichen deutschen Politik dauernd einen mäßigenderen Einfluß auf Kaiser Wilhelm auszuüben.

Der Sturmlauf gegen die Arbeiter-Aufsichtsräte.

Kein Tag vergeht, an dem die kapitalistische Presse ihren Bannstrahl gegen das „Unannehmbare im Betriebsrätegesetz-Entwurf" sendet. Am schärfsten liegt den Unternehmern die Bestimmung über die Arbeiter-Aufsichtsräte im Magen. Wie die Rechtssozialisten hiermit einen festen Stützpunkt zur Heranbildung von Sachverständigen der Sozialisierung glauben gewinnen zu können, so befürchten die Unternehmer durch diese Bestimmung eine unerwünschte Beschleunigung des Endes ihrer Herrlichkeit. Im Berliner Tageblatt nimmt zum soundsovielten Male Herr „Reichsminister a. D." Gothein das Wort. Er kennt den Rummel. Und sein bedrängtes Herz erzittert bei dem Gedanken, die Arbeiteraufsichtsräte könnten dahinter kommen, wie von den Aufsichtsräten der Oeffentlichkeit die Augen verkleistert wurden.

„Die Bilanzen der Aktiengesellschaften werden ververöffentlicht: jeder Arbeiter kann sie einsehen. Aber wie sie aufgestellt werden, wie die einzelnen Vermögensobjekte darin bewertet werden, das ist die Sache des Vorstandes und des Aufsichtsrats. Eine Gesellschaft, die sie nach den Gestehungskosten abzüglich der Ausnutzung in die Bilanz einstellen wollte, würde nach wenigen Jahren bankerott sein. Sie vermöchte keine ungünstige Konjunktur zu überleben; jeder größere technische Fortschritt, der die bisherigen Maschinen und Verfahren entwertet, würde sie konkurrenzunfähig machen. Die deutsche Industrie ist groß geworden nicht an den Gewinnen, die sie ausgewiesen hat, sondern an denen, die sie versteckt hat. Aus diesen hat sie ihre Erweiterungsbauten, ihre technischen Verbesserungen bestritten, hat sie sich beständig verjüngt und leistungsfähig erhalten, hat sie bis zum Krieg immer neuen Arbeitermassen stets lohnende Beschäftigung verschafft."

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

12]

Der Zug von Eleganz und Distinguiertheit, den ihre äußere Erscheinung aufweist, findet sich auch in ihren Neigungen und Anlagen. Ist es ein solches Todverbrechen, wenn ein so junges und schönes Wesen, das für Luxus und Wohlleben geschaffen wurde und irgendwoher, vielleicht von einem geheimen Ahnherrn diesen Zug ihres Blutes bekommen hat — ist es eine solche Todsünde, wenn ein so junges, unerfahrenes und lebensdurstiges Ding, dem jeder ihm begegnende Mann nachstellt, vorübergehend einem Herrn Steffens in die Hände fällt und den Lockungen seiner Bettelpfennige erliegt?

Gewiß hätte meine Klientin, die Angeklagte, ihre schöne Tochter in diesem einen Falle besser behüten können, aber die Frau leistet schwere Arbeit und ist in Anbetracht des Gebrechens ihres Mannes die eigentliche Ernährerin der Familie. Daß Frau Hecker von den paar Mark, die Herr Steffens etwa fünfmal an die Zeugin Fräulein Hecker entrichtet hat, jemals auch nur einen Pfennig erhielt, das ist weder erwiesen noch anzunehmen.

Das kann auch nicht die Grundlage für eine Bestrafung von so ungeheuerlichem Ausmaße abgeben, wie der Vertreter der Anklagebehörde sie soeben beantragte. Einen zweiten Fall, in dem die Zeugin Fräulein Hecker Geldzuwendungen von ihr bekannten Herren angenommen hat, vermochte der rührige Zeuge und Denunziant, Herr Koch, nicht nachzuweisen. Das hat den Herrn Staatsanwalt nicht gehindert, die Zeugin mehrfach als Dirne, als Kontroll- und Straßenmädchen zu bezeichnen. Der Fall Lokatos liegt gänzlich anders und ist in jedem Betracht dazu angetan, die Angeklagte zu entlasten.

Der nach der Bezeichnung des Herrn Staatsanwalts „zugewanderte" Herr Lokatos ist der Sohn eines ungarischen Großgrundbesitzers. Der junge Maler besitzt neben seinem schon heute sehr fruchtbaren Talente eine feste Jahresrente von zehntausend Mark. Er ist, ich stelle das hier auf Grund seiner direkten Veranlassung hier fest, nicht der Liebhaber der Zeugin Fräulein Hecker, sondern deren legitimer Verlobter. Er hat ihr das feste Heiratsversprechen gegeben. Das Fräulein trägt, wie ihr Verlobter, bereits den Ehering an der linken Hand . . ."

Der Verteidiger machte eine Pause und musterte den Richtertisch. Die Wirkung dieses gänzlich neuen Argumentes war verblüffend. Die Richter rissen die Augen auf, und des Staatsanwaltes Züge erstarrten völlig. Tiefe Bläße war über sie gekommen . . .

„Es ist," fuhr der Verteidiger fort, „in den unteren Schichten unseres Volkes ganz allgemeiner Brauch, daß Brautleute schon vor der Hochzeit wie Eheleute miteinander leben. Es wäre also nicht anderes als die Uebung einer allgemeinen Volkssitte, die der Angeklagten zur Last fiele, wenn sie einen intimen Verkehr zwischen ihrer Tochter und deren verlobtem Bräutigam duldete und zugab. Aus diesem Verhalten der Angeklagten den Tatbestand der schweren Kuppelei extrahieren zu wollen, erscheint mir so gezwungen wie grausam.

Wollte man diesen Standpunkt strikt im Lande durchführen, so würden die Zuchthäuser bald nicht mehr ausreichen, alle die schuldigen Mütter aufzunehmen. Der Vertreter der Anklagebehörde sah sich veranlaßt, am Schluß seiner Ausführungen hier Gott selbst anzuführen, als den Rächer aller Uebeltaten. Es scheint mir wenig in den Absichten einer gütigen und menschliche Schwächen verstehenden Gottheit gelegen, eine arme Familie dadurch unnötig ins Unglück zu stürzen, daß man ihre Ernährerin mit einer zweijährigen Zuchthausstrafe ihrer ehelichen Arbeit entzieht und einen lange Jahre schwer kämpfenden Hausstand auf solche Weise dem Untergange preisgibt. Es hieße das Glück, das durch diese reiche und gute Heirat der Tochter dem Elendskampfe dieser bejahrten Eltern ein Ende macht, in Trümmer schlagen, wenn auf die rachsüchtige Denunziation des Zeugen Koch hin Frau Hecker nun ins Zuchthaus wandern sollte.

Die Schicksaler junger, mit Schönheit gesegneter Mädchen in dieser Riesenstadt sind oft genug wie Glücksmärchen. Hier will sich ein solches vollziehen. Vernichten Sie es nicht, meine Herren Richter. Der Bräutigam des Fräulein Hecker ist ein Künstler und steht deshalb auf einem anderen Moralstandpunkte wie wir Alltagsmenschen. Ihm tut es nichts, daß seine Verlobte infolge ihrer sozialen Ungeschütztheit die Sünde kurz gestreift hat. Dies macht der blonden Schönheit in des Künstlers Augen keinen untilgbaren Flecken. Er reicht der Erwählten trotzdem die Hand und zieht das Mädchen erlöserhaft zu sich empor in der Art, wie Altmeister Goethe das einst geträumt und wohl auch selbst in seinem Leben gewagt und vollzogen hat. „Unsterbliche heben mit feurigen Armen verlorene Kinder zum Himmel empor."

Ich vertraue der Lebens- und Weltkenntnis der Herren Richter so zweifellos, daß ich, in Ansehung der besonderen Umstände dieses eigenartigen Falles, einen glatten Freispruch für meine Klientin hier erwarte."

Als der Verteidiger seine Ausführungen begann, hörte Jordan vorerst mit einem gewissen fachmännischen Wohlgefallen zu. Welch eine Fertigkeit, dachte er, die Dinge mit dialektischem Geschick so zu drehen und zu wenden, daß sie in ihr Gegenteil verkehrt werden. Eine Kunst eigentlich.

Wie wenn ein Maler das Motiv einer öden Alltagsecke mit umbildender Phantasiekraft in eine ideale Landschaft wandelt. Aber wenn der bildende Künstler mit einer holden Täuschung Schönheit schafft und so die Welt um einen Glücksfaktor bereichert, hier, an Gerichtsstatt, galt denn doch ein gänzlich anderes Ziel.

Hier sollte die reine und nackte Wahrheit gesucht und festgestellt werden, und wer die Tatsache entstellte, der verschleierte die Wahrheit und führte die Gerechtigkeit irre. Das gerade war es, was Jordan so häufig die Verteidigerschaft geringschätzen machte, daß sie alle Mittel im Kampfe gelten ließ und zu Erlangung von Vorteilen keine noch so gewagte Behauptung scheute, nur um die Sache, für die sie stritt, in eine bessere Lage zu bringen. Der Aufwand von Pathos vollends für Behauptungen, denen der Redner im innersten Herzen selbst nicht beipflichten konnte, der dünkte Jordan eine wenig achtbare Handlung.

Jetzt aber machte der Verteidiger gar einen Vorstoß mit einem einfach abgefeimten Juristentrick.

Die Hecker die legitime Braut des ungarischen Malers — das war denn doch der Gipfel der Unverfrorenheit! Wahrhaftig die echt semitische Umsicht dieses Verteidigertalentes hatte es fertig gebracht, darauf zu verfallen, dieses rasch improvisierte Brautpaar mit zwei funkelnagelneuen Trauringen zur Stelle zu schaffen und mit dem pfiffigen Einfall dieser Momentsverlobung die Kuppeleianklage auf das gefährlichste zu erschüttern. Ihn selbst sogar, den erfahrenen Kriminalisten, hatte der Pfiffikus von Verteidiger dabei im ersten Augenblick mit dieser kecken Finte zu übertölpeln vermocht.

Denn bei der ersten Ankündigung dieser Verlobung durch den Verteidiger hatte Jordan fast einen physischen Schmerz empfunden, der ihm freilich im Augenblick ganz unverständlich war. Auf dem tiefen Grunde seiner Seele suchte er den Anlaß dieses Unlustgefühles und fand ihn nicht.

Es war sicher nicht der Anklagevertreter, der durch diese ungeahnte und plötzliche Wendung der Dinge seine Position im Handumdrehen arg verschlechtert sah, der diesen Schmerz empfand.

Nein, er, Jordan, war es, Jordan, der Mensch, der einen wehen Ruck verspürte, als der Verteidiger erklärte, Herta Hecker sei die Braut des Malers, der sie heiraten werde. Ganz ratlos stand Matthias Jordan vor diesem rätselhaften Schmerzgefühl, dessen Anlaß ihm noch im tiefsten Schicksalsdunkel lag. Aber hier galt es jetzt nicht, wirren und krankhaften Regungen der eigenen Seele nachzuspüren, hier galt es vielmehr, das Lügengewebe mit einem Hiebe zu zerreißen, der Wahrheit und Gerechtigkeit zum Schutz und zur Ehre. Jordan erhob sich zur Replik.

(Fortsetzung folgt.)

Herr Gothein muß die Oeffentlichkeit doch für naiver halten als sie ist, wenn er ihr jetzt einreden will, die Aufsichtsräte hätten die Gewinne versteckt, um Erweiterungsbauten und technische Verbesserungen durchführen zu können. Dazu stehen florierenden Aktiengesellschaften ganz andere Mittel zur Verfügung, als versteckte Gewinne. Der Hauptgrund zum Verstecken der Gewinne ist, der Oeffentlichkeit ihre großen Profite und damit den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu verbergen.

Nach dem Verhalten der Unternehmerpresse und der Unternehmer-Organisationen konnte es scheinen, als ob in der Tat den Arbeiter-Aufsichtsräten größere Bedeutung beizumessen wäre. Aber Gothein schüttet denen, die auf diese Perle im Betriebsrätegesetz besonders stolz sind, auch gleich einen gehörigen Schuß Wermut in den Wein, indem er darlegt, was folgt, wenn die Arbeiter-Aufsichtsräte eingeführt werden:

„Vor völlig zuverlässigen Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeiter kann alles ruhig verhandelt werden. Haben Vorstand und Aufsichtsrat dieses Zutrauen zu ihnen aber nicht, so würden alle wichtigen Sachen in vertraulichen Besprechungen der von den Aktionären gewählten Aufsichtsratsmitgliedern abgemacht und würde in den offiziellen Sitzungen nur noch das Formale erledigt werden. Das ist unerwünscht, aber es wäre die notwendige Sicherung gegen Vertrauensbruch. Uebrigens ist es ein Verfahren, das unter Umständen schon heute nicht selten angewendet wird."

Womit gesagt sein soll, daß dieser Gang der Dinge wirklich ernst zu nehmen ist. Ist es auch etwas altes, so ist es im Zusammenhang mit den rosigen Hoffnungen auf die „segensreiche" Tätigkeit der Arbeiter-Aufsichtsräte neu genug, um als Faktor bei der Unwirksammachung des ganzen unzulänglichen Gesetzes-Fabrikates mit in Rechnung gestellt zu werden.

Zum Berliner Metallarbeiterstreik

Aus den Berliner Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Die Unternehmer schlugen für die Arbeitsaufnahme folgendes vor:

1. Der Streik wird für beendet erklärt. Die Arbeit wird in allen Betrieben von sämtlichen Arbeiterkategorien nach Maßgabe der Ziffer 2 aufgenommen.

2. Die Betriebe werden die (sämtliche) Arbeiter nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse mit möglichster Beschleunigung wieder einstellen. Vor dem 15. Dezember 1919 darf der Platz eines aus Anlaß des Streiks noch arbeitslosen Arbeiters nicht durch betriebsfremde Arbeiter besetzt werden.

3. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse, die infolge des Streiks nicht entlassen worden sind, nehmen sofort ihre Tätigkeit im Arbeiterausschuß wieder auf. An die Stelle entlassener Arbeiterausschuß-Mitglieder treten deren nicht entlassene Stellvertreter. Eine Neuwahl findet nach den gesetzlichen Bestimmungen statt, sofern nicht mehr die gesetzliche Zahl der Arbeiterausschuß-Mitglieder vorhanden ist.

4. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt. Diejenigen, die während des Streiks gearbeitet haben, einschließlich der Arbeiter, die während des Streiks neu eingestellt wurden, dürfen in keiner Weise belästigt oder benachteiligt werden. Ueberhaupt darf keinerlei Belästigung oder Benachteiligung wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder politischen Partei stattfinden.

5. Die durch den Streik herbeigeführte Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses soll bei Bemessung des Urlaubes nicht als solche angesehen werden. Es wird also die vor dem Streik im Betrieb verbrachte Zeit angerechnet.

6. Die durch die Einklassifizierung sich ergebenden neuen Löhne treten unter der Voraussetzung der Ziffer 1 am Tage nach der Verkündigung des Gesamtschiedsspruchs in Kraft.

Dieser oben stehende Vorschlag der Unternehmer wurde uns am 29. Oktober überreicht. Wir forderten das (in Klammern stehende) in Ziffer 2 gesperrte Wort als Zusatz. Die in den übrigen Ziffern gesperrten Sätze sollten in Wegfall kommen. Ferner zu Ziffer 2 folgenden Zusatz: „Der Arbeiterschaft werden dieselben Rechte gewährt, wie diese sie bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatte."

Zu Ziffer 6 verlangten wir folgenden Zusatz: „Spätestens vom 1. November 1919 an."

Nachdem die Unternehmer sich zurückgezogen hatten, gaben sie folgende Erklärung ab;

„Das Wort „sämtliche" in Ziffer 2 kann nicht angenommen werden."

Ziffer 3 soll unverändert stehen bleiben mit folgendem Zusatz: „Wo kein vollzähliger Arbeiterausschuß vorhanden ist, wird den Arbeitern freigestellt, eine Vertretung in geheimer Abstimmung zu wählen, die die Obliegenheiten des Arbeiterausschusses bis zu dessen Neuwahl vorstehen. (Auf Frage antworteten die Unternehmer: nur die Arbeiter, die in den Betrieben sind, haben gegebenenfalls die Vertretung zu wählen, der Zeitpunkt für die Vornahme der Wahlen wird den Arbeitern überlassen).

Zu Ziffer 4 erklärten sich die Unternehmer bereit, den beanstandeten Satz zu streichen.

Zu Ziffer 6 erklärten sich die Unternehmer bereit, den von uns beantragten Zusatzantrag anzunehmen, mit der Modifikation, daß die neuen Löhne vom 3. November an gezahlt würden, wenn die übrigen Punkte angenommen und die Arbeit sofort aufgenommen würde.

Der Streik geht infolge dieses ungenügenden Entgegenkommens der Unternehmer weiter fort. Ganz offenbar haben es die Unternehmer auf die Vernichtung der Betriebsräte abgesehen.

Konservative Bescheidenheit

Durch die Aufhebung der Leder-Zwangswirtschaft sind bekanntlich die Preise für Leder ins Ungemessene gestiegen. Das Reichswirtschaftsministerium hat nunmehr kürzlich eine Verordnung erlassen, die bestimmt, daß ein Drittel des Mehrerlöses von Viehhäuten nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung dem Lieferanten des Viehes, von dem die Häute stammen, zugeführt wird. Das erscheint den profitlüsternen Agrariern aber noch zu wenig; sie verlangen den gesamten Mehrerlös für sich und haben nunmehr zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums einen entsprechenden Antrag gestellt. Auch er beweist, wohin die Fahrt geht. Die Agrarier verlangen die Aufhebung der Zwangswirtschaft nur deshalb, um vollste Wucherfreiheit zu haben und die Schleichhandelspreise zur Norm für alle landwirtschaftlichen Produkte erheben zu können!

Die Entrüsteten

Die Presse berichtet, daß die Polen die Vorsteherin der Gewerbeschule in Posen, eine ältere Dame, sowie zwei Lehrerinnen mit geschlechtskranken Prostituierten zusammengesperrt haben. Darob große Entrüstung über die „Zivilisation und Humanität, wie die Polen sie auffassen". Wir wollen die Barbarei der Polen natürlich in keiner Weise entschuldigen. Den pharisäisch sich empörenden alldeutschen Organen aber wollen wir doch zu bedenken geben, daß seinerzeit im Reichstag Genosse Dittmann die schändliche Tatsache festnageln mußte, daß zwei anständige junge Mädchen, die wegen einer politischen Tat in Schutzhaft genommen wurden, wochenlang mit Prostituierten zusammengesperrt wurden. Im zivilisierten deutschen Reich! Damals haben die Herrschaften, die jetzt am lautesten über die polnische Barbarei schreien, wahrlich nichts besseres zu tun gewußt, als den „Mantel der christlichen Nächstenliebe" über die unbequeme Tatsache zu decken.

Parteigenossen!

Was muß jeder einzelne jetzt tun?

Die Organisation der U. S. P. und ihre Presse für den Agitationsbezirk Elbing,

die Elbinger Volksstimme stärken

ihr neue Leser und neue Inserenten zuführen. Sie ist es, welche die Grundsätze und Forderungen des Sozialismus der Oeffentlichkeit zugänglich macht. Sie ist es, welche die Rechte der Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten verteidigt gegen alle Anmaßungen des Kapitalismus. Es ist deshalb Eure Pflicht, die Druckerei auszubauen, zu vergrößern,

damit sie den Kampf wuchtiger und wirkungsvoller führen kann.

Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, weitere Anschaffungen sind nötig.

Dazu gehört vor allem Geld.

Jedes Mitglied der U. S. P. muß Anteile für die Elbinger Volksstimme zeichnen. Keiner darf zögern, Geld im eigenen Unternehmen anzulegen, das unablässig für die materielle und geistige Befreiung kämpft. Das angelegte Geld wird verzinst. Anteilscheine können gezeichnet werden in der Geschäftsstelle Spieringstraße 21, sowie bei allen Bezirksleitern und Vertrauensleuten. Jeder, auch der kleinste Betrag hilft! Deshalb, Genossen,

zeichnet Anteilscheine!

In und um Elbing

Die Kandidatenliste der U. S. P.

Als Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie Elbings sind für die am 30. November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen folgende Genossen und Genossinnen aufgestellt:

1. Hermann **Baude**, Geschäftsf. d. Bauarb.-Verb., 1. Niederstr. 1.
2. Paul **Köhler**, Geschäftsf. d. Metallarb.-Verb. Kastanienallee 31.
3. Anastasius **Grunwald**, Parteisekretär, Grubenhagen 15.
4. Dr. Ernst **Kranz** II, prakt. Arzt, Sonnenstr. 83.
5. Frau **Agnes Baude**, Ehefrau, 1. Niederstr. 1.
6. Ernst **Vogel**, Dreher, Königsbergerstr. 32.
7. Karl **Paetz**, Maurer, Pangritzstr. 39.
8. Wilhelm **Müller**, Geschäftsf. d. Metallarb.-Verb., Hohezinnstr.
9. Franz **Kühn**, Maschinenarbeiter, Kastanienallee 78.
10. Heinrich **Perschon**, Händler, Hochstr. 97.
11. Erich **Lange**, Lehrer, Wilhelmstr. 37.
12. Franz **Rudnitzki**, Geschäftsf. d. Volksstimme, Gr. Wunderberg 38.
13. Georg **Erbien**, Kupferschmied, Kastanienallee 31.
14. Gottlieb **Poschadel**, Lagerhalter, Aeuß. Marienbgd. 57.
15. Josef **Wilki**, Fabrikarbeiter, Leichnamstr. 63.
16. Hermann **Recht**, Geschäftsf. d. Holzarb.-Verb., Kastanienallee 31.
17. August **Schmidt**, Kupferschmied, Hochstr. 1.
18. Gustav **Heß**, Schlosser, Talstr. 38.
19. Franz **Kinski**, Oekonom, Holzstr 4.
20. Albert **Krüger**, Kaufmann, Georgendamm 21.
21. Karl **Groß**, Gewerksch.-Angest., Gr. Wunderberg 16.
22. Otto **Hellwig**, Schlosser, Ritterstr. 23 b.
23. Franz **Harwardt**, Dreher, Sternstr. 25.
24. Friedrich **Dangel**, Gewerksch.-Angest. d. Metallarb.-Verb., Maasstr. 3.
25. Gustav **Wiewrodt**, Geschäftsführer, Gartenstr. 32.
26. Frau **Harwardt**, Zigarrenarbeiterin, Sternstr. 25.
27. Friedrich **Hippler**, Kaufmann, Leichnamstr. 94.
28. Richard **Döring**, Kesselschmied, Trusostr. 20.
29. Ernst **Gottschalk**, Tischler, Königsbergerstr. 34.
30. Anton **Scheiba**, Dreher, Alter Markt 17.
31. Hans **Papproth**, Angest. d. Metallarb.-Verb., Kl. Wunderberg 38.
32. Friedrich **Bauer**, Schmied, **Sternstr. 44.**
33. Rudolf **Grigoleit**, Buchdrucker, Junkerstr. 15.
34. Frau Gertr. **Kirchner**, Zigarrenarbeiterin, Neuegutstr.
35. Richard **Bütow**, Kupferschmied, Kastanienallee 164.
36. Friedrich **Pohl**, Former, Kastanienallee 46.
37. Ferdin. **Baumgarth**, Arbeiter, 2. Niederstr. 6.
38. Otto **Kretschmann**, Former, Brandenburgerstr. 20.
39. Friedrich **Mergel**, Transportarbeiter, Wittenfelderstr.
40. August **Pfahl**, Schlosser, Junkerstr. 8.
41. Eduard **Melzner**, Dreher, Gartenstr. 13.
42. Wilhelm **Krömke**, Schmied, 2. Niederstr. 11.
43. Paul **Kajewski**, Fabrikarb., Pangritzstr. 9.
44. Theodor **Pannwitz**, Nieter, Kl. Rosenstr. 17.
45. Ernst **Werner**, Tischler, Fischervorberg 5.
46. Heinrich **Kiepert**, Fabrikarb., Pangritzstr. 9.
47. Otto **Papproth**, Schlosser, Mattendorfstr. 26.
48. Bernhard **Kuhr**, Schlosser, Sturmstr. 5.
49. August **Rückbrodt**, Dreher, Gr. Zahlerstr. 19.
50. Paul **Mauter**, Dreher, Grünstr. 28a.
51. Wilhelm **Büscheck**, Rev.-Dreher, Talstr. 14.
52. Albert **Goldau**, Schlosser, Hohezinnstr. 10a.
53. Frau **Groß**, Gr. Wunderberg 16.
54. Alfons **Becht**, Klempner, Kastanienallee 100.
55. Karl **Korban**, Schlosser, Neust. Stallstr. 56.
56. Ferdinand **Riedel**, Fabrikarb., Aeuß. Marienbgd. 9.
57. Gustav **Roßmann**, Schlosser, Sturmstr. 13.
58. Rudolf **Balzer**, Maurer, Sonnenstr. 40.
59. Fran Grete **Dangel**, Neuegutstr. 8a.
60. Wilhelm **Schick**, Nieter, Grünstr. 56.

Ein politischer Prozeß

Vor dem Elbinger Schwurgericht standen gestern unsere Genossen Doleski und Horst, des Landfriedensbruches, der öffentlichen Zusammenrottung, Körperverletzung und Nötigung beschuldigt. Eine geringfügige Sache war hier zu dieser Anklage maßlos aufgebauscht. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge auf der Schichauwerft vom 13. Dezember 1918. Die auszulosenden Geschworenen setzten sich nur zum kleineren Teil aus Handwerksmeistern und Arbeitern zusammen. Die Verteidigung machte darum von ihrem Ablehnungsrecht den weitgehensten Gebrauch, so daß schließlich mehr Geschworene der arbeitenden Schichten ausgelost wurden. Wie sehr der Prozeß die Arbeiterschaft interessierte, konnte man an der starken Besetzung des Zuhörerraumes sehen. Eigentümlich berührte es, daß der Vorsitzende bei der Personenfeststellung die Bemerkung machte, daß Genosse Horst während des Krieges nicht Soldat war (Genosse Horst ist wegen Krankheit zurückgestellt worden), anderseits auf die Auszeichnungen des Genossen Doleski hinwies.

Die Verhandlung zeigte den Rechtssozialisten Hermann Schulz in sehr zweideutiger Beleuchtung. Sehr interessant war die Vernehmung der Zeugen Schulz und Grunwald.

Schulz: Wenn jemand das Herauskarren verurteilt, so bin ich es.

Vorsitzender: Sie sollen in merkwürdiger Weise die Arbeiter auf den Artikel hingewiesen, sagen wir mal auf deutsch: gehetzt haben.

Schulz: Ich weise es ganz entschieden zurück, daß ich gehetzt habe. Das Wort hetzen kenne ich gar nicht.

Vorsitzender: Der Angeklagte Doleski behauptet, daß Sie am Abend vorher im Volkshause vor Zeugen die Aeußerung getan haben: „Wenn die Elbinger Arbeiter sich dieses gefallen lassen, so sind es keine Unabhängige mehr."

Schulz: Ich weise ganz entschieden zurück, daß ich diese Aeußerung getan habe.

Vorsitzender: War der Unterschied in den Dezembertagen so groß zwischen Unabhängigen und Rechtssozialisten?

Schulz: Ja, die Unabhängigen wollten sich nicht einigen.

Zeuge Grunwald erklärt, jener Artikel von Rudnitzki sei von ihm so verstanden worden, daß der Artikel die Spitze gegen einzelne Mitglieder des Arbeiterrats, hauptsächlich aber gegen Schulz gehabt hat. Auch er (Grunwald) habe die Aeußerung Schulz gehört. Ferner habe Schulz tags darauf in einer Frauenversammlung auf eine Anfrage hin seine Genugtuung darüber in folgenden Worten kundgegeben: „Wenn irgend jemand Recht geworden ist, so ist Rudnitzki in vollem Maße Recht geschehen."

Zeuge Swiczkowski erklärte, er hätte Doleski am 23. Dezember, als die Erregung der Schichau-Arbeiter sich gegen Herrn Leux und Carlson richtete, kennen gelernt. Er sei hauptsächlich derjenige gewesen, der durch sein Auftreten es vermocht habe, seine Arbeitskollegen zu beruhigen.

Der letzte Zeuge, Rudnitzki, gibt an, er hätte die beiden Angeklagten in der Menge gesehen. Horst sei ihm wegen seiner Größe aufgefallen, während er Doleski in dem Moment gesehen hat, als er jemanden eine gegen Rudnitzki erhobene Latte aus der Hand wand.

Das Plädoyer des Staatsanwaltes war unter diesen Umständen ziemlich matt ausgefallen. Er bemühte sich zwar, den Begriff der öffentlichen Zusammenrottung aufrecht zu erhalten. Es gelang ihm aber nicht. Die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Wiechowski und Karlewski, zerpflückten nacheinander das Anklagematerial recht gründlich. Der Fall wäre nicht so furchtbar tragisch gewesen, daß eine Welt- und Staatsaktion aus ihm gemacht würde. Wer habe ein Interesse an der Bestrafung? Der Zeuge, der geschädigt sei, habe keinen Strafantrag gestellt, die Firma Schichau habe den Strafantrag zurückgezogen. Bliebe lediglich der Staat. Dem sei am besten gedient, wenn eine verhältnismäßig harmlose Sache nicht ohne Not aufgebauscht würde.

Nach kurzer Beratung kehrten die Geschworenen zurück. Sie verneinten sämtliche Schuldfragen gegen beide Angeklagte. Das Gericht verkündete den Freispruch. Die Verhandlung hatte geendet, wie sie nach der Beweisaufnahme enden mußte.

Unser Kommunalprogramm

In der Wohnungsfrage sieht unser Kommunalprogramm folgende Forderungen vor:

Kommunalisierung des Wohnungswesens.

a) Die Gemeinden haben darauf hinzuwirken, daß sie den Grundbesitz ihres Bezirkes sowie die auf ihm befindlichen Gebäude erwerben, um sie gemeinnützig zu verwalten.

b) Für die genügende Anzahl von Wohnungen ist durch Eigenbau zu sorgen, wobei gesunde Beschaffenheit und Schönheit der Häuser und Wohnräume zu berücksichtigen sowie die für gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Bewohner erforderlichen Einrichtungen (insbesondere gemeinsame Koch-, Wasch- und Badeeinrichtungen) zu treffen sind.

Die Wählerlisten liegen nur noch bis morgen aus. Parteigenossen, seht sie ein! Sichert euer Wahlrecht!

Für Ledige sind besondere Ledigenheime zu errichten.

c) Die Wohnungsaufsicht und Wohnungsvermittlung untersteht gemeindlichen Wohnungsämtern; sie haben Vorschriften über Mietpreise, Beschaffenheit und Kündigung der Wohnungen und die zulässige Zahl ihrer Bewohner zu erlassen.

Elbinger Stadttheater

Die Ehre! Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. — Eines der meist aufgeführtesten Schauspiele ist Sudermanns „Ehre." Seit 1889 beherrscht das Stück fast sämtliche deutsche Bühnen. Den Konfliktsstoff bieten zu diesem Stück die Gegensätze zwischen Vorderhaus und Hinterhaus. Vorne lebt mit seiner Familie der Kommerzienrat Mühlingk, hinten dagegen der Arbeiter Heinecke. Der Sohn des letzteren ist Kaufmann, bei Mühlingk aufgezogen und Filialleiter seiner Firma in Batavia. Als Weltmann kehrt er mit seinem Freund, dem Grafen Trast, nach seiner Heimat, in sein Elternhaus zurück. Die Athmosphäre in seinem Elternhause dünkt ihn erniedrigend, ja er glaubt darin ersticken zu müssen. Er kommt hinter ein Verhältnis seiner jüngsten Schwester Alma mit dem jungen Kurt Mühlingk und muß sehen, daß seine Eltern in ihrer Einfalt und Armut dafür kleine Vorteile und Geschenke genießen. Er fühlt dadurch seine Ehre in den Schmutz gezogen und will sich nach seinen Ehrbegriffen Genugtuung verschaffen. Jedoch begegnet man ihm mit Hohn. Wie kommt er dazu, er, der Kommis der Firma und Sohn des Arbeiters aus dem Hinterhause! Sein Freund, Graf Trast, hat andere Begriffe über die moderne Ehre. Er hat sich längst zu einer anderen Auffassung bekennen müssen und hilft dem jungen Heinecke, sich wieder aufzurichten. Hierbei wird er durch Leonore Mühlingk, die seine Anschauungen teilt, unterstützt. Sie liebt Robert Heinecke und ist erschüttert von den Anschauungen ihres Hauses, in dem die Ehre mit Geld bezahlt wird. Trotz des drohenden Fluches ihrer Familie wirft sie sich ihm als Genugtuung für die ihm angetane Schmach in die Arme. Graf Trast tritt dem sich rasend gebärdenden Kommerzienrat freundlich mit der Erklärung entgegen, daß seine Tochter eine gute Partie mache, denn Robert Heinecke würde sein Kompagnon und Erbe, worauf Kommerzienrat Mühlingk mit kriechender Freundlichkeit die Worte von sich gibt: Warum haben sie das nicht gleich gesagt! Doch Trast behandelte ihn mit großer Ironie und läßt ihn mit den Worten stehen: Ihren geehrten Segen erbitten wir schriftlich! Das Haus war voll besetzt. Den Robert Heinecke gab Herr Mieckley in hervorragender Weise. Auch der abgeklärte Weltmann Graf Trast wurde von Herrn Homfeld glänzend wiedergegeben. Herr Schuhhardt bemühte sich den Kurt Mühlingk noch blasierter zu gestalten, als es schon die Rolle vorschreibt. Das Gleiche gilt auch für Herrn Wald. Die Leonore des Frl. Scheurich war eine gute Leistung. Ebenso die halbreife Alma des Frl. Welsch. Der Kommerzienrat Mühlingk fand in Herrn Direktor Spieß einen Vertreter, mit dessen Leistungen man wohl stets einverstanden sein kann. Auch die übrigen Darsteller bemühten sich, ihren Rollen gerecht zu werden. Wir können unsern Genossen nur empfehlen, sich das Stück anzusehen. —ld.

Schneiderstreik

Die Schneider sämtlicher hiesigen Firmen sind zur Unterstützung von Lohnforderungen der Zuschneider in den Streik getreten. Eine Ausnahme machen die bei der Firma Döbel beschäftigten Gehilfen, die sich dem Streik, entgegen dem Beschluß der Organisation, nicht angeschlossen haben. Gegen dieses eigenartige Verhalten wird von den Streikenden aufs schärfste Stellung genommen.

Was noch vorkommen kann

Ein Landarbeiter schreibt uns: Am 23. Oktober wurde ich vom öffentlichen Arbeitsnachweis nach Kampenau zum Besitzer K. geschickt. Als Tagelohn sollte ich 6 Mark, dazu freie Station erhalten. Was verstehen die Herren Landwirte unter „freier Station"? Ich erhielt eine schlechte Bettstelle, ein Kopfkissen und eine Decke. Konnte also wohl ganz gut auf Heu oder Stroh schlafen. Ans Auskleiden war nicht zu denken. Die Bettstelle stand im kalten Pferdestall, im Pferdestand! Das ist lebensgefährlich. Wer soll da noch Lust haben, aufs Land zu gehen? Deutscher Michel, wache auf!

Elbinger Polizeinachrichten

In der Nacht zum 31. v. Mts. wurden der Witwe Meißner, Königsbergerstraße, 1 Ziege, 22 Hühner und 3 Gänse gestohlen. In der Nacht zum 2. November wurden dem Kaufmann Dingel, Kastanienallee, 2 Schweine, jedes ca. 2 Ztr. schwer, im Stall geschlachtet und gestohlen. Als Täter in beiden Fällen konnte der Arbeiter Drewke ermittelt werden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde eine Kiste Zigarren ohne nähere Bezeichnung vorgefunden, die zweifellos von einem Einbruch herrührt. Nähere Angaben hierüber sind dem Kriminalbüro Zimmer I. b erwünscht.

Ostdeutsche Nachrichten

Buchdruckerstreik in Königsberg

Die hiesigen Buchdruckergehilfen haben am 1. November die Arbeit eingestellt, weil eine Forderung von den Arbeitgebern des Königsberger Buchdruckgewerbes abgelehnt worden war. Infolgedessen können bis auf weiteres die Königsberger Zeitungen nicht erscheinen.

Die Liquidation des Militarismus

Mit dem 1. November hat das Bezirkskommando Konitz als Militärbehörde sein Bestehen eingestellt und die Bezeichnung „Versorgungsstelle Konitz" angenommen. Die Versorgungsstelle ist eine Zivilbehörde.

In Danzig sind weitere Kasernen und militärische Gebäude der Stadt übergeben worden.

Bäckerstreik in Schöneck

Der Kreisausschuß hatte in seiner letzten Sitzung den Preis für ein 1350 Gramm Brot auf 90 Pfennig festgesetzt. Gegen diese Preisfestsetzung hatten die Bäcker Schönecks Einspruch erhoben, mit der Begründung, daß bei dem jetzigen Mehlpreise von 33 Pfg. pro Pfund der Verkaufspreis des Brotes lediglich den Mehlpreisen entspricht und ein Verdienst nicht berücksichtigt ist. Da die Eingabe der Bäcker nicht den gewünschten Erfolg hatte, schlossen die Bäcker ihre Betriebe. Nach zweitägiger Streikdauer gelang es dem Magistrat, die Bäcker zur Wiedereröffnung ihrer Betriebe zu bewegen. Da die mündlichen Verhandlungen mit dem Landrat in Berent zu keinem Ergebnis führten, wird sich jetzt zur Regelung der Streitfragen eine Kommission zum Regierungspräsidenten nach Danzig begeben.

Stimmungsmache

Die bürgerliche Presse bringt folgende Notiz:

Kostspielige Reichsbetriebe. Wie eine sozialdemokratische Korrespondenz aus der Verwaltung der Reichsbetriebe Spandau, Kiel und Wilhelmshaven erfährt, sind die Einnahmen für dieses Jahr nur auf 2 Millionen Mark festgesetzt worden, denen Ausgaben von 495 Millionen Mark gegenüberstehen.

Für den Augenblick sind wir nicht in der Lage, nachzuprüfen, ob eine „sozialdemokratische" Korrespondenz diesen bösartigen Schwindel in die Welt gesetzt hat. Es sei lediglich festgestellt, daß hier eine Tartarennachricht plumpster Art wiedergegeben wird.

Von nah und fern

Ein Arbeiterdichter gestorben

Edgar Steiger, der bekannte Schriftsteller und Kritiker ist, 60 Jahre alt, in München einer Lungenentzündung erlegen. Er kam, als der verstoßene Sohn eines orthodoxen Schweizer Pfarrers, über die Theologie zur Literatur und zur Sozialdemokratie. Vom Basler Vorwärts, den er längere Zeit leitete, vertrieben ihn die sozialdemokratischen Spießer wegen seiner, ihnen zu freien Lebensauffassung. Als Schriftleiter der Neuen Welt trat er besonders dadurch hervor, daß er im Jahre 1896 auf dem Parteitage in Erfurt die modern-literarische Richtung, die naturalistische Dichtkunst, der er ein Vorkämpfer war, gegen eine philiströse und allzu prüde Kunstauffassung mit Erfolg verteidigte. Mehrere Jahre war er auch an der Leipziger Volkszeitung als Schriftleiter des Feuilletons und als Theaterkritiker tätig. Seit vielen Jahren lebte er in München, wo er als Mitarbeiter des Simplizissimus jetzt noch als Einziger an die besseren Zeiten dieses Blattes erinnerte und wo nun seine Tätigkeit als Novellist, Lyriker, Kritiker, Literarhistoriker durch den Tod ein Ende fand. — Obgleich er in den letzten Jahren mehr und mehr die Fühlung mit der Arbeiterbewegung verlor, hat er sich doch durch sein Wirken als Dichter und Kämpfer auch bei der deutschen Arbeiterschaft Anrecht auf ein ehrendes Gedenken erworben.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sowie für die reichen Kranz- und Blumenspenden spreche ich allen hiermit meinen innigsten Dank aus.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Max Abraham.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

U. S. P. IV., V. u. VI. Bezirk
(Neueinteilung der Bezirke)
Mittwoch, d. 5. Nov., abends 6 Uhr, im Volkshause
Vertrauensmänner-, Kassierer- und Delegierten-Sitzung.
Die Bezirksleitungen.

Shag-Tabak garant. rein Übersee, wollige Ware, für d. verwöhntesten Raucher empfiehlt
Otto Heldt, Inh. Otto Wein
Zigarren-, Tabakhandlung, am Gericht.
NB. Im Preise ebenso billig, wie anderweitig angebotene, minderwertige Ware.

Die Buchdruckereien Elbings sind dahin übereingekommen, schriftliche Preis-Offerten für Drucksachen im Betrage von unter Mk. 100.— nicht mehr kostenlos abzugeben. Werden solche verlangt, der Druckauftrag der angefragten Druckerei jedoch nicht erteilt, so werden die der Druckerei für die Preisberechnung entstandenen Kosten dem Anfragenden in Rechnung gestellt.

Elbing, den 1. November 1919.

E. Wernichs Buchdruckerei
Reinh. Kühn. Buchdruckerei O. Siede
Oscar Warwell. Alfred Seiffert
Ernst Dey. Hans Kaehler
Elbinger Volksstimme.

Stadtbücherei.
Die 17. Ausstellung der Zugänge dauert vom 6. bis 8. November und umfaßt 70 Bände.

Das
Deutsche Bad
ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Mittwoch Fleischverkauf.
Roßschlächterei Georgendamm 15.
Zirka **130—140 Ztr. Weißkohl,** à Ztr. 6 Mk., hat abzugeben **Automobilfabrik Komnick,** Betriebs-Arbeiter-Rat. Zu melden beim Portier.

Herrenfahrrad
mit guter Gummibereifung u. Freilauf umständeh. billig zu verk. **Gr. Wunderberg 18, I.**

Friseurlehrling
wird gesucht.
Rattelsberger, Wasserstr. 53.

Verschiedene wenig getragene
Herren- und Damengarderoben
stehen billig zum Verkauf bei
Ernst Doebel
Schneidermeister
Spieringstraße 16.

Möbliertes Zimmer
wird zum 15. d. Mts. gesucht. Schriftl. Meld. unter **A. 3** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Elbinger Standesamt
vom 4. November 1919.
Sterbefälle: Tischlermstr. Witwe Marianne Suchozebrski geb. von Chlebowski, 65 J. — Maschinist Max Johannes Gumowski, 1 T., 7 W. — Arbeiter Ernst Splieth, 1 T., 7 W. — Fabrikarbeiter Emil Hermann Wandt, 1 S., 1 J. — Inv.-Rent.-Empf. Gottfried Mekelburg, 72 J. — Konditor Bruno Oskar Konrad Eising, 1 T., 12 W. — Hospitalit Julius Temp, 74 J. — Besitzerfrau Amalie Ellert geb. Bierwolf, 40 J. — Fabrikarbeiter August Bendig, 1 S., 3/4 J. — Fuhrhalterfrau Emma Maria Martha Mitsch geb. Koslowski, 41 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 13 | Mittwoch, den 5. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die Farmer helfen den Bergarbeitern. Nieuwe Courant meldet aus Washington, daß der Farmerbund den amerikanischen Bergarbeitern seine Unterstützung angeboten hat. Die Macht des Bundes liegt in den großen Weizengebieten. In Dakota wurden die Getreideelevatoren und Maschinen von den Farmern besetzt. Die Regierung rüstet zum Machtkampf.

Entflohene irische Republikaner. Sechs irische Sinnfeiner, darunter die Unterhausmitglieder Stock und Versley, sind aus dem Gefängnis in Manchester entflohen. Ihre Verfolgung verlief resultatlos.

Gegen die Arbeiter! Ein nationaler Block gegen die Sozialisten für die Kammerwahlen ist in Frankreich im Werden begriffen. Der Figaro hebt die charakteristische Tatsache hervor, daß der Direktor der Petite Gironde, das die erste große republikanische Provinzialzeitung zur Zeit des Kaiserreiches war, nun auf der gleichen Liste steht, wie Paul de Cassagnac, der bonapartistische Agitator.

Neuer Riesenpump in Sicht. Der der Nationalversammlung zugegangene Reichsergänzungsetat für 1919 enthält einen neuen Kreditanspruch von 8187 Milliarden Mark. Für alle Ministerien werden erhöhte Ausgaben gefordert. Aus der gesamten neuen Forderung ergibt sich ein Anleihebedarf von 40,6 Milliarden, davon sind auf gesetzgeberischem Wege bereits für 32,4 Milliarden Kreditermächtigungen erteilt worden. — Wie das Defizit gedeckt werden soll, darüber machen sich die hochwohllöblichen Ministerien wenig Kopfschmerzen.

Hungerstreik auf dem Königstein. Die in der sächsischen Festung Königstein untergebrachten stehen seit dem 28. Oktober im Hungerstreik, da die Zustände unerträglich geworden. Die Zensur Dresden verzögert die Post, so daß Briefe erst nach 8—10 Tagen eintreffen. Ebenso sind jetzt die Zellen geschlossen, die bei der Papierfeuerung natürlich so kalt sind, daß die Gefangenen dauernden Schaden an ihrer Gesundheit davontragen. Ueber die Verpflegung schreibt ein Genosse:

Montag: Haferflocken in Wasser, Zucker und Zimt.
Dienstag: Gerstenflocken in Wasser, ohne.
Mittwoch: Dünner Gries, Zucker und Zimt.
Donnerstag: Sago in Wasser, ohne.
Freitag: Graupen und Möhren in Wasser.

Dann noch viermal etwas Honig, einmal Marmelade, ab und zu ein wenig ranzige Margarine oder 25 Gramm Wurst. Mit dieser Kost bei kalten Zellen müssen die Häftlinge zugrunde gehen. Sie ziehen ein rasches Ende vor.

Auch in Halle Hungerstreik! Mehr als sieben Monate sitzt in Halle der ehemalige Vorsitzende des Arbeiterrates, Genosse Kilian, in Untersuchungshaft. Da lange Zeit trotz allseitiger Bemühungen nichts zur Beschleunigung des Verfahrens getan wurde, trat der Eingekerkerte in den Hungerstreik, um gegen die Prozeßverschleppung zu demonstrieren. Dieses verzweifelte Mittel hatte den Erfolg, daß dem Genossen Kilian endlich die Anklageverfügung zugestellt und Termin auf den 10. November angesetzt wurde. Die Anklage lautete auf Nötigung, weil Kilian bei Ausbruch der Revolution in der Druckerei der angeblich demokratischen Saalezeitung einige Rollen Papier leihweise entnommen hatte. Weiter wird unser Genosse der Freiheitsberaubung beschuldigt, weil er den im Dienste der Garde-Kavallerie-Division stehenden Lochspitzel Hartung, den die Staatsanwaltschaft wegen zahlreicher Betrügereien wohl oder übel doch einsperren mußte, in Schutzhaft genommen hatte, um den Ausbruch der von dem Noskespitzel angezettelten Putsche zu verhüten. — Gegen das Hallesche Volksblatt schweben sieben Prozesse. Die Justiz des weißen Schreckens.

Englische Zigarettenein fuhr. Wie Geddes im englischen Unterhause mitteilte, betrug die registrierte Ausfuhr englischer Zigaretten nach Deutschland im Juli 5500 Pfund (Gewicht), im August 54500 und im September 254 500 Pfund.

Eisners Mörder. Die Untersuchung gegen den Grafen Arco, der am 21. Februar das Attentat auf den bayerischen Ministerpräsidenten Eisner verübte, ist abgeschlossen. Der Graf wird am 14. November vor dem Münchener Volksgericht erscheinen.

Illusionen über dieses „Volksgericht" darf man sich nach den bisher damit gemachten Erfahrungen nicht hingeben. Auch Graf Arco wird wie die anderen gegenrevolutionären Mörder „gnädige" Richter finden.

Finnlands Henker will Petersburg. General Manuerheim erklärt in einem offenen Brief an Präsident Stahlberg, daß Finnlands Stunde gekommen sei, Petersburg zu nehmen und die Räteherrschaft zu stürzen. Die gesamte Kulturmenschheit richte ihre Blicke auf Finnland und erwarte, daß die junge Nation durch eine mutige Tat die Wertschätzung aller Völker gewinne.

Agitationsverbot. Telegraaf meldet aus Neuyork, daß Frank Hayes und 83 anderen Gewerkschaftsführern vorübergehend jede Agitation verboten wurde. Dieses Verbot wurde auf Ersuchen des stellvertretenden Generalanwalts ausgefertigt. Am 11. November wird der Gerichtshof über das Streikverbot eine definitive Entscheidung treffen.

Wilson hat die Pläne des Kabinetts zur Verfolgung der Streikführer gebilligt, auf Grund des Gesetzes, das Ausstände, die die Lebensmittel- und Kohlenversorgung beeinträchtigen, für unerlaubt erklärt. Die Mehrheit der Bergwerksarbeiter in den großen Erzeugungsgebieten in Pennsylvania, Westvirginien, Ohio, Illinois, Michigan, Jowa, Kentucky, Colorado, Kansas, Wyoming, Montana und Washington hat die Bergwerke verlassen. In einigen Städten sind Truppen zusammengezogen worden.

Die Hebung unserer Valuta

In der Schweiz gilt die deutsche Mark gegenwärtig noch 13 Pfennige ihres früheren Wertes. (Zeitungsmeldung.)

Wir sind glücklich heute im deutschen Lande so weit, daß man sich fragen muß, ob es sittlich und wirtschaftlich gerechtfertigt ist, die Arbeiterschaft aus ihrer Mitte heraus zur Arbeit anzuspornen. Denn die Dinge liegen heute folgendermaßen: Der Arbeiter wird nur etwa zu zwei Dritteln des Kaufwertes seines früheren Lohnes bezahlt, die fertige Ware aber, die er hergestellt hat, wird im Inland und Ausland zu dem vielfachen Preis als früher abgesetzt. Der Unternehmer und die Zwischenhändler, vom Erzeuger bis zum Verbraucher, haben früher netto, nach Abzug der Spesen, 20 bis 30 Prozent Nutzen für zwei bis drei Personen oder Firmen gehabt. Gegenwärtig erzielen diese ein Mehrfaches des früheren Verdienstes, während der Arbeiter im Durchschnitt nur zwei Drittel des früheren Verdienstes (nach der Kaufkraft gerechnet) einnimmt. Der Arbeiter schuftet und hungert. Der nichtarbeitende Schmarotzer dagegen, vor allem das heute sich breitmachende Schiebertum und der parasitäre Unternehmer — im Gegensatz zum produktiv selbst tätigen und reell gebliebenen Unternehmer — hat allein den Nutzen aus der Arbeit der durch Krieg und Unterernährung geschwächten Kraft des Arbeiters. Das ist ein so ungeheures materielles und ideelles Mißverhältnis, daß es jedem körperlichen und geistigen Arbeiter die Lust zur Arbeit nehmen muß und sie der Masse der Arbeiter auch tatsächlich nimmt. Und nicht nur ihnen, sondern auch dem reellen Unternehmer und Kaufmann, wie diese letzteren unumwunden zugestehen.

Aber nicht genug damit, daß der Arbeiter und mit ihm der größte Teil der deutschen Bevölkerung unter unhaltbaren materiellen Verhältnissen arbeiten soll, sich mit zwei Dritteln seiner früheren Existenzmittel begnügen und zusehen soll, wie das widerlichste und verbrecherischste Schiebertum das letzte Drittel und dazu noch Wuchernutzen, den Schweiß seiner, allein seiner Arbeit verpraßt; das Resultat seines Schaffens bleibt nicht einmal im Lande, kommt nicht einmal wenigstens zur Verwertung der Allgemeinheit, sondern wird sofort nach dem Auslande abgeschoben, sei es direkt in Waren oder nach Verkauf im Inland der Erlös in Geld und bleibt dort, um vor Steuern und Zugriff gerettet zu werden. Das hinausgeschobene Geld drückt dabei die deutsche Valuta immer weiter und weiter hinab, während die Ware oder der Erlös dafür in fremder Währung im Auslande deponiert wird. Werden heute von einem Produktionszweig z. B. Maschinen 50 Prozent mehr hergestellt als bisher, so kommen die Gegenwerte dafür, soweit sie als Maschinen exportiert werden, größtenteils nicht mehr nach Deutschland zurück, und soweit sie in Deutschland abgesetzt werden, wird ein großer Teil des dabei vom parasitären Nichtarbeiter verdienten Geldes schleunigst nach dem Auslande geschoben. Ein Beispiel aus den letzten Tagen: Der General Ludendorff hat ein Buch geschrieben und mit auswärtigen Verlegern Abschlüsse über die Herausgabe gemacht. Er hat dabei die geschäftliche Seite sehr wohl zu beachten verstanden und nach Pressemeldungen ungewöhnlich hohe Honorare von den Verlegern verlangt und erhalten. Es sollen über 20 Millionen Mark Gold sein. Die Ziffer ist für uns nicht kontrollierbar. Diese 20 Millionen Mark Gold aber hat Ludendorff, der in diesem Falle (geistiger) Arbeiter, Unternehmer und Schieber zugleich ist, nach den Angaben der M. P. nicht nach Deutschland in Auslandswerten zurückgebracht, sondern er läßt das Geld im Auslande stehen.

In der gleichen Weise liefert ein Exporteur z. B. für 10 Millionen Mark Waren ins Ausland, verkauft sie dort, läßt aber die Beträge dafür im Ausland stehen und bringt sie nicht zurück. Umgekehrt werden dann große Mengen Luxuswaren eingeführt, die der Arbeiter von seiner Löhnung nicht kaufen kann, aber wohl der Schieber, und für deren zweckwidrige Anschaffung gleichfalls Geld ins Ausland auf diesem Wege abwandert, was in der Wirkung auf dasselbe hinauskommt, wie Vermögensverschiebung. Der Arbeiter, der Angestellte, Beamte, kleinere Rentner usw. muß zusehen, wie diese, für seinen Geldbeutel unerreichbaren Waren in den Schaufenstern herumliegen, sich sagen, daß sie auf die Valuta drücken und ihm die Einfuhr von wirklich notwendigen Gegenständen, die er nicht entbehren kann, noch mehr verteuern. Und solch ein Hand- oder Kopfarbeiter soll, unterernährt wie er ist, mit Lust arbeiten können, während er sieht, daß alles, was er mehr arbeitet, nur darauf hinausläuft, seine eigene Lebenshaltung noch mehr zu belasten, um das Prassertum, das von dieser seiner Hände Arbeit lebt, groß zu ziehen?

Erst muß das Schiebertum bekämpft werden. Der Wucher, der unlautere Gewinn muß beseitigt, die Unmöglichkeit muß geschaffen sein, das Produkt der menschlichen Arbeit ohne Gegenwert aus dem Lande zu schieben, dann kann erst der Zustand eintreten, daß die Arbeit auch der Allgemeinheit zugute kommt. **Daß die Arbeiter nicht arbeiten wollen, ist nicht wahr.** Diese Behauptung kann allein ein Nichtarbeiter aufstellen, der den Arbeitsmarkt nicht kennt, denn auf jede offene Stelle finden sich heute anderthalb Bewerber.

Es sollen weit über 100 Milliarden Mark deutsche Werte ins Ausland verschleppt worden sein. Die Tributpflichtigkeit, die auf diese Weise erschlichenen Abgaben an den Schieber im neutralen Ausland sind **wahrscheinlich größer als das, was an die Entente an Entschädigungen gezahlt werden soll.** Es ist vor allem darum überaus schwer, wenn nicht unmöglich, für den Staat — der übrigens ungeheuer verschwenderisch haushält — die nötigen Mittel aufzutreiben, oder gar für Kriegsentschädigungen, weil der Wert aller Arbeit von einer parasitären Schicht erfaßt und, oft nach Durchgang durch die verschiedensten Hände, da, wo er sich endlich zu größeren Beträgen ansammelt, alsbald ins Ausland verschleppt wird.

Hier wird ein **Aussaugungsprozeß größten Stieles getrieben,** der aus dem deutschen Wirtschaftsleben das letzte Mark und die letzte Mark herauspreßt und herauswuchert unter dem Schutze der Maschinengewehre, die praktisch tatsächlich — wenn auch schwerlich vollbewußt — nur zu diesem Zwecke in Tätigkeit treten, immer dafür, nie dagegen. Unterstützt fernerhin durch einen **bodenlos verleumderischen Lügenfeldzug interessierter Kreise,** der die Wahrheit verschleiern muß und dem der amtliche Nachrichtendienst sich zur Verfügung stellt.

So kommt es, daß Arbeit die gegenwärtigen Valutaschwierigkeiten nicht bessern kann, ja theoretisch muß sie sie unter den vorliegenden Verhältnissen noch verschlechtern. **Die Möglichkeit, die Valuta zu heben, liegt auf anderem Gebiete: Bekämpfung des Wuchers, Unterdrückung der Kapitalabwanderung, Erfassung des abgewanderten Kapitals oder Außerkraftsetzung — ein allerdings schwieriges, aber durchführbares Unternehmen — Abschneidung der Möglichkeit der Valutaspekulation, restlose Kontrolle aller Ein- und Ausfuhr und auf diesem Wege gleichzeitige Herstellung einer aktiven Handelsbilanz, auch sie ist ohne Zweifel durchführbar, das sind die Wege zur Hebung der Valuta.**

Aber man sieht keine Möglichkeit dazu angesichts der alles durchdringenden Korruption unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens, die sich nur beseitigen läßt durch völligen politischen Systemwechsel, gänzlich neue leitende Menschen und, was noch wichtiger, neue leitende Gedanken.

Und weil man das alles weiß, deshalb bringt man „Parolen" heraus, die das Volk verwirren und die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen und den wirlich Schüldigen ablenken sollen.

Solch eine Schieberparole ist der Satz „Nur Arbeit kann die Valuta heben".

Mit der falschen „Parole" soll die richtige verhindert werden, die lauten muß:

„Nur Beseitigung von Wucher und Korruption kann die Valuta heben."

Leitsätze zur Steuerpolitik der U. S. P.

Die Berliner Parteileitung hat sich mit der Steuerpolitik der U. S. P. beschäftigt. Sie unterbreitet der Parteigenossenschaft die nachfolgende vom Genossen Wurm verfaßte Resolution zur Diskussion;

1. Eine sozialistische Steuerpolitik ist erst möglich nach Eroberung der politischen Macht durch die klassenbewußte Arbeiterschaft.

2. Jede kapitalistische Steuerpolitik stößt an die Schranke, daß sie das Produktionskapital der Privateigentümer nicht ohne Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft angreifen kann.

3. Die sozialistische Steuerpolitik hat die Aufgabe, in Verbindung mit den anderen Maßnahmen der Sozialisierung, die Uebernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit zu bewerkstelligen und die aus der kapitalistischen Gesellschaft stammenden Vermögens- und Einkommensunterschiede auszugleichen.

4. Gleichzeitig sind die Produktionsmittel selbst in ihrer sachlichen Naturalform systematisch in Gesamteigentum zu überführen.

5. Erst eine solche Steuerpolitik kann wirklich sozialrevolutionär wirken.

6. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung der Steuerlast eine politische Machtfrage; die politisch stärkere Klasse legt die Steuern auf die politisch schwächere und vergrößert dadurch die im Wesen des Kapitalismus liegende Ausbeutung der Arbeiterklasse.

7. Die U. S. P. D. fordert innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, daß die Ausgaben für die Gemeinschaft (Reich, Staat, Provinz, Gemeinde) durch Steuern gedeckt werden, die nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bemessen und von den drei Klassen zu tragen sind, aus denen die kapitalistische Gesellschaft besteht: I. Die Eigentümer an bloßer Arbeitskraft, die Lohnarbeiter, II. die Eigentümer an Kapital, die Kapitalisten, III. die Eigentümer an Grund und Boden, die Grundbesitzer.

8. Die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit tritt nur dann ein, wenn Vermögen, Erbschaften und Einkommen unmittelbar (direkt) getroffen werden. (Besitzsteuern.)

9. Steuern, welche die Erzeugung oder den Vertrieb von Waren belasten, mittelbare (indirekte) Steuern, werden vom wirtschaftlich Stärkeren auf den wirtschaftlich Schwächeren abgewälzt ohne Rücksicht auf dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

10. Ob eine Steuer direkt oder indirekt wirkt, steht nicht ein für alle mal fest, sondern wechselt, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

11. Die Erhebungsform der Steuern, ob direkt oder indirekt, ist nicht entscheidend dafür, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

12. Einkommen und Vermögen, die aus Arbeitslohn stammen, müssen bis zu dem für ein menschenwürdiges Dasein erforderlichen Existenzminimum steuerfrei bleiben.

13. Einkommen aus Vermögen (fundiertes Einkommen) ist höher zu besteuern als nicht fundiertes Einkommen. Besitz, der zum Erwerb des Lebensunterhaltes nötig ist, muß steuerfrei bleiben.

14. Die Besteuerung des Einkommens ist je nach der Höhe des vorhandenen Vermögens progressiv zu steigern.

15. Der Vermögenszuwachs ist ebenfalls progressiv zu besteuern, doch ist ein Zuwachsminimum, soweit es aus Arbeitseinkommen entstanden ist, frei zu lassen.

16. Die landwirtschaftliche Grundsteuer trifft nur dann direkt den Besitzer, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage, sodaß die Steuer nicht auf den Preis der Produkte geschlagen werden kann.

17. Die städtische Grundsteuer, Gebäude- und Bauplatzsteuer, muß durch ausreichende Wohnungsfürsorge ergänzt werden, um die Ueberwälzung der Steuer auf den Mieter zu verhindern.

18. Verbrauchsabgaben (indirekte Aufwand- und Umsatzsteuern) auf Nahrungsmittel, Genußmittel und Verbrauchsgegenstände der breiten Massen, insbesondere auf Brot, Fleisch, Fett, Zucker, Salz, Bier, Branntwein, Tabak, belasten den Aermsten im Verhältnis zu seinem Einkommen stärker als den Wohlhabenden.

19. Verbrauchsabgaben auf den Luxus der Wohlhabenden (Luxussteuern) bringen auch bei hohem Steuersatz verhältnismäßig geringe Einnahmen, während sie gleichzeitig auf die Produktion der Luxuswaren und die dabei beschäftigten Arbeiter wie auch an dem auswärtigen Handel schädigend wirken können.

20. Wie die Verbrauchsabgaben wirken auch die Zölle auf Nahrungsmittel, Genußmittel und Verbrauchsgegenstände.

21. Reich-, Staats- und Gemeindebetriebe dürfen nur, soweit sie nicht allgemein üblichen Bedürfnissen dienen, Preise oder Gebühren berechnen, bei denen Ueberschüsse erzielt werden, sonst wirken sie wie Verbrauchsabgaben.

22. Demgemäß fordert der Parteitag der U. S. P. D.: Progressiv gestaffelte Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Einkommen, Ablehnung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

23. Die kapitalistische Gesellschaft, ganz besonders aber die deutsche Kapitalistenklasse hat die durch ihre Politik und den Krieg verursachten Ausgaben, Schulden und Kriegsverpflichtungen ins Ungeheure vermehrt, gleichzeitig die Möglichkeit zur Deckung durch Kapitalflucht und Steuerhinterziehung verringert. Infolgedessen müßten die Besitzsteuern bis zu einer von der Kapitalistenkasse als unerträglich bekämpften Höhe gesteigert werden und deshalb bemüht sie sich, die Steuerlast durch indirekte Abgaben auch auf die Aermsten, die steuerfrei bleiben müßten, abzuwälzen.

24. Die U. S. P. D. erklärt daher, daß die unverzügliche Inangriffnahme der Sozialisierung unumgänglich notwendig ist, um der Gesamtheit die sonst den Kapitalisten zufließende Mehrwertsrate zuzuführen und dadurch zu verhindern, daß die arbeitenden Massen durch Steuerlasten erdrückt werden.

Politische Rundschau

Deutschland

Von den diplomatischen Liebesgaben

Die große Futtersendung aus der Schweiz, welche vor 14 Tagen auf der badischen Schwarzwaldbahn als „Diplomatisches Reisegepäck" eines Kuriers in die Fahnderhände geriet, enthält, wie mitgeteilt wurde, meist Schokolade, Kakao, Zigarren in einzelnen Paketen, welche doppelt eingeschachtelt waren. Unter den verborgenen Adressen befand sich auch jene eines Dr. Gradnauer in Dresden. Das badische sozialistische Regierungsblatt Volksfreund in Karlsruhe will nun auf Befragen erfahren haben, daß an diese Adresse nur eines von den vielen diplomatischen Paketchen gerichtet gewesen ist. Warum verschweigt das offiziöse Blatt die Namen der anderen Menschenkinder aus der deutschen Diplomatie, welchen die Liebesgaben des einen der vielen bisher verwendeten Schieberkurriere zugedacht waren? Herr Gradnauer, Ministerpräsident von Sachsen, hat bestritten, daß das Kuriergepäck ausschließlich für ihn bestimmt gewesen sei. Er habe „nur" achtzehn Kilo davon erhalten. Ob es sich um Schokolade, Kakao, Tee oder andere Herrlichkeiten handelt, hat er nicht verraten, jedoch auch nicht behauptet, daß er achtzehn Kilo diplomatische Noten übermittelt bekommen hat. Es muß also dem Leser selbst überlassen bleiben, seine Schlüsse aus der Gradnauerschen Erklärung zu ziehen.

Konferenz der Thüringer Arbeiterräte

Eine Konferenz der Arbeiterräte Thüringens, die aus 31 Orten durch 48 Delegierte vertreten war, beschäftigte sich mit den Kommunalarbeiterräten und den Arbeiterratswahlen. Von den Vertretern gehörten 36 der U. S. P. D., 6 der K. P. D. 4 der S. P. D. und 2 der D. P. an. Nach einem Referat des Genossen Knauff und darauf folgender eingehender sachlicher Diskussion wurden gegen 5 Stimmen folgende Leitsätze angenommen:

„Die Arbeiterräte bleiben bestehen, gleichviel ob sie von der Regierung oder Gemeinde finanziert werden oder nicht. Die Grundlage der Arbeiterräte ist so zu verändern, daß die Haupttätigkeit der Arbeiterräte nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet zu erfolgen hat. Die Arbeiterräte haben nicht die Aufgabe, die selbstverschuldeten Wirtschaftsnöte der gegenwärtigen Regierung beseitigen oder erleichtern zu helfen. Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß über kurz oder lang ein Umschwung der politischen Verhältnisse in Deutschland eintreten muß, der sicher vorwärtstreibend, revolutionär sein wird, die Arbeiterräte werden dann wichtige politische Aufgaben zu erfüllen haben, zumal die Ausschaltung der bürgerlichen Parlamente dann eine Naturnotwendigkeit ist."

Es wurde angeregt, in den einzelnen Landesteilen Stützpunkte für die Arbeiterräte zu schaffen. Als Zentrale für Thüringen wurde der A.-Rat in Jena bestimmt.

Schwindel

Durch die bürgerlich-rechtssozialistische Presse geht eine Notiz, wonach ein Mitglied unserer Kölner Stadtverordnetenfraktion, der als Hilfsschreiber bei der Stadt Köln beschäftigt war, sich grober Vergehen, Unterschlagung von Marken etc. schuldig gemacht haben soll. Das alles ist blanker Schwindel. Dem betreffenden Genossen wurde von seiner Behörde zum Vorwurf gemacht, daß er als Ausschußmitglied während der Dienststunden mit einer Angestellten poussiert hätte. Darob große moralische Aufregung beim Zentrum und ein hinterlistiger, alle Folgerungen offenlassender Artikel der rechtssozialistischen Rhein. Zeitung. Um den haßerfüllten Gegnern bei ihren Angriffen auf die Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist der betreffende Genosse sofort aus der Rathausfraktion ausgetreten. Damit ist das Agitationsplänchen der Moralheuchler zuschanden geworden.

Wie ist eine gemeinsame Aktion möglich?

Die rechtssozialistische Stadtverordneten-Fraktion in Köln hatte der Fraktion der U. S. P. den Vorschlag gemacht, eine Arbeitsgemeinschaft auf Grund „eines sozialistischen Aktionsprogramms" und „gemeinsamen taktischen Vorgehens im Rathause" zu bilden. Unsere Genossen im Kölner Stadtverordnetenkollegiums haben darauf geantwortet, daß die Politik der Rechtssozialisten im Staat und Kommune unsozialistisch und voller kleinmütiger Zugeständnisse ist; die sozialistische Umstellung der Rechtser ergebe von selbst den Boden, auf dem gemeinsam gearbeitet werden könne.

Das war kurz und bündig und treffend. — Den Rechtssozialisten dämmert es hier und dort auf, daß ihnen ihr Techtelmechteln mit den Bürgerlichen gefährlich wird. Da möchten sie doch den Anschluß nach links nicht ganz und gar verpassen. Aber solange sie nicht zu sozialistischer Politik zurückkehren, muß ihnen auch der Anschluß an die U. S. P. versagt werden.

Gedächtnisschwäche

In der Frankfurter Zeitung lesen wir:

„Die Ludendorff, die Tirpitz, die Graefe, die Reventlow, sie waren es, die mit ihrem U-Bootsfieber, mit ihrer Vaterlandspartei, mit ihrer allen Glauben zerfressenden Lügenhetze das Mark unseres Widerstandes ausgehöhlt haben. Ihnen danken wir die furchtbarste Niederlage, ihnen das heutige Elend. Fremd war diesen Junkern, diesen Kadettenhaus-Offizieren das Denken, Fühlen und Wollen des deutschen Soldaten, des ganzen tapferen und treuen Volkes. Diese Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten in der Heimat und draußen an der Front, das ist unser Fluch gewesen. Nie darf diese Klasse der Herrschenden Deutschland wieder unter die Füße bekommen ."

Die Presse der jetzigen Regierungsparteien, vor allem aber die abhängige, zitiert zustimmend dieses Urteil der Frankfurter Demokratie. Sie vergißt nur eins zu erwähnen, nämlich, daß die Kollektion von Kriegsverbrechen, die darin erledigt wird, nur deshalb ihr Unwesen treiben konnte, weil ihre bodenlos leichtfertige Kriegspolitik von denselben Parteien während des Krieges unterstützt wurde, die sich jetzt darüber moralisch entrüsten. Abgelehnt haben von sämtlichen Mitgliedern des ehemaligen Reichstages das „U-Bootfieber" nur die Unabhängigen Sozialdemokraten und ihre parlamentarischen Vorläufer, die Mitglieder der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft". Alle anderen waren mehr oder minder offen damit einverstanden. Mit ihrer jetzigen Charakterisierung der U-Bootsfreunde sprechen sie sich selbst das Urteil, dem wir nichts hinzuzufügen haben.

Zu Noskes Praxis

In einer Behandlung zum Münchener Gesellenmordprozeß schreibt der Rechtsanwalt Dr. Hirschberg, München, dem abhängigen Bremer Volksblatt:

„Zunächst gab dieser Prozeß Gelegenheit, in einem allerdings noch sehr beschränkten Umfange nachzuweisen, mit welcher verbrecherischen Leichtsinnigkeit man solche gemeingefährlichen Bluthunde bei der Unterdrückung der kommunistischen Unruhen von Seiten des militärischen Systems losgeschlagen hat. Die Instruktionen und Befehle der vorgesetzten Stellen hatten den Leuten klar gemacht, daß man mit Spartakisten „kurzen Prozeß" machen dürfe . . ."

Der Oberste und Verantwortliche des republikanisch deutschen „militärischen Systems", Herr Noske, wird für diese Feststellung seiner Parteifreunde gewiß recht dankbar sein. Denn er selbst ist es gewesen, der das berüchtigte, verfassungswidrige und aller Gerechtigkeit hohnsprechende „Standrecht" proklamierte, das die Münchener Bestialitäten erst möglich machte. Dr. Hirschberg schreibt weiter:

„Dieses militärische System, das hier einmal seine ganze Gemeingefährlichkeit an einem schrecklichen Beispiel enthüllt hat, diese vollkommene Verachtung des Menschenlebens, diese unverfrorene Verteidigung vor der stillschweigenden Anklage der schwersten Pflichtverletzung ist echt militärisch im alten üblen Sinne. Geschieht etwas, um diesen militärischen Geist mit den Wurzeln endlich auszurotten?

Und fordert endlich eine Amnestie für alle Gutgläubigen.

Um deutsch zu reden: die Art, in der die regierungssozialistische Presse jetzt den Münchener Prozeß behandelt, nennt man unter anständigen Leuten demagogisch. Man will so tun; man will den Arbeitern vormachen, man vertrete ihre Interessen. Deshalb kritisiert man darauf los, ohne auf die Ursachen der entsetzlichen Verbrechen in München und anderswo, die von Noskeföldnern in viehischer Roheit und unsagbarer Gemeinheit begangen wurden, einzugehen. Man schiebt die Schuld auf das System 2, aber vergißt zu sagen, daß der

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

13]

„Alle Achtung," begann er, „vor diesem witzigen Einfall. Aber der Herr Verteidiger wird doch dem Gerichtshofe im Ernst nicht zumuten wollen, dieses Kindermärchen von der Verlobung der beiden Zeugen Ernst zu nehmen. Verloben kann sich jeder ledige Mann zu jeder beliebigen Stunde, denn in der darauffolgenden schon ist es ihm ein leichtes, das Eheversprechen zurückzunehmen. Schließt es doch bei uns nicht wie in England die Verpflichtung zu einer Entschädigung in sich. Der prozessuale Endzweck dieses so hastig geschlossenen Verlöbnisses ist denn doch für jeden Denkenden allzu durchsichtig.

Auf diese billige Art wird es Ihnen nicht gelingen, die Angeklagte ihrer gerechten Bestrafung zu entziehen. Ich zweifle nicht, daß der Zeuge Lokatos hier mit aller Feierlichkeit die Tatsache seiner Verlobung mit Herta Hecker bekräftigen wird.

Das kann mich und wird die Herren Richter nicht hindern, an einer wirklichen Eheschließung des so ungleichen Paares aus ganzem Herzen zu zweifeln. Mädchen dieser Art heiratet man nicht, selbst wenn man ein ungarischer Maler mit ansehnlicher Jahresrente ist und mit bedeutendem Vorschuß auf Weltruhm. Stand doch der Herr Verteidiger nicht an, diesen neunundzwanzigjährigen Herrn schon heute mit jenem wunderschönen Goethezitat unter die Unsterblichen einzurangieren, die verlorene Kinder mit feurigen Armen zum Himmel emporheben. All diese Dinge entbehren denn doch für meinen Geschmack in gar zu hohem Maße des Ernstes, mit dem eine Sache wie diese schließlich behandelt sein will.

Nach notwendiger Außerachtlassung all dieser Unbeträchtlichkeiten bleibt für mich an Faktischem der Tatbestand der schweren Kuppelei zweifellos bestehen, und ich bin sehr sicher, daß der Gerichtshof in diesem Sinne sein Urteil fällen wird."

Dieses hatte Jordan in vollster Ruhe ausgeführt, in einer Gelassenheit, die ihn selbst verwunderte, aber er war sicher, daß dieser ironische Ton hier, angesichts einer solchen plumpen Ueberrumpelung besser am Platze war als das Pathos der Entrüstung. Jordan behielt diese Gefaßtheit selbst in dem Augenblick, als Herta Hecker auf das Stichwort „Mädchen dieser Art heiratet man nicht", die Fäuste ballte und einen herausfordernden Blick ingrimmigen Hasses zu ihm emporsandte.

Er behielt seine spöttische Miene, als der ungarische Maler auf Aufforderung des Verteidigers wirklich den Richtern die Erklärung abgab, er sei in der Tat mit der Hecker verlobt und entschlossen, sie zu heiraten. Nach Erfüllung der weiteren Formalität zog sich der Gerichtshof dann zur Beratung zurück.

Jordan blieb auf seinem Platz. Er blätterte nervös in den Akten. Er nahm sich höllisch zusammen, um nach außen hin ruhig zu erscheinen, und doch tobte die Erregung so in ihm, daß sein Kopf wie Feuer brannte.

Mit fiebernden Wangen saß er da. Seine Hände zitterten. Was ist mir denn? Weshalb erregt mich denn die Entscheidung dieser Sache so namenlos? Es ist doch nicht mein Schicksal, das dort hinter jener Eichentür entschieden wird.

Scheu sah er von seinen Akten auf, in die er mit zitternder Hand hier und da Sinnloses hineingekritzelt hatte, um den Uebrigen den Anschein völliger teilnahmloser Geschäftigkeit und Gleichgültigkeit vorzutäuschen. Alle saßen in gedrückter Erwartung auf ihren Plätzen und starrten stumm vor sich hin. Bloß dieser Invalide weinte und weinte. Der Born seiner Tränen schien unerschöpflich. Die halbe Stunde, die die Richter brauchten, schien Jordan eine Ewigkeit. Endlich öffnete sich die Tür, und der Gerichtshof kehrte zurück.

Der Vorsitzende verkündete das Urteil. Es lautete auf ein Jahr Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Mit einem Aufschrei stürzte Herta Hecker auf ihre Mutter zu und riß sie über die Schranke der Anklagebank weg in ihre Arme.

Auch die Verurteilte schrie jetzt wie unter einem furchtbaren Schlage auf.

Der Zeuge Koch eilte zur Tür hinaus — und schreiend und heulend, als wollte er ihn schlagen, stürzte der Invalide mit drohend erhobener Krücke hinter ihm drein

Drittes Kapitel.

O — diese Schreie! Diese Schmerzensschreie dreier gequälter Menschen — wie hallten sie in Jordans Ohren nach! Er hörte sie ständig. Das Bild des mit geschwungener Krücke schreiend aus der Tür hinter dem Denunzianten herstürzenden Krüppels, das Bild dieses Mädchens, das aufheulend sich über die Mutter warf, konnte Jordan dieser Eindrücke nicht wieder ledig werden?

Durch den herbstlich kahlen Tiergarten im ersten Winterhauch ging er mit großen Schritten heim und durchdachte den ganzen Rechtsfall noch einmal vom Anfang bis zum Ende durch — da war kein Einwand, kein Zweifel möglich. Die Tatsachen standen auf eisernen Stützen, die Schuldbeweise waren so unerschütterlich fest, daß die Verurteilung fast automatisch sich ergeben mußte. Einen Strich unter die Sache — und nicht mehr an sie denken.

Aber sie nistete sich fest da irgendwo in seinem Gehirn. Er fing von neuem an, den Fall zu analysieren — jetzt schien er ihm fast klassisch, ein reines Schulbeispiel für schwere Kuppelei.

Zum Henker — er war fertig mit dieser Geschichte! Sachen dieses Schlages waren in zwanzigjähriger Staatsanwaltstätigkeit massenhaft durch seine Hände gegangen, ohne daß sie ihn nach der Verhandlung noch irgendwie beschäftigt hätten. Causa finita. Eine erledigte Nummer. Heute abend schon kamen neue Akten in seine Hand — ein anderes Bild wird dieses verdrängen.

Er schritt kräftig zu, als gälte es, irgend etwas rasch hinter sich zu lassen. Er zog die Uhr. Halb sieben. Eine Stunde schon über die Dinerzeit. Hoffentlich hatte Rosalinde allein gespeist, hoffentlich hatte sie für die Zeit nach dem Diner irgendeine eilige Wohlfahrtssache angesetzt, die sie in der Stadt erledigte. Dann lag sonst ein Zettel auf seinem Schreibtisch, Jordan möge entschuldigen, sie sei in der Stadt und werde am Abend vor acht zurück sein. Aber — da stand sie ja schon im Erkerfenster, sah in der Dunkelheit nach ihm aus und hatte im hellen Licht der Laterne, da er über den Fahrdamm auf sein Haus zuging, ihn schon bemerkt. Sie winkte herunter. Er zog den Hut. Wie ärgerlich! Er hatte gerade jetzt ein starkes Bedürfnis, allein zu sein, war so gar nicht darauf gestimmt, Rede und Antwort zu stehen.

Dann half da nichts. Er strich mit der behandschuhten Rechten über sein bartloses Gesicht, als wolle er etwas fortwischen. Er dachte an jenen Abend, da er den Aerger mit Kern gehabt, und, heimkehrend, sich fest vorgenommen hatte, sich nichts anmerken zu lassen — und doch hatte Rosalindens Späherauge sofort bemerkt, daß ihm etwas quergegangen war. Mit einer mütterlichen Aengstlichkeit wachte sie über ihn. Sie sah es im Augenblick, wenn ihn etwas aus dem Gleichgewicht gebracht hatte. Und dann begann ihr Verhör. Er mußte beichten, beichten, bis alles gesagt und der Fall vor ihrem scharfen Verstande ausgebreitet war. Dann gab sie ihr Urteil und zog daraus die für Jordan sich ergebende Schlußfolgerung. So war der Hergang jedesmal. Und obschon diese tief mütterliche Anteilnahme der Ausfluß wirklicher lebendiger Zuneigung war, so bedeutete er doch zeitweise einen Zustand seelischer Hörigkeit, der für Jordan zur Qual wurde.

Denn es geschah, daß er selbst mit den Dingen noch gar nicht in dem Grade fertig war, daß er zu ihnen noch nicht in solchem Maße Stellung gefunden, um fähig zu sein, sie einem Dritten darzulegen. So war es an jenem Abend, als er von Kerns törichte Ermahnungen zur Milde im Amte hatte entgegennehmen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortliche Noske ist, das Mitglied der eigenen Partei, dem man bisher noch bei jeder Gelegenheit ein Vertrauensvotum ausstellte. Und aus diesem Grunde sind sowohl Rechtssozialisten wie das Bürgertum Nutznießer und Mantelträger des Systems, das sie angeblich verabscheuen. Ihr Tun ist pure Heuchelei, auf die hoffentlich bald kein Arbeiter mehr hereinfallen wird.

Großbritannien

Die Logik des Wahnsinns

Labour Leader veröffentlicht einige Aeußerungen des Erfinders der Dreadnoughts Lord Fisher, die beweisen, zu welcher Wahnsinnslogik militärisches Denken führt. Nach Labour Leader hat Lord Fisher sich seit 1904 bemüht, einen Plan zu entwerfen, „die deutsche Flotte ohne jede Kriegserklärung in Kiel zu überfallen und sie zu versenken, wie einst die dänische Flotte in Kopenhagen unschädlich gemacht worden war." Die englische Regierung ist auf solche Pläne nicht eingegangen. Sie benahm sich in diesem Falle anders, als die deutsche Regierung, die 1914 Belgien überfiel und „unschädlich" machte. Der Fall Fisher gibt daher ebenfalls ein Bild, welchem Verbrechen die Welt ausgeliefert ist, wenn sie ausschließlich von Militärs beherrscht wird.

Bolschewistenhetze überall

In England finden gegenwärtig die Gemeindewahlen statt, durch die ein Drittel der Gemeinderäte erneuert wird. Selbstverständlich, daß die Arbeiterpartei mit eigenen Kandidaten auf den Plan tritt. In bürgerlichen Flugblättern wird alles Mögliche getan, was geeignet erscheint, die Oeffentlichkeit gegen die Arbeiterpartei einzunehmen. Der Bolschewistenschreck muß wieder einmal herhalten. Die Arbeiterpartei wolle die englischen Munizipalitäten in russische Sowjets verwandeln. Tout comme cher nous. Allerdings mit dem Unterschiede, daß der blutgetränkte antibolschewistische Lappen mit größter Vorliebe von den Rechtssozialisten geschwenkt wird.

In und um Elbing

Stadtverordnetenwahl

Sämtliche auf die Kandidatenliste gestellten Genossen ersuchen wir im Laufe der nächsten Tage zum Unterschreiben der Liste in dem Parteibureau Spieringstraßr 21 erscheinen zu wollen. Die Parteileitung.

Unser Kommunalprogramm

Soweit nicht durch den Staat ausreichende Einrichtungen getroffen sind, fordert unser Programm in Bezug auf Sozialpolitische Aufgaben:

1. Die Gemeinden haben Arbeitsämter zu errichten, welche die sozialpolitischen Interessen der im Gemeindebezirk ansässigen Arbeiter, und zwar der in Gemeinde- wie in Privatunternehmungen unter Mitwirkung der Arbeiterräte wahrnehmen, insbesondere durch Arbeitsnachweise, Arbeitsstatistik, Erwerbslosenfürsorge, Auskunftserteilung und Rechtsschutz.

Auch haben sie die den Gemeinden übertragene Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen unter Mitwirkung der Betriebsräte zu überwachen.

2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Gemeindeunternehmungen und bei Aufträgen der Gemeinden an Privatunternehmer (Submissionen) müssen den durch die zuständigen Arbeitervertretungen festgesetzten Bedingungen entsprechen.

Bezüglich des Sicherheitsdienstes verlangen wir:

Der Sicherheitsdienst der Gemeinde ist allein durch angestellte Sicherheitsmannschaften und unter Beschränkung auf nur polizeiliche Zwecke auszuüben.

Zum Elbinger Schneiderstreik

Herr Schneidermeister Döbel bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Zu dem Artikel Ihres gestrigen Blattes „Streik der Schneider" möchte ich folgendes zur Aufklärung bemerken: Auf Grund der gescheiterten Verhandlungen in Frankfurt a. M. haben die Zuschneider vom Deutschen Zuschneider-Verband Weisung erhalten, am 1. November in den Streik zu treten. Keineswegs haben die Gewerkschaften der Schneidergehilfen Weisung zum Sympathiestreik gegeben und infolgedessen weigern meine Gehilfen sich, auch vollkommen rechtmäßig, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeitgeber weigern sich keinesfalls, den Zuschneidern eine Gehaltserhöhung zu gewähren, jedoch müssen wir den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der schon vor dem Streik angebahnt war, abwarten.

Wie wir weiter erfahren, beträgt die Gehaltsforderung der Elbinger Zuschneider **1000 Mark** pro Monat. Wie diese Forderung begründet wird, ist uns nicht bekannt. Herrn Döbels Gehilfen senden unserer Redaktion folgende Erklärung:

„Die Versammlung, die am 3. November in Passenheims Festsälen stattgefunden hat, war unseres Erachtens nach vollkommen rechtsunfähig. Ebenso ist auch die Abstimmung für oder gegen einen Sympathiestreik vollkommen zu Unrecht erfolgt. Da wir Gehilfen der Firma Doebel ausdrücklich Geheimabstimmung verlangt haben, trotzdem aber eine Abstimmung per Akklamation erfolgte, nahmen wir an der Abstimmung nicht teil. Wir sehen uns auch weiterhin nicht veranlaßt, die Arbeit niederzulegen, da die Arbeit bei sämtlichen Schneidermeistern weiter aufrecht erhalten wird."

Von unseren Kriegsgefangenen

Von einem in französischer Gefangenschaft befindlichen Genossen werden wir um Veröffentlichung folgender Zeilen gebeten:

Landsleute!

Seit fast einem Jahre ist der Krieg beendet, seit vier Monaten der Frieden unterzeichnet. Vor kurzem ist er ratifiziert worden und in Kraft getreten: dennoch haben wir keinerlei Gewißheit über unser Schicksal. Von Monat zu Monat hat man uns vertröstet, ohne daß sich das geringste an unserer Lage geändert hätte. Wie lange soll dieser Zustand noch dauern? Der Winter, der Schrecken eines jeden Gefangenen steht vor der Tür. Sollen wir auch diesen noch hier verbringen? Nochmals Weihnachten hinter dem Stacheldraht? Wir sind der Verzweiflung nahe! Helft, und helft schnell. Laßt euch durch keinerlei Nachrichten beeinflussen! Wenn die Auslieferung auch begonnen haben sollte, so werden, bis wir alle daheim sind, noch Monate vergehen. Darum tut, was in euren Kräften steht, um unsere Heimsendung möglichst zu beschleunigen!

Wir vertrauen auf euch! Die Gefangenen der Kompagnie 989 La-Ferte-Milon.

Keine Post

Die Sperrung des Personenverkehrs macht sich im Redaktionsbetriebe in unangenehmster Weise fühlbar. Der größte Teil der auswärtigen Zeitungen, ebenso die Sendungen unseres Berliner Bureaus sind ausgeblieben. Für die nächsten Tage dürfte das Verhältnis noch schlimmer werden, da die Beförderung von Postsendungen nur mit Güterzügen erfolgt. Auch in der Zustellung der Volksstimme an die bereits zahlreich vorhanden auswärtigen Bezieher wird die Sperrung des Verkehrs sehr störend eingreifen. Von unserer Expedition gehen die Sendungen so früh als möglich ab. Es wird aber trotzdem die Geduld unserer Parteifreunde sehr stark in Anspruch genommen werden müssen.

Elbinger Polizeinachrichten

In der Nacht zum 2. November hielt ein Wächter zwei Männer an, die ein Zentnergewicht trugen. Auf Anruf ließen die Beiden das Gewicht fallen und entliefen. Der Eigentümer ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Am Depot der Feuerwehr wurde eine gut erhaltene Handkarre gefunden. Der Besitzer desselben ist noch nicht ermittelt.

Der Fürsorgezögling Krause stattete am Sonnabend seinen Herrn Bekannten und Verwandten Besuche ab, um sie bei dieser Gelegenheit kräftig zu bestehlen. So stahl er unter anderem einen Koffer mit 900 Mark barem Geld und diverse Lebensmittel. K. wurde festgenommen und dem Amtsgericht zugewiesen.

Parteigenossen!

Was muß jeder einzelne jetzt tun?

Die Organisation der U. S. P. und ihre Presse für den Agitationsbezirk Elbing,

die Elbinger Volksstimme stärken

ihr neue Leser und neue Inserenten zuführen. Sie ist es, welche die Grundsätze und Forderungen des Sozialismus der Oeffentlichkeit zugänglich macht. Sie ist es, welche die Rechte der Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten verteidigt gegen alle Anmaßungen des Kapitalismus. Es ist deshalb Eure Pflicht, die Druckerei auszubauen, zu vergrößern,

damit sie den Kampf wuchtiger und wirkungsvoller führen kann.

Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, weitere Anschaffungen sind nötig.

Dazu gehört vor allem Geld.

Jedes Mitglied der U. S. P. muß Anteile für die Elbinger Volksstimme zeichnen. Keiner darf zögern, Geld im eigenen Unternehmen anzulegen, das unablässig für die materielle und geistige Befreiung kämpft. Das angelegte Geld wird verzinst. Anteilscheine können gezeichnet werden in der Geschäftsstelle Spieringstraße 21, sowie bei allen Bezirksleitern und Vertrauensleuten. Jeder, auch der kleinste Betrag hilft! Deshalb, Genossen,

zeichnet Anteilscheine!

Ostdeutsche Nachrichten

Zum Königsberger Buchdruckerstreik

Wie wir bereits gestern mitteilten, befinden sich seit Sonnabend die Königsberger Buchdrucker im Streik. Sie gehörten seit langem zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern Königsbergs. Die Buchdrucker verlangen jetzt eine monatliche Beihilfe von 50 Mark rückwirkend vom 1. Oktober. Wenn sie nicht wirtschaftlich vollkommen zu Grunde gerichtet werden wollen, so müssen sie auf ihrer Forderung bestehen. Damit erledigt sich auch das Geschrei der kapitalistischen Zeitungsfirmen, die Buchdrucker hätten den Tarif gebrochen. Langfristige Tarife sind in dieser Zeit der fortgesetzt steigenden Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ein Unsinn. Werden sie doch geschlossen, so zwingt unmittelbare bittere Not die Arbeiter dazu, sich über den Hungertarif hinwegzusetzen und trotz desselben in den Kampf um die Möglichkeit der nackten Lebensfristung einzutreten. Wir begrüßen diesen ersten in voller Geschlossenheit geführten Kampf im graphischen Gewerbe Königsbergs. Die Sympathie der gesamten organisierten Arbeiterschaft können die Streikenden gewiß sein. Von sämtlichen bürgerlichen Zeitungen Königsbergs hat nur die rechtssozialistische Volkszeitung die Forderungen der Buchdrucker bewilligt.

Volkshochschule Marienwerder

Aus Marienwerder wird uns geschrieben: Am Montag fand in der Aula des Ober-Lyzeums Marienwerder der erste größere Vortragsabend statt, an dem fast sämtliche ersten Künstlerkräfte unseres Schauspielhauses als Vortragende teilnahmen. Die Eintrittspreise waren überaus mäßig, so daß es auch den weniger Bemittelten leicht möglich war, sich den Besuch und Genuß wahrhafter Kunst und Literatur zu verschaffen. Sämtliche Vorträge fanden starken Beifall und mußten durch Zugaben bereichert werden. Der Besuch ließ nichts zu wünschen übrig (bis auf den letzten Platz gefüllt.) Diese Abende, ein Arrangement der Direktion Harnier und Sohn, sollen nunmehr wöchentlich stattfinden.

Feuergefecht zwischen Arbeitern und Beamten

Die Danziger Zeitung berichtet unter der Ueberschrift Schießerei zwischen Wirtschaftsbeamten und Arbeitern folgendes:

„Zwei Wirtschaftsbeamte des Gutes Waldenburg bei Neustadt, die nach dem nahen Walde gegangen waren, um Holz abzunehmen, sahen im Felde drei bewaffnete Männer liegen, die scheinbar schliefen. Nachdem sich die Beamten ebenfalls mit Waffen versehen hatten, näherten sie sich den Arbeitern. Es kam hierbei zu einer regelrechten Schießerei, die damit endete, daß der Wirtschaftsbeamte B. am Oberschenkel, Oberarm und Kopf verletzt wurde. Die Arbeiter ergriffen hierauf die Flucht. Bei der sofort von Jägern aufgenommenen Streife nach den Tätern wurden zwei bewaffnete Arbeiter, die in Neustadt wohnen, angetroffen und festgenommen. Der verletzte Wirtschaftsbeamte wurde ins Neustädter Krankenhaus eingeliefert."

Diese Schilderung ist reichlich unklar. Der Vorgang bedarf dringend weiterer Aufklärung.

Winnig lehnt ab

In Tilsit ist seit einigen Tagen ein Generalstreik ausgebrochen, an dem die Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen Richtung teilnehmen. Eine Abordnung der streikenden Arbeiter in Tilsit ist mit dem Oberbürgermeister Dr. Pohl nach Königsberg gereist, um die Vermittelung des Oberpräsidenten anzurufen. Oberpräsident Winnig lehnte die meisten Forderungen der Streikenden ab.

Ein Danziger Bürgerwehrmann erstochen

Sonntag abend kam es im Bürgerheim in Ohra zu einem Zusammenstoß zwischen Schutzleuten und Gästen. Ein Bürgerwehrmann wurde von den Schutzleuten abgesandt, um polizeiliche Verstärkung heranzuholen. Im Garten wurde derselbe abgefangen und erhielt einen Messerstich, der das Herz traf. Der Gestochene war sofort tot. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Prügelei mit tödlichem Ausgang

Die Arbeiter Reich und Golembiewski gerieten in der Wartehalle der vierten Klasse im Bahnhof Dirschau in einen Wortwechsel, der schließlich in eine Prügelei ausartete. Reich, der sich an Brennspiritus betrunken hatte, schlug den Golembiewski, der darauf dem Reich mit einer Latte einen Hieb über den Kopf versetzte. Reich, der eine schwere Kopfverletzung erlitten hatte, ist in der folgenden Nacht verstorben.

Aus der Arbeiterbewegung von Marienwerder

Seit geraumer Zeit pflegt der Filialvorstand der Pflasterer und Berufsgenossen Verhandlungen mit dem Kartell und dem Vorstand der Rechtssozialisten, daß unsere Pariei auch ihre politischen Versammlungen im Gewerkschaftslokal gegebenenfalls abhalten darf. Da nun der Kartellvorstand und der rechtssozialistische Führer stets die unglaublichsten Einwände dagegen hatten, stellte der Genosse Cziezinski bei der stattgefundenen Kartellsitzung am 29. Oktober erneut den Antrag und begründete ihn, indem die Mitglieder der U. S. P. gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder sind.

Nun entspann sich eine tolle Debatte. Als erster meldete sich der Sprengkolonnenführer, Maurer Jörgens, der zu unserem Gründungstage, am 31. Juli, die rechtssozialistische Sprengkolonne organisierte, zum Wort. Er zog in der niederträchtigsten Weise über die U. S. P. her, indem er u. a. die Mitglieder der U. S. P. außer Haase als dumme Jungen und als die gefährlichsten Gegner der Mehrheitssozialisten bezeichnete. Sie wären viel schlimmer als die Deutschnationalen und müßten auf das entschiedenste bekämpft werden. Er habe sich das als höchste Aufgabe gestellt. (Vater vergib ihm; er weiß nicht was er tut. Red. der Volksstimme.) Jörgens forderte alle Mitglieder der S. P. auf, sich diesem Kampfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anzuschließen. Die Richtigstellung des Genossen Cziezinski fand in der Sitzung einigen Beifall. Unter dem Einfluß des Herrn Jörgens gab dann der Kartellvorsitzende die Erklärung ab, das Kartell wäre dazu nicht zuständig.

Nun erhob auch der Vorsitzende der Rechtssozialisten, der Buchdrucker Buchecker, seine Stimme und erklärte feierlichst, daß er nie auf eine Einigung eingehen werde mit Leuten, die er zu fürchten hätte, die viel zu dumm seien, um die Gewalt an sich zu reißen und so sagte er wörtlich: **„Die U. S. P.-Mitglieder sind Strolche, mit denen ich nichts gemein haben will."**

So sehen die Führer der Marienwerderer Rechtssozialisten aus!

Aus der Partei

Berlin gegen Anschluß an die 3. Internationale

Am Sonntag fand die Generalversammlung unserer Berliner Parteiorganisationen statt. Nach einem Referat des Genossen Ledebour wurde folgende Resolution angenommen:

„In der Erkenntnis, daß von der Mehrheit der der zweiten Internationale angeschlossenen Parteien nichts im Sinne des revolutionären Fortschritts zu erwarten ist, wir uns aber der dritten Internationale nicht bedingungslos anschließen können, ersuchen wir die Parteileitung, geeignete Schritte zu unternehmen, um mit den revolutionären Parteien aller Länder in Fühlung zu kommen und auf diese Weise den Boden für eine wirklich revolutionäre, aktionsfähige neue sozialistische Internationale vorzubereiten."

Verschiebung des Parteitages

Die von der Reichsregierung verfügte Sperrung des Personenverkehrs vom 5. bis 15. November nötigt uns, den für den 16. November nach Leipzig einberufenen Parteitag um eine Woche zu verschieben.

Die Frauenkonferenz kann gleichfalls erst eine Woche später stattfinden. **Das Zentral-Komitee der U. S. P. D.**

Unsere Parteibewegung in Baden

Unter den denkbar größten Schwierigkeiten, aber auch unter der opfervollsten Ueberwindung aller Hemmnisse ist es unsern Genossen in Baden gelungen, aus der anfänglich kleinen Schar unsrer Anhänger ein stattliches Heer von Kämpfern zu machen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt

unsere Partei in Baden 16 000 Stimmen. Jetzt mustert sie in 106 Ortsgruppen 13 000 Mitglieder. Die Wahlbewegung litt außerordentlich unter dem Mangel einer eignen Presse und einer hinreichenden Zahl von agitatorischen Kräften. Bis jetzt konnte auch alle spätere Werbearbeit nur im Nebenamte betrieben werden. Am 21. September erfolgte die Anstellung eines Bezirkssekretärs für den Bezirk Mannheim.

Parteiblätter haben wir jetzt ein wöchentlich zweimal erscheinendes, die Republik in Karlsruhe und in Mannheim ein täglich erscheinendes, das sich gut entwickelt.

Einen großen Erfolg brachten uns die Gemeindewahlen im Mai. Ueberall hatten wir starken Stimmenzuwachs und wo wir uns beteiligten, haben wir auch Vertreter in den Rathäusern.

Gewerkschaftliches

Wie sie sich schmieren lassen!

Nach der Revolution nennen sich bekanntlich alle Angestelltenverbände „Gewerkschaften." Sie wissen, daß jetzt auch die Angestellten von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt sind, und da sie den Abmarsch ihrer Mitglieder ins Lager des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten aufhalten und unaufgeklärte Berufsgenossen einfangen wollen, nahmen sie den früher so verspotteten Titel „Gewerkschaften" an. Aber sie nahmen auch nur den Titel an. In Wirklichkeit sind sie noch heute, was sie waren, Söldlinge der Unternehmer. Noch jetzt nehmen diese Verbände Zuwendungen, oder deutlicher gesagt, Schmiergelder von großen Industrie- und Handelshäusern. Der Illustration dieser Behauptung diene nachfolgende Mitteilung:

„Am 24. April 1919 erhielten der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, Harkortstraße, der Kaufmännische Verein von 1858; Bezirk Dresden, der Verband reisender Kaufleute von der Zigarettenfabrik Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Dresden, durch Scheck je 3000 Mark überwiesen. Die Verbände haben den Betrag angenommen und quittiert."

Am 9. April 1918 nahmen dieselben Verbände, sowie auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte je 2000 Mark mit folgendem Begleitschreiben:

Wir beehren uns, Ihnen in der Anlage unsern Scheck über
2000 Mark
zu überreichen mit der Bitte, diesen Betrag zum Besten der gemeinnützigen Bestrebungen Ihres Vereins freundlichst verwenden zu wollen.

Wir bitten guter Ordnung halber um gefällige Empfangsbestätigung und empfehlen uns Ihnen

mit vorzüglicher Hochachtung
Georg A. Jasmatzi, Aktiengesellschaft.

Die Verbände scheinen sich in ihrem Wohlverhalten den Unternehmern gegenüber gebessert zu haben, denn während sie im Jahre 1918 mit 2000 Mark abgefunden wurden, erhielten sie im Jahre 1919 3000 Mark Schmiergelder.

Wieviel werden sie im nächsten Jahre bekommen?

Briefkasten der Redaktion

P. Hauptstraße. Wenden Sie sich bitte an die Adresse des Herrn Wiewrodt, Elbing, Gartenstraße 32, um Aufklärung.

In den Fabriken, Werkstätten und Kontoren
muß jeder Genosse neue Leser
— für die Elbinger Volksstimme werben! —

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Kartoffelhändler.

Alle Markenblätter, auf die bereits Kartoffeln zur Wintereinkellerung abgegeben sind, müssen sofort im Ernährungsamt abgeliefert werden.

Elbing, den 5. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (R. G. Bl. S. 307) wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 12. und 22. November 1918 (Reichsanzeiger 268 und 281 vom 12. und 28. November 1918) bestimmt:

§ 1.

Gemäß § 5 des Lieferungsvertrages über Herbstgemüse werden die Vertragspreise für die nachstehend verzeichneten Gemüsearten je Zentner bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Für Weißkohl .	M 4,—
Für Rotkohl .	M 7,25
Für Wirsingkohl	M 6,75
Für Grünkohl bis zum 30. November 1919	M 6,75
Für rote Möhren und Karotten aller Art einschließl. der kleinen, runden Karotten	M 5,25
Für gelbe Möhren .	M 3.75
Für weiße Möhren	M 2,25

Diese Preise gelten für gesunde, marktfähige Handelsware, frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

§ 2.

Die Preise des § 1 sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

§ 3.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung vom 16. August 1919 (Reichsanzeiger 189 vom 21. August 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (R. G. Bl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Der Erzeugerhöchstpreis für Zwiebeln (lose) wird wie folgt festgesetzt:

vom 1. November 1919 ab	12 Mark je Zentner
vom 1. Dezember 1919 ab	13 Mark je Zentner
vom 1. Januar 1920 ab	15 Mark je Zentner
vom 1. Februar 1920 ab	18 Mark je Zentner
vom 1. März 1920 ab	21 Mark je Zentner

Diese Preise gelten für gesunde marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder Schiff.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am 1. November 1919 in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Bekanntmachung vom 2. September 1919 (Reichsanzeiger 201 vom 4. September 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Höchstpreise für Gemüse.

Auf Grund der Verordnung der **Reichsstelle für Gemüse und Obst** vom 18. September 1919, R. 4230, werden nachstehende Höchstpreise für die Provinz Westpreußen festgesetzt:

Sorten	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
	für das Pfund in Pfennigen		
Weißkohl .	4	8,50	12
Rotkohl .	7,25	11	15
Wirsingkohl	6,75	10,75	15
Grünkohl bis zum 30. November 1919	6,75	10,75	15
Rote Möhren und Karotten aller Art einschl. der kleinen runden Karotten	5,25	9,25	13
Gelbe Möhren	3,75	6	9
Weiße Möhren . . .	2,25	4,50	7,50

Die vorstehenden Höchstpreise treten am Dienstag, den 28. Oktober 1919 in Kraft.

Danzig, den 22. Oktober 1919.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Westpreußen.

U.S.P. 7., 8., 9. Bezirk

Donnerstag, den 6. d. Mts., abends 5 Uhr,
im **Volkshaus**

Vertrauensmännersitzung.

Die Bezirksleitungen.

Höchstpreise für Gemüse.

Auf Grund der Verordnung der **Reichsstelle für Gemüse und Obst** vom 18. September 1919, 4231, werden nachstehende Höchstpreise für die Provinz Westpreußen festgesetzt:

Sorten	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
	für das Pfund in Pfennigen	
Zwiebeln (lose)		
vom 1. November 1919 ab .	55	75
vom 1. Dezember 1919 ab .	56	76

Die vorstehenden Höchstpreise treten am Dienstag, den 28. Oktober 1919, in Kraft.

Danzig, den 22. Oktober 1919.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Westpreußen.

Achtung! Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Elbing.

Branchen-Versammlungen

Mittwoch, den 5. November 1919, abends 6 Uhr:
Schlosser, Bauschlosser u. Klempner,
Donnerstag, den 6. November 1919, abends 6 Uhr:
Dreher, Former und Elektriker,
Freitag, den 7. November 1919, abends 7 Uhr:
Schmiede, Kesselschmiede und Werft
im **Volkshause.**

Tagesordnung in allen **drei** Versammlungen: **Bericht über den Verbandstag.**

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Haus-Uhren
in Eiche und Nußbaum
mit besten Messingwerken
soeben eingetroffen
Augustin Riebe
Juwelier
Alter Markt Nr. 53.

Die Firma
R. Lengning, Fischerstr. 20/21
empfiehlt für **Weihnachten** schon jetzt ihre
- Spielwaren -
zu kaufen oder zurückstellen zu lassen.

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Revolutionsfeier.

Am Jahrestage der Revolution, dem **9. November,** veranstaltet die U. S. P. D. Elbing im Volkshaus ein

Großes Konzert

mit auserlesenem Programm.

Mitwirkende:

Kapelle des hiesigen Stadttheaters,
Männer- und Frauen-Gesangverein „Liederfreund",
erstklassige Kräfte der hiesigen Oper.

Hierzu erlaubt sich einzuladen

die Parteileitung.

Eintritt Mk. 1.50. Anfang 4 Uhr.

Wir bitten, Kinder unter 14 Jahren nicht mitzubringen. Der Reinertrag ist für den Pressefonds bestimmt.

Familienanzeigen
Kaufgesuche
Verkaufsangebote
finden in der
‚Elbinger Volksstimme'
die weiteste Verbreitung!
Wir empfehlen sie als wirksames Anzeigenorgan!

Puppen-Klinik
R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

Reichels
Likör-Essenzen
vorrätig
Drogerie
Kurt Penner
Heil. Geiststraße 31.

W. Breitfeldt
Innerer Mühlendamm 18/19,
Fernsprecher 352,
empfiehlt sein
Spezialgeschäft
in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.**
:: **Beste Bezugsquelle** :: **für Wiederverkäufer!!!**

Herren-Garderoben
werden sauber und billig repariert, gereinigt u. gebügelt
M. Schepanski, Wilhelmstr. 15.

Sämtliche
Schreibwaren
für
Schule, Haus,
∴ Behörde ∴
für
Handel, Gewerbe,
∴ Industrie ∴
in nur bester Ausführung kauft man bei
G. W. Petersen
Alter Markt 33.

Wäsche zum Plätten
nimmt noch an
Frau **Pahl,** Petristr. 16.

1 Gehrock 1 Paar Stiefel, zu verkaufen
Mattendorfstraße 8.

Empfehle
Emaillewaren
wie **Eimer, Wannen, Schmortöpfe** mit Ring usw.
Dalli-Plätteisen
Plätteisen
für Kohlen, Bolzen und Spiritus,
Wirtschaftswagen
Tafelwagen
Fleischhackmaschinen
Brotschneidemaschin.
verschiedene Systeme,
Solinger Stahlwaren
wie **Tischmesser u. Gabeln**
Taschenmesser,
Scheeren usw.
Joh. Meißner
Nachf.
Ecke Königsberger- und Leichnamstraße.

Elektro-Monteure
selbständige und gewissenhafte Leute, stellt sofort ein bei dauernder Arbeit
Blank, Installationsgeschäft
Wittenfelderstraße 24.

Aeltere Kinderfrau
od. **Mädchen** ohne Anhang gesucht. Zu m. Herrenstr. 29.

Elbinger Standesamt
vom 5. November 1919.

Sterbefälle: Arbeiter Artur Oskar Poews, 1 T., 3 T. — Schuhmacher Karl Adolf Zota, 1 S., 11 J. — Eigentümerwitwe Anna Wooßmann geb. Wooßmann, 89 J. — Monteur Hermann Krassuski, 1 T., 9 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 14 | **Donnerstag, den 6. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Gefallene Flieger. Nach einer Aufstellung des Lokalanzeigers starben allein in der Fliegertruppe im Felde 2857 Offiziere, 3047 Unteroffiziere und Mannschaften; in der Heimat 584 Offiziere und 1378 Unteroffiziere und Mannschaften. — Meistens handelt es sich um tödliche Abstürze, die infolge schlechten Materials besonders in der letzten Kriegsperiode immer häufiger wurden.

Anwachsen der englischen Arbeiterpartei. Wie das Reutersche Bureau aus London meldet, gewinnt die Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen in London und in der Provinz schnell an Boden. In mehreren Londoner Kreisen wird die Arbeiterschaft über eine große Mehrheit verfügen. Nach den bisher vorliegenden Berichten hat sie bereits 348 Sitze erobert. Die Konservativen erhielten 385, die Liberalen nur 65 Sitze. Bekannte Führer der Arbeiterpartei ziehen aus den großen Erfolgen der Partei bei den Gemeinderatswahlen in ganz England den Schluß, daß die Arbeiter bei den nächsten Parlamentswahlen wahrscheinlich die Regierungsmacht in ihre Hände bekommen werden.

Daily Mail meldet, daß bei den Londoner Gemeinderatswahlen bereits 35 Frauen gewählt sind. Bei den Wahlen in der Provinz hat die Arbeiterpartei bereits 170 Sitze errungen.

Massenmörder Marloh. Wie die Berliner Freiheit erfährt, ist gegen Leutnant Marloh wegen der Erschießung von 32 unschuldigen Matrosen in der Französischen Straße in Berlin Anklage wegen Totschlags erhoben worden. Die Verhandlung soll, wenn sie nicht noch in letzter Stunde vereitelt werden sollte, bald stattfinden. Marloh wird vor einem Militärgericht erscheinen, also als Richter seine eigenen Kameraden finden. Wer wollte daran zweifeln, daß die Gerechtigkeit bei ihnen in besten Händen ist?

Von Haases Krankenlager. Das Befinden unseres Genossen Haase ist so schlecht, daß täglich mit dem Schlimmsten gerechnet werden muß. Die Widerstandsfähigkeit des 56 Jahre alten Mannes ist durch die Dauer der Krankheit und die Anstrengungen der Operation sehr vermindert. Da Blutvergiftung hinzugetreten ist, wurde eine Silbereinspritzung zur Abtötung der Bazillen vorgenommen. Die Temperatur stieg auf 40,2; doch ist das Fieber mittlerweise abgeflaut. Trotzdem ist keine Besserung im Befinden Haases eingetreten.

Zabern-Reuter avanciert. Der aus der Zabernaffäre vom Pandurenkeller her bekannte Generalmajor z. D., frühere Oberst von Reuter hat den Charakter als Generalleutnant erhalten. Hat der Herr sich auch nicht träumen lassen, daß er sogar noch in der Republik avancieren würde. Vielleicht taucht auch noch Eulenburg aus der Versenkung auf.

Ende des Streiks am Niederrhein. Belgische Zeitungen melden: Der Streik der Metallarbeiter, Bergleute und Eisenbahner in der vierten Zone wurde auf Grund von Unterhandlungen der Besatzungsbehörde mit den Arbeiterdelegierten beigelegt.

Ueberfälle auf englische Polizeistationen. Die Londoner Zeitungen berichten aus Irland: Nächtlicher Weile griff eine Schar Bewaffneter, die in einem Automobil herbeigeeilt waren, die Polizeistation von Lismullin in der Grafschaft Miath an. Einer der Beamten, welche die Station verteidigten, wurde getötet. Auch die Polizeistation von Ballymore wurde in derselben Nacht überfallen, wobei ebenfalls ein Polizeibeamter erschossen wurde. Die Angreifer sind in beiden Fällen entkommen.

Die Gliederungen des neuen Militarismus. Nach einer Verfügung des Reichswehrministeriums heißen die Mannschaften der Infanterie-Regimenter und -Bataillone Grenadiere, Jägerbataillone Jäger, Schützenregimenter und -bataillone Schützen, Kavallerie Reiter, Maschinengewehrformationen Schützen, Artillerie, Minenwerferformationen Kanoniere, Fahrer, Pionierformationen Pioniere, Kraftfahrtruppen Kraftfahrer, Nachrichtentruppen Funker, Fahrtruppen (Trains) Fahrer, Sanitätskompagnien Sanitätssoldat.

Eberts Flagge. Das Marine-Verordnungsblatt bringt einen Erlaß über die Flagge des Reichspräsidenten (Reichsfarben mit Adlerschild in der Mitte), die Flagge des Reichswehrministers (Reichsfarben mit Eisernem Kreuz in der Mitte) und die Reichskriegsflagge in deren bisheriges Muster der neue Reichsadler in der Mitte und die Reichsfarben mit Eisernem Kreuz in der inneren oberen Ecke aufgenommen sind. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Reichskriegsflagge bleibt vorbehalten. — Heil uns! Es ist erreicht.

62 Personen verurteilt. Wie aus Saarbrücken berichtet wird, verurteilte das französische Kriegsgericht neuerdings 62 Personen, darunter sehr viele Frauen, die während des letzten Streiks festgenommen worden waren, zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus und 39 Jahren Gefängnis. Außerdem wurden acht Ausweisungsbefehle erlassen und eine Anzahl Geldstrafen verhängt.

Angestelltenstreik in Dresden. In Dresden sind die Angestellten des Großhandels und der Industrie in den Streik getreten. Die Streikleitung hat beschlossen, daß auch die Firmen des Lebensmittelhandels unter den Beschluß fallen, mit der Begründung, daß gerade durch den Ausstand der Angestellten des Lebensmittelmarktes eine Bewilligung ihrer Forderungen und eine schnelle Beendigung herbeigeführt würde.

Allgemeine Amnestie in Oesterreich. Am Schluß der letzten Tagung der Nationalversammlung hatte der Präsident verkündet, daß die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden solle und daß eine solche nur abgehalten werden würde, wenn es notwendig sei. Diese Notwendigkeit hat sich nun herausgestellt, da die Absicht aller Parteien dahin geht, am 12. November, dem Tag der Proklamierung der Republik, eine allgemeine Amnestie zu erlassen, was nur im Wege des Gesetzes geschehen kann. Infolgedessen ist die Nationalversammlung heute zusammengetreten.

Polen vor der Revolution

Wenn nicht alles trügt, steht Polen am Vorabend der Revolution.

Die jahrhundertelange nationale Unterdrückung Polens schuf einen günstigen Boden, auf dem allerlei reaktionär-chauvinistische Strömungen emporwuchern konnten. Diesen reaktionären Einflüssen haben sich auch die arbeitenden Massen nicht voll entziehen können. Der Nationalismus war Trumpf, und mit seiner Hilfe gelang es den besitzenden Klassen, die Massen vor ihren Wagen zu spannen.

Nun beginnt allmählich der nationalistische Taumel zu verfliegen. Langsam aber sicher vollzog sich eine Revolutionierung der Massen und in letzter Zeit scheint dieser Prozeß ein rascheres Tempo annehmen zu wollen. Die sich immer vermehrenden und an Ausdehnung zunehmenden Kriegsschauplätze des neu entstandenen polnischen Staates, die den Massen gewaltige Blutlasten auferlegen, tragen zur Beschleunigung der Revolutionierung bei. Denn auch die rückständigsten Schichten müssen jetzt einsehen, daß es bei all diesen Kriegen nicht um die Befreiung des polnischen Volkes geht, wie man es den Massen einzureden versuchte, sondern um die schamloseste Unterdrückung anderer Völker. Die in den Bahnen krassesten Imperialismus gerichtete auswärtige Politik Polens wirkt daher aufrüttelnd auf die Massen.

Nicht minder aufrüttelnd wirkt auch die innere Politik der polnischen Regierung. Die revolutionär gesinnte Arbeiterschaft und ihre Wortführer werden in Polen in der rücksichtslosesten Weise verfolgt. Die Kommunisten sind in Polen — genau wie in Deutschland — vogelfrei. Die kommunistische Partei ist zur Illegialität verdammt. Ihre Mitglieder füllen die Gefängnisse oder, was häufig genug geschieht, werden kurzerhand erschossen. Aber noch nie in der Geschichte haben derlei Maßnahmen eine Bewegung auf die Dauer zu unterdrücken vermocht. Und dasselbe wiederholt sich in Polen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter entladet sich in großen Streiks, so letztens im Dombrowa-Rayon, diesem polnischen Ruhrgebiet.

Die soziale Lage der arbeitenden Massen ist furchtbar. Lebensmittelnot in den Städten und den Industriezentren, gewaltige Arbeitslosigkeit, wucherische Preise. Die Besitzenden, für die das Geld keine Rolle spielt, können sich natürlich alles kaufen, während die Massen darben müssen. Das wirkt aufreizend. Der Krieg mit den Kriegsgewinnen auf der einen, dem gesteigerten Elend auf der andern Seite verstärkt diese Kontraste. Die Massen verlangen immer stürmischer die Einstellung des Krieges gegen Sowjet-Rußland.

Die polnische Regierung scheint selbst zu fühlen, daß sie aus eigener Kraft diesem Ansturm nicht gewachsen ist. In diesem Zusammenhang ist eine Auslassung des Kurier Poranny, ein Blatt, das der Regierung sehr nahe steht und von ihr oft als Sprachrohr benutzt wird, sehr bezeichnend. Dieses Blatt schrieb am 23. September u. a.:

„Infolge des Drucks, der von der linken Presse auf die Regierung ausgeübt wird, um dem Krieg im Osten ein Ende zu machen, wird uns folgendes mitgeteilt:

Durch den Kampf im Osten retten wir Polen vor dem Bolschewismus. Der Bolschewismus, rein politisch betrachtet, ein verkappter Imperialismus, ist das einzige Mittel, Polen wieder an Rußland auszuliefern. Einen schlechten Dienst erweist daher Polen der, welcher die Zurückziehung des Militärs aus dem Osten fordert. Es sind aber noch andere Gefahren da: der kommende Winter wird sicher einer der schwersten aller Kriegswinter werden. Ganz Europa droht ein Kohlenhunger, es ist deshalb mit Schwierigkeiten in der Industrie und in der Verpflegung zu rechnen; es wachsen die Tendenzen zu Agrar- und Industriestreiks. Der Ausbruch des Kommunismus oder Halb-Kommunismus in Polen — das ist der Weg für die Verschmelzung mit Rußland . . Wir verteidigen uns gegen den Bolschewismus, aber wir verteidigen gleichzeitig auch Westeuropa. Die Regierungen der Entente schließen die Augen gegenüber der Tatsache, daß unser Geld auf den westeuropäischen Märkten ununterbrochen rinnt, trotzdem das Geld eine glänzende (?) Deckung hat. Die Regierungen der Entente wissen, daß unsere Soldaten im Osten keine Kleider haben, keine Schuhe, keine Heilmittel, sie haben weder warme Mäntel noch warme Wäsche für den Winter, die Entente weiß es, will aber nicht helfen. Das kann so nicht weiter gehen. Wenn wir keine Hilfe bekommen, werden wir gezwungen sein, den Krieg im Osten einzustellen und einen Waffenstillstand mit den Sowjets zu schließen."

Diese Auslassung bedeutet: wenn wir keine Hilfe von außen bekommen, sind wir nicht mehr in der Lage, den europäischen Gendarmen zu spielen.

Der Krieg Polens hindert nicht nur den Wiederaufbau der schon ohnehin ruinierten polnischen Wirtschaft, sondern treibt diese Wirtschaft dem endgültigen Ruin entgegen. Hören wir, was der polnische Finanzminister Bilinski, der die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens kennt, zu sagen weiß: (Beiläufig bemerkt, es ist derselbe Herr Bilinskii, dessen verbrecherische Rolle als österreichischer Minister im Juli 1914 bei der Entfachung des Weltkrieges durch das jüngste österreichische Rotbuch aufgedeckt wurde.)

Der Finanzminister stellte in seiner Rede im polnischen Landtage (Sitzung vom 3. Oktober) nach Berichten polnischer Blätter die schlechte finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes fest. Sämtliche Staatsausgaben seien in diesem Jahre gewaltig gestiegen. Sie betragen 8 Milliarden und 650 Millionen Mark gegenüber 3 Milliarden und 890 Millionen Mark im Vorjahre. An der Spitze marschiert das Kriegsministerium, das statt knapp 2 Milliarden im Vorjahre jetzt 5,5 Milliarden verlangt. Die Ausgaben des Finanzministers stiegen von 129 Millionen auf 220 Millionen; der Staatsbahnen von 514 Millionen im Vorjahre auf 1049 Millionen; Ministerium für Kultur und Bildung von 78 auf 300 Millionen; Post und Telegraph statt 52 auf 131 Millionen; das Präsidium des Ministerrats beansprucht statt 18 Millionen im Vorjahre jetzt 79 Millionen usw.

Den Staatsausgaben in Höhe von 8,65 Milliarden Mark stehen Einnahmen gegenüber in Höhe von nur 1,078 Milliarden, mithin bleibt ein Defizit von mehr als 7,5 Milliarden.

Es sei bemerkt, daß das Budget sich nur auf Kongreß-Polen (ehemaliges Russisch-Polen) bezieht und nur für neun Monate vorgesehen ist, die anderen Teile Polens sind hierbei nicht berücksichtigt.

Das ist ein so schreckliches Mißverhältnis — rief der greise Finanzminister aus — daß kein Staat der Welt in der Lage ist, derartiges längere Zeit zu ertragen. — Zu diesem Defizit gesellten sich die kolossalen Zahlen der Staatsschuld, die Polen während der kurzen Dauer seiner staatlichen Existenz schon gemacht hat.

Die Schulden sind vor allem dem Kriege zu verdanken. Jeder Tag des Krieges kostet uns — erklärte der Minister — 20 Millionen Mark. „Wir wollen Krieg führen," fuhr er fort, „und die notwendige Ausrüstung fehlt vollständig. Die Soldaten gehen nackt, barfuß und hungrig einher." Alles müsse im Auslande gekauft werden zu teuren Preisen. Für das Geliehene müsse man Zinsen zahlen. Wir liehen überall, in allerlei Valuten, und bereits jetzt erreicht die Höhe der Staatsschulden neun Milliarden Mark, wovon 6 Milliarden ausschließlich für Kriegsbedarf in Frage kommen. Die Schulden seien so groß und mannigfaltig, meinte der Minister sarkastisch, daß er bei der Uebernahme des Finanzministeriums nicht feststellen konnte, wo und wem wir etwas schulden.

In bezug auf die Valuta stellte der Minister fest, **daß Polen sich in einem viel schlechteren Zustande befinde als die Nachbarstaaten.** Schätzungsweise befinden sich in Polen etwa 15 Milliarden Banknoten in verschiedener Währung im Umlauf. Bisher sei es noch nicht gelungen, eine einheitliche Währung einzuführen. — Dank den Kriegsfolgen sei der wirtschaftliche Zustand des Landes überaus traurig. Galizien sei vollständig verwüstet, aber auch Kongreß-Polen befinde sich in keinem besseren Zustande.

So sieht das Bild der wirtschaftlichen Zustände in Polen aus, wie sie selbst die Regierung schildert. Was wunder, wenn die Unzufriedenheit der Massen immer mehr wächst.

Und was weiß die Regierung dem entgegenzusetzen? Der erzreaktionäre Finanzminister will sich aus der finanziellen Not helfen durch Errichtung eines **Monopols auf Spirituosen und indirekte Steuern, auf die notwendigsten Verbrauchsartikel.** Und die Regierung überhaupt? Der Innenminister Herr Wozciechowski, der in Abwesenheit des Premierministers Paderewski die Programmrede der Regierung im Landtag hielt, klagte darin über mangelnde Unterstützung der Regierung von seiten der Bevölkerung. Das Volk, jammerte er, sei dank der langen Knechtschaft gewöhnt, gegen die Regierungsgewalt aufzutreten, und die jetzige Regierung werde sowohl von rechts wie von links bekämpft. Man glaube, der Landtag müsse über alles kommandieren und die Regierung habe nur die Befehle des Landtages auszuführen. Das müsse unbedingt geändert werden, es könne nicht so weiter gehen. Es müsse eine führende, starke Hand sein, und diese Hand könne keine

kollektive sein. Einer müsse der Führer sein. Polen brauche eine Verfassung, aufgebaut auf folgende Grundlagen:

Ein Staatsoberhaupt, gewählt durch ein Plebiszit, das die Regierungsgeschäfte selbständig zu führen habe, neben ihm eine besondere Einrichtung zur Wahrung der Gesetze und dazu eine gesetzgebende Volkskammer.

So sprach der Minister im Landtag und der kurze Sinn dieser Rede ist: Polen braucht eine Diktatur, um mit den widerspenstigen Massen fertig zu werden.

Das Memorandum der Grundbesitzer, Händler und Fabrikanten hatte Erfolg. Die Herren Kapitalisten diktieren und die Regierung folgt. Aber damit werden die Hungrigen nicht satt, die Frierenden nicht erwärmt, die Arbeitslosen nicht mit Arbeit versehen, kurz, das Elend nicht gelindert. Den Massen bleibt nur ein Mittel: kraftvoll das Joch dieser räuberischen Bande abzuschütteln und das Schicksal in eigene Hand zu nehmen.

Daß diese Erkenntnis bei den polnischen Arbeitermassen immer mehr durchbricht und die revolutionäre Stimmung bei ihnen im Anwachsen begriffen ist, beweist die jüngst in Warschau stattgefundene Konferenz der P. S. P. (Polnischen Sozialistischen Partei) für den Warschauer Rayon. Diese Konferenz der Sozialverräter mit Daszynsky an der Spitze sprach sich, offenbar unter dem Druck der revolutionären Stimmung der Massen, für die Einstellung des Krieges im Osten (der Name Sowjet-Rußland wird ängstlich vermieden) und für die Verankerung der Arbeiterräte in der neuen polnischen Verfassung als legale Vertretung der Arbeiterklasse in Polen aus.

Wir wiederholen: Polen steht vor Umwälzungen von größter Tragweite.

Politische Rundschau

Deutschland

Die „öffentliche Meinung" während der Kriegsjahre

Kapitän z. S. Persius unterzieht im Berliner Tageblatt die U-Boot-Politik Ludendorffs, durch die England in drei, längstens in sechs Monaten zum Frieden gezwungen werden sollte, einer vernichtenden Kritik. Ludendorff hätte, wenn er nicht „seine Berechnungen vertrauensvoll auf Angaben aufgebaut hätte, die den Stempel der Unwahrheit und Unwirklichkeit an der Stirn tragen" den Unsinn einer Aushungerung Englands einsehen müssen. Bernstorff, der das Land der unbegrenzten Möglichkeiten kannte, sei mit ungeduldiger Geste beiseite geschoben worden. Bernstorff habe gesagt, ihm sei von Berlin die Nachricht gegeben worden, die „öffentliche Meinung" verlange die Ausführung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. Wie aber stand es um diese „öffentliche Meinung?" Persius sagt darüber treffend:

> Jede zu ruhiger Prüfung der Sachlage mahnende Stimme wurde unterdrückt — mit den rigorosesten Mitteln! —, jede die wildesten Hoffnungen aufstachelnde Sudelei mit Wollust zur Veröffentlichung freigegeben. . . . Die öffentliche Meinung während des Krieges wurde lediglich in jener übel beleumundeten Pressekonferenz gemacht. Dort in dem Saale des Reichstagsgebäudes, der im zweiten Stock nach dem Königsplatz zu liegt, wurde an jedem Vormittag von den Gewaltigen der verschiedenen Aemter den Vertretern der Presse das zur Veröffentlichung anbefohlen, was am Nachmittag — gehorsamst von den Redaktionen aufgenommen — in den Zeitungen zu lesen war, und vom deutschen Volk geglaubt wurde. Fast jedem Widerstand brach der allmächtige Wille des Militarismus das Rückgrat.

Es ist aber wertvoll, diese Tatsachen wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Umsomehr, als in der nationalistischen Presse immer aufs neue die kriegs- und siegeshoffnungsfrohe Stimmung von damals gefeiert und aufs neue herbeigesehnt wird. Es war eine auf Lug und Trug begründete und mit militärischen Gewaltmitteln künstlich aufrecht erhaltene Stimmung. Mit solchem Lug und Trug möchte man das deutsche Volk aufs neue überziehen, womit nicht gesagt sein soll, daß die heutige Regierung sich der Oeffentlichkeit gegenüber von Lug und Trug freigehalten hatte, denn wir kennen auch diesen Text und seinen Verfasser.

Amnestie für die Opfer der Revolution

Der Jahrestag der Revolution steht vor der Tür. Als am 9. November v. Js. der Umsturz erfolgte, wurde er von Millionen als das Morgenrot einer besseren Zukunft begrüßt. Aber all die großen Erwartungen wurden bald elend zunichte gemacht. An Stelle des Krieges mit den feindlichen Heeren trat der Krieg gegen das revolutionäre Proletariat. Zu Tausenden ist es zusammengeschossen, zu Abertausende in die Gefängnisse gesteckt. Noch heute wütet die Hatz weiter.

Noch immer schmachten Tausende in den Gefängnissen als politische Sträflinge, als Untersuchungs- oder Schutzhaftgefangene. Die Regierung denkt nicht daran, die wegen ihrer politischen Betätigung hinter Gefängnismauern Gebannten zu amnestieren. Um so energischer muß die Bevölkerung, die nicht in den reaktionären und freiheitsfeindlichen Bahnen der Regierung und ihrer Hintermänner wandelt, den

Ruf nach Amnestie

erheben. Der 9. November bietet die beste Gelegenheit dazu. Einmütig muß das Volk protestieren gegen die Politik der Einkerkerung, der für eine bessere Zukunft Deutschlands Kämpfenden. Einmütig muß der Ruf erschallen:

Gebt die Opfer des revolutionären Kampfes frei!
Gebt die Freiheit denen wieder,
die für die Freiheit gekämpft und leiden!

Schulstreik

Die Hamburger Volkszeitung schreibt:

„Der Elternrat von sechs Eppendorfer Volksschulen hat den Schulstreik beschlossen, weil eine der schönsten Schulen Hamburgs, in der Erikastraße, die während des Krieges als Lazarett diente und jetzt mit einer Summe von 100 000 Mark wieder instand gesetzt ist, mit Militär belegt werden soll. Das Angebot des Elternrats, für Militär alte Schulen zu benutzen, wurde abgelehnt. Zwei scharfe Resolutionen, die zum Streik auffordern, wurden angenommen.

Es ist zum Heulen. Vor dem Kriege reichten die Kasernen vollkommen aus, um das Militär zu beherbergen. Heute aber, wo der Militarismus angeblich am Boden liegt, wo der Militarismus nach den Friedensbedingungen aufs äußerste eingeschränkt werden soll, muß man neben den Kasernen auch noch die Schulen belegen, um die militärischen Massen zu beherbergen. Sozialistische Republik."

Die Kleber

In den glorreichen Januartagen, als die neu in den politischen Strudel Hineingerissenen noch steuerlos umhertrieben, als der Kampf gegen die bösen Unabhängigen von diesen noch wehrlos ertragen werden mußte, weil der Mangel einer eigenen Presse den Nutznießern der Revolution das Proselytenmachen so sehr erleichterte, haben die Verteidiger des Kapitalismus die revolutionären Parteien an die Wand drücken können. Jetzt bangt man vor der mit Sicherheit zu erwartenden Schwächung ihrer Positionen bei stattfindenden Neuwahlen. Am liebsten möchte man die gegenwärtige Nationalversammlung verewigen.

Die Berliner Volkszeitung bringt eine Skizzierung der wichtigsten der augenblicklich in Vorbereitung befindlichen „Justiz-Reformen", von denen die eine „Vollreform des Strafprozeßrechts" im Frühjahr der Nationalversammlung zugehen soll. Woraus hervorgeht, daß man vor der Hand an eine Neuwahl garnicht denkt. Eine „Volkreform des Strafprozeßrechts" wird aber auch eine ganze Reihe von Sitzungen ausfüllen, so daß dem Frühjahr leicht der Sommer folgen kann, ohne daß die Nationalversammlung die „Fülle ihrer noch zu erledigenden Arbeit" vollendet hat. Vielleicht hat man bis dahin auch wieder einige Vorlagen zusammengeschustert, die dann ebenfalls der Erledigung durch die Nationalversammlung harren. Und so weiter bis ins Unendliche.

Den Herren scheint nachgerade doch aufzudämmern, daß bei einer Neuwahl das Gesicht der Volksvertretung eine Reihe anderer, ihnen unangenehmerer Züge aufweisen wird. Und vor dieser Unannehmlichkeit möchten sie sich so lange wie möglich bewahren. Deshalb die ewig sich fortsetzende selbstherrliche Verlängerung des Mandats. Aber wehe dem, der daran Zweifel zu äußern wagt, daß wir im freiesten Lande der Welt leben.

Die Münchener Post fordert den Rücktritt der mehrheitssozialistischen Regierung

Der Konflikt in München aus Anlaß der Revolutionsfeiern unter militärischer Aufsicht verschärft sich weiter. Eine Meldung der Telegraphen-Union aus München lautet: Der Konflikt, der zwischen den Organisationen der Münchener Arbeiterschaft und den militärischen Stellen infolge des Erlasses des Truppenkommandos der Reichswehr ausgebrochen ist, hat noch keine Lösung gefunden. Durch das Truppenkommando waren in einer unnötig schroffen Form und in der Kommandoform vergangener Zeiten für die Abhaltung der Revolutionsfeier Einschränkungsbestimmungen erlassen. Versammlungen wurden nur in geschlossenen Räumen und ausschließlich für den Vormittag des 9. November genehmigt. Die sozialdemokratische Partei hatte daraufhin gegen die Militärdiktatur schärfsten Protest erhoben, und die Unabhängigen hatten für den 7. November, der für Bayern als Gedenktag der Revolution zu gelten hat, den Demonstrationsstreik angekündigt. Die Vorstellungen, die von den Arbeiterorganisationen bei den militärischen Stellen erhoben wurden, haben das Truppenkommando, wie es mitteilt, nicht veranlassen können, von seinen durch reifliche Ueberlegung verfügten Maßnahmen abzugehen. Die Behauptung, daß die Verfügung ohne jede Besprechung oder Verständigung mit der zuständigen Regierungsbehörde ausgesprochen sei, sei selbstverständlich vollkommen aus der Luft gegriffen. Dieser Darstellung gegenüber stellt die Münchener Post fest, daß weder der Ministerpräsident noch der in erster Linie zuständige Minister des Innern von der Verfügung in Kenntnis gesetzt wurde, sie also auch nicht gebilligt hätten. Der sozialdemokratische Minister des Innern sei zur Zeit des Erlasses von München abwesend gewesen. Ein Ministerrat beschäftigte sich nun mit der Angelegenheit. (Und billigte das Vorgehen der militärischen Machthaber. Red. Volksstimme.) Inzwischen hat eine Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei die Vorstandschaft beauftragt, durch Ausnutzung aller Möglichkeiten die Zurücknahme des Erlasses zu erreichen.

Die mehrheitssozialistische Münchener Post konstatiert die „Einheitsfront des Münchener Proletariats gegen die Militärdiktatur" und fordert den Rücktritt einer Regierung, die derartiges ertrage. Die Gewerkschaften drohen mit dem Generalstreik und haben bereits eine darauf hinzielende Entschließung angenommen. Auch die Betriebsräte haben sich dem Protest angeschlossen. Sie schlagen für die Feier den 8. November vor.

Allgemeiner Metallarbeiterstreik in Berlin

Die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter hat die Vorschläge der Unternehmer und auch die Vermittlungsvorschläge abgelehnt. Sie faßte folgenden Beschluß:

„Die Generalversammlung beauftragt die Fünfzehner-Kommission, nochmals den Arbeitgebern den Willen der Generalversammlung zum Ausdruck zu bringen, daß an eine Aufnahme der Arbeit nur gedacht werden könne, wenn der Arbeiterschaft die Rechte wieder gewährt werden, die sie vor dem Eintritt in den Streik gehabt hat."

Die Foge dieses Beschlusses ist, da die Unternehmer nicht

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

14]

Wer weiß, wenn Rosalinde in ihrer selbstsicheren Art an jenem Abend ihn nicht nachdrücklichst darin bestärkt hätte, diese Mahnungen in den Wind zu schlagen — wer weiß, ob diese grauenvolle Sache mit der Herta Hecker heute nicht anders hätte enden können. Auch sie — dieses blonde Grisettchen hatte er nicht mit Sammetpfoten heute angefaßt. Ach nein — mit Rutenhieben war er über sie hergefallen, hatte ihr die Kleider vom Leibe gerissen und wie ein mittelalterlicher Henkersknecht die junge, nackte Hexe gestäupt, daß der umstehende Pöbel grausame Lust genoß . .

Auf der mit purpurnem Läufer belegten Treppe blieb Jordan plötzlich stehen, riß den Zylinder vom Kopf und stöhnte laut: „O Gott, mein Gott . . ."

„Matthias! Matthias!!"

Rosalinde rief angstvoll von oben.

Ein namenloses Leiden zeigte sich im Augenblick in Jordans Zügen.

Wieder belauscht, wieder ausgehorcht, wieder ausspioniert!

Da stand sie oben in der geöffneten Entreetür und lauerte an der Treppe auf sein Kommen.

Nie — niemals ließ er sich je dazu hinreißen, bei körperlichen oder seelischen Bedrängnissen einen Laut von sich zu geben. Diesen einen Seufzer, den er in der schweigenden Stille des leeren Treppenhauses im Drang seiner Erregtheit ausgestoßen, sie hatte auch ihn erlauscht, schon erhascht — und nun kam sie die Treppe herunter, ihm entgegen, um den Tribut seiner Beichte sofort entgegenzunehmen, auf der Stelle seine Seelenwirrnis unter ihr Mikroskop zu bringen.

Er, Jordan, stand nicht wie seine Verbrecher unter zeitlich begrenzter, nein, er stand unter lebenslänglicher Polizeiaufsicht und war nicht Herr und nicht Hüter über irgendeine noch so heimliche Regung seines Empfindungslebens. Aber was er heute durchlitten, das sollte sein Eigen bleiben, sein unbeschnüffelter Eigenbesitz. Seine alleinige Angelegenheit. Eiserne Riegel schob er vor dieses Erlebnis, verschloß es hinter Panzertüren seines unverbrüchlichen Schweigens und versenkte es in Tiefen der Verschlossenheit . . .

Langsam stieg er die Treppe hinauf, den Hut in der Hand.

Da kam seine Frau ihm schon entgegen: „Was ist dir, Matthias? Bist du krank? Ist dir was zugestoßen? Ich habe ins Kriminalgericht telephonieren lassen, zu hören, wo du bleibst. Es ist ja so spät geworden — und nun stöhnst du — wie ein Kranker! . ."

Er hatte den Hut wieder aufgesetzt und streckte seiner Frau die Hand entgegen.

„Nichts, Linda," lächelte er, „es ist nichts. Die Sitzung dauerte lange. Ich ging zu Fuß nach Hause."

Rosalinde nahm im Entree ihm Aktenmappe, Stock und Hut aus der Hand, zog ihn unter das elektrische Licht und prüfte seine Züge.

„Du fühlst dich unwohl, Matthias?"

„Keine Spur. Mir ist nichts."

„Weshalb stöhntest du auf der Treppe?"

„Ich weiß nichts davon."

Betroffen sah sie ihn an, aus ungläubigen Augen. Sie schüttelte den grauen Kopf.

„Bist du unterlegen? Wurde der Angeklagte freigesprochen?"

Er lachte heraus. Es klang schrill und häßlich. Er klatschte in die Hände.

„Nein, liebste Frau! Ein Jahr Zuchthaus und fünfe Ehrverlust! Sieg auf der ganzen Linie!"

„Na also," sagte Frau Rosalinde, ein Lächeln der Genugtuung um die schmalen, blutleeren Lippen.

Welch ein Haus, dachte Jordan, welch ein Haus! Der Herr bringt ein Jahr Zuchthaus wie eine Siegestrophäe heim — und nun kann das Festmahl beginnen.

„Du hast doch hoffentlich schon gespeist?"

„Wo denkst du hin, Matthias! Ich habe gewartet. Freilich wird das Roastbeef zum Teil verdorben sein. Konntest du nicht telephonieren, daß du später kommen würdest?"

Er lachte wieder so schrill und unheimlich.

„Du milde Christin," sagte er leise, als spräche er mit sich selbst, „Rosalinde, die du die Menschen liebst und in sozialen Werken der Fürsorge nicht müde wirst, in ihrem Dienst zu schaffen, soll ich an meine Suppe denken, wenn andere um Ehre und Leben bangen? Darf ich mich um den Braten sorgen, wenn eben ein Hausstand einstürzt und eine ganze Familie den bürgerlichen Tod erduldet?"

Sie sah ihn starr an.

„Du hast recht," sagte sie. „Aber was ist mit dir?"

Er überhörte die Frage, oder er tat nur so, ging in sein Toilettenzimmer und wusch sich. Der Diener kleidete ihn um. Nach fünf Minuten erschien Jordan im tadellosen Gehrock und blütenweißer Wäsche am Mittagstisch. Nach dem Gebet fragte Rosalinde: „War es denn heut ein so besonderer Fall?"

„Nicht im geringsten. Im Gegenteil. Durchaus der übliche."

„Aber du ißt ja nichts."

Jordan schob die Artischocken auf seinem Teller zurück.

„Keinen Hunger."

„Hast du gefrühstückt?"

„Nein."

„Seit heute früh um neun, seit dem Kaffee und dem Brötchen nichts gegessen?"

Er schüttelte den Kopf.

„Dann bist du krank."

Er stampfte mit dem Fuß auf, hob die Faust, als wollte er auf den Tisch schlagen, ließ sie aber wieder sinken, als schäme er sich.

Rosalinde fuhr hoch und sah ihn mit entsetzten Augen an.

„Verzeih," sagte er. Er war blaß geworden. „Ich habe einfach keinen Hunger. Das kann doch sein."

Sie schenkte ihm ein Glas Apollinaris ein. Er schob es zurück. Dann griff er nach der Birne der elektrischen Glocke. Der Diener kam.

„Eine Flasche Deutz-Geldermann im Eiskübel!"

„Sekt? Heute?" fragte Rosalinde.

„Ja! Wenn man nicht essen kann, dann muß man trinken!"

Die Platte mit dem Roastbeef kam. Er nahm ein kleines Stück und zwang es hinunter.

„Matthias, deine Nerven sind mitgenommen. Wir wollen den Arzt fragen, ob du nicht Urlaub nehmen sollst."

„Urlaub? was fällt dir ein?! Ich bin erst kaum fünf Wochen von der Reise zurück. Urlaub — jetzt — vor der Beförderung. Ich weiß nicht, wie du dir das denkst."

„Die Gesundheit ist die Hauptsache. Wenn sie es erfordert, dann nimmst du eben Urlaub, wann immer es nötig ist. Sieh Strachwitz an. Wenn dem der kleine Finger weh tut, meldet er sich krank. Nur du kennst keine Rücksicht auf dich selbst und reibst dich auf. Wer dankt dir das!?"

Der Sekt wurde gebracht. Jordan schenkte ein. Zwei Kelche füllte er. Rosalinde schob den ihren zurück.

„Trink," sagte er, „du mußt mittrinken, sonst — sonst schmeckt es mir nicht. Hier. Nimm. Wir wollen anstoßen!"

„Worauf?" fragte Rosalinde.

Er lachte kurz auf, dann hob er das Glas.

„Auf Strachwitzens schwanke Gesundheit! Wär der heut auf dem Posten gewesen, dann — — —"

Er brach ab. Ein Schatten ging über sein Gesicht.

„Also denn — sollst leben, Linda! Sollst leben!"

(Fortsetzung folgt.)

nachgeben, ein rasches Anwachsen des Streiks. Soweit die Lage gegenwärtig bereits überblickt werden kann, ist der Streik in der Berliner Metallindustrie jetzt allgemein. Ueberall haben die Arbeiter, der Aufforderung der gestrigen Vertrauensmännerversammlung zufolge, geschlossen die Arbeit niedergelegt. Der großen Bedeutung bewußt, den diese letzte Phase des Kampfes ihrer Kollegen für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands besitzt, zögerten die bisher noch nicht am Streik beteiligten Arbeiter keinen Augenblick und traten in den Solidaritätsstreik.

Polen

Zustände in polnischen Gefangenenlagern

Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur hat das Internationale Rote Kreuzkomitee die schlimmsten Nachrichten über die Lage der Gefangenen in gewissen polnischen Lagern erhalten.

In Brest-Litowsk wurden die vier Gefangenenlager, welche im März 10 000 Mann, meist Ukrainer, beherbergten, von zwei Delegierten des Internationalen Roten Kreuzkomitees in Begleitung eines Sanitätsmajors der französischen Militärmission besucht. Am 11. Oktober befanden sich in den Lagern nur noch 4000 Mann. Anfang August starben bis 180 Gefangene täglich. Diese Lager waren eine wahre Totenstadt. Die Verluste wurden verursacht hauptsächlich durch Ruhr, Typhus und ungenügende Ernährung. Die Ueberlebenden sind in Lumpen gekleidet und ungenügend ernährt. Sie schlafen auf Holzdielen ohne Stroh und Decken.

Rußland

Denikins Schreckensherrschaft in der Ukraine

Aus Kamenetz Podolskyj wird gemeldet: Die ukrainische Regierung wendet sich an die Entente und an alle Staaten der Welt mit einer Kundgebung gegen das rücksichtslose Vorgehen Denikins gegen die Ukrainer. Die Kundgebung schildert die Vernichtung aller Rechte des ukrainischen Volkes und die Unterdrückung der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung durch die russische Freiwilligenarmee und erhebt dagegen energischen Protest. Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik, heißt es, hat die Hoffnung auf eine Verständigung mit der russischen Freiwilligenarmee verloren und erwartet, daß die Ententemächte, welche dem General Denikin materiell helfen, die Unterjochung des ukrainischen Volkes nicht dulden werden. Die ukrainische Regierung fordert, daß die Ententemächte den General Denikin veranlassen, das Gebiet der Ukraine zu räumen, um dadurch dem ukrainischen Volke die Möglichkeit zu geben, in seinem Lande Ruhe und Ordnung herzustellen.

In und um Elbing

Unser Kommunalprogramm

Die nächsten Forderungen unseres Kommunalprogramms betreffen die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes. Sie lauten:

Die gesamte gemeindliche wie private Wohlfahrtspflege ist einem Wohlfahrtsamt zu unterstellen, dessen Aufgabe die Jugendpflege und Fürsorgeerziehung, die Waisenpflege und die Armenpflege ist:

A. Jugendamt für Pflege und Fürsorge aufsichtsloser und gefährdeter Kinder und Jugendlicher bis zu ihrer Volljährigkeit.

1. Aufsichtslose Kinder
   a) für noch nicht schulpflichtige: Kinderkrippen und Kindergärten,
   b) für schulpflichtige: Kinderhorte.
2. Kinder und Jugendliche:

Fürsorgeerziehung in Heimen oder in Familienpflege nach erzieherischen und gesundheitlichen Grundsätzen nur unter Aufsicht von Aerzten, auch Nervenärzten, sowie von Mitgliedern der Gemeindevertretung.

B. Waisenpflege durch
   a) Errrichtung eines Vormundschaftsamts (Uebertragung der Generalvormundschaft auf fachmännisch gebildete, von der Gemeinde besoldete Beamte),
   b) gemeindliche Waisenheime,
   c) Ueberwachung der in Familienpflege befindlichen Waisen durch gemeindliche Berufspfleger und -pflegerinnen.

C. Armenpflege durch
   a) ausreichende Unterstützung der Armen,
   b) Asyle für Obdachlose,
   c) Wärmehallen.

D. Altersheime.

D. N. Nielsens Museum

Uns wird geschrieben: Eine Sehenswürdigkeit ist das zurzeit hier befindliche Panoptikum. Schon lange nicht mehr wurden anatomische Nachbildungen in dieser Reichhaltigkeit gezeigt. Abgesehen von einer großen Anzahl von Figuren, die die verschiedensten Völkerrassen in ihren Originaltrachten veranschaulichen, sind unter Glas weltbekannte Abnormitäten dargestellt, und hier nicht allein die Nachbildungen von bekannten Zwergen, sondern auch einiger Geburten, z. B. Einäugige, ein Kind mit vier Armen, ein anderes mit drei Beinen, verschiedene zusammengewachsene Zwillinge, usw. ja sogar eine Geburt mit drei Köpfen. Verständnis für die moderne Heilkunst erwecken einige veranschaulichte operative Eingriffe und sind zu diesem Zweck sezierte Körper in verschiedenen Lagen in Lebensgröße ausgestellt. Ganz besonders lehrreich finden wir die Sexualabteilung. Da zu den Folgen des Weltkrieges auch eine geradezu erschreckende Zunahme der Geschlechtskrankheiten gehört und in unzähligen Fällen von Aerzten festgestellt wurde, daß durch Unwissenheit und falsche Scham unzählige Menschen an Körper und Geist zugrunde gehen, während durch sachgemäße Aufklärung der katastrophalen weiteren Verseuchung der Menschheit vorgebeugt werden könnte, empfehlen wir gerade diese Abteilung zum eingehenden Studium. Der reiferen Jugend sollte unter verständnisvoller Führung hier Gelegenheit geboten werden, die schrecklichen Folgen ausschweifender Unzucht kennen zu lernen. Gerade unserer „Kriegsjugend" tut es bitter not, daß in dieser Beziehung etwas für sie getan wird und wir können nur empfehlen, die gebotene Gelegenheit beim Schopfe zu nehmen, denn selten haben wir derartige Veranschaulichungen in dieser Reichhaltigkeit, rein anatomisch dargestellt, gesehen. — Geradezu erschütternd wirkt die figürliche Darstellung betitelt „Der Weg der Sünde" in 7 Abteilungen. Vom glücklichen Familienvater durch den Alkohol zum Einbrecher und Mörder mit dem Ende auf dem Richtblock. — Wenn wir abschließend urteilen sollen, so müssen wir sagen, daß man hier weniger, wie es bei derartigen Jahrmarktsveranstaltungen der Fall ist, der Schaulust Rechnung getragen hat, sondern die Zusammenstellung mehr auf das Belehrende und erzieherisch Wirkende zugeschnitten ist. Aus diesem Grunde können wir es nicht unterlassen, ganz besonders empfehlend auf das Panoptikum hinzuweisen.

Zum Schneiderstreik

Nach der Fachzeitung der Schneider, dem Gewerkschaftsorgan, lauten die Forderungen der Zuschneider wie folgt:

Mindestgehalt für Zuschneider:

Das Anfangsgehalt für Zuschneider, die noch nicht ein Jahr lang als Zuschneider tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 650 Mk., 2. Klasse 550 Mk., 3. Klasse 500 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die mindestens ein Jahr lang als Zuschneider tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 700 Mk., 2. Klasse 600 Mk., 3. Klasse 550 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die mindestens zwei Jahre lang als Zuschneider tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 800 Mk., 2. Klasse 700 Mk., 3. Klasse 650 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider die länger als drei Jahre tätig sind, beträgt in der 1. Klasse 1000 Mk., 2. Klasse 900 Mk., 3. Klasse 800 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die länger als fünf Jahre tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 1200 Mk., 2. Klasse 1000 Mk., 3. Klasse 900 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die länger als zehn Jahre tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 1500 Mk., 2. Klasse 1200 Mk., 3. Klasse 1000 Mk.

Hierbei ist es gleichgültig, bei welchem Arbeitgeber die vorgedachte praktische Tätigkeit als Zuschneider oder als Direktrice entwickelt worden ist.

Zuschneider, deren vorzeitige Gehälter die höchste Klasse übersteigen, sollen einen Zuschlag von 30 Prozent zu ihrem Gehalt erhalten.

Das Gehalt der Direktricen beträgt 20 Prozent weniger als das der Zuschneider.

Das Gehalt der Werkstattmeister, Absteckzuschneider und Abzeichner soll 20 Prozent weniger betragen als das der Zuschneider.

Das Gehalt der Einrichter soll 30 Prozent weniger betragen als das der Zuschneider.

Diese Gehälter werden monatlich gefordert, Außerdem verlangen die Zuschneider eine Wirtschaftsbeihilfe und die Freigabe des Sonnabend nachmittags.

Liste Baude

muß zur Stadtverordnetenwahl die Parole jedes Arbeiters werden. Sie muß die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich allein vereinigen. Parteigenossen, geht mit Eifer an die Arbeit! Klärt die Nachbaren und Werkstattkollegen im Wahlbezirke auf. Der 30. November muß zum Siegestag der U.S.P. werden. Nur Liste Baude

wird gewählt!

Eine Schlägerei auf dem Alten Markt

Ein Augenzeuge schreibt uns: Abends kurz vor 9 Uhr wurden aus dem Café Central zwei ältere Herren hinausgewiesen. Dem Anschein nach wollte einer der Herren seinen Hut holen und wurde dabei von einem Kellner des Cafés mit Gewalt daran verhindert. Blitzschnell hatte der „Ober" einen starken Spazierstock in der Hand, mit dem er auf den einen Herrn losschlug, bis dieser blutüberströmt taumelte. Nach dem Vorfall setzte die Kapelle wieder mit dem Konzert ein. Auf mein Befragen, wie es zu diesem blutigen Zwischenfall gekommen, erzählte mir einer der beteiligten Herrn, daß sie Kaffee trinken wollten, was der Kellner ihnen verweigert hätte und daraufhin sei es zu diesem Vorfall gekommen. Nachdem alles vorüber war, waren auch zwei Schutzleute zur Stelle.

Aenderung der Erwerbslosenfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 27. Oktober 1919 eine Verordnung erlassen, durch die die geltende Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge in wesentlichen Punkten geändert wird. Die Verordnung bringt die näheren Bestimmungen über die Winterbeihilfe für besonders bedürftige Erwerbslose der großen Städte, die schon kürzlich angekündigt wurde. Sie enthält weiter die ersten Bestimmungen über eine produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, Maßnahmen der Gemeinden, die eine Entlastung der Erwerbslosenfürsorge bedeuten, mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu unterstützen. In den gleichen Gedankenkreis gehört die weitere Bestimmung, daß den Erwerbslosen die Erlernung eines neuen Berufes durch Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erleichtert werden kann. Auf der andern Seite bringt die Verordnung die Bestimmung, daß der Reichsminister der Finanzen ermächtig ist, Gemeinden, die die zulässigen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung überschreiten, die Reichsbeihilfe zu entziehen. Die gleiche Befugnis ist den Landeszentralbehörden für die Landesbeihilfe eingeräumt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bemerkt hierzu: „Die Verordnung vom 27. Oktober stellt den ersten Schritt zu einer gründlichen Durchführung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge dar, die von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden beabsichtigt wird. Auch diese Durchführung soll im Zeichen der produktiven Erwerbslosenfürsorge stehen. Die einschlägigen Fragen sind am 23. Oktober d. J. in einer Konferenz der Landesregierungen erörtert worden, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers in Berlin stattgefunden hat. Bei dieser Konferenz ist zugleich eine grundsätzliche Einigung über Maßnahmen erzielt worden, durch die die einheitliche Durchführung der Reichsverordnung, insbesondere die Beschränkung der Fürsorge auf den Personenkreis für den sie bestimmt ist, gesichert werden soll."

Achtet auf die Magistratsanzeigen!

Das Ernährungsamt weist wiederholt darauf hin, daß die in der Woche zur Verteilung kommenden Lebensmittel nur einmal am Ende der Woche in den Tageszeitungen veröffentlicht werden. Es dürfte sich deshalb empfehlen, die Bekanntmachungen aufzubewahren.

Elbinger Polizeinachrichten

In der vergangenen Nacht wurde bei der Firma Loewenthal das eiserne Gitter erbrochen und den Schaufenstern ein Besuch abgestattet. Den Dieben fielen eine Anzahl Herrengarderoben in die Hände. Nähere Angaben zur Aufklärung des Diebstahls werden auf dem Kriminalbureau, Zimmer 1, entgegengenommen.

Jugendliche Spitzbuben haben wiederholt in dem Materialwarengeschäft, Bergstraße 1, Diebereien begangen. Gestern gelang es nun, einen Jungen von 13 Jahren festzunehmen. Entwendet sind wiederholt Zigaretten und Leckereien. Außerdem Beträge von 20 und 70 Mark.

Kleinmeistertum

Ein Bäckergeselle klagt seine Not in folgenden Zeilen: „Am 12. September d. Js. wurde ich von dem Bäckermeister W. in der Herrenstraße eingestellt. Nach vier Tagen erklärte er mir, den Tariflohn von 55 Mark wöchentlich nicht zahlen zu können. Er zahlte mir die ganze Herrlichkeit von 40 Mark. Davon sollte ich Kost und Logis bestreiten, sollte Kleidung und Wäsche kaufen. Da ich bei diesem Lohn nicht bestehen konnte, wandte ich mich an den Schlichtungsausschuß. Darauf setzte mich der Herr kurzerhand vor die Tür. Wie er sagte, hätte er mich nur eingestellt, weil er krank gewesen sei. Jetzt brauche er mich nicht mehr."

Ostdeutsche Nachrichten

Gründerzeit in Danzig

Große industrielle Neugründungen sind in der letzten Zeit in Danzig erfolgt: u. a. eine Danziger Flugzeug- und Motorbau A. G. unter Führung des bekannten Hochschulprofessors Noël, der sich mit Professor Aumund auch im Aufsichtsrat der neugegründeten Danziger Handels- und Industrie-Werke A.-G. befindet; das Grundkapital dieser Gesellschaft beträgt 300 000 Mark. Eine Handelsgesellschaft Ost wurde mit 100 000 Mark begründet, eine Danziger Textilvereinigung, die eine große Sackfabrik in Danzig begründen will, mit 300 000 Mark Kapital. Ferner sind zu verzeichnen die Gründung einer Firma Baltische Stärkefabrik G. m. b. H., des weiteren einer Zweigstelle Danzig der Berliner Panzerwerke (Bau von Geldschränken), einer Eisenbahn- und Tiefbau A.-G. Brenner u. Co., ebenfalls der Zweig einer Berliner Gründung, einer Danziger Apothekerbank und einer Hansa A.-G. für Warenhandel Export und Import.

Die Abwanderung deutschen Kapitals nach dem „Ausland" Danzig hat in den letzten Monaten riesigen Umfang angenommen. Die Danziger Banken und Sparkassen wissen buchstäblich nicht, was sie mit den eingezahlten Geldern anfangen sollen. Das unausbleibliche Ende wird ein großer Finanzkrach sein.

Beschlagnahmte Lebensmittel

Von dem Arbeiterrat in Marienwerder wurden in der vergangenen Woche 324 Pfund Schweinefleisch, 80 Pfund Rindfleisch und 48 Pfund Wurst beschlagnahmt. Der größte Teil der beschlagnahmten Waren sollte zu Phantasiepreisen nach Berlin verschoben werden.

In Pr. Stargard wurden 120 Pfund Zucker, 27 Pfund Butter, 89 Pfund Schweinefleisch und 12 Pfund Wurst beschlagnahmt.

In Schöneck wurden von der Bürgerwehr 27 Gänse, 6 Enten, eine Kiste mit Wurst und ein Sack Roggen beschlagnahmt. Diese Lebensmittel befanden sich in einem Wagen, der nach Lauenstein befördert werden sollte.

Streik bei der Westpreußischen Kleinbahn

Die Arbeiter der Westpreußischen Kleinbahn in Danzig sind ausständig geworden. Von den Handwerkern, geprüften Heizern, Stationswärtern und allen sonstigen ungelernten Arbeitern war der am 31. Oktober ablaufende Tarifvertrag gekündigt, weil die bisherigen Lohnsätze keineswegs mit den übrigen in der Privatindustrie gezahlten Löhnen Schritt halten. Die neuen Forderungen, die der Direktion eingereicht wurden, sehen für die gelernten Arbeiter einen Stundenlohn von 1,90 bis 2,20 Mark, für die andern angelernten Gruppen einen solchen von 1,50 bis 1,70 Mark vor. Wenn man die heutige teure Lebenshaltung in Betracht zieht, so sind die Forderungen ganz gewiß recht minimal. Trotzdem setzte die Kleinbahn-Direktion diesen Forderungen den heftigsten Widerstand entgegen. So wurde der Streik unvermeidlich. Die angestellten Beamten verblieben mit Zustimmung der Organisationsleitung im Dienst.

Aus der Partei

Vom Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten

Vom Parteitag unserer österreichischen Genossen, der in Wien tagte, wird gemeldet:

Der Parteitag wies den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts einer Kommission zu. Ueber das wirtschaftliche und soziale Aktionsprogramm berichtete Dr. Otto Bauer.

Das Aktionsprogramm fordert weiter Abbau der zentralen Bewirtschaftung unter bestimmten Voraussetzungen. Die Entwicklung neuer Industriezweige mit gemeinwirtschaftlichem Charakter sei zu unterstützen.

Einstimmig wurde eine von Friedrich Adler beantragte Entschließung angenommen, in der die Stellungnahme der sozialistischen Partei zur Internationale umschrieben wird. Unter Warnung vor übereilten Schritten auf internationalem Gebiet wird der Parteivorstand ermächtigt, den Genfer Kongreß zu beschicken und gleichzeitig beauftragt, das Brüsseler Büro zu ersuchen, daß dieser Kongreß mindestens ein halbes Jahr vertagt werde, da dadurch die Gewähr der fruchtberen Arbeit bedeutend gesteigert würde.

Der Parteitag nahm ferner eine Sympathiekundgebung für das vom Imperialismus bedrängte Sowjet-Rußland an sowie Kundgebungen gegen die Ausschreitungen des weißen Terrors in Ungarn und für die Befreiung der Kriegsgefangenen.

Demokraten

Der sozialdemokratische Verein Burghausen in Südbayern hatte in einer außerordentlichen Generalversammlung mit 154 gegen 6 Stimmen den Uebertritt von der rechtssozialistischen Partei in unsere Organisation beschlossen. Die Generalversammlung war statutengemäß einberufen und durch öffentlichen Maueranschlag bekannt gegeben worden. Nach dem rechtssozialistischen Organisationsstatut waren also ihre Beschlüsse rechtsgültig und bindend. Die Abhängigen fordern nun in einem rechtsanwaltlichen Schreiben die Auslieferung der Kasse ihrer ehemaligen Ortsgruppe und drohen mit einer Klage, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen werde.

Das ist echte demokratische Praxis! Sobald die „Demokratie" bei den Abhängigen zu unangenehmen Beschlüssen führt, pfeifen die Herrschaften darauf und entblöden sich nicht, die Hilfe bürgerlicher Gerichte anzurufen. Wird ihnen das auch in diesem Falle wenig nützen, so zeigt sich darin doch erneut die Heuchelei der Leute, die bei jeder Gelegenheit von der Demokratie, dem Willen der Mehrheit schwärmen. Das demokratische Prinzip ist eben ihnen nur solange oberstes Gesetz, als es die Ansichten der verschiedenen Vorstände billigt und geeignet ist, die Unzufriedenheit aus dem bürgerlichen Lager zu Beitragsleistenden heranzuziehen! Für die Mitglieder hat es keine Geltung!

Gewerkschaftliches

Akkordarbeit auf Bremer Schiffswerften

Die Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Seeschiffswerften und deren Arbeiterschaft haben zu Einigungsvorschlägen geführt, die mit weitgehenden Zugeständnissen an die Arbeiterschaft verknüpft sind, dabei aber auch die Aufnahme der Arbeit nach Stücklohn in sich schließen. Von den Bremer Atlaswerken ist Ende der Vorwoche jedem einzelnen der streikenden Arbeiter ein Schreiben zugestellt worden, das die Einigungsvorschläge der Kommission enthielt und in dem neben der Ankündigung von 10 Prozent Lohnerhöhung bei Akkordarbeit gesagt wird, daß die erhöhten Löhne bereits vom 23. September ab bezahlt werden sollen. Eine am Freitag abgehaltene Vorversammlung der Arbeiter der Atlaswerke zeigte starke Stimmung für Annahme der Einigungsvorschläge, und es steht zu erwarten, daß die Annahme der Akkordarbeit und die Wiederaufnahme der Arbeit anf den Atlaswerken beschlossen wird.

Der Zusammenschluß der Kopf- und Handarbeiter

Vor kurzem fand in Halle eine Reichskonferenz von Angestellten und Arbeitern der Elektrizitätsindustrie statt. 68 Delegierte vertraten rund 10000 Arbeiter und 30000 Angestellte. Zweck der Zusammenkunft war die Herstellung einer einheitlichen Front aller Hand- und Kopfarbeiter gegen die kapitalistische Reaktion. Eine offizielle Vertretung des Gewerkschaftsbundes wurde abgelehnt. Der Referent Schmidt sieht als wesentlichste Voraussetzung, um überhaupt zum Sozialismus zu gelangen, die Umbildung der alten Gewerkschaften an, eine Auffassung, deren utopischer Charakter den Delegierten noch nicht klar geworden ist. Ein anderer Referent glaubt die Arbeitgeberorganisation durch planmäßige wissenschaftliche Sabotage vernichten zu können. Ein Vertreter der regierenden Sozialdemokratie, der sich in die Versammlung verirrt hatte, erklärte, die Zusammenarbeit nur insoweit mitmachen zu können, wie es die Auffassung seiner Partei erlaubte. Da die sozialdemokratische Partei die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital als Grundsatz verkündet, wird sie lediglich Spitzel- und Verräterdienste in der Arbeitsgemeinschaft der Hand- und Kopfarbeiter leisten können. Mit wütendem Gebelfer fällt der Vorwärts über diese Konferenz her. Die Angst vor einer Verwirklichung des sozialdemokratischen Erfurter Parteiprogramms ist so groß, daß der Vorwärts selber auf jede Kritik der Konferenz verzichtet. Wir begrüßen die Konferenz als eine Etappe auf dem Wege zur Vereinigung des hand- und kopfarbeitenden Proletariats.

Aus den Gerichtssälen

Ungehorsam gegen die Staatsgewalt

Am Sonnabend standen vor der Leipziger Strafkammer die Genossen Fichte als Redakteur der Leipziger Volkszeitung und Schöning als früherer Vorsitzender des Arbeiterrats, weil sie die Bevölkerung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt aufgefordert haben sollen. Als im April von der sächsischen Regierung über ganz Sachsen in gesetzwidriger Weise der Belagerungszustand verhängt wurde, trotzdem außerhalb Dresdens, wo unter der Herrschaft der Rechtssozialisten von erregten Kriegsinvaliden der Kriegsminister Neuring ins Wasser geworfen worden war, im ganzen Lande vollkommene Ruhe herrschte, da protestierten der Leipziger Arbeiterrat und die Leipziger Volkszeitung dagegen. Der Arbeiterrat, dessen Befugnisse selbst von den Behörden anerkannt wurden, erließ eine Bekanntmachung, durch die der Belagerungszustand der sächsischen Regierung für Leipzig als zu Unrecht bestehend erklärt wurde. Diese Bekanntmachung war auch in zwei bürgerlichen Blättern abgedruckt worden, aber nur gegen die Leipziger Volkszeitung wurde ihretwegen eingeschritten. Genosse Fichte wurde zu vier, Genosse Schöning zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Von nah und fern

Butter als Wagenschmiere?

Immer unverfrorener werden die Agrarier. Nicht nur der Stadtbevölkerung entziehen sie vor den Augen der Behörden die Lebensmittel, sondern auch die arbeitende Landbevölkerung erhält keine Lebensmittel. Wie roh und rücksichtslos diese Herren sich benehmen, das beweist eine Aeußerung, die der Gutsbesitzer Christian Panzert in Rempesgrün tat. Er sagte: „Die Butter, die ich erzeuge, esse ich selber. Ich liefere keine ab. Und habe ich noch welche übrig, so schmiere ich damit meinen Wagen." — Daß durch solches Gebaren die Spannung zwischen Einwohnern und Landwirten immer größer werden muß, darf niemand mehr wundern. Hätten wir wirklich eine Regierung, die die Interessen der Allgemeinheit vertritt, dann würden diese Herren nicht wagen, so verbrecherisch zu reden und schließlich auch zu handeln.

Heerestabak als Briketterſatz

Die Süddeutsche Tabakzeitung vom 28. Oktober veröffentlicht eine Zuschrift der Hamburger Tabakfirma Lindemann u. Co., worin bedeutende Bestände von Heerestabak (Buchenlaub) als Briketterſatz empfohlen werden. Die Wirtschaftsgemeinschaft, welche die Heeresbestände erworben hat, hat den Zentner zu 3 Mark an die Fabriken abgegeben. Es wird bemerkt, daß diese festgepreßten Tabakpakete sich sowohl ihrer Form als auch ihres Inhalts noch ganz vorzüglich als Ersatz für Braunkohlenbriketts eignen.

Wenn der deutsche Galliset tafelt

Ein Bild aus dem „neuen" Deutschland. Anläßlich eines Festmahls in Darmstadt beim Besuch von Ebert und Noske wurde folgende Speisefolge innegehalten:

Mittags:

Ochsenschwanzsuppe	1915er Hochheimer Raaber
Zanderschnitten, garniert mit Kartoffeln	
Ochsenlende und Roastbeef mit verschiedenen Gemüsen	Oppenheimer Reisekahr, Riesling
Torte	Nierſteiner Kranzberg

Abends:

Verschiedene Vorspeisen	Nieder-Leulener Kupp
Huhn auf Reis	
Schweinebraten mit Champagnerkraut und Kartoffeln	Bodenheimer Westrum, Riesling
Käseplatte mit Butter	Nackenheimer Engelsberg.

Die Kosten, die aus diesem Proletarier-Festessen erwachsen, sind nicht gering. Das Hotel Traube erhielt für das Essen allein 4376 Mark. Den Wein stellte der hessische Staat. Es sind über 200 Flaschen besten Domänenweins gebraucht worden. Für Autos wurden 200 Mark bezahlt, für gärtnerische Ausschmückung 425 Mark.

Der Dank des Vaterlandes wendet für die gärtnerische Ausschmückung eines Festmahls das Vierfache der monatlichen Unterstützung einer Kriegerfrau auf!

Für die Hungrigen Pulver und Blei — für die Satten Schweinebraten mit Champagnerkraut!

Es lebe das neue Deutschland!

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Fleischausgabe

für die Zeit vom 3. November bis 9. November 1919.

1. Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte:
   125 g Rindfleisch und 50 g Wurst,
2. Einfuhrzusatzmarke Nr. 17, Abschnitt C:
   125 g amerikanisches Schweinefleisch, Preis M 1,09,
   1 Pfund . M 4,35.

Die Einfuhrzusatzmarke Nr. 17 C Abschnitt ist nur gültig bei gleichzeitiger Vorlage des dieswöchigen Abschnitts der Reichsfleischkarte. Damit ist die in den Händen der Fleischselbstversorger befindliche Einfuhrzusatzmarke Nr. 17 Abschnitt C ungültig.

Elbing, den 6. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Marienburger Nahrungsmittel-Verteilungsplan

für die Woche vom 10. bis 15. November 1919.

A. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 69 1/2 **Pfund Peluschken** in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.
B. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 69 1/4 **Pfund Zitronensyrup** in den Geschäften von Brahtz, Fereth Nachfl., Guninski, Hopp, Kluge, Moeller, Raddatz, Wicichowski, Wenk.
C. Ohne Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 70 **2 Päckchen Süßstoff,** Mk. 0,50 je Päckchen, in den bekanntgegebenen Geschäften.
D. Gegen Voranmeldung auf Milchkarte A 5, B 5, C 5 1/4 **Pfund Nudeln** in den Geschäften Dyck Nachfl., Runde, Wardecki.

Schluß der Voranmeldung: Freitag, den 7. November 1919.
Abgabe der Marken: Sonnabend, den 8. Nov. 1919, 10—12 Uhr.
Ausgabe der Waren an die Kaufleute: Montag, den 10. Nov. 1919, von 9—10 Uhr vom Speicher Steingasse.

Marienburg, den 3. November 1919.

Städtisches Ernährungsamt. — Arbeiterrat.

U. S. P. D., Elbing.

Freitag, den 7. d. Mts., abends 6 Uhr

dringende Vorstandssitzung

im Parteibureau, Spieringstraße 21.

Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Die Parteileitung.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Nur eine ganz **kurze Zeit** zum **Jahrmarkt** am Marienburgerdamm.

Neu für Elbing!
Zum ersten Mal hier!

Nielsens Museum

größtes wanderndes Wachskabinett

enthaltend über 1000 Nummern, Gruppen und Figuren in Wachs, ausgeführt in natürlicher Größe.

2. große Anatomisch-pathologisch-embryologische Abteilung

eine für Damen u. eine für Herren.

Das Museum ist geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreis: 2 Mark, anatomische Abteilung 1 Mark.

Alle, welche den **Jahrmarkt** besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses **wissenschaftliche Museum** zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Freitag u. Sonnabend
Fleisch- und Wurstverkauf.
Roßschlächterei Georgendamm 15.

Echtes Glyzerin
empfiehlt
Drogerie Kurt Penner
Heil. Geiststraße 31.

Zirka **130—140 Ztr. Weißkohl,** à Ztr. 6 Mk. hat abzugeben **Automobilfabrik Komnick,** Betriebs-Arbeiter-Rat. Zu melden beim Portier.

Rasierseife
vorrätig
Drogerie Kurt Penner
Heil. Geiststraße 31.

Friseurlehrling
wird gesucht.
Rattelsberger, Wasserstr. 53.

Eine schwarze Ledertasche am Montag gefunden. Abzuholen bei **Mattern,** Kolonie Trettinkenhof 15.

Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Abzuholen Krokowski, Johannisstr. 30.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von Freitag bis Montag:

Zwei recht spannende Dramen

Ich habe Dich geliebt bis in den Tod

Tiefergreifendes Drama in 4 Akten,
sowie
Das Glück im Eulenhof
Großes Kriminaldrama in 4 Akten.
Mit bester Empfehlung
Rich. Schwarzkopf.

! Markenfrei !

Jeden Donnerstag, Freitag und Sonnabend

prima fette Gänse

ganz und zerteilt

Gänse-Kleinfleisch Gänse-Leber
Gänse-Flomen Gänse-Schmalz
Gänse-Pökelfleisch
prima geräucherte Gänse-Brüste
prima geräucherte Gänse-Keulen
empfiehlt

Curt Kuhn

Telephon 265. **Alter Markt 60**

Eigene Bürstenfabrikation sämtlicher

Besen u. Bürsten

Jede Anfertigung nach Wunsch.
Kaufe jeden Posten Roßhaare.

A. Eichler, Heil. Geiststraße 41.

Elbinger Standesamt vom 6. November 1919.

Sterbefälle: Fabrikarbeiter Michael Schirakowski, 1 S., 2 M. — Aufwärterin Katharina Sadowski, 39 J. — Arb.-Witwe Dorothea Doering geb. Harwardt, 60 J. — Werkmeisterwitwe Maria Rielau geb. Zander, 85 J. — Kontoristin Anna Klingenberg, 15 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 15 | **Freitag, den 7. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

5 Unabhängige Stadträte. In Halle a. d. Saale wurden die Wahlen der unbesoldeten Stadträte vorgenommen. Dabei erhielten die Unhängigen fünf Mandate, die Deutschdemokraten vier, die Deutschnationalen zwei und die Mehrheitssozialisten ein Mandat. Die Parteien gingen, da Einigungsverhandlungen gescheitert waren, bei den Wahlen getrennt vor.

Die Bolschewisten bringen vor. In der Richtung aus Pleskau griffen die Bolschewiki unter starken Kräften mit Benutzung von Panzerautomobilen an. Die Nordwestarmee räumte Luga. Auch die Aufgabe von Gatschina wird bestätigt. Auf der ganzen Front finden heftige Kämpfe statt. Große Unterstützung gewähren den Bolschewiki neu herangeschaffte Tanks. Im Gegensatz zu der von deutschfeindlicher Seite aufgestellten Behauptung, daß die Tanks deutscher Herkunft seien, meldet nun der Berichterstatter des Hufoudsadbladet, daß die Tanks der Bolschewiki zweifelsfrei aus der französischen Garnison Odessa stammen. Die Ententetruppen wurden so eilig aus Odessa abtransportiert, daß Tanks und viel anderes Kriegsmaterial den Bolschewiki überlassen werden mußten. Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die bolschewistische Strömung, die sich unter den Ententetruppen breit machte.

Ministerpräsident Lianosow richtete schriftlich ein dringendes Hilfegesuch an die finnische Regierung, deren Haltung als schwankend gilt. Es dürfte jedoch feststehen, daß die bürgerliche Bevölkerung Finnlands trotz aller Propaganda von seiten der Aktivisten und der Entente keinerlei Begeisterung für eine Unterstützung gegen die Bolschewiki zeigt.

Das lettische Nachrichtenbureau meldet heftige Kämpfe bei Mühlgraben und Talsen sowie bei Friedrichstadt. Infolge der russischen Rückschläge scheint die Stimmung in den baltischen Staaten wiederum einer Verständigung mit den Bolschewiki zuzuneigen.

Der endgültige „Frieden". Auf eine Anfrage Lord Roberts Cecils hat Harmsworth im englischen Unterhause mitgeteilt, man hoffe, daß der Friedensvertrag von Versailles am 11. November, dem Jahrestage des Waffenstillstandes, in Wirksamkeit treten könne.

Banknotendiebstahl. In Stockholm erregt ein Verbrechen mit scheinbar politischem Einschlag größtes Aufsehen. Die Regierung Judenitsch hat bei der Zentraldruckerei in Stockholm für 200 Millionen Rubel Noten bestellt, die jetzt nach Reval verschickt werden sollen. Ein großer Teil der Noten ist im Stockholmer Hafen verschwunden. Bei dem gegenwärtigen Geldbedarf ist der Verlust der Noten besonders empfindlich.

Opfer deutscher Landsknechte. Von lettischer Seite wird gemeldet: Während des Bombardements von Riga haben die Krankenhäuser 64 Opfer (45 Männer, 19 Frauen) verzeichnet, von denen 10 schon gestorben sind. Außerdem sind 16 Männer, 4 Frauen und 6 Kinder auf der Stelle getötet durch deutsche Bomben oder vergiftet durch giftige Gase, andere zahlreiche Opfer sind leicht verwundet.

Aus dem revolutionären Kroatien. Wie die Mailänder Blätter aus Agram melden, weigerten sich die kroatischen Truppen König Peter von Serbien den Treueid zu leisten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kroaten und Serben. Eine Versammlung des kroatischen Bauernbundes protestierte gegen den Imperialismus der Belgrader Regierung und gegen die Gefangenenhaltung des kroatischen Bauernführers Raditsch. Die Versammlung verlangte die vollständige Unabhängigkeit Kroatiens.

Glänzende Siege der U. S. P. Unsere Genossen im bergischen Lande können einen ungewöhnlich glänzenden Erfolg buchen. In Scheidemanns ehemaligem Wahlkreise erhielten bei den Stadtverordnetenwahlen und Gemeindewahlen Stimmen:

	U. S. P.	D. S. P.	Bürgerliche Parteien zusammen
Solingen	8897	3661	7312
Höhscheid	3199	1055	1523
Gräfrath	2118	870	1313
Wald	6541	1545	2957
Ohligs	6010	1381	3637
Leichlingen	1318	475	1478
Opladen	1408	1008	3074
Monheim	234	—	759

In einer ganzen Anzahl von Gemeinden des Solinger Kreises weisen nunmehr die kommunalen Parlamente eine unabhängige Mehrheit auf, so in Höhscheid, Wald, Ohligs. Andere verfügen über eine sozialistische Mehrheit, wie Gräfrath, Leichlingen, Burscheid, Wiesdorf usw.

Der Sturz der Abhängigen in Solingen ist geradezu katastrophal. Im Vergleiche mit den Wahlen zur National-Versammlung am 19. Januar 1919 büßten sie 5667 Stimmen ein, das sind etwa über 60 Prozent, während die U. S. P. rund 70 Prozent gewann.

Deutsche Beamte als Landesverräter. Wie der Vorwärts von zuverlässiger Seite erfährt, sind in den letzten Tagen zwei Stellen der Anwerbung für das Baltikum in Berlin ausgehoben worden. In der einen wurde angetroffen und festgestellt der Sohn des Generals v. d. Goltz. In seinem Besitze befand sich ein als vertraulich unter Heinz gezeichnetes Schriftstück, das die Namen verschiedener im Auswärtigen Amte tätiger Personen enthielt, die von dort aus als Vertrauensleute die baltische Sache schieben.

Das Memeler Dampfboot erfährt von den in Memel eingetroffenen Kurländern, daß die Truppen Bermondts den Vormarsch auf Libau antreten und bereits Crobin und Langer besetzten.

Ein Interview mit Lenin

Eine der angesehensten bürgerlichen Zeitungen Englands, der liberale Manchester Guardian hatte vor einiger Zeit Herrn W. T. Goode als Korrespondenten nach Rußland geschickt, um von dort objektive Berichte über die ganze Lage zu erhalten. Mr. Goode genießt den Ruf eines durchaus wahrheitsliebenden Mannes, der ruhig und sachlich arbeitet und sein Urteil nur auf eigene Untersuchungen stützt. Manches von dem, was über Rußland und die Bolschewisten erzählt worden ist, hat er als falsch erklärt, Gerüchte, die auf dem langen Wege geradezu unheimliche Dimensionen angenommen hatten, auf ihren wahren Wert zurückgeführt. In den letzten Tagen seiner Anwesenheit in Moskau hatte er noch eine interessante Unterredung mit Lenin, die wir hier wiedergeben wollen.

Goode beschränkte sich auf drei Fragen, die ihm niemand anders als Lenin selbst vollkommen beantworten konnte, von denen er jedoch nicht wußte, ob er auch eine unumwundene Antwort erhalten würde. Sein Begleiter, der zugleich als Dolmetsch dienen sollte, wenn es nötig wurde, zweifelte daran und gab später unverhohlen seinem Erstaunen Ausdruck, daß Lenin ohne jedes Zögern und mit einer vorbildlichen Offenheit die Fragen des englischen Journalisten beantwortete.

Lassen wir nun Goode selbst sprechen:

„Die Führung des Interviews war mir überlassen. Ich begann sofort. Ich wollte wissen, wie weit die Vorschläge, die Herr Bullitt für die Konferenz in Paris mitnahm, noch jetzt Gültigkeit besäßen. Lenin antwortete, daß sie noch gültig seien mit einigen Veränderungen, wie sie die wechselnde militärische Lage erfordern könnte. Später fügte er hinzu, daß in dem Uebereinkommen mit Bullitt festgestellt worden sei, daß die wechselnde militärische Lage Aenderungen mit sich bringen könnte. Fortfahrend sagte er, daß Bullitt nicht in der Lage wäre, die Stärke des britischen und amerikanischen Kapitalismus zu verstehen, aber wenn Bullitt Präsident der Vereinigten Staaten wäre, würde bald Friede gemacht werden.

Dann nahm ich den Faden wieder auf, indem ich fragte, welches die Haltung der Sowjet-Republik gegenüber den kleinen Nationen sei, die sich von dem russischen Reich abgespalten und ihre Unabhängigkeit proklamiert hätten. Lenin antwortete, daß die Unabhängigkeit Finnlands im November 1917 anerkannt worden sei; daß Lenin persönlich dem damaligen Haupt der Finnischen Republik, Swinhufoud, das Papier überreicht habe, auf dem die Anerkennung offiziell festgestellt war; daß die Sowjet-Republik vor einiger Zeit verkündet hätte, daß keine Soldaten der Sowjet-Republik die Grenze mit Waffen in der Hand überschreiten würden; daß die Sowjet-Republik beschlossen hätte, einen neutralen Streifen oder eine neutrale Zone zwischen ihrem Gebiet und Ostland zu schaffen und das öffentlich erklären würde, daß es eines ihrer Prinzipien sei, die Unabhängigkeit aller kleinen Nationen anzuerkennen, und schließlich, daß sie gerade jetzt die Unabhängigkeit der Baschkiren-Republik anerkannt hätten — und, fügte er hinzu, die Baschkiren sind ein schwaches und zurückgebliebenes Volk.

Zum dritten Mal nahm ich das Interview auf, indem ich fragte, welche Garantien gegen offizielle Propaganda unter den westlichen Völkern angeboten werden könnten, wenn durch irgend eine Wendung Beziehungen mit der Sowjet-Republik angeknüpft würden. Seine Antwort war, die Sowjet-Republik habe Bullit erklärt, daß sie bereit sei, ein Uebereinkommen zu unterzeichnen, wonach keine offizielle Propaganda getrieben werden solle. Als Regierung wären sie bereit, sich zu verpflichten, daß keine offizielle Propaganda Platz greifen sollte. Wenn Privatpersonen Propaganda unternehmen, würden sie es auf ihre eigene Gefahr tun und den Gesetzen des Landes unterstehen, in dem sie so handelten. Rußland, sagte Lenin, hat keine Gesetze gegen Propaganda durch Angehörige der britischen Bevölkerung. England hat solche Gesetze, folglich ist Rußland das liberaler gesinnte. Sie würden der britischen, der französischen oder der amerikanischen Regierung erlauben, ihre eigene Propaganda zu treiben. Er beklagte sich laut gegen das englische Landesverteidigungsgesetz, und was die Pressefreiheit in Frankreich angeht, so erklärte er, daß er gerade Henri Barbusses Novelle „Clarté" gelesen habe, in der zwei zensurierte Stellen seien. „Sie zensurieren Novellen im freien, demokratischen Frankreich!"

Goode fragte, ob Lenin irgend eine allgemeine Feststellung zu machen habe, worauf er antwortete, das wichtigste, was er zu sagen habe, sei, daß das Sowjet-System das beste sei, und daß die englischen Industrie- und Landarbeiter es annehmen würden, wenn sie es kennen. Er hoffe, daß nach dem Frieden die britische Regierung nicht die Veröffentlichnng der Sowjet-Konstitution verbieten werde. Moralisch sei das Sowjetsystem selbst jetzt noch siegreich. Der Beweis dafür sei in der Verfolgung der Sowjet-Literatur in freien demokratischen Ländern zu erblicken.

Damit war das Gespräch zwischen Goode und Lenin beendet. Goode reiste wieder nach England zurück und veröffentlichte seine Eindrücke, die er von Rußland erhalten hat.

Im Zusammenhang mit dem Lenin-Interview bringt der Manchester Guardian übrigens auch den Entwurf des Friedensvorschlages zum Ausdruck, den die Sowjet-Regierung Herrn Bullitt mitgegeben hat und der im Interview erwähnt wird. Der Friedensvorschlag wird dahin zusammengefaßt:

1. Alle Regierungen, die sich innerhalb des alten russischen Reiches gebildet haben, sollen vollkommene Macht über das von ihnen besetzte Gebiet haben, bis die Einwohner die Regierungsform bestimmt haben, die sie vorziehen.
2. Keine dieser Regierungen soll die andere mit Waffengewalt angreifen.
3. Die Blockade über Rußland wird aufgehoben.
4. Wiederherstellung der Handelsbeziehungen.
5. Alle in Rußland gewonnenen oder eingeführten Produkte sollen allen Klassen der Bevölkerung ohne Ausnahme zugänglich sein.
6. Alle russischen Regierungen gewähren ihren politischen Gegnern, Soldaten eingeschlossen, vollkommene Amnestie.
7. Die alliierten Truppen verlassen Rußland.
8. Gleichzeitige Terringerung der Sowjet- und Antisowjet-Armeen auf den Friedensstand.
9. Alle russischen Regierungen erkennen gemeinsam die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches an.
10. Freiheit des Wohnsitzes und Freizügigkeit aller russischen Staatsbürger in allen Teilen Rußlands.
11. Zurückführung aller Kriegsgefangenen usw.

Betreßte Menschenschinder im Gefangenenlager

Bericht eines aus englischer Gefangenschaft Heimgekehrten

Von einem Bremer Genossen, der 5 Jahre in englischer Gefangenschaft war, erhält unser Bremer Bruderblatt folgenden Beitrag zu dem schwarzen Kapitel der Mißhandlungen der Kriegsgefangenen durch ihre eigenen chargierten Mitgefangenen. Dies erklärt, warum die Wut gegen diese deutschen Menschenschinder größer ist als gegen die Feinde. Solche Bekundungen zwingen die Oeffentlichkeit, ihr Urteil über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Feindesland gründlich zu korrigieren. Vorkommnisse, wie sie der Münchener Gesellenmord offenbart, lassen keinen Zweifel mehr daran, daß die „Bestie in Uniform", erst recht in einer Uniform mit Tressen, zum schlimmsten fähig ist. Der Bericht des Gefangenen lautet:

In der Nummer vom 29. Oktober der Bremer Nachrichten beschreibt ein Herr F. H. Henschen die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen in England und sein tapferes Eintreten für seine Kameraden den Engländern gegenüber. Sind die Mißhandlungen und Leiden der Kriegsgefangenen an und für sich schon ein dunkles Kapitel in der Kriegsgeschichte, so ist es aber geradezu eine Schmach, wenn sich deutsche Vorgesetzte unter den Schutz der Engländer stellen, um das Leben ihrer eigenen Kameraden unerträglich zu machen. Wohl habe ich genügend Mißgriffe von seiten der Engländer und Entbehrungen während meiner fünfjährigen Gefangenschaft in England erleben müssen, aber noch nie eine gemeinere Behandlung erfahren als in Leigh 1915 und 16, wo ein deutscher Feldwebel namens Rabätke vom Ref.-Inf.-Regt. 77 in Celle eine unumschränkte Gewalt ausübte, die dem Lager in ganz England den Beinamen Schreckens- und Zuchthauslager einbrachte. Dort herrschte ein System, was jeden rechtlich denkenden Menschen bis ins Innerste verletzte. Schikanierungen und Kasernendrill, wie Exerzieren, Appelle usw. waren dort üblich; das Schmuser- und Spitzelwesen hoch ausgebildet. Wehe dem, der sich muckste oder Beschwerden vorbrachte, der wurde rücksichtslos den Engländenn zur Bestrafung ausgeliefert. Nur ein Beispiel: Im Juni 1915 sollte eines Nachmittags Appell in Hosen stattfinden, und zwar sollten die Hosen ausgezogen werden. Das bedeutete, daß wir uns nackend auf den Zementboden hinstellen sollten, da wir nur einen Anzug zu der damaligen Zeit hatten. Einige 40jährige alte verheiratete Landwehrleute weigerten sich mit der Begründung, daß so etwas selbst bei den Preußen nicht vorkäme. Trotzdem der Appell von unseren eigenen Vorgesetzten angesetzt war, hatte der Feldwebel Boek vom Garde-Jäger-Batl. (damals kaum 20 Jahre alt) nichts eiligeres zu tun, als zum Kommandeur zu laufen und die 7 Kameraden der Meuterei zu bezichtigen. Trotzdem die Sache an und für sich ganz bedeutungslos war, wären beinahe diese 7 Mann an die Mauer gestellt worden. Die Empörung im Lager über diese Handlungsweise des Feldwebels war riesengroß. Bei Gericht klappte dieser Feldwebel dann wie ein Taschenmesser zusammen und seine „edle Tat" brachte den Kameraden je 21 Tage Arrest.

Nahezu 500 Befehle und Verbote wurden bekannt gegeben bis Mitte 1916 und es gehörte eine förmliche Routine dazu, sich, ohne strafbar zu machen, durch den Wulst der Verordnungen hindurchzuschlängeln. Kamen neue Gefangene an, so mußten sie wochenlang Instruktionsstunde besuchen, um Ehrenmitglied des Lagers Leigh zu werden.

Wie gemeingefährlich dieser Feldwebel Rabätke war, zeigt sich daraus, daß schon die alte Regierung gewillt war, für diesen Menschen zwei englische Offiziere auszutauschen, nur um seiner habhaft zu werden. So ist uns wenigstens von ausgetauschten Unteroffizieren, die in Haag bei der deutschen Gesandtschaft beschäftigt waren, mitgeteilt. Was aus der Sache wirklich geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Was die Behandlung der Engländer uns gegenüber anbelangte, so habe ich die Erfahrung gemacht, daß stets dort eine schlechte Behandlung war, wo unfähige deutsche Lager-

führer das Regiment führten. Wo der Engländer auf starke, gerechte Persönlichkeiten stieß, war auch die Behandlung eine erträgliche und er wagte selten über den Kopf der Lagerfeldwebel hinweg die Gefangenen zu chikanieren. Ich nehme daher an, daß Herr Henschen zu einem der Letzteren gehört und sich den Dank seiner Kameraden erworben hat.

Daß auch ein großer Teil der Gefangenen in England ein Mißtrauen gegen die jetzige Regierung hat, steht fest. Als Grund gibt man an, die Regierung will uns nicht haben, wir sind ihr zu gefährlich. Ich selbst habe Briefe aus Deutschland gelesen, worin der Schreiber mitteilte, in deutschen Zeitungen hätte gestandeu: „die englischen Gefangenenlager wären die reinen Brutstätten des Bolschewismus und der Ministerpräsident Bauer soll in einer Rede gesagt haben: Wir haben jetzt kein Geld für diese Ueberläufer." Für so dumm halte ich unsere Regierung nicht, sie würde die Sache bei einer künstlichen Verlängerung des Rücktransportes doch nur verschlimmern. Das hieße Oel ins Feuer gießen. Gewiß ist aber, daß eine tiefe Verbitterung bei den Gefangenen herrscht. Sie hat ihre Wurzeln in den bekannten, der ganzen Gerechtigkeit und Menschlichkeit hohnsprechenden Austauschaffären von 1917 und im letzten Jahre. Diese bitteren Enttäuschungen, die viele bis an die Grenze des Wahnsinns brachten, vergißt kein Zivilgefangener und die Macher dieser Vereinbarungen haben die Verachtung aller Kriegsgefangenen verdient. Es gibt nur ein Mittel, um einigermaßen das Gleichgewicht bei den armen Menschen, die noch in Gefangenschaft schmachten, wieder herzustellen; sorgt dafür, daß sie so schnell wie möglich zurückkehren können!

Politische Rundschau

Deutschland

Unsere teuren Landesväter

Zweiundzwanzig Dynastien hat die Novembererhebung von den vergoldeten Thrönchen geweht. Ihre Sippe ist nicht gering an Zahl und was sie vom Volke jährlich gesaugt haben, ist wahrlich kein Pappenstiel.

Hier eine lehrreiche Zusammenstellung: Da ist zunächst Preußen mit seinem Königspaar, das zugleich das deutsche Kaiserpaar war, und mit 20 Prinzen und 11 Prinzessinnen zusammen 33. Ebensoviele Mitglieder hatte Bayern aufzuweisen, nämlich einen König und eine Königin, 15 Prinzen und 16 Prinzessinnen; dazu treten noch in der herzoglichen Linie fünf Herzöge und eine Herzogin, insgesamt 39. Sachsen gab ab 1 König, 3 Prinzen und 5 Prinzessinnen; Württemberg mit dem Königspaar, 7 Herzöge und 4 Herzoginnen (die durch Heirat ausgeschiedenen Prinzessinnen sind in dieser Statistik fortgelassen), also 13. Bei den großherzoglichen Häusern handelt es sich in Baden um den Großherzog, die Großherzogin-Mutter, 2 Prinzen und eine Prinzessin, zusammen 6. In Mecklenburg finden wir einen Großherzog mit Gemahlin, Mutter und Stiefgroßmutter, dazu die verwitwete Strelitzer Großherzogin, demnach vier Großherzoginnen, 8 Herzöge und 3 Herzoginnen, ergibt 16. In Oldenburg das Großherzogspaar, 3 Herzöge, 4 Herzoginnen, Resultat 9; in Sachsen-Weimar Großherzog, Großherzogin, je 2 Prinzen und Prinzessinnen, zusammen 6. Die Herzogsfamilien haben folgenden Anteil: Sachsen-Koburg zählte die meisten Mitglieder: das Herzogspaar, 1 Herzoginwitwe, 10 Prinzen und 9 Prinzessinnen (ohne England, Portugal, Belgien, Bulgarien), zusammen 22. Sachsen-Meiningen hatte 1 Herzogspaar, 3 Prinzen, 2 Prinzessinnen. Sachsen-Altenburg: Herzog und Herzogin, 2 Prinzen und 3 Prinzessinnnen, 7. Braunschweig: das Herzogspaar, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, 5. Bei den Fürsten steht Reuß beider Linien obenan mit 2 Fürsten, 1 Fürstin, 15 Prinzen und 18 Prinzessinnen, gleich 36. Es folgt Schaumburg-Lippe mit dem Fürsten, der Fürstin-Mutter, 17 Prinzen und 7 Prinzessinnen, 26. Dahinter marschiert Lippe mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck: Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je drei Prinzen und Prinzessinnen, gleich 9. Schwarzburg bildet den Schluß mit 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, insgesamt 9. — In Summa also 278 „Entthronte", die noch dazu über ungeheure Güter verfügten.

An Einnahmen aus Staatsmitteln erhielten:

	im Jahre M.	an 1 Tage M.
Wilhelm der Zweite	21 200 000	58 082
König von Bayern	6 685 734	18 810
König von Sachsen	4 091 456	11 209
König von Württemberg	2 400 000	6 575
Großherzog von Baden	1 796 128	4 920
Großherzog von Oldenburg	655 000	1 808
Großherzog von Hessen	1 420 000	3 863
Großherzog von Sachsen-Weimar	1 020 000	2 794
Herzog von Braunschweig	1 125 322	3 083
Landesf. Rente der von S.-Meiningen	394 286	1 080
Die Hälfte der Domänenüberschüsse	250 000	684
F. v. Schw.-Rudolst. u. Sondersh.	333 367	914
Summa	41 371 293	113 822

Wer hat Lust, diesem Parasitentum wieder in den Sattel zu helfen?

So sieht unsere Ernährungspolitik aus!

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet über die Erlaubnis zur Fischeinfuhr:

> In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen aus dem Auslande Fische nach Deutschland eingeführt werden, ohne das die notwendige Erlaubnis erteilt worden ist. Solche Sendungen verfallen der Beschlagnahme, da die Fischeinfuhr zentralisiert ist und für die Einfuhr aus dem Auslande einzig und allein die Reichsfischversorgung zuständig ist, deren Geschäftsräume sich in Berlin, Behrenstr. 64—65, befinden. Es muß allen Interessenten geraten werden, erst auf Grund einer Erlaubnis dieser Stelle Einfuhren nach Deutschland vorzunehmen, da andernfalls deren Beschlagnahme erfolgen muß. Nur bezüglich der Frischfischzufuhr aus Holland bestehen bekanntlich besondere Bestimmungen.

Um die planlose Einfuhr von Luxuswaren kümmert sich kein Mensch in den Regierungsämtern. Die Einfuhr eines wichtigen Lebensmittels ist nur mit Erlaubnis angängig. Dabei haben wir gerade mit der Fischversorgung die übelsten Erfahrungen gemacht. Die vor einigen Monaten in Danzig aufgedeckten Schweinereien sind noch in aller Erinnerung.

Die Hetze gegen die Berliner Metallarbeiter

Die gesamte bürgerliche Presse zieht in den schönsten Wendungen über die Berliner Metallarbeiter her, die einmütig in der Zahl von etwa 200 000 der Parole des Sympathiestreiks folgten. Der Arbeiterschaft wird die Schuld zugeschoben, während es in Wahrheit der Angriff der Unternehmer auf wichtige Arbeitsrechte ist, der den Generalstreik provozierte.

Am schofelsten benehmen sich natürlich wieder die Abhängigen. Sie behaupten, der Streik drehe sich um rein gewerkschaftliche Fragen, darum, ob die entlassenen Arbeiterratsmitglieder in derselben Reihenfolge wie die übrigen Streikenden oder vorzugsweise eingestellt werden sollen. Das ist eine glatte Tatsachenverdrehung. Von „Entlassung" kann überhaupt keine Rede sein, es handelt sich vielmehr um Streikende und Ausgesperrte. Die Unternehmer brauchen den Vorwand der „Entlassung" nur, um die sofortige Wiederaufnahme der Funktionen der von ihnen ausgesperrten oder selbst in den Streik getretenen Betriebsratsmitglieder unmöglich zu machen. Darum dreht sich der Streik, deshalb erklärten alle übrigen Metallarbeiter, soweit sie noch arbeiteten, den Streikenden ihre Sympathie und deshalb auch wird es zum Generalstreik der Berliner Gesamtarbeiterschaft kommen, wenn die Unternehmer nicht bis Mittwoch abend Einsicht zeigen.

Das die Berliner S. P. D. es ablehnt, sich mit den Berliner Metallarbeitern solidarisch zu erklären, wundert uns nicht weiter. Sie hat längst die Fühlung mit den Massen verloren und ist längst zu einem Werkzeug bourgeoiser Interessen herabgesunken. Das Berliner Proletariat wird auch ohne ihre gütige Unterstützung seinen Weg gehen.

Auch in Braunschweig das Berliner Spiel

Die Lorbeeren der Berliner Industriellen, die sie sich mit ihrem Angriff auf die Betriebsräte zu erringen hofft, lassen die Braunschweiger Kollegen nicht schlafen. Die Firma Büsing hatte bekanntlich vor einiger Zeit ihre gesamte Arbeiterschaft entlassen, weil sie sich nicht zur Akkordarbeit bereit erklärte. Durch Schiedsspruch ist die Affäre erledigt. Die Büsingschen Werke lehnen es nunmehr ab, bei der Wiedereinstellung der in Betracht kommenden Arbeiterschaft die Mitglieder des früheren Betriebsrates miteinzustellen. Daraufhin hat die gesamte Braunschweiger Metallarbeiterschaft sich mit den Betriebsräten der Büsingwerke solidarisch erklärt und wird eventuell ihre Wiedereinstellung durch einen Generalstreik in der Braunschweiger Metallindustrie erzwingen.

Auch dieser Vorgang zeigt, wie unendlich bedeutungsvoll der Berliner Generalstreik in seinen Folgen für das gesamte deutsche Proletariat sein wird. Es hat alles zu tun, um den Berliner Streikenden die siegreiche Durchführung ihres Abwehrkampfes zu ermöglichen. Gelingt den Berliner Metallindustriellen ihr Anschlag auf die Betriebsräte, so bedeutet das ihre Erledigung im ganzen Reich.

Der Landrat in der Butter

Der rechtssozialistische Landrat des Stettiner Kreises, Herr Storch, ist ein strebsamer, arbeitsfroher, schaffenslustiger Beamter. Er sieht sein Lebensziel darin, seine schätzbare Arbeitskraft recht lange seinen Auftraggebern zu erhalten. Da dies aber nach seiner Meinung mit den rationierten Lebensmitteln allein nicht möglich ist, mit denen niemand auskommen könne, ohne Hungers zu sterben, bezog er des öfteren Butter aus Stettin. Dies kam ans Licht der Sonne. Herr Storch saß nun, wie sein zoologischer Vetter im Salat, schön in der Butter. Eine Mitgliederversammlung seiner Partei stieg ihm aufs Dach; und der Herr Landrat, der angeblich zur Ueberwachung der Lebensmittelverordnungen angestellt, erklärte schließlich zu seiner Entlastung, er bezahle für seine fetten Sendungen keine Schleichhandelspreise.

Unser Stettiner Organ, Der Kämpfer, der sich dieses Phänomen nicht anders erklären kann, fragt nun herzlos:

> „Die Stettiner hätten die billige Butterquelle sicherlich gern aus des Landrats Munde erfahren, denn auch sie haben keine Luft, Hungers zu sterben. Sollten die landrätlichen Butterpakete etwa aus einer Filiale des Stettiner Konsum- und Sparvereins stammen? Wir wollen doch nicht hoffen, Herr Landrat! Denn sonst müßte ja das landrätliche Butterquantum von der schmalen Ration der Stettiner Arbeiter abgezogen werden, die in diesem Laden kaufen. Der Herr Landrat wird also, damit seine Buttersendungen keine ihm abträgliche Deutungen erfahren, schnellstens angeben, wer sein Stettiner Butterlieferant ist.

Man kann gespannt auf des Herrn Storchs Antwortgeklapper sein!

Verkehrseinstellung und Arbeiterhetze

Die Eisenbahnverkehrseinstellung in der Zeit vom 5. bis 15. November ist den geschworenen offenen und versteckten Arbeiterfeinden ein willkommener Anlaß, erneut auf das faulenzende Proletariat zu schimpfen. So lesen wir in Kommentaren der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse übereinstimmend etwa folgendes: „Wir müssen jetzt dafür büßen, daß sich in den vergangenen Monaten zahlreiche Volksgenossen durch die Hetzarbeit der kommunistisch-unabhängigen Streikapostel zu einem Verhalten haben bewegen lassen, daß unsere Volkswirtschaft auf's Schwerste schädigen mußte. — — Diesen wilden Streiks im Winter, Frühjahr und Sommer 1919 haben wir es zu verdanken, wenn wir jetzt im bevorstehenden Winter mehr frieren und mehr Mangel leiden müssen, als sonst notwendig wäre." — — —

Diese Argumentation ist um so schamloser und verleumderischer, als im selben Atemzuge dann durchaus richtig die wirklichen Gründe der Verkehrskalamität herausgestellt werden, als welche sind: Der durch die Waggon- und Lokomotivenablieferung an die Entente fürchterlich zusammengeschrumpfte Fuhrpark, die schauderhafte Abnützung des rollenden Materials

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

15]

Er schüttelte wieder den Kopf. Sie stießen an. Jordan leerte den großen Kelch in einem Zuge. Rosalinde nippte kaum am Glase. Fragend und unsicher ruhte ihr Blick auf ihm. Er sah es wohl. Aber der Trotz reckte sich hoch in ihm. Er wollte — er wollte nicht reden. Er schellte nach dem Diener, befahl die Zigarren und entzündete seine schwere Havanna an der dargereichten Kerze. Dann schenkte er seinen Kelch von neuem voll und trank den schäumenden Sekt hastig hinunter.

„Matthias, trink doch nicht so rasch. Du hast nichts Rechtes im Magen, nun die Menge kalten Sektes . . ."

„Wird mich nicht gleich umwerfen! Haha! So schlapp bin ich nicht, hab einen breiten Buckel! Mich kriegen sie nicht so rasch klein! Das werde ich ihnen zeigen!"

Dicke Rauchwolken zog er aus seiner Zigarre und pustete sie mit zorngerötetem Kopf in die Luft.

Wieder sah Rosalinde ihren Mann mit befremdeten Blicken an. Zögernd — ja zaghaft begann sie wieder. „Matthias — mit dir stimmt etwas nicht. Es ist etwas passiert. Du kannst dich nicht verstellen, wenn du auch möchtest. Ich sehe es ja doch, wie du verstört bist. Teile dich doch mit, erleichtere dich doch! Vielleicht — vielleicht kann ich dir raten . ."

Sie bereute es im gleichen Moment, so gesprochen zu haben, denn sein Gesicht wurde jetzt dunkelrot. Die Zornader auf seiner hohen Stirn schwoll drohend an. Mit zusammengebissenen Zähnen sprang er vom Sessel auf, stürmte zur Tür, zwang sich, sie nicht krachend ins Schloß zu werfen, und verschwand in seinem Arbeitszimmer. Der ihn heute so bedrückenden Gegenwart seiner Frau entflohen, beruhigte er sich rasch.

Von den weiten Wänden seines riesigen Arbeitszimmers, von den hohen Regalen seiner Bücherei umgeben, überkam ihn im Nu die ganze Ruhe und Gefaßtheit der Arbeitsstimmung, in der er in diesem lieben, vertrauten Raume so oft gute und fruchtbare Stunden verbracht. Er trat an den Schreibtisch, reckte den Arm nach dem Aktenständer, um die neuen Akten sogleich in Arbeit zu nehmen. Der Platz war leer. Neuer Mißmut stieg in ihm auf. Er empfand gerade jetzt einen wahren Hunger auf Arbeit, die ihn ablenken sollte. Nun waren keine neue Akten da!

Am Dienstagabend — und heute war Dienstag — pflegten doch gemein hin die Akten in seine Wohnung gebracht zu werden. Gerade heute blieben sie aus. Fatal! Er durstete nach neuer Arbeitsbetätigung. Aber sie war heute nicht zu erlangen.

Sollten, seinem strengen Verbot entgegen, die Akten wieder einmal draußen in der Küche liegen geblieben sein?

Er schellte dem Diener.

Der umsichtige Mensch wußte sofort, was dem Herrn fehlte. „Es sind keine Akten heute gekommen," meldete er ungefragt.

Im Nu, kaum daß die Tür sich wieder hinter dem Diener geschlossen, überkam Jordan der gleiche Seelendruck, der den ganzen Abend drohend auf ihm gelastet hatte. Er fühlte sich aufgescheucht, beunruhigt, verstört. Es war etwas in sein Blut gekommen, das es zu stürmischem Wallen peitschte. Die Verhandlung heute — die Erinnerung an diese widerwärtigen Vorgänge gab ihn nicht frei. Sie lag auf ihm wie eine Schuld. Warum? Weshalb? Weshalb in aller Welt?!

Was hatte er bei dieser verteufelten Geschichte versehen oder falsch gemacht? Worin etwa gegen die Satzungen seines Amtes gefehlt oder verstoßen? In nichts! In nichts.

Bis zum Ueberdruß erwog und verneinte er diese Frage, um sie stets von neuem wieder zu erheben.

Da griff er nach seinen Registern, in die er im Laufe vieler Jahre alle von ihm vertretenen Anklagen eingetragen, mit allen Einzelheiten des Falles vermerkt hatte. Er überflog diese endlosen Kolonnen, sein Auge haftete an den zahlreichen Posten, die in der Strafrubrik den Sondervermerk „Kuppelei" führten, aber kein einziger dieser Fälle hatte ihn irgendwie in gleicher Weise aus dem Konzept gebracht. Der meisten dieser Verhandlungen konnte er überhaupt nur noch dunkel sich entsinnen, während es mit grausamer Klarheit vor ihm stand, daß er dieser Geschichte von heute sobald nicht wieder ledig würde werden können.

Wie in instinktiver Angst scheute er davor zurück, dem eigentlichen Grunde seiner Verstörtheit tiefer nachzugehen. Die Decke seines Arbeitszimmers, das ihn vor wenigen Minuten noch mit so gastlichem Behagen erfüllt hatte, drückte jetzt auf ihn, unter den Schatten des im Dämmer liegenden Raumes krochen die Dämonen der Beängstigung zu ihm heran. Ein Gefühl der Vereinsamung beschlich ihn. Die er soeben noch mißmutig gemieden, seine Frau, begann er herbeizusehnen, denn er suchte, er durstete nach Ablenkung.

Wie gerufen kam sie jetzt herein.

„Verzeih die neue Störung, Matthias. Wie du siehst, sind neue Akten heute abend nicht gekommen, und da du also doch nicht arbeiten kannst, möchte ich dich fragen, ob du nicht Lust hättest, mit mir jetzt in das Konzert des Domchors zu fahren. Ich habe zwei Karten. Wir kommen wohl noch mit einem Auto hin. Soll Emil eins bestellen?"

Jordan blickte auf.

Domkonzert? Heute abend. Ja. Das war etwas für seine zerrissene Stimmung. Orgelbrausen, Menschenstimmen — gewölbte Kirchenkuppeln . . . es regte sich wie Reue in ihm. Reue gegen seine Frau, die bis heute noch immer sein bester Seelenarzt gewesen.

Was hätte ihm in dieser Leidensstunde wohl besser getan als diese Flucht aus dem Zeitlichen?

Baden — Untertauchen in reiner Harmonie. Die Seele rein waschen in wallenden Tonfluten — ja, es war gerade das, was er in diesem Augenblick brauchte und nötig hatte . . .

Ganz spontan reichte er seiner Frau die Hand und drückte die ihre.

Im Auto sprach er nicht. Ein wenig gesenkten Hauptes saß er neben Rosalinde, die Krempe des blitzenden Zylinders über die Augen herabgezogen.

Er kämpfte mit sich, ob er ihr beichten sollte. Aber er war so wenig noch mit sich im reinen über das, was ihn eigentlich heute so verstört hatte, daß er es nicht hätte in Worte fassen können. Zudem hatte er ein Gefühl, als könnte er just diese Geschichte mit jedem anderen Menschen eher besprechen als gerade mit Rosalinde.

Das war sonderbar genug, aber es war so.

Im Dome am Lustgarten angelangt, entsetzten sich beide katholischen Ehegatten über die frostige Nüchternheit dieser protestantischen Hofkirche. Ihre Ausstellungs- und gekuppelte Rummelfassade lag zum Glück in Dunkel gehüllt, aber die Frostigkeit und Trivialität des Innern dieses königlichen Gotteshauses konnte nicht einmal die Abendbeleuchtung, die auch für eine Kirche zu hell und zu hart war, erträglicher machen. Als dann aber die Orgel zu brausen anhub und schöne Menschenstimmen von dem Kuppelrund herniederklangen, kam endlich Andacht über Jordan. Und bei den Himmelstönen einer Bachschen Fuge fand er den Schlüssel zum Auswege aus dem Labyrinth der Verwirrung, in das dieser Tag ihn gestürzt hatte.

Der Familie gegenüber, deren Ernährerin er heute ins Zuchthaus gebracht hatte, empfand er Gewissensbisse. Ganz gleich, woher sie kamen, sie waren da und bedrängten ihn, und deshalb konnte er etwas tun, um sich von diesem Drucke zu befreien. Gleich morgen wollte er dem Invaliden, den das Urteil die Ernährerin beraubt hatte, eine Unterstützung zusenden, am besten wohl anonym.

Dieser Entschluß erleichterte sein schwer beladenes Herz, und als das Konzert beendet war, atmete er frei und lächelte seine Frau an, mit der er den Heimweg durch die frische Winternacht in ruhigem Geplauder zurücklegte.

(Fortsetzung folgt.)

während der langen Kriegsjahre, der Mangel an guten Ausbesserungsmaterialien, Schmierölen etc. pp. Aber was tut das: jeder Vorwand ist den Sozialistentötern recht, um auf die Proletarier, die nun endlich ihrem revolutionären Drange nach Verwirklichung des Sozialismus Erfüllung wissen wollen, eins auszuwischen, um eine Haßstimmung gegen sie zu erzeugen, die die übelsten Wirkungen zeitigen kann. Die großen Streiks im Frühjahr des Jahres wurden, das wissen die bürgerlich-rechtssozialistischen Seribifaxe ganz genau, nicht um materieller, sondern um ideller Ziele geführt, um die Anerkennung der Betriebsräte, durch deren Errichtung die Arbeiterschaft endlich ihre gleichberechtigte Stellung im Produktionsprozeß zum Ausdruck bringen wollte. Schwerste Opfer hat sie dafür auf sich genommen; und wird jetzt dafür von Leuten beschimpft, die immer noch den Sozialismus für ihre bourgeoisen Ziele zu prostituieren wagen.

Das Proletariat wird auch aus diesen Zeichen lernen müssen, daß es verloren ist, wenn es die angebahnte kapitalistisch-rechtssozialistische Interessenharmonie schweigend duldet.

Rumänien

Rumänische Gefangenenlager

Wir berichteten gestern über die entsetzlichen Zustände in polnischen Gefangenenlagern. In Rumänien ist's nicht viel besser. Die Berichte über die Lager von Arad, Fundeni und Czegled sind, obwohl sie keine so erschreckende Sterblichkeit aufweisen, ebenfalls sehr betrübend. In Arad befinden sich 780 Ungarn, zumeist Offiziere. Die rumänischen Behörden haben die ungarischen Bewohner der Stadt Arad genötigt, selbst für den Unterhalt der Gefangenen aufzukommen in Widerspruch zu den internationalen Vereinbarungen, welche die Sorge hierfür den Gefangene haltenden Staaten auferlegen. Der Stadt Arad ist es unmöglich, die notwendigen Lebensmittel und Gelder zu beschaffen. Als Unterkunft dienen kalte, dunkle Keller, nämlich die Kasematten der früheren Zitadelle, ohne Glasscheiben und Heizung. Das Internationale Rote Kreuzkomitee hat die polnische und die rumänische Regierung beschworen, die Lage dieser Gefangenen zu verbessern und ihnen womöglich die Freiheit zurückzugeben.

In und um Elbing

Unser Kommunalprogramm

In Bezug auf die Erziehung verlangt unser Kommunalprogramm:

Errichtung eines Erziehungsamts zur Schaffung, Pflege und Ausgestaltung der für die körperliche und geistige Ausbildung der Jugend erforderlichen Einrichtungen, insbesondere durch

1. Schulpflicht für alle Kinder vom 6. bis 16. Lebensjahr. Einheitsschule mit weltlichem Charakter. Gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen. Festsetzung der Höchstzahl der Schüler in den Klassen, der Unterrichtszeit und der Unterrichtsmethode nach den Grundsätzen sozialistischer Erziehungswissenschaft. Mitwirkung des Lehrerrates bei der Verwaltung der Schule und der Gestaltung des Schulplans. Schulpflegschaften für jede Schule, bestehend aus dem Schulleiter, Lehrern und Vertretern der Eltern der Schüler. Schülerräte.

2. Die Begabung der Schüler für den Unterricht wie für die Berufswahl ist nach wissenschaftlichen Methoden zu prüfen (Berufsberatung). Die Kinder sind in Gruppen von möglichst gleicher Veranlagung in der für sie geeignetsten Weise zu unterrichten. (Sonderklassen für hervorragend Begabte und für Minderbefähigte.)

3. Pflichtfortbildungs- und Fachschulen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre für alle jugendlichen Personen, die mit dem 16. Lebensjahre aus der Schule entlassen wurden und keine weitergehende wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung genießen. Erteilung des mindestens 10 Stunden wöchentlich betragenden Unterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. Ausbau des Fachunterrichts, Lehrwerkstätten, Staatsbürgerkunde, Gesundheitspflege. Unterricht in Hauswirtschaft und Kinderpflege.

4. Zulassung zum Besuch der höheren Schulen nur für die durch wissenschaftliche Prüfungsmethoden als befähigt Erkannten und Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel, insbesondere Unentgeltlichkeit alles Unterrichts und aller Lehrmittel.

Hinsichtlich der Bildung sieht es vor:

Errichtung eines Volksbildungsamtes zum Ausbau und zur Pflege der für die Bildung des Volkes erforderlichen Einrichtungen, insbesondere durch Volksbibliotheken und Lesehallen für Erwachsene, Jugendliche und Kinder, sowie durch Einrichtungen zur Belehrung und Unterhaltung, Versammlungsräume, Jugendheime, alkoholfreie Gastwirtschaften, Vorträge, Konzerte, Theater, Lichtspiele.

Elbinger Volkshochschule

Die Gruppe B wird von Gewerbelehrerin Fräulein Scheeffel durch eine Reihe von 5 für Frauen und Mädchen bestimmten Vorträgen eröffnet, deren erster am Freitag abend 8 Uhr in der Aula des Lyzeums stattfindet. Sie wollen den Frauen aller Stände Fingerzeige geben, wie mit den großen wirtschaitlichen Schwierigkeiten der Gegenwart am besten fertig zu werden ist. Es wird gezeigt werden, was mit geringen Mitteln, aber mit Verstand und Nachdenken für die Gesunderhaltung der Familie, für die körperliche und geistige Pflege des Kindes, für die Einrichtung einer zweckmäßigen Hauswirtschaft und einer gesunden Wohnung geschehen kann. Das alles soll die Hebung der Lebenshaltung und der ganzen Volkswohlfahrt fördern. Die Vorträge, denen ein zahlreicher Besuch zu wünschen ist, werden mit der Vorführung von Lichtbildern und anderen Anschauungsmitteln verbunden sein. Karten zu 1 Mark für alle 5 Vorträge abends am Saaleingang.

Noch etwas zum Schneiderstreik

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

Zu der in Nr. 13 der Elbinger Volksstimme enthaltenen Zuschrift der Schneidergehilfen erlauben wir uns folgendes auszuführen: Am 1. November traten die Zuschneider wegen ihrer Lohnforderung in einen Streik, der über ganz Deutschland geht. Auch die Zuschneider in Elbing sind diesem Rufe gefolgt. Angesichts der heutigen Wirtschaftslage kann nicht verkannt werden, daß die Forderung der Zuschneider, die bisher hier am Orte 500 bis 550 Mark Höchstgehalt hatten, gerechtfertigt erscheint. Am 4. November begannen in den Geschäften, wo ein Zuschneider beschäftigt wird, zur Unterstützung der Zuschneider auch die Schneidergehilfen den Streik. Eine Ausnahme machten die Gehilfen der Firma Doebel. Es stimmt nicht, wie in der Zuschrift behauptet wird, daß die Abstimmung nicht rechtsfähig ist. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß bei der Abstimmung sämtliche gegen 5 Stimmen für den Sympathiestreik abgegeben worden sind. Es waren 50 dafür in Frage kommende Schneidergehilfen in dieser Versammlung anwesend. Also ist der Beschluß für die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe durchaus bindend. Die Kollegen der Firma Doebel haben diesen Beschluß nicht eingehalten, wir müssen dieses Verhalten auf das schärfste als Streikbruch verurteilen. Die Verbandsleitung wird ihre Maßnahmen hiergegen treffen. Die Schneidergehilfen sind deshalb für die Zuschneider in den Sympathiestreik getreten, weil verschiedene Prinzipale, so auch Herr Doebel, diese nicht wieder einstellen wollen. Wir bitten die Bevölkerung Elbings, uns in unserem Kampfe die Sympathie zu bewahren. Die Herren Prinzipale werden letzten Endes doch einsehen müssen, daß wir diesem Kampf unter allen Umständen durchführen wollen und auch durchführen werden.

Die Streikleitung der Zuschneider und der Schneider der Ortsgruppe Elbing.
Mäusel, Vorsitzender des Verbandes der Zuschneider.
H. Lohmann, Bevollmächtigter des Verbandes der Schneider, Ortsgruppe Elbing.

Explosion bei Schichau

Heute vormittag 7½ Uhr entstand im Maschinenraum bei der Firma F. Schichau, in dem Raume der verlängerten Wasserstraße, eine Explosion. In der Blaugasleitung, welche von der Schichaugasanlage nach dort geleitet wird, wurden 2 Stücke von ¾ Meter Länge aus der Rohrleitung gerissen und zwar an der Uebergangsstelle von der Dreherei nach dem Maschinenbau. Zum Glück hat in diesem Moment kein Mensch den Uebergang passiert, sonst hätte die Explosion auch Menschenleben gefordert. Ein Stück der Leitung blieb oben am Geländer hängen, das andere wurde heruntergeschleudert. Ob diese Gasleitung, die frei in der Luft hängt, von der Gewerbeinspektion abgenommen worden ist, muß bezweifelt werden. Es dürfte sich empfehlen, daß die zuständigen Stellen ihr Augenmerk auf diese Anlage richten, da bei Wiederholung solcher Unglücksfälle Menschen sehr leicht in Gefahr kommen können.

Stadtverordnetenwahlkampf

Am 14. November spätestens müssen nach der Bekanntmachung des Magistrats die Listen der Wahlvorschläge eingereicht werden. Bisher ist einzig die Unabhängige Liste bekanntgegeben. Die verschiedenen Gruppen und Grüppchen, die auf Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung rechnen, sind zum Teil noch auf der Suche nach „zugkräftigen" Kandidaten, zum Teil schachern sie um das Bärenfell, das sie erbeuten wollen. Unsere Genossen in den Fabriken sollen sich durch die scheinbare Stille nicht täuschen lassen. Sie werden einen schweren Stand sowohl gegen den bürgerlichen Mischmasch als auch die Beeinflussungsversuche der Kommunisten haben. Wie es heißt, wollen diese die Parole herausgeben, die Arbeiterschaft solle Stimmenthaltung üben. Ob das zutrifft, mag dahin gestellt bleiben. Möglich ist bei den allein echtrevolutionären Kommunisten alles. Eine solche Parole wäre für die Arbeiterstadt Elbing direkter Selbstmord. Hier gilt es für das Proletariat fest zusammenzustehen und Männern, die sich als wirkliche Arbeitervertreter bewährt haben, die Stimme zu geben. Die aber sind weder im bürgerlichen noch im rechtssozialistischen Lager zu finden. Die bürgerlichen Parteien stellen Sondervertretungen verschiedener Gesellschaftsklassen dar. Zum Teil bilden sie ein gefährliches rückschrittliches Element, wie Zentrum und Konservative, zum Teil vertreten sie eine zerfallende überlebte Klasse, wie Antisemiten, Liberale und Demokraten es tun. Die „Mehrheitssozialisten" haben sich hundertfältig als Volksverräter entpuppt. **Es bleibt nur die Liste Baude.** Sie muß zum Feldgeschrei der großen Masse werden. Hämmert diese Erkenntnis in die Proletarierherzen. Nur

Liste Baude wird gewählt!

Elbinger Polizeinachrichten

In einer der letzten Nächte wurde bei der Firma C. Tack eingebrochen. Die Diebe haben die Tür zum Laden verfehlt und sind in den Keller geraten. Gestohlen wurde nichts.

Elbings Arbeiter sind keine Kommunisten

Zu einer Demonstrationsversammlung hatten die Kommunisten gestern in einem großen Inserat in der Elbinger Zeitung aufgefordert. Alle „klassenbewußten Arbeiter" sollten heute vormittag um 10 Uhr im Volkshause erscheinen. Die Versammlung zeigte ein Bild von der völligen Bedeutungslosigkeit der Kommunisten. Es mochten etwa 300 Personen anwesend sein, von denen mindestens die Hälfte, wenn nicht zwei Drittel, Arbeitslose waren. Elbings Arbeiter blieben in den Fabriken. Sie stellten sich hinter den Beschluß der Generalversammlung der U. S. P., der die Feier des Revolutions-Jahrestages am Sonntag vorsieht. Dies Verhalten ist ein Zeichen politischer Reife. Von einer Straßen-Demonstration nahmen die Kommunisten angesichts ihres Mißerfolges Abstand. Ein Eingehen auf das Referat erübrigt sich.

Ostdeutsche Nachrichten

Katzenjammer

Die Danziger Rechtssozialisten hielten dieser Tage ihren Parteitag für das Freistaatgebiet ab. Als Motto über den Bericht dieser Tagung stellt die Volkswacht das Wort: „Arbeiten und nicht verzweifeln!" Diese Phrase klingt wenig siegessicher und in der Tat muß auf diesem Parteitag ein Katzenjammer in höchster Potenz zum Ausdruck gekommen sein. Nach der Volkswacht zitieren wir wörtlich die Aussprache:

Als erster Diskussionsredner kommt Genosse Preuß-Niederung zum Wort. Für die **Parteiflucht auf dem Lande** sieht er die Schuld in der diesjährigen Steuerveranlagung, die **ungerechter gehandhabt worden sei als je.** Auch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel, für die unsere Partei **als Regierungspartei** verantwortlich gemacht wird, sei uns zum Schaden ausgeschlagen.

Genosse Adam-Danzig macht der **Parteileitung zum Vorwurf, daß sie die Gemeindewahlen nicht eher durchgedrückt habe,** da es ein Verbrechen sei, das reaktionäre Pack in dem bisherigen Stadtparlament auch nur eine Minute länger sein Unheil treiben zu lassen, als es gerade unbedingt nötig sei.

Ein Genosse aus der Niederung gibt zu bedenken, daß man bei all den Klagen auch die schlechten Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter nicht vergessen dürfe, die abzustellen **noch nichts Wesentliches getan worden ist.**

Genosse Brill-Danzig untersucht die Gründe, **die zu der zu verzeichnenden Abwanderung aus der Partei geführt haben.** Bei der Wahlagitation für die früheren Wahlen sei **zuviel versprochen** worden, von dem man hätte wissen müssen, daß es nicht erfüllt werden konnte. **Viel Schuld müssen wir bei uns selbst suchen.** In den Arbeiterräten sei allerlei versäumt worden, das uns in mancherlei Dingen sofortige Besserung gebracht haben würde.

Genosse Walz-Ohra führt neben dem großen Wohnungselend die **ungerechte Verteilung der Lebensmittel** ins Treffen.

Genosse Piotrowski-Emaus berichtet ergötzliche Dinge von dem neuen unabhängig gefärbten Arbeiterrat in seinem Heimatsort. War früher schon, als ein falscher Mann am Platze war, die Schieberei groß, so ist sie unter der U. S. P. noch doller geworden. Die Art, wie Unabhängige herrschen, kennzeichnet am besten die Tatsache, daß der U. S. P.-Arbeiterrat in völlig betrunkenem Zustande bei der Kartoffelverteilung die Anwesenden mit einem Revolver bedroht hat.

Genosse Rek-Danzig erklärt, **das wir Genossen in leitender Stellung haben, die die Wahlen geradezu sabotiert hätten.** Alle bisher vorgebrachten Uebelstände seien hauptsächlich durch das Nichtstattfinden der Wahlen erst möglich geworden.

Genosse Dr. Werner-Langfuhr spricht von einer Selbsttäuschung der Arbeiterschaft, die nicht merkt, wie sie durch die höheren Löhne die Preise für alle Bedarfsartikel emporschraubt. Letzten Endes dient sie damit nur der Kapitalistenklasse.

Genosse Greve-Danzig, gegen den ein Redner mit der Behauptung operiert hatte, er kümmere sich als Beauftragter des Vollzugsausschusses beim Magistrat zu wenig um die schleunigste Erledigung der Steuerreklamationen, führte aus, **daß die Macht der Beauftragten beim Magistrat nicht so weit gehe, wie manche Genossen annehmen** und wie sie es gern selbst möchten. Dennoch aber sei es gut, wenn die Arbeiterschaft ihre Vertreter dort sitzen habe. So manches sei dadurch doch schon erreicht worden, was im Interesse der Arbeiterschaft liege, und was sonst vielleicht nie getan worden wäre.

Genosse Rehberg-Danzig klagt, daß man die **Landagitation vernachlässigt** habe.

Genosse Haak-Tiegenhof tritt warm für eine **Einigung nach links** ein.

Ebenso Genosse Zeller-Wiesenthal, der sich das geflügelte Wort Philipp Scheidemanns „Der Feind steht rechts!" zu eigen macht.

Genossin Wohlgemuth-Danzig verteidigt das **Recht der Kritik** an den Maßnahmen unserer Genossen in der Regierung. Wir seien sogar verpflichtet, sie auf ihre Fehler aufmerksam zu machen.

Genosse Brill-Danzig gibt einen verblüffenden Aufschluß darüber, weshalb wir nicht eher zu den Gemeindewahlen gekommen seien. Der noch in aller unseligem Gedenken stehende deutsch-nationale Regierungsrat Dolle hat dem Minister Heine einst in einem Referat erklärt, daß man in Westpreußen keine Wahlen haben wolle.

Hat einer der Leute, die da gesprochen haben noch den Glauben an sich und an den Sieg seiner Sache? Der Rechtssozialismus trägt unheilbaren Marasmus in den Knochen. Wir sind die Kraft.

Richtige Erkenntnis

In der Danziger Zeitung (Abendausgabe vom gestrigen Donnerstag) bespricht Regierungsrat Dr. Kampffmeyer in einem längeren Artikel die Wohnungsfrage. Dabei kommt er zu folgenden Feststellungen:

> . . Die Baukosten sind jetzt auf das Vier- bis Fünffache der Friedenspreise gestiegen und werden nach dem Urteile Sachverständiger selbst im günstigsten Falle dauernd etwa die dreifache Höhe der Friedenskosten behalten. Früher oder später werden dann auch die Mieten der Wohnungen so steigen müssen, daß sie die Kosten der neuzuerrichtenden Wohnungen decken. Und mit den Mieten wird auch der Wert der billig errichteten vorhandenen Wohnungen steigen. **Hunderte von Milliarden werden dann den zufälligen Hausbesitzern zufallen.** Diese suchen den Anspruch auf diesen Wertzuwachs mit dem Hinweis auf das Sinken des Geldwertes zu begründen. Nun, besitzt aber nach der Statistik im allgemeinen der Hausbesitzer nur ein Viertel des in seinem Hause investierten Kapitals. **Verdoppelt sich also der Preis eines Hauses im Herstellungswerte von 100 000 Mark, so wird das 25 000 Mark betragende Eigentum des Hausbesitzers nicht verdoppelt, sondern verfünffacht und bei einer Verdreifachung des Hauswertes sogar verneunfacht werden.** Mit welchem Recht kann der Hausbesitzer diese Gewinne beanspruchen, während der Hypothekengläubiger, der doch drei Viertel des Hauses besitzt, sich ebenso mit dem gesunkenen Geldwert abfinden muß, wie irgendein kleiner Rentner, der seine Ersparnisse in Kriegsanleihe angelegt hat?

Von diesen Tatsachen aus kommt Herr Kampffmeyer zur Forderung der **Vergesellschaftung des Wohnungswesens.** Nur so könne den die Volksgesundheit schwer schädigenden und aller Menschenwürde Hohn sprechendenden Verhältnissen ein Ende gemacht werden. Die Mieten sollen der sozialen Leistungsfähigkeit der Mieter angepaßt werden. Die Möglichkeit zum Bauen soll durch den Ausgleich zwischen den in früheren Jahren erbauten billigen Wohnungen und den heutigen teuer hergestellten geschaffen werden. Die Wertsteigerung der alten billigen Wohnungen soll die Mehrkosten der neuen teuren decken. Kinderreiche Familien sollen Mietsnachlässe erhalten. Die Großstädte sind durch Niederlegung der Hinterhäuser und Seitengebäude, sobald die notwendige Zahl Wohnungen geschaffen, allmählich und planmäßig zu sanieren. Träger der neuen Reform sollen Wohnungsverbände werden, die sich aus den Gemeinden eines Kreises oder Amtsbezirkes zusammensetzen. An ihrer Spitze soll ein Wohnungsrat stehen, den Mieter und Vermieter gemeinsam unter Teilnahme des Staates und der Gemeinden wählen. Die Führung der Geschäfte erfolgt durch ein Wohnungsamt. Die Hausbesitzer erhalten nur das in den Häusern angelegte Kapital verzinst.

Unklar ist an Kampffmeyers Vorschlag die künftige Stellung der Hausbesitzer. Die U. S. P. fordert die allmähliche **Kommunalisierung** des Bodens mit den auf ihm stehenden Gebäuden. Zu dieser Konsequenz hat sich Kampffmeyer noch nicht durchgerungen.

Am Jahrestage der deutschen Revolution, dem 9. November

U.S.P.

Elbing

Volkshaus

Sonntag vormittag 10 Uhr

Nur Mitglieder und deren Frauen haben Zutritt!

Große Demonstrations-Versammlung

Thema: **„Revolution!!“**

Stadtverordnetenwahl.

Nachdem der Wahltag für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung auf den 30. November d. Js. festgesetzt ist, wird hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen gemäß § 2 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 31. Januar d. Js. (Ges. S. Seite 15) und § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 — R. G. Bl. S. 1353 — aufgefordert.

Die Wahlvorschläge, von denen mehrere miteinander verbunden werden können, sind **spätestens am 14. d. M.** einzureichen (§ 11 der Verordnung vom 30. November 1918 — R. G. Bl. S. 1345 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Verordnung vom 31. Januar 1919 (Ges. S. S. 15).

Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihrem Bevollmächtigten **übereinstimmend** spätestens **am 19. d. Mts.** bei dem unterzeichneten Wahlvorstand schriftlich erklärt werden.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 im Stadtbezirk zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nur um die Hälfte mehr Namen enthalten als Stadtverordnete zu wählen sind. In der Stadt Elbing sind 60 Stadtverordnete zu wählen.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine **Erklärung über seine Zustimmung** zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

Jeder Bewerber darf nur einmal vorgeschlagen werden.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder ihr Beruf sowie die Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. (§ 14 der Wahlordnung.)

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlage sind außer den oben erwähnten Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörde (Magistrat) vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Diese Bescheinigungen werden vom Magistrat — Wahlbureau — unverzüglich gebührenfrei ausgestellt werden.

In jedem Wahlvorschlage soll ein **Vertrauensmann** bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlvorstand und dem Wahlausschusse zur Rücknahme des Wahlvorschlages sowie zur Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Wahlvorstand zugeht. (§ 16 der Wahlordnung vom 30. November 1918.)

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als **ein** Wahlvorschlag.

Jeder Wahlvorschlag darf nur **einer** Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören. (§ 20 der Wahlordnung.)

Ueber die Beschaffenheit der Stimmzettel gilt folgendes:

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinen äußeren Kennzeichen versehen sein. Als weißes Papier gilt auch leicht getöntes bläuliches oder gelbliches Papier. Es darf aber nicht farbiges Papier sein, sondern es muß zu den allgemein für Druck und Schrift üblichen Papiersorten gehören.

Die Größe der Stimmzettel wird auf $10 \times 18^1/_2$ cm festgesetzt.

Geringe Abweichungen machen den Stimmzettel nicht ungültig. Die Stimmzettel dürfen aber nicht so klein sein, daß ihre von andern Zetteln abweichende Größe als ein besonderes Kennzeichen angesehen werden müßte.

Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß der Wahlausschuß aus folgenden Personen besteht:

A. Vorsitzender:
Oberbürgermeister Dr. Merten.
Stellvertr. Vorsitzender;
Magistratshilfsarbeiter Dr. Bethke.

B. Beisitzer:
Rentier C. Andree
Lagerhalter Schottke
Zivilingenieur Netke
Händler Heinrich Perschon.
Stellvertreter:
Brauereidirektor Adischkewitz
Töpfer Karl Braun.

Elbing, den 5. November 1919.

Der Wahlvorstand
für die Stadtverordnetenwahl in der Stadt Elbing

Brikettausgabe

ab Freitag, den 7. November 1919

auf Marke 14: F. Eichler Nachfl. Anton Fischer, J. Frühstück, J. A. Schulz, F. Schermall, August Weiß, Joh. Sarnecki Nachfl.,
auf Marke 15: Beamtenverein, F. Eichler Nachfl. Anton Fischer, F. Neumann, R. Nimmergut, Jul. Helm, Joh. Sarnecki Nachfl. J. A. Schulz.

Elbing, den 6. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Freibank.

Am Sonnabend, den 8. d. Mts., vorm. 8—9 Uhr: Fleischverkauf an die Inhaber der Freibankkarten **Nr. 4237—4387.**

Elbing, den 7. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Volkshochschule.

Gruppe B.

1. Fräulein Gewerbelehrerin Scheessel: Frauenvorträge.
   a) Die Hausfrau und die Gesundheit ihrer Familie. Freitag, den 7. November.
   b) Richtlinien für die Säuglings- und Kinderpflege. Dienstag, den 11. November.
   c) Die Aufgaben der Frau in der Kinderstube. Freitag, den 14. November.
   d) Die Hauswirtschaft, ein wichtiger Teil der Volkswirtschaft. Dienstag, den 18. November.
   e) Die Familie, die Grundlage des Staates. Freitag, den 21. November.

Abends 8—9 Uhr im Festsaal d. Kaiser.-Auguste-Viktoriaschule. Eintrittskarten für alle 5 Vorträge 1 Mk. am Saaleingang.

U. S. P. D. X. Bezirk

Sonnabend, den 8. d. Mts., im Saale des Vereinslokales **„Concordia“**

zweiter Unterhaltungsabend.

Eintritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte **frei.** Kinder haben keinen Zutritt.

Der Saal ist geheizt. Anfang 6 Uhr.

Former u. Berufskollegen

Sonnabend, den 8. November, im Volkshaus:

Tanzkränzchen

verbunden mit verschiedenen Überraschungen.

Hierzu ladet ein **die Branchenleitung.**

Einlaß 5 Uhr. Kinder keinen Zutritt. Anfang 6 Uhr.
Ohne Einladungskarte keinen Eintritt.

Passenheim's Festsäle!

Jeden Sonntag

Tanzkränzchen.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel und kompletter Wohnungs-Einrichtungen eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer Abteilung für Herstellung von Firmen- und Reklameschildern aller Art.

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Sämtliche Arbeiten für

Klempnerei und Installation

führt sachgemäß, schnellstens und billig aus.
Auch nach außerhalb (Betrieb vergrößert).

E. Lange, Spieringstr. 16, Ecke Alter Markt.

Nur eine ganz **kurze Zeit** zum **Jahrmarkt** am Marienburgerdamm.

Neu für Elbing!
Zum ersten Mal hier!

Nielsens Museum

größtes wanderndes Wachskabinett

enthaltend über 1000 Nummern, Gruppen und Figuren in Wachs, ausgeführt in natürlicher Größe.

2. große Anatomisch-pathologisch-embryologische Abteilung

eine für Damen u. eine für Herren.

Das Museum ist geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreis: 2 Mark, anatomische Abteilung 1 Mark.

Alle, welche den **Jahrmarkt** besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses **wissenschaftliche Museum** zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Violinunterricht!

Erteile Unterricht im Violinspiel. Anmeldungen täglich **Spieringstraße 25, II.**

G. Pahnke,
Chormeister des Arbeiter-Gesangvereins „Liederfreund“.

Die Firma

R. Lengning, Fischerstr. 20/21

empfiehlt für **Weihnachten** schon jetzt ihre

- Spielwaren -

zu kaufen oder zurückstellen zu lassen.

Drucksachen

in nur geschmackvoller sauberster und moderner Ausführung bei kürzester Lieferfrist fertigt billigst

Buchdruckerei

Elbinger Volksstimme

Fernruf No. 1071 · ELBING · Spieringstr. 21

Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig

Touristenverein Die Naturfreunde

Freitag, d. 7. d. M., 7 Uhr: Monatsversammlung im „Jugendheim“, Kalkscheunstraße. Vollzählig erscheinen. Der Vorstand.

W. Breitfeldt

Innerer Mühlendamm 18/19, Fernsprecher 352,
empfiehlt sein
Spezialgeschäft
in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.**
:: **Beste Bezugsquelle** :: **für Wiederverkäufer!!!**

Briefpapiere lose und in Kasetten
Photographie-, Postkarten- u. Poesiealben
Brief- u. Aktentaschen
Tornister- und Büchermappen
Unterhaltungsspiele
Typen-Druckereien
Anfertigung von Kautschukstempeln
Sämtliche Büroartikel am Lager
empfiehlt
G. W. Petersen,
Alter Markt 33, Fernspr. 848.

Streichhölzer
gebe meiner Kundschaft jedes Quantum ab. **W. Breitfeldt,** Innerer Mühlendamm 18/19, Zigarren- u. Tabakhandlung.

Friseurlehrling
wird gesucht.
Kattelsberger, Wasserstr. 53.

2 Ulster
neu, Obw. 96 und 98, nach Maß gearbeitet, sind z. verk. **A. Kusch,** Junkerstr. 45, II.

1 Herren- und 1 Knaben-
Winterpaletot
zu verk. **Burgstr. 15,** 2 Tr. l.

Getrag. Knaben-Anzüge
für den Winter, von 10 bis 13 Jahren, auch **Unterzüge, 1 Gehrock** für kleine schlanke Figur u. mehreres and. billig zu verk. **Burgstr. 21 b, III.**

Elbinger Standesamt
vom 7. November 1919.

Sterbefälle: Kellner Ernst Schidlowski 1 S. 2 Tage. — Inval.-Rent.-Empf.-Ww. Magdalena Hohmann geb. Kaftan 51 J.

Im Kriege gefallen: Wehrm. in einem Inf.-Regt. Rangierer Gustav Borchert 39 J. — Kanonier in einem Feld-Art.-Regt. Arbeit. Otto Karl Drombowski 18 J. 6 M. — Musketier in einem Inf.-Regt. Fabrik-Arbeiter Joseph Eberlein 18 J. 7 M. — Jäger in einem Jäger-Ersatz-Batl. Fabrik-Arbeiter Karl August Willi Ernst 22 J. — Landsturmmann in einem Inf.-Regt. Arbeiter Franz Alfred Cornelsen 25 J. — Ersatz-Reservist in einem Inf.-Regt. Tischler Johann Erich Bobeżki 25 J. — Unteroffizier eines Pionier-Batl. Former Friedrich Emil Feierabend 27 J. — Kanonier in einem Feld-Artl.-Regt. Handlungsgehilfe Bruno Friedrich Gerlach 18 J. — Oberjäger in einem Inf.-Regt. Arbeiter Friedrich Wilhelm Grundmann 22 J. — Unteroffizier in einem Inf.-Regt. Kaufm. Johannes Gappa 27 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 16 | **Sonnabend, den 8. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Exzellenz Noske Verbietet. In Berlin ist zur Unterstützung der Metallarbeiter der Generalstreik proklamiert worden. Auf Befehl des Oberbefehlshabers Noske wurde darauf der Erlaß zum Schutz lebenswichtiger Betriebe vom 17. Oktober für Groß-Berlin wieder in Kraft gesetzt. Danach werden alle Maßnahmen, die bezwecken, lebenswichtige Betriebe stillzulegen, mit Gefängnisstrafe und sofortiger Verhaftung bedroht. Weitere Maßnahmen werden bald folgen. — Ganz wie in Wilhelms Zeiten: „Wer sich Mir entgegen stellt, den zerschmettere Ich!“

Ein tüchtiger Beamter. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Hamburg des „Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutze des Lebens Kaiser Wilhelm II.“, Oberlehrer Berrenberg, ist nach Unterschlagung bedeutender Geldsummen flüchtig geworden. Der Herr Oberlehrer betrieb nebenbei noch Heiratsschwindeleien und war Werbeoffizier des Freikorps Dohna. Ach, Lehmann, welchen Händen hast du dich anvertraut!

Weitere Siege der U. S. P. Vom Niederrhein werden weitere großen Erfolge unserer Partei gemeldet. Es erhielten Stimmen in

	U. S. P.	S. D. P.	bürgerliche Parteien zus.
Wiesdorf	3719 (12 Sitze)	1510 (4 Sitze)	3301 (8 Sitze)
Bürrig	528 (7 Sitze)	240 (2 Sitze)	841 (9 Sitze)

Dabringhausen gewählt 6 Unabh., 6 Bürgerliche,
Wermelskirchen gewählt 14 Unabh., 15 Bürgerliche, 1 Kriegsbeschäd.

Um ein paar Mohrrüben! Als der Feilenschleifer Knospe aus Brandenburg a. Havel mit seiner dreißigjährigen Ehefrau an einem Acker des Gärtnereibesitzers Adolf Schulze in Neu-Schmerzke vorüberging, zog Frau Knospe ein paar Mohrrüben aus. Im selben Moment feuerte der Besitzer des Ackers drei Schüsse auf die Frau, so daß diese tot zu Boden sank. — Und was geschieht mit diesem Schuft?

Lebensmittel für die Bolschewiki. Neuyork Tribune schreibt, daß eine kommunistische Organisation gemeinsam mit einigen amerikanischen Geschäftsleuten mehrere Schiffe mit Lebensmitteln, wie Gefrierfleisch und kondensierte Milch, im Werte von 15 Mill. Dollar nach Cristiania schicke. Die Lebensmittel befinden sich an Bord amerikanischer Schiffe, die weiter nach Petersburg gehen sollen. Ein Times-Korrespondent zweifelt nicht an der Wahrheit der Meldung.

Spanische Streiks. Wie die französische Presse zu den großen Aussperrungen in Katalonien mitteilt, hat die Bewegung in Barcelona noch an Umfang zugenommen. Im Baugewerbe sowie in der Metallindustrie ist der Ausstand vollständig. Auch in den übrigen Industrien wird nur zu einem kleinen Teile gearbeitet. Von den Zeitungen erscheinen bloß noch zwei, und die Ladeninhaber haben zum größten Teile ihre Geschäfte geschlossen. In den Banken und öffentlichen Gebäuden wird bis jetzt noch gearbeitet, und die Straßenbahnen verkehren ebenfalls regelmäßig.

Leipzigs U. S. P. nicht für die 3. Internationale. Die Urabstimmung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Groß-Leipzigs über die Resolution zur Parteitaktik hat als vorläufiges Resultat ergeben, daß in den Bezirken der Stadt und der nähern Umgebung für die Resolution der Parteileitung, die sich für den Parlamentarismus, gegen die Diktatur der Minderheit und gegen den Anschluß an die dritte Internationale ausspricht, bei etwa 6000 Abstimmenden eine Mehrheit von 500 Stimmen ergeben hat. Die Ergebnisse der weiter von Leipzig abliegenden Orte stehen noch aus, werden aber an dem Ergebnis nicht viel ändern, sondern vermutlich die Mehrheit noch verstärken.

Was uns erwartet. Die vom alliierten Rat zur Bekämpfung der Hungersnot organisiere internationale Wirtschaftskonferenz beriet über die Wirtschafts- und Finanzlage Europas. Der Holländer Dr. Wenckebqh, der seit Ausbruch des Krieges ein Wiener Spital leitet, gab ein furchtbares Bild von den Verheerungen, die der Hunger und die Krankheit in Wien angerichtet haben. Professor Brentano (Deutschland) erklärte, es sei zwecklos, sorgfältige internationale Vorkehrungen für die Erhöhung des Lebensstandards in der ganzen Welt zu treffen, solange der Standard der großen Massen Europas fast auf dem asiatischen Niveau stehe. Paiffh, der die Verhältnisse in Deutschland untersucht hat, sagte, Europa stehe vor einer unermeßlichen Katastrophe. Wenn der europäische Kredit nicht wieder hergestellt werde, so werde eine gewaltige bolschewistische Erhebung die Folge sein. Professor Starling, der an der Kommission nach Deutschland teilgenommen hatte, erklärte: Deutschland stehe am Rande des Verhungerns. Millionen werden dort in diesem Winter sterben.

Der russische Staatshaushalt. Nach der Stockholmer Sozialdemokraten enthält der Staatshaushalt Sowjetrußlands für das erste Halbjahr 1919 eine Einnahme von 20,35, eine Ausgabe von 50,70 Milliarden Rubel. Für die Senkung der Lebensmittelpreise wurden 5 Milliarden verausgabt, die Eisenbahnen haben ein Defizit von 4,5 Milliarden.

Bismarcks Maulkorb. Der Verlag Cotta kündigt an, daß der 3. Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen veröffentlicht werden soll. Den Konservativen ist darob ein großer Schreck in die Glieder gefahren. Nachdem Cotta dem Werberuf eines Legationsrats Dr. Irmer gegenüber erklärt hat, daß dem Willen Bismarcks zufolge das Werk längst hätte erscheinen sollen, daß aber auch Bismarcks bisher etwas ängstliche Erben jetzt ihr Einverständnis mit der Herausgabe bekundet hätten, — schlägt dieser Herr, akkompagniert von der Deutschen Tageszeitung, dem Verlag Cotta vor, auch erst noch das Einverständnis Wilhelms II. einzuholen. Ausgerechnet Wilhelms Zustimmung!

Morituri

Es ist ein Ziel gesteckt — die Flagge weht —
rot ist ihr Tuch und golden ihre Sterne

Die Menschheit rollt auf ehernem Siegeswagen
dem Ziele zu. Das Hirn der Menschensöhne
spritzt um die Räder. Todesjauchzen gellt
wie Hoffnungsrufen durch die Morgennebel

„Ihr alle, die ihr zagt und nicht vermögt,
den Lorbeer um die Kämpferstirn zu winden
mit eigner, kraftbewußter Faust — die ihr
die Ketten spürt, doch sie nicht sprengen könnt —
das Ziel erkennt und doch zu eigner Qual
verzweifelt vor der Ohnmacht eurer Brust —
jauchzet den Rädern zu, die euch zerschlagen!
Mit Rosen schmückt die Haare! Brünstig werft
euch in die Bahn! Grüßt sterbend eure Herrin;
Heil, Hehre, dir, die du gen Morgen fährst“ —

Das Jauchzen stirbt. Blutzeugen liegen stumm
am Wege. Ihre bleichen Häupter krönt
der kühle Glorienschein der frühen Sonne.
Verlorne Lorbeerblätter von der Stirne
der Göttlichen weht nun der Wind im Spiel
um der Gesunknen kalte Schläfen

Hartleben.

Der Tod des Führers

Hugo Haase ist nicht mehr. Gefallen nach unsäglich schwerem Krankenlager als Opfer der Mordinstinkte eines Halbidioten, dem irgendein heimtückischer Halunke die Pistole in die Hand drückte. Die Kunde war stündlich zu erwarten und doch, da sie uns während des Druckes der gestrigen Nummer zuging, schien sie im ersten Augenblick unfaßbar. Dem Volkstribunen, der vor einem Jahr in der schwersten Stunde seines Volkes das Steuerruder des Staates ergriff, dies Ende und ein Noske auf dem Ministersessel als Diktator! Wo bleibt da die ewige Gerechtigkeit?

Hugo Haase ist nicht mehr. Seine Kenntnisse und seine Begabung werden uns fehlen. Scheinheiliges Bedauern rings in den Lagern der Gegner. Wir wissen wohl, wie es einzuschätzen ist. Haben die gleichen Leute, die jetzt dem Menschen Haase Worte des Mitgefühls widmen, die die hohe Fähigkeit des Politikers Haase und seinen Idealismus anerkennen, doch diesen selben Haase geschmäht und verleumdet, als er während des Krieges gegen das wahnwitzige Gemetzel seine Stimme für den Frieden erhob. Arbeiterzeitungen, rechtssozialistische Blätter, waren damals die ersten der kläffenden Meute. Und wenn sie der Bahre unseres toten Freundes mit ihrer Salbaderei nahen, sagen wir: fort mit euch! Sein Blut komme über euch! Eure volksverräterische Politik ist es, die es soweit gebracht, daß in Deutschland Arbeiter einander morden. Laßt uns mit unserem Schmerz allein.

Heimlich frohlocken die Volksfeinde: Der Führer ist gefallen. Der Mann, dessen Stimme in der Partei das meiste Ansehen hatte, ist tot. Nun werden sie sich spalten, die Unabhängigen Sozialdemokraten. Ihre Partei, die unsere satte Ruhe wie ein Alp bedräute, wird zerfallen. Heisa, die Bahn ist frei! Noch ein tüchtiges Blutbad und fünfzig- oder hunderttausend rebellische Arbeiter niedergemacht und das Proletariat kuscht. Sie haben ja ihren besten Berater verloren. Und für die anderen, für die Crispien und Ledebour und Hoffmann haben wir ja noch mehr gute Mörder. Mörder, die ihr Handwerk verstehen und ihr Geld brav verdienen. Die Köpfe der Hydra muß man abschlagen. Ohne Kopf ist die große Schlange, ist das Volk nicht gefährlich!

Ihr Narren, ihr rechnet verkehrt. Nicht von Personen ist unsere Partei abhängig. Sie ist ein Produkt geschichtlicher Notwendigkeit. Ihr vermöget unsere Führer zu meucheln, ihr könnt eure Maschinengewehre, eure Minen- und Flammenwerfer auf die Blusenmänner richten, ihr seid mächtig genug, tausend Kindern die Eltern zu nehmen und sie in euren Gefängnissen verhungern zu lassen. Aber zittert schaudernd: nicht vermögt ihr den Gedanken zu töten. Nero und Caligula versuchten es und der blutige Philipp mit seinem Henkersknecht Alba nach ihnen. Sie waren ohnmächtig und die Menschheit nennt ihre Namen mit einem Fluch. Genau so wird's euch allen ergehen, die ihr das arme deutsche Volk hudelt und schindet. Seid dessen sicher: Leipzig wird den Unabhängigen weder die Spaltung noch ein freiwilliges kommunistisches Helotentum bringen. Ein granitner Wall wird unsere Unabhängige Sozialdemokratie allen Stürmen trotzen. Doch andere Wirkung löst das Blut der Eisner und Haase und Liebknecht aus: Die Massen verlassen voll Ekel eure besudelten Fahnen. So sicher, wie am Himmel die Sonne flammt, so sicher kommt der Tag, wo die Faust des Arbeitsmannes die blutlechzende imperialistische Bestie an die Gurgel faßt, daß ihr die Luft zum Beißen für immer vergeht. Und die erbärmlichen Liebediener des Kapitalismus wird der Prolet mit einem Fußtritt in die Ecke werfen. Heut vor einem Jahr boten wir euch die Hand. Wir trugen kein Verlangen nach eurem Blut, nach euren Palästen, nach euren Weibern, nach eurem elenden Mammon. Nur als Menschen wollten wir gleichberechtigt im freien Staat mit euch leben. Ihr habt es nicht gewollt, habt unsere Besten erschlagen und für die Mörder ward das Gesetz zur Farce. Gut. Ihr sollt die eiserne Hand der Arbeiterdiktatur zu spüren bekommen. Sollt sie so gründlich kosten, daß euer Trotz wie trockenes Schilfrohr knickt. Das geloben wir an Haases Bahre. Seid sicher, wir halten den Schwur. Unser die Welt, trotz alledem!

Gustav Schröder.

Die Elbinger Revolution

Der Sommer 1918 führte alle entschiedenen Sozialdemokraten in unsere Partei zusammen. Polizeiknüttel und Belagerungszustand wüteten auch in unserer Industriestadt in ihrer ganzen Strenge. Das Allensteiner Generalkommando hatte es noch für nötig befunden, Spitzel unter die Arbeiterschaft zu schieben, wozu die Unternehmer nur zu willig ihre Hand boten. Kein Denunziantentum, keine regierungssozialistische Schikane konnte dem Wachsen der U. S. P. Einhalt gebieten. Im Juni war es uns trotz aller Schwierigkeiten möglich, die erste Versammlung abzuhalten. Sie gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung. Von da an ging es schnell aufwärts. Einen Monat später schon erlebte die regierungssozialistische Politik in Elbing ihren vollständigen Bankerott. Man schrie über Terror. Wir aber lachten. Was unsere Väter unter dem Sozialistengesetz taten, geschah wieder. Wir gingen massenweise in die Versammlungen unserer Gegner und verschafften uns auf diese Weise Gehör.

So kamen die ersten Novembertage. Gewitterschwüle lag in der Luft; es wetterleuchtete am politischen Himmel. Frohe Gesichter der Arbeiter und trübe Mienen der Bürgerlichen. Von der Parteileitung traf ein Kurier mit Verhaltungsmaßregeln ein. Es war die letzte Verbindung, die wir mit Berlin hatten.

Am Donnerstag, den 7. November, schon stockte jeder Personenverkehr. Am Freitag, abends um 11 Uhr, kam Schreiber dieser Zeilen aus der Vertrauensmännersitzung. Die Junkerstraße entlang marschierte ein Zug Infanterie. Trotz der spärlichen Beleuchtung konnte man erkennen, daß es lauter Jugendliche waren. Vor dem Rathause machte der Trupp Halt. Ich ging hinzu und fragte einen der hinteren: „Woher seid ihr gekommen?“ Wie der Blitz sprang ein Unteroffizier auf mich zu und wollte eine Annäherung verhüten. Ein blutjunger Mensch rief mir zu: „Ihr wollt es ebenso machen, wie in Rußland!“ Ich wußte genug: es war eine ausgesuchte Truppe. Massenweise hatte das Generalkommando in den letzten drei Nächten diese Truppen nach Elbing geschickt und in Bürgerquartiere gelegt, denn der 148er war es nicht sicher. Am Sonnabend kam ein Teil der Vertrauensleute mit den Regierungssozialisten zusammen. Man stritt sich die halbe Nacht herum und kam doch zu keinem Resultat. Unsern Genossen, die Verbindung mit der Kaserne hatten, schenkten die Rechtssozialisten nicht Glauben.

Sonntag früh konstituierte sich der Soldatenrat. Er schickte sofort eine Abordnung nach dem Volkshause. Da die offiziellen Vertrauensposten der Elbinger Arbeiterschaft meist noch in den Händen der Regierungssozialisten waren, so wurden diese auch am ersten verständigt. Jetzt wollten sie auch aufs Rathaus gehen und einen Arbeiterrat bilden. Ein Schauspiel für Götter. Das Bäckerdutzend Regierungssozialisten versuchte unsere Partei auszuschalten. „Halt!“ erklärten nun unsere Genossen, „wir kommen auch mit!“ So ging's nach dem Rathause. Genosse Heß beantragte hier Vertagung, bis sich ein Arbeiterrat konstituiert hätte. Es bildete sich dann ein Arbeiterrat auf paritätischer Grundlage. Jetzt erst trat plötzlich auch Hermann Schulz auf den Plan, der zufällig (?) gerade auf Urlaub in Elbing weilte. Schulz gehörte infolge

seiner Abwesenheit nicht zu den Kompromittierten. Er hatte damals noch einen großen Einfluß. Schulz übernahm als Unparteiischer, wie er so schön sagte, den Vorsitz. Es kamen also auf 7 Rechtssozialisten 6 Unabhängige. Hierzu kam noch der Soldatenrat, von dem niemand wußte, wie er zusammengesetzt war. Wir hatten von vornherein nicht den Einfluß, der uns zustand. Auf Drängen unserer Genossen mußte im Laufe der Woche das 13. Arbeiterratsmitglied ausscheiden.

Das Entwaffnen der einzelnen Truppenverbände ging schnell von statten. Um 1½ Uhr mittags war ein allgemeiner Umzug. Im Zuge mit marschierten unsere Vertrauensleute. Der Männergesangverein „Liederfreund" hatte ein Konzert für den Nachmittag veranstaltet. Es gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Revolutionsfeier. Freiheitslieder und Frühlingsweisen schallten durch den Saal. Ueberall in der Stadt verbrüderten sich Soldaten und Arbeiter. Aber schon im Laufe des Abends konnte der Unbefangene konstatieren, wie die Rechtssozialisten von dem eintägigen Generalstreik, den der größere Teil der Arbeiter wünschte, abwiegelten. Statt dessen führten sie die Massen am nächsten Sonntag auf den Jugendspielplatz, wo die Rechtssozialisten Schulz und Peter auf die Bedeutung der Nationalversammlung hinwiesen. Keinen noch so großen Reaktionär hat man in Elbing gestürzt. Der Oberbürgermeister sagte denn auch: „Meine Herren, es ist ja nur bis zur Nationalversammlung, dann ist doch wieder der alte Zustand." Die Revolution war ein Geschenk für die Elbinger Arbeiter. Es bewahrheiteten sich hier so recht die Worte unseres Altmeisters: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein." Wenn wir nach einem Jahre das Fazit der Revolution ziehen, so ist es für uns Arbeiter nur winzig klein. Wenn wir mal an einem anderen Tage das angefangene Werk vollenden, soll die Novemberdummheit ganz gewiß nicht wiederkehren. Dessen mögen die Rechtssozialisten versichert sein. E. K.

Politische Rundschau

Deutschland

Was Amerika an Europa liefern muß

Im Pariser Journal des Debats vom 25. Oktober ist eine Aufstellung enthalten, die einen Begriff davon gibt, was Europa notwendig hat, um auch nur den ersten und dringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden. Es werden aufgezählt:

12 000 000	Tonnen	Getreide	= 1200 000 000	Dollar
1 500 000	„	Fett	= 1000 000 000	„
300 000	„	Kupfer	= 180 000 000	„
5 000 000	Ballen	Baumwolle	= 400 000 000	„
Verschiedene Artikel			= 220 000 000	„
		insgesamt	3 000 000 000	Dollar,

was ungefähr dem Kaufwert von 12 500 000 000 Goldmark entspricht. Wie soll Europa diese Summe beschaffen? Journal des Debats schreibt dazu: Die Vereinigten Staaten als Produkteure und Exporteure, die durch Kriegsanleihe schon mit Gold übersättigt und die Gläubiger und Bankiers der Welt sind, können schon aus elementaren Gründen des Wechselkurses eine Bezahlung ihrer Lieferungen in Gold nicht annehmen, ebensowenig wie das verarmte und verbrauchende Europa eine derartige Zahlungsweise wird leisten können. Aber es ist auch kein Gedanke daran, daß Europa diese Zahlungen in Form eigener Produkte leistet und es gibt daher nur eine mögliche Lösung, nämlich, daß die Vereinigten Staaten die Gläubiger Europas bleiben und sich durch Schuldverschreibungen Sicherheiten geben lassen, die aber auf lange Zeit lauten müssen."

Die amerikanischen Kapitalisten suchen natürlich aus dieser für Europa mißlichen Lage eine Springquelle neuer ungeahnter Bereicherungen zu machen und leider wird ihnen das auch gelingen. Sie können der Welt die Preise diktieren und werden es tun. Die Bevölkerung der ganzen Welt wird, damit amerikanische Profitschlucker sich noch schneller und ungeheuerlicher als bisher bereichern können, weiter Hunger leiden und in einem Ozean des Elends das Dasein Ertrinkender fristen müssen. Allerdings nur solange, bis die Proletarier aller Länder selbst in genügender Zahl zu der Erkenntnis kommen, daß die Ausrottung dieses Uebels die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und die Heranführung des Sozialismus zur Voraussetzung hat.

Rechtssozialistische Geschichtsfälscher

Von Zeit zu Zeit regt sich bei den Rechtssozialisten das Bedürfnis, der Oeffentlichkeit von ihrer revolutionären Forsche zu erzählen. Neuerdings glauben sie aus der Anklagerede des Ledebour vor den Geschworenen Honig saugen zu können. Wie sie es tun, dafür einen kurzen charakteristischen Beweis. Die Sozialdemokratische Korrespondenz, eine Ablagerungsstätte Heilmannscher Schwindel- und Lügenmeldungen, will beweisen, daß die Unabhängigen eine revolutionäre Tat weder gewagt noch vollführt haben, und so berichtet sie folgendes:

„Am 8. November wurde Däumig festgenommen und in panischer Angst zerstreuten sich die Führer des revolutionären Aufstandes in alle Winde. Ledebour, Dittmann und Vogtherr verbrachten die Nacht vom 8. zum 9. November im Reichstag und gaben von dort aus die Parole zum Generalstreik aus. In einem anderen Schlupfwinkel steckte Emil Barth und proklamierte von dort aus für sich die Revolution. Und an einer dritten Stelle hatten sich Dr. Karl Liebknecht und Dr. Ernst Meyer verborgen und riefen ihrerseits zum Kampf auf. Von allen drei Aufforderungen hat die Arbeiterschaft nichts erfahren. Von selbst setzten sich die Massen am 9. November in Bewegung, traten die Regimenter zur sozialdemokratischen Partei über und verließen die Arbeiter die Fabriken."

Lassen wir den Genossen Ledebour über diese Vorgänge sprechen, dessen „durchaus offenherzige Rede" der S. K. „der beste Beweis" für die Richtigkeit der obigen Darstellung ist. Er sagt:

„Meine Herren! Die Verhaftung Däumigs war für uns das Signal, daß wir uns sagten: jetzt darf keinen Augenblick länger gewartet werden. Ich trommelte alle Freunde zusammen. Es erschienen aber weder Liebknecht noch Emil Barth. Wir glaubten annehmen zu müssen, daß auch sie verhaftet worden seien. Wir beschlossen nunmehr einstimmig, am 9. November morgens die Arbeiterschaft Berlins zum Losschlagen aufzufordern. Mein Freund Emil Barth, der durch irgend einen unglücklichen Zufall über unseren Versammlungsort falsch unterrichtet worden war und deshalb anderswo hinging, glaubte seinerseits, wir seien verhaftet und gab gleichzeitig auf eigene Faust die nämliche Parole zum Losschlagen aus. Außerdem haben unsere Freunde vom Spartakusbund, Dr. Ernst Meyer, der an der Besprechung mit teilgenommen hatte, und Karl Liebknecht später auch eine besondere Aufforderung hinausgeschickt, so daß also infolge der Verhaftungen in unseren Reihen drei Aufforderungen zur Erhebung zum 9. November verbreitet wurden."

Wenn der „rote Heilmann, der seinerzeit pathetisch ausrief: „ich gehe zu Hindenburg", von allen drei Aufforderungen nichts erfahren hat, so ist das nicht gerade verwunderlich. Ebert, der sich in der letzten Stunde des alten Regimes zum Reichskanzler hatte ernennen lassen, sowie Scheidemann waren über die revolutionären Taten der U. S. P. entschieden anderer Meinung. Auch darüber ist in der „durchaus offenherzigen Rede" des Genossen Ledebour etwas zu lesen, das Heilmann zwar nicht übersehen, aber für seine verleumderischen Zwecke verschmäht hat. Ledebour legt nämlich dar, als er sowie die Genossen Dittmann und Vogtherr am Morgen des 9. November im Reichstag im Fraktionszimmer der U. S. P. waren,

> da erschienen zu meinem großen Erstaunen plötzlich in unserem Fraktionszimmer die Herren Reichskanzler Ebert, Staatssekretär Scheidemann und Herr Braun, ein Mitglied unseres Parteivorstandes jetzt, als die Leute zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß unsere Erhebung auch ohne ihre Beteiligung jedenfalls Erfolg haben würde, kamen sie zu uns in unser Fraktionszimmer mit dem Angebot, Halbpart zu machen . sie wußten, daß wir bereits die Parole der Revolution gegen die Regierung, an deren Spitze Ebert stand, ausgegeben hatten und nun machten sie diesen Revolutionären, die gegen sie selbst Revolution machen wollten, das Angebot: „Bitte meine Herren, wir sind bereit, wir haben auch so etwas im Werke."

Gegenüber solchen Tatsachen können selbst Heilmanns Stinkbomben, obwohl er ihnen auf eine stattliche Anzahl Kilometer selbst gegen den Wind Wirkung zuspricht, nicht aufkommen. Trotzdem wird er sich weiter in ihrer Fabrikation sowohl wie in ihrem Gebrauch üben. Er kann nicht anders.

Aus der Werkstätte der Wallensteiner

Die militaristischen Schieber im Baltikum haben es nicht nur trefflich verstanden, bei ihrer Abenteurerpolitik die Regierung hinter sich herzuschleifen, sie haben auch dann, als der Dementierapparat den fortgesetzten Enthüllungen unseres Berliner Parteiblattes „Freiheit" nicht mehr standzuhalten vermochte und doch etwas straffere Seiten gegen die baltischen Verschwörer aufgezogen wurden, hintenherum zu erreichen versucht, was ihrem schwindenden Einfluß nicht mehr gelingen wollte. Mit welcher Frechheit diese Kreise zu Werke gehen, zeigt folgendes Vorkommnis: Der bisherige Stadtkommandant von Berlin, Major Kaupisch, hatte sich nach Berliner Pressemeldungen ernstlich bemüht, die Werbenester für die baltischen Räuberbanden auszuheben. Dadurch zog er sich den Zorn der Wallensteiner zu. Jetzt galt es für sie, ihn zu beseitigen. Auf geradem Wege ging das nicht gut. Da entdeckten sie, daß etatgemäß für den Posten des Berliner Stadtkommandanten ein Oberst ausersehen war. So schoben ihre Getreuen im Generalstab dem Generalstabschef von Oldershausen die Ernennung des Obersten Grautoff zum Berliner Stadtkommandanten unter und „ahnungslos" unterzeichnete von Oldershausen. Damit war Major Kaupisch abgetakelt. Der Schlußakt, die Publikation der Ernennung sollte allerdings erst nach dem 9. November erfolgen.

Noske, der letzten Endes die Verantwortung für diese Schiebung trägt, weiß von nichts. Die Presse, voran natürlich der Vorwärts, versucht Noske und Oldershausen reinzuwaschen. Die Berliner Volkszeitung verlangt Klärung dieses „Sabotageverbrechens". Die Vossische Zeitung berichtet, Noske habe eine Regelung getroffen, durch die gerade das Gegenteil von dem erreicht werde, was die Gegner des Majors bezweckten, indem er Kaupisch mit der Leitung der Zentrale zur Verhinderung der Anwerbnng und Materialtransporte für das Baltikum betraut habe und zwar nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland.

Die ganze Affäre jedoch zeigt, wie Noske und der Generalstab sich noch heute von den Wallensteinern auf der Nase herumspielen lassen und wie leicht es den baltischen Verschwörern gemacht wird, den „energischen Willen der Regierung" zu durchkreuzen. Wie ein Blitzlicht erhellt dieses Manöver und sein Ausgang die Situation. Wenn solch wichtige Ernennungen so leichten Spiels der Regierung abgeteufelt werden können, ist es kein Wunder, wenn sie, die gegen Proletarier nicht genug Maschinengewehre und Minenwerfer auffahren konnte, der reaktionären Verschwörerbande nicht Herr wird.

Kapitalismus in Reinkultur

Herr Gothein, Mitglied der Deutschdemokratischen Partei, ehemaliger Reichsschatzminister, erhebt im Berliner Tageblatt seine Stimme zu einem „Unannehmbar", und meint damit die wichtigsten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes.

Besonders über das geforderte Mitbestimmungsrecht der Arbeiter- und Angestelltenschaft bei Einstellungen zieht Herr Gotheim vom Leder. Mit Genugtuung konstatiert er, daß die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung mit aller Entschiedenheit ablehnen. Von den freien Gewerkschaften sagt er, sie seien erst unter dem Druck linksstehender Elemente zu dieser Forderung getrieben worden. Die verantwortlichen Gewerkschaftsführer können sich für diese Einschätzung bei Herrn Gothein bedanken.

Was Gothein gegen die Sache selbst zu sagen hat, entspricht ganz dem nackten Herrenstandpunkt des Unternehmers, hat nur die momentane Schwierigkeiten im Auge und läßt jeden Ausblick in die Zukunft vermissen. „Der Arbeiter muß gleichberechtigter Faktor im Arbeitsverhältnis werden", sagt Herr Gothein, um sofort alle Gesetzesbestimmungen, die dem Arbeiter diese Gleichberechtigung gewährleisten, für unannehmbar zu erklären. Gnädigst wird dem Arbeiter gestattet: die Arbeitsbedingungen soll er mit dem Arbeitgeber vereinbaren; alle Wohlfahrtseinrichtungen soll er mitverwalten, seine Wünsche und Beschwerden durch freigewählte Vertretungen vorbringen und darüber verhandeln, er soll aber auch über die allgemeinen Fragen seines Gewerbes mit beraten und es fördern helfen.

Das sind doch nichts als allgemeine Redensarten, von denen die Arbeiter nachgerade genug haben.

Aber das ist noch nichts. „Eine geradezu ungeheuerliche Forderung" nennt Herr Gothein die Bestimmung, den Betriebsräten Einblick in die Bilanz und womöglich auch in die Bücher der privaten Unternehmer zu gestatten. Hier wird allerdings ein Einbruch in das Allerheiligste des Kapitalismus gewagt. Deshalb die höchste Entrüstung bei Herrn Gotheim. Mit Vergnügen konstatiert er, daß ein Sturm der Entrüstung in den Kreisen von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft ob dieses Verlangens erregt worden ist. Das beweist uns gerade die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit unserer Forderungen, die allerdings noch weiter gehen, als die zahmen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes.

Der ganze Vorgang aber beweist, daß die Demokraten eine kapitalistische Partei vom reinsten Wasser sind. Ihnen sind gewisse Reformen im Arbeitsverhältnis erwünscht, solange dabei der Kapitalismus blüht und gedeiht.

Rußland

Die Ukraine im Aufstand

In der Ukraine lodert der Aufstand gegen das Denikinsche Schreckensregiment erneut auf. Die Aufständischen halten das rechte Ufer des Dnjestr besetzt und außerdem die ganze Gegend von Kiew, Turkasy und Chigrin. Kein einziger Vertreter Denikins konnte sich länger als einen Monat in diesem Distrikte halten. Die Gegend von Cherson ist in den Händen von Makinow und seiner Truppen. Er hat Alexandrowo den Weißen entrissen und Elisabethgrad wird jetzt von den Aufständischen belagert, die aus Cherson und Nicolajewik immer näher rücken. Der Aufstand hat sich auf die Distrikte Poltawa und Jekaterinoslaw ausgedehnt. Die Anwesenheit der bolschewistischen Truppen in der Nähe von Kiew erhöht den Mut der Aufständischen und wiederholt treffen ganze Abteilungen der Truppen Petljuwa in bolschewistischen Lagern als Ueberläufer ein.

Rumänien

Vom Kampf um den Sozialismus

Der Pariser Populaire berichtet über die Kämpfe des rumänischen Proletariats während der Kriegsjahre und über den Stand der rumänischen Arbeiterbewegung. Eingehend werden die Unterdrückungsmaßregeln der rumänischen Regierung geschildert, die sich sofort nach Kriegsausbruch außerordentlich verschärften. Die Zeitung „Lupta" (Der Kampf) wurde verboten, jede sozialistische und gewerkschaftliche Tätigkeit unterdrückt, die Führer verhaftet und mißhandelt. Später folgte dann die Besetzung durch die Deutschen, deren Herrschaft natürlich nicht besser war als die frühere. Viele hunderte unserer rumänischen Genossen mußten bis zur Revolution im November 1918 laange Jahre ihre politischen „Verbrechen" auf rumänischen oder deutschen Festungen büßen. Nach dem Abzug der Deutschen und dem Wiedereinzug der Rumänen wurde es dann noch viel schlimmer. Die Leiden der Kriegszeit und das Beispiel der so nahen russischen Revolution hatten der sozialistischen Bewegung in Rumänien eine ihr bis dahin gänzlich unbekannte gewaltige revolutionäre Kraft gegeben.

Im November gab es auch in Rumänien eine ganze Anzahl politischer Streiks. Die Organisationen wurden geradezu überschwemmt von den Arbeitermassen, die sich in ihre Reihe drängten. Im Dezember 1918 setzte dann eine furchtbare Reaktion ein. Vielen Sozialisten wurde der Prozeß gemacht und eine große Anzahl zum Tode oder zu langen Zuchthausstrafen wegen politischer Delikte verurteilt.

Trotz diesen weißen Terrors wächst die sozialistische Bewegung in Rumänien ununterbrochen. Während die Zahl der eingetragenen Genossen vor dem Kriege 5000 bis 6000 betrug, ist jetzt die Zahl auf über 30 000 angewachsen. Die Zahl der in den Gewerkschaften Organisierten stieg von etwa 8000 auf 70 000. Nichtsdestoweniger herrscht immer noch eine starke Reaktion in Rumänien und unsere dortigen Genossen haben schwer zu kämpfen.

Besonders bemerkenswert ist es, daß ein im Mai abgehaltener sozialistischer Kongreß einstimmig sich für das Grundprinzip der Diktatur des Proletariats ausgesprochen hat.

In und um Elbing

Unser Kommunalprogramm

Der letzte Abschnitt unseres Gemeindeprogramms behandelt die Gesundheitspflege. Er verlangt:

Gesundheitsämter zur Schaffung, Förderung und Ueberwachung aller zum Schutz der Gesundheit erforderlichen Veranstaltungen und Einrichtungen innerhalb der Gemeinde.

A. Zur Erhaltung der Gesundheit.

a) Fürsorge für Schwangere, Gebärende, Wöchnerinnen und Säuglinge durch Aufnahme in Mütterheimen oder durch Schwangeren- und Säuglingsfürsorgestellen mit Hauspflege. Gewährung von Stillprämien und Unterstützung von hilfsbedürftigen Schwangeren und Wöchnerinnen.

b) Kostkinder (Haltekinder) sind in Heimen wie in Familienpflege durch Gemeindeärzte und Gemeindepflegerinnen zu überwachen.

c) Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler aller Lehranstalten durch Schulärzte und Schulschwestern, erforderlichenfalls Behandlung auch durch Spezialärzte.

d) Einrichtungen zur Pflege der Gesundheit in der Schule. (Turn-, Sport- und Spielplätze und -hallen, Bade- und Schwimmeinrichtungen; Schulgärten). Regelmäßige Entsendung der Schulkinder in Ferienkolonien zum Landaufenthalt, Schülerwanderungen, Errichtung von Schulküchen nnd unentgeltliche Verabreichung von warmen Mahlzeiten.

e) Errichtung von Bade- und Schwimmanstalten, Luftbädern, Spielplätzen und Turnhallen für Erwachsene; Anlagen zur Erholung.

B. Zum Schutz der Kranken

solange nicht durch Reich und Staat ausreichende Fürsorge für alle Kranken getroffen ist; für unbemittelte Nichtversicherte:

a) Unentgeltliche Aufnahme in Krankenhäusern und unentgeltliche Hilfeleistung in Ambulatorien (Untersuchungs- und Behandlungsstellen), Genesungs- und Erholungsheime, Fürsorgestelle und Heime für Lungenkranke und Trunksüchtige, Heime für Sieche, Epileptiker, Nervenschwache, Geisteskranke.

b) Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung und der Krankenpflege in der Wohnung des Kranken durch beruflich ausgebildete Pfleger und Pflegerinnen; Unentgeltlichkeit des Krankentransports und des Rettungswesens.

C. Seuchenbekämpfung.

a) Unentgeltliche Desinfektion der Wohnungen und Arbeitsräume unter sachverständiger Ueberwachung.

b) Errichtung eines Pflegeamts zur ärztlichen und sozialen Einwirkung auf geschlechtlich Erkrankte. Unentgeltliche Beratungsstellen.

D. Nahrungsmitteluntersuchung.

Errichtung eines Nahrungsmitteluntersuchungsamts zur gesundheitspolizeilichen Ueberwachung der Verarbeitung und des Vertriebs von Nahrungs- und Genußmitteln.

E. Reinigungswesen.

Gemeindliche Einrichtungen zur Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Abwässer, Fäkalien, Müll), gemeindliche Straßenreinigung, Abdeckereien, öffentliche Bedürfnisanstalten.

F. Bestattungswesen.

Uebernahme des gesamten Bestattungswesens (Beerdigung und Feuerbestattung).

Berlin

In Berlin ist wieder mal der Teufel los. Noske wütet wie ein Berserker gegen die Arbeiterschaft. Der Vollzugsausschuß der Arbeiterräte ist aufgelöst worden. Einfache Gewerkschaftsversammlungen werden verboten und Verdächtige verhaftet. Alles wie einst im Mai zu Ludendorffs und Gröners Zeiten. Der angekündigte Generalstreik der Berliner Arbeiter soll gescheitert sein. **Der Metallarbeiterstreik geht auf der ganzen Linie weiter.** Ein einwandfreies Bild über die Berliner Vorgänge zu geben, ist für eine Zeitung, die im oppositionellen Lager steht, unmöglich. Unabhängige Zeitungen treffen aus dem Reiche nur noch zufällig ein. Ein Eilbrief braucht drei Tage von Berlin nach Elbing. Der Telegraphendienst ist ebenfalls eingeschränkt und befindet sich in den Händen des regierungs- und kapitalfreundlichen Wolffschen Bureaus. Mit dem Telephon ist es ähnlich. Und nicht nur, daß die sachliche Berichterstattung aufs äußerste erschwert ist, der ganze arbeiterfeindliche Lügenapparat arbeitet mit Hochdruck. Für Tartaren- und Tendenznachrichten ist der Draht in vollem Umfange frei. Das muß sich der Arbeiter stets vor Augen halten und allen Meldungen der bürgerlichen Presse das äußerste Mißtrauen entgegenbringen.

Unterstützt die Berliner Metallarbeiter!

Proletarier Elbings! Es geht ums Ganze.

Der Streik der Berliner Metallarbeiter, der nach den angebahnten Verhandlungen Aussicht auf baldige Beendigung bot, ist in eine neue Phase eingetreten: Er wird zu einem politischen, weil die vereinigte Unternehmerschaft Deutschlands es verlangt! Sie steht hinter den Berliner Metallindustriellen und auch der Praxis, wie sie jetzt den Streikenden gegenüber zur Anwendung kommt. Sobald die Lohnstreitigkeiten, aus denen heraus es zum Ausstand kam, durch Verhandlungen mit den Unternehmern oder durch Schiedsspruch — den beide Teile als bindend annehmen wollen — erledigt sind, wollen die Unternehmer nicht etwa den Zustand qu ante in ihren Betrieben eintreten lassen. Sie sind zwar bereit, schon jetzt sämtliche Arbeiter, die ausständig oder entlassen wurden, wieder einzustellen. Aber sie lehnen es ab, die Funktion derjenigen Ausgesperrten oder Streikenden, die sie in den Betrieben als Arbeiter-Ausschußmitglieder, Arbeiter- und Betriebsräte ausübten, auch fernerhin anzuerkennen.

Ganz mit Recht erklären Fünfzehner-Kommission — in der unabhängige, rechtssozialistische, hirschdunckersche und christliche Gewerkschaftsvertreter gemeinsam arbeiten — und Metallkartell, diese Handlungsweise der Unternehmer bedeute einen Angriff auf die elementarsten Grundrechte der Arbeiterschaft, den sie nicht dulden dürfe. So ist dieser Kampf in seine neueste Phase getreten: den Generalstreik der Berliner Metallarbeiter, dem vielleicht in kurzem der Generalstreik des gesamten Berliner Proletariats folgt. Nicht Machtgelüste der Unabhängigen und Kommunisten riefen diese Wendung hervor, wie die bürgerliche Presse glauben machen möchte.

Unbedingte Solidarität mit den Berliner Streikenden und Ausgesperrten, die auf den vollen Besitz ihrer Rechte vor dem Streik nach der Beilegung der wirtschaftlichen Differenzen nicht verzichten können, ist deshalb Pflicht der Arbeiterschaft Elbings, ist das Gebot der Stunde. Sie muß den Berliner Metallarbeitern ihre volle Sympathie erklären, und dafür sorgen, daß sie ihren Kampf durchführen können, solange bis er siegreich für das Proletariat entschieden ist! Eine papierne Resolution tut es freilich in diesem Falle nicht! Tue Geld in deinen Beutel, wenn du etwas haben willst! Der Beutel der Streikenden in Berlin muß jetzt der des gesamten revolutionären Proletariats Deutschlands sein! Dann werden wir sehen, wer es länger aushält: die Arbeiter oder die Unternehmer! Das Resultat darf nicht zweifelhaft sein!

Die U. S. P. in Elbing

Später als wir gewollt, kommen wir zur Veröffentlichung der Abrechnung des letzten Quartals. Das verflossene Vierteljahr brachte mit den Massenentlassungen bei Schichau und der Austrittsbewegung der Kommunisten eine schwere Belastungsprobe für die Elbinger Organisation mit sich. Mit Genugtuung stellt die Parteileitung fest, daß das Gefüge der Partei nicht im mindesten gelockert ist. Am 30. Juni zählte die Elbinger Organisation 6156 Mitglieder. 56 Uebertritte und 604 Neuaufnahmen erfolgten im Laufe des Quartals. Ausgetreten und verzogen sind insgesamt 619 Personen. Am 30. September zählte die Elbinger Parteiorganisation 6197 Mitglieder. Unter so ungünstigen Umständen ein gutes Resultat.

Einschließlich eines Kassenbestandes von 2305,72 Mark betrug die Einnahme in der Berichtszeit 14 941,38 Mark. Die Ausgabe betrug 11 813,27 Mark, so daß am Quartalsschluß ein Kassenbestand von 3128,28 Mark vorhanden war. Also auch in dieser Hinsicht hat die Partei ihren Mann gestanden. Die Entwicklung der letzten Zeit läßt sich wieder gut an. Nicht nur in Elbing sondern auch in der näheren und weiteren Umgebung dringt die Partei des wirklichen Sozialismus rüstig vorwärts. Mehrheitssozialistische wie Kommunistische Gruppen wagen nicht, ihr Mitgliederzahlen zu nennen. Ein Zeichen, wie wenig sie gegenüber der U. S. P. bedeuten.

Bescheiden

Die Elbinger Rechtssozialisten fordern zu einer Revolutionsfeier in Dörings Kaffeehäuschen auf. Es scheint also, daß sie allmählich zu der richtigen Einschätzung der Rolle kommen, die sie in Elbing spielen.

Brandkatastrophe

Ein großes Schadenfeuer brach heute vormittag in dem Hause Kastanienallee 30 aus. Es breitete sich mit großer Schnelligkeit aus und das ganze dritte Stockwerk fiel demselben zum Opfer. Ueber die Entstehungsursache waren bis zur Stunde nähere Einzelheiten nicht zu erlangen.

Elbinger Schwurgericht

In der gestrigen Sitzung kam ein Nachspiel zu der bekannten Thumbergaffäre zur Aburteilung. Angeklagt war einer der Hauptbeteiligten, der aus dem Gerichtsgebäude entflohen war und ergriffen werden konnte, der Arbeiter Brandt. Sein Komplize Stahl, der ebenfalls entflohen ist, konnte bisher nicht ergriffen werden. Das Urteil lautete auf 1½ Jahre Zuchthaus, wovon 3 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Elbinger Polizeinachrichten

Ein Diebstahl wurde bei Herrn Uhrmacher Schmidt, Wasserstraße, am hellen Tage von zwei Jugendlichen verübt. Da an den kalten Tagen ein längerer Aufenthalt im Laden unmöglich ist, hat Herr S. seinen Arbeitsraum nach oben verlegt. Dieser Umstand wurde nun von den Dieben benutzt. Beide begaben sich in den Laden. Während sich der eine versteckte, kaufte der andere nach dem Eintritt des Herrn S. einen Feuerstein. Der im Laden verbliebene benutzte dann die Abwesenheit des Ladeninhabers, um die elektrische Klingel abzustellen und tüchtig zu räubern. Gestohlen sind zirka 25 Mark, 9 Uhren, 13 Uhrketten, 2 Taschenmesser, 2 Taschenlampen u. a. m. Der Jüngere, 13 Jahre alt, stand während der Zeit draußen, mit einem Terzerol bewaffnet, Schmiere, mit dem Auftrage, jeden niederzuschießen, der den Laden betreten wollte. Durch das Geräusch beim Verlassen des Ladens wurde Herr Schmidt aufmerksam und nahm sofort die Verfolgung auf. Es gelang, den einen sofort festzunehmen, während der zweite später verhaftet werden konnte. Die gestohlenen Sachen wurden in einer Kiste verpackt auf dem Dache hinter einem Schornstein versteckt aufgefunden.

Ostdeutsche Nachrichten

Sicherheitspolizei im Abstimmungsgebiet

Die im westpreußischen Abstimmungsgebiet gebildete Sicherheitspolizei hat mit dem 1. November ihren Dienst übernommen. Sie ist eingeteilt in Hundertschaften, die in den Städten Marienwerder, Riesenburg, Rosenberg, Dt. Eylau, Stuhm und Marienburg liegen. Ihre Leitung ist dem Major der Sicherheitspolizei Brunnengräber in Marienwerder übertragen worden, der seinerseits dem Regierungspräsident in Marienwerder untersteht.

Die Uniform der Sicherheitspolizei ist kenntlich durch grünen Kragen und ebensolchen Spiegel, auf welchen sich in deutschen Ziffern die Nummern der Hundertschaften und Abteilungen befinden, ferner durch dunkelgrünes Schultergeflecht mit weißmetallnen Gradabzeichen für Unterbeamte, gründurchwirkte Achselstücke für Oberbeamte, durch weißmetallne Knöpfe, feldgraue Mützen mit grünem Besatzstreifen und preußischer Landeskokarde.

Die Sicherheitspolizei hat unter Ausschluß jeder politischen Tätigkeit die Aufgabe, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern des Abstimmungsgebiets aufrecht zu erhalten und im Bedarfsfalle die neuen Reichsgrenzen sichern zu helfen, die in erster Linie von einer der Sicherheitspolizei angegliederten Grenzpolizei kontrolliert wird.

Keine Zierde seines Standes

Die Marienburger Zeitung war bis zur Revolution extrem konservativ und zeigte dies auch äußerlich unverkennbar. Dann änderte sie, der Not gehorchend, äußerlich ihr Firmenschild. Inwendig blieb sie nach wie vor dieselbe: rückschrittlich und chauvinistisch. Im rheinischen Besatzungsgebiet sind von französischen und belgischen Soldaten Verbrechen begangen, die niemand billigen wird, Vergewaltigungen von Frauen und Mordtaten. In der Verurteilung dieser Dinge sind alle anständigen Menschen einig. Auch Franzosen und Belgier mit uns. Es darf bei der Besprechung solcher Schandtaten aber nicht übersehen werden, daß die gleichen Schweinehunde auch im deutschen Heere vertreten waren und daß das deutsche Heer in dieser Hinsicht nicht besser ist als andere. Dem Redakteur der Marienburger Zeitung, einem Herrn Robert Will, will das nicht in den Kopf. Ein Bürger Marienburgs hat diese Feststellung unter Anführung bestimmter Fälle vorgenommen. Herr Will wettert nun in einem Artikel Auch ein „Deutscher" über diesen Mann. Spricht von Leuten, die ihr Vaterland mit Füßen treten, in den Kot ziehen und schreibt wörtlich:

„Ich würde, ohne lange zu überlegen, den Namen des Einsenders der Oeffentlichkeit preisgeben, wenn derselbe nicht zu feige gewesen wäre, namenlos seine Zuschrift zu schicken."

Der Einsender scheint Herrn Will gut zu kennen und gewußt zu haben, was ihn bei Nennung seines Namens erwartete. Wir möchten nur feststellen, daß die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses zu den einfachsten Anstandspflichten des Journalisten gehört. Mehr als einmal sind Redakteure ins Gefängnis gegangen, weil sie es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren konnten, jemand preiszugeben, der vertrauend zu ihnen kam. Wer's anders halten will, ist keine Zierde seines Standes.

Frostschaden im Weichselgebiet

Nach viertägigem Frost ist auf dem Weichselstrom Eisgang eingetreten. Die Weichselschiffahrt ist somit frühzeitig geschlossen. Der so unerwartet früh eingetretene Frost hat im Weichselgebiet bedeutenden Schaden angerichtet. Große Mengen Kartoffeln sind in der Erde erfroren, auch Rüben, Wruken und Kohl haben durch den strengen Frost sehr gelitten. Die Herbstbestellung konnte nicht beendet werden.

Vom Danziger Wuchermarkt

In der Zeit vom 26. Oktober bis 1. November sind von der Danziger Bürgerwehr an den Bahnhöfen und bei Haussuchungen folgende Beschlagnahmungen vorgenommen worden: 40 Pfund Rindfleisch, 8 Pfund Butter, 64 Pfund Schweinefleisch, 8 Pfund Hammelfleisch, 172 Pfund Schweinefleisch, 32 Pfund Kalbfleisch, 44 Pfund Rindfleisch, 30 Pfund Würste, 20 Pfund Butter. In einem Falle wurden bei der Haussuchung Sachen vorgefunden, die darauf schließen lassen, daß es sich um eine gewerbsmäßige Schleichhändlerin handelte. In einem anderen Falle wurden 60 Pfund Schweinefleisch vorgefunden, das bereits verdorben war. Es wurde also der Allgemeinheit vollständig entzogen. Die beschlagnahmten Sachen wurden den städtischen Verteilungsstellen zugeführt.

Agrarier und Volksernährung

Auf der prinzlichen Domäne Gresonse bei Flatow Wpr. wurden vor einiger Zeit Landarbeiter vorstellig, daß es an der Zeit wäre, die Kartoffeln rauszunehmen. Der Pächter sagte, für sich und seine Leute hätten sie schon so viel er brauche, erst kämen die Lupinen ran, **die brächten mehr Geld.** Jetzt sind **70 Morgen Kartoffeln eingefroren.** Auf der Domäne Annafeld sind die Kartoffeln nicht rausgenommen, weil dieser gute Mann nicht 5 Pfennige mehr für das Ausnehmen bezahlen wollte. Bei dem Besitzer Pankonin, Abbau Flatow sind die Kartoffeln eingefroren, weil die Frühdruschprämie zu sehr gereizt hatte, und der Besitzer erst dreschen mußte, ehe er solch ein wichtiges Lebensmittel vor dem Frost zu bergen suchte. Was soll jetzt geschehen, es sind dieses nur einige Fälle hier, im ganzen Kreise sind wohl 40—50 000 Zentner vernichtet! Gibt es jetzt vielleicht noch Prämie für eingefrorene Kartoffeln?

Aus den Gerichtssälen

Lieferstreik: 10 Mark Geldstrafe

Den 34 Landwirten des Dorfes Walle bei Winsen a. d. Aller war aufgegeben worden, ihre Milch an die Molkerei in Winsen abzuliefern. Sie hatten sich aber geweigert, dies zu tun, weil ihnen das zu viel Schwierigkeiten machte und weil sie die drei Pfennige, die sie für die Ablieferung über den festgesetzten Preis hinaus erhalten sollten, für keine ausreichende Bezahlung erachteten. Sie waren daraufhin angeklagt und vom Schöffengericht in Celle auch freigesprochen worden. Auf die von der Staatsanwalt dagegen eingelegte Berufung wurden aber alle 34 von der Strafkammer verurteilt. Die Schwierigkeiten seien zwar anzuerkennen, doch sei die Ablieferung der Milch im Interesse der Allgemeinheit notwendig. Im Interesse der Allgemeinheit müsse heute aber jeder arbeiten, selbst wenn er dafür nicht voll entschädigt werde. In Anbetracht der tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten wurde aber die Strafe für jeden der Angeklagten auf — — **10 Mark** festgesetzt.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Elbinger Standesamt

vom 8. November 1919.

Sterbefälle: Schuhmachermeister Max Adalbert Kuhn, 67 J. — Schneidermeisterfrau Auguste Berta Porsch geb. Braun, 69 J. — Inval.-Rent.-Empf.-Ww. Katharina Radtke, geb. Schönenberg, 88 J. — Steuerratswitwe Klara Hedwig Adele Boether geb. Silber, 78 J. — Inv.-Rent.-Empfänger Paul Schadowski, 85 J.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Kautabak
von Joseph Doms, Ratibor, Grimm & Triepel, Nordhausen, **frisch eingetroffen.** Durch den Kauf dieser Fabrikate ist den Primern Gewißheit gegeben, nur das Beste gekauft zu haben.
Otto Heidt, Inhaber Otto Wein, Zigarrenhandlung a. Gericht.
NB. Lassen Sie sich kein Papier (dem Aussehen nach wie Kautabak) für teures Geld aufdrängen!

Kaufmännische Privatschule
von
R. Mrongovius
Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.
Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten
sowie in **Polnischer u. Russischer** Sprache

Reißzeuge
Reißbretter
Reißschienen
Malkästen
Tuschen etc.
empfiehlt
S. Marcus
Papierhandlung
Alter Markt 63. Fernruf 953.

Ein Tisch zu verkaufen
Kleine Stromstraße 2.

Schwämme Fensterleder
Lederschwämme
Ersatz f. Fensterleder
billiger als diese.
Rudolph Sauße Nachf.
Gegr. 1866.

Alte Fahrradmäntel
auch Stücke, kauft
M. Krüger, Junkerstr. 30.

Heute
und folgende Tage
Verkauf preisw.
Zigaretten
Deckner
Wilhelmstr. 13.

1 Paar gut erhaltene lange Stiefel, Gr. 42, zu verkaufen.
Kaserne Block 4, Zimmer 156 b. **Gehrmann.**

Alle Reparaturen
an **Fahrrädern Sprechapparaten Nähmaschinen usw.**
schnell und billigst bei
M. Krüger, Junkerstr. 30.

Friseurlehrling
wird gesucht.
Rattelsberger, Wasserstr. 53.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 10. bis 15. November 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck N**
Dienstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck O**
Mittwoch: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck P**
Donnerstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck Q**
Freitag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck R**
Sonnabend: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck S**

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 17. November bis 14. Dezember 1919;
2. **Nährmittelmarken** von Nr. 546 bis 585;
3. **Einfuhrzusatzkarten** von Nr. 21 bis 24.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 8. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Kartoffelmarke Nr. 7

für die Woche vom 10—16. November 1919.

Da bei Fortdauer des Frostes das Eintreffen von für die Belieferung obiger Marke ausreichenden Kartoffelmengen zweifelhaft ist, wird gestattet, daß auf diese Marke statt Kartoffeln

1250 g Brot bei den Bäckern
oder
875 g Roggenmehl bei den Mehlhändlern

in der Zeit bis zum 16. d. Mts. entnommen werden darf.

Für 7 Pfund Kartoffeln bleibt die Marke, falls auf Entnahme von Brot oder Mehl verzichtet wird, jedoch ebenfalls gültig, ebenso wie die Kartoffelmarken 1—6 ihre Gültigkeit für je 7 Pfund Kartoffeln mit Rücksicht auf die schlechte Anlieferung in der letzten Zeit einstweilen noch behalten.

Elbing, den 8. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Städtische Gewerbeschule.

Der **Turnunterricht,** der bisher wegen Lichtmangels ausfiel, beginnt in der alten Turnhalle, Marienburgerdamm,

am Montag, den 10. November 1919, um 5 Uhr nachmittags.

Elbing, den 8. November 1919.

Der Magistrat.

Delegiertenwahl

Morgen, Sonntag, den 9. November 1919:

Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Die Wahl findet **vormittags 9 Uhr bis nachm. 2 Uhr** statt.

Wahllokale sind: **Volkshaus,** Bibliothek- und Billardzimmer.
Vigoureux, Holl. Chaussee 10.
Gerull, Leichnamstraße 36.
Concordia für Elbing III.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich an der Wahl recht zahlreich zu beteiligen. **Die Parteileitung.**

Achtung! Achtung!

Kartell der Freien Gewerkschaften

Montag, den 10. November d. Js., abends 6 Uhr, findet im „Volkshaus" eine

Sitzung

statt. Sämtliche Gewerkschafts-Vorstände und Kartell-Delegierte sind hierzu eingeladen. **Der Vorsitzende.**

Passenheim's Festsäle!

Jeden Sonntag

Tanzkränzchen.

Restaurant „Zur Theaterhalle"

(am Stadttheater)
empfiehlt seine Räume zum **gemütlichen Aufenthalt.**
Für Theaterbesucher vor und nach der Vorstellung angelegentlichst empfohlen.

Karbidlampen u. Laternen
Elektrische Zuglampen und Kronen
Spiritusbrenner u. Petroleumlampen
Brotschneidemaschinen
mit Rundmesser
Brotkasten und Kaffeebrenner
Waschservice und Tonnengarnituren
Kohleneisen und Stahlwaren

Spielwaren
in größter Auswahl

L. Wolf & Söhne
Alter Markt.

Revolutionsfeier.

Am Jahrestage der Revolution, dem **9. November,** veranstaltet die **U. S. P. D.** Elbing im Volkshaus ein

Großes Konzert

mit auserlesenem Programm.

Mitwirkende:
Kapelle des hiesigen Stadttheaters,
Männer- und Frauen-Gesangverein „Liederfreund",
erstklassige Kräfte der hiesigen Oper.

Hierzu erlaubt sich einzuladen

die Parteileitung.

Eintritt Mk. 1.50. Anfang 4 Uhr.

Wir bitten, Kinder unter 14 Jahren nicht mitzubringen.
Der Reinertrag ist für den Pressefonds bestimmt.

lassen ihren getragenen **Anzug, Paletot** usw. in meiner Werkstatt

wenden und modernisieren.

Dieselben werden wie neu!
Beste Verarbeitung! :: **Tadelloser Sitz!**
Maßanfertigung
eleganter Herren-Bekleidung!
Stoff- und Futterlager.

Militärsachen werden in Zivil elegant umgearbeitet.

Fischerstr. Nr. 7. **J. Coper** **Fischerstr. Nr. 7.**

Pelzwaren-Einkauf
ist
Vertrauenssache.

In enorm großer Auswahl
Kragen, Muffen, Pelzhüte
Pelzmützen usw.
Neuanfertigungen - Modernisierungen
∴ Reparaturen ∴ ∴

Gebr. Laschinsky
Pelzwaren-Spezial-Haus
Elbing, Alter Markt 64 (am Marktor).
Fernruf 826.

Nur eine ganz **kurze Zeit**
zum **Jahrmarkt**
am Marienburgerdamm.

Neu für Elbing!
Zum ersten Mal hier!

Nielsens Museum

größtes wanderndes Wachskabinett

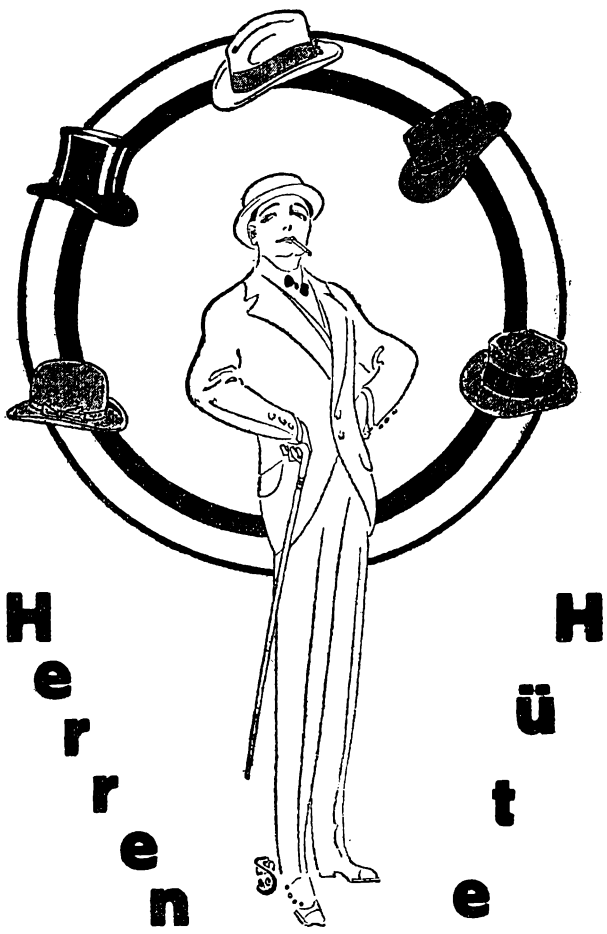
enthaltend über 1000 Nummern, Gruppen und Figuren in Wachs, ausgeführt in natürlicher Größe.

2. große Anatomisch-pathologisch-embryologische Abteilung
eine für Damen u. eine für Herren.

Das Museum ist geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreis: 2 Mark, anatomische Abteilung 1 Mark.

Alle, welche den **Jahrmarkt** besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses **wissenschaftliche Museum** zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.



in größter Auswahl
und in allen Preislagen.

Velourhüte - Pelzmützen
Blaue Mützen
Wintermützen
Rodelmützen

Jockey-Club
P. Abrahamowsky
Alter Markt 50. **Telephon 695.**
Grösstes Spezialhaus
für sämtl. Herrenartikel u. Sportartikel
am Platze.

Puppen-Klinik
R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

Nr. 16. **Beilage zur Elbinger Volksstimme.** Sonnabend, 8. November 1919.

Die November-Revolution 1918 in Danzig

Von Gustav Schröder.

Das erste Jahr der Revolution liegt hinter uns und wie verschieden wir auch nach sozialer Schichtung oder politischer Parteizugehörigkeit zu ihr stehen mögen, niemand wird bestreiten können, daß der 9. November 1918 einen neuen Abschnitt in der Geschichte Deutschlands einleitet. Niemals mehr wird das Gewesene wiederkehren können. Und mögen royalistische Kreise sich noch so krampfhaft bemühen, die Hohenzollern und Wittelsbacher mit den andern blutsverwandten Sippen nach Deutschland zu importieren: es bleibt ein Unterfangen, das nie Erfolg haben kann. Der Novembertag 1918 hat die monarchische Geschichte Deutschlands endgültig abgeschlossen. Von jetzt ab ist's Republik. Ob sozialistische Arbeiter- oder bürgerliche Kapitalistenrepublik, das ist der Kampf, der seither geführt wird. Der Egoismus der Besitzenden, der das sogenannte Nationalvermögen planmäßig ins Ausland verschiebt, sorgt dafür, daß sich die Wage mit jedem Tage mehr zu Gunsten der Arbeiter neigt. Die Verschleppung des mobilen Kapitals zeigt, daß der deutsche Kapitalismus kein Vertrauen zu Noske und seinen Landsknechten besitzt.

Jener 9. November mußte kommen. Die militärischen Machthaber riefen ihn in ihrer Blindheit selber hervor. Seit 1916 konnte das deutsche Volk die Kriegslast nicht mehr ertragen. Was war das für ein jämmerlicher Staat, der seinen Angehörigen nicht einmal ein Pfund Kartoffeln und einen Salzhering oder 100 Gramm Fleisch täglich garantieren konnte! Zu Zehntausenden gingen Frauen, Kinder und Greise an Seuchen und Hunger zugrunde. Und nicht einmal das durfte gesagt werden. Alles knebelte Ludendorffs Zensur. Sie verbot Versammlungen, verbot Zeitungen, schnüffelte die Privatbriefe zentnerweise durch, schickte militäruntaugliche Leute in die Schützengräben, bevölkerte Gefängnisse und Zuchthäuser mit Menschen, die eigentlich nicht das geringste verbrochen hatten. Durchhalten . . .

Durchhalten! Seit Monaten brach das alte System trotz aller Gemeinheiten und Grausamkeiten mit jedem Tage Stück um Stück zusammen. Da mochten Ludendorffs Preßlakaien noch so viel lügen, jeder wußte, wie es an der Front stand. Jeder kannte auch die Hungerrevolten, deren Brand bald im Osten, bald im Westen oder Süden Deutschlands aufzüngelte. Die Urlauber und Reklamierten trugen die Kunde von Ort zu Ort. Als dann die Kunde kam, daß in Kiel und Wilhelmshaven die rote Flagge auf den Masten der deutschen Dreadnoughts wehe, versanken die uniformierten Volksverderber in stumpfe Apathie. Sie erwarteten das Gericht des betrogenen Volkes.

Generalleutaant von Pfuel — der Name hat noch von den Kriegen des ersten Napoleon her keinen guten Klang — hatte in Danzig als Kommandant der Festung ein brutal reaktionäres Regiment geführt. Nie hat dieser Mann für die wirtschaftliche Lage des Volkes oder für die politischen Verhältnisse das geringste Verständnis bewiesen. Freilich, das soll nicht verkannt werden, er war in dieser Beziehung abhängig von seinen Adjutanten. Sie referierten und Pfuel sah mit den Augen eines Hauptmanns Kuse oder eines Brönner. Gleichviel, Pfuel war der Verantwortliche. Was tat er auf die Kunde von den Kieler Ereignissen? Aus der Provinz wurden noch Truppen nach Danzig gezogen. Dann verschwand Pfuel, als es hieß, hinter Hela läge die rote Flotte, ohne die Ernennung eines Nachfolgers oder Stellvertreters abzuwarten, heimlich aus Danzig. Die Kommandantur war in so chaotischer Verwirrung, daß für die nach Danzig beorderten Truppen weder für Verpflegung noch für Unterkunft gesorgt war. Weil Angehörige dieser Truppenteile nachher auf eigene Faust in den Militärlagern zu requirieren begannen, ist ihnen das als Plünderung ausgelegt worden. Was aber sollten sie tun?

Am Morgen des 10. November, dem eigentlichen Revolutionstage in Danzig, blieben, soviel mir bekannt ist, von den Offizieren der Danziger Garnison gerade zwei auf ihrem Posten: Leutnant Pfitzner von den 128ern und ein Hauptmann in der Wiebenkaserne. Eine der selbstverständlichsten Sachen war die Freilassung der Militärarrestanten. Was kommen mußte, darüber kann schon einige Tage vorher auf der Danziger Kommandantur niemand im Zweifel gewesen sein. Und doch waren in dieser Hinsicht nicht die geringsten Dispositionen getroffen. Auf dem Schüsseldamm haben ich und der Genosse Voß zweimal einen Sturm auf das Arrestgebäude verhindert. Mehrfach telephonierten wir die Kommandantur an, Befehl für die Freilassung jener Gefangenen zu erteilen, die ohne Gefahr für die öffentliche Sicherheit freigegeben werden könnten. Auch der diensttuende Feldwebel richtete wiederholt das gleiche Ersuchen an die Kommandantur. Eine Antwort war nicht zu erlangen. Und wir konnten doch nicht den ganzen Tag stehen und ein königlich preußisches Arrestgebäude bewachen. Als wir fort waren, sind auf dem Schüsseldamm wie in den anderen Gefängnissen wahllos die Gefangenen befreit worden. Nicht die Revolution trifft die Schuld, wenn in Danzig am Revolutionstage mit den politischen Gefangenen auch Räuber und Mörder die Freiheit erhielten, sondern jene pflichtvergessenen Offiziere, die in einer gefährlichen Stunde nur an die Sicherheit ihrer eigenen lieben Haut dachten.

Die Danziger Bevölkerung, hat am 9. November und in den folgenden Wochen eine beispiellose Disziplin bewiesen. In Danzig waren Militärlager im Werte von etwa 20 Millionen Mark. Davon sollen bei Plünderungen für etwa 150 000 Mark Waren während eines Zeitraumes von etwa 8 Mochen entwendet sein. Das ist eine verhältnismäßig geringfügige Summe. Und sie wird noch kleiner, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein großer Teil der Soldaten buchstäblich in Lumpen ging. Was diese Menschen in den ersten Tagen ohne Anweisung den Magazinen entnahmen, auf das Konto Plünderung zu setzen, geht nicht an. Dabei waren in den ersten Wochen fast garnicht Posten aufzutreiben und die Magazine so gut wie ohne Bewachung. Der Vollzugsausschuß hat in dieser Zeit außerordentlich schwere Arbeit gehabt. Das Danzig die Schreckenstage einer wirklichen Plünderung erspart blieben, ist ein bleibendes Verdienst des Arbeiter- und Soldatenrates. Völlig falsch ist die Darstellung, die Hauptmann Brönner in seiner Schrift „Die Revolutionstage in Danzig" entwirft. Aus ihr spricht die Einseitigkeit des erledigten Machthabers.

Die Novemberrevolution hat der deutschen Arbeiterschaft nicht gebracht, was sie erwarten und fordern durfte. Daß dieses so kam, hat mehrere Ursachen. Die Novemberrevolution war nicht das Produkt einer politischen Bewegung, sondern eine militärische Revolution, war die seelische Befreiung des belogenen und geschundenen Landsturmmannes. Keiner wußte vom andern. Wir in der Provinz nicht, wie weit die Bewegung in den Hauptstädten ging. Und die wieder nicht, welche Stellung die Fronttruppen einnähmen. Wir Danziger Unabhängigen Sozialdemokraten haben uns mindestens acht Tage vergeblich bemüht, mit unserem Parteivorstand in Berlin telegraphisch oder telephonisch in Verbindung zu treten. Wir blieben völlig auf unsere eigenen Entschlüsse angewiesen. Eine andere Quelle des geringen Revolutionserfolges war das Zusammengehen mit den Rechtssozialisten, das die Umstände erzwangen. Ich warf einige Tage vor dem 9. November im engeren Parteizirkel die Frage auf, beim Ausbruch der Revolution Gehl und einige andere von ihren Danziger Führern zu verhaften. Die Genossen erklärten das mit Rücksicht auf die Volksstimmung nicht für durchführbar. So mußten wir wohl oder übel mit ihnen gemeinsam arbeiten. Und vom ersten Tage an bemühten sich die Rechtssozialisten die Arbeiter zu verraten. Wohl nahmen sie am 9. November unter dem Druck der Ereignisse das Revolutionsprogramm der unabhängigen Sozialdemokratie Danzigs an. Einen Versuch zu seiner Verwirklichung haben sie nie gemacht und uns stets gehindert, etwas in diesem Sinne zu unternehmen. Am 10. November nachmittags 5 Uhr fand in der Danziger Kriegsschule eine Sitzung des Vollzugsausschusses mit den Spitzen der Behörden statt, in der diese vor der Revolution kapitulierten. Alle miteinander saßen die Herren wie die geknickten Lilien da. Welche Furcht sie beseelte, geht daraus hervor, daß der Ort der Zusammenkunft streng geheimgehalten wurde. Nicht einmal den Mitgliedern des Vollzugsausschusses wurde er bekannt gegeben. Wir sammelten uns am Landeshaus und von dort ging es nach der Kriegsschule. Es wäre nun das erste politische Erfordernis gewesen, den Herren gegenüber die Folgerungen des Umsturzes klipp und klar zu ziehen. Weit gefehlt, Gehls Rede, der als Erster sprach, begann buchstäblich mit den Worten: „Meine Herren, es bleibt alles beim Alten!" Solch ein Verhalten war mehr als politische Torheit. Ich sprach als Dritter oder Vierter und wies darauf hin, daß selbstverständlich nicht alles beim Alten bleiben werde. Dann hätte das Volk ja gar keine Revolution machen brauchen. In jener Sitzung wurde der Vollzugsausschuß als Kontrollorgan der Behörden konstituiert. Das war ein abermaliger Fehler, denn wenn die Behörden auch zusagten, im neuen Geiste und gemeinsam mit den A.- und S.-Räten zu arbeiten, so vergaßen sie das Versprechen bald. Herr v. Jagow, der hochkonservative Oberpräsident, hat sein Wort gehalten. Und als er glaubte, es nicht mehr zu können, ging er. Andere aber — Namen brauche ich nicht nennen — kleben noch heute an ihren Aemtern. Konservatioe Sozialdemokraten oder sozialdemokratische Konservative — wer wills entscheiden?

Arbeiterräte, die nur Kontrollorgane sind, können nicht revolutionär wirken. Was die Arbeiterräte brauchen, ist gesetzgeberische und vollziehende Befugnis im Kreise ihres Wirkens. Jede Kontrolle läßt sich umgehen und alle Anregungen bleiben vergeblich, wenn die Beamten Männer von gestern und vorgestern sind. Im Vollzugsausschuß stimmte in den ersten Monaten immer die größere Hälfte des Soldatenrates mit den Mehrheitssozialisten. Und als sich dies Verhältnis allmählich änderte, war die Reaktion so erstarkt, daß die Soldatenräte nicht mehr zu retten waren.

Noch anderes hat die Stellung der unabhängigen Sozialdemokraten erschwert: der Unverstand der Kommunisten. Mit radikalen Wirtshausreden ist keine Revolution zu machen. Man muß wissen, was man will. Eberlein war der Abgott der Kommunisten, weil er eine laute Stimme hatte. Im übrigen stand es um die politischen Kenntnisse Eberleins nicht besonders gut. Seinen Freunden ging es nicht besser. Ich habe in den ersten Revolutionstagen in einem Lokal in der inneren Stadt einer Versammlung beigewohnt, in der etwa 8—10 Personen — Männer wie Frauen — auf den Tischen standen und zu gleicher Zeit „referierten." Einer schrie toller als der andere und die Zuhörer waren auch nicht still. An geladenen Flinten und Revolvern war kein Mangel. Daß in dieser Versammlung kein Unglück passiert ist, wird mich zeitlebens wundern. Mit solchen Leuten kann man wohl — Putsche, nie aber Revolutionen machen. Hätten die Kommunisten sich in die revolutionäre Arbeiterschaft eingegliedert, so hätten wir mit viel mehr Entschiedenheit den Rechtssozialisten entgegentreten können. So machten die Kommunisten Radau und trieben nicht nur das Bürgertum — das wäre zu ertragen gewesen — sondern auch einen großen Teil der vernünftigen Arbeiter den Scheinsozialisten in die Arme. Die Kommunisten sind die beste Schutztruppe des Kapitals gewesen und sind es heute noch.

Die Revolution geht ihren Gang. Sie schreitet weiter fort, auch wenn Scheidemann und die Seinen sie für beendigt erklärten. Einst wird sie wieder einen Merktag haben, an dem das in der Stille gewordene Neue äußerlich in die Erscheinung tritt. Und das nächste Mal werden wir klüger sein, weil wir aus den Fehlern gelernt haben. —

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

16]

Er schlief nach seiner Gewohnheit rasch auch in dieser Nacht ein. Erwachte aber nach einigen Stunden tiefen Schlummers jäh, wie aufgeschreckt. Im Nu stand wieder die gestrige Verhandlung mit all ihren quälenden Bildern vor ihm. Gleichzeitig aber durchzuckte ihn ein neuer Gedanke: war es nicht möglich, daß die Verteidigung Revision einlegte?

Gewiß. Irgendeinen Formfehler der Urteilsabfassung oder einen Einwand der Verteidigung gegen einen im Verfahren gefaßten Gerichtsbeschluß fanden diese Anwälte ja stets, wenn ein Hoffnungsschimmer für ein zu erlangendes milderes Strafurteil vorhanden war.

Warum auch nicht diesmal? Sie würden ihn finden, würden Revision anmelden, die Sache zur zweiten Verhandlung bringen, die dann vielleicht ganz anders auslief. Die Anläße für seinen Wunsch waren Jordan nicht klar, aber er hegte ihn dringend: Möchte doch die Revision eingelegt werden, und die Sache zur nochmaligen Verhandlung gelangen, das würde sein Herz beruhigen und erleichtern.

Mit diesen Gedanken schlief er wieder ein und verbrachte den Rest der Nacht in tiefem, traumlosen Schlummer.

Am nächsten Morgen dachte Jordan daran, den Verteidiger der Frau Hecker telephonisch anzufragen, ob er Revision einzulegen gedenke. Aber der Staatsanwalt nahm hiervon Abstand, da ihm der Schritt zu ungewöhnlich dünkte. Einen Geldbetrag sandte er anonym an den Invaliden Hecker.

Dann lenkten Jordan zahlreiche Amtsgeschäfte von den Eindrücken des Heckerschen Falles für mehrere Tage gänzlich ab, so daß er der Sache bereits fast völlig ledig geworden war. Sogar in solchem Maße, daß er im Drange der Arbeit dieser Erlösung kaum noch sich bewußt blieb.

Da empfing er eines Morgens ein umfangreiches Poststück, eine Sendung, die einen großen Karton einzuschließen schien. Sie kam aus Meran. Die Adresse zeigte eine charaktervolle, künstlerischen Schwung verratende Handschrift. Rechts unten stand als Absender vermerkt: Lokatos, Maler, zur Zeit Meran, Hotel Erzherzog Rainer.

Jordan blieb einen Moment starr. Der Verehrer — nein — der „Verlobte" der Herta Hecker sandte ihm — Jordan — ja was? Was war in dem starken grauen Umschlagpapier?

Hastig schnitt Jordan die Schnur durch, die um den Karton geschlungen war, und riß das Papier auf.

Zwei große gelbbraune Pappdeckel lagen übereinander — und dazwischen — ein weißes Kartonblatt unter Seidenpapier — ein Bild — in Aquarellfarbe — eine große Skizze, die mit blutroten Farbenflecken durch das Seidenpapier brannte.

Jetzt riß Jordan das Seidenpapier beiseite — und schrie auf.

Mit gläsernen Augen stierte er auf das Weib.

An einen Pfahl mit Stricken gebunden, lehnte in völliger Nacktheit ein junges, schönes Weib — Herta Hecker — Herta Hecker selbst . . .

Ihre weißen Glieder bluteten unter den Geißelhieben des roten Henkersknechtes, der — Gier und Grausamkeit in den Augen, die bleikugelbeschwerten Geißelsträhnen schwang. Der Henkersknecht im blutroten Wams war Jordan selbst. In verblüffender, höchst lebendiger Porträtähnlichkeit stand er da. Einen Moment krampften sich seine Fäuste zusammen. Einen Wutlaut stieß er zwischen den Zähnen hervor, — dann aber heftete sein Blick sich auf das nackte Mädchen und dessen dämonische Nixenschönheit.

Was hier enthüllt war, was hier unter dem schimmernden Goldmantel des gleißenden, offenen, wallenden Haares prangte und blühte, das hatte Jordan nicht in Träumen je zuvor gesehen. Wie entgeistert starrte er auf diese Märchenpracht, deren Anblick ihn so trunken machte, daß ihm die Knie zu schlottern begannen.

Im Nebenraum rührte sich etwas.

Jordan fuhr auf, stürzte zu den Türen und verschloß sie.

Als er wieder zu seinem Stehpult zurückkehrte, auf dem die bunte Skizze lag, war ihm, als habe er sich mit einem köstlichen Besitz eingeschlossen, den zu genießen er sich nun sammelte.

Und wieder tranken seine hungrigen Augen diese süße Nacktheit der jungen Schönen.

Wie ihr Gesicht doch lebte! Wie meisterhaft dieser junge Mensch den Ausdruck der Augen getroffen hatte, in denen Botticellische Kindlichkeit trauerte, während der schmerzlich verzogene, üppige Mund von nichts weniger als von Keuschheit und Reinheit sprach. Seine wollüstige Fülle und üppige Geschwungenheit war phrynenhaft und gab in diesem dämonischen Kontrast zu der Kindlichkeit der Blauaugen den ganzen pikanten Reiz dieses schönen Kopfes.

Wirklich — der Verteidiger hatte bei jener Verhandlung von dem Können dieses jungen Ungarn nicht zuviel gesagt. Diese so flott hingeworfene Skizze gab erstaunlich viel von der Wirklichkeit, so verblüffend viel und so Schönes, daß Jordan vorerst ganz den Zweck darüber vergaß, den der Maler mit der Zusendung dieser Gabe verfolgt hatte.

Ja — man sah es — er mußte diese blonde Schönheit wirklich sehr geliebt haben, um sie auf das Papier bannen zu können. Wenn er geahnt hätte, was er mit diesem Blatte dem Empfänger gab, er wäre sicherlich geiziger mit dieser Gabe gewesen.

Und nun faßte Jordan sein eigenes Konterfei ins Auge, das der Haß gemalt hatte. Prachtvoll der Farbenkontrast des blutroten Henkergewandes, dessen mitteralterlich echter Schnitt den genauen Kenner der Kostümkunde verriet, zu dem weißen Mädchenkörper, in dessen Pfirsichhaut die Stricke am Pfahl erbarmungslos einschnitten und die Geißel Striemen schlug. Grandios die Blutstropfen auf der Haut und die, die von der geschwungenen Geißel tropften. Brillant auch er — der Henker selbst. Keine Spur von Karikatur.

Jordan sah in seine Züge und entsetzte sich selbst über den Ausdruck starrer Grausamkeit, der aus ihnen sprach. Möglich, daß er so aussah, wenn er mit Jägerinstinkt hinter der Schuld seiner Angeklagten her war und sie in Fallen und Schlingen beim Kreuzverhör zu locken suchte.

So also sahen ihn die anderen, die drunten auf der Zeugenbank saßen und ihn bei seiner Amtsführung betrachteten.

Und plötzlich überkam ihn ein Grauen. Jene seltsame Empfindung schlich über ihn, die Menschen so oft im Leben haben, wenn sie eine Sache zum ersten Male erblicken und im Unterbewußtsein eine Stimme raunt: „Dies sahst du schon einmal."

Wann — wo hatte Jordan dieses schon gesehen?

Sich selbst in roter Henkerstracht — sie — die Herrliche — die Schöne nackt daneben — und er — Jordan — der Henker, die bluttriefende Geißel sadistisch gegen die blonde, junge Hexe schwingend? .

Und doch — und doch — ihm war, nein — jetzt — jetzt wußte er, daß er diese Szene genau so, wie sie hier gestaltet war, schon einmal geschaut hatte — so — so deutlich — so körperlich klar und plastisch, daß der Maler dieses Blatt wie auf eine Anreguug von ihm, Jordan selbst, hätte entwerfen können.

(Fortsetzung folgt.)

Lebensmittel in der Woche vom 10. bis 16. November 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln	7 Pfund	Kartoffelmarke 7	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	0,84	0,12
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 135	—	—	bis Sonntag	Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 135	—	—	bis Sonntag	Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
Butter	50 Gramm	Fettmarke 33	—	—	ab Montag	Molkereien	0,65	6,50
Kunsthonig	125 Gramm	Nährmittelmarke 524	10. 11.	Fritz Wiebe	11. 11.	Kaufleute	0,20	0,80
Marmelade	250 Gramm	Nährmittelmarke 525	11. 11.	"	12. 11.	"	0,65	1,30
Maggiwürfel	2 Stück		12. 11.	Oscar Tennstädt	12. 11.		1 Stück 10 oder 13 Pfg.	
Gerstenmehl (hiesiges 75 %)	125 Gramm	Nährmittelmarke 526	—	—	12. 11.	Mehlhändler	0,10	0,38
Amerik. Roggenauszugmehl	250 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 18 A	12. 11.	Fritz Preuß	13. 11.	Kaufleute	0,35	0,70
Reis*)	250 Gramm	Nährmittelmarke 527	13. 11.	Hermann Regier	14. 11.	"	1,10	2,20
Margarine**)	100 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 18 B	13. 11.	Fritz Wiebe	14. 11.	"	1,00	5,—
Keks	125 Gramm	Kinderzusatzmarke 155	—	—	15. 11.	die bekannt. Geschäfte	0,39	1,56
oder Zwieback	125 Gramm	"	—	—	15. 11.	"	0,44	1,76
Rindfleisch***)	125 Gramm	10/10 Fleischkarte	13. 11.	Schlachthof	14. 11.	Fleischer lt. Kundenliste	Bratfl. 0,88	3,50
			14. 11.		15. 11.		Hackfleisch 1.—	4,—
							Kochfleisch 0,70	2,80
Schweinefleisch (amerik. ****)	125 Gramm		13. 11.		14. 11.		1,09	4,35
			14. 11.		15. 11.			

In der obigen Woche gilt die **Brotaufstrichmarke V** für 1/4 Pfund 75 %iges hies. Gerstenmehl, erhältlich in den Mehlhandlungen. **Nährmittelmarke V** für 1/4 Pfund Kunsthonig, 1/2 Pfund Marmelade, 2 Maggiwürfel, 1/2 Pfund Reis, erhältlich bei **Conrad John**, Alter Markt 8, **Bruno Winter**, Holl. Tor 5, **F. Plohmann Nachfl.**, Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 8. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Der Reis ist augenblicklich noch nicht in Elbing. Sollte sich das Ausgabedatum ändern, so wird dieses durch die Zeitung bekannt gegeben.
**) Die Verkaufsstellen für Margarine werden nach Eintreffen bekannt gegeben. Das Quantum von 100 Gramm ist für 14 Tage für die Zeit vom 10. bis 23. 11. 1919 vorgesehen.
***) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 125 Gramm ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.
****) Das Schweinefleisch gelangt zum Verkauf auf denselben Abschnitt der Reichsfleischkarte, auf den Rindfleisch verabfolgt wird, jedoch sind „K-Marken" von einer Belieferung mit Schweinefleisch auszuschließen.

Einem geehrten Publikum von Stadt und Umgegend erlaube ich mir hiermit die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich das seit vielen Jahren am Platze bestehende

Manufakturwarengeschäft

der Firma

Brückstrasse No. 1—2 **A. Haustein** Brückstrasse No. 1—2

übernommen habe und unter dieser Firma weiterführen werde. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Waren zu billigen Preisen zu führen.

Mich dem Wohlwollen einer geehrten Kundschaft empfehlend bitte ich, mich in meinem neuen Unternehmen zu unterstützen und zeichne

Hochachtungsvoll

Benno Swieczkowski in Firma A. Haustein.

Möbelfabrik Klinger
Neust. Schmiedestrasse 12/14
Lieferant erstklassiger Möbel und kompleter Wohnungs-Einrichtungen eigenen Fabrikates
eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und Fabrikation
Kunstgewerbl. Atelier
mit besonderer Abteilung für Herstellung von Firmen- und Reklameschildern aller Art.
Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Anfertigung eleganter Damen-Kostüme, Mäntel
Herren- und Kinder-Garderoben nach Mass
unter Garantie für tadellosen Sitz und beste Schneiderarbeit.
Spezialität: Umarbeiten sämtlicher Militärbekleidungsstücke in Damen- und Herren-Garderobe
Stoff- und Musterlager
Zugebrachte Stoffe schnellste Anfertigung
Wenden und Modernisieren getragener Kleidungsstücke
C. Troike, Schneidermeister
Heilige Geiststraße 29, III Eingang Mauerstraße.

Elegante Herren und Damen-Garderoben nach Mass

sowie sämtliche
Umarbeitungen
und
Reparaturen
Stofflager. Futterlager.
Ernst Doebel
Spendhausstrasse 16

Empfehle mein **reich sortiertes Lager** in sämtlichen
Emaille-Waren
Grudeherden, Sparkocher, (Brennhexen), Kohlen- und Bolzen-Plätteisen, prima Solinger Stahlwaren, Taschenlampen, la Batterien
zu billigen Tagespreisen.
Hermann Bruckert
Eisenwaren-Magazin für Haus- u. Küchengeräte, Brückstraße 3.

Königl.
Adler-Apotheke
Brückstraße 19.
Anfertigung sämtlicher Krankenkassenrezepte
:: Tierarzneien ::

Empfehle mein gut sortiertes Lager in
Salon-Uhren, Freischwinger, Regulatoren, Wand-Uhren und Wecker, Taschen-Uhren
zu soliden Preisen.
Georg Schmidt, Wasserstraße 87.
Reparaturen schnell und gewissenhaft.

Das **Deutsche Bad**
ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Empfehle
Emaillewaren
wie Eimer, Wannen, Schmortöpfe mit Ring usw.
Dalli-Plätteisen
Plätteisen
für Kohlen, Bolzen und Spiritus,
Wirtschaftswagen
Tafelwagen
Fleischhackmaschinen
Brotschneidemaschin.
verschiedene Systeme,
Solinger Stahlwaren
wie Tischmesser u. Gabeln Taschenmesser, Scheeren usw.
Joh. Meißner Nachf.
Ecke Königsberger- und Leichnamstraße.

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette verbürgt beste Qualität u. sauberste Füllung.

Patentfedermatratzen
und Auflagen werden in jeder Größe schnell und billig angefertigt in der
Ostdeutschen Matratzenfabrik
E. Siebert, Junkerstraße 14.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Die Firma
R. Lengning, Fischerstr. 20/21
empfiehlt für **Weihnachten** schon jetzt ihre
- Spielwaren -
zu kaufen oder zurückstellen zu lassen.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 17 | **Montag, den 10. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Der amerikanische Streik. Man schätzt die Zahl der Streikenden in den Kohlenbergwerken auf 735 000, etwa nur 100 000 Grubenarbeiter arbeiten weiter. Die Folgen des Streiks sind außerordentlich schwer. Nachrichten über den „Zusammenbruch" des Streiks sind Schwindel. Einflußreiche Politiker bemühen sich, eine Verständigung herbeizuführen.

Was uns Scapa Flow kostet. Als Entschädigung für die in England versenkte deutsche Kriegsflotte muß Deutschland 5 leichte Kreuzer und 400 000 Tonnen an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern leisten. Auch soll ein Teil der Besatzung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe zurückgehalten werden. Für den Fall der Weigerung sind Zwangsmaßnahmen angedroht. So muß Deutschland für die Verrücktheiten alldeutscher Offiziere büßen.

v. d. Goltz erhält volle Pension. Nach dem Berliner Lokalanzeiger ist General v. d. Goltz mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden. Dem Verdienste seine Krone. Diese „Maßregelung" hat für das deutsche Volk einen unangenehmen metallischen Beigeschmack.

Hochverratsprozeß in Halle? Wie unser Genosse Kilian, mußte in Halle auch der Genosse Ferchlandt in den Hungerstreik eintreten. Ferchlandt übte als Leutnant der Reserve in Halle, während der ersten Zeit der Revolution, die Funktion der Militärbevollmächtigten aus. Seit Mitte Februar sitzt er in Untersuchung. Jetzt ist dem Inhaftierten vom Unterstaatssekretär im Kriegsministerim mitgeteilt worden, daß das Ermittlungsverfahren wegen Verbrechens gegen § 81 des Reichsstrafgesetzbuches und § 100 des Militärstrafgesetzbuches abgeschlossen und die Erhebung der Anklage in Vorbereitung sei. Danach würde Gen. Ferchland sich wegen Aufwiegelei uud Hochverrats zu verantworten haben.

Die Entente gegen Koltschak. Die Entente hatte den Admiral Koltschak aufgefordert, den russischen Kriegshafen in Ostasien, Wladiwostok, sofort zu räumeu. Diese Aufforderung ist von Koltschak schroff zurückgewiesen worden. „Wer die Zurückziehung verlangt", erklärt er, „tritt die Rechte der russischen Regierung mit Füßen." Gegenmaßregeln der Entente sind zu erwarten.

Auslieferung der Goeben. Der erste englische Seelord Walther Long erklärte im Unterhaus, daß die Türken den Kreuzer Goeben den Verbündeten ausgeliefert haben. Es wurden alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen um eine Sebotage oder Versenkung des Schiffes zu verhindern. Eine englische Marineabteilung hat das Schiff besetzt.

Eine 50-Markscheinfabrik. Durch Kriminalbeamte wurde in München eine vierköpfige Falschmünzerbande verhaftet, die falsche 50-Mark-Reichskassenscheine herstellte und etwa 40 000 Mark bereits in den Verkehr gebracht hat. Im Augenblick der Festnahme war die Bande mit der Herstellung falscher Reichsbanknoten zu 1000 Mark beschäftigt, die sie in dem besetzten Gebiet verausgaben wollte.

Arme Menschheit! Wiener Blätter berichten, daß in der Gebärklinik des Wiener Allgemeinen Krankenhauses in den letzten Tagen sechs neugeborene Kinder infolge unzureichender Beheizung der Spitalräume an Lungenentzündung erkrankt und gestorben sind. — Wieviele werden ihnen noch im Laufe des Winters folgen!

Englands Eisenbahner fordern. Nach einer Mitteilung des Sekretärs des englischen Eisenbahnerverbandes, Thomas, verlangen die Eisenbahner Englands, Teilhaber an der Industrie zu sein. Thomas sagt: Wir wollen Eisenbahndirektoren sein und werden es auch sein.

Die Noskediktator. Bei der Auflösung des Berliner Vollzugsausschusses wurden Papiere und Akten beschlagnahmt und die meisten Mitglieder verhaftet. Von den Verhafteten sind bisher die festgenommenen Führer der Unabhängigen Otto Henkel, Otto Kraatz und Oskar Rusch sowie das Mitglied des Metallarbeiterverbandes, Paul Pfaffenschläger, auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken wieder entlassen. Andere werden noch festgehalten, darunter befinden sich Heinen, Maltzahn, Ratke, Neumann, Eckert und Blumenthal. Die Räume des Berliner Parteibureaus in der Schicklerstraße sind militärisch besetzt. Dort wurden ebenfalls drei Genossen verhaftet. In Haft genommen wurden außerdem Leute, die in der Nacht versuchten, kommunistische Flugblätter zu verteilen. Weiter sind in Haft genommen verschiedene Leute, die Plakate der kommunistischen Partei an Häusern anheften wollten, mit Ausrufen wie: „Hoch die Kommunisten", „Nieder das Geld!", „Es lebe die Weltrevolution!" Einige Versammlungen sind aufgelöst worden. An den wichtigsten Verkehrspunkten und Hauptführungsstraßen sind in bestimmten Abständen Patrouillen und Abteilungen untergebracht, die mit Maschinengewehren und Flammenwerfern ausgerüstet und Stacheldrahtsperrketten versehen sind.

Verprügelte Stadtverordnete. In der Stadtverordneten-Versammlung in Neukölln stand ein sozialdemokratischer Antrag zur Beratung, dem kommunalen Arbeiterrat die Geldmittel zu entziehen. Plötzlich drang eine Anzahl Kommunisten in den Sitzungssaal ein und sprengte die Versammlung. Mehrere Stadtverordnete, darunter der Rechtssozialist Wermuth wurden verprügelt. Die Reichswehr kam zu spät. Später trat die Sitzung wieder zusammen. Rechtssozialisten und Bürgerliche nahmen gegen die Stimmen der Unabhängigen den Antrag auf Auflösung des Arbeiterrats an.

Militaristische Greueltaten, Militärjustiz u. bürgerliche Presse

Von Felix Halle-Berlin.

In ihrer Morgenausgabe vom 5. November bringt das Berliner Tageblatt einen Leitartikel „Der Fall Helmhake" von Dr. Ernst Feder über die sadistische Ermordung eines Untergebenen durch Mißbrauch der militärischen Dienstgewalt seitens des Kompagnieführers. Selbst unter den ungezählten Grausamkeiten des Weltkrieges ist dieser Fall und seine Erledigung markant, denn er zeigt mit besonderer Klarheit nicht nur die Rohheit eines einzelnen Mannes der höheren Stände mit sogenannter Bildung, sondern er legt Zeugnis ab für die Verruchtheit eines Systems, das durch die tatsächliche Straffreiheit, die es den Vorgesetzten gewährt, gewalttätige Naturen zu solchen Verbrechen geradezu ermuntert. Nicht weniger bezeichnend aber als der Fall selbst ist die journalistische Begründung, die das Vorkommnis in dem Hauptblatt der Berliner „fortschrittlichen Bourgeosie" gefunden hat.

Da ein gewisser Nationalismus jetzt dem Bedürfnis der Demokratischen Partei entspricht, so beginnt Dr. Feder seinen Artikel mit einem Protest gegen die Entente, die in ihrer Drohnote vom 12. September auf den Widerspruch zwischen Artikel 112 der Weimarer Verfassung, nachdem kein Deutscher ausgeliefert werden darf, und den Auslieferungsverpflichtungen des Versailler Vertrages hingewiesen hat. Feder gibt zu, daß der Widerspruch zwischen Weimar und Versailles klar und offenbar ist. Er stellt aber dann die Behauptung auf, daß die von der Entente auferlegten Bedingungen dem elementaren Grundsatz jedes Staatsrechtes, der die Auslieferung der eigenen Staatsangehörigen verbietet, widersprechen. Er erklärt apodiktisch, daß der Grundsatz der Nichtauslieferung der eigenen Bürger Fundamentalsatz des Auslieferungsrechtes in England genau so wie in den Vereinigten Staaten ist. Es muß im Auslande einen geradezu kläglichen Eindruck hervorrufen, wenu man über das ausländische Recht noch in anmaßendem Tone derartige grobe Unrichtigkeiten vorbringt. In England und den Vereinigten Staaten gilt das Territorialprinzip; zuständig für die Bestrafung eines Verbrechens ist die Gerichtsherrschaft des Tatortes (forum delicti commissi). Entsprechend diesem Grundsatz liefern England und die Vereinigten Staaten bei allen schweren Verbrechen, Mord, Totschlag usw. flüchtige Verbrecher, auch die eigenen Nationalen, dem Gericht des Tatortes aus. Dieser Standpunkt des englisch-amerikanischen Rechts hat bei allen Auslieferungsverträgen mit den kontinentalen europäischen Staaten, welche ihre Nationalen grundsätzlich nicht ausliefern, wegen der Grundsätzlichkeit große Schwierigkeiten bereitet. Diese Rechtslage mußte jemandem, der den Mut hat, über schwierige Fragen des internationalen Rechts zu schreiben, bekannt sein, zum mindesten sollte er sich vorher informieren.

Nach seinem mißglückten Ausfall gegen die Entente fordert Feder die Aufrechterhaltung einer rasch und rücksichtslos durchgreifenden Rechtspflege, die aber niemals Gegenstand des Parteistreits sein darf. Mit anderen Worten: er versucht schon, bevor er den Fall mitgeteilt hat, das System des Militarismus gegen diejenigen Parteien, welche ihm ein Ende bereiten wollen, in Schutz zu nehmen. Zur Sache selbst machte er folgende Angaben:

„Karl Helmhake, ein junger Kaufmann, meldete sich im Oktober 1914, noch nicht zwanzigjährig, als Freiwilliger bei einem Berliner Garderegiment. Er wurde eingestellt, tat mit Lust und Liebe und peinlicher Gewissenhaftigkeit seinen Dienst und kam im Februar 1915 ins Feld. Ein Brief von der Karpathenfront vom 1. März war die letzte Nachricht, die die Eltern von ihm erhielten. Nach mehrfachen Anfragen erst bekam der Vater schließlich vom Kompagnieführer die Auskunft, daß sein Sohn an blutigem Dünndarmkatarrh verstorben sei; ihm sei die „beste körperliche und ärztliche Pflege" zuteil geworden. Die Kompagnie betrauere in ihm einen „tüchtigen Soldaten und guten Kameraden."

Aus brieflichen Andeutungen eines Kameraden des Verstorbenen entnahm der Vater indes, daß es mit dem Tode seines Sohnes eine andere Verwandtnis haben müsse. Was war vorgefallen? Während des Krieges konnten keine Feststellungen getroffen werden. Erst vier Jahre später gelang es dem Vater, durch Befragung einer Anzahl überlebender Kameraden, eingehende Ermittlungen anzustellen, die zu einem furchtbaren Ergebnis führten: Karl Helmhake, so lautet die Anklage, die der Vater auf Grund dieser Ermittlungen erhebt, ist einem Verbrechen seines Kompagnieführers zum Opfer gefallen.

Etwa Mitte März war Helmhake mit einem Kameraden nach Lebensmitteln ausgeschickt worden. Sie verirrten sich auf dem Rückweg und blieben die Nacht über aus. Bei ihrer Rückkehr fehlte von den requirierten Lebensmitteln ein Käse. Helmhake wurde hierfür vom Kompagnieführer mit drei Tagen strengen Arrestes bestraft und bei einer Kälte von 25—30 Grad fest an einen Baum gebunden. Helmhake, der ein Jahr zuvor eine schwere Blinddarmentzündung durchgemacht hatte, brach beim Losbinden sofort zusammen. Dieselbe Strafe wurde ihm zudiktiert, als er einige Tage darauf beim Gewehrreinigen erklärte, wegen körperlicher Schwäche den Dienst nicht machen zu können. **Ein Sergeant band Helmhake bei der furchtbaren Kälte so stramm an den Baum, daß er nach der Aeußerung eines Zeugen „vor Schmerzen verzagte"** und dem Sergeanten zurief: „Wir rechnen noch einmal ab!"

Diese Aeußerung wurde dem Kompagnieführer gemeldet, der sich zu dem Arrestanten begab, der, **losgebunden, sofort zusammenbrach.** Der Kompagnieführer schlug ihm **zweimal mit der Hand kräftig ins Gesicht.** Er ließ ihn in **ein sumpfiges, kotiges Erdloch bringen, in dem er wie leblos dalag.** Vor das Erdloch wurde ein Doppelposten gestellt mit der Anordnung, daß Helmhake weder **zu essen noch zu trinken bekommen,** auch nachts **nicht austreten dürfe.** So blieb er vier bis fünf Tage fast ohne Nahrung. Mitleidige Kameraden steckten, dem strengen Verbot entgegen, ihm hin und wieder etwas zu. Einer, der nachts Posten stand, hörte Helmhake vor sich hinwimmern: „Trinken, trinken!", konnte das schließlich nicht mehr aushalten, kroch, dem Befehl zuwider, in das Erdloch und lielt ihm einen Schneeball an den Mund, an dem der Sterbende im Fieberdurst leckte.

Am nächsten Morgen zerrtenihn auf Befehl des Kompagnieführers zwei Krankenträger aus dem Unterstand, um ihn zur Latrine zu führen. Er war so schwach, daß er sich nicht bewegen konnte und **geschleift werden mußte.** Der Kompagnieführer, der dabei stand und rief: **„Das Mistvieh verstellt sich ja nur, trampelt ihn doch in den Hintern, ist denn das Aas noch nicht krepiert!"** und stieß ihn dabei **mit dem bestiefelten Fuß derart, daß er hinabstürzte!** Er mußte schließlich in das Erdloch zurück gebracht werden. Nach Angabe der Zeugen hatte hatte er **hochgradiges Fieber, gebrochene Augen und „war nur noch Haut und Knochen."** Die folgende Nacht starb er im Erdloch. Ein Arzt war nicht hinzugezogen worden: erst die Leiche wurde einem Arzt zur Sektion übergeben.

Das ist, nach der Anklage, die der Vater erhebt, „die körperliche und ärztliche Pflege", die dem „tüchtigen Soldaten und guten Kameraden" nach der Mitteilung des inzwischen zum Oberleutnant beförderten Kompagnieführers zuteil geworden war.

Am 20. Mai 1919 wurde die oben wiedergegebene Anklage in kurzen klaren Sätzen formuliert, deren jeder unter Zeugenbeweis gestellt war, dem Kriegsministerium überreicht und von diesem über das Generalkommondo an das zuständige Militärgericht in Berlin-Schöneberg weitergeleitet. Dann hörte der Vater nichts mehr davon.

Als er sich nach viereinhalbmonatigem Warten entschloß, bei dem die Untersuchung führenden Kriegsgerichtsrat nachzufragen, erfuhr er, daß in der Angelegenheit folgendes geschehen war: Der Beschuldigte war vernommen worden. An einem zweiten Tage waren die in der Anzeige benannten Zeugen vernommen worden, dann war das Berliner Regiment nach dem Verbleib von Entlastungszeugen angefragt worden. Das war fünf Wochen her, sodaß das Verfahren seitdem, um einen juristischen Kunstausdruck zu gebrauchen, ruhte. — Es muß die Oeffentlichkeit interessieren, daß eine Untersuchung, in der so ungeheure Beschuldigungen erhoben sind, in einer so lässigen Weise geführt wird. Bittere Gefühle müssen, nicht nur in dem Betroffenen, erwachen und die Frage muß auftauchen, ob wohl, wenn ein Soldat beschuldigt würde, den ihm vorgesetzten Offizier zu Tode gemartert zu haben, die Militärjustiz ein ebenso gemächliches Tempo eingeschlagen hatte.

Welche Folgerungen zieht nun das Berliner Tageblatt aus diesem Vorkommnis? Der Verfasser lehnt jede Verallgemeinerung ab und fordert eine Verbesserung des Beschwerderechts, weil das Gefühl des Doch-Nie-Recht-Bekommens eine Quelle des Offiziershasses ist, aus der die Zertrümmerung der Front vielmehr Nahrung gesogen hat, als aus der gesamten Agitation der Feinde und der „Kommunisten". Er verlangt Reformen des Militärsystems, weil die Bourgeoisie der Bajonette und Maschinengewehre bedarf, um ihre „vollendete Demokratie" aufrecht zu erhalten. Im Tanze um das goldene Kalb opfert die Bourgeoisie ihre eigenen Kinder dem Moloch des Militarismus. Nur die Beseitigung des fluchbeladenen Systems kann vor der Wiederholung derartiger Verbrechen schützen, die mit diesem System unlöslich verbunden sind.

Wie man in Deutschland mit Armeniern umsprang

Gleich und gleich gesellt sich gern. So fand auch in diesem Kriege der preußische Militarismus eine Seelenverwandtschaft in dem Bündnis mit dem verrotteten und brutalen Türkentum. Was sich der Preuße in der Niederknüpplung und Abschlachtung der niedergeworfenen Völker Belgiens und Frankreichs geleistet hat, kommt den Massakers gleich, die die Türken unter den Männern und Frauen Armeniens veranstalteten.

Zu jeder Stunde des Tages und der Nacht trieben sie die Bevölkerung halbnackt aus den Betten, plünderten die Häuser, verbrannten die Dörfer, rissen den Menschen das Brot aus den Händen, rollten sie mit gebundenen Gliedern die Berge hinab und stürzten sie zusammengefesselt in die Flüsse. Türkische Offiziere und Beamte schleppten im wilden Delirium des Blutes die zarten Gestalten der Waisenmädchen zu ihren viehischen Vergnügungen und schlugen zur Kurzweil mit Knüppeln auf hochschwangere Weiber und Sterbende.

Eine Nation von hoher Kultur, von reicher Vergangenheit, von unvergeßlichen Verdiensten um Kunst und Wissenschaft, von tiefer Religion, ein christliches Volk wurde hier, unter den Auspizien des „hohen" Bundesgenossen Deutschland buchstäblich vom Erdboden weggewischt. Was nicht erschlagen, beraubt, erschossen, erhängt, vergiftet, erdolcht, erdrosselt, von Seuchen verzehrt, ertränkt, erfroren, verdurstet, verhungert, verfault, von Schakalen angefressen im eigenen Lande umkam, schmachtet in türkischer Gefangenschaft, im türkischen Harem.

Aber nicht genug dieser rechtlosen Stellung im eigenen Lande, auch in Deutschland selbst war die Lage der verfolgten und gehetzten Armenier eine fast ebenso unglückliche.

Aus Armenierkreisen geht uns hierzu folgendes belastendes Material zu:

Den schlimmsten Verfolgungen und Erpressungen waren wir Armenier hier in Hamburg von seiten des türkischen Generalkonsuls und der deutschen Exzellenz Ferid Fahri Bey ausgesetzt.

Seinen Gemeinheiten standen wir völlig wehrlos gegenüber. Alle Personen, die ihm mißliebig waren, ließ er mit Hilfe der deutschen Polizei ausweisen. So erging es allen, die sich seinen niederträchtigen Schikanen und Erpressungen nicht fügten.

So ließ er ohne jeglichen Grund und lediglich aus Haß den griechischen Popen Alexandros Wassiliades aus Hamburg entfernen.

Zwei andere Griechen, die Brüder S . ., verfolgte er ebenfalls mit seinen Gewalttätigkeiten indem er ihnen unter Drohungen Geld abzupressen suchte. Seine schmutzige Geldgier ging sogar soweit, daß er einem Herrn Iftijan Djupanoff, der verunglückt war und noch krank lag, mühsam in Scheidemünzen und Pfennigstücken gesammelte 10 Mark abpreßte (! D. Red.). Dessen schämte sich die deutsche Exzellenz ganz und gar nicht.

Die Brüder Moisiades, die sich diesen Erpressungen nicht fügten, wurden gewaltsam nach Konstantinopel abtransportiert.

Aber auch in seinen Amtsgeschäften war der Konsul von keiner besonderen Sauberkeit. Die bei der Ausfertigung von Dokumenten zu zahlenden Stempelgebühren pflegte er stets aus eigener Machtvollkommenheit um das Doppelte zu erhöhen. Deutsche Mädchen, die sich als Krankenschwestern nach der Türkei melden wollten, versuchte er zu anderen Zwecken zu verhandeln. Nur die hohe Moral seines armenischen Konsulatssekretärs wird soundsoviel Hamburger Mädchen vor diesem Scheusal geschützt haben.

Freilich war die deutsche Exzellenz mit diesem gewissenhaften Beamten nicht zufrieden und ließ ihn bei der Polizei als einen gefährlichen Armenier und Spion verdächtigen und durch sie ausweisen, obwohl die Polizei später selbst zugeben mußte, daß kein Grund zur Ausweisung vorgelegen habe.

Die Griechen und Armenier waren bei dem Herrn türkischen Konsul Schweine und seine deutschen Bundesgenossen gut dressierte Bestien.

Diese Angaben sind interessante Beiträge zu dem Kapitel Armeniergreuel und illustrieren treffend, wie sich die kaiserlich-preußische Regierung den Schutz der kleinen Völker hat angelegen sein lassen. Hoffentlich genügen diese Zeilen, die deutsche Volksregierung zu veranlassen, dem Herrn Konsul Ferid Fahri, der sich noch immer in Berlin aufhalten soll, ganz energisch den Prozeß zu machen. (Hamburger Volkszeitung.)

Politische Rundschau

Deutschland

Hugo Haase

Nach einem vollen Monat Hangens und Bangens qualvoller Ungewißheit hat der Tod dem arbeitsreichen Leben des Genossen Haase ein Ende bereitet, einem Leben, voll von Herzensgüte und hohem Idealismus, das fast drei Jahrzehnte hindurch voll und ganz dem Klassenkampfe des Proletariates, der Niederringung der kapitalistischen Fron, der Propaganda für den Sozialismus gewidmet war. Bedeutet sein Ableben für die Angehörigen und Freunde den unersetzlichen Verlust des liebevollsten Familienvaters und treuen Beraters, so für die Unabhängige sozialdemokratische Partei die Einbuße eines ihrer Besten und Größten und Einflußreichsten, eines Führers, dessen Verlust die Partei in der gegenwärtigen Situation besonders schwer trifft.

Früh schon nahm er in der Sozialdemokratie eine führende Stellung ein. In Allenstein geboren, besuchte er nach Uebersiedlung seiner Eltern nach dem ostpreußischen Städtchen Wormditt dort zunächst die Volksschule, später das Gymnasium in Rastenburg und vollendete seine Ausbildung auf der Universität in Königsberg. Seine Studien erstreckten sich hauptsächlich auf Jura und Staatswissenschaften. 1890 ließ er sich als Rechtsanwalt in Königsberg nieder. Bald darauf finden wir ihn auch bereits als offenen Bekenner zur Sozialdemokratischen Partei. Im Jahre 1895 zog er als erster Sozialdemokrat in die Königsberger Stadtverordneten-Versammlung und 1897 als Vertreter der Partei des Proletariats in den Reichstag ein. Bei den Hottentottenwahlen wurde er noch einmal wieder hinausgedrängt. Seit den Wahlen von 1912 gehörte er dem Reichsparlamente ohne Unterbrechung an.

Auf dem im Jahre 1911 in Jena stattgefundenen Parteitage wurde Genosse Haase zu dem höchsten Ehrenamte berufen, das die Partei zu vergeben hat. Durch den Tod des Genossen Paul Singer war der zweite Vorsitz in der Gesamtpartei vakant geworden. Der Parteitag berief Haase zum Nachfolger Singers. Diese Nachfolge auferlegte ihm, wie Bebel damals ausdrücklich hervorhob, große Opfer. Er mußte seine ausgedehnte Rechtsanwaltspraxis in Königsberg aufgeben. Er tat es, um der Partei zu dienen. Ein Beweis, in welch hohem Maße ihm das Parteiinteresse über die wichtigsten eigenen Interessen ginge.

Dieser selbe Charakterzug offenbarte sich in noch eindringlicherer Weise, als er, obwohl zu den leidenschaftlichsten Bekämpfern der Kriegspolitik gehörig, am 4. August die diese Politik der Regierung gutheißende und unterstützende Erklärung der vom Kriegsrausch erfaßten Mehrheit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlas. Er hoffte, der weitere Fortgang der Ereignisse werde auch die Kriegsbewilliger auf den Boden sozialdemokratischer Politik zurückführen. Er belastete sich opferwillig mit dem Odium des Verrates an den sozialdemokratischen Grundsätzen, weil ihm damals die Wahrung der Einheit der Partei und die Rückkehr der Kriegssozialisten zu sozialdemokratischer Politik noch möglich schien.

Uneigennützig, opferbereit hat er alle Zeit seine von politischem Scharfblick und klugem Urteil geleiteten großen Kräfte in den Dienst der Partei gestellt. In der Partei selbst hat er stets auf dem linken Flügel, dem des konsequenten Marxismus bestanden. Schon eine flüchtige Durchsicht der Parteitagsprotokolle gewährt einen interessanten und wohltuenden Einblick in das politisch schaffensreiche, von hohem Idealismus außerordentlich scharf ausgeprägte Gerechtigkeitsgefühl, tiefem proletarischen Mitempfinden, großem Wissen und energischem Wollen getragenen Leben dieses leider in der Vollkraft seiner Schaffenslust dahingerafften Mannes.

Als die Revolution ausbrach und das drakonische Regime des halbabsolutischen preußisch-deutschen Monarchismus krachend niederriß, schien es einen Augenblick, als ob der schweren seelisch und körperlich außerordentlich aufreibenden Arbeit hoher Preis dem allezeit im Vordergrunde der heißesten Kämpfe gestandenen Genossen Haase noch mit beschieden werden sollte. Es ist anders gekommen. Fast zwei Monate lang gehörte er der Revolutions-Regierung an. Obwohl selbst Gegner der Beteiligung an einer Regierung mit den Rechtssozialisten, hält er sich auch hier nicht einen Augenblick zurück, als die Partei gegen seine Auffassung entschieden hatte. Nur zu bald zeigte sich, daß eintrat, was Haases kluger Blick vorausgeschaut, die Unmöglichkeit, mit den Rechtssozialisten eine den Interessen des Proletariats entsprechende Politik betreiben zu können. Aufs Neue begann der Kampf gegen die finsteren Mächte der Reaktion, die jetzt in den rechtssozialistischen Regierungshäuptern ihre tatkräftigste Stütze fand. Ein gut Teil des Erfolges dieses Kampfes hat Genosse Haase noch gesehen. Die Partei, an deren Spitze er stand, wuchs zu derselben Stärke empor, die füher die geeinte Partei besaß. Ihr politischer Einfluß, obwohl im Parlament auf ein äußerst winziges Maß beschränkt, beherrschte bald die Friedenspolitik des gesamten Reichs. Sein Name war schon durch seine trefflichen Antikriegsreden zu einem Symbol geworden weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Er wurde es in den Tagen des heißesten Kampfes um den Friedensvertrag noch mehr.

Nun ist dieses Leben ausgelöscht. Trauernd steht das klassenbewußte Proletariat nicht nur Deutschlands sondern der gesamten Welt im Geiste an der Bahre. Wieder ein Opfer mehr. Der die Mörderhand nach ihm ausstreckte, ahnt vielleicht am wenigsten, was für ein reiches und edles Leben seinem Wahne erlag. Genosse Haase ist nicht mehr. Aber der Kampf, dem er sein Leben widmete, geht weiter. Unausgesetzt mehrt sich die Kämpferschar. Allen reaktionären Gewalten, die sich in den letzten Wochen wieder besonders gegenrevolutionär geberden, zum Trotz. Und dieser Kampf wird das kampfgewohnte Proletariat zum Siege führen. Wohl läßt sich mancher der Kämpfer durch Mord, Zuchthaus, Schutzhaft und wie die schönen Mittel der Wüteriche gegen den revolutionären Geist der aufwärtsstrebenden Bevölkerungsklassen alle heißen, dezimieren, aber wer da glaubt, daß damit die goldene Herrschaft des Kapitals verewigt oder auch nur wesentlich verlängert werden könnte, der irrt ganz gewaltig. Und der Todestag des Genossen Haase wird dem Proletariat zugleich ein Tag des Gelöbnisses sein, zu vollenden, was unter der schöpferischen Mitarbeit des Dahingestreckten schon verheißungsvoll zu gedeihen begann.

Die Regierung und das deutsche Volk

Eine Bekanntmachung der Regierung hat folgenden Wortlaut:

Volksgenossen!

Ein vernichtender Streich soll gegen Euch geführt werden. Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen.

Diese für Zehntausende von Einzelexistenzen außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Gespenst des Hungers, der Kälte und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die frei werdenden Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunutzen. Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgerufen! Ein Anschlag auf Leben und Gesundheit wird damit geschmiedet, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front den entschiedensten Widerstand entgegensetzen muß.

Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll weiter gekämpft werden. So diktiert es eine zum Aeußersten bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von den Radikalen beherrschte Fünfzehnerkommission und der unabhängig-kommunistische Rumpfvollzugsrat. Sie sprechen offen von dem „nun politisch gewordenen Kampfe".

Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufschub duldet, und es wird sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen Elemente wehren, die es noch tiefer ins Unglück stürzen. Wir sind verantwortlich für Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutschen. Wir werden sie mit Aufbietung aller Kraft schützen.

Volksgenossen! Steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite, es geht um Euch, um Eure Frauen und Kinder.

Berlin, den 5. November 1919.

Die Reichsregierung.

Bauer. Schiffer. Dr. Bell. Dr. David. Erzberger. Dr. Geßler. Giesberts. Koch. Dr. Mayer. Müller. Roske. Schlicke. Schmidt.

Die preußische Regierung.

Hirsch. Braun. Fischbeck. Haenisch. Heine. Oeser. Stegerwald. Dr. Südekum. am Zehnhoff.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

17]

Beide Hände drückte er jetzt gegen seine heiße Stirn, hinter der es fieberhaft hämmerte und klopfte.

Er durchmaß den weiten Raum seines Arbeitszimmers mit großen, hastigen Schritten, zermarterte sich das Gehirn: wo — wo — wo??

Da — blieb er mit einem Ruck plötzlich stehen.

Mit geschlossenem Augen stand er mitten auf dem dicken, dunklen Afghanistanteppich, als sähe er eine Vision .

Jetzt — jetzt — erinnerte er sich .

Damals — damals war es, an dem Tage der Verhandlung, als er von der Sitzung heimkehrte und die Treppe zu seiner Wohnung hinaufstieg, noch angefüllt von den wahnsinnigen Erregungen dieser Affäre. Da hatte dieses Bild leibhaftig vor seinem geistigen Auge gestanden.

Da hatte er sich als mittelalterlichen Henkersknecht gesehen, der dieser blonden Dirne die Kleider vom Leibe gerissen hatte und sie mit Rutenhieben geißelte.

Unter der Wucht dieses schrecklichen Bildes, dieser marternden Vorstellung hatte er damals so tief und schmerzlich auf der Treppe unten aufgestöhnt, daß Rosalinde heruntergejagt kam, weil sie fürchtete, es sei ihm etwas zugestoßen.

Seltsam, seltsam, höchst, höchst grauenvoll.

War es nicht wie eine telepathische Uebertragung, wie eine Fernsuggestion, daß diese symbolische Darstellung und Fassung des Vorgangs an Gerichtsstelle von ihm, Jordan, auf den fern weilenden Maler sich übertrug?

Er nützte seine starke Kunst, ihn, den Feind und Quäler, den Henker, mit der Gestaltung einer Vision zu strafen, die er, Jordan, selbst und zuerst gehabt hatte.

Wenn er sich zur Pein, zur Eigenqual, einem Maler den Auftrag gegeben hätte, dieses von Jordan in Gedanken erschaute Schreckensbild auf das Papier zu werfen, es hätte kaum viel anders aussehen können als dieses Blatt, das da vor im lag und zu dem er nun mit raschen Schritten wieder hineilte, um es bis in die zartesten und feinsten Striche zu studieren.

Welch eine Brust hatte dieses Mädchen! Das ließen die strengen Falten des englischen Kostüms nicht ahnen, daß sie so — so Göttinnenhaftes deckten!

So mochte Helenas Körper gewesen sein, der Leib jener Frau, um die Schlachten um Trojas Mauern tobten, um deren Besitz Hekatomben von Opfern fielen, eine Stadt zerstört und verbrannt wurde, Helden und Könige dahinsanken

Ihm, Jordan, trat die leibhaftige Schönheit einmal, ein einziges Mal im Leben in den Weg, und anstatt sie huldigend anzubeten, schlug er mit der Geißel der Verachtung auf sie los!

Schinderknecht — siehst du nicht — wohin du schlägst?!

Auf die Knie vor dem Göttlichen — das war der Sinn, die Deutung dieses Blattes. Es hätte seine Unterschrift sein können, spräche der Vorgang nicht für sich selbst deutlich und laut genug.

Jordan wimmerte auf wie ein geschlagenes Kind, denn nun übersah er in völliger Klarheit den Hergang der Dinge und ihre tiefinneren Zusammenhänge.

Gegen einen Menschen war er erbarmungslos gewesen, und die Pein, die er diesem bereitet hatte, sie fiel jetzt auf ihn selbst zurück.

Von dem Augenblicke an, da er den von den Klagen der Unglücklichen widerhallenden Gerichtssaal verlassen hatte, bis zu diesem Moment, war er der Qual noch nicht wieder ledig geworden, der Qual, die er, er selbst anderen bereitet und zugefügt und die nun in einem seltsamen und rätselhaften Kreislauf auf ihn — ihn selber zurückfiel.

Das Bild — das Bild hier log.

Es war sein Blut, seins, das unter den Geißelhieben aufspritzte, mit denen sein belastetes Gewissen ihn klatschend traf ...

Zur Verschärfung dieses Leidens hatte das gerechte Schicksal ihm dieses Künstlerblatt ins Haus geschickt, nun schlürfte er in tiefen, tiefen Zügen das Gift aus diesem Becher, das süß schmeckte, dessen Wüten er jetzt schon in seinem Blute spüren konnte.

Mit Grauen sah er: hier bereitete sich sein Schicksal vor. Er stand — das spürte er fast körperlich — er stand vor Wandlungen, vor Wendungen seines Geschicks, von denen er noch nichts sehen konnte. Jedoch er hörte den heranschleichenden Schritt der Erinnyen. Er spürte, hier packte ihn etwas, davon er sobald nicht wieder loskommen würde. Eine Gewalt griff in sein Leben dunkel und schrecklich, rätselhaft und furchtbar — das spürte er zagend, und tiefe Ratlosigkeit ergriff von ihm Besitz.

Und das in solchem Grade, daß er nicht einmal mit sich darüber ins Reine kam, wie er sich diesem Maler gegenüber verhalten sollte, der ihn beleidigt hatte. Das war vom Auslande her geschehen, aus einem Meraner Hotel, von dem aus der junge Herr zweifellos sich rasch noch in weitere und größere Sicherheit vor den Schritten bringen würde, die der von ihm beleidigte Berliner Staatsanwalt hätte tun können.

Nachdem er einen ganzen Tag, ohne zu einem Entschluß kommen zu können, hierüber nachgegrübelt hatte, erhielt Jordan drei Tage darauf einen eingeschriebenen Brief von Lokatos, diesmal von Budapest aus datiert, der diesen Wortlaut hatte:

Mein Herr!

Meinem tiefen Haß und der ganzen Verachtung, die ich für Sie fühle, muß ich noch deutlicheren Ausdruck geben. Ich habe auf der ganzen Welt niemals einen Menschen getroffen, der in gleichem Maße wie Sie Freude und Lust am Zerstören fand, ein so teuflisches Vergnügen, andere zu peinigen und zu martern. So gewiß mir das ist, so sicher weiß ich auch, daß Ihr Amt dieses Maß von Unmenschlichkeit und Grausamkeit nicht von Ihnen verlangt. Es gibt auch menschenfreundliche Staatsanwälte. Ich mußte erst Sie und Ihre Art der Amtsführung kennen lernen, um Berthold Auerbachs Wort ganz zu begreifen, der einmal schrieb: Ich möchte lieber Totengräber sein als Staatsanwalt.

Glauben Sie wirklich, daß der Hüter der Gesetze von Amts wegen dazu verpflichtet ist, jeden bei einer Strafsache aufgerufenen Zeugen tief in seiner Ehre zu kränken und die Motive direkt oder indirekt an dem Strafverfahren Beteiligter immer nur als die verworfensten anzunehmen und in Rechnung zu stellen? Sie sind kein Staatsanwalt, zur Ehre Ihres Standes sage ich das. Ein Henkersknecht sind Sie, ein Büttel, dessen höchste Wonne es ist, junge Hexen zu stäupen. Sie kamen um etliche Jahrhunderte zu spät in die Welt. Haben Sie Rechtsgelehrter in Ihrer amtlichen Verknöchertheit zeitlebens nie etwas von sozialen Verkettungen gehört? Ist es Ihrem zeitfremden Auffassungsvermögen nicht einzutrichtern, daß die sexuelle Moral der proletarischen Stände niemals die gleiche sein kann wie die der privilegierten Schichten?

Muß ein Portierkind, das, schlecht behütet, seinem ersten Liebesdrange folgt und von jungen Anbetern seiner Schönheit hier ein Kleid, da ein Paar Schuhe, dort einen Notgroschen zum Geschenk nimmt — immer gleich eine Kontrolldirne geschmäht werden? Ein „geborenes Kontrollmädchen"?

Ist das erzieherisch? Ist das sozial gedacht? Ist das christlich?!

Mit Verachtung begegnen Sie denen, die ihr schwerer Lebenskampf in Konflikt mit den Gesetzen brachte. Mit Verachtung denen, deren Zeugnis Sie zur Stützung Ihrer Anklage benötigen — mit Verachtung jedem, der in den Rechtshandel irgendwie verwickelt ist. Von der Höhe Ihres kurulischen Sessels, von der unangreifbaren Verschanzung Ihrer Amtsstellung herab frönen Sie Ihrem sadistischen Gelüst der Menschenpeinigung nach Herzenslust und sind deshalb für mich wie für jeden anständig Empfindenden ein feiger, boshafter Wicht, dessen ethischer Wert tief — tief unter dem eines Weibes steht, das Ihr Pharisäersinn auf Grund denunziatorischer Spionenbezichtigung als der schweren Kuppelei schuldig und überführt ins Zuchthaus schickt. (Fortsetzung folgt.)

Die Proklamation ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung in bösester Form. Die Kartoffelversorgung müßte längst durchgeführt sein. Niemals ist es in Deutschland üblich gewesen, bis in den November hinein Kartoffeln zu hunderttausenden Zentnern in der Erde zu lassen. Unsere Leser entsinnen sich der Zuschrift aus dem Kreise Flatow, die wir in der letzten Nummer brachten. 40000—50000 Zentner Kartoffeln sind dort eingefroren, vernichtet durch Nachlässigkeit oder Eigennutz. Genau so siehts in anderen Kreisen aus. Die Regierung ist hierfür die verantwortliche Stelle. In gleichem Maße ist sie's bei der jämmerlichen Kohlenbelieferung. Es steht fest, daß in den Bergwerksdistrikten Kohlen genügend gefördert sind. So reichlich, daß mehr als einmal Kohlenhalden infolge des Lagerns durch Selbstentzündung in Brand gerieten. Wenn nun schon unser Eisenbahnverkehrswesen versagte, warum nahm man nicht die Wassertransportwege in Benutzung? Die deutschen Ströme bilden Verkehradern, wie sie in Europa nur wenige Länder aufzuweisen haben. Ohne Stromschnellen und während des größten Teils ihres Laufes schiffbar. Wenn nicht genügend Kähne und Flußdampfer vorhanden wären, hätten ein paar hundert Prähme zusammengeschlagen werden müssen. Auch hier hat die Regierung organisatorisch völlig versagt. Als ihr das Feuer buchstäblich auf den Nägeln brennt, weiß sie nichts besseres zu tun, als 10 Tage den Personenverkehr lahmzulegen. Ob nicht auch politische Gesichtspunkte bei der Wahl gerade dieses Termins mitsprachen?

Im Metallarbeiterstreik handelt es sich um eine Machtprobe der Unternehmer, die die Betriebsräte beseitigen wollen. Die Arbeiter wissen, es ist der erste Schritt zum Abbau der Löhne, das heißt bei der heutigen Geldentwertung kommende maßloser Ausbeutung. Sie können das nicht hinnehmen. Die Regierung, die für „Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutscher verantwortlich" sein will, unterstützt die Kapitalisten. Wer bildet den größeren Teil des Volkes, die Unternehmer oder Arbeiter? Summa Summarum: unwahre, dumme und scheinheilige Redensarten sind es, die wir vorgesetzt bekommen und mit denen man jedem denkenden Arbeiter vom Leibe bleiben soll.

Henke, der Denunziant

Unter diesem Kinotitel passierte kürzlich durch die vereinigte bürgerlich-rechtssozialistische Presse eine Notiz, in der Herr Hermann Henke anläßlich seiner Rede in der Nationalversammlung zum Etat des Innern vorgeworfen wurde, er hetze durch lügenhafte Behauptungen die Entente auf Deutschland. Bei der Schilderung der konterrevolutionären Bewegung in Deutschland hatte Henke gesagt, die Bildung der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligenregimenter verstoße gegen die Bedingungen des Friedensvertrages. Denn durch sie sei die Zahl der militärisch Bewaffneten und Organisierten in Deutschland auf weit über die von Crispien in Luzern mitgeteilte Ziffer von 1200000 gestiegen. Auf Zwischenrufe, die Henke der Lüge und Denunziation an die Entente zum Zwecke erneuter Repressalien an Deutschland zeugten, soll er geantwortet haben: „Deshalb sage ich es ja!"

Nach dem amtlichen Stenogramm spielte sich der Vorgang folgendermaßen ab:

Abg. Henke: Es sind noch vielmehr als 1200000, die heute bewaffnet sind. (Abg. Kahl: Treten Sie doch als Aufsichtsorgan in die Entente ein. Als Polizeikommissar!) Herr Abgeordneter Kahl, ich bin internationaler Sozialdemokrat wie meine Parteifreunde auch. (Abg. Dr. Kahl: Deshalb brauchen Sie das Ausland nicht auf uns zu hetzen!) Gerade deshalb sage ich es, damit es meine Parteifreunde in allen Ländern hören! (Beifall bei den U. S. — Lebhafte Pfuirufe rechts. Abg. Keil: Pfui Teufel, so ein gemeiner Lump!) Es ist notwendig, daß die Sozialdemokraten aller Länder, die wie wir Unabhängigen Sozialdemokraten der Herrschaft des Kapitalismus und seiner stärksten Stütze, des Militarismus, wirlich ein Ende bereiten wollen, über die Dinge in Deutschland aufgeklärt werden nnd das, was ich gesagt habe, war Wahrheit.

Indem man die Wendung Henkes „Gerade deshalb sage ich es" aus allem Zusammenhang riß und ihr einen ganz anderen Sinn unterschob, als sie, wie aus dem Stenogramm hervorgeht, gehabt: konstruierte man die „Denunziation" Henkes und seine Aufforderung an die Entente, Deutschland aufs neue zu bedrängen. Es ist bezeichnend, zu welchen gemeinen Mitteln die Gegner der U. S. P. greifen, um sie zu diskreditieren.

Von ihrem Anstandsgefühl verlangen, diese Richtigstellung zu bringen, darauf verzichten wir! Das hieße ja, Perlen auf dem Misthaufen suchen!

Die Sozialisierung marschiert

Der Preußischen Landesversammlung lag ein Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke vor. Wie groß innerhalb der schwarz-rot-goldenen Blocks der Widerstand gegen alles, was auch nur von ferne wie Sozialisierung aussieht, ergab sich bereits aus der Geschäftsordnungsdebatte, die sich über die Frage entspann, ob überhaupt in die Beratung des Gesetzes eingetreten werden solle. Das Zentrum und auch die Demokraten wollten sie vertagen, bis das Reichs-Kommunalisierungsgesetz verabschiedet worden sei. Hierbei machte der bekannte Heitmann von den Rechtssozialisten das wertvolle Eingeständnis, er habe aus zuverlässigster Quelle erfahren, daß sich das Reichsgesetz noch „im tiefsten Stadium allererster Vorbereitung" befinde und noch kein Zeitpunkt angegeben werden könne, wann es vorgelegt werden wird. Sicher würden darüber noch Monate vergehen. Das werden sich unsere Genossen merken müssen für den Fall, daß wieder einmal der Sozialisierungseifer der Regierung in allen Tönen gepriesen wird.

Der Berliner Generalstreik durch die Rechtser sabotiert

Aus Berlin wird uns geschrieben: Mit Stimmengleichheit hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Generalstreik für Groß-Berlin abgelehnt. Dieser Beschluß der überwiegend rechtssozialistisch orientierten Gewerkschafts-Kommission ist zurückzuführen auf das Verhalten der rechtssozialistischen Parteileitung, die sich mit aller Energie, mit Beschimpfung nnd Verleumdung unserer Genossen, gegen den Generalstreik erklärt hatte. Damit ist er unmöglich gemacht, da der Beschluß der Gewerkschafts-Kommission die notwendige Einheit der Berliner Arbeiterschaft lähmen muß. Ungewollt hat aber auch die Gewerkschafts-Kommission die Berechtigung des Berliner Metallarbeiterkampfes anerkannt Denn in ihrem Sitzungsbericht heißt es:

„ — — — Trotz großer Sympathien für die Durchsetzung der ideellen Forderungen der Metallarbeiter stellten sie sich auf den Standpunkt, die Verantwortung für einen Generalstreik nicht übernehmen zu können. — — —"

Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß diese ideellen Forderungen der Berliner Metallarbeiter, die sich um die Anerkennung der Betriebsräte drehen, von großer Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft sind. Um sie zu verwirklichen, war ja von den streikenden Berliner Metallarbeitern und der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte das Verlangen nach dem Generalstreik gestellt worden. Da nun die Metallarbeiter von der Gewerkschafts-Kommission keine Unterstützung bekommen, ist es umsomehr Pflicht des gesamten Proletariats, ihnen durch materielle Beihilfe das Ausharren im Kampfe zu ermöglichen. Denn ihr Streik geht weiter, trotz dem rechtssozialistischen Verrat, der nur möglich war, weil sich der Klassenverrat der Rechtser, der sich in dem Paktieren mit dem Bürgertum auf politischem Gebiete anbahnte, auswirken muß auch auf wirtschaftlichen Kampfplätzen des Proletariats. — — —

Die Regierungsmaschine gegen den allgemein gewordenen Streik der Metallarbeiter arbeitet bereits prompt. Um die Sympathieaktion der Berliner Arbeiter zu hindern, ist überall in der Stadt Militär konzentriert. Eine Sitzung im Bureau unser Berliner Parteiorganisation, die am 5. November stattfand, wurde abends gegen 7 Uhr von Noskegardisten gesprengt, die sechzehn Teilnehmer verhafteten und nach dem Polizeipräsidium brachten. Die meisten wurden nach einiger Zeit entlassen, während unsere Genossen Herbst, Müller und Rosemann, die Sekretäre unser Berliner Parteiorganisation, am noch inhaftiert waren. Selbst wenn sie an der Vorbereitung des Generalstreiks, der ja nun durch den Beschluß der Gewerkschaftskommission illusorisch geworden ist, beteiligt gewesen wären, änderte das nichts an der verfassungswidrigen Willkür ihrer Verhaftung! Es hat tatsächlich den Anschein, als wolle man das Berliner Proletariat bis aufs Blut reizen und so zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht provozieren, die dann durch ihre Blutarbeit möglichst am 9. November zeigen könnten, wie weit es die Revolution in Deutschland gebracht hat.

In und um Elbing

Unsere Elbinger Revolutionsfeier

Die Veranstaltungen am gestrigen Sonntag standen leider teilweise unter dem Einfluß der Witterung. Die starke Kälte mochte manchen abgehalten haben, daran teilzunehmen. Die Versammlung am Vormittag wies mäßigen Besuch auf. Genosse Baude gedachte nach der Eröffnung des durch Mörderhand gefallenen Genossen Haase. Baude jun. brachte vorher ein Freiligrath'sches Gedicht „Das Lied der Amnestierten im Ausland" zum Vortrag. Sodann erhielt Parteisekretär Grunwald das Wort zum Thema des Tages: „Revolution!" Grunwald behandelte geschichtlich die Ergebnisse der verschiedensten Revolutionen und kam zu dem Resultat, daß die Arbeiterklasse nur durch geschlossenes Zusammenhalten auf dem Boden des Klasseskampfes die Revolution weiter treiben kann. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die unabh. organisierte Arbeiterschaft Elbings gelobt am Jahrestage der Revolution und an der Bahre des Genossen Haase dem Sozialismus unerschütterliche Treue. Sie gibt das Versprechen ab, alles daran zu setzen, bis ihr Ziel, die sozialistische Arbeiterrepublik, erreicht ist.

Nachmittags fand im Volkshause ein Konzert statt. Die Ankündigung zu dieser Feier hatte in der Tat nicht zu viel versprochen. Es war wirklich ein auserlesenes vielseitiges Programm zusammengestellt und die Parteileitung hatte nichts unversucht gelassen, um den Mitgliedern einen genußreichen Abend zu bieten. War der Besuch auch als ziemlich gut zu bezeichnen, so muß doch konstatiert werden, daß man manchen nicht sah, von dem man es erwartet hätte. Die Temperatur in dem Saale war nicht gerade die angenehmste — Ueberzieher und Pelz waren gut zu vertragen —, aber nichts desto weniger ließen sich die Besucher den Genuß der Darbietungen schmälern.

Mit dem Sozialistenmarsch von Gram eröffnete die Stadttheaterkapelle unter Leitung des umsichtigen Dirigenten Herrn Alfred Pelz das Konzert, welches auch in den andern Musikstücken dem Zweck des Abends Rechnung trug. Männer- und Frauengesangverein „Liederfreund" unter Leitung ihres tüchtigen Chormeisters Gen. Pahnke taten ihr Bestes, um zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Ganz besonders gefielen die gemischten Chöre „Klage" und Beethovens „Hymne an die Nacht". Auch die wuchtigen Männerchöre „Sturm", „Das heilige Feuer" und „Ich warte Dein", des Arbeiter-Komponisten Uthmann wirkten packend auf die Zuhörer.

Großen Beifall spendeten die andächtig lauschenden Zuhörer den Darbietungen der Mitglieder des hiesigen Stadttheaters. Frl. Pittamitz sang ganz hervorragend neben anderen, die Arie der Micaëla aus „Carmen" und „Der Lenz" von Hildach. Auch Herr Steinbach ist ein Sänger, den man gerne hört. Der Beifall, den er nach seinen Darbietungen erhielt, war ein durchaus wohl verdienter und er mußte sich zum Schluß noch zu einer Zugabe verstehen. Die Rezitationen des Frl. Tiede verloren in dem großen Saale und bei der leichten Unruhe, die hierbei herrschte, etwas an Wirkung. Auch sie wird im Andenken der Zuhörer ein gutes Plätzchen gefunden haben.

Alles in allem: es war ein schönes, harmonisch verlaufenes Fest, das bei allen Teilnehmern lange in Erinnerung bleiben dürfte.

Zum Schluß wäre noch zu wünschen, daß bei einer nächsten derartigen Veranstaltung alles vermieden werden möchte, was bei einem Vortrag störend wirkt, so das Herumlaufen, Teller- und Gläserklappern, Türenzuschlagen usw.

Berichtigungen auf Vorrat hergestellt

Vieles Merkwürdige erlebt der Journalist. Aber es gibt Dinge, wo er mitunter doch große Augen macht. Da erhielten wir am Sonnabend folgende Berichtigung zugesandt:

Berlin SW. 68, den 20. Oktober 1919.
Schützenstr. 29/30.

An die
verehrliche Redaktion
der Elbinger Volksstimme **Elbing**

Hiermit ersuchen wir Sie **auf Grund des § 11 des Pressegesetzes** um Aufnahme nachstehender Berichtigung.

In Nr. 13 Ihres Blattes vom **5. 11. 1919** wird unter dem Kennwort „Wie sie sich schmieren lassen!" die Behauptung aufgestellt, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig und der Kaufmännische Verein von 1858, Hamburg, hätten am 24. April 1919 von der Zigarettenfabrik Georg Jasmatzi A.-G., Dresden, **den Betrag von Mark 3000 angenommen.**

Diese Behauptung **entspricht nicht den Tatsachen,** da sie den Anschein erweckt, als ob die Leitungen der betreffenden Verbände die Annahme dieser für Wohlfahrtszwecke bestimmten Spende gutgeheißen hätten. Die Leitung des 58er Vereins hat sie glatt abgelehnt, die des Leipziger Verbandes **konnte dies nicht sofort tun, weil das Geld dem Stiftungsausschuß des Genesungsheims Niederschlema i. E. zuging, der als selbständige juristische Körperschaft ihr nicht unterstellt ist. Sie hat aber, als sie von der Spende erfuhr, unverzüglich Schritte unternommen, die eine Rückerstattung des Betrages bezwecken.**

Hochachtungsvoll
Gewerkschaftsbund der Angestellten.
(Unterschrift.)

Die Berichtigung entspricht nicht im entferntesten dem § 11 des Pressegesetzes. Kein Gericht könnte wegen ihrer Nichtaufnahme zur Verurteilung kommen. Wenn sie hier Abdruck findet, geschieht es, weil sie äußerst eigenartig ist. Am **20. Oktober** d. Js. ist sie in **Berlin** geschrieben, am **22. Oktober** erschien die erste Nummer der Elbinger Volksstimme und am **5. November** die Notiz „Wie sie sich schmieren lassen." Der Fabrikant der Berichtigung hat also **zwei Wochen vor Erscheinen der Notiz schon gewußt, was in der Zeitung steht.** Auch in inhaltlicher Hinsicht ist die Berichtigung bemerkenswert. Sie bestätigt die Geldspenden der Firma Jasmatzi, bestreitet aber nur für einen Fall — Geldspende vom 24. April an den 58er Verband — die Annahme des Geldes. Die Notiz behandelt aber acht Geldspenden (Drei à 3000 und fünf à 2000 Mark.) Hierüber schweigt die Berichtigung sich aus, bezw. bestätigt sie in einem Falle. Sie sagt im Oktober im Betreff des Leipziger Verbandes, dieser habe, als er von der Spende erfuhr, Schritte unternommen, das Geld **zurückzuzahlen,** welches im **April** gegeben war. Ob es nach dem halben Jahr zurückgezahlt war, stand für den Einsender der Berichtigung nicht fest. Die Leser der Volksstimme werden durch diese „Berichtigung" über den Charakter der gelben Gewerkschaften mindestens ebenso vorzüglich informiert, wie durch unsere Notiz. Man soll doch lieber nicht Berichtigungen vorrätig fabrizieren und soll ihre Abfassung einem Rechtsanwalt überlassen, wenn man nicht die nötigen juristischen Kenntnisse besitzt.

Erwischte Schleichhändler

Größere Mengen von Lebensmitteln konnten im Laufe der vergangenen Woche von dem hiesigen Arbeiterrat zusammen mit dem Leiter des Wucherdezernats beschlagnahmt werden. Der Beschlagnahme verfielen;

Am 3. November 128 Pfund Schweinefleisch;
„ 4. November 90 Pfund Schweinefleisch,
53 Pfund Schmalz,
15 Pfund Butter,
14 Pfund geräucherter Schinken,
25 Pfund Rindfleisch;
am 5. November 478 Pfund Rindfleisch,
1 Fell, 64 Pfund schwer;
am 6. November 166 Pfund Rindfleisch.

Am 8. November konnte von Herrn Großkaufmann Fritz Preuß ein ganzes Lastauto voll Lebensmittel abgeholt werden. Es wurden dort aufgefunden:

76 Stück Elbinger Käse (815 Pfund),
13 Stück Tilsiter Käse (88 Pfund),
28 Pfund Rauchfleisch und Schinken,
40 Pfund Wurst,
30 Pfund Sülze,
110 Pfund Schweinefleisch,
14 Pfund Schmalz und
8 Pfund Talg in Töpfen.

Außerdem noch fünf ganze Käse im Gewicht von 54 Pfund, die total verdorben waren.

Wir enthalten uns jeder weiteren Worte darüber, hoffen aber, daß unsere Genossen uns bei der von uns angestrebten besseren Verteilung der Lebensmittel unterstützen werden. Herr Preuß soll bei der Aushebung seines Hamsternestes sehr wütend gewesen sein.

Elbinger Metallarbeiterverband

In drei Versammlungen nahmen die Elbinger Metallarbeiter Stellung zu den Beschlüssen der Generalversammlung in Stuttgart. Den Bericht erstattete Kollege Köhler. Eine seltene Einmütigkeit herrschte in allen drei Versammlungen inbezug auf die Stellungnahme des Verbandstages zu den Fragen der Arbeitsgemeinschaften, und der Kriegspolitik der Gewerkschaften. Diese Einmütigkeit kam in der gegen eine Stimme angenommenen folgenden Entschließung zum Ausdruck: „Die versammelten Kollegen aller Branchen des Deutschen Metallarbeiterverbandes Verwaltung Elbing begrüßen freudig die Beschlüsse des Verbandstages inbezug auf die Umwandlung der Taktik, die dem Verband wieder den Charakter der Kampfesorganisation gebracht hat. Sie erblicken in der Erhöhung der Beiträge die notwendige Voraussetzung, um die Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchführen zu können. Die Versammelten verpflichten sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auch den letzten in der Metallindustrie beschäftigten Kollegen dem deutschen Metallarbeiterverband zuzuführen." Damit haben die Elbinger Metallarbeiter bewiesen, daß sie geschlossen hinter den Beschlüssen des Verbandstages stehen und willens sind, im Sinne dieser Beschlüsse für die Erringung unseres großen Zieles, die Befreiung der Arbeiterschaft vom Kapitalismus zu wirken.

Petroleum?

Aus den Kreisen unserer Leserinnen werden wir auf die schlechte Beschaffenheit des gegenwärtig zur Ausgabe gelangenden Petroleums hingewiesen. Trotz des teuren Preises soll es vorkommen, daß das jedem Haushalt zustehende 1/4 Liter nicht länger als eine Viertelstunde brennt. Teilweise ist es überhaupt nicht zur Entwicklung einer Flamme zu bringen. Brennen kann man es eigentlich garnicht nennen, denn es schwelt oder kohlt nur. Für die Stadt dürfte es ja sicher schwer sein, brauchbares Petroleum heranzuschaffen, aber wenn das zur Ausgabe gelangende gesamte Petroleum von der oben geschilderten schlechten Beschaffenheit ist, dann ist es wohl ebenso gut, wenn die Stadt gänzlich darauf verzichtet, und nicht noch Geld dafür ausgegeben wird.

Vom Verband der Kupferschmiede

Am 6. November hielt die Elbinger Filiale der Kupferschmiede ihre Versammlung ab. Die zur Vorlesung kommende Abrechnung wurde genehmigt. Bei den vorgenommenen Vorstandswahlen wurden gewählt zum Vorsitzenden Steffen, zum Kassierer Gehrmann, zum Schriftführer Maraum

und als Revisor Erbien. Als Delegierten zum Ortsausschuß bestimmte die Versammlung den Kollegen Doleski und zum Werkstattkassierer Richter. Nach Entgegennahme eines Berichts der Konferenz in Hamburg wurde die Versammlung mit dem Hinweis auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen geschlossen.

Elbinger Polizeinachrichten

Zwei Einbrüche wurden gestern Nacht verübt. Während in dem Materialwarengeschäft von Penner es bei dem Versuch blieb, sind den Dieben in dem Pelzwarengeschäft des Herrn Berlowitz größere Warenmengen in die Hände gefallen.

Garnisonen der Reichswehr

Das Heeresverordnungsblatt veröffentlicht den Organisationsplan der Reichswehr. Danach gibt es Reichswehrgruppenkommandos (im Osten Kolberg), Wehrkreiskommandos (im Osten Königsberg, Stettin und Berlin), Brigadestäbe (im Osten Königsberg, Allenstein, Stettin, Potsdam, Frankfurt a. O., Liegnitz). Brigadestäbe sind insgesamt 24 vorhanden, von denen 4 noch nicht errichtet sind. Jedem Brigadestabe untersteht ein Infanterieführer, meist am Sitz des Brigadestabes. Davon befinden sich die Infanterieführer Nr. 3 in Berlin (Brigadestelle Potsdam), Nr. 20 in Deutsch-Eylau (Brigadestab in Allenstein). Die Garnisonorte der Artillerieführer befinden sich meist am Sitz des Reichswehrbrigadestabes.

Ostdeutsche Nachrichten

Blutige Vorkommnisse in Danzig

Nach den jetzt hier vorliegenden Arbeiterzeitungen erfolgten am 7. November in Danzig heftige Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizeitruppen, bei denen es zu Blutvergießen kam. Die Volkswacht, Organ der Danziger Rechtssozialisten, meldet darüber:

Schon während der ersten Vormittagsstunden erhielt das Straßenbild der inneren Stadt durch Gruppen politisierender Gestalten — die oft recht zweifelhaften Aussehens waren — eine besondere Note. Gegen zehn Uhr zog sich allmählich alles am Heumarkt zusammen.

Etwa 800—1000 Personen scharten sich um das ausgebreitete Banner der kommunistischen Partei. Ein Redner begann auf den Freiheitskampf der russischen Bolschewisten hinzuweisen, die unter einer Welt von Feinden beständen. Jedoch kam er nicht weit.

Nachdem er etwa 2 Minuten gesprochen hatte, kam von der Richtung des Polizeipräsidiums ein starkes Schutzmannsaufgebot unter der Führung des Polizeiinspektors Wielandt und ein militärischer Stoßtrupp unter Führung eines Offiziers. Die Versammelten erhielten die Aufforderung, auseinanderzugehen, da die Versammlung nicht angemeldet worden war. Die Soldaten — im Stahlhelm — pflanzten auf und säuberten den Versammlungsplatz.

Während es ein großer Teil der Demonstranten vorzog, recht schnell zu verschwinden, sammelten sich am „Danziger Hof" 150—200 Unentwegte an, die von dort durch die Langgasse in der Richtung Langgarten geschlossen abmarschierten. Auf dem Kohlenmarkt entrollten sie die rote Fahne. Aus dem Zug heraus schallten dauernd Rufe: „Hoch die Weltrevolution!" und „Nieder mit Noske!" Zu irgend welchen Gewalttaten ist es nicht gekommen. Gegenüber dem provozierenden Verhalten der Demonstranten ist es nur der bewundernswerten Ruhe und Sachlichkeit des Militärs zu verdanken, daß es nicht zu Blutvergießen gekommen ist. Das Rathaus und andere wichtige Gebäude sind durch Polizei und Sicherheitswehr besetzt.

Diese Darstellung ist reichlich „frisiert". Daß die Sache sich ein gutes Teil anders abgespielt hat, ist aus den Berichten unseres Danziger Bruderblattes, des Freien Volks ersichtlich. Darnach sind bereits am Mittwoch abend der kommunistische Parteisekretär Marberg und die beiden Kommunisten Abramowski und Lischnewski verhaftet worden. Sie kamen aus einer Versammlung, in der Marberg von seinen eigenen Parteifreunden niedergeschrien wurde, weil er für den Parlamentarismus eintrat. Das freie Volk berichtet, daß Abramowski infolge des Tumults die Sitzung hatte schließen müssen. Vorher war beschlossen, die Danziger Arbeiterschaft aufzufordern, am 7. November in den Generalstreik zu treten. Ueber die Vorgänge am 7. November schreibt das Freie Volk:

Die Stadt hat heute militärisches Gepräge. **Noskegardisten im Stahlhelm mit voller Ausrüstung, Maschinengewehre, Geschütze mit voller Bedienung durchziehen die Stadt.** Das Rathaus ist an allen Eingängen militärisch besetzt. Regierungssoldaten, bis auf die Zähne bewaffnet, und allem Anschein nach auch eine Schutzmannswache haben es sich darin häuslich gemacht. Vor dem Regierungsgebäude auf Neugarten stand heute morgen eine ganze Kompagnie mit Gepäckwagen, Gulaschkanone usw. Alles notwendige Gepäck, Verpflegung und Brennmaterial war in so großen Mengen mitgebracht, daß man annehmen mußte, die Leute wollten dort dauernd ihr Quartier aufschlagen. Die Wagen trugen die **schwarz-weiß-rote Flagge,** woraus ja ganz deutlich der Gedanke der Militaristen zu ersehen ist. Die Rechtssozialisten, die diese Zustände herbeiführen, werden daran auch nicht ihre Freude finden. Ihre Pöstchen wackeln sowieso, denn die Umsturzgefahr von rechts ist näher als die von links.

Was sollte der ganze Aufmarsch? **Er ist lediglich eine Provokation.** Verschiedenen Leuten lüstet es nach Arbeiterblut. . . . Auf dem Holzmarkt waren um 10 Uhr zirka 1200 Personen zusammengekommen, eine Person hielt eine kurze Gedenkansprache und forderte darauf zum ruhigen Auseinandergehen auf. Ehe dieses erfolgen konnte, kam das Militär hinzu und trieb die Versammelten gewaltsam auseinander. Eine Person wurde, weil sie nicht sofort den Platz räumen wollte, geschlagen und sodann verhaftet.

Toller ist es auf der Langgasse zugegangen. Dort hatte sich ein etwas stärker als sonst üblicher Verkehr entwickelt. **Auf einmal verteilten sich die etwa 15 dort befindlichen Schutzleute auf beide Seiten und hieben auf die Menge ein, ganz gleich, was für Personen es waren. Es soll etwa 20 Verwundete gegeben haben. — Auf dem Holzmarkt sind Schüsse gefallen.**

Soweit die bisher in unseren Händen befindlichen Berichte. Es hat den Anschein, als ob die Arbeiter provoziert werden sollten. Die Unklugheiten der Kommunisten, die völlig außer Stande sind, zu begreifen, daß ihre Putschtaktik dabei den Gegnern nur in die Hände arbeitet, erleichtert den Arbeiterfeinden das Spiel. Das Verhalten des rechtssozialistischen Polizeipräsidenten Frügel mit seiner Schutzmannsgarde bleibt darum gleich verdammenswert.

Eine Kraftprobe

Im Königsberger Setzerstreik hat Oberbürgermeister Lohmeyer bisher allerdings wenig aussichtsreiche Vermittelungsversuche unternommen. Man ist auf beiden Seiten fest entschlossen, durchzuhalten. Das Königsberger Publikum wird nur von den beiden sozialdemokratischen Zeitungen über die Ereignisse in der Welt unterrichtet.

Mühlhauser Schreckensstunden

In unserem Nachbarstädtchen Mühlhausen hatte sich das Gerücht verbreitet, die Elbinger Spartakisten seien im Anmarsch. Es wurden Reichswehrtruppen requiriert und das Rathaus mit einigen Maschinengewehren gespickt. Angstvoll harrte alles der kommenden Ereignisse und ängstliche Gemüter sahen schon am Horizont den Trupp der plünderungslustigen Elbinger auftauchen. Doch Stunde um Stunde verging und nichts Grusliges geschah. Blinder Lärm hatte die guten Mühlhauser gefoppt. Die Elbinger Spartakisten hatten für diesmal noch anderes zu tun.

Wirtschaftliches.

Die Ergebnisse der preußischen Viehzählung

Die furchtbare Fleischnot, unter der die Bevölkerung zu leiden hat, wird von den Agrariern nicht auf den wahren Grund, das Verschieben des Viehes zu märchenhaften Preisen für Kriegsgewinnler, zurückgeführt, sondern auf die gehaßte Zwangswirtschaft und die Höchstpreise, die angeblich ein Fortkommen der Viehzüchtung unmöglich machen sollen. In Wahrheit aber nimmt der Viehbestand seit Kriegsende langsam zu, wie die Veröffentlichungen des preußischen Statistischen Landesamts über die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. September 1919 berichten. Seit dem 2. Januar d. Js. haben sich danach die Bestände erhöht um Stück

5 576	beim Rindviehbestand
1 194 124	Schweinebestand
280 000	Jungviehbestand
98 000	„ Zuchtsauenbestand.

Abgenommen hat der Bestand an Milchkühen und Kälbern um etwa je 11 000, die Zahl der Schafe um ca. 200 000 und der Pferdebestand um rund 20 000 Stück. Die für die Fleischversorgung hauptsächlich in Betracht kommenden Vieharten konnten also eine, wenn auch relativ schwache Vergrößerung des Stapels erzielen. Daß die Viehzucht nicht noch schneller fortschreitet, liegt neben dem Mangel an Kraftfuttermitteln, die nur durch ausländische Zufuhren zu bekommen sind, vor allem an der Schieberei, die zum wirtschaftlichen Gesetz der Agrarier erhoben wurde. Möglich sind solche Zustände, die sich stetig verschlimmern und im Winter zum völligen Zusammenbruch der öffentlichen Fleischbewirtschaftung führen müssen, nur deshalb, weil die Regierung jeden ernsthaften Widerstand gegen die landwirtschaftliche Sabotageversuche vermissen läßt. Sie beschränkt sich auf gutes Zureden und läßt im übrigen die Dinge laufen, wie sie wollen.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße: .....

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Petroleumausgabe auf Marke 4

blaue Karten: 1/4 Liter,
rote Karten: 1/4 Liter.

Da von dem für November zustehenden Petroleum zunächst nur eine Teilmenge zugewiesen worden ist, können nur wenige Verkaufsstellen beliefert werden.

Mit dem Ausfahren des Petroleums wird Dienstag begonnen werden.

Der Preis des Petroleums ist auf 1,95 Mk. pro Liter erhöht worden.

Elbing, den 10. November 1919.

Der Magistrat — Brenn- und Leuchtstoffamt.

U. S. P. I. Bezirk.

Dienstag, den 11. d. Mts., abends 6 Uhr, im **Volkhaus**

Vertrauensmännersitzung.

Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Sektion Kraftwagenführer.

Achtung! Achtung!

Öffentliche Versammlung

der Kraftwagenführer

am **Dienstag, den 11. d. Mts., abends 6 Uhr,** im **Volkshaus.**

Die Sektionsleitung.

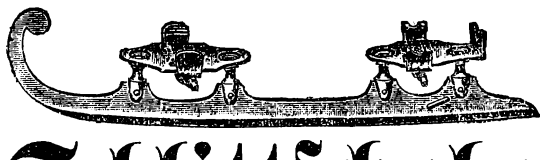
Jeden Posten

Schokolade

für Wiederverkäufer gibt laufend ab

Hennig & Henrich

Heilige Geiststraße 39.



Schlittschuhe

offeriert **Carl Steppuhn.**

Einem geehrten Publikum von Stadt und Umgegend zur Mitteilung, daß ich das langjährig bestehende

Putz- u. Kurzwarengeschäft

von

Fr. Auguste Plath, Wasserstr. Nr. 49

übernommen habe und unter derselben Firma weiterführe.

Gleichzeitig empfehle ich mein reichhaltiges Lager in preiswerten **Damenhüten.**

Hochachtungsvoll

Auguste Plath

Inh. **Paul Ziffler.**

Wochenspielplan des Stadttheaters

Montag, den 10. November:
Der fliegende Holländer
Große Oper in drei Akten von Rich. Wagner.

Dienstag, den 11. November:
Die Ehre
Schauspiel in vier Akten von H. Sudermann.

Mittwoch, den 12. November:
Die Faschingsfee
Operette in drei Akten von E. Kalmann.

Donnerstag, den 13. Novbr.:
Die verschwundene Pauline
Neuheit! Schwank in drei Akten von W. Wolff u. M. Zick.

Freitag, den 14. November:
Der fliegende Holländer
Große Oper in drei Akten von Rich. Wagner.

Kautschukstempel
Petschafte
Typen-Druckereien
für Private, Behörden, Industrie, Handel und Gewerbe
liefert sauber und billig
G. W. Petersen
Papierhandlung.

Ein Posten
woll. Decken
geeignet zum Verarbeiten für **Mäntel, Joppen, Unterröcke.**
Ein Posten **extra dicken**
Mantel-Stoff
sehr **billig.**
Ein Posten
woll. Herren-Socken.
J. G. Klaassen Nachf.
Brückstraße 8.

Gebr. Freilaufräder mit Rücktrittbremse sowie **Naben** und **Ersatzteile** kauft zu hohen Preisen **M. Krüger, Junkerstr. 30.**

Diebeste
Gummibereifung, Mäntel u. Schläuche, gebrauchte Fahrräder, Fahrradlaternen u. sämtl. Ersatzteile kauft man **nur** billig bei **M. Krüger,** Junkerstr. 30.
Alle **Reparaturen** schnell, sauber und billig.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel

und kompletter

Wohnungs-Einrichtungen

eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und

Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer **Abteilung** für Herstellung von Firmen- und Reklameschildern aller Art.

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Ein schwarzer Mantel für ältere Frau u. eine **blauseidene Bluse** zu verkaufen **Löserstr. 13,** bei **Döhring.**

1 Herren-Ulster zu verkaufen. **Neuß. Marienbgd. 42, II l.**

Ein Gehrock zu verkaufen. **Schleusendamm 21.**

Elbinger Standesamt

vom 10. November 1919.

Sterbefälle: Inv.-Rent.-Empf. Karl Wilhelm Fabert, 79 J. — Schlosserfrau Anna Reuß geb. Thimm, 23 J. — Schneiderin Elisabeth Fox, 29 J.

Nun ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Prophezeiung die Geschichte Brandensburgs von den Askaniern bis zum Großen Kurfürsten richtig schildert, denn ums Jahr 1685 ließ sich unschwer „vorhersagen", was sich zwischen 1306 und 1685 ereignet hatte. Uns interessiert hier aber weit mehr, was die Weissagung von den Geschicken der brandenburgischen Herrscher nach 1685 zu melden weiß, und es muß von vornherein ausdrücklich festgestellt werden, daß sie den wahren geschichtlichen Tatsachen in keiner Weise gerecht wird. Das für uns Wesentlichste ist, daß die Lehninsche Weissagung nach dem Großen Kurfürsten nur noch insgesamt fünf brandenburgische Herrscher kennt. Demnach hätte Friedrich Wilhelm III. der letzte Herrscher in der Mark sein müssen, und man kann sich deshalb vorstellen, daß in den Unglückstagen zwischen Jena und Tilsit die Lehninsche Weissagung, die tatsächlich in Erfüllung gehen zu wollen schien, erhebliches Aufsehen machte. Nun sind aber noch vier weitere Herrscher auf den fünften Nachfolger des Großen Kurfürsten gefolgt, von denen die Lehninsche Weissagung nichts zu melden weiß. Damit ist sie schon ohne weiteres als wertlos erkannt.

Wie lautet nun aber der Schluß, die Ankündigung des Endes der brandenburgischen Monarchen, die uns heut zumeist interessieren muß? Hören wir den genauen Wortlaut der Prophezeiung:

„Zuletzt den Scepter trägt der letzte von dem Stamm.
Israel wagt eine Tat, die kaum des Todes würdig.
Der Hirt nimmt auf die Schaaf, und Deutschland ihn zum König.
Die Marck vergißt durchaus, was übels vor geschehen;
Sie nährt die Ihrgen selbst, mag keinen Fremden sehn.
Lehnin und Corin wird von neuem aufgebaut:
Es kommt die Clerisey zu ihren alten Ehren,
Auch stellt der Wolf nicht mehr dem edlen Schaaf-Stall nach."

In verschleierter Form ist aus diesen ziemlich konfusen Versen nur zu ersehen, daß die Mark schließlich in den Schoß der alleinseligmachenden katholischen Kirche zurückkehren und ein etwas rätselhafter Hirt (der Papst?) deutscher König werden soll. Man kann nicht eben behaupten, daß diese Prophezeiung in den gegenwärtigen Tagen Aussicht auf Verwirklichung hat. Lehnin ist zwar in der Tat vor einigen Jahrzenten wieder aufgebaut worden, Chorin dagegen nicht. Und die Weissagung über die Mark: „Sie nährt die Ihrigen selbst, mag keinen Fremden sehn" berührt in einer Zeit, da das Hungergespenst umgeht, beinahe wie ein Hohn; auf Bayern hätte sie im Sommer 1918 zugetroffen, auf die Mark dagegen wahrhaftig nicht. Es ist also beim besten Willen nicht möglich, zu behaupten, daß die Lehninsche Weissagung besser eingetroffen sei als tausend ähnliche Prophezeiungen.

Dr. Hennig.

Splitter und Späne

Klassenkämpfe

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft — das heißt, genau gesprochen, die schriftlich überlieferte Geschichte — ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochen, bald versteckten, bald offenen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Karl Marx.

Eine Prophetenstimme

Dann kommt die Katastrophe. Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16—18 Millionen Männer, die Blüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken. Aber nach meiner Ueberzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch. Er kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber. Sie treiben die Dinge auf die Spitze, Sie führen es zu einer Katastrophe. Sie werden ernten, was Sie gesät haben. Die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzuge. Seien Sie sicher: sie ist im Anzuge!

August Bebel bei der Marokkodebatte im Reichstag.

Kredit und Revolution.

Der öffentliche Kredit und der Privatkredit sind das ökonomische Thermometer, woran man die Intensität einer Revolution messen kann. In demselben Grade, worin sie fallen, steigt die Glut und die Zeugungskraft der Revolution.

Marx.

Es ist ein allgemeingültiger Vertrag unter den Fürsten, einander gegen ihre Völker zu helfen.

Charles de Coster.

Die Schalksecke

Kein Anlaß zur Gehaltserhöhung

„Ach, Herr Direktor," sagte Herr Meier, „da Sie so viel Geld verdienen, könnten Sie mir doch eine kleine Gehaltserhöhung geben."

„Arbeiten Sie so viel, Herr Meier?"

„Ich? Ja! Ich arbeite wie ein Pferd!"

„Lassen Sie sehen. Das vorige Jahr hatte 366 Tage, nicht wahr?"

„Ja gewiß."

„Nun, Sie schlafen acht Stunden im Tage, nicht wahr?"

„Ja."

„Das ist ein Drittel des Jahres, 122 Tage. Bleiben 244 Tage."

„Stimmt."

„Acht Stunden täglich sind Sie frei, macht nochmals 122 Tage. Bleiben also 122 Tage."

„Sehr richtig."

„Sonntags arbeiten Sie nicht; macht 52 Tage, bleiben also 70."

„Hm . . . ja."

„Sonnabends arbeiten Sie nur den halben Tag, gehen 26 Tage ab, und 44 bleiben übrig."

„Ja, ja, ja, gewiß."

„Vierzehn Tage Ferien hatten Sie, nicht?"

„Ja, die hatte ich."

„Bleiben also 30 Tage, dann gibt's 9 Feiertag im Jahr, so daß bloß 21 Tage übrig bleiben."

„Ah, hm, hm, ja . . . a . . . aa."

„Fünf Tage waren Sie krank. Bleiben 16 Tage, nicht wahr?"

„Ja . . . aa."

„Dann haben Sie jeden Tag eine Stunde Mittagspause, zusammen 15 Tage. Also bleibt ein Tag, und das war der 1. Mai, wo Sie frei waren. Sie haben Glück, Herr Meier, daß das vorige Jahr ein Schaltjahr war, sonst hätte Ihnen noch ein Tag gefehlt!"

Meier zog sein Gesuch um Gehaltserhöhung zurück.

Dänischer Humor

Fünf vergnügte Kopenhagener kamen kürzlich in einen Hutladen, um Hüte zu kaufen. „Sind die Herren alle verheiratet?" fragte der Hutmacher und erhielt eine bejahende Antwort. „Gut! So schenke ich jedem der Herren einen Hut, der, ohne zu lügen, sagen kann, daß er seit seiner Hochzeit keine andere als seine Frau geküßt hat." — „Her mit dem Hut!" rief der Jüngste. — „Wie lange sind Sie verheiratet?" — „Seit letzten Montag." — Einer der Herren, die mit im Laden waren, erzählte seiner Frau diese Geschichte beim Kaffee und sie belustigte sich sehr über den Hutmacher. Aber der Mann wurde plötzlich ernst, als seine Frau ausrief: „Aber Karl! Warum hast du denn nicht auch einen neuen Hut bekommen?"

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Druck und Verlag Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., beide in Elbing.

Der arme Konrad

Blätter für Unterhaltung und Belehrung

Nr. 3 | Sonnabend, den 8. November | 1919

Revolution

„Hier, Jungen, sind die Patronen!
Nun schnell die Gewehre vom Pflock!
Der Kaiser befiehlt's. Er wird euch belohnen,
Mit Bändern und Orden euch zieren den Rock.
Auf Kaisers Befehl erschießt ihr die Brüder,
Zertretet der Liebsten den blühenden Leib:
Drum zaudert nicht länger, formieret die Glieder
Zum Kampf gegen Freunde und Eltern und Weib!

Im Rechte zwar sind die Rebellen,
Sie fordern die Freiheit, verlangen nach Brot.
Da, hört wie die Hörner der Jäger laut gellen!
Mauch' Braven ladet zum Gastmahl der Tod . . .
S' ist Gottes Geheiß und des Fürsten Befehl!
Dem Kaiser Hurra! Wer murmelt dort hinten von Mord?
«Der Obrigkeit folge und blicke nicht scheel»
Gebietet der Bibel hochheilige Wort."

So rief der Sergeant. Im Saale wird's stille . . .
Die Grenadiere starren mit bleichem Gesicht . . .
„Das eigene Volk? Und des Kaisers Wille?
Sergeant, das können und dürfen wir nicht!
Was sollen uns Orden? Was Band und was Litze?
Wir selber sind Volk! Und er spar' sich den Lohn.
Hinunter mit ihm vom purpurnen Sitze!
Die Republik! Schlag Reveille, Tambour! Es lebe die Revolution!

Gustav Schröder.

Die Verurteilte

Von V. Blasco Ibannez.

Seit vierzehn Monaten lebte er bereits im Gefängnis. Aus vier weiß gekalkten Wänden, deren Risse und Sprünge er auswendig kannte, bestand seine Welt, und seine hochgelegene Fensterluke vor den eisernen Gittern, die so häßlich das Himmelsgewölbe zerschnitten, war seine Sonne. Acht Fuß im Geviert maß diese fürchterliche Zelle, aber eigentlich gehörte ihm der Raum nicht einmal zur Hälfte, weil die abscheuliche und schwere Kette, die seinen Knöchel beschwerte, ihm nicht gestattete, von einem Ende der Zelle zum andern zu gehen.

Zum Tode war er verurteilt. Zwar durchstöberten seine Richter zum letzten Male die Akten seines Prozesses, als ob sie noch ein letztes Wort sprechen wollten, aber trotz der verschiedenen Gerichtsverhandlungen war er doch schon seit Monaten und Monaten lebendig begraben. Beinahe verfaulte er gleich einem abgestorbenem Leichnam in diesem feuchten Grabe. Wie oft gärte in ihm der tolle Wunsch, sie möchten endlich ein Ende machen und ihn zur Hinrichtung führen.

Was ihn in seinem Gefängnisleben am meisten peinigte, war diese Sauberkeit. Jeden Tag wurde die Zelle ausgekehrt und gescheuert, von den Wänden rann die Feuchtigkeit und teilte sich seinem Körper mit. O diese verfluchten Wände, an denen nicht das kleinste Stäubchen zu sehen war. Sogar der Anblick des Schmutzes war ihm, dem Gefangenen, versagt. Wenn wenigstens Mäuse ihm Gesellschaft geleistet hätten, wie gerne hätte er seine karge Mahlzeit mit ihnen geteilt! Oder wenn aus den Ritzen eine Spinne gekrochen wäre, er hätte versucht, sie zu zähmen. . .

Aber in diesem finstern Grabe war er allein. . .

Eines Tages — ach, wie gut erinnerte sich Rafael dieses Tages — war ein Sperling auf sein Fenster geflogen und hatte sein Schnäbelchen am Gitter gewetzt. Verwundert schaute der Vogel herab, wo in der Tiefe ein elendes, verzweifeltes menschliches Wesen mit gelbem Gesicht und erschreckend hohlen Augen saß und mitten im Sommer vor Frost schauderte. Rafaels Hals war von einem wollenen Tuch umwunden und ein Schal lag um seine Lenden. Das bleiche, hagere, totenähnliche Gesicht, die seltsamen Hüllen der Gestalt erschreckten den Vogel und plötzlich flatterte er weg, wie verjagt von dem Modergeruch, der aus dem vergitterten Fenster strömte.

Ein einziges Geräusch unterschied Rafael von Zeit zu Zeit. Das war, wenn die anderen Gefangenen im Hofe spazieren gingen. Diese konnten sich doch von Zeit zu Zeit am Anblick des blauen Himmels ergötzen, sie sahen das Himmelsgewölbe frei und nicht durch eiserne Stäbe verunstaltet. Ungehemmt waren ihre Glieder und sie hatten die Möglichkeit, mit ihren Gefährten ein Wort zu wechseln.

Ja, ihn, ihn allein hatte man am empfindlichsten bestraft. Eine tolle Wut gärte im Hirne des Verurteilten. Er beneidete seine Leidensgefährten, die im Hofe sich erholen durften. Wie gut hatten es diese! Ach, und diese beneideten wieder andere Gefangene, die noch ein bißchen mehr Freiheit hatten und diese zuletzt die ganz freien Menschen, die in den Straßen herumliefen und doch mit ihrem Lose nicht zufrieden waren und Gott weiß was für Wünsche hatten! Ach, wie gering schätzten sie ihre Freiheit, ihre schöne Freiheit! Sie hätten verdient, sie zu verlieren!

Er hatte in allem und allem Unglück gehabt. Ein Fluchtversuch mißlang, mit seinen Nägeln hatte er in trostloser Verzweiflung in seiner Zelle ein Loch gegraben, — es war umsonst! Ununterbrochen beaufsichtigte man ihn seither.

Wenn er sang, befahl man ihm zu schweigen. Dann fing er an, die monotonen Gebetsübungen herzuleiern, die er als Kind von seiner Mutter gelernt hatte und an die er sich teilweise noch erinnerte. Wieder wurde ihm Schweigen geboten! Den simulierten Wahnsinn vermuteten seine Kerkermeister, oder fürchteten sie, er könnte in Wahrheit wahnsinnig werden! Das durfte nicht sein! Gesund an Leib und Seele mußten sie ihn dem Scharfrichter übergeben. Wenn er den Verstand verlor, so mußte das Urteil schon wieder ganz anders lauten.

Nein, verrückt war er nicht! Er wollte es auch nicht sein; aber die Gefangenschaft, die Einsamkeit und diese enge Zelle waren imstande, ihm mit der Zeit den Verstand zu rauben.

Nachts plagten ihn Halluzinationen. Sobald er durch das matte Nachtlicht gequält, die Augen schloß — in vierzehn Monaten hatte er sich an dieses Licht, das die Gefängnisordnung vorschrieb, nicht gewöhnen können — peinigte ihn der fürchterliche Gedanke, daß jene, die nach seinem Tode verlangten, ihn im Schlafe erwürgten — diese Vorstellungen kamen immer wieder.

Am Tage überdachte er sein Leben.

Wie klar, wie deutlich waren seine Erinnerungen! Er, der Lebendigbegrabene, ließ seine Lebensgeschichte wie die eines andern an seiner Seele vorbeiziehen.

Er erinnerte sich daran, wie er nach seiner ersten Strafe, die er wegen seiner Rauferei bekommen hatte, wieder in seinem Geburtsorte auftauchte, des Aufsehens, das er überall hervorgerufen hatte, vor vielen ihn bewundernden Menschen in der Dorfkirche.

Ein famoser Bursche ist Rafael! sagten alle.

Das hübscheste Mädchen des Dorfes entschloß sich, sein Weib zu werden, mehr aus Furcht und Eitelkeit, als aus Liebe zu ihm.

Die Dorfältesten umringten ihn, und versprachen ihm Himmel und Berge, wenn er seinen Einfluß auf das Volk benutze, um für die Wahlen zu agitieren. Während der ganzen Wahlkampagne war er die Hauptperson, das ganze Dorf lag unter seinem Bann und die andere Partei war daran, all ihren Einfluß zu verlieren.

Da fiel es diesen ein, einen anderen Burschen, der ebenfalls gesessen hatte, Rafael entgegenzustellen.

Christus! Jetzt aber wurde die Sache ernst, jetzt war seine Ehre im Spiele. Den wollte er schon an den Ohren packen, wenn es ihm einfallen sollte, ihm seinen Einfluß zu verderben. Und wie es bei ihm nicht anders zu erwarten war, paßte er dem andern auf und schoß ihn blindlings aus einem Hinterhalte nieder! So mir nichts, dir nichts ließ er sich sein Geschäft nicht verpfuschen!

So war die Geschichte vor sich gegangen. Dann wurde er verhaftet, dann kam er vor Gericht, und gegen ihn zeugten alle, denen er vorher Furcht eingeflößt hatte. Nach vierzehn Monaten kam endlich das fürchterliche Todesurteil zustande, — trotzdem hoffte er noch für sein Leben.

Feige war er nicht, nicht im geringsten — aber manchmal schnellte er nachts, wie von einer geheimen Angst gejagt, von seiner harten Pritsche empor, unheimlich klirrten seine Ketten, es war wie ein Zähneklappern. Wie ein Kind weinte er, und im gleichen Moment bereute er seine Jammertöne und hielt die Klage zurück.

Es war ein anderes Wesen, das in seinem Innern hämmerte, ein Wesen, das ihm bis jetzt unbekannt geblieben war, ein Wesen, das sich fürchtete und weinte und sich erst dann beruhigte, wenn er ein halbes Dutzend Tassen von jenem Getränk in den Hals gegossen hatte, das sie im Gefängnis Kaffee nannten, das in Wirklichkeit aber ein Aufguß von Johannisbrotkernen und Feigenwurzeln war.

Vom alten Rafael, der den Tod herbeigesehnt hatte, war nichts mehr zu sehen. Der neue Rafael, der in diesem Grabe hauste, dachte mit Schrecken an die vergangenen vierzehn Monate und seine bevorstehende Hinrichtung. Wie gerne wäre er weitere vierzehn Monate im Gefängnis verblieben, nur um leben zu dürfen.

Aber er war ängstlich geworden. In allem glaubte er die baldige Hinrichtung zu erkennen, sowohl in den neugierigen Gesichtern, die durch die Luke seiner Zellentüre lugten, als in den täglichen Besuchen des Priesters, der jeden Nachmittag in dieser von schlechten Ausdünstungen geschwängerten Zelle erschien, als ob dies der angenehmste Ort gewesen wäre, sein Pfeifchen zu rauchen. Schlecht, überaus schlecht waren die Aussichten.

Beruhigend waren die Fragen des Geistlichen. Ob er ein Christ sei? Ja, Pater! Er ehrte die Geistlichen, nie war er ihnen zu nahe getreten. Auch seine ganze Familie war ehrenhaft. Er, samt seinen Brüdern und Schwestern hatten im Heere des Königs gekämpft, und zwar gerade deshalb, weil der Dorfgeistliche es befohlen hatte. Und um seinen Christenglauben zu beweisen, suchte er auf der hageren Brust nach einem Skapulier und einigen Heiligenbildern.

Dann sprach ihm der Priester von Jesus, vom Gottessohne, der sich in der gleichen Lage wie er befunden hatte. Dieser Vergleich begeisterte den armen Teufel . . . Welche Ehre für ihn! Aber trotzdem diese Aehnlichkeit ihn entzückte, hätte er am liebsten das Todesende möglichst weit hinausgeschoben.

Dann kam der Tag, an dem die schreckliche Nachricht ihn überfiel. In Madrid hatten sie endlich die Akten geschlossen. Die Todesnachricht war da, ja, sie hatten es eilig gehabt, der Telegraph hatte sie dem Direktor des Gefängnisses übermittelt.

Als ein Beamter ihm sagte, daß seine Frau mit dem kleinen Mädchen, das während seiner Haft das Licht der Welt erblickte, ihn zu sprechen wünsche, zweifelte er auch nicht mehr. Wenn sein Weib vom Dorfe kam, dann standen die Dinge sicher schlecht.

Dann sprachen sie ihm von der Amnestie und er warf sich mit Verzweiflung an diesen letzten Hoffnungsanker. Waren nicht andere auch schon begnadigt worden? Konnte es ihm nicht auch so gehen? Warum sollte diese gute Stadt Madrid ihm nicht auch das Leben schenken? Es ging doch sicher an, um Begnadigung zu bitten.

Und allen, die ihn aus Neugier, oder weil es ihre Pflicht war, besuchten, den Anwälten und Journalisten, dem Priester stellte er die gleiche zitternde, bange Frage, als ob gerade sie die Macht gehabt hätten, ihm das Leben zu schenken.

„Was meinen Sie, soll ich um Gnade bitten?

Am nächsten Tage wurde er gefesselt und gebunden, wie ein Stück Vieh, das zur Schlachtbank geführt wird, in seinen Geburtsort gesandt. Bereits weilte der Scharfrichter im Dorfe.

Stundenlang harrte seine Frau vor der Türe seines Kerkers, um einige wenige Worte mit ihm zu wechseln. Sie war eiu braunes, junges Weib, mit vollen Lippen und dichten Augenbrauen. Und ihren Kleidern entströmte ein penetranter Stallgeruch.

Sie hatte das Aussehen einer Verzweifelten. Zwar lag in ihren unsteten Blicken mehr Schrecken als Seelenschmerz und nur als sie den Blick auf den Säugling heftete, der an ihrer vollen Brust sich sättigte, traten ein paar Tränen in ihre Augen.

Herr Gott! Welche Schande für die ganze Familie! Schon immer hatte sie geahnt, daß dieser Mann ein schlechtes Ende nehmen würde. O wäre doch ihr kleines Mädchen nicht geboren!

Der Gefängnisgeistliche versuchte sie zu trösten. Auch dieser Schmerz würde vorübergehen. Später, als Witwe könnte sie vielleicht einen anderen Mann kennen lernen, der sie glücklicher machte. Das schien ihr wieder Leben zu geben, ja, sie kam so weit, von ihrem ersten Bräutigam zu sprechen, der aus Furcht vor Rafael sich zurückgezogen hatte, und jetzt auf dem Felde oder im Dorfe ihre Nähe suchte, als ob er ihr etwas zu sagen hätte.

Nein, an Männern würde es ihr nicht fehlen, sagte sie sich mit heimlichem Lächeln. Aber ich bin eine anständige Frau, eine Christin. Wenn ich mit einem Manne verkehre, so soll es in allen Ehren sein!

Und als sie die ernsten Gesichter des Priesters und des Gefängniswärters bemerkte, kehrte sie wieder zur Wirklichkeit zurück und brach in Weinen aus.

Als es dämmerte, kam die telegraphische Nachricht. Rafael war begnadigt, das Gericht in Madrid schenkte ihm das Leben und verwandelte die Todesstrafe in lebenslänglichen Kerker.

Das Ereignis erregte bei allen Gefangenen Aufsehen. Wenn dieser Mörder begnadigt wurde, dann — — —

„Freue dich, arme Frau," sagte der mitleidige Priester zum Weibe des Begnadigten. „Dein Mann wird nicht hingerichtet werden! Du sollst nicht Witwe sein!"

Das Weib war verstummt. Unklare Gedanken wogten in ihrem armen Kopfe, ihr Hirn schien stille zu stehem.

Es ist gut! sagte sie endlich in ruhigem Tone. Wann wird er frei?

Frei? Bist du von Sinnen? Niemals! Du kannst zufrieden sein, daß sie ihm das Leben schenken. Nach Afrika wird er geschickt, und bei seiner Jugend und Gesundheit kann er über zwanzig Jahre noch leben.

Zum ersten Male kamen dem Weibe die Tränen aus tiefstem Herzen. Aber sie schluchzte nicht aus Schmerz, sie weinte aus Verzweiflung, aus Wut.

Ruhig, Weib! sagte der erregte Priester. Das heißt Gott versuchen! Das Leben wurde ihm geschenkt! Hast du verstanden! Er war zum Tode verurteilt. Und du wagst es, dich zu beklagen — — —

Plötzlich hörte das braune Weib auf zu schluchzen und ihre Augen sprühten Blicke des Hasses.

Gut! Mögen sie ihm das Leben schenken, ich freue mich darüber. Er ist gerettet, aber ich? — —

Eine fürchterliche Pause, folgte: ihr üppiger, wollüstiger Körper wand sich in konvulsivischen Zuckungen, dann folgten die stockenden Worte:

Die wahre Verurteilte bin ich!

Die geologische Geschichte der Ostsee

Es ist uns heute möglich, aus den Gesteinsablagerungen, die den Boden zu unseren Füßen bilden, und den in ihnen eingeschlossenen Versteinerungen die geologische Geschichte eines Landes zu rekonstruieren. Die Art der Gesteine, ob feinkörniger Schiefer oder grobe Gemische, gibt uns Auskunft darüber, ob hier einst ein Meer bis in große Tiefen hinabreichte oder an eine Steilküste anbrandete. Die Lagerung, ob gefaltet oder zerbrochen und verworfen, gibt uns Aufschluß, über den Aufbau und die Höhe einstiger Gebirge und über die Ausdehnung der Ebenen. Und die in den meisten Sediment- (Niederschlags- oder Ablagerungs-)gesteinen enthaltenen Versteinerungen weisen uns auf die Entstehungszeit der Ablagerungen hin.

Da ist es interessant, mit Hilfe dieser Methode einmal auch ein Meer wie die Ostsee in ihrem Werdegang zu verfolgen, zu erforschen, wie sie nach und nach aus einzelnen Teilen entstanden ist, die sich schließlich in der Gegenwart zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefunden haben. Selbstverständlich müssen wir dabei von den heutigen Verhältnissen durchaus abstrahieren.

Aus der Vorzeit unserer Erde ist in Nordeuropa heute noch eine große Senke übrig, die damals als Talmulde in der Faltungszone eines von Osten nach Westen verlaufenden Gebirgszuges gebildet wurde. In diesem Senkungsgebiet liegen heute Wener- und Mälar-See in Schweden und der Finnische Meerbusen. An den Randzonen des alten Gebirges befanden sich damals Vulkane, von deren gewaltigen Eruptionen der sogenannte Rapakiwigranit stammt, der ausgezeichnet ist durch sehr große rote Feldspatbrocken und als Findling im norddeutschen Flachland nicht selten vorkommt. Diese vorzeitlichen Gebirge wurden dann abgetragen und der dabei entstehende Verwitterungsschnitt in einem Meere, das langsam auf das untersinkende Festland hinaufkroch, zu Sandsteinen zusammengebacken. Das vordringende Meer reichte schließlich, wie sich aus der Verbreitung der Ablagerungen feststellen läßt, vom hohen Norden über ganz Skandinavien und Teile von Rußland hinweg bis Pommern und Mecklenburg, Das Meer wurde immer tiefer, es kam zur Bildung von dunklen Tonen, und Koralleninseln erhoben sich in der Gegend von Gotland. Die tiefste Stelle zog sich etwa in der Richtung Petersburg-Kalmar hin, während nach Süden hin, im heutigen Norddeutschland, eine Landbrücke die Verbindung mit dem böhmischen Meer hinderte. Dann folgte noch vor der Steinkohlenzeit eine Gebirgsauffaltung von England herüber bis nach dem nördlichen Norwegen, so daß die Ostsee abgeschnürt wurde und allmählich austrocknete. In der Steinkohlenzeit ist das Ostseegebiet Festland, während in Mitteldeutschland sich die sogenannten karbonischen Alpen von Straßburg bis in die Magdeburger Gegend auffalteten.

Vom Ende des Altertums der Erde bis in die Eiszeit hinein blieb dann der nördliche Abschnitt der Ostsee Festland, während im Mittelalter, in der Trias- und Jurazeit, das Muschelkalkmeer den südlichen Teil bedeckte. In Schonen bei Helsingborg war wohl das Mündungsgebiet großer Ströme, in deren sumpfigem Mündungsgebiet eine reiche Vegetation zur Bildung von Kohlenlagern führte. Das ganze deutsche und dänische Gebiet befand sich damals ständig in einer Art Schaukelbewegung, so daß bald das Meer zurückwich, bald wieder vordrang. Die Ostsee war eine Rinne, die bald nördlich, bald südlich gerückt wurde und in der hauptsächlich der Verwitterungsschutt des nördlichen skandinavisch-finnischen Festlandes sich ablagerte. Zur Tertiärzeit befanden sich im Gebiet der heutigen östlichen und nördlichen Ostsee ausgedehnte, sehr harzreiche Nadelholzwaldungen, besonders im Samland, die den Bernstein lieferten. Am Ende der Tertiärzeit war wohl nur ein kleiner Binnensee im westlichen Ostseegebiet vorhanden.

Die wichtigste Phase für die Herausbildung der heutigen Ostsee ist die Eiszeit. Bevor die Gletscher Skandinaviens zum letzten Male nach Süden vordrangen, schufen gebirgsbildende Bewegungen die dänischen Inseln, Rügen und Bornholm, indem die dazwischen liegenden Gebiete längs großen Bruchlinien in die Tiefe sanken. Rügen und Möen zeigen in ihrem Steilabfall deutlich die Verwerfung, die aber auch bei Kiel, Stralsund, Wollin nachzuweisen ist. Als dann das Eis zurückwich, drang das Meer in die neugebildete Senke ein und bildete so die Ostsee, die aber noch mehrere Zwischenstadien durchmachen mußte, ehe sie die heutige Gestalt annahm, die wir als Yoldia-, Ancylus- und Litorinazeit bezeichnen. In der Yoldiazeit stand die Ostsee nördlich von Småland in Schweden, im Gebiet des Wener-, Wetter-, Hjelmar- und Mälar-Sees in ostwestlicher Richtung mit der Nordsee in Verbindung. Südfinnland und das ganze finnische Seegebiet stand unter Wasser, so daß auch eine Verbindung der Ostsee mit dem weißen Meer, also dem nördlichen Eismeer, existierte. Das Wasser muß, den in den Ablagerungen enthaltenen Tieren nach zu schließen, sehr kalt gewesen sein, was sich leicht erklärt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Schmelzströme der Gletscher hineinmündeten und wahrscheinlich auch kalte Strömungen vom Pol her weit nach Süden vordrangen. Bis an die deutsche Ostseeküste scheint das Yoldiameer nicht herangereicht zu haben.

In der folgenden Ancyluszeit schlossen sich die Tore in Jütland und Finnland, die ganze Ostsee wurde vom Meere abgeschnürt und wieder in einen Binnensee verwandelt; nur im Sund mag eine schmale Meerenge vorübergehend bestanden haben. Den Namen hat diese Zeit von einer kleinen Süßwasserschnecke, die sich von dieser Zeit her noch in der ganzen Umrandung der Ostsee findet. Eine Landbrücke, die von Hannover über Holstein und Jütland nach Schonen ging, ermöglichte es damals der südlichen Tier- und Pflanzenwelt, in das eisfrei gewordene Skandinavien wieder einzuwandern; auch der Mensch scheint auf diesem Wege nach Norden vorgedrungen zu sein. Bornholm war damals noch durch den Adlergrund mit Rügen und vielleicht auch mit Hinterpommern verbunden, was sich gleichfalls durch Uebereinstimmungen in der Flora und Fauna nachweisen läßt.

Dieser Binnensee erhielt dann in der Litorinazeit wieder Verbindung mit dem Salzmeer; das geht daraus hervor, daß die Nordseemuscheln sich allmählich bis nach dem äußersten Norden der Ostsee verbreiten. Die Landbrücke von Bornholm nach dem Festland verschwand, Sund und Belt öffneten sich als Verbindung mit der Nordsee. Zugleich trat an der deutschen Ostseeküste eine Senkung ein; so befinden sich versunkene Eichen- und Eibenwälder auf dem Meeresboden bei Thiessow, Hiddensee und an anderen Stellen. Auch Hünengräber und menschliche Steinwerkzeuge liegen nicht selten auf dem Meeresboden und werden von da gelegentlich zutage gefördert.

Gegenwärtig hebt sich das ganze Gebiet der Ostsee langsam empor — so hat sich Stockholm in den letzten hundert Jahren um 47 Zentimeter gehoben — die Ausfüßung macht wieder langsame Fortschritte. —

Kleines Feuilleton

Die Lehninsche Weissagung über das Ende der Hohenzollern

In diesen Zeiten politischen Umsturzes ist in Wort und Schrift nicht selten von der berühmten Lehninschen Weissagung die Rede gewesen, die angeblich schon vor Jahrhunderten den Eintritt der jetzigen Ereignisse verkündigt haben soll. Im Volke erzählt man sich seit langem, es stehe u. a. darin, daß eiu „einarmiger" Kaiser der letzte in Deutschland sein werde, daß das Reich unter ihm seine höchste Blüte, aber auch seinen Sturz erleben werde usw. Was hat es nun mit dieser Gerüchten auf sich? Wenn die Lehninsche Weissagung tatsächlich einen derartigen Inhalt hätte, so würden wir es allerdings mit einer erstaunlich richtig eingetroffenen Prophezeiung zu tun haben. Aber steht denn in der Prophezeiung wirklich, was das Volk behauptet, oder haben wir es nur mit einem wilden Gerücht zu tun, das Hunderte gläubig nacherzählen und niemand nachprüft? Nun, glücklicherweise ist der ganze Wortlaut in nicht mißverständlicher Form erhalten, und wir können feststellen, was an den im Volke umhergetragenen Geschichten Wahres ist. Zuvor aber muß über die Entstehung der Weissagung einiges Tatsachenmaterial mitgeteilt werden.

Der Ueberlieferung nach soll die Lehninsche Weissagung von einem Bruder oder Abt Hermann von Lehnin, der geschichtlich nicht nachweisbar ist, im Jahre 1306 verfaßt worden sein. Der Zweck der Prophezeiung ist die Ankündigung der künftigen Geschichte der Herrscher der Mark Brandenburg. Tatsächlich ist denn auch bis zum Großen Kurfürsten die Geschichte Brandenburgs recht treffend und unverkennbar richtig, wenn auch in etwas „dunkel" mystischer Form, geschildert. Das ist aber nicht verwunderlich, denn genaue Forschungen haben ergeben, daß die Lehninsche Weissagung nicht im Jahre 1306 verfaßt worden ist, sondern erst gegen das Jahr 1685, also in den letzten Regierungsjahren des Großen Kurfürsten, von einem gewissen Andreas Fromm, der erst protestantischer Pfarrer an der Peterskirche in Berlin war, später aber im Unfrieden aus der Mark schied, zum Katholizismus übertrat und 1685 als Domherr in Leitmeritz in Böhmen starb. Der Zweck der Fälschung war lediglich, Stimmung gegen den reformierten Glauben und für den Katholizismus zu machen, denn die Prophezeiung klingt schließlich in den Vers aus: „Es kommt die Clerisey zu ihren alten Ehren."

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 18 | Dienstag, den 11. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Russische Werbezentralen überall. Nicht nur in Berlin, sondern auch in andern deutschen Großstädten gehen die Werbungen für den russischen Hochstapler und Monarchisten Awalow-Bermondt weiter. Unsere Genossen in Hannover machten den hannoverschen Polizeipräsidenten am 1. November auf ein Werbebureau für die westrussische Armee aufmerksam, das Werbungen nach Beibringung polizeilicher Führungszeugnisse vornahm, Reisepässe ausstellte etc. pp. Am 7. November konnte unser hannoversches Parteiorgan berichten, daß das Bureau nach wie vor arbeitet. Und das, obwohl von unsern Genossen unwiderlegliche Beweise für seine Werbetätigkeit beigebracht worden waren.

Koltschak flüchtet. Die Armee Koltschaks zieht sich auf der ganzen Front zurück. Die roten Truppen haben am 4. November Tobolsk genommen und dringen weiter gegen Omsk vor. Die Zivilregierung Koltschaks ist von Omsk nach Irkutsk geflüchtet.

Ein Kaplan „schiebt". Einer kaum glaublichen Schiebung ist man in Lippstadt auf die Spur gekommen. Zweitausend Zentner Kartoffeln wollte der Kaplan vom benachbarten Langenecke nach Hamm verschieben. Er hatte die Kartoffeln bei Ueberschreitung der Höchstpreise (7.75 Mk.) aufgekauft. Auch hatte er sich eine Ausfuhrbescheinigung von dem vor einiger Zeit versetzten Landrat Garius beschafft. Von den dem Kaplan nahestehenden Kreisen wurde das Gerücht verbreitet, die Kartoffeln seien für das Hammer Kranken- und Waisenhaus. Auf telephonische Anfrage dort wußten die betreffenden Häuser nichts von den Kartoffeln.

Eine Räteschule. Die Groß-Berliner Arbeiterschaft hat eine Räteschule ins Leben gerufen. Die neue Einrichtung nahm ihre Tätigkeit bereits auf. Genosse Däumig hat mit einer Serie Vorträge über „Wesen und Aufgaben der Betriebsräte" den Kursus begonnen.

So handeln die Bolschewiki. Der Zentral-Vollzugsausschuß der Sowjetregierung hat eine Amnestie erlassen für alle gegen die Arbeiterklasse begangenen Straftaten. Alle von Justiz- und Verwaltungsbehörden Verurteilten sollen freigelassen werden mit Ausnahme derjenigen, die an Verschwörungen gegen die Sowjetregierung teilgenommen haben oder wegen ernster Vergehen aus Gewinnsucht verurteilt worden sind und deren Strafe nicht über fünf Jahre hinausgeht. Wenn die Strafe höher als fünf Jahre ist, wird sie automatisch auf fünf Jahre herabgesetzt.

Und die sozialistische Regierung Deutschlands?

Verhaftung eines deutschen Kriegsverbrechers. Der Magistratsassessor Folksdorf in Wiesbaden wurde auf Verfügung der belgischen Militärverwaltung festgenommen und abtransportiert, weil er im Kriege als Offizier sich unnötige Härten gegenüber der Bevölkerung habe zuschulden kommen lassen.

Leipzigs Straßenbahn städtisch. Der Rat von Leipzig hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf Verstadtlichung der Straßenbahn unterbreitet. Der Uebernahmepreis beträgt 20 894 636 Mark. Das Unternehmen wird als Ganzes übernommen, die Liquidation wird ausgeschlossen. Die Uebernahme geschieht auf Grund der Bilanz vom 31. Dezember 1918. Bei der Festsetzung des Uebernahmepreises ist nicht der derzeitige außerordentliche hohe Wert, sondern nur der Ertragswert in Rechnung gestellt. Der Betrieb geht bereits vom 1. Januar 1919 an auf Rechnung der Stadt über.

Schinkenlotterie. Die Stadt Linden bei Hannover forderte kürzlich alle Familien von mehr als 2 Personen auf, an einer Verlosung von Schinken, das Pfund zu 5 Mark teilzunehmen. 14000 Familien meldeten sich auf diese lockende Aufforderung. Die Verlosung fand statt, und die Stadtverwaltung teilt nun mit, daß 3997 Familien je nach ihrer Größe einen kleinen oder größeren Schinken erhalten. Die Verteilung beginnt in den nächsten Tagen.

Wir fragen hiermit an, woher in der Zeit der Rationierung diese Schinken stammen? Es handelt sich hier nicht um ein paar Pfund, sondern schlecht gerechnet um 175—200 Zentner.

Ein Bordell auf Kosten der Steuerzahler. Vor kurzem wurde in Wiesbaden der Oberbürgermeister Gläsing durch die Franzosen abgesetzt und ausgewiesen. Wie die rechtssozialistische Frankfurter Volksstimme mitteilt, ist die Maßregelung Gläsings geschehen, weil er sich weigerte, für die französische Besatzung ein Bordell auf städtische Kosten einzurichten. Die französische Kommandantur erzwang die Einrichtung. Militarismus und käufliche Liebe haben zu allen Zeiten innige Verbindung gehabt. So weit wie diese Frechheit dürfte jedoch selten etwas gegangen sein.

Wieder ein Sieg der U. S. P. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Bonn erhielt das Zentrum 32, die Vereinigten bürgerlichen Parteien 11, die Rechtssozialisten 13, die zum ersten Male in die Oeffentlichkeit getretenen Unabhängigen 12 und der Mieterverein 2 Sitze.

Zur Abstimmung in den Grenzgebieten. Der Oberste Rat beschloß, den Sitz der Abstimmungskommissionen und die Kommandos der interalliierten Besatzungstruppen folgendermaßen zu regeln: Allenstein an Großbritannien, Marienwerder an Italien, Oberschlesien an Frankreich, Teschen an die Vereinigten Staaten bezw. provisorisch an Frankreich bis zur Ratifikation des Friedensvertrages durch Amerika.

Selbsthilfe der Bergarbeiter. Die Belegschaft der Zeche Glückauf in Hörde beschloß einstimmig eine Entschließung an die Reichsregierung, in der verlangt wird, daß Wucherer und Schieber als Landesverräter von Kriegsgerichten abgeurteilt werden. Dann heißt es in der Entschließung: Geschieht nicht bald Abhilfe, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die schwer ausgenützten und betrogenen Bergarbeiter zur Selbsthilfe schreiten!

Anarchismus, Kommunismus und Sozialismus

Julian Borchardt behandelt im neuesten Heft seiner Lichtstrahlen dieses Thema. Freilich überschreibt er seinen Artikel mit „Anarchismus und Kommunismus." Borchardt teilt einige Aeußerungen kommunistischer Zeitungen über die erfolgte Spaltung der kommunistischen Partei mit und führt dann aus:

„Das alles klingt so toll, daß man es, wie gesagt, auf den ersten Blick nicht zu glauben geneigt sein möchte. Aber wer da weiß, wie sich die Dinge während des Krieges langsam aber sicher entwickelt haben, wer gelesen hat, wie erst vor ein paar Wochen dieselbe Zentrale aus eigener Machtvollkommenheit die Redakteure der Berliner Roten Fahne als „außerhalb der Partei" stehend erklärt hat, der glaubt auch diese neuesten Berichte.

Die Redaktion der Lichtstrahlen befindet sich diesen Vorgängen gegenüber in einer vorteilhaften Position. Sie kann nicht „außerhalb der Partei gestellt" werden, weil sie von vornherein und immer schon außerhalb der Partei gestanden hat. Infolgedessen sind wir persönlich in keiner Weise an dem gegenwärtigen Streit beteiligt. Gerade das befähigt uns, ruhiger und unbefangener alle Momente zu beurteilen, als diejenigen, die mitten drin stehen und vermutlich nach der einen oder anderen Seite hin aufs höchste erbittert sind. Und da müssen wir zugeben, daß die Stellung der Zentrale doch wohl nicht so einfach und leicht zu bewerten ist, wie es nach den beiden Berichten scheint. Es ist nicht unbedingt nötig anzunehmen, daß die Zentrale aus reinem Machtkitzel und Führerwahn gehandelt hat. Denn zweifellos hat sie darin Recht, daß anarchistischer und marxistischer Kommunismus miteinander unvereinbar sind.

Gestehen wir es ruhig ein, daß durch die Gleichheit des Namens eine gewisse Verwirrung ermöglicht und wohl auch tatsächlich angerichtet worden ist. Als im Herbst vorigen Jahres der Gedanke auftauchte, im Anschluß an die russischen Genossen auch in Deutschland alle treugebliebenen Marxisten zu einer kommunistischen Partei zusammenzuschließen — soviel wir wissen, ging die erste Anregung von den damaligen „Internationalen Sozialisten Deutschlands" aus —, da haben wir einfach vergessen, daß auch die Anarchisten sich häufig „Kommunisten" nennen. Diese Vergeßlichkeit ist sehr erklärlich, weil ja die Anarchisten in Deutschland noch nie irgendwelche Bedeutung erlangt haben. Es hat ja auch nur historische Gründe, daß sie den alten Namen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts beibehalten haben. In den 40er Jahren, als noch alle Teile der Arbeiterbewegung beisammen waren, nannten sie sich Kommunisten. Dann kamen die grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen Marx und Bakunin, die notwendig zur Trennung führen mußten, da beide ganz Verschiedenes wollten. Und nun blieben die Anhänger Bakunins bei dem alten Namen, während Marx und seine Freunde zu dem Namen „Sozialisten" übergingen. Als wir jetzt, ohne an diese Vergangenheit zu denken, zu dem alten Namen zurückkehrten, konnte es nicht fehlen, daß mindestens ein Teil der Anarchisten dies auch für eine Rückkehr zu den Lehren Bakunins ansah und sich der neuen Partei anschloß. Ob das in großen Umfange geschehen ist, vermögen wir nicht zu beurteilen. Offenbar befürchtet das die Zentrale, und daraus dürfte sich ihr Verhalten erklären.

Der Gegensatz aber zwischen dem anarchistischen und unserem Kommunismus ist schlechthin unüberbrückbar. Gewiß, im Ziel sind wir einig. Sie wollen ebenso wie wir Freiheit und Wohlstand für alle. Aber sie gedenken dieses Ziel zu erreichen durch eine weitgehende Zersplitterung der Produktion. Sie haben richtig erkannt, daß die persönliche Freiheit des Einzelnen zur Voraussetzung hat seine wirtschaftliche Freiheit: wer nicht bei der Arbeit frei ist, der ist überhaupt nicht frei. Deshalb wollen sie möglichst jeden einzelnen wirtschaftlich auf sich selbst stellen. Rückkehr zum kleinstmöglichen Kleinbetrieb mit „gerechtem" Tausch, das ist ihr wirtschaftliches Ideal, wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die meisten kein klares Bild davon machen, wie denn überhaupt die Nationalökonomie nicht eben ihre starke Seite ist. Sie sind zumeist ideal veranlagte Künstlernaturen, die jeden Zwang, jede Einengung der persönlichen Schöpferkraft unmittelbar als produktionshemmend empfinden. Was sie letzten Endes wollen, ist also das gerade Gegenteil von Kommunismus, und im Grunde haften sie nur an einer längst überholten Aeußerlichkeit, wenn sie sich immer noch Kommunisten nennen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ein Teil von ihnen, in einer aufdämmernden Ahnung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, sich zu der Konzession von kleinen Genossenschaften verstanden haben, in welche sie die Menschheit zum Zwecke der Produktion organisieren wollen. Auch das ist Zersplitterung, also das Gegenteil von Kommunismus.

Uns dagegen hat das gründliche Studium der Nationalökonomie gelehrt, daß die persönliche Freiheit des einzelnen nur dann erreichbar ist, wenn die Produktion auf das höchste Maß gesteigert ist, so daß für jeden genug und übergenug vorhanden ist. Eine solche Steigerung der Produktion hat aber zur Voraussetzung das planmäßige Hand-in-Hand-Arbeiten aller, und da wollen wir hin. Die gemeinschaftliche, planmäßige Arbeit aller, die Bedarfsdeckung ohne Tausch, ohne Verkauf, ohne Lohnzahlung und ohne Profit, das ist unser Ziel. Darum der Name Kommunismus, denn das lateinische Wort Communis bedeutet gemeinschaftlich. Nach unserer Ueberzeugung würden uns die Anarchisten, wenn ihre Bestrebungen Erfolg hätten, zurückschleudern auf eine tiefere Stufe der Produktion; sie würden uns noch schlimmer verarmen, als wir es heute sind; sie würden die Grundlage vernichten, auf der allein die persönliche Freiheit des einzelnen erwachsen kann, und eine noch tollere Versklavung als heute müßte die Folge sein.

Nun versetze man sich in die Lage des Vorstandes der K. P. D., dessen Mitglieder nach altgewohnter Führerweise sich für die Tätigkeit der ganzen Partei verantwortlich fühlen. Sie sehen oder sie befürchten wenigstens, daß viele Anarchisten der Partei beigetreten sind und sich bemühen, diese in anarchistische Bahnen zu lenken. Gelänge ihnen das, so würde die Partei ihrem eigentlichen Zweck vollständig entfremdet. Das hat den Parteivorstand auf den Plan gerufen, und nun weiß er dagegen keine anderen Mittel, als die auch Noske, angeblich zur Rettung des deutschen Vaterlandes, anwendet, die Gewalt. Oder, wenn man so weit den Vergleich nicht treiben will, dann sind es jedenfalls dieselben Mittel, die während des Krieges der Parteivorstand der Scheidemänner anwandte, der ja auch jeden, der ihm nicht in den Kram paßte, „außerhalb der Partei" stellte.

Nur wenn man so, wie wir es versucht haben, in aller Ruhe und Sachlichkeit die Lage und die Absichten des Kommunistischen Parteivorstandes würdigt, wird das äußerst schwere Problem klar, vor das die Kommunisten durch die Entwicklung der Dinge gestellt sind. Auf der einen Seite ist es zweifellos richtig, daß anarchistische und marxistische Kommunisten nicht zusammengehen können, wenn sie sich nicht beide zu völliger Unfruchtbarkeit verurteilen wollen. Der Fehler wäre nicht geringer, als es seinerzeit der Zusammenschluß mit den Unabhängigen war. Auf der anderen Seite — wie soll man es verhindern? Räumt man dem Parteivorstand eine derartige Macht ein, wie er sie hier in Anspruch nimmt, dann ist die Partei völlig bei der alten Führerpolitik, der alten Instanzenpolitik angelangt, die gerade die Hauptursache des schmählichen Verrats am 4. August 1914 gewesen ist.

Nun rufen in der Hamburger Kommunistischen Arbeiterzeitung die Delegierten einer Anzahl Bezirke (Hannover, Braunschweig, Nordwest, Nord, Sachsen-Anhalt) zur Bildung einer neuen Organisation auf, welche bezweckt:

„daß die proletarische Diktatur die Diktatur der Klasse sein muß und nicht die Diktatur der Führerschaft einer Partei," sowie „daß revolutionäre Massenaktionen nicht von einem geheimen Führerbund, sondern aus dem Willen der Massen selbst emporschlagen müssen".

Das sind treffliche Worte. Aber ob die Gründung einer neuen Partei allein genügen wird, um sie zu verwirklichen? Uns dünkt, die geschilderten Vorgänge beweisen, daß die alten Formen des Zusammenschlusses, das alte Parteiwesen überhaupt sich überlebt hat und daß es vor allem gilt, die neuen Werkzeuge zu finden, welche den neuen Aufgaben entsprechen."

Borchardt hat in seiner alten klaren Logik den Gegensatz zwischen Anarchismus und Sozialismus gut herausgearbeitet. Denn was er als das Ziel des Kommunismus bezeichnet (gemeinschaftliche planmäßige Arbeit aller usw.), ist in Wirklichkeit nichts dem Kommunismus eigentümliches. Es ist Sozialismus, wie ihn die unabhängige Sozialdemokratie erstrebt. Um diese Ziele zu vertreten, wäre nicht die Gründung einer besonderen kommunistischen Partei nötig gewesen. Wenn Borchardt meint, das alte Parteiwesen hätte sich überhaupt überlebt, ist das ein recht trübseliges Ergebnis seiner Betrachtungen. Was soll denn an die Stelle der Partei treten? Eine Partei ist kein Diskutierklub oder eine Akademie. Sie will unmittelbare, praktische Ziele verwirklichen und da braucht sie eine feste Gliederung, da muß die Ansicht des Einzelnen gegebenenfalls zurückstehen, muß Disziplin herrschen. Andernfalls kann das gewollte Ziel nicht erreicht werden, weil den Parteiaktionen die notwendige Wucht fehlt. Will eine Partei ihre Ziele durchsetzen, muß sie Massenpartei sein. Eine Minorität kann vielleicht zeitweilig eine Mehrheit vergewaltigen, sich aber nicht dauernd halten.

Wie ging nun die Entwicklung innerhalb der radikalen Arbeiterbewegung vor sich? Unter den Wirkungen des Krieges und des Belagerungszustandes waren politisch unreife Elemente zu anarchistischen Anschauungen gekommen. Teilweise suchten sie in der unabhängigen Sozialdemokratie ein schützendes Obdach, teilweise glaubten sie hier das ergiebigste Rekrutierungsgebiet zu finden. Die unabhängige Sozialdemokratie konnte dem Drängen dieser Leute nicht nachgeben. Andernfalls wäre sie ja ganz andern Zwecken dienstbar gemacht worden als denen, für die sie geschaffen war. Noch ehe die sachliche

Klärung erfolgte, nahmen die Kommunisten die Spaltung vor, weil sie glaubten, einen größeren Teil der Massen mitreißen zu können. Erfreulicherweise täuschten sie sich. Jetzt müssen sie sich selber ihrer Haut gegen die Anarchisten wehren. Resoluter als der unabhängige Parteivorstand wandten sie das Mittel an, die Anarchisten auszuschließen. Der Zentralvorstand der Kommunisten tat, was der Parteivorstand der U. S. P. leider in übergroßer Toleranz versäumte. Zwischen Anarchismus und Sozialismus kann keine Gemeinschaft sein. Was werden die „wahren" Kommunisten nun tun? Sie sind ein winziges Häuflein. Wollen sie ihr Programm durch Gewalt oder durch Ueberzeugungskünste verwirklichen? Eins wie das andere ist aussichtslos. Gewalt gegen die Konservativen, gegen das Zentrum, gegen das Bürgertum, gegen die Mehrheitssozialisten, gegen die Unabhängigen, gegen die Anarchisten? Und bis sie die Mehrzahl der Volksgenossen von der Richtigkeit ihres Zieles und des Weges dahin überzeugt hätten, könnte ein halbes Jahrhundert vergehen. Warum also eine besondere Partei? Aber das ist des Pudels Kern: Eigenbrödelei einiger sich zurückgesetzt fühlender Genossen arbeitete seiner Zeit den Anarchisten in die Hände und half die Kommunistische Partei schaffen. Radikale Thesen in die Masse schleudern ist leicht aber zwecklos, solange man nicht die entfernteste Macht hat, sie zu verwirklichen. Immer haben die Kommunisten einer anarchistischen Putschtaktik gehuldigt. Jetzt wird ihre Partei zwischen Anarchismus und unabhängiger Sozialdemokratie zerrieben werden, genau so, wie der morsche Rechts- und Reformsozialismus zwischen Bürgertum und unabhängiger Sozialdemokratie. Die weitere Entwicklung der Zukunft wird in Deutschland nur vier Parteien kennen: die extremen Konservativen, die bürgerliche Reaktion von Erzberger bis Ebert, die in der unabhängigen Sozialdemokratie vereinigten Anhänger des entschiedenen Sozialismus und die Anarchisten. Bedeutung können weder die Konservativen noch die Anarchisten gewinnen, weil beide Parteien wirtschaftlichen und politischen Utopien nachjagen. Der Kampf um die Macht wird zwischen dem vereinigten bürgerlichen Klüngel und der U. S. P. D. ausgefochten. Wo der Arbeiter stehen muß, braucht nicht erst gesagt werden. G. Sch.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Bespitzelung der U. S. P.

Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Mitteilung, in Hof in Bayern sei ein spartakistisch-unabhängiger Waffenschmuggel aufgedeckt worden. Genosse Lipinski teilte in der Sitzung der sächsischen Volkskammer vom 4. November Näheres über die Beschaffenheit dieser Zentrale mit. Ihr Organisator war ein gewisser Meyerhöfer, der sich als Mitglied bei der U. S. P. in Hof auf Grund eines von unserer Münchener Organisation ausgestellten Mitgliedsbuches meldete. In München war wegen der Besetzung durch die Reichswehrtruppen unser Parteibureau gestürmt und eine Anzahl von Mitgliedsbüchern gestohlen worden. Mit diesen wurden Polizeispitzel ausgestattet und als solcher erhielt auch Meyerhöfer ein Exemplar. Außer ihm noch ein gewisser Dr. Raff, der sich als Chauffeur vorstellte und gleichfalls auf Grund seiner angeblichen Münchener Parteimitgliedschaft Aufnahme in die Hofer Organisation verlangte. Keiner von beiden wurde aufgenommen. Sie machten sich von vornherein verdächtig und wurden beobachtet. Dabei stellte sich heraus, daß sie ständig mit Hofer Nationalliberalen korrespondierten und außerdem vom Armeekommando III ausgestellte Ausweise als Kriminalbeamte besaßen. Am Freitag, den 24. Oktober, stellten sich im Leipziger Sekretariat der Unabhängigen Partei zwei Herren ein, die eine Revolution in Kongreßpolen einzuleiten bestrebt sein wollten. Sie legten ausführliche Pläne vor und wiesen sich durch Mitgliedsbuch der U. S. P. aus. Am andern Tage mußte unser Sekretär zu einer Sitzung nach Berlin und traf im Frühstückszimmer des Hotels diese beiden Herren. Erkundigungen ergaben, daß es sich um Kriminalbeamte handelt.

Am 3. November wurden unserem Parteigenossen Ryssel wiederholt Leute auf das Sekretariat geschickt mit der Anweisung, sich dort bei der roten Armee zu melden. Auf Befragen erklärten diese Leute, sie seien von einem Offizier auf dem Hauptbahnhof dahin geschickt worden.

Genosse Lipinski erklärte, noch mehr Material über die Spitzelwirtschaft zu besitzen. Der Zweck dieser mehr oder weniger offiziösen Bespitzelung unserer Parteiorganisation ist ganz unverkennbar der, sie auf Bahnen zu treiben, die den gewünschten Vorwand zu Gewaltaktionen gegen sie und das Proletariat abgeben könnten. Diese Folgen der Lockspitzelarbeit dürfen nicht unterschätzt werden. Jedes Wort der Kritik für die bodenlose Gemeinheit der Spitzelaktionen gegen das Proletariat unter Verantwortung von Regierungsstellen der Volksrepublik Deutschlands wäre zu schade.

Die Folgen der Durchhaltepolitik

Furchtbar sind die Folgen, die die mit dem Krieg verbundene Hungerblockade für weite Kreise des deutschen Volkes hinterlassen hat. Schon im Herbst 1917 zeigten sich sowohl bei den Kindern als Erwachsenen Fälle von Knochenerweichungen, wie man sie früher wenigstens in Deutschland beobachtete. Kinder, die im 3., 4. oder gar im 5. Lebensjahre noch nicht laufen können, werden öfter beobachtet. Häufig verlernen die 2—6jährigen das Laufen, das sie zur rechten Zeit erlernt hatten, wieder. Manchmal vermögen solche Kinder sogar nicht mehr zu stehen. Es werden Knochenerweichungen der langen Röhrenknochen beschrieben, die mit der Hand gebogen werden können. Ueberhaupt treten jetzt häufiger Fälle von Knochenerweichungen auf, wie sie früher nur ausnahmsweise bei den schwersten Formen der Rachitis oder Knochenerweichung beobachtet wurde. Halbwüchsige junge Leute sind plötzlich auf der Straße ohne jede Ursache mit einem Bruch des Unterschenkels zusammengebrochen. Diese Knochenbrüche heilen meist sehr schwer. Ein Frauenarzt in Waldenburg, Regierungsbezirk Breslau — also in einem Industriebezirk — hat häufig Frauen in den Wechseljahren, namentlich ältere schwangere, in letzter Zeit beobachtet, die über heftige Schmerzen in der Wirbelsäule und namentlich in den Beinen klagten. Diese Beinschmerzen waren oft so heftig, daß die Kranken nicht imstande waren, die Beine zu bewegen.

Den Hauptteil der Kranken stellt die Altersklasse bis einschließlich des fünften Lebensjahres. Völlig verschont bleiben Kinder etwa vom 6. bis 14. Lebensjahre bezw. bis zu der Zeit, wo die Kinder ins Erwerbsleben eintreten. Dagegen findet sich eine sehr starke Beteiligung der Jugendlichen im 14. bis 19. Lebensjahr. Völlig frei bleiben dann die Lebensjahre vom 20. bis 35. Hier setzen dann die Erkrankungen wieder allmählich ein und konzentrieren sich bei Frauen etwa zwischen dem 40. und 60. Lebensjahre.

Wenn in den ersten Jahren des Krieges von Unterernährung gesprochen wurde, erhoben Aerzte und sonstige Autoritäten ein wahres Lamento. Von Unterernährung könne garnicht die Rede sein. Im Gegenteil, die Bevölkerung könne mit noch kleineren Rationen sehr wohl bestehen. Wer gegen solche „fachmännischen Gutachten" Zweifel zu äußern wagte, wurde als Miesmacher, wenn nicht gar als Landesverräter verschrien. Jetzt zeigen sich die Folgen. Und es gibt kaum ein Mittel, sie in absehbarer Zeit abzuwenden. Wieder einmal wird der Brunnen zugedeckt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen.

Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben

Jawohl, auch nach der Revolution vom 9. November 1918! So will es der preußische Kultusminister Herr Konrad Haenisch. Er hatte eine Unterredung mit dem Abt Dr. Hildeson Herwegen aus dem katholischen Kloster Maria Laach im Rheinland, aus der der Abt in einem Schreiben u. a. folgende Aeußerungen des Ministers mitteilt:

> „. . Ich betone, daß ich für meine Person keinem Offenbarungsglauben huldigen kann, aber ich habe jetzt nicht nur als Minister, sondern auch früher als Abgeordneter in meinen Reden und Schriften es immer wiederholt, daß wir die großen Kulturkräfte, die im Christentum liegen, nicht gering einschätzen dürfen. Ich und meine Partei, wir leben ja der Hoffnung, daß in einer späteren Zeit einmal eine Ethik erstehen wird, die es uns gestattet, die heute übliche christliche Sittlichkeit zu übertreffen. Jedoch zeigen sich hierfür kaum die schwächsten Ansätze. Es wird also voraussichtlich noch lange dauern, und solange ist das Christentum wenigstens nach seiner ethischen Seite für das Volk unentbehrlich. . ."

Kommentar überflüssig! Nur eine kleine Anfrage: weshalb hat man den Posten des preußischen Kultusministers eigentlich nicht dem Vorrevolutionsbesitzer gelassen? Sein Programm ist geblieben. Man konnte ihm auch die Pensionierung ersparen und Herrn Haenisch die Mühe des Einarbeitens in seine Anschauungen.

Drei Milliarden Jahresgewinn

Das Jahr 1919 hat der Reichsbank einen Jahresgewinn von drei Milliarden Mark gebracht. Berechnungen der Frankfurter Zeitung zufolge betrug der Diskontogewinn rund eine Milliarde. Da kommt ein Gewinn von 2 Milliarden aus dem Goldverkehr, ein Gewinn, der der Reichsbank aus einem Abkommen mit dem Reichsfinanzministerium erwuchs. Nach diesem Abkommen vergütete das Reich an die Deutsche Reichsbank für die nach Holland versandten 1050 Millionen Mark Gold, die zur Beschaffung von Lebensmitteln auf Grund des Brüsseler Abkommens benötigt wurden, 200 Prozent. Demnach beträgt der gesamte Jahresgewinn der Reichsbank drei Milliarden Mark. Zwei und einhalb Milliarden sollen von diesem Gewinn in Rücksicht auf die große ausländische Valutakrise der „Reserve für Kriegsverluste" überwiesen werden. Dadurch steigt diese Reserve auf drei Milliarden Mark an.

Das „Revolutionsjahr 1919" war also der Reichsbank ein überaus ergiebiges Geschäftsjahr. Aber die Reichsbank ist nicht das einzige Unternehmen, das große Gewinne aus der Not des Volkes gezogen hat.

Abhängige Revolutionseinschätzung

Während die rechtssozialistische Presse jetzt in Jubeltönen die Revolution und zumal ihr erstes Signal, den Kieler Matrosenaufstand feierte, las man's vor einem Jahre anders. So wußte das Weimarer abhängige Organ auf die erste Nachricht von den Kieler Vorgängen am 6. November nichts weiter zu schreiben, als folgendes:

> „Wir zweifeln nicht daran, daß die bolschewistische Tollhäuslerei, die an einigen Ecken Deutschlands herumspukt, ein rasches Ende fände, wenn sie gezwungen wäre, vor dem Lichte der freien Kritik zu bestehen, statt mit Verschwörermiene durch das Land zu streichen."

Auf einem ähnlichen Ton waren die Kieler Betrachtungen der meisten Rechtsblätter gestimmt. Sie zeigen klar und deutlich, daß den Abhängigen sich die Haare sträubten vor dem Gedanken, das deutsche Volk könne seinen Wilhelm, Ludendorff und Konsorten zum Teufel jagen. Am 9. Novbr. 1918 freilich nützten sie dafür um so trefflicher die Situation, schwangen sich in die Ministersessel und predigten genau wie früher von da aus dem Volke „Ruhe und Ordnung." Jetzt freilich nicht nur mit Druckerschwärze, sondern den wirksameren Ueberzeugungskünsten der Handgranaten und Gasbomben!

Das Resultat der Rotterdamer Hungerkonferenz

In Rotterdam tagte eine Konferenz, die sich mit der Frage beschäftigte, wie die Gefahr einer europäischen Hungersnot abgewendet werden könnte. Die Konferenz kam zu dem Schluß, daß nicht genug getan worden ist, um die furchtbaren Zustände zu bekämpfen, und daß umgehend Schritte getan werden müssen, um diese Tatsache dem englischen Volk bekannt zu geben. Der Kongreß bittet daher den Obersten

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

18]

Tun Sie dieses Schreiben nicht mit der verächtlichen Handbewegung eines Unerreichbaren ab. Ich schimpfe und schelte hier nicht als ein hilflos Verärgerter. Ich richte über Sie, Herr Staatsanwalt. Sie lesen hier Ihr Urteil, das Wort für Wort erwogen und gewissenhaft durchdacht ist, und für das ich die Verantwortung völlig und nach jeder Richtung hin übernehme.

Sie finden unter diesem Schreiben die genaue Angabe meines künftigen Wohnsitzes. Dorthin können Sie Ihre Mitteilungen richten, wenn Sie etwa persönliche Genugtuung von mir wünschen sollten.

Ich bin Leutnant der Königlich Ungarischen Honvedtruppe, wie Ihrem Philisterehrempfinden hiermit notifiziert sein mag. Aber noch mehr, ich erkläre mich auch ausdrücklich dazu bereit, mich auf Ihren Wunsch einem Gerichtsverfahren in Berlin zu stellen und vor preußischen Richtern alle die sittlichen Verurteilungen zu vertreten, die dieses Schreiben gegen Sie enthält.

Vielleicht gelänge es mir auf diese Weise, Hekatomben weiterer Opfer vor dem Wüten Ihrer staatsanwaltlichen Wirksamkeit in alle Zukunft zu retten.

Die Ehrenaufgabe, Sie aus dem Amte zu jagen, wäre mir das Opfer einer langen Gefängnisstrafe durchaus wert.

Mein Ehrenwort, daß ich das vollkommen ernst meine.

Sie haben nur nötig, mich wissen zu lassen, daß Sie die Beleidigungsklage gegen mich erhoben haben — und ich werde auf der Stelle nach Berlin zurückkehren.

Aber Schurken sind immer auch Feiglinge. Und ich weiß, so gewiß, wie ich lebe, so gewiß werden Sie mich weder zum Duell — noch zur Gerichtsverhandlung nach Berlin laden lassen. Sie frönen ja Ihrem Ergötzen viel besser, wenn Sie Ihre Scharfrichterarbeit jahraus, jahrein, bis der Teufel Sie holt, vom Staatsanwaltssitze aus weiter ungestört verüben. Sie genießen ja heißer, wenn Ihre Opfer auch in Zukunft nach Tausenden zählen.

So würden Sie also ungestört weiter Ihre fluchwürdige Arbeit tun, wenn nicht ein Richter über Ihnen entstünde, dessen Faust Sie eisern träfe und Sie von Ihrem Amtssitze herabschmetterte in das Dunkel und die bürgerliche Vernichtung, die die große Vergeltung sein werden für alle Ihre Unmenschlichkeiten. Der „hergelaufene" ungarische Maler vollzieht jetzt diesen Strafakt an Ihnen — Herr Königlich Preußischer Staatsanwalt Jordan.

So rasch mahlen — unter Umständen — Gottes Mühlen. Und nun merken Sie auf.

Vorerst einen Bericht.

Sie haben auch dieses Mal durchaus ganze Arbeit getan, die Familie Hecker durch Einsperrung ihrer Ernährerin zugrunde gerichtet und könnten frohlocken. Denn der Strafjustiz ist ja wieder einmal Genüge geschehen.

Was aber bei diesem Zusammenbruch am wertvollsten gewesen — das blühende, junge Menschenleben — die junge Schönheit Herta — die wollte ich aus den Trümmern des Einsturzes retten.

Mein Eheversprechen an das Mädchen war ernst gemeint, das beteuerte ich den Richtern. Und wenn auch Sie, Mann der herzlosen Konvention, sich's nicht denken können, daß jemand „solch ein Mädchen" heiratet, ich war dazu entschlossen, bei meiner rechten Hand, bei meinem Augenlicht schwöre ich das.

Nun hören Sie.

Ich habe Herta Hecker, meine Braut, mit in meine Heimat genommen, um sie hier zu heiraten. Schon auf der Reise hierher bemerkte ich, daß eine tiefe Veränderung mit dem Mädchen vorangegangen war. Es wurde einsilbig, in sich gekehrt, weinte viel.

Ich führte alles das auf die schrecklichen Eindrücke des Prozesses zurück und auf die Sehnsucht nach der Mutter, die im Zuchthause sitzt und um die Herta sich abhärmt. Sie ist der Meinung, sie — sie allein sei schuld an dem furchtbaren Lose, das ihre Mutter getroffen.

Es gelang mir nicht, das Mädchen von diesen Ideen abzubringen, und ich sah es tiefer und tiefer in Selbstvorwürfe und Melancholie versinken. Um Herta aufzurichten, beschleunigte ich die Vorbereitungen zu meiner Heirat. Da erklärte sie eines Tages, sie könne und werde mich nicht heiraten. Ich hielt das erst für eine Laune und nahm es nicht ernst. Dann, als Herta fest bei diesem Entschluß beharrte, drang ich auf Erklärung. Herta blieb stumm. Aber seit gestern morgen ist sie verschwunden. Sie ließ mir diese Zeilen zurück:

„Ich bin — der Staatsanwalt hat es vor Gericht erklärt — ich bin das geborene Kontrollmädchen. So eine heiratet man nicht. Der Staatsanwalt hat es gesagt. Ich bin eine Dirne. Ich gehöre auf die Straße. Ich heirate Dich nicht. Dazu habe ich Dich viel zu lieb. Es wäre ein schlechter Dank von mir. Auch Deiner Familie tue ich die Schmach nicht an. Ich gehe dahin, woher ich kam. Ich gehe nach Berlin — das nicht lockt — und auf die Straße. Lebe wohl. Und habe Dank."

Freuen Sie sich nicht, Sittenrichter? Staatsanwalt? Henkersgehilfe?! Sie bleiben Sieger. Sieger auf der ganzen Linie. Nun liegen alle — alle Opfer, nach denen Sie gedurstet haben. Nun liege auch ich, von Ihrem Streiche gefällt.

Auch mein Leben haben Sie zerstört, mein Glück zertreten. Ich bin durch Ihre plumpe Faust namenlos — namenlos beraubt. Welt und Leben sind mir vergällt. Ich habe nur noch einen Durst und der heißt: Rache.

Sollte Ihre Feigheit mir nicht die Möglichkeit geben, Sie im Zweikampf zu töten, oder Sie in einem Beleidigungsprozeß zu Berlin sozial zu erdrosseln — so werde ich Sie mit meiner Kunst zur Strecke bringen.

Ein Bild — Staatsanwalt Jordan — Ein Bild male ich noch, ehe ich mein zerstörtes Leben beende. Ein Bild — die Rache wird mir den Pinsel führen.

Das Werk — das eine meines Lebens — wird erstehen.

Ich male es in vollen Lebensmaßen — dieses Bild — dessen farbige Skizze Sie besitzen. In spätestens drei Monaten wird es unter dem Titel „Mittelalter" in einem Berliner Kunstsalon zur Separatausstellung kommen.

Dieses Bild wird, wenn kein anderer Weg mehr bleibt — an Stelle seines Schöpfers Ihre bürgerliche Hinrichtung vollziehen.

So — oder so — Herr Staatsanwalt — ich werfe Sie zu den Toten.

Vom 20. November ab: Budapest V, Waro Aczeèl 5.

Lokatos Imre, Maler.

Viertes Kapitel.

Während Jordan in seinem Arbeitszimmer diesen tollen Brief las, lachte er ein paarmal dröhnend auf.

Dieses unverschämte Schreiben eines Tollhäuslers gab dem Staatsanwalt seine ganze Widerstandskraft sogleich zurück.

Man mußte ihm nur energisch zu Leibe rücken, und im Augenblick fand er sich wieder. Sich und seine ganze eiserne Willenskraft.

Es war hohe Zeit gewesen, daß dieser Schreibebrief kam, denn er, er selbst, Jordan in eigener Person, war bereits drauf und dran gewesen, in dieser verrückten Sache gegen sich selbst Partei zu ergreifen. Das waren die Folgen davon, daß Unberufene sich in seine Angelegenheiten mischten. Dieser Lebemann Kern und der Genießer, Herr Eneccerus, geruhten, ihm, dem eingesetzten Staatsanwalt zu eröffnen, er sei zu streng im Amte. Es bedurfte nun bloß noch eines etwas reichlich erregenden Straffalles mit sensationeller Aufmachung, eines heulenden und verkrüppelten Familienvaters, einer blonden, schönen Tochter, eines bannfluchenden ungarischen Maler-Bräutigams, damit auch Jordan „Nerven bekam".

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsrat bei der Wiederherstellungskommission, bei der europäischen Kohlenkommission und bei anderen alliierten Körperschaften darauf zu dringen, daß sobald wie möglich der Oeffentlichkeit Mitteilungen über die tatsächlichen wirtschaftlichen Zustände zu machen sind, besonders darüber, welche Vorräte an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Kleidern, Transportgelegenheiten und Rohmaterialien jedes der Länder nötig habe.

Der Kongreß ist weiter der Ansicht, daß sich fremde Mächte weder direkt noch indirekt in russische Verhältnisse einmischen sollen. Nur wenn auf solche Einmischungen verzichtet werde sei an eine baldige industrielle Reorganisation der Welt zu denken. Denn vorher könne Rußland seine großen Hilfsmittel an Rohstoffen der Welt nicht zur Verfügung stellen. Ferner hielt der Kongreß eine Aenderung der wirtschaftlichen Beschränkungen des Friedensvertrages für unumgänglich. Diese seien Schuld an den zerrütteten finanziellen und wirtschaftlichen Zuständen. Daß der Kongreß den Friedensvertrag auch als eine Gefahr betrachtet, „die der Zivilisation durch gewalttätigen Revolutionsdrang", sei nur nebenbei erwähnt.

Großbritannien

Die Kosten der Lebenshaltung in England

Auf einer Bergarbeiterkonferenz machte Gen. Hodges sehr interessante Mitteilungen über das Steigen der Löhne und ihr Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung in England während des Krieges. Aus ihnen geht hervor, daß die Lebenshaltung sich verteuert hatte geraume Zeit ehe die ersten Lohnforderungen gestellt wurden. Nachdem aber erst einmal die Lebensmittelpreise einen kräftigen Vorsprung hatten, war es nicht möglich ihn einzuholen. Ein Ausgleich könnte also nur durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der erhöhten Löhne geschaffen werden.

Am 1. Januar 1915 waren in England nach den Ziffern des Handelsamtes die Kosten der Lebenshaltung um 19 Prozent gestiegen, am 1. Juli 1915 um 35 Prozent und am 1. Januar 1916 um 48 Prozent. Im Mai 1915 gestand nach langen Verhandlungen der damalige Premierminister Asquith den Bergarbeitern eine Erhöhung der Löhne zu. Sie hatten 20 Prozent verlangt, erhielten jedoch nur 15½ Prozent in den meisten Distrikten. Die Erhöhung der Lebenskosten betrug um diese Zeit 28 Prozent.

Die Eisenbahner hatten im Februar 1915 einen Bonus durchgesetzt, der im Oktober erhöht wurde. Im Durchschnitt stellte das eine Lohnverbesserung von etwa 17 Prozent dar, demgegenüber stand eine Verteuerung der Lebenshaltung von 42 Prozent. Lohn-, Baumwollarbeiter, Bauarbeiter und viele andere erhielten überhaupt keine Erhöhung im Jahre 1915. Die Weber in Lancashire setzten nach manchen vergeblichen Versuchen im Januar 1916 eine Einkommensverbesserung von 5 Prozent durch, die Kosten der Lebenshaltung waren, wie wir sehen, um 48 Prozent gestiegen. Und so ging es in fast allen Industrien. Ueberall, wo Lohnerhöhungen erzielt werden konnten, hielten sie sich in äußerst bescheidenen Grenzen, die Preise der Waren stiegen jedoch beträchtlich. Fabrikanten und Kaufleute schlugen ohne weiteres einen bestimmten Betrag zum Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung auf die Warenpreise. Hatte eine Ware viele Stadien zu durchlaufen, ehe sie an den Konsumenten kam, so schlug jeder Zwischenhändler seinen Zuschlag auf, nur die Löhne der Arbeiter wurden nicht in der gleichen Weise behandelt.

Im Jahre 1915 wurde der Punkt erreicht, von dem an jedes Steigen der Löhne ein automatisches höheres Steigen der Warenkosten bedeutete. Der einzige Weg, diesen Prozeß aufzuhalten, wäre die Verhinderung weiterer Warenpreissteigerungen gewesen. Der Premierminister versprach auch Maßnahmen in dieser Richtung. Es geschah jedoch nichts. Es scheint, daß sowohl in England wie in Deutschland die Regierungen machtlos gegenüber dem Unternehmerprofit sind. In England sind gerade jetzt in den letzten Wochen die Preise für Lebensnotwendigkeiten von 115 des früheren Preises auf 128 Prozent gestiegen. Steigen sie weiter oder bleiben sie auch nur auf derselben Höhe, so müssen unfehlbar neue Lohnforderungen kommen.

Es ist festgestellt, daß auch in England die Erhöhung der Löhne dem Anwachsen der Warenpreise folgt und nicht umgekehrt. Solange die Regierung nicht wirksame Maßnahmen gegen die ständige Preiserhöhung trifft, werden in bestimmten Intervallen die Arbeiter finden, daß sie in ihrer Gesamtlage schlechter daran sind als vor dem Kriege, während die Unternehmer immer bessere Geschäfte machen.

Dieser Zustand wird erst dann anders werden, wenn Vertreter der Arbeiter an der Festsetzung der Preise und Löhne mitarbeiten, wenn sie den zu erzielenden Gewinn festsetzen und wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die Quellen der fortdauernden Preissteigerungen zu verstopfen. Einen großen Teil der Schuld tragen daran zweifellos die enormen Frachtkosten und die ungeheuren Gewinne, die die Reedereien einstecken. Aber man kann nicht erwarten, daß eine kapitalistische Regierung den Kapitalisten und Imperialisten ernsthaft zu Leibe geht, die Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut sind.

In und um Elbing

Was ist ein Schieber?

Diese aktuelle Frage beantwortet ein Kriegsteilnehmer wie folgt:

„Ein nicht gewesenes, — Doch auserlesenes, — Jetzt nur noch fressendes, — Anstand vergessendes, — Bildung entbehrendes, — Menschtum entehrendes, — Schmierig bleibendes, — Preise hochtreibendes, — Freihandel hemmendes, — Cafés überschwemmendes, — Gierig schmarotzendes, — Ekelhaft protzendes, — Brillanten behangenes, — In Ranglogen prangendes, — Auf Rennpferde wettendes, — Ueppig sich bettendes, — Sektströme spritzendes, — Auto besitzendes, — Weltbad besuchendes, — Preissturz verfluchendes, — Steuer betrügendes, — Jeden belügendes, — Tipptopp gekleidetes, — Alle empörendes, — An den Galgen gehörendes, — Widerliches Individium."

Abzug der deutschen Beamten

Der Danziger Zeitung entnehmen wir über den Abzug der deutschen Beamten aus den zur Abtretung gelangenden Gebieten:

Von der Eisenbahndirektion Danzig ist, wie wir hören, dem Beamtenbund mitgeteilt worden, daß sie das Aeußerste tun würde, um die Bereitstellung von Wagen für das Umzugsgut der aus den abzutretenden Gebieten fortziehenden Beamten sicherzustellen. Jedoch kann auf die Gestellung langer Wagen zur Beförderung größerer Möbelwagen nicht mit Bestimmtheit gerechnet werden. Es empfiehlt sich daher, sich auf die Verladung des Umzugsgutes in gewöhnlich bedeckte Wagen einzurichten. Ferner ist bei dem preußischen Finanzministerium beantragt worden, denjenigen pensionierten Beamten, die in den abgetretenen Gebieten unter keinen Umständen verbleiben können, die tatsächlich entstehenden Umzugskosten bezw. eine entsprechende Unterstützung zu bewilligen.

Volkshochschule.

Herr Professor Dr. Ehrlich, dessen anregender Vortrag über „die frühere Bevölkerung Westpreußens" vom letzten Winter noch allen Hörern im Gedächtnis sein wird, beabsichtigt am Mittwoch Abend die Gruppe C mit einer Schilderung des „Lebens der alten Preußen" zu eröffnen. Er wird von der Stellung der alten Pruzzen innerhalb der indogermanischen Völkerfamilie ausgehen und dann über ihre Lebensweise, Sitten und Gebräuche sprechen, wie sie aus den Geschichtsquellen, den Fundgegenständen, Beobachtungen bei Ausgrabungen und aus dem Wortschatze der alten Pruzzensprache in dem berühmten „Elbinger Vocabular" zu erschließen sind.

Prämienanleihe

In einem großen Teil der Presse und auch sonst wird Stimmung gemacht für Beteiligung an der in diesen Tagen zur Zeichnung aufliegenden Prämienanleihe. Die gute Verzinsung, die Sicherheit und andere Vorzüge werden gerühmt. Alles das hörten wir hundertfältig seinerzeit bei den Kriegsanleihen. Und doch wird heute kaum einer der auf Kriegsanleihe Hineingefallenen widersprechen, wenn andere die Kriegsanleihe für ein faules Papier erklären. Ist es nun besser Anleihe zu zeichnen oder sein Geld liegen zu lassen?

Das heutige Papiergeld hat keinen Wert. Im Inland hat die Mark noch etwa 30 Pfennige Kaufkraft, im Ausland etwa 12 Pfennige. Sich Papiergeld hinlegen, ist zwecklos, denn der Wert wird wahrscheinlich noch geringer. Alles deutet darauf hin, daß wir dem Staatsbankrott entgegensteuern. Es ist in der Geschichte mehr als einmal dagewesen, daß das Geld eines Staates überhaupt nicht in Zahlung genommen wurde. Auch in Deutschland kann das eintreten. Am besten dran ist in solchem Fall der, dessen Besitztum in Sachen besteht, die einen realen Wert haben — Gold, Silber, Grundbesitz, solider Hausrat — oder es sicher angelegt hat. Daß eine Stadt Bankrott macht, wird sehr selten vorkommen, obgleich natürlich auch dieser Fall nicht ausgeschlossen ist. Im allgemeinen dürfte eine städtische Sparkasse noch die sicherste Kapitalsanlage für Arbeiter sein. Gleichwertig sind die Sparkassen der Genossenschaften, die an den Zentralverband der Konsumvereine und die G. E. G. angeschlossen sind. Die modernen Konsumvereine verfügen über ein bedeutendes Kapital und befleißigen sich vorsichtiger Geschäftsführung. Für den Elbinger Konsumverein kommt hinzu, daß er ein Grundstück erworben hat und dabei ist, das Geld für den Bau einer Bäckerei anzusammeln. Weiter sind in Elbing die Genossenschaften Volkshaus und Elbinger Volksstimme vorhanden. Beides sind Arbeitergenossenschaften von großer Wichtigkeit und solider Kapitalsanlage.

Wer also sein Geld sicher anlegen will, der kaufe gute Bedarfsgegenstände (aber gute, keinen Schund, der ist umsonst zu teuer!) oder stelle sein Geld einer der Arbeiter-Genossenschaften Elbings zur Verfügung. Da ist es am besten aufgehoben. Der Arbeiter, der die Anleihe zeichnet, stellt der Noskeregierung Geldmittel zur Verfügung und riskiert, sie obendrein zu verlieren.

Die Gehaltgrenzen der Angestellten- und Krankenversicherung

Infolge der starken Entwertung des Geldes, die uns der Krieg gebracht hat und durch die alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch die Angestellten, außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen werden, sowie durch das Ansteigen des Gehaltsniveaus haben die für die Versicherungspflicht für die Angestellten- und Krankenversicherung bestehenden Gehaltsgrenzen längst ihre Berechtigung verloren.

Die im vorigen Jahre vorgenommenen Erhöhungen auf 5000 bzw. 7000 Mark müssen als völlig unzureichend bezeichnet werden, weil das Einkommen großer Teile der Angestellten hart an diese Grenze heranreicht, die Tarifverträge aber Tausenden von Angestellten bereits ein höheres Einkommen sichern, ohne daß dadurch den berechtigten Forderungen nach einer auskömmlichen Bezahlung Rechnung getragen würde. Ist doch der Geldwert derart gesunken, daß einem gegenwärtigen Gehalte von 5000 Mark etwa ein solches von rund 1000 bis 1200 Mark in Friedenszeiten entspricht.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat daher im Namen seiner mehr als 350000 Mitglieder an die Nationalversammlung und an das Reichswehrministerium das dringende Ersuchen gerichtet, die gegenwärtigen Grenzen überhaupt fallen zu lassen und auch die Angestellten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen der Versicherungspflicht zu unterwerfen, zumal kein ersichtlicher Grund dafür vorhanden ist, den Angestellten länger die Rechte vorzuenthalten, die man den Arbeitern ohne weiteres eingeräumt hat. Für den Fall, daß sich die gesetzgebenden Körperschaften zur Anerkennung dieses Grundsatzes nicht würden entschließen können, hat der G. D. A. als unbedingte Mindestgrenze die Festlegung eines Betrages von 15000 Mark sowohl für die Kranken- wie auch für die Angestelltenversicherung in Vorschlag gebracht.

Delegiertenwahl zum Parteitag

Die Wahlbeteiligung zur Wahl der Delegierten war äußerst gering. Er war bekanntlich diesesmal ein anderer Wahlmodus als sonst vorgesehen, die Urabstimmung. Abgestimmt wurde in 5 Wahlbezirken. Das Resultat ist folgendes:

	Heß	Wilki	Paetz	Krüger	Wolle	Erbien
I. Wahlbezirk:						
Wahllokal Volkshaus	248	104	183	103	267	174
II. Wahlbezirk:						
Wahllokal Volkshaus	118	43	71	60	128	96
III. Wahlbezirk:						
Wahllokal Vigoureux, Holl. Chaussee	106	37	72	46	86	67
IV. Wahlbezirk:						
Gerull, Leichnamstr.	171	123	129	78	247	175
V. Wahlbezirk:						
Wahllokal Concordia	56	48	115	47	107	104
	699	355	570	334	835	616

Gewählt sind somit die Genossen Wolle, Heß und Erbien.

Geheimschlachtungen

Die Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 28. Oktober 1919, die für unerlaubte Schlachtungen in jedem Falle Gefängnisstrafe vorsieht, ist am 3. d. Mts. in Kraft getreten. Fleisch aus unerlaubten Schlachtungen wird ohne Zahlung einer Entschädigung eingezogen. Die Provinzialfleischstelle in Königsberg hat die hiesigen Behörden angewiesen, sämtliche Fälle von aufgedeckten Geheimschlachtungen unnachsichtlich zur gerichtlichen Strafverfolgung zu bringen. Die Betreffenden haben Gefängnis zu gewärtigen.

Die erste Musterung

Eine Bekanntmachung der Parteileitung in der heutigen Nummer ladet zu drei Volksversammlungen ein, die sich mit dem Kommunalprogramm unserer Partei beschäftigen. Referieren werden die Genossen Baude, Köhler und Lange. **Parteigenossen, bringt die Massen in Bewegung!** Die Wahlentscheidung, vor der Elbings Arbeiter jetzt stehen, ist eine solche, wie sie im Jahrhundert nur einmal erfolgt. Die ganze Stadtverordnetenversammlung wird neu gewählt. Diese neue Stadtverordnetenversammlung wählt später den Magistrat. Jetzt oder nie ist die Stunde für eine grundlegende Wendung in der Verwaltung Elbings gekommen. Noch wissen viele Tausende nicht, was die Unabhängige Sozialdemokratie auf kommunalem Gebiet erstrebt. Sorgt darum, daß jede Versammlung überfüllt ist, daß ein Massenaufgebot der Elbinger Arbeiterschaft sich zum Wahlkampf rüstet. Morgen auf ins Volkshaus, in die Concordia und ins Hotel Stadt Elbing!

Sie kriegten ihn

Beschlagnahmt wurden vom Verbraucherausschuß gestern auf der Schichauwerft 18 Pfund Hammelfleisch, welches von einem Fleischermeister aus Thiergart dort zu dem Preise von 8 Mark das Pfund angeboten wurde.

Elbinger Polizeinachrichten

Der von uns gestern gemeldete Einbruch bei Herrn Berlowitz ist bereits durch die Kriminalpolizei aufgeklärt. Als Täter kommen 5 jugendliche Burschen, Söhne achtbarer Eltern, in Frage, die von einem benachbarten Tanzlokal über die Dächer in das Grundstück des Herrn B. eindrangen. Die gestohlenen Pelzwaren im Werte von 6000 bis 8000 Mark konnten Herrn Berlowitz zum größten Teil zurückgegeben werden.

Ein Schwindler hatte hier vor einiger Zeit ein Kohlenvermittelungskontor aufgemacht und den Meldenden teilweise erhebliche Beträge als Anzahlung abgenommen. Der Betreffende ist in Marienburg verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt worden.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Konservativen kündigen neue Morde an

Die Danziger Allgemeine Zeitung, Organ der westpreußischen Konservativen, schreibt unter anderem zu Haases Tod:

„Haase wird nicht der einzige bleiben, der diese naturgemäßige Entwickelung am eigenen Leibe erfährt. Die Liebknecht, Luxemburg und Eisner wurden im Verlauf der Zustände getötet, die sie selbst gezeitigt hatten. An keinem von ihnen aber hat sich wie an Haase das Sprichwort so kraß bewahrheitet, daß sich jede Schuld auf Erden rächt.... Er gehörte nicht zu denen, die die Revolution herbeiführten, um sich selbst die Taschen zu füllen und eine staatliche Pfründe zu verschaffen, wie die meisten der sozialdemokratischen Führer beider Richtungen. Wie weit brennender Ehrgeiz ihn trieb, läßt sich nicht beurteilen, da man niemandem ins Herz schauen kann. In der Hauptsache hat ihm wohl nur sein verbohrter Doktrinarismus dazu getrieben, Deutschlands Vernichter und Verderber, der Verräter am Vaterlande in seiner größten Not zu werden."

Ueber die Beschimpfungen unseres Genossen wollen wir hinweggehen. Wer als Hund zur Welt gekommen ist, kann auch nur als Hund bellen. Aber festgehalten muß werden, daß in diesen Ausführungen die Ermordung weiterer Arbeiterführer in Aussicht gestellt wird.

Trotz der „schlechten Konjunktur!"

Die Stuhlfabrik Goffentin (Wpr.) hat in dem Geschäftsjahr, das am 30. Juni 1919 ablief, einen Reingewinn von 264067 Mark gehabt. Im Jahr vorher waren es 195703 Mark. In den Reingewinn sind Abschreibungen und Ueberweisungen im Betrage von nahezu 100000 Mk. nicht eingerechnet. Er wird wie folgt verwendet: **10 Prozent Dividende** (wie im Vorjahre) 125000 Mark, Gratifikationen an Beamte rund 65000 Mark, Gratifikationen an den Vorstand und Aufsichtsrat 46667 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 27400 Mark. Außer diesen Zahlen birgt der Bericht der Gesellschaft noch einige weitere interessante Einzelheiten. Zu Anfang stellt er fest:

„Ihren Besitz an Kriegsanleihen hat die Gesellschaft zur Hälfte abgestoßen. Obgleich sie hiervon einen Teil bei Einkäufen aus Heeresbeständen zum Nennwert begeben konnte, hat sie doch einen namhaften Kursverlust zu verzeichnen.

Dem Arbeiter und dem kleinen Bürger predigen Großkapital und Regierung, die Kriegsanleihe sei sicher wie Gold. Warum verkaufen sie die denn, die sie besitzen? Selbst mit „namhaftem" Kursverlust. Die an Beamte und Arbeiter gegebene Gratifikation erschien im Vorjahre nicht in der Bilanz. Da erhielten die Arbeiter und Beamten nichts. Zum Schluß sagt der Bericht:

„Im neuen Betriebsjahr ist die Nachfrage nach den Fabrikaten gut. Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, insbesondere aber die verminderten Leistungen der Arbeiter, nötigen die Gesellschaft, einen erheblichen Teil der eingehenden Aufträge abzulehnen. Infolge der bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gestiegenen Ansprüche der Angestellten und Arbeiter und wegen der zur Zeit noch gänzlich ungeklärten Verhältnisse, die sich aus der Abtretung des Gebietes an Polen ergeben werden, läßt sich eine Voraussage über die weitere Entwickelung zur Zeit nicht machen."

Die bedauernswerten Aktionäre!

In Pension

Der Regierungspräsident von Marienwerder, Dr. Schilling, ist auf seinen Antrag zum 1. November in den Ruhestand versetzt. Dr. Schilling bekleidete seine Stelle seit 1905. Bis zur Uebergabe der an Polen fallenden Gebiete führt er die Geschäfte noch fort.

Milch.

Nach § 1 der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten für die Provinz Westpreußen vom 15. September 1919 (Elbinger Zeitung Nr. 229) gilt der **Milcherzeugerhöchstpreis,** der für Lieferungen nach der Stadt Elbing auf 54 Pfennig je Liter bemessen worden ist, frei Bahnwagen oder Schiff der Verladestelle (Absendestelle) oder, wenn keine Bahn- oder Schiffsverladung stattfindet, **frei Empfangsstelle des Abnehmers am Bestimmungsort,** also frei Molkerei. Zur Ausführung dieser Bestimmung wird folgendes angeordnet:

1. Für die Abholung der Milch durch Fuhrwerke (auch Kraftfahrzeuge) haben die hiesigen Molkereien den Lieferern folgende Beträge an dem genannten Höchstpreis zu kürzen:

   Bei Wegstrecken (berechnet ab Postamt Elbing)
   unter 1 km . . . . 1,5 Pfg.
   von 1 bis ausschl. 1,5 km 1,6 „
   von 1,5 bis ausschl. 2 km 1,7 „
   usw. für je weitere 0,5 km 0,1 „ mehr
   bis 8 und mehr km . . . 3 „ (Höchstsatz).

2. Wenn der Milchlieferer **Kannen** benutzt, die ihm in bestimmter Anzahl zur Verfügung gestellt werden, ist von den Molkereien eine Kannenmiete zu berechnen, die 2,— Mk. monatlich für jede 20 Literkanne beträgt, wobei die Instandhaltung der Kannen den Molkereien obliegt.
3. Obige Vorschriften gelten in gleicher Weise für Milchlieferer aus dem Stadt- wie dem Landkreise Elbing.

Geringere Abzüge, als die vorstehend festgesetzten, stellen eine Höchstpreisüberschreitung dar, der nach § 4 der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395) mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000,— Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft wird.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß Milcherzeuger die Molkerei, an die sie Milch liefern, ohne Zustimmung der für sie zuständigen Stelle (Landkreis Elbing — Kreisfettstelle, Stadt Elbing — Ernährungsamt) nicht wechseln dürfen.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Milch

Auf Grund der Ziffer 9 unserer Verordnung vom 6. März 1918 (Elbinger Zeitung Nr. 58) wird bestimmt:

1. Bis auf weiteres darf auf eine Magermilchkarte höchstens 1/4 Liter Mager- oder Buttermilch täglich abgegeben werden.
2. Diese Bestimmung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in der Elbinger Zeitung in Kraft.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Höchstpreise für Zucker.

Für das am 1. November 1919 beginnende Wirtschaftsjahr 1919/20 wird der Höchstpreis für gem. Melis bezw. gem. Raffinade auf Mk. 1,— für das Pfd. Rohzucker . . . . . 0,92 „ „ „ „ bei Abgabe an die Verbraucher im Kleinverkauf festgesetzt.

Danzig, den 30. Oktober 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen.

Bekanntmachung.

Ungereinigtes Petroleum

gelangt markenfrei zum Verkauf bei:

Siegmuntowski Nachfl., Alter Markt
Dobrick Nachf., Holländer Chaussee
J. A. Schulz, Georgendamm 1
Duwe, Fischerstraße
Albrecht, Wilhelmstraße
Barwig, Junkerstraße
Döring Nachfl., Hindenburgstraße.
Danielowski, Aeuß. Mühlendamm
Albert Reger, Leichnamstraße
May, Königsbergerstraße
Gust. Behrendt, 1. Niederstraße.

Weitere Verkaufsstellen können noch eingerichtet werden.

Die Abgabe an die Händler kann z. Zt. in Fässern in beliebiger Größe, und teilweise auch in Kannen, erfolgen.

Bemerkt wird noch, daß auch amerikanisches Petroleum gekauft worden ist. Dieses wird nach Eintreffen jedoch nur denjenigen Verkaufsstellen überwiesen werden, die ungereinigtes Petroleum verkauft haben.

Elbing, den 10. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Karbidabgabe.

Auf die gelbe Ausweiskarte ist wöchentlich 1 kg Karbid auch an diejenigen Personen abzugeben, die nicht in die Kundenliste eingetragen sind.

Diese Maßnahme ist durch das Stillstehen des Gaswerks erforderlich geworden, da hierdurch ein Ausnahmezustand eingetreten ist.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Volkshochschule

Gruppe C.

1. Studienrat Dr. Ehrlich: Das Leben der alten Preußen. **Mittwoch, den 12. November, 8—9 Uhr abends.** Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule.

Einzelkarte 25 Pfg.

Infolge einer Störung im Kraftwerk der Elbinger Straßenbahn ist damit zu rechnen, daß die **Lichtstromversorgung zeitweise gänzlich unterbrochen werden muß.**

Es wird sparsamster Stromverbrauch jedem Abnehmer erneut zur Pflicht gemacht.

Elbing, den 11. November 1919.

Städt. Elektrizitätsverwaltung.

Empfehle mein **reichhaltiges Lager** in

Uhren, Gold- u. Silberwaren

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Otto Schwarz, Uhrmachermeister,
Inn. Mühlendamm 1, Ecke Hohezinnstraße.

An alle Wähler zur Stadtverordnetenversammlung!

Männer! Frauen!

Morgen, Mittwoch, den 12. November, abends 6½ Uhr,

finden

3 große öffentliche Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen statt:

Volkshaus: Redner Gen. **Baude**
Hotel Stadt Elbing: „ „ **Köhler**
Concordia, Elbing III: „ „ Lehrer **Lange**

Thema in allen Versammlungen:

„Unser Kommunalprogramm".

Die Säle sind gut geheizt. Stadtverordnetenwähler erscheint in Massen!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Elbing.

Einem geschätzten Raucherpublikum von Elbing gestatte ich mir die Anzeige zu machen, dass ich mit dem heutigen Tage in dem Hause

Alter Markt 2

ein

Zigarren- und Zigarettengeschäft

eröffne. Es wird mein Bestreben sein, sehr preiswerte Ware zu liefern. Ich bitte um gefällige Unterstützung meines Unternehmens.

Artur Lützau

Alter Markt 2
Zigarren- und Zigarettenhandlung
en gros, en detail.

Wilhelm Lucas

Kastanienallee 105 **ELBING** Kastanienallee 105

Spezialität:
Bettfedern — Betten — Daunen
Anfertigung von
Leib-, Bett- und Hotelwäsche
Lager in
Weißwaren, Wäsche, Stapelwaren
Anzug- und Hosenstoffe :: Paletots

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel

und kompletter

Wohnungs-Einrichtungen

eigenen Fabrikates

eigene **Matratzen-Engros-Fabrikation,** eigene **Polsterwerkstätte,** eigene **Marmorschleiferei** und

Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer **Abteilung** für **Herstellung** von **Firmen-** und **Reklameschildern aller Art.**

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Eingetroffen:

Paletot- und Ulsterstoffe

für Damen und Herren.

Paletots und Ulster

in guten Qualitäten von **300,— Mk.** an,
in reinwollenen Qualitäten von **450.— Mk.** an

C. Troike, Schneidermeister

Heilige Geiststraße Nr. 29, III — Eingang Mauerstraße.

Puppen-Klinik R. Lengning,

Fischerstraße 20/21.

Drucksachen

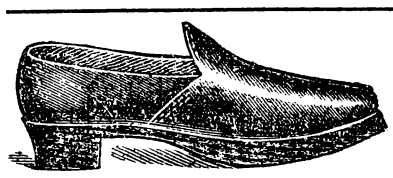
in nur geschmackvoller sauberster und moderner Ausführung bei kürzester Lieferfrist fertigt billigst

Buchdruckerei

Elbinger Volksstimme

Fernruf No. 1071 · ELBING · Spieringstr. 21

Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig



Holzschuhe

offeriert

Carl Steppuhn.

Engl. Kernseife 9.50
Toiletteseife sehr preiswert
Rasierseife 160 Gr. in Dose 3.00
Lichte 0.80
Soda 0.40
Haut-Creme
empfiehlt

Paul Link, Drogerie

Wasserstraße 52,
an der Hohen Brücke.

Präparierte

Katzenfelle

in großer Auswahl vorrätig

Drogerie
Kurt Penner
Heil. Geiststraße 31.

Ein Ulster zu verkaufen.
B. Petke, Storchstraße 2.

2 Paar Damenschuhe, Größe 38, **1 Paar Herrenschuhe,** Größe 41, zu verkauf.
Franz, Schuhmachermeister Blumenstraße 12.

Mittwoch

Fleischverkauf.

Roßschlächterei Georgendamm 15.

Das

Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Kassenschluß ½ Std. vorher.

Heiratsgesuch!

Schiffer, 40 J. alt, kinderlos, Witwer, etwas Ersparnisse, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft einer Witwe in gesetzten Jahren. Schriftl. Meld. unter **A 4** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zuverlässige

Jungen

zum Zeitungsverkauf auf der Straße gesucht. Zu melden in der Expedition Spieringstraße 21.

2 Anzüge billig zu verkaufen Sternstraße 18.

Militärbluse

mit hohem Kragen zu verkaufen Logenstr. 11a, I r.

Elbinger Standesamt

vom 11. November 1919.

Sterbefälle: Arbeiterwitwe Auguste Rosanowski geb. Gumbert, 39 J. — Fabrikarbeiterwe. Helene Haffki geb. Ewert, 57 J. — Gastwirtswitwe Auguste Kübler geb. Brosowski, 70 J.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gust. Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 19 | **Mittwoch, den 12. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Ins Loch! 60 Beamte der Hamburger Hafensicherheitswehr hatten durch ihren Vertrauensmann beim Führer der Wehr eine Erleichterung des Dienstes durch Verkürzung des 32 Stundendienstes durchzusetzen versucht. Beim Morgenappell ließ Leutnant Daniels den Vertrauensmann festnehmen und in Begleitung von Bewaffneten abführen. Später erschien ein Kommando Soldaten beim Anlegeplatz des Dampfers „Freya" am Stadtteich. Die Soldaten kamen an Bord, stellten die angetretenen Sicherheitsbeamten und führten sie alle in Einzelhaft ab. Jeglicher Verkehr wurde gesperrt. — Bravo! Nun werden sie sicher zufrieden.

Der amerikanische Riesenstreik. Die Streiklage in Amerika ist unverändert. Im Westen mußten viele Züge eingestellt werden. Der Mangel an Kohle macht sich in vielen Fabriken bemerkbar, die entweder ihren Betrieb bereits eingestellt haben, oder die Einstellung für die nächsten Tage ankündigen. In Kansas mußten die Schulen geschlossen werden.

Alle Vermittlungsversuche sind bis jetzt gescheitert. Der Vorschlag von Gompers, ein Schiedsgericht als ersten Schritt für eine Versöhnung einzuberufen, ist vom Generalprokurator schroff zurückgewiesen worden. Die Kohlenkommission hat befohlen, bis zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks ausländischen Schiffen keine Bunkerkohlen mehr zu liefern.

Englische Truppen nach Westpreußen. Daily Expreß teilt amtlich mit, daß die Engländer im Einvernehmen mit den Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen nach den polnischen Bezirken schicken werden, in denen eine Volksabstimmung stattfindet. Die Truppen werden bis Januar dort bleiben.

Danziger Schleichhändler erhält 1½ Jahre Zuchthaus. Vor der Danziger Strafkammer hatten sich der Fleischermeister August Fularczyk in Langfuhr und Johann Penkert aus Danzig zu verantworten. Fularczyk betrieb ein großes Schleichhandelsgeschäft mit allen möglichen Waren. Er kaufte auf dem Lande heimlich Vieh, schlachtete es und verkaufte das Fleisch im Schleichhandel unter Ueberschreitung der Höchstpreise. Weiter kaufte er auf dem Lande heimlich Getreide, ließ es mahlen, und das Mehl setzte er im Schleichhandel an Konditoren ab. Er kaufte gelben Zucker, den er gleichfalls zu hohen Preisen verschob. Ein Konditor erhielt 4½ Zentner. Von der Mühle bezog F. wöchentlich 10 bis 12 Zentner Mehl. Das geschah mindestens sechs Monate hindurch. F. handelte auch mit Anzügen, Stoffen, militärischen Sachen, Ausrüstungsstücken, Leinwand usw. Penkert war Angestellter im Korpsbekleidungsamt und entwendete hier Anzüge und Stoffe, die er an Fularczyk verkaufte. Das Urteil lautete gegen Fularczyk auf 1½ Jahre Zuchthaus, 3090 Mark Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns, gegen Penkert auf 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, 1050 Mark Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns. Beide Angeklagte wurden sofort verhaftet.

Proteststreik der Pariser Eisenbahner. Die Gewerkschaft der Eisenbahner von Paris nahm eine Tagesordnung an, in der die Arbeiter aufgefordert werden, die Arbeit niederzulegen, um gegen das langsame Fortschreiten der Amnestieangelegenheit und gegen den Eingriff in Rußland zu protestieren.

Ein Abstimmungserlaß. Der Minister des Innern hat folgenden Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten gerichtet:

Denjenigen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Erwerbslosen, die an den Volksabstimmungen in den Abstimmungsgebieten teilzunehmen berechtigt sind, kann für die notwendige Dauer der Teilnahme die Erwerbslosenunterstützung weiter gezahlt werden, wenn sie eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes des Abstimmungsortes über die erfolgte Teilnahme der Abstimmung beibringen.

Die Verkehrssperre hilft nichts. Aus Königsberg wird gemeldet, daß die Verkehrssperre bisher dort in bezug auf die Lebensmittel- und Kohlenversorgung keinerlei Verbesserungen gebracht hat. Im Gegenteil macht sich die Sperre des Personenverkehrs sehr unangenehm bemerkbar. Besonders die Kohlenversorgung Königsbergs liegt im argen. Die angesagten Kohlentransporte sind bisher aus unbekannten Gründen noch nicht eingetroffen.

Die Kohlenversorgung Hamburgs ist trotz der Verkehrssperre nicht besser geworden. Das Gaswerk hat nur immer auf 24 Stunden Kohle und müßte bei der geringsten Störung der Kohlenzufuhr stillgelegt werden.

Ein abgelegter Landesvater. Die Vergleichsverhandlungen zwischen dem lippischen Landespräsidium und den Vertretern des ehemalig regierenden Fürsten Leopold IV. haben ihren Abschluß gefunden. Nach der Vergleichsvorlage erhält der frühere Fürst außer dem ehemalig fürstlichen Residenzschloß in Detmold, einem Jagdschloß und Förstereien, eine Million Mark in bar, die Fürst-Waldemar-Stiftung (307 472 Mark) und den Fürst-Waldemar-Reservefonds (580 329 Mark), die bei der Uebernahme der Regierung durch das Haus Biesterfeld (1897) vorhanden gewesenen Mobilien und Stücke, Teile des Hausschmuckes und die Fürstengruft in der Kirche der reformierten Stadtgemeinde Detmold. Für das kleine Lippe gerade genug.

Die argentinischen Dampfer. Die in argentinischen Häfen liegenden deutschen Dampfer, deren Maschinen beschädigt sind, sollten von La Plata nach Hamburg und Bremen durch Schlepper zurückgebracht werden, die teilweise bereits in La Plata eingetroffen sind. In Frage kommen 14 Dampfer mit einem Gesamtbruttoregisterraum von 80 000 Tonnen. Die Dampfer sollen hauptsächlich mit wichtigen Rohstoffen und Lebensmitteln beladen werden. Die deutsche Regierung hat sich einen angemessenen Teil des Schiffsraumes gesichert. Die restliche Tonnage kommt für den freien Handel in Frage, der damit Gelegenheit findet, zum erstenmal wieder in direkte Beziehung zu Südamerika zu treten.

Ein Berufener

Alle Welt hat in diesen Tagen Revolutionsartikel geschrieben und über politische Probleme geredet. Freilich, viele dieser Abhandlungen waren auch danach. Wenn aber der Redakteur der konservativen Elbinger Zeitung kurzerhand den Zusammlenbruch Deutschlands als die Folge der Revolution bezeichnet, so ist das lange nicht so tragisch zu nehmen, als wenn in einer Arbeiterzeitung ein Mann sich hinstellt und den Proletariern mit ernster Miene und unter dem Schein von Wissenschaftlichkeit Plattheiten bösester Art verzapft. So dumm dürften heute nur wenige sein, dem konservativen Redakteur zu glauben. Und dann: dieser Mann schreibt nicht für eine Klasse, die es sich zur Aufgabe stellte, die Gesellschaft grundlegend umzugestalten. Will er sein Publikum in Selbsttäuschung wiegen, so ist das ein ander Ding, als wenn ein sozialdemokratischer Redakteur für Arbeiterleser schreibt. Da ist in vollem Sinn des Wortes das Beste gerade gut genug. Anders Herr Loops, der Redakteur der Danziger Volkswacht. Was er in seinem Artikel „Empor zum Licht" der westpreußischen Arbeiterschaft zu bieten wagt, ist so unerhört oberflächlich, daß Herrn Loops dafür öffentlich der Staupbesen gebührt. Herr Loops leistet sich in seinem Aufsatz z. B. folgende Dreistigkeit:

> Die Kommunisten und Unabhängigen sprechen von der „zweiten Revolution", die da kommen soll, um das Werk der ersten zu beenden.
>
> **Wie malt sich doch in diesen Köpfen der Sozialismus!** Sie alle berufen sich auf Marx, und gerade er hat uns gelehrt, daß die sozialistische Wirtschaftsform nur das Ergebnis einer langdauernden Entwicklung ist. Die Erkenntnis dieser Tatsache aber stärkt gerade unsere Kraft.

Im ersten Augenblick denkt man, Meister Philipp Scheidemann stehe auf dem Katheder und doziere über den allein seligmachenden Mehrheitssozialismus. Aber es ist nur Loops, der alte oberflächliche Loops. An ein paar Beispielen aus seinem Artikel will ich es beweisen. Zu Anfang seines Artikels schreibt diese Leuchte der Danziger Rechtssozialisten:

> Seit Jahrtausenden führen die Unterdrückten den Kampf um die Befreiung. **Als sich der Mensch abhob vom Tier,** das er vor Generationen noch selbst gewesen, **war er frei. War unbeschränkter Herr über die Natur, über das Reich der Tiere und Pflanzen. Lebte als Gleicher in Horden inmitten der Wälder und Schluchten. Und die Natur bot ihm in reicher Fülle von ihren Schätzen dar.**

Fast hätte ich gesagt: das ist Quatsch. Verzeihen Sie, Herr Loops, meine in Gedanken begangene Rücksichtslosigkeit. Aber was da geschrieben steht, stimmt absolut nicht. Noch heute ist der Mensch nicht unbeschränkter Herr über die Natur. Er beherrscht sie selbst jetzt nur teilweise. Und in jenen Tagen, als er sich vom Tier heraus zum Menschen entwickelte, war davon schon gar keine Rede. Ein unbedeutendes hilfloses Geschöpf war der Urmensch. Mußte sich in Höhlen und auf Bäumen vor den Raubtieren bergen und mühselig um sein körperliches Leben ringen. Ich will nicht untersuchen, welche Annahme mehr Berechtigung hat, die, daß der Urmensch sich in einem gemäßigten Klima herausbildete oder die, daß er den Tropen entstammt. Aber auch wenn die letztere Anschauung zuträfe, so bot die Natur keineswegs dem Menschen „in reicher Fülle von ihren Schätzen" dar. Er mußte auch in den Tropen einen harten Kampf ums Dasein führen, wie das die Eingeborenen jener Länder ebenfalls noch heute müssen. Wenn Sie mir das nicht glauben wollen, dann vertiefen Sie sich, bitte, in Weules, des bekannten Ethnographen Werke. —

Herr Loops wird nun geschichtlich. Mit großen Sätzen hüpft er über die Antike, über Spartakus und den deutschen Bauernkrieg dahin und schreibt in unmittelbarem Anschluß an die Erwähnung des Bauernkrieges:

> **Erst im 18. Jahrhundert loderte die Fackel der Freiheit auch einmal siegreich über die Lande. Damals, als das französische Volk im ungestümen Freiheitsdrang die Fesseln des absolutistischen Königtums zerbrach,** die Zwingburg der Bastille niederriß, die adligen und geistlichen Peiniger und Schmarotzer von ihren Schlössern und Palästen vertrieb und die leuchtende Parole aufstellte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit."

Also wirklich, die französische Revolution war der erste siegreiche Kampf des Volkes, Herr Loops? Sie Aermster! Haben Sie nicht etwas von den Kämpfen der Schweizer gegen die Habsburger und gegen Karl den Kühnen gehört? Nichts von Morgarten, Sempach, Grandson, Murten, Nanzig, Dornach an der Birs? Nichts von der „Sporenschlacht", die heute noch in den Liedern der Vlamen wiederklingt? Wissen Sie nichts von den Kämpfen der Friesen mit den Bremer Bischöfen? Nichts von dem Siege der dithmarschischen Bauern bei Hemmingstedt? Kennen Sie vielleicht einen gewissen Conrady, Herr Loops? Der Mann ist auch Sozialist und hat ein paar Jahre vor dem Kriege im Auftrage des Vorwärtsverlages ein Buch verfaßt: **„Geschichte der Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution"** ist der volle Titel. Conrady behandelt den Freiheitskampf der Niederländer, die englische Revolution und den amerikanischen Freiheitskampf. Alle drei Revolutionen verliefen ebenso siegreich, wie die vorhin erwähnten Kämpfe der Völker. Für Herrn Loops bedeuten solche Kleinigkeiten nichts. Einem großen Geiste sind sie wohl nur belanglose Episoden.

Mir fehlt der Raum, jede Albernheit anzunageln. Eine weitere Stelle lautet:

> **Wir alle,** die wir seit Jahren und Jahrzehnten in den Reihen des kämpfenden Proletariats stehen, **haben doch vor wenigen Jahren nicht geglaubt, daß unser politisches Programm sich in so kurzer Zeit durchsetzen würde.** Zwar gab es Träumer und Narren, die in den Novembertagen des vorigen Jahres glaubten, daß sich nun der Zukunftsstaat auftun würde. Er ist auch unser Ziel. Aber er ist ein Ziel, das sich nicht von heute auf morgen verwirklichen läßt. Die Bahn für ihn ist freigemacht.

Haben Sie vielleicht ein Erfurter Programm bei Hand, mein Herr? Bitte, schlagen sie nach. Von dem Absatz an „Ausgehend von diesen Grundsätzen." Da wird u. a. verlangt: . . . Zweijährige Gesetzgebungsperioden, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege (Krieg im Baltikum!) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, Trennung von Staat und Kirche, Weltlichkeit der Schule, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Abschaffung der Todesstrafe — ach Herr Loops, ich mag nicht mehr weiter lesen. Mich ekelt vor „Sozialdemokraten", die so ihr „Programm" zum feilen Freudenmädchen machen. Und solch ein Mensch wagt zu schreiben: „Wie malt sich in den Köpfen der Unabhängigen der Sozialismus!" Wirklich, Sie sind geistig noch immer dasselbe Jüngelchen, das mir einst nach drei oder vier Tagen Iwan Blochs „Sexualleben" wiederbrachte und erzählen wollte, er hätte dies schwere und fast 900 Seiten starke Werk gelesen. Arme rechtssozialistische Arbeiter, denen ein böses Geschick einen solchen geistigen Berater gegeben hat!

Gustav Schröder.

Sozialismus heißt arbeiten

Mit diesem Schlachtruf durchziehen im Dienste der kapitalistischen Demokratie stehende rechtssozialistische Redner Deutschlands Gaue. Es verläuft keine scheinsozialistische Versammlung, ohne daß nicht die demokratisch-kapitalistischen, rechtssozialistischen Papageien vom Arbeiten und nochmals Arbeiten reden. Bewußt tun sie das, um die kapitalistische Demokratie zu stärken, da sie sich in ihr augenblicklich wohl fühlen. So mollig fühlen sich die rechtssozialistischen Papageien in der heutigen kapitalistischen Demokratie, daß sie alle Redekünste springen lassen, um ja alles beim alten bestehen, um Gotteswillen nur nicht dem Proletariat von der Verwirklichung des Sozialismus etwas verlauten zu lassen. Heureka! Der Sozialismus ist eine Gefahr, der Sozialismus ist Bolschewismus und davor behüte der Himmel die Scheinsozialisten und die heutige kapitalistische Demokratie. Während die rechtssozialistischen Verwirrungsapostel so das arbeitende Volk verkohlen, schneidet die von ihnen bis in den siebenten Himmel gepriesene „Demokratie" Riemen aus der Haut des Volkes. Die privatkapitalistische Demokratie beutet nach wie vor das Volk aus, sie darf es, da Schutzengel, Regierungssozialisten, in genügender Zahl als ihre Verfechter und Gutachter herumreisen. Wie die heutige „Demokratie" das Volk ausbeutet und Geld einsackt, beweisen folgende Abschlüsse einiger Aktien-Gesellschaften:

Schwelmer Eisenwerk vorm. Müller & Co., A.-G. in Schwelm. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer Dividende von **10 Prozent** vor.

G. Seebeck, A.-G. in Geestemünde. Die Verwaltung schlägt der am 18. November stattfindenden Hauptversammlung für 1818/19 eine Dividende von **12½ Prozent** vor.

A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial zu Görlitz. Die Hauptversammlung setzt die Dividende auf **17 Prozent** fest.

Kalker Maschinenfabrik, A.-G. in Köln-Kalk. **12 Prozent** Dividende.

Kabelwerk Rheydt, A.-G., Rheydt. **30 Prozent** Dividende gleich 2 100 000 Mark. Tantieme für den Aufsichtsrat 202 568 Mark.

Gothaer Waggonfabrik, A.-G. in Gotha. **15 Prozent** Dividende.

Lüdenscheider Metallwerke A.-G. vorm. Jul. Fischer Basse in Lüdenscheid, **12 Prozent** Dividende.

Metallwarenfabrik H. A. Erbe, A.-G., Schmalkalden i. Thür., **15 Prozent** Dividende.

Phoenix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Hörde i. W. Der Rohgewinn stellt sich nach dem in der Aufsichtsratssitzung vorgelegten Abschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr auf **12,78 Millionen Mark.** Die Abschreibungen wurden auf **10,14 Millionen Mark** bemessen. Außerdem **8 Prozent** Dividende.

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe, **18 Prozent** Dividende.

Stahlwerk Richard Lindenberg A.-G. in Remscheid. Der Aufsichtsrat schlug eine Dividende von **15 Prozent** vor.

Isaria, Zählerwerke A.-G., München. Der Reingewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres stellt sich auf 743 900 Mark, woraus eine Dividende von wieder **15 Prozent** beantragt wird.

Werkzeugmaschinenfabrik „Union" in Chemnitz **15 Prozent** Dividende.

Ludwig Hupfeld, A.-G. in Böhlitz, **20 Prozent** Dividende.

Hasper Eisen- und Stahlwerk, A.-G. in Haspe i. W. Rohgewinn 5 518 355 Mark. Nach Abschreibungen von 2 012 535 Mark noch 10 Prozent Dividende.

August Wessels Schuhfabrik, A.-G. in Augsburg. Der Rohgewinn ist im Geschäftsjahre auf **2,76 Millionen Mark** gestiegen. Aus dem Reingewinn von 858 800 Mark soll eine Dividende von 13 **Prozent** verteilt werden, ferner aus der Uebergangsrücklage ein Bonus von 5 Prozent.

Massener Ringofenziegelei, A.-G. in Unna. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurde eine Dividende von **20 Prozent** verteilt. Der Gewinn betrug 162 500 Mark.

Gusstahlwerk Witten in Witten. Der Ueberschuß hat betragen 2 251 401 Mark. Als Abschreibungen werden vorgeschlagen 618 560 Mark und **15 Prozent** Dividende.

Gladbacher Textilwerke, A.-G. vorm. Schneiders & Irmen, M.-Gladbach. Der Aufsichtsrat bringt für das Geschäftsjahr 1918/19 die Verteilung einer Dividende von wiederum 12 **Prozent** (wie i. V.) in Vorschlag.

Deutsche Mineralöl-Industrie A.-G. in Wietze (Kr. Celle.) Der Betrieb und Beteiligungen erbrachten im Berichtsjahr 7 290 736 Mark 25 **Prozent** Dividende.

Und so geht es auf der ganzen Linie! Mögen die Leser diese Zusammenstellung den rechtssozialistischen, in demokratisch-kapitalistischen Diensten stehenden Volksverdummern vor Augen halten, wenn sie den Mund aufmachen. Wie die Zusammenstellung zeigt, arbeiten wir heute nicht für Sozialismus, sondern für nichtstuende Ausbeuter, die von Rechtssozialisten und ihren Blättern beschirmt werden.

Politische Rundschau

Deutschland

Im kronprinzlichen Hauptquartier

Der Karlsruher Volksfreund, ein rechtssozialistisches Blatt, erhielt folgende Zuschrift:

„In dem Brief, den der ehemalige deutsche Kronprinz an seinen einstigen Ordonnanzoffizier v. Rechberg schrieb, findet sich ein Satz, der folgendermaßen lautet:

„Sie können sich schwer einen Begriff davon machen, was ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Erkenntnis dieser Verhältnisse gelitten habe.“

Ich muß gestehen, daß sich meine Menschenkenntnis wieder um ein Kapitel vermehrt hat. Ich hatte gleich anderen ebenfalls Gelegenheit, den ehemaligen Kronprinzen anläßlich einer mehrmonatigen Abkommandierung ins Große Hauptquartier genauer zu beobachten und mit ihm einen Teil seiner damaligen Umgebung, die ein eigenartiges Leben beliebte. Der pflichtbewußte Teil der Soldaten, welche damals in jener Gegend lagen, biß oft in ohnmächtigem Zorn und in tiefster Verachtung die Zähne zusammen über **die Maitressenwirtschaft** von Dom le Mesnil. Kam es doch vor, daß ein Feldwebel an letztgenanntem Orte, welcher diese Art von „Trauer“ etwas sonderbar fand und in durchaus gemäßigter Weise seiner Meinung Ausdruck gab, zuerst eingesperrt und dann schleunigst weiter nach Westen versetzt wurde.

Auch bezüglich der Ernährungsweise im Kasino des Großen Generalstabes konnte man eine merkwürdige Auffassung der Dinge beobachten. Die berühmten Donnerstagabende, denen der vernünftigere Teil der Offiziere des Großen Generalstabes meistenteils fernblieb, **erreichten in der Regel zu später Nacht eine solche Höhe der Stimmung, daß man glauben konnte, Tollhäusler hausen im zweiten Stock des linken Flügels der Präfektur.**

Eine besondere Meierei in der Nähe von Mezières lieferte tagtäglich eine Menge **Milch und Butter** an das Kasino des Großen Generalstabes ab. Außer der Butter, deren Verbrauch gegen Bezahlung jedem einzelnen Offizier im Kasino und auf dem Bureau zu den Kaffeepausen in Menge freistand, konnte jeder der Herren damals **allwöchentlich mehrere Pfund Butter** durch die genannte Meierei erwerben und nach Deutschland an seine Familie senden. Das gleiche war mit **Reis und Hülsenfrüchten** aus Marketendereibeständen der Fall. Daß manche der Offiziere einen übermäßigen Gebrauch von dieser Einrichtung machten, ist feststehende Tatsache; so auch ein zum Chef der Luftstreitkräfte kommandierter Oberleutnant an seinen Papa, einen preußischen Minister. Viele Offiziere ließen aus den so erworbenen Beständen von Butter usw. **ihren jeweiligen Maitressen durch die Burschen ins Haus bringen.** Mir ist ein Fall bekannt, wo sich ein Offiziersbursche freiwillig zur Front zurückmeldete, um das Treiben des Generalstabshauptmanns, zu dem er kommandiert war, nicht länger mit ansehen zu müssen.

Das von oben gegebene Beispiel war es, welches demoralisierend nach allen Richtungen hin wirkte und bedeutend mehr zum moralischen Zusammenbruch des deutschen Heeres hinter der Front, in der Etappe beitrug, als dies die schärfste Agitation radikaler Elemente vermochte. Kamen dann die Fronttruppen zur Ruhestellung in die Etappe und wurden dort eine Zeitlang zu Wachtdiensten verwendet, dann wirkte das Beispiel dieser Etappenoffiziere, welche ja letzten Endes nur das Beispiel nachahmten, auf die von der Front kommenden Offiziere oftmals derart ein, daß dieselben ebenfalls außer Rand und Band gerieten. Gerade der Umstand, daß **ein großer Teil der Offiziere der ständigen Etappentruppen aus dem Vollen lebte, während die Mannschaften oftmals nicht wußten, wie sie ihren Hunger stillen sollten,** wirkte aufreizend.

Jedes Ding hat seinen Spannungsbogen. Auch die seelischen Kräfte eines Menschen ertragen nur eine gewisse Belastung. Dann brechen sie zusammen oder aber schaffen sich, wenn der geeignete Augenblick kommt, in explosiver Weise Raum.

Einer dieser Explosionskörper bestand in der Wirtschaft eines Teiles der Offiziere und der ehemalige deutsche Kronprinz hat mit dazu beigetragen.“

Hörsing dementiert

Durch das W. T. B. läßt der regierungssozialistische Diktator in Oberschlesien Hörsing verbreiten, er habe persönlich mit dem Verbot des Oberschlesischen Parteiorgans der U. S. P., der „Arbeiterpost“ nichts zu tun. Das Blatt war bekanntlich schon vor seinem Erscheinen verboten worden, angeblich weil die Papierverteilungsstelle die Papierlieferung abgelehnt hatte. Der Verlag war jedoch in der Lage, verkehrsfreies farbiges Papier kaufen zu können; aber auch diesen Weg zur Ermöglichung des Erscheinens der Arbeiterpost machte Hörsing illusorisch, indem er das Verbot aufrecht erhielt. Die energischen Proteste gegen diese Zensur ungeborener Presseerzeugnisse scheinen nun doch ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben; der Verlag bekam Papier zugeteilt und seit Anfang November erscheint die Arbeiterpost. Sie teilt in ihrer Nummer 4 den Wortlaut der Ablehnung des Antrages auf Aufhebung des Verbots mit. Es ist vom 14. Oktober d. Js. datiert und beginnt:

„Der Herr Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Posen teilt zu Ihrer letzten Eingabe vom 30. d. Mts. heute mit, daß die Genehmigung für die Herausgabe der Arbeiterpost nur erteilt werden darf, wenn Sie nachweisen, daß Ihnen ein Papierkontingent zugewiesen worden ist.“

Wie Herr Hörsing behaupten kann, er sei an dem Verbot nicht beteiligt, ist uns unerfindlich. Nachträgliche Scham können wir bei seiner gestitteten Konstitution als Motiv seiner Ableugnung wohl nicht annehmen!

Er hat zu reden geruht

Noske sprach in Chemnitz über die politische Lage. Nachdem er auf die an seine Tätigkeit geübte Kritik, besonders nach der Dresdener Rede auf dem sächsischen Landesparteitag, eingegangen war, kam er auf die gegenwärtige politische Lage zu sprechen und wandte sich zunächst dem Generalstreik zu, der erfreulicherweise als gescheitert anzusehen sei. Es habe nur Mut und Entschlossenheit und eine gewisse Härte dazu gehört, um die lebenswichtigen Betriebe unter besonderen Schutz zu stellen. Die Haftbefehle seien nicht nur erlassen, sondern auch durchgeführt worden. Dann sprach Noske über die finanzielle Lage Deutschlands und hob hervor, daß wir in zwei Jahren ungefähr 212 Milliarden Mark Schulden haben würden. Dazu kämen noch die bis jetzt unbekannten Forderungen der Feinde. Die neuste Note des Verbandes fordere bekanntlich von Deutschland 400 000 Tonnen Dockraum usw. Ihre Erfüllung würde bedeuten, daß in Deutschland Schiffe überhaupt nicht mehr repariert werden könnten. Durch die Auslieferung der Bagger müßten die Elbe und Weser binnen kurzem versanden. Es sei weiter nichts als ein neuer Versuch Englands, Deutschland überhaupt nicht wieder hochkommen zu lassen, und die Folge davon, wenn die Bedingungen erfüllt werden würden, müßte die sein, daß mindestens ein Dutzend Millionen Deutscher arbeitslos würden. Zudem bringe jeder Tag neue Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wir müßten uns endlich daran gewöhnen, die Ausgaben einzuschränken, und jeder Staatsbürger müsse sich ein sehr großes Maß von Entbehrungen und Opfern zumuten, weil sonst das Reich nicht bestehen könnte. Vielleicht würde es einmal einen Völkerbund und auch eine Revision des Friedensvertrags geben. Aber bis dahin werde Deutschland Grauenhaftes auskosten müssen. Eine beträchtliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gegenüber der Zeit vor dem Kriege werde sich jeder gefallen lassen müssen. Noch wolle dieser Gedanke in viele tausende Köpfe von Menschen nicht hinein. Der Wunsch nach einer Besserung der Verhältnisse sei begreiflich, aber jeder lüge die Menschen an, wenn er ihnen verspreche, daß die Besserung bald kommen werde.

Noske wandte sich dann der Frage zu, welche Lage wir zurzeit in Deutschland hätten. Alle politischen Forderungen, für die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten gekämpft habe, seien restlos erfüllt. Der Achtstundentag sei eingeführt und es werde auch sozialisiert. Noch bedeutsamer als die Sozialisierungsmaßnahmen sei es, daß die Regierung jetzt eine tatsächlich weitergehende Sozialisierung dadurch vornehme, daß sie den Besitzenden das Geld in Form von Steuern usw. abnehme. Die deutsche Wirtschaft könne ohne ausländische Kredite nicht wieder in die Höhe kommen, und die würden nicht gewährt, weil das Ausland in jedem Augenblick einen neuen Putsch befürchte und deswegen glaube, daß das geliehene Geld verloren gehe. Große Finanzaktionen, die angesponnen seien, schritten nicht vorwärts, weil man noch immer den großen Kladderadatsch bei uns befürchte. So käme es, daß wir infolge des Fehlens von Krediten keine Lebensmittel ins Land erhielten und deshalb hungern müßten. Die Schuld daran hätten diejenigen, die dafür sorgten, daß Deutschland nicht zur Ruhe komme.

Dieser Rede viel Worte der Kritik hinzuzufügen ist überflüssig. Nahezu jedes Kind weiß, daß die 400 000 Tonnenforderung an Docks und Bagger durch die Versenkung der deutschen Kriegsflotte herbeigeführt ist. Die englischen Forderungen sind unerfüllbar, aber ebenso unmöglich jeder Widerstand. Daß die politischen Forderungen des Erfurter Programms erfüllt seien, ist nur Windbeutelei nach Scheidemannschem Muster. Nicht gesprochen hat Noske von dem durch die Verschleppung des mobilen Kapitals erfolgten finanziellen Landesverrat der Bourgeoisie, dessen Folge es ist, daß Deutschland keinen Kredit erhält und daß die Preise noch immer mehr steigen. Nicht gesprochen hat Noske von dem Wucher und der planmäßigen Aushungerung der Städte durch die Agrarier. Es bedarf sehr einfältigen Gemüts und großen Obrigkeitsglaubens, um auf die Noskesche Rede hineinzufallen.

Eine treffende Kennzeichnung

Im Berliner Tageblatt Nr. 525 lasen wir folgende Charakteristik der deutsch-demokratischen Partei:

„Die Schwenkung nach rechts, die die Partei unternommen hat, wurde in der letzten Zeit immer deutlicher. Beispiele häuften sich. Auf dem Nürnberger Parteitag kam die Richtung des Erlanger Hochschullehrers Dr. Lent zum vollen Siege und diese läuft im Grunde auf nichts anderes als auf eine völlig reaktionäre Entwicklung hinaus, bedeutet die Einigkeit mit dem Bavaria-Keller voll Nationalliberaler a. D. Unter ungeheurem Jubel wurde die Forderung aufgenommen, daß die Grenze gegen die Sozialdemokratie schärfer gezogen werden müsse, um „die materialistische, un-

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

19]

Soweit hatten sie ihn also glücklich schon untergekriegt, daß er mit nagender Gewissenspein nun schon eine halbe Woche herumlief und sich mürbe quälte, ob er nicht doch der Folterknecht sei, den sie alle in ihm sahen.

Gott im Himmel Dank für diesen Brief aus Budapest, der seinen Empfänger sofort sich völlig wiederfinden ließ.

In diesem ganzen bohnenstrohdummen Handel war Rosalinde eigentlich die einzige Vernünftige gewesen. Auch nicht einen Augenblick war sie an ihm, dem Staatsanwalt, irre geworden. Sie wies die Einmischungen der Unberufenen höhnisch zurück und blieb im unerschütterlichen Glauben an ihres Mannes zweifellose Amts- und Pflichttreue.

Was — zum Teufel — wollten alle diese Menschen?!

Er — Jordan — hatte ein Amt und übte es aus. Führte es ersichtlich im Sinne seiner vorgesetzten Behörde, denn seine Beförderungen vollzogen sich mehr als pünktlich.

Die also, denen von Amts wegen das Urteil darüber zustand, waren der Meinung, daß der Staatsanwalt Jordan völlig seine Pflicht erfülle und in seinem Amte durchaus seinen Mann stehe.

Das war das Wichtigste, das Entscheidende, der feste Grund, auf dem er sicher stand.

So war es, so sollte es bleiben. Jordan gelobte sich, nie wieder „Nerven zu bekommen“, nicht auch nur ein einziges Mal dieser Zeitkrankheit anheimzufallen.

Denn neurasthenisch war heute alle Welt. In der äußeren und inneren Politik, im sozialen Leben — in der wirtschaftlichen Gebarung — in der Kunst — selbst in der Wissenschaft grassierte dieser Zug.

Die Neurasthenie beherrschte die Menschheit. Sie wollte die Kriege abschaffen, weil sie kein Blut sehen konnte. Sie wollte den Proletarier tantenhaft gegen jede Lebensnot versichern, weil sie nicht mannhaft gegen Lebensnöte kämpfen sehen konnte. Sie predigte den Vegetarismus, weil jeder Schlachthof ihr eine Ohnmacht verursachte, rief den Tierschutz an, wenn ein Kutscher seinem Pferde eins überzog, jammerte über jede Parforcejagd als über Tierquälerei, stritt gegen die Todesstrafe und wollte die Verbrecher am liebsten in Watte packen. Die Medizin kannte keine größere Sorge, als jedwedem Leidenden jeglichen Schmerz zu ersparen. Die Geburten nahmen ab, weil die Weiber die Wehen scheuten, und die Welt war wirklich nahe daran, sich in ein Altweiberspital umzuwandeln.

Das machte er nicht mit. Nein, besten Dank! Er war noch vom alten Schrot. Wer die Gesetze verletzte, der sollte und mußte die Schärfe des Schwertes spüren, das die Gerechtigkeit in der Faust hielt.

Hier war und blieb er fest. Hiervon sollte ihn kein moderner Humanitätsdusel abbringen.

Nun also war er wieder ganz auf der Höhe und fühlte sich den Dingen vollauf gewachsen.

Was hatte nun mit diesem Farbenkleckser hier zu geschehen?

Er hatte Jordan mit plumper Absichtlichkeit beleidigt und stellte Duell oder Beleidigungsklage zur Wahl.

Es müßte freilich eine Götterwonne sein, diesem ausgemergelten Dreikäsehoch mit scharfer Plempe die Temporalis durchzusäbeln — aber — man war Wingolf von seligen Jugendtagen her, hatte das Gelübde getan, das Duell als unchristlich zu verwerfen und trug noch heute als alter Herr bei den Jahreskonventen der Verbindung sein schwarz-weiß-goldenes Band mit Stolz zur Schau.

Es war das erstemal in seinem Leben, daß Jordan es beklagte, das Duell abgeschworen zu haben. Denn diesem Paprikaburschen hätte er über die Maßen gerne einen handgreiflichen Denkzettel verabreicht.

Blieb die Beleidigungsklage.

Wollte Jordan sie anstrengen, so hatte er sich mit seinem Vorgesetzten, dem Ersten Staatsanwalt Kern, in Verbindung zu setzen, da die Sache nichts weniger als eine Privatangelegenheit war.

Im Gegenteil. In Ausführung amtlicher Pflichten, oder genauer gesagt, infolge seiner Amtsausübung, war er beleidigt worden.

Na — das könnte Herrn von Kern so passen, wenn Jordan ihm heute mit dieser Mordgeschichte käme!

Da wäre Kern ja natürlich sofort mit seinen abgeschmackten Vorhaltungen völlig gerechtfertigt.

Ihm wurde dann von Jordan selbst der Beweis dafür in die Hände geliefert, daß Jordan durch drakonische Strenge die ganze staatsanwaltschaftliche Institution bloßstellte und schädigte.

An diesen Schritt war nicht zu denken.

War und blieb zudem ja auch noch höchst zweifelhaft, ob der interessante Arpadsproß sich wirklich zu einem Strafverfahren hier in Berlin einfinden und stellen würde. Auf dem Papier waren solche Leute ja immer sehr tapfer und verwegen.

Mit der Beleidigungsklage gegen den Ungarn war das also eine eigene Sache. Erhob Jordan sie nicht, so machte er dem Maler allen Mut, sein angedrohtes Attentat, die Ausstellung des Bildes in Berlin, zur Tat zu machen. Auch das würde er sich vermutlich noch überlegen. Und führte er diese Verrücktheit dennoch wirklich aus, so war noch immer Zeit, mit der Polizei gegen diesen Unfug einzuschreiten.

Einen Skandal würde das freilich geben. Und jede Gefahr eines solchen war Jordan in der Seele zuwider.

Ach — was! Kommt Zeit, kommt Rat.

Er wird die Sache mit Rosalinde besprechen.

Aber kaum war dieser Gedanke ihm durch den Kopf geschossen, als Jordan vom Sessel aufsprang und einen erregten Gang durch sein Zimmer begann.

Um Gottes Willen — das — nur das nicht!

Rosalinde sollte und durfte von alledem nicht das Leiseste ahnen.

Diese ganze törichte Sache sollte vor ihr verborgen bleiben.

Und weshalb? Aus welchem Grunde?

Zum ersten Male legte Jordan sich diese Frage vor, zum ersten Male, nachdem diese Angelegenheit ihn beschäftigte. Er dachte zurück.

Ja. Jawohl — gewiß — er hatte sie von Anfang an seiner Frau zu verbergen und zu verschweigen gesucht. Aber warum?

Warum in aller Welt?

Was hatte er denn in dieser Sache zu verstecken?

Wo war denn da auch nur das leiseste Unrecht, das er sich hatte zuschulden kommen lassen?

Jordan fand es nicht. Er suchte in seiner Seele nach den Anlässen, die ihm in dieser Sache seiner Frau gegenüber den Mund verschlossen. Ihr gegenüber, die stets so richtigen und treffsicheren Rat zu geben wußte.

Wie war das?

Als er von der Verhandlung an jenem Tage heimgekehrt war, da war ihm das ganze Milieu der Geschichte zu schmutzig und zu häßlich, um sie an seinem Tische haarklein sie berichten. Rosalinde hatte damals gesehen, daß er, wie öfter wohl, Aerger und Verstimmung vom Gericht heimbrachte. Sonst aber berichtete er und sprach sich die Dinge vom Herzen herunter.

Dieses Mal blieb er verschlossen.

Warum? warum, Jordan?

Die Schmutzigkeit der Sache war der wirkliche Grund seines Schweigens an jenem Abend allein nicht gewesen. Jordan hatte seiner Frau von tolleren Sachen schon Bericht gegeben.

Warum, Matthias Jordan, warum verschwiegst du gerade dieses hier? Er preßte beide geballten Fäuste in seine Schläfen und starrte ratlos ins Leere, denn er konnte nicht mit sich ins Reine kommen.

So stand er eine Weile, dann stürmte er zum Schreibtisch, begann den Brief des Ungarn noch einmal Wort für Wort wiederzulesen. (Fortsetzung folgt.)

nationalistische und klassenbeschränkte Sozialdemokratie zu zerstören". Gerade, aufrechte Demokraten, die weder demokratisch noch republikanisch über Nacht geworden sind, empfanden mit Bitternis, in welchem Grade die bayerische Partei von den Tendenzen der unseligen Vaterlandspartei unheilvollen Angedenkens angetroffen ist. Das wird zu einem schleichenden Krankheitsprozeß, bei dem, aus Schuld der Führer, die Partei in Bälde höchst abgezehrt dastehen muß."

Daß in der demokratischen Partei die hier trefflich umrissenen Tendenzen täglich mehr Ereignis werden, kann nicht überraschen. Wie konnte das anders sein bei einem bloßen Wallgebilde, das Linksfortschrittler und Rechtsnationalliberale zu einer Einheit zusammen zu schmelzen unternahm? Schon bei der Abstimmung über den Friedensvertrag zeigte sich ganz klar, daß der nationalistisch-alldeutsche Kurs, die Demokraten bis auf wenige an die Seite der Konservativen führte. Die Kappen sind verschieden, die Gesinnung ist bis auf den Streit um ihre formale Kundmachung dieselbe auf allen Flügeln des Bürgertums. In Bayern hat man eben mehr Courage zum eigenen Wesen als in Preußen. Das ist es, was die Demokraten im Norden jetzt vorübergehend zu Kritikern der Süddeutschen Parteigenossen macht.

Vertuschen hilft nichts mehr. Wir leben in Situationen, in denen die Geister sich entscheiden müssen. Und die Grenzscheide stellt unverrückbar fest: sie besteht in der Kluft zwischen dem Bürgertum aller Farben und dem revolutionären Proletariate. Die bayerischen „Demokraten" haben das kapiert und handeln danach. Sie werden bald die Führer der Gesamtpartei sein.

Frankreich

Vor den Wahlen

Die französische sozialistische Partei ist vor der offiziellen Spaltung bewahrt geblieben. Bei allen schweren Gegensätzen in der Auffassung und in der Taktik fand sich schließlich auf den Tagungen doch noch immer eine gemeinsame Basis. Die Geschlossenheit im Auftreten nach außen hin blieb so gewahrt.

Die Gegensätze bestehen natürlich fort, und sie machen sich dann und wann kräftig bemerkbar, besonders in Zeiten, die eine klare Formulierung der Anschauungen verlangen, wie z. B. vor und bei den politischen Wahlen. Kandidaten mußten aufgestellt werden; die Parteigenossen in den großen Städten, vor allem in Paris, lehnten es ab, die alten Deputierten ohne weiteres wieder zu nominieren. Sie wollten Männer in das Parlament schicken, von denen sie voraussetzen zu können glaubten, daß sie ihre radikalere Auffassung vertreten werden. Es ist zu heftigen Kämpfen in den Organisationen des Seinedepartements gekommen. Die permanente Verwaltungskommission bemühte sich, zu vermitteln, aber die Organisationen bestanden darauf, die Kandidaten ihrer Wahl zu nominieren. An erster Stelle den Hauptmann Jaques Sadoul. Er ist ein Symbol des Wahlkampfes der Pariser Genossen. „Wir wollen, daß der Name des Hauptmanns Sadoul, der überall von uns wiederholt wird, an der Spitze der Schlacht flattert wie eine im Wind entfaltete Fahne." Mit diesen Worten wurde seine Kandidatur in einer großen Versammlung eingeführt und ein gewaltiger Beifallssturm antwortete.

Die Kandidatur Sadoul bedeutet eine tiefe Sympathieerklärung für die russische Revolution, denn Sadoul trat als französischer Offizier mit Leidenschaft für die russische Revolutionsregierung ein, er warnte die französischen Soldaten sich zu dem Verbrechen eines Kampfes gegen die russische Armee mißbrauchen zu lassen, und er lud so den ganzen Haß der französischen Militaristen und Nationalisten auf sich. Er ist der „Verbindung mit dem Feinde" angeklagt, er soll möglichst vor der Wahl noch verschwinden.

Das ist die Geschichte der Kandidatur Sadouls, die auch die weiter rechts stehenden Sozialisten aus Solidarität für denvon der Regierung des Herrn Clemenceau Verfolgten bestimmten. Gegen andere Kandidaturen haben sie heftigen Widerspruch erhoben. — Was die nicht wiederaufgestellten Abgeordneten tun werden, erscheint nicht ganz sicher. Nach der Humanité durfte man annehmen, daß sie den Kampf der Partei nicht stören werden. Der Temps weiß jedoch, daß sie und eine Versammlung von 300 Mitgliedern der ehemaligen Mehrheit unter dem Vorsitz von Fr. Brunet beschlossen haben, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen. Eine Kommission ist zu diesem Zweck gewählt worden, die auch gleichzeitig ein Manifest ausarbeiten soll. Treffen die Behauptungen des Temps zu, so wird der Erfolg bei den Wahlen zeigen, ob die ausgeschiedene Rechte in den Arbeitermassen Boden findet.

Die Sammlung der Bürgerlichen scheint sich auch nicht ganz ohne Störung zu vollziehen. Der Block von Bonapartisten, Radikalen, Klerikalen und Renegaten des Sozialismus befriedigt niemand so recht. Die Royalisten haben ihre Mitarbeit verweigert, von den Radikalen splittert eine Gruppe Buisson ab, die mit eigenen Listen vorgeht. Unter den Uebriggebliebenen gibt es Eifersüchteleien, Ehrgeiz, Streitigkeiten, die die Arbeit erschweren. Das Band, das sie vereint, ist nur der Haß gegen den Sozialismus, gegen die Arbeiterschaft und gegen die russische Revolution.

In und um Elbing

Die Volksschulklassen werden geheizt

Der Magistrat schreibt uns: In Nr. 6 Ihrer Zeitung findet sich in dem Artikel — „Ein Schwabenstreich" — folgender Satz: „Für die Volks- und Mittelschulen hat man diese (Kohlenferien) nicht gemacht, sondern unterrichtet die Kinder in ungeheizten Räumen weiter." Dies ist unzutreffend. Fast sämtliche Klassen der Volks- und Mittelschulen sind seit den Herbstferien bisher an jedem Unterrichtstage geheizt worden. Es ist dies nur ganz vereinzelt und zwar an wärmeren Tagen in solchen Klassen nicht geschehen, die eine ganz besonders günstige Lage haben und auch ohne tägliche Heizung noch hinreichend Wärmegrade aufweisen.

Wenn das so stimmt, ist das sehr schön. Aber in jener Zuschrift war nicht die Frage der Heizung in Volks- und Mittelschulen die Hauptsache, sondern die nach Meinung des Einsenders unnötigen „Kohlenferien" der höheren Schulen. Darüber schweigt sich der Magistrat aus. Und wichtiger als zu erfahren, daß „fast sämtliche Klassen" geheizt werden, wäre es für die Arbeitereltern zu wissen, wie es mit den Kohlenvorräten der Volksschulen steht und ob die Regelmäßigkeit des Unterrichts gewährleistet ist. Noch eins wäre von Interesse: gibt es auch Magistratsbureaus, die sich einer so günstigen Lage erfreuen, daß sie an wärmeren Tagen nicht geheizt werden brauchen? Bitte, lieber Magistrat, gib auf diese Fragen Aufklärung.

Das bekannte Tier im Porzellanladen

Nr. 60 der Elbinger Volkszeitung vom Sonntag, den 9. November enthält in gleicher Aufmachung, wie wir sie wiedergeben, folgendes Inserat:

Zur Aufklärung.

Die Elbinger Volksstimme sagt in ihrer Nr. 11 sämtlichen Geschäftsleuten, die nicht bei ihr inserieren, den

Boykott

an. Wir geben hierdurch bekannt, daß wir mit diesem Beschluß

nichts zu tun haben.

Wir lehnen es ab, uns auf derartige Weise Inserate zu verschaffen, sondern werden nach wie vor in der bisherigen Weise mit unseren Kunden verkehren.

Elbinger Volkszeitung,
Wilhelmstraße 3.

Sehr gütig von der Elbinger Volkszeitung, daß sie die Elbinger Geschäftsleute nicht boykottieren will. Aber so tölpelhaft angekündigt, daß man herzlich lachen muß. Diese unter dem Datum des Sonntags gehende Nummer der Elbinger Volkszeitung kam Dienstag vormittag nach Elbing. Im Laufe des Tages erhalten sie die paar hiesigen Bezieher. Und die lesen dann am Dienstag, den 11. November, daß sie Sonntag, den 9. November zur Revolutionsfeier in Dörings Kaffeehäuschen erwartet würden und daß im Schützenhaus Pulvergrund großes Tanzkränzchen ist. Ebenso in Sanssouci, Café Promenade, Georgshöhen usw. Lesen am Dienstag, daß Sonntag (den 9. November) im Elbinger Stadttheater die „Ehre" gegeben wird. In der Tat, das sind wirklich „zugkräftige" Inserate. Wer sein Geld für nichts los werden will, dem ist die Elbinger Volkszeitung dringend als Anzeigenorgan zu empfehlen.

Es bleibt noch einiges zu dem „Boykott" zu sagen. Es ist unwahr, daß die Elbinger Volksstimme „sämtlichen" Geschäftsleuten, die bei ihr nicht inserieren, den Boykott ansagt. Richtig ist, daß die Generalversammlung der U. S. P. aus ihrer Mitte heraus beschlossen hat, die Geschäftsleute zu boykottieren, die die Volksstimme boykottieren. Der Unterschied ist wesentlich. Es gibt Geschäftsleute, die überhaupt nicht inserieren, in keiner Zeitung anzeigen. Für diese würde der Beschluß der Organisation nicht zutreffen. Anders da, wo Geschäftsleute dem Anzeigenprinzip huldigen und ausdrücklich es ablehnen, die Elbinger Volksstimme zu benutzen. Hier ist ohne weiteres klar, daß politische Gehässigkeit die Triebfeder ist. Denn die Stimmenzahl der Wahlen, die Stärke der Organisation, die wiederholten Demonstrationen der Arbeiterschaft beweisen einwandfrei, daß die Unabhängige Sozialdemokratie von den Elbinger Massen als ihre Vertreterin betrachtet wird. Das wissen die Elbinger Geschäftsleute alle miteinander. Wer von ihnen trotzdem darauf verzichtet, seine Waren in dem maßgebenden Blatt der Elbinger Arbeiterschaft anzuzeigen, tut zugleich damit dar, daß ihm an der Kundschaft der Elbinger Unabhängigen nichts gelegen ist. Oder sollen die Unabhängigen solchen Leuten zu Gefallen gegnerische Zeitungen abonnieren? Wer seine politischen Antipathien auf das geschäftliche Leben überträgt, darf sich nicht wundern, wenn ihm mit gleicher Münze heimgezahlt wird. Darum bleibt es dabei: den Boykotteuern der Boykott! Die Elbinger Arbeiterschaft wird sich darin von den wenigen Mehrheitssozialisten keine Vorschriften machen lassen.

Keine Akkordarbeit auf den Nordseewerften

Für die Elbinger Arbeiter ist von Interesse zu erfahren, daß die Werftarbeiter der Nordsee die Akkordarbeit abermals abgelehnt haben. Die bisherigen Teilresultate ergaben kein einwandfreies Bild von der Ansicht der Arbeiter. Jetzt liegt das Gesamtresultat vor. Für die Akkordarbeit stimmten 29210, dagegen 35677 Kollegen. Damit ist die Akkordarbeit, wie sie der bekannte Schiedsspruch vom 23. September vorsah, erneut abgelehnt. An der Abstimmung haben sich nicht beteiligt die Werften Emden, Elbing und Danzig, weil die Vereinbarung nur mit den Unternehmern der Nordseewerften getroffen war.

Der Herr Rittmeister und sein Hund

Ein Genosse schreibt dem Parteisekretariat: Sonntag, den 9. November, machte ich eine Tour nach Tolkemit, um Fische zu hamstern. Es gab aber keine, denn das Haff trieb dicht voll Eis. Während ich in einer Straße stand, um den Revolutionsfestzug der Tolkemiter Arbeiter zu sehen, kam ich mit einem Mädchen ins Gespräch. Dieses fragte, was ich in Tolkemit wolle, ich sei doch kein Einheimischer. „Fische hamstern, Fräulein", sagte ich, „wir Elbinger müssen doch alle Sonntag hinaus, sonst reicht es nicht zu." „Ist es wirklich so knapp in Elbing?" antwortete das Mädchen, „ganz so schlimm ist's hier doch nicht. Und mancher lebt noch im Ueberfluß. Da ist unser Rittmeister, der hat Fleisch, so viel er will, hat auch Töpfe voll Schmalz stehen. In Jungfer ist ein Fischmeister Bock; der bringt ihm alles. Mehl kriegt er aus Elbing. Und sein Mädchen bekommt nicht satt zu essen." „Nanu," entgegnete ich, „gibt's denn in Tolkemit keinen Arbeiterrat?" „Der ist zu pflaumenweich," antwortete die junge Tolkemiterin. „Aber stimmt das auch alles," fragte ich. „Das stimmt alles," antwortete sie, „und da wäre noch viel mehr zu reden. Der Herr Rittmeister hat einen Hund, der schläft im Bett. Und die Betten sind bezogen. Sehen Sie die da? Das ist sein Mädchen. Jetzt geht sie wieder mit der Hundewäsche und den Hamstersäcken." Dabei zeigte mir meine Gesellschafterin ein anderes des Weges daher kommendes Mädchen. Sie wollte mir auch den Herrn Rittmeister zeigen, der, wie sie sagte, gut und gern zwei Zentner wiege. Aber ich hatte nicht mehr Zeit und mußte mich verabschieden. Ja, dem einen Hamsterer gibt's der Herr im Schlaf und der andere muß sich's mühsam zusammenholen.

Stadttheater

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Donnerstag, den 13. November d. Js. gelangt der Schwank in 3 Akten „Die verschwundene Pauline" von Willy Wolff und Martin Zickel zum ersten Male zur Aufführung. Diese Neuheit hat dank der überaus komischen Situationen und seines witzigen Dialoges bereits an den meisten Bühnen einen durchschlagenden Lacherfolg erzielt. Das Publikum kam am ganzen Abend nicht aus dem Lachen. Auf das sorgfältigste einstudiert, mit den ersten Kräften besetzt, wird er auch hier in Elbing unbestreitbar einen großen Erfolg erzielen. Wer sich aus vollem Herzen einmal auslachen will, versäume nicht diese Vorstellung zu besuchen.

Petroleum?

Zu unserer Notiz „Petroleum?" wird uns von maßgebender Seite mitgeteilt, daß es sich bei dem gekennzeichneten Petroleum nicht um das von der Stadt gelieferte handeln kann, welches von besserer Beschaffenheit sein soll, sondern um das an den Landkreis zur Verteilung kommende, in welchem Vaselinöl enthalten ist. Außerdem sind für die Stadt jetzt 2 Waggonladungen amerikanisches Petroleum angekommen, welches mit dem früheren Petroleum vermischt ein brauchbares Leuchtöl abgeben soll, wie angestellte Versuche ergeben haben.

Steuerzahlung

Die Stadthauptkasse erinnert an Zahlung der fälligen Steuern für das dritte Vierteljahr bis zum 22. November. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt Zwangseinziehung. Die Säumigen haben also in jedem Falle, wenn sie bis zum 22. November nicht bezahlt haben, die tarifmäßigen Gebühren mitzuentrichten.

Holzverkauf

Kriegsbeschädigte werden auf das Inserat des Magistrats im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer über „Holzverkauf an Kriegsbeschädigte" aufmerksam gemacht.

Ostdeutsche Nachrichten

Danziger Verhältnisse

Von unserem Danziger Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Ernährungsverhältnisse in Danzig sind recht ungünstig. Das Brot ist verteuert worden. Daß es etwas weißer geworden ist, macht demgegenüber nicht viel aus. Gemüse und Obst sind wohl vorhanden, aber das Obst ist unbezahlbar, und auch das Gemüse ist im Preise gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Fleisch gibt es eigentlich nur noch im Schleichhandel und zu Preisen, die nur Wenige bezahlen können. Milch ist verteuert worden und trotzdem sehr knapp. Die Landwirte erstreben eine weitere Milchpreiserhöhung. Die Provinzialfettstelle widerstrebt zwar zunächst noch, aber sie und der Oberpräsident werden schon rechtzeitig vor den Landwirten umfallen und einfach anordnen, daß der Preis noch weiter erhöht wird, obwohl dazu kein Anlaß vorliegt. Der Milchpreis ist schon jetzt um mehr als das Vierfache gegenüber dem Friedenspreis gestiegen, und das ist genügend. Ganz übel sieht es mit den Kartoffeln aus. Die Landwirte wollen nicht liefern, weil sie hoffen, höhere Preise herausschlagen zu können. Die Landwirtschaftskammer und die Kartoffelgroßhändler haben den Kampf gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln angekündigt und die schlappe Regierung gibt immer mutig nach. Die hiesige Verbraucherkammer hat den Antrag gestellt, mit Entschlossenheit vorzugehen, aber die Behörden verstecken sich hinter allen möglichen Ausreden. Man fordert die Landwirte immer auf, ihrer Lieferpflicht nachzukommen. Man brauchte nur einem Großgrundbesitzer, der die Ablieferung verweigert, einen Zwangsverwalter beigeben und den Großgrundbesitzer, falls er widerstrebt, in Haft nehmen, dann würde man bald Kartoffeln erhalten. Statt dessen erhöht man den Kartoffelpreis um weitere 2 Mark. Der Danziger Magistrat will außerdem noch höhere Preise zahlen. Die Stadt hat noch nicht eine Kartoffel eingemietet und jetzt ist der Frost da. Die Behörden handeln mit einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit.

Rohzucker ist in Danzig reichlich vorhanden, aber die Bevölkerung erhält davon nichts. Der Zucker soll verschoben werden. Im Schleichhandel aber gibt es Zucker zentnerweise: Die Behörden aber wissen davon nichts. In Rußland können die Verhältnisse auch nicht schlimmer sein. Schieber, Schleichhändler und Wucherer bevölkern die Stadt. Man möchte sagen, Danzig ist moralisch ein Morasthaufen. Die anständigen Leute wenden sich mit Ekel ab. Es herrscht eine furchtbare Wohnungsnot, aber gebaut wird nicht. Eines aber, Spielklubs, entstehen fortgesetzt neu. Die Kasernen sind fast leer, aber die Militärverwaltung gibt sie nicht heraus. Danzig ist keine Festung mehr, aber die Rayonbeschränkungen werden nicht aufgehoben. Und die Bautätigkeit wird dadurch auch gehemmt. Die Gesundungsbestrebungen sind da und sie setzen auch kräftig ein, aber die Behörden und die führenden Personen sind stumpf. Die Sache ist hier nur durch die Massen zu machen, die aufgeklärt und zu einheitlichem Wollen zusammen geführt werden müssen.

Ein Zentner Pferdewurst 1200 Mark

Der Kaufmann Otto Benjamin in Marienburg kaufte einen Zentner Pferdewurst für 1130 Mark und verkaufte ihn für 1200 Mark an den Fleischer Eugen Roege. Dieser verkaufte die Wurst zu noch höheren Preisen an die Käufer weiter, ohne ihnen zu sagen, daß es Pferdewurst sei. Beide kamen vor Gericht. Benjamin erhielt wegen Kettenhandels 300 Mark Strafe. Roege wurde freigesprochen, weil seine Frau die Wurst gekauft hat und er von nichts gewußt haben soll. — Schöffen in dieser Verhandlung waren Rentier Wiens und Hofbesitzer Ewert aus Kuckuck.

Osterodes U. S. P. zum Parteitag

Die Parteigenossen unserer Nachbarstadt Osterode unterbreiten dem Parteitag folgende Erklärungen:

1. Die zweite sowie die dritte Internationale ist ein Unding. Wir können uns weder der zweiten, noch der dritten, Moskauer, anschließen. Die zweite Internationale ist durch die Zeitereignisse schon weit überflügelt, diese befindet sich gewissermaßen noch in der Kriegshypnose, welche einem frischen revolutionären Arbeiten die größten Hindernisse in den Weg stellt. Die dritte, Moskauer, Internationale dagegen ist nur allein auf die Politik des revolutionären agrarischen Ostens berechnet und eingestellt, ohne die hochentwickelten westlichen Industrieländer mit ihrem hochentwickelten, hochintelligenten Proletariat zu berücksichtigen. Und eine Internationale ohne das revolutionäre Proletariat des Westens ist daher von Anfang an zur Untätigkeit im Geiste der Weltrevolution verurteilt.

Da wir uns nun weder der zweiten, noch der dritten, Moskauer, Internationale anschließen können, müssen auf unserm Parteitag in Leipzig die Richtlinien für eine neue wirklich revolutionäre Internationale geschaffen werden, die sowohl das Proletariat des Westens wie des Ostens umfaßt.

Wir dürfen aber auf keinen Fall die Fühlung mit dem revolutionären Proletariat des Westens sowie des Ostens, ebenso mit den Parteien, die aus der zweiten Internationale ausgetreten, der dritten, Moskauer, aber noch nicht beigetreten sind (z. B. die Schweizer), verlieren. Diese müssen vielmehr an dem Aufbau und Ausbau der neuen, wirklich revolutionären Internationale mit beteiligt sein. Nur so können wir unserem heiß erstrebten Ziel: die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt aus den Händen und Klauen des Kapitalismus, die Einführung der sozialistischen Wirtschaft anstelle der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wirklich näherkommen und auch verwirklichen.

2. Unsere Bewegung, besonders in Ostpreußen, befindet sich noch sehr im Hintertreffen und es bedarf einer unermüdlichen, aufklärenden Agitation, um auch den letzten Proletarier zu erfassen. Es wäre daher dringend erwünscht, daß unsere besten Agitatoren, unsere besten Kräfte der Partei voll und ganz erhalten blieben und nicht durch zu viel Nebenämter überlastet werden. Der Parteitag möge zu dieser überaus wichtigen Lebensfrage der Partei Stellung nehmen.

Dt. Eylau ohne Brot

Streik und Kohlennot haben zur Schließung der Dt.-Eylauer und Riesenburger Mühlen geführt. Die Schließung der Mühlen aber hatte zur Folge, daß die Bäcker bald mit ihren Mehlvorräten am Ende waren und sich in Dt. Eylau Mangel an Brot recht unangenehm bemerkbar machte. Die Streikleitung hat sich schließlich zur Herausgabe von Mehl an die Bäcker bereit erklärt.

Nach Schneidemühl

Mit Inkrafttreten des Friedensvertrages wird der Kreis Dt. Krone und die bei Preußen verbleibenden Teile der Kreise Flatow und Schlochau von dem Reste des Regierungsbezirkes Marienwerder und der Regierungshauptstadt durch Abtretung der dazwischen liegenden Kreise an Polen abgeschnitten. Eine Verwaltung des genannten Gebietes vom Regierungspräsidenten bezw. der Regierung in Marienwerder aus würde mit mannigfachen Schwierigkeiten verbunden sein. Nach ministerieller Anordnung werden daher in Zukunft die oben genannten Kreise, soweit sie deutsch bleiben, zusammen mit den bei Preußen belassenen Kreisen der Provinz Posen von einer in Schneidemühl neu errichteten Regierungsstelle, die dem bisherigen Regierungspräsidenten in Bromberg untersteht, verwaltet. Zugleich hört die Zuständigkeit des Bezirksausschusses in Marienwerder sowie des dortigen Oberversicherungsamtes und Militärversorgungsgerichtes für die genannten Kreise, soweit sie deutsch bleiben, auf. An ihre Stelle treten der Bezirksausschuß in Frankfurt a. O., das Oberversicherungsamt und das Militärversorgungsgericht in Schneidemühl.

Alle Eingaben aus dem Kreise Dt. Krone und den bei Preußen verbleibenden Teilen des Kreises Flatow und Schlochau, die bisher an den Regierungspräsidenten, an die Regierung, an das Oberversicherungsamt oder an das Militärversorgungsgericht in Marienwerder zu richten waren, sind also vom 20. November d. J. ab an die gleichen Dienststellen in Schneidemühl, alle an den Bezirksausschuß gerichteten Eingaben an den Bezirksausschuß in Frankfurt a. d. O. zu senden.

Gewerkschaftliches

Die proletarische Weltarmee

Der große, heilbringende Gedanke des Sozialismus faßt gewaltig tief Wurzeln in allen Völkern der ganzen Welt, wo immer Ausgebeutete und Ausbeuter leben. Mit ihm wächst auch die gewerkschaftliche Arbeiterarmee und ruft zum Ringkampf mit dem Kapital. In der letzten Zeit der Weltrevolution erlangte die Armee der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ungeahnte Dimensionen. Nach der Statistik, die auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß herausgegeben wurde, ist der Stand der Gewerkschaftsbewegung folgender:

Deutschland	6 097 000	Mitglieder
Rußland	5 000 000	"
England	4 750 000	"
Amerika	3 600 000	"
Frankreich	1 500 000	"
Italien	1 500 000	"
Deutsch-Oesterreich	500 000	"
Belgien	450 000	"
Dänemark	255 000	"
Schweden	235 000	"
Tschecho-Slowakei	230 000	"
Holland	265 000	"
Schweiz	200 000	"
Spanien	150 000	"
Norwegen	122 000	"
Luxemburg	21 000	"
die Balkanstaaten	200 000	"

Es hat also die Gewerkschafts-Weltarmee bereits mehr als 20 000 000 organisierte Soldaten. Dabei sind nicht berücksichtigt die Gewerkschaften Australiens, Kanadas, Südamerikas, Afrikas und Asiens. Und diese Armee wächst täglich, und unter dem Schritt ihrer Reihen erbeben die Grundlagen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Frauen- und Jugendbewegung

An das Jungproletariat Deutschlands

Auf der Weimarer Reichskonferenz der „Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands" ist von der großen Mehrheit der Delegierten die klare unzweideutige Absicht ausgesprochen worden, die proletarische Jugendbewegung im Sinne der Kommunistischen Partei Deutschlands zu beeinflussen. Das zwang uns, eine Jugendorganisation zu begründen, die unabhängig von den verschiedenen sozialistischen Parteiorganisationen nur das Ziel verfolgt, die wirtschaftlichen und revolutionären Forderungen der Arbeiterjugend im Alter von 14 bis 18 Jahren zu vertreten.

Wir wollen die Jugend in wahrhaft sozialistischem Sinne erziehen, über unseren wirtschaftlichen Zielen nicht die Bildung des Menschen vergessen.

Wir wollen, daß die Jugend sich ihrer Jugend bewußt sei und sich ihrer freue. Die Jugend soll es nicht den alten an Spießbürgerlichkeit nachtun wollen.

Wir wollen die Unabhängigkeit der proletarischen Jugend in jeder Hinsicht und lehnen es ab, die Vorschule irgend einer Partei zu sein.

Wir wollen die Jugend der arbeitenden Klasse zu revolutionären Klassenkämpfern erziehen.

Ein Programm in diesem Sinne auszuarbeiten, das nicht nur für heute und morgen gelten, sondern dauern soll, wird die Aufgabe unserer Reichskonferenz Mitte Dezember sein. Die Mitarbeit der gesamten mit uns gleichgesinnten revolutionären Proletarierjugend Deutschlands brauchen wir dazu. Deshalb ist es unbedingte Pflicht aller Ortsgruppen, die zu unserer Absicht stehen, zur Reichskonferenz Vertreter zu entsenden. Obwohl dauernd Anmeldungen einlaufen, bitten wir doch nochmals die Gruppen und Einzelpersonen, die unserer Bewegung sympathisch gegenüber stehen, Zeitungen, Material und Auskunft von Walter Skala, Berlin N. 39, Samoastr. 10, einzufordern.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Petroleum-Verkaufspreis.

Der Preis des auf Marken abzugebenden Petroleums beträgt pro Liter nicht 1,95 Mark, sondern **2,20** Mark.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Kriegsbeschädigte.

Auf Grund des Beschlusses der städt. Körperschaften wird an **Kriegsbeschädigte mit Familien 1 rm Holz** abgegeben und zwar

a) an die im Erwerb stehenden Kriegsbeschädigten mit einem Stundenlohn von über 1,50 Mk. zum Selbstkostenpreis von 45,— Mk.
b) an die im Erwerb stehenden Kriegsbeschädigten mit einem Stundenlohn unter 1,50 Mk. zum Preise von 35,— Mk.
c) an arbeitslose und erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte zum Preise von 25,— Mk.

Die Ausgabe der Ausweise erfolgt **beim Kriegsfürsorgeamt,** Am Lustgarten 10, wie folgt:

am Donnerstag, den 13. November 1919
Anfangsbuchstabe A bis J,
am Freitag, den 14. November 1919
Anfangsbuchstabe K bis R,
am Sonnabend, den 15. November 1919
Anfangsbuchstabe S bis Z,

jedesmal in der Zeit von 8 bis 12 Uhr.

Die Brotkarte und der **Rentenfeststellungsbescheid oder der Militärpaß** sind mitzubringen.

Die Kriegsbeschädigten, die einen Stundenlohn von unter 1,50 Mk. haben, müssen dies durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers nachweisen.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat.

Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 13. November, abends 6 Uhr, im **Volkshaus,** kleiner Saal

Branchenversammlung der Elektriker.

Freitag, den 14. November, abends 6 Uhr, im **Volkshaus,** großer Saal

Branchenversammlung der Former und Berufskollegen.

Ohne Mitgliedsausweis kein Eintritt.

Die Branchenleitung.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

bringt von heute, **Mittwoch,** ein vollständig

neues Programm.

Das Programm ist heute eingetroffen.
Bitte das Schaufenster zu beachten.

Mit bester Empfehlung

Rich. Schwarzkopf.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

An alle Wähler zur Stadtverordnetenversammlung!

Männer! Frauen!

Heute, Mittwoch, den 12. November, abends 6½ Uhr,

finden

3 große öffentliche Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen statt:

Volkshaus: Redner Gen. **Baude**
Hotel Stadt Elbing: „ „ **Köhler**
Concordia, Elbing III: „ „ Lehrer **Lange**

Thema in allen Versammlungen:

„Unser Kommunalprogramm".

Die Säle sind gut geheizt. Stadtverordnetenwähler erscheint in Massen!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Elbing.

Stadttheater Elbing

Mittwoch, den 12. November:
Die Faschingsfee
Operette in drei Akten von E. Kalmann.
Donnerstag, den 13. Novbr.:
Die verschwundene Pauline
Neuheit! Schwank in drei Akt. von W. Wolff u. M. Zickel.
Freitag, den 14. November:
Der fliegende Holländer
Große Oper in drei Akten von Rich. Wagner.

Lichtspielhaus

Fleischerstraße 9.

Bruno Kastner
in dem 4aktigen Drama
Eines Mannes Wort.

Hedda Vernon
in dem 4aktigen Drama
Die Erbin.

Anfang täglich 3.30 und 7.30 Uhr.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel und kompletter Wohnungs-Einrichtungen eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer Abteilung für Herstellung von Firmen- und Reklameschildern aller Art.

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Schlittschuhe

offeriert **Carl Steppuhn.**

Briefpapiere lose und in Kasetten
Photographie-, Postkarten- u. Poesiealben
Brief- u. Aktentaschen
Tornister- und Büchermappen
Unterhaltungsspiele
Typen-Druckereien

Anfertigung von Kautschukstempeln
Sämtliche Büroartikel am Lager
empfiehlt

G. W. Petersen,
Alter Markt 33, Fernspr. 846.

Althorn
in F mit Es tiefe Stimmung,
Piccolo-Flöte
in C mit 6 Klappen,
1 Posten Violin-Noten
für Schüler geeignet,
zu verkaufen.
Ignerstraße 32, 1 Tr., r.

Reißzeuge
Reißbretter
Reißschienen
Malkästen
Tuschen etc.
empfiehlt

S. Marcus
Papierhandlung
Alter Markt 63. Fernruf 953.

1 Militärmantel
zu kaufen gesucht.
Baegerau, Neust. Wallstr. 9.

Dunkler Kostüm- und Anzugstoff
sowie **neuer Ulster** für starke Figur billig zu verkaufen.
Sonnenstraße 4, unten.

Elbinger Standesamt

vom 12. November 1919.

Sterbefälle: Anna Peter, ohne Beruf, 28 J. — Dienstmädchen Dorothea Brill, 66 J. — Werftarbeiterfrau Johanna Martha Schultz geb. Groening, 50 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 20 | **Donnerstag, den 13. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Serbien verlangt Mackensen. Times melden aus Belgrad, daß die serbische Liste der Personen feindlicher Länder, die sich gegen die Kriegsgesetze vergangen haben, außer einer Anzahl Deutscher, 2500 bulgarische und österreichische Namen enthalte. Unter den Deutschen befindet sich auch Generalfeldmarschall v. Mackensen.

Ein hartgesottner Sünder. Im Tageblatt von Polzin in Pommern machte dieser Tage ein dortiger Schlächter folgendes bekannt: „Sämtlichen Schleichhändlern Polzins und Umgegend mache ich hiermit bekannt, daß ich trotz der erhaltenen Strafe derselbe bleibe."

Wenn man sich die lächerlich geringen Strafen vergegenwärtigt, die in der Regel über erwischte Schieber und Schleichhändler verhängt werden, dann braucht man sich allerdings über diese Unverfrorenheit nicht mehr zu wundern.

Allenthalben Spitzbuben. Aus Heidelberg wird gemeldet: „Von einem einlaufenden Güterzuge mußte hier ein heißgelaufener Wagen abgehängt werden. Beim Entladen des Wagens fiel eine Kiste wegen ihrer Schwere auf. Sie war, wie sich ergab, mit gemünztem Gold im Werte von über 1 Million Mark gefüllt, das in das besetzte Gebiet geschmuggelt werden sollte.

Wie viel Gold mag aber schon über die Grenze geschmuggelt sein, was kein günstiger Zufall verhinderte.

Bayern monopolisiert den Haferhandel. Der bayerische Landwirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium den Haferhandel monopolisiert und den Einkauf von Hafer von den Erzeugern ausschließlich den Komissären der bayerischen Futterversorgungsstelle in München übertragen. Die Erzeuger dürfen auch nur an diese verkaufen. Der Versand per Bahn ist nur auf Grund eines amtlichen Frachtbriefes zulässig. Die Kommissäre zahlen an die Landwirte für ein Drittel ihrer Ablieferung den Pflichtpreis von 20,77 Mark und für Zweidrittel einen Preis von 50 Mark für den Zentner.

Mehrheitssozialisten: 70 Prozent Stimmverlust. In dem Abstimmungsgebiet Oberschlesiens haben die Gemeindewahlen stattgefunden. Das Resultat ist in seinen Einzelheiten bisher nicht bekannt, sondern steht nur in großen Umrissen fest. Es läßt sich dahin zusammenfassen daß Zentrum und Mehrheitssozialisten große Stimmenverluste zu verzeichnen haben, dagegen die Polen überall mit Stimmenzuwachs rechnen können, besonders in den Landgemeinden. Der Verlust der Mehrheitssozialisten ist zu geringem Teil den Deutschnationalen, überwiegend aber den Unabhängigen zugute gekommen. Die Polen haben fast überall, wie die Deutsche Allg. Ztg. feststellt, an Stimmen gewonnen, jedoch nach vorläufiger Schätzung nicht mehr als 35 Prozent. Nach dem Ausgang der Wahlen, sagt das genannte Blatt, ist hinsichtlich der Zukunft Oberschlesiens Pessimismus nicht am Platze. Von großer Bedeutung bei der Volksabstimmung werde die Haltung der Unabhängigen sein.

Nach weiteren Nachrichten ist das Wahlresultat für die Rechtssozialisten geradezu katastrophal. In den großen Arbeiterbezirken verloren sie 70 bis 80 Prozent ihrer Stimmen. In Königshütte ging die Zahl der Sozialdemokraten von 14500 bei den Nationalversammlungswahlen auf 2800 zurück, in Kattowitz von 5500 auf 1400, in Laurahütte von 1502 auf 835. Die Unabhängigen haben einen Zuwachs von 100 Prozent zu verzeichnen, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß unsere Partei bei der Nationalversammlungswahl in diesen Bezirken nur wenig vertreten war.

1½ Millionen Arbeiter beschäftigungslos. Ein Kabeltelegramm aus Washington berichtet: Wilson erklärte in einer Botschaft an das amerikanische Volk, er beabsichtige sehr bald eine zweite Industriekonferenz zusammenzuberufen, die über die industrielle Lage beraten solle.

Die Streiks in den verschiedenen Industriebetrieben haben etwa 1½ Millionen Arbeiter beschäftigungslos gemacht. Lansing erklärte nach einer längeren Kabinettsberatung über die Streiklage, die Regierung beabsichtige die gesetzlichen Maßnahmen gegen den Streik aufrecht zu erhalten. Der Vorschlag des Sekretärs der Streikleitung, der die Einstellung der gerichtlichen Schutzhaftbefehle verlangte, wurde abgelehnt. — In Indianapolis berieten die Behörden über den Schutzhaftbefehl und kamen zu dem Entschluß, den Streikführern nahezulegen, daß sie den Arbeitern den Befehl zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit erteilen.

Von der Verkehrssperre. Die Verkehrssperre soll bekanntlich notwendig sein, um Kohlen und Kartoffeln in die Städte zu schaffen. In Wirklichkeit können nicht einmal alle Güterzüge wie früher laufen, weil Eisenbahndienstkohle nicht genügend vorhanden ist.

Aus dem preußischen Eisenbahnministerium hören wir, daß die Befürchtung, der Güterverkehr werde durch Mangel an Eisenbahn-Dienstkohle behindert werden, bereits eingetreten ist. Im Bezirk Hannover sind die Vorräte auf großen Lokomotivstationen völlig aufgebraucht; der Güterverkehr wurde durch den Mangel an Kohlen erheblich gestört. Auf der Strecke Hamm—Berlin mußte ein Teil der Bekohlungsanlagen stillgelegt werden, so daß die Bereitstellung der Lokomotiven stark verzögert wurde. Auch von dem Bezirke Altona, insbesondere von den großen Hamburger Bahnhöfen sowie von Stettin wird über Kohlenmangel und dadurch hervorgerufene schwere Störungen des Güterverkehrs berichtet.

Trotz aller Hinweise der Eisenbahnverwaltung bleibt die Zuteilung von Dienstkohlen noch immer hinter dem Bedarf zurück. Nachdem nunmehr die Bestände bei der Eisenbahnverwaltung an wichtigen Betriebspunkten bereits aufgezehrt sind, muß demnach mit teilweiser Einstellung des Güterverkehrs ernstlich gerechnet werden, wenn die für die Kohlenverteilung zuständigen Stellen nicht unverzüglich für eine bessere Belieferung der Eisenbahn sorgen.

So werden wir „verkohlt".

Die „Kopfarbeiter"

Kritiker der russischen Revolution weisen stets auf das Problem der „Kopfarbeiter" hin, das bei der praktischen Verwirklichung des Sozialismus ohne weiteres in Erscheinung treten mußte. Auch dem deutschen Proletariat bleibt die Lösung dieser Frage nicht erspart. Ich halte es für richtig, daß das revolutionäre Proletariat mehr wie bisher seine Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet lenkt.

Muß mit der Umstellung der heutigen Gesellschaftsordnung zur sozialistischen Ordnung begonnen werden, so wird das handarbeitende, revolutionäre Proletariat nicht fähig sein, diesen Prozeß allein zu führen. Ganz abgesehen von den anderen wichtigen kulturellen Organisationen, ist es ihm nicht möglich, die ökonomischen Grundlagen für den Sozialismus, das ureigenste Gebiet des Handarbeiters, zu schaffen, dazu sind die Kopfarbeiter unentbehrlich, die Ingenieure, Techniker, Kaufleute, die Gelehrten, Beamten usw. Ich glaube nicht, daß diese Erkenntnis ohne die russische Revolution im Proletariat wirklich lebendig wäre.

Wer ist eigentlich Kopfarbeiter? Wie stellen sich Hand- und Kopfarbeiter zu einander? Wollen die Kopfarbeiter eine besondere, über dem handarbeitenden Proletariat stehende Klasse bilden? Welche Teile der Kopfarbeiter kommen für den Sozialismus in Betracht? Wie stellte sich und wie stellt sich die Parteileitung zu diesen Genossen? Wie sollen Hand- und Kopfarbeiter zusammenarbeiten? Wird am Tage der Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat eine ausreichende Anzahl Kopfarbeiter zur Verfügung stehen?

Die Fragen fließen uns in die Feder. Zu meinem Bedauern nehme ich wahr, daß es mir nicht möglich sein wird, jeden Punkt so ausführlich zu behandeln, als es mir erwünscht wäre.

Kurz nach dem 9. November hörte ich erstmals die Bezeichnungen „Kopfarbeiter", „geistige Arbeiter". Zunächst fragte ich mich nun: „Wohin gehörst Du?" Zu den Kopfarbeitern?"

Damals schon kam ich zu dem Ergebnis, daß ich letztendlich als einfacher Angestellter weder zur neuen Kategorie der Kopfarbeiter noch zur alten Kategorie der Handarbeiter gehöre. Ich arbeite oft nur rein mechanisch mit meinen Händen und brauche weniger oft Teile meiner geistigen Fähigkeiten.

Unter geistigen Arbeitern verstand ich weit mehr die Angehörigen der freien Berufe, Künstler, Schriftsteller, Gelehrte, Schauspieler usw., sowie Teile der Staats- und Privatbeamten und Angestellten; Direktoren, Prokuristen, Ingeniere, höhere Beamte, Richter usw. Die große Masse der Privat- und Staatsangestellten usw. rechnete ich aber nicht dazu. Bei weiterer Ueberlegung fand ich auch, daß viele Handarbeiter oft weit mehr Kopf- als Handarbeit leisten und daß sogenannte geistige Arbeiter manchmal rein mechanische, physische Arbeit leisten. Z. B. ein Professor, der seit Jahren Tag für Tag dieselben Vorlesungen hält, d. h. eben sein Manuskript abliest, dagegen sehe man sich die Arbeit eines Kunstschlossers, Buchdruckers, eines Monteurs usw. an. Diese Beispiele könnten von der Handarbeiterschaft sicherlich viel zahlreicher und deutlicher gezeigt werden.

Schließlich sind auch noch Fälle in Betracht zu ziehen, wo sich ein einfacher Arbeiter oder Angestellter in seiner freien Zeit intensiv mit literarischen und philosophischen Problemen, mit Schriftstellerei, Poesie oder auf diesem oder jenem kulturellen Gebiete betätigt. Wohin rechnen diese Leute? Es ist von ihnen oft nur bekannt, daß sie Handarbeiter oder Angestellte usw. sind.

Aus all dem uud noch manchem anderen kam mir die Erkenntnis, daß die Bezeichnung „Kopfarbeiter" ein irreführender, rein formaler, wesenloser Begriff ist. Ich glaube, es gibt keinen Sozialisten, der diese Bezeichnung nicht innerlich ablehnt. Wir sind Arbeiter, Proletarier, Genossen. Leider ist es heute aus den verschiedensten Gründen nicht möglich, die Bezeichnungen „Kopfarbeiter", „geistiger Arbeiter" fallen zu lassen, wir müssen sie im Gegenteil in nächster Zeit mehr denn je gebrauchen!

Es ist jedoch notwendig, daß über den Inhalt der beiden Begriffe eine einheitliche Auffassung Platz greift. Ich verstehe unter ihnen einmal: Angestellte aller Art, die in der Verwaltung des sozialen Organismus, gleichgültig ob in einfacher Schreiber- oder in gehobener Stellung tätig sind.

In Betracht kommen Industrie, Handel, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Schiffahrt, Verkehr, Post u. a. Zweige. Die Staats-, Gemeinde- und Körperschaftsbeamten, dann sämtliche Angehörige der freien Berufe. Außerdem alle diejenigen, die nach der Art ihrer Tätigkeit, oder nach der Form ihres Dienstverhältnisses unter die Gruppe Handarbeiter nicht fallen, sowie diejenigen, die sich dem Proletariat zurechnen auf Grund ihrer Weltanschauung, des Sozialismus.

Auch wenn die Gruppe der Kopfarbeiter in ihrer revolutionären Entwicklung im Großen und Ganzen noch sehr zurück ist, zeigen doch einzelne Zweige eine erfreuliche revolutionäre Reife. Die handarbeitenden Genossen müssen denjenigen Kopfarbeitern, die einer revolutionären Partei angehören, dasselbe Maß an Achtung und Vertrauen entgegenbringen, wie ihren Genossen in den Werken. Sind die Kopfarbeiter erst in der Partei, dann wollen sie nichts sein, als Arbeiter, Proletarier, Genossen.

Für das Verhältnis zwischen den beiden Schichten dürfen nicht maßgebend sein, diejenigen Zustände, die vor der Revolution bestanden haben. Es gilt vielmehr die Vergangenheit, soweit wir aus ihrem Studium nicht für die Gegenwart und Zukunft lernen können, ruhen zu lassen.

Die Schuld an dem früheren gegenseitigen Mißtrauen liegt gleichmäßig auf beiden Seiten. An dem Handarbeiter, der unter jedem Menschen mit einigermaßen gepflegten Fingernägeln einen „Großkopfeten" vermutet hat, an dem geistigen Arbeiter, der auf jeden Handarbeiter hochnäsig herabsah.

Heute können wir mit Befriedigung konstatieren, daß auf beiden Seiten in weiten Kreisen das frühere Mißtrauen zwar noch nicht ganz geschwunden ist, daß aber von jeder Gruppe die Annäherung, Ausgleichung und Solidarität als unbedingte Forderung verlangt wird. In diesem Gedanken liegt eine gesetzmäßige Notwendigkeit. Er wird völlig durchdringen.

Beide Schichten haben sich gegenseitig viel zu geben. Ich glaube, nicht falsch verstanden zu werden, wenn ich bemerke, die Handarbeiter können von den sozialistischen Kopfarbeitern vielleicht mehr lernen als umgekehrt. Ich habe hier vor allem im Auge die weiten Gebiete der kulturellen und wirtschaftlichen Bildung. Während wir Kopfarbeiter vor allem andern an der revolutionären Arbeiterschaft das Solidaritätsbewußtsein, die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit des Klassenkampfes, die aktive Betätigung in der Partei bewundern und nachahmen sollen.

Aus allem bisher gesagten ergibt sich von selbst die Beantwortung der Frage: Wollen die Kopfarbeiter eine besondere, über dem handarbeitenden Proletariat stehende Klasse bilden?

Ich darf mich darauf beschränken, den Kopfarbeitern zuzurufen:

„Seht in der schwieligen Faust des Arbeiters, seht in seiner Arbeitsbluse, in seinem groben und polternden Benehmen, in seiner bald drastisch-naiven Auffassung der Dinge keine Scheidewand! Es besteht keine solche! Große Teile der Arbeiterschaft stehen an Bildung den Kopfarbeitern nicht nach. Seht in Euren Genossen den Menschen, Blut von eurem Blute! Seid selbst in eurem Bewußtsein nicht mehr als wirklich einfache Menschen, die sich in Reih und Glied stellen mit ihren Klassengenossen!"

Den handarbeitenden Genossen aber möchte ich zurufen: „Nicht das Aeußere macht den Menschen aus, sein Handeln ist es. Kleidet sich jemand geschmackvoll, so ist das kein Grund, ihm Achtung und Vertrauen zu versagen. Ihr gebt mir ohne Umstände beides, wenn ich im Arbeiterkittel stecke. Laßt jeden nach seiner Fasson selig werden!"

Wer heute forscht, ob es in den Reihen der geistigen Arbeiter noch Kreise gibt, in denen der Sozialismus keinen Vertreter besitzt, der wird entweder angenehm oder unangenehm enttäuscht werden. Mir war es eine Freude, als ich das Ergebnis meiner Umschau in dieser Richtung auf folgende Formel bringen konnte:

„Nach menschlicher Annahme gibt es kein Glied in unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, dessen Vertreter von der Idee des Sozialismus noch nicht erfaßt wären, wenn ihm oft auch nur bescheidene Heimstätten bereitet sind."

Ich teile die sozialistischen Kopfarbeiter in drei Arten. In solche, die einer revolutionären Partei angehören, in andere, die parteipolitisch zur Mehrheitssozialdemokratie oder einer anderen Partei zählen und zuletzt fand ich welche, die sich wohl innerlich zum Sozialismus bekennen, aber aus verschiedenen bestimmten Gründen ihre Gesinnung verbergen.

Die erste Art ist für uns gewonnen, es gilt nur noch sie zur aktiver Arbeit in der Partei heranzuziehen. Die zweite Art muß agitatorisch bearbeitet werden und die letzten gilt es ausfindig zu machen und kennen zu lernen.

Hier möchte ich nun gleich meine letzte Frage behandeln: Wird am Tage der Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat eine genügende Anzahl Kopfarbeiter zur Verfügung stehen?

Nach meiner Meinung: Ja. Es werden ohne weiteres die bereits in unseren Reihen stehenden Kopfarbeiter zur Stelle sein. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die zu anderen Parteien gehörenden Sozialisten in dieser Stunde ebenfalls ihre Pflicht erfüllen werden. Bei der letzten Art darf angenommen worden, daß sie ihre Arbeit weiter verrichten und keinesfalls passive Resistenz üben.

Zahlenmäßig ist die Zahl der sozialistischen Kopfarbeiter gegenüber den bürgerlichen in der Minderheit. Ich nehme jedoch bestimmt an, daß die große Masse der geistigen Arbeiter, bei entsprechender Behandlung keinen nennenswerten Widerstand leisten wird. Ein Rest wird bleiben. Ihn zu isolieren und eine Beeinflussung der anderen zu verhindern, dürfte wohl gelingen.

Es sind mir Genossen bekannt, die der Parteileitung der U. S. P. den Vorwurf machen, am 9. November die Bedeutung der Kopfarbeiterfrage nicht gewürdigt zu haben. Sicher ist, parallel dem Mißtrauen der Massen, eine zum mindesten lässige Behandlung der Frage durch die Parteileitung. Aus wohlerwogenen Gründen mache ich ihr aber keine Vorwürfe wegen ihrer früheren Haltung. Die dort tätigen Genossen haben in der Fülle ihrer Arbeit, die sie seit dem 9. November zu leisten haben, eine stichhaltige Entschuldigung, was weit wichtiger ist, sie haben das Versäumte ausgeglichen.

Wir Kopfarbeiter dürfen von der Parteileitung wohl erwarten, daß sie uns nunmehr den Genossen in den Werken gleichachten und wir dürfen von ihr wohl erwarten, daß sie sich gegenüber Tüchtigen unter uns nicht abschließt.

Wir wollen und werden uns betätigen in der Gesamtpartei. Nicht Sonderorganisationen brauchen wir, nur Zusammenfassung der Kopfarbeiter durch die Kopfarbeiter um sie auf diesem Wege in die Gesamtbewegung zu führen. Daraus wird sich ein enges Hand- in Handarbeiten mit den handarbeitenden Genossen ergeben. Ganz von selbst werden sich etwa noch vorhandene Irrtümer gegenseitig klären. Das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen wird sich in kameradschaftlicher, brüderlicher Weise entwickeln. Die Genossen in der Parteileitung werden entlastet und unterstützt. Es muß möglich werden, den Bildungsbestrebungen und auch unserer Partei befruchtende Elemente zuzuführen.

Frisch ans Werk! Arbeitet alle mit an der Verwirklichung des Sozialismus. Das Werk muß gelingen. Uns der Sieg!

K. K.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Politik der nassen Hosen

Die furchtbare Angst, die manche Leute schon seit Wochen ausgestanden haben, hat sich in den Tagen, da sich die Revolution jährte, bis zur Lächerlichkeit gesteigert. Unser Erfurter Bruderblatt, die Tribüne, berichtet über folgende militäriche Maßnahmen, die in der Stadt Erfurt getroffen waren:

Für Erfurt ist für die Zeit vom 6. bis 10. November höchste Alarmbereitschaft angeordnet. Außerdem ist befohlen, daß die Kasernen bis auf den letzten Mann zu verteidigen sind.

Sie sind unbedingt zu halten, bis Hilfe von auswärts kommt.

Jede Kompanie hat zwei Stoßtrupps von je 30 Mann gebildet.

Sobald die Besetzung öffentlicher Gebäude sich nötig macht, so sind auch diese unbedingt zu halten, bis Hilfe von auswärts kommt.

Schwere Maschinengewehre sind an der Jägerkaserne und an der Schützenhausstraße aufgestellt.

Erfurt-Nord darf nicht betreten werden wegen der großen Spartakistengefahr.

In einer Instruktion ist den Unteroffizieren und Mannschaften erzählt worden, die öffentlichen Gebäude müßten wie im März mindestens auch drei Tage besetzt gehalten werden. Aber man wolle nicht hoffen, daß auch unter den Truppen Spartakisten seien, obwohl die Tribüne leider schon wiederholt geheime Befehle veröffentlichen könnte. In der Instruktionsansprache ist auch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß keine andere Regierung, möge sie kommen, von wo sie wolle, anerkannt werden dürfe; der gegenwärtigen sei die Treue zu wahren.

Mit Gott fürs Vaterland und Friedrich, dem Einzigen, hurra, hurra, hurra! — Selbstverständlich war die ganze Heldenbegeisterung für die Katz. Wie überall im Reiche ist auch in Erfurt nichts passiert. Außer einigen nassen Hosen hat sich kein Unglück ereignet.

Spitzelarbeit

Das mecklenburgische Staatsministerium hat durch die Reichswehr vor einigen Tagen eine geheime Kommunistenversammlung aufheben lassen. Dabei soll ein kommunistisches „Aktionsprogramm" in die Hände der Noskegardisten gefallen sein, in dem es u. a. heißt:

1. Bei der Vorbereitung für alle einheitlichen Handlungen gilt es, nur durchaus zuverlässige Kräfte zu informieren.
2. Kurz vor der vermeintlichen Notlage die Masse informieren.
3. Bildung von bewaffneten Stoßtrupps aus den einzelnen Betrieben.
4. Die Streikleitung wird nicht den offiziellen Betriebsräten übertragen.
5. Restlose Stillegung der Betriebe.
6. Uebermäßige Demonstrationen sind zu vermeiden.
7. Kann ein Betrieb bei einem Angriffe nicht mehr gehalten werden, so sind alle Anlagen (Dampfkessel usw.) zu sprengen.
8. Besetzung der Lebensmittelämter.
9. Einzig maßgebende Parolen und Direktiven kommen aus Berlin.
10. Stützpunkte der Organisierung sind Bremen, Leipzig, Halle, Stuttgart, Berlin.
11. Wirtschaftliche Teilstreiks sind mit allen Machtmitteln zu unterdrücken.
12. Spezifizierung der Streiks: Die Betriebe werden in der Reihenfolge: Eisenbahnverkehr, Lebensmittel und dann die übrigen, stillgelegt.
13. Finanzielle Unterstützung und materielle Hilfe ist von Rußland zugesagt.
14. Es ist sofort zu melden: Was und wieviel Waffen sind vorhanden, sind genügend Stoßtrupps gebildet welche Vorkehrungen sind bis jetzt getroffen?

Vermutlich ist dieses kommunistische Aktionsprogramm in irgend einem Polizeibureau entstanden um politische Kinder und alte Weiber graulich zu machen. Es stinkt auf zehn Meilen Entfernung nach Spitzeln.

„Abbau" der Arbeiterräte

Der Haushaltausschuß der Preußischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die Kosten der Arbeiterräte nicht mehr aus staatlichen Mitteln gedeckt werden sollen. Das Plenum hat sich diesem Beschluß bis jetzt noch nicht angeschlossen. Er ist also noch nicht in Wirksamkeit getreten. Der „sozialistische" Minister Südekum ist aber außerordentlich bemüht, diesen Beschluß möglichst schnell in die Praxis umzusetzen. Noch bevor er Gültigkeit hat, versendet er folgendes Rundschreiben an die preußischen Regierungspräsidenten:

Der Finanzminister. Berlin C. 2., den 9. Oktober 1919.

Betrifft Verwendung von Staatsmitteln
für die Arbeiterräte.

Der Haushaltausschuß der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung hat beschlossen, dem Plenum die Annahme eines Beschlusses zu empfehlen, wonach künftig für Arbeiterräte staatliche Mittel nicht mehr verwendet werden dürfen.

Bei dieser Sachlage kann neuen Anträgen auf Uebernahme von Kosten für Arbeiterräte auf die Staatskasse keine Folge mehr gegeben werden. Die gegenwärtig gezahlten Kosten werden spätestens in Fortfall kommen müssen, wenn ein gleicher Beschluß der Vollversammlung vorliegt, der in Bälde zu erwarten ist. Es ist daher schon jetzt darauf Bedacht zu nehmen, daß die Verwendung von Staatsmitteln allmählich abgebaut und die Beteiligten darauf vorbereitet werden, daß Zahlungen über den durch den Beschluß der Landesversammlung gegebenen Zeitpunkt hinaus nicht mehr angängig sind.

Der Finanzminister
gez. Dr. Südekum.

Wenn die scheinsozialistische Regierung hofft, mit solchen Erlassen die revolutionäre Tätigkeit der seitherigen Arbeiterräte unterbinden zu können, so dürfte sie sich wohl bald in ihren Erwartungen enttäuscht sehen. Ueberall haben die Genossen die Umgestaltung der seitherigen Arbeiterräte zu Propagandazentralen und Aktionsausschüssen für das revolutionäre Rätesystem angebahnt. Diese, den Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes angepaßten neuen Arbeiterräte schaffen sich auch eine finanzielle Grundlage durch freiwillige Beiträge, die bis jetzt fast an allen Orten recht gut eingehen und die Unabhängigkeit von der heutigen Regierung in jeder Beziehung ermöglichen.

Erst auf dieser Grundlage können die Arbeiterräte wieder zur Zusammenfassung und zum Ausdruck der Macht der Arbeiterschaft werden. Sie können dann bei den kommenden Kämpfen wieder den Platz einnehmen, den sie in den ersten Monaten der Revolution inne hatten. In diesem Sinne haben Südekum und Konsorten mit ihrem Beschluß und ihrem Erlaß die Revolutionierung der Arbeiterräte wider Willen gefördert.

Das neue Erfurter Programm der Rechtssozialisten

Zusammengestellt auf Grund ihrer Abstimmungen bei den Verfassungsberatungen:

1. Beibehaltung der Todesstrafe (insbesondere gegen Revolutionäre).
2. Keine Wahl der Behörden durch das Volk. Ernennung der Beamten durch die gottgewollte Regierung.
3. Keine direkte Gesetzgebung durch das Volk.
4. Aufrechterhaltung der Zensur.
5. Unterdrückung der freien Meinungsäußerung.
6. Abschaffung der Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Anmerkung zu Punkt 4—6: Alles Nähere in diesen Fragen hat der militärische Befehlshaber zu regeln.

7. Keine Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der Religion zur Staatsangelegenheit.
8. Besoldung der christlichen Geistlichen durch den Staat.
9. Keine Einführung der Einheitsschule. Die höhere Bildung steht nur den besitzenden Klassen zu. Schaffung der reinen Konfessionsschule.
10. Keine Volkswehr. Schaffung eines Söldnerheeres, dessen Offiziere nur aus konservativen, möglichst adligen Familien zu nehmen sind.
11. Möglichste Erhöhung und Ausdehnung aller indirekten Steuern.
12. Ablehnung jeder wirklichen Sozialisierung.

Wofür das E. K. I verliehen wird

Als im November 1918 durch den Aufstand der Kieler Matrosen gegen den geplanten Verzweiflungskampf mit England der Anstoß zur Revolution gegeben wurde, machte fast die gesamte im Kieler Hafen liegende Hochseeflotte mit den Revolutionären gemeinsame Sache. Nur der Hauptteil der Besatzung des Linienschiffes „Schlesien" schloß sich aus und folgte weiter dem Kommando des Schiffs-Kapitäns. Er versuchte, das Schlachtschiff für den erhofften monarchistischen Sieg über die Revolution zu retten und zwar durch die Flucht nach Dänemark. Aus irgendwelcher Ursache mißlang der Plan. Der Kommandeur aber wollte die „Treue" der Besatzung gewürdigt wissen und beantragte die Verleihung einer Anzahl E. K. I und II an sie. In einem Schreiben vom 17. Juli 1919 gab die Inspektion des Bildungswesens der Marine unter der Tagebuch-Nr. H. 5144 P. den Antrag des Kommandanten vom Linienschiff „Schlesien" weiter an das Abwickelungsamt der I M.-D., das am 31. Juli in einem Schreiben, gezeichnet „Hollmann", die verlangten Auskünfte über das dienstliche Verhalten der zur Dekorierung Vorgeschlagenen während des Krieges erteilte. — Die rechtssozialistische Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, welche die Affäre, die durchaus dem Wesen der neuen „republikanischen" Verhältnisse entspricht, ans Tageslicht zieht, teilt leider nicht mit, ob es zur Ausgabe der Kreuze gekommen ist. Herr Noske würde wohl kaum etwas dagegen einzuwenden gehabt haben! Entspricht doch die Tat der revolutionsfeindlichen Matrosen durchaus seinen und seiner Parteifreunde Intentionen; sie alle waren ja gleichfalls nicht erbaut vom 9. November!

Großbritannien

Englands Russenpolitik

Was ist der Sinn der russischen Blockade? Diese Frage suchen wir uns immer aufs neue zu beantworten, und es ist nötig, daß wir sie ganz ergründen, denn nur wenn die Wurzeln einer verwerflichen Politik erkannt werden, ist man in der Lage, sie entschieden zu bekämpfen.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

20]

Und hierbei erging es ihm seltsam.

Die „Nerven" meldeten sich wieder.

Es überlief Jordan heiß und kalt, als er diese pathetischen Verwünschungen zum zweiten Male las.

Er hatte sich ganz in die Seele seines Gegners hineingedacht und das so tief und restlos, daß ihn ein schrecklicher Gedanke überkam.

Der Mann hat recht! Der Mann hat recht! schrie es in Jordan.

Nein — nein!

Jordan wehrte sich dagegen.

Hier war ja doch ein Richterkollegium, eine ganze Strafkammer, die die Verantwortung für dieses Urteil trug. Allein trug. Er — der Staatsanwalt — hatte ja doch nur Anträge gestellt. Sie mußten aber wohl doch Rechtens gewesen sein, wenn eine ganze Strafkammer sie einhellig guthieß.

Wer konnte sich unterstehen, ihm die ganze Last dieses Urteils aufzubürden?

Der Mann hat recht, Jordan, denn du warst es, der die schlappe Richterschaft erst angestachelt und mit aller Schroffheit gegen das Mädchen und seine Mutter gehetzt hatte.

Der Vorsitzende zeigte ja bei Beginn der Verhandlung sehr deutlich, daß Jugend und Schönheit auf ihn wirkten und daß er solchen Einflüssen recht zugänglich sei. Von dem genießerischen Besitzer gar nicht zu reden, der die Zeugin Herta Hecker mit gierigen Augen verschlang.

Nein — Hand aufs Herz — Jordan — du selbst empfandest es als Genugtuung, daß es deiner suggestiven Redekunst gelang, den guten, einnehmenden Eindruck, den die Hecker auf die Richter gemacht hatte, in sein Gegenteil umzuwandeln.

Also davon ließ kein Tüttelchen sich abstreiten.

Die Verurteilung der Angeklagten war allein Jordans Werk. Ihn traf die faktische Verantwortung dafür. Das hatte der Maler sehr richtig herausgefühlt.

Nun — dies zugegeben — so hatte Jordan — rein objektiv — durchaus sachlich geurteilt.

Ja? Wirklich?! Hatte er das? —

Der Staatsanwalt sondierte sein tiefstes Innerstes, er tastete hinab in die Untiefen seines Empfindens. Er tastete hinab in die dunklen Abgründe seiner Seele und hielt Gericht über sich.

War da — war da wohl irgendwo versteckt, irgendwo verborgen eine tief geheime Freude an den Leiden anderer?

War da ein henkerlicher Zug, ein Lustempfinden, die Menschen schwer zu verletzen und unerbittlich in die Daumenschrauben seelischer Martern einzupressen — ihnen die letzten Hüllen abzureißen und an ihrer Splitternacktheit sich grausam zu weiden? Das alles war doch seines Amtes?

Ja? war es das?

Woher kam es denn, daß Amtsgenossen, Vorgesetzte, Beteiligte und Unbeteiligte, daß Zeugen, Freunde, Bekannte ihn als einen Grausamen ansahen, dem man fortgesetzt zu größerer Milde raten mußte?

O — diese Meute — diese Meute!!

Verschworen hatten sie sich anscheinend, ihn unsicher zu machen, ihm eins in die Flügel zu versetzen, daß er das Zutrauen verlor zu sich selbst, die Eigenzuversicht, das Unbeirrbare, ohne das er verloren war, ganz — ganz und gar unfähig, sein Amt fürder zu führen, eine Meinung zu fassen, ein Urteil vorzuschlagen und zu begründen.

Dahin — dahin wollte die Meute ihn haben, die jetzt hinter ihm war, ihn zur Strecke zu bringen.

Mein Gott — mein Gott — welch eine Lage!

Der Ungar behielt ja recht ihm gegenüber.

Weder eine Duellforderung noch eine Beleidigungsklage erhielt er von ihm, genau — genau so, wie er es vorausgesagt und in diesem Briefe geschrieben hatte — da — da Schurken immer auch Feiglinge seien.

So — so stand er da — in den Augen dieses jungen Menschen.

Er stöhnte tief und schmerzlich auf.

Rosalinde — Rosalinde sollte raten. Sie wußte einen Ausweg — ohne Frage wußte sie einen.

Hier galt es nun fest zuzupacken, und dem Gegner an die Gurgel zu gehen. Rosalinden ins Vertrauen ziehen, Rosalinden — sie — die Strenge, Harte, Kalte? Sie? — Sie konnte in diesem Falle nicht raten, denn Jordau war völlig außerstande, sie den ganzen Einblick in sein Erleben tun zu lassen.

Das ging unter keinen Umständen.

Denn da — da war etwas — noch tiefer drunten — als alle die anderen Dinge — zu allerunterst, tief, tief verborgen — der unheimliche — dämonische — aufreizende Eindruck, den diese Dirne auf ihn gemacht hatte.

Jeder Blick auf sie, jede ihrer Bewegungen hatten Jordans Blut gepeitscht. Sie — sie war die Aufreizung gewesen, die ihn in jener Verhandlung bis zum Paroxysmus erregt hatte. Hatte die Dirne doch das genießerische Wohlgefallen der gesamten Richterbank erzielt und schon begonnen, prozessuale Vorteile davon einzuheimsen, ihn, Jordan, brachte sie einfach um die Besinnung. Sie machte ihn so wahnsinnig, daß seine erregte Leidenschaft sich wieder sie selber, wider die Dirne selbst kehrte und sie am liebsten an Ort und Stelle vernichtet hätte.

Punkt für Punkt ging er die inneren Erlebnisse jener Gerichtsstunden noch einmal durch — und Punkt für Punkt schoß sich die entsetzliche Rechnung.

Gleich zu Beginn ihrer Vernehmung als Zeugin hatte Jordan einen heftigen Zusammenstoß mit Herta Hecker, deren kecke, herausfordernde Art ihn vollends von Sinnen brachte.

Ungebühr von Zeugen vor Gericht erlebte Jordan oft. Er stellte dann sogleich in aller Ruhe und Gelassenheit seine scharfen Strafanträge und erwartete vollkommen kühl, ob der Gerichtshof sie annahm oder nicht.

Hier — diesem Mädchen gegenüber, verlor er sofort die Gelassenheit, geriet er im Nu in die Rage.

Was ging sie ihn schließlich an, daß er sich bis zur Androhung der Zwangserziehung gegen sie hinreißen ließ.

Was scherte es ihn, ob sie wirklich den Maler heiratete oder nicht?

Es schien doch so — denn als diese Verlobung vor Gericht, die Jordan noch dazu für einen Advokatenkniff gehalten hatte, verkündigt wurde, da empfand er etwas wie einen seelischen Schmerz. Er entsann sich jetzt, daß diese Seelenregung ihm damals selbst unfaßlich erschien, — jetzt aber — heute — fing er mit namenlosem Entsetzen an, sie langsam — zu begreifen.

— Weiter . . . weiter in diesem Labyrinth.

War es nicht Neid, offenkundiger Neid, den er dem Maler gegenüber empfunden hatte — dieses Mädchens wegen?

Es war — es war Neid gewesen — nichts anderes.

Purer — purer Neid.

Glücklich . . . war dieses Bohemepack ihm erschienen —. Glücklich in seiner genußfrohen Freiheit, mit der Jordan die trostlose Korrektheit seiner eigenen Ehe verglichen und gefunden hatte, daß er selbst eigentlich niemals gelebt habe.

Waren das Beweise?

Waren das Beweise gegen ihn? oder nicht?

Es waren Beweise — fraglos, zweifelsohne, es waren lückenlose Beweise, einwandfreie dafür, daß der Staatsanwalt Jordan in dieser Verhandlung Partei gewesen, scharfe Partei aus tausend giftigen Höllengefühlen heraus. Partei, beseelt — getrieben, gepeitscht von der Gier, der Brunst, dem Lechzen nach der Pein, die dieses teufelhaft reizende, lockende, prangende Frauenbild vor seinen Augen erdulden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Den Kampf der Entente gegen das „verbündete“ Rußland geht angeblich gegen den Terror, gegen den Bolschewismus. Amerikanisches und englisches Kapital tragen in erster Linie die Kosten dieses Kampfes, der hartnäckigste Angreifer ist England. Ist es nun einfach die Furcht vor dem Ueberspringen bolschewistischer Methoden, die den englischen Kapitalismus treibt, oder sind die Beweggründe in ganz realen Interessen zu suchen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Der englische Kapitalismus kämpft um seine eigentliche Kriegsbeute, er weiß, was das Rußland von morgen wert ist.

Eine Bestätigung unserer Auffassung finden wir in einem Artikel des Genossen H. N. Brailsford im Daily Herald. Er weist darauf hin, daß die britische Regierung danach trachtet, die Ostsee zu einer dauernden Flottenbasis zu machen; die Insel Oesel werde bereits hier und da als ein ausgezeichneter Stützpunkt erwähnt. Konventionen, die die „rechtliche“ Grundlage zu dieser Besetzung schaffen, sollen bereits mit den provisorischen Regierungen der betreffenden provisorischen Staaten abgeschlossen worden sein. Die Anerkennung dieser Staaten kann dem bisher von der Entente unterstützten Koltschak nicht angenehm sein, denn Koltschaks Ziel ist eine starke Zarenherrschaft, die er wieder errichten will. England ist das ziemlich gleichgültig, es läßt Koltschak fallen, wenn er seinen Zweck erfüllt hat, es braucht schwache Staaten, die unabhängig von Rußland so gut wie von Deutschland sein wollen. England kalkuliert, daß sie sich um diese Unabhängigkeit zu sichern, auf die Entente stützen müssen und danach richtet es seine Politik ein.

Was will der englische Kapitalismus aber von diesen nördlichen Randstaaten. Das englische Kapital will in Rußland eindringen. Der beste Weg dafür führt über die baltischen Häfen und über Archangelsk. Man hat Sorge, daß Deutschland letzten Endes doch wieder einen großen Teil des Exports nach Rußland in die Hände nehmen könnte, und dem muß vorgebeugt werden. Englisches Kapital kauft bereits Land, um Schiffsdocks in den baltischen Häfen anlegen zu können, und englische Gesellschaften haben bereits Konzessionen für Eisenbahnbauten erworben. Von der Ostsee her wird die wirtschaftliche Eroberung Rußlands erzwungen.

Mit der „nordwestrussischen Regierung“ sind Verträge geschlossen worden, in denen diese ganz klar die russischen Interessen auf Persien preisgibt und so anerkennt, daß Persien ein britisches Protektorat nach ägyptischem Muster wird. Aber diese Verträge gehen noch weiter. Sie besagen auch, daß Rußland — soweit die „nordwestrussische Regierung“ im Namen Rußlands sprechen kann — sich aller bedeutenden Ankäufe von Deutschland enthalten werde. Hier liegt der Schlüssel des Geheimnisses. Deutschland soll nicht absolut boykottiert werden, weil dieser Boykott nicht durchgeführt werden kann. Es mag einige Waren an Rußland weiter verkaufen: Arzneimittel, Farben und dergleichen vielleicht. Aber die Haupteinfuhr, das wirkliche Geschäft soll England vorbehalten werden. Waggons, Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen, Maschinen für die Textilindustrie, kurz, alles das, was bisher den Hauptteil der deutschen Ausfuhr nach Rußland ausmachte. Für alle diese Waren, die Rußland dringend nötig hat, braucht es Kredit. Diesen Kredit gibt England und erwirbt als Sicherheit Minen-, Eisenbahn- und Oelfeld-Konzessionen und behält sich die Kontrolle über die russische Ausfuhr von Korn, Flachs, Kupfer und Petroleum vor.

Das sind die Früchte des Sieges, die England ernten will.

In und um Elbing

Der Auftakt

Drei große Wählerversammlungen hatte gestern die unabhängig sozialdemokratische Partei zur Einleitung des Stadtverordnetenwahlkampfes einberufen. Das Thema sollte den Wählern Gelegenheit geben, sich über unser Kommunalprogramm zu äußern. Und viele waren dem Rufe gefolgt. Im Volkshaus sprach Genosse Baude vor ungefähr 2000 Frauen und Männern. Eingangs seiner Ausführungen behandelte er den Sonderzustand, daß erst nach 13 Monaten Staatsumwälzung in Elbing das Dreiklassenparlament beseitigt werde. Das Kommunalprogramm gliederte Baude in sieben Abschnitte und behandelte diese gründlich und klar. Die Forderungen, die in unserm Kommunalprogramm aufgestellt seien, erheischten es, daß hierbei nach neuen Einnahmequellen gesucht werden müßte. Diese lägen weniger auf dem Gebiete der Steuern als dem der Kommunalisierung geeigneter Betriebe. Wenn wir auch in Elbing bereits eine Reihe Kommunalbetriebe hätten, so sei noch lange nicht das erfaßt, was im Interesse der Gemeinde und Gemeindemitglieder städtisch bewirtschaftet werden müsse. Baude wies hierbei auf Lebensmittelbetriebe, Tiefbauunternehmungen, Ziegeleien, Elektrizitätswerk und anderes hin. Die Behebung der Wohnungsnot stelle die neue Stadtverordnetenversammlung vor große Aufgaben, an die trotz aller Schwierigkeiten mit voller Energie herangegangen werden müsse. Statt des Mieteinigungsamtes müsse **ein Wohnungsamt** geschaffen werden. Infolge der eigenartigen, politischen Lage, in die Elbing durch den Krieg hineingekommen sei, wäre es notwendig, daß die Stadt im Interesse der hiesigen Industrie und der Arbeiterschaft eine Schiffsverbindung eröffne, weil die Eisenbahnverbindung in späterer Zeit sehr mangelhaft bleiben werde. Andernfalls würde der Niedergang der Stadt besiegelt sein. Die sozialen Aufgaben, die die neue Stadtverwaltung vor allem zu lösen habe, seien die Schaffung eines Arbeits- und eines Wohlfahrtsamtes. Wie jenes als besondere Unterabteilungen, Arbeitsnachweis, Rechtsschutz und Tarifamt haben müßte, so würde dieses ein besonderes Jugendamt haben müssen, denn gerade jetzt, wo der Krieg die Jugend moralisch verwüstet habe, sei dieses ein unbedingtes Erfordernis. Auch im Armenwesen müßten unbedingt Aenderungen eintreten, denn die bisherigen Armenvorsteher bedeuteten in vielen Fällen ein Martyrium für die Armen. In der Schulpolitik wäre zu fordern, daß die Schulen sowohl im Lehrplan reformiert würden, als auch hygienisch einwandfrei wären. Unser endgültiges Ziel sei die Einheitsschule. Mit einem kräftigen Apell, daß jeder Anwesende seine ganze Kraft einsetzen solle, um der Kandidatenliste der U. S. P. zum Siege zu verhelfen, schloß Genosse Baude unter stürmischem Beifall seine Ausführungen.

Der Leiter der Versammlung, Genosse Vogel, eröffnete nun die Diskussion und stellte die Frage, ob gegnerische Anwesende das Wort wünschten. Diele sollten zuerst reden dürfen. Da sich niemand meldete, erhielt Genosse Grunwald das Wort. Er vertiefte die Ausführungen Baude's in einzelnen Punkten und führte einige ganz besondere krasse Fälle den Zuhörern vor Augen. Er forderte auch, daß Staat und Stadt bei der heutigen Kohlenknappheit versuchen müßten, die Wasserkräfte möglichst rasch für Erzeugung elektrischen Stromes nutzbar zu machen. Auf Grund der Spannung zwischen den Wohnpreisen in früher erbauten und jetzt zu erbauenden Wohnungen sei eine kolossale Wertsteigerung der Wohnhäuser eingetreten und der Spekulation ungeheure Gewinne preisgegeben. Aus diesem Grunde müsse man trotz der Schwierigkeit des Problems zu der Forderung kommen, das Wohnungswesen zu kommunalisieren. Aus allen angeführten Gründen hat die Arbeiterschaft alles daran zu setzen, daß am 30. November der Sieg der U. S. P. in Elbing ein vollständiger sei. Da sich auf eine nochmalige Anfrage hin niemand zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der Versammlung im Hotel Stadt Elbing sprach Genosse Köhler zu dem gleichen Thema. Auch hier wurden die Ausführungen des Referenten mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach der Genosse Krüger im Sinne von Köhlers Ausführungen, während Genosse Müller die Versammlung aufforderte, die Frauen und die Arbeiterschaft in den Betrieben aufzurütteln. Gegner meldeten sich in der Versammlung nicht zum Wort.

In Pangritz-Kolonie waren in der Versammlung etwa 500 Personen anwesend. Das Genosse Lange mit seinen Ausführungen das richtige traf, bewies die Zustimmung der Versammlung. Es sprachen in der Diskussion verschiedene Redner, bis auf einen Kommunisten im Sinne unseres Kommunalprogramms. Die vorzügliche Stimmung in der Versammlung birgt dafür, daß Pangritz-Kolonie am Wahltage wie immer seinen Mann stehen wird.

Niedriger hängen

Die Elbinger Zeitung bringt in ihrer gestrigen Nummer folgende Notiz:

> Die Freiheit in Berlin hat bekanntlich wiederholt „Enthüllungen“ veröffentlicht, die dartun sollten, daß Deutschland den Friedensvertrag bräche und in Wirklichkeit ein großes Heer aufstelle. Die **Lügen** dieses Blattes werden von der Ententepresse selbstverständlich ausgiebig benutzt, um gegen Deutschland die schärfsten Erpressungsmittel anzuempfehlen. Wenn die **Freiheit im Ententesolde stünde, könnte sie nicht anders handeln als wie jetzt.** Daß die Ententepresse wohlgefällig die faustgrobe Lüge der Polen abdruckt, die deutsche Reichsregierung habe in Kurland eine Armee von dreimalhunderttausend Soldaten, ist selbstverständlich, und es ist ebenso selbstverständlich, daß alle **Lügen** der Freiheit noch im Pressespiegel des Auslandes verzerrt werden. So bringt die Nummer des Petit Journal in großer Spiegelschrift die **Lügen der Freiheit** mit der Behauptung, **Deutschland stände unter der Herrschaft einer Militärkamarilla und betreibe eine intensive Rekrutierung!** Die Freiheit und die Hetzblätter des Auslandes wissen genau, daß der deutsche Staatshaushalt Ausgaben nur für 200 000 Mann vorsieht und daß ferner die bewaffnete Macht unseres Landes unter der Kontrolle der Entente steht. Somit sind solche Behauptungen lediglich aus **Böswilligkeit und der Sucht entsprungen, mit Lügen neue Schandmaßnahmen gegen unser Volk zu rechtfertigen.**
>
> Nein bei uns herrscht keine Militärkamarilla. Noskes Landsknechte gehen in der Woche friedlich ihrem Erwerb als Schuster und Schneider nach. Sonntags führen sie die Bürgertöchter zum Tanz. Die 35 000 Vaterlandsverräter im Baltikum blieben dort nur, damit wir in Deutschland mehr zu essen bekommen. Es gibt keine Schutzhaft bei uns und keine Hungerstreiks in Gefängnissen, keine Bürger-Sicherheitswehren. Es gibt in Deutschland keine Zensur und keine Zeitungsverbote. Es gibt keine staatsstreichlüsternen Offiziere und keine Mörder für Geld. Alles das lügt die Freiheit zusammen. Arbeiter Elbings, glaubt nur der Elbinger Zeitung. Sie sagt die reine Wahrheit.

Absatz von Zuckerrüben

Nach einer Verfügung des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 24. Oktober 1919 geben die zahlreichen Anzeigen in der Tagespresse, in denen sich Handelsfirmen zum Ankauf von Zuckerrüben erbieten, Anlaß zur Befürchtung, daß erhebliche Rübenmengen der Zuckererzeugung auch dann entzogen werden, wenn die Zuckerfabriken, für die sie angebaut sind, über ausreichende Kohlenbestände verfügen. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß ein **Absatz** von Zuckerrüben zu anderen Zwecken, als zur Herstellung von Zucker an Zuckerfabriken, insbesondere an Trocknereien oder zu Futterzwecken, nur mit besonderer Genehmigung der Reichszuckerstelle zulässig und eine Zuwiderhandlung nach der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 914), 30. September 1918 (R. G. Bl. S. 1217), 3. Juli und 14. Oktober 1919 (R. G. Bl. S. 633 und 1789) unter Strafe gestellt ist. Da Zuckerrüben ohne Genehmigung der Reichszuckerstelle nicht getrocknet werden dürfen, ist auch ein freier Handel mit getrockneten Zuckerrüben und dem daraus hergestellten Zuckerrübenmehl nicht erlaubt.

Das „sogenannte“ freie Koalitionsrecht

Der Bäckerverband schreibt uns: Als eine der wenigen Errungenschaften, die uns die Revolution gebracht hat, galt bis jetzt die Durchführung des freien Koalitionsrechts, d. h., daß jeder preußische Staatsbürger das Recht hat, sich irgendeiner gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, und daß sich jeder Arbeitgeber strafbar macht, der seinen Angestellten an der Ausübung dieses Rechtes hindert. Nun hat unsere Organisation, nachdem die Revolution mit den alten Zunftgebräuchen in unserm Berufe endgültig aufgeräumt hat, auch die Aufgabe in die Hände genommen, den Nachwuchs in dem Berufe, die Lehrlinge gewerkschaftlich so vorzubilden, daß sie später voll und ganz ihren Mann stehen. Wir haben deshalb eine Lehrlingsabteilung gebildet, die unserer Fachorganisation angeschlossen ist. Soweit ging alles gut und schön. Als jedoch unsere Arbeitgeber davon Wind erhielten, daß sich ein großer Teil der Lehrlinge dieser Lehrlingsabteilung angeschlossen hatte, wurde von seiten der Bäckermeister sofort eine Gegenaktion in die Wege geleitet. Eine Kommission, bestehend aus dem Obermeister Wagner und den Vorstandsmitgliedern Fröse und Kürschner, ist damit betraut, den Lehrlingen unter Androhung von allen möglichen Strafen, die Zugehörigkeit zu unserer Organisation zu verbieten, also gerade das zu verhindern, worauf doch jeder Mensch ein Anrecht hat: das freie Koalitionsrecht. Man darf nur daran erinnern, daß in den meisten Handlungsgehilfenverbänden sowie auch in andern Fachverbänden schon vor dem Kriege und der Revolution besondere Lehrlingsabteilungen bestanden haben, ohne daß die Arbeitgeber daran was auszusetzen hatten. Diese Zeilen sollen dazu dienen, der Oeffentlichkeit einmal den „Fortschrittsgeist“ vor Augen zu führen, von dem ein großer Teil der kleinen Handwerksmeister auch heute noch, nach der Revolution, beseelt ist.

Kandidatenlisten

Außer der U. S. P. haben bisher die Demokraten eine Liste für die Stadtverordneten aufgestellt. Die Konservativen gehen ebenfalls mit einer eigenen Liste vor. Ebenso die „Mehrheits“sozialisten und das Zentrum. Morgen ist die Frist abgelaufen, dann wird sich ja der Schleier über sämtliche Vorschläge lüften.

Keine Kommunisten

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: „Durch die Presse geht eine Notiz des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, in der die Behauptung aufgestellt wird, der Zentralverband sei kommunistisch. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Zentralverband der Angestellten ist parteipolitisch völlig neutral und hat infolgedessen Angehörige aller politischen Parteien in seinen Reihen. Es wird in der Notiz weiter behauptet, daß der Redakteur Lange der Handlungsgehilfen-Zeitung in der Kommunistischen Räte-Korrespondenz einen gefährlichen Plan zur Zersplitterung der Gewerkschaften veröffentlicht hat. Der Redakteur Lange steht diesem Artikel fern.“

Jugendbewegung

Der Arbeitsausschuß der freien sozialistischen Jugend kommt Freitag den 15. November abends 7 Uhr im Volkshaus zu einer wichtigen Sitzung zusammen.

Ostdeutsche Nachrichten

Komödiantentum

Aus Anlaß des Revolutionsgedenktages ist die Volkswacht mit den bürgerlichen Zeitungen Danzigs arg aneinander geraten. Die Hiebe prasseln so fürchterlich hernieder, daß die Harnische arg verbeult sind und die Plempen Scharte auf Scharte zeigen. Die Danziger Allgemeine droht, man werde den Wind der Reaktion bald zu spüren bekommen, man möge nur noch ein wenig warten. Das Westpreußische Volksblatt erklärt:

> **„Wenn Ernst Loops durchaus von einem Affen oder einem ähnlichen Tier seine Abstammung herleiten will, so wollen wir ihn in diesem Ahnenkult nicht stören. Wir sind stolz darauf, daß auch unsere ersten Vorfahren Menschen gewesen sind.“**

Loops, der biderbe, dagegen antwortet, er habe nichts dagegen, wenn die Redaktion des Westpreußischen Volksblattes an das schöne Märchen von Adam und Eva glauben wolle. Ihr Geist sei ja nie durch Kenntnisse auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft getrübt worden usw. usw. Kurz, Parkett wie Galerie kommen bei diesem ritterlichen Turnier auf ihre Kosten.

Doch nun die Kehrseite. Hinter den Kulissen ist in einer Pause die Gründung eines Danziger Redakteurvereins vorgenommen. Der Zweck ist, die beruflichen und Standesinteressen der Danziger Redakteure „kraftvoll“ zu vertreten. Der Vorstand besteht aus folgenden Herren: Vorsitzender Redakteur Brödersdorff (Danziger Neueste Nachrichten **Generalanzeigerpresse**), Stellvertreter Chefredakteur Radtke (Danziger Allgemeine Zeitung **konservativ**), Schatzmeister Redakteur Lang (Danziger Zeitung **demokratisch**), Stellvertreter Redakteur Dr. Häfner (Westpreußisches Volksblatt **Zentrum**), Schriftführer Redakteur Franke (Deutsche Allgemeine Zeitung **halb konservativ, halb rechtssozialistisch**), Stellvertreter Redakteur Loops (Volkswacht **rechtssozialistisch**).

Erst vermöbeln sie sich und dann sitzen sie beim Schoppen Bier und vielleicht auch, wenn gerade der Erste gewesen ist, bei einer Flasche Wein. Der „Affenredakteur“ Loops mit Adams Nachkömmling Häfner. Der konservative Radtke und der Demokrat Lang lauschen begeistert der Stammtischrede Poguttkes, der natürlich auch mit bei ist. Alle miteinander sind ein einig Volk von Brüdern, denn alle miteinander schreiben ja nur für Geld. „Verdienen“ wird bei ihnen allen halbfett und mit Korpusschrift gesetzt. „Die dämlichen Leser“ — ach die sind nur Schmocks milchende Kuh. — So, die Pause ist zu Ende. Angetreten, meine Herren! Erste Programmnummer: Entsetzenerregender Zweikampf zwischen Pithecantropus alalus und Franziskus Eusebius Hyronimus Papzack. Tut! Tut! Tu-ut! Immer rin in die Bude!

Heldentaten der Früngelgarde in Danzig

Das Freie Volk veröffentlicht jetzt Einzelheiten über den „Sieg“ der Danziger Ordnungswächter am 7. November. Ein Augenzeuge der Vorgänge schreibt:

„Etwa 1200 Personen hatten sich gegen 10 Uhr auf dem Heumarkte eingefunden, als ein Genosse eine Rede von etwa 5 Minuten Dauer hielt. Dabei forderte der Sprecher die Erschienenen auf, in ruhiger Weise nach Hause zu gehen. Das dauerte aber anscheinend der Polizei zu lange, denn kaum hatte der Redner das letzte Wort gesprochen, da war auch schon der Polizeiinspektor Wielandt mit Mannschaften der Sicherheitswehr und Schutzleuten zur Stelle, den Browning in der Hand. Sie schwärmten aus, dazu kam ein größerer Trupp Soldaten, das aufgepflanzte Seitengewehr im Arm und so ging es zum Hohen Tor hin. Hier schritt die Polizei und der bartlose Leutnant schon schärfer ein. Hinterm Hohen Tor stand ein etwa 16jähriger Mensch. Einer von den Sicherheitsleuten, ein Hüne von Gestalt, ging auf den Jungen zu, schlug ihm eine Ohrfeige, daß er zu Boden fiel. An der Ecke des Kohlenmarkts schlug die Polizei auf jeden ein, ganz gleich, wer es war. Am Neubau in der Langgasse wurde wieder ein junger Mensch mit einem Stock bearbeitet, der am Boden lag. Hier fielen auch Schüsse. An der Bedürfnisanstalt auf dem Holzmarkte sah ich, wie die Menge geschlagen wurde. Ein Schutzmann schwang den Säbel in der Hand und stürmte mit diesen Worten in die Bedürfnisanstalt: „Wir wollen doch einmal sehen, ob sich die Bande dort verkrochen hat.“ Von hier aus ging es nach der Langgasse. Um das Sternfeldsche Warenhaus herum wurde ein zweiter Angriff unternommen. Die Polizei schlug auf alle Passanten los. Ein Schutzmann stürzte sich hier auf einen Soldaten und schlug ihn mit dem Säbel über den Kopf. Eine den besseren Gesellschaftsständen angehörende Dame sagte zum Schutzmann: „Der Mann hat

Ihnen doch nichts getan." Als der wütende Schutzmann das hörte, sprang er mit gehobenem Säbel auf die Dame zu und schrie: „Was geht Sie das an!" Dieser Vorgang wurde vom Geschäftsführer und Personal der Firma Sternfeld beobachtet.

Von anderen Genossen wird dem Freien Volk mitgeteilt, daß auf dem Heumarkt eine hochschwangere Frau vom Lande ins Gedränge kam und von ihrem Manne abgetrennt wurde. Auch sie wurde von den Polizisten blutig geschlagen.

Auf dem Fischmarkt war dasselbe Bild. Mit Säbeln, Gummiknüppeln und Gewehrkolben wurde geschlagen auf alle, die in den Weg kamen. Frauen, die in die Geschäfte gehen wollten, um Einkäufe zu machen, wurden herausgerissen, die Schutzleute rannten hin und her. In dieses Toben mischte sich das Geschrei der geängstigten Kinder, die gerade aus der Schule kamen und von herumrennenden Schutzleuten umgerissen wurde.

Konstatieren müssen wir, daß zum größten Teil das Bürgertum betroffen wurde.

Dieses Treiben haben führende Personen der Rechtssozialisten, unter ihnen Georg Leu vom Vollzugsausschuß, gesehen, die das Machwerk ihres „Genossen" Früngel aus eigener Anschauung kennen lernten. Georg Leu hat dann das Einstellen des Blutvergießens in der Langgasse bewirkt. Anders die Volkswacht-Leute und Herr Gehl, welche nach der Polizei riefen. Vor dem Volkswacht-Gebäude hatten sich eine Anzahl Personen angesammelt, die, nach einem Bericht in den bürgerlichen Zeitungen, Beschimpfungen und Drohrufe laut werden ließen. Vor diesen knickten Herr Gehl und die Großmäuler der Volkswacht wie eine Lilie zusammen und riefen eiligst telephonisch nach polizeilichem Schutz, den sie auch erhielten.

Während des 7. Novembers war bekanntlich im Rathause eine Wache der Sicherheitswehr untergebracht. An diesem Tage ist im Stadtverordnetensitzungssaal von 10 Ledersesseln das Leder herausgeschnitten und mitgenommen worden. Hieraus ersehen wir, aus was für Elementen die Leute zusammengesetzt waren, welche die „Ordnung" aufrechterhalten sollten."

Das alles geschah unter dem Kommando desselben Frügel, über dessen Kündigung durch die Danziger Metallarbeiter die Elbinger Volkszeitung neulich so viel Krokodilstränen vergoß.

Sie wissen nicht, was sie wollen

Es war aus offiziöser Quelle gemeldet worden, die Reste Westpreußens und Posens würden an die benachbarten Provinzen, vor allem an Pommern angegliedert. Nunmehr verkündet die Deutsche Allgemeine Zeitung:

In einigen Blättern hat die Nachricht Aufnahme gefunden, das Ministerium des Innern habe beschlossen, die nach dem Friedensvertrage bei Preußen verbleibenden Reste der Provinzen Posen und Westpreußen unter die benachbarten Provinzen aufzuteilen, so daß damit die Namen Westpreußen und Posen verschwänden. Die Staatsregierung legt den größten Wert auf die Feststellung, daß diese Meldung falsch ist. Richtig ist, daß der Staatskommissar für Verwaltungsreform für die kommende Neuordnung der Verwaltung einen ähnlichen Gedanken zur Erörterung gestellt hat.

Die Staatsregierung steht diesem Gedanken fern. Sie hat im Gegenteil mit der Bildung eines Verwaltungsbezirks Schneidemühl bereits den Weg beschritten, den sie zu gehen gedenkt. Ueber diese verwaltungsmäßige Regelung hinaus liegt in der Absicht des Ministeriums des Innern eine kommunale Zusammenfassung der Restbezirke durch Bildung eines Provinzialverbandes Posen-Westpreußen, um diese mit der preußischen Geschichte auf das engste verknüpften, ehrwürdigen Namen zu erhalten und dem im deutschen Herzen tief wurzelnden heiligen Gedanken der Ostmark den gebührenden Ausdruck zu geben.

Die hohe Regierung gleicht also ganz dem bekannten Greise auf dem Dache.

Drei Rinder beschlagnahmt

Bei einer Revision auf dem Tiegenhöfer Bahnhof wurde ein Waggon beschlagnahmt, in dem sich in Stroh verpackt drei geschlachtete Rinder befanden, die nach Danzig verschoben werden sollten. Das beschlagnahmte Fleisch wurde der Tiegenhöfer Verteilungsstelle überwiesen.

Todesurteil

Das Kriegsgericht in Thorn fällte gegen einen achtzehnjährigen Pionier das Todesurteil. Der Mann beging Unterschlagungen und trieb sich dann in den Wäldern umher. Als ein ihm befreundeter Pionier ihm warmes Essen in den Wald brachte, tötete er diesen kaltblütig, um dessen Kleidung rauben zu können.

Raubüberfall

In das Gehöft des Besitzers Sonkewicz in Ruda, Kreis Kulm, drang gegen 10 Uhr nachts eine größere Räuberbande ein. Sonkewicz, der bereits schlief, wurde von den Einbrechern im Bett gefesselt und mußte zusehen, wie die Eindringlinge die Wohnung nach Geld und sonstigen Wertsachen durchsuchten. Glücklicherweise hatte der Besitzer am Tage zuvor seinem Bruder eine größere Summe geliehen, so daß den Räubern nur etwa tausend Mark in die Hände fielen.

Literatur.

Lichtstrahlen. Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus. Herausgeber Julian Borchardt. Das erste Novemberheft (Nr. 3 des 5. Jahrgangs) hat folgenden Inhalt: Rußland. — Anarchismus und Kommunismus. — Weltrevolution, von Reverra — Der Zehnten in der Türkei, von Wedad Nedim. — Klassenkampf, von Herold. — Rundschau. Die Lichtstrahlen erscheinen am 5. und 20. jedes Monats zum Preise von 70 Pfennig pro Heft. Bei der Post (14. Nachtrag der Postzeitungslifte) 3,90 Mark pro Vierteljahr. Verlag der Lichtstrahlen, Berlin-Lichterfelde, Hedwigstraße 1.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der **Geschäftsstelle**, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Beteiligt Euch an der Parteizeitung

Zeichnet Anteilscheine — Stärkt den Pressefonds

Einfuhrzusatzmarke 18, Abschnitt R.

Freitag, den 14. November 1919:
100 g Margarine Mark 1,—.

Vorstehende 100 g sind zwei Wochenrationen von je 50 g für die Zeit vom 10. bis 23. November 1919.

Alshuth, Ernst	Grätzel, Marie	Regehr, Albert
Barwich, Rich.	Hollasch, Emil	Riesen, Robert v.
„ Adolf	Haddas, Marie	Ritter, Aug.
Behrendt, Gustav	John, Conrad	Rittker, Gustav
Beamtenverein	Kahlweiß, Joh.	Runkel, Otto
Brigmann, Th.	Kellner, Ad. Nachfl.	Roy, D. von
Consumverein	Kottlowski, J.	Richter, Klara
Czeskowski, Joh.	Kretschmer, Fritz	Sawatzki, Albert
Doleske, A.	Krüger, Max	Schicht, Otto Nfg.
Danielowski, A.	Kusch, Eduard	Schlinke, Max
Doebel, Oskar	Kümpel, Wilh.	Stach, Hermann
Draws, Max	Kolberg, Anton	Steinhöfel, J.
Duwe, Wilh.	Kuhn, Margarete	Störmer, S.
Druschke, Joh.	Lieder, Hermann	Wegfel, Hermann
Dyck, Heinrich	Lickfett, J. Nachfl.	Werk, Hermann
Esau, Aron	Neubert, Gustav	Werner, Paul
Est, Helene	Packheiser, Elise	Werner, Otto
Froese, F.	Penner, Margarete	Weiß, Auguste
Flier, Bruno	Plohmann, E. Nfg.	Wischnewski, F.
Grunwald Nachfl.	Preiskorn, Ferd.	Winkler, Meta
Gerlach, Friedrich	Preuß, Otto	Zech, Willy
„ Otto	Rau, Paul	„ Betty

Wir weisen darauf hin, daß die Räumung von Margarine **sofort** dem Ernährungsamt bekannt zu geben ist. Wir werden in Zukunft nur solchen Geschäften Margarine zur Verteilung überweisen, welche unsere Vorschriften befolgen.

Die Neubelieferung von Margarine wird von der Provinzialfettstelle von der prompten Rücksendung der leeren Gebinde abhängig gemacht. Wir ersuchen daher, die leeren Gebinde sobald wie möglich, spätestens in 14 Tagen, in gutem Zustande an die Verteilungsstelle zurückzugeben, andernfalls das Pfand nicht zurückerstattet wird.

Elbing, den 13. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Nährmittelmarke Nr. 527.

Freitag, den 14. November 1919:
1/4 Pfund Grieß 23 Pfennig, 1 Pfund 92 Pfennig.

Elbing, den 13. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Anordnung.

Für das am 1. November 1919 beginnende Wirtschaftsjahr 1919/20 wird für den Bereich der Provinz Westpreußen der Höchstpreis für

weißen Kandis ohne Faden auf Mark 1,20 je Pfund
„ „ mit „ „ 1,18 „
farbigen „ „ „ „ „ 1,17 „ „

bei Abgabe an die Verbraucher im Kleinverkauf festgesetzt.

Kandis kann nunmehr im Handel anstatt Verbrauchszucker gegen Ablieferung von Zuckerbezugsbelegen abgegeben werden.

Danzig, den 7. November 1919.

Provinzialzuckerstelle für Westpreußen.

Verlorene Lebensmittelmarken.

Die Anträge auf Ersatz angeblich verlorener oder sonst abhanden gekommener Nahrungsmittelmarken aller Art häufen sich in letzter Zeit besonders stark. Es vergeht nicht ein Tag, an dem nicht 1 Dutzend und mehr solcher Anträge hier eingehen. Zu der in verschiedenen anderen Städten geübten Praxis, solche Ersatzanträge grundsätzlich in jedem Falle abzulehnen, möchten wir zunächst noch nicht übergehen, sehen uns jedoch veranlaßt, folgendes bekannt zu geben:

In Zukunft werden solche Anträge nur dann in Berücksichtigung gezogen werden, wenn der **unverschuldete** Verlust glaubhaft **nachgewiesen** wird. Als unverschuldetes Verlieren können jedoch nur Entwendung durch Diebstahl aus sicherem Verschluß oder sonstige Umstände angesehen werden, bei denen nicht mangelnde Sorgfalt der Grund für das Abhandenkommen ist. Es scheiden also insbesondere alle diejenigen Fälle aus, in denen einfaches Verlieren behauptet wird. Anträge, in denen die Ersatzleistung von vornherein ausgeschlossen ist, werden in Zukunft überhaupt nicht mehr beantwortet werden.

Das Publikum wird deshalb dringend ersucht, die Nahrungsmittelmarken mit der gehörigen Sorgfalt zu behandeln und zu verwahren.

Elbing, den 11. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von heute ab das große Sittendrama

Das rächende Gift

oder

Warum das Weib am Manne leidet und der Mann am Weibe

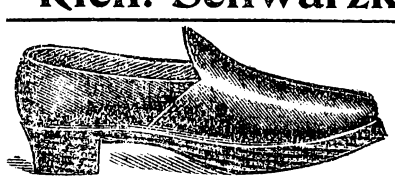
in fünf recht spannenden Akten,

sowie dazu ein **Lustspiel.**

Anfang 3 Uhr, Ende 5 1/2 Uhr.
Abends 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

Mit bester Empfehlung

Rich. Schwarzkopf.



Holzschuhe

offeriert **Carl Steppuhn.**

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 13. Novbr.:
Die verschwundene Pauline
Neuheit! Schwank in drei Akt. von W. Wolff u. M. Zickel.
Freitag, den 14. November:
Der fliegende Holländer
Große Oper in drei Akten von Rich. Wagner.

Lichtspielhaus

Fleischerstraße 9.

Bruno Kastner

in dem 4aktigen Drama

Eines Mannes Wort.

Hedda Vernon

in dem 4aktigen Drama

Die Erbin.

Anfang täglich 3.30 und 7.30 Uhr.

Freitag u. Sonnabend Fleisch- und Wurstverkauf.
Roßschlächterei Georgendamm 15.

Zigarren

von 60 Pfg. an,

Rauchtabak

rein Übers. 50 g Mk. 2.25, derselbe mit 10 % Kräuter Mk. 2.—.

Echt dänischen Kautabak u. Schnupftabak empfiehlt

Erich Murawski

Leichnamstr. 23.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel

und kompletter

Wohnungs-Einrichtungen

eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und

Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer Abteilung für Herstellung von Firmen- und Reklameschildern aller Art.

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Sämtliche

Schreibwaren

für

Schule, Haus, Behörde

für

Handel, Gewerbe, Industrie

in nur bester Ausführung kauft man bei

G. W. Petersen

Alter Markt 33.

2 Ulster

neu, sind zu verkaufen. **A. Kusch,** Junkerstr. 45, II.

Ein neuer Anzug billig zu verkauf. Gr. Wunderberg 47.

1 Geige u. Formkasten mit Bogen (auch einzeln) zu verkauf. Neuft. Wallstr. 7, II.

Elbinger Standesamt

vom 13. November 1919.

Sterbefälle: Fabrikarbeiter Albert Franz Kunkel, 1 S., 6 W. — Elektriker Fritz Trautmann, 1 S., 14 T. — Landarbeiter Gottfr. Gumbert, 42 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 21 | Freitag, den 14. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Der Kohlenskandal. Der Solinger Oberbürgermeister Dicke hat an den Reichskanzler ein Telegramm geschickt, in dem er auf die außerordentlich große Kohlennot Solingens hinweist und auf den Umstand, daß, wenn nicht in den allernächsten Tagen Kohlen nach dort kämen, mehr als 30 000 Arbeiter auf der Straße liegen würden. Daraufhin hat der Reichskanzler dem Oberbürgermeister am folgenden Tage geantwortet:

„Auf Ihr Telegramm habe ich mich sofort mit allen zuständigen Stellen wegen der Kohlenbelieferung Solingens in Verbindung gesetzt. Dabei mußte leider festgestellt werden, daß eine stärkere Belieferung Solingens voraussichtlich nicht möglich sein wird, weil andere Orte Deutschlands noch weit schlimmer daran sind, und zunächst die lebenswichtigen Betriebe notdürftig versorgt werden müssen. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit besteht infolgedessen leider an vielen Stellen, in ähnlichem Umfange wie in Ihrer Stadt. Baldige Abhilfe ist nur möglich, wenn durch gute Leistungen der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten und durch erhöhte Förderung in den Bergwerken die jetzige stärkere Verladung dauernd fortgesetzt und nach Möglichkeit noch gesteigert werden kann. Die Solinger Arbeiter werden gebeten, gemeinsam mit der Reichsregierung an die Genossen in den Werkstätten und den Bergwerken zu appellieren. Der Reichskanzler, gez. Bauer."

Solingen liegt in unmittelbarer Nähe der Kohlenbergwerke. Was der Herr Reichskanzler sagt, ist Unsinn. Besserung wird nur eintreten, wenn die unfähigen Leute im Ministerium zum Teufel gejagt werden.

Sieg der Arbeiterpartei in Schottland. Telegraphen Union meldet über Haag: In den schottischen Gemeindewahlen hat die Arbeiterpartei einen gleichen durchschlagenden Erfolg erzielt, wie bei den englischen Gemeindewahlen. Sie hat Hunderte von Sitzen errungen.

5 Todesurteile. Im Prozeß gegen die Brüsselloit, die in Brüssel während des Krieges erschienene Tageszeitung, sind fünf angeklagte Redakteure zum Tode und einer, ein Holländer, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Zwei wurden freigesprochen. — Opfer der deutschen Kriegspolitik.

Ueberall Terror. Wie die Wiener Parlamentskonferenz aus Prag meldet, wurde gegen den Führer der Deutschen in Böhmen Dr. Lodgemann ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet.

Selbsthilfe der Arbeiter. Die Gemeinde Werdahl hatte von der Gemeinde Kierspe in Westfalen 21 Wagen Kartoffeln zu bekommen. Da die Kierspe Bauern sich weigerten, die Kartoffeln abzuliefern, haben sich 50 Arbeiter aus Werdahl nach Kierspe begeben und die Kartoffeln dort auf den Feldern beschlagnahmt. Zu Gewalttätigkeiten kam es erfreulicherweise nicht. Die Gemeinde Werdahl hat den Arbeitern Lohnausfall und Unkosten aus der Gemeindekasse vergütet.

Ein Junge auf Ungarns Thron. Wie Daily Mail meldet, soll die Proklamierung des Erzherzogs Otto, des siebenjährigen Sohnes des früheren Kaisers Karl zum Könige von Ungarn unmittelbar bevorstehen.

Wie sie stehlen! Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, verschwanden in den letzten Tagen vom Hauptbahnhof vier Waggons mit Cornedbeef, ein Waggon mit Kaffee, zwei Waggons Kakao und ein Waggon Leder, die alle durch Falschzettel und Beseitigung der Originalfrachtbriefe nach kleinen Bahnhöfen in der Umgegend verbracht wurden, wo sie beraubt wurden oder werden sollten. Bei dem Waggon Leder handelt es sich allein um ein Objekt von einer Million Mark.

Ein Kommerzienrat verschleppt. Wie aus Mannheim berichtet wird, wurde vor einiger Zeit auf der Rheinbrücke von Ludwigshafen der Geheime Kommerzienrat Lasig, der in Ludwigshafen eine Fabrik betreibt, von den Franzosen verhaftet und nach Saarbrücken geschafft. Zunächst hörte man nichts mehr von ihm, jetzt ist bekannt geworden, daß er dieser Tage dort wegen angeblicher Verheimlichung beschlagnahmter Vorräte zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist.

Sie wollen ihr „Bestes". 750 Millionen Goldfranken „Befreiungsgebühr" hat die Tschechoslowakei in Raten an die Entente zu zahlen, alle neuen Staaten insgesamt 1500 Millionen. — Das Geld soll natürlich aus den Arbeiterknochen herausgeschunden werden.

Ein „Afrikaner", Im Berliner Tageblatt lesen wir: In der Rolle eines Missionars und Offizierstellvertreters trat im Laufe dieses Sommers in Heringsdorf, Ahlbeck, Bansin und in den benachbarten Badeorten ein Mann namens Ritter auf, der mit der Vertretung des Heringsdorfer Pastors während dessen Urlaub beauftragt worden war. Ritter, der in einer Pension in Bansin wohnte, und der in den Gemeinden Ahlbeck, Heringsdorf usw. die Sonntagspredigten hielt, veranstaltete auch in den Kirchen dieser Gemeinden starkbesuchte Vortragsabende zum Besten der Mission, bei denen er über „seine Erlebnisse in Afrika" sprach. Jetzt hat sich herausgestellt, daß Ritter weder Missionar noch Offizierstellvertreter gewesen ist. Ritter ist von der Kriminalpolizei als Schwindler entlarvt und verhaftet worden.

Die „Balten" abtransportiert. Amtlich wird gemeldet: Der Abtransport derjenigen Truppen aus dem Baltikum, die sich zur Rückkehr nach Deutschland bereit erklärt haben, ist insofern als beendet anzusehen, als der letzte Zug mit der letzten deutschen Formation Schaulen verlassen hat. Das Generalkommando des 6. Reservekorps befindet sich schon seit mehreren Tagen in Tilsit. Im Baltikum bleibt lediglich eine Abteilung der Militäreisenbahndirektion zurück, die auf Grund der Verbandsnote noch Eisenbahngerät an die Letten und an die Litauer zu übergeben hat. Zum Schutze dieser Eisenbahnabteilung ist auch ein Panzerzug dort zurückgelassen.

Wir wandern aus

Von Engelbert Graf.

Hunderttausende unseres Volkes tragen sich mit dem Gedanken, ihr Bündel zu schnüren und der Heimat den Rücken zu kehren, um irgendwo draußen in der Fremde ihr Glück zu versuchen. Das Gespenst des Auswandern-Müssens geht um: es hat in weiten Volkskreisen bereits eine derartige Wirkung ausgeübt, daß man fast schon von einer Auswanderungsphsychose sprechen könnte, wenn die Dinge nicht wirklich gar so ernst lägen.

Es ist wahr, Deutschland befindet sich in einer verzweifelten Lage. Viereinhalb Jahre Weltkrieg haben es bis aufs Mark ausgesogen, und dem Vampyr Militarismus folgten die Leichenwürmer Noskes. Die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruchs und des Vertrags von Versailles machen sich kaum erst in ihren Anfängen bemerkbar, und schon erscheint die Krise, in der wir uns befinden, unlösbar. Durch den Frieden ist die landwirtschaftlich nutzbare Fläche Deutschlands in weit stärkerem Maße vermindert worden als die Zahl der Bevölkerung, überall ist der Boden durch den fortgesetzten Raubbau erschöpft, und an Kredit für die Beschaffung der allernötigsten Nahrungsmittel und sonstigen Bedarfsartikel fehlt es. Als einzig mögliche und radikale Lösung dieses Problems erscheint den meisten die Auswanderung, Auswanderung in einem Umfang, wie die Weltgeschichte bisher sie noch nie gesehen. Man spricht von 15 bis 25 Millionen Menschen, die auswandern müßten, um selbst am Leben zu bleiben und um den Zurückbleibenden ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Das sind allzu phantastische Zahlen. Man mache sich doch einmal klar, daß zur Beförderung einer solchen Menge nach Uebersee etwa 25 000 Dampferfahrten mit modernen Auswandererschiffen nötig wären; daß eine solche Blutabzapfung notwendig eine schwere Erkrankung des gesamten Volkskörpers nach sich ziehen müßte. In dem Jahrzehnt 1881 bis 1890 war die Auswanderung aus Deutschland am stärksten; sie betrug aber in dem gesamten Jahrzehnt wenig mehr als 1,3 Millionen; von 1881 bis 1914 wanderten aus Deutschland im ganzen etwa 2,25 Millionen aus. Und nun sollen womöglich in ebensoviel Monaten als seitdem Jahren zehnmal soviel Menschen die Heimat verlassen! Unmöglich!

Das Problem ist ernst, und seine Lösung muß sofort in Angriff genommen werden. Auswandereragenten beginnen seit Wochen in Stadt und Land ihr Unwesen zu treiben. Die Auswandererschiffe sind auf Monate hinaus schon belegt, und nur durch Schieben und Schmieren sind Plätze auf ihnen zu erhalten: es müssen z. B. für ein Billet Rotterdam—Buenos-Aires, dessen Preis etwa 200 Gulden beträgt, 4000 Mark gezahlt werden. Reiche Leute, die in besonders großer Anzahl das Land verlassen, zahlen natürlich entsprechend mehr, die Milliarden waren es ja bekanntlich, die zuerst der Heimat Lebewohl gesagt haben.

Daß wir in Deutschland an einem Menschenüberschuß leiden, ist unbestreitbar. Die Volksdichte ist infolge Abtrennung großer agrarischer Bezirke gestiegen und wird etwa 130 bis 140 Einwohner auf einen Quadratkilometer betragen. Für die allzu zahlreiche Bevölkerung bietet jedoch die Industrie keine ausreichende Beschäftigung. Bei dem Mangel an Rohstoffen, bei der Unsicherheit der welt- und innerpolitischen Verhältnisse und der chronischen Verkehrsmisere werden wir in diesem Winter in Deutschland mit Arbeitslosen rechnen müssen, die nicht nach Hunderttausenden, sondern wahrscheinlich nach Millionen zählen werden. Kein Wunder, daß viele das einzige Heilmittel in einer möglichst intensiven Abwanderung und in einer starken Herabsetzung der Volksdichte auf 75, wie sie z. B. Frankreich aufweist, sehen. Die Gesundung des Volkskörpers soll dann vornehmlich durch bäuerliche Kleinsiedlungen durch Abkehr zu intensiver Agrarwirtschaft vor sich gehen; wobei allerdings nicht verschwiegen werden darf, daß in einem derartig industrialisierten Land die Siedler-, d. h. die bäuerliche Zwergwirtschaft wirtschaftlich, bevölkerungspolitisch und kulturell einen Rückschritt darstellt.

Auf jeden Fall wird die Auswanderung in der nächsten Zukunft einen großen Umfang annehmen, einerlei, ob diese Erscheinung zu begrüßen ist oder nicht. Aber sie wird nicht auf Deutschland beschränkt bleiben; man kann es sogar als sicher betrachten, daß sie in allen vom Krieg betroffenen Ländern Platz greifen wird.

Es werden nicht die schlechtesten Elemente sein, die den Staub der Heimat von den Füßen schütteln; das ist für jedes Land die unangenehmste Beigabe. Die fähigsten Köpfe, Leute, gesund an Körper und Geist, anpassungsfähig, unternehmungslustig, unabhängig, vorurteilslos, energische, tatkräftige, robuste Naturen, die sich auch zu Hause im Daseinskampfe nicht hätten unterkriegen lassen, solche haben am ehesten Aussicht, in der Fremde Wurzel zu fassen und hoch zu kommen. Schwächlinge bringen meistens die Energie zur Auswanderung gar nicht erst auf. Vielleicht wird es weniger die quantitative Wertverminderung sein, die das zukünftige Deutschland bevölkerungspolitisch niederhalten wird. Mindestens müßten wir darauf bedacht sein, daß die besten Kräfte dem Lande nicht dauernd verloren gehen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Auswanderung nicht die Form einer Daueransiedlung im Auslande annimmt. In verschiedenen Ländern hat sie sich schon seit einer Reihe von Jahren mehr als eine Art wirtschaftliches Landsknechttum, als Weltsachsengängerei betätigt. Von den europäischen Völkern haben vornehmlich die Italiener diese Art Auswanderung gepflegt; anders wären die übermäßig hohen jährlichen Auswanderungszahlen dieses agrarisch verwahrlosten, und industriearmen Landes nicht zu erklären. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der italienischen Auswanderer über 700 000, d. h. mehr als zwei Prozent der Bevölkerung; aber davon kehrte der größte Teil nach einigen Monaten oder Jahren wieder in die Heimat zurück. Wahrscheinlich wird in allernächster Zeit schon auch der Deutsche auf diesem Weltproletariermarkt erscheinen. Anfänge dazu sind bereits verschiedentlich zu bemerken. Die Heereswerkstätten und andere industrielle Werke der seither feindlichen Länder, besonders Japan und die Vereinigten Staaten, bemühen sich schon seit Monaten, deutsche Vorarbeiter, Techniker, Ingenieure auf kürzere oder längere Zeit vertraglich an sich zu fesseln. Auch die Verpflichtung zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, die wir Frankreich gegenüber übernommen haben, läuft auf eine zeitlich begrenzte Auswanderung hinaus. Große Hoffnungen darauf dürfen sich allerdings die deutschen Arbeitslosen nicht machen. Der Wiederaufbau wird sich zu einem kapitalistischen Geschäft auswachsen, das die mindestmöglichen Löhne zahlen wird, um den größtmöglichen Profit zu erzielen; und man wird nach der Demobilmachung die Arbeitslosen des eigenen Landes, wie die billig arbeitenden Italiener und die in noch sehr großer Anzahl in Frankreich zurückgebliebenen Chinesen als Lohndrücker zu verwenden wissen. Höchstens deutsche Qualitätsarbeiter werden in nennenswerten Mengen von den Franzosen herangezogen werden.

Ein viel lohnenderes Arbeitsfeld als der Westen wird für auswandernde deutsche Arbeiter der Osten bieten, Rußland; und zwar ganz gleich, welches das politische Schicksal Rußland sein wird. In Frankreich ist immerhin nur ein Teil, in Rußland ist das ganze Wirtschaftsleben, der gesamte Verkehr zerrüttet. Hier muß ein Neuaufbau von Grund aus erfolgen. Rationelle Ackerwirtschaft in modernen Großbetrieben und Genossenschaften, rationell betriebene industrielle Werke ohne den Raubbau und die Schludrigkeit der zaristischen Zeit und weitverzweigte Verkehrseinrichtungen zu Wasser und zu Lande, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Flußregulierungen, Hafenbauten, das sind Aufgaben, an die in Rußland sobald als irgend möglich herangetreten werden muß, nicht allein im Interesse Rußlands, sondern auch in dem Gesamteuropas, das in der Folgezeit wieder von ihm mitversorgt werden will. Das nötige Menschenmaterial hierzu, Arbeiter jeder Art, Ingenieure, Gelehrte, Organisatoren, Beamte kann am schnellsten und zweckmäßigsten Deutschland liefern; und der deutsche Arbeiter wird gern die Gelegenheit ergreifen, auf diese Weise Land und Leute kennen zu lernen.

Für die Daueransiedlung Auswanderungslustiger dürfte draußen wenig Raum sein. Der Siedlungsraum für den Europäer ist an sich recht beschränkt: die Tropen kommen dafür so gut wie gar nicht in Betracht; nur der Südländer vermag sich hier zur Not zu akklimatisieren. Für den Arbeiter ist eine Ansiedlung in den Tropen schon aus dem Grunde ausgeschlossen, weil hierzu ganz erhebliche Kapitalien gehören würden, wie sie heute nur einem Kriegsgewinnler zu Gebote stehen. Diejenigen Länder jedoch, in denen eine Ansiedlung möglich ist, haben zu einem großen Teil sämtlichen Einwanderern oder wenigstens solchen, die aus dem Gebiet der Mittelmächte stammen, ihre Pforten für längere Zeit geschlossen:

z. B. Kanada, die Vereinigten Staaten, Neu-Seeland, Australien, Südafrika. Offen stehen den Auswanderern noch die südamerikanischen Staaten, von denen Argentinien und Chile die meiste Aussicht auf Erfolg bieten, ferner Mexiko und später vielleicht Teile von Sibirien, Transkaukasien. Jedoch ist in allen diesen Ländern durchaus nicht für all und jeden Platz. In dieser Hinsicht kann nicht oft und ernstlich genug gewarnt werden. Die größten Chancen haben stets tüchtige Landwirte mit Kapital, und in möglichst vielen Sätteln gerechte Qualitätsarbeiter, z. B. praktische Chemiker, Mechaniker, Schlosser, Maschinenbauer und dergleichen.

Auch für sie ist die Auswanderung meist ein Sprung ins Dunkle, der nur gar zu oft vorbei gelingt. Gerade aus diesem Grunde wäre es dringend notwendig, daß die Auswanderung in geregelte Bahnen geleitet würde. Bisher wird sie als Geschäft betrieben, skrupellos und nur mit Rücksicht auf den Profit. Wenn staatlicherseits nicht eingegriffen werden will oder kann, sollten wenigstens die Auswanderer selbst sich zu Gemeinschaften zusammenschließen, sollten umfassende Erkundigungen, eventuell wie es russische Auswanderer in Sibirien zu tun pflegen, durch vorausgesandte Kundschafter einziehen, sollten sich so gut als irgend möglich in sprachlicher, wirtschaftlicher und technischer Weise vorbereiten, um Fehlschlägen zu entgehen.

Vor allem aber sollen die Auswanderer vermeiden, sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Im Ausland wird auch nur mit Wasser gekocht. Man kann es draußen zu etwas bringen und als gemachter Mann heimkehren; das ist wahr. Aber die Ausbeutung ist noch nirgends in der Welt abgeschafft. Selbst der Traum vom freien Farmerleben in Wildwest ist nur eine Fiktion; der freie Farmer existiert nicht mehr, an seine Stelle ist der Pächter getreten, ein Lohnsklave des agrarischen Großkapitals, der sozial etwa dem Landarbeiter hier zu Lande entspricht. Auch über das sozialistische Niveau der Arbeiterschaft in den Auswanderungsgebieten wird der deutsche Arbeiter enttäuscht sein. Dort ist noch Hochkonjunktur für den Kapitalismus. Vollends muß man warnen vor kommunistischen Experimenten kleineren Umfangs. Sie sind bisher immer nach kürzerer oder längerer Zeit fehlgeschlagen.

Am zweckmäßigsten wäre — und das würde die Krisis sofort erträglicher machen — eine intereuropäische Regelung der Auswandererfrage durch die am meisten in Mitleidenschaft gezogene Arbeiterklasse selbst. Eine internationale sozialistische Kommission müßte für den Austausch freiwerdender Arbeitskräfte und für die Gesamtorganisation der proletarischen Auswanderung Sorge tragen. Aber — so weit scheint es vorläufig doch nicht zu sein.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Einäscherung des Genossen Haase

Am Dienstag mittag fand im städtischen Krematorium in Berlin die Einäscherung des so je aus dem Leben geschiedenen Genossen Hugo Haase statt, der eine kurze, würdige Trauerfeierlichkeit voranging. Zu Tausenden waren die Arbeiter Berlins zusammengeströmt, aber nur wenigen konnte Einlaß gewährt werden. Was vom Genossen Haase sterblich war, stand in schlichtem, aber würdigem Kranzschmuck aufgebahrt. Bei den Klängen des Händelschen Largo begann die Trauerfeierlichkeit. Darauf sang ein Männerchor das ergreifende Gedenklied „Ein Sohn des Volkes".

Der Sohn des Verblichenen, Ernst Haase, sprach sodann im Namen der Familie dem toten Vater die letzten Scheidegrüße. Er dankte ihm für die sonnige Heiterkeit und Güte, mit der er im Umgang mit den Seinen erfüllt.

Karl Kautsky, der so manchem unserer großen Führer das letzte Geleit geben mußte, pries die geistige Kraft und Energie seines toten Freundes, die nun dem deutschen wie dem internationalen Proletariate fehle. Haase sei der vollwertige Erbe August Bebels gewesen, dessen internationale Autorität auf ihn übergegangen sei. Seine Persönlichkeit habe sich ausgewirkt im Sozialismus. Im Kriege, aus dem Kampfe gegen das Morden habe sie historische Größe gewonnen. Haases Wirken bleibe uns aber unverloren, wenn wir uns seinen Geist zu eigen machten, dessen irdische Hülle ein bösartiger Idiot sinnlos zerstört.

Luise Zietz würdigte die unendliche Güte und Hilfsbereitschaft des Verblichenen, der Unzähligen Führer und Wegbereiter zur Freiheit gewesen. Noch sei nicht abzusehen, wie die Partei ohne die Fülle seines Wissens und die Kraft und Zielbewußtheit seines Wollens fahren werde.

Kurt Rosenfeld dankte dem Toten im Namen seiner zahlreichen persönlichen Freunde, die nun die Quelle steten Rates und hilfsbereiter Tat voll Trauer versiecht sehen. In ihren Herzen werde sein Bild unvergänglich leuchten.

Hierauf intonierte Harmonium, Cello und Violine Schumanns melodiöse Träumerei, wobei der Sarg den Augen der in Tränen aufgelösten Trauergemeinde entschwand.

Die Gedenkfeier war zu Ende.

In den Herzen der Anwesenden, sowie der noch in dichten Massen im wirbelnden Schneeflockengewirr draußen Harrenden, ja im Herzen der klassenbewußten Proletarier aller Länder wird er weiter leben als ein Vorbild unerschütterlicher, selbstloser und aufopferungsbereiter Hingabe im Kampfe um ein würdigeres Menschensein.

Offene Umgehung der Friedensbedingungen

Aus der begreiflichen Furcht vor dem Wiederaufleben des agressiven deutschen Militarismus schrieb uns die Entente eine Reduzierung unserer Heeresstärke auf zunächst 200 000 Mann vor. Wahrlich genügend zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung. Und bei aller Härte der übrigen Friedensbedingungen dürfte es gerade diese gewesen sein, die am wenigsten unerfreulich war.

Obgleich auch bis heute, ein Jahr nach dem Waffenstillstand, der Abbau des Heeres auf diese Zahl noch nicht durchgeführt ist, findet man sich keineswegs damit ab: Ein immer wirksames Schreckgespenst, ein Popanz, der bei jeder Gelegenheit hervorgeholt wird — der Bolschewismus und Spartakismus muß dazu dienen, um die sauberen Pläne der Reaktion zu begründen.

Darum erläßt der Landrat von Marienberg im Oberwesterwald offen in der Presse den nachstehenden Aufruf:

Aufruf!

Regierungsfeindliche Kräfte arbeiten mit gewaltigen Mitteln. Das deutsche Volk wird sich gegen Umsturz und Terror zu wehren haben. Der schwerste deutsche Winter steht vor der Tür. Die durch die Friedensbedingungen an Zahl schwache Reichswehr und die Polizei bedürfen der Unterstützung.

Es ergeht daher an alle ordnungsliebenden altgedienten Männer des Kreises die Aufforderung, sich im Falle der Not zur Verfügung zu stellen. Es ist beabsichtigt, aus den sich Meldenden geschlossene Abteilungen zu bilden, die im Rahmen des 2. Bataillons, Reichswehr-Regiment Nr. 36 helfen sollen, Ruhe nnd Ordnung aufrecht zu erhalten. Gediente Männer, deren Beruf und Gesundheit es ihnen irgend möglich machen, (Ref. oder Landwehr oder ehemalige aktive Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften), mögen sich umgehend unter Angabe des Namens, Dienstgrades, des Geburtstages und Ortes schriftlich beim 2. Batl. Reichswehrregiment Nr. 36 in Hachenburg melden.

Es geht um Haus und Hof! Zur Organisation, wenn der Volksfeind, der Spartakist, einmal da ist, ist es zu spät! Der Schaden ist nie wieder gut zu machen!

Keine Berufsstörung! Einberufung nur bei dringender Gefahr!

An Gebührnissen stehen, tagsweise zu berechnen, zu: Für jeden Tag Grundlöhnung des Dienstgrades (mindestens 1 Mk.) und 5 Mk. Reichswehrzulage, freie Verpflegung, freie Unterkunft. Im übrigen haben die Einberufenen dieselben Rechte wie die Reichswehrangehörigen.

Jeder sich Meldende erhält vom Bataillon eine Anweisung, wo er sich im Falle der Einberufung zu melden hat.

Die Einberufung erfolgt durch Bekanntmachungen der Ortsbehörden.

Marienberg, den 24. Oktober 1919.

Der Landrat: Ulrici.

Ob wohl der Herr Landrat dort oben im Westerwald schon einmal „Spartakisten" zu Gesicht bekommen hat? Oder will er die Bauern bewaffnen und ihnen den Rücken in ihrer Resistenz steifen?

Wir verlangen Aufklärung darüber: Ist die Regierung mit diesen Werbungen zur Verstärkung der Reichswehr durch „ordnungsliebende, altgediente" Männer über die uns durch den Friedensvertrag vorgeschriebene Stärke hinaus, die uns wiederum neue Konflikte mit der Entente bringen können, einverstanden?

Der Gipfel der Schamlosigkeit

Während die Leiche Hugo Haases noch auf der Bahre lag, war die reaktionäre Presse schon eifrig an der Arbeit, den Toten mit Verleumdungen zu besudeln. Eine besonders schamlose Räubergeschichte wagt die Deutsche Zeitung, das Zentralorgan der Gegenrevolution, zu veröffentlichen. Sie brachte die Zuschrift eines angeblichen Deutsch-Balten, in der gelogen wird, daß Genosse Hugo Haase Ende Dezember 1918 in Riga gewesen sei, um die Räumung der Stadt von deutschen Truppen zu veranlassen und es dadurch möglich zu machen, daß sie in die Hände der roten Truppen fiel. Haase habe für diesen Zweck Schmiergelder aus Moskau empfangen, damit habe er den Rat der Stadt Riga, der gewillt gewesen sei, die Stadt mit 15 000 deutscher Feldgrauer zu verteidigen, bestochen und schon am 2. Januar hätte die Räumung Rigas und damit das sogenannte Schreckensregiment der roten Truppen begonnen.

An der Geschichte ist nicht ein Buchstabe wahr. Genosse Haase ist niemals in Riga gewesen. Dieser „Deutsch-Balte" ist ein ebenso gewissenloser Verleumder, wie das Blatt, das sich zur Veröffentlichung dieser Räubergeschichte hergibt.

Sonderbare Revolutionäre vor Gericht

Wir entnehmen unserem Stuttgarter Parteiblatt:

Anfang Januar wurde in einer von etwa 300 Bauern besuchten Versammlung in Backnang die Absetzung des Oberamtmanns Suffet beschlossen und dieser Beschluß sofort in die Praxis umgesetzt. Die Bauern drangen in das Amtsgebäude ein und zwangen den Oberamtmann zu einer Rücktrittserklärung. Regierungsrat Suffet scheint ein etwas sehr nervöser Herr zu sein, der Mißfallen in weiten Kreisen erregt hatte. Besonders erbost waren die Bauern auf ihn, weil er, um die Durchführung der Mehlvorschriften zu erzwingen, energisch durchgegriffen und die Schließung einiger Mühlen angeordnet hatte.

Zweiundzwanzig der Beteiligten standen nun als Angeklagte vor dem Schöffengericht Heilbronn, um für ihre „revolutionäre Tat" abgeurteilt zu werden. Die Sünder fanden gnädige Richter und einen wohlwollenden Gerichtsvorsitzenden. Sie ließen während der Verhandlung die Erklärung abgeben, daß sie am Donnerstag vormittag 5 Uhr heimreisen würden, gleichviel ob die Verhandlung beendigt sei oder nicht, da sie am 7. November daheim sein müßten, um Haus und Hof gegen eventuelle spartakistische Angriffe zu verteidigen!

Der Vorsitzende beeilte sich mit der Zusage, die Verhandlungen zu beschleunigen. Solch harmlosen Revoluzzern konnte man natürlich nicht böse sein, und so erfolgte denn ihre Freisprechung, unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Ja, es gibt noch Richter in Schwaben

* * *

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

21]

Der Maler hatte das völlig richtig herausgefunden und er hatte recht — tausendmal — mit allem, was er ihm schrieb ... hatte recht. —

„Nein!!!"

Jordan schrie es in Seelennot in das Schweigen seines dämmerigen Arbeitszimmers hinein.

Nein — der Fall war klar — die schwere Kuppelei im Tatbestande erwiesen.

Freilich. Freilich.

Aber er hätte sich wohl auch nachweisen lassen, ohne daß die in das Verfahren hineingezogenen Zeugen Spießruten zu laufen brauchten.

Bei dem Wie dieser Anklageführung hatte Jordan sich versündigt — das stand fest und das setzte ihn ins Unrecht vor sich selbst und machte ihn jetzt schwach und widerstandslos.

Unausgesprochen, ungeklärt hatte alles dies in ihm rumort, und die Zerrissenheit seiner Seelenstimmung seit dem Tage jener Verhandlung war die Folge dieser Vorgänge.

Wie oft — o wie oft, mochte er in all den Jahren seiner Amtsführung sich ähnlich vergangen haben, ohne daß es ihm, wie hier, zum Bewußtsein gekommen war. Sein Gewissen — sein Amtsgewissen wurde erst wach, wenn sein Staatsanwaltswüten gegen ein Mädchen ging, das in seiner Schönheit, seinem bestrickenden Reiz die schwere Gegenwaffe besaß und mit dem tiefen aufwühlenden Eindruck Vergeltung üben konnte gegen seinen Peiniger.

Es war eine Schuld bei ihm. Das fühlte, das wußte Jordan. Der Anklagen des Malers hatte es nicht bedurft, ihn davon zu überführen.

Mit diesem Schuldgefühl beladen, hatte er schon an jenem Abend die Verhandlung verlassen, hatte er auf ein Wiederaufnahmeverfahren gehofft, an eine Unterstützung des seiner Ernährerin beraubten Invaliden gedacht.

Den Druck dieser Gewissensbelastung hatte Jordan alle diese Tage mit sich herumgeschleppt.

Womit wir sündigen, damit werden wir gestraft.

Dieser Gedanke hatte ihn unbewußt mit Furcht erfüllt, mit Furcht vor der weiteren Entwickelung dieser schrecklichen Angelegenheit.

Und nun rückten sie heran diese weiteren Entwickelungen.

Jordan erduldete Beleidigungen, gegen die er sich nicht wehren konnte. Er sah im Augenblick wenigstens kein Mittel, keinen gangbaren Weg zu diesem Ziele hin.

Eine schwere Beschimpfung war ihm widerfahren, eine von Mensch zu Mensch, von der niemand etwas wußte als der Beleidiger und er selbst, der Gebrandmarkte. Aber die schwerere, die furchtbarere Bloßstellung in der Oeffentlichkeit war schon angedroht: die Ausstellung des Bildes.

Man wird sie hindern können; gewiß — aber das hatte Folgen ...

Dabei fürchtete Jordan diesen schwersten Angriff vorläufig am wenigsten. Ihn dünkte das alles in so entlegener Zeitfolge liegend. Drei Monate, schrieb der Ungar, werde er brauchen, um dieses Bild zu vollenden. Drei Monate ... In dem dumpfen Erwartungsgefühl schwerster Bangigkeit, mit dem Jordan vor den nächsten Wochen stand, schien ihm diese Galgenfrist der drei Monate eine weltentfernte Ewigkeit, in die er vielleicht gar nicht hinein lebte.

Denn hier drohte Näheres und Allernächstes. Greifbares — heute — morgen — innerhalb von Stunden — schon — vielleicht ...

Denn Herta Hecker war wieder in Berlin

Dies war das Schicksal.

Herta war zurück ...

Wenn das die Richter ihrer Mutter wüßten, der lüsterne Beisitzer oder der gierige junge Referendar, der bei der Verhandlung das Protokoll geführt, was würden sie tun?

Wie Hunde würden sie die Spur des Mädchens suchen.

Auch Jordan wird sie suchen. Ja, das wird er. Nicht um des lockenden Abenteuers willen, wenngleich das Herz ihm atemraubend pochte, wenn er nur an die Möglichkeit eines Wiedersehens mit dem Mädchen dachte. Er wollte, ja er mußte sie wiedersehen. Denn er war verantwortlich für sie.

Verantwortlich? Er, er für dieses Mädchen?

Voller Entsetzen weiteten sich seine Augen, als sähen sie in etwas Grauenvolles hinein.

Wie denn? wie denn um Gotteswillen?!

Wohin sollte sich das alles am Ende noch entwickeln?

Er — für Herta Hecker verantwortlich?!

Dieser Gedanke fiel ihn mit Krallen an.

Jordan war für Herta verantwortlich, denn er hatte ihre Zukunft zerstört.

Nun — das war Wahnsinn. Heller Wahnsinn. So etwas konnte nur ein kranker, selbstquälerischer Geist ausbrüten. Er — er für Herta verantwortlich. Er — für dieses Geschöpf, das aus dem Sumpfe kam, und einem Naturgesetz gemäß, gleich dem Frosch des Sprichwortes stets wieder in den Sumpf zurückspringen würde, selbst wenn man es auf einen goldenen Thron setzte.

Nein — nein — nein — das wehrte Jordan ab. Mit der Entschiedenheit der Verzweiflung wies er das von sich. Aber die Skrupel ließen nicht ab ihn zu bedrängen.

Hier war ein junger, vermögender, talentvoller Mann, der, so romantisch es war, die Bescholtene heiraten wollte. Vor Gericht brannte der Staatsanwalt ihr den Dirnenstempel auf — und danach wies sie den Freier zurück.

„Der Staatsanwalt hat mich ein Kontrollmädchen genannt. Ich bin nicht wert, einen anständigen Mann zu heiraten. Dazu habe ich Dich zu lieb."

Dabei haben Dirnen Herzöge und Fürsten geheiratet und Gekrönte dienend zu ihren Füßen gesehen. Hier war, bei aller frühreifen Verderbtheit, ein Idealismus, der rühren mußte. Rühren, um so tiefer, als er aus einem so unreinen Gefäße kam.

Man mußte wirklich wohl achtzehn Jahre alt sein, um etwas so Unvernünftiges zu tun. Denn da winkte Versorgnng, Reichtum, eine ansehnliche soziale Stellung neben einem begabten Künstler — die Ueberpflanzung in ein fernes, fremdes Milieu, in dem niemand die dunkle Herkunft der Ueberpflanzten zu ahnen brauchte — und doch — und doch — alles das wies sie zurück — nur um der Ehre des Geliebten willen, die junge Schönheit, und kehrte um — zurück in den Pfuhl, dem sie entrissen werden sollte.

Wieder lachte Jordan gellend und höhnend auf. Wahrhaftig, diese vertrackte, blöde Geschichte brachte ihn rasch um sein bißchen Verstand. Herta war eben eine Dirne, diese blonde Göttin, und sie wußte, daß sie ihr Luderleben nötig hatte und in einer anständigen Umgebung es einfach nicht aushielt. Das wußte und fühlte sie, und deshalb nahm sie eben Reißaus vor der Langenweile und Korrektheit der Versorgung, die ihr nichts bedeutete — nichts gegen die Lockungen der Losgelassenheit des Berliner Sündenpfuhls, in den sie sich nun kopfüber stürzen wollte.

Jordans Diagnose dieses unverfälschten Dirnentyps traf also auf das Haar zu — und — wäre er nicht ein ausgemachter Narr — dieser ungarische Pinsel — er sendete an Jordan den Dank für Rettung vor dem Verderben, das die Ehe mit dieser Verlorenen todsicher für ihn bedeutet hätte, als dieses Konvolut der Schmähungen, Verwünschungen und Drohungen, das er Jordan ins Haus geschickt hatte ...

Diese Stimme der Vernunft jedoch verklang sehr rasch in des Staatsanwalts Seele. Sie wich den Selbstvorwürfen, Einwendungen und Peinigungen, in die der Mann tiefer und tiefer verfiel. Er sah es wohl in Momenten klarerer Ruhe, daß diese Geschichte ihn in ein Netz seelischer Verwirrungen und Unrast einspann, aus dem es bald eine Befreiung nicht mehr geben würde.

(Fortsetzung folgt.)

Die Begründung des Urteils im Bachmanger Aufruhrprozeß ist bemerkenswert. Es heißt darin, daß objektiv ein Vergehen des Landfriedensbruchs vorliege, daß aber die subjektive Voraussetzung, das Bewußtsein für die Möglichkeit von Gewalttaten fehle, weshalb die Angeklagten freizusprechen seien.

Wir sind die letzten, die den Bauern die Freisprechung mißgönnen. Wir sind darüber hinaus sogar der Auffassung, daß die ganze Anklageerhebung eine Ungeheuerlichkeit war. Mit demselben Recht hätten die Auftraggeber des Staatsanwalts vor Gericht gestellt werden können, die wenige Wochen vorher den König zum Rücktritt gezwungen und sich an seine Stelle gesetzt haben.

Was uns aber Veranlassung gibt, einiges darüber zu sagen, das ist die Begründung des Urteils selbst. Das Gericht hält den objektiven Tatbestand für gegeben, sagt aber, daß die Angeklagten nicht das Bewußtsein gehabt hätten, eine Gewalttat zu begehen. Ob wohl das Gericht, wenn statt der Bauern Arbeiter auf der Anklagebank gesessen hätten, auch zu dieser Auffassung gekommen wäre? Die Geschichte der Revolutionsprozesse der letzten Monate läßt diese Frage mehr als berechtigt erscheinen.

Gegen die Ablösungsbestrebungen im Rheinland

Sämtliche politischen Parteien des Wahlkreises Köln—Aachen, mit Ausnahme des Zentrums, erklären in einer Entschließung, daß sie alle offenen und versteckten Loslösungsbestrebungen (rheinische Republik, Rheinlandbund und dergl.) aufs schärfste verurteilen. Für Anhänger solcher Bestrebungen sei in ihren Reihen kein Platz. Mitglieder, die dafür eintreten, würden ausgeschlossen.

Ferner wurde die Gründung eines Zweckverbandes zur Bekämpfung aller Absonderungsbestrebungen beabsichtigt. Es wurde davon abgesehen, weil unsere Genossen erklärten, daran nicht teilnehmen zu können. Der Zweck einer solchen Gründung bedeute für die bürgerlichen Parteien das Bekenntnis zur Einigkeit des deutschen Imperialismus nach außen. Das deutsche Proletariat erblicke jedoch in dem Einheitsstaat nur die notwendige Voraussetzung für die Bildung der geschlossenen Front des gesamten deutschen Proletariats gegen den Kapitalismus, dem deutschen in erster Linie. Deshalb würde eine Beteiligung der Arbeiterschaft am geplanten Zweckverband Mißdeutungen ärgster Art ausgesetzt sein.

Abermals Verschiebung des Heeresguts.

In militärischen, d. h. monarchistischen und reaktionären Kreisen, erzählt man sich mit Augenzwinkern reizende Geschichtchen über die amtliche Verschiebung des Heeresgutes. Da nach dem Friedensvertrage alles eine bestimmte Menge überschreitende Material an Kriegsgerät an die Entente abgeliefert werden muß, so versuche, so erzählen militärische Gewährsmänner, die deutsche Regierung einen großen Teil dieses Materials nach allen Richtungen hin zu verschieben, insonderheit gelte dies von den vorhandenen Flugzeugen. Der Regierung war deshalb das baltische Abenteuer auch von dieser Seite als ein geschäftliches Unternehmen sehr willkommen, da sie den russischen Werbern und Aufkäufern eine große Anzahl von Flugmaschinen verkauft haben soll. Die Reichswehroffiziere unter sich erzählen sich ganz ohne Scheu, daß allwöchentlich mehrere Flugmaschinen in Johannisthal starten, um in der Richtung nach Osten abziehend, niemals wiederzukehren. Von diesen Unternehmungen, so lautet das nette Stückchen, das man sich jetzt erzählt, sei der Entente-Kommission Mitteilung gemacht worden. Sie habe erfahren, daß an einem Tage sechs Flugzeuge nach Rußland starten wollten, und habe sich deshalb sofort an die Reichsregierung gewandt. In zwei Automobilen seien die Vertreter der Ententekommission nach dem Flugplatz geführt worden, um den Start zu verhindern. Beide Automobile hätten aber in schöner Einmütigkeit unterwegs eine Panne erlitten und als die Ententevertreter auf dem Flugplatz in Johannisthal mit mehrstündiger Verspätung ankamen, sahen sie gerade noch die sechs Flugzeuge in der Ferne verschwinden.

Frankreich

Eine Rede von Henri Barbusse

Im Pariser Gewerkschaftshaus fand vor einigen Tagen eine Versammlung ehemaliger Kriegsteilnehmer in Stärke von mehr als 7000 Menschen statt. Henri Barbusse hielt dabei folgende Ansprache:

„Wir alle wissen, was wir von den Beweggründen und den Folgen des Klassenkampfes zu halten haben. Wir wissen, daß die Völker seit zwei Jahrhunderten in der Sklaverei lebten, daß seit zwei Jahren in der ganzen Welt endlich die Revolution zum Ausbruch gekommen ist und daß die Revolutionäre unbewegt dort drüben für sie kämpfen und sterben. Die Gegenrevolutionäre — sind wir! Wir, die westeuropäischen „Demokratien", wir, die berühmten alten Demokratien.

Wir dürfen uns durchaus nicht einbilden, unsere ganze Pflicht erfüllt zu haben, weil wir die Vorbereitungen treffen, würdig die Trauerfeier zu begehen und schöne Leichenreden zu halten.

Wir haben wohl gerufen: „Friede für Rußland!" Und wir haben selbst diesen Ruf öffentlich plakatiert. Aber in gewissen Fällen sind Worte, die nur Worte bleiben, fast nur Lügen.

Die Völker dürfen sich nicht einen Augenblick länger an der Hinmordung des gemeinsamen Ideals der einzigen Hoffnung durch ihre Mithilfe schuldig machen, die zumindest eine ungeheure Dummheit ist.

Es gibt nur ein Mittel, den Sieg der kapitalistischen Internationale über die Vernunft, die Gerechtigkeit und die Freiheit zu verhindern, das ungeheure Mittel, das mit einem Worte der Wille des Volkes schaffen kann: Der Generalstreik.

Ist es möglich, ihn zu verwirklichen? Ja, er läßt sich durchführen, wie er auch am 21. Juli möglich war, wenn ihn nicht, ich weiß nicht welche Diplomatie, zum Scheitern gebracht hätte.

Ich erkenne wohl die Schwere dessen, was ich von Jenen, die mich hier und draußen hören, verlange. Aber ich sage, daß dieser heilige Streik — der sich auf eine 24stündige bewußte Drohung erstrecken könnte — wichtigere Interessen retten würde, als diejenigen, die dabei auf dem Spiele stehen.

Ich kenne all die Folgen für das Leben aller und jedes Einzelnen einer selbst nur augenblicklichen Arbeitsruhe. Aber es handelt sich nicht darum, keine Opfer zu bringen. Ich kenne auch die Opposition und die Gegenmanöver. Die Regierung Frankreichs ist der Feind des französischen Volkes, aber man wird nicht annehmen können, daß die Führer der Confederation Generale du Travail die Feinde der gemeinsamen Sache der Arbeiter seien.

Kameraden! Die menschliche Kultur ist in Gefahr. Seid alle in euren Arbeiterorganisationen die heftigsten Propagandisten dieser dringenden Lösung, die einzige, die nicht utopistisch ist und wir werden denselben Ruf an unsre Freunde im Auslande ergehen lassen."

In und um Elbing

Arbeiter, merkt's Euch!

Am 20. Juni d. J. fand eine Stadtverordnetensitzung statt, in der die Errichtung einer Wohnungskolonie an der Comeniusstraße der Beschlußfassung unterlag. Der Beamtenwohnungsbauverein wollte hier ein größeres Terrain von der Stadt erwerben und 185 Häuser darauf errichten. Die Verwirklichung dieses Planes hätte dem schrecklichen Wohnungselends Elbings ein gutes Stück gesteuert. In dieser Stadtverordnetensitzung waren 32 Stadtverordnete von 60 anwesend. Die meisten Mehrheitssozialisten fehlten in dieser Sitzung. Ueber das Schicksal der Vorlage berichtet die Elbinger Zeitung wie folgt:

> Der Beamtenwohnungsbauverein will von der Stadt an der Comeniusstraße ein Gelände von 5 Hektar zum Preise von 2 Mk. den Geviertmeter, das ist ein Gesamtpreis von 100 000 Mark, erwerben und dort 185 Häuser errichten. Der Bauverein hat sich seinerseits mit dem Eisenbahnfiskus in Verbindung gesetzt, der die Häuser für seine Beamten und Arbeiter in Anspruch nehmen will. Der Magistrat hat dem Plan grundsätzlich zugestimmt, zumal der Eisenbahnfiskus für Heranschaffung der Materialien sorgen will und ein Achtel der Ueberteuerungskosten übernimmt, so daß die Stadt ebenfalls nur ein Achtel zu den Ueberteuerungskosten beizutragen braucht, während sonst die Gemeinden ein Viertel dieser Kosten zu übernehmen haben und drei Viertel vom Reich und Staat getragen werden. Die Straßenbaukosten übernimmt der Verein. Der Plan, auf dem Gelände auch eine Schule zu errichten, ist fallen gelassen worden. In der Aussprache trat seitens der Herren Jebens und Wegmann die Meinung hervor, dem Bauverein nicht das ganze Gelände, das, am Südabhange einer Anhöhe gelegen, das beste Bauland der Stadt darstelle, zu übereignen, sondern zunächst nur einen Teil, um zu sehen, was und wie der Verein baut. Im allgemeinen stand man der Sache wohlwollend gegenüber, wünschte jedoch eine ausführliche Vorlage und die Festlegung einer bestimmten Summe für die Ueberteuerungskosten, damit diese nicht ins uferlose gingen. Herr Kleinert erinnerte an die hohen Kosten für die Legung der Kanalisation, Gas, Wasser usw. zur Comeniusstraße, die die Stadt zu tragen habe, und wünschte eine Aufstellung dieser Kosten in der neuen Vorlage. **Herr Justizrat Diegner hielt die gegenwärtige Zeit, wo die Abschnürung des Ostens vom Reiche drohe, zur Beratung derartiger Pläne für nicht geeignet.** Herr Oberbürgermeister Dr. Merten hob hervor, daß es sich heute nur um eine grundsätzliche Zustimmung handle, um weitere Verhandlungen mit dem Bauverein bzw. dem Eisenbahnfiskus führen und eine eingehende Vorlage einbringen zu können. — **Bei der Abstimmung wurde der Magistratsantrag abgelehnt.**

Also der Magistrat war für das Projekt. Durch die Pflichtvergessenheit der Rechtssozialisten und die Feindschaft der Herren Diegner und Kleinert kam es zu Fall. Dieselben Leute buhlen heute um eure Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl. Seid ihr dumm genug, sie ihnen zu geben?

Streut Asche!

Wenn jemand infolge der Glätte zu Schaden kommt, ist der Hausbesitzer für die durch den Unfall erwachsenden Kosten haftbar. Daran scheint mancher Hausbesitzer nicht zu denken. Tagtäglich kann man in Straßen beobachten, daß Personen ausgleiten und hinstürzen. In der Spieringstraße kam heute morgen in der Nähe des Alten Markts eine Frau so unglücklich zu Fall, daß sie fremder Hilfe zum Aufstehen bedurfte und nachher kaum von der Stelle konnte. Wer schon die Rücksicht auf seine Mitmenschen nicht rührt, der sollte wenigstens an die Gefahr denken, die sein Geldbeutel ausgesteht.

Unsere Heimat in Hamburger Beleuchtung

In einer Hamburger Zeitung lesen wir folgendes:

> Der frühe Winter. In den letzten drei Tagen sind im Weichselgebiet und in Ostpreußen ungeheure Schneemengen gefallen. Auf dem platten Lande hat in den meisten Kreisen die Schneedecke eine Stärke von über einen halben Meter erreicht. Aus mehreren Orten Westpreußens und Ostpreußens kommen Meldungen über tödliche Unfälle infolge Schneestürme. Die Temperatur fiel in der Nacht zum Sonntag im Weichselgebiet auf 10 Grad Celsius Minus.

Der Berichterstatter hat noch vergessen zuzufügen, daß die Eisbären am hellen Tage bis in die Städte kommen und daß der Fang von Blaufüchsen und Zobeln in diesem Jahr äußerst ergiebig ist.

Interessant

Die Elbinger Zeitung brachte gestern eine Mitteilung, die weitere Kreise interessieren dürfte. Eine finnische Reederei hat bei der Firma Schichau einen Frachtdampfer bestellt der 7300 Tonnen Tragfähigkeit besitzen soll. Dann fährt die Elbinger Zeitung fort: „Der Dampfer wird bei weitem Finnlands größter Dampfer sein. Er soll 8½ Millionen deutsche Mark kosten und bereits am 1. November 1920 fertiggestellt sein. Der Neubaupreis ist noch nicht einmal halb so teuer, als er sich bei den heutigen Kursverhältnissen etwa bei einer schwedischen oder englischen Werft stellen würde."

Da Carlson der Elbinger Zeitung sicher nicht seine Geschäftsgeheimnisse ausplaudert, ist anzunehmen, daß die Mitteilung von irgend einem seiner Ingenieure stammt. Den Arbeitern erzählt man immer, ihre hohen Löhne machen die Industrie konkurrenzunfähig. Nun hören wir, das fertige Schiff ist nicht halb so teuer, als auf einer schwedischen oder englischen Werft gebaut.

Ostdeutsche Nachrichten

Die U. S. P. Königsbergs zum Parteitag

Unsere Königsberger Genossen beschlossen zum Parteitage zu beantragen:

1. Ein Weiterverbleiben in der zweiten Internationale ist abzulehnen. Die Partei erstrebt gegen die internationale Reaktion und die Kapitalsherrschaft den Zusammenschluß aller der dritten Internationale angeschlossenen Parteien sowie aller übrigen revolutionären Sozialisten zu einer alle Erdteile umfassenden revolutionären Internationale. Der Parteivorstand wird beauftragt, sofort mit den Parteien in Verhandlung zu treten, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, des Rätesystems und der Diktatur des Proletariats als notwendige Uebergangsmaßnahme für die Zeit der Ueberführung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die sozialistische stehen.

Die Partei fordert einen ständig tagenden internationalen Arbeitsausschuß zum Zwecke gegenseitiger Orientierung und des Vorwärtstreibens der Weltrevolution. Zur wirklichen Aktionsfähigkeit dieses Ausschusses ist in allen Ländern für Aufbringung ausreichender Mittel Sorge zu tragen.

2. Die U. S. P. verurteilt jede Zersplitterung der freien Gewerkschaften. Sie erblickt ihre Aufgabe hingegen darin, aus den zum Teil politisch neutralen Gewerkschaften wirkliche Kampfesorganisationen des revolutionären Proletariats zu machen.

Aus der Streikbewegung

Durch Verhandlungen ist der Streik auf den westpreußischen Kleinbahnen jetzt völlig beendet worden. Beendet ist ebenfalls nach einer Dauer von fünf Wochen der Holzarbeiterstreik in Königsberg. Die Lohnerhöhungen betragen für gelernte Arbeiter 25 Pfg. pro Stunde, für ungelernte und Frauen 20 Pfg. Der Buchdruckerstreik in Königsberg geht nach wie vor in voller Schärfe weiter. Die Buchdruckereibesitzer verlangen, erst sollen die Buchdrucker die Arbeit aufnehmen, ehe sie verhandeln wollen. Darauf können diese selbstverständlich nicht eingehen. Beendet ist durch Verhandlungen der Buchdruckerstreik in Wehlau.

Aus der Partei.

Weitere Verschiebung des Parteitages

Die ungewisse Gestaltung des Verkehrs nach Aufhebung der Verkehrssperre läßt es unmöglich erscheinen, den Parteitag in Leipzig bereits am 23. November abzuhalten. Sobald sich diese Verhältnisse geklärt haben und zu übersehen ist, daß auch für die Genossen der entlegenen Landesteile die Möglichkeit besteht, den Parteitag beschicken zu können, werden wir rechtzeitig den endgültigen Termin für den Parteitag bekanntgeben.

Das Zentralkomitee
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Kowalski Schutz-Marke

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen

Fischerstraße 42 **Albert Kowalski** Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

Reparaturen in eigener Werkstatt schnell und sauber

Fleischausgabe

für die Zeit vom 10. bis 16. November 1919.

Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte:

1. 150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst,
2. (außer K-Fleischkarten) 125 g amerikanisches Schweinefleisch, Preis Mk. 1,09, 1 Pfund Mk. 4,35.

Elbing, den 14. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Freibank.

Am Sonnabend, den 15. d. Mts., vorm. 8—9 Uhr: Fleischverkauf an die Inhaber der Freibankkarten **Nr. 4388—4638.**

Elbing, den 14. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Familien-Unterstützung.

Für die zweite Hälfte des Monats November 1919 gelangt die Familien-Unterstützung am

Montag, den 17. November 1919, vormittags von 8 bis 1 Uhr,

in der Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 7, zur Auszahlung.

Es ist der Nachweis zu führen, daß sich der Ernährer noch im Heeresdienst oder in Gefangenschaft befindet und nicht der Reichswehr angehört.

Elbing, den 8. November 1919.

Der Magistrat.

Erwerbslosen-Fürsorge.

Das **Bureau** der Erwerbslosen-Fürsorge befindet sich von

Montag, den 17. November 1919,

ab in der **Kriegsküche** — Reiferbahnstraße.

Elbing, den 13. November 1919.

Der Magistrat.

Marienburger Nahrungsmittel-Verteilungsplan

für die Woche vom 17. bis 22. November 1919.

A. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 71 **1/2 Pfund Graupen** in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.

B. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelkarte Nr. 72 **100 gr Kaffee-Ersatz** zu Mk. 0,25 für 100 gr in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.

C. Gegen Voranmeldung auf Milchkarte A 6, B 6 **1 Päckchen Keks** in den Geschäften von Daus, Erasmus, Wölke, Rosenke, Zander.

Schluß der Voranmeldung: Freitag, den 14. November 1919.

Abgabe der Marken durch die Kaufleute: Sonnabend, den 15. November 1919.

Ausgabe der Waren: Montag, den 17. Nov. 1919, 9—10 Uhr vom Speicher Steingasse.

Marienburg, den 8. November 1919.

Städtisches Ernährungsamt. — Arbeiterrat.

Schweinefleischausgabe

Ohne Voranmeldung auf Nahrungsmittelkarte Nr. 73 **1/2 Pfund ausländisches Schweinefleisch** Mk. 4,15 je Pfund.

Der Verkauf beginnt Dienstag, den 18. Nov. 1919.

Abgabe der Markenabschnitte: sind zu hundert gebündelt am Montag, den 1. Dezember 1919, von 10—12 Uhr einzureichen.

Petroleumausgabe.

Ohne Voranmeldung auf Nr. 1 der Petroleumkarte 1/2 Liter Petroleum, Mk. 0,65 je Liter, in den Geschäften von Walter Störmer, Wenk, Jaruslawski, Rosenke, Prohl, Guninski, Schmoller, Bendig, Wicichowski, Wölke, O. A. Möller.

Die Abschnitte sind zu 50 gebündelt am Donnerstag, den 20. d. Mts., von 10—12 Uhr, einzureichen.

Honig-Ausgabe.

Ohne Voranmeldung auf Milchkarte A 7, B 7 1/2 Pfd. Bienenhonig bei den Kaufleuten Bendig, Blank, Erasmus, Zander.

Abgabe der Markenabschnitte Montag, den 17. d. M., von 10—12 Uhr.

Marienburg, den 11. November 1919.

Städtisches Ernährungsamt. — Arbeiterrat.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer

veranstaltet am **Sonntag, den 16. d. M.,** im **Volkshaus** sein diesjähriges

Wintervergnügen.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Anfang 4 Uhr. **Die Ortsleitung.**

Rohfelle

kaufen jeden Posten

wie:

Otter,	**Ziegen,**
Marder,	**Schaf,**
Fuchs,	**Hirsch,**
Iltis,	**Reh,**
Dachs,	**Fohlen,**
Hasen,	**Kalb,**
Katzen,	**Eichkätzchen**
Kanin	**weiße Wiesel** usw.

sowie

;: :: Roßhaare :: ::

und zahlen die höchsten Tagespreise

Gebr. Laschinsky

Elbing, Alter Markt 64

am Markttor. Fernruf 826.

Von heute ab bis einschl. Sonntag, den 16. November

letzter Tag

von 12 Uhr mittags ab

auf dem

Marienburgerdamm

Volkstage

in

Nielsens

Panoptikum

Halbe Preise :: 1 Mark

Kinder unter 12 Jahren 50 Pfg.

Im Wachskabinett eine Sammlung von über 1000 Nummern, Gruppen und Figuren, ausgeführt in Naturgröße.

Extra: **Anatomisch-Pathologische Abteilung**

eine für Damen und eine für Herren.

Entree: 1 Mark.

Das Museum ist geöffnet alle Tage von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Alle Landleute, welche zur Stadt kommen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses lehrreiche und interessante Museum zu besuchen.

Ein Lagerist,

welcher die täglich eingehenden Waren an die einzelnen Verkaufsstellen abzugeben, die Belastung aufzustellen, den Jahresabschluß zu machen, außerdem den Faktor in allen vorkommenden Arbeiten tatkräftig zu unterstützen hat, wird **gesucht.**

Schriftliche Meldungen bis spätestens **Dienstag, den 18. d. Mts.,** unter Angabe der Gehaltsforderung mit der Aufschrift „Bewerbung" sind an den Consum- und Sparverein einzureichen.

Berücksichtigt werden nur Mitglieder.

Consum- und Sparverein von Elbing und Umgegend

Johannisstraße 21.

Holla, Kollegen!

Für Euer Geld könnt ihr

gute und billige Rauchware

bei mir erhalten.

Prima Zigarren
„ Stumpen
„ Zigaretten
„ Rauchtabak
„ Shag-Tabak
„ Kautabak, Stangen u. Rollen
Zündhölzer, Schnupftabak.

Euren baldigen Besuch erwartet

Kollege Lietzau, Alter Markt 2 am Markttor.

Schlittschuhe

Rodelschlitten :

Schlittenglocken

Sparkochherde (Küchenschatz) sowie sämtl. **Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte** empfiehlt zu billigsten Tagespreisen

Hermann Bruckert, Brückstr. 3

Eisenwaren :: Haus- und Küchengeräte.

Emil Roediger

Inh.: **Ernst Hildebrandt**

en gros **Zigarren-Spezialgeschäft** en detail

Bahnhofstr. 6a **Elbing** Fernruf 548

Empfehle kurz vor Eintritt der Banderolesteuer sich vorher mit

Zigarren, Zigaretten u. Rauchtabak

zu versehen.

Für jeden Raucher

und **für Wiederverkäufer** bietet mein Geschäft **günstige Einkaufsgelegenheit.**

Pelzwaren

∴ Kragen, Muffen
Pelzhüte, Pelzmützen
u. s. w.

Velourhüte, Klapphüte, Seidenhüte
blaue Mützen, Wintermützen
Dauerwäsche, Hosenträger
Ohrenschützer, Handschuhe
u. s. w.

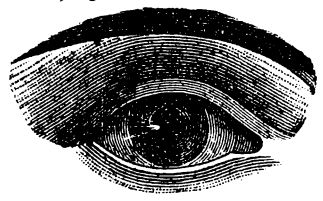
in enorm grosser Auswahl besonders preiswert.

Gebr. Laschinsky

Elbing, Alter Markt 64, am Markttor.

Fernruf 826.

Geht's Dein Auge an
Geh' zu Müller 'ran! !



Optische Centrale :: Elbing
Fischerstraße 32/33 :: Fernruf 987

Kaffees	gebrannt p. Pfd.	**15—20 Mk.**
	roh „ „	**14—16 Mk.**
Kakao	per Pfund .	**16—20 Mk.**
	letztere Preislage edelste Qual.	
Chin. Tee	per 1/4 Pfd.	**5,— Mk.**
Schokoladen	in reicher Auswahl	

empfiehlt

Otto Runkel

Alter Markt 62 — Inn. Mühlendamm 4b.

Bevor Sie einen

Zopf

kaufen, besichtigen Sie mein großes **Lager** in

garantiert Naturhaarzöpfen.

50 cm	lang,	**60 g**	schwer, Stück	**14.00 Mk.**
60 cm	„	**60 g**	„ „	**17.50 „**
65 cm	„	**65 g**	„ „	**22.50 „**
70/75 cm	„	**70 g**	„ „	**26.00 „**

usw. Versand nach **außerhalb** geg. **Einsendung** der **Probe** und **Preisangabe. Umtausch gestattet.** Anfertigung von **eigenem** ausgekämmtem Haar. Große **Auswahl** von **Haarwolle, Kreppwollen, Turbangestellen, Haarnetzen, Roßhaarnetzen, Haarschmuck, Hautcreme, Toiletteartikeln.**

Kopfwaschen, Ondulation, Manikure,
Haarfärben und Bleichen.

Modernste Frisier-Salons für Damen und Herren.

Otto Voss, Wilhelmstraße 43.

Familienanzeigen

Kaufgesuche
Verkaufsangebote

finden in der

„Elbinger Volksstimme"

die weiteste Verbreitung!

Wir empfehlen sie als wirksames Anzeigenorgan!

Zöpfe u. Puppen-Perrücken sowie sämtliche **Haararbeiten** werden zu soliden Preisen angefertigt. **O. Mull, Schiffbauerstraße.**

Stadttheater Elbing

Freitag, den 14. November:

Der fliegende Holländer

Große Oper in drei Akten von Rich. Wagner.

Central-Theater

Brückstraße 15.

Von **Freitag, den 14. bis Montag, den 17. Nov.:**

Der fremde Sohn

Filmschauspiel in 4 Akten. Hauptdarst. Theodor Loos.

Herr Doktor Stellvertreter

Heiteres Lustspiel in 3 Akten.

Als Einlage!

Europa, postlagernd

Detektiv-Abenteuer in 4 Akten Max Landa als Detektiv.

Morgen, Sonnabend

Roßfleisch-Verkauf

Schieres und Klops

Metzner, Hauptstraße 45. Telephon 659.

Reichels Likör-Essenzen

vorrätig

Drogerie Kurt Penner

Heil. Geiststraße 31.

Briefpapiere

sowie

sämtliche Schulartikel

Postkarten und :: Poesiealben ::

Unterhaltungsspiele

empfiehlt

Auguste Kleefeld

Georgendamm 19.

Ein Damen-Winterhut, ein Kinderhut, eine Knabenmütze, Größe 42, billig zu verkaufen

Burgstraße 21b, II r.

1 Herrenwintersportpaletot u. **1 Paar derbe Stiefel,** Gr. 42, preisw. zu verk. Kast.-Allee 3, I r. (2. Tür.)

Das

Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Elbinger Standesamt

vom 14. November.

Sterbefälle: Arbeiter Richard Steinbrücker 52 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 22 | **Sonnabend, den 15. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Das bankrotte Deutschland verschenkt Millionen. Die Reichsregierung hat mit Zustimmung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung beschlossen, einen namhaften Teil des bewilligten Anleihekredits zur Leistung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen an Deutsche zu verwenden, die anläßlich des Krieges im Ausland Schäden erlitten haben. Die endgültige Entschädigung bleibt der gesetzlichen Regelung vorbehalten.

Durch ein großzügiges Hilfsunternehmen soll nicht nur der dringendsten Notlage einzelner Auslandsdeutschen abgeholfen, sondern auch dem deutschen Außenhandel die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit erleichtert werden. In dem Verfahren über die Auszahlung der Gelder wernen die Geschädigten selbst bei der Prüfung der Anträge und bei der Beschlußfassung durch ihre Interessenvertretungen mitzuwirken haben. Wahrscheinlich wird eine Neuanmeldung der Ansprüche erfolgen müssen, über die Näheres noch bekanntgegeben wird. Und die Deutschen im Inlande, die während des Krieges Schaden erlitten haben? Das deutsche Reich pumpt, um wegzuschenken.

Opfer eines Wahnsinnigen. Nach den Mitteilungen der Pariser Kammersitzungen betrugen die Verluste der Deutschen bei den fruchtlosen Stürmen auf Verdun 79000 Mann. Die Franzosen verloren bei der Verteidigung 300000 Mann. Diese Opfer wären also auf das Konto dieses preußischen Blutmenschen „Immer feste druff!" zu setzen, der zur Befriedigung seines Ehrgeizkitzels die Menschen in solchen Massen in den Tod hetzte.

Ein Noskesozialist billigt Eisners Ermordung. Die Tägliche Rundschau meldet aus München: „Charakteristisch ist, daß zum Jahrestag der Revolution der älteste Führer und Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei, Adolf Hepner, gegen Kurt Eisner in einer Broschüre die Anklage der Hörigkeit dem Spartakismus gegenüber erhebt, die Ermordung Eisners als natürliche und logische Folge des Usurpatorischen und Diktatorischen in Eisners Haltung offen bezeichnet und für den Mörder Eisners unverblümt mildernde Umstände geltend macht." Das reaktionäre Blatt bemerkt freudestrahlend zu dieser Meldung: „So urteilt ein Parteigenosse und Freund der Revolution."

Jedes Wort der Kritik würde dies Dokument moralischer Verlumpung nur abschwächen.

4 Jahre Zuchthaus für einen Schieber. In München-Gladbach wurde ein Zuckerschieber mit 4 Jahren Zuchthaus und der Einziehung seines gesamten Vermögens bestraft.

Ob das Mittel hilft, oder ob die Schieber nun die Zuchthausprämie auf die Ware aufschlagen?

Die bulgarischen Kriegsschuldigen verhaftet. Die Regierung hat in Sofia die hervorragendsten Mitglieder der Partei Radoslawow verhaften lassen. Die offiziösen Blätter erklären diese Maßnahme durch die Absicht, die Verantwortlichkeit derjenigen festzustellen, die Bulgarien in den Krieg gezogen haben. Die Regierung will Verhandlungen mit den benachbarten Staaten einleiten, um die Auslieferung des früheren Zaren Ferdinand, Radoslawows und mehrerer Generale zu erreichen.

Todesurteil gegen Hauptmann Sadoul. Der französische Hauptmann Sadoul war, wie wir bereits berichteten, mit einer Militärmission nach Rußland gesandt worden, und hatte dort den vielgeschmähten Bolschewismus aus eigner Anschauung kennen und seine aufbauenden ethisch und sozial wertvollen Kräfte würdigen gelernt. Mit großem Mut hat dann dieser Militär sich benutzt, an der Verbreitung der Wahrheit über Sowjet-Rußland nach besten Kräften mitzuwirken und schloß sich der sozialistischen Partei seines Landes an, die ihn auf ihre Kandidatenliste zu den Kammerwahlen gesetzt hat. Das zog ihm den Haß der französischen Imperialisten zu und dann wurde in größter Hast, noch vor Stattfinden der Wahlen, ein Verfahren wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet.

Aus Paris wird heute gemeldet: Hauptmann Sadoul wurde einstimmig in contumaciam zum Tode verurteilt unter gleichzeitiger Degradierung.

Das dritte Bordell auf Gemeindekosten. Aus Wiesbbaden kommt folgende Nachricht: Nachdem bereits auf Grund einer Anordnung der Franzosen die Stadt zwei Freudenhäuser für Offiziere und Mannschaften hat einrichten müssen, hat die Besatzungsbehörde nunmehr ein drittes öffentliches Haus gegenüber der Kaserne verlangt, das innerhalb vierundzwanzig Stunden geräumt werden mußte. Trotz des bestehenden Kohlenmangels verlangen die Franzosen eine bessere Beheizung der Freudenhäuser. Das von der Stadt im Sommer geschlagene und für die Zeit der Kohlennot aufgestapelte Holz haben die Franzosen beschlagnahmt.

Beantragte Amnestie. Einen Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über Straferlaß für Dienstvergehen haben die Rechtssozialisten der preußischen Landesversammlung eingebracht. Danach sollen alle Disziplinarvergehen und Untersuchungen wegen solcher Dienstvergehen, die in der Zeit vom 9. November 1918 bis zum 9. Mai 1919 in Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Umgestaltung begangen worden sind, nebst den Kosten niedergeschlagen werden. Alle Strafen, die wegen solcher Vergehen erlassen sind, sind aufzuheben, Beamte, die im Disziplinarwege entlassen sind wegen dieser Vergehen, sind wieder einzusetzen. Personalvermerke über diese Strafen sind zu löschen.

Schwerer Unfall der Genossin Zetkin. Wie wir aus Stuttgart erfahren, ist Genossin Klara Zetkin vor ihrer Wohnung gefallen. Die sofort vorgenommene ärztliche Untersuchung hat einen Bluterguß im Gehirn festgestellt.

Das Detachement Roßbach

2000 deutsche Soldaten nach Kurland marschiert

Der rechtssozialistische Parteisekretär Th. Wolff, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, hat an den Reichspräsidenten Ebert folgenden Offenen Brief gerichtet:

Tilsit, 4. November 1919.

Ich erlaube mir ergebenst, den Herrn Reichspräsidenten von folgendem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen:

In einer Sitzung des Reichstages erklärte der Herr Reichswehrminister, Genosse Noske, daß er auf jeden Soldaten schießen läßt, der die deutsche Grenze nach Rußland überschreitet.

Demgegenüber besteht die Tatsache, daß in Vororten von Tilsit am Donnerstag, den 30. Oktober, über 2000 Soldaten eintrafen, die nachts Tilsit passierten nnd nach Rußland zogen.

Nachdem in dem Kirchdorfe Groß-Friedrichsdorf, Kreis Niederung, die einquartierten Truppen geraubt und geplündert hatten, setzten sie sich in Marschbereitschaft.

Vor ihrem Abmarsch erklärte ihnen der Kommandeur: „Kameraden! Wir verlassen jetzt den deutschen Boden und werden nach einigen Wochen in ein neues, reines Deutschland zurückkehren!" Nach Beendigung dieser Ansprache erschollen Hurrarufe, „Nieder mit der Noskegarde!" und „Deutschland, Deutschland über alles!"

Panzerautos und Flugfahrzeuge folgten dem Zuge.

Als Beweis führe ich an das Zeugnis des Herrn Amtsvorstehers Ewald Ruppenstein, Gr. Friedrichsdorf (Tunnischken).

Für Montag, den 3. Novemöer, sind bereits für weitere tausend Mann Quartiere belegt worden. Diese trafen jedoch noch nicht ein, sondern werden 2—3 Tage später kommen.

Ich nehme wohl an, daß der Regierung diese Zustände unbekannt sind, weil die Soldaten zu Fuß kamen und die Grenze bei Nacht und Nebel zu überschreiten suchten.

Was gedenkt der Herr Reichspräsident zu tun, um diese konterrevolutionären Landsknechte zu entwaffnen, die für Ostpreußen und das Reich eine große Gefahr bilden?

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eine Abschrift dieses Schreibens zur Kenntnisnahme gesandt worden.

Mit Parteigruß

Th. Wolff, Parteisekretär, M. d. N.

Das Detachement Roßbach, das am 31. Oktober bei Tauroggen über die Grenze gegangen ist, stand seit vielen Monaten im Bunde mit den baltischen Verschwörern und hat diesen wertvolle Helfersdienste geleistet. Die Mehrzahl seiner Offiziere bereiste Deutschland, um Truppen für das baltische Abenteuer anzuwerben, Munition, Artillerie und Flugzeuge nach Kurland zu verschieben. Das Detachement Roßbach hat, wie wir schon berichteten, auch die Mannschaften des Infanterie-Reg. 21 in Thorn zur Meuterei veranlaßt. Sein Standort in Culmsee war eine Art Sammelpunkt für alle Verschwörungen und Zettelungen, die von den Baltenschiebern in Deutschland unternommen wurden. Obwohl die Regierung von den Treibereien des Detachements unterrichtet war, hat sie nichts unternommen, um den Grenzübergang zu verhindern. Sie hat damit die volle Verantwortung für dieses Unternehmen zu tragen.

An dem Grenzübergang sind am stärksten Leutnant Krull, Bracht und Koepke beteiligt. Leutnant Krull wohnte längere Zeit in Berlin im Continental-Hotel, er hatte riesige Summen russischen Geldes zur Verfügung und hat sich vor allem in der Verschiebung von Flugzeugen hervorragend betätigt. Bereits am 20. September war dieserhalb von einem Ofiizierstellvertreter gegen Krull ein Strafantrag bei der Berliner Kommandantur eingereicht worden. Die Kommandantur schickte den Strafantrag nach Culmsee an das Reichswehr-Jäger-Batl. 37 (Detachement Roßbach) zur weiteren Veranlassung. Dieser Truppenteil, der aus lauter Verschwörern bestand, hatte natürlich nichts eiligeres zu tun, als dem Leutnant Krull den Strafantrag auszuhändigen. Und so wartet die Kommandantur noch heute auf ihren Bescheid, während Krull seiner Schiebungen ungestört fortsetzen und seiner landesverräterischen Tätigkeit durch den gelungenen Grenzübergang des gesamten Detachements Roßbach die Krone aufsetzen konnte.

Ueber den Umfang der Schiebungen, die von Leutnant Krull vorgenommen worden sind, geben uns mehrere Rechnungen der Luftverkehrsgesellschaft (Johannisthal) Auskunft. Danach wurden ihm noch am 11. Oktober zwei Flugzeuge LVG. P. I Nr. 13/19 und LVG. P. I Nr. 23/19) zum Preise von je 37500 Mark geliefert, außerdem Brennstoffe im Werte von 2830 Mark. Außerdem liegt eine Rechnung vom 2. Oktober vor über einen Betrag von 2850 Mark. Das sind alles natürlich nur kleine Ausgaben, von denen wir zufällig Kenntnis erhielten. Die Schiebungen, die Leutnant Krull seit Monaten vorgenommen hat, gehen in Wirklichkeit in die Millionen. Krull ist es vor allem auch gewesen, der im September die Flugzeuge für die Flieger-Abteilung 426, die seit vielen Monaten zu den Russen übergetreten ist, geliefert hat — eine Schiebung, die die Regierung beharrlich abstreiten wollte, trotzdem wir einwandfreie Beweise dafür erbracht hatten.

Daß Herr Leutnant Krull die Schiebungen nicht zu seinem Privatvergnügen vorgenommen hat, sondern mit Wissen und Willen des Detachements Roßbach, also einer Reichswehrformation, mag durch folgendes Telegramm erhärtet werden:

„Leutnant Krull Continental Berlin.
Culmsee, 12. 9.
Russische Nationalhymne in Musik, wenn möglich noch zwei andere russische Märsche oder Lieder mitbringen. Musikalienhandlung Bote u. Bock, Leipziger Straße oder Parisius oder andere Geschäfte.
Unterschrift:
Sturmabteilung Roßbach a. B. Koepke."

Hier wird also der einwandfreie Nachweis erbracht, daß die deutsch-russischen Verschwörer mit gewissen Reichswehr-Formationen Hand in Hand arbeiten. Wir haben darauf schon wiederholt hingewiesen und haben betont, daß nur mit der nachdrücklichen Unterstützung der deutschen militärischen Dienststellen das baltische Abenteuer des Räuberhauptmanns Bermondt lebensfähig geworden ist.

Daß der Nachschub nach Kurland bisher noch nicht unterbunden worden ist, sondern mit Hochdruck fortgesetzt wird, kann jetzt auch von der Regierung nicht mehr abgestritten werden. Die vielen Verhaftungen reden eine zu deutliche Sprache. Es ist für jeden Einsichtigen klar, daß auch der Uebergang der 2000 Mann starken Abteilung Roßbach nach Tauroggen nur mit Hilfe und Unterstützung militärischer Dienststellen möglich sein konnte. Von diesen Kreisen wurden bisher alle Regierungsmaßnahmen gegen das baltische Abenteuer planmäßig durchkreuzt. Die Verordnungen der Regierung sind für sie nur Luft. Sie spielen der Regierung eine Komödie vor, indem sie sich immer wieder als treue Diener des Staates ausgeben, in Wirklichkeit machen sie ihre eigenen Gesetze. Und so lange die Regierung nicht den Mut findet, dieser Selbstherrlichkeit der Offizierskamarilla ein Ende zu machen, so lange wird der Nachschub an Menschen und Material nach Kurland nicht nachlassen, und das deutsche Volk wird immer wieder von neuem in schwere Konflikte gestürzt.

Der Vorgang ist um so ungeheuerlicher, weil die Berliner Freiheit bereits am 21. Oktober die Oeffentlichkeit von dem Plan der meuternden Truppen in Kenntnis gesetzt hatte. Die Regierung besaß auch nicht die Kraft, ihren Befehlen Geltung zu verschaffen und der militärischen Rebellion Herr zu werden. Das Detachement Roßbach konnte den weiten Weg von Culmsee bis Tilsit ungehindert zu Fuß zurücklegen und ist glücklich in Rußland gelandet. Damit ist die völlige Machtlosigkeit der Regierung den baltischen Rebellen gegenüber einwandfrei festgestellt. Das sieht sogar das Blatt der Memeler Rechtssozialisten, die Volksstimme, ein. Sie bringt den offenen Brief an den Reichspräsidenten zum Abdruck und schreibt dazu sehr zutreffend:

„Heute weiß jeder Deutsche, daß wir uns mit den Baltikumtruppen eine Natter am Busen großgezogen haben, die zu gegebener Zeit ihr konterrevolutionäres Gift auch nach Deutschland hineintragen wird. Daß dafür gesorgt war, daß keiner, der zu den Baltikumtruppen wollte, erschossen wurde, wußten wir längst und haben den diesbezüglichen Befehl Noskes als Kuriosum unserem Archiv einverleibt. Ehe die Arbeiterschaft der Grenzkreise nicht zur Selbsthilfe greift, ist an eine Aenderung des jetzigen Zustandes gar nicht zu denken. Die unzweifelhaft bestehende Militärregierung setzt sich mit Hilfe der vornovemberlichen Geheimratswirtschaft besser durch, als die rechtmäßige Regierung — da liegt der Fehler."

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bestätigt die Angaben des Herrn Wolff. Die unsichere Haltung des Detachements wäre bekannt gewesen und deshalb sei es von Culmsee nach Marienwerder abtransportiert worden. Während dieser Beförderung nach dem Westen erfolgte der heimliche Abmarsch eines Teiles der Truppen bei Nacht und Nebel. Es wurde nun versucht, die abhängigen Truppen durch andere aufhalten zu lassen. Dieser Versuch mißlang aber, weil die Truppen, die zum Aufhalten bestimmt waren, sich weigerten, Gewalt anzuwenden. Vielmehr schlossen sich von den Aufhaltetruppen einige noch dem Detachement Roßbach an.

Wie die D. T. Z. weiter erfährt, sind die Aufhaltetruppen am Pregel und am Njemen postiert gewesen. Auch wurden Offiziere in Kraftwagen hinter den Truppen des Detachements Roßbach hergeschickt und haben versucht, mit diesen zu verhandeln. Der Erfolg dieser Verhandlungen ist aber negativ gewesen.

Politische Rundschau

Deutschland

Liebknechts Broschüre von Noske erneut beschlagnahmt

Die Beschlagnahme der Broschüre von Karl Liebknecht „Militarismus und Antimilitarismus" war unzweifelhaft eine Heldentat ersten Ranges des „sozialdemokratischen" Berliner Polizeipräsidenten. Aber die Sache wächst sich aus. Der Ober-Reichsanwalt hat die Beschlagnahme der Broschüre wie auch der Bilder und der Totenmaske aufgehoben und auf die ihm erneut gestellte Zumutung, die Sachen wieder zu beschlagnahmen, erwidert, er habe dazu nicht die allergeringste Veranlassung.

Nun sind aber inzwischen Wochen verflossen, ohne daß bisher die von dem Oberreichsanwalt freigegebenen Sachen vom Polizeipräsidenten Eugen Ernst wieder zurückgegeben sind. Alle Reklamationen durch die Witwe Liebknechts, durch Drucker und Verleger waren vergeblich. Der Verleger, Genosse Adolf Hoffmann, wandte sich an das Ministerium des Innern und unterbreitete dem Unterstaatssekretär Dr. Freund die Angelegenheit. Am 9. d. M. erhielt er die persönliche Antwort von Dr. Freund, daß das Polizeipräsidium die Sachen dem Oberkommando übergeben und dieses sie gegen den Willen des Reichsanwalts wieder beschlagnahmt hätte. Trotz zweimaliger Anweisung des Oberreichsanwalts und des zuständigen Staatsanwalts in Berlin, Weißmann, wurden die Sachen nicht freigegeben. Das Oberkommando ist der Meinung, daß die Broschüre und auch die Bilder in heutiger Zeit aufreizend wirken.

Das Unerhörte bei dieser Sache ist, daß das Oberkommando, also Herr Noske, sich über die Entscheidung des Oberreichsanwalts stellt. Das ist nicht nur Rechtsbeugung, denn der Oberreichsanwalt ist die höchste darüber zu entscheidende Behörde, sondern eine Anmaßung von Befugnissen, die Noske nicht zustehen. Damit beweist er aufs neue, daß sein Haß gegen die Arbeiterbewegung, sowie gegen die Personen, die den Militarismus bekämpfen, ihn zu einem bewußten Förderer der Gegenrevolution macht.

Ein Vergleich

Ein englischer Kommunist — als solchen bezeichnet wenigstens Fenner Brockway den englischen Schriftsteller Douglas Goldring — hat vor geraumer Zeit Deutschland bereist. Er ist in Frankfurt, Stuttgart, München, Berlin, Dresden, Leipzig und anderen Städten gewesen, hat mit führenden Persönlichkeiten der Sozialisten und Kommunisten gesprochen und einen Extrakt aus allem, was er gesehen und erfahren hat, finden wir nun in einem Interwiev mit Fenner-Brockway im Labour Leader niedergelegt. Er äußerst sich sympathisch über die Unabhängige Sozialdemokratie und ist entsetzt über das Blutvergießen und die Gewaltanwendung durch die Mehrheitssozialisten. Er erwähnt den Mord an Eisner, Gustav Landauer. Befragt, ob er wirklich glaube, daß die Mehrheitssozialisten in der deutschen Regierung einen Teil Verantwortung für die Methoden der Unterdrückung haben, die gegen die Kommunisten angewendet werden, erwiderte Douglas Goldring sofort:

„Lloyd George und Winston Churchill würden vollkommen genügend sozialistisch sein, um einen Platz in der deutschen Regierung zu finden. Die Mehrheitssozialisten sind nicht Sozialisten in dem Sinne, in dem wir diese Bezeichnung verstehen."

Das ist bitter! Am meisten aber schmerzte es den englischen Kommunisten, zu beobachten, „wie die Männer, die mit Bebel zusammenstanden, als er fünfzig und mehr Jahre verfolgt wurde, sich jetzt vorbereiten, die jüngere Generation von Kommunisten zu verfolgen. Ich bin sicher, daß Bebel selbst nicht unter den Verfolgern gewesen wäre."

Noch bezeichnender!

Wir haben kürzlich auf einen bezeichnenden Streit zwischen dem General Ludendorff und dem General Scheüch hingewiesen, in dem der ehemalige Kriegsminister Scheüch aus Furcht vor der kommenden Gegenrevolution sich gegen den Vorwurf verteidigte, der Revolution nicht tatkräftig genug Widerstand entgegengesetzt zu haben. Wir nannten es bezeichnend, daß unsere Zeit schon soweit gediehen ist, daß man sich dagegen verteidigen muß, mit der Revolution auch nur das Geringste zu tun gehabt zu haben. Wir haben sehr schnell ein zweites, viel bezeichnenderes Schauspiel erlebt. Die Deutsche Tageszeitung, das erzreaktionäre Organ der Großgrundbesitzer, hatte Herrn Noske den Vorwurf gemacht, daß er in Kiel die Revolution nicht verhindert habe. Er sei von der Regierung dort hingesendet worden, um die Ordnung wieder herzustellen, anstatt diesen Auftrag auszuführen, habe er sich an die Spitze der aufständischen Truppen gestellt. Der Herr Reichswehrminister hatte nichts Eiligeres zu tun, als im Vorwärts in einer anderthalb Spalten langen Polemik sich gegen den Vorwurf zu verwahren, als ob er irgend etwas zur Unterstützung der Revolution getan habe. Als er nach Kiel gekommen sei, sei es bereits zu spät gewesen. Nur hundert in einem Keller eingesperrte Infanteristen hätten ihm zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung gestanden, Die Aufständischen hätten ihn sogleich von seinen Begleitern getrennt und ihn später zu ihrem Führer gemacht. Herr Noske entschuldigt sich förmlich, daß er nichts weiter tun konnte, um die Revolution zu verhindern, aber ihm haben die Mittel dazu gefehlt. Auch er sieht die Gegenrevolution kommen und bittet deshalb um gut Wetter. Auch er will mit der Revolution heute nichts mehr zu tun gehabt haben; er fürchtet, daß die Reaktion nicht ganz so sanft mit den revolutionären Elementen abrechnen würde, wenn sie wieder zur vollen Macht gelangt sein wird, worauf Herr Noske ja auf das eifrigste hinarbeitet. Es soll dem Herrn Reichswehrminister nicht vergessen werden, daß er kaum ein Jahr nach der deutschen Revolution diese in aller Oeffentlichkeit verleugnet. Aber wir wollen auch bedenken, daß dies dem Geist der Zeit entspricht. Nachdem die Gefahr, die die Revolution für Leib und Leben der Kriegsschuldigen hätte bedeuten sollen, vorüber ist, nachdem die wankenden Gestalten mit schlotternden Knieen sich wieder aufgerichtet haben, verfluchen nicht nur die deutschnationalen Parteien, sondern auch die sogenannten Demokraten die Revolution. Die Herren Demokraten, die noch im November 1918 hocherfreut aus den Händen der Revolutionäre ihre Ministersessel in Empfang nahmen, die in großen Demonstrationszügen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen die Revolution zu feiern vorgaben, diese Herren lehnen jetzt jede Gemeinschaft mit der Revolution ab. Auch das soll ihnen für die Zukunft unvergessen bleiben. Nur aus diesem Geist heraus ist es zu verstehen, daß am 9. November 1919, am ersten Jahrestage der Revolution, ein Trupp reaktionärer Soldaten in demonstrativer Weise einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Fahne am Denkmal Friedrichs des Großen in Berlin niederlegen kann. Jauchzend berichtete die bürgerliche Presse, daß das Publikum schweigend und mit Zustimmung dem Vorgang zusah. In der Tat, wer es heute wagte, die imperialistische schwarz-weiß-rote Fahne anzutasten, auch nur mit Worten gegen das Treiben der Reaktion aufzutreten, er würde nicht nur Noskes Söldnern, sondern auch der Wut der reaktionären Bourgeoisie verfallen. Das sind die Früchte des 9. November 1918.

Engländer über die Einwohnerwehr

Im liberalen Manchester Guardian veröffentlicht ein englischer Berichterstatter einen Bericht aus Berlin über die Zusammensetzung, Bewaffnung und Betätigung der Einwohnerwehr, dem wir u. a. folgende Sätze entnehmen:

„Es existieren in Deutschland noch immer starke militärische Kräfte, die offiziell nicht als Teile der Armee bezeichnet werden, nämlich die sogenannten Einwohnerwehren. Das sind örtliche Körperschaften von bewaffneten freiwilligen Zivilisten, die man überall finden kann. Sie sind nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit allem andern Kriegsmaterial ausgerüstet. Fast jeder Gutsbesitzer in Pommern und Ostpreußen soll jetzt eine Schar bewaffneter Gefolgsleute besitzen wie im Mittelalter. Wie in den Dörfern, so ist es auch in den Städten. Erst kürzlich erschienen auf die Nachricht von einem spartakistischen Putsch Studenten in den Straßen Berlins, die mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet waren. Die Stärke der Einwohnerwehren muß gewaltig sein, und sie stellen eine offenkundige Verletzung des Versailler Vertrags dar. Ueberall sind die Einwohnerwehren politisch und reaktionär."

Richtig erkannt. Zu erwarten bleibt, daß auch die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen werden!

Pressechef Ulrich Rauscher

Laut einer kürzlich im Reichsanzeiger erfolgten Veröffentlichung übertrug der Reichspräsident die in der Reichskanzlei neu geschaffene Stelle eines Direktors dem Leiter der vereinigten Pressebureaus des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, Ulrich Rauscher.

Damit haben sich die regierenden „Sozialisten" den würdigsten Herrn seines Fachs ausgesucht: Ulrich Rauscher betätigte sich jahrelang in der Fabrikation der kriegsbegeistertsten Gesänge und alldeutschen Hymnen und mit derselben Ueberzeugungstreue wie er Wilhelm die Kaisertreue, so wird er Herrn Ebert die republikanische Treue schwören.

Ein edler Staatsanwalt

Einem großen Skandal ist die Landesregierung in Detmold auf die Spur gekommen und hat ihm durch energisches Zupacken rechtzeitig ein Ende bereitet. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht zu Detmold namens Credet, ein bekannter Führer der Deutschnationalen, wurde zur Disposition gestellt, weil er einen wegen Totschlags angeklagten deutschnationalen Pastorssohn gegen die Anordnung der vorgesetzten Behörde außer Strafverfolgung gesetzt hatte. Der Pastorssohn hatte in einer deutschnationalen Versammlung im Mai dieses Jahres einen sozialdemokratischen Arbeiter getötet und einige andere Versammlungsbesucher verletzt.

In der Landtagssitzung führte das Vorgehen des Staatsanwalts zu einer erregten Aussprache. Der Landespräsident sagte eine weitere strenge Verfolgung des bisherigen Ersten Staatsanwalts zu.

Was sagen die Deutschnationalen zu diesem edlen Vertreter, die sich erst kürzlich nicht genug darüber aufregen konnten, als ein Sozialdemokrat, der als Opfer der Klassenjustiz fälschlich wegen Meineides zu schwerster Strafe verurteilt wurde, rehabilitiert wurde? Vermutlich sympathisieren sie insgeheim mit dem schneidigen Staatsanwalt, für dessen Edelmut dem hoffnungsvollen Pastorssöhnchen gegenüber sie sicherlich großes Verständnis aufbringen werden, möchten sie doch auch nur zu gern alle sozialdemokratischen Arbeiter totschlagen!

Unverschämte Hetzapostel

Die konservativen Zeitungen hielten sich in den ersten Zeiten der Revolution notgedrungen etwas im Zügel. Jetzt wähnen sie ihre Stunde nahe und lügen, was Zeug und Leder hält. So leistet sich die Marienburger Zeitung in ihrer Nummer vom 12. November folgendes Bubenstück:

(Die Errungenschaften der Revolution)

	Einst 1918	Jetzt 1919
Ausgaben des Reiches im ordentl. Etat ca.	8 Milliarden	18—20 Milliarden
Fehlbetrag im preußischen Etat	2,3 Milliarden	6 Milliarden mindestens
Steuerbelastung in Preußen	641,9 Millionen	1360,6 Millionen mindestens
Fehlbetrag der preußischen Eisenbahnen	1894 Millionen	3963 Millionen
Kosten für Heer und Flotte (Friedensstärke)	1914: 2 Milliarden für 880000 Mann d. h. pro Mann 2270 Mark	1,5 Milliarden für 115000 Mann d. h. pro Mann 13034 Mark
Kosten für Soldatenräte	bis November 1918: 0,0 Mark	Novbr. 18—März 19: ca. 100 Millionen
Papiergeldumlauf	12—13 Milliarden	41—42 Milliarden
Metalldeckung der Noten	19,5 Proz.	3 Proz.
Goldbestand der Reichsbank ca.	2,3 Milliarden	ca. 1,1 Milliarden
Valuta: 100 Schweizer Franken kosten	Oktober 1918: 130—140 Mark	Oktober 1919: ca. 500 Mark
Entschädigung für Bahndiebstähle (Preußische Bahnen)	120 Millionen	mindestens 160 Millionen
Entschädigung für gestohlene Postsendungen	280000 Mark	1500000 Mark
Kohlenpreise im Großhandel (pro Tonne)	Herbst 1918: 39,5 Mark	Herbst 1919: 79,4 Mark

und wie steht es mit allem anderen, was wir täglich brauchen?

Selten findet sich auf so kurzem Raum eine solche Anhäufung bösartiger Lügen. Die heutigen Zustände sind teils eine Folge des militärischen Zusammenbruchs, teils sind für sie der Egoismus der Kapitalistenklasse und die Unfähigkeit der Regierungsbureaukratie verantwortlich zu machen. Der militärische Niederbruch war schon erfolgt, als die Revolution eintrat.

Am 2. Oktober vormittags, nachdem die Oberste Heeresleitung wiederholt die sofortige Anbahnung von Friedensverhandlungen verlangt hatte, sprach der Vertreter der Obersten Heeresleitung vor den Parteiführern des Reichstages über die militärische Lage. Er schilderte zunächst den Zusammenbruch der bulgarischen Front und das nahende Verhängnis im Westen. Als Schuld führte er die wachsende Uebermacht der Feinde und die Erschöpfung der deutschen Reserven an. Er sagte:

„Die Oberste Heeresleitung **mußte** den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen **keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.**"

Die Tanks der Feinde seien in Massen verwendet worden, Deutschland könnte nicht die gleichen Massen entgegenstellen. **Restlos entscheidend sei die Ersatzfrage** gewesen. Nach Einstellung der Genesenen und des Jahrganges 1900, die höchstens zu einem ruhigen Winterfeldzuge ausreiche, sei unsere letzte Menschenreserve verbraucht. Die Verluste der Schlachten (der Offensiven 1918) seien über Erwarten groß. Man könne den Krieg durch Ausweichen noch weiterführen, könne verwüstetes Land hinterlassen, aber gewinnen könne man nicht mehr. Dann erklärte der Vertreter der Obersten Heeresleitung:

„Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner seinem Ziel näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen. Deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen. Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten wir für die militärische Lage haben."

Klarer konnte die Schuld der militärischen Machthaber und ihr schändliches Glücksspiel mit den leidenden Völkern nicht zugestanden werden. Die Rede zeigt zugleich unzweideutig, daß weitere Opfer ein furchtbares Verbrechen gewesen und daß tatsächlich Ludendorff und Genossen am Ende ihres Lateins waren. Heute wagen ihre Gesinnungsgenossen frech, die Schuld des Zusammenbruchs und der Kriegsfolgen aufs Konto der Revolution zu setzen.

Rußland

Sieg der Bolschewiki auf allen Fronten

Die Lage des Generals Judenitsch beginnt verzweifelt zu werden. Die Bolschewiki haben ihn nahezu umzingelt. Er steht vor der Wahl ins Meer gedrängt zu werden oder zu kapitulieren. Denikin ist ebenfalls am Ende. Seine Lage wird mit jedem Tage kritischer. Die heftigsten Gegner Denikins sind die Bauern und die Arbeiter geworden. Denikins Versuche, die Parteigänger der roten Nationalisten und der linkssozialen Revolutionäre auf seine Seite zu bringen, sind kläglich gescheitert. Auch die Großbauern, die Denikin gleichfalls zu gewinnen suchte, haben ihn im Stiche gelassen. Seine einzige Stütze sind die Offiziere und die Besitzenden. Ueber größere Machtmittel verfügt Petljura, der seine Anhänger unter den Großbauern hat. Petljura stützt sich auf die fremden Bajonette, um sich zu behaupten. In dem Augenblick, wo die Sowjettruppen in der Ukraine Fortschritte machten, sind Petljuras Truppen in großen Massen zu den Roten übergelaufen. Alle Bemühungen Petljuras und seiner Verbündeten, sich mit Denikin zu vereinigen, sind vollkommen gescheitert. Die Sowjetmacht einzig und allein hat die Aussicht, einen entscheidenden Einfluß auf die Dinge in der Ukraine in nächster Zukunft auszuüben.

Ihre Truppen haben in diesen Tagen Tscheringew nördlich von Kiew erobert und bedrohen Kursk. In Sibirien ist Koltschaks Rolle ebenfalls ausgespielt. Diesen günstigen Augenblick wählten die Bolschewiki, um der Entente neue Friedensvorschläge zu unterbreiten.

Danach soll ein Waffenstillstand auf zunächst 14 Tage abgeschlossen werden. Keine der Parteien darf ihn zum Transport von Truppen oder Kriegsgerät benutzen. Die Bürger der russischen Sowjetrepublik sollen freien Zuzug zu den alliierten und assoziierten Ländern und allen den Ländern erhalten, die aus dem Gebiete des früheren russischen Reiches entstanden sind. Sie sollen freien Aufenthalt und Verkehr haben und Schutz genießen, so lange sie sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder nicht einmischen. Dasselbe soll für die Untertanen dieser Länder Rußland gegenüber gelten. Die Sowjetregierungen erkennen die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches gegenüber den fremden Ländern an, die den Friedensvertrag unterzeichnen. Die Friedenskonferenz soll in einem neutralen Lande stattfinden.

Die russische Sowjetregierung erklärt sich zur Annahme der von ihr aufgestellten Vorschläge bereit, wenn diese von den Verbündeten bis zum 15. November anerkannt werden. Die Vorschläge enthalten am Schluß eine für Deutschland höchst beachtenswerte Stelle: Die Sowjetregierung verlangt von Amerika und England eine Bürgschaft dafür, daß diese Mächte alles tun werden, um Frankreich zum Innehalten der Waffenstillstandsbedingungen zu veranlassen. Weiter hofft die Sowjetregierung, daß sie in die Lage versetzt werde, ein entsprechend abgeändertes Friedensangebot den Mittelmächten zu unterbreiten.

Ob in England unter dem Druck der Niederlagen sich ein Umschwung vollzieht, wie bürgerliche Blätter wissen wollen, bleibt abzuwarten.

Großbritannien

Kohlenprofite und Kohlenförderung in England

Die englische Regierung hat eine Erhöhung der Kohlenpreise bewilligt, obwohl sie ursprünglich eine Verteuerung nicht wollte. Sie hatte recht, wie die Kohlengewinne im letzten Vierteljahr 1918 beweisen. Die Regierung muß selbst durch ihren Vertreter zugeben, daß der Reingewinn pro Tonne 3 Schilling 4 Pence betrug. In den letzten vier Kriegsjahren machten die Kohleninteressenten und die Regierung einen Profit von nicht weniger als 160000000 Pfund Sterling. Für das Jahr 1919 sind noch keine Ziffern zu erhalten, obwohl sie sicher bereits für das erste Halbjahr feststehen. Man darf also annehmen, daß Kohlenbarone und Regierung auch in diesem Jahre nicht schlechter abschneiden. Sonst wären die Ziffern längst bekannt gegeben.

Interessant sind auch die Förderungszahlen. Bekanntlich wurde Mitte Juli die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt. Gegen diese Stunde war mit allen Argumenten gekämpft worden. Tatsächlich wurde auch in den ersten Wochen viel weniger als vorher gefördert. Das hing aber zum Teil mit dem Yorkshire Kohlenstreik und später mit dem Eisenbahnerstreik zusammen. Die Ziffer hat sich jetzt beträchtlich gehoben. In

der letzten Woche vor dem Einsetzen der verkürzten Arbeitszeit war die Förderung 4796148 Tonnen, in der Woche, die mit dem 18. Oktober abschloß, 4727465 Tonnen, also nur 68000 Tonnen weniger. Man glaubt, daß bald wieder die alte Zahl erreicht werden wird.

Dabei muß im Auge behalten werden, daß die Erhöhung der Arbeitsleistung nicht auf einen großen Zustrom von Arbeitern zurückzuführen ist. Es sind tatsächlich nur ein halbes Prozent Arbeiter mehr eingestellt worden, eine Summe, die gar nicht in Betracht kommt. Alles Gerede über den Zusammenbruch der englischen Kohlenförderung durch die Verkürzung der Arbeitszeit hat sich also als Unsinn erwiesen.

In und um Elbing

Interessenpolitiker möchten ihr Süppchen kochen

Zur Stadtverordnetenwahl sind nicht weniger als **10 Wahlvorschläge** eingereicht. Es sind dies:

	Liste	
Unabhängige Sozialdemokraten		**Baude**
Sozialdemokratische Partei		Braun
Deutsch-Demokratische Partei		Ella Carstenn
Zentrum		Polzin
Deutschnationale Volkspartei		Diegner
Deutsche Volkspartei		Habecker
Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer und Technischer Verbände		Vorfalt
Beamten-Orts-Kartell	„	Winkler
Mittelstandsliste	„	Wegmann
Hausbesitzer	„	Lewinsohn

Mit dieser Zahl von Listen hat Elbing wahrscheinlich einen Rekord in der Zersplitterung aufgestellt. Von zehn Listen ist wenigstens bisher noch von nirgendwo etwas zu hören gewesen. Jede Körperschaft, die überhaupt wirken soll, braucht eine Majorität nach der einen oder anderen Richtung hin; andernfalls versandet sie in faulen Kompromissen, in Rechnungsträgerei und G'schäftlhuberei. Aber das ist es: nun der alte Augiasstall der Dreiklassenwirtschaft gesäubert werden soll, möchten die Nutznießer des bisherigen Zustandes weiter von ihm profitieren. Sie klammern sich an ihre Pöstchen, weil sie für sich oder ihre Gevattern davon Vorteile erwarten. Von der politischen Reife der Elbinger Arbeiterschaft hängt es ab, diesem Treiben Halt zu gebieten. Genossen und Kollegen, am 30. November darf es nur eine Parole unter den Proletariern geben:

Bahn frei für eine bessere Zukunft!
Liste Baude wird gewählt!

Der Zugverkehr nach dem 15. November

Nach Anordnung der Reichsregierung soll am 16. November die Wiederaufnahme des Personenzugverkehrs erfolgen. Dabei ist jedoch nicht an eine Wiederaufnahme des vollen Verkehrs zu denken. Nur solche Züge, die zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendig sind, werden dann wieder verkehren. Schon heute steht nach Meldungen Berliner Blätter fest, daß auf jeder Strecke voraussichtlich nur noch ein Schnellzug in jeder Richtung verkehren wird.

Weitere Meldungen besagen, daß die Verkehrssperre nichts genützt hat. Sie sollte zur Behebung der Kohlen- und Kartoffelnot verhängt sein. Kartoffeln kriegt man keine, weil erstens die Bauern keine liefern wollen und nun infolge des Frostes auch nicht mehr können. Da hätte sich die weise Regierung eher besinnen und auch anders zufassen müssen. Desto mehr müßte es doch nun möglich sein, Kohlen zu transportieren. Aber auch da klappt es nicht. Es fällt schwer, an bloße Unfähigkeit der leitenden Männer zu glauben. Soll da etwa planmäßige Sabotage im Spiele sein?

Aus den Fingern gesogen

Seit Lothar Wendes Zeiten ist in der Redaktion der Elbinger Zeitung ein wesentlicher Niedergang eingetreten. Es scheint, als ob die Tage des Herrn Binzer, der mit beweislosen Verdächtigungen gar zu gern gegen seine Gegner operierte, allmählich wiederkehren sollten. Zu unserem Bedauern waren wir bereits mehrfach genötigt, solche Entgleisungen der Elbinger Zeitung festzustellen und müssen das auch heute wieder tun. In der gestrigen Nummer bringt unsere Kollegin folgende Nachricht:

Die Bolschewisten und Dr. Cohn
Eigene Meldung der Elbinger Zeitung
Berlin, 12. November

Wie die Deutsche Zeitung erfährt, ist die „Rechte Hand" des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten Sowjetrußlands, Abramowitsch, Ende vorigen Monats in Berlin eingetroffen. Er sprach sofort bei Dr. Cohn vor und besprach mit ihm die Maßnahmen gegen die Anwerbung im Osten. Dr. Cohn versprach, diese Angelegenheit aufs eifrigste weiter zu verfolgen. A. überbrachte ihm darauf den strikten Auftrag der Sowjetregierung, mit Hilfe der radikalen Parteien jede Werbetätigkeit zu verhindern und unter diesen Parteien Stimmung für einen bewaffneten Aufstand zu machen. A. soll eine bedeutende Summe Geldes mitgebracht haben.

Die Meldung ist völlig unzutreffend. Genosse Cohn wird als Nachfolger Haases im Fraktionsvorsitz genannt, Flugs soll gegen ihn Stimmung gemacht werden. Es ist sehr bedauerlich, daß ein Blatt von der Bedeutung der Elbinger Zeitung sich an diesem Treiben beteiligt.

Elbinger Stadttheater

„Die verschwundene Pauline", Schwank in 3 Akten von Willi Wolf und Martin Zickel.

Man nehme einen Teil „Pension Schöller", einen Teil „Charleys Tante", einen Teil „Im weißen Rößl", rühre dieses tüchtig durcheinander und man erhält dann „Die verschwundene Pauline". Und aus diesen Gründen hatte die Direktion die Lacher auf ihrer Seite. Die Handlung ist ungefähr folgende: In der Fremdenpension „Geschwister Schön" herrscht Aufregung darüber, daß die resolute und tüchtige Zwillingsschwester Pauline, des anderen Inhabers Paul Schön plötzlich nach einem Zwist verschwunden ist. Paul ist dieser Situation um so weniger gewachsen, da er durch peinlich falsche Eintragungen ins Fremdenbuch die Gäste noch mehr gegen sich aufbringt. Ein nörgelnder Gast, der Gosefabrikant Traugott Seegebrecht aus Leipzig, stachelt die Unzufriedenheit der Gäste in recht „spartakistischer" Weise an. Er schlägt den andern Gästen vor, ohne die Rechnung zu bezahlen, in ein anderes Hotel zu ziehen. Als Paul nun sogar kocht, ist das Schicksal der Fremdenpension besiegelt. Doch Käthi, die schlaue Magd, rät ihm zu, in Anbetracht der Aehnlichkeit der Geschwister, die Rolle der verschwundenen Pauline zu übernehmen. Als Pauline erringt er wieder die Sympathien der Gäste in ungeahnter Weise. Er wird in verschiedener Weise ins Vertrauen gezogen und so entstehen Situationen, die zwerchfellerschütternd wirken.

Die Aufführung war gut inszeniert und Herr Wiesner zeichnete verantwortlich. Auch für die Personen des Gose-Fabrikanten Seegebrecht, dem er zwar das nörgelnde Wesen sehr gut, aber nicht den „Leibzcher" Dialekt beibringen konnte. Herr Kaiser in der Doppelrolle als Paul und Pauline Schön kann ein guter Teil für den Lacherfolg des Abends für sich in Anspruch nehmen. Die Rolle des Urberliner Weinhändlers Krause bot Herrn Wald Gelegenheit, sich endlich ein Lob zu verdienen. Auch Herr Hille brachte mit gutem Geschick einen famosen Ortsgendarm („Schnackele" aus dem „Ulk") auf die Bühne. Der Bergführer Toni (Herr Heidenreich) und die schlaue Käthi (Frl. Blumenfeld) waren von täuschender Echtheit, während Herr Mieklei sich in der Rolle des kunstschwärmenden Jünglings selbst wohl sehr unglücklich vorkam. Frl. Welsch als Weinhändlerstochter, ferner Frau Steineeg als Geheimrätin, und Herr Homfeld als ein von den Damen begehrter Tenor seien außerdem noch hervorgehoben.

(Wegen Raummangels zurückgestellt.) fd.

Volkshochschule Elbing

Die Volkshochschule gibt bekannt, daß zu den drei Arbeitsgemeinschaften der Gruppe D: 1. Landeskunde und Geschichte von Westpreußen (Studienassessor Krüger), 2. Grundfragen des seelischen Lebens (Dr. Schröder), 3. Das Wichtigste aus der Zellenlehre (Studienrat Dr. Graf), noch Eintrittskarten zu haben sind. Der Vortrag zu 1 beginnt am 17. November.

Aufruf an die Bücherfreunde!

Der Volksverband der Bücherfreunde, dem ohne einen Mitgliedsbeitrag alle, auch Vereine, Verbände, Organisationen und Einzelpersonen angehören können, will der Sozialisierung des Bildungswesens ein Helfer sein. Jährlich erscheinen zunächst vier literarisch wertvolle Bände, künstlerische, dem jeweiligen Inhalt angepaßte Einbände, typographisch und in der Papierwahl würdige Ausstattung wird die also zustande kommende Bibliothek zur Heimstätte von Kunst und Schönheit machen. Der Verband begann im Oktober dieses Jahres mit Goethes „Faust", dessen kritische Durchsicht A. Soergel besorgte. Der Volksfreund pflegt neben den Klassikern kulturgeschichtliche und Reisewerke, den modernen Roman und die Poesie. Die Bände werden nur an Mitglieder verausgabt und sind nicht im Buchhandel erhältlich. Eine Werbeschrift mit Geleitworten von Minister Haenisch und Beiträgen von Max Halbe, Hermann Sudermann, Friedrich Kayßler, Otto Flake, August Soergel, Dr. M. Conrad und anderen, mit Holzstichen und Federzeichnungen von Edmund Schaefer und Bruno Witte, ist bereits erschienen. Sie wird unberechnet ausgegeben und unterrichtet eingehend über den Volksverband für Bücherfreunde, der in allen größeren Städten sich aufgetan hat. Wer ein Freund von guten Büchern ist und wem es daran liegt, die besten Schätze der Literatur in weite Kreise des Volkes hineinzutragen, versäume nicht, sich dieser wahrhaften Bestrebung anzuschließen.

Wieder Gas

Von Montag ab wird das Städtische Gaswerk wieder Gas abgeben. Die Gasabnehmer werden ersucht, die Leitung nachzusehen und etwa offenstehende Hähne zu schließen. Einstweilen geschieht die Gasabgabe nur in der Zeit von 5—9 Uhr abends. Um die zurückgebliebene Luft zu entfernen, wird bereits im Laufe des Montag vormittag in die Leitungen Gas eingelassen. Vor vorzeitiger Gasentnahme wird gewarnt.

Ostdeutsche Nachrichten

Natürlich, Noskesöldner!

Der Danziger Magistrat nimmt nun zu den am 7. November im Rathause durch Mannschaften des Sicherheitsdienstes verübten Vandalitäten das Wort. Nach seiner Erklärung sind im Stadtverordnetensaal sieben Ledersitze mutwillig durch Messerstiche zerschnitten und von einem weiteren Sitz das Leder gestohlen. Das Freie Volk sei aber hinsichtlich der Urheberschaft im Irrtum. Es waren nicht Mannschaften der Sicherheitswehr im Rathause gewesen, sondern Angehörige der Reichswehr. Dies sei auf Veranlassung des Polizeipräsidiums geschehen.

Von der Danziger Reichswerft

Der neue Leiter der Reichsbetriebe scheint seine Tätigkeit in weiteren Massenentlassungen von Arbeitern zu sehen. Wie es heißt, sollen am 15. d. Mts. wieder über 1000 Arbeiter von der Reichswerft entlassen werden. Nach einer andern Meldung sollen 1900 Personen zur Entlassung kommen. Es wird weiter gemeldet, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit auf der Reichswerft geplant sei.

Die Gemeindewahlen im Freistaatbereich

Wie in Danzig, so werden, wie nunmehr beschlossen ist, auch in den ländlichen Gemeinden des Freistaatbezirkes die Wahlen am Sonntag, den 14. Dezember, stattfinden. Für den Kreis Danziger Höhe sind bereits die notwendigen Verordnungen erlassen, um die Wahlen in den 22 Landgemeinden Kl.-Bölkau, Borgfeld, Braunsdorf, Brentau, Emaus, Gischkau, Gluckau, Grenzdorf, Guteherberge, Kladau, Langenau, Löblau, Meisterswalde, Ohra, Oliva, Praust, Ramkau, Richthof, Rosenberg, Schönwarling, Kl.-Trampken und Wonneberg durchzuführen.

Verbrannt

Bei einem Brand auf dem Gehöfte des Besitzers Knorr in Straszewo bei Stuhm erlitten der Besitzer und seine Ehefrau den Erstickungstod. Das Feuer vernichtete in kurzer Zeit Wohnhaus, Stall und Scheune. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Auch ein Kriegsopfer

Die Arbeiterfrau Manuskewitz aus Kulm wurde auf dem Güterbahnhof, wo sie Kohlen sammelte, von einer Lokomotive überfahren und getötet.

Keine Straßenbahn in Königsberg

Die Stadt Königsberg mußte den Straßenbahnverkehr einstellen, weil dem Elektrizitätswerk eine in Berlin in Reparatur befindliche Turbine von der Streikleitung nicht freigegeben wurde. Nach Ermittelungen des Lokalsanzeigers handelte es sich wohl nur darum, daß die Reparatur während des Metallarbeiterstreiks nicht genehmigt wurde. Nach dessen Beendigung sei anzunehmen, daß der schleunigen Reparatur nichts mehr im Wege stehe.

Die U. S. P. in Marienburg

In Marienburg ist seit dem Kaltstellen des Herrn Grabner eine erfreuliche Gesundung der Parteiverhältnisse eingetreten. Die vorher trotz guter Einnahmen immer und ewig vorhandenen Defizite sind verschwunden. Zum erstenmal hat die Parteileitung Marienburg die Prozente für die Hauptkasse abliefern können. Ebenso war ein Kassenbestand von 45 Mark am Quartalsschlusse vorhanden. Herr Grabner hat gegen den Genossen Uebersohn, den derzeitigen Vorsitzenden, eine Beleidigungsklage angestrengt.

Aus Stolp

Die vom Magistrat in Stolp beantragte Lohnregelung der städtischen Arbeiter und Angestellten erfordert eine Mehrausgabe von 250000 Mark. Der größte Teil dieser Mehrbelastung soll durch eine Erhöhung der Gas-, Elektrizitäts- und Fahrpreise für die Straßenbahn aufgebracht werden. Die Stadtverordneten genehmigten die Vorlage. — Mit Rücksicht auf die Elektrizitätsversorgung soll, wie vom Magistrat mitgeteilt wurde, der Straßenbahnverkehr in der nächsten Zeit vollständig eingestellt worden.

Gewerkschaftliches

Der Verbandstag der deutschen Tabakarbeiter

In Bremen tagte der Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Mitgliederzahl der genannten Organisation beträgt jetzt mehr als 60000, davon 44000 weibliche; der Kassenbestand ist auf 1200000 Mark gestiegen. Was wir bei allen diesjährigen Tagungen deutscher Gewerkschaften erlebt haben, daß bei den Mitgliedern eine starke Opposition gegen die Taktik der Gewerkschaftsbureaukraten besteht, kam auch auf dieser Tagung zum Ausdruck. Zwar ist die Opposition noch nicht so stark, daß sie die Führung des Verbandes übernehmen kann, wie es bei dem kürzlich stattgefundenen Stuttgarter Verbandstag der Metallarbeiter der Fall war, aber es ist anzunehmen, daß bereits der nächste Kongreß ein anderes Bild zeigen wird. Diesmal haben die Vertreter der Gewerkschaftstaktik ihre Macht noch einmal brutal ausgenützt und einen Korreferenten zum Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Deichmann-Bremen erstattete, abgelehnt. Es ist das bezeichnend, wenn man bedenkt, wie man im rechtssozialistischen Blätterwald über das Vorgehen der Opposition auf dem Metallarbeitertag gejammert hat. Nichtsdestoweniger fielen in der Diskussion scharfe Worte gegen die Politik des Arbeiterverrates des Vorstandes. Ist dieser doch während des Krieges dem „Freiheitsbund fürs Vaterland" beigetreten und hat dafür pro Mitglied 20 Pfennige Beitrag gezahlt! Der Organisation fehlt vor allem der Kampfcharakter. Auch der Tabakarbeiterverband hat dem wirtschaftlichen Burgfrieden zugestimmt. Solche Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum sind selbstverständlich aufs schärfste zu verurteilen. In der Verbandstaktik ist die Revolution völlig unberücksichtigt geblieben; statt die Tabakindustrie zu sozialisieren, bewilligte man die Banderolensteuer. Dieser Vorwurf traf besonders Deichmann, der als M. d. N. (Noskesozialist) seine Zustimmung zur Banderolensteuer gegeben hat. Natürlich ist auch diese Handluung nur die Fortsetzung der Kriegspolitik, bewilligte doch Deichmann auch die Kriegskredite, obgleich er Mitglied der internationalen Tabakarbeitergewerkschaft ist.

Diese Kritik deckte die Verbandstechnik in ihrer ganzen Unhaltbarkeit auf. Entsprechend waren auch die von der Opposition gestellten Forderungen, die sich gegen die Tabaksteuern wandten und die Zusammenarbeit mit den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen verurteilten. Die Frage des Rätesystems muß gründlich behandelt werden. Dies gilt auch für das Fachorgan: Der Tabakarbeiter, das von einem Diskussionsredner als das schlechteste Gewerkschaftsorgan bezeichnet wurde, während es früher das beste war. Ein Mißtrauensvotum für den Vorstand bildete die von der Zahlstelle Schönlanke eingebrachte Resolution, die auch angenommen wurde:

> „Die vom Vorstand eingeleiteten und abgeschlossenen beiden Lohnbewegungen dieses Jahres sind nicht annähernd zur Zufriedenheit der Mitglieder ausgefallen, trotzdem für uns Tabakarbeiter die günstigste und beste Gelegenheit war, um unsere Löhne annähernd mit denen anderer Berufe in Einklang zu bringen."

Noch haben die Sozialverräter die Führung im Tabakarbeiterverband, wahrscheinlich ist es aber das letzte Mal gewesen.

Von nah und fern

Der Hauptmann von Köpenick im Frankfurter Rathaus

Ein städtischer Beamter schuldete einer Frau eine Geldsumme. Das erfuhr der 18jährige Kaufmann Karl Blum. Er versprach der Frau, ihr das Geld zu verschaffen. Karl Blum begab sich auf das Rathaus, stellte beim Pförtner das Amtszimmer des Beamten fest und ging schnurstracks in dieses hinein. Hier stellte er sich als Kriminalbeamter vor, legitimierte sich durch eine Messingkarte des zweiten Tierschutzvereins und herrschte den Beamten, als dieser die Beamteneigenschaft des jungen Burschen anzweifelte, mit den Worten an: Wenn Sie den Mund nicht halten, dann geschieht ihnen was anderes. Auch den Vorgesetzten des Beamten, einen alten Stadtsekretär, schüchterte Blum ein und schließlich wußte er auch den Direktor des betreffenden Amtes, der herbeigerufen wurde, glaubwürdig durch die Hundemarke des Tierschutzvereins zu überzeugen. Blum fesselte darauf den Beamten und führte ihn geschlossen über den großen Kornmarkt die Zeil nach dem Warenhaus Wronker, wo er mit dem gehorsamen Delinquenten einen Rundgang durch die Geschäftsräume unternahm. Dann führte das Bürschchen sein Opfer quer über die Zeil in's Kaufhaus Hansa, wo sich das gleiche Schauspiel wiederholte und alle Welt staunte den schneidigen Kriminalbeamten an. Von da begab sich Blum mit dem immer noch gefesselten Beamten auf die Plattform einer Straßenbahn, auf der er einen Schutzmann traf. Aus Furcht vor Entdeckung löste Blum jetzt die Fesseln, stieg mit seinem Opfer an der Hauptwache vom Wagen und entließ den Beamten mit dem Bemerken, er würde am andern Morgen verhört werden. Tags drauf begab sich dann Blum in eine Arbeiterfamilie der Frankenallee, um hier abermals den Kriminalbeamten zu spielen. Der Arbeiter war aber gescheiter als die Rathausherren. Er ließ unauffällig einen Schutzmann holen, der den jungen Mann auf die Wache mitnahm, die ihn aber, da sie von den Vorfällen im Rathaus noch nichts wußten, mit einem Verweis entließen. Inzwischen hatten die Herren im Rathaus doch eingesehen, daß sie einem geriebenen Jungen zum Opfer gefallen waren. Sofortige Ermittlungen führten zur Festnahme Blums.

Lebensmittel in der Woche vom 17. bis 23. November 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln*)	7 Pfund	Kartoffelmarke 7	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	0,84	0,12
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 136	—	—	bis Sonntag	Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 136	—	—	bis Sonntag	Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
Butter	50 Gramm	Fettmarke 34	—	—	ab Montag	Molkereien	0,65	6,50
Reis	250 Gramm	Nährmittelmarke 528	17. 11.	Hermann Regier	18. 11.	Kaufleute	1,10	2,20
Marmelade	250 Gramm	Nährmittelmarke 529	18. 11.	Fritz Wiebe	19. 11.	"	0,65	1,30
Maggiwürfel	2 Stück	"	19. 11.	Oscar Tennstädt	19. 11.	"	1 Stück 10 oder 13 Pfg.	
Amerik. Roggenauszugmehl	250 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 18 C	20. 11.	Fritz Preuß	20. 11.		0,35	0,70
Naturhonig**)	125 Gramm	Kinderzusatzmarke 156 rote Farbe, für Kinder bis 6 Jahre	19. 11.	A. Wiebe	21. 11.		1,40	5,60
Keks	125 Gramm	Kinderzusatzmarke 156 (hellgelbe Farbe), f. Kind. über 6 bis 12 J., und dunkelgelbe Farbe für Kinder üb. 12 bis 16 Jahre	—	—	22. 11.	die bekannt. Geschäfte	0,39	1,56
oder Zwieback	125 Gramm	"	—	—	22. 11.	"	0,44	1,76
Rindfleisch***)	125 Gramm	10/10 Fleischkarte	20. 11.	Schlachthof	21. 11.	Fleischer lt. Kundenliste	Bratfl. 0,88	3,50
			21. 11.		22. 11.		Hackfleisch 1.—	4,—
							Kochfleisch 0,70	2,80
Schweinefleisch (amerik. ****)	125 Gramm		20. 11.		21. 11. 22. 11.		—	—

In der obigen Woche gilt die **Brotaufstrichmarke V** für 1/2 Pfund Marmelade, **Nährmittelmarke V** für 1/2 Pfund Reis, 2 Maggiwürfel, erhältlich bei **Conrad John**, Alter Markt 8, **Bruno Winter**, Holl. Tor 5, **F. Plohmann Nachfl.**, Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 15. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Das Eintreffen der Kartoffeln ist infolge des Frostes fraglich, jedoch behält die Marke ihre Gültigkeit.

**) Verkaufsstellen für Naturhonig: Alshuth, Ernst; Armbrust, Rich.; Danielowski, A.; Düsterbeck, Julius; Dingel, Rudolf; Groß, Gustav; Kretschmer, Fritz; Kretschmann, Aug.; Leriqué Nachf.; Rittker, Gustav; Sarnecki, Nachf.; Siegmuntowski Nachf.; Wiebe, A.; Werner, Otto.

***) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 125 Gramm ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.

****) Der Preis für Schweinefleisch kann heute noch nicht aufgegeben werden, wird aber vor dem Verteilungstage besonders bekannt gemacht. Das Schweinefleisch gelangt zum Verkauf auf denselben Abschnitt der Reichsfleischkarte, auf den Rindfleisch verabfolgt wird, jedoch sind „K-Marken" von einer Belieferung mit Schweinefleisch auszuschließen. Vorbehaltlich rechtzeitigen Eintreffens.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 17. bis 22. November 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck T**
Dienstag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck U**
Donnerstag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck W**
Freitag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck X**
Sonnabend: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck Z**
Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck V**
an einem beliebigen der oben bezeichneten Tage.

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 24. November bis 21. Dezember 1919;
2. **Fleischkarten** für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 8. Februar 1920;
3. **Nährmittelmarken** von Nr. 546 bis 585;
4. **Einfuhrzusatzkarten** von Nr. 21 bis 24.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 15. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Kartoffelmarke Nr. 8

für die Woche vom 17. bis 23. November 1919.

Da bei Fortdauer des Frostes das Eintreffen von für die Belieferung obiger Marke ausreichenden Kartoffelmengen zweifelhaft ist, wird gestattet, daß auf diese Marke statt Kartoffeln

1250 g Brot bei den Bäckern
oder
875 g Roggenmehl bei den Mehlhändlern

in der Zeit bis zum 23. d. Mts. entnommen werden darf.

Für 7 Pfund Kartoffeln bleibt die Marke, falls auf die Entnahme von Brot oder Mehl verzichtet wird, jedoch ebenfalls gültig, ebenso wie die Kartoffelmarken 1—7 ihre Gültigkeit für je 7 Pfund Kartoffeln mit Rücksicht auf die schlechte Anlieferung in der letzten Zeit einstweilen noch behalten.

Elbing, den 15. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Städt. Leihamt.

Die bei der Versteigerung des Leihamts vom 11. und 12. November beim Verkauf der verfallenen Pfandstücke von Nr. 5737 bis 10768 **erzielten Ueberschüsse** kommen von heute ab zur Auszahlung.

Die betreffenden Personen werden hiermit aufgefordert, die Ueberschüsse gegen Herausgabe der Pfandscheine

bis zum 27. Dezember 1919

auf dem Leihamt in Empfang zu nehmen.

Nach diesem Termin werden gemäß § 20 des Reglements die nicht abgehobenen Beträge der Armenkasse überwiesen, ein jeder Anspruch des Pfandschuldners ist alsdann erloschen.

Elbing, den 15. November 1919.

Das Kuratorium d s Leihamts.

Die Gasabgabe

findet wieder bis auf weiteres von
Montag, den 17. d. Mts.
und zwar:
von **5 bis 9 Uhr abends** statt.

Städt. Gaswerksverwaltung.

Im Jahre 1920 steht die **Verjährung der Sparguthaben** der nachstehenden Sparbücher bevor:

Nr.	64544	**Elisabeth Jordan**
"	68668	**Heinrich Sckenk**
"	71829	**Martin Zikoll**
"	72640	**Hedwig Ständer**
	73243	**Elise Quapp**
	74103	**Adolf Rupelius**
	74481	**Minna Kling**
	74600	**Gottfried Golzt**
	74703	**Carl Petermann**
	75667	**Gottfried Springstein**
	75683	**Peter Harms**
	76198	**Friedrich Fischer**
	76255	**Paul Link**
"	76833	**Helene Grundtmann**

Es wird daher baldige Vorlegung dieser Bücher empfohlen.

Elbing, den 8. November 1919.

Der Vorstand der städt. Sparkasse Elbing.

Volkshochschule.

Gruppe D.
Beginn am 17. November.

Zu allen drei Arbeitsgemeinschaften sind noch Karten in der Stadtbücherei zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Elbing.
Montag, den 17. d. Mts., abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der Werftarbeiter

im Volkshaus, kleiner Saal.

Die Branchenleitung.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen

Ortsgruppe Elbing.

Mitgliederversammlung

am Montag, d. 17. d. Mts., abends 6 Uhr im **Volkshaus.**

Sämtliche **Kriegsbeschädigten** sowie **Hinterbliebenen** werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Hotel Stadt Elbing.

Jeden Sonntag

Konzert

sowie **humoristische Vorträge.**

Im Gartensaale

Großes Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Passenheim's Festsäle!

Jeden Sonntag

Tanzkränzchen.

Stadttheater Elbing

Sonnabend, d. 15. d. Mts.
abends 7 1/2 Uhr:

Die Ehre

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Sonntag, d. 16. d. Mts.
nachm. 3 Uhr:
Fremdenvorstellung

Das Vagabundenmädel

Operette in 3 Akten.

Abends 7 1/2 Uhr:

Die Faschingsfee

Operette von E. Kalmàn.

Montag, d. 17. d. Mts.
abends 7 1/2 Uhr:

Maria Stuart

Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Wollt Ihr guten Tabak haben,
Herz und Nase Euch zu laben,
Müßt Ihr nur zu **Wein** hinlaufen,
Fein ist er nur dort zu kaufen.
Himmelsluft werd' Ihr genießen,
Werd'Ihr dessen Tabak priesen!
Und das minderwertig Kraut
Ihr dann in den Ofen haut,
Was Ihr anderswo gekauft.

Gesundheitstabak, grüner Kownoer, gelber Kachlinski, Kautabak, türkischer Shagtabak

in nur bester Ware empfiehlt

Otto Heldt

Inh. **Otto Wein**
Zigarren- und Tabakhandlung.
am Amtsgericht.

Briefpapiere lose und in Kasetten
Photographie-, Postkarten- u. Poesiealben
Brief- u. Aktentaschen
Tornister- und Büchermappen
Unterhaltungsspiele
Typen-Druckereien
Anfertigung von Kautschukstempeln
Sämtliche Büroartikel am Lager
empfiehlt
G. W. Petersen,
Alter Markt 33, Fernspr. 846.

Guter Wollstoff
zum Kostüm oder Anzug.
1 neue Steppdecke billig zu verk. **Sonnenstr. 4,** u. r.

Neuer bl. Anzug
(Cheviot) billig zu verkaufen
Hauptstraße 6, I.

Gasthaus „Legan"

Jeden Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.

Georgenhöhe.

Jeden Sonntag:
Unterhaltungs-Abend.
TANZ.

Damenputz u. Damenschneiderei

Große Auswahl in
Sammet-, Filz- und Pelzhüten.
Umarbeitungen und Neuanfertigungen von modernen Hüten und Pelzgarnituren
werden sauber und schnell ausgeführt.
Modernisierungen alter Damengarderoben
sowie **Neuanfertigung von Kostümen, Mänteln, Kleidern, Blusen und Kindergarderoben**
zu soliden Preisen.
Putzgeschäft und Damenschneiderei
H. Hinz, Wilhelmstr. 14.

Drucksachen

in nur geschmackvoller sauberster und moderner Ausführung bei kürzester Lieferfrist fertigt billigst

Buchdruckerei Elbinger Volksstimme

Fernruf No. 1071 · ELBING · Spieringstr. 21

Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Ein Lagerist,

welcher die täglich eingehenden Waren an die einzelnen Verkaufsstellen abzugeben, die Belastung aufzustellen, den Jahresabschluß zu machen, außerdem den Faktor in allen vorkommenden Arbeiten tatkräftig zu unterstützen hat, wird **gesucht.**

Schriftliche Meldungen bis spätestens **Dienstag, den 18. d. Mts.,** unter Angabe der Gehaltsforderung mit der Aufschrift „Bewerbung" sind an den Consum- und Sparverein einzureichen.

Berücksichtigt werden nur Mitglieder.

Consum- und Sparverein von Elbing und Umgegend
Johannisstraße 21.

Anfertigung sämtlicher
Herren-Garderoben
unter Garantie für tadellosen Sitz u. elegante Ausführung, auch
Reparaturen und Umarbeitungen
zu billigen Preisen u. schnellster Lieferung.
Otto Dalewski
Herrenstraße 17.

F. Fitkau Nachf.

Am Markttor.
Billigste Bezugsquelle in:
Geschäftsbüchern, Schulartikeln, Lederwaren.
Gesellschaftsspiele:
Mensch ärgere Dich nicht,
Der verhängnisvolle Topf usw.
Sämtliche Artikel für
Tanzbelustigungen, Saalpostkarten,
großer Posten **Weihnachts- und Neujahrskarten**
für Händler und Hausierer, sowie sämtliche **Papierwaren jeder Art.**

Zigarren, Zigaretten

nur aus rein orient. Tabaken
sowie **Kautabak**
u. prima Rauchtabak
Uebersee,
zu angemessenen Preisen
empfiehlt
Frau Helene Wild
Herrenstraße 26.

Elbinger Standesamt
vom 14. November.

Sterbefälle: Arbeiter Richard Steinbrücker 52 J. — Schuhmacher Wilhelm Haese 36 J. — Hospitalit August Proschke 84 J.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: **Gust. Schröder;** für den Anzeigenteil: **F. Rudnitzki,** beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 23 | **Montag, den 17. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was will die U. S. P. im Rathaus?

Etwa 39 400 Wähler und Wählerinnen zählt die Liste der Wahlberechtigten; zehn verschiedene Listen ringen um die Stimmen der Elbinger Wähler. Das ist mehr, als nötig wäre, um ununterrichteten Leuten den Kopf warm zu machen und ihnen die ruhige Ueberlegung für das Gute und Notwendige und für das Unzweckmäßige zu nehmen. Wie soll der Durchschnittswähler, der gewohnt ist, sich nicht viel mit Politik zu beschäftigen, durch diesen Wirrwarr hindurchfinden und der „richtigen" Liste seine Stimme geben? Das ist um so schwerer, weil den meisten Listen nicht anzusehen ist, was hinter ihnen steckt. Bei Hausbesitzern und Beamtenkartell merkt das jeder auf den ersten Blick. Um jedoch zu wissen, daß sich hinter der Deutschnationalen Volkspartei die Konservativen und hinter der Deutschen Volkspartei die Nationalliberalen, das heißt die Partei der Fabrikbesitzer, verbergen, bedarf es schon politischer Schulung.

Warum zehn Listen?

Dieser plötzliche Eifer für das Gemeinwohl ist rührend. Bisher haben die Stadtverordnetensitzungen gezeigt, daß viele der Herren durch Abwesenheit glänzen, wenn sie erst gewählt sind. Die liebe Eitelkeit und das Verlangen, in der Gemeindevertretung die Sonderinteressen kleiner Gruppen zur Geltung zu bringen und ihnen womöglich, falls die Wähler dumm genug sind, entscheidenden Einfluß zu verschaffen, sind die Ursachen der vielen Listen. Haben diese Leute überhaupt ein Programm, dessen Erfüllung sie anstreben? Haben sie Grundsätze, die sie ihrer künftigen Tätigkeit im Rathause zu Grunde legen wollen? Sie bieten den Wählern nichts als einige Phrasen, die kein Geld kosten und machen im engeren Kreise kein Geheimnis daraus, daß sie ihre Wahl nicht von der Werbekraft ihrer Forderungen, sondern vom **„Schleppen"** erwarten. Ihre Gefolgschaft wird am Wahltage auf die Bevölkerung losgelassen werden. Mit den Stimmen der Unaufgeklärten und Gutgläubigen soll abermals im Rathause **eine Geldsackherrschaft** begründet werden. Bisher war die Stadtverordnetenversammlung in Elbing keine Vertretung der Gesamtheit. Die Zeit, wo Ziese ein Drittel der Stadtverordneten ernannte und seine Freunde das zweite Drittel wählten, ist noch nicht lange verflossen. Als das dann anders wurde und Sozialdemokraten ins Rathaus einzogen, hat ihre Zahl niemals mehr als den vierten Teil der Stadtverordneten betragen. Unter dem Dreiklassenwahlrecht mußten die Arbeiter in der Minderheit bleiben. Die Knochenerweichung des Burgfriedens und der Durchhaltepolitik lähmte die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Elbings Arbeiter entschieden sich für die **Unabhängige Sozialdemokratie.** Die übergroße Mehrzahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten klammerte sich an den Rechtssozialismus. Nur zwei, die Genossen **Perschon** und **Poschadel,** traten zur Unabhängigen Sozialdemokratie über. Ehrenpflicht der mehrheitssozialistischen Stadtverordneten wäre es gewesen, den Elbinger Arbeitern die Mandate zur Verfügung zu stellen. Sie taten das nicht und wurstelten mit der bürgerlichen Mehrheit weiter.

Aber soll das so bleiben, kann es so weiter gehen? Arbeiter und Bürger Elbings! Die kommende Zeit braucht ganze Männer. Wir haben nur zwischen zweierlei zu wählen:

Vernichtung oder Aufstieg.

Die Kriegsfolgen lasten noch nicht in voller Schwere auf uns und schon erscheinen sie unerträglich. Täuschen wir uns nicht: die jämmerliche Bahnverbindung und der Kohlenmangel werden noch lange bleiben. Ebenso die Entwertung des Geldes, die Teuerung und die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung. Es ist zwecklos, auf Hilfe durch den Staat zu warten. **Selber müssen wir zupacken und Besserung schaffen.** Nur die Unabhängige Sozialdemokratie ist die Partei, von der etwas zu erwarten ist. Alle anderen Parteien, wie sie sich auch nennen mögen, sitzen bis über die Ohren in der Sündenschuld der Vergangenheit. Sie sind nichts als verwesende Leichname, denen niemand zutrauen soll, daß sie etwas Ersprießliches schaffen können. Nur von den Männern der **Liste Baude** darf erwartet werden, daß sie Tatkraft und Kenntnisse in genügendem Maße vereinigen, um unsere Heimatstadt neu erblühen zu lassen. Was werden die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratie im Elbinger Rathause sein? Einige sollen hier umrissen werden. Das erste, was sich in Elbing jedem aufdrängt, ist:

Wir brauchen neue Wohnungen!

Viele hundert Elbinger Familien sind nicht im Besitz einer eigenen Wohnung oder hausen in menschenunwürdigen Löchern, wo sie körperlich und sittlich zu Grunde gehen müssen. Es kann nicht anders sein, **die Stadt** muß eingreifen und **Wohnungen bauen.** Wir kommen um diese dringendste aller Aufgaben nicht herum. Nun soll nicht verkannt werden, daß ihre Lösung nicht leicht ist. Die Beschaffung des Baumaterials ist nicht so einfach und zum Bauen gehört Geld. Dieses Geld allein durch Steuern aufzubringen, ist unmöglich, zumal die Stadt ja auch andere Fragen zu lösen hat, die Geld erfordern. Es bleibt nur ein Mittel: die **Stadt muß selber Geld verdienen.** Sie selber muß Industrieunternehmungen betreiben und deren Ueberschüsse der Lösung gemeinnütziger Aufgaben dienstbar machen. Das ist nicht so zu verstehen, als ob die Stadt wahllos drauf los kommunalisieren und jedem kleinen Handwerksmeister seine Bude nehmen soll. Unter den Einrichtungen, die auf diesem Gebiet zu schaffen sind, steht der Bau einer

modernen Straßenbahn

obenan. Die jetzige Straßenbahn ist ein geradezu klägliches Ding. Zu erzählen, warum das so ist, erübrigt sich. Was wir brauchen, ist eine Ringbahn. Sie muß vom Bahnhof ausgehen, die Stadt durchqueren und nach Pangritz-Kolonie geführt werden, von dort nach Vogelsang. Ueber die Hindenburgstraße muß Verbindung mit dem Bahnhof hergestellt werden. Die Stadt, nicht eine Gesellschaft privater Aktionäre, muß die Bahn betreiben. Ebenso muß sie darauf dringen, daß die Wasserkräfte Ostpreußens der Elektrizitätserzeugung möglichst bald dienstbar gemacht werden und daß die Stadt ihre Einwohner mit **Kraft- und Lichtstrom** ausreichend versorgt. Das sind Maßnahmen, die dem Stadtsäckel Geld bringen und die Bevölkerung von unhaltbaren Zuständen erlösen. Sie können zugleich helfen, **die Arbeitslosigkeit** einzudämmen. Was soll sonst mit den Arbeitslosen geschehen? Im ganzen deutschen Lande sind sie zu Hunderttausenden vorhanden. Auch Elbing hat seinen Teil. Sie ihrem Schicksal einfach zu überlassen, geht nicht an. Sie werden dann zu einer Gefahr für die Allgemeinheit. Dauernd auf öffentliche Kosten sie zu erhalten ist ebenso wenig möglich, denn der gesunde Mensch braucht ein gewisses Quantum Arbeit ebenso nötig wie Essen und Trinken. Und die Mittel der Erwerbslosenunterstützung müssen ja ebenfalls von der Allgemeinheit getragen werden. Es bleibt nur eins übrig: **Arbeit zu schaffen.** Baut die Stadt Wohnungen, betreibt sie industrielle Unternehmungen, so wird der größere Teil des hierfür ausgegebenen Geldes **am Orte verbraucht** werden, wird dazu dienen, Handel und Wandel zu beleben und das wirtschaftliche Aufblühen der Gemeinde mit sich bringen. Ein anderer Weg, dem Stadtsäckel Geld zuzuführen, sind

städtische Dampfer.

Kein Mensch mit gesunden Sinnen, kann auf einigermaßen gute Bahnverbindung im Laufe der nächsten Jahre rechnen. Das wird nicht so schnell anders werden. Ueberdies geht die Bahnverbindung künftig durch Polen, was trotz aller Versprechungen Zollplackereien mit sich bringt. Aber wir haben die See vor der Türe. Wir haben eine leistungsfähige Werft in der Stadt. Das Reedereikapital arbeitet mit kolossalen Profiten. Was ist naheliegender, als daß die Stadt bei Schichau ein paar Frachtdampfer in Auftrag gibt und selber Reeder wird? Sie kann die Rohstoffe für die Versorgung der heimischen Industrie, kann die Kohlen für die Bevölkerung heranschaffen; sie kann, wenn sich Gelegenheit bietet, auch für Städte und Personen in der Umgebung die Beförderung von Gütern übernehmen. Will jemand bestreiten, daß dies ein unrentables oder überflüssiges Unternehmen sei? Wir sind jetzt eine deutsche Volksinsel innerhalb slawischer Staaten, müssen mit anderem Maßstabe messen und können uns nur behaupten, wenn wir tatkräftig die Hände rühren. Elbing war im Mittelalter lange Jahre Seehafen und wäre es vielleicht noch, wenn nicht der Konkurrenzneid der Danziger das Vogelsanger Tief auf der Frischen Nehrung vernichtet hätte. Es ist aber keine schwierige Aufgabe, die **schmale Nehrung wieder zu durchstechen** und Elbing in direkte Verbindung mit der See zu bringen. Niemanden braucht lang und breit dargelegt werden, welche wirtschaftlichen Vorteile Elbing davon hätte. Daß im westpreußischen Abstimmungsgebiet sich eine Mehrheit für Polen findet, ist nicht anzunehmen, denn diese Gebiete sind überwiegend deutsch und die Bevölkerung weiß, daß sie in Polen noch schlechter dran wäre, als in Deutschland. Geht Elbing daran, einen regelrechten städtischen Schiffsverkehr einzurichten, dann kann es der Umschlaghafen für das ganze südliche Ostpreußen und die Reste des deutschen Westpreußens auf dieser Weichselseite werden.

Es ist nicht Aufgabe dieser Ausführungen, jede einzelne Maßregel zu nennen, für die die Unabhängige Sozialdemokratie im Rathause eintreten wird. In früheren Artikeln der Volksstimme und in den Programmreden unserer Kandidaten sind die einzelnen Forderungen spezialisiert und begründet worden. Dieser Aufsatz soll einige wichtige Maßnahmen in den Vordergrund rücken und die Gesichtspunkte darlegen, von denen heraus die unabhängige Sozialdemokratie ihre Rathauspolitik betreiben wird. Da muß noch auf eines eingegangen werden: die notwendige

Demokratisierung der Stadtverwaltung.

Die heutige städtische Verwaltung ist noch ein Ueberbleibsel aus dem Untertanenstaat. Sie baute sich auf der sogenannten Kameral-Wissenschaft auf und mußte unter dem Einfluß des Dreiklassenwahlrechts verknöchert und bureaukratisch werden. Der untere Beamte und Angestellte avanciert nicht nach der Fähigkeit, sondern nach dem Dienstalter. War ein Bürgermeister einmal gewählt, dann war es für eine Stadt schwer, ihn los zu werden, auch wenn sie ihn nicht wollte. Die Stellung der Stadt gegenüber dem Staat war entsetzlich abhängig. Für manche Stadt kam noch die Hörigkeit gegenüber dem Landrat und dem Kreistage hinzu. Und so fort. Mit alledem muß aufgeräumt werden. Die Städte sind die Keimzellen der neuen werdenden Gesellschaft. Ihre Stellung gegenüber dem Staat und der Provinz muß viel freier werden. In den Städten werden Magistrate und Beamten sich weniger als Obrigkeit und mehr als Arbeiter fühlen müssen. Der Beamte der Zukunft darf sich nicht nur die Aufgabe stellen, die Karre in Gang zu halten, **sondern muß Organisator sein.** Und wenn er als Nachtwächter anfängt, muß er **Bürgermeister** werden können, wenn das Zeug dazu in ihm drin steckt. Die Verwaltungsmaschine muß möglichst einfach arbeiten. Anstelle der Kameralgrundsätze wird vielfach kaufmännische Geschäftsführung treten können. Innerhalb der städtischen Verwaltung wird die Dispositionsbefugnis der Beamten, vor allem der Stadträte, der Betriebsleiter und der Stadtsekretäre weit größer werden müssen. Dafür, daß niemand diese erweiterte Machtbefugnis mißbraucht, wird die auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählte Stadtverordnetenversammlung und die **persönliche Haftbarkeit** der Beamten sorgen. Ein System der Vetternwirtschaft, das Nachlässigkeit und Unfähigkeit liebevoll mit dem Mantel der Nächstenliebe zudeckt, darf es in Zukunft nicht geben.

Fassen wir zusammen: Die wichtigsten Aufgaben der Stadt in den nächsten Jahren sind

die Beschaffung von Obdach und Arbeit für alle, die Versorgung mit Rohstoffen, mit Kohle, mit Kraft und Licht, mit Lebensmitteln.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, muß die Stadt

Wohnungen bauen und zum Betrieb von industriellen Anlagen, vor allem einer modernen Straßenbahn und eigner Reederei übergehen.

Eine weitere dringende Aufgabe ist die Schaffung eines **zeitgemäßen Verwaltungsapparates.**

Auf diese Ziele wird die Unabhängige Sozialdemokratie zunächst ihre Politik einstellen müssen und ihrer Verwirklichung zustreben.

Darum Wähler Elbings, laßt euch nicht beirren. Tretet bis auf den letzten Mann an und wählt

Liste Baude!

Die Parteileitung der U. S. P. Elbing.

Was der Tag bringt

Frankreichs Auslieferungsliste. Wie Liberté mitteilt, verlangt Frankreich die Auslieferung von 600 Deutschen auf Grund des Artikels 228 des Friedensvertrages. Die französische Regierung werde in der vom Fünferrat eingesetzten Kommission betreffend die Regelung des Gerichtsverfahrens durch den Unterstaatssekretär für Militärjustiz, Ignaze, vertreten sein.

Zeitungsverbote im Besatzungsgebiet. Wie Wolffs Bureau aus Mainz meldet hat General Degoutte, Oberbefehlshaber der Rheinarmee, die Einfuhr der mehrheitssozialistischen Frankfurter Volksstimme und der Frankfurter Zeitung für drei Monate verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß die Volksstimme am 31. November einen gehässigen Artikel gegen die französische Armee veröffentlicht habe. Was die Frankfurter Zeitung anbetreffe, ziehe sie sozusagen jeden Tag die Absichten der französischen Behörden in Verdacht und veröffentlichte verleumderische Artikel, die, ohne sich um die Wahrheit zu kümmern, den einzigen offenkundigen Zweck hätten, mit einem ständigen Vorurteil und mit Unehrlichkeit die Bevölkerung gegen die französischen Behörden und Truppen aufzuhetzen.

„Verkauf von Menschenfleisch in Petersburg?" Zuverlässige Berichte aus Petersburg melden, daß die im russ. Dienste stehenden Chinesen infolge Hungers in den Vororten das Fleisch der in der Peter-Paul-Festung sterbenden Menschen zu hohen Preisen verkaufen. Das ist wohl der Rekord der Schwindelnachrichten, die die bürgerliche deutsche Presse mit ihren Meldungen über Rußland aufstellt. Die blöde Schwindelnachricht ist dem Leipziger Tageblatt entnommen, das ein kluges demokratisches Blatt sein will!

Wieder 5 Unabhängige gewählt. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Mainz dürften nach dem vorläufigen Ergebnis als gewählt gelten: Zentrum 15, Demokraten 6, Deutsche Volkspartei 6, Sozialdemokraten 22, Unabhängige 5. Für Mainz ist dies Ergebnis für die U. S. P. sehr befriedigend.

Große Schmalzschiebungen. Eine Abteilung des Kriegswucheramtes der Hamburger Kriminalpolizei ist großen Schmalzschiebungen im Werte von 9 Millionen auf die Spur gekommen. Ein Hamburger Kaufmann, Vesper, dem schon vor drei Jahren der Handel mit Lebens- und Futtermitteln untersagt war, lieferte an auswärtige Kommunen waggonweise Schmalz. Bei der letzten Lieferung von 20 Waggons wurde eine Lieferung von weiteren 60 in Aussicht gestellt. Der Versand wurde, da man Verdacht geschöpft hatte, überwacht. Bei der Verhaftung des Kaufmanns ging aus den beschlagnahmten Geschäftsbüchern und der Korrespondenz hervor, daß der große Schieber in der Zeit vom 1. bis 27. Oktober Schmalz verkaufte, woran er zirka 600 000 Mark brutto verdiente. Der Polizei gelang es, für 1½ Millionen Mark Schmalz, das bereits abgeschickt war, zu erfassen. Es besteht die Aussicht, daß ein Teil des auf diese Weise erworbenen Geldes wieder herbeigeschafft werden kann. Der Kaufmann gibt zu seiner Entschuldigung an, daß er weit billiger als die Reichsfettstelle geliefert habe, und zwar zum Preise von 24,25 Mark pro Kilo. Wie weit die Reichsfettstelle von diesen Schiebungen betroffen wird, muß erst die Untersuchung ergeben.

Schwenkung in der Russenpolitik Frankreichs. Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung gibt in einer soeben veröffentlichten amtlichen Note die französische Regierung ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem Abbruch der militärischen Einmischung in Rußland bekannt. Der plötzliche Gesinnungswechsel am Quai d'Orsay wird dadurch verständlich, daß Frankreich von der Russischen Räteregierung die Versicherung erhalten hat, daß diese zur Sicherung der Schulden nicht nur des alten Zarenreiches, sondern auch aus der Zeit Kerenskis bereit sei.

Der „Kampf" verboten. Der Oberbefehlshaber des bayerischen Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4, Generalmajor Möhl, hat das Erscheinen der Unabhängigen Zeitung Der Kampf wegen Verleumdung der Einwohnerwehren gegenüber dem Feind auf vier Tage verboten.

Das Ende des amerikanischen Streiks. Der Ausschuß der Bergarbeiter in den Braunkohlenwerken beschloß den Streik abzubrechen. Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Einladung des Arbeitersekretärs, mit den Unternehmern über das Lohnabkommen zu verhandeln, angenommen.

Politische Rundschau

Deutschland

Der Kilianprozeß in Halle

Der Prozeß gegen den Vorsitzenden des Halleschen Arbeiterrates, Genossen Otto Kilian, der schon seit acht Monaten in Untersuchungshaft sitzt, hat begonnen. Ueber 150 Zeugen stehen zur Vernehmung, so daß der Prozeß mehrere Wochen dauern wird. Verteidigt wird Genosse Kilian von den Rechtsanwälten Dr. Müller-Halle und Genosse Dr. Herzfeld-Berlin. Er ist angeklagt der Behördennötigung, Bildung bewaffneter Haufen, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Freiheitsberaubung, diese durch die Inhaftierung des Lockspitzels Hartung und eines Studenten. Der Prozeß, das zeige sich schon jetzt, ist ein Tendenzverfahren schlimmster Art. Für Vorfälle am 14. November 1918 soll Kilian jetzt verurteilt werden. Ihm wurde keine Gelegenheit gegeben, sich über die Dinge, deren er beschuldigt wird und die aus dem mitteldeutschen Bergarbeiterstreik erwuchsen, sich zusammenfassend zu äußern. Genosse Herzfeld protestierte euergisch gegen diese Art tendenziöser Verhandlungsführung. Kilian konnte in der Einzelverhandlung treffend nachweisen, daß er niemals die Bildung bewaffneter Haufen verursacht habe. Eine Aufreizung zur Gewalttätigkeit habe er nicht notwendig gehabt, denn durch die Verhaftung des Halleschen Genossen Ferchland durch Maerkers Truppen sei die Arbeiterschaft sowieso bis aufs Blut sinnlos gereizt worden. Der Halleschen Generalstreik im Zusammenhang mit dieser Affäre sei nicht auf sein Betreiben entstanden, sondern stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem mitteldeutschen Generalstreik. Er habe es als selbstverständlich erachtet, dem Streikaktionsausschuß im Rathause ein Zimmer anzuweisen. Dazu wäre er berechtigt gewesen, weil der Arbeiterrat ein Verfügungsrecht über die städtischen Gebäude damals noch besaß. Zu dem Vorgehen gegen den sogenannten Bürgerstreik, der Oeffnung der Lebensmittel- und Brotausgabestellen, sei er vom Obermeister angesichts der erregten Stimmung in der Bevölkerung autorisiert worden. In die Verwaltung, z. B. der Post, habe der Arbeiterrat nicht eingegriffen, sondern nur nach außerhalb gehende Telegramme kontrolliert. Nach dem Einmarsch des Generals Maerker in Halle sei er mit dem Genossen, Abgeordneten Koenen, gewaltsam dem General vorgeführt worden. Den bis aufs äußerste erregten Massen habe er abends in einer Versammlung zur Mäßigung geraten und nicht zur Gewaltanwendung. Nach der Vernehmung Kilians stellten die Verteidiger einen Antrag auf Haftentlassung. Genosse Herzfeld wies darauf hin, daß ein Mann wie Kilian sich der Anklage niemals entziehen könne. Schon jetzt zeige sich, daß die wichtigsten Anklagepunkte gegen ihn fallen gelassen worden seien, auf Grund der Amnestie vom 7. September. Ihm den Versuch der Beeinflussung von Zeugen zu unterstellen, sei angesichts der politischen Vergangenheit Kilians geradezu ungeheuerlich. Wenn der Untersuchungsrichter deshalb, weil ein Zeuge so ausgesagt habe wie Kilian, glaubt, Beeinflussung dieses Zeugen durch den Angeklagten unterstellen zu müssen, so sei daß kein Beweis für die Tatsache der Beeinflussung, sondern nur eine Vermutung des Untersuchungsrichters. Sie genügen nicht, die Verhaftung aufrecht zu erhalten. Fluchtverdacht bestehe nicht, wenn Kilian fliehen wolle, hätte er dies am 1. März tun können. Der Angeklagte ist nicht von den moralischen Kalibern eines Leutnants Vogel. Er mußte entlassen werden, damit er sich auf die Strapazen der langen Verhandlung vorbereiten könne. Genosse Kilian bemerkt dazu, daß weder seine Unterkunft noch Verpflegung im Gerichtsgefängnis den einfachsten Ansprüchen genüge. Der Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt, weil das Gericht vorgibt, Zeugenbeeinflussung und Flucht des Genossen Kilian fürchten zu müssen. Die Zeugenvernehmung hat bisher nicht einen einzigen Punkt der Anklage gegen Genossen Kilian gerechtfertigt, obwohl der Staatsanwalt sich eifrigst bemühte, in Kreuzverhören den Zeugen zu suggerieren, was er zu hören wünschte. Insbesondere ist der Versuch, Kilian mit der Bildung einer roten Garde und mit der Aufstellung des Sicherheitsregiments in Verbindung zu bringen, vollständig mißglückt. Aus dem Vorgehen der Anklagebehörde gewinnt man den Eindruck, als wenn Kilian für die revolutionären Ereignisse in Halle verantwortlich gemacht werden und von der völlig von reaktionärem Geiste erfüllten republikanischen Justiz als Racheopfer gemeuchelt werden sollte.

Eine Aenderung des Reichstagswahlgesetzes

Bei den Nationalversammlungswahlen haben sich soviel Unzulänglichkeiten an dem neugeschaffenen Wahlrecht herausgestellt, daß es unumgänglich ist, die Mängel zu beseitigen. Die Kölnische Zeitung hat von ihrem Korrespondenten erfahren, daß man sich im Reichsministerium des Innern mit dem Gedanken trage, die Wahlbezirke ganz wesentlich zu verkleinern und im übrigen den Grundsatz aufzustellen, daß jeder Kandidat, der in einem Wahlkreise mindestens 60 000 Stimmen auf sich vereinigt, als gewählt zu gelten hat. Dagegen sollen die Stimmen derjenigen Kandidaten, die hinter dieser Zahl zurückbleiben für die verschiedenen Parteien für das ganze Gebiet des Reiches zusammengestellt werden und an der Hand ihrer Vergleichung weitere Abgeordnete als gewählt gelten.

„Jugenderzieher"

Die Post regt sich mächtig darüber auf, daß die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen von ihren Mitgliedern auch dann die Teilnahme an der Beerdigung des Genossen Haase verlangt, wenn ihnen der Urlaub hierzu verweigert würde. Und zetert: Jede Gelegenheit muß dazu benutzt werden, normal menschlichen Normen ins Gesicht zu schlagen.

Diese Auffassung ist beschämend nur für die sogenannte Staatsautorität, die die „Post" erschüttert sieht, wenn Jugenderzieher einem Revolutionär, der stets sein Leben für die Interessen des Proletariats in die Schanze geschlagen, die letzte selbstverständliche Ehre erweisen. Denn leider steht zu befürchten, daß die alten obrigkeitlichen Instanzen, die jetzt wieder munter im Sinne der Post regieren, ihren Haß an dem toten Widersacher zu üben versuchen, würden sie ihren „Untergebenen" die Erfüllung einer Herzens- und Gewissenspflicht auf formalem Wege unmöglich zu machen versuchen. Der „Post" ist das natürlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Lehrer und Lehrerinnen dagegen sich offen auflehnen, ist ihr Recht und ihre unabweisbare Pflicht.

Wer sabotiert das Wirtschaftsleben

Zur Diskussion dieser Frage liefert die Germania, das Berliner Zentralorgan der Zentrumspartei, einen Beitrag durch die Mitteilung, einer deutschen Firma sei ein großer schwedischer Staatsauftrag auf Lokomotiven verloren gegangen, weil die schwedische Staatsbahnverwaltung wegen der wiederholten Arbeitsunterbrechungen und inneren Unruhen in Deutschland nicht an die fristgemäße Ausführung nach Deutschland gegebener Aufträge glaube. Die Germania schimpft dann mächtig über die Arbeiter, die vergessen hätten, daß ihre Berufsbezeichnung von „arbeiten" abgeleitet sei. Sie würden zwar durch ihre Streiks „einige politische Freiheiten" erringen, aber bestimmt die besten Kunden wegstreiken.

Die Wendung von dem Erringen einiger politischer Freiheiten ist köstlich. Gerade weil man deren eine ganze Masse der Arbeiterschaft vorenthält, streikt sie ja. Die Notwendigkeit dazu schuf die Kurzsichtigkeit der Regierung, in der die Vertrauensleute der Germania eine besondere Rolle spielen. Erst jetzt im Berliner Metallarbeiterstreik hat sich wieder gezeigt, daß der kapitalistische Staat, als Deutschland die Revolution überstanden, mit allen seinen Machtmitteln gegen das Proletariat vorgeht, das um Anerkennung wichtigster Rechte kämpft, in dem Wahne, auf diese Weise Ruhe und Frieden im Wirtschaftsleben erwarten zu können. Darin liegt die eigentliche Quelle der sogenannten Arbeitsunlust des Proletariats in Deutschland. Es fühlt, wie es Schritt um Schritt in seine Helotenstellung von vor dem Kriege zurückgedrängt werden soll. Nur zu natürlich, daß es sich diese Praxis nicht widerstandslos gefallen läßt und die einzige Waffe, die sie besitzt, dagegen anwendet, den Streik. Den Sozialismus hat

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

28]

Welch ein Schicksal traf ihn da?

O, wenn er das bedachte — so recht klar und ruhig bedachte, ein sehr logisches und fast mathematisch folgerichtiges. Aus einer Beamten- und Offiziersschicht entsprossen — auch waren viele Geistliche in der Familie — hatte Jordan zeitlebens in der strengsten Korrektheit gelebt. Er heiratete bereits als Referendar diese ebenso korrerte, kühle und bigotte Rosalinde.

Nie im Leben hatte Jordan das kennen gelernt, was die Menschen Rausch und Leidenschaft nennen. Das waren ihm immer teuflische Kräfte gewesen, die man am besten mied.

In seiner langen Laufbahn bei den Strafkammern hatte Jordan gesehen, wie dicht neben den Leidenschaften die Verirrungen standen und oft hinter dem Rausche das Verbrechen kam. Und dennoch — jetzt, in seinen reifen Jahren kam oft der Angstgedanke über ihn, daß er am Leben vorübergegangen sei, daß er das Beste versäumt habe.

Nun meldete sich der Abstieg. Das Alter kam, die Tage neigten sich — und ehe die Sonne ganz gesunken war, lockte das Leben noch einmal mit Zaubergewalt.

In Herta Heckers Erscheinung lockte es ihn — nun endlich einmal zu kosten, was die anderen alle glühend genossen.

Dies war der Zauber, der ihn hier bannte.

Er sah's, er fühlte es, er erkannte es mit aller scharfen Klarheit. Die Klippe seines Lebens türmte sich kantig und rissig vor ihm auf. Sollte er an ihr zerschellen? —

Nein — die Gefahr erkennen, das hieße sie auch überwinden. Er wollte, er würde Herta nicht wiedersehen.

Berlin war ein Weltmeer, ein Ozean, auf dem Millionen von Schiffen restlos kreuzten, ohne sich je ein einziges Mal zu begegnen. Herta würde in der Berliner Lebewelt untergehen — er — Jordan — in der Welt der Pflicht und der Arbeit seine Tage verbringen.

Es war kein Zwang, keine Notwendigkeit, daß ihre Wege sich je wieder kreuzten. So würde alles verblassen und verklingen, und — über ein Jahr schon gedachte er des ganzen Erlebnisses nur noch wie eines versunkenen Traumes . . .

So kam er darüber hinweg und dachte höchstwahrscheinlich schon nach einigen Monaten nur noch kopfschüttelnd an diese schreckliche Zeit der Krise zurück.

Dann — in wenigen Wochen kam Weihnachten heran. Der Urlaub folgte. Es gab einen Wechsel der Umgebung mit all der ihm eigenen Erfrischung und Aufrichtung. Und wenn man heimkam an die frühere Stätte der Betätigung, dann winkte die Beförderung, die ein erweitertes Arbeitsfeld, eine schöne Steigerung des amtlichen Ansehens und Wirkens brachte . . .

Die Dämmerung war in Dunkel übergegangen.

Jordan entzündete das elektrische Licht auf dem Schreibtisch und sah auf die Uhr.

Noch eine Stunde bis zum Diner.

Eine halbe Stunde bis zur Heimkehr Rosalindens.

Er klingelte, ließ sich vom Diener den Pelz anziehen, Zylinder und Stock reichen und trat einen Spaziergang durch die winterlich hell erleuchteten, verkehrswogenden Straßen des Westens an.

Der Zug — der flutende der Gehenden, zog Jordan in die Potsdamer Straße hinein, deren Linie er folgte.

Er überschritt die Brücke, ging in der Richtung zum Potsdamer Platz vorwärts.

Es war ein wintertrockener Abend mit einer scharfen, etwas schneidenden Luft, die den erhitzten Nerven wunderbar wohltat.

Aus einem riesigen Schaufenster quoll eine warme Lichtflut über den breiten Fußsteig.

Eine hochgewachsene blonde Dame in üppigem Pelzschmuck betrachtete mit eingehendem Interesse die Pracht der ausgelegten Brillanten und Schmuckstücke.

Ein Ruck ging durch Jordans Körper.

Einen Moment schien der Mann wie an den Boden festgewachsen. Dann machte er eine Bewegung, als wollte er die Flucht ergreifen.

Mit weitgeöffneten Augen sah er die Erscheinung vor dem hohen, hellstrahlenden Fenster an wie etwas Unfaßliches — ganz Unbegreifliches.

Nun trat er heran.

Mit drei hastigen Schritten war er neben der Dame.

Er redete sie an.

Mit fester Stimme nannte er sie beim Namen.

„Fräulein Herta Hecker!" sagte er zu ihr.

Es klang forschend, tastend fragend.

Die Angeredete blickte auf.

Sie war es. —

Als sie den hochgewachsenen Mann erkannte, schrie sie halblaut auf — hob im Nu die geballte Faust und schlug dem Staatsanwalt mitten in das Gesicht

Fünftes Kapitel

Was war geschehen?

Er stand einen Moment wie in schwerer Betäubung da.

Er taumelte, er mußte sich an der Eisenumrahmung des Schaufensters festhalten.

Sein Gesicht brannte.

Sie hatte ihn geschlagen — geschlagen — auf offener Straße — ihn — den Staatsanwalt Jesus Christus . . .

In einem Spiegel des Schaufensters erblickte Jordan sich selbst geduckt, wie unter der Einwirkung dieser öffentlichen Schändung zusammengedrückt

Geschlagen — geschlagen auf offener Straße — von einem Weibe — —

Noch immer sah er sie vor sich, die erhobene Faust schwingend — Herta — die nun ihn aburteilte und auf der Stelle richtete — und er beugte das schuldbeladene Haupt unter ihrem Streiche .

Geschlagen auf offener Straße — er —

Hatte es jemand gesehen?

Verwirrt blickte er umher.

Gleichgültig wälzte der Menschenstrom sich vorüber.

Niemand hatte des Vorganges wohl acht gehabt.

Was war ihm?

Was war ihm nur?

Die Schmach brannte in seinem Gesicht — aber das Entsetzen über den erlittenen Schimpf allein war es nicht, was jetzt sein Blut in stürmische Wallung trieb. Nein.

Eine ganz unbeschreibliche Empfindung zitterte durch alle seine Nerven.

Hertas Faust hatte er in seinem Gesicht gefühlt — und wie bei der Annäherung zweier elektrischen Pole war ein Funke übergesprungen — ein Blitz aufgeflammt, dessen drückender Schlag all seine Fibern hatte erbeben machen.

Trunken war er davon — überwältigt — zum Umsinken . . .

Er zitterte am ganzen Leibe und fühlte eine Schwere in den Gliedern, die ihn schier lähmte.

Er war am Zusammenbrechen und raffte sich mit dem letzten Rest der Willensanspannung hoch und riß sich los von diesem Ort.

Gebeugt schleppte er sich von dannen .

Das Chaos war in ihm. Ein Wirbelsturm einander bekämpfender und mitsammen ringender Gefühle.

. . . Herta Heckers Faust hatte sein Gesicht berührt.

Der Vorgang war ein feindlicher gewesen, die Handlung gegen ihn und seine Ehre gerichtet. Aber sie bewirkte dennoch, daß eine Brücke sich hob über eine bisher abgrundtiefe und unübersteiglich gewesene Kluft.

(Fortsetzung folgt.)

man ihm nach der Revolution versprochen, es der nacktesten kapitalistischen Profitwirtschaft dagegen wieder überliefert.

Die Leute, die solche Wirtschaft loben, weil sie ihren Interessen entspricht, sind Schuld daran, wenn die deutsche Produktion nicht wieder in Gang kommen will. Es hilft kein anderes Mittel zu ihrer Belebung als die Sozialisierung. Erst wenn der Arbeiter die Frucht seiner Mühen in der Allgemeinheit geborgen weiß, wird er sein Letztes zur Aufrichtung des Wirtschaftslebens hergeben. Früher nicht! Und das mit Recht. Trotz allem kapitalistischen und „demokratisch-sozialistischem" Gezeter.

Sie schütteln Noske ab!

Noske hat in treuer Kopie Wilhelms sich eine Flagge beigelegt. Die Reichsfarben mit dem eisernen Kreuz in der Mitte. Er fordert damit die höchste Entrüstung der deutschnationalen Kreise heraus. In der Kreuzzeitung schreibt ein reaktionärer Offizier:

Hierin muß eine doppelte Herausforderung erblickt werden. Wie darf sich der sozialdemokratische Reichswehrminister das von Preußens Königen gestiftete und schon aus diesem Grunde jedem guten Preußen heilige Kriegsehrenzeichen als Symbol seiner Person und Stellung anmaßen, und wie darf er es wagen, dieses für alle Zeiten „Königlich Preußische Kreuz" in Verbindung zu bringen mit den Farben „schwarz-rot-gold", die für uns Revolution, Umsturz und Verrat bedeuten. Wir lassen unser Heiligstes nicht in den Schmutz ziehen, das sollen kommende Zeiten lehren.

v. Schweinitz,
ehemals Kaiserlicher Kapitänleutnant d. R.

Wie sagte doch Noske so schön: „Ich müßte mich vor mir selber schämen, wenn ich nicht sagen würde, daß diese Männer (die Offiziere) mit einem außerordentlichen Maß von Selbstüberwindung für das deutsche Volk Hervorragendes geleistet haben." Dafür diese wohlverdiente Ohrfeige.

Aus einer Republik

Die Schlesische Zeitung brachte kürzlich, wie wir der W. a. M. entnehmen, folgende Notiz:

Prinzenbesuch in Amerongen. Nach einer Meldung des Nieuwe Rotterd. Courant reist Prinz August Wilhelm am Dienstag wieder aus Amerongen ab. Heute trifft ein anderer Sohn des deutschen Kaisers zum Besuch seiner Eltern in Amerongen ein.

Die Zensurlücke — eine redaktionelle. W. T. B. hatte an der Stelle das Wort ehemalige gemeldet. Was hätten die offenbar ahnungslosen Leser des monarchistischen Blattes wohl gesagt, wenn sie hätten erfahren müssen, daß „ihr" Kaiser bloß noch ein ehemaliger ist!

Das Donaueschinger Tageblatt berichtet, nach der gleichen Quelle:

Ehrung. Herr Altratschreiber Stübe hier erhielt von **Seiner Durchlaucht dem Fürsten** zu seinem im vorigen Monat begangenen goldenen Orts-Jubiläum ein hocherfreuendes, ehrendes, eigenhändiges Gratulationsschreiben und als ein Zeichen besonderen Wohlwollens **höchstdessen** Bild.

Das Bauchrutschen vor „Höchstdenselben" wird auch im „neuen" Deutschland rege weiter geübt.

Die Schuldigen der Niederlage

Die Alldeutschen haben die Wiederkehr des 9. November ausgiebig benutzt, um die Revolution für die Zermürbung des Heeres verantwortlich zu machen. Positive Beweise für eine revolutionäre Zermürbung der Westarmee sind niemals erbracht worden. Aber hier ein kleines Dokument dafür, wer in Wirklichkeit an der Zermürbung der Armee schuld ist. Der „Zentralrat", das Mitteilungsblatt des Zentralrats deutscher Arbeiterräte, veröffentlicht in seiner Nr. 9 vom 9. November folgende Liste aus den Empfängen einer Marketenderei:

Hauptmann v. F. . . . . erhielt in zirka 1 Jahr: 1095 Pfund Zucker, 588 Pack Keks, 175 Pfund Honig, 35 Dosen kondensierte Milch, 620 Tafeln Schokolade, 88 Flaschen Branntwein usw.

Rittmeister Kl. . . . . in 6 Monaten: 280 Pfund Zucker, 10 Pfund Bonbons, 65 Tafeln Schokolade usw.

Leutnant Fr . . . . . in zirka dreiviertel Jahren: 250 Pfund Zucker, 78 Pfund Honig, 62 Pfund Bonbons, 256 Pakete Keks, 90 Pfund Schokolade, 50 Dosen Gemüsekonserven, 3100 Zigarren.

General von C. . . . . in einem Monat: 305 Pfund Zucker, 85 Dosen kondensierte Milch, 45 Pfund Honig usw.

Fürstlich Lippische Hofhaltung, Detmold, in einer Sendung 150 Pfund Zucker, 30 Dosen Oelsardinen, 20 Dosen kond. Milch, 20 Stück Seife, 59 Pfund Schinken, 16 Pfund Käse usw.

Utn. M . . . in zwei Monaten: 200 Pfund Zucker, 25 Dosen kondensierte Milch, 70 Pack Keks, 600 Zigarren, 900 Zigaretten.

Exzellenz von E. in 1 Monat: 59 Pfund Zucker, 50 Eier usw.

Was erhielt der Mann dagegen bestimmungsgemäß in einem ganzen Monat? 70 Gramm Kunsthonig, 1 Flasche Branntwein für 11 Köpfe! 1 Dose kondensierte Milch für 7 Köpfe! 1 Stück Zigarillos für 3 Köpfe.

So wie hier sind die Soldaten in unzähligen Fällen von Offizieren, Generälen, Exzellenzen und fürstlichen Hofhaltungen um ihr bißchen Nahrung in gemeinster Weise bestohlen worden. Und die alldeutschen Blätter fragen noch immer, wer das Heer zermürbt hat!

Großbritannien

Die Vorbereitung des Eisenbahnerstreiks

Gelegentlich eines Vortrages über die Lehren des englischen Eisenbahnerstreiks erzählte H. Gosling, der Vorsitzende des Vermittlungskomitees, auch einiges über die Vorbereitungen, die getroffen worden waren, um Frauen und Kinder vor einem Hineinziehen in den Kampf zu schützen. Es kam der Punkt, an dem man eine Erweiterung des Kampfes als möglich voraussah und man bildete über das ganze Land vereinigte Komitees von Genossenschaften und Gewerkschaften, um die „Maschinerie bereit zu machen für den Fall, daß es nötig war".

Einer der Hauptpunkte dieser Komitees war, daß die Konsumgenossenschaftsangestellten in der Arbeit bleiben sollten, selbst bei noch so großer Ausdehnung des Streiks, um die Ernährung der Arbeiter zu sichern. Die Maschinerie war bereits 4 Tage in vollem Gang; 600000 Pfund Sterling aus dem Besitz der Genossenschaft waren über das ganze Land verteilt und war für die Streikenden bereit.

„Aber diese ganze Maschinerie müßte fertig und instand sein, ehe eine Auseinandersetzung stattfindet" meinte Genosse Gosling. In Zukunft müßten sie von vornherein ohne Sorge um Frauen und Kinder in den Kampf gehen. Wenn das ganze geplante Schema ausgearbeitet wird und entwickelt sei, so könnte die Arbeiterschaft mit mehr Aussicht auf Erfolg in den Kampf gehen.

Daran müsse die englische Arbeiterschaft denken, weil es fraglich sei, ob noch einmal eine Vermittlung wie bei dem Eisenbahnerstreik von der Regierung angenommen werde. Gleichzeitig aber sollten sich alle sagen: Wenn irgend ein Parlament oder eine Regierung denkt, sie könne die Arbeiterbewegung auslöschen, so haben sie sich eine Aufgabe gesetzt, die sie niemals vollenden können.

In und um Elbing

Die Stellung des unehelichen Kindes

Wie eine Berliner Zeitung meldet, ist eine Vorlage, die der grundsätzlichen Regelung der Stellung der unehelichen Kinder im öffentlichen Leben gemäß Art. 121 der Reichsverfassung vorausgehen wird, gegenwärtig im Reichsjustizministerium in Vorbereitung. Art. 121 der Reichsverfassung bestimmt, daß den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebungen die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwickelung zu schaffen seien, wie den ehelichen Kindern. Die Nationalversammlung hat noch besonders die Vorlegung eines Gesetzes verlangt, das die Stellung des unehelichen Kindes im Sinne des Art. 121 regelt. Der preußische Minister des Innern hat schon im Februar des vorigen Jahres verfügt, daß es unerwünscht sei, die uneheliche Geburt von Personen ohne Not im öffentlichen Verkehr hervortreten zu lassen. Die Geburtsscheine sollten daher keine Angaben über die Namen der Eltern enthalten. Aehnliche Bestimmungen sind in fast allen Gliedstaaten erlassen worden. Auch die jetzt vorbereitete Vorlage wird sich nach gleicher Richtung hin bewegen und insbesondere auch bei Eheaufgeboten die Bekanntgabe der unehelichen Geburt unnötig machen, ebenso die Bekanntgabe der Abstammung in der Heiratsurkunde. Es soll auch für die Eintragung der Legitimierung in das Geburtsregister eine Erleichterung geschaffen werden. Die Abänderungen werden in der Form von Ergänzungen zum Personenstandsgesetz erfolgen.

Welche Züge laufen wieder?

Die Eisenbahndirektion Danzig teilt uns mit: Vom 16. November ab verkehren wieder für den Personenverkehr die Züge 541/552 auf der Strecke Danzig—Königsberg (ab Danzig 4.38 morgens, in Elbing 6.55 morgens; ab Königsberg 7.45 abends, in Elbing 11 Uhr abends); die Züge 549/544 und 551/542 Danzig—Elbing (ab Danzig 3.48 nachm., in Elbing 6.21 abends; ab Elbing 10.21 vorm., in Danzig 12.53 mittags; ab Danzig 7 Uhr abends, in Elbing 9.30 abends; ab Elbing 7.11 morgens, in Danzig 10 Uhr vorm.); die Züge 539/736 und 547/598 Danzig—Marienburg; 552/540 Danzig—Dirschau; 727/728 Danzig—Hohenstein; 902/905 Danzig—Praust—Lauenburg. D-Zug 3/4 Berlin—Schneidemühl—Elbing (in Elbing 6.26 morgens, ab Elbing 9.50 abends). Personenzug 305/304 Berlin—Schneidemühl—Elbing (in Elbing 1.06 mittags, ab Elbing 3.11 nachm.). Personenzug 308/311 Dirschau—Schneidemühl (ab Dirschau 12.45 mittags, in Dirschau 7.41 abends). Personenzug 321/322 Schneidemühl—Lubianen. Personenzug 323/324 Schneidemühl—Flatow. Personenzug 314 Königswiese—Konitz. Personenzug 770/771 Tiegenhof—Marienburg (ab Tiegenhof 7.10 morgens, in Simonsdorf 8.01, in Elbing 10.07 vorm.; ab Elbing 7.11 morgens, ab Simonsdorf 9.16, in Tiegenhof 10.04 vorm.) Zug 774/775 Tiegenhof—Simonsdorf (ab Tiegenhof 2.50 nachm., in Simonsdorf 3.48 nachm., in Elbing 6.28 abends; ab Elbing 6.40 abends, ab Simonsdorf 8.40, an Tiegenhof 9.30 abends).

Ferner verkehren: Auf der Strecke Elbing—Osterode die Züge 6021 und 625 (ab Elbing morgens 8.10 und 2.14 nachm.) und Osterode—Elbing die Züge 622 und 6020 (ab Osterode 4.52 morgens, an Elbing 7.25 vorm., ab Osterode 11.31 vorm., an Elbing 5.15 nachm.). Maldeuten—Elbing Züge 672 und 678 (ab Mohrungen 4.39 morgens, ab Maldeuten 5.05, an Elbing 6.19 morgens; ab Mohrungen 2.35 nachm., ab Maldeuten 4.58 nachm., an Elbing 6.14 nachm.), Elbing—Maldeuten Züge 671 und 672 (ab Elbing 6.39 morgens, in Maldeuten 8.06 vorm., in Allenstein 10.10; ab Elbing 6.39 abends, in Maldeuten 7.57, in Mohrungen 8.43 abends).

Elbinger Polizeinachrichten

Der Elbinger Kriminalpolizei gelang es in Gemeinschaft mit Danziger und Königsberger Kriminalbeamten einen ausländischen Schwindler, einen angeblichen Doktor Newbordt festzunehmen. N. hatte den Direktor der polnischen Bank in Bromberg kennen gelernt und sich mit ihm angefreundet. Beide wohnten zusammen in einem Hotel und hier faßte N. den Plan, seinen neugewonnenen Freund zu bestehlen. Es fielen ihm 300000 Mark in polnischen Papieren in die Hände mit denen er sofort per Auto nach Königsberg fuhr und von dort möglichst per Schiff nach Riga fliehen wollte. Als die Meldung von Danzig einlief, hatte das Auto bereits Elbing passiert. Gemeinschaftlich mit 2 Danziger Beamten nahm der Kriminalbeamte Sch. die Verfolgung des Verbrechers auf. In Königsberg traf man das leere Auto mit dem Chauffeur, der die Mitteilung machte, daß Doktor N. in einem Hotel abgestiegen sei. Nach einer Revision der Lokale fand man den Gesuchten um 9 Uhr abends im Palast-Café vollständig neu eingekleidet.

Bei der Durchsuchung wurden 275000 Mark polnisches Geld, einige 1000 Mark deutsches Geld und diverse Schmucksachen gefunden. 20000 Mark polnisches Geld hatte der Verbrecher bereits eingewechselt. Der Bestohlene hat bis auf einige 1000 Mark sein Geld zurückerhalten.

Ein Dienstmädchen hat dem Besitzer, bei dem es diente, Wäsche, Uhren u. a. m. gestohlen. Sämtliche Sachen konnten in Elbing wieder abgenommen werden.

Einem gewissen Kaysler, der wegen Diebstahls von Fleisch vor einiger Zeit festgenommen wurde, gelang es aus dem Gefängnis auszubrechen. Gestern abend wurde K. nun durch die hiesige Kriminalpolizei festgenommen. Bei seiner Vernehmung stellte sich heraus, daß er gemeinsam mit einem Genossen Otto Wannow 2 Schweine in Zeyer gestohlen hatte. Das Fleisch konnte beschlagnahmt werden.

Wie es gemacht wird

Von einem Genossen wird uns berichtet: Bei einer Fußtour die Tiegenhöfer Chaussee entlang mußte ich zu meinem größten Erstaunen sehen, daß bei einem größeren Besitzer noch das ganze Obst auf den Bäumen war. Vor mehreren Wochen wollte ich mir für meine Kinder etwas Obst von diesem selben Besitzer kaufen, wurde aber abgewiesen. So wird die Ernährung der städtischen Bevölkerung sabotiert.

Wieder Einbruch in den Konsumverein

Ein Einbruch wurde in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag in der Filiale des Konsumvereins in der Leichnamstraße verübt. Die Diebe erbrachen von der Hinterseite des Gebäudes die Fensterläden und gelangten so ins Innere. Es wurden für zirka 3000 Mark Waren insbesondere Zigarren und Rotwein gestohlen.

Druckfehlerberichtigung

Ein sinnentstellender Druckfehler hat sich in unsere Sonnabendnummer eingeschlichen. In der Notiz „Opfer eines Wahnsinnigen" unter „Was der Tag bringt" ist die Zahl der deutschen Verluste vor Verdun mit 70000 angegeben. Es muß richtig heißen 700000 Mann. Die Zahl der französischen mit 800000 ist richtig wiedergegeben.

Unglücksfälle beim Holzfällen im Stadtwalde

Uns wird geschrieben: Am gestrigen Sonntage sind beim Holzfällen drei Personen verunglückt. Es war vorauszusehen, daß das Holzfällen von ungeübten Leuten nicht ohne Unglücksfälle abgehen würde. Aber was hilft's? Der Arbeiter bekommt nicht das Brennmaterial ins Haus gebracht wie die besitzende Klasse. Er muß hinaus und sich selber beschaffen, was er braucht. Auch wenn er dabei das Risiko einer ungewohnten Arbeit auf sich nehmen muß.

Ostdeutsche Nachrichten

Großfeuer in Danzig

Freitag abend brach in einem Gebäude am Schuitensteg (bei der Brotfabrik Germania) aus noch nicht aufgeklärter Ursache Feuer aus, das in kurzer Zeit mit großer Schnelligkeit das gesamte Dachgeschoß ergriff und einäscherte. Die gesamten Möbel, Wäsche- und Kleidungsstücke, die sich in dem Dachgeschoß des zwölf Wohnungen umfassenden Gebäudes befanden, wurden ein Raub der Flammen. Die Wohnungen der übrigen Stockwerke sind durch Wasser zum Teil sehr stark beschädigt worden. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung nur unvollständig gedeckt.

Die Russenwerber freigelassen

In Zoppot sind vor einigen Tagen von der Polizei ein angeblicher russischer Leutnant Dreger und ein angeblicher Ermler unter dem Verdachte, sie seien Werber für die westrussische Armee, festgenommen worden. Die Festnahme konnte, wie die Danziger Zeitung mitteilt, nicht aufrechterhalten werden.

Kriegsbeschädigten-Rente

Halbamtlich wird geschrieben: Viel Unruhe unter den Kriegsbeschädigten hat folgende in den Zeitungen abgedruckte Verfügung gemacht:

„Die Versorgungsgebührnisse in den abzutretenden Gebieten werden einstweilen widerruflich vorschußweise weitergezahlt, auch falls die Bezugsberechtigten nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die deutsche Reichsangehörigkeit verlieren und die Bezüge demgemäß an sich zu ruhen hätten. Die Erstattung bezw. Fortgewährung dieser Bezüge seitens der neuen Staaten wird zum Gegenstand besonderer Verhandlungen gemacht werden."

Aber ein Grund zu einer Beunruhigung liegt nicht vor. Das Reich kann und wird keinen von denen, die dafür gekämpft und geblutet haben, im Stiche lassen.

Durch die Verordnung vom 8. Februar 1919 hat die neue Regierung die schon von der alten Regierung aufgestellte Verpflichtung als bindend anerkannt und durch eine Reihe weiterer Anordnungen das Verfahren geregelt. Diese Verpflichtung des Reiches besteht gegenüber allen Kriegsbeschädigten, auch gegenüber denen, die durch den Friedensvertrag die Reichsangehörigkeit verlieren. Auch diese werden noch weiter die Rente erhalten, selbst wenn sie aus dem Gebiet eines Staates in das eines anderen übergehen. Ein Danziger, der nach Preußen oder Polen geht, wird dadurch nicht seiner Versorgungsansprüche verlustig. Anders verhält es sich vielleicht mit solchen, die in das bisher feindliche Ausland ziehen. Jedenfalls enthält über solche die Verordnung nichts.

Nun ist die Frage, wie die Zahlung erfolgt, noch Gegenstand von Unterhandlungen zwischen dem Reich und den Reichsteile übernehmenden Staaten. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es muß ja in jedem Falle der Zahlung der Rente eine Legitimationsprüfung erfolgen, auch sind weitere ärztliche Untersuchungen erforderlich. Die Auszahlung der Renten für das Reich sollen nun vielleicht die Uebernahmestaaten leisten. Wie die Regelung im einzelnen erfolgt, ist nicht festgestellt. Aber die Kriegsbeschädigten werden ihrer Rechte und Ansprüche nicht verlustig gehen. Das ist eine Ehrenpflicht des Reiches, die außerdem gesetzlich festgelegt ist.

Sie sollen deshalb aber auch nicht Mißtrauen behalten, und diejenigen, die sie mit Mißtrauen erfüllen wollen, darauf ansehen, ob sie sie nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen.

Literatur.

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nr. 45 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Der 9. November von Rud. Breitscheid; Bilanz der Revolution von Otto Jensen; Die politische und soziale Lage in Frankreich von Aug. Hamon; Kindergärten nnd Volkshochschulen in Amerika von H. Krah; Bücherschau. „Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich Mark 6,— zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pfennig.

Briefkasten der Redaktion

R. Sch. Der Bußtag ist noch immer gesetzlicher Feiertag und als solcher zu behandeln. Sie wissen doch: „Es bleibt alles beim alten!"

Willy Krell
Schneidergeschäft, Königsbergerstraße 10[illegible].
Empfehle mein Lager in
Ulster-, Anzug- u. Joppenstoffen in Ia Qualität
Schnellste Bedienung. Guter Sitz. Beste Futtersachen.

Kartoffelhöchstpreis.

Die Reichskartoffelstelle hat zur Erzielung einer stärkeren Kartoffelablieferung angeordnet, daß für alle in der Zeit vom 3. November bis 15. Dezember d. Js. abgelieferten Speisekartoffeln den Lieferern eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2.— Mark je Zentner zu den bisherigen Sätzen zu zahlen ist. Aus diesem Grunde muß der Kleinverkaufspreis ebenfalls entsprechend erhöht werden. Es wird deshalb für den Stadtkreis Elbing auf Grund des Höchstpreisgesetzes hiermit angeordnet:

Der Höchstpreis für Kartoffeln bei der Abgabe an Verbraucher beträgt von sogleich ab für 1 Pfund 14 Pfg., für 1 Zentner mithin 14.— Mark ab Verkaufsstelle. Bei der Belieferung ganzer Kartenblätter (zur Wintereinkellerung) ermäßigt sich dieser Betrag um 1.— Mark, bei Lieferung frei Haus um 50 Pfg.

Elbing, den 13. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Bekanntmachung.

Stadtverordnetenwahlen.

Die Frist für die Erklärung von Verbindungen der Wahlvorschläge wird **bis zum 20. d. Mts. einschließlich** verlängert.

Elbing, den 15. November 1919.

Der Wahlvorstand für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Versammlungskalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Dienstag, den 18. d. Mts., 6 Uhr abends: **Branchenversammlung der Schmiede** im Volkshaus, Kleiner Saal.

Mittwoch, den 19. d. Mts., 6 Uhr abends: **Branchenversammlung der Dreher** im Volkshaus, Großer Saal.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr: **Vertrauensmännersitzung** im Volkshaus, Kleiner Saal.

Zu allen Versammlungen ohne Legitimation kein Zutritt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 18. d. Mts., abends 5 Uhr: **Vertrauensmännersitzung.**

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 5 Uhr: **Mitgliederversammlung** im Volkshaus.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 19. d. Mts., vormittags 10 Uhr im Volkshaus: **Mitgliederversammlung.**

U. S. P. Elbing.

Dienstag, den 18. d. Mts., abends 5½ Uhr: **Vertrauensmännersitzung des 1. Bezirks** im Volkshaus.

Mittwoch, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr: **Allgemeine Vertrauensmännersitzung** im Volkshaus, Kleiner Saal.

U. S. P.

Mittwoch, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr im **Volkshaus,** kleiner Saal:

Vertrauensmännersitzung.

Wir ersuchen, zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

U. S. P. I. Bezirk

Dienstag, den 18. d. Mts.

Vertrauensmännersitzung

im Volkshaus.

Die Sitzung beginnt pünktlich um 5½ Uhr und ist vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Die Bezirksleitung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Elbing.

Mittwoch (Bußtag), den 19. November, vormittags 10 Uhr im **Volkshaus**

Mitglieder-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 18. d. Mts., abends 5 Uhr im **Volkshaus**

Vertrauensmännersitzung.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 5 Uhr

Mitgliederversammlung

im **Volkshaus, großer Saal.** **Der Vorstand.**

Licht-Bild-Bühne

Georgendamm 5

Täglich ausverkaufte Häuser geben der Direktion Veranlassung, das Kolossal-Filmwerk

Prostitution II. Teil

(Die sich verkaufen)

noch weitere 4 Tage zu verlängern.

Bis einschl. Donnerstag, den 20. November, ist jedermann Gelegenheit geboten, dies überaus spannende und lehrreiche Sittenbild zu besichtigen.

Gemäß neuer Verfügung Beginn der täglichen Spielzeiten:

Erste Vorstellung: 6.45 Uhr, Kassenöffnung 6.15 Uhr.

Beginn der zweiten Vorstellung: 8.20 Uhr.

Sonntags, wie bisher, von 3—10 Uhr ununterbrochen.

Politik gehört nicht in die Stadtverordnetenversammlung.

Unpolitische Liste des gewerktätigen Mittelstandes.

1. Wegmann, Zimmermeister
2. Zehr, Vorsitzender des Innungsausschusses
3. Ligowski, Bäckermeister
4. Ullrich, Brauereibesitzer
5. P. Dück, Mühlenbesitzer
6. Alshut, Kaufmann
7. C. Steppuhn, Kaufmann
8. Wiegand, Bücherrevisor
9. Holzt, Schlosserobermeister
10. Franz Naumann, Vorsitzender des Gastwirtevereins
11. Dietrich, Fleischermeister
12. Heinrich Esau, Kaufmann
13. Albert Krell, Schneiderobermstr.
14. Frau Graudenz, Schneidermeisterin
15. Dittelbach, Schornsteinfegermeister
16. Herrmann, Tischlermeister
17. Vohlmeister, Kaufmann
18. Voigt, Goldarbeiter
19. Lietz, Ackerbürger
20. Herm. Regier, Kaufmann
21. Kahlbeck, Schneidermeister
22. Paul Kuster, Kaufmann
23. Jäckel, Fleischerobermeister
24. Kahlweiß, Kaufmann
25. Heinrich Penner, Kaufmann
26. Paul Raffée, Glasermeister
27. Brandt, Malermeister
28. Adomeit, Bäckermeister
29. Rob. Radtke, Schuhmachermeister
30. Ed. Kusch, Kaufmann
31. Th. Briggmann, Kaufmann
32. M. Danielowski, Kaufmann
33. C. Peicher, Buchhändler

Nicht politische Parteiinteressen, sondern das Gesamtwohl der Stadt muß und wird der gewerktätige Mittelstand energisch vertreten.

Männer und Frauen des Mittelstandes, einerlei ob Arbeiter, Handwerker, oder Kaufmann und Angestellter, schützt Euer Gewerbe und Euren Besitz vor Kommunalisierung und übermäßiger Besteuerung.

Die Liste „Wegmann—Zehr" kämpft mit aller Kraft gegen den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch unserer Stadt.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Rächendes Gift!

Sittendrama in 5 Akten

wird nur noch bis **Dienstag abend** gespielt.

Karlchens Seitensprünge.

Intimes Lustspiel in 2 Akten.

Von heute ab die neue Spielzeit!

Wochentags von 6.45 bis 10.15 Uhr abends,
Sonn- und Festtags
von 3.00 bis 10.00 Uhr abends.
durchgehende Vorstellungen.
Kassenöffnung: ½ Stunde vorher.

Bußtag geschlossen!

Raucher! Raucher!

Zigarren

eigene Fabrikate

sind wieder da bei der Firma

Gustav Dietschreit

Inhaber: Hermann Kusch

Inn. Mühlendamm 12, Teleph. 649

wie altbekannt in den Preislagen

45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pf.

usw.

Verkaufszeit der billigen Zigarren bis 70 Pf. **Dienstag** und **Freitag,** vorm. von 9—11 Uhr, nachm. von 3—4½ Uhr.

Gleichzeitig empfehle ich mein **reichhaltiges Lager in Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken** sowie **Pfeifen** und sämtliche **Ersatzteile.**

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher!

Lichtspielhaus

Fleischerstraße 9.

Heute, Montag, und folgende Tage:

Hedda Vernon

Friedrich Kühne, Ernst Hofmann

in

Der große Kuppler.

Schauspiel in 4 Akten und 1 Vorspiel.

Die Liebe der Marion Bach.

Schauspiel in 4 Akten mit

Margarete Neff

Leo Penkert.

Kassenöffnung 6.15 Uhr

Ende 10.15 „

Letzte Vorstellung 8.15 „

Schauspielhaus Marienwerder.

Direktion: Harnier & Sohn.

Dienstag, den 18. Novbr.: Zum 2. Male! **Das höhere Leben.**

Donnerstag, den 20. Novbr.: **Johannisfeuer.**

Freitag, den 21. Novbr.: **Dirschau: Der ledige Gatte.**

Sonnabend, den 22. Novbr.: **Märchen-Aufführung.**

Sonntag, den 23. Novbr.: **Der ledige Gatte.**

Stadttheater Elbing

Montag, d. 17. d. Mts. abends 7½ Uhr:

Maria Stuart

Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Dienstag, d. 18. d. Mts. Abends 7½ Uhr:

Die Faschingsfee

Operette in 3 Akten von E. Kalmàn.

Mittwoch d. 19. d. Mts. abends 7½ Uhr:

Der fliegende Holländer

Große Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Königl.

Adler-Apotheke

Brückstraße 19.

Anfertigung sämtlicher Krankenkassenrezepte Tierarzneien

Dienstag

Fleisch- und Wurstverkauf.

Roßschlächterei Georgendamm 15.

Frisch eingetroffen!

Ia Kautabak

(Gar. rein Kentucky-Tabak)

Erich Murawsky,

Leichnamstraße 23.

Aus letzten

Seifen-

Sendungen empfehle noch billigst **Sunlight, Colgate, Colonia, Marseiller** diverse **Toiletten-Seifen** (auch Postkolli-Versand) ferner: **Remyfstärke, Borax K.-A.-Seifenpulver Deutsches Waschpulver Bleichsoda, Lichte**

Otto Runkel

Alter Markt 62.
Inn. Mühlendamm 4b.

Ein Winter-Jüngl.-Paletot f. Alter v. 14—16 J., u. ein alter Gummi-Regenmantel zu verkauf. Aeuß. Mühlend. 65 u. l.

Anfertigung sämtl. Herrengarderoben

aller Art unter Garantie für guten Sitz und beste Verarbeitung.

Umarbeiten :: Wenden :: Reparaturen

schnell und sauber.

Neu eingetroffen: gute blaue Stoffe zu Anzügen.

R. Kempka, Schneidermstr.

Brückstraße 15,

früher Zuschneider bei der Firma Wypnt, Alt. Markt

Bevor Sie einen

Zopf

kaufen, besichtigen Sie mein großes **Lager** in

garantiert Naturhaarzöpfen.

50 cm lang,	**60 g**	**schwer, Stück**	**14.00 Mk.**
60 cm „	**60 g** „	„	17.50 „
65 cm „	**65 g** „	„	22.50 „
70/75 cm „	**70 g** „	„	26.00 „

usw. Versand nach **außerhalb** geg. **Einsendung** der **Probe** und **Preisangabe. Umtausch gestattet.** Anfertigung von **eigenem** ausgekämmtem Haar. Große **Auswahl** von **Haarwolle, Kreppwollen, Turbangestellen, Haarnetzen, Roßhaarnetzen, Haarschmuck, Hautcreme, Toiletteartikeln.**

Kopfwaschen, Ondulation, Manikure,

Haarfärben und Bleichen.

Modernste Frisier-Salons für Damen und Herren.

Otto Voss, Wilhelmstraße 43.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing. Druck u. Verlag: Verlagsgenossensch. Elbinger Volksstimme E.G.m.b.H. in Elbing

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 24 | Dienstag, den 18. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Französischer Generalstreik in Sicht. Der Hauptausschuß des Gewerkschaftsbundes des Seine-Departements hat mit 61 gegen 41 Stimmen der Annahme eines Antrages zugunsten eines politischen Generalstreiks als Protest gegen jede Intervention Frankreichs in Rußland zugestimmt. Dieser Beschluß brachte die Gewerkschaftsbureaukratie in Wallung. Agence Havas meldet aus Paris:

La Presse de Paris zeigt an, daß das Exekutivkomitee der vereinigten Gewerkschaften des Seinedepartements einstimmig beschlossen hatte, seine Demission einzureichen infolge der Abstimmung des Zentralkomitees vom 10. November. Dieses Rücktrittsgesuch hat das Exekutivkomitee später zurückgezogen.

Ein Reinigungsantrag. In dem Organ der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie Der Marxist veröffentlicht S. Nestriepke einen offenen Brief an die U. S. P., der mit eindringlichen Worten fordert, die Streitaxt endlich zu begraben, und mit einem Bekenntnis zur Demokratie und zur Zweiten Internationale schließt.

Die Genossen von Hannover haben nun den Antrag für den Parteitag gestellt, Dr. Nestriepke aus der Partei auszuschließen, weil sein Verhalten die Partei schädige.

Keine Auslieferung Leviens. Eine Wiener Meldung lautet: Wie der Morgen von unterrichteter Seite erfährt, wurde das Auslieferungsbegehren der bayerischen Regierung betreffend den Kommunisten Max Levien von der Regierung abschlägig beschieden. Levien werde aber nicht in Freiheit gesetzt, sondern in Karlstein bei Waidhofen interniert werden.

Suchet, so werdet ihr finden! Aus Darmstadt berichtet die Frankfurter Zeitung: Mit Unterstützung einer Kompagnie Reichswehrtruppen, die das Dorf umstellten, nahm der Kommunalverband in Groß-Zimmern eine Durchsuchung der Häuser nach Kartoffeln vor. Das Ergebnis der gewaltsamen Untersuchung waren 2000 Zentner Brotgetreide und 2000 Zentner Kartoffeln. Den Landwirten, die sich der Untersuchung widersetzten, wurden die Vorräte beschlagnahmt und enteignet.

Die Schweizer Genossen. Für eine neue Internationale hat sich der Zentralverband der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgesprochen. Er ermächtigt die Geschäftsleitung, mit den sozialistischen Organisationen des Auslandes zur Schaffung einer internationalen, den praktischen Bedürfnissen entsprechenden Verbindung Fühlung zu nehmen.

Vom Brennabor. Wie dem Berliner Tageblatt aus Bielefeld berichtet wird, wurde die bekannte Brennerei H. W. Schlichte in Steinhagen polizeilich geschlossen und die Bücher beschlagnahmt wegen der Anschuldigung von Millionen-Schiebungen mit ausländischem Sprit. — Und das Volk hat keine Kartoffeln und muß hungern.

Immer mehr Militär! Wir erfahren, daß unsere Regierung mit der Entente verhandelt, um die nach dem Friedensvertrag ab 1. April 1920 festgestellte Heeresstärke von 100 000 Mann auf das Doppelte zu erhöhen. Das nennt sich „Abrüstung"!

Wenn wirklich die Entente, die ja mit ihrem Abrüsten ebenfalls nicht weiterkommt, auf dieses Verlangen eingeht, würde das von neuem beweisen, wie eng nach wie vor die deutschen und Entente-Kapitalisten verbunden sind.

Gegen Zeitungsverbote. Im Verein Berliner Presse wurde folgende Entschließung angenommen: Die Pressefreiheit ist in den letzten Tagen der Woche wiederholt durch Verbote Berliner Zeitungen verletzt worden. Der Verein Berliner Presse legt gegen diese Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung die schärfste Verwahrung ein und erklärt, daß, solange auf dieses Kampfmittel nicht verzichtet werde, von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Presse nicht die Rede sein kann. — Solange man die bürgerliche Presse ungeschoren ließ, haben die bürgerlichen Zeitungen sich nicht gerührt. Erst als Noske die Vossische Zeitung verbot, verweigern sie die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" zwischen Regierung und Presse.

Vom russischen Kriegsschauplatz. An der Nordwestfront greifen die Bolschewiki andauernd heftig an. Sie eroberten Jamburg. Judenitsch ging über den Lugafluß unter Sprengung der Brücken zurück. Damit ist die Weiße Armee über ihre Ausgangsstellungen vor der Offensive gegen Petersburg zurückgeworfen worden.

Nach lettischen Meldungen haben die gegen Bermondt kämpfenden lettischen Truppen die kurländische Aa bis Biederlinghof überschritten und Dobeln besetzt. In der Nacht zum 11. November gingen die Letten über die Düna und nahmen die Vorstädte von Riga auf dem linken Dünaufer ein. Der Begleiter der Ententekommission für das Baltikum, Admiral Hopmann, hat Mitteilung erhalten, daß der Führer der russischen Westarmee, Awalow-Bermondt, sich mit seiner ganzen Armee dem Befehl des Generals von Eberhardt unterstellt hat.

Mit Rücksicht auf die in der Nähe Mitaus stattfindenden Kämpfe sind in den letzten Tagen mehrere Züge mit Reichsdeutschen und dem größeren Teil des Personals der deutschen Vertretung von Mitau nach Deutschland abgefahren.

Streik in der rheinischen chemischen Industrie. Die Frankfurter Zeitung berichtet aus Mainz, daß die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im Lohngebiet von Mainz, Wiesbaden und Biberach, insgesamt 2000 Mann, wegen Nichtanerkennung des Reichstarifs gestern die Arbeit niedergelegt hat.

Straßenkämpfe in Irland. Daily Chronicle meldet aus Cork, daß es dort zwischen Soldaten und Bürgern zu Straßenkämpfen gekommen ist, die drei Stunden dauerten und bei denen zahlreiche Personen verwundet wurden. Vierzig Verwundete wurden in die Spitäler eingeliefert.

Die Sparprämienanleihe

Just am Jahrestage der deutschen Revolution beglückte das Reichsfinanzministerium das deutsche Volk mit einer Anleihe, die, wenn man hinter den Tricks und Täuschungskünsten des Finanzgenies Erzberger den realen Kern sucht, als eine Neuauflage der Kriegsanleihe erscheint. Großzügig, wie Matthias Erzberger nun einmal arbeitet, läßt er durch die gesamte deutsche Presse in marktschreierischen Inseraten den neuen Plan verbreiten. Ob er Glück haben wird, läßt sich bei dem unkontrollierbaren und undurchsichtigen Gebaren der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage nicht voraussagen. Möglich ist es schon, denn das Erzbergersche Projekt bietet all denen, die das durch den Kriegswucher erworbene Geld unterbringen möchten, willkommenen Unterschlupf und beträchtliche Vergünstigungen.

Prämienanleihen sind in der Vergangenheit immer nur dann aufgelegt worden, wenn das staatliche Finanzwesen sich im Zustand heilloser Zerrüttung befand. In dem Frankreich vor der großen Revolution, unter der zügellosen Verschwendungswirtschaft der letzten Ludwige, wurde die Anleihe mit dem Glücksspiel verbunden. Oekonomisch rückständige Staaten wie Oesterreich und deutsche Kleinstaaten griffen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu solchen sensationellen Mitteln, womit an die niedrigsten Instinkte geldgieriger Elemente appelliert wird. Und für die Aussichtslosigkeit der Finanzen des neuen Deutschland gibt es keinen untrüglicheren Beweis, als diesen Plan einer Sparprämienanleihe, den der unfehlbare Erzberger in Verbindung mit geschäftskundigen Bankiers entworfen hat.

Das Reich braucht Geld und zehnmal Geld. Erzberger ist ständig auf der Suche nach neuen Einnahmequellen. Das Reichsnotopfer ist vorerst noch ein Projekt. Darauf kann nicht gewartet werden. Ohne Anleihen ist nicht auszukommen. Aber wie sollen die neuen Anleihen dem Volke, das mit Kriegsanleihen überfüttert wurde, mundgerecht gemacht werden? Mit den üblichen Anleihen ist einfach nichts zu machen. Das weiß des Deutschen Reiches Finanzgenie sehr gut. Es mußte also eine neue Form, ein neuer Typ erfunden werden, mit dessen Hilfe der Geldbesitz der kleinen und großen Kriegsgewinnler in die Reichskasse geleitet werden könne und der Genius Erzberger ersand diesen raffinierten Typ, so eine Art Mittelding von Sparbank und Lotterie; er schreibt darüber mit anerkennenswerter Offenheit in der Zeitschrift das Neue Reich (Nr. 30): „Man mußte sich nun fragen, welche Form man einer neuen Anleihe geben sollte. Eine einfache Fortsetzung der Ausgabe fünfprozentiger Schuldverschreibungen, wie sie während des Krieges üblich geworden war, empfahl sich schon aus dem Grunde nicht, weil erfahrungsgemäß bei Vorhandensein zu großer Posten von Anleihewerten eines bestimmten Typs diese Anleihen an Zugkraft in der breiten Oeffentlichkeit zu verlieren beginnen. Die Tatsache, daß die Kriegsanleihen aus bekannten Gründen im Kurse sehr stark gedrückt wurden, mußte ebenfalls zur Vorsicht mahnen. Mit Rücksicht auf diese Uebersättigung des Inlandmarktes mit deutscher Kriegsanleihe war es darum nicht ratsam, wieder den gleichen Typ zu wählen." Aus dieser Berechnung heraus erfand Erzberger den neuen Typ, „der eine Mischung von Prämienanleihe und Sparanleihe darstellt."

Soweit der Reichsfinanzminister. Was ist nun unter der Sparprämienanleihe zu verstehen? Kurz gesagt: Das Reich braucht Geld in Form einer langfristigen Anleihe, deren fünfprozentige Zinsen nicht ausgezahlt, sondern fortlaufend zum Kapital geschlagen werden; den Anreiz zu der Hergabe des Geldes auf nicht weniger als 80 Jahre bildet die mit dem Unternehmer verbundene Lotterie, die für einige Glückspilze hohe Gewinne — von 1 Million abwärts — bietet.

Die Höhe der ersten Anleihe soll 5 Milliarden Mark betragen, die in Anteilen von 1000 Mark zu zahlen sind, deren jeder sich zusammensetzt aus 500 Mark Kriegsanleihe und 500 Mark in bar. Tatsächlich werden durch die Anleihe demnach nur zweieinhalb Milliarden Mark für das Reich gewonnen. Ist das angesichts des übergroßen Geldbedarfs nicht verblüffende Bescheidenheit seitens des Reichsfinanzministeriums? O nein! Erzberger will mit dieser ersten Sparprämienanleihe die sich bietenden Möglichkeiten feststellen, er will erkunden. Ein Mann, der gut unterrichtet ist, Dr. Otto Heymann-Berlin, schreibt darüber: „Man führt diese Beschränkung auf den Wunsch der Regierung zurück, erst einmal den Boden für die Aufnahme einer neuen Reichsanleihe zu sondieren." Das heißt: Ist der Erzbergerschen Reichslotterie mit diesem Versuch ein voller Erfolg beschieden, dann folgt recht bald eine Wiederholung in erhöhtem Umfange. Und wenn das deutsche Volk, gereizt durch die Möglichkeit von Millionengewinnen, Lust und Geld hat, kann es in zahlloser Folge in der Reichsdalleslotterie spielen — bis zum allgemeinen Bankerott

Trotzdem die einzelnen Anteile der Anleihe nur 1000 Mark betragen, nach dem heutigen Geldwert ein verhältnismäßig geringer Betrag, kann doch mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die Masse des Volkes, die heute weniger denn je das einfachste Konsumbedürfnis befriedigen kann, für die Zeichnung nicht in Frage kommt. Damit rechnen die Drahtzieher und Propagandeure des Reichsfinanzministers übrigens auch; einer von ihnen, Alfred Landsburgh, bezeichnete die Kreise, auf deren Zeichnug ganz besonders gerechnet wird, als die Schicht der „Ueberkonsumenten"; er schreibt über diese im Ueberfluß lebenden Leute:

„Es gibt nämlich in Deutschland heute einen außerordentlich großen Kreis von Personen, die durch besondere Struktur der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft zu einem verhältnismäßig hohen Einkommen gelangt sind. Man hat hierbei weniger an das Großgewerbe zu denken, als an den mittleren Kaufmann, Unternehmer, Handwerker, Landwirt, Obstzüchter usw. Für diese Kreise ist es typisch, daß sie, seitdem die Kriegsanleihen ihre Beliebtheit eingebüßt haben, für ihr ungewohnt reichlich vereinnahmtes Geld keine geeignete Anlage zu finden wissen. Das liegt nicht nur an ihrer geringen Vertrautheit mit den Verhältnissen am Kapitalmarkt, sondern auch an dem tatsächlich bestehenden Mangel an passender, auf ihre besonderen Wünsche zugeschnittener Anlageangelegenheit. Die Hauptarten des Kredits (Hypotheken, Kommunalanleihen u. dergl.) sind organisiert und zentralisiert, kommen also an den einzelnen kleinen Kapitalisten nur ausnahmsweise heran. Die Einzahlung bei der Bank oder Sparkasse ist diesen Kreisen heute wenig sympathisch, da sie in Ansehung ihrer Vermögensverhältnisse keine Mitwisser zu haben wünschen. Irgendwo müssen aber die verdienten Gelder schließlich bleiben, und so sehen wir ihre Verwertung die eigentümlichsten Formen annehmen: die der Aufspeicherung von Banknoten in Kisten und Kasten, die Jagd nach Effekten, welche die Börsenkurse phantastisch hochtreibt, des wahllosen Ankaufs von Luxusgegenständen, wie Teppichen, Schmuck und überflüssigen Mobilien. Alle diese Erscheinungen sind auf dieselbe Quelle zurückzuführen, nämlich auf die Verlegenheit relativ wohlhabend gewordener Teile des Mittelstandes, die nicht wissen, wohin mit dem Gelde. Vor allem aber führt diese Verlegenheit zu einem gewaltigen Mehrverbrauch von Lebens- und Genußmitteln, deren Preis kaum noch eine Rolle spielt. Denn wo das Geld leicht verdient worden ist, da ist es zu einem Schlagwort geworden, das Geld „habe keinen Wert mehr" — Beamte, Angestellte, Rentenempfänger usw. sind freilich anderer Meinung —; es müsse also irgendwie ausgegeben werden."

Das Geld dieser im Ueberfluß schwelgenden wucherischen Elemente will Erzberger mit seiner Lotterie aus den Schlupfwinkeln hervorholen. Diese Leute haben ja auch die regelmäßige Zinszahlung nicht nötig, sie können es sich gestatten, auf Jahrzehnte hinaus die Zinsen zum Kapital schlagen zu lassen. Außer dem Lockmittel des Glücksspiels, hat Erzberger aber noch eine weitere Vergünstigung für die größeren Kapitalbesitzer getroffen. Wer 25 Anteile erwirbt, ist für die eingezahlten 25 000 Mark von jeder Nachlaß- und Erbanfallsteuer befreit. Ein neues Privileg, das von den Vermögensbesitzern weidlich ausgenutzt werden wird; außerdem können weitere zehn Anteile von diesen beiden Steuerarten befreit werden. Alles das kommt natürlich nur für die Kapitalisten in Frage.

Die Arbeiterklasse kann dem neuesten Erzbergerschwindel zur Rettung des kranken, verseuchten Kapitalismus nur strikteste Ablehnung entgegenbringen. Sie hat dieses Experiment lediglich als einen weiteren Versuch zu betrachten, eine im Absterben begriffene Gesellschaftsordnung durch Pferdekuren (Reichsnotopfer) und Taschenspielerkünste (Sparprämienanleihe) mit neuem Leben zu erfüllen. Mag Erzberger mit seiner Milliardenlotterie immerhin ein Tagesgeschäft, einen Scheinerfolg erringen — den unaufhaltsamen Niedergang des kapitalistischen Wirtschafts- und Staatssystems wird er damit nicht aufhalten können.

F. P.

Politische Rundschau

Deutschland

Herrn Helfferichs Putsch II

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Vom ersten Augenblick an war es klar, daß Helfferich es darauf anlegte, den Untersuchungsausschuß zu provozieren. Er arbeitete mit voller Absicht darauf hin, eine Kraftprobe herbeizuführen, bei der, wie er hoffte, nicht nur diese Kommission, sondern das ganze Untersuchungsverfahren und mehr als das zu Bruch gehen sollte. Seine Methode war, unter technischen Gesichtspunkten betrachtet, vortrefflich. In dramatischer Steigerung gelangte er von einem geflissentlich und herausfordernd zur Schau getragenen Selbstbewußtsein über freche Arroganz zum Gipfel der Unverschämtheit. Er begann mit dem Versuch, sich und seine Politik reinzuwaschen, er fuhr fort mit Ausfällen gegen das Parlament und seine Mehrheit, er schloß mit einem Vorstoß gegen ein Mitglied des Ausschusses, der natürlich gleichzeitig gegen die Nationalversammlung gerichtet war, aus deren Mitte diese Körperschaft gewählt worden ist.

Einstweilen ist der Plan gescheitert. Obwohl es im Ausschuß zu einer Krisis kam, in deren Verlauf der deutschnationale Abgeordnete Warmuth sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat, werden die Verhandlungen weitergeführt. Aber die Affäre selbst ist nicht erledigt. Helfferich weigert sich nach wie vor, Fragen des Abgeordneten Oscar Cohn zu beantworten, und wenn Helfferich vom Zeugentisch abtritt, wird er durch Hindenburg und Ludendorff abgelöst. Zweifellos hat er sich selbst nur als den Vorläufer dieser beiden betrachtet. Er hofft, daß sie sein Werk fortsetzen werden. Wie weit sie dazu bereit sind, ist abzuwarten. Aber die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Generale an Energie nicht hinter einem ehemaligen Bankdirektor zurückstehen wollen, und der patriotische Mob auf der Gasse tut alles, um ihnen den Rücken zu steifen. Wir müssen uns auf einen schweren Konflikt gefaßt machen, der nicht auf den Verhandlungssaal beschränkt bleibt.

Das Bild der Vorgänge sei mit kurzen Strichen skizziert. Zur Erörterung standen Fälle von Verurteilungen deutscher Staatsangehöriger in Amerika. Helfferich hatte aus dem Fehlen entsprechender Bestrafung englischer Staatsangehöriger den Schluß auf die Unneutralität des Präsidenten Wilson und der Regierung der Vereinigten Staaten gezogen. Genosse Cohn wollte durch einige Fragen feststellen, daß die Regierung keinen Einfluß auf die Gerichte geübt habe und also nicht verantwortlich zu machen sei. Die erste Frage beantwortet der Zeuge, nachdem der offenbar nicht ganz uneingeweihte Vorsitzende sie wiederholt hat. Auf die zweite, die dem Zeugen besonders unbequem ist, erklärt er, **daß er grundsätzlich Cohn keinen Bescheid gebe.** Herr Warmuth versucht es mit einer Rechtsbelehrung, Herr Helfferich beharrt bei seiner Ablehnung. Er ist bereit — obwohl es ihm so peinlich sei — seine Gründe anzugeben. Der Ausschuß zieht sich zur Beratung zurück.

Nach anderthalb Stunden verkündet der Vorsitzende den Beschluß, wonach der Zeuge zur Beantwortung aller Fragen verpflichtet sei. Der Zeuge weigert sich hartnäckig, diese Pflicht zu erfüllen. Der Vorsitzende teilt mit, daß ihn der Ausschuß auf Grund der Strafprozeßordnung in **eine Geldstrafe von 300 Mark** genommen habe. Mit spöttischem Lächeln zieht Helfferich ostentativ seine Brieftasche hervor. Was sind einem reichen Mann 300 Mark?

Gleichzeitig erklärt Herr Warmuth seinen Rücktritt vom Vorsitz, da er in diesen von ihm für äußerst wichtig gehaltenen Fragen mit der Mehrheit der Kommission nicht übereinstimme. Er tut den Schritt, den seine deutschnationalen Freunde schon seit Tagen von ihm forderten.

Das Bravo im Zuschauerraum und in den Reihen der nationalistischen Journalisten wird von dem neuen Leiter, dem Abgeordneten Gotheim, entschieden gerügt, und Herr Gothein schlägt nun auch gegenüber Helfferich endlich den Ton an, der seinem Auftreten gebührt. Er verbittet sich sein Hineinreden, er weist ihn in die Schranken seiner Zeugenaussagen zurück, er bedeutet ihm, daß er seinerseits keine Feststellungen zu machen habe, sondern warten müsse, bis er gefragt werde.

Dann gibt Helfferich die Gründe für seine Weigerung, Fragen von Oskar Cohn zu beantworten, bekannt. Sie entsprechen den allgemeinen Erwartungen. Man wußte, daß nun der berühmte russische Rubel kommen werde und die Behauptung, Cohn und seine Partei trügen die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands. **Der Spieß soll umgedreht werden, Helfferich will den Richter spielen und die Unabhängige Sozialdemokratie auf die Anklagebank zwingen.**

Cohn nagelt zum wer weiß wievielten Male die alldeutsche Lüge fest, und er sagt Herrn Helfferich, daß er in seinen Augen allerdings weniger als Zeuge **denn als Angeklagter und Schuldiger dastehe.**

Millionen werden die Meinung von Oscar Cohn teilen und darüber hinwegsehen, daß ihr Aussprechen in diesem Zusammenhang den geschickten Schauspieler am Zeugentisch einen effektvollen Abgang finden ließ. Der erhebt sich, stellt sich mit den Händen in den Hosentaschen vor dem Untersuchungsausschuß auf, schiebt nach seiner Gewohnheit die Unterlippe höhnisch vor und erklärt, den Saal verlassen zu wollen. Ob er diese Drohung wahrgemacht haben würde, steht dahin, denn in diesem kritischen Moment schließt der Vorsitzende die Verhandlungen.

Was soll nun werden? Alles hängt davon ab, ob die Ausschußmehrheit fest bleiben wird, das heißt, ob sie alle Konsequenzen ihrer Entschließungen zu tragen bereit ist.

Eine Fülle von Fragen tut sich auf. Die Explosion im Verhandlungssaal des Untersuchungsausschusses kann Fernwirkungen ausüben, deren Umfang sich zur Zeit noch nicht absehen läßt. Auf alle Fälle würde es verfehlt sein, das Auftreten des Herrn Helfferich nur als eine anmaßende und übermütige Geste zu bewerten. Er hat bewußt das **Signal zum Aufruhr** gegeben. Die nächsten Tage müssen zeigen, wie stark und wie entschlossen die Gefolgschaft dieses Putschisten ist und was sie wagen kann.

Die Regierung am Pranger

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt über die Freitagsitzung der preußischen Landesversammlung:

Die Sitzung wurde durch eine großangelegte Anprangerung der Regierung durch den Genossen Rosenfeld aus dem Niveau des Alltäglichen herausgehoben. In zweieinhalbstündiger Rede geißelte er die Schande des Belagerungszustandes und dessen Folgeerscheinungen. Er konnte aus dem berghoch aufgetürmten Material nur eine bescheidene Blütenlese geben. Wir geben in Nachstehendem einen Auszug aus seiner Rede:

Abgeordneter Rosenfeld (U. S. P.).

Es ist heute nicht das erste Mal, daß wir unsere Stimme gegen den Belagerungszustand erheben und wird wahrscheinlich auch nicht das letzte Mal sein. Monatelang lastet Belagerungszustand auf dem Volke und aus keinem anderen Grnnde, als, weil die Regierung Ausbrüche der Unzufriedenheit mit brutalen Gewaltmaßnahmen beantwortet, anstatt den tiefen Ursachen nachzuforschen und diese zu beseitigen. Eine solche Gewaltpolitik ist ein unentschuldbares Verbrechen. Sie enthüllt die innere Unwahrheit des jetzigen Systems. Die Arbeiterschaft denkt sozialistisch-revolutionär. Die Freiheiten der Revolution in der Regierung aber waren niemals und sind nicht sozialistisch und nicht revolutionär. Deshalb verfolgen sie alles, was sozialistisch und revolutionär ist. Es ist der Haß der politischen Emporkömmlinge, der darin seinen Ausdruck findet. Sie fühlen, wie erbärmlich sie neben dem einfachen Arbeiter dastehen, der sich mit seinem reinen proletarischen Empfinden turmhoch über sie erhebt. Dieselben Männer, die nicht müde geworden sind, die Gewaltmethoden von ehemals zu brandmarken, bedienen sich heute derselben Methoden aber in noch viel scheußalerischer Form. Sie offenbaren damit, welche schamlose Heuchelei sie früher betrieben, als sie sich den Massen gegenüber als sozialistisch und revolutionär gebärdeten. Mit jeder Verhängung des Belagerungszustandes haben sie sich einen Schandpfahl errichtet, an dem sie nun stehen als das, was sie sind, als Verräter der Arbeiterklasse. (Sehr wahr bei den Unabh.)

Der Belagerungszustand ist in mehr als 50 Fällen verhängt worden und wird in 32 Fällen heute noch ohne jeden Grund aufrecht erhalten. Seit Januar besteht dieser Zustand und ist geradezu unerträglich geworden. Wie die frühere Regierung sich über den Langmut des Volkes täuschte, so wird sich auch die jetzige täuschen. Als Grund wird vielfach angegeben: „Schutz gegen bolschewistische Uebergriffe". Umgekehrt wird aber nicht verhindert, daß Noskesche Räuberbanden zu den Konterrevolutionären in Rußland übergehen.

Wir erblicken in den Bolschewiki den Vortrupp der Weltrevolution und sehen mit Freude, wie sich jetzt in Rußland alle sozialistischen Parteien im Kampfe gegen die Reaktion zusammengefunden haben. Wir verurteilen auf das Entschiedenste das brutale Vorgehen gegen Sowjet-Rußland. Dieselben Bolschewisten, denen so häufig der Terrorismus vorgeworfen wird, haben kürzlich eine Amnestie erlassen, die wir bisher vergeblich auch bei uns gefordert haben. Als Grund für Verhängung des Belagerungszustandes wird auch oftmals „Abwehr polnischer Angriffe" angegeben. Hätte es die Regierung verstanden, eine vernünftige Politik im Osten zu treiben, es wäre uns viel erspart geblieben. Als eine bodenlose Verdächtigung der Berliner Arbeiterschaft weise ich es jedoch auf das Schärfste zurück, daß die Regierung zur Rechtfertigung des Belagerungszustandes sagt, daß Plünderungen und Unruhen in Verbindung mit einem Generalstreik vorgekommen seien. Der Prozeß Ledebour und andere Prozesse haben enthüllt, wie es zu den Märzunruhen gekommen ist.

Redner besprach dann die wahren Ursachen, die in den einzelnen Gebietsteilen zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt haben. Insbesondere wies er auf den Befehl des Kommandeurs des 7. A.-K. von Watter hin, der ausdrücklich anordnet, daß der Belagerungszustand lediglich zu dem Zwecke verhängt werden müsse, um Terroristen und Hetzer in Schutzhaft nehmen zu können. Früher haben sich Heine, Noske und Scheidemann ganz entschieden gegen die brutalen Machtmittel des Belagerungszustandes gewendet. Aber das waren nur Worte und heute sehen wir die Taten.

Nach Erörterung der Rechtsverhältnisse wendet sich Genosse Rosenfeld dann zur Knebelung der Presse, insbesondere gegen das Verbot der Freien Jugend und der Liebknechtschen Broschüre über den Militarismus; gegen die Unterdrückung der humoristisch-satyrischen Wochenschrift Faun und dagegen, daß die humoristische Gesellschaft Strelewicz in Westfalen unter Vorzensur gestellt worden ist. Dann protestiert er gegen die Unterbindung des Vereins- und Versammlungsrechts, wobei nicht einmal die gewerkschaftlichen Versammlungen verschont würden. Die Regierung rede sich zwar immer auf einen bedauerlichen Mißgriff hinaus. Da sich die Fälle aber immer wiederholten, könnten wir ihr nicht mehr glauben, daß sie ernstlich solche Mißgriffe verhüten wolle. Die Versammlungsverbote während des Metallarbeiterstreiks haben nur deshalb nicht zu schweren Konflikten geführt, weil die Arbeiterschaft zu besonnen war, um sich provozieren zu lassen. Charakteristisch ist, daß ausgerechnet ein Eugen Ernst sich dieses schmutzigsten und verwerflichsten Mittels bedient, das er früher einmal in einer Broschüre ganz zutreffend gekennzeichnet hat.

Das dunkelste Kapitel aber ist die Schutzhaftschande. Redner erörtert hier eine Anzahl Fälle, die dartun, wieviel Tausende um ihrer politischen Ueberzeugung willen unter diesem fluchwürdigen System körperlich und seelisch zu leiden haben. Er fordert Beseitigung dieser Zustände. Das ganze öffentliche Leben leidet darunter. Nicht einmal unsern toten Führer Haase haben wir ungehindert beisetzen können. Der Einzelne ist vogelfrei. Dieser Zustand zwingt die Arbeiterschaft zum schärfsten Kampfe gegen die Regierung und die Parteien, die sie in ihrem brutalen Regiment unterstützen. Der Sozialismus wird schließlich über alles triumphieren. (Stürmischer Beifall b. d. Unabh.)

Der Beginn der Gegenrevolution

Seit dem 9. November 1919 ist in Berlin die Straße wieder frei — für die Deutschnationalen und ihre Gegen-

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

24]

Die Mißhandlung, die Herta Hecker gegen den Staatsanwalt gewagt, bahnte jetzt einen Weg von ihm zu ihr. Schuf eine neue — direkt menschliche Beziehung zwischen ihnen beiden, die bisher einander so weltenfern gestanden, geschieden durch den Ozean der sozialen Getrenntheit. Sie haßte ihn. Sie haßte ihn.

Also war doch ein heißes Gefühl in ihr, das, wenn es auch Haß war, durch ihn in ihr angefacht worden war.

Er nahm also in ihrem Gefühlsleben einen Platz ein.

In der Welt ihrer Empfindungen war er ein Faktor. Das beseligte ihn. Die körperliche Berührung ihres Schlages berauschte ihn. Denn diese Mißhandlung war die Auslösung eines leidenschaftlichen Empfindens. Zwar eines feindlichen, aber doch von Jordan geweckten, von ihm angefachten.

Dieser Schlag hatte Weiterungen, mußte Folgen haben, die zwischen ihr und ihm sich abspielten.

Das beglückte ihn so namenlos.

Was ihn leiden machte bei dem Erlebnis, das war sein bürgerliches Empfinden, das in ihm noch ungebrochen, fortwährend gegen die menschliche Leidenschaft, die ihn erfaßt hatte und die nach Herta drängte, sich aufbäumte und gegen sie anging.

Was?! Ein Frauenzimmer, das für die Sittenpolizei reif war, hatte es gewagt, ihn, den Staatsanwalt, auf offener Straße ins Gesicht zu schlagen — und er — Jordan — holte nicht auf der Stelle den nächsten Schutzmann, um die Unverschämte vom Fleck weg verhaften zu lassen?

War er wahnsinnig geworden, daß er so mit sich umspringen ließ? Von dem Budapester Burschen hatte er schon die entehrendsten Beleidigungen wehrlos eingesteckt.

Nun ging das Gelichter mit Handgreiflichkeiten gegen ihn vor.

Und er hielt noch immer still?!

Was sollte nun noch kommen? Was würde er sich nun noch bieten lassen von diesen beiden, die wahrhaftig der Meinung zu sein schienen, er sei bereits vollkommen wehrlos?!

Wußte dieses Mädchen nicht, daß er nur den Arm zu recken brauchte, nur ein Formular auszufüllen nötig hatte, und die Organe der Polizei griffen die Unverschämte von der Straße auf, die sie unsicher machte, und Jordan schickte sie in Zwangserziehung, in irgendein Magdalenenheim, wo sie am Waschtroge sich die feinen Fingerchen wund scheuern konnte.

Was dachte sich dieses Volk! . . .

Freilich: — Benommen hatte sich das Mädel — einfach grandios.

In einer herrischen, entschlossenen, ungebeugten, höchst selbstsicheren Art hatte sie auf der Stelle gehandelt.

Das mußte Jordan zugeben und einräumen.

Nein — nein — man sah es — sie war nicht aus gemeinstem Holze geschnitzt. Im Gegenteil — sie hatte etwas Hochfahrendes, Herrisches in ihrem Wesen, das sie gegebenen Falles zu sehr ansehnlichem Vorgehen trieb.

Mit welcher Entschlossenheit, Geistesgegenwart, mit welch kühner Zielsicherheit war Herta bei diesem Auftritt vorgegangen!

Furcht kannte sie anscheinend nicht. Sie war der Lage gewachsen — im Augenblick, je unerwarteter und unvermittelter sie sich ihr auch gegenüber gestellt sah.

Denn — in der Tat, sie hätte wohl eher darauf gefaßt sein können, daß der Himmel auf die Erde niederstürzte — als auf dieses Abenteuer.

Wie denn?

Der Herr Staatsanwalt Jordan — jener Moralfanatiker, der ihr die Mutter ins Zuchthaus befördert und ihr — Herta selbst — vor den Richtern das Brandmal des Dirnenstempels aufgedrückt, der er die Versorgungs- und Ehrmöglichkeit geraubt, die er auf die Straße gejagt hatte — dieser übersittenstrenge Herr — näherte sich ihr jetzt auf offener Straße in galanter Art.

Dieser scheinheilige lasterhafte Kerl hatte die Stirn!

Das war denn doch ein Grad von Frechheit, der unerhört erschien.

Das forderte die gebührende Quittung sogleich an Ort und Stelle.

Die geballte Faust dem Menschen ins Gesicht

O Gott!

Im Gewühl der abendlichen Straßenpassanten blieb Jordan ächzend stehen.

Mit Schimpf und Schmach beladen stand er jetzt in Hertas Gedanken.

Als der Auswurf lasterhafter Scheinheiligkeit und abgefeimter Zweizüngigkeit mußte er ihr nun erscheinen.

Es überlief ihn siedendheiß.

Wie falsch — wie verkehrt hatte er da wieder gehandelt!

Töricht, sinnlos, hirnverbrannt war er zu Werke gegangen, und das in dem gleichen Grade, wie Herta ihrerseits entschlossen und zielbewußt vorgegangen war.

So jämmerlich er sich selber bei diesem ganzen Auftritt fand, so imposant erschien ihm das Mädchen. Er bewunderte sie, und der Gedanke wurde ihm zu neuer Qual, nunmehr so erbärmlich und so verworfen in Hertas Augen dastehen zu müssen.

Das ertrug er nicht.

Das hatte er auch nicht verdient. Denn es war ihm im Traume nicht eingefallen, sich dem Mädchen — in unlauterer Absicht etwa zu nähern . . .

Nicht? War es das nicht? Wirklich — wirklich nicht?!

Hatte er Herta Hecker nicht seit Tagen in allen Straßen gesucht?

Hatte ihn die Sehnsucht nicht getrieben, dem Mädchen fortwährend nachzuspüren?!

Zu welchem Zweck war er auf sie zugestürzt, kaum daß er sie vor dem Schaufenster erblickt hatte — und sprach sie an?

Das wird er ihr zeigen.

Das wird er ihr jetzt sofort nachdrücklich zu Gemüte führen, wozu und weshalb er mit ihr hatte sprechen wollen.

Er war der Staatsanwalt. Durch Amtspflichten in diese verdammte, niederträchtige Geschichte verstrickt und verwickelt, in diese Geschichte, die, dem Himmel sei's geklagt, mit der Hauptverhandlung gegen die Angeklagte noch immer kein Ende finden sollte, sondern immer weitere widerliche Kreise zog, aufregende und scheußliche.

Er — der Staatsanwalt Jordan — den diese Dirne geschlagen hatte, auf offener Straße in das Gesicht geschlagen: er wird ihr zeigen, daß sie ihm unrecht getan und daß er sich ihr nur in ihrem eigenen Interesse genähert hatte, nur in der Absicht, dieses Mädchenschicksal wieder zum Guten zu lenken.

Hatte er Herta hiervon erst einmal überzeugt, so brachte er sie ganz sicherlich von ihrem schrecklichen Hasse gegen ihn ab und zwang sie zur Achtung und Dankbarkeit. Auf diesem Wege blieb ebenso die Möglichkeit, auch den Ungarn von Jordans lauterem Bestreben zu überzeugen, die einmal geschlagenen Wunden so gut es ging wieder zu heilen.

Hatte Jordan dies den beiden jungen Leuten erst einmal bewiesen, daß er kein Wüterich war, sondern ein Mensch, der auch freundlicher und hilfreicher Handlungen fähig ist, so lernten sie anders über ihn urteilen, über ihn und über ihr eigenes vorschnelles, ungerechtes Verhalten.

Jordan wollte die Dinge zum Guten lenken.

In dieser Rettermission war sein Wollen verkannt und mißdeutet worden. Dies galt es, dem Fräulein auf der Stelle klarzumachen.

Der Staatsanwalt Jordan hatte die Mittel und die Macht hierfür.

Gleich morgen würde er das Erforderliche veranlassen.

(Fortsetzung folgt.)

revolution. Wie nicht anders zu erwarten war, spielen die deutschnationalen Demonstrationen, mit denen die Gegenrevolution eingeleitet wird, sich unter dem Schutze der Noskeschen Reichswehr und Sicherheitswehr ab. Seit dem 9. November ist kein Tag vergangen, an dem wir nicht eine deutschnationale und antisemitische Demonstration erlebt haben. Am 9. November legten im Demonstrationszuge Reichswehroffiziere und -Mannschaften einen Kranz mit schwarz-weißroter Schleife am Denkmal des alten Fritz nieder. Allgemeiner Beifall begleitete diesen Protest gegen die Revolution. Seit diesem Tage beherrscht die Flagge schwarz-weiß-rot unter dem Schutze der Noskeltiere die Straßen Berlins. Hindenburg wird am Bahnhof mit Hochrufen von Generälen und einer Ehrenkompagnie mit Parademarsch empfangen. Irgend jemand, der seine gesunden fünf Sinne noch beisammen hat, naft das treffende Wort Menschenschlächter in den nationalistischen Taumel. Er wird von der Horde halbwüchsiger gut bezahlter Burschen unter dem Siegesgekreisch der hysterischen Weiber verprügelt. Am nächsten stören demonstrierende Schulkinder mit ihren Fähnchen die Todesfeier des Genossen Haase am Reichstag. Die Schuldirektoren haben die Kinder hinausgejagt: wer mitdemonstriert, hat schulfrei, wer sich weigert, dem wird mit Strafen gedroht. Der Herr Kultusminister weiß von nichts, er hat von beabsichtigten Demonstrationen nichts gehört. Auch Herr Noske weiß von nichts, er hat seine Söldner nicht geschickt und künftige Demonstrationen verbietet er. Was schiert das die Gegenrevolution, sie ist der Truppen sicher. Herr Noske ist eine Puppe, die man bald hinauswerfen wird. Am nächsten Tage, am 14. November, ziehen neue Demonstrationszüge durch die Straßen. Wieder Schulkinder, Studenten, die eben vom Frühschoppen kommen, Reichswehroffiziere und Mannschaften und Weiber, die heimlich das Bild des ehemaligen Kronprinzen und „Herrenreiters" an den Busen drücken, die Horde, nach Tausenden zählend, zieht gröhlend vor Hindenburgs Wohnung. Als er zum Reichstag fahren will, um vor dem Untersuchungsausschuß vernommen zu werden, wird er daran verhindert, Reichs- und Sicherheitswehr ist weit und breit nicht zu sehen. Herr Noske, dessen Maschinengewehre so schnell losgehen, wenn es sich um Arbeiter handelt, die um ihre Existenz ringen, Herr Noske ist plötzlich blind und taub. Er sieht die Demonstrationszüge und ihre schwarz-weiß-roten Fahnen nicht. Er hört nicht die Rufe „Nieder mit der Judenregierung! Hoch Hindenburg! Hoch Ludendorff! Nieder mit der Republik! Hoch die Monarchie! Hoch Wilhelm II!" Herr Noske ist vollauf damit beschäftigt, die Vollzugsratsmitglieder, die Vertrauensmänner der Berliner Arbeiter und die Leiter der Arbeiterorganisationen zu verhaften. Am Abend sprengen die deutschnationalen Horden, sämtlich mit Trillerpfeifen bewaffnet, eine Versammlung, in der Erzberger über den Völkerbund referieren soll. Selbst den greisen Professor Götz läßt das Gesindel nicht zu Worte kommen. Broschüren, die sonst kein Mensch kauft, in denen die Regierung beschimpft wird, werden mit Betteln den Besuchern aufgedrängt. Man sieht es dem größten Teil der deutsch-nationalen Horden an, daß ihre Anwesenheit und Begeisterung mit schwerem Gelde erkauft ist. In der Hauptsache sind es auch hier Herrn Noskes treffliche Offiziere. Von diesen geleitet bildet sich ein neuer Demonstrationszug. Hohenzollernlieder, Haut die Juden! Nieder mit der Republik! Hoch die Monarchie! so tobt es durch die nächtlichen Straßen Berlins. Herr Noske schläft schon. Die Sicherheitswehr fährt in Autos spazieren und schützt die Demonstranten.

Morgen wird Herr Noske verbieten, daß die Arbeiter für ihre Republik, die längst wieder verlorenen, von Scheidemann und Genossen verratenen Errungenschaften demonstrieren, denn im November 1919 gehört die Straße der Gegenrevolution. Dafür wird Her Noske sorgen, so wahr er Justav heißt.

Der kommunale Siegeszug der U. S. P. in Merseburg

Nachdem bereits in der Stadt Zeitz unser Genosse Löffler zum Oberbürgermeister gewählt und bestätigt worden ist, hat jetzt unsere Partei neue Erfolge in der Eroberung des Gemeindelebens im Regierungsbezirk Merseburg errungen. In der Stadt Artern im Kreise Sangerhausen ist am 10. November unser Genosse, der Gewerkschaftssekretär Hühnerbein, zum Bürgermeister gewählt worden. In Artern hat die U. S. P. die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Einen anderen großen Erfolg errangen wir in Eilenburg, wo Genosse Burkhardt zum besoldeten Magistratsmitglied gewählt wurde. In Hettstedt ist schon seit längerer Zeit Genosse Gerecke und in Sangerhausen der Rechtssozialist Assessor Gründlich Bürgermeister.

Die kommunale Beratungsstelle des Bezirkssekretariats in Halle bemüht sich jetzt, die genauen statistischen Angaben über inneren Einfluß in den Gemeinden zu sammeln. Schon die Teilergebnisse sind großartige; in einem rein ländlichen Kreise, wie Torgau-Liebenwerder hat die U. S. P. 176 Gemeindevertreter, 36 Stadtverordnete, 3 Magistratsmitglieder, 7 Amtsvorsteher, 44 Schöffen, 8 Gemeindevorsteher, 22 Kreistagsabgeordnete und 4 Provinziallandtagsabgeordnete. In 12 Orten des Kreises besteht eine Mehrheit der Partei. In Merseburg-Querfurt haben wir gar 716 Gemeindevertreter und 76 Stadtverordnete, 14 Magistratsmitglieder und 19 Amtsvorsteher. Die Resultate aus den übrigen Kreisen, wie Halle, Zeitz, Mansfeld, Bitterfeld werden in der Zusammenstellung ergeben, daß die in ganz Deutschland als ultra-radikal verschrienen mitteldeutschen Unabhängigen eine proletarische Arbeit zur Beseitigung des alten Obrigkeitsgeistes leistet, die sich sehen lassen kann.

In und um Elbing

Des Bußtages halber erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Donnerstag nachmittag.

Aus der sterbenden Stadtverordnetenversammlung

Der Ausdruck ist viel zu wenig bezeichnend. Sie ist längst tot und verfault. Nur daß sie bisher kein ehrliches Begräbnis hatte. Darum spukt sie am hellen Tage umher und tut, als ob sie noch lebe. Empörung muß die Elbinger Wähler ob des Verhaltens der rechtssozialistischen Minister erfassen, die das Monstrum des Dreiklassenparlaments bis ins zweite Revolutionsjahr hineinretteten. Längst wäre es Zeit gewesen, diese verwesende Körperschaft zu beseitigen. Also am Freitag soll eine Stadtverordnetensitzung vor sich gehen. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 67 **Gegenstände.** 27 von der ersten, 21 von der zweiten und 19 von der dritten Abteilung. Von einer Beratung und einem Durchbringen des Stoffes kann da keine Rede sein. Da bleibt nur Zeit, mit dem Kopf das „Ja" zu nicken, wenn die Tagesordnung erledigt werden soll. Aber die Herren wollen ganz augenscheinlich nur die alten Rumpelkammern des Rathauses aufräumen, ehe die neuen Männer kommen. Welche Schlamperei in der städtischen Verwaltung Elbings herrscht, geht daraus hervor, **daß jetzt, Ende des Jahres 1919, Jahresrechnungen von 1917, 1916, ja von 1915 zur Entlastung vorgelegt werden.** Für solche Geschäftsführung ist kein Wort der deutschen Sprache scharf genug. Ist das die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes? Jeder Kaufmann muß seine Bücher jährlich abschließen und die Bilanz ziehen. Stadtverordnete einer bedeutenden Stadt schleppen Jahre hindurch ihr Arbeitspensum mit sich. **Warum sind die Rechnungen nicht früher entlastet?** Elbings Wähler werden kaum von den alten Stadtverordneten darauf Antwort erhalten, die neugewählten werden hier hineinleuchten müssen.

Zur Entlastung stehen: Entlastung der Jahresrechnung der Eingemeindungsmasse für 1916 und für 1917, der Kämmereibetriebsmasse für 1916, der Hypothekenanstalt für 1916, der Kämmereiverwaltung für 1916, Hauptrechnung der Stadthauptkasse für 1914, der Kreischausseebaukasse für 1915, der Tiefbauverwaltung für 1916, der Straßenreinigung für 1917, der Kanalisationsverwaltung für 1916, der Feuerwehr für 1916, der Marstallverwaltung für 1916, der Abwasserbeseitigung 1917, der Stiftungsmasse für 1916, der Forstverwaltung für 1915, der Vogelsangverwaltung für 1916, der Krankenhausverwaltung für 1916, der milden Stiftungen für 1916, des Convent-Frauenstifts für 1916, des Industriehauses für 1916, des weiblichen Waisenstifts für 1916, der Forstverwaltung für 1916. So steht die Elbinger Stadtverwaltung aus.

Noch ein anderes muß moniert werden. Die Tagesordnung sieht noch Anstellung von Beamten vor. Diese Stadtverordnetenversammlung hat keinerlei moralisches Recht, eine Neubesetzung von Beamtenstellen vorzunehmen. Das soll sie der neuzusammentretenden Stadtvertretung überlassen. Ihre Zeit zählt nur noch nach Tagen. Die soll sie benutzen, um ihre alten Reste aufzuarbeiten, denn die neuen Männer werden sicherlich ablehnen, die Verantwortung für Rechnungen zu übernehmen, die jahrelang zurückliegen.

Die „Mehrheits"sozialisten machen mobil

Zu gestern abend 6 Uhr hatten die „Mehrheits"sozialisten ihre Gefolgschaft zu einer Wählerversammlung nach Passenheims Festsälen einberufen. Ob es nun die grimmige Kälte oder der verspielte Ruf ihrer Partei bewirkt hatte, daß nur ungefähr 200 Personen, von denen noch gut die Hälfte Unabhängige waren, erschienen, soll nicht näher untersucht werden. Der Referent des Abends war Herr Hermann Schulz, M. d. N. Er zeigte den Anwesenden die Unterschiede zwischen den sozialistischen Parteien und den bürgerlichen Interessengruppen und kennzeichnete es als einen politischen Tiefstand, daß bei dieser Stadtverordnetenwahl 10 Wählerlisten um die Stimmen der Elbinger Wählerschaft werben. Auch die Grundzüge der rechtssozialistischen Kommunalforderungen brachte der Redner zum Ausdruck. Das Augenmerk der zukünftigen Stadtverordnetenversammlung ist seiner Meinung nach weniger auf die Kommunalisierung von Betrieben, sondern auf Steuerzuschläge je nach der Höhe des Einkommens zu richten. Sonst konnte man ausnahmsweise mit seinen Ausführungen im großen ganzen einverstanden sein, denn in den kommunalen Forderungen herrscht zum Teil Uebereinstimmung zwischen S. P. D. und U. S. P. Ob aber nach der Behauptung des Herrn Schulz die Kandidaten der Liste Braun — und nur diese — die „rechte" Vertretung der Arbeiterschaft sind, darüber kann man recht verschiedener Meinung sein.

Genosse Köhler sprach dann in der Diskussion über die vielen uneingelösten Versprechungen von seiten der Rechtssozialisten. Ferner nahmen der Mehrheitssozialist Paschke und Genosse Lange das Wort. Schulz animierte im Schlußwort noch einmal zur Stimmenabgabe für die Liste Braun. Dieser Appell wurde von den Zuhörern recht kühl aufgenommen und es gingen wohl auch die meisten mit der Ueberzeugung nach Hause, am 30. November nur für die **Liste Baude** zu stimmen.

Oldenburg schreit nach Schnaps

Ueber die diesjährige Ernte im Osten berichtet von Oldenburg Januschau im Berliner Lokalanzeiger: Der erste Schnitt der Futterernte ist zum größten Teil verfault. Die Getreideernte hat sich um 3 Wochen verschoben. Was die Kartoffelernte anbelangt, die doch noch eine Mittelernte gewesen wäre, ist sie etwa zur Hälfte beendet. Der jetzige Eintritt starken Frostes hat die noch im Boden befindlichen Kartoffeln so schwer geschädigt, daß sie für menschliche Nahrung nicht mehr in Frage kommen. Die Kartoffeln müßten, falls dies überhaupt noch möglich ist, den Fabriken schnell zur Verarbeitung übergeben werden. Es ist dazu erforderlich, daß sofort die Brennerlaubnis auf die Verarbeitung erfrorener Kartoffeln ausgedehnt wird. Auch Spiritus brauchen wir sehr notwendig.

Die alte Liebe des Januschauers verschafft sich Ausdruck. Fusel, Fusel, Fusel und wenn die Ernährungswirtschaft flöten geht. Also konnten die Kartoffeln erfrieren. Nun erteilt die Brennerlaubnis. Schnaps, Schnaps und Deutschland, d. h. die Junker, sind gerettet!

Elbinger Stadttheater

Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller. Gestern gab das Theater vor vollbesetztem Hause, das man in Elbing bei klassischen Trauerspielen eigentlich nicht gewohnt ist, Schillers „Maria Stuart". Schiller hat trotz des schwierigen Dramastoffes bühnentechnisch das Stück sehr geschickt zusammengebaut. Es gelingt ihm, den Zuhörer vom Anfang bis zu Ende in äußerster Spannung zu erhalten, so daß der Ausgang der Handlung trotz Vorherbestimmung bis zum Ende gewissermaßen fraglich erscheint. Ueber den großen geschichtlichen Hintergrund, auf dem sich die Handlung abspielt, sagt Franz Mehring in seiner Schillerbiographie folgendes:

„Und wenn die Handlung in Maria Stuart auch nicht den großen historischen Zug hat, wie im Wallenstein, so spielt sie sich doch auf einem historischen Hintergrund ab. Wieder versteht es Schiller, in einen historischen Stoff zu legen, was die Herzen der Zeitgenossen unmittelbar ergreifen mußte, ohne daß er doch wohlfeilen Tagestendenzen irgendwie nachgab. Gerade vom Standpunkt solcher Tendenzen ist Maria Stuart viel angefochten worden; verliebt in seine büßende Heldin, soll Schiller dem Katholizismus zu viel und dem Protestantismus zu wenig gegeben, den Kampf großer geschichtlicher Gegensätze in ein bloßes Weibergezänk verkrüppelt haben; Katholikenkriecher, sowohl von der konservativen wie von der liberalen Seite, haben an Schiller immer einen bedenklichen Mangel an Rechtgläubigkeit herausgeschnüffelt. Es ist aber nichts an dem, denn persönliche Sympathie hat Schiller für den Katholizismus so wenig gehabt, wie für den Protestantismus. Er stand über diesen Gegensätzen, und eben deshalb vermochte er ihnen ihr historisches Recht zu wahren."

Der Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus, zwischen der englischen Reformation mit ihrer nüchternen Geschäftspolitik und der europäischen Gegenreformation ist also der weitere geschichtliche Rahmen. Der engere geschichtliche Rahmen ist eine Kette von Intrigen. Maria, die Königin von Schottland, war in zweiter unglücklicher Ehe mit ihrem Vetter Danley vermählt. Sie schenkte Bothwell ihre Neigung, der einen Anschlag gegen ihres Mannes Leben anzettelte und Erfolg hatte, worauf sie Bothwell heiratete. Dadurch vor allem kam sie in den Ruf, mitschuldig am Tode ihres Gatten zu sein. Sie mußte dann, durch einen Aufstand ihrer Lords vertrieben, fliehen und suchte bei ihrer Verwandten, der protestantischen Königin Elisabeth von England, Schutz und Hilfe. Diese ließ sie jedoch auf den Rat des Lord Burleigh gefangennehmen und gegen sie einen Hochverratsprozeß anstrengen, der das Todesurteil zum Ergebnis hatte. Elisabeth war erst unschlüssig, ob sie das Todesurteil unterzeichnen solle, tat es aber dann doch und übergab die Urkunde ihrem Staatssekretär Dawison, dem sie von Burleigh entrissen wurde. Dieser ließ dann sofort das Urteil vollstrecken. Elisabeth war über diese Uebereilung erzürnt und bestrafte Dawison.

Innerhalb dieser geschichtlichen Tatsachen hat Schiller nun sehr frei geschaltet. Zunächst hat er aus seiner Phantasie, um die dramatischen Konflikte zu vermehren, die Figur des Mortimer geschaffen, hat die Liebe Leicesters zur Maria, die Begegnung der beiden Königinnen und die Abendmahlsszene selbst eingefügt. Die Begegnung der beiden Königinnen im dritten Aufzug von Leicester herbeigeführt, und die Abendmahlsszene im fünften Akt sind die Höhepunkte des Dramas.

Die Spielleitung des Herrn Direktors Spieß hatte den Schluß frei nach der Schillerschen Bearbeitung gewählt und beendete das Stück bei der Hinrichtungsszene. So nahmen gestern die Zuschauer den Schluß des Stückes so auf, als ob der Graf Leicester, der Maria Stuart liebt, durch den Anblick ihrer Hinrichtung einem Herzschlage erliegt. Jedenfalls geschah diese Kürzung, um den letzten Szenenumbau zu sparen. Die Titelrolle wurde von Fräulein Seidler gespielt. Anfangs mit einigen Mängeln im Spiel, bot sie hauptsächlich in der Begegnungsszene, ferner auch in der Abendmahlsszene, als sie zu Tode geführt wird, eine großartige Leistung. Die Königin Elisabeth, von Fräulein Scheurich dargestellt, war durchaus die stolze, harte, zweifelnde Frau wie der Dichter sie gedacht hat. Den ränkesüchtigen Großschatzmeister Burleigh spielte Herr Direktor Spieß, Es schien so, als ob die Rolle sein ureigenstes Gebiet ist. Auch Herr Homfeldt war in der Rolle des Grafen Leicester durchaus der richtige Mann. Die Wiedergabe des alten Talbot gelang Herrn Wiesner selten gut, man weiß nicht, welchem von den Dreien man den Vorzug geben soll. Die Rolle des Mortimer war Herrn Mieklei anvertraut. Die Wiedergabe gelang ihm recht gut bis auf einige Stellen, wo ihm allzuschnelles und undeutliches Sprechen eher schadete als nutzte. Herr Wald als Ritter Paulet fand sich mit dieser Rolle besser ab, als man es bei ihm erwarten konnte. Seine Wirkung liegt eigentlich auf anderem Gebiete. Ferner seien noch aus dem Rahmen der übrigen Darsteller hervorgehoben: Herr Steinbach (Haushofmeister Melvil), Herr Freund als Davison und Frau Steinegg als die alte treue Dienerin der Maria Stuart. Der Besuch des Stückes kann unsern Genossen nur empfohlen werden. ld.

Stadtverordnetenwahlen

Zur Aufklärung teilt der Magistrat mit, daß Aenderungen in den Wahlvorschlägen von den Vertrauensleuten der einzelnen Parteien bis zur Veröffentlichung der Wahlvorschläge durch den Wahlausschuß vorgenommen werden können. Streichungen bei Ausübung des Wahlrechts auf den Stimmzetteln sind praktisch ohne Bedeutung, da doch der ganze Wahlvorschlag als gewählt gilt. Kandidaten aus anderen Wahlvorschlägen dürfen nicht zugeschrieben werden, sonst würde der Stimmzettel ungültig sein. Will jemand an Stelle eines vorgeschlagenen einen überhaupt nicht vorgeschlagenen Kandidaten benennen, so bleibt dies auf die Wahl des ganzen Vorschlags ohne Einfluß.

Feiert morgen und tuet Buße

Oberpräsident Winnig hat eine Depesche nach Danzig gesandt, der Bußtag sei gesetzlicher Feiertag und müsse gehalten werden. Davon, daß an diesem Tage gearbeitet werde, könne keine Rede sein. — Die mehrheitssozialistische Regierung Preußens hält ebenso krampfhaft wie das Königtum an der Kirche fest. Sonst erzählt man den Arbeitern immer „Nur Arbeit kann uns retten". Wollen die Arbeiter arbeiten, zwingt man sie zum Feiern. Andermal werden die Arbeiter nicht wollen und dann wird es wieder heißen, sie seien zu faul zur Arbeit.

Jugendbewegung

Die wegen Lichtmangels in der letzten Zeit ausgefallenen Zusammenkünfte der Freien sozial. Jugend im Jugendheim, Kalkscheunstraße, können wieder stattfinden, da die elektrische Lichtanlage fertig ist. Für Mittwoch, den 19 November steht ein interessanter Vortrag in Aussicht, den alle Mitglieder der F. s. J. anhören sollten.

Ostdeutsche Nachrichten

Ein Armenhaus niedergebrannt

Nächtlicherweile ist das Armenhaus in Buchwalde bei bei Osterode vollständig niedergebrannt. Nur mit knapper Mühe konnten die Bewohner ihr Leben retten. Fast alle ihre Habseligkeiten wurden ein Raub der Flammen. Die Entstehung des Feuers ist nicht bekannt.

Das Danziger Werder abgeschnitten

Wegen des überaus starken Eisganges auf der Weichsel mußte der Fährbetrieb völlig eingestellt werden. Selbst die Staatsfähre verkehrt nicht mehr. Zwischen Danzig und dem linken Weichselufer laufen nur zwei Züge.

Diesseits der Weichsel verkehrt zwischen Stutthof—Steegen—Nickelswalde ein Zugpaar.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing. Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Wählt am 30. November nur die Liste Baude-Köhler!

Sonntag, den 16. November 1919, entriß uns der Tod nach kurzem, aber schwerem Leiden unser einziges heißgeliebtes, unvergeßliches Söhnchen, Großsöhnchen, Neffe und Cousin

Heinzchen

im 3. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrübt an
die schwergeprüften Eltern

Willy Groß nebst **Frau Berta** geb. Laser
Familie Laser.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Hochstraße 2, aus statt. Verwandte, Freunde und Bekannte werden gebeten, unserm Liebling des letzte Geleit zu geben.

Städt. Gewerbeschule.

Der Unterricht in den Schulgebäuden Burgstraße, Schichauschule und Bergschule wird **am Donnerstag, den 20. November 1919,** wieder aufgenommen und zwar von 5½—7¼ Uhr. Der Unterricht in der Margaretenschule muß auch weiterhin ausgesetzt werden.

Elbing, den 18. November 1919.

Der Magistrat.

Holzabgabe.

Die Ausstellung der Ausweise zur Ausgabe eines Raummeters Holz an diejenigen Personen mit Familie, die ein jährliches Einkommen unter 1500 Mark haben, findet **beim Leuchtstoffamt, Heilige Geiststraße 28,** von Donnerstag, den 20. bis Mittwoch, den 26. d. Mts. in der Zeit von 9—2 Uhr in nachstehender Reihenfolge statt:

am Donnerstag, den 20. d. Mts.
für Personen mit dem Anfangsbuchstaben A—D
am Freitag, den 21. d. Mts.
für Personen mit dem Anfangsbuchstaben E—H
am Sonnabend, den 22. d. Mts.
für Personen mit dem Anfangsbuchstaben J—M
am Montag, den 24. d. Mts.
für Personen mit dem Anfangsbuchstaben N—Q
am Dienstag, den 25. d. Mts.
für Personen mit dem Anfangsbuchstaben R—U
am Mittwoch, den 26. d. Mts.
für Personen mit dem Anfangsbuchstaben V—Z

Es sind mitzubringen:

a) die gelbe Ausweiskarte,
b) eine Bescheinigung des Bezirks- oder Armenvorstehers, daß das jährliche Einkommen unter 1500 Mark beträgt

oder

ein Ausweis des Arbeitgebers, aus dem die Höhe des Arbeitsverdienstes in der Zeit vom 1. April bis 30. September d. Js. ersichtlich ist.

Elbing, den 17. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Petroleum- u. Kerzenausgabe

auf Marke 5 der Petroleumkarte.

¼ Liter Petroleum oder **3 Kerzen.**

Die Kerzen gelangen zum Verkauf in den Drogerien von
Penner, Heilige Geiststraße
Sausse, Nachfolger
Albrecht, Wilhelmstraße
Behrendt, Leichnamstraße.

Preis 45 Pfg. pro Kerze.

Elbing, den 18. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Amerikanisches Petroleum

gelangt **markenfrei** zur Abgabe bei:
Albrecht, Wilhelmstraße
Esau, Heilige Geiststraße
Siegmuntowski Nachf., Alter Markt
Barwig, Junkerstraße
Dobrick Nachf., Holländer Chaussee
Duwe, Fischerstraße
Pietkau, Wasserstraße
May, Königsbergerstraße.

Preis **5 Mark** pro Liter.

Elbing, den 18. November 1919.

Der Magistrat — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Morgen früh, Fischmarkt:

Frische Flundern, Stinte und Kaulbarsche.

Versammlungs-Kalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 19. d. Mts., 6 Uhr abends: **Branchenversammlung der Dreher** im Volkshaus, großer Saal.
Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr: **Vertrauensmännersitzung** im Volkshaus, kleiner Saal.
Zu allen Versammlungen ohne Legitimation kein Zutritt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 5 Uhr: **Mitgliederversammlung** im Volkshaus.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 19. d. Mts., vormittags 10 Uhr im Volkshaus: **Mitgliederversammlung.**

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr: **Mitgliederversammlung** im Verkehrslokal Kretschmann, Wasserstr.

U. S. P. Elbing.

Montag, den 24. d. Mts., abends 6 Uhr: **Allgemeine Vertrauensmännersitzung** im Volkshaus, kleiner Saal.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Arbeiter! Soldaten! Frauen!

Mittwoch, den 19. November, nachm. 3 Uhr
findet im **Gewerbehaus** eine

große öffentl. Volksversammlung statt.

Thema: **Der Stand der Revolution.**
Referent: **Paul Franken** (Egon Christensen)
Freie Aussprache!

Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund) **Ortsgruppe Elbing.**

U. S. P. Elbing

Die zu Mittwoch angesetzte **Vertrauensmännersitzung** fällt des Bußtages wegen aus und findet

Montag, den 24. November

statt. Wir bitten dringend um vollzähliges Erscheinen.

Die Parteileitung.

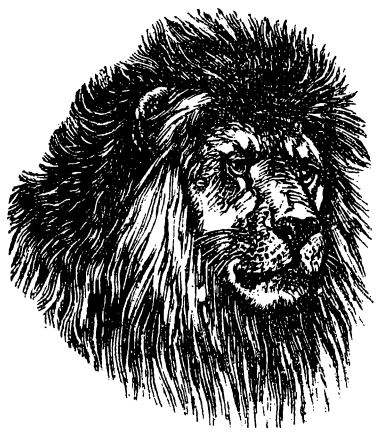
Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiterinnen Deutschlands

Ortsgruppe Elbing.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Vierkehrslokal **Kretschmann,** Wasserstraße.



Ch. Goetz

Brückstraße 32/33 Elbing **Telephon Nr. 231**

Reelle Bezugsquelle für fertige

Pelzwaren

in größter Auswahl!

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel
und kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabrikation, eigene Polsterwerkstätte, eigene Marmorschleiferei und
Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer **Abteilung** für **Herstellung** von **Firmen-** und **Reklameschildern aller Art.**

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Bernd-Kraft-Ehrenberg

1909 Kunstphotograph 1919

Atelier für **lebenswahre Portraits.**

Weihnachtsaufträge für Sepia-Vergrößerungen (auch in blau und Rötel), **Malereien zu Geschenken** in bekannt hervorragender Ausführung.

Wir haben mit dem heutigen Tage bei

Herrn Nitsch, Kastanienallee 56

eine

Abholestelle

eingerichtet. Wir bitten unsere Leser von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen.

Verlag der Elbinger Volksstimme.

Zigarren, Zigaretten, Tabak

Weihnachtsliste

extra für Gastwirte und Selbstverbraucher preiswert zu haben.

Artur Schmack

Wasserstraße 66/67. **Wasserstraße 66/67.**

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Malerarbeiten

werden
sauber und **preiswert** ausgeführt.

Ad. Wohlert
Malermeister.

Vornehme
Herren- u. Damen-Frisier-Salons.

Anfertigung von künstlichen
Haararbeiten.
A. Günther
Am Schmiedetor 1,
Eingang Mauerstr.,
neben der Kgl. Hofapotheke.

1 Wintermantel, sehr gut erhalt., preisw. zu verkaufen. Zu erfr. Gr. Zahlerstr. 1, u. rechts.

Herrenwäsche wird saub. geplättet. **Dzimbowski,** Sternstr. 52 u.

Engl. Kernseife
in Riegeln zu
7.50 9.50 und **10.50**
Toiletteseife — Lichte.
Drogerie
Paul Link
Wasserstr. 52 a. d. Hohen Brücke

Zigarren, Zigaretten
nur aus rein orient. Tabaken
sowie **Kautabak**
u. prima Rauchtabak
Uebersee,
zu angemessenen Preisen
empfiehlt
Frau Helene Wild
Herrenstraße 26.

Haarzöpfe, Puppenperrücken werden gut und billig angefertigt. **E. Daukert,** gegenüb. d. Landratsamt.

Kautschukstempel
Petschafte
Typen-Druckereien
für Private, Behörden, Industrie, Handel und Gewerbe
liefert sauber und billig
G. W. Petersen
Papierhandlung.

Reißzeuge
Reißbretter
Reißschienen
Malkästen
Tuschen etc.
empfiehlt
S. Marcus
Papierhandlung
Alter Markt 63. Fernruf 953.

Möbliertes Zimmer
von 2 jungen Leuten Nähe Alter Markt zu mieten **gesucht.** Angebote unter **G. 66** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Elbinger Standesamt

vom 18. November 1919.

Sterbefälle: Polizeiwachtmeister Paul Boche S. 11 M. — Rentier Johann Julius Thießen 61 J. — Fabrikarbeiter Ernst Schulz S. 1 J. — Fabrikarb. Willy Gustav Groß S. 2 J. — Polizeiwachtmeister Fritz Schilinski S. ½ J. — Schmied George Poweleit S. 6 Wochen. — Rentier Friedr. Karl Quintern 65 J. — Inv.-Rent.-Empfänger Jakob Schroedter 86 J. — Amtsgerichtsrat Geh. Justizrat Heinrich Doether 68 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 25 | Donnerstag, den 20. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Seifenpulver-Zucker. Auf einem Berliner Bahnhofe gelang es drei Gauner zu überraschen, als sie gerade im Begriffe waren, Säcke mit Zucker aus den Eisenbahnwaggons auf ein halbes Dutzend bereitstehender Fuhrwerke umladen zu lassen. Ein Blick auf die Frachtbriefe zeigte, daß die Sendung als Waschpulver und Salz deklariert war. Die Schieber wurden festgenommen und der Zucker — 400 Zentner — beschlagnahmt.

Hausboote auf der Elbe. Eine Magdeburger Schiffswerft hat sich entschlossen, Hausboote zu bauen, die gleich in Serien hergestellt werden sollen und deren Herstellungszeit daher nur sechs Wochen dauert. Sie enthalten 2 bis 3 Zimmer, Korridor, Küche, Nebengelasse, natürlich auch die üblichen sanitären Einrichtungen. Sie sollen verhältnismäßig nicht allzu teuer werden und dürften daher, da ihnen obendrein die Annehmlichkeit der Bewegungsmöglichkeit innewohnt, viel Zuspruch finden. Man wird also bald auf der Elbe und ihren Nebenflüssen ein Hausbootleben antreffen, wie es die Londoner z. B. auf der Themse seit Jahren kennen.

Der Name des Verbrechers. Die Berliner Freiheit ist in der Lage, den Namen des Schurken mitzuteilen, der während des Krieges den Freiwilligen Helmhake zu Tode gemartert hat. Es handelt sich um eine Staatsstütze (!), nämlich um den Oberleutnant Assessor Hans Hiller, Berlin N., Wollinerstraße 28, III.

Ein reicher Selbstmörder. Unweit der Wedau bei Duisburg fand man in einem Baume die Leiche eines Erhängten. Unter dem Baume lag eine Brieftasche mit 80 000 Mark in Banknoten. Ueber die Person des Selbstmörders herrscht völliges Dunkel.

Stillegung der Höchster Farbwerke. Infolge Kohlenmangels sind die Höchster Farbwerke sowie die in der Umgebnng von Frankfurt befindlichen chemischen Fabriken stillgelegt worden. Durch diese Stillegung sind ungefähr 10 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

Trotz guter Ernte Wucherpreise. Laut Statistischer Korrespondenz wurden in Preußen nach den Vorschätzungen der Saatenstandsberichterstatter ausschließlich der Abtretungsgebiete an Brotgetreide einschließlich der zu Nährmitteln dienenden Getreidearten, wie Gerste, Hafer, Buchweizen, im ganzen 10,54 Millionen Tonnen, gegen 10,27 Millionen Tonnen im Jahre 1918 geerntet. Bei den Hülsenfrüchten und den zugehörigen Gemengen überwiegen die diesjährigen Erträge jedoch oft sehr bedeutend die vorjährigen, Für Kartoffeln und die übrigen Hackfrüchte sind die geschätzten Mengen sämtlich geringer als im Vorjahr. Sie betragen 16,4 Millionen Tonnen gegen 18,7 im Vorjahr.

Neue Namen. Der Stadtrat von Wien beschloß die Umbenennung von 62 Straßen und 12 Brücken Wiens, um hierdurch die Erinnerung an die Zeit vor dem Umsturz auszulöschen. Wie der Gemeinderat mitteilte, soll die Umbenennung ein Geburtstagsgeschenk füt die Republik herstellen.

Emmel tot. In der Landesheilanstalt Jena starb der frühere Reichstagsabgeordnete Leopold Emmel im Alter von 56 Jahren. Er vertrat im Reichstage den Wahlkreis Mühlhausen im Elsaß. Während des Krieges gesellte er sich zu den Gegnern der Kreditbewilligung, konnte sich aber nicht entschließen, der Partei der Kriegssozialisten den Rücken zu kehren. Emmel neigte aber auch zur nationalen Richtung der Partei und vertrat anfänglich den Standpunkt, Elsaß-Lothringen müsse deutsch bleiben. Später war er für Volksabstimmung. Nach der Besetzung durch die Franzosen mußte er Elsaß verlassen und redigierte die Apoldaer Volkszeitung.

Noch keine Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Frankreich. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die in einigen Zeitungen veröffentichte Nachricht, daß der erste Zug mit Kriegsgefangenen aus Frankreich am 1. November in Essen eingetroffen ist und weitere Transporte unterwegs seien, trifft nicht zu. Auch die Havasmeldung, wonach ein Transport deutscher Gefangener aus Japan angekommen sein soll, hat sich nicht bestätigt. Den Angehörigen wird wiederholt angeraten, bezüglich der Gefangenenheimkehr nur amtlichen Mitteilungen Glauben zu schenken, für deren rechtzeitige Veröffentlichung Sorge getragen wird.

Kein Attentat auf Ledebour. Ein Berliner Abendblatt bringt die Meldung, daß auf den Abgeordneten Ledbour beim Verlassen des Reichstags ein Attentat versucht worden wäre. Ein Offizier habe einen Revolver auf ihn angelegt, sei aber dann verhaftet worden:

Von zuständiger Seite wird folgende Darstellung des Sachverhalts gegeben: Als der Abgeordnete Ledebour den Reichstag verließ, demonstrierten etwa 150 Leute für ihn mit dem Ruf: „Hoch Ledebour!“ Ein Reichswehroffizier antwortete darauf mit dem Ausruf: „Nieder Ledebour!“ Der Offizier wurde von den Demonstranten angegriffen; Reichswehrsoldaten eilten ihm zu Hilfe. Die Sicherheitspolizei zerstreute alsdann die Menge. Als der Offizier die Straßenbahn bestiegen hatte, um wegzufahren, wurde er von der Menge wieder heruntergeholt. Jetzt eilten ihm die Soldaten von neuem zu Hilfe. Es kam zu einem Handgemenge. Nun schritt die Sicherheitspolizei ein und verhaftete den Offizier und zwei Soldaten und zerstreute abermals die Menge.

Entente-Wahlen. In Frankreich, Belgien nnd Italien sind Parlamentswahlen vorgenommen worden. Die Resultate sind bisher nur unvollständig bekannt. In Belgien haben die Katholiken ihre frühere Mehrheit verloren. In Frankreich soll angeblich die Politik Clemenceaus gesiegt haben. Ob das zutrifft, läßt sich augenblicklich nicht nachprüfen. In Italien soll äußerst geringe Wahlbeteiligung gewesen sein. In Rom nur 30 Prozent. Resultats liegen hier überhaupt nicht vor.

Drei Wochen Untersuchungsausschuß

Von Felix Halle-Berlin.

Seit drei Wochen wird im Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung darüber verhandelt, ob die von Präsident Wilson auf Anregung der deutschen Regierung eingeleitete Friedensaktion im Jahre 1917 zum Frieden hätte führen können. Es muß zunächst auffallen, warum der Ausschuß nicht in zeitlicher Reihenfolge und mit der wesentlichen Frage, mit der Erörterung der Kriegsschuld, begann. An die Untersuchung des äußeren Anlasses und der tieferen Kriegsgründe hätte sich die Frage der Verletzung der belgischen Neutralität und aller weiteren Verwickelungen in logischer Folge angeschlossen. Für eine wirkliche revolutionäre Untersuchungs-Körperschaft, wie sie schon vor Jahresfrist geschaffen werden mußte, wäre ein solches Vorgehen selbstverständlich gewesen. Der bürgerlich-parlamentarische Untersuchungsausschuß hat jedoch die bürokratische Aktenvorbereitung für die wichtigsten Gegenstände in acht Monaten noch nicht beendet. Die Regierungsparteien aber wollten die Arbeit des Untersuchungsausschusses beginnen lassen. Mit ähnlichem Eifer, mit der sie vor Jahresfrist nach einer baldigen Wahl der Nationalversammlung drängten, um sich einen Rechtstitel gegen das revolutionäre Proletariat zu schaffen und ihm die Staatsgewalt wieder zu entwinden, versuchen sie, sich in dem Untersuchungsausschuß eine Waffe zu schmieden, um ihre alten Gegner auf der Rechten zu diskreditieren und auch nach der nicht dauernd hinaus zu schwindelnden Reichstagswahl regierungsunmöglich zu machen. So kam es, daß die sogenannte Aufklärungsarbeit des Ausschusses, mit der erst in einem fortgeschrittenen Kriegsstadium einsetzenden Friedensaktion Wilsons begonnen hat, weil das Aktionsmaterial über diese Angelegenheit am ehesten gesichtet war.

Die Mitglieder der kaiserlichen Regierung, die das Spiel ihrer Nachfolger durchschauen, wollen ihre Zeugenschaft vor dem Ausschuß benutzen, um sich vor der Oeffentlichkeit auf Kosten ihrer außen- und innenpolitischen Gegner rein zu waschen. Dieses Bedürfnis auf Verteidigung ist umso größer, je mehr sie sich sachlich und moralisch angesichts des politischen Gesamtergebnisses als Angeklagte fühlen müssen. Dennoch ist die Sprache der gestürzten Staatsmänner eine ungemein selbstbewußte, weil durch die verräterische und selbstmörderische Politik der Mehrheitssozialisten, Richtung Ebert—Noske, insbesondere durch die Bewaffnung der Bourgeoisie, die tatsächlichen Machtverhältnisse den alten Gewerkschaftsklassen viel günstiger sind, als die geschriebene Weimarer Verfassung erkennen läßt. Der Familienklüngel der Junker, der alten Bürokratie und der Großbourgeoisie befindet sich im Besitz der wichtigsten Kommandostellen und hat auch zahlreiche und entscheidende Posten in der zivilen Staatsmaschine inne. Nur aus dieser Situation heraus sind die Vorgänge im Ausschuß zu verstehen. —

Die ersten Sitzungstage brachten die Vernehmung des deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff. Bernstorff war offensichtlich bemüht, die Wahrheit zu sagen, aber seine früheren Vorgesetzten nach Möglichkeit zu schonen. Dennoch erschien die höchste Berliner Zentralinstanz in einer erschreckenden Unfähigkeit. Dieser klägliche Eindruck wurde durch die Vernehmung des früheren Reichskanzlers und seiner Mitarbeiter noch vertieft. Das bedeutsame an der Vernehmung des Botschafters und der Staatsmänner war, daß hier Dinge, die unter dem bisherigen System als tiefste Staatsgeheimnisse behandelt wurden, nunmehr freilich post festum in voller Oeffentlichkeit zur Erörterung kamen. Die Verwerflichkeit der Geheimdiplomatie, die dazu führt, daß die Völker sich um den Profit einer kleinen Minderheit zerfleischen, trat mit aller Deutlichkeit zu Tage. Aber neben der allgemeinen sittlichen Rückständigkeit der internationalen kapitalistischen Kultur wurde die besondere Rückständigkeit und die tiefe Unmoral der deutschen Politik und Kriegführung entschleiert. Das schlechte Gewissen hat die früheren deutschen Staatsleiter zu dem Versuch getrieben, schon in ihren zusammenhängenden Ausführungen vor dem Kreuzverhör die Richtigkeit ihrer Maßnahmen zu beweisen und alle Schuld an dem unseligen Kriegsausgange anderen zuzuwälzen. Bethmann warf die Schuld auf den Reichstag und das deutsche Volk, Staatssekretär Zimmermann die Schuld auf Wilson, nach Admiral Koch, der über die technischen Gründe des Mißlingens des U-Bootkrieges aussagen sollte, versagte der U-Bootkrieg durch das Bekanntwerden der Czerninschen Berichts an Kaiser Karl im Lager ber Entente, aber natürlich nicht wegen des ungenügenden U-Bootbaues. Der Frechste von allen, Helfferich, erklärt dreist und „gottesfürchtig“, die Schuld an allem Uebel hat die „Revolution“.

Allein die Sprache der Tatsachen ist zu kräftig, sie ist durch keine Verdrehung zu übertönen oder gar zu widerlegen. Die inneren Widersprüche in ihren eigenen Angaben werden den gescheiterten Staatsmännern verhängnisvoll. Wohl gelingt es ihnen, die kriegsverlängernden bürgerlichen Parteien und die Mehrheit zu kompromittieren, aber so begründet diese Anschuldigungen sind, sie entlasten nicht die früheren Inhaber der Staatsgewalt von der Anklage, ihrerseits in frivolster Weise mit dem Schicksal des deutschen Volkes Vabanque gespielt zu haben. Das Verhör brachte Bethmann in dauernde Verlegenheiten. Staatssekretär Zimmermann zeigte sich in einer geistigen Armut und Verlegenheit, die auch auf Bethmann und den ehemaligen Kaiser zurückfällt, die sich mit derartigen Mitarbeitern umgaben. Den Zuständen des Auswärtigen Amts entsprachen die Verhältnisse und Methoden des Reichsmarineamts. Ueberall die gleiche Anmaßung und Verlogenheit. Die alten Staatsmänner stehen vor ihrer moralischen Vernichtung, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Hauptfragen nach der Kriegsschuld noch garnicht zur Erörterung gelangt sind. Aus solcher Befürchtung heraus hat am Sonnabend Helfferich versucht, die Verhandlungen des Ausschusses durch Zeugnisverweigerung zu sabottieren. Die Regierungsparteien sind in großer Verlegenheit. Sie können die Ausschußverhandlungen nicht abbrechen, ohne gegenüber der Reaktion das geringe Ansehen, welches sie besitzen, völlig preiszugeben, andererseits müssen die Verhandlungen auch die Regierungsparteien dauernd bloßstellen.

Das Verfahren vor dem Ausschuß hat eine Aehnlichkeit mit dem Prozeß gegen den zaristischen Kriegsminister Suchomlinow unter der Kerenskiregierung, welcher die russischen Hofkreise und Militärs schwer belastete. Im Augenblick mögen die Ausschußverhandlungen die nationalen Leidenschaften aufpeitschen, auf die Dauer müssen sie gegen den Willen ihrer Veranstalter revolutionär wirken, lassen sie doch deutlich erkennen, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wurde und wird. Um dieser revolutionären Wirkung willen muß das klassenbewußte Proletariat die Verhandlungen des Ausschusses mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen.

Gewalt gegen die Rätebewegung

Erst jetzt läßt die lange Verkehrssperre die Zeitungen aus dem Lande in die Hände der Zentralstellen der Arbeiterbewegung in Berlin gelangen. Mit Erschrecken sehen wir, daß über den nicht ausgebrochenen Generalstreik und seine Beweggründe die verwirrendsten Mitteilungen im Lande verbreitet sind. Der Lügenapparat der halbamtlichen Stellen und der kapitalistischen Presse hat wieder seine Schuldigkeit getan. Ohne auf die Einzelheiten der Metallarbeiterbewegung und der sich aus ihr ergebenden Generalstreiksforderung einzugehen, wollen wir doch deren große Grundlinien aufzeichnen, um die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Die Metallarbeiter hatten den Vorstoß der Unternehmer, die einen Abbau der Löhne herbeiführen wollten, nach sechswöchigem Kampfe nicht nur erfolgreich abgeschlagen, sondern durch eine Neuregelung der Löhne für fast alle Arbeiterschichten, insbesondere aber für die geringer Entlohnten teilweise erhebliche Erhöhungen der Stundenlöhne erkämpft. Als nach diesem Erfolge die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, wollten die Unternehmer den Arbeitern und ihren Vertretungen in den Betrieben, also den Arbeiterausschüssen und Arbeiterräten, nicht ihre bisherigen Funktionen lassen. Dieser Rechtsraub in der Metallindustrie durchgeführt, würde den nach der politischen Umwälzung des Vorjahres in den Betrieben errungenen Einfluß auch für Industriezweige in kurzer Zeit beseitigen. Die Entrechtung der Arbeitervertretungen in den Betrieben drohte also allen industriellen Arbeitern und Angestellten. Es handelte sich um die in einer politischen Umwälzung errungenen Rechte, deswegen rief man die politischen Parteien zum Schutze dieser Rechte auf. **Die Rechtssozialisten folgten diesem Rufe nicht, sie lehnten jeden Kampf für die Arbeiterrechte in den Betrieben ab.** Sie hatten anscheinend Angst, daß ihren regierenden Herren aus solchen Kämpfen Unannehmlichkeiten entstehen könnten. Sie betrieben verächtliche, egoistisch eingestellte Führerpolitik. Die Unabhängige Sozialdemokratie sagte sofort ihre Unterstützung zu, falls die beteiligten gewerkschaftlichen Stellen den Generalstreik als notwendig beschließen sollten. Die Kommunisten waren unbedingt für den Generalstreik. Ebenso entschied sich die Vollversammlung der Großberliner Arbeiterräte, also der Personenkreis, der durch die Entrechtung am stärksten betroffen wurde, für die Ausrufung des Generalstreiks. Da aber die Gewerkschaftskommission, die Zusammenfassung der Vertretungen der Gewerkschaften Groß-Berlins, den Streikaufruf ablehnte, kam es gar nicht erst zum Ausbruch des drohenden Kampfes.

Hier setzt nun ohne jede Rechtsgrundlage die neue unerhörte Gewaltaktion Noskes und seiner Mannen gegen die Arbeiterräte und ihren Vollzugsrat ein. Es war kein Generalstreik ausgebrochen, trotzdem werden alle führenden Kräfte verhaftet und noch jetzt hält man Dutzende von Leuten fest oder verfolgt sie, ohne daß eine strafbare Handlung vorgekommen ist. Aber nicht nur unbegründete Verhaftnngen von Einzelmitgliedern, sondern auch die völlige Auflösung des Vollzugsrats maßt sich Herr Noske an. Der Vollzugsrat sei verfassungswidrig, behauptet dieser regierende Sozialist. Wir stellten fest, daß nach der Lösung jeglicher Beziehungen zu den Behörden die Organisation der Arbeiterräte Groß-Berlins und ihres Vollzugsrats **eine rein private Vereinigung** von Arbeitern war. Da das Koalitionsrecht durch die Verfassung angeblich gewährleistet wird, geht Herrn Noske die Räteorganisation in keiner ihrer Formen noch irgend etwas an. Er ist es, der gegen die in der Verfassung festgelegten Rechte verstößt, wenn er Arbeiterorganisationen sprengt und Söldner in und vor die Bureaus der Berliner Räteorganisation aufstellt. Es steht den Arbeiterräten und Betriebsräten verfassungsmäßig völlig frei, wie sie sich koalieren und wie sie

ihre Vereinigung nennen. Es geht Herrn Noske auch den Teufel etwas an, ob die Arbeiter eine ihrer Instanzen Vollzugsrat nennen und was dieser Vollzugsrat beschließt. Solange nicht strafrechtliche Verstöße vorliegen, hat keine Behörde das Recht zum Eingreifen.

Der nach Unterlassung des Generalstreiks politisch unbegründete und auf Grund der Verfassung rechtlich unzulässige Gewaltakt der Noskegarden stellt sich also als ein unverhüllter Liebesdienst für die kapitalistischen Ausbeuter dar. Jawohl, den Auftraggebern des Herrn Noske, den Großkapitalisten und Junkern, war die Berliner Räteorganisation in der Seele verhaßt, denn von diesen Räten ging die direkte Einwirkung auf das innere kapitalistische Getriebe aus. Und wenn die Metallindustriellen es wegen der Arbeitsrechte im Betriebe zu neuen Kämpfen kommen lassen wollten, wenn sie die Beseitigung des Einflusses der Arbeitervertretungen innerhalb der Betriebe anstrebten, so haben sie in diesem reaktionären Treiben in Noske durch seine neuen Taten einen Bundesgenossen gefunden, der rücksichtsloser noch und brutaler als sie mit den kümmerlichsten Resten revolutionärer Arbeiterrechte umzuspringen versteht. Wagt dieser Mann es doch auch, trotz der Verfassung und des angeblich dadurch geschaffenen neuen Rechtszustandes, noch immer die Tageszeitung der Berliner Arbeiterräte, die so vorzüglich geleitete „Republik", nach 5 Monaten unter Verbot stehen zu lassen.

Bei Verhandlungen hat der starke Mann **sich auch in kühnen Drohungen gegen die Rätebewegung anderer Bezirke ergangen.** Er hat den Willen und die Absicht, jegliches neue Arbeiterrecht zu Boden zu schlagen. Seine Ruhe und Ordnung soll herrschen, das heißt, die Ruhe des Friedhofs und die Ordnung der kapitalistischen Ausbeutung! Es ist genau wie im Kriege, oder vielmehr schlimmer noch als damals. Doch die Gewalthaber von heute werden sich täuschen genau so wie die Gewalthaber von damals sich schmählich verrechnet haben. **Schlägt man die Führer tot, sperrt man die Vertrauensleute ein oder verfolgt sie wie ein gehetztes Wild durch Stadt und Land und besudelt man die Gewaltmenschen, so wird man heute, wie immer, nichts anderes damit erreichen, als daß der Geist der Rebellion die dumpfen Massen packt.** Und diese Massen wissen es heute mehr denn je, daß sie es sind, von denen alles und von denen alle abhängen. Hat man es ihnen doch im Kriege und nachher eingehämmert und eingebläut, daß es ihre Arbeit allein ist, die retten kann und retten soll. Von der Arbeit, von den Arbeitenden, von der Organisation der Arbeiter und von der Organisation des Arbeitsprozesses hängt Gedeih und Verderb, hängt unsere ganze Existenz ab.

Zersprengt man uns mit Gewalt die berechtigten Organisationen der Arbeiter und Angestellten, so muß der Zusammenschluß der revolutionären Elemente umso inniger und fester vorgenommen werden. Können wir das nicht öffentlich durchführen, weil Arbeiterorganisationen verfassungswidrig unterdrückt werden, so müssen wir wieder zu den Organisationsfäden greifen, die die revolutionären und tatkräftigen Elemente während des Krieges verbunden haben. Und daß diese Verbindung nicht wenig zu den großen Massenstreiks für den Frieden und zu der entscheidenden Umwälzung in den Novembertagen des Vorjahres beigetragen hat, das dürfte schließlich auch Herr Noske noch nicht ganz vergessen haben. War die jetzige politische Situation nicht für den Generalstreik günstig, waren einzelne der beteiligten Organisationskörper noch nicht ganz mit dem notwendigen revolutionären Geist durchtränkt, so kommen andere Tage und andere Zeiten, in denen die Organisationen revolutioniert sein werden, in denen alle notwendigen Verbindungen zwischen ihnen angeknüpft sein werden, in der Weise, wie es für das glückliche Gelingen großer Massenbewegungen notwendig ist.

Daß auch die politische Situation geschaffen wird, in der wie im November vorigen Jahres alle werktätigen Menschen die Unerträglichkeit der Zustände erkennen, dafür sorgt neben seinen hilflos dahintreibenden Freunden in der Regierung der Gewaltmensch Noske Tag für Tag.

Politische Rundschau

Deutschland

Gleiches Recht

Durch ganz Deutschland geht eine Welle der Empörung, weil die französischen Kriegsgefangenen noch nicht in die Heimat entlassen werden. Schweren Herzens sehen alle deutschen Volksgenossen, daß unsere gefangenen Brüder noch einen schweren und strengen Winter fern der Heimat verleben sollen, daß sie, obwohl der Friede längst unterzeichnet worden ist, noch immer nicht ihre Freiheit wiedererlangt haben. Niemand wird sich diesem tiefen Bedauern verschließen können, und wir alle denken mit Mitleid an die Leiden der Kriegsgefangenen. Die Arbeiterschaft muß aber darauf achten, daß dieses ihr Mitgefühl für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und in andern Ländern nicht für nationalistische Revanchehetze mißbraucht wird. Die Gefangenenfrage ist von den Deutschnationalen bisher stets als reine Agitationsfrage behandelt worden. Sie haben sich niemals gescheut, in der demagogischsten Weise die Leiden unserer Kriegsgefangenen für ihre nationalistischen Zwecke auszubeuten. Es gilt vor allem zu bedenken, daß Frankreich mit der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen formell durchaus im Recht ist, denn nach dem von uns unterzeichneten Friedensvertrage erfolgt die Auslieferung erst nach dem formellen Akt der Ratifikation in Paris, der bisher noch nicht stattgefunden hat. Die andern Staaten haben sich inzwischen bereits entschlossen, vorher mit dem Abtransport der Kriegsgefangenen zu beginnen. Frankreich konnte sich dazu bisher nicht bereit finden, da es die deutschen Kriegsgefangenen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als Arbeitskräfte braucht. Durch die Schuld der deutschen Regierung ist eine rechtzeitige Ablösung der Kriegsgefangenen durch freiwillige Arbeitskräfte für die zerstörten Gebiete bisher unterblieben.

Wir haben also zwar zu Protesten kein Recht, aber wir haben die Pflicht, immer erneut an die Menschlichkeit der Entente zu appellieren, damit unsere Kriegsgefangenen baldmöglichst von ihren Leiden befreit werden. Dabei muß es unsere selbstverständliche Pflicht sein, dafür Sorge zu tragen, daß auch wir diesen Forderungen der Menschlichkeit gerecht werden. Die deutsche Regierung ist bisher leider diesen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Noch immer schmachten mehrere Hunderttausend russischer Kriegsgefangener in Deutschland. Zwei Jahre noch nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk sind sie in deutscher Gefangenschaft. Die revolutionäre Umwälzung in Deutschland hat nur einen Teil von ihnen befreit; sobald die reaktionären Mächte wieder das Heft in der Hand hatten, verhinderten sie die weitere Freilassung der russischen Kriegsgefangenen. Wenn wir also über die Leiden unserer Kriegsgefangenen klagen, die noch fünf Monate nach Friedensschluß, wenn auch noch nicht erfolgter Ratifikationsanerkennung, noch in der Gefangenschaft schmachten, so müssen wir gerechterweise auch derer gedenken, die mehr als zwei Jahre nach Friedensschluß noch in Deutschland festgehalten werden. Wir müssen verlangen, daß die Regierung alles tut, um die russischen Kriegsgefangenen baldmöglichst in ihre Heimat zu befördern. Verkehrsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Für die fünfzigtausend noch hier in Gefangenschaft schmachtenden Ukrainer sind sie vorhanden, diese können über die Tschecho-Slowakei und Rumänien in ihre Heimat transportiert werden. Aber die deutsche Regierung rührt sich nicht. Zudem kommen immer neue Klagen aus den russischen Gefangenenlagern in die Oeffentlichkeit. Schwere Arreststrafen für die kleinsten Vergehen, Kolbenschläge als Antworten, Beschränkung der Freiheit, die durch Verfügung aus den Novembertagen 1918 den Gefangenen gewährt wurden, kennzeichnen auch hier die Rückkehr zu den Methoden des alten Regimes.

Ernährungskatastrophe in Halle

Wohl kaum ein Gebiet in Deutschland seufzt so unter der Lebensmittelnot wie das mitteldeutsche Braunkohlenrevier, der Regierungsbezirk Merseburg. Hier, wo in den Industriedörfern eine zahlenmäßig starke Arbeiterschaft wohnt, vermag das platte Land sich kaum selbst zu ernähren, so daß für die Städte nichts übrig bleibt. Abgesehen davon haust der Schleichhandel in unheimlicher Weise. Der Magistrat in Halle steht daher vor dem Zusammenbruch seiner Ernährungspolitik. Kartoffeln werden in so geringer Anzahl geliefert, daß der Bevölkerung sich allmählich große Unruhe bemächtigt. Der Magistrat greift deshalb zu bemerkenswerten Maßnahmen. Er erläßt einen Aufruf, in der er in ernsten Worten darauf hinweist, daß die geringen Wintervorräte der Stadt ausschließlich denen zugute kommen müssen, die keine Kartoffeln im Keller haben. Kein Haushalt, der einen Kartoffelvorrat besitzt, darf die öffentliche Versorgung in Anspruch nehmen. Wer jetzt noch Kartoffeln auf Marken kauft, obwohl er Kartoffeln im Keller hat, versündigt sich schwer an seinen Mitbürgern und macht sich mitschuldig an der schweren Not derer, die sich nicht versorgen konnten. Der Magistrat fordert zur Anmeldung sämtlicher Kartoffelvorräte auf und kündigt — und das ist das Entscheidende — die Durchsuchung der Keller- und Vorratsräume der Haushaltungen durch zahlreiche Kommissionen an! Schwere Bestrafungen werden denen angedroht, bei denen noch Vorräte, die unangemeldet sind, gefunden werden.

Als im vorigen Jahre die Arbeiterräte solche Maßnahmen durchführten, da brüllte alles über Bolschewismus. Jetzt sieht man ein, daß nur ein fester Wille gegenüber den Besitzenden die Ernährung sicherstellen kann. Wir empfehlen das Hallesche Beispiel zur Nachahmung. Notwendig ist dabei, Arbeiter in die Durchsuchungskommission zu wählen, denn diese werden schon wissen, wie sie den Hamsterern und Fettsäcken beikommen können.

Eine langohrige Geschichte

Im Stimmungsbild der nationalistischen Post zum Zwischenfalle der Helfferichschen Brüskierung Dr. Cohns im Untersuchungsausschuß und der Hindenburg-Demonstrationen lesen wir folgende Apostrophierung Noskes:

„Nebenbei: wenn der Herr Reichswehrminister Höchstkommandierende usw. gut beraten wäre, würde er lieber dem Untersuchungsausschuß, der ja schließlich auch zu dem Aergernis drunten Anlaß gegeben, das Weitertagen verbieten! Herr Noske soll sich seinen Belagerungszustand nur ansehen! So, wie er ihn handhabt, wird sich eine passende Bestimmung darin schon finden lassen.

Etwas für Noske

In unserm Kottbuser Parteiorgan wird der Inhalt einer Ansprache des Majors der Reichswehr Buchrücker an die ihm unterstellten Truppen mitgeteilt, die der Herr am 9. November hielt. Der Major packte gehörig aus. Indem er fast vor Wehmut verging, daß die Monarchie fast vor Jahresfrist beseitigt wurde, nannte er die an dem Umsturz Beteiligten glattweg Schweinehunde! Auch der Prinz Max von Baden, der damalige Reichskanzler, den er offen der Absendung falscher Telegramme Wilhelms des Zweiten Abdankung betreffend, beschuldigte, wurde von ihm nicht glimpflicher behandelt. Da nicht alle Mannschaften in den von ihm befohlenen Gesang „Deutschland, Deutschland über alles" einstimmten, wurden sie am Montag beim Drill fürchterlich geschliffen.

Auch in anderen Orten piepen bunte Vögel Herrn Buchrückers Melodie, jeder hört sie, nur Herr Noske nicht. Er hat soviel mit Hindenburg-Besuchen und ähnlichen anderen republikanischen Angelegenheiten zu tun, als daß er sich um derlei Nebensächlichkeiten kümmern könnte. Das kommt davon, wenn die Lakaien bei ihrer Beauftragung nicht aufpassen. Noske wird nun von denselben Leuten angerempelt, für die sein Belagerungszustand funktionierte. Er muß sich jetzt mit ihnen über seine Möglichkeiten herumpauken, weil er auch mal — aber nur ganz peripherisch — gegen seine geistigen Väter wirkte. Es ist wie in der Geschichte von den beiden Eseln, die das Zanken kriegen, — versteht sich nur wegen der langen Ohren! Wer hat nur die längsten?

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

25]

Hier mußte er mit der ganzen Autorität seines Amtes und seiner Stellung eingreifen, mit festem Griffe zupacken, sonst, sonst wuchs ihm diese vertrackte Sache noch über den Kopf und brachte ihn am Ende wirklich noch zu Fall.

Zum Glück war noch nichts geschehen, was die Dinge rettungslos verfuhr. Noch ließen sie sich ordnen.

Aber nun hieß es, den Verstand zusammenraffen und keinen Schritt mehr tun, der nicht dreifach geprüft und in all seinen Folgen überlegt worden ist.

In dem befreienden Gefühl seiner endlichen Aufraffung ging Jordan heim.

Seiner Frau erschien er an diesem Abend seit langer Zeit wieder zum ersten Male frisch, von allem Druck befreit, so daß sie wieder Hoffnung schöpfte, er würde bald die alte Festigkeit und Kraft zurückgewinnen.

Am nächsten Morgen ließ Jordan sich die Adresse des Eisenbahninvaliden Hecker besorgen und schickte dem Manne eine Vorladung.

Der Krüppel erschien zur bestimmten Stunde, aufgeregt und ängstlich. Auch Jordan empfing ihn in nervöser Spannung ohne Zeugen in seinem Amtszimmer. Wußte der Mann etwas davon, daß Herta Jordan geschlagen?

„Sie kennen mich noch von der Verhandlung gegen Ihre Frau her?"

„Jawoll, Herr Staatsanwalt."

Hecker wühlte erregt in seinem verwilderten Vollbart.

„Setzen Sie sich, Mann — und ängstigen Sie sich nicht. Es geschieht Ihnen nichts. Ich habe Sie herzitiert, weil ich einige Auskünfte von Ihnen haben will. Sind sind aus Ihrer alten Wohnung fort?"

„Ja. Die Portierstelle mußte ich aufgeben, weil ich ohne meine Frau sie nicht versehen konnte."

„Wie wohnen Sie jetzt? In Aftermiete?"

„Ich habe eine leere Kellerstube in der Flensburger Straße bekommen, und da stehen unsere Sachen. Da schlafe ich."

„Wer beköstigt Sie?"

„Ich koche mein bißchen Essen selber auf einer Petroleummaschine."

„Leben Sie jetzt von Ihrer Invalidenrente?"

„Herr Lokatos gibt mir vierzig Mark monatlich dazu."

„Hat er Ihnen diese Beihilfe freiwillig angeboten?"

„Ja, Herr Staatsanwalt."

„Sie wissen, Hecker, daß Ihre Tochter wieder in Berlin ist?"

„Ja."

„Wann haben Sie sie das letztemal gesprochen?"

„Ueberhaupt noch nicht seit ihrer Rückkehr."

„Das ist doch aber merkwürdig. Noch nicht einmal gesprochen?"

„Nein. — Sie macht sich nichts aus mir. Liebt bloß ihre Mutter. An der hängt sie ja sehr. Is ja nätürlich. Ich bin Hertas Vater nich. Das is ein Königlicher Baurat gewesen, der vor drei Jahren starb."

„Weiß Herta das?"

„Natürlich."

„Hat der Baurat der Herta nichts hinterlassen?"

„Keinen Groschen. Starb selber arm — versoff alles. Seine Witwe lebt in Berlin — vermietet Zimmer ."

„Aehnelt Herta dem Baurat?"

„Ja. Er war ein großer blonder Mann mit blondem Vollbart. Wie Kaiser Friedrich sah er aus."

„Hm." Jordan sah eine Weile nachdenklich ins Leere. Alles stimmte. Alles war genau wie er sich's gedacht hatte.

„Wissen Sie die jetzige Adresse Ihrer Tochter?"

„Ja. Herr Lokatos schrieb mir, sie wohnt am Bayrischen Platz."

„Sie sind also noch nicht dort gewesen?"

„Nein."

Er weiß nichts. Er weiß nichts von dem Schlage, Gott sei Dank, dachte Jordan.

„Nein, ich bin noch nicht dort gewesen. Herr Lokatos wollte, daß ich hingehen sollte. Ich wollte das auch nächstens mal tun. Aber ich weiß, Herta hat es nicht gern, wenn ich zu ihr komme."

„So — so so — sagen Sie, Hecker, Sie waren doch auch der Meinung, daß Lokatos die Herta heiraten wollte?"

„Vom Fleck weg, Herr Staatsanwalt! So wahr ich hier sitze. Lokatos ist ein Ehrenmann. Er wollte sie heiraten. Bei Gott — das wollte er. Aber — das verrückte Mädel wollte nicht. Versorgt wäre sie für ihr ganzes Leben gewesen und wir — wir mit. Aber — da — da machen Sie mal was, wenn sone Gans — son kuhdummes Ding ihr ganzes Glück verscherzt . . . Die Haare hab ich mir gerauft — wie ich das gehört habe. Herr Lokatos schrieb mir das ganz verzweifelt und bat mich dringend, ich sollte Herta umstimmen."

„Haben Sie das nicht versucht, Hecker?"

„Nee — wär zwecklos gewesen. Auf mich hört sie nich. Das ist ja das allergrößte Malör bei der Sache, daß unsere Mutter sitzt. Wäre die zu Hause — die hätte es fertig gekricht, daß Herta den Maler nahm. Denn was Mutter will und sagt, das ist für das Mädel wie's Evangelium."

„Ja — Hecker — ich teile Ihre Ansicht, daß es ein Unglück für Herta und für Sie alle ist, daß das Mädchen den Maler nicht heiraten will. —

Sagen Sie, Hecker — glauben Sie, daß Herr Lokatos — noch heute — sein Eheversprechen innehalten würde? Sind Sie der Meinung, daß der Maler das Mädchen noch jetzt heiratete, falls Herta zu ihm zurückkehrte?"

„So sicher wie Amen in der Kirche, Herr Staatsanwalt."

„So — hm —."

Jordan sah nachdenklich vor sich hin.

Ihm war, als spiele er eine eingelernte Rolle, als sage er Auswendiggelerntes mechanisch her. Denn während er mit dem Invaliden die Möglichkeiten besprach, die dafür vorhanden waren, Herta nach Pest zurückzubringen, lauerte sein Jagdinstinkt auf jede Chance, die ihn selbst endlich — endlich in die so heiß ersehnte Nähe Hertas bringen könnte

Jetzt begann er zögernd.

„Sehen Sie, Mann — mich dauert diese ganze Geschichte. Wenn ich auch in meiner Amtsführung oft recht streng zupacken muß, so bin ich doch ein Mensch, der fühlt und Mitleid hat.

Ich möchte sehr gern diese ganze scheußliche Geschichte wieder einrenken. Es ist Unglück genug, wenn Ihre Frau ihr Jahr absitzen muß. Daran haben Sie beide hinreichend zu schleppen. Nun sollte es doch möglich sein, wenigstens all das andere Unheil, das aus der Sache entstanden ist, aus der Welt zu schaffen. Meinen Sie nicht?"

Der Invalide sah aus verschüchterten Augen verständnislos drein.

„Ich meine das so," sagte Jordan. „Ich habe selbst den Eindruck, daß der ungarische Herr es ehrlich meint. Daß er Ihnen die monatliche Unterstützung schickt, ist ein hübscher Zug von ihm. So handelt nur ein recht anständiger Mensch. Also traue ich dem Maler auch zu, daß er Ihre Tochter heute noch heiratet, wenn sie bald nach Pest zu ihm zurückkehrt. Sie glauben das auch, wie Sie bereits beteuerten."

Der Invalide nickte eifrig.

„Gut," fuhr Jordan fort. „Wenn Sie auch an der Herta nicht hängen, so haben doch auch Sie ein Interesse daran, daß aus dieser Heirat noch etwas wird."

„Gewiß, freilich. Und unsere Mutter — die wäre glücklich."

„So — na dann wollen wir doch mal sehen, Hecker, ob wir beide nicht das Unsere dazu tun können, die Herta dahin zu bringen, daß sie, je eher je besser, zu dem Herrn Lokatos zurückkehrt."

(Fortsetzung folgt.)

Totengräber

am allgemeinen Wohl sind alle, die am 30. November zu Hause bleiben oder eine bürgerliche Liste wählen. Jeder intelligente Arbeiter und Bürger wählt einzig Liste **Baude—Köhler.**

In und um Elbing

Die neue Mutterschaftsfürsorge

Das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, trägt die ganze Unzulänglichkeit der rechtssozialistisch-zentrümlichen Gesetzmacherei auf sozialpolitischem Gebiete zur Schau. Die bei der Beratung in der Nationalversammlung eingebrachten Anträge unserer Fraktion, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze und Ausdehnung der Unterstützungsdauer, sowie vor allem eine einigermaßen ausreichende Schwangerenfürsorge bezweckten, sind mit Unterstützung der Rechtssozialisten abgelehnt worden. Den wesentlichen Inhalt des Gesetzes bringen wir nachstehend zur Kenntnis unserer Leser und empfehlen ihnen **die Bestimmungen aufzubewahren.**

Die Neuordnung besteht in einer Aenderung der Reichsversicherungsordnung, die eine Anzahl Paragraphen neu eingegliedert bekommt. Im allgemeinen zerfallen die Vorschriften in die drei Abschnitte: Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge. Daneben wird zwar für die Ehefrauen der ehemaligen Kriegsteilnehmer eine Fortführung der Kriegswochenhilfe bis zum Kriegsende und in Ausnahmefällen darüber hinaus noch vorgesehen, doch ist diese Einrichtung nicht nur recht untergeordnet, sondern auch recht unklar.

Die Wochenhilfe

besteht in einer Ausgestaltung der bisherigen Leistungen an die bei einer Krankenkasse selbstversicherten Wöchnerinnen. Die Voraussetzungen (halbjähriges Versichertsein innerhalb des letzten Jahres vor der Entbindung, sei es auch bei verschiedenen Krankenkassen) bleiben dieselben. Die Leistungen sind gegenüber denen der Kriegswochenhilfe etwas erweitert worden und bestehen in a) einem Beitrag zu den Entbindungskosten von 50 Mk. (statt bisher 25), b) einem Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch von mindestens 1,50 Mk. täglich für zehn Wochen zu je sieben Tagen, c) einer Beihilfe bis zu 25 Mk. für die Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, d) einem Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pf. täglich, bis zur Dauer von 13 Wochen. Statt der baren Leistungen unter a) und c) können die Kassen freie Behandlung durch Arzt und Hebamme und die Arzneien gewähren. Die Kasse kann beschließen, das Stillgeld bis zu 26 Wochen zu verlängern.

Die Familienhilfe

besteht darin, daß die bisher schon den Krankenkassen freigestellte Wochenhilfe an die nichtversicherten Familienangehörigen der Versicherten obligatorisch gemacht und ausgestaltet wird. Dabei sind als Familienangehörige neben Ehefrauen und Töchtern auch Stief- und Pflegetochter von krankenversicherten Männern anzusehen, soweit sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Auch freiwillige Mitglieder haben diesen Anspruch für ihre Familienangehörigen. Die Leistungen sind im allgemeinen die gleichen wie bei den selbstversicherten Wöchnerinnen, doch ist hier der Betrag des Wochengeldes auf 1,50 Mk. und der des Stillgeldes auf 75 Pf. festgelegt worden. Das Reich hat die Hälfte der Kosten dieser Familienhilfe zu ersetzen. In Fällen, in denen uneheliche Väter zahlungspflichtig sind, haben Krankenkassen und Reich einen Ersatzanspruch an diese. Um die Lasten tragen zu können, haben die Krankenkassen das Recht, die Beiträge über das jetzige Maß erheblich zu erhöhen. Für diese Familienhilfe dürfen jedoch Zusatzbeiträge, die von den Versicherten allein zu tragen sind (§ 384 der Reichsversicherungsordnung), nicht erhoben werden.

Die Wochenfürsorge

kommt allen sonstigen minderbemittelten Wöchnerinnen, die nach Vorstehendem keinen Anspruch haben, also nichtversicherten Ehefrauen kleiner selbständiger Gewerbetreibenden usw., zugute. Diese gelten als minderbemittelt, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen 2500 Mk. zuzüglich 250 Mk. jährlich für jedes Kind unter 15 Jahren in beiden Fällen, nicht übersteigt. Das soll die Regel sein; es können aber Ausnahmen eintreten. Diese Fürsorge ist dieselbe, wie oben dargestellt, sie wird nur durch die zuständigen Allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen gewährt. Diese erhalten ihre Aufwendungen vom Reiche zurückerstattet, nachdem dieselben bei den Versicherungsbeamten angemeldet worden sind. Das Wochengeld beträgt auch bei dieser Wochenfürsorge 1,50 Mk., das Stillgeld 75 Pf.

Zur Einführung der neuen Einrichtungen ist es nicht nötig, daß die Krankenkassen ihre Satzungen ändern. Die Vorschriften gelten ohne weiteres vom 1. Oktober an, auch wenn Satzungsvorschriften entgegenstehen sollten. Ueber Streitigkeiten zwischen empfangsberechtigten Wöchnerinnen und Krankenkassen entscheidet das Versicherungsamt, das für jeden Land- und Stadtkreis besteht. Gegen dessen Entscheidung kann das Oberversicherungsamt angerufen werden, das in allen Fällen der Wochenfürsorge endgültig entscheidet. Für die „Uebergangszeit" sind noch folgende Vorschriften von Bedeutung: Wöchnerinnen, die vor dem 1. Oktober 1919 entbunden worden sind, erhalten von diesem Tage ab das Wochengeld und Stillgeld nach dem neuen Gesetz, jedoch abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem 1. Oktober 1919 liegenden Zeit. Steht der Wöchnerin für diese Zeit ein Anspruch auf Wochenhilfe nach anderen Vorschriften zu, so hat es bei diesen Vorschriften sein Bewenden: Ist am 1. Oktober 1919 die Bezugsdauer für das Wochengeld oder Stillgeld zwar nach jenen Vorschriften, nicht aber nach dem vorliegenden Gesetz abgelaufen, so sind der Wöchnerin diese Leistungen (und, wenn nötig, darüber hinaus) weiterzugewähren.

Schmierfinken

Seit einiger Zeit werden auch in Elbing Flugblätter verteilt, die für eine Judenhetze Stimmung machen. Uns liegen einige vor. Im politischen Kampf sind ja manche in der Wahl der Waffen nicht wählerisch. Was aber hier geleistet ist, ist eine solche Mischung von Blödsinn, Lüge und dummpfiffigem Demagogentum, daß es zweifelhaft bleibt, ob der Verfasser in ein Irrenhaus oder ins Gefängnis gehört. Eines dieser Blätter geht z. B. von der ungarischen Räterepublik aus. Sämtliche Führer der ungarischen Arbeiter sind natürlich Juden gewesen. Tiber Szamueli (Samuel Kohn tauft ihn das Flugblatt) hätte 40 ungarische Arbeiterführer hinrichten lassen. Nach Ungarn kommt Rußland an die Reihe: Petersburg, eine Zweimillionenstadt, sei durch Mord, Hinrichtungen und Hungertod auf 400 000 zusammengeschmolzen. Trotzki (natürlich auch ein Jude) metzle mit Hilfe seiner chinesischen Garden die Arbeiter massenhaft nieder. Dann werden jüdische Schriften angezogen, ohne daß sie wörtlich zitiert werden. Jeder Andersgläubige soll für die Juden nur ein Tier sein. Die Rabbiner hätten die Spitzbüberei zur Religion erhoben. So gehts fort, daß einem, volkstümlich zu reden, das Kotzen ankommt. Zum Schluß werden die Arbeiter beschworen, den jüdischen Kapitalisten die Gefolgschaft zu versagen. Sie (die Juden) bezeichneten die Arbeiter immer als Proletarier. Ein Proletarier sei ein untergeordneter Mensch, der für den Stand weiter keinen Wert habe als daß er Kinder zeuge. Wohl gemerkt, diese Erklärung des Wortes Proletarier legt der Flugblattschreiber nicht den Juden in den Mund, sondern gibt sie selber. Daß Proletarier Besitzloser bedeutet, hat er wohl selber nicht gewußt.

Wir versuchten, den Inhalt zu skizzieren. Der Versuch gibt aber kein zutreffendes Bild, denn ohne den mindesten logischen Zusammenhang ist alles mögliche wahllos durcheinandergeschrieben: Als Verfasserin des Flugblattes ist die **Deutsche Erneuerungsgemeinde, Leipzig, Königstraße 17,** angegeben. Von ihr seien mehr solche und ähnliche Flugblätter zum Preise von 30 Mark das Tausend zu beziehen.

In einer so alten sozialistischen Stadt wie Elbing sind Worte der Widerlegung nicht viel am Platz. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie den Kapitalismus bekämpft. Ob dessen Träger Christen, Juden, Muhamedaner oder Freigeister sind, ist nebensächlich. Es gibt Juden, die anständiger sind, als manche Christen. Und es gibt Christen, die den gerissensten Juden an Ruppigkeit übertreffen. Beweis hierfür ist das agrarische Gesindel, das planmäßig die städtische Bevölkerung aushungert. Elbing wird keine Judenprogrome sehen. Die Herren Antisemiten sollen es nur einmal versuchen, wenn ihnen der Buckel juckt. Die antisemitische Schlammflut, die jetzt Deutschland besudelt, ist ja nur von den interessierten Kreisen ins Werk gesetzt, um die Aufmerksamkeit von den am Kriege schuldigen abzulenken. Das weiß die Arbeiterschaft ganz gut und wird ihr Verhalten danach einrichten.

Wasserfuppenpolitiker

Ein Arbeiter schreibt uns über eine Wahlversammlung der Arbeitsgemeinschaft technischer und kaufmännischer Verbände, die gestern im Gewerbehause tagte: Die Versammlung sollte das Programm dieser Leute für die Stadtverordnetenversammlung bekannt geben. Mit dem Wort „Gemeinwohl" wurde zwar viel herum geworfen. Im übrigen war nichts dahinter. Die Herren verlangen Schrebergärten, wozu die Stadt Land hergeben soll und Errichtung von Beamten- und Angestelltenwohnungen durch die Stadt. Mit diesen mageren Wasserfuppen wollen sie die Schäden der Zeit heilen. Uebrigens auch interessant, daß in der Wohnungsfrage die Beamten und Angestellten eine Extrawurst gebraten haben wollen. Ist das demokratisch? Mehrmals fielen in der Versammlung die Ausdrücke: „Gewöhnliche Arbeiter" und „gemeine Arbeiter." Die, die solche Ausdrücke gebrauchen, scheinen noch einen verdammt großen Nagel im Kopf zu haben. Ich hatte nicht das Recht, das Wort zu ergreifen, denn ich war Arbeiter und die Versammlung nicht öffentlich. Hoffentlich gibt kein Arbeiter solch rückständigen Menschen seine Stimme. Politiker solchen Schlages gehören auf keinen Fall in die städtische Vertretung hinein.

Anarchistische Konfusionsräte

Gestern (Bußtag) nachmitag 3 Uhr hatte die Kommunistische Partei zu einer öffentlichen Volksversammlung mit dem Thema „Der Stand der Revolution!" eingeladen. Als Redner war Paul Franken (Egon Christensen) vorgesehen. Endlich ist auch dieses Geheimnis gelüftet. Egon Christensen ist zu seinem ursprünglichen Namen Paul Franken zurückgekehrt. Der Versammlungsleiter gab bei Eröffnung die Erklärung ab, daß Franken nicht eingetroffen sei und dafür der Genosse Kroschewski das Thema behandeln würde. Und wie behandelte er es! Vollständig zusammenhanglos sprach er über Revolution, Kartoffeln, Baltikum, Laternenpfähle und konnte es sich auch nicht versagen, die U. S. P. zu vermöbeln. Bei seinen Ausführungen wird so manchem der Anwesenden ein gelinder Schauder über den Rücken gezogen sein, denn er entwickelte Ansichten, die den Kinderkrankheiten des Sozialismus, wie unsere Väter sie vor etwa 50 Jahren durchgemacht haben, bedenklich nahe kamen. Manchem der Zuhörer wird wohl auch ein leiser Zweifel bei diesen Ausführungen aufgestiegen sein, ob man es mit Leuten zu tun hat, denen das Wohl und die Weiterentwicklung der Arbeiterklasse am Herzen liegt, oder ob sie der Reaktion Helferdienste leisten. Denn die Ausführungen, die Kroschewski in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage im Schlußwort machte, gipfeln darin, daß die Kommunisten seiner Färbung daran gehen wollen, die Gewerkschaften, die in jahrzehntelangem Ringen von der Arbeiterschaft mühevoll aufgebaut worden sind, zu zerschlagen. Er führte an, daß hauptsächlich der Berliner Metallarbeiterstreik gezeigt hätte, daß die Gewerkschaften nicht das geeignete Kampfmittel der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf seien. Seine Parole heißt: „Heraus aus den Gewerkschaften und Gründung einer Arbeiterunion, nicht zentrale Industriegruppen, sondern große Sammelorganisationen. Wenn Kroschewski die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung schon länger als vom 9. November 1918 gekannt hätte, hätte man es ihm übel nehmen können, aber so kann man es ihm aus diesen Gründen verzeihen. Und die Zuhörer, die ihm nach seinen Ausführungen Beifall gaben, gehören in dieselbe Kategorie. Parlamentarismus betrachtet Kroschewski nicht als Kampfmittel der Arbeiterschaft und stellt sich in Gegensatz zu Liebknecht, Luxemburg, Zetkin und andere hervorragende Führer der Kommunisten. Auf die Stadtverordnetenwahl eingehend, meinte er, daß wohl die kommunalen Forderungen der U. S. P. gut wären, aber weil die Städteordnung verschiedenem noch entgegensteht, würde das nicht alles zur Durchführung gelangen können. Auch die Beteiligung zu der Stadtverordnetenwahl lehnte er von diesem Standpunkt ab, der allerdings um so eigenartiger wirken muß, da wir zum Mindesten in Elbing bei den Wahlen eine sozialistische Mehrheit zu erwarten haben. Genosse Grunwald, der sich hierauf zum Wort meldete, widerlegte in längeren Ausführungen verschiedene Angriffe und Auslegungen des Redners. Er stellte die allerdings peinliche Frage, wieviel Richtungen bei den Kommunisten es eigentlich gebe und befaßte sich eingehend mit der Spaltungstaktik der Kommunisten, die in ihren eigenen Reihen daran sind, sich zu Atomen zu spalten. Und nicht allein auf dem politischen Gebiet üben die Kommunisten diese Spaltungspolitik, nein, sie liefern auch auf wirschaftlichem Gebiet die Arbeiterschaft dadurch dem Kapitalismus aus. Er appellierte an die denkfähigen Arbeiter, diese und die Enthaltsamkeitsparole bei den Wahlen nicht zu befolgen. Die Verwirklichung des Sozialismus kann beschleunigt werden, wenn jeder einzelne sich in steter Aufklärungsarbeit betätigen würde. Am 30. November muß für jeden die Parole lauten: „Heraus zur Stadtverordnetenwahl, gebt Eure Stimme der Liste Baude". Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und der bürgerlichen Gesellschaft das Feld überlassen, sondern Bresche schlagen, wo wir nur können und auch Arbeit im sozialistischen Sinne zum Wohle der Allgemeinheit leisten. In der Diskussion sprach außerdem noch der Genosse Frank (Kommunist). Er hat irgend eine Broschüre auswendig gelernt und gab den Inhalt dieser der Versammlung wieder. Kurz vor Schluß der Versammlung erschien auch der „vielverfolgte" Christensen-Franken und richtete noch einige Worte an die Versammlung. Ein Teil der Anwesenden verließ schon während Kroschewski's Schlußwort den Saal.

Das neue 50-Pfennig-Stück

Seit einigen Tagen ist das erste Geldstück der Deutschen Republik im Umlauf. Das neue 50-Pfennig-Stück ist seit Jahrhunderten die erste deutsche Münze, die ohne Adler und Wappenschild erscheint. In der Form gleicht es dem alten Nickel-20-Pfennig-Stück. Es zeigt auf der Vorderseite eine große 50 und darunter in einem Querbalken in deutscher Fraktur das Wort Pfennig. Ueber dem Balken umrahmt die Inschrift „Deutsches Reich" die Zahl. Unter dem Worte Pfennig steht die Jahreszahl 1919. Die Rückseite weicht völlig von dem üblichen Bild ab. Sie zeigt die stilisierte Wiedergabe einer Aehrengarbe in Flachrelif, die quer durch die zweizeilige Inschrift „Sich regen bringt Segen" durchschnitten wird. Dies Geldstück, das das Münzzeichen A trägt (staatliche Münze Berlin), ist aus einem leichten, sich fettig anfühlenden weißen Metall geprägt. Der Rand ist eingekerbt wie bei den silbernen einhalb-Mark-Stücken.

Ostdeutsche Nachrichten

Zum Königsberger Buchdruckerstreik

Um falschen Gerüchten entgegenzutreten, sieht sich die Königsberger Streikkommission veranlaßt, der Offentlichkeit folgendes zu unterbreiten:

Der Lohn der Königsberger Buchdruckergehilfen beträgt ab 1. Oktober d. Js. einschließlich der Teuerungszulage:

	pro Stunde Mark	wöchentlich Mark
im ersten Gehilfenjahre	1,84	88,42
bis zum 21. Lebensjahre	2,10	100,75
vom 21. bis 24. Lebensjahre	2,12	101,90
über 24 Jahre	2,16	103,62

Für Verheiratete erhöhen sich vorstehende Wochenlöhne um 3 Mark. Die Löhne der gelernten Arbeiter über 21 Jahre anderer Berufe betragen 2,25 bis 2,85 pro Stunde.

Da es unmöglich ist, mit einem derartigen Verdienst die Kosten der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können, sahen sich die Buchdrucker gezwungen, den Prinzipalen ein Gesuch zu überreichen, worin eine wirtschaftliche Beihilie von monatlich 50 Mark gefordert wurde. Trotzdem die Arbeitgeber die Berechtigung der Forderung anerkannten, lehnten sie durch Vereinsbeschluß jedes Entgegenkommen ab. Die wirtschaftliche Not zwang die Buchdrucker in den Ausstand zu treten. Bis heute ist die Mehrzahl der Prinzipale, die doch die Vertreter der geistigen Kultur und Bildung sind, noch nicht gewillt, der gerechten Forderung Rechnung zu tragen oder in Verhandlung zu treten. Noch immer verlangen die Buchdruckereibesitzer bedingungslose Aufnahme der Arbeit.

An ihrer Ehre gekränkt

Vor Eröffnung der letzten Stadtverordneteusitzung in Kösliu erklärte der Stadtverordnetenvorsteher Partzsch dem Vertreter der Kösliner Zeitung, daß er durch seine letzte Kritik einige Herren der Versammlung beleidigt habe und daß ihm im Wiederholungsfalle das Asylrecht entzogen werden müsse. Die Presse erhob einmütig durch sofortiges Verlassen des Sitzungssaales gegen dieses Verfahren Einspruch. — Aus welchem Jahrhundert mögen die Kösliner Stadtverordneten stammen?

Fleischausgabe.

für die Zeit vom **17. bis 23. November 1919:**

Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte: 150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.

Das zur Ausgabe in dieser Woche vorgesehene amerikanische Schweinefleisch ist nicht rechtzeitig eingetroffen. Es wird deshalb in der nächsten Woche 1/2 Pfund zur Ausgabe kommen.

Elbing, den 20. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Zucker.

Ein kleiner Posten Weißzucker, der inzwischen herangekommen ist, ermöglicht es uns, auf die Zuckerkarten der **Kinder bis zu 6 Jahren,** soweit sie noch unbeliefert sind, Weißzucker abzugeben und so zunächst wenigstens die Kinder dieser Jahrgänge mit Zucker zu versorgen. Es wird deshalb angeordnet:

In folgenden Geschäften:

E. Fox, Hochstraße 3
Friedrich Gerlach, Georgendamm 28
August Hahnke, Leichnamstraße 29
Joh. Jochem, Innerer Vorberg 16
Adolph Kellner Nachf., Heilige Geiststraße 14
J. Nickel Nachf., Wasserstraße 28
Fr. Schewe, Aeuß. Marienburgerdamm 27
Otto Schicht Nachf., Schmiedestraße 12
Carl Werner, Hauptstraße 17

darf **bis zum 24. d. Mts.** auf drei Abschnitte der November-Zuckerkarte, lautend über je 250 gr = 750 gr, Weißzucker abgegeben werden, **wenn gleichzeitig für diese drei Zuckerkartenabschnitte** (1 Person), **ein Sonderabschnitt der Vollmilchkarten für Kinder bis zu 6 Jahren** (an der rechten Ecke des Kopfes der Vollmilchkarte für die Zeit vom 27. Oktober bis 28. Dezember befindlich) **abgegeben wird.**

Die Kaufleute haben die auf Sammelbogen aufzuklebenden Zuckerkartenabschnitte in der gewöhnlichen Weise zur Ablieferung an ihren Großhändler bereit zu halten, **die vereinnahmten Vollmilchkartenabschnitte jedoch im Ernährungsamt bis zum 26. d. Mts. abzuliefern.**

Wegen der Heranschaffung des Zuckers für die übrige Bevölkerung schweben fortdauernd Verhandlungen, die nunmehr wahrscheinlich in kurzer Zeit zum Ziele führen werden.

Elbing, den 18. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Kinder-Nährmittel-Zusatzmarke Nr. 153

die s. Zt. für 1/4 Pfd. Bonbons aufgerufen wurde, **hat nur noch bis einschließlich 26. d. Mts. Gültigkeit.**

Verkaufsstelle nur Füllhas, Junkerstraße 6.

Infolge Erhöhung der Zuckerpreise sind die Verkaufspreise jetzt:

Konserve-Konfekt	1 Pfund	= 3,40 Mark
Karamelbonbons	1 Pfund	= 3,50 Mark
Fondants	1 Pfund	= 5,00 Mark

Elbing, den 20. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Höchstpreis.

Infolge einer Erhöhung des Grundpreises für Hüttenkoks wird der Höchstpreis für Hüttenkoks bei der Abgabe an Verbraucher für den Stadtkreis Elbing mit Wirkung vom 1. d. Mts. ab wie folgt anderweit festgesetzt:

	ab Lager	frei Haus
Bei Mengen bis zu 20 Ztr.	13,60 Mk.	14,50 Mk.
Bei Mengen von mehr als 20 Ztr.	13,55 Mk.	14,45 Mk.

Elbing, den 14. November 1919.

Der Magistrat. — Preisprüfungsstelle.

An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh.

Die in Nr. 253 der Elbinger Zeitung veröffentlichten Anordnungen des Preußischen Landesfleischamts vom 18. Oktober 1919 und der Provinzialfleischstelle Königsberg i. Pr. vom 21. Oktober 1919, betreffend Verbot des An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh, sind aufgehoben worden.

Elbing, den 17. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Versammlungs-Kalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr: **Vertrauensmännersitzung** im Volkshaus, kleiner Saal. Ohne Legitimation kein Zutritt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 5 Uhr: **Mitgliederversammlung** im Volkshaus.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr: **Mitgliederversammlung** im Verkehrslokal Kretschmann, Wasserstr.

U. S. P. Elbing.

Freitag, den 21. d. Mts., abends 6 Uhr: **Allgemeine Vertrauensmännersitzung** im Volkshaus, kleiner Saal.

Freitag, den 21. d. Mts., abends 6 Uhr: **Vertrauensmänner- und Gruppenführer-Sitzung** des 4., 5. und 6. Bezirks im Volkshaus.

U. S. P. Vertrauensmänner!

Aus besonderen Gründen findet die **Vertrauensmännersitzung,** die für Montag, den 24., festgesetzt war,

morgen, Freitag,

im Volkshause statt.

Die Parteileitung.

U. S. P. 4., 5., 6. Bezirk.

Freitag, den 21., 6 Uhr im Volkshaus:

Vertrauensmänner und Gruppenführer.

Sitzung.

Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

Die Bezirksleitungen.

Verband der Maler etc.

Hotel Stadt Elbing.

Sonnabend, den 22. November 1919

findet im **oberen Saale** ein

großes Tanzkränzchen

statt. Es laden freundlichst ein

Anfang 6 Uhr. **der Vorstand.**

NB. Sämtliche Räume sind gut geheizt.

Nur im Gemeinwohl liegt die Kraft
Der zielbewußten Bürgerschaft;
Nicht in persönlichen Int'ressen,
Die nur am Wohl des Ganzen fressen.
Dies zu versteh'n ist doch nicht schwer,
Drum wählt die Liste **Wegmann-Zehr!**

Raucher! **Zigarren** Raucher!

eigene Fabrikate

sind wieder da bei der Firma

Gustav Dietschreit

Inhaber **Hermann Kusch**

Innerer Mühlendamm 12 :: Telephon 649

wie allbekannt in den Preislagen

45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pfg. usw.

Verkaufszeit der billigen Zigarren bis 70 Pfennig:

Dienstag u. Freitag vorm. von 9—11 Uhr, nachm. von 3—4 1/2 Uhr.

Gleichzeitig empfehle ich mein

reichhaltiges Lager in Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake sowie Pfeifen und sämtliche Ersatzteile.

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher!

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von heute, Donnerstag 6 15 ab die

großen **Sensationsschlager**

Opfer der Schande

oder: „Die nur für Geld lieben!"

Aus dem Sumpfe des Großstadtlebens.

Großes Sittendrama in 4 spannenden Akten.

Ein Patent-Mädel

Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Emil Roediger

Inh.: **Ernst Hildebrandt**

en gros **Zigarren-Spezialgeschäft** en detail

Bahnhofstr. 6a **Elbing** Fernruf 548

Empfehle kurz vor Eintritt der Banderolesteuer sich vorher mit

Zigarren, Zigaretten u. Rauchtabak

zu versehen.

Für jeden Raucher

und **für Wiederverkäufer** bietet mein Geschäft **günstige Einkaufsgelegenheit.**

Wünschen Sie Ihre Garderoben

unter eigener fachmännischer Leitung

sauber gereinigt oder gefärbt?

So übergeben Sie dieselben der

Expreßfärberei

Laden Inn. Mühlendamm 17.

Kontor und Annahme in meinem Betrieb **Große Jahlerstraße 24.**

Fernruf 957.

Fleischhackmaschinen

Rodelschlitten : Schlittschuhe
Stahlwaren : Kochgeschirre
Taschenlampen u. Batterien

sowie sämtliche **Eisenwaren** empfiehlt billigst

Hermann Bruckert

Brückstraße 3

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Gebr. Nähmaschinen

auch reparaturbedürftige, kauft **M. Krüger, Junkerstr. 30.**

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr:

Die verschwundene Pauline

Freitag, den 21. d. Monats, abends 7 1/2 Uhr:

Die Faschingsfee

Sonnabend, d. 22. d. Mts., abends 7 Uhr:

Schüler- u. Volksvorstellung:

Maria Stuart

Freitag u. Sonnabend

Fleisch- und Wurstverkauf.

Roßschlächterei Georgendamm 15.

Die Stelle des Lageristen ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank.

Consum- u. Sparverein.

Wollt Ihr guten Tabak haben,
Herz und Nase Euch zu laben,
Müßt Ihr nur zu **Wein** hinlaufen,
Fein ist er nur dort zu kaufen.
Himmelsluft werd' Ihr genießen,
Werd'Ihr dessen Tabak priesen!
Und das minderwertig Kraut
Ihr dann in den Ofen haut,
Was Ihr anderswo gekauft.

Gesundheitstabak, grüner Kownoer, gelber Kachlinski, Kautabak, türkischer Shagtabak

in nur bester Ware empfiehlt

Otto Heldt

Inh. **Otto Wein**

Zigarren- und Tabakhandlung.

am Amtsgericht.

Das

Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet.

Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Zigarren, Zigaretten

nur aus rein orient. Tabaken

sowie **Kautabak**

u. prima Rauchtabak

Uebersee,

zu angemessenen Preisen

empfiehlt

Frau Helene Wild

Herrenstraße 26.

Bis auf weiteres:

Jeden Freitag und Sonnabend billiger

Zigarettentag!

W. Breitfeldt

Zigarren-, Zigaretten- und Tabakhandlung.

Inn. Mühlendamm 18/19

neben Café Gold.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestrasse 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel und kompletter

Wohnungs-Einrichtungen

eigenen Fabrikates

eigene **Matratzen-Engros-Fabrikation,** eigene **Polsterwerkstätte,** eigene **Marmorschleiferei** und

Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer **Abteilung** für **Herstellung** von **Firmen-** und **Reklameschildern aller Art.**

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Malerarbeiten

werden

sauber und **preiswert** ausgeführt.

Ad. Wohlert

Malermeister.

Briefpapiere lose und in Kasetten
Photographie-, Postkarten- u. Poesiealben
Brief- u. Aktentaschen
Tornister- und Büchermappen
Unterhaltungsspiele
Typen-Druckereien

Anfertigung von Kautschukstempeln
Sämtliche Büroartikel
am Lager

empfiehlt

G. W. Petersen,

Alter Markt 33, Fernspr. 846.

Rasierseife

vorrätig

Drogerie

Kurt Penner

Heil. Geiststraße 31.

Hausfrauen!

Alle reparaturbedürftigen **Haus- und Küchengeräte, auch Emaille-Geschirr, repariert** sauber und billig

Klempnerei

Spieringstraße 16

Ecke Alter Markt.

Jüngeres Aufwartemädchen für die Vormittagstunden melde sich bei Blank, Wittenfelderstraße 24 b.

Karbid

auch kleine Quanten, **zu kaufen gesucht.**

M. Krüger, Junkerstr. 30.

Wäsche zum Plätten wird angenommen Ziegelscheunstraße 6, II.

Guterhaltener, brauner Wintermantel (für Knaben, 1,55—1,60 groß) ist preiswert zu verkaufen **Fleischerstraße 13, I.**

Prismen- od. Marineglas zu kaufen gesucht Holländer Chaussee 7, II.

Riesenschecks zu verkaufen Wilhelmstraße 15.

1 Paar Militärstiefel

Größe 28, **1 Paar hohe Damenstiefel,** Größe 39, verkauft Petke, Storchstr. 2.

Möbliertes Zimmer

von 2 jungen Leuten Nähe Alter Markt zu mieten **gesucht.**

Angebote unter **G. 66** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Elbinger Standesamt

vom 20. November 1919.

Sterbefälle: Inv.-Rent.-Empf. Ferdinand Gehrmann 70 J. — Arbeiterfrau Auguste Fröse geb. Claaßen 32 J. — Fabrikarb.-Witwe Friederike Leontine Schulz geb. Buchholz S. 5 J. — Fabrikarbeiter Karl Ferdinand Behrendt S. 1 M.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: **Gustav Schröder;** für den Anzeigenteil: **F. Rudnitzki,** beide in Elbing. **Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme G. G. m. b. H., in Elbing.**

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 26 | **Freitag, den 21. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Bauernrevolte. Wie die alten reaktionären Kräfte — Bauer und Pfaffe — sogar gegen die Gesetze sich zusammenfinden, beweist ein Vorkommnis, das unser Kölner Bruderblatt berichtet:

„Ein Gendarm mit vier Arbeitern beschlagnahmten in einer Mühle in Dallendorf 2000 Zentner Weizen und 100 Zentner Oelfrucht. Der Pfarrer und eine große Anzahl verlangten die Herausgabe der Vorräte und erklärte den Gendarmen für verhaftet. Die Bauern knebelten den Gendarm und drangen mit Beilen auf die Arbeiter ein. Später ließ man sie frei!"

Phantasie, verlaß mich nie. Auf dem Wege der eigenen Drahtmeldung läßt sich der Hamb. Correspondent aus Berlin berichten, daß sich in den Reihen der U. S. P. ein starker Abgang bemerkbar gemacht habe. Andere bürgerliche Blätter phantasieren von einer Spaltung unserer Partei und der Einigung des rechten Flügels mit den Mehrheitssozialisten. Angesichts der neuerlichen Erfolge der U. S. P. können wir den Herren Berichterstattern nur ein „Wünsche wohl geruht zu haben!" zurufen.

Koltschaks Glück und Ende. Daily News teilt auf Grund einer drahtlosen Meldung der Agentur Wireleß Preß aus Moskau mit, daß während der letzten Woche allein vier Regimenter der Koltschakarmee gefangen genommen wurden, samt dem Divisionsstab und dem Stab der 18. kombinierten Division. „Die Offiziere und die beiden Divisionsstäbe" — heißt es in der Meldung — „wurden von den Soldaten erschossen, bevor die letzteren sich der Roten Armee ergaben."

Die Roten Truppen befinden sich jetzt in einer Entfernung von nur 53 Meilen von Omsk. Die Bolschewiken erklären, die Einnahme dieser Etadt hänge nur davon ab, inwiefern der Winter den Vormarsch erlauben wird.

Ausstellung über Bildungsarbeit. Das Arbeiter-Bildungsinstitut zu Leipzig beabsichtigt anläßlich des Parteitages der U. S. P. eine Ausstellung über die Bildungsarbeit zu veranstalten. Zu diesem Zweck wird um Uebersendung von Material gebeten. Auf die Programme und Veröffentlichungen der Volkshochschulen wird besonderer Wert gelegt. Zusendung wird erbeten an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstitutes für Leipzig, Leipzig, Volkshaus, Zeitzerstr. 32, IV, Zimmer 42.

Judenitsch vor der Gefangennahme. Judenitsch muß weiter gegen die estnische Grenze zurückweichen. Da die Esten befürchten, daß die bolschewistische Armee nachrücken wird, soll die estnische Regierung beschlossen haben, Judenitsch am Ueberschreiten der Grenze zu hindern. Hiernach bliebe dem Chef der russischen Nordwestarmee nichts anderes übrig, als Vernichtuug seiner Armee und bedingungslose Kapitulation.

Groeber †. Aus Berlin kommt die Nachricht, daß der Zentrumsführer Groeber plötzlich infolge eines Schlaganfalles verschieden ist.

138 Sozialdemokraten! Laut Epoca umfaßt die neue italienische Kammer 138 Sozialdemokraten, 31 Katholiken und 289 Deputierte der neuen Parteien.

Streikende Rechtssozialisten. Aus dem Frankfurter Arbeiterrat sind die Mehrheitssozialisten ausgetreten infolge einer Entschließung der unabhängigen und kommunistischen Mitglieder, nach der die Mehrheitssozialisten die Arbeiterschaft verraten haben sollten.

Wie sie schieben. Nach einer Beschlagnahmeaufstellung sind z. B. allein auf dem kleinen Güterbahnhof Osterfeld bei Essen in der ersten Novemberwoche dreißig Eisenbahnwagen mit Kleiderstoffen, Leder, Speck, Oel und anderen Bedarfsgütern beschlagnahmt worden, die verschoben werden sollten.

Gekränkte Unschuld. Die Festungsgefangenen Mühsam und Hagemeister haben dem bayerischen Justizminister wegen der neuen Festungsordnung Ehrlosigkeit vorgeworfen. Das gesamte Staatsministerium hat gegen sie Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Ohne Einwohnerwehr kein Examen. Der Senat der Universität Tübingen hat beschlossen, an die Studenten die Aufforderung zu richten, der Einwohnerwehr beizutreten. Bei der Meldung zum Staatsexamen ist der Nachweis zu erbringen, daß der Betreffende der Einwohnerwehr angehört,

Französische Wahlresultate. Unifizierte Sozialisten: Gewählt 54, bisher 31, neu 23. Unabbängige Sozialisten: Gewählt 6, bisher 5, neu 1. Republikanische Sozialisten: Gewählt 24, bisher 16, neu 8. Sozialistische Radikale: Gewählt 71, bisher 39, neu 32. Links-Republikaner: Gewählt 117, bisher 49, neu 68. Verbündete Progreßisten: Gewählt 120, bisher 32, neu 88. Action liberale: Gewählt 73, bisher 15, neu 58. Konservative: Gewählt 31, bisher 12, neu 19. — Das Ergebnis ist noch nicht vollständig.

Belgiens neue Kammer. Telegraaf meldet aus Brüssel: Die Zusammensetzung der belgischen Kammer wird wahrscheinlich folgende sein: 79 bis 80 Katholiken, 65 bis 67 Sozialisten und 37 bis 38 Liberale. Die Katholiken haben damit, wie wir bereits gestern mitteilten, ihre frühere Mehrheit verloren.

Die Sozialisten sollen in folgenden Wahlbezirken Sitze gewinnen: Brüssel, Antwerpen, Lüttich, Namur, Mons, Mecheln, Charleroi, Nivelle, Courtrai, Audenarde, Termonde. In verschiedenen dieser Wahlkreise waren die Sozialisten bis jetzt nicht vertreten. Der Sieg der Sozialdemokraten gehe hauptsächlich auf Kosten der Liberalen, aber auch auf Kosten der Klerikalen.

Die Umstellung des europäischen Binnen-Großverkehrs

Von Gg. Engelbert Graf.

Europa befindet sich am Anfang einer Verkehrsrevolution, einer gewaltigen und gewaltsamen Umstellung seines gesamten Verkehrs. Nicht daß die Handelsschiffahrt der Mittelmächte infolge Auslieferung sämtlicher Großschiffe für eine ganze Weile aufgehört hat zu sein, daß die deutsche Flagge von den Weltmeeren verschwunden sein wird, ist dabei das Wichtigste, sondern vielmehr die Entwickelung, die darauf abzielt, der Verkehrsachse von Europa eine andere Richtung zu geben. Bisher war der Großverkehr im wesentlichen auf die zwischeneuropäische Nordsüdachse eingestellt; die Verbindungen von den Nordsee- nach den Mittelmeerhäfen besaßen eine überragende Bedeutung. Die deutschen Flüsse wiesen dieser Richtung den Weg, und Genua und Triest wurden durch diesen Vekehr befruchtet. In Deutschland lag in der Vorkriegszeit der Schwerpunkt des europäischen Eisenbahnverkehrs; auf seinem Boden befanden sich die Kreuzungen und Weichen aller größeren Durchgangslinien, nicht allein der Nord—Süd-, sondern auch der West—Ost-Linien. Zwar waren schon damals Umgehungslinien deutschen Gebietes geplant. Aber die nördliche, London—Gotenburg—Stockholm—Petersburg, war über das Projektstadium nicht hinausgelangt, und die südliche, Paris—Simplon—Mailand, war wohl vor Ausbruch des Krieges schon vollendet, aber sie hatte den Anschluß an die Balkanhalbinsel noch nicht erreicht. Den innereuropäischen Zugverkehr beherrschte Deutschland; dafür sorgten schon die Zuganschlüsse der großen Durchgangslinien, die sich an verschiedenen Stellen, besonders in Berlin, kreuzten. Während des Krieges schien es eine Zeitlang, als ob auch Deutschland auf eine mehr westöstliche, aber von deutschen Häfen ausgehende Verkehrsachse das Hauptgewicht legen wollte; aber die Bagdadbahnpolitik wurde schon im zweiten Kriegsjahr allmählich abgebaut, und der Friede von Brest-Litowsk war, verkehrsgeographisch betrachtet, die Einstellung auf den nordsüdlich gerichteten Verkehr, erweitert um die Verbindungslinien zwischen Ostsee, im weitesten Sinn sogar dem Nördlichen Eismeer, im Norden, und dem Schwarzen Meer im Süden.

Deutschlands imperialistische Träume, die an die Verkehrsprojekte sich anspannen, sind zerronnen. Aus dem Spieler ist eine bloße Schachfigur geworden. Das Schwergewicht Europas liegt heute im Westen, weniger sogar im westlichen Europa, wo Frankreich und England nur die europäischen Einfallstore darstellen, als in Amerika, wo von den Vereinigten Staaten aus das international organisierte Finanzkapital sich anschickt, die ganze Erde, auch Europa, in ein riesiges kapitalistisches Ausbeutungsfeld zu verwandeln. Schon machen sich allenthalben die Vorbereitungen bemerkbar, die die Entente trifft, um ihre imperialistischen Pläne, sowohl nach der wirtschaftlichen als auch nach der verkehrspolitischen Seite hin in die Tat umzusetzen.

Die Maßnahmen der Entente zielen darauf hin, einmal Rumpf-Deutschland so wehrlos als möglich zu machen, um damit vor jeder selbständigen deutschen Politik gesichert zu sein — daher die strategischen „Sicherungen" an der deutschen Westgrenze und die Schaffung des polnischen Weichselkorridors als Zugangsweg für das Ententekapital — und die verkehrspolitische Isolierung, die schon in Angriff genommen worden ist. Ihre Wirkung, wie ihr Ziel wird sein die Umstellung der Verkehrsachse Europas in die Westost-Richtung, die Erschließung Mittel- und Osteuropas von Frankreich und England her. Die Voraussetzungen dafür wurden geschaffen durch die Lahmlegung der Großhäfen Bremen und Hamburg und durch die Angliederung Triests an einen Ententestaat, an Italien; besonders wichtig dabei ist die Ausschaltung Norddeutschlands, dessen langgestreckte Meeresküste allzu stark verkehrsanziehend wirkt und das deshalb von den großen Verkehrs-Durchgangslinien möglichst gemieden werden soll.

Jedes Land hat in seiner geographischen oder seiner völkischen Struktur leicht verwundbare Stellen. Die kritische Zone in der deutschen Geschichte ist schon sehr früh die Mainlinie gewesen, die Nord- und Süddeutschland voneinander trennt. Es sind aber letzten Endes keine inneren Gegensätze zwischen dem Norden und Süden, die hier aufeinanderprallen. Die Gefahr liegt vielmehr darin, daß sich von Westen und von Osten her hier fremder Einfluß am stärksten geltend machen kann. Ungefähr in der Richtung der Mainlinie ist das nationale deutsche Sprachgebiet erheblich eingeschnürt, zwischen den beiden Städten Taus in Böhmen und Apricourt in Lothringen auf etwa 500 Kilometer eingeengt: die nationale Enge ist durch die Annexion Gesamtlothringens und durch die Verselbständigung der Tschechoslowakei noch um weitere über 100 Kilometer schmäler geworden. Die Tschechoslowakei ist nur ein Vorposten der Entente, ist wirtschaftlich nud politisch völlig besonders von Frankreich abhängig, und der Mainlinie entlang vermag ihr Frankreich auch verkehrspolitisch nur allzu leicht die Hand zu reichen.

An dieser schwachen Stelle knüpft daher Frankreich mit besonderem Nachdruck an. In gewissem Sinne greift es die Rheinbundpolitik Napoleons wieder auf, dessen Streben ja auch die bürgerlich-kapitalistische Erschließung Europas von Westen her war. Frankreich sucht heute wieder die süddeutschen Staaten in ihren Wirtschafts- und Verkehrsinteressen von Norddeutschland loszulösen und zu sich herüberzuziehen. Auch das Kapital beginnt schon, worauf verschiedene Anzeichen schließen lassen, auf dem rechten Rheinufer langsam vorzufühlen.

Vor allem rechnet man in den Ententekreisn mit dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß, den der Verkehr, besonders der Post- und Personenverkehr, nach sich zieht. Großzügige internationale Zugverbindungen sollen daher unter Vermeidung Norddeutschlands das mittlere und östliche Europa an den Westen anschließen. In diesen Tagen, da die Unterbindung des Personenverkehrs den Zusammenbruch der deutschen Eisenbahnwirtschaft auch nach außen hin dokumentiert, werden mehrere Luxuszugpaare in den internationalen Verkehr eingestellt, die von einschneidendster Bedeutung in jeglicher Hinsicht sein werden: Züge, die vom Westen nach Warschau und Ungarn und solche, die vom Westen nach dem Balkan verkehren sollen. Beide Verkehrswege gingen vordem in der Hauptsache von Norddeutschland aus oder über Norddeutschland; die zweckmäßigste Verbindung Paris—Warschau wäre auch fernerhin die über Berlin. Aber die neue Linie, die in diesen Tagen aufgenommen wird, der sogenannte Zug des 50. Parallelkreises, wird die Strecke des ehemaligen Nordexpreß, der Lissabon—Paris—Berlin—Moskau miteinander verband, veröden lassen und dafür auf der Linie Ostende—Paris—Straßburg—Karlsruhe—Nürnberg—Prag—Warschau verlaufen. Die Eröffnung der Strecke war bereits für den 15. September geplant, mußte jedoch bis heute verschoben werden, da es der bayerischen Eisenbahnverwaltung an Maschinen und Kohlen fehlt. Der Zug soll dreimal in der Woche in jeder Richtung verkehren. Von Straßburg zweigt sich eine zweite, wichtige Linie ab, die in das südöstliche Europa weitergeleitet werden soll, der Luxuszug, der vorläufig auf der Strecke Paris—Straßburg—Stuttgart—München—Wien verkehren wird. Auch dieser Verkehr soll noch im November aufgenommen werden. Die Züge erhalten sämtlich in Ostende unmittelbaren Anschluß von und nach London. Ebenso wie sie in Straßburg mit einem Zug korrespondieren werden, der gleichfalls dazu dienen soll, den Großverkehr von deutschem Gebiet abzulenken: die Gotthardzüge die bisher von Berlin ausgingen mit Anschlüssen aus dem Osten und den skandinavischen Ländern, sollen in Zukunft auf der Strecke Amsterdam und Brüssel—Jemell—Namur—Straßburg—Basel—Luzern—Mailand—Genua—Rom gefahren werden. Dieser neue Gotthardexpreß verkehrt bereits seit dem 11. Oktober regelmäßig.

Eine weitere Linie arbeitet noch weiter südlich in derselben Richtung: der Simplon-Orient-Expreß, der Ersatz für den ehemaligen deutschen Orient-Expreß. Dieser Luxuszug berührt nirgends deutsches Gebiet und fährt bereits seit vorigem Monat mit direkten Wagen Paris—Bukarest und Paris—Athen. Die Züge, die ebenfalls Anschluß von London her erhalten, werden über Mailand—Venedig—Triest geleitet: in Belgrad teilt sich die Linie in eine östliche nach Rumänien (später mit Weiterführung nach Konstantinopel) und in eine südöstliche nach Griechenland. Zum mitteleuropäischen Knotenpunkt für alle Anschlüsse ist Straßburg bestimmt, das auf diese Weise vor der Verödung der Grenzzone bewahrt und unter ständigem Entente-Einfluß gehalten werden soll.

Alle diese Züge werden eine gewaltige und in ihren Folgen noch gar nicht übersehbere Umstellung des gesamteuropäischen Verkehrs bewirken. Sie werden besonders den deutschen Verkehr in Mitleidenschaft ziehen, indem sie ihn in seinen Hauptlinien völlig vom Westen abhängig machen und im ganzen und im einzelnen dem bisherigen Reiseverkehr in und durch Deutschland einen schweren Schlag versetzen.

Ob diese Gewaltkur die europäische Verkehrs- und Wirtschaftsmisere heilen wird, ist mehr als fraglich. Sie fragt nichts nach organischen, nach natürlich begründeten und fest eingewurzelten Verkehrsverbindungen. Sie wird, dank der Mängel in der deutschen Verkehrsstruktur und dank der augenblicklichen Ohnmacht Deutschlands, durchgeführt werden, darüber ist kein Zweifel. Letzten Endes bedeutet sie jedoch kapitalistische Versklavung und kapitalistische Desorganisation. Sie wird das Mißtrauen und den Haß zwischen den Völkern noch weiter steigern; sie wird künstlich Not und Elend hier erzeugen, um dort eine Treibhauskultur ins Leben zu rufen. Und es wird einer tiefeingreifenden sozialistischen Organisation bedürfen, um Verkehrs- und Wirtschaftsleben in Europa wieder gesunden zu lassen.

Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß

Aus Berlin wird uns geschrieben;

Dienstag war endlich das Paar der Diktatoren in Deutschland während der beiden letzten Kriegsjahre vor dem Untersuchungsausschuß erschienen: Hindenburg und Ludendorff! Mit ihren Namen auf den zuckenden Lippen, als letzten Fluch gegen wahnsinniges Geschick, sind Millionen gestorben und verdorben, ohne zu wissen wofür. Die Schar derer aber, um deren Interessenwahrung dieser Weltkrieg entbrannte, geführt, gespielt und verloren wurde von den Hasardeuren ohne Gefühl und Verstand, die jetzt Zeugnis ablegen sollen über ihre Taten, weiß sie zu würdigen. Sie schickten ihre

Jungmannen vor, Studenten, Schüler und auch alte Weiber, um sie am Reichstagsportal mit nationalistischem Gegröhle empfangen zu lassen. Der alldeutsche Mob darf zwar nicht nah bis an die Stufen des Eingangs, aber nur eine dünne Kette berittener Noskiden trennt ihn von seinen Idolen, die munter und frisch, als ob's zu einer Komödie ging, erscheinen. Sie fühlen sich durchaus sicher und vor jeder Verfolgung gefeit im republikanischen Deutschland Noskescher Praxis. Als die alldeutschen Hosenmätze in kurzem und langem Haar vereinzelt „Nieder mit Noske" brüllten, charakterisierte ein Noskist treffend die gegenwärtige Situation, indem er sie zur Ruhe mahnte mit den Worten: „Ohne Noske wär's Euch dreckig ergangen". Fürwahr, ohne Noske könnten Ludendorff und Hindenburg und alle, für die ihre Namen ein Programm sind, nicht mit der provokatorischen Arroganz agieren, wie es ihnen jetzt beliebt.

Das persönliche Auftreten der beiden „Kriegshelden" trotz alles Geseire von ihrem angeblich „genialen Format-Lügen." So ungeschickt wie nur möglich verliest Hindenburg eine Erklärung, in der er die Schuld an der Niederlage dem „zermürbenden Parteistreit in der Heimat" und dem von der Revolution nach dem Zeugnis eines englischen Generals dem Heere zugefügten „Dolchstoß in den Rücken" zuschiebt. Und Ludendorff macht bei seinen mit blechener Stimme vorgetragenen Ausführungen vollends den Eindruck eines gut geputzten Kommißkopfes, dem freilich Energie nicht ermangelt. Daß diese beiden Leute, und zumal Ludendorff, dessen Argumentation kaum auf der Höhe der in den Spalten der nationalistischen Hetzblätter geübten steht, jahrelang die unumschränkten Gebieter Deutschlands sein konnten, ist kennzeichnend für den politischen Reifegrad des Landes. Erklärt freilich auch den tiefen Fall, der auf eine Illusions- und Fälscherpolitik zurückzuführen ist, wie sie gewissenloser nie praktiziert wurde. Schon jetzt scheint festzustehen, daß von den Lenkern der deutschen Geschicke im Kriege einer den anderen anlog. Es ist gleichgültig, ob es nur jetzt so dargestellt wird oder ob's anders gewesen. Gewissenlos wurde auf allen Seiten gehandelt. Wer log, konnte sich damit trösten, daß der Angelogene nichts anderes verlangte. Ein Sumpf war die „moralische" Reinheit des deutschen Gewissens, von dem so viel die Rede gewesen. Und wie Sumpfpflanzen, äußerlich prächtig schillernd, ohne den kostbaren Inhalt guter Früchte, stehen seine Verkünder jetzt an der Zeugenbank eines Untersuchungsausschusses, dem leider viele Qualifikationen zur Klarstellung der Wahrheit fehlen

Heute erschienen die geschlagenen deutschen Heerführer vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung. Der innerpolitischen Situation entsprechend war aber das Auftreten dieser Zeugen durchaus nicht das der Besiegten und die Haltung des Ausschusses keineswegs so überlegen, um die Souveränität des Volkes in würdiger Weise zu repräsentieren. Der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Gothein ging dem Geueralfeldmarschall begrüßend entgegen und wechselte dann Händedrücke mit Hindenburg und Herrn von Bethmann. Er beginnt die Sitzung mit einer Entschuldigung an den Zeugen, daß man ihn vorgeladen habe. Nur weil der General Ludendorff entscheidenden Wert darauf gelegt hat, mit dem Feldmarschall gemeinsam vernommen zu werden, war der Ausschuß gezwungen, den Feldmarschall um sein Erscheinen zu bitten. Entsprechend dieser unterwürfigen Begrüßung ist die Erwiderung Hindenburgs, der erklärt, daß es ihm ein Bedürfnis war, an der Seite seines treuen Kampfgenossen in schwerer und großer Zeit hier zu erscheinen. Nach der Vereidigung läßt Hindenburg von Ludendorff für sich und für Ludendorff eine Rechtsverwahrung verlesen. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß sie aus der Befürchtung einer Verfolgung ihre Aussage verweigern könnten, daß sie eine Aussagepflicht als für sie rechtlich verbindlich grundsätzlich nicht anerkennen können, weil es sich hier um eine den Rechtsbegriff aller Kulturländer widersprechende juristisch abnorme Körperschaft handele. Nur um die Wahrheit dem deutschen Volke zu geben, seien sie zur Eidesleistung und zur Aussage bereit. Mit denselben Vorbehalten, die Helfferich in den früheren Sitzungen gemacht hat, erklären sie und die Offiziere der Obersten Heeresleitung aussagen zu wollen. Der Vorsitzende Gothein erklärt, er könne in dieser Kundgebung nur eine private Willensmeinung der Zeugen erblicken, an den Tatbeständen der Verfassung und des verfassungsgemäß eingesetzten Ausschusses änderte eine derartige Willenserklärung nichts. Nach der Vereidigung nehmen Hindenburg und Ludendorff an dem Zeugentisch Platz, auf dem ein großer Blumenstrauß mit schwarz-weiß-roter Schleife liegt. Die sechs Fragen an die Generale lauten:

1. Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 für unaufschiebbar und aus welchen Gründen? 2. Waren der O. H. L. die Gegengründe gegen die Eröffnung des U-Boot-Krieges, die sich insbesondere aus den Ausführungen der Unterstaatssekretäre von Haniel und Albert ergaben, bekannt? Aus welchen Gründen hat die O. H. L. die gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vorgebrachten Gegengründe als stichhaltig nicht anerkannt? 3. Aus welchen Gründen nahm die O. H. L., wie sich aus dem Telegramm des Feldmarschalls von Hindenburg vom 23. Dezember 1916 an den Reichskanzler ergibt, an, daß der Friedensappell Wilsons vom 21. Dezember 1916 „durch England hervorgerufen" sei und nicht auf die von der Reichsleitung angeregte Friedensaktion Wilsons zurückgehe? 4. Waren der O. H. L. die einzelnen Stadien der Wilson-Aktion bekannt? Waren ihr insbesondere am 9. Januar 1917, als der Entschluß zur Eröffnung des U-Boot-Krieges gefaßt wurde, die Berichte des Grafen Bernstorff aus der Zeit vom 21. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917 bekannt? 5. Hat die O. H. L. angenommen, daß England bis längstens 1. Juli 1917 zum Frieden gezwungen werden könne, wie dies in der Denkschrift des Admiralstabes vom 12. Dezember 1916 in Aussicht gestellt war? 6. General Ludendorff berichtet in seinem Buch, S. 253, daß am 29. Januar 1917 bei einer Besprechung im Großen Hauptquartier von seiten der Reichsregierung ein Aufschub des Beginns des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht ins Auge gefaßt worden sei, während Herr von Bethmann Hollweg in seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß betont hat, er habe eine solche Forderung gestellt. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Hindenburg beginnt, gleich zu Anfang vom Vorsitzenden unterbrochen, ein langes Memorandum zu verlesen. Der Vorsitzende ersucht alle Werturteile zu vermeiden, weil der Ausschuß das einstimmig beschlossen habe, während Hindenburg erklärt, er müsse alles angeben, was als grundlegend für das gesamte Tun und Handeln der Obersten Heeresleitung anzusehen sei. — Hindenburg geht davon aus, daß die Kriegslage bei seiner Uebernahme der O. H. L. am 29. August 1916 so ungünstig wie möglich war. Zur Lösung der gewaltigen Aufgabe bedurfte das Volk des unerschütterlichen Willens zum Siege. Ein General, der seinem Volke nicht den Sieg erstreiten will, darf kein Kommando übernehmen oder nur mit dem gleichzeitigen Auftrage zu kapitulieren, Einen solchen Auftrag hatte er nicht und hätte ihn abgelehnt. Der deutsche Generalstab ist in dem Sinne des größten (!) Kriegsphilosophen Clausewitz erzogen. Die deutsche Friedenspolitik hat versagt. Der Vorsitzende Gothein erhebt gegen diesen Ausspruch als Werturteil Einspruch. Hindenburg erklärt, das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der deutsche Kaiser wollte den Krieg nicht, die Regierung wollte den Krieg nicht, der Generalstab wollte ihn erst recht nicht, denn er kannte besser als irgend jemand die unendlich schwierige Lage Deutschlands in einem Kriege gegen die Entente. Wenn die militärischen Behörden Vorbereitungen für die Möglichkeit eines etwa unvermeidlichen Krieges getroffen haben, so war dies nur ihre Pflicht gegenüber dem Volk. Hindenburg stellt nun fest, daß trotz aller ungünstigen Verhältnisse Deutschland gesiegt hätte, wenn sich nicht Parteiinteressen im Innern geltend gemacht hätten. Unter diesen Umständen zeigte sich im deutschen Volke eine Lockerung des Kriegswillens. (Bravo im Zuhörerraum.) Der Vorsitzende droht mit der Räumung des Saales. Hindenburg erklärt, der Beschluß des U-Boot-Krieges sei kein Experiment gewesen, sondern eine wohlüberlegte Maßnahme. Der U-Boot-Krieg war das entscheidende Mittel, um den Krieg zu gewinnen. Er überläßt die näheren Ausführungen dem General Ludendorff. Ludendorff beginnt mit einer Schilderung der Kriegslage, den Stand der Schlacht vor Verdun, der ersten Materialschlacht an der Somme, der Kriegslage in Mazedonien und Ungarn. Er erklärt, trotz der Tapferkeit des Marinekorps in Flandern und der Wirkung der Marine in der Ostsee sei die Unterstützung des Heeres durch die Marine noch nicht groß genug gewesen. Der U-Boot-Krieg hatte durch die Einschränkungen, die wir uns mit Rücksicht auf Amerika auferlegt hatten, nicht die entscheidende Wirkung. Im Heere bestand ein heiliger Zorn über die amerikanischen Granaten. Die materielle Ueberlegenheit äußerte sich in einem stärkeren Verlust von Menschen auf der deutschen Seite. Ludendorff kommt dann auf die sozialistische Agitation zu sprechen, die er für das Versagen verantwortlich macht. Er schlägt bei seinen Ausführungen wild auf den Tisch, schreit und benimmt sich in einer Art, die es begreiflich macht, daß eine ganze Welt sich bewaffnete, um nicht unter die Herrschaft derartiger Menschen zu geraten. Es kommt zu einem Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden, der Ludendorff die Abgabe derartiger Werturteile verwehren will. Der Zusammenstoß spitzt sich um so heftiger zu, als Hindenburg und der alldeutsche Sachverständige, Professor Schäfer, Ludendorff beispringen. Schäfer erklärt, daß es sich hier um Vorkommnisse von weltgeschichtlicher Bedeutung handele, die Wahrheit könne nur im Zusammenhang ermittelt werden. Infolge der scharfen Kritik des Geheimrat Schäfer zieht sich der Ausschuß zur Beratung zurück und tritt der Auffassung des Sachverständigen entgegen. Ludendorff kommt noch auf einen Ausspruch Walter Rathenaus, der erklärt habe, es sei nicht im Sinne der Weltgeschichte, daß Kaiser Wilhelm mit seinen Paladinen auf Schimmeln durch das Brandenburger Tor reite. Diese Anschauung habe nach Ludendorff den Verlust des Krieges verursacht, nicht seine Unfähigkeit. Auch Ludendorff erklärt, daß der U-Boot-Krieg unbedingt notwendig gewesen sei. Das Volk hatte sich zu fügen, fügte es sich nicht, so ist es des Sieges nicht wert. Die Presse ist nicht richtig geleitet worden. Schließlich haben die Hetzereien und Wühlereien der U. S. P. die Oberhand gewonnen. Der Vorsitzende rügt derartige verletzende Ausführungen als unzulässig. Ludendorff erklärt, es sei Tatsache, daß durch die Anwesenheit von Joffé die Revolution gekommen sei. Die Abwehrstelle des Generalstabes habe genaue Nachrichten gebracht. Es werden nun die Berichte des Botschaftsrats von Haniel und des Unterstaatssekretärs Albert verlesen, die aus Amerika in eindringlichen und gründlichen Ausführungen die Gefahren des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nachgewiesen haben. Diese Ausführungen lassen keinen Zweifel darüber, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg Amerika auf die Seite der Feinde drängen mußte, wodurch die Position der Entente ungemein verstärkt wurde. Hindenburg und Ludendorff erklären aber, sie hätten mit dem U-Boot-Krieg richtig gehandelt. Es kommt dann zu einem erregten Zusammenstoß zwischen Ludendorff und dem Grafen Bernstorff. In gehässiger Weise, laut schreiend und auf den Tisch schlagend, bestreitet Ludendorff die Aeußerungen getan zu haben, die Graf Bernstorff unter seinem Eide bekundet hat. In verächtlichster Weise spricht Ludendorff über die Tätigkeit des Grafen Bernstorff, die ihm ungemein unsympathisch gewesen sei. Unbekümmert um alle Tatsachen, welche die wochenlangen Untersuchungen des Ausschusses ergeben haben, macht Ludendorff Bernstorff für das Versagen der deutschen Propaganda in Amerika verantwortlich. Ruhig und sachlich erwidert Bernstorff. Das ganze Auftreten Ludendorffs zeigt, wie ungeeignet er für den Posten war, auf den er berufen wurde. Ludendorff versucht noch den Nachweis, daß die Oberste Heeresleitung mit der Politik des Reichskanzlers harmonisch zusammengearbeitet habe. Er wird dabei von Hindenburg unterstützt. Wer aber die Dinge durch die Verhandlungen kennt, fühlt die objektive Unwahrheit dieser Behauptungen. Da Hindenburg und Ludendorff erklären, nicht weiter verhandlungsfähig zu sein, werden die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

26]

„Ja — Herr Staatsanwalt," seufzte Hecker, „wie wollen Sie das wohl anfangen? Das Mädchen hat seinen eigenen Sinn. Die geht immer direkt mit'm Kopp durch die Wand. So war ihr Vater — der Baurat — auch gewesen. Das hat meine Frau tausendmal gesagt."

„Ja, Sie haben aber doch selbst zugegeben, daß Ihre Frau einen großen Einfluß auf Ihre Tochter hat."

„Das hat sie, das is sicher."

„Na also — Hecker — dann machen Sie das mal so. Schreiben Sie sofort an Ihre Frau und teilen Sie ihr alles mit, was inzwischen geschehen ist. Daß Lokatos die Herta mit nach Pest genommen hatte, daß er sie dort hatte heiraten wollen, und daß Herta plötzlich nein gesagt, den Maler verlassen hat und nach Berlin zurückgekehrt ist. Nun soll Ihre Frau sofort an die Herta schreiben und sie eindringlich und entschieden auffordern, zu Lokatos zurückzukehren, seine Frau zu werden und so all dieses Unglück hier in der Hauptsache wenigstens noch zum Guten zu wenden. Können Sie einen solchen Brief schreiben, Hecker?"

Der Alte kraute sich hinter dem Ohr.

„Na — denn — noch besser: Sie besuchen Ihre Frau selbst. Sagen ihr das alles und veranlassen Sie, den Brief sofort an die Herta zu schreiben. Hier haben Sie etwas Geld für die Auslagen, und nun betreiben Sie die Sache sofort.

Binnen dreier Tage muß die Herta den Brief von der Mutter haben.

An Herrn Lokatos schreiben Sie ein paar Zeilen und teilen ihm mit, daß der Staatsanwaltschaftsrat Jordan, daß ich selbst die Sache in die Hand genommen hätte, daß Herta zu ihm zurückkehrt.

Sollte sie sich aber selbst auf den Brief der Mutter hin doch noch weigern, zu ihrem Bräutigam zurückzukehren, so werden wir andere Saiten aufziehen.

Sobald Sie Ihren Besuch bei Ihrer Frau gemacht und den Brief an Herta veranlaßt haben, begleiten Sie mich zu Ihrer Tochter.

Ich werde ihr persönlich eröffnen, daß es für sie nur diese eine Möglichkeit gibt: nach Pest zu gehen und Herrn Lokatos zu heiraten.

Unter keinen Umständen werde ich es dulden, daß sie weder in Berlin, noch überhaupt im Inlande ein Dirnenleben anfängt.

Sie ist nicht großjährig.

Ihre Ueberweisung in Zwangserziehung kann ich tagtäglich durchsetzen.

Es bleibt ihr also nur die Wahl: in Pest eine gute, anständige — ja — wie es scheint, glänzende Versorgung zu gewinnen — oder in Zwangserziehung zu kommen und ein Sträflingsleben zu führen.

Es sollte mir leid tun, zu diesem äußersten Mittel greifen zu müssen.

Wir werden dem Fräulein klarmachen, daß das kein Spaß ist, und was die Zwangserziehung für ein an Wohlleben gewöhntes Mädchen besagen will. Glauben Sie nun nicht auch, Hecker, daß wir dann unseren Willen durchsetzen und es erreichen müssen, daß Herta den Maler doch noch heiratet? . . ."

Der Alte sah nachdenklich auf seine Krücke.

„Sehen Sie, Herr Staatsanwalt, sie is ein wildes verrücktes Ding. Wenn Mutterns Brief nich wirkt, denn — denn weiß ich nich — mit Drohungen — da — da erreicht man bei ihr nischt . . ."

Jordan sprang auf.

„Wir werden ihr klarmachen, Mann, daß es sich hier um mehr als um bloße Drohungen handelt.

Wir leben im Lande der Ordnung, der Zucht und Sitte.

Der Staatsanwalt ist der Wächter der Gesetze. Er schützt die Bedrängten und schenkt ihnen seine Fürsorge.

Ich will es nicht dulden, daß dieses Kind im Berliner Pfuhle glatt zugrunde geht. Bei Gott — das will ich nicht! Will Herta Hecker nicht auf die Ratschläge ihrer Erzieher hören, so greife ich mit der ganzen Strenge des Gesetzes ein und stecke sie rücksichtslos in irgendein Magdalenenstift oder sonst eine rauhe Anstalt, in der man es versteht, verirrte junge Sünderinnen mit Gewalt auf den rechten Weg zurückzubringen.

Das wird geschehen. Verlassen Sie sich darauf.

Staatsanwalt Jordan ist der Mann nicht, der mit sich spaßen läßt. So. Und nun gehen Sie. Machen Sie morgen den Besuch bei Ihrer Frau. Diese Zeilen hier verschaffen Ihnen sofort Zutritt zu der Gefangenen.

Ihre Adresse habe ich. Ich werde Sie etwa binnen dreier Tage schriftlich auffordern, mich auf dem Wege zu Ihrer Tochter zu begleiten. Adieu!"

Als Hecker gegangen war, faßte Jordan sich mit beiden Händen an den Kopf.

War er es, der alles das gesprochen, alle diese Weisungen erteilt hatte, die dahin führen sollten, daß Herta den Ungarn heiratete? Sie — den Ungarn!

Er, Jordan selbst — wollte sie doch haben!

Für sich, für sich allein.

All dieses Hin und Her, die Anknüpfung mit dem Invaliden, hatte ja doch gar keinen anderen Zweck, als die Wege zu bahnen, die ihn, Jordan, zu Herta führen sollten. Herta wollte ja den Ungarn gar nicht haben. Mochte ja doch in Pest nicht bleiben. Ihr Sinn stand auf ganz andere Dinge.

Waren denn zwei Triebe, zwei Seelen, zwei Willensgewalten in ihm? Die eine, die zu dem Mädchen hindrängte, die andere, die auf der Flucht war vor Herta und von ihr los wollte und erst wieder Ruhe fand, wenn Herta Hecker nach Budapest zurückgekehrt war.

Diese beiden Triebe stritten in Jordan gegeneinander, bekämpften sich.

Welcher würde den anderen besiegen?

Das stand bei ihm. Diesen Kampf entschied er selbst mit seinem eigensten Willen zum Guten, mit seiner Kraft zum Entsagen.

Er wird — er wird sie haben.

Er wird sie aufbringen.

Er wird — er will.

Er fühlte das jetzt deutlich und klar: er wird diese Kraft aufbringen.

Noch wenige Tage, und der Kampf war entschieden — der Sieg über die dunklen Gewalten — sein — —.

Dies hatte der Schlag bewirkt, den er empfangen. Der Faustschlag Hertas in Jordans Gesicht.

Dieser Schlag klärte jetzt die Lage ganz plötzlich, schuf freie Bahn, brachte Ordnung und Klarheit in die Beziehungen.

Jetzt sah man, wie man zueinander stand.

Die Abrechnung war geschehen. Schlag um Schlag.

Für die Streiche, die er der Herta vor den Richtern hageldicht verabfolgt, hatte er den Gegenstreich empfangen.

Es war gut so.

Nun standen die Rechnungen endlich gleich. Endlich!

Man war miteinander quitt geworden

Das Aufatmen kam . . .

Es wich der erdrückende Alp des Schuldbewußtseins von ihm.

Jetzt war dem Mädchen Genugtuung geworden. Dem Himmel Dank, daß man nun endlich so weit war.

* * *

Beschwingten Schrittes ging Staatsanwalt Jordan heute aus dem Dienste nach Hause.

Er fühlte sich wie neugeboren.

Endlich — endlich hatte er den Weg gefunden, der aus dem Irrgarten dieses schrecklichen Erlebnisses hinaus in die Befreiung führen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Wolf

wird von niemand als Hüter des Hauses bestellt werden. Und Interessenpolitiker sollten das Wohl der Stadt vertreten? Am 30. November gibt es nur **eine** Parole: Liste **Raude-Köhler!**

Politische Rundschau

Deutschland

Der Fall Hiller

Wir hatten kürzlich den Fall Helmhake, die Todmarterung eines deutschen Soldaten durch seinen Vorgesetzten, nach dem Berliner Tageblatt mit der Namensnennung des Verbrechers mitgeteilt. Wie zuversichtlich der Beschuldigte dem beim Militärgericht anhängigen Prozeß entgegenschaut, erhellt aus einem Schreiben, das der Oberleutnant d. R. und jetzige Assessor Hiller einigen Parteizeitungen zu senden für gut befindet. Er erklärt, daß er das Militärgericht um möglichste Beschleunigung des gegen ihn schwebenden Verfahrens ersucht habe, und daß ihm dies zugesagt sei. Großartig. Aber damit nicht genug. Die vorgesetzte Behörde Hillers, die Reichsentschädigungskommission, hat eine amtliche (!) Erklärung erlassen, die u. a. sagt:

> Nach Angabe des Herrn Hiller sind die Beschuldigungen unwahr und die Vorgänge, welche den Beschuldigungen zugrunde gelegt werden, stark entstellt wiedergegeben.
>
> Herr Hiller hat gegen die Blätter Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, was hiermit bekanntgegeben wird.
>
> Berlin, den 8. November 1919.
>
> Der Präsident der R.-E.-K.
> gez. J. V.: Karpinski.

So wird der Angeschuldigte von seiner republikanischen Behörde von vornherein in Schutz genommen, obwohl nachträglich immer mehr belastende Momente gegen Hiller zusammengetragen werden.

Wie der Rechtsanwalt Dr. Feder im Berliner Tageblatt mitteilt, bestätigen die weiteren Informationen seine erste Darstellung in allen wesentlichen Punkten. Ein aus der Internierung zurückgekehrter Unteroffizier erinnert sich des Vorganges ganz genau. Er erklärt, das Bild des schwerkranken Helmhake, der wehrlos am Baum hing, und den sein Kompanieführer mit den Worten: „So, du Schwein!“ mehrmals kräftig ins Gesicht schlug, niemals losgeworden zu sein.

Und weiter schreibt Dr. Feder: „Assessor Hiller weiß auch, daß die hier gemachten Mitteilungen nur einen Teil des gegen ihn vorliegenden Anklagematerials bilden. Nichts erwähnt wurde von dem Fall des Schriftstellers Thomas, des kriegsfreiwilligen Studenten Müller, des Unteroffiziers Kuster, des Gardefüsiliers Müller XII, nichts erwähnt davon, daß er Mannschaften wie Unteroffiziere unterschiedlos beschimpfte und mit **Spaten, Seitengewehr und Stock** mißhandelte: nichts davon, daß er den strengen Arrest durch Anbinden so häufig verhängte, daß der diensttuende Unteroffizier sich veranlaßt sah, in Dutzenden von Fällen diese sinnlosen Befehle einfach nicht auszuführen.

Die Lieblingsausdrücke, mit denen Herr Assessor Hiller seine Untergebenen belegte, waren: **„Mistvieh,“ „Aas“** und **„Schwein“**. Ich mache Assessor Hiller hieraus keinen Vorwurf. Jeder hat seinen eigenen Geschmack. Aber der Gedanke, daß derselbe Assessor Hiller, der so auf der Ehre anderer herumtrat, jetzt seinerseits Publizisten, die einer öffentlichen Pflicht genügen, mit einem Strafmandat wegen Ehrverletzung bedroht, ist so grotesk, daß man Assessor Hiller nur empfehlen kann, künftig in dieser Sache sich eines schönen Stillschweigens zu befleißigen.“

Das Bezeichnende bleibt an der ganzen Angelegenheit, daß Hiller nach wie vor in einer **staatlichen Stellung Dienst tun kann.** Die Regierung zeigt in der Angelegenheit nicht das geringste Interesse. Was man verstehen kann.

Heine leistet Abbitte

Dem preußischen Minister des Innern, Heine, ist die Attacke, die er in Dessau gegen Erzberger ritt, übel bekommen, sodaß er sich gezwungen sieht, in aller Form Abbitte zu leisten. Er hat an Erzberger einen für die Presse bestimmten Schreibebrief geschrieben, in dem er darlegt, ihm sei von einem Konflikt zwischen ihm und Erzberger, von dem die Presse rede, nichts bekannt. Er habe das Schul- und Kirchenkompromiß, „obgleich es seine Wünsche nicht erfüllte, gerade gegen die sehr starken Bedenken seiner Anhalter Parteigenossen und Wähler als Notwendigkeit aus der ganzen politischen Lage zu rechtfertigen sich bemüht.“ Bei der Erörterung über die Kulturaufgaben der Gemeinden und Einzelstaaten habe er trotz seiner Befürchtung, „daß die Konzentration aller Einkommensteuern beim Reiche und die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden und Länder deren Fähigkeit zu einer Kulturpolitik erheblich lahm legen würde, Erzbergers Plan aus seiner Stellung als Reichsfinanzminister, dem die Erfüllung der Verpflichtungen der Friedensbedingungen obliege, zu erklären gesucht.“

Wie Deutschland „geschützt“ wird

Der neue deutsche Militarismus hat zum Kampfe gegen den „inneren Feind“ mehr Kräfte zur Verfügung als der alte. Er verfügt über:

1. Die Reichswehrtruppen.
2. Die Zeitfreiwilligenregimenter.
3. Die Landespolizei.
4. Die verstärkte Gendarmerie.
5. Die Einwohnerwehren.
6. Die militärisch organisierte Landeshilfspolizei.

Die Schätzung, daß der deutsche Militarismus noch über 1 200 000 Mann verfüge, bleibt weit hinter der Wirklichkeit zurück. Die Reichswehrtruppen sind noch 400 000 Mann stark, allein die bayerische Einwohnerwehr beträgt 400 000 Mann. Das Bürgertum ist bis an die Zähne bewaffnet. Die genauen Zahlen wird Herr Noske beim Wiederzusammentritt der Nationalversammlung mitteilen müssen.

Schweiz

Das Asyl der Blutbefleckten

Die Schweiz war einmal das Asyl der Freiheitskämpfer, die vor der politischen Verfolgung aus ihrem Vaterland flüchten mußten. Heute werden die Schweizer Grenzen hermetisch gegen sie gesperrt, mit offenen Armen aber empfängt man die Kriegswucherer, die das Blut der Völker in Gold für sich umgeprägt haben. Die großen Vermögen flüchten in die Schweiz und ihre Inhaber dazu.

Unsere Schweizer Parteipresse veröffentlicht dazu folgende Illustration:

„Der Munitions- und Kanonenfabrikant Baron von Skoda, der in Pilsen Werke besitzt, die ihm während des Krieges — wie man hört — wöchentlich 15—20 Millionen Kronen eingebracht haben, beehrte uns Schweizer mit seiner Niederlassung und hat sich auf dem Zürichberge eine mit noch nie dagewesenem Luxus ausgestattete Villa gekauft. Nicht weniger als 10 gepolsterte Möbelwagen kamen da, teils aus seinen Villen in Wien und Umgebung, teils aus Pilsen, hier an und einer unserer Freunde, der zufällig beim Ausladen einiger solcher Wagen zugegen war, schilderte uns die goldstrotzenden Möbel, die der Baron aus den Blutstropfen der hingeschlachteten Menschen ehrlich erworben hat. Einzig diese Möbel sollen einen Wert von 5—10 Millionen Franken repräsentieren. Dieser werte Herr Baron soll sein halbes Vermögen bereits hier haben? Weiß man dies in Wien und Prag?

Der zweite Großmunitionsfabrikant, ebenfalls ein Multo-Millionär, heißt Baron von Lenz und hat die Niederlassung für Zürich bekommen, sitzt aber in Luzern, wo er es gemütlicher findet. Auch dieser ehrenwerte Herr soll sich während des Krieges wöchentlich einige Millionen durch Lieferung von Geschossen gemacht haben. Nachdem ihm der Boden in seinem Vaterlande zu heiß geworden, kommt er zu uns und beglückt uns mit seiner dauernden Anwesenheit.“

Das Geschäft ist gemacht, der Profit herein. Mögen nun die Völker verhungern. Die Schuldigen sitzen in der Schweiz und genießen das Leben im Paradies der Blutbefleckten.

In und um Elbing

Die lieben Vettern im Rathause

In einer früheren Notiz wiesen wir bereits auf die greuliche Schlamperei der Stadtverordnetenversammlung hin, die es fertig bringt, Etats von 1915 und 1916, ja in einem Falle sogar einen von 1914 Ende des Jahres 1919 zur Entlastung vorzulegen. Wir erhoben auch bereits Einspruch gegen die geplante Anstellung von Beamten. Die heutige Stadtverordnetenversammlung soll noch einen besoldeten Stadtrat wählen und ebenso die Stelle des Stadtforstrats besetzen. Die sonst übliche Ausschreibung soll unterbleiben und unter der Hand die Sache geschoben werden. Wie uns mitgeteilt wird, steht der Magistrat diesem Treiben fern. Die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit ist es, die so die einfachsten Anstandspflichten mit Füßen treten will. Ausdrücklich sei hier festgestellt, daß die Besetzung der Posten einen Akt krassester Vetternwirtschaft darstellen würde. Die Zusammensetzung der neuen Stadtverordnetenversammlung wird ein ganz anderes Bild bieten, als das der heutigen es ist. Die Mehrzahl der jetzt amtierenden Stadtverordneten wird sich den Sitzungssaal von draußen ansehen können. Die neuen Männer aber müssen mit Leuten ihres Vertrauens arbeiten. Wie können sich die heutigen Dreiklassenstadtverordneten anmaßen, der neuer Körperschaft vorzugreifen? **Mit allem Nachdruck fordern wie nochmals, daß die Dreiklassen-Stadtverordnetenversammlung keine Anstellungen vornimmt.** Tut sie dies dennoch, dann mag sie die Folgen auf sich nehmen. Die neuzusammentretende Stadtverordnetenversammlung hat Machtmittel genug in der Hand. Sie ist in der Lage, die Entlastung der Jahre hindurch verbummelten Etats abzulehnen. Sie hat auch nicht nötig, die etwa heute vorgenommenen Anstellungen als rechtsgültig anzuerkennen. Den gegenwärtigen Stadtverordneten sollte die einfachste Klugheit verbieten, ihre Nachfolger in dieser Weise zu provozieren. Schließlich dürfte auch der Arbeiterrat noch ein Wörtchen in dieser Sache reden.

Den Stadtverordnetenwählern aber ist der Vorgang ein Menetekel. Er lehrt sie, wohin die Dinge treiben, wenn sie ihre Erwählten nicht dauernd unter Kontrolle halten. Am 30. November soll jeder die Männer, denen er seine Stimme geben will, auf Herz und Nieren prüfen. Die Stadtverordnetenversammlung übertrifft in mancher Hinsicht das Reichsparlament an Wichtigkeit. Wer zu Hause bleibt oder seine Stimme wie eine Schlafmütze dem ersten besten gibt, darf sich nachher nicht beklagen, wenn mit ihm Schindluder gespielt wird.

Süß-bitteres

Zum zweitenmal ruft der Magistrat die Kinder-Nährmittel-Zusatzmarke Nr. 153 zum Bezuge von 1/4 Pfund Bonbons auf. Bis zum 26. soll sie Gültigkeit haben. Verkaufsstelle ist wieder nur das Bonbongeschäft von Füllhas in der Junkerstraße. Dieses Verfahren löst bei den Frauen und Müttern recht gemischte Gefühle aus. Sie sagen, es sähe so aus, als ob die Kinder Bonbons bekommen sollten. In Wirklichkeit kriegten sie keine. Nur eine einzige Abgabestelle! Welchen Weg haben die Bewohner von Pangritz-Kolonie, von den Niederstraßen, vom Anger und der Königsberger Chaussee zu gehen, um vielleicht Bonbons zu erhalten. Während des ersten Aufrufs sind Frauen und Kinder drei- bis viermal vergeblich gegangen. Warum sind nicht mehrere Abgabestellen eingerichtet? Oder soll es wirklich blos so aussehen, als ob es etwas gibt?

Stadtverordnetenwahl

Seitens der bürgerlichen Parteien ist folgende Listenverbindung vorgenommen:

Deutschnationale Volkspartei,
Deutsche Volkspartei,
Deutsch Demokraten,
Zentrumspartei,
Hausbesitzer,
Kartell der Beamten.

Nicht verbunden von bürgerlichen Listen sind die der Mittelstandspartei und der Arbeitsgemeinschaft technischer und industrieller Beamten. — Ein Bild für Götter: Demokraten und Konservative gehen Listenverbindung ein! Sie sind sich nur nicht einig, wer von ihnen die Mandate bekommen soll. Darüber aber, daß sie die Arbeiter nicht haben sollen, besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die vielen Listen sollen die Wähler verwirrt machen, damit der reaktionäre Klüngel im Trüben fischen kann. Seitens der Vertrauensmänner der beiden sozialdemokratischen Richtungen, die ein derartiges Manöver voraussahen, ist die Verbindung der sozialdemokratischen Listen beschlossen. Die Parteileitungen haben dementsprechend gehandelt, so daß in dieser Hinsicht wenigstens etwas die von den bürgerlichen Listen drohende Gefahr wettgemacht ist.

Wer ist der Verantwortliche?

Am Sonntag war in dem Hause Fischerstraße 27 ein Feuer. Nachdem es gelöscht worden, wurde der Brandschutt auf dem Bürgersteig vor dem Gebäude auf einen Haufen geschaufelt. Dort liegt er noch heute, zu einer festen Masse gefroren. Eine Laterne brennt auf dem Haufen nicht. Am Dienstag abend wollte der Korbmachermeister M. aus der Fischerstraße zu einem Geschäftsgange sein Haus verlassen. In der Dunkelheit fiel er über den Schutthaufen. Außer Verletzungen der linken Hand hat Herr M., ein älterer Mann, anscheinend auch innere Verletzungen davon getragen. Die Angelegenheit dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Es ist wirklich bedauerlich, daß die Sicherheitspolizei so wenig Interesse für die Gesundheit der Einwohner zeigt und nicht für schleunige Beseitigung derartiger lebensgefährlicher Verkehrshindernisse sorgt. Zumal in der Zeit, wo wir keine Straßenbeleuchtung haben, müßte die doppelte Sorgfalt aufgewendet werden.

Fußballwettspiel

Sonntag, den 23. November, nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Jugendspielplatz am Bahnhof ein Fußball-Städtewettspiel zwischen Marienburg—Elbing statt. Die Marienburger Mannschaft verfügt über gute Kräfte, da dieselbe aus der Sportvereinigung „Pfafferott“ und dem Sportverein 05 zusammengesetzt ist. Elbing stellt ebenfalls die besten Spieler ins Feld, so daß das Spiel einen interessanten Verlauf nehmen wird.

Elbinger Polizeinachrichten

Festgenommen wurden drei Leute vom Reichs-Wasserschutzamt, die in der Holzindustrie Holz und Kohlen entwenden wollten. Einer der Festgenommenen wurde mit einem Sack Kohlen angetroffen.

Ostdeutsche Nachrichten

Zwangseinquartierung

In Danzig soll jetzt ernstlich an die zwangsweise Belegung großer Wohnungen herangegangen werden. Zu diesem Zwecke ist eine Kommission gewählt. Für die neu abzugliedernde Wohnung müssen sich der besondere Zugang, eigene Kochgelegenheit und Abort ohne erhebliche bauliche Aenderungen einbauen lassen.

Der Besuch der Zwangseinquartierungs-Kommission wird den Wohnungsinhabern erspart bleiben, deren Wohnung eine Zergliederung in zwei selbständige Wohnungen (im obigen Sinne) nur unter umfangreichen baulichen Aenderungen zuläßt. Der örtlichen Besichtigung der Kommission geht jedesmal eine Prüfung der dem technischsn Bureau der Zwangs-

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spierinastraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name: .....

Wohnort:

Straße:

einquartierung von der Baupolizei zur Verfügung gestellten Bauzeichnungen des betreffenden Hauses voraus. Auf diese Weise werden überflüssige Besuche vermieden.

Der Magistrat trägt die Umbaukosten und hat das lebhafteste Interesse, aus der Liste der dringend vorgemerkten Familien — nur um solche handelt es sich — nur den bestempfohlenen die neu geschaffenen Wohnungen anzuvertrauen.

Der Besuch der Kommission (drei Herren mit amtlichem Ausweis) wird dem betreffenden Großwohnungsinhaber jedesmal einige Tage vorher durch ein entsprechendes amtliches Schreiben mitgeteilt werden. Es wird der Reihe nach mit den größten Wohnungen begonnen.

Für manchen wird der Danziger Magistrat jetzt als spartakistisch verseucht gelten.

Wahlmanöver der Danziger Rechtssozialisten

In Danzig haben sich die Vertrauensmänner beider sozialdemokratischen Richtungen grundsätzlich für einen Zusammenschluß ausgesprochen. Das ist angesichts der Abtrennung von Deutschland begreiflich. Unsere Partei wahrte dabei, wie es nicht anders erwartet werden kann, die prinzipiellen Grundlagen der U. S. P. In einem Schreiben übermittelte sie dem Vorstand der Rechtssozialisten die Mindestforderungen, unter denen ein Zusammenschluß erfolgen könnte. Hierbei fehlten selbstverständlich Bekenntnis zu Räterepublik und Arbeiterdiktatur nicht. Die Rechtssozialisten haben nun in einer Sitzung sich auf den Standpunkt gestellt, daß die aufgestellten Forderungen der Unabhängigen die Grundlagen für ein gemeinsames Programm abgeben könnten. Sie wählten gleichzeitig ihre Genossen Krüger, Loops, Biester, Borchert und Willutzki zu Verhandlungen mit den Unabhängigen. Es ist ein sehr wesentlicher Unterschied, ob eine Forderung als Mindestforderung oder als „geeignete Grundlage" für ein Verhandeln angesehen wird. Im zweiten Falle ist sie Schacherobjekt für den, der sie nicht schlucken will. Ein solches Verhalten erweckt den Eindruck eines Wahlmanövers, und dieser wird durch die Personen bestärkt, die die Verhandlungen führen sollen. Biester und Willutzki sind in der Arbeiterbewegung Danzigs überhaupt zwei unbekannte Größen, Borchert eine vollkommene Null, Loops ein ganz oberflächlicher Mensch und Krüger ein einseitiger Fanatiker. Auch wenn diese Menschen wirklich wollten, wären sie unfähig, eine Einigung zustande zu bringen. Unsere Genossen werden Augen und Ohren offen halten müssen. Die wahren maßgebenden Personen Gehl, Früngel, Grünhagen und andere stehen sicher nicht hinter der Einigungskommission.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Elbing.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass unser Kollege, der Arbeiter

Gustav Abraham

im 42. Lebensjahre an den Folgen eines Unglücksfalles verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachm. 12½ Uhr vom Städt. Krankenhause aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Unterstützungsverein

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriger Revisor, der Arbeiter

Gustav Abraham

infolge eines Unglücksfalles beim Holzfällen am Montag, den 17. d. Mts., verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., mittags 12½ Uhr, vom Städt. Krankenhause aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Von Sonnabend, den 22. November cr., ab wird der

Holzverkauf an der Kläranlage

wieder aufgenommen.

Der Preis für Hartholz beträgt Mk. 75,—
und für Kiefernholz Mk. 68,— pro rm.

Elbing, den 22. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Freie Turnerschaft
Tanzkränzchen
am Sonnabend, den 22. November,
im Volkshaus.

Hierzu ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Georgenhöhe.
Sonnabend, den 22. d. Mts.:
Tanzkränzchen.

Passenheims Festsäle.
Sonnabend, den 22. November cr.:
Tanzkränzchen.

Stadttheater Elbing
Freitag, den 21. d. Mts,
Die Faschingsfee
Sonnabend, d. 22. d. Mts., abends 7 Uhr:
Schüler- u. Volksvorstellung:
Maria Stuart
Sonntag, den 23. d. Mts.,
Der fliegende Holländer
Große Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Soll Dir's im Leben wohlergeh'n,
Mußt Du zum Mittelstande steh'n;
Dies gibt Dir sicherste Gewähr
Drum wähl' die Liste Wegmann-Zehr!

Lichtspielhaus
Fleischerstraße 9.
Von heute bis einschließlich Montag
Der Tänzer II. Teil
nach dem gleichnamigen Roman von Felix Holländer.
In den Hauptrollen:
Walter Janssen, Gertrud Wölker.
Bis früh um fünfe.
Nach der gleichnamigen Posse in 3 Akten
mit **Herbert Paulmüller, Leo Peukert**
Melita Petrie in den Hauptrollen.
Wochentags Kassenöffnung 6.15 Uhr.
Sonntags von 3—11 Uhr.

Brückstr. 15 Central-Theater Brückstr. 15
Freitag bis Montag, den 24. November:
Rußland! Kerensky Rußland!
Der Thronstürzer.
Der Zusammenbruch des Hauses Romanow.
Ein Werk von hinreißender Kraft und Größe.
Drama in 5 Akten. Drama in 5 Akten.
Ueberwältigende Spannung von Anfang bis Ende!
Der letzte Teil:
Die Sage vom Hund von Baskerville
oder: **Wie entstand „der Hund von Baskerville".**
3 Akte! In der Hauptrolle: **3 Akte!**
Alwin Neuss und **Friedrich Kühne**
Lustspiel in 2 Akten. **Harrys Unglückstag!** Lachen ohne Ende!
Spielzeit: Wochentags 6.45 bis 10.15 Uhr. Sonntags von 3—10 Uhr. Kassenöffnung ½ Stunde vorher.

Bis auf weiteres:
jeden Freitag und Sonnabend billiger
Zigarettentag!
W. Breitfeldt
Zigarren-, Zigaretten- und Tabakhandlung.
Inn. Mühlendamm 18/19
neben Café Gold.

Beschäftigungs- und Gesellschaftsspiele,
Bilderbücher, Jugendschriften,
Märchenbücher in großer Auswahl.
S. Marcus, Papierhandlung,
Alter Markt 63. Fernruf 953.

Kollegen!
Heute
billige Zigaretten
Rauchtabak, Schnupftabak (Stargarder)
Kollege **Lietzau.**

Im
Kaufhaus D. Loewenthal
sind

Ullstein-Schnittmuster
in grosser Auswahl
vorrätig

Pelzwaren-Einkauf ist Vertrauenssache.
In größter Auswahl
Kragen, Muffen, Pelzhüte, Pelzmützen
u. s. w.
Neuanfertigungen, Modernisierungen, Reparaturen
Gebr. Laschinsky
Pelzwaren-Spezial-Haus
Elbing, Alter Markt 64 (am Markttor).
Fernruf 826.

Morgen, Sonnabend:
Roßfleisch-Verkauf.
Schieres und Klops.
Paul Metzner,
Hauptstr. 45. Telephon 659.

Herrenwäsche wird saub. geplättet.
Dzimbowski, Sternstr. 52 u.

Ein Marineglas zu verkaufen
Reimann, Hauptstr. 3.

Familien-Drucksachen
fertigt schnellstens an
Buchdruckerei
Elbinger Volksstimme.

Altes Zeitungspapier kauft
Anna Treuke,
Leichnamstraße 144.

Elbinger Standesamt
vom 21. November 1919.

Sterbefälle: Arbeiter Franziskus Schramm 39 J. — Fabrikarbeiter Heinrich Gustav Abraham 42 J. — Arbeiter Josef Weiselowski 44 J. — Stellmacherwitwe Wilhelmine Sommer geb. Janell 90 J. — Eisendreher Hermann Gustav Reich 6. 1 Woche.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 27 | **Sonnabend, den 22. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Verwegene Gauner. Einen unerhörten dreisten Gaunerstreich haben in der böhmischen Grenzstadt Asch vier Hochstapler unter Beihilfe tschecho-slowakischen Militärs ausgeführt. Zwei gutgekleidete unbekannte Herren ließen durch einen Oberkellner an den Goldarbeiter Merz 352 Stück 10- und 20-Kronen-Goldstücke verkaufen. Tags zuvor hatten sich aber schon zwei andere fremde Herren bei der Hauptwache des Stationskommandos als Regierungskommissare vorgestellt und angegeben, daß sie beauftragt seien, nach zwei Geldschmugglern zu fahnden. Sie erbaten die Hilfe des Militärs und verhafteten den Goldhändler sowie den Oberkellner und beschlagnahmten das Kaufgeld sowie die Goldstücke. Auch die beiden Goldverkäufer erklärten sie für verhaftet, nahmen sie mit zum Bahnhofe und reisten mit ihnen ab. Zu spät erfuhr man, daß abgefeimte Gauner am Werke gewesen waren, die kurz zuvor in Oberreuth bei Eger einen Landwirt um 30 000 Kronen geprellt hatten. In Asch erbeuteten die Schwindler 51 000 Kronen.

Marsch der Gegenrevolutionäre auf Berlin? Bei der Unterstellung der Truppe des Obersten Bermondt-Awalow unter das Kommando des Generals Eberhard ist nach der Berliner Freiheit zu vermuten, daß es sich nur um einen Frontwechsel handelt. Man hält es vielleicht für wichtiger, nach dem Westen zu marschieren. In Berlin ist seit Tagen das Gerücht verbreitet, daß die baltischen Truppen den Marsch auf Berlin angetreten haben, und zwar wird dieses Gerücht nach der Freiheit von deutschnationaler Seite auf das eifrigste verbreitet. General von Eberhard ist auch keineswegs ein zuverlässiger republikanischer Offizier, sondern ein überzeugter Monarchist. Ueberdies soll der wahre Leiter des ganzen Unternehmens der General Hoffmann sein, der frühere Generalstabschef von Ober-Ost. Bei ihm laufen die ganzen Fäden zusammen. Die Freiheit zitiert einige Sätze aus der freikonservativen Post, die bereits andeuten, daß man auf einen Konflikt zwischen den zurückkehrenden baltischen Truppen und den deutschen Stellen rechnet.

Der Saarstaat. Nach der Saarbrücker Volkszeitung soll die neue Saarlandwährung in spätestens drei Monaten eingeführt werden. Die Wahl der Münze soll auf den Saarfranken gefallen sein. Das Blatt teilt weiter mit, daß die Kommunalwahlen im Saargebiet spätestens in zwei Monaten stattfinden werden. Die Bildung des Saarstaates soll nach Pariser Meldungen bis dahin beendigt sein.

Wirtestreik in Braunschweig. In einer Versammlung der Gast- und Hotelwirte, Gasthaus- und Konditoreibesitzer Braunschweigs wurde beschlossen, die Absicht, vom 1. Dezember ab alle gastgewerblichen Betriebe Braunschweigs zu schließen, zu verwirklichen. Vom 1. Dezember morgens ab sollen alle Hotels, Gasthäuser, Gast- und Schankwirtschaften, sämtliche Kaffeehäuser, Konditoreien, Ball- und Konzertsäle so lange geschlossen gehalten werden, bis der Ernährungsminister die gegen das Gastwirtsgewerbe erlassenen scharfen Maßnahmen zurücknimmt.

Freikorps Lützow. Gegenüber der offiziösen Darstellung, wonach es ein Freikorps Lützow nicht mehr gäbe, hält die Berliner Freiheit daran fest, daß ein solches Freikorps doch noch existiert, und zwar mit dem Standort Zossen. Dabei teilt die Freiheit mancherlei Interessantes über die Vereidignng dieses Freikorps mit. Sie wurde erst nach langer Hinauszögerung des Termins vorgenommen. Als sie dann stattfand, verstand es eine große Anzahl Offiziere, sich vor der Vereidigung zu drücken, und auch ein Teil der Mannschaft wurde überredet, sich dlinn zu machen. Ein Hauptmann erklärte vor der Vereidigung wörtlich: Wir sind gegen die heutige Regierung, können aber den Eid trotzdem leisten, da die Eidesformel nicht verlangt, unseren Gott als Zeugen anzurufen. Der Eid ist somit für uns nicht bindend. — Das sind nette Zustände in Noskes Reich.

Zusammenbruch. Die Verhältnisse im Frankfurter Industriegebiet treiben einer Katastrophe entgegen. Infolge Kohlenmangels stellen nach und nach die bedeutendsten industriellen Werke ihren Betrieb ein. Nachdem schon in voriger Woche die Höchster Farbwerke und die chemische Fabrik Elektron-Griesheim ihren Betrieb nahezu vollständig eingestellt hatten und dadurch etwa 10—12000 Arbeiter entlassen wurden, sind jetzt andere große Betriebe, insbesonders aus der Metallindustrie gefolgt. Die Adlerwerke in Frankfurt, Mayfarth & Co. in Fechenheim, Motorenwerke Oberursel und viele andere Unternehmen haben bedeutende Abteilungen ihres Betriebes ganz eingestellt, in vielen anderen Betrieben wird nur noch 3 Tage in der Woche gearbeitet. In Betracht kommen Zehntausende von Arbeitern. Die Not wächst riesenhaft. Die Aussichten für den Winter sind trostlos.

Rücktritt der ägyptischen Regierung. Eine Depesche aus Kairo lautet: Infolge der Ernennung der Kommission unter Lord Milner zur Prüfung der ägyptischen Verfassungsfrage ist die ägyptische Regierung zurückgetreten. Im Verlaufe der Kundgebungen am 18. November belagerte die Menge die Polizeiwache in Kairo. Die englischen Soldaten eröffneten das Feuer auf die Menge. 11 Personen wurden getötet und etwa 60 verwundet, darunter 10 schwer.

Massenflucht aus Kurland. Ein Telegramm der Deutschen Allgemeien Zeitung aus Königsberg berichtet: Nach Privatmeldungen aus Mitau, daß noch immer fest in den Händen der russischen Westarmee ist, greift im Rücken dieser Armee die Auflösung aller Ordnung immer weiter um sich. Agenten der Bolschewisten und Marodeure verbreiten Schrecken und veranlassen die deutsche und lettische Bevölkerung zu überstürzter Flucht nach der deutschen Grenze, so daß mit dem Eintreffen von 150 000 Flüchtlingen an der ostpreußischen Grenze zu rechnen ist. Der Führer der deutschen Legion, Kapitän z. S. Siewert, dessen Tod bereits gemeldet wurde, ist bei Bauske von marodierenden Einwohnern hinterrücks im Automobil erschossen worden.

Der Sündenbock

Von August Erdmann

Der Krieg von 1870 brachte zunächst den Milliardensegen, dann den Gründungsschwindel, also jene schöne Zeit, da das neue Deutschland den Himmel voller Geigen hängen sah. Dann kam der Krach mit einem greulichen Katzenjammer, wobei sich der gute Michel, der eben noch gestaunt und jubiliert hatte über so viel Herrlichkeit, ernüchtert die Augen rieb und die Welt vor sich recht eklig und trostlos fand. Viele wirtschaftliche Leichen bedeckten das Feld; dem kleinen Mann ging's schlecht, und in den Städten ging das Gespenst Arbeitslosigkeit um. Da kamen Männer aus dem Lager der Rechten, ein Hofprediger an der Spitze, und lehrten das Volk, daß der Jude an allem schuld sei. Nicht wenige glaubten's. Man glaubte es in Berlin, wo der Jude sich in der Finanz und in der Presse hervortat; man glaubte es auch in anderen Städten, wo Läden und Geschäfte mit jüdischen Namen aufkamen; man glaubte es auf dem Lande, wo der Jude als Geldleiher und Händler auftrat; man glaubte es auch da, wo es, wie in Sachsen, wenig oder gar keine Juden, wo es aber ebenfalls einen niedergehenden Mittelstand und eine bedrückte Arbeiterbevölkerung gab — ein Beweis, daß die tieferen und eigentlichen Ursachen der Stimmung, die man Antisemitismus nennt, nicht gerade beim Juden zu liegen brauchen.

Und nicht nur an den wirtschaftlichen, sondern auch an den politischen Verhältnissen war der Jude schuld. Und weil um jene Zeit die Juden sich vielfach im Liberalismus hervortaten und denen von der Rechten der Liberalismus zuwider war, redete man vom „Judenstaat" und stellte ihn hin als den Inbegriff aller sozialen und politischen Uebel. Das war nichts Neues. Als der Freiherr von Stein mit seinen politischen Reformen in Preußen begann, erhob sich die gesamte Junkerschaft und klagte die Städteordnung an, sie löse den Staat in „lauter kleine Republiken" auf. Und um die neue Ordnung der Dinge dem Volke recht zu verekeln, machte man die Abneigung gegen die Juden mobil. Der lauteste Führer der Junker, Herr von der Marwitz, fragte empört, ob denn das alte, ehrliche, brandenburgische Preußen in einen neumodischen Judenstaat verwandelt werden solle. Stein und Hardenberg, Gneisenau und Scharnhorst, und wie die Reformer der damaligen Zeit sonst alle hießen, waren zwar keine Juden, aber was tat's? Da man der Ehrbarkeit dieser Männer nichts anhaben konnte, so suchte man ihr Werk herunterzusetzen und erfand das Gespenst vom „Judenstaat" — zu einer Zeit, als in Preußen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden noch gar nicht einmal verkündet war.

Zur Zeit der Revolution von 1848 kehrte in Preußen das Geschrei vom „Judenstaat" wieder. Die Junker haben sich mit Erfolg bemüht, dem König begreiflich zu machen, daß die freiheitliche, auf ein Großdeutschland gerichtete Bewegung das Werk einiger Franzosen Polen und natürlich! — Juden sei. Und in dem konservativen „Staats- und Gesellschaftslexikon" des damaligen Kreuzzeitungs-Redakteurs Wagener wurde der Gedanke eines demokratischen Kaisertums, die „Kaisermacherei" als ein „jüdisches Geschäft" bezeichnet. Auch wieder zu einer Zeit, als die Juden in Preußen die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung noch gar nicht einmal hatten, denn noch im Juni 1847 verhandelte der Vereinigte Lantag einen Gesetzentwurf, der die Juden auch zu Staats- und Gemeindeämtern zulassen wollte, aber nur zu solchen, mit denen eine obrigkeitliche Befugnis nicht verbunden war.

Die damaligen Konservativen wehrten sich mit Händen und Füßen gegen die Gleichberechtigung der Juden. Wie es selbst bei den Vernünftigeren von ihnen auf diesem Gebiete bestellt war, zeigt das Verhalten des Junkers, späteren Reichskanzlers Bismarck im Vereinigten Landtage. Er fand es ungeheuerlich, daß die Juden „Landräte, Generale, Minister, ja unter Umständen auch Kultusminister zu werden" vermöchten. Er gestand ein, daß er in dieser Beziehung „voller Vorurteile" stecke, die er „mit der Muttermilch eingesogen" habe und die er sich „nicht wegdisputieren lassen" wolle: „Denn wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchem ich selbst meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin."

In einem Brief, den er aus dem Landtag an seine Braut schrieb, drückte er sich weniger parlamentarisch aus: „Gestern wieder langweilige Judendebatten. 25 Redner für Emanzipation der Juden, die immer wieder dieselben sentimentalen Salbadereien vorbrachten. . . . Heute früh wieder Juden. Ich lange Rede gegen die Emanzipation gehalten. Viel Bitteres gesagt; gehe nicht mehr durch die Königsstraße des Abends, weil mich die Juden totschlagen. Jetzt sprechen immer noch langweilige Humanitätsfaseler." Und wenige Tage darauf, als über die Zulassung der Ehe zwischen Juden und Christen verhandelt wurde, schrieb er seiner Braut wieder einen Brief aus dem Landtag mit der bezeichnenden Stelle: „Antrag auf namentliche Abstimmung in der Judenheiratssache. **Die ist mir gleichgültig; ich muß auf den Wollmarkt gehen; die Preise sind schlechter geworden.**" Woraus man sieht, daß unter Umständen der Junker dem Juden an Geschäftssinn nichts nachgibt, was sich später, als der Junker Reichskanzler und Baron Bleichröder sein Leibjude geworden war, noch deutlicher zeigen sollte.

Was zu beweisen war: **immer, wenn die Rückwärtser und Dunkelmänner Morgenluft witterten, immer, wenn neue Gedanken im Volke umgingen, immer, auch wenn sie stark gesündigt und was zu fürchten hatten, dann kam in Deutschland das Geschrei vom Judenstaat und vom Hebräer, der an allem schuld sei, auf, dann gingen die alten Schauermären über semitische Freveltaten um.** So zu Anfang und zu Mitte des 19. Jahrhundert, so nach dem Kriege von 1870 und so mit verstärkter Macht nach dem Weltkrieg 1914—1918. Die Junker und Junkergenossen, die sich jetzt Deutschnationale Volkspartei nennen, sagen auf ihrem Parteitag Kampf an dem „zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen"; sie wenden sich „besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die seit der Revolution in Regierung und Oeffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt." Der Vorsitzende hielt es für nötig, zu betonen, daß „alle Stellen der Partei aber ebenso einmütig abrücken von einem gewissen Radau- und Progrom-Antisemitismus, der glaubt, die völkische Frage mit den verwerflichen Mitteln der persönlichen Hetze und der Gewalt lösen zu sollen."

Es sei dahingestellt, ob und inwieweit beide miteinander verwandt sind: der Radau- und Progromantisemitismus ist da. Und mögen die Formen verschieden sein, er ist dem Ursprung, dem Geiste nach dasselbe, was die Junker und Junkergenossen „jüdische Vorherrschaft" nnd „zersetzenden undeutschen Geist" nennen. Man sucht nach einem, der Schuld sein soll an dem wirtschaftlichen Elend, an der allgemeinen Zerrütung der Geister und Gemüter, an der greulichen Verwüstung aller öffentlichen, geschäftlichen und persönlichen Sitte. Da laufen dann wirklich Schuldige arischen Geblüts hinter dem Juden her und schreien: Haltet den Dieb! Nicht als ob jemand unschuldig wäre, weil er Jude ist. Bewahre! Der Jude, der sich als Kriegshetzer und nationalistischer Durchhalter bestätigt hat, der Jude, der am Kriege verdient hat und weiter schiebt und gaunert, ist schuldig wie jeder andere seines Schlages. Wenn aber arische und christliche Kriegshetzer und Kriegsgewinnler jetzt wider die Juden hetzen, so kommt zu deren Schuld **die Heuchelei**, indem sie, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, den Juden, diesen alten Sündenbock der Weltgeschichte, der Masse als Opfer preisgeben.

Der Antisemitismus nach dem Kriege von 1870 hat sich zwar sehr laut geberdet, aber er blieb doch immer ein kümmerliches Gewächs und er hat schließlich vor der immer weiter und tiefer gehenden Aufklärung der Massen durch die Sozialdemokratie das Feld räumen müssen. Es ist möglich, daß er für eine Zeit wieder auflebt — gefördert durch eine bedenkenlose, mit viel Kräften und Mittel betriebene Werbe- und Hetzarbeit und begünstigt durch die Not, die geistige und seelische Verwirrung eines nicht geringen Teiles der Bevölkerung. Das mag eine Zeitlang manches betrübliche Unheil anrichten, aber der Antisemitismus, so gemein er auch jetzt wieder auftritt, ist wahrhaftig nicht das schlimmste Uebel, das wir diesem unseligen Krieg verdanken.

Der gegenwärtige Antisemitismus ist nicht mal das, was man früher von ihm sagte: Der Sozialismus der dummen Kerle. Nicht einmal mit diesem Sozialismus niedrigster Art hat er etwas gemein. **Er ist nichts als das schlechte Gewissen der Kriegshetzer und Kriegsverlängerer, der Kriegsgewinnler und Kriegswucherer,** nichts als ein übles, aber auch vergängliches Gewächs, das nur in der faulen und giftigen Luftschicht gedeiht, die dieser Krieg hinterlassen und ebenso gewiß mit ihr verschwindet — um so schneller und um so gründlicher, je eher die Sozialdemokratie aus ihrer unglückseligen Verwirrung herauskommt und mit frischen und vereinten Kräften ihre Aufklärungsarbeit wieder aufnehmen kann.

Politische Rundschau

Deutschland

Aus der Nationalversammlung

Die Nationalversammlung nahm nach dreiwöchentlicher Pause ihre Beratungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen die Berichte der Ausschüsse für Petitionen und den Reichshaushalt. Unter den Eingängen befinden sich unter anderem die Verordnungen über die Verhängung des Belagerungszustandes in den Kreisen Schleusingen—Ziegenrück und Siegen. Bekanntlich muß nach der neuen Verfassung von jeder Verhängung des Belagerungszustandes in Deutschland der N.-V. sofort durch den Reichspräsidenten Mitteilung gemacht werden. Ob die N.-V. die Aufhebung dieser Belagerungszustandsverordnungen beschließen wird, ist natürlich keine Frage. Präsident Fehrenbach würdigte nach Beginn der Sitzung die verstorbenen Mitglieder des Hauses, Genossen Hugo Haase und dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Groeber durch kurze Ansprachen. Er wieß auf die Arbeitsfreudigkeit und Uneigennützigkeit im politischen Wirken Hugo Haases hin und versicherte seiner Partei das Beileid des ganzen Hauses. Groeber wurde von ihm als der langjährige Führer des Zentrums und als bester Kenner der parlamentarischen Geschäftsordnung gewürdigt. Die Sitzung geht weiter.

Neue Wahlerfolge der U. S. P.

Die Gemeindewahlen in dem Teile von Hessen und Hessen-Nassau, der von den Franzosen besetzt ist, haben an den letzten drei Sonntagen stattgefunden. Ganz allgemein ist eine bedeutende Vermehrung der Stimmen der U. S. P. zu verzeichnen, bei einem gleichzeitigen gewaltigen Stimmenverlust der Rechtssozialisten. Bei den Bürgerlichen haben die Rechtsparteien einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen, während die Demokraten ebenfalls mit großen Stimmenverlusten zu rechnen haben.

In verschiedenen Industriedörfern ist es unsern Genossen gelungen, die absolute Mehrheit im Gemeindeparlament zu erlangen. Ueber Einzelergebnisse sei folgendes besonders genannt.

In Höchst erhielten: U. S. P. 3017 Stimmen (11 Vertreter), Rechtssoz. 3088 Stimmen (12 Vertreter), Zentrum 2754 Stimmen (10 Vertreter), Deutsche Volkspartei 1478 Stimmen (5 Vertreter) und die Demokraten 1259 Stimmen (4 Vertreter). Das bedeutet gegenüber den Preußenwahlen einen Gewinn für U. S. P. 1293 Stimmen, Deutsche Volkspartei 299 Stimmen. Verloren haben Rechtssozialisten 2226, Zentrum 933, Demokraten 834 Stimmen.

In Nied, einem Industrieort bei Frankfurt, erhielten: U. S. P. 1209 Stimmen (8 Vertreter), Rechtssozialisten 713 Stimmen (5 Vertreter), Zentrum 468 Stimmen, Parteilos 200 Stimmen, Demokraten 289 Stimmen (zusammen fünf Vertreter).

In Mainz erhielten Stimmen:

Rechtssozialisten	16251,	gegenüb. d. Nat.-Vers.-Wahl	10919	wenig.
Zentrum	12925,	" "	2871	"
Demokraten	6798,	" "	5444	"
U. S. P.	5150,		4505	mehr
Dt. Volkspartei	4004,	" " "	1434	"

Diese Resultate sind um so beachtenswerter, wenn man bedenkt, daß es uns in diesen Gebieten bis etwa 8 Wochen vor der Wahl nicht möglich war, unserer Presse, dem Frankfurter Volksrecht, Eingang zu verschaffen, (Verbot der Besatzungsbehörden) während den Rechtssozialisten mehrere Tageszeitungen zur Verfügung standen. Minderen Erfolg hatten wir in Wiesbaden. Dort haben die Kommunisten unter dem Deckmantel der U. S. P. eine eigene Liste aufgestellt, auf die sie 1227 Stimmen vereinigten, während die U. S. P 2453 Stimmen aufbrachte. Unser Gewinn betrug auch hier noch 600 Stimmen, während die Rechtssozialisten 5800 Stimmen verloren.

Rechtssozialistisches Wettergrollen

Die Politik der rechtssozialistischen Regierungsleuchten gerät auch in den Reihen ihrer eigenen Schäfchen immer mehr in Mißkredit. Die Organisation der Freiburger Rechtser erhebt folgende Forderung:

„Auf die Hetze der gegnerischen Presse und den passiven Widerstand reaktionärer Beamtungen ist die Schwäche der Regierung bei der Durchführung ihrer Gesetze und Verordnungen zurückzuführen. Unter diesen Umständen hält es die Parteiorganisation Freiburg unmöglich, daß unsere Genossen in der Regierung verbleiben. Sie fordert den Landesvorstand zur Einberufung des Bezirksausschusses auf; dem diese Frage zu unterbreiten ist. Ferner stellt die Parteiorganisation Freiburg fest, daß der Landtag in der Frage der Sozialisierung der Standesherrschaften, wie in der Frage des Heimstättengesetzes vollständig versagt hat. Sie fordert die Landtagsfraktion zur Aufstellung von Mindestforderungen auf. Im Falle der Nichtanerkennung durch die bürgerliche Mehrheit ist die Weiterbeteiligung an der Regierungsmehrheit abzulehnen."

Immer mehr erkennen die noch im Heerbann der Rechtser marschierenden Arbeiter, daß die S. P. D. in eine Sackgasse geraten ist. Aber sie irren sich, wenn sie glauben, unter dieser genialen Führung wieder herausgelangen zu können.

In und um Elbing

Ein rechtssozialistischer Mausefallenfabrikant

Wer da annehmen würde, im „mehrheits"sozialistischen Parteibureau in der Wilhelmstraße sei die geistige Meinungsfabrik der Elbinger Scheidemänner etabliert, der irrt. Nach eigenem Eingeständnis der Elbinger Volkszeitung verfertigt man dort Mausefallen. Die Herrschaften sind also bereits unter dem Hund. In der Nummer vom 12. November hatten wir das alberne Inserat der Volkszeitung, in dem sie wie ein sechzehnjähriger Unschuldsengel vom Lande treuherzig versicherte, sie boykottiere die Elbinger Geschäftsleute nicht, zerpflückt. Das gute Kind war darüber so arg gekränkt, daß es erst sechs Tage still in seine Schürze weinte. Am siebenten streckte es die Zunge aus und begann zu schimpfen. Die Veröffentlichung in der Volkszeitung hätte einen ganz bestimmten Zweck gehabt. Und die Volksstimme sei fein säuberlich in die Mausefalle hineingegangen. Offenbar ließen sich die Geschäftsleute den unabhängigen Terror nicht gefallen. Wir sähen wohl auch die Nutzlosigkeit des größenwahnsinnigen Boykottbeschlusses ein. An der Bahnsperre sei sie — die Elbinger Volkszeitung — unschuldig und sie sei immer so anständig gewesen, verspätete Inserate nicht in Rechnung zu stellen. Sie bäte uns in der Spieringstraße, von ihr zu lernen (Anmerkung des Inseratenmetteurs: Verspätete Inserate gibt's in der Volksstimme nicht). Für die Zeit der Verkehrssperre wäre sie so nobel gewesen, aktuelle Anzeigen erst garnicht anzunehmen. Und den Verlust trüge sie und nicht die Volksstimme.

Na, nun haben wir mal unser Fett weg. Spuck nur weiter, Kleine. Das soll gesund sein und die bösen Kerle in der Spieringstraße machen sich nichts daraus. Was die Undurchführbarkeit des „größenwahnsinnigen" Boykottbeschlusses anbelangt, so findet sich das wohl später. Erst wollen wir mal wählen. Jetzt haben wir nicht Zeit, uns über solche Kleinigkeiten zu unterhalten. Am 30. November werden wir ja sehen, wie gewisse Herren einplumpsen trotz des M. d. N.

Konfessionslose Vereinigung

Am 1. 11. d. Js. ist in Elbing eine konfessionslose Vereinigung gegründet worden. Der Zweck der Vereinigung ist die freie selbständige Pflege des sittlichen und geistigen Lebens der aus der Kirche ausgetretenen Personen. Die Einrichtung und Ziele der Vereinigung sind folgende: 1. Vorträge, Vorlesungen und Besprechungen über sittliche und wissenschaftliche Fragen. 2. Förderung der Kindererziehung gemäß der fortschreitenden Vernunft und Wissenschaft. 3. Jugendweihen. 4. Verbreitung geeigneter Schriften. 5. Pflege der Geselligkeit durch geeignete Veranstaltungen. 6. Beschaffung von Rednern bei Bestattungen usw. Wir machen auf die diesbezügliche Annonce in dieser Nummer aufmerksam.

Unsere Kartoffeln

Ueber die Aussichten der Kartoffelzufuhr erfahren wir vom Elbinger Ernährungsamt, daß bei Fortdauer frostfreier Witterung das Eintreffen ausreichender Kartoffelmengen für die Belieferung der nächstwöchigen Marke wahrscheinlich ist. Es sind bereits Mitteilungen über Verladungen, die in den ersten Tagen der nächsten Woche getätigt werden sollen, nach Elbing gelangt. Wieviel Kartoffeln auf die nächstwöchige Marke abgegeben werden, wird das Ernährungsamt am Montag oder Diestag bekannt machen.

Stimme aus dem Grabe

Das Dreiklassenparlament im Rathause ist sich bewußt, daß seine Uhr abgelaufen ist. Wer die letzten Stadtverordnetensitzungen mit angesehen hat, war entsetzt über die Teilnahmslosigkeit und Schläfrigkeit dieser Körperschaft. Monoton die Stimme des Berichterstatters, monoton und unverständlich die Stimme des Vorstehers. . . . „Erhebt sich kein Widerspruch?" „Angenommen." Strich mit dem Blaustift.

So gings auch mit fast sämtlichen Punkten der gestrigen Tagesordnung. Kein Widerspruch . . . . angenommen . . Halt, doch! Bei dem Punkt: Ausschreibung der Stelle eines besoldeten Stadtrats, meldete sich der Rechtssozialist Kowalski zum Wort und stellte den Antrag, die Sache bis nach der Wahl zu vertagen. Herr Levinsohn hielt dieses nicht für nötig, da es sich nur um die Ausschreibung der Stelle handelte und nicht um Anstellung. Geplant war von Seiten der bürgerlichen Stadtverordneten eigentlich etwas anderes in dieser Angelegenheit. Aber die Volksstimme, die vor jedem Stadtverordneten lag, hatte sie wohl eines besseren belehrt. Noch eine Reihe anderer Gegenstände wurde in der eingangs geschilderten Weise behandelt. Angefröstelt durch das Eintönige, verließ ich fluchtartig den Zuhörerraum. ...ld.

Elbinger Polizeinachrichten

In der Nacht zu heute wurde bei Herrn Kaufmann Dude eine Schaufensterscheibe eingeschlagen. Es wurden ein Paletot und ein Regenmantel gestohlen.

In unserer gestrigen Notiz unter diesem Titel ist eine Unklarheit unterlaufen. Die drei Leute sind durch das Reichs-Wasserschutzamt festgenommen.

Keine Tanzlustbarkeiten

Wie uns mitgeteilt wird, dürfen am heutigen Tage weder öffentliche noch private sowie geschlossene Tanzlustbarkeiten stattfinden. Maßgebend hierfür ist eine Verordnung vom Jahre 1906.

Raummangel

Plötzlicher übergroßer Inseratenandrang nötigte uns, die Aufnahme einer Anzahl Artikel und Notizen zurückzustellen. Wir werden es möglich zu machen suchen, den Ausfall im Laufe der nächsten Tage einzuholen.

Ostdeutsche Nachrichten

Brand im Rathause zu Graudenz

Am 20. November mittag gegen 2 Uhr brach im Rathaus in Graudenz Feuer aus. Fast schien es so, als sollte nach nunmehr über 26 Jahren das Rathaus wiederum vollständig das Opfer eines Brandes werden. Damals, am 25. Juni 1893, gelang es der Wehr bei der primitiven Löschvorrichtung nicht, das am Markt 3/4 gelegene Rathaus zu retten, so daß es gänzlich ausbrannte. Und nun drohte dem jetzigen Rathause dieselbe Gefahr.

Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise — man nimmt an, daß Reinigungsfrauen noch glühende Asche der Ofenheizung in Holzgefäßen stehen ließen — brach im Dachstuhl neben dem Turm das Feuer aus und griff schnell auf den Turm und den nach der Speicherstraße und Weichsel gelegenen Seitenflügel über. Einen traurigen Anblick bot der brennende Turm, der gleich einer helleuchtenden Fackel über dem Ganzen zu schweben schien und der dann mit polterndem Getöse herunterstürzte. Die auf dem Boden lagernden Akten konnten zum Teil noch gerettet werden, wodurch ein für die Nachbarhäuser äußerst gefährliches Flugfeuer verhindert wurde. Durch das tatkräftige Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr konnte das Rathaus vor der vollständigen Zerstörung bewahrt werden, dennoch sind der Dachstuhl des großen Gebäudes und die in diesem befindlichen Bureaus fast vollständig vernichtet worden. Ebenso sind durch große Wassermengen die Räume im Hauptgeschoß unbenutzbar geworden und die Zwischendecken vom Feuer angefressen. Gegen siebeneinhalb Uhr abends hatte die Feuerwehr den Brand so weit gelöscht, daß die Zurücklassung einer Brandwache genügte, um ein Wiederaufflackern des Feuers zu verhindern. Die Aufräumungsarbeiten sind in vollem Gange und werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Ostsee-Küstenschiffahrt

Aus Stettin wird berichtet: Die Freigabe der Küstenschiffahrt brachte zwar eine leichte Besserung, doch bewegte sich diese in mäßigen Grenzen. Eingegangen sind rund 30 000 t Erz gegen rund 70 000 t im September, ferner rund 50 000 t Heringe gegen 45 000 t im Vormonat. Die Holzankünfte von Ost- und Westpreußen haben ganz aufgehört, während kleinere Ladungen Lebensmittel von und über Kopenhagen eintreffen. Ausgegangen sind rund 7 000 t Brennstoffe nach den preußischen Ostprovinzen und mehrere tausend Tonnen Stückgüter wurden befördert. Insgesamt sind seewärts eingegangen 60 (110 im Vormonat) Schiffe beladen und 10 (30) Schiffe leer, ausgegangen 90 (60) Schiffe beladen und 40 (70) Schiffe leer.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Die Gasabgabe

findet **ab 23. d. Mts.** bis auf weiteres von **6** bis **8 Uhr morgens** und von **5** bis **9 Uhr abends** statt.

Elbing, den 21. November 1919.

Städt. Gaswerksverwaltung.

Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband.

Montag, den 24. d. Mts., abends 6 Uhr:

Versammlung

im Volkshaus, kleiner Saal.

Referent: Kollege **Ruth-Königsberg.**

Die Ortsverwaltung.

Konfessionslose Vereinigung zu Elbing!

Beitrittserklärungen werden entgegengenommen in den Geschäftsstellen: Frl. **Gloede,** Am Lustgarten 1b, **F. Hippler,** Leichnamstraße 94, **A. Grunwald,** Spieringstraße 21.

Der Nachweis des Kirchenaustritts ist vorzulegen.

Vierteljahresbeitrag 75 Pfg. für Einzelne, 1 Mk. für Eheleute, 50 Pfg. für jedes weitere über 18 Jahre alte Familienmitglied. Eintrittsgeld 50 Pfg. pro Person.

Aufnahmeberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Personen vom 18. Lebensjahre ab. Alle weiteren Auskünfte werden in den Geschäftsstellen erteilt.

Der Vorstand. **Dr. Kranz II,** 1. Vorsitzender.

Stadttheater Elbing

Sonntag, den 23. November, abends 7½ Uhr:

Der fliegende Holländer

Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Montag, den 24. November:

Auf allgemeinen Wunsch

Fuhrmann Henschel

Schauspiel in 5 Akten von Gerhard Hauptmann.

Dienstag, den 25. November

Der

Barbier von Sevilla

Komische Oper in 2 Akten von A. E. Rossini.

Gebrauchte

Spiegel und Spiegelgläser

kauft laufend

Siebert, Junkerstr. 14.

1 hübscher, jung. Hund

zu verkaufen Hauptstr. 26.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Vermählung sagen herzlichsten Dank

Fritz Will und Frau

Helene geb. Schomacker.

Im Jahre 1920 steht die **Verjährung der Sparguthaben** der nachstehenden Sparbücher bevor:

Nr.	64544	**Elisabeth Jordan**
"	68668	**Heinrich Sckenk**
"	71829	**Martin Zikoll**
"	72640	**Hedwig Ständer**
"	73243	**Elise Quapp**
"	74103	**Adolf Rupelius**
	74481	**Minna Kling**
	74600	**Gottfried Golzt**
	74703	**Carl Petermann**
	75667	**Gottfried Springstein**
	75683	**Peter Harms**
	76198	**Friedrich Fischer**
	76255	**Paul Link**
"	76833	**Helene Grundtmann**

Es wird daher baldige Vorlegung dieser Bücher empfohlen.

Elbing, den 8. November 1919.

Der Vorstand der städt. Sparkasse Elbing.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Vertrauensmänner-Sitzung

Mittwoch, den 26. d. M., abends 6 Uhr, im Volkshause.

Erscheinen aller Vertrauensmänner unbedingt erforderlich.

Nachtragsgemeindesteuern für 1919.

Für das Steuerjahr 1919 wird mit Genehmigung des Bezirksausschusses in Königsberg neben den bisherigen 350 v. H. Zuschlag ein weiterer Zuschlag von 50 v. H. zur Staatseinkommensteuer und zu den fingiert veranlagten Steuersätzen als Gemeindeabgaben erhoben werden unter Anwendung der Novelle zum Kommunalabgabengesetz vom 4. Juni 1919 und unter Freilassung der Einkommen bis zu 1500 Mk.

Der Normalsteuersatz ermäßigt sich bei einem Einkommen von:

1500—1650	Mk.	um 90	v. H.
1650—1800	"	" 80	"
1800—2100	"	70	" "
2100—2400	"	" 60	" "
2400—2700	"	" 50	" "
2700—3000	"	40	"
3000—3300	"	30	" "
3300—3600	"	20	" "
3600—3900	"	" 10	" "

Die Einkommen von 3900—9500 Mk. werden vom Normalsteuersatz veranlagt.

Dagegen erhöht sich der Normalsteuersatz bei einem Einkommen von:

9500—20 500	Mk.	um 20	v. H. des Zuschlages zur Staatssteuer gemäß Gesetz vom 8. 7. 19
20 500—30 500	"	" 30	" " "
30 500—50 000	"	" 40	" " "
50 000—76 000	"	" 60	" " "
76 000—100 000	"	" 80	" " "
100 000 Mk. und darüber			100 v. H. "

Elbing, den 18. November 1919.

Der Magistrat.

Restaurant „Zur Theaterhalle"

(am Stadttheater)

empfiehlt seine Räume zum **gemütlichen Aufenthalt**

Stadtverordnetenwahl.

Nachweisung

der Stimmbezirke, Wahllokale, Wahlvorsteher und deren Stellvertreter

für die auf den

30. November d. Js.

anberaumten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Elbing.

Nr. des Stimmbezirks	Straßen und Plätze, die den Stimmbezirk bilden	Wahllokal	Wahlvorsteher	Stellvertreter
I.	Am Elbing Am Wasser Berliner Chaussee Berlinerstraße Börsenstraße Claaßenhöfchen Grubenhagen Nr. 31 bis Ende Lange Bahn Mohrchenstraße Müllerstraße Schiffer auf dem Elbingfluß Schiffstraße Schillingsbrücke Schwedenstraße Wallstraße Wansau Wasserstraße	Marienschule, Wallstr. 2	Kaufm. Fritz Preuß, Börsenstr. 4	Büroassistent Goldkuhle Gr. Hommelstr. 9
II	Am Kraffohlsdorferweg Conventstraße Danzigerstraße Grubenhagen Nr. 1 bis 30 Heringstraße Klosterhof Körperstraße Kraffohlsdorf, soweit zum Stadtkreis Elbing gehörig Kürschnerstraße Schiffsholm Schleusendamm Tiegenhöfer Chaussee Wilhelmstraße Nr. 55 bis 62 Wollstraße	Gastwirtschaft Senger, Tiegenhöf. Chaussee 2/3	Orgelbaumeister Witteck, Wilhelmstraße 56	Kaufm. Albert Frühstück, Grubenhagen 1
III	Alter Markt Am Markttor Am Schmiedetor Allst. Wallstraße Fischerstraße Kettenbrunnenstraße Markttorstraße Mauerstraße Schmiedestraße Spieringstraße Wilhelmstr. Nr. 1—54 Wollweberstraße	Augusta-Viktoria-Schule, Altstädt. Wallstraße 16/17	Kaufm. Praß, Alter Markt 10/11	Gewerkschaftssekretär Finsel, Spieringstraße 15
IV	Am Lustgarten Brückstraße Burgstraße Fleischerstraße Dienerstraße Gymnasiumstraße Gr. Hommelstraße Gr. Hommelstallstr. Heil. Geiststraße Kl. Hommelstraße Kl. Hommelstallstraße Kalkscheunstraße Stadthofstraße Theaterplatz	Knabenmittelschule, Burgstraße 16a	Brauereibesitzer Ullrich, Heil. Geiststraße 3	Rektor Brettschneider, Hansastr. 3
V	Fischervorberg Holzstraße Innerer Vorberg Jungferndamm Kreuzstraße Neustädt. Fähre Ritterstraße Roßwiesenstraße Storchstraße	Volkshaus, Holzstr. 4	Oberpostassistent Tiefensee, Jungferndamm	Kassenassistent Gäbel, Ritterstraße 24
VI	Grabenstraße Holländerstraße Inn. Marienburgerdamm Schottlandstraße Zimmerstraße	Luisen-Schule, Holländ. Straße 10	Direktor Zwarg, Schottlandstraße 8/9	Büroassistent Braun, Holländ. Straße 23
VII	Aeußerer Mühlendamm 1—9 und Nr. 90—100 Bekleidungs-Instandsetzungswerkstätte Bismarckstraße Friedrichstraße Friedrich-Räuberstr. Friedr.-Wilhelmplatz Hohezinnstraße Hospitalstraße Jakobstraße Inn. Mühlendamm Kehrwiederstraße Moltkestraße Mühlenstraße Nitschmannstraße Pfefferstraße Poststraße Roonstraße Sturmstraße Taubenstraße Töpferstraße Vorbergstraße	Gewerbehaus, Kehrwiederstraße 1/2	Studienrat Dr. Müller, Innerer Mühlendamm 11	Oberlehrer Dr. Pilch, Aeußerer Mühlendamm 3
VIII	Bleicherstraße Grünstraße Nr. 1—13 und 54 bis Ende Hansastraße Königsbergerstraße Nr. 1—25 und 101 bis Ende Kegelstraße Heil. Leichnamstraße Nr. 1—7	Erholungsheim, Löserstraße 3	Rentier Max Lehmann, Königsbergerstraße 4	Lehrer Paul Sommerfeldt, Königsbergerstraße 4
IX	Kastanien-Allee Nr. 1 bis 12 u. 99 bis Ende Hl. Leichnamstr. Nr. 8 bis 57 und 118—141 1. Niederstraße 2. Niederstr. Nr. 1—6 Löserstraße Logenstraße Predigerstraße Sonnenstr. Nr. 1—15 und 66 bis Ende Traubenstraße	Schichau-Schule, Leichnamstraße 141	Lehrer Gerth, Kastanienallee 108	Gewerkschaftssekretär Baude, I. Niederstraße 1
X	Brandenburgerstr. Gr. Lastadienstraße Gr. Stromstraße Kl. Lastadienstraße Kl. Stromstraße Kastanien-Allee 13 bis 36 u. Nr. 90—98 Heil. Leichnamstraße Nr. 141b bis Ende Maasstraße 2. Niederstraße Nr. 7 bis Ende 3. Niederstraße Reiferbahn Schichaustraße Schiffbauplatz Treideldamm Ziegelscheunstraße Ziegelwerder	Nicolaischule, Reiferbahn Nr. 10	Stadtsekr. Büttner, Heil. Leichnamstraße Nr. 144	Fabrikbes. Lemke, Reiferbahn 11
XI	Gr. Wunderberg Kl. Wunderberg	Passenheims Festsäle, Ziegelscheunstr. 9	Lehrer Glowitz, Königsbergerstraße 12	Parteisek. H. Schulz, Großer Wunderberg 53
XII	Heil. Leichnamstr. Nr. 58—70 und 99—117 Gr. Rosenstraße Kl. Rosenstraße Sternstraße Nr. 1—12 und Nr. 47 bis Ende	Margaretenschule, Sternstraße 54	Mag.-Sek. Quandt, Sternstraße 9a	Töpfer u. Eigentüm. Karl Braun, Sternstr.
XIII	Hochstraße Nr. 1—38 Kantstraße Kl. Teichhof Königsbergerstr. Nr. 26—100 Reservelazarett Taubstummenheim Sternstr. Nr. 13—46 Stolzenmorgen Vogelsang Waldschlößchen	Lokal von Hermann May, Königsbergerstr. Nr. 88/89	Lehrer Winkler, Kantstr. 2	Ingenieur Aßmann, Königsbergerstraße 42
XIV	Hochstraße Nr. 81 bis Ende Kastanien-Allee Nr. 27—65 u. Nr. 72—89 Heil. Leichnamstraße Nr. 71—98 Mattendorffstraße	Gastwirtschaft von Hill, Heil. Leichnamstraße 96	Fabr.-Dir. Vandenesch, Kastanien-Allee 82	Lehrer Krüger, Paulikirchstr. 9
XV	Brauereistraße Englisch Brunnen Hochstraße 39/40—80 Kürschnersreihe Pangritzstraße Paulikirchstraße Querstraße	Gasthaus Alte Welt, Paulikirchstr. 8	Prokurist Herzfeld, Englisch-Brunnen	Brauereidirektor Günthert, Englisch-Brunnen
XVI	Adalbertkirchstraße Benkensteinerstraße Hauptstraße Hinterstraße Kastanien-Allee Nr. 66—71 Klosterstraße Lärchwalderweg Schloßstraße	Gasthaus Concordia Hauptstraße 40	Rektor Haupt, Hauptstraße 12	Zigarrenfabrikant Lange, Hauptstr. 1
XVII	Aeuß. Mühlendamm Nr. 10—26 u. Nr. 61 bis 89 Blumenstraße Johannisstr. Nr. 14 bis Ende St. Annenplatz	Berg-Schule, Aeußerer Mühlendamm 94	Mag.-Büroass. Wohlgemuth, Alter Markt 34	Rektor Pettelkau, Aeußerer Mühlendamm 85
XVIII	Aeuß. Mühlendamm Nr. 41—60 Bergstraße Kl. Röbern Neuegutstraße Pulvergrund Sanssouci Strauchmühle Thumberg Wittenfelde Wittenfelderstraße	Lokal von Alshuth, Neuegutstraße 21	Stadtbauführer Zimmer, Aeußerer Mühlendamm 37a	Mühlenbesitzer Pfaffendorf, Aeußerer Mühlendamm 47
XIX	Aeuß. Mühlendamm Nr. 27—40 Grünstr. Nr. 14—53 Ilgnerstraße Sonnenstraße Nr. 16 bis 64/65	Annen-Schule, Sonnenstraße 63	Mag.-Reg. Karau, Ilgnerstraße 10	Lehrer Glawe, Sonnenstraße 42
XX	Am Holländertor Ankerstraße Baderstraße Bahnhofstraße Dietrichstraße Herrenstraße Holländer Chaussee Nr. 1—18a Johannisstr. 1—13 Junkerstraße Militär-Meldeamt Neust. Grünstraße „ Rosenstraße „ Schmiedestr. „ Stallstraße „ Wallstraße Schulstraße	Hotel Weißer Löwe, Junkerstraße 61	Lehrer Raffel, Herrenstr. 41/43	Gewerkschaftssekretär Müller, Hohezinnstraße 1
XXI	Aeuß. Marienburgerdamm Bahnwärterhaus 28 Drausenkampe Kolonie Trettinkenhof Petristraße	Restaurant von Richard Böttcher, Aeußerer Marienbgd. 13	Kaufm. Carl Marm, Aeußerer Marienburgerdamm 8a	Mag.-Sekr. Budweg, Holländ. Straße 23
XXII	Ackerstraße Feldstraße Flurstraße Gartenstraße Gr. Zahlerstraße Kl. Zahlerstraße Wiesenstraße	Bahnhofshotel Holl. Chauss. 22	Lehrer Karl Krause, Große Zahlerstr. 15	Büroassistent Kraska, Blumenstraße 19
XXIII	Bahnhof Bahnhofskommandantur Baumschulenweg Comeniusstraße Fliegerstation Garnisonlazarett Holländer Chaussee Nr. 18b bis Ende Kriegsverpflegungsanstalt Neustädterfeld Pott-Cowlestr. Nr. 1 bis 7 und Nr. 11 bis Ende Trettinkenhof Trusostraße	Hotel Stadt Elbing, Holländer Chauss. 30	Kaufm. Schuppenhauer, Holländer Chauss. 27	Schlachthoftierarzt Ilgner, Hindenburgstr. 4b
XXIV	Georgendamm Hindenburgstr. Nr. 1 bis 1c und Nr. 20b bis Ende Hochmeisterstraße Karlstraße Lindenstraße Talstraße	Städt. Gewerbeschule, Georgendamm 31	Zeichenlehrer Rosenow, Georgendamm 2	Büroassistent Paul Berk, Grünstraße 29
XXV	Am Stadtfeld Arndtstraße Blücherstraße Infanterie-Kaserne Abwickelungs-Kommando Infanterie-Regt. 148 Abwickelungs-Kommando Pferdedepot XX. A.K. Friesestraße Garnison-Verwaltg. Gneisenaustraße Hindenburgstr. Nr. 2 bis 20a Landwehrstraße Mackensenstraße Pestalozzistraße Pott-Cowlestr. Nr. 8 bis 10 Weingarten, soweit zum Stadtkreis Elbing gehörig Yorkstraße	Elbinger Soldatenheim, Hindenburgstr. 5a	Fabrik-Inspektor Ludwig, Hindenburgstr. 4d	Mag.-Registr. Lender, Hindenburgstr. 9

In der Stadt Elbing sind 60 Stadtverordnete zu wählen

Die Wahlhandlung beginnt am 30. d. Mts. um 9 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Die Wahlhandlung und die Ermittelung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

Zur Stimmabgabe dürfen nur diejenigen zugelassen werden, deren Namen in den Wählerlisten verzeichnet sind.

Zwecks beschleunigter Abwickelung des Wahlgeschäfts werden den Wählern in den nächsten Tagen Benachrichtigungen über die erfolgte Eintragung in die Wählerlisten zugehen, die bei der Wahl als Ausweis vorzulegen sind.

Werner wird dringend ersucht, darauf hinzuwirken, daß Familienmitglieder und Einwohner eines Hauses möglichst zusammen zur Wahl erscheinen.

Der Bestimmung in § 33 Abs. 3 der Wahlordnung vom 30. November 1918 entsprechend, ist in jedem Wahllokal entweder durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstische getrennten Nebentischen Vorsorge dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zugangs zu dem Nebenraume oder Nebentisch aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, steckt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt unter Vorzeigung des Wahlausweises seine Nr., unter der er in die Wählerliste eingetragen ist, ferner seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung. Nachdem der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, übergibt der Wähler den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen, und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die nicht in den abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlage abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wählern, die sich nicht an den Nebentisch oder in den Nebenraum begeben haben.

Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentisch nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

Ueber die Beschaffenheit und Größe der Stimmzettel gilt das in der Bekanntmachung des Wahlvorstandes vom 5. d. Mts. Gesagte.

Je ein Abdruck des Reichswahlgesetzes, der hierzu erlassenen Wahlordnung, der Verordnung betreffend die Regelung des Gemeindewahlrechts und der Bekanntmachung des Wahlausschusses über sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge wird in den Wahlräumen zur Einsicht ausliegen.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß nach § 10 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 das Wahlrecht nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden kann, wo der Wahlberechtigte in die Liste eingetragen ist.

Die Wählerlisten sind auf Grund der Personalkarten des Ernährungsamtes aufgestellt. Die Eintragung der Wähler in die Wählerlisten ist nach der Wohnungsangabe erfolgt, die sich am 20. Oktober d. Js. auf den gelben Markenausweiskarten befand.

Elbing, den 21. November 1919.

Der Magistrat.

Karbidabgabe

Nachdem die Gasanstalt ihren Betrieb wieder teilweise aufgenommen hat, werden mit Rücksicht darauf, daß Karbid der Zwangsbewirtschaftung nicht unterliegt, die von hier bezüglich der Verausgabung ergangenen einschränkenden Bestimmungen aufgehoben.

Elbing, 22. Novbr. 1919.

Der Magistrat.
Brenn- u. Leuchtstoffamt.

Viehzählung

Auf Grund einer früheren Buudesratsverordnung findet **am 1. Dezember 1919** wiederum eine Viehzählung statt.

Zur Ausführung dieser Zählung sind von uns Zählkommissare ernannt, die sich durch Zählpapiere ausweisen.

Die Zählung dient **nur zu statistischen Zwecken,** nicht zu Steuerzwecken.

Haushaltungsvorstände, welche Vieh halten, **sind zur Erteilung von Auskunft verpflichtet.**

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollkommene Angaben macht, wird mit **Gefängnis bis zu sechs Monaten** oder mit Geldstrafe bis **zehntausend Mark** bestraft.

Auch kann Vieh, dessen Vorhandenseinverschwiegen wird, für den Staat als verfallen erklärt werden.

Elbing, 15. Novbr. 1919.

Der Magistrat.

Das Brenn- und Leuchtstoffamt

teilt mit:

Durch das Inkrafttreten des Branntweinmonopols am 1. Oktober ist eine anderweite Festsetzung der zur Abgabe gelangenden Spiritusmenge, die auf die von der Stadt verausgabten weißen Marken zur Verteilung gelangte, erfolgt. Es darf monatlich nicht mehr als 2000 Liter auf diese Marken ausgegeben werden. Da der Termin des Inkrafttretens des Monopols nicht bekannt war, ist der Uebelstand eingetreten, daß alle Marken, die vor dem 1. Oktober ausgegeben, aber nicht eingelöst worden waren, bei ihrer nachträglichen Einlösung auf das monatliche Quantum zur Abrechnung gekommen sind. Die Anzahl der im Umlauf befindlichen und vor dem 1. Oktober nicht eingelösten Marken muß jedoch sehr hoch gewesen sein, da die monatlich zustehende Menge bereits um ein mehrfaches überschritten ist. Es können daher bis auf weiteres, von den von der Stadt hergestellten Marken, keine mehr zur Ausgabe gelangen. Die bei den in Frage kommenden Stellen erhobenen Vorstellungen um Erhöhung der Menge sind bisher ergebnislos verlaufen.

Elbing, den 21. Novbr. 1919.

Der Magistrat.
Brenn- u. Leuchtstoffamt.

Männer- und Frauen-Gesangverein „Liederfreund".

Die **Uebungsstunden** werden wieder **aufgenommen.**

Montag, d. 24. abds. 6 Uhr
Frauenchor

Mittw., d. 26., abds. 6 Uhr
Männerchor.

Die Aula ist geheizt.

Der Vorstand.

1 Vertiko, 1 Sofatisch

zu verkaufen
Kreuzstr. 10, 1 Tr. rechts.

Gebr. Lublinski :: Elbing

empfehlen ihre **grossen Läger** in

Leinen :: Baumwollwaren
Flanellen, Barchenden in farbig u. bedruckt
Bettinletts und Kleiderstoffen für Haus und Gesellschaft

Infolge frühzeitigen Einkaufs sehr preiswerte Qualitäten!

Arbeiter! Mitbürger! Frauen!

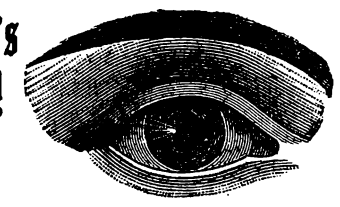
Der Wahlkampf tobt! Die Bürgerlichen versuchen, **ihre anrüchigen Namen zu verbergen.** Mit **acht Listen** wollen sie auch **euch überlisten! Sie wollen euch damit kopfscheu machen.** Gebt ihnen nicht eure Stimmen, **sondern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei!** Das ist die zielbewußte Kämpferin für eure, der großen Gesamtheit, Interessen.

Darum wählt nur die

Liste Baude—Köhler!

Die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Elbing.

Geht's Dein Aug' an



Geh' zu Müller 'ran!

Optische Centrale, Elbing,
Fischerstraße 32/33. Fernruf 987.

Nr. 2 Nur Alter Markt Nr. 2

Großes Lager von goldenen und silbernen
Anker- sowie Zylinder-Uhren.
Moderne Salon-Uhren
Ketten, Ringe, Anhänger.
Eigene Reparatur-Werkstätte
in Uhren aller Art.
Paul Mulack Nachflg.,
Aug. Krüger, Uhrmacher,
Nr. 2 Alter Markt Nr. 2.

Neue Apparate
auch mit Starktontrichter, besonders laut spielend!
Bandonions
von **200—600 Mk.**
Wiener Harmonikas
nur allerbestes Fabrikat.
Emil Schaefer,
147 Leichnamstraße 147.

Wollen Sie Möbel kaufen?

Besichtigen Sie meine Möbel-Ausstellungsräume ohne jeden Kaufzwang

Kriegsanleihe nehme in Zahlung :: Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Möbelhaus S. Maltenfort
Alter Markt 5.

Wer bei der jetzigen Lebensverteurung
Stimmen will gegen zu hohe Besteurung
Daß nicht so bald wird der Geldbeutel leer
Geb' seine Stimme für Wegmann und Zehr.

Polnische Apotheke
M. Riebensahm,
Junkerstr. 22.
Lieferantin sämtlicher Krankenkassen,
Lager aller Spezialitäten,
Verbandstoffe, Drogen, Mineralwässer.

Guter Wollstoff
zum Anzug oder Kostüm sowie **neue Steppdecke** billig zu verkaufen
Sonnenstr. 4, u.

Versandkartons,
Pack- und Pergamentpapier empfiehlt
Baschek, Herrenstr. 36.

Neue und gebrauchte
Bettgestelle mit Matratzen
billig zu verkaufen
Gehrke, Brauereistr. 3.

Kinderschuhe
Gr. 26 gegen Gr. 30
zu verkaufen oder vertauschen
Wagner, Wittenfelderstr. 26

1 neuer Herren-Anzug
billig zu verkaufen
Gr. Wunderberg 47.

Beschäftigungs- und Gesellschaftsspiele,
Bilderbücher, Jugendschriften,
Märchenbücher in großer Auswahl.
S. Marcus, Papierhandlung,
Alter Markt 63. Fernruf 953.

Im Haushalt erfahrenes Mädchen
oder alleinstehende Frau in angenehme Stellung **zum** sofort gesucht.
Frau **Klinger,** Neust. Schmiedestr. 9—14.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 28 | Montag, den 24. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Funkspruch von Lenin. Ein Moskauer Funkspruch meldet das Ende der Gegenrevolution. Unter den Truppen Denikins schreitet die Auflösung fort. An der Front von Zarizyn herrscht in der Armee des Generals Wrangel eine wahre revolutionäre Bewegung. Ganze Einheiten verlassen die Front und ziehen plündernd durch die Dörfer. Noch größer ist die Furcht vor Unruhen im Inlande. In Rostow droht der Gouverneur mit strengen Maßnahmen gegen die geringste Störung der Ordnung. In der Ukraine ist auf dem rechten Ufer des Dnjepr der Eisenbahnerstreik allgemein, da Denikin über 20 000 des Bolschewismus verdächtige Angestellte entlassen hat. Der sibirischen Zeitschrift Zora zufolge sind in Omsk und anderen sibirischen Städten ernste Unruhen gegen die von Koltschak angeordnete Mobilisierung ausgebrochen. Die Mobilisierung der Kosaken und Kirgisen in der Gegend von Omsk ist vollkommen gescheitert.

Das darbende Wien. Die Kohlensituation in Wien erreichte nach dortigen Blättern jetzt einen noch nie dagewesenen Tiefstand. Für das städtische Elektrizitätswerk langten an einem der letzten Tage 51 Tonnen Kohle an, während der Verbrauch 1600 Tonnen beträgt. Fast alle Mittelschulen gaben ihren Schülern für die kommende Woche Kälteferien die wahrscheinlich noch länger ausgedehnt werden. Auch die Lebensmittelverhältnisse sind angesichts des Ausbleibens auswärtiger Zufuhren tieftraurig geworden.

Das Existenzminimum. In der Berliner Freiheit wird eine vom 4. November stammende Aufstellung besprochen, nach der das städtische Lebensmittelamt in Solingen unter Hinzuziehung von sieben gewerkschaftlichen Beamten und drei Hausfrauen das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im dortigen Industriebezirk auf wöchentlich 240 Mark, also monatlich 1040 Mark, jährlich 12480 berechnet hat.

Norwegische Hilfsaktion. In Norwegen hat eine Hilfsaktion gegen den Hunger in Zentraleuropa eingesetzt. Die Organisation liegt in den Händen des norwegischen Roten Kreuzes, des Bundes der Landwirte und des Nationalrates der norwegischen Frauen. Sammlungen in allen Städten Norwegens sollen abgehalten werden. Alle 80 Jugendverbände Norwegens haben sich dem Komitee zur Verfügung gestellt. — Hoffentlich merkt Zentraleuropa bald etwas von der Aktion.

500 000 Stimmen mehr. Der Populaire teilt mit, daß die Sozialisten **1 700 000** Stimmen erhalten haben. Longuet führt in einer Besprechung hierzu aus, daß die sozialistische Partei seit den letzten Wahlen eine Zunahme von ungefähr 500 000 Stimmen zu verzeichnen hat. Er meint, auf Grund dessen werde die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Sitze doppelt bemerkbar, da den Sozialisten nicht 55 Sitze, sondern mindestens 130 bis 150 Sitze auf Grund des Stimmenergebnisses hätten zufallen müssen. Aber die Koalition der bürgerlichen Parteien, die gegen die Sozialisten Front gemacht hätten, und vor allem das ungerechte Wahlsystem hätten bewirkt, daß die neue Kammer die reaktionärste seit 1871 sein und die Volksvertretung geradezu eine Karikatur der Wünsche und Strömungen im Volke bilden werde.

Fortdauer des amerikanischen Riesenstreiks. Der Times wird aus Washington gemeldet: Der Bergarbeiterstreik bereitet neue Schwierigkeiten. Es ist jedermann klar, daß der Versuch der Regierung, die Streikenden durch einen Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, völlig fehlgeschlagen ist. In der Mehrzahl der Bergarbeiterzentren sind die Arbeiter immer noch im Ausstand und sie werden darin vielfach von den örtlichen Führern unterstützt. Vielfach sei die Absicht bemerkbar, den Streik fortzusetzen, bis die Konferenz in Washington das von den Arbeitern gewünschte Ergebnis gezeitigt hat.

Gustav wird energisch. Noske hat den Offizier, der die Parade vor Hindenburgs Wohnung aufführen ließ, verhaften lassen. Gegen Major von Lützow, der ohne Befehl am Montag eine Truppenabteilung in die Hitzigsstraße führte, hat er zuerst eine Arreststrafe verfügt. Hoffentlich ist das nicht Noskes Ende!

Volksvertreter. Nach einer Pariser Depesche der Deutschen Allgemeinen Zeitung entsendet Elsaß-Lothringen in die französische Kammer Abbé Wetterle, Abbé Müller, Pastor Scheer aus Mühlhausen, Pastor Altorfer-Weißenburg, die Fabrikanten de Wendel und Simonin, den Arbeiter Biegel, die Redakteure Seltz vom Elsässer und Charles Frey von der Neuen Straßburger Zeitung.

Die Nachricht muß unvollständig sein und wohl nur bürgerliche Vertreter betreffen, weil in Elsaß-Lothringen die sozialdemokratische Liste eine ungewöhnliche starke Stimmenzahl vereinigte.

Hörsing geht. Unter Zuziehung Heines und anderer Groß-Mandarinen fand eine Sitzung statt, in der der Staatskommissar Hörsing die Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien beantragte. Der Antrag wurde abgelehnt. Darauf gab Hörsing folgende Erklärung ab:

„Nachdem mein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes hier keine Zustimmung findet, eine Ansicht, die ich sehr wohl zu würdigen weiß, kommt für meine Partei und mich in Frage, ob mit meinem Namen der Belagerungszustand weiter gedeckt werden kann. Meine Freunde nnd ich glauben, dies verneinen und die weitere Verantwortung denen überlassen zu müssen, die mit meinen Maßnahmen nicht einverstanden waren und sind. Aus diesem Grunde werde ich bei der Reichs- und Staatsregierung meine Dienstentlassung beantragen."

Endlich Friede. Dziennik Gdanski gibt eine Havas-Meldung vom 22. November wieder, nach der die letzten Beratungen über die Durchführung der Rechtsgültigkeit des Friedensvertrages am Dienstag beginnen sollen.

Im Garn der Rechtssozialisten

Die Volksstimme hat bereits kurz über die Einigungsverhandlungen zwischen der U. S. P. und den Rechtssozialisten berichtet. Was der Kenner der Verhältnisse befürchten mußte, ist eingetreten: unsere Danziger Genossen sind auf das Wahlmanöver der Rechtssozialisten hineingefallen. In seiner Sonnabendnummer bringt das freie Volk folgenden Bericht:

Die Einigung auf Grundlage der Diktatur perfekt.

Eine sehr interessante Lehre bot die gestern im Justizpalast stattgefundene gemeinschaftliche Vertrauensmännersitzung der S. P. und der U. S. P. Es zeigte sich, daß der Wille zur Einigung in den Massen vorhanden ist und daß auch den der S. P. angehörenden Arbeitern durchaus jedes Kampfmittel recht ist, um zum Ziel zu gelangen.

Die Leitung der Versammlung lag in Händen der Genossen Parteisekretär Krüger (S. P.) und Czarnecki (U. S. P.) Gen. Mau hielt das einleitende Referat, in welchem er eingehend die Begründung der Forderung der politischen Räte und der Diktatur des Proletariats gab. Seine Rede wurde von lebhaftem Beifall auch seitens der rechtssozialistischen Vertrauensmänner begleitet. Als Korreferent trat Gen. Loops auf, der seinen Standpunkt über Demokratie und Parlamentarismus entwickelte und dabei hauptsächlich mit Zitaten von Kautsky und Ströbel arbeitete.

In der Diskussion konnte man die Wahrnehmung machen, daß von der S. P. nur Führer das Wort hatten, während von unserer Partei ausschließlich Arbeiter sprachen. Das brachte den Rechtslern zunächst den Vorwurf ein, ob denn bei ihnen nur Führer und keine Arbeiter vorhanden seien. Gen. Schmidt (U. S. P.) wünschte, daß die Führer mehr zurücktreten und die Arbeiter aus den Betrieben ihre Ansicht kundgeben sollten. Die Führer der S. P. standen auf dem Standpunkt, daß im Freistadtbezirk die Diktatur nicht durchführbar sei, während die Vertrauensmänner der S. P. mit der Diktatur einverstanden zu sein schienen, was doch durch den lebhaften Beifall, welchen die Redner der U. S. P. auch von der Gegenseite erhielten, bewiesen wurde. Dr. Eppich (Rechtssoz.) meinte, es käme erstmalig nur darauf an, die Einigung zu den Wahlen herbeizuführen, wurde teilweise auch von seinen eigenen Anhängern unterbrochen und konnte sich kaum Gehör verschaffen. Gen. Borchert (S. P.) waren alle Mittel recht, um zum Ziel zu gelangen, auch die Diktatur, wünschte aber nicht eine direkte Festlegung des Wortes Diktatur. Die anderen Führer der S. P. widersprachen dem.

Hierauf bildete sich aus der Mitte der Versammlung eine Kommission und zwar die Genossen Grünhagen, Loops, Biester, Borchert (S. P.) und Mau, Raube, Rahn, Leschkowski (U. S. P.), welche sich zu einer engeren Beratung zurückzogen. Während derselben wurde die Weiterverhandlung vertagt. Als die Kommission wieder erschien, verlas Gen. Loops als Berichterstatter, folgende Erklärung:

> Nachdem in den Programmpunkten der beiden Parteien bis auf die Frage der Diktatur des Proletariats und der politischen Arbeiterräte eine Einigung erzielt ist, erklären die Unterzeichneten, daß zur Verwirklichung des Sozialismus jedes Kampfmittel, gegebenenfalls auch die Diktatur des Proletariats, angewandt werden kann.
>
> Grünhagen. Loops. Biester. Borchert.

Gen. Mau (U. S. P.) gab darauf die Erklärung ab, daß auf Grund dieser Entschließung seitens der S. P. er bereit sei, unter den Vertrauensleuten der U. S. P. für die Durchführung der Einigung zu wirken, und stellte den Antrag, daß sämtliche Führer und Vorstandsmitglieder beider Parteien, sowie Partei-, Gewerkschafts- und Konsumvereinsbeamte den Saal zu verlassen haben, damit die Arbeiter der Betriebe die Verhandlungen weiterführen sollen, welche eher zum Ziele gelangen würden. Vorsitzender Krüger machte hierauf ganz unangebracht den Einwand, der Antrag ließe sich nicht verwirklichen, da die U. S. P. in der Versammlung die Mehrheit habe. Da Gen. Krüger nicht abstimmen lassen wollte, führte Gen. Czarnecki die Abstimmung herbei. Der Antrag Mau wurde mit allen gegen 4 Stimmeu angenommen. Die Verhandlungen, welche um sechs Uhr ihren Anfang genommen hatten, tagten bis dreiviertel ein Uhr nachts. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die obige Erklärung als Resolution mit der Abänderung angenommen wurde, daß gegebenenfalls die Diktatur angewendet werden muß.

Ferner wurde beschlossen, daß heute (Sonnabend), abends 6 Uhr, wieder die Vertrauensleute beider Parteien gemeinschaftlich tagen sollten, um auf dem schnellsten Wege die Einigung herbeizuführeu.

Mit einem brausenden Hoch auf die geeinigte Sozialdemokratie nahm die voller Begeisterung erfüllte Versammlung ihr Ende.

Niemals ist ein größerer Bock geschossen worden, als der dieser „Einigung". Man braucht nur die beiden Namen Gehl und Frügel nennen, um in die Hohlheit dieser Komödie hineinzuleuchten. Ueberall sind die Mehrheitssozialisten in rapidem Abstieg begriffen. Zu Zehntausenden laufen ihnen ihre Wähler fort. Und doch dulden sie immer noch einen Noske, einen Scheidemann, einen Heine in ihren Reihen. Sie haben nicht die Kraft, sich von diesen Karikaturen von Sozialisten zu befreien. Auch die Danziger Rechtssozialisten waren am Ende. Das bewies ihr vor einigen Wochen abgehaltener Parteitag. Da kamen sie mit der „Einigung". Ich möchte ausdrücklich betonen, daß in dem vom Reiche abgerissenen Danziger Gebiet die Einigung noch notwendiger ist, als in Deutschland. **Aber unbedingt nötig war es, erst die Wahlen vorzunehmen und an deren Resultat die Bedeutungslosigkeit des „Mehrheitssozialismus" zu zeigen.** Erst mußte in dieser Hinsicht reiner Tisch geschaffen werden, dann konnten sich die Danziger Genossen mit der Einigung beschäftigen. Dann mußte aber nicht nur die Frage der Arbeiterdiktatur und der Räte zur Grundlage der Einigung gemacht **sondern auch die Frage der kompromittierten Führer der Rechtssozialisten zur Debatte gestellt werden. Das waren die Danziger Unabhängigen ihren Genossen im Reiche schuldig.** Ein Gehl, der der willfährigste Handlanger Noskes war, der den Arbeiterrat Danzig den bürgerlichen Parteien in die Hände zu spielen versuchte, der den Danziger Generalstreik mit sabotieren half, der immer und ewig den Mantel nach dem Winde hängte, ein Gehl, dessen Glaubensbekenntnis am 9. November lautete: „Es bleibt alles beim alten!" — dieser Gehl erkennt jetzt die proletarische Diktatur und die Räterepublik an! Ein Frügel, der wegen eines harmlosen Artikels die unabhängige Parteizeitung verbot und seine Schutzleute auf die Danziger Arbeiter losließ, wird künftig der „Genosse" des Parteisekretärs Mau sein! Gottvoll. Es wird die Einigungsschalmei geblasen und aus Tigern werden plötzlich Lämmer. Wer ist wirklich so dumm, daß er glaubt, Gehl und Frügel werden nun mit einmal anders als sie bisher Jahrzehnte gewesen sind? Diese Männer — und es gibt ihrer noch einige mehr in Danzig — mußten von den Rechtssozialisten fallen gelassen werden. Das war eine Vorbedingung der Einigung. Sie nach der Einigung zu beseitigen, ist unmöglich. Sie werden in der „geeinigten" Partei bleiben und die Arbeiter in Zukunft ebenso verschachern, wie sie es in der Vergangenheit getan haben.

Und da drängt sich die Frage auf: **sind die Danziger Einigungsverhandlungen mit Zustimmung und dauernder Information unseres Berliner Parteivorstandes geführt worden?** Nach meiner Kenntnis der Danziger Parteibewegung und des Parteivorstandes möchte ich das bezweifeln. Darüber wird ja wohl noch etwas zu reden sein.

Welche Folgen wird der Beschluß haben? Zunächst die, daß den Danziger Rechtssozialisten ihre fällige Wahlniederlage auf Kosten der U. S. P. erspart bleibt. Ob die beiden Richtungen mit einer oder mit zwei Listen in den Wahlkampf ziehen werden, bleibt sich gleich. Ihre unzufriedenen Wähler würden sie auch bei getrennten Listen nicht an die U. S. P. abgeben, denn „da die Einigung ja erfolgt, bleibt sichs ganz gleich wie ihr stimmt" werden ihre Führer ihnen sagen. Eine weitere Folge wird eine **Massenabwanderung von** Wählern aus den sozialistischen Lagern sein. Von den unabhängigen Genossen wird ein Teil die Einigung nicht mitmachen, sondern zu den Kommunisten gehen. Die Rechtssozialisten werden tausende Wähler an die bürgerlichen Parteien abgeben, weil diese Leute überhaupt keine Sozialisten sind und in der Einigung ein Bekenntnis zum Bolschewismus erblicken werden.

Unsere Genossen in der Provinz seien dringend vor den rechtssozialistischen Rattenfängermelodien gewarnt. Schon kommt aus Dt. Eylau die Nachricht, daß die Rechtssozialisten verzweifelte Anstrengungen machen, unsere Genossen zu sich hinüber zu ziehen. Genossen seid auf der Hut! Die Einigung wird kommen. Aber sie kommt nicht, indem wir uns mit den Arbeiterverrätern an einen Tisch setzen und zu kompromisseln anfangen. Es ist genug, daß wir einmal verkauft wurden. Die Entwicklung der künftigen Verhältnisse Danzigs wird lehren, daß die Danziger Arbeiter übel beraten waren, als sie sich in dieser Weise einseifen ließen.

Gustav Schröder.

Politische Rundschau

Deutschland

Vergebliches Bemühen

Wie die Noskidenhäuptlinge ihren Zöglingen „Liebe und Achtung" gewinnen wollen.

Das in Kassel-Wilhelmshöhe residierende Reichswehrgruppenkommando 2 erließ folgenden Geheimbefehl:

Wilhelmshöhe, den 16. Oktober 1919.

Reichswehrgruppenkommando 2.

Ic Nr. 2280/133 Pers.

Betr. Vereinswesen.

Die im **kommenden Winter zu erwartenden Kämpfe gegen den Umsturz** bringen es unweigerlich mit sich, daß die Reichswehr sich im steigenden Maße **bei weiten Teilen der Bevölkerung verhaßt macht,** und in der Bewertung durch die eigenen Volksgenossen immer mehr zur Polizeitruppe wird. Ganz besonders wächst diese Gefahr, wenn infolge von Schwierigkeiten in der Lebensmittelablieferung **militärisches Eingreifen auf dem Lande** nötig wird und auch damit das bisher **noch meist militärfreundliche platte Land** der Verhetzung verfällt. Die Folgen werden sich neben dem allgemein politischen Schaden auch **rein militärisch im Ausfall des ländlichen Ersatzes** unliebsam bemerkbar machen. Es ist daher nötig, **mit allen Mitteln die Achtung und Liebe,** die ehemals der alten Armee von der überwiegenden Mehrheit des Volkes gezollt wurden, auf die neue Reichswehr überzuleiten. Dies wird unter anderem auch dadurch geschehen können, daß die Träger der Ueberlieferung der ehemaligen Armee, die **Kriegervereine, Regimentsvereine usw. für die Reichswehr gewonnen** werden und dafür sorgen, daß zunächst unter ihren Mitgliedern, dann aber auch in weiteren Volkskreisen für den Reichswehrgedanken geworben wird. In erster Linie wird bei dieser Werbearbeit naturgemäß lediglich die Aufklärung über Wert und Bedeutung der Reichswehr und die Anbahnung enger Beziehungen zu diesen noch nationaldenkenden Kreisen stehen müssen, nach und nach wird sie auch praktisch für die Gewinnung von **Zeitfreiwilligen usw.** nutzbar zu machen sein.

Besonderer Wert wird darauf gesetzt werden müssen, bei dieser Werbearbeit nicht nur die älteren Mitglieder der Vereine zu erfassen, sondern ganz besonders auch **die jüngeren Kriegsteilnehmer und die Jugend zu gewinnen.**

Je mehr es der Reichswehr gelingt, auf dem Wege über diese Vereine in breiteren Volkskreisen Fuß zu fassen, um so eher wird es auch möglich sein, in diesen Kreisen durch die **Pflege von Erinnerung an die ruhmvolle Vergangenheit den nationaleu Gedanken** neu zu beleben, ohne den ein Aufstieg Deutschlands undenkbar ist.

Es werden dann einige Richtlinien gegeben. Unterzeichnet ist das Werbeschreiben von einem Generalleutnant Schoeler, der sich Oberbefehlshaber nennt.

Die Kriegervereine für Noskes Gewaltherrschaft zu gewinnen, dürfte nicht schwer fallen. Der nationalistischen Verhetzung der Jugend und jugendlichen Kriegsteilnehmer gilt es die sozialistische Aufklärung gegenüberzustellen. Interessant ist die Feststellung, daß die Noskiden sich nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande verhaßt gemacht haben. Es will eben keiner mehr etwas von ihnen wissen. Alle Versuche, ihnen Sympathie zu gewinnen, werden vergeblich sein.

Die Gefängnisfolter

Im Untersuchungsgefängnis des Landgerichts Essen sitzt immer noch der Kommunist Artur Thomas, ein hochgradig nervöser Mann, der seinerzeit sogar wegen schweren Nervenleidens vom Militär entlassen wurde. Wie sich für solche Gefangene das Gefängnisleben gestaltet, mögen zwei Schreiben aus dem Anfang des Oktober zeigen, die uns zugeflogen sind:

Beschluß.

Gegen den Untersuchungsgefangenen Artur Thomas wird, weil er sich unbotmäßig und frech dem Wärter gegenüber benommen hat, auf Grund der §§ 58, 59 der Gefängnisordnung eine Disziplinarstrafe festgesetzt, bestehend in Einziehung der Rauch- und Besuchserlaubnis und in Einziehung des Lebensmittelbezugs auf die Dauer von zwei Wochen.

Essen, den 2. Oktober 1919.

Landgericht, Strafkammer IV.

gez. Müller, Müller, Moenickes.

Essen, den 2. Oktober 1919.

(Name unleserlich), Gerichtsschreiber des Landgerichts

16. J. 377—19.

Beschluß.

Gegen den Untersuchungsgefangenen Artur Thomas wird gemäß § 58, Ziffer 6, der Gefangenen-Ordnung eine Arreststrafe von sieben Tagen, verschärft durch Einziehung des Bettlagers und Verdunkelung der Zelle unter Wegfall dieser Verschärfungen an jedem vierten Tage, weiter verschärft durch Einziehung der Besuchs- Rauch- und Paketerlaubnis für die Dauer von zwei Monaten verhängt, weil er einem Gefangenenaufseher äußerst frech gegenüber getreten ist, ihn auch beleidigt hat.

Essen, den 1. Oktober 1919.

Landgericht, Strafkammer IV.

gez. Reichling, Overesch, Grothnes-Sporr.

Ausgefertigt:

Essen, den 7. Oktober.

Stachem, Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Sieben Tage Arrest in dunkler Zelle ohne Bettlager ist für einen völlig gesunden Menschen eine schier unerträgliche Qual, wieviel mehr für einen nervenkranken Menschen, den man fast hysterisch nennen möchte. Dazu noch die Entziehung der Raucherlaubnis und Entziehung der Lebensmittel, die ihm von Verwandten und Freunden zukommen auf die Dauer von zwei Monaten! D. h. Thomas soll zwei Monate lang nur von der Gefängniskost leben, ohne die geringste Zulage. Ob das sein so geschwächter Körper aushält, erscheint sehr zweifelhaft. Und wofür diese harte Strafe? „Weil er einem Gefangenenaufseher gegenüber äußerst frech gegenübergetreten ist, ihn auch beleidigt hat!" So meldet der Beschluß der Strafkammer IV des Landgerichts Essen. Hat man bei diesem Beschluß das Nervenleiden des Untersuchungsgefangenen genügend in Betracht gezogen? Hat man die offenbar nach dem ersten Strafbeschluß außerordentlich gesteigerte Erregung des Thomas nicht in Rechnung gestellt? Es scheint nicht, denn sonst hätte man nach unserem Empfinden den Mann doch eher in eine Nervenheilanstalt anstatt in Dunkelarrest schicken müssen.

Wir haben volles Verständnis für das schwere Amt eines Gefängnisaufsehers und wissen, daß seine Aufgabe gerade bei nervösen Gefangenen außerordentlich schwer ist. Mit dem Untersuchungsgefangenen Thomas ist es ja auch schon öfter zu Zusammenstößen gekommen, wie aus folgendem Schreiben vom August d. Js. hervorgeht:

Der Erste Staatsanwalt. Essen, den 19. Aug. 1919.

16 J. 1045—19

Auf die Anzeige vom 29. Mai 1919 gegen den Gefangenenaufseher Hornig wegen Mißhandlung eröffne ich Ihnen, daß ich das Verfahren eingestellt habe. Der Beschuldigte bestreitet, Sie angefaßt und aus einem Raume geworfen zu haben. Nach den Bekundungen eines Gefangenen Helfenbein haben Sie geschimpft und sind der wiederholten Aufforderung des Beschuldigten, nach der Badezelle mitzukommen, nicht gefolgt. Deshalb hat der Beschuldigte Sie leise an der Schulter angerührt mit der Ermahnung, doch zu folgen.

J. V. Bach.

Ob die Berührung der Schulter wirklich so „leise" war, wie es hier heißt, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wir führen diesen früheren Fall nur an, um zu zeigen, wie für einen nervenkranken Mann die Untersuchungshaft außerordentlich schwer, ja durch die Verhängung von Dunkelarrest und Paketentziehung zur Folter wird. Sollte es wirklich nicht möglich sein, da Aenderung eintreten zu lassen?

Goldene Worte Noskes

1. **Ich bin der erste Soldatenrat** von Deutschland gewesen und habe mir die anderen Soldatenräte mühsam zusammengesucht.

2. Sobald in Berlin Ruhe eingekehrt ist, werde ich in der Provinz **Ordnung schaffen.**

3. Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, **ist sofort zu erschießen.**

4. Die Volksmarine-Division ist aufgelöst. Jeder frühere Angehörige der Volksmarine-Division, der noch mit der Waffe in der Hand betroffen wird, wird **nach Kriegsrecht behandelt.**

5. **Ich** habe seit der Revolution mit vielen **Offizieren** zusammen gearbeitet und müßte mich vor mir selber schämen, wenn ich nicht sagen würde, daß diese Männer mit einem außerordentlichen Maß von Selbstüberwindung **für das deutsche Volk Hervorragendes geleistet** haben. (Anmerkung der Red.: z. B. Vogel, Marloh, v. d. Goltz, Reinhard, Tamschick, v. Kessel, Pabst, Graf Westarp.)

6. **Um juristische Tüfteleien kümmere ich mich nicht.** Es entscheidet nur der Erfolg.

7. Es ist richtig, daß dauernd versucht wird, auf die Truppen **in monarchistischem Sinne** einzuwirken. Das Recht der Propaganda haben doch die Leute. Das **kann ich nicht verbieten.**

8. **Ich verbiete** jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen.

9. **Ich verbiete** jede wirtschaftliche Bedrohung und Schädigung (Boykott) der Angehörigen der Technischen Nothilfe. Ich verbiete die öffentliche schriftliche Beschimpfung **oder** Bedrohung der technischen Nothilfe in der Presse, in Flugblättern und Broschüren.

Polen

Die Reaktion in Polen

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat die Konferenz der Vertrauensmänner des Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter in Bzmbrowa folgende Resolution gefaßt: „Die Konferenz der Bergarbeiter stellt fest, daß die Politik der Regierung und der Reaktion die Bedrückung der Arbeiterbewegung mit allen Mitteln der barbarischen und zaristischen Methoden konkret durchführt. Die fortwährende Ausschaltung der Beratung über den achtstündigen Arbeitstag von der Tagesordnung des Landtages ist ein bewußter Angriff auf den achtstündigen Arbeitstag. Die Konferenz stellt fest, daß die Verzögerung in der Annahme der Versicherungsgesetze ein Beweis dafür ist, daß die politische Reaktion mit der verzweiflungsvollen Lage nicht rechnen will, in der sich wegen des Fehlens jeder sozialen Versicherung die arbeitende Klasse in Polen befindet. Die Repressalien dauern fort. Die Gefängnisse sind mit verhafteten Leitern der Arbeiterbewegung überfüllt. Die Konferenz beauftragt den Hauptausschuß, der Regierung eine entsprechende Denkschrift vorzulegen, andernfalls sieht sich der Vorstand des Verbandes gezwungen, gemeinsam mit den Vertretern der Klassenverbände eine Konferenz einzuberufen, in der das Proletariat zur unmittelbaren Aktion aufgefordert wird."

In und um Elbing

Die Kohlenkatastrophe

Die Verkehrssperre ist notdürftig überwunden. Der Zweck, die Kohlenversorgung sicherzustellen, ist aber nicht erreicht. Vielmehr mußte die Regierung jetzt bekanntgeben, daß sie vor dem völligen Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft steht. Sie erließ folgende verzweifelte Mitteilung über „Einschränkungen der Kohlenversorgung":

„In der Kohlenversorgung ist eine schwerwiegende Entscheidung getroffen worden. Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahnen an Dienstkohle zu erhöhen, brachten die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für **drei Tage Vorräte.** Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirt-

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

28]

Das Mittagessen war beinahe in völligem Schweigen eingenommen worden.

Endlich, nachdem der Kaffee gereicht worden war, konnte Rosalinde sich nicht mehr bemeistern. Sie richtete die entschlossene Frage an ihren Mann: „Matthias, was ist es eigentlich, was du in all diesen Tagen so geheimnisvoll mit dir herumträgst?"

Er erschrak sichtlich und sah seiner Frau mit einem hilflosen Blick in die Augen.

„Du möchtest mich nicht einweihen, Matthias. Ich soll nicht Mitwisser sein.

Du kannst dir vielleicht denken, wie schmerzlich es mich berühren muß, so plötzlich aus deinem Vertrauen gestoßen zu sein, nachdem ich fast ein Menschenleben als unbedingte Genießerin deines Vertrauens an deiner Seite verbrachte.

Warum entziehst du mir das so plötzlich? Was hat mich unwürdig gemacht, wie früher alles zu erfahren, was dich angeht?

Du kannst dir wohl denken, daß mir eine so seltsame Veränderung meiner Stellung zu dir nicht gleichgültig bleiben kann. Im Gegenteil, sie ist ein voller Anlaß, mich recht unglücklich zu machen!"

Wie seltsam gewunden sie spricht, dachte Matthias Jordan.

Sie redet wie jemand, der sich die Formel lange voraus zurechtgelegt hat.

Leider habe ich selbst so gar nicht daran gedacht, auch meine Antwort zu formulieren.

Was sage ich ihr?

Was soll ich erwidern?

Er zögerte, wie er fühlte, so lange, daß seine Antwort dreifacher Vorsicht bedurfte.

„Wenn es dir schwer wird, mich zu informieren, Matthias, so unterlasse es ruhig. Laß dir Zeit.

Ich weiß ja doch genau, daß du eines Tages doch noch schutz- und ratsuchend zu mir kommst.

Ich warte so lange, da, wie es scheint, diese Dinge, die dich beschäftigen, noch nicht so weit gediehen sind, daß ich über sie von dir erfahren kann . . ."

Er drückte ihr verlegen lächelnd die Hand und sagte unsicher:

„Ja, laß mir Zeit. Laß mir nur ein wenig Zeit.

Es sind amtliche Angelegenheiten, über die ich nicht reden kann.

Aber ich habe — seit heute abend jedwede Hoffnung, diese Sache zum Guten zu wenden.

Zur Beunruhigung für dich liegt gar kein Anlaß vor, auch kann von einer Minderung meines Vertrauens zu dir nicht im entferntesten die Rede sein.

Selbst in so enger Gemeinschaft, wie wir beiden alten Lebensgenossen miteinander stehen, kann es, in amtlichen Dingen wenigstens, in langen, langen Jahren einmal wohl geschehen, daß der Mann dienstliche Entschließungen und Schritte, der Not gehorchend, nur bei sich selber zu erwägen gezwungen ist.

Der Fall liegt hier vor.

Bitte, laß dich das nicht anfechten, Rosalinde.

Wenn, wie ich vertraue, in wenigen Tagen der Knoten gelöst oder durchhauen ist, dann steht nichts im Wege, daß du auch von dieser Sache Kenntnis erhälst, die im Grunde dich persönlich kaum mehr angeht, als jeder andere dienstliche Fall . . . ."

Damit erhob er sich vom Tisch und ging in sein Arbeitszimmer, nachdem er die kühle, lange, schmale, vornehme Hand seiner Frau geküßt hatte . .

Kopfschüttelnd, mit sorgenschwerer Miene, sah sie ihm nach. Er stand in einer Krise, in einer Gefahr wahrscheinlich, über die er nicht sprechen mochte.

Das ging nun schon seit Wochen so. Seit jenem Abend, da er aus der späten Verhandlung heimgekommen und zum ersten Male jede Auskunft verweigert hatte.

Rosalindens scharfer Verstand übersah sofort, daß es bestimmt die gleiche Sache war wie an jenem Abend, da Jordan auf der Treppe unten tief aufgestöhnt hatte, die ihn beengte und bedrückte, die gleiche Sache, die hinter der verschlossenen Tür seines Arbeitszimmers ihn stundenlang wie ein eingesperrtes Raubtier auf und nieder gehen ließ — und ihn drinnen zeitweise gellend auflachen machte.

Oft genug hatte die geängstigte Frau in diesen Wochen zitternd hinter seiner Tür gelauscht und war Zeuge gewesen all der unheimlichen, ihr verständnislosen Gefühlsausbrüche, die sie dort mehrfach hatte mitanhören müssen, nachdem die Post Schriftstücke gebracht hatte.

Es ging mit Jordan etwas vor. Das sah die Frau, und es ängstigte sie namenlos, daß sie nicht erfahren sollte, was das war. Dies ängstigte sie um so mehr, als sie oft genug im Leben die Erfahrung hatte machen müssen, daß sie, sie — Rosalinde — es gewesen war, die jederzeit die eigentliche Lenkerin seiner wichtigeren Entschlüsse gewesen.

Es war nicht umsonst, daß er sie Schritt für Schritt zu Rate zog. Er fühlte und sah, daß sie ihm an praktischer Lebensklugkeit überlegen war. Ihre Ruhe und Kühlheit, die allein den richtigen Ausweg in allen Verwickelungen klar herausfand, war echt, während Jordan ein Choleriker war, der bei seinen Gefühlsexplosionen, ohne Rosalindens Rat, nicht immer mit Sicherheit den richtigen Weg aufspürte.

Grund genug, für den Mann zu bangen, der heute noch obendrein an einer dienstlichen Wende stand und seiner bedeutsamen Beförderung gewärtig war.

Bedenklicher noch war die Lebenswende, vor der Matthias stand, jene Klippe der fünfziger Jahre, an der, vor ihrem Erlöschen, die Leidenschaften in hellem Brande noch einmal aufzulodern pflegen. Die Leidenschaftlichkeit Jordans war es von jeher gewesen, von der Rosalinde für ihren Mann Gefahren gefürchtet hatte. All ihr Erziehungsmühen, daß sie auf ihn verwendet hatte, war auf die Unterdrückung dieser Leidenschaftlichkeit bei ihm gerichtet gewesen. Auch die kirchlichen Einflüsse hatte Rosalinde hierfür nutzbar gemacht und es erreicht, daß der Mann im Leben und Gehaben ruhig und gedämpft sich geben gelernt hatte. Im Amte freilich, wohin der Einfluß der Frau nicht reichte, ließ Jordan leider noch oft genug sich hinreißen, und gerade die jüngste Zeit schien Fälle genug gebracht zu haben, wo er unter dem Mantel dienstlicher Strenge seinen zügellosen Wutausbrüchen mochte nachgegeben haben.

Aber, wann immer so etwas sich begeben, so zog Matthias Rosalinden ins Vertrauen und beichtete ihr. Er konnte das umso leichter, als seine Frau ihm in seinem amtlichen Wirken volles Verständnis entgegenbrachte.

Sie wußte, daß er sein Amt wie in einer heiligen Mission versah und als solche auffaßte. Es war ein ethischer Fanatismus in diesem Staatsanwalt, den die gleichfalls sittenstrenge Rosalinde selbst in seinen Ueberspannungen achtete und gelten ließ.

Sie hütete sich sehr, in diesen Dingen ihren Mann irgendwie zurückzuhalten oder einzudämmen.

Sie billigte jedes noch so scharfe Strafgericht, das über Sünder von ihm gehalten wurde.

Lag Amtliches vor, das Jordan so verstörte, so konnte er mit ihr ja doch alles ruhig bereden. Das wußte er, und doch beharrte er dieses Mal bei seinem Schweigen.

Das machte sie sehr besorgt.

Was mochte hinter alledem stecken?

Rein amtliche Rücksichten sicherlich nicht, denn die hatten Jordan bisher niemals gehindert, sich seiner Frau mitzuteilen.

Aber er hatte ja soeben versprochen, Aufschluß zu geben. Hatte ja nur Aufschub verlangt, bis, wie er sagte, die Sache sich geklärt hätte. (Fortsetzung folgt.)

Sklaven des Kapitalismus

Aus Bankbeamtenkreisen schreibt man uns:

Die Deutsche Bank, Zweigstelle Wiesbaden, hat auf ein Bewerbungsschreiben folgende Antwort erteilt:

Herrn . . . . . .

Im Besitze Ihres Schreibens vom 17. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir geneigt sein würden, Sie bei uns anzustellen, sofern Ihre uns vorzulegenden Originalzeugnisse Ihrer früheren Dienststellen und ein von Ihnen über Ihren Gesundheitszustand beizubringendes kreisärztliches Attest unseren Erwartungen entsprechen.

Wir würden Ihnen ein jährliches Einkommen von

3000 M.

gewähren, wovon

2400 M. als festes Jahresgehalt monatlich postnumerando,
240 M. als Weihnachtsgratifikation und
360 M. als Abschlußgratifikation

zur Auszahlung gelangen.

Außerdem würden wir Ihnen einen freiwilligen, jederzeit widerruflichen Teuerungszuschuß gewähren, der zurzeit für die vorgenannte Gehaltsstufe 70 M. pro Monat beträgt.

Im Falle einer Anstellung würden im übrigen folgende Bestimmungen gelten:

Die tägliche Beschäftigung ist auf eine bestimmte Stundenzahl nicht beschränkt; die Dauer der Beschäftigung richtet sich vielmehr nach den in den einzelnen Abteilungen gemäß den Anordnungen der Abteilungsvorsteher zu leistenden Arbeiten.

Zur Auflösung des Dienstverhältnisses soll beiderseits die gesetzliche Kündigungsfrist von 6 Wochen vor Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres maßgebend sein.

Ferner machen wir Sie darauf aufmerksam, daß Sie dem bei unserer Bank bestehenden Beamtenfürsorge-Verein a. G. beizutreten und während der ganzen Dauer Ihres Dienstverhältnisses zu unserem Institut als Mitglied anzugehören haben, es sei denn, daß Sie von der Beitragspflicht nach § 390 des Angestellten-Versicherungsgesetzes befreit sind. In diesem Falle würde, solange die Befreiung dauert, eine Aufnahme in den Beamtenfürsorge-Verein nicht zulässig sein.

Wenn Sie diese Stellung annehmen wollen, ersuchen wir Sie, uns das verlangte amtsärztliche Attest möglichst umgehend einzusenden und uns Ihre Entschließung bezüglich des Beamtenfürsorge-Vereins mitzuteilen. Wir werden Ihnen sodann endgültigen Bescheid zugehen lassen und bemerken schon jetzt, daß wir auf Ihren sofortigen Eintritt rechnen würden.

Hochachtend

Deutsche Bank, Zweigstelle Wiesbaden.

Es ist für die geistige Verfassung des Unternehmertums bezeichnend, wenn eine Weltfirma wie die Deutsche Bank, die ihre alljährlichen Millionengewinne doch nur mit Hilfe ihrer Angestellten erzielt, es in der heutigen Zeit noch wagen darf, derartige Hungergehälter anzubieten. Einem gewerblichen Arbeiter wäre diese Entwürdigung seines kostbarsten Gutes, der Arbeitskraft, nicht passiert, weil ihm die lückenlose, freigewerkschaftliche Organisation seit langem in Fleisch und Blut übergegangen ist und ihn gegen Ausbeutung schützt. Anders die Angestellten. Sie sind an dieser bagatellmäßigen Einschätzung durch das Unternehmertum zum Teil selbst schuld. Die organisatorische Zersplitterung im Bankgewerbe und die fehlende gewerkschaftliche Schulung verurteilt sie naturnotwendig zur Ohnmacht. Wer Augen hat, zu sehen, muß erkennen, daß der engste Zusammenschluß in der freigewerkschaftlichen Organisation nur noch die einzige Möglichkeit bietet, der Niederringung vorzubeugen. Dem gigantischen Machtkoloß des Bankkapitals ist der sich kräftig aufwärtsentwickelnde gewerkschaftliche Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten auf die Dauer nicht gewachsen. Die immer weiter fortschreitende Teuerung und die damit in Zukunft auch Respekt einflößende Machtgrundlagen der Arbeitnehmer im Bankgewerbe. Berufsorganisatorische Angliederung an den großen freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten muß daher das recht baldige unverrückbare Ziel sein, das sich nicht nur der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten, sondern auch alle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossenen Organisationen setzen müssen, wenn sie dem kommenden Sturm des einheitlich organisierten Unternehmertums gewachsen und ihre eigene Sache nicht verloren geben wollen.

Von nah und fern

Die Lebensmittelkarten des Generalfeldmarschalls

Zu einer scharfen Auseinandersetzung kam es in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hatten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, es sei gegen den Oberbürgermeister Dr. Scholz ein Disziplinarverfahren einzuleiten, weil er sich schwere Amtsübertretungen habe zuschulden kommen lassen. Er habe dem Generalfeldmarschall v. Bülow Lebensmittelkarten zukommen lassen, die demselben nicht zustanden. Die Stadtverordnetenversammlung wurde ersucht, dem Oberbürgermeister das schärfste Mißtrauen auszusprechen. Stadtv. Dr. Löwenstein (U. S.) teilte in der Begründung des Antrages mit, daß der Generalfeldmarschall v. Bülow längere Zeit diejenigen Lebensmittel erhielt, wie sie für Kranke festgesetzt worden seien. Doch dem Generalfeldmarschall sei das nicht genug gewesen. Er beantragte reichlichere Lebensmittel, und der Oberbürgermeister veranlaßte, daß er in der Zuteilung der Lebensmittel mit den ausländischen Gesandten und Diplomaten gleichgestellt würde, also mehr als der Bürger der Stadt erhielt. Ferner seien dem Generalfeldmarschall 9 Eierkarten, 3 Butterkarten, 6 Fleischkarten, 3 Scheine für Weizenmehl, ferner Grießkarten, Reiskarten und täglich eineinhalb Liter Milch zugewiesen worden. Der Oberbürgermeister habe kein Recht, den Generalfeldmarschall anders als andere Kranke zu behandeln.

Oberbürgermeister Dr. Scholz: Die Darstellung, die Dr. Löwenstein gegeben hat, ist richtig. Auf Antrag des Lebensmitteldezernenten habe ich dem Generalfeldmarschall die Lebensmittel bewilligt. Generalfeldmarschall v. Bülow ist 74 Jahre alt, er war einer der hervorragendsten Heerführer. Auch der Schwester des Generals v. Lettow-Vorbeck habe ich Mehl zuweisen lassen, damit sie zum Empfang ihres Bruders Kuchen backen konnte.

Die Mehrheitssozialisten traten den Ausführungen des Oberbürgermeisters bei.

Die Vorrechte der adeligen „höheren" Offiziere bestehen auch in der „sozialistischen" Republik weiter.

Leder als Wurst

Dem Arbeiterrat Wien VI (Mariahilf) wurde mitgeteilt, daß die Schlächtermeisterin Amalie Stöhr Preßwurst aus — alten Kalbsfellen erzeuge. Ein Arbeiterrat, ein Marktkommissar und ein Polizeikommissar gingen hin und sahen, daß die Angaben wahr sind. Die Stöhr war geständig. Man fand in vier mit Wasser gefüllten Bottichen Felle von Kalbsköpfen, ferner etwa 250 Kilogramm alte trockene Kalbsfelle, die schimmelig waren und entsetzlichen Gestank verbreiteten. Die Häute werden eingeweicht, dann gekocht, die Haare abgekratzt, die weichgewordene Haut geschnitten und der Rohstoff für die Wurstbereitung ist fertig. Das Fell der Kalbsköpfe wurde früher weggeworfen, denn zum Gegerbtwerden taucht es nicht; jetzt kostet ein Kilogramm 18 Kronen. Die Schlächterfrau gab an, daß es andere Schlächter auch so machen. Die Verbrecherin wurde verhaftet und der Betrieb gesperrt. Als die Stöhr von der Kommission überrascht wurde, sagte sie: „Jessas, jetzt komm' ich grad aus der Kirch'n!" Sie war bei einer Missionspredigt gewesen.

Ledernes Notgeld

Originelles Notgeld ist, wie der Linzer Tagespost gemeldet wird, im oberösterreichischen Industrieorte Mattighofen im Umlauf: kleine Lederscheibchen, die die Zahl 10 eingeprägt haben. Ursprünglich von der dortigen Lederfabrik Vogl an ihre Arbeiter ausgegeben, hat es sich bald den öffentlichen Verkehr erobert und wird allenthalben angenommen und hat die Briefmarken verdrängt. In Linz fand das lederne Geld in mehreren Kaffeehäusern Eingang, wo es den Spielern über den Kleingeldmangel hinweghilft.

Warum soll nicht auch Leder als Geld Verwendung finden. Unsere gesamte Finanz- und Geldwirtschaft ist so ledern, daß sie fast gar nicht lederner werden kann.

Gewerkschaftliches

Wen man aus dem Bergarbeiter-Verband ausschließt

In Nr. 41 der Bergarbeiter-Zeitung klein und versteckt ist folgender Ukas zu lesen:

„Das Mitglied Otto Peters, Buch-Nr. 684050, Zahlstelle Holleben, wurde wegen Schädigung des Verbandes ausgeschlossen."

Wer ist nun der arme Sünder, den hier der Bannstrahl eines hochwohllöblichen Verbandsvorstandes trifft? Es ist der Gen. Otto Peters, das geschäftsführende Mitglied des Bezirks-Bergarbeiterrates Halle, augenblicklich der bestgehaßtete Mann zwischen Thüringen und der Schlesischen Grenze. Ein Mann, der wegen seiner Betätigung für die Organisierung der Betriebsräte im Mitteldeutschen Kohlenbergbau vom Unternehmertum mit geradezu fanatischen Verleumdungen verfolgt wird. Peters ist ein Feind des Unternehmertums und die Braunkohlen-Magnaten haben wohl recht daran, in diesem Manne einen Feind zu fürchten, wodurch aber der Bergarbeiter-Verband durch sein Wirken geschädigt sein soll, das muß noch ein Geheimnis des Verbandsvorstandes sein. Natürlich gilt dieser Schlag dem Bergarbeiterrat Halle, der zum großen Aerger der vom Hauptvorstand eingesetzten Bezirksleiter Garbe und Undeutsch den größten Teil der Aufgaben des Bergarbeiter-Verbandes erfüllt, nicht um gewerkschaftliche Zersplitterung in die Massen zu tragen, sondern einfach aus dem Grunde, weil die Bergarbeiter im Halleschen Bezirk wild werden, wenn sie diese Klebergesellschaft wie den braunschweigischen Einwochenminister Undeutsch zu Gesicht bekommen. Da ist es selbstverständlich, daß der Bezirks-Bergarbeiterrat Halle den Kampf gegen die Braunkohlen-Magnaten führen muß, und weil er es tut, deswegen schließt man die Leute, die ehrlich die Arbeiterinteressen vertreten, aus dem Bergarbeiter-Verbande aus.

Aus der Partei.

Aus dem Reiche des Herrn Peus

Die Rechtssozialisten brüsteten sich bisher mit ihrer Hochburg Anhalt, in der die gesamte Arbeiterschaft treu bei der Fahne des berüchtigten Peus stehe. Aber in den letzten Monaten wankt auch diese Hochburg, besonders seitdem Anhalt dem Agitationsbezirk Halle der U. S. P. D. angeschlossen ist. Ein merkenswerter Umschwung hat sich in Göthen, einer anhaltischen Stadt vollzogen. Einst eine stolze Burg der Peuspatrioten, hat heute der größte Teil der Arbeiterschaft erkannt, was für eine Sorte von „Sozialisten" in Dessau das Zepter schwingt. Dieser Tage ist auch der Göthener Arbeiter-Sekretär, Landtagsabg. Teuerjahr, Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung in Göthen und des Kreistages des Kreises Göthen, der U. S. P. beigetreten. Selbstverständlich hat nun die Göthener Arbeiterschaft allein zu entscheiden, ob Gen. Teuerjahr seine Mandate niederzulegen hat oder nicht. So zieht die Politik der Scheinsozialisten überall den Zusammenbruch dieser Partei nach sich. Bei der nächsten Wahl wird man unsere Redner in Göthen nicht mit Maschinengewehren empfangen, wie vor der Wahl zur National-Versammlung.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

27]

Mein Gott — mein Gott — an diese Tage würde er denken — zeitlebens.

Niemals hatte er eine bedrängtere Zeit durchgemacht, nie schlimmere Ratlosigkeit erlitten.

Und wie allein er in diesen Krisen gestanden hatte, ohne Aussprache, ohne die Möglichkeit, sich einem Vertrauten mitzuteilen und Ratschläge zu empfangen.

Zum ersten Male im Leben empfand er die ganze Verarmung, die ihm nicht einmal das Geschenk eines vertrauten Freundes gegönnt hatte.

Bisher war das Rosalinde gewesen. Aber dieser Fall hatte gelehrt, daß eine Frau und vor allem die eigene nicht immer die Stelle des Vertrauten ausfüllen kann.

Hier wäre ein Bruder notwendig gewesen, mit dem einen freilich die innigste Harmonie verband, oder ein Freund, der wie ein Bruder zu einem stand.

Wo war in Jordans Seele der Mangel, der ihn unwürdig machte, Freund eines Freundes zu sein und die Wohltat des Anhaltes, der Stütze, der Beratung in Zeiten der Verwickelungen zu genießen?

Durch furchtbare seelische Verlassenheiten war Jordan in diesen schwarzen Tagen geirrt.

Aber — halleluja — er hatte sich durch sie hindurchgekämpft — allein — mit ausschließlich eigener Kraft.

Ein Glücks- und ein Siegesgefühl durchströmte ihn.

Aus den Wirren schwerster Anfechtungen und Versuchungen würde er jetzt den Weg der Befreiung finden.

Hatte er geirrt und gefehlt, hatte er wirklich durch allzu herbe Strenge in jener Gerichtsverhandlung eine Schuld auf sich geladen, so hatte er hierfür, bei Gott, reichlich — und mehr als hinreichend — gebüßt.

Noch brannten ihn die Schmähungen wie Feuer, die der Ungar gegen ihn geschleudert hatte. All diese Schändungen seiner persönlichen Ehre, für die ihm keine Genugtuung winkte, — da kam die noch furchtbarere Heimsuchung — ein Mädchen mißhandelte ihn auf offener Straße . . .

Hatte er zuerst aufgeknirscht unter der Einwirkung dieser schrecklichen Demütigung, so bot sich ihm dieses furchtbare Erlebnis sofort jetzt von einer neuen Seite.

Es brachte die Befreiung.

Der Staatsanwaltschaftsrat Matthias Jordan hatte in der Potsdamer Straße zu Berlin um die siebente Abendstunde von der Hand eines Mädchens den Backenstreich erhalten.

Und er schlug nicht wieder an Ort und Stelle .

War er ein Christ nach des Erlösers Forderungen? . . .

Ja! Denn er nahm diese himmelschreienden Entehrungen von seinen Feinden hin, erlitt sie in der tiefgeheimen Ueberzeugung — er habe sie redlich verdient, verschuldet, empfinge und erdulde sie wie in einer hochgerechten Abrechnung.

Aber jetzt war das Maß der Leiden voll.

Jetzt war er entsühnt. Die Rechnung beglichen.

Und obschon er den drängenden, peitschenden Teufel in seiner Seele, der ihm das Begehren nach jenem Mädchen zu einem brennenden Fieber geschürt hatte, noch nicht endgültig niedergerungen, würde er sich doch jetzt zu jener Tat aufraffen, die endlich — endlich — ihn auf die gerechte Seite des ganzen Handels hinüberrettete.

Hatte der Staatsanwalt Jordan über die Schnur gehauen und sein Amt durch maßlose Härte mißbraucht — jetzt wird er es in der Richtung zum Guten anwenden, zum Vorbildlichen.

Denn eben denen, die ihn mit Ruten geschlagen, war er im Begriff, Gutes zu erweisen.

Ja — ja — ja — er wird überwinden, er wird stärker sein als alle Kräfte der Hölle, die gegen ihn loderten.

Er wollte gegen seine Bedränger Gutes tun. Denen wohltun, die ihm fluchten. Die retten, die auf seinen Untergang hingedrängt hatten.

Mit diesem Werke mußte Gott sein, Gott und alle seine Engel, Gott und alle Heiligen im Bunde . .

Eine tiefe, ganz kinderreine Frömmigkeit, wie sie in Momenten der Ergriffenheit den einfernen Mann packte, erfüllte ihn jetzt wie ein Rausch.

In der Dämmerung des Abends, auf dem Heimwege, machte er einen Umweg und schlüpfte in eine kleine Kapelle einer Seitenstraße, woselbst er öfter zu kurzer Andacht einkehrte.

Vor dem schlichten Hochaltar, auf dem zwei Kerzen bei dem Bilde der Gottesmutter brannten, warf er sich nieder, senkte das fiebernde Haupt auf dem Sammet, der die Stufen bedeckte, und schüttete seine brandende Erregung in einem heißen Dankgebete vor der heiligen Jungfrau aus.

„Habe Dank, habe Dank, Gebenedeite, für diese Rettung aus schwerster, schwerster Gefahr!

Halte deine reine Hand über meinem Haupte und zeige mir, zeige mir den Weg zur Schuldlosigkeit.

Laß mich büßen — büßen bis auf's Blut — ich will mehr — will rauher noch geschlagen werden, will Rutenhiebe hinnehmen, wie dein Sohn auf Golgatha — aber rein — rein und schuldlos will ich werden. — Darum schreie ich zu dir empor.

Hilf mir! Hilf mir hierzu, Himmelskönigin!

Laß mich nicht straucheln und fallen! Ich will — ich werde überwinden! Ich muß überwinden!

Ich werde diese verruchte Leidenschaft mit allen Wurzelfasern aus meinem Herzen reißen und werde wieder, was ich war: dein sündenfreies Kind, das dich im Staube verehrt und verlangend nach deiner strahlenden Reinheit die Arme reckt . . ."

Lange lag er in diesem ringenden Beten auf den Altarstufen, — bis plötzlich ein heiliger Friede in ihn kam, eine himmlische Beruhigung.

Erlöst erhob er sich, ging strahlenden Auges aus der kleinen dunklen Kapelle, tauchte die Hand in das Weihbecken an der Tür und netzte seine Stirn.

Als neben ihm ein Schluchzen hörbar wurde und er — hinblickend — eine Greisin kniend in Tränen fand, warf er ihr drei Goldstücke in den ärmlichen, mit Lumpen bedeckten Korb, der neben ihr stand — dann entschwand er rasch, lautlos wie ein Schatten durch das Portal . . .

Noch lag der Glanz auf seinen Zügen, als Jordan heimkam.

Frau Rosalinde sah sofort, daß mit ihrem Mann etwas vorgegangen war.

Längst schon hatte sie geargwöhnt, daß hinter der nervösen Erschlaffung, die Jordan körperlich so heruntergebracht hatte, ein ihr verborgenes Erlebnis stecke, ein — vermutlich amtlicher — Anlaß, über den der Staatsanwalt jetzt seiner Frau gegenüber zu schweigen veranlaßt war. Heute stand ihm die Erregung — eine sichtbar freudige freilich — so deutlich in den Zügen, daß Frau Rosalinde schon glaubte, es handele sich um seine Beförderung zum Ersten Staatsanwalt, die ihm von Kern ja doch bereits in Aussicht gestellt hatte.

Aber Frau Rosalinde mochte nicht fragen.

Es wurmte sie längst und verletzte sie heftig, daß ihr Mann, im Gegensatz zu seiner bisherigen Vertrauensseligkeit, ihr gegenüber seit einiger Zeit so verschlossen geworden war und Aussprache, Rat und Zuspruch gar nicht mehr bei ihr suchte.

Sie unterdrückte also jede Frage an ihn und hoffte von Tag zu Tag, daß er von selbst über das, was ihn so heftig bewegte, eine Mitteilung machen werde.

Er tat aber nichts derart. Er blieb auch heute einsilbig und in sich gekehrt, lächelte nur manchmal in sich hinein und schien von seinen Gedanken so eingenommen, daß er die gespannte Beobachtung kaum gewahr wurde, die seine Frau ihm zuwandte.

(Fortsetzung folgt.)

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen

Fischerstraße 42 **Albert Kowalski** Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

Reparaturen in eigener Werkstatt schnell und sauber

Lebensmittel in der Woche vom 24. bis 30. November 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln*)	—	Kartoffelmarke 9	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	—	—
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 137	—	—	bis Sonntag	Bäckereien	R.-B. 1,70 W.-B. 1,85	0,34 0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 137	—	—	bis Sonntag	Mehlhändler	R.-M. 1,33 W.-M. 1,40	0,38 0,40
Butter	50 Gramm	Fettmarke 35	—	—	ab Montag	Molkereien	0,65	6,50
Kindergerstenmehl**)	125 Gramm	Nährmittelmarke 530	24. 11.	H. Stach	25. 11.	Kaufleute	0,31	1,22
Marmelade	250 Gramm	Nährmittelmarke 531	25. 11.	Fritz Wiebe	26. 11.	"	0,65	1,30
Maggiwürfel	2 Stück		26. 11.	Oscar Lennstädt	26. 11.	"	1 Stück 10 oder 13 Pfg.	
Amerik. Roggenauszugmehl	125 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 19 A	26. 11.	Fritz Preuß	27. 11.		0,18	0,70
Margarine***)	100 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 19 B	27. 11.	Fritz Wiebe	28. 11.		1,—	5,—
Gries	125 Gramm	Kinderzusatzmarke 157	27. 11.	Tochtermann Nachf.	29. 11.	"	0,23	0,92
Rindfleisch****)	125 Gramm	10/10 Fleischkarte	27. 11. 28. 11.	Schlachthof	28. 11. 29. 11.	Fleischer lt. Kundenliste	Kochfleisch 0,70 Bratfl. 0,88 Hackfleisch 1.—	2,80 3,50 4,—
amerik. Schweinefleisch*****)	250 Gramm		27. 11.		28. 11. 29. 11.		—	—

In der obigen Woche gilt **Brotaufstrichmarke V** für 1/2 Pfund Marmelade, **Nährmittelmarke V** für 1/4 Pfund Kindergerstenmehl, 2 Maggiwürfel, erhältlich bei Conrad John, Alter Markt 8, Bruno Winter, Holl. Tor 5, F. Plohmann Nachfl., Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 22. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Das Eintreffen der Kartoffeln ist infolge des Frostes fraglich. Die Marke behält jedoch für das Quantum, welches später bekanntgegeben wird, ihre Gültigkeit oder es wird im Laufe der Woche Kartoffelersatz hierfür aufgerufen.

**) Das zur Verteilung kommende Kindergerstenmehl entstammt schon der neuen Ernte, ist jedoch noch in Packungen verpackt, auf denen der neue Preis noch nicht aufgedruckt ist. Der Preis beträgt für 1/4 Pfd. 31 Pfg., für 1 Pfund 1,22 Mk.

***) Die Verkaufsstellen für Margarine werden nach Eintreffen der Ware bekannt gegeben. Die Menge von 100 gr ist für 14 Tage, für die Zeit vom 24. 11. bis 7. 12. 1919, vorgesehen.

****) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 125 Gramm ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.

*****) Das Schweinefleisch gelangt zum Verkauf auf denselben Abschnitt der Reichsfleischkarte, auf den Rindfleisch verabfolgt wird, jedoch sind „K-Marken" von einer Belieferung mit Schweinefleisch auszuschließen.

Der Preis für Schweinefleisch kann heute noch nicht aufgegeben werden, wird aber vor dem Verteilungstage besonders bekannt gemacht.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 24. bis 29. November 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck A**
Dienstag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck B**
Mittwoch: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck C**
Donnerstag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck D**
Freitag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck E**
Sonnabend: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck F**

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 1. bis 28. Dezember 1919;
2. **Fleischkarten** für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 8. Februar 1920;
3. **Nährmittelmarken** von Nr. 546 bis 585.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 21. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Die Deutsche Volkspartei

wählt am 30. November zu Stadtverordneten:

1. **Habecker,** Schlossermeister
2. **Kantel,** Realgymnasialdirektor
3. **Krebs,** Maschinenbauingenieur
4. **Komnick,** Fabrikbesitzer
5. **Frau Faßmann,** Kaufmannsfrau
6. **Beckmann,** Zimmerer
7. **Netke,** Diplom-Ingenieur
8. **Schulz,** Rechtsanwalt u. Notar
9. **Grönke,** Magistratssekretär
10. **Fester,** Mittelschullehrer
11. **Kümpel,** Kaufmann
12. **Dr. Bessau,** Landrichter
13. **Gebauer,** Ingenieur
14. **Frau Schiller,** Kaufmannsfrau
15. **Wurch,** Obermeister
16. **Dr. Müller,** prakt. Arzt
17. **Glitza,** Rentier
18. **Frl. Janzen,** Geschäftsinhaberin
19. **Ropelius,** Schlossermeister
20. **Riebensahm,** Apothekenbesitzer
21. **Kämmereit,** Werkmeister
22. **Witthöft,** Studienrat
23. **Jannermann,** Ingenieur
24. **Frl. Kopanka,** Lehrerin

Aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt, geben unsere Kandidaten die Gewähr, daß im Stadtparlament keine Sonderinteressen verfolgt werden und daß nur das Wohl der Stadt und des Ganzen bei allen zu lösenden Aufgaben die Richtl nie sein wird!

Die Gesundung des durch den Krieg geschädigten Mittelstandes und der Beamtenschaft, Förderung Elbings vielseitiger Industrie, Handel und Gewerbe, weitgehendste soziale Fürsorge und eine gründliche Jugenderziehung sind Hauptziele unserer Kandidaten!

Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen in gleicher Weise zu Wort kommen und ihre berechtigten Wünsche vertreten!

Nur zufriedene Bürger in Stadt und Reich sind zur Wiederaufrichtung unseres daniederliegenden Wirtschaftslebens fähig!

Wähler und Wählerinnen! Keine leeren Schlagworte mehr, schreitet zur Tat und stimmt am 30. November für die

Liste Habecker-Kantel!

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Das **Deutsche Bad** ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Briefpapiere lose und in Kassetten
Photographie-, Postkarten- u. Poesiealben
Brief- u. Aktentaschen
Tornister- und Büchermappen
Unterhaltungsspiele
Typen-Druckereien
Anfertigung von Kautschukstempeln
Sämtliche Büroartikel am Lager
empfiehlt
G. W. Petersen,
Alter Markt 33, Fernspr. 846.

Buch über die Ehe
von Dr. Retau, mit 39 Abbildungen, **2,50 Mk.**
Das Geschlechtsleben, mit 39 Abbildungen, von Dr. Freitag, **2.50 Mk.**
Das Menschensystem, mit 39 Abbildungen, von Dr. Artus, statt 2.50 j. **2.00 Mk.**
Ratgeber für Braut- u. Eheleute, mit Abbildungen, von Dr. Becker, nur **1.80 Mk.**
Paradies der Liebe, nur **1.50 Mk.**
Alle 5 Werke zusammen für 9.00 Mk., dazu Porto und Nachnahme.
A. Willdorff, Verlagsbuchhlg., **Berlin 65,** Joachimstr. 2.

Karbid
auch kleine Quanten, zu **kaufen gesucht.**
M. Krüger, Junkerstr. 30.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
für Stadt und Land.
Verwendung nur erstklassiger Materialien.
An- und Verkauf von Motoren jeder Spannung,
Akkumulatoren und Dynamos.
W. Blank, Elbing
Wittenfelderstraße 24b. Telephon 938.
Besuche und Kostenanschläge unverbindlich.

Guitarrezithern
mit unterlegbaren Notenblättern
sowie
Musikinstrumente aller Art
in großer Auswahl empfiehlt
Georg Schmidt
Wasserstraße 87.

Freude und Jubel in jeder Familie
erweckt zur **Kürzung der Langeweile** ein gut spielender
Sprechapparat mit neuesten **Platten.**

Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung
Elbinger Platten-Centrale Hans Tischmann

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Gebr. Nähmaschinen
auch reparaturbedürftige, kauft **M. Krüger, Junkerstr. 30.**

Vorsichtige Männer
Aengstliche Frauen
befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürl. Beschränkung d. Kinderzahl. Unzähl. Anerkennungen. Geg. Voreinsendung von M. 1,— franko u. verschl. vom **SANITAS-DEPOT, Abt. 33, Charlottenburg 5.**

Don Ramon und seine zwei Freunde machten sich nun sofort daran, dem Tiere die Haut abzuziehen, was keine geringe Arbeit war. Angelockt von dem Leichnam belästigten große Stechfliegen in immer größerer Zahl die Männer, denen bei ihrer Tätigkeit der Schweiß in Strömen von der Stirne tropfte.

Die Sonne stand bereits im Zenit, als das Werk vollendet war. Nun suchten auch wir den kühlen Schatten des Waldes auf, wo wir durch eine längere Rast, sowie durch Speise und Trank unsere erschlafften Lebensgeister erfrischten.

Juan und José begleiteten uns dann, die Haut tragend, nach San Fernando, und auf dem Wege dorthin schärfte Ramon de la Cruz ihnen und mir wiederholt ein, daß sein „Aeffchen" keinesfalls etwas von der Gefahr wissen dürfe, in welcher er geschwebt hatte durch den jetzt unschädlich gemachten „Menschenfresser."

Kleines Feuilleton

Die Herkunft der Slawen

Während die ursprüngliche Heimat der andern jetzt in Europa wohnenden Völker mindestens bis auf die Zeit, wo sie das arische Herkunftsgebiet verlassen haben, nachgewiesen werden kann, bestehen über die Herstammung der Slawen noch verschiedene widerstreitende Auffassungen. Die am weitesten zurückreichenden geschichtlichen Aufzeichnungen lassen erkennen, daß sie damals bereits über weite Landstrecken verbreitet waren, sich also schon auf einer vorgerückten Stufe der Volksentwicklung befanden.

Die Anwesenheit slawischer Volksmassen in verschiedenen Gegenden ist durch ein sehr eigentümliches Zeichen festzustellen. Sie waren nämlich das einzige Volk, daß seine Toten verbrannte. In der Gegend der Donauniederung, von den Alpen bis ans Schwarze Meer, sind die Slawen die Urbevölkerung. Die Dazier, pannonier und verwandten Völker, mit denen die Römer zu tun hatten, waren ebenso wie die Illyrier nachweislich Slawen. Die Verschiebungen dieser Völker lassen sich ziemlich genau verfolgen. Die berühmten Ueberreste von Glasinac bei Serajewo in Bosnien beweisen, daß im Jahre 1100 v. Chr. die Illyrier damals noch alle Eigentümlichkeiten der Ur-Arier besaßen. Dazwischen drängten sich immer mehr Menschen ein, die ihre Toten verbrannten, und die vor allem den Rundkopf besaßen. Dieser neue Typus, der sich von den Illyriern abzweigte und zunächst weder arische noch slawische Art zeigte, bildete den Ausgang für die Entwicklung der Slawen oder, wie sie im Altertum heißen, der Veneter. Schon Herodot erwähnt sie, und auch Strabo spricht von ihnen und berichtet, daß sie am trojanischen Kriege teilgenommen hätten. Es wäre nun sehr wohl möglich, daß jener fremde Stamm, dessen Eindringen in die illyrische Bevölkerung durch die Ueberreste von Glasinac nachgewiesen wird, die Veneter gewesen seien. Sie haben, wie aus dem Grabmal von Watsch erkennbar ist, konkave Nasen mit eingedrückter Nasenwurzel und sind Rundköpfe. In Italien werden sechs Städte den Venetern zugeschrieben, darunter Padua, Vicenza und Belluno. Auch anderwärts weisen zahlreiche Inschriften auf ihre Anwesenheit hin. Auch der alte Name von Vindobona ebenso wie der Name Augsburgs, Augusta vindelicorum, deutet auf den Namen der Veneter hin. Sie und nicht die Etrusker sind wahrscheinlich die ersten Vertreter der Leichenverbrennung in Europa und die Erbauer der alten, von einem kreisförmigen Wall umschlossenen Urnenfelder.

Die weite Verbreitung dieser geschichtlichen Zeugen ihrer Anwesenheit deuten auf eine äußerst starke Völkerverschiebung. Von Illyrien und Pannonien aus zogen die Veneter an der Donau aufwärts an den Bodensee und teilweise nach der Schweiz, dann wieder durch das Salzkammergut nach Hallstatt sowie durch Böhmen längs der Elbe und Oder nach Schlesien, Lausitz und Posen, bis hinauf an den baltischen Strand. Ihre Geräte bezogen sie zum Teil aus dem Süden, fertigten jedoch manches, z. B. die Aschenurnen, aus Bernstein und Knochen selbst an. Diese Aschenurnen sind stets ein sicherer Anhalt für ihre Ansiedlungen.

Schädel hat man von den alten Slawen natürlich nicht gefunden, da ja die Leichen verbrannt wurden. Seit der Zeit aber, wo diese Sitte erlosch, findet man in den Gräberfeldern Skelette von mittelgroßen, rundköpfigen Menschen, und erst seit dieser Zeit kann man den körperlichen Typus der Slawen studieren, der aber um so undeutlicher wird, je weiter entfernt vom ursprünglichen Verbreitungsbezirk die Reste gefunden werden.

Splitter und Späne

Spitzkugeln

Unter preußisch versteht man: bureaukratisch verwaltet,
Militärisch geschult und polizeilich bewacht.

*

O, wie schreit ihr so laut, daß das Vaterland in Gefahr ist!
Wie patriotisch! und doch — seid ja nur ihr in Gefahr.

*

Alle meint ihr es gut mit des Volkes Rechten und Freiheit;
Aber ich fand, ihr meint's doch noch am besten mit euch.

*

Vieles habt ihr studiert, doch eins nur lerntet ihr gründlich:
Systematisch das Volk machen zum zahlenden Knecht.

*

Langsam wie er entstand, so wird auch der Adel verschwinden,
Jeglicher Blödsinn braucht Zeit zum Entstehn und Vergehn.

*

Wachet! Ihr könnt ja schlafen genug im Schoße des Grabes;
Wachet! Der Freiheit Ruf schallt für die Lebenden nur.

*

Seid ihr nicht selber begeistert, wie wollt ihr das Volk doch begeistern?
Eine Revolution macht man nicht mit dem Verstand.

*

Zwar Uniform und Gewehr sind heut noch Bedrücker der Freiheit,
Aber die Freiheit siegt trotz Uniform und Gewehr.

*

Zauberisch wirkt noch der bunte Rock für den Absolutismus,
Aber im Kittel siegt dennoch die Freiheit dereinst.

*

Kopf um Kopf! So wird sich gestalten der Kampf in Europa:
Freiheit oder Gewalt, eine verlieret den Kopf.

Von Hoffmann von Fallersleben (1839).

Des Krieges Buchstaben

Kummer, der das Mark verzehret,
Raub, der Hab und Gut verheeret,
Jammer, der den Sinn verkehret,
Elend, das den Leib beschweret,
Grausamkeit, die Unrecht mehret,
Sind die Frucht, die Krieg gewähret.

Logau.

Die Schalksecke

Der Hering

Sieben Mäuler um den Tisch . . .
In der Schüssel schwimmt ein Fisch —
Hering nennt man dieses Vieh,
Einen kleineren sah ich nie.
Angstvoll starrt er in die Runde
Nun in seiner Sterbestunde —
Sieht, wie rings die Messer blitzen,
Wie sich beutelüstern spitzen
Sieben Mäuler um den Tisch
Wegen ihm — dem kleinen Fisch. A. M.

Berliner Rangen

„Kleiner", so redet eine elegante Dame einen etwa fünfjährigen Knirps an, „wo ist denn hier die Müllerstraße?"

Der also Angesprochene steckt die Hände in die Hosentaschen, mustert die Dame von oben bis unten und stößt dann in unverfälschtem Berliner Dialekt die Worte hervor: „Det weeß ick nich!"

Dann läuft er davon, dreht sich aber noch einmal herum und brüllt in wütendem Tone: „Und kleen bin ick ooch nich!" (Jugend.)

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Druck und Verlag Elbinger Volksstimme G. m. b. H., beide in Elbing.

Der arme Konrad

Blätter für Unterhaltung und Belehrung

Nr. 5 | Sonnabend, den 22. November | 1919

Christus und die Streikbrecher

Und unter ihnen an den Maschinen
Stand Christus und er werkte mit ihnen.
Auf seiner Stirn stand der gleiche Schweiß.
Er rang mit ihnen um gleichen Preis.

Er hörte, wie sie von Sorgen sagten,
Wie sie über Steuern und Lasten klagten,
Wie ihre Löhnung die gleiche sei
Und alles alles teurer werde dabei.

Und wie es not sei, sich zu ermannen
Und Christus schritt mit ihnen von dannen
Und hielt mit ihnen in Harm und Not
Und brach mit ihnen das letzte Brot.

Und an den Tagen voll Gram und Bangen
Ist er an den Werken vorbeigegangen,
Da sah er erstaunt die Essen sprühn,
Im Ofen ein helles Feuer glühn.

Und fremde Männer an den Maschinen,
Der Arbeit fremd, mit trotzigen Mienen,
Vom reichen Herrn gehenert zur Fron
Um einen elenden Hungerlohn.

Da war das Antlitz Christi voll Schmerzen,
Er griff nach seinem zuckenden Herzen,
Verhüllte sein Haupt und schritt feldein
Und hinter ihm pfiff ein Mauerstein. —

L. Guld.

Der Menschenfresser

Ein Jagdabenteuer von Friedrich Pajeken.

Der etwa dreitausend Einwohner zählende Ort San Fernando am Apure in Venezuela besteht aus mehreren Reihen Häuser, die am Flusse und zwar teilweise so nahe an dem steilen, lockeren Lehmufer erbaut sind, daß sehr häufig einige derselben in der Regenzeit von den gerade an dieser Stelle mit unheimlicher Gewalt stromabwärts schießenden Fluten nebst dem Ufer fortgerissen werden.

Als ich das Städtchen besuchte, waren in der zwei Monate vorher beendeten Regenzeit wieder dem reißenden Strom zwei Hütten zum Opfer gefallen, von denen die eine einem meiner Reisegefährten, einem Mestizen namens Ramon de la Cruz, gehörte. Er hatte sich nun weiter vom Flusse entfernt eine neue Hütte errichtet und lud mich mit der den Spaniern und ihren Abkömmlingen eigenen Höflichkeit ein, sie während meiner Anwesenheit in San Fernando als mein Eigentum zu betrachten. Ich nahm das Anerbieten insofern an, als ich mich bereit erklärte, gegen eine bestimmte Vergütung sein Gast sein zu wollen, und nach längerem, wie es mir schien, wirklich ehrlichen Sträuben war Don Ramon erbötig, mich auch unter solchen Bedingungen bei sich aufzunehmen.

Die Hütte, deren Dach aus Palmblättern und deren Wände aus Gestrüpp und Lehm hergestellt waren, enthielt drei Räume. Einer derselben diente als allgemeines Wohngemach, den zweiten benutze mein Wirt als Schlafzimmer, und der dritte, größte Raum wurde mir zum Gebrauch überwiesen.

Ramon de la Cruz war ein eifriger Jäger und Naturfreund, und mein begeistertes Bekenntnis, beiden Liebhabereien mit gleicher Lust zu frönen, hatte ihn wohl hauptsächlich veranlaßt, mich einzuladen, bei ihm zu wohnen, um mich zu verflichten, ihn als Begleiter auf meinen Ausflügen mitzunehmen.

Ich tat dieses mehr als gern, da er mir zugleich als Führer dienen konnte, und Tag für Tag streiften wir, morgens schon vor Sonnenaufgang aufbrechend, mit der Büchse oder Flinte zu Fuß oder zu Pferde die Umgegend San Fernandos ab, schossen, was nur schießenswert war und sammelten, was sich meinerseits des Aufbewahrens lohnte, bis uns die mit jeder Stunde glühender vom wolkenlosen Himmel herabbrennende Sonne heimtrieb.

Schon neigte sich die von mir angesetzte Zeit meines Aufenthaltes in San Fernando ihrem Ende, und zum größten Kummer Don Ramons war unsere Jagd stets harmlos, wie er es nannte, geblieben. Die größte Beute, welche wir heimgebracht hatten, war ein Rehbock gewesen; sonst bestand dieselbe bisher nur aus Papageien, Tauben, kleinen Wasserschweinen, Gürteltieren, einem jungen Ameisenbären und mehreren Schlangen. Ich hatte immer gehofft, an einer Jaguarjagd teilnehmen zu können; es wollte sich dazu jedoch keine Gelegenheit bieten, und auch der mit einer Anzahl für diese Jagd abgerichteter Hunde, die uns ein Freund meines Wirtes zur Verfügung stellte, unternommene Versuch, dieses Raubtier aufzuspüren, war ohne Erfolg.

Ramon de la Cruz war untröstlich, und sogar sein niedliches, stets zum Scherzen aufgelegtes Weibchen vermochte ihm kein Lächeln mehr abzugewinnen. Da, am vorletzten Tage vor meiner geplanten Abreise, war er, nachdem wir gegen Mittag wieder nur mit etwa einem Dutzend fetter, grüner Papageien heimgekehrt waren, verschwunden.

Erst am Abend, kurz nach Sonnenuntergang — Donna Luisa und ich saßen vor der Hütte und genossen nach der heißen Tagesglut in vollen Zügen den erfrischenden, vom Fluß heraufwehenden Wind — kam er zurück und schon von weitem rief er mir freudig zu: „Ich habe etwas für Eure Büchse, das Euch nicht alle Tage geboten wird, und nun werdet Ihr befriedigt von hier fortziehen."

Er setzte sich schmunzelnd neben uns auf die Bank, und den aus Palmenfasern geflochtenen Hut lüftend, strich er sich mit dem Zeigefinger den Schweiß von der Stirn, klopfte dann seiner Frau, deren dunkle Augen voll Erwartung an seinen Lippen hingen, die Wangen und meinte: „Jetzt, mein Aeffchen, gib mir etwas zu essen; ich habe es redlich verdient."

„Erzählt, erzählt!" drängte ich gespannt. „Neugierig bin ich, was es zu erlegen gibt."

„Un tiburon!" erwiderte er mit wichtiger Miene, indem er mich scharf musterte, wohl um den Eindruck zu beobachten, den seine Worte auf mich machen würden.

Doch ich verstand ihn nicht. „Wie? Einen Menschenfresser?" wiederholte ich verwundert.

„Si Sennor! Un tiburon!"*) versetzte er und rieb sich wohlgefällig das bartlose Kinn. „Ich hatte davon gehört, und nun habe ich mich eingehend danach erkundigt. Vor vierzehn Tagen hat die Bestie noch die alte Rosa, welche am

*) Diejenigen Alligatoren werden so genannt, welche Menschenfleisch gekostet haben und nun, ähnlich wie der bengalische Tiger, alles aufbieten, solche Nahrung wieder zu erlangen. (Kaiman-Alligator.)

Flusse wusch, zum Frühstück verzehrt. Ein Italiener verlor durch denselben Kaiman sein Leben. Er fischte nicht weit von der Stelle, wo die alte Rosa wusch, und wurde rücklings von der Bestie aus seinem Kahne gezogen. Wohl versuchte er das bekannte Mittel, sich des Kaimans zu erwehren, indem er sich bemühte, diesem mit den Fingern die Augen einzudrücken; aber gleich darauf zog ihn die Bestie unter Wasser, und er wurde nicht wiedergesehen. Der Aermste! Wenn er doch das andere Mittel, sich den Kaiman vom Leibe zu halten, gekannt hätte."

„Welches andere Mittel?" fragte ich neugierig.

„O, es ist sehr einfach," meinte Ramon. „Sobald man von einer solchen Bestie im Wasser angriffen wird, taucht man unter und reibt und kratzt dem Kaiman die Rippen. Das behagt ihm, und dann ist er zahm wie ein altes Maultier."

Ich lachte ungläubig.

„Si Sennor!" rief Don Ramon eifrig. „Wahr ist, was ich sage. Fragt die Indianer, fragt alle Leute hier im Lande; sie werden es Euch bestätigen. Bevor ich nach San Fernando kam, war ich Fischer am oberen Apure, wo es noch bedeutend mehr Kaimans gibt als hier. Oft sitzt solch ein Vieh im Netz, und will man dieses nicht verlieren oder zerrissen sehen, muß der Kaiman vorsichtig daraus befreit werden. Es ist so schwer nicht, wie Ihr es Euch vielleicht denkt. Behutsam nähert man sich möglichst von hinten dem Tiere, und während man ihm mit der einen Hand in der genannten Weise durch Kratzen und Reiben den Genuß bereitet, löst man mit der anderen das Netz von ihm ab. Wie oft habe ich es getan! Mich erfaßt eine derartige Bestie so leicht nicht." —

Vor Sonnenaufgang am anderen Morgen befanden mein Wirt — der seiner Gattin feierlich hatte geloben müssen, sich vor jeder Gefahr zu hüten — und ich uns, begleitet von Ramons Hunde Pedro, auf dem Wege nach dem Canno Birumco, der etwa eine Meile oberhalb San Fernandos in den Apure mündet. Die Mondsichel und das dichte Sternenheer am Himmel verbreiteten genügende Helle, um auch im Walde, durch den größtenteils unser Weg führte, rüstig ausschreiten zu können. Nur wenn wir den Wald verlassen oder betreten wollten, hatten wir kurzen Aufenthalt, da Ramon de la Cruz uns mit der Machete*) durch das Gewirr von Schlingpflanzen und Gestrüpp erst einen Pfad hauen mußte.

Feierliche Stille herrschte, die nur durch das Knacken trockener Zweige unter unseren Füßen oder hier und dort durch das Rascheln des Laubes am Boden, verursacht durch eine vor uns flüchtende Schlange oder Eidechse, unterbrochen wurde. Auch die unermüdlich fast die ganze Nacht singenden Zikaden waren verstummt, und sogar die Moskitos rasteten vom nächtlichen Reigen.

„Es ist sehr kalt," meinte Don Ramon fröstelnd und eilte schneller weiter, Er trug Hemd und Beinkleid von Drillich und an den Füßen die landesüblichen Sandalen (Alpargatas).

Ja, frisch war die Luft auch für mich. Es mochten etwa 17 bis 18 Grad Wärme sein; immerhin ein beträchtlicher Unterschied gegen die Tageswärme von etwa 30 Grad im Schatten.

Ungefähr eine Stunde waren wir gewandert, als es plötzlich hoch über uns in den Wipfeln der Bäume zu rauschen begann. In demselben Augenblick erhoben einzelne Vögel ihre Stimme, denen rasch mehr und mehr folgten, bis nach kaum einer Minute ein fast ohrenbetäubender Lärm rings um uns her erscholl, während es gleichzeitig hell und heller wurde. In wenigen Minuten war es lichter Tag.

Etwas Zauberhaftes hat in den Tropen, wo es abends vor dem Scheiden der Sonne und vor deren Aufgange am Morgen keine andauernde Dämmerung gibt, wie wir es in unserem Norden gewohnt sind, die Verwandlung der Nacht in den Tag. Die feierliche Stille vorher und dann fast wie mit einem Schlage der Lärm, der die alles zu neuem Leben erweckende Sonne begrüßenden Tierwelt, die veränderte Luft, welche sich plötzlich mit dem Dufte von Tausenden von Blüten schwängert, die strahlende Helle des Tages nach dem nächtlichen Dunkel, das alles wirkt überraschend und erfüllt immer wieder mit staunender Bewunderung.

Bald darauf traten mein Begleiter und ich hinaus aus dem Wald in den blendenden Sonnenschein. Weit nach Norden dehnte sich die Grasebene aus, auf der üppig die

* Ein breites, mehrere Fuß langes Messer mit kurzem Griff.

die schon meterlangen Gräser wucherten und von dem leicht darüber hinstreichenden Winde wie Meereswellen bewegt wurden. Laut schreiend flatterten Scharen großer und kleiner grüner Papagien von einem Walde zum andern. Krächzend flogen buntgefiederte, langschwänzige Araras, Pfefferfresser und andere größere Vögel durch die Luft. Gelbschwarze Turupiales, blaue Azuelejos, buntschillernde Kolibris sowie Schmetterlinge in den herrlichsten, mannigfaltigsten Farben, Libellen nnd glänzende Käfer belebten die grünen, von farbig leuchtenden Blüten übersäten Waldmauern, und vom nahen Flusse her klang das Schreien, Pfeifen und Schnattern der Reiher, Flamingos und Enten, sowie das sonderbar heisere Geschrei und Gekrächze der hübsch gestalteten braungefiederten, aber wegen ihres häßlichen Geruches gemiedenen Schopfhühner.

Wieder nahm nach einer Weile der Wald uns auf, und schon empfanden wir die hier herrschende angenehme Kühle gegen die rasch steigende Wärme auf der Savanna. Noch etwa eine halbe Stunde ging es durch den Wald weiter, dann teilte Ramon de la Cruz zum letztenmal das dichte Pflanzengewirr, und wir befanden uns am Ufer des Apure mit seinen noch immer ziemlich rasch stromabwärts treibenden Fluten, sowie neben einer sich tief in den Urwald hinein erstreckenden Bucht.

Mehrere Minuten beobachtete mein Begleiter scharf deren spiegelglatte Oberfläche, die nur hier und dort spielende Fische leicht kräuselten.

Während die Tierwelt die Ufer des Flusses laut lärmend belebte, war es in dem die Bucht begrenzenden Walde still. Kaum ein Vogel ließ sich blicken, und nur zahllose Insekten flogen und schwirrten umher.

Merkwürdig gebärdete sich Don Ramons Hund. Behutsam näherte er sich dem Wasser, bellte und winselte dort einige Sekunden, worauf er eine Strecke fortlief und dann an einer anderen Stelle des Ufers seinen Durst löschte.

„Wittert das Tier etwas?" fragte ich erstaunt.

Ramon de la Cruz schüttelte den Kopf. „No Sennor! Aber schlau ist Pedro. Er lenkt nur die Aufmerksamkeit des Kaimans auf die Stelle, wo er bellt, um weniger gefahrvoll an einer anderen Stelle trinken zu können. So machen es die meisten Hunde hier im Lande."

Er trat an das tiefer in die Bucht hinein von hohem Schilf umsäumte Ufer, wo, halb auf das Land hinaufgezogen, eine kleine Curiara*) lag, die er in das Wasser schob und bestieg, nachdem er seine Büchse sowie Jaadgerät und Machete am Ufer niedergelegt hatte.

„Wenn mich nicht alles täuscht, hält sich der Menschenfresser, oder wenigstens einer seiner Brüder, dort drüben auf. — Zurück Pedro!"

Dann schoß das Fahrzeug, von Ramon durch ein kurzes, schaufelförmiges Ruder fortbewegt und gelenkt, quer über die Bucht, mich und den Hund am Ufer zurücklassend.

„Verkaßt Euch darauf, er ist hier, der Tiburon," klang eine Stimme hinter mir, und als ich mich umwandte, traten zwei braune Männer grüßend auf mich zu. „Vor einer Stunde schwamm er uns nach; deutlich haben wir ihn gesehen."

Die Männer erzählten mir nun, daß sie mit ihrem Freunde Ramon verabredet hätten, ihn und mich bei der Bucht zu treffen, um uns nötigenfalls bei der Jagd behilflich zu sein.

„Es ist kühn, sich in der kleinen Curiara hier auf das Wasser zu wagen," fügte der eine hinzu und schaute besorgt nach Ramon hinüber, der mittlerweile an der anderen Seite der Bucht angelangt war.

Langsam fuhr Ramon an dem Schilf entlang, das dort sehr üppig und hoch stand. Plötzlich wandte er geschickt und rasch das Fahrzeug und ruderte zurück. Hinter ihm teilte sich das Schilf; dann spritzte vor demselben das Wasser hoch auf und einige große Wellen rollten über die ganze Bucht.

Ramon ruderte immer hastiger. Dem Fahrzeug schien unter dem Wasser etwas zu folgen.

„Der Kaiman! Der Kaiman!" riefen die beiden Männer und liefen voll Angst am Ufer auf und nieder.

Sie täuschten sich nicht. Dicht hinter der Curiara wurde für Sekunden der knorpelige Schwanz eines Kaimans sichtbar. Höher schlugen in der Bucht die Wellen.

„Ay Dios mio!" stotterte einer der Männer. „Die Bestie will die Curiara umwerfen."

Mit Schrecken sah ich, daß der Mann richtig vermutete. Das kleine Fahrzeug erhielt starke Stöße; hin und her schwankte es und rings um dasselbe spritzte und schäumte das

*) Ein aus einem ausgehölten Baumstamm hergestelltes Fahrzeug.

Wasser. Ramon schwebte offenbar in höchster Gefahr. Meine Büchse, die ich zum Anschlag bereit hielt, zitterte in meinen Händen.

Wieder kam der Schwanz des Kaimans zum Vorschein; gleich darauf erhielt die Curiara einen furchtbaren Schlag und kenterte. Ramon de la Cruz verschwand in den Wellen.

Kaum war es geschehen, so sprang der Hund heulend in das Wasser und schwamm winselnd der Stelle zu, wo sein Herr versunken war. Dort glätteten sich jetzt rasch die Wellen, worauf ein langer Körper sichtbar wurde, der anscheinend regungslos im Wasser trieb.

„Können wir nichts tun, um dem Armen zu helfen?" fragte ich ratlos.

„Ramon ist ein Held," erwiderte der eine der Männer erregt. „Schon hilft er sich selbst. Er kratzt der Bestie die Rippen."

Soeben tauchte neben dem Kaiman der Kopf Ramons langsam empor; doch nun sah auch der schwimmende Hund seinen Herrn, und aufheulend näherte er sich ihm.

Ramon de la Cruz, der seine ganze Aufmerksamkeit auf den gefährlichen Feind gerichtet hatte, bemerkte das treue Tier, und ängstlich winkte er mit dem Kopfe demselben zu, sich zu entfernen; auch blickte er hilfesuchend zu uns herüber und dann wieder nach dem Hunde.

Ich rief den Namen des Hundes; ich pfiff und lockte. Es war vergeblich. Das treue Tier schwamm seinem Herrn näher und näher.

Nun schien ihn auch der Kaiman zu gewahren. Der langgestreckte Körper begann sich zu bewegen, obgleich Don Ramon sichtlich noch eifriger bemüht war, die Bestie durch sein Mittel zu veranlassen, in ihrer Ruhe zu verharren. Es war umsonst. Der gewaltige Kopf des Kaimans tauchte aus dem Wasser empor, und weit öffnete sich der scheußliche Rachen. Nahe war diesem der Hund.

Hastig hob ich die Büchse und schoß; aber schon hatte der Kaiman den Hund erfaßt, und nun geriet die Oberfläche der Bucht wieder in sturmartige Bewegung. Noch einmal tauchte der Schwanz des Kaimans aus dem Wasser, dann verschwand die Bestie und mit ihr Ramon de la Cruz. Große Luftblasen auf der Oberfläche der Bucht, sowie kreisende Wellen ließen erraten, daß der Kaiman unter dem Wasser mit seiner Beute nach der Westseite der Bucht flüchtete.

Hatte er den armen Ramon auch gepackt? Schwer lastete diese Frage auf uns. Keiner sprach ein Wort.

Wie viel Zeit verrann, weiß ich nicht; es schien mir nachher, als sei es eine Ewigkeit gewesen. Da! Ein Freudenschrei löste sich aus unseren Kehlen — Ramon de la Cruz erschien dicht vor uns am Ufer und watete, eine zweischneidige Lanzenspitze in der Rechten, rasch aus dem Wasser an das Land.

Wir schüttelten ihm die Hände, klopften ihm die Schultern und äußerten in jeder Weise unsere Freude, ihn wohlbehalten wieder bei uns zu sehen; doch er achtete nicht darauf. Mit zornfunkelnden Augen starrte er nach der Bucht hinaus, über deren Wasserspiegel sich jetzt ein Flimmern der heißen Luft bemerkbar machte. Glühend sandte die Sonne ihre Strahlen vom Himmel; schon verstummten die sich an den Ufern des Apure tummelnden Vögel und verschwanden unter dem schattigen Laube der Büsche und Bäume.

„Dein Hund rettete dir vielleicht das Leben, Ramon," tröstete der eine von Ramons Freunden. „Wie hättest du von dem Kaiman fortkommen wollen, wenn dieser den Hund nicht gepackt hätte und dadurch vorläufig seine Gier befriedigt worden wäre?"

„Der Halunke! Der Schurke! Der Schuft!" murmelte Ramon de la Cruz grimmig vor sich hin. „Entschuldigt, Sennor!" wandte er sich an mich. „Euch hätte ich die Beute gern allein gegönnt; doch als die Bestie meinen armen Pedro packte, vermochte ich mich nicht mehr zu halten; da jagte ich ihr die Lanzenspitze in den Leib. Uebrigens sitzt auch Eure Kugel im Rachen des Kaimans, und er speit sie nicht wieder aus. Nun heißt es dafür sorgen, daß er uns nicht in den Apure gerät, sonst treiben ihn dessen Fluten davon, und dann ist er für uns verloren. — Vorwärts!" Ramon ergriff seine Büchse. „Ihr, Juan und José, bleibt und beobachtet hier genau die Bucht. — Kommt, Sennor! Wir suchen die Bestie dort in der Ecke auf."

Er eilte voran, und ich folgte ihm an der Bucht entlang, deren Ufer er sorgfältig musterte. Schließlich gelangten wir auf die schmale, mit kürzerem Gras bewachsene Landzunge, von wo sich die ganze westliche Seite der Bucht übersehen ließ. „Aha!" sagte Ramon de la Cruz und zeigte nach einem dichten Schilfhaufen. „Der Bestie ist infolge Eurer Kugel und des Stiches in den Leib bereits die Freßlust vergangen." Im Wasser vor dem Schilf trieb der tote Hund.

Der Kaiman mußte in der Nähe sein, und schon hatten die scharfen Augen Ramons ihn auch entdeckt. Er faßte mich am Arm und deutete nach einem Schilfhaufen, zwischen dessen dichten Halmen der Kopf des Ungeheuers aus dem Wasser schaute.

„Laßt uns beide zugleich schießen," flüsterte er. „Nehmt Ihr das rechte, ich nehme das linke Auge aufs Korn."

Wir hoben die Büchsen zum Anschlag, und fast gleichzeitig krachten unsere Schüsse.

Das Schilf rauschte. Das Wasser davor spritzte und wogte auf und nieder. Für Sekunden ließ sich der ganze, gewaltige Körper des Ungeheuers erkennen; dann zeigten uns wieder aufsteigende Blasen den Weg, welchen der Kaiman unter dem Wasser einschlug. Er wandte sich zuerst nach der Mitte der Bucht, dann aber dem Ufer zu, fast in der Richtung, wo wir standen.

„Schon wirkt die bleierne Arznei," frohlockte Ramon. „Nie sterben diese Bestien im tiefen Wasser. Fühlen sie ihr Ende nahen, so kriechen sie ans Ufer."

Hastig sprangen wir beide zurück. Unmittelbar vor uns schob sich, den Rachen halb geöffnet, der Kopf des Kaimans an das Land.

Schnell schoß ich, und eine zweite Kugel saß dem Tier im Rachen. Mit einem eigentümlich gurgelnden Laut glitt es in das Wasser zurück, welches sich rötlich färbte.

„Der schlingt keine Menschen mehr," rief Ramon triumphierend.

Eine längere Weile verrann, und vergeblich spähten wir am Ufer nach dem Kaiman aus. Wir hatten in der Erregung die im Wasser aufsteigenden Luftblasen nicht verfolgt und wußten daher nicht, welchen Weg das Tier genommen hatte; dann bewegte sich jeddch unweit von uns das Schilf, und auch Juan und José deuteten lebhaft nach jener Stelle.

Behutsam näherten wir uns derselben; doch dann vergingen noch mehrere Minuten, bis Ramon de la Cruz abermals zuerst einen Teil des Körpers des Kaimans entdeckte.

Ich wollte schießen; aber mein Begleiter fiel mir in den Arm.

„Spart Eure Kugel," raunte er mir zu. „Sie dringt nicht durch die harte Haut. — Wartet!"

Damit lief er zu den beiden Männern und kehrte alsbald mit diesen und einem Stricke zurück, an dessen einem Ende eine Schlinge saß. Behutsam näherte er sich, kühn bis bis an die Hüften im Wasser watend, dem Ungeheuer, das, den Rachen halb geöffnet, mit dem halben Körper auf dem Lande lag.

Hatte ich schon die Verwegenheit des Mannes bei dem Angriff der gefährlichen Bestie im Wasser bewundert, so bot sich mir jetzt wieder Gelegenheit dazu. Dicht an den Kaiman herangekommen, sprang er plötzlich mit einem Satz auf dessen Rücken, streifte ihm die Schlinge über den Kopf und warf uns das Ende des Strickes zu, welches wir schleunigst ergriffen.

Das alles war das Werk eines Augenblickes.

„Vorwärts! Zieht an! Wir haben ihn!" schrie Ramon, ohne seinen Sitz zu verlassen, und seine Lanzenspitze aus dem Gürtel reißend, stieß er sie dem Tiere, das wütend und zischend um sich schnappte und mit dem Schwanze gewaltig das Wasser peitschte, wiederholt zwischen die Rippen.

Nun warf sich der Kaiman auf die Seite und schleuderte seinen kühnen Reiter von sich ab, der schnell zu uns sprang und uns in unseren Bemühungen unterstützte. Diese waren anfangs ohne Erfolg; doch mehr und mehr erlosch die Kraft des dem Wasser zustrebenden Tieres, und endlich erlahmte sie ganz. Unter lautem Jubel zogen wir den Kaiman weit auf das Ufer hinauf, und dort machte er keinen Versuch mehr, zurück in das Wasser zu gelangen; aber voll Wut schnappte er noch immer um sich, sobald einer von uns ihm zu nahe kam.

Nach etwa einer halben Stunde lief nur noch ein Zittern durch den Körper des Kaimans, und einige Minuten später war das Leben daraus entflohen.

Jetzt ließ sich erst die gewaltige Größe des Tieres erkennen. Eine von mir vorgenommene Messung ergab eine Länge von beinahe sieben Meter. Es war nicht, wie wir alle geglaubt hatten, der häufig vorkommende Kaiman, sondern ein echtes Krokodil, und zwar ein sogenanntes Spitzkrokodil, das sich durch seine spitzige Schnauze, die vollständige Schwimmhaut an den Hinterfüßen und einen Ausschnitt im Oberkiefer für den vierten Unterkieferzahn von den Alligatoren unterscheidet.

Die Frauen

sollen für die bürgerlichen Listen eingefangen werden. Genossen, baut vor und sorgt für Aufklärung! Am Sonntag heißt es auch für die Frauen: Wählt nur die Liste **Baude-Köhler!**

schaftlicher Betrieb führen läßt, muß **dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen.** Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf. Vor dieser fundamentalen Gefahr muß im Augenblick alles andre zurücktreten. Um ihr zu begegnen, haben sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu einem Gewaltmittel entschlossen. Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebenswichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, insbesondere die Großeisenindustrie, und der Hausbrand werden stark in Mitleidenschaft gezogen werden. **Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahmen nicht ausbleiben.** Sie sämtlich zu vermeiden, ist aber bei der jetzigen Lage nicht mehr möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die schwerste Gefahr, den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes, abzuwenden, ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch an andern Stellen entstehen kann. Ist diese Hauptgefahr behoben, so können wir hoffen, auch der andern Gefahr Herr zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schaden wieder gutzumachen."

Der Schlußsatz ist eine lahme Vertröstung. Die Herren am Regierungstische hoffen so lange, bis die letzte Hoffnung zerflattert ist. Und die Arbeiterschaft friert und hungert. Das ist die Folge der Politik, die die Hauptaufgabe in Wiederaufrichtung und Schutz des Kapitalismus sieht und der Sozialisierung scheu aus dem Wege geht.

Warum die Kohlenhalden brennen, darüber gibt einen Kohlenfachmann folgendes Bild:

Wenn es in den letzten Wochen vorkam, daß Kohlenhalden in Brand gerieten, so lag das an den mangelhaften Einrichtungen für die Kohlenlagerung. Anstatt daß man, wie in andern Kohlenbezirken die Kohlenhalden unter Dach bringt und so die Möglichkeit der Entzündung durch Abschließung von dem Luftwechsel herabmindert, wird in Oberschlesien die Kohle ganz im Freien gelagert. Das geschieht dadurch, daß man Kohlenhalden bis zu 10 und 20 Meter Höhe aufschichtet; durch den großen Druck müssen dann die unteren Kohlenschichten zum Schwälen kommen.

Was nun den Abtransport anbelangt, so ist in den ersten zehn Tagen der Verkehrssperre nicht ein einziger Waggon mit Haldenkohle gefüllt worden. Die Wagengestellung war und blieb so knapp, daß gerade die geförderte Kohle abgefahren werden konnte, das will nicht viel bedeuten, da wir bis zum 10. November nicht weniger als drei arbeitsfreie Tage hatten und im November wegen der Hackfruchternte überhaupt viele Arbeiter aus der ländlichen Gegend erst zur Arbeit gekommen sind.

Alles in allem hat sich die Verkehrssperre in Oberschlesien als ganz zwecklos erwiesen, so weit ein erhöhter Transport von Kohle in Frage kommt.

Vorspiegelung falscher Tatsachen

In der inneren Stadt ließen gestern die Rechtssozialisten durch einen halbwüchsigen Burschen ein Extrablatt ausrufen. Es mußte mit 10 Pfennigen bezahlt werden. Die Käufer waren geprellt, denn was sie erhielten war ein Wahlflugblatt mit der Aufforderung „Liste Braun" zu wählen. Der Junge bemerkte, als ihm von den betrogenen Käufern Vorhaltungen gemacht wurden, ihm sei das im Parteibureau so aufgetragen worden. Auf den Inhalt des Blattes werden wir bei der Zurückweisung anderer rechtssozialistischer Angriffe eingehen. Hier sei festgestellt, daß ein solches Verfahren wohl original, aber nicht üblich ist. Es muß im „mehrheits"-sozialistischen Lager die tiefste Ebbe im Kassenstande herrschen, wenn solche Mittel angewendet werden.

Weitere Steigerung der Zuckerpreise

Die Zuckerindustriellen haben schon wieder eine Forderung auf Erhöhung der Zuckerpreise an die Regierung gerichtet. Diesmal verlangen sie die Heraufsetzung des Preises von 53 auf 100 Mark für den Zentner Rohzucker. Die Ungunst der Witterung, derzufolge große Rübenmengen sich noch im Boden befinden, die nur mit großen Schwierigkeiten und hohem Lohnaufwand gewonnen werden könnten, haben die Gestehungskosten gewaltig gesteigert. So muß das Wetter herhalten für das, was zum großen Teil auf passive Resistenz der Landwirte zurückzuführen ist. Diese Herrschaften gehen zum guten Teil planmäßig darauf aus, der Ernährung der deutschen Bevölkerung Schwierigkeiten zu bereiten, damit sie ihre Preistreibereien umso leichter und gründlicher dürchführen können. Und die Regierung, die so rücksichtslos gegen Arbeiter vorzugehen versteht, erweist sich vollkommen ohnmächtig gegenüber dem Begehren der Agrarier.

Wahlsturm

Wohl habt ihr Recht, wenn ihr besorgt
Nach allen Winden Ausschau haltet,
Auf jedes Laubes Rascheln horcht
Und resigniert die Hände faltet.
Schon glaubt ihr deutlich zu vernehmen
Ein heimlich Knistern roter Flammen,
Durch goldne Säle irrt ein Schemen:
Es zieht ein Wetter sich zusammen!

Es türmet rings am Horizont
Sich auf von dunkeln Wolkenmassen.
Ihr habt euch lang genug gesonnt,
Nun wollen wir's mal wettern lassen!
In seine Winkel flieht der Wurm
Und harrt dem Wetterschlag entgegen;
Schon ahnt das Land den nahen Sturm —
Die dürre Erde lechzt nach Regen.

O brich, du grollend Wetter, los!
O zucke, zünde, roter Strahl!
Und wirf mit einem raschen Stoß
Zu Boden unsrer Knechtschaft Mal!
Ein ganzes Volk erwartet dein,
Heischt von dir Lösung seiner Banden;
Ein Zornessturm nur kann's befrein,
Drum ist's zum Sturme aufgestanden!

Ihr saßet lange an der Macht
Und habt geplündert und geschunden;
Und habt ans Ende nicht gedacht!
Nun ist euch, traun, der Mut entschwunden?
Wir aber stehn zum Sturm bereit
Und schüren der Empörung Flammen:
Glück auf! Glück auf! Du junge Zeit!
Es zieht ein Wetter sich zusammen.

August Winnig.

Um Irrtümer zu vermeiden, bemerken wir, daß der Dichter des Poems Wahlsturm, August Winnig, nicht mit dem gegenwärtigen Oberpräsidenten von Ostpreußen identisch ist. Unser Verfasser ist der frühere Maurergeselle Winnig, der den „Preußischen Kommiß" schrieb, ein Buch, das zeitweilig verboten war. Unser Winnig wurde dann von seinen Kollegen als Angestellter des Bauarbeiterverbandes gewählt und hat dort neben seiner sonstigen Beschäftigung eine reiche publizistische Tätigkeit entfaltet. In zahlreichen Blättern standen seine flott geschriebenen und in der Regel recht scharfen Aufsätze. Manchmal brachten sie für die Redakteure auch Unannehmlichkeiten mit sich. So 1912, als in Osterode Ostpr., der Musketier Emersleben den Hauptmann Retsch und dann sich selbst erschoß. Auch darüber schrieb Winnig einen Artikel, der — wir spotten wirklich nicht — ausgezeichnet war. Leider gefiel er nicht allen Staatsanwälten. Ein Redakteur unseres Dresdener Parteiblattes flog für den Winnigartikel vier Monate ins Loch. Genosse Schröder, der damals die Danziger Volkswacht redigierte, kam mit zwei Monaten Gefängnis davon. Den Verfasser erfuhr Schröder freilch erst später, als er von Winnig die Honorarrechnung erhielt. Aber wie gesagt, es war wirklich ein schöner Artikel. Winnig ist später gleich manchem andern Sozialisten ein Opfer des Weltkrieges geworden. Seine Asche ruhe in Frieden.

Nochmals die Stadtratstellen

Verschiedene Anfragen sowohl wie auch der Bericht der Elbinger Zeitung über die letzte Stadtverordnetensitzung nötigen uns, nochmals auf die Angelegenheit einzugehen. Nach Informationen, die aus der Stadtverordnetenversammlung selber stammen, bestand bei einem Teile der bürgerlichen Stadtverordneten die Absicht, die Stadtratstelle nicht auszuschreiben, sondern sie durch einen Elbinger Herrn zu besetzen. Dagegen wandten wir uns mit allem Nachdruck und unser Einspruch hat ja seinen Zweck auch erreicht. Bezüglich der Stadtforstratsstelle, die bereits ausgeschrieben war, hat die Stadtverordnetenversammlung die Besetzung vorgenommen. Sie hatte kein Recht zu dieser Maßnahme. Wenn die Stelle so lange unbesetzt geblieben ist, wäre es die paar Wochen bis zum Zusammentritt der neuen Stadtverordnetenversammlung gegangen. Uebrigens ist seit langer Zeit eine Verordnung in Kraft, nach der es „Stadtforsträte" überhaupt nicht mehr gibt. Die Städte seien nicht zur Verleihung solcher Titel befugt. Es war die letzte Stadtverordnetenversammlung und so mags denn sein Bewenden haben mit diesen Ausführungen.

Elbinger Polizeinachrichten

In der Nacht zum 23. November wurde in dem Geschäft von Hoffmann, Pott-Cowlestr., ein Einbruch verübt. Den Dieben fielen 8 Hühner und eine Menge Brennmaterial in die Hände. — Ebenfalls eingebrochen wutde in Adams Zigarrenfabrik. Die Diebe erbeuteten hier mehrere Tausend Zigarren.

Ostdeutsche Nachrichten

Großer Sieg der U. S. P.
Niederlage der Rechtssozialisten

In Jastrow sind die Stadtverordnetenwahlen vorgenommen worden. Es wählten 85 Prozent der Wähler. Abgegeben wurden 2382 Stimmen, die sich auf 7 Listen verteilten. Davon entfielen

auf die	**Unabhängigen-Liste**	474	**Stimmen**	5	**Mandate**
" "	Deutschnationale Liste	480	"	5	"
" "	Demokratische "	496	"	5	"
" "	Mehrheitssozialist. Liste	359	"	4	"
" "	Zentrumsliste	286	"	3	"
" "	Eisenbahnerliste	212	"	2	"
"	Ackerbürgerliste	73	"	—	"

Bei der Nationalversammlungswahl waren in Jastrow für die unabhängige Liste 45 und für die mehrheitssozialistische Liste 1001 Stimmen abgegeben worden. Die konservative Liste erhielt damals 601, die demokratische 674 und die Zentrumsliste 344 Stimmen. Alle Parteien, mit Ausnahme der U. S. P., haben bedeutenden Stimmenverlust erlitten. Bei den „Mehrheits"sozialisten ist er geradezu vernichtend und wiegt um so schwerer, weil die U. S. P. in Jastrow bisher noch keine nennenswerte Agitation entfaltet hat und unsere Parteiorganisation sich erst in den Anfängen befindet.

Die fremden Truppen

In Beantwortung einer Anfrage in der englischen Unterhaussitzung vom 19. November erklärte Churchill bezüglich der Besetzung Ostdeutschlands, daß Truppen der Alliierten in folgender Stärke nach den deutschen Abstimmungsgebieten gesandt werden sollen: Nach Danzig England zwei Bataillone, Amerika eins, Frankreich eins, nach Memel England eins, Frankreich eins, nach Allenstein England drei, Amerika eins, nach Marienwerder England eins, Italien eins.

Ein tüchtiger Landrat

Am 24. Oktober verlangte die Arbeiterschaft des Kreises Stolp vom Minister Heine die sofortige Entfernung des arbeiterfeindlichen Landrats Kramer. Obwohl dies zugesagt wurde, blieb der Landrat auf seinem Posten. Er benutzte die ihm verbliebene Zeit, um die Landbevölkerung gegen die linksstehenden Parteien aufzuhetzen, indem er die Besitzer zu Maßnahmen gegen zu erwartende Plünderungen und Brandstiftungen aufforderte. Infolgedessen begann die Landbevölkerung Schützengräben gegen die angeblich in Lastautos anrückenden Verbrecher anzulegen, Bretter und Eisenplatten vor die Fenster zu nageln, auf den Kirchenglocken Sturm zu läuten usw. Zu ihrer Sicherung erhielten sie dann Waffen. Nachdem der würdige Regierungsvertreter auf diese Weise genügend Unruhe in die Bevölkerung getragen hatte, ließ er zu seinem persönlichen Schutz das Landratsamt militärisch besetzen.

Bei einer am 5. November in Stolp abgehaltenen gemeinsamen Sitzung aller Vorstände der Gewerkschaften, Ob- und Vertrauensleute sowie aller Vorstände der sozialdemokratischen Parteien wurde gegen diesen groben Unfug mit 300 gegen 3 Stimmen eine Resolution angenommen, in der die sofortige Amtsenthebung Kramers gefordert und schärfster Kampf mit allen Mitteln bis zur Erringung dieses Ziels angekündigt wird. Eine ähnliche Resolution wurde in einer Kreis-Vertrauensmännersitzung des deutschen Landarbeiterverbandes angenommen.

An unsere Postbezieher!

Nach Mitteilung der Postbehörde ist unsere Zeitung in den Nachtrag zur Postzeitungsliste eingetragen. Bestellungen werden bereits zum 1. Dezember von jeder Postanstalt entgegen genommen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Familie Abraham.

Verband der Fabrikarbeiter.

Mittwoch, den 26. d. Mts.:

Branchen-Versammlung

Seifenfabrik **E. Siede**),
abends 5½ Uhr im **Volkshaus,** Bibliothekzimmer.

Versammlungskalender

Steinarbeiter-Verband.

Montag, den 24. d. Mts., abends 6 Uhr: Volkshaus, Bibliothekzimmer.

Dienstag, den 25. d. Mts., abds. 6 Uhr: Branchenversammlung der **Dreher und Maschinenarbeiter,** Volkshaus, großer Saal.

Mittwoch, den 26. d. Mts., abds. 6 Uhr: Branchenversammlung der **Bauschlosser,** Volkshaus, kleiner Saal.

Vertrauensmännersitzung der **Transportarbeiter** abends **6** Uhr.

Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 6 Uhr: Branchenversammlung der **Elektriker,** Volkshaus, Billardzimmer.

U. S. P. Elbing.

Dienstag, den 25. d. Mts., abends 6 Uhr: **Funktionäre des 8. Bezirks, Volkshaus,** Billardzimmer.

Kaufmännische Privatschule

von

R. Mrongovius

Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.

Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten

sowie in **Polnischer** u. **Russischer** Sprache

Adler-Apotheke

H. Reimann, Brückstr. 19

Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Nervenstärkungsmittel

Frostmittel

Tierarzneien

Achtung!

Holzfäller zum Brennholz schlagen können sich melden beim Betriebsrat der Firma F. Komnick, Elbing, Anto-Fabrik. Zimmerleute u. Bauarbeiter bevorzugt. Einschlag 8 Mark pro Meter.

Ernst Doebel :: Schneidermeister

Spieringstraße 16

Empfehle **noch zum Weihnachtsfeste:**

Erstklassige Anzüge aus prima Friedenswaare

und Friedensfuttersachen zu billigen Preisen

Reparaturen :: Umarbeitungen von Militär in Zivil

Fantasie-Westen

Neu eingetroffen: **Prima Gummimäntel**

Kartoffelausgabe.

In der Woche vom 24. bis einschließlich 30. d. Mts. dürfen auf **Kartoffelmarke Nr. 9 je 5 Pfund Kartoffeln,** Preis 1 Pfund = 14 Pfennig abgegeben werden. Die Belieferung **früherer** Marken muß wegen der vorerst noch spärlichen Eingänge **bis auf weiteres zurückgestellt** werden. Jedoch werden die Kartoffelmarken von **Nr. 1—5 schon jetzt für ungültig erklärt** und damit von einer Nachbelieferung ausgeschlossen.

Elbing, den 24. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Hundesteuer.

Es werden zurzeit im Stadtbezirk vielfach Hunde gehalten, die nicht zur Steuer angemeldet sind.

Die Polizeiverwaltung ist ersucht worden, alle Fälle zur Anzeige zu bringen; es muß dann Bestrafung erfolgen.

Elbing, den 22. November 1919.

Der Magistrat.

Städt. Gewerbeschule.

Der Unterricht in der **Margaretenschule** beginnt am **Montag, den 24. Novbr. 1919, nachmittags von 5^{35} bis 7^{15} Uhr.**

Elbing, den 24. November 1919.

Der Magistrat.

U. S. P. D., 3. Bezirk.

Dienstag, den 25. d. Mts., abends 5^{30} Uhr

findet im **Volkshaus** eine

außerordentlich wichtige

Vertrauensmänner- u. Delegiertensitzung

statt. Außer den genannten werden alle diejenigen eingeladen, welche sich zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen.

Die Bezirksleitung.

Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Branchen-Versammlungen.

Dienstag, den 25. November, abends 6 Uhr, im Volkshaus großer Saal:

Dreher und Maschinenarbeiter.

Mittwoch, den 26. November, abends 6 Uhr, im Volkshaus kleiner Saal:

Bauschlosser.

Donnerstag, den 27. Novemb., abends 6 Uhr, im Volkshaus Billardzimmer:

Für alle in der **Elektrizitäts-Industrie** beschäftigten Personen.

Ohne Mitgliedsausweis kein Eintritt.

Die Branchenleitung.

Auktion.

Am Mittwoch, den 26. d. Mts., von 10 Uhr vormittags

werde ich mit Genehmigung im **Gewerbehaus,** Kehrwiederstraße 1

1 fast neuen Herrenschreibtisch mit Aufsatz und Sessel, 1 Sofatisch, fast neu, **4 Stühle, 1 großes Paneelbrett,** fast neu, ferner **verschiedene fast neue Herren-Jackettanzüge, 2 Knaben-Jackettanzüge** fürs Alter von 15 bis 16 Jahren, **2 Damenkostüme, 1 seidene Damenbluse** (rosa), **4 Paar Herrenschuhe,** Größe 42 bis 43, **2 Paar Damenschuhe,** Größe 38 bis 39, **1 Winterüberzieher, 1 altertümliche Standuhr,** gangbar, passend für Diele u. v. a. m. öffentlich meistbietend versteigern.

Sämtliche Sachen sind gebraucht und sehr gut erhalten. Besichtigung ½ Stunde vorher.

Jakob Rosenthal,

Auktionator und gerichtl. vereidigter Taxator,

Sturmstraße 9, II.

Lichtspielhaus

Fleischerstraße 9.

Ab Dienstag bis einschl. Donnerstag

das große Kunstprogramm

Maria Evere

Die Geschichte einer Komödiantin in 6 Akten mit **Lya Mara.**

Nur ein Diener

Filmspiel in 5 Akten mit

Mia Jande und **Bruno Kastner.**

Kassenöffnung 6.15 Uhr.
Letzte Vorstellung 8 Uhr.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

3 Detektiv-Tage!

Von Dienstag bis Donnerstag

Das Auge des Götzen.

Detektivdrama in 4 spannenden Akten.

Indisches Abenteuer des berühmten Detektivs **Joe-Deebs.**

Das Vermächtnis des Hauses Moore.

Detektivdrama in 3 fesselnden Akten.

Abenteuer des großen Detektivs **Brown.**

Anfang: 1. Vorstellung **6.45** Uhr.
2. „ **8.15** „

½ Stunde vorher Kassenöffnung.

Fleischhackmaschinen

Oefen, Sparkochherde (Brennhexe)

sowie sämtliche

Emaillewaren und Wirtschaftsgeräte

empfiehlt billigst

Hermann Bruckert

Brückstraße 3

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Hämorrhoiden

heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.

Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

1 Vorhammer verloren

von Grunauerwüsten bis Wittenfelderstr. 34. Dasselbe gegen Belohnung abzugeben bei **Klein** unt.

Der Nachbar spricht zur Nachbarin —
„Die vielen Listen, wo gehör' ich nur hin?"
Die Nachbarin ist klug, sie kennt das Leben:
„Alle, die nicht arm — nicht reich, haben [ein Streben,
Auch wir wollen unser Stückchen Brot
Und schützen uns vor größerer Not.
D'rum wählen alle wir nunmehr
Allein die Liste **Wegmann-Zehr!"**

Stadttheater Elbing

Montag, den 24. November:
Auf allgemeinen Wunsch
Fuhrmann Henschel
Schauspiel in 5 Akten von Gerhard Hauptmann.

Dienstag, den 25. November
Der
Barbier von Sevilla
Komische Oper in 2 Akten von A. E. Rossini.

Mittwoch, den 26. November
Die Faschingsfee
Operette in 3 Akten.

Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.
Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.
Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel,
:: **Verbandstoffe und Drogen** ::

Familien-Drucksachen
fertigt schnellstens an
Buchdruckerei Elbinger Volksstimme.

Alle Frostschäden
heilt
Frostin
Wasser und Salbe.
Ratsapotheke
Schmiedestr.

Stiller od. tätiger Teilhaber
mit 75 000 Mark für Vergrößerung eines bestehenden Installationsgeschäfts gesucht. Offerten unter **X. Y. 2000** an die Geschäftsstelle der Elbinger Volksstimme erbeten.

Bevor Sie einen
Zopf
kaufen, besichtigen Sie mein großes **Lager in garantiert Naturhaarzöpfen.**

50 cm lang,	**60 g**	**schwer,**	**Stück**	**14.00 Mk.**
60 cm „	**60 g**	„	„	**17.50** „
65 cm „	**65 g**	„	„	**22.50** „
70/75 cm „	**70 g**	„	„	**26.00** „

usw. Versand nach **außerhalb** geg. **Einsendung** der **Probe** und **Preisangabe. Umtausch gestattet.** Anfertigung von **eigenem** ausgekämmtem Haar. Große **Auswahl von Haarwolle, Kreppwollen, Turbangestellen, Haarnetzen, Roßhaarnetzen, Haarschmuck, Hautcreme, Toiletteartikeln.**

Kopfwaschen, Undulation, Manikure,
Haarfärben und Bleichen.
Modernste Frisier-Salons für Damen und Herren.
Otto Voss, Wilhelmstraße 43.

Brennholz

Kiefern, Kloben und Rollen,

waggon- und meterweise, auf Wunsch geschnitten mit Anfuhr, gibt ab

Chemische Fabrik Carl Warm
Fernruf 610.

Elbinger Standesamt

vom 22. November.

Sterbefälle: Arbeiter Franz Ottlewski, 27 J. — Schuhmacherwitwe Anna Broska geb. Schwitzki, 74 J. — Dienstmädchen Johanna Emilie Hach, 43 J. — Arbeiterwitwe Karoline Wegner geb. Reger, 68 J. — Klempner Hermann Terner, 1 Sohn, 2 Std. — Inv.-Rent.-Empf. Karl Heinr. Prahl, 72 J. — Hospitalit Joh. Gottfried Döring, 74 J.

Im Felde gefallen: Musketier in einem Inf. Reg., Kontorlehrling Martin Otto Gotthilf Herrig, 18 J. — Vizewachtmeister d. Landwehr in einem Feldart. Reg., Fleischermeister Friedr. Albert Wilhelm Hintze, 36 J. — Musketier in einem Inf. Reg., Schmiedegeselle Friedr. Rud. Richter, 25 J. — Musketier in einem Inf. Reg., Besitzersohn Emil Rudolf Abraham, 18 J. — Gefr. in ein. Inf.-Rgt. Walter Leopold Behrendt 18 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 29 | **Dienstag, den 25. November 1919** | **1. Jahrgang**

An den Schandpfahl!

Die **unabhängige Sozialdemokratie** Elbings führt den Wahlkampf in streng sachlicher Weise. Sie hat in der Volksstimme und in den Versammlungen das Kommunalprogramm der Partei dargelegt und der Werbekraft der hier aufgestellten Forderungen vertrauend, jeden persönlichen Angriff auf Kandidaten der übrigen gegnerischen Listen unterlassen. Auch die bürgerlichen Parteigruppen sind bisher nicht zu dieser niedrigen Kampfart herabgestiegen. Eine unrühmliche Ausnahme machen die **Elbinger Mehrheitssozialisten.** Sie befleißigen sich einer Wahlmethode, die nicht anders als **hundsgemein** zu bezeichnen ist. **Beschämung** und **Ekel** muß jeden anständigen Menschen erfassen, wenn ein angeblich „sozialistisches" Blatt, wie die **Elbinger Volkszeitung** es sein will, folgendes zu schreiben wagt:

Oeffentliche Aufforderung
an alle Einwohner von Elbing

Die Unabhängigen fordern unausgesetzt die
Annullierung der Kriegsanleihen
(Parteisekretär Grunwald in seiner öffentlichen Rede am 20. 10. 19)
Früher forderte die gesamte unabhängige Presse zur Zeichnung von Kriegsanleihe auf und
heute wird
der Vorwand, man wolle **das Großkapital** treffen, dazu
benutzt, dem kleinen Manne
die letzten Spargroschen zu rauben,
um ihn noch mehr ins Elend zu drücken.

Welche Folgen die unabhängige Forderung
für die Stadt Elbing haben würde,
ergibt sich daraus, daß **die Sparkassen**
des Regierungs-Bezirks Danzig allein von den sieben ersten
Kriegsanleihen einen Betrag
in Höhe von Hundertsiebenundsechszig
Millionen Mark übernommen haben,
die durch neue Gemeindesteuern aufgebracht
werden müßten,
da die Stadt für die Spargroschen der Einleger haftet.

Aber noch gibt es eine Menge **kleine Leute,** die
ihr sauer Erspartes in Kriegsanleihe besitzen
und es **ganz verlieren würden.**

Wie hoch diese Verluste wären, wollen wir feststellen, um sie dann der
gesamten Einwohnerschaft mitzuteilen.

Wir fordern deshalb **alle Besitzer von Kriegsanleihe,**
mit Ausnahme der Kapitalisten, auf, uns bis
zum 30. November 1919
die Summen mitzuteilen.

Wir betonen, daß das eingesandte Material nur zu vorgenanntem Zwecke benutzt wird, und die Namen der Besitzer nicht genannt werden.

Wahlausschuß der Sozialdemokratischen Partei
Elbing.

Pfui Teufel über solche Verlogenheit! **Niemals** ist von der Unabhängigen Sozialdemokratie die Annullierung der kleinen Kriegsanleihezeichnungen gefordert worden. Immer ist von uns verlangt, daß bei der notwendigen Ungültigkeitserklärung der Kriegsanleihen **die Sparkassen und die kleinen Zeichnungen sicher zu stellen seien.** Lediglich die Zeichnungen der Großkapitalisten sollen annulliert werden. **Angelogen** werden die Wähler auch mit der Behauptung, die unabhängige Parteipresse hätte früher zur Zeichnung von Kriegsanleihe aufgefordert und heute wolle sie dem kleinen Mann den letzten Spargroschen rauben. Nun ist jedoch fast die ganze unabhängige Parteipresse ein Kind der Revolution. Während der Zeit des Krieges und der Kriegsanleihen gab es eine unabhängige Parteipresse fast garnicht, **weil die Rechtssozialisten unseren Genossen schamlos die Zeitungen gestohlen hatten.** Die wenigen Blätter aber, die sich während des Krieges im Besitz unserer Partei befanden, waren durch die Militärdiktatur geknebelt. Sie standen oft unter monatelanger Vorzensur und wurden zur Aufnahme der Kriegsanleiheinserate gezwungen. § 10 des Pressegesetzes verpflichtet den Redakteur, jede amtliche Anzeige einer öffentlichen Behörde anfzunehmen. Auf Grund dieser Bestimmung, die auch heute noch existiert, **wurde die Aufnahme der Kriegsanleiheinserate erpreßt.**

Mit solchen Mitteln arbeiten die Elbinger Rechtssozialisten. Und dabei versichert Hermann Schulz, ihr M. d. N., in derselben Nummer der Elbinger Volkszeitung, wo diese Gemeinheit ausgeheckt wurde, der Feind stehe **rechts.** Um diesen „Feind von rechts" zu bekämpfen, greifen die Elbinger Noskebrüder die **unabhängige** Sozialdemokratie an. In einem Flugblatt schreiben diese Auchsozialisten wörtlich:

> Trotz aller Anfeindungen von links und rechts ist die Sozialdemokratie getreu des Erfurter Programms und der Lehren der Altmeister Marx und Engels ihren Weg gegangen. Die Sozialdemokratie lehnt jede Diktatur, komme sie von rechts oder links ab. Nur auf dem Wege über die Demokratie kann der Sozialismus verwirklicht werden und nicht umgekehrt. Die Sozialdemokratie kann auch deswegen das Treiben der sogenannten „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei" nicht gutheißen. Die Arbeiterschaft hat hiervon keinen Vorteil, sondern im Gegenteil nur Schaden. Es gehört **ein großes Maß von Verantwortungslosigkeit** dazu, bei den herrschenden traurigen Verhältnissen in Staat und Gemeinde der Arbeiterschaft Dinge zu versprechen, **die sich nicht verwirklichen lassen.**

Wir meinen, es gehört ein großes Maß von Frechheit dazu, solche Behauptungen aufzustellen. **Das Erfurter Programm ist von den Rechtssozialisten meistbietend und gegen Barzahlung an das Großkapital verkauft worden.** Die Rechtssozialisten wollen gegen jede Diktatur von rechts und links sein. **Wie steht es um die Diktatur Noskes und seiner Mietlinge?** Zu Tausenden sind die Kerker mit revolutionär gesinnten Arbeitern gefüllt, im Auftrage und mit Billigung der rechtssozialistischen Minister. Viele hundert Arbeiter sind gemeuchelt worden. Und die Mörder laufen frei herum. Das sind die „Wege der Demokratie", auf denen der Sozialismus „verwirklicht" werden soll. Wir versprächen den Arbeitern Dinge, die sich nicht verwirklichen ließen, meint das mehrheitssozialistische Flugblatt. Was fordern wir?

> Die Stadt soll für ihre Einwohner **Arbeit** und **Rohstoffe** beschaffen.
>
> Um das zu erreichen, soll sie **Wohnungen** bauen, eine eigene **Reederei** einrichten, die **Straßenbahn** ausbauen und **Kraft-** und **Lichtstrom** in ausreichendem Maße beschaffen.
>
> Weiter verlangen wir die **Umgestaltung** der **städtischen Verwaltung.**

Und das soll undurchführbar sein?

Arbeiter Elbings! Ueberall steht der Rechtssozialismus auf dem Aussterbeetat. Ueberall erhält er von der Arbeiterschaft für seine Liebedienerei gegenüber dem Kapitalismus den verdienten Fußtritt. Wer es mit den Kapitalisten hält, kann kein Vertrauen von den Arbeitern beanspruchen. Einzig die **unabhängige Sozialdemokratie** ist es, die heute für die Volksrechte in die Schranken tritt. Nieder die bürgerlichen Listen! Aber auch **nieder die Liste der Scheidemänner, die Liste Braun!** Seid nicht so töricht, euch von politischen Gauklern einfangen zu lassen. Führt die Liste der **unabhängigen Sozialdemokratie zum Siege!** Wählt am 30. November alle die

Liste Bande—Köhler!

Was der Tag bringt

Verjagung der Wallensteiner aus Stockholm. In Stockholm arbeitete seit einiger Zeit ein etwas mystisches Werbebureau, das Freiwillige nach Archangelsk suchte und von einem dänischen Offizier geleitet wurde. Nachdem unser Parteiblatt Politiken etwas in das Dunkel der Geschäfte hineingeleuchtet hatte, fanden es die Herren Werber für ratsam, nach Mitnahme einiger Gelder schleunigst zu verschwinden. In Deutschland haben die Werber die rächende Hand der Staatsgewalt nicht gefürchtet. Sie hatten auch keinen Grund dazu. Dafür leben wir hier in dem „freiesten Lande der Welt".

Hilfe für die Bolschewiki. Die schwedische linkssozialistische Partei hat dieser Tage Sammellisten hinausgeschickt, die die Erfassung von Medikamenten, Verbandszeugen und sanitären Artikeln, die der Roten Armee in Sowjetrußland zugute kommen sollen, bezwecken. Nach einwandfreien Berichten leidet die tapfere Kämpferschar in Rußland an diesen Dingen sehr großen Mangel. Die Zahl der tötlichen Ausgänge von mitunter leichteren Verletzungen wäre bei weitem nicht so groß, wenn genügend Artikel für die Verwundetenpflege vorhanden wären.

Reinhardt wird befördert. Wie die Blätter melden, ist der Oberst Reinhardt zum Generalmajor befördert. — Was wäre auch anderes zu erwarten? Herr Noske wird Reinhardt solange befördern, bis Herr Reinhardt Herrn Noske befördert. Wohin, ist wohl überflüssig zu sagen.

Ein unabhängiges Mandat ungültig. Die Nationalversammlung erklärte die Wahl des unabhängigen Abg. Simon (Franken) für ungültig.

Ueber die Umstände, die zur Ungültigkeitserklärung führten, werden wir noch berichten. Es soll Wahlbeeinflussung vorliegen. Natürlich, wie sie von den Bürgerlichen aufgefaßt wird; unser Genosse Geyer hat darauf hingewiesen, daß die Wahlbeeinflussung künstlich konstruiert worden ist. Den Rechtssozialisten warf er ob ihres Verhaltens Treulosigkeit vor und brandmarkte sie. Ein Antrag der U. S. P.-Fraktion auf Rückverweisung an den Wahlprüfungsausschuß ist gegen die Stimmen des Antragstellers abgelehnt und die Wahl selbst mit dem gleichen Stimmenverhältnis für ungültig erklärt.

Große Waffenschiebungen in Kiel. Durch einen Stückmeister der Marine-Brigade Löwenfeld wurde der Versuch gemacht, 20 Kisten per Bahn nach dem Gute Groß-Nordsee (unweit des Kanals gelegen) expedieren zu lassen. Die Größe der Kisten, sowie die Tatsache, daß der Inhalt derselben auf dem Frachtbriefe nicht deklariert war, veranlaßte die dort beschäftigen Arbeiter, sich die Kisten näher anzusehen. In den Kisten waren größtenteils Maschinengewehre verpackt, in jeder Kiste 6 Stück, so daß in 13 Kisten insgesamt 78 **Maschinengewehre** verschoben werden sollten. Mit Recht sagten sich die Arbeiter, daß hier etwas nicht mit rechten Dingen zugehe, und daß der Gutsbesitzer in Groß-Nordsee, Herr Hauptmann der Reserve Theophile, unmöglich der rechtmäßige Empfänger der Gewehre sein könne. Sie verlangten die Beschlagnahme der Kisten. Nachdem die Maschinengewehre zweimal beschlagnahmt und zweimal freigegeben waren, gelang es, die endgültige Beschlagnahme durchzusetzen.

Servile Schweizer. Wie die Tribune in Lausanne meldet, wies der Bundesrat in einem Schreiben an die Luzerner Ortsgruppe der schweizerischen republikanischen Gesellschaft darauf hin, daß die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Großherzog von Hessen durch die Gemeinde Tarasp den gesetzlichen Vorschriften widerspricht. Die Regierung von Graubünden ist aufgefordert worden, den Beschluß der Gemeinde Tarasp für null und nichtig zu erklären.

Postbeamte wollen keine Waffen. Eine Berliner Delegiertenversammlung, die 19000 untere Postbeamte vertrat, nahm u. a. eine Entschließung an, die sich gegen die Geheimverfügnng von der Post richtet. Sie protestiert energisch gegen die Verfügung, die erwartet, daß die Postbeamten sich mit Waffen versehen sollen, und fordert von der Postverwaltung, daß diese Verfügung sofort zurückgezogen wird.

Antisemitische Hetze überall. In Düsseldorf ist ein antisemitisches Hetzblatt schlimmster Sorte erschienen, gedruckt und verbreitet werden. Als Verleger war ein rheinisch-westfälisches Aufklärungskomitee in Osnabrück angegeben. Jetzt stellt sich heraus, daß das Komitee nicht besteht. Es ist nun eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt worden, um den Verleger herauszubekommen.

Statt Brot Gefängnis. Vor dem Schwurgericht in Chemnitz findet die Aburteilung der an den Hungerunruhen am 7. und 8. August Beteiligten statt. 74 Angeklagte haben sich zu verantworten. Die ersten beiden wurden wegen Aufruhrs zu 1 Jahr 3 Monaten bezw. 3 Jahren 3 Monaten verurteilt.

Politische Rundschau

Deutschland

Offene Sabotage der Landwirte

„Ein Weiterschreiten auf der bisherigen Bahn bedeutete die — planmäßige Lahmlegung der Landwirtschaft —". Mit diesen Worten begründet der „Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft" seine Forderung auf sofortige Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung fast aller Lebensmittel! Immer frecher wird der Widerstand der Agrarier gegen die Zwangswirtschaft: teils sabotieren sie sie durch Lieferstreiks, teils lassen sie die Ernte über die Grenzen und im Schleichhandel verschwinden. Sie wollen die Erhebung der Wucherpreise von hinten herum zu öffentlichen Normen: und um zum Ziel zu gelangen, entblöden sie sich nicht, kaltblütig den langsamen Hungertod über das deutsche Volk, vielmehr seine nichtbesitzende Schicht, zu verhängen.

Die Eingabe des agrarischen Reichsausschusses verlangt zunächst, daß für das Ausmaß der landwirtschaftlichen Lieferungspflicht nicht mehr das errechnete Bedürfnis der versorgungsberechtigten Bevölkerung bestimmend sein soll, sondern die Ablieferungsfähigkeit des einzelnen Produzenten auf Grund von Schätzungen der örtlichen oder Kreisorgane. Der Erfolg dieser Abschätzungsarbeit der landwirtschaftlichen Organe, die sich doch nur aus Interessenten zusammensetzen, wäre der, daß bei weitem nicht das Mindestmaß der jetzigen Ablieferungspflicht oder gar der Ablieferungsmöglichkeit erreicht würde. Wie reiner Hohn mutet der Ratschlag der Agrarier an: das fehlende Quantum sei aus dem Auslande zu beziehen! Eben deshalb ja, weil sie wissen, daß dies infolge der Valutaverhältnisse unmöglich ist, die sie zu Herren der Situation machten, stellen sie ihre Forderungen, die, was immer wieder betont werden muß, kein anderes Ziel als die höchstmöglichste Preistreiberei haben. Wie die Ablieferung vor sich gehen würde, wenn die Abschätzung der Erntemengen nach dem agrarischen Vorschlag erfolgte, deutet die Eingabe sogar selbst an, indem sie darauf hinweist, daß zwischen der offiziellen Schätzung der Ernte von Brotgetreide für dies Jahr — die gleichfalls meist von landwirtschaftlichen Interessenten vorgenommen wird — und dem errechneten Jahresbedarf der Reichsgetreidestelle eine Differenz von zweieinhalb Millionen Tonnen zu Ungunsten der letzteren besteht!

Der Reichsbund fordert die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft oder doch ihre garantierte Ankündigung für nächstes Jahr für Fleisch, Zucker, Gerste und Kartoffeln. Für Milch und Molkereierzeugnisse soll nur der Bedarf für Kinder und Kranke weiterhin der Zwangsbelieferung unterliegen. Brotgetreide will der Reichsbund zwar offiziell weiterhin öffentlich bewirtschaften lassen, aber er fordert Ablieferungsprämien zum Höchstpreise, die bei einer Lieferung von 70 bis 80 Prozent des Pflichtteils 100 Mk., bei 80 bis 90 Prozent 180 Mk., bei 90 bis 100 Prozent 250 Mk. und bei über 100 Prozent 300 Mk. pro abgelieferte Tonne betragen sollen und außerdem die Abschätzung des Lieferungssolls durch landwirtschaftliche Organisationen, Die ganze Unverschämtheit der Bande wird durch diese Forderungen illustriert: sie würden zunächst eine Zwangswirtschaft nur noch dem Namen nach bestehen lassen und nehmen außerdem eine besondere Belohnung für die volle Erfüllung der aufs Minimalste herabgedrückten Lieferungspflicht in Anspruch! Daß bei einer Freigabe der Fleisch- und Viehproduktiven auf dem Wege der öffentlichen Bewirtschaftung auch keine Milch und Butter mehr für die Kinder und Kranken pflichtgemäß abgeliefert würden, versteht sich am Rande. Man kann nicht die Quelle freigeben und ihr Erzeugnis unter Zwang nehmen wollen.

Und da liegt denn auch der Fehler unseres ganzen Ernährungssystems: es stellt keine Zwangswirtschaft vor, sondern nur ein Rationierungsverfahren mit gleichzeitiger gesetzlicher Preisbemessung. Die Produktion selbst ist völlig von jeder Reglementierung frei geblieben! Und deshalb mußte die Verfügung über ihre Produkte naturnotwendig der öffentlichen Gewalt entgleiten.

Mit Güte ist gegenüber den frechen Anmaßungen der kammgeschwollenen Agrarier nichts mehr auszurichten. Sie führen ihre Absicht durch, so oder so! Fragt sich, ob die Staatsgewalt sich's gefallen läßt. Man muß es nach ihrer bisherigen Praxis leider annehmen. Sie wird gewaltige Preiserhöhungen und Zugeständnisse anf Kosten der breiten Massen machen, die sehen können, wo sie bleiben. Bis dann eines Tages der Krach da ist und die ausgehungerten Städte sich mit Gewalt holen, was man ihnen nicht gutwillig geben will. Welche Konsequenzen das hat, braucht nicht näher geschildert zu werden!

Stockschläge auf den Magen?

Aus Frankfurt am Main wird uns geschrieben:

Nach Mitteilungen des Kohlensyndikats können die Siegerländerwerke wegen anderweiter Verfügung des Reichskohlenkommissars über die Kohlenbestände nicht mit Kohlen beliefert werden. Infolgedessen muß die gesamte Siegerländer Industrie, falls nicht noch in letzter Stunde die Verfügung des Kommissars zurückgenommen wird, zum vollständigen Erliegen und damit zum wirtschaftlichen Zusammenbruch kommen. Diese Verfügung des Reichskohlenkommissars sieht sich an, wie ein Stockschlag auf den Magen der hungernden Arbeiter. Diese führten nämlich vor kurzen drei Wochen lang einen sogenannten wilden Streik, weil die Gewerkschaftsführer aller Richtungen sich weigerten, die Forderung auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe zu vertreten. Die Zähigkeit, mit der die Arbeiter trotz der vom Rechtssozialisten Mehlich als Vertreter des Reichskommissars Severing herbeigeholten Noskegarden an ihren Forderungen festhielten, soll nun anscheinend durch Sperrung der Kohlenzufuhr bestraft werden. Der Streik selbst wurde durch einen Vergleich beigelegt. Statt der geforderten 600 Mk. wurden 300 Mk. bewilligt.

Hindenburgrummel und Zensur

Unser Hager Bruderblatt, die Volksstimme, präsentiert den erstaunten Lesern in ihrer Nr. 271 vom 20. November zwei große leere Räume, die auf das Walten des militärischen Zensors zurückzuführen sind. Bezeichnenderweise befinden sich die weißen Lücken in einer Notiz über den Berliner Hindenburgrummel, der sie wahrscheinlich Ersatz für eine scharfe Kritik der Vorgänge sind.

Es ist also im freiesten Lande der Welt bereits verboten, Straßentumulte zu kritisieren, die sich scharf gegen das herrschende Regierungssystem richten! Daß die Regierung, welche dabei heftig angepöbelt wurde, sich eine solche Handlungsweise militärischer Gesinnungsgenossen der alldeutschen Hindenburgklique gefallen läßt, ist ihre Sache. Wer sich ruhig als Lump und Strolch titulieren läßt, wer obendrein durch seine Beauftragten eine Kritik solcher Schimpfereien unterbindet, muß ja am besten wissen, was er wert ist. Darüber kann man dann nicht streiten.

Ungebetene Gäste in Zeitz

Seit dem 12. November ist die Stadt Zeitz Garnison der Reichswehr. Der Einzug der Noskiden, mit denen die Stadt beehrt worden ist, ging unter merkwürdigen Begleitumständen vor sich. Oberbürgermeister Genosse Löffler sagte darüber in der Stadtverordnetenversammlung folgendes:

„Sie sind gekommen wie Diebe in der Nacht, nicht etwa, wie es sonst bei anständigen Menschen üblich ist, daß man sich vorher angemeldet hätte. Erst nachträglich meldete man sich ungefähr so: Wir sind da! Der Magistrat sieht in ihnen eine Gefahr für die Sicherheit der Stadt Zeitz, insbesondere für ihre Industrie. Es sind hier keine Nosketruppen notwendig. Die Nachricht über die Unterkunft der Truppen kam unter der Devise „Geheim". Ebenso wie der Kreisausschuß gegen die Anwesenheit der Truppen sofort Einspruch erheben will, hat es auch der Magistrat beschlossen. Da Ruhe und Sicherheit in unserer Stadt eingezogen sind und Bestand annehmen, darf es nicht zugelassen werden, daß diese gestört wird."

Die Noskiden haben sich, wie der Oberbürgermeister mitteilte, gleich höchst provozierend benommen. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich in ihrer Mehrheit mit dem Magistrat solidarisch.

Freilassung verhafteter Arbeiterräte

Am 24. September hatte man die Mitglieder des Arbeiterrates zu Cönnern im Saalkreis, unsere Genossen Peter und Edner aus den Betten heraus verhaftet, auf Anzeige des hochwohllöblichen Bürgermeisters, dem es nicht paßte, daß der Arbeiterrat sich gegen die Bewaffnung des Bürgertums wehrte. Vor einigen Tagen mußten nunmehr zum großen Leidwesen verschiedener Reaktionäre unsere Genossen auf telephonische Anweisung der Oberstaatsanwaltschaft Naumburg der neudeutschen „Freiheit" wiedergegeben worden. Nachdem sie sieben Wochen im Hallischen „Ochsen" geknurrt hatten, hat sich herausgestellt, daß ihre Verbrechen eine Inhaftierung nicht rechtfertigen. Hoffen wir, daß die „Arbeiterferien" unseren Genossen nicht allzu viel geschadet haben.

Dänemark

Eine unabhängige Sozialdemokratie in Dänemark

In einer Konferenz in Fredricia in Dänemark, die von etwa 50 Vertretern der dänischen Landesteile besucht war, wurde die Errichtung einer unabhängigen Sozialdemokratie Dänemarks beschlossen. Die Partei erhielt den Namen: Dänemarks linkssozialistische Partei. Die bisher bestehenden kleinen linksstehenden Gruppen, nämlich Sozialistische Arbeiterpartei und die sogenannte Unabhängige Sozialdemokratie, haben sich der neuen Partei angeschlossen. Damit sind sämtliche linksstehenden Sozialisten in Dänemark in einer kräftigen Partei gesammelt.

In und um Elbing

Die „hohen Löhne"

Ein Elbinger Tischler schreibt uns:

Zu dem Artikel in der Morgen-Ausgabe der „Freiheit" Nr. 557 vom 17. 11. 1919 „The standard of life" von Wilhelm Dittmann gestatte ich mir, Ihnen zur Veröffentlichung in der Elbinger Volksstimme folgende Lebensunterhaltungskosten pro Woche für eine vierköpfige Normalfamilie zu übersenden. Die angeführten Sachen und Preise sind den hiesigen Verhältnissen entsprechend angesetzt.

Zusammenstellung

der wöchentlichen Haushaltungskosten einer vierköpfigen Familie

a. Rationierte Lebensmittel.

7 Pfund Kartoffeln, 28 Pfund je 0,14 Mk.	3,92	Mk.
5 Pfund Brot, 20 Pfund je 0,37 Mk.	7,40	„
50 Gramm Butter, 200 Gr., 1 Pfund 6,50 Mk.	2,60	„
50 Gramm Margarine, 200 Gr. 1 Pfd. 5,00 Mk.	2,00	„
250 Gramm Marmelade, 1000 Gr., 1 Pfd. 1,30 Mk.	2,60	
250 Gramm Reis, 1000 Gr., 1 Pfd. 2,20 Mk.	4,40	
250 Gramm Auslandsmehl, 1000 Gr., 1 Pfd. 0,84 Mk.	1,68	
125 Gramm Auslandsfett, 500 Gr., 1, Pfd. 5,00 Mk.	5,00	
125 Gramm Honig, 250 Gr., 1 Pfd. 5,60 Mk.	2,80	
125 Gramm Zwieback, 250 Gr., 1 Pfund 176 Pfg.	0,88	„
200 Gramm Zucker, 800 Gr., 1 Pfd. 100 Pfg.	1,60	„
125 Gramm Rindfleisch, 375 Gr., 1 Pfd. 400 Pfg.	3,00	„
125 Gramm Schweinefleisch, 375 Gr., 1 Pfd. 435 Pfg.	3,27	„
1½ Lt. Vollmilch, 10½ Lt., 1 Lt. 64 Pfg.	6,72	„
	47,87	Mk.

b. Freie Lebensmittel

250 Gramm Kaffee	7,00	Mk.
250 „ Malzkaffee	0,60	„
500 „ Kaffeeschrot	1,16	„
2 Eier	2,00	„
5 Heringe	3,50	„
3 Pfund Fische	4,50	„
4 Pfund Pferdefleisch	7,20	„
Gewürz, Zwiebeln, Essig, Maggi	1,50	„
Gemüse	3,00	„
Obst zum Kochen	3,00	„
12 Kümmelkäse	3,00	„
	36,46	Mk.

c. Verschiedene Ausgaben.

Seife, Seifenpulver, Schuhcreme	6,00	Mk.
½ Zentner Kohlen	4,50	„
¼ rm Brennholz	17,50	„
Gas, Karbid, Feuerzeug	8,00	„
Miete	6,00	„
Steuern	7,00	„
Ersatz an Haus- und Küchengerät	5,00	„
Ergänzung au Kleidung, Schuhen, Wäsche	25,00	„
Versicherungs- und Gewerkschaftsbeiträge	6,00	„
Genußmittel, Zeitungen, Bücher	5,00	„
	90,00	Mk.
Summa:	174,33	Mk.
Lebensunterhaltungskosten pro Woche:	174,33	Mk.
Lebensunterhaltungskosten pro Monat:	755,43	„
Lebensunterhaltungskosten pro Jahr:	9065,16	„

Das sind die Kosten für das knappste Existenzminimum. Sie stellen nichts als stetes Kargen und Darben dar, denn mit 25 Mark wöchentlich z. B. Kleidung und Wäsche zu ersetzen, ist auf die Dauer nicht möglich. Wie viele Arbeiter in Elbing mögen wohl 9000 Mark im Jahr verdienen? Und doch sind unsere Löhne „zu hoch." —

232 Durchfallkandidaten

Wer sich die Mühe macht, nachzurechnen, wird finden, daß für die Elbinger Stadtverordnetenwahl „nur" 292 Kandidaten aufgestellt sind, 60 werden gebraucht. Also müssen mathematisch sicher 232 durchplumpsen. Noch schwellt ja allenthalben stolzer Mannesmut die Brust. Jeder Kandidat ist von der Güte „seiner" Liste überzeugt und glaubt natürlich felsenfest, daß sie alle anderen Listen weit überflügeln werde. Aber das mitleidlose Geschick wird so manche Illusion mit rauher Hand knicken. Den Letzten beißen bekanntlich die Hunde. Je weiter nach unten, je weniger Hoffnung, gewählt zu werden. Sichere Sitze haben nur wenige. Der größte Teil der Kandidaten wird nichts als einen ausgewachsenen Wahlkater vom Schlachtfelde heimbringen. Und dieses Geschick wird viele der bisherigen Stadtverordneten treffen. In den meisten Listen stehen neue Männer obenan. Daß die künftige Stadtvertretung Elbings viel verjüngtes Blut und einen starken Zuz in die Niederung des Proletariats aufweisen wird, ist heute schon als sicher anzunehmen. Wie tief haben manche in den Listen herabsteigen müssen, die es früher für selbstverständlich hielten, daß sie in der Kommune Elbing regierten. Alle Herrlichkeit der Welt vergeht und viele sind berufen, doch nur wenige auserwählt.

Der abgebrannte Rechtssozialismus

Gestern abend um 10 Uhr brannte das Bureau der S. P. D. infolge Nachlässigkeit und Nichtbeschaffung eines Mülleimers aus. Die Feuerwehr, welche alarmiert wurde, wollte retten, was zu retten war. Doch ist nicht viel zu retten gewesen, da die Räume nicht viel enthielten und das, was sie hielten, ist verbrannt. Ein Häufchen Schutt, das auf der Straße liegt, zeugt von der gewesenen Herrlichkeit.

Im Interesse der Einwohner des Hauses Wilhelmstraße 3 wäre es angebracht, daß sich die Parteileitung einen Mülleimer beschafft, damit nicht andere Menschen durch Verschulden unverantwortlicher Leutchen ihr Hab und Gut verlieren.

Die Herrlichkeit in der Wilhelmstraße 3 hört so wie so mit dem 1. 4. 20 auf, da der Wirt die Räume anderweitig vor dem Einzug der S. P. D. an eine Mehlhandlung vermietet hatte. Auf Räumung wird bereits geklagt.

Wie ist Verbilligung des Schuhwerks möglich?

Die kapitalistisch liebedienerische Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder und Häute hat eine geradezu katastrophale Verteuerung des Schuhwerks im Gefolge gehabt, über deren Milderung man sich jetzt allseitig die Köpfe zerbricht. In ganz kurzer Zeit konnten die Lederinteressenten Hunderte von Millionen einsacken, die nachträglich der Bevölkerung durch exorbitant erhöhte Schuhwarenpreise wieder abgeknöpft werden. So haben sich seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder und Häute die Schuhwerkpreise um ein Mehrfaches erhöht. Dem soll nun, wie die Regierung angekündigt hat, durch Einfangen eines Teiles der Konjunkturgewinne, die man dann zur Verbilligung des Schuhwerks für die „minderbemittelte" Bevölkerung verwenden will, entgegengewirkt werden. Hiergegen erhebt Geheimrat Dr. Foch in Münster i. W. schwere Bedenken. Wer ist minderbemittelt? Wird es gelingen, durch nachträgliche Einziehung der Konjunkturgewinne nennenswerte Beträge in die Hand zu bekommen? Weder die Antwort auf die erste noch auf die zweite Frage gibt ihm die Gewähr, daß die angekündigte Maßnahme irgend welchen nennenswerten Erfolg bringen wird. Er verlangt daher:

„Gemeindliche Bewirtschaftung der aus den amtlichen Schlachtungen den Gemeindeverbänden zufallenden Häute. Diese Häute sind den Gemeindeverbänden abgabefrei nur zu den im Schlachtviehhöchstpreise liegenden Preise zu überlassen mit der Maßgabe, sie gerben und zu gutem Gebrauchsschuhwerk und anderen notwendigen Lederwaren verarbeiten zu lassen und die genau überwachte Abgabe an die Bevölkerung zu gebundenen Preisen zu regeln. Die Abgabe solchen Leders an die Möbel- und Kraftwagenindustrie, die zur Zeit mehr als die Hälfte des gesamten Lederanfalls verbraucht und an die Luxuswarenindustrie, ist unbedingt zu untersagen. Zur Schaffung eines gerechten Ausgleichs zwischen den verschiedenen mit Vieh- und Fleischkonserven belieferten Gemeindeverbänden ist eine Häuteausgleichsstelle zu schaffen, an die die Gemeindeverbände einen bestimmten Teil der Häute abzuliefern haben."

Dieser Vorschlag ist beachtenswert. Ob er aber der Beachtung wert gehalten wird, möchten wir nach all dem Vorausgegangenen billig bezweifeln. Die „maßgebende Stelle" hat bisher nicht so sehr das allgemeine Wohl als die Profitinteressen der Kapitalisten im Auge gehabt.

Elbinger Stadttheater

Die Aufführung von Hauptmanns **Fuhrmann Henschel** am gestrigen Abend war, ganz abgesehen vom Inhalt des Stückes, ein Genuß. Leitung und Darstellung bemühte sich, das Beste zu geben und wie wir sagen können mit hervorragendem Erfolg. Das Stück, 1898 geschrieben, handelt von dem wackeren Fuhrmann Henschel, der mit Frau und Magd oben im Schlesischen in verhältnismäßiger Wohlhabenheit lebt. Seiner sterbenden Frau muß er versprechen, nach ihrem Tode nicht die Magd zu heiraten. Die Frau stirbt. Henschel sieht sich durch die Einsamkeit und den Rückgang des Geschäfts veranlaßt zu heiraten und glaubt in seiner Magd die geeignete Person gefunden zu haben. Nach der Heirat kommt der wahre Charakter seiner zweiten Frau zum Durchbruch. Der alte Mann genügt ihr nicht mehr. Sie sucht und findet Liebschaften. Alle Welt kennt bereits das Leben von Hanne, nur Henschel selbst ahnt nichts davon. Als er im Wirtshaus in schroffer Weise die Tatsache erfährt, ergreift ihn eine furchtbare Wut. Doch bald bricht er zusammen. Die Gewissensbisse über das gebrochene Versprechen, das er seiner ersten Frau gegeben, bringen Henschel zur Verzweiflung. Er findet keinen Ausweg und erhängt sich. Mit der Schilderung dürfte Hauptmann neben den Webern und dem Biberpelz sein Bestes gegeben haben. Der Aufbau der Handlung kann als musterhaft angesprochen werden. Die dramatische Steigerung zwang die Zuschauer ausnahmslos in ihren Bann und zwang sie, die Darstellung mit zu erleben.

In den Erfolg des Abends teilten sich sowohl Spielleitung als auch Darsteller. Die Hauptfigur des Stückes, der Fuhrmann Henschel, war sowohl im Spiel als auch in der Maske eine glänzende Leistung. Herr Direktor Spieß hat mit dieser Darstellung wieder sein Können bewiesen. Wir erwähnen nur die Beherrschung des Stoffes, die Leidenschaft der Stimme, die besonders in dem 4. Akt zum Durchbruch kam, sowie die meisterhafte Darstellung. Die Magd Hanne wurde von Frl. Seidler sehr gut gespielt. Von den übrigen Darstellern erwähnen wir noch Herrn Hille, Herrn Stomfeldt und Herrn Freund. Frl. Welsch in der Rolle der Franziska als auch Herr Miklei als George fielen aus dem Rahmen der Darstellung heraus. Wir würden der Direktion empfehlen, es nicht bei der einmaligen Aufführung bewenden zu lassen, denn der Erfolg bewies, das die Aufführung sehr dankbare Zuhörer fand. Wir können unsern Genossen den Besuch nur empfehlen.

Aus der Praxis der Elbinger Armenpflege

Aus dem Leserkreise wird uns geschrieben:

Sonderbare Ansichten über das Leben scheint der Armenvorsteher Preuschoff, Kastanien-Allee, zu haben. Kommt da letzter Tage ein 65 jähriges Mütterchen zu ihm und bittet um einen Holzzettel. Beide Hände verkrüppelt und beiderseitigen Leistenbruch durch lebenslange Fron hervorgerufen. Ganz kurze Antwort: „Ich werde Ihrem Schwiegersohn doch nicht die Wohnung heizen." „Ja, soll ich denn mein Essen roh verzehren? Mit monatlich 23 Mark kann ich doch kein Holz kaufen, das Geld reicht nicht mal zum Leben. Meine beiden Söhne sind im Kriege gefallen, ein Schwiegersohn liegt dauernd krank, Invalide, und der andere hat auch eine große Familie. Ich selbst kann nichts verdienen. Wir Armen sollen doch Holz bekommen" antwortet die Frau. „Ja, Frauchen, mein Sohn und einziger Ernährer ist auch gefallen und ich bekomme gar nichts, während Sie doch 23 Mark Rente erhalten. Da können Sie doch noch fein mit leben" erwiderte der Herr Preuschoff. Nebenbei ist er Hausbesitzer und Inhaber eines gutgehenden Kolonialwarengeschäfts. Ob er wohl auch mit 23 Mark monatlich fein leben kann? Genossen, helft alle, die für die Lage der armen Leute kein Verständnis haben, beseitigen, indem Ihr nur Liste **Baude—Köhler** wählt.

Gedenkfeier der Kriegsbeschädigten

Am Sonntag, den 23. d. Mts., hielt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Volkshause eine Gedenkfeier für die Gefallenen ab. Dem Ernst des Tages entsprechend, war ein sehr dezentes Programm, bestehend aus Konzert, Rezitationen und Gesangsvorträgen von Mitgliedern des Stadttheaters, zusammengestellt worden. Eingeleitet wurde die Feier durch das Musikstück „Den Märzgefallenen von 1848". Nach einer Ansprache des Vorsitzenden der Ortsgruppe wurde von einer Kriegerwaise ein Prolog vorgetragen, der das Sehnen nach dem gefallenen Vater zum Ausdruck brachte. Fräulein Tiede brachte sehr gutgewählte Rezitationen zum Vortrag, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Von den Gesangsvorträgen des Herrn Steinbach erwähnen wir besonders das „Königsgebet" aus der Oper Lohengrin. Allerseelen, Widmung und ganz besonders die Arie aus Freischütz, von Frl. Pittamitz vorgetragen, fanden den lebhaftesten Beifall der Anwesenden. Das Konzert der Stadttheaterkapelle bot sowohl in seiner Gesamtleistung als auch in den Einzeldarbietungen (Flötenkonzert) Hervorragendes. Die Feier war von zirka 800 Personen besucht.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Rache ist mein, spricht der Herr

So ähnlich steht es ja wohl in der Bibel. Aber Superintendent Möhrke in Marienburg scheint der irdischen Gerechtigkeit doch den Vorzug gegenüber der himmlischen zu geben. Die Kohlenbeschlagnahme, die am 7. August bei ihm erfolgte, veranlaßte ihn zur Stellung eines Strafantrages wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung. Nach der Marienburger Zeitung nahm der Prozeß folgenden Verlauf:

„Eine 3½stündige Verhandlung rief die Klage gegen die wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung angeklagten Arbeiterräte Paul Guth, Wilhelm Grieswald und Otto Sandmann hervor. Auf Anzeige von einigen Seiten, daß beim Superintendent Dr. Möhrke mehrere 100 Zentner Kohlen im August abgeladen wurden, erschien am 6. August d. Js. Guth bei Möhrke und erhielt von diesem darüber die erforderliche Auskunft, daß er nicht mehr Kohlen hätte, als ihm zustehen. Trotzdem erschien Guth am 7. August mit dem Kameraden Sandmann und verlangten, ihnen den Kohlenvorrat zu zeigen, was geschah. Die beiden Angeklagten beschlagnahmten, ohne dazu nach Gesetz berechtigt zu sein und ohne von der hiesigen Ortskohlenstelle dazu Auftrag zu haben, 50 Zentner Kohlen und ließen dieses Quantum gegen den Willen des Superintendenten Möhrke auch gleich abfahren. Hierin wird nun ein Hausfriedensbruch erblickt. Grieswald hat sich auch in der Nähe des Pfarrhauses befunden. Nach telefonischer Anfrage bei der Ortskohlenstelle wurde die Mitteilung, daß dieses Verfahren unrichtig sei und bei dieser ganzen Angelegenheit rief Sandmann dem Guth in Gegenwart des Superintendenten zu: „Laß dich nur nicht vom heiligen Geist bekehren", worin eine Gotteslästerung und Beleidigung angesehen wurde. Ferner äußerte sich Sandmann zu den Mädchen des Superintendenten, die als Zeugen von Letzterem hingestellt waren: „Was steht ihr da, geht doch fort, ihr werdet ja doch nur von ihm ausgenutzt." Wenn auch Guth und Sandmann zu dieser Beschlagnahme weder gesetzlich berechtigt noch beauftragt waren, so wurde vom Gericht angenommen, sie hätten sich als Arbeiterrat und im Auftrage des Vollzugsausschusses dazu berechtigt gehalten, auf Grund der vielen Beschwerden und im guten Glauben gehandelt, weshalb Freisprechung gegen Guth, Sandmann nnd auch Grieswald, der unbeteiligt war, wegen Hausfriedensbruchs erfolgte. Beantragt waren gegen Guth 200 Mark und gegen Sandmann 150 Mark Geldstrafe. Dagegen erhielt Sandmann wegen der erwähnten Beleidigung in 2 Fällen 50 Mark Geldstrafe. Die ganze Sache hat s. Zt. viel Staub aufgewirbelt. Superintendent Dr. Möhrke hat sich schließlich mit den fortgenommenen 50 Zentnern Kohlen einverstanden erklärt und sind dieselben verkauft, obwohl Möhrke nicht zuviel Kohlen gehabt hat, indem das Diakonissenhaus 200 Zentner und Möhrke für seine Wohnung mit Amtszimmer 68 Zentner, dann für Sakristei und Konfirmandenzimmer das erforderliche Quantum nur erhalten."

Sicher wird Christus im Himmel über diesen seinen Knecht, der mit 68 Zentnern Wohnungskohlen eingedeckt ist, Freude haben. Ein Superintendent kann nicht wie die Vögel unter dem Himmel leben. Das hätte der unvernünftige Arbeiterrat in Marienburg doch einsehen und den frommen Herrn in Ruhe lassen müssen. Mit den armen Leuten ist das nicht so schlimm. Die sind das Entbehren gewöhnt, die können ruhig auch ein bischen frieren.

Prämie für einen Gesetzesverächter

Vor dem Marienburger Schöffengericht stand der Schmiedemeister Richard Fenske aus Marienburg-Kalthof. Er war angeklagt, weil er seine Leute länger als 8 Stunden täglich beschäftigt. Fenske wurde zu einer Geldstrafe von fünfhundert Pfennigen verurteilt. Von Rechts wegen. Auf diese Art verschaffen preußische Richter den Gesetzen der Republik Achtung.

Das Stuhmer Krankenhaus niedergebrannt

Aus unbekannter Entstehungsursache war im Dachgeschoß des Stuhmer Krankenhauses Feuer ausgebrochen. Der Feuerwehr gelang es zwar, vorerst des Feuers Herr zu werden. Als jedoch das Feuer in der Nacht neu aufflammte, konnte man es, da die Wasserschläuche eingefroren waren, nicht wirksam bekämpfen. Das Gebäude ist infolgedessen gänzlich ausgebrannt, sodaß nur noch die Umfassungsmauern stehen geblieben sind. Die Insassen des Krankenhauses konnten in Sicherheit gebracht werden.

Von nah und fern

Wie sich das Schiebertum amüsiert

Den Gipfelpunkt der Schamlosigkeit erreichte wohl eine Darstellung, die in Berlin im Hause Moz-Straße 88 am letzten Freitag durch Kriminalbeamte eine unerwartete Unterbrechung fand. Dort veranstaltete in der Wohnung einer Frau Hobinstock ein Ehepaar, der Leutnant d. Res. Bodo Reimers und dessen Frau Auguste geb. Müller, aus der Bamberger Straße eine Art von Vorstellungen, Duettszenen, in denen einem sehr zahlungsfähigen Publikum Vertraulichkeiten der intimsten Art vorgeführt wurden. Die Szenen, die einen Casanova erröten lassen würden, lassen sich nicht einmal andeuten.

Die Polizei hatte schon seit längerer Zeit von diesen sonderbaren Vorführungen Kenntnis erhalten. Freitag abend gelang es einigen Kriminalbeamten unter Führung des Kriminalkommissars v. Behr, gegen die Zahlung des Eintrittsgeldes in Höhe von 35 Mark als Gäste Zutritt zu erlangen. Die „Schaubühne" bildete ein als Junggesellenzimmer sehr schmuck eingerichteter Raum. Ein zweites Zimmer, das mit der „Bühne" durch Schiebetüren in Verbindung stand, diente als Zuschauerraum. Etwa 40 Personen, Herren und sogar Damen in eleganten Toiletten, hatten sämtliche Plätze besetzt. Die Aufmachung war ganz kabarettmäßig, es fehlte nicht einmal der Conférencier, der sich verpflichtet fühlte, das Publikum zu bitten, die Darsteller nicht durch ungehörige Zwischenrufe in der „Kunstbegeisterung" zu stören. Die Vorführung nahm dann ihren Gang, wurde aber plötzlich durch ein schrilles Glockensignal unterbrochen. Gleichzeitig ertönten die Rufe: „Hände hoch!" Die Kriminalbeamten hatten ihre Maske als Gäste abgeworfen und schritten zur Amtshandlung. Die Darsteller wurden sofort in Haft genommen, die Namen der anwesenden Zuschauer festgestellt. Gleichzeitig wurde eine große Anzahl unzüchtiger Bilder des Leutnants und seiner „ehrbaren" Gattin beschlagnahmt. Die Moz-Straße aber ist wieder um eine Sensation ärmer geworden.

Aus der Partei.

Mitteilung

Im Auftrage einer kombinierten Sitzung des Zentralvorstandes und des Berliner Hauptvorstandes der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie mit der Zentrale der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften haben Eduard Bernstein und S. Nestriepke ein Schreiben an uns gerichtet. Danach sollen sie mit den Vorständen der sozialistischen Parteien in Verbindung treten, um die Möglichkeit einer Verständigung für den Kampf gegen die sich immer stärker regende Reaktion mit ihnen zu erörtern.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei kann bei aller Anerkennung der guten Absichten der hinter den beiden Briefschreibern stehenden Körperschaften diese doch nicht als geeignet für den vorgesehenen Zweck ansehen. Sie kann der Aufforderung daher keine Folge geben.

In derselben Richtung liegende Anregungen, die sich bis zu direkten Vorschlägen verdichten, eine Einigung der beiden sozialistischen Parteien herbeizuführen, werden jetzt fortgesetzt in der Presse erörtert. Unsere Stellungnahme dazu ist niedergelegt in folgender Erklärung, die Genosse Ludwig (Hagen) im Einvernehmen mit uns für unsere Fraktion in der Preußischen Landesversammlung am 17. November abgegeben hat:

„Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat schon auf ihrem Märzparteitag in ihrem Aktionsprogramm klar die **Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats** formuliert.

Eine Einigung kann nur erfolgen **auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes.** Das bedingt eine Aufgabe der Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgertum und die Preisgabe der Noskeschen Gewaltpolitik.

Solange dazu keine Bereitwilligkeit bei der rechtssozialistischen Partei besteht, ist eine Einigung unmöglich und zwecklos.

Soll sie nur dazu dienen, die Rechtssozialisten in der Regierung zu stützen, die sie gemeinsam mit den Klassenfeinden des Proletariats bilden, so lehnen wir sie rundweg ab. Auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze allein ist sie möglich."

In unserem letzten Aufruf vom 19. November haben wir ferner erklärt:

„Oft genug haben wir die Folgen der selbstmörderischen Politik vorausgesagt, die das Proletariat entwaffnet und den Gegnern der Republik zur Macht verholfen hat. Heute, wo die Ohnmacht der Rechtssozialisten in der Regierung immer offener zutage tritt, rufen ihre Führer nach der Einigung des Proletariats, um der monarchistisch-reaktionären Gefahr zu begegnen. Dabei halten sie fest an der Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgertum, an der Noske-Diktatur mit dem Belagerungszustand, halten sie fest an der ganzen konterrevolutionären Politik, durch die die Bewegungsfreiheit des Proletariats aufgehoben ist. Eine dauernde, fruchtbringende Einigung des Proletariats kann nur erfolgen auf dem **Boden des proletarischen Klassenkampfes zur Durchführung einer grundsätzlichen sozialistischen Politik.**"

Wir sind überzeugt, daß damit die Stellungnahme der Gesamtpartei zum Ausdruck gebracht ist. An den umlaufenden Gerüchten über Einigungsverhandlungen ist kein wahres Wort.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Soziales

Gegen die Kasernierung der Prostitution

In Halle war bisher die Prostitution kaserniert. Diesen Zustand schlimmster Ausbeutung für die Prostitution zu beseitigen, der gleichzeitig ein schweres sittliches Aergernis bedeutete, war bisher unmöglich, weil die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit von früher sich dagegen aussprach. Nunmehr hat der Soziale Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung sich dem ihr vor einigen Wochen von unserer Fraktion gestellten Antrage angeschlossen. An der Zustimmung des Plenums der Stadtverordneten ist nicht zu zweifeln. Die schönen Zeiten der Hausbesitzer im hallischen „Schlamm", der Bordellstraße, werden also demnächst zu Ende gehen!

An unsere Postbezieher!

Nach Mitteilung der Postbehörde ist unsere Zeitnng in den Nachtrag zur Postzeitungsliste eingetragen. Bestellungen werden bereits zum 1. Dezember von jeder Postanstalt entgegen genommen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Wählerinnen und Wähler Elbings!

Arbeiter! Beamte und Angestellte!

Gebt acht darauf, **wen ihr wählt!**

Eure Interessen im Stadtparlament werden am besten **von der Unabh. Sozd. Partei,** von der größten Organisation der Elbinger Hand- und Kopfarbeiter, **gewahrt!**

Stimme **keiner für die Listen der Bürgerlichen,** denn dadurch schädigt ihr euch **selbst** und unterstützt **die Vetternwirtschaft von ehedem.**

Der Tatkraft der Hand- und Kopfarbeiter wird es gelingen, in unserer Stadt **die Folgen des Krieges zu mildern** und **die Zukunft unserer Stadt sicherzustellen. Hierzu sind die bürgerlichen Parteien außerstande. Sie sind mit der Kriegsschuld mehr oder minder behaftet. Denkt an den Krieg! Denkt an die Leiden! Denkt an eure Zukunft! Stimmt am 30. November wie ein Mann für die**

Liste Baude-Köhler!

Der Wahlausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Zucker.

Zur Belieferung derjenigen Zuckermarken für November, die noch nicht mit Weißzucker beliefert worden sind, ist dem hiesigen Handel nunmehr ebenfalls Zucker, und zwar Rohzucker, Verkaufspreis 1 Pfund = 0,92 Mark, zugeführt worden. Die Entnahme des Zuckers auf die November-Zuckerkartenabschnitte aller Art hat bis spätestens 30. d. M. zu erfolgen.

Elbing, den 25. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Versammlungskalender

Metallarbeiter-Verband

Dienstag, den 25 November abends 6 Uhr: Branchenversammlung der **Dreher,** Volkshaus, großer Saal.
Mittwoch, den 26. d. Mts., abds. 6 Uhr: Branchenversammlung der **Bauschlosser,** Volkshaus, kleiner Saal.
Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 6 Uhr: Branchenversammlung der **Elektriker,** Volkshaus, Billardzimmer.

Fabrikarbeiter

Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 5½ Uhr: Branchenversammlung (Seifenfabrik Siede), Volkshaus.

Transportarbeiter

Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 6 Uhr: Vertrauensmännersitzung, Volkshaus.

U. S. P. D. 7., 8., 9. Bezirk

Mittwoch, abends 4½ Uhr, bei **Passenheim:**

Vertrauensmänner-Sitzung

Auch werden sämtliche Genossen, welche sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, ersucht, an dieser Sitzung teilzunehmen und zahlreich zu erscheinen.

Die Bezirksleiter. Erbien. Bauer. Gottschalk.

Gebrauchte Spiegel

auch ohne Rahmen, **kauft laufend**

Siebert, Junkerstraße 14.

U. S. P. 1. Bezirk

Genossen! Erscheint!

mit Euren Frauen

am **Mittwoch, den 26. November, abends 6 Uhr,** im Gasthaus „Legan":

Tagesordnung

Die Vorbereitungen zum Wahltag.

Jedem Mitgliede des 1. Bezirks machen wir es zur Pflicht, zu erscheinen!

Die Bezirksleitung.

Gebrauchte Linoleumläufer und -Teppiche

zu kaufen gesucht

Siebert, Junkerstraße 14.

Stadttheater Elbing

Dienstag, den 25. November:

Boccaccio

Operette in 3 Akten von F. Zell und R. Genée.

Mittwoch, den 26. November

Die Faschingsfee

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Donnerstag, den 24. Novbr.:

Flachsmann als Erzieher

Lustspiel in 4 Akten von Otto Ernst.

Ich warne hiermit jeden, meiner Frau Toni Hofer geb. Wermter etwas z. borg. od. von ihr zu kaufen, da ich in Scheidung stehe und für nichts aufkomme.

Adolf Hofer jun.

Stiller od. tätiger

Teilhaber

mit 75 000 Mark für Vergrößerung eines bestehenden Installationsgeschäfts gesucht. Offerten unter **X. Y. 2000** an die Geschäftsstelle der Elbinger Volksstimme erbeten.

Handwerker, die politisch gegangen,
Sind doch nur Köder zum Stimmenfangen,
Untrennbar ist, wie längst bekannt,
Handwerksint'resse und Mittelstand
Dort wird geschützt er stets am meisten,
Drum Schuster bleib' bei Deinem Leisten
Und schenk der Mahnung jetzt Gehör,
Wähl' nur die Liste **Wegmann-Zehr!**

Marmorschilder,

gebrauchte Marmorplatten

von Waschtischen

sucht zu kaufen

Siebert, Junkerstraße 14.

6 guterh. Rohrstühle

1 Sofa zu verkaufen.

Kuhn, Sonnenstraße 28.

Von Soldatenheim bis Georgendamm **Feekragen verloren.** Gegen Belohnung abzugeben bei **Doegen,** Kantine 148.

Wäsche zum Plätten wird jederzeit angenommen Fischerstr. 34, u.

Ein junges Mädchen zum Stubenreinigen, ein- bis zweimal wöchentlich, gesucht. Meldung von 5—6 Uhr. **Gr. Zahlerstr. 20, 2 Tr. links.**

Elbinger Standesamt

vom 25. November.

Sterbefälle: Schuhmacherlehrling Gustav Guthardt, 17 J. — Rentiere Witwe Luise Pilz geb. Olschewski, 89 J. — Altersrenten-Empf. Karl August Kaufmann, 88 J. — Handlungsgehilfe Paul Dzaack, 18 J. — Fabrikarb. Aloysius Johannes Gerlach, 1 S. 7 J.

Im Weltkriege gefallen: Landsturmm. in einem Inf. Reg., Bäcker Franz Eduard Berent, 25 J. Sergeant in einem Pionier-Batl., Bau- und Möbeltischler Karl Bolz, 29 J. — Unteroffizier in einem Inf. Regt. Gymnasiast Bruno Artur Brunhöver 19 J.

Nr. 29. **Beilage zur Elbinger Volksstimme.** Dien tag, 25. November 1919.

Der Verzweiflungssieg des französischen Kapitalismus

Von Walter Oehme, Berlin.

Die französischen Wahlen haben den Verlauf genommen, den sie in einem Lande, das den Sieg errungen, ihn aber mit dem Herzblut seiner Volkskraft und seines Wirtschaftslebens erkauft hat und das nun vor der Verzweiflung steht, nehmen mußten. Der französische Nationalismus und der Kapitalismus, die trotz des siegreichen Frankreich vor ihrem Ende stehen, haben alle Kraft der Verzweiflung zusammengerafft und einen unzweifelhaften Sieg errungen, aber einen Sieg der Verzweiflung. Noch sind nicht die letzten Wahlergebnisse bekannt. Von den 625 Abgeordneten, die zu wählen sind, erst 500, aber die Fehlenden werden das Bild nicht mehr wesentlich beeinflussen. Wir dürfen uns nicht irgendwelchen Selbsttäuschungen hingeben. Die französischen Sozialisten haben gegenüber dem geeinigten Bürgertum eine schwere Niederlage erlitten.

Nach den bisher bekannten Resultaten stehen 436 bürgerliche Abgeordnete 80 Sozialisten gegenüber. Die unifizierten Sozialisten haben bisher nur 54 Mandate erworben, dabei sind 7 neu eroberte Sitze, während 42 verloren gingen. Bisher also ein Verlust von 35 Mandaten. Die unabhängigen Sozialisten haben bisher 6 Mandate erobert. Alle andern Parteien sind bürgerliche, auch wenn sie in ihrem Titel den Namen „Sozialisten“ führen, und können für den Sozialisten nicht in Betracht gezogen werden, da sie mit ihrem Namen lediglich ihr Bestreben nach sozialer Fürsorge zum Ausdruck bringen wollen. Den linken demokratischen Flügel stellen die republikanischen Sozialisten und die sozialistisch Radikalen dar, aber selbst dieser linke Flügel hat noch große Verluste zu verzeichnen. Die republikanischen Sozialisten, die bisher mit 24 Mandaten gemeldet wird, haben 6 neu gewonnen, dafür aber 15 verloren. Die sozialistisch Radikalen haben neun Sitze gewonnen, dagegen 17 verlorene Sitze zu beklagen. Der radikale demokratische Flügel weist also die größten Verluste auf. Die konservativen Parteien haben keinerlei wesentliche Gewinne errungen. Die nationalistische Gruppe Action Liberale hat bisher 73 Mandate inne, ihren 43 neu errungenen Sitzen stehen aber 34 verlorene gegenüber. Bei den ganz rechts stehenden chauvinistischen Konservativen, den Royalisten, sind bisher 31 Mandate gemeldet und ihr Gewinn hebt mit 10 Mandaten den Verlust der gleichen Ziffer auf. Den Löwenanteil tragen die beiden Regierungsparteien davon, die Blocks, auf die Clemenceau und seine Regierung sich stützen. Beide Gruppen sind ausgesprochenes liberales Bürgertum mit mehr oder weniger nationalistischem Einschlage. Die Linksrepublikaner verzeichnen bisher 117 Sitze, davon 42 gewonnene und 15 verlorene. Die verbündeten Progressisten, auch republikanische Progressisten genannt, haben 120 Sitze inne und ihrem Verlust von 5 Sitzen stehen 63 neu gewonnene Sitze gegenüber. Die noch ausstehenden Resultate können in Einzelheiten dieses Bild noch verändern, das Wesen der Wahl kann nicht mehr verkannt werden.

In Frankreich hat vielleicht zum letzten Male der Kapitalismus einen Sieg über den Sozialismus, die Nationalisierung einen Sieg über die internationale Idee errungen und das in verzweifeltem Kampf geeignete Bürgertum der Sozialdemokratie eine schwere Niederlage beigebracht. Die Ursachen sind nicht schwer zu erkennen. Der französische Imperalismus hat einen Sieg errungen, den er sich durch den Frieden von Versailles hat schriftlich dokumentieren lassen und er muß heute erkennen, daß er trotz dieses Sieges oder besser, weil dieser Sieg soviel Opfer gekostet hat, dicht vor dem Zusammenbruch steht. Frankreichs Volkskraft ist durch den Krieg so geschwächt, seine finanzielle Lage so erschüttert, seine Wirtschaft so ruiniert, daß der französische Kapitalismus jeden Augenblick den Zusammenbruch fürchten muß. Das Rettungswort: l'allemand payre tout, Deutschland zahlt alles, droht zu versagen, denn die Erkenntnis wird von Tag zu Tag größer, daß Deutschland nicht zahlen kann. Wenn nun auch das bolschewistische Rußland seine Anleihen nicht einlöst, so ist Frankreich bankerott. Deshalb gibt es in Frankreich eine große doppelte Furcht: die vor dem bolschewistischen Rußland und die vor dem schnellen Erstarken Deutschlands, das dann das schwache Frankreich überrennen wird. Deshalb mußte Clemenceaus Wahlparole, der alle bürgerlichen Anhänger aufrief, den Friedensvertrag von Versailles, der Deutschland knebeln soll, zu schützen, im Bürgertum vollen Erfolg haben. Sieht doch dieses die einzige Rettung nicht in einer Versöhnung der Völker untereinander, sondern in eifersüchtigen Wachen über die wirtschaftlichen Fortschritte des andern.

In einem Volk, das trotz seines Sieges für seinen Untergang zittert, muß der nationalistische Gedanke über die internationale Idee den Sieg davon tragen, denn das Volk lebt in dem Glauben, daß es nur die Erfolge seines Sieges festzuhalten brauche, um sich vor allen Gefahren zu schützen. Deshalb hat man in diesem Wahlkampf die Soziolisten, unsere französischen Genossen, die bessere Einsicht in die künftige Entwicklung zeigten, und die nicht zuletzt um Frankreichs willen eine Revision des Friedensvertrages forderten, als Landesverräter beschimpft und bekämpft.

Dazu kam, daß mit dem Schreckgespenst des Bolschewismus man dem Volke Furcht einjagen konnte. Wenn das bolschewistische Rußland seine auswärtigen Anleihen nicht bezahlt, so verlieren die unzähligen kleinen französischen Rentner ihr ganzes Hab und Gut. Es war also für Clemenceau nicht schwer, den Bolschewismus als eine höchst gefährliche, hassenswerte und verderbliche Lehre hinzustellen. Der französische Kapitalismus befindet sich in höchster Furcht, daß auch in Frankreich die sozialistische Idee an Kraft gewinnt und denen den Nutzen des Sieges rauben will, die als einzige daran profitiert haben. Deshalb verdächtigt man kurzerhand alle Sozialisten als Bolschewisten und unsere französischen Parteigenossen befanden sich dabei in einer äußerst schwierigen Situation. Sie erkannten, daß der Sache des Sozialismus und des Proletariats ein schwerer Schaden zugefügt würde, wenn die bolschewistische Regierung in Rußland mit Waffengewalt niedergeworfen und beseitigt würde, wenn die revolutionäre Idee in ihrem Ursprungslande durch eine neue, reaktionäre zaristische Diktatur geknebelt würde. Deshalb mußten sie es für ihre Pflicht halten, gegen die militärische Bekämpfung des Bolschewismus Front zu machen, und, obwohl sie nur zu verschwindend kleinem Teile mit dem Bolschewismus sympathisierten, ihn doch gegenüber dem in Furcht zitternden Bürgertum, das am liebsten seine Armeen nach Rußland gejagt hätte, in Schutz nehmen. So war es den bürgerlichen Parteien ein Leichtes, unsere französischen Genossen samt und sonders als Bolschewisten zu verdächtigen und den furchtsamen friedlichen Bürger mit diesem Schreckgespenst graulich zu machen.

Dazu kam als Drittes das Wahlsystem. Die Sozialisten in Frankreich mußten stets in den einzelnen Departements eine Minderheit bleiben und darauf war dieses verfälschte Proportionalwahlsystem zugeschnitten, das die Minderheiten auf das schwerste vergewaltigt. Wenn nämlich in einem Wahlkreise eine Liste die absolute Mehrheit erhält, wenn sie also, von 50000 Stimmen 25100 auf sich vereinigt, so fallen ihr alle Mandate zu, die in dem Wahlkreise zu vergeben sind und die übrigen 24900 Wähler gehen leer aus. Nur wenn in einem Wahlkreise keine Liste eine absolute Mehrheit, das heißt mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erringt, dann tritt die sogenannte schwer verfälschte Verhältniswahl in Kraft. Auch diese Verhältniswahl ist zu Ungunsten der Minderheiten gestaltet. Sind in einem Wahlkreise 5 Abgeordnete zu wählen und beträgt die Zahl der abgegebenen Stimmen 50000, so beträgt der maßgebende Quotient 10000. Hat nun die Liste A. 20100 Stimmen erhalten, die Liste B. 19900 und die Liste C. 9900 Stimmen erhalten, so entfallen zunächst auf die Liste A. 2 Mandate und auf die Liste B. 1. Nunmehr wird aber nicht etwa ein neuer Quotient aus den restierenden Stimmen gebildet und etwa auf B. und C. verteilt, sondern die Liste A. erhält auch die übrigbleibenden zwei Mandate, so daß sie mit nur 200 Stimmen Mehrheit vier Mandate gegenüber einem der Liste B. hat, während die Liste C. völlig leer ausgegangen ist. Der Sinn dieses Wahlsystems war von vornherein klar. Er konnte nur bedeuten, daß die Regierung die oppositionellen Parteien möglichst aus dem Parlament fernhalten wollte, daß die besorgten Kapitalisten durch dieses Wahlsystem ihren Geldbeutel vor dem Sozialismus schützen wollten.

Die Zeit wird sehr bald beweisen, wie trügerisch die Hoffnung war, durch nationalistische Phrasen die Zukunft des französischen Volkes zu sichern, anstatt auf dem Wege der von unseren französischen Genossen gewollten internationalen Völkerverständigung. Der bevorstehende Zusammenbruch der französischen Wirtschaft wird beweisen, wie wenig der Kapitalismus die Kraft in sich hat, das zerrüttete Wirtschaftssystem Frankreichs, das wohl am schwersten von allen unter dem Kriege gelitten hat, neu aufzubauen und dem Pyrrhus-Siege wird dann die Niederlage des französischen Kapitalismus und Chauvinismus folgen.

Kommunales

Ein Leitfaden für Gemeindevorsteher

Im Laufe dieses Jahres sind im Regierungsbezirk Merseburg Tausende unserer Genossen in die Stadtverordneten-Versammlung, in die Gemeindevertretung und Kreistage eingedrungen. Ganz besonders bei den Wahlen der Gemeinde- und Amtsvorsteher im Herbst. Sie haben die schwere Pflicht übernommen, schon heute unter der Herrschaft der kapitalistischen Regierung in der Verwaltungsarbeit den Geist der Bureaukratie zu beseitigen. Nun sind die alten Herren zwar verschwunden, aber die alten Verordnungen und Gesetze sind noch da und bereiten manchem unserer Genossen unangenehme Stunden. Die Regierung hat natürlich nicht daran gedacht, den neuen Leuten, die doch den Geist der Demokratie in die Verwaltung tragen sollen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Deshalb hat das Bezirkssekretariat Halle der U. S. P. das Versäumte nachgeholt und einen Leitfaden für Gemeinde- und Amtsvorsteher herausgegeben. Der Leitfaden bezweckt unsere zu Gemeinde- und Amtsvorstehern gewählten Genossen an Hand der bestehenden Gesetze mit ihren Rechten und Pflichten bekannt zu machen und ihnen nützliche Anweisungen und Fingerzeige zur Führung ihres Amtes im Sinne des sozialistischen Programms zu geben. Zu diesem Zwecke sind die wichtigsten und in der Praxis am häufigsten in Frage kommenden Gesetzesparagraphen erläutert, um auf diese Weise das Verständnis und die praktische Anwendung derselben zu erleichtern. Wir empfehlen, auch den Genossen in den anderen Bezirken, die praktisch in der Gemeindepolitik tätig sind, diesen Leitfaden bei der U. S. P. in Halle zu bestellen.

Literatur.

Das Chemnitzer Blutbad am 7. und 8. August 1919. Von der Lebensmitteldemonstration zum Straßenkampf. Eine kritische Darlegung der Geschehnisse, zugleich ein Beitrag zur Würdigung des rechtssozialistischen Verrats an der Einheit der Arbeiterschaft von Arno Burchardt. Preis 50 Pfg. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft in Leipzig.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

29]

Das dauerte diesmal lange, endlos lange.

Bohrende Sorge erfaßte Rosalinden. Sie erschien sich ganz hilflos dieser Lage gegenüber, und der Gedanke überkam sie mit Schrecken, daß sie völlig wehrlos und untätig zuzusehen verdammt war, wie ihr Mann einer ihr dunklen und unheimlichen Stimmung erlag und an ihr zugrunde ging.

Da sie dieses sein Schicksal ahnend heranschleichen sah und, bei aller Entschlossenheit dazu, es nicht abwehren konnte, legte sie plötzlich jetzt in dem schweigenden Zimmer den sorgenschweren Kopf auf die verschränkten Arme und weinte lautlos in sich hinein.

* *

Mit außerordentlicher Spannung erwartete Jordan den Bericht des Invaliden Hecker.

Der Staatsanwalt vertraute fest und sicher darauf, daß nun die Angelegenheit in der von ihm vorbedachten Weise sich regeln werde, und hatte ein Gefühl, als wäre es eine höhere Macht gewesen, die ihn schützend und vorsorglich an den schwersten Gefahren vorübergeführt und so erleuchtet hatte, daß er den wahrlich nicht leicht zu findenden Weg aus diesen Wirrsalen heraus fast hellseherisch hatte aufspüren können.

Eine bessere Lösung, so dünkte ihn, konnte einfach nicht gefunden werden.

Erreichte der Einfluß der Frau Hecker bei ihrer Tochter, daß sie Berlin verließ, nach Pest zurückging und den Maler heiratete, so sah dieser, daß er Jordan unrecht getan, daß er es vielmehr in erster Reihe gewesen, der den Anlaß dazu gegeben hatte, das getrennte junge Paar wieder zu vereinigen.

Dann war ihm jedweder Grund entzogen, fernerhin noch gegen Jordan feindlich vorzugehen. Der Staatsanwalt würde erleichtert aufatmen, Herta Hecker fern von Berlin fort versorgt und geborgen zu wissen und endlich — endlich hinter dieses gesamte Erlebnis den abschließenden Punkt setzen zu können.

War alles vorüber, geordnet und überstanden, so war auch nichts im Wege, an Rosalinden den Generalbericht zu erstatten und sie wissen zu lassen, was alles er hier durchlitten und ausgefochten hatte.

Denn nie in seinem Leben hatte Jordan eine gleich furchtbare Zeit der Erregungen und Prüfungen durchmachen müssen wie eben jetzt.

Er trug das tiefste Verlangen, in den früheren Stand eines ruhigen und fest umserten Lebens so rasch wie möglich zurückzukehren.

Und nun stand an einem trüben Novembervormittag der Invalide Hecker wieder in Jordans Amtszimmer und erstattete seinen Bericht.

Er hatte seine Frau im Zuchthause besucht.

Zwei Briefe hatte sie geschrieben. Einen an Lokatos, worin sie ihm mitteilte, daß der Staatsanwalt selbst seine Hilfe zugesagt habe, Herta zu veranlassen, nach Pest zurückzukehren und den Maler zu heiraten. Den anderen an Herta. Sie setzte ihr auseinander, daß es ihr, der Mutter, innigster Wunsch auf Erden sei, ihr Kind auf diese glänzende Art dauernd versorgt zu sehen.

Wenn Herta auch nur einen Funken von Liebe für die Mutter noch habe, die ihretwegen so Schweres erdulde, so müsse sie ihr diesen Wunsch erfüllen, auf der Stelle nach Pest zurückkehren.

Jordan hörte diesen Bericht erfreut an.

„Gut,“ sagte er, „ich habe heute einen gerichtsfreien Tag. Da können wir diese Sache ja sofort in Ordnung bringen.“

Er ließ telephonisch ein Auto bestellen und trug dem Invaliden auf, ihn drunten am Portal zu erwarten. Er wolle nur noch im Bureau einige Anweisungen geben; dann könnten sie mitsammen zu Fräulein Hecker fahren.

Als Jordan dann im Auto neben dem Invalideu saß, überkam ihm eine unsägliche, furchtbare Beklommenheit, deren er vergebens Herr zu werden versuchte.

Maßlose Angst ergriff ihn.

Er hatte das erwürgende Gefühl, einer großen Gefahr sich auszuliefern.

Tausend Bedenken wurden wach.

Plötzlich dünkte ihn die ganze Geschichte übereilt, übers Knie gebrochen und gewagt. Dieser Weg zu Herta war eine ausgemachte Phantasterei.

Wozu machte er ihn?

Er hatte das Seinige in dieser Sache vollauf getan — und mehr als das.

Entschieden, ganz entschieden mehr.

Wozu auch noch dieses? Den Weg in die Wohnung der Herta?

Jetzt erst kam ihm zum Bewußtsein, wie peinlich und widerwärtig dieses Wiedersehen für ihn werden mußte.

In pöbelhafter Weise hatte sie ihn auf offener Straße beschimpft. Hatte hierfür noch nicht einmal um Verzeihung gebeten, und er, der Staatsanwalt — begab sich jetzt mit dem Familienhaupte des ehrenwerten Heckerschen Hauses zu der Prinzessin-Tochter, um bei dieser den Freiwerber für jenen Ungarn zu machen, der Jordan nicht weniger schmählich beleidigt hatte wie seine entwichene Braut.

Was würde Rosalinde zu diesen Bocksprüngen sagen, die er sich da leistete?

Verrückt! Verrückt!

Wie ein unsinniger Traum erschien ihm jetzt alles das mit einem Male. Am liebsten wäre er auf der Stelle umgekehrt.

„Haben Sie sich bei Ihrer Tochter angemeldet?“ fragte er seinen Begleiter.

„Nee.“

„Vielleicht ist sie gar nicht zu Hause?“

„Sie schläft gern bis mittag.“

Natürlich, dachte Jordan.

„Hat sie eine eigene Wohnung?“ fragte er.

„Nee. — Zwei möblierte Zimmer bei einer Wirtin.“

Hätte ich sie doch lieber in mein Burcau bestellt, dachte Jordan.

Aber vielleicht ist sie gar nicht zu Hause, oder im Bett, schläft die letzte durchtollte Nacht aus — und empfängt mich gar nicht.

Da hielt das Auto schon vor dem Hause am Bayrischen Platz.

Jordan sah nach der Uhr. Es war drei. Der Schweiß perlte ihm auf der Stirn, als er neben dem Krüppel die protzige, läuferbedeckte Marmortreppe zum dritten Stock hinaufstieg. Herzklopfen benahm ihm fast den Atem. Seine Hände zitterten.

All seinen Willen nahm er zusammen.

Ich bin der Staatsanwalt, dachte er. Ich bin der Staatsanwalt. Komme, um dieses Mädchen aus der Stadt zu treiben.

Sie muß fort! Sie soll! Ich will es! Fort mit ihr aus Berlin!

Entschlossen und finster sah er drein, als jetzt, nachdem Hecker geklingelt hatte, ein gräßlich blondgefärbtes, ältliches Weib im grünseidenen Unterrock und unsauberer halboffener Matinee die Entreetüre öffnete.

„Ich möchte meine Tochter, Fräulein Hecker, sprechen.“

Ein mißtrauischer Blick aus unsicheren, graugrünen Augen auf den hochgewachsenen Herrn im Pelz und Zylinder, der neben dem Manne mit der Krücke stand.

„Fräulein Herta badet gerade,“ sagte die Wirtin. „Bitte, treten Sie inzwischen hier ein.“

Sie öffnete auf dem Korridor eine Tür und ließ Jordan in ein einfenstriges Zimmer eintreten, das nach dem Hofe lag. Zigarettenrauch und schlechtes Parfüm war in der abgestandenen Luft. Ein ungemachtes, breites Bett stand in der einen Ecke. Die Jalousien waren herabgelassen. Eine elektrische Lampe, von einem dunklen, grünen Schirm gedeckt, brannte auf dem Nachttisch.

(Fortsetzung folgt.)

Gemäß § 28 der Wahlordnung vom 30. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1353) in Verbindung mit § 8 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919 (Gesetzsammlung Seite 13, 14) bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß für die

Stadtverordnetenwahlen

in der Stadt Elbing

folgende

Wahlvorschläge

von uns zugelassen sind:

I. Wahlvorschlag Braun

Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahlen der sozialdemokratischen Partei Elbing:

1. Braun, Karl, Töpfermeister, Sternstraße 12
2. Zech, August, Gewerkschaftsbeamter, Sonnenstraße 23
3. Finsel, Conrad, Gewerkschaftsbeamter, Spieringstraße 15
4. Kositz, Bruno, Lehrer, Talstraße 13
5. Krickhahn, Friedrich, Modelltischler, Hl. Leichnamstraße 118
6. Grabowski, August, Geschäftsführer, Maßstraße 2
7. Paschke, Fritz, Werkmeister, Holländerstraße 28
8. Eising, Julius, Kesselschmied, Schottlandstraße 30
9. Schulz, Hermann, Mitglied der N., Gr. Wunderberg 53
10. Schottke, Hermann, Lagerhalter, Hl. Leichnamstraße 138
11. Weiß, Hermann, Arbeiter, Hochstraße 20
12. Kowalski, Johann, Dachdecker, Holländerstraße 12
13. Peter, Otto, M. D. P. L., Herrenstraße 26
14. Lange, Julius, Botenmeister, Grünstraße 28
15. Frost, Karl, Schlosser, Bergstraße 7
16. Köpsel, Gustav, Schlosser, Kl. Stromstraße 2
17. Harwardt, Bernhardt, Schlosser, Sternstraße 25
18. Witt, Arthur, Werkmeister, Schottlandstraße 22
19. Preuß, Paul, Tischler, Grünstraße 47
20. Rosenthal, Rosa, Kaufmannsfrau, Kettenbrunnenstraße 4
21. Mattern, Karl, Zimmerer, Morchenstraße 5
22. Glaw, Valentin, Tischler, Holzstraße 8a
23. Allert, Wilhelm, Schlosser, Kol. Trettinkenhof 2
24. Ihme, Karl, Geschäftsführer, Fliegerstation
25. Regehr, Albert, Kaufmann, Hl. Leichnamstraße 57
26. Liedtke, Hugo, Dreher, Blumenstraße 16
27. Bruchmann, Karl, Schlosser, Ilgnerstraße 31
28. Buchholz, Ernst, Schlosser, Gr. Zahlerstraße 20
29. Amling, Karl, Zimmerer, Sternstraße 44
30. Haß, Gustav, Werkmeister, III. Niederstraße 8
31. Großmann, Eduard, Tischler, Grünstraße 33
32. Manowski, Richard, Schlosser, Wittenfelderstraße 27
33. Schulz, Paul, Werkmeister, Kastanienallee 11.
34. Prang, Hermann, Händler, Logenstraße 11
35. Tobien, Albert, Maschinenarbeiter, Bergstraße 2
36. Brock, Karl, Schmied, Kol. Trettinkenhof 11
37. Ardinski, Wilhelm, Arbeiter, Hinterstraße 6
38. Krause, Karl, Hobler, Hochstraße 98
39. Labuch, Josef, Schlosser, Schleusendamm 12
40. Bliteschau, Ferdinand, Tischler, Gr. Zahlerstraße 13
41. Manneck, Arthur, Dreher, Gr. Wunderberg 12
42. Zipper, Eduard, Schmied, Kol. Trettinkenhof 13
43. Annowski, Hermann, Autogenschweißer, Wittenfelderstraße 28
44. Zipprig, Otto, Dreher, Neuegutstraße 3
45. Poganiatz, Adam, Tischler, Holländerstraße 17
46. Meitz, Wilhelm, Schmied, Sonnenstraße 31
47. Klebb, Otto, Abeiter, Aenß. Mühlendamm 29
48. Kowalski, Karl, Arbeiter, Klosterhof 4
49. Wagner, Rudolf, Tischler, Grünstraße 5
50. Hoffmann, Hermann, Arbeiter, Lindenstraße 12
51. Reimann, Max, Tischler, Neuegutstraße 11
52. Peters, Walter, Schlosser, Schottlandstraße 22
53. Czemlewski, Dionisius, Tischler, Mattendorfstraße 29
54. Fröhlich, Kasimir, Töpfer, Inn. Vorberg 7/8
55. Liedtke, Hermann, Former, Dritte Niederstraße 13
56. Grahlke, Karl, Arbeiter, Aeuß. Mühlendamm 66
57. Schulz, Eduard, Schmied, Holl. Chaussee 23a
58. Rennwald, Karl, Schlosser, Holl. Chaussee 46
59. Adloff, Gottfried, Hobler, Hindenburgstraße 16
60. Rebel, Gustav, Former, Querstraße 14

II. Wahlvorschlag Baude

Wahlvorschlag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Elbing:

1. Baude, Hermann, Geschäftsf. des Bauarb.-Verb., 1. Niederstr. 1
2. Köhler, Paul, Geschäftsf. des Metallarb.-Verb., Kastanienallee 31
3. Grunwald, Anastasius, Parteisekretär, Grubenhagen 15
4. Dr. Ernst Kranz II, prakt. Arzt, Sonnenstraße 83
5. Baude, A., Ehefrau, Erste Niederstraße 1,
6. Vogel, Ernst, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, Königsbergerstraße 32
7. Paetz, Karl, Maurer, Pangritzstraße 39
8. Müller, Wilhelm, Geschäftsf. d. Metallarb.-Verb., Hohezinnstr. 1
9. Kühn, Franz, Maschinenarbeiter, Kastanienallee 78
10. Perschon, Heinrich, Händler, Hochstraße 97
11. Lange, Erich, Lehrer, Wilhelmstraße 37
12. Rudnitzki, Franz, Geschäftsführer, Gr. Wunderberg 38
13. Erbien, Georg, Kupferschmied, Kastanienallee 31
14. Poschadel, Gottlieb, Lagerhalter, Aeuß. Marienburgerd. 53
15. Wilki, Josef Fabrikarbeiter, Heil. Leichnamstraße 63
16. Recht, Hermann, Geschäftsf. des Holzarb.-Verb. Kastanienallee 31
17. Schmidt, August, Kupferschmied, Hochstraße 1
18. Heß, Gustav, Schlosser, Talstraße 38
19. Kinski, Franz, Oekonom, Holzstraße 4
20. Krüger, Albert, Kaufmann, Georgendamm 21
21. Groß, Karl, Gewerkschafts-Angestellter. Gr. Wunderberg 16
22. Hellwig, Otto, Schlosser, Ritterstraße 23b
23. Harwardt, Franz, Dreher, Sternstraße 25,
24. Dangel, Friedrich, Angest. des Metallarb.-Verb., Maaßstr. 3
25. Wiewrodt, G., Geschäftsf. des Kriegsbesch.-Verb., Gartenstr. 32
26. Harwardt, Frau, Zigarrenarbeiterin, Sternstraße 25
27. Hippler, Friedrich, Kaufmann, Leichnamstraße 94
28. Döring, Richard, Kesselschmied, Trusostraße 20
29. Gottschalk, Ernst, Tischler, Königsbergerstraße 34
30. Scheiba, Anton, Dreher, Alter Markt 17
31. Papproth, Hans, Angestellter des Metallarbeiter-Verbandes, Kl. Wunderberg 38
32. Bauer, Friedrich, Schmied, Sternstraße 44
33. Grigoleit, Rudolf, Buchdrucker, Junkerstraße 15
34. Kirchner, Gertrud, Frau, Zigarrenarbeiterin, Neuegutstr. 8a
35. Bütow, Richard, Kesselschmied, Kastanienallee 104
36. Pohl, Friedrich, Former, Kastanienallee 46,
37. Baumgarth, Ferdinand, Arbeiter, Zweite Niederstraße 6
38. Kretschmann, Otto, Former, Brandenburgerstraße 20
39. Mergel, Friedrich, Transportarbeiter, Wittenfelderstraße 39
40. Pfahl, August, Schlosser, Junkerstraße 8
41. Melzer, Eduard, Dreher, Gartenstraße 13
42. Krömke, Wilhelm, Schmied, Zweite Niederstraße 11
43. Kajewski, Paul, Fabrikarbeiter, Querstraße 23
44. Pannwitz, Theodor, Nieter, Kl. Rosenstraße 17
45. Werner, Ernst, Tischler, Fischer-Vorberg 5
46. Kiepert, Heinrich, Fabrikarbeiter, Pangritzstraße 9
47. Papproth, Otto, Schlosser, Mattendorfstraße 26
48. Kuhr, Bernhard, Schlosser, Sturmstraße 5
49. Rückbrodt, August, Dreher, Gr. Zahlerstraße 19
50. Mauter, Paul, Dreher, Grünstraße 28a
51. Büscheck, Wilhelm, Rev.-Dreher, Talstraße 14
52. Goldau, Albert, Schlosser, Hohezinnstraße 10a
53. Groß, Anna, Regine, Ehefrau, Gr. Wunderberg 16
54. Recht, Alfons, Klempner, Kastanien-Allee 100
55. Korban, Karl, Schlosser, Gr. Wunderberg 43
56. Riedel, Ferdinand, Fabrikarbeiter, Aeuß. Marienburgerdamm 9
57. Roßmann, Gustav, Schlosser, Sturmstraße 13
58. Balzer, Rudolf, Maurer, Sonnenstraße 40
59. Dangel, Grete, Ehefrau, Maasstraße 3
60. Schieck, Wilhelm, Nieter, Grünstraße 56.

III. Wahlvorschlag Diegner

Die Deutsch-nationale Volkspartei, Ortsgruppe Elbing, reicht für die am 30. d. Mts. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen folgenden Wahlvorschlag ein:

1. Diegner, Ferdinand, Justizrat, Moltkestraße 2
2. Borchers, Heinrich, Oberingenieur, Bismarckstraße 1
3. Wilke, Emma, Frau, Königsbergerstraße 125
4. Funk, Gustav, Deichhauptmann, Johannisstraße 20a
5. Kath, August, Rektor, Bismarckstraße 8
6. Hartwig, Anna, Frl., Fürsorgerin, Heil. Leichnamstraße 135
7. Schönfeldt, Karl, Fleischermeister, Inn. Mühlendamm 37b
8. Gürtler, Martin, Kreisschulinspektor, Königsbergerstraße 112
9. Meißner, Anna, Frl., Lyziallehrerin, Alter Markt 44
10. Krueger, Franz, Baurat, Sonnenstraße 71
11. Nachtigall, Gottfried, Landwirt, Fischer Vorberg 22
12. Schwenke, Viktoria, Frau, Fischerstraße 45/46
13. Schulz, Johannes, Studienrat, Friedrichstraße 3
14. Wenzel, Rudolf, Fabrikbesitzer, Berlinerstraße 41
15. Rudorff, Käthe, Frau verw. Professor, Heil. Geiststraße 17/18
16. Birth, Rudolf, Sattlermeister, Am Elbing 13
17. Scheeffel, Elisabeth, Frl., Gewerbeschullehrerin, Wilhelmstr. 52
18. Pätsch, Gottfried, Glasermeister, Innerer Mühlendamm 4a
19. Schnee, Max, Postdirektor, Friedrich Wilhelmplatz 1/3.

IV. Wahlvorschlag Winkler

(Beamte und Lehrer.)

Die Unterzeichneten überreichen hiermit eine Wahlvorschlagsliste für die Stadtverordnetenwahl in Elbing:

1. Winkler, Hans, Lehrer, Kantstraße 2
2. Zwarg, Reinhold, Gas- u. Wasserwerksdirektor, Schottlandstr. 8
3. Becker, Georg, Steuererheber, Wallstraße 8
4. Rhode, Waldemar, Obergütervorsteher, Holländer Chaussee 29
5. Horn, Rudolf, Postsekretär, Roonstraße 1
6. Augustin, Ella, Lehrerin, Junkerstraße 3
7. Winkler, Otto, Leitungsaufseher, Neustädt. Wallstraße 34
8. Schulz, Ernst, Polizeisekretär, Talstraße 23
9. Bergmann, August, Justiz-Wachtmeister, Talstraße 3
10. Schwieger, Agnes, Telegr.-Beamtin, Aeuß. Mühlendamm 18a
11. Sablotny, Friedrich, Rektor, Aeußerer Mühlendamm 51a
12. Rahn, Paul, Oberzollrevisor, Fleischerstraße 1
13. Büttner, Arthur, Stadtsekretär, Heil. Leichnamstraße 144
14. Gedwardt, Paul, Rangiermeister, Oestliches Beamtenhaus Bahnhof Elbing
15. Wohlfromm, Luise, Eisenbahnbeamtin, Johannisstraße 27
16. Rost, Walter, Kriminalwachtmeister, Storchstraße 2
17. Sperling, Eduard, Oberpostschaffner, Talstraße 3
18. Rempel, Heinrich, Kreissparkassendirektor, Am Holländertor 1
19. Jencio, Friedrich, Regierungs-Bausekretär, Berliner Chaussee 14
20. Wetzel, Walter, Reichsbankbuchhalter, Pott-Cowlestraße 6
21. Quandt, Johann, Magistratssekretär, Sternstraße 9a
22. Stein, Martin, Feuerwehrmann, Schottlandstraße 29
23. Wollmann, Eduard, Friedhofsinspektor
24. Siebert, Renate, Lehrerin, Alter Markt 12/13
25. Pillarz, Alfred, Stadtbaumeister, Sonnenstraße 43
26. Bengsch, Ernst, Telegr.-Sekretär, Kettenbrunnenstraße 15
27. Neumann, Otto, Lokomotivführer, Roßwiesenstraße 3
28. Bahl, Julius, Lehrer, Königsbergerstraße 77
29. Lammert, Otto, Oberpostschaffner a. D., Mühlenstraße 2a
30. Fischer, Erich, Magistratssekretär, Neust. Wallstraße 33

V. Wahlvorschlag Lewinsohn

Haus- und Grundbesitzerverein:

Die Unterzeichneten schlagen folgende Liste zu der am 30. November 1919 stattfindenden Stadtverordnetenwahl vor:

1. Lewinsohn, Julius, Rechtsanwalt, Inn. Mühlendamm 37
2. Quintern, Karl, Kaufmann, Königsbergerstraße 110
3. Droese, Alfred, Lokomotivführer, Kl. Wunderberg 9
4. Raffel, Karl, Lehrer, Herrenstraße 41/43
5. Bartel, Emil, Fleischermeister, Alter Markt 60
6. Kaiser, Dorothea, Bohrerfrau, Ziegelscheunstraße 6
7. Naumann, Rudolf, Bauunternehmer, Hindenburgstraße 4c
8. Kolmsee, Hermann, Instrumentenhändler, Wasserstraße 27
9. Schmidt, Wilhelm, Magistratsbote, Storchstraße 3
10. Schalz, Arthur, Bürovorsteher, Neust. Schmiedestraße 5
11. Kleefeldt, Maria, Tischlermeisterfrau, Aeuß. Marienburgerd. 5
12. Mews, Otto, Korbmacher, Fischerstraße 28.

VI. Wahlvorschlag Vorfalt

Wahlvorschlag der Arbeitsgemeinschaft techn. und kaufm. Verbände für die Wahlen der Stadtverordnetenversammlung in Elbing.

1. Vorfalt, Georg, Handlungsgehilfe, Aeußerer Mühlendamm 5
2. Graske, Karl, Vermessungsassistent, Traubenstraße 3
3. v. Weber, Richard, Handlungsgehilfe, Spieringstraße 7
4. Cordes, Gottfried, Ingenieur, Wollstraße 1
5. Krause, Margarete, Registratorin, Inn. Mühlendamm 18/19
6. Rosin, Hans, Ingenieur, Inn. Vorberg 18.
7. Herder, Ernst, Magazinverwalter, Sonnenstraße 39
8. Kniesberg, Max, Ingenieur, Aeuß. Mühlendamm 7
9. Köhn, Otto, Buchhalter, Kantstraße 1a
10. Adelt, Richard, Architekt, Hl. Geiststraße 51
11. Aßmann, Josef, Kaufmann, Neust. Grünstraße 3
12. Bachler, Otto, Tiefbautechniker, Ilgnerstraße 38
13. Grimm, Frida, Verkäuferin, Herrenstraße 29
14. Voßmeyer, Hermann, Ingenieur, Nitschmannstraße 5
15. Lehmann, Walter, Bausekretär, Hl. Leichnamstraße 143
16. Riebandt, Jacob, Buchhalter, Kastanienallee 99
17. Winkler, Fritz, Geometer, Kastanienallee 102
18. Lemke, Theodor, Buchhalter, Ritterstraße 19
19. Maczicjewski, Alex, Bahnmeister, I. Niederstraße 1
20. Albrecht, Gertrud, Verkäuferin, Aeuß. Mühlendamm 7
21. Brandt, Otto, Ingenieur, Aeuß. Mühlendamm 93
22. Neumann, Wilhelm, städt. Hilfsarbeiter, Friedr.-Räuberstr. 5
23. Peters, Otto, Abteilungsleiter, Lindenstr. 17.
24. Reinecker, Hans, Expedient, Danzigerstraße 8
25. Hensel, Ernst, Bürovorsteher, Traubenstraße 4
26. Marquardt, Edith, Stenotipistin, Neust. Wallstraße 26/27
27. Meusel, Conrad, Zuschneider, Trusostraße 5.
28. Schmidt, Waldemar, Reisender, Alter Markt 14
29. Kramer, Paula, Frau, Geschäftsleiterin, Fischerstraße 35

VII. Wahlvorschlag Carstenn

Wahlvorschlagsliste der Deutsch-Demokratischen Partei zur Stadtverordnetenwahl am 30. November 1919.

1. Carstenn, Ella, Vorsitzende des Nat. Frauendienstes, Spieringstr. 30
2. Schiller, Franz, Kaufmann, Holl. Chaussee 28
3. Werner, Wilhelm, Ingenieur, Hindenburgstraße 1b
4. Kleinert, Benno, Klempermeister, Junkerstraße 18
5. Pamperin, Franz, Wilhelm, Fabrikdirektor, Altst. Wallstr. 16a
6. Decker, Rudolf, Schlosser, Benkensteinerstraße 2
7. Schmidt, Elisabeth, Kaufmannsfrau, Georgendamm 5
8. Peltzer, Franz Ferdinand, Laboratoriumsvorstand, Hindenburgstraße 1a
9. Leßer, Theodor, Stadtrat, Johannisstraße 12
10. Jebens, Walter, Zimmermeister, Neust. Wallstraße 23
11. Tennstaedt, Oskar, Kaufmann, Stadthofstraße 5
12. v. Roy, Arthur, Kolonialwarenhändler, Königsbergerstr. 4
13. Fligge, Fritz, Bäckermeister, Alter Markt 58
14. Greff, Hermann, Nahrungsmittelchemiker, Hindenburgstr. 25
15. Dr. Fabian, Adolf, Arzt, Inn. Mühlendamm 3
16. Jetzlaff, Kurt, Volksschullehrer, Lindenstraße 17
17. Schnepp, Margarete, Jugendpfl., Am Lustgarten 1b
18. Urbanski, Johannes, Mechaniker, Hl. Geiststraße 43
19. Ochs, Georg, Kaufmann, Aeuß. Mühlendamm 3
20. Dr. Kranz I, Walter, Sanitätsrat, Arzt, Friedr.-Wilhelm-Platz 18

VIII. Wahlvorschlag Polzien

Wahlvorschlag der Zentrumspartei Elbing für die Stadtverordnetenwahl am 30. November 1919:

1. Polzien, Josef, Lehrer, Talstraße 18
2. Ritsch, Leo, Arbeitersekretär, Gr. Rosenstraße 13
3. Gehrmann, Richard, Dreher, Löserstraße 9
4. Dargel, Hermann, Tischler, Querstraße 23
5. Wetzki, Paul, Ingenier und Fabrikbes., Bismarckstraße 9
6. Schulz, Paul, Postsekretär, Junkerstraße 2
7. Grunwald, Hugo, Schlosser, Inn. Vorberg 10
8. Harwardt, Johann, Lagerverwalter, Grünstraße 29
9. Philipowski, Auguste, Frau, Bergstraße 7
10. Hille, Stanislaus, Dreher, Dritte Niederstraße 14
11. Penquitt, Franz, Gastwirt, Brückstraße 26
12. Kaiser, Elisabeth, Fräul., Verkäuferin, Inn. Karienburgerd. 20
13. Michalski, Emil, Kaufmann, Inn. Mühlendamm 34
14. Glowienke, Adam, Oberpostschaffner a. D., Kastanien-Allee 108
15. Bischoff, Robert, Buchbindermeister, Aeuß. Marienburgerd. 5
16. Höll, Franz, Malermeister, Blumenstraße 1

IX. Wahlvorschlag Wegmann

Anbei erlauben wir uns die Kandidatenliste des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes zur Stadtverordnetenwahl am 30. November 1919 einzureichen:

1. Wegmann, Johann, F., Zimmermeister
2. Zehr, Willibald, Kunstphotograph
3. Ligowski, Fritz, Konditor und Bäckermeister
4. Ullrich, Rudolf, Brauereibesitzer
5. Dück, Paul, Kaufmann
6. Alshuth, Ernst, Kaufmann
7. Steppuhn, Karl, Kaufmann
8. Wigand, Albert, Kaufmann
9. Holzt, August, Schlossermeister
10. Naumann, Franz, Privatier
11. Dietrich, Franz, Fleischermeister
12. Esau, Heinrich, Kaufmann
13. Krell, Albert, Schneidermeister
14. Dittelbach, Hugo, Schornsteinfegermeister
15. Herrmann, Ferdinand, Tischlermeister
16. Bohlmeister, Max, Kaufmann
17. Voigt, Ernst, Juwelier
18. Lietz, Otto, Ackerbürger
19. Regier, Hermann, Kaufmann
20. Kahlbeck, Paul, Schneidermeister
21. Kuster, Paul, Kaufmann
22. Jäckel, Heinrich, Fleischermeister
23. Kahlweiß, Josef, Kaufmann
24. Penner, Heinrich, Kaufmann
25. Raffee, Paul, Glasermeister
26. Brandt, Heinrich, Malermeister
27. Adomeit, Ewald, Bäckermeister
28. Radtke, Robert, Schuhmachermeister
29. Kusch, Eduard, Kaufmann,
30. Briggmann, Theodor, Kaufmann
31. Danielowski, Max, Kaufmann
32. Peicher, Karl, Buchhändler

X. Wahlvorschlag Habecker

(Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Elbing.)

Die Unterzeichneten bitten davon Kenntnis zu nehmen, daß unser Wahlvorschlag nachstehende verzeichnete Namen aufweist:

1. Habecker, Emil, Schlossermeister, Herrenstraße 34
2. Kantel, Hermann, Realgymnasialdirektor, Moltkestraße 1
3. Krebs, Erich, Maschinenbauingenieur, Hansastraße 3
4. Komaick, Franz, Fabrikbesitzer, Fischer-Vorberg 38
5. Faßmann, Elsbeth, Ehefrau, Fleischerstraße 19
6. Beckmann, Johann, Zimmerer, Paulikirchstraße 15
7. Netke, Kurt, Diplomingenier, Herrenstraße 46
8. Schulz, Viktor, Rechtsanwalt u. Notar, Aeuß. Mühlendamm 2
9. Grönke, Georg, Magistratssekretär, Aeuß. Mühlendamm 85
10. Fester, Richard, Mittelschullehrer, Aeuß. Mühlendamm 18a
11. Kümpel, Wilhelm, Kaufmann, Am Lustgarten 9
12. Dr. Bessau, Willi, Landrichter, Moltkestraße 1
13. Gebauer, Alexander, Ingenieur, Am Lustgarten 14
14. Schiller, Berta, Ehefrau, Am Wasser 23
15. Wurch, Constantin, Obermeister, Bahnhofstraße 6a
16. Dr. Müller, Georg, prakt. Arzt, Hansastraße 1
17. Glitza, Kurt, Rentier, Am Lustgarten 14a
18. Janzen, Margarete Geschw. Inh., Roonstraße 1
19. Ropelius, August, Schlossermeister, Königsbergerstraße 8
20. Riebensahm, Max, Apothekenbesitzer, Junkerstraße 22
21. Kämmreit, Ernst, Werkmeister, Schottlandstraße 3
22. Witthöft, Wilhelm, Studienrat, Nitschmannstraße 18/19
23. Jannermann, Walter, Ingenieur, Roonstraße 1
24. Kopanka, Anne, Lehrerin, Vorbergstraße 7.

Die Wahlvorschläge I Braun und II Baude sind auf Grund des § 12 des Reichswahlgesetzes und der Erklärungen der Vertrauensmänner als **verbundene** Wahlvorschläge zugelassen, ebenso sind folgende abgegebene **Verbindungserklärungen** zugelassen:

1.	Wahlvorschlag	III	Diegner
2.	„	X	Habecker
3.	„	VII	Carstenn
4.	„	V	Lewinsohn
5.		VIII	Polzin
6.	„	IV	Winkler.

Auf die bezüglich der verbundenen Listen nachstehend gegebene rechtliche Bedeutung wird ausdrücklich hingewiesen.

Auf das eigentliche Wahlverfahren sind **verbundene Listen** ohne Einfluß. Erst bei der Ermittelung des Wahlergebnisses durch den **Wahlausschuß** treten sie in Wirksamkeit.

Nur für die in den **Wahlvorschlägen aufgeführten Personen können gültige Stimmen** abgegeben werden. Es genügt, wenn auch nur ein Name der in einem Wahlvorschlage genannten Personen auf dem Stimmzettel vermerkt ist, es können aber auch sämtliche Namen genannt werden. Es ist aber **unzulässig** und macht den **Stimmzettel ungültig**, wenn Namen aus **verschiedenen** Wahlvorschlägen oder ausschl. nur andere als die in den vorstehenden Wahlvorschlägen aufgeführten Personen auf ihm enthalten sind.

Der Stimmzettel für einen Wahlvorschlag wird für sämtliche in ihm genannten Personen wirksam. Verwahrungen oder Vorbehalte gegenüber allen Gewählten sind nicht zulässig. Sie machen den Stimmzettel unwirksam.

Zunächst gelten die **verbundenen Wahlvorschläge** den nicht **verbundenen** Wahlvorschlägen gegenüber als **ein** Wahlvorschlag. Daher wird zunächst nur die Zahl der Abgeordneten ermittelt, die je auf die nicht verbundenen Wahlvorschläge und auf die aus verbundenen Wahlvorschlägen bestehenden Wahlvorschläge entfällt. Ist diese Zahl festgestellt, so erfolgt eine gleiche Ermittelung bezüglich der Wahlvorschläge, die mit einander verbunden waren. Ist die Zahl der Abgeordneten für die einzelnen Wahlvorschläge endgültig festgestellt, so werden den in Betracht kommenden Wahlvorschlägen die Namen der in ihnen aufgeführten Personen nach der Reihenfolge, in der sie in den Wahlvorschlägen enthalten sind, entnommen, auf die 60 ermittelten Höchstzahlen verteilt und als gewählte Stadtverordnete verkündet.

Elbing, den 22. November 1919.

Der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 30 | Mittwoch, den 26. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Der Berliner Matrosenmord. In der Untersuchungssache gegen den Oberleutnant Marloh wegen Totschlags (Erschießung von Angehörigen der Volksmarine-Division in der Französischen Straße 32 am 11. März 1919) findet die Hauptverhandlnng vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 3 am Mittwoch, den 3. Dezember 1919, im großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts 3, Berlin, Turmstraße 91 (Neues Kriminalgericht, Sitzungssaal 664), statt.

Schwindel. Die Gesandtschaft der ukrainischen Volksrepublik in Deutschland teilt folgendes mit: Die aus Rostow am Don stammende Nachricht, daß eine Gruppe der galizischen Armee von 20 000 Mann, die den linken Flügel der Armee Petljuras bildeten, zu Denikin übergegangen ist, ist, wie von zuständiger Seite gemeldet wird, vollständig erfunden. Vielmehr nimmt den neuesten Nachrichten aus Kamenetz Podolskyi zufolge, die galizische Armee, die zu den Kerntruppen der ukrainischen Nationalarmee gehört, hervorragenden Anteil an den letzten Kämpfen der ukrainischen Truppen gegen Denikin.

Rückkehr des baltischen Gesindels. Aus dem Baltikum haben bisher drei Lazarettzüge die Grenze passiert, zwei behelfsmäßige und ein etatsmäßiger. Einer der behelfsmäßigen brachte 772 Leichtverwundete, die in Tilsit, Insterburg und Königsberg untergebracht wurden, da in den Zügen nicht genügend für die Insassen gesorgt werden konnte. Der zweite Lazarettzug mit 232 Leichtverwundeten wurde nach Angerburg weitergeleitet und dort ausgeladen. Der etatsmäßige Lazarettzug, der in Königsberg eintraf, brachte 40 Leichtverwundete, 154 Schwerverwundete und 50 Geschlechtskranke. Der Zug wurde in der Richtung Breslau weitergeleitet. Sämtliche Lazarettzüge haben Mitau verlassen, bevor die Kampfhandlungen dort einsetzten. Die Lage der noch in Litauen und Kurland befindlichen Landesverräter soll sehr schlecht sein.

Der rechte Flügel steht bei Kruki in Verteidigung gegen Angriffe von Nordosten und überholende Angriffe aus Südosten. Der linke Flügel hält die Bahn Mitau-Schaulen. Hier sind fünf aus Mitau kommende Flüchtlingszüge von den Litauern zusammengeschossen worden; bisher sind hier 50 Tote und 150 Verwundete gemeldet.

Die alldeutschen Hetzblätter fordern von der Regierung, sie solle den Meuterern Truppen zu Hilfe senden. Die Regierung lehnt das ab. Sie erklärt: „Die Ostseeblockade ist sicher auf das Konto dieser Vorgänge im Baltikum zu setzen. Die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage ist auch durch diese Vorgänge im Baltikum in einer für die Kriegsgefangenen sehr nachteiligen Weise beeinflußt worden, und endlich hat neulich die Ententekommission auf ein Verlangen deutscher Kaufleute, ihnen Kredit einzuräumen, in einer Note geantwortet, daß von Kreditgewährung keine Rede sein könnte, solange entgegen den Abmachungen mit dem Verbande deutsche Truppenverbände es ablehnten, sich innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches zurückzuziehen."

Die Rote Fahne wieder verboten. Amtlich wird mitgeteilt, daß Druck nnd Vertrieb der Roten Fahne im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. 6. 1851 seitens des Oberbefehlshabers verboten ist.

Es hat den Anschein, als ob man mit diesem erneuten amtlichen Hinweis auf das Verbot der Roten Fahne den Feldzug gegen Drucker und Verbreiter der Zeitung eröffnen will. Die Regierung fügt mit dem dauernden Verbot der Roten Fahne ein neues Ruhmesblatt in den Kranz ihrer arbeiterfeindlichen Handlungen.

Ein Weihnachtsgeschenk. Nach einer Mitteilung der Regierung soll das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden, um Beruhigung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und der Arbeiterschaft ein soziales Weihnachtsgeschenk in den Schoß zu legen. — Nein, werden sich die Kindlein freuen . .

Höllenhund Militarismus. In der Rechtssozialistischen Bielefelder Volkswacht lesen wir in einem Artikel, der den „abgrundtiefsten" Fall Deutschlands auf das Wüten des Militarismus zurückführt, folgendes Gelöbnis; „Darum sei jeder Gedanke, den unsere vom Schöpfertum zur Magd hinabgedrückte Arbeit uns belassen wird, darauf gerichtet, alles, was nur im Entferntesten an den unseligen Höllenhund Militarismus erinnert, mit Ingrimm, ja mit tötlichem Haß zu bekämpfen; hinweg mit den blutigen Waffen, trage sie wer sie will und zu was immer für einen Zweck!" Das ist freilich eine bequeme Methode! Man bekämpft den Militarismus in tönenden Worten, duldet aber, daß die Waffen, die man selbst nicht tragen will, von anderen geführt werden. Von den Reaktionären aller Sorten nämlich, die jetzt munter dabei sind, das militärische System in vollem Umfange weiter vorzubereiten! Herr Noske ist dabei der spiritus rector.

Kreis Bitterfeld im Ausnahmezustand. Unter Berufung auf ihre Arbeitswilligkeit hatten Vertreter der Arbeiterschaft des Anilinwerkes in Wolfen bei Bitterfeld verlangt, daß am Bußtage der Betrieb weitergeführt werden solle. Die Werkleitung hatte dies abgelehnt. Darauf drang eine vielhundertköpfige Menge in das umfriedete Besitztum des Direktors und zwang diesen, die Arbeiterstätten freizugeben. Darauf sind jetzt Truppen der Reichswehrbrigade 16 (Freiwilliges Landesjägerkorps) in Wolfen eingerückt. Die Belegschaft des Anilinwerkes Wolfen trat in den Ausstand und verlangte die Zurückziehung der Truppen und die Aufhebung des gerichtlichen Haftbefehls gegen den Rädelsführer Haar.

Der Machtwahn

Von Alfred Braunthal.

Die Rechtssozialisten haben der Reaktion den Weg geebnet, mehr noch, ihr die Waffen in die Hand gedrückt, indem sie ihr den Militär- und Verwaltungsapparat wieder in die Hände gespielt haben. Jetzt wird ihnen vor den Geistern, die sie riefen, ein wenig bange und sie sehen sich vorsichtig nach links um Hilfe um. Ja, sie waren unverschämt genug, in den Versammlungen, die sie am 16. November zur Abwehr der Reaktion in Berlin abhielten, den Unabhängigen vorzuwerfen, daß sie sie in ihrem „Kampfe" gegen die Reaktion nicht genügend unterstützten. Daß die Unabhängigen es gewesen sind, die, vor allem in der „Freiheit", Tag für Tag auf die Gefahren, die von rechts drohen, hingewiesen haben, die einzigen, die z. B. die Drahtzieher des baltischen Abenteuers erkannt, ihre Absichten durchschaut und einen ununterbrochenen Kampf gegen sie geführt haben, wird dabei geflissentlich übersehen. Wir dürfen darüber Genugtuung, aber nicht Schadenfreude empfinden. Was nützt es uns, wenn wir mit unseren unaufhörlichen ungehört verhallenden Warnrufen vor der Reaktion Recht behalten sollten, da wir, da die Arbeiter es doch sind, die die Suppe, die ihnen von den Rechtssozialisten eingebrockt wurde, auslöffeln müßten?

Es ist nur natürlich, daß die Rechtssozialisten gegenüber der wachsenden, immer kühner ihr Haupt erhebenden Reaktion, die sie in ihrer Macht zu bedrohen oder vielmehr ihrer Scheinmacht zu entkleiden droht, nun den Anschluß nach links in Erwägung ziehen und daß heute wieder viel von Einigung gesprochen wird. So berechtigt die Abneigung aller klassenbewußten Arbeiter dagegen ist, mit Leuten, die die Interessen des Proletariats im Stich gelassen, ja systematisch verraten und verkauft haben, auch nur an den Verhandlungstisch zu setzen, so erfordern es doch die Interessen des Proletariats, im gegebenen Falle alle diese seelischen Hemmnisse zu überwinden. Denn daß die Sache des Proletariats durch die Einigung auf der von uns aufgestellten Grundlage unendlich gefördert wurde, ja daß die schließliche Einigung überhaupt die Voraussetzung für eine entscheidende Vorwärtsentwicklung der Revolution, die einzige Möglichkeit, zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus zu kommen, ist, muß jedem klar sein, der die Kräfteverhältnisse richtig abzuschätzen vermag, der weiß, welche ungeheuren Widerstände das Proletariat auf seinem Wege zum Sozialismus zu überwinden hat. Die Einigung ist und bleibt für das Proletariat eine Lebensfrage.

Da wir uns klar und deutlich darüber ausgesprochen haben, welche Voraussetzungen bei den Rechtssozialisten erfüllt sein müssen, damit über diese Frage überhaupt in eine Diskussion eingegangen wird, erübrigt sich heute noch die Diskussion darüber. Dennoch dürfen wir nicht unterlassen zu untersuchen, welche Hemmnisse auf der anderen Seite zu überwinden sind.

Am 9. November 1918 hat das Proletariat in Deutschland vorübergehend die Macht erobert. Die ganze Regierungsgewalt lag in den Händen von Beauftragten des Proletariats. Da aber die Rechtssozialisten vor den Konsequenzen der Revolution zurückschreckten, da ihnen vor der Energie, mit der das Proletariat den kraftvollen Widerstand der Bourgeoisie zu brechen entschlossen war und vor den Erschütterungen des wirtschaftlichen und des ganzen gesellschaftlichen Lebens, die damit notwendigerweise verbunden waren, bangte, wichen sie vor der Bourgeoisie zurück und warfen in ihrem Dienste und mit ihrem Machtapparat die revolutionären Bewegungen des Proletariats nieder. Als die Grundzüge dieser revolutionären Entwicklung der Dinge sichtbar wurden, zogen die unabhängigen Mitglieder der Regierung natürlich die Konsequenz daraus und traten aus der Regierung aus. Die Mehrheitssozialisten blieben aber weiter an der Spitze der Regierung, die auf Grund des Ergebnisses der Wahlen in der Nationalversammlung zu einer Koalitionsregierung umgebildet wurde.

Warum blieben die Rechtssozialisten in der Regierung und warum sind sie bis heute noch darin geblieben? Warum haben nicht auch sie die Konsequenzen aus der Umwälzung der Machtverhältnisse gezogen? Das kann ihnen doch nicht verborgen geblieben sein, daß, wie die Machtverhältnisse heute liegen, proletarische Politik nicht in der Regierung sondern nur gegen die Regierung gemacht werden kann. Es kann doch nicht zweifelhaft sein, daß der ganze bureaukratische- und Militärapparat, den nicht die Regierung, sondern der die Regierung in Händen hat, niemals als Werkzeug für, sondern nur gegen die Interessen des Proletariats brauchbar ist. Und in der Tat richten sich ja auch die Mittel, mit denen die Regierung heute noch ihre Herrschaft aufrecht hält — der Belagerungszustand, die Zensur, die Schutzhaft etc. — in ihrem Endeffekt durchweg gegen das Proletariat. Sie sind der letzte, verzweifelte Versuch der alten Gesellschaft, dem Ansturm des Proletariats Dämme gegen sie zu setzen. Daß die alte Gesellschaft mit diesen terroristischen Mitteln kämpft, kann man noch begreifen, da es ihr ans Leben geht. Es ist eben ein Kampf hart auf hart. Was aber haben Leute, die sich auch Sozialdemokraten nennen, in einer solchen Regierung zu tun? Wir müssen uns darüber Rechenschaft geben, um so mehr, als wir uns nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß diese Leute nicht bloße Strohmänner sind, sondern noch von einer nicht zu unterschätzenden Schicht des Proletariats gestützt werden.

Ich glaube, daß diese merkwürdige Erscheinung, daß an der Spitze einer Regierung, die planmäßig die Niederwerfung des Proletariats ins Werk setzt, Vertreter der Arbeiterschaft stehen, nur so erklärt werden kann, daß sowohl diese Vertreter als die Teile der Arbeiterschaft, die sie vertreten, sich von einem Wahne blenden lassen, einer Art von Nachtrausch. Es ist seit jeher die hervorstehendste, aber beschämendste Charaktereigenschaft des Deutschen, die unserm Volke schon soviel Unheil gebracht und die furchtbare Lage, in der es sich jetzt befindet, mitverschuldet hat, sich von der Macht imponieren und blenden zu lassen, sowohl von der Macht, die über ihn gesetzt ist und der er sich blind ergibt und vertraut, als auch von der Macht, die sich in seinen Händen befindet oder die er in seinen Händen glaubt. Daß sich an der Spitze der Regierung, ja auf dem Präsidentenstuhle, dem Symbol der höchsten Macht, der souveränen Staatsgewalt, Sozialdemokraten befinden, erfüllt die Leute dieses Schlages im rechtssozialistischen Lager mit ehrfürchtigen Schauern und wiegt sie in den Wahn, daß damit auch die tatsächliche Macht im Staate in ihren Händen sei. Sie sehen nicht oder übersehen geflissentlich, daß sie diese Staatsmacht nur in dem Grade und auf die Art und Weise ausüben können, wie es den Inhabern der Macht im Staate, der Bourgeoisie gefällt, die mit Hilfe der Bureaukratie und des Militarismus den Staat heute noch genau so beherrscht wie vor dem 9. November 1918. Sie sehen nicht, daß der Bourgeoisie die Teilnahme von „Sozialisten" an der Regierung nur deshalb willkommen ist, weil sie ihr die Opposition des Teiles des Proletariats, der sich vom Machtwahn noch blenden läßt, vom Leibe hält und die des klassenbewußten Teils des Proletariats erschwert. Die Bourgeoisie kann sich den Luxus dieser Regierung leisten, weil schließlich ja doch nur das geschieht, was in ihrem Interesse liegt.

In der Tat, die Koalition, auf Grund deren die Regierung gebildet ist, legt nur den Sozialdemokraten Opfer auf, sie zwingt sie, Schritt für Schritt vor den Interessen der Bourgeoisie zurückzuweichen, eine Politik zu verfolgen, die nicht nur nicht sozialistisch ist (damit haben sie sich ja sehr schnell abgefunden und ihren „Sozialismus" vorläufig zugunsten von „Ruhe und Ordnung" zurückgestellt), sondern geradezu arbeiterfeindlich. Ein Schulbeispiel dafür ist das Werden des Betriebsrätegesetzes. Wie kann es eine Arbeiterpartei verantworten, in einer Regierung zu bleiben, die ihren sehr zahmen Gesetzentwurf in ein ausgesprochen arbeiterfeindliches Gesetz sich verwandeln sieht, für dessen Durchführung sie zu sorgen haben wird? Man muß schon ganz vom Nimbus der Macht verblendet sein, um nicht einzusehen, daß in einem Staate, in dem die ganze Gewalt in den Händen der Bourgeoisie liegt, eine Arbeiterpartei in der Regierung nichts zu suchen hat, daß ihr der Anteil an der Regierungsgewalt nichts nützen, sondern nur schaden kann, weil sie dadurch gehindert wird, in Opposition zu diesem kapitalistischen Staat zu treten und den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich durchzuführen.

Aber die Verblendung ist nicht unheilbar. Die Vorgänge der letzten Zeit, da die Reaktion unverblümt der Regierung zu verstehen gegeben hat, daß sie eigentlich den Machtapparat in Händen hat und ihn die Regierung nur soweit spielen läßt, als es ihr paßt, müssen auch den Blindesten sehend machen. Wir haben unsere Politik darauf einzustellen, diesen Heilungsprozeß zu befördern. Ist er vollkommen gelungen — und es ist dies nur eine Frage der Zeit —, dann werden die Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats gegeben sein.

Soll der Mord an Haase ungesühnt bleiben?

Offenbar ist hier etwas zu vertuschen. Aufklärung verlangt nun Genosse Dittmann in einem Offenen Brief an den preußischen Justizminister in der Freiheit:

Herr Minister!

Sie wissen, daß der Herr Abgeordnete Haase das Opfer eines Attentats geworden ist, das am 8. Oktober vor dem Reichstage von einem Lederarbeiter namens Voß gegen ihn verübt wurde. Sie wissen auch, daß sofort in der Presse behauptet wurde, der Täter sei geisteskrank und das Attentat sei „völlig unpolitisch". Sie wissen ferner, daß im Gegensatz dazu das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, deren Vorsitzender Herr Haase war, in einem Aufruf erklärt hat, das Attentat sei nur möglich gewesen bei einer politischen Atmosphäre, in der die Revolutionäre als vogelfrei gelten und ihre Mörder frei ausgehen.

Mehr als fünf Wochen sind seit dem Attentat verflossen. Was ist in dieser Zeit geschehen, um die Sache aufzuklären? Da die mit der Untersuchung betrauten Organe Ihnen unterstellt sind, richte ich diese Frage an Ihre Adresse, Herr Justizminister.

Den Pressemitteilungen über die Untersuchung möchte ich keinen Glauben schenken, denn nach ihnen hätte die Staatsanwaltschaft mit der Vernehmung des Täters und der Fürsorge für ihn den Fall als erledigt betrachtet. Am Todestage des Herrn Abg. Haase berichtete die Presse, daß bereits ein Gutachten des Herrn Professor Straßmann vorläge, nach welchem der Täter „strafausschließend geisteskrank" sei, so daß er

außer Verfolgung gesetzt werden müßte und höchstens einer Irrenanstalt überwiesen werden könnte. Mir scheinen diese Meldungen verbreitet zu sein, um die Staatsanwaltschaft zu diskreditieren. Denn sonst wäre ihnen doch wohl eine Darstellung all der Schritte begefügt worden, die von der Staatsanwaltschaft zweifellos unternommen sein werden, um Licht in die dunkle Sache zu bringen. Daß von Bemühungen zur Aufhellung der Tat bisher absolut nichts bekannt geworden ist, hat großes Befremden erregt.

Auf diese Tatsache lenke ich Ihre Aufmerksamkeit, Herr Justizminister, und fordere Sie auf, zu veranlassen, daß die bisher ausgebliebene Aufklärung schleunigst gegeben wird.

Insbesondere erscheint mir eine Antwort auf folgende Fragen dringend erforderlich:

1. Hat die Staatsanwaltschaft festzustellen versucht, mit welchen Personen der Täter in letzter Zeit verkehrt hat?
2. Sind bei den verschiedenen Unternehmern des Täters Erkundigungen eingezogen worden?
3. Sind die Arbeitskollegen des Täters eingehend vernommen worden?
4. Welche Nachforschungen sind angestellt worden, ob der Täter über sein Vorhaben voher mit einem anderen gesprochen hat?
5. Hat man sich bemüht, zu erforschen, ob ihm jemand die Tat suggeriert hat, was bekanntlich gerade bei Geisteskranken leicht ist?
6. Hat man versucht, festzustellen, ob ihm jemand abgeraten oder ob ihn jemand in seiner Absicht bestärkt hat?
7. Hat man nachgeforscht, ob am Schlusse jener öffentlichen Versammlung, in welcher der Täter gegen Herrn Haase Vorwürfe erhob, die von der Abgeordneten Frau Zietz zurückgewiesen wurden, einer der in jeder öffentlichen Versammlung anwesenden verbrecherischen Spitzel und agents provocateurs auf ihn eingewirkt hat?
8. Ist festgestellt worden, wann, wie und wo der Täter in den Besitz des Revolvers gekommen ist, mit dem er die Tat verübt hat?
9. Durch wen hat die Staatsanwaltschaft ihre Feststellungen treffen lassen?
10. Hat die Staatsanwaltschaft lediglich auf Anstoß von außen her oder auch aus eigener Initiative Nachforschungen angestellt?

Die Antworten auf diese zehn Fragen, Herr Minister, werden von Millionen in Deutschland und im Ausland mit Spannung erwartet. Von diesen Antworten wird das Urteil abhängen, das man in der Oeffentichkeit über das Untersuchungsverfahren zur Aufklärung des Meuchelmordes an dem Herrn Abgeordneten Haase in Gegenwart und Geschichte fällen wird.

Berlin, 17. November 1919.

Wilhelm Dittmann.

Politische Rundschau

Deutschland

Einfall Lettow-Vorbecks in Litauen

Die Londoner Central News berichtet, daß in Kowno Nachrichten darüber vorliegen, daß Lettow-Vorbeck an der Spitze von 30000 Mann, darunter viele seiner Kameraden von Ostafrika, die Grenze von Ostpreußen überschritten und einen Einfall in Litauen unternommen haben. Angeblich verfügt Lettow-Vorbeck über 400 Panzerautomobile.

Wenn diese Nachricht, der wir zunächst noch skeptisch gegenüberstehen, sich bewahrheitet, so würden alle bisher unternommenen Versuche, den baltischen Knäul zu entwirren, zur völligen Ergebnislosigkeit verurteilt sein und neue schwere Verwicklungen unmittelbar bevorstehen. Denn es ist klar, daß ein Einfall Lettow-Vorbecks in Litauen nicht als Rebellion oder Gehorsamsverweigerung irgend eines Truppenteils, sondern als planmäßiger Vorstoß des revanchelustigen neudeutschen Militarismus gewertet werden würde, als dessen prominenter Führer General Lettow-Vorbeck schon seit langem bekannt ist.

Die künftige Reichseinkommensteuer

Der Nationalversammlung werden demnächst die bereits seit langem angekündigeen drei Gesetzentwürfe über die Reichseinkommensteuer, die Kapitalertragssteuer und die Landesbesteuerung zugehen. In dem Gesetzentwurf über die Reichseinkommensteuer wird, der Frankfurter Zeitung zufolge, im einzelnen das präzisiert, was als steuerbares Einkommen zu gelten hat. Die steuerfreie Grenze soll 1000 Mark betragen. Der steuerfreie Einkommensteil erhöht sich für die erste, zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, für jede weitere um 300 Mark.

Der Steuertarif selbst besagt: Die Einkommensteuer beträgt:

für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	10 v. H.
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflich. Einkommens	11 v. H.
" " " " " " "	12 v. H.
" " " " " " "	13 v. H.
" " " " " " "	14 v. H.
(usw. bis 24 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 2000 Mark	25 v. H.
(usw. bis 29 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 3000 Mark	30 v. H.
(usw. bis 34 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 5000 Mark	35 v. H.
(usw. bis 44 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 10000 Mark	45 v. H.
(usw. bis 49 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 20000 Mark	50 v. H.
(usw. bis 52 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 30000 Mark	53 v. H.
" " " " 35000 Mark	54 v. H.
" " 40000 Mark	55 v. H.
" " " 50000 Mark	56 v. H.
(usw. bis 59 v. H.)	
für die weiteren Beträge .	60 v. H.

In dem Kapitalsteuerertragsgesetz wird bestimmt, daß von den Erträgen aus Kapitalvermögen eine besondere sogenannte Kapitalertragssteuer erhoben wird. Als Kapitalerträge gelten alle Erträge ohne Rücksicht darauf, ob sie in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe oder außerhalb eines solchen entfallen.

Das dritte Gesetz, über die Landesbesteuerung, regelt die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Grundsätzlich wird darin bestimmt, daß die Inanspruchnahme von Steuergebieten durch Reichsgesetz die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ausschließt, wenn nicht reichsgesetzlich ein anderes vorgeschrieben ist. Die Erhebung von Zuschlägen zu Reichssteuern ist den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nur auf Grund reichsgesetzlicher Ermächtigung gestattet. Die Länder erhalten einen Anteil vom Ertrage der Reichseinkommensteuer mit Ausschluß der Kapitalertragssteuer, die dem Reich unverkürzt verbleibt. Unter diesen Vorbehalten erhalten die Länder für sich und ihre Gemeinden und Gemeindeverbände:

a) von den Steuerbeträgen der Steuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen 15500 Mark nicht übersteigt, einen Anteil von 90 v. H.

b) von den Steuerbeträgen der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 15000 M. bis 25500 M. 80 v. H.,

c) von mehr als 25500 M. bis 50000 M. 60 v. H.,

d) von mehr als 50000 bis 150000 M. 50 v. H.,

e) von mehr als 150000 bis 400000 M. 40 v. H.,

f) von den Steuerbeträgen der höheren Einkommen einen Anteil von 20 v. H.

Von den Steuern, die das Reich an Stelle der allgemeinen Einkommensteuer von nichtphysischen Personen erhebt, beträgt der Anteil unabhängig von der Steuerstufe 50 v. H. des Steuerbetrages.

Die Länder sind verpflichtet, an ihren Anteilen die Gemeinden unter besonders aufgestellten Grundsätzen zu beteiligen.

Dieser Entwurf eröffnet einen Einblick in die ungeheure Belastung, die auch die geringen Einkommen für die Folge tragen sollen. Während jetzt in Preußen Einkommen bis zu 1500 M. von der Steuer frei sind, soll die steuerfreie Grenze auf 1000 M. herabgesetzt werden. Jedes Einkommen wird also für die Folge mit mindestens einem Zehntel versteuert werden. Und das, obwohl noch die ungeheure Belastung der breiten Volksmassen mit indirekten Steuern in sicherer Aussicht steht!

Gegen die Reaktion!

Die Berliner Protestaktion der U. S. P. gegen die reaktionären Gelüste der Hindenburg-Schmocks aller Farben nahm am Sonntag einen glänzenden Verlauf. Sechzig Versammlungen reichten nicht aus, die anstürmenden Massen des Berliner Proletariats aufzunehmen, die zur Bekundung ihres unerschütterlich revolutionären Willens gekommen waren. Teilweise mußten besondere Nebenversammlungen veranstaltet werden, zu denen aber gleichfalls Tausende keinen Zutritt mehr erlangten. Die Referenten fanden sofort innigsten Kontakt mit den Massen, die alles daran setzen werden, dem neuen Militarismus, der Bedrohung der Republik, der nationalistischen Hetzpropaganda zu begegnen. Die notwendige Einigung des Proletariats wurde in allen Versammlungen besprochen. Ueberall kam als Resultat zum Ausdruck, daß sie möglich sei, nicht durch ein Kompromiß mit den Männern, die Belagerungszustand, Schutzhaft und militärische Einrichtungen zum Vorteil der Reaktion gehandhabt, sondern nur durch unzweideutiges Bekenntnis zum revolutionären Sozialismus und zur sozialistischen Republik.

Die Versammlungen nahmen einen der Situation entsprechenden ernsten ruhigen Verlauf. Noske hielt sich mehr im Dunkeln auf als sonst. Zu Zusammenstößen mit seinen Leuten kam es nirgends. Im Gewerkschaftshaus, wo Genossin Zietz referierte, gelang die Entlarvung eines Spitzes, dem eine umfangreiche Niederschrift der Rede in Geheimschrift abgenommen wurde. Empörte Versammlungsbesucher zahlten ihm, wie gemeldet wird, ein Honorar in ungebrannter Asche dafür.

* * *

In Leipzig fanden 15 Versammlungen statt, die sämtlich gut besucht, zum Teil überfüllt waren. Sowohl der Besuch als der imposante Verlauf der Versammlungen wird den Reaktionären sicher eine Warnung sein, sie werden sich das vernichtende Urteil der klassenbewußten Arbeiterschaft Leipzigs nicht hinter den Spiegel stecken und sich sicher nicht sobald danach gelüsten lassen, es auf eine Machtprobe ankommen zu lassen. Der Erfolg dürfte ihnen gewiß nicht zweifelhaft erscheinen.

„Portofreiheit"

Früher schwangen sich die Rechtssozialisten ab und zu zu Lamentationen gegen die Portofreiheit der Landesfürsten und deren Mißbrauch auf. Die „Revolution war siegreich". Jetzt versendet der Staatsminister a. D. Bartosch in Neustrelitz in seiner Eigenschaft als Mitglied der rechtssozialistischen Parteileitung von Mecklenburg-Strelitz Rundschreiben, die Lügenmeldungen über die U. S. P. enthalten, in einem gestempelten Briefumschlag: „Frei durch Ablösung Nr. 1, Mecklbg.-Strelitzsche Landesregierung" portofrei in die Welt, wobei er noch einen Dienststempel: „Landeszentrale der Arbeiterräte für Mecklenburg-Strelitz" für seine Parteigeschäfte mißbraucht.

Und da sagen die Unabhängigen noch, die Revolution habe dem arbeitenden Volke nichts gebracht. Ist denn die Möglichkeit, das Reich um das Porto zu betrügen, wirklich keine Errungenschaft?

Polen

Polens neue Verfassung

Der Verfassungsentwurf, den die polnische Regierung dem Parlament vorgelegt hat, will für Polen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einführen. Einberufung und Eröffnung des Parlaments erfolgt durch das Staatsoberhaupt. Er hat das Parlament alle Jahre einzuberufen. Aber ihm steht auch das Recht der Auflösung zu. Das Staatsoberhaupt wird alle sieben Jahre durch allgemeine

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

30]

Draußen auf dem Gange flüsterte der Invalide mit dem Weibe, das geöffnet hatte.

Wenn er dem Frauenzimmer bloß nicht sagt, wer ich bin, dachte Jordan, den diese furchtbare Atmosphäre sehr beengte.

Mit einem Ruck richtete er sich auf.

Ach was! Ich bin der Staatsanwalt. Ich brauche mich nicht zu verstecken. Ich komme in einer Angelegenheit, die das Licht nicht zu scheuen hat. Wer will mir was!? Ich bin auf geradem Wege.

Da ihm glühendheiß wurde, warf er den Pelz ab und legte ihn über einen Stuhl.

Draußen gingen Türen, wurde geflüstert. Schritte huschten, Weiberröcke raschelten. — Dann riß die Alte die Tür auf und sagte:

„Das Fräulein läßt bitten."

Jordan trat auf den Gang hinaus. Eine hohe Flügeltür wurde vor ihm aufgerissen.

Er trat ein.

Ein großer Salon mit einem mächtigen Flügel auf dickem Smyrnateppich. Auch hier Zigarettenqualm — ein großer Federhut auf dem Seidensessel. — Ringsumher allerhand intimste Frauentoilettenstücke auf den Stühlen.

Ein dicker, roter Sammetvorhang deckte eine Tür zur Linken.

Von dorther rief eine Stimme: „Bitte sehr!"

Jordan trat hinter den Vorhang durch eine Tür in ein enges Schlafzimmer.

Hier war noch Nacht. Die elektrischen Lampen an der Decke und auf dem Nachttisch brannten.

In dem breiten, blitzenden Messingbett lag Herta Hecker und — die Flut ihrer goldenen Haare ging über die Kissen, die gestickte Decke und ihren nackten Hals . .

Er starrte sie an — düster und drohend.

„Darf ich Sie bitten, Herr Staatsanwalt," sagte Herta Hecker in liebenswürdigstem, leichtestem, unbefangenstem Tone, „die Tür hinter Ihnen fest zu schließen.

Hier haben die Wände Ohren und ich wünsche nicht, daß irgend jemand hört, was Sie mir zu sagen haben."

Er schloß die Tür.

„Auch meinen Vater habe ich fortgeschickt. Auch ihn geht das nichts an.

Zuerst — guten Morgen — und Dank für Ihr Kommen."

Sie reichte ihm die Hand entgegen.

Er starrte auf ihren vollen, nackten, weißen Arm, den sie unter der Decke hervorzog. Ihre Schulter war nackt. Mit der Linken hielt sie die dünne, feine Decke über der hochgewölbten Brust fest.

Jordan schlug nicht ein. Tat, als sähe er die dargereichte Hand nicht.

Ich bin der Staatsanwalt, dachte er unabläßig.

„Aber setzen können Sie sich doch wenigstens."

Sie wies auf den Stuhl an ihrem Bett und schlüpfte bis an das Kinn unter die Decke zurück.

Er blieb stehen und starrte noch finsterer auf sie.

Unsicher sah sie ihn von der Seite an.

„Verzeihen Sie, daß ich Sie so empfangen muß. Ich komme eben aus dem Bade und gehe dann immer noch auf eine Stunde ins Bett.

Meine Mutter hat mir geschrieben, es ist ihr Wunsch, daß ich nach Pest zurückgehe."

„Binnen acht Tagen!" knurrte Jordan drohend.

Sie überhörte es anscheinend, sah ihn mit betörendem Lächeln an und sagte: „Können Sie — können Sie mir vergeben?"

Jordan sah in dem engen Zimmer umher und trank dessen Duft, der vom Raubtiergeruch eines jungen nackten Weibes schwer war, durch die geblähten Nüstern ein.

Sein Blick gemahnte an den eines Tieres, das vor der Schlachtbank steht.

Hier, dachte er, hier also — hier vollzieht es sich. Hier wird es geschehen . .

„Können Sie mir nicht verzeihen?" bettelte Herta.

Er stierte auf ihr Bett.

Sein Blick war irr.

Unter dieser weißen Decke atmet eine hohe Brust, die ich kenne, dachte Jordan. Ich kenne diesen Körper da unter der gestickten Decke. Ein feines Gewebe verhüllt ihn. Zwischen mir und dem Herrlichsten, was die Erde trägt, ist eine dünne Hülle . .

Er wankte . . .

„Ich habe Sie so sehr verkannt," klagte Herta. „Ich habe Sie so schwer beleidigt," jammerte sie. „Ich bin so unglücklich darüber, glauben Sie mir. Ich bereue alles so aus tiefstem Herzen . . ."

Sie richtete sich hoch, hob beide Arme zu ihm auf, als öffnete sie sie ihm.

Er rührte sich nicht.

Ich bin der Staatsanwalt, dachte er in halber Bewußtlosigkeit. Seine Lippen bewegten sich, aber er brachte keinen Laut heraus.

„Sie sind noch immer — noch immer böse auf mich!

Ich weiß doch, daß Sie — wenn auch streng, aber doch — doch — ein herzens-herzensguter Mann sind. Mein Vater sagt es auch. — Meine Mutter schreibt es mir.

Ich bin so — so schrecklich unglücklich . .

Sehen Sie das nicht? Sehen Sie das nicht?

Ich bin so verlassen . . . So ratlos — will ja — — will ja doch gerne — gerne alles — alles tun — was Sie befehlen — — nur — nur . . . bitte — bitte, sehen Sie mich nicht so schrecklich böse an!

Ich weiß ja — weiß — ja — — nie . . . nie können Sie das verzeihen — — nie verzeihen, was ich ihnen angetan habe.

Zwei Nächte habe ich durchgeweint, nachdem es geschehen war . . ."

Sie griff nach dem Spitzentuch und führte es an ihre überströmenden Augen . . .

Die Decke sank herab, glitt von der stürmisch sich hebenden Brust zur Hälfte herunter.

Etwas wie einen Laut des Erstickens stieß Jordan hinter zusammengebissenen Zähnen hervor. Dann fiel er wie ein gefällter Baum über Herta herab.

Ihre Tränen netzten seine glühende, feuerbrennende Stirn . .

Ihre Arme wanden sich um ihn wie weiße Schlangen . . .

Sechstes Kapitel.

Aus Herta Heckers Armen löste sich Jordan in der höchsten Verstörung, in der tiefsten Verwirrung aller Gedanken und Empfindungen. Ihm war, als wanke ihm der Boden unter den Füßen.

Wo war da eine Handhabe? Wo ein fester Stützpunkt, von dem aus man neuen Halt gewinnen konnte? Halt? Er fand keinen. Er fühlte sich vielmehr wie in brandenden Strudeln hilflos fortgerissen.

Was war es, was ihm alle Tatkraft lähmte?

Was war es, was seine Entschließungen ständig durchkreuzte, seine Handlungen in ihren Zielen einfach verkehrte und umdrehte, so daß er das eine wollte und das gerade Gegenteil davon tat und vollzog?

Wie ein böser Zauber waltete diese rätselhafte Kraft über ihm, als wollte sie ihn auf geradestem Wege ins Verderben reißen. —

. . . Er war mit dem alten Hecker zu der Tochter gegangen, um diese aus der Stadt zu jagen und zu ihrem Verlobten nach Budapest zurückzuzwingen.

Diesen Schritt hatte Jordan getan. Was war die Folge?

(Fortsetzung folgt.)

Volksabstimmung neu gewählt. Die Wahlvorschläge (zwei) erfolgen durch das Parlament. Im Falle des Ablebens des Staatsoberhauptes werden die ihm zugewiesenen Staatsgeschäfte von dem „Rate der Drei“ geführt. Dieser „Rat der Drei“ besteht aus dem Parlamentsmarschall, dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes. Ist das Staatsoberhaupt länger als drei Monate an seiner Amtsführung behindert, beruft das Parlament den „Rat der Drei“ ein. Das Staatsoberhaupt, zu dem jeder polnische Staatsangehörige nach vollendetem 41. Lebensjahre gewählt werden kann, ist weder in politischer noch in sonst einer Beziehung dem Staate verantwortlich. Er ist Oberkommandierender der gesamten Wehrmacht. Ihm zur Seite steht die sogenannte „Wacht des Rechts“. Sie setzt sich zusammen aus 60 Personn, die zur Hälfte vom Parlament gewählt, zur Hälfte vom Staatsoberhaupt ernannt werden. Die Mitglieder der „Wacht des Rechts“ brauchen nicht Mitglied des Parlaments zu sein. Der „Wacht des Rechts“ steht das Vetorecht zu.

Italien

Italiens künftige Politik

Italien hat ausgesprochen kriegsfeindlich gewaylt. Der Nationalismus hat ausgespielt, ja mehr, die Anhänger des bürgerlichen Pazifisten Giolitti gehen stark geschwächt aus dem Wahlkampf hervor, auch der bürgerliche Pazifismus ist erlegen, es triumphiert die sozialistische Internationale. Aber Italien hat auch bolschewistisch gewählt, denn die sozialistische Liste enthielt als für die Analphabeten vorgeschriebenes Wahrzeichen das Wappen der russischen Sowjet-Republik, den Hammmer und die Sichel von Aehren umkränzt. Die so gekennzeichnete Liste rückt mit 167 Mandaten in das Parlament. Damit sind die Sozialisten die stärkste Partei Italiens, denn es ist ein Trugschluß, die 177 Liberalen als eine Partei zu bezeichnen, sie sind ein programmloser Wirrwarr der verschiedensten Richtungen, die sich aufs heftigste aus rein persönlichen Gründen befehden. Geschlossen sind nur noch die Klerikalen, die als katholische Volkspartei zum ersten Male geschlossen im Wahlkampf erschienen und durch die Erringung von 97 Mandaten einen großen Sieg erfochten haben.

Die künftige Politik Italiens kann aus dieser Zusammensetzung der Kammer unschwer vorausgesagt werden. Eine Regierung, die sich etwa auf bürgerliche Parteien und das italienische Zentrum stützt, ist in Italien nicht denkbar, weil einmal die Liberalen die heftigsten Gegner der Klerikalen sind und zum andern diese Liberalen unter sich viel zu uneinig sind, um einen Block bilden zu können, auf den die Regierung sich stützt. Das Kabinett Nitti hat sich bereits vor der Wahl auf die Klerikalen und Sozialisten gestützt. Es wird zwar eine gewisse Rekonstruktion nach dem Zusammentritt des Parlaments erfahren, an dieser Tendenz wird aber nichts geändert werden können.

Italien wird stark sozialistische Politik treiben, denn die Klerikalen, die mit sozialen Versprechungen ihre Wahl gemacht haben, werden keinen allzu heftigen Widerstand leisten.

Und Italien wird pazifistische Politik treiben. Unsere italienischen Genossen haben ferner erkannt, daß die Politik, die sie auf Tod und Leben der Entente verkaufte, lediglich den Interessen des Weltkapitalismus und des Entente-Imperialismus diente. Die Enttäuschung, die der Krieg gebracht hat, hat alle Sympatien nicht nur für künftige Kriegspolitik, sondern auch für die Anlehnung an die Entente erschlagen. Italien wird eine Außenpolitik treiben, die nicht mehr im Dienste der Entente und des englischen Imperialismus steht, ja, man kann sagen, daß die französischen Wahlen, die Frankreich zu dem Land mit der reaktionärsten und antisozialistischsten Kammer Europas machen, eine gewisse antifranzösische Politik Italiens zur Folge haben werden. Unsere italienischen Genossen werden die Revision des Friedensvertrages fordern und europäische Friedenspolitik treiben. Italien wird sich Deutschland und Rußland nähern um so schneller, je deutlicher es wird, daß Amerika die Einmischung in europäische Verhältnisse ablehnt, um so erfolgreicher, je eher es gelingt, den Bürgerkrieg in Rußland zu beenden und den sozialistischen Staat aufzubauen. Sollten in Deutschland aber wieder Reaktion, Monarchismus und Feudalismus, Gegenrevolution und Militarismus ihr Haupt erheben, so wird die deutsch-italienische Verständigung aufs neue gestört und unmöglich gemacht werden. Nur eine ehrlich sozialistische Politik wird eine gesunde Basis bilden für die Verständigung Deutschlands mit Italien.

In und um Elbing

Roskegardisten nach Posilge

Aus Posilge wird uns telephonisch gemeldet, daß dort ein Landarbeiterstreik ausgebrochen ist. Obwohl keinerlei Gewalttätigkeiten vorgekommen sind, haben von Stuhm kommend, **40 Roskegardisten** im Dorfe Quartier genommen. — Ihr Herr und Meister hat noch vor kurzem versichert, er mische sich nicht in wirtschaftliche Kämpfe. Posilge ist ein neuer Beweis für die Wahrhaftigkeit seiner Beteuerungen.

Kurz vor Schluß der Redaktion erhalten wir noch folgendes Telephonat aus Posilge:

Posilge hat Garnison. Trotzdem im Ort sehr viele Arbeiter arbeitslos sind, beschäftigen die hiesigen Besitzer eine größere Anzahl Ortsfremde. Im Auftrage des Arbeiterrats von Posilge lud der Genosse Mankowski infolgedessen die Arbeitslosen und auch die Besitzer zu einer gemeinsamen Besprechung ein. Die Besitzer erachteten es nicht für nötig zu erscheinen. Sämtliche Landarbeiter, Frauen und Männer von Posilge beschlossen nun, sich mit den Arbeitslosen solidarisch zu erklären und traten heute früh in den Streik. Sofort erschienen 40 Roskehelden mit allen Mordwerkzeugen bewaffnet, bereit ihr Handwerk zu beginnen. Doch die Posilger Arbeiterschaft wird ihnen nicht Gelegenheit dazu geben. Im Gegenteil, sie erfreut sich ihres Anblicks, denn so schöne und „grüne“ Soldaten haben sie im Kriege nicht kennen gelernt, trotzdem sie alle Soldaten gewesen sind. Die Roskoten scheinen ihren Daseinszweck nur als Hamsterreise zu betrachten, während die Kommandierenden (Hauptmann, Leutnant und andere höchste Herrschaften) von der Richtigkeit ihrer Mission vollständig durchdrungen sind, denn das Telephongespräch wird sorgsam beobachtet, allerdings müssen sie auch oft etwas Unangenehmes hören. Gelegenheit zum Pancieren wird ihnen in Posilge nicht geboten werden und sollte Roske trotzdem einen Orden an sie verschwenden, so ist das unverantwortliche Vergeudung des für die Industrie so wichtigen Rohmaterials. Heute, Mittwoch nachmittag soll eine Verhandlung stattfinden. Der Gemeinde Posilge würden durch die Arbeitslosen große Kosten erwachsen, wenn sie nicht untergebracht werden. So sieht es mit der Landarbeiternot in Deutschland aus, skandalös sind diese Zustände. Roske ist und bleibt der Schutzpatron der sabotierenden Agrarier.

Aus den Elbinger Volksschulen

Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben: In letzter Zeit häufen sich die Klagen der Arbeiterkinder über unberechtigte Vorhaltungen, die ihnen seitens unserer Jugenderzieher und mehr noch- Erzieherinnen gemacht werden. Bei jeder passenden oder vielmehr unpassenden Gelegenheit wird ihnen vorgehalten, daß ihre Väter in der Fabrik „doch viel verdienen“ und es den Eltern ein Leichtes sein müßte, die manchmal oft recht überflüssigen Ausgaben für Lernmittel zu beschaffen. Die Eltern haben gewiß ein Interesse, daß ihre Kinder, um später den schweren Kampf des Lebens aufnehmen zu können, sich in den Besitz der notwendigen Kenntnisse setzen. Ist es nun aber Unkenntnis oder Bosheit des Lehrpersonals, daß es den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen des überwiegenden Teiles der Bevölkerung nicht Rechnung tragen will? Es dürfte den Lehrpersonen doch nicht unbekannt sein, daß es den Familienvätern, die mit einer größeren Kinderzahl „beglückt“ sind, unendlich schwer fällt, allein für die notwendigsten Lebensunterhaltskosten zu sorgen. Welches sind denn die „hohen Löhne“, die tatsächlich verdient werden? Mit einem Wochenlohn von 100—110 Mark bei einer Familie von 6—8 Köpfen ist doch sicher nichts anzufangen. Die in der gestrigen Nummer der Volksstimme veröffentlichte Aufstellung, die gewiß nicht eine zu glänzende ist, zeigt wohl deutlich, daß es einer vierköpfigen Familie schon unmöglich ist, mit den heutigen Löhnen bei der ständig steigenden Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände auch nur das Notwendigste zu beschaffen. In wieviel größerem Maße muß dieses aber für die Familien zutreffen, die mit einer noch größeren Zahl von Kindern „gesegnet“ sind. Unser Programm fordert deshalb auch: „Unentgeltlichkeit der Lernmittel“. Wer für diese Forderung einzutreten gewillt ist, darf am Wahltage seine Stimme nur für die Liste **Baude-Köhler** abgeben.

Parteigenossen!

Heraus zum Kampf!

Die Bürgerlichen wollen mit allen Mitteln verhindern, daß Sozialisten in überwiegender Mehrheit ins Stadtparlament einziehen!

Die Pflicht eines jeden Parteigenossen und Arbeiters ist es, sich zur Wahlhilfe zur Verfügung zu stellen. Meldet euch in Scharen am Donnerstag 6 Uhr im kleinen Saal des Volkshauses bei euren Bezirksführern zur Einteilung der Wahlarbeit!

Freiwillige vor!

Das Urteil der Wähler

Von den bisherigen Stadtverordneten sind 23 wieder aufgestellt worden. Und von den 23 haben nur 11 einigermaßen sichere Stellen in den Kandidatenlisten erhalten. Das ist gewiß ein Zeichen, daß die Tätigkeit der bisherigen Stadtverordneten ganz allgemein nicht befriedigt hat. Die unabhängige Sozialdemokratie war in der alten Stadtverordnetenversammlung nur durch die beiden Genossen Perschon und Poschadel vertreten, die zweifellos wiedergewählt werden. Sieht man sich die Kandidatenliste der Rechtssozialisten an, dann ist man überrascht über ihre Zusammensetzung. Von den alten Bekannten haben nur Finsel und Braun Aussicht auf Wiederwahl. Ein Mann wie Hermann Schottke, der Jahrzehntelang sich redliche Mühe in der Arbeiterbewegung gegeben hat, rangiert weit hinter dem Novembersozialisten Kositz und dem Hirsch-Dunkerschen Krickhahn. Diese Tatsache wirft ein so eigenartiges Licht auf das innere Gefüge der Scheidemannpartei, daß ihr völliger Zusammenbruch nur eine Frage kurzer Zeit sein kann. Was von wirklichen Sozialisten noch in jenem Lager ist, wird binnen kurzem zur unabhängigen Sozialdemokratie kommen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß der Ausfall der Wahlen den Klärungsprozeß, der sich in Elbing nunmehr seit 1½ Jahren vollzieht, zum Abschluß bringt. Den Rest gönnen wir Roske.

Deutsche Gefangene in Rußland

Briefe und Postkarten für Gefangene, die sich noch im europäischen Rußland befinden, können von den Angehörigen unmittelbar an das Deutsche Rote Kreuz für Gefangenenfürsorge im Osten Kowno, Gedimino Gatwe 11, gerichtet werden oder durch das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung 11, Berlin, Tauentzienstraße 14, nach Kowno eingesandt werden. Die Korrespondenz wird nach Möglichkeit weitergesandt.

Ferner werden auch vom Deutschen Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge im Osten, Kowno, Gedimino Gatwe 11, Nachforschungen angestellt. Derartige Anträge können ebenfalls nach Kowno gerichtet werden.

Briefbeförderung nach der Ukraine

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge, Berlin, Scharnhorststraße 35, gibt uns bekannt, daß nach Mitteilung der Mission des Ukrainischen Roten Kreuzes in Berlin, diese nunmehr in der Lage ist, in mäßigem Umfange Briefe nach der Ukraine zu befördern, jedoch ohne Gewähr für die Frist und Sicherheit der Zustellung übernehmen zu können. Die vorgenannte Mission hat sich bereit erklärt, die Beförderung von Briefschaften zu übernehmen, die dem Zentralkomitee zur Vermittlung eingehen.

Zahlt Steuern!

Eine öffentliche Steuermahnung des Magistrats befindet sich im Anzeigenteil der heutigen Nummer. Wir machen darauf aufmerksam.

Kein Personenzugverkehr an den Sonntagen

Beginnend mit Sonntag, den 30. November, wird an Sonn- und Feiertagen der gesamte Personenverkehr innerhalb des Direktionsbezirks Königsberg wegen Kohlenmangels eingestellt. Es verkehren künftig an Sonn- und Feiertagen nur die durchgehenden D-Züge von Berlin über Königsberg nach Insterburg und zurück sowie die D-Züge von Berlin über Allenstein—Eydtkuhnen und zurück. Wie wir hören, wird auch in den benachbarten Direktionsbezirken Danzig und Bromberg in gleicher Weise verfahren.

Achtung Metallarbeiter!

Zuzug von Metallabeitern nach Braunschweig ist fernzuhalten, da in der Automobilfabrik von Büssing in Braunschweig Differenzen mit der Arbeiterschaft wegen Maßregelung von Arbeitern bestehen.

Ostdeutsche Nachrichten

Danziger Krankenmehl

In der Danziger Zeitung, dem Organ der zahlungsfähigen Bourgeoisie, schrieb ein Mitglied dieser Gesellschaftsklasse dem Danziger Magistrat dieser Tage folgende Zensur aus:

„Durch Ihre Zeitung geht wieder einmal eine „trostvolle“ Nachricht. Die weißen Brötchen, deren Ausbacken von den Kranken mit Freuden begrüßt wurde, dürfen auf Anordnung nicht mehr verkauft werden. — Na ja, die Kranken bezichen Krankenmehl. Wissen Sie, was Krankenmehl, wie es der Magistrat der Stadt Danzig ausgibt, ist? Ich habe mir mal, da ich einer von denen bin, die es beziehen müssen, den Spaß gemacht, es chemisch untersuchen zu lassen, da mir als Laien schon immer die fahle Farbe und Schwere des „Mehls“ auffiel, die zur Angabe des Magistrats, es sei reinstes Weizenmehl, nicht gut stimmen konnte. Daß zu einem ungewöhnlich hohen Prozentsatze Getreidehülsen in dem Mehl vermahlen sind, soll noch zu dem kleineren Uebel gerechnet werden; festgestellt wurde das Vorhandensein von Milben, deren Genuß gerade nicht gesundheitsfördernd sein soll. Das also wagt der Magistrat den Kranken anzubieten! In dieser Zwangslage sah sich der Kranke genötigt, die bei einigen Bäckern vorhandenen weißen Brötchen zu kaufen, die zwar einen etwas kostspieligen, aber doch immerhin bekömmlichen Genuß bildeten. Mehl, gutes Weizenmehl ist massenhaft vorhanden und ein Verbot des Verbackens ist geradezu lächerlich.

Nun zum Zucker. Die Provinzialstelle behauptet, daß mit Zucker ein umfangreicher Schleichhandel getrieben wird. Inwieweit die Maßnahmen unserer Behörden zur Aufrichtung und Förderung dieses Schleichhandels beigetragen haben, ist in aller Oeffentlichkeit so häufig erwähnt und bezeichnet worden, daß sich ein Eingehen auf diese Frage hier erübrigt. Glaubt aber, und das ist das Wesentliche, die Provinzialstelle im Ernst daran, daß diese im Verhältnis zu den gewaltigen Vorräten an fertigem und an Rohzucker doch nur geringfügigen Mengen, deren sich der Schleichhandel bemächtigt hat, eine so große Rolle spielen, daß Hunderttausenden das auf Marken bezogene Quantum verringert werden muß? Die Provinzialstelle sprach in ihrer letzten „Sitzung“ (es ist von den Behörden in all den vergangenen Jahren nie so viel „gesessen“ worden wie jetzt) davon, daß ein Teil Zucker als Einmachezucker verteilt worden ist. In den großen Städten war, wie auch wohl in den kleineren, von Einmachezucker nichts zu spüren. Und merkwürdig ist auch, wie jetzt alles als hygienisch einwandfrei erklärt wird, dessen Herstellung in früheren Jahren mit teilweise recht erheblicher Freiheitsstrafe bedroht war. Als wenn sich der Organismus des Menschen, der nicht gerade ein Amt in den Ernährungsstellen innehat, geändert hätte! Leider wird, das weiß man ja schon vorher, an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden. Eine Aenderung der Ernährungsverhältnisse ist im Augenblick nicht so wichtig, wie eine Aenderung in der Organisation, das allernotwendigste aber ist die Beseitigung jeden Kartenzwanges.“

Recht hat dieser Volksgenosse darin, was er über die Güte des Mehls und des Zuckers sagt. Wenn er aber die Beseitigung des Kartenzwanges fordert, so spricht krasse Selbstsucht aus ihm. Die Aufhebung der Rationierung würde eine entsetzliche, allgemeine Preissteigerung mit sich bringen und der arbeitenden Bevölkerung die Lebensmittel vollständig entziehen. Der Tag, wo die Regierung die Rationierung der Lebensmittel aufhebt, ist auch der Tag, wo der offene Bürgerkrieg ausbricht. Notwendig ist die **Regelung der Produktion.** Vor diesem Eingriff ist sowohl die Regierung Wilhelms wie die Eberts zurückgescheut. Darum siecht unsere Volksernährung dahin. Solange nicht dem argrarischen Volksausbeutertum die Zähne gezeigt werden, wird dessen Anmaßung nur noch stärker werden.

Ein Bambusier

Der Schlichtuugsausschuß Deutsch-Eylau erhielt folgenden Brief:

Elihsthal b. Dt.-Eylau, den 5. 11. 1919.

Schlichtungsausschuß Dt.-Eylau.

Am 2. November erhielt ich durch die Post eine Vorladung: „In Sachen mit Ihren Arbeitern wegen Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten werden Sie zur Vernehmung auf Freitag, den 7. Nov., mittags elfeinhalb Uhr, im Bürgermeisterzimmer vorgeladen.“ Diese Vorladung ist wahrscheinlich irrtümlich an mich gelangt. Arbeitsstreitigkeiten bestehen zwischen mir und meinen Leuten nicht, und wenn sie beständen, würde ich als Brotherr dieselben schlichten. Meine Leute, angehetzt durch einen gewissenlosen Hallunken, verlangten von mir eine Nachzahlung, die ihnen angeblich aus einem Normalvertrag zustehen sollte. Die Verträge, die ich mit meinen Leuten vor Martini 19 abgeschlossen, sind für mich allein maßgebend und bestehen zu Recht. Diese Verträge habe ich gehalten, sogar darüber hinaus meinen Leuten pro Familie in Anbetracht der Teuerung eine Teuerungszulage von 100 Mk. pro Famile gemacht.

Meine Leute verweigerten mir darauf die Arbeit und ich war gezwungen, sie mit Gewalt an die Arbeit zu bringen. Nachteilige Folgen sind daraus nur für meine Leute entstanden, was dieselben auch eingesehen haben. Sollte es ein sogenannter Arbeitersekretär nochmals unternehmen, Unfrieden unter meinen Leuten zu säen und derselbe mir in die Finger fallen, so würde ich ihm mit meinem Bambusrohr eine Lektion erteilen, die ihm die Lust für derartig gewissenlose Handlungen benimmt. Ich habe 12 Jahre mit meinen Leuten in Ruhe und Frieden gelebt und werde diesen Frieden durch solche Schufte nicht stören lassen. Leute, die dummerweise einem Verband angehören, werden in Zukunft von mir nicht mehr in Wohnung und Arbeit genommen. Gern hätte ich persönlich Ihnen meine Ansicht über Normalvertrag und Arbeitssekretäre ausgesprochen, doch hindert mich der eingestellte Personenverkehr daran.

Ergebenst

gez. Wichmann, Amtsvorsteher und Gutsbesitzer.

Dieser freche Brief wurde einer öffentlichen Behörde als Antwort geschrieben. Und der es tat, war ein Amtsvorsteher.

Wirtschaftliches.

Der chronische Bankerott

Fast wertlose Papierlappen

Die deutschen Notenpressen arbeiten Tag und Nacht und Spötter meinen, daß durch den Verbrauch der Notendruckmaschinen die allgemeine Papierknappheit hervorgerufen werde. Die hundertfünfzig oder zweihundert Milliarden Mark Schuldverschreibungen, die von der Regierung jeden Tag in der Gestalt neuen Papiergeldes in die Zirkulation geworfen werden, senken natürlich den Wertstand des gesamten umlaufenden Papiergeldes immer mehr. Der Versuch, die Wirtschaft nach kapitalistischen Grundsätzen wieder zum Funktionieren zu bringen, hat heute schon zum Bankerott geführt. Der Staat hat keinen Kredit mehr, seine Schuldverschreibungen sind fast wertlos geworden. Die „Valuta", das heißt der Wertstand unseres Papiergeldes gegenüber den anderen Staaten zeigt das mit anschaulicher Schärfe. Ein paar Beispiele:

100 holländische Gulden		
kosteten im November vorigen Jahres	280,25	Mk.
sie kosten heute . .	1105,25	„
100 schwedische Kronen		
kosteten damals	192,50	Mk.
sie kosten heute . .	697,44	„
100 spanische Pesatas		
kosteten damals	136,50	Mk.
sie kosten heute . .	519,29	„
100 finnische Mark		
kosteten damals	73,50	Mk.
sie kosten heute	128,38	„

Die Erzberger und Genossen können an diesem Riesenproblem herumdoktern so viel sie wollen, sie werden es mit ihrem Werkzeug nicht bewältigen.

Auf dem Boden der privatkapitalistischen Gesellschaft wird die deutsche Vollswirtschaft nie wieder zum Erblühen kommen. Aber für die heutige Regierung kommen die neuen Wege, die der sozialistischen Wirtschaft, nicht in Frage. Für sie soll Deutschland wieder erstehen als kapitalistischer Staat. Will er das nicht oder geht das nicht, dann haben die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt kein Interesse an seinem Fortbestand. Dann lieber die Katastrophe.

Und die Katastrophe droht mit unheimlicher Gewalt.

Von nah und fern

„Unser Kronprinz" — der Edelmensch

Wir haben bereits eingehend die wüsten Orgien geschildert, die sich der ehemalige Kronprinz während des Krieges in seinem Hauptquartier inmitten eines Stabes von Halbweltdamen leistete. Um so lächerlicher mußte es wirken, wenn er gleichsam als post festum sich als Pazifist und „Ethiker" aufzuspielen versuchte, zumal seine wahre Gesinnung durch einige seiner Telegramme enthüllt werden konnte. Der Vorwärts veröffentlicht jetzt noch ein Telegramm des hoffnungsvollen Kaisersprößlings, das ebenfalls ein bezeichnendes Licht auf diesen Heldenjüngling wirft. Das Telegramm, das er am 1. Februar 1915 an den Kaiser-Vater nach Berlin richtete, lautete:

„Hoffe, daß der **Genuß Edamer Käse und Beschreibung der beiden Damen** keine nachteiligen Folgen haben werden. Die gestrigen Kämpfe im Argonnenwald betreffend ist zu melden, daß **1100 gefallene Franzosen** vor der Front gefunden worden sind, darunter 1 Stabsoffizier und 6 Offiziere an einer Stelle. Regiment 155 muß vollständig aufgerieben sein . . ."

Ordinäre Alltäglichkeiten werden in einem Zuge mit einem tiefernsten Kampfbericht telegraphiert: 1100 tote Krieger (es waren ja „nur" Franzosen!) wiegen ebensoviel wie das ungetrübte Befinden „Seiner Majestät", die sich vielleicht den Magen an einem Edamer Käse verdorben haben könnte. Und auch dieser vielversprechende junge Mann zählte zu den „Führern des Volkes" und schien berufen, dermaleinst den Hohenzollernthron zu zieren — wenn . . . . ja wenn ihn nicht die Revolution in sein jämmerliches Nichts geworfen hätte.

Ultimatum an Noske

Unter der Ueberschrift Lausbuben berichtet das amtliche Wolffsche Telegraphische Bureau aus Berlin: „Bei dem Reichswehrminister ist der folgende Brief eingegangen: „Sehr geehrter Herr! Hierdurch stellen wir Ihnen anheim, innerhalb dreier Tage in der Zeitung bekanntzugeben, daß die über „Exzellenz von Lützow" verhängte Arreststrafe für ungültig und begnadigt erklärt ist, widrigenfalls wir gezwungen wären, unverzüglich in einen Schülerstreik zu treten. Wir hoffen jedoch, daß Sie unserer bescheidenen Bitte Folge leisten werden, und zeichnen ganz ergebenst als der Oberste Schülerrat der vereinigten Gymnasien von Berlin W: Herbert von Felde. Kurt Boelke. Erich von Katinski."

Daß sich diese deutschnationalen Grünschnäbel bereits mit derartigen Unverschämtheiten herauswagen, ist auch ein Zeichen dafür, daß die Roskeregierung mit wichtigen Errungenschaften der Revolution zugleich auch alles Ansehen verwirtschaftet hat. Wie lange noch, und sie wird vollständig „fertig" sein.

An unsere Postbezieher!

Nach Mitteilung der Postbehörde ist unsere Zeitung in den Nachtrag zur Postzeitungsliste eingetragen. Bestellungen werden bereits zum 1. Dezember von jeder Postanstalt entgegen genommen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das III. Vierteljahr 1919 sind bis **spätestens Dienstag, den 2. Dezember,** zu entrichten. Vom 3. Dezember werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Eine Zustellung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Elbing, den 26. November 1919.

Stadthauptkasse.

Städt. Realgymnasium mit Realschule.

Der Unterricht wird **Montag, den 1. Dezember, vormittags 10½ Uhr,** wieder aufgenommen.

Der Direktor.

Städt. Lyzeum und Oberlyzeum.

Der Unterricht beginnt wieder am **Montag, den 1. Dezember.** **Der Direktor.**

U.S.P. Elbing.

Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 5 Uhr

Zusammenkunft sämtlicher Bezirksführer

zur Empfangnahme des Wahlmaterials im **Parteibureau, Spieringstraße 21.** **Die Parteileitung.**

U. S. P. 2. Bezirk.

Genossen, eilt zu Hilfe!

Donnerstag, den 27. d. Mts., nachm. 5 Uhr
im **Volkshaus,** Kleiner Saal:

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: **Der 30. November.**

Erscheinen ist Pflicht!

Die Bezirksleitung.

Achtung! **Achtung!**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Elbing.

Donnerstag, den 27. November 1919, abends 6 Uhr,
im Volkshause, Billardzimmer

Versammlung

aller in der Elektrizitätsindustrie beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung: Stellungnahme zu den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

die Ortsverwaltung.

Vornehme
Herren- u. Damen-
Frisier-Salons.

Anfertigung von künstlichen
Haararbeiten.

A. Günther
Am Schmiedetor 1,
Eingang Mauerstr.,
neben der Kgl. Hofapotheke.

Sammlung für die Rückwandererhilfe.

Aufruf.

Die Not der auslandsdeutschen Flüchtlinge und Internierten hat ihren Höhepunkt erreicht. Ob sie nach ihrer Rückkehr in Deutschland bleiben werden, ob sie wieder hinausgehen — sie kommen im Vertrauen auf unsere Hilfe. Alle, die an die Zukunft des Deutschen Volkes glauben, müssen mitwirken, daß die Kräfte und Werte des Auslandsdeutschtums der Heimat nicht verloren gehen.

Vergeltet die Treue der auslandsdeutschen Volksgenossen durch reichliche Gaben für die

Rückwandererhilfe.

Spenden werden an die untengenannten Sammelstellen erbeten.

Elbing, im November 1919.

Der Ortsausschuß.

Dr. Merten, Oberbürgermeister. — Graf von Posadowsky, Landrat. — Schmidt, Landgerichtspräsident.

Kreisverein vom Roten Kreuz. — Vaterländische Frauenvereine.
Deutsch-Evangelischer Frauenbund. — Kreiskriegerverband.
Nationaler Frauendienst.
Die Frauenvereine der evangel., kathol. u. jüdischen Gemeinden in Stadt u. Land Elbing.

Sammelstellen: Städtische Sparkasse Elbing. Kreissparkasse Elbing. Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Elbing. Deutsche Bank, Zweigstelle Elbing. Kasse des Kreisvereins vom Roten Kreuz (Deichamt). Ostbank für Handel und Gewerbe, Zweigniederlassung Elbing. Verlag der Elbinger Zeitung.

Der Mittelstand darf aus gewichtigen Gründen Im Stadtparlament sich politisch nicht binden. Es liegt in freier Kraftentfaltung Das Wohl gesunder Volkserhaltung; Wer dieses anstrebt, stimmt daher Nur für die Liste **Wegmann-Zehr.**

Möbelfabrik Klinger

Neustädt. Schmiedestraße 12/14

empfiehlt vom reichhaltigsten Lager:

Kompl. Küchen von Mk. 350.— bis Mk. 950.—
Waschtische, aufklappbar Mk. 45.—
Nachttische, in jedem Farbton Mk. 40.—
Stühle von Mk. 28.50 ohne Polsterung,
Stühle von Mk. 36.— mit Polsterung **in großer Auswahl**
Sofas in friedensmäßiger Verarbeitung und Ia Bezügen von Mk. 475.— an
Chaiselongues aus nur gutem Material von Mk. 280.—an
Tische mit und ohne Züge, und alle andern Möbel

Verkaufsstellen: Neust. Schmiedestr. 12/14 und Filiale Junkerstraße 19

Reelle Bedienung. **Prompte Lieferung.**

Guter Marengostoff
sowie blauer Anzug- od. Kostümstoff
zu verkaufen **Sonnenstraße 4, unten.**

Leeres Zimmer
mit Kochgelegenheit von sofort gesucht. Offert. unter **B 23** an die Expedition d. Bl.

Stadttheater Elbing
Mittwoch, den 26. November:
Die Faschingsfee
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.
Donnerstag, den 24. Novbr.:
Flachsmann als Erzieher
Lustspiel in 4 Akten von Otto Ernst.

Empfehle mich zur
Anfertigung von Herrengarderoben
sowie **Aenderungen von Zivil und Militär**
O. Schmidtke,
Alter Markt 61, I, rechts.

1 eis. Kinderbettstelle
zu verkaufen
Staatz, Holländerstr. 25, I.

Ausstellung
in
Spielwaren, Baumschmuck,
Geschenkartikel
in größter Auswahl.
J. Grabowsky,
Fischerstraße 27.

Beschäftigungs- und Gesellschaftsspiele,
Bilderbücher, Jugendschriften,
Märchenbücher in großer Auswahl.
S. Marcus, Papierhandlung,
Alter Markt 63. Fernruf 953.

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Versandkartons,
Pack- und Pergamentpapier empfiehlt
Baschek, Herrenstr. 36.

Neue hohe
Damenschuhe,
Gr. 39 (Maßarbeit), **Kinderschuhe,** Größe 26, 29, 33, **Knabenmantel** für 6—8 J. und 2 Jahre zu verkaufen
Sternstraße 46, p. l.

Ein neuer Anzug
preiswert zu verkaufen
Fleischerstraße 5, h. r.

Ein Sofatisch für alt zu verkaufen
Grünstraße 48, hinten.

Familien-Drucksachen
fertigt schnellstens an
Buchdruckerei Elbinger Volksstimme.

Kleiner Laden
sofort gesucht. Offerten unter **B 27** an die Expedition d. Bl.

Elbinger Standesamt
vom 26. November.
Sterbefälle: Stadtarmer Ernst Süßdorf 52 J. — Arbeiterwitwe Justine Kuhn, geb. Heß 87 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 31 | **Donnerstag, den 27. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Truppenkonzentration der Reaktion. Die Leipziger Volkszeitung meldet: Außer den Freiwilligen von Bernau, die zum Zwecke reaktionärer Machinationen und noch für andere Zwecke nach Berlin geschafft worden sind, ist auch die in Schlesien stehende Infanterie-Division, die unter durchaus reaktionärer alldeutscher Führung steht, nach Berlin in Bewegung gesetzt worden.

Gleichzeitig erfahren wir aus äußerst zuverlässiger Quelle, daß die deutsch-baltischen Truppen von Bermondt, deren Abtransport nach Deutschland bevorsteht, in Mitteldeutschland, voraussichtlich in der Gegend von Merseburg konzentriert bleiben sollen. (!) Die Vorbereitung eines reaktionären Staatsstreichs erfolgt also ganz systematisch, ohne daß die Regierung den Mut hat, einzuschreiten.

Die agrarischen Verbrecher. Der englische Professor Starling hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die sich gegen die Auslieferung von 140 000 Milchkühen von Deutschland an die Entente wendet. In der Denkschrift sind zwei Sätze enthalten, die eigentlich das Herz jedes deutschen Bauern und Gutsbesitzers erstarren müßten.

1. Jedes Liter Milch pro Tag, das Deutschland verloren geht, bedeutet den Tod eines Kindes!"
2. In Dortmund kann (wie eine englische Kommission feststellte) jedes fünfte Kind zwischen zwei bis sieben Jahrn nicht laufen, und viele werden immer Zwerge bleiben!"

Das rechtssozialistische Hamburger Echo schreibt dazu:

„Die entsetzliche Unterernährung unserer Kinder und Kranken mit Milch ist es in erster Linie, die solche furchtbaren Entartungszustände gezeitigt haben. Und was sehen wir in den deutschen Dörfern? Dort wird Tag für Tag Milch literweise, zehn Liter, zwanzig Liter, in den Schweinetrog geschüttet, damit die deutschen Ferkel gedeihen. Die deutschen Kinder können ja sterben oder in Rachitis (englische Krankheit, Knochenweiche, Gliederverkrümmung) verkrüppeln! In die Städte kommt die Milch nur tropfenweise. Kann man die Grausamkeit gegen das eigene Volk weiter treiben? Wir hätten deutsche Milch genug für die Kinder und Kranken der deutschen Städte, aber sie wird nicht ausgeliefert. Aus Dänemark und Holland sind wir gezwungen, für ein Sündengeld das Notwendigste einzuführen. Wie lange wird das deutsche Volk solche Zustände ertragen?"

Worauf zu antworten ist: Solange es sich noch eine Regierung gefallen läßt, die die revolutionäre Arbeiterschaft durch Belagerungszustand und Noskesöldner knebelt, gegen die Wuchererschande der Agrarier aber nicht tatkräftig vorzugehen wagt.

Aus der Haft entlassen. Die während des Belagerungszustandes verhafteten und dann nach dem Zuchthaus Wehlheiden bei Kassel verschleppten 7 Genossen aus Suhl und Heinrichs sind entlassen worden, nachdem sowohl die Verteidigung als auch die Parteiorganisation energisch Einspruch gegen die grundlosen Verhaftungen erhoben haben.

Wieder Gefangenenmeuterei. In der Nacht zu Montag versuchten die Gefangenen der Strafanstalt Ichtershausen abermals auszubrechen. Durch rechtzeitiges Eingreifen der Wärter konnte ein Ausbruch aller Strafgefangenen verhindert werden.

Ueber den Vorgang wird uns folgendes mitgeteilt: Die im Lazarett untergebrachten Gefangenen hatten die einzeln kontrollierenden Wächter nach einander überwältigt, ihnen die Schlüssel abgenommen und sie in eine Zelle eingesperrt. Sie besetzten nunmehr den Haupteingang und befreiten die übrigen Gefangenen. Dadurch, daß sich die Meuterer auf dem Hofe ankleideten, wurde ein dienstfreier Wärter aufmerksam und alarmierte die übrigen Wärter, welche nunmehr durch die Kirche in die Strafanstalt eindrangen und nach kurzer Zeit die Gefangenen überwältigten. Insgesamt sollen etwa 6—8 Strafgefangene in dem Durcheinander entkommen sein. Dadurch, daß die Waffen der Aufseher nicht in der Strafanstalt aufbewahrt wurden, wie dies bei der letzten Meuterei der Fall war, konnten sich die Gefangenen nur die Waffen der überwältigten Aufseher aneignen und wurde hierdurch der Aufstand schnell niedergeschlagen. Bei der Schießerei wurde ein Aufseher verwundet.

Das hungernde Wien. Als der erste holländische Nahrungsmittelhilfszug (dreizehn Wagen) mit Kakao, Reis und kondensierter Milch für Kinder, stillende Mütter, Kranke und Krankenanstalten im Wiener Nordwestbahnhof eintraf, wurde seitens des Bahnpersonals alles versucht, drei Wagen abzukuppeln und fortzuschaffen, was der holländische Oberleutnant nur mit dem Revolver in der Hand verhindern konnte.

Die auf einen halben Laib Brot gekürzte Wochenration der Wiener hat den Schleichhandelspreis für ein zweieinhalbpfündiges Brot minderwertigerer Qualität, der vorige Woche noch 15 Kronen betrug, auf 30 bis 40 Kronen hinaufschnellen lassen. Die Kutscher der Großbäckereien haben um polizeilichen Schutz für ihre Fahrten in die Vorstädte nachgesucht. Der Mehlschleichhandelspreis ist für minderwertiges schwarzes Mehl ungefähr auf 40 Kronen für das Kilogramm, für weißes auf 50 Kronen gestiegen. Der Butterpreis schwankt zwischen 150 und 200 Kronen für das Kilo. Für Eier werden bis 8 Kronen das Stück bezahlt. Rindfleisch kostet pro Kilo 100 Kronen und Schweinefleisch 120 Kronen. Gänse pro Stück 1000 Kronen, Hühner ungefähr 300 Kronen. Trotz solcher horrenden Schleichhandelspreise sind aber die Waren nahezu unauffindbar. Das nasse Brennholz wird mit 1,80 Kronen das Kilo verkauft, aber ohne Zustellungsgebühr. Kohle ist überhaupt nicht zu haben. Rechnet man hinzu, daß der Tabakpreis auf das Drei- bis Vierfache gestiegen ist, die Postgebühren auf das Doppelte, die Straßenbahn von 60 Heller auf 1 Krone pro Fahrt erhöht wurde, dann ergibt dies gegen das Vorjahr für den Wiener eine Verdoppelung seiner Lebenskosten.

Elbinger Schandsozialisten

Herrn Hermann Schulz, M. d. N. und geistigen Leiter der Elbinger „Mehrheits"sozialisten schwimmen die Felle davon. Ganz unbestreitbar zeigt sich dies, je mehr der Wahlkampf vorschreitet. Besonders auffallend ist, daß die Beamten und Angestellten, die bei der Nationalversammlungswahl die stärksten Stützen des Elbinger Rechtssozialismus waren, ihre Sache von den Noskebrüdern getrennt haben und mit einer eigenen Liste vorgehen. Herrn Schulz ist das umso unangenehmer, weil er selber allen Anlaß hat, um sein Mandat zu zittern. Er steht an 9. Stelle auf der Liste seiner Partei und wird vermutlich ebenso wenig gewählt werden, wie der an 13. Stelle stehende Redakteur der Elbinger Volkszeitung, mit dessen Person wir uns später noch ein wenig beschäftigen werden. Aus Reinlichkeitsgründen würden wir es ablehnen, uns immer wieder mit diesem fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Blättchen zu beschäftigen, wenn es nicht mangels ständiger Abonnenten dauernd die Einwohner mit Gratisexemplaren überschwemmt hätte, was während der Wahlbewegung in ungewöhnlichem Maße geschieht.

Die trübseligen Wahlaussichten der moralisch, finanziell und auch sächlich abgebrannten Rechtssozialisten haben auf ihr geringes Begriffsvermögen direkt verwüstend gewirkt. Sie möchten die Kopfarbeiter weiter vor ihren Parteikarren spannen. Und das glauben sie am besten durch eine Hetze gegen die unabhängige Sozialdemokratie im allgemeinen und unseren Genossen Grunwald im besonderen zu erreichen. Zu wiederholten Malen haben sie in ihrer Elbinger Volkszeitung, in der täglich der abgestandene Kohl der Königsberger Volkszeitung für die genügsamen Elbinger „Mehrheits"schäfchen aufgewärmt wird, angebliche Aeußerungen Grunwalds verzapft, die nicht nur aus dem Zusammenhang gerissen, sondern vollständig erlogen sind. So behauptet die Elbinger Volkszeitung in ihrer Mittwochnummer, die unabhängige Sozialdemokratie betrachte die Kopfarbeiter nur als Stimmvieh und führt als Beweis dafür einen angeblich von Grunwald gemachten Zwischenruf an. Genosse Grunwald hat der Elbinger Volkszeitung sofort folgende Berichtigung gesandt:

Titl.
Elbinger Volkszeitung. Elbing, Wilhelmstr. Nr. 3.

Nach § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

In der Nr. 73 der Elbinger Volkszeitung ist in einem Wahlaufruf „Angestellte, Beamte, Kopfarbeiter!" die Behauptung aufgestellt, daß ich in der öffentlichen Versammlung am 20. Oktober in Bezug auf das Betriebsrätegesetz erklärt hätte, daß die Arbeiter es wahrscheinlich nicht verstehen werden, Bilanzen zu lesen und infolgedessen doch von den Aufsichtsräten getäuscht werden würden. Bei der Erwiderung des Rechtssozialisten Weiß, daß „dazu ja die Kopfarbeiter da wären", wird mein Zwischenrnf dahingehend umgedichtet, ich hätte gerufen: **„Damit Ihr mit verschleiert!"** Dieses und ähnliches soll den Anschein erwecken, daß meine Aeußerung gegen die Kopfarbeiter gerichtet war.

Hierzu stelle ich fest:

Wahr ist, daß ich gesagt habe: „Die Arbeiter verständen nicht das Lesen der kaufmännischen Bilanz".

Unwahr ist, daß mein Zwischenruf lautete: **„Damit Ihr mit verschleiert!"**

Wahr ist, daß der Zwischenruf lautete: „Die (Bilanz) ist oft sehr verschleiert!"

Unwahr ist, daß die Unabhängigen die Kopfarbeiter als Stimmvieh benutzen wollen.

Wahr ist, daß die Unabhängigen die Kopfarbeiter als einen wichtigen Faktor bei der Produktion kennen und schätzen.

Mit aller Hochachtung
A. Grunwald, Parteisekretär.

Wir haben nicht viel Hoffnung, daß die Lektion bei den Elbinger Noskiden erzieherisch wirken könnte. Die sittliche Verwahrlosung ist bei diesen Leuten schon zu sehr vorgeschritten, als daß hier noch etwas heilend wirken könnte. Die ganze Nummer der Elbinger Volkszeitung bietet dafür Beweise in Hülle. So enthält sie unter Elbinger Nachrichten einen gegen unsere Volksstimme gerichteten Artikel mit der Ueberschrift „Wirf ihr einen Hunderter hin, für Geld tut sie alles" In dem Geschreibsel wird den Lesern erst ein Langes und Breites von einem Sensationsprozeß erzählt, der vor Jahren in Berlin gegen einen Zeitungsverleger verhandelt sein soll. Bei dieser Zeitung sei es üblich gewesen, irgend welches schlüpfrige Material, das man auf geradem oder ungeradem Wege, zufällig oder absichtlich gegen bekannte Persönlichkeiten in die Finger bekam, als Druckmittel zur Erreichung von größeren Inseratenaufträgen zu benutzen. Der Erfolg wäre denn auch immer vorhanden gewesen, denn die meisten der Betroffenen ließen lieber ein paar Blaue oder Braune springen, als daß ihre Mitwelt mehr oder weniger von ihren internen Angelegenheiten Kenntnis erhielt.

Erkleckliche Summen seien in die Taschen des Verlegers geflossen. Während dieses Prozesses wäre die Zeitung von einem Beteiligten als feile Dirne bezeichnet worden.

Es gehört der ganze Tiefstand rechtssozialistischer Moral dazu, den Verleger dieser Zeitung mit der Elbinger Volksstimme in Beziehung zu bringen. Das geschieht, weil wir Anzeigen anderer politischer Gruppen im Inseratenteil unserer Volksstimme veröffentlicht haben. Wörtlich schreibt das Noskeorgan:

> Wenn die **Elbinger Volksstimme** auf ihrer **Vorderseite** in großsprecherischer Tonart schreibt, daß die **Kommunalisierung** großer Betriebe zu ihren wichtigen Aufgaben im Stadtparlament gehöre, und auf der Rückseite sie ihre Leser in **bezahltem Auftrage der Reaktion** auffordert, **ihre Betriebe vor Kommunalisierung zu schützen,** und am nächsten Tage die bezahlten **Wahlaufrufe der Deutschen Volkspartei** ihren Lesern vorsetzt, dann hat sie den **Anspruch,** als **politische Zeitung** eingeschätzt zu werden, **verwirkt.**
>
> Dann ist sie nichts anderes, als eine feile Dirne, die für Geld jeden Verrat an ihrer Partei begeht.
>
> An sich müßte uns dieses Verfahren nur lieb sein, denn die Folgen treffen nicht uns, sondern die Volksstimme, aber wir nehmen uns das Recht, im **Namen der Arbeiterschaft Elbings Verwahrung einzulegen, daß die Volksstimme** sich als Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung aufspielt, während sie tagtäglich **gegen Bezahlung den schmählichsten Verrat am Proletariat verübt.**

„Im Namen der Elbinger Arbeiterschaft" will Herr Peter, der Redakteur der Elbinger Volkszeitung, sprechen. Du lieber Himmel, wer ist denn dieser Sittenwart, der den Mund so voll nimmt? Seine politische Vergangenheit können wir ihm auch bei der größten christlichen Nächstenliebe nicht schenken. Und da muß ausgesprochen werden, daß Herr **Peter** sich ganz wie „eine feile Dirne" bewegt hat. Herr Peter hat unter dem Belagerungszustande die Mehringsche Internationale, die Spartakusbriefe, die Zwangslosen Blätter und andere Schriften der Opposition verbreitet. Immer wieder erklärte er, er stände **ganz auf dem Boden der Opposition.** Er ist schließlich mit Rücksicht auf den nahrhaften Parteifleischtopf bei Noske geblieben. Ja, wenn Opposition treiben nicht manchmal gefährlich für die werte Person sein und gut bezahlt werden würde! Jedenfalls lehnen wir mit Fug und Recht ab, einen Menschen dieser Art als Lektor der guten Sitten anzuerkennen. **Er hat kein Recht, im öffentlichen Leben überhaupt mitzureden,** soll sich in irgend einen Winkel verkriechen und froh sein, wenn er vergessen wird.

Was Herr Peter sagt, kann nur auf politisch ungeschulte Menschen für einen Augenblick Eindruck machen. Die Trennung einer Zeitung in einen redaktionellen und einen Anzeigenteil ist seit mehr als einem halben Jahrhundert üblich. Ebenso üblich ist, daß der Anzeigenteil jedermann zur Verfügung steht, der sich dessen zu bedienen wünscht. Nur Inserate, die verbrecherischen Zwecken dienen, nimmt eine anständige Zeitung nicht auf. Daß sie gegen eine andere politische Ansicht Terror üben soll, ist neu. Es wäre schlimm um eine Partei bestellt, die sich nicht anders zu helfen wüßte, als indem sie die Preßfreiheit knebelte. Lassalle ist seiner Zeit von der liberalen Presse in dieser Weise vergewaltigt worden. Er fand in der Kreuzzeitung Aufnahme und konnte dort seine Ansichten sogar im redaktionellen Teil entwickeln. Seine angeblichen Nachfolger sind reaktionärer als die Konservativen der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Da stellen sie sich immer als Hort der Demokratie hin, bekennen sich als Gegner jeglicher Diktatur und jeden Terrors und dann wollen sie den politischen Gegner nicht einmal zu Worte kommen lassen, geschweige ihn widerlegen. Wir unabhängigen Sozialdemokraten haben **mehr Vertrauen** zu der **Werbekraft unserer Sache** und der **Urteilsfähigkeit unserer Leser.** Scharf werden wir auch in Zukunft jeden unserer Gegner anfassen, wenn es nötig ist, kleinlich aber und unduldsam nie sein.

Damit nehmen wir für heut von den Elbinger Auchsozialisten Abschied. Proletarier, denkt an alles, worum uns diese Gesellschaft seit dem November 1918 betrogen hat. Denkt an die **Mordtaten** gegen revolutionäre Arbeiter, denkt an den immer schamloser werdenden **Lebensmittelwucher,** denkt an die **Kohlennot,** an die **unterbliebene Sozialisierung** der Großindustrie. Denkt daran, daß die **Gutsbezirke** noch immer weiterbestehen, daß in den benachbarten Landkreisen noch immer **keine Gemeindewahlen** ausgeschrieben sind, weil der rechtssozialistische Minister sich um solche „Kleinigkeiten" keinen Pfifferling scheert. Ihr könnt jetzt antworten. Gebt der Gefolgschaft der keifenden Elbinger Volkszeitung eine Antwort, die Hörner und Zähne hat.

Wählt unabhängig-rot:
Liste Baude-Köhler!

Dem Staatsbankerott entgegen.

Der Geldmarkt schwimmt in Papier. Bei Geldinstituten trägt man sich bereits mit dem Gedanken, den Zinssatz für Anlage suchendes Geld herabzusetzen, weil der Andrang sehr groß ist. Die Sparkasse Neukölln z. B. setzt ab 1. Januar den Zinsfuß von 3½ anf 3 Prozent herab. Tägliches Geld hat bei den Banken bereits Minderung erfahren und trägt etwa 1½ Prozent. Das sind Anzeichen für die Uebersättigung der Wirtschaft mit Geld, wenn man die Papierzettel dafür ansieht. Dabei wäre der Andrang ein noch unberechenbar stärkerer, wenn nicht Hamsterer und ängstliche Leute das Geld in Verstecken aufstapelten und besonders, wenn nicht Riesensummen zum Zwecke der Steuerflucht ins Ausland entführt und durch Schiebergeschäfte weitere Milliarden ebendahin gebracht worden wären.

Diesen Zustand haben wir einer gloriosen Finanzpolitik zu verdanken, die aus zarter Rücksichtnahme für die Besitzenden ihre täglichen Verbindlichkeiten mit Wechseln für die Zukunft begleicht und damit ebenso täglich den Wirtschaftszustand verschlechtert. Der vorbereitende Akt begann mit dem Kriege. Zur Anlockung und Mehrproduktion von Kriegsartikeln wurden gewaltige Preiserhöhungen bewilligt. Zur Aufbringung der Riesensummen verließ man sich nicht allein auf die Begebung von Anleihen, sondern preßte täglich unheimliche Mengen bedruckten Papiers in den Verkehr. Beides war um so mehr nötig, je weitgehender man die besitzenden Klassen vor Steuern bewahren wollte und je fester man sich darauf versteifte, der niederzuringende Kriegsgegner müsse die Schulden bezahlen. Auch nach Eintritt der Revolution wurde bis heutigen Tages das bequeme Mittel der uferlosen Ausgabe von Papiergeld in Anspruch genommen, etwa 30 Millionen gehen täglich davon neu in den Verkehr ein. Die Kompromißregierung ist gleichfalls von heiliger Scheu vor wirksamen Zugriffen bei den Kapitalisten erfüllt.

Die Folge der unmäßigen Ausgabe von Papiergeld ist dessen selbsttätige Entwertung, die mit jedem Tage fortschreitet. Die Wirtschaft ist überfüllt mit Papierzetteln, die aus Mangel an innerem Eigenwert an Kaufkraft ständig zurückgehen und so der Menschheit zeigen, daß sie nur fähig sind, vollgewichtiges Metallgeld soweit mit der aufgedruckten Summe zu vertreten, als Metallgetd zur Regelung der Wirtschaft notwendig wäre. Deutschland zeigt finanzpolitisch das Merkmal der Assignatenwirtschaft, bemerkt ganz richtig auch der handelspolitische Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung.

Der Massenandrang von Papiergeld und die Anzeichen der Gegenwehr von Geldinstituten, sich gegen die Flut durch Zinsherabsetzung zu schützen, lassen eine weitere Entwertung der Papiermark erwarten. Hätten wir noch eine Goldwährung, in der das Papier nur die Rolle des technischen Aushilfsmittels spielte, dann würde Geldflüssigkeit ein Zeichen wirtschaftlicher Unlust sein, aber keinesfalls eine Herabsetzung der Kaufkraft im Gefolge haben. Gold behauptet sich eben, weil es Eigenwert hat. Eine weitere Entwertung des Papiergeldes muß sich in steigenden Preisen ausdrücken. Damit wird die Gesamtpreissumme der Waren eine höhere und zur Regulierung des Warenverkehrs würden größere Umlaufsmittel erforderlich. Stände also die Papiergeldpresse still, dann würde nach einiger Zeit die Geldflüssigkeit verschwinden, sich vielleicht gar in eine Geldknappheit verwandeln. Aber daran ist ja bei dem heutigen Regierungskurse gar nicht zu denken, denn zur Befriedigung der täglichen Staatsbedürfnisse ist Geld erforderlich, das bei den Kapitalisten zu holen eben die revolutionäre Energie dieser Regierung nicht ausreicht. Es werden darum weiter täglich neue Millionen Papiergeld in die Wirtschaft geworfen und damit der Rundlauf — Papierentwertung, Preissteigerung, Vermehrung des Papiergeldes, Papierflüssigkeit usw. — verewigt.

Papiergeldentwertung, daneben teils auch besondere Maßnahmen einiger Werke, veranlassen immer mehr kapitalistische Unternehmungen, starke nominelle Kapitalserhöhungen vorzunehmen. Eine Ablenkung der Papierflut ist davon nicht zu erwarten, denn das Papier wechselt dabei höchstens seine jeweilige Unterkunft, es verschwindet nicht aus dem Verkehr. Nur ein Zurückdämmen der Flut könnte jedoch der Papiermark vermehrte Kaufkraft geben. Von industrieller Seite wird gegenwärtig eifrig der Plan verfochten, man solle die unliebsame Erscheinung des Valutaunterschiedes gegenüber dem Auslande dadurch bannen, daß man die Preise erhöhe. Das wäre ein schlechtes Auskunftsmittel, durch welches die Verwirrung nur noch größer würde. Hinauftreiben der Exportpreise hätte riesige Steigerung aller Inlandspreise im Gefolge. Agrarische Kreise lassen durch ihre Preßorgane bereits Stimmung nach der Richtung machen. Die erhöhten Preise erforderten, wie oben bemerkt, größere Umlaufsmittel. Diese würden durch die Notenpresse beschafft und der Boden für weitere Entwertung des Papiers wäre schön vorbereitet. Ueber kurz oder lang aber würde der künstliche Ausgleich gegenüber dem Auslande versagen und auf anderer Basis würde sich der Valutaunterschied wieder einstellen.

Für die Arbeiterschaft bedeutet ein solches Experiment Verschärfung ihrer Leiden, Erschwerung ihres Kampfes um erträgliches Dasein. Denn wenn auch einsichtigere Volkswirtschaftler betonen, daß dabei auch die Löhne steigen müßten, so weiß doch jeder gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigte, wie ungenügend die Einkommen der Massen den Verteuerungen folgen. Noch steht die Lebenshaltung des Proletariats um etwa ein Drittel durchschnittlich gegen die Verteuerung zurück. Steigen die Preise um das doppelte, dann wird der Unterschied ein noch viel größerer. Die Massen müssen daher verlangen, daß die Wertsteigerung der Mark und damit der Valutaausgleich auf dem Wege versucht wird, der nicht ihnen neue Lasten bringt, sondern sie denen auferlegt, welchen der Krieg ein Geschäft war. Man soll die Menge des Papiergeldes und die sonstigen Staatsschulden verringern durch Einziehungen bei den Kapitalisten, man soll ihre Betriebe, die sie angeblich durch Kapitalentzug nicht weiter fortführen können, durch die Allgemeinheit betreiben lassen, sie sozialisieren, dann ist aus dem wirtschaftlichen Elend herauszukommen. Alles andere ist Flickwerk, ist Vergeudung der Volkskräfte, ist Interessenpolitik für kleine Kreise auf Kosten der Volksmasse und führt unweigerlich zum Staatsbankerott.

Politische Rundschau

Deutschland

Immer noch der alte Schwindel

Die Chauvinisten versuchen stets von neuem, die Völkerverhetzung auf den Siedepunkt zu treiben. Und gerade die trübsten Quellen sind ihnen die liebsten, um daraus ihren vergiftenden Schlamm zu schöpfen. Da ist kürzlich in einem der berüchtigsten französischen Blätter, im Petit Parisien zu lesen gewesen, Herr Tirard, der neuernannte Kommissar der Besatzungsbehörden in Rheinland habe sich programmatisch über die Ziele der rheinischen Politik Frankreichs geäußert. Was in dieser Rede gesagt worden sein soll, wird aber grundverschieden ausgelegt. Die Vossische Zeitung liest den guten Willen des Herrn Tirard heraus, eine Politik der Verständigung treiben zu wollen. Gewisse deutschnationale Chauvinistenkreise jedoch wollen das direkte Gegenteil in ihr finden. Sie putschen die Angelegenheit zu einer großen Haupt- und Staatsaktion auf und — sämtliche bürgerliche Parteien einschließlich der Regierungssozialisten im Preußenparlament kriechen auf den Leim, trotz der Lehren des Krieges, die doch bitter genug waren.

Wir lehnen es natürlich — wie auch Genosse Rosenfeld in der preußischen Landesversammlung nachdrücklichst betonte — entschieden ab, solch faulen Speck mitzumachen. Zeitungsnachrichten dieser Art sind keine geeignete Grundlage zu politischen Aktionen. Wir haben auch nicht die geringste Ursache, den Chauvinisten hüben und drüben in die Hände zu arbeiten, sondern wir erblicken unsere vornehmste Aufgabe darin, hervorzuheben, was die Völker eint und versöhnt und nicht, was sie trennt. Gerade wir haben vor allem die Pflicht, in diesem Sinne zu arbeiten, damit die tiefen Wunden, die der Welt durch die überwiegende Schuld der deutschen Machthaber zugefügt wurde, so rasch wie möglich verheilen. — Völkerversöhnung wollen wir treiben.

Ist denn die Scham ganz zu den Hunden entflohen?

In der österreichischen National-Versammlung hat Genosse Otto Bauer die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, bei der bayerischen Regierung Vorstellungen über das völkerrechtswidrige und verbrecherische Treiben ihrer Organe auf österreichischem Boden zu erheben und von der bayerischen Regierung die Auslieferung Maxmilian Schnellers zu verlangen. Es handelt sich um folgendes:

Schneller war in der Münchener Räterepublik Finanzkommissar, wurde nach dem Sturz der Räterepublik verfolgt und floh nach Deutsch-Oesterreich. Dort ist ihm nach ordnungsgemäßer Anfrage Asylrecht gewährt. Schneller nahm seinen Wohnsitz in Tirol. Von dort ist er von Truppen des bayerischen Freikorps Epp und zweier deutsch-österreichischer Gendarmen verschleppt worden und befindet sich jetzt im Landgerichtsgefängnis Kempten im Allgäu. Genosse Bauer verlangte strengste Untersuchung und bei Bestätigung dieses Tatbestandes Bestrafung der österreichischen Gendarmen wegen Verbrechen des Menschenraubes und eine nachdrückliche Forderung an die bayerische Regierung auf Auslieferung Schnellers.

Das Ansehen Deutschlands hat unter dem alten Regime wahrhaftig nicht hoch im Kurs gestanden. Was aber neuerdings an Würdelosigkeit geleistet worden ist in dem Bemühen, Levien ausgeliefert zu erhalten, und was im vorliegenden Fall geschehen ist, kann nicht mehr überboten werden. Die Welt kann für uns ob solcher Zustände nichts anderes übrig haben, als ein verächtliches „Pfui Teufel!"

Der Generalstreik im Bitterfelder Bezirk steht bevor

Zu unserer gestrigen Meldung über die Verhängung des Belagerungszustandes im Bitterfelder Industriebezirk haben wir noch mitzuteilen: Das Eingreifen der Regierung scheint ein lange geplanter Schlag zu sein. Noske lauerte auch schon lange auf eine Gelegenheit, das rote Mitteldeutschland mit seinen Gewaltmitteln niederzuschlagen. Dem Betriebsrat der Reichs-Stickstoffwerke in Wittenberg erklärte er gelegentlich einer kürzlich stattgefundenen Besprechung: in Wittenberg und Bitterfeld scheint ja eine ganz besondere Sorte von Revolutionären zu stecken. Ich werde in Kürze diesen beiden Kreisen meine besondere Aufmerksamkeit schenken.

Diese Noskesche Ankündigung ist zur Wahrheit geworden. Offiziös stellt man es so hin, als ob die Vorgäege im Kraftwerk Zschornewitz und auf der Grube Leopold bei Bitterfeld, über die wir kürzlich berichteten, das Vorgehen der Regierung rechtfertige. Wir stellen fest, daß bisher im gesamten mitteldeutschen Industriebezirk vollkommene Ruhe geherrscht hat, daß ein größerer Streik nicht stattgefunden hat. Man will nur das „glutrote Herz Deutschlands" — den halleschen Bezirk — endlich unter die Gewalt der Reaktion bringen. Deswegen trägt man sich auch mit dem verruchten Plan, die baltischen Räuberhorden Awalow-Bermondts nach dem Regierungsbezirk Merseburg zu schicken.

Montag mittag sind die Vertrauensleute der chemischen Industrie und des Bergbaus im Bitterfelder Revier zusammengekommen und haben ein Ultimatum gestellt, in dem gefordert wird, daß Genosse Haar, der Vorsitzende des Betriebsrates der Anilinfabrik Wolfen, außer Verfolgung gesetzt und ferner den Truppen der Rückmarschbefehl gegeben wird. Geschieht das nicht, so tritt die gesamte Arbeiterschaft des Bitterfelder Industriebezirks in der Generalstreik.

Alle die Meldungen über Ausschreitungen in Wolfen und Bitterfeld beruhen auf gewollten Entstellungen. Man hat den Direktor durchaus nicht vergewaltigt, wie behauptet wird. Der Genosse Haar ist auch kein Rädelsführer, sondern der Vorsitzende des Betriebsrates, der die Pflicht hatte, die Forderung der Arbeiter, daß sie am Bußtag arbeiten wollten, der Betriebsleitung zu übermitteln. Die Betriebsleitung hat versprochen, nichts gegen den Betriebsrat und gegen den Genossen Haar zu unternehmen. Diese Zusage hat sie schmählich und treulos gebrochen.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

31]

Der Ehebruch. Mit dieser Dirne hatte er die Ehe gebrochen, eine Todsünde begangen . . . . Das war der Zusammenbruch. Das war der vollkommene Einsturz seiner ganzen Lebensführung. Er war beim moralischen Bankrott angelangt.

Er — Christ, strenggläubiger Katholik, Beamter, Staatsanwalt — er hatte ein Sakrament gebrochen. Hatte eine Verfehlung begangen, die das bürgerliche Gesetz mit Gefängnis belegte, — wenn die Umstände das geboten. Ehebruch. Pfui — die gemeine Untreue einem heiligen Abkommen gegenüber. Der schmutzige Vertrauensbruch in einem von Gott selbst vollzogenen Bunde. Er schauderte, da er es überdachte. Denn niemals, niemals hatte er vordem glauben können, in solche Schuld zu geraten.

Die Liebesleidenschaft hatte ihn so tief hinabgerissen.

Liebesleidenschaft? — Ha ha! Nun zog er schon nach echter Verbrecherart die pikfeinsten Beschönigungen heran, auf mildernde Umstände lüstern.

Die Liebe, zu einer Dirne. Nicht wahr? Dieses heiligste Gefühl, das nur von Reinheit genährt wird, einem Frauenzimmer zugewendet, das — so jung es auch war, durch alle Gassen schon geschleift worden . .

Liebe — warum nicht gar. Lüsternheit, gemeinste Begehrlichkeit, von einer hübschen Larve entflammt — in ihm — dem Fünfziger, der, bei aller drakonischen Strenge gegen andere, die moralische Kraft nicht besaß, den Lockungen eines jungen schönen Körpers zu widerstehen . .

Liebe — dies viel gelästerte und mißbrauchte Wort — das wollte er denn doch lieber sogleich aus diesem gesamten gemeinen Handel von Anbeginn ausmerzen. Dann war einige Aussicht auf klare und richtige Abrechnung gegeben.

Er hatte sich bemakelt. War so tief in den Schmutz geraten, daß es eine Reinigung für ihn kaum mehr gab. War so befleckt, daß er zu reinlichem Tun und Wirken die Eignung völlig verloren hatte.

Ein netter Staatsanwalt das, der mit Dirnen, die er vor den Richtern eigenhändig gebrandmarkt hatte, geheime Unzucht trieb. Aus dem Amte — mit solch einem Lumpen! So hatte er sein Leben zerbrochen.

Vor Gott, vor der Behörde, vor seinem angetrauten Weibe war er zum Wichte geworden.

Wohin — wohin — in welche dunkelste Höhle mit dieser Zentnerlast von Schmach und Besudelung? . . .

Wie sollte er vor Reinen künftighin stehen?

Wie den Blick seiner Gattin ertragen?

Wie über Schuldige im Namen des Rechtes fortan befinden? . . .

Er stand vor dem Nichts, sah sich ratlos in seiner völlig abgründigen Verlorenheit

Was tun?

Was anfangen? Nur eins war möglich:

In der Kirche und vor Rosalinden Beichte ablegen. Von seinem Amte zurücktreten. Aus dieser Stadt entweichen und in der Stille und Verborgenheit eines entlegenen Aufenthaltes in Buße und Reue sich reinigen . . .

Wird er diesen Weg zurück aus der Verschuldung finden?

Er mußte — er mußte — denn gerichtet, verurteilt, verachtet von sich selbst — konnte er nicht leben

Aber in diesem Zustande völliger Zerknirschung ebensowenig. Er taugte nicht zum Säulenheiligen und Büßer. In ihm war noch soviel ungebrochene, unverbrauchte Kraft, daß er sich nicht einmal ohne sein Amt, ohne seine Berufsarbeit sein Leben vorstellen konnte.

Ob er alles dieses nicht gar zu heiß nahm?

Ließ es sich nicht mit einer wirklichen tiefinnerlichen Reue sühnen? Mit dem eisernen Gelübnis, nie — nie wieder vom Wege abzuirren?

Und tat er nicht auch Rosalinden Besseres, wenn er ohne ein sie tief verletzendes Geständnis schweigend an seiner Reue trug und den einen Fehltritt durch einen musterhaften Wandel hinfort auswetzte?

Jetzt galt es, den ganzen Verstand zusammenzureißen und durch hitzige Uebereiltheiten das Unheil nicht noch zu vergrößern.

Vor dem hohen Spiegel eines großen Friseurschaufensters machte er plötzlich halt — in einer eigentümlichen Gedankenverknüpfung.

Er wollte im Augenblick sehen, wie ein Mensch seines Schlages in solchen Momenten der Zerknirschung sich wohl ausnähme. Zudem war er auf dem Heimwege. Die Stunde des Diners war nahe. Er sollte Rosalinden jetzt gegenübertreten.

Entschloß er sich, der Gattin das Geständnis vorzuenthalten, so hatte er sehr achtzugeben, daß seine erregten Mienen ja nichts verrieten. So mußte er sich heftig zusammennehmen.

Mit einer großen Spannung richtete er den Blick auf die eigenen Züge dort drinnen im Spiegel — und sah — zu seiner inneren Befriedigung sein glattrasiertes Kriminalistengesicht in die Falten der Verschlossenheit gelegt. Alles in diesen Zügen war gespannt, wie beim Kreuzverhör eines Beschuldigten. Aus diesem granitenen Diplomatengesicht war nichts zu entnehmen, nichts daraus zu lesen, denn die kühle, rechnende Ueberlegung war wieder darin Herr geworden. Er sah's mit Befriedigung. Keine Spur von Zerknirschtheit, Verstörung oder Schuldbewußtsein war zu entdecken. Er atmete auf. Noch war er der Herr seiner Entschließungen. Noch hatte er keinem anderen durch ein Eingeständnis, durch eine Schuldeinräumung Macht über sich gegeben.

Und das war gut so.

Innerlich — innerlich büßen — vorerst — vorerst vielleicht und später auch. Erst mußte er einmal sehen, ob nicht auch dieser Weg gangbar war. Rosalinde wurde geschont, das Amt konnte später niedergelegt werden — wie sich's erwies, daß er es durchaus und auf keine Weise zu führen mehr imstande war.

Innerlich — innerlich büßen — ja — der erste Bußgang kam eben jetzt: das Wiedersehen mit Rosalinden nach dem Sündenfall . . . Er ging diesem Wiedersehen mit heftig pochendem Herzen entgegen. Vor dem prüfenden Blick der Gattin bangte ihm sehr. Bisher waren es nur Gemütserregungen gewesen, die er seit dem Tage der Verhandlung gegen Hertas Mutter vor seiner Frau zu verbergen sich bemüht hatte.

Heute stand es anders. Als ein Schuldiger, ein Schuldbeladener, mit befleckter Gewissen, den Ehebruch auf dem Herzen lastend, sollte er vor sie treten.

Es war ein harter, bitterer Weg.

Zögernd betrat Jordan die Räume. Das feierliche Eßzimmer mit dem gedeckten Tische war noch leer. In einem Hinterzimmer fand er Rosalinden. Sie saß, die schwarze Hornbrille mit den großen runden Gläsern auf der langen spitzen Nase, über Wäschestücke gebeugt, die sie emsig mit flinker Nadel ausbesserte. Silbern leuchtete ihr Scheitel.

Seltsam griff Jordan der Anblick dieses grauen Hauptes heute ans Herz. Ein schmerzhaftes Gefühl, aus Dankbarkeit, Liebe, Anhänglichkeit, Schuldbewußtsein gemischt, bewegte ihn tief. Dieses teure Haupt hatte manche Sorge um ihn, so mancher mit ihm gemeinsam ausgefochtete Kampf ergrauen gemacht. Diese fleißigen Hände hatten in nie rastender Arbeit ihm das Haus besorgt.

Sein Herz wollte überströmen von Dank für so viele, in einem langen Leben ihm bewiesene Treue — ihm, der diese Frau zum Danke nun verraten und betrogen hatte.

Es reckte sich etwas in ihm auf, das ihn niederwerfen wollte — auf die Knie nieder, mit flehend erhobenen Händen die Verzeihung zu erbitten, vor dieser schmählich hintergangenen, beleidigten, grauköpfigen Frau und Gefährtin seine Untat herauszuschluchzen, den fiebernden Kopf in ihrem Schoß geborgen . .

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um die Schuldeputationen

Bereits im Juli hat der verstärkte Unterrichtsausschuß der preußischen Landesversammlung den Auftrag erhalten, den Gesetzentwurf über die Aenderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen für die zweite und dritte Lesung vorzuberaten. Aber erst in diesen Tagen, also nach vollen vier Monaten, hat sich der Ausschuß, dessen Vorsitzender auffälligerweise der Zentrumsmann Dr. Heß ist, auf seine Pflicht besonnen. Es wird allerdings diese auffallende Verzögerung durch Heß begreiflich, wenn wir berücksichtigen, daß dieses Gesetz dazu bestimmt ist, die unberechtigte Vorzugsstellung der Geistlichen in den genannten Körperschaften zu beseitigen.

Wir machen der Vorlage, die nur dazu bestimmt sein sollte, vorläufig die Schulverwaltung mit den übrigen kommunalen Körperschaften in ihrer neuen Gestaltung einigermaßen in Einklang zu bringen, den Vorwurf der Unzulänglichkeit. Insbesondere soll das Bestätigungsrecht der Regierung den Mitgliedern der Schuldeputationen gegenüber beibehalten werden.

So wenig das Gesetz also bringt, selbst dies Wenige war den Deutschnationalen und dem Zentrum zuviel. In der viel zu spät einberufenen Ausschußsitzung suchten sie die ganze Vorlage dadurch zum Scheitern zu bringen, daß sie erklärten, nachdem in der Reichsverfassung ein Reichsschutzgesetz in Aussicht gestellt und festgelegt sei, bis dahin solle es bei der gegenwärtigen Rechtslage bleiben, dürfe an all den Dingen nicht weiter gerüttelt werden.

Unsere Vertreterin, Genossin Arendsee, bekämpfte diese Auffassung auf das Entschiedenste. Der Artikel 174 der Reichsverfassung spreche lediglich aus, daß landesgesetzliche Regelung solange platzzugreifen habe, als das Reichsschulgesetz nicht erlassen sei. Das Vorgehen der Deutschnationalen verfolge lediglich den Zweck, die Vorlage zu verschleppen, wenn nicht gar abzuwürgen.

Darob große Entrüstung. Die Mehrheit des Ausschusses teilte jedoch den Standpunkt unserer Genossin. Einen Erfolg hatten die Finsterlinge dennoch insofern, als der Abend über diese Auseinandersetzungen vergangen war und es ganz im Ungewissen blieb, wenn die nächste Sitzung anberaumt werden wird. Wir verlangen schleunigste Durchberatung.

Ungarn

Ein neues Kabinett

Herrn Friedrichs Herrschaft ist zu Ende, Präsident Huszar hat ein neues Kabinett gebildet. Ob damit der weiße Schrecken zu Ende ist, muß abgewartet werden. Herr Friedrich ist mit seinem Kabinett, das die schmachvollste Militärdiktatur über das Land verhängte und mit Hinrichtungen und Verfolgungen im Lande wütete, weniger am Widerstande im Lande selbst als an seinen monarchistischen Plänen, denen die Entente sich widersetzte, gescheitert. Nachdem er versucht hatte, dem Erzherzog Joseph und mit ihm der habsburgischen Dynastie von neuem zur Krone Ungarns zu verhelfen, hatte er die Entente geschlossen gegen sich, die durch ihren Bevollmächtigten, Sir George Clerk, erklären ließ, daß sie sein Kabinett unter diesen Umständen nicht anerkenne. Auch der Rücktritt des Erzherzogs konnte das Mißtrauen der Alliierten nicht beseitigen und sie drohten mit dem Abbruch aller Beziehungen zu Ungarn, falls nicht sofort ein neues Kabinett gegründet wurde. Nach langem Sträuben hat Friedrich, der Erzreaktionär, sich bengen müssen, ihm folgt das Kabinett Huszar. Huszar selbst war früher Abgeordneter der christlichen Volkspartei. In Wien gilt er lediglich als Strohmann des Herrn Friedrich und es ist bezeichnend, daß in dem neuen Kabinett Friedrich den für die Aufrechterhaltung des weißen Terrors sehr wichtigen Posten des Kriegsministers inne hat. Zwar gehören dem neuen Kabinett zwei Sozialdemokraten an, aber diese Mitteilung ist mit größter Vorsicht aufzunehmen. Der Name des sozialdemokratischen Staatssekretärs für Handel, Miakits, ist völlig unbekannt und es muß als sehr unwahrscheinlich gelten, daß unsere ungarischen Parteigenossen einen Neuling in das Kabinett entsandt haben. Der sozialdemokratische Minister für Volkswirtschaft, Peyer, ist zwar bekannt, galt aber von jeher als sozialistisch nicht mehr zuverlässig. Es wird also abzuwarten sein, ob die ungarische Sozialdemokratie den Eintritt ihrer beiden Mitglieder in die Regierung billigt, was zur Zeit als äußerst unwahrscheinlich gelten muß, da sie es bisher stets abgelehnt hat, mit Herrn Friedrich in einem Kabinett zu wirken. Auch die Auflösung des Ministeriums für gewerbliche Arbeiter muß nachdenklich stimmen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch dieses Kabinett einen bedenklich reaktionären Charakter aufweist.

Frankreich

Die elsässischen Wahlen

Die Wahlen im Elsaß, die als die ersten, die das Elsaß wieder unter französischer Herrschaft vornimmt, von besonderer Bedeutung waren, haben eine Niederlage der deutschen Chauvinisten und ihrer getreuen rechtssozialistischen Nachläuferschaft gebracht. Der Wahn oder besser gesagt: die Lüge, daß im Elsaß Unzufriedenheit über den Anschluß an Frankreich herrsche, daß große Massen gern zu Deutschland zurückwollten, oder auch nur Neutralitätswünsche hegten, ist zerstört. Sämtliche Parteien Elsaß-Lothringens traten in den Wahlkampf, an der Spitze des Programms den Satz, in dem sie den Anschluß an Frankreich begrüßten. In keinem einzigen Programm war von einem selbständigen neutralen Staat die Rede, geschweige denn fand sich jemand, der sich für den Anschluß an Deutschland einsetzte. In diesem Sinn also waren alle Programme streng französisch national, besaßen also außenpolitisch nicht den geringsten Unterschied. Nur innerpolitisch traten die klerikalen Gruppen, so wie die elsässischen Genossen für eine größere Selbständigkeit Elsaß-Lothringens innerhalb Frankreichs ein. Die Klerikalen, weil sie den Einfluß des kirchenfeindlichen Frankreich auf ihre Macht in Elsaß-Lothringen fürchteten, unsere Parteigenossen, weil sie den reaktionären Geist der imperialistischen französischen Regierung von Elsaß-Lothringen fernhalten wollten. Beide Parteien waren wegen ihrer partikularistischen Tendenzen in einer sehr schwierigen Lage und durch nichts kann die Freude der Elsaß-Lothringer über den Wiederanschluß an Frankreich deutlicher bewiesen werden, als durch den Sieg, den trotzdem der nationale Block errungen hat. Wenige Tage vor der Wahl war Clemenceau nach Straßburg gekommen, um für seinen nationalen Block zu sprechen und die Wahlen haben diesem Block, der jegliche partikularistische Tendenzen ablehnt und für die völlige Eingliederung des Elsaß in Frankreich eintritt, die absolute Mehrheit verschafft, sodaß infolge des jammervollen Wahlsystems Elsaß-Lothringen nur Vertreter des nationalen Blocks in das Parlament entsendet und im französischen Parlament kein auch noch so zaghafter elsässischer Partikularist vertreten sein wird. Auch unsere elsässischen Genossen haben keinen Vertreter im französischen Parlament.

In und um Elbing

Wann, zum Teufel, kriegen wir Kartoffeln?

Seit drei Wochen haben vielee Elbinger Familien nicht eine Kartoffel erhalten. Die Frauen sind der Verzweiflung nahe, denn die Kartoffeln lassen sich dauernd nicht entbehren. Sie am Mittagstisch durch Brot zu ersetzen, geht nicht an, denn der Arbeiter kann nicht bloß auf die Qualität seiner Nahrung sehen, sondern muß ihre Menge in Betracht ziehen. So halb und halb wurden uns diese Woche Kartoffeln versprochen. Aber die Woche geht dem Ende entgegen und wir erhalten nichts. Begreiflicherweise wächst die Mißstimmung gegen das Ernährungsamt von Tag zu Tag. Auch jeder der ohne Voreingenommenheit die Maßnahmen des Ernährungsamtes prüft, wird zu keinem günstigen Urteil über diese Behörde kommen. Elbing liegt mitten in einer Kartoffelprovinz. Wie können da im November so wenig Kartoffeln vorhanden sein, daß die Stadt von der Hand in den Mund lebt? Es wäre möglich gewesen, für einen Vorrat zu sorgen. Warum hat das Ernährungsamt sich nicht mit den Führern der Elbinger Arbeiter in Verbindung gesetzt, um die nötigen Kartoffeln an Ort und Stelle zu bergen? Die Elbinger Arbeiterschaft hätte zu diesem Zweck sicher die genügende Zahl Freiwillige gestellt. Ganz offenbar fehlt im Ernährungsamt der große organisatorische Kopf. Man merkt dies außer der Kartoffelfrage an vielen andern Dingen. Warum müssen die Frauen jeden Tag nach einem bestimmten Lebensmittel laufen? Das kennt man in andern Städten nicht. Auf den Aufruf der Bonbonmarke von neulich, der nicht viel besser als ein Unfug war, wiesen wir bereits hin. Vorige Woche wurde eine Kindermarke zum Bezuge von Naturhonig aufgerufen. Von verschiedenen Frauen wird uns mitgeteilt, als der Honig in den Geschäften verabfolgt werden sollte, war nichts da. Und als sie zum zweitenmal gingen, war er bereits alle. So kamen ihre Kinder um den Honig. In andern Städten ist es üblich, daß das Ernährungsamt ein Geschäft bekannt macht, wo die, die bei der Verteilung zu kurz kommen, die fraglichen Lebensmittel später abholen können. Davon weiß man in Elbing anscheinend auch nichts. Es ist wirklich Zeit, daß eine neue Stadtverordnetenversammlung auch dem Elbinger Ernährungsamt neue Bahnen weist.

Noch keine deutschen Verbrecher ausgeliefert

Die Elbinger Zeitung hatte gestern eine Straßburger Meldung wiedergegeben, nach der die ersten fünf Offiziere von Deutschland ausgeliefert und in der Zitadelle von Lille untergebracht seien, wo sie abgeurteilt werden würden. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt von einem Berliner Abendblatt, das die gleiche Nachricht übernommen hat:

„Es ist außerordentlich bedauerlich, daß ein deutsches Blatt die Gedankenlosigkeit begeht — wir nehmen zu seinen Gunsten an, daß es sich nur um eine solche handelt — derartige Meldungen ohne Gegenkommentar zu übernehmen, noch dazu in möglichst großer Aufmachung. Die Reichsregierung hat bekanntlich in einer besonderen Note der französischen Regierung die unüberwindlichen Schwierigkeiten dargelegt, auf die eine Auslieferung — zu der wir allerdings vertraglich verpflichtet sind — stoßen würde. Sie hat bestimmte Vorschläge gemacht, in welcher Weise sie den Forderungen Frankreichs nachzukommen sich bestreben würde, ohne jedoch jene Fälle einzubeziehen, in denen es sich nicht um Verbrechen oder Vergehen handelt, und die die Empörung des deutschen Volkes entfesseln würden.

Unter diesen Umständen erübrigt sich eigentlich jedes Wort zu der genannten Meldung. Es ist ausgeschlossen, daß die Reichsregierung eine Auslieferung vorgenommen hat, bevor überhaupt die Frage spruchreif geworden ist. Das kann erst der Fall sein mit dem Inkrafttreten des Friedens. Es kann sich bei der obigen Meldung, wenn sie überhaupt begründet ist, höchstens um deutsche Offiziere oder Beamte handeln, die dem Zugriff des Verbandes unterliegen, sei es durch ihren Aufenthalt im besetzten Gebiet oder dadurch, daß die betreffenden angeblich Verhafteten in französischen Kriegsgefangenenlagern sich befunden haben."

Der Marloh-Prozeß

Wie wir bereits mitteilten, kommt die Abschlachtung der Matrosen in Berlin nächste Woche zur Verhandlung. Die von Harden neuerdings gegebene Darstellung des Falles, nach der nicht Marloh, sondern der bekannte Oberst Reinhard der eigentlich Schuldige sein soll, hat bereits zur Beurlaubung Reinhards geführt. Der Raummangel infolge des Stadtverordnetenwahlkampfes verhinderte uns bisher, den Lesern die Darlegungen Hardens zu unterbreiten. Sobald die Wahl erledigt ist, werden wir dies nachholen und auch über den Prozeß in eingehender Weise berichten.

Abzug der Noskegardisten aus Posilge

Die Gastrolle der Noskegardisten in Posilge ist bereits beendet. Durch Verhandlungen wurde der Streik beigelegt. Die Arbeitslosen erhalten Arbeitslosenunterstützung und sollen auch nach Möglichkeit eingestellt werden. Die 40 Mann Reichswehr sind nach Beendigung des Streiks abgerückt, ohne daß sie ihren Tatendrang hätten stillen können.

Herr Preuschoff war schuldlos

Zu der Notiz in Nr. 29 unserer Zeitung Aus der Praxis der Elbinger Armenpflege teilt uns Herr Armenvorsteher Preuschoff folgendes mit: „Es ist richtig, daß die alte Frau zu mir kam und um die Ausstellung eines Holzzettels ersuchte. Ich konnte diesem Verlangen nicht nachkommen, da die Anordnungen des Magistrats ausdrücklich bestimmen, daß die Bescheinigungen nur an Personen auszustellen sind, die selbst eine Wohnung gemietet haben. Da die Frau bei ihrem Schwiegersohn wohnte und als Legitimation die Ausweiskarte desselben vorlegte, konnte ich trotz Anerkennung der Notlage der Frau die verlangte Bescheinigung nicht ausstellen. Die Aeußerung „mit 23 Mark Unterstützung können sie doch fein leben" ist von mir nicht getan worden. Im übrigen dürften alle Armen, die mich in meiner Eigenschaft als Armenvorsteher in Anspruch genommen haben, bestätigen, daß ich ihren Anforderungen nach Möglichkeit Rechnung getragen habe."

Maßnahmen gegen die Kapitalflucht

Vom 1. Dezember 1919 ab dürfen nach Paragraph 1 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 Zinsscheine sowie die zur Rückzahlnng fälligen Stücke der preußischen Staatsschuld, der Reichsschuld und der Schutzgebietsschuld nur solchen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften zur Einlösung übergeben werden, bei denen das ganze Wertpapier oder der Zinsbogen mit dem Erneuerungsscheine hinterlegt oder die im Besitz eines mit einem Stückeverzeichnis versehenen urkundlichen Nachweises über die anderweitige Aufbewahrung des Wertpapieres sind.

Die nicht zu den Banken gehörenden amtlichen Einlösungsstellen dürfen nach Paragraph 3 der vorgenannten Verordnung die Zinsscheine und die zur Rückzahlung fälligen Stücke außer von den Banken nur von solchen Personen zur Einlösung annehmen, die ein vom Finanzamt bestätigtes, die betreffende Stücknummer enthaltendes Verzeichnis über die Anmeldung ihres Besitzes an Wertpapieren vorlegen.

Protest der Werftarbeiter

Bei dem Reichskanzler erschienen gestern einige Arbeiter von der Germaniawerft und der Reichswerft in Kiel, vom Vulkan, von der Howaldwerft, von der Tecklenborgwerft in Geestemünde usw., die auf Grund einer Konferenz der an allen deutschen Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter dringende Vorstellungen gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten Docks, Hebezeuge und Bagger erhoben. Sie stellten besonders die den Arbeitern drohenden Schäden eindringlich dar und überreichten folgende Resolution:

„Die am 23. November 1919 in Hamburg tagende Konferenz von Vertretern aller in den deutschen Seeschiffartswerften beschäftigten Arbeiter erhebt Protest gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten 400 000 Tonnen an Docks, Hebezeugen und schwimmenden Fahrzeugen. Die Konferenz betrachtet die Durchführung der Ententeforderung als eine schwere Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der in den deutschen Schiffswerften beschäftigten Arbeiter und ersucht die Reichsregierung, alles daranzusetzen, diese schwere Schädigung der Interessen der Werftarbeiter abzuwenden."

Aus der Partei

Der erste Bezirk hielt gestern im Gasthaus Legan seine erste ordentliche Bezirksversammlung ab, die gut besucht war. Nach erledigter Tagesordnung blieben die Genossen mit ihren Frauen in geselligem Beisammensein beeinander. Es war der Bezirksleitung gelungen, aus Künstler- und Freundeskreisen Mitwirkung bei den Darbietungen zu erlangen. Herr Steinbach und seine Gattin stellten sich in liebenswürdiger Weise mit ihrem hervorragenden, künstlerischem Können freiwillig zur Verfügung. Genosse Otto, Fräulein Lindenstrauß und Genosse Kutsch erfreuten die Zuhörer mit Gesang und Zitherspiel. Genosse Lange brachte ernste und heitere Gedichte, zum Teil in Königsberger Mundart, die mit großem Beifall und herzlicher Heiterkeit aufgenommen wurden. Die Sangesbrüder vom Liederfreund waren ebenfalls erschienen, ihre altbekannten, guten Leistungen trugen ganz besonders zur Verschönerung des Abends bei. Genosse Kühne erwarb sich durch sein gutes Klavierspiel den Dank und die Anerkennung der Anwesenden.

Da für Licht und Heizung durch opferwillige Genossen ebenfalls gesorgt war, verlief der Abend angenehm und zur vollen Zufriedenheit der Genossen und ihrer Frauen.

Elbinger Polizeinachrichten

Der Diebstahl beim Schneidermeister Albrecht, Johannisstraße ist aufgeklärt. Ein geringer Teil der gestohlenen Sachen konnte dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

Dem Schneidermeister Wyprut, Alter Markt, wurde ein Paket mit Butter beschlagnahmt, das mit der Post verschoben werden sollte.

Ebenso wurde bei einem Agenten St. zirka 14 Kilogramm Schweinefleisch, Wurst, Talg sowie 25 Pfund Tilsiterkäse beschlagnahmt. Die Waren sollten angeblich zu Verwandten nach Danzig geschickt werden.

Der Diebstahl in der Zigarrenfabrik von Adam, Stadthofstr. hat ebenfalls seine Aufklärung gefunden. Die Diebe sind durch Nachtschlüssel in die Lagerräume eingedrungen und haben hier zirka 10000 Zigarren gestohlen. Ein Teil der gestohlenen Zigarren war bereits gegen Zahlung von 1700 Mark weiterverkauft. Ermittelt worden sind der Schlosser P. und ein gewisser W. Beide bestreiten, an dem Diebstahl beteiligt zu sein und geben an, die Zigarren von einem Unbekannten zum Verkauf erhalten zu haben. Die Hälfte der gestohlenen Zigarren konnte dem Bestohlenen zurück gegeben werden.

Ostdeutsche Nachrichten

Zum Danziger Einigungsskandal

Nach einer Mitteilung des Genossen Crispien an die Redaktion der Elbinger Volksstimme hat der Parteivorstand von dem Einigungskuddelmuddel in Danzig überhaupt nichts gewußt. Er hat erst aus der bürgerlichen Presse Berlins von der Sache erfahren, als sie fertig war. Crispien meint, wenn die Danziger Einigungssozialisten auf dem Parteitag erscheinen sollten, so würden ihre Mandate jedenfalls für ungültig erklärt werden.

Die Danziger Parteileitung der ehemaligen U. S. P., vor allem der Parteisekretär Mau, hat einen Vertrauensbruch bösester Art begangen, als sie ihre Kirchturmpolitik ins Werk setzte. Die Zusammensetzung der Danziger Parteileitung ist freilich keine glückliche gewesen. Das war in den Kreisen der im Vordergrund unserer westpreußischen Parteibewegung stehenden Genossen kein Geheimnis. Soviel Hinterhältigkeit, wie Mau aber in dieser Angelegenheit bewiesen hat, hatte niemand erwartet. Ueber den Kopf der Männer hinweg, die ihn im Interesse der unabhängigen Parteibewegung nach dem Osten schickten, ist er der Bettgenosse eines Gehl und Früngel, eines Soistes und eines Dr. Werner geworden.

Mittlerweile wird in Danzig emsig weiter „geeinigt". Das freie Volk wird in nächster Zeit schon im Volkswachtverlage hergestellt werden. Von Neujahr ab gehen sowohl Volkswacht wie freies Volk ein. An ihre Stelle tritt die „Danziger Volksstimme". Die aufgestellte Kandidatenliste de

U. S. P. — man befand sich in Danzig bereits mitten im Wahlkampf — ist unter den Tisch geworfen worden. Es wird eine gemeinsame Liste aufgestellt. Ohne großen Scharfblick ist vorauszusehen, daß diese Frontänderung vierzehn Tage vor der Wahl schon aus rein technischen Gründen das Wahlergebnis ungünstig beeinflussen muß.

Was wird mit dem fiskalischen Territorium?

Im Elbing-Marienburger Kreise liegt das sogenannte „Elbinger Territorium". Ursprünglich eine wüste Landfläche, wurde das Gebiet allmählig besiedelt, erhielt aber **keine Gemeindeverfassung.** Die Bewohner haben nur Steuern zu zahlen, sonst aber nichts zu sagen. Gewissermaßen gilt der Staat als Gutsherr. Zu diesen Gebieten gehören die unter dem Namen „die Heide" bekannten Ansiedlungen in der Nähe Elbings (Neukirch-Niederung) und im Kreise Marienburg die Ortschaften Wolfsdorf-Niederung, **Neu- und Alt-Horsterbusch,** Roback und Hakendorf. Die letztgenannten fallen in das künftige Freistaatgebiet Danzig. Ueberall sind dort jetzt die Gemeindewahlen ausgeschrieben. Nur in Wolfsdorf und den anderen Ortschaften des Territoriums soll nicht gewählt werden, weil hier bisher keine Gemeindevertretung besteht. Alles in allem mögen die Orte, die übrigens zusammenliegen, an 1000 Einwohner zählen. Es ist dringend nötig, daß der Magistrat Danzig eine Stadtverordnung herausgibt und eine Gemeindevertretung wählen läßt. Daß die Einwohner ihres rechtlosen Zustandes herzlich überdrüssig sind, braucht nicht betont zu werden. Sie erwarten vom Magistrat Danzig die Gerechtigkeit, die ihnen der Staat Preußen hundert Jahre lang vorenthalten hat.

Literatur.

Das Chemnitzer Blutbad am 7. und 8. August 1919. Von der Lebensmitteldemonstration zum Straßenkampf. Eine kritische Darlegung der Geschehnisse, zugleich ein Beitrag zur Würdigung des rechtssozialistischen Verrats an der Einheit der Arbeiterschaft von Arno Burchardt. Preis 50 Pfg. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft in Leipzig.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spierinastraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Einfuhrzusatzmarke 19, Abschnitt R.

Freitag, den 28. November 1919:
100 g Margarine Mark 1,—.

Vorstehende 100 g sind zwei Wochenrationen von je 50 g für die Zeit vom 24. November bis 7. Dezember 1919.

Barke, Hermann	Honecker, Paul	Rudolf, Pauline
Barwich, Emma	Kaschner, Adolf	Runkel, Otto
Beamtenverein	Koch, Heinr. Nfg.	Salewski, Paul
Böhnke, Helene	Kohtz, Paul	Sawatzki, Gustav
Bluhm, Joh. Nfg.	Kriescher, J.	Senger, Robert
Böttcher, Rich.	Krutzki, Max	Seewald Nachfl.
Bratfisch, Luise	Lange, Paul	Siegmuntowski Nf.
Consumverein	Leriqué, Nachfl.	Scheffner, Emil
Dobrick, Joh.	Liedtke, Ernst	Schloß, Ph.
Düsterbeck, Julius	Leßau, A. Nachfl.	Schulz, J. A.
Eckert, Hermann	Leßau, F.	Schulz, Th.
Fietkau, Ernst	Lilienthal, Emil	Stedefeld Nachfl.
Fox, Erich	Langfeld, Emil Nf.	Tengelmann, E.
Frost, Karl Nfg.	May, Hermann	Thiel, Andreas
Frischbutter, M.	Neumann, Elise, Nf.	Thiel, Bernhard
Genatowski, A.	Nitsch, Julius	Touffaine, Ida
Glodde, Heinrich	Ochs, Anton	Trautmann, B.
Groß, Gustav	Palm, Katharina	Wagner, Paul
Großmann, M.	Preuschoff, Franz	Werner, Elise
Gubba, Justine	Preuß, Fritz	Wiederhöft, H.
Hahnke, Aug.	Quintern, A. Nfg.	Winter, Bruno
Heyden, M. Nachfl.	Regier, Hermann	Wölky, Ed. Nachfl.
Horst, Irene	Renfant, Adolf	Zech, Betty

Die Neubelieferung von Margarine wird von der Provinzialfettstelle von der prompten Rücksendung der leeren Gebinde abhängig gemacht. Wir ersuchen daher, die **leeren Gebinde** am **Freitag, den 5. Dezember,** in gutem Zustande an die Verteilungsstelle **zurückzugeben,** andernfalls das Pfand nicht zurückerstattet wird.

Wir weisen darauf hin, daß die **Räumung** von **Margarine sofort** dem Ernährungsamt bekannt zu geben ist, und werden wir in Zukunft nur solchen Geschäften Margarine zur Verteilung überweisen, welche unsere Vorschriften befolgen.

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Petroleum-Ausgabe auf Marke 6

1/4 **Liter.**

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Fischverkauf.

Nach § 73 der Straßenpolizei-Verordnung vom 21. April 1913 darf der **Verkauf von Fischen nur auf der sogenannten Fischbrücke** stattfinden. Die Polizeiverwaltung ist ersucht worden, für die Folge die Beachtung dieser Bestimmung zu überwachen und Uebertretungen zur Anzeige zu bringen. Außerdem werden Fischverkäufer, die auf einem anderen Verkaufsstande angetroffen werden, durch Entziehung der Ausweiskarte vom Fischhandel ausgeschlossen werden. Ausweiskarten werden von unserem Beauftragten, Herrn **Dolle,** ausgegeben.

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Sensations-Spielplan von Freitag bis Montag:

„Die Pantherbraut"

Das indische Abenteuer des **Detektivs Joe Deebs** in 4 Akten.

„Herr über Leben und Tod"

Ehetragödie in 4 Akten

oder: Die Unehre des Weibes.

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 24. Novbr.:

Flachsmann als Erzieher

Lustspiel in 4 Akten von Otto Ernst.

Morgen, Freitag:

Roßfleisch — Schieres

und **Klopsverkauf.**

Metzner, Hauptstr. 45, Tel. 659

Reichels Likör-Essenzen

vorrätig

Drogerie Kurt Penner

Heil. Geiststraße 31.

U. S. P. Wähler-Versammlung! U. S. P.

Freitag, den 28. d. Mts., abends 6 Uhr, im Volkshaus.

Tagesordnung: **„Das Gebot der Stunde".**

Referent: **Genosse Baude.**

Angestellte! Frauen! Arbeiter!

Es geht um eure Zukunft, darum erscheint in Massen!

Die Parteileitung.

C.T. Brückstrasse 15 **C.T.**

Von Freitag bis Montag

Die gefährliche Abenteuerin.

Ein spannendes **Wild-West-Drama** in 5 langen Akten. In der Titelrolle die hier sehr beliebte Künstlerin **Maria Vidal.**

Sanatorium zum siebenten Himmel.

Lustspiel in 3 Akten.

Ein Lacherfolg ohne gleichen!

Niemand versäume das hochinteressante Programm!

Tägl. Vorstellung. v. 6 1/2—10 1/4 Uhr, Sonntags v. 3—10 Uhr.

Geschäftseröffnung.

Ich habe mit dem heutigen Tage

Johannisstraße 16

ein

Zigarrengeschäft

eröffnet und werde bemüht sein, meiner geehrten Kundschaft auch in diesem Lokal nur erstklassige Qualitäten (keine Ersatzware) in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak** zu angemessenen Preisen zu liefern.

Um gütige Unterstützung bittend, empfehle ich mich

Hochachtungsvoll

Georg Cohn, **Junkerstraße 43 u. Johannisstraße 16.**

Puppen-Perücken

werden sauber und billigst angefertigt

Erich Dautert, **gegenüber dem Landratsamt.**

Jüngerer Fachmann für Spiegelfabrikation

in dauernde Stellung bei hoher Bezahlung zu sofort gesucht.

Offerten unter **E 20** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Max Kusch

Inh: **Eugen Frentzel**

Hauptgeschäft: Hl. Geiststr. 19/20
Nebengeschäft: „ „ 21
II. Geschäft: Brückstrasse 13

Fernruf 140

Porzellan, Steingut, Glas

Emaille-Waren

Wirtschafts-Artikel

Aluminium

Geschenkartikel in größter Auswahl.

Wollt Ihr guten Tabak haben,
Herz und Nase Euch zu laben,
Müßt Ihr nur zu **Wein** hinlaufen,
Fein ist er nur dort zu kaufen.
Himmelslust werd' Ihr genießen,
Werd'Ihr dessen Tabak priesen!
Und das minderwertig Kraut
Ihr dann in den Ofen haut,
Was Ihr anderswo gekauft.

Gesundheitstabak,
grüner Kownoer,
gelber Kachlinski,
Kautabak,
türkischer Shagtabak

in nur bester Ware empfiehlt

Otto Heldt

Inh. **Otto Wein**

Zigarren- und Tabakhandlung.

am Amtsgericht.

Raucher! Zigarren Raucher!

eigene Fabrikate

sind wieder da bei der Firma

Gustav Dietschreit

Inhaber **Hermann Kusch**

Innerer Mühlendamm 12 :: Telephon 649

wie allbekannt in den Preislagen

45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pfg. usw.

Verkaufszeit der billigen Zigarren bis 70 Pfennig:

Dienstag u. Freitag vorm. von 9—11 Uhr, nachm. von 3—4 1/2 Uhr.

Gleichzeitig empfehle ich mein

reichhaltiges Lager in Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake sowie **Pfeifen** und sämtliche **Ersatzteile.**

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher!

Ob sich wohl Elbing könnte freuen,
Wenn alles das, was die Parteien
Im Wahlprogramm jetzt frei entfalten,
In Zukunft ließe ausgestalten?
Der Mittelstand dagegen spricht:
„Wo's Geld herkommt, das fragt man nicht!
Jetzt, nach den schweren Kriegsnotjahren,
Sollt' man doch denken mehr ans Sparen!"
Damit die Schuld nicht größer mehr
Wählt nur die Liste **Wegmann-Zehr!**

Familienanzeigen

Kaufgesuche

Verkaufsangebote

finden in der

„Elbinger Volksstimme"

die weiteste Verbreitung!

Wir empfehlen sie als wirksames Anzeigenorgan!

Bügel-Anstalt

Junkerstraße 30

empfiehlt sich zum **Bügeln, Reinig., Ausbessern, Wenden.**

Sportkarre zu verkaufen Gr. Wunderberg 35, I, rechts.

Versandkartons

Pack- und Pergamentpapier empfiehlt

Baschek, Herrenstr. 36.

Elbinger Standesamt

vom 27. November.

Sterbefälle: Eigentümerfrau Franziska Robitzki geb. Borchert, 69 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 32 | **Freitag, den 28. November 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Hue gemaßregelt. Der Abgeordnete Hue scheidet am 1. Dezember aus dem Handelsministerium aus, nachdem die Bearbeitung der Bergbauarbeiter- und anderer Fragen zum größten Teile auf das Reichsarbeitsamt übergegangen ist. Auch der zweite Beigeordnete im Handelsministerium, der Zentrumsabgeordnete Vogelsang, wird ausscheiden. Er geht ebenfalls als Arbeitervertreter in die neue Organisation der Reichskohlenwirtschaft über.

Es tobt die Reaktion der wuchernden Kohlenbarone — sie will ihr Opfer haben ... Hue ist Rechtssozialist und genauer Kenner der Scharfmacherpraktiken der rheinisch-westfälischen Kohlenmagneten. Darum muß er weg. Vielleicht erfahren wir von Hue noch die eigentlichen Gründe seines Ausscheidens.

Ein Hilferuf? Die Verwaltung der Provinz Ostpreußen hat, wie die Neue Berliner Zeitung mitteilt, an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückflutenden Truppen gebeten wird.

Diese Meldung bedarf dringend der Bestätigung. In Ostpreußen regiert Herr August Winnig, Reichskommissar, Staatskommissar, Oberpräsident und Träger aller sonstigen Würden, die die Republik zu vergeben hat. Herr Winnig ist an erster Stelle mitverantwortlich für die Vorgänge im Baltikum, er trägt an der Schuld mit, daß die baltischen Truppen jetzt wie Räuberbanden nach Deutschland zurückkehren und deutsche Gebiete bedrohen. Deswegen erscheint es mindestens als ein Widerspruch, daß Herr Winnig an dem Hilferuf der ostpreußischen Verwaltung beteiligt sein soll.

In Erfurt noch immer Werber. Während es nun endlich gelungen ist, die Regierung zu zwingen, der verbrecherischen Tätigkeit der sogenannten Baltenkämpfer Einhalt zu tun, wird in Deutschland und auch in Erfurt noch immer geworben.

Der Erfurter Tribüne wird von eingeweihter Stelle mitgeteilt:

Für einen Transport, der 150 Mann stark, am 2. Januar von Erfurt aus unter der Führung eines Leutnants Schieneck abgehen soll, sind in Erfurt bisher 60 Mann geworben. Den Angeworbenen wurde gesagt, daß sie sich auf einen langen Fußmarsch über die Grenze gefaßt machen sollen, da sie nicht bis an diese mit der Bahn befördert werden können. Der Transportführer Schieneck weiß Bescheid, da er auch schon im Baltikum tätig war.

Wir sind begierig, was nun die Untersuchung über diese Angelegenheit zutage fördert, da ja bekanntlich die Werbungen verboten sind.

Auch ein Diener Gottes. Das Landgericht Ratibor verurteilte den Pfarrer Wick wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen gültige Verordnungen zu einer Geldstrafe von 100 Mark. — In einem Gasthause in Kattowitz fand eine Versammlung von Viehhaltern der Umgegend statt, die sich mit der Frage der Milchablieferung beschäftigte. Unter den anwesenden Viehaltern bestand Unzufriedenheit mit den behördlichen Bestimmungen über die Ablieferung von Nahrungsmitteln. In dieser Versammlung verlas der Angeklagte einen Artikel unter der Ueberschrift „Der Kampf um die Milch", in welchem von dem Widerstande einer Gemeinde gegen die lästig empfundenen Verordnungen die Rede war. Der Angeklagte sagte dann, die Mitglieder der Gemeinde müßten es auch so machen, sie sollten nichts abliefern und nur soviel produzieren und bauen als sie brauchen.

Wenn man sich den Einfluß vergegenwärtigt, den diese Herren heutzutage leider noch in vielen Gemeinden haben, dann ist die Strafe von 100 Mark als lächerlich gering gegenüber dem Verbrechen an der Volksernährung zu bezeichnen.

Verbot der Leipziger Volkszeitung. Die Leipziger Volkszeitung ist in der belgischen Besatzungszone ohne Angabe von Gründen auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Ein Schweinebegräbnis. In Heidelberg wurde ein Leichenwagen unterwegs angehalten und der Sarg geöffnet. Es zeigte sich, daß man mit Recht Verdacht geschöpft hatte. Denn in dem Sarge lag keine menschliche Leiche, sondern eine frisch geschlachtete Sau. Sie wurde beschlagnahmt. Das Trauergefolge, das hinter der Sauleiche marschierte, hat vergnügte Gesichter gemacht.

Mordprozeß gegen ungarische Kommunisten. Am Dienstag begann vor dem Strafgericht in Budapest ein Mordprozeß gegen 22 Kommunisten. Die Angeklagten werden beschuldigt, z. Zt. der ungarischen Räterepublik als Mitglieder einer Terrortruppe den Staatssekretär Hollan, den Feldmarschalleutnant Ferry, ferner einen Professor Berend und einen Mediziner Madarß ermordet zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich ehemalige Offiziere, Studenten, ferner auch russische Gefangene. Die Verhandlung, zu der 106 Zeugen geladen sind, dürfte 2 Wochen dauern.

D'Annunzio Herr von Dalmatien. D'Annunzio hat sich, wie das Dalmatische Pressebureau meldet, ganz Dalmatiens bemächtigt. Die italienischen Blätter in Zara veröffentlichen ohne Vorbehalt Angaben über die Stärke seiner Truppen, die für Dalmatien bestimmt seien. Dalmatien erwartet von der Belgrader Regierung energisches Auftreten, um den Einmarsch der Italiener auf jugo-slavisches Gebiet abzuschlagen.

Verschärfung der ägyptischen Unruhen. Times meldet aus Kairo, daß die Unruhen in Aegypten fortdauern. In Alexandria fanden große Kundgebungen statt. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Da es dieser, selbst mit Hilfe der ägyptischen Truppen, nicht gelang, die Ordnung wieder herzustellen, mußten englische Truppen eingreifen. Auch in Tanta und anderen Städten des Nildeltas fanden Kundgebungen statt. Bei den Unruhen in Kairo am Sonntag betrug die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung 84, davon 7 Tote.

Zurückhaltung der Gefangenen

Auf die Vorstellungen der deutschen Regierung wegen endlicher Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles folgende Note überreicht worden:

Paris, 15. November 1919.

Herr Präsident!

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 7. November wegen der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich zu bestätigen.

Sie machen mich besonders auf die tiefe seelische Erschütterung dieser Gefangenen aufmerksam, die eine natürliche Folge einer langen Gefangenschaft wie auch der Ungewißheit über den Zeitpunkt ihrer Befreiung ist. Sie weisen außerdem auf die Sorge der deutschen Familien hin, die, wie Sie sagen, gehofft haben, daß die Gefangenen zum Weihnachtsfest nach Deutschland zurückkehren würden.

Abgesehen von den menschlichen Empfindungen der französischen Regierung, berufen Sie sich schließlich zur Begründnng Ihres Verlangens auf die Tatsache der Heimbeförderung der in den Händen der Amerikaner, Belgier, Engländer und Italiener befindlichen Gefangenen. Nach Ihrer Behauptung sollen wiederholt Versprechungen gemacht sein, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Heimschaffung sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch die französische Regierung stattfinden würde.

Die französische Regierung hat niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Angesichts der planmäßigen Verwüstung aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs darf sie einer Abweichung vom Vertrage zugunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht zustimmen.

Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abscheulichen Taten den Anfang zu machen. Die wüste Behandlung der Bewohner der besetzten Gebiete und die schrecklichen Kränkungen, die den in deutsche Hand gefallenen unglücklichen französischen Familien zugefügt wurden, können nicht so bald der Vergessenheit überantwortet werden. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu grausam verletzt worden, als daß eine Vergünstigung, wie die von Ihnen erbetene, von der französischen öffentlichen Meinung zugestanden werden könnte.

Doch damit nicht genug. Deutschland hat durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages

die Herausgabe der Deutschen,

die in ihrer Amtstätigkeit diese Greuel begangen haben, auf sich genommen. Und jetzt erklärt sich Ihre Regierung, bevor sie noch mit der Frage befaßt wird, außerstande, das gegebene Versprechen einzulösen, was die schwersten Folgen haben könnte.

Wenn unsere Verbündeten schon im Monat September mit der Heimschaffung der Gefangenen begonnen haben, so ist dies geschehen, weil die französische Regierung geglaubt hat, dem nicht widersprechen zu sollen. Keiner unserer Verbündeten ist in seinen Gefühlen uud Interessen so tief verletzt worden, als die Bewohner von Nordfrankreich. Wie würden diese Bewohner, die in tragischer Not zwischen den Trümmern ihrer Heimstätten umherirren, es aufnehmen, wenn die zu den ersten dringenden Arbeiten herangezogenen (übrigens materiell wie moralisch durchaus gut behandelten) deutschen Gefangenen vor dem im Versailler Vertrage festgesetzten Zeitpunkte, nämlich vor der endgültigen Ratifikation, d. h. dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages, Frankreich verließen?

Dies ist umso weniger möglich, als mit der deutschen Regierung noch keine endgültige Verständigung darüber erfolgt ist, unter welchen Bedingungen zivile deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung Frankreichs gestellt werden sollen.

Die deutsche Regierung verlangt die vorzeitige Erfüllung einer Vertragsbestimmung. Aber jedesmal, wenn ihr Maßnahmen zur leichteren Ausführung der Friedensbedingungen nahegelegt worden sind, um die Leiden der schwergeprüften Bevölkerung, sei es in Schleswig oder in Schlesien, zu vermindern, hat sich Deutschland stets peinlich hinter dem Wortlaut des Vertrages verschanzt und den Entschluß kundgegeben, von seinem Recht bis zuletzt Gebrauch zu machen.

Die deutsche Regierung hat sich aber nicht damit begnügt, eine streng juristische Haltung einzunehmen. Sie hat planmäßig die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verzögert, indem sie sich den an sie ergehenden Ersuchen entzog und die bindenden Vorschriften offen verletzte.

Muß erinnert werden an die Versenkung der Flotte in Scapa Flow, an die verzögerte Auslieferung der Schiffe, an die hintanhaltende, dem Buchstaben wie dem Geiste des Waffenstillstandes widersprechende Politik, die in den baltischen Provinzen trotz aller Aufforderungen der Verbündeten getrieben wurde, an die in die Verfassung aufgenommenen (und bis jetzt beibehaltenen) zweideutigen Artikel, an die Propaganda, die in Elsaß-Lothringen und überall mittels ungeheurer, durch die finanzielle Not nicht herabgeminderter Kredite unablässig gegen die Verbündeten betrieben wird?

Wir schulden Deutschland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, den es am Ende des erbarmungslosen Krieges angenommen hat, eines Krieges, den Deutschland den zivilisierten Völkern aufgezwungen hat.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung (gez.) Clemenceau.

Es ist die ganze Rücksichtslosigkeit und Unbarmherzigkeit des Siegers, die in dieser Note Clemenceaus zum Ausdruck kommt — eines Siegers, der weiß, daß das besiegte und am Boden liegende Deutschland sich seinen Entscheidungen machtlos fügen muß, oder doch höchstens nur dagegen protestieren kann. Der Ausfall der Kammerwahlen im nationalistischen Sinne gibt der Berufung Clemenceaus auf die nationalistische Stimmung des französischen Volkes, die sein Verhalten mit beeinflussen, tatsächlich den Schein der Berechtigung.

Denkt man an die armen, gequälten, sich vor Sehnsucht nach der Heimat verzehrenden deutschen Kriegsgefangenen, deren Qualen ins Unendliche verlängert werden, so bedeutet die weitere Zurückhaltung der Gefangenen eine unerhört grausame Härte. Leider treffen aber auch alle die Verbrechen der deutschen Nationalisten zu, auf die Clemenceau in seiner Note erneut hinweisen kann. Zum Teil haben also unsere Kriegsgefangenen den nationalistischen und militaristischen Kriegshetzern und der abenteuerlichen Baltikumspolitik der Regierung zu danken, wenn ihre Leidenszeit in der Gefangenschaft weiter ins Ungewisse verlängert wird.

Leben wir im Zarenrußland?

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Verbands-Zeitung des Reichswirtschaftsverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten, E. V., Hauptgruppe Nordsee bezw. Ostsee, am 15. November folgenden Bericht:

Unser Kamerad Erich Kattla, Torpedobootsmannsmaat schreibt uns:

„Ich war in der Zeit vom 19. 9. 19 bis einschl. 12. 10. 19 nach Gleiwitz O.S. beurlaubt.

Am 10. 10. abends befand ich mich auf der Wilhelmstraße, als ich plötzlich am Rockärmel erfaßt wurde. Ich wendete mich um und sah mehrere Offiziere, die mich zur Rede stellten: „Warum grüßen Sie nicht, Matrose, was?" Ich erwiderte darauf: „Es ist mir nicht bekannt, daß ich Offizieren anderer Formationen gegenüber zum Gruß verpflichtet bin, ich habe stets nur Offiziere meines Truppenteils gegrüßt." Darauf: „Sie sind ja **ein ganz feines Bürschchen,** das werden wir Ihnen gleich einmal zeigen! Sie kommen mit, verstanden? Sie sind verhaftet, versuchen Sie nicht wegzulaufen!" Ich wollte den Herren meinen Urlaubsschein zur Kontrolle und Feststellung meiner Personalien vorzeigen, um auf diese Art frei zu kommen. Ich wollte weiter gehen. Daraufhin **griff der eine Herr zur Pistole, zielte und drohte mit Erschießen.** Herr Oberleutnant X. zeigte mir einen Ausweis, den ich mir nicht genauer besehen konnte, rief einige Soldaten von der Straße und hieß mich verhaftet. Ich folgte zur Wache. Auf dem Wege nach dort wurde ich beschimpft, es wurden mir Schläge angeboten, usw. Hier angekommen, verlangte man meinen Urlaubsschein. Ich zog meine Brieftasche hervor, um das Geforderte vorzulegen. Die Brieftasche wurde mir von Herrn Kapitänleutnant v. Bredow aus der Hand gerissen. Auf der Wache wurde ich wiederum von den Unteroffizieren beschimpft und verspottet. Ich blieb die Nacht über, ohne einen Platz angewiesen zu erhalten, auf der Wache. Der Posten bekam Anweisung, bei einem etwaigen Fluchtversuch **sofort zu schießen.** Am kommenden Tage bin ich nach der Ulanenkaserne zu Herrn Kapitänleutnant Boltz, den jeweiligen Stadtkommandanten, zur Vernehmung überführt worden. Herr Kapitänleutnant Boltz war augenblicklich nicht da. Ich mußte längere Zeit warten. Im Büreau befand sich ein Unteroffizier und ein Mann. Ersterer erkundigte sich nach dem Grunde meines Kommens. Ich erzählte den Vorgang. Der betreffende Unteroffizier machte mich auf die **Strenge** des Herrn Kapitänleutnants Boltz aufmerksam, indem er bemerkte: „Kapitänleutnant Boltz bringt es fertig und **versetzt Ihnen einen Hieb mit der Reitpeitsche oder Sie werden dort von Unteroffizieren verprügelt. Es sind schon mehrere dort heftig geschlagen worden!**" Herr Kapitänleutnant Boltz tritt ein, eine Reitpeitsche bei sich führend. Der Schreiber schnallt die Pistole um und bringt mich im Dienst als Posten nach dem Zimmer des Herrn Kapitänleutnants Boltz zu der angesagten Vernehmung. Ich trete in ein erstes Zimmer. Ein Tisch und eine Anzahl Stühle bilden das Mobiliar dieses Gemaches. Hier befinden sich bereits **vier Unteroffiziere mit Prügelwerkzeugen bewaffnet.** Bei dem einen Unteroffizier sehe ich zu meinem größten Entsetzen die Reitpeitsche des Herrn Kapitänleutnant Boltz, die ich sofort als die seinige wieder erkannte. Ein anderer wieder hatte einen Koppelriemen u. a. m. Das zweite Zimmer ist vom ersteren durch einen Vorhang getrennt. In dem ersten Zimmer befanden sich außer den vier Unteroffizieren noch der Posten, dessen Schutz und Aufsicht ich unterlag. Ich werde ins zweite Zimmer zu Herrn Kapitänleutnant Boltz hereingerufen. Es werden zwei bis drei Fragen auf Grund des Vorgefallenen an mich gestellt, die ich beantwortete. Herr Kapitänleutnant Boltz forderte mich auf, in das erste Zimmer einzutreten und **entfernt** sich auf den Korridor. Ich trete in das angewiesene Zimmer und bleibe ruhig und gelassen hier stehen, ohne nur einen Ton zu sagen. Es werden mir die **gemeinsten Grobheiten ins Gesicht** geschleudert, **Schläge angeboten,** ich verhalte mich voll und ganz ruhig, ohne auch nur ein Wort fallen zu lassen. **Bis**

zum Aeußersten werde ich gereizt. **Plötzlich fallen die vier Mann über mich her und bearbeiten mich nahezu tierisch mit ihren Prügelwerkzeugen.** Ich bin wehrlos. Ein **Blutstrom über das Gesicht** zeugt von einer **klaffenden Wunde** über dem rechten Auge. Der Fußboden war **stark mit Blut besudelt.** Der Schlag rührte aller Wahrscheinlichkeit nach von dem **Koppelschloß** her. Um mein Gesicht nicht ganz und gar zerschinden zu lassen, schützte ich mich gegen weitere Gesichtsschläge dadurch, daß ich die Hände vor das Gesicht hielt. Ich erzielt eine Anzahl **Schläge auf Kopf und Rücken.** Herr Kapitänleutnant Boltz tritt mit einem **Lächeln** in das Zimmer und fragt, was vorgefallen ist. Ich sagte nur, daß ich geschlagen worden bin. Herr Kapitänleutnant Boltz ließ mich wieder in das zweite Zimmer holen. Die Verhandlung wurde nicht fortgesetzt. Ich bat um Freilassung. Der Posten bekam Anweisung, mich zu Herrn Kapitänleutnant v. Bredow zu führen mit dem Bemerken, mich frei zu lassen. Ich bat den Posten, mich zu einer Wasserleitung zu führen, was er auch tat. Mit Hilfe meines Taschentuches säuberte ich mein Gesicht von Blut und folgte dem Posten zu Kapitänleutnant v. Bredow.

Auf dem Wege fragte ich nun den Posten: „Warum haben Sie denn bei dem Ueberfall als Posten nichts unternommen?“ Antwort des Postens: **„Hätte ich nur den Anschein erweckt, das Geringste zu unternehmen, wäre ich mit verprügelt worden!“**

Herr Kapitänleutnant v. Bredow stellte meine Personalien fest und entließ mich. Ich lag **vier Tage krank** in der Wohnung meiner Eltern. Meine Rückkehr zur befohlenen Zeit wurde verhindert.“

Soweit der Bericht.

So also sehen die „Schützer der deutschen demokratischen Republik“ aus. Das sind die von Noske und seinen Helfershelfern ernannten Militärs, die nach Oberschlesien gesandt worden waren, um dort Ruhe und Ordnung zu stiften. Wenn diese Bestien in Menschengestalt mit ihren eigenen Kameraden so umgesprungen sind, was mag wohl erst die oberschlesische Zivilbevölkerung zu erleiden gehabt haben?

Politische Rundschau

Deutschland

Rechtssozialistische Arbeiter gegen ihre Presse

In der Verleumderkorrespondenz Heilmann war in einer geradezu beispiellos gehässigen Weise das Ende des Berliner Metallarbeiterstreiks als die Folge der Dummheit und Verbohrtheit der Berliner U. S. P.-Metallarbeiterfunktionäre geschildert worden, wobei auf die Bereitwilligkeit der Unternehmer zu Verhandlungen und Zugeständnissen manch kontrastierendes Seitenlicht fiel. Diese gemeine Schimpfkanonade gegen die Berliner Streikenden und ihre Führer, die wochenlang unter schweren Opfern den Kampf für die Räteidee unter Billigung des damals noch rechtssozialistischen Hauptvorstandes des Metallarbeiterverbandes weiterführten, als ihre materiellen Forderungen bereits anerkannt waren, machte natürlich, als famoses Hetzmittel gegen die U. S. P., sofort die Runde durch die abhängige Presse. Die rechtssozialistische Magdeburger Volksstimme brachte das Geschmiere gleichfalls, wofür sie nun von einem proletarischen Leser und abhängigen Parteimitglied eine moralische Backpfeife in Gestalt einer Zuschrift erhielt, die wir der breiten Oeffentlichkeit nicht vorenthalten dürfen. Sie lautet:

In unserer „Volksstimme“ befindet sich ein Leitartikel mit der Ueberschrift „Ein verlorener Streik“. Dieser Artikel hat in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft lebhaftes Befremden hervorgerufen. Und zwar mit Recht; denn kein einziges Wort wendet sich gegen die Brutalität des Unternehmertums. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter wurde getragen von dem Gedanken, energisch Front zu machen gegen die Versuche des Kapitals, die Grundrechte der Arbeiterklasse anzutasten und zu beseitigen. Es war ein rein wirtschaftlicher Kampf und alle Bestrebungen, ihn zu einem politischen zu stempeln, sind müßig. Wer so, wie Schreiber dieser Zeilen, mitten im werktätigen Leben sich befindet, muß und wird mir auch zustimmen, wenn ich behaupte: Die Novemberrevolution hat uns nicht die Befreiung vom kapitalistischen Joch gebracht; denn mehr als je ist das Unternehmertum bemüht, die Errungenschaften des Novemberstnrms zu beseitigen, und leider sind diese Bemühungen von großem Erfolge gekrönt. In Erkenntnis dieser Tatsachen haben die Berliner ihren opfervollen Kampf geführt. Ihnen gebührt der Dank, nicht nur der Metallarbeiter Deutschlands, sondern des gesamten Proletariats; denn sie waren es, die Sturm gelaufen haben, den Gelüsten einer rabiaten Kapitalistenclique einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Und wenn sie in diesem Kampf unterlegen sind, so können diese Männer und Frauen erhobenen Hauptes vor ihre deutschen Arbeitsbrüder hintreten; denn sie kämpften für uns alle.

Man müßte ein gewerkschaftliches und politisches Kind sein, wenn man dem Artikelschreiber der Volksstimme Glauben schenken wollte, daß es die Führer der Streikbewegung waren, die die Arbeiterschaft in Not und Elend geführt haben; denn gerade die Berliner Metallarbeiter bilden die Kerntruppen unserer ganzen Bewegung und sind weit davon entfernt, sich leithammeln zu lassen. Sie wußten, um was sie kämpften und wir alle wären verpflichtet gewesen, finanziell und moralisch alles zu tun, um unsere kämpfenden Arbeitskollegen zu unterstützen. Statt dessen kommt die Volksstimme her, schreibt einen Artikel, der dem Unternehmertum Wasser auf die Mühle führt. Die Volksstimme hat mit dem Artikel den Arbeitern großen moralischen Schaden zugefügt. Nein, mehr Schneidigkeit nnd Forsche gegen rechts entwickeln, denn dort steht der Feind.

Wir haben diesem Schreiben eines besonnenen Rechtssozialisten nichts mehr hinzuzufügen als die Konstatierung der Tatsache, daß sie ein neuer Beweis für die werdende Einsicht in den Kreisen der Arbeiterschaft ist, die noch bei den Scheidemännern politisch organisiert sind. Und zwar der Einsicht über die gemeingefährliche Politik des Arbeiterverrats, der von den Heilmann und seinen Gesinnungsfreunden geübt wird.

Der Gewaltstreich in Frankfurt am Main

Zu der am 22. d. Mts. erfolgten Entwaffnung der Frankfurter Sicherheitswehr, die nur aus meist unabhängigsozialistischen Arbeitern bestand, durch ein Reichswehrkommando, wird uns noch mitgeteilt, daß sie im Einverständnis mit den Frankfurter Rechtssozialisten erfolgte. Der neue Polizeipräsident, ein Rechtssozialist namens Ehrler, gab den Befehl zur Entwaffnung. Noch vor wenigen Tagen hatten die Frankfurter Rechtler eine geharnischte Resolution gegen die neu vorgenommene Militarisierung der Polizei angenommen. Es ist alles Komödie gewesen! So sehr ist die abhängige Gesellschaft von der Furcht vor einer Abrechnung mit dem revolutionären Proletariat ergriffen, daß sie zu jedem reaktionären Gewaltakt gegen die Arbeiterschaft ihre Zustimmung gibt! Dabei treibt sie die Schamlosigkeit soweit, daß ihr Organ, die Volksstimme, zu dem Ueberfall auf die Sicherheitswehr, der morgens zwischen 5 und 6 Uhr stattfand, einen Berichterstatter sandte!

Die Vertrauensleute aller größeren Betriebe sind sofort zusammengetreten, um über die Sachlage zu beraten.

Zensurliche Belustigung

Im Bereiche des Münsterischen Militärgewaltigen weht ein scharfer Wind gegen die verfluchten U. S. P. D.-Zeitungen, die nicht die Herrlichkeit der herrschenden Zustände einsehen wollen und dauernd daran herummäkeln. Ganz besonders hat es ihm die Hagener Volksstimme angetan, die deshalb auch bald jeden Tag mit weißen Zensurlücken im Texte erscheint. Ihre Leser durften aus dem Aufruf des Parteivorstandes „Gegen die monarchistische Reaktion“ für die Protestversammlungen am 23. November folgende Tatsachen nicht wissen, weil sie evtl. ihrer Konstitution schädlich sein konnten:

> Die Führer des sozialrevolutionären Proletariats sollen ermordet und die Arbeiter in einem ungeheuren Blutbad für lange Zeit unschädlich gemacht werden.

Die nur allzu schwachen Versuche des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, etwas Licht in die dunklen Treibereien der Kriegsverbrecher zu bringen, schienen den Reaktionären ein guter Anlaß zu sein, vom versteckten zum allgemeinen offenen Kampf gegen die letzten kümmerlichen Reste der Revolution überzugehen. — — — Dieser Kampf würde aber ungeheuer erschwert werden, wenn die monarchistische Reaktion wieder in den Sattel käme, wenn die herrschenden Klassen, deren Bankerott der neunte November besiegelt hat, ihre Niederlage durch ein Blutbad an den Arbeitern rächen würden.

Bildet sich der verbohrte Blaustiftschwinger auf diese Heldentat etwa ein, die Ermordeten der Revolution, Liebknecht, Luxemburg, Haase und wie sie alle heißen, seien durch Selbstmord verschieden? Das glaubt ihm das größte Rindvieh nicht und wenn es mit ihm noch so seelenverwandt fühlt.

Politisch gewertet, ist der zensorale Blödsinn, der sich dauernd gegen die Volksstimme richtet, eine treffliche Illustration zur verfassungsmäßig gewährleisteten Pressefreiheit.

Sozialistische Regierungsfremdkörper

Nach dem pathologischen Befund des Vorwärts ist der Reichswehrminister Noske ein revolutionärer Fremdkörper inmitten der Offiziersclique des alten monarchistischen Systems, von dessen Geweben er eingekapselt wurde. Ein ähnliches Drüsendasein würde der sozialistische Präsident der badischen Republik führen nach der Auffassung der regierungssozialistischen Freiburger Volkswacht. Das führende badische Zentrumsorgan spricht der Freiburger mehrheitssozialistischen Fronde das Recht ab, die badische Regierung wegen ihrer schlechten Politik zu bekämpfen, da doch die Sozialisten darin relativ am stärksten vertreten sind und den Staatspräsidenten stellen. Das Freiburger Mehrheitsblatt leuchtet deshalb hinter die Kulissen der Staatsverwaltung, um zu zeigen, wie mächtig in derselben die bürgerlichen Reaktionäre vertreten sind und ihre Geschäfte besorgen:

> „Wie viele Ministerialräte, Geheim- und andere Räte gehören dem Zentrum und anderen bürgerlichen Parteien an? Auch hat das Zentrum drei Staatsräte, darunter den „Chef in der Kanzlei des Staatspräsidenten, die Sozialdemokratie nur zwei, was für die Beurteilung der Frage über die Verantwortlichkeit für die Regierungsgeschäfte nicht belanglos ist.“ — —

Also ist der vom Zentrum eingekapselte Herr Anton Geiß der Repräsentant der reaktionären Entwicklung, für die er nicht verantwortlich sein will! Und dann „ein reaktionärer Beamtenapparat“, den die Volkswacht als Hemmschuh der sinngemäßen Ausführung der Revolutionsgesetze bezeichnet. — Ein Schauspiel für Götter.

In und um Elbing

Niedrigere Löhne und Akkordarbeit auf Werften

Trotz aller skrupellosen Demagogie der bürgerlichen Presse, die mit allen Mitteln bestrebt ist, die privatkapitalistische Produktionsweise zu verteidigen und zu schützen, liefert sie doch, ob gewollt oder ungewollt, täglich die vernichtendsten Beweise gegen sie. Der grausame Weltkrieg als notwendige Folge der kapitalistischen Weltordnung hat nicht nur durch seine unermeßliche Zerstörung geschaffener Werte und die weitere Folge des riesenhaften Elends, die Theorie von Karl Marx, **daß dem Kapitalismus die Tendenz der Verelendung der Massen innewohnt**, bestätigt, sondern die während des Krieges notwendig gewordene Verschiebung und Umstellung der meisten Industrien in den wichtigsten Ländern der Welt **beweist die Richtigkeit des Marxismus täglich aufs neue.**

Nicht ohne triftigen Grund schleppen die Werftgewaltigen Deutschlands seit vielen Monaten die Verhandlungen mit den Arbeitern hin, in der angenehmen Hoffnung, daß irgend ein Umstand sie vor der Bewilligung der gestellten Forderungen noch bewahren werde. Jetzt taucht diese Ursache als ein

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

32]

Aber mit eiserner Willenskraft kämpfte er das nieder und trat mit ausgestreckter Hand und verbindlichem Lächeln auf Rosalinden zu . . .

Sie begrüßte ihn in aller Herzlichkeit und Unbefangenheit, so daß ihm die Tränen in die Augen schießen wollten.

Er griff an sein schmerzendes Herz und zwang seine Ergriffenheit nieder.

Die Frau hatte jetzt die Brille bei Jordans Eintritt mit rascher Bewegung von den Augen genommen. Sie liebte es nicht, daß ihr Mann sie mit der Brille sah, die ihr, wie Rosalinde selbst häufig scherzend gesagt hatte, das Aussehen einer Urgroßmutter lieh. Aber die Befreiung von den schwarzen Eulenaugen der Brille vermochte dieses Greisinnengesicht nicht sonderlich zu verjüngen. Ganz plötzlich wich jetzt das Gefühl, das Jordan soeben noch so heiß erfüllt — und die vor einer Sekunde noch tief empfundene Rührung über dieses vorsorgliche Hausmütterchen dort im grauen Haar wandelte sich in etwas ganz und gar anderes. Im Augenblick. Denn jetzt sah Jordan mit starrem Entsetzen einen Augenblick auf diese steinalte Frau, die ihm nie vorher so greisinnenhaft erschienen war, — vielleicht, weil er vor einer knappen Stunde noch die blühende, junge Schönheit so heiß geküßt hatte .

Er strich mit einer leidenschaftlich raschen Bewegung über beide Augen, als wolle er eine Vision bannen — eine Erscheinung fortscheuchen, die ihn beengte . . Sie war goldblond, die Erscheinung, und hatte schwellende, heiße, rote Lippen . . .

Beide Hände reichte Jordan seiner Frau entgegen, die sie verwundert ergriff. Mit Betroffenheit fühlte sie ihres Mannes innigen Händedruck.

Im nächsten Augenblick schon bereute Jordan diesen Gefühlsüberschwang, denn sofort fragte die Frau: „Was ist dir? Du bist ja so erregt?“

Er preßte die Lippen zusammen und sagte dann zögernd: „Eine Augenblickswallung — eine Momentstimmung. Nichts weiter. Wenn ich den lieben, langen Vormittag — wie heute — diesen Wust von Streit, Hader und Verfolgungssucht gesehen, der die Akten der Staatsanwaltschaft zu Bergen häuft — so komme ich heim zu dir wie in — in den Friedenshafen — in die reinere Luft der moralischen Geborgenheiten — der wohl umfriedeten heimischen Burg. Verzeih das Pathos. Man bringt's so von den Sitzungen und Reden mit nach Hause. Du bist meine liebe Zuflucht — und ich danke dir . .“

Rosalinde lächelte beglückt — und dieses Lächeln verjüngte sie im Nu.

„Pathos“ — sagte sie, wie es Jordan schien, mit einer seltsam weichen Stimme, „es ist eigentlich schade, daß wir Menschen von heute solche Scheu vor dem Pathos haben. Wie manches starke und warm drängende Gefühl wird nicht aus Furcht vor der pathetischen Geste zurückgedrängt — zum Schaden beider Parteien. Der nach englischem Muster ewig gemessene, bis unter das Kinn zugeknöpfte, wohltemperierte, nüchtern und kurz sprechende Mensch ist eigentlich eine greuliche Maschine.“

„Ganz meine Meinung, Linda. Und nun zu Tisch. Es ist spät genug geworden.“

Er reichte der Frau den Arm und führte sie in das Eßzimmer.

Dort angelangt, ließ er ganz plötzlich ihren Arm aus dem seinen entgleiten, blieb an dem gedeckten Tische stehen und sah geängstigt umher. Rosalinden merkte davon nichts. Sie schellte nach dem Diener und nahm ihren Platz ein. Ehe aber Jordan das Gleiche tat, jagte ein Heer verstörter Gedanken durch sein fiebriges Hirn . . .

Zwanzig Jahre lang war er nun in diesem gleichen Zimmer, um die nämliche Stunde, an diesen hochlehnigen Sessel herangetreten, um mit der Lebensgefährtin das Mittagsmahl an diesem Tisch zu nehmen. Aber heute mit einem Male ging quer durch dieses blendend weiße Tischtuch dort ein breiter Riß. Jordan war ihr plötzlich weltenfern gerückt — der grauköpfigen Frau da drüben, an der er in Verehrung und Dankbarkeit hing. Aber obschon er eben jetzt, wie gestern und ehegestern sich ihr nun gegenübersetzen würde, um mit ihr gemeinsam zu speisen, so war doch die innere Zusammengehörigkeit, die beide bisher miteinander so fest verbunden und verknüpft hatte, nun mit eins zerstört, zerrissen, zersprengt.

Denn dieser altvertraute Raum mit seinem Silber und Kristall, mit seinen breiten, dunklen, hohen Wänden schloß sich um Jordan wie ein dicker, undurchdringlicher Kerker, der ihn von etwas schied, nach dem er gerade in diesem Augenblick eine ziehende, bohrende, nicht zu besiegende, reißende Sehnsucht empfand. Dieses Wahnsinnsgefühl ließ sich nicht fortschwatzen, nicht mit Pietätsgedanken und Anhänglichkeitsgefühlen gegen die feine, grauhaarige Dame dort drüben am Tische beschwichtigen und wegdiskutieren.

Nein — es war da, es blieb, es bohrte und fraß. Und je makelloser und einwandfreier er, Jordan, bisher sein Leben geführt, um so befleckter wird es nun fortan werden. Denn daß diese Leidenschaft ihn zu den unabsehbarsten Entschlüssen fortpeitschten würde, das überschaute der Mann in diesem Moment wie in einem Augenblick des Hellsehens.

Und deshalb sah er wie in einer Vision diesen altgefügten Hausstand jetzt plötzlich zersprengt, zerstört — in alle Winde verweht. Die langjährige erprobte Gemeinschaft mit Rosalinden stand vor ihrem jähen Ende. Der Bruch des alten geheiligten Bundes war im Geheimen schon geschehen, und mit ihm war alles in den Staub gesunken und zertrümmert, alles, was seinem Leben bisher Halt gegeben: Stand, Amt, Zucht, Gottesfurcht und Gottglauben. Nein — er hatte die frivole Leichtigkeit nicht dieser Tausende treuloser Eheherren und Hausväter, die in einem Doppelleben Familien vorstanden, Kinder aufzogen und Aemter und Stellungen einwandfrei führten und nebenher im Geheimen erotisch tändelten und sich auslebten. Er war in diesem Punkte bis an seine Lebenswende, bis über die Fünfzig hinaus, ein Puritaner gewesen, und all dieser gewaltsam zurückgestaute Drang brach jetzt über die Schutzdämme und riß in frühlingsjunger Allkraft mit sich, was seinen brausenden Strudeln sich entgegenstellte. Was da in dem Manne brannte und loderte, das war keine lüsterne Eintagständelei, das war, er sah es, eine Leidenschaft, die mit hundert Tauen an seinem Herzen riß. Es gab — es gab keinen Halt gegen diesen Drang, gegen diese wie aus Abgründen plötzlich hochgebäumte Urgewalt

Langsam ließ Jordan sich jetzt in seinen Sessel nieder. Langsam faltete er die Hände zum Gebet.

Mechanisch bewegten sich seine Lippen.

Aber durch sein Herz ging nur ein Mädchenname . . . „Herta Hecker! Herta Hecker!“ — lautete Jordans Tischgebet.

Er zwang sich das Essen hinunter, gab fast automatisch knappe Gegenäußerungen zu Rosalindens munterer Plauderei über allerhand Nichtigkeiten, Freunde und Bekannte.

Mit einem scheuen Seitenblick sah er sie an.

Noch war ein lichter Schimmer in ihren Zügen, ein Abglanz des Lächelns, das Jordans liebevolle Worte vorhin um ihren Mund hatten aufleuchten machen.

Es war kein Argwohn mehr, keine Spur eines Stutzens an ihr jetzt wahrzunehmen, obschon Jordan selbst sein eigenes Wesen heut an diesem Tisch trotz aller Selbstdisziplin verstört und sonderbar genug fand.

Diese wenigen lieben Worte, die er ihr geschenkt, dieser kleine Ausbruch von Zuneigung ging ihr begütigend und friedenspendend durch das Herz. Nichts Lauerndes, Beobachtendes war heut in ihrem Wesen, nichts Ueberwachendes, was ihn sonst so oft in diesen letzten Tagen erbittert und empört hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Nur Stunden

noch bleiben für die **Wahlagitation.** Genossen, nützt die Zeit!
Nieder mit allen bürgerlichen Listen! Nieder auch mit der Liste Braun!
Fesselt den Sieg an die Liste Baude-Köhler!

reckenhaftes Gespenst im Hintergrunde auf. Trotz allem Elend, **trotz allem Geschrei nach Mehrarbeit** steigt in Amerika das legitime Kind des Imperialismus drohend empor — **die Ueberproduktion.**

Fachmänner ersten Ranges stellten dieses auf der am 20. November in Berlin stattgefundenen „Generalversammlung der Schiffsbautechnischen Gesellschaft" fest. Professor W. Laß, Charlottenburg, sprach über den „Weltschiffsbau und seine Verschiebungen durch den Krieg." Mit Hilfe einer Kartendarstellung gab der Vortragende einen Ueberblick über die verschiedenen schiffbautreibenden Länder und stellt fest, überall habe sich die Zahl der Werften vergrößert. Verblüffend stark in Nordamerika, von 45 **auf** 417, so daß im ganzen eine **gewaltige Zunahme der Leistungsfähigkeit** zu verzeichnen sei. Selbst wenn, wie viele annehmen, in den nächsten Jahren ein größerer Weltverkehr als vor dem Krieg einsetzt, wird in kurzer Zeit im Auslande eine Ueberproduktion eintreten. Trotz dieser Lage des Weltschiffsbaues seien die Aussichten für Deutschland nicht besonders günstig. Nach Abzug der laut Friedensvertrag für die Dauer von fünf Jahren jährlich an die Feinde zu liefernden 200 000 Tonnen bestände dennoch die Möglichkeit, die verlorenen 4 Millionen Schiffsraum in sechs Jahren durch deutsche Neubauten zu ersetzen, doch müsse man bedenken, daß die ausländischen Werften **infolge der Ueberproduktion billiger arbeiten könnten.** Um diesen Gefahren zu begegnen, bedürfe es gründlicher Ueberlegung, sorgfältiger Arbeit im kleinen und weitschauender Fürsorge im großen. Grundbedingungen seien: billiges Material, **geringer Lohn** und geringe Betriebskosten. Auch organisatorisch lasse sich viel verbessern. Besonders wichtig seien die Forderungeu nach technischen Vervollkommnungen der Konstruktion, sowie nach weitgehender Modernisierung der Arbeitsweise **zur Ersparung von Menschen oder zur besseren Ausnutzung der Arbeitskräfte des Einzelnen.**

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß noch vielmehr als bisher die Einführung der Akkordarbeit in den Vordergrund geschoben werden müsse. Zugleich sollte aber auch das Interesse der Arbeiter an der Hebung der Produktion geweckt werden. Es wurde die Ausgabe von kleinen Aktien an die Arbeiter vorgeschlagen, die dadurch an Gewinn und Verlust beteiligt seien und daher ein größeres Interesse am Betriebe gewinnen würden. Man müsse mit allem Nachdruck darauf hinwirken, in dieser Beziehung gesetzliche Maßnahmen herbeizuführen.

Soweit reicht also die Weisheit der bürgerlichen Ideologie der Professoren, Direktoren und sonstiger Toren, daß sie glauben, mit **niedrigen Löhnen, Akkordarbeit, Ersparung von Menschenkräften, besserer Ausnützung der Arbeitskraft des Einzelnen, mit der Leimrute der Gewinnbeteiligung und — — mit gesetzlichen Maßnahmen** den wankenden Kapitalismus stützen zu können. Eine unverfrorene Dreistigkeit mit frecher Stirn für die schamloseste Ausbeutung und Versklavung des Proletariats gesetzliche Maßnahmen zu verlangen. Das arbeitende Volk, die Hand- und Kopfarbeiter, werden gemeinsam dafür sorgen, daß diesen edlen Herren ihr sauberer Plan nicht gelingt.

Zur Petroleumbelieferung

Das Brenn- und Leuchtstoffamt teilt mit: Es werden dauernd Anträge um Verabfolgung von Petroleum an uns gestellt, die jedoch mit Rücksicht auf die behördlicherseits zugewiesene geringe Menge abgelehut werden müssen.

Da anderseits sowohl amerikanisches wie ungereinigtes Petroleum in mehreren Geschäften markenfrei zum Verkauf gelangt, weisen wir auf den Ankauf dieses Petroleums erneut hin. Wir haben in der hiesigen Rats-Apotheke eine Mischung des amerikanischen und des ungereinigten Petroleums zu gleichen Raumteilen vornehmen lassen. Das Ergebnis ist als ein günstiges zu bezeichnen, da nach dem uns vorliegenden Untersuchungsbefund das gemischte Petroleum ohne Bedenken in den hier üblichen Petroleumlampen verwandt werden kann und nach einer fünfstündigen Brenndauer nur eine geringe Verkohlung des Dochtes stattfindet.

Wir haben zunächst von einer allgemeinen Mischung des Petroleums Abstand genommen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, das Petroleum so zu verwenden, wie es die Wirtschaftsverhältnisse erfordern.

Es kann jedoch in den einzelnen Geschäften nur zu gleichen Teilen zur Abgabe gelangen, da andernfalls das amerikanische Petroleum zu schnell vergriffen wird.

Eine zeitgemäße Kriegserinnerung

Ein Parteigenosse schreibt: Ende August 1918! Das deutsche Heer schickt sich an, seinen großen Rückzug anzutreten. Ich bin vorübergehend im Kompagnieunterstand einquartiert. Die Bataillonsordonanz bringt eine Meldung: „Die sechste Kompagnie stellt heute abend um 10 Uhr einen Unteroffizier und zwei Mann, möglichst Bergleute, zur Teilnahme an einer Patrouille gegen den Feind. Aufgabe: Der Schachteingang zur Fosse 3, zwischen unserer und der feindlichen Stellung ist mittelst einiger **geballten Ladungen Handgranaten zum Einsturz zu bringen.** Meldung zur angegebenen Zeit am Bataillonsunterstand zwecks Belehrung durch Herrn Leutnant . . . ." Ganz ruhig frage ich die Kameraden, die sich mit mir im Unterstand befinden, was wohl der Zweck dieser Zerstörungsabsicht sei. Ich kenne den Schacht, er ist seit längerer Zeit ersoffen und die Förderanlagen sind gründlich zerstört. Es besteht keine Möglichkeit, daß er den Engländern vielleicht noch als Schlupfwinkel dienen könnte. — Der Kompagnieführer hat unser Gespräch gehört. „Natürlich der Revolutionär! Ihnen paßt wohl die Patronille nicht, Sie möchten am liebsten haben, daß die Franzosen, wenn der Krieg zuende ist, sofort wieder Kohlen graben könnten." Lauter: **„Re mein Lieber, alles muß kaputt gemacht werden, wenn wir zurückgehen müssen,** es wäre ja noch schöner, wenn wir hier einen Stein auf dem andern ließen." Auf meine bescheidene Frage, wie sich das denn mit unserer vielgerühmten Kultur vertrüge, hören wir dann noch die Antwort: „Ach was, Kultur! dummes Zeug, es ist Krieg . ." Ich schwieg. 12 Uhr nachts. Die zurückgekehrte Patrouille meldet: „Schachtwände eingestürzt, achte Kompagnie hat einen Toten, wahrscheinlich in den Schacht gestürzt"

November 1919! Kohlenmangel in Deutschland und Frankreich. Der Proletarier friert und hungert, weil die Bahn keine Kohlen hat, um die Kartoffeln zu befördern. Wieder klingt es mir in den Ohren: Ne mein Lieber, alles muß kaputt gemacht werden. Ach was, Kultur, es ist Krieg . . .

Vom Wahlkampf

Der Elbinger Stadtverordnetenwahlkampf ist auf der Höhe angelangt. Sowohl in den Zeitungen wie in Versammlungen machen die einzelnen Parteien Stimmung für ihre Listen. Bei der großen Anzahl sich bekämpfender Wahlvorschläge lassen sich Prophezeiungen über den Ausgang nicht gut machen, denn die Entscheidung liegt nicht bei den Organisationen, wie stark und geschlossen diese auch sein mögen, sondern bei den sogenannten Indifferenten. Wir unabhängige Sozialdemokraten haben sicher alle Veranlassung, für unsere Partei ein gutes Resultat zu erwarten. Die eben erwähnte Tatsache sollte sich doch aber jeder der Genossen vor Augen halten und die kurze Zeit, die bis zur Wahl bleibt, ebenso wie den Wahltag selber in den Dienst der Partei stellen. 450—500 Stimmen herangeholt, bedeutet ein Mandat mehr. Und in der kommenden Stadtverordnetenversammlung wieder kann von dem Besitze eines Mandates mehr oder weniger viel abhängen. Soll von den Versammlungen aus ein Urteil gefällt werden, so werden Demokraten und Rechtssozialisten schlecht abschneiden. Die Demokraten hatten dieser Tage eine öffentliche Frauenversammlung einberufen, die von etwa 50 Personen besucht war. Die Rechtssozialisten veranstalteten gestern im Volkshause eine Mitgliederversammlung, bei der nicht einmal die volle Zahl ihre Kandidaten herauskam. Die Stimmung war denn auch sehr gedrückt, ja sogar gereizt. Man unterhielt sich noch über die Kandidatenliste. Jedenfalls kein Zeichen besonderen Siegerwillens. Im Gegensatz dazu sind die von den Beamten und Angestellten arrangierten Versammlungen ganz gut besucht gewesen und wiesen auch ziemlich lebhafte Debatten auf. Das Zentrum zieht es nach altgewohnter Weise vor, seine Agitation auf unterirdischem Wege zu betreiben. Mit Hilfe seiner Kapläne hat die Partei die Schäfchen ja gut an der Leine. Daß diese Partei einige Mandate gewinnen wird, ist sehr wahrscheinlich. Heute abend 6 Uhr veranstaltet die U. S. P. im Volkshause noch eine große öffentliche Wählerversammlung, in der Genosse Baude spricht. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen.

Nochmals Herr Preuschoff

Auf die Erwiderung des Herrn Preuschoff wird uns geschrieben:

Herr Preuschoff scheint ein sehr schwaches Gedächtnis zu haben, denn nicht nur die Aeußerung betreffs des „feinen Lebens" ist gefallen, sondern noch verschiedene andere, die darauf hinzielten, die Frau in Gegenwart eines anderen Herrn zu verhöhnen. Im übrigen kann sich wohl kaum jemand, der als Hilfesuchender zu Herrn Preuschoff kam, eines Entgegenkommens seinerseits entsinnen, sondern die Klagen sind allgemein. Betreffs des Holzes mag er recht gehabt haben. Damit wäre die Sache an dieser Stelle wohl erledigt.

Dreiste Schwindlerin

Durch einen eigenartigen Trick sind mehrere Geschäftsinhaber geschädigt worden. Kommt da eines Tages eine Dame in ein Geschäft und kauft Waren in größeren Mengen. Als die Verkäuferin durch andere Kunden in Anspruch genommen wurde, benutzte die Dame die Gelegenheit und verschwand. Dieses Verfahren wurde wiederholt angewandt, bis eines Tages die Dame gefaßt wurde, als sie wieder mit Einkäufen im Betrage von etwa 40 Mark verschwinden wollte. Auf die Anfrage war sie ganz erstaunt und erklärte sich sofort bereit, die Waren zu bezahlen, ging flugs zur Kasse und bezahlte dort auf einen bereitgehaltenen Kassenzettel 1 Mark. Als die Verkäuferin sich später erkundigte, kam der Betrug ans Tageslicht. Es wurde festgestellt, daß der Kassenzettel von früheren ebenfalls unbezahlt gebliebenen Einkäufen stammt. Die Geschäftsinhaber werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, auf ähnliche Schwindlereien ein wachsames Auge zu haben, um sich vor Schaden zu schützen.

Lokomotivlieferungen

Eine Essener Zeitung hatte gemeldet, daß bei den großen in Betracht kommenden Lokomotivfabriken, insbesondere bei der Hannoverschen Maschinenfabrik, keine einzige Lokomotive für unsere deutsche Eisenbahnverwaltung gebaut wurde, wohl aber für das Ausland. Hierzu erfahren wir, daß diese Meldung unzutreffend ist. Von den Lokomotivfabriken sind an die preußische Eisenbahnverwaltung im August 1919 123 neue Lokomotiven, im September 1919 137 neue Lokomotiven, im Oktober 1919 93 neue Lokomotiven geliefert worden. Der Rückgang im Oktober erklärt sich aus dem Berliner Metallarbeiterstreik.

Die Hannoversche Lokomotivfabrik hat im August 1919 17 neue Lokomotiven und im September 22 Lokomotiven abgeliefert. Ihre Ablieferungen sind hinter den vertragsmäßigen Verpflichtungen in diesen beiden Monaten um 20 Lokomotiven zurückgeblieben. Im ganzen hat die Hannoversche Lokomotiv-Fabrik noch 168 Lokomotiven in Auftrag.

Ostdeutsche Nachrichten

Auflösung der westpreußischen Arbeiterräte

Wie uns aus Danzig gemeldet wird, wird sich der Vollzugsausschuß Danzig zum Schlusse dieses Jahres auflösen. Ebenso sollen die in den Restgebieten Westpreußens noch bestehenden Arbeiterräte zur Auflösung gelangen. Die Regierung lehnt die Hergabe von Geldmitteln über den Dezember 1919 hinaus ab. Für die Arbeiterräte im polnischen Westpreußen wird als selbstverständlich angesehen, daß mit dem Augenblick der Uebergabe die Auflösung durch die polnischen Behörden erfolgt.

Im Zusammenhang mit dieser Nachricht muß erneut auf die blamable Tatsache hingewiesen werden, daß die rechtssozialistischen Minister selbst im zweiten Revolutionsjahre es noch nicht fertig gebracht haben, die gemeindlichen Dreiklassenvertretungen Westpreußens restlos zu beseitigen. Von Gemeindewahlen im polnischen Westpreußen kann jetzt ja kaum mehr die Rede sein, weil die Zugehörigkeit zu Preußen nur noch nach Tagen zählt. Die Liebe dieser Bevölkerung zu Preußen wird sicher dadurch gestärkt werden, daß sie von den Polen ein gleiches Wahlrecht erhalten werden. Aber auch im Abstimmungsgebiet, in den Kreisen Rosenberg, Stuhm, Marienburg und Marienwerder sind bisher noch immer keine Wahlen ausgeschrieben. Ebensowenig im Landkreise Elbing, der deutsch bleibt. Es ist mehrfach versichert, die Arbeiterräte sollten als Kontrollorgane bestehen bleiben, bis eine Neuwahl erfolgt sei. Jetzt werden sie zum Teufel gejagt werden und die Dreiklassenvertretungen leben immer noch. Das ist der „Sozialismus" der Scheidemänner, der sich so herrlich offenbart.

Eine „aufreizende" Zeitungsnotiz

Wegen Vergehen gegen § 186 Reichs-Strafgesetzbuch (Beleidigung durch die Presse) stand der verantwortliche Redakteur des freien Volks, Genosse Gebauer, vor dem Danziger Schöffengericht. Das Pressevergehen wurde erblickt in einer unter der Ueberschrift „Mordtat der Noskegardisten" in Nr. 199 des freien Volks vom 28. August d. Js. erschienenen Notiz, in welcher ohne jede Kritik die Schießaffäre vom 27. August im Pelonker Walde, welcher die Ehefrau des Straßenbahners Jahr aus Langfuhr znm Opfer fiel, geschildert wurde. Dort wurde behauptet, daß ein Noskegardist den tödlichen Schuß abgegeben hat. Inzwischen hat ein Hilfsgendarm oder Hilfsförster zugegeben, einen „Schreckschuß" abgegeben zu haben, der den Tod der Frau herbeigeführt hat. Das Generalkommando 17. A.-K. hatte Strafantrag gestellt.

Der Angeklagte machte geltend, daß diese Notiz in seiner Abwesenheit in die Zeitung gelangt sei. Der Amtsanwalt ließ diesen Einwand einfach nicht gelten und meinte, wohl wären mildernde Umstände rorhanden, aber in Anbetracht, daß die Notiz aufreizend wirke, beantrage er **500 Mark Geldstrafe.** Der Angeklagte verwahrte sich im Schlußwort dagegen, daß diese Notiz aufreizend wirke. Noch heute seien die näheren Anverwandten der Getöteten sowie eine Anzahl Zeugen des Vorfalls der Meinung, daß ein Reichswehrsoldat der Täter sei. Ohne den Schleier des Redaktionsgeheimnisses zu lüften, könne er sagen, daß der Gewährsmann eine gerade den Gerichtsbehörden nahestehende Person aus bürgerlichen Kreisen sei. Er müsse aber aus angegebenem Grunde die Verantwortung ablehnen und ersuchte um Freisprechung. Das Gericht nahm den Einwand des Angeklagten als glaubhaft an, war aber der Ansicht, daß eine Person doch die Verantwortung tragen müsse, jedoch sei unter Berücksichtigung der Umstände eine geringe Bestrafung angemessen. Es verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 Mark.

Der Antrag auf 500 Mark Geldstrafe als erstes Pressedelikt, als erstes Vergehen gegen das Strafgesetzbuch und überhaupt unter den gegebenen Umständen wirkt sicher aufreizend, nicht die Notiz. Der Antrag ist auch ein Symton der hereinbrechenden Reaktion. „Wegen Aufreizung", das war unter dem wilhelminischen Regiment die Phrase, mit der man die sozialdemokratischen Redakteure verurteilte und ins Gefängnis warf. Ein Jahr nach der siegreichen Revolution wieder dieselben Verhältnisse.

Riesenfeuer in Danzig

Gestern, Donnerstag, abend um 9 Uhr brach auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise in der Danziger Zündwarenfabrik C. Bunkowski, Schellmühler Weg Nr. 7, die zwischen dem Hebammenlehrinstitut und Schellmühl gelegen ist, Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. In kurzer Zeit stand der Dachstuhl des Hauptfabrikgebäudes, in dem die Fabrikation vor sich ging und fast alle Maschinen sich befanden, in hellen Flammen. Um 9.07 wurde die Langfuhrer Wehr alamiert, die unter Leitung von Brandmeister Winchenbach ausrückte, und kurz darauf die Hauptfeuerwache in Danzig, die einen zweiten Zug aussandte. Die Leitung der Löscharbeiten übernahm Brandinspektor Kudicke. Mit mehreren Rohren wurde dem Brande von verschiedenen Seiten energisch zu Leibe gegangen. Der Anblick der in vollen Flammen stehenden Fabrik hatte eine tausendköpfige Zuschauermenge angelockt, zumal der Himmel einen weithin sichtbaren riesigen Feuerschein aufwies, Leider gelang es nicht mehr, die Fabrik zu retten. Die Hauptgefahr für die umliegenden Gebäude und Schuppen wurde beseitigt. Das Hauptfabrikgebäude ist völlig niedergebrannt. Der Schaden dürfte sich auf Millionen be-

laufen, da auch sämtliche Maschinen zerstört sind. An eine Wiederaufnahme des Betriebes kann vorläufig nicht gedacht werden, so daß über 100 Personen dadurch arbeitslos geworden sind.

Auflösung der Eisenbahndirektion Danzig

Wie nunmehr feststeht, werden die bei der Auflösung der Eisenbahndirektion Danzig bei Deutschland verbleibenden Gebiete des Direktionsbezirkes Danzig (darunter auch Stolp) der Eisenbahndirektion Stettin unterstellt. Die Uebernahme soll Anfang Dezember stattfinden.

Die Frau als Mann

Auf einem Begräbnis in Jodeglienen bei Muldßen bemerkte eine Nachbarin, wie ein Dieb in Soldatenuniform mit einem großen Sack auf dem Rücken vom Boden herunterkam und das Haus verlassen wollte. Auf ihren Schrei flüchtete der Dieb auf den Boden zurück und versteckte sich in einem Bette. Mit großem Hallo wurde er heruntergeholt und entpuppte sich als eine Kätnerfrau aus Schönlinde. Im Sacke befanden sich Speck, Bettdecken, selbstgewebte Leinwand u. a. m.

Von einem entwichenen Strafgefangenen ermordet

Der 21jährige Strafgefangene Willi Trapp ist kürzlich aus dem Thorner Gerichtsgefängnis entwichen. Unterkunft fand der Schwerverbrecher bei der Hoteldienerfrau Anna Romanski, deren Ehemann sich in Gefangenschaft befindet. Trapp trug stets einen geladenen Revolver bei sich. Als der Kanonier Hermann Sluiter der Frau Romanski einen Besuch abstatten wollte, traf er im Vorderzimmer mit dem gerade anwesenden Trapp zusammen, der den ahnungslos Eintretenden für einen mit seiner Festnahme beauftragten Polizeibeamten haltend, diesen ohne Grund niederschoß. Der durch Kopfschuß schwer verletzte Sluiter wurde sofort in das Garnisonlazarett eingeliefert, wo er vier Stunden später verstarb. Der Täter ist entkommen.

Beendigung des Königsberger Buchdruckerstreiks

Der Streik der Buchdrucker in Königsberg ist nach vierwöchentlicher Dauer gestern nach Verhandlungen vor dem Tarifamt in Berlin beendet worden. Die Streikenden nahmen heute die Arbeit wieder auf, so daß die Zeitungen, die die ganzen Wochen über nicht erschienen sind, von heute wieder herausgegeben werden können.

Aus der Partei.

Neuwahl des Fraktionsvorstandes der U. S. P.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung hat ihren Vorstand neu gewählt: Friedrich Geyer und A. Henke zu Vorsitzenden, Luise Zietz und Verhard Düwell zu Schriftführern und Paul Brühl zum Kassierer.

Ein alldeutsches Bombenattentat

Freitag, früh 1 Uhr, wurde in der Geschäftsstelle unseres Münchener Parteiblattes des Kampf eine Handgranate geworfen. Schalterraum und Schaufenster wurden zerstört, ebenso die Fensterscheiben in den umliegenden Häusern. An dem Hause war ein Plakat mit folgendem Inhalt angeklebt: „Hindenburg und Ludendorf sollen von diesen Gesinnungslumpen nicht länger ungestraft verleumdet werden." Da die Kriminalpolizei anfänglich kein besonderes Interesse und keinen besonderen Eifer in der Verfolgung und Untersuchung der Angelegenheit zeigte, so ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß auch die eingeleitete Untersuchung ergebnislos verlaufen wird.

Literatur.

Lichtstrahlen. Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus. Herausgeber Julian Borchardt.

Das zweite Novemberheft (Nr. 4 des 5. Jahrgangs) hat folgenden Inhalt: Frauen in der Roten Armee. — Ueber Syndikalismus und Führertum. — Umbau der Gewerkschaften oder revolutionäre Betriebsorganisationen? von H. Farwig. — Der Anfang vom Ende von Ernst Sucher. — Feudalismus und Kleinbauerntum in Osteuropa von H. N. Brailsford. — Die Ursachen der Teuerung I. — Rundschau. Die Lichtstrahlen erscheinen am 5. und 20. jedes Monats zum Preise von 70 Pfg. pro Heft. Bei der Post (14. Nachtrag der Postzeitungsliste) 3,90 Mark pro Vierteljahr. Verlag der Lichtstrahlen, Berlin-Lichterfelde, Hedwigstraße 1.

Briefkasten der Redaktion

A. H. Der Lohn ist an den auszuzahlen, der ihn verdient hat. Die geschiedene Frau ist zur Lohnbeschlagnahme erst dann berechtigt, wenn das Gericht ihre Alimente festgesetzt hat und der Mann nicht zahlt. Solange die Scheidung nicht perfekt ist, hat sie kein Recht, Lohn zu beschlagnahmen. Der Arbeitgeber müßte in diesem Fall den der Frau gezahlten Betrag nochmals an den Mann zahlen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Zucker.

Eine große Anzahl der für die Monate November 1919 bis Januar 1920 bestimmten Hauptzuckerkarten ist vor der Ausgabe an die Bevölkerung einem Kommunalverbande gestohlen worden.

Wir erklären daher für den ganzen Bereich der Provinz die laufenden Hauptzuckerkarten, auch diejenigen mit dem Aufdruck „rotes K", für die Monate Dezember 1919 und Januar 1920 für ungültig.

Die Ausgabe neuer Hauptzuckerkarten wird demnächst erfolgen.

In Geltung bleiben die Zusatzzuckerkarten und die Sonderzuckerkarten.

Danzig, den 7. November 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen. Provinzialzuckerstelle für Westpreußen.

Die Ausgabe der neuen Zuckerkarten für die Monate Dezember/Januar erfolgt im Ernährungsamt (Stelle 19—21) unter **Abgabe der durch obige Bekanntmachung für ungültig erklärten Zuckerkarten und Vorlage der gelben Markenausweiskarten an folgenden Tagen:**

Markenausweiskarten mit dem Buchstabenaufdruck:

A—E am Dienstag, den 2. k. Mts.
F—K „ Mittwoch, den 3. k. Mts.
L—P Donnerstag, den 4. k. Mts.
Q—U „ Freitag, den 5. k. Mts.
V—Z „ Sonnabend, den 6. k. Mts.

Die frühere Ausgabe der neuen Zuckerkarten war nicht möglich, weil diese von der Provinzialzuckerstelle nicht eher zu erlangen waren.

Die **Dezemberabschnitte** der **Zuckerkarten mit K-Aufdruck** — natürlich nur der neuen — und der **Zuckerzusatzkarten** (Kinder bis 1 Jahr) werden wieder mit **Weißzucker** beliefert werden. Verkaufsstellen:

Alshuth, Neue Gutstraße 22
Dobrick Nachflg., Holländer Chaussee 13
Eisenstädt, Klosterstraße 3
Schicht Nachflg., Schmiedestraße.

Für die übrigen Zuckerkarten wird der Zucker wieder erst im Laufe des Monats bei den Kaufleuten zur Verfügung stehen.

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Fleischausgabe

für die Zeit vom 24. bis 30. November 1919.

1. Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte: 150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.
2. Auf denselben Wochenabschnitt der Reichsfleischkarte (auch Kinderkarten, aber außer K- (Krankenzusatz) Karten): 125 g amerikanisches Schweinefleisch, Preis 1,28 Mark, 1 Pfd. = 5,10 Mark. Die Ausgabe von 1/2 Pfd. für diese Woche angekündigte Menge ist leider nicht vollständig eingetroffen.

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Höchstpreise.

Nachdem die Grundpreise für Braunkohlenbriketts um 40 Pfg. je Zentner erhöht worden sind, müssen die bis jetzt geltenden Kleinhandelshöchstpreise für Braunkohlenbriketts entsprechend erhöht werden. Auf Grund des Höchstpreisgesetzes wird für den Stadtkreis Elbing deshalb bestimmt, daß der **Höchstpreis für Braunkohlenbriketts** bei der Abgabe an Verbraucher mit Wirkung vom 10. d. Mts. ab beträgt:

ab Lager: 1 Ztr. = 8,80 Mk., frei Haus 1 Ztr. = 9,60 Mk.

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat.

Familien-Unterstützung.

Für die erste Hälfte des Monats Dezember 1919 gelangt die Familien-Unterstützung am

Dienstag, den 2. Dezember d. Js., vormittags von 8—1 Uhr

in der Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 7 zur Auszahlung.

Es ist der Nachweis zu führen, daß sich der Ernährer noch im Heeresdienst oder in Gefangenschaft befindet und nicht der Reichswehr angehört.

Elbing, den 25. November 1919.

Der Magistrat. — Lieferungsverband.

Freibank.

Sonnabend, den 29. d. Mts., vormittags 8—9 Uhr: Fleischverkauf an die Inhaber der Freibankkarten **Nr. 4639—4714.**

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Stadtverordnetenwahl.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 21. d. Mts. — Elbinger Zeitung Nr. 274 — wird bekannt gegeben, daß unter den Wahlvorstehern und deren Stellvertretern Aenderungen eingetreten sind:

Stimmbezirk	Bisheriger Wahlvorsteher oder Stellvertreter	Neuer Wahlvorsteher oder Stellvertreter
II.	stellv. Wahlvorst. Kaufm. Albert Frühstück, Grubenhagen 1	Marinewerkmeister Johann Otto, Schleusendamm 25
VII.	Wahlvorsteher Rentier Lehmann, Königsbergerstraße 4	Architekt Franz Pinnow, Schottlandstraße 25
X.	stellv. Wahlvorsteher Fabrikbesitzer Lemke, Reiferbahnstraße 11	Schmiedemeister Wenski, Hl. Leichnamstraße 146
XI.	stellv. Wahlvorst. Parteisekretär H. Schulz, Gr. Wunderberg 53	Gewerkschaftssekretär Zech, Sonnenstraße 32
XIX.	stellv. Wahlvorsteher Lehrer Glawe, Sonnenstraße 42	Büroassistent Döllner, Ilgnerstraße 8
XXIII.	Wahlvorsteher Kaufmann Schuppenhauer, Holländer Chaussee 27	Stadtbauingenieur Dromtra, Predigerstraße 6
	stellv. Wahlvorst. Schlachthoftierarzt Ilgner, Hindenburgstraße 4b	Stadtbausekretär Dobberschütz, Friesestraße 13

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat.

Fischverkauf.

Der für heute angekündigte Waggon frischer Haff- und Seefische ist verspätet eingetroffen. Der Verkauf findet bestimmt

morgen, Sonnabend, den 20. d. Mts. auf der Fischbrücke statt.

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut
von
Johann Kaiser, Tischlermeister
Friedrichstrasse 3, Eingang Heil. Geiststrasse, Telephon 1038
empfiehlt sein Lager in
Särgen nebst Ausstattungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten zu angemessenen Preisen.
Eigene Leichenwagen und Träger.

Stadttheater Elbing
Freitag, den 28. November:
Gastspiel John Röver
vom Luisentheater Königsberg
Die Faschingsfee
Operette in 3 Akten.
Sonnabend, den 29. Novbr.:
Auf allgemeinen Wunsch
Das höhere Leben
Komödie von H. Sudermann.
Sonntag, den 30. Novbr., nachmittags 3 Uhr:
Die verschwundene Pauline
Abends: **Unbestimmt.**

Alle Frostschäden
heilt
Frostin
Wasser und Salbe.
Ratsapotheke
Schmiedestr.

Parteigenossen!
Kauft eure
Zigarren u. Zigaretten
b. Genossen **Karl Jeschke,**
Leichnamstraße 46.

Ein Ulster billig zu verkaufen
Holländertor 1, part., r.

Weihnachtsprinten
à 35 Pfg.
empfiehlt **Fritz Ligowski.**

Kollegen! Heute und Sonnabend besonders billige
Zigarren, Zigaretten und Rauchtabake.
Kollege **Lietzau,** Alt. Markt 2.

Pelzwaren
Hüte, Mützen
Herrenartikel
ganz besonders preiswert
Gebr. Laschinsky
Elbing : Alter Markt 64 : am Markttor
Fernruf 826.
N.B. **Kaufen Rohfelle** wie: **Marder, Otter, Fuchs, Iltis, Dachs, Hasen, Kanin, Katzen, Ziegen, Schaf, Hirsch, Reh, Eichkätzchen, Kalb, Fohlen, weisse Wiesel** u. s. w., sowie **Roßhaare** und zahlen die höchsten Tagespreise.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Warum Ihr Frauenrechtsverbändler,
Greift Ihr nun an die Mittelständler?
Glaubt Ihr denn Euren Platz gefährdet,
Dieweil Ihr jetzt persönlich werdet?
Ihr seht doch, daß dem Mittelstand,
Von „Rechts" auch Hilfe zuerkannt.
Beweis, daß diese nötig wär'
Drum wählt die Liste **Wegmann-Zehr!**

(Sprüche Salomonis Kap. 4, Vers 27: Wanke weder zur Rechten noch Linken, wende deinen Fuß vom Bösen.)

Hämorrhoiden heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis. Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

3 Läuferschweine, große Enten und Puthähne verkauft **Thumberg.**

Besserer Handwerker **sucht** möbl. Zimmer mit voller Pension im Zentrum der Stadt. Schriftl. Offerten unter **J. W. 572** an die Geschäftsstelle dies. Ztg. erbeten.

Einen ordentlichen **Landarbeiter** sucht **Thumberg.**

Familien-Drucksachen fertigt schnellstens an **Buchdruckerei Elbinger Volksstimme.**

Elbinger Standesamt

vom 28. November.

Sterbefälle: Inval.-Rent.-Empf. Ida Jacobsen, 81 1/2 J. — Arbeiter Gustav Eduard Korinth S. 1 M. — Privatier Karl August Bolle, 77 J. — Apotheker Fritz Robert Schmidt, 44 J. — Bürgermeister Adolf Gustav Waschke, 58 J. — Schiffer Friedrich Karl Totz T. 2 M.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 33 | Sonnabend, den 29. November 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Ebert-Ersatz. Der Bodenreformer Damasche und der Generalfeldmarschall Hindenburg sind schon als geeigneter Ersatz Eberts genannt worden. Herr v. Gerlach hat in seiner Welt am Montag den Pazifisten Prof. Fr. W. Foerster vorgeschlagen und nun kommt noch ein leibhaftiger Prinz zum Vorschein. Wie die Post erfährt, soll in weiten Zentrumskreisen die Absicht bestehen, eine Kandidatur des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern zur Reichspräsidentschaft in Erwägung zu ziehen. Leider besteht eine kleine Schwierigkeit: Unter denen, deren Auslieferung Frankreich verlangt, soll sich auch Rupprecht v. Wittelsbach befinden. Er wird des Mordes und der Anstiftung zum Morde beschuldigt.

Deutsche Hilfe für Wien. Das Reichskabinett hat der Voss. Ztg. zufolge eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Für Dezember sollen von jeder Brotkarte in Deutschland 50 Gramm weniger ausgegeben werden und die gesamte Ersparnis (es kommen rund 40 Millionen Nichtselbstsorger als Brotkarteninhaber in Betracht) von 2 Millionen Kilogramm in der Woche soll den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Parteien der Nationalversammlung haben ihre Zustimmung erteilt mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar auch ein solches Mehlquantum zur Verfügung stellen, aber keine Abzüge von der Brotkarte zulassen wollen.

Die ersten Auslieferungslisten. Eine Genfer Depesche besagt: Der Oberste Alliiertenrat beschloß, im Laufe der nächsten Woche die ersten Auslieferungslisten Deutschland zu überreichen. In erster Linie werden deutsche Militärpersonen angefordert, die nachweislich während des Krieges Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Belgien und Frankreich sowie Plünderungen in den besetzten Kriegsgebieten verübten. Es handelt sich um rund 200 deutsche Offiziere.

Ueber den eigentlichen Grund der plötzlichen Abreise des deutschen Verhandlungsführers in Versailles, des Herrn v. Simson, wird jetzt erst Näheres bekannt. Es wird berichtet, daß die Weigerung Simsons, das ihm von Paris vorgelegte Protokoll zu unterzeichnen, vornehmlich daher rühre, daß Deutschland sich durch die Unterschrift verpflichten soll, die in diesem Protokoll enthaltene Liste der Auszuliefernden anzuerkennen, auf der neben anderen prominenten Persönlichkeiten die Herren Hindenburg und Ludendorff stehen.

„Mit dem Kolben in die Fresse!" Ein Augenzeuge des niederträchtigen Verbrechens des ehemaligen Oberleutnants und jetzigen Assessors Hiller an dem Berliner Soldaten Helmhake schreibt der Frankfurter Volksstimme: „Die Schandtat ereignete sich in der 12. Kompagnie des Garde-Füsilier-Regiments. Der Sergeant, der in dem Artikel erwähnt wurde und von dem es hieß, sein Name sei noch nicht festgestellt, heißt Frank. Als Helmhake an den Baum gebunden wurde, wurde dem Posten von dem Sergeanten gesagt: „Wenn der sich nochmal muckst, müssen Sie ihm mit dem Kolben in die Fresse schlagen!" Unter Jammern sagte Helmhake: „Wenn das so weiter geht, habe ich noch eine Kugel für mich im Lauf." Diese Aeußerung bezog der Sergeant auf sich und schlug ihm mit der Faust ins Gesicht. Darauf wurde Helmhake unter Schlägen in das Loch geworfen, das als Arrestzelle diente. Hier brach der Unglückliche sofort zusammen. Auch ich habe vor dem erwähnten Loch Posten gestanden und habe Helmhake etwas zugesteckt. Außer ihm befand sich noch ein Arrestant mit Namen Kaiser darinnen. Wir bekamen damals ein Essen, das sicher heute kein Hund frißt; aber es war immerhin etwas. Helmhake dagegen bekam überhaupt nichts als Schnee, und das für einen sterbenden Menschen, dem die Beine erfroren waren und der stark an Durchfall litt. Nach einigen Tagen wurde er auf Befehl des Oberleutnants Hiller auf die Batterie geführt. Der Sanitätsgefreite (!) half hinten mit der Faust und den Füßen nach. Helmhake wurde dann erneut in das erwähnte Loch gebracht und starb die folgende Nacht. Der Arzt wurde nicht hinzugezogen, obgleich er in unserm Kompanieabschnitt lag."

Ein Protest des Humanité. Die Humanité protestiert in einem längeren Artikel gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen wegen Nichtausführung einiger Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland. Sie führt an, daß auch England und Belgien durch diese Nichtausführung geschädigt worden seien, trotzdem aber nicht zu dem Zwangsmittel der Festhaltung der Kriegsgefangenen gegriffen hätten.

Das Blatt verurteilt das Verhalten der französischen Regierung scharf und bezeichnet es als wenig menschlich. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands würden durch die Nichtzurücksendung der Kriegsgefangenen nur vergrößert, und es sei vollkommen unverständlich, warum Frankreich die Agitation der Alldeutschen auf diese Weise zu fördern trachte und der an und für sich schwachen deutschen Regierung nur die Wahl zwischen Bolschewismus und Wiederherstellung der Monarchie lasse.

Auflösung der Reichsbekleidungsstelle. Amtlich wird bekanntgegeben: Nachdem nunmehr die Durchführung des Textil-Notstandsversorgung auf die selbständige Textil-Notstandsversorgung G. m. b. H. unter Aufsicht des Komissars des Reichswirtschaftsministerius für Textil-Notstandsversorgung übergegangen ist, soll die Reichsbekleidungsstelle als solche mit dem 30. November 1919 aufgelöst werden.

In Berlin kostet jetzt der billigste Herrenanzug 1200 Mark. So weit haben wir es unter dem Regiment der Reichsbekleidnngsstelle gebracht.

Ein Ende in Schmach. Die baltischen Räuberbanden haben es glücklich so weit gebracht, daß zwischen Deutschland und Kurland der Kriegszustand herrscht. Wie verlautet, liegen zahlreiche Züge mit Flüchtlingen auf der Strecke in Litauen und Kurland. Außerdem drängen dichte Scharen von Letten und Balten zu Wagen und zu Fuß der Grenze zu, vorwärts getrieben von der Furcht vor den Letten. Auf dem Gute Kapeden wurde der Besitzer Baron Manteuffel, ein bekannter Reaktionär, ermordet. Viele andere Güter sind in Brand gesteckt worden.

Mehrheitssozialistische Millionenschieber

In Berlin ist ein Weltskandal in der Aufdeckung begriffen, der den berühmten Schwindeleien der Pariser Madame Humbert mehr als ebenbürtig an der Seite steht und in den **rechtssozialistische Führer ersten Ranges** verwickelt sind. Die Sache wird sehr viel Staub aufwirbeln und vielleicht für den altersschwachen Rechtssozialismus direkt zum Leichenstein werden. Nachstehend in gedrängter Form die bisher bekannt gewordenen Tatsachen:

Die Berliner B. S.-Korrespondenz veröffentlicht folgende Mitteilungen:

„Innerhalb der sozialdemokratischen Partei sind zur Zeit einflußreiche Persönlichkeiten bemüht, einen der größten **Skandale** aufzudecken, die die Revolution bisher aufzuweisen hatte. Diese Angelegenheit dürfte um so größere Bedeutung haben, als **bekannte Führer der S. P. D.** schwer kompromittiert werden. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei haben am 7. September und am 27. September dieses Jahres bereits Konferenzen stattgefunden, die sich mit dem vorliegenden Material beschäftigen. An diesen Besprechungen nahmen bekannte Führer, wie Brunner, Cohen, Davidsohn, R. Fischer, Friedrich Stampfer, Faahs, Katzenstein und andere, teil, die sich mit der Frage zu beschäftigen hatten, was gegen die am schwersten belasteten Persönlichkeiten zu tun sei.

Inzwischen sind jedoch Verhältnisse eingetreten, die das Eingreifen der sozialdemokratischen Partei kaum mehr notwendig erscheinen lassen, da die Hauptangeschuldigten ein **gerichtliches Verfahren** gegen einen ihrer früheren Angestellten eingeleitet haben, das allein schon genügen dürfte, Licht in gewisse dunkle Vorgänge des letzten Kriegsjahres und der kritischen Revolutionstage bis zum März 1919 zu bringen. Das vorliegende, sehr umfangreiche Material ist sowohl maßgebenden Führern der U. S. P. D. wie der rechtsstehenden Parteien unterbreitet worden.

Es handelt sich hauptsächlich um die Machenschaften der in weitesten Kreisen der Regierung, als auch der Handelswelt bekannten **Gebrüder Sklarz** denen vorgeworfen wird, daß sie während des Krieges als **Spitzel des deutschen Nachrichtendienstes** gearbeitet und mit Hilfe eines bekannten **sozialdemokratischen** Führes, der in Dänemark als „Professor P." auftrat, eine Kohlenhandelsgesellschaft, die „Kjobenhavens Befragtnings-og Transport Compagnie" gründeten, die **angeblich den dänischen Arbeitern Kohle lieferte**, um Lebensmittel einzutauschen und die **„nebenbei ihren Gründern 250000 Mark monatlich abwarf.** Weiter wird den Herren Sklarz ein höchst merkwürdiges Geschäft vorgeworfen, bei dem, nach Prüfung der vorliegenden Urkunden, **amtliche Ausweise der Reichskanzlei schwer mißbraucht** und dienstliche Behörden zu Privatzwecken ausgenützt worden sind. Der Hauptgeschäftsmann, Georg Sklarz, hat zusammen mit dem bekannten **Dr. Helphand-Parvus** in Berlin den Verlag der „Glocke" begründet. Dieser Verlag stellte nun mit Bewilligung der Regierung 650000 **„antibolschewistische" Kalender** her, die nach Rußland gehen sollten. Die Herstellung des Kalenders betrug pro Stück 65 Pfg., der Verkaufspreis 2,50 Mark. Da keine Möglichkeit bestand, die Kalender nach Rußland zu bringen, gingen schließlich diese Kalender **als Militärgut mit den Ausweisen des Reichswehrministeriums nach Rußland.** Die Militärbehörde in Kowno entdeckte dann den Schwindel und es wurde bei dieser Gelegenheit auch festgestellt, daß die „antibolschewistischen" Kalender ausgerechnet **an den Schwager des Bolschewistenführers Wazites** ausgeliefert werden sollten.

Weiter wird den Herren Sklarz vorgeworfen, daß sie zu Beginn der Revolution eine **Wach- und Schließgesellschaft** gründeten, deren Geschäftsführer ein **Schwiegersohn eines der bekanntesten Führer der Mehrheitssozialisten** ist, die vom Polizeipräsidenten Eichhorn mit Waffen beliefert wurde und die später verkrachte. Herr Eichhorn erhielt für diese Liebenswürdigkeit Weihnachtsgeschenke für sich und seine Frau, über die das Ehepaar Eichhorn mit überschwenglichem Dank in Briefen quittierte. Dieses Defizit soll nun Sklarz später vom Reich zurückvergütet worden sein. Weiterhin wird Sklarz der Vorwurf gemacht, daß er bei der **Finanzierung des „Regiments Reichstag"**, dessen Verpflegung er vollständig lieferte, sich der gröbsten Verfehlungen schuldig gemacht hat. Auch hier wird ihm zur Last gelegt, **Riesensummen zweimal kassiert zu haben** und es wird den zuständigen Instanzen in der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie Zahlungsanweisungen gegeben hätten, ohne die vorhandenen Belege sorgfältig zu prüfen. Schließlich werden sich die Gerichte bei den kommenden Verhandlungen gegen den obenerwähnten Angestellten, einen Herrn S., mit seinem größten Geschäft, der Gründung einer Markentenderei, beschäftigen, für deren Versorgung ihm **20 Millionen Mark bei der Reichsbank** angewiesen sein sollen. Es wird S. hier der Vorwurf gemacht, daß er **25 Prozent** an den im Ansland aufgekauften Waren verdient habe und daß seine Rechnungslegung so unklar wie möglich gewesen sei. S. wird schließlich auch der Vorwurf gemacht, daß er, dem von seinen Angestellten Jahresgewinne von **über 20 Millionen Mark** nachgesagt werden, **keine Steuern bezahle**, sondern der Steuerbehörde erkläre, daß sein fester Wohnsitz sich in Kopenhagen befinde, während er in Berlin nur geschäftlich tätig sei.

Einer der Angestellten des Herrn Sklarz, der nicht nur um die finanziellen Transaktionen, sondern auch um gewisse andere Dinge gewußt zu haben scheint, entfloh vor nicht allzu langer Zeit unter Mitnahme von 1200000 Mark. Dieser Mann hat das Geld in Deutschland an verschiedenen Punkten hinterlegt, und erklärt, daß er diese Summe nur an die Reichskasse zurückerstatten werde, sobald die schwebenden Affären der Brüder Sklarz geklärt seien. Herr Sklarz hat den Defraudanten in Holland verhaften lassen und ist, mit den nötigen Ausweisen versehen, dann selbst nach Holland gefahren, wo er die Papiere seines ehemaligen Angestellten, die bei Gericht deponiert waren, einsah. **Obwohl die holländischen Behörden bereits einmal versucht haben, von den deutschen Gerichtsbehörden den Auslieferungsantrag für den Defraudanten mit begründeten Unterlagen zu erhalten, ist dies nicht geschehen.** Herr Sklarz hat vielmehr der Familie des ehemaligen Angestellten angeboten, den jungen Mann **außer Verfolgung zu setzen**, wenn er in den Wiederbesitz gewisser Dokumente gelangen könnte. Dieses Angebot ist jedoch zurückgewiesen worden, da vor allen Dingen der Sachverhalt all dieser Geschäfte, die im gewöhnlichen Leben mit „Schiebungen" bezeichnet werden, an Gerichtsstelle klargelegt werden sollen."

Der Vorwärts

bemerkt zu diesen Enthüllungen, daß vieles darin falsch und einseitig dargestellt sei. Er bestätigt jedoch, daß sich bereits verschiedene Konferenzen der S. P. D., an denen hervorragendende Parteimitglieder teilgenommen haben, damit befaßt hätten. Doch hätten die betreffenden Konferenzen aus dem ihnen vorgelegten Material eine Belastung angesehener Parteiführer nicht feststellen können.

Genosse Eichhorn

schickt der Berliner Freiheit folgende Erklärung:

Das Berliner Tageblatt nennt auch meinen Namen im Zusammenhang mit Mitteilungen über einen Herrn Georg Sklarz und seinen Bruder. Danach soll „der Polizeipräsident Eichhorn eine Wach- und Schließgesellschaft, die die Herren Sklarz zu Beginn der Revolution gegründet hätten, mit Waffen beliefert und für seine „Liebenswürdigkeit" Weihnachtsgeschenke für sich und seine Frau erhalten haben."

Hierzu erkäre ich: 1. Die Herren Sklarz haben während meiner Tätigkeit als Polizeipräsident **keine Genehmigung** zur Errichtung einer Wach- und Schließgesellschaft erhalten; 2. sie haben von mir, und während meiner Tätigkeit als Polizeipräsident auch vom Polizeipräsidium, **niemals Waffen** erhalten; 3. weder meine Frau noch ich haben von den Herren Sklarz Geschenke begehrt oder angenommen.

Herr Sklarz erbot sich kurz vor Weihnachten 1918 gelegentlich einer Reise nach Dänemark einen Einkauf für uns zu besorgen. Er hat das getan und wir haben ihm dafür gedankt, als wir ihn um **Uebersendung der Rechnung ersuchten.**

Emil Eichhorn.

Parvus, Sklarz und Co.

Das nachfolgende verdient besondere Beachtung. Es stammt von Herrn **A. Baumeister**, dem literarischen Laufburschen **Karl Legiens** und **Philipp Scheidemanns.** Baumeister war längere Zeit Herausgeber der berüchtigten **Internationalen Korrespondenz** und mehrjähriger Geschäftsführer von Parvus-Helphand. In dieser Eigenschaft hat er Anfzeichnnngen, gemacht, die er nun mit seinen früheren Freunden anscheinend verkracht, der Oeffentlichkeit unterbreitet. Aus diesen Aufzeichnungen gibt die B. S. Korrespondenz einiges wieder:

„Dr. Helphand (Parvus) war besonders in den neunziger Jahren in der deutschen Arbeiterbewegung sehr bekannt und angesehen. Er gründete damals in München einen „Verlag zur Verwertung der Rechte russischer Autoren." Bei Ausbruch der russischen Revolution ging Parvus nach Rußland, später nach der Türkei, wo er lange schriftstellerisch tätig war. Anfang 1915 kam Parvus nach Berlin zurück und es verbreitete sich das Gerücht, daß er **der türkischen Regierung große Dienste erwiesen habe.** In München erschien dann zuerst die Glocke, an der **Konrad Haenisch** als Redakteur arbeitete. Parvus gab **riesige Zuschüsse** für die Glocke, denn im Jahre 1918 schloß der Verlag mit einem **Defizit von 1400000 Mark** ab. Die Gerüchte über den Reichtum Parvus nahmen damals in der Partei die sonderbarsten Formen an. Ueberrascht war ich, **Scheidemann** wiederholt bei Parvus im Kaiserhof oder bei **Sklarz in der Regentenstraße** zu treffen. Mehrfach hatte ich dabei den Eindruck, daß ich gerade zu einer Zeit hinbestellt worden war, wo ich Scheidemann, der durchaus nicht angenehm berührt schien, dort sehen und hören sollte. **Später fand ich in Sklarz Arbeitszimmer ein Bild Scheidemanns mit seiner eigenhändigen Widmung, die etwa lautete: „Meinem lieben Freunde Georg Sklarz — Philipp Scheidemann."** Als ich das Bild sah, bat ich **Sklarz** sofort, dasselbe mit der Widmung **photographieren** zu dürfen,

da es mir behilflich sein könne, die **Widerstände der Parteifunktionäre** gegen den Verlag zu überwinden.

Die Situation im Verlag wurde finanziell schließlich bedrohlich. Da teilte uns Parvus mit, daß der Verlag auf **gesunde finanzielle Grundlage** gestellt werden solle, und daß **Georg Sklarz Mitinhaber** geworden sei. In Kopenhagen hatte Parvus um die gleiche Zeit ein „Institut zur Erforschung der sozialen Folgen des Krieges" geschaffen, das ihn jährlich etwa 50 000 **Kronen Zuschuß** kostete. Er hatte darin eine Anzahl Russen und auch einen Deutschen angestellt. Das Institut knüpfte literarische Beziehungen zu allen Ländern an. **Es ist von Gegnern Dr. Helphands viel behauptet worden, daß er dieses Institut nur als Mantel einer Spionagezentrale geschaffen habe. In Wirklichkeit wurden Kohlengeschäfte gemacht, die einen Reingewinn von 250 000 Mark abwarfen. Parvus und Sklarz hatten ein Abkommen mit einer militärisch hohen Stelle in Deutschland, das ihnen die Möglichkeit gab, von der Militärverwaltung ausrangierte Autos zu kaufen.** Die Autos wurden nach Dänemark geschafft, dort in einer **von Sklarz und Parvus gekauften Maschinenfabrik wieder hergestellt und weiterverkauft.** Sklarz selbst ließ mir gegenüber die Bemerkung fallen, daß dies ein **glänzendes Geschäft** sei, weil die verkaufende Stelle in Deutschland **Messingteile, Reifen** usw. an den Autos lasse, die durch Ersatzmittel ausgetauscht würden und im Ausland so viel brächten, daß die Anschaffungskosten gedeckt würden.

Im Frühjahr 1918 tauchte das Projekt auf, einen **russischen Buch- und Abreißkalender** herzustellen, der die ersten Schritte zur späteren Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern vorbereiten sollte. Von diesem Abreißkalender wurden rund 650 000 Stück zum Preise von 65 Pfennig hergestellt. Für den Buchkalender wurden große Vorbereitungen getroffen. Er sollte Beiträge erster Autoren und Inserate enthalten. **Die Seite Inserate sollte 10 000 Mark kosten. Es wurden nun Verhandlungen mit der Oel- und Fettstelle angeknüpft,** da man der Ansicht war, daß diese Reichsstelle an den russischen Oelfrüchten besonderes Interesse habe und **es wurde ihr nahegelegt, ihre Artikel im redaktionellen Teil gegen Bezahlung von 40 000 Mark pro Seite aufzugeben. Es kam ein Auftrag von rund einer Viertel Million Mark zustande. Für den Herrn aus der Oel- und Fettstelle, der den Artikel lieferte, wurde ein Honorar von zirka 10 000 Mark angewiesen; für den Herrn, der den Auftrag vermittelte, ließ sich Parvus von mir 18 000 Mark Provision aushändigen.** Der Buchkalender ist nie fertig geworden, auch der Artikel der Oel- und Fettstelle natürlich nicht erschienen. **Dagegen hat die Oel- und Fettstelle einen Teil der Auftragssumme bezahlt."**

Noske speist bei Herrn Sklarz

Der Leipziger Volkszeitung wird zu dem Fall Sklarz gemeldet: Sklarz, der für die Steuerbehörde in Berlin nicht ansässig war, führte in einer sehr vornehmen Wohnung in der Regentenstraße ein großes Haus. **Seine Gastfreundschaft war glänzend, so sehr, daß verschiedene Herren Minister sogar in seiner Abwesenheit sich sehr gut unterhalten konnten.** Es sind **schriftliche Beweise** dafür vorhanden, daß Herr v. Gilsa, der persönliche **Adjutant Noskes**, in der Wohnung von Sklarz in dessen **Abwesenheit** seine Karte schickte mit der Bemerkung: Heute zwei Kuverts, heute drei Kuverts usw. Dann erschien **Herr Noske mit dem Herrn v. Gilsa und dessen Frau oder anderer Begleitung und setzten sich an die Sklarzsche Tafel.**

Scheidemanns Perle

Auch **Herr Scheidemann** ist sehr bekannt mit Herrn Sklarz. Seine Geschäfte, die er inkognito im Ausland führte, bedürfen noch sehr der Aufklärung. Die Bekanntschaft mit Herrn Sklarz war so eng, daß er **in die Krawatte eine sehr kostbare Perle** steckte, ein **Freundschaftsgeschenk von Herrn Sklarz.** Herr Scheidemann hat es sehr angenehm empfunden, daß er bei seinem Aufenthalt in der Schweiz im **Automobil des Herrn Sklarz** mit Parvus herumreisen konnte.

* * *

Soweit, was bisher über diesen Sumpf bekannt geworden ist. Wir werden die Leser über die weitere Entwicklung unterrichten. Schlußfolgerungen zu ziehen, sei einstweilen jedem selber überlassen.

In und um Elbing

Stadtverordnetenwahl

Zur Erleichterung des Wahlgeschäfts sind den Wählern Benachrichtigungszettel über die Eintragung in die Wählerlisten zugestellt. Sollte jemand nicht in den Besitz dieser Zettel gelangt sein, so ist dies auf die Ausübung des Wahlrechts ohne Bedeutung, wenn der Wähler in die Wählerlisten eingetragen ist. Die Wähler können nur in den mitgeteilten Wahllokalen ihr Stimmrecht ausüben. Nochmals sei darauf hingewiesen, daß die Wohnung, die am 20. Oktober d. Js. auf den gelben Markenausweiskarten des Ernährungsamtes verzeichnet war, maßgebend ist. Jetzt noch Nachtragungen in den Wählerlisten zu machen ist — entgegen den Bestimmungen bei den Wahlen zur National- und Landesversammlung — unzulässig. Auch an dieser Stelle wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß Familienmitglieder und Bewohner eines Hauses zusammen zur Wahl erscheinen. Das Wahlbüreau — Rathaus Zimmer 27 — wird Sonntag geöffnet sein und ist unter Fernsprech-Nr. 71 zu erreichen.

Herr Oberbürgermeister, was sagen Sie dazu?

Ein Leser schreibt der Volksstimme:

Die Stadt verkauft Holz und Torf an der Kläranlage. Der Zufahrtsweg zu diesem Platze ist in einem jammervollen Zustande. Bis an die Knie versinkt man im Dreck. Wo zwei Pferde einen Meter Holz nicht herausschleppen, müssen arme Arbeiterfrauen, mit mangelhaftem Schuhzeug bekleidet, schwere Lasten Holz mit dem Handwagen durchfahren. Ein Leichtes wäre es gewesen, vor Eintritt der nassen Jahreszeit, den Weg mit den Schlacken der Gasanstalt auszubessern. Die Stadt zahlt anscheinend lieber Arbeitslosenunterstützung als Arbeit zu beschaffen. Vor zwei Jahren wurde die Bismarckstraße mit schwedischen Kopfsteinen gepflastert. Vor ein paar Tagen wurde sie wieder ausgebessert. Die Autos der Besitzenden müssen eine glatte Fahrt haben. Arbeiter, wenn ihr wollt, daß diese elenden Zustände nicht verewigt werden, so wählt am 30. November die Liste Baude-Köhler. Nur die Männer dieser Liste werden dafür sorgen, daß endlich ein anderer Geist in die Stadtverwaltung einzieht.

Genossen, wir rufen euch!

Am morgigen Sonntag findet die Wahl statt. Jene Wahl, die bestimmt ist, das verrottete städtische Dreiklassenparlament durch eine wirkliche Vertretung der Elbinger Bevölkerung zu ersetzen. Da brauchen wir den letzten Proletarier. Die Feinde der Arbeiterschaft sind täglich und stündlich am Werk gewesen, die Vertreterin der armen Leute, die **unabängige Sozialdemokratie**, niederzuringen. Wir können dem nicht untätig zusehen, Genossen. Und darum ruft euch die Partei zur Arbeit. Zur Wahlarbeit für einen Tag! Wer ist so wenig so Sozialdemokrat, daß er den nicht freudig für die Befreiung seiner Klasse opfern wollte? Einige Stunden Arbeit, das ist alles. Ist es für den Arbeiter so schwer, zum Arbeiter zu gehen und ihm zu sagen, daß wir alle an einem Strange ziehen müssen? Daß jeder Wahlzettel gebraucht wird, daß niemand zage zu Hause sitzen und zur Schuld der Herren eigene Schuld fügen darf? Daß der, der abseits am Wege steht, ein Teilchen von jenem großen Bleiklotz ist, der den Fortschritt unserer Klasse hemmt? Es ist **unser eigen Fleisch und Blut,** zu dem ihr morgen gehen sollt und da wird die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse sich nicht verleugnen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn die Werbearbeit freudig und gern geleistet wird. Wenn wenige bei der Parteiarbeit sind, mag den einen oder andern wohl Kleinmut beschleichen. Morgen aber nimmt jeder das Gefühl mit, daß zu gleicher Zeit mit ihm hunderte anderer Genossen für die Sache der Unabhängigen Sozialdemokratie tätig sind. Das gibt Zuversicht und Ausdauer. Unter den Augen der ganzen unabhängigen Partei, die morgen in Leipzig zusammentritt, wollen wir Elbinger uns schlagen und der hereinbrechende Abend soll uns als stärkste, als maßgebende Partei in Elbing finden. Treu unseren alten Grundsätzen gehen wir in den Kampf für uns und unsere Zukunft. Nieder die bürgerlichen Listen! Nieder auch die Liste der Scheinsozialisten! Nur einen Glutgedanken kennen wir morgen:

Liste Baude-Köhler!

Wahlversammlung der Nationalliberalen

In einer von der Deutschen Volkspartei nach dem Gewerbehause einberufenen Versammlung sprach Herr Generalsekretär Schütz über die Gemeindepolitik der Deutschen Volkspartei. Die Versammlung war zum größten Teil aus Arbeiterkreisen besucht. Einleitend meinte der Redner, die Deutsche Volkspartei sei die Partei der Zukunft, das beweise schon der starke Besuch der Versammlung. Redner führt weiter aus, daß nur durch die Wiedergesundung unseres Volkslebens eine gesunde Gemeindepolitik getrieben werden kann. Er glaubt das zu erreichen erstens durch eine großzügige Siedlungs- und Wohnungspolitik. Ferner durch Ausbau der internationalen Beziehungen mit Amerika, Rußland, England. Seine Aeußerung, Ludendorf wäre der erste gewesen, der eine großzügige Wohnungspolitik während des Krieges gefordert hätte, machte allgemeine Heiterkeit. Weiterhin verlangt er einen Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege und eine Schulreform in dem Sinne, daß der Klassenunterschied auch weiterhin gewahrt bliebe. Weiter stellte der Redner die Behauprung auf, daß Arbeitslose selbst für einen Tageslohn von 24 Mark keine Arbeit annehmen wollten.

Seine Ausführungen fanden den lebhaftesten Widerspruch der Versammlungsteilnehmer, die den Redner wiederholt zur Sache riefen. Ganz besonders bezeichnend für seine Ueberhebung war die Aeußerung, die Arbeiter hätten anscheinend nur die Schule für Minderbegabte besucht. Genosse Grunwald zerpflückte die Ausführungen des Herrn Schütz. Er stellte die Forderung auf, daß die Gemeinde neue Einnahmequellen finden müsse, um aus dieser ungünstigen Lage herauszukommen. Genosse Müller warf die Frage auf, was denn die bisherige Mehrheit, besonders für die armen Bevölkerungsschichten, getan haben. Eine treffende Antwort hierauf gäbe der Zustand der Straßen in der Vorstadt. Auf den Einwurf der Referenten, die U. S. P. wäre gegen eine friedliche Regelung von Wirtschaftsstreitigkeiten, stellt Müller fest, daß durch die Sabotage des Unternehmertums die Elbinger Arbeiter um Arbeitsgelegenheit gekommen wären. Genosse Köhler führte aus, daß die Arbeiter deshalb in gegnerische Versammlungen gehen, um immer wieder zu sagen, daß die Schuld an den jetzigen Zuständen die bürgerlichen Parteien tragen. In äußerst wirkungsvoller Weise trat der Genosse Baude dem Referenten entgegen. Er zeigte insbesondere an Hand der Wohnungsmisere in Elbing das Wirken der bisherigen Stadtverordnetenmehrheit. Das gleiche konnte Genosse Baude an Hand von Beispielen aus dem Elbinger Kreise nachweisen, in welch rücksichtsloser Weise selbst Behörden die heutigen Verdienste ihrer Arbeiter und Angestellten drücken. Seine Aufforderung, am Sonntag die Liste Baude-Köhler zu wählen, fand brausenden Beifall. In seinem Schlußwort sah sich der Referent gezwungen, unter der Wucht der vorgebrachten Beweise die Ausführungen des Genossen Baude zu bestätigen. Mit dem Rufe nach gemeinsamer Zusammenarbeit aller Kreise wurde die sehr interessante Versammlung geschlossen.

Heimtückische Gesellen

Ein anonymes Flugblatt von rechtssozialistischer Seite wird als „letztes Wort" an die Wähler verbreitet. Eingangs wird betont, der Feind stehe rechts. Dann aber werden drei Viertel des Inhalts benutzt, um die unabhängige Sozialdemokratie herunterzureißen. Es genügt zur Kennzeichnung des Machwerks der Hinweis, daß niemand den Mut besessen hat, seinen Namen unter den Wisch zu setzen. Wie tückische Ottern schleicht die Clique, die diesen Schwindel inszeniert, im Dunkel. So tief ist diese Sorte „Sozialisten" gesunken.

Unser letzte Appell

Im Volkshaus fand gestern Abend eine öffentliche Wählerversammlung der U. S. P. statt. Der große Saal war gedrängt voll, so daß die Zahl der Besucher wohl mit 2000 nicht überschätzt ist, die dem Vortrag des Genossen Baude lauschten. Das Thema „Das Gebot der Stunde" wurde von dem Redner dazu benutzt, die Stellung der U. S. P. gegenüber den übrigen Wahlkonkurrenten klarzulegen. Genosse Baude richtete einen letzten Appell an die Versammlung, sich sämtlich zur Verfügung zu stellen, um auch den letzten Wähler aufzurütteln und an die Wahlurne heranzubringen. Die unabhängige Liste muß am 30. November den Sieg davontragen!

Der Vorsitzende Genosse Köhler forderte anwesende Gegner auf, sich zum Wort zu melden, was aber nicht geschah. Genosse Grunwald unterstrich die Ausführungen des Vortrages, auch seine Worte waren ein Aufruf für die Liste Baude zu stimmen.

Genosse Döring wies auf die Enthaltsamkeitspolitik der Kommunisten hin, worauf Genosse Ritter die Kommunisten aufforderte, alle für die Liste Baude zu stimmen. Genosse Baude führte im Schlußwort den Kommunisten das verderbliche dieser Enthaltsamkeitspolitik vor Augen. Nur die Unabhängige Liste Baude zu wählen.

Zentrumspolitik

Vor einigen Tagen hatte das Zentrum seinen Heerbann in das Gewerbehaus aufgeboten. Seinem Kampfruf für die bevorstehende Wahl waren seine Getreuen, die zudem fast ausschließlich aus frommen Frauen und Mädchen bestanden, in nicht allzu großer Zahl gefolgt. Den Höhepunkt dieser glorreichen Versammlung bildete die Rede des bischöflichen Sekretärs Müller aus Frauenburg, die sich mit allem andern, nur nicht mit Kommunalpolitik befaßte. Bezeichnend für die Geistesverfassung der, nach dem Aeußeren zu urteilen, durch den Krieg wenig beeinträchtigten hohen Geistlichkeit war sein Vertrösten auf ein neues Völkermorden, das uns erst die wahre Freiheit bringen werde. Wozu hat der Papst die Völker ermahnt, Herr Müller? Vielleicht kommt auch eine Zeit, wo es etwas anders, als Sie meinen, heißen wird: „O Müller, wenn ich dein gedenk, dann zittert mir das Handgelenk!" Natürlich konnte es sich der geistliche Herr nicht verkneifen, unter dem Beifall der Zuhörer, den „lieben" Juden in allerdings recht platter Weise eins auszuwischen. Daß diese phrasengeschwollene, von Selbstbeweihräucherung umwölkte, üble Kriegshetzerrede selbst in dieser Versammlung ohne Widerspruch hingenommen wurde, war vor allem der bekannten Art des Versammlungsleiters, des Herrn Propstes, zu verdanken, der auf der Grundlage der Zentrums-„Demokratie" jeden Versuch der Auflehnung gegen die „gottgewollte" Autorität im Keime zu ersticken wußte. Das mögen sich also die Zentrumswähler merken, daß sie in einen neuen Krieg hineingetrieben werden sollen, wenn sie weiter am Gängelband ihrer Führer, dieser wahren Diener Christi, hertrotten.

Elbinger Polizeinachrichten

Im Schuhhaus Vulkan, Heilige Geiststraße, haben gestern abend drei junge Burschen eine Schaufensterscheibe eingeschlagen. Als die Verkäuferin abends gegen 10 Uhr nach Hause kam, sah sie einen der Burschen im Schaufenster stehen, der sofort die Flucht ergriff. Vorhandene Blutspuren weisen darauf hin, daß derselbe ziemlich starke Verletzungen, wahrscheinlich am Halse, davongetragen hat. Der Kriminalpolizei sind entsprechende Angaben erwünscht.

Passenheim's Festsäle!
Jeden Sonntag
Tanzkränzchen.

Kiefern-Brennholz
Kloben und Rollen
waggonweise und geschnitten liefert sofort
Chemische Fabrik Carl Warm
Fernruf 610.

Neu eröffnet!
Zigarren
Zigaretten
aus nur reinen Tabaken
sowie
Kautabak
und ff. Uebersee
Rauchtabak
empfiehlt allen
Parteigenossen
E. Noçon,
Inn. Marienburgerdamm 2

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich nach
Bergstr. 1
verzogen bin.
Gustav Lach,
Maßgeschäft für Herrengarderobe.

Adler-Apotheke
H. Reimann, Brückstr. 19
Lieferant sämtlicher Krankenkassen
Nervenstärkungsmittel
Frostmittel
Tierarzneien

Nach links und rechts schau Keiner mehr, Der Mittelstand wählt Oegmann-Zehr! Auch Du gehörst zum Mittelstand.

Pressekommission.
Montag, den 1. Dezember, abends 6 Uhr
Sitzung im Parteibureau.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Kaninchen
z. Schlachten z. kaufen gesucht
Aeuß. Marienburgerd. 20, I. l.

Elbinger Standesamt
vom 29. November.
Sterbefälle: Eigentümer August Faroß, 67 J. — Fleischermstr. Ernst August Rudolf Mühlradt, 55 J.

Ernst Doebel :: Schneidermeister

Spieringstraße 16

Empfehle **noch zum Weihnachtsfeste:**

Erstklassige Anzüge aus prima Friedenswaare

und Friedensfuttersachen zu billigen Preisen

Reparaturen — Umarbeitungen von Militär in Zivil

Fantasie-Westen

Neu eingetroffen: **Prima Gummimäntel**

Verlegung der Diensträume des Brenn- und Leuchtstoffamts.

Das Brennstoffamt (Ortskohlenstelle) sowie das Leuchtstoffamt (Heilige Geiststraße 28) sind am **Montag, den 1. Dezember** wegen Umzugs für den Verkehr mit dem Publikum **geschlossen.**

Die Geschäftsräume des Brenn- und Leuchtstoffamts befinden sich vom 2. Dezember ab **im Kasino (Ressource Humanitas) Pfefferstraße 1, unten links.**

Für den Verkehr mit dem Publikum sind sie in der Zeit von 9 bis 12 Uhr geöffnet.

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 1. bis 6. Dezember 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck G**
Dienstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck H**
Mittwoch: **Ausweiskarten mit dem Buchstabenaufdruck J**
Donnerstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck K**
Freitag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck L**
Sonnabend: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck M**

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 8. Dezember 1919 bis 4. Januar 1920;
2. **Fleischkarten** für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 8. Februar 1920;
3. **Fettmarken** für die Zeit vom 29. Dezember 1919 bis 28. März 1920;
4. **Vollmilchkarten** für Kinder bis zu 6 Jahren und Personen über 75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
4. **Magermilchkarten** für Kinder über 6—12 Jahren und Personen über 65—75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
6. **Nährmittelmarken** von Nr. 546 bis 585.
7. **Kinder-Nährmittel-Zusatzmarken** von Nr. 165—184.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Kartoffelausgabe

in der Woche vom 1. bis 7. Dezember 1919:
Marke Nr. 10 = 5 Pfd. Kartoffeln, Preis 1 Pfd. = 0,14 Mk.

Ferner darf in dieser Woche die Nachbelieferung der Marken Nr. 6—8, soweit auf sie s. Zt. nicht Brot oder Mehl als Kartoffelersatz gekauft worden ist, mit je **7 Pfd.** erfolgen.

Elbing, den 28. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Amerikanisches u. ungereinigtes Petroleum

gelangt markenfrei zum Verkauf bei:

Siegmuntowski Nachf., Alter Markt
Dobrik Nachf., Holl. Chaussee
J. A. Schulz, Georgendamm 1
Duwe, Fischerstraße 31
Albrecht, Wilhelmstraße
Barwig, Junkerstraße
Döring Nachf., Hindenburgstraße
Daniclowski, Aeuß. Mühlendamm
Albert Regehr, Leichnamstraße
May, Königsbergerstraße
Behrendt, I. Niederstraße 4
Esau, Heil. Geiststraße
Behrendt, Justine, Holländerstraße 7
Fietkau, Wasserstraße 24
Froese, Wilhelmstraße 61

Elbing, den 29. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Lebensmittel in der Woche vom 1. bis 7. Dezember 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln	5 Pfd.	Kartoffelmarke 10	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	0,70	0,14
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 138	—	—	bis Sonntag	Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 138	—	—	bis Sonntag	Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
Butter	50 Gramm	Fettmarke 36	—	—	ab Montag	Molkereien	0,65	6,50
Geschälte Hülsenfrüchte	1/2 Pfd.	Nährmittelmarke 532	1. 12.	H. Stach	2. 12.	Kaufleute	1,40	2,80
Marmelade	1/2 Pfd.	Nährmittelmarke 533	2. 12.	Fritz Wiebe	3. 12.	„	0,65	1,30
Maggisuppen in Paketen	1/2 Pfd.	Nährmittelmarke 534	3. 12.	Oscar Tennstädt (nach Bedarf)	4. 12.	„	verschiedene Preislagen	
Graupe	1/4 Pfd.	Kinderzusatzmarke 158	4. 12.	H. Stach	5. 12.		0,11	0,44
Gemüsekonserven (junge Erbsen	1/1 kg.-Dose	**markenfrei**	—	A. Goldack (nach Bedarf)	—		3,90 per Dose	
Rindfleisch*)	1/4 Pfd.	10/10 Fleischkarte	4. 12.	Schlachthof	5. 12.	Fleischer lt. Kundenliste	Kochfleisch 0,70	2,80
			5. 12.		6. 12.		Bratfl. 0,88	3,50
							Hackfleisch 1.—	4,—
amerik. Schweinefleisch**)	1/4 Pfd.		4. 12.		5. 12.		—	
					6. 12.			

In der obigen Woche gilt **Brotaufstrichmarke V** für 1/2 Pfund Marmelade, **Nährmittelmarke V** für 1/2 Pfund geschälte Hülsenfrüch 1/2 Pfund Maggisuppen in Paketen, erhältlich bei **Conrad John**, Alter Markt 8, **Bruno Winter**, Holl. Tor 5, **F. Plohmann Nachfl.**, Wasserstr. 63/

Elbing, den 29. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 1/4 Pfund ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.

**) Das Schweinefleisch gelangt zum Verkauf auf denselben Abschnitt der Reichsfleischkarte, auf den Rindfleisch verabfolgt wird, jedoch sind „K-Marken" von einer Belieferung mit Schweinefleisch auszuschließen. Der Preis für Schweinefleisch kann heute noch nicht aufgegeben werden, wird aber vor dem Verteilungstage bekannt gemacht, falls dasselbe rechtzeitig eintreffen sollte.

Nachlaß-Auktion.

Am Montag, den 1. Dezember,

werde ich infolge Auftrags **Johannisstr. 4, 1 Treppe, von 10 Uhr vormittags verschiedene Möbel, Haus und Wirtschaftssachen** öffentlich meistbietend versteigern. Die Sachen sind gebraucht, aber gut erhalten. Besichtigung eine halbe Stunde vorher.

Jakob Rosenthal,
Auktionator und gerichtl. vereid. Taxator,
Sturmstraße 9, II.

Hotel Stadt Elbing.

Jeden Sonntag

Konzert

sowie **humoristische Vorträge.**

Im Gartensaale

Großes Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Restaurant „Zur Theaterhalle"
(am Stadttheater)
empfiehlt seine Räume zum **gemütlichen Aufenthalt.**

Georgenhöhe.

Jeden Sonntag:
Unterhaltungs-Abend.
TANZ.

Gasthaus „Legan"

Jeden Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.

Empfehle mein reichsortiertes Lager in

Uhren u. Goldwaren

sowie

Musikinstrumenten aller Art

Wasserstrasse 87 **Georg Schmidt** Wasserstrasse 87

Reparaturen schnell und gewissenhaft.

Stadttheater Elbing

Sonnabend, den 29. Novbr.:
Auf allgemeinen Wunsch
Das höhere Leben
Komödie von H. Sudermann.
Sonntag, den 30. Novbr., nachmittags 3 Uhr:
Die verschwundene Pauline
Schwank in 3 Akten
Sonntag, den 30. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel John Röver
vom Luisentheater Königsberg
Der Graf von Luxemburg
Operette in 3 Akten v. Léhar
Montag, den 1. Dezember:
Gastspiel Herr Kammersänger Siewers-
Königsberg
Der Barbier v. Sevilla
Kom. Oper in 2 Akten von Rossini.

Für Qualitätsraucher

empfehle folgende Zigarettenmarken:

Schmollow .·. Albertina
Apis .·. Graf Dohna

hergestellt aus orientalischem Tabak.

Elbinger Zigarettenfabrik
Oswald Lindner.

Billige Zigaretten

eingetroffen bei

Georg Cohn,
Junkerstraße 43 und Johannisstraße 16.

Das letzte Wort an die Wählerschaft Elbings!!

Morgen wird der Wahlkampf entschieden werden!

Zehn Wahllisten werben um die Stimmen der Elbinger Wählerschaft!

Wer sind die Parteien, die sich darum bemühen, welche Leute stehen hinter ihnen? Was ist ihr Wollen und Können? — Diese Fragen sollen einmal untersucht werden.

Wer sind die Deutschnationalen? Diejenigen, die die eifrigsten Befürworter des Krieges und Unterdrücker des Volkes gewesen sind. — Die die Volksrechte jahrelang mit Füßen getreten haben! Die Nutznießer des schmählichen Dreiklassen-Wahlsystems! Die Kriegsgewinnler-Wucherer und Schieber, die nur stets ihre Interessen und nicht das Allgemeinwohl kennen! — Die sabotierenden Agrarier, die durch die Zurückhaltung ihrer Produkte das Volk aushungern! — Diese Leute sind die Gefolgschaft der Deutschnationalen Volkspartei! Darum Männer und Frauen! **Wählt nicht die Liste Diegner!**

Die Deutsche Volkspartei ist in ihrer Zusammensetzung und ihren Bestrebungen durchaus nicht besser. — Durch den Namen versuchen sie das Volk zu täuschen! Ihre Leute sind die früheren Nationalliberalen, deren Sündenregister wohlbekannt ist. Wähler und Wählerinnen! **Keine Stimme der Liste Habecker-Kantel!**

Die Zentrumsleute und ihre Partei sind die Alten geblieben. Sie sind die schärfsten Gegner der Einheitsschule, die den geistigen Aufstieg des Volkes und Staates bedeutet. Wähler und Wählerinnen! **Ihr vergeht euch an der Zukunft eurer Kinder, wenn ihr der Liste Polzien eure Stimme gebt!**

Die Deutsch-demokratische Partei enthüllt ihr wahres Gesicht, wenn sie den Frauen vortäuschen will, nur sie allein wahre die Rechte der Frauen. Sie hofft dabei auf die Unkenntnis der Frauen in politischen Dingen und erwartet dadurch ihre Kandidaten ins Stadtparlament hinein zu bekommen. Die politische Vergangenheit eines Teils dieser Leute müßte den Wählern und besonders den Frauen genug sein, sie nicht wieder ins Stadtparlament hineinzubringen! Sie haben in einer Wählerversammlung offen ausgesprochen, daß sie durch die Gründung ihrer Partei das Zustandekommen der sozialistischen Republik verhindert haben! Sie wollen auch verhindern, daß im Elbinger Rathause die sozialistische Mehrheit einzieht. Deshalb haben sie ihre Liste auf den Fang der Frauenstimmen eingerichtet. — Frauen laßt euch nicht zu diesen Zwecken mißbrauchen.

Stimmt nicht für die Liste Carstenn—Schiller!

Der sogenannte unpolitische Mittelstand und die Hausbesitzer vertreten nur Sonderinteressen und nicht das Wohl der Gesamtheit. Für Sonderinteressen ist kein Platz im Stadtparlament. Dort ist nur Arbeit zum Wohle der gewaltigen Volksmehrheit Elbings, der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums nötig. Sie sind gegen die Kommunalisierung der hier für geeigneten Betriebe und gegen die Wohnungsreform, die wichtigste Frage, die in Elbing der Erledigung harrt. Jahrelang haben sie es verstanden, aus kleinlichem Eigennutz den Bau von Wohnungen zu verhindern. Unser Kampf richtet sich nicht gegen den kleinen Eigentümer, sondern gegen den Wucher, der mit Grund und Boden getrieben wird. **Darum darf niemand für die Liste Lewinsohn und Wegmann-Zehr stimmen!**

Von den Beamten und Angestellten war es **eine große politische Unklugheit,** sich abseits von der Arbeiterschaft und ihren politischen Vertretungen zu stellen. Haben sie doch dadurch bewußt oder unbewußt das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit in Frage gestellt. Oder glauben sie dadurch ihre Interessen besser als bei einer großen Partei vertreten zu können? Beamte und Angestellte! Wir möchten euch davor warnen, so politisch unklug zu stimmen.

Nicht der Liste Winkler oder Vorfalt, sondern der größten politischen Partei Elbings der U. S. P. gebt eure Stimmen!

Die sogenannten Mehrheitssozialisten sind in Elbing recht bedeutungslos geworden. Ihre Taktik ist daher zur Desperadopolitik geworden, die nicht auf den Kampf gegen rechts, sondern gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gerichtet ist. Sie verlieren mehr und mehr dadurch an Anhängerschaft, solange sie Leute wie einem Noske, Heine, David und anderen schwer Kompromittierten Gefolgschaft leisten und dieser Schwund wird anhalten.

Darum gebt eure Stimme nicht der Liste Braun!

Nur die Unabhängige sozialdemokratische Partei

hat das Vertrauen der großen Elbinger Wählerschaft. In eigenen und der Gegnerversammlungen haben wir unser Kommunalprogramm klargelegt. Wir wissen, daß uns große Aufgaben im Stadtparlament erwarten, an die unbedingt herangegangen werden muß. Das Sein oder Nichtsein unserer Stadt und **vieler Tausend werktätig Schaffender,** hängt von unserer **zukünftigen Kommunalpolitik ab.** Diese so zu gestalten, daß sie allen Bevölkerungsschichten und der Stadt zum Segen gereicht, soll die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sein. **Darum darf niemand anders wählen als die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,**

nur die Liste Baude-Köhler!

Der Wahlausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Politik gehört nicht in die Stadtverordnetenversammlung.

Unpolitische Liste

des erwerbstätigen Mittelstandes.

1. **Wegmann,** Zimmermeister
2. **Zehr,** Vorsitzender des Innungsausschusses
3. **Ligowski,** Bäckermeister
4. **Ullrich,** Brauereibesitzer
5. **Paul Dück,** Mühlenbesitzer
6. **Alshut,** Kaufmann
7. **C. Steppuhn,** Kaufmann
8. **Wigand,** Kaufmann,
9. **Aug. Holzt,** Schlosserobermeister
10. **Franz Naumann,** Vors. des Gastwirtevereins
11. **Dietrich,** Fleischermeister
12. **Heinrich Esau,** Kaufmann
13. **Albert Krell,** Schneiderobermeister
14. Frau **Graudenz,** Schneiderobermeisterin
15. **Dittelbach,** Schornsteinfegermeister
16. **Herrmann,** Tischlermeister
17. **Vohlmeister,** Kaufmann,
18. **Voigt,** Goldschmiedemeister
19. **Lietz,** Ackerbürger
20. **Hermann Regier,** Kaufmann
21. **Kahlbeck,** Schneidermeister
22. **Paul Kuster,** Kaufmann
23. **Jaekel,** Fleischerobermeister
24. **Kahlweis,** Kaufmann
25. **Heinrich Penner,** Kaufmann
26. **Paul Raffée,** Glaserobermeister
27. **Heinrich Brandt,** Malermeister
28. **Adomeit,** Bäckermeister,
29. **Robert Radtke,** Schuhmachermeister
30. **Ed. Kusch,** Kaufmann
31. **Th. Brigmann,** Kaufmann
32. **Max Danielowski,** Kaufmann
33. **Carl Peicher,** Buchhändl., Vors. d. Det.-Vereins

Frauen des erwerbstätigen Mittelstandes, Ihr seid Geschäfts- und Hausfrauen!

Eine Frauenrechtlerin, die seit Jahren **einseitig** die Interessen der weiblichen Angestellten vertritt, ist **nicht** Eure Führerin!

Eure Interessen vertreten nur Männer Eures Standes, mit denen Ihr im Kampfe um das tägliche Brot und das Wohl Eurer Angehörigen aufs engste verbunden seid. Hütet Euch Hausfrauen vor Frauenrechtlerinnen, die Euer Heim vergewerkschaftlichen wollen.

Vertraut nur den Männern Eures Standes, das sind die Kandidaten der Liste **Wegmann-Zehr.**

Jede politische Partei von rechts und links entdeckt nur **vor** der Wahl ein warmes Herz für den Mittelstand, **nach** der Wahl wird der Mittelstand wieder vergessen. Durch diese Erfahrung sind wir klug geworden. Wir sind selbständige Gewerbetreibende und vertreten unsern Stand auch selbständig. Wir brauchen daher für den Mittelstand keine Vertretung von politischen Parteien, Beamten und Rechtsanwälten.

Fast alle Gewerbetreibenden besitzen ein Grundstück, daher ist auch die Vertretung des Hausbesitzes durch unsere Kandidaten gewährleistet.

Die Interessen **unseres Standes** sind auch die Interessen **unserer Stadt,** weil wir die bodenbeständige Bevölkerung bilden und die meisten Steuern aufbringen.

Nicht politische Parteiinteressen, sondern das Gesamtwohl der Stadt muß und wird der erwerbstätige Mittelstand energisch vertreten. **Männer und Frauen** des Mittelstandes — **einerlei ob Arbeiter, Handwerker, Kaufmann oder Angestellter** — schützt Euer Gewerbe und Euren Besitz vor Kommunalisierung und übermäßiger Besteuerung.

Die Liste **Wegmann-Zehr** kämpft mit aller Kraft gegen den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch unserer Stadt.

Antwort auf die Frage der Deutschnationalen: „Wie würde Hindenburg wählen?"

Wenn Hindenburg hier Gewerbetreibender wär',
Dann wählte er die Liste **Wegmann-Zehr!**

Nr. 33. **Beilage zur Elbinger Volksstimme.** Sonnabend, 29. November 1919.

Wird Rußland Frieden haben?

Von Toni Breitscheid.

Man findet sich in der Ententepolitik gegenüber Rußland nicht mehr zurecht. Amerika weigert sich, wenn man den letzten Nachrichten Glauben schenken darf, überhaupt mit einer bolschewistischen Regierung Rußlands zu verhandeln. Lloyd George erklärt, daß er sich auf Friedensvorschläge, die durch nicht offizielle Vermittler überbracht seien, nicht einlassen köune, ja er bestreitet, an Friedensverhandlungen gedacht zu haben. Das Angebot Rußlands, über das der englische Oberst Malone im Unterhaus sprach und das der Daily Herald im Worttaut veröffentlichte, lief am 15. November 1919 ab. Dabei schien es in der letzten Zeit, als habe England eine starke Schwenkung in seiner russischen Politik vollzogen, als sucht es eine Annäherung an Rußland oder zum mindesten doch einen Abschluß seiner Operationen in der Ostsee.

Die Ueberschriften der Artikel in der englischen Presse lauten bezeichnender Weise: „Was ist die britische Politik in Rußland?“ oder „Haben wir eine Politik?“ oder „Friede oder Krieg?“ und keines der Blätter beantwortet die selbstgestellte Frage oder ist auch nur in der Lage, eine begründete Vermutung über die Politik der nächsten Zukunft aufzustellen. Die liberale Presse erklärt, daß die bolschewistischen Bedingungen mit gewissen Aenderungen wohl annehmbar seien und sie würde es begrüßen, wenn der Intervention, vor allem aber der Blockade, die immer peinlichere Gefühle bei der denkenden Menschheit erweckt, ein Ende gemacht würde. Wird die Regierung jedoch diesem Wunsche folgen? Wird sie es überhaupt können, selbst wenn sie will, nachdem Amerika jede Verhandlung verweigert?

Dreihundert Millionen Mark hat das englische Unterhaus als letzte Unterstützungssumme an Herrn Denikin bewilligt. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß nicht andere Forderungen zur Bekämpfung Rußland zu gegebener Zeit erhoben werden, etwa zur Unterhaltung der Flotte in der Ostsee, zur Beschaffung von Kriegsmaterial und dergl.

Die englische Flotte hat mit der Beschießung von Kronstadt selbständig und sehr aktiv in den Kampf gegen Rußland eingegriffen und sowohl der Premierminister wie Herr Churchill haben sich nicht daruber geäußert, ob die Ausgaben für diese Zwecke fortgesetzt werden sollen oder nicht. Dagegen ist bestätigt worden, daß die Blockade, dieses verwerflichste aller Kampfmittel zunächst noch bestehen bleibt.

Aber wo ist das Ziel der ganzen Unternehmung zu suchen? Hier und da wird behauptet, und auch der Temps vertritt diese Meinung, die britische Regierung wolle um jeden Preis die Unabhängigkeit der Randstaaten Rußland gegenüber sichern. Die Sowjet-Regierung verpflichtet sich jedoch in ihrem Friedensvorschlag zur Anerkennung aller bisher auf russischem Boden gebildeten Regierungen, solange sie von ihren Bevölkerungen selbst anerkannt und gestützt werden. Vielleicht genügt der britischen Regierung diese Erklärung nicht. Fürchtet sie, daß nach dem Einstellen der Feindseligkeiten die bolschewistische Propaganda ungehindert in den Randstaaten eindringt und daß die Bevölkerung sich von ihr überzeugen läßt? Daß sie sich nicht von den angeblichen Greueln und dem „Terror“ abschrecken läßt, wenn sie die Wahrheit über Sowjet-Rußland hört und wenn sie Gelegenheit erhält, mit eigenen Augen die Wirkungen des bolschewistischen Systems zu prüfen? Glaubt sie etwa, daß ein Vergleich zwischen der Herrschaft der augenblicklichen Gewalten in den Randstaaten und der russischen Sowjet-Regierung in Rußland zugunsten der letzteren ausfällt? Fast sieht es so aus; aber dann muß die englische Regierung sich auf einen ewigen Krieg vorbereiten, denn diese Gefahr wird immer vorhanden sein. Dann muß sie vor der gesamten Welt erklären, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Phrase ist, die man anwendet, wenn es einem in den Kram paßt und die man achtlos in eine Ecke schleudert, wenn sie die praktische Politik hindert.

Zu diesem Schritt aber wird sich die Koalitions-Regierung kaum entschließen können. Denn das bedeutete nichts anderes als ihre Bankrotterklärung vor der ganzen Welt und ihren unvermeidlichen Sturz. Gerade aus ihrer unsicheren Stellung, aus der Unvereinbarkeit ihrer Theorie und Praxis müssen wir die schwankende Politik, die fortgesetzten Widersprüche ihres diplomatischen und militärischen Handelns zu begreifen suchen. Angst vor der Idee des Bolschewismus ist die Haupttriebfeder der englischen Politik in Rußland. Aus Angst unterstützte sie Koltschak und Denikin. Die Unterstützung wurde zurückgezogen, als man erkannte, daß das Ziel dieser beiden Gegenrevolutionäre die Wiederaufrichtung des zaristischen Absolutismus ist, die England ebenfalls verhindern will und muß. Eine bürgerliche Demokratie erscheint der Regierung Lloyd Georges als die beste Regierungsform für das russische Reich, weil sie von ihr erwartet, daß sie den Geist der Revolution niederhält und auf der anderen Seite die Durchdringung Rußlands mit frembem, d. h. englischem Kapital erleichtert und begünstigt werde. Die englische Regierung oder zum mindesten ein Teil ihrer Mitglieder glaubte dieses Ziel durch militärische Unterstützung der Gegner Sowjet-Rußlands erreichen zu können. Sie unterschätzte dabei die Kraft und den Selbständigkeitsdrang des russischen Volkes; sie führten das herbei, was zu vermeiden sie bestrebt waren: die Vereinigung aller sozialistischen Elemente zum Kampf gegen den internationalen Kapitalismus. Die Regierung hat sich in eine Sackgasse verrannt, aus der kein Herauskommen zu sehen ist.

Vielleicht erkannte Lloyd George eher als seine Mitarbeiter die Fehler, die bei der Beurteilung der Lage Rußlands gemacht wurden. Es wäre denkbar, daß er versucht hat, eine andere Richtung einzuschlagen, als die ersten Mitteilungen von dem Friedensanerbieten Lenins kamen, das so weit ging, ausländischen Unternehmern unter bestimmten Sicherheiten die Erwerbung von Konzessionen und die Ausbeutung gewisser Bodenschätze zu gestatten. Er fühlte sich damals im Anfang des Jahres 1919 nicht stark genug, seinen Willen im Kabinett durchzusetzen. Die Erweiterung des Kabinetts, in dem Lloyd Curzon zweifellos mehr auf der Seite Lloyd Georges als auf der Winston Churchills steht, bot ihm eine neue Möglichkeit zur Schwenkung, die er sofort ergriff. Die in der letzteu Zeit hartnäckig sich haltendenden Gerüchte von nahe bevorstehenden Verhandlungen mit Rußland können nicht vollkommen aus der Luft gegriffen sein.

Sollte auch dieser zweite Versuch durchkreuzt werden? Will Amerika wirklich die Schuld auf sich laden, den Frieden zu verhindern und Tausende von Menschen täglich dem Tode opfern? Findet sich keine Macht, die stark genug ist, der Schlächterei und dem Hungerkrieg Einhalt zu gebieten?

England wird sich ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob es sich der Weigerung der Vereinigten Staaten unterwerfen will. Gewiß hat Amerika starke Pressionsmittel. Es ist der Gläubiger der ganzen Welt. Auf der anderen Seite aber muß sich Lloyd George sagen, daß die Fortführung der Russenpolitik, wie er sie bisher getrieben hat, England keinen Nutzen bringt, sondern große Opfer auferlegt, daß sie immer weitere Kreise empört und daß dieser Unmut sich nicht dauernd niederhalten läßt. Im Unterhaus hat die Regierung vorläufig noch eine gefügige Majorität; aber die Lebensdauer des Parlaments hat ihre Grenzen und wenn England in die Wahlen geht mit dem Ruf: Friede mit Rußland, Fort mit der Schande der Hungerblockade, so dürfte wahrscheinlich die Zusammensetzung des Unterhauses nach den Wahlen eine wesentlich andere sein.

Alles das ist Lloyd George nicht unbekannt. Er ist in einer unbequemen Lage. Die nächsten Wochen schon werden zeigen müssen, welchen Weg er einlchlagen will. Hier hilft kein Drehen und Wenden. Hier muß klar entschieden werden zwischen einer Politik der Verständigung mit Rußland, die zugleich den Interessen des englischen Kapitals dienen würde und der Unterwerfung unter den Willen Amerikas.

Was die englische Arbeiterschaft für die russische Revolution getan hat

Philipp Snowden ist unzufrieden mit der englischen Arbeiterschaft. Er wirft ihr Gleichgültigkeit und Schwäche gegenüber der englischen Russenpolitik vor und fordert sie zum Handeln auf. Die milden Proteste im Unterhause genügen nicht, jeden Demokraten müsse Scham und Demütigung überkommen, wenn er die zögernde Haltung der Arbeiterpartei sehe.

Im Labour Leader, dem Organ der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei) gibt Snowden eine Geschichte der Arbeiterproteste gegen die russische Politik der Regierung. Die Arbeiterpartei unternahm trotz mehrfacher Anregungen einzelner Mitglieder nichts bis Ende des Jahre 1918. Erst nach den Wahlen im Dezember richteten die Exekutive der Arbeiterpartei und das Parlamentarische Komitee der Gewerkschaften einen höflichen Brief an den Ministerpräsidenten, in dem sie ihn aufforderten, die britische bewaffnete Macht zu dem frühest möglichen Zeitpunkt aus Rußland zurückzuziehen. Darauf erfolgte keine Antwort. Ein zweites Schreiben wurde bestätigt, aber auch nicht beantwortet.

Am 3. April forderte dann eine außerordentliche Arbeiterkonferenz auf Antrag der Bergarbeiter die sofortige Zurückziehung der Truppen. Das Parlamentarische Komitee der Gewerkschaften weigerte sich jedoch, ein entsprechendes Memorandum dem Premierminister vorzulegen. Es wartete noch auf die Beantwortung des Briefes vom Dezember! — Im Juni wurde auf der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei in Southport eine entschiedene Resolution gegen die russische Intervention mit 1 898 000 gegen 933 000 Stimmen angenommen und das Parlamentarische Komitee ersucht, durch die politische und industrielle Macht der Arbeiterklasse einen Druck auf die Erfüllung der Forderung auszuüben. Die Regierung behandelte diese Resolution, wie alles frühere mit Mißachtung. Britische Truppen, Waffen, Schiffe gingen weiter nach Rußland.

Der Gewerkschaftskongreß in Glasgow im September forderte gegen nur 2 Stimmen das Parlamentarische Komitee auf, „von der Regierung die sofortige Zurückziehung der Truppen zu verlangen und, falls diese Forderung nicht erfüllt werden sollte, die sofortige Einberufung eines besonderen Gewerkschaftskongresses, um zu entscheiden, welche Aktion unternommen werden solle.“

Zwei Monate sind seitdem vergangen. Das Parlamentarische Komitee hat nichts getan und Snowden stellt fest, daß aus dem offiziellen Bericht über das Interview des Parlamentarischen Komitees mit Lloyd George über die Nationalisierung der Bergwerke hervorgehe, daß der Premierminister erwartet habe „daß die Deputation die russische Frage anschneiden werden.“ Er habe seine Ueberraschung ausgedrückt, als ihm erklärt wurde, daß sie nicht beabsichtigt, und auf seine Frage, wann er eine Deputation in dieser Angelegenheit erwarten dürfe, die Antwort erhalten, daß sie vielleicht noch einmal wiederkommen würden.

So stehen die Dinge jetzt. Die Agitation gegen die russische Intervention sei vollkommen den freien Liberalen überlassen worden. Die Arbeiterpartei habe sich als feige und verächtlich erwiesen.

Snowden fordert auf, zu handeln, ehe es zu spät sei. Das Vorsagen des Parlamentarischen Komitees schreie nach der direkten Aktion von seiten der Gewerkschaften. „Die englische Demokratie kann die russische Revolution retten. Wenn die russische Revolution überwunden wird, so bedeutet das die Niederlage der Demokratie überall.“

Inzwischen hat die Regierung erklärt, daß die Truppen zurückgezogen werden und daß die gegenrevolutionären Generale nicht mehr unterstützt werden sollen. Aber die Blockade bleibt bestehen. So bleibt auch noch eine Aufgabe für die englische Arbeiterschaft; niemand anders als sie kann sie lösen.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

33]

So war sie im Handumdrehen weich und milde geworden, verschönt und verjüngt von einem lieben Wort, das er, eben jetzt, da er sich von ihr für immer abzuwenden im Begriff stand, ihr wie ein letztes Almosen hingeworfen

Wieder ging eine große Selbstanklage durch sein gequältes Herz. Wie — wenn ich in all den Jahren etwas freigebiger mit solchen Geschenken gewesen wäre? Hätte ich dieser Frau öfter solch ein liebes Wort gegönnt — sie müßte heute eine andere sein. Dieses Glückslächeln um den Mund für ein gutes Wort von ihm verjüngte sie, zauberte alle herben Falten um ihre schmalen, ungeküßten Lippen fort. Seine kühle, kalte, nüchterne Sachlichkeit, mit der er seit Jahrzehnten ihr begegnete, alles dieses war es, was die Frau vorzeitig zur blassen, blutleeren Matrone gemacht, alles dieses, was er an ihr gesündigt, hatte sie gar zu rasch und grausam des letzten Reizes einer begehrten Frau beraubt . . .

Ja — auch dieses trieb ihn von ihr — auch dieses jagte ihn nun aus seinem eignen Hause wie mit Rutenhieben, daß er die Zentnerlast der Schuld nicht länger schleppen konnte, die er ihr gegenüber auf sich gehäuft.

Grauenhaft sind die Rechnungen, die Schuldsummen, die das Zusammenleben zwischen Mann und Frau in langen Jahren oft auflaufen läßt Jordan stöhnte unter dieser Last. Sie erdrückte ihn.

Fort — fort — fort — schrie es in ihm.

Ein Ende dieser Tortur!

Weg von diesen schrecklich drohenden Zeugen seiner Versündigung . . .

Nahm diese Martermahlzeit denn heute gar kein Ende?

Er blickte verstört nach der Tür seines Arbeitszimmers, als locke hinter dieser der Weg zur Flucht, zur Befreiung aus namenloser Qual . . .

Endlich — endlich — der Nachtisch — das Gebet . .

Jordan sprang auf, verneigte sich gegen seine Frau und ging mit schwerem Schritt in sein Arbeitszimmer.

Als die Tür sich hinter ihm geschlossen, atmete er tief auf. Er hatte ein Gefühl, als öffne eine Kerkertür sich vor ihm.

Der Weg zur Flucht war frei.

Wollte er fliehen?

Ja.

Wovor?

Vor seinem bisherigen Leben, das ringsum in Trümmer sank.

Fliehen? Wohin?

In ein neues Leben .

Bei Rosalinden litt es ihn nicht mehr. Im Amte litt es ihn nicht mehr. Seine Vergangenheit lag hinter ihm wie etwas Abgeschlossenes; etwas Neues kam. Das sah er wohl. In dieses Neue wollte er sich nun stürzen. Die Brücken brachen hinter ihm. Es gab kein Zurück. Und was ihn in letzter Stunde seiner Frau gegenüber so weich gemacht, das war der Abschied gewesen, jetzt sah er es — der Abschied für immer . . .

Lebewohl, lebewohl — Rosalinde

Er ging zur Tür.

Wohin, Jordan, wohin?

Zu Herta.

Sie war das neue Leben. Mit ihr wollte er fort, in die Welt hinaus, auf Reisen, fort aus allen Umständen, Verhältnissen und Beziehungen, die ihn hier einengten. Er war reich, seine Mittel flüssig genug, solch eine Existenz zu führen. Rosalinde besaß Hinreichendes, um allein sorgenlos weiterzuleben, wie sie es gewöhnt war. Die Bahn vor ihm lag frei — nun also vorwärts . . .

In ein Leben voll Glück und Rausch hinein. Paris, Konstantinopel, Neuyork — die ganze prangende Welt lockte da draußen. Ein Leben sollte anheben zwischen Luxuszügen, Salondampfern, Gesellschaftsreisen, hinaus in die bunte Märchenphantastik der Welt. Der Flug ins gleißende Glück hinein an der Seite einer jungen, strahlend schönen Gefährtin. Auch sie mußte das locken. Ohne Frage.

Jetzt — jetzt endlich — an der Schwelle seines Lebensniederganges kam er dazu, etwas aus diesem Leben zu machen.

Hinaus denn also, fort .

Mit einem Satze war er aus seinem Arbeitszimmer, schlüpfte in die Diele, tastete im Dunkeln nach Rock und Hut — und husch — hinaus.

Er schlug sogar die Entreetür geräuschvoll zu wie in der Auflehnung gegen dieses leise Hinausschleichen. Aber die Treppen jagte er doch rasend rasch hinunter, um nicht von Rosalinden zurückgerufen zu werden. Er warf sich in ein Auto und fuhr zu Hertas Wohnung. Schon als er vor dem Hause ausstieg, sah er, daß das Erkerfenster ihres Salons im dritten Stock dunkel war. — Es war etwas nach sieben Uhr abends.

Vielleicht schlief sie noch. Jordan stürmte die Treppen hinauf und klingelte. Die fürchterliche Person, die ihm heute nachmittag geöffnet hatte, erschien wieder, noch immer in der gleichen widerlich unsauberen Matinee mit dem grünen Unterrock. Sie zog sich anscheinend aus Prinzip niemals völlig an. Sie hatte ein etwas mokantes Lächeln um den gemeinen Mund, als sie in Jordan den Besucher von heute nachmittag wiedererkannte.

Da er von der Erstürmung der Treppe ganz atemlos war, sagte die Frau: „Sie wünschen zu Fräulein Herta?“

„Ja.“

„Das Fräulein ist fort. Ist nicht zu Hause.“

Jordan erschrak. An diese Möglichkeit hatte er nicht im entferntesten gedacht.

„Wissen Sie, wo sie ist?“ Seine Stimme zitterte.

Ein Lächeln verzerrte das Kupplerinnengesicht bei dieser Frage.

„Nein. Keine Ahnung. Aber — vielleicht — vielleicht bei ihrem Vater . . .“ Ein frech prüfender Blick in Jordans Gesicht überzeugte das Weib davon, daß sie hier einen ganz Dummen vor sich hatte, einen wenigstens, der im Punkte dieser Herta ein Idiot war und dem man alles — einfach alles vorreden konnte.

„Wann kommt denn das Fräulein des Abends gewöhnlich zurück?“

Die Alte hob die Hand über die Augen und wandte sich ab. Sie konnte ihr Lächeln nicht unterdrücken.

„Na — gewöhnlich — so um halber neune“, sagte sie leichthin, „gegen neune zum Abendbrot.“

„Danke,“ entgegnete Jordan und lüftete den Zylinder.

Ob sie etwas bestellen könnte, fragte die Alte.

Er würde gegen neun Uhr wiederkommen, entgegnete Jordan, grüßte und ging, während die Alte zu einer krank im Bett liegenden anderen Mieterin stürzte, um ihr diese Unterhaltung mit dem „alten Schafskopf“ brühwarm aufzutischen. Sie kreischten vor Vergnügen, die beiden Weiber. Jordan sah auf die Uhr — es war einviertel acht.

(Fortsetzung folgt.)

Unsere Läger bieten **grosse Auswahl in allen Abteilungen.** Wir empfehlen besonders

schwere Winterpaletots, Winterjoppen

Anzüge und Hosen

fertig vom Lager und nach Mass **bei billigster Preisberechnung**

Gebr. Lublinski :-: Elbing

Möbelfabrik Klinger

Neustädt. Schmiedestraße 12/14

empfiehlt vom reichhaltigsten Lager:

Kompl. Küchen von Mk. 350.— bis Mk. 950.—
Waschtische, aufklappbar Mk. 45.—
Nachttische, in jedem Farbton Mk. 40.—
Stühle von Mk. 28.50 ohne Polsterung,
Stühle von Mk. 36.— mit Polsterung **in großer Auswahl**
Sofas in friedensmäßiger Verarbeitung und Ia Bezügen von Mk. 475.— an
Chaiselongues aus nur gutem Material von Mk. 280.— an
Tische mit und ohne Züge, und alle andern Möbel

Verkaufsstellen: Neust. Schmiedestr. 12/14 und Filiale Junkerstraße 19

Reelle Bedienung. **Prompte Lieferung.**

Reklamepreis

nur **19.50**

Nachts leuchtend nur 4.50 M. mehr

Nur **19.50** kostet diese echte **deutsche Herren-Ankeruhr,** 30 stünd. Werk, genau reguliert.
Dieselbe Uhr mit Charnier echt Goldrand nur M. **24.00**
Panzerkette . . M. **1.00**
echt versilbert . M. **2.00**
echt vergoldet . M. **4.00**
Uhrkapsel nur . M. **0.75**
Armbanduhr mit Riemen . M. **37.50**
mit Leuchtzahlen nur M. **39.00**

Uhren-Müller, Berlin, Tempelhof 45, Friedrich-Franzstraße 14.

Kluge Eheleute, Frauen

verlangt kostenlos illustr. auftl. Preislisten vom **Sanitätshaus E. Golde, Torgau** (Elbe).

Ratsapotheke

Schmiedestr. 3.

Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.
Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel,
:: **Verbandstoffe und Drogen** ::

Freude und Jubel in jeder Familie

erweckt zur **Kürzung der Langeweile** ein gut spielender

Sprechapparat mit neuesten **Platten.**

Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung

Elbinger Platten-Centrale **Hans Tischmann**

Möbelhaus G. Maltenfort

Alter Markt 5

offeriert

Möbel

sehr preiswert.

Besichtigung meiner Läger lohnend.

Speisezimmer — Herrenzimmer
Schlafzimmer — Wohnzimmer

Einzelne Möbelstücke

Kleiderschränke, Vertikos
Bettstellen mit Matratzen
Tische, Stühle, Sofas, Chaiselongues
Umbauten, Flurgarderoben
Spiegel, Bilder, Waschtoiletten, Nachttische

Ferner empfehle in **reicher Auswahl**

passend für **Weihnachts-Geschenke:**

Frisiertoiletten, Truhen, Gondeln, Hocker
Notenständer, Klaviersessel, Teetische usw.

Neu eingetroffen:

Künstlergardinen, Gobelins
Tischdecken in Seide und Wolle

Auf Wunsch Zahlungserleichterung
Kriegsanleihe nehme in Zahlung

Kaufmännische Privatschule

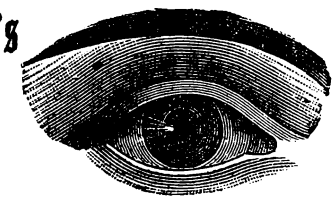
von

R. Mrongovius

Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.

Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten
sowie in **Polnischer** u. **Russischer** Sprache

Geht's Dein Aug' an



Geh' zu Müller 'ran

Optische Centrale, Elbing,

Fischerstraße 32/33. **Fernruf 987.**

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen

für Stadt und Land.

Verwendung nur erstklassiger Materialien.

An- und Verkauf von Motoren jeder Spannung,

Akkumulatoren und Dynamos.

W. Blank, Elbing

Wittenfelderstraße 24b. **Telephon 938.**

Besuche und Kostenanschläge unverbindlich.

Beschäftigungs- und Gesellschaftsspiele,

Bilderbücher, Jugendschriften, Märchenbücher in großer Auswahl.

S. Marcus, Papierhandlung,

Alter Markt 63. Fernruf 953.

Vorsichtige Männer
Aengstliche Frauen

befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürl. Beschränkung d. Kinderzahl. Unzähl. Anerkennungen. Geg. Voreinsendung von M. 1,— franko u. verschl. vom **SANITAS-DEPOT, Abt. 33, Charlottenburg 5.**

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

F. Fitkau Nachf.

Am Markttor.

Billigste Bezugsquelle in:
Geschäftsbüchern, Schulartikeln, Lederwaren.
Gesellschaftsspiele:
Mensch ärgere Dich nicht, Der verhängnisvolle Topf usw.
Sämtliche Artikel für **Tanzbelustigungen, Saalpostkarten,**
großer Posten **Weihnachts- und Neujahrskarten**
für Händler und Hausierer, sowie sämtliche **Papierwaren jeder Art.**

Mehrere

Handharmonikas

billig zu verk. Fleischerstr. 17.

Ein Ueberzieher

für kleine Figur zu verkaufen, Preis 60 Mk. Kreuzstr. 17.

Eine Waschfrau

sofort gesucht
Gr. Hommelstraße 19.

Frau oder Mädchen

zum Stubenreinigen gesucht. Meld. Sonntags v. 10—11 Uhr. Gr. Zahlerstr. 20, 2 Trp. links.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 34 | **Montag, den 1. Dezember 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Polen beschlagnahmt Gold und Silber. Eine Breslauer Depesche meldet, daß in ganz Polen die Bankschließfächer polizeilich versiegelt wurden. Gold, Silber und ausländisches Geld sind beschlagnahmt worden. Als Grund für diese aufsehenerregenden Maßnahmen ist die Hebung der polnischen Valuta angegeben worden. Wie weitere Nachrichten aus einwandfreier Quelle besagen, spitzen sich die Brot- und Kohlenknappheit in Polen derart zu, daß eine Katastrophe nahe bevorsteht. Das gesamte polnische Ministerium soll zurückgetreten sein.

Zur Verhütung des Sozialismus. Die „sozialistische" Regierung des Deutschen Reiches, die nur noch Anhänger in Arbeiterkreisen hat, weil sie den Arbeitern immer wieder erzählt, daß sie den Sozialismus wolle, schloß mit der Ilseder Hütte einen Vertrag, der auf der letzten Generalversammlung mit folgender Erklärung angenommen wurde: „In der Erwägung, daß der mit dem Reiche vorgesehene Vertrag als das einzige Mittel erscheint, um der endgültigen Verstaatlichung zu entgehen, dieser aber für die Allgemeinheit kein Vorteil (?) und für die Aktionäre ein schwerer Nachteil wäre, nimmt die Versammlung von dem Vertrage trotz schwerer Bedenken zustimmend Kenntnis."

Kommentar überflüssig!

Angst vor Deutschlands Staatsbankrott. Aus dem Haag wird der Dena gedrahtet: Die in Holland aufgespeicherten Mengen deutschen Geldes und die Befürchtungen, daß Deutschland durch die Unmöglichkeit, die erste Rate der Kriegsentschädigung pünktlich zu zahlen, zum Staatsbankerott gezwungen werden kann, sind derartig groß, daß die deutsche Mark bereits für Ende Januar zu einem Kurs von 5 Gulden für 100 Mark zum Verkauf angeboten wird.

Todesstrafe für Schieber. In Polen ist für jede Veruntreuung von Eigentum der Militärverwaltung die Todesstrafe festgesetzt, da das Schiebertum derart um sich gegriffen hatte, daß dem Staat Millionenwerte fast täglich verloren gingen. Wie jetzt berichtet wird, hat ein polnisches Kriegsgericht das erste Todesurteil gegen einen Unterleutnant und eine andere Person gefällt, weil sie für nicht ganz 3000 Mark Heilmittel veruntreut haben.

Detachement Roßbach aufgerieben. 4000 Mann deutscher Truppen, die von Mitau aus den Bermondtschen Truppen zu Hilfe eilen wollten, wurden vollständig aufgerieben. Unter ihnen soll sich das Detachement Roßbach befinden. Ueber Stockholm wird gemeldet, daß die russische Westarmee zu existieren aufgehört habe. Die Trümmer flüchteten in grenzenlosester Unodnung.

Die Sieger „verbieten". Wie die P. P. N. erfahren, wurde die Verbreitung folgender Zeitungen und Zeitschriften im besetzten Gebiet verboten:

Im französisch-besetzten Gebiet: das Freie Wort (dauernd), 20. Jahrhundert, Frankfurter Zeitung (bis 11. Febr. 1920), Die neue Rheinische Korrespondenz (dauernd).

Im belgischen Besatzungsgebiet: die in Aachen erscheinende sozialdemokratische Freie Presse.

In den Kreisen Eupen und Malmedy: die Preußische Lehrerzeitung, daß Kölner Tageblatt.

Landarbeiterstreik. Die Ostsee-Zeitung meldet aus Greifswald: Im Landkreise Greifswald ist ein Streik der Landarbeiter ausgebrochen, der heute bereits 17 Güter umfaßt.

2000 Gewehre beschlagnahmt. Auf dem Hauptbahnhof Dortmund wurde ein Waggon mit 2000 Gewehren zweifelhafter Herkunft entdeckt. Anscheinend sollten sie verschoben werden. Es erfolgte Beschlagnahme.

15 Millionen Brandschaden. Aus Prag wird gemeldet, daß die Zuckerfabrik M. B. Toller in Sedlitz abgebrannt ist. Der Schaden wird auf 15 Millionen Kronen geschätzt.

Strafantrag gegen die Freiheit. Der Oberstaatsanwalt in Berlin hat gegen den verantwortlichen Redaktour der Freiheit wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Weißmann und des Staatsanwalts Zumbroich, enthalten in der Montagabendausgabe des Blattes, Strafantra gestellt. Die Freiheit erklärt, das Strafverfahren komme ihr sehr gelegen.

Die Treppe heraufgefallen. Der Oberstleutnant Herrgott, der vor einigen Wochen aus München abberufen wurde, weil die Rechtssozialisten gegen seine dortige Wirksamkeit, seine nationalistische Propaganda und seine Opposition gegen die Politik der bayerischen Regierung protestiert hatten, ist nach einer Mitteilung der Täglichen Rundschau nunmehr als Referent des Reichswehrministeriums (!) nach Berlin berufen worden. Damit ohrfeigt, wie die Freiheit bemerkt, Noske seine eigenen Parteigenossen.

Wieder ein Zeitungsverbot. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der Oberbefehlshaber auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bis auf weiteres den Druck und den Vertrieb der Druckschrift Die Kommunistische Internationale, Verlag und Herausgeber: Rote Fahne, Berlin, verboten.

Viehseuche in der Schweiz. In einzelnen Teilen der inneren Schweiz wütet unter dem Rindviehbestande die Maul- und Klauenseuche. Ganze Ortschaften sind vom Verkehr abgesperrt. Viele Hunderte von Milchkühen mußten zwangsweise geschlachtet werden. Im Kanton Bern wurde zu diesem Zwecke ein militärisches Metzgerdetachement aufgeboten. Der Schaden ist enorm. Die Milchzuteilung an die Verbraucher erfährt weitere Einschränkungen unter gleichzeitiger Erhöhung der Preise.

Ein Volksgericht

Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme. So sagt man ja wohl. Nun, Elbings Volk hat gesprochen. **Und dieses Urteil ist ein glänzendes Vertrauensvotum für die Unabhängige Sozialdemokratie und eine entschiedene Absage an alle anderen Parteien einschließlich des Rechtssozialismus.** Bei der Nationalversammlungswahl wurden in Elbing Stimmen abgegeben: Liste Leu (unabhängig) 14229, Liste Gehl (mehrheitssozialistisch) 8059, Liste Weinhausen (demokratisch) 8103, Liste Schümmer (Zentrum) 3207 und Liste Schultz (konservativ) 2752 Stimmen. Jetzt entfielen auf die unabhängige Liste **13979** Stimmen, auf die rechtssozialistische **2427**, auf die demokratische 1118, auf die Zentrumsliste 2469, auf die konservative 1918 und auf 5 andere bürgerliche Listen zusammen 7386 Stimmen. Die Zahlen mögen sich hie und da um ein geringes verschieben. Das Gesamtresultat aber steht mit flammenden Lettern am Himmel geschrieben als weithin leuchtendes Fanal: **Elbing hat eine sozialistische Stadtverordnetenversammlung.** Eine sozialistische Stadtverordnetenversammlung, **in der die Unabhängige Sozialdemokratie tonangebend ist!**

So ist der Wille des Volkes. Klar und unzweideutig hat es ihn ausgesprochen. Niemand vermag davon etwas wegzutifteln. Alle andern Parteien außer der unabhängigen Sozialdemokratie zerbröckelten im Feuer des Wahlkampfes. Die unabhängige Sozialdemokratie bestand die Probe wie ein im Feuer gehärteter Stahlblock. Die Demokratie und der morsche Rechtssozialismus sind für Elbing erledigt. Hermann Schulz, M. d. N., wird in Zukunft seine faulen Demagogenkünste anders wo hintragen können. Das Elbinger Proletariat verlangt klare und entschiedene Politik. Die unabhängige Sozialdemokratie wird künftig die Politik des Rathauses machen. Jede andere Fraktion schrumpft neben ihren 29 Sitzen zum Zwerg zusammen.

Für immerdar wird der 30. November 1919 ein geschichtliches Datum für unser Elbing sein. Dieser Tag besagt, **daß Elbings Arbeiter sich mündig sprachen** und ihr Geschick in die eigne Hand nahmen. Die Zeit des Kritisierens ist vorbei. Jetzt kommt die Zeit **des Aufbaus, des posttiven Schaffens.** Bergehoch mögen sich die Schwierigkeiten häufen. Doch wir werdens schaffen. Die alten Parteien vermochten keinen Ausweg aus dem Wirrnis zu finden. Nun erscheinen **neue Männer.** Mit trotzigen Stirnen und steifem Nacken. Elbing hat ein Jahr auf die Stadtverordnetenwahl warten müssen. Mit Zähneknirschen trugens die Arbeiter. Sie haben nicht geputscht. Sie wußten, Noske wartete nur darauf, seine Söldlinge nach Elbing zu schicken und die Freiheitssaat niederzutrampeln. Der Tag der Abrechnung mußte kommen. Und er kam. Die alte Zwingburg liegt in Trümmer geschmettert von den Arbeiterfäusten. Genossen, Deutschlands Arbeiter blicken mit Bewunderung auf das rote Elbing. Dank allen denen, die in opferwilliger Wahlarbeit diesen herrlichen Sieg vorbereiten und erkämpfen halfen. Er wird seine Früchte tragen. Elbing soll eine Musterstadt werden und den Nachbargemeinden Vorbild sein im Aufstieg zu einer höheren nnd schöneren Kultur. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. Jetzt und immer.

* * *

Gewählt sind nach unseren bisherigen Berechnungen:

Unabhängige Liste:
Baude, Köhler, Grunwald, Dr. Ernst Kranz II, Ehefrau A. Baude, Vogel, Paetz, Müller, Kühn, Perschon, Lange, Rudnitzki, Erbien, Poschadel, Wilki, Recht, Schmidt, Heß, Kinski, Krüger, Groß, Hellwig, Harwardt, Dangel, Wiewrodt, Frau Harwardt, Hippler, Döring, Gottschalk.

Mehrheitssozialisten:
Braun, Zech, Finsel, Kositz, Krickhahn.

Konservative:
Diegner, Borchert, Emma Wilke, Funk.

Beamtenliste:
Winkler, Zwarg, Becker.

Hausbesitzer:
Lewinsohn, Quintern, Droese.

Arbeitsgemeinschaft:
Vorfalt, Graske, von Weber, Cordes.

Demokraten:
Ella Carstenn, Schiller.

Zentrum:
Polzien, Nitsch, Gehrmann, Dargel, Wetzki, Schulz.

Mittelstandsliste:
Wegmann, Zehr, Ligowski.

Nationalliberale:
Habecker.

Es ist vor Ermittlung des amtlichen Wahlresultats nicht möglich, genau festzustellen, wie sich die 19 Mandate der vereinigten bürgerlichen Liste verteilen. Eine kleine Verschiebung mag eintreten. An dem Gesamtbild wird nichts geändert.

Durchgefallen sind von bekannten Personen: Hermann Schulz, M. d. N. und Otto Peter, Redakteur und Mitglied der preußischen Landesversammlung, A. Grabowski, Stadtrat, (Mehrheitssozialisten), Gottfried Nachtigall, Landwirt, Max Schnee, Postdirektor, (Konservative), Stadtbaumeister Pillarz, (Beamtenliste), Fleischermeister Bartel, (Hausbesitzer), Fabrikdirektor Pamperin, Zimmermeister Jebens, Dr. Kranz I (Demokraten), Schneidermeister Albert Krell, Kaufmann Regier, Kaufmann Danielowski, (Mittelständler), Fabrikbesitzer Kommnick, Landrichter Dr. Bessau, Obermeister Wurch, (Nationalliberal).

Der rechtssozialistische Schiebersumpf

Die Berliner Enthüllungen gehen weiter. Scheidemann hatte in seinen Auslassungen in der Presse erklärt, daß die zum Fall Parvus-Sklarz veröffentlichten Schriftstücke zum Teil erlogen, zum Teil gefälscht seien. Demgegenüber veröffentlicht die B. S.-Korrespondenz eine Anzahl Dokumente, die die Mitwirkung der Regierung bei dem Vertrieb des von der Firma Parvus-Sklarz (Verlag für Sozialwissenschaft) in großen Mengen hergestellten „antibolschewistischen" russischen Kalenders illustrieren. Wir lassen diese Dokumente folgen:

1. **Die Reichsregierung**

Berlin, den 3. Februar 1919.

Die Verlag für Sozialwissenschaften hat **eine Million russischer Kalender** fertiggestellt, deren Ausfuhr nach Rußland in deutschem Interesse liegt. Alle Militär- und Zivilbehörden werden daher gebeten, bei der Beförderung dieser Kalender jede Hilfe zu leisten, besonders auch bei dem Bahntransport.

gez. Ph. **Scheidemann.**
L. S. der Reichskanzler.

Ich bestätige die volle Uebereinstimmung dieser Abschrift mit dem Original.

Berlin, den 4. April 1919.

gez. **C. Pirwitz**, Zahlmeisterstellvertreter."

Berlin, den 12. 4. 1919.

2. **„Der Reichswehrminister.**

Bendlerstraße 14.

Auf Veranlassung der Reichsregierung wurden zu Propagandazwecken russische Kalender zum Kampf gegen den Bolschewismus hergestellt. Die Kalender werden von **der Linienkommandantur Berlin** an das Generalkommando **nach Kowno** geschickt. Aushändigung der Kalender an den Vorzeiger eines Ausweises zur Aufnahme der bolschewistischen Gegenpropaganda erbeten.

J. A.: gez. (Hahn).

Stempel: Preußische Kommandantur von Berlin.
Stempel: Der Reichswehrminister.
An das Generalkommando der Ft. R. K. Kowno."

3. **Der Reichswehrminister.**

Berlin, den 27. April 1919.

Vorzeiger dieses, Herr Hermann Sonnenfeld (ein Angestellter von Sklarz. D. Red.), wohnhaft in Charlottenburg 2, Bendlerstraße 1, **reist im Reichsinteresse nach Kowno. Alle Militär- und Zivilbehörden** werden gebeten, Herrn Sonnenfeld auf sein Ersuchen **behilflich** zu sein.

Stempel: Der Reichswehrminister.

J. A.: gez. Gregor."

Der Präsident des Reichsministeriums. Berlin, 20. Mai 1919.

Russische Kalender, die von dem Verleger mit Erlaubnis der Reichsregierung von der Linienkommandantur in Berlin an das Generalkommando nach Kowno geschickt worden sind, konnten dort wegen der Sperrung der Grenzen durch die Polen nicht nach Rußland gebracht werden. Sie sollen nunmehr von Kowno über Insterburg—Tilsit nach Mitau befördert werden. Aushändigung der Kalender an den Vorzeiger dieses, Herrn Hermann Sonnenfeld, hat auf sein Erfordern jederzeit zu erfolgen.

Stempel: Reichskanzlei. J. A.: gez. Pokaß.

Die vorstehenden Dokumente zeigen deutlich, daß die Regierung, vor allem das Reichswehrministerium ihren Freunden, den Privatmännern Parvus und Sklarz alle nur möglichen Vergünstigungen gewährten, um den — übrigens bereits veralteten „antibolschewistischen" Kalender nach Rußland zu schaffen. In seiner tödlichen Verlegenheit sucht der Vorwärts seinen Freund Scheidemann damit zu rechtfertigen, daß es sich „bei der ganzen Sache lediglich um die Fortführung eines von der alten Regierung begonnenen Unternehmens handelte". Dieses Verlegenheitsgestammel

unterstreicht aber die Tatsache, daß der „politische Hochstapler" Parvus und der Schieber Sklarz (der jahrelang als Spitzel des Auswärtigen Amts im Auslande tätig war) unter der Regierung Scheidemann-Noske **ebenso begünstigt werden, wie unter der wilhelminischen Regierung.** Einen schlagenden Beweis dafür bietet folgende von Scheidemann ausgestellte **Empfehlung,** deren Echtheit in der Sitzung der Partei am 27. September von ihm nicht angezweifelt wurde:

Abholer wartet im Botenzimmer.
T. 23/11.

Staatssekretär Scheidemann.

Berlin, den 18. November 1918.

Dem Verlag für Soziale Wissenschaften G. m. b. H. sind **auf Veranlassung der Reichsbehörden vor mehreren Monaten Einfuhrbewilligungen für Papier gegeben worden. Die triftigen Gründe, deretwegen diese Erlaubnis erteilt worden ist bestehen unentwegt weiter. Ich bitte deshalb, die dem genannten Verlag bisher gewährte Hilfe in derselben Form weiter zu gewähren, insbesondere also eine Beschlagnahme des Papiers oder Zurückziehung der Einfuhrerlaubnis zu unterlassen.**

gez. Scheidemann.

Es wird von recht erheblichem Interesse sein, zu erfahren, welcher Art die „triftigen Gründe" waren, die Herrn Scheidemann veranlaßten, der Firma Parvus-Sklarz Einfuhrbewilligungen für Papier zu erteilen und sie der besonderen Gunst der nachgeordneten Stellen zu empfehlen.

Biedermann Noske

Der Reichswehrminister Noske machte einem Redaktionsmitgliede des Berl. Tagebl. einige Mitteilungen über seine Beziehungen zu Parvus und Sklarz. Wir entnehmen diesen Ausführungen folgende:

„Ich kenne die beiden Herren", sagte der Minister, **„nur ganz flüchtig** und weiß daher nur sehr wenig von ihren Geschäften. . . . Ich selbst habe weder in näherem persönlichen, noch in geschäftlichem Verkehr mit Parvus gestanden. **Nicht einmal eine Zigarette** habe ich von ihm angenommen. Den Herrn **Sklarz** habe ich erst in der Zeit nach der Revolution kennen gelernt, als ich Mitte Dezember von Kiel nach Berlin kam, um den kommunistischen Brand zu löschen. In den Januartagen, als es hart auf hart ging, als die Wilhelmstraße unausgesetzt von demonstrierenden Massen belagert wurde, so daß im Reichskanzlerhause kein Mensch Ruhe hatte und seines Lebens sicher war, haben **Ebert und Scheidemann allerdings wiederholt einer Aufforderung des Herrn Sklarz, in seinem abgelegenen Wohnung (Regentenstraße, Ecke Tiergartenstraße) zu speisen, Folge geleistet.** Auch ich, der ich im Hause des alten Marinekabinetts (Bendlerstraße) ohne Familie wohnte und die Nächte in einer eisernen Bettstelle, dem sogenannten „Kaiserbett", zubrachte, das außer der Matratze nur eine Decke enthielt, **bin ein paarmal im ganzen sechsmal im Hause der Regentenstraße gewesen, um zu essen.** Einmal hat auch Herr v. Gilsa, mein persönlicher Adjutant, einen Zettel in das Haus der Regentenstraße geschickt, mit der Bitte, für ihn und für mich zwei Couverts bereit zu halten. . . .

Als die Kommunisten sich im Januar immer größerer Teile Berlins bemächtigten, befand ich mich in Dahlem, um Berlin „wiederzuerobern". . . . In dieser Situation hat, ohne mein Zutun, Sklarz für die Verpflegung des „Regiments Reichstag" gesorgt. Als ich bereits Reichswehrminister war, kam Sklarz in mein Bureau und sagte mir, daß er verschiedene große Lebensmittelposten für die Truppen beschaffen könnte. Kurze Zeit darauf trat an mich das **Korps Lüttwitz** heran und klagte über die schlechten Verpflegungsverhältnisse; ich wies auf das mir gemachte Angebot hin, habe mich dann aber um den weiteren Gang der Dinge nicht mehr gekümmert. **Erst als ich später von gewissen Unregelmäßigkeiten hörte, habe ich sofort ehe noch die eigentliche Untersuchung eingeleitet und abgeschlossen wurde, angeordnet, daß jeglicher Geschäftsverkehr mit Herrn Sklarz abzubrechen sei."**

Eine zweite Erklärung Eichhorns

Genosse Eichhorn sendet der Freiheit eine weitere Erklärung:

Die B. S.-Korrespondenz setzt ihre Enthüllungen fort und druckt zur Widerlegung meiner gestrigen Erklärung, daß Herr Sklarz die polizeiliche Genehmigung seiner Wach- und Schließgesellschaft nicht erhalten habe, ein vom 12. November 1918 datiertes Dokument ab, daß von Wels und mir unterzeichnet sei. Nach diesem Dokument hat die Kommandantur und der Volkskommissar für die öffentliche Sicherheit die Wach- und Schließgesellschaft des Herrn Sklarz genehmigt.

Ich kann nicht feststellen, ob ich das Dokument wirklich unterschrieben habe. Es rührt vom 12. November 1918 her. Herr Sklarz war mir damals überhaupt **nicht bekannt,** ich lernte ihn erst später kennen und zwar brachte ihn Wels in seiner Eigenschaft als Stadtkommandant zu einer Besprechung über die geplante Wach- und Schließgesellschaft auf das Polizeipräsidium. Meine gestrige Erklärung stützte ich darauf, daß mit Herrn Sklarz an verschiedenen Tagen im Polizeipräsidium über seinen Plan, eine Wach- und Schließgesellschaft zu errichten, verhandelt worden ist. An einer dieser Besprechungen nahm auch Herr Direktor Braun von der alten Wach- und Schließgesellschaft teil. Ich hatte große Bedenken gegen die neue Gesellschaft, denn der Plan des Herrn Sklarz ging dahin, 6000 Mann für den sogenannten Innenwachdienst zu bewaffnen. Meine Bedenken wurden von Herrn Direktor Braun in vollem Maße unterstützt. Ich erinnere mich, daß Herr Sklarz, um die Bedenken zu zerstreuen, noch den Vorschlag machte, er wolle einen Beamten der alten Wach- und Schließgesellschaft in seinem Bureau gewissermassen zur Kontrolle mitwirken lassen. Ich erinnere mich ferner, daß ich nach diesen Verhandlungen dem Dezernenten des Polizeipräsidiums den Auftrag gegeben habe, die rechtliche Seite der Angelegenheit zu prüfen. All diese Besprechungen fanden nach dem 12. November statt. Wenn meine Unterschrift unter jenem Dokument echt sein sollte, kann es sich nur um eine Gegenzeichnung zu dem von der Kommandantur stammenden Schriftstück handeln, die mir, da sie in die allerersten Revolutionstage mit all ihrem Trubel fällt, aus der Erinnerung geschwunden ist.

Von einer endgültigen Genehmigung kann schon um deswillen nicht die Rede sein, **weil sonst die späteren Verhandlungen völlig sinnlos gewesen wären.** Ich habe außerdem, wie ich mich bestimmt erinnere, das Anschlagen eines Plakates **verboten,** in dem Herr Sklarz die Gesellschaft mit dem Vermerk empfiehlt, daß sie die Genehmigung der Kommandantur und des Polizeipräsidiums erhalten habe. Herr Wels teilte mir allerdings mit, daß er keine Bedenken getragen habe, seine Zustimmung zu der Errichtung der Wach- und Schließgesellschaft durch den mit einer Regierungsempfehlung versehenen Herrn Sklarz zu geben, um der in ersten Revolutionstagen besonders großen Unsicherheit zu steuern.

Jedenfalls war meine Haltung zu dem Plan des Herrn Sklarz eine solche, daß er zu „Dankbarkeit" gegen mich keinerlei Ursache hatte. Seine Gefälligkeit, mir in Dänemark einige Einkäufe zu besorgen, hat damit auch nicht das geringste zu tun. Herr Sklarz hat mir einige Lebensmittel (2 Pfund Butter, 1 Pfund Kakao, einige Tafeln Schokolade, ein halbes Pfund Kaffee und 100 Stück Zigarren) und daneben zwei Garnituren Trikotwäsche und einen kleinen Pelzkragen mit Muff besorgt. Ich hatte ihm ausdrücklich angegeben, welchen Preis er höchstenfalls dafür anlegen dürfe (500—600 Mk.) und in diesem Sinne hat er seine Einkäufe besorgt.

Nachdem auf meine erste Aufforderung, mir **die Rechnung** zu schicken, bis zum 12. Januar eine Antwort nicht eingegangen war, hat meine Frau — ich selbst war damals flüchtig — am 13. Januar und nach ihrer Rückkehr nach Berlin im Juli noch einmal um die Rechnung gemahnt. Eine Antwort ist nicht erfolgt, vielleicht deshalb, weil **die Summe, die ich ihm bei der Bestellung aushändigte,** für die Einkäufe zugereicht hatte. Jedenfalls habe ich und nach meiner Flucht meine Frau **dreimal und mit allem Nachdruck die Rechnung verlangt.**

Ich konstatiere, daß ich in meiner amtlichen Eigenschaft Herrn Sklarz in keiner Weise unterstützt habe, sondern der Errichtung der Wach- und Schließgesellschaft schon aus **politischen Bedenken** Schwierigkeiten bereitet habe, was ja schon aus der Hinzuziehung des Direktors Braun und des Dezernenten hervorgeht. **Ich habe in keiner anderen Angelegenheit mit Herrn Sklarz irgend etwas zu tun gehabt und ihn überhaupt nur anläßlich dieser Verhandlungen persönlich gesehen.** Weder vor noch nachher stand ich mit ihm in irgendeinem persönlichen Verhältnis.

E. Eichhorn.

Eichhorns Schuldlosigkeit bestätigt

Vom Rechtsbeistand des Herrn Georg Sklarz erhält die Berliner Freiheit folgende Zuschrift:

Für Herrn Georg Sklarz teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Mitteilung des Herrn Emil Eichhorn, daß er Herrn Sklarz keine Genehmigung zur Errichtung einer Wach- und Schließgesellschaft gegeben, ebenso nicht der Gesellschaft Waffen geliefert oder selbst, bezw. für seine Frau, von Herrn Sklarz irgendwelche Geschenke bekommen hat, **durchaus zutreffend ist.**

Herr Sklarz legt auch Gewicht darauf, dies festgestellt zu sehen, weil der Name des Herrn Eichhorn **zu Unrecht** in die Angelegenheit hineingezogen ist. Es war damals, am 12. November 1918, noch nicht ganz klar, wer Passierscheine und Ausweise von polizeilicher Seite aus gültig auszustellen hatte. Deshalb hat, um diesbezügliche Kompetenzschwierigkeiten von vornherein abzuschneiden, Herr Eichhorn als Volkskommissar des Sicherheitsdienstes diejenigen Ausweise durch seine Unterschrift mitbestätigt, welche der Kommandant Wels als solcher ausgestellt hatte.

Herr Sklarz ist „beleidigt"

Den „P. P. N." geht nachstehende Erklärung zu:

„Im Auftrage des Herrn Georg Sklarz bitte ich mit Bezug auf die in der Presse gebrachten Mitteilungen davon Kenntnis zu nehmen, daß Herr Sklarz gegen den Schriftsteller M. Sochaczewski, Belle-Alliance-Platz 2, und die anderen Personen, welche diese Mitteilungen veranlaßt haben, wegen Beleidigung bzw. Verleumdung bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt hat. Die gebrachten Mitteilungen waren vor längerer Zeit Herrn Georg Sklarz zum Ankauf angeboten worden; er hat den Ankauf abgelehnt, weil er sich nichts vorzuwerfen hat. Den Offerenten hat er bereits damals wegen versuchter Erpressung angezeigt.

Werthauer, Justizrat."

* * *

Diese Beleidigungsklage hat natürlich nichts besonderes zu bedeuten. Ganz sicher haben Sochaczewski und Baumeister, die, das muß nochmals betont werden, zu den Intimen dieses Kreises gehörten und heute der Gegenseite dienten, sie bei ihrem Feldzug in Rechnung gestellt. Man darf gespannt sein, welcher Art die Mine ist, die sie als Antwort auf die Beleidigungsklage auffliegen lassen.

Politische Rundschau

Deutschland

Ein Schandblatt der deutschen Geschichte

In der Berliner Börsen-Zeitung schildert ein Berichterstatter aus Königsberg den Zusammenbruch des deutsch-russischen Unternehmens im Baltikum. Die Schilderung stimmt mit den Angaben überein, die uns dieser Tage von Gewährsmännern gemacht worden sind, die aus Kurland zurückkamen. Danach ist der Zusammenbruch der Expedition, die mit so hochtrabenden Tönen angekündigt wurde, geradezu katastrophal gewesen. Die vor Riga operierenden deutsch-russischen Truppen hatten infolge der Beschießung durch die englischen Geschütze furchtbare Verluste. Dazu gesellte sich der Mangel an Proviant und Bekleidungsstücken. Die Truppen liefen tagelang frierend und hungernd umher, manche hatten bei der einsetzenden Kälte nicht einmal einen Mantel und mußten mit einem Drillichanzug zum Dienst antreten. Sich

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

34]

Er unternahm einen weiten Spaziergang, kehrte dann in ein Café ein und vertrödelte eine ganze Zeit mit dem Lesen der Journale — aber er war nicht mit den Gedanken bei seiner Lektüre. Seine Gedanken irrten vielmehr durch die weiten nächtlichen Straßen der Stadt und suchten das blonde Mädchen.

Ob es wirklich bei seinem Vater war?

Der Alte hatte selbst gesagt, die Herta kümmere sich nicht um ihn und habe es auch nicht gern, wenn er zu ihr käme.

War es also glaublich, daß sie heute selbst zum Vater ging? Nein. Aber vielleicht fühlte sie den Drang, sich mit dem Invaliden gerade heute auszusprechen . . .

Unsinn — Unsinn — die Alte hatte es so hingestellt, als gehe Herta gewohnheitsgemäß öfter des Abends zu dem Vater. Lüge. Freche Lüge. Jetzt war es halb zehn.

Ob dort ein Telephon war — in Hertas Wohnung?

Jordan ging zur Fernsprechstelle, schlug das Register auf und fand unter dem Namen Grabert, der auf dem Schilde an der Tür gestanden, verzeichnet: Frau Marie Grabert, Pensionsinhaberin.

Er ließ sich verbinden, fragte, ob Herta nach Hause gekommen sei.

„Noch nicht!" war die Antwort. Als gefragt wurde, wer am Apparat sei, hing er den Fernsprecher an.

Er fuhr nach Hause.

Seiner Frau, die unruhig auf ihn gewartet hatte, sagte er, er habe Migräne und komme von einem weiten Spaziergange.

Da er ängstliche Erregung in Rosalindens Augen sah und weitere Fragen befürchtete, bot er ihr rasch gute Nacht und zog sich in sein Schlafzimmer zurück.

Er schloß kein Auge. Seine ruhelosen Gedanken irrten umher. Hundertmal war er drauf und dran, aufzustehen, wieder nach dem Bayrischen Platz zu fahren, um mitten in der Nacht festzustellen, ob Herta endlich heimgekommen war — oder am Fernsprecher eine Nachtverbindung zu versuchen, um das Mädchen persönlich zu sprechen.

Aber er gab das alles sogleich als gänzlich unsinnig wieder auf. Er übersah: Hier mußte rasch gehandelt werden. Es galt, das Mädchen so schnell wie irgend möglich aus Berlin herauszuretten. Denn hier mußte sie völlig versumpfen. Vor allem — diese Umgebung dort am Bayrischen Platz, diese Wirtin — dieses ganze Drum und Dran war unerträglich. Gleich morgen mußte Herta dort heraus. Das nahm er sich mit Bestimmtheit vor.

Er lag wie im Fieber, in der peinigenden Unrast tausend erwogener und wieder verworfener Schritte, in der Bängnis ihm drohender schwerer Verwickelungen, in der Dumpfheit der Erkenntnis, sich in äußerst folgenschwere Dinge verstrickt zu haben, die ihm am Ende über den Kopf wachsen mußten.

In dieser Nacht focht er den schweren Kampf aus.

In hartem Ringen hatte er sich gestern von Rosalinden losgerissen.

Jetzt galt es ein anderes Band zu durchschlagen.

Von seinem Berufe sollte er fort.

Dies waren Verankerungen, noch schwerer loszusprengen als alles das, was ihn an Rosalinden kettete. Er — der „geborene Staatsanwalt", als den er sich immer betrachtet und empfunden, sollte nun so unvermittelt und urplötzlich heraus aus seinem Wirken.

Das schien ihm, da er es jetzt zum ersten Male in ruhiger Klarheit überdachte, einfach unmöglich.

Was war sein Leben ohne Amt, Wirksamkeit, Betätigung?

Was er selbst, wenn er nicht mehr Staatsanwalt war?

Ein entwurzelter, zweck- und haltloser Mann.

Ja — das hätte früher bedacht werden müssen. Vor dem Ehebruch, vor jenem Tage, an dem Jordan durch eine ehrlose Handlung sich darum gebracht hatte, länger im Amte bleiben zu dürfen.

Aber wer von allen durfte wohl überhaupt im Amte bleiben, wenn so drakonisch geurteilt werden sollte?

Wie würde wohl zum Beispiel Herr von Kern über diese Jordanschen Skrupel lächeln?

Aber er — er war eben Jordan und nicht von Kern — er nahm es ernst mit sich und den anderen.

Er fühlte — er fühlte, daß er durch seinen Sündenfall entwurzelt war — und alles, was nun kam, war nichts als die mathematisch notwendige Folge aus allem, was vorher geschehen . .

Wird er ohne sein Amt leben können?

Er wird es müssen.

Und wenn er dann erst recht unglücklich würde?

So war das seine Strafe.

In tollem Wirbel ging alles das durch sein ermüdetes Gehirn, bis die ganze Geschichte: das Erlebnis mit Herta, die geplante Flucht aus dem Hause und dem Amte dem Grübelnden wie ein verrückter Traum erschien — unwirklich — phantastisch — eine tolle spukhafte Ausgeburt der Nacht . . .

Das war gegen Morgen.

Da endlich fiel er in einen dumpfen Schlummer, aus dem der Diener ihn weckte.

Es war Zeit aufzustehen.

Mit wirrem Kopf erhob er sich. Und doch war ihm sogleich bewußt und doch stand sofort in voller Klarheit vor ihm, daß der Spuk dieser Nacht vollkommene Wirklichkeit war und daß die Flucht mit Herta bestimmt vor sich gehen würde.

Denn all sein Denken und Fühlen brandete um sie. Einzig um dieses Weib. Einmal hatte sie sich ihm geschenkt, und seitdem war er ihr verfallen — rettungslos . . .

Rosalinde war von der Frühmesse noch nicht zurück, als der Staatsanwalt das Haus verließ, um sich in sein Bureau zu begeben. Auf dem Wege dorthin kehrte er in einem Postamt ein und schrieb einen Rohrpostbrief an Herta.

„Erwarte mich gegen drei. J."

Die Amtsstunden schleppten sich heute endlos hin. Die Zeit hatte bleierne Schwingen.

Automatisch fast, in völliger Gleichgültigkeit erledigte er die dringendsten Amtsgeschäfte.

Es wollte und wollte nicht Mittag werden.

Welche Qual war doch der Dienst, die Abwickelung all dieser gleichgültigen Dinge, wenn man in seinem eigenen Schicksal vor größten Wendungen stand. Denn die Aussprache mit Herta würde heute die große Entscheidung bringen. Sagte das Mädchen ja, so konnte man in wenigen Tagen schon auf die Flucht sich begeben.

Die große Flucht, so dachte Jordan sich die Lösung. Er rechnete mit einem sensationellen Verschwinden, das ihn mit einem Schlage aus allen persönlichen Verhältnissen und Bindungen befreien sollte.

Freilich wird es einen Skandal geben. Die sensationshungrige Presse wird sich des Falles sofort bemächtigen. Der verheiratete Berliner Staatsanwalt, der mit einer Dame der Halbwelt die Flucht ergriff, wird in der in- und ausländischen Presse vielleicht einen ganzen Tag lang die Klatschmäuler beschäftigen, bis eine neue Sensation diese verdrängte.

. . Bitter — dieses fatale Aufsehen. Aber unvermeidlich.

Ein Staatsanwalt über Bord!

Es ging nicht anders.

Es war nicht zu ändern.

Jordan wunderte sich selbst darüber, daß ihm der drohende Skandal nur geringe Pein verursachte.

Abschütteln, abschütteln — mit einem Ruck — alles, alles, was beschwerte, einengte und Kreuz und Schultern wunddrückte. In den Dreck damit — und freiwerden! Das war die Parole des neuen Lebens, in das kopfüber sich zu stürzen er nun fest entschlossen war.

(Fortsetzung folgt.)

Vorläufiges Resultat

der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Nr. des Stimmbezirks	Wahllokal	Insgesamt abgegebene Stimmen	Liste I Braun Rechts-Soz.	Liste II **Bande** Unabh. Soz.	Liste III Diegner Dt.-nat. Vp.	Liste IV Winkler (Beamte)	Liste V Levinsohn Hausbesitzer	Liste VI Vorfalt Arbeitsgem.	Liste VII Carstenn Dt. Demokr.	Liste VIII Polzien Zentrum	Liste IX Wegmann Mittelstand	Liste X Habecker Dt. Volksp.	Ungültige Stimmen
I	Marienschule, Wallstraße	1119	50	**508**	99	46	28	104	46	66	130	30	13
II	Gastwirtschaft Senger, Tiegenhöfer Chaussee	1066	64	**562**	84	29	25	78	21	99	80	22	2
III	Auguste-Viktoria-Schule, Altstädt. Wallstraße	1115	41	**288**	153	44	69	100	112	86	156	57	9
IV	Knaben-Mittelschule, Burgstraße	1210	53	**386**	105	67	44	97	82	160	139	72	5
V	Volkshaus, Holzstraße	1283	140	**525**	56	85	41	129	54	136	87	26	4
VI	Luisenschule, Holländerstraße	1167	136	**489**	73	83	58	117	37	97	47	25	5
VII	Gewerbehaus, Kehrwiederstraße	1328	51	**221**	256	97	62	141	142	105	136	112	5
VIII	Erholungsheim, Löserstraße	1301	77	**354**	189	113	53	109	100	112	103	91	1
IX	Schichauschule, Leichnamstraße	1270	103	**704**	53	72	53	92	14	99	64	11	5
X	Nikolaischule, Reiferbahnstraße	1270	105	**729**	44	37	28	90	40	111	66	17	3
XI	Passenheims Festsäle, Ziegelscheunstraße	1119	86	**768**	14	14	56	27	12	91	21	4	27
XII	Margaretenschule, Sternstraße	1054	90	**728**	13	9	41	32	8	89	33	6	5
XIII	Lokal Hermann May, Königsbergerstraße	1331	117	**761**	44	77	51	53	21	116	64	20	7
XIV	Gastwirtschaft Hill, Leichnamstraße	1015	68	**737**	12	9	29	42	13	44	45	11	5
XV	Gasthaus Alte Welt, Paulikirchstraße	1146	39	**833**	23	19	26	17	17	137	19	11	5
XVI	Gasthaus Concordia, Hauptstraße	937	58	**623**	14	10	22	5	9	166	26	4	—
XVII	Bergschule, Aeuß. Mühlendamm	1186	107	**494**	82	114	69	83	49	71	69	44	4
XVIII	Restaurant Alshuth, Neuegutstraße	1303	112	**822**	33	25	39	58	31	100	72	10	—
XIX	Annenschule, Sonnenstraße	1364	132	**648**	99	88	44	108	33	130	57	18	7
XX	Weißer Löwe, Junkerstraße	1261	88	**376**	140	96	78	133	74	76	140	60	—
XXI	Richard Böttcher, Aeuß. Marienburgerdamm	1441	241	**730**	19	43	64	100	28	136	55	18	7
XXII	Bahnhofshotel, Holländer Chaussee	1137	162	**569**	45	59	77	81	30	70	37	5	3
XXIII	Hotel Stadt Elbing, Holländer Chaussee	1185	151	**529**	75	129	24	69	50	49	66	38	6
XXIV	Städt. Gewerbeschule, Georgendamm	1348	118	**428**	146	131	98	115	72	111	90	39	—
XXV	Soldatenheim, Hindenburgstraße	467	38	**167**	47	75	26	35	23	12	22	19	3
	Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	**29424**	**2427**	**13979**	**1918**	**1571**	**1204**	**2015**	**1118**	**2469**	**1824**	**769**	**131**

Nach diesem Ergebnis, an dem das amtliche Wahlresultat nicht mehr viel ändern dürfte, haben erhalten:

Vereinigte Sozialdemokratische Parteien	16 406 Stimmen	= 34	Mandate
Hiervon erhalten Unabhängige Sozialdemokratische Partei		29	„
Sozialdemokratische Partei		5	„
Vereinigte bürgerliche Parteien	9 041 Stimmen	= 19	„
Davon Liste Diegner		4	„
„ Winkler		3	„
„ Levinsohn		3	„
Carstenn		2	„
Polzien		6	„
„ Habecker		1	„
„ Liste Vorfalt	2 015 Stimmen	= 4	„
„ „ Wegmann	1 814 „	= 3	„

Lebensmittel zu kaufen, war nur schwer möglich, weil kein Geld zur Verfügung stand und die von Awaloff-Bermondt herausgegebenen Papierscheine — etwa 10 Millionen Mark — von der einheimischen Bevölkerung nicht in Zahlung genommen wurden. Der gesamte Handel fing an zu stocken. Unter diesen Umständen hatten es die Letten leicht, ihren Vormarsch anzutreten. Er richtete ungeheure Verwirrungen unter den Truppen an. Ganze Verbände haben sich aufgelöst und ziehen hungernd und frierend Schaulen zu. Die Plünderungen haben eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. „Wehe den Dörfern, die von den Truppen berührt werden!" so ruft selbst der Berichterstatter der Berliner Börsen-Zeitung aus.

Und wie steht es mit den Schuldigen? Die vorgenannte Zeitung schreibt darüber:

„Die Regierung kann nicht behaupten, die Vorgänge treffen sie unvorbereitet. Das Schwergewicht der ganzen Verantwortung fällt auf die Häupter jener Männer, denen der Osten anvertraut wurde. Die armen Teufel von Rückkehrer beklagen sich bitter über die lieblose Behandlung, die ihnen zum Teil entgegengebracht wird. Man straft damit Schuldlose. Die Schuldigen sitzen höher! Und wenn demnächst der Staatsgerichtshof zusammentritt, dann wird auch ein Major Bischoff und Konsorten Rechenschaft ablegen müssen über jene zahlreichen Opfer, die heute an den Landstraßen Litauens an Hunger und Kälte elend zugrunde gehen."

Das sind die Eindrücke eines unparteiischen Beobachters! Die Schuld, die die Verantwortlichen der Baltenpolitik auf sich geladen haben, ist riesengroß. Seit Tagen rollen ununterbrochen Lazarettzüge über die deutsche Grenze, die die verführten Opfer der Heimat zuführen. Das ist die Bilanz des deutsch-baltischen Abenteuers. Ein Schandblatt in der deutschen Geschichte! **Was will die Regierung unternehmen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?**

Moderne Inquisition

Durch die Presse geht die Notiz, das bayerische Kultusministerium habe unterm 12. November erklärt, an den Volksschulen dürfen nur Lehrer verwendet werden, die christlichen Religionsgesellschaften angehören. — Durch diese unglaubliche, unsere bodenlos rückständigen „Kultur"-Verhältnisse grell beleuchtende Bestimmung werden einige überzeugungsmutige Volksschullehrer samt ihren Familien brotlos! Privatschulen, freireligiöse und sonstige Organisationen, die in der Lage sind, solchen gemaßregelten Lehrern eine Existenz zu bieten, sind dringend gebeten, diesbezügliche Zuschriften unter dem Kennwort „Scheiterhaufen" an die Geschäftsstelle des Monistenbundes, München, Theatinerstraße, zu senden.

Die gesamte freiheitliche Presse wird um Nachdruck gebeten.

In und um Elbing

Wahltag

Ein leidlich schöner Wintertag. Trocken und nicht zu kalt. In 25 Wahllokalen Elbings ist alles auf dem Posten. Wahlvorstand. Stimmzettelverteiler, Listenführer, Obleute, Schlepper: alles harrt der kommenden Dinge. Zunächst ist die Wahlhandlung schleppend Die ersten beiden Stunden verstreichen unter geringer Beteiligung. Dann ändert sich das Bild. Zusehends werden die Straßen belebter, zusehends steigt in den Lokalen der Andrang der Wähler. Von 1 Uhr mittags ab beginnt der Schlepperdienst. Mit Automobilen und Wagen arbeiten die Bürgerlichen. Die Proletarier können das nicht. Aber ihre Begeisterung ersetzt die technischen Hilfsmittel der Gegner. In den Arbeitervierteln bilden die Proletarier vor dem Wahltisch zeitweilig Kette. Und die rote Flut der unabhängigen Zettel steigt und steigt bis sie zum brandenden Meer wird, das alle anderen Parteien verschlingt. Nemesis . . .

Wahlkuriosa werden uns mancherlei berichtet. So hat in den nördlichen Straßen der Stadt ein Mann, der mit dem Zentrum offenbar einen Span hatte, ein Plakat mit der Inschrift herumgetragen: „Wer Zentrum wählt, kommt in die Höll'!" Ein Bürger, der offenbar nicht gern arbeitet, schrieb an die Mauer des Bürgerressourcengartens: „Gleiches Recht für alle Faulen!" Obs ein Nationalliberaler war, der diese Devise aufstellte? In der Neuegutstraße versicherte ein Kommunist unserem Genossen Krüger treuherzig: „Herr Krüger, ich bin Kommunist, aber für die U. S. P. tu ich alles!" Der Mann soll mustergültig gearbeitet haben. — Als das Resultat am heutigen Morgen von uns durch Extrablatt bekannt gegeben wurde, herrschte große Bestürzung bei den Bürgerlichen. Daß es so schlimm werden würde, hatte niemand erwartet. Ein magerer Trost ist nur, daß statt der 30 Unabhängigen 29 ins Rathaus einziehen werden. Die sozialistische Mehrheit bleibt bestehen und vieles wird in Elbing anders werden. Schließlich wird sich die besitzende Klasse auch selber sagen, es ist besser, daß sich die Verhältnisse auf friedlichem Wege ändern, als durch Brand und Blut.

Volkshochschule

Herr Professor Dr. Müller, dessen Vorträge über die Geologie der Heimat im vorigen Winter lebhaften Beifall gefunden haben, wird von Dienstag, den 2. Dezember ab an vier Abenden in Gruppe B über „den deutschen Wald und seine Bewohner" sprechen. Er wird dabei zuerst die den deutschen Wald bildenden Bäume (Nadelhölzer, Laubwald, Mischwald) in allen ihren Arten schildern, am zweiten Abend auf die Geschichte des deutschen Waldes eingehen, indem er von der Urzeit anfangend die Entwicklung von Wald, Forst und Heide im Laufe der Jahrhunderte mit besonderer Berücksichtigung der engeren Heimat und die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes bis zur Gegenwart hin bespricht. Der dritte und vierte Abend werden den Tieren und Pflanzen des Waldes gewidmet sein; und schließlich wird ein Ausblick auf den deutschen Wald in der Kunst gegeben werden. Gut gewählte Lichtbilder sollen die für jedermann interessanten und lehrreichen Ausführungen begleiten.

Der ungnädige Herr Steuersekretär

Kommt da am Sonnabend eine Arbeiterfrau in das Steuerbureau und bittet um Stundung der fälligen Steuer. Sie erklärt sich bereit, wöchentlich 10 Mark abzuzahlen. „Darüber bestimme ich", erwidert der Herr Steuersekretär mit Betonung. „Ich kann aber nicht mehr bezahlen", antwortet die Frau. „Sie wissen doch, daß die Steuer bezahlt werden muß, warum legen Sie das Geld nicht beizeiten weg?" „Das ist man nicht so wegzulegen bei der Teuerung!" „Lümmeln Sie sich nicht so auf meinen Tisch! Sie wollen sich wohl gleich hinaufsetzen!" Der Herr Sekretär schreibt den Namen des Mannes auf sein Löschblatt. „Die eine Hälfte der Steuer ist sofort, die andere um 14 Tage zu bezahlen!" Jetzt reißt der Frau auch die Geduld. „Ich kann nicht anders bezahlen als alle Woche 10 Mark und wenn sie nicht darauf eingehen, werden wir eben garnichts bezahlen." Damit hat die Audienz ihr Ende gefunden. Das war am Tage, ehe in Elbing eine Arbeitermehrheit gewählt wurde. Ein wenig höflicher dürfte hinfort auch der Herr Steuersekretär werden.

Elbinger Polizeinachrichten

Dem Fleischer Friesel, Trusostr., wurden durch ein Mitglied des Arbeiterrats 40 Pfund Fleisch beschlagnahmt.

Ostdeutsche Nachrichten

Der Einigungskatzenjammer beginnt

Das freie Volk nimmt in der Sonnabendnummer mit folgendem Klagelied von seiner Selbständigkeit Abschied:

Nach dem Beschluß der Mitgliederversammlung wird von Montag an das freie Volk in der Druckerei der Volkswacht J. Gehl & Co. hergestellt werden. Der Text soll mit der Volkswacht einheitlich sein. Die Genossenschaft Das freie Volk soll ab 1. Dezember in Liquidation treten, doch wird darüber, wie über alle anderen Fragen der Genossenschaft, die heute abend stattfindende Genossenschaftsversammlung entscheiden.

Die redaktionellen Fragen sind noch nicht erledigt. Wir werden darüber am Montag berichten. Schuld der Mitglieder und der Vertrauensmänner der früheren U. S. P. dürfte es sein, wenn in nächster Zeit Das freie Volk **in rechtssozialistischem Sinne redigiert wird.** Dringt unsere Redaktion mit ihrer Forderung nicht durch, dann wird sie die Konsequenzen ziehen und die Folge wäre **eine rein rechtssozialistische Politik in unserem Organ. Wir haben den Warnungsruf mehrmals erschallen lassen, ohne gehört zu werden.** Auch haben wir von Beginn der Einigungsverhandlungen an **die politische Richtung** als wichtige Frage in die Wagschale geworfen, aber von der anderen Seite ist diese Frage **direkt umgangen** worden. Also, wir haben alles getan, um die Gefahr abzuwenden. An den Genossen wird es liegen, auf der Hut zu sein, um eine Rückwärtsbewegung abzuwehren.

Jedes Wort zu diesem Einigungsskandal ist überflüssig. Nicht genug, daß die U. S. P. Danzig von ihren Führern dem Rechtssozialismus ausgeliefert wurde, muß sie sich obendrein verhöhnt sehen und wird bereits für künftige Niederlagen verantwortlich gemacht. Adolf Bartel schreibt in seiner Königsberger-Elbinger Volkszeitung:

„Die Unabhängigen, die alles für die am 14. Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahlen fürchten mußten, haben somit auf der ganzen Linie über die alte Partei gesiegt. Die schärfste Tonart der Unabhängigen, die auch die Kautsky, Ströbel und Haase stets abgelehnt haben, ist jetzt das Programm der Danziger Partei geworden. Diese Entwicklung ist höchst bedauerlich. Der Sozialismus kann und wird nur siegen, wenn er demokratisch aus innerster Ueberzeugung denkt und handelt, oder er wird sich selber begraben!

Die am Montag abgehaltene Mitgliederversammlung der alten Sozialdemokratischen Partei beschloß aber nicht bloß die Zustimmung zur Diktatur. Sie stellte auch eine neue gemeinsame Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl (am 14. Dezember) auf, auf der den Unabhängigen die Hälfte aller Plätze eingeräumt wurde. Das war für die Unabhängigen sofort ein großer praktischer Erfolg. Bei der Nationalwahl wie auch bei der Wahl zur Preußischen Landesversammlung erhielten sie so bedeutungslos wenige Stimmen, daß sie für beide Parlamente nicht einen einzigen Abgeordneten erhielt.

Wie jetzt feststeht, ist diese „Einigung" in erster Linie auf Betreiben mehrerer erst unlängst aus dem bürgerlichen Lager gekommener Novembersozialisten erfolgt. Hauptbefürworter war der Postdirektor Dr. Epprich. Als er zuerst nur eine Wahlgemeinschaft mit den Unabhängigen empfahl, wurde er von unseren Genossen entschieden ablehnend unterbrochen. Später gelang es ihm und anderen dann aber leider doch, das gesunde demokratische Gefühl der Arbeiter einzuschläfern. Doch geht die sozialistische Demokratie so leicht selbst in Danzig nicht zu beseitigen".

Auf Grund der Abstimmung bei der Nationalversammlungswahl hätten unsere Danziger Genossen fünf Stadtverordnetensitze erhalten. Seitdem hatte sich die Position der U. S. P. in Danzig gewaltig gehoben. Solange der Danziger Wahlkampf nicht entschieden ist, können wir notgedrungen Erörterungen über die Taktik der ehemaligen U. S. P. Danzigs nicht vornehmen. Aber die Aeußerungen des freien Volks wie der Königsberger Volkszeitung zeigen bereits, wie der Hase läuft.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Beachten Sie bitte unsere **Schaufenster-Auslagen**

Fischerstraße 42 **Albert Kowalski** Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

□□ **Reparaturen** in eigener Werkstatt schnell und sauber □□

Zucker.

Die Abschnitte der alten violetten Zuckerkarten für die Monate Dezember 1919 und Januar 1920 sind durch die diesseitige Bekanntmachung vom 7. November d. Js. — K. R. 8/1919 — als **ungültig** erklärt worden. Sie dürfen **auf keinen Fall beliefert werden.**

Die Gültigkeit der Novemberabschnitte wird wegen der zurzeit noch nicht beseitigten Stockung in der Lieferung von Zucker **bis zum 15. Dezember d. Js. verlängert.**

Danzig, den 28. November 1919.

Provinzialzuckerstelle für Westpreußen.

Volkshochschule.

Gruppe B.

Studienrat Dr. Müller: **„Der deutsche Wald und seine Bewohner"** (mit Lichtbildern)

Dienstag, den 2., Freitag, den 5., Dienstag, den 9., Freitag, den 12. Dezember, abends 8—9 Uhr

im Festsaal der „Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule".

Eintrittskarte für alle 4 Abende: 1 Mark.

L L B B B **Licht-Bild-Bühne** L L B B B

Georgendamm 5.

Nur noch bis inkl. Donnerstag

der grandiose Film

„Der Tempelräuber"

Schauspiel in **6 Akten** von H. K. Heiland.

In den Hauptrollen:

Loo Holl, Harry Liedtke, Bruno Decarli

Die Aufnahmen für den 3. Akt sind in Indien unter großen Schwierigkeiten, zum Teil unter Lebensgefahr, aufgenommen.

Hierzu

das humoristische Beiprogramm!

In Vorbereitung:

„Aphrodite"

Beginn: 1/2 7 und 1/4 9 Uhr.

Kassenöffnung: 1/2 Stunde zuvor.

Gut durchwärmte Räume. Erstkl. Künstlerkapelle.

Die gewählten 29 Stadtverordnete der Liste Baude finden sich morgen, Dienstag, abends 6 Uhr, im Sitzungszimmer des Ratskellers zu einer Besprechung ein.

Die Parteileitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Außerordentliche

Mitgliederversammlung

am Mittwoch, den 3. d. Mts., abends 6 Uhr

im **Volkshaus.**

Tagesordnung:

Wahl des Beirats zum Verbandsvorstand.

Mitgliedsbuch oder Karte ist mitzubringen.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich. **Der Vorstand.**

Die Erhöhungen der Gehälter und Arbeitslöhne sowie die weitere stetige Steigerung der Preise für Kohlensäure und sämtlicher Rohmaterialien und die ganz bedeutend erhöhten Frachtkosten dafür zwingen uns leider

von Montag, den 1. Dezember 1919 ab

die Preise für Selters, Limonaden und Bier

um 5 Pfennig per Flasche zu erhöhen.

Der Pfandbetrag für eine Verschlußflasche beträgt 1,— Mark.

Verein der Mineralwasser-Fabrikanten

für Elbing und Umgegend

und Elbinger Biergroßhändler.

Stadttheater Elbing

Montag, den 1. Dezember: **Gastspiel** des Herrn Kammersängers **Siewers,** Königsberg

Der Barbier v. Sevilla

Kom. Oper in 2 Akten von Rossini.

Eröffnung der Zentralbibliothek der Arbeiterschaft

Dienstag, den 2. Dezbr., 5 Uhr nachmittags im **Volkshaus.**

Freie Turnerschaft Elbing.

Mittwoch, den 3. d. Mts., abends 6 Uhr:

Monatsversammlung

im **Volkshaus.**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **Der Vorstand.**

Brennholz wird mit Kreissäge **gesägt.** **3. Niederstraße,** nahe der städt. Kläranlage.

4 Italiener-Hähne, reine Rasse, verkauft **Kretschmann,** Pangritzstr. 31. Das. wird Trank zu kaufen ges.

Das **beste Weihnachtsgeschenk** ist die

Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus

von Julian Borchardt.

Preis 4.00 Mark. Preis 4.00 Mark.

Das Buch ist, wie kein anderes, geeignet, jedem Neuling, besonders der **heranwachsenden Jugend,** die Grundlehren des Sozialismus in leicht verständlicher, angenehm unterhaltender Form näher zu bringen.

Zu haben in allen **Parteibuchhandlungen** oder beim

Verlag der Lichtstrahlen,

Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Raucher! Raucher!

Zigarren

in allen Preislagen u. anerkannt guten Qualitäten.

0.70, 0.80, 0.95, 1.—, 1.10, 1.20 usw.

Gleichzeitig empfehle ich mein **reichhaltiges Lager** in

Zigaretten, Rauch- und Kautabak.

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher.

Joh. Sarnecki Nachf.

Königsbergerstraße 101. Telephon 104.

2 kurze, neue Pelze, unbez., zu verkaufen Königsbergerstraße 101.

Handwerker **sucht** v. sofort oder 15. d. M. **möbl. Zimmer.** Offert. u. **W. 88** a. d. Exp. d. Ztg.

Der billige

Zigarren-Verkauf

fällt diese Woche aus.

Firma G. Dietschreit

Inhaber **H. Kusch.**

Brennholz

in Kloben und Rollen

gibt ab frei Haus

Joh. Sarnecki Nachf.

Königsbergerstraße 101. Telephon 104.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität"

Ortsgruppe Elbing.

Mittwoch, den 3. Dezbr., abends 6 Uhr:

Wichtige Mitgliederversammlung

im **Volkshause.** Erscheinen sämtlicher Sportsgenossen ist notwendig. **Der Vorstand.**

Ratsapotheke

Schmiedestr. 3.

Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.

Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel, :: **Verbandstoffe und Drogen** ::

Sunlight-Seife

330 g **10.—** Mk.

Französ. Schmierseife

1 Pfund **3.00** Mk.

Hollandia-Schmierseife

1 Pfund **2.75** Mk.

Ia Toilettenseife

in divers. billigen Preislagen empfiehlt

J. Nickel Nchfg.

im Krahntor.

Kaufe reparaturbedürftige Geigen.

G. Pahnke, Chormeister, Spieringstraße 25, II.

Empfehle

Rauchtabak

garantiert rein. 100 gr 5 Mk.

Kautabak

reele Qualität

per Stange 1,20 u. 1,30 Mk.

Schnupftabak grün

1/4 Pfd. 1,50 Mk.

J. Nickel Nchf.

im Krahntor.

Zeitungs-Makulatur

gibt an die Abonnenten ab

Elbinger Volksstimme

Spieringstraße 21.

Elbinger Standesamt

vom 1. Dezember.

Sterbefälle: Schuhmacherlehrling Erich Reimann 16 J. — Inv.-Rent.-Empf. Witwe Christine Kirschnick geb. Fechter, 85 J. — Arbeiterwitwe Johanna Rohde geb. Pedder, 67 J. — Schuhmachergeselle Joh. Jakob Behrendt, 61 J. — Käser und Schlosser Franz Dirksen, 26 J. — Kaufmannsfrau Klara Lehmann geb. Rubenstein, 48 J. — Inv.-Rent.-Empf. Friedr. Wilhelm Siebert, 77 J. — Gerichtsvollzieher Robert Lehnberg, 42 J.

versah. Man empfand aber immer mehr das Bedürfnis nach Goldmünzen. Solche hatte man schon im Jahre 1252 in Florenz zu prägen begonnen, und sie erhielten von dieser ihrer Prägestätte oder wahrscheinlicher von dem aufgeprägten Wappen der Stadt, einer Lilie (a flore), den Namen Floren (in Frankreich Florin). Diese Münze wurde alsbald in der gesamten Kulturwelt nachgeprägt, und als sie in Deutschland aufkam, nannte man sie hier auf deutsch zuerst Güldin oder Gulden-Pfennig, d. h. goldener Pfennig, dann aber einfach Gulden. Man ging damals in großen Teilen Deutschlands von der Silberwährung zur Goldwährung über. Dies war namentlich im Westen Deutschlands der Fall, wo vor allem Köln im Handel und Verkehr eine führende Stellung einnahm. So fand der am Rhein geprägte Goldgulden als rheinischer Goldgulden auch im übrigen Deutschland Verbreitung und war lange Zeit das Vorbild für die gesamte deutsche Goldprägung. Daneben liefen freilich auch manche fremdländische Goldmünzen um, wie der Dukaten, ein in der Republik Venedig geprägter Ableger des Florentiner Guldens. Seinen Namen erhielt er nach dem letzten Wort seiner Unterschrift, eines sogen. leoninischen Hexameters: Sit tibi, Christe, datus, quem tu regis, iste ducatus, etwa = Laß dir, Heiland, gefallen den Staat, der dir dienet vor allen. Da man später auch größere Silbermünzen Gulden nannte, wie es solche in Deutschland und Oesterreich gab und heute noch in den Niederlanden gibt, so kam zur Unterscheidung von diesen für die den gleichen Namen führenden Goldmünzen die Bezeichnung Goldgulden auf, in der freilich sprachlich genommen die beiden Bestandteile des Wortes wie oft in der Sprache (Pleonasmus ist der Kunstausdruck dafür) dasselbe ausdrücken.

Imme (Essen).

Splitter und Späne

Aus Haases Reden

Götze Imperialismus

Alle bürgerlichen Parteien sind in den Bann des Imperialismus geraten, von dem sie für die gesamte Bourgeoisie reiche Früchte erwarten. Gar bald wird ein Teil ihrer Anhänger erkennen, wie er genarrt ist. Noch hat der Imperialismus auf die Gedanken- und Gemütswelt weiter Kreise des Bürgertums Macht, die bar jedes großen Ideals sich aus ihm ein Idol zimmern, das sie anbeten, bis es zusammenbrechen wird.

(Sozialdemokratischer Parteitag Chemnitz, September 1912.)

Die Schalksecke

Der liebe Gott und der Pastor

Als der Pastor gestorben war, steckte er die Bibel in die linke Tasche seines langen Predigergewandes und machte sich auf gen Himmel. Der Weg war lang und führte vorbei an den vielen Massengräbern, an den zerschossenen Dörfern und zerstörten Städten. Aber der Pastor sah nicht rechts und nicht links, und so kam er doch noch vor abends an.

Als er vor der Wohnung des lieben Gottes stand, machte er Halt, um sich eine passende Rede auszudenken.

Aber es wurde ihm nicht leicht, denn hier war manches anders, als er sich gedacht. Kein Cherubim nahm ihm die Visitenkarte ab und es stand auch nirgendwo ein Schild: Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben.

Schließlich ging der Pastor weiter und stand bald vor dem lieben Gott, einem alten Herrn, der in einem großen Buche las. Der Pastor räusperte sich mehrmals, aber der liebe Gott sah nicht von dem Buche auf. Da wurde der Pastor ungeduldig, machte mit der Rechten eine zornige Handbewegung, wie auf der Kanzel, wenn er von der Sozialdemokratie sprach und sagte: „Guten Abend.“ Der liebe Gott antwortete freundlich: „Guten Abend“, aber er sah nicht von dem Buch auf. Jetzt riß dem Pastor seine christliche Geduld und er begann finster: „Selig sind, die da . . .“ Da schaute der liebe Gott auf und fragte interessiert: „Ist dies nicht aus der Bibel?“ „Wie — rief erschrocken der Pastor — du bist der liebe Gott und weißt nicht, was in der Bibel steht?“ — „Es ist schon lange her — sagte der liebe Gott —, daß ich dies Buch geschrieben habe, und manches hat sich unterdessen verändert.“ Es war, als ob er dabei etwas traurig würde und als ob über das große Buch ein blutiges Leuchten ging. Nun wurde der Pastor aber gesprächiger. „Lieber Gott,“ rief er, „nun weiß ich, woher unser Unglück rührt, du hast uns verlassen ob unserer Sünden willen. O über die Sozialdemokratie! Ich habe es jeden Sonntag gesagt!“

Der liebe Gott sah bei diesen Worten nachdenklich vor sich hin. „Sozialdemokratie,“ sagte er dann. „Sprich, von welchem Stern kommst du?“ „Von welchem Stern? Ich komme von der Erde,“ erwiderte der Pastor. „Erde,“ murmelte der liebe Gott und begann in dem Register zu dem großen Buche aufmerksam zu blättern. Endlich hatte er gefunden, was er suchte, und fragte: „Wo steht ihr jetzt?“ Dabei las er einige Sätze aus der mittelalterlichen Geschichte vor. „Weiter, weiter,“ rief der Pastor, „wir sind viel weiter, sieh beim Weltkrieg nach.“ „Krieg,“ rief der liebe Gott, „habt ihr denn noch Kriege?“ und blätterte wieder etwas zurück.

„O Gott, o Gott,“ rief verzweifelt der Pastor, „jetzt bin ich 30 Jahre lang Pastor gewesen und davon 20 Jahre Hofprediger und habe acht Bände Kriegspredigten geschrieben und immer wieder bewiesen, daß du auf unserer Seite stehst — und nun fragst du mich, ob es noch Kriege gibt.“

Dabei machte der Pastor ein so unglückliches Gesicht, daß es dem lieben Gott leid tat und er zu ihm sagte: „Du scheinst etwas verwirrt, was kann ich für dich tun?“

Der Pastor faßte sich und froh, der Anwalt der Menschheit vor Gottes Thron zu sein, begann er eifrig zu sprechen: „O lieber Gott, viel Wichtiges gibt es für dich zu tun. Stärke den Glauben und die deutschnationale Volkspartei, wehre der Sünde und der Sozialdemokratie, sonderlich der unabhängigen. Mache deine Kirche stark und lasse die kleinen Kinder weiter in der Schule die drei Artikel lernen. Beschütze unsern König und sein Haus auch im fernen Holland, bereite allen, die wider den Stachel löken, ein sanftes Ende wie Liebknecht und Rosa Luxemburg!“

Hier unterbrach ihn der liebe Gott etwas ungeduldig, aber doch lächelnd, indem er sagte: „Nimm es mir nicht weiter übel, aber du sprichst ja wie — ein Pastor!“

Damit blätterte der liebe Gott in dem großen Buche weiter, und die Audienz war beendet.

Der Honigtropfen

Ein Jäger kommt mit seinem Hunde
Um Honig bei dem Krämer an,
Und bietet ihm, als alter Kunde,
Den ganzen Schlauch für Spottgeld an.
Der Krämer kostet, findet's billig,
Greift in den Kasten und ist willig;
Doch, da den Schlauch zu schräg er hält,
Ein Tröpfchen noch zur Erde fällt.
Und eine Fliege, schwarz und dumm,
Fliegt hin und leckt daran: Sum! Sum!
Des Krämers Katze hascht die Fliege;
Den Hund verdrießt die Faselei,
Und macht durch einen Biß zur G'nüge
Das Tier von Erdenfesseln frei.
Der Krämer, schier vom Zorne rot,
Schlägt in der Wut den Jagdhund tot.
Stracks sieht man, als die Tat gescheh'n,
Den Jäger ihm zu Leibe gehn.
Der Kampf wird heiß, der Krämer weicht,
Als er der Nachbarn Ohr erreicht,
Die fallen wie Gedanken
Dem Jäger in die Flanken.
Zehn Handwerksburschen kommen eben,
Die sehen den bedrängten Mann
Und greifen kühn auf Tod und Leben
Den Krämer und sein Hilfskorps an.
Der Lärm erweckt die Polizei,
Zwei Bataillone ziehen herbei.
Es wächst die Zahl, das Feld wird weiter,
Und nächster Tage liest man schon:
„In unserm guten Deutschland, leider!
Gibt's wieder große Rebellion.“

Stolle.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Druck und Verlag Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., beide in Elbing.

Der arme Konrad

Blätter für Unterhaltung und Belehrung

Nr. 6 | Sonnabend, den 29. November | 1919

Spartakus

Rom atmet' auf. Die Macht der Sklaven lag
im Staube, zerschellt und zerschmettert,
nach so viel List und Ränken Tag um Tag
und den Kämpfen, die rastlos gewettert.

Auf allen Wegen rinnt nur Blut und Blut,
in Blut scheint die Sonne zu beben,
der Sterbenden Geächz, der Wunden Wut —
und viel Arbeit soll es noch geben.

Sechstausend Kreuze steh'n in langen Reih'n,
wo der Weg sich nach Capua wendet,
zum Ruhm dem Sieger, der bekränzt beim Wein
den Triumph seiner Taten vollendet.

Sechstausend Kreuze ragen in die Nacht,
dran der Leiber sechstausend hangen,
und aus der Stadt, die wild bei Orgien wacht,
dringt Lärm in der Sterbenden Bangen.

Und Crassus teilte jetzt des Forums Schar
und rief mit grimmigem Schelten:
„Wo ist der Spartakus? Sein Kopf fürwahr
soll tausend Köpfe mir gelten!“

„Der,“ sprach ein Sklav, „ist tot. Zum Kampfe sah
ich mutig als ersten ihn fliegen;
er stritt und stand ein Held im Streite da,
nun mag er durchbohrt wo liegen.“

„Die Leiche schafft mir her!“ schrie Crassus wild,
„er hänge an erster Stelle!“
Die Schar verteilte gleich sich im Gefild
und sie suchten eifrig und schnelle.

Und schleppten her, von Blut und Staub befleckt,
des Spartakus mächtige Glieder, —
von Hunderten ward er emporgestreckt,
doch die Wucht zog dreimal ihn nieder.

Dann banden sie ans Kreuz mit Ketten ihn,
durch die Hände die Nägel sausten,
drauf, wie es ziemt dem edlen Sieger, spien
sie ins Antlitz, gingen und schmausten.

Dann feierten sie laut beim vollen Krug
die Herrin Rom, die zunichte
der Sklaven Hochmut und Empörung schlug:
Ruh' lag auf des Helden Gesichte.

So fest die Ruhe und so siegsgewiß,
nur im Aug' wehmütiges Fragen:
O, Menschheit, eh' entweicht die Finsternis,
wieviel Kreuze werden noch ragen!

Vrchlicky.

In der Geschichte des alten Rom ist es eines der fesselndsten Kapitel, über dem der Name steht: Spartakus.

In den thrakischen Bergen wuchs er heran, der Sohn eines vornehmen Geschlechts. Jüngling geworden, zog er mit thrakischen Hilfstruppen hinaus, um im Heere der römischen Republik mitzukämpfen. Aber er hielt es nicht aus in diesem strengen Dienst; er sehnte sich zurück nach der Freiheit. Er entfloh und führte ein gefahrvolles Abenteuerdasein in den heimatlichen Bergen. Doch nicht lange: Geschäftige Häscher fingen ihn und brachten ihn als Sklaven nach Rom. Als Sklave kam er in eine der Fechterschulen des kampanischen Capua.

Von den 20 Millionen Menschen, die damals auf der italienischen Halbinsel lebten, waren an vierzehn Millionen Sklaven. Aus allen Provinzen des mächtigen Reichs schickten die Heere der Republik ihre Kriegsgefangenen als Sklaven nach Rom. Mächtige Seeräuberbanden jagten an allen Küsten des Mittelmeers auf eigene Faust nach Menschen, und römische Großkaufleute waren willige Abnehmer ihrer lebendigen Beute. Was in Italien an häuslicher und handwerklicher Arbeit zu verrichten war, lag in den Händen von Sklaven. Auf den weiten Plantagen der römischen Vornehmen waren sie die Hirten und Arbeiter; wie Hunde gehalten mußten sie werken von früh bis spät. Und nicht nur werken. Brauchten sie Kleider, dachten ihre Aufseher und putschten sie an: Gibt's denn auf den Straßen nicht Reisende genug mit guten Kleidern? Reiche Gutsbesitzer bewaffneten Horden von ihnen und hetzten sie gegen die Bauern der Umgegend zu Raub und Mord; es war die gegebene Methode der Bauernlegerei, der Ausweitung ihrer Plantagen und ihrer Sklavenwirtschaft. In den Städten, vor allem in Rom, war Sklaverei alles, was nicht Staatsgeschäft und Kaufmannstätigkeit hieß. Sklaven waren die Diener, Sklaven die Türhüter. In den Bureaus saßen die Sklaven, Sklaven hegten die Gärten. Schneidern, flicken, zimmern, bauen — alles lag den Sklaven ob. Und Sache der Sklaven war es auch, die vornehmen Herren in den Stunden ihrer Muße zu unterhalten und zu belustigen. Sache der Sklaven, das zahlreiche Lumpenproletariat besitzloser „Bürger“ in jener guten Stimmung zu erhalten, die von den Herren Senatoren für ihre Zwecke gebraucht wurde. . . . In den Fechterschulen wurden die kräftigsten und gewandtesten besonders ausgebildet für diesen Beruf. Rechtlos und unter dem Büttel gewalttätiger Aufseher übten sie hier jene Kämpfe der Arena, die sie gegen wilde losgelassene Bestien zu führen hatten, oder auch Mann gegen Mann — jene erbarmungslosen Kämpfe auf Leben und Tod, bejauchzt von einer entarteten Menge.

In eine solche Fechterschule kam Spartakus. Und aus ihr gelang es ihm — im Jahre 72 vor Christi Geburt — mit 70 seiner Gefährten auszubrechen. Schlecht bewaffnet, aber zum äußersten entschlossen, durchzog dieser Haufe das kampanische Land. Bald hatte er Zulauf. Zu Dutzenden, zu Hunderten liefen trotz drohender Todesstrafe die Hirten und Arbeiter ihren Aufsehern davon und schlossen sich an. Der Führer blieb Spartakus. Alle überragte er an Klugheit und Verwegenheit; aber er war auch milde und gerecht, und sie liebten ihn, wie sie ihn ehrten.

Die Bewohner der Städte schickten ihre Miliz gegen die Empörer, diese „Räuber“, die nicht lange fragten, wenn sie zu essen und zu trinken brauchten. Spartakus zog sich auf die unwirtliche Höhe des Vesuvs zurück. Dort sperrte man ihm Weg und Steg und hoffte auf seine Unterwerfung oder sein Verhungern. Aber es kam anders. In dunkler Nacht kletterten die Entschlossenen auf Leitern, die sie sich aus Weinreben geflochten, über unwegsam scheinende Schluchten hinab, überfielen ihre Belagerer mit Knüppeln und Waffen und zerstreuten sie in alle Winde.

Der Ruf dieses Streiches wirkte Wunder. Immer neue Haufen Entlaufener stießen zu der Schar. Und Spartakus selbst öffnete, durch die Lande ziehend, Hunderten und Tausenden die dumpfen Kerker, in denen sie zusammengepfercht waren. Sein Heer schwoll auf mehrere Zehntausende von Kämpfern.

Die Städte und die geplünderten Gutsbesitzer riefen Rom zu Hilfe. Die Republik mobilisierte zwei Legionen, an zehntausend Mann, zur Niederzwingung der Aufsässigen. Aber am Fluß des Silaaus schlug Spartakus die beiden Legionen in blutigem Kampf.

Und wieder weckte die Kunde dieses Sieges tausende Gedrückter und Getretener, ließ sie in heißer Hoffnung ihre Ketten zerbrechen und hinstreben zu dem großen Führer, der ihnen die Freiheit verhieß. Seine Macht wuchs mit jedem Tag. Der Himmel leuchtete weithin vom Feuerschein der Häuser reicher Menschenquäler. Städte wurden im Sturm erobert und mußten den Sklaven ihre Vorräte geben. Spartakus mühte sich ehrlich, unnötige Greuel, leichtfertige Verwüstungen zu verhüten. Mit bewundernswerter Energie suchte er zugleich seine regellosen Haufen zu organisieren und kampffähig zu machen, bewaffnete sie mit erbeutetem Material, ließ Pferdeherden einfangen, um einen Teil seiner Truppen beritten zu machen, war immer bestrebt, zusammenzuhalten, Einigkeit zu schaffen. . .

Leicht war das freilich nicht. Zu verschieden waren die Menschen, die da zusammenströmten. Nicht einmal eine Verständigung war immer möglich, aus allen Teilen der Welt stammten ja diese Gefangenen und Erjagten. Sie alle wollten die Freiheit. Aber über das Wo und Wie waren sich wenige klar. Es scheint, daß Spartakus daran dachte, seinen Scharen einen Weg über die Alpen zu suchen und dann allen den Weg nach ihrer Heimat freizugeben. Aber der Plan scheiterte. Da wandte er sich gegen Rom. Neuerdings suchten ihn die Truppen Roms zu fassen und zu werfen. Aber es gelang ihnen nur, einen kleinen, abgesplitterten Haufen zu schlagen. Die Gefallenen und Gefangenen dieser Schar, die ihren Freiheitsdrang am Kreuze büßen mußten, rächte Spartakus bald in einem zweiten und dritten Siege in den Apenninen und bei Mutino.

Nun zog ein blasser Schrecken in Rom ein. Es war wie in den Tagen, da es geheißen hatte: Hannibal vor den Toren! Sechs neue Legionen wurden aufgegriffen und marschbereit gemacht, nnd ein General von Ruf, Licinus Crassus, ward an die Spitze der insgesamt acht großen Truppenverbände gestellt, um der Meuterer Herr zu werden.

In Vorhutgefechten flohen auch die neuen Truppen Roms zurück. Da ließ Licinus Crassus von allen Geflohenen immer den zehnten Mann hinrichten und trieb die andern mit rücksichtsloser Strenge hinter dem Haufen der Empörer drein. Spartakus zog nach Süden, zur Halbinsel Bruttium hin; sein Plan war jetzt, mit seiner Schar hinüberzusetzen nach Sizilien, dort die Massen der Sklaven, die in dieser „Kornkammer" der alten Welt frondeten, sehnsüchtig eines Befreiers harrend, gleichfalls aufzurufen und, durch sie verstärkt, seine Macht unüberwindbar zu machen. Aber der Flibustierhäuptling, dessen Flotte er gemietet hatte, ließ ihn im Stich. Da stand er nun mit seinen Tausenden, im Rücken das Meer, vor sich eine überlegene Truppenmacht, die über die ganze Halbinsel hin Wall und Graben gezogen hatte, um ihn, eingeschlossen, auszuhungern.

Doch wiederum glückte es ihm, durchzubrechen. In dunkler Winternacht stürmte er die feindlichen Verschanzungen und bahnte sich einen Weg aus der Falle. Und neuer Schrecken lagerte sich über Rom. Unbesiegbar schien dieser entlaufene Sklave mit seinem Heer verachteten Gesindels, unüberwindbar in seinem Kampf für die Freiheit.

Vielleicht wäre wirklich dieser Haufen meuternder Sklaven unbesiegbar geblieben, wäre er immer einig gewesen. Aber neuerdings splitterten sich die Gallier und Germanen von dem Gros der Griechen und Asiaten ab. Es gelang Licinus Crassus zunächst, diese Abgesplitterten zu stellen. Ein blutiger Kampf entbrannte. Zwölftausend der Empörer deckten den Boden. Alle ihre Wunden in der Brust. Die Körper der Gefangenen wurden gemartert, zerstückelt. Die Rache der Sieger kannte kein Erbarmen.

Doch noch blieben Spartakus und seine Schar. Ermutigt wagten sich die Legionen nun auch wieder an sie. Spartakus wich abermals zum Meere. Vor ihm richtete der Feind ein befestigtes Lager auf. Wieder wurde ein Durchbruch nötig. Sie wußten's alle: die Entscheidungsschlacht! Spartakus stieg vom Pferde, als er das Kommando zum Sturm gegeben hatte. Er wollte den Seinen zeigen, daß er bereit sei, mit ihnen und gleich ihnen alles zu wagen. . . Mit ungeheurer Wucht warf sich die zusammengeschmolzene, schlecht bewaffnete Schar auf die Uebermacht. Allen voran focht Spartakus. Weit hinein drang er mit seinen Getreuesten in die Reihen des Feindes. Aber der Gegner waren zu viele. Spartakus sank. Kniend kämpfte er weiter. Dann traf ihn der Todesstreich. Mit ihm, gleich ihm fielen Hunderte, Tausende.

Ein kleiner Teil nur schlug sich durch und zog gen Norden. Von Spanien nach siegreichem Feldzug heimkehrend, stießen auf ihn die Legionen, die der junge Pompejus führte. Es gelang ihnen, die geschwächten Haufen zu zerstreuen. Und nun begann eine Menschenjagd hinter den Entkommenen, wie sie die Geschichte kaum wieder gesehen hat. An der Straße von Rom nach Capua ragten sechstausend Kreuze gen Himmel, an die man die Empörer festgenagelt . . .

Licinus Crassus und Pompejus aber wurden für das nächste Jahr die Konsuln der Republik.

Spekulanten

Eine Skizze von Friedrich Hochholzer.

. . . Sie saßen also einander gegenüber.

Er, der kleine, schmale, millionenreiche Spekulant, Großgrundbesitzer und Reichsratsabgeordnete, der andere ein riesiggewachsener Mensch mit brutalem Gesicht, das nur durch die hohe Stirn etwas verschönt wurde — der alte populäre Bauernführer.

Ihre Blicke suchten und kreuzten sich sekundenlang wie zwei mordbereite Stahlklingen.

Sie schwiegen.

Du! Du Ehrenmann, du! dachte der kleine Schmale — man sah es ihm ordentlich an, der dachte so —, dich hasse ich, du bist mein Feind. Ah! Wenn ich so könnte, wie einen häßlichen Wurm würde ich dich zerquetschen. Aber ich warte, ich lauere, ich kann noch nicht Sei aber auf der Hut, du! . . .

Der riesige Breitgewachsene maß den Kleinen mit seinen harten, kühlen Augen; ihm saß ein verächtlicher Hohn um den glattrasierten Mund.

Er betrachtete ihn. Wenn dieser Kerl hier nicht der wäre, der er ist, und steckte also in einem ärmlichen verwetzten Kleid — er gliche einem Bravo, an dem Lombroso seine helle Freude gehabt hätte.

Diese niedere Stirn, dieser schiefe Blick! Diese geradezu aufreizende, ordinäre Nase — darunter ein böser, gemeiner Mund . . . das geborne Menschentier.

Und der breite Starke lächelte schadenfroh und sein überlegenes Schweigen saß in diesem vornehmen Salon. Saß hier wie eine hungrige Spinne, die wollüstig weiß: dort, dort hängt endlich die schmutzige Schweißfliege in deinem Netze; dort zappelt sie und du kannst sie töten! Heute, morgen, übermorgen . . langsam, rasch . . . wie es dir beliebt.

„Also, was wollen Sie?" stieß der reiche Spekulant gequält hervor.

Und der alte Bauernführer begann ruhig, mit verletzendem Hohne:

„Wissen Sie, reden wir wie kühle Geschäftsleute. Sie machen in Stahl-, Holz- und hauptsächlich in Petroleumwerten. Ich — allerdings bescheidener und, wenn sie wollen," — er lachte böse — „auch ehrlicher, in Frucht und Vieh."

„Wie meinen Sie das, Stankowitsch, das mit der Ehrlichkeit?" fuhr der Kleine giftig auf. Sein schlaues Gesicht war plötzlich farblos geworden und mit den hängenden offenen Kiefern sah er jetzt aus wie ein Wolf, der vom Hunde aus dem Lager aufgestört worden war.

„Bleiben Sie ruhig, bitte," sagte der andere und legte schwer die riesigen, fleischigen Quadratfäuste auf den Tisch.

„Uebrigens . . ich hab' Sie diesmal gehörig in der Schlinge und kann Sie erwürgen! Jawohl! Er—wür—gen! Die „r" im Worte erwürgen klangen unheimlich, bedrohlich.

Er hob die Hände und machte eine Bewegung, als würde er einem kleinem Vogel das Genick brechen.

„Passen Sie auf. Ich und Sie, wir sind Feinde. Sind wir das?"

Der kleine, schmale Millionär krallte die Finger in den kostbaren Tischläufer und schwieg.

„Also wir sind Feinde, Rivalen. Beide gehören wir als führende Köpfe zwei großen, mächtigen Parteien an. Ah, wir rivalisieren lange schon, lange!" . . .

Der Riesige biß die Zähne zusammen.

„Sehen Sie, Sie müssen weg. Es wartet auf uns zwei ein Portefeuille. Ein einziges."

Nun ist für mich wie für Sie die Aussicht, ja die Wahrscheinlichkeit vorhanden, dieses ersehnte Ziel zu erreichen. Heute nicht, morgen nicht. Aber vielleicht schon übermorgen. O, ich kenne längst Ihr Gelüst nach Herrlichkeit! O, wie Sie es verstanden haben, sich stets ins beste Licht zu setzen! Sie zogen Künstler, Gelehrte, junge Schriftsteller in Ihren alles zersetzenden korrumpierenden Kreis! Ja, Sie förderten so manchen armen, hungrigen Teufel. Aber dafür mußten sich diese auch dankbar erweisen! Sie lancierten gefühlvolle Zeitungsartikel, in diesen erzählte man breit und ausführlich: wie so gemütlich das große Finanzgenie zu Hause sei — und wie gar wohlwollend er sich um das Befinden seines letzten Ochsenknechtes erkundige. Die Künstler wieder malten, bildhauerten und photographierten Sie in allen möglichen Stellungen und Situationen. Bei der Arbeit mit Spaten und Schaufel im Hausgarten, zu Pferde hinter der Meute im roten Rocke, auf der Jagd mit leichterbeuteten Trophäen und was dergleichen schöne Mätchen mehr sind . . .

Herr, ich hasse Sie! Heute endlich bin ich durch Zufall in der glücklichen Lage, Sie, den gefährlichen Rivalen, wegzuputzen!"

Stankowitsch holte Atem, dann höhnte er:

„Und ich — das gestehe ich — wäre ein Narr, würde ich es unterlassen."

„Sie, Sie sind . . . ein . . Schurke, Stankowitsch!" schäumte nun der reiche Spekulant und bearbeitete die Lederpolsterung seines Stuhles in ohnmächtiger Wut mit den Fäusten.

„Danke für das Kompliment," warf der ruhig hin und entzündete recht umständlich seine schwere Zigarre.

„Hören Sie: Erinnern Sie sich des Großbauern Stankowitsch? Nicht? Na, ich sage, Sie werden sich gleich erinnern. Dieser Stankowitsch, der mein Bruder war, hatte das Glück, vielmehr das Pech, ein wunderschönes, schuldenfreies Gehöft zu besitzen, das Euer Gnaden schon lange ein Dorn im Auge war. Es lag aber auch gar zu schön in der Mitte Ihres Besitzes. Aber dieser Bauer war eine Canaille, die unglaublich zäh auf ihrer Scholle saß. Und er hatte nicht die mindeste Lust, das Anwesen zu veräußern."

„Sie aber" — der riesige Mensch rieb sich die Hände, als er sah, daß sich der Feind jäh verfärbte —, „Sie aber umkreisten ihn wie ein Tiger das Opfer im Dschungel. Entschuldigen Sie nur den Vergleich, doch es war so. Erst klopften Sie ein paarmal höflich an. Sie wurden immer abgewiesen. Da begannen Sie, mit allen möglichen Schikanen das Opfer mürbe zu machen; ich will nur einige Beispiele nennen. Sie entzogen ihm das Weideservitut, erdrückten seine Wildschadenersatzansprüche, man verbot seinem Fuhrwerk die Benützung Ihrer Feldwege. Kurz, man ließ den armen Teufel Ihre ganze großgrundherrliche Ungnade fühlen.

Und das Glück war endlich — wie schon so oft — Ihnen wohlgesinnt. Die Klauenseuche, der Schweinerotlauf, zwei Jahre Mißernte brachten langsam den Mann in Wucherhände. Als zum Ueberfluß das große Gehöft niederbrannte, drückten Sie, mein lieber Kollege, dem Bedauernswerten den Besitz um ein Butterbrot ab. Sie sind ein Tiger. Das Feuer jedoch war gelegt worden. Der Brandstifter war ein versoffener Pächter gewesen, der dann das Weite suchte und auch fand; denn Sie halfen dem Kerl über den großen Teich. Sie hatten ihn gedungen! Vorher aber steckte er noch die Oelfelder bei — na, wie war der Name? Na, ist Nebensache — in Brand. Der eigentliche Verbrecher waren wieder Sie! Ja, Sie hatten als gewissenloser Spekulant ein Börsengeschäftchen ausgeheckt und hatten damals Grund gehabt, ein kleines Feuerlein zu arrangieren."

Jetzt lag ein kleiner, schmaler Mensch im Lehnstuhl und sah mit zitternden Augen den Riesen an. In seinem erdfahlen Gesicht waren plötzlich alle Runzeln deutlich, erschreckend deutlich sichtbar geworden.

„Die Beweise, wo haben Sie denn die Beweise? Sie Satan! Sie, Sie verfluchter Schuft . ."

„Beweise? Hier," Stankowitsch zerrte ein Schriftstück aus seiner verwetzten Brieftasche.

„Der arme Schächer drüben in Amerika hat in Todesangst und Reue sein Geständnis abgelegt. Das Dokument ist zweifellos echt; der Sheriff und der Pfarrer des betreffenden Wildwestdörfleins stehen hier als Zeugen gezeichnet. Begreifen Sie also, daß Sie mir auf Gnad' und Ungnad' ausgeliefert sind?"

Stankowitsch hob die fleischigen Quadratfäuste und machte wieder vor einem entsetzten, verschrumpften Gesicht eine Bewegung, als ob er einem kleinen Vogel das Genick brechen wollte.

Der andere aber saß und stierte auf die Abschrift des Dokuments. Ja, jetzt war die politische Karriere vorbei. Alles aus! Ganz aus! Entlarvt — was sollte er jetzt nur tun? Und während sich sein Gehirn rasend bemühte, einen Gedanken zum anderen zu bringen, saß dieser Hund, diese grausame Canaille dort . . . überlegen . . . und spielte wie die Katze mit einer halbzerquetschten Maus.

Und nun bereitete der schon den letzten Schachzug vor.

„Hören Sie mich an; ich will ein Ehrenmann sein und schweigen. Ja, schweigen, unter folgenden Bedingungen: Sie legen das Mandat nieder, ziehen sich völlig aus dem politischen Leben zurück. Sie werden sich ferner hüten müssen, meine Pläne zu durchkreuzen. Außerdem werden Sie mir so bald als möglich Zweihunderttausend auszahlen Ein Pappenstiel ist das für Sie in diesem Falle."

Er schwieg und lauerte.

„Und wenn Sie dann trotzdem gehen und reden?" stöhnte der Mann im Sessel und wischte sich den Schweiß von der Stirn.

„Aber, Freund, was denken Sie? Ich nehme doch eine Schweigsumme; und — weiß Gott — wer möchte in dieser lieben Welt nicht gern als Ehrenmann gelten? Also . ."

Und mit einem Siegeslächeln stand Stankowitsch auf und hob den Fassungslosen wie eine Puppe aus dem Stuhl.

„Na, na, so erholen Sie sich doch nur," knurrte er und reichte ihm, wie einem Kinde, das sich verschluckt hatte, ein auf dem Tische stehendes Glas Wasser.

Kleines Feuilleton

Die Nationalität der Bewohner der östlichen Adriaküste

Einer der Hauptgründe, die Italien veranlaßt haben seinem Verbündeten Oesterreich den Krieg zu erklären, ist der Wunsch, die Ostküste des Adriatischen Meeres, d. h. Istrien und Dalmatien zu besitzen, um die Alleinherrschaft über die Adria, das „mare nostro", zu gewinnen. Mit der Einverleibung dieser Striche würde Italien eine ausgezeichnete, hafenreiche Küste gewinnen, die für die Ausbreitung von Handel und Verkehr sich viel mehr eignet als die italienische Ostküste, die von der Adria bespült wird. Die Italiener, schlau genug, ihre wirtschaftlichen Anmaßungen in einen Mantel ethischer und historischer Behauptungen zu hüllen, stellen die These auf, daß die Ostadriaküste ihnen als den Nachfolgern der Römer zukäme. Außerdem seien die Küstenländer von einer lateinisch-italienischen Rasse bewohnt. Diese Frage der Latinität der adriatischen Küste Oesterreich-Ungarns unterwirft nun Prof. Georg Lukas-Graz in Petermanns Mitteilungen einer eingehenden kritischen Beleuchtung. Er kommt zu dem Schlusse, daß die römische Kultur nur an der Oberfläche gehaftet hat und sich auf ein paar Küstenorte beschränkte, während im gebirgigen Innern von Istrien und Dalmatien niemals von einem tiefgehenden kolonisierenden Einfluß Roms gesprochen werden konnte. Ebenso unrichtig sind die Ansprüche, die auf Grund einer angeblich außerordentlich starken Besiedelung des Landes durch Italien erhoben werden. Von den 51,4 Millionen Einwohnern der Donau-Monarchie waren nach einer Zählung im Jahre 1910 nur 743 000 Italiener. Fast die Hälfte davon, 392 000, lebten in Tirol und Vorarlberg. An der östlichen Adriaküste wohnen daher nur 400 000 Welsche, die sich ihrerseits im Norden zusammendrängen; in Görz-Gradiska 90 000, in Triest 119 000, Istrien 147 000; in Dalmatien aber leben nur 17 000, in Ungarn, Bosnien und Kroatien im ganzen nur 35 000 Seelen, welche letztere in der Hauptmasse die Hälfte von Fiume ausmachen. Dazu kommen allerdings noch ausgewanderte Reichsitaliener. Im Küstenland leben 60 000 Reichsitaliener, zum größten Teil arme Leute, deren Zahl durch die österreichische Duldsamkeit einerseits und die Begünstigung der Auswanderung durch die italienische Regierung andererseits sich jährlich vermehrt hat. In Triest gab es zu Beginn des Krieges 50- bis 60 000 Reichsitaliener. Dies ist einer der wenigen Orte, wo die Italiener mit 62,3 Prozent in der Mehrheit sind. In Dalmatien beschränkt sich das Italienertum fast ganz auf die Hauptstadt Zara. Die Dalmatiner haben mit der italienischen Rasse gar nichts zu tun, sie traten zwar eine Zeitlang als Italiener auf, aber nun gelten sie als das, was sie sind, nämlich als Serbokroaten.

Der Gulden

Für den Großverkehr, der im 13. Jahrhundert zunahm, goß man zuerst — namentlich in den größeren norddeutschen Handelsstädten — Silberbarren, die man mit Stempelzeichen

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 35 | Dienstag, den 2. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Die Abschlachtung der 32 Matrosen in Berlin

Oberst Reinhard, die Noskestütze, der Hauptschuldige an der Matrosenmetzelei — Leutnant Marloh soll rechtzeitig und ausgiebig von der Waffe Gebrauch machen — Alles, was er irgendwie erschießen könne, solle er erschießen — Marloh's erster Bericht aus den Akten spurlos verschwunden — Oberleutnant v. Kessel und Staatsanwalt Weißmann fertigten den Bericht-Ersatz — Marloh mit Noskeausweis, Stammrollenauszug, Fahrkarte erster Klasse und fünfzehntausend Mark zur Flucht gedrängt

Hört die Anklage:

Am morgigen Mittwoch beginnt in Berlin die Verhandlung gegen den Oberleutnant Marloh, den Mörder der 32 Matrosen in der Französischen Straße. Nur wegen Totschlags, nicht wegen Mordes, dessen ihn die Oeffentlichkeit auf Grund des bisher vorliegenden Materials beschuldigt. Schon die Formulierung dieser Anklage mußte Verdacht erregen. Entweder hat Marloh das entsetzliche Verbrechen aus eigenem Willen vollbracht, dann war es ein Mord, ein vielfacher, sinnloser, entsetzenerregender Mord, und die Anklage konnte dann nur auf Mord lauten. Oder Marloh hat einen Befehl seiner Vorgesetzten ausgeführt, dann durfte die Anklage sich nicht allein gegen ihn erstrecken.

In der Zukunft erhebt Maximilian Harden in der Angelegenheit der ermordeten Matrosen die schwersten Anklagen. Und diese Anklagen konzentrieren sich vor allem auf eine Person: den Obersten Reinhard. Gegen denselben Reinhard, **der zum Empfang des Feldmarschalls Hindenburg eine Ehrenkompagnie gestellt und selbst vorgeführt hat.** „Dieser selbe Oberst", sagt Harden", ist dringend verdächtig, durch seinen leichtfertig unbedachten Befehl neunundzwanzig junge Deutsche in grausamer Metzelei getötet zu haben."

Harden berichtet zuerst, wie zwei Tage nach der Verkündung des Belagerungszustandes, „dessen schmutzigen Freveln wir gestern keuchend entronnen waren", die Mannschaft der aufgelösten Truppe **zum letzten Löhnungsappell** in den Kassenraum des Hauses Französische Straße 32 geladen wurde. Dort standen schon 60 Mann mit zwei Maschinengewehren bereit, um „bei dieser Gelegenheit möglichst viele Mitglieder der Volksmarinedivision zu verhaften". Die Matrosen kamen arglos herbei, nur von dem Verlangen nach Löhnung getrieben. Sie wurden mit „Hände hoch!" und Revolverdrohung empfangen. Wer bewaffnet war und sich über den Empfang unwillig äußerte, kam in eine Dunkelkammer. Als erst 150, dann 300 Mann festgenommen waren, die in der Lage waren, die Reinhardiner zu überwältigen, bat Marloh telephonisch um Verstärkung. Der Oberleutnant sonderte die „schlechten Elemente" aus, gutgekleidete Männer, die Uhren, Ketten, Ringe, größere Geldbeträge bei sich hatten und ihm darum des Diebstahls verdächtig waren. Marloh, der im Kriege den rechten Arm verloren, dem Geschoßregen Schädel und Rumpf durchlöchert hat, der Alkoholiker war und an Nervenzuckung und Bewußtseinstrübung leidet, sieht in den Matrosen Landesverräter und Straßenräuber. Obendrein ist die Lüge vom Lichtenberger Blutbad in sein Ohr geklungen. Dennoch will er nicht bedenkenlos nach dem Erlaß Noskes handeln. Inzwischen stehen vor dem Hause zwei Zivilisten und ködern jeden Ankömmling mit dem Zuruf: er solle sich sputen, denn oben werde der Sold schon gezahlt. Harden berichtet weiter:

Rot brannten vor Marlohs Augen vier Erlasse. **„Jeder ehemalige Angehörige der Volksmarinedivision, der noch mit der Waffe in der Hand betroffen wird, wird nach Kriegsrecht behandelt."** (Noske.) **„Jede Person, die, mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend, getroffen wird, ist sofort zu erschießen."** (Noske.) **„Alle Angehörigen der Volksmarinedivision, die in neubesetzten Stadtteilen angetroffen werden, sind zu entwaffnen und, wenn sie sich wehren, niederzumachen; sonst festzunehmen."** (Lüttwitz). **„Wer sich mit der Waffe widersetzt oder plündert, gehört sofort an die Mauer. Daß dies geschieht, dafür ist mir jeder Führer verantwortlich."** (Lüttwitz). So ungeheuerliche, im Mißgriff und Mißbrauch verleitende Befehle waren im fünften Lebensmonat deutscher Republik möglich; und ihre Ausführung war (war?) in die Willkür monarchistischer, aller Demokratie erzfeindlicher Offiziere und Unteroffiziere gestellt.

Nach der ersten Bitte um Verstärkung fragt Oberst Reinhard: „Sind von den festgenommenen Matrosen schon Leute erschossen worden?" Leutnant Schroeter antwortet: „Soviel ich weiß, nicht." Der Oberst: „Gehen Sie zu Marloh und machen Sie ihn auf den bekannten Befehl Noskes aufmerksam. Sagen Sie ihm, daß er rücksichtslos durchgreifen und falls nötig, sofort von der Waffe Gebrauch machen solle." Diesen Befehl hat der Leutnant in die Französische Straße gebracht. Spätere Befehle des Obersten: **„Marloh soll rechtzeitig und ausgiebig von der Waffe Gebrauch machen." „Eigentlich gehört die ganze Gesellschaft an die Wand."** „Sagen Sie Marloh, es könne länger dauern, bis er Unterstützung gegen die Matrosen bekommt; **die beste Unterstützung sei die Kugel."** „Wenn es soweit ist, soll er sofort dazwischen schießen und Ordnung schaffen." „Mit Schlappheit ist hier nicht weiterzukommen." **„Wo soll ich denn mit der ganzen Gesellschaft bleiben?" Die Gefängnisse sind überfüllt."** Schließlich wurde dem Leutnant Wehmeyer, einem Vetter Marlohs, nach einer Besprechung Reinhardts mit dem Oberleutnant von Kessel, befohlen: „Nehmen Sie sich ein Auto, fahren Sie los und bestellen Sie Marloh, **Oberst Reinhard sei sehr wütend, weil Marloh gegen die dreihundert Gefangenen offenbar nicht energisch genug vorgehe; er solle im ausgiebigsten Maße von der Waffe Gebrauch machen; und wenn er 150 Mann erschösse; Alles was er irgendwie erschießen könne, solle er erschießen."** Leutnant Wehmeyer hat in Kessels Zimmer den Befehl wiederholt, ist abgefahren und hat ihn „wortgetreu" dem Vetter ins Ohr geflüstert. Der antwortete, schneeblaß: **„Hundertfünfzig Mann erschießen?** Du bist wohl verrückt! Ich weiß selbst, was ich zu tun habe." Gegen eins befahl er, **dreißig Mann im Hof zu erschießen.** Der beauftragte Offizierstellvertreter fand acht Gewehre für ausreichend zur Erschießung von 30 Menschen. Schnellfeuer auf die brüllenden, jammernden, ihre Unschuld beteuernden Leute. Aus abgerissenen Schädeldecken spritzt Hirn, Verwundete krampfen sich in Leichen, Kauernde, Verkrochene sucht und findet die Kugel. Langwierige Schlächterei. Ein einziger, Herr Hugo Lewien, (dessen Bruder mit erschossen wurde), sank bewußtlos nieder, erwachte im Geknäul der Leichen, kriecht nachmittags hervor, versteckt sich im Pförtnergehäus, wird von Unteroffizieren entdeckt, mit verwundetem Arm im Krankenauto nach Moabit gebracht, als Ueberlebender dem Obersten Reinhard vorgeführt. Der ruft: „Dann müssen Sie auch erschossen werden!" Entläßt aber nach der Darstellung des Sachverhalts den Mann bis zum Abschluß der Untersuchung.

Oberleutnant Marloh hat einen mehrfach, unzweideutig, mit stets stärkerem Nachdruck ihm gegebenen Befehl auszuführen geglaubt; hat das Mindestmögliche des ihm Befohlenen, schimpfend wie im Militärverhältnis Alltagsgebrauch ist, getan; und war gewiß, wenn er's nicht tat, vor ein Kriegsgericht zu kommen. Mußte gewiß sein, und wäre, wenn er gewichtige Tatumstände nicht gekannt hätte, durch Paragraph 59 St. G. B. entschuldigt. **Sein erster Bericht,** der sich auf die Befehle der Vorgesetzten beruft, wird von dem Oberleutnant von Kessel, als lückenhaft, nach Stil und Inhalt unmöglich, angehalten und **wird unauffindbar. Aus Arbeitsgemeinschaft mit Kessel entsteht ein zweiter Bericht, der die Befehle verschweigt,** aber auch nicht gefällt; den **dritten diktiert Staatsanwalt Weismann, billigt** der Oberst, unterschreibt Marloh nach dem Ausruf: **„Es ist eine Lumperei, aber ich tue es im Staatsinteresse!"** Ein anderer Staatsanwalt, Herr Zumbroich, war mit dem Kriminalkommissar Mützlitz in Kessels Dienststube, als Herr Reinhard den (dann von Wehmeyer überbrachten) Befehl gab. Im Juli hat der vom Untersuchungsführer befragte **Staatsanwalt** geantwortet, die Sache liege vier Monate zurück, es also nicht mehr frisch im Gedächtnis und er (zugleich Zeitfreiwilliger des Korps Lüttwitz) **nicht der Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden.** Mit derselben Begründung hat der Kriminalkommissar sein Zeugnis verweigert; und **der Polizeipräsident von Berlin, Genosse Eugen Ernst, hat ihm bis gestern nicht Aussage erlaubt.** Nach der Strafprozeßordnung (Paragraph 53) darf die Genehmigung zu Aussage öffentlichen Beamten „nur versagt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates Nachteil bereiten würde."

Fordert das Wohl des Reiches, daß nicht, über jeden Zweifel hinaus, erwiesen werde, was Herr Reinhard dem Untergebenen befohlen hat?

Der ist ruhelos geworden, seit er, im Mai, in der Freiheit den ersten der unter dem Titel „Gute Zeit für Mörder" gegen ihn gerichteten Artikel las. Vier Tage nach dessen Erscheinen wurde gegen Marloh ein Haftbefehl wegen Totschlags und Aufforderung Untergebener zu rechtswidrigem Waffengebrauch erlassen. **Der Oberleutnant wurde gewarnt,** verbarg sich bei einem ihm verwandten Pfarrer, fuhr, mit falschen Papieren, unter falschem Namen, am zweiten Juniabend nach Frankfurt am Main, lebte zwei Monate in Meersburg am Bodensee, wollte von dort ostwärts, wurde am ersten September auf dem Leipziger Hauptbahnhof von einem zuvor ihm Untergebenen erkannt, leugnete nicht, sondern forderte selbst, dem zuständigen Richter vorgeführt zu werden. „Eigenmächtiger Entfernung von Truppe und Dienststellung" wäre er nur schuldig, wenn er wider Willen Vorgesetzter abgereist wäre. Er bestreitet's. Behauptet, **daß er sich stellen wollte, aber hitzig zur Abreise gedrängt, mit Stammrollenausweis, Noske-Ausweis, Fahrkarte erster Klasse, fünftausend Mark (denen später zehntausend folgten) nnd bestimmten Zusicherungen für künftige Zeit versehen, noch als Häftling zu neuer Flucht ermutigt worden sei.** Was in diesen Angaben erweislich ist, muß die Hauptverhandlung vor dem Feldkriegsgericht der Dreißigsten Reichswehrbrigade lehren. Dieses Gericht (auch die Grundlage noskischen Standrechtes muß, endlich, ernstlich geprüft werden) kann nicht daran denken, irgend etwas vom Angeklagten Behauptete, nach üblem Brauch „als wahr zu unterstellen" und, nach der berüchtigen Reichsgerichtsentscheidung vom 30. Januar 1897, den Beweis einer Tatsache abzulehnen, weil sie „nicht geeignet sei, einen Einfluß auf die Ueberzeugung des Gerichtshofes auszuüben". Ob Herr Marloh, der mir ganz im Sinne alten Kadavergehorsams gehandelt zu haben scheint, unschuldig oder schuldig befunden wird, hängt an dem Zeugnis des Oberst Reinhard, der ihm untertanen Offiziere, der Staatsanwälte Weismann und Zumbroich, deren Aussage der Gerichtshof, natürlich samt der des Kommissars von den Behörden erzwingen würde. Mir ist der Oberleutnant so fern, so fremd wie der Oberst. Hier geht es um das Recht. Neunundzwanzig junge deutsche Matrosen, meist wackere Leute, nicht eines todwürdigen Verbrechens schuldig, sind, ohne Verhör, ohne die flüchtigste Prüfung ihres Wollens, auf **schändlich rohe Weise hingemetzelt,** über einen breiten Menschenkreis ist Trauer und Elend verhängt worden. Wer ist für so empörend Grauses verantwortlich? Mir wäre es der Oberst, der solchen, kranken, überreizten Krüppel zum Träger solcher Verbrechen bestimmt hat, wenn er auch nur ein Viertel der von vier Offizieren bezeugten Worte gesprochen hätte. Herr Reinhard hat der schreckenden Lügenmär aus Lichtenberg geglaubt, der Volksmarinedivision gefährliche Neigung in Hinterlist zugetraut, wollte um jeden Preis verhüten, daß sich hinter dem Rücken kämpfender Truppen ein neuer Gefechtsherd bilde, und hat weder dem Dolus, der Absicht, noch dem Waffenvorrat, der Kampfkraft der Matrosen nachgeforscht. Kann er sich reinigen, selbst sich durch höheren Befehl decken: gut für ihn. Noch steht er in dichtem Verdachtsnebel. Der kann völlig nur weichen, wenn der Verdächtigte nicht im Machtglanz des Vorgesetzten neben die anderen Zeugen vor den Gerichtshof tritt. In seinem Befehlsbereich **ist unahnbar Abscheuliches geschehen.** Daß er, nach acht Monaten, noch kommandieren und Ehrenkompagnien vorführen darf, müßte die große Schaar Redlicher in der Fraktion der Sozialdemokratie aus dem Schlummer allzu gefälliger Duldsamkeit jäh aufscheuchen. Selbsterhaltungstrieb zieht den Klöppel der Glocke, die nicht vom Strang der Genossen Helphand (Parvus) und Hänisch bewegt wird. Soll noch ein Schock Mandate zum Teufel gehen und die mühsame Arbeit eines Halbjahrhunderts dicht vor der Reife von Faulpilzen zerfressen werden? Eure Minister, gerade Eure, wissen ganz genau, was sich um die Straffache wider Marloh webt. **Höret Ihr die Toten Kugeln sind noch heute billig. Wem die nächste?** Nur: „Das Geheimnis liegt im Papier und meine Erben brechen es auf."

Die Freiheit haßt die Anklagen, die Maximilian Harden hier in aller Oeffentlichkeit erhebt und die das bisher schon vorgelegte Material so ergänzt, daß ein Entrinnen für die Schuldigen nicht mehr möglich ist, zusammen:

Die Matrosen werden in eine Falle gelockt. Man will ihnen die rückständige Löhnung auszahlen und bei dieser Gelegenheit sollen sie die noch in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern. Sie werden von einem Befehl erwartet, der sie zum meuchlerischen Tode verurteilt. Dieser Befehl wird von Marloh nur zum Teil ausgeführt, weil er selbst diesem Manne zu entsetzlich erscheint. Als die Wahrheit über den vielfachen Mord, dem noch drei Menschenleben mehr zum Opfer gefallen sind, als Harden annimmt, sich nicht länger verbergen läßt, wird dem Marloh zur Flucht verholfen. Die ersten Berichte über die Tat werden vernichtet, gefälschte Darstellungen werden angefertigt. Justizbeamte bemühen sich um die Verdunkelung des Tatbestandes. Marloh wird wieder festgenommen, aber noch einmal wird ihm Gelegenheit zur Flucht geboten. Schließlich läßt sich die Einleitung eines Verfahrens doch nicht verhindern, es lautet wie zum Hohn nur auf Totschlag. Inzwischen aber bleibt Oberst Reinhard eine der besten Stützen des Noske-Regiments.

Gegen die Freiheit ist wegen angeblicher Beleidigung zweier Berliner Staatsanwälte insbesondere Herrn Zumbroichs Strafantrag gestellt. Diese Verhandlung dürfte im Verein mit dem Marloh-Prozeß Licht in das Dunkel bringen.

Harden behauptet in der Zukunft, es wären nicht 32, sondern 29 Matrosen durch Marloh ermordet. Er führt diese namentlich an. Von einem der Opfer ist bereits bekannt, daß es sich nach stundenlangem Liegen unter den Toten schwer verwundet retten konnte. Sonst aber hat es bisher immer geheißen, es wären 32 Matrosen abgeschlachtet worden! Auch darüber wird die Verhandlung ja Aufklärung bringen.

Was der Tag bringt

Böcke als Gärtner. Von den großen Schmalzschiebergeschäften, wie sie in diesem Jahre insbesondere im badischen Mittellande stattfanden, ist eines für den Kaufmann August Kitzler aus Barmon gemacht worden, der mit einer großen Korona mitangeklagter Helfershelfer am 21. und 22. November vor der Strafkammer in Offenburg (Baden) sich zu verantworten hatte. Es sind im Frühjahr 1919 für diese Schiebung im Aachener- und Bühlertale etliche Tausend Liter Branntwein zum Preise von von 29 bis 31 Mark zusammengekauft worden. Charakteristisch dabei ist die Mithilfe etlicher Beamten der Ueberwachungsstelle des Kriegswucheramtes in Mannheim, welche sich durch Geld bestechen ließen, bei der Verbringung des Schnapses zum Transport durch die Eisenbahn durch Scheinbeschlagnahmen und Wiederaufhebung derselben die Schleicherei zu vertuschen und die Verbringung der Branntweine nach Norddeutschland zu ermöglichen. Als Belohnungen wurden den einzelnen Beamten Beträge von 300 bis 500 Mark bezahlt. Die Schnapskäufe erreichten Summen von etlichen Hunderttausenden Mark.

Die Strafen fielen gelinde aus. Der Hauptschieber kam mit vier Monaten Gefängnis und einer nicht bedeutenden Geldstrafe davon. Warum konfiziert man nicht das Vermögen?

Unfall- und Invalidenrentner. Ist der Regierung bekannt, daß die Unfallrentner sich in bitterster Not befinden und in Gefahr sind, infolge der unzureichenden Rente im Elend zu versinken?

Ist die Regierung bereit, durch Erhöhung der Rente und durch Gewährung einer Entschuldungssumme der größten Not sofort zu steuern?

Ein Ketzergericht. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Jena, veröffentlicht einen Abschiedsbrief an den Oberbürgermeister Dr. Fuchs, in dem ihm vorgeworfen wird, daß er in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. November durch einseitige Parteinahme für die Sozialdemokraten sich in einen offensichtlichen Gegensatz zu den nichtsozialdemokratischen Parteien gestellt und dadurch die nationalen Interessen geschädigt habe. „Daher nehmen wir an", heißt es am Schlusse des Abschiedsbriefes, „daß Sie keinen Wert mehr darauf legen, unserer Ortsgruppe anzugehören". — 1917 gehörte Fuchs zu den Gründern der Vaterlandspartei.

Verschärfung der Bitterfelder Krise. Eine Konferenz der Bergarbeiter Mitteldeutschlands faßte einstimmig einen Beschluß, worin die gesamten Belegschaften der einzelnen Reviere zur Solidarität für die im Generalstreik verharrenden Bitterfelder Arbeiter aufgefordert werden.

An den Reichswehr- und Arbeitsminister ging ein dringendes Telegramm ab, worin die Regierung ersucht wird, sofort den Ausnahmezustand über Bitterfeld aufzuheben, die Truppen zurückzuziehen und die andern Forderungen der Bitterfelder Arbeiter zu erfüllen, widrigenfalls die mitteldeutschen Bergarbeiter sofort in einen Solidaritätsstreik treten wollen. — Ein ähnlicher Beschluß liegt von den Arbeitern der chemischen Industrie vor.

Der neue Zentrumsvorstand. Zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion wurde der Staatssekretär a. D. Trimborn einstimmig gewählt. Zum zweiten und dritten Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Becker und Leicht wiedergewählt."

Verhandlungen mit Sowjetrußland. Der Osteuropa-Dienst, eine Berliner Korrespondenz für osteuropäische Fragen, will von zuständiger Seite erfahren haben, daß die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und Sowjet-Rußland wieder aufgenommen worden sind und in günstigem Fortschreiten sich befinden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehe der Austausch der gegenseitigen Gefangenen sowie die Freigabe des gegenseitig beschlagnahmten Eigentums. Eine Bestätigung der Nachricht von anderer Seite war bisher nicht zu erlangen, jedenfalls ist es aufs höchste zu wünschen, daß sie den Tatsachen entspricht und somit endlich wieder die Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufgenommen werden. Vor allem käme das den Tausenden russischer Kriegsgefangenen zugute, denen Leuten, die zwei Jahre nach dem Friedensschluß mit Rußland, noch in deutscher Gefangenschaft schmachten.

Englischer Munitionsdampfer verschwunden. Im Unterhause teilte Churchill mit, daß der britische Dampfer Adventure, der sich mit Munition und Kriegsmaterial aus Japan nach Archangelsk unterwegs befindet, seit Ende 1918 verschwunden sei. Es sei dies das erste und einzige Mal, daß ein Munitionstransport nach dieser Gegend verloren gegangen sei.

45-Stundenwoche in Holland. Die holländische Erste Kammer hat der Gesetzesvorlage wegen Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und der 45-Stundenwoche zugestimmt.

Neuer Kurs in Italien. Wie durch Funkspruch aus Rom gemeldet wird, veröffentlicht die Presse folgende Erklärung, die von der katholischen Partei ausgehen soll. Bezüglich der Ratifikation des Versailler Vertrages durch königliches Dekret, die notwendig geworden war aus Besorgnis vor einer Regierungskrise, wird jetzt eine völlig verfassungsgemäße Lösung vorgeschlagen, die es zahlreichen nichtsozialistischen Gegnern ermöglichen würde, mit den Sozialisten nicht gemeinsame Sache machen zu müssen.

Diese Lösung würde darin bestehen, den Vertrag unter der Bedingung gutzuheißen, daß die Regierung die Initiative ergreift, Abänderungen anzunehmen, die die Ausführung des Vertrages erleichtern und ihn dem Grundsatz der Gerechtigkeit und eines wirklichen Friedens, für den Italien in den Krieg gegangen ist, mehr anpassen.

Politische Rundschau

Deutschland

Nur keine Fortschritte!

Die Preußische Landesversammlung beschäftigte sich in den letzten Tagen mit dem Tuberkulose-Heilmittel Dr. Friedmanns. Was über den Wert oder Unwert dieses Mittels lang und breit gesagt wurde, können wir umso eher übergehen, als sich die Gelehrten darüber noch nicht einig sind. Genosse Dr. Weyl warnte mit Recht davor, im Volke trügerische Hoffnungen zu wecken. Selbst wenn eine objektive Prüfung des Mittels die Vorzüge bestätigen sollten, die ihm nachgerühmt würden, dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß die Volksgeißel „Tuberkulose" in den sozialen Verhältnissen ihren Nährboden habe. Nur durch eine wirksame Bekämpfung des Proletarierelends werde auch der Volksseuche mit Erfolg zu Leibe gegangen.

Redner kritisierte dann das Verhalten des Ministers Haenisch, der, obgleich er wußte, daß Friedmann mit der bekannten Firma Parvus & Co. verhandelte, nichts getan habe, um das Heilmittel vor privatkapitalistischer Ausbeute zu schützen. Den Sachverhalt schilderte Haenisch wie folgt: Friedmann ist an das Ministerium herangetreten, eine Klinik eingeräumt zu erhalten, in der er mit seinen Mitteln lehrend und helfend wirken könnte. Alle Bemühungen des Ministeriums seien ergebnislos verlaufen. Daraufhin habe er, Haenisch, seinem Freunde Parvus, der im Kriege wohlhabend geworden sei, den Vorschlag gemacht, einige hunderttausend Mark a fond perdu auszuwerfen zur Errichtung eines Instituts für Dr. Friedmaun. Es hätten dann auch viele Verhandlungen zwischen letzterem und Parvus stattgefunden und es sei ein Vertrag zustande gekommen. Was aber der Inhalt des Vertrages sei, wisse er bis zur Stunde nicht. Nur soviel habe er erfahren, daß Dr. Friedmann 700 000 Mark erhalten solle, die aber für Einrichtung des gedachten Instituts bestimmt seien.

Mit Recht betonte Genosse Dr. Weyl, daß der Minister hier die Pflicht gehabt hätte, da wir die Sozialisierung auch des Heilmittelwesens fordern, auch von staatswegen einzugreifen, um die Verfügung über das Friedmannsche Mittel zu erlangen. Freilich, das hätte Herrn Haenisch bei dem Bürgertum leicht in den Verdacht bringen, können er wolle den Sozialismus verwirklichen helfen. Das aber muß um jeden Preis verhütet werden und darum: es lebe der Profit auf Kosten der Lungenkranken und schließlich: wer, wie Parvus, am Kriege Riesensummen verdiente, warum soll der nicht auch aus der Proletarierkrankheit Gewinn ziehen.

Alldeutscher „Geistes"kampf

Die Danziger Allgemeine Zeitung hetzte, wie sich die Leser der Volksstimme erinnern werden, beim Tode unseres Genossen Haase über den „Verräter", dessen Schuld gerächt sei. Er werde nicht der einzige bleiben. Diese niedrige Denkart ist nicht etwa eine Einzelerscheinung bei den Gegenrevolutionären. Die Leute, die für „Sitte und Kultur" kämpfen, sind nur äußerlich geschliffen, innen sieht es schlimm aus. Nur einige Beispiele. Die Danziger Allgemeine Zeitung mit der Haasebesudelung ging der Berliner Freiheit mit der Bemerkung zu:

Hoffentlich folgen diesem eklen und vaterlandslosen Lumpen bald noch andere gleichgesinnte Schurken nach.

In Erfurt sind solche anonymen Zuschriften an den Redakteur unseres dortigen Parteiblattes ergangen. So schreibt ein angeblicher Freiherr v. Brandenstein u. a. unter dem Motto:

Redakteur Petzold, hüte Di,
Fangen wir Di, dann hangen wir Di,
daß es noch Rächer der deutschen Ehre gibt!

Ein anderer der Helden schreibt an den „Lumpen Redakteur Petzold":

Ich kann Dir Lump nur das eine sagen: Wenn Du Deine Hetzereien in Deinem Saublatt nicht einstellen tust, so holen wir Dich raus und machen Hackefleisch aus Dir. Du magst Dich verstecken, wo es auch sei, wir finden Dich. Deine Bude wird mit Handgranaten in die Luft fliegen . . Also, ich sage Dirs nochmals, laß' uns ja in Ruhe, sonst kommst Du an die Laterne, Du Leuteaufwiegler

Und ein anderes Mal schrieb der ehrenwerte Herr Gegenrevolutionär und Gemütsmensch:

An dem Lumpen Hammer kannst Du Dir ein Beispiel nehmen, denn Dir geht es auch noch so. Bei der ersten besten Gelegenheit bekommst Du auch eine hinter die Ohren. Auf das Grab Eures Genossen Müller in Schkeuditz muß gesch . . . werden und das ist für so einen Lumpen noch zu gut. Ihr Lumpen denkt wohl, Euren dummen Laufjungen können sich Umzüge erlauben und unsere (!) dürfen es nicht? Da seid ihr aber schief gewickelt . . Halte ja Deine Schnauze. Ich hole Dich schon noch raus. Eine größere Freude kann ich mir nicht denken, als Dich fettes Schwein an den Laternenpfahl aufbaumeln . . Bleib nur auf der Hut, bis wir Dich haben, aber dann! . . Herr Marloh, der die Matrosen hat erschießen lassen, muß noch eine gute Belohnung bekommen, denn ein besseres Werk konnte er nicht tun, als solche Lumpen von der Welt zu schaffen. Hoffentlich kommt auch an Euch Erfurter Lumpen bald die Reihe . . Es ist schade um jede Kugel, die vorbeigeht. Von Euch Lumpen darf keiner übrig bleiben. Auch die Thüringer Lehrer, die gegen das Schießen auf die Berliner Jugendlichen sind, müssen alle erschossen werden. Na, hoffentlich wird mir recht bald die Gelegenheit geboten, mal recht unter Euch reinzuhauen, da soll keiner verschont bleiben und zumal Du großer Lump und Aufwiegler!

Es genügt, diese Blüten aus den Sumpf reaktionärer Hetzarbeit niedriger zu hängen.

Ein frommer Erguß

Wir lesen in unserem Essener Bruderblatt. „Eine beispiellose Roheit leistete sich der Pastor Lieber an der Apostelkirche in Essen-West im Konfirmanden-Unterricht. Er sagte zu den Kindern: Haase und Liebknecht haben die Verbrecher aus dem Zuchthaus entlassen. Haase und Liebknecht wären selbst die größten Lumpen und sie gehörten ins Zuchthaus! — Wir würden es nicht für mäglich halten, daß ein Pastor sich derartige Aeußerungen im Religionsunterricht herausnehmen könnte; die Angaben sind uns aber von mehreren Seiten in ganz einwandfreier Weise bestätigt worden."

Der satanische Haß des eifernden Finsterlings ehrt unsere großen Toten. Der Vorgang zeigt jedoch, welcher Geist in dem sogenannten Konfirmanden-Unterricht von manchem Geistlichen gepflegt wird. Für den Proletarier kann die Losung nur lauten: Heraus aus der Kirche!

Lebenslängliche Schutzhaft?

Der Genosse Justin Braun in Berlin, der sich seit Januar dieses Jahres unter der Anklage der Beteiligung an den Januarunruhen in Untersuchungshaft befand, ist nunmehr endlich vor einigen Tagen nach Abschluß einer monatelangen ausgedehnten Voruntersuchung außer Verfolgung gesetzt worden, und es ist die über ihn verhängte Untersuchungshaft aufge-

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

35]

Endlich — endlich zwei Uhr — endlich ein viertel drei.

Jordan ging den weiten Weg von Moabit zum Bayrischen Platz zu Fuß. Denn er wollte sich sammeln. Auf der Moltkebrücke — im prallen Wintersonnenscheine — rief ihn ein Kollege lachend an:

„Morgen, Jordan — Morgen —. Sie schreiten ja wie ein Bräutigam aus!"

Jordan lachte laut heraus und nahm es für eine gute Vorbedeutung. Als er Hertas Wohnungstür klingelte, hörte er lautes Klavierspiel. Die widerwärtige Wirtin öffnete in der gleichen schrecklich saloppen Kleidung wie gestern — und machte ein recht verlegenes Gesicht.

Er wolle Fräulein Hecker sprechen, sagte Jordan streng und barsch im richtigen Staatsanwaltstone.

Die Wirtin kraute sich verlegen hinter dem Ohr.

„Fräulein Herta ist doch zu Hause?" fragte Jordan.

„Das schon," sagte die Alte.

„Ja — und ich habe mich angemeldet," brummte Jordan, etwas unsicher. „Mein Rohrpostbrief ist doch wohl angekommen?"

„Das schon . . ." wiederholte ratlos die Alte.

Drinnen — offenbar in Hertas Salon — wurde ein Twostep auf dem Flügel getrommelt und hell gelacht.

„Ich will mal erst sehen," sagte die Alte, „einen Augenblick . . ."

Sie schlüpfte in Hertas Zimmer und schloß rasch die Tür hinter sich. Der Twostep ging ruhig weiter. Ein lautes Gelächter erhob sich.

Lachen sie da drinnen über mich? dachte Jordan.

Eine Blutwelle schoß ihm in den Kopf.

Ihm flimmerte es vor den Augen.

Rasch entschlossen schritt er auf die Tür zu und riß sie auf. Dicker Zigarettenqualm quoll ihm entgegen und blendete ihn für einen Augenblick. Alle elektrischen Flammen brannten. Die Jalousien waren herabgelassen. Hier schien es Nacht, während draußen die goldene Sonne hell am Himmel lachte. Die Alte war rasch hinausgeschlüpft. Das Klavierspiel hatte jäh geendet, und den Qualm, der das Zimmer dick füllte, mühsam mit den Augen durchdringend, sah Jordan am geöffneten Flügel einen dunkelblonden, glattrasierten, jungen Mann im Rauchjackett und schwarzer Binde sitzen, blaß und übernächtig, eine brennende Zigarette im Munde.

Er erhob sich nicht, als Jordan eintrat, sah nur gleichgültig aus gläsernen Augen auf Herta, die im blauen Ballkleide, tief dekolletiert, einen Reiherstutz im Haar, goldene Schuhe und Strümpfe an den Füßen, die brennende Zigarette zwischen den Zähnen, auf dem Diwan lag.

„Ach Gott — du bist es," sagte sie lallend. Auch sie sah aus gläsernen Augen zu Jordan auf.

„Ja — ich — Herta. Hast du denn meinen Rohrpostbrief nicht bekommen?"

„Ich? — Rohrpost? — Keene Ahnung."

„Aber Mausi," sagte der junge Mann, „da liegt er doch — der Brief."

Er wies auf das Tabulett neben Hertas Diwan, woselbst das rosa Kuvert von Jordans Sendung noch unerbrochen neben drei geöffneten Sektflaschen lag.

Herta leerte ihren Pokal, den sie in der Hand hielt, und sagte: „Verjessen — total verjessen. — Na Prost!"

Sie trank ihr Glas leer und kicherte bezecht in sich hinein.

„Bitte lassen Sie uns allein," sagte Jordan zu dem lockigen Herrn.

„Laß ihn doch hier, Matthias — M — — Ma — — Matthias — zum Piepen — Matthias heeßt er — nischt zu machen — Matthias! Na. Heeß doch wie de willst. Aber laß mir den Kapellmeester hier. Er spielt so süß. Für einen blauen Lappen hab ich ihn aus der Holländerbar losjekooft — untadem wär er nich, sagte die Neppkarline — das Biest von Wirtin. 'Ich hab'n engagiert,' sagte se, für mein Lokal bis Mittag, unn wenn — wenn du'n hier mitnehmen willst, denn — kost das 'n blauen Lappen. Verstehste.

Schön sag ick — jut. Wenn ich was will — wa . warum soll mich das nischt kosten?!

'N blauen — jleich!

Ich warf ihr den an' Kopf. Und nu, nu hab ich 'n Blauen an ihn riskiert, und nu spielt er so hübsch — und nu kommt Ma — Mat — thias — thias — Matthias", sie schluchzte vor Lachen, goß sich mit zitternden, brillantenfunkelnden Fingern frischen Sekt ein — die Hälfte auf die Tischplatte — und lachte — und lachte . . .

„Verlassen Sie augenblicklich das Zimmer! donnerte Jordan den noch immer am Flügel hockenden „Kapellmeister" an, der ebenfalls betrunken in sich hinein gluckste, aber von diesem barschen Kommandoton doch erschreckt sich langsam erhob — und nun zur Tür hinaustaumelte.

Herta funkelte Jordan aus empörten Augen bitterböse an. Sie ballte die Faust.

„Du," knurrte sie drohend, „du — was fällt dir ein?! Hier habe ich zu befehlen, verstanden!?

Du denkst woll — denkst woll — weil du Staatsanwalt bist? Was?! Da pfeif ich drauf, du — das hab ich dir doch schon bewiesen! Unn — und wenn du hier noch das Jeringste riskierst — du, denn jibt es — jibt es noch so'n Dings — noch so eins — von der Sorte, die du schon kennst — nicht wahr — jibt es ein Ding, du — platt auf die Neese ."

Jordan wurde blaß, totenblaß.

Auch er ballte die Fäuste und richtete einen solchen Blick drohender Wut auf das Mädchen, daß es erschrak, als er jetzt hastig auf sie zutrat.

„Na — sei doch jemütlich," sagte sie begütigend und warf sich in die seidenen Kissen zurück.

„Du bist betrunken," zischte Jordan, „und weißt nicht," was du redest. Das ist dein Glück. Aber das merke dir du, unterstehst du dich noch ein einziges Mal, auf jene tätliche Beleidigung zurückzukommen, die du gegen mich gewagt hast — so — so — so — erwürge ich dich mit diesen meinen Händen . ."

Er hielt ihr seine ungeschlachten Bauernfinger dicht vor die Augen.

„Is ja jut — is ja jut," lallte sie, schloß die Augen und begann im Nu einzuschlafen, unvermittelt und plötzlich — wie ein kleines Kind.

Friedlich hob und senkte sich ihre Brust in dem tiefen Ausschnitt ihres Crêpedechinekleides. Die brennende Zigarette entfiel der gepflegten, brillantengepflasterten, spitzfingrigen Hand und brannte auf dem Teppich weiter. Jordan hob sie auf und warf sie in den Aschenbecher.

Dann legte er den Pelz ab, rückte einen Sessel an Hertas Lager und betrachtete die Schlafende. Eine leichte, feine Röte war auf ihre Wangen gekommen und ließ ihnen ein Inkarnat, das an zarte, reife Pfirsiche gemahnte.

Die Ruhe des Schlafes gab diesem süßen Gesicht einen Adel, der in einem ergreifenden Kontrast stand zu den Ausbrüchen von Roheit und Unkultur, wie sie sich soeben wieder einige geleistet hatte.

Vor allem der Mund, der jetzt ein ganz klein wenig geöffnet war, so daß von den Zähnen ein weißes Blitzen aus dieser Purpurknospe aufschimmerte, dieser Mund — einer üppigen Herzkirsche an Schwellung der Linie ähnlich — war wohl das Entzückendste, was Jordan je mit Augen gesehen.

Ein Kindermund, frisch, süß und lockend, heiß dabei vom Kuß der Männer.

(Fortsetzung folgt.)

hoben worden, da das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen war, daß ihm nicht die geringste strafbare Handlung zur Last gelegt werden könne. Anstatt ihn jedoch unverzüglich aus der Haft zu entlassen, hat ihm, der Freiheit zufolge, daraufhin Noske einen wahrhaft skandalösen Schutzhaftbefehl geschickt, in dem es unter anderem heißt:

„Gegen Braun besteht dringender Verdacht, daß er an den Unruhen im Dezember 1918 und im Januar 1919 an hervorragender Stelle beteiligt war und daß er zusammen mit dem früheren Polizeipräsidenten Eichhorn zu jenen Zeiten die Anwerbung und Bewaffnung von Mannschaften geleitet hat, die dazu dienen sollten, die Regierung zu stürzen. Für den Fall seiner Freilassung ist anzunehmen, daß er seine Wühlarbeit gegen die Regierung fortsetzt, zumal da es ihm ein Leichtes sein wird, sofort wieder mit Eichhorn in Verbindung zu treten und weiter mit ihm gemeinschaftlich auf einen gewaltsamen Sturz der Regierung hinzuarbeiten.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse bildet Braun sonach eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches, die nicht anders als durch Verhängung der Schutzhaft abgewendet werden kann."

Dieser Schutzhaftbefehl dürfte den Gipfelpunkt all dessen darstellen, was die militärische Willkür im Punkte Schutzhaft sich bisher geleistet hat. Das Gericht kommt nach einer eingehenden, bald ein Jahr währenden Untersuchung zu dem Ergebnis, daß Genosse Braun vollkommen unschuldig ist. Das hindert aber Noske nicht, seinen Schutzhaftbefehl gerade auf die „angeblichen" Taten Brauns zu stützen, deren er sich nach der Entscheidung des Gerichts nicht schuldig gemacht hat. Noske weiß dies natürlich ohne irgendwelche Ermittlungen viel besser.

Wie denkt sich, so fragt die Freiheit mit Recht, nun unsere Militärdiktatur eigentlich den weiteren Verlauf der Angelegenheit? Der Schutzhaftbefehl wird damit begründet, daß Genosse Braun, wenn er freigelassen würde, die Möglichkeit hat mit dem Genossen Eichhorn in Verbindung zu treten. Genosse Braun soll danach also anscheinend solange in Schutzhaft behalten werden, bis entweder der Genosse Eichhorn oder er selbst gestorben ist, da ja so lange die Möglichkeit besteht, daß die beiden „Verbrecher" miteinander in Verbindung treten.

Hereinfall der Regierungssozialisten in Württemberg

Die Regierungssozialisten veranstalteten auch in Württemberg Protestkundgebungen gegen die Reaktion, allein in Stuttgart 10 Versammlungen. Sie sind den Abhängigen schlecht bekommen. Unabhängige und kommunistische Redner rissen ihren Referenten die Maske vom Gesicht und zeigten den Versammelten, wie die Reaktion von denselben Leuten, die heute protestieren, bewaffnet wurde. Das gelang unseren Rednern um so leichter, da am Tage der Versammlungen die rechtssozialistische Regierung Blos-Heymann in einem Aufruf die Studenten der Hochschulen und Universität Tübingen zur Gründung von Studentenwehren aufgefordert hatte. Ueberall kam lebhaft zum Ausdruck, daß die Einigung des Proletariats sich nur auf dem Boden der proletarischen Diktatur im Gegensatz zu der heutigen Diktatur der Bourgeoisie, vollziehen könne.

In allen Versammlungen zeichnete sich die Kampffront scharf ab: U. S. P. und K. P. D. gemeinschaftlich im scharfen Protest gegen die Politik und die Leitung der Regierungssozialisten. In den meisten Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die diese Kampfesstellung kennzeichnen und die Wege zur Einigung des Proletariats wie oben angeben.

Geistiger Kampf

Im Befehlsbereich des Wehrkreis-Kommandos VI Münster in Westfalen ist folgender Befehl in Geltung gesetzt:

Wehrkreiskommando VI. Münster, 1. November 1919.
J. N. 8200 Ie

Zusatz zu Ie Nr. 7798 vom 22. 9.

Druck und Verbreitung der Schriften und Zeitungen syndikalistischer, anarchistischer und ähnlicher Richtung ist für den Bereich des Belagerungszustandes verboten.

Der Befehlshaber. gez. Frhr. v. Watter, Generalleutnant.
Der Reichskommissar. gez. Severing.

Herr Severing ist der Chefredakteur der rechtssozialistischen Bielefelder „Volkswacht", der während des Krieges für koloniale Expansionen begeisterte Artikel schrieb und jetzt in seinem Blatt eine erbitterte Fehde gegen das Wüten des neudeutschen Militarismus führt. Treffender kann die Heuchelei der rechtssozialistischen Papierfehde gegen die neue militaristische Verseuchung Deutschlands kaum illustriert werden, als durch die Taten dieses Mannes, der als Lakai eines Generals dessen verfassungswidrige Zensurmaßnahmen unterschriftlich billigt nnd dann über solche Verrücktheiten in seinem Blatte jammert. Den Leuten ist wahrhaftig die Scham völlig abhanden gekommen.

Unser Parteitag

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wurde am Sonntag im Leipziger Volkshaus eröffnet. Genosse Crispien nahm sodann zu den politischen Ereignissen Stellung. Zu der Komödie des Untersuchungsausschusses führte er u. a. aus:

„Wir haben kein Vertrauen zu ihm. Mit einer Ausnahme (Cohn) besteht er aus Leuten, die selbst auf die Anklagebank gehören. Das Volk wird von neuem belogen und betrogen. Für den Ehrenstandpunkt, den Auslieferungsparagraphen des Friedensvertrages aufzulösen, haben wir kein Verständnis. Der Plan war, im Osten eine reaktionäre Armee zu bilden, Sowjetrußland niederzuschlagen und in Deutschland einzumarschieren, um die Arbeiterklasse zu massakrieren. Der Krieg gegen Sowjetrußland ist ein Krieg gegen uns, denn wir fühlen uns mit Sowjetrußland verbrüdert. Die Hetze lehnen wir ab. Wir lehnen auch die Betriebsräte ab, denn sie sollen eine Klassenharmonie mit dem Unternehmen bringen. Wir wollen die reine Räteherrschaft, keine Räteorganisation. Jetzt blasen die Rechtssozialisten die Friedensschalmei. Eine Einigung mit der Partei der Noske-Sozialisten ist unmöglich. Uns trennt nicht die Taktik, uns trennen die Grundsätze. Wir haben keine Veranlassung, zu einer Einigung zu kommen, um die Rechtssozialisten für den Zusammenbruch zu retten."

Bei der Wahl des Bureaus kam es zu Auseinandersetzungen. Zum Vorsitzenden wurden vorgeschlagen: Dittmann-Berlin und Lipzinski-Leipzig, die beide am Rechtsflügel stehen. Die radikale Gruppe zog als dritten Vorsitzenden den Abg. Brasch-Remscheid vor. Die drei vorgeschlagenen Kandidaten wurden einstimmig gewählt, nachdem vorher Dittmann und Lipzinski erklärt hatten, sie würden nur auf einstimmige Wahl den Vorsitz übernehmen.

In und um Elbing

Konstituierung der Pressekommission

Die Pressekommission der Volksstimme hat sich konstituiert. Etwaige Beschwerden und Wünsche über die Ausgestaltung der Zeitung sind schriftlich zu richten an den ersten Vorsitzenden W. Müller, Junkerstraße 12.

Bürgerliche Wahlschmerzen

Der Ausgang der Wahl hat auf die bürgerlichen Kreise Elbings sehr niederschlagend gewirkt. Die starke Position der unabhängigen Sozialdemokratie, den abgrundtiefen Zusammenbruch der Rechtssozialisten und der Demokraten und vollends eine sozialistische Mehrheit im Rathaussaal hatte man nicht erwartet. Für die führenden Männer der U. S. P. bot der Wahlausfall keine Ueberraschung. Sie kannten die Stimmung der Arbeiter und die Güte unserer Organisation sowohl als die Schwächen der Gegner. Aus Spielerei schrieb einer unserer Genossen am Sonnabend die Stimmenzahlen nieder, die die Parteien am Sonntag erhalten würden. Bei Unabhängigen, Rechtssozialisten, Deutschnationalen, und Demokraten hat sich diese Prophezeiung mit fast verblüffender Genauigkeit bewährt. Nur wenige Stimmen beträgt die Differenz. Im bürgerlichen Lager hat man sich großer Selbsttäuschung hingegeben und will auch jetzt noch nicht klar sehen. So schiebt die Elbinger Zeitung den Wahlausgang auf die geringe Wahlfreudigkeit der bürgerlichen Wähler und redet so etwas von schwacher Wahlbeteiligung. Wie oberflächlich ist diese Ansicht! Schwache Beteiligung war in den beiden ersten Stunden. Die Wahlbeteiligung im ganzen ist nicht schwach, sondern ziemlich stark gewesen. Unsere früher gemachte Mitteilung, es wären etwa 39 400 Wähler vorhanden, beruhte auf der schätzungsweisen Angabe eines Magistratsbeamten. Sie ist aber irrig. Die Zahl der Wähler ist wesentlich geringer gewesen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache dürfte eine Wahlbeteiligung von 80—82 Prozent zu verzeichnen gewesen sein. Selbst bei den heftigsten politischen Kämpfen, wo mitunter 5—10 Stimmen das Schicksal eines Mandats entschieden haben, ist niemals eine stärkere Beteiligung als 94—95 Prozent zu verzeichnen gewesen. Der Rest ist tot, krank oder verreist. Hält man sich das vor Augen, dann dürfte dieser Wahlkampf wohl der sein, der die bisherigen Kommunalwahlen an Beteiligung überflügelte. Die Wähler, die nicht gewählt haben, für bürgerliche Listen zu reklamieren, geht ebenfalls nicht an. Weit wahrscheinlicher ist, daß die überwiegende Mehrzahl von ihnen ebenfalls unabhängig gewählt hätte, denn sie unterliegen in dieser Hinsicht dem Einfluß der allgemeinen Stimmung und die ist nun mal für die Unabhängige Sozialdemokratie. In Betracht zu ziehen ist weiter, daß wohl ein Teil der Kommunisten für unsere Partei stimmte, ein anderer Teil aber Wahlenthaltung übte. Also für die bürgerlichen Parteien ist in Zukunft nicht mehr, sondern nur weniger zu holen. Ihre vielen Listen sind übrigens, ohne daß ihnen das wohl vorher zu Bewußtsein gekommen ist, ein schlauer Wahltrick gewesen. In Halle a. d. S. zum Beispiel ist auf diese Weise eine sozialistische Mehrheit verhindert worden. Dies ist nun für Elbing nicht möglich gewesen. Die sozialistische Mehrheit ist unbedingt vorhanden. Unserer 29 Genossen sind wir sicher. Ob die Herren Kosiz und Krickhahn von den Mehrheitssozialisten wirklich Sozialisten sind, wissen wir nicht. Wir kennen sie nicht näher. Braun, Zech und Finsel aber sind, wie wenig wir ihre sonstigen Anschauungen auch teilen, unbestreitbar Sozialdemokraten. 29 und 3 aber ergibt 32. Anzunehmen ist, daß in den meisten Fällen beide sozialistische Fraktionen wohl gemeinsam vorgehen werden und in vielen Fällen wohl auch Zuzug aus dem Lager der Beamten und Angestellten haben werden. Ob es möglich ist, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden sozialistischen Gruppen und vielleicht auch unter Zuziehung der Fraktion Vorfalt zu bilden, muß abgewartet werden. Keineswegs darf das auf Kosten unserer Grundsätze geschehen. Sicher ist jedenfalls, daß die Wahlen eine gründliche Auskehr der Stadtverordnetenversammlung bewirkten und daß jetzt die Bahn für fruchtbringende Arbeit ist. Der 30. November war ein Revolutionstag von allererster Bedeutung.

Elbinger Stadttheater

Der Barbier von Sevilla, komische Oper von Rossini, gelangte gestern im Stadttheater zur Aufführung. Diese Oper ist als die höchste Blüte der Rossinischen Musik zu betrachten; in ihr vereinigt sich alles, was man von diesem Genie verlangen kann. Von manchen Seiten wird sogar behauptet, daß der Barbier von Sevilla die Krone aller italienischen Buffo-Opern sei. Ein begeisterter Anhänger Rossinis schrieb: Die ganze Oper scheint in einem Champagnerrausch geschrieben zu sein, jede Note, jeder Takt sprudelt und perlt wie rosenfarbiges „Oeil de Perdrix". Eine allgemeine Entrüstung gab sich unter den italienischen Musikern kund, als man erfuhr, daß der junge Meister, er war damals erst 25 Jahre alt, es wagte, dieselben Textworte, auf die der gefeierte Paesiello seinen Ruhm gegründet hatte, noch einmal zu komponieren. Bei der Uraufführung im Rom ließen deshalb die Gegner Rossinis den „Barbier" durchfallen. Nur unter fortwährendem Zischen und Pfeifen konnte die Oper mühsam zu Ende gebracht werden. Aber schon nach der zweiten Aufführung war der Erfolg ein vollständiger. Bald waren der muntere Figaro, der liebenswürdige Graf Almaviva, die liebliche Rosina und die beiden urkomischen Figuren des Doktors Bartolo und des Basilio die Lieblinge des Publikums aller Stände. Die Oper zog dann über die Alpen und wurde in Deutschland wie an der Seine, an der Themse und an der Newa mit Enthusiasmus aufgenommen. Man behauptet, daß Rossini seinen „Barbier" in 14 Tagen geschrieben haben soll. Unmöglich wäre das bei der schnellen Produktionsfähigkeit des Komponisten wohl nicht. Jedenfalls ist die Oper binnen einer sehr kurzen Zeit geschrieben, sodaß Rossini nicht einmal Zeit gehabt hat, eine Ouvertüre dazu zu schreiben. Man ersetzt dieselbe gewöhnlich durch die Ouvertüre der höchst tragischen Oper „Elisabeth, Königin von England." Sie ist ein Musikstück voll reizender Melodien und in sehr eleganter Form, die ebensogut zu einer Opera serie wie zu einer buffo paßt. Nur die Orchestration steht im Widerspruch mit dem Wesen der komischen Oper, zu der sie gespielt wird. Rossini betrachtete die Ouvertüre ja in der Regel als eine große Nebensache; er macht in ihr nur gefällige Musik nach einem stehenden Muster. Nur wenige machen davon eine Ausnahme.

Jetzt zu unserer gestrigen Aufführung. Am gestrigen Abend gastierte Herr Siewerts aus Königsberg hier. Er hatte den Graf Almaviva übernommen. Mit Hilfe der guten Stimmittel, die ihm zur Verfügung stehen, sang er seine Rolle mit gutem Erfolge. Fräulein Kleemann, in deren Händen die Rosina lag, gab sich große Mühe, ihrer Rolle gerecht zu werden, was ihr im großen und ganzen auch gelang. Nur an einigen Stellen reichten ihre Stimmittel nicht aus. Eine Glanzleistung bot Herr Schimpke-Seidel mit dem Figaro. Aeußerste Sicherheit und Vollkommenheit im Gesange zeichneten vor allem aus. Daß der Dr. Bartolo bei Herrn Steinbach in besten Händen war, braucht wohl garnicht besonders hervorgehoben zu werden. Herrn Steinbach scheint jede Rolle zu liegen. Besonders in Buffo-Opern scheint er stets eine Glanznummer zu sein. Man erinnere sich nur an „Zar und Zimmermann." Herr Kius, der den Basilio wiedergab, sollte sich angelegen sein lassen, noch mehr auf eine deutliche Aussprache zu achten. Den größten Anteil an dem vollständigen Gelingen des Stückes ist aber Herrn Kapellmeister Krause zuzusprechen. Es ist bewundernswert, wie er mit so wenig Musikern so Vollkommenes leisten kann. Das Publikum sollte doch das störende Zuspätkommen etwas mehr vermeiden. Das Vorspiel geht vielen dadurch verloren. Der ganze Abend war aber im übrigen ein äußerst genußreicher. Es ist daher besonders den musikliebenden Genossen zu empfehlen, dieses Stück zu besuchen. gk.

Volkshochschule Elbing

In Gruppe C wird am Mittwoch, den 3. Dezember, Herr Dr. Fabian Winke für die Gesunderhaltung geben. Krankheiten verhüten ist wichtiger als Krankheiten heilen. Durch rechtzeitige Vorbeugungsmaßnahmen kann manche Erkrankung verhindert werden. Besonders bei der Schwächung des allgemeinen Gesundheitszustandes durch die Nöte der letzten Jahre ist es für jeden wertvoll, über Schädigungen der Gesundheit, die durch den Lebenswandel, die Erziehung, Kleidung, Ernährung usw. unbedacht bewirkt werden, sich aufklären zu lassen. In allgemein verständlicher Weise wird der Vortragende die besonders häufig vorkommenden und im täglichen Leben immer wieder beobachteten Verstöße gegen die Regeln der Gesundheitslehre behandeln.

Beschaffungsbeihilfe für Kommunalbeamte

Der Minister des Innern hat in einem an die Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß ersucht, den Gemeinden und Gemeindeverbänden ihres Bezirks dringend zu empfehlen, daß sie für ihre Beamten und Angestellten sowie für ihre Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene ihrer Beamter schleunigst entsprechende Hilfe eintreten lassen. Hierbei sollen möglichst die gleichen Grundsätze befolgt werden, die in dem Grunderlaß über Bewilligung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe für die unmittelbaren Staatsbeamten und die Volksschullehrpersonen aufgestellt sind.

Vertretung der Angestellten in der Wiederaufbaukommission

Der Reichswirtschaftsmtnister hat als Vertreter der Angestellten den Sozialpolitiker des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Max Habermann, Hamburg, in die „Generalkommission von Versailles" berufen. Das ist erfreulich, denn es liegt durchaus im deutschen Interesse, daß an der beim Wiederaufbau zu leistenden Unsumme geistiger Arbeit auch die deutschen Handlungsgehilfen beteiligt werden und von den Franzosen nicht allein ihre eigenen zur Zeit erwerbslosen Kopfarbeiter herangezogen werden, die dann von der deutschen Reichsregierung entlohnt werden müssen. Dem Vertreter des D. H. V. kann man schon die Energie zutrauen, die nötig sein wird, um die Interessen der deutschen Angestellten zu vertreten.

Die Geschlagenen

Die Elbinger Volkszeitung hat sich bisher nicht entschließen können, ihren Ausfall der Wahl mitzuteilen. Dagegen erhebt sie in der Dienstagnummer ein wütendes Geschimpf auf den Genossen Schröder. Zur Kennzeichnung ihres Artikels ist darauf hinzuweisen, daß diese Schimpferei der Feder des berüchtigten Herrn Bartel entstammt. Eine Polemik gegen Bartel erübrigt sich, weil dieser Mann nacheinander von den Danziger, Elbinger und Königsberger Arbeitern kaltgestellt worden ist. In allen drei Städten haben es die Arbeiter abgelehnt, Herrn Bartel anzuhören. Ein Zeichen, wie sehr er unten durch ist. Soweit Bartels Angriffe auf Schröder einige Feststellungen nötig machen, werden diese gelegentlich erfolgen. Von einer literarischen Fehde mit Menschen seiner Art müssen wir aus Reinlichkeitsgründen Abstand nehmen.

Das uneheliche Kind in der Angestelltenversicherung

Das Oberschiedsgericht für Angestelltenversicherung hat in einer neueren Entscheidung dahin erkannt, daß uneheliche Kinder eines männlichen Versicherten nicht als dessen „hinterlassene Kinder" im Sinne des § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte gelten. Ihnen steht daher kein Anspruch auf Beitragserstattung aus der Angestelltenversicherung zu. Der an anderer Stelle des Gesetzes vorgesehene Anspruch unehelicher Kinder auf Waisenrente besteht nur im Falle des Todes der Mutter, nicht auch nach dem Tode des außerehelichen Erzeugers.

Städtische Sparkasse

Die Räume der Städtischen Sparkasse im Rathause haben in letzter Zeit eine völlige Erneuerung bekommen, so daß sie jetzt einen recht geschmackvollen Anblick gewähren.

Wie wir hören, eröffnet die Städtische Sparkasse in den nächsten Tagen ihre zweite Zweigstelle Ecke Königsbergerstraße-Großer Wunderberg im Hause der Firma Sarnecki Nachflg. Die erste Zweigstelle ist bekanntlich in Pangritz-Kolonie in der dortigen Postagentur untergebracht.

Elbinger Polizeinachrichten

Der Kriminalpolizei gelang es gestern 2 Spitzbuben festzunehmen, die in Baarden 2 Pferde und Wagen gestohlen hatten. Als Täter kommen zwei Landwirte aus der Umgebung in Frage. Pferd und Wagen konnten dem Besitzer zugeführt werden.

Eine Zechprellerei wurde gestern in dem Lokal von Kiepert verübt. Der Täter wurde festgenommen.

In der Nacht zu gestern wurde bei Herrn Blietschau, Hansastraße, ein Schweinediebstahl ausgeführt.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Danziger Stadtverordnetenwahlen

Unser Danziger Mitarbeiter schreibt:

Die Agitation für die Stadtverordnetenwahlen in Danzig ist im vollen Gange. Von den politischen Parteien arbeiten öffentlich am rührigsten die Deutschnationalen und die Demokraten. Auch das Zentrum ist rührig. Die Sozialdemokraten hatten viel Arbeit mit der „Einigung". Ob ihre Agitation dadurch erleichtert ist, steht dahin. Die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung wurden bisher in Danzig nach wirtschaftlichen und gemeindlichen Gesichtspunkten durchgeführt. Infolge des Druckes der politischen Parteien haben sich die wirtschaftlichen Organisationen von der Wahlbeteiligung zurück gehalten. Ohne diese Beteiligung hat sich nun aber doch eine Freie wirtschaftliche Vereinigung gebildet, die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre Kandidaten aufgestellt hat. Ueber die Wahlaussichten läßt sich noch wenig sagen. Die vereinigten Sozialdemokraten werden leider nicht die Mehrheit erhalten, aber immerhinn doch eine beträchtliche Minderheit auf sich vereinigen. Es wird dann sehr auf das Verhalten der Sozialdemokraten ankommen, welchen Einfluß sie auf die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat ausüben. Unter den bürgerlichen Parteien besteht starke Neigung, sich zu einem Block zu verbinden. Bisher hat aber das Zentrum diesen Lockungen widerstanden. Auch die wirtschaftliche Vereinigung will nicht klar Stellung gegen die Sozialdemokratie nehmen. Viele nehmen eine vermittelnde Stellung ein. Die Deutschnationalen treiben eine wüste rein politische Agitation, die mit den Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung garnichts zu tun hat. Sie verfolgen dabei ihre rein politischen Zwecke, die ja immer klarer hervortreten. In der Stadtverordnetenversammlung selbst werden sie solche Reden nicht halten können. Die Arbeiter sind in den bürgerlichen Listen nur schwach vertreten. Sie haben eben in ihren politischen Parteien nicht nur geringen Einfluß, sondern sind nur als Stimmvieh gut.

Aus der Partei

Gerade noch zur rechten Zeit

sind vom Verlag der Freiheit, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13, drei Broschüren über die Frage der Internationale herausgebracht worden:

Arthur Crispien: **„Zur Geschichte der Internationale."** Mit einem Literaturverzeichnis, Preis 1,50 Mk.

Alex. Stein: **„Das Problem der Internationale."** Mit einem Anhang: Beschlüsse und Richtlinien der zweiten und dritten Internationale 1,50 Mark.

Walter Stoecker: **„Die proletarische Internationale."** Preis 1 Mark.

Crispien behandelt in seiner Broschüre die einzelnen Etappen der sozialistischen Internationale mit reichem, dokumentarischem Material belegt. Seine Schrift bietet eine wertvolle Bereicherung und eine willkommene historische Einführung in das Werden und Wesen der sozialistischen Internationale.

Alex. Stein gibt das Problem der Internationale in aktueller Beleuchtung. Er untersucht die Gründe, die zum Zusammenbruch der zweiten Internationale führten und schildert die Umstände, die heute noch dem Aufbau einer starken lebenskräftigen Internationale gegenüberstehen. Mit objektiver Kritik behandelt er die Moskauer Internationale.

Die dritte Broschüre enthält das Referat des Genossen Stoecker auf der Reichskonferenz, in der er für den Anschluß an die dritte Internationale eintritt.

Die drei Broschüren bilden zusammen ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Orientierung in der brennenden Frage der sozialistischen Internationale. Es ist daher jedem Genossen und jeder Genossin dringend die Lektüre dieser Schriften zu empfehlen.

Literatur.

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nummer 47 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift Der Sozialist enthält folgende Beiträge: Der Kampf um die Wahrheit und der Kampf um die Macht von Rud. Breitscheid; Gewerkschaften, Betriebsorganisationen, Betriebsräte von Otto Jensen; Die politische Lage in Litauen von A. Petkus; Das traurigste Kapitel des Weltkrieges von Walter Oehme.

Der Sozialist erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich Mark 6 zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pfennig.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Höchstpreis.

Auf Grund des Höchstpreisgesetzes wird für die Stadt Elbing bestimmt:

Der Höchstpreis für **0,5 kg Speisesalz** beträgt bei der Abgabe an Verbraucher (Kleinhandel) **0,18 Mk.**

Diese Festsetzung tritt sofort in Kraft.

Elbing, den 1. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Spiritusmarken.

Anspruch auf die von der Reichsmonopolverwaltung ausgegebenen Spiritusmarken haben nur minderbemittelte Personen, wenn **sie Kinder bis zu einem Jahre bezw. nachweislich kranke Kinder haben.**

In Ausnahmefällen (nachweisbare Krankheit, hohes Alter) gelangen Spiritusmarken nur nach Prüfung des Bedürfnisses und nur innerhalb der verfügbaren Spiritusmenge zur Verausgabung.

Denjenigen Personen, die selbst keine Kochgelegenheit haben, kann nur anheimgegeben werden, sich bei ihren Vermietern die Mitbenutzung des Kochherdes zu sichern; Spiritusmarken können infolge der zur Verfügung stehenden geringen Menge nicht verabfolgt werden.

Von den von der Stadt herausgegebenen Marken können auf längere Zeit keine zur Ausgabe gelangen, da die zustehende Menge bereits um ein mehrfaches überschritten ist.

Bezugsmarken auf Brennspiritus für gewerbliche Zwecke, für Behörden, Aerzte, Hebammen usw. werden von der Firma Thiessen & Sudermann unmittelbar verabfolgt.

Elbing, den 29. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Das Brenn- und Leuchtstoffamt

teilt mit:

Es werden dauernd Anträge um **Verabfolgung von Brennholz** zu einem billigeren Preise gestellt, die nicht berücksichtigt werden können, da die zu ihrer Bewilligung notwendigen Voraussetzungen fehlen.

Die Ausstellung der Ausweise erfolgte nach den von den städtischen Körperschaften beschlossenen Grundsätzen.

Diese Grundsätze, die von den einzelnen Stellen bereits veröffentlicht worden sind, werden zusammenfassend nachstehend nochmals bekannt gegeben:

1. Bedürftige Kriegerwitwen und Kriegerangehörige erhalten eine Barunterstützung von 20 Mark und für jedes Kind 5 Mark zum Ankauf von Heizmaterial. Holz soll zum Selbstkostenpreis von der Kläranlage abgegeben werden.
2. Kriegsbeschädigte **mit Familie:**
   a) an die im Erwerb stehenden Kriegsbeschädigten mit einem Stundenlohn von über 1,50 Mark zum Selbstkostenpreise von 45 Mark,
   b) an die im Erwerb stehenden Kriegsbeschädigten mit einem Stundenlohn unter 1,50 Mark zum Preise von 35 Mark,
   c) an arbeitslose und erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte zum Preise von 25 Mark.
3. an Erwerbslose **mit Familie** wird Holz bis höchstens 2 cbm aus Damerauer-Wüsten zum Preise von 10 Mark abgegeben. Diese Personen müssen das Holz aber selbst schlagen und abfahren.
4. Empfänger von Armenunterstützung **mit Familie** erhalten 1 cbm Holz von der Kläranlage kostenfrei.
5. Minderbemittelte Personen ausschl. der Personen 1—4 erhalten 1 cbm Holz zum Selbstkostenpreis von der Kläranlage und 20 Mark.

Hierzu rechnen alle **verheirateten** Personen, die ein Einkommen unter 1500 Mark haben.

Bemerkt wird noch, daß das Geld nicht bar zur Auszahlung gelangt ist, sondern auf den Preis des Holzes zur Anrechnung gebracht wurde.

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Volkshochschule.

Gruppe C.

2. **Dr. med. Fabian: Winke für Gesunderhaltung. Mittwoch, den 3. Dezember,** 8—9 Uhr abends im Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule.

Einzelkarte 25 Pfg.

Nachlaß-Auktion.

Am Donnerstag, d. 4. d. M., von 10 Uhr vorm.

werde ich infolge Auftrags **1. Niederstraße 9:**

1 Kleiderspind, 1 Wäschespind, 1 Bettgestell mit Matratze und Keilkissen, Betten, Stühle, Tische, Spiegel, Wäsche, Kleider, 1 Waschservice, Bilder, Haus- und Wirtschaftssachen

öffentlich meistbietend versteigern.

Die Sachen sind gebraucht, gut erhalten. Besichtigung ½ Stunde vorher.

Jakob Rosenthal, Auktionator
und gerichtl. vereid. Taxator, Sturmstraße 9, II.

Bau- u. Erwerbsgenossenschaft für Elbing u. Umgegend E. G. m. b. H.

Generalversammlung

am Mittwoch, den 10. Dezember 1919, abends 6 Uhr im **Volkshaus.**

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Vorlegung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Verteilung des Reingewinns.
4. Statutenänderung.
5. Ergänzungswahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
6. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat.
J. A. **G. Preuß.**

Lichtspiel-Haus

Fleischerstraße 9.

Heute und folgende Tage

„Der letzte Zeuge"

Drama in 1 Vorspiel und 4 Akten
mit
Albert Bassermann
Else Bassermann.

Hierzu:

„Ueberlistet"

Lustspiel in 2 Akten mit
Hanni Weise.

Kassenöffnung 6¹⁵ Uhr.
Letzte Vorstellung 8²⁵ Uhr.

Stadttheater Elbing

Dienstag, den 2. Dezember:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in 3 Akten
von Otto Ernst.

Mittwoch, den 3. Dezember:
Gastspiel d. Herrn John Röver v. Luisentheater Königsberg
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten
von Joh. Strauß.
Eisenstein: Herr John Röver.

Freie sozialist. Jugend

Mittwoch, den 3. Dez. 1919,
Mitgliederversammlung
im Jugendheim.

Adler-Apotheke

Brückstraße 19

Anfertigung sämtlicher
Krankenkassenrezepte
Nervenstärkungsmittel
Frostmittel
:: **Tierarzneien** ::

Zum Weihnachtsfest

Felsen-Emaille-Geschirr und Kessel

beste Kochgeschirre der Gegenwart
Waschkessel, Rodelschlitten
Stuhlschlitten, Schlittschuhe
Thermosflaschen, Bestecke
:: **Taschenmesser, Löffel** ::
Kaffeemühlen, Plätteisen
und andere praktische Geschenke empfiehlt billigst

Hermann Bruckert

Brückstraße 3

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Möbelfabrik Klinger

Neustädt. Schmiedestraße 12/14

empfiehlt vom reichhaltigsten Lager:

Kompl. Küchen von Mk. 350.— bis Mk. 950.—
Waschtische, aufklappbar Mk. 45.—
Nachttische, in jedem Farbton Mk. 40.—
Stühle von Mk. 28.50 ohne Polsterung,
Stühle von Mk. 36.— mit Polsterung **in großer Auswahl**
Sofas in friedensmäßiger Verarbeitung und Ia Bezügen von Mk. 475.— an
Chaiselongues aus nur gutem Material von Mk. 280.— an
Tische mit und ohne Züge, und alle andern Möbel

Verkaufsstellen: Neust. Schmiedestr. 12/14
und Filiale Junkerstraße 19

Reelle Bedienung. **Prompte Lieferung.**

Vornehme
Herren- u. Damen-
Frisier-Salons.
Anfertigung von künstlichen
Haararbeiten.
A. Günther
Am Schmiedetor 1,
Eingang Mauerstr.,
neben der Kgl. Hofapotheke.

Bester Frauenschutz

„Patentex"!

Millionenfach bewährt, Tausendfach in Gebrauch. Preis des **kompletten Apparates 12.— Mk., Ersatztube 8.50 Mk.** franko Nachnahme. Ausführlichen Prospekt gegen 20 Pfg. Porto. **Versandhaus „Hansa", Albert Scherer, Berlin NW. 21,** Abt. A.

Neu eröffnet!

Zigarren Zigaretten

aus nur reinen Tabaken
sowie
Kautabak
und ff. Uebersee
Rauchtabak
empfiehlt allen
Parteigenossen
E. Noçon,
Inn. Marienburgerdamm 2
Abholestelle
der Elbinger Volksstimme.

Arbeiter! Parteigenossen!

Unterstützt bei Bedarf nur die Geschäfte, die auch in unserer Zeitung inserieren. Bei allen Einkäufen wolle man auf die Elbinger Volksstimme Bezug nehmen

Arbeiter! Parteigenossen!

Erbsen

weiße Erbsen
graue Erbsen
grüne Erbsen
vorzüglich kochend, empfiehlt
H. Holzrichter
Brückstraße 30.

Möbl. Zimmer für 1 Herrn sofort zu vermieten Logenstraße 2.

Elbinger Standesamt

vom 2. Dezember.

Sterbefälle: Former Walter Groß, 1 S., 8 W. — Dreherfrau Johanna Auguste Helbing geb. Böhnke, 42 J. — Wächterfrau Dorothea Hoffmann geb. Harwardt, 69 J. — Bote Friedrich Hermann Gudd, 1 S., 11 M. — Schmied Josef Bargel, 1 T., 5 M. — Schiffsführerfrau Elisabeth Kuck geb. Kause, 73 J. — Rentiere Katharine Suckau, 62 J. — Eigentümerwitwe Karoline Bartkewitz geb. Großmann, 72 J. — Arbeiterwitwe Henriette Kuhn geb. Dietrich, 68 J.

Hämorrhoiden heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis. Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Eine gute Mandoline und Geigenkasten zu verkaufen Brauereistraße 9.

Brennhere zu kaufen gesucht. Zu erfr. Sonnenstraße 33, part. links.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 36 | Mittwoch, den 3. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Warum die Kautsky-Dokumente nicht erscheinen. Darüber gibt die Korrespondenz des Bundes Neues Vaterland eine interessante Auskunft. Diese Dokumente, die längst gedruckt sind, erscheinen immer noch nicht, weil in ihnen über die Schuld des Kaisers am Kriege höchst gravierende Beweise enthalten sind. Sie sind in Randbemerkungen enthalten, mit denen Wilhelm der Letzte die Akten versehen hat.

Die Alldeutschen haben schon seit einiger Zeit diesen kommenden Enthüllungen vorzubeugen versucht. Ihre Blätter haben seit einiger Zeit schon Bemerkungen gebracht, wonach die Randbemerkungen des Kaisers nicht ernst zu nehmen seien. Den Auftakt gab dazu Tirpitz in seinen „Erinnerungen", S. 136/137, wo er sagt, daß bei der Verdammung des alten Regierungssystems vermutlich die kaiserlichen Randbemerkungen eine Rolle spielen werden. Tirpitz meint dazu: „Um nun aber den geschichtlichen Wert oder Unwert dieser und ähnlicher Augenblickskundgebungen ermessen zu können, muß man den Kaiser sehr genau gekannt haben. „Auf meine Randbemerkungen darf man mich nicht festlegen," hat er selber geäußert.

Ein Kaiser, dessen Randbemerkungen nicht ernst genommen sein sollen. Eine klägliche Ausrede, die wenig Glauben finden wird!

Der Mörder Rosa Luxemburgs verhaftet. Telegraphen-Union meldet: In das Militärarrestlokal eingeliefert wurde der Vizefeldwebel Otto, der sich den Namen Koch beigelegt hatte. Er ist der Mörder der Rosa Luxemburg, der seinerzeit aus Berlin entkam.

Der Name Otto oder Koch ist, soviel wir wissen, bisher in der Angelegenheit nicht genannt worden. Anscheinend handelt es sich um eine der Personen, die im Auto saßen, in dem der Mord verübt wurde.

Der Sklarz-Skandal greift nach Hamburg über. Nach den Hamburger Nachrichten beschäftigte sich ebenfalls die Hamburger Behörde mit der Korruptionsaffäre Sklarz-Parvus. Es handelt sich um einen Rumänen, der in der Reichshauptstadt wohnt und innerhalb des letzten Jahres zu seinem Vermögen noch viele Hunderttausende hinzugefügt hat. Der vielgenannte Sklarz, der richtiger Sklarck heißt, erhielt u. a. bedeutende Sendungen von Fleischkonserven, die in Elmshorn hergestellt waren. Diese Konserven waren aus Roßfleisch, Goulasch und Sülze hergestellt. Hier kaufte der angebliche Kaufmann und Direktor Hanno die zu Hunderttausenden hergestellten Dosen auf. Hanno verdiente durchschnittlich zwei Mark an jeder Sorte ohne Etikettierung. Die Waren wurden über Hamburg nach Berlin gebracht und an einen 20jährigen „Kaufmann" Popp gegeben. Aus der Roßfleischware wurde plötzlich Rindfleisch und so kam es, daß auch Popp und sein Käufer, der niemand anderes als Sklarz war, abermals den Inhalt durch entsprechende Zuschläge in Anrechnung brachte und gleich Hanno ein kolossales Geschäft machte. Alle Sendungen gingen unter einem Freischein, unterzeichnet von Ebert, Noske und Scheidemann, daß die Waren nicht zu beschlagnahmen seien.

Amerikanische Hilfe für unsere Kinder. Cooper erließ einen dringenden Aufruf für die Kinder Deutschlands und Oesterreichs. Die Amerikaner werden mit Hilfe der Quäker eine großzügige Hilfsaktion einrichten, ohne daß dadurch das deutsch-amerikanische Hilfswerk irgendwie beeinflußt wird.

Sie möchten weg. Die Freiheit meldet: Auf den zuständigen Aemtern liegen seit einigen Tagen Paßgesuche nach dem Ausland, besonders nach Holland vor von Personen, die in enger Verbindung mit den Schiebungen der Firma Parvus und Genossen stehen.

Die Völkerbundsbewegung. In Brüssel trat eine Konferenz für den Völkerbund zusammen. Die Zusammenkunft erfolgt auf Veranlassung der französischen Association für den Völkerbund, dem sich auch die englische Gesellschaft für den Völkerbund angeschlossen hat. 17 Staaten entsandten 80 Delegierte. Es soll u. a. beraten werden über die Rechte und Pflichten der Nationen, die dem Völkerbund angehören und über die Organisation einer gemeinsamen Militärmacht.

Der amerikanische Streik geht weiter. Während die Bergwerksbesitzer den Vorschlag der Regierung, die Löhne um 14 Prozent zu erhöhen, angenommen und die Wiederaufnahme des Betriebes ankündigt haben, erklären die Arbeiter, sie würden so lange nicht zur Arbeit zurückkehren, bis die Regierung die verlangte Lohnerhöhung von 31 Prozent durchgesetzt habe.

Bürgerkrieg in Mexiko. Times meldet aus Texas: In Mexiko ist der Bürgerkrieg ausgebrochen. Präsident Carranza ist aus der Stadt Mexiko geflüchtet. In Washington geht das Gerücht, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten in Mexiko bevorsteht. Mexiko hat die Freilassung des Konsulagenten Jenkins, der von mexikanischen Banditen gefangen genommen war, verweigert, wodurch die gespannten Beziehungen zu der Union noch weiter verschärft werden.

Die Washingtoner Konferenz. Wie N. Courant aus Washington meldet, hat die internationale Arbeitskonferenz mit 91 gegen 3 Stimmen beschlossen, daß Kinder unter 14 Jahren in Fabrikbetrieben nicht verwendet werden dürfen außer in Betrieben, in denen Mitglieder derselben Familie beschäftigt sind. Einstimmig wurde beschlossen, daß eine jährliche Untersuchung des Gesundheitszustandes der Arbeiter in den einzelnen Fabriken eintreten soll. Mit 42 gegen 26 Stimmen wurde beschlossen, daß die auf der Konferenz vertretenen Regierungen Arbeiterinnen für die Zeit der Entbindung drei Monate Lohn auszahlen sollen.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Eröffnungssitzung

1] Sonntag, den 30. November, nachmittags 6 Uhr.

Die Leipziger Genossen haben den großen Saal des Volkshauses prächtig ausgeschmückt. Aus dunklem Grün leuchten die weißen Büsten von Marx und Lassalle, das Rednerpult ist mit einem Bild unseres toten Hugo Haase geschmückt. Saal und Tribünen sind dicht gefüllt.

Um 6¼ Uhr wird die Eröffnungsfeier durch einen machtvollen Chor der Leipziger Arbeitersänger eingeleitet. Darauf ertönten die herrlichen Klänge der Internationale, ebenfalls von den Sängern vorgetragen, vom Parteitag mit brausendem Beifall aufgenommen.

Genosse Lipinski-Leipzig begrüßt den Parteitag mit einem kurzen Rückblick auf die Zeit nach dem Revolutionsparteitag im Frühjahr. Damals war die Arbeiterklasse die bestimmende im Reiche. Heute ist die Reaktion wieder fest geworden. Sie sind hier zusammengekommen, um das neue Rüstzeug zu schmieden. Leipzig ist der rechte Ort für eine solche Tagung. Von hier aus ging der Samen der deutschen Arbeiterbewegung aus. Das „rote Sachsen" von ehemals kann man heute als „rosa-rot" verzeichnen, weil die Rechtssozialisten dank ihrer Pressebeherrschung noch den größeren Anhang haben. Lipinski schildert das Anwachsen der Organisation in Sachsen seit dem Frühjahr, so daß heute ein Anwachsen auf das Fünffache der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Leipzig hat das Banner des revolutionären Sozialismus fleckenlos vorangetragen. Mögen Sie bei der Arbeit, die Ihrer harrt, den rechten Weg finden. Wir heißen die Delegierten Deutschlands und der ausländischen Bruderparteien herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen des Parteivorstandes spricht Genosse Crispien. Er widmet dem Genossen Haase, der selbst noch an den Vorbereitungen zum Parteitage mitgewirkt hat, tiefempfundene Worte des Gedenkens. Er feiert den Menschen, dessen Verlust heute tausendmal schwerer wiegt als in normalen Zeiten. Zu ihm, dem Anwalt der Armen, fanden viele ihren Weg, nach denen die Klassenjustiz des kapitalistischen Staates ihre Tatzen ausstreckte. Crispien feiert Genossen Haase als Kämpfer, der dem Rufe der Partei folgte, und der Großes geleistet hat, besonders auch in der internationalen Bewegung, gedachte weiter auch der großen Selbstverleugnung Haases, der am Anfang des Krieges gegen seine Ueberzeugung die Erklärung der Partei vertrat, die die Kriegspolitik einleitete. Ein Mann von hohem persönlichem Mut, war er ein Führer, wie wir ihn nur schwer wiederbekommen werden. Crispien zitiert das Schandgedicht aus dem Vorwärts vom 13. Januar 1919, das direkt zum Mord aufforderte und am 15. Januar seine Früchte trug. Von allen Mördern hat noch nicht einer sein Leben verloren, weil das klassenbewußte Proletariat den Mord ablehnt. Aber der Tag der Vergeltung kommt doch. Hugo Haase wird das leuchtende Beispiel bleiben für die Reinheit und Selbstlosigkeit eines proletarischen Führers. Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren des Genossen Haase von den Sitzen erhoben haben.

Genossinnen und Genossen! Die alten Mächte der Vergangenheit sind mächtig am Werke, wieder gesetzlich zu werden. In den letzten Tagen hat sich der Monarchismus wieder ausgetobt in Berlin. Crispien legt unter Beifall dar, daß er zu dem Untersuchungsausschuß kein Vertrauen habe, denn der größte Teil der Mitglieder dieses Ausschusses gehört selbst auf die Anklagebank. Er geißelt die Kriegsschuld der Rechtssozialisten und schleudert den alten Mächten die Anklage entgegen, die für uns zugleich ihre Verurteilung bedeutet. Das ganze Elend, die wirtschaftliche Zerrüttung, die der Krieg gebracht hat, wollen die Monarchisten heute der Arbeiterschaft ankreiden. Die Sabotage der Unternehmer, die Anschläge der Landwirte auf die Zwangswirtschaft sind die Mittel, die Arbeiter niederzukämpfen. Die Regierung, die wir haben, ist nicht wert, daß man sie liebt oder haßt, sie kann mau nur verachten.

Wir wollen keinen Krieg gegen Sowjetrußland. Wir fühlen mit unsern Brüdern in Rußland (Sehr richtig!) und wissen, daß man den revolutionären Sozialismus treffen will im Kampf gegen Sowjetrußland. (Beifall.)

Crispien charakterisiert das Spiel der Regierung und der Parteien um das Betriebsrätegesetz. Wir werden im Laufe des Parteitages Gelegenheit haben, uns für unsere Räteorganisation in unserm Sinne zu erklären, nicht von Regierungs- und Unternehmergnaden.

So stellt sich das Jahr Revolution dar. Und nun kommen die Rechtssozialisten und blasen die Einigungstrompete. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber wir müssen aussprechen: eine Einigung mit der Partei des Noske ist unmöglich. (Brausender Beifall.) Uns trennen Grundsätze. Wir fühlen uns nicht geschlagen trotz der bitteren Erlebnisse. Die Führer der Rechtssozialisten verstehen nicht einmal, in Schönheit zu sterben. Wir wollen weiter arbeiten für die Einigung der revolutionären Arbeiterschaft. Wenn wir alle unsere Pflicht erfüllen, werden die Proletarier aller Länder sich in einer zeitgemäßen Internationale zusammenfinden. Auf dem Boden des Klassenkampfes wollen wir die Sturmfahne zum Siege des Sozialismus tragen. In diesem Sinne eröffne ich den Parteitag."

Man schritt dann zur Bureauwahl. Es wurden die Genossen Dittmann-Berlin und Lipinski-Leipzig vorgeschlagen. Im Namen vieler Delegierten schlug Gen. Kasparek-Halle den Gen. Braß-Remscheid vor. Es entwickelte sich eine Debatte, in der die Gegensätze, die in der Partei vorhanden sind, bereits zum Ausdruck kamen, da viele Genossen nicht damit einverstanden waren, daß zwei Genossen von einer bestimmten Richtung, wie Dittmann und Lipinski allein zu Vorsitzenden gewählt werden sollten. Der Antrag der Hallischen Genossen wurde angenommen, und einstimmig wurden die Genossen Lipinski, Dittmann und Braß zu Vorsitzenden gewählt. Zu Schriftführern wurden die Genossen Krause-Berlin, Friehling-Hamburg, Bühler-Remscheid und Genossin Sender-Frankfurt a. M. bestimmt.

Es folgten dann einige Begrüßungsansprachen von Vertretern ausländischer Parteien, die zeigen, daß das Ansehen der U. S. P. D. im Auslande ständig wächst.

Genosse Grimlund-Stockholm, der Vertreter der Schwedischen Linkspartei sprach der U. S. P. D. das Beileid der Schwedischen Revolutionäre zum Tode Haases aus. Er begrüßte es, daß nun endlich die Verbindungen zwischen beiden Parteien aufgenommen worden sind. Der Redner schilderte, wie auch in Schweden die Arbeiterschaft durch den Burgfrieden in den Sumpf geführt worden ist, wie aber auch dort die Massen in immer größerer Zahl zur Klarheit gelangen. 16 Zeitungen besitzt die Linkspartei bereits! Gen. Grimlund berichtete dann, welche Gründe seine Partei zum Anschluß an die Dritte Internationale bewog und schloß unter brausendem Beifall mit der Aufforderung, sich dieser Internationale anzuschließen.

Genosse Hellberg (Kopenhagen), der Vertreter der neugegründeten Dänischen Linkspartei, teillte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß alle Gruppen des revolutionären Sozialismus in Dänemärk sich geeinigt hätten gegen die von den Sozialpatrioten.

Genosse Hiurgiá (Bukareft), der Vertreter der rumänischen Sozialdemokratie stellte fest, daß seit mehr als fünf Jahren das erstemal die rumänische Partei die deutschen Sozialisten begrüßen kann. Er berichtet von dem schweren Leidenswege der rumänischen Sozialisten in den vergangenen Jahren und der Gegenwart. Lautes Pfui ertönte, als er von dem Blutbad im Oktober 1918 in Bukarest sprach. Trotzdem hat sich die Partei glänzend entwickelt und zählt heute 120 000 Mitglieder allein im alten Rumänien. Diese Partei hat sich mit den Sozialisten der Bukowina und Siebenbürgens verschmolzen, wodurch noch die Organisation bedeutend wächst. Genosse Hiurgiá erkannte das Streben der U. S. P. D. nach neuem internationalen Arbeiterbund an und sprach die Hoffnung aus, daß er zum Erfolge führen möge.

Als Vertreter des Jüdischen Arbeiterbundes Rußlands begrüßte Genosse Nachimsohn den Parteitag. Er berichtete vom Parteitag zu Minsk und erklärte, daß für den Jüdischen Arbeiterbund die Stellungnahme der U. S. P. D. zur Frage der Internationale entscheidend sein würde.

Die französische und die italienische Partei haben Begrüßungsbriefe gesandt. Dann ergriff, von lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort der

Genosse Fritz Adler-Wien als Vertreter der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie. Auch er sprach noch einmal das Beileid der österreichischen Partei zum Tode Haases aus. Er begann seine Ausführungen mit dem Ausdrucke des schmerzlichsten Bedauerns, daß er Gast und nicht Mitglied der deutschen Partei sei. Er schilderte die trostlosen Verhältnisse in Oesterreich, diesem unmöglichen Staat. Die ökonomischen Verhältnisse seien derart, daß sie nur noch Raum der Verzweiflung gäben! Die politischen Verhältnisse während des Krieges seien derart gewesen, daß während des Krieges die Linke der Sozialdemokratie mit der U. S. P. D. Punkt für Punkt einverstanden gewesen sei. Die Entwicklung sei dann aber anders gegangen als in Deutschland, da die Einigkeit in der Partei aufrechterhalten wurde. Eine „Rechte" gäbe es garnicht mehr in der Partei. Nach der Revolution sei es jeden Tag möglich gewesen, daß das Proletariat die Herrschaft ergreifen konnte. Und trotzdem sei die Partei in die tragische Situation gekommen, darauf verzichten zu müssen. Das unmittelbare Elend des Landes hätte diese Herrschaft in wenigen Wochen hinweggefegt! Schwer sei es gewesen, im März dem Rufe der ungarischen Proletarier nach Aufrichtung der Rätediktatur zu folgen. Allein die Einstellung des Eisenbahnverkehrs von Triest genüge, in wenigstens zwei Wochen das österreichische Proletariat auszuhungern. Die ungarische Niederlage habe auch in Oesterreich die konterrevolutionären Elemente wieder gestärkt. Aber wenigstens die Frage des Wehrsystems sei in anderer Weise geregelt. Die Armee ist kein taugliches Mittel der Gegenrevolution, sondern eine rein republikanische Armee, in der ein stark proletarisches Element vertreten sei. Das einzige, was in der nnheimlichen Situation gerettet wurde, in der Oesterreich sich befindet, sei die Einigkeit des Proletariats. Es gehöre zum Politiker in der heutigen Zeit der Mut zur Unpopularität, den die U. S. P. D. während des Krieges so glänzend bewiesen habe. Den gegenwärtigen Zustand der

deutschen Arbeiterklasse empfinde er als ein Unglück. Aber trotzalledem habe das österreichische Proletariat den Mut nicht sinken lassen und den Glauben an den Sozialismus nicht aufgegeben. Genosse Adler schloß mit dem Spruch, der so oft in anderem Zusammenhang zitiert wird:

„Und wenn die Welt voll Teufel wär
Und wollt uns schier verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr,
Es muß uns doch gelingen!

(Stürmischer Beifall.)

Es erfolgte dann die Wahl von einigen Kommissionen. Die Geschäftsordnung und die Tagesordnung wurden genehmigt.

Morgen vormittag wird der Parteitag in die Beratungen eintreten. Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung liegen weit über 100 Anträge und Resolutionen vor.

Statt Joffe—Sklarz

Die Schande der Rechtssozialisten

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Leipziger Volkszeitung:

„Der große Skandal, der durch die Enthüllungen einer Berliner Lokalkorrespondenz an die Oeffentlichkeit gebracht worden ist, hat eine ganz besondere politische Seite. In den bisherigen Enthüllungen war die Rede von einer großzügigen Spekulation des berüchtigten Parvus mit russischen Kalendern. Die Einzelheiten über dieses Geschäft werden heute von der Berliner Volkszeitung veröffentlicht. Sie sind mit Dokumenten so unangreifbar belegt, daß alle Ableugnungsversuche der kompromittierten rechtssozialistischen Führer von vornherein vergebens sind. Tatsächlich liegt hier ein Fall politischer Korruption schlimmster Art vor. Diese Korruption aber richtet sich gegen das sozialistische Rußland.

Kurz vor der Revolution brach die deutsche Regierung, in der Herr Scheidemann saß, die politischen Beziehungen zu Sowjetrußland ab und zwang den Botschafter Joffe zur Abreise, indem sie ihn beschuldigte, revolutionäre Bestrebungen in Deutschland unterstützt zu haben. Diese selbe Regierung begünstigte gleichzeitig ein Unternehmen des Herrn Parvus, das auf eine antibolschewistische Propaganda in Rußland hinauslief. Herr Parvus hatte einen Kalender herstellen lassen, der dem Zwecke antibolschewistischer Propaganda diente und zugleich das Eindringen des deutschen Kapitalismus in Sowjetrußland erleichtern und ihm natürlich einen Riesenprofit abwerfen sollte. Die Tendenz dieses Unternehmens wurde damals, im Jahre 1918, schon in der Oeffentlichkeit gekennzeichnet, als die berüchtigte Ala, die Institution der Schwerindustrie, zur Korrumpierung der deutschen Presse diesen Kalender in der alldeutsch-schwerindustriellen Presse annoncierte. Herr Parvus hatte dieses Kalenderprojekt nach seinen großen Coups in der Türkei und in Dänemark als nächsten großen Coup geplant. Die Transaktion entwickelte sich jedoch nicht so rasch, wie er angenommen hatte, und so kam es, daß nach der Revolution das Geschäft noch nicht realisiert worden war.

Herr Parvus resp. sein Geschäftsführer nutzten nun die Tatsache, daß ihre Parteigenossen in der Regierung saßen, auf das weidlichste aus. An diesem Punkte setzen die mit Dokumenten belegten Enthüllungen der Berliner Lokalkorrespondenz ein.

Die Herren Scheidemann und Noske trugen keinerlei Bedenken, die antibolschewistische Propaganda des alten Regimes in Deutschland fortzusetzen. Sie ließen sich auch nicht davon abhalten, daß diese antibolschewistische Propaganda ein Privatgeschäft war, das einen ihrer Parteifreunde Millionen-Profite abwerfen mußte. Durch amtliche Anweisungen unterstützten sie dieses Privatgeschäft, während sie zur selben Zeit von den Machern dieses Geschäfts „Freundschaftsgeschenke" entgegennahmen und an ihrer Tafel sich gratis beköstigen ließen. Wenn das nicht den Tatbestand politischer Korruption darstellt, so gibt es überhaupt keine politische Korruption.

Dieselben Scheinsozialisten, die in der alten Regierung des wilhelminischen Regimes den russischen revolutionären Sozialisten Joffe aus Deutschland hinausgeworfen hatten, die nach der Revolution sich mit allen Kräften der Rückberufung Joffes nach Deutschland, der Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen mit Sowjet-Rußland widersetzt hatten, betrieben eine antibolschewistische Propaganda zum persönlichen Vorteil ihres Parteifreundes Parvus. Mit dem Sozialisten Joffe wollten sie nichts zu tun haben. Sie zogen es vor, sich mit dem berüchtigten Geschäftemacher Parvus und dessen noch berüchtigteren Geschäftsführer Sklarz einzulassen und deren schmutzige Geschäfte zu unterstützen, die gleichzeitig einen gegenrevolutionären Akt Sowjetrußland gegenüber darstellten. Die ganze Schande der rechtssozialistischen Politik und die politisch-moralische Verkommenheit ihrer Führer nach dem Muster Scheidemanns kommt in dieser Tatsache zum Ausdruck. Diese Leute fühlen sich wohler in dem Schmutz der kapitalistischen Schieber und Korruptionswirtschaft als in der Gesellschaft wirklicher Revolutionäre. Sie fielen der russischen Revolution in den Rücken, um einem der ihren Millionenprofite zu verschaffen. Das ist wahrhaftig mehr als Korruption, das ist die niederträchtigste Gemeinheit, die ein Mensch begehen kann, der die Dreistigkeit besitzt, sich nach solchen Handlungen noch Sozialist zu nennen.

Diese amtliche Unterstützung der Parvus-Sklarzschen Kalender-Aktion ist bis Ende Mai 1919 erfolgt. Angesichts dieser Tatsache wagt der Vorwärts noch, Scheidemann und Genossen in Schutz zu nehmen. Er sucht sie zu entschuldigen mit der Bemerkung, daß es sich bei der Kalender-Affäre lediglich um die Fortführung eines von der alten Regierung begonnenen Unternehmens handle. Um so schlimmer für Scheidemann und seine Freunde. Daß die alte Regierung antibolschewistisch war, daß sie mit den schmutzigsten Mitteln gegen die Bolschewisten kämpfte, war für den deutschen Arbeiter eine Selbstverständlichkeit. Daß aber Herr Scheidemann, der ja doch den Arbeitern gegenüber als Sozialist auftrat und heute noch so sehr als Sozialist gelten will, daß er das revolutionäre Proletariat einigen will, diese schmutzige Politik des alten Regimes noch schmutziger fortsetzen wollte, das ist für die deutsche Arbeiterschaft alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Die Tatsache, daß der Vorwärts darin etwas ganz Gewöhnliches und Entschuldbares sieht, beweist nur, wie weit die moralische und politische Verlotterung in der rechtssozialistischen Partei um sich gegriffen hat. Wahrhaftig, deutlicher konnte sich das wahre Gesicht der Scheidemann und Konsorten nicht zeigen. Den russischen Revolutionär und Genossen Joffe warfen sie hinaus — mit dem Schieber und Gegenrevolutionär Sklarz aber schlossen sie Freundschaft. Statt Joffe wählten sie Sklarz.

Gegenüber dieser Tatsache wollen wir nicht reden von den Kohlengeschäften in Dänemark, von den Automobilschiebungen, wir wollen nicht davon reden, daß man heute in Berlin allgemein auf Herrn Scheidemann mit Fingern zeigt, als auf den Mann, der unter dem Pseudonym „Prof. Philipp" in Dänemark Geschäftsreisen für Parvus unternommen haben soll, wir wollen nicht auf die stammelnden Ausreden des Vorwärts diesen Anklagen gegenüber eingehen, sondern wir wollen nur noch feststellen, daß der Vorwärts selbst zugeben muß, daß es diesem vernichtenden Material gegenüber eigentlich keine Entschuldigung mehr gibt. Wenn er schreibt:

> Wir haben inzwischen Gelegenheit gehabt, das ganze Material, von dem eine große Anzahl Abschriften bereits zu kursieren scheinen, einzusehen und können danach voraussagen, daß die Veröffentlichungen in der bisherigen Art wohl noch eine ganze Weile fortgesetzt werden. Wir können aber ebenfalls sagen, daß die Veröffentlichuugen des uns bekannten Materials — und wir glauben nicht, daß noch anderes existiert — nicht das mindeste ergeben werden, was geeignet wäre, irgendeine Korruption bei führenden Parteigenossen, die sich in hohen Regierungsämtern befinden oder befunden haben, festzustellen. Soweit in diesem ganzen „Material" Schriftstücke produziert werden, die diesen Anschein erwecken könnten, beruht das lediglich darauf, daß die Umstände, unter denen die Abfassung dieser Schriftstücke erfolgte, in völlig falscher Weise dargestellt wurden.

so kommt das einem vollendeten Eingeständnis gleich. Wenn er aber noch davon redet, daß es geradezu kindisch sei, aus den angeführten Tatsachen eine Korruption zu folgern, „zumal da keinem einzigen eine irgendwie unkorrekte Regierungshandlung vorgeworfen oder nachgewiesen werden kann" — wie er sich ausdrückt —, wenn er dann noch renommiert, daß die Enthüller jetzt nicht die Behauptung der Bestechlichkeit gegen Scheidemann und Konsorten zu wiederholen wagten, so wollen wir ihm mit aller Deutlichkeit sagen:

Es ist die tollste Korruption, die Scheidemann und Konsorten als Regierungsmänner getrieben haben. Mögen die Regierungshandlungen vom Standpunkt bürgerlicher Gesinnung aus korrekt gewesen sein, die Förderung der Privatgeschäfte der Parvus-Clique war alles andre als korrekt, sie war ein Mißbrauch ihrer Regierungsgewalt zum Zwecke privater Provitmacherei.

Diese Parvus und Sklarz, an denen die Glocke und die J. K. und die P. P. N. mitsamt dem ganzen sozialwissenschaftlichen Verlag hängen, die Heilmann und Hofrichter und Baumeister, die Kuttner und Barth, die Lensch und die andern die Herr Parvus verdienen ließ, indem er aus dem Sozialverrat und der Gegenrevolution ein Geschäft machte, die Scheidemann und Noske, die rechtssozialistischen Regierungsleute, die den amtlichen Apparat für die Durchführung der Millionengeschäfte des Herrn Parvus bereitstellten — sie sind alle gleichviel wert. Ein stinkender Sumpf! Diese Kloake aber züchtete den Sozialverrat, bekämpfte um Geld die Revolution und bestimmte die Politik der rechtssozialistischen Partei!

Das Maß der Schande ist übervoll!"

Politische Rundschau

Deutschland

Der Untersuchungsausschuß

Die regierende Koalition hat durch die Demonstrationen bei Gelegenheit der Vernehmung Hindenburg und Ludendorffs einen solchen Schreck gekriegt, daß sie den Untersuchungsausschuß am liebsten entschlummern ließe. Nicht eigentlich aus Angst vor der Gegenrevolution, deren Kommen als Mittel der Befestigung kapitalistischer Herrschaft ja durchaus im Sinne ihrer Wehrheit wäre, sondern lediglich wegen der befürchteten Stärkung der deutschnationalen Posten- und Mandatsjäger. Vor kurzem erklärte Herr Senator Dr. Petersen, der Vorsitzende der Deutschdemokraten-Partei, der Ausschuß habe durch die Aussagen der beiden Kriegsverlierer eigentlich gelöst, was er lösen wolle und könne deshalb seine Untersuchungen ruhig für beendet ansehen. Den Herrschaften beginnt es ungemütlich zu werden; zeigt sich doch schon jetzt nach der jammervollen Verhandlungsführung, daß alle Parteien mit Ausnahme der U. S. P. D. mehr oder weniger mit der Schuld am Kriege und seiner Verlängerung belastet worden sind. Sie möchten deshalb das grausame Spiel beenden. Aber man fürchtet dann, die unvermeidlichen politischen Folgen nach innen und außen, die ein solches unverblümtes Eingeständnis der eigenen Kriegsschuld nach sich ziehen müßte. Und sucht nun krampfhaft nach einem Wege, den Untersuchungsausschuß zwar formell weiterbestehen zu lassen, ihm aber praktisch jede Möglichkeit der Lösung der Fragen, die zu behandeln er eingesetzt wurde, zu nehmen.

So ist man u. a. auf den Ausweg verfallen, in Zukunft die Geladenen nicht mehr öffentlich vernehmen, sondern sie präzis formulierte Fragen schriftlich beantworten zu lassen. Das wäre eine Komödie, die unsere Genossen in der Nationalversammlung nicht mitmachen könnten und die zweifellos die Zurückziehung ihres Vertreters im Ausschuß, des Genossen Dr. Cohn, zur Folge haben würde. Das umso mehr, als sich, wie der jetzige Vorsitzende Gothein sehr versteckt andeutete, aus dem engeren Arbeitskreise Ludendorffs und Hindenburgs Zeugen zur Verfügung stellten, die den beiden Generälen konfrontiert zu werden wünschen, um ihre Aussagen wirksam ergänzen zu können.

Also auch dieser Weg wird bedenklich. Man scheint sich neuerdings wieder mit dem Gedanken der weiten öffentlichen

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

36]

Es war um diese Unschuld der Jugendlippen ein lockendes Etwas der Verworfenheit, ein weher, süßer, frevelhaft anreizender Schatten, den Laster, Leichtsinn und gemeiner Genuß um diesen Mädchenmund gezogen und ihm die Dämonie gab, selbst jetzt im Schlafe . . .

Mein Gott, dachte Jordan, was konnte dieser Mund sprechen an aufreizenden Niederträchtigkeiten. Wie konnte er sich in der Brutalität der Bezechtheit gemein verziehen und das ganze Phrynengesicht zu einer Maske verzerren, aus der die Verworfenheit der Nachtspelunken schrie, die Gemeinheit der mitternächtigen Gassen.

Aber er hatte ihr gedient! Nicht wie ein seufzender Anbeter war er ihr winselnd genaht. Ihre Brutalität hatte er überboten und sie kleingekriegt, die Dirne — selbst in ihrem Suff.

Das war die Art, mit Hexen umzugehen. Er, Jordan, hatte sie.

Ein Kraftgefühl durchströmte den Mann.

Selbst wenn sie ausartete, gab sie ihm etwas. Selbst wenn sie sich vergaß, bereitete sie ihm Luftgefühle, und war es auch nur das des Bändigers.

Herrgott, welch eine Freude, diese schlafende Schönheit anzuschauen. Er konnte sich nicht sättigen an dem Bilde. Vor allem von dem Munde kamen seine Augen nicht los.

Er glühte, brannte, lockte . . .

Siedend heiß überlief es den Mann.

Er konnte sich nicht zurückhalten und küßte diese Lippen.

Herta schlief weiter, aber ein Zug von Widerwillen erschien plötzlich um ihren Mund. Jordan sank ernüchtert auf seinen Stuhl zurück, ein tiefes Leiden kam in seine Züge

Fühlte Herta den Kuß?

Fühlte das Mädchen, wer sie küßte?

Weshalb antwortete sie mit dem Ausdruck des Ekels auf seine Zärtlichkeit?

Entsetzt sah er ins Leere und grübelte tief über diese Seltsamkeit nach.

Es ekelte sie, wenn er sie küßte.

Zeigte sie das auch nicht im Wachen, so trat es doch deutlich zutage, wann sie die Gewalt über ihre Züge, wie eben jetzt, nicht ausübte.

Er war nicht jung.

Von der Blütezeit dieses Mädchens schied ihn ein ganzes Menschenalter.

Es war, als vergifteten die Jahre das Blut. Man welkte, die Haut sank ein, wurde faltig, die Haare bleichten, verloren Glanz und Schimmer, wurden starr und strähnig. Die Lippen welkten, die Zähne kamen um ihr Licht und ihre Weiße — wirklich wie ein Gift verwüstete die Zeit den Leib.

Blüte aber fordert Blühendes. Was welk ist, flieht sie, meidet es wie Krankes.

Wenn diese junge Schönheit in seine faltenumzogenen, tiefliegenden, glanzlosen Augen sah, so schauderte sie. Die Trauer des Vergehens starrte ihr daraus entgegen, die Melancholie verdorrter Lenze, geschwundener Sommer, verblichener Tage.

Wie von Schuld erdrückt, stand der Gealterte vor dem Jugendlichen — und nach Verwesung und Tod schmeckte diesem der Kuß des welken Mundes . .

Jugend und Alter kamen nicht zueinander.

Als trennende Schranke stand die unüberwindliche Zeit zwischen beiden.

Aber gerade weil es ihm so unerreichbar blieb, dürstete das Abgeblühte so heiß und fieberhaft nach dem Blühenden.

Gerade, weil der unüberbrückbare Zeitozean dazwischen rollte, irrte die Sehnsucht des Gereiften zu den Gestaden des Blühens zurück.

Gewaltsam riß Jordan sich von diesen schweren Gedanken los, seine Augen suchten hungrig das Fest dieses Anblicks von neuem.

Wie das dalag — frisch und rosig — nachdem der Balg wohl an die vierundzwanzig Stunden nicht aus den Kleidern gekommen.

Das war eine Natur, die konnte aushalten und war im Lebensgenuß wohl nicht zu erschöpfen.

Sie hatte wohl sicher die Nacht durchgetanzt, war dann am Morgen in jener Bar gelandet, löste sich den Klavierspieler für ein kleines Vermögen von der Wirtin aus — und nahm ihn mit, um in ihrem Salon weiter bei Sekt und Zigaretten sich ein Separatkonzert zu leisten.

Fürstlich eigentlich.

Suverän. Die Jalousien herunter, das Licht entflammt — und nun die Zechernacht fortgesetzt, gedehnt, gewaltsam festgehalten, bis in den späten Nachmittag bei Lachen und Singen.

Naturen — das — Donnerwetter — Kraftnaturen.

Nerven hat sowas einfach nicht — aber eine Aufnahmefähigkeit, ein Genußvermögen, dem kein Maß weit, groß und voll genug ist.

Beim Himmel, das — war die rechte Genossin und Gefährtin zu einem Höllenbummel durch alle Freuden und Genüsse dieser Teufelswelt.

Ja — ja — tausendmal ja — sie — sie war die Rechte für ihn.

Sie — sie war es — ausgesucht aus Millionen.

Da — da — war eine Bestimmung — ein Los — ein Schicksalswille — er hatte sie — gerade sie — finden müssen.

Sein Leben wäre ohne diese blonde Bacchantin hingeschwunden und versickert wie der Quell im Sande.

Und da war er nun heute gekommen, nachdem er eine Nacht und einen halben Tag um ihre Antwort gebangt hatte, sich diese Antwort von ihr zu holen, diesen seinen Schicksalsspruch, ob sie mit ihm gehen würde — oder nicht — und er konnte die Antwort nicht bekommen, weil sie vom Sekte schwer, nach einer durchtollten Nacht in Schlaf gesunken war.

Während er selbst gestern ganz und gar erfüllt von ihrem Wesen alle die langen, endlosen Stunden bis zu ihrem Wiedersehen nichts gedacht und nichts empfunden hatte, als sie und immer nur sie — hatte Herta direkt aus seinen Armen sich in den Strudel der Nachtvergnügungen gestürzt, war durch die Ballsäle getollt, aus einem Tänzerarm in den andern getaumelt, hatte das nächtliche Fest dann in der Bar fortgesetzt und ihm — die Unersättliche — noch hier zu Hause eine etwas sehr gewaltsame Verlängerung gegeben — bei Sekt, Zigaretten, Musik, Gesang, bei Lachen und Rausch.

Seltsam — seltsam. All das enttäuschte, entrüstete Jordan nicht im geringsten.

Er nahm es wie etwas Selbstverständliches, Natürliches hin, und selbst, daß er jetzt hier vor der Schlafenden sitzen mußte, außerstande, von ihr den Entscheid und Entschluß zu erhalten, den zu erlangen er so voll bebender Erwartung hergekommen war — selbst das konnte ihn nicht verstimmen. Er nahm's wie eine unabänderliche Fügung hin, eben weil ihm auch dieses — auch dieses im Grunde an diesem Teufelchen gefiel.

Es war Stil in ihr, Einheitlichkeit. Es saß so alles an ihr. Paßte so, die Kleider wie die Manieren, obschon diese letzteren verdammt zu wünschen übrigließen.

Das war eben Neigung, die Neigung, die sie ihm einflößte und gegen die er sich mit Wonne, mit einer vordem nie gekannten Wonne wehrlos fühlte.

Ja — ja — ganz visionär sah er es: es wird nicht zum letzten Male gewesen sein, daß diese feine, schmale, spitzfingrige Hand ihn geschlagen hat. Sie wird ihn schmerzlicher noch treffen. Wunden wird sie ihm schlagen — oh — tiefe, tiefe, blutende Wunden — und er wird sie dafür küssen, diese feine, adlige, verruchte Hand.

(Fortsetzung folgt.)

mündlichen Verhandlungen zu befreunden. Nur sollen sie dann nicht in der bisherigen Weise fortgeführt werden, die den Vernommenen gestattete, lange politische Reden zu verlesen, ohne den Inhalt der gestellten Fragen mehr als nur sehr perpherisch zu berühren. Vielmehr soll ein Verhör der Zeugen durch die Mitglieder des Untersuchungsausschusses künftig das Wesen der Vernehmung ausmachen.

Was dabei herauskommen wird, werden wir sehen. Wahrscheinlich auch nicht viel mehr als jetzt: da bis auf unseren Vertreter die Mitglieder des Ausschusses sich wohlweislich hüteten, allzu eindeutig nach dieser oder jener Richtung zu fragen.

Keine Gerichtsverhandlung gegen Haases Mörder

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt offiziös:

Gegen den Lederarbeiter Johann Voß aus Wien, dessen Kugel der Abgeordnete Haase zum Opfer gefallen ist, wird voraussichtlich ein Gerichtsverfahren nicht stattfinden, weil das Gericht auf Grund ärztlicher Gutachten zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß sich der Attentäter bei Begehung der Tat in einem Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, durch den seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Voß wird als gemeingefährlich dauernd in eine Irrenanstalt untergebracht werden.

Wir erheben gegen die Absicht, gegen Voß kein Gerichtsverfahren einzuleiten, Protest und stellen bei dieser Gelegenheit fest, daß weder der preußische Justizminister noch die Staatsanwaltschaft auf die Fragen, die der Genosse Dittmann in seinem „offenen Brief" am 17. November stellte, bisher keine Antwort erteilt haben.

Aus den Kautsky-Akten

Die Londoner Times sind in der Lage, ausführliche Auszüge aus den deutschen amtlichen Dokumenten, die vom Genossen Kautsky durchgesehen und bearbeitet sind, zu veröffentlichen. Danach ist vom Genossen Kautsky endgültig festgestellt:

Bei der verhängnisvollen Zusammenkunft in Potsdam am 5. Juli 1914 hat der Kaiser, nachdem er einen eigenhändigen Brief von Kaiser Franz Josef erhalten hatte, Deutschland auf die bedingungslose Unterstützung Oesterreich-Ungarns bei dem Balkanabenteuer und der Herausforderung Rußlands festgelegt. Die weiteren Konferenzen des Kaisers in Potsdam am 5. und 6. Juli 1914 mit seinen Ministern und militärischen Führern bringen Kautsky zu dem Schluß, daß es sich nicht um einen eigentlichen Kronrat, sondern vielmehr um einen Kriegsrat handelte, um eine Verschwörung, die sich mindestens gegen Serbien und Rußland, wenn nicht gegen die ganze Welt richtete. Dieser Schluß wird bestätigt durch die Besprechung am 6. Juli in Berlin zwischen Bethmann Hollweg und dem Abgesandten Berchtholds, dem Grafen Hoyos, und durch die Beschlüsse, die am nächsten Tage bei dem gemeinschaftlichen Ministerrat in Wien gefaßt wurden.

Kautsky Analyse der Archive in der Wilhelmstraße stellte endlich die Ereignisse vom Morde in Serajewo am 28. Juni bis zur Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien, vom Kronrat in Potsdam am 5. Juli bis zu den Befehlen des Großen Generalstabes am 5. August fest, worin die rücksichtslosen Kriegsmethoden gegen England befohlen wurden. Die schlagendsten Einzelheiten aus Kautskys Enthüllungen sind die merkwürdigen Zwischenbemerkungen des deutschen Kaisers zu den ihm vorgelegten Depeschen und Berichten. Diese Bemerkungen wechseln mit den Worten: „Jetzt oder niemals", womit er am 6. Juli die Notwendigkeit einer gründlichen Abrechnung mit Serbien unterstrich, und heftigen Wutausbrüchen und Verwünschungen, womit er am 30. Juni gegen Bethmann Hollweg die Befürchtung äußerte, daß Englands Dazwischenkunft ihn wie seine Pläne vernichten werde. Diese eigenhändigen Bemerkungen zeigen, wie genau der Kaiser Tag für Tag über die Ereignisse unterrichtet wurde.

Zu der Times-Veröffentlichung nimmt jetzt ein Mitglied des Ausschusses zur Herausgabe der Kriegsdokumente, Graf Montgelas, das Wort. Er muß, obwohl bedacht, das alte Regime in jeder Weise reinzuwaschen, eingestehen, daß der Potsdamer Kriegsrat in den Akten enthalten ist. Montgelas stellt diese Sache so dar: „Der Kaiser empfing am 6. Juli, bevor er um 9 Uhr 15 Min. vormittags von Potsdam nach Kiel abreiste, drei Offiziere einzeln zum Vortrage unter vier Augen und unterrichtete sie dabei kurz, daß Oesterreich-Ungarn gegen Serbien vorzugehen beabsichtige, woraus sich möglicherweise eine Spannung der militärisch-politischen Lage ergeben könnte." Die Randbemerkung des Kaisers: „Jetzt oder nie!" befindet sich bei einem aus Wien gekommenen Bericht.

Ferner muß Montgelas zugeben, daß ein Befehl des Generaloberſten v. Moltke, des früheren Chefs des Generalstabs, bestand, zu „rücksichtsvollem Vorgehen!"

Der erste Vormittag

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

In seinem Geschäftsbericht konnte der Sprecher der Parteileitung, Genosse Dittmann, ein Bild erfreulichen Fortschritts unserer Organisation und Presse geben. Die Dreiviertelmillion der organisierten Genossen ist überschritten, die Zahl und die Leserschaft der Parteiblätter wächst ständig. 55 Tageszeitungen bestehen. Es fehlte natürlich die Mahnung nicht, bei der Gründung von Blättern vorsichtig zu sein — die Genossen dürfen sich nicht auf die schwer belastete Zentralkasse verlassen, sondern müssen die zur guten Fundierung nötigen Geldmittel selbst aufbringen. Die Aufträge des Märzparteitags — Frauenblatt, Jugendzeitschrift, Pressebureau, Kommunalpolitisches Organ — hat die Leitung wider Erwarten vollständig ausführen können. Unter lebhafter Anteilnahme des Parteitages nagelte der Berichterstatter zum Schluß die Untätigkeit und Gleichgültigkeit der Justiz bei der Untersuchung der Ermordung Haases, die sonderbare Eilfertigkeit mit der die strafausschließende Geisteskrankheit des Mörders festgestellt wurde, an den Schandpfahl.

Die Debatte bewegte sich in ruhigen Bahnen, so daß der Berichterstatter im Schlußwort weitgehende Uebereinstimmung konstatieren konnte. Lebhaft ist das Bedürfnis der Genossen nach Ausgestaltung der Bildungsarbeit, der Landagitation, der Frauenaufklärung, auch fehlte es nicht an Mahnungen, die Parteipresse der besonders wichtigen Gebiete — die der betreffenden Redner — in besonderer Weise von der Zentrale aus, zu unterstützen. Vielfach wurde trotz der Hinweise des Vorsitzenden auf den Punkt 12 die Einigungsfrage behandelt, überwiegend in dem Sinne, daß mit den Noskesozialisten keine Einigung möglich sei. Genosse Mau suchte die Einigung in Danzig mit den besonderen Verhältnissen des neuen Freistaats zu rechtfertigen.

Einen erfreulichen Abschluß der Sitzung bildete die Verkündung des glänzenden Wahlerfolges unserer Genossen in Elbing.

In und um Elbing

Aus der U. S. P.-Stadtverordneten-Fraktion

Die Unabhängige Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hielt gestern ihre konstituierende Sitzung ab. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde Genosse Wilhelm Müller, zum Schriftführer Genosse Lange gewählt. Etwaige Wünsche oder Anregungen sind an einen der beiden Genossen zu richten.

Zuckerversorgung

Bezüglich der künftigen Zuckerversorgung verbreitet die Provinzial-Zuckerstelle in Danzig folgende Ausführungen: Am 28. d. Mts. fand eine Sitzung des Beirates der Provinzial-Zuckerstelle für Westpreußen unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Förster statt. Sie hatte den Zweck, Mittel und Wege zu finden, um die noch immer anhaltende Stockung der Zuckerversorgung in der Provinz zu beseitigen. Wenn auch jetzt die Rohzuckerfabriken begonnen haben, die Rüben zu verarbeiten, so sind sie doch infolge der hohen Kohlenpreise und der gesteigerten Löhne und sonstigen Betriebsunkosten nicht in der Lage, zu dem bisher angenommenen Preise den Zucker abzugeben. Es wurde daher allseitig und einstimmig als notwendig anerkannt, den Fabriken einen um 25 Mark für den Zentner höheren Preis zuzusichern. Nunmehr ist zu erwarten, daß wenigstens Rohzucker alsbald in den Verkehr gebracht werden kann und die Belieferung keine weitere Verzögerung erfährt. Freilich bedingt die Erhöhung des Preises für den Rohzucker ab Fabrik eine entsprechende Erhöhung des Kleinhandelpreises. Dieser ist daher auf 1,17 Mark für das Pfund Rohzucker, 1,25 Mark für das Pfund Weißzucker festgesetzt worden. So unerwünscht diese Erhöhung erscheinen mag, so wird jeder Verbraucher sie lieber tragen, als noch länger des notwendigen Zuckers entbehren.

Was wird nun weiter?

Von verschiedenen Seiten gehen uns Anfragen zu über den Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung, über die Dauer der Wahl und voraussichtliche Maßnahmen der neuen Körperschaft. Die Anteilnahme der Genossen ist verständlich und darum sei hier, so weit es möglich ist, Auskunft gegeben.

Der Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung wird voraussichtlich noch in diesem Monat erfolgen können. Vorher ist die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses, die Verkündigung der Gewählten und ihre Erklärung, daß sie die Wahl annehmen, zu erledigen. Die Sitzung der neuen Stadtvertretung wird dann von dem ältesten Stadtverordneten eröffnet, der den Vorstand wählen läßt. Es darf als sicher gelten, daß die Fraktion der U. S. P. Besetzung des Bureaus nach parlamentarischen Regeln fordern wird. Als stärkste Fraktion hat sie Anspruch auf das Amt des Stadtverordnetenvorstehers. Der alsdann erfolgenden Bildung der Abteilungen wird sich wahrscheinlich noch in derselben oder in der nächsten Sitzung die Neuwahl der unbesoldeten Stadträte anschließen.

Gewählt sind die Stadtverordneten auf sechs Jahre. In zwei Jahren würde ein Drittel ausscheiden und dieser ausscheidende Teil durchs Los bestimmt werden müssen. Das heißt, wenn die gegenwärtigen Bestimmungen bestehen bleiben. Der preußischen Landesversammlung liegt aber eine neue Städteordnung zur Beschlußfassung vor und es ist wahrscheinlich, daß diese Aenderungen mit sich bringt. Bekannt geworden ist bereits, daß nach dem Inkrafttreten der neuen Städteordnung, das im Laufe des Winters zu erwarten ist, auch eine Neuwahl der Bürgermeister und der besoldeten Stadträte erfolgt. Ob und wieweit dann hier in Elbing Veränderungen eintreten, darüber lassen sich zur Zeit nicht einmal Vermutungen aufstellen.

Bemerkt sei endlich noch, daß in Elbing gegenwärtig von gewisser Seite Bestrebungen im Gange sind, alle bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Rechtssozialisten zu einem gegen die U. S. P. gerichteten Block zu vereinen. Bei der Zerklüftung innerhalb dieser Gruppen erscheint das Unterfangen aussichtslos. Arbeitsgemeinschaften zwischen einander nahestehenden Fraktionen dürften vermutlich mehrfach gebildet werden.

Technikertag in Elbing

Ein Technikertag für den Osten wird von der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation der Techniker, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, am Sonntag, den 7. Dezember in Elbing abgehalten. Nach der Verschmelzung des Bundes der technisch-industriellen Beamten mit dem Deutschen Techniker-Verband ist dieses der erste Gautag für die Techniker in Privatbetrieben, Staats- und Gemeindebehörden der Provinzen Pommern, West- und Ostpreußen und Posen. Der Gautag soll daher in erster Linie dem Gau die durch die Satzungen des Bundes verlangten Unterlagen geben. An sozialpolitischen Gegenständen steht außerdem ein Referat über das Betriebsrätegesetz auf der Tagesordnung.

Am Vorabend des Gautages, am Sonnabend den 6. Dezember cr., abends 8 Uhr, findet im Kasinosaal eine große Technikerversammlung statt, in der Herr Mühlenkamp aus Berlin einen Vortrag über „Betriebsdemokratie und technische Angestellte" halten wird. Anschließend an diesen Vortrag findet eine freie Aussprache statt und sind zu dieser Versammlung, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, alle nicht organisierten bezw. anderweit organisierten Techniker besonders willkommen.

Uniform der Sicherheitswehr und Reichswehr

Da im Publikum vielfach Unklarheit darüber besteht, wie sich die Uniform der Sicherheitswehr und der Reichswehr unterscheidet, so wird darauf hingewiesen, daß die Reichswehr feldgraue, die Sicherheitswehr grüne Uniform trägt. Dazu gehören bei der Reichswehr graue Achselschnüre und eine Kokarde mit Eichenlaubkranz, während die Sicherheitswehr sich durch ihre dunkelgrünen, dick aufgelegten Achselstücke und durch die Kokarde in der Landesfarbe ohne den sehr auffallenden Eichenlaubkranz deutlich von der Reichswehr unterscheidet. Eine Grußpflicht für die Beamten der Sicherheitswehr, die ja auch lediglich eine Polizei und keine Truppe darstellt, besteht nicht. Nur die Generale der Reichswehr werden entsprechend der auch für die Schutzmannschaft geltenden Vorschrift von den Beamten der Sicherheitswehr gegrüßt.

Ueber die Uniform der in das Reichswehrministerium versetzten Offiziere ist durch eine Verfügung des Reichswehrministers bestimmt worden, daß die Stabsoffiziere und Hauptleute die für die Offiziere des bisherigen Kriegsministeriums, die Sanitäts-, Veterinär-, Zeug-, Feuerwerks- und Festungsbauoffiziere die für die Offiziere vorgeschriebene Reichswehruniform zu tragen haben. Von den Beamten haben der Generalverwaltungschef, die Abteilungschefs, vortragenden Räte, Expedienten usw. die für die Beamten des Kriegsministeriums, die anderen Beamten die für ihren Verwaltungszweig vorgeschriebene Reichswehruniform zu tragen. Die zur Inspektion für Waffen und Gerät und die zum Stammpersonal der Waffenschulen versetzten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften tragen die Uniform ihrer Waffengattung mit Armspiegeln ohne Nummer.

Schließung der Hamburger Vulkanwerft

Die Elbinger Werftarbeiter wird folgende aus Hamburg kommende Nachricht interessieren:

Die Vulkanwerft in Hamburg, auf der Tausende von Arbeitern beschäftigt sind, teilte heute den Arbeitern mit, daß das Werk geschlossen werde und die Arbeiter sich als entlassen zu betrachten hätten. Als Grund werden Vorkommnisse in einer Versammlung der Angehörigen der Vulkanwerft angegeben, die eine Störung der Arbeit befürchten ließen.

Baltische Helden

Welcher Geist die tapferen Baltikumkämpfer beherrscht, zeigt sich in folgendem Vorfall, der sich am Sonntag abend gegen 12 Uhr auf dem Elbinger Hauptbahnhof abspielte. Einige Parteigenossen mit ihren Angehörigen hatten im Wartesaal 2. Klasse Platz genommen. Am selben Tisch saßen drei Soldaten, die zu einem Transport gehörten, der aus dem dem Baltikum zurückkam. Die Helden, die über sehr große Geldsummen verfügten, erkundigten sich bei einem unserer Parteigenoffen, ob er Geschäftsmann sei. Sie hätten allerlei zu verkaufen. Was es war, konnte unser Genosse nicht feststellen. Als der Transport abfahren sollte, blieben die Soldaten hier und zechten kräftig weiter. Unsere Genossen holten inzwischen das Wahlergebnis telephonisch ein und teilten es natürlich sofort freudig ihren Angehörigen mit. Allerseits herrschte die größte Freude und Genugtuung darüber. Beim Nachhausegehen leuchtete ein Genosse in der dunklen Vorhalle mit der Taschenlampe. Die Soldaten, die erst mit am Tisch gesessen hatten, standen jetzt in der Vorhalle und einer trat auf den letzten Genoffen, der mit seiner Frau am Arm die Halle verlassen wollte, heran und schnauzte ihn im Leutnantston an, weshalb er ihm ins Gesicht geleuchtet hätte. Tatsächlich hatte aber dieser Genosse garnicht geleuchtet. Der Genosse sagte dies auch dem Soldaten, der jedoch fiel plötzlich ohne jede Veranlassung über unseren Genossen her und schlug mit den Fäusten auf ihn ein. Die Frau des Genossen, ebenfalls Parteimitglied, fiel in Ohnmacht. Ein anderer Genosse, der schon draußen war, eilte nun dem Bedrängten zu Hilfe und es gab für alle drei Baltenhelden jetzt soviel Schläge, wie sie wohl lange nicht bekommen hatten. Ein Offizierstellvertreter, einer der drei, brüllte in eine Ecke der Halle gedrückt: „Ihr Spartakisten, ihr Spartakisten!" Der Erfolg war der, daß er noch mehr Senge erhielt. Nun bekamen aber die Soldaten Verstärkung. Unser Parteigenosse, der uns dies mitteilt, stand ihnen allein gegenüber. Einer der Soldaten griff nach der Pistole, um mit ihr die den tapferen Helden angetane Schmach abzuwaschen. Glücklicherweise hatte unser Genosse ebenfalls einen Revolver bei sich. Er feuerte einen Schreckschuß in den Fußboden, worauf die Kämpfer für Deutschlands Ruhm im Auslande erschreckt zurückwichen. Unser Genosse konnte nun seiner Wege gehen.

Zur Beruhigung ängstlicher Gemüter sei mitgeteilt, daß der Genosse im Besitz eines Waffenscheines ist.

Stadtbücherei

Es wird auf die vom 4.—6. Dezember dauerde Ausstellung der Zugänge aufmerksam gemacht.

Elbinger Polizeinachrichten

Aus dem Untersuchungsgefängnis Marienburg sind die beiden Strafgefangenen Bilitzki und Werner ausgebrochen. Der Elbinger Kriminalpolizei gelang es, beide Ausbrecher zu verhaften.

Wegen Diebstahls verhaftet wurde die schon mehrfach vorbestrafte Frau F.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Arbeitslosigkeit in Danzig

Der Danziger Magistrat teilt mit:

„Die Zahl der Erwerbslosen nimmt in Danzig und seinen Vororten in erschreckendem Maße zu. Der Abbau der großen Reichs- und Staatsbetriebe, von denen Reichswerft, Gewehrfabrik, Artilleriewerkstatt, Bekleidungsamt und Bekleidungsinstandsetzungsamt besonders hervorzuheben sind, wirft immer neue Manschenmassen auf die Straße. Etwa bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages war es den Bemühungen der zuständigen Stellen gelungen, die Zahl der Arbeitsuchenden bis auf 3000 zu verringern, obwohl bereits damals der Abbau der Rüstungsindustrie im Gange war. Seit der Unterzeichnung des Friedens gibt es kein Halten wehr; die Ziffer der Arbeitsuchenden hat jetzt 8000 weit überschritten. Demgemäß sind die Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge scharf in die Höhe gegangen. Die Wochenausgabe betrug zuletzt rund 230000 Mark. Zurzeit trägt die Stadt Danzig ein Sechstel dieser Last, fünf Sechstel werden von Reich und Staat getragen. Falls nach Konstituierung der freien Stadt Danzig diese Zuschüsse fortfallen, steht der Freistaat vor der schweren Aufgabe, allein für seine Erwerbslosen zu sorgen. Daß er nicht imstande ist, wöchentlich Summen von 230000 Mark und mehr aus eigener Kraft aufzubringen, bedarf keiner weiteren Begründung. Die freie Stadt Danzig ist von vornherein wirtschaftlich auf das schwerste gefährdet, wenn nicht Reich und Staat eingreifen. Die Reichs- und Staatswerkstätten haben in großer Zahl Arbeitskräfte vielfach mit Familien nach Danzig gezogen, um während des Krieges die Leistungsfähigkeit der Danziger Rüstungsbetriebe auf das Höchste zu steigern. Jetzt sind nicht nur diese von auswärts herangezogenen, sondern auch die ständigen heimischen Arbeiter auf die Straße gesetzt. Die Sorge für diese Kriegsopfer ist weiterhin moralische Pflicht des Reichs und Preußens."

Sehr richtig. Aber wovon sollen Preußen und das Reich zahlen? Sie haben ja selber nichts. Danzigs Arbeiterschaft geht sehr schlimmen Tagen entgegen.

„Einigungs„folgen

Die Genossen Raube, v. Malachinski und Bargel von der ehemaligen U. S. P. Danzig haben auf eine Kandidatur zur Stadtverordnetenversammlung verzichtet.

Zur Ermittelung des Wahlergebnisses der am 30. v. Mts. erfolgten Neuwahlen von 60 Stadtverordneten in Elbing, ist Termin auf

Sonnabend, den 6. d. Mts., 12 Uhr mittags

im Stadtverordneten-Sitzungssaal anberaumt.

Als Beisitzer sind berufen die Herren:
Rentier E. Andree
Lagerhalter Schottke
Zivilingenieur Netke
Händler Perschon,

Stellvertreter:
Brauereidirektor Adischkewitz
Töpfer Karl Braun.

Elbing, den 2. Dezember 1919.

Der Vorsitzende des Wahlvorstandes für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Zucker.

Der Preis für Zucker im Kleinhandel wird mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt:

1.	Für gemahlenen Melis bezw. gemahlene Raffinade auf . .	1,25 Mk.
2.	für Rohzucker auf	1,17
3.	für weißen Kandis ohne Faden auf	1,45 „
4.	für weißen Kandis mit Faden auf	1,43 „
5.	für farbigen Kandis auf	1,42 „

für je 1 Pfund.

Danzig, den 29. November 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen.

Höchstpreise für Gemüse.

Auf Grund der Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 24. November 1919, R.-G.-O. 2754, werden nachstehende Höchstpreise für die Provinz Westpreußen festgesetzt:

Sorten	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
	für das Pfund in Pfennigen:		
Dauerweißkohl	6	10	14
Dauerrotkohl	9,50	13,50	17,50
Dauerwirsingkohl	9	13	17
Grünkohl	8,50	12,50	16,50
Rote Möhren	7	11	15
Gelbe Möhren	5	7,25	10
Weiße Möhren	3	5	7

Die vorstehenden Höchstpreise treten am Montag, den 1. Dezember 1919, in Kraft.

Danzig, den 27. November 1919.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Westpreußen.

Bekanntmachung.

Infolge der weiteren höheren Kohlenpreise und sonstigen Betriebsunkosten sehe ich mich genötigt,

die Preise zu erhöhen.

Brausebäder 1,— Mk., Wannenbäder III. Klasse 2,— Mk., II. Klasse 3,— Mk., I. Klasse 3,50 Mk., Salonbad 10,— Mk. Die andern Bäder je nach den Zusätzen, z. B. Kohlensäure, Salz, Fichtennadel, Heublumen, Schwefel usw.

Elbing, den 3. Dezember 1919.

Das Deutsche Bad. Inh.: **Franz Frankenberg.**

U. S. P.	**Versammlungskalender**	U. S. P.

I. Bezirk.

Morgen, Donnerstag, den 4. Dezember, 6½ Uhr abends **Vertrauensmänner** in „Legan".

Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Ortsverwaltung Elbing.

Sonnabend, den 6. Dezember, abends 8 Uhr im großen Kasinosaal:

Vortrag

des Herrn **Mühlenkamp-Berlin** über

Betriebsdemokratie u. technische Angestellte.

Anschließend freie Aussprache.

Alle Techniker, auch Nichtmitglieder, werden hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Für Qualitätsraucher

empfehle folgende Zigarettenmarken:

Schmollow ∴ Albertina
Apis ∴ Graf Dohna

hergestellt aus orientalischem Tabak.

Elbinger Zigarettenfabrik
Oswald Lindner.

Empfehle meinen

Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Salon

zur gefälligen Beachtung.

Erich Dautert, Friseur, gegenüb. d. Landratsamt.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

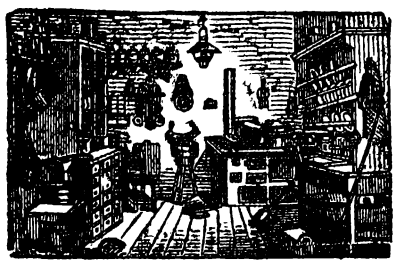
Bierbrauerei, Limonadenfabrik

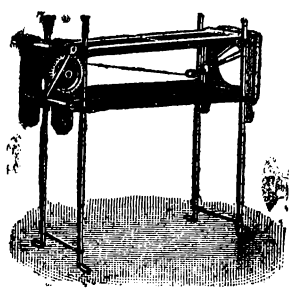
empfiehlt

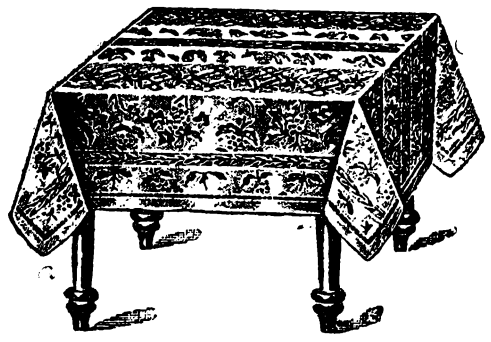
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere

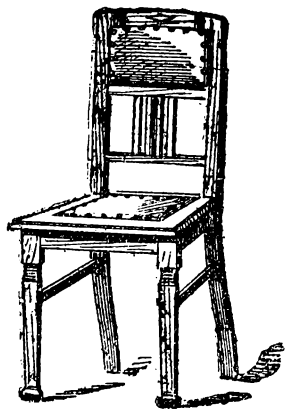
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.









Möbel

noch sehr preiswert, in großer Auswahl.

Besichtigen Sie meine Riesenläger ohne Kaufzwang.

Kompl. Wohnungseinrichtungen:

Wohnzimmer	von 550 bis 4600 M	Speisezimmer	von 2300 bis 8000 M
Schlafzimmer	von 680 bis 5800 M	Küchen	von 360 bis 1650 M
Herrenzimmer	von 1250 bis 7500 M		

Einzelne Ergänzungsstücke:

Kleiderschränke	von 375 bis 650 M	Umbauten .	von 255 bis 685 M
Vertikos	von 375 bis 650 M	Spiegel .	von 58 bis 480 M
Bettstellen (komplett mit Matratze)	von 75 bis 575 M	Tische	von 65 bis 325 M
Sofas (Friedensplüsch)	von 725 bis 1050 M	Stühle . . .	von 23 bis 83 M
Chaiselongues	von 450 bis 550 M	Waschtoiletten	von 285 bis 480 M
		Flurgarderoben .	von 185 bis 465 M

Polsterwaren eigener Fabrikation

in **nur friedensmäßiger** Ausführung.

Korbmöbel, Stand-, Wanduhren, Kleinmöbel, Bilder, Luxusmöbel.

Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Möbelhaus S. Maltenfort

Telephon 1084. **Elbing, Alter Markt 5.** **Telephon 889.**

Raucher! **Raucher!**

Zigarren

in allen Preislagen u. anerkannt guten Qualitäten.

0.70, 0.80, 0.95, 1.—, 1.10, 1.20 usw.

Gleichzeitig empfehle ich mein **reichhaltiges Lager** in

Zigaretten, Rauch- und Kautabak.

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher.

Joh. Sarnecki Nachf.
Königsbergerstraße 101. Telephon 104.

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister, Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe

G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Brennholz

in Kloben und Rollen

gibt ab frei Haus

Joh. Sarnecki Nachf.
Königsbergerstraße 101. Telephon 104.

Familienanzeigen

Kaufgesuche
Verkaufsangebote

finden in der

„Elbinger Volksstimme"
die weiteste Verbreitung!

Wir empfehlen sie als wirksames Anzeigenorgan!

Taschenlampen und Batterieen

stets frisch am Lager.

Georg Schmidt,
Wasserstraße 87.

Gebrauchte Spiegel und Marmorplatten

kauft laufend

Matratzenfabrik E. Siebert, Junkerstr. 14.

Stadttheater Elbing

Mittwoch, den 3. Dezember:
Gastspiel d. Herrn John Röver v. Luisentheater Königsberg

Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Eisenstein: Herr John Röver.

Donnerstag, den 4. Dezember:
Zweites Gastspiel des Herrn Kammersängers Siewert vom Stadttheater Königsberg

Der Barbier von Sevilla.

Komische Oper in 3 Akten von Rossini.
Graf Almaviva: Herr Siewert.

Freitag, den 5. Dezember:

Der arme Jonathan.

Stadtbücherei.

Die 18. Ausstellung der Zugänge dauert vom 4. bis 6. Dezbr. und umfaßt 60 Bände.

Reklamepreis

nur 19.50

Nachts leuchtend nur 4.50 M. mehr

Nur **19.50** kostet diese echte **deutsche Herren-Ankeruhr,** 30 stünd. Werk, genau reguliert.

Dieselbe Uhr mit Charnier echt Goldrand nur M. **24.00**
Panzerkette . . M. **1.00**
echt versilbert . M. **2.00**
echt vergoldet . M. **4.00**
Uhrkapsel nur . M. **0.75**
Armbanduhr mit Riemen . M. **37.50**
mit Leuchtzahlen nur M. **39.00**

Uhren-Müller, Berlin, Tempelhof 45, Friedrich-Franzstraße 14.

Alle Frostschäden heilt **Frostin** Wasser und Salbe.

Ratsapotheke Schmiedestr.

2 kurze, neue Pelze, unbez., zu verkaufen Königsbergerstraße 101.

Marengostoff zum Cutaway, **sowie Anzug- und Kostümstoff,** blau u. schwarz, zu verkaufen Sonnenstraße 4, u. r.

Ein Herren-Gummimantel billig zu verkaufen **Kuhn,** Schleusendamm 21.

Zu verkaufen:
1 brauner Anzug, 1 Paar Herrenschuhe, 1 Zylinderhut, 1 steifer Hut, gute Friedensware. Hochstr. 87.

1 s. g. erh. **Damen-Wintermantel,** schl. Figur, preisw. zu verk. Gr. Zahlerstr. 1, u. r.

Neuer Ulster, Damenmantel,
Gardinen
vom Stück zu verkaufen Aeuß. Mühlendamm 75, u. l.

Ein gebraucht. **Sprechapparat** zu verk. Georgendamm 8.

Dung ist unentgeltlich abzugeben **Schulz,** Gr. Wunderberg 22.

Elbinger Standesamt

vom 3. Dezember.

Sterbefälle: Arbeiter Albert Johann Zukowski, 46 J. — Bauarbeiter Henry Paul Bruno Wehlus, 27 J. — Fleischerfrau Justine Liedert geb. Grübnau, 63 J. — Fischhändler Karl August Hübert, 66 J.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnizki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 37 | Donnerstag, den 4. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Gegen die Militärjustiz. Herr Warmuth von den Deutschnationalen stellt in der Nationalversammlung an die Regierung die Anfrage, wann sie den durch § 106 der Reichsverfassung bestimmten Abbau der Militärjustiz vornehmen will. Der Schwebezustand habe die nachteiligsten Folgen mit sich gebracht. Untersuchungen, selbst in Haftsachen, zögen sich bei der ungeheuren Zunahme der Kriminalität, dem Mangel an Richterpersonal, der steten Neu- und Umformierung der Heeresverbände monatelang hin. Herr Warmuth hat ganz recht, wenn er auf diesen Skandal, durch den der Schutz der betreßten Mörder vieler Revolutionärer von der gerechten Strafe ermöglicht wird, mit dem Finger zeigt. Er tut das aber nicht aus sachlichem Interesse, sondern nur, weil seine Partei sich vorläufig noch in Oppositionsstellung halten muß. Sonst wären die Konservativen sehr einverstanden damit! Gerade sie sind es gewesen, die bei der Verfassungsberatung aufs wärmste für die Beibehaltung der Militärjustiz plädierten!

Zum Fall Sklarz. Herr Anton Baumeister, der, seit er als Ankläger der Parvus-Sklarz-Scheidemann-Gemeinde auftritt, von dieser als Lump und Spitzbube estimiert wird, berichtet: „Seit fast einer Woche beschäftigt sich die große Presse mit dem Fall Sklarz-Parvus. Beide Personen gehören einer sozialdemokratischen Organisation hier nicht an. Da aber durch die Aufhellung ihrer Verhältnisse auch namhafte Genossen meiner Partei in die Debatte gezogen werden müssen, habe ich persönlich seit vielen Monaten versucht, auf dem in unserer Partei üblichen Wege eine Klärung herbeizuführen. Das ist unbegreiflicherweise vergeblich gewesen."

Dabei kann man freilich wirklich begriffsstutzig werden! Falls man nicht sich zu der Ueberzeugung durchringt, daß die Dinge so harmlos gewesen seien, wie Noske und Scheidemann e tutti quanti es darzustellen belieben.

Ermittlungsverfahren gegen Sklarz. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht I in Berlin hat ein Ermittlungsverfahren gegen Georg Sklarz eingeleitet. Das Verfahren wegen Auslieferung von Sonnenfeld aus Holland ist schon seit Anfang dieses Monats im Gange.

Verhandlungen in Bitterfeld. Bei den Verhandlungen in Bitterfeld haben sich die Arbeitervertreter damit einverstanden erklärt, daß vier Kollegen, denen schwere Gewalttaten nachgewiesen sind, nicht wieder eingestellt werden und daß diejenigen, gegen die wegen Anwendung von Gewalt strafrechtlich vorgegangen und die dann verurteilt werden, ebenfalls außerhalb der Betriebe zu bleiben haben. Die Unternehmervertreter haben sich dagegen verpflichtet, diejenigen Arbeiter, die in den kommenden Prozessen freigesprochen werden, alsdann wieder einzustellen.

Eisners Mörder hat Kopfschmerzen. Nach Gutachten des Vorstandes der Universitätsklinik für Ohrenkranke, Professor Dr. Heine, des Vorstandes der chirurgischen Universitätsklinik, Professor Dr. Sauerbruch, und des Landgerichtsarztes, Medizinalrat Dr. Hermann vom 27., 28. und 29. November 1919 hat sich das Befinden des Grafen Anton Arco-Valley in den letzten Tagen derart verschlimmert, daß er als nicht verhandlungsfähig bezeichnet werden muß. Die Staatsanwaltschaft sah sich genötigt, bei dem Vorsitzenden des Volksgerichtes die Absetzung der Hauptverhandlung zu beantragen. Diesem Antrag wurde stattgegeben.

Zur Begründung der Aussetzung der Verhandlung werden drei Gutachten angeführt und zwar vom Landgerichtsarzt Dr. Hermann, Professor Dr. Sauerbruch, Vorstand der chirurgischen Universitätsklinik, und Professor Dr. Heine, Vorstand der Universitätsklinik und Poliklinik für Ohrenkranke. Aus diesen Gutachten ist zu ersehen, daß Graf Arco an Kopfschmerzen und Schwindelanfällen leidet, die auf eine durch die ursprüngliche Schußverletzung hervorgerufene Hirnhautreizung zurückzuführen sind.

Rosa Luxemburgs Mörder entwischt, Haases Mörder ist geisteskrank, Eisners Mörder nicht verhandlungsfähig. Das ist rechtssozialistische Justizpflege.

Das Massensterben in Wien. Ueber das Elend in Wien berichtet der Korrespondent der Vossischen Zeitung in einem Telegramm: In den ersten neun Monaten des Jahres 1918 starben in Wien 27 649 Menschen, eine außerordentlich hohe Ziffer, die Folge der Grippe-Epidemie. In den neun ersten Monaten des Jahres 1919 ist infolge der Unterernährung die Sterblichkeitsziffer noch beträchtlich angewachsen, nämlich auf 29 766. An Säuglingen starben vom Januar bis Oktober 1918 2558, im Jahre 1919 aber 3186. Von Kindern im Alter ein bis zehn Jahren starben im gleichen Zeitraum 1918 5245, 1919 aber 5558. Indessen die Zahlen geben noch kein vollständiges Bild von dem Wiener Kinderelend. 1918 wurde in den Wiener Schulen festgestellt, daß von 48 849 Kindern nur 4637 wirklich gesund waren. 20 von 100 Kindern befanden sich im sogenannten mittleren Ernährungszustand, 64 von 100 waren untermittel ernährt und nur 9 von 100 im nicht beschädigten Ernährungszustand.

Meuterei der Scapa Flow-Leute. Wolff-Bureau verbreitet diese Meldung: „La Presse de Paris vom 29. veröffentlicht eine Nachricht aus London, wonach sechzehnhundert deutsche Kriegsgefangene von Scapa Flow, die in einem militärischen Lager untergebracht seien, in den letzten Tagen revoltiert und sich verweigert hätten, gewisse Arbeiten zu verrichten, weil sie nach Deutschland entlassen zu werden wünschten. Die strengsten disziplinarischen Maßnahmen seien sofort ergriffen worden. Drei Tage vollständiger Diät hätten sie zur Vernunft gebracht, ausgehungert und vor Durst sterbend hätten sie ihre Arbeit wieder aufgenommen, und alles sei nunmehr wieder in Ordnung."

Vorausgesetzt, daß die von W. T. B. mit der Absicht der Stimmungsmache gegen die Entente verbreitete Nachricht zutrifft, muß gegen diese Unmenschlichkeit der englischen Militärs, die sich als getreue Kopisten preußischer Militärsitten erweisen, protestiert werden!

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2]

1. Verhandlungstag

Leipzig, 1. Dezember 1919.

Der Vorsitzende Genosse Lipinski eröffnet gegen einhalb zehn Uhr die Verhandlungen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Geschäftsbericht der Parteileitung

erhält das Wort der Genosse Dittmann: Auch dieser Parteitag ist ein außerordentlicher zur Klärung politischer Probleme. Im März rund 300000 Mitglieder, zählen wir jetzt dreiviertel Millionen. Von der alten Partei sind die politisch aktivsten Elemente zu uns herübergekommen.

Das Auftauchen neuer Probleme braucht uns wahrhaftig nicht zu beunruhigen. Sie zwingen uns zu einer Revision der geistigen Grundlagen unserer Weltanschauung. Aus dieser Erkenntnis sind von der Parteileitung in Gemeinschaft mit den Räten Kommissionen für die verschiedenen Gebiete politischer und wirtschaftlicher Natur zusammenberufen worden. Auch die systematische Regelung der Bildungsarbeit wird neben der politischen Aufklärung unsere vornehmste Arbeit sein. An Agitationsliteratur stehen wir heute weit günstiger da als im März. Die besten Aufklärungsdienste hat uns unser Revolutionsprogramm gebracht. Aber das wichtigste ist die Tagespresse, die sich seit März verdoppelt hat. Wir haben heute 55 Tageszeitungen.

Für die Agitation unter dem weiblichen Proletariat haben wir Die Kämpferin geschaffen, für die Jugend die Zeitschrift Freie Jugend, für die Gemeindevertreter Die sozialistische Gemeinde.

Wir haben uns ständig bemüht, mit den Vertretern der Räteorganisation in steter Fühlung zu bleiben.

Die Pflichtbeiträge aus dem Lande sind nicht regelmäßig eingelaufen, dafür waren die Anforderungen aus dem Lande sehr groß. Aus diesem finanziellen Dilemma kommen wir ja jetzt nach und nach heraus. Wir müssen unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Pflichtbeiträge an die Zentrale abgeliefert werden, sonst ist eine geregelte Geschäftsführung nicht möglich. Es ist auch möglich, daß eine allgemeine Erhöhung der Beiträge erfolgen muß.

Die Gesamteinnahmen betrugen seit März 246100 Mk., die Einnahmen aus den Pflichtbeiträgen 184700 Mk. Die Ausgaben in derselben Zeit betrugen 208300 Mk., so daß am 1. Oktober ein Bestand von 37800 Mk. vorhanden war. Außerdem wurden als Darlehn 313000 Mk. flüssig gemacht. So haben also mehr als eine halbe Million Mark zur Verfügung gestanden.

Die Ueberlastung der Zentralleitung hatte die Berufung der Genossen Koenen-Halle und Stoecker-Elberfeld als besoldete Sekretäre zur Folge. Je mehr sich die Zentralleitung des Vertrauens der Mitgliedschaften im Lande erfreut, desto besser. Wir haben die Aufrichtung unseres Organisationsgebäudes aufgeführt, in der einen Hand die Kelle, in der andern das Schwert. Es wäre der Reaktion wohl oft erwünscht gewesen, wenn wir ihren Provokationen gefolgt wären und man Gelegenheit gehabt hätte, unsere Bewegung im Blutbade zu ersticken. Wenn wir wirklich nur Zertrümmerer wären, dann hätten wir in der Friedensfrage nur die Hasardeurpoltiik der Ebert und Scheidemann mitmachen brauchen. Das deutsche Volk hat es uns zu verdanken, daß nicht erneutes Elend über es gekommen ist und es heute noch politische Selbständigkeit besitzt. Wir haben auch versucht, internationale Verbindungen wieder anzuknüpfen. Das wird später behandelt werden.

Es kann heute nur heißen: kapitalistische Diktatur oder proletarische Diktatur. Diese Erkenntnis in alle Proletarier einzuhämmern, muß unsere Aufgabe sein. Wir müssen unsere Organisationen zu Bollwerken des revolutionären Sozialismus machen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Bock-Gotha erstattet den Bericht der Kontrollkommission. Er teilt mit, daß Kasse und Bücher in Ordnung sind.

Lipinski teilt mit, daß zu den ausländischen Gästen noch der Genosse Schäfer-Christiana als Vertreter der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hinzugekommen ist.

Die Diskussion über das Referat Dittmanns wird nun eröffnet.

Fries-Köln legt die besondere Lage der linksrheinischen Genossen dar, die in Zukunft berufen seien, die engere Verbindung mit den englischen, französischen und belgischen Genossen herzustellen. Er erbittet eine stärkere Unterstützung des Vorstandes.

Künstler-Teltow-Beeskow: Wir müssen energische Aufklärungsarbeit treiben. Dazu möchte ich vorschlagen, daß wir uns politische Vertrauensleute wählen, die wie die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben für bic politische Aufklärung sorgen. Mehr als bisher müssen auch Refcrenten geschult werden.

Löwenstein-Teltow-Beeskow begründet den Antrag seines Kreises auf Schaffung einer Bildungszentrale.

Herwig-Recklinghausen schildert die Verhältnisse im Ruhrrevier und die Machenschaften des Generals Watter, der die Genossen von den Gruben aus verhaften und in Schutzhaft bringen läßt.

Seidel-Südbayern: Bei uns in Südbayern haben wir eine große Anhängerschaft gewonnen, die vorher noch dem Zentrum angehörte. Auf dem Lande ist die Beitragserhöhung sehr schwer durchzuführen. Es müßte eine Staffelung der Beiträge möglich sein. Wir haben es nicht verstanden, daß der Parteivorstand sich nicht an den Einigungsverhandlungen beteiligt hat. (Lebhafter Widerspruch.)

Pfeiffer-Niederbarnim: Der Landarbeiterschaft müssen wir größere Aufmerksamkeit zuwenden als bisher.

Wackwitz-Weißenfels weist energisch die Einigung mit den Rechtssozialisten ab. (Beifall.)

Schneider-Hagen: Wir bedürfen der Bildungsarbeit für den Sozialismus: nicht in der Faust, sondern im Gehirn liegt die Kraft.

Karsten-Schöneck befürwortet eine ausreichendere Agitation mit allen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Er weist besonders auf die Schwierigkeiten auf dem Lande hin.

Neumann-Nürnberg: Immer wenn es den Rechtssozialisten schlecht geht, denken sie an Einigung. Er schildert die Zusammensetzung der Arbeiterschaft im Industriegebiet Bayerns, die zum Teil Zentrumsanhänger, zum Teil wütende Kommunisten sind.

Ullrich: Oberbayern: Für uns gibt es nur eine Einigung auf dem Boden des Klassenkampfes. Solange man noch Spitzel hält, monarchistische Offiziere unterstützt, uns unter die bürgerliche Demokratie zwingen will, gibt es für uns keine Einigung.

Mau-Danzig: Adler hat gestern hier ausgeführt, daß man auch den Mut zur Unpopularität haben müsse. Diesen Mut nehmen wir Danziger Genossen in Anspruch für unsere Einigung mit den Rechtssozialisten. Redner gibt die Programmpunkte bekannt, unter denen sich die Einigung vollzog und die das Bekenntnis der politischen Diktatur des Proletariats enthalten, sowie die Forderung einer Rätekammer. Wir haben auch durchgesetzt, daß die Rechtssozialisten ihre zwei bekanntesten Mitglieder von der Kandidatenliste zu den Gemeindewahlen gestrichen haben. Mau schildert die besonderen Verhältnisse im Freistaat Danzig, die sich völlig umgestaltet haben. Wir hoffen, daß die besondere Lage Danzigs bei den Genossen der U. S. P. das Verständnis für unsere Handlung erleichtert.

Schindler-Pankow befürwortet die Schaffung von Agitationszentralen und meint, daß Broschüren wertvoller und nachhaltiger wirken als Flugblätter.

Wendscheck-Mansfeld fordert besondere Agitationsliteratur für das Land.

Krause-Berlin begründet einen Antrag der Betriebsorganisation der U. S. P. im Oberpostdirektionsbezirk Berlin und fordert die Schaffung solcher Betriebsorganisationen für das ganze Reich. Wir Berliner lehnen eine Einigung mit den Rechtssozialisten grundsätzlich ab.

Marienburg-Schwerin teilt mit, daß Schwerin bereits die Beiträge erhöht hat und erwartet, daß die großen Bezirke diesem Beispiel folgen.

Heßler-Gelsenkirchen spricht ebenfalls für eine Beitragserhöhung.

Bergmann-Hamburg: Wir müssen die Landagitation mehr pflegen und sie intensiver gestalten. Besonders die Pressefrage muß für das Land geregelt werden und zwar in anderem Sinne als für die Stadt.

Genossin Nemitz-Berlin gibt einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen der Frauenkonferenz und richtet an die Genossen die Bitte, die Forderungen der Frauen zu unterstützen. (Beifall.)

Fest-Bergedorf: Die Landwirte sind kaum für den Sozialismus zu gewinnen, wohl aber die Landarbeiter und -arbeiterinnen.

Die Aussprache wird geschlossen.

Genosse Dittmann stellt in seinem Schlußwort eine weitgehende Uebereinstimmung der Meinungen mit seinem Referat fest. Hinsichtlich der Parteipresse glaube ich unbedingt feststellen zu müssen, daß mit finanziellen Unterstützungen kein Einfluß auf die Redaktionsführung verbunden sein darf. Wir müssen darauf sehen, daß erst an den Orten selbst alle Mittel erschöpft werden müssen, ehe man an die Zentrale herangeht.

Der Tagesordnungspunkt ist erschöpft.

Vorsitzender Lipinski gibt ein Telegramm aus Elbing bekannt, das einen großen Erfolg unserer Partei bei den Stadtverordnetenwahlen mitteilt. Diese Mitteilung wird von den Delegierten mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Lipinski teilt mit, daß wegen des Fehlens der Abzüge des von Genossen Crispien vorgeschlagenen Aktionsprogramms der Punkt Programm und Taktik der Partei zurückgestellt werden muß. Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden.

Es werden erst die Anträge zur Organisation behandelt.

Genosse Dißmann begründet einen Antrag der Organisationskommission. Von der Schaffung eines neuen Organisationsstatuts wurde Abstand genommen, da alles noch zu sehr im Fluß ist. In Zukunft muß mehr Wert gelegt werden auf die wirtschaftliche Gliederung beim Organisationsaufbau. Für den nächsten Parteitag soll die Zahl der Delegierten 400

betragen; die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl zu berücksichtigen; die Delegierten sind möglichst durch Urwahl zu wählen; Beschlußrecht haben nur die Delegierten. Dißmann begründet eingehend die einzelnen Bestimmungen dieses Antrages. Der Absatz über Urwahlen soll fallengelassen und die Delegiertenwahlen bis dahin wie bisher gehandhabt werden. Ein enges Zusammenarbeiten mit den Frauen muß auch weiterhin und noch mehr als bisher Platz greifen. Für die Frauenarbeit muß eine besondere Kraft in der Zentrale angestellt werden.

Zur Debatte sprechen die Genossen Karsten-Peine, Bergs-Wilhelmshaven, Kruse-Karlsruhe, Bühler-Remscheid, Kirchmann-Stralsund und die Genossinnen Wurm-Berlin, Rosenberg-Teltow-Beeskow, Ziegler-Heilbronn und Reichhaim-Hamburg.

Genosse Dißmann bittet in seinem Schlußwort, den Abänderungsantrag der Genossin Wurm anzunehmen. Wir sind durchaus einer Meinung mit den Frauen. Das Mindestrecht der Frau muß sichergestellt werden. Er verteidigt dann die Ablieferung der Pflichtbeiträge als Berechtigung zur Parteitagsdelegation. Die sachlichen Gründe sprachen gegen die Vorlage eines neuen Organisationsstatuts. Das Ausschlußverfahren können wir unverändert vom alten Statut mitübernehmen. Sonderbesprechungen kann man durch das Statut nicht verbieten. (Bravo!)

In der Abstimmung wird nach Annahme des Abänderungsantrages Wurm der Vorschlag der Organisationskommission angenommen.

Er hat jetzt folgende Form:

Die Organisationssatzung der Partei beschließt der nächste Parteitag.

Bis dahin gilt für die Zusammensetzung des Parteitags: Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Organisationen zusammen. Der nächste Parteitag darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Milglieder des Reiches von der Zentralleitung nach den am letzten Vierteljahresschluß vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge gezahlt und an die Zentralleitung anteilig abgeführt worden sind, festgesetzt. Entfällt auf einen Bezirk nicht die Zahl der Mitglieder für einen Delegierten, so steht ihm dennoch die Wahl eines Delegierten zu.

In den Bezirken sind die weiblichen Mitglieder im Verhältnis ihrer Zahl bei der Wahl der Delegierten zu berücksichtigen.

Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die Delegierten.

Weiter werden folgende Anträge angenommen: Die Schaffung einer Frauensekretärinstelle in der Zentralleitung, die Zulassung der Redaktion der Kämpferin zum Parteitag, die Zurückberufung der Abgeordneten, die ihre Mandatspflicht nicht ausüben. Abgelehnt werden verschiedene Anträge, die gegen die Abhaltung von Reichskonferenzen sind.

Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Reichs-Frauenkonferenz

der U. S. P. D.

1]

Die Eröffnungssitzung.

Gegen ½11 Uhr eröffnete Genossin Zietz die Konferenz mit begrüßenden Worten. Sie gedenkt des tiefschmerzlichen Verlustes unseres Genossen Haase. Mit ihm ist ein großer, guter Mensch dahingegangen. Mit ihm hat die Partei ihren Führer, ihren klugen Berater verloren. Ganz besonders wir Frauen haben an Hugo Haase einen lieben Freund und Helfer verloren. Für ihn war die Gleichberechtigung nicht nur eine schöne Theorie, er hat sie auch stets praktisch durchgeführt. Wir werden immer an diesen schmerzlichen Verlust erinnert werden. Das Werk des Sozialismus weiterzuführen, wird unser Dank an ihn sein.

Die Anwesenden hatten sich zur Ehrung des Genossen Haase während der Worte der Genossin Zietz von den Plätzen erhoben.

Genossin Zietz gedachte dann des grausamen Völkermordens, das hinter uns liegt.

Danach begrüßte Genosse Crispien für den Parteivorstand die Frauenkonferenz: Die Ziele der Frauen können nur erfüllt werden durch den Sozialismus, durch den Sieg der Arbeiterbewegung.

Das müssen sie tun innerhalb der gemeinsamen Organisation. Crispien wies darauf hin, daß auch die neue Reichsverfassung lediglich eine platonische Gleichberechtigung der Frau vorsehe. Die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen und Mädchen kam in erster Linie den rechtsstehenden Parteien zugute. Das zeigt die Größe unserer Arbeit. Die ungünstige Wirkung des Wahlrechts muß wettgemacht werden, um die große Masse der Frauen für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Alles muß neu geschaffen werden, wir haben keinen alten Organisationsapparat. Trotzdem haben sich schon viele Genossinnen zusammengefunden. Wir wünschen Ihrer Tagung den besten Erfolg. Möge sie beitragen zur Stärkung des revolutionären Kampfes.

Im Namen der Leipziger Genossinnen begrüßt die Genossin Thiel-Leipzig die Frauenkonferenz.

Gegen Tagesordnung und Geschäftsordnung erhebt sich kein Widerspruch.

In das Bureau werden gewählt die Genossinnen: als Vorsitzende: Zietz und Nemitz-Berlin, Hennig und Wengels-Berlin, Ziegler-Heilbronn und Christmann-Barmen als Beisitzer, die Genossinnen Blumtritt-Hof, Krüger-Halle, Kiesel-Berlin und Stiegler-Bremen als Schriftführer. In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Genossin Reichert-Berlin, Wulff-Aschersleben, Schumann-Leipzig, Schwerner-Königsberg und Becker-Düsseldorf.

Genossin Nemitz-Berlin übernimmt den Vorsitz und erteilt der Genossin Zietz das Wort zu ihrem Referat.

Die politische Lage

a) Agitation und Organisation. b) Presse.

Die politische Situation ist gegenwärtig trostloser denn je. Die Zeit des Sozialistengesetzes und des Krieges haben nie so die Gewalt gebraucht wie jetzt. Alles trägt zur politischen Brunnenvergiftung bei und zur Korruption, die zum Himmel stinkt. Die letzten Tage haben ja da schöne Dinge ans Licht gebracht. Der verfassungswidrige Zustand zeigt sich schon darin, daß fast in ganz Deutschland der Belagerungszustand verhängt ist, die Pressefreiheit aufgehoben ist, Streikbrecherorganisationen werden gebildet, die Gefängnisse sind überfüllt von politischen Gefangenen. Als früher aus Rußland die Nachricht vom Hungerstreik politischer Gefangener zu uns kam, da ging ein Zug der Entrüstung durch ganz Deutschland, auch durch das Bürgertum. Heute, wo sich dasselbe bei uns vollzieht, hat man nur Hohn für die Opfer übrig, und nicht nur bei dem Bürgertum, sondern auch bei den Rechtssozialisten. (Sehr richtig!)

Genossin Zietz schildert eingehend die traurige Lage der Schutzhäftlinge. Aber nicht nur die Verhängung des Belagerungszustandes ist ungesetzlich, sondern auch die Schutzhaft. Vom Staatsminister des Innern, Koch, wird ja selbst zugegeben, daß die Schutzhaft ungesetzlich ist. Seit der Revolution sind über 15 000 Männer und Frauen, revolutionäre Kämpfer, hingemordet worden. Die rechtssozialistischen Mitglieder der Regierung sind die Schildhalter des Kapitalismus, sie sind die verkörperte Reaktion. Mit ihnen ist in erster Linie Abrechnung zu halten. (Sehr richtig!) Sie haben alle Macht in die Hände der Kapitalisten und reaktionären Offiziere gelegt.

Bei der Agitation müssen Sie ganz besonders auf diese Tatsache hinweisen. Unsere größte Freude war die Niederwerfung des Militarismus durch die Revolution. Wir waren dem Militarismus seit jeher Feind. Erinnern Sie sich daran, daß der Militarismus in Deutschland ganz besonders bösartig war und es heute wieder ist. Die Tatsache, daß wir als Deutsche diesen Militarismus geduldet haben, hat uns als Knechtsseele in der ganzen Welt verschrien. Der neue Militarismus kostet über eine Milliarde monatlich. Das muß das Volk aufbringen. Für Sozialreform bleibt kein Geld übrig. Rednerin verweist zur Charakteristik auf die Wöchnerinnenfürsorge, für die kein Geld da ist. Man hat noch nie gesagt, daß kein Geld da ist für die Noskegarde, für die Sicherheitswehr, für die Einwohnerwehr usw. Die Leitung der Einwohnerwehr liegt ganz in den Händen der Monarchisten, die wahre Waffenlager in ihren Behausungen einrichten. Die Offiziere, die sich zum republikanischen Führerbund zusammengeschlossen haben, werden verfolgt. So sieht es im republikanischen Deutschland aus.

Genossin Zietz schildert weiter das Zustandekommen und den Inhalt der neuen Verfassung. Schamhaft habe man abgelehnt, das Wort „Republik“ als Bezeichnung für das neue Staatswesen zu wählen. Das Schlimmste ist, daß man die Todesstrafe bestehen ließ. (Sehr richtig!) Das Schulkompromiß zeige ebenfalls, wie man die wichtigsten sozialdemokratischen Grundsätze mit Füßen getreten, und wir haben alle Ursache für die Ideale unserer Erziehungsweise die kräftigste Propaganda zu treiben.

Alle müssen durch die Volksschule gehen,

wer Wille, Lust und Fähigkeiten hat, soll alle Bildungsanstalten durchlaufen können. Unsere Einheitsschule muß eine Arbeitsschule werden, wo beide Geschlechter gleichermaßen erzogen werden sollen.

Wir haben durch die Revolution das Frauenwahlrecht bekommen. Gegen dieses Wahlrecht ist in der Nationalversammlung bereits Sturm gelaufen worden von der deutschnationalen Seite. (Hört, hört!) Es ist ihnen von anderer Seite sekundiert worden, wenn man die jungen Leute mit 17 Jahren in die Fabrik schickt, dann können sie auch mit 20 Jahren wählen, dann sind sie nicht nur berechtigt, sondern auch befähigt.

Die Verfassung ist alles andere als der Ausdruck des Sozialismus und die Demokratie. Die bürgerlichen Parteien haben von dem Wahlrecht der Frauen bei den bisher stattgefundenen Wahlen ausschließlich den Nutzen gehabt. Bei den für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen entfielen auf 100 Männer- 88 Frauenstimmen, bei den Demokraten auf 100 Männerstimmen 122 Frauenstimmen, und bei dem Zentrum auf 100 Männerstimmen 169 Frauenstimmen. Die Demokraten haben längst verbrannt, was sie einstmals anbeteten. Die Demokraten haben heute nur noch ein Ideal: Das goldene Kalb — den Kapitalismus. Die Rechtssozialisten sind längst keine Sozialdemokraten mehr. Sie sind Sozialreformer, die den Frieden mit den Bürgerlichen geschlossen haben.

Der Sozialismus ist notwendig, ist unerläßlich.

Die Frage, ob er möglich ist, hängt ab von der technischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Lage und dem Grade der Erkenntnis und der Festigkeit des Willens zum Sozialismus. Diese Vorbedingungen sind gegeben. Ueberall, wo Kopf- und Handarbeiter zusammen sind, wird gearbeitet an diesen Vorbedingungen. Also auch die Möglichkeit ist gegeben. Ich will Ihnen zeigen, daß auch die Notwendigkeit gegeben ist. Der ungeheure Nahrungsmittelmangel, teils durch Schiebungen verursacht, teils durch Aufgabe der Zwangsbewirtschaftung einzelner Lebensmittel und Gebrauchsartikel, zeigt uns das Verderbliche der jetzigen Verhältnisse. Zur

Einigung der Arbeiterklasse

sagte Genossin Zietz, daß von einer Vereinigung beider Parteien keine Rede sein könne, sondern daß man die Massen der rechtssozialistischen Partei zu uns herüberziehen müsse. Wir werden den Kampf aufnehmen gegen alle. Gegen die Macht der gekreuzten Arme in ganz Deutschland hilft keine Technische Nothilfe und keine Noskegarde. Jede Rede von Noske bringt uns Hunderte und Tausende neuer Anhänger. Es kommt für uns nicht darauf an, diese Regierung zu stürzen, sondern die politische Macht zu erobern, um den Sozialismus durchzuführen. Wir müssen das erfüllen, was unsere Aufgabe ist, die Erkämpfung des internationalen Sozialismus, der die Völker verbrüdert und befreit. (Lebh. Beifall.)

Die Diskussion

wird eröffnet. Als erste Rednerin erhält das Wort die Genossin Kleinath-Dortmund: Genossin Zietz sagte, daß die Abrechnung mit den Rechtssozialisten wegen ihres Verrats kommen müsse. Für uns kommt es darauf an, unsere völlig

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

37]

Mochte sie — mochte sie doch — mochte sie ihn treffen, treffen ins tiefste Leben hinein — tödlich treffen — er wird sie dafür küssen.

Denn von ihr zu leiden, das dünkte ihn süß.

War es nicht ein Schlag in sein Gesicht von dieser Hand, ein Schlag in sein Gesicht, auf offener Straße gegeben, der ihn so rettungslos in ihre Arme getrieben hatte?

Hier lag sein Schicksal, er fühlte es ergriffen und erschüttert.

Hier lag der Mensch im friedlichen Schlafe, von dem ihm seine Lose in alle Zukunft würden bereitet werden.

Mochten sie hell sein, glückerfüllt, mochten sie ins schwärzeste Elend hinabreißen — er würde sie lieben, diese Herta, lieben bis zum letzten Atemzuge, das fühlte er, und sah mit verklärten Augen, mit demütigen, verehrungsvollen, andächtigen Blicken wie auf ein Götterbild auf diese ruhig schlummernde Dirne hin . . .

Siebentes Kapitel.

Als Herta gegen Abend endlich erwachte, fand sie sich sorglich in Decken eingehüllt, die elektrischen Lichter ausgeschaltet, das Zimmer sauber gelüftet.

Ein Flügelfenster stand ein klein wenig geöffnet und ließ die erfrischende kalte Luft herein.

Wer hatte sich so um sie bemüht? Die Grabert? Die war die richtige. Die rührte keine Hand für sie, außer, daß sie ihr meterlange Rechnungen schrieb.

Herta dehnte und reckte sich wohlig unter der molligen Decke. Wie von der Hand ihres Muttchens lag sie hier eingebettet. Sie schaltete die kleine Stehlampe neben sich auf dem Tabulett ein, sah auf ihre dort liegende Uhr — es war acht.

Neben der Uhr lag der Reiherstutz, den ihr die gleiche sorgende Hand leise aus dem Haar gezogen.

Aber wessen — wessen Hand war das gewesen?

Matthias — ja — ja richtig.

Sie rieb sich Augen und Stirn — und langsam entsann sie sich der Vorgänge dieses Nachmittags. War er im Bösen gegangen? Sie war schrecklich grob gegen ihn gewesen.

War er gegangen, um nicht wiederzukommen?

Es wäre schade. Denn er hatte eine tiefe Leidenschaft für sie. Und Herta hatte es gern, auf diese Art geliebt zu werden.

Ach — wird schon wiederkommen. Man packt kein Mädchen so sorgfältig ein, um es auf immer zu verlassen.

Matthias . . . zu blödsinniger Vorname. Sie wird ihn Jordan nennen. Ihr Auge streifte wieder die tickende Uhr.

Da lag ja ein Zettel, den hatte er hingelegt.

Sie griff danach.

„Ich komme um neun, sei zu Hause.“

Na also. — Er blieb ihr erhalten, kam wieder. Schon um neun. Ein viertel war es bereits.

Sie sprang auf und lachte, als sie sich noch immer in ihrem Ballstaat von vorgestern sah — oder war es gestern.

Der Schwips war auch noch nicht ganz erledigt. Na, — dann — aber — dalli — ins Bad — und raschestens umgezogen.

Wenn dieser Matthias kam, wollte sie heute ihre Gedanken ordentlich beisammen haben.

Als Herta aus dem Bade in ihren Salon zurückkehrte, sah sie dort eine festliche Tafel aufgebaut.

Die Grabert erklärte, sie habe von dem Alten Anweisung erhalten zu decken. Die Esserei und der Sekt — Iroy — feinste amerikanische Marke, Pulle 25 Emmchen, sei schon gekommen. Nu solle Herta aber sich sputen, in fünf Minuten sei es neun.

Da klingelte es auch schon — und Jordan trat ein.

Herta hatte sich in ihr Schlafzimmer geflüchtet und rasch einen dünnen, seidenen, maigrünen Kimono übergeworfen, der Hals und Arme freiließ und wie eine schimmernde Haut sanft und anschmiegsam über die Herrlichkeiten ihres jungen Körpers herabfiel. Keine Minute ließ sie ihn warten — da stand sie schon lächelnd, strahlend und frisch vor ihm.

Er staunte sie wieder an wie ein leibhaftiges Wunder.

„Na,“ sagte er, „schweren Kater, was?!“

„Keine Spur, Herr Jordan.“

„Moralischen auch nicht?“

„Weshalb denn das? Ist doch keine Sünde, sich mal auszutanzen?“

Sie sah ihn wohlgefällig an.

Er stand im Frack, tadellos angezogen, die Ordensrosette im Knopfloch des Seidenaufschlages und sah prachtvoll aus. Elegant und vornehm.

„Du gefällst mir,“ sagte Herta, und bot ihm die Lippen.

Wie ein Durstiger trank er von ihrem Munde.

Wenn er nun die Linien ihres Körpers in seinen Armen fühlte, wie eben jetzt, ging es ihm wie ein Feuerstrom durch die Nerven.

Aber er riß sich los — mit einer gewissen ängstlichen Hast.

„Heute müssen wir vernünftig sein,“ sagte er. Tausend ernste Dinge sind zu beraten.“

Herta bestaunte die Borchardtsche Sendung.

„Natives, Hummern, Kaviar, Straßburger Pasteten, alles mein Geschmack. Das hast du gut geraten.“

„Aber nur Kaltes, Kind.“

„Liebe ich abends besonders.“

„Hast du Appetit, Mädel?“

„Enormen.“

„Na — denn los!“

Sie setzten sich an den festlichen Tisch. Der Sekt stand entkorkt im Kübel. Diesen Stil verstand die Grabert aus dem Effeff.

„Du bist wohl nicht mehr böse auf mich, daß ich heut nachmittag so ruppig war?“

„Ruppig — warst du freilich. Aber auch beschwipst. Du trinkst wohl überhaupt heftig?“

Sie schüttelte den blonden Kopf.

„Ich trinke selten. Aber zeitweise — so alle paar Wochen mal — haarig. Da kann ich gar nicht genug kriegen. Das habe ich von meinem Herrn Papa zur Linken, dem Baurat, geerbt. Der war der richtige Quartalssäufer.“

„Na — alle drei Monate will ich dir's zugestehen,“ sagte Jordan.

Sie nestelte an ihrer Frisur.

„Mach doch dein Haar auf,“ sagte Jordan. „Ich seh das so gern.“

„Gleich. Es löst sich schon von selbst. Du kamst mir so rasch über den Hals — ich konnte mich gar nicht richtig frisieren.“

Einen Laut des Entzückens stieß Jordan aus, als die Goldflut sich löste und der schimmernde Krönungsmantel über Hertas Schultern herabfiel.

„Ich muß dir noch danken, Jordan, daß du mich nachmittags so prachtvoll eingemummelt hast. Es war liebevoll. So was rührt mich.“

Er schenkte den Sekt ein. Sie stießen an.

„Auf gutes Einvernehmen,“ sagte Herta.

„Mal hab ich einen kleinen Krach ganz gern,“ bemerkte Jordan.

„Kannst du haben.“

Herta lachte. „Auch alle drei Monate — was? Quartalskracher . . .“

Er lachte.

„Ich habe es gern, Jordan, wenn du lachst. Du machst sonst immer so eine schreckliche Amtsmiene. Die ist drohend und finster.“

„Mach mich lachen,“ sagte Jordan. „Ich lache gern. Aber nun hör zu. Es handelt sich um unsere Zukunft.“

„Zukunft?“ Herta machte große Augen.

(Fortsetzung folgt.)

andere Weltanschauung und Auffassung zum Ausdrnck zu bringen, die uns von der übrigen Welt trennt. Schulen müssen wir uns, mit einem Wissensapparat ausstatten, damit wir die zweite Revolution, wenn sie kommt, auch halten können. Wenn wir die ungezählten Frauen für uns gewinnen wollen, müssen wir ihnen einen neuen Glauben geben. Wir müssen ihnen unsere Idee eintrichtern, daß man nicht erst nach dem Tode, sondern vielleicht morgen schon die Tränen trocknen, alle Schmerzen stillen kann. Wenn wir die Frauen haben mit ihrer Liebe, werden wir siegen in der zweiten Revolution. (Lebhafter Beifall.)

Politische Rundschau

Deutschland

„Ich komme aus dem Baltikum und soll Sie in die Fresse hauen!"

In Charlottenburg wurde auf den Major Kaupisch ein Attentat verübt. Während er abends mit seinem Töchterchen spazieren ging, sprachen ihn drei Zivisten an. Sie fragten nach seinem Namen. Als er sich als den Gesuchten zu erkennen gab, attakierte ihn einer mit den Worten: „Ich komme aus dem Baltikum und soll Sie in die Fresse hauen!" Major Kaupisch entging zwar durch gewandte Abwehr dem beabsichtigten Schlag, vermochte aber nur einen der drei Angreifer durch den vorgehaltenen Revolver an der Flucht zu hindern. Auch diesem letzten der Angreifer gelang es schließlich, sich durch die Flucht zu entziehen, da Major Kaupisch mit Rücksicht auf sein ihn begleitendes Kind von der Schußwaffe keinen Gebrauch machen wollte. Das Attentat war planmäßig vorbereitet, denn Major Kaupisch konnte feststellen, daß mit den drei Angreifern noch zwei Uniformierte in Verbindung standen, die ebenfalls sofort die Flucht ergriffen.

Abgesehen von der Verrohung, die sich in der gewählten Art des Austrags persönlicher Differenzen kundtut, beleuchtet der Ueberfall von drei und mehr Rowdies gegen einen mit seinem Kinde spazieren gehenden Offizier, der nichts getan hat als seine Pflicht, den moralischen Tiefstand der baltischen Räuberbanden.

Bombardement Memels angedroht

Zurückkehrende Baltikum-Landsknechte haben in Memel zwei Ententeoffiziere, die zur sogenannten Baltikumkommission gehören, angerempelt und bedroht. Es muß zu Tätlichkeiten gekommen sein, denn, wie von den Ententeoffizieren behauptet wird, haben sich diese auf die vor Memel liegenden Schiffe zurückgezogen. Darauf hat der Chef der Baltikumkommission, General Niessel, an den Admiral Hopmann, den offiziellen Vertreter der deutschen Regierung, ein Schreiben gerichtet, worin erklärt wird, daß im Falle ernsterer Zwischenfälle das Feuer auf die Stadt Memel von den Schiffen eröffnet werde. Dagegen hat Hopmann protestiert und in einem ziemlich herausfordernden Antwortschreiben ersucht, sich auf die der Interalliierten Kommission zugestandene Ueberwachung der Räumung des Baltikums beschränken zu wollen.

Auch die deutsche Regierung hat geglaubt, dem herausfordernden Benehmen des Admirals Hopmann beispringen zu müssen. Nicht genug mit der Provokation der Ententeoffiziere durch solche Lümmel — nein, auch die Entente muß extra aufgewiegelt werden, damit sie die Memeler Vorgänge zum Ausgangspunkt neuer Repressalien nehmen kann.

Der Regierungssumpf

Endlich ist gegen Herrn Sklarz, den sauberen Regierungsgünstling, den Freund Scheidemanns und den Bewirter des Ehren-Noske, bei der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden. In der Anklage wird die sofortige Verhaftung des Sklarz verlangt (die bis heute aus allerdings begreiflichen Gründen noch nicht erfolgte), unter der Begründung, daß der Beschuldigte in Berlin nicht gemeldet ist. In der Anklage wird der Beweis dafür erboten, daß Sklarz an den berichteten dänischen Kohlengeschäften zusammen mit Parvus (Dr. Helphand) Riesensummen verdient hat.

Der Welt am Montag wird aus der Schweiz gedrahtet: Nach dem, was jetzt über Sklarz bekannt wird, wundert man sich hier, daß vor einiger Zeit Sklarz in der Schweiz mit bekannten Sozialdemokraten im Auftrage des deutschen Parteivorstandes der S. P. D. Verhandlungen geführt habe.

Den Hamburger Nachrichten wird von einem Hamburger, der im Sommer in der Schweiz wohnte, geschrieben: Sklarz und Scheidemann waren mit ihren Frauen im August in St. Moritz im Sonettahaus acht Tage zusammen. Wels und Molkenbuhr schlossen sich der Gruppe an. Sklarz veranlaßte, daß er nicht in der Fremdenliste genannt (!) wurde.

Das Kompromiß im Betriebsrätegesetz

Die Regierungsparteien im Betriebsräteausschuß der National-Versammlung haben in der Frage der Beteiligung der Arbeiter an den Aufsichtsräten eine die Koalition rettende Formel gefunden. Nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes, das mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches notwendig ist, soll die Arbeiterschaft von Unternehmen, bei denen ein Aufsichtsrat besteht, einen oder zwei Vertreter in diesen entsenden können. Es ist ihnen gestattet, die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Betriebsorganisation im Aufsichtsrat zur Kenntnis zu bringen. Sie haben in allen Sitzungen Sitz und Stimme, besitzen aber nicht das Recht, bei der Wahl von Bevollmächtigten des Aufsichtsrates mitzuwirken. Außerdem müssen sie über gemachte vertrauliche Angaben Stillschweigen bewahren.

In Unternehmen, die keinen Aufsichtsrat besitzen, soll dem Betriebsrat alljährlich eine Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung zur „Einsichtnahme" vorgelegt und erläutert werden. Doch nur, wenn mindestens 500 Arbeiter oder 100 Angestellte beschäftigt sind. D. h. also: alle Klein- und Mittelbetriebe brauchen ihrer Arbeiterschaft die Bilanz nicht vorzulegen.

Die Arbeiterschaft wird sich für diese Verhunzung ihres Bestrebens nach Gleichberechtigung im Produktionsprozeß bedanken. Klar wie nie zeigt sich jetzt wieder, daß die Räteidee nicht durch Gesetz, sondern nur trotz ihm verwirklicht werden kann.

Italien

Generalstreik in ganz Italien

Perseveranza meldet, daß der Arbeiterbund und die sozialistische Parteileitung die Ausrufung des Generalstreiks für ganz Italien mit Einschluß der Setzer beschlossen haben. Am ersten Tage kam es zu Tumulten und Zusammenstößen zwischen der Menge und der bewaffneten Macht. Es gab vier Tote und 20 Verwundete.

Organisation und Steuerfrage

Aus Leipzig wird über den 2. Verhandlungstag geschrieben:

Der Dienstagvormittag brachte ein sehr wertvolles, instruktives Referat des Genossen Wurm über seine Steuerresolution. Sie gipfelte in der Erklärung, daß die Partei keinen Anlaß hat, wegen der krassen Finanznot des Reiches ihre grundsätzliche Forderung aufzugeben, daß die Bedürfnisse des Staates durch direkte Steuern auf Besitz und Einkommen (von bestimmter Höhe an) aufzubringen sind. Ist es nicht möglich, auf diese Weise die nötigen Mittel zu gewinnen, so ist das die Bankrotterklärung des kapitalistischen Systems, so ergibt sich daraus die Konsequenz, daß die bürgerlichen Klassen abzutreten haben und der Sozialismus das Erbe anzutreten hat. Steuerfragen sind Machtfragen — diesen Kernsatz, den schon Lassalle geprägt hat, wies Genosse Wurm immer wieder als das Ergebnis jeglicher ernsthaft eindringender Betrachtung der Steuerprobleme nach, die in Kürze in der Nationalversammlung gelöst werden müssen.

Die verräterische Aufgabe der sozialdemokratischen Steuergrundsätze durch die Rechtssozialisten fand scharfe Geißelung; unter lebhaftem Beifall schloß der Referent mit dem Appell, die Steuerpolitik der Partei zu einer Waffe im Kampfe für den Sozialismns zu machen. Leider war eine Beschlußfassung über die Resolution nicht möglich, trotz des Hinweises des Genossen Wurm, daß unsere Fraktion in der Nationalversammlung feste Richtlinien brauche. Eine Debatte glaubte der Parteitag nicht stattfinden lassen zu können, da die Erledigung der grundsätzlichen Entscheidungen noch viel Zeit beanspruchte. Da sich aber erwies, daß nicht blos über einzelne Punkte, sondern vor allem auch über die Kardinalfrage Streit ist, ob unsere Partei Steuern zu bewilligen hat, die ihren Forderungen entsprechen, um schlechtere Steuern, um eine Belastung der Arbeiterschaft zu verhindern, oder ob sie sie verweigern soll um ihres Zweckes, die Stützung des bestehenden Systems willen, so entschied der Parteitag, daß die Resolution einer Kommission zu überweisen ist.

Schon gegen die Mittagsstunde nahm dann Genosse Crispien das Wort zu seinem Referat über Programm und Taktik der Partei. Nach einer längeren historischen Einleitung, die einmal die imperialistische Epoche, die Vorgeschichte des Weltkriegs zeichnete, und zweitens die zeitgeschichtliche Bedingtheit der sozialistischen Programme aufwies, kam der Vortragende zu der Schlußfolgerung, daß nun auch das Erfurter Programm der Ergänzung bedarf, da bei seiner Abfassung die Erfahrungen der letzten beiden Jahrzente, eben der imperialistischen Epoche, noch nicht vorlagen. Diese Ergänzung bedarf, da bei seiner Abfassung die Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte, eben der imperialistischen Epoche, noch nicht vorlagen. Diese Ergänzung kann nur das Ergebnis der Kollektivarbeit der Berufenen sein. Materialien, die der Vortragende dazu zusammenstellt, sollen der Kommission nur Vorarbeit leisten. Aufgabe des Parteitags ist die Verabschiedung des Aktionsprogramms, das sich den Erfahrungen seit dem Märzparteitag anzuschließen hat. Genosse Crispien gab sodann in einer durchdachten Rede, die sich stellenweise zu leidenschaftlichen Bekenntnissen steigerte, und oft den stürmischen, einhelligen Beifall des Parteitags auslöste, eine Darlegung der Grundgedanken seines Entwurfs. Er hat es verstanden, das zusammenzufassen, zu zeigen, daß über allen Differenzpunkten die breite Plattform der gemeinsamen Grundsätze sich erhebt. Um 2 Uhr schloß die Sitzung, da am Nachmittag den Delegierten eine Festvorstellung im Alten Theater winkt.

In und um Elbing

Die Staatsregierung zur Zuckerwirtschaft

In der Preußischen Landesversammlung gab Unterstaatssekretär Peters zu den Anfragen über die Zuckerwirtschaft folgende Erklärung ab:

Der Staatsregierung ist bekannt, daß die Zuckerfabriken nicht nur im Westen, sondern auch in anderen Teilen Deutschlands bei den hohen Fabrikationskosten vielfach vor die ernste Frage gestellt sind, ob sie bei dem jetzt geltenden Zuckerpreis von 53 Mark den Betrieb überhaupt beginnen oder fortsetzen sollen. Es ist der Staatsregierung auch bekannt, daß bei den jetzigen gegen früher sehr veränderten Verhältnissen allerdings die Gefahr besteht, daß die Zuckerrüben verfüttert und nicht verarbeitet werden. Zu der Anfrage des Abgeordneten Kaulen bemerke ich, daß nach einem im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Entwurf, der jetzt zunächst an das Reichskabinett, dann an den Reichsrat und die Nationalversammlung gehen wird, vorgesehen ist, für die gegenwärtige Campagne eine Abhilfe oder eigentlich mehr eine Abwehr der drohenden Gefahr dadurch herbeizuführen, daß der Prets für den Verbrauchszucker ab Zuckerfabrik, also gemäß Artikel 1 Nr. 2 der jetzt geltenden Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 14. Oktober 1919, für Lieferungen nach dem 31. Dezember 1919 um 25 Mark für 50 Kilo erhöht wird. Die Zuckerfabriken werden dann die 25 Mark an eine noch zu bestimmende Stelle abführen müssen, der dann die Unterverteilung an die rübenverarbeitenden Fabriken obliegen würde. Die bei den Raffinerien aufkommenden Beträge werden zur Entschädigung der rübenbauenden Landwirtschaft und der rübenverarbeitenden Fabriken für die Mehraufwendungen infolge der verspäteten Ernte Verwendung finden müssen. Die rübenverarbeitenden Fabriken werden mindestens zwei Drittel des Betrages, den sie erhalten, an die Rübenlieferanten auszuzahlen haben. In dem Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums heißt es dann weiter, daß die notwendige Folge des erhöhten Preises der Handelszuschlag für den Weiterverkauf von Zucker nach Artikel 1 Nr. 4 der Verordnung vom 14. Oktober 1910 um 43 Pfennig für je 50 Kilogramm erhöht werden muß. Die Staatsregierung hofft, daß es auf diese Weise gelingen wird, den jetzigen Mißständen etwas abzuhelfen. Inwieweit für das kommende Jahr Vorsorge getroffen werden muß, wird hauptsächlich davon abhängen, wie die Durchführung der jetzigen Zuckerkampagne gelingt. Die vom Abgeordneten v. Kessel angeregte Frage, ob Chilesalpeter bereitgestellt werden kann, ist zu bejahren; es ist in Aussicht genommen, die Gesamtmenge, die in Hamburg lagert, für die Zuckererzeugung nutzbar zu machen.

Mit anderen Worten: Sieg der Zuckerinteressenten auf der ganzen Linie. Diese Leute streben eine Erhöhung des Zuckerpreises auf 5—6, ja sogar 8 Mark pro Pfund an. Die Regierung hat volles Verständnis für ihre „Notlage". Warum auch nicht? Die Gunst der Unternehmer ist ihr ja wichtiger, als die der arbeitenden Massen. So geht die Auspowerung des Volkes weiter, bis eines Tages der überheizte Kessel so platzen wird wie zu Wilhelms Zeiten.

Keinen Mut zur Wahrheit

In der Mittwochnummer endlich berichtet die Elbinger Volkszeitung über den Ausfall der Stadtverordnetenwahl. Sie tut dies wie folgt:

„Die am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen vollzogen sich unter einer Beteiligung von 74 Prozent. Die Unabhängigen errangen 29 Mandate, Zentrum 6, Sozialdemokraten 5, die Arbeitsgemeinschaft 4, die Deutschnationalen 4, Beamtenbund 3, unpolitische Liste 3, Hausbesitzer 3, Deutschdemokraten 2, Deutsche Volkspartei 1 Mandat. Es stehen somit den 29 Unabhängigen insgesamt 31 Mandate der anderen Parteien gegenüber.

Die Verhältnisse in Elbing sind sehr eigenartige. Der Wahlerfolg der Unabbängigen, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie übrigens mit den persönlich gehässigsten Mitteln geführt haben, war dort durchaus zu erwarten und ändert an dem Abflauen der unabhängigen Bewegung im Reiche nichts. Freudig ist aber festzustellen, daß die konservative, mit Hochdruck betriebene Agitation hier zu einem vollem Mißerfolge geführt hat. Der Zug nach rechts besteht nur in der Phantasie; die Wirklichkeit zeigt andere Bilder."

Also die Stimmenzahlen und den ziffernmäßigen Verlust seiner Partei wagt das Roskeblatt garnicht mitzuteilen. Der Vorwärts gibt als Stimmenzahl der Unabhängigen 13 000 und als rechtssozialistische 3000 an. Er lügt also unserer Partei fast 1000 Stimmen weg und der seinen fast 600 Stimmen dazu. Sie können den Dingen nicht ins Gesicht sehen. Im Reiche ist's übrigens überall wie in Elbing. Ueberall wo gewählt wurde, ging der Rechtssozialismus in ungewöhnlich starker Weise zurück, während die U. S. P. überall gut abschnitt. Die Zahl der wirklichen Sozialdemokraten in der Scheidemannpartei ist nur noch gering. Sie ist nicht mehr Arbeiter- sondern Kleinbürgerpartei. Der Ausfall der Elbinger Stadtverordnetenwahlen setzt das Siegel unter die in Elbing bereits vollzogene Einigung der Arbeiterschaft. Ehe ein Jahr vergeht, werden die letzten Trümmer des Rechtssozialismus in Elbing verschwunden sein.

Es bleibt beim „Bußtag"

Die Anträge der U. S. P., den Bußtag abzuschaffen und den 9. November zum Feiertag zu erklären, wurden von der bürgerlichen Mehrheit der preußischen Landesversammlung abgelehnt. Die Arbeiter sollen weiter Buße tun.

Elbinger Stadttheater

Die Fledermaus, Operette in drei Akten von Johann Strauß. Unter der Operettenflut der neueren Zeit ist nicht viel, was wirklich auf diesen Namen Anspruch erheben könnte. Der kritische Operettenbesucher würde sogar bei den sogenannten „besseren" Operetten, die Bezeichnung „Schmarrn" am Platze finden. Trotz vieler Reklame kommen sie über ein paar Aufführungen nicht heraus und verschwinden, wie sie sind, „sang- und klanglos". Nur wenige beherrschen noch den Spielplan. Offenbach und Johann Strauß sind es, die jahrzehntelang durch ihre Meisterschöpfungen dieses fertig gebracht haben. Ganz besonders „Die Fledermaus" des Wiener Meisters gehört zu den melodiösesten und flüssigsten Opereiten und ist wohl auch die Beste.

Die gestrige Aufführung war ein glänzender Beweis hierfür. Das Haus war bis auf den allerletzten Platz gefüllt und nahm beifällig auf, was geboten wurde. Die prickelnde Musik, die heitere Handlung und nicht zuletzt das gute Spiel regte die Zuhörer zu wahren Beifallsstürmen an. Herrn Kapellmeister Krause, der für den musikalischen Teil zeichnete, gebührt ein uneingeschränktes Lob, und ein großer Teil des Beifalls war für seine Stabtätigkeit. Die Adele des Fräulein Höfler gehört zu dem Besten, was sie in dieser Art Rollen schon gutes leistete. Sie verdient die gestern bewiesene Gunst des Publikums im vollen Maße. Fräulein Kleemann konnte dagegen als Rosalinde nicht überzeugen, anscheinend war sie indisponiert. Herr Heidenreich sollte glauben machen, daß Rosalinde in seinen Tenor verliebt gewesen sei, doch gelang ihm dieses bei den Zuhörern nicht ganz. Der Gast, Herr Röver, stellte gesanglich sowie schauspielerisch einen famosen Eisenstein dar. Auch Herr Steinbach als Gefängnisdirektor und Herr Schimpke-Seidel als ränkespinnender Notar Dr. Falke glänzten mit guten Leistungen. Etwas zu stark nach „Brennabor" roch die Darstellung des Herrn Wiesner, der den Gefängniswärter Frosch spielte. Auch sonst gab er noch einige Kalauer zum Besten. In Anbetracht seiner besoffenen Rolle, die er sonst gut charakterisierte, wurden ihm diese nicht übelgenommen. Herr Wiesner war auch als Spielleiter für die Aufführung verantwortlich. Darin war er etwas „nüchterner". Den unmöglichen Advokaten Blind gestaltete Herr Kaiser zur Karrikatur. Fräulein Tiede als Lebejüngling Prinz Orlowski war gesanglich der Rolle nicht gewachsen. Das Zusammenspiel war dadurch jedoch nicht beeinträchtigt und das Publikum wird noch öfters gern an die gestrige Aufführung zurückdenken. ld.

Ostdeutsche Nachrichten

Grabnerprozesse in Marienburg

Herr Grabner, der zeitweilig in der U. S. P. Marienburgs eine Rolle spielte, stand dieser Tage, zweier Beleidigungen angeklagt, vor dem Marienburger Schöffengericht. In einem Falle soll er durch eine Zeitungsnotiz den Gemeindevorsteher Doerksen in Gr. Lesewitz beleidigt haben. Der Amtsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Da aber Doerksen gestorben ist, ohne Strafantrag gestellt zu haben, beschloß das Gericht Einstellung des Verfahrens. In einem zweiten Falle erfolgte die Verurteilung Grabners zu 100 Mark Geldstrafe.

Prämie für Gesetzesverächter

Der Schmiedemeister Otto Zastrau in Marienburg hat seine Leute täglich 10 Stunden und darüber arbeiten lassen. Er erhielt für seine Gesetzesübertretung einen Strafbefehl von 100 Mark. Auf die von ihm beantragte gerichtliche Entscheidung verhängte das Marienburger Schöffengericht gegen Zastrau fünfhundert Pfennige Strafe. Vorsitzender des Gerichts war der Amtsgerichtsrat Porrmann, Amtsanwalt Herr v. Roedel und Schöffen die Hofbesitzer Briggmann aus Leske und Nickel aus Palschau.

Neue Regierung in Schneidemühl

Die Schneidemühler Regierung, die aus den deutsch bleibenden Teilen der Provinzen Westpreußen und Posen besteht, hat ihre Tätigkeit aufgenommen.

Von nah und fern

Menschenfleisch im Kochtopf

Vor einigen Tagen ist in Wien ein achtjähriges Mädchen aus der elterlichen Wohnung verschwunden und vermutlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Nun erschien bei der Polizei der Kanalräumer Ochaladino und gab an, daß er von seinem Kollegen Maschek Fleisch erhalten habe, welches ihm bedenklich vorkomme. Eine Wäscherin Steiner, welche mit Maschek zusammenhauste, hatte Maschek und Ochaladino von diesem Fleisch, das sie für Jungschweinernes hielt, eine Mahlzeit bereitet. Die Frau des Ochaladino schöpfte Verdacht und erstattete Anzeige. Es wurden daraufhin bei den beiden Kanalräumern Rippenstücke gefunden. Der Gerichtsarzt Professor Halerda stellte fest, daß es sich um Menschenfleisch handele. Es liegt der Verdacht nahe, daß das Kind das Opfer eines Lustmörders wurde, der die Leiche des Kindes zerstückelte. Die beiden Kanalräumer wurden in Haft behalten, da ihre Aussagen einander widersprachen.

Die Wiener Menschenfleischtragödie geht nun, nach einer weiteren Meldung, ihrer Aufklärung entgegen. Eine Frau hatte auf einer Ablagerungsstätte nach Obst gesucht. Sie fand dabei Fleischstücke, die sie für junges Schweinefleisch hielt. Eine Wäscherin, die an dem Suchen beteiligt war, setzte ihrem Lebensgefährtin dreimal einen Braten von diesem Fleisch auf den Tisch. Er hat dieses Gericht auch verzehrt. Dem Bruder dieses Mannes kam das Fleisch aber verdächtig vor und er brachte etwas davon zur Polizei. Die Untersuchung hat ergeben, daß es tatsächlich Fleisch eines jungen Menschen ist.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Fleischausgabe

für die Woche vom 1. bis 7. Dezember 1919:

1. Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte: 100 g Rindfleisch mit Knochen und bei einem Teil der Fleischer 50 g Wurst,
2. Auf denselben Wochenabschnitt der Reichsfleischkarte (auch Kinderkarten, aber außer K- (Krankenzusatz-)Karten): 1/2 Pfund amerikanisches Schweinefleisch,

Preis 2,65 Mk., 1 Pfund = 5,30 Mk.

Elbing, den 4. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Petroleumausgabe auf Marke 7

1/4 Liter.

Elbing, den 4. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Elbing.

Auszahlung des Krankengeldes nicht Sonnabend, den 6., sondern Montag, den 8. d. Mts.

Die Geschäftsleitung.

Freie Turnerschaft.

Am Sonntag, den 7. Dezember, nachm. 4 Uhr, im „Volkshaus“

Unterhaltungsabend

bestehend in

Konzert, turnerischen und humoristischen Aufführungen mit anschließendem Tanz.

Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Der Ellen-Richter-Film von Freitag bis Montag

Die Tochter des Mehemed.

Der Leidensweg einer Sklavin in 4 spannenden Akten mit **Ellen Richter.**

Der stumme Zeuge.

Das große amerikanische Flieger-Detektiv-Drama in 4 atemraubenden Akten.

Stadttheater Elbing

Freitag, den 5. Dezember:

Der arme Jonathan.

Turn-Verein Jahn Elbing.

Am Sonnabend, d. 6. Dezbr., im „Gewerbehaus“:

Mitgliederversammlung

Anfang 7 1/2 Uhr.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht **Der Vorstand.**

Neu eröffnet!

Zigarren
Zigaretten
aus nur reinen Tabaken
sowie
Kautabak
und ff. Uebersee
Rauchtabak
empfiehlt allen
Parteigenossen
E. Noçon,
Inn. Marienburgerdamm 2
Abholestelle
der Elbinger Volksstimme.

Ein großer Posten

Kisten

verschiedene Größen, werden billig verkauft am Sonnabend nachmittag von 3 bis 5 Uhr.
Leichnamstr. 33, Hof.

Wollt Ihr guten Tabak haben,
Herz und Nase Euch zu laben,
Müßt Ihr nur zu **Wein** hinlaufen,
Fein ist er nur dort zu kaufen.
Himmelsluft wer d' Ihr genießen,
Werd' Ihr dessen Tabak priesen!
Und das minderwertig Kraut
Ihr dann in den Ofen haut,
Was Ihr anderswo gekauft.

**Gesundheitstabak,
grüner Kownoer,
gelber Kachlinski,
Kautabak,
türkischer Shagtabak**

in nur bester Ware empfiehlt

Otto Heldt

Inh. **Otto Wein**
Zigarren- und Tabakhandlung.
am Amtsgericht.

Heißgetränke v. köstlichem Geschmack liefern meine **gebrauchsfertig gesüßten, alkoholfreien ff. Punsch-Extrakte.**
Aug. Reffke, Wilhelmstr. 60, Keller,
Nähe Kaufhaus Loewenthal,

Verkaufe:

Gut erh. mod. **Winterjacke, 1 Lodenmantel, Damenschuhe,** Größe 39, 40 u. a. Besichtigung 10—1 Uhr vorm. Ritterstr. 24, u., 2. Tür links.

1 Winterüberzieher

fast neu, mittl. Figur (Eskimotuch), **1 Knabenüberzieher,** 10—14 Jahre, **1 Gehrock mit Weste, 1 Damenjacke,** 1 ganz neuer dunkelblonder **Zopf** zu verkaufen
Mühlenstraße 11, II, r.

Unsere

Spielwaren-Ausstellung

ist eröffnet.

Reichhaltigste Auswahl. Reizende Neuheiten.

Glas-, Porzellan-, Steingut- und Wirtschaftswaren
Galanterie- und Lederwaren
Hochzeits- und Gelegenheitsgeschenke jeder Art
Christbaum-Schmuck

L. Wolf & Söhne

Alter Markt 35

Empfehle mein Lager in **gut gepflegten**

Zigarren, Zigaretten

Weinen und Spirituosen

Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

2 Herren-Winterulster, 2 Herren-Jacketts, getrag., für mittel Figur, zu verkaufen Grubenhagen 4, u. r.

Gut erhaltene

Hobelbänke

zu kaufen gesucht
Baumgarth, Leichnamstr. 4.

Zirka 5000 Feldpostschachteln

darunter auch welche mit Blechdosen, sowie auch

Cierschachteln

um zu räumen, gebe ich an Wiederverkäufer sehr billig ab

Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Haus- und Küchengeräte-Magazin
nur Alter Markt 12/13
Telephon 1056

Welt-Bazar

Inh.: **Siegmund Zwillenberg**

Haus- und Küchengeräte-Magazin
nur Alter Markt 12/13
Telephon 1056

5 Ausnahmetage 5

Spielwaren-Ausstellung im ersten Stock

Passende Geschenkartikel

Nickelwaren : Nippes : Figuren : Vasen : Glas : Porzellan : Holz- u. Lederwaren

Passende Artikel für Vereine u. Wiederverkäufer

Beachten Sie bitte meine Schaufenster-Auslagen

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 38 | Freitag, den 5. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die Ruhrwacht umgetauft. Unser Bruderorgan, Ruhrwacht, Buer i. W., teilt seinen Lesern folgendes mit:

„Auf Grund gerichtlichen Urteils sind wir gezwungen, den Titel unserer Zeitung abzuändern. Wir werden deshalb von jetzt ab unter dem neuen Titel Ruhrwarte erscheinen und hoffen, daß unsere Freunde auch unter der neuen Bezeichnung die Treue wahren werden. Am Geist und an der sonstigen Aufmachung unseres Blattes ändert sie nichts."

Orden in der Republik Deutschland. Nachdem der neudeutsche Militarismus fest verankert ist, halten auch die alten militärischen Kinkerlitzchen und das Kinderspielzeug, welches wir durch die Revolution beseitigt glaubten, wieder lustig ihren Einzug in die sozialistische Republik. Das Heeres-Verordnungsblatt Nr. 34 enthält einen Erlaß, welcher von Braun gezeichnet ist über militärische Dienstauszeichnungen.

Wir dachten, daß es in einer Republik keine äußerlichen Ehrenzeichen und Orden geben solle, da sie ja der Gleichheit der Staatsbürger widersprechen. Scheinbar finden aber die Militärs keine Freude an der Dienstzeit, wenn sie sich nicht irgend ein rund oder eckig ausgeschnitztes Stück Blech an das Zeug heften können.

Warnung vor Spitzeln. Unser Münchener Bruderblatt Der Kampf warnt vor zwei Spitzeln, von denen der eine klein und untersetzt ist, französischen Dialekt spricht und sich Diplinger nennt, während sich der andere, von starker Statur, als Pole ausgibt, aber im bayerischen Tonfall spricht. Beide erzählen, daß sie Hilfe brauchten, um nach Mitau zu kommen, und Geld benötigten, um von dort aus eine rote Armee für Polen organisieren zu können. Beide stehen im Dienste der Kriminalpolizei.

1½ Milliarden Entschädigung für die Reeder. Aus Dresden wird gemeldet: Die deutschen Reeder haben als Entschädigung für die abgelieferten Schiffe vom Reichsfinanzministerium bisher eineinhalb Milliarden Mark zur völlig freien Verfügung erhalten. Wie aus sehr guter Quelle verlautet, soll der Reichsfinanzminister bereit sein, den Reedern noch weitere große Summen als Vorschuß auszuzahlen, ohne dabei die Bedingung zu stellen, daß das Geld zum Wiederaufbau der Handelsflotte verwendet wird.

Damen-Unterhosen in Schutzhaft. Die Kommunistin Rosi Wolfstein hat jüngst die von Noske über sie verhängte Schutzhaft aus eigener Machtvollkommenheit aufgehoben. Noske hat ihr das anscheinend sehr übel genommen. Auf seine Anweisung nämlich darf das Untersuchungsgefängnis, die von der Flüchtigen notgedrungenerweise zurückgelassenen Sachen nicht an ihre Bevollmächtigten aushändigen. Juristen wie Laien dürfen diese Ausdehnung der Schutzhaft auf Sachen mit dem gleichen schmunzelnden Erstaunen annehmen. Ist es auch Wahnsinn ....

Zwischenfall im Düsseldorfer Rathaus. In Düsseldorf sollte die Einführung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Köttgen im Rathaussaale stattfinden. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen weigerten sich, den Saal zu benutzen, weil die Kaiserbilder noch nicht entfernt sind. Nach lebhafter Aussprache begaben sich die Stadtverordneten zur städtischen Tonhalle, wo dann der Einführungsakt stattfand.

Schon zwei Jahre ausgekniffen! Die Nachricht, daß Dr. Helphand Mitte voriger Woche Deutschland verlassen und sich nach Dänemark begeben habe, ist, wie die P. P. N. von unterrichteter Seite erfahren, unzutreffend. Dr. Helphand hat bereits seit zwei Jahren seinen dauernden Wohnsitz in der Schweiz. Dort hält er sich auch zur Zeit auf. Er war im Oktober während einiger Wochen in Berlin.

Die deutschen Kriegsschiffe werden abgewrackt. Der Oberste Rat unter dem Vorsitz von Clemenceau setzte die Prüfung der Frage über die Zuteilung der deutschen Schiffe fort. Der Grundsatz der allgemeinen Demontierung aller deutschen Kriegsschiffe wurde aufrecht erhalten. Endlich hat der Oberste Rat beschlossen, daß die deutschen U-Boote das gleiche Schicksal erleiden werden wie die übrige Flotte, d. h. sie werden zerstört mit Ausnahme von zehn Einheiten, die Frankreich übergeben werden sollen.

Radek in Freiheit. Wie die deutsche Allgemeine Zeitung von zuständiger Seite erfährt, wird der einstige Propagandachef der russischen Räterepublik, Karl Radek, aller Wahrscheinlichkeit nach freigelassen werden. Zwischen seiner Haftentlassung und der gleichzeitig erfolgten Berufung nach Estland als Unterhändler besteht allerdings kein Zusammenhang. Radek wird Berlin so rasch wie möglich verlassen.

Eisenbahnschiebungen. Im Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz wurden schon seit einiger Zeit Eisenbahnschiebungen vorgenommen. Die Ermittlungen haben zur Festnahme des Haupttäters, des Installateurs Malik aus Bismarckhütte geführt, der bei den Schiebungen 250 000 Mark verdiente und an Bestechungsgeldern 120 000 Mark zahlte. Ebenfalls festgenommen wurden noch zwei Eisenbahnbeamte, darunter ein siebzehnjähriger Wagenschreiber, der an den Schiebungen 70 000 Mark verdient hat. Geschoben wurde Kohle, Ammoniak und Zinkbleche.

Die polnische Meute. Morning Post meldet aus Washington: Die Alliierten haben Polen die Ermächtigung erteilt, eine große Offensive gegen Sowjetrußland zu beginnen. Die polnischen Militärsachverständigen hoffen, Moskau und Petersburg innerhalb drei Wochen befreien zu können. (?)

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3]

2. Verhandlungstag

Leipzig, 2. Dezember 1919.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Lipinski eröffnet die Verhandlungen.

Genosse Simon bringt zur Geschäftsordnung zur Kenntnis, daß Mitglieder der Parteileitung mit der Leitung einer gegnerischen Partei über die Frage der Internationale verhandelt haben und daß das die unbeeinflußte Stellungnahme des Parteitages schädigt.

Crispien entgegnet, daß ihm von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist.

Genosse Stoecker klärt die Angelegenheit auf, die sich lediglich auf persönliche Unterhaltung mit einem Vorstandsmitglied der Kommunistischen Partei beschränkte. Der Parteitag begrüßt diese Erklärung des Genossen Stoecker mit lebhaftem Beifall.

Simon-Nürnberg polemisiert weiter gegen Stoecker.

Adolf Hoffmann-Berlin spricht für Uebergang zur Tagesordnung.

Braß-Remscheid gibt ebenfalls eine Aufklärung über die Besprechung.

Cohn-Berlin meint, es sei eine Frage des Taktes und der Parteipflicht, inwieweit man sich in Besprechungen mit Hauptvertretern einer Partei einläßt, die die Partei aufs bitterste bekämpft. Cohn wendet sich gegen die Unterschriftensammlung für Stoeckers Leitsätze, da für die Resolution eines Berichterstatters Unterschriften nicht nötig sind, um zur Abstimmung zu gelangen. Cohn verlangt eine Erklärung des Parteitags über diese Angelegenheit.

Kretzen-Kiel verliest einen Brief Kurt Geyers, der eine Beeinflussung der Wahlen zum Parteitag darstellte.

Kurt Geyer-Leipzig wendet sich scharf gegen den Genossen Cohn, den er als den lebhaftesten Verfechter der Einigung mit den Rechtssozialisten bezeichnet.

Dißmann-Frankfurt a. M. hält ebenfalls die Unterschriftensammlung für sachlich falsch. Zur Verhandlung selbst meint Dißmann, daß der Vertreter der K. P. D. wichtige Informationen offiziell der Parteileitung zur Kenntnis hätte bringen müssen und nicht einzelnen Vorstandsmitgliedern persönlich. Der Brief Geyers gibt uns das niederdrückende Gefühl, daß die Genossen, die an der Wiege der Partei gestanden haben, als rechtsstehend verschrien werden, weil sie die Einheit der Partei wahren wollen. (Lebhafter Beifall.)

Remmele-Stuttgart polemisiert gegen rechts unter lebhafter Unruhe des Parteitages.

Vorsitzender Lipinski stellt die eigentlichen Differenzpunkte klar, die lediglich die Unterschriftensammlung und die Besprechung ohne Verständigung mit der Parteileitung betreffen.

Koenen-Berlin lehnt es ab, einer Parteileitung anzugehören, die über den Genossen steht. (Lebhafte Unruhe.) Ich will die Meinung der Genossen erkunden, das ist nötig, um zu einer Klärung zu kommen. Koenen wirft Dißmann vor, daß er sich ebenfalls für Besprechungen erklärt hat.

Schluß der Geschäftsordnung wird mit überwiegender Mehrheit beschlossen.

Genosse Leopold-Zeitz gibt den Bericht der Mandatprüfungskommission. Es sind auf dem Parteitag anwesend: 7 ausländische Gäste, 9 Zentralleitungsmitglieder, 6 Mitglieder der Kontrollkommission, 8 Beiratsmitglieder, 8 Mitglieder der Nationalversammlung, 7 Angehörige des Frauen-Reichsausschusses, eine Vertreterin der Kämpferin, Graf für die Redaktion der freien Jugend, 226 Delegierte, darunter 24 Frauen unbeanstandet.

Crispien befürwortet, die Vertreter der Zentrale der Betriebsräte mit beratender Stimme zuzulassen. Der Parteitag beschließt demgemäß.

Auf Vorschlag des des Vorsitzenden Lipinski wird dem Genossen Wurm-Berlin das Wort zur Steuerfrage erteilt.

Wurm schildert eingangs seiner Ausführungen die Folgen der furchtbaren Kriegstragödie, die bezahlte Soldschreiber des Kapitalismus als Folgen der Resolution umzulügen versuchen. Fünf Jahre ist nur verbraucht und zerstört worden, nichts aufgebaut. Die Not an Vorräten von Geld und Waren ist allgemein. Entblößt steht Deutschland da. Wurm schildert ausschließlich die Bestrebungen des kapitalistischen Bürgertums, im Kriege alle Lasten von sich zu werfen und auf eine ferne Zukunft zu verschieben. Sie wußten, wie es kommen würde, daß kein Staat imstande sein werde, diese riesenhaften Kosten zu bezahlen. Trotzdem trieben sie ihr Vabanquespiel weiter. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung der Steuerlasten eine Machtfrage. Das zeigt uns auch den Weg zur Lösung.

Worauf es ankommt bei unserer Stellungnahme zu dem jetzigen Finanzelend ist das Wort Lassalles, daß Steuerfragen politische Machtfragen sind, immer wieder den Massen einzuhämmern. Die wirtschaftliche Macht ist unbestreitbar in den Händen der Arbeiter. Eine sozialistische Steuerpolitik ist erst möglich nach der Eroberung der politischen Macht durch die klassenbewußte Arbeiterschaft. Es wird dann gesagt, daß Deutschland gar nicht in der Lage sei, diese gewaltigen Summen aufzubringen. Wurm gibt in großen Umrissen die gewaltige Schuldenlast der Republik, der gegenüber man sich freilich fragt, wie das alles zu bezahlen sei. In dem Augenblick, in dem Deutschland daran denken würde, einen Strich durch seine Verpflichtungen zu machen, wäre sofort unser Kredit erledigt und damit die Ernährung unserer Bevölkerung unmöglich gemacht. Das ist ein gefährliches Spiel mit Worten, dem die Tat garnicht folgen kann. So einfach löst sich das Problem nicht.

Wir müssen Steuern erheben in solcher Höhe, daß von kapitalistischer Seite mit Recht erklärt wird, daß das den Ruin der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet. Das kann uns nicht schrecken und soll uns kein Schaden sein, sondern uns den Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft erleichtern.

Genosse Wurm begründet im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die einzelnen Punkte seiner Resolution zur Steuerfrage. Er macht insbesondere klar, daß bei Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben keine Ueberschüsse gemacht werden dürfen, da das auf die Preisbildung wirkt und so wieder eine indirekte Besteuerung darstellt. Es wäre ein Frevel, wenn wir den Arbeitern vorreden wollten, daß sofort nach Eroberung der politischen Macht paradiesische Zustände eintreten würden. Aber der Anfang muß gemacht werden. Die Arbeitsfreudigkeit wird gehoben werden, wenn die arbeitenden Massen sehen, daß sie nicht mehr für eine bevorzugte Klasse arbeiten. Eine gesunde Steuerpolitik kann nur erwachsen, wenn die sozialrevolutionäre Arbeiterklasse die politische Macht erobert. In diesem Sinne empfehle ich ihnen meine Richtlinien zur Annahme. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Parteitag beschließt, in keine Debatte einzutreten.

Seger-Leipzig macht klar, warum die Leipziger Genossen eine Abänderung des Kommunalprogramms des Genossen Wurm hinsichtlich der Ueberschüsse aus werbenden Anleihen getroffen haben.

Genosse Geyer-Leipzig begründet einen Antrag, die Resolution des Genossen Wurm einer Kommission als Material zu überweisen.

Wurm stimmt Seger zu, daß die Gemeindevertreter vor schwierigen Verhältnissen stehen und regt eine Konferenz der Gemeindevertreter an. Wurm widerspricht dem Antrag des Genossen Geyer.

Für den Antrag Geyer auf Ueberweisung der Resolution Wurm an eine Kommission stimmen 144 Delegierte; das ist die Mehrheit und der Antrag Geyer ist angenommen. Der Antrag auf Drucklegung des Referats wurde zurückgezogen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung

Programm und Taktik der Partei

spricht der Genosse Crispien: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Das Berliner Tageblatt bringt eine Notiz, worin es mitteilt, daß Stampfer im Vorwärts fragt, unser Parteitag möge endgültig entscheiden, ob die unabhängige Partei sozialdemokratische oder bolschewistisch sein werde. Das Berliner Tageblatt fügt hinzu, daß auch die Demokraten ein Interesse daran haben, das zu erfahren. Wir werden restlos Klarheit verschaffen, daß wir nicht beabsichtigen, Noskesozialisten zu werden. (Sehr richtig!) Wir werden aber auch Klarheit schaffen, daß wir jeden Anarchismus und Syndikalismus ablehnen und fest auf dem grundsätzlichen Boden des wissenschaftlichen Marxismus stehen. Crispien schildert in gedrängter Kürze die ökonomische und politische Struktur der Weltwirtschaft, die mit den wirklichen Verhältnissen längst nicht mehr übereinstimmte. In Wirklichkeit sind alle Staaten abhängig von den wirtschaftlichen Mächten, die die Welt beherrschen. Der Kapitalismus erfaßt nicht nur alle Schichten des Staates selbst, er dringt überall ein, auch in vorkapitalistische Zustände. Crispien beleuchtet die Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten zum Imperialismus. England, Deutschland und Amerika sind es in dieser Periode, die um die Weltherrschaft ringen. Dazu kommt das mehr und mehr erstarkende Japan. Die übrigen sind nur mehr Gefolgschaften dieser Mächte. Der Krieg von 1914 sollte zur deutschen Weltherrschaft führen. Das wurde klare durch die große Militärvorlage von 1912. Crispien führt zahlreiche Beispiele an, die diese Absicht auf das klarste beweisen. Er gibt eine großzügige Schilderung des Anwachsens der deutschen Weltwirtschaft in den Jahren vor dem Kriege. Dazu stellt er die bekannte Eingabe der sechs Verbände aus dem Jahre 1915 auf Annexionen und Kontributionen, die ganz der Idee der deutschen Weltherrschaft entspricht. Der deutsche militaristische Größenwahn ist so groß gewesen, daß man frohlockte, wenn immer neue Gegner hinzutraten. (Sehr richtig!) Der Krieg und sein Ende haben durch die Weltherrschaftsträume des deutschen Militarismus einen dicken Strich gezogen. Die Sieger sind England und Amerika. Diese denken nicht daran, den Völkern den Frieden zu geben. Die Verträge von Versailles und St. Germain sind die Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln.

Der Völkerbund Wilsons wird auch von manchen Sozialisten aufgefaßt, wie es den sozialistischen Grundsätzen nicht entspricht. Der Völkerbund ist der Frieden des amerikanischen Finanzkapitals. Der Völkerbund ist nichts anderes als die internationale Herrschaftsorganisation des Kapitalismus. Er kommt für uns nicht in Betracht. Das Ringen des internationalen Proletariats müssen wir dieser Herrschaft entgegen-

stellen, um überall die Lohnknechtschaft zu brechen. Wem der Sozialismus Lebenssache geworden ist, unerschütterliche Ueberzeugung geworden ist, der erkennt, daß der wissenschaftliche Sozialismus heute mehr denn je seine Berechtigung hat. Zweimal galt es, die Probe zu bestehen. Im August 1914 als er versagte (Sehr richtig) und November 1918, als sich zeigte, daß die Massen nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt waren. (Sehr richtig.) Wir müssen uns frei machen von jeder Revolutionsromantik und müssen uns fest auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stellen. Auch der Sozialismus bedeutet nicht das Ende der Menschheitsentwicklung. Der Kapitalismus war eine notwendige Epoche, die Zukunft gehört dem Sozialismus, er wird die nächste Epoche der Menschheit beherrschen. (Beifall.)

Crispien gibt eine Uebersicht über die Entwicklung des sozialistischen Programms, die er in einer Broschüre vereinigt hat. Er streift das kommunistische Manifest von 1847, das offene Antwortschreiben von 1863, das Einigungsprogramm von 1875, wo Marx und Engels entschieden ablehnen, unter Preisgabe sozialistischer Grundsätze zur Einigung zu kommen. Das ist auch für heute bedeutungsvoll. Alle bürgerlich-demokratischen Begriffe müssen rücksichtslos ausgerottet werden. (Sehr richtig!) Das Erfurter Programm von 1891 ist in seinem grundsätzlichen Teile durchaus marxistisch. Dieser grundsätzliche Teil muß ausschlaggebend werden auf die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte. Ein einzelner kann diese Arbeit nicht erledigen. Deshalb bitte ich Sie, eine Programmkommission zu wählen, die einen Entwurf ausarbeitet, der mindestens drei Monate vor dem nächsten Parteitag der Mitgliedschaft zur Diskussion vorgelegt werden muß. (Sehr richtig!)

Zu meinen Leitsätzen habe ich neben den Schriften von Marx besonders das „Finanzkapital“ von Hilferding benutzt, das mindestens ebenso wie „Kapital“ von jedem Sozialisten gelesen werden sollte. Außerdem habe ich von Rosa Luxemburg Gedanken entnommen, ebenso aus alten Programmen. Das grundsätzliche Programm darf nur enthalten die kapitalistische Entwicklung und die Herrschaft des Bürgertums in ihrer Beziehung zum wissenschaftlichen Sozialismus. Mehr hier herein zu bringen, ist nicht gut.

Unsere Bewegung muß ein ununterbrochener Kampf sein. Kein Mittel darf ungenutzt bleiben, nicht das geringste. (Beifall). Der Sozialismus ist kein fernes Ziel mehr. Heute müssen wir Stellung nehmen. Das war auch die Erkenntnis, die die Parteileitung dazu geführt hat, gemeinschaftlich mit der Räteorganisation Kommissionen zu bilden, die sich mit den Gegenwartsaufgaben beschäftigen. Unsere Bewegung kann keine Geheimbündelei sein. Wir treten vor die ganze Oeffentlichkeit, die Partei soll über alles entscheiden.

Wann kann der Sozialismus verwirklicht werden? Die einen sagen, er kann nur verwirklicht werden in einer Zeit kapitalistischer Hochkonjunktur. Man darf aber nicht falsche Schlüsse aus der Marxschen Theorie fällen. Marx lehrt auch, daß das nur für die allgemeine Entwicklung gilt. Meiner Meinung nach hat der Kapitalismus in Deutschland seinen Höhepunkt erreicht. Marx sagt aber auch, daß die Krisen des Kapitalismus ausgenützt werden müssen zur Einführung des Sozialismus; in dieser Situation befinden wir uns in Deutschland.

Stürmischen Beifall erhält Crispien, als er sagt, daß es wohl in keinem Lande der Welt möglich sei, daß besiegte Heerführer so auftreten können, wie bei uns, daß in keinem Lande ein Noske regieren könne, ebenso für sein starkes Bekenntnis zum Internationalismus. Keine Einigung mit den Noskesozialisten, sondern die Aufklärung so zu treiben, daß, wie in Elbing, die Massen zu uns streben. (Lebhafter Beifall.)

Demokratie setzt voraus, daß die Lebensinteressen einer Minderheit nicht verletzt werden. Das kann erst in der sozialistischen Gesellschaft der Fall sein. Darin sind alle Klassen aufgehoben und Mehrheitsbeschlüsse können keine Minderheit vergewaltigen. Deshalb sagen wir, die Diktatur des Proletariats ist notwendig, um die bürgerliche Demokratie niederzuringen. Das nächstemal sind wir besser gerüstet. Dann halten wir aber auch die Diktatur fest in der Hand. Und setzt man uns dann Gewalt entgegen, dann setzen wir wieder Gewalt dagegen. (Stürmischer Beifall.) Was hat alles die Diktatur des Proletariats in den Novembertagen gebracht: Achtstundentag, Erwerbslosenfürsorge, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes und vieles andere. Was hat uns die vollendete Demokratie gebracht? Schutzhaftelend, politischen Mord, Wüten der Noske-Soldateska, Versammlungsverbote Presseverbote. (Lebhafter Beifall.)

Wir setzen an die Stelle der kapitalistischen Herrschaft den proletarischen Staat. Ein Rätekongreß wird geschaffen werden, indem die revolutionäre Arbeiterschaft allein wirkt und arbeitet. Aus der Räteorganisation werden wir die Körperschaften der Verwaltung bilden. Auf der Grundlage des Rätesystems wird die wirtschaftliche Neuorganisation der Gesellschaft durchgeführt werden. Mit den Betriebsräten muß sofort begonnen werden, und zwar nicht mit den Kuhhandelsbetriebsräten, wie sie jetzt in der Nationalversammlung gemacht werden. Die Forderung auf Verankerung des Rätesystems in die Verfassung kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Das Rätesystem muß erkämpft werden.

Wenn es uns gelänge, unser aller Ueberzeugung und Meinung auf das Aktionsprogramm zu konzentrieren, so würde das eine kolossale Anziehungskraft auf das revolutionäre Proletariat ausüben. Wir wollen kämpfen auf allen Gebieten, wir müssen auch die Waffe des Parlamentarismus benutzen. Nur dürfen wir nicht hoffen, durch den Parlamentarismus zum Sozialismus zu kommen. (Lebhafte Zustimmung). Uns ist er ein Mittel, um den Parteien und der Regierung die Maske vom Gesicht zu reißen. Auch die Arbeit in den Gemeinden ist Zukunftsarbeit. Und die Betriebsräte haben eine ebenso wichtige Aufgabe.

Sie müssen bekannt werden mit dem Produktionsbetrieb. Hier können wir die gegenseitige Achtung der Hand- und Kopfarbeiter erreichen. Wir erreichen so eine dauernde Grundlage für die Revolution. Auf alle Möglichkeiten gefaßt sein. Wir müssen so die Taktik einschlagen, daß wir jede Stunde die Macht ergreifen. So wollen wir kämpfen ohne Unterlaß, von der Dummheit nicht verstanden, von der Gemeinheit gehaßt, von der Niedertracht verfolgt, von der Brutalität mit Gewalt bedroht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Damit sind die heutigen Verhandlungen wegen anderer Veranstaltungen frühzeitiger beendet.

Von der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands Poale Zion ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Politische Rundschau

Deutschland

Der Marloh-Prozeß

Unter starkem Andrang des Publikums begann vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 30 die Verhandlung gegen den Oberleutnant Otto Marloh. Den Vorsitz führte Kriegsgerichtsrat Welt, während die Anklage von Kriegsgerichtsrat Meyer vertreten wurde. Als Verteidiger Marlohs fungieren die Rechtsanwälte Grünspach nnd Kitath.

Nach dem Aufruf der Zeugen erfolgte die Verlesung der Anklage. Hiernach wird Oberleutnant Marloh von der Kraftwagenabteilung 30 zur Last gelegt:

1) am 11. März 1919 in Berlin vorsätzlich Menschen getötet, die Tötung aber nicht mit Ueberlegung ausgeführt und durch dieselbe Handlung durch Mißbrauch seiner Dienstgewalt einen Untergebenen zu einer von demselben begangenen mit Strafe bedrohten Handlung vorsätzlich bestimmt und zum rechtswidrigen Waffengebrauch aufgefordert zu haben, indem er dem Offizierstellvertreter Penther den Befehl gab, 30 Angehörige der Volks-Marine-Division zu erschießen, obwohl die Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Waffengebrauches nicht vorlagen, und indem Penther den Befehl ausführte;

2) wird Oberleutnant Marloh beschuldigt, sich am 2. Juni 1919 in Berlin von seiner Truppe eigenmächtig entfernt und vorsätzlich fern geblieben zu sein, und zwar im Felde länger als sieben Tage, indem er auf die ihm heimlich hinterbrachte Nachricht, daß seine Verhaftung bevorstehe, Berlin verließ, nach Frankfurt a. M. und von da nach Süddeutschland fuhr, sich zwei Monate in Merseburg bei Ueberlingen am Bodensee aufhielt und am 1. September auf der Reise nach dem Osten in Leipzig festgenommen wurde;

3) wirft die Anklage Marloh vor, daß er am 2. Juli 1919 in Berlin durch eine fortgesetzte Handlung gemeinschaftlich mit anderen Personen drei inländische öffentliche Urkunden fälschlich angefertigt habe, indem er zusammen mit anderen Personen Formulare zu einem Kriegsranglistenauszug, einem Noskeausweis nnd einem anderen Ausweis, nachdem sie mit den gefälschten Namen „v. Kiaehr“, „Brehmer“ und „v. Schweinitz“ unterzeichnet waren, auf den Namen Hauptmann a. D. Maergner ausfüllte, mit Stempeln des 1. Garde-Regiments z. F. versah und diese Urkunden auf seiner Flucht beim Bürgermeisteramt in Merseburg und auf dem Bezirksamt in Ueberlingen vorgezeigt habe.

Sodann werden die Personalien des Angeklagten festgestellt. Otto Marloh ist am 1. August 1893 als Sohn des Studienrats Marloh in Hildesheim geboren. Er wurde 1913 zum Leutnant befördert. Als der Krieg ausbrach, rückte er als Zugführer beim 77. Infanterie-Regiment ins Feld. Nacheinander wurde er durch ein Infanteriegeschoß am Kopf schwer verletzt (es mußten damals 14 Knochensplitter auf operativem Wege entfernt werden), erlitt bei Grodno einen Fußbruch, später eine Granatsplitterverwundung am linken Oberarm, eine zweite Oberarmverletzung durch Handgranatensplitter und im Oktober 1917 wurde ihm durch Granatsplitter der rechte Unterarm fortgerissen, auch erlitt er Verletzungen an der Brust und am Kopf. Am selben Tage geriet er in englische Gefangenschaft und wurde am 1. März 1918 ausgetauscht.

Auf verschiedene Fragen des Vorsitzenden erklärt Marloh, daß ihm bekannt gewesen sei, daß Angehörige der Reichswehr von Mitgliedern der Volksmarinedivision mißhandelt worden sind, daß er die amtliche Bekanntmachung gelesen habe, wonach die Volksmarinedivision für aufgelöst erklärt und angeordnet wurde, daß diejenigen Angehörigen der Volksmarinedivision, die mit der Waffe in der Hand betroffen werden, zu erschießen seien. Auch seien ihm die strengen Befehle der Garde-Kavallerie-Schützendivision bekannt gewesen, ferner der Befehl Noskes, nach dem sofort erschossen werden sollte, wer mit der Waffe gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen würde. Desgleichen auch ein Befehl, nach dem die Mitglieder der Republikanischen Soldatenwehr und der Volksmarinedivision entwaffnet seien und diejenigen, die sich widersetzen, sofort zu erschießen sind.

Rechtsanwalt Grünspach überreicht dem Gericht einen Befehl, in dem die Aushebung des Kassenlokals der Volksmarinedivision in der Französischen Straße schon für den Abend des 10. März angeordnet war. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sonst noch Befehle über die Behandlung der Festgenommenen oder über deren Ablieferung erhalten habe, erklärt Marloh, daß nach dem Ausweis des Oberst Reinhard die Gefangenen nach Moabit gebracht werden sollten. Er habe seine Leute nach den genannten Befehlen instruiert. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß die Zeugen in der Voruntersuchung nichts davon ausgesagt hätten, daß ihnen der Befehl gegeben worden sei, auch Plünderer zu erschießen. Auf die Frage, warum Marloh **bei jenem Vorfall in Zivil** war, erklärt dieser, das sei zu dem Zweck geschehen, weil die Matrosen glauben sollten, er sei der Zahlmeister Lietzau, der ihnen die Löhnung auszuzahlen hätte. Vors.: Ist Ihnen bekannt, daß Harder, der zwei Pistolen bei sich führte, auch einen Waffenschein hatte? — Der Angeklagte: Das weiß ich nicht. Die Leute mit Waffen hatten teilweise einen Waffenschein der Kommandatur. Mir war aber bekannt, daß nur der Noske-Ausweis oder der rote Ausweis zum Waffentragen berechtigte. Etwa 50 Prozent der Bewaffneten hätte heftigen Widerstand geleistet. Diese Leute, etwa 13 Mann — zum Teil bewaffnet — wurden in der Dunkelkammer festgehalten. Marloh betont, daß er unter den da-

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

38]

„Sprich leise,“ flüsterte sie. „Die Grabertsche horcht gewohnheitsmäßig.“

Jordan warf einen mißtrauischen Blick auf die Tür und rückte auf seinem Stuhle hin und her.

„Unbehaglich,“ sagte er. „Also hör zu!“

Sie rückten zusammen, und während Jordan für seine Dame von den Austern die Bärte löste, sagte er gedämpft, den Mund dicht an ihrem rosigen Ohr:

„Gott, wie dein Haar duftet.“

„Das konntest du auch laut sagen.“

„Also nun — hör zu. Ich will mit dir fort.“

„Wohin?“

„In die Welt. Auf Reisen. Sogleich. Fort von Berlin.“

Sie wurde plötzlich sehr ernst. Auf ihrer Stirn zeigte sich ein Fältchen.

„Fort,“ sagte sie, „fort von Berlin? Hast du denn jetzt Urlaub?“

„Ich will mit dir für immer fort.“

„Für immer?“

„Ja. Wir wollen nach Paris, nach London, nach Indien. Wollen eine Weltreise machen. Wollen verweilen, wo es schön ist. Dann weiter dorthin, wo es noch schöner ist. Reist du gern?“

„Für mein Leben gern. Aber das geht doch nicht. Du hast doch ein Amt. Du hast doch eine Frau.“

„Ich will von beiden los.“

Herta fuhr auf.

„Dein Amt niederlegen?! Deine Frau verlassen?! Das ist ja Unsinn . . .“

Es gefiel ihm so außerordentlich wohl, daß sie das sagte. Es hatte fast mütterlich geklungen.

„Du hälst das für Unsinn, Herta, weil du eben noch immer nicht ahnst, in welchem Grade, und in welcher Weise ich dich liebe.“

„Dann willst du mich am Ende wohl auch noch heiraten?“

Sie sagte das im Tone tiefster Verzweiflung. Ihr Kopf sank ihr fast auf ihren Teller herab.

„Ja, das will ich,“ sagte Jordan.

„Alle — wollen mich heiraten,“ sagte Herta. „Ich bin noch nicht achtzehn. Ich bin zu jung dazu. Deshalb bin ich doch dem Ungarn fortgelaufen! Nun kommst du mit demselben Unsinn — du ein gesetzter, ein reifer Mann .“

„Die Ehe mit dir, mein Kind, um die handelt es sich vorläufig noch nicht. Aber ich will fort mit dir. Heraus — aus allen meinen hiesigen Verhältnissen.“

„Du bist verrückt, Mann. Es gehört sich nicht, um eines dummen Mädels willen alles hinzuwerfen. Wenn du mich in einem halben Jahre satt hast, dann jammerst du um dein Amt und um deine Frau. Ich dulde es einfach nicht, daß du so wahnsinnig handelst.“

Ihm stieg das Blut zu Kopf.

„Was geht denn das dich an, was ich tue?!“ brauste er auf. „Ueberlaß doch diese Verantwortlichkeiten mir allein. Denn nur mich treffen sie!“

„Sie treffen mich mit. Ich dulde es nicht. Wer bist du denn, wenn du kein Staatsanwalt mehr bist?“

„Ein reicher, freier Mann.“

„Solche kann ich täglich zehn an jedem Finger haben, reiche Nichtstuer und Bummler. Du gefällst mir, eben weil du wer bist, weil du eine Stellung hast und in der Welt was bedeutest. Ich fände gar nichts mehr an dir, wenn du bloß noch für Vergnügen lebtest. Und dann — deine Frau. Die willst du so ohne weiteres sitzen lassen? Das finde ich einfach gemein. Verzeih, ich rede, wie ich denke.“

Mit glühend rotem Kopfe saß er da.

„Ich verbiete dir ein für allemal,“ sagte er, „über meine Angelegenheiten zu urteilen, die du nicht verstehst und nicht verstehen kannst. Was weißt du von einer Ehe, die fünfundzwanzig Jahre dauert und längst keine mehr ist. Du bist zu grün, um darüber mitreden zu können.“

„Na — dann frag mich nicht,“ schmollte sie.

„Was ich dich frage . . .“

„Leise, bitte, leise, Staatsanwalt. Auch bei der Verhandlung gegen meine Mutter — damals im Moabit — brülltest du wie ein Ausrufer . . .“

Die Ader auf seiner Stirn schwoll drohend an. Er biß die Zähne zusammen und schluckte seinen Grimm herunter. Mit gedämpfter Stimme und erhobenem Zeigefinger sagte er jetzt, es klang fast feierlich:

„So frage ich dich denn: Willst du mit mir fliehen oder willst du nicht?“

„Ich will nicht, Jordan.“

Die Arme sanken ihm schlaff herab.

„Dann,“ sagte er tonlos, „dann sind wir also vollkommen miteinander fertig und können uns Lebewohl sagen.“

„Warum denn, Mann? Weshalb? Du gefällst mir. Ich gefalle dir. Weshalb wollen wir denn nicht in Fühlung bleiben? Du hast manches an mir gutzumachen, du. Das weißt du. Wir können uns doch liebhaben, ohne daß du gleich dein ganzes Haus in die Luft sprengst, einen mächtigen Skandal in ganz Berlin verursachst, aus dem Amte läufst und deine Frau verläßt, du — du — du ganz dummer Junge.“

Er mußte lachen. Lachen über ihre drollige Moralpauke, obgleich ihm elend zumute war.

In wenigen Augenblicken hatte sie ihm sein ganzes glänzendes Zukunftsprogramm in Trümmer geschlagen.

Sie sah, daß er litt, und er tat ihr leid. Im Grunde gefiel auch ihr die Tollköpfigkeit, mit der dieser alte Knabe seiner jungen Liebe mit dem Kopf durch die Wand folgen wollte.

„Sei doch 'n bißchen vernünftig, Staatsanwalt. Ueberlege doch ein wenig. Brich doch nicht alles so über das Knie. Ich — ich sage heute noch gar nicht, daß ich es ein für allemal abschwöre, auch mal mit dir eine Reise zu machen. Warum denn nicht? Aber das muß doch nicht gleich sein. Du kennst mich ja noch gar nicht. Wer weiß — wer weiß, ob du mich heute über vier Wochen auf der Straße noch grüßt.“

Entsetzt sah er sie an.

„Bist du so?“ fragte er.

Sie machte böse Augen. „Na — du selbst hast mich doch ganz schön und lebensgetreu vor den Richtern abkonterfeit. Du weißt doch also, wie ich bin.

„Na nein — na nein — mach nur nicht gleich solch unglückliches Gesicht. Ich bin nicht schlimmer als andere, und ich glaube — nein, weiß sogar, du könntest mich besser machen, mir in tausend Dingen einen Halt gewähren. Wenn du mich wirklich lieb hast, so muß dich doch das auch reizen.“

Er sah sie betroffen an. Recht hatte sie. Wie sie denn überhaupt so klug war wie schön.

Nein — dieses Geschöpf sollte ihm nicht im Sumpfe der Weltstadt zugrunde gehen. Darum würde er kämpfen. Das nahm er sich vor.

„Wovon lebst du eigentlich jetzt?“

Sie lachte. „Ganz einfach: Vom Pump.“

„Was heißt das?“

„Na, gestern morgen habe ich einen großen Marquisring mit zwanzig Brillanten zu Peten gebracht.“

„Wer ist denn das?“

„Na die Pfandleihe. Von den sechshundert Mark sind zweihundert schon futsch — zweihundert kriegt die Grabert — und Schmuck hab ich noch pfundweise.“

„Gib mir den Pfandschein.“

„Nachher.“

„Schön. Also ich weise dir bei der Filiale der Nationalbank dir gegenüber monatlich tausend Mark an.“

„Nobel. Da hätten wir ja gleich ne Existenz.“

(Fortsetzung folgt.)

maligen Umständen den Begriff „Waffen" dahin habe auslegen müssen, daß auch Dolchmesser und ähnliche Messer als Waffen anzusehen waren. Etwa 75 Prozent der Festgenommenen sei im Besitz derartiger Messer gewesen. — Vors.: Haben Sie festgestellt, daß die Leute Dum-Dum-Geschosse bei sich hatten. — Es war unzweifelhaft S.-Munition mit abgeknipster Spitze. — Marloh schildert dann weiter seine Lage gegenüber den Gefangenen. **Um 11,30 Uhr etwa habe ihm Leutnant Schröter im Auftrage des Oberst Reinhard einen Befehl überbracht, der inhaltlich etwa folgendermaßen lautete: Mit Schlappheit und Weichherzigkeit kann man hier nichts machen. Ich soll energisch durchgreifen.** Die mir überbrachte Meldung war so unklar, daß ich überhaupt nichts wußte. Ich stand mit meinen 50 Mann einer vielfachen Uebermacht gegenüber. Ich war überzeugt, daß die Matrosen als Verbrecher anzusprechen seien. Da die Gefangenen unruhig waren, gab ich zwei Befehle: Es wird kein Wort gesprochen. Es darf keine Bewegung gemacht werden. Marloh schilderte dann weiter, daß nach 11 Uhr Verstärkungen eintrafen, die ihn unterstützten. — Marloh erläutert dann, weshalb er eine Musterung der Matrosen vorgenommen habe. Er erklärt: Ich habe die Leute einzeln an mir vorübergehen lassen und musterte diejenigen aus, **die intelligent aussahen** und infolgedessen eine Meuterei in die Wege leiten konnten. Außerdem sonderte ich diejenigen Leute, die tenere Anzüge trugen. Ich wollte lediglich die Ausgemusterten nach Moabit bringen. Das ganze Manöver war ein Einschüchterungsversuch. **Dann kam Leutnant Wehmeyer zu mir, der mein Vetter ist, und sagte: Du sollst erschießen, soviel du kannst.** Vors.: Sie sollen zu Wehmeyer gesagt haben: **„Was, 150 Mann erschießen, du bist wohl verrückt."** Angeklagter: Das ist wohl **möglich. Ich mußte also nun Erschießungen vornehmen.** Eine Verhandlung an Ort und Stelle war unmöglich. Ich hätte losen können, aber 150 Mann erschießen, das war mir zuviel. Ich wollte nur 30 Mann nehmen. So entschloß ich mich, unter den 80 Abgesonderten zu wählen. Hauptmann Gentner kam zu uns und erklärte, unter den Gefangenen seien 80 Leute der Reichsbankbesatzung, für die er bürge. Ich sagte mir, Hauptmann Gentner könne doch unmöglich wissen, wer von den Leuten unschuldig war. Vors.: Wieviel Mann haben Sie nun zusammen mit Hauptmann Gentner ausgesucht? Angeklagter: Etwa 50. **Ich ließ 13 Leute aus der Dunkelkammer herüberbringen, die mir als die allerschlechtesten erschienen.** Ich rief nun den restlichen 30 Mann zu, ob sich jemand von der Reichsbankbesatzung darunter befinde. Vors.: Der erschossene Kuntze hat doch aber zu der Reichsbankkompagnie gehört und ist erschossen worden. — Angekl.: Das bedauere ich. Dann hat der Mann meinen Ruf nicht gehört. Vors.: Gentner hat doch zu Ihnen gesagt: **Es ist gut, daß ich zur rechten Zeit gekommen bin, um die Erschießung zu verhindern.** Sie, Angeklagter sollen gesagt haben: **Es ist schade, Herr Hauptmann, daß Sie gekommen sind, sonst hätte ich die Schweinehunde alle erschießen lassen.** Hauptmann Gentner hatte am Tage zuvor noch die Reichsbankbesatzung entwaffnet und von der Direktion eine Prämie erhalten. — Angekl.: Das wußte ich nicht. Uebrigens konnte Gentner auch nicht wissen, was die Leute in den Freistunden machten. — Vors.: Gentner begrüßte doch einen derselben, Bließner, gab ihm die Hand und sagte: Gott sei Dank, daß Sie noch leben und daß ich Ihnen helfen konnte. — Angekl.: Ich bat Hauptmann Gentner, Bließner auszusondern. — Vors.: **Hauptmann Gentner bat sodann, die Leute freizulassen. Sie haben aber geantwortet, Sie hatten gebundene Befehle.** — Angekl. Ich fragte Offizierstellvertreter Penther, ob er die Erschießungen ausführen wolle. — Vors.: Wußten Sie, daß Penther am Tage vorher von Spartakisten ergriffen, an einen Laternenpfahl gebunden und mißhandelt worden war? — Angekl.: Nein, das erfuhr ich erst später. Ich sagte Penther, er solle 15 Mann nehmen und die Erschießungen ausführen. Ich als Führer mußte bei den Gefangenen bleiben. — Vors.: Haben Sie aus dem Fenster nach dem Hof zu hinuntergerufen: Wollen Sie nun diesen Befehl ausführen oder nicht? — Angekl.: Nein, ich paßte auf. (Fortsetzung folgt.)

Italien

Warum es in Italien zum Generalstreik kam

Ueber die Ursachen des italienischen Generalstreiks erfahren wir: In Rom wurden einige sozialistische Deputierte auf der Piazza Colonna Gegenstand einer feindseligen Kundgebung. Infolge dieses Zwischenfalles beschloß die Arbeiterbörse den Streik. Im Namen der sozialistischen Gruppe des Parlaments wurde eine Interpellation eingebracht, die schärfste Maßregeln gegen die Offiziere verlangt, die an der Kundgebung teilgenommen haben.

Ebenso wie in Rom wurde auch in Mailand und Florenz der Generalstreik erklärt. Zwischenfälle werden bis jetzt nicht gemeldet, außer in Mailand, wo bei einem Zusammenstoß zwei Manifestanten getötet und zahlreiche Personen verletzt wurden. In Rom gab es einen Toten und sechs Verwundete.

Da der Streik nur demonstrativen Charakter hatte, beschloß die Partei den Abbruch für die Nacht von Mittwoch zu Donnerstag. Der Vorgang zeigt, wie gespannt die Lage ist.

In und um Elbing

Blind und unfair

Die Elbinger Zeitung leistet sich in ihrer gestrigen Nummer wieder einmal ein paar Kabinettstückchen. In einem Artikel „Moskaus Kapitulation" jubiliert sie über das Ende des russischen Bolschewismus. Weil Sowjetrußland mit der Entente wieder Verhandlungen angeknüpft hat, erklärt die Elbinger Zeitung die Weltrevolution für erledigt. Der russische Kommunismus mit seinen Millionen (!) Gemordeter habe sie nicht in Fluß bringen können. Der Sozialismus sei Un- und Aberssinn. Und nur die deutschen Sozialisten aller Schattierungen würden den Traum einer Verwirklichung des Sozialismus weiterträumen und Deutschlands Körper weiter durch sozialistelnde Experimente schwächen, während wir nach dem Zusammenbruch des Bolschewismus gänzlich von den aussaugenden Vampyrarmen des anglo-amerikanischen Mammonismus umklammert seien.

Zu solchen Folgerungen kommt die Elbinger ausgerechnet in einem Augenblick, wo der Zusammenbruch des Kapitalismus dem blödesten Auge offenbar wird. Noch nicht einmal der halbe Winter vorbei und überall in Europa Hungersnot oder bitterer Mangel. Geld, das im Auslandsverkehr überhaupt kein Geld mehr ist. Sechs schwere Ministerkrisen, die Staaten verschuldet, die Völker ruiniert, Hunderttausende arbeitslos. Und ausgerechnet diesen Zeitpunkt hält die Elbingerin als den geeigneten, dem Kapitalismus, der all dies Elend über uns brachte, Loblieder anzustimmen.

Wir unabhängige Sozialdemokraten haben immer wieder betont, daß die Methoden der russischen Revolution nicht für Deutschland anzuwenden sind. Selbst Kommunisten haben auf den Unterschied der russischen und der deutschen Verhältnisse aufmerksam gemacht, wie z. B. Julian Borchardt in einem der letzten Hefte seiner Lichtstrahlen. Wenn die russische Revolution für den Augenblick scheitern würde, würde das noch gar nichts gegen die Weltrevolution oder den Sozialismus bedeuten. Aber es ist noch sehr zweifelhaft, ob es um Sowjetrußland so schlecht steht, wie die Elbinger Zeitung meint. Die Bolschewiki sind so unzählige Male totgesagt worden, daß die Elbinger Zeitung im Prophezeien endlich vorsichtiger werden sollte, wenn ihr Renomee bei den Lesern ihr nicht gerade gleichgültig ist.

Ist der Artikel über Rußland sonach sehr kurzsichtig, so sind andere Ausführungen unter der Ueberschrift „Kautsky und Cassierer" direkt unanständig. In dieser Notiz wird die unwahre Behauptung aufgestellt, Kautsky hätte die Akten zur Vorgeschichte des Weltkrieges an das Ausland verhökert. Er hätte eine Schmähschrift gegen die frühere deutsche Regierung herausbestelliert und auf einem Wege Kapital daraus geschlagen, der unter Schiebern üblich sei. Selbst von den Briten würde das hinterhältige Manöver verachtet. Auch der „Tscheche" Kautsky marschiert auf. Für diese bodenlose Unanständigkeit gehören der Elbinger Zeitung ganz gründlich die Finger geklopft. Kautsky hat seinerzeit sofort gegen die nicht nur ohne sein Wissen, sondern gegen seinen Willen erfolgten Veröffentlichungen der Times scharfen Protest erhoben. Dieser Protest ist von allen größeren Zeitungen Berlins zur Kenntnis genommen. Wenn die Elbinger Zeitung jetzt nach mehr als einer Woche mit dem alten Schwindel hausieren geht, kann sie dafür keine bona fides beanspruchen. Wenn Kautsky eine Klage anstrengen würde, käme die Elbinger Zeitung in eine sehr unangenehme Situation. Ueber die wilhelminische Regierung mit ihren Torheiten und Schlechtigkeiten dürfte der größere Teil der Leser der Elbinger Zeitung mit uns einer Meinung sein.

Keine Verkehrssperre im Dezember

Mit großer Hartnäckigkeit taucht immer wieder das Gerücht auf, wir sollten noch im Laufe des Dezember mit einer Verkehrssperre beglückt werden. Demgegenüber veröffentlicht ein Berliner Blatt die Nachricht, daß der Vertreter einer größeren Provinzzeitung vom Reichsverkehrsministerium eine Mitteilung erhalten habe, nach der mit einer Verkehrssperre für den Monat Dezember und besonders für die Weihnachtszeit bestimmt nicht zu rechnen ist.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, ist diese Nachricht durchaus zutreffend. Eine neue Verkehrssperre ist nicht in Aussicht genommen, und wenn diese doch in späterer Zeit als notwendig erkannt werden würde, so würde sie eben wegen ihrer einschneidenden Wirkungen nicht ohne Berücksichtigung aller der Faktoren erlassen werden, die von einer Verkehrssperre in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wir kriegen wieder mal etwas versprochen.

Wie aus Königsberg mitgeteilt wird, hatten die Wirtschaftsvertretungen Ostpreußens eine Eingabe an den Reichspräsidenten gerichtet, worin auf die Vereitelung der Selbstversorgung mit amerikanischen oder schlesischen Kohlen, auf das Versagen der Belieferung und auf die jetzt infolge der Kohlennot drohende Lahmlegung des ostpreußischen Wirtschaftslebens hingewiesen und ersucht wurde, die Vorwegbelieferung der Provinz mit einem festen Monatskontingent nun durch Kabinettsbeschluß zu sichern. Ferner wurde die Aufstellung eines Transportplanes gewünscht, durch den der Abtransport erstens von den Gruben per Bahn direkt, zweitens bis Kosel und drittens per Bahn bis Seehafen sichergestellt wird. In persönlichen Verhandlungen, die ein Vertreter des Landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes der Provinz, Geheimrat von Hippel in Berlin, mit den zuständigen Stellen geführt hat, ist die Berechtigung der ostpreußischen Forderungen anerkannt worden. Es sind der Provinz täglich 200 Eisenbahnwagen von Oberschlesien zugesichert worden, und der Abtransport hat nachweislich auch begonnen.

Wir in Elbing merken von dem Segen noch nichts, obwohl wir doch nun auch zu Ostpreußen gehören. Wahrscheinlich haben die Brennaborfabrikanten den Vorzug.

Zurückgestellt

Raummangels halber mußten die Fortsetzung des Berichtes über die Frauenkonferenz und einige andere Sachen zurückgestellt werden.

Ostdeutsche Nachrichten

Massenflucht aus der Heilstätte bei Hohenstein

Uns wird geschrieben: Die Verpflegung in der Heilstätte bei Hohenstein-Ostpreußen in den letzten Jahren ist vergleichbar mit dem Quecksilber eines Thermometers, welches ständig im Sinken ist. Der Nullpunkt ist bereits erreicht und es geht immer weiter abwärts. Jetzt nach der neuen Ernte, wo man doch der Meinung sein sollte, daß sich die Verpflegung etwas bessern sollte, tritt das Gegenteil ein. Die gesamte Ernährung wird dermaßen miserabel, die Lotterwirtschaft in der Anstalt greift so weit um sich, daß von 86 anwesenden Patienten sich 79 für ein sofortiges Verlassen der Anstalt entschließen. Trotz wiederholter Vorstellung bei allen in Betracht kommenden Instanzen und Behörden, ungeachtet der Erhöhung des Verpflegungssatzes von der Landesversicherung um 1,50 Mk. auf 8,50 Mk., bleibt es bei dieser im höchsten Grade gesundheitschädlichen Verpflegung, so daß den Patienten kein anderer Ausweg bleibt, als geschlossen die Anstalt zu verlassen.

Nachdem einige Kranke bereits vor dieser Massenflucht die Anstalt verließen, marschierten am Donnerstag, den 27. v. Mts. 67 Patienten unter Vorantritt eines Lastwagens mit den Gepäckstücken geschlossen zum Hohensteiner Bahnhof. Der leitende Arzt will noch retten was zu retten ist, indem er die Abziehenden mit dem Hinweis zu halten sucht, das die Abteile in dem Hohensteiner Zügle nicht ausreichen werden, um alle gleichzeitig zu befördern. Doch nach all den durchlebten Hungertagen verfängt diese schreckliche Drohung nicht und die gastliche Stätte wird verlassen.

An unsere Postbezieher!

Abonnements auf unsere Zeitung werden bei jeder Postanstalt entgegengenommen!

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Auslandsfleisch.

In unserer gestrigen Ausgabebekanntmachung ist der Verkaufspreis irrtümlich mit 5,30 Mk. für 1 Pfund angegeben worden. Er beträgt in Wirklichkeit nur **4,40 Mk. je Pfund.**

Elbing, den 5. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Freibank.

Sonnabend, den 6. d. Mts., vormittags 8—9 Uhr: Fleischverkauf an die Inhaber der Freibankkarten **Nr. 4715—5115.**

Elbing, den 5. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Durch die hohe Belastung des Kraftwerkes der Elbinger Straßenbahn treten in letzter Zeit

Störungen in der Stromversorgung

auf, die sich wiederholen dürften, wenn nicht jeder Abnehmer seinen Verbrauch

hauptsächlich zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags

aufs alleräußerste einschränkt. Falls im Stromverbrauch trotz aller Hinweise nicht sparsamer umgegangen wird, muß mit einem völligen Versagen des Lichtstromes auf längere Zeit gerechnet werden.

Elbing, den 5. Dezember 1919.

Städtische Elektrizitätsverwaltung.

Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Ortsverwaltung Elbing.

Elbinger Techniker!

Morgen, Sonnabend, den 6. Dezember cr., abends 8 Uhr spricht im **großen Kasinosaal:**

Herr **Mühlenkamp** aus Berlin

über

Betriebsdemokratie u. technische Angestellte.

Anschließend freie Aussprache.

Der Vorstand.

Raucher! Raucher!

Zigarren

in allen Preislagen u. anerkannt guten Qualitäten.

0.70, 0.80, 0.95, 1.—, 1.10, 1.20 usw.

Gleichzeitig empfehle ich mein **reichhaltiges Lager** in

Zigaretten, Rauch- und Kautabak.

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher.

Joh. Sarnecki Nachf.

Königsbergerstraße 101. Telephon 104.

J. Grabowsky

Elbing ∴ Fischerstraße 27.

Die

Weihnachts-Ausstellung

ist eröffnet.

Bitte kommen Sie bald, es ist jetzt die **∴ größte Auswahl ∴**

Beim Einkauf von rund 20 Mk. an gebe einen hübschen Kalender oder Zeitungsmappe gratis.

Bitte um Beachtung der Schaufenster!

J. Grabowsky

nur Fischerstraße 27 nur

Stadttheater Elbing

Freitag, den 5. Dezember:

Der arme Jonathan.

Operette in 3 Akten von C. Willecker.

Sonnabend, den 6. Dezember:

Die verschwundene Pauline.

Schwank in 3 Akten von Willy Wolff und Martin Zickel.

Sonntag, den 7. Dezember:

Der arme Jonathan.

Weihnachts-Kerzen

sowie **passende Geschenke.**

Mundharmonikas

Taschenlampen

Hülsen

Batterien

Birnen

Karbidlampen

offeriert

Fr. Laufer

Georgendamm 8.

Die Firma Anna Damm

Kurz-, Weiß- und Wollwaren-Geschäft

ist durch Kauf in meinen Besitz übergegangen.

Die **Eröffnung** findet am

Sonnabend, den 6. Dezember 1919, statt.

Das Unternehmen wird in unveränderter Weise fortgeführt und bitte ich, das der Firma entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen,

Schmiedestraße 11 **Anna Damm** Schmiedestraße 11

Inh. **Iwan Berlowitz.**

Wir bitten unsere werte Kundschaft, zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** ihren Bedarf an

Zigarren, Zigaretten und Rauchtabaken

in den unten aufgeführten organisierten

Spezial-Geschäften

gefl. decken zu wollen. Diese Geschäfte bieten Gewähr für reelle und preiswerte Ware.

Elbinger Zigarrenhändler-Verein.

Fritz Bauer, Aeuß. Mühlend., Ecke Johannisstr.
Karl Becker, Georgendamm 6
W. Breitfeldt, Inn. Mühlendamm 18/19
Buhrmester, Inn. Mühlendamm 4b
Herm. Ellmer, Stadthofstrasse 6
Frl. **Felser,** Johannisstrasse 1
Joh. Gustävel, Alter Markt 18
Frau **A. Hecht,** Johannisstrasse 20b
Aug. Heß, Heil. Geiststrasse 33/34
Gust. Heß, Wilhelmstrasse 2
Ernst Hildebrandt, Bahnhofstrasse 6a
F. Kleefeldt, Inn. Mühlendamm 36
C. F. Krause, Friedrichstrasse 1
B. Kuhn, Heil. Geiststrasse 27
Frl. **M. Kuhn,** Alter Markt 23
Alb. Lange, Hauptstr. 1, Bahnhofstr. u. Alter Markt
Alb. Liebscher, Wilhelmstrasse 43
Frau **Maciejewski,** Schmiedestrasse 1
Murawski & Co., Leichnamstrasse 23
Herm. Penner, Alter Markt 20
Max Reichelt, Burgstrasse 4
Frl. **Rosenbaum,** Herrenstrasse 20
Aug. Schwark, Inn. Marienburgerdamm 2
Franz Wermter, Königsbergerstrasse 98
Otto Wein, Aeuß. Mühlendamm 1
Frau **H. Wild,** Herrenstrasse 26
Zillgitt, Schmiedestrasse 14

C.T. Brückstrasse 15 **C.T.**

Von Freitag bis Montag
Nr. 113
oder **‚Die Ehre für den Vater'**
Ergreifendes Kriminal-Drama in 5 Akten.
Hauptdarsteller:
Karl Auen. **Käthe Hak.**
Die größte Sensation des Jahres!

Panopta I
Detektiv-Schauspiel in 5 Akten.
Erster Teil: **In den Klauen des Frauenräubers.**

Kollegen! Heute und Sonnabend
besonders billige
Zigarren, Zigaretten und Rauchtabake.
Kollege **Lietzau,** Alter Markt 2.

---

1 alter Schraubstock billig zu verkaufen
Kleine Hommelstraße 5.

---

1 getr. Dam.-Wintermant., 1 gr. Dam.-Filzhut u. Krimm.-Muff u. Krag. z. verk. Jungfernd. 1b

---

Zigarren und Zigaretten
Rauch-, Kau- und Schnupftabak
in guten Qualitäten (keine Mischware)
zu niedrigsten Preisen offeriert
Georg Cohn
Junkerstr. 43 und Johannisstr. 16.

Morgen, Sonnabend: Roßfleisch schieres u. Klopsverkauf.
Paul Metzner,
Fernruf 659. Hauptstr. 45.

Räucherhering, Sauerkohl, Rauch- u. Kautabak zu haben
Paul Lange,
Mattendorffstraße 19.

Kluge Eheleute, Frauen
verlangt kostenlos illustr. auftl. Preislisten vom
Sanitätshaus E. Golde,
Torgau (Elbe.)

---

3 Frauenjacketts
von 20 bis 40 Mk.,
Ulster, Gardinen
zu verk. Aeuß. Mühlend. 75, u. l.

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister,
Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe
G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Brennholz
in Kloben und Rollen
gibt ab frei Haus
Joh. Sarnecki Nachf.
Königsbergerstraße 101. Telephon 104.

Familien-Drucksachen
fertigt schnellstens an
Buchdruckerei Elbinger Volksstimme.

---

1 gr. Puppe, Puppenstube und **1 gr. Eisenbahnzug** zu verkaufen
Leichnamstr. 134, u. vorne.

Trank
zu kaufen gesucht
Königsbergerstraße 119.

Elbinger Standesamt
vom 5. Dezember.
Sterbefälle: Oberlehrer, Doktor Paul Gerhard Ryll S. 10 T. — Schlosser Otto Karl Dobschinski T. 4 M. — Rentier Karl Eduard Eisenach, 85 J. — Inv.-Rent.-Empf. Witwe Anna Schulz geb. Bach, 74 J. — Arbeiter-Witwe Karoline Sabrowski geb. Hark, 63 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 39 | Sonnabend, den 6. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Vorbereitungen der Militärs. In einer öffentlichen Versammlung des sogenannten Republikanischen Führerbundes (der über ein kleines Häuflein verfügt und von der Militärreaktion wütend verfolgt wird. R. d. E. V.) machte der demokratische Chefredakteur und Abgeordnete Nuschke folgende Aufsehen erregende Mitteilungen: Kürzlich wurde das Zirkular einer nationalen Vereinigung bekannt, aus dem hervorging, daß diese bestrebt war, mit allen Truppenteilen und ihren Führern in Verbindung zu treten. Der Leiter dieser nationalen Vereinigung ist kein andrer als der Hauptmann Papst. Diese Vereinigung verbreitet aber auch immer noch die Broschüre Einst und jetzt, über die sich Noske seinerzeit in der Nationalversammlung so heftig beschwerte und die dann auch angeblich beschlagnahmt wurde.

Leutnant Müller-Brandenburg wußte zu berichten, daß General Lüttwitz kürzlich seine Stabsoffiziere um sich versammelt hätte, damit sie sich erklärten, wie sie sich zu einem militärischen Putsch gegen die Regierung stellen würden. Nur ein Offizier habe sich gegen diese sonderbare Art der Befragung gewandt.

Gewalt vor Recht. Ueber den Kreis Gummersbach wurde der Ausnahmezustand verhängt, der Abg. Pfaff (Mehrheitssozialist!) verhaftet und nach Lennep transportiert. Die Arbeiterschaft verhält sich ruhig. Es wird voll gearbeitet.

Die neueste Schieberware. Ein Schleichhandel mit Eisenbahnfahrkarten blüht jetzt in Berlin. Infolge der großen Einschränkungen im Zugverkehr werden 30 bis 200 Mark Aufgeld gezahlt. Sache der Eisenbahnverwaltung wird es sein, gegen diese Schiebereien vorzugehen.

Die Stahlpreiserhöhung genehmigt. Das Reichswirtschaftsministerium hat die vom Stahlbund und Roheisenverband beantragte Erhöhung des Stahl- und Eisenpreises genehmigt, sich jedoch die Einführung von Höchstpreisen und die Errichtung einer Ausgleich-Kasse vorbehalten.

Wie zu erwarten war! Man ist es ja von dieser Regierung gewöhnt, daß sie sich von diesen reinkapitalistischen Verbänden, wie Stahlbund und Roheisenverband, breitschlagen läßt.

München ohne Milch nud Butter. Nachdem München bereits nicht mit Milch beliefert wird, läßt jetzt das Münchener Lebensmittelamt mitteilen, daß es der Bayerischen Landesfettstelle „infolge des starken Rückganges in der Buttererzeugung" vorerst nicht möglich ist, den Kommunalverband mit der ihm zustehenden Buttermenge zu beliefern. Statt Butter soll daher in dieser Woche Auslandsfett zur Verteilung kommen. — Im Schleichhandel ist sowohl Milch wie Butter erhältlich. Allerdings zu Preisen, die nur Kriegsgewinnler zahlen können.

Genosse Agnes verhaftet. Der Vorsitzende des Düsseldorfer Arbeiterrats, der Gewerkschaftsführer Agnes, Gatte des Mitglieds der Nationalversammlung, wurde in Köln mit seinen beiden Söhnen von den Engländern verhaftet, angeblich, weil er Bolschewist sei. Agnes befand sich mit seinen Kindern auf der Fahrt zu seinem Vater in Euskirchen, wo sein Vater auf dem Sterbebette liegt.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin? Für Berlin soll die Aufhebung des Belagerungszustandes bevorstehen. Die Deutsche Allg. Zeitung teilt mit: „Das Reichskabinett hat die Aufhebung des Belagerungszustandes beschlossen. Indessen handelt es sich hier nicht nur um eine Reichs-, sondern auch um eine preußische Angelegenheit. Mithin muß sich auch das preußische Staatsministerium mit der Frage beschäftigen. Wir erfahren hierzu, daß das in den allernächsten Tagen der Fall sein wird, und daß das preußische Staatsministerium voraussichtlich zu demselben Ergebnis gelangen wird, wie das Kabinett."

Landratsgehalt. In einer Regierungszeitung lesen wir: „In einem Teil der Presse wird bemängelt, daß der Landrat in Breslau, der Mehrheitssozialdemokrat ist, ein Gehalt von 14 400 Mark bezieht. Diese Summe erscheint einem Teil der Presse übermäßig hoch.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Teuerung und bei der Entwertung des Geldes Gehaltssätze anders zu beurteilen sind, als früher. Außerdem wird uns aber von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß den Landräten allgemein jetzt Zuschüsse für die Bureaus und Repräsentationsunkosten zugewiesen werden. Mit der Parteizugehörigkeit des Breslauer Landrats hat also die Gehaltsfestsetzung gar nichts zu tun."

Bemerkungen erübrigen sich.

Amerikanische Streikführer unter Anklage. Aus Indianapolis meldet eine Depesche: 84 Führer des Verbandes der amerikanischen Bergarbeiter, darunter der Präsident Lewis und Sekretär Groeel, wurden der verbrecherischen Mißachtung des Gerichts durch Uebertretung des Verbots für die Arbeiterführer, am Kohlenstreik teilzunehmen, angeklagt.

Wahlreform in Norwegen. National Tidende meldet aus Christiania. Das Storthing beendete die Beratung des Wahlgesetzes und beschloß mit 92 gegen 34 Stimmen die Einführung des Verhältniswahlsystems sowie die Erhöhung der Zahl der Storthingmitglieder von 126 auf 150.

Awalow-Bermondt entlarvt. Der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune in Riga telegraphiert, man habe bei Oberst Bermondt in Mitau Briefe und Papiere gefunden, die den Beweis lieferten, daß er im Einverständnis mit Koltschak, Denikin und Judenitsch gehandelt habe. Ein Brief des Generals Judenitsch teile dem Obersten mit, daß er aus politischen Gründen gezwungen sei, eine Proklamation gegen ihn zu erlassen, um ihn als Verräter an seinem Land anzuklagen, daß er aber diese Anklage nicht ernst nehmen solle. Man habe auch Briefe und Papiere gefunden, die bewiesen, daß Denikin, Koltschak und Bermondt ein gemeinsames militärisches und politisches Programm gehabt hätten.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

4] **3. Verhandlungstag**

Leipzig, 3. Dezember 1919.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte im Auftrage der Parteileitung Gen. Crispien, über die gestrige Geschäftsordnungsdebatte habe eine Beratung in den leitenden Körperschaften stattgefunden. In allen grundsätzlichen Anschauungen sei Uebereinstimmung im Parteivorstand. Nur in taktischen Fragen beständen Differenzen. Die Unterredung mit dem Führer der Kommunisten sei eine private Angelegenheit der betreffenden Genossen. Nach Möglichkeit sollen besondere Konferenzen vermieden werden, sachliche Differenzen müßten vor der Oeffentlichkeit der Partei ausgetragen werden.

Die Diskussion über den Vortrag des Genossen Crispien beginnt: Däumig spricht seine volle Uebereinstimmung mit Crispiens Ausführungen aus. Wenn je eine Tagung der sozialistischen Bewegung eine Klärung bringen müsse, so die jetzige. Wir haben den dringenden Wunsch, gemeinsam zu arbeiten. Dazu ist aber notwendig, alles über Bord zu werfen, was an die opportunistische Politik der alten Partei erinnert. Durch die Katastrophe des Krieges ist der Gegensatz zwischen Reformsozialismus und revolutionärem Sozialismus zum Ausdruck gekommen. Jetzt vollzieht sich die organisatorische Trennung im Proletariat der ganzen Welt. Die historische Aufgabe dieses Parteitages ist, zu erklären, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine revolutionär sozialistische ohne jede Einschränkung ist. Wir verstehen den revolutionären Sozialismus nicht im Heugabelsinne. Wir verstehen darunter die Einsicht und den festen Willen, in der heutigen Situation mit aller Energie und so schnell wie möglich, den Sozialismus in die Tat umzusetzen.

Däumig führt weiter aus: Das Rätesystem soll nicht das Etikett zu einer neuen Organisation abgeben, sondern es sei im Zusammenhang mit den anderen Problemen zu betrachten, der Diktatur des Proletariats, Sozialisierung usw. Mit bewußter Einseitigkeit sei von ihm und seinen Freunden das Rätesystem in den Vordergrund gezogen worden, selbst auf die Gefahr hin, anscheinend den Konkurrenzorganisationen nicht zu gefallen. Noch niemals sei ein Proletariat so wenig vorbereitet in eine Revolution eingetreten wie das deutsche, das nun reif für die revolutionäre Arbeit zu machen sei. Der Weltkrieg sei der Uebergang zu der Weltrevolution gewesen. Die Weltrevolution allgemein und die Sozialrevolution, in der wir in Deutschland stehen, sei kein Vorgang, den man mache und so weisen es auch die Vertreter des Rätesystems ab, die Revolution machen zu wollen. Umsomehr soll die Entwicklung im sozialistischen Sinne beeinflußt und in sozialistische Bahnen gelenkt werden. Das sei die Aufgabe einer wirklich revolutionären Partei. In der bisherigen Arbeit der Sozialdemokratie haben sich der Widerspruch zwischen der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und der praktischen Arbeit, die Opportunismus gewesen sei, gezeigt. Vor dem Kriege habe die politisch-parlamentarische Betätigung im Vordergrund gestanden. Massenstreik und Massenaktionen seien niemals über das Stadium der Erörterungen hinausgekommen. Wir befinden uns heute in einer Situation, in der alles Kokettieren mit dem Opportunismus abgelehnt werden muß. Das Rätesystem wolle die Partei nicht aus der Welt schaffen, denn solange es Klassengegensätze gäbe, solange werde es auch politische Parteien geben. Die Vertreter des Rätesystems hätten keinen sehnlicheren Wunsch, als daß die U. S. P. zur geistigen Führerin und Lehrerin des revolutionären Sozialismus werde. Alle Kampfmittel müßten in diesem Kampf angewandt werden. Der Endkampf könne aber nur mit einem Kampfmittel geführt werden. Die Arbeiterklasse müsse über die engeren Partei- und Berufsorganisationen hinausgeführt werden. In revolutionären Situationen gelte nicht das Mitgliedsbuch, sondern nur das revolutionäre Bewußtsein und der revolutionäre Wille. Jetzt sei das Parlament nicht mehr das ausschlaggebende Kampfmittel. Die Wahlen müßten zur revolutionären Aufklärung der Massen benutzt werden. In der gegenwärtigen Epoche hätten die Parlamentsvertreter die Aufgabe, der Regierung und den Rechtssozialisten die Maske vom Gesicht zu reißen. Es könnten Situationen eintreten, in denen das Hinausgehen aus den Parlamenten revolutionärer sei, als das Drinbleiben. Die Vertreter des Rätesystems hätten niemals die Forderung aufgestellt: Heraus aus den Gewerkschaften. Die Beziehungen der Räte zu den Gewerkschaften haben wir immer so aufgefaßt, daß die Gewerkschaften revolutioniert werden müssen.

Bei der engen Durchdringung wirtschaftlicher und politischer Motive ergab die Auffassung von den Gewerkschaften der Vorkriegszeit eine völlige Umwälzung. Es wäre verfehlt, wollte man angesichts der 6½ Millionen Gewerkschaftsmitglieder die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften!" unter die Masse werfen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften sehen wir weiter darin, daß die alte Berufsorganisation nicht mehr anerkannt, sondern daß heute der Industrieverband die gegebene Organisationsform ist. Wo liegen da die syndikalistischen Tendenzen? Es ist bis heute noch keine Klarheit in unserer Partei, zu welchem Rätesystem man sich bekennt: zu dem Betriebsrätesystem der Regierung, das die Vorstufe zu den Arbeitsgemeinschaften darstellt, oder dem revolutionären Rätesystem. Wir müssen uns die revolutionäre Situation des letzten Jahres genau ansehen. Politisch wird sie beherrscht von der Reaktion, ökonomisch und sozial bleibt sie ein Weiterschreiten der sozialen Revolution. Diese müssen wir bewußt weiter treiben, und das ist die Aufgabe einer revolutionären Partei. Wir stehen mitten drin in der Weltrevolution. Unsere Aufgabe ist es, unsere Bestimmung zu erfüllen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Seger-Leipzig erklärt sich mit dem Vorschlag Crispiens zur Umarbeitung des theoretischen Teils des Parteiprogramms einverstanden, hält dasselbe auch für den praktischen Teil für notwendig. Das Erfurter Programm, ja, sogar das Kommunistische Manifest, werden solange Bestand haben, als der Kapitalismus besteht. Solche Programme sind tief ins Bewußtsein der Masse gedrungen. Ich vermisse in Crispiens Ausführungen die Erfahrungen, die seit der Revolution in taktischen Fragen gemacht wurden. Es hätte mit aller Deutlichkeit gesagt werden müssen, daß auch den Genossen, die im Rätesystem und im Antiparlamentarismus nicht das Allheilmittel suchen, nicht die revolutionäre Ueberzeugung abgesprochen wird. Mit den Tatsachen ist zu rechnen. Auch unsere Politik muß die Politik des Möglichen sein. (Lebh. Widerspruch). Besonders die Diktatur ist so eine Art Glaubensbekenntnis (Jawohl.) Aber sich auf Marx zu berufen, ist ganz unerhört. (Lebh. Widerspruch.) Der Begriff Diktatur des Proletariats hat bei Marx den Sinn, daß das Proletariat als Klasse der Bourgeoisie gegenübertritt, nicht als einzelne Gruppe. Man darf nicht gegen den Gedanken des Parlamentarismus ankämpfen, auch das Räteparlament ist ein Parlament, wenn auch zu andern Zwecken. Durch Dekrete schafft man nichts. Glaubt man, daß man diese Stützpunkte im revolutionären Kampf wird entbehren können? (Jawohl!) Viel wichtiger als der Kampf nach rechts ist der Kampf nach links, denn von dort droht die Gefahr! (Widerspruch.)

Schwaninger-Mannheim: Es lag nicht allein an der mangelnden Schulung und Erkenntnis, daß 1914 und 1918 die Mißerfolge eintraten. Die Führer haben nicht alles getan, was nötig war. Durch unser Nachgeben ist das Proletariat noch tiefer ins Elend gesunken. Eine wirtschaftliche und politische Räteorganisation muß sofort kommen. Keiner im Saale ist wohl gegen die Einigung. Aber ich kann die Anschauungen Seegers nicht begreifen, der den Kampf nach links will. (Sehr richtig!) Die Parteileitung hätte schon lange die Fühlung nach links übernehmen müssen. Sind denn hier keine Einigungsmöglichkeiten gegeben? Wir müssen dazu kommen. Wir wollen den Parlamentarismus weder überschätzen noch unterschätzen. (Bravo!)

Oelsner-Halle: Daß über die Diktatur des Proletariats heute noch Unklarheit herrscht, kann ich nicht verstehen. Er wendet sich scharf gegen Seeger unter lebhaftem Beifall des Parteitages. Wir stellen uns doch nicht die Diktatur des Proletariats als die Diktatur der Minderheit vor. Redner erinnert an die Noskeschande im Kilianprozeß, an die Verfolgung der Teilnehmer am mitteldeutschen Generalstreik acht Monate nach der Bewegung, entgegen dem ausdrücklichen Versprechen von Scheidemann, daß keine Maßregelung stattfinden soll. Und da spricht man von Einigung. Die Arbeiter in Mitteldeutschland stehen restlos hinter uns, dem linken Flügel der U. S. P. In den Ausführungen des Genossen Adler hat mich gefreut, daß es den österreichischen Genossen gelungen ist, die Volkswehr zu schaffen zum Schutze der Republik. Die Noskegarde ist eine Avantgarde des Kapitalismus. Das zeigt uns die Bitterfelder Bewegung. Es ist heiligste Aufgabe des Sozialismus, den rücksichtslosen Klassenkampf zu führen und die Diktatur des Proletariats zu vertreten. (Bravo!)

Dißmann-Frankfurt a. Main gibt seiner Freude Ausdruck über die volle Uebereinstimmung sowohl mit dem Referat Crispiens als auch mit den Ausführungen Däumigs. Das Aktionsprogramm wünscht er einer Redaktionskommission zur besseren Vereinheitlichung zu übertragen. Gen. Däumig hat Recht, dort Reformismus, hier revolutionärer Sozialismus, das ist der Kern, um den sich alles dreht. Die Diktatur des Proletariats ist nichts Neues, sie ist durch das Kommunistische Manifest Gemeingut der Sozialisten geworden. Anders das Rätesystem, das die praktische Verwirklichung der Diktatur des Proletariats bedeutet. Gen. Dißmann weist auf die früheren Streitigkeiten innerhalb der Partei hin, um zu beweisen, daß der revolutionäre Sozialismus auch keine Sache von heute ist. (Sehr richtig!) Der falschen Auslegung des Rätesystems macht das jetzige Aktionsprogramm ein Ende. Wenn wir die Diktatur des Proletariats durch die Räte in der Uebergangsperiode wollen, müssen andere Wege gefunden werden. Weder die Räte, noch die Partei, noch die Gewerkschaften sind ein Ziel, sie alle sind Wege zu einem Ziel. (Lebhafter Beifall.) Was wir auf dem Gebiete der Räte erreichen wollen, müssen wir durch den Kampf erringen. (Sehr richtig!) Die Diktatur muß ausgeübt werden von denen, die auf dem revolutionären Kampfesboden stehen. Planmäßig haben die Rechtssozialisten es fertig gebracht, die Arbeiterräte zu sprengen und zu diskreditieren. Ueber Mehrheit oder Minderheit zu streiten, ist lächerlich. Nein, sind

wir der Ueberzeugnng, daß es so weit ist, dann heran. (Stürmischer Beifall!) Dißmann schließt mit einer energischen Aufforderung an alle, auf dem Boden des neuen Aktionsprogramms den Kampf zu führen und erntet den lebhaften Beifall des Parteitages.

Eisel-Berlin begründet einen Antrag auf entschädigungslose Enteignung des Besitzes. Er hält es für notwendig, enger an die Massen heran zu kommen und sie zu führen zum Gesamtkampf. Zwei Probleme gilt es vor allem zu lösen: Kommen wir zur Macht, wem übertragen wir die Verwaltung und wie regeln wir in der Revolution die Verwaltung? (Beifall!)

Politische Rundschau

Deutschland

2) Der Marloh-Prozeß

Vors.: Haben Sie das Jammern der Leute gehört? Angekl.: **Ja, nach den ersten Salven ertönte furchtbares Geschrei, darauf setzte Schnellfeuer ein, daß drei bis vier Minuten dauerte.** Vors.: Sie haben dann über die Vorgänge einen Bericht aufgesetzt. Angekl.: Den ersten Bericht **zusammen mit dem Staatsanwalt Zumbroich.** Er enthielt die volle Wahrheit. Diesen Bericht gab ich an meine vorgesetzte Dienstbehörde weiter. Auf Fragen des Vorsitzenden erklärt Marloh, daß dieser Bericht **verschwunden sei.** Angekl.: Mitte März hat mir Oberleutnant von Kessel erklärt, daß im Staatsinteresse aus meinem ersten Bericht der Hinweis auf die Befehle meiner Vorgesetzten wegfallen müsse. Es ist nun von Marloh und von Kessel ein zweiter Bericht hergestellt, der zu den Akten gegeben wurde, **aber aus diesen nachträglich entfernt worden ist.** Angekl.: Ich kann mich nur darauf besinnen, daß der dritte Bericht von Staatsanwalt Weismann im Beisein von Oberst Reinhard und mir angefertigt wurde. **Ich war darüber, daß dieser dritte Bericht nicht der Wahrheit entsprach, so erregt, daß ich äußerte: „Es ist zwar eine Gemeinheit, aber ich tue es im Staatsinteresse."** — Im weiteren Verlauf der Vernehmung fragt der Vorsitzende, von wem Marloh zur Flucht aufgefordert worden sei. Angekl.: **Seit Mitte Mai drängte mich Oberleutnant von Kessel beständig zur Flucht.** Er erklärte, daß es im **vaterländischen Interesse** liege, wenn meine Flucht eine Verhandlung unmöglich mache. Von ihm habe er auch **die gefälschten Urkunden** erhalten und zunächst 5000 **Mark Bargeld.** Den Steckbrief will Marloh für reine Formsache gehalten haben. Er flüchtete zunächst nach Merbach am Bodensee, und als es ihm dort zu langweilig wurde, nach dem Baltikum, um sich dort „vaterländisch" zu betätigen. In Leipzig wurde er aber von einem Untergebenen erkannt und verhaftet. Als sich Marloh von seinen früheren Vorgesetzten im Stich gelassen sah, beschloß er, nun die reine Wahrheit zu sagen und erklärte, daß er auf Befehl gehandelt habe. Die Vernehmung des Angeklagten war damit beendet. — Nach der Pause wurden zunächst die Sachverständigen vernommen, welche übereinstimmend erklärten, daß der § 51 des Strafgesetzbuches nicht in Frage komme, daß Marloh aber andererseits an echten Dämmerzuständen leide und sich infolge seiner schweren Kopfverletzung und einseitigen Erziehung leichter in bestimmte Ideen verrennen kann, als andere Menschen. Als erster Zeuge wird Hauptmann Arno Moiczitsitz, der **Chef der Spitzelabteilung von Noske,** vernommen. Er bekundet, die Volksmarine-Division galt den Offizieren als die gefährlichste revolutionäre Truppe, weil sie ein geschlossener gut bewaffneter Verband war. Die sehr zurückhaltende Aussage des Hauptmanns ergibt, daß der Löhnungsappell von Spitzeln gemeldet war. Es hat sogar den Anschein, als ob die Abhaltung des Löhnungsappells **von diesen dunklen Elementen direkt angeregt worden ist,** um den Angehörigen der Volksmarine-Division eine Falle zu stellen.

Nach dem Hauptmann Moiczisitz wird der ehemalige Personalchef der Volksmarinedivision Karl Halwes vernommen, der den Nachweis zu führen sucht, daß die erschossenen Zahlmeister nicht nur das Recht hatten, Waffen zu tragen, sondern geradezu gezwungen waren, ihren Leuten nicht ohne Waffe gegenüberzutreten. — Vors.: „Sind Ihnen nicht von einzelnen Leuten der Volksmarinedivision Zumutungen bezüglich der Rekonstruktion der Truppe gemacht worden?" — Zeuge: „Nein. Wenn ich jemanden traf, der mich fragte, was nun wäre, habe ich stets geantwortet: Das sei noch nicht klar?" — Vors.: „War denn der Apell am 11. März von irgend einer Dienststelle, zum Beispiel der Kommandantur, genehmigt?" — Zeuge: „Offiziell von der Kommandantur nicht. Aber der Kommandeur Müller arbeitet mit der Kommandantur. Ich war lediglich Befehlsübermittler." — Vors.: „Hat Müller eine militärische Dienststelle von dem Appell benachrichtigt?" — Zeuge (nach einigem Besinnen): „Nein." Der Zeuge schildert dann weiter, daß er dem erschossenen Zahlmeister Jacobowski selber geraten habe, seine Waffe mitzunehmen, um gegen Zwischenfälle in der Kasse geschützt zu sein.

Der ehemalige Kommandant der Republikanischen Soldatenwehr, Müller, ließ den zu entlassenden Leuten mitteilen, daß sie ihre rückständige Löhnung am 11. März in der Französischen Straße abholen könnten. Eine Gefahr habe er in diesem Appell nicht gesehen. — Vors.: „Da Sie dem Korps Lüttwitz unterstanden, hätten Sie die Kommandantur von dem bevorstehenden Appell benachrichtigen müssen. Ich stelle fest, daß das nicht geschehen ist und Herr Müller eigenmächtig gehandelt hat." Der Vorsitzende hält dann Müller vor, daß er Waffenscheine für Mitglieder der Marinedivision unterschrieben und nicht nur für das Zahlmeisterpersonal Unterschrift gegeben habe. Es sei damals eben von verschiedenen Stellen übereinander verfügt worden.

Der ehemalige Stadtkommandant Klawunde schildert, wie er nach der Französischen Straße gerufen wurde. „Auf dem Flur standen die Gefangenen in zwei Gliedern die Treppe hinauf und riefen: **„Herr Kommandant, helfen Sie uns, wir sollen erschossen werden!"** Ich ging dann die Treppe hinauf und stellte mich Oberleutnant Marloh vor. Er erklärte mir, den Befehl zu haben, die Volksmarine-Division zu entwaffnen und festzunehmen. Er äußerte sich auch: „Ich habe Erschießungen vorzunehmen." Ich entgegnete ihm erregt, daß er so etwas nicht tun dürfe. Marloh antwortete, **daß es sich um Plünderer und Verbrecher handle.** Ich erwiderte ihm jedoch, er müsse in diesem Falle eine ordentliche Gerichtsverhandlung einleiten. Darauf wurde mir die Antwort: **„Ich handle auf Befehl!"** Ich hatte den Eindruck, daß Oberleutnant Marloh die Erschießungen auf Befehl vornehmen wollte, und das Gefühl, als ob Marloh unter einem Zwang handle. Er war aufgeregt und der Schweiß lief ihm den Kopf hinunter. Ich sagte ihm: „Wie können Sie nur schießen lassen?" Da antwortete er mir: „Ein Teil der Leute hat sich zur Wehr gesetzt, ein anderer Teil hat geplündert." **Am Abends des 11. März beantragte ich beim Reichswehrminister Noske Untersuchung wegen des Vorfalles in der Französischen Straße** und verlangte, daß die Freiwilligen-Truppen zurückgezogen würden. Das versprach Noske innerhalb 48 Stunden zu tun. Nach einigen Tagen bat ich den Kriegsgerichtsrat Kurtzig zu mir und ließ von ihm den **Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission formulieren.** Eine Antwort habe ich auf diesen Antrag **nicht bekommen."** — Vors.: „Waren die Erschießungen schon vorbei, als Sie kamen?" — Zeuge: „Ja, denn Marloh sagte zu mir: Gehen Sie vorn herunter und nicht hinten, da liegen die Erschossenen." — Staatsanwalt: „Der Angeklagte soll Ihnen gegenüber eine ganz prägnante Aeußerung getan haben, die man nie wieder vergißt?" — Klawunde kann sich auf das Wort nicht entsinnen. — Der Vorsitzende stellt aus dem Protokoll fest, daß Marloh auf den Einwand Klawundes, er dürfe keine Erschießungen vornehmen, geantwortet habe: **„Es herrscht Standrecht!"** — Zeuge: „Jawohl, das ist **richtig."** — Rechtsanwalt Grünspach: „Haben Sie Noske auch mitgeteilt, daß Marloh Ihnen gesagt hat, er handle auf Befehl? Haben Sie den Eindruck gehabt, daß Noske von den Erschießungen schon wußte?" — Zeuge: „Noske hat auf mich nicht den Eindruck gemacht, daß er etwas wußte." — Rechtsanwalt Grünspach: „Haben Sie den Bescheid bekommen, daß eine Untersuchungskommission eingesetzt ist?" — Zeuge; „Nein."

Damit wird die Verhandlung vertagt.

Ausweisungspraxis in Frankfurt am Main

In Frankfurt am Main wurde vor 14 Tagen das Polizeipräsidium von Nosketruppen erstürmt und der Rechtssozialist Ehrler, ein willfähriges Werkzeug der Regierung, als Polizeipräsident eingesetzt. Bis dahin befand sich das Präsidium in den Händen des revolutionären Proletariats und der Posten des Polizeipräsidenten wurde jeweils ausgeübt unter der Kontrolle, einer in den Revolutionstagen bestellten Präfidialkommission und der Exekutive des Arbeiterrates, welche zu gleichen Teilen aus Rechtssozialisten und Mitgliedern der U. S. P. D. besetzt war. Der bisherige Polizeipräsident, Rechtssozialist Harries, hatte bis dahin ehrlich seinen Posten im Sinne seiner Auftraggeber ausgeübt. Insbesondere hat er sich wiederholt geweigert, dem Verlangen der Regierung auf Anweisung politisch Mißliebiger zu folgen. Einmal schrieb er wörtlich nach Berlin zurück: „Es fällt mir nicht ein, mich zur Hure eurer reaktionären Bestrebungen zu erniedrigen." Einen solchen Polizeipräsidenten konnte man natürlich nicht dulden und deshalb wurde er mit Hilfe seiner eigenen Parteiorganisation beseitigt. Dem neuen Polizeipräsidenten sind solche Gewissensbedenken jedoch fremd. Dieser Tage erhielt ein junger Student Hch. Süßkind stud. jur. einen Ausweisungsbefehl zugestellt, mit der Aufforderung, binnen drei Tagen das Gebiet des preußischen Staates zu verlassen. Der Ausgewiesene hat sich nie das Geringste zuschulden kommen lassen; er war nie in irgend einer Weise etwa wegen politischer Vergehen bestraft. Das einzige, was ihn vielleicht unliebsam gemacht haben könnte, ist seine kommunistische Ueberzeugung. Er ist aber nie politisch hervorgetreten. Die Ausweisung erfolgte ohne Angabe von Gründen. Der Umstand, daß der Ausweisungsbefehl auf einem vorgedruckten Formular ausgestellt war, läßt darauf schließen, daß noch mehr aufrechte Menschen den Weg der sozialdemokratischen-zentrümischen-demokratischen Herrlichkeit zu spüren bekommen.

In und um Elbing

Die Kohlen werden noch teurer

In der Zechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wurde gemäß dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Reichskohlenverband von dem Reichswirtschaftsminister eine vom 1. Dezember d. J. ab gültige Preiserhöhung festgesetzt. Sie beträgt 7,50 Mark je Tonne ohne Kohlen- und Umsatzsteuer mit Abstufungen für die entsprechenden Kohlen- und Kokssorten und für Briketts.

In England sind die Preise für Hausbrandkohle kürzlich wesentlich herunter gesetzt werden. In Deutschland hält mans umgekehrt für recht. Und nicht nur mit Kohle, mit allem anderen geht es ebenso. Die Preissteigerungen müssen bei Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten mit Naturnotwendigkeit Lohnforderungen nach sich ziehen. Ein Existieren bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen ist nicht möglich, denn in den letzten drei Monaten haben die Verhältnisse sich gewaltig zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung verändert.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens auf die ganz unzureichende Brennstoffversorgung Elbings hingewiesen. Steinkohle für den Hausbrand erhält der private Bezieher überhaupt kaum. Es gibt nur die minderwertige Braunkohle und dazu völlig unzureichend. Mit zwei Briketts täglich soll man heizen und mit zweien kochen. Eine Zumutung, die direkt lächerlich wirkt. Der Hinweis auf Holz oder Torf als Ersatzmittel ist nicht angebracht. Die Preise sind so hoch, daß sie für viele unerschwinglich sind. Der Magistrat muß der Regierung ganz energisch auf die Bude rücken. Vorräte sind in Haushaltungen der armen Leute nicht vorhanden. Ein oder zwei Wochen strenge Kälte, die doch täglich eintreten können, würden uns einer Katastrophe entgegentreiben.

Hackfruchternte und Erwerbslose

Aus den Kreisen der Arbeitslosen wird uns geschrieben: In der Nummer 285 der Elbinger Zeitung wird den Erwerbslosen die Schuld beigemessen, daß die Hackfruchternte noch in der Erde sitzt. Daß die Agrarier die Schuld allein trifft, das fällt dem intelligenten Artikelschreiber garnicht ein. Im Oktober, wie es an der Zeit war, wurden die Arbeitslosen verhöhnt. In der Nähe Elbings wurden Kartoffelgräber verlangt, und die Entlöhnung war folgende: **Akkord für den Scheffel 50 Pfennig, Spaten, Korb Sack und Schlafdecken mitbringen.** Wer kann unter solchen Bedingungen Arbeit annehmen, ohne Gefahr zu laufen, im Elend umzukommen? Der Arbeiter soll gezwungen sein einziges Kapital, die Arbeitskraft, hergeben, aber der Großgrundbesitzer muß geschont werden, ganz gleich, ob die Ernte verdirbt. Der Regierungspräsident sollte nicht auf schärfste Anwendung der Bestimmungen den Erwerbslosen gegenüber hinweisen. Eher wäre es angebracht, den Agrariern gegenüber anders aufzutreten, welche die Ernte jetzt noch im Boden haben und ihnen das Land zu nehmen. Wie die Arbeitslosen ausgenutzt werden, zeigt folgendes: Fischbach & Comp. sucht hier 50 Arbeiter zum Stubbenroden. Für den Raummeter gibt es 9 Mark, Unterkunft und Verpflegung ist vorhanden. Also ganze 9 Mark gibt es fürs Ausgraben, Spalten und Aufsetzen! Wenn man hierbei das Essen verdient, dann hat man viel. Für einen Lohn zu arbeiten, für den es kaum möglich ist, Essen zu beschaffen, kann wohl niemand zugemutet werden. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert und der Arbeitslose doch ist nicht so ganz der Faule, als der er immer hingestellt wird.

Lohnregelung in der Elbinger Großindustrie

Im Rathaussaal fanden heute vormittag Verhandlungen zwischen den Vertretern der Elbinger Industriearbeiter sowie den Vertretern der Arbeitgeber unter Vorsitz des Oberpräsidenten Herrn Winnig statt. Ein Vergleichsvorschlag des Oberpräsidenten wurde den Parteien zur Annahme empfohlen, der für Elbing die II. Lohnklasse vorsieht unter Anerkennung der von den Richtlinien geforderten Lohnsätze. Ueber die Verhandlungen werden wir berichten.

Spart mit dem elektrischen Strom

Die erlassenen Vorschriften über die Einschränkung im Verbrauch elektrischer Energie und die wiederholten Mahnungen zu sparsamster Verwendung elektrischer Beleuchtung bleiben leider nicht nur unbeachtet, sondern es ist eine weitere starke Belastung zu verzeichnen. Dieser Zustand hat bereits wiederholt zu Störungen immer größeren Umfangs geführt und wird bald zum vollständigen Versagen der elektrischen Beleuchtung führen. Allen Abnehmern kann nur empfohlen werden, sich mit Ersatzbeleuchtung zu versehen, soweit sie nicht Gasbeleuchtung benutzen können. In der Zeit von Beginn der Dunkelheit bis 6 Uhr abends ist elektrische Beleuchtung nicht oder nur in dringenden Fällen zu benutzen. Auf die erlassenen Vorschriften für Gastwirtschaften, Hotels usw., welche elektrische Beleuchtung vor 8 Uhr abends nicht verwenden dürfen, sowie auf die Bestimmung des Ladenschlusses um 4½ Uhr wird nochmals hingewiesen. Abnehmer, welche die erlassenen Vorschriften nicht beachten, werden jetzt ohne vorherige Warnung vom Leitungsnetz abgetrennt.

Positive Arbeit für den Sozialismus

Auf einen Aufruf, der von Professor Ballod, Eduard Bernstein, Dr. Alfons Goldschmidt, Herbert Löwing, Artur Saternus und Hugo Simon unterzeichnet war, hat sich kürzlich in Berlin eine **Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonomen** gebildet. Nicht als Vertretung von Berufs- und Standesinteressen, sondern zur wissenschaftlichen Erforschung der Mittel für die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft, insbesondere der Sozialisierung und des Rätegedankens. Diese Probleme sollen in lebendigem Zusammenwirken mit den sozialistischen Berufsorganisationen, Räten, Gewerkschaften und Genossenschaften ihrer praktischen Lösung entgegengeführt werden. Auch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonomen arbeiten Praktiker und Theoretiker der Volkswirtschaft zusammen. Von bekannten Genossen und Genossinnen aller sozialistischen Richtungen haben sich ihr ferner angeschlossen: Julian Borchardt, Kaliski, Klingelhöfer, Kranold, Benno Marx, Ilse Müller-Oestreich, Adele Schreiber, Ströbel, und Wally Zepler.

Meldungen zur Mitarbeit werden erbeten an den Geschäftsführer **Herbert Löwing, Berlin-Steglitz, Feldstr. 16.**

Warnung vor einer Schwindlerin

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Elbing, teilt sämtlichen Bewohnern der Stadt Elbing mit, daß von einer Frau mit großer schwarzer Tasche Sammlungen für Waisenkinder vorgenommen werden. Sie gibt an, vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten geschickt worden zu sein. Der Reichsbund bittet, dieser Schwindlerin nichts auszuhändigen. Sofern um Spenden nachgesucht wird, sind die betreffenden Damen dann auch mit gestempeltem Ausweis des Reichsbundes versehen.

Der arme Konrad

Plötzlich eingetretene technische Schwierigkeiten verhinderten uns heute an der Herausgabe unserer Unterhaltungsbeilage. Sie wird Montag erscheinen. Wir bitten die Leser um Nachsicht.

Lohnbewegung der Danziger Werftarbeiter

Die Danziger Werftarbeiter sind in eine Lohnbewegung getreten. Wir werden ihre Forderungen Montag im Wortlaut mitteilen.

Ostdeutsche Nachrichten

Eisverhältnisse und Schiffahrt

Zu diesem Thema schreibt die Danziger Zeitung: Strenger Frost hat uns viel früher als gewöhnlich und viel zu früh für die jetzige Wirtschaftslage den Schiffahrtsschluß gebracht. Inzwischen ist die schon recht stark gewesene Eisdecke durch das Tauwetter aber beinahe beseitigt worden. Die Weichsel ist vollständig eisfrei bis auf Treibeis, das gegenwärtig von Polen kommt. Dieses wird aber Mitte dieser Woche vollständig verschwunden sein. Dann würde der Aufnahme des Verkehrs auf der Weichsel nichts mehr im Wege stehen. Allerdings wird ein nennenswerter Verkehr nicht zustande kommen, da eine Fahrt nach Warschau nicht mehr riskiert werden kann. Es werden nur noch diejenigen Schiffer, die vom Frost im fremden Hafen überrascht wurden, ihre Reise nach dem Heimatort fortsetzen. Dagegen wollen die Reedereien noch den regelmäßigen Verkehr nach Elbing und Königsberg aufnehmen, sobald es die Witterung gestattet. Allerdings liegt auf dem frischen Haf das Eis noch so fest, daß man gegenwärtig den Verkehr noch nicht aufnehmen kann. In der vorigen Woche waren die Fischer noch auf dem Eise tätig. Auf den zum Hafen führenden Weichselarmen kann man dagegen vielleicht Anfang nächster Woche schon den Dampferverkehr in Gang bringen. Auf den ostpreußischen Gewässern liegt überall noch Eis, das vielleicht kaum schnell genug verschwinden wird, um in diesem Jahre die Schiffahrt aufzunehmen. Insbesondere auf dem Kurischen Haff ist das Eis noch sehr stark, so daß dort an Aufnahme des Schiffsverkehrs überhaupt noch nicht zu denken ist.

Briefkasten der Redaktion

Genosse, Talstraße. Bezüglich Ihrer Anregung wegen der Fremdwörter werden wir sehen, was sich tun läßt. Vor Neujahr wird allerdings kaum etwas zu machen sein.

O. D. Zum Schadenersatz für den überfahrenen Hund dürften Sie verpflichtet sein. Mindestens ist ein Prozeß auch bei günstigem Ausgang mit soviel Widerwärtigkeiten verknüpft, daß eine gütliche Einigung vorzuziehen ist. Die Steuer von Ihnen zu verlangen, hat die Frau kein Recht. Das muß sie mit dem Magistrat abmachen.

Praktische Weihnachts-Einkäufe

besorgt man vorteilhaft
im

Kaufhaus D. Loewenthal.

Besonders beachtenswert:

Gediegene Wintermäntel — Kostüme aus reellen reinwollenen Stoffen Fertige Kleider — Blusen einfacher und feinerer Art — Damenputz Kindermäntel — Schuhwaren — Fertige Herren-Anzüge und Ulster Hüte u. Krawatten — Warme Unterzüge — Schirme — Stöcke — Dauerwäsche — Teppiche — Haus- u. Küchenmöbel — Damen-Ledertaschen u. v. a.

Wir sind trotz gewaltiger Preissteigerung infolge rechtzeitiger Einkäufe noch in der Lage,

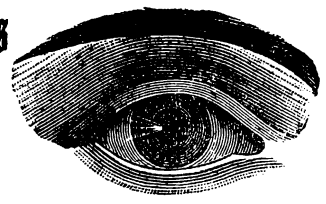
preiswerte Angebote zu machen.

Freude und Jubel in jeder Familie
erweckt zur **Kürzung der Langenweile** ein gut spielender
Sprechapparat mit neuesten **Platten.**

Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung
Elbinger Platten-Centrale **Hans Tischmann**

Empfehle mein Lager in **gut gepflegten**
Zigarren, Zigaretten
Weinen und Spirituosen
Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Geht's Dein Aug' an



Geh' zu Müller 'ran

Optische Centrale, Elbing,
Fischerstraße 32/33. Fernruf 987.

Elegante Herren und Damen-Garderoben nach Mass

Eilbestellungen
welche noch
bis zum 13. 12. eingehen
werden noch bis zum Fest
: ausgeführt
Wie bekannt guter Sitz : Beste Verarbeitung.

Ernst Doebel
Spieringsstrasse 16

Das
Konfektionshaus
zur
Goldenen Kugel

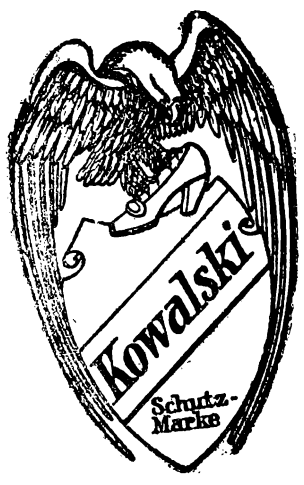
ist die billigste Bezugsquelle zum **Weihnachtsfeste** für:

Herren-Anzüge
Herren-Ulster
Herren-Joppen
Herren-Hosen
Herren-Westen
Herren-Schuhwaren
Herren-Wäsche
Kinder-Anzüge
Kinder-Ulster
Damen-Schuhe
Pelztriko-Wäsche
Kinder-Unterzüge

Konfektionshaus zur Goldenen Kugel
Inhaber
B. Powisseitsky
gegenüber dem Stadtkino.

---

1 feldgr. Sportpaletot
1 feldgr. Jackett und Weste, für mittlere Figur, billig zu verkaufen
Schwarz, Schottlandstr. 34.

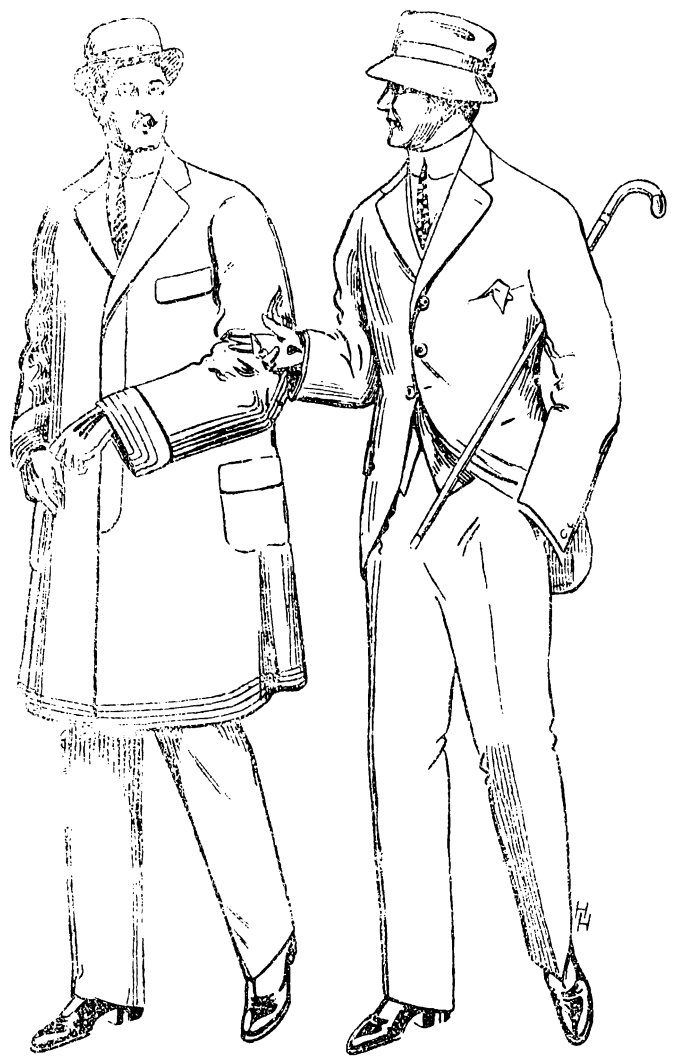


Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen

Fischerstraße 42 **Albert Kowalski** Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

Reparaturen in eigener Werkstatt schnell und sauber



Warten Sie nicht

sondern bestellen Sie jetzt Ihren

Anzug — Paletot — Ulster

Grosses Lager in prima Stoffen und Futtersachen

Sämtliche Bestellungen werden elegant u. schnellstens
unter Garantie für tadellosen Sitz angefertigt

:: Kostüme und Mäntel ::

werden elegant und schnell angefertigt

Gestreifte Hosen fertig und nach Mass in besten Qualitäten
Neu eingetroffen: **Engl. Leder- u. Cord-Hosen, pa. Arbeitshosen**

Militärsachen und Decken

werden in Zivil elegant umgearbeitet. Uebernehme gleichzeitig das Färben dieser Sachen.

Fischerstrasse 7 **J. Coper** **Fischerstrasse 7**

Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme

eingetr. G. m. b. H.

Donnerstag, den 11. d. Mts.:

Außerordentliche Generalversammlung

im Volkshaus.

Tagesordnung

1. Geschäftsbericht. 2. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat. J. A.: **Hess.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Elbing.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass der Kollege, Kupferschmied

Albert Zukowski

infolge eines Unglücksfalles im Alter von 46 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. d. Mts., vom Städtischen Krankenhause aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

die Ortsverwaltung.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 8. bis 13. Dezember 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck N**
Dienstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck O**
Mittwoch: **Ausweiskarten mit dem Buchstabenaufdruck P**
Donnerstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck Q**
Freitag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck R**
Sonnabend: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck S**

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 11. Januar 1920;
2. **Fleischkarten** für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 8. Februar 1920;
3. **Fettmarken** für die Zeit vom 29. Dezember 1919 bis 28. März 1920;
4. **Vollmilchkarten** für Kinder bis zu 6 Jahren und Personen über 75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
5. **Magermilchkarten** für Kinder über 6—12 Jahren und Personen über 65—75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
6. **Kinder-Nährmittel-Zusatzmarken** von Nr. 165—184.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 6. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Stadttheater Elbing

Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7½ Uhr:
Die verschwundene Pauline.
Schwank in 3 Akten von M. Zickel und W. Wolff.

Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von Léhar.

Abends 7½ Uhr:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von E. Millöcker.

Montag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr:
Gastspiel des Herrn John Röver-Königsberg
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Dienstag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.

Mittwoch, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Groß. Kindermärchen mit Tanz in 5 Akten von Siegmund Haak.

Uebersee-Rauchtabak

(vorzügliche Qualität)
zu dem üblich billigen Preise frisch eingetroffen.

Erich Murawski
Leichnamstraße 23.

Für den Weihnachtstisch:

Herren-Strümpfe, schwarz	Paar	6.50 Mk.	Frauenhemden und Beinkleider	in vielen Preislagen	
Wollene Socken, grau	Stück	7.50 Mk.	Fausthandschuhe	Paar 2.00	Fingerhandschuhe Paar 6.00
Herren-Trikothosen	Stück	11.00 Mk.	Flanell-Bluse, sehr gute Qualität in schönen Farben, 2 Mtr.		31.00 Mk.
Herren-Trikothemden	Stück	18.50 Mk.	Kleiderstoff, schwarz, besond. als Weihnachtsgeschenk geeignet, ca. 120 cm breit, Meter		16.50 Mk.
Gestrickte Unterjacken	Stück	22.00 Mk.	Decken ohne Kante, zum Verarbeiten von Mänteln in verschiedenen Preislagen		

Ein Posten Sportröcke, gestreifter Stoff mit Knöpfen garniert, ein schönes Geschenk u. sehr billig, Stück 45.00 Mk.

Ein Posten Pelztrikothosen, extra dick, in allen Größen vorrätig

Nur Alter Markt 44. **Gebrüder Wolff** Nur Alter Markt 44.

Inh. Karl & Ernst Wolff.

Georgenhöhe.

Jeden Sonntag:
Unterhaltungs-Abend.
TANZ.

Hotel Stadt Elbing.

Jeden Sonntag
Konzert
sowie **humoristische Vorträge.**
Im Gartensaale
Großes Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Passenheim's Festsäle!

Jeden Sonntag
Tanzkränzchen.

Sanssouci.

Sonntag, den 6. d. Mts.:
Großes Tanzkränzchen.

Restaurant „Zur Theaterhalle"

(am Stadttheater)
empfiehlt seine Räume zum
gemütlichen Aufenthalt!

Gasthaus „Legan"

Jeden Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.

Versammlungskalender

Achtung! **Deutscher Metallarbeiterverband.** Montag, den 8. Dezember, 6 Uhr, im Volkshaus, großer Saal: **Branchenversammlung der Kesselschmiede.** Mittwoch, den 10. Dezember, abends 6 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal: **Branchenversammlung der Bauschlosser und Kleinbetriebe.**

Die Branchenleitungen.

Zirka 5000 Feldpostschachteln

darunter auch welche mit Blechdosen, sowie auch
Eierschachteln
um zu räumen, gebe ich an Wiederverkäufer sehr billig ab

Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Familien-Drucksachen

fertigt schnellstens an
Buchdruckerei Elbinger Volksstimme.

Elbinger Standesamt

vom 6. Dezember.

Sterbefälle: Heizer Karl Scheffler T. 5 J. — Rentier August Friedrich Hoffmann, 83 J.

Müllheimer

sind wieder auf dem städt. Bauhof vorrätig.
Preis 27,— Mk.
Der Magistrat.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Nr. 39. **Beilage zur Elbinger Volksstimme.** Sonnabend, 6. Dezember 1919.

Reichs-Frauenkonferenz

der U. S. P. D.

Nachmittagssitzung.

Die Diskussion über das Referat der Genossin Zietz wird fortgesetzt.

Genossin Schwärmer-Königsberg begründet die Königsberger Anträge auf politische Aufklärung der Arbeiterinnen in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen und auf theoretische und praktische Erörterung über die Umwandlung der beschwerlichen Haus- und Erziehungsarbeiten in öffentliche Arbeiten.

Törber-Mecklenburg: Die Revolution ist in Mecklenburg nicht so hitzig verlaufen wie im übrigen Deutschland. Aber durch das Anwachsen der Oppositionsparteien ist auch da die Situation gespannter geworden. Kürzlich wurde sogar eine kommunistische Versammlung in Mecklenburg gesprengt, und es ist dabei in äußerst roher Weise mit den Versammlungsteilnehmern umgegangen. Das kann auch bald den Unabhängigen passieren. Staatsminister Sivkowich meinte, daß Spartakisten wie tolle Hunde behandelt und niedergeschossen werden müßten. Durch die Haferfreigabe wird die Produktion von Brotgetreide unterbunden. Statt Zuckerrüben wird Kohl angebaut. Als von der Regierung Höchstpreise für den Kohl festgesetzt wurden, lieferten die Junker den Kohl nicht an und trieben ihre Schweine hinein. Die Behandlung und die Ernährungsverhältnisse auf dem Lande machen es den städtischen Arbeitern unmöglich, Landarbeit zu verrichten.

Mathilde Wurm-Berlin: Seit April dieses Jahres haben wir ein Frauenblatt mit jetzt rund 30 000 Abonnentinnen. In einigen Bezirken ist Die Kämpferin obligatorisch eingeführt, was sehr dankenswert ist.

Reichheim-Hamburg: Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für den Sozialismus hält die Genossin Zietz für gegeben. Aber besonders bei den subjektiven Voraussetzungen muß man doch vor allzu großem Optimismus warnen. Wenn die Revolutionierung der Hand- und Kopfarbeiter auch fortgeschritten ist, so haben wir doch auch gegenteilige Erscheinungen.

Arendsee-Berlin: Das Gefühl der internationalen Gemeinschaft, der Solidarität, muß bei den Frauen gestärkt werden. Wir müssen besonders Versammlungen in den Betrieben veranstalten, um die Frauen an der Arbeitsstelle zu erfassen. Es gilt überall darauf hinzuwirken, daß wir Verbindung mit den Arbeiterräten und Gewerkschaften bekommen.

Loose-Hettstett: Der Verrat der Rechtssozialisten macht uns die Arbeit schwer. Daß sich die besitzenden Klassen gegen die Gleichberechtigung des unehelichen Kindes wehren, ist erklärlich. Die meisten unehelichen Kinder stammen ja von den „Herren"söhnen. Unsere Aufgabe ist, geschlossen und einmütig für den Sozialismus zu arbeiten.

Kiesel-Berlin beweist, daß zahlreiche Frauen den Männern Vorwürfe über ihren Eintritt in den Streik machten und so ein Hemmungsmoment in der Bewegung bildeten.

Genossin Zietz legt folgende Resolution vor: Die erste Frauenkonferenz der U. S. P. verpflichtet die Genossinnen, alle Agitationsmöglichkeiten unter den Frauen unablässig und gründlich auszunutzen. Insbesondere gilt es, in den Betriebsversammlungen die erwerbstätigen Frauen zu erfassen und in öffentlichen Versammlungen die Aufnahme der Mitglieder und die Gewinnung von Abonnenten der Kämpferin zu organisieren.

Für die planmäßige Hausagitation, die möglichst im Anschluß an öffentliche Versammlungen stattfinden soll, müssen Kommissionen gebildet werden, die durch die dauernde Tätigkeit steigende Geschicklichkeit erlangen.

Zum Zwecke der Schulung der Genossinnen sind Leseabende auszubauen, Kurse einzurichten, möglichst überall das Obligatorium der Kämpferin durchzuführen und für die weiteste Verbreitung des Referentenmaterials und der Agitationsbroschüren und -Flugblätter zu sorgen.

Rosenberg-Mariendorf: Die Frauen müssen mehr auf die Streikpflicht hingewiesen werden, damit sie ihren Männern nicht in den Rücken fallen. Wir sind eine Kampfpartei, wir brauchen revolutionäres Empfinden. Die Wohnungsreform im sozialistischen Staate wird die Frau erst wirklich freimachen.

Christmann-Barmen: Die polische Aufklärung der Frauen muß besonders in den Betriebsversammlungen betrieben werden. Die Presse muß mehr für die Frauenfrage tun:

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Genossin Zietz: Sozialer Gemeinsinn kann nicht nur gepredigt werden, der ergibt sich aus der Praxis der Arbeiterbewegung. Wenn wir darauf warten wollten, bis der letzte Arbeiter mit sozialem Gemeinsinn erfüllt ist, könnten wir lange warten.

Die Resolution Zietz wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Die Anträge 3 und 4 Königsberg wurden einstimmig angenommen.

Genossin Braunthal-Teltow-Beeskow begründete nachfolgende Resolution:

Die erste sozialistische Frauenkonferenz der U. S. P. entbietet den revolutionären sozialistischen Frauen der ganzen Welt ihre schwesterlichen Grüße und fordert sie auf, in ihren Ländern für den Gedanken der internationalen proletarischen Solidarität zu wirken. Sie geloben, in Deutschland dafür einzutreten, daß die Reihen des revolutionären Proletariats gestärkt und sein Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Diktatur der Arbeiterklasse zu einem siegreichen Ende geführt wird. Die revolutionären sozialistischen Frauen sind sich bewußt, daß dieser Sieg nur durch den Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt, durch die Weltrevolution herbeigeführt werden kann, und sie versprechen, alle Kräfte einzusetzen, diese Weltrevolution zu fördern.

Sie sprechen den so schwer kämpfenden russischen Genossen ihre vollste Sympathie aus, und hoffen, daß sie dem Ansturm aller reaktionären und imperialistischen Mächte standhalten werden.

An die französischen Genossinnen richten wir den warmherzigen Appell, in ihrem Lande einen energischeu Kampf gegen ihre imperialistische Regierung zu führen und sie zur Herausgabe unsrer unglücklichen deutschen Gefangenen zu bewegen, wie auch wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die deutsche Begierung, die an der Festhaltung der Gefangenen mitschuldig ist, zur Rückführung der noch in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen angetrieban haben.

Wie betrachten es als unsere heiligste Pflicht, der Völkerverhetzung und dem Menschenschacher den hohen Gedanken der internationalen Solidarität und Menschheitsverbrüderung entgegenzusetzen.

Die Resolution Braunthal wird einstimmig angenommen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Die Kontrollkommission ist durch Genossin Agnes vertreten, die Redaktion der Kämpferin durch Genossin Wurm. Zwei Mandate wurden angezweifelt, von der Konferenz aber bestätigt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung:

Die Frauen und das Rätesystem,

spricht Genossin Tony Sender-Frankfurt a. M.: Wenn im Anfang der Revolution die Räte entstanden sind, so entsprangen sie dem Instinkt der Massen, aus eigener Kraft die Durchführung der Revolution zu sichern. Damals hatten wir die proletarische Diktatur. Die großen Massen der Arbeiter hatten aber nicht die genügende Energie, aus den Räten das zu machen, was aus ihnen zu machen war. Man propagierte jahrzehntelang den Sozialismus, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie er zu verwirklichen war. Wir erleben die nackte Diktatur des Bürgertums. (Sehr richtig!) Ihr haben wir die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen.

Als im Anfange der Revolution die Räte sich bildeten, drangen in sie die rätefeindlichen Elemente, um sie von innen auszuhöhlen. Man hatte damals nicht erkannt, daß jede aufkommende Gesellschaftsklasse sich ihre eigene Form schaffen muß. Die Erklärung des 1. Rätekongresses für die Nationalversammlung war ein Rückfall in die bürgerliche Ideologie. Genossin Sender schildert großzügig rückschauend die ganze Entwicklung der Revolution, die Entwicklung der Räteidee, den Reifegrad der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und wird bei diesen Ausführungen von häufigen Zustimmungen unterbrochen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hatte den Reifegrad erreicht, um durch den planmäßigen Sozialismus ersetzt zu werden. Die psychologischen Vorbedingungen für die Sozialisierung sind allerdings vielleicht nicht ganz gegeben, aber man hätte durch die Sozialisierung praktischen Anschauungsunterricht ausüben können.

Die Revolution ist nicht tot, sie ist heute lebendiger, denn größere Klarheit beherrscht die Köpfe. Bei der Beschäftigung mit den Räten müssen wir uns ihrer doppelten Bedeutung bewußt werden. Wir haben die Pflicht, den Räten bestimmte Aufgaben zuzuweisen. Rednerin erläutert einzelne Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, die unserer Auffassung völlig widersprechen. So z. B. die Abberufung der gewählten Vertreter, bie Einsicht in die Bilanz und dergleichen. Die Vorlage der Bilanz bedeutet garnichts, das weiß jeder, der kaufmännische Kenntnisse hat. Wir verlangen für den gesamten Betrieb das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten.

Genossin Sender geht auf die Sabotage der Unternehmer ein und macht geltend, daß durch die Einsicht und die Kontrolle in den Betrieben diese Sabotage verhindert werden wird. Wir werden keinen Moment in die Verlegenheit kommen, die nötigen Kräfte nicht zu haben. Gebt uns Rechte und wir werden sie gebrauchen.

Der Widerstreit zwischen Produzenten und Konsumenten wird im sozialistischen Staate nicht so stark sein wie heute. Kommt diese Organisation von unten herauf, dann werden wir die Produktion zu regeln imstande sein. Es darf uns die zweite Revolution nicht wieder so unvorbereitet treffen. Eine vollständige geistige Umstellung des Arbeiters muß und wird erfolgen. Jetzt, wo er gesellschaftliche Arbeit zu leisten hat, wird die Arbeitsunlust schwinden. Der Arbeitszwang im sozialistischen Staat wird die varasitären Elemente treffen. Aber auch die Arbeiter müssen sich dann ihrer größeren Verantwortlichkeit bewußt sein. Wenn die Arbeiter wissen, daß ihre Tätigkeit verknüpft ist mit dem Wohl und Wehe der ganzen Gesellschaft, wird diese Verantwortlichkeit sich steigern. An der Quelle im Betriebe und im Berufe müssen die Arbeiter für das politische Rätesystem, besonders für die kommunalen Arbeiterräte, geschult und gewählt werden. Legislative und Exekutive müssen in einer Hand vereinigt sein. Der Rätekongreß hat mindestens alle drei Monate zusammenzutreten, wo Rechnung abzulegen ist.

Die Tätigkeit der Frauen in den Räten ist bis jetzt ganz minimal geblieben. Man muß anerkennen, daß man die Frauen nicht so links liegen lassen kann. Alle bürgerlichen Parteien werben um die Gunst der Frauen. Die Frau ist ja selbst der beste Anwalt ihrer Interessen. Durch ihre Einwirkungsmöglichkeiten könnten die Frauen noch viel entschiedener auftreten als die Männer. Das harmonische Zusammenarbeiten im Proletariat wird sich noch viel feiner und besser gestalten, wenn die Arbeiter den Frauen alle Rechte einräumen und ihnen volle Anerkennung ihrer besonderen Notwendigkeiten garantieren.

Es darf nicht das Kritisieren sein, ob wir die Masse der Arbeiter hinter uns haben. Es wird immer eine Avantgarde sein, die durch ihren revolutionären Elan und ihre praktische Betätigung die Revolution erhält und fortentwickelt. (Sehr richtig!) Alle bestehenden Mängel dürfen uns nicht abschrecken, wir müssen die Initiative ergreifen, müssen vorangehen im revolutionären Kampf und der praktischen Arbeit. Wir wollen uns vorbereiten, weil wir uns nicht noch einmal schlagen lassen wollen. Alle Erfahrungen müssen gesammelt werden und aus ihnen geschöpft werden, um die Diktatur des Proletariats von einer Parole zur Wirklichkeit werden zu lassen. (Andauernder, lebhafter Beifall.)

(Die Verhandlungen werden vertagt.)

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

39]

„Ja — aber nun habe ich eine Bitte."

„Aha! Die Gegenleistung. Schießen Sie los, Jordan."

„Du mußt hier raus, hier aus dieser Bude — fort von dem scheußlichen Weibe hier . ."

„Lieber heute als morgen, Jordan."

„Aber wohin, Herta?"

„Will ich dir gleich sagen. Drüben in der Nachodstraße hat die rote Ewmy eine entzückende Beletage. Vier Zimmer, reizend möbliert. Die hat sie mir für sechs Monate angeboten, weil sie eine ähnliche Tour vorhat wie die, die du mir eben vergebens vorgeschlagen hast. Sie reist nach Indien mit einem Bischof in Zivil."

Jordan platzte heraus.

„In Firma Karl Bischof, Butterhandlung. Die Wohnung nehme ich, Jordan. Telephon und Köchin sind auch da. Und den Draht hätten wir nu ebenfalls. Glaubst du nicht — du Staatsleuchte, daß wir es uns da drüben ebenso gemütlich machen können wie bei den Chinesen oder in Jerusalem am Toten Meer . . .?"

„Du hast vielleicht recht."

„Vielleicht bloß?!

„Und du meinst, Herta, wir werden miteinander auch auskommen?"

„Wenn du kein Theater machst

„Was heißt das?"

„Na — vernünftig mußt du sein. Mich nicht einsperren wollen. Mir mein bißchen Bewegungsfreiheit lassen. Vielleicht bin ich dir eine ganze Weile treu. Ich will's versuchen. Bin ich's nicht, dann schrei nicht gleich Feuer. — Schmeiß nicht gleich dein Amt hin — stürz dich nicht gleich mit deiner Frau etwa — auf eine Reise um die Welt.

Werde vernünftig, Mensch, es ist Zeit für dich. Und bist du vernünftig, so sehe ich nicht ein, weshalb unsere Freundschaft nicht eine gehörige Zeit sollte dauern können. Nicht wahr? Also kein Theater machen!"

Er lachte, aber es klang beklommen.

Wieder sah er sie mit einem verzweiflungsvollen Blicke an.

Sie ballte die Fäuste, goß ihren Sektpokal voll und leerte ihn in einem Zuge.

„Ich fürchte — ich fürchte — man wird dich nicht zur Vernunft bringen können!

Weshalb bist du denn nu wieder außer dir?

Weil ich nicht gleich von der Ewigkeit rede und von lebenslänglichen Verpflichtungen?! Was?!

So seid ihr! So seid ihr! Dummes Mannsvolk! Immer muß euch was vorgemacht werden. Ihr verlangt das einfach.

Aber ich lasse mich darauf nicht ein. Ich bin für die Ehrlichkeit. Was ich nicht kann, verspreche ich nicht.

Eine ganze Weile, habe ich gesagt, will ich zu dir halten, das kann sehr lange sein — unter Umständen.

Unter Umständen natürlich auch nicht.

Auf das Brett mußt du eben treten, Mann!"

Sie richtete sich hoch auf, setzte Jordans düsterste Amtsmiene auf und — nach seiner Gewohnheit den Zeigefinger der Rechten feierlich erhebend, sagte sie im tiefsten Bierbaß: „So frage ich dich denn — Matthias — willst du es mit mir auf unbestimmte Zeit versuchen, oder willst du nicht?"

Mit schmerzlichem Lächeln sagte er leise und unsicher: „Ich will, Herta. Aber unheimlich ist das."

„Was ist unheimlich?"

Sie trank wiederum ihren tiefen Kelch mit einem Zuge leer.

„Daß du so alles mit mir machst, was du willst."

„Umgekehrt wärs viel unheimlicher, Mensch. Denn was du willst — das sind ja lauter Dummheiten . . ."

„Hast du eigentlich eine höhere Schule besucht, Herta?"

„Nein, bloß die Gemeindeschule, aber der Ungar hat viel für meine Bildung getan. Er brachte mir schöne Bücher, die ich gern und mit Genuß las. Er nahm mich in Vorträge über Kunst und Literatur. Führte mich in die Theater — und es war immer nur das Beste, was ich durch ihn sah. Ich sollte eben mit den Sprachen anfangen — als der verdammte Staatsanwalt dazwischen kam."

„Es ist nicht das bißchen gesellschaftliche Politur, was mich bei dir so erstaunt, Mädel, es ist vielmehr die ganze frappante Lebensreife, die ich in solchem Maße bisher nie bei Mädchen deines Alters fand."

„Liebeskinder, wie ich eins bin, sollen ja immer sehr begabt und frühreif sein. Der Baurat war ein bedeutender Mann — und meine Mutter — die hat einen ganz außerordentlichen Verstand. Um die Frau ist es direkt schade. Die brachte mir bei, wie man zu leben hat und sich nicht verplempert, wie's ihr gegangen ist.

Ich liebe meine Mutter wie nichts auf der Welt, und da du sie nun so unglücklich gemacht hast, so mußt du dafür auch dein Teil Unglück von mir erleiden."

Er sah sie entsetzt an.

Sie trank Glas um Glas.

„Ja — Jordanchen, Gerechtigkeit muß sein. Jetzt bin ich der Staatsanwalt und beantrage zur Strafe für alle deine Niedertracht gegen dich sechs Monate Hertaliebe. Das wird ausreichen für die Revanche."

„Soll meine Liebe zu dir meine Strafe sein?" fragte er in bangem Tone.

„Sie soll?! Haha! Sie ist es schon! Denn ich sehe ja — ich sehe ja, wie alles kommen wird. Ich sehe ja ganz genau. Du hast doch das leichte Blut nicht, diese Liebschaft so zu nehmen, wie du sie nehmen mußt. Du Schaf wirst sie tragisch nehmen. Und dann — dann wehe dir! Jordan — von Minute zu Minute wird mir's klarer. Das alles paßt nicht für dich, du. Laß die Hände davon. Mach dich fort. Laß mich laufen. Wenn ich in drei Monaten sage: Es ist aus — was wird dann mit dir?"

„Dann sterbe ich."

„Himmel! Herrgott! Was für ein Quatsch! Das steckt nun hinter solchem Kerl! Du bist ja eine glatte Enttäuschung, Mensch! Wer dich so sieht — oder gar vor Gericht reden hört, der denkt: aus Eisen ist der Kerl. Das war's doch, was mich lockte. Ja Kuchen — und nu — nu schmilzt das wie Butter."

„Die Liebe macht mich weich!"

„Ekelhaft! Widerlich — ein weicher Mann! M — — na na — das ist gerade was für mich! Siehst du, ich — ich bin mir noch gar nicht klar darüber, ob es bei mir nicht geradezu Haß ist, was mich zu dir reißt . . ."

„Haß?!" sagte er. Entsetzen zitterte in seinem Ton.

Ja — Haß — du — Haß!! Purer Haß!! Gabst du mir nicht allen Grund dazu?!

Nun hast du Angst — was?!

Na — denn lauf doch! Mach dich fort! Auf der Stelle! Was suchst du denn hier?! Ich kriege dich klein — du!!

Zweiter Tag. 30. November 1919.

Vormittagssitzung.

Genossin Zietz eröffnet die Sitzung um 9½10 Uhr. Sie teilt mit, daß Friedrich Adler aus Wien angekommen ist und die Konferenz begrüßen läßt. Genossin Adelheid Popp war von Oesterreich delegiert, konnte aber wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht kommen.

Es ist ein Antrag eingegangen, das ausgezeichnete Referat der Genossin Sender drucken zu lassen. Das wird einhellig von der Konferenz beschlossen. Genossin Zietz verliest dann die folgende Resolution der Genossin Sender:

Resolution der Genossin Sender

Die Frauen-Reichskonferenz der U. S. P. D. in Erkenntnis, daß die Befreiung des Proletariats aus der wirtschaftlichen Knechtschaft und der Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens nur verwirklicht werden kann durch die Diktatur des Proletariats wirksam im revolutionären Rätesystem, fordert die Genossinnen und Genossen auf, für die Verwirklichung dieses Gedankens alle Kräfte einzusetzen. Darum muß gefordert werden, daß die weiblichen Berufstätigen ihre Delegierten in den Betriebsrat zu entsenden haben. Die Konferenz erwartet daher, daß unverzüglich in allen Bezirken ans Werk gegangen wird, auf daß auch die sozialistischen Frauen als Bahnbrecherinnen an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft zum Neuaufbau des revolutionären Rätesystems schreiten.

Zum Zwecke der Einbeziehung der proletarischen Hausfrauen beim Aufbau des politischen Rätesystems empfiehlt die Reichskonferenz Schaffung von Wahlverbänden der proletarischen Hausfrauen mit bezirksweiser Untergliederung. Wahlberechtigt resp. wählbar sind nur solche Frauen, deren Haushalts-Einkommen nicht aus unbezahlter Arbeit herrührt (Zinsen, Grundrente, Unternehmerprofit), die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten und die sich zur Diktatur des Proletariats durch die Räte bekennen.

Die Aufstellung der Wählerlisten erfolgt durch Wahlkommissionen der Arbeiterräte nach Bildung der Wahlkörper und voraufgegangener Aufklärung und Aussprache über die Aufgaben der Frau im Rätesystem.

Die Diskussion über das Referat der Genossin Sender wird eröffnet.

Reichert-Berlin: Alle Zusammenkünfte der Frauen müssen benutzt werden, um den Frauen das Rätesystem nahezubringen. Nicht die Männer allein dürfen den Neuaufbau der Gesellschaft vornehmen.

Arendsee-Berlin: Mit der Schaffung von Wahlverbänden proletarischer Frauen sollten wir sofort beginnen, auch Bildungs- und Erziehungsräte müssen neben dem wirtschaftlichen und politischen Rätesystem gebildet werden.

Braunthal-Teltow-Beeskow: Sie müssen sich überall an den Wahlen zu den kommunalen Arbeiterräten beteiligen.

Becker-Düsseldorf: Auch die Hausangestellten müssen wir gewinnen.

Lange-Tilsit: Ich möchte empfehen, daß besonders für das Landproletariat und sein Verhältnis zum Rätesystem eine Broschüre herausgegeben wird.

Schwärmer-Königsberg zieht nach dem Referat und der Resolution der Genossin Sender den Königsberger Antrag betr. die Hauswirtschaft zurück.

Sinnecker-Teltow-Beeskow: Wir müssen die Elternräte in unserm Sinne gestalten und arbeiten für die Wahl zu den Elternbeiräten. Das wird die beste Agitation für uns sein.

Genossin Sender hält das Schlußwort: Wenn wir uns als revolutionäre Partei behaupten wollen, müssen wir die Initiative ergreifen und sofort mit der Arbeit beginnen. Es soll die engste Zusammenarbeit aller an der Erziehung aktiv und passiv Beteiligten erstrebt werden durch Schaffung von Lehrer-, Schüler- und Elternräten.

Wir haben gerade den Hausfrauen die Aufgabe zuzuweisen, an der Umstellung des Haushaltes mitzuwirken. Nutzen wir die Zeit, reden wir nicht viel, sondern handeln wir. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution der Genossin Sender wird einstimmig angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung:

Die Frauenerwerbsarbeit,

erhält als Berichterstatterin die Genossin Mathilde Wurm-Berlin das Wort. Die Hauptursache der Erwerbslosigkeit besteht in der Niederlage, im Aufhören der Kriegsindustrie, auch in der Sabotage weiter Unternehmerkreise. Zwischen Mann und Weib entspann sich nun ein harter Kampf um Arbeit und Brot. Er wurde mit aller Schärfe geführt von den Klassengenossen. Die männlichen Arbeiter fragten nichts nach den Frauen, die während des Krieges das heimatliche Wirtschaftsleben aufrechterhalten haben. Der große Augenblick, neben der politischen Gleichberechtigung der Frau auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu setzen, fand ein kleines Geschlecht.

Wie groß die Zahl der erwerbsfähigen Frauen im Kriege war, erfährt man erst jetzt. Die Steigerung beträgt gegenüber der Friedenszeit rund 100 Prozent, während die Zahl der 16- bis 20-jährigen Mädchen nur um rund 50 Prozent gestiegen ist. Besonders in der Maschinen- und Metallindustrie erlebte die Frauenarbeit eine gewaltige Steigerung. Die Frauen haben durchweg schlechtere Löhne bekommen als die Männer. Die Frauen drangen in Berufe ein, in denen nie Frauen tätig waren. Auch die Kinder- und Jugendlichen-Arbeit war stark angewachsen. Besonders konzentrierte sich die Frauenarbeit auf die Munitionsarbeit. Die Textilindustrie lag lahm und die Arbeiterinnen mußten dahin abwandern, wo Munition erzeugt wurde. Ueber die Unfälle will ich nicht reden, obwohl das gerade ein schlimmes Moment ist.

Die Frauenarbeit hat besonders im Baugewerbe stark zugenommen. Wir können nur wünschen, daß die Frauen bald wieder aus dem Baugewerbe herauskommen. Wahnsinnige Ueberarbeit wurde den Frauen zugemutet. Genossin Wurm bringt dafür Beweise, die von der Versammlung mit lebhaftem Hört hört! aufgenommen werden. Sie schildert dann weiter die Mitarbeit und Einarbeit der Frauen in den Betrieben, die von den Unternehmern anerkennend beurteilt wird.

Nach dem Kriege vereinigte sich alles, die Frau wieder aus den Betrieben hinauszudrängen. Die Gesetzgebung, die durchaus männlich gerichtet ist, wurde natürlich nur den Männern gerecht.

Die Frauen sollen in der Landarbeit die Rolle der Polen, Ruthenen und Slowaken übernehmen. Was zu fordern ist, ist freie Bahn dem Tüchtigen, ob Mann oder Frau. Der Frauenüberschuß beträgt zur Zeit 2,7 Millionen. Die Frauenarbeit muß zunehmen als Folge des Kriegselends. Was müssen wir tun, um die Frauen nicht zu willigen Werkzeugen von Kapitalismus und Liebe werden zu lassen? Wir müssen planmäßig arbeiten. Heute, wo die Not der Arbeiterklasse so groß ist, heißt es, alle Kräfte für uns nutzbar zu machen. Doch wo die Frau am nötigsten wäre, im kinderreichen Haushalt, da müssen sie ja gerade mitarbeiten. Das ist der Widersinn des Kapitalismus. Die Vorbildung muß in den Vordergrund gestellt werden. Die erste Forderung ist: **Gleicher Lohn für gleiche Leistung.** Nicht die größere Eignung entscheidet heute, sondern das Geschlecht. Die zweite Forderung ist: **Für den gleichen Beruf die gleiche Ausbildung.** Die dritte Forderung ist: **Vernunftgemäße Arbeitsteilung** wie sie dem Geschlecht entspricht. Es gibt eine Menge Berufe, für die die Frau durchaus nicht geeignet ist. Aus diesen Berufen muß sie heraus.

Die politische und die gewerkschaftliche Organisation sind das beste Instrument, die Frauen zu sammeln. Es gibt keine Trennung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Genossin Wurm beschließt ihr Referat mit einem Zitat von Rosa Luxemburg über den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und erntet den lebhaftesten Beifall der Konferenz.

In der Diskussion spricht Dämming-Berlin von dem Elend des proletarischen Kindes. Jedes Kind, das in einer Arbeiterfamilie zur Welt kommt, bedeutet eine Vermehrung der Not und des Elends der Arbeiterfamilie. Millionen von Kindern ist der Zauber und die Freude der Jugend geraubt. Das durchlöcherte Kinderschutzgesetz hat der Kinderausbeutung Tor und Tor geöffnet.

Die Vorsitzende Genossin Zietz schlägt eine neue Resolution zur Erziehungsfrage vor, weil diese in sämtlichen Referaten behandelt wurde.

Stellungnahme zur Erziehungsfrage.

Resolution des Bureaus.

Der Kapitalismus zerstörte die Familie als Wirtschaftseinheit, die früher die Stätte zur Erziehung der Kinder zu produktiver Arbeit bildete; er trieb Frauen und Kinder der Besitzlosen aus dem Hause in die Fabrik, in die Werkstatt, in das Handelsgetriebe, in die Lohnarbeit der Landwirtschaft. Die Familie ist heute nicht mehr imstande, die Erziehung der Jugend zu vollziehen, es ist deshalb Pflicht der Gesellschaft weit mehr als bisher, die körperliche und geistige Erziehung der Jugend zu sozial empfindenden harmonisch entwickelten Persönlichkeiten. Zu diesem Zwecke fordern wir gegenwärtig:

Vereinheitlichung des Erziehungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule.

Zur Durchführung dieser Forderung verlangen wir:

1. Schaffung von unentgeltlich zu benutzenden kommunalen Kindergärten weltlichen Charakters unter Leitung pädagogisch geschulter Personen.

2. Reform des Schulwesens durch Schaffung der weltlichen Einheitsschule auf der breiten Grundlage der Arbeiterschule mit gemeinsamer Erziehung der Geschlechter. Bei vorhanderer Neigung und Veranlagung Aufstieg in die höheren Lehranstalten.

3. Verlängerung der Schulpflicht bis zum vollendeten 16. Lebensjahre.

4. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel.

5. Schaffung von Kinderhorten unter Leitung von Pädagogen.

6. Obligatorische und unentgeltliche Schulspeisung.

7. Obligatorische Fortbildungsschulpflicht für beide Geschlechter bis zum vollendetem 18. Lebensjahre. Aufnahme des Unterrichts in Säuglingspflege und Hauswirtschaft für die weiblichen Jugendlichen.

10. Errichtung kommunaler Lehrwerkstätten für beide Geschlechter. Gewährung der Unterhaltskosten während dieser Zeit.

Antrag

Der Ausschuß der Kinderschutzkommission Groß-Berlin lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen und Genossinen auf die ungeheure Ausbeutung und insbesondere die Verwahrlosung des proletarischen Kindes. Auch dem Auf- und Ausbau der Kinderschutzkommission ist erhöhte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Die Fürsorgeerziehung muß endlich nach unseren Wünschen ausgebaut werden. Der Ausschuß der Kinderschutzkommission wendet sich daher an alle in gesetzgebenden Körperschaften sitzenden Genossen und Genossinnen mit der Bitte, planmäßig und tatsächlich sich des proletarischen Kindes anzunehmen, da der kommende Winter das Elend vergrößern wird.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Rosenberg-Teltow-Beeskow stellt einen Antrag, daß die gewerbsmäßige Stellenvermittlung gesetzlich zu verbieten ist und außerdem Hausinspektionen zu schaffen.

Wachwitz-Weißenfels schildert eine Reihe von Fällen, in denen die Unternehmer Betriebsräte und Vertrauensleute entlassen, wo sie die kleinste Handhabe finden.

Nachmittagssitzung.

Genossin Zietz macht Mitteilung von der Anwesenheit des schwedischen Genossen Grimlund, der der Frauenkonferenz seine Grüße und die der schwedischen Frauenbewegung überbringt.

Von Dänemark ist Genosse Helmbeck anwesend, der für die neue unabhängige Partei Dänemarks die Grüße überbringt.

Es wird nun in der Diskussion fortgefahren.

Ziegler-Heilbronn: Die kapitalistische Gesellschaft nutzt die Frau nicht mehr als Arbeitstier ab, sondern drückt sie auch herab zur Gebärmaschine. Wir Sozialisten waren es immer, die alle Forderungen auf Kinder- und Mutterschutz durchgedrückt haben. Die bürgerlichen Parteien haben hierin nichts getan.

Nemitz-Charlottenburg: Die Frau wird so lange keine Freude an der Arbeit haben, solange sie im Dienste des Kapitalismus steht. Wir wollen dafür kämpfen und alle unsre Kräfte einsetzen: Gleiche Leistung, gleiche Bezahlung. Ich möchte behaupten, daß während des Krieges die Lehrerinnen die gleiche Arbeit geleistet haben wie der Lehrer, nämlich die Vergiftung der Kinder mit nationalem Haß. Wenn wir boshaft sein wollten, könnten wir ihnen gleiches mit gleichem vergelten. Das tun wir als Sozialistinnen nicht, sondern

---

Merk dir das! Ich richte dich glatt zugrunde!! — Du — du stirbst an mir — wenn du nicht Leine ziehst! Ich hatte mich darauf gefreut, den eisernen Jordan zunichte zu machen — und nun ist er aus Pappe!

Das lohnt mir nicht.

Mach, daß du rauskommst — du.

Hol dich der Teufel! . .“

Sie trank ihr Glas leer — schrie mit überschlagender Stimme: „Kopf weg!“ und schmetterte ihr Glas haarscharf an Jordans Stirn vorbei — daß es klirrend an die Wand fuhr. Dann brach sie in ein krampfhaftes Lachen aus, und als sie sich beruhigte — sah sie mit erstaunten Augen suchend im Zimmer umher. — Jordan war verschwunden

Er floh aus dem Hause — — —

Eine Megäre, dachte er, wenn sie getrunken hat, ist sie sinnlos rasend — gemeingefährlich einfach. — Nein — — es ist nicht möglich, in menschliche Beziehungen zu ihr zu kommen. Entweder sie rast selbst oder sie macht einen rasen. Eine Atmosphäre von Raserei war um sie her.

Kam er nur in ihre Nähe, auch nur mit seinen Gedanken, so delirierte er schon.

Eine Weltreise in dieser Gesellschaft — die mußte schön ausfallen.

Prachtvolle Perspektiven eröffneten sich da.

Seine ganze Zukunft an ein so eruptives Geschöpf zu knüpfen — es war der helle Irrsinn.

Welch ein launentolles Frauenzimmer!

Eben noch spricht sie wie die Weisheit selbst, hält ihm seine Dummenjungenpläne vor — erteilt Rat wie ein Erzieher, urteilt klug — ja gütig — und im nächsten Moment — nach dem dritten Glase Sekt schon, bricht ihr Dämon aus. Da fällt ihre Maske — da zeigt sich ihre ganze verbissene Gehässigkeit.

Zeitlebens wird sie die Zeugin Hecker bleiben — und er der Staatsanwalt, zwei Todfeinde, die Gegenpole des Gesellschaftsbaues, die wie Feuer und Wasser zusammentaugen.

Das sah er nun.

Heraus aus dieser Verirrung. Einen dicken Strich unter das Kapitel Herta Hecker — und ein Ende mit diesem ganzen verfluchten Hexenspuk!

Ein Schneegestöber ging nieder. Er fröstelte. Er sah auf die Uhr. Gleich zehn. Jordan entsann sich, daß er seinen Ausgang heute abend Rosalinden mit jenem Abschiedsessen begründet hatte, das Herr von Kern jetzt den Kollegen bei Adlon gab. Dort wollte er hin. Auch er spürte ein Verlangen nach Betäubung. Trinken wollte er, Vergessenheit suchen, schwatzen und wieder mal lachen.

Er rief ein Auto an und fuhr zu Adlon

Dort war es lustig. Man unterhielt sich ausgezeichnet. Die Scherzworte schlugen wie Blitze durch die Tabakrauchwolken, und der Donner der Lachsalven erschütterte sie.

Jordan war einer der Losgelassensten. Die Kollegen staunten. Man hatte nicht geahnt, daß der verschlossene Finsterling, der blasse Inquisitor, der strenge Torquemada der Berliner Staatsanwaltschaft, so aus sich herausgehen könnte.

Jordan selbst fühlte sich außerordentlich befreit. Wie wundervoll, daß er die Elastizität noch besaß, so mit einem Ruck all seine Bürde abzuwerfen und mit den Uebermütigen zu tollen, als gäbe es keine tiefen, schweren Konflikte in seinem Inneren, als lauerten nicht die abgründigsten Gefahren auf seinem Wege.

Im Grunde war ja doch alles nicht mehr, als man selbst daraus machte, wenn er morgen ganz ernsthaft wollte, so verschwand jene explosible Dame für mehrere Jahre in einer Zwangserziehungsanstalt — und das Problem Herta Hecker war für ihn auf lange Zeit hinaus glatt gelöst und erledigt.

So oft in dieser Kneipnacht seine Gedanken zu der blonden Unholdin zurückkehrten, landeten sie bei diesem Auswege.

In Zwangserziehung das Fräulein und ihr erst mal den Respekt beigebracht vor den sehr realen Machtmitteln dessen, mit dem sie Fangball zu spielen sich erlaubte. Freilich war er in dieser Nacht angeheitert und mochte sich deshalb diese Lösungen etwas leichter vorstellen, als sie in Wirklichkeit wohl möglich waren.

Wäre er selbst denn nach allem, was geschehen war, in der Lage und imstande, das Mädchen in Zwangserziehung zu schaffen?

Er selbst? Er hatte es gar nicht nötig. Dazu waren hinreichend andere zur Hand.

Nicht mit einem Finger war Jordan gezwungen, an der Aktion persönlich teilzunehmen, nachdem er die zuständigen Organe durch die Staatsanwaltschaftsbehörde auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Maßregel hatte hinweisen lassen.

Im Guten war ja mit dem Mädel nichts zu erreichen.

Sie ließ sich ja nicht dirigieren. Da mißlang einfach alles. Nicht einmal, sie nach Pest zu ihrem Bräutigam zurückzuschaffen war möglich gewesen, obgleich Jordan doch zur Erlangung dieses Zieles selbst Hertas Mutter hatte eingreifen lassen.

Was im Guten nicht ging, mußte eben dann gewaltsam versucht werden. Es kam darauf an, diesen Teufel aus Jordans Umkreisen fortzuschaffen, sonst fand er keine Ruhe. Denn das war das Unheimliche an dem Sachverhalt, daß dieses Frauenzimmer, je miserabler es ihn behandelte, um so sicherere Gewalt über ihn gewann.

Natürlich wußte sie das, hatte es längst heraus und war frech und unverschämt genug, ihm glatt zu sagen, wie erbärmlich sie den butterweichen Anbeter fand.

Der „eiserne Jordan“, der sie vom Staatsanwaltstische aus mit Skorpionen gezüchtigt, der hatte ihr besser gefallen.

Nunwohl, sie sollte ihn von neuem zu spüren bekommen. Sie sollte bald — aber baldigst merken, daß er noch der Eiserne sein konnte, wenn man das durchaus von ihm verlangte.

Er war des trockenen Tones nun aber wirklich in dieser Geschichte gründlich satt geworden. Morgen, gleich morgen früh — wird er das Nötige veranlassen, die Ueberführung der Hecker in Zwangserziehung anzuordnen. Zu dem Zweck mußte man sie verhaften und fortschaffen lassen, da zu befürchten stand, daß sie einen schlimmen Skandal verursachen — vielleicht gar noch Böseres anrichten würde. Ja — bei dem rabiaten Dinge war sogar mit einem Selbstmorde zu rechnen.

Na — die „rauhen Häuser“, in denen die unbußfertigen, minderjährigen Magdalenen des Berliner Pöbels mit Stockschlägen und Hungerarrest zur Vernunft gebracht wurden, sind wohl mit noch auffässigeren Elementen schon fertig geworden. Mochte sie dann vom Staatsanwalt Jordan Räubergeschichten erzählen — wer schenkte solch verkommenem Wesen Glauben?

Wie ein Wirbelsturm jagten diese Gedanken in Jordans Unterbewußtsein an der Kollegenkneiptafel durch seinen Kopf, während er Witzwort auf Witzwort in die saftige Debatte warf und ein Raketenfeuer von Einfällen und Drolligkeiten den Kameraden zum besten gab. Es erfolgte ein Zutrinken und Zuprosten, dem er ehrlich entsprach.

(Fortsetzung folgt.)

wir fordern gleiche Bezahlung wie sie die Lehrer erhalten. Auch die Gleichstellung in der Erwerbslosenunterstützung fordern wir mit aller Entschiedenheit. Die Frau hat die gleichen Bedürfnisse wie der Mann.

Thiele-Leipzig: Wir haben vergebens angekämpft gegen die Aufhebung der Schutzbestimmungen der Frauen- und Kindererwerbsarbeit. Man hat unsern Ruf nicht gehört, denn es handelte sich ja nur um Proletarier.

Zietz-Berlin: Die Kinderschutzkommissionen müssen ihre Arbeit, die sie vor dem Kriege betrieben haben, wieder aufnehmen.

Wulf-Aschersleben macht nähere Angaben über Anstellung und Leistung der Fabrikpflegerinnen.

Es wird Schluß der Debatte beschlossen. Genossin Wurm hält ein kurzes Schlußwort, in dem sie den Antrag der Genossin Rosenberg auf Aufhebung der gewerblichen Stellenvermittlung zustimmt.

Die erste Frauenkonferenz der U. S. P. D. stellt für die Frauenerwerbsarbeit folgende Leitsätze auf:

„Wie dem Manne steht der Frau das Recht auf Erwerbsarbeit in allen Berufen zu. Entscheidend für die Einstellung kann nur sein Eignung und Tüchtigkeit, niemals aber das Geschlecht.

Forderungen:

Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Für gleiche Arbeit gleiche Berufsvorbildung für Mann und Frau.

Arbeitsteilung, das heißt Verbot der Frauenarbeit in den für Frauen ungeeigneten und gesundheitsschädlichen Berufen.

Gleiche Höhe der Erwerbslosenunterstützungen für männliche und weibliche Erwerbslose. Wurm.

Wenn wir wirken, was in unseren Kräften steht, da, wo wir Einfluß haben, so werden wir damit Erfolg haben. Endgültig können alle diese Fragen erst gelöst werden in der sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Rosenberg auf Abschaffung der gewerblichen Stellennachweise für Hausangestellte und Abschluß von Lohntarifen sowie auf Schaffung von Hausinspektionen wird in seinem ersten Teile einstimmig angenommen. Der zweite Teil wird abgelehnt. Die Resolution zur Erziehungsfrage wird einstimmig angenommen. Damit ist der Antrag 3 Königsberg erledigt. Ebenso wird der Antrag der Kinderschutzkommission Berlin einstimmig angenommen.

Genossin Zietz hebt noch hervor, daß die internationale Frauenkonferenz nicht wird stattfinden wegen mannigfachen Schwierigkeiten. Die Genossin Zietz schließt mit einem dreifachen Hoch auf die sozialistische Bewegung und die internationale Revolution.

Genossen! Genossinnen!

Jeder rufe sich seine Pflicht ins Gedächtnis. Nicht nur mit Herz und Mund, auch durch die Tat gilt es, sich zum Sozialismus zu bekennen,

Kampf dem Kapitalismus!!!!

Wenn jeder einzelne die kapitalistische Eigentumssucht ablegt, wenn jeder mit allen seinen Kräften und allen Mitteln gewillt ist, dem großen gemeinsamen Ziel zu dienen, nur dann ist der

Sieg des Sozialismus sicher!!

Darum, Genossen und Genossinnen, alle, die Ihr noch abseits steht, erfüllt Mann für Mann alle Eure Pflicht,

: zeichnet Anteile der Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H.

Schon zeigen sich die Erfolge unserer unermüdlichen Aufklärungsarbeit. Auf die U. S. P. D. blicken heute die Arbeiter der Welt. Von Deutschland hängt zum großen Teile der Fortgang der Weltrevolution ab.

Zeige jeder, daß er zu Kampf und Opfern jederzeit bereit ist.

Aus den Gerichtssälen

Wie die Etappenschweine gehaust haben

Der Hilfsrangierer Richard Heil, jetzt in Czersk, war am 28. August 1918 in Brest-Litowsk bei den Eisenbahnern auf dem Bahnhof tätig. Er beteiligte sich hier an einem Diebstahl von 7 Sack Zucker. Einem Heizer gab er 80 Mark Schweigegeld. Weiter soll er 2 Fässer Lederfett auf dem Bahnhof entwendet haben. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen des Diebstahls an dem Zucker zu 5 Monaten Gefängnis. Der Diebstahl an dem Lederfett konnte nicht nachgewiesen werden. Der Gerichtsherr legte Berufung wegen der Freisprechung ein, aber auch gegen die Verurteilung, weil hier der Straferlaß eintreten müsse. Das Oberkriegsgerit hatte über die Sache zu befinden. Die Berufung wurde jedoch verworfen, da sie zum Teil nicht vom einem Gerichtsbeamten unterschrieben und zum Teil verspätet eingelegt war.

„Helden" der Heimat

Das freiwillige Jägerbataillon von Hiller wurde in der Nacht zum 20. April mit der Bahn nach Czersk transportiert und kam hier um 12 Uhr an. Ein großer Teil der Jäger stieg aus und machte sich sofort ans Plündern eines Güterwagens. Der Wagen wurde erbrochen, ein Koffer gewaltsam geöffnet und Sachen gestohlen. Man fand Wein und betrank sich damit. Eine größere Anzahl von Jägern wurde angeklagt und vom Kriegsgericht verurteilt. Ein Jäger Theodor Bahn, jetzt Arbeiter, der drei Wochen Mittelarrest erhalten hatte, legte Berufung ein. Das Oberkriegsgericht verhandelte über diesen Fall. Der Angeklagte mußte zugeben, daß am nächsten Morgen, nachdem die Plünderung entdeckt war, bei der Durchsuchung in seinem Tornister gestohlene Sachen gefunden wurden, darunter auch eine Flasche Wein. Die Sachen will er auf dem Bahnhof verstreut vorgefunden und den Wein von einem Kameraden gekauft haben. Das Kriegsgericht sah hier einen militärischen Diebstahl als vorliegend an. Das Oberkriegsgericht aber hob das Urteil auf, da hier nicht ein militärischer Diebstahl, sondern ein gewöhnlicher Diebstahl vorliege. Die Strafe konnte nicht erhöht werden. Die drei Wochen Mittelarrest wurden aber in drei Wochen Gefängnis umgewandelt.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Lebensmittel in der Woche vom 8. bis 14. Dezember 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln*)	10 Pfd.	Kartoffelmarke 11	—	—	bis Sonntag den 21. 12.	Kartoffelhändler	1,40	0,14
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 139	—	—	bis 14. 12.	Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 139	—	—	bis 14. 12.	Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
Butter	50 Gramm	Fettmarke 37	—	—	ab Montag	Molkereien	0,65	6,50
Grütze	1/4 Pfd.	Nährmittelmarke 535	8. 12.	Paul Dück	9. 12.	Kaufleute	0,19	0,73
Marmelade	1/2 Pfd.	Nährmittelmarke 536	9. 12.	Fritz Wiebe	10. 12.	"	0,65	1,30
Geschälte Hülsenfrüchte	1/2 Pfd.	Nährmittelmarke 537	10. 12.	H. Stach	11. 12.	"	1,40	2,80
Margarine**)	100 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 19 C	11. 12.	Fritz Wiebe	12. 12.	"	1,—	5,—
Reis	1/4 Pfd.	Kinderzusatzmarke 159	11. 12.	H. Regier	13. 12.	"	0,55	2,20
Rindfleisch***)	1/4 Pfd.	10/10 Fleischkarte	11. 12.	Schlachthof	12. 12.	Fleischer lt. Kundenliste	Kochfleisch 0,70	2,80
			12. 12.		13. 12.		Bratfl. 0,88	3,50
							Hackfleisch 1.—	4,—

In der obigen Woche gilt **Brotaufstrichmarke V** für 1/2 Pfund Marmelade, **Nährmittelmarke V** für 1/4 Pfund Grütze, 1/2 Pfund geschälte Hülsenfrüchte, erhältlich bei **Conrad John**, Alter Markt 8, **Bruno Winter**, Holl. Tor 5, **F. Plohmann Nachfl.**, Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 5. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Das Quantum von 10 Pund ist für 14 Tage bestimmt und zwar für die Zeit vom 8. bis 21. d. Mts. Die dadurch frei werdende Kartoffelmarke Nr. 12 wird in nächster Woche für Kartoffelersatz aufgerufen. Es sollen dadurch die nicht durch Wintereinkellerung versorgten Haushaltungen, welche in den letzten Wochen auf ihre Kartoffelmarken nur 5 Pfund erhielten, entschädigt werden.

**) Die Verkaufsstellen für Margarine werden nach Eintreffen der Ware bekannt gegeben. Die Menge von 100 g ist für 14 Tage, für die Zeit vom 8. bis 21. d. Mts., vorgesehen.

***) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 1/4 Pfund ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.

Für Qualitätsraucher

empfehle folgende Zigarettenmarken:

Schmollow ∴ Albertina

Apis ∴ Graf Dohna

hergestellt aus orientalischem Tabak.

Elbinger Zigarettenfabrik

Oswald Lindner.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Kaufmännische Privatschule

von

R. Mrongovius

Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.

Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten

sowie in **Polnischer** u. **Russischer** Sprache

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen

für Stadt und Land.

Verwendung nur erstklassiger Materialien.

An- und Verkauf von Motoren jeder Spannung,

Akkumulatoren und Dynamos.

W. Blank, Elbing

Wittenfelderstraße 24b. Telephon 938.

Besuche und Kostenanschläge unverbindlich.

Beerdigungsinstitut H. Herder,

Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

P. O. A. Czytko

Tel. 666. ELBING **Tel. 666.**

Friedrich-Wilhelmplatz 7-8

— Eingang Fleischerstrasse. —

Aussteuer-Magazin

für

Haus- u. Küchengeräte

Komplette Küchen-Einrichtungen

in jeder Preislage

Ia. Solinger Stahlwaren

Wasch-, Wring- u. Mangel-Maschinen

Gas- und Petroleum-Kocher

Beleuchtungskörper

Staubsauger Teppichkehrer

Wecksche Frischhaltung, Kochkisten

Gartenmöbel Eisschränke

Sämtliche Eisenwaren

Erstklassige Borsten- u. Bürstenwaren

Reklamepreis

nur 19.50

Nachts leuchtend nur 4.50 M. mehr

Nur **19.50** kostet diese echte **deutsche Herren-Ankeruhr,** 39 stünd. Werk, genau reguliert.

Dieselbe Uhr mit Charnier echt Goldrand nur M. **24.00**

Panzerkette . . M. **1.00**

echt versilbert . M. **2.00**

echt vergoldet . M. **4.00**

Uhrkapsel nur . M. **0.75**

Armbanduhr

mit Riemen . M. **37.50**

mit Leuchtzahlen nur M. **39.00**

Uhren-Müller, Berlin, Tempelhof 45, Friedrich-Franzstraße 14.

Hämorrhoiden heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis. **Reichert'sche Apotheke, Elbing 9**

Violine alt, m. Kasten, Bogen und Aktenmappe zu verkaufen **Heil. Geiststraße 28, I.**

F. Fitkau Nachf.

Am Markttor.

Billigste Bezugsquelle in: **Geschäftsbüchern, Schulartikeln, Lederwaren. Gesellschaftsspiele:** Mensch ärgere Dich nicht, Der verhängnisvolle Topf usw. Sämtliche Artikel für **Tanzbelustigungen, Saalpostkarten,** großer Posten **Weihnachts- und Neujahrskarten** für Händler und Hausierer, sowie sämtliche **Papierwaren jeder Art.**

Ratsapotheke

Schmiedestr. 3.

Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.

Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel,

:: **Verbandstoffe und Drogen** ::

Feine Wäsche

wird saub. **geplättet.** Frau **Richter,** Grünstr. 5, rotes Gartenhaus. Daselbst ein **Herren-Regenmantel** für starke Figur zu verkaufen.

Wünschen Sie Ihre Garderoben

unter eigener fachmännischer Leitung

sauber gereinigt oder gefärbt?

so übergeben Sie dieselben der

Expressfärberei

Laden Inn. Mühlendamm 17.

Kontor und Annahme in meinem Betrieb **Große Zahlerstraße 24.**

— Fernruf 957. —

Für den Weihnachtstisch

empfehlen unsere **grossen Läger** in **praktischen Gebrauchsartikeln** ausserordentlich **preiswert:**

Praktische Kleiderstoffe
Praktische Wäschestoffe
Praktische Blusenstoffe
Praktische Herren- und Damenwäsche
Praktische Kinder-Konfektion
Praktische Schuhwaren

Gardinen ▪ Wäsche ▪ Blusen ▪ Wollwaren

in grösster Auswahl

Gebr. Lublinski :: Elbing

Anfertigung eleganter

Damen- und Herren-Garderobe

nach Maß, unter Garantie für tadellosen Sitz und Formen.

Umarbeiten von Militärsachen

sowie Wenden, Modernisieren, Reparaturen schnellstens.

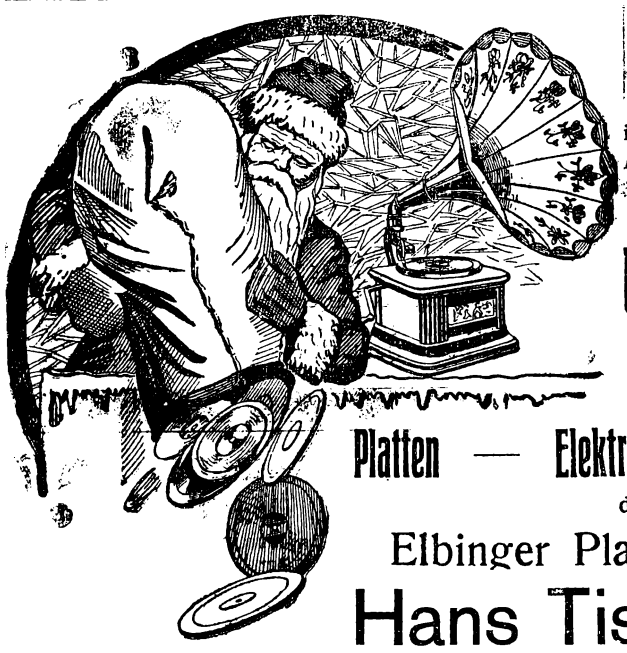
Empfehle meine soliden und reinwollenen Stoffe.

Anzüge sowie Kostüme schon von 450 Mk. an

bei erstklassiger Arbeit. Zugebrachte Stoffe schnellste Anfertigung.

C. Troike, Schneidermeister

Heilige Geiststrasse 29, III. **Eingang Mauerstrasse.**



Festgeschenke

in besonders reichhaltiger Auswahl, guter Qualität und zu billigsten Preisen bietet in

Uhren-u. Goldwaren

Sprechapparaten

Platten — Elektrischen Taschenlampen

die

Elbinger Platten-Centrale

Hans Tischmann.

Empfehle mein reichsortiertes Lager in

Uhren u. Goldwaren

sowie

Musikinstrumenten aller Art

Wasserstrasse 87 **Georg Schmidt** Wasserstrasse 87

Reparaturen schnell und gewissenhaft.

Vorsichtige Männer
Aengstliche Frauen

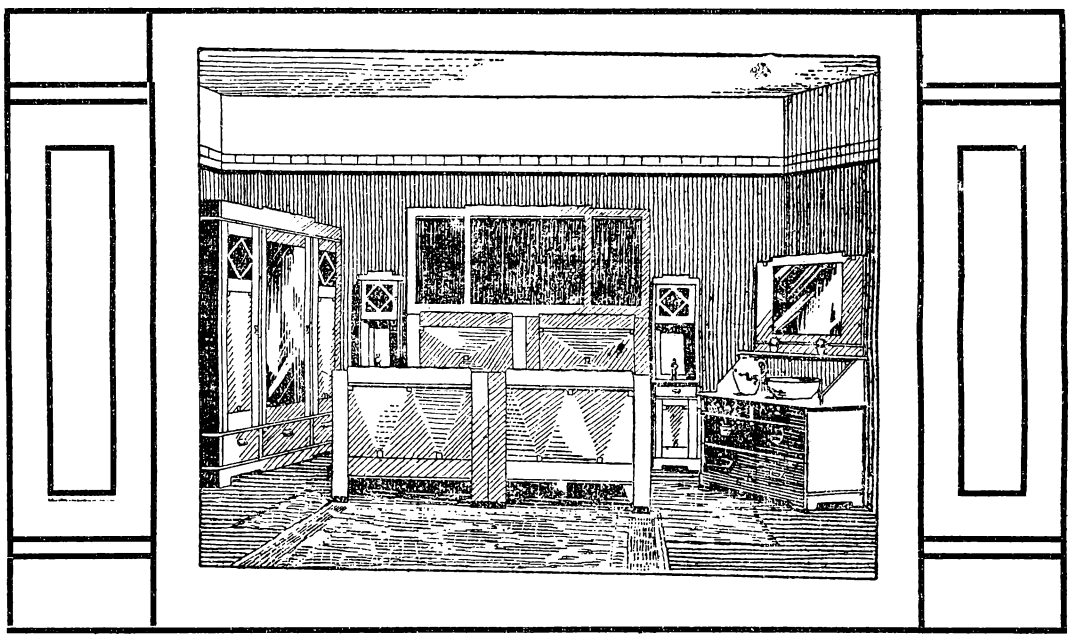
befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürl. Beschränkung d. Kinderzahl. Unzähl. Anerkennungen. Geg. Voreinsendung von M. 1,— franko u. verschl. vom **SANITAS-DEPOT, Abt. 33, Charlottenburg 5.**

Sprechapparat

mit sehr gut. Platten zu verk. **Grubenhagen 5 a.**

Ein Hausgrundstück

z. kauf. gesucht, zu meld. unter **H. 12** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.



Möbel

noch sehr preiswert, in großer Auswahl.

Besichtigen Sie meine Riesenläger ohne Kaufzwang.

Kompl. Wohnungseinrichtungen:

Wohnzimmer	von 550 bis 4600 M	Speisezimmer	von 2300 bis 8000 M
Schlafzimmer	von 680 bis 5800 M	Küchen	von 360 bis 1650 M
Herrenzimmer	von 1250 bis 7500 M		

Einzelne Ergänzungsstücke:

Kleiderschränke	von 375 bis 650 M	Umbauten	von 255 bis 685 M
Vertikos	von 375 bis 650 M	Spiegel	von 58 bis 480 M
Bettstellen (komplett mit Matratze)	von 75 bis 575 M	Tische	von 65 bis 325 M
Sofas (Friedensplüsch)	von 725 bis 1050 M	Stühle	von 23 bis 83 M
Chaiselongues	von 450 bis 550 M	Waschtoiletten	von 285 bis 480 M
		Flurgarderoben	von 185 bis 465 M

Polsterwaren eigener Fabrikation

in **nur friedensmäßiger** Ausführung.

Korbmöbel, Stand-, Wanduhren, Kleinmöbel, Bilder, Luxusmöbel.

Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Möbelhaus S. Maltenfort

Telephon 1084. **Elbing, Alter Markt 5.** **Telephon 889.**

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 40 | Montag, den 8. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Geheimerlaß der Regierung. Wie wir aus sonst sehr zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Reichsregierung in einem streng vertraulichen Rundschreiben an die regierungsoffiziöse und bürgerliche Presse die Weisung gegeben, die sogenannte Auslieferungsfrage Hindenburgs und Ludendorffs mit keiner Silbe zu behandeln, um zu „vermeiden", daß die Entente unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den Weststaaten die Angelegenheit zu „einer Prestigefrage mache".

Die Toren der deutschen Regierung, an der Spitze Herr v. Simson, glauben im Ernst, mit derlei Mätzchen die Ententegewalthaber umstimmen zu können, daß sie auf die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs und der übrigen Legion der Heerführer verzichten. Die öffentliche Meinung der Ententestaaten wird gebieterisch die Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher, einschließlich Hindenburg und Ludendorff, verlangen. (Leipziger Volksstimme.)

Noske stellt die baltischen Meuterer ein. Noske erklärte einem Zeitungsreporter bezüglich der Baltikumtruppen: „Es war nicht möglich, so viele Leute nach Deutschland hereinzulassen, aber zu erklären: Ihr seid keine Deutschen mehr. — Als die Truppen erklärten, unter General Eberhard heimkehren zu wollen, mußte auch die Sperre der Löhnung und der Zufuhr aufgehoben werden. Die jetzt heimkehrenden Truppen sind demgemäß deutsche Staatsbürger, werden nicht als fahnenflüchtig betrachtet und erhalten bis zu ihrer gänzlichen Abrüstung Löhnung, Verpflegung und Ausrüstung: Die Abrüstungsorte sind auf das ganze Reich verteilt. Eine Uebernahme von Formationen der Baltikumtruppen in die Reichswehr ist ausdrücklich verboten. Da jedoch alles darangesetzt werden muß, entsprechend dem Friedensvertrage nur Leute in der Reichswehr zu haben, die sich zu 12jähriger Dienstzeit verpflichten, ist es möglich, daß mancher von den Heimkehrern, wenn er sich hierzu verpflichtet, Aufnahme findet. Für Offiziere habe ich mir für jeden einzelnen Fall die Entscheidung vorbehalten."

Bekanntlich hat die Reichswehr viel zu viel Menschen. Noske ist aber bereit, gerade den Baltikummeuterern eine Zufluchtsstätte zu bieten.

Wie Bulgarien die Kriegs-Schuldigen bestraft. Die amtliche Dacia meldet aus Sofia: Der bulgarische Gesetzentwurf über die Aburteilung der für den Krieg verantwortlichen Personen ist fertiggestellt und enthält folgende Bestimmungen: Wer an den Vorbereitungen zum Krieg, an der Kriegserklärung und an der dauernden Weiterführung des Krieges tätig Anteil genommen hat, wird mit dem Tode und der Beschlagnahme seines sämtlichen Vermögens bestraft. Hierbei soll es gleichgültig sein, ob es sich um das ehemalige Staatsoberhaupt, um Minister oder Heerführer handelt. Diplomaten und bevollmächtigte Gesandte, welche an dem Abschluß der Geheimverträge beteiligt waren, welche zum Kriege führten, sollen mit 15 Jahren Gefängnis und Konfiskation ihres Vermögens bestraft werden. Sobranjemitglieder, Präfekten und militärische Kommandanten, die durch Ausübung ihrer Amtspflichten zum Kriege beigetragen haben, werden mit Gefängnis von 10 bis 15 Jahren bestraft und verlieren ihre Stellung. Dieselbe Strafe wird gegen jene Personen ausgesprochen, die die Kriegszeit zu Wuchergeschäften ausgenutzt haben. Ueber die Schuldigen wird ein nationaler Gerichtshof urteilen. — Und Deutschland?

Wie Radek entlassen wurde. Die Stellen, die im Reichswehrministerium die Haftentlassung Radeks vornahmen, machten es so, daß eine ganze Abteilung von Kriminalbeamten Radek in die Privatwohnung brachten, als ob es diesen Stellen besonders daran gelegen hätte, den Aufenthalt Radeks öffentlich bekannt zu machen. Gleichzeitig wurde auch durch die daran Interessierten in die ganze Presse die Nachricht von der bevorstehenden Abreise Radeks lanciert. Nachdem so dafür gesorgt war, daß alle Welt von der Ueberführung Radeks wußte, wurde die Wohnung des Gastgebers Radeks von einer ganzen Abteilung von Kriminalbeamten besetzt, von denen sie vier in seinem Zimmer postierten mit der Weisung, Radek zu bewachen, ebenso in seinem Schlafzimmer, wie bei allen Funktionen, die selbst Polizeigewaltige den Gefangenen nicht verbieten können. Radek forderte seine sofortige Zurückführung ins Gefängnis, falls diesem ebenso dummen wie brutalen Vorgehen kein Ende bereitet würde. Schließlich entschloß man sich auf Protest des Rechtsanwalts Radeks, einen Teil der Polizeibeamten zurückzuziehen, der andere blieb jedoch in der Wohnung Radeks, und die Tür zu seinem Schlafzimmer mußte offen bleiben.

Der Berliner Belagerungszustand aufgehoben. Das preußische Ministerium hat den Belagerungszustand über Berlin, Spandau, Teltow und Niederbarnim aufgehoben. Die deutschen Schutzhaftgefangenen sind in diesen Kreisen in Freiheit gesetzt.

Metallarbeiterstreik in Chemnitz. Die Lohnbewegung in der Chemnitzer Metallindustrie umfaßt alle Betriebe. Einzelne Firmen, mit denen besondere Abmachungen getroffen waren, sind von der Streikbewegung ausgenommen worden. Infolge des Ausstandes mußte eine Anzahl großer Betriebe stillgelegt werden, u. a. die Wandererwerke, die Zimmermannwerke, die Sächsische Maschinenfabrik, die Reinecker A.G., die Werkzeugmaschinenfabrik Union.

Neue Schandtat der Baltikum-Spitzbuben. In der Nacht vom 3. zum 4. Dezember ist der Eisenbahnwagen der alliierten Offiziere auf dem Bahnhof in Schaulen von Mannschaften eines Transports mit Handgranaten beworfen worden; die Untersuchung ist im Gange. Infolge Nichtabgabe des Materials an die Litauer ist eine starke Spannung mit der interalliierten Kommission entstanden.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt mit, daß sich die Disziplin stark gelockert habe. Auch bei der Eisernen Division sei dies der Fall.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5]

3. Verhandlungstag

(Schluß der Vormittagssitzung.)

Berg-Wilhelmshaven sieht das Problem in dem Festhalten der Macht. Notwendig ist, praktisches Wissen in das Proletariat zu tragen. Der nötige Ueberblick fehlt. Ich fordere deshalb, in das Aktionsprogramm die Forderung aufzunehmen nach einer Weiterbildung der Erwachsenen. Wir verlangen Aufklärungsmaterial in vereinheitlichter Form, um den Massen die Aufnahme zu erleichtern.

Frieling-Altona erklärt sich mit der Einsetzung einer Redaktions-Kommission einverstanden, ebenso mit der Schaffung einer Programm-Kommission. Man sollte sich im Aktionsprogramm nicht nur lediglich auf die Betriebsräte beschränken, sondern auf das Rätesystem im allgemeinen. Redner verliest die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates und stellt fest, daß man hier in der Berufung einzelner Mitglieder durch den Reichsrat die alten monarchistischen Tendenzen wieder aufgenommen hat. Die Einigung kann nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes erfolgen. Der Berliner Freiheit wirft der Redner vor, daß sie nicht genügend die Interessen des Rätesystems und der revolutionären Tendenzen wahrnehme.

Oskar Cohn-Berlin ist ebenfalls mit der Einsetzung einer Redaktionskommission für das Aktionsprogramm einverstanden und wünscht die sofortige Zusammensetzung derselben. Mit der Eroberung der politischen Macht und der Durchführung des Rätesystems ist auch verbunden die Einigung des Proletariats. Wie soll sonst die politische Macht gegen das Bürgertum erobert werden und wie soll sie sich auf die Dauer behaupten, ohne die Mehrheit der produktiven und besitzlosen Klassen. Sie müßte sich halten als Diktatur der Minderheit mit all ihren Schrecken, mit all ihrer Zerstörung produktiver Kräfte. Das beweist uns das Beispiel Rußlands, wo zu den Verfolgtesten und Bedrücktesten die Sozialisten zählen, die Martow und Dan. Sie gehören gerade so zu den Opfern der Gewalt wie das Bürgertum. Eine Einigung ist aber auch notwendig zum Aufbau des Rätesystems. Wie soll sich eine Herrschaft der Räte halten, ohne den übereinstimmenden Willen des größten Teils des Proletariats. (Sehr richtig!) Die Einigungsfrage ist falsch gestellt, wenn man sie auffaßt als Einigung mit den rechtssozialistischen Führern. Cohn gibt das Bild des Baumes, der trotz seiner auseinanderstrebenden Teile im Erdreich wurzelt und macht hieran die gleiche Wurzelhaftigkeit des ganzen Proletariats anschaulich. Vergessen wir nicht, daß hüben und drüben gesündigt worden ist. Während und nach dem Kriege wurde die Erkenntnis, daß die Einigung von unten auf erfolgen soll. Ich habe darüber mit Scheidemann auf dessen Wunsch gesprochen, erst in der Schweiz und dann im Reichstag. Redner verwahrt sich gegen den Vorwurf Curt Geyers, daß seine Berufung in den Vorstand der Nationalversammlungs-Fraktion eine Art Relief abgeben sollte. Außer der politischen und rednerischen Befähigung müsse auch die Stärke des Charakters bei unseren Führern geprüft werden. (Lebhafte Zustimmung!) Von Koenen verlange er positive Bekundung der Verbrechen, die er, Cohn, verübt haben solle. Genosse Cohn verwahrt sich unter stürmischem Beifall des Parteitages gegen die Unterstellung, daß er durch seine Wirksamkeit sich irgend wie mit Scheidemann oder Noske identifiziert habe. Ich traue mir den Mut zur Unpopularität zu. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen!)

Kunert-Halle erklärt sich mit den Bestimmungen für die Einigung, von denen das neue Aktionsprogramm spricht, einverstanden. Er vertritt einen Antrag Adolf Hoffmann-Berlin, anstelle „Erklärung der Religion als Privatsache" zu setzen „Freiheit der religiösen und antireligiösen Ueberzeugung". Man steht dem parlamentarischen System durchaus freundlich gegenüber in den anderen Ländern. Das beweisen die Wahlen in Bulgarien, Frankreich, Italien und anderen Ländern. Man darf den Sumpf des bürgerlichen Parlamentarismus nicht mit dem parlamentarischen System verwechseln. Die Valuta des Rätesystems ist durch die Niederdrückung des Parlamentarismus nicht zu heben. Man muß von dem Standpunkt ausgehen, daß die Wahlen ein Gradmesser für die Reife des Proletariats sind. Wir könnten niemand anderem als unserem bittersten Feind einen Dienst erweisen, wenn wir bei Seite stehen wollten. Innerhalb des Kapitalismus gibt es nichts anderes als Beteiligung an den Wahlen, Erringung der höchsten Stimmenzahl und der Mandate. (Bravo.)

Hilferding bittet, den Antrag abzulehnen, das Programm bis zum nächsten Parteitag zu verschieben. Wir brauchen es jetzt. Er bittet weiter, den Antrag Braß abzulehnen, der den Ausdruck „auch der Parlamente" streichen will. Der Parteitag würde eine Unklarheit schaffen, wenn er diese Streichung vornehme. Der Boden der demokratischen Republick ist der günstigste des Klassenkampfes. Deshalb müssen wir die Demokratie und die Republik mit Hörnern und Zähnen verteidigen. (Sehr richtig.) Genosse Hilferding tritt der Art und Weise entgegen, wie gegen die Theorethiker, die keine unmittelbare revolutionäre Situation erwarten, besonders gegen Kautsky vorgegangen wird. Er verliest zur Beweisführung einen Artikel aus den Mitteilungen der Zentrale der Betriebsräte, ebenso einen Artikel Curt Geyers aus dem Pressebureau. Dort wird diesen Genossen vorgeworfen, daß sie nur den geeigneten Moment abwarten, um sich mit den Rechtssozialisten zu einigen. Das ist eine ganz niedrige Kampfesweise. Was ich theoretisch bekundet habe, bin ich auch gewohnt, politisch zu vertreten, wenn man aber gegen die Wissenschaft so vorgeht, dann braucht die Partei überhaupt keine mehr. Ich möchte Geyer sagen: Wenn er meint, daß wir Theoretiker unsere Anschauungsfreiheit einschränken lassen, ist er schief gewickelt. Wenn der Wissenschaft ihr Resultat vorgeschrieben wird, ist ihre Arbeit unnütz und wird dogmatisch. Lassalle hat gesagt: Die Wissenschaft sei frei bis zum Mißbrauch. Lassalle hat weiter gesagt: Die Wissenschaft und die Arbeit gehören zusammen. Deshalb soll man die Arbeiter nicht gegen die Wissenschaft aufhetzen. Zur Einigung sagte Hilferding, daß das platte Interesse des Proletariats eine organisatorische Einheit gebiete. Die Zeit für sie komme vielleicht nach den Wahlen, die den Zusammenbruch der rechtssozialistischen Partei bringen wird. Dann erst kann man über die Grundlagen der Einigung reden. Genosse Hilferding schilderte, wie er bereits während des Kriegs die Gewißheit hatte, daß dieser Krieg viel länger dauere, als man annahm, und daß ihm folge all das Elend, was wir jetzt erleben. Die Nichterfolgung der Sozialisierung liegt nicht nur an der Regierungsform, sondern am Fehlen der sozialistischen Erkenntnis bei den Massen. Das letzte Jahr bedeutet eine Stärkung des Bürgertums. Diese Verschiebung der Machtverhältnisse dürfen wir nicht übersehen. Es ist möglich, daß der Elendszustand revolutionierend wirkt, aber dieses andauernde Elend kann auch in anderm Sinne wirken. Auch wir müssen unsere Taktik auf beide Möglichkeiten einstellen.

Nachmittagssitzung.

Nach der Eröffnung durch Vorsitzenden Lipinski nimmt Genosse Oskar Cohn seine Angriffe gegen Genossen Stoecker zurück, da die Sache aufgeklärt worden sei. (Bravo.)

Vorsitzender Lipinski schlägt vor, heute noch die Debatte und das Schlußwort über das Aktionsprogramm zu erledigen und dann die Redaktionskommission zusammentreten zu lassen. Der Parteitag stimmt dem zu. Die Diskussion über „Programm und Taktik der Partei" geht weiter.

Espe-Nordhausen wendet sich gegen die Einigung von oben durch die Führer und verlangt, daß die Massen zur selbständigen Handlung erzogen werden müssen. In der Einigungsfrage stimmt er im Wesentlichen den Ausführungen Cohns und Hilferdings zu. Er verlangt klare Stellung zur Agrarfrage.

Fleißner-Dresden: Ich habe aus den Ausführungen des Genossen Däumig, denen ich mit großer Erwartung entgegensah, entnommen, daß keinerlei grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen rechts und links. Verschiedene Auffassung taktischer Natur gibt es und wird es immer geben. Den Antrag auf Streichung des Passus „auch die Parlamente" bittet er zurückzuziehen. Wir überschätzen nicht den Parlamentarismus. Auch Radek widerspreche der Auffassung, als seien die Bolschewisten grundsätzlich antiparlamentarisch gesinnt.

Koenen-Berlin entgegnet Fleißner, daß die Bolschewisten den Parlamentarismus zwar zur Aufrüttelung der Massen brauchen, aber nicht zur ev. Regierungsbildung mit Rechtssozialisten und Bürgerlichen im kapitalistischen Staat. Hinter dem Wort „parlamentarisch" ist hinzugekommen im Aktionsprogramm „Massenaktion". Darauf hätte Fleißner auch hinweisen müssen. Koenen schildert gegenüber Cohn bei der Neubildung des Fraktionsvorstandes und zitiert Henke, der sich ebenfalls gegen Cohn als Vorsitzenden in der Fraktion erklärt hat wegen seiner parlamentarischen Verbindung mit Demokraten und Rechtssozialisten. Wir wollen uns fortan nicht mehr beurteilen lassen nach der lavierenden Tätigkeit des Genossen Cohn. Der Parteitag soll es zeigen, ob es dasselbe ist, mit den gehetzten Opfern der bürgerlichen Domokratie sich zusammenfinden oder ob mit Spahn und Scheidemann. Genosse Koenen polemisiert gegen Hilferding und gibt zu, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten unter den Anwesenden nicht gibt. Wenn Hilferding meint, er sei immer für Sozialisierung gewesen, so fragt es sich, für welche? Für die Sozialisierung auf dem Boden der bürgerliche Demokratie! Der Druck der Massen hat im Dezember, Jannar, Februar und März nicht gefehlt, er hat mi elementarer Wucht die Sozialisierung gefordert. Aber man hatte sich auf die Nationalversammlung eingerichtet. Vor Niederlagen wollen wir wohl alle bewahrt bleiben, aber vorangehen mit der revolutionären Aktion, das ist das Richtige und sich nicht von historischen Rückblicken halten lassen. Wir haben die Gelegenheit für die Sozialisierung verpaßt, wenn wir nicht mit aller Macht den Willen zum Sozialismus durchsetzen. Die Umschichtung der Bevölkerung bietet uns aber andere taktische Maßnahmen. Es wäre Aufgabe der Wissenschaftler, an der Hand dieser objektiven Möglichkeiten die Theorie der Massenaktion, des Massenstreiks fortzuentwickeln. Hier ist Arbeit für die Kautsky, Hilferding, Ströbel u. a. (Lebh. Beifall.) Man soll uns stärken, stützen und nicht in den Rücken fallen. Gegen Kautsky und Ströbel sind die schärfsten Grenzlinien angebracht. Hilferding läßt diese Leute Leitartikel in der Freiheit schreiben. Das neue Programm atmet den Geist, den wir wünschen.

Aber es wird noch manchen Strauß kosten, um die von rechts ganz auf dieses Programm zu verpflichten. (Stürm. Beifall!)

Es ist ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten eingegangen. Der Antrag wird abgelehnt.

Sievers-Neukölln: Den Ausführungen des Genossen Seeger ist die Ablehnung der proletarischen Diktatur und des Rätesystems zu entnehmen. Für Cohn gilt dasselbe. Die Mehrheit der Bevölkerung haben wir solange nicht für uns, solange sie der reaktionären Beeinflussung ausgesetzt ist. Ausgesprochen muß werden, daß die Passivität gegenüber dem Kampf ums Rätesystem uns in den letzten Monaten schwere Hemmschuhe anlegte.

Eichhorn-Berlin stellt die erfreuliche Erscheinung fest, daß es über die grundsätzlichen Fragen keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Eichhorn tritt der Auffassung des Gen. Cohn sowohl hinsichtlich der Diktatur des Proletariats als auch der Einigung entgegen. Das Proletariat hat wohl eine gemeinsame Grundlage, aber politische Parteien haben doch grundsätzliche Unterschiede. Eine Einigung mit den Rechtssozialisten bedeutet eine Einigung mit dem Bürgertum. (Sehr richtig!) Das ist unmöglich. Wir können nur eine Einigung auf der Grundlage unseres Programms vornehmen. Eichhorn wendet sich gegen die Streichung des Ausdrucks „parlamentarisch", die schließlich die Ablehnung des Parlamentarismus zur Konsequenz haben würde. Er wendet sich auch gegen den parlamentarischen Kretinismus und kritisiert das Vorgehen Cohns beim Belagerungszustandsgesetz. (Lebh. Beifall.)

Popp bemerkt, daß man in Bezug auf die positive Arbeit nicht allzu ängstlich sein solle. Wir benutzen alle Kampfmittel und das notwendigste ist der Parlamentarismus. Das gilt besonders für die Kommune. Eine Sozialisierung ist jetzt möglich. Haben wir die politische Macht, können wir auch die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen.

Curt Geyer-Leipzig wendet sich gegen die persönlichen Angriffe des Gen. Cohn auf seinen Charakter. Nach der Enthüllung des Skandals Sklarz hätte Cohn nicht mit Scheidemann verhandeln dürfen. Es ist doch ein Unterschied ob man mit Rechtssozialisten oder Kommunisten verhandelt. Seeger hat klar erkennen lassen, daß er nicht auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehe, verwirklicht durch das Rätesystem. Seeger hat bestritten, daß Marx auf dem Boden der Diktatur des Proletariats gestanden hat. Geyer verliest folgendes Zitat von Marx: „Während so die Utopie von dem Proletariat an das kleine Bürgertum abgetreten wird, gruppiert sich das Proletariats immer mehr um den revolutionären Sozialismus . . .

Die Permanenzerklärung der Revolution, ihrer Klassendiktatur des Proletariat als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung sämtlicher Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesem Produktionsverhältnis entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungeu hervorgehen.

Marx hat sich da klar und deutlich für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen. Wo die Grenzen zu stecken sind, darum gehen die Differenzen auch mit Hilferding. Die rechtssozialistische Partei zu zertrümmern, ihre Mitglieder zu uns herüberzuziehen, das ist unsere Aufgabe hinsichtlich der Einigung. Wie können wir die Lage des Proletariats ändern? In dieser Situation ist es unsere Aufgabe, die Massen zusammenzufassen zur Bekämpfung unserer Gegner. Hilferding meint, daß man die demokratische Republik verteidigen müsse gegen jene Angriffe von rechts. Die Parole in dieser Situation ist so verkehrt wie möglich, dadurch wird Verwirrung in die Köpfe der Arbeiter getragen. Wenn es eine Situation gibt, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats dartut, dann ist es die gegenwärtige. (Lebhafter Beifall.)

Kretzen-Kiel bekämpft die Anschauungen des Berliner Vollzugsratsmitgliedes Wegmann in der Gewerkschaftsfrage als verhängnisvoll, die dieser in einer Kieler Versammlung vertrat. Die neuen ungeschulten Massen finden die Schuld nicht in den Dingen sondern in der Führung. Die Beteiligung an den Wahlen kann niemals ein Fehler sein, wohl aber die Unterlassung. Das Wort „parlamentarisch" darf nicht gestrichen werden! (Beifall.)

Karsten-Peine meint, daß das Aktionsprogramm besonders günstig sein muß für die Agitationsbedürfnisse auf dem Lande. Die Entschädigungsfrage kann man jetzt nicht erledigen. Die Erringung der politischen Macht ist viel leichter als ihre Erhaltung. Insofern ist die Frage der Einigung des Proletariats äußerst objektiv zu prüfen. Der Wille zur Einigung bei den rechtssozialistischen Arbeitern ist sehr groß. Der Ton der Parteipolemik muß anders werden! (Bravo.)

Braß-Remscheid gibt eine rückschauende Betrachtung der Gegensätze und Unklarheiten wieder, die an dem März-Parteitag herrschten und stellt mit Befriedigung fest, daß heute in allen diesen Fragen die damals zögernden Genossen uns gefolgt sind. Die Freiheit der Wissenschaft habe in die alte Partei den Reformismus getragen, der den Zusammenbruch von 1914 verschuldet habe. Die Arbeiter müssen also doch etwas Vorsicht üben. Was ist von Hilferding in der „Freiheit" zur Klärung des Rätesystems zu sehen? Fast nichts. Hilferding meint, die Arbeiterschaft habe nicht genügend gedrängt zur Sozialisierung. Dabei hat sich im Januar die Bergarbeiterschaft des Westens geschlagen für die Sozialisierung des Bergbaues. Das neue Aktionsprogramm soll die Einmütigkeit der Partei besiegeln. Es muß konsequent durchgeführt werden, dann wird die Aufwärtsbewung der Unabhängigen Sozialdemokratie sich steigern.

Richter-Lötzen richtet die Mahnung der Sachlichkeit an die Genossen. Das Programm muß die Verwirklichung der Internationale bewirken.

Ledebour-Berlin: Bei der sogenannten Einigung des Proletariats handelt es sich um etwas ganz anderes, als hier öfter behandelt wurde. Durch die Frage der Einigung der Parteien wird die Sache auf die formalistische Bahn gedrängt. Es kommt darauf an, auf alle Proletarier einzuwirken, um sie für unsere Anschauung zu gewinnen. Dazu müssen wir eine Politik treiben, die uns das Vertrauen der Massen sichert. Der Trennungsstrich nach links lag Seeger näher als nach rechts. Das steht im Widerspruch zur der Erfassung des revolutionären Proletariats. Die Männer und Frauen, die heute bei den Kommunisten sind, haben vor noch nicht langer Zeit in unserer Partei gestanden. (Sehr richtig.) Sie trennten sich wegen einer augenblicklichen Erstarrung, die sie bei uns festzustellen glaubten. Das war kurzsichtig, denn unsere Partei ist seit dieser Zeit immer revolutionärer geworden. (Sehr richtig.) Ich habe diese Trennung lebhaft bekämpft und bedauert, da der linke Flügel unserer Partei durch das Ausscheiden dieser Kräfte geschwächt wurde. Wenn die Zeit zum Handeln gekommen war, haben wir Unabhängige Sozialisten unsere Pflicht ebenso gut erfüllt. (Beifall und Zurufe: noch besser.)

Die Bewegung gegen den Parlamentarismus bedaure ich. Die Genossen sind sich über das Programm nicht klar geworden. Solange wir nicht in der Lage sind, die parlamentarischen Institutionen zu beseitigen, dürfen wir sie den Genossen nicht verekeln. Der größte Mangel, den wir haben, ist ja der an parlamentarisch geschulten Kräften. Die Genossen, die heute am ärgsten gegen den Parlamentarismus sind, haben sich auf dem ersten Rätekongreß von einem Parlamentarier, wie Leinert, einwickeln lassen. Die Gegner des Parlamentarismus sind Schritt für Schritt gewichen. Wir können statistisch im Augenblick der Handlungen nicht feststellen, ob die Mehrheit bei uns ist. Es kommt auf unsere neuschöpferische Betätigung an, die Mehrheit durchzuführen. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte ist erschöpft.

Genosse Crispien erhält das Schlußwort. Er stellt fest, daß sachliche Abänderungen des Aktionsprogramms kaum gewünscht werden. Er bittet, das Wort „parlamentarisch" im Aktionsprogramm nicht zu streichen, damit nach dem Parteitag die Debatte nicht wieder auflebe. Das Programm soll aussprechen, daß wir uns rückhaltlos auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stellen. Wir werden, gestützt auf dieses Programm, dem Proletariat Ziele und Wege geben. Wenn 1789 und 1848 die Arbeiter für das Bürgertum kämpften, so kämpft 1919 das Proletariat für seine Sache. Wenn man versuchen sollte, die gestürzten Throne wieder aufzurichten, dann wird das Proletariat selbst zur Abwehr entschlossen, zum Kampf bereit sein für den Sozialismus, für die Menschheit! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Lipinski gibt die Vorschläge für die Redaktionskommission bekannt. Die Kommission wird bestimmt aus den Genossen Crispien-Berlin, Hilferding-Berlin, Henke-Bremen, Herzfeld-Berlin, Stoecker-Berlin, Däumig-Berlin, Dißmann-Frankfurt a. Main, Curt Geyer-Leipzig, Kunik-Breslau, Berten-Düsseldorf.

In die Programm-Kommission werden entsandt: Crispien-Berlin, Hilferding-Berlin, Henke-Bremen, Seeger-Leipzig, Braß-Remscheid, Curt Geyer-Leipzig, Däumig-Berlin, Genosse Zietz-Berlin, Genossin Sender-Frankfurt a. Main, Eckart-Braunschweig, Ledebour-Berlin und Simon-Nürnberg. Zur Beratung des Steuerprogramms wird ebenfalls eine Kommission gebildet aus den Genossen Wurm-Berlin, Seeger-Leipzig, Hugo Simon-Berlin, Curt Geyer-Leipzig, Hilferding-Berlin, Stoecker-Berlin, Herzfeld-Berlin, Löhr-Braunschweig.

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Sodann werden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Politische Rundschau

Deutschland

3)

Der Marloh-Prozeß

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Vernehmung des wichtigsten Zeugen, des berüchtigten Oberst Reinhard. Dieser brutale Militarist gefällt sich als Zeuge in der Rolle des derben militärischen Biedermannes. Er gibt zunächst eine völlig entstellte Schilderung von den Ursachen der Kämpfe zwischen der Volksmarinedivision und den Regierungstruppen gelegentlich der Märzunruhen dieses Jahres. Er fährt fort: Ich habe aus den Meldungen des 10. März den Eindruck gewonnen, es handele sich bei der Zusammenkunft der Matrosen in der Französischen Straße um den Versuch einer Neubildung der Volksmarine-Division. Ich glaubte, am 11. März würden sich nur sehr wenige Menschen in der Französischen Straße einfinden, zumeist Verbrecher und dergl. Ich sprach mit dem Oberleutnant Kessel ungefähr in dem Sinne, daß es eine enorme „Dreistigkeit" sei, daß sich diese Ueberläufer vom Feinde jetzt noch ihre Löhnung auszahlen lassen wollten und daß, wenn man die ganze Sache vom Kriegsstandpunkt aus betrachte, die ganze Gesellschaft nach Kriegsrecht zu behandeln sei. Dies könne aber nicht geschehen, da es sich um deutsche Volksgenossen handle, auf die man selbst bei den größten Dummheiten gewisse Rücksichten nehmen müsse. Als Oberleutnant Marloh um Unterstützung bat, schickte ich, ich glaube den Leutnant Schröter, zu ihm, um ihn aufmerksam zu machen, daß er energisch und rücksichtslos vorgehen solle und müsse, daß alle Leute, die mit den Waffen in der Hand sich zur Wehr setzten, entsprechend dem Erlaß des Oberstkommandierenden, erschossen werden sollten, ebenso Leute, die beim Plündern erwischt worden seien. Oberleutnant Marloh ließ dann nochmals dringend um Unterstützung bitten. Es bereite sich auf der Straße ein Auflauf vor. Diese Meldung änderte das ganze Bild. Ich dachte an den 24. Dezember, wo ebenfalls bei einem Straßenauflauf durch Ansammlung von Frauen und Kindern die Garde-Kav.-Schützen-Division den Matrosen im Marstall gegenüber zusammengebrochen war. Ich befahl daher dem Oberleutnant Kessel: „Lassen Sie dem Marloh sagen, er hätte ausgiebig von der Waffe Gebrauch zu machen, die beste Unterstützung sei eine Kugel". Ich weiß aber nicht mehr, wenn ich wirklich eine Zahl genannt haben sollte, ob diese Zahl 150 war. Vors.: Es sind Berichte aus den Akten verschwunden. Wissen Sie, wer die Berichte herausgenommen hat? Die Berichte müssen bei der Brigade Reinhard verschwunden sein. Reinhard: Im Augenblick kann ich das nicht sagen. Der erste Bericht ist mir nicht zu Gesicht gekommen. Vors.: Der zweite von Marloh gegebene Bericht soll schon ganz anders gelautet haben als der erste. Reinhard: Er war allgemein gehalten

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

40]

Als Jordan in der dritten Morgenstunde schon mit gelinde lallender Zunge der Kneipkorona gute Nacht bot, erhob sich diese wie ein Mann und verkündete ihren einmütigen Entschluß, den Herrn Ersten Staatsanwalt in Spe zum Dank für sein heutiges Erscheinen und für die durch ihn erfolgte außerordentliche Belebung der Fidelitas im imposanten Nachtbummel vermittels der erforderlichen Zahl von Automobilen nach Hause zu geleiten.

Drei Autos schnoben also durch den stillen Tiergarten zum Lützowufer; und vor dem ruhig schlafenden Hause gab es noch einen lärmenden Abschied. Aber schon währenddessen hatte Matthias Jordan einen Blick zu seinen Fenstern emporgerichtet und diese mit heftigem Schreck erleuchtet gefunden.

War man noch auf bei ihm um diese späte Nacht- oder frühe Morgenstunde?

Weshalb? Was war da geschehen?

Dieser Schreck machte Jordan im Augenblicke nüchtern. Er riß sich vollends zusammen, als er hinter den hellen Vorhängen seines Arbeitszimmers Rosalindens hohe Gestalt wahrnahm.

Heiliger Nopomuk — sie wartete auf ihn. War nicht zu Bett gegangen.

Ach — du mein Himmel — wie peinlich — wie fatal. Jetzt — in dieser Stimmung etwa noch eine eheliche Auseinandersetzung?!

Man war müde und abgeschlagen — großer Gott — nahmen denn die Sensationen dieses entsetzlichen Tages überhaupt kein Ende . .?

Die Kollegen waren abgeschwirrt — die letzten Witzworte des Abschiedes verhallt . . . Seufzend verschloß Jordan die Haustür und erstieg langsam die Treppen. Er öffnete die Wohnungstür und hatte, in der Diele lauschend, einen Augenblick den Gedanken, sich sofort in sein Schlafzimmer zu begeben, denn er hatte ja doch nicht nötig, da, späte Aufgebliebensein der Gattin bemerkt zu haben. Bedächtig hing er seine Sachen auf, stand einen Augenblick lauschend und wollte sich schon den hinteren Räumen zuwenden, als er drinnen im Arbeitszimmer Rosalinden hüsteln hörte.

Na, da gab es kein Entweichen. Er war ihr ohnehin in den letzten Tagen offensichtlich aus dem Wege gegangen und spürte sogar jetzt plötzlich eine versöhnliche Regung und das Bedürfnis einer Annäherung, die ja doch erfolgen würde, nachdem der Anlaß der Entfremdung, Herta Hecker, in der allernächsten Zeit aus dem Wege geräumt worden wäre.

So trat er denn in sein Arbeitszimmer ein, in dem er Rosalinden noch immer am Fenster stehend fand.

In seinem festlichen Frack und etwas zerdrücktem Plättshemd kam er mit gerötetem Kopf und freundlichstem Ausdruck auf Rosalinden zu, ihr die Hand entgegenstreckend, um die ihre zu ergreifen und zu küssen.

Sie aber schien das zu übersehen, wandte sich nur langsam nach ihrem Manne um, und warf aus matten, übernächtigen, kummervollen Augen einen prüfenden Blick auf ihn.

„Nun sag mir, um Himmelswillen, Rosalinde, welchen Zweck hat es, daß du hier die halbe Nacht aufsitzest?! Das ist doch wirklich im höchsten Grade dumm . . ."

Er biß sich auf die Lippen. Er hatte ein ganz anderes, weniger verletzendes Wort brauchen wollen, aber der Wein spukte ihm im Blute. Er fühlte, er mußte sich sehr zusammennehmen, durfte seine Frau um keinen Preis spüren lassen, daß er ein wenig über den Durst getrunken. Dabei erfüllte es ihn mit Zuversicht, daß er Rosalinden jetzt viel freier und ungezwungener gegenüberstand als noch an diesem Morgen, wo er sich noch mit Fluchtgedanken und Weltreiseplänen an der Seite der Magdalenenstiftkandidaten getragen hatte.

Vielleicht war es eine Fügung des Himmels, daß Rosalinde noch auf und somit Gelegenheit gegeben war, die Mißstimmung und das eisige Schweigen zu Ende zu bringen, das während der letzten Zeit zwischen den Ehegatten geherrscht hatte.

Denn die von seiten Jordans zugesagte Aufklärung über das, was ihn sichtlich verstört hatte, war immer noch nicht erfolgt, und Rosalinde hätte wirklich hinreichenden Grund, sich gekränkt und übergangen zu fühlen.

Aber um des Himmels willen, sollte es jetzt — jetzt etwa zur Generalbeichte kommen?

Hierauf fühlte Jordan sich in keiner Weise vorbereitet.

Auf keinen Fall ging es, daß er diese ganze, zur Stunde erst im Plane gelöste Geschichte jetzt seiner Frau auftischte. Denn mit Recht würde sie Grund zu mannigfacher Beunruhigung aus ihr schöpfen. Und das sollte, das durfte nicht sein. Hinreichend, wenn einer von ihnen beiden an der Sache schleppte. Zudem war in dieser ja doch noch mancherlei geschehen, wofür es von Rosalindens Seite in Anbetracht ihrer überstrengen Gesinnung nun einmal kein Verzeihen gab — nicht jetzt und nicht später.

Also um Gotteswillen keine halben Geständnisse, keine verdeckenden Erklärungen.

Diese hellen, grauen Augen sahen ohnehin mehr als wünschenswert war, und ihre Blicke hatten etwas von der Durchschlagskraft der X-Strahlen.

Da er aber nun doch in der allervorsichtigsten Art zu lavieren gezwungen war, so bekam Jordan sogleich wieder sein gezwungenes Wesen, aus dessen vorsichtigem Tasten und Fühlervorstrecken Rosalinde auf der Stelle den Eindruck der Unehrlichkeit und Versteckheit wiedergewann. Und das war das Schlimmste, was zwischen diesen beiden jetzt geschehen konnte.

Er legte ihr die Hand auf die Schulter.

„Nun sag mir wirklich, Linda, weswegen bist du nicht zu Bett gegangen?"

Ohne sich zu ihm zu wenden, die Augen in die Nacht hinaus durch das Fenster gerichtet, sagte sie: „Ich hätte ja doch nicht schlafen können."

Das Blut schoß ihm sofort zu Kopf.

Der klagende Ton, den er sonst von seiner Frau nicht gewöhnt war, deutete eine Beschwerde an, eine Beschwerde gegen sein Verhalten.

Was aber hatte er Schlimmes getan? Er war der Einladung eines Kollegen gefolgt, wie alle die übrigen Herren vom Amt, von denen wohl kein einziger deswegen in dieser Stunde von der zu Hause gekränkt harrenden Ehehälfte tadelnden Empfang zu erleiden hatte.

Nur er, er allein war zu solchen Dingen verdammt.

Aber er drängte den aufkochenden Aerger zurück und zwang sich zum liebenswürdigsten Tone.

„Sag mir das Eine, liebes Kind, weshalb, weshalb meinest du nicht schlafen zu können? Bloß weil ich einmal seit unvordenklichen Zeiten der Einladung meiner Amtsgenossen gefolgt bin? Ist das ein solches Verbrechen?

Ich habe mich bisher viel mehr als gut war von den Zusammenkünften der Kollegen ausgeschlossen. Solche Isolierung bekommt man bei Gelegenheit zu spüren.

Das glaube mir nur. Wenn du es mit mir gut meinst, mußt du mich nicht daran hindern, mal an solchen Abenden teilzunehmen. Das tut jeder Mann, der amtliche Beziehungen hat. Das ist noch kein Verbrechen der Frau gegenüber. Freilich habe ich dich in dem Punkte in all den Jahren durch mein Einsiedlerleben so maßlos verwöhnt, daß du natürlich sofort meinst, die Welt gehe unter, wenn ich mir erlaube, mal ein paar Nachtstunden beim Glase Wein mit Standesgenossen zu verplaudern."

Rosalinde antwortete nicht, und dieses Schweigen, in dem ein erneuter und noch schärferer Tadel für ihn enthalten war, peitschte seinen Ingrimm von neuem auf.

(Fortsetzung folgt.)

und klärte nicht genügend auf. Aus diesem Grunde wurde nach Rücksprache mit dem mir bekannten Ersten Staatsanwalt Weismann ein neuer Bericht abgefaßt. Marloh kam nicht genügend mit dem Tatsachenmaterial heraus. (Diese Darstellung ist der Gipfel der Frechheit. In dem dritten Bericht war das wesentlichste herausgelassen, nämlich, daß sich Marloh auf den direkten Befehl des Obersten Reinhard als Beweggrund seines Handelns bei der Erschießung bezog.) Oberst Reinhard wird darauf von den beiden Verteidigern in Kreuzverhör genommen. Er hat auf einmal ein besonders schlechtes Gedächtnis. Rechtsanwalt Grünspach: Wissen Sie, daß bei der Vernehmung des Staatsanwalt Weismann Oberleutnant Marloh gesagt hat: „Es ist zwar eine Lumperei, aber ich tue es im Interesse des Staates. Reinhard: Marloh war so komisch an dem Tage; ich hatte keinen Grund, ihn zu rügen. Rechtsanwalt Grünspach: Ich bitte aus den Akten festzustellen, ob ein Verfahren wegen Aktendiebstahls in dieser Sache eingeleitet worden ist. Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Meyer: Das Gericht der 30. Reichswehrbrigade war zu einem solchen Verfahren nicht berechtigt. Rechtsanwalt Kikath: Herr Oberst, halten Sie Oberleutnant Marloh nicht für fähig, einen klaren Bericht selbständig aufzusetzen? Reinhard: Nicht jeder Offizier ist Jurist und imstande, einen Bericht anzufertigen, der einem Gericht standhalten kann. Es handelte sich damals darum, Marloh zu helfen, da ich merkte, es würden sich für ihn unangenehme Folgen ergeben. Rechtsanwalt Kikath: Also Sie geben zu, daß dieser Bericht schon damals juristisch verwertet werden sollte. Reinhard: Ich habe den Eindruck, daß hier jemand auf Aktendiebstahl festgelegt werden soll. Angeklagter Marloh: Ich habe meinen ersten Bericht wahrheitsgemäß angefertigt. Ich bin zum Staatsanwalt Weismann nur auf Wunsch von Oberleutnant von Kessel gegangen. (Sehr erregt.) Ich lüge nicht. Rechtsanwalt Grünspach: Der Angeklagte ist von Oberleutnant von Kessel intensiv bearbeitet worden, die Wahrheit im Staatsinteresse nicht zu sagen. Da kann man doch nicht behaupten, daß der Angeklagte lügenhaft ist. Ein Antrag der Verteidigung Oberst Reinhard als Sachverständigen zu hören, wird abgelehnt. Es folgt dann die Vernehmung des jetzigen Hauptmanns, damals Oberleutnants von Kessel. Kessel sagt ähnlich wie Reinhard aus. Sehr interessant sind seine Aussagen über die Berichte und die Flucht des Angeklagten, welche von ihm veranlaßt worden ist. Der Zeuge muß einräumen, daß er den zweiten Tatbericht von sechs Dienststellen zurückholen hat lassen und den bei der siebenten Stelle, nämlich den bei den Gerichtsakten später gleichfalls verschwundenen Bericht, zurückerlangen wollte. Schließlich fühlt sich Hauptmann von Kessel insbesondere durch die Fragen der Verteidiger so in die Enge getrieben, daß er seine Aussage verweigert, weil er sich durch eine wahrheitsgemäße Beantwortung der Fragen strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. (In jedem andern Falle würde der Anklagevertreter daraufhin die vorläufige Festnahme angeordnet und den Erlaß eines Haftbefehls durch den zuständigen Gerichtsherrn veranlaßt haben. Aber bei Herrn von Kessel gibt es natürlich keine Kollusionsgefahr und keinen Fluchtverdacht.) — Der nächste Zeuge ist Leutnant Wehmeyer, der Ueberbringer jenes furchtbaren Befehls, der die unmittelbare Ursache zu der Erschießung der 32 Matrosen geworden ist. Lt. Wehmeyer bekundet mit großer Bestimmtheit, Oberleutnant von Kessel sei nach einer Unterredung mit dem Obersten Reinhard in großer Erregung zu ihm gekommen und hätte gesagt: „Nehmen Sie gleich ein Auto, fahren Sie weg und bestellen Sie dem Oberlt. Marloh, daß Oberst Reinhard sehr wütend sei, weil er gegen die 300 Gefangenen zu schlapp vorginge. Von der Waffe ist im ausgiebigsten Maße Gebrauch zu machen und wenn 150 Mann erschossen werden. Alles was er irgendwie erschießen könne, solle er erschießen. Die Unterstützung würde noch ein- bis eineinhalb Stunden auf sich warten lassen. Oberlt. Kessel fügte noch hinzu, Oberst Reinhard wisse auch garnicht, wo er mit den ganzen Leuten bleiben solle.“ Dieser letzte Satz bezieht sich auf die Ueberfüllung der Gefängnisse und kennzeichnet treffend die unglaubliche Roheit der Offizierskamarilla.) Lt. Wehmeyer ist gegen 12 Uhr fortgefahren und bestellte seinen Auftrag an Marloh. Dieser war sehr erregt und schimpfte auf den Befehl: „150 Mann erschießen, du bist wohl verrückt, ich weiß allein, was ich zu tun habe.“ Lt. Wehmeyer hat seinen Befehl als unbedingten Befehl aufgefaßt, dem er und Marloh gehorchen mußten. Vors.: Wenn der Angeklagte nach seiner Behauptung den Befehl befolgt hat, so hätte er doch 150 und nicht nur 30 Mann erschießen müssen. Lt. Wehmeyer: Es heißt doch in dem Befehl nicht: „Du sollst 150 Mann erschießen, sondern nur soviel Du kannst.“ Den von Oberlt. v. Kessel heute überreichten Bericht erkennt der Zeuge nicht als den ersten mit Staatsanwalt Zumbroich verfaßten Bericht an. Das Schriftstück sei vielmehr von ihm nach einem Diktat des Oberlt. v. Kessel mit der Schreibmaschine geschrieben worden. Staatsanwalt Weismann bekam eine Abschrift. Lt. Wehmeyer hat auf Befehl des damaligen Oberlt. v. Kessel die Berichte von den verschiedenen Dienststellen abholen müssen. Vors.: Welche Gründe zu den Umänderungen des Berichts hat Ihnen Marloh damals angegeben? Lt. Wehmeyer: Marloh erklärte, er dürfe nicht in dem Bericht erwähnen, daß er auf Befehl seines Vorgesetzten gehandelt habe. Lt. Wehmeyer bekundet noch, daß Oberlt. v. Kessel gesagt habe, es wäre am besten gewesen, wenn Marloh alle 300 Matrosen erschossen hätte. Oberlt. v. Kessel hat dem Marloh erklärt, es sei seine vaterländische Pflicht zu fliehen, da eine Gerichtsverhandlung soviel Staub aufwirbeln würde, daß sich Oberst Reinhard und Noske kaum halten könnten. Die Hauptverhandlung würde so kompromittierend sein, daß ein Sturz der gesamten Regierung nicht ausgeschlossen sei. Ueber die Flucht des Oberlt. Marloh berichtet der Zeuge, daß er auf Befehl des Oberlt. v. Kessel die gefälschten Papiere hergestellt habe, von denen zwei Oberlt. v. Kessel unterschrieb. (Auf Grund solcher Bekundungen wird nach ständigem Gerichtsgebrauch eine Verhaftung des so Beschuldigten vorgenommen. Eine Verhaftung des Oberlt. v. Kessel ist bis jetzt unterblieben. Seine Kaste hat nach der neuen Reichsverfassung scheinbar besondere Rechte.) Zeuge Staatsanwalt Weismann sagt über seine Mitarbeit bei der Abfassung des Berichts: Marloh suchte mich auf und bat mich, bei dem Bericht behilflich zu sein, da er derartig erregt sei, daß er nicht in der Lage wäre, ihn zu Papier zu bringen. Ich war dazu im Einverständnis mit Oberst Reinhard bereit. Es war lediglich eine persönliche Gefälligkeit, die nichts mit meinem Dienst zu tun hatte. Ich handelte aus folgenden Gründen: Ich halte den Oberst Reinhard für den Retter von Berlin. Von Marloh war nicht viel herauszubekommen, er war völlig verstört und verworren. Das ist erklärlich, angesichts des so grauenvollen Vorganges. Was er erzählt hat, habe ich aus bestem Wissen und Gewissen zu Papier gebracht. Was aus dem Schriftstück geworden ist, weiß ich nicht. Marlohs Ausruf: „Es ist eine Lumperei, aber ich tue es im Staatsinteresse“, ist meiner Erinnerung nach nicht in meiner Gegenwart gefallen. Vors.: Wußten Sie, daß schon vorher ein oder mehrere Berichte gemacht wurden? Staatsanwalt Weismann: Daran kann ich mich nicht erinnern. Er habe den Eindruck gehabt, als ob Marloh sich im Falle der Notwehr befunden. — Staatsanwalt Zumbroich bekundet, daß seine Darstellung völlig der Wahrheit entspreche. Marloh habe sich damals auf die Befehle Noskes, v. Lüttwitz und Reinhards berufen. Nach Zumbroichs Ansicht war Marloh durch die empfangenen Befehle völlig gedeckt. — Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, der die Voruntersuchung bis zum Prozeß gegen die Mörder Liebknechts geführt hat, macht wesentliche Angaben über den Aktendiebstahl, der bei der Brigade Reinhard stattgefunden haben muß. Lt. Schröter bestätigt den scharfen Befehl zu energischem Durchgreifen, den er Marloh im Auftrage des Obersten Reinhard überbrachte. Zum Schluß stellt Rechtsanwalt Grünspach Beweisanträge in Aussicht, aus denen hervorgeht, daß er den Hauptmann von Kessel des Meineides überführen will.

Die Verhandlung wird vertagt.

Die Entlarvung eines Lockspitzels

Der Kilian-Prozeß in Halle dauert nun schon an die drei Wochen. Unter den Belastungszeugen spielte ein gewisser Hartung eine besondere Rolle. Er trat als Kronzeuge des Staatsanwalts auf und dieser wie der Gerichtsvorsitzende nahmen sich in auffälligem Maße des Hartung bei seiner Vernehmung an. Der Staatsanwalt sprang dem Zeugen Hartung mehrfach im Kreuzfeuer der Fragen durch die Verteidiger zu Hilfe. Was für ein Subjekt dieser Kronzeuge und Lockspitzel Hartung ist, brachte der sechzehnte Verhandlungstag ans Licht. Es wird uns darüber berichtet:

„Nachdem in der Verhandlung Hartung noch über verschiedene Punkte vernommen war, gelang es der Verteidigung, an Hand von umfangreichem Aktenmaterial den „Kronzeugen“ Hartung, den noch vor einigen Tagen der Staatsanwalt als einen Zeugen mit fabelhaftem Gedächtnis, wie er ihm in seiner langjährigen Praxis noch nicht begegnet sei, bezeichnet hatte, als ganz gemeingefährlichen Hochstapler zu entlarven. So hat Hartung schon vor dem Kriege unter dem Namen eines Grafen von Clement eine Reihe von Zechschwindeleien begangen. Ebenso muß er zugeben, daß er seinen eigenen Vater bestohlen hat. Ferner hat er unter dem Namen Gebhard von Arnim verschiedene Betrügereien ausgeübt. Um Geld zu bekommen, hat er eine Sammelliste im „angeblichen“ Auftrag der Luftfahrergesellschaft aufgestellt, worauf verschiedene Namen von ihm gesetzt wurden. Wegen dieser Schwindeleien hat damals der Vorsitzende der hallischen Strafkammer geäußert, Hartung sei ein ganz raffinierter Mensch und stünde auf dem Punkte, ein gemeingefährlicher Hochstapler zu werden. Es ist nun bezeichnend, daß sich Hartung in Halle vor einigen Monaten als Beauftragter der Nachrichten-Abteilung der Garde-Kav.-Schützen-Div. Berlin ausgab. Ob ihm von dieser das E. K. I., das silberne Portepee und die Offiziers-Uniform, die er noch jetzt vor Gericht trägt, wegen besonderer Verdienste verliehen wurden, hat Hartung allerdings nicht angegeben, wenn er auch noch eine Reihe von Ordensbändern vor Gericht aus seiner Tasche zog und damit zugab, daß er unberechtigterweise verschiedene Orden und Ehrenzeichen trug. Die Verteidigung stellte ferner fest, daß bei der Verhaftung Hartungs eine ganze Reihe gefälschter Papiere und ein Stempel der Garde-Kav.-Schützen-Div. bei ihm gefunden wurde. Ein besonders typischer Fall, wie Hartung Gerüchte ausstreute und so die verschiedenen Parteien aufeinanderhetzte, zeigt die Frage des Verteidigers Herzfeld: Haben Sie einmal Anfang Januar in der Nacht die Matrosenkompagnie alarmiert, veranlaßt, daß diese nach dem Wettiner Hof zog und als man dorthin kam, niemand etwas wußte. Als der Posten fragte, was denn los sei, haben Sie geantwortet: **„Wir wollen den Bahnhof und Zeitungen besetzen.“** Auf Vorhaltungen, wie er dazu käme, die Kompanie zu alarmieren und ein Seitengewehr aufzupflanzen, wenn dies die Bürgerschaft sehe, so würde der Kompanie die Löhnung entzogen, sollen Sie erwidert haben: Ach was, Löhnung geht uns garnichts an! Der A.- und S.-Rat ist uns schnuppe; wir wissen schon, wo wir unsere Löhnung zu holen haben! Da werden einfach 10 bis 20 Mann genommen und **von den Banken unsere Löhnung geholt.** Ferner hält Verteidiger Herzfeld Hartung vor: Sie haben hier erklärt, Sie hätten damals zur Besetzung der Saale-Zeitung Auftrag von Ferchtland zur Verbrennung der Flugblätter erhalten. Haben Sie nicht Zeugen gegenüber erklärt, daß Sie das in Ihrem eigenen Interesse täten und Ferchtlandt sowie der S.-Rat gar nichts davon wüßten? — Nach langem Hin- und Herreden erwidert Hartung: Es sollte doch niemand erfahren! — Verteidiger Müller läßt feststellen, daß Hartung wegen Unterschlagungen, die er sich als Kantinenverwalter zuschulden hatte kommen lassen, vom Militärgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. — Schließlich wird vom Verteidiger Müller festgestellt, daß all diese Tatsachen schon von der bürgerlichen Presse lang und breit berichtet worden seien. — Der Untersuchungsrichter Strauch bekundet, daß auch noch gegen Hartung eine Voruntersuchung wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung schwebt. Er hat nämlich bei verschiedenen Geschäftsleuten in Halle für die Garde-Kav.-Schützen-Div. Gelder gesammelt und diese für sich verwendet.“

Eine feine Pflanze!

Frankreich

Wahlerfolge unserer französischen Genossen

Der Populaire in Paris meldet: Die Kommunalwahlen in Frankreich erbrachten den unifizierten Sozialisten große Erfolge. Waren bei den Kammerwahlen in Paris am 16. November bei einer Totalstimmenzahl von 535 000 152 000 sozialistische gleich 28 Prozent gezählt, so ergaben die Kommunalwahlen am 30. November bei einer Totalstimmenzahl von 459 000 158 000 sozialistische Stimmen, das sind 35 Prozent. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1912 wurden nur 50 500 sozialistische Stimmen gezählt.

In vielen Städten bestehen nach den Stichwahlen sozialistische Mehrheiten. Bedeutenden sozialistischen Stimmenzuwachs weisen unter andern auf die Städte: Marseille, Lyon, Lille St. Etienne, Roubaix, Reims, Nimes, Limoges, Brest, Tourcoing, St. Denis, Levallois, Calais, Le Mans.

Die Entscheidung über die Internationale

In später Abendstunde ist am Freitag die Entscheidung über die Internationale gefallen. Drei Strömungen rangen miteinander: die Richtung Stöcker-Geyer-Braß, die den bedingungslosen Anschluß an die dritte Internationale forderte, die Hilferdings, die aus taktischen Gründen noch den Genfer Kongreß beschicken wollte und zwischen beiden Ledebour, der gegen die Teilnahme an der zweiten ist, aber auch die Unterwerfung unter das Diktat Moskaus ablehnt. Die Debatte dauerte zwei Tage und stellte den Höhepunkt des Parteitages dar. Nach mehr als neunstündiger nichtöffentlicher Verhandlung erfolgte die Abstimmung. **Die Resolution Stöcker wurde mit 169 gegen 114 Stimmen abgelehnt.** Angenommen wurde mit 227 gegen 54 Stimmen eine Erklärung des Parteivorstandes. Sie lehnt das fernere Mitwirken an der zweiten Internationale ab, und erstrebt den Zusammenschluß der sozialrevolutionären Parteien aller Länder in eine Internationale der Tat. Zugleich aber gibt sie uns die notwendige Bewegungsfreiheit, um zu verhüten, daß unserer Partei **die Gesetze des Handelns von Moskau vorgeschrieben werden.** Es kommt darin die Auffassung des Genossen Ledebour zur Geltung, daß eine Partei von der Bedeutung der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre **Selbstbestimmung** bewahren muß. So ist der Weg frei, nicht nur, wie es die Anhänger der dritten Internationale wollen, für die Zusammenarbeit mit Moskau, sondern zugleich, wie es alle andern Parteigenossen wünschen, für die Aufrichtung einer Internationale der revolutionären Aktion.

Eine eingehende Würdigung dieses Beschlusses ist unmöglich, ehe nicht die Verhandlungen im wörtlichen Bericht vorliegen. Darauf muß jedenfalls heute schon hingewiesen werden, daß der Leipziger Beschluß keine Unterwerfung unter den Kommunismus bedeutet, wie bürgerliche und rechtssozialistische Zeitungen glauben machen möchten.

Lohnbewegung der Danziger Werftarbeiter

Die Danziger Gewerkschaften haben am 2. Dezember den Werftarbeitern Gelegenheit gegeben, zu ihrer Lohnfrage Stellung zu nehmen. Schon lange fordern die Werftarbeiter eine Aufbesserung ihrer vor dreizehn Monaten, im November 1918, erfolgten Lohnaufbesserung. Die Löhne der Werften bleiben heute weit zurück hinter den Löhnen selbst kleiner Betriebe.

In Massen folgten sie dem Rufe in die Versammlungen. Die Arbeiter der Reichswerft versammelten sich im Werftspeisesaal; die von Schichau bei Schmidtke und von Klawitter im „Altstädtischen Vereinshaus“. Die Referate in den Versammlungen hatten Arczynski, Krahn und Knauer.

In allen drei Versammlungen kam einmütig zum Ausdruck, daß die Werftarbeiter am Ende ihrer Kaufkraft sind, und ihre Löhne eine Aufbesserung erfahren müssen.

In den Versammlungen der Arbeiter von Schichau und Klawitter wurde hervorgehoben, daß in diesen Betrieben selbst nach Aussagen der Direktionen die Leistungsfähigkeit im allgemeinen die gleiche ist, wie früher bei der Akkordarbeit. Diese Arbeiterschaft hat demnach als erste den Beweis erbracht, daß sie ohne Akkordarbeit auskommt, und daß das Gerede von Minderleistung eben nur ein leeres Gerede ist.

Nach eingehenden Aussprachen nahmen alle drei Versammlungen nachfolgende Forderungen einstimmig an:

1. Arbeitszeit: Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 48 Stunden, täglich 8 Stunden. Die Pausen, der Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit werden im Einvernehmen mit dem Betriebsarbeiterrat festgesetzt.

2. Ueberzeit- und Sonntagsarbeit: Ueberstunden sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Sind solche zur Aufrechterhaltung des Betriebes oder aus sonstigen Gründen unumgänglich notwendig, so erfolgt Verständigung mit dem Betriebsarbeiterrat.

Die Ueberstunden werden dann bezahlt:

a) die ersten beiden nach der achtstündigen Arbeitszeit mit 25 Prozent Aufschlag.

b) alle weiteren mit 50 Prozent Aufschlag.

c) Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent.

3. Nebenarbeit: Die Uebernahme von bezahlter Nebenbeschäftigung ist verboten. Uebertritt ein Arbeitnehmer diese Bestimmung, so kann er nach einmaliger Verwarnung im Wiederholungsfalle ohne Einhaltung etwa bestehender Kündigungsfristen sofort entlassen werden. Die Beschäftigung anderweitig in Arbeit stehender Arbeiter ist dem Arbeitgeber verboten.

4. Löhne: Die Entlohnung erfolgt nach folgenden Stufen und Sätzen:

a) Gelernte Arbeiter 3 Mk., angelernte 2,90 Mk., ungelernte 2,70 Mk., ausgelernte Arbeiter bis zum 20. Lebensjahre 2,60 Mk. pro Stunde.

b) Jugendliche Arbeiter: unter 15 Jahren 0,60 Mk., unter 16 Jahren 1 Mk., unter 17 Jahren 1,30 Mk., unter 18 Jahren 1,60 Mk., unter 19 Jahren 1,80 Mk., bis zu 20 Jahren 2,10 Mk.

c) Lehrlinge: im ersten Lehrjahre 0,60 Mk., im zweiten 0,80 Mk., im dritten 1,10 Mk., im vierten Lehrjahre 1,40 Mk.

d) Frauenbarbeit: Frauen, die als Facharbeiterinnen arbeiten, gelten als angelernte Arbeiter. Für sie gilt bei gleicher Leistung gleiche Entlohnung wie beim Manne.

Die Lohnsätze für ungelernte Frauen, wie Scheuerfrauen, Speisehallenpersonal usw. werden im Einvernehmen mit dem Betriebsarbeiterrat besonders geregelt.

5. **Ferien:** Jedem Arbeiter wird unter Fortzahlung des Lohnes Urlaub gewährt, und zwar bei einer Beschäftigungsdauer von ½ bis 1 Jahr 6 Tage, 1 bis 5 Jahren 10 Tage, 5 bis 10 Jahren 14 Tage, über 10 Jahren 18 Tage.

Die Urlaubszeit fällt in der Regel in die Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober. Vorausgegangene Beschäftigung in einem anderen Danziger Werftbetrieb, ist in Anrechnung zu bringen, sofern der betreffende Arbeiter in dem Betriebe ein Jahr beschäftigt war. Die Reihenfolge für den Urlaubsantritt hat die Direktion im Einvernehmen mit dem Betriebsarbeiterrat festzusetzen. Wünschen der Arbeiter ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Für Urlaubszeit ist den Arbeitern der

volle Lohn bei Antritt der Ferien auszuzahlen. Eine Entschädigung an Geld, an Stelle des Urlaubs ist nicht gestattet.

6. Werkzeug: Für selbstgestelltes Werkzeug ist eine Entschädigung von 4 Mark pro Woche zu zahlen.

7. Schutzkleidung: Allen Arbeitergruppen und einzelnen Arbeitern, die schmutzige und feuergefährliche Arbeiten verrichten müssen, ist Schutzkleidung zu liefern.

8. Vorübergehende Behinderung der Arbeitsleistung: Diese wird geregelt nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

9. Arbeitsordnung: Die Arbeitsordnung ist zeitgemäß und diesem Abkommen anzupassen, soweit sie günstigere, als vorstehende Arbeitsbedingungen enthält, bleiben dieselben bestehen.

10. Lohnklasseneinteilung: Die Einteilung in die Klassen der gelernten, angelernten und ungelernten Arbeiter erfolgt für die Danziger Werften durch eine aus gleichen Teilen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzte Kommission. Bis zur endgültigen Regelung bleibt es bei dem bestehenden Zustand.

11. Schlichtung von Streitigkeiten: Differenzen, die sich aus vorstehendem Abkommen ergeben, werden in erster Linie durch die Direktion und den Betriebsarbeiterrat, in zweiter durch die Organisation geregelt. Kommt auch hierbei eine Einigung nicht zustande, so erfolgt die Anrufung des Schlichtungsausschusses.

12. Geltungsdauer: Dieses Abkommen dauert bis auf weiteres, und kann von beiden Teilen mit einmonatlicher Kündigungsfrist, jeweils am 1. des Monats gekündigt werden.

Punkt 4 (Löhne) gilt mit rückwirkender Kraft vom 23. September 1919.

In und um Elbing

Straßendemonstration der kaufmännischen Angestellten

Eine große Versammlung der Handels-Angestellten, Techniker und Werkmeister fand am Sonntag vormittag im Volkshause statt, die sich mit der Verschleppung der Tarifverhandlungen befaßte. Im Anschluß daran bewegte sich ein großer Demonstrationszug durch die Stadt, an dem zirka 2000 Personen teilnahmen. Mitgeführte Schilder bekundeten, daß die Demonstranten der Oeffentlichkeit ihre Geschlossenheit und den Willen zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse bekunden wollten. Zum Schluß hielt Herr Vorfalt, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, auf dem Platze vor dem Rathaus eine Ansprache, in der er die Angestellten aufforderte, die eben bekundete Geschlossenheit auch im weiteren Kampfe zu bewahren. Mit einem Hoch auf die Organisation schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Die Lohnregelung in der Elbinger Großindustrie

Sonnabend vormittag traten, wie bereits kurz berichtet, die Vertreter der Elbinger Großindustrie und der Elbinger Arbeiter unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Herrn Winnig zu einer Sitzung zusammen, um die Lohnverhältnisse entsprechend den Wünschen der Arbeiter neu zu regeln. Als Verhandlungsgrundlage waren die Vorschläge über Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften eingereicht, die neben einer Erhöhung der Grundlöhne auch die Wiedereinführung der Akkordarbeit vorsehen. Nach eingehender Aussprache der Parteien, die sich besonders darum drehte, ob es der ostdeutschen Industrie möglich wäre, die Lohnverhältnisse des Westens als Grundlage anzunehmen, machte der Oberpräsident den Vergleichsvorschlag, daß die Arbeitnehmer sich damit einverstanden erklären sollten, für Elbing die 2. Lohnklasse gelten zu lassen, während die Arbeitgeber die in den Richtlinien vorgesehenen Löhne von 2.20—2.50 Mark als Grundlöhne zahlen sollten. In der Nachmittagssitzung erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer sich mit dem Vergleichsvorschlag einverstanden. Die Vertreter der Arbeitgeber gaben zu erkennen, daß in Anbetracht der so rapid gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel die Forderung auf Erhöhung des Verdienstes gerechtfertigt wäre, daß sie sich aber nicht entschließen könnten, eine allgemeine Erhöhung der Grundlöhne vorzunehmen. Die Arbeitgeber müßten darauf rechnen können, daß Erhöhung der Verdienste nur den Arbeitern zukäme, die auch entsprechende Leistungen aufweisen. Die Vertreter der Arbeitnehmer nahmen gegen diese Erklärungen sofort Stellung und wiesen darauf hin, daß mit dieser Stellungnahme der Unternehmer der Abbruch der Verhandlungen gegeben und eine Verschärfung des Konflikts eingetreten wäre. Beide Parteien stimmten jedoch einem Vorschlage des Oberpräsidenten zu, die Verhandlungen am 11. Dezember in Königsberg zwischen je 3 Vertretern der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer fortzuführen. Abschließend kann bemerkt werden, daß trotz scheinbar weitgehender Differenzen eine Verständigung zwischen beiden Parteien nicht aussichtslos erscheint. Aus den Erklärungen der Arbeitgeber ging hervor, daß sie im Prinzip mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden und im Interesse der weiteren ruhigen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens an einer friedlichen Lösung interessiert wären. Es ist demnach zu hoffen, daß die Verhandlungen am Donnerstag die Lohnstreitigkeiten zu einem für die Arbeiter annehmbaren Abschluß bringen.

Volkshochschule Elbing

In Gruppe C wird am Mittwoch, den 10. Dezember, Herr Oberlehrer Dr. Ryll einen allgemeinen einführenden Vortrag über Konstantinopel mit Lichtbildern halten. Nach kurzem Ueberblick über die deutsch-türkischen Beziehungen während des Weltkrieges und die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Stadt am Goldenen Horn wird der Vortragende seine Hörer durch Stambul die eigentliche Türkenstadt führen, ihnen die wichtigsten baugeschichtlichen Sehenswürdigkeiten, besonders die großen Moscheen zeigen und im Anschluß daran manches aus Sage und Geschichte, sowie aus dem türkischen Volksleben erzählen. Der Vortrag verspricht um so interessanter zu werden, als Herr Dr. Ryll mehrere Jahre an der deutschen Oberrealschule in Pera tätig war und daher vieles aus eigener Anschauung darbieten kann.

Ostdeutsche Nachrichten

Streik kaufmännischer Angestellter

In Marienburg sind am Sonnabend die kaufmännischen Angestellten geschlossen in den Streik getreten. Die Arbeitgeber lehnten jedes Entgegenkommen in schroffster Weise ab. Auch den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch erkannten sie nicht an.

Festnahme eines jugendlichen Hochstaplers

Dem Kommandanturgericht in Königsberg ist es gelungen, einen Hochstapler, der sich Oberleutnant Baron Heinz v. Stakelberg nannte, und vorgab, aus baltischen Adelskreisen zu stammen, zu entlarven. Der erst 18jährige Jüngling entpuppte sich als Schüler Hans Stoll aus Stettin, ein Sohn achtbarer Eltern, der diesen durch seinen Leichtsinn schon oftmals schwere Sorgen bereitet hat. Durch sein sicheres, weltgewandtes Auftreten und durch die noch immer in weiten Kreisen herrschende leichtgläubige Vertrauensseligkeit gelang es ihm, sich in den verschiedensten Städten des Ostens größere Geldbeträge zu erschwindeln.

Die Schneidemühler Stadtverordnetenwahl

Die Danziger Zeitung berichtet: In Schneidemühl hatten die Stadtverordnetenwahlen folgendes Ergebnis: 7 Deutschnationale und 1 Deutscher Volksparteiler, 7 Katholiken, 5 Unpolitische, 2 Demokraten, 12 Sozialdemokraten und 2 Polen.

Welcher Richtung die gewählten Sozialdemokraten angehören, geht aus dieser Nachricht nicht hervor. Schneidemühl hat eine ziemlich starke unabhängige Organisation. Daß unsere Partei bei der Wahl ausgefallen ist, ist wenig wahrscheinlich.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing hat in der heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung auf Grund der eingegangenen Wahlprotokolle folgendes Ergebnis festgestellt:

Es sind gültige Stimmen abgegeben worden:

a)	für den Wahlvorschlag	Braun	2427
b)	„	Baude	13971
c)	„	Diegner	1918
d)	„	Winkler	1571
e)	„	Lewinsohn	1209
f)		Vorfalt	2014
g)		Carstenn	1119
h)	„	Polzien	2469
i)	„ „	Wegmann	1820
k)	„ „ „	Habecker	774

Unter Berücksichtigung der abgegebenen Verbindungserklärungen entfallen demnach auf

Wahlvorschlag	Braun	5 Sitze
	Baude	29
	Diegner	4
	Winkler	3
	Lewinsohn	3
	Vorfalt	4
	Carstenn	2
	Polzien	6
	Wegmann	3 „
„	Habecker	1 „

Nach der Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen sind hiernach gewählt:

Vom Wahlvorschlag Braun:

1. Töpfermeister Karl Braun
2. Gewerkschaftsbeamter August Zech
3. Gewerkschaftsbeamter Konrad Finsel
4. Lehrer Bruno Kostz
5. Modelltischler Friedr. Krickhahn

Vom Wahlvorschlag Baude:

1. Geschäftsführer Hermann Baude
2. Geschäftsführer Paul Köhler
3. Parteisekretär Anastasius Grunwald
4. prakt. Arzt Dr. Kranz II
5. Ehefrau A. Baude
6. Geschäftsführer Ernst Vogel
7. Maurer Karl Pätz
8. Geschäftsführer Wilhelm Müller
9. Maschinenarbeiter Franz Kühn
10. Händler Heinrich Perschon
11. Lehrer Erich Lange
12. Geschäftsführer Franz Rudnitzki
13. Kupferschmied Georg Erbien
14. Lagerhalter Gottlieb Poschadel
15. Fabrikarbeiter Josef Wilki
16. Geschäftsführer Hermann Recht
17. Kupferschmied August Schmidt
18. Schlosser Gustav Heß
19. Oekonom Franz Kinski
20. Kaufmann Albert Krüger
21. Gewerkschaftsangestellter Karl Groß
22. Schlosser Otto Hellwig
23. Dreher Franz Harwardt
24. Gewerkschaftsangestellter Friedrich Dangel
25. Geschäftsführer Gustav Wiewrodt
26. Zigarrenarbeiterin Frau Harwardt
27. Kaufmann Friedrich Hippler
28. Kesselschmied Richard Döring
29. Tischler Ernst Gottschalk.

Vom Wahlvorschlag Diegner:

1. Justizrat Ferdinand Diegner
2. Oberingenieur Heinrich Borchers
3. Frau Emma Wilke
4. Deichhauptmann Gustav Funk.

Vom Wahlvorschlag Winkler:

1. Lehrer Hans Winkler
2. Gas- und Wasserwerkdirektor Reinh. Zwarg
3. Steuererheber Georg Becker.

Vom Wahlvorschlag Lewinsohn:

1. Rechtsanwalt Julius Lewinsohn
2. Kaufmann Karl Quintern
3. Lokomotivführer Alfred Dröse.

Da der Kaufmann Karl Quintern am 16. November d. Js. verstorben ist, tritt an dessen Stelle der nächste Kandidat des Wahlvorschlages Lewinsohn, das ist

3. Lehrer Karl Raffel.

Vom Wahlvorschlag Vorfalt:

1. Handlungsgehilfe Georg Vorfalt
2. Vermessungs-Assistent Karl Graske
3. Handlungsgehilfe Richard von Weber
4. Ingenieur Gottfried Cordes.

Vom Wahlvorschlag Carstenn:

1. Frau Ella Carstenn
2. Kaufmann Franz Schiller.

Vom Wahlvorschlag Polzien:

1. Lehrer Josef Polzien
2. Arbeitersekretär Leo Nitsch
3. Dreher Richard Gehrmann
4. Tischler Hermann Dargel
5. Ingenieur und Fabrikbesitzer Paul Wetzki
6. Postsekretär Paul Schulz

Vom Wahlvorschlag Wegmann:

1. Zimmermeister Joh. F. Wegmann
2. Kunstphotograph Willibald Zehr.
3. Konditor und Bäckermeister Fritz Ligowski

Vom Wahlvorschlag Habecker:

1. Schlossermeister Emil Habecker.

Elbing, den 6. Dezember 1919.

Der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Volkshochschule.

Gruppe C.

3. Oberlehrer **Dr. Ryll: Konstantinopel.** (Mit Lichtbildern) **Mittwoch, den 10. Dezember, 8—9 Uhr abends** im Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule. Eintrittskarten 25 Pfg.

Versammlungskalender

Achtung! **Deutscher Metallarbeiterverband.** Montag, den 8. Dezember, 6 Uhr, im Volkshaus, großer Saal: **Branchenversammlung der Kesselschmiede.**

Mittwoch, den 10. Dezember, abends 6 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal: **Branchenversammlung der Bauschlosser und Kleinbetriebe.**

Die Branchenleitungen.

Fabrikarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 11. Dezemb., abends 7½ Uhr, **Versammlung der Molkerei** (H. Schröter) im Volkshaus, Billardzimmer.

Donnerstag, den 18. Dezemb., abends 6 Uhr, **Dachdeckerversammlung** im Volkshaus, Billardzimmer.

Stadttheater Elbing

Montag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr:
Gastspiel des Herrn John Röver-Königsberg
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Dienstag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.

Mittwoch, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Groß-Kindermärchen mit Tanz in 5 Akten von Siegmund Haak.

Schauspielhaus Marienwerder.

Montag nachmittag ½4 Uhr: Märchenvorstell. **Aschenbrödel.**
Montag abends ½8 Uhr: Zum 3. Male **Die Büchse der Pandora.**
Mittwoch, Gastspiel in Stuhm: Nachm. **Schneewittchen.** Abends 6 Uhr: **Prachtmädel.**
Donnerstag Uraufführung: **Sein Mädchen und der Freund.** Von Hertzog In Vorbereitung Hamlet, Prizn von Dänemark.

Morgen, Dienstag: Roßfleisch, schieres u. **Klopsverkauf. Metzner,** Hauptstr. 45, Fernruf 659.

Brennholz-Kreisfäge in der 3. Niederstr. (nahe der Kläranlage) empfiehlt sich zur geneigten Benutzung.

Ich habe noch Mitarbeiter angenommen, so daß es mir möglich ist, alle
Weihnachtsaufträge
erstklassig auszuführen.
Lichtbildner Kraft Ehrenberg.

Gummibälle,
Fußbälle, Fußballblasen,
Jugendschriften, Bilderbücher,
Unterhaltungsspiele, Schach, Salta etc.
sowie **Spielanleitungen für Spiel und Sport**
empfiehlt bei größter Auswahl
R. Lengning, Fischerstr. 20/21.

Zirka 5000 Feldpostschachteln
darunter auch welche mit Blechdosen, sowie auch
Eierschachteln
um zu räumen, gebe ich an Wiederverkäufer sehr billig ab
Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Zum Vertriebe eines **neuen ges. gesch. Artikels** für Stadt und Land geeignet,
redegewandte Verkäufer
gesucht.
Gefl. Angebote erbeten an **Postschließfach 20, Elbing.**

Adler-Apotheke
Brückstraße 19
Anfertigung sämtlicher
Krankenkassenrezepte
Nervenstärkungsmittel
Frostmittel
:: **Tierarzneien** ::

Kiefern-Brennholz
geschnitten, auch waggonweise, gibt ab
Chemische Fabrik Carl Warm,
Aeuß. Marienburgerd. 8.

1 neues Kostüm
1 Damenplüschjacke
beides Größe 42,
1 Brautschleier und
1 P. Glaceelederschuhe
Größe 37,
preiswert zu verkaufen
Neust. Wallstr. 14, part.

Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme
eingetr. G. m. b. H.
Donnerstag, den 11. d. Mts., abends 6 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
im Volkshaus.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat. J. A.: **Hess.**

Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund) Ortsgruppe Elbing.
Am Dienstag, den 9. Dezember, nachm. 5½ Uhr im Volkshause, großer Saal
wichtige Mitgliederversammlung
Der Aktionsausschuß.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 41 | **Dienstag, den 9. Dezember 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Noske wackelt? Die mehrheitssozialistische Fraktion der Nationalversammlung wird sich in den nächsten Tagen mit der Amtsführung des Reichswehrministers erneut beschäftigen. Noske hat in der Fraktion viele Gegner, die seinen Rücktritt als wünschenswert betrachten.

Das wäre ein gutes „Weihnachtsgeschenk", der Rücktritt Noskes! Aber er wird kleben, kleben — —

Ein Wink mit dem Zaunpfahl. Zu der offiziösen Richtigstellung, daß Oberst Reinhard nicht entlassen, sondern nur bis zum 15. Dezember beurlaubt sei, schreibt die Berliner Freiheit:

„Es wird mitgeteilt, daß Noske in der Angelegenheit Reinhard erst die „Klärung" abwarten will, die der Prozeß gegen den Oberleutnant Marloh hervorbringen muß. Für Noske bedarf es also noch der Klärung, ehe er sich zu irgendwelchen Maßnahmen gegen seinen Freund Reinhard entschloß, der zusammen mit dem Polizeihauptmann von Kessel auf die Anklagebank gehört."

Welche Ursachen dieser liebevollen Nachsicht Noskes zugrunde liegen, kann man aus den Aeußerungen der Post ersehen. Dieses Organ der militaristisch-monarchistischen Kamarilla schreibt an leitender Stelle, es hoffe, daß der Reichswehrminister nicht die Unvorsichtigkeit begehen werde, einen Mann zu entlassen, der ihm nicht nur wertvolle Dienste geleistet hat, sondern vermutlich noch leisten wird. Ganz abgesehen davon, daß er ihm „beträchtlichen Dank" schulde.

Jetzt kommt die Klarheit. Wolffs Bureau meldet: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, werden die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch am 10. Dezember erscheinen.

Endlich, nachdem die Dokumente schon im Ausland veröffentlicht sind, ist auch der Deutsche für „reif" befunden, den Ursprung des Völkermordens zu erfahren!

Die Kirchenaustrittsbewegung. Die Zahl der Konfessionslosen betrug vor dem Kriege in Deutschland zirka 212 000. Während des Krieges trat die Kirchenaustrittsbewegung stark zurück. Sie hat in den letzten Monaten wieder so stark eingesetzt, daß nach kirchlichem Eingeständnis in Groß-Berlin allein 50 000 neue Kirchenaustritte erfolgt sind. Aber auch im Rheinland und Freistaat Sachsen ist die Bewegung sehr stark. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte erfolgten vom 1. Januar bis 30. September 1919 22 564, im Oktober weitere 4810 Austritte, beim Amtsgericht Neukölln bei Berlin, in derselben Zeit 8512. In Neukölln erfolgten im Oktober weitere 1851 Austritte, sodaß mit den schon vor dem Kriege vorhandenen 15 000 Konfessionslosen in Neukölln die Zahl der Konfessionslosen die Zahl der Katholiken (21 000) schon übersteigt, 10 Prozent der Bevölkerung, welches Verhältnis sich durch täglich hundert Austritte ständig ändert. In Groß-Berlin ist daraufhin auch schon an sechs Volksschulen ein entsprechend abgeänderter konfessionsloser Unterricht eingerichtet worden.

Skandalös. Die Letten melden, daß die den russisch-deutschen Truppen abgenommene Kriegsbeute, 50 Lokomotiven und mehrere Bahnwagen, durch General Nießel unter die baltischen Staaten verteilt werden.

Wir leiden in Deutschland bittersten Mangel an rollendem Eisenbahnmaterial und im Baltikum wird es Dank der Unfähigkeit der Regierung vergeudet.

Arbeitsaufnahme in Bitterfeld. Wie die P. P. N. hören, ist im ganzen Bitterfelder Bezirk die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Technische Nothilfe, die für alle Fälle bereit stand, wird in diesen Tagen wieder abtransportiert werden.

Beleidigt. Der Justizminister hat wegen der Beleidigung preußischer Justizbehörden durch den Artikel in Nr. 589 der Berliner Freiheit: Am Schandpfahl der Geschichte, Strafantrag gestellt.

Schieberstreife. Nach einem Privattelegramm aus Frankfurt a. M. veranstaltete Polizei und Reichswehr einen Streifzug auf zwei bekannte Schieberlokale. Hierbei wurden etwa 500 bis 600 Personen, meist Schieber, ausgehoben, bei denen Geldsummen bis zu 150000 Mark gefunden wurden.

Angestelltenstreik in Köln. Am 5. Dezember sind die kaufmännischen Angestellten von 30 Kölner Großhandelsfirmen in den Ausstand getreten.

Massenvergiftungen durch Pferdefleisch. In Duisburg sind durch den Genuß von Pferdefleisch zahlreiche Erkrankungen vorgekommen. Das Fleisch, das aus Graudenz bezogen wurde, soll ordnungsmäßig geschlachtet und der amtlichen Fleischbeschau unterlegen haben. Die Zahl der Erkrankten ist von 60 auf 150 gestiegen. Eine Person ist gestorben.

Der Antrag des Staasanwalts gegen Marloh. Im Prozeß Marloh beantragte der Anklagevertreter unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Totschlags drei Jahre Gefängnis, wegen unerlaubter Entfernung die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis und wegen Urkundenfälschung eine Woche Gefängnis und Zusammenziehung dieser Strafe zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren zwei Monaten Gefängnis, wovon zwei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt zu erachten sind. Außerdem wurde Dienstentlassung beantragt.

Eine Gefängnisrevolte in Oels. In Oels in Schlesien waren kürzlich 15 Strafgefangene aus dem Gefängnis entwichen. Eine Unterstützung der meuternden Insassen von außen hat nicht stattgefunden. Bei der Verfolgung der entsprungenen Gefangenen durch herbeigerufenes Militär kam es zu Schießereien. Acht Leute wurden wieder eingefangen, von denen einer schwer verwundet ist.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

6]

4. Verhandlungstag

Leipzig, den 4. Dezember 1919.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Neumann-Nürnberg über die entstellende Berichterstattnng des Vorwärts eine Erklärung ab. Ueber seine Ausführungen habe er Sätze veröffentlicht, die er überhaupt nicht gesprochen und daran Glossen geknüpft. Er müsse schon jetzt darum ersuchen, daß der Vorwärts bei der Wahrheit bleibe. (Zuruf: Das ist unmöglich!) — Hierauf beginnt die Beratung des Punktes: „Unsere Stellungnahme zur Internationale". Es liegen Wortmeldungen in großer Zahl dazu vor. Dem Gen. Ledebour wird nach den beiden Referenten Hilferding und Stoecker das Wort zu einer längeren Redezeit gewährt.

Hilferding: Die Frage der Internationale ist für die innere Stellung der Partei und ihrer gesamten Stellung in der internationalen Arbeiterklasse von außerordentlicher Bedeutung. Man dürfe keine Gefühlspolitik treiben, sondern nur aus der Untersuchung und Erkenntnis der internationalen Beziehungen urteilen. Die Revolution habe die praktische Notwendigkeit einer aktionsfähigen Internationale erwiesen. Die Schwäche der Revolution sei ihre Lokalisierung. Während der Kapitalismus aller Länder sich zusammengeschlossen habe und gegen die soziale Revolution vorgehe, habe das Proletariat noch nicht den Weg gefunden, dem geeinigten Kapitalismus eine aktionsfähige Korporation entgegen zu setzen. Aktionsfähig könne eine Internationale nur sein, wenn sie auf sozialistisch revolutionärer Grundlage sich aufbaue. Der Parteivorstand sei nur deshalb nach Luzern gegangen, um dort zu versuchen, auf dieser Grundlage eine Internationale herzustellen. Jeder Schlag gegen Sowjet-Rußlund sei ein Schlag gegen den Sozialismus, zugleich aber auch ein Schlag, der gegen uns geführt werde. In Luzern habe er die Empfindung gehabt, daß ein linker Block der sozialistischen Parteien das Uebergewicht in der Internationale gewinnen könne. Daß sei unmöglich gemacht worden dadurch, daß die Schweiz und Italien nicht Stange gehalten hätten. — Hilferding schildert dann die weltpolitische Situation. Während Marx noch erklären konnte, Deutschland würde die Führung im internationalen Klassenkampf übernehmen, sei durch den Krieg der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung auf England gelegt worden. Der amerikanische Sozialismus stützt sich vornehmlich auf die Einwanderer, er sei während der Kriegszeit stärksten Verfolgungen unterworfen gewesen. Mit der Zeit würde auch Amerika eine starke sozialistische Partei bekommen. Das zeigten die letzten Bewegungen der amerikanischen Arbeiter. In England habe nach dem Kriege eine außerordentliche Verbreitung sozialistischer Gedanken eingesetzt. Der Radikalismus mache rasche Fortschritte, das zeige sich besonders in den Wahlsiegen der Arbeiterpartei. Weniger günstig lägen die Dinge in Frankreich, wo unsere Partei ihre Stimmen um ein Drittel vermehrt hat. Hier spiele das Kleinbürgertum und das Bauerntum eine wesentliche Rolle. Die Bourgeoisie sei durch den Krieg selbstbewußter geworden. Gegen den Sozialismus kämpfe sie mit großer Leidenschaft und Energie. Die sozialistische Partei in Frankreich habe sich im Gegensatz zu den Gewerkschaften zu Trägern sozialistisch-revolutionärer Gedanken entwickelt, doch gehe die Entwicklung verhältnismäßig langsam voran. Das treffe auch für die anderen Westländer zu, insbesondere Italien. Wohl habe die italienische Partei bei den letzten Wahlen ihre Mandate außerordentlich vermehrt, die Stimmen sind aber nur um 10 bis 20 Prozent gestiegen. Ihre Erfolge beruhen auf der geringen Wahlbeteiligung. Sie beschränken sich vornehmlich auf Oberitalien. — In Rußland sei schon vor dem Kriege eine revolutionäre Situation gewesen. Das Bürgertum und Proletariat waren entschlossen, den Zarismus zu stürzen. Während des Krieges hat das Proletariat die politische Macht erobern und die Diktatur errichten können. Aber keine Politik kann auf die Dauer sich halten, wenn sie nicht in den ökonomischen Bedingungen des Landes begründet ist. Das wissen auch die Bolschewisten und darum haben sie ihre Hoffnung auf die Weltrevolution gesetzt. Diese Hoffnung erfüllte sich bisher nicht. Darum hat sich die Lage der Bolschewisten außerordentlich erschwert und zu Rückbildnngen geführt. Politisch ist ihre Entwicklung mit den Aussichten der Weltrevolution verquickt. Im übrigen Osten gewinnt die Gegenrevolution an Ausdehnung. Ungarn ist wieder monarchisch geworden. Es bildet sich zum Zentrum der Konterrevolution aus.

Hilferding faßt dann zusammen: Im Westen sehen wir eine zunehmende Radikalisierung, die aber noch eine gewisse Zeit zur Auswirkung erfordert. Im Osten erkennen wir eine Erstarkung der Gegenrevolution, die in Rußland zu Rückbildungen in der Wirtschaftsverfassung führte. Unsere Taktik muß also so geartet sein, daß wir uns nicht isolieren vom Westen, von dem Zentrum der kapitalistischen Entwicklung.

Die Moskauer Internationale ist gegründet und ihr Geist geht dahin, daß ihr nur angehören kann, wer die taktischen Maßnahmen der Bolschewiki billigt. Wir haben mit den Kommunisten eine ganze Reihe Grundsätze gemeinsam, aber man kann nicht sagen, daß zwischen uns und ihnen kein Unterschied besteht. Ich unterscheide mich auch von der Moskauer Internationale in der Stellung zum Terrorismus. Er ist für mich unannehmbar, weil er unsittlich ist. Was Kautsky in seiner letzten Schrift darüber sagt, ist geschichtlich richtig. In dieser Frage gibt es für mich kein Kompromiß. Die Bolschewiki haben die Unabhängige Partei seit ihrem Bestehen mit aller Schärfe angegriffen. Moskau kann aber auch tolerant sein, wenn es sich um die Syndikalisten handelt, mit denen es einen gemeinsamen Block bilden will. Es wird der Parteileitung vorgeworfen, daß sie nicht genügend getan haben zur Aufklärung und nicht mit den Moskauern in Verbindung getreten sei. Wir haben sofort nach dem Revolutionsparteitag versucht, den Moskauern unsere Beschlüsse kundzugeben. Daß sie nicht unterrichtet sind und ihre Haltung nicht geändert haben, beweist Hilferding an einem Aufsatz Lenins, in dem dieser neben Haase und Kautsky Hilferding ganz besonvers angreift und sie „Bourgeois" nennt.

Unsere Stellung zur Friedensfrage, die allein zum Segen des deutschen Proletariats getrieben ist, hat uns ebenfalls die wütende Gegnerschaft des Bolschewismus eingebracht. Die Bolschewiki brauchen in ihrer ungeheuren Not die Weltrevolution. (Lebh. Widerspruch!) Sie können nicht mehr fragen oder überlegen, sie handeln in Verzweiflung. Wenn Sie glauben, daß wir in Moskau unsere Freiheit behielten, dann gehen Sie fehl. Wenn wir den Anschluß an die dritte Internationale beschließen, so erweisen wir dadurch schon den Kommunisten den besten Dienst, denn sie sind am Ende. Aber nicht nur vom Standpunkt der Partei halte ich den Anschluß an Moskau für falsch. Das Problem der Internationale darf nicht allein vom Standpunkt der Partei behandelt werden, sondern vom wirklichen internationalen Gedanken. Wir würden durch unseren Anschluß an Moskau besonders für die Franzosen eine schwierige Situation schaffen, er würde dort die Spaltung der Partei zur Folge haben. Das wäre das schlimmste, was gegenwärtig dem Sozialismus im Westen passieren könnte.

Wie haben wir uns den Wiederaufbau der Internationale zu denken? Die Internationale muß die Parole verwirklichen: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! In langsamer mühevoller Arbeit alle Parteien mit sozialrevolutionärem Geiste zu erfüllen und sie in einer aktionsfähigen Internationale zusammenzufassen, das ist unsere Aufgabe. In Frankreich, England und Italien ist von einer Räteorganisation kaum etwas zu hören. Die Frage, ob wir nach Genf gehen sollen, ist für mich keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage. Wir könnten dort abrechnen mit den Sozialimperialisten aller Länder und besonders mit den deutschen Rechtssozialisten. Was unter allen Umständen unterbleiben muß, ist der Anschluß an die dritte Internationale. Das würde bedeuten, daß wir uns dem Moskauer Diktat beugen. (Sehr richtig.) Das ist wohl im Wesentlichen die Auffassung der größten Mehrheit der Partei. Die Parteileitung hat jede Gelegenheit benutzt, internationale Beziehungen aufzunehmen, auch mit den russischen Bolschewiki. Eine Reihe der Parteien, insbesondere die skandinavische, haben uns geantwortet, daß sie es begrüßen würden, wenn wir uns der dritten Internationale anschließen, die Franzosen und Oesterreicher antworteten, daß sie unsere Bemühungen unterstützen. Möge es uns gelingen, eine aktionsfähige Internationale zu schaffen, in der wir auch die Stellung einnehmen, die dem deutschen Proletariat entspricht und die die Worte wahr macht: Die Internationale wird die Menschheit sein! (Stürm Beifall!)

Hierauf ergreift als Korreferent der Genosse Walter Stoecker das Wort: Die zweite Internationale ist gestorben an Reformismus, am Nationalismus und am Opportunismus. Wir müssen uns bei der Schaffung der neuen Internationale von diesen Fehlern freihalten. Die zweite Internationale ist nicht tot, sie ist auferstanden in Bern, Amsterdam und Luzern. Es sind dieselben Leute, mit denselben Gedanken. Man hat in Bern in ganz klarer Weise zur Diktatur Stellung genommen und zwar gegen sie. Wir waren gewohnt, daß nach internationalen Kongressen ein Kampfruf an das internationale Proletariat hinausging. Stoecker verliest unter lebhafter Heiterkeit des Parteitages die Schlußworte Brantings auf dem Berner Kongreß mit seiner Verherrlichung des Wilsonschen Völkerbundes. Hilferding gibt sich einer Illusion hin, wenn er meint, daß es uns gelingen könne, alle Parteien in einer Internationale zu vereinigen. Fritz Adler, der ihm zugestimmt, geht von den traurigen Verhältnissen seines Landes aus, daher sein Pessimismus. Wir würden von vornherein durch ein gemeinsames Zusammengehen mit den Rechtssozialisten in einer Internationale uns den Stempel der Hohlheit, ja, des Verrats aufdrücken. Die deutschen Rechtssozialisten würden nur aus nationalistischer, nicht aber grundsätzlicher Erwägung ausgeschlossen werden. Genosse Hilferding wünscht nochmals die Abrechnung mit den Rechtssozialisten in Genf. Das gliche den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Den Austritt aus der zweiten Internationale müssen wir vollziehen und die Beteiligung am Genfer Kongreß ablehnen, (Sehr richtig!) sonst bringen wir uns beim ganzen revolutionären Proletariat in Mißkredit. Von unserer Isolierung dabei kann keine Rede sein, höchstens von einer vorübergehenden organisatorischen Trennung. Bis heute besteht über die dritte Internationale eine Voreingenommenheit, die absichtlich gefördert wird, besonders durch die Berliner Freiheit. Ich halte die übereilte Gründung der dritten Internationale

für einen Fehler. Grundsätzlich trennt uns von ihr aber nichts. (Sehr richtig!) Das ist doch das Entscheidende. Die Beschlüsse der Moskauer Internationale sehen in der Unabhängigen Partei das marxistische Zentrum. Das ist seit dem Märzparteitag nicht mehr der Fall. Auf dem Berner Kongreß trat der Vertreter unserer Partei ganz offen für die Verurteilung der Bolschewiki ein. Deshalb sind die Beschlüsse der Moskauer in mancher Beziehung verständlich. Wenn man wegen der Moskauer syndikalistischen Sympathie den Anschluß an die dritte Internationale ablehnen will, so weise ich darauf hin, daß auch in der zweiten Internationale und der gewerkschaftlichen Internationale stets Syndikalisten vertreten waren. (Beifall und Widerspruch!) Wir werden mit allen diesen Strömungen stets aufs schärfste sachlich zu kämpfen haben. Die dritte Internationale verpflichtet nicht auf den Antiparlamentarismus. Ebenso ausgeschlossen ist, daß sie verpflichte, alle Fehler der Bolschewiki gut zu heißen und sie nachzuahmen. Bei all meiner Hochachtung und Bewunderung für die Bolschewiki muß ich doch sagen, daß sie nicht nur kleine, sondern auch große Fehler gemacht haben. Sind wir aber seit dem 9. November ohne Fehl?

Nun zur Frage des Bürgerkrieges und des Terrorismus. Man kann den Bürgerkrieg weder ablehnen noch anerkennen, er wird uns von der Reaktion aufgezwungen. (Hilferding: selbstverständlich!) Will man die Diktatur, muß man auch den Bürgerkrieg mit in Kauf nehmen. Aehnlich verhält es sich mit dem Terrorismus. Von einer Verpflichtung auf die Anwendung terroristischer Mittel ist in den Moskauer Beschlüssen keine Spur. Wir sind gewöhnt, daß wir die Mittel gebrauchen, die uns die Reaktion aufzwingt. Immer ist das Proletariat human gewesen. Stoecker verweist auf Paris 1848, 1871, auf Finnland, Ungarn usw. und zitiert Trotzky, der 1911 auf dem Innsbrucker Parteitag die Mitteilung machte, daß über 30 000 Revolutionäre nach der ersten russischen Revolution dem Zarismus zum Opfer fielen. Denken wir an Berlin, München, Budapest, an die Judenmetzeleien in der Ukraine. (Lebh. Pfuirufe) Karl Marx hat revolutionärer gedacht als mancher Marxist. Hiervon ein Zitat:

„Zum ersten Mal in der revolutionären Bewegung von 1848, zum ersten Mal seit 1793 wagt es eine von der konterrevolutionären Uebermacht umzingelte Nation der feigen konterrevolutionären Politik die revolutionäre Leidenschaft, dem weißen Schrecken den roten Schrecken entgegenzustellen.

Die resultatlosen Metzeleien seit den Juni- und Oktobertagen, das langweilige Opferfest seit dem Februar und März, der Kannibalismus der Konterrevolution selbst wird die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel — den revolutionären Terrorismus.“ Kautsky sagt: Das ist der junge Marx, der alte hat ganz anders darüber gedacht. Das ist nicht der Fall. Stoecker beschäftigt sich eingehend mit Kautskys Buch „Terrorismus und Kommunismus“. Hier zeigt Kautsky, daß er für Probleme, die uns seit der Revolution bewegen, kein Verständnis hat. Weil er in schulmeisterlicher Weise heute die Russen verurteilt, so kann man ihm seine Aeußerungen von 1899 auf dem Hannoverschen Parteitag vorhalten, die das genaue Gegenteil sagen. Wir hören nicht das Richtige, sondern das Verzerrte aus Rußland. Es ist ein großer Fehler, daß keiner unserer Führer persönlich im bolschewistischen Rußland sein konnte. Wir haben die Zimmerwalder Abmachungen gebrochen, indem wir nach Bern gingen. (Widerspruch Adlers!) Der Hauptstreitpunkt der Zimmerwalder und Kientaler bildet die Frage der Landesverteidigung, sie ist für uns erledigt, wir haben nur einen sozialistischen Staat zu verteidigen.

Das Hauptargument Hilferdings ist die zu enge Basis der dritten Internationale. Die norwegische Partei hat den Anschluß vollzogen. Ferner gehören ihr an die schwedischen Linkssozialisten, die in ihrem Lande die gleiche organisatorische Stärke einnehmen wie wir. Wenn wir den Anschluß vollziehen, werden uns auch die Schweizer bald folgen. (Widerspruch Crispiens). Die französische Partei hat sich auf ihrem letzten Parteitag zur Diktatur bekannt. Gerade durch ihre äußere organisatorische Einheit leidet die französische Partei seit Jahren an einer Aktionsunfähigkeit. Wichtig ist ohne Zweifel die weitere Entwicklung in England und Amerika. Stöcker schildert die Strömungen in England und teilt mit, daß die entschlossenste Gruppe der englischen Sozialisten bereits den Anschluß an Moskau beschloß. Ich unterschreibe im wesentlichen Hilferdings Anschauung, die Ententeländer ständen vor keiner akuten revolutionären Situation. Aber kommt bei der Verteilung der Beute unter der Entente eine neue kriegerische Verwicklung, müssen wir gewiß sein, daß die Proletarier der Ententeländer sich nicht mehr für die imperialistischen Zwecke ihrer Regierungen gebrauchen lassen. Auch in Amerika hat sich die Minderheit bereits Moskau angeschlossen. Die Mehrheit lehnt die zweite Internationale ab und ist für die Wiederherstellung der Internationale unter den Grundsätzen des Klassenkampfes. Wir sind marxistisch genug um zu wissen, daß eine Revolution von den ökonomischen Bedingungen abhängt, aber wir sind uns auch bewußt, daß wir den Prozeß der Revolutionierung der Köpfe beschleunigen müssen. Rein zahlenmäßig steht die dritte Internationale klein da, aber alles Neue, Revolutionäre hat klein angefangen. Wir sollen uns dem Neuen, dem Frischen anschließen. Ich würde mich gegen die gefühlsmäßige Einsetzung wenden, wenn sie sich nicht mit meinen sachlichen Erwägungen decken würde. An dem Namen dürfen wir uns nicht stoßen. Engels nannte sich mit Bewußtsein Kommunist. Ich würde mich niemals unter das Diktat Lenins und Trotzkis beugen. Davon kann und wird nicht die Rede sein, nur als gleichberechtigte revolutionäre Kameraden gehen wir nach Moskau. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir einen Sitz im Exekutivkomitee erhalten im Falle unseres Anschlusses. Nachdem wir uns mit einem Programm beschäftigt haben, das sich für die Diktatur mit aller Deutlichkeit erklärt, trennt uns nichts von den Kommunisten.

Aus all diesen Gründen heraus sage ich, der Anschluß an die dritte Internationale ist unsere revolutionäre Pflicht. (Bravo.) Wir begrüßen selbstverständlich eine Konferenz, an der auch die Schweizer und Franzosen teilnehmen. Ihre beste Vorbereitung ist unser Anschluß an die dritte Internationale. (Lebhafter Beifall.) Ich sehe manche ängstliche und bedenkliche Gesichter wie auch auf dem Märzparteitag. Immer haben wir richtig gehandelt, das beweist das Wachsen unserer Partei. Wir sind und bleiben die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft. Wir wollen den Zusammenschluß mit den Proletariern der ganzen Welt in der dritten Internationale. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Ledebour-Berlin widerspricht der Anordnung des Vorsitzenden Braß, die Resolution Hilferding und Ledebour gemeinsam zu behandeln.

Henke-Bremen stellt ebenfalls einen Fehler des Bureaus fest, und wirft dem Vorsitzenden Braß Bevorzugung seiner Gesinnungsfreunde bei der Rednerliste vor. Er regt neue Wortmeldung an. Vorsitzender Braß wendet sich gegen Henkes Angriffe und bezeichnet sie als unwahr. — Genossin Zietz-Berlin erhebt dieselben Vorwürfe wie Henke gegen Braß. — Vorsitzender Braß widerspricht aufs neue und beruft sich auf den Schriftführer und Dittmann als Bestätigung. Es ist unerhört, daß solche vergiftenden Anwürfe erhoben werden. (Bravo.) — Lipinski-Leipzig wendet sich gegen die Anordnung des Bureaus. Er schlägt vor, daß drei Listen mit den Namen der Resolutionen angefertigt und darauf die Wortmeldungen vorgenommen werden. — Vorsitzender Braß stellt fest, daß dieser Vorschlag bereits von Dittmann angeregt und von ihm geteilt wurde und daß er auch Lipinski mitgeteilt worden sei. — Dittmann-Berlin hält es für die praktische Erledigung am besten, wenn man den Vorschlag Lipinski annimmt. Er gibt Aufklärungen über die Anschuldigungen Henkes und der Genossin Zietz. Daraus geht hervor, daß es den Schriftführern überhaupt nicht möglich war, die Listen ordnungsmäßig zu führen. Dittmann bestätigt, daß Lipinski Mitteilung gemacht worden ist von seinem und Braß Vorschlag. Er wünscht Schluß dieser unerquicklichen Debatte. — Der Parteitag beschließt einstimmig, die Debatte abzubrechen.

Zu dem Vorschlag Lipinski auf Neumeldung zur Rednerliste sprechen erneut Dittmann-Berlin, Geyer und Cohn. Dißmann-Frankfurt ist ebenfalls für den Vorschlag Dittmann, Lipinski und Braß und bittet, doch die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski wird von dem Parteitag angenommen.

Politische Rundschau

Deutschland

4)

Der Marloh-Prozeß

Als erster Zeuge wurde am dritten Verhandlungstage der durch seine alldeutsche Hetzrede in der Garnisonkirche zu Potsdam in der Anwesenheit Ludendorffs bekannte Pfarrer Rump vernommen. Er übernimmt die Rolle des Clowns in diesem furchtbaren Trauerspiel. Nicht unterbrochen durch den Vorsitzenden hält er eine mehrstündige Rede, in der er sich in wiederholten vaterländischen Tiraden ergeht. Aber innerhalb seiner pastoralen Salbaderei bringt er Tatsachen zur Sprache, welche für die Militärkamarilla des Noske-Regiments moralisch geradezu vernichtend sind. Pfarrer Rump hat von dem Vater des Angeklagten die Vollmacht zu seiner Vertretung erhalten. Rump schildert den Angeklagten moralisch nicht nur als einen überaus wahrheitsliebenden Menschen, sondern als einen Wahrheitsfanatiker. Als er von der Herstellung der verschiedenen Berichte hörte, von denen der dritte von Staatsanwalt Weismann angefertigte, am meisten von der Wahrheit abwich, kam er zu der Ueberzeugung, daß Marloh von seinen Vorgesetzten geopfert wurde. Dem Marloh ist wiederholt nahegelegt, ja geradezu zur Pflicht gemacht worden, als preußischer Offizier seine Vorgesetzten zu decken. Rump: Kein einziger Fall meiner Seelsorgertätigkeit hat mir schwereren Gewissenskonflikte gebracht als diese Angelegenheit. Früher war es üblich, daß ein Vorgesetzter für seine Untergebenen eintrat. Früher trat ein Oberst auf und sagte, ich habe den Befehl gegeben und meine Offiziere haben gehorcht. Ich stellte Marloh wiederholt vor, in welcher Gefahr er schwebe. Marloh antwortete: „Ich werde nur vernommen, damit die Unabhängigen das Maul halten, dann klappt der Untersuchungsführer die Akten zu und die Sache ist erledigt.“ Marloh und sein Kamerad Wehmeyer meinten, Marloh könne nichts passieren, denn Oberst Reinhard ist ein ordentlicher Kerl. Rump erwähnt, daß nach seiner Notiz bei dem Unterschreiben des dritten Berichts Marloh geäußert habe: „Herr Oberst, das ist eine große Lumperei, ich tue es nur der Sache wegen“. Oberst Reinhard klopfte Marloh auf die Schulter und sagte: „Herr Marloh, beruhigen Sie sich doch, die Sache ist ja ohne Bedeutung“. Rump erklärt, daß ihm dieser Standpunkt des Obersten Reinhard unverständlich war. Er, Rump, habe zu Marloh gesagt: „Sie haben den Befehl erhalten, 150 blühende Menschenleben zu vernichten, Sie haben 32 unschuldige Menschen töten lassen, Sie sind in ein kriegsgerichtliches Verfahren wegen Mordes oder Totschlag verwickelt und können 32 mal zum Tode verurteilt werden, oder auf lange Zeit in das Zuchthaus kommen und da sagt Ihr Oberst, die Sache ist ohne Bedeutung.“ Marloh antwortete darauf: „Herr Pfarrer, ich muß das im vaterländischen Interesse tun, es darf um Himmels willen nicht an die Oeffentlichkeit kommen, daß ich auf Befehl gehandelt habe. Oberleutnant von Kessel hat damals behauptet, daß der Prozeß die Regierung so kompromitieren, daß Reinhard und Noske fallen würden und dann hätten wir den Bolschewismus im Lande. Pfarrer Rump regt nun für den folgenden Teil seiner Vernehmung an, die Oeffentlichkeit auszuschließen, was der Vorsitzende als unzulässig bezeichnet. Pfarrer Rnmp: Dann ist mein vaterländisches Interesse gefährdet. Marloh teilte mir einen Ausspruch des Obersten Reinhard mit, nach dem Hindenburg erklärt hatte, Berlin sei durch die Erschießung der Matrosen vor großem Unheil bewahrt geblieben. Rump stellt noch fest, daß nach

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

41]

Zwar war er sich völlig klar bewußt, daß Rosalindens Beschwerde und Verletztheit ganz andere Gründe hatte, aber er packte den Vorwand mit beiden Händen, diesen seinen Nachtausgang zum Anlaß und Grund des Konfliktes zu machen. Er nutzte ihn, um mit seiner Hilfe an gefährlicheren Dingen vorbeizukommen und diese unerörtert zu lassen.

In solcher Kampflist pulverte er seinen Ingrimm über Rosalindens Aufbleiben mächtig hoch und schwatzte sich weiter in ihn hinein — mit der Beflissenheit seiner unter alkoholischen Einwirkungen gesteigerten Redseligkeit . . .

„Im Ernst,“ begann er wieder, „was ist schon dabei, wenn ein Mann wie ich mal mit seinen Freunden ein paar Nachtstunden kneipt.“

„Freunde? Ist Herr von Kern also jetzt mit einemmal dein Freund?“

Sie hatte nichts sagen wollen, sagte aber dieses, weil die Verlogenheit alles dessen, was Jordan zu seiner Entschuldigung vorbrachte, sie bitter kränkte.

Er erschrak. Vergaloppiert. Nun also doch gestolpert . .

„Freunde — ja das meine ich natürlich nicht so. Bekannte — Bekannte sind es doch. Menschen, mit denen man nun seine zehn bis fünfzehn Jahre schon zusammen am gleichen Strange gezogen hat.“

„Du? — Du und Kern am gleichen Strang! Immer neuer — immer interessanter werden deine Eröffnungen. Fahre nur fort — ich bin wirklich neugierig, was da noch alles ans Licht kommen wird .“

Er stampfte auf.

Jetzt verlor er die Fassung ganz.

„Nichts,“ sagte er schneidend, „nichts, meine Liebe, nicht das Allergeringste — — wird an das Licht kommen. Verlaß dich drauf. Nicht so viel!“

Er schnippte mit Daumen und Mittelfinger, daß es nur so knallte.

„Da spitz du dich nur nicht drauf! Du bringst nichts heraus. Gar nichts. Verlaß dich drauf, wenn du mich auch mit deinen Polizeihundaugen noch so durchdringend anstierst!“

Oh — wie es ihm leid tat, als er das gesagt hatte. Und um diese Beleidigung zu motivieren begann er während eines wütenden Rundganges ums Zimmer dieses herauszustoßen: „Nein — nein — das — das halt ich nicht mehr aus! Man — man steht wie unter Vormundschaft — unter ständiger Ueberwachung! Hast mich lange genug hier eingesperrt gehalten — du! Ein — ein Käfig ist das hier — ein Zuchthaus!

Ob du schlafen kannst — oder nicht — daß du's nur weißt, diese — diese Herrenabende mit — mit meinen Freunden — meinen Amtsfreunden — mit Kern — ja ja, mit Kern, den du nicht riechen kannst — mit von Holten, Edelbruck und Sierstorpff und verschiedenen anderen früheren und jetzigen Zugehörigen der Staatsanwaltschaft — die werden wir wiederholen — zu einer ständigen Einrichtung machen — ja — monatlich — oder wöchentlich — je nachdem . . . Denn es hat uns gefallen. Ich habe mich — und wenn du mich totschlägst — habe mich einfach ausgezeichnet unterhalten. Die Damen der übrigen Herren sehen es gern, wenn ihre arbeitgeplagten Familienernährer sich mal zerstreuen, und du — du wirst es eben gestatten müssen, ob gern — oder nicht, das — das ist deine Sache.

So — nun weißt du, woran du bist — und nun — nun wirst du wohl, wie ich dich kenne, wieder vierzehn Tage lang mit mir schmollen und mir mein Haus zur Hölle machen.

Treib's nur so weiter. Jedes Ding geht so lange, bis es sein Ende hat . . . Ich meinerseits habe die Sache hier über die Maßen satt; dessen kann ich dich versichern . . .“

Er war unter dem Kronleuchter stehen geblieben und sah mit unsicheren Blicken zu Rosalinde hinüber, die in seltsam gebückter Haltung am Fenster stand.

Es rührte ihn, wie sie dastand; sie, die sonst sich so hoch aufrecht trug, erschien ihm jetzt wie unter dem Druck des über sie hereinbrechenden Unheils zusammengebrochen. Ein tiefes Mitleid mit der so unschuldig leidenden Frau rührte an sein Herz. Eben wollte er den weichsten Ton der Versöhnung anschlagen, da wandte sie sich mit einer jähen Bewegung vom Fenster ab und verließ ohne ein Wort der Erwiderung lautlos das Zimmer.

Jordan wollte ihr nach, sie fußfällig um Verzeihung bitten, aber eine rätselhafte Macht bannte ihn an die Stelle, auf der er stand, als wäre er dort fest angewurzelt.

Begütigend wollte er die Enteilende anrufen, aber eine rauhe, gewaltige Hand verschloß ihm den Mund.

Woher kamen diese Widerstände?

War es nicht, als ob das Prinzip des Bösen hier leibhaftig umging und die Nächsten auseinanderpeitschte und in Haß und Feindseligkeit hineintrieb?!

Nur Geduld. Er würde alles dieses vollkommen und restlos wieder gutmachen, wenn nur erst die innersten Konflikte beigelegt waren. Ihm brannte noch die Sehnsucht nach jener Dirne im Blut, und dies peitschte ihn, der wehe zu tun, die hier war, während jene — jene andere — fern entschwand und seinem Sehnen immer unerreichbarer wurde.

Nein — nein — nein — nicht auch diese Macht sollte die blonde, lockende Teufelin über ihn haben, daß er seine alte Gefährtin hier, die erprobte Verbündete seines Lebens, schroff von sich stieß. Nur erst wieder frei sein, los und ledig von der Anderen — innerlich wirklich wieder befreit von ihr, und der Bruch würde sich kitten lassen, der nun in seine Ehe gekommen war — ungewollt, unabwendbare Folgerung aus einer furchtbaren und schicksalsschweren Verirrung.

Achtes Kapitel.

In dieser Nacht schloß Jordan kein Auge.

Besorgnisse und Aengste wirbelten wie toll in seinem Kopf herum. Er hatte das Gefühl, einen völligen Einsturz seiner gesamten Lebensstellung zu erdulden.

Der Zusammenstoß mit Rosalinde, dessengleichen noch nie geschehen war, mußte die bösesten Folgen haben. Diese Frau war stolz und im höchsten Grade empfindlich.

Je lebhafter ihr Argwohn gegen den Ehemann in all dieser Zeit wachgehalten worden, um so sicherer mußte ihr nun die völlige Abkehr Jordans von ihr verbürgt sein.

Bisher hatte er ihr durch Lügen und Verdrehungen seine Wandlung verheimlichen wollen, nun aber brach sein Haß brutal durch.

Jordan wurde grob wie ein Kutscher und zeigte seine Begierde unverhohlen, die Sehnsucht, von Linda loszukommen. Das war das Ende. Hier gab es einen nicht zu heilenden Bruch. Tiefe Reue fraß an dem Mann. Er faßte es nicht, konnte es nicht begreifen, wie er sich so weit hatte hinreißen lassen.

Gewiß, gewiß, die Stimme tiefster Wahrheit hatte im Weinrausche aus ihm geschrien.

Ja ja — er sehnte sich aus diesen Zwängen hier heraus. Er haßte, verabscheute diese Beengtheit, in denen eine Nachtvergnügung mit Bekannten zum Kapitalverbrechen gemacht wurde — aber er bangte nicht minder vor einer Aenderung seiner Lebenshaltung.

Denn ohne Rosalinde würde er, das stand ihm klar vor Augen, viel von seiner Festigung verlieren.

Rosalinde — das war die Schutzwehr und der Anker; an sie wollte er sich klammern, um nicht von dem Strudel seiner Leidenschaft für Herta hinweggerissen zu werden.

Rosalinde — das war sein Gewissen, sein bürgerliches Pflichtgefühl, die Instanz, die seine Respektabilität verbürgte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Mitglieder der
U. S. P.
legen Ihre Spargroschen nicht in der
Deutschen Sparprämien-Anleihe
sondern als Anteil in der
Genossenschafts-Buchdruckerei Elbinger Volksstimme in Elbing an.

seinen Aufzeichnungen der Befehl, welchen Oberst Reinhard durch den Leutnant Schröter habe überbringen lassen, noch schärfer war, als der, welchen Leutnant Wehmeyer überbrachte. Auch in diesem Befehl war die Erschießung von 150 Mann angeordnet und mit der Ueberfüllung der Gefängnisse motiviert. Rump macht nun eingehende Angaben, wie er von Hauptmann von Kessel überredet worden sei, Marloh zur Flucht zu bestimmen. Hauptmann von Kessel habe ihm ebenso wie Marloh durch die politischen Gründe und den Appell an sein vaterländisches Gefühl zu dieser Haltung bestimmt. Kessel habe immer wieder hervorgehoben, Marloh darf in diesem Falle nicht die Wahrheit sagen, sonst würde er die Achtung nicht nur seiner Kameraden, sondern auch aller vaterländisch denkenden Menschen verscherzen. Eine Verhandlung sei jetzt unmöglich, in einigen Wochen hätten wir eine unabhängige Regierung, diese würde abgelöst werden von einer Rechtsregierung und einer Diktatur Noske. Marloh müsse inzwischen unsichtbar werden, erst später dürfe er zurückkehren. Menschlich sei es ja sehr schön gewesen, daß Marloh vor der Erschießung eine Musterung der Gefangenen vorgenommen habe, juristisch sei es aber eine Dummheit. Marloh sei Schuld an der ganzen Situation, er hätte dem Befehl, alles zu erschießen, nachkommen sollen, das wäre viel richtiger gewesen. Pfarrer Rump ruft mit bebender Stimme: „Hauptmann von Kessel hat sich bei den zahllosen Unterredungen, die ich mit ihm gehabt, niemals darüber beschwert, daß Marloh 30 Mann haben erschießen lassen, sondern sich nur darüber beklagt, daß Marloh einen solchen Wahrheitsfimmel habe und nicht alle 150 Mann habe erschießen lassen. Für mich steht fest, selbst wenn Reinhard mit Engelszungen redete, daß es der Wunsch der Vorgesetzten gewesen ist, daß alle 150 Mann dran glauben sollten. Ich bin in diesen Monaten so viel angestunken und angelogen worden, daß ich es als eine wahre Befreiung betrachte, aus diesem Wust von Lügen herauszukommen. Es wurde immer und immer wieder auf mich mit dem Vorhalt eingedrungen, daß Marloh verschwinden müsse. Kessel erklärte, die Regierung Noske, der Gerichtsherr, Oberst Reinhard und der untersuchungsführende Kriegsgerichtsrat und seine Truppe würden heilfroh sein, wenn Marloh verschwände und es nicht zu einer Verhandlung käme. Herr v. Kessel sagte weiter, Marloh solle ein Urlaubsgesuch, in dem Geisteskrankheit simuliert würde, einreichen, dann sei er vor einem Haftbefehl oder Steckbrief sicher. Marloh würde später ein Rittergut und 100—150 000 Mark und später als Offizier rehabiliert werden. Es wurde erwogen, ob Marloh nach Schweden, wo ein Verwandter des Obersten Reinhard ein Gut besitze, oder ob er nach Köln ins besetzte Gebiet gehen sollte. Auch an das Baltikum wurde gedacht. Pfarrer Rump war empört über den brutalen Zynismus, der sich immer mehr und mehr aus dem Verhalten der Vorgesetzten Marlohs ergab. In einem Gespräch mit Hauptmann v. Kessel kam ganz deutlich zum Ausdruck, was man befürchtete; wenn Marloh nicht flieht, müssen Reinhard und v. Kessel fliehen. v. Kessel habe ihm gesagt: „Marloh habe einen halben Arm, ein halbes Gehirn, er ist ein Krüppel und kann sich opfern. Oberst Reinhard sei der Retter von Berlin, er, v. Kessel, ein verheirateter Mann, Marloh dagegen Junggeselle. Pfarrer Rump gibt zu, an der Beschaffung der falschen Urkunden und an den Vorbereitungen zu Marlohs Flucht teilgenommen zu haben. Nach den Aussagen von Pfarrer Rump und Leutnant Wehmeyer hat Hauptmann v. Kessel in der Voruntersuchung zweifellos einen Meineid geleistet Es kommt nun über diese Frage zu den heftigsten Zusammenstößen. Pfarrer Rump behauptet, daß Hauptmann Kessel erklärt habe, von einflußreichster Seite sei auf das Medizinalkollegium der Provinz Brandenburg dahin eingewirkt worden, bei dem Angeklagten einen Dämmerzustand festzustellen, welcher eine Bestrafung nach § 51 ausschließe. Ferner soll Hauptmann von Kessel den Plan gehabt haben, die Akten dem Untersuchungsführer in einem bestimmten Prozeßstadium zu „klauen“. Hauptmann v. Kessel soll selber zu Leutnant Wehmeyer gesagt haben, daß seine vor dem Untersuchungsrichter beschworene Aussage in verschiedenen Punkten unrichtig sei. Hauptmann von Kessel erwidert, indem er den Pfarrer Rump der Erpressung beschuldigt. Pfarrer Rump habe jetzt vor der Hauptverhandlung eine halbe Million gefordert und Pässe, damit Marloh ins Ausland reisen und dort leben könne. Die erregte Diskussion wird von dem Vorsitzenden abgeschnitten, da derselbe zu befürchten scheint, es könne trotz des Eiltempos, mit dem er die Verhandlung leitet, noch mehr von diesen skandalösen Zuständen in die Oeffentlichkeit gelangen. — Eine Anzahl Matrosen sagen über die bekannten Vorgänge in der Französischen Straße aus. Hauptmann Genther schildert, wie er die Reichsbankwache zu retten vermochte, aber auf das Schicksal der anderen keinen Einfluß ausüben konnte, weil sich Marloh auf seine bestimmten Befehle berief.

Am erschütterndsten sind die Aussagen des Zeugen Perbitz, des Vaters eines Ermordeten. Er war selber Mitglied der Matrosen-Division. Der Sohn hatte ihn gewarnt, zu dem Löhnungsappell zu gehen, weil, wie er geäußert habe, die Matrosen, die dort hinkamen, gekitscht werden sollten. Der Sohn entschloß sich aber dennoch, hinzugehen und wollte dem Vater die Löhnung mitbringen. Der Vater sah den Sohn nur als entsetzlich zugerichtete, völlig ausgeplünderte Leiche, deren Haar schneeweiß geworden war, im Schauhause wieder. Der Körper war platt gedrückt, ein Auge ausgestochen, Schädelteile und Glieder abgeschlagen. Der nächste Zeuge, Hugo Lewin, ist der einzige Ueberlebende, der zur Erschießung bestimmten Matrosen. Er wurde verwundet und blieb besinnungslos liegen. Er erlangte das Bewußtsein jedoch bald zurück, verhielt sich ganz still und wurde nun Zeuge, wie seine Unglücksgefährten, welche nicht tötlich getroffen waren, durch einzelne Pistolenschüsse den „Fang“ erhielten und wie die Leichen unter rohesten Redensarten geplündert wurden. Als er infolge rasender Schmerzen nach zwei bis drei Stunden aufstehen mußte und einen Offizier, welcher die Leichen sich ansah, um Gnade anflehte, floh dieser voll Entsetzen über den blutüberströmten wiederauferstandenen Spartakisten. Lewin schleppte sich in die Portierwohnung, aus der ihn aber zirka acht Reinhardmannschaften auf den Hof schleppen und wahrscheinlich umbringen wollten. Er weigerte sich hinauszugehen und schrie um Hilfe. Schließlich holte man einen Arzt, der ihn verband. Er wurde dann nach Moabit transportiert, vorher aber noch von einem Sergeanten mit dem Revolverknauf auf den Mund geschlagen. In Moabit wurde er dem Obersten Reinhard vorgeführt, der auf die Meldung hin, daß er zu den Matrosen gehöre, erklärte, der Kerl müsse erschossen werden. Auf seine Unschuldsbeteuerungen hin wurde aber eine Untersuchung angeordnet. Er wurde nach dem Zellengefängnis gebracht und schließlich als Verwundeter entlassen. — Zum Schluß werden einige Leute von den Regierungstruppen, unter ihnen auch der aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangene jetzige Noskeleutnant Penter vernommen, der die Erschießungen damals auf den Befehl Marlohs kommandiert hat. Leutnant Penter macht den Eindruck eines völlig verrohten, minderwertigen Menschen. Penter bekundet, daß er den Befehl Marlohs zur Erschießung der Matrosen herzlich gerne ausgeführt habe, da er die Bestien alle für vaterlandslos gehalten. Die Plünderer habe man an ihren Uhren, Ringen und ihren vollgefressenen Bäuchen erkennen können. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Oblt. Marloh vom Fenster aus dem Penter zugerufen habe, „wollen Sie meinen Befehl ausführen“ erklärt Penter, daß dies nicht der Fall gewesen, eine zweite Aufforderung sei bei ihm nicht nötig gewesen, er hätte sich mit Freuden seines Auftrages, die Erschießung zu kommandieren, unterzogen. Penter höhnt noch die Matrosen als Feiglinge, wenn fünf Penters unter ihnen gewesen wären, so wären die Regierungstruppen überwältigt worden. (Bezeichnend für den Tiefstand der Verhandlungsleitung ist es, daß diese rohe Ausdrucksweise vom Richtertische, von dem aus jeder Quark als Verletzung der Würde des Gerichts zu rügen gepflegt wird, keine Zurückweisung, sondern stillschweigende Billigung findet.) Bei der Vernehmung des an der Streife beteiligten Kriminaloberwachtmeisters Kirschbaum kommt noch zur Sprache, daß Hauptmann von Kessel mit Marloh den Kirschbaum zu bestimmen versucht hat, die Schuld auf sich zu nehmen und mit 5000 Mark in das Ausland zu verschwinden.

Die Verhandlung wird vertagt.

Gesetzentwurf Groß-Berlin

Die lange angekündigte und dringliche Gesetzesvorlage über die Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin ist von der preußischen Landesversammlung in erster Lesung beraten und einem besonderen Ausschuß überwiesen worden.

Der vorliegende Entwurf stellt gegenüber dem Regierungsvorschlag eine erhebliche Verbesserung dar. In den Stadtkreis Groß-Berlin sollen 8 Stadtgemeinden, 55 Landgemeinden und 23 Gutsbezirke einbezogen werden. Außerhalb der vorgesehenen Grenzen verbleiben dennoch beträchtliche Waldparzellen und der überwiegende Teil der Rieselgüter. Das Gesamtgebiet soll in achtzehn Verwaltungsbezirke eingeteilt werden, die zugleich Wahlkreise sind. Die Gesamtgemeinde wird von der Stadtverordnetenversammlung (225 Mitglieder) und dem Magistrat (30 Mitglieder) verwaltet. Zur Wahrnehmung örtlicher Interessen und zur Entlastung der städtischen Körperschaften werden für jeden Verwaltungsbezirk außerdem eine Bezirksversammlung und ein kollegiales Bezirksamt eingerichtet. Es soll also eine Einheitsgemeinde mit dezentralisierter Verwaltung geschaffen werden.

Die Verhandlungen in der Preußischen Landesversammlung ergaben folgendes Bild: Offene Gegner sind die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Das Zentrum ist ihnen gewiß auch zuzurechnen, da sich dessen Redner die Argumente der westlichen Geldsackgemeinden zu eigen machten, die gegen die Einheitsgemeinde sind. Für die Vorlage, natürlich unter Vorbehalt notwendiger „Verbesserungen“, traten die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen ein. Genosse Weyl bemängelte hauptsächlich die Beibehaltung des Zweikammersystems in dem Entwurf und das Fehlen der kommunalen Arbeiterräte.

Erzberger redet

Herr Erzberger hat dieser Tage wieder einmal geredet. Wie sich ein kühner Bergsteiger in den Regionen des ewigen Schnee und Eises bewegt, mit derselben Ruhe bewegte sich Mathias von Battenhausen in Zahlenhöhen, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellen. Sein Lächeln konnte aber doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß alles Anziehen der Steuerschraube einmal ein Ende nimmt. Es hilft auch nichts, wenn der Hebel an der Notenpresse ein Stück vorwärts gestellt wird, sie arbeitet wohl etwas schneller, schafft deshalb aber doch keine Werte. Außerdem macht Herr Erzberger aber hinter jeder neuen Steuer, die er aufs Tapet bringt, selbst ein Fragezeichen, denn er „hofft“ ja auch nur, daß die Steuer dieses oder jenes einbringt.

Die Neu-Auflage der Kriegsanleihe, die Sparprämienanleihe, im Verein mit den übrigen Steuern sind ganz gewiß nicht in der Lage, Deutschland vor dem Bankerott zu retten. Diese Maßnahmen sind ja nur dazu da, die offene Bankerottserklärung einige Zeit hinauszuzögern. Das weiß auch der Herr mit dem ewig lächelnden Gesicht. Und trotzdem wird getreu der Ueberlieferung nach dem alten System weitergewurstelt, bis es auch in der Notenpresse einmal kracht und die Wurstelei ein Ende hat.

Von den neu zu bewilligenden Geldern soll den Beamten ein Beruhigungspulver in Form von etwa 2 Milliarden Teuerungszulagen bewilligt werden. Durch die neue Besoldungsreform, die gleichzeitig von dem Allgewaltigen angekündigt wurde, wird den Beamten der Himmel auf Erden versprochen. Sie soll ihnen entsprechend ihrer Vorbildung und Fähigkeit ein Einkommen bringen, das Arbeitsfreudigkeit und Berufsfreude stärken werde. Das Anfangsgehalt wird in ein anderes Verhältnis zum Endgehalt gesetzt. Kurz, alle Wünsche werden bis zum Februar nächsten Jahres erfüllt, wenn — nun wenn bis dahin die Notenpresse nicht zusammengekracht ist.

Italien

Der Aufruhr in Mantua

Wie Pariser Blätter aus Italien melden, werden erst jetzt Einzelheiten über den Aufruhr in Mantua anläßlich des Generalstreiks bekannt. Danach war die Stadt zwei Tage in den Händen der Aufständischen. Der Bahnhof wurde gestürmt, die Schienen aufgerissen, die Anlagen geplündert und Telephonapparate vernichtet. Reisende, besonders die in der ersten Klasse, wurden mißhandelt. Danach zog man zum Gefängnis, wo die Wache sofort entwaffnet und der Oberaufseher ermordet wurde. Die aufgeregte Menge setzte sich in den Besitz der Schlüssel und öffnete die Zellen. Dann wurde das Gefängnis in Brand gesteckt. Auch Privatwohnungen wurden geplündert. Jetzt ist die Ruhe wieder hergestellt. Während des zweitägigen Aufruhrs wurden acht Personen getötet und 42 verwundet.

In und um Elbing

Zuckernot

Die Zuckerindustriellen und Rübenbauern haben wieder einmal eine Erhöhung der Zuckerpreise durchgesetzt. Ihr Notschrei ging lange durch die Spalten der bürgerlichen Presse. Sollten die Wünsche nicht erfüllt werden, würden wir nächstes Jahr ohne Zucker sein. Der Zuckermangel machte sich überdies schon in diesem Jahre erheblich bemerkbar. Einmachezucker war fast überhaupt nicht zu bekommen. Wie sieht die Not nun in Wirklichkeit aus? Wie der Zeitzer Volksbote, unser dortiges Parteiorgan zu berichten weiß, lagerten in der Zeitzer Zuckerfabrik bei Beginn der diesjährigen Kampagne nach etwa 45 000 Zentner Zucker alter Ernte. Es ist dies nur eine Fabrik und nicht einmal eine von den größten. Wenn nun in allen Fabriken der Weißzuckerindustrie prozentual so viel Zucker lagert, so ist es begreiflich, wenn sich ein größerer Zuckermangel bemerkbar macht. Dies Manöver wurde lediglich zu dem Zwecke ausgeführt, um der Regierung Sand in die Augen zu streuen, und dadurch eine Erhöhung der Zuckerpreise zu erreichen. Zum großen Teile sind die Zuckerfabriken Selbsterzeuger der Rüben und die Preiserhöhung würde nur diesen den größten Vorteil bringen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß man Zucker in Hülle und Fülle kaufen könnte, wenn die Zwangswirtschaft aufhörte. **Aber wer könnte dann den Zucker bezahlen?** Das wäre eine andere Frage! Bei den Verhandlungen über den Bezirkslohntarif der Zuckerindustrie wurde von den Unternehmern unumwunden erklärt, sie wären bereit, **jeden Lohn zu zahlen, wenn die Vertreter der Arbeiter dafür sorgten, daß der Zucker dem freien Handel zugeführt würde.** Man will eben möglichst hohe Gewinne erzielen.

Die Zuckerindustriellen klagen immer über den schlechten Geschäftsgang der Zuckerfabriken. Sieht man jedoch die Jahresberichte einzelner Zuckerfabriken an, so weiß man, was man davon zu halten hat. Die Aktien-Zuckerfabrik Bennigsen zahlte nach ungeheuren Abschreibungen 21 Prozent Dividende gegen 16 Prozent im Vorjahre! So gibt es eine ganze Reihe solcher notleidenden Aktionäre. Hier wäre es an der Zeit, die Betriebsräte einzuführen und über die Zuckerverteilung zu wachen. Die Regierung hat jetzt durch die Steuer Gelegenheit, eine starke Kontrolle auszuüben und für richtige Verteilung zu sorgen. Aber es geschieht nichts, um die Verhältnisse zu bessern. Wie es den Zuckerfabriken möglich ist, den Zucker so lange zurückzuhalten bis er teurer ist, kann man nicht recht verstehen. Die Parole muß also lauten; **Schleunige Einführung der Betriebsräte und des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter an der Produktion!**

Doch kaum, daß diese Preiserhöhung in Kraft getreten ist, kommt die Kunde künftiger neuer Preissteigerungen. Die Regierung läßt offiziös verkündigen:

„Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zur Förderung des Zuckerrübenanbaues und der Zuckerrübenerzeugung vorgelegt, weil infolge der Witterung, Verkehrs- und Arbeitsverhältnisse dieses Jahres nicht nur die Gefahr besteht, daß große Rübenmengen nicht geerntet werden und den Fabriken verloren gehen, sondern auch ein schlechtes Ergebnis der diesjährigen Kampagne die Anbauluft für das nächste Jahr lähmen würde. Es soll durch Aufschläge auf den Zuckerpreis ein Fonds gebildet werden, aus welchem Rübenbauer und Fabriken für ihre Mehraufwendungen zu entschädigen sind. Dieser Aufschlag soll durch die Fabriken von dem durch sie nach dem 31. Dezember 1919 unmittelbar an den Verbraucher gelieferten Zucker in Höhe von 25 Mark je Zentner erhoben und an den Fonds abgeführt werden. Für das nächste Wirtschaftsjahr 1920/21 soll ferner **ein Rohzuckerpreis von 150 Mark für den Zentner garantiert werden**, außerdem für die Rübenbauer Chilisalpeter bevorzugt zur Verfügung gestellt werden, daß Reichsrat und der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung der Regierungsvorlage bald zustimmen werden.“

Ein Rohzuckerpreis von 150 Mark pro Zentner bringt einen Preis für weißen Zucker von 2 Mark bis 2,25 Mark pro Pfund mit sich. Eine geradezu wahnsinnige Preiserhöhung. So sieht die rechtssozialistische Regierungspolitik aus.

Von allen guten Geistern verlassen

Herr Dehler schreibt über den Leipziger Parteitag. Recht lang zwar, dafür aber auch mit wenig Verstand. Schon

ein Bedenken hätte ihm kommen müssen: er gibt gleich zu Anfang zu, daß die Nachrichten über den Parteitag sehr spärlich und verspätet kommen. Das ist richtig; unsere Redaktion erhielt beispielsweise heute am 9. Dezember zwei Eilbriefe, die in Leipzig am 5. Dezember aufgegeben waren. Wenn nun jemand schlechte Berichterstattung hat, ist das ein Grund, der ihn zur Produktion journalistischer Bandwürmer drängt? Naheliegender ist doch, mit dem Urteil zurückzuhalten, bis man die Sache überblicken kann. Andernfalls kann nichts gescheites dabei herauskommen.

Wenn eines über die Leipziger Tagung schon heute einwandfrei feststeht, dann ist es die scharfe Absage einer „Einigung" mit den Noskesozialisten. In dieser Haltung war der ganze Parteitag vom ersten bis zum letzten Tage einmütig der Ansicht, daß es mit den Scheidemännern keine faule Verständigung geben dürfe. Der Beschluß über die Internationale ist zum guten Teile darauf zurückzuführen, dauernde Mauern zwischen unserer Partei und Noskes Gefolgschaft zu errichten. Diese scharfe Absage an den Rechtssozialismus spiegelt sich auch in den bürgerlichen Berichten über den Parteitag wider. Und nun genieße man Herrn Dehler:

> Zwei Hauptpunkte bildeten die Signatur der Tagung: Anschluß an die Moskauer Internationale und Einigung mit den Mehrheitssozialisten! So unvereinbar beides in der Praxis ist, so fanden beide Punkte der Tagesordnung in der Theorie die große Mehrheit der Versammlung . .
>
> . . . Crispien wird nun seine Meinung über die Mehrheitssozialisten, mit denen er nun kraft seines Amtes ein Techtelmechtel einzugehen hat, einer gründlichen Korrektur zu unterziehen haben . . .
>
> . Man mag den Schmerz des Parteivorstandes ermessen, daß trotz der „Millionenschiebungen" von Ebert, Noske und Scheidemann, von denen das Parteiorgan Die Freiheit in der Sklarz-Affäre zu berichten weiß, er nun den üblichen Kuß auf beide Wangen der Mehrheitssozialisten inszenieren muß . . .

Wie kann man die ganze Literatenzunft so bloßstellen! Ein solcher Kohl ist noch nicht dagewesen. Mit jedem Wort hat der Parteitag ausgesprochen, daß er mit dem Noskesozialismus nichts zu schaffen haben will, und Herr Dehler sagt ihm solchen Unsinn nach.

Ströme von Blut und von verschwendeten Millionen ziehen sich durch Herrn Dehlers Artikel. Er sieht die Unabhängigen schon auf Bergen von Leichen thronen. Ist diese Furcht ernst gemeint oder Stimmungsmache? Das zu entscheiden ist nicht leicht. Sobald der Bericht über den Parteitag beendigt ist, wird die Volksstimme ebenfalls zum Parteitag Stellung nehmen. Dann werden wir uns auch über die Diktatur unterhalten. Für heute mag Herrn Dehler die Versicherung genügen, daß er unter der „Schreckensherrschaft" der Arbeiter nicht schlechter, sondern wahrscheinlicherweise besser leben würde als heute. Die Novemberrevolution hat bewiesen, daß die Arbeiterschaft von jedem Blutdurst frei ist.

Eingaben und Anträge ehemaliger Militärpersonen

Verzögerungen in der Erledigung von Eingaben und Anträgen ehemaliger Militärpersonen sind in sehr vielen Fällen auf Unkenntnis von unbedingt nötigen Formalien zurückzuführen. Zwecks richtiger Zuleitung von Schriftstücken aller Art an militärische Abwicklungsstellen usw. ist es erforderlich, daß die Antragsteller in ihren Eingaben stets den letzten Ersatztruppenteil (Bataillon usw. und Kompagnie usw.) angeben. Versorgungsansprüche sind unter Beifügung von einwandfreien Belegen bei den zuständigen Versorgungsstellen (Bezirkskommandos) unter Benutzung der Vordrucke geltend zu machen.

Elbinger Polizeinachrichten

Sonnabend wurden auf dem Bahnhof fünf Elbinger Fleischer festgenommen, die von Soldaten Pferde gekauft hatten. Bei ihrer Vernehmung gaben die Festgenommenen an, daß die Pferde nicht Heeresgut wären, sondern von Flüchtlingen stammen. Angeblich haben sie die Pferde von Offizieren gekauft. Ermittlungen sind noch im Gange.

In der Nacht zum Sonntag wurde der Schlosser R. verhaftet, der Passanten belästigt und angefallen hatte. Bei seiner Vernehmung stellte es sich heraus, daß er am 30. November den Kaufmann K. beraubt hatte, der in fideler Stimmung nach Hause ging und von R. begleitet wurde. Gestohlen wurde damals der Ueberzieher, Uhr und Geld.

Festgenommen wurde der Fürsorgezögling Bebernick, der seinen beiden Arbeitskollegen Kleidungsstücke und Schuhe entwendet hat. B. wurde dem Gericht zugeführt. — Der seinerzeit aus dem Gerichtsgefängnis Marienburg entwichene Strafgefangene Mankowski wurde durch die hiesige Kriminalpolizei dingfest gemacht.

Einen dreisten Diebstahl verübte die 13½ Jahre alte Zeitungsverkäuferin L. in dem Geschäft des Herrn P., Alter Markt. Sie bot die Elbinger Volkszeitung zum Kauf an und benutzte die Abwesenheit des Ladeninhabers, um aus der Registrierkasse einen großen Geldbetrag zu entnehmen. Durch das Geräusch aufmerksam geworden, gelang es Herrn P., die Diebin abzufassen. Sie bestritt entschieden gestohlen zu haben. Als der Bestohlene den fehlenden Betrag feststellen wollte, benutzte die L. die Gelegenheit und verschwand. Später gelang es, sie in der Expedition der Volkszeitung festzunehmen.

Bei der Vernehmung gab Sie zu, vor einiger Zeit bei Herrn Schuhmachermeister Radtke eine Handtasche gestohlen zu haben.

Ostdeutsche Nachrichten

Gastrolle eines Schwindlers

In Marienwerder hatte es ein Schwindler auf die Parteikasse der U. S. P. abgesehen. Am 5. Dezember abends zwischen 7 und 8 Uhr kam in der Abwesenheit des Genossen Cziczinski ein unbekannter Mann in dessen Wohnung und stellte sich der Frau unseres Genossen als „Hauptkassierer der Partei" vor. Seinen Namen nannte er nicht. Er wollte den Marken- und Kassenbestand revidieren. Die Genossin Cziczinski entgegnete, ihr Mann wäre Vorsitzender und hätte darum mit der Kasse nichts zu tun. Wenn er eine Revision vornehmen wolle, möge er kommen, wenn ihr Mann zu Hause sei und mit ihm darüber reden. Darauf entfernte sich der Fremde, ohne bis heute wiederzukehren. Es bedarf wohl nicht erst der Feststellung, daß der „Hauptkassierer der Partei" ein Hochstapler war, der es auf die Kasse abgesehen hatte. Wir raten den Genossen allerorts zur größten Vorsicht gegen unbekannte Menschen. Die Vertrauensmänner unserer Partei sind zum Teil seit vielen Jahren in der Arbeiterbewegung tätig und daher auch dem weiteren Kreise der Genossen persönlich bekannt. Soweit aber weniger bekannte Genossen auswärts tätig sind, haben sie Legitimationen bei sich.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Schuhwaren zum Feste in den verschiedensten Arten u. Ausführungen eingetroffen

Bitte überzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit! Beachten Sie unsere Auslagen in den 4 Schaufenstern!

Wir raten dringend, Ihre Weihnachtseinkäufe rechtzeitig zu besorgen.

Wir sind bereit, ausgesuchte Ware bei kleiner Anzahlung bis zum Feste zurückzustellen.

Niederlage Max Tack
(Inh. M. Baering)
St. Georgenbrüderhaus ∴ Ecke Schmiedestrasse.

Schulgelderhöhung an den Mittelschulen.

An den beiden hiesigen Mittelschulen (Altstädt. Knaben- und Altstädt. Mädchenschule) werden **vom 1. Januar 1920** ab folgende **erhöhte** Schuldgeldsätze erhoben:

A. für **einheimische** Schüler:
a) Ober- und Mittelstufe 92 Mk. jährlich,
b) Unterstufe . . . . 72 Mk. „
B. für **auswärtige** Schüler:
a) Ober- und Mittelstufe 150 Mk. jährlich,
b) Unterstufe . . . 120 Mk. „

Elbing, den 5. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Bis zum 24. d. Mts. einschließlich wird das Gas
schon von 3 Uhr nachmittags ab abgegeben.
Elbing, den 9. Dezember 1919.
Städt. Gaswerksverwaltung.

Lichtspiel-Haus
Fleischerstraße 9.
Ab Dienstag bis Donnerstag
Hilde Wolter
in dem lustigen Filmspiel
Eine tolle Kiste
in 5 Akten.
Aus den Bergen:
Das Geheimnis von Gren Port
Amerikanisches Wild-West-Kriminal-Drama in 5 Akten.
Ab Freitag: Henny Porten.

Stadt-Kino
Alter Markt 39
Von heute, Dienstag, ab der Henny-Porten-Film
Erstaufführungsrecht!
„IRRUNGEN"
Ein Film-Schauspiel aus jetziger Revolutionszeit in 5 Akten.
Henny Porten als Fabrikarbeiterin,
Harry Liedtke und Ernst Deutsch.
„Vor den Toren des Lebens"
mit Hella Moja in der Hauptrolle.
Die Liebesgeschichte einer Bühnenschönheit in 4 Akten.
Beginn: 1. Vorstellung 6.45, 2. Vorstellg. 8.30
Kassenöffnung stets ½ Stunde vorher.

Brückstraße 12
Bis zum Feste und solange Vorrat, kommen
sehr preiswert
zur Abgabe an das Publikum:
Handschuhe (aller Art)
Krawatten
Hosenträger (echt stark Gummi)
Oberhemden
Hüte
Mützen (aller Art)
Herrensocken
Feine Lederwaren zu Geschenken, sehr preiswert
Dauerwäsche
Brückstraße 12

Empfehle mein Lager in **gut gepflegten**
Zigarren, Zigaretten
Weinen und Spirituosen
Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Regenschirme
Spazierstöcke, Portemonnaies
in größter Auswahl bei
R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

Stadttheater Elbing
Dienstag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.
Mittwoch, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Groß-Kindermärchen mit Tanz in 5 Akten von Siegmund Haak.
Abends 7½ Uhr:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Turn-Verein Jahn.
Sportabteilung
am Donnerstag, den 11. Dez.:
Versammlung
im „Gewerbehaus", 7½ Uhr.
Da wichtige Tagesordnung, zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Sportausschuß.

Herren-Garderoben
werden repariert, gereinigt und gebügelt.
M. Schepanski,
Wilhelmstraße 15.
Daselbst ist 1 guter Paletot zu verkaufen.

Habe einen Posten
ägypt. Zigaretten
preiswert abzugeben
Aeuß. Mühlend. 19, II, rechts.

Sehr große Posten
Zellulose-Wäsche
Kragen, Manschetten, Vorhemden, werden fast verschenkt
Brückstraße 12.

Kiefern-Brennholz,
geschnitten, auch waggonweise, gibt ab
Chemische Fabrik Carl Warm,
Aeuß. Marienburgerdamm 8.

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister,
Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe
G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Bester Frauenschutz
„Patentex"!
Millionenfach bewährt, Tausendfach in Gebrauch. Preis des kompletten Apparates 12.— Mk., Ersatztube 8.50 Mk. franko Nachnahme. Ausführlichen Prospekt gegen 20 Pfg. Porto. Versandhaus „Hansa", Albert Scherer, Berlin NW. 21, Abt. A.

Vornehme
Herren- u. Damen-
Frisier-Salons.
Anfertigung von künstlichen
Haararbeiten.
A. Günther
Am Schmiedetor 1,
Eingang Mauerstr.,
neben der Kgl. Hofapotheke.

Hefe
zu haben bei
H. Holzrichter,
Brückstr. 30.

Grosse Packkisten
verkauft
Chemische Fabrik Carl Warm,
Aeuß. Marienburgerdamm 8.

2 kleine Damenhüte
zu verk. Altst. Grünstr. 13, unt.

Suche eine
ältere Frau oder Mädchen
zur Wartung und Pflege einer Wöchnerin. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsst. dies. Ztg.

Elbinger Standesamt

vom 9. Dezember.

Sterbefälle: Maurer Karl Robert Rösler S. 2 M. — Arbeiterwitwe Wilhelmine Steppke geb. Disnowski, 78 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag **Bezugspreis** in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. **Anzeigenpreis:** einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 42 | **Mittwoch, den 10. Dezember 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Heeresschiebungen in Magdeburg. Bürgerliche Blätter melden: Aus Furcht vor Strafe hat sich der Zeugfeldwebel Liedtke von der Magdeburger Abwicklungsstelle des Artilleriedepots erschossen. Bei der Weiterleitung des von den abmontierten Geschützen gewonnenen Metalls wurden unter Beteiligung des Liedtke umfangreiche Schiebungen ausgeführt. Mehr als 30 Personen kommen dabei in Betracht, von denen bereits einige verhaftet sind. Es handelt sich um Millionenwerte, die verschoben worden sind. Herausgekommen sind die Unregelmäßigkeiten durch einen an den Schiebergeschäften Beteiligten, der mit seiner Abfindungssumme nicht zufrieden war. — Bekanntlich sollten von Magdeburg seinerzeit ganze Züge mit Heeresmaterial nach dem Baltikum verschoben werden.

Universitätsreaktion. Unser Frankfurter Bruderblatt, das Volksrecht, berichtet, daß vor einigen Tagen in der Frankfurter Universität ein Professor Julius Petersen in einem Goethe-Kolleg sagte:

„Die Tatsache, daß Marie Antoinette im Halsband-Prozeß vor einem Tribunal gewöhnlicher Richter erscheinen mußte, war für Goethe ein Schlag ins Gesicht. Wir können das nach empfinden. wenn wir daran denken, daß unser Hindenburg und Ludendorff sich vor einem Cohn und Sinzheimer verantworten müssen."

Mächtiges studentisches Beifallsgetrampel belohnte diese Unverschämtheit. Die Studentenschaft selbst nahm am Tage darauf in ihrer Versammlung Stellung zu folgendem Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen:
1. Das feindliche Ausländer exmatrikuliert werden;
2. Daß am 27. Januar dem ehemaligen Kaiser die Frankfurter Studentenschaft ein Gratulationstelegramm sendet."

Riesiger Beifall beantwortete die Verlesung dieser hosenmätzchen Stillübung, die nur deshalb nicht zur Beratung gestellt wurde, weil die Geschäftsordnung die Diskussion politischer Fragen ausschließt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag auf Hinausschmiß aller studierenden, „feindlichen" Ausländer.

Eine zarte Andeutung. Die Rechtssozialisten sind bekanntlich gegenwärtig sehr in Nöten, wie sie ihre Herrschaft gegen die Reaktion von rechts aufrecht erhalten können. Zunächst erblicken sie ihr Heil wieder einmal in der „Einigung" des Proletariats. Kuttner hat im Vorwärts kürzlich geschrieben, daß eine der ersten Forderungen des Einigungsprogramms die Auflösung der Reichswehr und Ersetzung durch eine Volkswehr mit selbstgewählten Führern sei. Hierzu schreibt die Ostpreußische Zeitung:

„Ob die Reichswehr sich eine Auflösung gefallen lassen wird, nachdem sie den bis an die Achsen in den Dreck gefahrenen Regierungskarren flott gemacht hat, d. h. für Ruhe und Ordnung gesorgt, scheint uns sehr fraglich zu sein. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Reichswehr mehr als passiven Widerstand leisten wird."

Man könnte sich also bei einer eventuellen Umbildung der Reichswehr durch die Gesetzgebung auf allerlei gefaßt machen. Aber darüber brauchen wir uns keine grauen Haare wachsen zu lassen: Es denkt kein Mensch in der Regierung an die Beseitigung der Freiwilligenhorden!

Daher die hohen Zuckerpreise! Wohl jede Hausfrau seufzt über die hohen Preise, welche für die notwendigen Lebensmittel gezahlt werden müssen. Von der Kapitalistenpresse wird die Preissteigerung mit den Lohnforderungen der Arbeiter begründet. Daß dem nicht so ist, ersieht man aus dem Bericht der Generalversammlung der Zuckerraffinerie Braunschweig, welche in der Lage ist, 25 Prozent Dividende für das letzte Geschäftsjahr an die Aktionäre zur Verteilung zu bringen. Also die Aktionäre erhalten ein Viertel ihres eingezahlten Kapitals als Geschäftsgewinn eines Jahres zurückgezahlt.

Skandalöse Verschwendung von Reichsgeldern. Deutschland befindet sich notorisch am Rande des Bankerotts. Das hindert aber die Regierung nicht, in der unsinnigsten Weise öffentliche Mittel zur Befriedigung ihrer Großmannswürde zu verschleudern! So teilt Bänsterpreß, das Preßbureau der schwedischen linkssozialistischen Partei, mit, daß für die deutsche Gesandtschaft in Stockholm ein Palais angekauft wurde, das nicht weniger als 12 Millionen Mark (1 200 000 schwedische Kronen) kostet.

Damit der deutsche Gesandte in Stockholm recht luxuriös wohnen kann, müssen also die deutschen Proletarier bis zum Weißbluten Steuern zahlen. Oder glauben etwa die Leute um Ebert, moralisches Ansehen durch eine prächtige Hülle ersetzen zu können?

Der Gipfel der Frechheit. Wie mitgeteilt wird, hat nach Schluß der Verhandlung der bloßgestellte Hauptmann v. Kessel dem Zeugen Pfarrer D. Rump eine Pistolenforderung unter schärfsten Bedingungen überbringen lassen.

Anklageverfügung im Fall Helmhake. Wie die P. P. N. erfahren, ist die Anklageverfügung im Falle Helmhake vom Gerichtsherrn vollzogen. Die Anklageurkunden sind dem Beklagten Hiller bekanntgegeben. Die Verhandlung wird beginnen, sobald die Verteidigung die Vorbereitung ihres Materials erledigt hat, vermutlich in etwa 3 Wochen.

Belgische Kriegsbeute. Wie die Brüsseler Zeitungen melden, ist ein Abkommen zwischen der englischen Armee und dem belgischen Staat getroffen worden, wonach alles rollende Material, das englische Kriegsbeute ist und sich in Belgien befindet, in den Besitz des belgischen Staates übergeht.

Garantiert den Reallohn!

Lohnkämpfe sind Machtkämpfe. Nach dem 9. November war die Macht der Arbeiterklasse groß genug, die Bourgeoisie so eingeschüchtert, daß die Arbeiterschaft eine erhebliche Verbesserung ihrer Wirtschaftslage durchsetzen und die Lohnhöhe halbwegs in Einklang mit der gestiegenen Lebenshaltung bringen konnte.

Seitdem ist eine völlige Aenderung eingetreten. Das Machtbewußtsein der Unternehmer hat sich außerordentlich gehoben. Die ganze bürgerliche Presse nimmt gegen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten Stellung und behandelt jeden Streik als Hoch- und Landesverrat. Lange Zeit hat die rechtssozialistische Presse dasselbe getan, und die Regierung hat bei allen großen Lohnbewegungen der letzten Zeit eine Haltung eingenommen, die die Unternehmerschaft in ihrem Widerstand bestärkte. Das Kampffeld hat sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu ungunsten der Arbeiterklasse verändert.

Gleichzeitig hat eine Entwicklung eingesetzt, die die Kaufkraft des Lohnes immer mehr herabdrückt. Die fortschreitende Geldentwertung bedeutet eine fortdauernde Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel. An eine Aenderung dieser Preistendenz ist für die nächste Zeit nicht zu denken. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß unter dem Ansturm der Industriellen und Agrarier auch die letzten Reste der Zwangswirtschaft in kürzerer oder längerer Frist beseitigt werden. Bei der Mißwirtschaft in den Finanzen wird auch der Zeitpunkt kommen, wo die Milliarden, die vom Reich zur Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verwandt werden, nicht mehr aufzubringen sind. All das bedeutet, daß die Kosten der Lebenshaltung fortdauernd und in raschem Tempo steigen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft auf die Dauer außerstande ist, die fortschreitende Entwertung ihres Nominallohnes zu ertragen. Soll hier die nackte Lebensmöglichkeit erhalten bleiben, so muß sich eine Anpassung der Arbeitslöhne an die jeweiligen Lebensmittelpreise vollziehen. Will man fortwährende wirtschaftliche Kämpfe vermeiden, so müssen eben Einrichtungen getroffen werden, die die Anpassung der Löhne an die gesteigerten Preise auf andere Weise bewirken.

Schon im Jahre 1909, als jene Preiserhöhungen sich bemerkbar machten, die man damals als Teuerung bezeichnete, hat Adolf Braun einen für diesen Zweck geeigneten Vorschlag gemacht. Der Arbeitslohn wird in zwei Teile geteilt: in einen festen und einen beweglichen Teil. Der feste Teil wird durch den Tarifvertrag für die ganze Vertragsdauer festgesetzt; der bewegliche Teil des Arbeitslohnes dagegen wird in kurzen Zeitabschnitten, z. B. jeden Monat oder jedes Vierteljahr, von neuem derart bestimmt, daß die Arbeiter um diesen Teil des Arbeitslohnes immer unveränderte Mengen Brot, Mehl, Fleisch, Fett, Zucker, Milch und Kohle kaufen können. Steigen die Preise der Lebensmittel, so wird der bewegliche Teil des Arbeitslohnes so erhöht, daß die Arbeiter ebensoviel von diesen Lebensmitteln kaufen können, wie früher bei niedrigen Preisen. Diese Erhöhung des Arbeitslohnes erfolgt ohne Lohnkampf auf Grund der im Tarifvertrag festgesetzten Regeln durch ein Tarifschiedsgericht. Auf diese Weise könnte den Arbeitern der Reallohn garantiert und von den Schwankungen der Kaufkraft des Geldes unabhängig gemacht werden.

Einen ähnlichen Vorschlag hat unser französischer Genosse Eduard Vaillant in der französischen Kammer ebenfalls noch vor Kriegsausbruch gemacht. Er stellte in der Kammer den Antrag, bewegliche Lohnsätze, die sich den jeweiligen Lebensmittelpreisen automatisch anpassen, festzusetzen. Damals scheiterten all diese Versuche an dem Widerstand der Unternehmer. Sie erklärten, die Preise nicht kalkulieren zu können, wenn sie nicht im voraus mit festen Löhnen rechnen könnten. Die gegenwärtige Revolution des Geldwertes macht diese Einwendung gegenstandlos. Denn bei den jetzigen Schwankungen der Kaufkraft ist es einfach eine unumgängliche Notwendigkeit, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in Einklang mit den Kosten des Lebensunterhalts zu bringen. Will man nicht die Wirtschaftskämpfe zu einer dauernden Einrichtung machen, so muß eben ein solches System beweglicher Lohnzuschläge eingeführt werden. In normalen Zeiten könnten die Einwände der Unternehmer Beachtung finden. Heute sind die Aenderungen in der Kalkulation infolge der Wertänderungen des Geldes so bedeutend, daß ihnen gegenüber die Aenderungen infolge der Lohnschwankungen ganz in den Hintergrund treten. Vor allem aber: alle Einwände müssen zurücktreten vor der dringenden Notwendigkeit, die Arbeiter und Angestellten durch Sicherung des Reallohnes vor immer größerer Verelendung zu schützen.

Kürzlich hat Genosse Dittmann bereits darauf hingewiesen, daß die Engländer im besetzten Gebiet bereits den Versuch gemacht haben, ein solches System einzuführen. In Oesterreich hat die Regierung eine Industriekonferenz einberufen, in der zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen über diese Frage verhandelt wird. In Deutschland aber läßt die Regierung alles gehen, und von einer staatlichen Lohnpolitik ist bisher keine Rede. Selbst die notwendigen statistischen Unterlagen sind kaum noch über das Stadium der Vorbereitung hinausgediehen. Es regnet von Mahnungen zur Arbeit und Warnungen vor Streiks. Aber daß das Arbeitsministerium, das vor allem dazu da wäre, endlich einmal einer vernünftigen Lohnpolitik Bahn zu brechen, ernstlich an die Arbeit ginge, davon ist bisher weder etwas zu sehen noch zu spüren.

Und doch wäre es höchste Zeit, daß die Regierung aus ihrer Passivität herausträte. **Die Arbeitslöhne sind infolge des Valutasturzes heute in Deutschland die niedrigsten der Welt.** Zugleich wird die Lebenshaltung unserer Arbeiterklasse eine stets schlechtere. Das kann unmöglich so weiter gehen. Will die Regierung die Arbeiterklasse nicht zu den schwersten Wirtschaftskämpfen zwingen, so muß sie dafür sorgen, daß die Löhne in Einklang mit den Lebensmittelpreisen gebracht werden. Tut sie es nicht, so werden schließlich auch die letzten Arbeiterschichten erkennen müssen, daß die „sozialistischen" Minister nicht einmal die elementarsten wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse mehr zu vertreten wagen.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

4. Verhandlungstag

7] Nachmittagssitzung.

Zu einer sachlichen Richtigstellung bemerkt Oelsner-Halle, daß der Bericht der Freiheit eine entstellte Wiedergabe seiner Rede enthält. Lipinski erhebt lebhaften Protest gegen die Ausführungen des Gothaer Volksblattes, das das Auftreten des Genossen Friedrich Adler aufs Abfälligste kritisiert habe.

Geithne-Gotha erklärt, daß nicht Adler angegriffen wurde, sondern daß die Stimmungsmache, die mit ihm getrieben werde, bekämpft worden sei. — Den Bericht der Redaktionskommission für das Aktionsprogramm erstattet Crispien-Berlin. Er erläutert die einzelnen Abänderungen und bittet um einstimmige Annahme. In der Abstimmung wird das Aktionsprogramm in der nun vorliegenden Form einstimmig angenommen. Diese Abstimmung begrüßt der Parteitag mit lebhaftem Beifall. — Durch die Abstimmung sind alle zu dem Aktionsprogramm gestellten Anträge erledigt.

Nun erhält in Fortführung des dritten Tagesordnungspunktes der Genosse Ledebour das Wort: Den Unterschied zwischen den drei Resolutionen festzustellen, ist notwendig. In den Vordergrund meiner Resolution setze ich die Schaffung einer revolutionären Internationale der Tat im Gegensatz zu der vor dem Kriege florierenden Internationale der Diskussion. Der Genosse Hilferding trat mit äußerster Zaghaftigkeit in seiner Resolution an die Frage des Gehens nach Genf. Darin liegt der Gegensatz zwischen meiner und Hilferdings Resolution. Im Gegenteil, ich finde mich in völliger Uebereinstimmung mit Stoecker, daß wir unter keinen Umständen nach Genf gehen können. (Bravo!) Der Unterschied zwischen uns ist der, daß Stoecker wünscht, wir sollten uns der dritten Internationale anschließen, während ich die Schaffung einer revolutionären, umfassenden Internationale will. Für mich handelt es sich darum, ob wir den Anschluß vollziehen können, ohne die Sache zu schädigen. Die eine Tatsache ist die, daß die Kommunisten die revolutionären Parteien anderer Länder übergangen haben. Die andere Tatsache ist die, daß in den Reden und Beschlüssen der dritten Internationale eine scharfe sachliche und persönliche Bekämpfung unserer Partei enthalten ist. Wir haben auf Angriffe die Partei zu verteidigen. Ich habe ein starkes kameradschaftliches Gefühl, deshalb muß ich diese Angriffe auf uns zurückweisen. Solange wir Partei sind, haben wir Solidarität zu üben. (Bravo!) Ich befinde mich in einer scharfen, prinzipiellen Gegnerschaft zu Kautsky. Aber ein Gefühl der Uebelkeit überkam mich, als ich las, was Lenin über Kautsky schrieb. Ich weiß nicht, ob ich immer mit Kautsky in einer Partei bleibe, aber ich werde ihm immer meine Achtung als dem verdienstvollen Kämpfer für den Sozialismus bewahren. Dem jüngeren Flügel der Partei ist die Entwicklung der Kriegsopposition nicht so bekannt. Zuerst erschien das „Unterschriftenflugblatt", das hervorragend von Karl Liebknecht herrührte, erst dann erschien das Gebot der Stunde. Ledebour schildert die Zusammenkünfte in Zimmerwald, wobei er hervorhob, daß damals schon Kautsky und Bernstein mit den Renaudel und Grumbach zusammentraten, während er, Ledebour, und andere mit den radikalen Genossen der anderen Länder zusammenkamen. Also es zeigten sich von Anfang an in der unabhängigen Partei zwei Strömungen hinsichtlich der Internationale. Aber die Konferenz im Zimmerwald war ja garnicht legitimiert, bindende Beschlüsse in der internationalen Frage zu fassen. Die unabhängige sozialdemokratische Partei hat ihre revolutionäre Energie betätigt im Januarstreik 1918. Das war eine revolutionäre Tat. Das wissen die Herren in Moskau. Die Novemberrevolution 1918 wurde getragen von der unabhängigen Partei. Die Kommunisten spielten dabei eine untergeordnete Rolle.

Ledebour gibt dafür mancherlei Beispiele aus den Tagen kurz vor und nach der Revolution, besonders auch aus der Januar-Bewegung. Ledebour sagt: Ich bin jederzeit zur Arbeit

mit den Kommunisten bereit. Aber diese Verdächtigungen, an uns kein gutes Haar zu lassen, muß ich aufs schärfste zurückweisen. Die Verleumdungen, die in den Moskauer Beschlüssen enthalten sind, wären auch Verleumdungen gewesen, wenn unser Märzparteitag nicht gewesen wäre. Die Kommunisten wissen ganz genau Bescheid über uns, trotzdem diese Beschimpfungen. Die Kommnuisten wollten eben eine kommunistische Internationale gründen, die ihrer eigenen Parteischablone entsprach. Sie haben einfach die Zimmerwalder Bewegung liquidiert, ohne dazu berechtigt zu sein. Die Ehre der Unabhängigen Partei steht zu hoch, als daß sie von diesen Anwürfen verletzt werden könnte. Diese Ehre kann nur von uns selbst verletzt werden. Das würden wir tun, wenn wir als Waschlappen und Lakaien nach Moskau gingen und dort anklopften, ob man uns gütig hereinläßt. (Beifall.) Ledebours Definition des Ehrbegriffs ruft Widerspruch hervor, den Ledebour unter stürmischer Heiterkeit des Parteitags zurückweist. Er führt weiter aus: Wenn ihr solchen Verleumdungen gegenüber doch in Moskau anklopfen wollt, dann bekundet ihr eben einen Mangel an Selbstachtung. Das bedeutet nicht, daß wir nicht eine neue Internationale schaffen wollen mit Einschluß der russischen Genossen. Stoecker will, daß die Partei ohne weiteres sich Moskau anschließt, ohne daß die dortigen Beschlüsse geändert werden. Was ich vorschlage, ist eine gemeinsame Konferenz, wo wir als Gleichberechtigte mit den Moskauer Kommunisten und ihren Filialen zusammensitzen. Diesen Vorschlag können sie alle akzeptieren, ohne sich etwas an ihrer Ehre zu vergeben. Der Genosse Stoecker hat zum Terrorismus Ausführungen gemacht, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Weil andre Leute Scheußlichkeiten begehen, kann ich sie bei uns nicht entschuldigen. Wir sind einer solchen Argumentation immer entgegengetreten. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß man keine unmoralischen Mittel gebrauchen darf, dann muß man das nicht umbiegen. Es handelt sich hier um folgendes: Nicht, was einzelne Privatpersonen aus verbrecherischem Instinkt tun, sondern was eine Regierung tut, um sich die Macht zu erhalten. Das tun die Bolschewiki heute. Wir Revolutionäre haben vor allen Dingen die Pflicht, diese Dinge nicht mitzumachen: die Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, die Einsetzung von Kommissionen mit richterlichen Befugnissen, ohne daß den Angeklagten ein Schutz zusteht. Die moralische Entrüstung über das Noske-Regiment verwirken wir, wenn wir den Terror der Bolschewisten anerkennen. Da gibt es kein Kompromiß. Trotzdem wollen wir mit den Moskauern zusammenkommen und dann werden wir ihnen das alles sagen. Ledebour schlägt eine Aenderung seiner Resolution vor dergestalt, daß die Angriffe auf die Kommunisten ausgemerzt werden. Wenn wir uns darauf einigen, meine Resolution mit den Abänderungen anzunehmen, damit eine Konferenz zusammenberufen wird, der alle revolutionären Parteien angehören, so ist das dann keine Konferenz der dritten Internationale, sondern eine Konferenz freier, gleichberechtigter Parteien. Ich verwahre mich dagegen, eine vierte Internationale machen zu wollen. Es ist mir eine Erleichterung, daß die Möglichkeit einer Einigung gefunden ist, genau so, wie wir uns auf das Aktionsprogramm geeinigt haben. Ein solcher einheitlicher Beschluß, dem auch die Anhänger Hilferdings und Stoeckers zustimmen können, wäre die beste Vorbedingung für die Schaffung einer wahrhaft revolutionären Internationale. Ich bitte Sie, stimmen Sie unter der Voraussetzung der Kundgebung der schwedischen Linkssozialisten meiner abgeänderten Resolution zu. Ledebour verliest ein Schreiben der russischen Kriegsgefangenen, daß angesichts der Stimmungsmache gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen auf die Festhaltung der 200 000 russischen Kriegsgefangenen hinweist und die Unabhängige Partei ersucht, alles dafür zu tun, um den Russen die Heimkehr zu ermöglichen. Ledebour bittet nochmals um einigen Beschluß in der Frage der Internationale und schließt mit dem Dichterwort:

Es glüht noch eine Flamme,
es grünt noch eine Saat,
verzage nicht, noch bange,
im Anfang war die Tat.

(Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Die Verhandlungen werden nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen auf Freitag vertagt.

Politische Rundschau

Deutschland

5) **Der Marloh-Prozeß**

Als erster Zeuge wurde am 4. Verhandlungstag Leutnant von Hoffmann vernommen. Er sagte aus, daß er weder einen Befehl, noch eine Anweisung von Hauptmann v. Kessel erhalten habe, Marloh zur Flucht zu überreden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er aus eigenem Entschlusse Oberleutnant Marloh zur Flucht veranlaßt habe, verweigert der Zeuge die Aussage. Er verweigert ebenso die Aussage darüber, ob er Marloh am 2. Juni 5000 Mk. zur Flucht übergeben. Der Zeuge kann sich nicht entsinnen, daß Hauptmann von Kessel gesagt habe, Marloh solle verhaftet werden. Der Angeklagte Marloh erklärt, v. Kessel habe ihm folgendes gesagt: Marloh, lassen Sie sich sofort eine Prothese machen, Sie bekommen von mir einen Auslandspaß mit sehr viel Geld. Sie müssen unbedingt sofort verschwinden. Ich erklärte ihm darauf: Ich denke garnicht daran. Hauptmann v. Kessel wurde darüber sehr erregt und sagte: Dann sind wir von jetzt ab Feinde. Am 1. Juni erschien Lt. Hoffmann bei mir und warnte mich, ich solle verhaftet werden. Ich ging darauf zu Hptm. Kessel. Kessel herrschte mich an: Was machen Sie hier, scheren Sie sich weg. Kurze Zeit darauf kam Lt. Hofmann, brachte mir eine Fahrkarte 1. Klasse nach Frankfurt a. M. und 5000 Mk. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Herr von Kessel das Geld gegeben habe, verweigert der Lt. Hoffmann die Aussage. Marloh erklärt, daß er sich zur Abreise erst entschlossen habe, als Pfarrer Rump ihm erklärte, es sei seine dringende vaterländische Pflicht, seiner Verhaftung durch eine Flucht zuvorzukommen. Marloh gibt noch an, daß Kessel ihm damals das Ehrenwort gegeben, es werde für ihn in auskömmlicher Weise gesorgt werden. Von den Versprechungen seien die meisten nicht innegehalten worden, er habe nur 10 000 Mk. bekommen. Der Generalleutnant von Oertzen, ein früherer Regimentskommandeur Marlohs, war am 8. November von Pfarrer Rump zu einer gemeinsamen Besprechung mit Hauptmann von Kessel eingeladen worden. General von Oertzen: Bei der Besprechung am 8. Nov. bei Pfarrer Rump hat Kessel sofort nachdem die Verhandlung eröffnet wurde, die Forderung erhoben, daß Marloh verschwinden müsse. Es liegt nicht im Interesse der höheren Dienststellen, daß der Prozeß durchgeführt werde, es sei die vaterländische Pflicht Marlohs, zu verschwinden. Das sei die Meinung von Oberst Reinhard, der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, des Korps Lüttwitz, des Oberkommandos Noske. Diese Aeußerung veranlaßte mich zu der Frage an Hauptmann v. Kessel, in wessen Auftrag er handele. Darauf antwortete Kessel: Ich habe einflußreiche Personen hinter mir. Desgleichen auch Finanzleute. Eine höhere diplomatische Persönlichkeit ist mit mir in Verbindung getreten. Darauf fragte ich nach dem Namen, weil sonst die Kessel'schen Angaben keinen Wert für mich hätten. Ich setzte Herrn v. Kessel die Gründe auseinander, die mich veranlaßten, einer Flucht Marlohs zu widerraten. Hauptmann v. Kessel hat u. a. gesagt, es unterliege gar keinem Zweifel, daß Marloh ein hervorragender Offizier ist, der an jenem Tage bei der Erschießung auf Befehl gehandelt. Daraufhin konnte ich nur erklären, es liege in Marlohs Interesse, daß verhandelt würde. Ich konnte mir aber denken, daß Personen, die in die Sache verwickelt seien, nichts an der Verhandlung liege. Kessel kam immer darauf zurück, daß Marloh im vaterländischen Interesse verschwinden müsse. Ich konnte ein vaterländisches Interesse an der Flucht Marlohs nicht einsehen. Darauf hat sich Herr v. Kessel hin und her gewandt, er war sehr verlegen und kam nicht recht mit der Sprache heraus. Ich habe dann die ungeheuerliche Forderung von 500 000 Mark gestellt, in der Erwartung, daß Kessel diese entrüstet zurückweisen würde. Das ist aber nicht geschehen. Kessel hat sich in Verhandlungen über die Höhe der Summe eingelassen und 200 000 Mark geboten. Es ist unwahr, was Kessel gestern hier behauptet hat. Er hat nicht die Verhandlungen sofort abgebrochen. Ich kann nur sagen, daß Kessel in jener Konferenz einen außerordentlich ungünstigen Eindruck auf mich gemacht hat, weil er sich ständig hinter seinen Untergebenen versteckte, statt vor ihn hinzutreten und ihn zu decken. v. Oertzen hatte den Eindruck, daß Kessel mit den Vorschlägen, Marloh ins Baltikum oder in das besetzte Gebiet nach Köln zu schicken, beabsichtigte, den lästig gewordenen Marloh zu beseitigen. Vors.: Sie haben nach Ihren Angaben also die Forderung von einer halben Million nur gestellt, um rascher zu Ende zu kommen? v. Oertzen; Wider Erwarten brach Herr v. Kessel die Verhandlungen nicht ab. Er erklärte, er könne sich verbürgen, daß 200 000 Mark gezahlt werden würden. Vors.: Hat es nicht auf Sie den Eindruck gemacht, daß Kessel alles vorbrachte, um sich selbst zu decken, und daß das ganze mit den Regierungsstellen und den Finanzmännern nur ein großer Schwindel war? v. Oertzen: Ich hatte den Eindruck, daß v. Kessel sich selber helfen wollte. Vors.: Soweit sind wir doch noch immer in unserem deutschen Vaterlande nicht, daß Regierungsstellen derartige ungeheuerliche Rechtsbrüche ohne weiteres vornehmen. v. Oertzen: Ich habe zum Schluß der ganzen Unterhandlungen dem Hauptmann v. Kessel kein Wort mehr geglaubt. Ich habe ihn zuerst für einen Offizier von altpreußischer Tradition gehalten und sah mich in dieser Meinung gründlich getäuscht. Hauptm. v. Kessel behauptet von neuem, daß er im Juli von Pfarrer Rump ein Ultimatum, das eine Erpressung darstellte, erhalten habe. Nach der Unterredung mit Exzellenz v. Oertzen bei Pfarrer Rump war dieser zum Kriegsgerichtsrat Meyer gegangen, um ihn vor einer neuen Flucht des Marloh zu warnen. Rechtsanwalt Grünspach versucht durch verschiedene Fragen, hier Aufklärung zu schaffen. Es scheint, daß Kessel ein Doppelspiel schlimmster Art getrieben hat, sodaß sich Marloh und seine Angehörigen vor dem früheren Vorgesetzten und Kameraden fürchteten. Sie nahmen an, daß eine Befreiung Marlohs durch Kessel zu einer Tötung Marlohs gelegentlich der Flucht führen könnte, da die Mörderzentrale bei der Niedrigkeit ihrer Gesinnung nicht nur unbequeme Kommunisten, sondern auch andere unbequeme Menschen skrupellos zu beseitigen bereit war. General v. Oertzen gibt noch der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Reinhardsche Befehl von Kessel nicht abgeschächt, sondern verschärft worden sei. Marloh hat sich Kriegsgerichtsrat Meyer gegenüber ehrenwörtlich verpflichtet, nicht zu fliehen. v. Kessel ließ sich von Kriegsgerichtsrat Meyer den Schein vorlegen, nachdem er Leutnant Wemeyer vorher erklärt habe, er wolle sich überzeugen, ob das Ehrenwort nicht dehnbar sei und Marloh nach seiner Verurteilung fliehen könne. v. Kessel protestiert lebhaft, daß er von Marlohs Freunden bespitzelt worden sei. — Es werden dann verschiedene Mitglieder der Volksmarinedivision und Angehörige der erschossenen Matrosen vernommen. Die Angaben über die Mißhandlungen der unglücklichen Opfer sind geradezu grauenvoll. Obwohl sich der Vorsitzende und der Anklagevertreter alle Mühe geben, auch

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

42]

Sobald er Rosalinden ausschaltete — dann kam das Chaos — die Hertaherrschaft, die Dirnenwillkür, als deren Fangball er von Verirrung zu Verirrung gerissen wurde.

Das war ihm sonnenklar.

Aber hinderte diese Klarheit wohl, daß etwas — irgend etwas — zu tief in ihm jubelte: endlich — endlich frei! Endlich los vom Zwange!

Endlich frei. Frei? Wozu?

Hier — hier kam das große Schicksal.

Frei — um in Hertas tausendmal schlimmerer Tyrannei abgewürgt zu werden.

So war's. So war's.

Er durstete nach den Fußtritten Hertas. Er lechzte danach, von ihr getreten zu werden.

Verzweiflungsvoll sah er's: Er war dieser Kreatur verfallen.

So oft er voll Empörung, Widerwillen sich von ihr losriß, ebenso oft zerrte es mit stählernen Stricken ihn wieder zu ihr zurück.

In den Fiebern dieser qualvollen Nacht enthüllte sich's ihm: Sie, Herta, war die Stärkere.

In Zwangserziehung hatte er sie bringen wollen. Haha! Wer, der so brennenden Durst leidet, zerschlägt denn den Becher in seiner Hand?

Was wird werden? Was wird bloß werden?

In Schweiß gebadet warf er sich ruhelos umher und lauschte mit gespannten Nerven auf irgendeinen Laut aus dem Nebenzimmer, in dem Rosalinde schlief.

Totenstille blieb es dort, wenngleich Jordan durch die Wand hindurch zu sehen meinte, wie sein Weib, gleich wie er selbst, schlaflos lag, lang ausgestrekt, wie im Sarge, mit offenen, grauenerfüllten Augen in die Finsternis starrte, aus der die Schreckbilder der nahen Zukunft gespensterhaft auftauchten.

Welche abgründige Leiden waren das?

Nun eben Prüfungen, wie sie jedem Menschen auferlegt wurden.

An ihnen soll ja doch die moralische Kraft erprobt werden.

Wozu war man denn ein Christ, ein frommer Katholik, wenn die Religion und der Glaube nicht die Kraft geben sollten, sich aus solchen Konflikten und Gewissensverstrickungen, aus Höllenversuchungen und Teufelslockungen zu befreien?

Wenn er morgen zur Beichte ging, seiner Fleischessünde sich lossprechen ließ — sollte er dann nicht die Kraft gewinnen, sich durchzukämpfen zu einer Abkehr von dieser Lockung und zur Rückkehr zur Pflicht und zur Ehrbarkeit?

Hieran zweifelte er.

Denn auf der Seite der Moral und der Rechtlichkeit dünkte ihn alles trost- und hoffnungslos, während unter Hertas Sohlen die Blumen hervorsprossen und der Weg zu ihr in leuchtendem Sonnengolde schimmerte.

Wo sie war, war die lockende Freude.

Wo sie nicht war, die Finsternis, das öde Grau — die Verzweiflung.

Nein — er konnte schon nicht mehr beten.

Denn — um was zu beten es ihn peitschte, das war nur beim Teufel zu haben.

Die reinen Mächte, die hatten seinem verworfenen Begehren nichts zu gewähren.

Aber man war doch kein Knabe, kein Kind.

Warum denn nur immer gleich mit dem harten Kopfe durch die Wand?

Bestand nicht die Welt, wie sie war, aus Kompromissen?

Du lieber Himmel — was — was begehrte er denn?

Das Mädel einmal die Woche eine Stunde zu sehen, zweimal die Woche. Dann war's ja gut.

Was hinderte denn solch ein seltenes und kurzes Vorbeigeirren, daß er — nach außen hin — blieb, der er war?

Wollte jeder reife Mann aus solchen Episoden immer gleich Familienkatastrophen machen — das würde nett werden!

Gleich die Frau verstoßen, das Amt quittieren — einreißen — umstürzen — das war so ganz seine überhitzte, unkluge Art.

Die Wissenden, die Gereiften, die mit dem Augurenlächeln um die Lippen, die wußten, daß alles im Leben nur Kompromiß war.

Man konnte sehr wohl seine unentbehrlichen, kleinen Tröstungen — im Geheimen — genießen, ohne deswegen alle Fundamente seines Lebens in die Luft zu sprengen.

Nur klug mußte man sein, ein Diplomat, aber kein Polterer und Hitzkopf, der, ohne daß es Scherben gab, überhaupt keinen Schritt tun konnte.

Wozu war man ein Fünfziger, der das Leben kannte, bloß um wie ein Abiturient sich zu betragen?

Mußte die Frau, die erprobte, treue Lebensgefährtin, wirklich vor den Kopf gestoßen werden, weil ein junges Frauenzimmer einem den Verstand benebelte?

Hatte Herta nicht recht, daß sie ihn einen dummen Jungen nannte, als er ihretwegen von Frau und Amt sich lossagen wollte?

Tausendmal recht hatte sie. Im kleinen Finger lebensklüger war sie — das Dirnchen — als er, der beamtete Graukopf.

War ihm der Weg zu Herta von Zeit zu Zeit unentbehrlich geworden — nun gut, so sollte er ihn machen — deshalb brauchte ja doch noch nicht eine ausgewachsene Tragödie in Szene zu gehen, mit einem Einsturz am Schluß und Leichen in allen Ecken.

Nicht tragisch nehmen. Das war das Geheimnis.

Die leichte Hand, die Dinge anzupacken, die — die mußte er gewinnen. Deshalb — deshalb — in erster Linie Versöhnung mit Rosalinde — das war jetzt das Notwendigste.

Hoffentlich war dieser Riß noch zu heilen.

Darauf vertraute Jordan, und in diesem beruhigenden Gedanken schlief er endlich gegen den grauenden Tag ein . . .

Mit dumpfem Kopf ging er am nächsten Morgen zum Dienst.

Rosalinde war nicht sichtbar geworden.

Zu aller Verworrenheit der gestrigen Lage war nun noch der Konflikt mit der Frau hinzugekommen, während die gestrigen Phantasien von Zwangserziehung und glatter Gewaltlösung des Hertaproblems in nichts zerstoben waren.

Wie lange er fest bleiben und Herta nicht aufsuchen würde, das wußte Jordan nicht. Aber daß er auf den leisesten Wink von ihr zu ihr zurückfliegen würde, darüber hatte er Gewißheit.

Er übersah mit Schaudern, in welches Schwanken er geraten war. So viele Tage, so viele Entschlüsse. Nichts bestand, kein Plan eines Ausweges ließ sich festhalten und durchführen. Nur das eine war zu erkennen — die wachsende Gewalt Hertas über ihn.

Obgleich das Mädchen alle Minen springen ließ, ihn gewaltsam abzuschrecken, ja ihn abzuschütteln, so geriet er dennoch immer tiefer in ihre Gewalt.

Jetzt hatte sie sogar schon den Bruch mit Rosalinden verursacht. Er war erfolgt, obgleich Herta selbst dagegen gewesen und vor ihm gewarnt hatte . . .

Im Bureau fand Jordan neben den Akten einen Brief. Hochvornehmes Papier. Ein großes H in Prägedruck auf dem Umschlag. Die Adresse in einer steilen, eigenwilligen, großzügigen, hochmütigen Schrift.

Der Brief lautete:

„Die Unterzeichnete gibt sich die Ehre, den Herrn Staatsanwalt Jordan davon in Kenntnis zu setzen, daß sie nunmehr Nachodstraße 80, 3 Treppen, zu finden ist.

Dieser schleunige Umzug beweist, in welchem Grade der Unterfertigten die Befehle der Obrigkeit heilig sind.

Telephon: Kurfürst 11 891.

Bitte nicht vor zwei Uhr nachmittags.

Sei kein Frosch und sieh dir die neue Höhle der Löwin an. Eine entzückende Bleibe hat sie nun. Sie macht ein paar Freudensprünge, wenn der Jordan zu ihr zurückfließt. Ihre Hügel hüpfen wie Lämmer.

Das Psalmodieren liegt hier in der Luft. Die ganze Atmosphäre hat etwas vom Bischof. Im Schlafzimmer gotische Spitzbogen — beinah hätte ich Spitzbuben geschrieben.

Es riecht hier bei der Roten Emmy förmlich nach Bischof. Das mußt du schmecken. Und wär's nur einmal.

Ach — ein Krach mit dir ist für mich doch ein Hochgenuß! Komm. Komm und mach Krach. Eine Sekunde später bist du entlassen. Ich habe die Leute zu gern, die 'n bißchen Angst vor mir haben. Gläser und Flaschen werden entfernt. Dein Besuch wird also diesmal gar nicht lebensgefährlich sein. Diesmal nicht.

Also wann darf ich hoffen?

Deine treue Feindin
Herta."

(Fortsetzung folgt.)

hier die Wahrheit nach Möglichkeit zu fristeren, gelingt es ihnen nicht, Tatsachen völlig zu verschleiern. Der Kommandeur der Soldatenwehr Müller und der frühere Kommandant von Berlin Klawunde machen Angaben über die Haltung der Matrosendivision in den Märztagen. Aus Müllers Ausführungen geht hervor, daß die Matrosendivision in ihrer Mehrheit völlig regierungsfreundlich war, nur ein kleiner Teil wurde durch die Herausforderung der Regierungstruppen in Kämpfe verwickelt und zu Aufrührern gemacht. Oberst Reinhard gibt nun eine rührselige Darstellung von seinen Bemühungen, sich mit den Matrosen zu verständigen. Mit tränenerstickter Stimme spricht er von den glorreichen Zeiten, da die Kaiserliche Marine und Hochseeflotte noch die alte Disziplin hatte. Sehr interessante Enthüllungen macht Generalstabs-Offizier Hpt. Schwabacher. Er fühlt sich durch die Angriffe der linksradikalen Presse gezwungen, aus seiner Reserve herauszutreten. Nicht Marloh sei der Schuldige, sondern die Personen, die den Noskeerlaß herausgebracht haben und für ihn die Verantwortung tragen. Es habe sich bei der jetzigen Regierung immer wieder die Neigung gezeigt, die schärfsten Maßnahmen zu treffen und dann die Verantwortung dafür den ausführenden Organen zuzuschieben. Besonders kennzeichnend für die Denkweise der höchsten Kommandostellen sei ein Eventualbefehl Noskes, der kurz vor der Unterzeichnung des Friedensschlusses in Versailles erwogen wurde. Damals wollte Noske die Immunität der unabhängigen Abgeordneten antasten. Nur durch den Umstand, daß Noske nachher sich entschlossen, für den Friedensvertrag zu stimmen, ist dieser unglaubliche Befehl nicht zur Wirksamkeit gelangt. — General v. Oertzen gibt zum Schluß dem Angeklagten Marloh ein „glänzendes Leumundszeugnis“. Er meint, dieser stände ihm moralisch höher als die ganze jetzige Regierung! Bei der Vereidigung der Zeugen werden Hauptmann v. Kessel, Leutnant Hoffmann, Leutnant Wehmeyer und Pfarrer Rump wegen des Verdachts der Mittäterschaft bezw. Begünstigung bei der Flucht (Urkundenfälschung) nicht vereidigt. Unter völliger Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen wird Oberst Reinhard zum Schwur zugelassen. — Die Beweisaufnahme wird geschlossen.

* *

Das Urteil

Unter ungeheurem Andrang des Publikums wurde Dienstag mittag 1 Uhr 20 Minuten das Urteil gegen den Oberleutnant Marloh verkündet. Nach 1¼ Uhr betrat das Gericht, das seit 9 Uhr morgens getagt hatte, den Saal und der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Welt, verkündete folgendes Urteil:

1) Der Angeklagte wird von der Anklage des Totschlages freigesprochen,

2) wegen unerlaubter Entfernung aus dem Heere mit drei Monaten Festung und wegen Führung gefälschter Legitimationen mit 30 Mark Geldstrafe bestraft.

Verherrlichung der baltischen Meuterer

Die Nummer 119 des vom Reichswehrtruppenkommando Lüttwitz herausgegebenen Soldatenblattes Offene Worte ist, wie der Vorwärts feststellt, eine einzige Verherrlichung der baltischen Meuterer. Ihnen sind Leitartikel, Feuilleton, Illustrationen und ein Gedicht geweiht. Der Leitartikel gedenkt dankbar jener „ersten Freiheitskämpfer“. Das von ihm umrahmte Bild stellt die baltischen Meuterer als einen von Kötern gehetzten Edelwirsch dar. Im Feuilleton wird das Detachement Roßbach, das bekanntlich über die Grenze desertierte, gefeiert und die Deserteure werden als „brave Jungen“ bezeichnet. Die Regierung muß sich folgendes sagen lassen:

„Von Heldentaten könnten wir berichten, aber wird man sie noch als Heldentaten ansehen? Sie geschahen ja gegen den Willen der Regierung. Ach! Sagen wir nur gegen den Willen der Entente.“

Die „offenen Worte“ werden von einem Offizierstellvertreter des Reichswehrtruppenkommandos redigiert und werden in einer Auflage von 100 000 Exemplaren verbreitet.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt dazu sehr treffend: Diese fortwährenden Feststellungen des Vorwärts werden allmählich geradezu läppisch. Seit Monaten bringt das Zentralorgan der Noskesozialisten schwere Anklagen gegen das Noskesystem, ohne daß seine eigenen Parteifreunde das geringste zur Verfolgung und Ahndung der monarchistischen Fremdlinge getan hätten. Im Gegenteil. Noch jedesmal wurde dem Konflikt ausgewichen und der Skandal vertuscht.

Rußland

Die russischen Friedensverhandlungen

Die Verhandlungen, die in Kopenhagen zwischen dem Vertreter der Sowjet-Regierung Litwinow und dem englischen Delegierten geführt werden, verdienen sorgsamste Beachtung. Zwar haben sie angeblich nur den Zweck, eine Verständigung über den Gefangenenaustausch zustande zu bringen, aber selbst die schärfsten Proteste und Dementis der englischen und französischen Presse haben die Auffassung nicht unterdrücken können, daß in Kopenhagen weit größere Dinge zur Verhandlung stehen. Es war klar, daß sowohl die Sowjet-Regierung, die den Frieden für ihr arg gequältes Land haben möchte, als auch die englische Regierung, die fürchtet, daß ihr das Geschäft des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Rußlands entgehen könnte, die Gelegenheit, zu unverbindlichen Friedensverhandlungen zu kommen, nicht ungenützt vorübergehen lassen dürfen. Diese naheliegende Vermutung ist durch die Tatsachen bestätigt worden.

Die Verhandlungen in Kopenhagen sind unterbrochen worden, weil angeblich der englische Delegierte neue Weisungen seiner Regierung einholen muß. Es wäre seltsam, wenn der englische Vertreter für die verhältnismäßig einfache Frage des Gefangenenaustauschs nicht genügend Vollmachten mitgebracht hätte. Die Kopenhagener Zeitungen stellen deshalb bereits übereinstimmend fest, daß er einen Friedensvorschlag der Bolschewisten mit nach Hause nehme. Die Geneigtheit zu Friedensverhandlungen mit Rußland ist bei fast allen Alliierten stark gewachsen, ernsthaft sträubt sich eigentlich nur noch Frankreich, das für den Verlust seiner in Rußland investierten Kapitalien fürchtet.

Der Oberste Kriegsrat in Paris rechnet bereits damit, daß in Kopenhagen Friedensverhandlungen sich anbahnen werden und hat für diesen Fall beschlossen, anstelle des englischen Delegierten eine interalliierte Kommission nach Kopenhagen zu entsenden, damit diese die Friedensvorschläge der Sowjet-Regierung mit Litwinow berate. Die letzten Meldungen über die Friedensbedingungen der Sowjet-Regierung, in denen den Randstaaten weitgehendste Autonomie, ja, volle nationale Selbständigkeit garantiert wird, sind den Engländern offenbar sehr unsympathisch, da sie der englischen Randstaatenpolitik weitesten Raum gewähren. Sofern diese Randstaatenpolitik eine Nachahmung der ehemaligen deutschen Politik auf diesem Gebiet, ist sie für Rußland ebenso gefährlich, wie für Deutschland nachteilig. Die Randvölker, deren kulturelle und nationale Autonomie und gewisse nationale Selbständigkeit zwar unbedingt gesichert werden muß, sind wirtschaftlich als selbständige Staaten nicht existenzfähig. Wenn es nicht gelingt, sie wirtschaftlich auf ihre natürliche Basis — das russische Reich — fest zu verankern, so werden sie dem englischen und amerikanischen Einfluß verfallen und zu angelsächsischen Kolonien in Europa werden. Dadurch erhält der Kapitalismus ein neues mächtiges Bollwerk gegen den aus dem Osten andrängenden sozialistischen Gedanken, und man kann es sehr wohl verstehen, daß die bolschewistische Regierung sich deshalb nur sehr schwer dazu entschließen kann, ihre Ansprüche auf die Randstaaten aufzugeben.

Aufgabe der deutschen Politik wäre es gewesen, in dieser Hinsicht der bolschewistischen Politik entgegenzukommen und sowohl mit dem Sowjet-Rußland als mit den einzelnen Randstaaten eine Verständigung herbeizuführen. Dann wäre nicht nur die wirtschaftliche Einheit Rußlands erzielt, es wäre auch ein neues Eindringen des Kapitalismus verhindert, der Sieg des Sozialismus im Osten gesichert worden. Wenn mit Hilfe der Randstaaten dem Kapitalismus ein neues Einfallstor nach Rußland geöffnet wird, so trägt die Hauptschuld daran die Politik der deutschen Regierung.

In und um Elbing

Kommunale Sammelstellen für Frauenmilch

Vor einer Reihe von Jahren wies ein Kasseler Arzt auf den Ueberfluß an Muttermilch hin, den manche Frauen haben, und auf die sinnlose Verschwendung, die hiermit getrieben wurde. Er machte auch die ersten Versuche zu einer Organisierung der Muttermilchverteilung. Jetzt hat eine Magdeburger Aerztin, Dr. Kayser, in ihrer Stadt auch einen derartigen Versuch unternommen, über den sie in der Münchener Medizinischen Wochenschrift berichtet (Nr. 41 vom 14. Novbr.). Auch dieser Versuch ist von vollem Erfolge gekrönt worden. Wie im Kasseler Falle wurden die Frauen, die einen Milchüberschuß aufweisen, durch ein Inserat gesucht, nur daß es in Magdeburg eine öffentliche Bekanntmachung war, die ohne Zweifel auch anderswo zu empfehlen ist. Es meldeten sich auch in Magdeburg eine ganze Reihe von Frauen, was um so erfreulicher festzustellen ist, als die Unterernährung das Gegenteil vermuten lassen mußte. Wie Dr. Kayser bemerkt, scheint die Milcherzeugung eher eine Sache der natürlichen Veranlagung als der Ernährung zu sein.

Die Magdeburger Aerztin griff nun die zehn Frauen aus der Zahl der sich Meldenden heraus, die am günstigsten wohnten, da es sich ja nur um einen Versuch handeln sollte. Die Frauen gaben entweder die Milch umsonst ab oder sie erhielten dafür Lebensmittelzusatzkarten für Kakao, Zucker und Butter. Ebenso wurde die Milch entweder unentgeltlich abgegeben oder gegen erhöhte Bezahlung, je nach der sozialen Stellung der Abnehmer.

Die erzeugte Milchmenge war im Juni 29 Liter, im Juli 49 Liter und im August 61 Liter. Ein Beweis für den Wert der Einrichtung als kommunale Fürsorgemaßnahme, da es sich hier ja nur um einen Versuch mit 10 Frauen handelte. Von dieser Milch wurden nun schwer ernährungsgestörte Kinder genährt, zum Teil auch dem Säuglingsheim Milch abgegeben. Auch wurden Versuche mit eingeweckter Frauenmilch vorgenommen, Versuche, die uns eine recht weite Perspektive eröffnen und uns ahnen lassen, welch wichtiges Gebiet hier noch der Ausarbeitung harrt.

Aus der neuen Stadtverordnetenversammlung

Zwischen den beiden sozialistischen Fraktionen haben Verhandlungen wegen Bildung einer Arbeitsgemeinschaft stattgefunden. Diese führten zu einer Verständigung auf der Grundlage, daß jede Fraktion ihre Selbständigkeit behält. Beide Fraktionen sind verpflichtet, einander über wichtige Vorkommnisse zu unterrichten und auf der Grundlage des Kommunalprogramms gemeinsam vorzugehen. Ergeben sich irgendwie Differenzen, dann ist die verschiedenartige Auffassung durch gemeinsame Aussprache zu klären. Mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft auf dieser Grundlage, die eine sozialistische Mehrheit in der Stadtvertretung sichert, ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Wie wir weiter erfahren, wird die neue Stadtverordnetenversammlung am Freitag, den 19. Dezember zum ersten Male zusammentreten. Diese Sitzung wird die Wahl des Bureaus und die Bildung der Abteilungen vornehmen. Zur Zeit schweben in dieser Hinsicht Verhandlungen, die aber noch nicht spruchreif sind. Als sicher darf gelten, daß die U. S. P. den künftigen Stadtverordnetenvorsteher stellen wird.

An alle Genossen, die fremde Sprachen beherrschen

Es ist leider Tatsache, daß selbst die Mehrzahl der Genossen, die fremde Sprachen beherrschen, nur eine geringe Kenntnis der sozialistischen Parteien des Auslandes besitzen. Eingehenderes Studium scheitert meistenteils an den zu hohen Kosten. Um diese zu verringern, wird beabsichtigt, eine zwanglose Vereinigung zum gemeinsamen Bezug und Austausch fremdsprachiger sozialistischer Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zu bilden. Genossen, die dafür Interesse haben, werden gebeten, ihre Adresse zu senden an Hans Brechenmacher, Berlin S 42, Ritterstr. 112.

Wohnungselend

Aus dem Leserkreise wird uns geschrieben: Ich suchte eine Wohnung, ging nach dem Mieteinigungsamt und wurde vornotiert für eine Wohnung Sonnenstraße 25. Es wurde mir Bescheid gesagt, daß die Wohnung beschlagnahmt sei für eine Frau Neumann. Darauf ging ich zum Arbeiterrat hin und erfuhr, daß die Frau Neumann ihr Grundstück verkauft hat. Das verwerfliche an der Sache ist, daß Leute, die ihre Häuser verkaufen, Wohnungen erhalten und die Arbeiter auf die Wohnungsbaracken verwiesen werden. Ich erwarte, daß sich zu diesem Fall das Mieteinigungsamt äußern wird. Ein anderer Fall. Da sucht jemand seit einem Jahr eine Wohnung. Bis heute ist es ihm noch nicht gelungen, eine zu erhalten. Seine Wohnung Junkerstraße 5 ist gesundheitsschädlich. Das Wasser läuft von den Wänden. Trotz wiederholtem Auffordern findet es der Wirt nicht für nötig, die Dachrinne zu reparieren. Auf schriftliche Aufforderung ließ das Gesundheitsbauamt die Wohnung besichtigen und gab den Bescheid, daß der Wirt die Sache in Ordnung zu bringen hat. Ein Kind mußte aufs Land gegeben werden, damit es nicht in jungen Jahren der Proletarierkrankheit zur Beute fällt. Die Frau erwartet jeden Tag ihre Niederkunft. Das alles rührt den Wirt nicht. Er schafft keine Abhilfe. Dann schreit das Bürgertum, der Arbeiter sei unzufrieden, er wolle in Palästen wohnen. Ich bin der Meinung, daß den Häuserspekulanten solche Wohnungen zugewiesen werden müßten; dann würden sie künftig dem armen Arbeiter das Leben weniger schwer machen.

Alarmnachrichten

Die bürgerlichen Zeitungen sind gegenwärtig wieder einmal voll von Alarmnachrichten. Ultimatum der Entente, Befehl der Entente, Besetzung Essens, neuer Krieg, Aufteilung Deutschlands und anderes führen einen grauslichen Hexensabbat auf. Es kann nur die dringende Mahnung an jeden gerichtet werden, sich nicht wild machen zu lassen. Die Staatskunst der gegenwärtigen deutschen Regierung kann gewiß kein Vertrauen erwecken. Der Entente aber wäre mit der Aufnahme neuer Feindseligkeiten und der „Teilung“ Deutschlands nicht im mindesten gedient. Sie wird sich sehr kühl überlegen, was sie tut. Ein Beweis dafür, daß die „Zuspitzung der Lage“ in der Hauptsache Zeitungsgeschrei ist, ist eine Erklärung Bonar Laws im englischen Unterhause.

In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Bonar Law: Zwischen den verbündeten Regierungen und der deutschen Regierung finden Verhandlungen im Hinblick auf die sofortige Ratifizierung des Friedensvertrages statt. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Ein anderes Zeichen dafür, daß in den Ententeländern die Bäume auch nicht in den Himmel wachsen, ist das in den letzten Tagen erfolgte Sinken des englischen und vor allem des französischen und belgischen Geldes. Daß aus Deutschland auch bei einem neuen Kriege nicht mehr als jetzt herausgepreßt werden könnte, wissen die englischen und französischen Staatsmänner ganz gut. Die neuen Differenzen werden sich ohne Krieg lösen und Aufgabe der Presse sollte es sein, die Dinge sachlich zu beurteilen, statt jede Sensationsmeldung kritiklos zu übernehmen. Davon aber sind die bürgerlichen Zeitungen leider weit entfernt, da sie noch immer mit ihren alten Mitteln arbeiten.

Einschränkungen im Paketverkehr vor Weihnachten

Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 26. Dezember treten wie in den Vorjahren im Paketverkehr wegen der gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnisse Beschränkungen ein. Zur Beförderung unter Wertangabe (bis 100 Mk. und über 100 Mk.) werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Versendung unter Wertangabe ausgeschlossen. Das Verlangen der Eilbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen. Dringende und Einschreibepakete werden während der angegebenen Zeit von Privatpersonen nicht angenommen.

Einbrüche auf der Kolonie

Bei dem Lehrer Bludau in der Hauptstraße brachen in der letzten Nacht Diebe ein und holten ihm drei Schweine und eine Anzahl Hühner aus dem Stalle. Wahrscheinlich die gleichen Spitzbuben statteten in derselben Nacht dem Gastwirt Norgall in der Alten Welt einen Besuch ab und entwendeten ebenfalls eine Anzahl Hühner. Einem Genossen sind 15 junge Obstbäume ausgegraben worden. In diesem Fall dürfte es sich um einen häßlichen Racheakt handeln.

Ostdeutsche Nachrichten

Unsicherheit in Danzig

In Danzig sind in der letzten Zeit eine Reihe schwerer Bluttaten verübt, die das Sinken der öffentlichen Moral erschreckend zeigen. Ein Hilfsschaffner Timm hat seine Frau erwürgt und im Stall vergraben. In Langfuhr ließ eine Frau ihren Mann durch ihren Geliebten ermorden. Beide Fälle sind aufgeklärt und die Schuldigen verhaftet.

Einen tragischen Abschluß fand am Sonnabend abend in Danzig eine Feier des Vereins „Liebertafel“ im Werftspeisehause. Gegen Schluß der Veranstaltung um etwa 11½ Uhr, kam es zu einem Streite zwischen einigen Mitgliedern und dem Vorstande, der in Tätlichkeiten ausartete. Plötzlich zog einer der Anwesenden einen Revolver und gab einen Schuß ab, der den Hilfsmonteur Johann Kraatz niederstreckte. Die Kugel war K. in den Kopf gedrungen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Am Sonntag früh wurde in der Häkergasse 24 ein gewisser Hermann Schütz, wohnhaft Schidlitz, Unterstraße Nr. 3, mit einem Unterleibsschuß aufgefunden und in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Auch er ist das Opfer einer Schießerei geworden, deren nähere Umstände zur Zeit noch nicht aufgeklärt sind.

In der Nacht zu Sonntag kam es auf dem Langenmarkt zu einem Feuergefecht. Dort widersetzte sich ein Mann seiner Verhaftung, indem er mehrere Schüsse aus nächster Nähe auf den Schutzmann Hermann Ohlenburger abgab und diesen am Oberschenkel verwundete. Die Wache der Sicherheitswehr im Rathaus nahm sofort die Verfolgung des Täters auf. Die Flucht des Täters ging durch das Grüne Tor über die Grüne Brücke, die Milchkannengasse entlang. Dicht vor der Milchkannenbrücke stellte sich ihm eine Nachtpatrouille der Sicherheitswehr entgegen, auf die der Flüchtling mehrere Schüsse abgab, worauf diese ebenfalls von ihrer Waffe Gebrauch machte und den Täter festnahm. Der Verhaftete hatte eine Verwundung am rechten Oberschenkel davongetragen.

Am Montag abend erfolgte an der Ecke Kater- und Fleischergasse ein Zusammenstoß zwischen einem älteren Mann und zwei Beamten der Sicherheitswehr. Nach der Darstellung der Danziger Zeitung soll der Mann Passanten mit einem Dolch bedroht haben. Darauf wollten die Beamten den Mann festnehmen. Als sich nun der Hilfswachtmeister Wolf ihm näherte, um ihn zu entwaffnen, erhielt er einen Stich in die Brust, so daß er sofort zusammenbrach. Der ihn begleitende Hilfswachtmeister Heilmann, unterstützt durch zwei Reichswehrsoldaten, überwältigte nunmehr den Täter und brachte ihn zur Sicherheitswache in der Wiebenkaserne, von

wo aus seine Ueberführung ins Gerichtsgefängnis bewirkt wurde. Der Zustand des verwundeten Hilfswachtmeisters ist besorgniserregend.

Vor dem Kriegsgericht

Der Musketier Paul Scheffler, jetzt Bureaugehilfe in Tuchel, stand in Graudenz bei der Infanterie. Während des Krieges war er drei Jahre lang in russischer Gefangenschaft und kam krank zurück. Nachdem er hier aus dem Lazarettt entlassen war, wurde er zu seinem Truppenteil entlassen. Als er den zweiten Tag Dienst tat, wurde vom Feldwebel in seiner Stube Alarmbereitschaft angesagt und die Soldaten sollten sofort Waffen und Munition in Empfang nehmen. Scheffler aß sein Frühstück und will geglaubt haben, daß er für diesen Dienst nicht kommandiert werden könne. Er wollte jedenfalls erst frühstücken. Deshalb verweigerte er den Gehorsam und blieb auch dann dabei, als ihn der Kompagnieführer aufforderte. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu drei Wochen Mittelarrest. Der Angeklagte legte Berufung ein und machte geltend, daß er sich in einem erregten Zustande befunden habe und nicht recht wußte, was er tat. Seine Nerven seien angegriffen. Das Oberkriegsgericht milderte die Strafe auf 14 Tage Mittelarrest.

Er nahm die Betten mit

Der Fürsorgezögling, Bäckerlehrling Albert Rathke in Danzig logierte sich mit einem anderen Mann in ein Danziger Hotel ein. Am nächsten Morgen verschwanden die beiden und nahmen die Betten in zwei Säcken mit. Rathke hatte sich vor der Strafkammer zu verantworten, die ihn wegen Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis bestrafte.

Von nah und fern

Wer sich in Gott erbauen will, muß Koks mitbringen

In der Hamburger Presse war dieser Tage folgende Einladung zu lesen:

Herzliche Einladung zum Jahresfest des Vereins für Innere Mission und Volksmissionsabend am Sonntag, den 16. November, im großen Saal des Christlichen Vereins junger Männer. Pastor Haacke: Einleitende Andacht; Pastor Wecken: Jahresbericht; Pastor Lucht: Allgemeines Priestertum; Pastor Andresen: Schlußwort. Mitwirkung eines Posaunenchors und eines gemischten Chors. — Der Saal wird geheizt, doch wird gebeten, ein Kilo Koks mitzubringen, das am Saaleingang abzugeben ist.

Ben Akibas weltbekannter Spruch, daß alles schon dagewesen sei, ist hier Lüge. Daß fromme Jungfrauen und Jünglinge zur inneren Erleuchtung eingeladen werden und selbst Koks mitbringen sollen, das ist noch nicht dagewesen.

Ausbruch aus einer Strafanstalt

Aus der Glückstadter Strafanstalt sind vor kurzem 25 Strafgefangene ausgebrochen. Drei wurden in Glückstadt, sechs in Elmshorn wieder ergriffen.

Gewerkschaftliches

Rückkehr zur Akkordarbeit

In den letzten Tagen haben sich die Arbeiter der Nordseewerften für die Akkordarbeit entschieden. Sie ist in Hamburg bei Blohm und Voß, auf der Reiherstiegwerft, in den Werkstätten der Hamburg—Amerika-Linie und der Vulkanwerft eingefährt worden. Ebenso auf den Kieler, Bremer und Lübecker Werften.

Ergänzungswahl zum Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes

Die Ergänzungswahlen zum Hauptvorstande des deutschen Metallarbeiterverbandes sind nun vollzogen. Die Ortsverwaltung Stuttgart des Verbandes hatte nach dem Statut zu den auf dem Verbandstage gewählten neuen besoldeten Vorstandsmitgliedern, zehn unbesoldete (Arbeiter aus der Fabrik) Vertreter hinzuzuwählen. Der Wahl dieser Vertreter ging die Wahl zur Generalversammlung der Stuttgarter Ortsverwaltung voraus. Diese Generalversammlung war zusammengesetzt aus 500 Mitgliedern der Opposition und 200 der alten Gewerkschaftsrichtung. Die Vertreter der U. S. P. hatten für sich allein die absolute Mehrheit. Zu Mitgliedern zum Hauptvorstand wurden gewählt: Neun Vertreter der U. S. P. und ein Mitglied der K. P. Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes besteht nunmehr aus fünfzehn Mitgliedern der U. S. P., drei Mitgliedern der S. P. und einem Mitglied der K. P. Die Redaktion der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung ist mit zwei Mitgliedern der U. S. P. besetzt.

Die Generalversammlung, die die Wahl zum Hauptvorstand vornahm, hat zugleich die alten Ortsverwaltungsbeamten abgesetzt und an ihrer Stelle zwei Mitglieder der U. S. P. und ein Mitglied der K. P. zu diesen Aemtern ernannt. In Zukunft sollen die Ortsbeamten alljährlich einer Neuwahl unterworfen sein.

Aus den Gerichtssälen

Ein Jahr Gefängnis für Flugblattverbreitung

Der 26 Jahre alte Schlosser Karl Sieber aus Weimar war der Förderung eines auf gewaltsame Abänderung der Reichsverfassung abzielenden Unternehmens und der Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander, begangen durch Verbreitung zweier Flugschriften, angeklagt.

Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Angeklagten nur wegen „Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander" zu einem Jahre Gefängnis. Diese Tat ist begangen durch die am 14. August in Weimar erfolgte Verbreitung eines kommunistischen Flugblattes mit dem Titel „Der Soldat am Scheidewege".

Literatur.

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nummer 48 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift Der Sozialist enthält folgende Beiträge: Die politische Seite der Affäre Sklarz von Rud. Breitscheidt; Zum Parteitag von Eugen Prager; Die Notwendigkeit einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft von Heinrich Ströbel; Hygienische Maßnahmen im Sowjetrußland von Max Hodann.

Der Sozialist erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 6 Mark zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pfennig.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

An unsere Postbezieher!

Abonnements auf unsere Zeitung werden bei jeder Postanstalt entgegengenommen!

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Bekanntmachung.

Mit dem 11. Dezember 1919 wird aus dem bisherigen Mieteinigungsamt ein Wohnungsamt abgesondert. Die Geschäftsräume des

Wohnungsamtes

befinden sich „Am Luftgarten 10" neben dem Standesamt. Das Wohnungsamt ist für den Verkehr mit dem Publikum von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet. Das Wohnungsamt bearbeitet den Nachweis, die Beschlagnahme und Zuteilung von Wohnräumen, sowie die Einsprüche gegen die Beschlagnahmeverfügungen.

Die übrigen Angelegenheiten werden, wie bisher, von dem

Mieteinigungsamt,

Friedrich Wilhelmplatz 11/12, bearbeitet.

Elbing, den 11. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Kartoffelhändler.

Es wird daran erinnert, daß die Kartoffelhändler **allwöchentlich** am Donnerstag ihren Kartoffelbestand Herrn Kaufmann Arthur Matz anzugeben haben. Die Bestandsanzeige hat künftig Donnerstag vormittags zu erfolgen.

Elbing, den 10. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Auktion.

Heute, Donnerstag, d. 11. d. Mts., 10 Uhr vorm., werde ich im Auftrag mit Genehmigung Brückstraße 27 im Laden

versch. Stemmeisen, Türbänder, Holzschrauben, Dunggabeln, Einlaßschlösser, versch. Ketten, Drahtstifte, Schlüssel, Baumsägen, Hobeleisen, u. v. a. m. öffentlich meistbietend versteigern.

Jakob Rosenthal,
Auktionator und gerichtl. vereid. Taxator
Sturmstraße 9, II.

Versammlungskalender

Achtung! **Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Freitag, den 12. Dezember, abends 5 Uhr, im Volkshaus: **Erweiterte Ortsverwaltungssitzung.**

Dienstag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr im Volkshaus, großer Saal: **Branchenversammlung der Schlosser.** Ohne Mitgliedsausweis kein Eintritt.

Die Branchenleitung.

Verborge u. verkaufe

neue und gebrauchte Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten und Nähmaschinen.

Beste Weihnachts-Geschenke

billigst **M. Krüger, Junkerstraße 30.**

Sämtliche Reparaturen schnell und sauber.

Stadttheater Elbing

Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr:
Gastspiel des Herrn John Röver-Königsberg
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.
Donnerstag, den 11. Dezemb.:
Kindervorstellung
Der gestiefelte Kater.
Ein Weihnachtsmärchen für die Bühne bearbeitet in 5 Bildern von Sigmund Haag.
Freitag, den 12. Dezember:
Die Faschingsfee.

50—100 Mk.

zahle ich demjenigen, der mir die Täter nachweist, welche mir in der Nacht vom 9. zum 10. d. Mts. die Bäume aus meinem Garten gestohlen haben.

Plenkos, Querstraße 5.

Lichte
Baumschmuck
Wunderkerzen
Seifen
Baumlichte
sehr billig.
J. Grabowsky
Fischerstr. 27.

Soxleth's Nährzucker
Ramogen
Lebertran-Emulsion
Ovomaltine.
Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.

Als passende
Weihnachts-Geschenke
empfiehlt:
Photographie-, Poesie- u. Postkartenalben, Briefkassetten und Karten — Schreibzeuge, Petschafte, Brieföffner Die neusten Romane sowie **Bilder- u. Märchenbücher, Erzählungen für junge Mädchen, Unterhaltungsspiele** u. s. w.
wie bekannt gut und billig
A. L. Schönberg Nachflg.
H. Gilardoni
Papierhandlung. — Fischerstrasse 5.

Gummibälle,
Fußbälle, Fußballblasen,
Jugendschriften, Bilderbücher,
Unterhaltungsspiele, Schach, Salta ꝛc.
sowie **Spielanleitungen für Spiel und Sport**
empfiehlt bei größter Auswahl
R. Lengning, Fischerstr. 20/21.

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Taschenlampen und Batterieen
stets frisch am Lager.
Georg Schmidt,
Wasserstraße 87.

Kautabak
in Rollen
frisch eingetroffen
Georg Cohn, Junkerstr. 45 u. Johannisstr. 16.

Drucksachen
in nur geschmackvoller sauberster und moderner Ausführung bei kürzester Lieferfrist fertigt billigst
Buchdruckerei Elbinger Volksstimme
Fernruf No. 1071 · ELBING · Spieringstr. 21
Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig

Weihnachtsbäume
in allen Größen, solange der Vorrat reicht, zu haben
Hochstraße 2.

Ein großer Posten
Kisten,
verschiedene Größen, werden billig verkauft am Sonnabend nachmittag von 3 bis 5 Uhr.
Leichnamstr. 33, Hof.

Hämorrhoiden
heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Kluge Eheleute, Frauen
verlangt kostenlos illustr. auftl. Preislisten vom
Sanitätshaus E. Golde, Torgau (Elbe.)

Anzug (Mittelfigur)
zu verkaufen
Restaurant „Gerichtshallen".

Kl. Zimmer
für geschlossene Gesellschaft zu vergeben.
Restaurant „Gerichtshallen".

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 43 | Donnerstag, den 11. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Einquartierung nach eigenem Belieben. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus Mainz erschien dieser Tage auf dem Mainzer Rathaus ein französischer Offizier, annullierte den ganzen Wohnungs- und Verteilungsplan der Stadtverwaltung und erklärte in höherem Auftrage, daß die Militärverwaltung die Einquartierungsfrage ganz nach eigenem Belieben regeln würde, und zwar ohne Stadt und Bürgerschaft zu fragen. Dieses Vorgehen der französischen Gewalthaber wird von ihnen damit begründet, daß die Bürgerschaft den französischen Quartierwünschen fortgesetzt Widerstand entgegensetze. Wenn damit, so bemerkt das Blatt, die Erbitterung über die Maitressenwirtschaft der Franzosen in den Räumen anständiger Mainzer Familien gemeint ist, haben die Herren nicht unrecht.

Unstät und flüchtig sollst Du sein. Wie unter dem Sozialistengesetz, so ist es auch heute wieder üblich, die Vertrauensleute des Proletariats von Ort zu Ort zu jagen. Im Kreise Pleß hat der Landrat sämtliche Mitglieder des Arbeiterrates, die nicht im Abstimmungsgebiet geboren sind, aufgefordert, sich außerhalb des Abstimmungsgebiets Wohnung und Arbeit zu besorgen und nicht erst zu warten, bis sie ausgewiesen würden.

Eine bequeme Art, sich der Arbeiterräte zu entledigen. In Oberschlesien des Herrn Hörsing sind Revolutionäre vogelfrei.

Zum Tode verurteilt. Wegen Raubmordes verurteilte das außerordentliche Kriegsgericht Hamburg den Hafenarbeiter Roß und den Fischer Ahrens, beide aus Hamburg gebürtig, zum Tode, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Die Genannten haben am 3. September auf dem Gelände des Bahnhofs Tiefstaak zwei Beamte der Wasserbauinspektion, die eine Kiste mit 75 000 Mark Lohngeldern trugen, überfallen und durch Revolverschüsse tötlich verletzt.

Deutsche Kriegsgefangene streiken. Wie die Frankfurter Ztg. erfährt, hat eine eintägige Arbeitseinstellung, von der die französische Presse keine Kenntnis nahm, der Kriegsgefangenen im Lager von Charleville stattgefunden.

Teures Wasser. Drei eiserne Fässer mit Wasser statt mit Sprit lieferten zwei Schieber, der Schlosser Eppler und der Kaufmann Rawinski an die Branntweinbrennerei Degen in Nordhausen. Den Kaufpreis im Betrage von 92 000 Mark erschlichen sie sich durch einen Duplikatfrachtbrief. Die Strafkammer zu Mannheim verurteilte beide Schieber zu je fünf Jahren Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

Tschecho-slowakischer Sozialistenkongreß. Aus Prag wird berichtet: Der Kongreß der tschecho-slowakisch-sozialistischen Partei ersuchte in einer Entschließung die Regierung, wenn sie auf die Unterstützung der tschecho-slowakisch-sozialistischen Partei rechnen will, ohne Verzug eine Verordnung des Gesamtministeriums zu erlassen, welche nicht nur den Schutz des Rechtes auf Arbeit und der Koalitionsfreiheit enthalte, sondern auch die Möglichkeit sichern würde, für die Besserung der Existenzbedingungen und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller arbeitenden Schichten des Volkes zu kämpfen.

Auch das noch! Während unter dem Eindruck des Prozesses Marloh sogar die Heilmannsche Korrespondenz zu der Forderung kommt, der Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs müsse noch einmal nachgeprüft werden, um die „einmütige Lüge" von damals aufzudecken, ist der Freiheit die Mitteilung geworden, daß gerade in diesen Tagen das Urteil unter Ausschluß des Urteils gegen Vogel bestätigt worden sei.

Monatelang zerbrachen sich die Behörden den Kopf, wem das Bestätigungsrecht in diesem Falle zustehe, niemand wollte anscheinend die Verantwortung für die Bestätigung des Urteils tragen. Diesem Zustand soll Noske ein Ende gemacht haben, indem er das Urteil bestätigte.

Die Freiheit verlangt schleunige Aufklärung darüber, ob die Regierung die Ungeheuerlichkeit gewagt hätte, das Schandurteil durch Noske bestätigen zu lassen.

Reinhard wird nicht entlassen! Wie bürgerliche Blätter aus Berlin berichten, hat Noske im Gespräch mit Mitgliedern der Nationalversammlung sich über den Prozeß Marloh dahin geäußert, daß das Ergebnis der Gerichtsverhandlung über die Beschuldigungen gegen den Obersten Reinhard für ihn eine Entlassung Reinhards „nicht rechtfertigen" könne.

Was ist doch dieser Noske für eine unschätzbare Werbekraft für die Unabhängige Sozialdemokratie.

Die Pariser Stichwahlen. Die 25 Stichwahlen für die Pariser Gemeinderäte ergaben 15 Gouvernementale, drei Radikale, einen Linksrepublikaner und sechs Sozialisten. Die Sozialisten haben vier neue Sitze gewonnen. Die Stimmbeteiligung der Bürgerlichen war schwach.

Keine Arbeit und keine Unterstützung. Die Arbeitslosen-Unterstützungen sind in England tatsächlich eingestellt worden. Hundertdreißigtausend Arbeitslose haben keine Unterstützungen erhalten. In Cheffield sind es Sechzehntausend. Sie veranstalteten große Demonstrationen, an einem Tag wanderten sie in einer großen Prozession um die Häuser der Wohlhabenden. In Glasgow warnten die Arbeitslosen die Regierung, „daß die Arbeiterklasse nicht ruhig dem Hungertod von Tausenden von Familien als einer Folge der Arbeitslosigkeit zusehen würde". Sie verlangten Arbeit oder Unterstützung.

Im Stadtrat von Conventry erklärte das Mitglied der Arbeiterpartei, Fräulein Arnold, daß Hunderte der Arbeiterklasse letzten Sonntag ohne Mittagessen fortgegangen seien, aber daß sie das nicht ein zweites Mal tun würden. „Ich äußere das nicht als Drohung, sondern als Warnung." Einzelne Arbeiterorganisationen regen den allgemeineinen Streik an, wenn diese einfachste Forderung nicht bewilligt werde.

Die Gewerkschaften bemühen sich inzwischen, die größte Not zu mindern. Gleichzeitig suchen sie natürlich die Regierung zu beeinflussen, daß sie ihre Beschlüsse aufhebt oder Arbeit schafft.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

S] **5. Verhandlungstag**

Nachmittagssitzung.

Leipzig, den 5. Dezember 1919.

Erst gegen ½7 Uhr abends werden die Verhandlungen des Parteitages wieder aufgenommen, nachdem die gegenseitigen Besprechungen fast den ganzen Tag in Anspruch genommen hatten. Vorsitzender Braß eröffnet und teilt mit, daß die Resolutionen Hilferding und Ledebour zurückgezogen sind nicht mehr zur Debette stehen. Dagegen liegt eine neue Resolution von Parteileitung und Kontrollkommission vor, sowie die Resolution Stoecker. Genosse Braß verließt die neue Resolution. Sie lautet:

„Der Parteitag erklärt als eine der wichtigsten Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats in einer tatkräftigen revolutionären sozialistischen Internationale.

Erste Voraussetzung einer aktionsfähigen Internationale ist die rücksichtslose Führung des proletarischen Klassenkampfes unter Ablehnung jeder Politik, die lediglich Reformen innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates erstrebt.

Der Parteitag beschließt daher die Absage an die zweite Internationale, womit für die U. S. P. D. jede Beteiligung an der für Genf geplanten Konferenz ausgeschlossen wird.

Die U. S. P. D. ist mit der driten Internationale darin einverstanden, durch die Diktatur des Proletariats auf Grund des Rätesystems den Sozialismus zu verwirklichen. Es muß eine aktionsfähige proletarische Internationale geschaffen werden durch Zusammenschluß unserer Partei mit der dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder.

Deshalb beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit allen diesen Parteien in Verbindung zu treten, um diesen Zusammenschluß herbeizuführen und so mit der dritten Internationale eine aktionsfähige, geschlossene, proletarische Internationale zu ermöglichen, die in dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus eine entscheidende Wende für die Weltrevolution sein wird.

Parteileitung und Kontrollkommission."

Genosse Crispien begründet die Resolution. Er charakterisiert kurz die drei Richtungen, wie sie sich in den drei Resolutionen ausgedrückt haben. Die zweite Internationale kommt für niemand von uns in Betracht, ebensowenig eine Beschickung des Genfer Kongresses. Wir haben im Aktionsprogramm zum Ausdruck gebracht, daß mit allen Halbheiten und Unklarheiten des Märzprogramms aufgeräumt ist. Diese Tatsache wird auch im Ausland mit Beifall begrüßt werden. In Deutschland hat die Politik der Rechtssozialisten Schiffbruch erlitten und die Partei ist mit in die Katastrophe hineingezogen worden. Die Kommunisten haben ebenfalls nicht erreicht, was ihnen vorschwebte. Crispien versichert unter lebhafter Zustimmung des Parteitages, daß er sich jederzeit gegenüber dem Bürgertum in aller Oeffentlichkeit mit den Kommunisten solidarisch erklärt hat und erklären wird. Die Partei brauche Geschlossenheit, weil in Deutschland die Reaktion vor Taten steht, die das letzte von uns verlangen können zur Abwehr. Dieser Parteitag hat die schwere Verantwortung vor der ganzen Internationale, uns kampffähig zu machen und zu erhalten. Wir fühlen uns solidarisch mit Sowjet-Rußland. Wir können unsern Genossen in Rußland keinen Dienst leisten mit unserm bloßen Anschluß, wir müssen auch darauf sehen, daß wir in Deutschland die Reaktion bekämpfen. (Sehr richtig.) Damit erweisen wir Rußland einen Dienst. Deshalb müssen wir die vorgelegte Resolution der Parteileitung annehmen. Die Parteileitung hat alles nur Mögliche getan, um mit den Genossen aller Länder in Verbindung zu treten. Diese Bemühungen sollten nicht gestört werden. Darum empfiehlt die Parteileitung und die Kontrollkommission auszusprechen, daß eine wirklich aktionsfähige Internationale geschaffen wird von allen revolutionären Parteien. Wir wollen keine vierte Internationale gründen, wir wollen mit der dritten Internationale die neue Internationale gründen. Gehen die andern Parteien nicht mit, so werden wir, durch Parteitagsbeschluß gebunden, uns der dritten Internationale anschließen. (Lebh. Beifall). So einmütig wir uns durch unser Programm zusammengefunden haben, so bitte ich Sie, auch hier einmütig den Beschluß zu fassen. (Lebh. Beifall.)

Däumig-Berlin: Es sollte wohl kaum einen in diesem Kreise geben, dem es nicht bewußt wäre, daß es sich bei diesem Beschluß nicht um eine parteipolitische, sondern um eine weltpolitische Frage handelt. Man kann diese Frage nicht nur aus der Organisationsperspektive betrachten, er kann dabei auch nicht mit Rücksicht genommen werden auf die zufälligen Richtungen in der Partei, noch weniger auf die parteipolitische Empfindsamkeit (Beifall). Wer in diesen leidenschaftlichen bewegten Kämpfen des Tages sich von Empfindlichkeiten leiten läßt, der versteht nicht, sich in diese Zeiten hineinzudenken. (Lebhafter Beifall.) Unsere Stellung kann sich doch nur vollziehen unter der Parole: Für die Weltrevolution! Gegen die Weltreaktion! Auch hier muß streng die Scheidung vollzogen werden zwischen Reformsozialismus und revolutionärem Sozialismus. Die Weltrevolution ist akut geworden in den Märztagen 1917, als die russische Zarenkrone auf das Pflaster rollte. Sie geht hier schneller, da langsamer vor sich, ist aber auf dem Marsche. Sie holt sich die Träger der Weltrevolution als Opfer. Das sichtbare Merkmal für die Hilfe in Sowjetrußland ist nach meiner Meinung ein sofortiges einmütiges Bekenntnis zur dritten Internationale (Lebhafter Beifall). Unser Beschluß würde in England und anderswo wie ein Fanal wirken. Zeigen Sie durch die Tat, daß Sie Ihre Gegnerschaft zum Völkerbund auch durch Ihren Anschluß an die dritte Internationale zum Ausdruck bringen. Die Fragestellung ist entweder mit und für oder gegen die Bolschewisten. Es ist hier viel gegen die Bolschewisten geredet worden und diese Reden beschatten die Reden Crispiens. Die Kerntruppe dieser dritten Internationale war die erste, die den Friedensruf erschallen ließ und ihn verwirklicht hat. Sie war es, die im heroischen Kampfe den Sozialismus zu verwirklichen suchte. Däumig wendet sich gegen die Ausführung der Freiheit in der heutigen Morgenausgabe, die eine weitere Verschleppung bedeuten. Die Entscheidung ist leider schon getrübt durch das Drum und Dran des Tages. Für mich bleibt nichts anderes übrig, als mich auf den Boden der Resolution Stoecker zu stellen und ich bitte den Parteitag, dasselbe zu tun. (Beifall.)

Rosenfeld-Berlin: Die Verhandlungen haben zu einer Klärung geführt. Wir wollen sein und sind eine revolutionäre Partei: Klar in der Politik im Innern, klar in der internationalen Frage, müssen wir die Massen um uns scharen. Ich bin gewiß nicht für Vertuschung der Gegensätze, aber man soll sie auch nicht vergrößern. Es steht ja ausdrücklich in der Resolution, daß Verhandlungen mit der dritten Internationale erfolgen sollen. Wir bekennen uns in der Resolution zu den Grundsätzen der dritten Internationale. Wenn es nicht gelingt, mit den anderen Parteien zusammenzugehen, so gehen wir allein zur dritten Internationale. Rosenfeld wendet sich gegen Däumigs Forderungen, sofort den Anschluß zu vollziehen, stimmt aber Däumigs Ausführungen gegen den Völkerbund zu. Nach dem Parteitag gilt es zu handeln und wenn wir die Parteileitung so zusammensetzen, daß sie unsere Beschlüsse konsequent durchführt, dann wird unser Beschluß auch zur Tat werden. Ich glaube die Schauermärchen aus Rußland nicht, dem die Nachrichten sind so widerspruchsvoll. Aber wäre es wirklich möglich, daß eine kleine Minderheit sich solange gegen die ganze Welt erhalten könnte? Rosenfeld verliest ein Zitat von Dinowitsch, der sich für den Zusammenschluß aller Parteien ausspricht, die auf dem Boden der Diktatur stehen. Wir gehen durchaus den rechten Weg, wenn wir dem Vorschlag der Parteileitung folgen. (Lebhafter Beifall).

Leopold-Zeitz gibt im Namen der Delegierten des hallischen Bezirks die Erklärung ab, daß sämtliche 29 Delegierte für die Resolution Stoecker stimmen würden. Die Arbeiterschaft hat sich sehr ernst mit dieser Frage befaßt und folgt keineswegs dem Diktat einiger Führer. Eine Internationale der Tat muß geschaffen werden, eine, die auch wirklich was zu erreichen in der Lage ist. Wir wollen keineswegs bedingungslos nach Moskau gehen, davon steht in der Resolution Stoecker nichts. Wenn der Parteitag nicht einen ganz energischen Schritt auf diesem Wege macht, werden die Arbeiter im Lande stutzig werden. Vorwärtsdrängen, das ist unsere Aufgabe. Stimmen Sie für die Resolution Stoecker. (Lebhafter Beifall).

Dißmann-Frankfurt: Wir wollen keine Internationale, die allemal zusammentritt. Die Streitfrage ist die: Wollen wir den direkten Anschluß an Moskau oder wollen wir mit der dritten Internationale und den Sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder eine Internationale bilden. Darin liegt auch der Unterschied der beiden Resolutionen? Unsere Pflicht muß darin bestehen, die sozialrevolutionären Parteien aller Länder heranzuholen und diese für die Unterstützung Sowjet-Rußlands gegenüber der Weltreaktion zu gewinnen. Ledebour hat dargelegt, daß wir nicht eingeladen waren zur Gründungsversammlung der dritten Internationale, wir würden liebenswürdig tituliert von den deutschen Kommunisten. Das deutsche revolutionäre Proletariat ist in seiner großen Masse zu uns gekommen. Ich lehne es ab, den Bau, an dem ich mitgewirkt habe, bei aller Kritik in Mißkredit zu bringen. Wir werden bei der Gewerkschaftsfrage darüber reden müssen, daß uns die Syndikalisten die deutschen Gewerkschaften zertrümmern und das werden wir energisch ablehnen müssen. Ich will den Syndikalismus national bekämpfen und international mit ihm Gemeinschaft machen? Ich fühle die Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen. Man kann die französischen und italienischen Syndikalisten nicht mit den deutschen Gewerkschaftszertrümmerer zusammenwerfen. Sie sind die anerkannten Gewerkschaften ihrer Länder. Deshalb müssen wir international mit ihnen zusammenstehen. Werden wir, anstatt den einfachen Anschluß an Moskau zu vollziehen, selbst die Initiative ergreifen, dann werden wir in der Internationale eine Stellung einnehmen, die der Größe unserer Partei entspricht. Unsere historische Aufgabe ist, die Bruderhand Moskau und den revolutionären Parteien des Westens hinzureichen, getreu dem

Wahlspruch: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! (Stürm. Beifall!)

Genossin Braunthal-Berlin: Die Ausführungen des Gen. Dißmann haben ganz klar den deutschnationalen Geist gezeigt, der sich ausdrückt in den Worten „Deutschland in der Welt voran"! (Lebh. Widerspruch!) Trotzdem wir unsere eigenen Beschlüsse nicht befolgt haben, wollen wir uns den anderen Parteien gegenüber als die Lehrmeister aufspielen. Mit der Annahme der Resolution Stoecker ist nicht gesagt, daß wir alle Methoden der Bolschewiki billigen. Die russischen Sozialisten sind von uns ja nicht das erste Mal enttäuscht worden. Genossin Braunthal verweist auf den Marsch der Deutschen auf Petersburg. Jetzt haben wir eine Gelegenheit, den Russen unsere Unterstützung zu leihen. Durch unseren Anschluß an die dritte Internationale schaffen wir eine klare Situation auch in den Ententeländern. Gerade die Frauen waren es, die 1915 zum ersten Mal die revolutionäre Internationale wieder errichteten. Ich fordere Sie auf, konsequent Ihre Entscheidung zu treffen und die Resolution Stoecker anzunehmen. (Beifall!)

Genossin Zietz-Berlin fragt die Genossin Braunthal, ob es denn ein Verbrechen sei, wenn man die Initiative zur Schaffung einer revolutionären Internationale ergreift. Ja, ich habe nichts dagegen, wenn es im revolutionären Sinne heißt: Deutschland in der Welt voran! (Lebh. Beifall!) Es ist für das Schicksal der Internationale von größter Bedeutung, nicht nur nach Moskau zu gehen, sondern auch die revolutionären Parteien der entwickelten Westmächte zu erfassen. Wir sind von größter Sympathie erfüllt für den Kampf unserer russischen Genossen. Wenn wir hier glatt beschließen den Anschluß an Moskau, so ist das jedenfalls nur eine schöne Geste. Wenn wir aber unsere Bemühungen fortsetzen, mit Moskau und den revolutionären Parteien der anderen Länder zusammenzukommen, so ist das die erste internationale revolutionäre Tat. Wir dürfen die Resolution der Parteileitung nicht nur annehmen, wir müssen auch diesen Weg fortsetzen. Die äußeren Schwierigkeiten haben es gehindert, daß wir noch nicht weiter sind als heute. Genossin Zietz beweist, daß es auch der Genossin Zetkin, gewiß eine glühende Vertreterin der Internationale, nicht möglich ist, die längst geplante internationale Frauenkonferenz zustande zu bringen. Aber auch diese Schwierigkeiten werden zu überwinden sein. Wir sind der Meinung, daß viel weniger Schwierigkeiten nach Westen bestehen und wenn die revolutionierende Entwicklung vor sich geht, es unsere Pflicht ist, auch gleichzeitig mit den westlichen sozialistischen Parteien zusammen zu streben. Diese Internationale muß eine Internationale der Tat sein, die die Weltrevolution vorwärts treibt.

Frasunkiewicz-Bremen begründet einen Antrag auf Schluß der Debatte. Adolf Hoffmann-Berlin widerspricht diesem Antrag. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Politische Rundschau

Deutschland

6\

Der Marloh-Prozeß

Vor Beginn der Plädoyers wird am Montag noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten. Es scheint an gewissen Stellen noch das Bedürfnis zu herrschen, die Volksmarine-Division im Lichte der Oeffentlichkeit herabzusetzen. Diesem Zweck dient zunächst die Aussage des Intendanturrates Dr. Bongartz und eines weiteren Intendanturbeamten Hollmann. Es kommt zur Sprache, daß der Kriminalbeamte Kirschbaum von den erschossenen Zahlmeistern behauptet habe, sie hätten bolschewistisches Geld aus Rußland auszahlen wollen. Das hätte die Polizei durch tagelange Beobachtungen festgestellt. Dr. Bongartz hat diese Anschuldigungen geglaubt. Es ist bezeichnend, in wie leichtfertiger Weise die höheren Beamten derartigen Verleumdungen zugänglich waren. Oberkriminalwachtmeister Kirschbaum, der von dem Intendantursekretär Hollmann wieder erkannt wird, gibt zu, daß er mit ihm gesprochen hat, kann sich aber auf den Inhalt des Gesprächs absolut nicht erinnern. Diese Vergeßlichkeit ist so kennzeichnend, daß sich selbst der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Welt, zu dem Ausruf veranlaßt sieht, es sei auffällig, an welch kolossalem Gedächtnisschwund die Zeugen in diesem Prozeß litten. Kirschbaum muß einräumen, daß er nicht die geringste Unterlage hatte für die Behauptung, die Zahlmeister hätten russisches Geld gehabt. — Oberst Reinhard erklärt nochmals, daß er keine Ahnung von dem Löhnungsappell gehabt habe. Es liege eine Verkettung von Umständen vor, die nicht vorauszusehen waren. (Das ist unwahr. Denn in einem Befehl zur Aufhebung der Matrosen ist ausdrücklich von einem „Löhnungsappell" die Rede! Zu Beginn seiner Vernehmung hat Oberst Reinhard das auch zugegeben! Der Vorsitzende hält es nicht für nötig, ihn daran zu erinnern!) Den Hauptmann v. Kessel versucht er rein zu waschen, indem er ihn als einen bewährten Kriegsoffizier darstellt. Noch weitergehend versucht Oberst Reinhard die militärpolizeiliche Tätigkeit Kessels für die Regierung Ebert—Noske rühmlichst hervorzuheben. Er nennt die Aufhebung des Roten Soldatenbundes als eine verdienstliche Leistung Kessels. Diese Angabe des Obersten Reinhard zeigt die ungemeine Leichtfertigkeit, mit der ein Mann von solch verantwortlicher Stellung eine eidliche Aussage macht. In mehrtägiger Verhandlung ist in dem Prozeß gegen den „Roten Soldatenbund" schon vor mehreren Monaten festgestellt worden, daß die Tätigkeit des Hauptmann v. Kessel eine völlig verfehlte war, und daß eine große Anzahl von Personen auf Grund falscher Spitzelberichte monatelang unschuldig in Untersuchungshaft gehalten worden sind. Sämtliche Angeklagten sind in dem Prozeß gegen den „Roten Soldatenbund" freigesprochen worden. — General von Oertzen erklärte, daß er nach Kessels Andeutungen über die hohen Persönlichkeiten, die hinter ihm stehen, annahm, daß es sich um den Reichswehrminister Noske handelte. Auf direkteste Fragen bestreitet Kessel, mit Noske und dem Reichspräsidenten in Verbindung gestanden zu haben. — Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Unter allgemeiner Spannung erhält das Wort zu seinem Plaidoyer der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer. Tatsächlich spricht er aber weniger als Vertreter einer Anklage, sondern in erster Reihe als Offizialverteidiger von Reinhard und Kessel. Er entschuldigt sich zunächst gegen den Vorwurf, daß er die Anklage nicht auf Mord erhoben habe und sucht zu begründen, warum er auf Totschlag plädiere. Kriegsgerichtsrat Meyer gibt zu, daß die Erschießung der Matrosen ungesetzlich war, und er hält es für die vornehmste Pflicht des Staates, für die Hinterbliebenen der Erschossenen zu sorgen. Dr. Meyer geht dann auf die einzelnen Punkte der Beweisaufnahme ein und behauptet, Oberst Reinhard habe nur allgemeine Befehlsanweisungen gegeben, er versprach sich dann aber, indem er selber von den beiden Offizieren, welche diese Anweisungen gegeben haben, als Befehlsträgern spricht. Bezüglich des zweiten Punktes der Anklage, unerlaubter Entfernung, verteidigt sich Marloh, daß er auf den Druck seines Vorgesetzten v. Kessel gehandelt habe. Die beiden Offiziere aber seien gleichaltrig. Einen Burschen würde er durch einen solchen Befehl seiner Vorgesetzten gedeckt halten, nicht aber einen Offizier, der selbst prüfen könne. Bezüglich der Urkundenfälschung hält er nicht die Anfertigung, aber den Gebrauch einer falschen Urkunde für gegeben. Schließlich bittet er bezüglich der Strafzumessung, Marlohs gesamtes Vorleben und Vergangenheit als Offizier in Erwägung zu ziehen. Oberleutnant Marloh sei das Opfer einer unglückseligen Verkettung von Zufällen in einer unheilvollen Krankenzeit gewesen. Marloh habe den Kopf verloren und sei ein Opfer der Verhältnisse, man kann ihm mildernde Umstände nicht versagen. Aus diesen Gründen hält er für den erfolgten Totschlag eine Strafe von drei Jahren Gefängnis für ausreichend. Für die unerlaubte Entfernung beantrage er die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis, für die Urkundenfälschung die Strafe von einer Woche Gefängnis. Es bittet um eine Gesamtstrafe von drei Jahren zwei Monaten Gefängnis, von denen zwei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten sollen, so daß die zu verbüßende Strafe drei Jahre Gefängnis beträgt. Außerdem beantrage er Dienstentlassung. Rechtsanwalt Grünspach erklärt die furchtbare Tat, der 29 blühende Menschen zum Opfer gefallen, nicht verteidigen zu wollen. Es handele sich um eine Tragödie der Disziplin, da der Angeklagte auf Befehl gehandelt hat. Es ginge nicht darum, den Angeklagten der Parteileidenschaft zu opfern, sondern es müsse geprüft werden, ob der Angeklagte wirklich derjenige sei, welcher das Unglück verschuldet hat. Als roter Faden zieht sich nun durch das Plaidoyer des Verteidigers Grünspach, daß es Noske war, der durch seine unbestimmten Befehle die Hauptverantwortung für die Vorkommnisse am 11. März trage. Sodann aber sucht Rechtsanwalt Grünspach alle Schuld dem Hauptmann v. Kessel zuzuschieben, während auch er den Oberst Reinhard zu entlasten sucht, weil er glaubt, so den Interessen seines Mandaten zu dienen. Er wirft v. Kessel Lüge und Meineid vor. Kessel habe durch sein Drängen auf eine Flucht Marlohs sein Schuldbewußtsein deutlich verraten. Er erklärt, daß seinem Mandanten zweifellos subjektiv das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt hat und bittet um Freisprechung. — Rechtsanwalt Kikath beruft sich zur Verteidigung Marlohs auf die Vorschriften über den Waffengebrauch; er weist darauf hin, daß sich unter den Erschossenen ein Mann befunden habe, der wegen militärischen Verbrechens, tätlichen Angriffs gegen Vorgesetzte zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt war. Hauptmann v. Kessel habe es an Verantwortungsfreudigkeit gefehlt. Auch er bitte, Marloh freizusprechen. — Kriegsgerichtsrat Meyer behauptet, daß der Angeklagte sich nicht entfernen durfte. Marloh hat das gesamte Gerichtsverfahren für eine Farce, für ein Theater gehalten. Ihm selber sei die Untersuchung ernst gewesen. Es sei ihm natürlich unsympatisch gewesen, gegen einen Offizier wie Marloh eine Anklage auf Urkundenfälschung zu erheben. Was den Totschlag anbelangt, so haben die Leute bei der Musterung ein solches Maß von Willigkeit bewiesen, daß der Angeklagte sich nicht in einem solchen Maße bedroht mehr fühlen konnte, daß er zum Waffengebrauch berechtigt war. Auch hatte er Verstärkung bekommen, selbst wenn er einen direkten Befehl gehabt hätte, so hätte er sich vergewissern müssen, ob der befehlgebende Vorgesetzte auch jetzt noch unter den veränderten Umständen seine Ausführung wünschte. — Rechtsanwalt Grünspach bittet nochmals die Richter um Freisprechung. Die Gerichte seien die einzige unbestechliche Organisation in dem wogenden Meer der Unsittlichkeit der Gegenwart. Der Angeklagte erklärt in seinem Wort, daß er befehlsmäßig gehandelt habe, er habe damals die Matrosen für Meuterer gehalten. Zu seinem Bedauern habe sich herausgestellt, daß tatsächlich unschuldige Menschen erschossen worden sind. Bei seiner Flucht glaubte er auf Befehl und im Staatsinteresse zu handeln. Zu der Benutzung der Urkunden hielt er sich aus gleichen Gründen berechtigt.

Der Exkronprinz und sein Papa

Den Kautskyakten entnehmen wir folgende zwei Schriftstücke:

Kautsky Aktenstück 84: (Telegramm).

Der Reichskanzler an den Kaiser

Hohenfinow, 20. Juli 1914.

Eurer Majestät muß ich alleruntertänigst melden, daß seine Kaiserliche Hoheit, der Kronprinz entgegen den gestern erteilten und **von ihm auch akzeptierten Ratschlägen** neuerdings wieder mit telegraphischen Kundgebungen an die Oeffentlichkeit zu treten beginnt. So hat Seine Kaiserliche Hoheit in der letzten Woche **sehr warme Zustimmungstelegramme an** den Oberstleutnant a. D. Frobenius zu der von ihm verfaßten Broschüre „Des Reiches Schicksalsstunde" und an den Professor Buchholz in Posen zu einer von diesem in Broschürenform vertriebenen Bismarckrede gerichtet. Frobenius weist zutreffend auf die schwierige Lage Deutschlands hin, gefällt sich aber gleichzeitig in **alldeutschen kriegshetzerischen Uebertreibungen.** Buchholz benutzt eine von glühendem Patriotismus getragene Huldigung vor dem großen Kanzler zu heftigen Angriffen auf die Männer, denen Eure Majestät verantwortungsvolle Aemter übertragen haben. Beide Telegramme sind in der

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

43]

Jordan schmunzelte, als er dies las.

Es freute ihn, daß Herta ihn zurückrief. Bei aller Keckheit sprach doch aus diesen Zeilen ein Bedürfnis nach ihm.

Da war etwas, was sie und ihn gegenseitig anzog.

Freilich, kam man dann zusammen, so stoben auch gleich die Funken.

Es gerieten dann eben zwei Individualitäten aneinander, die es nicht so leicht hatten, sich miteinander einzuleben.

Dieses verteufelte Ding hatte Schick, eine Leichtigkeit, die verfahrenste Sache wieder einzurenken.

Es machte ihr nicht die geringste Schwierigkeit, auf Peinlichkeiten spielerisch und selbstironisch zurückzukommen.

Sie nahm eben alles leicht und besaß hierin die höchste Lebensphilosophie.

Wenn man doch hiervon lernen könnte!

Wenn er jetzt an Rosalinden einen ähnlichen Brief richtete, in dem er mit humoristischem Anlauf über ihrer beiden Unstimmigkeiten hinwegvoltigierte — nein — sie würde es nicht verstehen, würde nur noch tiefer darüber verstimmt sein, daß er die Angelegenheit weniger blutig ernst nahm als sie, Linda, selbst.

Entsetzlich — diese tiefernsten Leute!

Schwer war das Leben mit ihnen.

Rosalinde war gewiß eine hochachtbare Frau mit allen Vorzügen der Zuverlässigkeit — aber ihr fehlte durchaus die Grazie, fehlte die Beweglichkeit des Geistes, fehlte der Humor.

Von alledem hatte Herta, wenngleich sie sonst natürlich in keinem Punkte den Vergleich mit Rosalinden aushielt. Nicht in einem Atem zu nennen, die beiden.

Und doch — Herta war der Magnet, während man zu Rosalinden stets mit beengtem Gewissen, also ungern und gezwungen kam.

Was also nun — mit Herta?

So stark sie lockte, Jordan war entschlossen, sie eine ganze Weile zappeln zu lassen.

Sie durfte nicht den Eindruck haben, daß sie nur zu winken brauchte, um ihn zu zitieren.

Er wird vorerst überhaupt keine Antwort geben.

Ja — da hatte sie nun aber auf seine Veranlassung die neue Wohnung mit Köchin und Telephon übernommen. Jordan hatte ihr tausend Mark pro Monat zugesagt und konnte sie doch hiermit nicht sogleich einfach im Stiche lassen.

Das war gegen den Anstand. Er legte also einen Tausendmarkschein in einen Briefumschlag und sandte das Geld ohne ein weiteres Wort an Hertas neue Adresse.

Er fühlte wohl, daß diese Form etwas Demütigendes für die Empfängerin hatte, und war in hohem Grade darauf gespannt, ob sie das empfinden und in welcher Art sie darauf reagieren würde.

Als Jordan gegen Abend heimkam, wartete seiner eine große Ueberraschung. Der Diener meldete, die gnädige Frau sei für einige Zeit zu ihrem Bruder, dem Fürsterzbischof von B . . . . gereist.

Jordan war wie vom Donner gerührt.

Fort — Rosalinde fort. Ohne Abschied — ohne ein Wort — eine Zeile — einfach fort zu ihrem Bruder . .

Jordan hätte eher erwartet, der Himmel werde einstürzen, als daß dieses geschah.

Rosalinde — das Pflichtbewußtsein in Person, verließ ihren Posten.

Das bewies nicht mehr und nicht minder, als daß auch sie das seelische Gleichgewicht völlig verloren hatte und in eine Krise geraten war. Was bedeutet, was bezweckt diese Flucht? An Scheidung konnte die Frau nicht denken, denn eine solche gab es nicht für fromme Katholiken.

War Rosalinde hinter seinen Ehebruch gekommen?

Hatte sie die Spuren seiner Beziehungen zu Herta aufgedeckt?

Jordan entsetzte sich vor diesem Gedanken und verwarf ihn auch sogleich.

Freilich — das Eine mußte bestehen und als sicher angenommen werden: Rosalinde hatte gespürt, das etwas Feindliches zwischen sie und ihren Mann getreten war. Es war durchaus nicht notwendig, daß sie wußte, wer oder was das gewesen.

Ihre plötzliche Abreise bedeutete den Einspruch, den sie gegen die Behandlung erhob, die Jordans feindselige Gereiztheit ihr zu bieten gewagt hatte.

Bei dem Ausbruch ehelichen Zwistes in jener Nacht, in der sie ihres Mannes späte Heimkehr abgewartet hatte, erwiderte sie wenig auf seine Beleidigungen, denn die verstörte Entrüstung, mit der sie Jordans Angriffe hinnahm, ihr tief verletzter Stolz, schlossen ihr den Mund.

Diese Flucht aber sprach laut und eindringlich.

Obgleich sie nun das leichtverständliche Anzeichen einer sehr ernsten Verwickelung war, und obschon Jordan im ersten Augenblick, da er davon erfuhr, plötzlich erschrocken war, so drückte ihn die Sache doch ungleich weniger nieder, als eigentlich anzunehmen gewesen wäre.

Freilich, das übersah der Mann im Augenblick: Es ging wiederum ein soeben erst gestalteter Plan in die Brüche: Ihm würde es nicht vergönnt sein, mit Rosalinden in Frieden zu leben und nebenher das Glück zu genießen, Herta zu behalten.

Es war ihm wohl nicht gegeben, solch eine Doppelexistenz zu führen. War Herta sein, oder — da sie die Stärkere zu sein schien, war er ihr eigen, so fühlte Rosalinde die feindliche Macht, die gegen sie um den Besitz des Mannes stritt. Sie fühlte diesen Gegenpol, so heiß Jordan sich auch bemühte, die eigene Frau vor jeder Kränkung und Verletzung zu bewahren.

Das aber war nicht zu erzwingen. Denn trug er die Andere in seiner Sehnsucht, so schwang in seinem Tone Rosalinden gegenüber sofort etwas Feindliches, Gehässiges, Bitteres, das sein Blick nicht minder aussprach, wenn er sich kalt und abweisend auf die Lebensgefährtin richtete.

Da nützte weder Wille noch Vorsatz. Half keine gespielte und angenommene Herzlichkeit.

Der elementare Spürsinn der Frau erwitterte die Unechtheit der vorgetäuschten Empfindung und erfühlte die ganze Eiseskälte, die sein ihr nun ganz abgewendetes Herz ihr entgegenhauchte. Allen diesen Peinlichkeiten entrückte Rosalindens Abreise den verirrten Mann fürs erste.

Da der Trieb zu Herta ihn wieder stachelnd peitschte, so atmete Jordan vorerst auf, den vorwurfsvollen Mahner und Wächter daheim für einige Zeit los zu sein und endlich einmal unabhängig über sein Kommen und Gehen verfügen zu können.

Freilich — die Tage der Freiheit konnten knapp sein, und Rosalinde schleunigst zurückkehren, da als sicher anzunehmen war, daß ihr Bruder, der Kirchenfürst, sie zu raschester Rückkehr auf ihren Posten veranlassen würde.

Vielleicht — vielleicht war sie morgen schon wieder zurück — und er — Jordan — verlor kostbare, unwiederbringliche Zeit mit falschen Manövern.

Herta hatte ihn gerufen — und er ging nicht zu ihr — wollte sie zappeln lassen, kokettierte mit geheuchelter Kühle, während tausend Stachel ihn jagten, sofort und auf der Stelle zu ihr zu stürzen, in ihre Arme zu eilen, die ihm ja doch gleich geöffnet waren.

Ein Angstgefühl ergriff den Mann.

Er sprang von seinem einsamen Diner, dem Rosalindens leerer Sessel gespenstisch anwohnte, fiebrig auf und eilte in sein Arbeitszimmer.

Er machte Licht.

(Fortsetzung folgt.)

Presse veröffentlicht. In Sonderheit dasjenige an Frobenius ist von der englischen, russischen und französischen Presse als Zeichen dafür angesehen worden, daß der Kronprinz sich in einem Gegensatz zu der Politik Eurer Majestät stellen und **daß er zum Kriege treibe.** Aus zuverlässiger Quelle weiß ich aber auch, daß in Regierungskreisen der Triple-Entente dieses Hervortreten des Kronprinzen als ein bedenkliches Symptom ernste Beachtung findet.

Ich habe mir erlaubt, Seine Kaiserliche Hoheit in einem längeren Briefe dringend zu bitten, von derartigen Kundgebungen abzusehen, die ohne Kenntnis der momentanen politischen Situation und der diplomatischen Zusammenhänge abgefaßt, nur geeignet seien, die Politik Eurer Majestät **zu kompromittieren** und zu kontrekarrieren. Dabei habe ich auf die momentan gespannte Lage ausdrücklich hingewiesen. **Ich habe keinerlei Sicherheit dafür, daß Seine Kaiserliche Hoheit diese Bitte erfüllt,** besorge vielmehr ernstlich, daß Höchstderselbe, wenn jetzt das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt wird, mit Kundgebungen hervortreten möchte, die nach allem Vorausgegangenen von unseren Gegnern als gewollte Kriegstreiberei angesehen werden, während es doch nach Eurer Majestät Weisungen unsere Aufgabe ist, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren. Die Lösung dieser Aufgabe ist schon an sich so schwierig, daß auch kleine Zwischenfälle den Ausschlag geben können. Ich wage deshalb, die untertänigste Bitte auszusprechen, Euere Majestät möchte Seiner Kaiserlichen Hoheit jegliches politisches Hervortreten huldvollst untersagen

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollmeg.

Der Kaiser an den Kronprinzen

Balholm, 21. Juli 1914.

Ich erhalte soeben vom Reichskanzler folgendes Telegramm:

„Euer Majestät muß ich alleruntertänigst melden (Wortlaut wie vorher, dann weiter):

Ich appelliere an Dein Verständnis dafür, wie außerordentlich peinlich und schmerzlich es mir sein muß, daß Du **trotz Deiner mir gegebenen Versprechungen** schon wieder durch Dein Verhalten den Reichskanzler zwingst, mir solche Bitten vorzutragen. Ich appelliere ferner an Deine Pflicht und Dein Ehrgefühl als preußischer Offizier, **das gegebene Versprechen unbedingt zu halten** und erwarte mit aller Bestimmtheit, daß Du Dich besonders jetzt bei der Spannung der Lage sowie hinfort überhaupt jeglicher politischer Aeußerung Dritten gegenüber, die nur geeignet sind, meine und meiner verantwortlichen Ratgeber Politik zu stören, ein für allemal enthalten wirst.

Papa Wilhelm.

Ein Dreiseelenmensch

In der Regierungssozialistischen Fraktion des badischen Landtages sitzt der Nachfolger Dr. Franks, der Justizminister a. D. Ludwig Marum. Er ist Rechtsanwalt, Staatsrat und Abgeordneter. Als Anwalt vertrat er in einem großen Schieberprozeß einen Hauptangeklagten und beantragte seine Freisprechung, während an demselben Tage ein von ihm mitunterzeichneter Aufruf erschien, der die Staatsanwälte und Richter zu schwerster Bestrafung aller Schieber aufforderte. Jetzt hat die regierungssozialistische Fraktion im Landtag einen Antrag gestellt, der zur Ausrottung des Schiebertums schwere Freiheitsstrafen durch besondere Gerichtshöfe verlangt. Abg. Marum begründete ihn im Auftrage der Fraktion. Dieser Dreiseelenmann wurde dann auch durch den bürgerlichen Abgeordneten Fischer gebührend charakterisiert unter allgemeiner Heiterkeit. Die Fraktion scheint den Mann strafweise zu diesem Spießrutenlauf gezwungen zu haben. Ob's nützen wird?

Schweden

Vor großen Kämpfen

Die schwedischen Gewerkschaften haben sich kürzlich über ihre Arbeit im kommenden Jahre verständigt. Das Land leidet ebenso unter den Folgen des Krieges, in dem es neutral bleiben konnte. Die Lebenshaltung ist, wie überall, rasend verteuert. Die bisherige Steigerung der Löhne hat keinen Ausgleich gebracht, sodaß die Arbeiter keineswegs auf Rosen gebettet sind. Dazu kommt, daß auch der Achtstundentag erst in wenigen Industrien eingeführt wurde. Die Gewerkschaften bereiten deshalb für den Januar kommenden Jahres große Aktionen vor, die vor allem die Erhöhung der Stunden- und Akkordlöhne sowie die generelle Einführung der Achtstundenschicht zum Ziel haben.

Belgien

Belgiens Sozialisten für die 2. Internationale

Der außerordentliche Kongreß der Sozialisten Belgiens hat nach einem Referat Vanderveldes den Beschluß gefaßt, daß sich die belgischen Sozialdemokraten am 2. Februar 1920 am Internationalen sozialistischen Kongreß in Genf beteiligen werden. Der Kongreß werde sich mit dem Statut der Internationle, mit der Frage der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg und mit der allgemeinen internationalen Politik, also auch mit dem politischen Regime des Sozialismus und mit der internationalen Arbeitergesetzgebung und schließlich mit der Frage Demokratie oder Diktatur beschäftigen. Der Kongreß werde auch von der Organisation der Presse und von der Schaffung eines internationalen Telegraphenbureaus sprechen.

In und um Elbing

Aufruf!

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Gedenken wir in diesen Tagen auch der Opfer der Revolution, aller derer, die mit ihrer Person für die Sache des Proletariats eingetreten sind. Tausende schmachten in Gefängnissen und Schutzhaft. Ehrensache der Unabhängigen Sozialdemokratie ist es, diesen Klassengenossen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Parteigenossen! Sammelt allerorten Geld und sonstige Gaben und übergebt sie den örtlichen Organisationsleitungen, die sich mit den Bezirksleitungen über die Verteilung verständigen werden.

Das Zentralkomitee
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wie sie in Deutschland hausen

Die Elbinger Delegierten zum Parteitag berichten folgenden Vorfall, den sie auf der Fahrt nach Leipzig erlebt haben. In dem Zuge waren auch Angehörige der Bermondt-Armee, welche auf Urlaub fuhren. Als nun der Schaffner des Zuges in höflicher Form um den Fahrschein zur Kontrolle bat, waren zwei Mann darunter, die sich dem widersetzten, weil sie überhaupt nicht im Besitze eines Fahrscheines waren. Sie beleidigten und beschimpften den Schaffner und die Mitreisenden auf gröbste Art und Weise und wurden handgreiflich. Der eine zog plötzlich eine Handgranate und bedrohte damit die Umgebung. Fluchtartig leerte sich das Abteil. Das sofort benachrichtete Kommando des Zuges mußte zur Waffe greifen und einen Schreckschuß auf die Gesellschaft abgeben. Dann erst konnten die Strolche verhaftet werden. Aufs neue zeigt dieser Vorfall, was die Arbeiterschaft von solchen Elementen zu erwarten hätte wenn sie in die Reichswehr aufgenommen würden. Nur unsere Regierung, an der Spitze Herr Noske, wollen diese Landesverräter nicht fallen lassen. Die Bermondt-Leute erklärten, die deutsche Regierung müßte ihnen das Bermondt-Geld, das sie in Masse besaßen, umtauschen. **Sonst würden sie Noske auf den Kopf steigen.** Wer solls bezahlen? Die Arbeiterschaft. Sie ist letzten Endes dabei der Leidtragende!

An die Mütter

Frauen des arbeitenden Volkes! Mütter!

Kauft euren Kindern keine Bleisoldaten.
Kauft euren Kindern keine Uniform.
Kauft euren Kindern keine Mordwaffen.
Kauft euren Kindern keine Bücher, die den Mord für ein Vaterland als Heldentum verherrlichen!
Pflanzt euren Kindern Haß in die Seele!
Haß gegen den Militarismus.
Haß gegen Zwangsmordknechtschaft.
Haß gegen sklavischen Untertanensinn!

Mütter, bedenkt: Spielzeug ist Erziehungsmittel! Bleisoldaten, vaterländische Heldenbücher, patriotische Fahnen sind kapitalistische Erziehungsmittel, bringen den Kapitalisten Profit und beeinflussen die Kinder im antisozialistischen Geiste!

Das Kind sozialistischer Eltern darf auch im Spiele keine Freude am Ueber-den-Haufen-schießen haben.

Proletarische Eltern und Mütter, heraus aus der Kirche!

Befreit eure Kinder von dem Fürstenkatechismus, der da lehrt:

Seid untertan der Obrigkeit!

Befreit eure Kinder vom Bazillus des Untertanentums, das willig mordet und sich morden läßt.

Wirkt den seelenvergiftenden Lehren der heutigen Klassenschulen entgegen.

Erzieht eure Kinder zu freien, denkenden, willensstarken Persönlichkeiten, die immer revolutionären, immer das Alte stürzen, das Neue annehmen, immer ihre Umwelt ändern und veredeln!

Erzieht Revolutionäre, Sozialisten, Menschen!

Marie Griesbach, Worpswede.

Volkshochschule Elbing

Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet zum Abschluß der Frauenvorträge von Fräulein Gewerbelehrerin Scheeßel ein Lichtbildervortrag statt. Die Lichtbilder sollen den Hörerinnen der beiden Vorträge „Richtlinien für die Säuglings- und Kinderpflege" und „Die Frau in der Kinderstube" eine Veranschaulichung und Vertiefung des gesprochenen Wortes bieten. Aber auch allen anderen Frauen und Mädchen ist der Besuch dringend zu empfehlen, denn die Bilder zeigen in vorzüglicher Klarheit die richtige Pflege und Behandlung des Kindes uno jedesmal als Gegenbeispiel die falsche Versorgung und ihre Schäden. Auch die Bilder aus der Kinderstube können mannigfache Anregung geben. Die Lichtbilder, die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin entliehen wurden, trafen mit großer Verspätung ein und können daher erst jetzt gezeigt werden.

Elbinger Polizeinachrichten

Auf eine eigenartige Weise kam ein Bäuerlein aus der Umgebung um seine neuen Stiefel. Der Besitzersohn F. aus Weinsdorf brauchte notwendig ein paar neue Stiefel. Da bei der anerkannten Geldknappheit der Landwirte bares Geld nicht vorhanden war, mußte das Bäuerlein wohl oder übel Mehl verkaufen, um so zu dem notwendigen Kleingeld zu kommen. Es fand sich auch ein Liebhaber aus hiesiger Stadt, der zirka 130 Pfund zum Preise von 2,50 **Mark pro Pfund** aus Mitleid dem Armen abkaufte. Leider erfuhr die böse Polizei von diesem eigenartigen Geschäft und beschlagnahmte sowohl das Mehl als auch das Geld. So kam nun der Bauer um seine Stiefel und der andere um sein Mehl.

Ostdeutsche Nachrichten

Wie es einem Soldaten ergehen kann.

Es wird uns ein Brief zur Verfügung gestellt, den ein Reichswehrsoldat aus Danzig an seinen in Langendreer wohnenden Vater geschickt hat. Darin ist geschildert, wie der Soldat im Februar dieses Jahres wegen Arbeitslosigkeit sich freiwillig zum Grenzschutz meldete und wohin er verschlagen wurde. Stiefel, Mantel und Schuhe konnten ihm wegen Mangel an diesen Sachen nicht gegeben werden, die fehlenden Sachen sollten ihm später verabfolgt werden. Im Laufe der Zeit nutzte er seine eigenen Sachen vollständig ab; weil er nicht mehr darin zu laufen vermochte, kündigte er. Nun kamen gerade neue Bekleidungsstücke bei seinem Bataillon an. Die Offiziere versorgten sich zuerst reichlich, das übrige sollten die Mannschaften bekommen. Unser Gewährsmann verlangte gleichfalls ein paar Stiefel, es wurde ihm aber bedeutet, daß er in Kündigung stehe und folglich keine Ansprüche mehr hätte. Er war gerade auf der Kammer, als ein anderer Soldat ein paar ausrangierte Stiefel zurückbrachte. Diese Stiefel nahm er mit zu dem diensttuenden Leutnant und bat diesen sie für seine eigenen total verschlissenen Stiefel behalten zu können. In diesem Moment trat der Feldwebeldiensttuer hinzu, der sagte: Die Stiefel sind für einen anderen bestimmt, und außerdem hat der Mann gekündigt. Dann befahl er dem Soldaten, die Stiefel auszuziehen und weil jener das nicht sofort tat, sprang auch der Leutnant hinzu, hielt dem Mann den Revolver auf die Brust und wiederholte den Befehl. Dieser befolgte ihn. Darauf machte der Feldwebeldienstluer die Bemerkung: Der Mann hat beim Stiefelausziehen eine Handbewegung nach dem sich in einer Ecke befindlichen Gewehr gemacht. Dieses befand sich drei Schritte entfernt, hinter dem Soldat. Seine Schreckbewegung wurde von dem Feldwebeldienstluer als Bewegung nach dem Gewehr aufgefaßt.

Obwohl nachher mehrere Zeugen diese Behauptung für irrtümlich erklärten, wurde der Mann vom Kriegsgericht wegen Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und tätlichen Angriffs zu 5 **Jahren Gefängnis** verurteilt. „Mildernd" wurde erwogen, daß der Angeklagte noch sehr jung und unbestraft sei. Deer Vater des jungen Mannes hat schon zwei Gnadengesuche eingereicht, die aber bislang ohne jeden Bescheid geblieben sind.

Beim Militär herrschen noch genau dieselben Zustände, wie unter dem alten wilhelminischen System. Wehe dem, der in die zermalmenden Räder dieser Militärgerichtsbarkeit gerät. Die kennt kein Volksempfinden, sondern nur starre, unbarmherzige Buchstaben. Ausgenommen, der Angeklagte hieße Marloh.

Maschinengewehre gegen Landarbeiter

Aus dem Kreise Flatow wird uns geschrieben:

„In **Klukow** bei Flatow in Westpreußen ist am 9. Dezember ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, weil sich der prinzliche Domänenpächter Hahlweg weigert, den Betriebsausschuß anzuerkennen. Es waren Streitigkeiten zu regeln bezüglich Lohn, Deputat und Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern. Der Ausschuß wollte verhandeln, aber dieser Agrarier lehnte das ohne weiteres ab, weil er ganz genau wußte, daß der Landrat ihm treulich zur Seite steht. Der Landrat hat am 8. Dezember eine frischmelkende Kuh von diesem Herrn geliefert erhalten. Als am 9. Dezember die Arbeiter beschlossen hatten, in den Streik zu treten, schickte der Landrat **40 Roskegardisten** mit vier Maschinengewehren und Handgranaten raus. Die Leute wurden **aus ihren Wohnungen geholt,** ihnen **der Revolver auf die Brust gehalten** und sie gefragt, ob sie arbeiten wollten. Die Antwort war: Ja, wenn die Forderungen bewilligt werden. Darauf wurden **17 Landarbeiter verhaftet** und nach Flatow vor den Amtsrichter geführt. Vorne und hinten schwer bewaffnete Roskegardisten eskortierten den Zug, als wenn lauter Mörder und Verbrecher daher kämen, Vorher wurden die Leute und die Wohnungen nach Waffen untersucht. Die anderen Leute folgten, ebenso Mädchen und Burschen, mit zum Amtsgericht. Der Amtsrichter konnte kein Verbrechen feststellen und — **entließ alle.** So sieht das Koalitionsrecht der Landarbeiter aus nach einem Jahr Revolution. Wenn sie ihre Rechte beanspruchen, sollen sie mit blauen Bohnen gefüttert werden. Die Arbeiter haben sich nicht schrecken lassen. Sie sind einstimmig, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Soldaten verschwunden sind und sie erlangt haben, was ihnen zusteht. Auf Vorstellung beim Landrat, warum das Militär eingreift, antwortete er, daß die Volksernährung gefährdet sei, das Gut liefere 150 Liter Milch nach Schneidemühl. Daß der Landrat aber ein Schwein in seinem Keller schlachten läßt und öfter einen Hammel, und gelegentlich eine frischmelkende Kuh von Hahlweg bezieht und daß vor einigen Tagen bei Hahlweg eine Tafel von 45 Gästen war, welche 5 Tage lang dauerte, darunter hat die Volksernährung wohl nicht gelitten? Wenn zehntausende Zentner Kartoffeln eingefroren sind und Herr Hahlweg nach Duisburg 4 Waggon „Saatkartoffeln" sendet, darunter leidet die Volksernährung auch nicht. Die Landarbeiter sind gewillt, den Kampf aufzunehmen, der ihnen aufgezwungen ist. Wenn in nächster Zeit nicht das Militär verschwunden ist, werden die Landarbeiter auf den anderen Gütern folgen. Sie wissen, es geht um ihre Menschenrechte."

Die rebellierenden Landsknechte

Telegraphen-Union verbreitet folgende Depesche aus Danzig: Ju Westpreußen untergebrachte Baltikumtruppen, bestehend aus Teilen des Detachements Plewe und anderer versprengter Detachements, nahmen teilweise gegen die Regierung eine drohende Haltung ein. In einem Teil der westpreußischen Presse veröffentlichen sie eine Kundgebung, in der sie die Einlösung des Bermondt-Geldes verlangen. Eine Absage würde katastrophale Folgen haben.

Nichts kann den wahren Charakter der Baltikumsöldner besser enthüllen, als diese Haltung. Das deutsche Volk soll die klingenden Versprechungen einlösen, die der reaktionäre Abenteurer Bermondt-Awalow den Truppen machte — oder es kommt zu einer Katastrophe. Die Horden der Gegenrevolution wollen auf deutschem Boden ihr im Baltikum erprobtes System der Erpressung unter brutaler Gewaltanwendung fortsetzen. Ob Noske auch in diesem Falle mit bewaffneter Hand eingreifen wird? Wir glauben es nicht, denn die Reichsregierung hat den Landesverrätern bereits straflose Rückkehr und gute Belohnung versprochen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Meldung der Elbinger Zeitung von gestern. Danach sind Teile der Eisernen Division, umfassend zwei Bataillone Infanterie, zwei Maschinengewehrabteilungen und etwas Artillerie von Tilsit nach Memel transportiert worden, wo sie in Quartier gehen. Andere Teile der Eisernen Division und das Detachement Roßbach befänden sich im Anmarsch auf die Memeler Grenze. Die Deutsche Legion soll im Landkreis Tilsit Quartier nehmen. Einer früheren Meldung der Danziger Zeitung zufolge sollen im Durchgangslager Hammerstein 13000 Mann untergebracht sein. Es scheint also, als ob die Provinzen Ost- und Westpreußen jetzt diesen Marodeuren ausgeliefert werden.

Vater und Sohn verhaftet

Seit längerer Zeit wurden auf dem Postamt in Belgard in Pommern Diebstähle ausgeführt; u. a. verschwand am 30. September ein Geldbrief über 16000 Mark. Der Verdacht lenkte sich damals auf den Postaushelfer Krakow aus Belgard. Dieser wurde seit jener Zeit beobachtet. Jetzt nahm die Polizei eine Haussuchung in der Wohnung des K., der bei seinen Eltern wohnt, vor. Das Geld, das der Vater an sich genommen hatte, wurde in einer Kiste unter Zigarren versteckt vorgefunden. K. gestand, den Geldbrief und verschiedene

Postpakete entwendet zu haben. Vater und Sohn wurden verhaftet.

Aus den Gerichtssälen

2 Monate Gefängnis wegen „Streikandrohung"

Da zur Zeit noch der Streik an sich kein kriminelles Vergehen darstellt, muß man die „Hetzer" anders fassen: Man verknackt sie wegen „Nötigung", wenn sie einen Streik ankündigen, um einer Forderung Nachdruck zu geben. So wurde jetzt von der Strafkammer in Königsberg in Preußen der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Genosse Horn, wegen einer solchen Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 24. Juli waren in Tapiau anläßlich von Demonstrationen sieben Arbeiter auf Veranlassung des Landrates des Kreises Wehlau durch Grenzschutzsoldaten verhaftet worden. Genosse Horn wurde von den Angehörigen um Intervention gebeten und machte in einem Telegramm den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen darauf aufmerksam, daß die Landarbeiter, falls nicht die Freilassung der Verhafteten erfolge, in den Streik treten würden. Der Staatsanwalt unterstellte, daß durch diese Streikdrohung der Oberpräsident — Er heißt August Winnig! — „in eine seine Willensfreiheit beschränkende Besorgnis" versetzt worden sei und erzielte damit das Urteil.

Es ist doch nett von den Beamteten der deutschen Republik daß sie pietätvoll an den alten Gedankengängen und der Klassenjustizpraxis festzuhalten wissen. Und sie obendrein an der mimosenhaften Empfindlichkeit eines rechtssozialistischen Oberpräsidenten üben.

Die Tabakspfeife

Ein jeder Mann im Deutschen Reich,
Ob koscher oder treife,
Ob er im Dalles oder reich,
Raucht jetzt 'ne Tabakspfeife.

Der reiche Mann kann leisten sich
Ein Pfeifchen erster Klasse,
Ans feinstem Meerschaum sicherlich
Und andrer edler Masse.

Besorgt sich Tabak ohne Mühn,
Soviel er kann gebrauchen,
Aus übersee'schen Kolonien;
Braucht Heimatland nicht rauchen.

Doch wenn manch anderer braver Mann
Sich will sein Pfeifchen stopfen,
Greift, weil er sich's nicht leisten kann,
Zu Seegras und zu Hopfen.

In Illusionen er sich wiegt,
Glaubt, er raucht feinste Shägge,
Bis er von Dunst benebelt liegt
In irgend einer Ecke!

Behandle stets dein Pfeifchen gut
Und halt es rein und sauber,
Ein saubres Pfeifchen Wunder tut,
Verschafft dir Wonnezauber!

Wenn du dein Pfeifchen bringst in Brand,
Schütz' es in allen Stücken,
Denn ist das Pfeifchen durchgebrannt,
Ist's nicht mehr auszuflicken.

Tritt auch die Sorg' an dich heran,
Benimmt dir den Humor,
Dann zünd' dir schnell dein Pfeifchen an
Und qualm dir etwas vor.

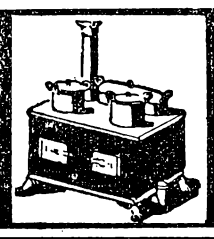
Dann schwindet Sorg' und Kümmernis
Und du kriegst wieder Mut,
Und dann mein Freund, glaub' ganz gewiß,
S' wird alles wieder gut.

Drum, wer zu schonen ist bestrebt
Sein Pfeifchen, der ist klug,
Der hat dann auch, so lang er lebt,
Sein Pfeifchen stets im Zug!

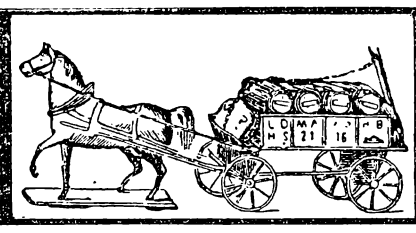
Marcuse-Elbing.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.



Spielwaren in riesiger Auswahl L. Wolf & Söhne Alter Markt 35.



Schulgelderhöhung an den Mittelschulen.

An den beiden hiesigen Mittelschulen (Altstädt. Knaben- und Altstädt. Mädchenschule) werden **vom 1. Januar 1920** ab folgende **erhöhte** Schuldgeldsätze erhoben:

A. für **einheimische** Schüler:
a) Ober- und Mittelstufe 92 Mk. jährlich,
b) Unterstufe . . . . 72 Mk. „
B. für **auswärtige** Schüler:
a) Ober- und Mittelstufe 150 Mk. jährlich,
b) Unterstufe . . . . 120 Mk. „

Elbing, den 5. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Familien-Unterstützung.

Für die zweite Hälfte des Monats Dezember 1919 gelangt die Familien-Unterstützung am

Dienstag, den 16. Dezember 1919, vormittags von 8—1 Uhr

in der **Stadthauptkasse,** Rathaus, Zimmer 7, zur Auszahlung.

Es ist der Nachweis zu führen, daß sich der Ernährer noch im Heeresdienst oder in Gefangenschaft befindet und nicht der Reichswehr angehört.

Elbing, den 9. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Lieferungsverband.

Fleischausgabe

für die Woche vom 8. bis 13. Dezember 1919:
Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte: 150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.
Amerikanisches Schweinefleisch kommt diese Woche nicht zur Ausgabe.

Elbing, den 11. Dezember 1919.
Der Magistrat — Ernährungsamt.

Margarine.

Die Margarine, welche am Freitag, den 12. d. Mts., zur Ausgabe gelangen sollte, ist bis jetzt nicht eingegangen, jedoch wird dieselbe nach Eintreffen sofort ausgegeben und erfolgt dann auch Nachlieferung für diese Woche.

Elbing, den 11. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Blaue Waschmittelzusatzmarke November

50 gr K.-A.-Seife, 20 Pfg.
250 „ K.-A-Seifenpulver, 45 Pfg.
bei: Ernst Albrecht, Oskar Behrendt, Heinrich Dyck, W. Duwe, Max Koch, Fritz Laabs, Paul Link, Wasserstr. 52, Paul Pulewka, Kurt Penner, Sausse Nachfg., Walter Schulz, J. Staesz jun., Kurt Zahn, Fischerstraße.

Elbing, den 11. Dezember 1919.
Der Magistrat — Ernährungsamt.

Volkshochschule.

Gruppe B.
Fräulein Gewerbelehrerin Scheessel: **Vorführung von Lichtbildern** zur Ergänzung der **„Frauenvorträge"** Donnerstag, den 11. Dezember, 8—9 Uhr abends im Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoriaschule.
Eintritt gegen Vorzeigen der Karten zu den Frauenvorträgen frei, sonst 25 Pfg.

U. S. P. | **Versammlungskalender** | U. S. P.

III. Bezirk.
Freitag, den 12. Dezember, 6 Uhr abends im Volkshaus: **Bezirksversammlung.**

Versammlungskalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Die erweiterte Ortsverwaltungssitzung findet am Sonntag nicht um 5, sondern um **3 Uhr** statt.

Speisesalz
gebe noch ab
à Zentner 15 Mk.
Siegfried Eisenstädt.
Fernruf 262.

Sehr große Posten
Zellulose-Wäsche
Kragen, Manschetten, Vorhemden, werden fast verschenkt
Brückstraße 12.

Lichtspiel-Haus

Fleischerstraße 9.

Das Elite-Programm
mit
Henny Porten
Lotte Neumann
Der 1. Film der Neumann-Serie 1919/20:
Arme Thea
Nach dem weltbekannten Roman von Rudolf Stratz in 6 Akten.
In den Hauptrollen:
Lotte Neumann :: Ernst Hoffmann.
Der 1. Film der Porten-Serie 1920:
Die beiden Gatten der Frau Ruth.
Ein Filmspiel in 4 Akten mit
Henny Porten.
Ein Kunstgenuß ohne gleichen ist dieses Programm.
Kassenöffnung 6¹⁵ Uhr. Beginn 6⁴⁵ Uhr.

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 11. Dezemb.: **Kindervorstellung**
Der gestiefelte Kater.
Ein Weihnachtsmärchen für die Bühne bearbeitet in 5 Bildern von Sigmund Haag.
Freitag, den 12. Dezember: **Gastspiel des Herrn John Röver-Königsberg**
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

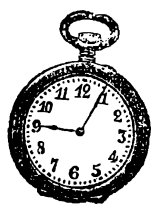
Freitag:
Fleisch- und Wurstverkauf.
Roßschlächterei Georgendamm 15.

Spielwaren und Baumschmuck
in großer Auswahl bei
Anna Treuke
Leichnamstr. 144.

Kalenderblöcke
zum Wiederverkauf
gibt billigst ab
F. Fitkau Nchf.
am Markttor.

Empfehle mein Lager in **gut gepflegten**
Zigarren, Zigaretten
Weinen und Spirituosen
Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Brückstraße 12
Bis zum Feste und solange Vorrat, kommen
sehr preiswert
zur Abgabe an das Publikum:
Handschuhe (aller Art)
Krawatten
Hosenträger (echt stark Gummi)
Oberhemden
Hüte
Mützen (aller Art)
Herrensocken
Feine Lederwaren zu Geschenken, sehr preiswert
Dauerwäsche
Brückstraße 12



Kein Laden! Achtung! Nur Werkstatt!
Uhren-Reparaturen
jeder Art
werden sachgemäß in kürzester Zeit ausgeführt. Eilige Reparaturen sofort.
Emil Schaefer jun.
Uhrmacher, **Gr. Zahlerstr. 8.**

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister,
Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe
G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Gustav Dietschreit

Inh. Hermann Kusch
Elbing Innerer Mühlendamm 12
Zigarren
eigener Fabrik
Gegründet 1888 Gegründet 1888
wie altbekannt in den Preislagen
45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pf. usw.
Verkauf der billigen Zigarren: Dienstag und Freitag vormittags von 9—11, nachmittags von 3—4½ Uhr.
Durch eigene Fabrikation von Zigarren bin ich in der Lage, **gute reelle Ware** für obig genannte billige Preise abzugeben.
Gleichzeitig empfehle ich zu Weihnachten mein **reichhaltiges Lager** in
Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake
sowie Pfeifen und sämtliche Ersatzteile
zu billigsten Preisen.

Regenschirme
Spazierstöcke, Portemonnaies
in größter Auswahl bei
R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

1 Grammophon mit Platten, fast neu, zu verkaufen
Schröder,
Aeuß. Marienburgerd. 16, III.

Sportwagen
m. Gummibereifung, **Hose** für 16—18 Jahre, **umgearb. Militärschuhe,** Größe 43, zu verkaufen Sternstr. 46, p. l.

Kleine Anzeigen
haben den größten Erfolg in der **Elbinger Volksstimme**

Elbinger Standesamt

vom 11. Dezember.

Sterbefälle: Fabrikarbeiterin Auguste Mai, 62 J. — Uhrmacher Emil Theodor Kriehn, 21 J. — Lehrerfrau Antonie Bludau geb. Haupt, 47 J. — Fabrikarbeiter Gottfried August Schwarzrock, 71 J. — Fischereigeh.-Frau Amalie Franziska Klara Wirth geb. Mustalowski, 31 J. — Fabrikarbeiter Karl August Dreher S. 13 Stunden.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 44 | Freitag, den 12. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt.

Maßnahmen gegen Eisenbahndiebstähle. Zur Verhinderung von Diebstählen, Schiebungen oder Bestechungen im Eisenbahnverkehr hat der Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, das hohe Belohnungen für die Aufdeckung ausgesetzt werden. Die Eisenbahndirektionen sind ermächtigt, derartige Belohnungen bis zur Höhe von 2000 Mark für jeden Beteiligten selbständig zu zahlen. Wenn Bedienstete der Beteiligung an Diebstählen, Schiebungen und Bestechungen überführt werden, so sind sie unter Ausschluß mildernder Umstände ohne Rücksicht auf den Wert des entwendeten oder verschobenen Gutes oder die Höhe der Bestechungsgelder nach den Bestimmungen des Beamtenrechts oder des Arbeitsvertrages aus dem Eisenbahndienst für alle Zeiten auszuschließen.

Torfschieber. An der Bahnstrecke Leer-Oldenburg sind bereits vier Bahnvorsteher verhaftet worden, weil sie Hunderte von Ladungen Torf aus dem oldenburgischen Land verschoben haben. Die sauberen Bahnhofbeamten sollen an jedem Waggon 800 Mark Verdienst gehabt haben.

Briefmarkenschwindel. Bei einem Münchner Briefmarkenhändler erschien ein Student aus Freysing und bot ihm ukrainische und Ententebriefmarken, die einen Kennerwert von 800 000 Mark hatten, für 6000 Mark an. Der Briefmarkenhändler unterrichtete die Polizei, auf deren Veranlassung in Freysing der Kaufmann Anton Maier aus Bludenz, der die Marken zum Verkauf übergeben hatte, festgenommen wurde. Es wurden bei ihm noch Marken im Werte von 250 000 Kronen gefunden. Er gibt an, er habe sie von seinem Bruder in Bludenz erhalten. Die Marken stammen von einem Diebstahl aus einem von Bludenz nach Wien aufgegebenen Wertpaket im Werte von über 1 Million Kronen.

Die Chemnitzer Krawallprozesse. Seit dem 22. November finden in Chemnitz Schwurgerichtsverhandlungen statt, welche sich mit den Vorgängen vom 7. und 8. August beschäftigen. Die Verhandlungen werden sich bis zum 17. Dezember erstrecken. Es sind Anklagen erhoben wegen Unruhen, versuchten Totschlags, Plünderungen und Landfriedensbruch usw. Bisher wurden alle Angeklagten mit Ausnahme eines verurteilt. Ausgangspunkt der Chemnitzer Unruhen waren Demonstrationen, die anfangs nur gegen die Lebensmittelnot gerichtet waren, bald aber in politische Krawalle ausarteten. Es kam zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Reichswehr und es wurde auf beiden Seiten eine beträchtliche Anzahl Menschen erschossen und verwundet.

Heimkehr aus Japan. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Japan erfolgt mit vier Dampfern, von denen drei Ende Dezember direkt durch den Indischen Ozean nach Deutschland fahren, während der vierte Mitte Januar über Tsingtau und China nach Deutschland geht. Mit den vier Dampfern sollen alle in Japan weilenden deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördert werden. Der im Januar abgehende letzte Transport wird gleichzeitig die Familien der Kriegsgefangenen heimschaffen.

Oeffentliche Klage gegen Helfferich. Wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, steht in dem Verfahren gegen den Staatsminister Dr. Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger die Erhebung der öffentlichen Anklage bevor.

Noske wünscht Fochs Vormarsch? Nach bürgerlichen Pressemeldungen erklärte Noske dem Korrespondenten des englischen Blattes Daily Meil, daß für Deutschland der Augenblick gekommen sei, mit letzter Energie den Forderungen der Alliierten zu widerstehen. Die Alliierten können das Land besetzen, wenn sie wollen. Der Friede, den sie uns jetzt anbieten, ist nicht ein Friede, sondern eine Verlängerung des Kriegszustandes. Die Annahme eines solchen Vertrages würde das Volk dahin bringen, an den Männern, die ihn unterzeichnen sollten, Rache auszuüben und diese wäre gerechtfertigt. Noske fügte hinzu. daß seine Meinung von den andern Mitgliedern der deutschen Regierung geteilt werde.

Es war vorauszusehen, daß Noske eher Deutschland völlig zugrunde gerichtet sehen will, als daß er seine von der Entente zur Auslieferung geforderten Handlanger aus den Generalskreisen preisgibt.

Kabinettskrise in Polen. Wie Katolik meldet, ist Paderewsky vollständig von seiner Absicht, das neue Kabinett zu bilden, zurückgetreten, nachdem die polnische Volkspartei erklärt hat, an dem Kabinett sich nicht mehr beteiligen zu wollen. Nunmehr kommt wahrscheinlich ein Koalitionskabinett in Frage.

Der Bürgerkrieg in Mexiko. Meldungen, die hier aus Mexiko eingetroffen sind, besagen, daß sich die Revolution auf ganz Mexiko ausgedehnt hat. Ein amerikanisches Geschwader wird erwartet.

Rücktritt des spanischen Gesamtkabinetts. Nach einer Havasmeldung aus Madrid erklärte Dato, daß Santez de Poca die Demission des ganzen Kabinetts eingereicht habe und der König ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt habe, in der Erwägung, daß ein Wechsel in der Politik nicht möglich sei.

Frankreich behält alles. Der Sor teilt mit, Frankreich halte 7000 belgische Waggons und 16 000 englische Waggons, die die belgische Regierung von England gekauft habe, in Frankreich zurück. Die belgische Regierung könne nicht ihre Zurückerstattung erreichen. Das Blatt fragt, ob, wenn Frankreich Belgien wohl wolle, es ihm nicht vor allen Dingen die Tausende von Waggons zurückschicken könne, die es sehr notwendig brauche.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

8]

5. Verhandlungstag

(Schluß der Nachmittagssitzung.)

Remmele-Stuttgart: Kompromisse waren wohl nie eine revolutionäre Tat. Revolutionäre Tat ist, auszusprechen, was ist. Diese Meinungsverschiedenheiten müßten zum Austrag gebracht werden. Was Ledebour zur Begründung seiner Resolution vorbrachte, war aus der Rüstkammer des Bürgertums geholt. Remmele polmeisiert weiter unter lebhafter Heiterkeit des Parteitags gegen Ledebour. Er weist nach, wie die russischen Kommunisten zu ihrer Anklage gegen die deutschen Unabhängigen gekommen sind. Die Wissenschaft Kautskys wurde von der deutschen Regierung unter die deutschen Arbeiter verteilt. (Widerspruch Hilferdings). Man ist den russischen Revolutionären in die Flanke gefallen und hat die deutsche revolutionäre Welle gehemmt. Daher die Anklage der Bolschewiki. Alle moralischen Faktoren, die Ledebour und Hilferding angeführt haben, haben mit dem Problem nichts zu tun. Solange es Staatsdiktatur gibt, wird man mit Diktatur und Terror zu rechnen haben. Der Parteitag muß die Richtschnur geben für den Weg nach Moskau. (Beifall).

Ledebour-Berlin: Ich bilde mir garnicht ein, daß unser Beschluß eine revolutionäre Tat sein könnte. Aber ich möchte die Einmütigkeit, um uns die Initiative zu sichern bei der Schaffung der revolutionären Internationale. Ledebour wendet sich unter lebhafter Heiterkeit des Parteitages gegen die Aeußerung der Genossin Braunthal, daß nationalistische Gründe leitend gewesen seien bei der Abfassung der Resolution der Parteileitung. Ebenso wendet er sich gegen Remmele und stellt fest, daß dieser wenigstens die Dinge beim Namen nennt, während Däumig immer von irgend wem spricht. Trotzdem die Bolschewiki von uns gesagt haben: ihr seid uns zu kompromittiert, wollen wir unbeschadet dessen mit ihnen zusammen eine Internationale. Ich bin der Ansicht, daß man ein gewisses Maß von Selbstachtung haben muß, daß man sich nicht alles gefallen läßt. Ich biete alles auf, mit den Bolschewiki zu arbeiten. Es kommt für mich darauf an: wenn irgend jemand in der Regierung, sei es eine bürgerliche, sei es eine proletarische, die Staatsmacht ausnutzt, um mit terroristischen Mitteln die freie Meinung zu unterdrücken und Menschen hinzumorden, so kann ich das nicht billigen. Aber wenn wir Gegner unserer Regierung den Kampf gegen den Noske-Terrorismus aufnehmen wollen, so dürfen wir den Terrorismus auch bei unsern Freunden nicht verteidigen. (Lebhafter Beifall). Das ist die nidrigste Terroristenmoral, die hier verteidigt wird. Wir streben einer höheren Moral zu, wir sind die Vorkämpfer der Moral der künftigen klassenlosen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall).

Stern-Essen: Ich frage nur: Vollziehen wir jetzt den Anschluß, sind wir einverstanden mit der dritten Internationale oder nicht? Das ist es, was wir aussprechen müssen. Ich bin der Ansicht wie Hilferding, daß wir unsittliche Waffen nicht gebrauchen dürfen. Die Taten der Bolschewiki sind für uns nicht maßgebend, wir haben uns nur an ihr Programm zu halten. Es kommt zu heftigeu Unterbrechungen im Laufe der weiteren Ausführungen des Redners, als er feststellt, daß es zwei Richtungen in der Partei gäbe. Wir müssen auch fragen, was steckt hinter den Stimmungen der Massen? Wir haben auch zu überlegen, ob wir in kurzer Zeit die Russen nicht eher brauchen, als sie uns. Diejenigen, die eine Tat vollbringen wollen, sollen das auch ganz tun. Wirft man zwei Auffassnngen zusammen, so kommt nur eine halbe Tat heraus. Stimmen Sie Ihrer Ueberzeugung gemäß. (Beifall.)

Ein erneuter Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte ist eingebracht. Ulrich-Oberbayern begründet ihn. Plettner-Hannover widerspricht ihm. Der Antrag wird angenommen.

Im Schlußwort sagt Genosse Crispien, daß man doch nicht wie auf einen Pfaffenkonventikel die Worte spalten sollte. Wir dürfen unser Aktionsprogramm nicht aufgeben, sonst müssen wir eine kommunistische Partei werden. Die Beschlüsse, die wir nicht als revolutionär gelten lassen wollen, sind noch nicht aufgehoben. Das muß doch erst geschehen. Geben Sie der Parteileitung eine klare Richtlinie, die sie vertreten kann, sonst müssen Sie sich eine andere Parteileitung wählen. Treiben sie nicht auseinander, sondern stellen sie sich hinter die Resolution der Parteileitung. (Lebh. Beifall.)

Auf Vorschlag des Büreaus soll namentliche Abstimmung stattfinden.

Zuerst wird folgender Zusatzantrag zur Resolntion der Parteileitung angenommen:

„Sollten die Parteien der andern Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß von der deutschen U. S. P. allein vorzunehmen."

Es wird vorgeschlagen von Schindler-Pankow und von Ledebour unterstützt, die Abstimmung in der Richtung vorzunehmen, daß erst über die Resolution Stoecker und dann über die der Parteileitung abgestimmt wird. Das geschieht Nach dieser Abstimmung entspinnt sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob man das Resultat der Abstimmung über die Resolution Stoecker erst abwarten soll, ehe man die Abstimmung über die Resolution der Parteileitung vornimmt. Das vorläufige Resultat über die Abstimmung der Resolution Stoecker ist: 114 mit ja, 169 mit nein. Es ist ein Antrag auf Neuwahl des gesamten Vorstandes eingegangen.

Dißmann-Frankfurt hält lediglich eine Neuwahl für Haase notwendig, die Sekretäre kann man einfach bestätigen. Handelt es sich aber um die Vertrauensfrage, dann muß Neuwahl des gesamten Vorstandes erfolgen. Wir verneinen die Notwendigkeit der Vertrauensfrage.

Krause-Berlin ist für die Neuwahl des Vorstandes.

Reiß-Hamburg: Dieser außerordentliche Parteitag hat sich ein außerordentliches Programm gegeben. Auch unser Beschluß für die Internationale muß von Genossen vertreten und durchgeführt werden, die mit Hirn und Herz dafür sind.

Eichhorn hält angesichts der entscheidenden Beschlüsse des Parteitages die Neuwahl des Vorstandes für notwendig.

Cohn-Berlin macht darauf aufmerksam, daß doch die Parteileitung sowohl das Aktionsprogramm, wie die Resolution zur Internationale eingebracht hat. Wenn man jetzt verlangt, daß der Parteivorstand abtreten soll, dann heraus mit der Sprache, was man gegen ihn hat.

Simon-Nürnberg spricht im gleichen Sinne.

Dißmann-Frankfurt erneuert seine Meinung, alles offen auszusprechen, wenn man etwas gegen die Vorstandsmitglieder habe.

Seeger-Leipzig stellt fest, daß mit der Beseitigung des bisherigen Vorstandes der Anschluß an die dritte Internationale gefördert und eine erneute Kraftprobe heraufbeschworen werden soll.

Genosse Crispien gibt die Erklärung ab, daß die gesamte Parteileitung und die Kontrollkommission sich zur Wahl stellen. Er mahnt, den Parteivorstand nicht einseitig zu besetzen, damit ein gedeihliches Arbeiten möglich sei.

Damit wird die Debatte geschlossen. Der Parteitag nimmt mit großer Mehrheit den Antrag auf Neuwahl des Vorstandes an. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Landsmannschaften über ihre Vorschläge verständigen. Die Verhandlungeu wurden um 11¼ Uhr abends auf Sonnabend vertagt.

Zum Urteil im Marloh-Prozeß

Von Felix Halle-Berlin.

Das Urteil des Feldkriegsgerichts der dritten Reichswehrbrigade, durch das der Oberleutnant Marloh zu einer „ehrenvollen" Freiheitsstrafe von einem Monat Festungshaft wegen unerlaubter Entfernung und zu dreißig Mark Geldstrafe wegen Gebrauchs falscher Urkunden verurteilt worden ist, wird in den Reihen des Proletariats tiefe Empörung erwecken. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat kein Vertrauen zu der bürgerlichen Rechtsprechung, am allerwenigsten zu der „Rechts"findung der Kameradschaftsgerichtsbarkeit der Offiziere. Mit einem Fehlspruch hatte man gerechnet. Aber diese Verhöhnung des primitivsten Rechtsgefühls muß auf jeden anständigen Menschen wie ein Faustschlag in das Gesicht wirken. Die grauenvolle Tragödie des neunundzwanzigfachen Matrosenmordes hat mit der grotesken Farce des Brigadegerichts zunächst ihren Abschluß gefunden.

Welche Verirrung des Rechtsgefühls ist notwendig, um solches Urteil zustande zu bringen! Entgegen den klaren Ergebnissen der Beweisaufnahme wird der Oberleutnant Marloh von der Schuld an der überlegten vorsätzlichen namenlos grausamen Tötung von neunundzwanzig Menschen freigesprochen und zugleich für den Versuch, sich durch die Flucht der Verantwortung für sein Verbrechen zu entziehen, zu einer Strafe verurteilt, wie sie bei leichteren Ehrenhändeln der Offiziere üblich ist, und in der der Angeklagte und seine Kreise eine Belobigung durch das Kameradschaftsgericht erblicken müssen.

Im Sinne der Weltanschauung einer überlebten Kaste feierte der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Welt, den Oberleutnant Marloh in der Urteilsbegründung als einen preußischen Offizier im Sinne der alten „königlich" preußischen Armee, er verherrlichte in schamloser Entweihung seines Richteramtes die grauenvolle Tat als einen politischen Erfolg, da die Erschießung zur endgültigen Niederwerfung der revolutionären Matrosen führte. Diese Urteilsbegründung ist ein klares Dokument des unauslöschlichen Hasses der monarchistischen Offizier- und Militärbeamtenclique gegen die ersten Vorkämpfer für die Revolution.

Die Arbeiterschaft ist nicht rachsichtig, ihr kriminal-politisches Ideal ist nicht die alte Vergeltungstheorie: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ihr liegt nichts an der Todesstrafe gegen den verkrüppelten Marloh, den seine Vorgesetzten und Komplicen zu opfern, ja durch nenen Meuchelmord zu beseitigen bereit waren, um sich selbst den Rücken zu decken. Aber die proletarische Rechtsüberzeugung verlangt Gerechtigkeit, d. h. eine gleichmäßige Rechtsanwendung für alle, ohne Ansehung des Standes und der politischen Stellung. Mit gerechtem Zorn muß sie der Vergleich zwischen dem Urteil im Münchener Geiselmordprozeß und dem Spruch gegen Marloh erfüllen,

umsomehr, als die Aehnlichkeit der Fälle die Ungleichheit der Beurteilung besonders deutlich in Erscheinung treten läßt.

Die außerordentlichen Militärgerichte sowie die bürgerlichen Strafgerichte haben in diesem Jahre die schwersten Strafen gegen Tausende revolutionärer Proletarier verhängt. Man hat Leviné erschossen, Axelrod und viele andere Revolutionäre für Jahrzehnte ins Zuchthaus geschickt. Man hat das Völkerrecht gebrochen, Immunitäten und fremdes Territorium in ungesetzlicher Verfolgungssucht verletzt. Es häuften sich die Fälle, in denen man revolutionäre Proletarier zu längeren und härteren Gefängnisstrafen als den Oberleutnant Marloh verurteilte, nur weil sie in den von einer revolutionären Besatzung eingenommenen Zeitungsgebäuden arbeiteten. Die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs hat man freigesprochen oder entfliehen lassen. Marloh für die Ermordung der Matrosen weniger bestraft als belobt. Die Mörder Jogisches und Dorenbachs hat man außer der Reihe befördert. Die Anstifter zu diesen Untaten, insbesondere die hochstehenden intellektuellen Urheber zu der Ermordung Haases, sind von der Justiz völlig unbehelligt geblieben. Für alle diese Greueltaten tragen die deutschen Regierungen die volle rechtliche, politische und moralische Verantwortlichkeit. Was aber auch an Korruption und Verbrechen aufgedeckt zu werden vermag, es findet seine Bewunderer in der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Presse. Die deutsche Rechtspflege ist in ihren Grundlagen erschüttert, die Militärjustiz vollkommen verrottet.

Die bürgerliche Klasse ist so in ihre Lüge eingesponnen, daß sie bei ihren Justizakten nicht mehr weiß, inwieweit sie mit ihrer Komödie die anderen Klassen und wie weit sie sich selbst betrügt. Nichts beweist den Zusammenbruch der bürgerlichen Rechtsüberzeugung klarer, als die freudige Zustimmung der „verdienenden" Bürger und der Büreaukratie zu solchen Attentaten gegen die Gerechtigkeit.

Politische Rundschau

Deutschland

Der Marloh-Prozeß

(Schluß.)

Das Urteil gegen Marloh teilten wir bereits vorgestern mit. In der Begründung heißt es:

Die Erschießung, die am 11. März stattgefunden hat, war objektiv unberechtigt, auch unter Berücksichtigung der ergangenen Befehle. Die Personen, die mit Waffen dort erschienen sind, hatten Waffenscheine von der Kommandantur Berlin, also von der zuständigen militärischen Ortsbehörde. Solche Scheine hatten die Zahlmeister Jakobowsky, Lietzau und Harder. Es ist selbstverständlich, daß der Einwand des Angeklagten, diese Waffenscheine wären nicht gültig, nicht zutreffend ist. Er hätte sich bei ruhiger Ueberlegung sagen müssen, daß zwar alle Ausweise und Waffenscheine der V. M. D., die vor dem 7. März ausgestellt waren, ungültig waren, daß aber Waffenscheine der zuständigen Behörde, ausgestellt nach dem 7. März, gültig waren. Die Erschießung der dreißig Mann war auch deshalb unberechtigt, weil nach den Bestimmungen des Standrechtes eine Erschießung nur sofort zulässig ist. Es ist unrichtig, daß der Angeklagte Plünderer erschossen hat. Eine Erschießung von Plünderern ist nur zulässig, wenn Leute auf frischer Tat beim Plündern gefaßt werden. Es können auch nicht die Bestimmungen über den Waffengebrauch herangezogen werden, um die Erschießung berechtigt erscheinen zu lassen. Zugegeben ist, daß der Angeklagte sich in einer bedrohlichen Lage befunden hat. Aber diese Lage war nicht so bedrohlich, daß er zum Waffengebrauch berechtigt war. Bei dem großen Haß, der zwischen den Regierungstruppen und der V. M. D. damals herrschte, hält es das Gericht für absolut sicher, daß schon bei den ersten Anzeichen einer Meuterei geschossen worden wäre. Daß nicht geschossen wurde, zeigt, daß von einer so dringlichen Bedrohung, daß die Erschießung hätte vorgenommen werden müssen, nicht die Rede war. Dazu kommt, daß der Angeklagte gar nicht gegen meuternde Gefangene vorgegangen ist, sondern daß die Erschießung erst längere Zeit später, als bereits die Verstärkung eingetroffen war, vorgenommen worden ist, also zu einer Zeit, wo von einer Bedrohung gar nicht die Rede sein konnte. Zu prüfen ist, ob der Angeklagte durch einen Befehl seiner Vorgesetzten gedeckt ist. Bei der Prüfung dieser Frage kommt es nur darauf an, was Marloh durch die Leutnants Schröter und Wehmeyer übermittelt worden ist. Die Schrötersche Uebermittelung war so allgemein gehalten, daß der Angeklagte diese nicht als einen Befehl in Dienstsachen hat aufgefaßt haben können. Das Gericht ist außerdem der Ueberzeugung, daß bei der Art der Uebermittlung durch Schröter der Angeklagte nicht die Ueberzeugung gehabt haben kann, daß es sich um einen Dienstbefehl handle. Dann ist zu prüfen, ob der Angeklagte auf Grund der ihm von Leutnant Wehmeyer gemachten Mitteilungen glauben konnte, es handle sich für ihn um einen dienstlichen Befehl zur Erschießung. Das Gericht hat keinen Zweifel darüber, daß in dieser Mitteilung nicht etwa ein Privatgespräch Reinhard—Kessel—Wehmeyer zu erblicken ist, sondern daß in so ernster Zeit und einer so ernsten Angelegenheit selbstverständlich ein Dienstbefehl vorgelegen hat. Dieser Dienstbefehl konnte, darüber ist das Gericht nicht im Zweifel, nur dahin aufgefaßt werden, der Angeklagte solle, gestützt auf die allgemeinen Dienstbefehle, energisch vorgehen und nötigenfalls von der Waffe Gebrauch machen, anders konnte nach dem Wortlaut der Befehl nicht aufgefaßt werden. Der springende Punkt ist aber, wie hat der Angeklagte den Befehl aufgefaßt? Berlin stand damals unter dem Eindruck schwerster Bürgerkämpfe. In Rücksicht gezogen werden muß auch, daß der Angeklagte ein Mann ist, der, wenn auch geistig vollkommen zurechnungsfähig, doch infolge seiner schweren Kopfverletzung anders zu beurteilen ist, als ein normaler Mann. Das Gericht hat unter Berücksichtigung des ganzen Sachverhaltes den Eindruck gewonnen, daß im vorliegenden Falle der Mensch Marloh, der kein Rohling ist, mit dem Soldaten Marloh einen schweren Kampf gekämpft hat. Der Angeklagte hat sicherlich nicht gewußt, was er mit dem erhaltenen Befehl anfangen sollte und hat den Befehl in seiner Seele hin und her gewälzt. Bei der Erziehung des Angeklagten und seiner Neigung zum unbedingten Gehorsam, ist der Angeklagte schließlich, nach der Ueberzeugung des Gerichts, zur Ansicht gekommen, es liege hier ein Befehl zum Erschießen vor, eine Befehl, der ihm die Erschießung zur Pflicht macht. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß Marloh vielleicht auf Grund des Vorwurfes, er sei schlapp, nun hat zeigen wollen, daß dieser Vorwurf nicht berechtigt ist, aber dieser Nachweis hat sich nicht erbringen lassen und so hat das Gericht in diesem Zweifelsfalle zugunsten des Angeklagten sich entscheiden müssen, daß er auf Grund des Befehls zur Erschießung geschritten ist. Hat der Angeklagte aber geglaubt, einen strikten Befehl zur Erschießung zu haben, trifft ihn eine Schuld nicht und er ist deshalb von der Anklage des Totschlags freizusprechen.

Anders liegt die unerlaubte Entfernung. Der Angeklagte ist am 2. Juni fortgegangen, obwohl er wußte, daß ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Seine Behauptung, er sei des Glaubens gewesen, von seinem unmittelbaren Vorgesetzten Urlaub bekommen zu haben, ist nicht stichhaltig. Der Angeklagte ist also wegen unerlaubter Entfernung ohne weiteres zu bestrafen. Das Gericht hat aber berücksichtigt, daß der Angeklagte in sehr erheblicher Weise durch Vorgesetzte, vor allem aber durch seinen Verwandten Pfarrer Rump, beeinflußt worden ist, fortzugehen. Das Gericht hat geglaubt, auf die niedrigste Strafe von drei Monaten und, da es sich bei dem Angeklagten nicht um unehrenhafte Motive handelte, auf Festungshaft erkennen zu sollen.

Eine Urkundenfälschung hat der Angeklagte sich nicht zuschulden kommen lassen, er hat aber gefälschte Legitimationspapiere benutzt. Hierfür hält das Gericht eine Geldstrafe von 30 Mark für ausreichend.

Republikanische Pressefreiheit — — oder — der Kuli des Oberbefehlshabers

Bekanntlich war vor längerer Zeit die Broschüre Karl Liebknechts „Militarismus und Antimilitarismus" beim Verleger Adolf Hoffmann beschlagnahmt worden, desgleichen etwa 10 000 Bogen mit Porträts des Autors, u. a. auch seiner Totenmaske. Diese Beschlagnahme wurde vom Oberreichsanwalt auf Grund einer Verfügung des Rates der Volksbeauftragten aufgehoben: mit dem Erfolge, daß das Berliner Oberkommando in den Marken (Noske) sie abermals auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. 6. 1918 aussprach. Eine Beschwerde hatte Erfolg: das Oberkommando zog seine Maßnahme zurück.

Nun schwang Herr Eugen Ernst, der rechtssozialistische Polizeipräsident von Berlin, sich in die Krücken eines ehrwürdigen Gesetzes von anno tobback, um die Arbeit des verhaßten Liebknecht vom Volke fernzuhalten: er verfügte ihre erneute Beschlagnahme auf Grund des § 10, II des Allgemeinen preußischen Landrechts aus dem Jahre 1700? Und zeigte durch diese Tat, daß er Ordre zu parieren verstand. Denn in einem Schreiben des Oberkommandos heißt es:

„. . . Der Herr Oberbefehlshaber hat von einer Beschlagnahme auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes Abstand genommen, jedoch dem Herrn Polizeipräsidenten von Berlin anheimgestellt, Maßnahmen auf Grund § 10, II 17 A. L. R. zu treffen." — —

Was auch untertänigst geschehen!

Das Possenspiel der verfassungswidrigen Einschränkung der Pressefreiheit läuft also in folgendem Zirkel: das Reichsgericht hebt eine Beschlagnahme auf, das Oberkommando verfügt sie neu, sektifiziert sich dann und gibt dem Polizeipräsidenten Anweisung zur erneuten Beschlagnahme. Dann kann die Geschichte von neuem beginnen und wir haben dauernd als Bild der republikanischen Rechtssicherheit und Pressefreiheit das Bild eines Köters, dem der Schwanz am Maule festwuchs!

Während diese Zeilen gesetzt werden, kommt die Nachricht, daß die beschlagnahmten Broschüren und Bilder in sehr ramponiertem Zustande dem Verlage wieder zugestellt worden sind. Die Beschlagnahme ist also wieder mal aufgehoben. Wer von den Verfassungshütern spricht sie nun erneut aus? Immer ran, nur nicht genieren!

Das Reichsnotopfer

Die Not zwingt die Regierung, auch einmal einen steuerlichen Griff in das Portemonnaie der Besitzenden zu machen. Das peitscht die Wut der Vertreter des Besitzes zur Siedehitze an. Die Nationalversammlung ist seit Dienstag mit der zweiten Lesung des Reichsnotopfers beschäftigt. Es war schon Herr Prof. Rieser, der seinen Unwillen über diese Art Steuergesetzgebung zum Ausdruck brachte und ihm folgte dann der frühere Krupp-Direktor Hugenberg mit massiven Angriffen auf Erzberger und die rechtssozialistische Regierung. Er läßt an der Finanzpolitik der Regierung kein gutes Stück. Zwangswirtschaft und Steuerwirtschaft sind ihm ein Greuel. Er ist so boshaft, die Herren Noske, Lensch und Wissel als Kronzeugen für seine Kritik anzuführen. Von der Republik spricht er natürlich nur als von einer sogenannten sozialistischen Republik. So versteigt er sich zu der Behauptung, die deutschen Arbeiter würden sich noch nach den früheren Kapitalisten zurücksehnen. Hugenberg ist der Meinung, daß das Reichsnotopfer die Entente veranlassen könnte, die Einnahmen aus dem Reichsnotopfer für sich zu reklamieren und in der Hitze der Polemik gegen Erzberger, der diese Gefahr heraufbeschworen habe, verstieg er sich zu der Bemerkung, es sei dann schon besser, die Entente gleich in das Ruhrgebiet einmaschieren zu lassen. Nach diesen Worten erhob sich ein furchtbarer Sturm. Die Rechtssozialisten, aber auch die Demokraten und das Zentrum schrien ununterbrochen:

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

44]

Das Telephon auf dem Schreibtisch blitzte ihn magisch an. Er brauchte ja nur . . .

Rasch riß er Hertas Brief aus der Tasche, obschon ihm ihre Fernsprechnummer bereits fest im Gedächtnis saß — und stellte Amt und Ziffer noch einmal genau fest, dann griff er nach dem Hörrohr — ließ es aber dennoch unberührt.

Eine Angst hielt ihn ab, Herta jetzt anzurufen.

Gut, daß er davon abgelassen, denn im nächsten Augenblick schellte die Wohnungsglocke draußen schrill und drohend.

Er erschrak so heftig, daß er sich über seine eigene Nervosität entsetzte. Mit gespanntem Lauschen horchte er hinaus, es dünkte ihn eine Ewigkeit, bis der Diener den langen Gang von den Wirtschaftsräumen her nach vorn zum Entree durchmessen hatte, um zu öffnen.

Dabei hatte Jordan ein Gefühl, es sei das Schicksal selbst, das da draußen vor seiner Tür stand und an sie pochte.

Endlich — endlich öffnete der Diener — nur wenige Worte wurden draußen gewechselt — die Türen sogleich wieder geschlossen.

Ein Telegramm also.

Der Depeschenbote.

Eine Nachricht von Rosalinde.

Sein Herz klopfte so, daß er kaum Atem hatte.

Der Diener kam — im Schneckentempo wie es Jordan dünkte, herein. Er brachte etwas auf silbernem Brett.

Das Telegramm — das Telegramm . . .

„Rasch doch ein bißchen!" knurrte Jordan. Der Diener beschleunigte seinen Schritt. Mit starren Augen sah Jordan auf das Silberbrett — im nächsten Moment hielt er einen Brief ohne Marke in der Hand. Die Adresse zeigte Hertas stolze und anspruchsvolle Schriftzüge.

„Wer hat das gebracht?"

„Ein Eilbote der Paketfahrt."

„Es ist gut."

Der Diener ging.

Jordan riß den Umschlag auf — — er enthielt ein weißes Blatt, in das der Tausendmarkschein eingefaltet war.

Kein Wort — keine Silbe sonst . . .

Jordan wiegte seinen heißen Kopf. Wieder spielte jenes wohlgefällige Schmunzeln um seinen Mund.

Stil — wirklich Stil, dachte er, Haltung. Einfach fein! Famos — wie der Balg jeden Streich pariert. Nichts — nicht das Geringste läßt sie sich bieten.

Schlag gegen Schlag.

Da hatte er die Antwort. Prachtvoll.

Aber dabei doch auch ein bißchen sehr rücksichtslos, ihm den Schein in die Wohnung zurückzuschicken.

Wenn nun Rosalinde . . .

Jordan griff nach dem Umschlage, „Persönlich abzugeben" stand groß auf der Aufschrift. Was konnte Herta dafür, daß der Bote nicht seine Pflicht tat und den Brief in unrechte Hände gab?

Rücksichtslos blieb diese Sendung doch, denn wenn Rosalinde zu Hause gewesen wäre, wie leicht hätte es geschehen können . . . Nein, wirklich rücksichtslos . . .

Na — und er selbst? War er selbst etwa sehr feinfühlend vorgegangen? Dieses Geld ohne ein begleitendes Wort an Herta zu senden?

Sie war völlig im Recht. Und ihm gefiel das, gefiel ihm über die Maßen.

Jetzt griff er zum Hörrohr und forderte Kurfürst 11 891. Eine fremde Stimme — die der Köchin vermutlich, meldete: „Hecker".

„Kann ich Fräulein Herta sprechen?"

„Wen darf ich melden?"

„Hier — — der Herr vom Lützowufer."

„Einen Moment . . ."

Nach einer ganzen Weile Hertas weiche Stimme:

„Ja?"

„Du hast mir den Schein zurückgeschickt?"

„Kauf' dir 'n Rittergut dafür."

„Kann ich dich sprechen?"

„Gewiß."

„Ich komme."

„Gut."

Auf dem Wege zu Herta fühlte Jordan, wie die Beklommenheit wieder von ihm Besitz ergriff, jene ganz seltsame Beengtheit, die er jedesmal empfand, wenn er sich auf den Weg zu Herta begab. Je länger er das Mädchen kannte, um so höher steigerte sich diese Empfindung. Sie legte sich beengend wie ein Ring um sein Herz und machte sein Atem schwer. Zu jedem Wiedersehen ging er eigentlich wie zum Kampf. Er rüstete sich in seinen Gedanken zu diesem Zusammenstoß, als sollte er einem Feinde begegnen, und erwog besonders genau die Frage, ob er von Rosalindens Abreise dem Mädchen etwas sagen sollte. Er kam zu einem entschiedenen Nein.

Was ging das Herta an, was zwischen ihm und Rosalinden spielte?

Die Zeiten waren vorüber, in denen er dem Narrentraum einer Flucht mit Herta nachgehangen. Sein Haus und sein Abenteuer — das sollten fortan zwei sehr getrennte Dinge bleiben, die man am besten scharf und entschieden weit auseinanderhielt.

Mit einem Freudenschrei empfing Herta dieses Mal ihren Freund. In ihrem maigrünen, seidenen Hausgewande, das einen so pikanten Farbenkontrast zu ihrem goldenen Haare gab, öffnete sie selbst die Entreetür und fiel noch in dieser Jordan um den Hals.

„Endlich," flüsterte sie, „endlich," und preßte ihn an sich, daß er die Luft verlor. Dann ließ sie von ihm ab, trat einen Schritt zurück und strahlte ihn mit dem Ausdruck wirklicher und echter Herzensfreude an. Es zuckte um ihren Mund.

„. . . mich so — so lange zappeln zu lassen."

Jordan schloß indessen gemessen und langsam die Tür und zwang den Aufruhr seines Blutes mit ingrimmiger Willensgewalt zur Ruhe. Er lauschte und lauerte mit schärfsten Sinnen auf jeden ihrer Töne, um das Gemachte, Unechte, Gespielte herauszuhören — — —

Umsonst. Alles klang goldecht — frisch aus bewegtem Herzen heraus.

War sie aber doch eine Komödiantin — und ihr Gefühl nur vorgetäuscht, dann fand sich ihresgleichen kaum wieder in der Welt.

Er fühlte, wie sein Argwohn, sein Mißtrauen schmolz und wich, und wie die Freude in ihm hochschoß, der Jubel darüber, von einem solchen Wesen gern gemocht zu werden.

Fest und entschieden hatte er sich bei dem Ersteigen der Treppen zu Hertas Wohnung noch vorgenommen, heute den Reservierten, Kühlen, Ueberlegenen zu spielen, besonders deshalb, weil sie ihm das letztemal ihren Widerwillen gegen gefühlsselige Männer so urdeutlich zu erkennen gegeben — und nun stand er doch wieder in dieser engen Diele, die mit billigen, weißen Lackmöbeln ausstaffiert war und mit einem pompösen, im Ton ein wenig schreienden, purpurrot sammetenen Läufer — und starrte verzückt auf diesen Blondkopf, der strahlend und lachend vor naiver Freude unter dem elektrischen Wandarm schimmerte, in dessen rötlicher Lichtflut Hertas berückende Farben, das Gold des Haares, das Türkisblau der Augen, der Schnee des Halses im tiefen Herzausschnitt der maigrünen Seide leuchtete.

Jordan war im korrekten Gehrock, und Herta nahm den Freund bei der Hand und führte ihn durch die kleine Wohnung, die ohne sonderlichen Mißgeschmack mollig und wohnlich eingerichtet war und von Sauberkeit strahlte. Das nach der Straße zu gelegene zweifenstrige Schlafzimmer mit dem unwahrscheinlich großen weißen, baldachingekrönten Himmelbett, den Spitzbogen über den Türen, der tiefblauen dicken, sammetenen Bodenbespannung, der blauen Ampel, dem riesenhaften, eisbärfellbelegten Diwan, den gerahmten Nacktheiten an den Wänden — wies die Kokottennote freilich sehr eindringlich auf.

Im Wohnzimmer stand wieder ein mächtiger Flügel.

(Fortsetzung folgt.)

Landesverräter, Schluß, herunter von der Tribüne, so daß Hugenberg überhaupt nicht mehr zu Worte kommen konnte und der Präsident in seiner Hilflosigkeit die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagte. Nach Wiedereröffnung mahnte Vizepräsident Haußmann namens des Senioren-Konvents das Haus, die Redefreiheit zu wahren und schließlich konnte Hugenberg auch weiter sprechen. Die Entgleisung Hugenbergs diente den Herren Erzberger in der gestrigen Sitzung und Braun und verschiedenen anderen Rednern in der heutigen Sitzung als willkommener Anlaß zu heftigen Polemiken gegen Hugenberg. Von der rechtssozialistischen Seite sprach Braun, Nürnberg, aber viel weniger zu der Steuervorlage als gegen Hugenberg. Seine ganze Rede war auf diese billige Polemik aufgebaut. Vom Zentrum nahm der Aachener Oberbürgermeister Farwick zur Steuervorlage Stellung, wesentlich sachlicher als der Rechtssozialist, aber natürlich verwahrt er, der im besetzten Gebiete wohnt, sich auch energisch gegen den großkapitalistischen Freund der Entente Hugenberg. Die Beratung geht weiter.

Schlichtungsausschuß und Reichspostministerium

Wenn irgendwo die Arbeiterschaft es ablehnt, in Lohndifferenzen sich einem ihr ungünstigen Schiedsspruch zu beugen, geht gleich ein Geschrei über die Gewissenlosigkeit ihrer „Streikhetzer" verbunden mit Beschimpfungen über die Unverschämtheit der Arbeiterforderungen los. Besonders tun sich in solchen Fällen die Rechtser in den Gewerkschaften wie ihrer Parteiorganisation hervor.

Bei einem erneuten Fall der Ablehnug eines Schiedsspruchs aber, der die Arbeiterschaft zum Streik trieb, hört man sie nicht: ist doch hier eine hohe Reichsstelle, nämlich das Reichspostministerium, der Friedensstörer. Es lehnte einen Spruch des Kölner Schlichtungsausschusses ab, der den Postaushilfen im mittleren Beamtendienst der Postverwaltung Köln für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 1. Oktober 1919 einen 25prozentigen und vom 1. Oktober ab bis zum Abschluß eines Reichstarifes einen 40prozentigen Lohnaufschlag zubilligte, für die Erhöhung der Kinderzulage auf 50 Mark festsetzte. Im Schiedsspruch heißt es ausdrücklich, daß auch der Vertreter der Oberpostdirektion Köln die Notwendigkeit der Bezüge anerkenne und daß die Lohnsätze der Postaushelfer ihre Existenz nicht ermöglichen.

Vorverhandlungen, die durch den Zentralverband der Angestellten mit dem Reichspostministerium geführt wurden, blieben ohne Resultat. Selbst dann, als darauf hingewiesen wurde, „daß schon um des Ansehens der Schlichtungsausschüsse wegen der Schiedsspruch eine bessere Behandlung erfahren müsse, als die Ablehnung durch das Reichspostministerium." In diesem lebt nach wie vor Kraetkes engherziger, reaktionärer Geist, nur sein Träger hat den Namen gewechselt.

Die Postaushelfer wollen nunmehr die Anerkennung des Schiedsspruches durch Streik erzwingen. Wo bleibt die Regierung, deren Organe durch eines ihrer Ressorts so brüskiert werden, daß daraus ein Streik notwendig entstehen mußte? Will sie etwa auf diese Weise moralisch Eroberungen im Rheinland machen?

Boshaftigkeiten

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 29. Juli 1919 war beschlossen worden, alle Protokolle über die vertraulichen Sitzungen des Hauptausschusses und der Siebenerkommission des Reichstages zu veröffentlichen.

Die Konservativen stellen nunmehr die kleine Anfrage, wann eigentlich dieser Beschluß in die Tat umgesetzt werden würde!

So eine gemeine Blase, dachten Herr Scheidemann tutti quanti, als sie davon hörten! Sie will sie durchaus kompromittieren. Denn aus den Protokollen geht klar und deutlich die Kriegswaffenbrüderschaft mit den Konservativen sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie hervor! Sodaß man wohl nicht zu Unrecht annehmen darf, die Verzögerung der Veröffentlichung finde in dieser Tatsache seine Gründe.

Hauptmann v. Kessel verhaftet

Der erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I antragsgemäß gegen den Polizeihauptmann von Kessel einen Haftbefehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und Herausforderung zum Zweikampf erlassen hat und Kessel heute in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist.

In und um Elbing

Gerichtsvollzieher und Schuldner

Die gegenwärtige Zeit ist für die große Mehrzahl der Menschen nicht schön und mancher, der nie glaubte, daß es mit ihm so weit kommen könne, macht notgedrungen mit Schulden und wenn es ganz schlimm kommt, auch mit dem Gerichtsvollzieher Bekanntschaft. Daß der Letzere nirgends als lieber Freund empfangen wird, ist begreiflich. Andererseits aber sollte auch niemand dem Beamten sein Amt nachtragen und ihm mit offener Grobheit begegnen oder wohl gar tätlichen Widerstand entgegensetzen. Das bringt letzten Endes nur für den Schuldner neue Nachteile mit sich. Und zudem ist es verkehrt, in dem Beamten den Feind zu sehen. Das bürgerliche Recht hat auch für den Schuldner mehrere Schutzbestimmungen geschaffen und dem Gerichtsvollzieher liegt nicht nur die Pflicht ob, die gegen den Schuldner gerichteten Gesetzbestimmungen anzuwenden; er hat ebenfalls die schützenden zu Rate zu ziehen und tut dies auch. Verkehrt ist es daher, wenn jemand, der das Unglück hat mit dem Schuldgesetz in Konflikt zu geraten, dem Gerichtsvollzieher mit Feindseligkeit engegentritt.

Wenn in folgendem dem Schuldner einige Winke für den Fall der Vollstreckung gegeben sind, so wenden sie sich nicht an den gerissenen, wenn ich so sagen darf, gewerbsmäßigen Schuldner. Er kennt oft das Gesetz besser als ein Advokat. Und wie er längst ein Virtuose geworden ist in der Kunst, das Recht zu seinen Gunsten zu kehren und dem Gläubiger, wenn es geht, ein Schnippchen zu schlagen, so weiß er sich das zu bescheiden, wo er nicht anknüpfen kann. Dem weniger gewiegten Schuldner aber möge frommen:

1. Oeffne dem Gerichtsvollzieher willig Wohnung, Schränke und Behältnisse; denn er ist sonst befugt, sie öffnen zu lassen.
2. Enthalte dich jedes Widerstandes, denn der Gerichtsvollzieher kann sonst Gewalt anwenden und die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Du machst dich dabei strafbar.
3. Mache dem Gerichtsvollzieher keine Schwierigkeiten, wenn er eine Sache pfändet, die du für unentbehrlich und unpfändbar ansiehst, denn die erste Entscheidung hierüber ist in seine Hand gelegt und du darfst und mußt zu ihm das Vertrauen haben, daß er seine Entscheidung mit vollem Bewußtsein der ihm übertragenen Verantwortlichkeit trifft. Fühlst du dich benachteiligt, so führe Beschwerde beim Gericht und verlange Freigabe.
4. Lege es dem Beamten nicht als persönliche Bosheit aus, wenn er unter deinem Widerspruch die Pfandmarke an einer leicht bemerkbaren Stelle anbringt. Er tut damit nur seine Pflicht; denn die Wirkung der Pfändung ist durch deren Kenntlichmachung bedingt. Du kannst also nicht verlangen, daß das Pfandsiegel an der Bodenseite des Teppichs, an der Rückseite des Bildes angehaftet wird.
5. Du mußt den Gerichtsvollzieher im Winter von 6 Uhr früh, im Sommer von 4 Uhr früh bis 9 Uhr abends seines Amtes walten lassen.
6. Du hast dir an jedem Ort, wo du angetroffen wirst, auf dem Bahnhof, auf dem Spaziergang, im Restaurant die Pfändung gefallen zu lassen. Du kannst nicht verlangen, daß dies nur in deinem Geschäftslokal oder in deiner Wohnung geschieht.
7. Auch häufig mußt du dir die Anwesenheit des Gläubigers gefallen lassen.

Elbinger Stadttheater

Freude und Jubel herrschte gestern abend im hiesigen Stadttheater. Hatte doch die Direktion das Weihnachtsmärchen „Der gestiefelte Kater" zur Aufführung herausgegeben. Wie der ungeteilte Beifall bewies, war der Erfolg bei der kleinen Zuhörerschar unbestritten. Besonders die Hauptfigur, der gestiefelte Kater, löste wahre Beifallsstürme aus. Der Inhalt lehnt sich eng an das bekannte Märchen an, wenn auch nicht immer die Feinheiten desselben zum Ausdruck gebracht werden können. Die Spielleitung hatte durch fleißiges Arbeiten sehr gute Wirkungen erzielt, die wesentlich zum gestrigen Erfolg beitrugen. Das Hauptinteresse erweckten natürlich die jugendlichen Darsteller. Man sah es den Zuhörern an, daß die Vorgänge auf der Bühne von ihnen miterlebt wurden und selten wohl haben Darsteller ein dankbareres Publikum gefunden. Die Rolle des Katers wurde von der kleinen Blumenfeld sicher und mit Humor gespielt. Es war eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Die Zusammenkunft der Waldgeister im 2. Bild sprach ebenfalls sehr gut an. Besonders der kleine Schäfer verstand es, seine Rolle mit Humor und Würde zu spielen. Der Toffel, dargestellt durch Herrn Hille, und die schläfrige Magd des Frl. Blumenfeld errangen einen durchschlagenden Erfolg. Wahre Heiterkeitsstürme erzielten beide durch ihren derben Humor. Auch die übrigen Darsteller sprachen sehr gut an. Besonders erwähnenswert waren die eingelegten Tänze. Der Tanz der Pilze und der Elfenreigen im 2. Bilde mußte wiederholt werden. Die Freude und Heiterkeit im Zuschauerraum übertrug sich zeitweise auch auf die Darsteller, doch konnte das dem Ganzen keinen Abbruch tun. Die Aufführung dürfte auch in den nächsten Tagen ihre Zugkraft beibehalten und dankbare Zuhörer finden.

Elbinger und Marienburger Zeitung

Zum Marlohprozeß hat die Elbinger Zeitung noch nicht ein verurteilendes Wort über die dort enthüllten Skandale gefunden. Mit ihrem Urteil über den Leipziger Parteitag war sie rascher bei der Hand. Es dürfte deshalb die Leser interessieren, wie anderswo von bürgerlichen Blättern über diese Dinge geurteilt wird. Die Marienburger Zeitung, ein hochkonservatives Blatt, schrieb dazu, nachdem sie zunächst für Marloh nach Entschuldigungsgründen gesucht hatte:

> Auf einem anderen Blatt steht, was nach dem 11. März passiert ist, um die traurige Sache dem Richterspruch zu entziehen. **Was hier an Vertuschungsmanövern, an Fälschungsversuchen, an dienstlichen Einwirkungen von oben her, an seelischen Torturen wie an plumpen Bestechungen aufgedeckt worden ist, übertrifft, man muß es rückhaltlos aussprechen, die schlimmsten Erwartungen.** Nichts, aber auch rein garnichts können die hier Schuldigen zu ihrer Entlastung anführen. Wenn sie sagen, daß es sich darum handelte, Reinhard und Noske zu retten, ohne die der Bolschewismus über uns gekommen wäre, so könnte **mit solchen Rechtfertigungen schließlich jedes Verbrechen gedeckt werden.** In Wirklichkeit ist eine gute und gerechte Sache immer nur mit anständigen Mitteln zu halten — muß zu dunklen Machenschaften gegriffen werden, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben, so ist es schon um sie geschehen. Jetzt wird auch Herr v. Kessel einsehen, welchen Bärendienst er der Regierung geleistet hat, als er sich auf seine Weise des Oberleutnants Marloh annahm.
>
> Was wird, was kann die Regierung tun? Zunächst muß sie natürlich der Gerechtigkeit ihren Lauf lassen, das ist selbstverständlich. Aber danach entsteht, ebenso selbstverständlich, die Frage: **wen trifft die Schuld für diese schmählichen Dinge, die moralische, wen die politische Verantwortung?** Damit, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird in dem Augenblick, wo sie ans Tageslicht gekommen sind, ist es nicht getan; die brennende Frage ist gestellt: Wer ist dem deutschen Volke verantwortlich für diesen **Abgrund der Korruption,** der sich plötzlich vor seinen Blicken aufgetan hat? Die Nationalversammlung ist zur Stelle. Sie muß hier nach dem Rechten sehen, unverzüglich und unbarmherzig.

So wenig wir sonst mit der Marienburger Zeitung übereinstimmen, diesmal können wir nicht anders, als feststellen, daß ihre Haltung einwandfrei ist. In einigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Mitteilungen aus dem Gang des Prozeßverfahrens, darf sich die Aufgabe einer Zeitung nicht erschöpfen. Hier heißt es Farbe bekennen und aussprechen, was ist.

Elbinger Polizeinachrichten

Der im Laufe des Sommers in den Geschäftsräumen des Metallarbeiter-Verbandes verübte Einbruch hat seine Aufklärung gefunden. Der bei der Polizei bekannte Schlosser Egli, früher in Elbing, wurde in Barmen verhaftet. Bei der Untersuchung fand man 2 Geldschrankschlüssel, die sich als die seinerzeit gestohlenen Schlüssel des Metallarbeiterverbandes feststellen ließen. Wahrscheinlich hat E. die Schlüssel behalten, um zu geeigneter Zeit einen neuen Einbruch zu verüben.

Ostdeutsche Nachrichten

Dem „Schutze" der Verbrecher anvertraut

Eine Depesche aus Königsberg meldet:

„Zum Schutze der ostpreußischen Grenze gegen nachdrängende lettische Banden sind jetzt militärische Maßnahmen in die Wege geleitet. Von der im Anmarsch befindlichen Eisernen Division wird jetzt der eingetroffene erste Teil zum Schutze der Grenze nach Memel geleitet. Auch die später eintreffenden Teile der Eisernen Division sollen laut Verfügung des Wehrkreiskommandos zum Grenzschutz verwendet werden."

[redacted]

Der Oberpräsident von Ostpreußen, Winnig, hielt in einer Versammlung der Deutschnationalen in der Börse in Königsberg eine Ansprache, in der er sich warm für die Kämpfer im Baltikum einsetzte, denen man tiefen Dank und Anerkennung schulde.

„Ich denke noch", so etwa führte er aus, „an die bangen Stunden, als ich die Aufgabe übernommen hatte, für die Unversehrtheit der Ostgrenze des Reiches einzutreten, und ich erinnere mich gern des beglückenden Gefühls, als ich die Nachricht erhielt, daß das Korps v. Plewe sich auf dem Marsche befinde."

Wenn seinerzeit unter dem Eindruck der Ereignisse harte Worte über die Baltikumkämpfer gefallen seien, so könne er dem nicht beipflichten. Für ihn seien die Baltikumkämpfer keine Plünderer und Verbrecher, sie seien vielmehr Leute, die sich zu hohe Ziele gesteckt hätten und im guten Glauben auf der Suche nach einer neuen Welt scheiterten. Was die Gefahren, die Ostpreußen durch den Bolschewismus drohen, angehe, so sei die Lage Ostpreußens noch nie so ernst gewesen wie jetzt.

Damit hat der wandlungsfähige Winnig seinem Ruhmeskranze ein neues Blatt zugefügt. Ostpreußen wird also die neue Domäne der baltischen Meuterer, die von Rechtswegen ins Zuchthaus gehören, in einem Augenblick, wo die Partei, der Herr Winnig angehört, in ihren Zeitungen eine offizielle Erklärung losläßt in der sie feststellt:

> Die Kohlennot Ostpreußens ist zum weitaus größten Teil eine Folge des Ungehorsams der Baltikumtruppen.
>
> Diese von den Deutschnationalen und Alldeutschen geschürte und unterstützte Widersetzlichkeit jener Truppenverbände hat uns die wochenlange Ostseeblockade gebracht und eine rechtzeitige Versorgung Ostpreußens unmöglich gemacht.
>
> Welches Ziel verfolgen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei?
>
> Sie wollen die Abtrennung Ostpreußens vom Reiche, um die Wiederkehr der Monarchie vorzubereiten und mit deren Hilfe dann den Revanchekrieg gegen Frankreich in Kürze vom Zaune zu brechen.

Wem jetzt noch nicht die Augen aufgehen über die Konsequenz der rechtssozialistischen Politik, dem ist nicht mehr zu helfen.

Was die westpreußischen Arbeiter in Polen erwartet

Nach der Warschauer Zeitung Nowodnyk führt der Führer der polnischen Sozialdemokraten, der Abgeordnete Daszynski in seiner letzten Landtagsrede einen äußerst scharfen Feldzug gegen die Regierung. Er führte u. a. aus:

„Es kommt zu immer unhaltbareren Zuständen, da die Hauptstadt keine Räumlichkeiten für die Unterbringung der Kranken hergibt. Ist es nicht eine Schmach für unser Reich, wenn ein kranker Bergmann 60 Pfg. täglich Unterstützung erhält! Die Regierung wird weder regiert, noch regiert sie selbst. Die Regierung ist eine Null. Alles machen die Landräte, denen die örtlichen Großgrundbesitzer und Schleichhändler diktieren, was sie zu machen haben. Die Regierung hat längst das Steuer des Staatsapparates verloren. In Frankreich sind die Bahnhöfe von Scharen von Frauen und Kindern belagert, die auf die Rückkehr nach Polen harren. Aus Mitleid reichen ihnen fremde Leute eine warme Suppe oder warmen Tee, damit sie nicht umkommen. In Frankreich, in der Schweiz und Oesterreich sind Konzentrationslager gebaut. So nimmt sich also Polen seiner Kinder an, und warum? Weil es an einem Menschen fehlt, der hinfährt und der die Sache im Laufe von 48 Stunden erledigt."

Der Marienburger Angestelltenstreik beendet

Unter dem Vorsitze des Ersten Bürgermeisters Pawelcik haben zwischen den Vertretern der beiden Organisationen Verhandlungen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß der Elbinger Schiedsspruch im wesentlichen von den Arbeitgebern angenommen wurde. Der neue Tarif hat bis zum 30. Mai n. J. Gültigkeit. Die Angestellten haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Vom Unglück verfolgt

Unserem Genossen Radtke in Kaminke legt das Schicksal schwere Lasten auf, wie so bald keinem zweiten. Ein Sohn fiel im Kriege. Ein anderer Sohn erlitt im Trommelfeuer einen Nervenzusammenbruch und mußte längere Zeit in einer Heilanstalt zubringen. Eine Tochter von 20 Jahren verlor Radtke innerhalb weniger Tage voriges Jahr. Eine jungverheiratete Tochter war ihr ebenfalls nach kurzer Krankheit vorangegangen. Jetzt hat sich die Frau des Genossen Radtke eine Blutvergiftung zugezogen, der sie erlegen ist. Am kommenden Sonntag wird sie begraben. Genosse Radtke hatte mit der Kranken zu tun und erlitt ebenfalls eine Blutvergiftung. Der ärztlichen Operation, die sofort vorgenommen wurde, gelang es, sein Leben zu retten, doch dürfte einige Zeit bis zur völligen Herstellung vergehen. Radtkes Schicksal, der unter den Arbeitern von Marienburg und Umgegend sehr bekannt und geachtet ist, erweckt allgemeine Teilnahme. Auch die älteren Elbinger Genossen kennen ihn aus der früheren Parteitätigkeit her noch gut und fühlen mit ihm.

Der Kommunist Marberg vor Gericht

Der kommunistische Parteisekretär und Wanderredner August Burgmer aus Aahlen in Württemberg hatte sich vor dem Danziger Schöffengericht wegen Aufforderung zur Begehung von Straftaten zu verantworten. Er trat Anfang November in Danzig unter dem Namen Marberg aus Königsberg auf und hielt in öffentlichen Versammlungen Reden, in denen er Gewalt androhte, wenn der Wille der revolutionären Massen nicht erfüllt würde. In einer öffentlichen Versammlung in Ohra am 3. November sagte er: „Sammelt, sammelt! Was ihr sammeln sollt, wißt ihr. Es ist schade, daß wir die Waffen abgeliefert haben. Wer die Macht hat, hat die Gewalt." In dieser Aeußerung wurde eine Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen erblickt. Burgmer wurde verhaftet und nun aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Amtsanwalt beantragte eine Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Das Gericht sah die Sache jedoch milder an und erkannte auf 170 Mark Geldstrafe. Die Strafe wurde durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt und der Verurteilte freigelassen.

Wir bitten unsere werte Kundschaft, zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** ihren Bedarf an

Zigarren, Zigaretten und Rauchtabaken

in den unten aufgeführten organisierten

Spezial-Geschäften

gefl. decken zu wollen. Diese Geschäfte bieten Gewähr für reelle und preiswerte Ware.

Elbinger Zigarrenhändler-Verein.

Fritz Bauer, Aeuß. Mühlend., Ecke Johannisstr.
Karl Becker, Georgendamm 6
W. Breitfeldt, Inn. Mühlend. 18/19 u. Herrenstr. 44
Buhrmester, Inn. Mühlendamm 4b
Herm. Ellmer, Stadthofstrasse 6
Frl. **Felser,** Johannisstrasse 1
Joh. Gustävel, Alter Markt 18
Frau **A. Hecht,** Johannisstrasse 20b
Aug. Heß, Heil. Geiststrasse 33/34
Gust. Heß, Wilhelmstrasse 2
Ernst Hildebrandt, Bahnhofstrasse 6a
F. Kleefeldt, Inn. Mühlendamm 36
C. F. Krause, Friedrichstrasse 1
B. Kuhn, Heil. Geiststrasse 27
Richard Siebert, Alter Markt 23
Alb. Lange, Hauptstr. 1, Bahnhofstr. u. Alter Markt
Alb. Liebscher, Wilhelmstrasse 43
Frau **Maciejewski,** Schmiedestrasse 1
Murawski & Co., Leichnamstrasse 23
Herm. Penner, Alter Markt 20
Max Reichelt, Burgstrasse 4
Frl. **Rosenbaum,** Herrenstrasse 20
Aug. Schwark, vorm. **Franz Fahlke Nachfg.,** Inn. Marienburgerdamm 2a
Franz Wermter, Königsbergerstrasse 98
Otto Wein, Aeuß. Mühlendamm 1
Frau **H. Wild,** Herrenstrasse 26
Zillgitt, Schmiedestrasse 14

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen
Ortsgruppe Elbing.
Montag, d. 15. Dez. 1919, abends 6 Uhr, im Volkshaus, großer Saal **Mitgliederversammlung**
Hierzu werden sämtliche Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen eingeladen. **Der Vorstand.**

Stadt-Kino

Alter Markt 39
Von Freitag bis Montag:
Der Großfilm einer Sonderklasse mit **Maria Widal**
Der schuldlose Verdacht
oder: **Unschuldig des Gattenmordes bezichtigt.**
Wuchtiges Drama in 4 Akten.
Gehetzte Menschen
oder: **Die angeblich zweifelhafte Vergangenheit der Sonja mit Ciara Kimball-Young.**
! Der große Kulturfilm in 4 Akten !
1. Vorstellung **6.45,** 2. Vorstellung **8.20,**
Sonntags von 3 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.

C.T. Brückstrasse 15 **C.T.**
Von Freitag, d. 12. Dez. bis Donnerstag, d. 18. Dez.:
Die große Sittentragödie!
Lu, die Kokette.
(Das Schicksal eines verführten jungen Mädchens)
Sittenbild in 6 Akten.
Winnepeg der Trapper.
Spannendes Wild-West-Drama in 2 Akten.
Einlagen: **Wie sich das Kino rächt,** Komödie.
Sensationelle Erfindung, Lustspiel in 1 Akt.

Elbinger Sportverein * Siegfried *
veranstaltet
Sonntag, d. 14. d. Mts., im Gewerbehaus
einen
groß. Amateur-Wettstreit im Ringen
für Mitglieder des Vereins.
Es werden Ehrenpreise ausgerungen, die von Herrn Kommerzienrat **F. Komnick** und Herrn **Carlson** gestiftet worden sind.
Beginn der Vorkämpfe: Vorm. 10 Uhr.
Entscheidungskämpfe: Nachm. 4 Uhr.
Zum Schluß: Preisverteilung Theater und Tanz.
Anfang 4 Uhr. Kassenöffnung 3½ Uhr.
Um regen Zuspruch bittet
der Vorstand.

Volkshaus.

Sonntag, den 14. Dezember:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr.

Kartell der freien Gewerkschaften.
Sonnabend, den 13. Dezember, im Volkshaus:
Unterhaltungsabend
mit Tanz.
Anfang 5 Uhr. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Gasthaus „Legan"
Jeden Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.

Verlobungskarten
in geschmackvoller Ausführung
liefert schnellstens
Buchdruckerei
Elbinger Volksstimme
Telephon No. 1071 Spieringstrasse 21

Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut
von
Johann Kaiser, Tischlermeister
Friedrichstrasse 3, Eingang Heil. Geiststrasse, Telephon 1038
empfiehlt sein Lager in
Särgen nebst Ausstattungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten zu angemessenen Preisen.
Eigene Leichenwagen und Träger.

Zigarren
Zigaretten
Rauch-, Kau- u. Schnupftabak
nur reine Qualität, keine Mischware
Georg Cohn
Junkerstr. 43 u. Johannisstr. 16.

Kaffee
frisch geröstet
Guatemala, großbohnig, Pfd. 24,00 Mk.
Santos „ Pfd. 20,00
empfehlen
Hamburger Kaffee-Lager
Gebr. Pfeil
Friedrichstr. 3 u. Inn. Mühlendamm 2a.

Zum Weihnachtsfest

Als **passende Geschenke** empfehle:

Grudeöfen, elektrische Kronen, Zuglampen u. s. w.
Klubtischchen, Rauchtische und Rauchservice, Brotbüchsen, Ofenvorsetzer, Brotschneide-Maschinen, Kaffeemühlen, „Rex"-Einkoch- u. Fruchtsaftapparate, Waschmaschinen, Wäscherollen, Wringmaschinen, Teppichkehrmaschinen, Gardinenspanner u. s. w.

Nickelwaren: Kaffeeservice, Teegläser, Tortenplatten, Tortenheber, Sektkühler, Bowlen, Brotkörbe, Löffelkörbchen, Eierbecher, Zuckerzangen, Krümelgarnituren, Zigarettenkasten, Glasuntersätze u. s. w.

Stahlwaren: Tranchierbestecke, Butter- und Küchenmesser, Geflügelscheeren, Kuchen- und Fleischgabeln, Brot-, Schinken- und Wurstmesser, Messer und Gabeln, Scheeren aller Art, Nagelfeilen u. Nagelbestecke, Rasierapparate, Haarschneidemaschinen, Nußknacker u. s. w.

Ferner: **Rodel-, Stuhlschlitten, Schlittschuhe, Schlittengeläute.**

Aluminium- u. Emaillegeschirre aller Art.
Taschenlampen und Batterien und anderes mehr.

Telephon 1083 **Hermann Bruckert** Brückstr. 3.
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Stadttheater Elbing

Freitag, den 12. Dezember:
Gastspiel des Herrn John Röver vom Luisentheater Königsberg
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.
Sonnabend, den 13. Dezbr., nachmittags **3** Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Ein Weihnachtsmärchen in 5 Bildern.
Abends 7½ Uhr:
Magdalena.
Volksstück in 3 Akten von L. Thoma.
Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags **3** Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Abends 7½ Uhr:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Morgen, Sonnabend Roßfleisch, schieres u. **Klopsverkauf. Metzner,** Hauptstr. 45, Fernruf 659.

Soxleth's Nährzucker
Ramogen
Lebertran-Emulsion
Ovomaltine.
Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.

Kollegen! Empfehle zu den **Weihnachtseinkäufen** mein **großes Lager** in
Rauchwaren
Durch günstige Einkäufe ist es mir möglich, **ebenso billig zu liefern als der hiesige Zigarrenhändler-Verband.**
Kollege **A. Lietzau,** Alter Markt 2.

Gummibälle,
Fußbälle, Fußballblasen,
Jugendschriften, Bilderbücher,
Unterhaltungsspiele, Schach, Salta 2c.
sowie Spielanleitungen für Spiel und Sport
empfiehlt bei größter Auswahl
R. Lengning, Fischerstr. 20/21.

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telefon 553.

10—15 Mark
garantiert täglicher Verdienst; kein Wiederverkauf, nur häusliche Arbeit für jedermann.
— Bitte um Adresse. —
Glimmerkarten-Zentrale R. Bach, Chemnitz, Lerchenstr. 1.

Ein Streichbaß
zu kaufen gesucht **Heinrich Kieper1,** Pangritzstraße 9.

Genossen!
Weihnachtsbäume
sind in großer Auswahl billig zu haben **Herrenstraße 1,** Eingang Neustädt. Wallstraße.

Hämorrhoiden
heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Elbinger Standesamt
vom 12. Dezember.
Sterbefälle: Kellner Fritz Herrmann, 16½ J. — Gewerberat Christian Heinrich August Valentin Cyprian, 62 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 45 | Sonnabend, den 13. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Rechtssozialistische Wahlniederlage. Die Verwaltungsstelle Magdeburg des Metallarbeiterverbandes wählte am Sonntag, den 7. d. Mts., ihren Vorstand neu. Von den dreizehn Neugewählten sind neun Mitglieder der U. S. P., eins der K. P. D. und drei Rechtler. Dies glänzende Resultat wurde erzielt, obwohl die abhängigen Verbandskollegen Himmel und Hölle in Bewegung setzten, um ihre Kandidaten durchzubringen.

Der Strafantrag im Kilianprozeß. Zur gleichen Stunde, in der die Befehlsgeber zum 29fachen Massenmord von einem Berliner Militärgericht ein glänzendes Ehrenzeugnis ausgestellt bekommen und ihr Werkzeug, der Offizier von alter „königlich-preußischer" Tradition Marloh die ehrenvolle Bestrafung mit einem Monat Festungshaft freundlichst quittiert: stellte im Prozeß gegen unsern Genossen Kilian in Halle der Staatsanwalt seinen Strafantrag. Kilian, der seit März d. Jahres in Untersuchunghaft sitzt, ist bekanntlich beschuldigt, der Nötigung gegen den Magistrat Halle durch die Anfrage des Hallenser A.-S.-Rates, ob er sich seiner Kontrolle unterstelle, wozu er berechtigt war, wie das aus den Aussagen hervorgeht, der unbefugten Amtsanmaßung, der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, der Arbeiterbewaffnung und Freiheitsberaubung. Die vernommenen über 160 Zeugen, von denen meist nur die Kilian belastenden vereidigt wurden, (es waren darunter diverse Zuchthäusler und andere schwere Jungen) haben Tatsächliches zum Beweise seiner Schuld nicht beibringen können. Den vorurteilslosen Staatsanwalt kümmert das nicht: er beantragt eine Gesamtstrafe von 5 Jahre Gefängnis! Republikanische Gerechtigkeit: Mörder läßt man laufen, Revolutionäre werden an die Wand gestellt, oder sollen auf Jahre hinter Kerkermauern gesteckt werden!

Und wieder Anklage gegen die Freiheit! Oberstaatsanwalt Krause teilt mit, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur der Berliner Freiheit wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Dr. Weismann und des Staatsanwalts Dr. Zumbroich, enthalten in einem Artikel der Abendausgabe vom 5. Dezember d. J., Anklage erhoben hat.

Angestelltenstreik in Magdeburg? Die Verhandlungen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten von Handel und Industrie in Magdeburg über Wirtschaftsbeihilfe und Erhöhung der Gehaltssätze sind gescheitert. In einem Telegramm an den Reichsarbeitsminister erbitten daher die Angestellten die Einsetzung eines Schiedsgerichts, da sie den von den Arbeitgebern einberufenen örtlichen Schlichtungsausschuß ablehnen. Sie betonen, daß eine Verschleppung den Generalstreik bringen würde.

Landesverratsprozesse. Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte wegen versuchten Landesverrats vier ehemalige Angehörige der deutschen Handelsmarine, die 1918 in Holland desertierten. Der Schmied Franz Weißenberg-Hamburg erhielt 5 Jahre Zuchthaus, der Schiffsheizer Heinrich Körner-Hamburg 3 Jahr 6 Monate Zuchthaus und der Heizer Walter Erpel 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Diese Angeklagten haben im Sommer 1918 in Haag bei Agenten des amerikanischen und in Rotterdam bei Agenten des amerikanischen und des englischen Spionagebureaus teils wahre, teils erfundene Angaben über deutsche Marineverhältnisse gemacht. Körner und Erpel dienten außerdem feindlichen Spionen als Schlepper indem sie ihnen Deutsche zuführten, die ebenfalls zu Verrätereien bereit waren.

Denikin und Polen. Der Gazeta Poranna wird aus Lemberg mitgeteilt, daß in der Frage der russisch-polnischen Grenzen General Denikin bereit sei, auf die Ansprüche Rußlands auf Galizien und das Cholmgebiet zu verzichten, aber mit aller Entschiedenheit Litauen und Weißrußland, als zu Rußland gehörend, verlangt. Nur unter dieser Bedingung seien die Anhänger Denikins zu einem Uebereinkommen mit Polen bereit.

Kein Geld für Mitteleuropa. Nieuwe Courant meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung eine finanzielle Unterstützung in Dollar zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage in Mitteleuropa nicht für möglich hält, da die amerikanischen Kriegsgesetze nur Vorschüsse an die Verbündeten gestatten und die Regierung zögert, den Kongreß um eine Ausnahmeverfügung zu ersuchen.

Georgien und Armenien. Wie der Temps vom 4. Dezember meldet, ist zwischen der georgischen und armenischen Regierung eine Vereinbarung zustande gekommen, in der sich die beiden benachbarten Republiken verpflichten, jetzt oder in Zukunft entstehende Streitigkeiten durch gegenseitige Vereinbarung, oder, wenn das nicht möglich sein sollte, durch obligatorische Schiedsgerichte zu schlichten.

Zu gleicher Zeit ist von beiden Regierungen in Tiflis eine Konvention unterzeichnet worden, in der sie sich gegenseitig freien Warenverkehr in den Gebieten der beiden Republiken zusichern.

Ein Königreich Syrien? Nach einer Meldung der Morning Post sollen sich in Damaskus anläßlich eines Kongresses der Syrier Unruhen zugetragen haben. Der Kongreß soll sich den Titel einer konstituierenden Versammlung beigelegt und Emir Fessal zum König des vereinigten unabhängigen Syrien ernannt haben.

Scheitern der Dorpater Friedensverhandlungen? Associated Preß erfährt aus Dorpat, daß die Pläne eines Friedensschlusses mit Sowjetrußland gescheitert seien, da Estland es ablehnte, zu anderen Bedingungen als den von den alliierten und assoziierten Mächten vereinbarten weiter zu verhandeln.

Kommunistische Unruhen in Kielce. Der Goniez Czenstochowski meldet neue kommunistische Unruhen in Kielce. Die Menge demonstrierte vor dem Landtagsamt, der Kommandantur und dem Gefängnis. Die Unruhen dauerten zwei Tage bis zum Eintritt der Dunkelheit an. Vor dem Gefängnis wurden aufreizende Reden gehalten. Man begann mit Knüppeln und spitzen Hacken das Gefängnis zu stürmen. Erst dem Militär, das einige Schreckschüsse abgab, gelang es, die Unruhen niederzuschlagen.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

91

6. Verhandlungstag

Leipzig, 6. Dezember 1919.

Vormittagssitzung.

Ueber die Vorschlagslisten entspinnt sich eine Debatte. Ledebour-Berlin: Ich würde an sich durchaus bereit sein, mit Crispien die Funktionen eines Vorsitzenden zu übernehmen, aber zu einem Richtungskandidaten kann ich mich nicht hergeben. Es war bedauerlich, daß hier auf dem Parteitag eine Scheidung in Gruppen stattgefunden hat, wie es bei größeren Entscheidungen in dieser Schärfe nie der Fall war. (Sehr richtig.) Ich würde nur dann das Amt eines Vorsitzenden übernehmen, wenn beide Gruppen sich auf eine Kandidatur verständigen, sonst müßte ich eine Wahl ablehnen.

Crispien: Ich möchte den Parteitag nochmals bitten, die Vorstandswahl ohne jede Erregung vorzunehmen. Wir bekommen ja sonst eine Zerfahrenheit, die es uns unmöglich macht, zu arbeiten. Wir können keine Führer brauchen, die sich beugen der Macht zufälliger Konstellationen, sondern wir brauchen Führer, die immer in jeder Beziehung ihren Mann stellen. (Lebhafter Beifall.) Jede Parteileitung wird es als ihre Aufgabe betrachten, die Beschlüsse des Parteitages durchzuführen. (Lebh. Beifall.)

Este-Nordhausen teilt mit, daß man die Landsmannschaften nicht gehört habe.

Seeger-Leipzig: Es ist von Wert, wenn erfahrene Parteigenossen, die Beweise ihrer revolutionären Tätigkeit gegeben haben, in der Parteileitung sitzen. Es wäre gefährlich, wenn man den Parteivorstand nach Richtungen zusammenstellen will.

Simon-Nürnberg: Wir haben versucht, uns zu verständigen, aber die andere Richtung ist nicht darauf eingegangen, sondern hält an ihrer Vorschlagsliste fest. Wir können nicht nur das tun, was die Stimmung der Massen verlangt, dann können Sie auf jedem Parteitag einen neuen Vorstand wählen. Sagt das, was ihr gegen einzelne Personen einzuwenden habt, so läßt sich darüber reden. (Lebh. Beifall.)

Hahn spricht in gleichem Sinne.

Sievers-Neukölln beantragt Schluß der Debatte.

Lipinski macht darauf aufmerksam, das erst nach Vorlage der gedruckten Listen die Abstimmung vorgenommen werden kann. — Der Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Simsen-Essen teilt mit, daß er seinen Namen nicht für seine ganze Landsmannschaft, sondern nur für sich unter die Vorschlagsliste gesetzt habe. Unsere Liste trägt nicht lediglich einer Richtung oder Stimmung Rechnung. Es ist nötig, daß der Vorstand möglichst einheitlich zusammengesetzt ist.

Eckard-Braunschweig beantragt Schluß der Debatte. Dißmann-Frankfurt spricht dagegen. Mit 112 gegen 93 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Dißmann-Frankfurt: Wir haben nach keiner Seite ein Einverständnis erreicht. Wir haben abweichende Meinungen nur taktischer Natur, aber nicht grundsätzlicher. Wir verwahren uns gegen die Einkapselung nach rechts und links. Dißmann weist unter lebhaftem Beifall des Parteitages darauf hin, daß alte verdiente Genossen, die unter den schwierigsten Verhältnissen ihre revolutionäre Tatkraft bewiesen haben, in dieser Weise bekämpft werden.

Cristain-Stralsund weist die Vorwürfe, als bedeute die Liste der Gegenwart eine Richtungsliste, zurück.

Edel-Dresden hält es für ganz selbstverständlich, daß die Vorstandsmitglieder die Beschlüsse des Parteitages mit aller Energie durchführen und mahnt zur Einigkeit und zur Annahme des Vorschlages 1.

Schmaninger-Mannheim begründet erneut den Antrag auf Schluß der Debatte, Koenen-Berlin bittet davon abzusehen. Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Ludwig-Hagen erklärt es als das gute Recht des Parteitages, seine einzelnen Vorschläge zu machen und wirft der Richtung Dißmann vor, daß sie den ersten Richtungsstreit bei der Wahl der Vorsitzenden zum Parteitag aufgewühlt hat.

Koenen-Berlin weist auf die Verschiebungen hin, die seit dem März-Parteitage in den einzelnen Bezirken stattgefunden haben und eine stärkere Vertretung der einzelnen Bezirke begründen. Es trifft wohl zu, daß es schädlich, Richtungslinien aufzustellen, aber die Parteileitung muß die Zusammensetzung des Parteitages wiederspiegeln. Er stellt fest, daß, wenn die Liste der Richtung Dißmann gewählt wird, die Mehrheit des Parteitages in der Parteileitung nicht vertreten ist.

Vorsitzender Lipinski macht darauf aufmerksam, daß auch noch ein Korreferat über die Gewerkschaftsfrage entgegenzunehmen ist, daß die Verhandlungen um 4 Uhr geschlossen sein sollen und er bittet deshalb um Schluß der Debatte. — Der Parteitag beschließt den Schluß der Debatte.

Dittmann-Berlin bemerkt, daß er es ablehne, lediglich als Richtungskandidat gewählt zu werden. Wenn ich bereit bin, in die Parteileitung einzutreten, dann bringe ich ein Opfer, weil ich politisch zurücktreten muß hinter anderen. Deshalb bin ich in einen Geruch gekommen, gegen den ich mich wehren muß. Der Parteitag hat ein neues Aktionsprogramm beschlossen. Ich stelle fest, daß ich es war, der in der Parteileitung darauf gedrungen hat, ein neues Programm zu schaffen. Dasselbe gilt in der Frage der Internationale und der Rätefrage. Damit haben Sie gehört, wie ich in den entscheidenden Punkten stehe.

Genossin Zietz schließt sich der Erklärung Dittmann-Berlin an, sich nicht als Richtungskandidat wählen zu lassen.

Lipinski teilt mit, daß die Anregung eingegangen ist, die Verhandlungen des Parteitages zu schließen, da schon eine Anzahl Delegierter abgereist ist. Er macht weiter die Mitteilung, daß der Referent für die Gewerkschaftsfrage, Genosse Henke, erklärt hat, daß kein Anlaß vorliegt, von der Resolution, wie sie auf dem März-Parteitag über die Gewerkschaftsfrage angenommen worden ist, abzugehen. — Lipinski verliest diese Resolution. — Oelßner-Halle hält trotzdem noch ein Korreferat für notwendig.

Simon-Nürnberg bittet, dem Vorschlag des Bureaus zu folgen.

Der Parteitag nimmt den Vorschlag des Bureaus an. Damit ist die März-Resolution über die Gewerkschaftsfrage erneut bestätigt.

Dißmann-Frankfurt erklärt für den Metallarbeiter-Verband, daß er alles tue, um den zu den Syndikalisten abgewanderten Kollegen die Rückkehr zu erleichtern. (Beifall).

Seeger-Leipzig stellt in einer Erklärung einige Behauptungen der Berichterstattung richtig.

Nachmittagssitzung.

Lipinski eröffnet die Sitzung. — Richard Müller-Berlin erklärt, daß unter den führenden Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der Antrag auf das Korreferat wurde nur gestellt, weil weder von Henke, noch von Dißmann bis gestern abend eine Resolution vorgelegt worden, wir aber auch in dieser Frage eine Klärung durchaus für notwendig halten.

Dißmann-Frankfurt stellt fest, daß der Frankfurter Antrag irrtümlich in die Vorlage gekommen ist und daß er, wenn er zum Referat gekommen wäre, seine Auffassung den Beschlüssen der Reichskonferenz der Betriebsräte gegenüber dargelegt hätte.

Verschiedene Anträge werden dem Parteivorstand bezw. der Fraktion der Nationalversammlung überwiesen oder durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eisel-Berlin stellt eine Vergewaltigung durch das Bureau fest, da er sich rechtzeitig zur Begründung eines Antrages gemeldet habe.

Genossin Zietz begründet eine Resolution zur Sozialpolitik.

Taucher-Niederbarnim bedauert, daß man Richard Müller nicht reden ließ, dafür Genossin Zietz angehört habe, deren Ausführungen sich über Allgemeinheiten nicht erhoben hätten. (Lebh. Entrüstung!)

Jostu-Berlin möchte einige bestimmte Formulierungen in der Resolution.

Genossin Zietz hält es für sebstverständlich, daß während des Fortbildungsschulunterrichts die Lohnzahlung weiter besteht. Sie erklärt weiter, daß es ein Hauptmoment sein müsse, den Kampf für Innehaltung des Achtstundentages zu führen.

In der Abstimmung wird die Resolution der Genossin Zietz zur Sozialpolitik einstimmig angenommen.

Zum Antrag auf Erhöhung der Beiträge bemerkt Lengnitz-Labiau, daß man das dem einzelnen Bezirk überlassen soll und besonders Rücksicht auf die ländlichen Kreise genommen werde. Der Antrag auf Beitragserhöhung und zwar für männliche Mitglieder auf 80 Pfg., für weibliche Mitglieder auf 60 Pfg. wird einstimmig angenommen.

Zur Bildungsarbeit bemerkt Besser-Leipzig, daß besonders auf dem Lande unter dem Deckmantel der Volkshochschule die Pastoren versuchen, die Arbeiterschaft für die bürgerliche Ideologie zu gewinnen. Redner regt eine Reichskonferenz aller mit der Bildungsarbeit Beschäftigten an, ebenso die Schaffung einer Bildungszeitschrift. Auch das Bibliothekwesen müßte eine Neuregelung erfahren. (Beifall.)

Dittmann-Berlin erklärt, daß die Förderung der Bildungsbestrebungen die größte Förderung durch die Parteileitung erfahren habe. Das bestätigte der Parteitag.

Hierauf wird die Vorstandswahl vorgenommen. — Während die Abstimmung vorgenommen wird, erledigt der Parteitag einige noch zurückstehende Anträge.

Scholem-Halle verlangt finanzielle und moralische Unterstützung der Jugendbewegung. — Lipinski schlägt vor, den Antrag der Parteileitung zu überweisen. — Rosenfeld-Berlin unterstützt Scholems Antrag. — Der Parteitag beschließt nach dem Vorschlag Scholems.

Genossin Nemitz begründet eine Resolution, die die deutsch-österreichischen Genossinnen auffordert, nicht zuzulassen, daß der Kommunist Lewien ausgeliefert wird. Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Gen. Ledebour begründet im Anschluß an die schon mitgeteilte Resolution zur Freilassung der russischen Kriegsgefangenen Deutschlands einen Zusatzantrag, der die Parteileitung ersucht, auf die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich hinzuwirken, dabei alle militärischen Maßnahmen der deutschen Regierung zu bekämpfen, die der französischen Regierung den Vorwand liefern, die Kriegsgefangenen zurückzuhalten.

Hormann-Altona spricht der russischen Regierung den Dank dafür aus, daß sie die deutschen Kriegsgefangenen freigelassen hat.

Cohn-Berlin stellt fest, daß die deutsche Regierung die russischen Kriegsgefangenen den russischen Reaktionären zu Tausenden zugetrieben hat. Cohn legt der Versammlung folgende Resolution vor:

Anders als die Regierungen Englands, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Belgiens und Italiens, hält die Regierung der französischen Imperialisten und Militaristen noch immer den größten Teil der deutschen Gefangenen, mehr als 400000, in militärischer Sklaverei zurück. Die Regierung des bürgerlich-kapitalistischen Deutschlands streitet mit den imperialistischen Regierungen über die Auslegung und die Erfüllung des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages, die den Völkern auferlegt worden sind, um ihren Ausraub zu vollenden.

Der Parteitag erhebt Protest dagegen, daß die Kriegsgefangenen, unglückliche Opfer des von den Imperialisten und Militaristen aller Länder verschuldeten Krieges, zum Pfand und zur Geisel dieses Streites gemacht werden.

Der Parteitag richtet an die Sozialisten aller Länder die Aufforderung, durch unablässigen Druck auf die Regierung die sofortige Rückkehr der Kriegsgefangenen in ihre Heimat zu bewirken.

Auch für die noch immer in Deutschland zurückgehaltenen russischen Kriegsgefangenen appelliert der Parteitag an die Sozialisten aller Länder."

Der Antrag Ledebour wird einstimmig angenommen, ebenso die Resolution Cohn. Ein Antrag, eine Kommission nach Rußland zu schicken, um die Verhältnisse dort nach eigener Anschauung kennenzulernen, wird der Parteileitung überwiesen. Eine Resolution, die sich gegen den Antisemitismus wendet und das klassenbewußte Proletariat auffordert, alle Formen der Verhetzung auf das entschiedenste zu bekämpfen, wird ebenfalls einstimmig angenommen, desgleichen eine Resolution Crispien, die der russischen Sowjet-Regierung brüderliche Grüße entbietet. — Es wird weiter beschlossen, an den skandinavischen Arbeiterkongreß ein Telegramm mit brüderlichen Grüßen zu übermitteln, in dem zur Schaffung einer tatkräftigen Internationale aufgefordert wird.

Nun gibt Lipinski das erste Wahlresultat bekannt: Es haben erhalten als Vorsitzender der Genosse Crispien 268, Ledebour 124, Däumig 151 Stimmen.

Berten-Düsseldorf erstattet den Bericht der Beschwerdekommission.

Zu Sekretären sind gewählt: Dittmann-Berlin mit 191, Ziętz-Berlin mit 195, Radtke-Berlin 175, Koenen 187, Stoecker 188 Stimmen. Die Beisitzer sind: Dr. Moses 241, Frau Nemitz 252, Adolf Hoffmann 198, Dr. Rosenfeld 191, Fritz Künstler 152.

Gewählt sind für die Kontrollkommission: Agnes, Bock, Fries, König, Ludwig, Remmele und Wengels. Den Beirat bilden: Braß, Bayer, Böttcher, Dißmann, Henke, Herzfeld und Kürbs.

Hierauf erklärt der Vorsitzende, Genosse Lipinski, die Verhandlungen des Parteitages für beendet.

Genosse Crispien dankt den Leipziger Parteigenossen für die gastliche Aufnahme und dem Parteitag für das Vertrauen, daß er ihm und seinen Kollegen im Parteivorstand ausgesprochen hat. Er glaubt im Namen der neugewählten Mitglieder des Parteivorstandes die Versicherung abgeben zu können, daß sie es als ihre Aufgabe betrachten werden, die Beschlüsse des Parteitages durchzuführen, ihre ganze Kraft für die Partei einzusetzen und sich lediglich als Beauftragte der Partei zu fühlen.

Genosse Lipinski: Dem Parteitag wurde mit verschiedenen Empfindungen entgegengesehen. Die Gegner von rechts und links erwarteten von ihm eine Spaltung der U. S. P. und somit eine Kräftigung ihrer Reihen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Wir haben auf dem Parteitag neue Waffen geschmiedet, die wir gebrauchen wollen, um den Kampf für den Sozialismus zum siegreichen Ende zu führen. Er schließt mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Darauf schloß der Parteitag seine Verhandlungen gegen 6 Uhr.

Politische Rundschau

Deutschland

Aus der Nationalversammlung

In der Nationalversammlung begründete der Reichsbank-Präsident Havenstein eine Novelle zum Reichsbankgesetz, die dann einer Kommission überwiesen wird. In der Novelle ist u. a. vorgesehen, daß unter dem Beirat des Reichsbank-Direktoriums künftig auch ein Arbeitervertreter, ein Genossenschaftsvertreter und ein Vertreter der Sparkassen sitzen sollen. Bisher wurde dieser Beirat gebildet nur aus Vertretern von Großbanken und großindustriellen Unternehmungen.

Dann wurde die Debatte über das Reichsnotopfer fortgesetzt. Die Vertreter der Kapitalisten klagten über die gewaltige Belastung und die Regierungsparteien versuchten, die Vorlage so gut es geht zu verteidigen. Eine besondere Note brachte der bayerische Zentrumsabgeoodnete Dr. Heim, der sogenannte Bauerndoktor, in die Debatte, der in lebhaften Ausführungen die Interessen der Landwirtschaft vertrat.

„Wie die Blutstimmung gemacht wurde"

Die rechtssozialistischen, regierungsoffiziösen Politisch-Parlamentarischen Nachrichten unternehmen den Versuch, die Massenmörder Marloh, v. Kessel, Reinhard und ihre höherstehenden Hintermänner von der Schuld an dem grausigen Verbrechen der Matrosen-Abschlachtung rein zu waschen. Sie zitieren zu diesem Zweck einen Aufruf der kommunistischen Roten Fahne vom 5. März 1919, in dem es u. a. heißt:

„Haushoch hat der Arbeiter Noske die Proletarierleichen in Deutschland geschichtet. Seit Wochen haust er wie der Barbar mit seinen Scharen in den Städten der Arbeiter. Das, was die Hindenburg und Ludendorff unter dem Fluch einer Welt und zur Schande vor der Mit- und Nachwelt verbrochen haben in Belgien und Nordfrankreich und in Polen und in Finnland, der tausendfache Mord fremder Proletarier, das wiederholt ein Noske an den deutschen Arbeitern. Die „Sozialistische" Regierung Ebert—Scheidemann—Noske ist zum Massenhenker des deutschen Proletariats geworden."

Dieser Aufruf soll nach den P. P. N. die „Blutstimmung" gemacht haben.

Die Herrschaften machen sich die Sache denn doch sehr leicht. Die deutschen Arbeiter kennen zu genau die Vorgänge, auf denen der Aufruf fußt, als daß sie nicht sachlich mit ihm einverstanden wären. Es ist nichts weiter als eine Tatsachen-Konstatierung.

Die Blutstimmung gegen die Revolutionäre aller Farben entstand aus dem Haß der ganzen reaktionaren Meute einschließlich der rechtssozialistischen Ordnungsfatzken und Noske in der Regierung und aus dem gewissenlosen Standrechtsbefehle des Herrn Reichswehrministers. Letzten Endes ist deshalb Noske durch diesen Befehl der intellektuelle Urheber der Matrosenmorde: und damit sind schuldig vor dem Gewissen der Welt und dem Proletariat alle die, welche mit ihm auch nur eine Sekunde einverstanden waren, und durch Lockspitzelprovokationen seine Auswirkung ermöglichten!

Haenisch muß sich ducken oder gehen.

Im Unterrichtsausschuß der Preußischen Landesversammlung ist am Dienstag abend dem Minister Haenisch vom Zentrum der Fehdehandschuh hingeworfen worden. Am 6. Juli ist unter Zustimmung des Gesamtministeriums von der Regierung der Gesetzentwurf über die Abänderung in der Zusammensetzung der Schuldeputation usw. eingebracht worden. Dieses Gesetz will ermöglichen, daß die Schulverwaltungskörperschaften entsprechend der veränderten Zusammensetzung der Gemeindevertretungen gebildet werden. Damals scheint sich das Zentrum mit dieser Notwendigkeit abgefunden zu haben. Jetzt aber fühlt es sich stark genug, den Kampf aufzunehmen, nachdem Haenisch bei jeder erdenklichen Gelegenheit vor jedem Stirnrunzeln erschrocken zurückgewichen ist.

Der Zentrumsabgeordnete Lauscher hat in den letzten Tagen mit allem Nachdruck ausgesprochen, es sei unerträglich, daß durch die neue Schulgesetzgebung der Einfluß der Kirche Schritt für Schritt zurückgedrängt werde. Diese Partei hat mithin den Minister keinen Augenblick im Zweifel gelassen, daß sie unbedingt an ihren Grundsätzen festhalten wolle. Der Minister aber hat immer nur beschwichtigend die Hand erhoben: nur ja nicht aussprechen, was ist, sondern nur das hervorheben, was die Blockbrüder eint.

Das Zentrum hat es bisher verstanden, mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln die Verabschiedung des Gesetzes zu verschleppen. Da dies nun nicht mehr länger möglich war, erklärte der Zentrumsredner Dr. Lauscher am 9. Dezember im Ausschuß: er sei nicht mehr in der Lage, die Verantwortung für diese Schulpolitik zu tragen. Auf Anfragen der Regierung, ob das den Austritt aus der Koalition bedeuten solle, erwiderte der Zentrumsvertreter: darüber könne er eine bündige Erklärung nicht abgeben. Für heute sei das Zentrum nicht in der Lage, weiter an der Beratung des Gesetzentwurfs teilzunehmen. Auf Wunsch der Regierung wurde alsdann die Weiterberatung im Ausschuß ausgesetzt, bis das Gesamtministerium Stellung zu der neuen politischen Lage genommen haben wird. Für Haenisch ergibt sich nunmehr folgende Alternative: Entweder er unterwirft sich dem Zentrum bis in alle Kleinigkeiten oder er muß gehen. Die Rechtssozialisten sind anscheinend zu weiterem schmählichen Kuhhandel bereit.

Zusammenstoß im Reichswerk Spandau

Zwei Kriegsbeschädigte tot, drei schwer verletzt

Gestern nachmittag ist es in der Maschinenfabrik der Reichswerke Spandau zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Kriegsbeschädigte protestierten dagegen, daß sie zu schweren Transportarbeiten herangezogen werden sollten. Da die Direktion zu weiteren Verhandlungen nicht geneigt war, drangen die Kriegsbeschädigten in das Direktionsgebäude ein. Beamte feuerten daraufhin auf die Eindringlinge Revolverschüsse ab, durch die einer der Kriegsbeschädigten sofort getötet und vier schwer verletzt wurden. Von diesen ist einer seinen Verletzungen im städtischen Krankenhaus in Spandau erlegen.

In und um Elbing

Das Elbinger Beispiel

Der Ausfall der Elbinger Stadtverordnetenwahl ist den meisten bürgerlichen Zeitungen Westpreußens so in die Knochen gefahren, daß sie bis zum heutigen Tage ihren Lesern noch nicht einmal das nackte Resultat mitzuteilen wagten. Das ist nur vereinzelt geschehen. Und wo es der Fall war, hat keine Zeitung den Versuch gemacht, die Ursachen des Wahlausfalls zu ergründen. Vor wenigen Tagen beschäftigte sich die Danziger Zeitung in einem Leitartikel mit der Elbinger Wahl. Unter der Ueberschrift „Das Elbinger Beispiel" schreibt sie:

Ein Schulbeispiel dafür, wie es nicht sein sollte, hat unsere Nachbarstadt Elbing am vergangenen Sonntag geboten. Wir haben das nähere Ergebnis der dortigen Stadtverordnetenversammlung bereits mitgeteilt. Es ist wahrlich wert, noch einmal besonders betrachtet zu werden.

In Elbing sind die Sozialdemokraten noch nicht wie in Danzig geeinigt, und so marschierten sie in zwei Gruppen auf; außer neben Zentrum, Deutschnationalen und Deutschdemokraten hatte sich seit den letzten Wahlen auch noch die Deutsche Volkspartei etabliert. Das macht sechs politische Gruppen. Aber das war den „Unpolitischen", deren es in Elbing noch mehr gibt als anderswo, noch lange nicht genug. Es kamen also mit besonderen Kandidatenlisten noch zum Vorschein: 1. Mittelstandspartei, 2. Beamtenbund, 3. Hausbesitzer, 4. Arbeitsgemeinschaft der Angestellten. Resultat dieses Auseinanderfalls in Gruppen und Grüppchen: Splitter und Splitterchen auf der einen, **eine sozialdemokratische Mehrheit auf der anderen Seite. Dieses, das gesamte Bürgertum zur Ohnmacht verurteilende, alle Gruppen und Grüppchen der Herrschaft der gerade dort dominierenden Unabhängigen ausliefernde klägliche Ergebnis hätte vermieden werden können,** wenn diese Zersplitterung nicht stattgefunden und den politischen Parteien in ihren Kämpfen gegen die politischen Gegner auf der äußersten Linken nicht in den Rücken gefallen wäre. Wahrlich, die **Sozialdemokraten können angesichts dieser Selbstzerfleischung und Selbstschwächung des Bürgertums lachen,** und sie lachen hier angesichts des Erfolges weidlich. Sie lachen in Elbing.

So sehr klebt das Urteil der Danziger Zeitung an der Oberfläche. Richtig ist tatsächlich, daß die vielen bürgerlichen Listen den letzten Anhänger dieser Listen an die Urne brachten. Bei weniger Listen wäre vermutlich nicht bloß eine sozialdemokratische, sondern eine unabhängige Rathausmehrheit erzielt worden. Nun, auch die wird kommen. Wenn wir das Urteil der Danzigerin wiedergeben, dann darum, weil wir zeigen wollten, wie sich das Bürgertum immer wieder mit Selbsttäuschungen betrügt. Es hat nicht begriffen, daß die Arbeiterschaft der stärkere Faktor ist. Und solange diese Erkenntnis nicht kommt, wird es in Deutschland manch überflüssigen Kampf geben, an dem weder Arbeiter noch Bourgeois Interesse haben, der aber durch den Machtdünkel des Bürgertums und seine politische Kurzsichtigkeit hervorgerufen wird. Wer nicht einsehen kann, daß in einer so ausgesprochenen Arbeiterstadt wie Elbing auch die Arbeiter dem öffentlichen Leben den Stempel aufprägen müssen, mit dessen politischen Fähigkeiten ist's nicht von weit her.

Zulagen für Unfallrentner auf Antrag

Die Empfänger von Invaliden- und Witwenrente erhalten bekanntlich seit einiger Zeit eine Teuerungszulage von 20 bezw. 10 Mark monatlich.

Nunmehr ist am 27. November eine Verordnung erlassen worden, nach der auch Verletzte, die eine Unfallrente beziehen, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1920 statt bisher 8 Mark eine Zulage von 20 Mark erhalten oder besser gesagt erhalten können. Denn diese Zulage wird im Gegensatz zu der Zulage der Invalidenrente nur auf Antrag gewährt. Voraussetzung für die Zahlung ist ferner:

a. daß der Verletzte eine Unfallrente von zwei Dritteln (66 2/3 %) oder mehr der Vollrente bezieht.
b. Tatsachen nicht die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Auch Verletzte, die mehrere Unfallrenten beziehen, von denen jede einzelne weniger als 2/3 der Vollrente beträgt, können diese Zulage beanspruchen, wenn die Hundertsätze ihrer Renten zusammen mindestens die Zahl 66 2/3 ergeben.

Die Not unter den Unfallverletzten ist sehr groß. Wir müssen aber verurteilen, daß die Regierung die Zahlung einer Zulage erst von der Stellung eines Antrages und der Prüfung der Bedürftigkeit abhängig gemacht hat. Was bei den Empfängern der Invalidenrente als notwendig anerkannt worden ist, muß auch für die Unfallrentner gelten, zumal hier wie dort die Zulage erst gewährt wird, wenn jemand mehr als zwei Drittel seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat.

Tarifverhandlungen der Angestellten

Zu den gestern stattgefundenen Tarifverhandlungen der in Handel und Industrie beschäftigten Angestellten erfahren wir, daß der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat. Die Arbeigeber haben sich bis Dienstag früh Bedenkzeit zur event. Annahme des Schiedspruches vorbehalten. Soweit wir unterrichtet sind, besteht bei den Angestellten der Entschluß, ihre Rechte unter allen Umständen zu wahren. In Anbetracht der Wichtigkeit der hier für das öffentliche Leben in Frage kommenden Gruppen wäre es nur zu wünschen, wenn der Lohnstreit seine friedliche Erledigung finden würde.

Begrüßungsabend für die heimgekehrten Kriegsgefangenen

Die Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle veranstaltet am 18. Dezember im Gewerbehaus einen Begrüßungsabend für die zurückgekehrten Kriegsgefangenen. An Darbietungen sind vorgesehen Konzertstücke, Gesangs- und andere Vorträge. Wir weisen unsere Leser auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil unserer Zeitung hin.

Ist ein Lotteriegewinn Kriegsgewinn?

Diese Frage hat der französische Finanzminister Klotz soeben in bejahendem Sinne beantwortet und naturgemäß dadurch lebhaften Widerspruch in parlamentarischen Kreisen erregt. Den Anlaß zu solcher Entscheidung des Finanzministers gab die kürzlich erfolgte Ziehung der Prämienanleihe der Stadt Paris, bei der der Hauptgewinn von einer Million Franks einer Spinnereigesellschaft in Flers zugefallen ist. Die Direktion der Gesellschaft wollte, um auch ihren Arbeitern einen Anteil an dem Glücksgewinn zu sichern, die ganze Gewinnsumme zum Bau von Arbeiterhäusern verwenden. Sie sieht ihren löblichen Plan aber jetzt durch den Machtspruch des Finanzministers durchkreuzt, der nicht nur den Antrag der Gesellschaft ablehnte, den Gewinn von der Kriegssteuer freizulassen, sondern sogar verfügte, daß ein großer Teil des Gewinns zum Besten des Staates einzuziehen sei. So ähnlich dürfte es auch den Zeichnern der deutschen Sparprämienanleihe gehen.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Lebensmittelschieber bei der Arbeit

Festgehalten und der Kreis-Getreidestelle in Dirschau überwiesen wurden 50 Ztr. Weizen, im Schleichhandel erworben und verschoben werden sollte, ferner zwei nicht einwandfreie Wagenladungen, welche nach außerhalb bestimmt waren und laut Frachtbrief Peluschken, Lupinen uud Lupinenmehl enthalten sollten. Die nähere bahnamtliche Nachprüfung ergab jedoch, daß die Ladung des einen Wagens statt der Lupinen und des Lupinenmehls Hafer und Schrot enthielt. Mit der Ladung des anderen Wagens schien es ähnlich zu sein, es konnte nicht sofort an Ort und Stelle nachgeprüft werden, da der Wagen mit privaten Vorhängeschlössern vom Versender verschlossen war. Eine behördliche Ausfuhrgenehmigung oder Ausfuhrbewilligung von den hiesigen Behörden bestand nicht. Beide Wagenladungen wurden behördlicherseits dem hiesigen Ernährungsamt zur Verfügung und weiteren Verwertung überwiesen.

Ueberfall auf das Graudenzer Gefängnis

Am Mittwoch morgen überfielen drei maskierte Männer einen Gefängnishilfsaufseher im Graudenzer Gerichtsgefängnis, fesselten ihn und schleppten ihn in die Gefängnistischlerei, wo er später von anderen Beamten aufgefunden wurde. Die Verbrecher nahmen dem Ueberfallenen Uhr, Brieftasche und Gefängnisschlüssel ab, drangen in das Gerichtsgefängnis ein und befreiten vier Frauen und drei Männer, die in der Richtung Marienwerder entwichen sind.

Der westpreußische Arbeitsmarkt im November

Die Lage des Arbeitsmarktes verschlechterte sich im allgemeinen gegen den Vormonat. Das Stellenangebot und die Besetzungen verminderten sich, während die Zahl der Arbeitsuchenden nicht unwesentlich stieg.

In der Landwirtschaft trug das bereits Anfang des Berichtsmonats eingetretene starke Frostwetter dazu bei, daß die Arbeiten zur Bergung der Hackfruchternte eingestellt werden mußten und die mit diesen Arbeiten beschäftigten städtischen Arbeiter wieder in die Städte zurückkehrten und hier der Erwerbslosenunterstützung anheimfielen. Mit dem Dreschen des Getreides konnte wegen Kohlenmangels auf einer Reihe von Gütern nicht begonnen werden.

Da der Bedarf an Arbeitskräften im rheinisch-westfälischen Bergbau gedeckt war, wurden Vermittlungen nach Oberschlesien vorgenommen, die sich aber nur auf eine verhältnismäßig geringere Zahl beschränkten. In der Metallindustie schnellte die Zahl der Arbeitslosen außerordentlich stark in die Höhe infolge der Entlassungen aus den Reichs- und Staatsbetrieben, besonders bei der Reichswerft, Gewehrfabrik und Artilleriewerkstatt. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe war gegen den Oktober eine leichte Besserung festzustellen.

Auf das Baugewerbe wirkte der Frost lähmend. Erst am Ende des Monats, als milderes Wetter eintrat, begann sich die Bautätigkeit wieder etwas zu heben. Die Unterbringung der Arbeitsuchenden im Handelsgewerbe machte weiterhin erhebliche Schwierigkeiten, auch in der Gast- und Schankwirtschaft überwogen die Stellengesuche stark die Nachfrage.

Ablieferung Ost- und Westpreußens

Der Landwirtschaftsausschuß der Preußischen Landesversammlung hat den Antrag von Kanitz und Genossen, die Zwangswirtschaft in den östlich des polnischen Korridors liegenden Teilen der Provinz Westpreußen und in der Provinz Ostpreußen aufzuheben, zur Ablehnung empfohlen. Nach dem Berichte des Ausschusses hob der Staatskommissar hervor, daß es verderblich wäre, schon aus allgemeinen politischen Gründen, für Ostpreußen ein Sonderrecht zu schaffen. Ueber den Stand der Ablieferung aus West- und Ostpreußen berichtete der Staatskommissar für Volksernährung u. a., daß die Frühkartoffelablieferung aus Westpreußen die beste des ganzen Staates gewesen sei und daß auch Ostpreußen gut geliefert habe. Später sei eine Stockung eingetreten, weil der Oberpräsident aus Sorge für seine Provinz und der Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen ein Ausfuhrverbot erlassen habe, das später auf Befehl der Reichsregierung zurückgenommen sei. Jetzt findet die Lieferung aber nach dem vorgesehenen Plane statt. Zugegeben sei, daß der Schmuggel an der Grenze sehr blühe, jedoch seien jetzt schon Gegenmaßnahmen getroffen worden.

Vier Personen von Räubern ermordet

In dem Hohensalza benachbarten Dorfe Parchanie sind der Besitzer Drawe, sein erwachsener Sohn, die Braut des Sohnes und ein kleines Enkelkind des Besitzers von einer Räuberbande ermordet worden. Die Frau des Drawe ist vor einiger Zeit gestorben. Seine Tochter, die Kriegswitwe ist, entging nur dadurch dem traurigen Schicksal, daß sie gerade krank im Hospital lag. Der Sohn hatte für die erkrankte Schwester zur Führung der Wirtschaft seine Braut herbeigerufen. Sie wurde mit dem Enkelkinde sterbend in der Wohnung aufgefunden, während der Besitzer Drawe tot im Stall und sein Sohn ebenfalls bereits tot in der Scheune lag. In der Wohnung haben die Räuber arg gehaust. Was nicht mitgenommen wurde, ist demoliert. Die Ermittelungen nach den Raubmördern sind eingeleitet, jedoch ist Näheres noch nicht bekannt.

Agrarierrevolte in Neustettin

Die pommersche Agrarierpresse teilt triumphierend mit:

Im Kreise Neu-Stettin sind in diesen Tagen mehrere hundert Landwirte aus dem ganzen Kreis zusammengekommen und haben einstimmig beschlossen, sie würden, falls nicht innerhalb 14 Tagen die Zwangswirtschaft aufgehoben würde, nur noch die Städte des Kreises im bisherigen Umfange mit Ausnahme von Fleisch zu den Höchstpreisen beliefern, den überschießenden Teil ihrer Erzeugung aber in freiem Verkehr bringen. Sie haben erklärt, daß sie entschlossen sind, nach Ablauf der von ihnen gesteckten Frist keinerlei Durchsuchung ihrer Höfe durch Gendarmen oder Kontrolleure zu dulden und zum freihändigen Verkauf ihrer überschüssigen Erzeugnisse überzugehen. Die gesamte Landwirtschaft des Kreises Neu-Stettin sei fest organisiert und werde sich mit allen Mitteln für die Erreichung der in obiger Entschließung zum Ausdruck gebrachten Ziele einsetzen.

Das ist die offene Drohung mit der Hungerblockade gegen die eigenen Volksgenossen. Das ist der Patriotismus der pommerschen Junker und ihres Anhanges, die bedenkenlos bereit sind, die Bevölkerung verhungern zu lassen, wenn man ihnen nicht die ungehemmte Ausbeutung gestattet. Das sind die „Edelsten und Besten", die hier kaltblütig über die einfachsten Gesetze der Menschlichkeit hinweggehen. Wenn etwas den Widersinn der kapitalistischen Ordnung offenbart, so ist es dieser nackte, brutale Egoismus der pommerschen Agrarier.

Wir sind gespannt, wie sich die Regierung dieser Drohung gegenüber verhält. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß sie hier ebenso energisch einschreitet, wie sie den Kampf gegen links betreibt. Hier wäre die Entsendung der Reichswehr angebracht, um die tollen Junker zur Räson zu bringen. Aber freilich, die Reichswehr ist nur für streikende Arbeiter da, so will es Noske.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats betr. Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 11. 12. 1916 / 26. 4. 1917 bestimme ich hierdurch, daß vom 15. Dezember ab alle Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafes, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, öffentliche Vergnügungsstätten aller Art, sowie Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, zu schließen haben:

1. in der Stadt **Königsberg** um 10½ Uhr, Sonnabends 11½ Uhr abends.
2. in den Städten **Braunsberg, Elbing, Memel und Rastenburg** um 10½ Uhr, Sonnabends 11 Uhr abends.
3. in den **übrigen Städten** des Regierungsbezirks und auf dem **platten Lande** um 10 Uhr abends.

Die Ortspolizeibehörden sind nicht befugt, Ausnahmen irgendwelcher Art von dieser Bestimmung zu gestatten. Anträge auf Gestattung von Ausnahmen können vielmehr nach der genannten Bundesratsverordnung unter allen Umständen nur von mir genehmigt werden und nur in ganz außergewöhnlichen Fällen auf Grund besonderer Tatsachen auf Erfolg rechnen. Ich mache darauf aufmerksam, daß derjenige, welcher den Bestimmungen dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt, nach § 8 der Bundesratsverordnung mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft wird.

Königsberg, den 9. Dezember 1919.

Der Regierungspräsident.

Gänseausfuhrverbot.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat sein bereits früher für die Provinz Ostpreußen erlassenes Ausfuhrverbot für geschlachtete Gänse auch auf Elbing ausgedehnt. Die Eisenbahnbehörden sind davon benachrichtigt worden.

Elbing, den 13. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Begrüßungsabend
für die zurückgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen.

Am Donnerstag, den 18. d. Mts., 6 Uhr abends, findet im Gewerbehause, Kehrwiederstraße, ein Begrüßungsabend, bestehend aus Konzert, Gesangs- und anderen Vorträgen statt.

Sämtliche heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen des Stadt- und Landkreises Elbing werden hierzu eingeladen. Eintrittskarten werden unentgeltlich in der Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle, Am Lustgarten Nr. 6, bis spätestens Mittwoch 1 Uhr mittags gegen Vorzeigung des Entlassungsscheines ausgegeben.

Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle für den Stadt- und Landkreis Elbing.

Hotel Stadt Elbing.
Jeden Sonntag
Konzert
sowie **humoristische Vorträge.**
Im Gartensaale
Großes Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Georgenhöhe.
Jeden Sonntag:
Unterhaltungs-Abend.
TANZ.

Passenheim's Festsäle!
Jeden Sonntag
Tanzkränzchen.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.
Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Ernst Doebel, Schneidermeister
Spieringstraße 16 ELBING Spieringstraße 16

Wollstoffe
Friedensware
in großer Auswahl
eingetroffen.

Gestreifte
Hosenstoffe
am Lager.

Anzüge nach Maß
von
350,— Mk.
an.

Bei zugebrachten Stoffen
werden Anzüge, Kostüme, Mäntel unter Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung in kurzer Zeit geliefert.

Neu eingerichtet:
Spezialabteilung
für
Blusen u. Kleider
Beste Maßarbeit.

Umarbeiten
von
Militärsachen in Zivil
Schicke Formen — Guter Sitz
Wenden v. Anzügen, Paletots Kostümen billigst.

Reparaturen
Bügeln
Aendern
in saubersters Verarbeitung.

U. S. P. Versammlungskalender U. S. P.

Stadtverordnetenfraktion.
Dienstag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr: **Fraktionssitzung,** Spieringstr. 21.

Versammlungskalender

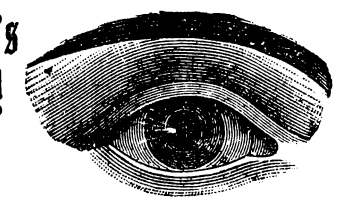
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Dienstag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr: **Betriebsversammlung Trettinkenhof** im Volkshaus, gr. Saal.
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 6 Uhr: **Branchenversammlung der Schlosser** im Volkshaus, gr. Saal.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Montag, den 15. d. Mts., nachmittags 6 Uhr
Versammlung
im Volkshause (kleiner Saal).
Referent: Kollege Ruf.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Bäcker u. Konditoren
Zahlstelle Elbing.
Am Montag, den 15., abends 6 Uhr, in Legan
Versammlung.
Referent: Kollege Joseph, Danzig.
Die Ortsverwaltung.

Geht's Dein Aug' an



Geh' zu Müller 'ran

Optische Centrale, Elbing,
Fischerstraße 32/33. Fernruf 987.

Blauer Cheviot
zu Kinderkleidern sowie
Anzug- und Kostümstoff
billig zu verkaufen
Sonnenstraße 4, u. r.

Sehr große Posten
Zellulose-Wäsche
Kragen, Manschetten, Vorhemden, werden fast verschenkt
Brückstraße 12.

Prima Tannenbäume
in größter Auswahl stehen billig zum Verkauf
Johannisstraße 22 auf dem Hofe.

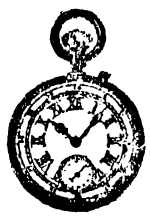
Empfehle mein Lager in **gut gepflegten**
Zigarren, Zigaretten
Weinen und Spirituosen
Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Stadttheater Elbing
Sonnabend, den 13. Dezbr., abends 7½ Uhr:
Magdalena.
Volksstück in 3 Akten von L. Thoma.
Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Ein Weihnachtsmärchen in 5 Bildern.
Abends 7½ Uhr:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von C. Millöcker.
Montag, den 14. Dezember, abends 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Adler-Apotheke
Brückstraße 19
Anfertigung sämtlicher
Krankenkassenrezepte
Nervenstärkungsmittel
Frostmittel
:: Tierarzneien ::

Neue
Gemüsekonserven
Junge Erbsen
Kohlrabi
Schnittbohnen
Brechbohnen
empfiehlt
Hermann Wegsel,
Mühlen-, Ecke Nitschmannstr.
Telephon 582.

Reklamepreis
nur **19.50**



Nachts leuchtend nur 4.50 M. mehr

Nur **19.50** kostet diese echte **deutsche Herren-Ankeruhr,** 30 stünd. Werk, genau reguliert.
Dieselbe Uhr mit Charnier echt Goldrand nur M. **24.00**
Panzerkette . . M. **1.00**
echt versilbert . M. **2.00**
echt vergoldet . M. **4.00**
Uhrkapsel nur . M. **0.75**
Armbanduhr
mit Riemen . M. **37.50**
mit Leuchtzahlen
nur M. **39.00**
Uhren-Müller,
Berlin, Tempelhof 45,
Friedrich-Franzstraße 14.

Zöpfe!!
sowie jede moderne
Haararbeit
aus ausgekämmtem Haar fertigt zu soliden Preisen an
Frau **Anna Rompf,**
Elbing, Burgstr. 7, 1 Tr.
Damen frisiert in und außer dem Hause.

Brennholz.
Waldbuchen, Birken und Kiefern,
auch geschnitten, gibt ab
Chem. Fabrik Carl Warm,
Aeuß. Marienburgerd. 8,
Fernruf 610.

Ung. Rotwein
vorzüglicher Tafelwein,
per Flasche exklusive Steuer 9.00 Mark,
empfiehlt
Hermann Wegsel,
Mühlen-, Ecke Nitschmannstr.
Telephon 582.

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telefon 553.

Zur Beaufsichtigung einer Bedürfnisanstalt wird
eine Frau
(Kriegswitwe) gesucht.
Meldung auf dem städt. Bauhof, Fischer-Vorberg — 3—4 Uhr nachmittags.

Elbing, den 10. Dezbr. 1919.

Der Magistrat.

Neu aufgenommen:

Komplette Schlafzimmer,
Küchenmöbel,
Rauchtische, Klubsessel, Korbsessel,
: Holzbettstellen :

Wir bitten um Besichtigung unserer Musterzimmer-Ausstellung im 3. Stockwerk und bemerken dazu, daß wir ständig ein großes Lager nur bester Fabrikate in tadelloser Beschaffenheit zu zeitgemäß sehr vorteilhaften Preisen zum Verkauf stellen. Wie wir bereits seit über 40 Jahren durch reelle und vorteilhafte Waren die Anerkennung eines großen Kundenkreises gefunden haben, so sind wir sicher, durch gleich vorteilhafte Angebote auch in dieser neuen Abteilung allseitige Anerkennung zu finden.

Kaufhaus D. Loewenthal.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem sehr geehrten Publikum von Elbing und Umgegend hierdurch die ergebene Mitteilung, daß wir mit dem heutigen Tage ein

Zigarren- und Zigaretten-Geschäft

Fischerstraße 13

eröffnet haben. Es wird unser Bestreben sein, unsere Kunden prompt und reell zu bedienen und wir bitten, unser Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Baering & Guttke.

Elbing, den 13. Dezember 1919.

Billigste Einkaufsquelle für Gastwirte.

Als schönstes Weihnachtsgeschenk

empfehlen

Pelz-

Kragen
Muffen
Hüte
Mützen
usw.
in grösster Auswahl.

Gebrüder Laschinsky

Pelzwaren-Spezial-Haus

Elbing, Alter Markt 64, am Markttor. Fernruf 826.

Die schönsten Weihnachtsgeschenke

in größter Auswahl:

Glas- u. Porzellanwaren
Haus- u. Küchengeräte
Aluminiumgeschirr
Messer, Gabeln u. Löffel

Beachten Sie meine Schaufenster: Besichtigen Sie meine Ausstellungs- u. Geschäftsräume

Messing- u. Nickelwaren
Wein- u. Likörservice
Tabletts u. Brotkörbe
Figuren u. Vasen

Neu eingegangen: **Messing-Stehlampen** für Spiritus und Petroleum
■ **Karbid-Lampen** ■

Max Kusch Inh. Eugen Frentzel

II. Geschäft Eugen Frentzel Brückstraße 13

Hauptgeschäft: Hl. Geiststrasse 19/20.
Fernruf 140.

Nebengeschäft Heiligegeiststr. 21

Für den Weihnachtstisch

empfehle mein **gutsortiertes Lager** in

Geigen, Mandolinen, Mandolas
Guitarren, Lauten, Baßlauten,
Guitarrezithern mit unterlegbaren Notenblättern,
sowie **Zieh- und Mundharmonikas**
zu soliden Preisen.

Wasserstr. 87 **Georg Schmidt** Wasserstr. 87

Zur Aufklärung
an das kaufende Publikum.

Bitte kaufen Sie
Korbmöbel und Korbwaren
vom **Fachmann,** der dieselben anfertigen und reparieren kann.

Infolgedessen empfehle mein
Korbmöbel- und Korbwaren-Lager, Kinderwagen, Puppenwagen und Puppenstühle
zu mäßigen Preisen.

Otto Mews, Korbmachermeister, Fischerstraße 28.

Kownoer Schnupftabak — Nordh. Kautabak
reinen Uebersee-Rauchtabak
Zigarren, Zigarillos, Zigaretten

Ferner: **Zigarren- und Zigarettenspitzen, Tabakpfeifen und -Beutel** empfiehlt in großer Auswahl
Walter Raffée, Spieringstr. 28.

Wilhelm Lucas

Kastanienallee 105 **ELBING** Kastanienallee 105

Spezialität:
Bettfedern — Betten — Daunen
Anfertigung von
Leib-, Bett- und Hotelwäsche
Lager in
Weißwaren, Wäsche, Stapelwaren
Anzug- und Hosenstoffe :: Paletots

Beerdigungsinstitut H. Herder,

Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Ein passendes
Weihnachtsgeschenk
für jeden Herren
ist eine
schöne Pfeife.

Dieselben sind in allen Größen und Preislagen
— in großer Auswahl auf Lager. —

Ferd. Kleefeld,
Inn. Mühlendamm 33,
— Zigarren- und Weinhandlung. —

Nr. 45. **Beilage zur Elbinger Volksstimme.** Sonnabend, 13. Dezember 1919.

Vereinfachte Gruppierung

Aus Danzig wird uns geschrieben:

In Danzig und dem Bezirk der künftigen Freistaates bestehen und wirken einstweilen alle bisherigen politischen Parteien weiter und tun dies auch bei den Stadtverordnetenwahlen, die am morgigen Sonntag stattfinden. Werden sich die bisherigen politischen Parteien aber in Zukunft im Freistaat halten können? Diese Frage wird man verneinen müssen. Die politischen Parteien sind für das deutsche Reich geschaffen. Sie mußten sich zum größten Teil schon erheblich umbilden, als das Reich nach der Umwälzung eine Republik wurde. Und selbst im Reiche haben nicht alle Parteien ihre Berechtigung. Viel weniger noch trifft dies zu auf den kleinen Freistaat Danzig. Schon die räumliche Ausdehnung übt einen Einfluß aus, mehr noch die staatsrechtliche Stellung des Freistaats. Was hat es denn für einen Sinn, wenn hier die Deutschnationalen und die Volkspartei für Kaiser und Reich eintreten wollen? Was will man hier mit einem Einheitsstaat oder seinem Gegenteil anfangen? Wie kann man hier glauben, daß die Landwirtschaft die Führung in der Freistaatregierung erhalten könnte? Wo sind die Schwerindustriellen, die sich hier mit den Großgrundbesitzern die Führung teilen möchten? Wie könnte sich hier eine Militärpartei bilden oder erhalten, wie sie früher in Preußen bestand? Selbst das Zentrum als katholisch-konfessionelle Partei hat ein geringes und wenig aussichtsreiches Arbeitsfeld. Durch die Trennung von Staat und Kirche hat es überhaupt noch weniger Sinn und Wert, Politik und Religion zu vermengen. Die vom Staate befreiten Volkskirchen werden ein selbständiges Leben führen und sich vielleicht kräftiger entwickeln, wie unter dem früheren Vormundschaftsverhältnis.

Der Freistaat wird noch einmal hochpolitische Wahlen haben, wenn es gilt, die verfassungsgebende Landesversammlung zu wählen. Dann wird es gelten, alle Errungenschaften des Reiches auch für den Freistaat festzuhalten und in der Verfassung zu sichern. Die Republik und die Demokratie darf den Danzigern keine Macht mehr rauben. Sonst müßte das Volk sich diese Rechte mit Gewalt neu erkämpfen und dieser Kampf würde bitter sein. Aehnlich steht es mit den allgemeinen Menschenrechten, die in der deutschen Verfassung festgelegt sind und natürlich auch mit dem gleichen Wahlrecht für alle öffentlichen Wahlen im Freistaat. Daran darf niemand rütteln, wenn er nicht die Volkserbitterung hervorrufen will. Es ist aber anzunehmen, daß uns diese Errungenschaften erhalten bleiben. Dann jedoch werden sich die politischen Verhältnisse wesentlich vereinfachen und das politische Leben wird entlastet werden.

Welche großen Gedanken werden denn den Freistaat erfüllen? An neuen großen Gedanken steht der Sozialismus da. In der Forderung nach Sozialismus stehen die sozialdemokratischen Parteien, jetzt die geeinigte Sozialdemokratie, durchaus nicht so vereinsamt da, wie man es vielfach glaubt. Der Sozialismus zählt auch in den bürgerlichen Parteien zahlreiche Anhänger. Man muß ihnen den Gedanken nur nicht in verzerrter Form darbieten. Dem hiesigen Verfassungsausschuß liegt ein Antrag vor, der verlangt, daß das Obereigentum am gesamten Grund und Boden im Freistaat dem Freistaat übertragen wird und dieser sozialistische Gedanke wird auch von der bürgerlichen Seite vertreten. Der Gedanke der Verstaatlichung aller hiesigen Banken besteht gerade in bürgerlichen Kreisen. Der umwälzende Gedanke einer Geldreform nach Silvio Gesell, des Münchener Finanzministers der Räteregierung, der den Geldwert festiegen und den Geldzins abschaffen will, wird hier gerade in bürgerlichen Kreisen gepflegt und verbreitet. Es wird sich also lohnen, im Freistaat eine große sozialistische Partei zu erstreben, oder die sozialdemokratische Partei auf verbreiterter Grundlage auszugestalten. Alle Arbeiter, aber auch alle Angestellten und die Beamten, sollten und könnten sich zum Sozialismus bekennen, entweder im Rahmen der sozialdemokratischen Partei, oder in einem daneben zu schaffenden wirtschaftlichen Rahmen, etwa auf Grund des Rätegedankens. Man möchte sagen, daß die Ansätze hierzu bereits vorhanden sind.

Der zweite große Gedanke wird der des Welthandels sein. Die Vertreter des Welthandels und der Industrie werden sich sicher zu einer kleinen aber einflußreichen Partei zusammen schließen. Ihre Macht wird eine Geldmacht sein und leider ist diese nicht zu unterschätzen. Der Sozialismus wird dem Welthandel sein Recht und sein Betätigungsfeld nicht vorenthalten können und dabei auch berücksichtigen, daß der Auslandshandel es mit kapitalistischen Verhältnissen zu tun hat. Aber dieser Handel und die industrielle Unternehmerschaft würden doch bestrebt sein, ihre Rechte möglichst zu erweitern. Die Partei des Handels und der Industrie wäre also die zweite große Partei des Freistaats. Dies Erbe dürfte wohl die demokratische Partei antreten.

Die Zentrumspartei würde für ihr eigentliches Arbeitsfeld wohl kaum Stoff finden. Der Sozialismus gesteht den Kirchen volle religiöse Freiheit und Gleichberechtigung zu. Man wird sich über Belästigungen seitens der Sozialisten nicht zu beklagen haben. Die Frage von Schule und Religion wird nur einmal entschieden und vielleicht bei der Beschlußfassung über die Verfassung. Nachher hört dieser Kampf auf. Die Kirchen werden für sich das erringen, was sie aus eigener Kraft zu erreichen vermögen. Mehr nicht.

Die Landwirtschaft wird ihre Landwirtschaftskammer, vielleicht auch ihren Landbund, gebrauchen, aber nicht eine eigene politische Partei. Die Deutsch-Nationale Partei wird verschwinden müssen, wie die Deutsche Volkspartei.

Zu erwägen wäre noch das Nationalitätenverhältnis. Die nationalistischen Hetzer ziehen sich hier bereits etwas zurück, da sie merken, daß der Oberkommissar und die Polen ihnen doch unbequem werden könnten, wenn sie sich nicht in den Grenzen halten. Sie fangen an, sich mit den Verhältnissen abzufinden. Die Partei des Sozialismus billigt den Polen und anderen Nationalitäten volle Gleichberechtigung zu und will mit ihnen nicht in Gegensatz treten. Das kann man nicht als Gegensatz bezeichnen, wenn wir Deutsche unsere Sprache und Kultur beibehalten, hochschätzen und pflegen. In diesem Sinne ist unser Deutschtum selbstverständlich und unausrottbar. Wir billigen aber den Polen das gleiche Recht zu, ohne ihnen dies irgend wie übel zu nehmen. Wir können freundschaftlich mit einander verkehren und wollen dies auch tun. Die Handelspartei wird nicht umhin können, sich ähnlich zu verhalten. Sie würde sich andernfalls in ihrem eigentlichen Wirkungsfeld lahm legen. So bietet sich hier kein Feld für nationalistische Bestrebungen.

Die Polen werden wohl eine Polenpartei ins Leben zu rufen suchen. Bisher haben wir sie nicht und die polnischen Wähler werden wohl vielfach mit ihren deutschen Mitbürgern zusammen arbeiten. So wie die polnischen Gewerkschaften schon jetzt mit deutschen Organisationen zusammenwirken, werden sie und andere es auch in Zukunft tun. Der nationale Gegensatz hat seine Nahrung doch in der Hauptsache nur in der unglückseligen preußischen Polenpolitik und dem ungeschickten und herausfordernden Verhalten des Ostmarkenvereins gefunden.

In dem neu begründeten Freistaate dürften wir also nur zwei große Parteien übrig behalten: Sozialisten und Handelskapitalisten.

Wirtschaftliches.

Arbeiterkapitalisten

Nach zwei Richtungen hin bewegt sich das Streben zur Wiederaufrichtung und Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Die offenen Reaktionäre wollen mit Hilfe der verbliebenen sehr beträchtlichen Reste des Militarismus im kühnen Streich die alte Herrschaft wiederherstellen und sie machen schon mit der Veranstaltung von Hindenburgdemonstrationen die Probe, wie weit wohl der Boden für einen solchen Putsch bereits tragfähig geworden sei. Daneben aber werden von einer anderen Richtung minder gewaltsame Mittel empfohlen, die unter Anpassung an die gegenwärtigen politischen Verhältnisse den Kapitalismus bei scheinbarem Entgegenkommen an die Arbeiter neu beleben wollen. Tieferblickende Personen aus diesen Kreisen sehen, welche große Enttäuschung sich der Massen wegen des Versagens der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete bemächtigt hat. Von den Hoffnungen auf Sozialisierung ist nicht eine erfüllt worden. Aber die Sozialisierung ist darum von den Massen nicht aufgegeben worden, diese sammeln vielmehr ihre Kräfte für die endliche Durchführung. Es „steht zu befürchten", daß eines Tages das Verlangen des Volkes sich mit erneuter Wucht durchsetzen wird, wogegen selbst ein Noske zu schwach wäre. Die Sozialisierung ist nicht dauernd gebannt, sondern nur momentan gehemmt. Derartige Erwägungen führen dazu, Mittel zu suchen, mit welchen die Arbeiter an der kapitalistischen Wirtschaft interessiert werden könnten. Als solche werden neuerdings wieder empfohlen die „kleine Aktie" und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Beide haben schon eine Rolle gespielt bei sozialpolitischen Diskussionen früherer Jahre, haben aber damals in Unternehmerkreisen keine genügende Aufnahme gefunden.

Die „kleine Aktie" in Verbindung mit der Einrichtung von Fabrikparkassen und Gewinnbeteiligung soll den Arbeiter zum Kapitalisten machen, er soll „Aktionär" werden. Die allgemeine Durchführung des Planes vorausgesetzt, würde die Bedeutung des „Arbeiterkapitalisten" für ihn selbst sachlich wie persönlich nur eine ganz bescheidene sein können. Man erstrebt von gewisser Seite die Einführung einer 100 Mark-Aktie, zu welchem Zwecke die Aktiengesetzgebung geändert werden müßte. Mit einigen 100 Mark Aktienbesitz würde der Arbeiter an seiner wirtschaftlichen Stellung nichts ändern. Er würde gegebenenfalls ein paar Mark Dividende einstreichen, im übrigen aber genau so der Ausgebeutete des Kapitals bleiben wie vordem. Denn daß man ihn als Aktionär nicht etwa Einfluß gewinnen läßt auf die Betriebs- und Produktionsgestaltung, ist absolut sicher. Er darf Aktien kaufen, die Arbeiteraktionäre dürfen auch, wenn es hoch kommt, Vertreter in Generalversammlung und Aufsichtsrat entsenden, aber nach allen vorliegenden Vorschlägen soll das Mitwirkungsrecht nur minimal sein, gerade so groß, um die kapitalistischen Interessen fördern zu helfen. Selbst bei unbeschränkter Abgabe von kleinen Aktien hätten es ja die Unternehmungen durch die Ausgabe von zweierlei Aktien immer in der Hand, sich die unbeschränkte Verfügung über die Aktienbetriebe zu sichern. Wie man heute der Geltendmachung unerwünschter Einflüsse durch Ausgabe von Stamm- und Vorzugsaktien — die einen mit höherem Stimmrecht — einen Riegel vorschiebt, damit gleichzeitig die Macht der Verwaltung stärkt, so soll gegenüber den Arbeitern die Sache auch gehandhabt werden. Mit einem trüben Strahl vom Goldschein des Kapitalismus müßte also der Arbeiter seine Leichtgläubigkeit bezahlen, wenn er auf diese Lockung des Kapitals hereinfallen sollte.

Abgesehen davon, würde auch die sachliche Macht des Kapitalismus noch gewaltig gestärkt werden. Die Aktiengesellschaft ist die Form der wirtschaftlichen Betätigung, mit der es gelingt, viele verstreute kleine Kapitalien von großem Gesamtumfang einer kleinen Gruppe Kapitalisten verfügbar zu machen. Darbt sich der Arbeiter von seinem Lohn, ob mit oder ohne Gewinnbeteiligung, den Aufwand für ein paar Aktien ab, so macht er diese Beträge dem Kapitalismus freiwillig verfügbar. Seine Entsagung also würde die Kapitalsmacht stärken, ohne ihm doch einen Einfluß auf die Gestaltung der Produktionsverhältnisse zu bringen. Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber. Will der Arbeiter frei werden, dann können ihn kapitalistische Angebote nicht locken, dann muß die kapitalistische Wirtschaft fallen durch die Sozialisierung. Der „Arbeiterkapitalist" ist die weiße Salbe der „Volksfreunde", die hinter einem Biedermeiergesicht ihre kapitalistische Natur verstecken.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

45]

Das Telephon auf dem kleinen Damenschreibtisch daneben klingelte.

Jordan zuckte nervös zusammen, während Herta sehr ruhig nach dem Hörer griff.

Das Blut war Jordan ins Gesicht geschossen, ein Zittern befiel ihn.

Wer — wer in aller Welt telephonierte da schon wieder?

Wer von all den Männern, die mit diesem Mädchen Beziehungen pflogen?

Wer von allen diesen, die er nicht kannte — nicht kennen mochte.

Für die wenigen kurzen Stunden seines Hierseins wenigstens wollte er sich das verbitten, daß da antelephoniert werde . . .

Wozu — wozu überhaupt dieser Fernsprecher, der dem ganzen Betriebe hier den scheußlich fatalen Beigeschmack eines vielverzweigten Unternehmens gab?

Nein, nein — man war keine drei Minuten in diesem üblen Milieu, ohne auf das peinlichste und niederträchtigste gestört und verletzt zu werden.

„Guten Abend, Harry," sagte Herta am Telephon, „heute? — heute? Nein — du, ich will in die Oper — zum Parsifal — —. Ja — morgen? — Frag noch mal gegen fünf hier an. Adieu."

Sie legte den Hörer auf die Gabel zurück und bemerkte sofort Jordans tiefe Verstimmung.

„Mein Klavierspieler," sagte sie. „Der junge Mensch, den du schon mal bei mir getroffen hast. Er wollte eben zum Vorspielen herkommen. — Ich will aber in die Oper ."

„Heute? Jetzt? — Mit wem?"

„Mit dir. Es ist Parsifal. — Ich hab solchen Musikhunger und sehne mich danach, den Parsifal endlich mal zu hören."

„Kennst du denn etwas davon?"

„Fast alles — vom Klavierspieler . ."

Jordan zog die Uhr. „Es ist sechs durch."

„Ich ziehe mich sofort an."

„Aber Billette?"

„Die gibts ja immer . . . Beim Händler schließlich."

Sie sah sein verdutztes Gesicht. „Wir brauchen ja nicht zusammenzusitzen, Jordan. Nein — weit voneinander. Gegenüber vielleicht. Ich links, du rechts. Aber — aber — so, daß wir uns sehen können — ja?

Du hast doch Zeit — nicht wahr? Kommst doch mit? Telephoniere nach Hause — daß du spät zurückkommst — ich — ich — ich wünsch mir das heute so Bin so darauf gestimmt . ."

Mit gerunzelter Stirne stand er da und sah ins Leere

Mit bitter verzogenem Munde sagte er: „Ich hasse diese falsche Religiosität des Parsifal — diesen sinnlichkeitsgeschwängerten, scheinheiligen Gottesdienst eines gealterten Protestanten, der seine weltliche Lüsternheit in die Kirche schleppt und das Heiligste zum Schaustück für den Theaterpöbel erniedrigt und entweiht. Ich bin Katholik."

Herta schüttelte den Kopf.

„Mein Gott — wie du das gleich wieder zu einer Prinzipiensache aufbauschst!

Mensch — nimm doch nicht alles so schwer.

Dein Mädel möchte den Parsifal hören. Bring es hin. Was ist denn da schon?!

Ist doch, ist doch am Ende besser — als das Palais de danse? . . Nicht wahr?"

„Da wirst du ja doch sowieso morgen hingehen."

Er hatte es in dem Ingrimm herausgestoßen, den Hertas Telephongespräch in ihm erregt hatte und erwartete nun ihren Gegenstreich, irgendeinen jener jähen Temperamentsausbrüche, die er bei ihr gewöhnt war.

Aber sie lächelte nur.

„Natürlich könnte ich morgen ins Palais gehen, wenn ich Lust hätte. Denn ich bin ja frei, kann tun und lassen, was ich will.

Aber — da ich meinen Freund, den Staatsanwalt, durch meine Parsifallaune heute um seine Gemütlichkeit hier bringe, so lade ich ihn zu morgen abend zum einfachen Souper zu mir — das wird netter sein, als sich im Palais beim Tango zu strapazieren."

In ihrer selbstherrlichen Art wartete sie seine Antwort gar nicht erst ab, sondern entschied so: „Du setzt dich hier einen Augenblick ruhig in den Klubsessel — hier sind Zigaretten — ich kleide mich um. In sechs Minuten bin ich da. Kannst inzwischen Nr. 4851 unser Amt den Autoruf anklingeln und einen Wagen herbestellen. — Brummbär . ."

Sie ging.

In großer Unbehaglichkeit blieb er zurück.

Wie sie mit ihm umsprang!

In jedem Augenblick ließ sie ihn ihre Ueberlegenheit spüren.

Daß er etwas nicht wollte, kam gar nicht in Betracht, wenn sie es eben wollte.

Dabei wagte er noch nicht einmal, jeden Anlaß seiner Verstimmungen hier zur Sprache zu bringen.

Diese Wirtschaft mit dem Klavierspieler, den sie Harry nannte und duzte — widerlich.

Welch ein Tanz würde wohl anheben, wenn Jordan gegen diesen Harry vorzugehen Miene machte.

Jetzt will sie in den Parsifal.

Ja, da gab es eben nichts — er mußte mit.

Dabei gefiel es ihm im Grunde, daß sie das Werk kennen lernen wollte, von dem sie Bruchstücke am Klavier gehört hatte.

Anstatt sich dieses Bildungstriebes bei ihr zu freuen, hatte er ihr einen Vortrag über seine, eines orthodoxen Katholiken, private Stellung zum Parsifal gehalten.

Weiß Gott — blöde — er stellte sich nur immer dämlicher an — ihr gegenüber.

War er jetzt nicht wieder ganz wie vor den Kopf gestoßen, weil sie auf seine Provokation, als er ihr sagte, sie könne morgen ins Palais de danse gehen, mit solcher Sanftmut antwortete? .

Das machte ihn ganz mißtrauisch.

Wie wäre sie ihm sonst wohl über den Mund gefahren, wenn er gewagt hätte, ihr so etwas an den Kopf zu werfen!

Es hatte sicher seinen Grund, daß sie dieses Mal so friedlich blieb.

Dahinter steckte was.

Auch daß sie ihn heute mit solcher Herzlichkeit empfing, war verdächtig.

Er wird auf seiner Hut sein.

Jordan seufzte tief auf und sah gequält umher.

Was wollte, was suchte er hier im Grunde?

Hier, wo es für ihn nichts gab als Erniedrigung und Verletzung.

Wäre es nicht am besten, seinen Hut zu nehmen und fortzugehen?

Ja — damit sie ihn morgen mit einem Telephonanruf — einem Briefe zurücklockte.

Wie die Katze mit der Maus spielte sie mit ihm.

Aber im Ernst, was suchte er hier?

(Fortsetzung folgt.)

Lebensmittel in der Woche vom 15. bis 21. Dezember 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	aus Publikum am	aus Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Geschälte Hülsenfrüchte	1 Pfd.	Kartoffelmarke 12	15. 12.	H. Stach	bis Sonntag	Kaufleute	2,80	2,80
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 140	—	—		Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 140	—	—		Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
Käse*)	½ Pfd.	Nährmittelmarke 538	—	—	16. 12.	Molkereien	1,50	3,—
Syrup**)	½ Pfd.	Nährmittelmarke 539	—	—	17. 12.	Kaufleute	0,65	1,30
Nudeln	¼ Pfd.	Nährmittelmarke 540	16. 12.	H. Stach	18. 12.	"	0,30	1,18
Hiesiges Weizenmehl	½ Pfd.	Nährmittelmarke 541	16. 12.	—	19. 12.	Mehlhändler	0,20	0,40
Naturhonig***)	¼ Pfd.	Kinderzusatzmarke 160 (rote Farbe für Kinder bis 6 Jahre)	16. 12.	—	19. 12.	Kaufleute	1,40	5,60
oder Keks	¼ Pfd.	"	16. 12.	—	—	die bekannten Geschäfte	0,39	1,56
oder Zwieback	¼ Pfd.	"	16. 12.	—	—	"	0,44	1,76
amerikanisches Schmalz****)	50 Gramm	Fettmarke 38	—	Fritz Wiebe	19. 12.	Kaufleute	0,70	7,—
Gries	¼ Pfd.	Kinderzusatzmarke 160 (hellgelbe Farbe f. Kinder über 6 bis 12 Jahre und dunkelgelbe Farbe für Kinder über 12 bis 16 J.)	19. 12.	Tochtermann Nachfg.	20. 12.	"	0,23	0,92
Rindfleisch*****)	¼ Pfd.	10/10 Fleischkarte	18. 12.	Schlachthof	19. 12.	Fleischer lt. Kundenliste	Kochfleisch 0,70	2,80
			19. 12.		20. 12.		Bratfl. 0,88	3,50
							Hackfleisch 1.—	4,—
Schweinefleisch amerikanisches******)	175 Gramm		18. 12.		19. 12. 20. 12.		1,51	4,30

In der obigen Woche gilt **Brotaufstrichmarke V** für ½ Pfund Käse, erhältlich in den Molkereien, **Nährmittelmarke V** für ½ Pfund Syrup, ¼ Pfund Nudeln, erhältlich bei **Conrad John**, Alter Markt 8, **Bruno Winter**, Holl. Tor 5, **F. Plohmann Nachfl.**, Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 13. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Käse kommt in folgenden Geschäften zum Verkauf: in allen Filialen der Molkerei Schröter, in allen Filialen der Milchzentrale, Penquitt, Brückstraße, Pauls, Grubenhagen 22, Pauls, Brückstraße 9, Lingmann, Kleine Hommelstraße 6, Winkler, Trusostraße 18.

**) Die Verkaufsstellen für Syrup sind folgende:

Alshut, Ernst	Foz Erich	Kuhn, Margarete	Plohmann Nachfg., F.	Schikowski, Carl	Wiebe, A.
Barke, Hermann	Gerlach, Otto	Kümpel, Wilh.	Preuß, Fritz	Schicht Nachfg.	Wiebe, H.
Beamtenverein	Groß, Gustav	Lange, Paul	Rabe, Franz,	Schloß, Ph.	Wiebe, Rud.
Konsumverein	Hollasch, Emil	Leriqué Nachfg.	Regier, Hermann	Schlinke, M.	Werk, Hermann
Danielowski, A.	Holzrichter, H.	Lilienthal, Emil	Runkel, Otto	Störmer, S.	Winter, Bruno
Dingel, Rudolf	John, Conrad	May, Hermann	v. Roy, D.	Stach, H.	Zech, Betty
Dobrick, Joh. Nachfg.	Kellner Nachfg.	Mischkowski, F.	Regehr, Albert	Vorrath, M.	Zech, Willy
Dyck, Heinrich	Kothtz, Paul	Nickel, J., Nachfg.	Sarnecki Nachfg.	Thiel, Bernhard	Trautmann, B.
Eisenstädt, S.	Kretschmer, Fritz	Pätzel, R.	Salewski, Paul	Wegfel, Hermann	
Fischer, Anton	Krüger, Max	Penner, Margarete	Siegmuntowski Nachfg.	Weiß, J.	

***) Kinderzusatzmarke 160 (rote Farbe für Kinder bis 6 Jahre). Zum Verkauf gelangen nur Reste aus der letzten Verteilung und zwar in folgenden Geschäften:

Alshuth, Ernst	Groß, Gustav	Leriqué Nachfg.	Wiebe, A.	
Armbrust, Richard	Kretschmer, Fritz	Rittker, Gustav	Werner, Otto	
Dingel, Rud.	Kretschmann, Aug.	Sarnecki Nachfg.		

****) Das zur Ausgabe gelangende amerikanische Schmalz wird an Stelle von Butter ausgegeben und zwar in folgenden Geschäften:

Armbrust, Richard	Czeskowski, Joh.	Pätzel, Rich.	Rehbein, Joh.	Trautmann, B.	Werner, M.
Consumverein	Kretschmer, Fritz	Prengel, Emil	Schewe, W.	Vorrath, M.	Wiebe, A.
Beamtenverein	Kuhn, Margarete	Rittker, Gustav	Stach, Hermann	Weiß, Julius	Wiebe, H.
Dingel, Rudolf	Nickel Nachfg.	Runkel, Otto			

*****) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von ¼ Pfund ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.

******) Das Schweinefleisch gelangt zum Verkauf auf denselben Abschnitt der Reichsfleischkarte, auf den Rindfleisch verabfolgt wird, jedoch sind „K-Karten" von einer Belieferung mit Schweinefleisch auszuschließen.

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 15. bis 20. Dezember 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck T**
Dienstag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck U**
Mittwoch: Ausweiskarten **mit dem Buchstabenaufdruck V**
Donnerstag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck W**
Freitag: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck X**
Sonnabend: Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck Z**

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 22. Dezember 1919 bis 18. Januar 1920;
2. **Fettkarten** für die Zeit vom 29. Dezember 1919 bis 28. März 1920;
3. **Vollmilchkarten** für Kinder bis zu 6 Jahre und Personen über 65 bis 75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
4. **Magermilchkarten** für Kinder über 6—12 Jahre und Personen über 65—75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
5. **Kinder-Nährmittel-Zusatzmarken** von Nr. 165—184.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 12. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Als praktische
Weihnachtsgeschenke
empfehle:

Wirtschaftswagen
Tafelwagen
Gewichte

Kohlenplätten
Bolzenplätten
Spiritusplätten

Dalliplätten
Dalli-Glühstoff
Brotschneidemaschinen

Fleischhackmaschinen
Reibemaschinen
Waffeleisen

Tischmesser u. Gabeln
Taschenmesser
Brot- u. Schlachtmesser
Damenscheren
Eß- und Teelöffel
Rasierapparate
Rasiermesser

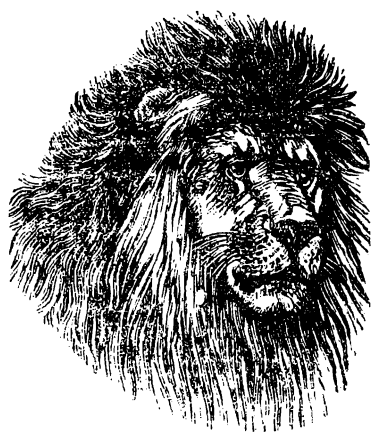
Kaffeemühlen
Taschenlampen
Batterien
Geldbeutel

Rodelschlitten
Kinderschlitten
Schlittschuhe

Emaillewaren und andere Küchengeräte

Joh. Meissner Nachfl.
Ecke Königsberger- u. Leichnamstraße.

Für den Weihnachtstisch



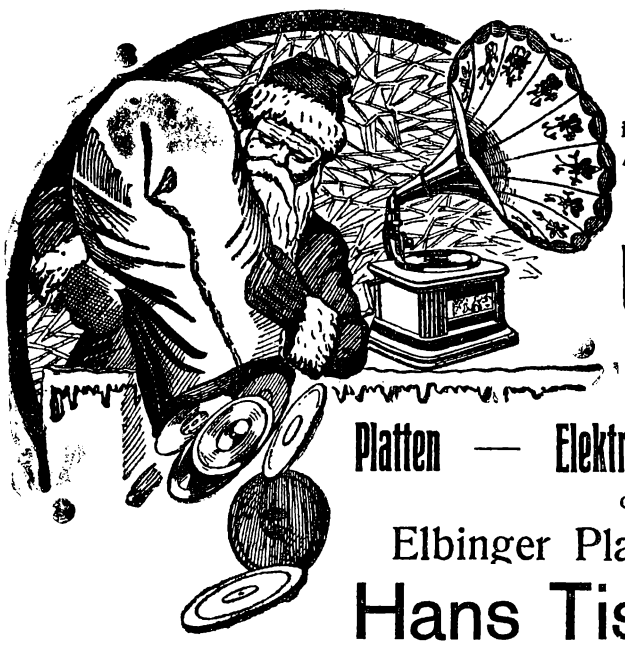
empfehle sämtliche
Pelzwaren
in reichster Auswahl zu soliden Preisen
Ch. Goetz
Brück- und Wasserstraßen-Ecke.
Telephon 231.

Kaufmännische Privatschule
von
R. Mrongovius
Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.
Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten
sowie in **Polnischer** u. **Russischer** Sprache

Wünschen Sie Ihre Garderoben
unter eigener fachmännischer Leitung
sauber gereinigt oder gefärbt?
so übergeben Sie dieselben der
Expressfärberei
Laden Inn. Mühlendamm 17.
Kontor und Annahme in meinem Betrieb
Große Zahlerstraße 24.
Fernruf 957.

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister, Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe
G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Brückstraße 12
Bis zum Feste und solange Vorrat, kommen
sehr preiswert
zur Abgabe an das Publikum:
Handschuhe (aller Art)
Krawatten
Hosenträger (echt stark Gummi)
Oberhemden
Hüte
Mützen (aller Art)
Herrensocken
Feine Lederwaren zu Geschenken, sehr preiswert
Dauerwäsche
Brückstraße 12



Festgeschenke
in besonders reichhaltiger Auswahl, guter Qualität und zu billigsten Preisen bietet in
Uhren- u. Goldwaren
Sprechapparaten
Platten — Elektrischen Taschenlampen
die
Elbinger Platten-Centrale
Hans Tischmann.

Regenschirme
Spazierstöcke, Portemonnaies
in größter Auswahl bei
R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

Heißgetränke v. köstlichem Geschmack liefern meine **gebrauchsfertig gesüßten, alkoholfreien ff. Punsch-Extrakte.**
Aug. Raffke, Wilhelmstr. 60, Keller, Nähe Kaufhaus Loewenthal.

Kluge Eheleute, Frauen
verlangt kostenlos illustr. auftl. Preislisten vom
Sanitätshaus E. Golde, Torgau (Elbe.)

Hämorrhoiden
heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Verlobungsringe
auch noch in feinem Golde liefert
F. Witzki,
Elbing, Schmiedestr. 17.

Verborge u. verkaufe
neue und gebrauchte Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten und Nähmaschinen.
Beste Weihnachts-Geschenke
billigst **M. Krüger, Junkerstraße 30.**
Sämtliche Reparaturen schnell und sauber.

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Vorsichtige Männer
Aengstliche Frauen
befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürl. Beschränkung d. Kinderzahl. Unzähl. Anerkennungen. Geg. Voreinsendung von M. 1,— franko u. verschl. vom
SANITAS-DEPOT, Abt. 33, Charlottenburg 5.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 46 | **Montag, den 15. Dezember 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Noske ist nicht von Sklarz abgerückt. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung lesen wir: Eine Korrespondenz verbreitet einen Bericht über eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, in der über den „Fall Sklarz" verhandelt worden ist. Diesem Bericht zufolge soll der Reichswehrminister Noske „im Gegensatz zu Scheidemann entschieden von Sklarz abgerückt sein." Diese Darstellung ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat in der Fraktionssitzung zunächst mitgeteilt, daß er das ihm zur Verfügung stehende Material sofort dem Staatsanwalt zugänglich gemacht habe. Er hat alsdann den Vorwurf erhoben, daß Personen, die monatelang der Meinung gewesen seien, schwerbelastendes Material in Händen zu haben, nicht rechtzeitig Anzeige erstattet hätten. Mit diesen Personen sind der Abgeordnete Davidson und der frühere Angestellte von Parvus und Sklarz, der Redakteur und Geschäftsführer Baumeister gemeint.

Drei Jahre Gefängnis für Kilian. Freitag vormittag wurde der Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden des Arbeiterrates zu Halle, Genossen Otto Kilian, nach fünfwöchentlicher Dauer zu Ende geführt. Das Urteil, das gefällt wurde, lautete auf drei Jahre Gefängnis wegen Aufreizung zum Klassenhaß, Freiheitsberaubung und Bildung bewaffneter Haufen. Dieses Urteil ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit. Drei Jahre Gefängnis werden über einen Mann verhängt, der nichts weiter getan hat als seine Pflicht, der nachgewiesenermaßen die Massen in kritischen Momenten beruhigt und der kein Menschenleben auf dem Gewissen hat wie Marloh. Die Hallesche Arbeiterschaft ist in lodernder Empörung über dieses unerhörte Klassenurteil. Die neudeutsche Gerechtigkeitspflege enthüllt sich, wie die Urteile im Marloh- und Kilianprozeß beweisen, als nackteste brutalste Klassenjustiz.

Litwinows Mission gescheitert! Die Mitteilungen, die Litwinow den Vertretern Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten über das Friedensangebot der Sowjetregierung zugestellt hat, sind ihm zurückgeschickt worden. Die Vertreter weisen darauf hin, daß Litwinow über sein Mandat hinausgehe, da die Kopenhagener Konferenz einzig dem Austausch der Kriegsgefangenen und der Heimschaffung der Staatsangehörigen gewidmet sei.

Anderseits wären sie der Ansicht, daß die Verpflichtungen Dänemark gegenüber nicht eingehalten würden, wenn der Aufenthalt Litwinows politischen Zielen diene, da Dänemark die Konferenz nur für humanitäre Zwecke bewilligt habe.

„Glossenschreibers" Rückkehr? In der Nachmittagssitzung der niederländischen Zweiten Kammer am 10. Dezember erklärte der Abgeordnete Cannos, die Veröffentlichungen Kautskys hätten erwiesen, daß der vormalige Kaiser der Anstifter des Weltkrieges sei. Daher bilde er eine Gefahr für die Niederlande, und die Frage der Auslieferung müsse ernstlich ins Auge gefaßt werden. Cannos forderte die Regierung auf, andere Maßnahmen für den Aufenthalt des vormaligen Kaisers zu erwägen.

Falls sich England die Gelegenheit entgehen lassen sollte, Wilhelm Hohenzollern nach London in den Tower einzuladen, wäre mit einer baldigen Heimkehr des „Glossenschreibers" nach Deutschland zu rechnen. Nach Reinhards Entlassung steht Noske vor der schweren Frage, wen er mit der Führung der Ehrenkompagnie beim Empfang betrauen soll.

Ja, wenns Arbeiter wären. Berliner Abendblätter teilen die näheren Einzelheiten darüber mit, wie es zur Entlassung Reinhards aus der Reichswehr gekommen ist. Danach ist die Entlassung vom Reichspräsidenten auf Grund eines Beschlusses des Reichsministeriums ausgesprochen worden. Sämtliche Reichsminister stimmten für die Entlassung des Obersten Reinhard. Noske stimmte dagegen.

Amtlich wird jetzt jedoch bekanntgegeben: Entgegen anderslautenden, in der Presse mehrfach aufgetauchten Behauptungen sei festgestellt, daß im Reichskabinett weder eine Debatte noch eine Abstimmung darüber stattgefunden hat, ob Oberst Reinhard zu entlassen sei. Der Marloh-Prozeß hat gezeigt, das Noske und seine Regierungskollegen auf Gedeih und Verderb mit Reinhard und den anderen zweifelhaften Elementen verbunden sind. Sie können es nicht über sich bringen, den Augiasstall der Reichswehr mit eiserner Faust zu reinigen, zumal auch Hauptmann von Kessel, der wegen Meineid und sonstiger Verbrechen von der Staatsanwaltschaft verhaftet war, jetzt aus der Haft entlassen ist.

Plünderer und Strolche — Winnigs Schützlinge! Das litauische Pressebüro meldet: Die deutschen Truppen räumen Litauen nur sehr langsam. Auf ihrem Rückzuge lassen sie sich die schwersten Uebergriffe und Vergehen gegenüber der Bevölkerung zuschulden kommen. Plünderungen, Brandstiftungen und Totschläge sind an der Tagesordnung. In den Bezirken Skandville und Kurschany sind z. B. viele Dörfer verbrannt und fast alle männlichen Einwohner getötet worden. In Schaulen haben deutsche Soldaten die litauischen Sicherheitswachen angegriffen und vertrieben. Aus der Bevölkerung gehen der litauischen Regierung zahlreiche Proteste und Aufforderungen zum tatkräftigen Vorgehen gegen die deutschen Soldaten zu.

Was wir nun in Deutschland von den zurückkehrenden Baltikumern zu erwarten haben, zeigen folgende von der Berl. Volkszeitung gemeldeten Vorfälle:

Auf dem Bahnhof Buchholz, Knotenpunkt der Linie nach Bremen, mußte ein mit Truppen aus dem Baltikum besetzter Zug zwecks Maschinenwechsels halten. Unterdessen plünderten die Soldaten fünfzehn mit Stückgut beladene Wagen eines gegenüberliegenden Güterzuges unter Drohungen gegen die Eisenbahnbeamten.

In dem hannoverschen Ort Fintel (Kreis Rotenburg), wo die Truppen einquartiert wurden, verkauften sie Pferde und Ausrüstungsgegenstände aller Art. Der Transportführer, der seinen Leuten gegenüber machtlos war, hat sich an den Landrat um Entsendung einer Gendarmerie-Patrouille gewandt, um diesem Treiben ein Ende zu machen.

Das Ergebnis von Leipzig

Von O. Jensen.

Die Theorie besteht nach dem treffenden Wort von Ernst Mach in der Anpassung der Gedanken an die Tatsachen. Bei einer Partei, die nach ihren Gedanken die gesellschaftlichen Tatsachen umgestalten will, spielt daher die richtige Erkenntnis dieser Tatsachen eine große Rolle. Theoretische Auseinandersetzungen und die Festlegung ihres Ergebnisses in einem Programm, haben daher von jeher in sozialdemokratischen Parteien aller Länder auf Parteitagen einen breiten Raum eingenommen. In unserer geistigen Uebergangswirtschaft, wenn man diesen ökonomischen Begriff anwenden darf, mußten die Debatten über theoretische Fragen und den sich daraus ergebenden praktischen Richtlinien um so leidenschaftlicher geführt werden, als wir von Problemen neuester Prägung umgeben sind und unsere Stellung nach links und rechts verteidigen müssen.

Die Annahme des neuen Aktionsprogramms ist daher als vorläufiger Abschluß des Meinungskampfes und als Plattform der Partei zu begrüßen. Dieses Programm bietet zugleich ein Bild der in der Partei herrschenden Strömungen. Die Diktatur des Proletariats und die Stellung zum Rätesystem sind schärfer und klarer formuliert als im März-Programm. Die „Linke", wenn man diesen Ausdruck gebrauchen kann, hat allerdings den Parlamentarismus nicht völlig verworfen. In einer Zeit, wo selbst Lenin in seinem neuesten Briefe an die Arbeiter Europas den Boykott der Parlamente und Gewerkschaften ablehnt, ist auch diese äußerste Konsequenz kaum zu ziehen. Muß doch erst die Zukunft lehren, welche Rolle in den Kämpfen der Klassen den Parlamenten noch beschieden ist. Es wird sich zeigen, ob die Mängel des Parlaments selbst bei erweiterter Demokratie im Wesen dieser Einrichtung selbst beruhen, oder ob die Unzulänglichkeit der heutigen Parlamente zum Teil verursacht ist in dem niedrigen politischen Niveau aller Klassen, das Proletariat nicht ausgenommen. Man darf nicht vergessen, der Parteitag zeigte jedem guten Beobachter, daß breite Schichten bisher politisch Indifferenter, in das Parteileben geschleudert, bei großem politischen Interesse der notwendigen Tatsachenkenntnis und Schulung entbehren. Daraus erklärt sich, wie aus dem Gang der Revolution das Ueberwiegen des Gefühls, die leidenschaftliche Ungeduld und die Aufnahmefähigkeit für einfache Prägungen, der oft die Kompliziertheit unserer Lage nicht gerecht werden. Die geistige Anpassung dieser neugewonnenen Massen geht aber nicht ohne Reibungen, Mißverständnissen, scharfe Auseinsetzungen, vor sich. Das sind die Unkosten der gesellschaftlichen Entwicklung, die mit in den Kauf genommen werden müssen. Wichtig ist daher, daß die Programme die tatsächliche Entwicklung in ihrer Hauptrichtung widerspiegeln. Ob dies der Fall ist, muß die Zukunft lehren. Ueber die Diktatur des Proletariats und die verschiedene Auslegung dieses Begriffes wird es sicher noch manche Debatte geben, obgleich sich der Parteitag einmütig auf den Boden der Diktatur stellte. Politische Herrschaft einer Klasse oder Gewaltherrschaft einer kleinen Gruppe werden in diesem Begriff zu oft durcheinandergeworfen. Es ist daher zu begrüßen, daß das Referat von Crispien im Druck erscheint, umsomehr, da in dem kommenden Wahlkampf die Diktatur sicher der Angriffspunkt unserer Gegner sein wird. Es muß auch das Verhältnis zur Diktatur der Bolschewiki klar sein, wenn wir mit den Kommunisten eine sachliche Polemik führen wollen, die von unserer Seite umso gebotener ist, als auf der anderen Seite Kraftworte oft Argumente ersetzen. Diese Auseinandersetzung wird auch dadurch nicht unnötig, daß beschlossen wurde, in die dritte Internationale einzutreten, falls auf dem Kongreß aller sozialrevolutionären Parteien der Anschluß an Moskau nicht vollzogen würde. Die überstürzte Abstimmung über diesen Zusatzantrag, der vor der Resolution des Vorstandes zur Abstimmung gelangte, ist zu bedauern, da über diesen Punkt viel Unsicherheit herrschte.

Die Stellung zur Internationale veranlaßte die ausgedehntesten Debatten, die sich allerdings in Sonderverhandlungen der Gruppen vollzogen. Es wäre zu wünschen, daß diese Sonderberatungen, deren Wert wir keineswegs verkennen, nicht derart überwuchern. Fragen der internationalen Organisation sind so wichtig und bedürfen so dringend der Klärung in den Massen des Proletariats, daß ihre Erörterung in breitester Parteiöffentlichkeit notwendig ist. Die Kenntnis der Tatsachen auf diesem Gebiet kann nicht im Alltagskampf gewonnen werden. Die Auseinandersetzungen und die Referate sind daher wichtig für die Agitation und die Belehrung der Parteigenossen. Zur Verhütung des Ueberwiegens des „reinen Gefühls" in der Beurteilung auswärtiger Politik und der internationalen Beziehungen des Proletariats. Es ist zu hoffen, daß durch die Verhandlungen des Vorstandes ein Zusammenschluß aller revolutionären Elemente des Weltproletariats ermöglicht wird, um eine Internationale der Tat zu schaffen, die auch die Arbeiter des Westens umschließt und nicht rein kommunistischen Charakter trägt. Der Weg wird aber schwieriger sein, wie die meisten ihm sich vorstellen. Zu groß sind die geistigen Störungen des Weltkrieges und zu ungleich die politischen Verhältnisse der einzelnen Länder. Um so wichtiger ist die energischste Aufklärungsarbeit und praktische Betätigung bei allen internationalen Fragen. Die Leipziger Verhandlungen werden ein Ansporn sein, gerade auf diesem Gebiet die Pflicht zu erfüllen, die während des Krieges von den Rechtssozialisten so schmählich versäumt und auch jetzt nicht erfüllt wurde. Es ist bedauerlich, daß infolge der ausgedehnten Verhandlungen über die Frage der Internationale wichtige praktische Aufgaben zurückgestellt oder nur flüchtig erledigt werden konnten. Es ist erklärlich, daß bei dem brennenden Interesse an den Fragen der Zukunftsentwicklung die nächste Gegenwart zu kurz kam. Es ist aber ganz verfehlt, zu glauben, daß in revolutionären Zeiten man nicht Stellung nehmen müsse zu den Fragen, die auf der politischen Tagesordnung stehen. Auch das siegreiche Proletariat muß, wenn es die politische Macht erobert hat, jene Anforderungen erfüllen, die der Not des Alltags entspringen. Der Sozialist wird andere Maßnahmen, energischere Eingriffe ins Wirtschaftsleben vornehmen, wie der Nur-Reformer. Es wäre jedoch ein irreführender Aberglaube, anzunehmen, daß der Sozialismus auf der Grundlage einer so zerrütteten Wirtschaft per Dekret plötzlich eingeführt werden könnte. Wir müssen eine Tempo-Beschleunigung der wirtschaftlichen Umwandlung anstreben und wir unterscheiden uns von den Reformisten durch die Erkenntnis, daß radikale Maßnahmen notwendig sind, um den Sozialismus vorzubereiten und daß man nicht nur langsam und allmählich zu einer neuen Gesellschaftsordnung kommt, wie sich das bürgerliche Sozialpolitiker vorstellten. Wir wissen aber, daß der Sozialismus auch ein Prozeß ist und daß es nicht angeht, sich über die Schwierigkeiten unserer Zeit mit urchristlichem Ueberoptimismus hinwegzusetzen. Gerade weil wir an den Sieg des Proletariats glauben, wollen wir Kampfesmut mit sachlichster Nüchternheit vereinen.

Das Aktions-Programm ist beschlossen, jetzt kommt die Aktion und wir wünschen, daß regste Aktivität auf allen Gebieten der Politik das neue Parteijahr eröffnet, eine Aktivität, die nicht nur in Agitation besteht, sondern überall wo es möglich ist, praktisch beweist, daß unsere Theorie anderen Ansichten überlegen ist, weil sie eben die Gedanken den Tatsachen anpaßt und wiederum durch die Erkenntnis der Tatsachen die Umwandlung der Gesellschaft bewußt beschleunigt, im Interesse des internationalen revolutionären Proletariats.

Aktionsprogramm der U. S. P.

Einstimmig beschlossen auf dem Parteitag in Leipzig.

Die proletarische Revolution hat zwei große Epochen: den Kampf um die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung für die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegensätze untereinander, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern gleich. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird **die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern.** Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert also den internationalen Zusammenschluß und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der ganzen Welt. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich **eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder.** Dem imperialistischen Kapitalismus setzt das klassenbewußte Proletariat aller Länder den internationalen Sozialismus entgegen.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat leitet die Befreiung der Arbeiterklasse ein. Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestalten sind und des revolutionären Rätesystems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt."

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei steht auf dem **Boden des Rätesystems.** Sie unterstützt alle Bestrebungen, die Räteorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihr alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen und sie zu schulen für die Diktatur des Proletariats.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmert. An ihre Stelle treten die **politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats.** Sie vereinigen in sich Gesetzgebung und Verwaltung. Ihre Wirksamkeit bedeutet die Umwandlung und Neugestaltung des kapitalistischen staatlichen Verwaltungsapparates, einschließlich der Gemeinden; sie bedeutet aber auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse und ihren Zusammenschluß zwecks **Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft.** Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt der Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des politischen Rätesystems entgegen dem bürgerlichen Parlament, als dem Ausdruck des Machtwillens der Bourgeoisie, den revolutionären Rätekongreß. Die Umwandlung der kapitalistischen

Wirtschaftsanarchie in die planmäßige sozialistische Wirtschaft erfolgt durch das wirtschaftliche Rätesystem.

Zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende **Maßnahmen zu treffen:**

1. Die Auflösung jedes konterrevolutionären Söldnerheeres, Auflösung aller militärischen Zivil- und Polizeiformationen, Einwohnerwehren in Stadt und Land, Technischen Nothilfe, Polizeitruppen, Entwaffnung des Bürgertums und der Grundbesitzer. Einrichtung einer revolutionären Wehr.

2. Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Vergesellschaftung ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität — der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transportwesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien.

3. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Oedland.

4. In den Städten und vorwiegend industriellen Gemeinden ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen.

5. Planmäßige Regelung des Ernährungswesens.

6. Vergesellschaftung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Vergesellschaftung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Oeffentliche Einheitsschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

8. Erklärung der Religion zur Privatsache. Völlige Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu privaten Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen.

9. Sozialistische Steuerpolitik durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen des Proletariats den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

10. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

11. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeige- und Werbewesen und Uebertragung an die Kommunalverbände.

12. Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

13. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern. Sofortige Anbahnung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken.

Die **Diktatur des Proletariats** ist ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur **Erringung der sozialistischen Demokratie.** Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Rätesystem. In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch das Rätesystem in seinem tiefsten Sinn zur höchsten Geltung. Der tiefste Sinn des Rätesystems ist, daß **die Arbeiter,** die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur, auch **die verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten** sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die **Aktion der Masse.** Die U. S. P. verwirft gewaltsames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und dem revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Ueberzeugung, daß durch die **Zusammenfassung der proletarischen Massen,** die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstrebt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären aktionsfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Nur durch die proletarische Revolution kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

Politische Rundschau

Deutschland

Verfolgung von Kriegsverbrechern

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen zugegangen, welches dem Reichsgericht die Aburteilung von Verbrechen oder Vergehen gegen feindliche Staatsangehörige oder Vermögen zuschiebt, die von Deutschen während des Krieges bis zum 28. Juni 1919 im Inn- oder Auslande begangen wurden. Man will auf diese Weise versuchen, das Mißtrauen des Auslandes gegen die gerichtliche Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher in Deutschland zu zerstreuen.

Aber mehr: man hofft letzten Endes, diese Leute nicht ausliefern zu müssen, und so die „deutsche Ehre" reinhalten zu können. Das ist der eigentliche Zweck dieses Gesetzentwurfes. Um ihn zu erreichen, wird man sogar bereit sein, das zu erfüllen, was Oesterreich von Serbien 1914 forderte und zwar deshalb, weil es einen Eingriff in die Souveränität dieses Staates bedeutete, aus diesem Grunde abgelehnt werden mußte und so den Vorwand zum Kriege abgab. Man wird der Entente eigene Vertreter in diesem Gerichtshofe zugestehen wollen! Alles, um die Ludendorff und Konsorten vor der Auslieferung bewahren zu können. Man versucht also dasselbe Spiel, das schon bei den Friedensverhandlungen in Weimar getrieben wurde, wo man erst nach dem kategorischen Nein der Entente die Forderung nach Streichung der auf die Auslieferung von Deutschen an die Entente zur Aburteilung wegen Kriegsvergehen bezüglichen Paragraphen des Friedensvertrages fallen ließ.

Das neue Unternehmen zeigt dabei ganz klar, wes Geistes Kind die deutsche Regierung ist. Aus Angst vor der Reaktion und inniger Seelensympatie für die von der Entente bedrohten Kriegsverbrecher setzt sie alles daran, sie zu retten. Mit dem Erfolge, daß weiterhin ihre Politik zum Schaden des deutschen Volkes im Auslande mit dem Stigma der Zweideutigkeit und der Unaufrichtigkeit belastet bleibt. Notwendig wäre nach Ausbruch der Revolution gewesen ein Revolutionstribunal zur Aburteilung der Leute, die ihren Wahnsinn auf Kosten aller Völker der Welt spielen ließen. Ein Gerichtshof jetzt bedeutet eine Komödie. Klassengenossen sollen über Klassengenossen aburteilen. Und was dabei herauskommt, haben wir zur Genüge erlebt.

„Ehrung" Scheidemanns

Nach berühmten Mustern haben die Rechtsparteien der Nationalversammlung beschlossen, den Sitzungssaal jedesmal zu verlassen, wenn Scheidemann spricht, solange dessen Lage zum Fall Sklarz nicht völlig geklärt ist.

Die Parteien richten sich also nach derselben Taktik, die auch die Noskesozialdemokraten dem Genossen Eichhorn gegenüber anwandten.

Für den Volksschüler bleibt die Prügelstrafe

Die Noskesozialisten der preußischen Landesversammlung lehnten einen Antrag der Unabhängigen gegen das Züchtigungsrecht in den Volksschulen ab. Wie konnte man von ihnen etwas anderes erwarten!

Verkauf der deutschen Wissenschaft an das Ausland

„Nur die Arbeit kann uns retten!" ruft man den Arbeitern zu. Dabei wird nicht nur das Kapital ins Ausland gebracht, auch die letzten Rohstoffe werden nach auswärts verschleudert, um Profit zu erzielen. Das ist der „Segen" des kapitalistischen Systems. Jetzt geht man auch dazu über, Deutschlands wertvollste Kulturgüter für bares Geld dem Ausland zu verkaufen. In der Frankfurter Zeitung (Nr. 914 vom 7. Dezember 1919) teilt unter der Ueberschrift: Deutschlands geistiger Ausverkauf, Ernst Lätzsch mit, in Leipzig hätte vor einigen Wochen eine japanische Kommission eine Bibliothek für eine Million Mark erworben! Es wäre eine der vorzüglichsten Sammlungen gewesen, die ein rühriges Antiquariat auf dem Gebiete der Mineralogie und des Bergwerkwesens zusammengebracht hätte, mit vollständigen Zeitschriftenserien, die man in deutschen Büchereien vergeblich suchen würde.

Wie hat man während des Krieges auf Japan geschimpft; und jetzt gibt man diesem „Feinde" unsere Kulturschätze, weil er in der Lage ist, einen hohen Preis dafür anzulegen. So wirds gemacht! Wer gut bezahlt, bekommt die Güter, die dem deutschen Volke für immer verloren gehen, weil das kapitalistische System Trumpf ist. Und was fragt das nach Kultur! Die Hauptsache ist der Profit. Die Rechtssozialisten haben ja dem Kapitalismus „freie Bahn" gelassen. Sie sehen jetzt den Erfolg ihrer Politik. Nicht nur, daß die wertvollen Bibliotheken aus Deutschland verschwinden, werden durch diese Ausverkäufe die Preise für die Bücher, die noch hierbleiben, enorm in die Höhe getrieben. Der Minderbemittelte kann bald keine Werke mehr kaufen. Das wird schließlich ein Privileg der Besitzenden, der Kriegsgewinnler! Schon früher konnte sich in der Regel nur derjenige Bildung und Wissen aneignen, der im Besitz der erforderlichen Mittel war; jetzt wird das noch schlimmer. Es ist die höchste Zeit, daß mit dem kapitalistischen System aufgeräumt wird. Es führt uns immer tiefer in den Zustand der Barbarei hinein.

Ungarn

Wüten der Reaktion in Ungarn

Bei den am 8. Dezember in Budapest stattgefundenen antisemitischen Demonstrationen drang die Menge in das Redaktionslokal des sozialdemokratischen Parteiorgans Repozava ein, zerstörte das Mobiliar, durchschnitt die Telephondrähte, warf alle Schriftstücke auf die Straße und demolierte die Rotationsmaschine. Die Polizei verhaftete 42 Personen. Eine andere Gruppe von Demonstranten drang in die Schriftleitungsräume der Zeitung Az Est ein, zertrümmerte das Schaufenster und drang in das Administrationslokal, das gleichzeitig als Buchhandlung eingerichtet ist, ein. Die Geschäftsbücher und die übrigen Bücher sowie die Einrichtungsgegenstände wurden auf die Straße geworfen. Die Polizei gab auf die Demonstranten eine Salve in die Luft ab, worauf sich diese zerstreuten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich

Parteitag der französischen Sozialisten

Die sozialistische Partei Frankreichs wird ihren nächsten Parteitag vom 25. bis 23. Januar in Straßburg abhalten.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

46]

War das etwa Glück, was er hier fand?

Entweder sie ließ ihre Pöbelwut an ihm aus, oder sie zeigte ihm das Sammetpfötchen.

War sie aber einmal wirklich lieb, nett und entgegenkommend — so regte sich sofort sein Verdacht, es könne etwas besonders Gefährliches hinter ihren Liebenswürdigkeiten stecken.

Ein angenehmes Verhältnis das.

Es stand eben gar zu viel zwischen ihnen beiden.

Der gesellschaftliche Abstand allein war schon unüberbrückbar — und nun noch der furchtbare Altersunterschied.

In dem gleichen Maße, wie Jordan Hertas holde Jugend liebte, argwöhnte er, müsse sie seine reifen Jahre hassen.

Jordan war zu wenig lebenskundig und welterfahren, um zu wissen, daß es nicht selten geschah, daß junge Mädchen zu gereiften Männern sich mehr hingezogen fühlten als zu jüngeren.

Das wußte Jordan nicht, da er die menschlichen Beziehungen zeitlebens nur immer aus der kriminalistischen Ecke heraus beobachtet und gesehen hatte.

So kam's, daß er in Hertas Freundlichkeit, wann sie ihm solche zeigte, nichts sah als die Dirnenlüge, die das Geschäft in Schwung hielt. Vorteile suchte sie. Nichts anderes.

Vielleicht sogar, vielleicht noch etwas anderes gerade bei ihm — dem Staatsanwalt, der ihr soviel Böses angetan und den sie im Grunde ja doch bitter hassen mußte.

Dieser vergiftete Gedanke blieb wach in Jordans tiefstem Herzen: Herta lockte ihn an, nur um ihn unglücklich zu machen.

So kam es, daß er des Mädchens Wutausbrüche als wahrhaftige Regungen ihres Gefühles gegen ihn fast gefaßter erlitt als ihre Zärtlichkeiten, hinter denen er den lauernden Verrat zu wittern nicht müde wurde.

Er fuhr auf.

Das Zimmer erstrahlte plötzlich in blendender Helligkeit.

Herta hatte sämtliche Lampen der Krone und der Deckenbeleuchtung eingeschaltet und stand lachend auf der Türschwelle.

„Erst will ich mich mal ins rechte Licht setzen! — Sieh her!"

Mit offenem Munde staunte er sie an.

Ein fürstliches Weib — eine Prinzessin stand da im schwarzen, halsfreien, glatten Sammetkleide, dessen einziger Schmuck ein kostbarer, alter, breiter Spitzenkragen war, der über Brust, Schulter und Rücken fiel.

Die kurzen Aermel ließen nur einen schmalen Streifen der Arme über den Ellenbogengelenken frei, denn lange schwarze Handschuhe hüllten in losen Falten die Arme ein. Kein Schmuckstück sonst, nur an dem schwarzen Seidengurt ein Busch frischer, langgestielter, roter Rosen.

Das Goldhaar teilte ein schnurgerader Scheitel in der Mitte des Kopfes, von da gingen die goldigen Wellen des Haares zu geflochtenen Schnecken herab, die beide Ohren bedeckten.

So hinreißend schön hatte Jordan das Mädchen bisher nicht gesehen.

Ihr Glanz, der wie ein Strahlen sie umflutete, beengte ihn noch mehr.

Fast mürrisch blickte er auf sie, als empfände er die Dämonie ihrer Schönheit als die sichere Gewähr seines Unterliegens, in dem er den ganzen Einsturz seines Lebens ahnungsvoll witterte.

Da seine Augen sich finster auf den Rosenstrauß in ihrem Gürtel richteten, so sagte sie mit Jordanscher Grabesstimme: „Wo hast du die Rosen her, Weib?" und setzte hinzu: „Hätte mein Matthias gewußt, daß er heut mit mir ins Opernhaus muß, so hätte er sie mir geschickt. So hab ich sie mir selber geleistet.

Zufrieden?"

Sie kam lachend auf ihn zu. Er sprang auf, reckte die Arme, sie an sich zu reißen.

Sie wich zurück.

„Nee," sagte sie, „nu wollen wir das Kunstwerk mal lieber nicht gleich wieder zerknittern.

Hast du telephoniert?

Natürlich nicht.

Es ist halb sieben durch! Du! Höchste Eisenbahn!

Na — also muß ich auch wieder selbst . .

Gott — ist der Mann bequem!"

Sie bestellte das Auto am Telephon, jagte Jordan zur Eile und stand kurz darauf im langen Sealmantel vor ihm, den Blondkopf unbedeckt.

Das Auto tutete unten — man ging . .

Logenplätze gab es zum Parsifal im Opernhause nicht, da das ganze Proszenium, in dem die Logen sind, durch den romanischen Dekorationsvorbau verkleidet war, der den architektonischen Rahmen für das Bühnenweihfestspiel abgeben mußte.

Jordan erstand beim Händler zwei Ersterangplätze, einen auf der rechten, einen auf der linken Seite.

Er ergrimmte darüber, daß der Schaupöbel, der rings die teuren Plätze füllte, sich für das Gralsdrama dadurch seelisch sammelte, daß er ein Kreuzfeuer von Blicken auf Herta richtete.

Sie war die Sensation des Abends.

Hunderte von blitzenden Gläsern richteten sich auf ihre strahlende Erscheinung, die in dem königlichen Rahmen dieses vornehmen alten Hauses erst zu ihrer rechten Wirkung kam.

Männer und Frauen schienen einfach fasziniert von der blonden Mädchenschönheit dort in der vordersten Reihe des ersten Ranges.

Selbst die Musiker blickten bei dem Stimmen der Instrumente entzückt zu Herta hinauf.

Die eleganten Offiziere der Garde putzten ihre Monokel, um sie schärfer zu sehen.

Prachtvoll, wie das Mädchen wirklich ganz prinzessinnenhaft über alles das hinweg achtslos und stolz ins Leere sah und auch zu Jordan hinüber keinen Blick des Einverständnisses sandte.

In Haltung und Gehaben hätte sie in der Tat an der Seite eines Kronenträgers ihren Platz sehr würdig ausgefüllt.

Ein Glücksgefühl durchbrandete Jordan plötzlich.

Er dachte, ich — ich — der Gealterte — ihr jungen Laffen — ich bin es, der dieses Weib, diesen Gegenstand eures Entzückens hierher geführt hat. Ich — ich bin es, der sie von hier fortführen wird.

Wie würdet ihr mich beneiden, wenn ihr das wüßtet.

Aber in der Pause — in der Pause schon — werdet ihr's sehen — wer — von diesen anderthalbtausend Menschen allein das Recht hat, zu ihr zu treten und vertraut mit ihr zu reden.

Ich — nämlich — ich, der Staatsanwalt Jordan . . .

Da verfinsterte sich das Haus — und die ersten ergreifenden Töne des Vorspieles erklangen.

Jordan wehrte sich gegen ihre Macht, fühlte aber doch sein Herz erbeben, als nach dem klagenden Amfortasmotiv der Choral in Posaunenstößen sich auftürmte . . .

Bei den szenischen Vorgängen fühlte er dann wieder den ganzen drängenden und stoßenden Widerspruch gegen die Theaterei, mit der den heiligsten Dingen des Christentums hier zuleibe gegangen wurde, und die später folgenden Ballhausklänge der Blumenmädchen empörten ihn im voraus bis zur Wut. —

In der großen Pause eilte Jordan zu Herta hinüber, die auf ihrem Platz verblieben war.

Er sah wirkliche Erhobenheit in ihren Zügen, wodurch diese eine weitere berückende Veredelung erfuhren, eine Durchgeistigung, deren er sie nie für fähig gehalten.

In ruhiger Verwunderung sah Herta Jordan herankommen.

Sie hatte nicht erwartet, daß er sich hier an ihrer Seite zeigen würde. [redacted] (Fortsetzung folgt.)

Auf der Tagesordnung steht die Diskussion über das Ergebnis der Neuwahlen und die Teilnahme am internationalen Kongreß in Genf.

Stürmische Szenen bei der französischen Kammereröffnung

Die erste Kammersitzung in Paris verlief nicht ganz so feierlich, wie man es geplant hatte. Fast die ganze Sitzung hindurch protestierten die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit, wenn der Alterspräsident oder der Redner der Elsaß-Lothringer, Dr. Françcis, das Lob Clemenceaus anstimmten. Dies gab mehrfach Veranlassung zu Auseinandersetzungen, die sich zu einem regelrechten Skandal steigerten. Als Thomas den Versuch machte, die Erklärung der sozialdemokratischen Elsaß-Lothringer zu verlesen, die in der Kammer nicht vertreten sind, wurde er von der Mehrheit schon nach wenigen Sätzen stürmisch niedergeschrien.

Der Frieden der Gewalt

Im Obersten Alliierten-Rat sind dreierlei Mittel zur Durchführung der Protokolle beraten worden, und zwar: 1. Die Wiederherstellung der Blockade, 2. Ausdehnung der militärischen Besetzung auf das rechte Rheinufer und 3. Kündigung des Waffenstillstandes. Behauptet wird, daß eine Entscheidung zugunsten der militärischen Aktion getroffen wurde und ihr notwendigerweise eine Erschwernng der Bedingungen folgen werde.

Italien

Sozialistische Solidarität

In der Kammer forderte der Sozialist Ciccotti, Italien dürfe die jetzige Politik des Verbandes gegen Deutschland nicht weiter mitmachen und insbesondere nicht, wie es die französische Presse wünscht, an Stelle Amerikas die Garantie für die französische Siegesbeute übernehmen. England und Frankreich züchteten durch die systematische Ausplünderung Deutschlands nur den deutschen Revanchegeist. Italien habe keinen Anlaß, an einer so gefährlichen Politik teilzunehmen.

Italien und der Bolschewismus

Dem Giornale d'Italia" zufolge wurden die sozialistischen Abgeordneten, die zum Studium des Bolschewismus nach Rußland reisen wollten, beim Ministerpräsidenten Nitti wegen der Gründe vorstellig, aus denen ihnen diese Reise von der Regierung verboten worden ist. Nitti soll mit dem Vorschlag geantwortet haben, eine aus je zwei Mitgliedern aller Kammerfraktionen bestehende Studienkommission nach Rußland zu entsenden, um auf diese Weise über die innere Lage Rußlands Klarheit zu schaffen. In parlamentarischen Kreisen soll dieser Vorschlag beifällig aufgenommen worden sein.

Amerika

Kohlennot auch in Amerika

Wie die französische Telegraphenagentur Havas aus Washington meldet, hat der Brennstoffkontrolleur soeben eine Verfügung erlassen, die im ganzen Lande strenge Einschränkungen vorschreibt. Alle industriellen Unternehmungen mit Ausnahme der lebenswichtigen, dürfen nur noch drei Tage in der Woche arbeiten. Auch der Verkehr der elektrisch-fahrenden Züge wird auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Die Beleuchtung in den Vergnügungs-Etablissements wird mit Ausnahme der Zeit von 7 bis 11 Uhr ausgeschaltet. Um 4 Uhr nachmittags müssen in allen Bureaus die Lichter gelöscht werden.

In und um Elbing

Lohnregelung in den Elbinger Großbetrieben

Am Donnerstag bezw. Freitag voriger Woche fanden in Königsberg unter Vorsitz des Oberpräsidenten Verhandlungen zwischen den Parteien statt, die nachfolgendes Ergebnis hatten:

Handwerker über 24 Jahre	2,30—2,50	Stundenlohn
Monteure und Kolonnenführer	2,40—2,60	"
Gelernte von 21—24 Jahren	2,10—2,30	"
unter 20 Jahren	2,—	"
Ungelernte über 24 Jahre	2,10—2,30	"
von 20—24 Jahre	1,90—2,20	"
von 18—20 Jahre	1,50—1,80	"
Ungelernte über 24 Jahre	1,90—2,10	"
von 20—24 Jahre	1,30—1,70	"
von 18—20 Jahre	0,90—1,20	"

Das Lohnabkommen soll am 11. Dezember in Kraft treten und bis zum 31. März 1920 laufen. Wird dasselbe nicht vier Wochen vorher gekündigt, so läuft das Abkommen je vier Wochen weiter.

Die Akkordarbeit soll nach den für die Seeschiffswerften festgesetzten Richtlinien geregelt werden, und zwar so, daß mindestens 10 Prozent über die festgesetzten Löhne verdient werden kann. Die Arbeiter werden heute nachmittag in einer Versammlung zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Ob es auf dieser Grundlage zu einer Einigung kommen wird, erscheint uns sehr fraglich. Wir werden bei Abschluß der Verhandlung noch darüber berichten.

Stadtverordnetensitzung

Die nächste Stadtverordnetensitzung findet Freitag, den 19. Dezember 1919 statt. Tagesordnung siehe im Inseratenteil.

Ueberflüssige Weihnachtsreisen

Ueberflüssige Weihnachtsreisen sollten in diesem Jahre vermieden werden. Die Verkehrslage auf den Eisenbahnen hat sich noch immer nicht gebessert. Noch immer muß die Eisenbahnverwaltung darauf bedacht sein, zur Aufrechterhaltung des lebenswichtigen Güterverkehrs den Personenverkehr soweit wie nur irgendmöglich zu beschränken. Daher muß zur Heranschaffung von Kohlen, Kartoffeln, Milch usw. auch davon abgesehen werden, aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachtsfestes irgendwelche Sonderleistungen im Personenverkehr zu übernehmen, weil die hierzu erforderlichen Lokomotiven dem Güterverkehr vorbehalten bleiben müssen. Da mit der augenblicklichen Beschränkung des Reiseverkehrs auch während der Weihnachtsreisezeit gerechnet werden muß, so kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, zu dieser Zeit außergewöhnliche Reisen zu unternehmen. Hinzu kommt noch, daß auch am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag, also am 25. und 26. d. Mts., sowie am Neujahrstage auf den Eisenbahnen die Personenzüge nur nach den gegen die Werktage noch weiter erheblich eingeschränkten Fahrplänen gefahren werden, so daß auch die Rückreise auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Eine Weihnachtsreise zum Besuche der an anderen Orten wohnenden Angehörigen kann daher nicht ratsam erscheinen.

Gegen den Wucher von Wohnungsvermittlungen

Nach der Reichsverordnung gegen den Wucher bei Vermietungen von Mieträumen vom 31. Juli wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft, wer sich für den Nachweis oder die Vermittlung von Mieträumen vom Mieter Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, die einen von der Gemeindebehörde für Rechtsgeschäfte dieser Art festgesetzten Satz übersteigen. Die Gemeindebörden sind zur Festsetzung derartiger Sätze berechtigt. Da, wie uns das Ministerium für Volkswohlfahrt mitteilt, bei dem Ueberhandnehmen des Mietswuchers ein Bedürfnis für die Festsetzung von solchen Sätzen zum mindesten in denjenigen Gemeinden vorhanden ist, die als Wohnungsmangelgebiete anerkannt sind, so hat der Minister für Volkswohlfahrt die Regierungspräsidenten angewiesen, bei den Gemeinden auf den Erlaß entsprechender Anordnungen hinzuwirken

Elbinger Arbeit

Aus den in der Nähe Elbings gelegenen Orten des Freistaates Danzig sind uns folgende Resultate zugegangen:

In Zeyer erhielten die Sozialdemokraten 5 und die Bürgerlichen 4 Sitze.

In Jungfer: Sozialdemokraten 283. Bürgerliche Liste 99. Demnach haben in Jungfer die Sozialisten 7 Sitze und die Bürgerlichen 2 Sitze in der Gemeindevertretung.

In Einlage: Sozialdemokraten 81, Bürgerliche Liste 81.

Sportverein „Siegfried"

Am Sonntag, den 14. d. Mts. hielt der „Elbinger Sportverein 1916 Siegried" unter zahlreicher Beteiligung im Gewerbehause sein diesjähriges Wintervergnügen ab.

In den Vormittagsstunden fanden die Vorkämpfe statt und präsentierten sich bei den am Nachmittag stattfindenden Entscheidungskämpfen dem Publikum die 6 besten Ringer. Als Preisträger um die von Herrn Kommerzienrat Komnick und Herrn Carlson (i. Fa. Schichau) gestifteten Ehrenpreise gingen hervor: 1. Herr Kurt Hammes (1 silberner Pokal), 2. Herr Robert Jansen (1 silb. Becher), 3. Herr Paul Liedtke (1 bronz. Statue), 4. Herr Rudolf Kapitzke (1 silb. Pokal).

Der verdiente erste Vorsitzende des Vereins, Herr Ed. Pohl, mußte leider infolge einer frisch aufgebrochenen Handverletzung aus dem Wettstreit vorzeitig ausscheiden.

Nach Beendigung der Konkurrenz fand die Preisverteilung statt und anschließend daran trat der Tanz in seine Rechte.

Polizeinachrichten

Wegen Trunkenheit und Messerstecherei wurde der Arbeiter Tiedemann in Haft genommen.

Durch den Gendarmeriewachtmeister zu Neuhof ist einem Unbekannten ein Fahrrad, Marke Deutschland Nr. 533072 abgenommen worden. Das Rad ist beim Gemeindevorsteher zu Neuhof, Kreis Elbing, eingestellt. Nähere Angaben sind erwünscht der Kriminalpolizei Zimmer Nr. 2.

Bei einem Diebstahl wurde der Arbeiter Differt, Mattendorfstr., überrascht und festgenommeu. D. ist in der letzten Nacht in den Hühnerstall des Formermeisters Ehrenreich, Gr. Lastadienstr. Nr. 7, eingebrochen. Er war gerade dabei, 9 Hühner abzuschlachten, um sich einen guten Weihnachtsbraten zu bereiten. Der eine in der Nähe befindliche Hofhund schlug an und dadurch war es dem Bestohlenen möglich, den Dieb abzufassen. Die gestohlenen Hühner konnten dem Dieb abgenommen und er selbst in Haft genommen werden.

Ostdeutsche Nachrichten

Das Wahlresultat der Danziger Stadtverordnetenwahlen

Die Vereinigten-Sozialisten Danzigs ziehen erstmalig und als stärkste Fraktion ins Danziger Stadtparlament ein. Vorläufig ist uns folgendes Ergebnis bekannt:

Verein. Sozialdemokratische Parteien	Bei der Nat.-Vers.-Wahl		
	26854 Stimmen	20 Sitze	rund 40000 Stimmen
Deutschnationale Volkspartei			
	18351 Stimmen	14 Sitze	11700 "
Polen			
	7391 "	5	(keine Liste)
Zentrumspartei			
	11271 Stimmen	8	13300 Stimmen
Deutschdemokratische Partei			
	12032 Stimmen	9	23500
Wirtschaftliche Vereinigung			
	13101 Stimmen	10 "	(keine Liste)

Für die Danziger Arbeiterschaft ist das Ergebnis kein besonderes Ruhmesblatt.

Bei der Nationalversammlungswahl hatte die Liste der Unabhängigen rund 6800, die Rechtssozialisten dagegen 32500 Stimmen, zusammen also rund 40 000 Stimmen. Es ist bei ihnen ein Stimmenverlust von 13000 Stimmen festzustellen. Ob dieses die durch die Arbeitslosigkeit erzeugte Massenabwanderung von Arbeitern oder aber die unsinnige Enthaltsamkeitsparole der Danziger Kommunisten bewirkt hat, steht dahin. Vielleicht würden mehr sozialistische Stimmen abgegeben worden sein, wenn die Einigung nach den Wahlen stattgefunden hätte. Ihr Wahlvorschlag war paritätisch so zusammengesetzt, daß ein Unabhängiger einem Rechtssozialisten folgte. Gewählt sind folgende Genossen:

Buchdrucker Friedrich Nagrotzki,
Hobler Eduard Schmidt,
Geschäftsführer Friedr. Grünhagen,
Parteisekretär Hans Mau,
Kriegsbeschädigter Max Behrend, Schidlitz,
Frau Käte Leu,
Kaufmann Otto Woelk,
Redakteur Bruno Gebauer,
Arbeitersekretär Walter Reek,
Kaufmann Wilhelm Rahn,
Maschinenbauer Hans Karscheffki,
Maler Joh. Czarnecki,
Lagerhalter Max Borchert, Langfuhr,
Angestellter des Zentralverb. der Angestellten Willi Kunze,
Angestellter des Deutschen Met.-Arb.-Verb. Franz Arczynski,
Kupferschmied Aug. Nopper,
Seemann Gustav Zuchaschewski, Brösen,
Tapezierer Max Plettner,
Frau Berta Szymanski,
Artur Fietkau.

In Ohra erhielten die Sozialdemokraten 2206, Vereinigten Bürgerlichen 896, Zentrum 724, Polen 285 Stimmen. Von den 21 Sitzen der Gemeindevertretung erhalten die Sozialdemokraten 12, die vereinigte bürgerliche Liste 4, das Zentrum 4 und die Polen 1 Sitz.

Unverschämter Wucher

Der Bäckermeister Friedrich Schnell in Danzig hatte sich wegen Preistreiberei vor dem Schöffengericht zu verantworten. Ein Kunde verlangte Weizenbrot, von dem das Pfund 40 Pfg. kosten soll. Die Verkäuferin bot ihm Weizenbrot für 4 Mark das Pfund an. Schnell entschuldigte sich vor Gericht damit, daß er zu dem Weizenbrot Auslandsmehl verwandt habe. Das Gericht verurteilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe.

Entlarvung eines Falschspielers

Seit einigen Tagen verkehrte in den Zoppoter Spielklubs ein angeblicher Reichskriminalkommissar Dr. Wolff. Durch seine Spielleidenschaft erregte er allgemeines Aufsehen, so daß man bereits allerlei Vermutungen äußerte. Bei einer plötzlichen durch die Zoppoter Kriminalpolizei vorgenommenen Revision stellte sich heraus, daß man es mit dem Militärbeamten Hegenbart zu tun hatte. Am Freitag wurde H. durch einen Berliner Polizeibeamten in Verbindung mit der Zoppoter Kriminalpolizei wegen verschiedener Betrügereien und Unterschlagungen von Dienstgeldern festgenommen. Bei der Festnahme kam u. a. auch ein punktiertes Kartenspiel zutage, sowie die Barschaft in Höhe von 86 Pfennig. H. hatte sich bereits zwei Monate von seiner Dienststelle ferngehalten. Sein großzügiges Auftreten im Verein mit ansprechendem Titel hatte natürlich eine umfangreiche Kreditgewährung zur Folge. Viele Leidtragende werden dem Verschwinden des H. von der Bildfläche einige Tränen nachweinen.

Beleidigung und Bedrohung eines Arbeiterrates

Das Arbeiterratsmitglied Ratzke in Nobel hatte in Begleitung des Kreisrevisors auf einem Gehöft in Nobel Milchrevision vorzunehmen. Der Altsitzer Julius Wohlfahrt in Nobel beschimpfte Ratzke und drohte ihn mit einem Gewehr über den Haufen zu schießen. Wohlfahrt wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung und Nötigung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Herde folgt den Führern nicht mehr

In Königsberg versuchten die Bürgerlichen aller Schattierungen mit den Rechtssozialisten eine Einigung gegen den „anstürmenden Bolschewismus". Der Minister Heine und der Oberpräsident Winnig unterstützten eifrig dies Bestreben. Aber der Appell an die Parteigenossen war vergeblich. Der Parteivorstand der Rechtssozialisten in Königsberg gab die Parole aus: Keine Einigung mit der Reaktion!

Die rechtssozialistischen Massen fangen allgemach an, sich dem Leitseil ihrer Führer zu entwinden. Wir hoffen, daß dieser Prozeß sich in steigendem Maße vollzieht. Das wird für die deutsche Arbeiterbewegung von größtem Vorteil sein.

Herr Winnig befiehlt guten Empfaug der Landsknechte

Der Oberpräsident von Ostpreußen, Winnig, verständigte den Oberbürgermeister von Tilsit, daß der bereits eingetroffene Teil der Eisernen Division zur Verteidigung der Grenze nach Memel beauftragt sei. Der Oberpräsident wünscht und erwartet, daß die stark disziplinierte Truppe von der Bevölkerung gut aufgenommen werde.

Wirtschaftliches.

Der preußische Landwirtschaftsminister für Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft.

Im Ausschuß für Landwirtschaft der preußischen Landesversammlung wurde über den Antrag der deutschnationalen Volkspartei auf Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft verhandelt. Während der Staatskommissar für Ernährungswesen Peters sich entschieden für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft auch für Zucker aussprach, ließ der Minister Braun durch seinen Vertreter erklären, daß er im Interesse der Hebung der Zuckererzeugung für die Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft eintrete.

Jedenfalls hofft Minister Braun dieselben Erfahrungen zu machen, wie mit der Aufhebung für Zwangsbewirtschaftung für Hafer und Hülsenfrüchte.

Von nah und fern

Der Exkronprinz als holländischer Steuerzahler

Wie Pariser Blätter melden, ist der frühere deutsche Kronprinz von der holländischen Steuereinschätzungskommission auf Grund eines Einkommens von 800 000 Gulden zur Steuer herangezogen worden.

Wenn man den jetzigen Kurswert zugrunde legt, macht das ein Einkommen von zirka 15½ Millionen Mark aus. Fürwahr, der Mann wird sich einschränken müssen, um standesgemäß leben zu können. Und wie hoch ist das Einkommen der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen?

Grubenunglück

Auf der Gleiwitzer Steinkohlengrube ereignete sich eine Explosion, bei der 7 Bergleute verwundet wurden. Ein Schlepper wurde durch den Luftdruck in einen Stempelschacht geworfen und kam dabei ums Leben. Bergmannslos!

Ein treuer Diener seiner Kirche

Der Postamtsvorsteher Wiedenhoff, Kirchmeister der evangelischen Gemeinde Essen-Rüttenscheid, unterschlug deren Gesamtvermögen von 240 000 Mark und flüchtete.

Ein sechsfacher Mörder begnadigt

Der Bergmann Joseph Ritter, der fünf Mitglieder der Familie Peuckmann in Brambauer und deren Dienstmädchen auf bestialische Weise ermordet hat und deswegen sechsmal zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Der schwangere Pastor

In Mengeda in Westfalen wurde in einer öffentlichen Versammlung gerügt, daß ein Milchhändler Milch an den Pfarrvikar Klein ablieferte. Der Milchhändler verteidigte sich, indem er ausführte, daß er die Milch an den Pfarrer zu liefern gezwungen sei, weil derselbe eine ordentliche, amtlich gestempelte Milchkarte besitze und zwar eine Milchkarte für schwangere Frauen. „Lasset die Kindlein zu mir kommen", predigt der Gottesmann, indem er ihnen die Milch forttrinkt!

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen

Fischerstraße 42 **Albert Kowalski** Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

Reparaturen in eigener Werkstatt schnell und sauber

Syrupverkauf

findet **Dienstag, den 16. d. Mts.** statt.
Elbing, den 15. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Achtung! **Arbeitslose.** **Achtung!**

Dienstag, den 16. Dezember
findet **vormittags 11 Uhr** im **„Volkshause"** eine

Versammlung

statt.
Arbeitslosenrat.

Versammlungskalender

Verband der Fabrikarbeiter.
Dienstag, den 16. Dezember, abends 4½ Uhr: **Vertrauensmänner-Sitzung** im Volkshaus, Bibliothekzimmer.
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7½ Uhr: **Versammlung** H. Schröter, Molkerei, Billardzimmer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 18. Dezember, abends 5 Uhr, im Volkshaus, großer Saal: **Mitglieder-Versammlung.**

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Elbing.
Mitgliederversammlung
am Mittwoch, den 17. d. Mts., nachm. 6[15] Uhr im **Volkshause.**
Tagesordnung: 1. Die Tarifverhandlungen.
2. Freie Aussprache.
3. Verschiedenes.
Die Mitgliedsbücher sind zwecks Abstempelung mitzubringen. **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Unterstützungs-Verein
feiert sein diesjähriges

Weihnachtsfest

am 1. Feiertag im Volkshaus,
verbunden mit **Konzert und Theater** unter Mitwirkung der freien Turnerschaft Elbings.
Anfang 4 Uhr.
Zum Schluß: **Tanz.**
Eintritt 1,50 Mk. **Der Vorstand.**

Geschäftseröffnung

Das frühere
Bartel'sche
Kolonialwaren-Geschäft
Heil. Leichnamstraße 33
habe ich käuflich erworben und am 6. d. Mts. neu eröffnet.

Eine durchaus reelle Geschäftsführung zusichernd, bitte ich ein geehrtes Publikum, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Paul Quiring.

Auktion.

Am Mittwoch, den 17. Dez., von 10 Uhr vorm.
werde ich mit Genehmigung im **„Gewerbehaus", Kehrwiederstraße 1**
1 guterh. Flügel, 1 Grammophon mit Platten, 2 schwarze Säulen mit Kandelaber, 1 Zylinderbüro, 1 rotbraune Plüschgarnitur, gut erhalten, 1 Mahagoni-Plattentisch, 1 Mahagoni-Sofatisch, 1 Ziertisch mit Marmorplatte, 1 grüne Plüschgarnitur, 1 Mahagoni-Damenschreibtisch, 4 Regale, 1 gr. Wäscheschrank, 1 Kleiderschrank, 2 eiserne Bettstellen, 1 Waschtisch mit Marmorplatte und Spiegel, 1 Schaukelstuhl, 2 Notenständer, 1 Spiegel mit Goldrahmen, 1 grünes Sofa, 1 Küchentisch, ferner einige Kinderjacketts für Mädchen, 2 Mädchenkleider für das Alter von 14—15 Jahren
öffentlich meistbietend versteigern.
Die Sachen sind gebraucht, guterhalten. Besichtigung am 17. Dezember von 9½ Uhr.

Jakob Rosenthal,
Auktionator und gerichtlich vereidigter Taxator,
Sturmstraße 9.

Stadtverordneten-Sitzung.

Zur Einführung und Verpflichtung lade ich die neugewählten Stadtverordneten zu einer Sitzung auf
Freitag, den 19. Dez. 1919, nachmittags 5 Uhr
in den Stadtverordneten-Sitzungssaal ergebenst ein.

Tagesordnung:
1. Einführung und Verpflichtung.
2. Wahl des Vorstandes (Bureau).
3. Festsetzung der Geschäftsordnung.
4. Bildung der Abteilungen.

Elbing, den 13. Dez. 1919.
Der Oberbürgermeister.

Stadttheater Elbing

Dienstag, den 16. Dezember, abends 7½ Uhr:
Magdalena.
Volksstück in 3 Akten von L. Thoma.

Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7½ Uhr:
Gastspiel des Herrn John Röver vom Luisentheater Königsberg
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Donnerstag, den 18. Dezbr.:
Der gestiefelte Kater.
Ein Weihnachtsmärchen in 5 Bildern.
Auf vielseitigen Wunsch findet die Vorstellung abends 7 Uhr statt.

Morgen, Dienstag **Roßfleisch,** **schieres u. Klopsverkauf.** **Metzner,** Hauptstr. 45, Fernruf 659.

Als heute passendste
Weihnachtsgeschenke
für die
Hausfrau
empfehle meine Auswahl in
Kaffee - Kakao - Tee
Schokoladen
Wall-, Lambertnüsse
Feigen
Leb- u. Pfefferkuchen
Kakes
Gemüse - Konserven
Fisch-Konserven
Sardellen — Sardinen
: Haushaltseifen :
Toiletteseifen
Otto Runkel
Alter Markt 62
Inn. Mühlend. 4b.

Weihnachtsbäume
in allen Größen zu haben
Volkshaus.

---

2 Fahrradmäntel
und Schläuche
1 Ziehharmonika
zu verkaufen
Wittenfelderstr. 39, 2 Trp.

Privat-Angestellte in Handel und Industrie!

Dienstag, den 16. Dezember, pünktlich 8 Uhr abends im „Volkshaus":

Große Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung
Wichtiger Bericht über den Verlauf der Tarifverhandlungen.

Jeder erscheine! Zeigt Geschlossenheit!

Arbeitsgemeinschaft technisch. u. kaufmänn. Verbände.

Gustav Dietschreit

Inh. Hermann Kusch
Elbing Innerer Mühlendamm 12

Zigarren
eigener Fabrik
Gegründet 1888 Gegründet 1888
wie altbekannt in den Preislagen
45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pf. usw.

Verkauf der billigen Zigarren: Dienstag und Freitag
vormittags von 9—11, nachmittags von 3—4½ Uhr.
Durch eigene Fabrikation von Zigarren bin ich in der Lage, **gute reelle Ware** für obig genannte billige Preise abzugeben.
Gleichzeitig empfehle ich zu Weihnachten mein **reichhaltiges Lager** in
Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake
sowie Pfeifen und sämtliche Ersatzteile
zu billigsten Preisen.

Altes Gold
Silber, Edelsteine
usw. usw.
kauft
Juwelier F. Witzki.

Maryland-Zigarettentabak,
Zigarettenhülsen
in reicher Auswahl,
Ueberseer-Rauchtabak
(vorzügliche Qualität)
zu dem üblich billigen Preise
frisch eingetroffen.
Erich Murawski,
Leichnamstr. 23.

Christbaumschmuck
in großer Auswahl
empfiehlt
Drogerie
Ernst Albrecht
Wilhelmstr. 20.

Brennholz.
Weißbuchen, Birken und Kiefern,
auch geschnitten, gibt ab
Chem. Fabrik
Carl Warm,
Aeuß. Marienburgerd. 8,
Fernruf 610.

Ein gut erhaltenes
Schaukelpferd
preiswert zu verk. **Pannicke,** Grubenhagen, Wintertrift.

---

1 Paar Stiefel, Größe 28, zu verkaufen 1. Niederstraße 3.

Guterh. br. **Wintermantel** für Knaben, 1.55—1.60 Gr., ist billig zu verkaufen
Fleischerstraße 13, I.

Gute Konzert-Zither
kauft
E. Gilbers Expreßfärberei,
Gr. Zahlerstraße 24.

Silberne Handtasche
von Sternstr. bis Wunderberg verlor. Geg. gute **Belohnung** abzug. b. **K. Krause, Hochstr. 98.**

Bevor Sie einen

Zopf

kaufen, besichtigen Sie mein großes **Lager** in
garantiert Naturhaarzöpfen.

50 cm lang,	**60 g**	**schwer,**	**Stück**	**14.00 Mk.**
60 cm „	**60 g**	„	„	**17.50** „
65 cm „	**65 g**	„	„	**22.50** „
70/75 cm „	**70 g**	„	„	**26.00** „

usw. Versand nach **außerhalb** geg. **Einsendung** der **Probe** und **Preisangabe. Umtausch gestattet.** Anfertigung von **eigenem** ausgekämmtem Haar. Große **Auswahl** von **Haarwolle, Kreppwollen, Turbangestellen, Haarnetzen, Roßhaarnetzen, Haarschmuck, Hautcreme, Toiletteartikeln.**
Kopfwaschen, Ondulation, Manikure,
Haarfärben und Bleichen.
Modernste Frisier-Salons für Damen und Herren.
Otto Voss, Wilhelmstraße 43.

Wiener Harmonika
dreireihig, zu verkaufen.
Heinrich Kiepert
Pangritzstraße 9.

---

2 Paar Stiefel
zu verkaufen, **1 Gehrock** zu verkaufen od. gegen schwarze Hose einzutauschen
Mattendorffstraße 8.

Familienanzeigen
Kaufgesuche
Verkaufsangebote
finden in der
„Elbinger Volksstimme"
die weiteste Verbreitung!
Wir empfehlen sie als wirksames Anzeigenorgan!

Ein 2flammiger
Gaskocher,
1 Vogelbauer u. 1 Pfanne
zu verkaufen. Zu erfragen Gr. Zahlerstraße 1, 1 Treppe.

Weißes Wollkleid (neu), 1 P. Holl. Schlittschuhe (neu), 1 blaue Arbeitshose (neu) sowie 1 gelbseid. Herrenweste (neu) billig zu verkauf. Wo, sagt die Geschäftsst. dies. Zeitung.

ein Platinkessel, wie er in der Industrie verwandt wird, oft 30000 bis 40000 Mark; heute ist der Preis für solche Gerätschaften, dem des Edelmetalls entsprechend, natürlich ins phantastische gestiegen.

Erst in der Neuzeit wurde dieses kostbarste aller Metalle bekannt. Sein Entdecker ist der spanische Mathematiker Antyn d' Ullea, der es in dem goldführenden Sande des Flusses Pinto in Choce (Neu-Granada) in Südamerika auffand, es aber anfänglich für Silber hielt. Daher auch der Name des Platins, vom spanischen Wort „plata", Silber. Erst im Jahre 1752 erkannte der schwedische Münzdirektor Scheffer das Platin als ein besonderes Metall.

Strümpfe aus Hundehaar

Ausgekämmtes Hundehaar bildet in England einen wertvollen Rohstoff zur Herstellung von Strümpfen und Unterzeug. Von langhaarigen Hunden soll man, einer Industriezeitung zufolge, im Laufe eines Jahres etwa 2 Kilogramm Haar durch Auskämmen gewinnen. Die Beschaffenheit der Wolle ist je nach der Rasse verschieden, aber im Durchschnitt soll sie der feinsten Vigognewolle gleichkommen. Ein Malteserhündchen lieferte in seiner kurzen Lebenszeit 10 Kilogramm Wolle. Das ausgekämmte Hundehaar wird in England von einer Gesellschaft eingesammelt, die daraus Unterkleider für Kranke und Verwundete verfertigen läßt. Sie sollen außerordentlich warm und weich sein.

Splitter und Späne

Aus Haases Reden

Den Verrätern

Die größte Schwierigkeit, mit den Bruderparteien in den kriegführenden Ländern zum Verständnis zu kommen, besteht darin, daß sie das Vertrauen zur deutschen Sozialdemokratie verloren haben, daß sie sagen, alles, was von der deutschen Sozialdemokratie geschieht, geschieht nur im Interesse der Regierung. . . . Die Politik der Regierungssozialisten bringt weder Frieden noch innere Freiheit.
(Osterkonferenz der sozialdemokratischen Opposition Gotha, April 1917.)

Brüder gegen Brüder?

Wer wollte nach den fürchterlichen Erfahrungen dieses Krieges wünschen, daß noch einmal Brüder gegen Brüder die Waffen ergreifen? Auf dem Trümmerhaufen, den der Krieg zurückgelassen, eine Welt geordneten Zusammenlebens ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Not und ohne Unterdrückung zu schaffen, das ist die Aufgabe der sozialistischen Republik. Von euch Soldaten wird es wesentlich abhängen, ob die Bewegung, die glückverheißend eingesetzt hat, erfolgreich verläuft. Nicht mehr dürfen die dunklen Mächte der Vergangenheit das Aufwärtsstreben zur Menschheitskultur verhindern. Unser heißer Wunsch gilt der Freiheit und Brüderlichkeit.
(Rede an die heimkehrenden Fronttruppen, Berlin, 11. Dez. 1918.)

Die kommende proletarische Diktatur

„Unsre Zeit kommt bald. Die Toten reiten schnell. Die Bourgeoisie wie die Rechtssozialisten gehören zu den politisch Toten. Es naht der Tag, wo wir vor die Aufgabe gestellt sind, die Macht zu übernehmen. Dann aber nicht wie am 9. November! Diesmal wird es eine Diktatur des Proletariats! Dann gibt es kein Liebäugeln mit der Bourgeoisie. Dann gilt es, die Alleinherrschaft des Proletariats entschlossen auszunützen zum Neuaufbau einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft. Diese Diktatur wird nicht so blutig sein wie diejenige Noskes. Wir vergessen nie die Grundsätze der Menschlichkeit. Wir wollen der Herrschaft der Schmach unter der wir alle leiden, ein Ende machen. Wir wollen gerade atmen in reiner Luft, nicht in dieser giftgeschwollenen, von Ungerechtigkeit und Kannibalismus erfüllten Atmosphäre von heute!"
(Rede vor Berliner Arbeitern am 30. Juni 1919.)

Es ziemen euch nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die mäßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Die Arbeiter sind der Fels, auf welchem die Kirche der Zukunft erbaut werden soll.

Lassalle.

So hoch gestellt ist niemand in der Welt, daß ich mich neben ihm verachte.

Schiller.

*

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust
Und Zuckererbsen nicht minder.

Heinrich Heine.

Der Großen Hochmut wird sich geben,
Wenn eure Kriecherei sich gibt!

Gottfried Bürger.

Das sei dir unverloren:
Fest, tapfer allezeit
Verdien' dir deine Sporen
Im Dienst der Menschlichkeit!
Rundum der Kampf aufs Messer —
Lern' du zu dieser Frist,
Daß Wunden heilen besser
Als Wunden schlagen ist.

Ferdinand Freiligrath.

Die Schalksecke

Der Adelige

Dieser Mann mit wicht'ger Miene,
Einen Orden auf der Brust,
Trägt die Nase hoch und rümpft sie
Ueber die gemeine Lust.

Wie sie plaudern rings und lachen,
Er bleibt immer ernst und stumm,
Er hat zweiundzwanzig Ahnen
Und ist ungeheuer dumm.

Weiter ist er nichts hienieden,
Doch ist sein Verdienst nicht klein.
Wenn er selig einst verstorben,
Wird er auch ein Ahne sein.

A. Glaßbrenner.

Verheißung. „Mensch, wenn ick dir noch mal mit meine Olle in Kientopp awisch, denn kannste jleich det Harmonium spielen lassen!"

Enttäuschung. „Der Deutschen Volkspartei wollen Sie nicht beitreten, und monarchistisch gesinnt sind Sie auch nicht — ja, weshalb sind Sie dann überhaupt aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt?"

Schwedischer Humor. Die alte Frau steht am Küchenfenster, als ein Lumpensammler auf den Hof kommt.

„Haben Sie alte Knochen?" ruft er hinauf.

„Ja," antwortet die Frau, „alte Knochen habe ich schon, aber die brauche ich vorläufig noch selber!"

Ein guter Empfang. In Nevada brach in einer Nacht ein Bär in ein Landhaus ein. Der Herr des Hauses war zufällig abwesend, so daß seine Frau glaubte, er sei es, der angetrunken heimkäme. Sie machte nicht erst Licht, sondern schritt umgehend zu einer der Gelegenheit angepaßten Begrüßung. Als es dem Bären endlich gelang, aus dem Hause zu kommen, lief er um sein Leben, bis er elf Meilen zwischen sich und die Bewohnerin des Hauses gelegt hatte, und er sah so aus, daß ihm drei Wochen lang alle Bären aus dem Wege gingen.

Gedanken eines Wechselreiters

Alles ist dem Wechsel unterworfen — auch die Regierung.
Viele machen Wechsel: — ein Wechsel macht viel.
Sonntags- und Wechselreiter fallen leicht — ohne zu ahnen wie tief und schwer.
Der Ruhm ist auch ein Wechsel, der von der Nachwelt protestiert wird: — zu Erzbergers Zeit erlebt dieses schon die Mitwelt.
Der erste Wechsel trieb Adam und Eva aus dem Paradies, — weil Beide akzeptiert hatten.
Der Tod ist der allgemeine Exekutor, der den Wechsel des Lebens einkassiert, — schon bei der Geburt ausgestellt auf Sicht. (Faun.)

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Druck und Verlag Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., beide in Elbing.

Der arme Konrad

Blätter für Unterhaltung und Belehrung

Nr. 8 | Sonnabend, den 13. Dezember | 1919

Treue

So will ich dir Gesellin sein
In Glück und Not, in Lust und Pein,
So will ich dir Gesellin sein,
Die Alles mit dir trägt,
Die segnend ihre Hände hebt,
Die tausendfach dein Leiden lebt
Und deren Liebe dich umschwebt,
Wenn dich das Wetter schlägt —

Wenn dir die Qual das Herz versengt,
Wenn dich die Not mit Fäusten drängt
Und keiner liebend dich umfängt,
Will ich doch bei dir sein. —
Und — lehnst du dann an mich dein Haupt,
An mich, die unentwegt geglaubt.
Als ihr das Tiefste ward geraubt,
Dann — Seele — bist du mein!

Anna Stauffacher.

Rubeln

Ein Stimmungsbild aus Mitau

Von Willy Mertens.

Nacht ist es, 3 Uhr.

Fauchend hält der Zug. Seinen Abteilen entquillt eine bunte Schar, Deutsche, Feldgraue mit dem Totenkopf an der Mütze und solche mit russischen Abzeichen — der großen russischen Kokarde an der Mütze und russischen Farben und dem orthodoxen Kreuz an den Aermeln. Nicht um idealen Zweck hatten es die meisten getan, sondern um zu „rubeln". Immer wieder hörte ich dies Wort und konnte mir seinen Sinn nicht denken. Niemand weiß, wer das Wort zuerst aussprach und wie es entstanden ist, jedenfalls soll es das Zusammenscharren von möglichst vielen Rubeln bedeuten und jeder Feldgraue da oben weiß, was das Wort sagen soll. —

Durch die Palaisstraße, in der noch einzelne an den Häusern angebrachte Schilder erzählen, daß früher in dem gewaltigen Ringen hier eine Zentrale der Kriegsmaschine war „Küche K. A. B. 135 XX. Stab J. R. . . . . usw., alles Merkmale einer „großen Zeit", in der man noch hoffte und die man längst vergessen und verfluchen gelernt hat. —

Soldatenheim. Groß prangt ein Schild am Eingang. „Errichtet von der Eisernen Division." —

Durch eine Kette von Straßenhändlern, — nicht, wie ich es von früher gewohnt war, Juden, sondern deutsche Soldaten, nicht selten mit der goldenen Tresse des Unteroffiziers, betrete ich die unfreundlichen Räume. Im Vorübergehen erfaßt mich der Ekel vor diesen Gesellen, die sich „Deutsche Soldaten" nennen und sich nicht scheuen, sich gegenseitig auf offener Straße mit Anpreisungen ihrer englischen Zigaretten und amerikanischer Schokolade zu überbieten.

Im Soldatenheim ist kein Platz zu bekommen, jeder Stuhl ist besetzt und um jeden Tisch steht in atemlosem Schweigen ein Haufen Zuschauer.

Ein Blick lehrt mich, was die vielen hier so interessiert, die Karten sind es, 17 und 4. — Mit erhitztem Gesicht und zitternden Händen sitzt der Bankhalter und streicht die nicht kleinen Beträge, die er mit tödlicher Sicherheit immer wieder gewinnt, ein. Einen Packen Rubel- und Markscheine nach dem andern steckt er gleichgültig in seine Rocktasche. Drüben am Tisch erhebt sich ein junger Mensch, kaum 18 Jahre alt, totenbleich im Gesicht.

„Karl, eine Zigarette."

„Nanu, hast du kein Geld mehr?

„Nee, alles verspielt, fast 2000 Mark, na, macht nichts, es kommt wieder."

Ich bin erschreckt ob so viel Gleichgültigkeit; 2000 Mark, fast ein Vermögen, in solch kurzer Zeit mit solcher Ruhe verspielen zu können, übersteigt meine Begriffe. Woher mag der junge Mensch das viele Geld haben, ich verstehe es nicht. Von seiner Löhnung kann er es sich kaum erspart haben. —

Plötzlich entsteht an allen Tischen Bewegung. Karten und Geld verschwinden blitzschnell. Immer wieder höre ich es tuscheln „Krim, Vorsicht!" —

Zwei Kriminalbeamte in Zivil halten eine plötzliche Revision ab.

Der Bankhalter, den ich beobachtet hatte, versucht unbemerkt zu verschwinden, doch schon hat ihn ein dritter Beamter, der an der Tür Posto gefaßt hatte, festgehalten.

„Ihren Ausweis!" Knapp und befehlend klang es.

„Ich habe keinen, meine Truppe hat mir noch keinen ausgestellt", kam es über die jetzt blaß gewordenen Lippen des Mannes. „Dann bleiben Sie hier und kommen mit zur Wache." Vollständig ruhig sagte es der Beamte, wie einer, der an Derartiges längst gewöhnt.

Nach etwa einer halben Stunde war die Razzia beendet und man sah es den Beamten an, daß sie mit sich zufrieden waren. Gewiß war ihnen ein guter Fang geglückt und wirklich — sieben Mann wurden von den Beamten mit fortgeführt, fast ausschließlich junge Burschen mit dem ersten Flaum auf der Oberlippe, denen aber das böse Gewissen wie ein Kainszeichen auf der Stirn stand.

Einen Augenblick war noch Ruhe in den Räumen, jedem saß noch der Schreck in den Gliedern, wenigstens hatte ich das Gefühl, als ob der größte Teil der hier anwesenden Leute allen Grund hatte, sich zu hüten, irgendwie mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Dann, als sei nichts geschehen, kamen die Karten wieder zu ihrem Recht.

Freundlich grüßend trat ein Unteroffizier an mich heran.

„Na, Kamerad, bist wohl fremd hier?"

Mit Kenneraugen hatte er bemerkt, daß ich noch nicht lange in den Kreisen zu Hause war.

„Ja, ich bin erst in der vergangenen Nacht hier angekommen." Freundlich gab ich ihm Bescheid, froh in meiner Einsamkeit jemand zu haben, mit dem ich ein Wort reden konnte.

„Was hast du denn vor, bei welcher Formation willst du eintreten?"

„Ich will es mir noch überlegen, jedenfalls bei der Eisernen Division."

„Mensch, sei doch nicht so dumm, geh doch zu den Russen." Uebersprudelnd kam es aus seinem Munde, „erstensmal bekommst du bessere Löhnung und dann . Hast du überhaupt Fleppen?"

„Fleppen?" Entschuldige, den Ausdruck kenne ich nicht, was ist das?"

Hell lachte mein neuer Bekannter auf.

„Menschenskind, bist du dusselich, nicht einmal Fleppen kennst du?" Papiere sind es, Paß, Entlassungsschein, Soldbuch usw."

„Selbstverständlich habe ich meinen Militärpaß bei mir," war meine Antwort, „ohne den dürfte ich doch wohl schwerlich eingestellt werden."

Ganz nahe rückte der Kamerad an mich heran, sein Atem streifte mich, als er flüsternd sagte: „Du wirst doch

nicht als Musketier eintreten; ich habe die Fleppe von einem Feldwebel, billig kannst du sie haben, nur 50 Mark, denk mal, welche Vorteile du da hast."

Jäh hatte ich mich umgewandt, ich hätte dem Kerl ins Gesicht schlagen mögen, der es wagte, mich zu solch unverschämtem Betrug verleiten zu wollen.

Fast fluchtartig verließ ich das Gebäude, das sich Heim der Soldaten nannte und hauptsächlich Hehler, Diebe, Falschspieler usw. beherbergte, als Stelldichein gewerbsmäßiger Verbrecher.

Jetzt wußte ich, was man hier unter „Rubeln" verstand, wie und mit welchen Mitteln gerubelt wurde. Bekämpfung des Bolschewismus war der Vorwand, das Mittel, um ihren Zweck, möglichst bald zu Geld zu kommen, zu erreichen.

Nicht weil es mehr Geld gab, sondern weil es eine von deutschen Offizieren geführte deutsche Formation war, ließ ich mich von den Russen anwerben. Im Bataillon wurde auf strengste Manneszucht und Gehorsam gehalten. Da, ich war kaum einige Tage bei meiner Kompagnie, wurde der Bataillonskommandeur und ein großer Teil der Offiziere des Bataillons verhaftet.

Salvarsanschiebung. In die Millionen gingen die Summen, die man umgesetzt hatte.

Alle Disziplin war mit einem Schlage über den Haufen geworfen und ich war froh, als ich wegen einer leichten Erkrankung ins Lazarett kam und dann nach Deutschland abtransportiert wurde.

Erleichtert atmete ich auf, als wir die Grenze wieder überschritten hatten. Jetzt weiß ich wenigstens, wie man „Rubelt", wenn ich es auch nicht selbst gelernt habe.

Mittelalterliche Bevölkerungspolitik

Der Dreißigjährige Krieg, der in der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts in Deutschland getobt hat, brachte in seinem Gefolge Unsummen von Not und Elend über das Reich. Weite Gebiete verödeten, blühende Städte und Dörfer verfielen in Trümmer, Handel und Wandel kamen vollständig zum Stillstand. Die Bevölkerung war um rund drei Viertel ihres ursprünglichen Bestandes vermindert worden — von etwa 17 Millionen um 1618 auf knapp 4 Millionen im Jahre 1648. Nicht allein die immerwährenden Schlachten nnd Kämpfe, das rohe Treiben einer entarteten Soldateska hatten diese entsetzliche Massenvernichtung von Menschenleben verursacht, vielmehr noch die schrecklichen Seuchen und Pestilenzen, welche von den Schlachtfeldern durch die Lande strichen.

Als nun nach der Beendigung des Krieges allmählich wieder geordnete Zustände zurückkehrten, als die Handwerker und Kaufleute ihre Arbeit wieder aufnahmen, machte sich in diesen Zeiten der Herrschaft der Handarbeit natürlich auf das empfindlichste der Menschenmangel bemerkbar. Ueberall wurden Arbeitskräfte benötigt — und nirgends waren welche anzutreiben. Hatten doch zumal die Männer, in deren Händen damals fast die gesamte Warenproduktion lag, unter dem Kriege am meisten gelitten. Zweieinhalb Millionen Frauen standen um 1650 nur rund eineinhalb Millionen Männer gegenüber! Es galt also unbedingt, auf eine ganz intensive Vermehrung der Bevölkerung hinzuarbeiten, die sich um diese Zeit, als durchaus seßhaft, kaum nennenswert durch Zuzug aus fremden Ländern verstärken ließ. Das ökonomische Erfordernis machte daher das Kinderzeugen, und zwar das Zeugen möglichst vieler Kinder zur Pflicht, der jedes Individuum im Allgemeininteresse zu gehorchen hatte. Und um es zur Erfüllung dieser seiner höchsten ökonomischen und sozialen Pflicht anzutreiben, machten sie die Behörden gewissermaßen auch noch zur sittlichen, indem sie ihm nicht nur die umfangreichste geschlechtliche Betätigung erlaubten, sondern ihr direkt Vorschub leisteten. Eduard Fuchs zitiert in seiner illustrierten Sittengeschichte verschiedene Belege zu dieser gewiß eigentümlichen Art behördlicher Arbeit. So veröffentlichte der Nürnberger Kreistag am 14. Februar 1650 folgenden Erlaß:

„. . . . . Demnach auch die unumgängliche des heyl. Römischen Reichs Notthürft erfordert, die in diesem 30jerigen blutigen Krieg ganz abgenommen, durch das Schwert, Krankheit und Hunger verzehrte Mannschaft wieder zu ersetzen . . . auf alle Mitl, Weeg und Weiß zu gedenken, als seinds auff Deliberation und Bezatschlagung folgende 3 Mittel vor die bequembste und beyträglichste erachtet und allerseits beliebt worden. 1.) Sollen hinfüro innerhalb den nechsten 10 Jahren von Junger mannschaft oder Mannßpersonen, so noch unter 60 Jahren sein, in die Klöster uffzunemmen verbotten, vor das 2te denen Jenigen Priestern, Pfarrherrn, so nicht ordensleuth (Ordensleute), oder auf den Stifftern Canonicaten sich Ehelich zu verheyraten; 3.) Jedem Mannßpersonen 2 Weiber zu heyraten erlaubt sein: dabey doch alle und Jede Mannßperson ernstlich erinnert, auch auf den Kanzeln öffters ermanth werden sollen, sich dergestalten hierinnen zu verhalten und vorzusehen, daß er sich völlig und gebürender Discretion und versorg befleiße, damit Er als ein ehelicher Mann, der ihm 2 Weyber zu nemmen getraut, beede Ehefrauen nicht allein nothwendig versorge, sondern auch under Ihnen allen Unwillen verhüette . . ."

Bigamie, die bis dahin als das fluchwürdigste Vergehen unter der Sonne galt und noch heute gilt — in einigen Staaten Nordamerikas steht bekanntlich die Todesstrafe, in den meisten europäischen Ländern schwere Zuchthausstrafe darauf —, sie wurde also zum Zwecke der Volksvermehrung, zur Hebung des Handwerks, Handels und Wandels, zur Stärkung der kommunalen und staatlichen Verbände von der Obrigkeit ausdrücklich erlaubt, ja, geboten! Besser kann in der Tat nicht illustriert werden, wie sehr selbst die Gestaltung der intimsten menschlichen Betätigung, die doch für gewöhnlich zu allen Zeiten mit den allerundurchdringlichsten Schutzmauern umbaut wurde, von der Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens abhängig ist. Nicht sittliche Erwägungen sind es, welche die geschlechtliche Moral der Menschen bestimmen, sondern lediglich ökonomische Interessen. Das galt nicht nur für die traurige Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege, wie das bürgerliche Ideologen wissen wollen, vielmehr gilt es für alle Zeiten und gesellschaftlichen Zustände, wie sie auch gestaltet sein mögen.

Zum Beweise hierfür braucht man sich bloß die bäuerlichen Moral- und Sittenanschauungen, zumal die des Mittelalters, zu vergegenwärtigen. Für den Bauer sind Kinder das wertvollste Kapital, weil sie ihm die billigen Arbeitskräfte abgeben. Der mittelalterliche Landmann zog aus seiner Scholle gerade soviel, als er und seine Familie zum Leben bedurften. Fremde Arbeitskräfte in seiner Wirtschaft konnte er sich nicht leisten, weil ihr Ertrag kaum ihren Lohn bestritten hätte. Die eigenen Kinder dagegen arbeiteten umsonst auf dem elterlichen Acker und kosteten nur, was sie verzehrten. Kleider usw. wurden ja für sie in der Familie hergestellt, zumeist sogar mit ihrer Hilfe. Es leuchtet ein, daß unter solchen Verhältnissen Kinder ein wahrer Glückssegen für den Bauer waren. Je mehr er besaß, um so reicher war er. Die katholische Kirche mit ihrem feinen Instinkt für das sie und ihre Interessen am meisten Fördernde, tat ein Uebriges, indem sie Kinder als Gottesgaben proklamierte und es ihren Schäflein zur Pflicht machte, möglichst viele zu erzeugen. Blieb nun einem Bauer der erhoffte Kindersegen aus, so mußte er eben einem Nachbarn für eine Zeitlang seine Gattenrechte übertragen, bis das Ziel erreicht war. So bestimmt z. B. das bäuerliche Bockumer Landrecht — eines der wichtigsten Dokumente zur mittelalterlichen Sittengeschichte:

„. . . . Item ein Mann, der ein ächtes Weib hat und ihr an ihren fraulichen Rechten nicht genug helfen kann, der soll sie seinem Nachbar bringen, und könnte derselbe ihr dann nicht genug helfen, soll er sie sachte und sanft aufheben und thun ihr nit wehe und tragen sie über neun erbtüne und setzen sie sanft nieder und thun ihr nit wehe und halten sie daselbst fünf uhren lang un rufen wagen! daß ihm die Leute zu Hülfe kommen: und kann man ihr dennoch nichts helffen, so soll er sie sachte und sanft aufnemmen und setzen sie sachte darnieder und thun ihr nit wehe und geben ihr neu ein Kleid und einen Beutel mit Zehrgeld und senden sie auf einen Jahrmarkt, und kann ihr alsdann noch nit genug helffen, so helffe ihr tausend Teufel . . . ."

Auf Hochdeutsch heißt das eben: der Bauer, dem die Ehefrau keine Kinder gebärt, soll sie jedem Nachbar überlassen, der sie zu befruchten imstande ist. Eben weil der Bauer zur Durchführung seines Betriebes durchaus auf Kinder angewiesen war, mußte seine Frau ihm Nachkommen schenken, ganz gleichgültig, ob er sie zeugte oder ein anderer! E. Fuchs schreibt noch weiter zu diesem Punkt: „Aus der Wichtigkeit, die die Kinder bis in unsere Zeit für die bäuerliche Wirtschaft haben, resultiert auch im letzten Grunde die ständig mildere Anschauung, die beim Bauer über den Ehebruch herrscht. Der Bauer drückt heute noch in ungleich zahlreicheren Fällen, als dies bei jedem anderen Stand vorkommt, beide Augen zu, wenn die Bäuerin einen Ersatzmann kürt und ihrem Manne so zu dem unentbehrlichen Familienzuwachs verhilft."

Auch der gegenwärtig tobende Kampf der herrschenden Klassen gegen die künstliche Geburtenbeschränkung, der vor dem Kriege sogar in die ungeheuerliche Vorlage eines Gesetzentwurfes gegen den Vertrieb konzeptionshindernder Mittel ausartete, resultiert nicht aus sittlichen, sondern lediglich rein ökonomischen Betrachtungen. Die Junker und Kapitalisten fürchten, ihre Ausbeutungsgelüste beschnitten zu sehen, wenn das Proletariat sich in der Kinderzeugung Beschränkungeu auferlegt. Wir haben das ja schon zur Genüge erörtert und brauchen an dieser Stelle nicht noch einmal darauf zurückzukommen. Nur soviel noch: unsere Forderung, der Geburtenbeschränkung mit dem einzig wirksamen Mittel sozialer Reformen, der Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Masse zu Leibe zu gehen, findet ihre Berechtigung und Stütze hauptsächlich in den zwischen wirtschaftlichen und sequellen Zuständen bestehenden Zusammenhängen. Daß diese unstreitig vorhanden, geht ja wohl zur Genüge aus dem eben Mitgeteilten hervor. Es enthält nur wenige Belege für tausende!

Kleines Feuilleton

Mutter

Habt Ihr schon eine Mutter sterben sehen? Ist das nicht so, als wenn die Sonne sich plötzlich versteckte hinter finsterem Gewölk, und es trübe und dunkel würde und kalt, so daß es einem fröstelt?

Sechs Kinder und zwei Stübchen! Und hier hat sie geschaltet und Licht verbreitet. Nie hatten ihre Hände geruht im Schaffen und im Lenken, und ihre Augen hatten überall hingeleuchtet — hingeleuchtet auch in die Herzen ihrer Kinder, aller sechs, so daß ihr kein Fleckchen verborgen war.

Sechs Kinder und zwei Stübchen — und doch so viel Licht, mehr Helligkeit als im großen Palast!

Da aber war eine schwarze Wolke heraufgezogen, und dunkel wurde es und rauh. Sechs Kinder und zwei Stübchen — und nie sollte es mehr hell werden. Und die nie gerastet, sie ruht so müde auf ihrem Lager, so müde, daß sie bald einschlafen wird. Mit ängstlichem Blick, geduckt in tiefer Furcht, stehen die sechs um die eine: die Sonne will untergehen und kein Morgen will folgen! Sie sind noch klein und können ihre Gefühle nicht auflösen und deuten. Aber in dem Druck ist alles enthalten, was ein Menschengemüt an Schwerem durchmacht und empfindet. Und dieser Druck ist so stark, daß er ihnen die Tränen in die Augen preßt, aber die Brust verhindert, sich im Weinen zu erleichtern.

Und schwer ist das Sterben, wenn man eine Mutter ist. Wie kann sie ihre Kleinen verlassen, so schutzlos, so führerlos! Was können fremde Menschen nützen, wenn vorher eine Mutter gelenkt und geleitet! Nein, sie kann doch nicht sterben — sie darf nicht sterben!

Wie schaut mich ihr Auge so flehend an — Herr Doktor, hier liegt eine Mutter! Sechs Kinder und zwei Stübchen! Da braucht man Sonne . . . Und der Puls geht so schwach. Schlägt denn das Herz noch? Aber — sechs Kinder und zwei Stübchen: ich bleibe hier; der Tod soll seine Beute nicht mitnehmen, das Leben hat mehr Rechte, und es gilt das Leben von sechs.

Und ich sitze am Lager, die Nacht ist hereingebrochen und hat die sechs Kleinen liebevoll umhüllt und in ihre Arme genommen. Jetzt wird es sich entscheiden; ich trotze dem Tod seine Beute ab! Und wenn die Kunst durch den Willen des tiefsten Empfindens beseelt wird, wird sie Leben und spendet sie Leben. Und siehe da: das Herz schlägt besser, das lebenspendende Naß, das den Körper durcheilt, rötet leicht die Wangen, der Atem geht tiefer — es wird, es wird! Eine Mutter ist wiedergegeben den Kleinen . .

Sechs Kinder und zwei Stübchen — und soviel Sonnenschein.

S. Koslowsky.

Wichtige Funde in Ost-Turkestan

Im Britischen Museum haben jetzt die kostbaren Manuskripte und Kunstschätze Aufstellung gefunden, die der Forschungsreisende Sir Aurel Stein in Ost-Turkestan in der Nachbarschaft der Wüste Gobi in den unterirdischen Tempelbauten der Tausend Buddhas entdeckt hat. Es wurden hier mehrere tausend Manuskriptrollen gefunden, die seit dem Jahre 1033 in der Verborgenheit geruht hatten und sich wegen der außerordentlichen Trockenheit des Landes in einem vorzüglichen Erhaltungszustand befinden. Die Handschriften stammen aus der Zeit von 400 bis 1000 n. Chr. Darunter befindet sich ein Teil der „Jahrbücher des Frühlings und des Herbstes", des einzigen Werkes, das man Confucius persönlich zuschreibt, und das an die „Werke und Tage" des Hesiod erinnert, sodann ein Kalender vom Jahre 978, eine offizielle Liste der Familien, die in dem Bezirk von Fuhuan lebten, mit dem Datum von 416. Außer den Manuskrtpten wurden auch einige Druckschriften gefunden, nach denen man die Erfindung des Buchdrucks in China, die bisher Feng-Taho (881—954) zugeschrieben wurde, um mindestens zwei Jahrhunderte früher ansetzen muß.

Platin in Westfalen

Aus dem Sauerlande, wo im Jahre 1913 die ersten Platin bergenden Ablagerungen gefunden wurden, kommt die Nachricht, daß dort neuerdings größere Platinfunde gemacht worden sind. Diese Entdeckung bildet keine Ueberraschung, da man nach den bisherigen Untersuchungen bereits mit ziemlich großer Sicherheit annehmen konnte, daß in den Lagern von Grauwachs, Tonschiefer und Schwarzsandstein des Sauerlandes beträchtliche Platinmengen verborgen sind, deren Abbau sich unter Anwendung geeigneter technischer Methoden lohnen muß. Das bisher angewandte Verfahren bedarf dazu noch der Verbesserung; es ist aber wohl zweifellos, daß es in nicht zu ferner Zeit gelingen wird, die Gewinnung des kostbaren Edelmetalls nutzbringend zu gestalten.

Bereits im Jahre 1916 begann man damit, bei Olpe in Westfalen, wo die ersten Platinfunde erfolgten, ein Platinwerk erstehen zu lassen. Mittlerweile ist auch im Arnsberger Walde Platin festgestellt worden, und die Ansicht der Geologen geht dahin, daß die Vorkommen im Sauerlande mächtiger seien als die im Ural, der seit langem die wichtigste Fundstätte für das unentbehrliche Metall bildet. Dort, und zwar in den Distrikten Nishne Tagilsk, Bissersk und Gerebiagodat wird seit mehr als einem halben Jahrhundert das mit andern Edelmetallen vorkommende Platin im großen Maßstabe und in immer gründlicherer Weise durch einen einfachen Waschprozeß gewonnen. Die Menge des in den genannten Bezirken bis heute erzeugten Platins wird auf 100000 Kilogramm geschätzt. Neben dem Ural kommt als Lieferant für Platin nur noch die südamerikanische Republik Columbia in Betracht; die dortige Ausbeute ist aber nur gering. Früher diente das Metall in Rußland, weil es damals billiger als Silber war, als Münzmetall; mit seinem zunehmenden Wert hörte diese Verwendungsart jedoch auf. Dabei unterließ man es absichtlich, die Erzeugung erheblich zu steigern, weil man den Preis hochhalten wollte, was den Nutznießern der russischen Bergwerksgerechtsame denn auch glänzend gelungen ist. Letzten Endes sind dies die Rotschilds, in deren Händen sich die Société Anonyme d'Industrie du Platins zu Paris befindet. Zwei Tochtergesellschaften von ihr, die Société du Platins und die Petersburger Gesellschaft Platina, kontrollierten nämlich noch während des Krieges nicht weniger als 85 bis 90 Prozent der gesamten Ausbeute, wenn nicht noch mehr, da seit dem Jahre 1910 auch die Platinwäschen des Fürsten Demidow in ihrem Besitz sind. Nachdem aber infolge der Revolution jede Zufuhr aus dem Ural aufgehört hat, sind die Platinpreise, die während des Krieges in Deutschland schon ungeheuer hoch waren, auch auf dem Weltmarkt ins Unermeßliche gestiegen. Vor zehn Jahren kostete ein Kilogramm Platin 3360 Mark, ein Preis, der den des Goldes, das 2970 Mark kostet, bereits überstieg. Dann setzte eine gewaltige Aufwärtsbewegung ein: 1910 kostete das Kilogramm Platin 4420 Mark, und im Jahre 1911 war es bereits auf 5000 Mark gestiegen. Kurz vor Beginn der russischen Revolution, zu Anfang des Jahres 1917, betrug der Platinpreis in Rußland 8000 Mark; bei uns wurden aber damals schon 80000 Mark für das Kilogramm gezahlt, weil das seltene Metall für eine Reihe technischer und chemischer Betriebe unentbehrlich ist. Die verschiedensten chemischen Fabriken, die Schwefelsäureraffinerien, die Gold- und Silberscheideanstalten, fast sämtliche Laboratorien vermögen ohne Platin in Gestalt von Schalen oder Löffeln nicht auszukommen. Auch in der Elektrotechnik, z. B. als Elektrodenmaterial, weiter in der Zahntechnik bedarf man ebenfalls des Platins, das wegen seines chemischen Verhaltens unersetzlich ist. So liegt sein Schmelzpunkt bei 1780 Grad, es kann also nur unter Anwendung außerordentlicher Hilfsmittel geschmolzen werden; es ist nur in Kalktiegeln unter Zuhilfenahme eines Knallgasgebläses, neuerdings auch mit Hilfe der Hitze des elektrischen Stroms schmelzbar, und von Säuren wirkt nur Königswasser auf Platin. Schon vor dem Kriege kostete

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 47 | Dienstag, den 16. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die verkehrte Welt. Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Unglaublich, aber wahr! Ein Gutsbesitzer im Kreise Eckartsberga teilt dem Landbund der Provinz Sachsen und Anhalt mit: Ich mußte meine abgemagerte und anscheinend erkrankte Kuh vom Fleischer notschlachten lassen. Die Kuh wurde vorschriftsmäßig vom Tierarzt untersucht und das Fleisch verworfen und kam auf die Freibank. Wäre die Kuh gesund gewesen und an den Viehkommissär abgeliefert worden, so hätte ich erhalten:

1. bei einem Lebendgewicht von 7.13 Ztr. à 80 Mk.
(3. Klasse wegen vollständiger Abmagerung) 570.40 Mk.
2. für die Haut Zentner à 18 Mk. (7.13 Ztr. × 18) 128.34 Mk.
Zusammen 698.74 Mk.

Da das Fleisch aber verworfen wurde und auf die Freibank kam, erhielt ich tatsächlich:

1. Für das Fleisch 613.— Mk.
2. Für die Haut 652.— Mk.
Zusammen 1265.— Mk.

Bei Notschlachturgen gibt es also mehr als für gesunde Tiere! Es wird immer toller!

Die Arbeitszeit im Bergbau. Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Ausschuß zur Prüfung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebiets trat in Essen wieder zusammen, um die im August begonnenen Beratungen fortzusetzen. Der Ausschuß besteht aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bergbaus und sechs wissenschaftlichen Sachverständigen. Als Vertreter des Reichsarbeitsministers nahmen Ingenieur Lüdemann und Regierungsrat Dr. Bodenstein an den Verhandlungen teil.

Proletarierlos. Durch Einsturz den einer Betondecke wurden in einem Düsseldorfer Betrieb eine Anzahl Arbeiter verschüttet. Drei jugendliche Arbeiter konnten als Leichen geborgen werden. Drei weitere erlitten schwere Verletzungen. Die Entstehungsursache ist noch nicht aufgeklärt.

Das Blut schreit um Vergeltung. Zum Urteil im Prozeß Marloh schreibt die Frankfurter Zeitung: Eine Bluttat, wie sie schrecklicher nicht gedacht werden kann. Das Hinschlachten von 30 wehrlosen unschuldigen Menschen, das war die eigentliche Grundlage der vor dem Kriegsgericht in Berlin verhandelten Anklage gegen den Oberleutnant Marloh, der diese Exekution kommandiert hat. Wenn es bei dieser Entscheidung sein Bewenden haben sollte, so bleibt eine der grausamsten Taten, ein Massenmord, der an Scheußlichkeiten den Münchener Vorgängen an die Seite zu stellen ist, ungeahndet. Das wäre etwas ungeheuerliches, etwas, so alles Rechtsempfinden Zerstörende, daß jedes moralische Gefühl dabei verloren gehe müsse und weil das nicht sein darf, so darf auch mit diesem Urteil die Sache nicht abgeschlossen sein Sie muß weiter verfolgt und es muß Sicherheit gegeben werden, daß ohne Scheu und ohne Vertuschung gegen alle, die direkt oder indirekt eine Mitschuld an dieser Tat trifft, unnachsichtlich vorgegangen wird, denn 30 Unschuldige sind hingemordet worden. Ihr Blut schreit nach Vergeltung.

Anders als im Marloh-Prozeß. Die Militärjustiz drückt, wie die Erfahrung gelehrt hat, stets beide Augen zu, wenn sie über Offiziersmörder zu befinden hat. Marloh, Vogel und Konsorten sind dafür treffende Beispiele. Sie kann aber auch anders: wenn es sich nämlich um Sünder aus dem Mannschaftsstande handelt.

In Magdeburg fand dieser Tage vor dem Kriegsgericht ein Prozeß gegen 8 Soldaten statt, die der Gehorsamsverweigerung bezw. Rädesführerschaft hierzu beschuldigt waren. Der Anklage lag als Tatbestand zugrunde, daß die Angeklagten im Februar zu einer Demonstration gegen chikanöse Behandlung durch Vorgesetzte aufgefordert hatten. Das Urteil lautete gegen sieben der Demonstranten auf 4 Wochen Mittelarrest, gegen den achten, der den „Rädelsführer" gemacht hatte, auf 5 — fünf — Jahre Gefängnis!

Besser hätten es die Militärrichter auch unter Wilhelm II. nicht gemacht!

Die Schuldigen an der Geschichte sind diejenigen, die immer noch die durch die Verfassung bestimmte Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hinauszögern: Noske und seine Getreuen.

Gerüstet. Aus London wird berichtet, daß auf dem linken Rheinufer unter den Ententetruppen eine fieberhafte Tätigkeit herrscht, besonders unter der französischen Okkupationsarmee. Die Zahl der im Rheinland befindlichen Truppen soll 15 Divisionen (300 000 Mann) französische, die der englischen 40 000 Mann betragen. Alle diese Truppen seien vollständig ausgerüstet und ständen zum Vormarsch in das unbesetzte Deutschland bereit.

Aus Washington wird gemeldet, daß das Staatsdepartement dem Befehlshaber der 12 000 Mann zählenden amerikanischen Okkupationstruppen ermächtigt hat, diese Truppen Marschall Foch zur Verfügung zu stellen, falls Deutschland die Schlußprotokolle nicht unterzeichnet.

Eine Sowjetrepublik in Amerika? Revolutionäre Unruhen sind nach Berichten französischer Blätter in dem durch seine Goldfunde bekannten nordamerikanischen Staat Alaska ausgebrochen. Der größte Teil der Bevölkerung dieses Staates stammt aus den verschiedensten Ländern der Erde und diese Eingewanderten haben, wie die erwähnten Berichte melden, beschlossen, ihren Staat von der Union der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu lösen und eine selbständige Sowjetrepublik zu errichten. Da die amerikanischen Bewohner Alaskas erklärt haben, sich solchem Vorgehen mit Gewalt entgegensetzen zu wollen, drohen schwere innere Streitigkeiten.

Streik in Warschau. Der Dziennik Poznonski meldet aus Warschau: Gestern nachmittag traten die Telephonangestellten, also Telephonistinnen, Mechaniker und Hilfsangestellte aus wirtschaftlichen Gründen in den Streik. Eine ganze Reihe von Forderungen ist aufgestellt. Die Fernzentrale liegt gleichfalls still. Das Gebäude der Telephonzentrale wird militärisch bewacht.

Die Danziger Stadtverordnetenwahl

Von Gustav Schröder.

Der Wahlkampf und der Ausfall der Danziger Stadtverordnetenwahl rücken die Urteilslosigkeit und die politische Unreife der Bevölkerung Danzigs wieder einmal in helles Licht. Eine Großstadt, in der die Konservativen schon bei der Nationalversammlungswahl glänzend abgeschnitten haben und die dann 11 Monate später ihnen wieder einen abermaligen Zuwachs von 2500 Stimmen bringt, eine reindeutsche Stadt, die 5 polnische Stadtverordnete wählt, das ist phantastisch absurd. Und wird es noch mehr, wenn man sich vor Augen hält, daß Danzig zurzeit 10 300 Arbeitslose, darunter 8000 verheiratete Arbeitslose hat. Das bedeutet, daß von 200 000 Einwohnern etwa 40 000 Köpfe oder ein Fünftel der Bevölkerung auf öffentliche Kosten erhalten werden muß. Unter diesem Gesichtspunkt muß das Ergebnis der Nationalversammlungswahl dem der Stadtverordnetenwahl gegenüber gestellt werden. Es erhielten Stimmen:

Bei der Nationalversammlungswahl (14. Januar 1919)			Bei der Stadtverordnetenwahl (14. Dezember 1919)		
Unabh. Sozialdemokraten	7925) 46 511		Vereinigte Sozialisten	26 854	Verlust 19 657 Stimmen
Mehrheitssozialisten	38 588)				
Deutsch-Demokraten	27 996		Deutsch-Demokraten	12 032	„ 15 964
Zentrum	17 548		Zentrum	11 271	„ 6277
Konservative	15 847		Konservative	18 351	Gewinn 2504
Wirtschaftliche Vereinigung	—		Wirtschaftliche Vereinigung	13 101	„ 13 101 „
Polen	—		Polen	7391	„ 7391 „

Das Schicksal wollte, daß ich den Sonnabend und Sonntag in Danzig zubringen mußte und Zeuge des letzten Stadiums der Wahlkampagne war. Danzig bot am Sonnabend wieder das typische Bild wie am Vorabend der Nationalversammlungswahl. Allenthalben klebende Plakate. An allen Ecken und Enden Flugblattverteiler, die Zeitungen voll Wahlaufrufen. Mit einer Flut von Papier wurden die Danziger betrunken gemacht. Traurig genug, daß sie sich keinen klaren Kopf bewahren konnten. Nehmen wir einmal die Polen. In Danzig gibt es kaum so viel Polen, daß sie für die Wahl eines polnischen Stadtverordneten die nötigen Stimmen aufzubringen vermöchten. Trotzdem hatten sie 62 Kandidaten nominiert. Unter ihnen befinden sich folgende, die ganz sicher dem Volke der Lechiten entsprossen sind: August Dunst, Lichtwärter; Johann Wolf, Schlosser; August Bork, Arbeiter; Josef Hirsch, Arbeiter; Martin Hapke, Rentier; August Rohde, Maurer; Julian Plicht, Schlosser; August Westphal, Bureaudiener; Leo Konkel, Arbeiter; Johann Henning, Feuerwehrmann. Daß einer der hier Genannten je so „vaterlandslos" gewesen wäre, sozialdemokratisch zu wählen, ist wenig wahrscheinlich. Aber aus Dummheit oder Berechnung sich zum Werkzeug der polnisch-französischen Kapitalistenklique herzugeben, dazu fanden sie sich bereit. Und die polnischen Imperialisten-Demagogen verstanden ihr Geschäft. Zu tausenden und abertausenden überschwemmten sie Danzig mit nachstehendem Flugblatt:

(Für die Landsleute, die in der Schule polnisch lesen nicht gelernt haben).

Es geht ums Leben!

Kaum 600 Jahre ist's her, da kamen die ersten Deutschen nach dem polnischen Danzig. Nach 100 Jahren legte der deutsche Ritterorden seine schwere Hand auf Danzig. **Unerträglich war der Druck.** Ganz Westpreußen stand auf. **Danzig an der Spitze.** Sie schüttelten ab das schwere Joch. **Jubelnd schlossen sie Polen sich an!** Danzig blühte auf. Der ganze Reichtum Polens ging durch Danzigs Hände. Es kamen 300 Jahre Wohlstandes unter polnischer Herrschaft.

Weithin erstrahlte der Glanz Danzigs, der „Königin der Ostsee."

Und dann kam das Unheil. Die Preußenherrschaft.

Bergab gings mit Danzig, immer tiefer. **Warum?** Frage die Kaufleute. **Abgeschnitten** bei Thorn **von Polen,** der Nährmutter, mußte **Danzigs** Handel und Gewerbe verdorren, absterben. Die „Königin der Ostsee" wurde ein elendes Provinznest, wurde **arm, wie eine Kirchenmaus. Und heute? Weg** sind die **Fesseln! Frei ist der Weg zum neuen Aufstieg, zum alten Glanz.** Schon waren deutsche Fabrikanten und Großkaufleute in **Warschau.** War's eine Vergnügungsfahrt? Ei nein! Die Sahne abzuschöpfen, denn **fein sind ihre Nasen!** Ja, ja! Wer **zuerst kommt, mahlt zuerst.** Jawohl! **Landsmann** in Danzig, Zoppot und Oliva! **Merkst Du, was vorgeht? Die Sahne essen die Anderen, die Klugen.** Dir aber reden sie immer noch zu:

Du sollst nach Berlin ausschauen!

Kannst Dir die **Augen ausgucken.** Berlin hat alles weggeschleppt. Berlin schickt Dir kein Brot, kein Fett, keine Kartoffeln, keine Kohlen. Berlin hat selbst nichts, es friert und hungert.

Heute ernährt unser Westpreußen: ganz Berlin, halb Westfalen. Wie lange? Wenige Tage noch, dann ist voller Friede. Und dann? Dann pfeift Berlin aus dem letzten Loch. Dann rollt kein Wagen mehr nach Westen, nach Berlin, dann bleibt alles in dem polnischen Westpreußen.

Kommt der Ueberfluß nach Danzig?

Das liegt in Deiner Hand am 14. Dezember.

Erfülle Deine Pflicht! Dann sorgt Polen für Dich. **Vater, Mutter!** Dein Kind braucht Dich, vertraut auf Dich, sei treu Deinem Kinde, stille seinen Hunger. Denke daran am 14. Dezember. Gieb den **richtigen** Wahlzettel ab. Dann ist vorbei der Hunger, die Not, der ganze Jammer. Was tun? **Frage den Kaufmann und Fabrikanten!** Die danken Gott auf den Knieen: Wir sind Berlin los, wir zahlen keine Kriegssteuer, wir fahren nach Warschau, wir essen die Sahne. Wie vor 200, 300, 400 Jahren. Du sollst nach Berlin ausschauen. Schaue nur aus! **Horch! Von Berlin schallts:** Was scheert mich Danzigs Kind? Was scheert mich Danzigs Weib? Laß sie **betteln** gehen, wenn sie **hungrig** sind. Du kannst nicht nach Warschau fahren, das tun die anderen, die Klugen. Sie essen die Sahne, die anderen, die Klugen. Landsmann in Danzig, Zoppot und Oliva höre zu! **Halb** Danzig lernt **polnisch** vom Bankdirektor bis zum Laufburschen, offen, mancher noch heimlich. Du zweifelst, läßt Dich noch betören? Siehe: Das **alte Danzig ist nicht mehr!** Wisse: Ein **neues Danzig kommt.** Du zweifelst noch und fragst: Wo ist die Zukunft? Sieh Dir an: Die Zukunft. Schließe Dich an: **der Partei der Zukunft,** der polnischen Partei. Gieb am 14. Dezember: **polnischen Wahlzettel ab!** Merke Dir die Namen. Kubacz, Kwiatkowski, Brejski, Jedwabski, Prabucki, Dobrowolski und die weiteren.

Wähle überall polnisch!

Die raffinierte Aufmachung konnte aus Raummangel nicht so wiedergegeben werden, wie sie das Flugblatt darstellt: Und darauf fielen tausende deutscher Arbeiter hinein! Ganz recht, Berlin hungert. Aber hungert Warschau nicht auch? Wie es in Polen aussieht, wissen wir in Deutschland auch so einigermaßen. Polen bricht unter der Last des Krieges gegen Sowjetrußland und gegen die Ruthenen fast zusammen. Aber ein Teil der Danziger Bevölkerung ist dumm genug, sich einreden zu lassen, in Polen würde es keine Kriegssteuer zu zahlen geben und die landwirtschaftlichen Produkte Westpreußens würden im Lande bleiben. — Als sicher darf gefolgert werden, daß ein Teil vom Verlust des Zentrums auf Rechnung der Polen kommt.

Was weiter frappierend wirkt ist die Wahlkatastrophe der Sozialisten und der Demokraten. Im Ernst werden auch die ehemaligen Rechtssozialisten nicht bestreiten wollen, daß die Position der Unabhängigen seit der Nationalversammluug sich wesentlich stärker gestaltet hat. Mit absoluter Sicherheit ist anzunehmen, daß die Unabhängigen bedeutenden Stimmenzuwachs gehabt hätten. Trotzdem nun die „Einigung" vollzogen ist, ein Gesamtstimmenverlust von fast 20 000 Stimmen. Eine ganze Anzahl tätiger Genossen versicherten mir am Sonnabend, daß es besser gewesen wäre, die Einigungsverhandlungen wären nach der Wahl erfolgt. Ein großer Teil der Massen hat passive Resistenz geübt. Er blieb allen Beschwörungen der Führer zum Trotz zu Hause. Und die Aufstellung der Kandidatenliste läßt das begreiflich erscheinen. Der berüchtigte „Soistes" an einer Stelle, wo er absolut sicher gewählt werden mußte und ein intelligenter, höchste Achtung einflößender Genosse wie Röbbeling weit hinter dem Revolutionskapitalisten Rahn an eine Stelle gestellt, wo er unmöglich gewählt werden konnte: ich für meinen Teil hatte mich auch bestens dafür bedankt, für eine solche Liste zu stimmen. Ungestraft tritt man das Empfinden der Masse nicht mit Füßen.

Die Demokraten haben die Hälfte ihrer Wähler an die Wirtschaftliche Vereinigung abgegeben und darüber hinaus noch eine Portion an die Konservativen. Und da sind wir beim trübsten Kapitel des 14. Dezember: 18300 konservative Stimmen, die zu zwei Dritteln proletarischen Hungerleidern und zu einem Drittel den Beamten der Republik entstammen. Wenn diese Stimmen von Rittergutsbesitzern abgegeben wären, wäre das natürlich. Für diese Leute ist die konservative Partei die gegebene Vertreterin. Für Arbeiter, Subalternbeamte und kleine Handwerksmeister aber bedeutet das Bekenntnis zum Konservativenglauben nach vier

Kriegsjahren den Beginn der Gehirnerweichung. Solchen Menschen ist nicht mehr zu helfen.

Die weitere Umgebung Danzigs hat sich besser geschlagen, als die ehemalige Hauptstadt der Provinz. Rühmlich hebt sich Ohra hervor, ein Ort von 12000 Einwohnern, der eine sozialistische Mehrheit errang und wo in der Person des Genossen Brill ein Mann an der Spitze der Arbeiterschaft steht, dem trotz seines Verbleibens in der rechtssozialistischen Partei auch von seiten der Unabhängigen Sozialdemokraten stets Achtung entgegengebracht worden ist. Der Ausgang der Wahl im Landgebiet Danzig und im Kreise Marienburg läßt sich heute, am Montag abend, noch nicht voll überblicken. Zum Teil macht sich bereits der Einfluß von Elbing geltend. Mit vollem Recht hat Genosse Grunwald gestern das Wahlresultat von Jungfer mit seinen 7 sozialdemokratischen und 2 bürgerlichen Vertretern als „Elbinger Arbeit" bezeichnet.

Politische Rundschau

Deutschland

Noske und die Immunität der Abgeordneten

Trotz unserer verschiedentlichen Hinweise auf die Aussage des Hauptmanns Schwabacher im Marloh-Prozeß, daß Noske im Juni unter Verletzung der Immunität der Abgeordneten die unabhängigen Abgeordneten habe verhaften lassen wollen, hat die Presse, selbstverständlich auch der Vorwärts, diese unerhörte Absicht totgeschwiegen. Jetzt hat Genosse Kunert in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

In dem vor dem Berliner Militärgericht verhandelten Mordprozeß Marloh und Komplizen machte der Hauptmann Schwabacher als Zeuge unter seinem Eide das Eingeständnis:

„Meines Erachtens trägt an der Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße der Noske-Erlaß die Schuld. Wie weit die Regierung ging, illustriert der Fall der Haftlisten, welche kurz vor dem Versailler Frieden aufgesetzt wurden. In diesen Haftlisten setzte sich der Reichswehrminister Noske über die Immunität der unabhängigen Abgeordneten hinweg, weil der Minister die Absicht hatte, gegen die Unterzeichnung des Friedens zu stimmen. Da es sich um einen Eventualbefehl handelte und der Minister nachher für den Frieden stimmte, sind die Haftlisten nicht in Kraft getreten, aber ihre Aufstellung ist überaus bezeichnend. So war es in zahlreichen Fällen."

Inwieweit und seit wann ist die Regierung über das gekennzeichnete rechts- und verfassungswidrige Vorgehen des Wehrministers Noske unterrichtet?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieder der Nationalversammlung, sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?

Das Konfliktsmoment in der Schulfrage

Die Konferenz beim Reichspräsidenten Ebert über den Konflikt zwischen den Regierungsparteien in der Preußischen Landesversammlung hat mehrere Stunden gedauert, doch wurde eine volle Einigung nicht erzielt, obgleich zweifellos Ansätze für ein Kompromiß festzustellen sind. Die Abordnung des Zentrums machte in der Konferenz den Standpunkt der Partei geltend, und nach eingehender Besprechung, in der die grundsätzliche Haltung der beiden anderen Mehrheitsparteien festgestellt wurde, kam man überein, die Besprechungen innerhalb der drei Parteien fortzuführen. Die Ausschußberatung über die streitigen Punkte soll bis zur Erzielung einer Einigung verschoben werden.

In politischen Kreisen erwartet man trotzdem, daß ein Kompromiß zwischen den drei Regierungsparteien zustande kommt und eine Krise vermieden wird.

Proteststreik gegen das Schreckensurteil über Kilian

Am Freitag fanden in Halle zwei Riesenversammlungen statt, in denen Entschließungen angenommen worden sind, worin gegen das ungeheuerliche Urteil protestiert wird:

„In flammender Entrüstung protestiert die Hallesche Arbeiterschaft gegen das ungeheuerliche Urteil im Kilian-Prozeß. Der Prozeß gegen den Genossen Kilian war ein Prozeß gegen die gesamte Hallesche Arbeiterschaft, die Kilian in den Tagen der November-Revolution an die Spitze des Arbeiterrates gestellt hat. Auf der Anklagebank saß in den letzten Wochen der Gedanke der Revolution. Die bürgerliche Justiz ist das Mittel, mit dem die brutale und doch so feige Bourgeoisie ihre Rache an der klassenbewußten Arbeiterschaft vollziehen will. Wenn es eine Gerechtigkeit gibt, so ist sie in diesem Prozeß schmählich verletzt worden und die Arbeiterschaft wertet daher dieses Urteil als einen Schlag gegen die Arbeiterschaft und als einen erneuten Vorstoß der Reaktion. Die Hallesche Arbeiterschaft stellt fest, daß ein dreißigfacher Mörder freigesprochen und ein ehrlicher Mensch seiner politischen Ueberzeugung wegen in einen Kerker gesteckt wird. — Die Arbeiterschaft gelobt, gegen dieses empörende Urteil unermüdlich anzukämpfen und sie ist sich bewußt, daß in diesem Kampfe alle Menschen mit Gerechtigkeitsgefühl auf ihrer Seite stehen. Sie dankt dem Genossen Kilian für die Treue, mit der er dem Proletariat gedient hat und sie gelobt, sich dieser Treue durch gesteigerte Kampfesarbeit für die großen Ziele der Sozialrevolutionäre würdig zu erweisen. Lauten Protest aber erhebt sie gegen die schmachtvolle Klassenjustiz des bürgerlichen Staates, gegen die Diktatur der Kapitalisten und Junker. Die Arbeiterschaft wird nicht eher ruhen, bis der kapitalistische Klassenstaat beseitigt und an seine Stelle die Diktatur der arbeitenden Schichten, die Herrschaft der Schaffenden tritt und der hohe Menschheitsgedanke des Sozialismus verwirklicht wird."

Aus den erregten Massen heraus wurde die Forderung auf Veranstaltung eines 24stündigen Proteststreikes stürmisch gefordert und die sofort zusammengetretenen politischen Vertrauensleute proklamierten für Sonnabend, den 13. d. Mts., den allgemeinen Proteststreik. In ganz Halle ruhte die Arbeit. Der Straßenbahnverkehr war eingestellt. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hatten gleichfalls die Arbeit eingestellt. Es erschienen auch keine Zeitungen. Eine Riesenprotestkundgebung mit Umzug fand statt.

Schamlose Judenhetze überall

In Magdeburg werden die Antisemiten jetzt auch dreist. Kein Mittel ist ihnen zu kleinlich, ihre niedrige und gemeingefährliche Hetze gegen die Juden und natürlich auch gegen die Sozialisten zu treiben. So bekleben sie jetzt die Magdeburger 50-Pfennig-Stadtscheine mit einem gelben Streifen folgenden schmutzigen Inhalts:

„30 Millionen Mark"

hat der russische Jude Joffe in Berlin den deutschen Juden Cohn und Haase übergeben. Sie haben damit den deutschen Sieg „sabotiert". So kam es zum Judenfrieden.

Der Schwindel von den russischen Revolutionsgeldern ist wiederholt aufgeklärt worden. Aber obgleich jetzt bald der Blindeste die wahren Ursachen des Zusammenbruches und des harten Friedens erkennt, lügt man dreist weiter, um Haß gegen die Juden hervorzurufen, die die Schuld an allem Elend haben sollen. Weshalb? Weil man die eigene ungeheure Kriegsschuld auf diese Weise vergessen machen möchte, um dann am trüben Feuer entfesselter nationalistischer Leidenschaften das eigene stinkende Parteisüppchen aufkochen zu können.

Auch in Halberstadt treiben diese Burschen ihr lichtscheues Handwerk, so daß unsere Genossen im Stadtparlament energisch dagegen Stellung nehmen mußten. Daß die antisemitische Sumpfpflanze wieder so gut gedeihen kann, ist auch eine Folge des durch rechtssozialistische Schuld hervorgerufenen Erstarkens der Reaktion!

Lockspitzelei en gros

Daß die meisten der sogenannten Spartakusrevolten von Lockspitzeln provoziert wurden, deren Hände denn auch bei den Berliner Märzunruhen im Spiele waren, wie der Marlohprozeß bewiesen, ist männiglich bekannt. Brauchen doch Herr Noske und seine Getreuen von Zeit zu Zeit ein kleines Revolutiönchen gegen die republikanische Regierung, um ihre Unentbehrlichkeit beweisen zu können.

Bei dieser dunklen Arbeit ist der sauberen Kumpanei kein Mittel zu schäbig. In welcher Weise sie vorgeht, dafür liefert eine kleine Anfrage der kommunistischen Freiheit einen netten Beleg. Sie schreibt:

„Wir erlauben uns hiermit öffentlich anzufragen, zu welchem Zweck das dem Herrn Reichswehrminister Noske untergebene Abschnittskommando 3 der neutralen Zone Elberfeld Mitgliedskarten der Kommunistischen Partei in der Druckerei von W. Wandt, Barmen, Färberstraße 15, in Druck gegeben hat. Auf Anfrage teilt uns die Zentrale der K. P. D. mit, daß sie weder bei Herrn Noske noch bei seinen Söldnern Mitgliedskarten zum Druck in Auftrag gegeben habe. U. A. w. g."

Man sagt: wie der Herr, so's Gescherr! Nur notorische Lumpen geben sich zur Bespitzelung anständiger Menschen hin. Die Nutzanwendung mag jeder selbst ziehen.

Vor dem Kriege bezahlte man einzelne Hallunken mit hohen Monatsgehältern dafür, daß sie sich als Lockspitzel in die sozialdemokratische Partei aufnehmen ließen. Heute treiben Noske und Konsorten das Geschäft im Großen. Wir brauchen uns aber nicht sonderlich zu sorgen, wenn nächstens aus dem Bergischen Lande wieder die Kunde von „Spartakus-Unruhen" kommt. Die Schlachtpläne für ihre Bekämpfung sind schon fertig und desgleichen das submitteste Gesuch an die Entente um geschätzte Hilfeleistung!

Ungarn

Der weiße Terror in Budapest

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Oberkommandierende der konterrevolutionären madjarischen Armee, Horthy, erklärte jemanden, der ihn über die Greueltaten und Morde seiner Leute befragte, folgendes: „Es ist selbstverständlich, daß wenn ein Offizier, also ein Gentlemen, den Mörder oder Schänder seiner Schwester antrifft, er dem den Schädel einschlägt; würde er anders handeln, so würde ich ihn aus der Armee jagen". Dies ist ein offenkundiger Aufruf zum Morde; die Weißgardisten des Horthy und der von ihnen fanatisierte Pöbel machen aus diesem Freibriefe gehörig Gebrauch. Daß sie dieser Ermunterung nicht bedürfen, dafür sprechen die täglich aus Madjarien einlangenden Schauernachrichten.

Im Terroristenprozeß hat der Gerichtshof gegen 14 Angeklagte das Todesurteil ausgesprochen, die übrigen Angeklagten wurden zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt.

Das ist die Rache der Bestie Reaktion, das ist die Antwort darauf, daß es eine Anzahl kühner Menschen wagte, die alten, überlebten Gesellschaftsformen durch neue zu ersetzen. Das Urteil an den ungarischen Kommunisten schreit zum Himmel. Die Proletarier aller Länder müssen aufstehen zum Massenprotest. Durch die ganze zivilisierte Welt muß ein einziger großer Entrüstungsschrei ertönen.

Deutsche Arbeiter seid auf der Hut! Trotz alledem vorwärts, dem Ziele, dem Sozialismus zu!

Italien

Die Aufgaben des italienischen Sozialismus

Die Neuwahlen zum italienischen Parlamente im vorigen Monat haben bekanntlich der sozialistischen Partei Italiens einen ungeheuren Erfolg gebracht. Die Partei gewann über 100 neue Mandate und ist mit 161 Abgeordneten die stärkste einheitliche Partei in der italienischen Kammer. Es ist nun auffallend, wie von außenstehender Seite, vor allem von großen Teilen der italienischen bürgerlichen Presse, aber auch in ausländischen, besonders deutschen Schilderungen der politischen Lage Italiens in anderen Ländern der gewaltige Sieg des italienischen Sozialismus als Anlaß benutzt wird, um aus ihm die Notwendigkeit einer Aenderung der bisherigen rein revolutionären Taktik unserer italienischen Genossen herauszulesen. So ist es interessant, wie die italienische Bourgeoisie, die noch vor wenigen Wochen, d. h. vor den Wahlen, die Sozialisten als bolschewistische Ungeheuer verdammt und ihren möglichen Sieg als den Ruin Italiens hingestellt hatte, jetzt nach den Wahlen, voller Höflichkeit und Rücksicht für eben dieselben Sozialisten ist und an ihre „Vernunft", ihre

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

47]

Aber in keinem Zuge ihres Gesichtes ließ sie es merken, welcher Triumph für sie darin lag, daß der Staatsanwalt jetzt hier an sie herantrat und in der Haltung des dienenden Kavaliers die Frage an sie richtete, ob „der Gnädigen eine Erfrischung genehm sei".

Herta dankte.

Sie wollte es Jordan ersparen, mit ihr das Foyer aufzusuchen, in dem jetzt die Hörerschaft zirkulierte. Nur einige der begeistertsten Bewunderer Hertas waren im Parkett und in den Rängen geblieben, um sie weiter durch aufgeschraubte Gläser anzustarren.

Jordan sah's, und es empörte ihn.

Deshalb reichte er in einer spontanen Entschließung Herta den Arm und führte sie geradenwegs durch Gassen von Gaffern in das Foyer, wo er ihr an einem Tischchen den Tee servieren ließ.

Sie nahm ihn unter einem neuen Kreuzfeuer von Blicken in völliger Unbeengtheit mit der ganzen Sicherheit der Salondame. Dann führte Jordan die Freundin auf ihren Platz zurück, froh darüber, daß er diese kecke Demonstration im Foyer gewagt hatte.

Denn das Mädchen hatte ihn heute abend wieder einmal einfach bezaubert.

Er war wie geblendet von ihr und achtete es nicht mehr als eine ihr völlig gebührende Huldigung, daß er vor der ganzen Hörerschaft des Parsifal zu ihr getreten war und sie an seinem Arm ins Foyer geführt hatte.

Gerade weil Jordan sich klar bewußt war, daß diese Handlung für ihn schwere amtliche Folgen haben könnte, gerade deshalb wagte er sie.

Er setzte heute abend alles — aber einfach alles auf diese Karte und tat's auf die Gefahr hin, morgen schon vor seiner vorgesetzten Behörde darüber Rede und Antwort stehen zu müssen, daß er sich mit einer stadtbekannten Dirne im Königlichen Hause gezeigt habe, er, der verheiratete Staatsanwalt, mit dem gleichen Frauenzimmer, dessen Mutter er selbst ins Zuchthaus gebracht, mit diesem Mädchen, dem er in der Gerichtsverhandlung selbst das Brandmal der Verworfenheit aufgedrückt hatte.

Das hieß wohl wirklich die Schiffe hinter sich verbrennen. Jordan tat es im Gefühle, den erlösenden letzten Schritt zu tun, mit dem er den Besitz dieses Märchenwunders von Weib sich erstritt.

Und es war in der Tat, als gösse der riesige gesellschaftliche Triumph, den sie soeben genossen, Strahlenbündel der Verklärung über Herta aus, als sie sich eben wieder auf ihrem Platze niederließ, den Rest des Parsifal zu hören, während Jordan, das Senatorenhaupt in Gluten, mit einer ehrerbietigen, tiefen Verneigung sich von ihr verabschiedete und auf seinen Platz zurückbegab.

Nach Schluß der Vorstellung half Jordan, von Gaffern umdrängt, seiner Dame in den Pelzmantel und fuhr im Auto mit ihr zu Richards, einem mondänen Moderestaurant vornehmster Aufmachung, dessen eigenartige Anschläge der Staatsanwalt mehrfach an den Plakatsäulen bewundert hatte.

Daß er nicht im Frack war, bedauerte Jordan schon den ganzen Abend, jetzt aber am tiefsten, da er neben Herta saß.

Denn allein der Abendanzug wäre die gegebene Toilette für ihren Begleiter sowohl wie auch für die Pracht hier gewesen.

Man speiste wie an Fürstentafeln mit goldenem Besteck.

Herta lehnte ab, Champagner zu trinken. Jordan wählte einen Chablis, der zu den Austern nicht weniger schmeckte.

Herta nahm wenig von den Köstlichkeiten, die aufgetragen wurden, und schien nachdenklich und in sich gekehrt.

Fraglos war der Eindruck stark und tief, den sie von Wagners Schwanengesang empfangen.

Da Jordan ein prinzipieller Gegner sowohl Wagners im allgemeinen, wie des Parsifal im besonderen war, vermied er es, hiervon zu sprechen, um Herta ihren Eindruck nicht zu zerstören.

Eben hob sie ihm ihr Glas entgegen und sagte: „Dank für den heutigen Abend, Jordan. Es war einer der schönsten in meinem Leben."

Sie stießen an, und Jordans Herz strömte sogleich wieder über. Alle Dämme rissen; seine heiße Empfindung entfesselte sich im Nu, und über alle Bedenken und Vorsichtigkeiten hinweg sagte er jetzt, den bebenden Mund nahe an ihrem von blonder Schnecke bedeckten Ohre, leise dieses: „Ich kann — ich kann dich nicht mehr lassen — du! Du wirst — du mußt mein bleiben. Hörst du — mein! Vor aller Welt — vor allen Menschen will ich mich zu dir bekennen. Komm — reiß dich los — brich alle Brücken ab — so wie ich — so wie ich. Komm, Herta — komm — komm mit mir in die Welt ."

Sie sah ihn groß und fragend an.

Er suchte eine Antwort in ihren Zügen — und fand keine.

„Willst du? Willst du nicht?" drängte er.

Durchdringend sah sie ihn an. Jetzt war sie blaß geworden — und mit zuckender Lippe sagte sie: „Wenn du frei wärest."

„Ich bin es, Herta.

Ich bin es, sobald ich will.

Und ich will — du! Ich will es — das schwöre ich dir. Höre!

Meine Frau ist fort von hier. Seit gestern fort. Abgereist. Geflohen — ganz einfach.

Weg von mir."

„Sie wird wiederkommen."

„Vielleicht. Vielleicht nicht. Aber, wenn sie wiederkommt, dann soll sie mich hier nicht mehr finden. Ich will fort sein mit dir, bis dahin.

Sie ist es, die gegangen ist — ohne Abschied. Sie hat das Band zerrissen."

„Warum erzählst du mir das erst jetzt?"

„Ich weiß es nicht. Weiß selber nicht, weshalb ich es dir verschwiegen habe. Aber das — das ist ja gleich.

Alles — alles ist gleich. Ich habe nur dich — nichts sonst. Alles — alles will ich für dich tun — nur sei mein, bleibe mein, geh mit mir fort — fort aus dieser furchtbaren Stadt, in der wir nicht bleiben können."

In tiefem Nachdenken neigte sie den Kopf.

Wie im Selbstgespräch wiederholte sie leise, was Jordan eben gesagt hatte, sie flüsterte die Worte vor sich hin: „Alles — alles will er für mich tun . . ."

Jordan hatte es mit dürstendem Ohre erlauscht.

„Ja," sagte er, „alles du — alles — was du verlangst."

Wieder sah sie ihn groß an und durchdringend mit einem Ausdruck in dem starren marmornen Gesicht, der jetzt etwas Medusenhaftes bekam, so daß im Augenblick Jordan das alte Angstgefühl beschlich und die Unterempfindung, als säße er neben dem Feinde, dem Todfeinde hier an dem kleinen Tisch in trautester Gemeinschaft.

„Ich möchte nach Hause," sagte Herta. „Hier kann man ja doch nicht miteinander sprechen."

Mit klopfendem Herzen stand er auf, in dem bangen Gefühl, wieder einmal von seinem stürmischen Liebesempfinden allzuweit fortgetrieben zu sein, weiter als je — und dieses Mal wehr- und rettungslos in ihre Gewalt geraten zu sein.

Im Auto ließ sie ihm ihre Rechte, die er zwischen seinen Händen hielt und ab und zu an seine Lippen preßte.

Sie sprachen kein Wort.

Dem Manne verschloß die bange Erwartung den Mund, daß er noch heute nacht vor eine schwere und harte Entscheidung gestellt werden würde.

In Hertas Heim angelangt, sank Jordan müde in den Klubsessel, in dem er diesen Abend schon in Sorgen geruht, und starrte auf Herta, die, eine Zigarette anzündend, sich ihm gegenüber niederließ.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 48 | Mittwoch, den 17. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Was verschwiegen wird. Gemäß der Methoden der alten Geheimdiplomatie hat die Regierung undurchsichtiges Dunkel über die Auslieferungsfrage gezogen. Sie hat um der Auslieferungsfrage willen die Ratifikation hinausgezögert. Sie verschweigt alles, was die Situation klären könnte. Sie schweigt auch über das, was ihrem Vertreter Simson in Paris über die Auslieferungsfrage gesagt worden ist. In der Oeffentlichkeit wird behauptet, daß die Entente mit Simson mündlich überhaupt nicht verhandelt habe. Das Gegenteil ist wahr! Es ist sehr viel mündlich mit ihm unterhandelt worden, auch in der Auslieferungsfrage. In dieser mündlichen Verhandlung ist Simson eindringlich befragt worden, ob denn die deutschen Heerführer, deren Auslieferung gefordert wird, nicht daran dächten, sich freiwillig zur Verfügung zu stellen, um die Ratifikation zu beschleunigen und die Situation zu erleichtern. Auf diese mehrfach wiederholte, sehr eindringlich gestellte Frage hat der deutsche Vertreter sehr lange geschwiegen, bis er schließlich die Verlegenheitsantwort gegeben habe, er hoffe, daß es soweit nicht zu kommen brauche.

Die Tatsache ist der deutschen Regierung bekannt. Warum verschweigt sie derartige Vorgänge? Es wird Zeit, daß der Schleier zerrissen wird, den sie um die Auslieferungsfrage gezogen hat.

Alkoholphantasien. Aus Tilsit meldete der Berliner Lokalanzeiger folgende von der bürgerlichen Presse ernst genommene Albernheit: „Die Tilsiter Kommunisten stehen mit der Entente in Verbindung. Von ihnen hervorzurufende Unruhen sollten am 13. Dezember beginnen. Der Versammlungsort ist der Hauptbahnhof. Die Leitung wird ihren Sitz im Wartesaal 4. Klasse haben. Diese Unruhen will die Entente zum Anlaß nehmen, um die Litauer einmarschieren zu lassen, worauf Tilsit zu Litauen geschlagen werden soll. Die Kommunisten sind in Stoßtrupps zu je 300 Mann eingeteilt und gut ausgerüstet."

Die Reaktion in Hamburg. Nach einer Agenturmeldung aus Hamburg soll dort ab 1. Januar der seinerzeit vom A. und S.-Rat in den Schulen abgeschaffte Religionsunterricht wieder eingeführt werden! — In Hamburg halten die Noskesozialisten die Mehrheit in der Bürgerschaft und im Senat.

Auf der Hamburger Vulkanwerft werden 500 Arbeiter gemaßregelt.

Er durfte abreisen. Ein Verfahren gegen Oberst Reinhard ist bisher nicht eingeleitet worden. Oberst Reinhard konnte aus Berlin abreisen.

Werden wir den Mörder von 29 Matrosen wiedersehen — vor einem Gericht? Ein Narr wartet auf Antwort!

Vorbereitung der thüringischen Verfassung. Der Volksrat von Thüringen ist zu seiner ersten Sitzung nach Weimar einberufen worden. Unter den acht Regierungsvorlagen ist die wichtigste die Vorlage betreffend Vorbereitung der Verfassung des Gesamtstaates Thüringen.

Meineids-Kessel. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Zur Klärung der Lage im Fall Kessel werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß Kessel vom Zivilgericht entlassen und der ergangene Haftbefehl aufgehoben worden ist. Daraufhin hat aber der Gerichtsherr des Auflösungsstabes der 1. Gardedivision einen neuen Haftbefehl gegen Kessel erlassen, so daß sich Kessel nach wie vor in Haft befindet. Von Kessel war Oberleutnant der Reichswehr und ist dann zur Sicherheitswehr übergegangen, in der er Hauptmann wurde. Er war aber bisher noch nicht definitiv aus der Reichswehr ausgeschieden, da das Entlassungsverfahren, das immer mehrere Wochen in Anspruch nimmt, noch nicht durchgeführt ist. Dies muß betont werden, damit nicht der Anschein entsteht, als ob die Sicherheitspolizei irgendwie mit der militärischen Organisation Deutschlands in Zusammenhang stünde.

Wieder Geheimdiplomatie? Die Budapester christlich-soziale Zeitung uj Nemzedek berichtet, sie habe aus sehr guter, maßgebender Quelle erfahren, daß zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ein gegen die Polen gerichtetes Geheimabkommen bestehe. Deutschland erstrebe die Schaffung eines deutsch-russischen-tschechischen Blockes, um gegen die Entente einen militärischen Rückhalt zu haben.

Es ist unbedingte Pflicht der deutschen Regierung, eine offene Erklärung darüber zu erteilen, ob diese Nachricht des meist gut unterrichteten Blattes den Tatsachen entspricht und ob hiermit wieder die alte üble Methode der Geheimdiplomatie, die uns in das jetzige Chaos hineingeführt hat, aufgenommen werden soll. Denn wenn man sich an die Bemühungen der Regierung während der ersten Beratungen der neugeschaffenen National-Versammlung im Frühjahr dieses Jahres, die Geheimdiplomatie auf jeden Fall aufrecht zu erhalten, erinnert, so erscheint jene Nachricht garnicht so unmöglich.

Die Kohlennot in Kiel. Wie aus Kiel gemeldet wird, ist die Versorgung der Stadt mit Kohlen sehr schlecht, so daß seit Sonnabend, den 13. Dezember, vom Gaswerk nur noch täglich drei Stunden Gas abgegeben werden kann. Man rechnet mit der Stillegung des Gas- und Elektrizitätsbetriebes, wodurch 30 000 Arbeiter brotlos werden würden.

Die für Kiel bestimmten Kähne mit Kohlen sind unterwegs verunglückt und festgefahren. Sie mußten umgeladen werden, und dadurch wird sich der Transport dieser Kohlen um mindestens zwei Wochen verzögern. Die Lage erscheint ziemlich trostlos.

Der Polizeichef von Saarbrücken ausgewiesen. Ueber Paris wird gemeldet, daß der Chef der Polizei von Saarbrücken, v. Halstern, und sein Stellvertreter verabschiedet und aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind. Die Maßnahme wurde auf einen Befehl des Marschalls Foch hin durchgeführt. Als Grund wurde angegeben, daß man Dokumente gefunden habe, aus denen hervorgehe, daß die beiden Gemaßregelten im besetzten Gebiet feindlich gegen die Besatzungsbehörden aufgetreten seien.

Auf, an die Arbeit!

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Durch ihre höchste Instanz, durch den Parteitag zu Leipzig, hat sich die **Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands** erneut und entschieden **zum revolutionären Sozialismus bekannt.** In dem einstimmig beschlossenen **Aktionsprogramm** ist ausgesprochen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, die **alle Kopf- und Handarbeiter umfaßt.** Die **Eroberung** der **politischen Macht** durch die Arbeiterklasse ist die **Vorbedingung zur Verwirklichung des Sozialismus.** Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse wird gemeinsam geführt von der **Unabhängigen Sozialdemokratie,** den **Gewerkschaften,** die sich zum unverfälschten Klassenkampf bekennen und der **proletarischen Räteorganisation.**

Wir fordern darum unsere Genossen und Genossinnen auf, auch fernerhin für ein **brüderliches Zusammenarbeiten** zwischen diesen drei Organisationen für die sozialistische Revolution zu wirken.

In unserer Partei muß alles daran gesetzt werden, daß die **Grundsätze und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus** zum Gemeingut aller Mitglieder werden.

In den **Gewerkschaften** haben unsere Mitglieder unter Ablehnung aller syndikalistischen und anarchistischen Bestrebungen bei der Umgestaltung der Gewerkschaften zu Kampforganisationen das treibende und führende Element zu sein.

Die **Räteorganisation** ist in ihrem wirtschaftlichen und politischen Aufbau auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Unser aller Bestreben muß es sein, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß das deutsche Proletariat erstarkt und kampffähig gemacht wird. Die Partei hat durch ihren Parteitag abermals den unerschütterlichen Willen bekundet, **jeden konterrevolutionären, militaristischen und kapitalistischen Putsch** durch Waffenaktion niederzuzwingen! Das Treiben der nationalistischen und imperialistischen Reaktion, die schwächliche Haltung der Regierung, deren Hauptsorge der Schutz der deutschen Kriegsverbrecher zu sein scheint, gibt dem Entente-Imperialismus immer neue Gelegenheit, den Frieden hinauszuschieben. Das deutsche Proletariat ist ist nicht gewillt, sich durch die Machenschaften der Reaktion in **neue gefährliche Abenteuer** stürzen zu lassen. In der Erkenntnis, daß dem imperialistischen Weltkapital eine **geschlossene Front des internationalen revolutionären Proletariats entgegengestellt** werden muß, bekundete der Parteitag seinen starken Willen zum **Zusammenschluß mit dem revolutionären Proletariat aller Länder!** Wir erklären uns erneut solidarisch mit unseren von der Weltreaktion bedrängten russischen Brüdern und fordern mit verstärktem Nachdruck den **sofortigen Frieden mit Sowjet-Rußland.** Die Blut- und Eisenpolitik der Noskesozialisten hat sich durch den Marlohprozeß in ihrer furchtbaren Barbarei enthüllt. Der weiße Terror der „Ordnungs"-bestien zeigte sich in diesem Prozeß in seiner ganzen Scheußlichkeit. **Das Urteil wirkt wie eine Aufmunterung zu neuen Gewalttaten und wie eine Herausforderung des klassenbewußten Proletariats!**

Mehr denn je erkennt das deutsche Proletariat, daß **dem Wüten der militärischen Gegenrevolution eine einheitliche proletarische Kampffront engegengestellt werden muß!**

Die Arbeiterklasse wird um so stärker sein und um so rascher siegen, je **geschlossener** und **einiger** sie auftritt. Diese Geschlossenheit kann **nicht** erzielt werden durch eine **formelle Einigung** innerhalb der auseinanderstrebenden Elemente, sie kann

nur durch die Arbeiterklasse selbst

herbeigeführt werden auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, der der Diktatur des Militarismus und des Finanzkapitals

die Diktatur des Proletariats entgegenstellt!

Deshalb ist das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie in unserem Aktionsprogramm niedergelegt sind, die

beste Voraussetzung einer Einigung der Arbeiterklasse.

Dem proletarischen Klassenkampf Richtung und Ziel zu geben, das ist die geschichtliche Aufgabe, die unsere Partei zu erfüllen hat! Sie kann dem Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus nur Führerin und Bannerträgerin sein, wenn sie der rechtssozialistisch-bürgerlichen Politik

eine unabhängige sozialistische Politik entgegenstellt.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Der Parteitag hat uns ein Aktionsprogramm geschaffen, dessen Werbekraft von der größten Wirkung sein wird. Er hat unsere Partei nach heißem Ringen durch seine Arbeiten und Beschlüsse nur **geschlossener, stärker und kampfesfreudiger** gemacht! An euch ergeht der Ruf, nimmer in der Arbeit zu erlahmen, durch die das Proletariat für den Sozialismus gewonnen werden soll! Schwere Kämpfe gegen den Kapitalismus liegen hinter uns. **Schwere Kämpfe für die Befreiung der Arbeiterklasse stehen uns bevor.**

Von der **Dummheit** nicht verstanden, von der **Gemeinheit** gehaßt, von der **Niedertracht** verfolgt, von der **Brutalität** bedroht, trotzen wir allen Stürmen, denn in uns allen leben unausrottbar **Kampfeswille und Siegeszuversicht!**

Wir alle sind bereit, für die Befreiung der **Menschheit** unser ganzes Sein einzusetzen!

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Danziger Generalstreik vor Gericht

Der Danziger Generalstreik im April d. Js. war am Sonnabend vor dem Danziger Schöffengericht Gegenstand einer Klage. Der Redakteur der Danziger Neuesten Nachrichten, Kurd Hertell, fühlte sich durch einen Artikel des Genossen Schröder im freien Volk „beleidigt" und stellte Strafantrag. Genosse Schröder antwortete mit einer Widerklage.

Der Tatbestand ist folgender: Im April traten die Arbeiter der Danziger Eisenbahnwerkstätten in den Streik, weil ihnen eine einmalige Teuerungszulage abgelehnt wurde. Damals wurden in der Gewehrfabrik und auf der Reichswerft ebenfalls Eisenbahnwagen in Stand gesetzt. Die Arbeiter dieser und auch die der meisten andern Danziger Beiriebe erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Es entwickelte sich in Danzig vom 9. bis 13. April ein Generalstreik, dem sich Teile der Arbeiterschaft in anderen westpreußischen Städten anschlossen. Der Eisenbahnverkehr lag still. In Danzig wurde vor dem Hauptbahnhof an drei Tagen von Soldaten auf unbewaffnete Straßenpassanten geschossen, und eine Anzahl Personen, meist Angehörige des Bürgertums, getötet oder verwundet.

Die bürgerliche Presse war natürlich außer sich. Nicht ob der unsinnigen Schießereien und der im Café Bahnhofsautomat erfolgten Massenverhaftungen völlig harmloser Leute. Gegen die streikenden Arbeiter richtete sich ihre Wut. Besonders die Danziger Neuesten Nachrichten inszenierten eine beispiellos verlogene Hetze. Immer wieder stellten sie im trauten Bunde mit der rechtssozialistischen Volkswacht die Behauptung auf, der Streik sei mit russischem Gelde gemacht worden. Ein Bolschewistenagent Schleifstein hätte ihn organisiert. In einem Artikel der Neuesten vom 12. April wurde von dunklen Existenzen aus dem Lager der Kommunisten und Unabhängigen gesprochen. Von einer Gilde derer, die auf den Straßen Geld verteilt hätten und dann auf die Dächer gegangen seien und auf die eigenen Leute geschossen hätten, war die Rede. Dann wurden Genosse Schröder und der Parteisekretär Mau als die Urheber des Streiks bezeichnet und gefragt, ob ihnen das vergossene Blut nicht die Seele zuschanden brenne. Alles das war direkt erlogen. Nicht den Schatten einer Unterlage hatten die Neuesten für ihren Hetzartikel. Genosse Schröder antwortete im freien Volk mit einem Artikel: Schufterle & Co. In diesem beschäftigte er sich mit der Tätigkeit Hertells als leitenden Redakteur der Neuesten während der Kriegsjahre. Er erinnerte an die fortgesetzten Kriegslügen dieses Blattes wie die von den französischen Fliegerbomben auf Nürnberg und den angeblich durch die Russen vergifteten Brunnen. Er wies darauf hin, daß die Neueste kein Wort über die Affäre des Senators Possehl aus Lübeck gebracht habe,

Kriegsjahren den Beginn der Gehirnerweichung. Solchen Menschen ist nicht mehr zu helfen.

Die weitere Umgebung Danzigs hat sich besser geschlagen, als die ehemalige Hauptstadt der Provinz. Rühmlich hebt sich Ohra hervor, ein Ort von 12000 Einwohnern, der eine sozialistische Mehrheit errang und wo in der Person des Genossen Brill ein Mann an der Spitze der Arbeiterschaft steht, dem trotz seines Verbleibens in der rechtssozialistischen Partei auch von seiten der Unabhängigen Sozialdemokraten stets Achtung entgegengebracht worden ist. Der Ausgang der Wahl im Landgebiet Danzig und im Kreise Marienburg läßt sich heute, am Montag abend, noch nicht voll überblicken. Zum Teil macht sich bereits der Einfluß von Elbing geltend. Mit vollem Recht hat Genosse Grunwald gestern das Wahlresultat von Jungfer mit seinen 7 sozialdemokratischen und 2 bürgerlichen Vertretern als „Elbinger Arbeit" bezeichnet.

Politische Rundschau

Deutschland

Noske und die Immunität der Abgeordneten

Trotz unserer verschiedentlichen Hinweise auf die Aussage des Hauptmanns Schwabacher im Marloh-Prozeß, daß Noske im Juni unter Verletzung der Immunität der Abgeordneten die unabhängigen Abgeordneten habe verhaften lassen wollen, hat die Presse, selbstverständlich auch der Vorwärts, diese unerhörte Absicht totgeschwiegen. Jetzt hat Genosse Kunert in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

In dem vor dem Berliner Militärgericht verhandelten Mordprozeß Marloh und Komplizen machte der Hauptmann Schwabacher als Zeuge unter seinem Eide das Eingeständnis:

„Meines Erachtens trägt an der Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße der Noske-Erlaß die Schuld. Wie weit die Regierung ging, illustriert der Fall der Haftlisten, welche kurz vor dem Versailler Frieden aufgesetzt wurden. In diesen Haftlisten setzte sich der Reichswehrminister Noske über die Immunität der unabhängigen Abgeordneten hinweg, weil der Minister die Absicht hatte, gegen die Unterzeichnung des Friedens zu stimmen. Da es sich um einen Eventualbefehl handelte und der Minister nachher für den Frieden stimmte, sind die Haftlisten nicht in Kraft getreten, aber ihre Aufstellung ist überaus bezeichnend. So war es in zahlreichen Fällen."

Inwieweit und seit wann ist die Regierung über das gekennzeichnete rechts- und verfassungswidrige Vorgehen des Wehrministers Noske unterrichtet?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieder der Nationalversammlung, sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?

Das Konfliktsmoment in der Schulfrage

Die Konferenz beim Reichspräsidenten Ebert über den Konflikt zwischen den Regierungsparteien in der Preußischen Landesversammlung hat mehrere Stunden gedauert, doch wurde eine volle Einigung nicht erzielt, obgleich zweifellos Ansätze für ein Kompromiß festzustellen sind. Die Abordnung des Zentrums machte in der Konferenz den Standpunkt der Partei geltend, und nach eingehender Besprechung, in der die grundsätzliche Haltung der beiden anderen Mehrheitsparteien festgestellt wurde, kam man überein, die Besprechungen innerhalb der drei Parteien fortzuführen. Die Ausschußberatung über die streitigen Punkte soll bis zur Erzielung einer Einigung verschoben werden.

In politischen Kreisen erwartet man trotzdem, daß ein Kompromiß zwischen den drei Regierungsparteien zustande kommt und eine Krise vermieden wird.

Proteststreik gegen das Schreckensurteil über Kilian

Am Freitag fanden in Halle zwei Riesenversammlungen statt, in denen Entschließungen angenommen worden sind, worin gegen das ungeheuerliche Urteil protestiert wird:

„In flammender Entrüstung protestiert die Hallesche Arbeiterschaft gegen das ungeheuerliche Urteil im Kilian-Prozeß. Der Prozeß gegen den Genossen Kilian war ein Prozeß gegen die gesamte Hallesche Arbeiterschaft, die Kilian in den Tagen der November-Revolution an die Spitze des Arbeiterrates gestellt hat. Auf der Anklagebank saß in den letzten Wochen der Gedanke der Revolution. Die bürgerliche Justiz ist das Mittel, mit dem die brutale und doch so feige Bourgeoisie ihre Rache an der klassenbewußten Arbeiterschaft vollziehen will. Wenn es eine Gerechtigkeit gibt, so ist sie in diesem Prozeß schmählich verletzt worden und die Arbeiterschaft wertet daher dieses Urteil als einen Schlag gegen die Arbeiterschaft und als einen erneuten Vorstoß der Reaktion. Die Hallesche Arbeiterschaft stellt fest, daß ein dreißigfacher Mörder freigesprochen und ein ehrlicher Mensch seiner politischen Ueberzeugung wegen in einen Kerker gesteckt wird. — Die Arbeiterschaft gelobt, gegen dieses empörende Urteil unermüdlich anzukämpfen und sie ist sich bewußt, daß in diesem Kampfe alle Menschen mit Gerechtigkeitsgefühl auf ihrer Seite stehen. Sie dankt dem Genossen Kilian für die Treue, mit der er dem Proletariat gedient hat und sie gelobt, sich dieser Treue durch gesteigerte Kampfesarbeit für die großen Ziele der Sozialrevolutionäre würdig zu erweisen. Lauten Protest aber erhebt sie gegen die schmachtvolle Klassenjustiz des bürgerlichen Staates, gegen die Diktatur der Kapitalisten und Junker. Die Arbeiterschaft wird nicht eher ruhen, bis der kapitalistische Klassenstaat beseitigt und an seine Stelle die Diktatur der arbeitenden Schichten, die Herrschaft der Schaffenden tritt und der hohe Menschheitsgedanke des Sozialismus verwirklicht wird."

Aus den erregten Massen heraus wurde die Forderung auf Veranstaltung eines 24stündigen Proteststreikes stürmisch gefordert und die sofort zusammengetretenen politischen Vertrauensleute proklamierten für Sonnabend, den 13. d. Mts., den allgemeinen Proteststreik. In ganz Halle ruhte die Arbeit. Der Straßenbahnverkehr war eingestellt. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hatten gleichfalls die Arbeit eingestellt. Es erschienen auch keine Zeitungen. Eine Riesenprotestkundgebung mit Umzug fand statt.

Schamlose Judenhetze überall

In Magdeburg werden die Antisemiten jetzt auch dreist. Kein Mittel ist ihnen zu kleinlich, ihre niedrige und gemeingefährliche Hetze gegen die Juden und natürlich auch gegen die Sozialisten zu treiben. So bekleben sie jetzt die Magdeburger 50-Pfennig-Stadtscheine mit einem gelben Streifen folgenden schmutzigen Inhalts:

„30 Millionen Mark"

hat der russische Jude Joffe in Berlin den deutschen Juden Cohn und Haase übergeben. Sie haben damit den deutschen Sieg „sabotiert". So kam es zum Judenfrieden.

Der Schwindel von den russischen Revolutionsgeldern ist wiederholt aufgeklärt worden. Aber obgleich jetzt bald der Blindeste die wahren Ursachen des Zusammenbruches und des harten Friedens erkennt, lügt man dreist weiter, um Haß gegen die Juden hervorzurufen, die die Schuld an allem Elend haben sollen. Weshalb? Weil man die eigene ungeheure Kriegsschuld auf diese Weise vergessen machen möchte, um dann am trüben Feuer entfesselter nationalistischer Leidenschaften das eigene stinkende Parteisüppchen aufkochen zu können.

Auch in Halberstadt treiben diese Burschen ihr lichtscheues Handwerk, so daß unsere Genossen im Stadtparlament energisch dagegen Stellung nehmen mußten. Daß die antisemitische Sumpfpflanze wieder so gut gedeihen kann, ist auch eine Folge des durch rechtssozialistische Schuld hervorgerufenen Erstarkens der Reaktion!

Lockspitzelei en gros

Daß die meisten der sogenannten Spartakusrevolten von Lockspitzeln provoziert wurden, deren Hände denn auch bei den Berliner Märzunruhen im Spiele waren, wie der Marlohprozeß bewiesen, ist männiglich bekannt. Brauchen doch Herr Noske und seine Getreuen von Zeit zu Zeit ein kleines Revolutiönchen gegen die republikanische Regierung, um ihre Unentbehrlichkeit beweisen zu können.

Bei dieser dunklen Arbeit ist der sauberen Kumpane kein Mittel zu schäbig. In welcher Weise sie vorgeht, dafür liefert eine kleine Anfrage der kommunistischen Freiheit einen netten Beleg. Sie schreibt:

„Wir erlauben uns hiermit öffentlich anzufragen, zu welchem Zweck das dem Herrn Reichswehrminister Noske untergebene Abschnittskommando 3 der neutralen Zone Elberfeld Mitgliedskarten der Kommunistischen Partei in der Druckerei von W. Wandt, Barmen, Färberstraße 15, in Druck gegeben hat. Auf Anfrage teilt uns die Zentrale der K. P. D. mit, daß sie weder bei Herrn Noske noch bei seinen Söldnern Mitgliedskarten zum Druck in Auftrag gegeben habe. U. A. w. g."

Man sagt: wie der Herr, so's Gescherr! Nur notorische Lumpen geben sich zur Bespitzelung anständiger Menschen hin. Die Nutzanwendung mag jeder selbst ziehen.

Vor dem Kriege bezahlte man einzelne Hallunken mit hohen Monatsgehältern dafür, daß sie sich als Lockspitzel in die sozialdemokratische Partei aufnehmen ließen. Heute treiben Noske und Konsorten das Geschäft im Großen. Wir brauchen uns aber nicht sonderlich zu sorgen, wenn nächstens aus dem Bergischen Lande wieder die Kunde von „Spartakus-Unruhen" kommt. Die Schlachtpläne für ihre Bekämpfung sind schon fertig und desgleichen das submitteste Gesuch an die Entente um geschätzte Hilfeleistung!

Ungarn

Der weiße Terror in Budapest

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Oberkommandierende der konterrevolutionären madjarischen Armee, Horthy, erklärte jemanden, der ihn über die Greueltaten und Morde seiner Leute befragte, folgendes: „Es ist selbstverständlich, daß wenn ein Offizier, also ein Gentlemen, den Mörder oder Schänder seiner Schwester antrifft, er dem den Schädel einschlägt; würde er anders handeln, so würde ich ihn aus der Armee jagen". Dies ist ein offenkundiger Aufruf zum Morde; die Weißgardisten des Horthy und der von ihnen fanatisierte Pöbel machen aus diesem Freibriefe gehörig Gebrauch. Daß sie dieser Ermunterung nicht bedürfen, dafür sprechen die täglich aus Madjarien einlangenden Schauernachrichten.

Im Terroristenprozeß hat der Gerichtshof gegen 14 Angeklagte das Todesurteil ausgesprochen, die übrigen Angeklagten wurden zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt.

Das ist die Rache der Bestie Reaktion, das ist die Antwort darauf, daß es eine Anzahl kühner Menschen wagte, die alten, überlebten Gesellschaftsformen durch neue zu ersetzen. Das Urteil an den ungarischen Kommunisten schreit zum Himmel. Die Proletarier aller Länder müssen aufstehen zum Massenprotest. Durch die ganze zivilisierte Welt muß ein einziger großer Entrüstungsschrei ertönen.

Deutsche Arbeiter seid auf der Hut! Trotz alledem vorwärts, dem Ziele, dem Sozialismus zu!

Italien

Die Aufgaben des italienischen Sozialismus

Die Neuwahlen zum italienischen Parlamente im vorigen Monat haben bekanntlich der sozialistischen Partei Italiens einen ungeheuren Erfolg gebracht. Die Partei gewann über 100 neue Mandate und ist mit 161 Abgeordneten die stärkste einheitliche Partei in der italienischen Kammer. Es ist nun auffallend, wie von außenstehender Seite, vor allem von großen Teilen der italienischen bürgerlichen Presse, aber auch in ausländischen, besonders deutschen Schilderungen der politischen Lage Italiens in anderen Ländern der gewaltige Sieg des italienischen Sozialismus als Anlaß benutzt wird, um aus ihm die Notwendigkeit einer Aenderung der bisherigen rein revolutionären Taktik unserer italienischen Genossen herauszulesen. So ist es interessant, wie die italienische Bourgeoisie, die noch vor wenigen Wochen, d. h. vor den Wahlen, die Sozialisten als bolschewistische Ungeheuer verdammt und ihren möglichen Sieg als den Ruin Italiens hingestellt hatte, jetzt nach den Wahlen, voller Höflichkeit und Rücksicht für eben dieselben Sozialisten ist und an ihre „Vernunft", ihre

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

47]

Aber in keinem Zuge ihres Gesichtes ließ sie es merken, welcher Triumph für sie darin lag, daß der Staatsanwalt jetzt hier an sie herantrat und in der Haltung des dienenden Kavaliers die Frage an sie richtete, ob „der Gnädigen eine Erfrischung genehm sei".

Herta dankte.

Sie wollte es Jordan ersparen, mit ihr das Foyer aufzusuchen, in dem jetzt die Hörerschaft zirkulierte. Nur einige der begeistertsten Bewunderer Hertas waren im Parkett und in den Rängen geblieben, um sie weiter durch aufgeschraubte Gläser anzustarren.

Jordan sah's, und es empörte ihn.

Deshalb reichte er in einer spontanen Entschließung Herta den Arm und führte sie geradenwegs durch Gaffen von Gaffern in das Foyer, wo er ihr an einem Tischchen den Tee servieren ließ.

Sie nahm ihn unter einem neuen Kreuzfeuer von Blicken in völliger Unbeengtheit mit der ganzen Sicherheit der Salondame. Dann führte Jordan die Freundin auf ihren Platz zurück, froh darüber, daß er diese kecke Demonstration im Foyer gewagt hatte.

Denn das Mädchen hatte ihn heute abend wieder einmal einfach bezaubert.

Er war wie geblendet von ihr und achtete es nicht mehr als eine ihr völlig gebührende Huldigung, daß er vor der ganzen Hörerschaft des Parsifal zu ihr getreten war und sie an seinem Arm ins Foyer geführt hatte.

Gerade weil Jordan sich klar bewußt war, daß diese Handlung für ihn schwere amtliche Folgen haben könnte, gerade deshalb wagte er sie.

Er setzte heute abend alles — aber einfach alles auf diese Karte und tat's auf die Gefahr hin, morgen schon vor seiner vorgesetzten Behörde darüber Rede und Antwort stehen zu müssen, daß er sich mit einer stadtbekannten Dirne im Königlichen Hause gezeigt habe, er, der verheiratete Staatsanwalt, mit dem gleichen Frauenzimmer, dessen Mutter er selbst ins Zuchthaus gebracht, mit diesem Mädchen, dem er in der Gerichtsverhandlung selbst das Brandmal der Verworfenheit aufgedrückt hatte.

Das hieß wohl wirklich die Schiffe hinter sich verbrennen. Jordan tat es im Gefühle, den erlösenden letzten Schritt zu tun, mit dem er den Besitz dieses Märchenwunders von Weib sich erstritt.

Und es war in der Tat, als gösse der riesige gesellschaftliche Triumph, den sie soeben genossen, Strahlenbündel der Verklärung über Herta aus, als sie sich eben wieder auf ihrem Platze niederließ, den Rest des Parsifal zu hören, während Jordan, das Senatorenhaupt in Gluten, mit einer ehrerbietigen, tiefen Verneigung sich von ihr verabschiedete und auf seinen Platz zurückbegab.

Nach Schluß der Vorstellung half Jordan, von Gaffern umdrängt, seiner Dame in den Pelzmantel und fuhr im Auto mit ihr zu Richards, einem mondänen Moderestaurant vornehmster Aufmachung, dessen eigenartige Anschläge der Staatsanwalt mehrfach an den Plakatsäulen bewundert hatte.

Daß er nicht im Frack war, bedauerte Jordan schon den ganzen Abend, jetzt aber am tiefsten, da er neben Herta saß.

Denn allein der Abendanzug wäre die gegebene Toilette für ihren Begleiter sowohl wie auch für die Pracht hier gewesen.

Man speiste wie an Fürstentafeln mit goldenem Besteck.

Herta lehnte ab, Champagner zu trinken. Jordan wählte einen Chablis, der zu den Austern nicht weniger schmeckte.

Herta nahm wenig von den Köstlichkeiten, die aufgetragen wurden, und schien nachdenklich und in sich gekehrt.

Fraglos war der Eindruck stark und tief, den sie von Wagners Schwanengesang empfangen.

Da Jordan ein prinzipieller Gegner sowohl Wagners im allgemeinen, wie des Parsifal im besonderen war, vermied er es, hiervon zu sprechen, um Herta ihren Eindruck nicht zu zerstören.

Eben hob sie ihm ihr Glas entgegen und sagte: „Dank für den heutigen Abend, Jordan. Es war einer der schönsten in meinem Leben."

Sie stießen an, und Jordans Herz strömte sogleich wieder über. Alle Dämme rissen; seine heiße Empfindung entfesselte sich im Nu, und über alle Bedenken und Vorsichtigkeiten hinweg sagte er jetzt, den bebenden Mund nahe an ihrem von blonder Schnecke bedeckten Ohre, leise dieses: „Ich kann — ich kann dich nicht mehr lassen — du! Du wirst — du mußt mein bleiben. Hörst du — mein! Vor aller Welt — vor allen Menschen will ich mich zu dir bekennen. Komm — reiß dich los — brich alle Brücken ab — so wie ich — so wie ich. Komm, Herta — komm — komm mit mir in die Welt ."

Sie sah ihn groß und fragend an.

Er suchte eine Antwort in ihren Zügen — und fand keine.

„Willst du? Willst du nicht?" drängte er.

Durchdringend sah sie ihn an. Jetzt war sie blaß geworden — und mit zuckender Lippe sagte sie: „Wenn du frei wärest."

„Ich bin es, Herta.

Ich bin es, sobald ich will.

Und ich will — du! Ich will es — das schwöre ich dir. Höre!

Meine Frau ist fort von hier. Seit gestern fort. Abgereist. Geflohen — ganz einfach.

Weg von mir."

„Sie wird wiederkommen."

„Vielleicht. Vielleicht nicht. Aber, wenn sie wiederkommt, dann soll sie mich hier nicht mehr finden. Ich will fort sein mit dir, bis dahin.

Sie ist es, die gegangen ist — ohne Abschied. Sie hat das Band zerrissen."

„Warum erzählst du mir das erst jetzt?"

„Ich weiß es nicht. Weiß selber nicht, weshalb ich es dir verschwiegen habe. Aber das — das ist ja gleich.

Alles — alles ist gleich. Ich habe nur dich — nichts sonst. Alles — alles will ich für dich tun — nur sei mein, bleibe mein, geh mit mir fort — fort aus dieser furchtbaren Stadt, in der wir nicht bleiben können."

In tiefem Nachdenken neigte sie den Kopf.

Wie im Selbstgespräch wiederholte sie leise, was Jordan eben gesagt hatte, sie flüsterte die Worte vor sich hin: „Alles — alles will er für mich tun . . ."

Jordan hatte es mit dürstendem Ohre erlauscht.

„Ja," sagte er, „alles du — alles — was du verlangst."

Wieder sah sie ihn groß an und durchdringend mit einem Ausdruck in dem starren marmornen Gesicht, der jetzt etwas Medusenhaftes bekam, so daß im Augenblick Jordan das alte Angstgefühl beschlich und die Unterempfindung, als säße er neben dem Feinde, dem Todfeinde hier an dem kleinen Tisch in trautester Gemeinschaft.

„Ich möchte nach Hause," sagte Herta. „Hier kann man ja doch nicht miteinander sprechen."

Mit klopfendem Herzen stand er auf, in dem bangen Gefühl, wieder einmal von seinem stürmischen Liebesempfinden allzuweit fortgetrieben zu sein, weiter als je — und dieses Mal wehr- und rettungslos in ihre Gewalt geraten zu sein.

Im Auto ließ sie ihm ihre Rechte, die er zwischen seinen Händen hielt und ab und zu an seine Lippen preßte.

Sie sprachen kein Wort.

Dem Manne verschloß die bange Erwartung den Mund, daß er noch heute nacht vor eine schwere und harte Entscheidung gestellt werden würde.

In Hertas Heim angelangt, sank Jordan müde in den Klubsessel, in dem er diesen Abend schon in Sorgen geruht, und starrte auf Herta, die, eine Zigarette anzündend, sich ihm gegenüber niederließ.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 48 | Mittwoch, den 17. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Was verschwiegen wird. Gemäß der Methoden der alten Geheimdiplomatie hat die Regierung undurchsichtiges Dunkel über die Auslieferungsfrage gezogen. Sie hat um der Auslieferungsfrage willen die Ratifikation hinausgezögert. Sie verschweigt alles, was die Situation klären könnte. Sie schweigt auch über das, was ihrem Vertreter Simson in Paris über die Auslieferungsfrage gesagt worden ist. In der Oeffentlichkeit wird behauptet, daß die Entente mit Simson mündlich überhaupt nicht verhandelt habe. Das Gegenteil ist wahr! Es ist sehr viel mündlich mit ihm unterhandelt worden, auch in der Auslieferungsfrage. In dieser mündlichen Verhandlung ist Simson eindringlich befragt worden, ob denn die deutschen Heerführer, deren Auslieferung gefordert wird, nicht daran dächten, sich freiwillig zur Verfügung zu stellen, um die Ratifikation zu beschleunigen und die Situation zu erleichtern. Auf diese mehrfach wiederholte, sehr eindringlich gestellte Frage hat der deutsche Vertreter sehr lange geschwiegen, bis er schließlich die Verlegenheitsantwort gegeben habe, er hoffe, daß es soweit nicht zu kommen brauche.

Die Tatsache ist der deutschen Regierung bekannt. Warum verschweigt sie derartige Vorgänge? Es wird Zeit, daß der Schleier zerrissen wird, den sie um die Auslieferungsfrage gezogen hat.

Alkoholphantasien. Aus Tilsit meldete der Berliner Lokalanzeiger folgende von der bürgerlichen Presse ernst genommene Albernheit: „Die Tilsiter Kommunisten stehen mit der Entente in Verbindung. Von ihnen hervorzurufende Unruhen sollten am 13. Dezember beginnen. Der Versammlungsort ist der Hauptbahnhof. Die Leitung wird ihren Sitz im Wartesaal 4. Klasse haben. Diese Unruhen will die Entente zum Anlaß nehmen, um die Litauer einmarschieren zu lassen, worauf Tilsit zu Litauen geschlagen werden soll. Die Kommunisten sind in Etoßtrupps zu je 300 Mann eingeteilt und gut ausgerüstet."

Die Reaktion in Hamburg. Nach einer Agenturmeldung aus Hamburg soll dort ab 1. Januar der seinerzeit vom A. und S.-Rat in den Schulen abgeschaffte Religionsunterricht wieder eingeführt werden! — In Hamburg halten die Noskesozialisten die Mehrheit in der Bürgerschaft und im Senat.

Auf der Hamburger Vulkanwerft werden 500 Arbeiter gemaßregelt.

Er durfte abreisen. Ein Verfahren gegen Oberst Reinhard ist bisher nicht eingeleitet worden. Oberst Reinhard konnte aus Berlin abreisen.

Werden wir den Mörder von 29 Matrosen wiedersehen — vor einem Gericht? Ein Narr wartet auf Antwort!!

Vorbereitung der thüringischen Verfassung. Der Volksrat von Thüringen ist zu seiner ersten Sitzung nach Weimar einberufen worden. Unter den acht Regierungsvorlagen ist die wichtigste die Vorlage betreffend Vorbereitung der Verfassung des Gesamtstaates Thüringen.

Meineids-Kessel. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Zur Klärung der Lage im Fall Kessel werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß Kessel vom Zivilgericht entlassen und der ergangene Haftbefehl aufgehoben worden ist. Daraufhin hat aber der Gerichtsherr des Auflösungsstabes der 1. Gardedivision einen neuen Haftbefehl gegen Kessel erlassen, so daß sich Kessel nach wie vor in Haft befindet. Von Kessel war Oberleutnant der Reichswehr und ist dann zur Sicherheitswehr übergegangen, in der er Hauptmann wurde. Er war aber bisher noch nicht definitiv aus der Reichswehr ausgeschieden, da das Entlassungsverfahren, das immer mehrere Wochen in Anspruch nimmt, noch nicht durchgeführt ist. Dies muß betont werden, damit nicht der Anschein entsteht, als ob die Sicherheitspolizei irgendwie mit der militärischen Organisation Deutschlands in Zusammenhang stünde.

Wieder Geheimdiplomatie? Die Budapester christlich-soziale Zeitung uj Nemzedek berichtet, sie habe aus sehr guter, maßgebender Quelle erfahren, daß zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ein gegen die Polen gerichtetes Geheimabkommen bestehe. Deutschland erstrebe die Schaffung eines deutsch-russischen-tschechischen Blockes, um gegen die Entente einen militärischen Rückhalt zu haben.

Es ist unbedingte Pflicht der deutschen Regierung, eine offene Erklärung darüber zu erteilen, ob diese Nachricht des meist gut unterrichteten Blattes den Tatsachen entspricht und ob hiermit wieder die alte üble Methode der Geheimdiplomatie, die uns in das jetzige Chaos hineingeführt hat, aufgenommen werden soll. Denn wenn man sich an die Bemühungen der Regierung während der ersten Beratungen der neugeschaffenen National-Versammlung im Frühjahr dieses Jahres, die Geheimdiplomatie auf jeden Fall aufrecht zu erhalten, erinnert, so erscheint jene Nachricht garnicht so unmöglich.

Die Kohlennot in Kiel. Wie aus Kiel gemeldet wird, ist die Versorgung der Stadt mit Kohlen sehr schlecht, so daß seit Sonnabend, den 13. Dezember, vom Gaswerk nur noch täglich drei Stunden Gas abgegeben werden kann. Man rechnet mit der Stillegung des Gas- und Elektrizitätsbetriebes, wodurch 30 000 Arbeiter brotlos werden würden.

Die für Kiel bestimmten Kähne mit Kohlen sind unterwegs verunglückt und festgefahren. Sie mußten umgeladen werden, und dadurch wird sich der Transport dieser Kohlen um mindestens zwei Wochen verzögern. Die Lage erscheint ziemlich trostlos.

Der Polizeichef von Saarbrücken ausgewiesen. Ueber Paris wird gemeldet, daß der Chef der Polizei von Saarbrücken, v. Halstern, und sein Stellvertreter verabschiedet und aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind. Die Maßnahme wurde auf einen Befehl des Marschalls Foch hin durchgeführt. Als Grund wurde angegeben, daß man Dokumente gefunden habe, aus denen hervorgehe, daß die beiden Gemaßregelten im besetzten Gebiet feindlich gegen die Besatzungsbehörden aufgetreten seien.

Auf, an die Arbeit!

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Durch ihre höchste Instanz, durch den Parteitag zu Leipzig, hat sich die **Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands** erneut und entschieden **zum revolutionären Sozialismus bekannt.** In dem einstimmig beschlossenen **Aktionsprogramm** ist ausgesprochen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, die **alle Kopf- und Handarbeiter umfaßt.** Die **Eroberung** der **politischen Macht** durch die Arbeiterklasse ist die **Vorbedingung zur Verwirklichung des Sozialismus.** Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse wird gemeinsam geführt von der **Unabhängigen Sozialdemokratie,** den **Gewerkschaften,** die sich zum unverfälschten Klassenkampf bekennen und der **proletarischen Räteorganisation.**

Wir fordern darum unsere Genossen und Genossinnen auf, auch fernerhin für ein **brüderliches Zusammenarbeiten** zwischen diesen drei Organisationen für die sozialistische Revolution zu wirken.

In unserer Partei muß alles daran gesetzt werden, daß die **Grundsätze und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus** zum Gemeingut aller Mitglieder werden.

In den **Gewerkschaften** haben unsere Mitglieder unter Ablehnung aller syndikalistischen und anarchistischen Bestrebungen bei der Umgestaltung der Gewerkschaften zu Kampforganisationen das treibende und führende Element zu sein.

Die **Räteorganisation** ist in ihrem wirtschaftlichen und politischen Aufbau auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Unser aller Bestreben muß es sein, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß das deutsche Proletariat erstarkt und kampffähig gemacht wird. Die Partei hat durch ihren Parteitag abermals den unerschütterlichen Willen bekundet, **jeden konterrevolutionären, militaristischen und kapitalistischen Putsch** durch Waffenaktion niederzuzwingen! Das Treiben der nationalistischen und imperialistischen Reaktion, die schwächliche Haltung der Regierung, deren Hauptsorge der Schutz der deutschen Kriegsverbrecher zu sein scheint, gibt dem Entente-Imperialismus immer neue Gelegenheit, den Frieden hinauszuschieben. Das deutsche Proletariat ist ist nicht gewillt, sich durch die Machenschaften der Reaktion in **neue gefährliche Abenteuer** stürzen zu lassen. In der Erkenntnis, daß dem imperialistischen Weltkapital eine **geschlossene Front des internationalen revolutionären Proletariats entgegengestellt** werden muß, bekundete der Parteitag seinen starken Willen zum **Zusammenschluß mit dem revolutionären Proletariat aller Länder!** Wir erklären uns erneut solidarisch mit unseren von der Weltreaktion bedrängten russischen Brüdern und fordern mit verstärktem Nachdruck den **sofortigen Frieden mit Sowjet-Rußland.** Die Blut- und Eisenpolitik der Noskesozialisten hat sich durch den Marlohprozeß in ihrer furchtbaren Barbarei enthüllt. Der weiße Terror der „Ordnungs"-bestien zeigte sich in diesem Prozeß in seiner ganzen Scheußlichkeit. **Das Urteil wirkt wie eine Aufmunterung zu neuen Gewalttaten und wie eine Herausforderung des klassenbewußten Proletariats!**

Mehr denn je erkennt das deutsche Proletariat, daß **dem Wüten der militärischen Gegenrevolution eine einheitliche proletarische Kampffront engegengestellt werden muß!**

Die Arbeiterklasse wird um so stärker sein und um so rascher siegen, je **geschlossener** und **einiger** sie auftritt. Diese Geschlossenheit kann **nicht** erzielt werden durch eine **formelle Einigung** innerhalb der auseinanderstrebenden Elemente, **sie** kann

nur durch die Arbeiterklasse selbst

herbeigeführt werden auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, der der Diktatur des Militarismus und des Finanzkapitals

die Diktatur des Proletariats entgegenstellt!

Deshalb ist das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie in unserem Aktionsprogramm niedergelegt sind, die

beste Voraussetzung einer Einigung der Arbeiterklasse.

Dem proletarischen Klassenkampf Richtung und Ziel zu geben, das ist die geschichtliche Aufgabe, die unsere Partei zu erfüllen hat! Sie kann dem Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus nur Führerin und Bannerträgerin sein, wenn sie der rechtssozialistisch-bürgerlichen Politik

eine unabhängige sozialistische Politik entgegenstellt.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Der Parteitag hat uns ein Aktionsprogramm geschaffen, dessen Werbekraft von der größten Wirkung sein wird. Er hat unsere Partei nach heißem Ringen durch seine Arbeiten und Beschlüsse nur **geschlossener, stärker und kampfesfreudiger** gemacht! An euch ergeht der Ruf, nimmer in der Arbeit zu erlahmen, durch die das Proletariat für den Sozialismus gewonnen werden soll! Schwere Kämpfe gegen den Kapitalismus liegen hinter uns. **Schwere Kämpfe für die Befreiung der Arbeiterklasse stehen uns bevor.**

Von der **Dummheit** nicht verstanden, von der **Gemeinheit** gehaßt, von der **Niedertracht** verfolgt, von der **Brutalität** bedroht, trotzen wir allen Stürmen, denn in uns allen leben unausrottbar **Kampfeswille und Siegeszuversicht!**

Wir alle sind bereit, für die Befreiung der **Menschheit** unser ganzes Sein einzusetzen!

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Danziger Generalstreik vor Gericht

Der Danziger Generalstreik im April d. Js. war am Sonnabend vor dem Danziger Schöffengericht Gegenstand einer Klage. Der Redakteur der Danziger Neuesten Nachrichten, Kurd Hertell, fühlte sich durch einen Artikel des Genossen Schröder im freien Volk „beleidigt" und stellte Strafantrag. Genosse Schröder antwortete mit einer Widerklage.

Der Tatbestand ist folgender: Im April traten die Arbeiter der Danziger Eisenbahnwerkstätten in den Streik, weil ihnen eine einmalige Teuerungszulage abgelehnt wurde. Damals wurden in der Gewehrfabrik und auf der Reichswerft ebenfalls Eisenbahnwagen in Stand gesetzt. Die Arbeiter dieser und auch die der meisten andern Danziger Beiriebe erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Es entwickelte sich in Danzig vom 9. bis 13. April ein Generalstreik, dem sich Teile der Arbeiterschaft in anderen westpreußischen Städten anschlossen. Der Eisenbahnverkehr lag still. In Danzig wurde vor dem Hauptbahnhof an drei Tagen von Soldaten auf unbewaffnete Straßenpassanten geschossen, und eine Anzahl Personen, meist Angehörige des Bürgertums, getötet oder verwundet.

Die bürgerliche Presse war natürlich außer sich. Nicht ob der unsinnigen Schießereien und der im Café Bahnhofsautomat erfolgten Massenverhaftungen völlig harmloser Leute. Gegen die streikenden Arbeiter richtete sich ihre Wut. Besonders die Danziger Neuesten Nachrichten inszenierten eine beispiellos verlogene Hetze. Immer wieder stellten sie im trauten Bunde mit der rechtssozialistischen Volkswacht die Behauptung auf, der Streik sei mit russischem Gelde gemacht worden. Ein Bolschewistenagent Schleifstein hätte ihn organisiert. In einem Artikel der Neuesten vom 12. April wurde von dunklen Existenzen aus dem Lager der Kommunisten und Unabhängigen gesprochen. Von einer Gilde derer, die auf den Straßen Geld verteilt hätten und dann auf die Dächer gegangen seien und auf die eigenen Leute geschossen hätten, war die Rede. Dann wurden Genosse Schröder und der Parteisekretär Mau als die Urheber des Streiks bezeichnet und gefragt, ob ihnen das vergossene Blut nicht die Seele zuschanden brenne. Alles das war direkt erlogen. Nicht den Schatten einer Unterlage hatten die Neuesten für ihren Hetzartikel. Genosse Schröder antwortete im freien Volk mit einem Artikel: Schufterle & Co. In diesem beschäftigte er sich mit der Tätigkeit Hertells als leitenden Redakteur der Neuesten während der Kriegsjahre. Er erinnerte an die fortgesetzten Kriegslügen dieses Blattes wie die von den französischen Fliegerbomben auf Nürnberg und den angeblich durch die Russen vergifteten Brunnen. Er wies darauf hin, daß die Neueste kein Wort über die Affäre des Senators Possehl aus Lübeck gebracht habe,

der während des Krieges Drehbänke zur Granatenherstellung an Rußland verkauft habe. Ebenso wenig hätte Herr Hertell ein Wort der Verurteilung für den Geheimrat Ziese gefunden, der in Mühlgraben bei Riga eine russische Kriegsschiffswerft erbaute. Gegen die fremden Völker hätte Hertell in widerlichster Weise gehetzt, aber an dem Verhalten der deutschen und österreichischen Kapitalisten, die den Serben und Russen Gewehre geliefert, nichts auszusetzen gehabt. Nachdem Schröder an der Hand weiterer Einzelfälle Hertell einen Spiegel vorgehalten hatte, schrieb er:

„Herr Kurd Hertell, öffentlich sage ich Ihnen im Angesicht der 200 000 Danziger Einwohner, daß Sie ein ganz obskurer, schmieriger Geselle sind. Ein Mann ohne Charakter und Ehre. Sie wagen es, mich mit den Todesopfern des Streiks in Verbindung zu bringen, obwohl Sie genau wissen, daß ich damit nichts zu tun habe. Sie besitzen die Unverschämtheit sich über Ihre ganze Tätigkeit während des Krieges hinwegzusetzen. Diese Tätigkeit war volksfeindlich in jeder Hinsicht. Kommen Sie mir nicht mit der Zensur. Die kann nie Ihr Verhalten decken. Und Ihre Haltung während der Revolution zeigt, daß Sie nichts gelernt haben, gerade Sie und Ihre Taktik sind in Danzig Wegbereiter des „Bolschewismus" und der Diktatur der Arbeiterklasse. Ihre schmutzigen Angriffe treffen weder mich noch einen andern meiner Genossen. Unser Gewissen ist reiner als das Ihre. Ich wiederhole: Sie sind ein ausgekochter Lump, den man mit der Feuerzange anfassen muß, um sich nicht schmutzig zu machen. Und nun gehen Sie hin und verklagen Sie mich. Ich fordere Sie ausdrücklich dazu auf, weil ich wünsche, daß Ihre und meine Tätigkeit gerichtlich klargestellt werden."

Herr Hertell hielt seine werte Person für wichtig genug, staatsanwaltlichen Schutz zu beanspruchen und verlangte die Erhebung der öffentlichen Anklage. Das Gericht konnte dem nicht stattgeben und verwies Hertell auf die Erhebung der Privatklage. Am 15. November sollte bereits verhandelt werden. Die Verkehrssperre machte damals Vertagung des Termins bis zum 13. Dezember nötig. Hertell war nicht erschienen. Seine Sache führte Rechtsanwalt Dr. Neumann. Als Verteidiger des Genossen Schröder fungierte Rechtsanwalt Rosenbaum. Nachdem von ihm gegen Hertell die Widerklage erhoben war, gelangten unter lebhafter Anteilnahme des starkbesetzten Zuhörerraumes beide Artikel zur Verlesung. Schröder erklärte zur Anklage, er hätte mit dem Danziger Generalstreik nicht das mindeste zu tun gehabt. Dieser sei ihm sogar unangenehm gewesen, denn die wichtigste Aufgabe sei die Organisation der Massen gewesen. Und da hätte sich der Generalstreik hemmend bemerkbar gemacht. Was Hertell in seinem Artikel zusammengeschrieben habe, sei völlig aus den Fingern gesogen. Er möge den Beweis dafür liefern, daß Schleifstein in Danzig war, um den Streik zu organisieren, daß von Streikführern auf den Straßen „Geld verteilt" wurde und daß sie dann von den „Dächern aus auf die eigenen Leute geschossen" hätten. Seinen Artikel habe er im unmittelbaren Anschluß an den Hertellschen geschrieben. Und da es zulässig sei, eine Beleidigung mit einer Beleidigung zu beantworten, erwarte er seine Freisprechung.

Rechtsanwalt Neumann hob die vornehme Form (!) hervor, in der sein Klient Hertell den fraglichen Artikel abgefaßt habe. Schröder könne sich nicht durch ihn beleidigt fühlen. Er müsse seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß überhaupt Widerklage erhoben sei. In welcher Weise dagegen sei Schröder über Hertell hergefallen. Es sei einfach haarsträubend, was er ihm gesagt hage. So etwas sei ihm in seiner Rechtsanwaltlätigkeit noch nicht vorgekommen. Er beantrage angemessene Bestrafung Schröders und Abweisung der Widerklage.

In eindrucksvollen Ausführungen legte Rechtsanwalt Rosenbaum dar, wie wenig vornehm der Hertellsche Artikel in Wirklichkeit war. Wenn man sich nicht an Worte klammere, wären die Angriffe Hertells auf Schröder weit schlimmer zu bewerten, als dessen Abwehr. Ohne jeden Beweis werde Schröder vor der ganzen Oeffentlichkeit an den Pranger gestellt und versucht, ihm die Verantwortlichkeit für das vergossene Blut aufzuladen. Das geschehe einem Manne, dessen ganze Tätigkeit seit Jahren darauf gerichtet sei, Gewalttätigkeiten zu verhindern und der Arbeiterbewegung in friedlichen Bahnen zum Durchbruch zu verhelfen. Es sei zu verstehen, daß Schröder darüber empört war und auf den groben Klotz einen groben Keil setzte. Hertells „vornehmer" Artikel sei inhaltlich zehnmal ärger gewesen, als Schröders plebejische Antwort. Rechtsanwalt Rosenbaum forderte Abweisung der Klage Hertells und dessen Bestrafung wegen Beleidigung Schröders.

Rechtsanwalt Neumann erklärte nun, er wäre in der Lage, aus Artikeln des freien Volks nachzuweisen, daß Schröder zum Streik gehetzt habe. Er machte aber nicht einmal den Versuch, diese Behauptungen zu beweisen. Schröder stellte fest, daß er Hertell nachgewiesen habe, das freie Volk falsch zitiert zu haben. Hertell habe dem freien Volk geradezu entgegengesetzte Behauptungen nachgesagt, as sie gemacht wurden. Nach einigen weiteren kurzen Bemerkungen der Verteidiger zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Das Urteil lautete gegen Schröder auf 300 Mark und gegen Hertell auf 100 Mark Geldstrafe. Die Kosten haben beide gemeinsam zu tragen.

Gegen dies Erkenntnis wird von seiten Schröders Berufung eingelegt. Herr Hertell dürfte an dem bisherigen Verlauf des Prozesses wenig Freude gehabt haben. Bei dem weiteren Fortgang der Klage wird das noch weniger der Fall sein. Das kann der „vornehme" Redakteur der Neuesten, der vor Gericht nicht eine seiner Streik-Räubergeschichten zu beweisen versuchte, glauben.

Politische Rundschau

Deutschland

Baltikum-Radaubrüder

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer veranstaltete im Lehrervereinshause in Berlin eine Volksversammlung, um gegen die von Angehörigen der Obersten Heeresleitung verbreitete Meinung, daß das Feldheer von hinten erdolcht worden sei, zu protestieren.

In den ersten zwei Stunden war an eine geregelte Verhandlung nicht zu denken. Die Referenten waren nur brockenweise zu verstehen, denn etwa 80 Baltikum-Soldaten, unter Führung mehrerer Offiziere, hatten den Saaleingang besetzt und vollführten einen fürchterlichen Spektakel. Nachdem die Versammlungsleitung etwa anderthalb Stunden dem Tumult gegenüber ohnmächtig gewesen war, setzte sie sich mit dem gegenübergelegenen Polizeipräsidium in Verbindung. Kurz vor 1 Uhr mittags erschien plötzlich ein Oberwachtmeister der Sicherheitspolizei auf der Rednertribüne und forderte im Auftrage des Polizeipräsidenten alle bewaffneten Versammlungsteilnehmer auf, entweder sofort den Saal zu verlassen oder die Waffen im Vorraum abzulegen. Es entstand ein ungeheurer Aufruhr im Saal. Während die Anhänger des Friedensbundes diese Mitteilung begrüßten, versuchten die bewaffneten Soldaten sich zusammenzurotten und gegen das Podium vorzustürmen. Der andere Teil der Versammlungsteilnehmer bildete aber eine Kette und sperrte das Podium ab. Schließlich rief der Beamte der Sicherheitspolizei in den Saal hinein, daß er nunmehr alle bewaffneten Personen, die sich noch im Saal befänden, verhaften lassen würde. Darauf traten 12 Beamte der Sicherheitspolizei in den Saal und drängten die Demonstranten langsam hinaus. Die Baltikumleute versuchten, sich noch einmal im Vorsaal festzusetzen, was ihnen jedoch nicht gelang. Sie räumten schließlich das Lehrervereinshaus unter stürmischen Hochrufen auf Ludendorff und unter Absingung des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles."

Nach Räumung des Saales nahm die Versammlung ohne jeden weiteren Zwischenfall ihren Fortgang. Die Versammlungsleitung erklärte, daß ihr vom Polizeipräsidium mitgeteilt worden sei, daß das Eingreifen der Sicherheitspolizei nur aus dem Grunde erfolgte, weil es nach der neuen Reichsverfassung verboten ist, sich bewaffnet in geschlossenen Volksversammlungen aufzuhalten. Die Demonstranten haben also samt und sonders gegen diese Bestimmung der Reichsverfassung verstoßen. Aus den Referaten seien die Ausführungen des Hauptmanns a. D. Willy Meyer hervorgehoben, der über die militärischen Ursachen des Zusammenbruchs sprach. Er setzte sich dann mit dem Schlagwort „vom Dolchstoß von hinten" auseinander und erklärte in diesem Zusammenhang wörtlich: Die Herren der Obersten Heeresleitung, z. B. Hindenburg, Ludendorff und der Oberst Bauer, haben sich zu Hauptträgern und tatkräftigsten Verbreitern dieses schädlichen Irrtums gemacht, und deshalb scheue ich mich als ehemaliger aktiver Offizier, der in Ehren gedient und in Ehren ausgeschieden ist nicht, öffentlich der Obersten Heeresleitung entgegen zu treten, und die Finger an die Wunde zu legen. Vorher hatte Redakteur Vetter in der Eröffnungsansprache die Ursachen auseinandergesetzt die zur Gründung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer führten. Der Redner wandte sich besonders gegen Ludendorff, der durch seine Vorposten in Deutschland die ungeheure Lüge züchten ließ, die Heimat, die Revolution hätte die Front von hinten erdolcht.

Inzwischen war ein Begrüßungstelegramm des „Friedensbundes der österreichischen Kriegsteilnehmer" eingelaufen, das mit Begeisterung aufgenommen wurde. Redakteur Heppenheimer wandte sich gegen diejenigen rechtsstehenden Kreise, die heute der Heimat wegen ihrer Haltung Vorwürfe machten, während sie selbst sich von der Front gedrückt und hier in der Heimat das Volk durch Wucher und Schikane gedrückt hätten. Er wandte sich in diesem Zusammenhang gegen den Bund der Landwirte, die Schwerindustriellen und die Vaterlandspartei. Auf der anderen Seite geißelte er das Treiben der „Herren" und der Unteroffiziere hinter der Front und in der Heimat. — Der Schriftsteller Ignatz Wrobel betonte, daß in Zukunft der Unterschied zwischen „Herren und Kerls" aufhören müsse. Im Schlußwort betonte Zickler, daß der Gedanke des Antimilitarismus das Volk durchdringen müsse.

Die Pressefreiheit

Unser Jenaer Parteiblatt, die Neue Zeitung, berichtet unterm 13. Dezember:

Heute vormittag gegen 11 Uhr erschien eine Gerichtskommission in unserem Betriebe, um nach sogenannten aufhetzenden Schriften zu suchen. Das Ergebnis der Durchsuchung ist gleich Null: einige Nummern des Klassenkampfes, ein Mitteilungsblatt des Arbeitsgebietes VII Thüringen und je eine Broschüre über „Die syndikalistische Krankheit" und „Die Wahrheit über den Bolschewismus" waren das Ergebnis der hochnotpeinlichen Justizaktion, die das „neue" Deutschland besser als lange Worte aufs herrlichste illustriert!"

Die Verfassung statuiert ausdrücklich die allgemeine Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur. Aber nicht die gedruckte Formel ist entscheidend, sondern es kommt auf ihre Auslegung an. Zur Zeit haben wir eine Regierung, die fast zur Hälfte aus rechtssozialistischen Mitgliedern besteht. Sie duldet es, daß ihre Organe sich einfach über die Gesetze hinwegsetzen und wie im kaiserlichen Deutschland mit brutaler Macht unangenehme Opposition bekämpfen. Nicht einmal die formelle Scheinberechtigung des Belagerungszustandes hält sie mehr für erforderlich, um gewaltsam die freie Meinung unterdrücken zu können. Fürwahr, wir haben es herrlich weit gebracht seit der Revolution!

Mein Liebchen, was willst du noch mehr?

Die bösen Unabhängigen behaupten immer, daß die Partei der Rechtssozialisten auf dem Aussterbeetat stehe. Daß dies Verleumdung ist und die Noskepartei doch noch starke Zugkraft besitzt, das werde dieser Tage in Blankenstein im Ruhrgebiet bewiesen. Dort trat die ganze Polizeimannschaft, mit dem Kommissar an der Spitze, geschlossen zur S. P. D. über. Die fünf Mann zählende Mitgliederzahl der S. P. D. im Städtchen Blankenstein schwoll urplötzlich auf 15 an. Der Herr Kommissar hat zwar noch vor wenigen Wochen seiner Begeisterung für das Wilhelminische Regiment

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

48]

„Seit drei Tagen — ja."

„Nun — deine Bitte — was also?"

„Du hast die Macht, diese Denunziation abzuweisen oder abweisen zu lassen. Willst du das tun?"

„Wenn die Voruntersuchung ergibt, daß die Anzeige halt- und grundlos ist, so geschieht das ohnehin. So wird die Erhebung der Anklage sowieso abgelehnt."

„Ich will aber keine Voruntersuchung, Jordan! Ich will keine! Die Sache soll sofort, auf der Stelle, niedergeschlagen werden!"

„Warum denn, Herta? Hast du die Voruntersuchung etwa zu scheuen?"

„Ich — nein. — Alles verhält sich wirklich so, wie ich dir sagte — aber — — vielleicht — — vielleicht hast du sie zu scheuen — die Voruntersuchung . . ."

Jordan fuhr von seinem Sitze hoch.

„Ich?! Wieso ich?! Erkläre mir das! Erkläre mir das auf der Stelle!"

Herta blieb, im Gegensatz zu dem vor Erregung bebenden Jordan, sehr ruhig und eiskalt.

„Du sagst, Jordan, du liebst mich über alles.

Du sagst, ich sei dir das Höchste in der Welt.

Ist es dir trotzdem gleichgültig, ob ich nun schon wieder in eine so schmutzige Sache vor Gericht verwickelt werden soll oder nicht? Kann dir das gleichgültig sein?"

„Natürlich nicht — natürlich nicht.

Aber deshalb — deshalb dränge ich dich ja doch tagtäglich, mit mir außer Landes zu gehen.

Du sollst, — du mußt aus diesen Dingen hier heraus!"

„Die Unterdrückung der Anklage, lieber Jordan, mußt du auch im eigenen Interesse veranlassen. Ganz direkt in deinem eigenen Interesse — du — —"

„Und weshalb das? Weshalb!"

„Na — glaubst du vielleicht, die Zeugin Grabert würde dich schonen?"

„Schonen — mich — dieses Kuppelweib?

Was weiß sie denn von mir?"

„Sie weiß, daß du zu mir kommst, daß du mein Freund bist. Das weiß sie, und das sagt sie aus, wenn es dazu kommt — basta."

Mit starren Zügen stand Jordan da. In seiner Blässe und Regungslosigkeit glich er einem Toten.

Lange sah er ins Leere. Dann schüttelte er den Kopf. Seine geballte Faust schlug auf das Tabulett, daß es klirrte. Die Rauchrequisiten tanzten auf der metallenen Platte umher.

„Nein!" sagte Jordan. „Das nicht! Das nicht! Zu einer Amts- und Pflichtverletzung, zu einem Dienstvergehen kriegst du mich nicht! Das laß dir gesagt sein."

Herta lachte schneidend auf. „Alles tut er für mich! Alles" höhnte sie.

„Alles — Mädchen — heißt bei einem Ehrenmanne natürlich alles, was nicht gegen die Ehre geht. Das merke dir."

„Ein Ehrenmann macht keine eingeschränkten Versprechungen! Nimm dein Notizbuch, Jordan. Schreib dir auf: Harry van Geldern heißt die Sache. Bring sie aus der Welt. Du kannst es. Du mußt es. Sonst — sonst bist du selber — unten durch . . ."

„Was," rief er, „du — du glaubst, mich zwingen zu können!? Du! Da irrst du dich. Ehe — ehe ich das tue — was du hier verlangst . . . ehe ich das tue — —"

Herta zuckte die Achseln. „Wie du willst. Ganz wie du willst. Eine schöne Liebe das, die gleich bei der ersten Probe schon versagt, auf die sie gestellt wird."

„Du — du verlangst Wahnsinnigkeiten! Einfach Tollheiten! Du willst dieses Verfahren nicht, Herta?

Gut, so flieh mit mir!

„Ich werde mich hüten, mit einem Maune zu gehen, der für mich keines Opfers fähig ist. Dein Amt schmeißt du ja doch sowieso hin."

„Ja, aber ich habe es bis heute mit Redlichkeit geführt, du, mit Redlichkeit, nach bestem Gewissen. Ein Menschenleben lang, du. Es — es ist mir heilig."

„Ich! Ich! Ich! Du redest andauernd nur von dir selbst. Ich aber — ich Herta — bin auch noch da! Ich will und verlange, daß du deine Macht dieses eine — eine Mal zu meinen Gunsten brauchst, dieses Amt, durch das du meine Mutter ins Zuchthaus und mich an den Pranger gebracht hast! Ich — Herta — die dir das Höchste in der Welt, schwöre dir, diese Denunziation, die aus Gehässigkeit erging, ist grundlos. Was also ist da schon groß verlangt, wenn du sie abweisen sollst . . ."

„Ich darf hier nicht entscheiden, weil ich beteiligt bin."

„Bist du das? So! Du — der Herr Staatsanwalt Jordan ist persönlich beteiligt — an einer Zuhältersache. Wie nett! Welch ein Fressen für die Skandalpresse!

Siehst du denn nicht, Mann, siehst du denn nicht, daß es für dich selbst geschehen muß, was ich hier von dir verlange?"

„Erspar mir das! Flieh mit mir, laß all den Jux hier zurück. Komm mit. Komm — ins Ausland ."

„Erst tu dieses, Jordan. Erst dieses! Ich will der Grabert zeigen, was ich kann. Das will — das werde ich! Du wirst das tun! Du wirst! Du mußt einfach . .

Geh jetzt nach Hause. Beschlaf dir den Fall. Morgen früh wirst du einsehen, daß du mußt Es bleibt dir nichts übrig . . Gute Nacht . . ."

Sie legte den Hausschlüssel auf das Tabulett und ging in ihr Schlafzimmer, dessen Tür sie hinter sich abschloß.

Als Jordan in dieser Nacht nach Hause kam, ging er an seinen Schreibtisch, erschloß eine der Schubladen und nahm seinen Browning heraus. Er prüfte Schloß und Ladung, sicherte die Waffe dann von neuem und tat sie wieder fort.

Die ganze Nacht dachte er an Selbstmord.

Neuntes Kapitel.

Von tausend Skrupeln und Zweifeln wurde Jordan gepeinigt.

Er durchdachte den Fall van Geldern nach allen Richtungen hin. Und da erschien ihm plötzlich die von Herta geforderte Unterdrückung der Grabertschen Denunziation als eigentlich unbedenklich.

Die Anzeige war aus gemeiner, niedriger Rachsucht ergangen und schon deswegen zu verwerfen.

Warum sollte er sie nicht abweisen?

Nicht einmal diese Form war erforderlich.

Er konnte die Anklage einfach unterdrücken.

Ihm war bekannt, daß Aktenstücke der Staatsanwaltschaft, die Anklagen enthielten, hin und wieder schon verschwunden waren.

Kein Hahn krähte danach, denn selbst die Denunzianten hatten ihre erste Wut mit der Denunziation gestillt uud fragten auch weiter gar nicht danach, wenn ein Bescheid ausblieb.

Sollte diese Kuppelwirtin, die doch selbst hinreichend anrüchig war und genug auf dem eigenen Kerbholz hatte, dennoch die Stirn haben, bei der Staatsanwaltschaft anzufragen, was aus ihrer Anzeige geworden war, so konnte man ja immer noch den Bescheid geben, daß die Ergebnisse der angestellten Nachfrage nicht zu einer Erhebung der Anklage seitens der Staatsanwaltschaft geführt hätten. Dies alles ließ sich gut machen, und von Recherchen zu sprechen, die in der Sache angestellt worden waren, hatte Jordan schließlich auch ein Recht, da er bei Herta den näheren Umständen der Sache ja doch nachgefragt hatte — —.

Wie schön glatt und belanglos das alles erschien, wenn man sich nur selber recht kräftig belog. Ging man aber den Dingen mit Wahrhaftigkeit zu Leibe, so bekamen sie doch leicht ein verflucht anderes Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

unverhohlen Ausdruck gegeben, aber was tuts? Schließlich ist ja zwischen diesem Regiment und dem heutigen gar kein Unterschied! Der S. P. D. kann auch schließlich ein reaktionärer Polizeikommissar angehören, ohne mit seinem Polizeigewissen in Konflikt zu geraten.

Der stinkende Sumpf

Die Bielefelder Volkswacht, die als Regierungsorgan ihres früheren leitenden Redakteurs und jetzigen Staatskommissars von Westfalen, des Herrn Severing, am allerweitesten nach rechts gerückt ist, schreibt über Marloh, v. Kessel und Reinhard folgendes:

„Nun haben dieselben Offiziere ihre sittliche Minderwertigkeit in die Reichswehr getragen. Auch von dort stinkt der alte Sumpf zum Himmel. Es ist eine durchaus korrupte Gesellschaft, die den Weltkrieg verlor und mit der die Revolution aufräumte. Ihre Macht hat die Clique der Junkeroffiziere längst verloren. Der Rest, den man einstweilen noch braucht, wird gründlich durchgesiebt werden müssen, um den ärgsten Schmutz zu entfernen."

Ei, ei, wenn Herr Severing, der Vertraute des Freiherrn von Watter, das liest, geht ihm eine Hitzwelle über die Haut. Korrupte Gesellschaft — sittliche Minderwertigkeit der Reichswehr — stinkender Sumpf — das hätte die im Reich des Herrn Severing erscheinende unabhängige Volksstimme in Hagen schreiben sollen. Es wäre unweigerlich dem Stift des Zensors zum Opfer gefallen, der nun schon seit über einem halben Jahre die Schreibweise der Volksstimme überwacht.

Zerstörung eines abhängigen Schwindels

In der Preußischen Landesversammlung hatte kürzlich der rechtssozialistische Abgeordnete Limbertz das unabhängige Mitglied des Hauses, Genossen Ludwig-Hagen, durch die Verlesung patriotischer Feldpostbriefe zu diskreditieren versucht.

Genosse Ludwig teilt uns hierzu mit, daß die Mitteilungen Limbertz über ihn erstunken und erlogen sind. So soll er eine Feldpostkarte mit der Aufschrift versandt haben: „Hier werden Kriegserklärungen angenommen." — Nun, dieser geistreiche „Witz" war der Karte aufgedruckt. Er mußte sie nehmen, weil andere im Felde nicht zu haben waren. Die tollste Fälschung Limbertz liegt darin, daß er aus einem Briefe den Satz vorlas: „Belgien wird noch deutsche Provinz werden." Im Orginal steht diese Wendung mit Bezug auf die alldeutschen Kriegsziele, nicht als Meinung Ludwigs, was der ehrenwerte Herr Limbertz natürlich verschwieg.

Aehnlich sind einige andere Wendungen Ludwigs zu erklären. Aus dem Zusammenhang gerissen, in willkürlichster Weise verdreht, müssen sie dazu dienen, ihm eine alldeutsche Gesinnung im Kriege zuzuschieben. In Wahrheit sah diese so aus, daß am 21. November 1917 der Freiherr von Gayl an den Abschnittskommandeur seines Truppenteils ein Telegramm schickte mit dem Befehle: „Ludwig ist sofort unschädlich zu machen." Das geschah. Unser Genosse kam nach Köln in sechswöchentliche Untersuchungshaft wegen Landesverrats!

Diese Tatsache ist auch dem Limbertz und Konsorten bekannt. Aber sie pfeifen sachlich eben auf dem letzten Loche und müssen zu dem Mittel persönlicher Verleumdungen greifen, um ihre Schäflein noch eine Weile bei der Stange halten zu können.

Der neue Schulkurs

Die Münchener Zeitungen berichten folgenden Fall:

Eine Münchener Lehrerin ist im Vertrauen auf die neuen Verfassungsgrundsätze aus der Kirche ausgetreten und hat gleichzeitig ihre Versetzung an eine Simultanschule beantragt. Zu ihrem größten Erstaunen wird sie aber aus dem Schuldienst entlassen mit der Begründung, daß die Lehrkräfte der Simultanschule einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören müßten. Die Lehrerin wendet sich um Aufklärung an die städtische Schulbehörde, diese an das Kultusministerium und auch hier erfolgt der Bescheid, die Volksschulen seien als christliche Volksschulen anzusehen, so daß an ihnen nur christlichen Religionsgesellschaften angehörende Lehrer verwendet werden dürfen. — — —

Die Münchener Post, das rechtssozialistische Organ, schreit jetzt Zeter und Mordio über diesen offenbaren Bruch der Reichsverfassung, der an die übelsten Zeiten vormaliger Reaktion erinnere. Natürlich vergißt sie, auf die schwächliche Haltung ihrer Partei in Weimar bei der Verfassungsberatung hinzuweisen, durch die erst ihre zweideutige Gestaltung in Bezug auf Kirchen- und Schulfragen ermöglicht wurde. Das Zentrum hatte die Führung: wie in Weimar, so jetzt in Bayern und Preußen. Es kämpft um seine Macht und wird sich den Teufel um bedrucktes Papier kümmern!

Großbritannien

Eine Statistik der Gewalt

Es ist weit bekannt, wie der englische Imperialismus mit brutalster Gewalt und mit allen Mitteln der Unterdrückung gegen die Freiheitsbestrebungen der Irländer, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen, vorgeht. Die englische Arbeiterzeitung Daily Herald bringt nun eine Zusammenstellung der englischen Gewaltmaßnahmen gegen die irischen Freiheitskämpfer in der Zeit vom 1. Mai 1916 bis zum 30. September 1919. Dort lesen wir: Ermordungen 58, Angriffe bewaffneter englischer Söldner auf unbewaffnete englische Zivilisten: 4310, Ausweisungen: 2075, Durchsuchungen mit Plünderungen: 5859, Verhaftungen: 5394, Verurteilungen durch Zivilgerichte: 1998, Verurteilungen durch Kriegsgerichte: 524, Amtsenthebungen: 292, Zeitungsverbote: 51.

Diese nackten Zahlen sind ein ergreifendes Zeugnis für die Leiden des irischen Volkes. Zugleich aber beweisen sie von neuem die Wahrheit des Satzes, daß die Gewaltmittel des Kapitalismus und des Imperialismus in allen Ländern die gleichen sind. Auch wir in Deutschland wissen ein Lied zu singen von Verhaftungen, Durchsuchungen und Plünderungen, von Zeitungsverboten, von Kriegsgerichten und nicht zuletzt auch von feigen Morden. Wurde man aber bei uns einmal eine Statistik gleich jener englischen machen, so würde sich wohl zeigen, daß die Gewaltmaßnahmen der deutschen in der Mehrzahl aus angeblichen Sozialisten bestehenden Regierung in dem einen Jahre seit der Revolution die der englischen bürgerlichen Regierung während mehr als drei Jahren um ein vielfaches an Zahl und Grausamkeit übertreffen.

In und um Elbing

Die Schichauarbeiter lehnen Carlsons „Entgegenkommen" ab

In einer Versammlung in der Städtischen Turnhalle nahmen die Arbeiter der Schichauwerke am Montag nachmittag Stellung zu den von uns bereits veröffentlichten Lohnvorschlägen. In der Versammlung kam nahezu einmütig zum Ausdruck, daß die Vorschläge in keiner Weise der eingetretenen Teurung gerecht würden. Die Versammlung beschloß eine Abstimmung in den Betrieben vorzunehmen, die folgendes Ergebnis hatte: Von 5039 Abstimmenden waren 430 für Annahme und **4573 für Ablehnung** der Vorschläge. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, bei den weiteren Verhandlungen dahin zu wirken, daß die Hamburger Vorschläge restlos erfüllt werden.

Wenn wir uns noch einige kritische Bemerkungen erlauben wollen, müssen wir sagen, daß das Verhalten der Elbinger Industriellen sehr rückständig ist. Trotz der ungeheuerlichen Steigerung der rationierten Lebensmittel, über die wir an anderer Stelle berichten, sperren sich die Arbeitgeber gegen jede nennenswerte Lohnerhöhung. Es kann hier auch nicht angeführt werden, daß den etwaigen Lohnerhöhungen keine Steigerung der Produktion gegenüberstände. Die Arbeiter hatten sich ausdrücklich bereit erklärt, die Akkordarbeit einzuführen unter Bedingungen, die auch die Arbeitgeber als geeignet ansahen. Und trotzdem diese Ablehnung der berechtigten Forderungen der Arbeiter. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Vorschläge der Unternehmer für verschiedene Arbeitergruppen eine Verschlechterung des bisher bestehenden Zustandes bedeutet. So würde die vorgeschlagene Staffelung außer einer Reduzierung der Löhne einen ständigen Gegensatz einzelner Gruppen der Arbeiter bringen. Es besteht der starke Verdacht, daß hier versucht wurde, die Geschlossenheit der Arbeiter zu untergraben. Das konnte unter keinen Umständen von den verantwortlichen Vertretern der Arbeiter angenommen werden.

Aus allen diesen Gründen kam bei der Abstimmung das von uns angeführte Ergebnis zustande. Welche weiteren Folgen sich aus der jetzt eingetretenen Situation ergeben, läßt sich noch nicht übersehen. Bei der jetzt herrschenden Teuerung besteht die Gefahr, daß bei den Arbeitern eine Stimmung der Verzweiflung eintritt, die letzten Endes zum Nachteil der gesamten Gemeinde ausschlägt. Es wäre deshalb der Wunsch berechtigt, daß noch in letzter Stunde den beteiligten Stellen eine bessere Einsicht käme.

Die politischen Kenntnisse eines M. d. R.

Am Dienstag voriger Woche sprach Genosse Grunwald in Christburg in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: Was soll in Deutschland werden? Um aus dem Christburger Konkurs der Rechtssozialisten noch wenigstens etwas zu retten, war der Parteisekretär Herr Hermann Schulz-Elbing herbeigeeilt. Genosse Grunwald behandelte die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands, die die „Demokratische" Regierung auf den verschiedenen Gebieten geschaffen hat. Auch die „Ruhmes"taten der rechtssozialistischen Minister Heine, Hänisch und vor allem Noskes beleuchtete er scharf. Zur Frage der Reichsschuld und ihrer Deckung führte er an, daß diese ohne Banknoten und Darlehnskassenscheine sich nach Aussage Erzbergers auf 212812 Millionen Mark beziffere und zur Verzinsung jährlich rund 10 Milliarden Mark aufgebracht werden müssen. Für das erste Etatsjahr der deutschen Republik seien im ordentlichen Haushaltsetat 15 309 735 000 M. und im außerordentlichen 42 159 966 000 M. eingesetzt. Genosse Grunwald zeigte den Zuhörern, die weit aus der Umgegend herbeigeeilt waren, an der Hand der Statistik, daß mit direkten und indirekten Steuern die arbeitende Bevölkerung erdrückt wird, während den Besitzenden Mittel und Wege offen gelassen wären, sich vielem zu entziehen. Im Lande triumphiere die Reaktion und unterdrücke die Arbeiter, die um ihr Recht kämpfen. Und dieses ließen die rechtssozialistischen Mitglieder der Nationalversammlung widerspruchslos geschehen und stimmten zum Teil noch dafür. Genosse Grunwald forderte die Arbeiter auf, jenen Leuten die Gefolgschaft zu versagen und sich der U. S. P. anzuschließen. Denn auf dem Wege dieser „Demokratie" würde die Arbeiterschaft vollends um die Früchte der Revolution betrogen.

In der Diskussion sprach zunächst Herr Schulz. Was nun kam, darüber sollte man aus Erbarmen für Schulz den Mantel sozialistischer Nächstenliebe decken. Er wollte so recht von oben herab unserm Genossen Grunwald beweisen, daß die unabhängigen Volksbeauftragten erst Mitte Januar aus der Regierung ausgeschieden sind, während Genosse Grunwald festgestellt hatte, daß die Januarunruhen eine Folge des Rücktritts gewesen seien. Etwas mehr Kenntnisse von geschichtlichen Vorgängen muß man doch zum Mindesten von einem M. d. R. verlangen. Auch behauptete Schulz, als Geschäftsführer des Deutchen Metallarbeiterverbandes nur deshalb entlassen zu sein, weil er sich nicht politisch prostituieren wollte. Wir überlassen es jedem Genossen, das Unwahre dieser Behauptung selbst zu beurteilen. Schulz entwickelte soviel Widersprüche und stieß die Zuhörer damit derart vor den Kopf, daß er minutenlang nicht sprechen konnte. Dem Genossen Grunwald gelang es, für ihn Gehör zu schaffen. Als er trotzdem sein provozierendes Verhalten gegenüber den Zuhörern nicht änderte, stellte der Vorsitzende an die Versammlung die Frage, ob sie Schulz noch länger anhören wollten. Genosse Grunwald riet der Versammlung, Schulz den Gefallen einer Wortentziehung nicht zu tun, denn darauf warte er nur. Im Schlußwort rechnete Grunwald dann mit der demagogischen Kampfesweise und mit der Unwissenheit seines Gegners ab, während Schulz sein Heil in der Flucht suchte. Ihm folgten auch die Handvoll Rechtssozialisten Christburgs.

Wenn Schulz sich nun mit diesem Erfolg begnügt hätte, würden wir kein Wort darüber verlieren. Es kam aber ein halb wehmütiger, halb großsprecherischer Bericht in der Elbinger Volkszeitung, in der Schulz seine Christburger Behauptungen wiederholt und seine Unkenntnis schriftlich dokumentiert. Folgende amtliche Notiz mag als Beweis gelten, wie wenig Schulz auf der Höhe ist, wenn er die unabhängigen Volksbeauftragten im Januar zurücktreten läßt.

Berlin, den 29. Dezember 1919. (Amtlich.)

Die Krisis in der Reichsregierung hat sich in der Weise gelöst, die die Allgemeinheit des deutschen Volkes erwartet hat. Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden.

Es verlohnt nicht, auf das andere Geschreibsel einzugehen, denn das hieße die einfachsten Tatsachen, die jedem bekannt sind, nochmals vorbringen. Also Herr Schulz, wen hat Gott in seinem Zorn zum „Politiker" und Parteisekretär gemacht? Doch nur den, der seine Unkenntnis mündlich und schriftlich dokumentiert hat, wie Sie.

Was soll das werden?

In der gestrigen Nummer unserer Zeitung brachten wir eine Notiz über die Steigerung der Kartoffelpreise. Heute sind wir gezwungen nachzuweisen, in welch ungeheurer Weise die Preise der rationierten Lebensmittel in den letzten Wochen gestiegen sind oder in kurzem steigen werden. Es beträgt der Preis für die gleiche Menge

	früher	jetzt
Grieß	48 Pfg.	92 Pfg.
Gerstengraupe	44	71
Gerstengrütze	44	73
Nudeln	66	118
Haferflocken, lose	62	92 „
		in ½ Beuteln
Haferflocken, gepackt	40	58
Haferflocken, Kindernahrung in ½ Pfd.-Paketen		65
„ in 1		122
Hafermehl, in ½		65
„ in 1	88	125
Kindergerstenmehl, gepackt in ½ Pfd.-Paketen	49	61
Syrup	56	90
Zwieback, 125 Gr.	44	65
Keks, 125 Gr.	39	60
Zwiebackbruch, 250 Gr.	65	100
Keksbruch, 250 Gr.	59 „	75 „

Wenn mann diese Zahlen aufmerksam liest, dann hat man den Schlüssel dafür, daß es weiten Kreisen der Bevölkerung nicht mehr möglich ist, ihre Familie auf redliche Weise zu ernähren. Außerdem kommt noch die ganz immense Steigerung der Holzpreise in Betracht, die heute schon eine Höhe von zirka 80—90 Mark pro Meter erreicht haben. Wenn die verantwortlichen Stellen die Dinge so weiter treiben lassen, muß in kurzem der wirtschaftliche und staatliche Zusammenbruch eintreten.

Elbinger Stadttheater

Infolge verschiedener Absagen seitens der Gäste muß die heutige Abendvorstellung leider ausfallen. Das Gastspiel des Herrn Richard Hofmüller-Danzig im „Barbier von Sevilla" wird an einem noch bekanntzugebenden Termin stattfinden.

Was vorkommt

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, Zahlstelle Elbing, schreibt uns:

Wir möchten das kaufende Publikum auf Mißstände aufmerksam machen, die hier in verschiedenen Bäckereibetrieben eingerissen sind. Heute soll nur ein typischer Fall dieser Gattung zur Kenntnis gebracht werden. Weil unsere Verbandsleitung von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Bäckerei von Hubrecht in der Sonnenstraße noch spät abends in Betrieb sei, wurde eine unvermutete Revision vorgenommen. Es stellte sich hierbei heraus, daß zwar nicht gearbeitet wurde, aber die Revidierenden mußten die Ueberraschung erleben, daß sich in dem Raum, wo die Backware hergestellt wird und bei offenen Sauerbehältern eine Maid ihre schönen Haare kämmte. Dieses in einem Betrieb, der, weil in ihm „unser täglich Brot" hergestellt wird, durch ganz besondere Sauberkeit glänzen sollte. Wenn die Hausfrauen am nächsten Tage ein paar Haare im Gebäck gefunden haben, werden sie jetzt wissen, woran das gelegen haben kann. Unsere Organisation steht auf dem Standpunkt, daß das kaufende Publikum vor solchen Schmutzereien geschützt werden muß. Weil die Gewerbeaufsicht vielfach nur sehr mangelhaft ausgeübt wird, ist es unsere Pflicht, selber einzugreifen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Zurückgetretene Stadtverordnete

Von den gewählten Stadtverordneten haben die Herren Habecker, Wilke und Cordes die auf sie gefallene Wahl nicht angenommen. An ihre Stelle treten die Herren Direktor Kantel, Rektor Kath und Fräulein Krause. Rektor Kath ist ein bei seinen Kollegen und auch sonst in Elbing wenig beliebter Reaktionär.

Ungetreue Postangestellte

Zu den bereits gemeldeten Postdiebstählen teilt uns die Kriminalpolizei folgendes mit: Die Festgenommenen, Bahnwächter Rimkus und die Postaushelfer Frey, Schulz, Lettmann und Böttcher, haben die umfangreichen Diebstähle bereits seit Januar bezw. März ausgeführt. In der Hauptsache wurden Pakete mit Lebensmitteln, Schokolade, Zigarren, Zigaretten usw. gestohlen. Auch zwei wertvolle Pelzkragen wurden geraubt. Was die Postaushelfer nicht selbst entwendeten, schoben sie Rimkus zu, indem sie Pakete an den Bahnwagen legten und den Rimkus davon verständigten, der sie dann mit nach Hause nahm, verkaufte und den Erlös mit den Dieben teilte. Bei seiner Verhaftung fand man noch 2000 Mark. Unter anderem verkauften die Diebe an einem Gastwirt auf dem Alten Markt für 1000 Mark Zigaretten. Außerdem kommen noch eine ganze Anzahl Personen als Hehler in Frage. Es ist geradezu unverständlich, daß es immer noch Kaufleute gibt, die Waren von solch zweifelhaften Elementen kaufen. Eines fällt bei der ganzen Angelegenheit auf, daß der Postbehörde die ganze Zeit über die Diebstähle unbemerkt geblieben sind. Bei einiger Aufmerksamkeit hätten diese Diebstähle niemals den Umfang annehmen können.

Elbinger Polizeinachrichten

Verhaftet wurde heute von der Kriminalpolizei der vielgesuchte Arbeiter Wanow. W. ist an einer ganzen Anzahl Diebstähle unter anderem an dem Schweinediebstahl in Zeyer beteiligt.

Ostdeutsche Nachrichten

Kauft kein Heeresgut von Baltikumsoldaten!

Amtlich wird mitgeteilt: Die aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen haben leider Heeresmaterial, Waffen, Pferde, Fahrzeuge u. a. zu verkaufen versucht und auch verkauft. Es wird vor derartigen Ankäufen gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß die Käufer sich strafbar machen und Strafverfolgung zu erwarten haben.

5000 Mark Belohnung

Der achtfache Mord an der Familie des Besitzers Block in Plywaczewo im Kreise Briesen ist noch immer unaufgeklärt. Die Spuren der Täter führen in die Umgegend von Rehden. Das Kriegszustandsgericht in Kulmsee hat auf die Ermittelung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Großfeuer in Königsberg

Ein großes Feuer ist in der Nacht zum Montag in der Möbeltischlerei von G. Reuter in Königsberg ausgebrochen. Der Schaden beträgt etwa 300000 Mark.

Polens künftige Flotte

Nach einem Bericht der norwegischen Handelsdelegation, die kürzlich in Polen war, gehen die polnischen Wünsche auf dem Gebiete der Schiffahrt dahin, regelmäßige Linien unter polnischer Flagge von Danzig aus zustande zu bringen, 1. nach Norwegen-Nordamerika, 2. nach Südamerika, 3. nach den Ostseehäfen, 4. nach Großbritannien und 5. nach Frankreich. Zur Finanzierung dieser Linien rechnet man mit einem Kapitalsbedarf von 500 Millionen polnischen Mark oder 25 Millionen Dollars. Für diese Summe glaubt man 20 Dampfer verschiedener Größen mit einer Tragfähigkeit von insgesamt 105000 Tonnen erwerben zu können; außer Frachtschiffen will man einige kombinierte Fracht- und Passagierdampfer einfachster Ausstattung zu dem Auswandererverkehr beschaffen.

In welcher Weise sich der Plan bei dem derzeitigen ungünstigen Stand der polnischen Valuta verwirklichen lassen wird, steht noch dahin. Polen verhandelt in dieser Beziehung zurzeit außer mit Norwegen auch mit Schweden und Dänemark, den Niederlanden, Frankreich und Amerika; ferner ist eine britische Expedition nach Warschau gekommen, die außer der Organisierung der polnischen Kriegsmarine auch eine Ordnung hinsichtlich der polnischen Handelsflotte zustande bringen soll. Staatlicher Betrieb der polnischen Handelsflotte scheint nicht beabsichtigt zu sein, dagegen kann eine etwaige polnische Dampfschiffahrtsgesellschaft auf staatliche Subvention nach dem Vorbilde der französischen rechnen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Quittung.

Durch Genossin Gertrud Schröder-Königsberg 200 Mark für die Elbinger Volksstimme erhalten zu haben, bescheinigt
Expedition Volksstimme
Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme eingetr. G. m. b. H.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

An alle unsere Leser

richten wir die Bitte, ihre Einkäufe **nur bei den Inserenten unserer Zeitung** vorzunehmen. — Dadurch leisten Sie der Partei und der Allgemeinheit den allergrößten Dienst.

Stadtverordnetenwahl.

Von den neu gewählten Stadtverordneten haben 3 die Annahme des Amtes abgelehnt. Zur Feststellung der Ersatzmänner anstelle der Ablehnenden ist eine **öffentliche Sitzung des Wahlausschusses** auf

Donnerstag, den 18. Dezember 1919, mittags 12 Uhr

im Stadtverordneten-Sitzungssaal anberaumt.

Elbing, den 16. Dezember 1919.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Arbeiter und Arbeiterinnen Elbings!

Am Donnerstag, den 18. Dezember, nachmittags 5½ Uhr:

Oeffentl. Versammlung

in Passenheims Festsälen.

Thema:

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiterunion.

Referent: **Schulz-Bremen.**

Freie Aussprache! **Der Einberufer.**

Ein sicherer Gewinn

fließt in Ihre Tasche, wenn Sie Ihre **Möbel** direkt aus erster Hand von der im Osten **als leistungsfähig bekannten**

Möbelfabrik Klinger
Elbing

kaufen. Der modern angelegte Betrieb, rationelle Arbeitsmethoden unter fachmännischer Leitung, sowie geringe Geschäftsunkosten

ohne Händlergewinn

verbürgen **billigste Bedienung.**

en gros und en detail

Lieferung von Marmor, Matratzen, Polsterwaren

eigenen Fabrikats.

Reelle Bedienung, prompte Lieferung. Auf Wunsch Anfertigung nach Zeichnung und Entwürfen.

Stadttheater Elbing

Mittwoch, den 17. Dez. **fällt die Abendvorstellung aus.**

Donnerstag, den 18. Dezbr., abends 7 Uhr:

Auf vielseitigen Wunsch!

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Freitag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr:

Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Loxleth's Nährzucker
Ramogen
Lebertran-Emulsion
Ovomaltine.
Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.

Hämorrhoiden
heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Als praktische

Weihnachtsgeschenke

empfehle:

Wirtschaftswagen
Tafelwagen
Gewichte

Kohlenplätten
Bolzenplätten
Spiritusplätten

Dalliplätten
Dalli-Glühstoff
Brotschneidemaschinen

Fleischhackmaschinen
Reibemaschinen
Waffeleisen

Tischmesser u. Gabeln
Taschenmesser
Brot- u. Schlachtmesser
Damenscheren
Eß- und Teelöffel
Rasierapparate
Rasiermesser

Kaffeemühlen
Taschenlampen
Batterien
Geldbeutel

Rodelschlitten
Kinderschlitten
Schlittschuhe

Emaillewaren und andere Küchengeräte

Joh. Meissner Nachfl.
Ecke Königsberger- u. Leichnamstraße.

Vergnügungsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

Für den Weihnachtstisch

empfehle mein **gutsortiertes Lager** in

Geigen, Mandolinen, Mandolas
Guitarren, Lauten, Baßlauten,
Guitarrezithern mit unterlegbaren Notenblättern,
sowie **Zieh- und Mundharmonikas**
zu soliden Preisen.

Wasserstr. 87 **Georg Schmidt** Wasserstr. 87

Holzstiefel
mit Lederbesatz
für Herren soeben wieder eingetroffen.
Herabgesetzter Preis: 5.00 Mk. resp. **7.50** Mk. pro Paar.

Kinder-Holzstiefel
ebenfalls in allen Größen am Lager.

Wir empfehlen ferner **warme Hausschuhe und Pantoffeln** zu billigsten Tagespreisen.

Niederlage
Max Tack
St. Georgenbrüderhaus.

Ein passendes
Weihnachtsgeschenk
für jeden Herren
ist eine
schöne Pfeife.

Dieselben sind in allen Größen und Preislagen — in großer Auswahl auf Lager. —

Ferd. Kleefeld,
Inn. Mühlendamm 36,
— Zigarren- und Weinhandlung. —

Weihnachtsgeschenke

sowie

sämtliche Eisenwaren
Haus- und Küchengeräte

in großer Auswahl empfiehlt billigst

Hermann Bruckert

Telephon 1083 **Brückstraße 3**
Eisenwaren-, Haus- und Küchengeräte.

Sämtliche

Farb- u. Reinigungssachen

welche mir bis zum 20. d. Mts. übergeben werden, stelle ich noch auf Wunsch zum Fest fertig.

Reinigungssachen

werden bis **Montag, d. 22. d. Mts.,** angenommen

Expreßfärberei Ewald Gilbers
Innerer Mühlendamm 17
:: **Gr. Zahlerstraße 24** ::

Tischler

auf bessere fournierte Möbel eingearbeitet, stellt ein
Möbelfabrik Klinger.

Verlobungsringe
auch noch in feinem Golde liefert
F. Witzki,
Elbing, Schmiedestr. 17.

Möbl. Zimmer
sofort oder 1. Januar 1920 von bess. Handw. **gesucht.** Erwünscht volle Pension. Off. mit Preisangabe unter **C. 90** an die Geschäftsst. dieser Ztg.

Schmiedelehrlinge
stellt von sofort oder später ein
Adolf Wenski,
Neustädt. Grünstraße 6a.

Elbinger Standesamt
vom 17. Dezember.
Sterbefälle: Stellmacher Gustav Adolf Heß T. 5 Tage. — Tischler Heinrich Giraud, 53 J. — Eigentümerfrau Minna Pangritz geb. Podlech, 74 J.

„Mäßigung“ und ihren „politischen Sinn“ appelliert, die sie im „eigenen Interesse“ zu einer Revidierung ihrer Taktik veranlassen müßten. Die bürgerliche Presse ebenso wie die ausländischen Berichte über Italien wissen denn auch bereits davon zu erzählen, daß große Teile und bedeutende Führer der italienischen Sozialisten selber eine solche Aenderung ihrer Politik für notwendig und ein Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien und der sozialistischen für unbedingt erforderlich hielten.

Bei allen diesen Schilderungen ist aber immer nur der Wunsch der Vater des Gedankens und die angebliche Fürsorge der Bourgeoisie, die den italienischen Genossen „in ihrem eigensten Interesse“ Ratschläge erteilen, ist nichts Anderes als eine nur allzu durchsichtige Kriegslist, mit deren Hilfe die Bourgeoisie wieder ihre alte Machtstellung zurückzugewinnen hofft. Glücklicherweise aber fallen unsere italienischen Genossen darauf nicht herein. Der kurze Zeit vor den italienischen Wahlen stattgefundene Parteitag der italienischen Sozialisten hatte die Partei von neuem auf den Boden des rein revolutionären Klassenkampfes vereint und die wenigen sogenannten Gemäßigten haben sich, ebenso wie der linke Flügel, der unmittelbare Gewalt verlangte, einsichtsvoll der gewaltigen Mehrheit der Partei gebeugt. Das deutlichste Zeichen aber dafür, daß die Wahlen keine Aenderung dieser Parteitaktik gebracht haben, ist wohl eine Rede Turatis, der bekannt ist als einer der gemäßigsten italienischen Sozialisten. Denn nachdem Turati die Bedeutung des Wahlsieges gefeiert hatte, fuhr er fort:

„Eine neue Welt bedentet dieser Wahlsieg, mit einem Worte: Die Revolution. Anstelle des schrankenlosen Wettbewerbs und der Unterjochung ist die Idee der Solidarität und des Kommunismus getreten. Versailles ist tot. Das Italien von heute aber hat eine Aufgabe: Befreiung der Welt von den Ruinen, die der Krieg gelassen hat, das tun, was es bereits hätte längst tun müssen, anstatt sich in den Krieg einzumischen, nämlich: Der Mittelpunkt der Bestrebungen zu sein für die internationale Versöhnung, indem es zur Grundlage dessen die Prinzipien von Zimmerwald nimmt und indem es sich zur Kraft des Handelns der Proletariermassen Europas bedient.“

Solange einer der gemäßigten italienischen Sozialisten so spricht, solange haben wir für die Entwicklung des sozialistischen Gedankens in Italien nichts zu fürchten.

Im übrigen lehnt auch der Avanti, das führende Blatt der Partei, jede Zusammenarbeit mit anderen Parteien streng ab. Der Sozialismus, so sagt er, muß sein Programm aus eigener, gewaltig anwachsender Kraft durchsetzen. Die ersten Forderungen, die der Avanti aufstellt, sind die folgenden: sofortiges Bündnis mit Sowjet-Rußland, völlige Ausschaltung des Militarismus, Leitung sämtlicher Betriebe, auch der landwirtschaftlichen, durch die Arbeiter und Angestellten, Konfiskation der großen Vermögen.

In und um Elbing

Die Nichtachtung des Geldes

Wir können uns ganz im allgemeinen der Wahrheit nicht verschließen, daß eine höchst wunderbare Nichtachtung des Geldes eingetreten ist. Selbst der Respekt vor dem „blauen Lappen“ ist durch die hochgestiegene Lappenwirtschaft tief gesunken. Man kann nicht mehr sagen: der Taler rollt, aber: der Lappen fliegt! Psychologisch betrachtet, muß man da wohl ein starkes Stück Leichtfertigkeit, eine Gleichgültigkeit gebärende Art von Verzweiflung herauslesen, die lediglich dem Augenblicke lebt. „Nach uns die Sintflut!“ ist ihr Wahlspruch. Etwa die Steuersintflut des kommenden Jahres? Praktisch angesehen liegt es ja wohl daran, daß zur Zeit Leute mit gefüllten Taschen umhergehen und sie wacker zu leeren bereit sind, die früher den Pfennig umzudrehen liebten, selbst als man noch für ein paar „jute Jroschen“ sich überhaupt etwas kaufen konnte. Diese Erscheinnng ist übrigens ja nicht an die weihnachtliche Kauflust und Kaufkraft gebunden. Schon monatelang, besonders seit „das Loch im Westen“ klafft, konnte man sie, insbesondere auf dem Lebensmittel- und Genußmittelmarkt, — von dem Luxusbedürfnis der Kriegsgewinnler und Schieber dabei natürlich ganz abgesehen — beobachten. Wenn nun heute, wo es gilt, noch einmal vor der Sintflut so viel helle Freude als nur irgend möglich, Freude am Geben und Nehmen, so viel als nur irgend möglich an seliger, fröhlicher Weihnachtsstimmung über unsere vergrämte Menschengemeinschaft auszugießen, eine Kaufbereitschaft emporschnellt, darf man sich wirklich nicht wundern. Freilich muß man dabei nur alles volkswirtschaftliche kritische Nachdenken ausschalten. Wem fällt da nicht Goethes lebensfroher Spruch ein: „Wir Menschen werden wunderbar geprüft. Wir könnten's nicht ertragen, hätt' uns nicht den holden Leichtsinn die Natur verliehen!“

Hetzarbeit der „Eisernen Division“

In der gestrigen Nummer veröffentlicht die Elbinger Zeitung eine Erklärung, in der die „Eiserne Division“ sich und ihre Blutarbeit in Kurland herausstreicht und der ostpreußischen Bevölkerung vor dem Bolschewismus bange macht. Mit Jubel wäre die Truppe überall von der Bevölkerung empfangen. Schmerz und Trauer herrsche überall bei ihrem Abzug, stets würde die Truppe gebeten zu bleiben. Gleichzeitig aber teilt die Eiserne Division mit, daß in jedem Ort sofort nach ihrem Abzug sich bolschewistische Komitees bildeten. Dem örtlichen Bolschewismus würde der Moskauer Groß-Bolschewist folgen. Ostpreußen möge acht haben.

Die Widersprüche in dem Geschreibsel liegen klar zutage. Der Respekt vor dem jetzt und in alle Ewigkeit allmächtigen Militarismus aber war zu groß, als daß die Elbinger Zeitung die Stilübung der Eisernen Division dahin befördert hätte, wo sie hingehörte: in den Papierkorb. Hoffentlich bringen in Elbing die Unkenrufe der Eisernen Division niemanden um seine Feiertagsstimmung.

Prämie für eingefrorene Kartoffeln

Was wir vor einigen Wochen in bitterer Ironie aussprachen, ist wirklich Tatsache geworden, die lieferungsunlustigen Agrarier erhalten statt Strafe tatsächlich von der rechtssozialistischen Regierung eine Belohnung. Wie man uns mitteilt, hat der Reichskommissar für Ostpreußen, Herr Winnig, angeordnet, daß für sämtliche Kartoffellieferungen in der Zeit vom 5.—24. Dezember eine „Schnelligkeitsprämie“ **von 5 Mark pro Zentner** zu zahlen ist. Die Maßnahme hat rückwirkende Kraft. Dadurch werden also die Gemeinden zu einer Erhöhung des Kartoffelpreises gezwungen sein. Ja, unsere Scheidemänner sorgen wahrhaft väterlich fürs arme Volk.

Die Politik der Gedankenlosigkeit

verfolgen auch diejenigen Genossen, die ihre kleinen Anzeigen der bürgerlichen Presse geben, obgleich sie es wissen müssten, daß ihr Blatt, die **Elbinger Volksstimme,** ein wirksames Insertionsorgan für Kauf und Verkauf, Mietung und Vermietung ist.

Inseriert in eurem Parteiorgan!

Landagitation

Am letzten Sonntag fand im Gasthaus von Gottschalk in Cadinen eine Versammlung der dortigen Parteigenossen statt, in der Genosse Eugling-Elbing das Referat hielt. Er sprach über das Thema: Unsere politische Lage und erläuterte die Ursachen, welche Deutschland in die jetzige, dem Zusammenbruch nahe, wirtschaftliche und politische Lage geführt haben. Der Redner wies auf die wahnsinnige Finanz- und Steuerpolitik der jetzigen Regierung und auf die antisozialistischen Handlungen eines Noske und seiner Genossen hin. Ganz besonders ging Eugling auf die aus diesen Tatsachen entstandene drohende Gefahr der Reaktion ein. Er betonte, daß wir im Osten sicher den ersten und schwersten Stoß der Gegenrevolution auszuhalten haben werden.

Zum Schluß legte der Redner allen Anwesenden ans Herz, sich über alle politischen wie wirtschaftlichen Tagesfragen zu orientieren, die einschlägigen Schriften und besonders die Parteizeitungen zu lesen, um sich auf diese Art ein selbstständiges Urteil bilden zu können und so das Klassenbewußtsein, besonders der Landarbeiter, zu stärken und zu festigen.

Es wurde von der Versammlung einstimmig der Wunsch ausgesprochen, im Laufe des Winters regelmäßige Zusammenkünfte abzuhalten, in denen über alle Tagesfragen, Steuerwesen, Ernährungs- und Wirtschaftswesen, sowie über die Aufgaben der Gemeindevertretungen in den Ortschaften des Landkreises gesprochen und diskutiert werden soll.

Für zurückgekehrte Gefangene

Ein Begrüßungsabend für die zurückgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen findet am Donnerstag, den 18. Dezember, im Gewerbehause (Kehrwiederstraße), bestehend aus Konzert-, Gesangs- und anderen Vorträgen, statt. Die Veranstaltung geht von der Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle für den Stadt- und Landkreis Elbing aus.

Der „Segen“ der freien Fleischbewirtschaftung

Im besetzten Gebiet waren im Laufe des vergangenen Sommers, vor allem in der amerikanischen Besetzungszone, die Bestimmungen über die Zwangsbewirtschaftung des Viehs derart unterbrochen worden, daß man dort von einem freien Handel in Vieh und Fleisch reden konnte. Die Fleischer führten zum Teil auch, weil die Zufuhren von auswärts ausgeblieben waren, den Einkauf eigenmächtig durch. Die Rationierung war stellenweise ganz aufgehoben. Die Folgen der freien Fleischbewirtschaftung waren nach den vorliegenden Berichten katastrophal. Die Viehpreise im besetzten Gebiet schnellten stark in die Höhe, sodaß die Landwirte alles nur irgendwie entbehrliche Vieh abstießen. Dadurch wurde nicht nur der Viehbestand erheblich gemindert, stellenweise wurde sogar das gesamte Rinderzugvieh von den Landwirten verkauft und durch Maultiere ersetzt. Wohin es mit der deutschen Fleischbewirtschaftung kommen würde, wenn die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben wäre, ist aus diesen Beispielen der Praxis leicht zu erkennen. Es gäbe in Kürze überhaupt kein Vieh, infolgedessen auch kein Fleisch mehr. Einen solchen Zustand herbeizuführen, ist der Wille des Bundes der Landwirte, der auch in Westpreußen immer wieder die Aufhebung der Zwangswirtschaft fordert, natürlich nur, damit die Agrarier für sich aus der Not des Volkes Reichtümer herausschlagen können!

Elbinger Polizeinachrichten

Ein Einbruch wurde gestern Nacht in die Filiale der Molkerei Schröter Junkerstraße 44 verübt. Die Diebe erbeuteten 10 rote Käse, außerdem die Milchkarten für eine Woche und für zirka drei Tage Buttermarken. Wahrscheinlich werden die Diebe versuchen, die Marken umzusetzen oder zu verkaufen. Es würde sich empfehlen, wenn die Geschäftsinhaber beim Milch- und Butterverkauf auf etwaige falsche Marken achten.

Die Filiale des Konsumvereins, Leichnamstraße, wurde diese Nacht ebenfalls wieder erbrochen. Gestohlen wurde 1 Sack Zucker, 16 Flaschen Wein, Zigarren und andere Sachen. Anscheinend haben die Diebe vorher schon einen andern Einbruch verübt. Im Geschäftslokal wurden mehrere Tüten mit Auszugmehl vorgefunden, die zweifellos aus anderen Geschäften herrühren.

Jordan zog den Brief aus seiner Brusttasche, in dem Herta ihm heute den Tausendmarkschein zurückgeschickt hatte. Es dünkte ihn eine Ewigkeit her.

Er legte den Umschlag auf das Tabulett, das zwischen ihnen stand.

Herta sah es, aber sie schwieg dazu.

„Du willst mir etwas sagen?“ begann Jordan gedrückt.

„Das will ich. Es betrifft eine Bitte, die ich an dich habe. Einen Dienst will ich von dir — von dir, der du doch alles — alles für mich tun willst . . .“

„Was für einen Dienst, Herta?“

„Es handelt sich um folgendes: du hattest mich veranlaßt, meine bisherige Wohnung bei der Grabert aufzugeben.“

„Ja.“

„Wie recht du mit deiner Antipathie gegen die Umgebung dort hattest, zeigt sich jetzt.“

„Wieso?“

„Denke dir: die alte Person hat aus Wut darüber, daß ich von ihr fortgezogen bin, weil sie mir persönlich nichts anhaben konnte, gegen Harry eine Anzeige wegen Zuhälterei an die Staatsanwaltschaft gerichtet.“

„Woher weißt du das, Herta?“

„Die Grabert hat es mir selbst gesagt.“

„Sie bezichtigt also den Mann der Zuhälterei. — Mit wem?“

„Mit mir natürlich.“

„Hast du ihm Geld gegeben?“

„Er hat seine Stellung in der Bar seit kurzem verloren und hat noch keine neue.

In dieser Zeit habe ich ihm mit Kleinigkeiten ausgeholfen.“

„Hm — — stehst du — in — — in sonstigen Beziehungen zu ihm?“

Herta sah Jordan plötzlich bitterböse an.

„Wenn du daran auch nur im entferntesten glaubtest, würdest du ja doch wohl deine Beziehungen zu mir sofort abbrechen, nicht wahr?“

„Ihr duzt euch beide? Du und der Mensch?“

„Dazu kommt man bei dem Verkehr in den Bars sehr rasch. — Er spielt mir, wie du weißt, hier bei mir öfter vor, und ich bezahle ihn stundenweise.

Er ist ein talentvoller, gebildeter Mensch aus gutem Hause — nur natürlich fabelhaft verbummelt und trinkt auch heftig. Er ist aber Komponist, arbeitet an einer Operette — und kann doch vielleicht noch mal rasch hochkommen.“

Jordan sah nachdenklich vor sich hin.

„So. — Die Denunziation an die Staatsanwaltschaft ist also schon abgegangen?“

(Fortsetzung folgt.)

Ostdeutsche Nachrichten

Die „Eiserne“ schlägt Deutschland in Klumpen

Ein Rechtssozialist schreibt der Danziger Volkswacht über das Treiben der Baltikumer in Hammerstein:

„Im hiesigen Durchgangslager befinden sich zirka 2000 Mann. Von Disziplin kann man nur soviel merken, daß sie ihren Offizieren eben blindlings gehorchen. Bei Ankunft dieser Truppen entspann sich auf dem hiesigen Bahnhof ein lebhafter Handel mit Pferden und allem möglichen und unmöglichen mitgebrachten Kram (Oel, Gänse, Hühner, Tabak usw.). Auf Hinweis von unserer Seite, erhielten wir die Antwort, es seien keine gestohlenen, sondern requirierte Sachen, über die sie selber frei verfügen können. Bei hiesigen Wirten wurde gute Zeche gemacht und dann mit Bermondt-Geld bezahlt. Die Wirte mußten es annehmen oder erhielten garnichts. Einige Lokale haben beim Eingang Plakate angebracht, daß Baltengeld nicht angenommen wird. Ein Offizier dieser Truppe, der, meines Aeußeren halber, nicht glaubte, einen Sozialdemokraten vor sich zu haben, klagte über „miserable“ Verpflegung; Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren gebe man nur 1 Mk. Löhnung, aber ihr Ordonanzoffizier sei nach Berlin gefahren, der dort schon ihren Standpunkt kar machen werde. Man dürfe aber mit der Eisernen Division, die jetzt nach Deutschland zurückkehren werde, nicht wie mit ihnen herumspringen, „die schlagen ganz Deutschland in Klumpen“. Natürlich entpuppte ich mich und gab diesem Monokelträger die verdiente Antwort. —

Die Truppen wollen erst eingekleidet und das Entlassungsgeld haben, dann erst wollen sie auch die Waffen abgeben.

Möchte nur Noske jetzt der energische Mann sein und die nötigen Vorkehrungen treffen; denn jetzt werden die Feinde der Republik den günstigsten Moment für ihre Pläne für gekommen erachten.“

Weitere Wahlergebnisse aus dem Freistaatgebiet

Einige Wahlergebnisse aus dem Freistaat sind bereits gestern mitgeteilt worden. Nachstehend weitere.

Zoppot: Konservative 2758 (10 Mandate), Wirtschaftl. Vereinigung 737 (2), Demokraten 1534 (6), Zentrum 1523 (5), Polen 1162 (3), Vereinigte Sozialisten 1433 (4).

Oliva: Demokraten 752 (3), Konservative 1406 (7), Zentrum 1088 (5), Polen 798 (3), Sozialisten 915 (4), Wirtschaftl. Verein. 432 (2).

Tiegenhof: Wirtschaftl. Verein. 390 (5), Demokraten 325 (4), Zentrum 176 (2), Soz. 511 (7).

Neuteich: Demokraten 173 (3), Konservative 215 (4), Zentrum 244 (4), Soz. 384 (7).

Praust: 1. bürgerliche Liste 345 (4), 2. bürgerliche Liste 159 (2), Zentrum 153 (2), Soz. 603 (7).

Weßlinken: Bürgerliche Liste 160, Soz. 120 Stimmen.

Wonneberg: Kons. 64, Zentrum 64, Soz. 154 Stimmen.

Junkeracker: Bürgerliche Liste 43, Soz. 119 Stimmen.

Stutthof: Bürgerliche Liste 289, Soz. 209 Stimmen.

Bürgerwiesen: Soz. 497, Bürgerliche Liste 231, Polen 19 Stimmen.

Wossitz: Bürgerliche Liste 41, Soz. 91 Stimmen.

Emaus: Bürgerliche Liste 149, Zentrum 168, Polen 88, Soz. 399 Stimmen.

Trutenau: Bürgerliche Liste 44, Soz. 76 Stimmen.

Ein Steuerzettel

Wir entnehmen der Königsberger Freiheit: Ein Schuhmachergehilfe, der gegenwärtig im 29. Lebensjahre steht und ununterbrochen vom 1. Oktober 1912 zunächst als aktiver Soldat und im Anschluß daran bis zum 19. Dezember 1918 Kriegsteilnehmer war, ist in diesen Tagen zum Steuersatz von 104 Mk. veranlagt worden und zwar vom 1. Januar 1919 ab! Vom 1. Januar 1919 bis zum 1. April 1920 beträgt die von ihm aufzubringende Steuer, die er fast auf einmal hinzulegen hat, 661,62 Mk.!

So werden zu einer Zeit, wo ein Gesetz zur Beratung steht, das Schiebern und Kriegsgewinnlern Generalpardon geben soll, die schwachen Schultern rücksichtslos belastet.

Das Wahlresultat in Schadwalde

Von 136 Wahlberechtigten gaben 111 ihre Stimme ab. Davon erhielten:

Unabhängige Liste	37 Stimmen		4 Sitze
Mittelstandsliste	28	„	3 „
Besitzer	46	„	5 „

Die Besitzer konnten aus eigener Kraft nur 40 Stimmen aufbringen. Sie sind auf Krücken der Arbeiter so hoch gekommen.

Die Mittelständler konnten aus eigener Kraft 23 Stimmen aufbringen. Die übrigen sind ebenfalls auf Kosten der Arbeiterklasse zu buchen, sowie auch die fehlenden 25 Stimmen. Es kommt noch immer wieder vor, daß Wähler nicht in die Liste eingetragen sind.

In Halbstadt hat die U. S. P. 30 Stimmen (4 Sitze) und die Besitzer 36 Stimmen (5 Sitze).

Ein Wilderer erschossen!

Von einer Patrouille erschossen wurde der Arbeiter Thiede in Kelpin bei Tuchel. Thiede hatte gewildert, leugnete dies aber, als er verhört wurde. Bei einer sofort angeordneten Haussuchung wurden jedoch ein Karabiner und mehrere Patronen, auch solche mit abgefeilter Spitze, bei ihm gefunden. Seiner nunmehr ausgesprochenen Festnahme versuchte sich Thiede durch die Flucht zu entziehen. Da er trotz mehrmaliger Haltrufe nicht stand, gaben die mit der Verhaftung beauftragten Soldaten Feuer und verletzten Thiede tödlich.

Unglaubliche Zustände

Unser Königsberger Bruderblatt schreibt: „Was sich heute, ein Jahr nach der Revolution, schon wieder ereignen kann und wohin die von der Regierung angeordnete Bewaffnung der Gutsbesitzer führt, mag man an folgenden Vorfällen, die sich auf dem Gute Lablacken bei Labiau abspielten, ersehen.

Auf diesem, einem Herrn Kuchenbecker gehörenden Gut herrscht ein Inspektor Paulun. Dieser Mensch ist im Besitze eines Revolvers, mit dem er bei jeder Gelegenheit, wahrscheinlich um sich für den kommenden Kampf mit den Bolschewisten zu üben, Schießübungen auf lebende Ziele veranstaltet. So schoß er, ohne sich zu überlegen, auf zwei Schweizerlehrlinge, die in der Dunkelheit vollkommen rechtmäßig Holz aus dem Holzgarten holten. Es war nur seiner mangelnden Schießfertigkeit zu danken, daß er keinen Totschlag verübte, denn einer der Lehrlinge hörte die Kugel an seinem Kopf vorbeipfeifen. Als er dann sah, auf wen er geschossen hatte, war er reichlich verwundert und suchte sich damit herauszureden, daß er nur einen Schreckschuß abgegeben habe. Am nächsten Tag machte er denselben Lehrlingen im Stall Vorwürfe wegen der Viehfütterung. Als diese sich zu verteidigen wagten, schnauzte er sie an, sie sollten den Mund halten, sonst würden sie entlassen. Auf die an die Vorgänge vom Tag vorher erinnernde, ironische Frage: „Warum denn nicht gleich erschossen", riß der schießwütige Herr wieder sein Knalleisen hervor und feuerte zwei Schüsse auf die Lehrlinge, wovon einer einem der jungen Leute durch die Hand ging. Nun riß aber auch diesen begreiflicher Weise die Geduld und sie nahmen dem gefährlichen Burschen den Revolver ab. Damit könnte der Fall erledigt sein. Doch nicht lange darauf erschien ein Gendarm, um bei den Lehrlingen Haussuchung zu halten. Der Inspektor hatte sich mit der Polizei in Verbindung gesetzt und angegeben, er wäre überfallen und ihm dabei Revolver und Geldbörse mit 80 Mark geraubt. Eine Viertelstunde später waren schon 100 Mark darin gewesen. Obwohl nicht der geringste Beweis gegen die Lehrlinge gefunden wurde, schleppte man sie durch vier Gendarmen ins Untersuchungsgefängnis nach Labiau, wo sie seit dem 7. November d. Js. sitzen, ohne daß bisher ein Termin stattgefunden hat."

Von nah und fern

Der arme Pfarrer

Der aus dem Marloh-Prozeß bekannte Pfarrer Rump hat noch drei weitere Forderungen auf Pistolen aus Offizierskreisen erhalten. — Er wird wohl nicht mehr lange leben.

Soziales

Proletarische Säuglinge

Eine der Hauptwurzeln des Bevölkerungsrückganges ist bekanntlich die große Säuglingssterblichkeit. Wenn man also gegen den Bevölkerungsrückgang angehen will, so muß man vor allem die Ursachen der Säuglingssterblichkeit bekämpfen. Die Ursachen sind aber sozialer Art. So ausgeprägt ist diese soziale Ursache, daß sie aus der Statistik ganz offensichtlich und ohne jeden Zweifel hervorgeht. In der Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten bringt H. Selter, Königsberg, eine überzeugende Arbeit hierüber. Aus der Zusammenstellung der Sterblichkeit der Säuglinge in Königsberg in den Jahren 1913 und 1917 geht hier klar hervor, daß die Sterblichkeit dort, wo die soziale Lage am schlechtesten war, die höchsten Zahlen erreichte. Muß das nicht jedes Frauenherz empören? Kämpft, Frauen, für den Sozialismus, damit dieses Jammerdasein endlich heraufgeführt wird zum Lichte.

Die Not erzeugt Dirnen

In der Vollversammlung der Arbeitslosenräte Groß-Berlins wurde mitgeteilt, daß von 600 Frauen, die in einem Monat in Berlin unter Sittenkontrolle gekommen sind, 500 erwerbslose Frauen waren. Man braucht kein Wort hinzuzufügen. Diese Feststellung ist erschütternd. Mädchen, arbeitslose Mädchen, denen man 3,50 Mark für den Tag gibt, können nicht existieren, ohne ihren Leib zu verkaufen. Wann endlich wird man dieses Elend aus der Welt schaffen?

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Genossen! Genossinnen!

Jeder rufe sich seine Pflicht ins Gedächtnis. Nicht nur mit Herz und Mund, auch durch die Tat gilt es, sich zum Sozialismus zu bekennen,

Kampf dem Kapitalismus!!!!

Wenn jeder einzelne die kapitalistische Eigentumssucht ablegt, wenn jeder mit allen seinen Kräften und allen Mitteln gewillt ist, dem großen gemeinsamen Ziel zu dienen, nur dann ist der

Sieg des Sozialismus sicher!!

Darum, Genossen und Genossinnen, alle, die Ihr noch abseits steht, erfüllt Mann für Mann alle Eure Pflicht,

: zeichnet Anteile der Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H.

Schon zeigen sich die Erfolge unserer unermüdlichen Aufklärungsarbeit. Auf die U. S. P. D. blicken heute die Arbeiter der Welt. Von Deutschland hängt zum großen Teile der Fortgang der Weltrevolution ab.

Zeige jeder, daß er zu Kampf und Opfern jederzeit bereit ist.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Silberhochzeit, sowie der Verlobung unserer Tochter **Margarete** mit Herrn **A. Liebig** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

Franz Lowitz nebst Frau
Wilhelmine geb. Sommerfeld.

Begrüßungsabend
für die zurückgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen.

Am Donnerstag, den 18. Dezember, 6 Uhr abends, findet im **Gewerbehause,** Kehrwiederstraße, ein Begrüßungsabend, bestehend aus Konzert-, Gesangs- und anderen Vorträgen, statt.

Sämtliche heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen des Stadt- und Landkreises Elbing werden hierzu eingeladen. Eintrittskarten werden unentgeltlich in der Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle, Am Lustgarten Nr. 6, bis spätestens Mittwoch 1 Uhr mittags gegen Vorzeigung des Entlassungsscheines ausgegeben.

Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle für den Stadt- und Landkreis Elbing.

Stadt-Kino
Alter Markt 39

Nur 3 Tage bis Donerstag abend:

Die großen Schlager der Saison!

Jllona Feledis Schuld
(Die Mutterliebe fand den rechten Weg.)
Schauspiel in 4 Akten.

Nur eine Schauspielerin.
Nach dem Theaterstück **„Cyclamen"** von Andor Gabor.
Schauspiel in 4 Akten mit **Lie Berky.**

Verlobungskarten
in geschmackvoller Ausführung
liefert schnellstens
Buchdruckerei Elbinger Volksstimme
Telephon No. 1071 Spieringstrasse 21

Zur Aufklärung
an das kaufende Publikum.
Bitte kaufen Sie
Korbmöbel und Korbwaren
vom Fachmann, der dieselben anfertigen und reparieren kann.
Infolgedessen empfehle ich mein
Korbmöbel- und Korbwarenlager
:: Kinderwagen ::
Puppenwagen und Puppenstühle
zu mässigen Preisen.
Otto Mews, Korbmachermeister, Fischerstrasse 28.

Größere Posten
Zigarren u. Zigaretten
eingetroffen.
Empfehle solange Vorrat reicht:

Zigarren	Stück 65, 70, 80, 90 Pfg.	bis 2.— Mk.
Zigaretten,	reiner Tabak	Stück 10 Pfg.
	Salem Aleikum	20 „
	„ „	50 „ 9.— „
	mit „ Goldmundst.	Stück von „ 25 Pfg. an
	ohne Mundstück	Stück 20 Pfg.
	engl. Original	Stück 35 Pfg.

Rauch- und Kautabak, Ia Qualität,
Pfeifen, Zigarren- und Zigarettenspitzen, Schokoladen, Seifen etc. etc. äußerst billig.
Franz Waschull, Alter Markt 27
Ecke Brückstraße.

Sämtliche
Farb- u. Reinigungssachen
welche mir bis zum 20. d. Mts. übergeben werden, stelle ich noch auf Wunsch zum Fest fertig.
Reinigungssachen
werden bis **Montag, d. 22. d. Mts.,** angenommen
Expreßfärberei Ewald Gilbers
Innerer Mühlendamm 17
:: **Gr. Zahlerstraße 24**

Kein Laden! Achtung! **Nur Werkstatt!**
Uhren-Reparaturen
jeder Art
werden sachgemäß in kürzester Zeit ausgeführt. Eilige Reparaturen sofort.
Emil Schaefer jun.
Uhrmacher, **Gr. Zahlerstr. 8.**

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tormister, Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe
G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Bester Frauenschutz
„Patentex"!
Millionenfach bewährt, Tausendfach in Gebrauch. Preis des **kompletten Apparates 12.— Mk., Ersatztube 8.50 Mk.** franko Nachnahme. Ausführlichen Prospekt gegen 20 Pfg. Porto. **Versandhaus „Hansa", Albert Scherer, Berlin NW. 21,** Abt. A.

Stadttheater Elbing
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7½ Uhr:
Gastspiel des Herrn John Röver vom Luisentheater Königsberg
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.
Donnerstag, den 18. Dezbr.:
Der gestiefelte Kater.
Ein Weihnachtsmärchen in 5 Bildern.
Auf vielseitigen Wunsch findet die Vorstellung abends 7 Uhr statt.

Holländischen Nährkakao
trinkfertig, bestehend aus 30 % Kakao, 48 % Zucker, 16 % Milch, 6 % Fett
empfiehlt ¼ Pfd. **4,50 Mk.**
W. Kümpel
Lustgarten, Ecke Junkerstr. Aeuß. Mühlendamm 1.

Neue erstklassige
Bandonions
208 u. 260 Stahltöne, besonders schöner Tonart u. reiner Stimmung empfiehlt
Emil Schaefer,
147 Leichnamstr. 147
Reparaturen werden preiswert ausgeführt!

Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.
Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.
Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel,
:: **Verbandstoffe und Drogen** ::

Verlobungsringe
auch noch in feinem Golde liefert
F. Witzki,
Elbing, **Schmiedestr. 17.**

Baumlichte
Magnesium-Wunderkerzen
empfiehlt
Drogerie Ernst Albrecht
Wilhelmstr. 20.

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telefon 553.

Künstlergardinen
vom Stück,
2 Ulster, 2 Frauenjacketts, Stück 40 Mk., und **1 grauen Rockanzug** zu verkaufen
Aeuß. Mühlendamm 75, u. l.

---

1 Hausgrundstück mit Garten und freier Wohnung zu kaufen **gesucht.** Schriftl. Meld. unt. **B. 85** a. die Geschäftsst. d. Ztg.

Zur Beaufsichtigung einer Bedürfnisanstalt wird
eine Frau
(Kriegswitwe) gesucht.
Meldung auf dem städt. Bauhof, Fischer-Vorberg — 3—4 Uhr nachmittags.
Elbing, den 10. Dezbr. 1919.
Der Magistrat.

Elbinger Standesamt
vom 13. Dezember.

Sterbefälle: Schuhmacher Karl Heinrich Buschmann, 28 J. — Handlungsgehilfe Bruno Albert Faust, 18 J. — Arbeiter Johann Gottfried Gottschalk, 31 J. — Kaufm. Volontär August Gustav Erich Hegner, 23 J. — Arbeiter Friedrich Döhring, 59 J. — Arbeiter Karl Hermann Weihrauch T. 7 J. — Gerichtsdiener a. D. Rudolf Leopold Barke, 71 J. — Stellmacher Ernst Eduard Adloff, 82 J. — Inv.-Rent.-Empf. Friedrich Reinhold Ritter, 84 J. — Unfallrenten-Empfängerfrau Marie Berta Weski geb. Mann, 54 J. — Tischlerwitwe Johanna Gronau geb. Reimann, 85 J.

Im Felde gefallen: Pionier in einem Pionier-Bat. Arbeiter George Ferdinand Abraham, 35 J. — Musketier in einem Inf.-Regt. Fabrikarbeiter Heinrich Hermann Dombrowski, 19 J. — Musketier in einem Inf.-Regt. Zigarrenmacher Johann Peter Fecht, 20 J. — Musketier in einem Res.-Inf.-Regt. Schauspieler Heinrich Erich Werner Haßmus, 18 J. — Grenadier in einem Garde-Res.-Regt. Fabrikarbt. Friedrich Wilhelm Glaubitz, 20 J. — Unteroffizier in einem Inf.-Regt. Fabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Hahn, 25 J. — Musketier in einem Res.-Inf.-Regt. Dreher Emil Heinrich Hein, 20 J. — Leutnant d. Reserve in einem Inf.-Regt. Kandidat des höh. Lehramts Johann Edmund Richard Hoffarth, 28 J. — Musketier in einem Inf.-Regt. Schlosser Julius Gustav Aug. Albat, 25 J. — Gefreiter in einem Garde-Grenadier-Regt. Bürovorsteher Friedrich Hermann Hopp, 22 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 49 | **Donnerstag, den 18. Dezember 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Die Geldschränke des Herzogs. Das Berliner Tageblatt meldet aus Gotha, daß die Gothaer Volksbeauftragten die dem Herzog gehörigen Geldschränke gewaltsam haben öffnen lassen und die darin befindlichen Werte dem Staatsvermögen einverleibt haben. Die bevollmächtigten herzoglichen Agnaten hatten die Herausgabe der Schlüssel zu den Geldschränken verweigert. Darauf ließen die Volksbeauftragten die Schränke durch einen Schlosser öffnen.

Neue Parteizeitung. Die Genossen des Saargebiets verfügen seit dem 6. Dezember d. J. über eine eigene Parteizeitung, die sie Freiheit nannten. Sie erscheint zunächst wöchentlich einmal Sonnabends und zwar in Saarbrücken. Wir begrüßen das neue Blatt und hoffen, daß es bald täglich erscheinen werde.

Wahlerfolg der U. S. P. Die Stadtverordnetenwahlen in Krefeld brachten unserer Partei einen schönen Erfolg, den die Abhängigen zu bezahlen hatten. Es erhielten: Zentrum 29, U. S. P. D. 13, Rechtssozialisten 12 und Bürgerblock 12 Mandate. Auch in den schwärzesten deutschen Nestern also wird es allmählich helle!

Bethmanns Erzählungen. Herr Bethmann Hollweg sieht sich im eigenen Interesse veranlaßt, den kaiserlichen Randbemerkungen, die jetzt durch die Aktenveröffentlichung ans Licht kommen, „jede politische Bedeutung" abzusprechen. Im eigenen Interesse, denn einmal wird er in diesen Vermerken von Wilhelm wie ein Schuhputzer behandelt und außerdem weisen sie die grenzenlose Gewissenlosigkeit und Dummheit nach, mit der Wilhelm und seine Handlanger in den Krieg hineingetapst sind. Die Beteuerungen Bethmanns wären deshalb von vornherein von wenig Wert, selbst wenn sie nur halb so nichtssagend wären, als sie es sind.

Die deutsche Kohlenproduktion. Gegenüber einer in linksrheinischen Zeitungen verbreiteten Nachricht, daß die deutsche Kohlenförderung wieder die gleiche Höhe wie vor dem Kriege erreicht habe, wird dem Wolffschen Bureau von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die deutsche Steinkohlenförderung heute rund 67 Prozent der durchschnittlichen Förderung von 1913 betrage.

Was ist Wahrheit? Eine Korrespondenz meldete, die angekündigte Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit werde nicht erfolgen. Von „zuständiger Stelle" wird demgegenüber behauptet, der Gesetzentwurf über die Aufhebung sei schon fertig gestellt.

Stundung der Zinsen. Daily Chronicle meldet aus Neuyork, die Regierung der Vereinigten Staaten habe beschlossen, den Alliierten einen Aufschub der Zahlung der dreijährigen Zinsen auf die 2 Milliarden Pfund Sterling zu bewilligen, die sie ihnen während des Krieges gelehen hat.

Die französischen Gemeinderatswahlen. Die Gemeinderatswahlen in Frankreich sind nunmehr vollständig erledigt. Das Ergebnis war für die Sozialisten weit besser als das der Kammerwahlen. Zahlreiche große Provinzstädte haben nunmehr eine absolute sozialistische Mehrheit, so z. B. Lyon, Lille, Troyes, Périgueux und Grenoble. In den meisten dieser Städte wird ein Sozialdemokrat zum Bürgermeister gewählt werden, so der Abgeordnete Delory in Lille und der Abgeordnete Moutep in Lyon. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in zahlreichen Städten, namentlich bei der Stichwahl, die Sozialisten mit der bürgerlichen Linken gemeinsame Listen aufstellten, obgleich der französische Parteivorstand diese Verbindungen bei den allgemeinen Kammerwahlen vom 15. November aus Gründen des reinen Klassenkampfes streng verboten hatte.

Politisierung der Schweizer Gewerkschaften. Auch in der Schweiz werden die Gewerkschaften allmählich durch die wirtschaftliche Situation und die wachsende Radikalisierung der Arbeitermassen gezwungen, aus ihrer parteipolitischen Neutralität herauszutreten. Wie das Züricher Volksrecht mitteilt, beschäftigte sich am 6. Dezember der Arbeiterkongreß des Kantons Genf mit dieser Frage. 162 Delegierte nahmen in Vertretung von 65 Organisationen daran teil. Nach einer lebhaften Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Teilnahme der Gewerkschaften an den politischen Kämpfen wurde der Vorschlag des Komitees, wonach die politische Neutralität der Gewerkschaften aufgegeben werden müsse, mit 107 gegen eine Stimme und etwa 60 Stimmenthaltungen angenommen.

Freigabe der österreichischen Kriegsgefangenen. Der österreichische Vertreter in Paris hat in einer Note vom 8. Dezember bei der französischen Regierung die Befreiung der österreichischen Kriegsgefangenen erbeten.

In einer zwei Tage später datierten Note teilte der französische Ministerpräsident mit, daß die Regierung entschieden habe, diese Maßnahme zugunsten der österreichischen Gefangenen zu treffen, und ihre Befreiung noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrags zu genehmigen. Den französischen Behörden wurden Anweisungen erteilt, die Heimschaffung der Kriegsgefangenen so rasch wie möglich zu beginnen.

Englische Militärlasten. Der Armeehaushalt sieht 400 bis 406 Millionen Pfund Sterling Ausgaben vor. Unter den Fahnen befinden sich 952 000 Mann, davon 403 000 bei der Rheinarmee. Man glaubt, bis zum Ende März 1920 ihre Zahl auf 325 000 Mann herabsetzen zu können. Der Unterhalt der Besatzungsarmee wird auf 153 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

Die Stellung der U. S. P. zu den Gewerkschaften

Von Robert Dißmann.

Die Frage der Bedeutung der Gewerkschaften im proletarischen Befreiungskampf war in früheren Jahrzehnten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei lange Zeit hindurch umstritten. Der Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse wurde nicht bestritten, sondern die Auseinandersetzungen drehten sich um die Wertung und die Frage, welche Rolle den Gewerkschaften in der Gesamtarbeiterbewegung zukommt. Der Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 erfaßte die sich vollzogene Entwickelung durch die einmütige Niederlegung folgenden Beschlusses:

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig, wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und gegenseitiges Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken."

Den vor 13 Jahren gefaßten Beschluß heute unsern Genossen ins Gedächtnis zurückzurufen, ist nach mehr denn einer Seite hin von Wert. Die Zeiten selbst haben sich seit Mannheim geändert. Doch der Kern der Mannheimer Resolution gilt heute mehr denn je zuvor. Die freien Gewerkschaften, die 1906 nur einen geringen Bruchteil der Arbeiter erfaßten, zählen jetzt über 6½ Millionen Mitglieder, haben heute in einer Reihe von Berufen den weitaus größten Teil der darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nicht ohne, sondern nur mit den Gewerkschaften (d. h. der in den Gewerkschaften vereinigten Mitglieder) ist die Revolution siegreich durchzuführen. Das erkennt auch das auf dem Leipziger Parteitag angenommene Aktionsprogramm durchaus an, indem es unter Hinweis auf die Eroberung der politischen Macht sagt:

„Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampfesorganisationen der sozialen Revolution umzugestalten sind, und des revolutionären Rätesystems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt."

Wollen wir im Sinne der Parteitagsbeschlüsse wirken, muß unser Wirken innerhalb der Gewerkschaften in diesem Sinne eingestellt werden. Soll aber unsere Tätigkeit in den Gewerkschaften von Erfolg sein, muß die Stellung der U. S. P. zu den Gewerkschaften klar und unzweideutig in die Erscheinung treten. Das gilt in erster Linie von unserer Stellung zu den syndikalistischen Organisationen resp. gegenüber allen Organisationsgebilden, die sich von den freien Gewerkschaften losgelöst haben und letztere nun aufs heftigste bekämpfen. Wir haben die ungeheuren Schäden, die dem Proletariat durch die verderbliche Haltung und Politik der seither maßgebenden Gewerkschaftsbureaukratie während des Krieges, wie im ersten Revolutionsjahr erwachsen sind, oft und scharf genug dargelegt. Sollen aber diese Schäden ausgemerzt werden, und wollen wir die Gewerkschaften auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zurückführen, dann kann dies nicht geschehen durch eine Zerreißung der Gewerkschaften, sondern der Kampf muß innerhalb der Gewerkschaften aufgenommen und durchgeführt werden. Zur Umgestaltung der Gewerkschaften im revolutionären Sinne gehört, daß die Massen der Gewerkschaftsmitglieder ind Geist und Willen auf diesen Prozeß eingestellt werden. Ohne die Massen ist dies Ziel nicht zu erreichen. Wie aber gewinnen wir die Massen? Wer glaubt, daß diese durch eine Loslösung von den heutigen Gewerkschaften leichter möglich wäre, täuscht sich gewaltig. Die Arbeiter sind mit ihren Gewerkschaften verwachsen, sie betrachten dieselben als ihre Heimstätte, als die Organisation, die sie im Tageskampf mit dem Unternehmertum schützt und schirmt. Mit Recht sehen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Organisation als ein Kleinod an, dessen leichtfertige Zerreißung ein Frevel wäre. Bedingen doch die Interessen der Arbeiterklasse eine geschlossene Kampfesfront gegenüber dem Unternehmertum, das mit jedem Tage übermütiger sein Haupt erhebt. Wer die Axt legt an die Geschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen, diese zerreißt und zu Neugründungen schreitet, der gerät in offenen Gegensatz und Kampf zur Masse der Gewerkschaftsmitglieder selbst und wird damit diese ihm nun gegenüberstehenden Massen nicht für seine Idee gewinnen, sondern von sich abstoßen. Unser Revolutionsparteitag im März d. Js. nahm in richtiger Erkenntnis der Dinge einmütig eine Resolution zur Gewerkschaftsfrage an, die es als Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder bezeichnet, die Schäden innerhalb der Gewerkschaften zu beseitigen und letztere zurückzuführen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes. Jener Beschluß weist die Mitglieder der U. S. P. ferner auf die Notwendigkeit hin, sich in den Gewerkschaften zu betätigen und erklärt:

„Nicht durch den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern durch unsere Mitarbeit innerhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampf."

Der Leipziger Parteitag hat diesen Beschluß erneut bestätigt. Die U. S. P. muß diesen Standpunkt konsequent vertreten und hochhalten. Das gilt für alle Mitglieder der Partei und ihre einzelnen Mitglieder. Jede Zweideutigkeit führt uns auf falsche Wege und gereicht der Sache selbst nur zum Schaden. Mit Recht wurde jener Brief zurückgewiesen, und später von der Parteizentrale desavouiert, der vor einigen Monaten von einem einzelnen Mitglied der Parteizentrale der U. S. P. an W. Kneupper, Gelsenkirchen, gerichtet wurde und der dem neugegründeten Walz- und Hüttenarbeiterverband Unterstützung zusicherte, der neuen Organisation (eine Absplitterung von den freien Gewerkschaften) ratend, sich „vorläufig der Zentrale für Betriebsräte, Halle, anzuschließen." In der Frage der Gewerkschaften kann es keine Zweideutigkeit geben, wollen wir nicht auf eine schiefe Ebene geraten. Aus diesen Erwägungen bedauere ich auch den Beschluß der Reichskonferenz der Betriebsräte in Halle (24. und 25. 10. d. Js.) der zwar besagt, daß nicht die Folgerung des Einzelaustritts aus den Organisationen gezogen werden dürfe, später aber fortfährt:

„Bei Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, wo oppositionellen Gruppen es unmöglich gemacht wird, in der Gewerkschaft zu verbleiben, ist die Mitwirkung der Zentralstelle (Betriebsräte) anzurufen."

Ein Unterschied zwischen Einzel- und Gruppenaustritten kann und darf nicht gemacht werden. Und im ureigensten Interesse einer gesunden Rätepropaganda wie der Räte selbst liegt es, wenn letztere strikte ablehnen, den Gedanken eines Austrittes aus den Gewerkschaften (auch unter der Umschreibung eines „unmöglichen" Verbleibens in den Gewerkschaften) auch nur irgendwie zu nähren. Soweit bisher Absplitterungen von den freien Gewerkschaften vorliegen, Arbeiter-Union, Betriebsorganisationen (nicht zu verwechseln mit den Betriebsräten) oder anderen syndikalistischen und kommunistischen Gebilden, müssen wir denselben die Anerkennung als Gewerkschaften versagen und uns bemühen, die betreffenden Mitglieder wieder den freien Gewerkschaften zuzuführen. Letzteres kann unter vermittelnder Mitwirkung der Organisationsleitungen der U. S. P. geschehen, soweit unser Einfluß reicht.

Und nun ein Wort zur Umgestaltung und Reform in den Gewerkschaften selbst. Es ist falsch, den Gewerkschaften von außen — sei es von der Partei oder der Zentrale der Betriebsräte usw. — ein Programm in Einzelheiten aufstellen zu wollen. Das wird den Kampf der Opposition in den Gewerkschaften — und dieser Kampf ist wahrlich nicht leicht — nur erschweren. Hat die Opposition in den Gewerkschaften die Kraft zur Umgestaltung erlangt, wird sie die Reformen ohne „Bevormundung" von anderen Stellen sicher und konsequent ihrem Ziele zuführen, so wie es im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder wie des revolutionären Kampfes liegt.

Für grundfalsch halte ich es ferner, wenn man jetzt dabei ist, den Gewerkschaften die Funktionen im späteren Sozialisierungsprozeß zuzuweisen, wie dies kürzlich in zwei Artikeln über Rätegedanke und Gewerkschaftstaktik von E. D. in der Freiheit zum Ausdruck kam. Der Genosse E. D. will den Gewerkschaften in ihrer heutigen Form die Wahrnehmung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder im Lohn- und Arbeitsverhältnis zugestehen. Aber — so sagt er weiter — für die Ueberwachung und spätere Uebernahme des Produktionsprozeßes können sie (die Gewerkschaften) nicht in Frage kommen, ebensowenig aber auch für die Führung und Leitung von Kämpfen, die das Proletariat über die beruflichen Lohnkämpfe hinaus um die wirtschaftliche und politische Macht führen muß." Ist der Umstellungsprozeß der Gewerkschaften vollzogen, so überweist ihnen Genosse E. D. im Rahmen des Rätesystems Aufgaben der Statistik, Registrierung, Kontrolle der Lebenshaltung u. a. Glaubt man wirklich ernsthaft, die Gewerkschaften, die heute wie keine andere Körperschaft die Massen des Proletariats in fester, organisatorischer Verbindung erfaßt hat, mit der Zuweisung untergeordneter Funktionen für eine volle Einsetzung im revolutionären Kampf begeistern und vorwärts treiben zu können? Das Gegenteil würde natürlich erreicht. Gleich der politischen Partei und den Räten sind die Gewerkschaften ein voll- und gleichwertiges Kampforgan im revolutionären Ringen, die sich weder bei der Führung und Leitung von Kämpfen ausschalten lassen noch im Sozialisierungsprozeß mit untergeordneten Funktionen be-

scheiden. Wer das Wesen der Gewerkschaften wirklich kennt und ihren Einfluß auf die Arbeitermassen richtig einzuschätzen weiß, der wird sich über die entscheidende Bedeutung der Gewerkschaften keinen Augenblick im Unklaren sein. Nicht über den Gewerkschaften befinden sich andere Kampfgebilde, die den Gewerkschaften ihre Aufgabe zuweisen, sondern Partei, Gewerkschaften und Räte haben jede ihre besonderen Aufgaben, gelten als gleichberechtigt und haben Hand in Hand im gemeinsamen schweren Ringen die entscheidenden Schlachten zu schlagen, wobei allen Gliedern im gemeinsamen Kampfe die Funktionen zufallen, die ihnen gebühren.

Die erste revolutionäre Arbeit ist die Revolutionierung der Köpfe der Arbeitermassen. Gewinnen wir die 6½ Millionen freier Gewerkschaftler in ihrer überwiegenden Mehrheit, so bedeutet das eine gewonnene Schlacht. Diese Arbeit ist hart und schwer. Doch es winkt der Erfolg. Bresche ist geschlagen. Vorwärts auf der betretenen Bahn in unermüdlicher Arbeit. So dienen wir der Revolution und damit dem Proletariat.

Politische Rundschau

Deutschland

Deutschnationale Opposition

Die Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1919 ist jetzt in der Preußischen Landesversammlung bis zur dritten Lesung gediehen. Sie wird mit aller Gewalt durchgepeitscht — nicht weil das Jahr fast zu Ende ist, auch nicht, weil viel davon abhängt, sondern weil die Herren Gesetzgeber noch in die Weihnachtsferien gehen möchten. Es ist auch in der Tat herzlich gleichgültig, was zum Etat beschlossen und beredet wird, denn er ist weiter nichts, als ein Abklatsch der alten, von der wilhelminischen Regierung benutzten Schablone. Das Papier, die Zeit und die Karten, die für eine mehrmonatliche Arbeit aufgewendet worden sind, sind glatt vergeudet worden, sind eine Verschwendung, die wir uns in unserer Lage nicht gestatten dürften.

Die Deutschnationalen benutzten die mit der dritten Lesung verbundene allgemeinpolitische Aussprache zu einem scharfen Vorstoß gegen die Regierung. Was der Redner dieser Partei, der ehemalige preußische Finanzminister Hergt zu ihrer oppositionellen Haltung begründend und rechtfertigend ausführte, ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Er benutzte alle die Argumente, die seine Parteifreunde früher der Sozialdemokratie aufs äußerste verargt haben. Er bot aber auch mit seinen heftigen Angriffen auf die jetzige Regierung kostbare Angriffsflächen gegen die alte, der er selbst angehört hatte. Hergt's Rede bietet soviel Stoff, daß wir daraus einen größeren Auszug bringen müssen.

„Wir können der gegenwärtigen Regierung kein Vertrauensvotum aussprechen. Deshalb lehnen wir den Etat ab. Die preußische Regierung ist ein Teil jenes Systems, unter dessen Mißwirtschaft wir stehen; sie ist der Reichsregierung gegenüber schwach und einflußlos gewesen.

Indem wir den Etat ablehnen, wollen wir keineswegs dem Lande vorenthalten, was es braucht. Wir sind auch bereit, wenn es gegen den inneren Feind, gegen links geht, uns hinter die Regierung zu stellen. Wir sind zu ernster Mitarbeit bereit, aber unsere Aufgabe als Oppositionspartei ist es, dafür zu sorgen, daß nichts Dummes geschieht. Früher waren Bundesrat und Herrenhaus da, um übereilte Beschlüsse zu verhindern. Heute wissen die Parlamente häufig garnicht, was sie in aller Hast beschließen. Wir haben positive Vorschläge gemacht, wie aus dem Elend herauszukommen sei. Wir verlangen dafür Verzicht auf die heutige Art der Erwerbslosenfürsorge, Verzicht auf die Betriebsräte und auf Sozialisierungsexperimente.

Sie haben die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft dem gesamten Bürgertum gegenübergestellt. Sie wollen den Klassenkampf verewigen und sind damit um Jahrzehnte zurückgeschritten. Sie haben die ganze neue Zeit verschlafen. (Stürmische Heiterkeit). Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des allgemeinen, gleichen wie geheimen Wahlrechts heute und für alle Zeit (Erneute Heiterkeit). Wir wollen keine reaktionäre Monarchie, sondern eine soziale Volksmonarchie. Dafür würde das Volk schon jetzt zu haben sein. Eine Regierung ist nicht bloß für ihre eigene Regierungszeit verantwortlich, sondern auch für das, was nachfolgt (Langanhaltende Unterbrechung. Ad. Hoffmann: Jawohl, das merken Sie sich mal.) — Wir fordern Volksaufklärung über die Finanzlage, über die Steuerpolitik, über die Ernährungslage. Lieber wollen wir das ganze Elend klar vor Augen sehen, als uns einem unangebrachten Optimismus hinzugeben. (Zuruf: Wie Sie es gemacht haben?) — Preußen muß seine Interessen dem Reich gegenüber wahren, es ist aber ganz in den Hintergrund gedrängt. Den Belagerungszustand hat die preußische Regierung auf Drängen des Reichs aufheben müssen, obwohl er heute nötiger ist denn je (Heftige Widersprüche links). In den Steuerfragen durfte sie sich nicht auf einen formalen Protest beschränken. Die Verkehrssperre war ein Unsinn, den sie sich nicht aufnötigen lassen durfte und der Uebernahme der Sicherheitswehr auf das Reich sollte sie sich widersetzen. — Preußens Selbstständigkeit muß gestärkt werden. Es darf nicht Reichsland werden, während die anderen Bundesstatten bestehen bleiben. Mit den Einheitsstaatsbestrebungen besorgen Sie nur die Geschäfte der Entente. Die Anhänger des Gedankens vom Einheitsstaat in meiner Partei wollen dessen Verwirklichung nur unter einem deutschen Kaiser. (Unruhe.) Der preußische Geist muß erhalten bleiben, er wird zur Wiedererneuerung des Reichs führen. (Langanh. Beifall rechts u. a. d. Tribünen). (Zischen links). Minister Südekum erwiderte insbesondere auf den Vorwurf, nicht die Interessen Preußens vertreten und einem unangebrachten Optimismus das Wort geredet zu haben. Die Aufklärung, die Hergt mit einemal als Oppositionsmann fordere, werde dem Volke zuteil. Er unterstreiche, daß eine Regierung auch für die Zukunft verantwortlich sei. Gerade daraus ergebe sich, daß die Regierung, der Herr Hergt angehöre, an den jetzigen Zuständen und an der Revolution Schuld sei. Die Gefahren von links erschienen ihm genau so drohend und groß, wie die von rechts. Ein Finanzminister werde selbst bei Anspannung der ganzen Steuerkraft nicht auskommen, denn die Lasten, die uns durch den Friedensvertrag noch bevorstehen, werden ungeheuer sein. (Zuruf: Durch die Revolution.) Nein, durch Ihre verfehlte Politik. (Stürm. Zustimmung.) Unsere Volkswirtschaft verfügt noch über eine Reihe von Quellen, die, wenn sie erschlossen werden, uns sehr viel weiter helfen können.

Die Justiz gegen Arbeiterräte

Wegen Beleidigung das Landrats des Kreises Weißenfels wurde unser Genosse Bezirkssekretär Alfred Oelsner in Halle zu einem Monat Haft, zwei andere Angeklagte zu Geldstrafen von je 300 Mark verurteilt. Die sattsam als reaktionär bekannte Strafkammer des Landgerichts Naumburg fällte das Urteil. In einer Sitzung des mittleren Rates des Weißenfelser Arbeiterrates sollten die Angeklagten, als die Tatsache bekannt wurde, daß der Landrat unter der Hand für 100000 Mk. den Obstanhang der Kreisstraßen vor der Baumblüte verpachtete, gesagt haben, er möge seine Geschäfte nicht als kriegswuchernder Rittergutsbesitzer, sondern als Landrat führen. Der Staatsanwalt erhob Anklage im öffentlichen Interesse und ermöglichte so dem Landrat vor Gericht die Aussage als Zeuge. Der Herr benutzte die Gelegenheit, eine scharfe Attacke gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu reiten, die ihn beseitigen wolle und insbesondere gegen seine Kontrollinstanz, den mitangeklagten Arbeiterrat Vinzenz! —

Die Revolution ist wirklich nicht umsonst gewesen, wie das Urteil beweist. Unter der kaiserlichen Regierung wurde Genosse Oelsner wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen. Heute fliegt er wegen angeblicher Landratsbeleidigung ins Loch! Das Interesse der bürgerlichen Republik erfordert es!

Von den rheinischen Landesverrätern

Aus fast allen Orten des französisch besetzten Gebietes wird laut Frankfurter Zeitung von einer fieberhaften Tätigkeit der Leute um Dorten gemeldet. So haben in den letzten Tagen in Köln, Koblenz, Wiesbaden, Trier eine Reihe vertraulicher Besprechungen stattgefunden, von denen man nur erfahren konnte, daß Dorten selbst oder seine Vertrauensleute daran teilgenommen haben. Die bisher durch unsichtbare Fäden zusammengehaltene Organisation scheint nunmehr an die Oeffentlichkeit treten zu wollen. Wie in anderen Orten hat sich auch in Koblenz ein Zweigverein der Rheinischen Volksvereinigung, der neuesten Dortenschen Gründung, aufgetan. Dieses Zweigbureau arbeitet nach dem Muster der Parteisekretariate, so daß man nicht zu Unrecht annehmen kann, daß es zum Zweck der Reichstagswahlen geschaffen worden ist, um bei dieser Gelegenheit unter der Losung für ein selbständiges Rheinland die Probe aufs Exempel zu machen. Wie schon früher, trifft diese Agitation zeitlich zusammen mit einer erhöhten Tätigkeit der französischen Besatzungsbehörden, wie die Haussuchungen und Verhaftungen in Wiesbaden beweisen.

Die Reaktionäre lassen Geld springen

Kürzlich war die ehemalige konservative Fraktion des Preußischen Herrenhauses beisammen, um über die Beeinflussung der Presse im monarchistischen Sinne zu beraten. Den „Eisernen Blättern" des früheren demokratischen Pfarrers Traub wurden 50 000 Mark überwiesen. — Weitere Geldbeträge erhielt der rechte Flügel der deutschnationalen Partei. — Wenn es gilt, ihre reaktionären Ziele zu fördern, greifen die konservativen Herrschaften auch in die Tasche. Sie sagen sich dabei, daß das schließlich die beste Kapitalsanlage ist. Wenn das Volk indessen auf dem Posten ist, wird sich diese Spekulation dennoch als verfehlt erweisen.

In und um Elbing

Kommunistische Arbeiterzersplitterer

Am 22. Oktober erschien die erste Nummer unserer Volksstimme. In ihr war in durchaus sachlicher und vorurteilsloser Weise die Stellung unserer Partei zu den Kommunisten dargelegt worden. Sechs oder sieben Wochen später, genau ist das nicht festzustellen, weil die Zeitung ohne Datum erscheint, kläfft Die Rote Fahne des Ostens uns an. Unter der Ueberschrift Ein neues Organ der Anti-Bolschewistenliga beginnt sie wie folgt:

> Die uns vorliegende erste Nummer der Elbinger Volksstimme erscheint ihre Aufgabe darin zu erblicken, die Verwirrung unter der Arbeiterschaft noch zu vergrößern. Schon die erste Nummer fing mit einem Hetzartikel gegen die Kommunisten an, man kann ruhig sagen, schlimmer und gemeiner konnte sich eine kapitalistisch-bürgerliche Zeitung auch nicht betätigen. Nachdem im Geleitwort den Rechtssozialisten einige gelinde Rippenstöße versetzt werden, fällt man dann mit einem wahren Indianergeheul über die Kommunisten her.

Nun reißt diese „Rote Fahne" einige Sätze aus dem Zusammenhang. Würde sie unsere Ausführungen über die Kommunisten so wiedergeben, wie sie gemacht sind, so würden natürlich bei dem urteilsfähigen Teile der Leser Bedenken über die Richtigkeit der kommunistischen Lehren hervorgerufen werden. Soviel Zuvertrauen setzt das Kommunistenblatt nicht in die Güte seiner Sache. Und darum folgt jeder einzelnen Zeile, die unserem Artikel entnommen wurde, ein Schwall von Worten, der über die Schwäche der Kommunistenposition hinwegtäuschen soll. Nachdem das so eine Weile gegangen ist, erklimmt die Kommunistenzeitung den Gipfel:

> Man singt also bereits das alte Lied der Kapitalisten, welches diese bereits vor 80 Jahren angestimmt haben nach, wahrlich, die bürgerlichen Blätter in Elbing werden sich freuen, daß die kapitalistische Hetzpresse um ein Organ vermehrt worden ist. Ob die Elbinger Arbeiter nun auch die Volksstimme zu schätzen wissen? Es ist tatsächlich eine Gemeinheit mit solch verhetzten Redensarten gegen die Vorkämpfer der Arbeiterschaft, die Kommunisten loszuziehen, die Rechtssozialisten in Elbing werden sicher sehr verwundert

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

40]

Bestehen blieb die Tatsache, daß die Denunziation von einer sehr anrüchigen Seite kam und den gemeinsten Motiven entsprungen war.

Das hinderte jedoch nicht, daß ihr trotzdem Tatsächliches zugrunde lag, so daß nach dem Gesetze ein Einschreiten geboten war.

Herta hatte zugegeben, diesem Klavierspieler Geldzuwendungen gemacht zu haben.

Ein Faktor der Zuhälterei — und ein sehr schwerwiegender obendrein, war also eingeräumt und zugegeben.

Dahingegen bestritt Herta im Tone sittlicher Entrüstung, daß sie zu diesem Burschen in Beziehungen stände.

Madame Grabert dachte anscheinend hierüber ein wenig anders, und eine Anfrage bei ihr über diesen Punkt würde voraussichtlich wohl nette Dinge ans Licht bringen.

Jordan war sich darüber klar, daß Herta in diesem Punkte log. Sie duzte den Menschen, ließ sich stundenlang von ihm vorspielen, trank und vergnügte sich mit ihm.

Jordan selbst hatte die beiden an jenem Vormittage bezecht beisammen gefunden. Der Kerl war jung, hatte die Eleganz der Boheme, war musikalisch begabt und verstand sich mit dem Künstlernimbus zu umgeben. Komponist war er. Herta glaubte an seine Zukunft.

Wer war so kindisch, anzunehmen, daß zwischen den beiden jungen, schönen, genießerischen Menschen, die Gefallen aneinander hatten, keine erotischen Beziehungen bestanden? Nicht einmal Jordan, der doch gewiß nur allzu geneigt war, das Fräulein Herta Hecker im Lichte der Verhimmelung zu sehen.

Sie war aber eine Mondäne, hielt sich diesen musikalischen Freund und gab ihm Geld.

War das Zuhälterei — von dem jungen Manne getrieben oder nicht?

Es schien durchaus so.

Nun also. Wer demnach die Denunziation der Frau Grabert unterdrückte, oder zurückwies, der handelte gesetzwidrig. Es war keine Frage, daß Jordan vor sich selbst und vor Gott eine schwere Pflichtverletzung beging, wenn er so handelte.

Aber blieb ihm denn überhaupt ein anderer Weg offen?

Konnte er die Verfolgung der Sache zugeben und es darauf ankommen lassen, daß Herta und er selbst etwa als Zeugen in sie verstrickt wurden?

Das ging auf keinen Fall. Darin hatte Herta recht. Diesen Weg durfte die Sache nicht nehmen. Unter keinen Umständen.

Hier mußte sofort etwas geschehen.

Vor vier Tagen, hatte Herta gesagt, war die Anzeige ergangen. Da war doch anzunehmen, daß sie noch kaum über die ersten Stadien der Behandlung hinaus gediehen und bei der Hochflut der einlaufenden Anzeigen noch im Bereiche der Registratur zu fassen war. Dort wird er das Aktenstück einfach an sich nehmen und im Journal der Einläufe die Nummer als erledigt streichen.

Wenn er heute zeitig zum Dienste ging, so früh, daß er ins Bureau kam, ehe die Beamten dort waren, so konnte das alles glatt und gefahrlos gemacht werden.

Freilich, in ihm, in Jordan, brach dabei etwas entzwei.

Er schied sich mit dieser Tat von der rechtlichen Beamtenschaft.

Er lud eine Schuld auf sich.

Einen bösen Flecken machte er auf sein bis dahin tadellos sauberes Amtskleid. Den Stolz seines Lebens, seine einwandfreie, nur der harten, unbeugsamen Pflicht gewidmete jahrzehntelange Arbeit, bog und brach er mit dieser Tat und trat seine Ehre in den Staub.

Angenommen einmal, die Sache ging schlecht. Irgendein widriger Umstand brachte sie ans Licht. Ein Disziplinarverfahren wurde eröffnet, ein Strafprozeß gegen ihn. In diesem würde Herta Hecker wieder Zeugin sein. Auf der Anklagebank aber säße dieses Mal — er selber — er — der Staatsanwalt . .

Wäre dieser Rollenwechsel nicht der höchste Triumph, die süßeste Racheerfüllung, die der Zeugin Herta Hecker gegen ihren gehaßtesten Feind beschieden werden könnte?

In der Tat — das müßte ihr ein Fest werden.

Dann hätte sie in Durchführung eines Meisterplanes etwas erreicht, was sich sehen lassen konnte. Das wäre dann ihr Widerschlag für die Streiche, die sie so hageldick von ihm im Verfahren gegen ihre Mutter empfangen hatte, sie, die nichts schuldig blieb und die ihren Stolz darin fand, für alles, was ihr angetan wurde, volle Vergeltung zu üben.

Aber weshalb ließ er nicht davon ab, sie im tiefsten Grunde ihres Fühlens für seine haßerfüllte Feindin zu halten? Damit tat er ihr wahrscheinlich unrecht.

Dieses Mißtrauen Jordans gegen Herta wurde einzig durch das Bewußtsein wachgehalten, daß er in jenem Strafprozeß sich an ihr versündigt hatte. Aber das hatte sie nun jetzt wohl endlich vergeben.

Weshalb sollte sie ihn heute noch hassen?

Er bot ihr eine lange, genußreiche Reise, ein Luxusleben auf der Wanderschaft, so recht nach ihren Wünschen. Weshalb sollte sie den Mann, der ihr die nächste wie die fernere Zukunft so reich machen wollte, vorher noch rasch vernichten?

Hassen — nein — Haß hatte sie nicht mehr für ihn.

Nicht?

Wo waren denn nun aber die Beweise ihrer Zuneigung für ihn in all den Wochen?

Sie hielt es mit einem verlumpten Musikanten und nützte ihre Macht über Jordan, ihn von Torheit zu Torheit zu treiben.

In der Oper hatte er sich herausfordernd mit Herta gezeigt. Seine Frau hatte er, wenngleich Herta, mit Worten, sich dagegen ausgesprochen, dennoch ihretwegen von sich gestoßen. Es genügte aber Herta nicht, daß sie ihn aus Amt und Heimat jagte — nein — er mußte erst auch noch im Amte sich schuldig machen, ehe sie mit ihm die Reise ins Ausland unternahm.

War das Liebe — — wie?

Oder war das nicht vielmehr Haß, Haß, der ruinieren, vernichten, planmäßig und berechnet verderben will?

Wer weiß auch, ob sie am Ende aller Dinge wirklich Jordan ins Ausland folgen würde? Die Beziehungen zu dem Musikanten waren vielleicht der Schlüssel zum Verständnis für vieles, was dieses Mädchen bisher schon getan.

Wer konnte sagen, ob dieser „Komponist" es nicht war, der Herta von Budapest fort und nach Berlin zurückgelockt hatte?

Sehr, sehr möglich und bei näherer Betrachtung recht einleuchtend war dieser Sachverhalt . . .

Hatte er — der Staatsanwalt — dann am Ende das Letzte für Herta getan, die Pflichtverletzung im Amte, und käme dann, sie zur Flucht ins Ausland zu holen, wer weiß — — wer weiß — sie lachte ihn dann vielleicht aus und blieb in Berlin — blieb bei ihrem Klavierspieler . . .

Jordan ballte die Fäuste. Ein Dämmern stieg in ihm auf, eine entsetzliche Angst. In die Hände eines Feindes war er gefallen.

In der Macht einer Person befand er sich, die seinen Untergang mit schadenfrohem Lächeln sehen würde, ja, wie er nun zu erkennen und zu durchschauen glaubte, mit einer raffinierten Tücke vorbereitet hatte und nun Zug um Zug herbeizuführen sich anschickte . . .

Jordan wird in diese Falle nicht gehen. Er wird die Anzeige der Frau Grabert nicht unterdrücken.

Nicht?! —

Also als Zeuge vor Gericht erscheinen. In der Zuhältersache van Geldern tritt Staatsanwalt Jordan als einer der Intimen der Herta Hecker auf. (Fortsetzung folgt.)

die Augen reiben und verständnisvoll lächelnd dem Wink der U. S. P. folgen, da wird denn bald die Verbrüderung der Kaisersozialisten mit den Haseaten und Kautskyanern beschlossene Sache sein. Möglich ist es sogar, daß sich die Herren Bonzen bereits lange einig sind, denn es ist für uns sehr wunderlich, daß Herr „Oberbürgermeister" Grunwald jetzt schon die Versammlungen seines Freundes Schulz besucht, während der Herr „Ober" bei uns Kommunisten stets durch Abwesenheit glänzt. Den Elbinger Arbeitern möchten wir an dieser Stelle sagen, daß es für uns eine Freude bedeutet, wenn wir so von den unklaren Sozialisten angegriffen werden, denn dadurch beweist auch die U. S. P. Elbing, daß sie ihren Bruderblättern im Reiche nicht an Gemeinheiten nachstehen will. Man merkt am ganzen Aufputz und der Schreibweise der Volksstimme — Käseblatt!!!

Wir sind voll davon überzeugt, daß die Elbinger Arbeiter von diesen rüden Pöbeleien mit Ekel erfüllt werden. Es mußte aber dargelegt werden, wes Geistes Kinder in den Reihen der Kommunisten ihr Wesen treiben. Ein Wort der Abwehr wird uns wohl niemand zumuten. Einige Erwägungen jedoch möchten wir den wenigen, die in Elbing mit dem Kommunismus liebäugeln, anheimstellen. Die Arbeiterbewegung des Ostens ist bekanntlich weit mühevoller und schwerer entstanden, als die anderer Gegenden Deutschlands. Die im Vordergrund unserer Bewegung stehenden Genossen sind der Arbeiterschaft seit Jahren, zum Teil sogar bereits seit Jahrzehnten, als Sozialdemokraten und aufrechte Männer bekannt. **Wer aber kennt die plötzlich aufgetauchten Führer der Kommunisten? Wer bürgt für sie?** Heute heißt ein und derselbe Mensch Franken, morgen nennt er sich Christensen und eine Woche darauf Sturm. Er wird verhaftet, wird entlassen, wird wieder verhaftet und wieder entlassen, ohne daß man erfährt, wie und warum. Und die Zeitung, diese „Note Fahne des Osten"! Sie wimmelt von Fremdwörtern, die dem Durchschnittsarbeiter völlig unverständlich sind. Der häufige Gebrauch von Fremdwörtern ist ein Zeichen von Halbbildung. Wer wirklich etwas zu sagen hat, braucht seine Gedanken nicht hinter fremden Ausdrücken zu verstecken. Das tut nur der, der mit tauben Nüssen handelt. In den verschiedenen Berliner Prozessen ist gerichtlich nachgewiesen, wie oft in den kommunistischen Zirkeln Spitzel eine Rolle spielten. Im eigenen Interesse jedes Arbeiters liegt es, sich vor unbekannten Maulhelden zu hüten. Mit Begeisterung kann keine Besonnenheit ersetzt werden. Mancher ehrliche Revolutionär ist ein Opfer übergroßer Vertrauensseligkeit geworden. Arbeiter, traut niemanden, ehe ihr nicht ein Scheffel Salz mit ihm gegessen habt. Auch wenn er „Kommunist" ist, aus einer fremden Großstadt kommt und den Mund recht voll nimmt.

Es wird so schlimm nicht werden

Herr Carlson, der Besitzer der Schichaufabriken, hat seinen Wohnsitz dauernd nach Danzig verlegt. Damit sind die Elbinger Fabriken, die bisher Hauptwerk waren, zu der Filiale eines Ausländers geworden. Ueberängstliche Gemüter sehen schon die Zeit, wo Carlson seine Elbinger Fabriken schließt und Elbing wieder von der Rolle seiner industriellen Stellung herabsinkt. Diese Furcht ist unbegründet. In den Elbinger Schichaufabriken ist ein Kapital von vielen Millionen angelegt, das sich nicht beliebig nach einem anderen Ort verpflanzen läßt. Hellinge und Fabrikschornsteine kann man nicht auf Güterwagen packen und fortfahren. Das in den Fabriken angelegte Kapital soll sich verzinsen. Würde Carlson die Fabriken schließen, so würde er einen ungeheuren Schaden erleiden. Nach den riesigen Verlusten, die die Firma in Rußland erlitten hat, wird er sich ein so ganz und garnicht der kapitalistischen Natur entsprechendes Handeln mehr als einmal überlegen. Letzten Endes ist auch noch der Staat da. So unternehmerfreundlich die Ebertrepublik ist, so würden ihre Interessen von der Schließung der Elbinger Schichauwerke zu empfindlich geschädigt, als daß sie dem tatenlos zusehen könnte. Sie müßte in diesem Falle mit der Enteignung antworten. Im heutigen Produktionsprozeß spielt die Person des Fabrikbesitzers keine Rolle mehr. Jedes Großunternehmen ist weit abhängiger von seinen Beamten und Arbeitern als von dem „Eigentümer". Carlsons Fortzug braucht niemand beunruhigen.

Bremer Anarchisten kommen nach Elbing

In Königsberg versuchen eine Anzahl Personen, die sich von den dortigen Kommunisten getrennt haben, eine neue „Revolutionäre Arbeiterpartei" zu gründen. Elbiug soll jetzt durch Bremer Anarchisten beglückt werden, die mit ihren neuen Schlagwörtern „Syndikalismus und Arbeiterunion" das Elbinger Proletariat gewinnen wollen. Kurz gesagt ist ihre Lehre die, daß die heutigen Gewerkschaften sich überlebt hätten. An ihre Stelle soll die Organisation jedes einzelnen Betriebes treten. Der Gedanke ist so bodenlos dumm, daß eigentlich darauf niemand mehr hereinfallen sollte. Die Kapitalisten haben längst ihre Vereine, die ihre Interessen nicht nur für eine Stadt oder eine Provinz, sondern für das ganze Reich vertreten. Sie gehen mit schwarzen Listen und Aussperrungen gemeinsam vor. Und der Arbeiter soll sich absondern und getrennt von den Kollegen anderer Betriebe sein? So kindisch war man noch nicht einmal im Mittelalter. Da hielten die Brüderschaften der Gesellen im ganzen Reiche wie in den einzelnen Städten zusammen. Sie stellten sich Schulter an Schulter und führten ihre Kämpfe. Wer dem Arbeiter mit solchen Torheiten, wie dem Austritt aus den Gewerkschaften kommt, besorgt bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Kapitalisten. Die Kriegspolitik der Generalkommission zu verteidigen, hat kein Arbeiter Anlaß. Aber darum schlägt man nicht die Organisationen in Trümmer. Man wandelt sie in revolutionäre Einrichtungen um. Das ist die richtige Lösung. Und nicht die Auflösung der Arbeiterbewegung in Atome, wie sie jetzt von allen möglichen Faselhänsen gepredigt wird.

Und wieder Erhöhung der Preise!

Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Sitzung ab. Es wurde Bericht erstattet über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln. Danach betrug die Ablieferung von Brotgetreide im vergangenen Jahre 2 030 000 Tonnen, im laufenden Jahre erst 1 100 000 Tonnen. Die Ursachen für den Rückgang sind sowohl in der späten Ernte, wie auch in der Ueberlastung der Verkehrsmittel zu sehen. Es gibt nach Ansicht der Regierung nur ein Mittel, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten, nämlich eine angemessene **Erhöhung der Preise.** Die Kosten für die Ablieferungsprämie belaufen sich schätzungsweise auf eine Milliarde, die durch Erhöhung des Mehlpreises eingebracht werden soll. Der Mehlpreis wird **daher um 46,50 Mark für den Doppelzentner erhöht werden,** so daß der Preis für ein Brot im Gewicht von 2350 Gramm auf 2,45 Mark steigen wird. Dadurch würde die große Masse der Bevölkerung sehr schwer belastet werden. Die Deckung der Kosten für die Ablieferungsprämien für Kartoffeln soll ebenfalls der Verbraucher tragen, und zwar soll der Preis für den Zentner um 2,50 Mark erhöht werden. Reichen diese Erhöhungen nicht aus, so wird das Reich für Fehlbeträge aufkommen. Der Reichsrat stimmte den Beschlüssen des Ausschusses mit Mehrheit zu.

E. Wernich gestorben

Der ehemalige Besitzer der Elbinger Zeitung, Herr E. Wernich, ist in München, wo er seit vielen Jahren seinen Wohnsitz hatte, im Alter von 78 Jahren gestorben.

Elbinger Stadttheater

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Am Freitag abend kommt an Stelle der Fledermaus die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Die Faschingsfee" zur Aufführung. Die Rolle des Malers Konai spielt der hier sehr beliebte Herr Röver vom Luisentheater Königsberg als Gast.

Das Einkilopaket

Für das Einkilopaket, dessen Einführung unter der Bezeichnung Päckchen im inneren deutschen Verkehr zum 1. Januar in Aussicht genommen ist, sind folgende Abmessungen als Höchstmaß vorgesehen: 25 Zentimeter Länge, 15 Zentimeter Breite und 10 Zentimeter Höhe, für Päckchen in Rollenform 30 Zentimeter Länge und 15 Zentimeter Höhe (Durchmesser). Ueberschreitungen der Abmessungen nach einer Richtung werden soweit zugelassen, als in einer anderen Richtung das Höchstmaß nicht erreicht und das Höchstmaß des Rauminhalts nicht überschritten wird.

Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen

Im Interesse der Kriegsbeschädigten und unserer Kriegsgefangenen hat es sich als notwendig erwiesen, die Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 14. Dezember 1918, die ursprünglich nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1919 festgesetzt war und durch die Verordnung vom 17. Juni 1919 schon einmal bis zum 1. Januar 1920 verlängert worden ist, nochmals um ein halbes Jahres, also bis zum 1. Juli 1920 zu verlängern. Es ist dies geschehen durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit Zustimmung des Ausschusses der Nationalversammlung von der Reichsregierung erlassenen Verordnung vom 12. Dezember. Es ist zu hoffen, daß die neue Frist ausreichend und ihre weitere Verlängerung nicht in Frage kommen wird, zumal da die Absicht besteht, die Abwicklung der Schuldverbindlichkeiten der Kriegsteilnehmer inzwischen auf neuer Grundlage zu regeln.

Elbinger Polizeinachrichten

Der Einbruch in die Filiale der Molkerei Schröter in der Junkerstraße ist aufgeklärt. Als Täter kommen die Burschen Artur W. und Bruno V. in Frage. Von den gestohlenen Käsen waren bereits 6 Stück verkauft. Als Hehlerin konnte die Ladeninhaberin Katharina Conrad, Inn. Mühlendamm, ermittelt werden, die auch bei einer ganzen Anzahl anderer Einbrüche Mithilfe geleistet haben soll.

Verhaftet wurden ferner H. Lange, E. Lange, ein gewisser Gleibs und Magdan, die an zahlreichen Einbrüchen beteiligt waren. Die gestohlenen Waren sind zum größten Teil bei der oben angeführten Conrad abgesetzt worden.

Dem Besitzer Speiser aus Schwarzdamm wurden 22½ Pfund Fleisch beschlagnahmt, das hier zu 6 Mark pro Pfund verkauft wurde.

Ostdeutsche Nachrichten

Ostpreußens Braunkohle und Torf

Ostpreußen ist nicht reich an mineralischen Bodenschätzen. Braunkohlenlager gibt es zwar an verschiedenen Orten Ostpreußens, deren mächtigstes nach Fehlinger wohl die Braunkohlenflöze bei Heilsberg aus dem oberen Tertiär darstellen, von denen eins fast 8 Meter stark ist. Der Brennwert der meisten ostpreußischen Braunkohlen ist aber leider verhältnismäßig gering, auch ist das Deckgebirge vielfach recht ungünstig gelagert, so daß ein Abbau bisher nirgends als lohnend erkannt wurde. Mehr Beachtung verdienen dagegen die ostpreußischen Torfmoore, deren Fläche auf rund 30 000 Hektar geschätzt wird. Die wichtigsten davon sind die Moore im Memeldelta an der Ostküste des Kurischen Haffes. Sie erheben sich beträchtlich über die benachbarten Flüsse und tragen auf ihren Scheitelflächen ziemlich tiefe Teiche, sogenannte Blänken. Nach Heß von Wichdorf kommt weiter landeinwärts schwarzer Flachmoortorf in Masuren in vielen Niederungen vor, wo einst Seen lagen, die heute verlandet sind. Der Torf erreicht hier stellenweise eine Mächtigkeit von 6—10 Meter. Nach Angaben von Metz ist dieser Torf ausgezeichnet geeignet zum Gewinn von Kraftgas sowie von schwefelsaurem Ammoniak und Teer als Nebenprodukten. Aber die Lager sind eben meist Niederungsmoore, weshalb sich die Trocknung des Torfes schwierig gestaltet. Raseneisenstein kommt nach Dechen-Brühns an verschiedenen Orten in den Kreisen Ortelsburg und Johannisburg und in Masuren vor. Hier finden sich große Raseneisenlager am Rande der Sumpfniederungen, die sich am Südabhang des baltischen Höhenrückens entlang ausdehnen. Das Erz dieser Lager wurde schon seit dem Mittelalter von der einheimischen Bevölkerung in primitiven Schmelzöfen, kleinen Eisenhütten und Eisenhammern verhüttet und weiter verarbeitet. Die letzten dieser alten industriellen Anlagen sind 1878 eingegangen. Auch Phosphorit wurde in Ostpreußen an mehreren Orten festgestellt, doch ist darüber nichts Näheres bekannt. Eine große Bedeutung unter den Mineralien kommt in Ostpreußen noch dem Bernstein zu, der an der Ostseeküste reichlicher gefunden wird, als sonst irgendwo. Hauptsächlich in Samland wird er gewonnen, wo er an der Küste vom Meere ausgeworfen wird und in der „blauen Erde", einer glaukonitischen Sandschicht, vorkommt.

Der Danziger Vollzugsausschuß

Unser Danziger Mitarbeiter schreibt: Der Danziger Vollzugsausschuß scheint eines vorzeitigen Todes sterben zu wollen. Er gibt sich anscheinend schwächlich selber auf, obwohl dazu gar keine Veranlassung vorliegt. Der Vollzugsausschuß gilt für die Arbeiterräte der ganzen Provinz Westpreußen. Wenn der polnisch werdende Teil der Provinz vom Reiche abgetrennt wird, dann hört die Wirksamkeit des Vollzugsausschusses auch für diesen Teil auf. Er bleibt aber bestehen für den übrigen Teil. Der Vollzugsausschuß hat die Aufgabe, darauf zu achten, daß die Behörden im Sinne der Revolution, oder doch der Reichsregierung handeln. So lange die Wahlen in den Gemeinden, den Kreisen und für die Provinziallandtage nicht durchgeführt sind, müssen auch die Arbeiterräte und ihre Spitze, der Vollzugsausschuß, bestehen bleiben. In Westpreußen sind diese Wahlen noch nicht durchgeführt; jetzt erst in einigen Gemeinden. Die Berechtigung der Wirksamkeit des Vollzugsausschusses besteht also weiter. Er hat aber schon einige Zeit keine Sitzungen mehr abgehalten und man gewinnt den Eindruck, daß ihm die innere Kraft fehlt und er sich selber nicht mehr ernst nimmt.

Gewiß, die Regierung hat die Gelder zur Durchführung der Neuwahlen der Arbeiterräte nicht hergegeben und sie will mit dem 1. Januar die Zahlungen für die Arbeiterräte einstellen. Aber der Vollzugsausschuß brauchte sich nicht so einflußlos zu machen, wie er es bei der Regierung in Berlin ist. Er sollte und könnte dafür sorgen, daß er in Berlin denselben Einfluß hätte, wie der rückständige Oberpräsident. Es fehlt an Verwaltungsgeschick und Tatkraft. Für Westpreußen müßte die Regierung eine Ausnahme machen. Die Regierung hat ja für unsere Provinz ohne hinreichenden Grund leider die Ausnahme gemacht und uns nicht rechtzeitig in den Gemeinden wählen lassen, also sollte sie jetzt auch folgerichtig die Wirksamkeit der Arbeiterräte verlängern.

Ausfuhrverbot für kaltblütige Pferde

Die bevorstehenden Viehablieferungen an Frankreich und Belgien aus Anlaß des Friedensvertrags stellen besonders große Anforderungen an das in Deutschland vorhandene Zuchtmaterial an kaltblütigen Pferden. Der Reichswirtschaftsminister ist deshalb an die Landesregierung mit dem Ersuchen herangetreten, der Durchführung der an Frankreich und Belgien zu tätigenden Pferdeablieferung keine Ausfuhr kaltblütiger Pferde mehr zuzulassen und eine schärfere Ueberwachung der Grenze zur Verhinderung der verbotswidrigen Ausfuhr von kaltblütigen Pferden herbeizuführen.

Von nah und fern

43 Arbeiter von Granaten zerrissen

Eine schwere Munitionskatastrophe ereignete sich, wie die Oldenburger Landesztg. meldet, in dem Munitionsdepot in Marienziel, bei Wilhelmshaven. Dort werden gegenwärtig Granaten entladen. Durch Unvorsichtigkeit bei der Behandlung der Zünder entstand eine Explosion, die auf die umfangreichen Lager von 15-Zentimeter-Granaten übergriff. Sämtliche Holzbaracken, die mit Munition gefüllt waren, flogen in die Luft. Der Bahuhof Marienziel ist schwer beschädigt, ebenso die Eisenbahnbrücke und eine Anzahl Häuser. Der Explosion sind nach den bisherigen Feststellungen 43 Arbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer gefallen Die Zahl der mehr oder weniger Schwerverletzten beträgt über 100. Der Telephonverkehr mit Wilhelmshaven ist bis zur Stunde unterbrochen, der Zugverkehr muß durch Umsteigen aufrecht erhalten werden.

Ein Blutbad in Indien

Telegraaf meldet aus London, daß die Veröffentlichung des amtlichen Berichts über die Unruhen in Amoitsar (Indien), wobei General Dyer auf eine Menge von 5000 unbewaffneter Eingeborener Schnellfeuer eröffnen ließ, mit dem Erfolg, daß 450 Personen getötet und dreimal so viel verwundet wurden, großes Aufsehen erregt hat. Westminster Gazette fragt, was man gesagt hätte, wenn ein deutscher Offizier so aufgetreten wäre. Times schreibt, man verstehe nicht, daß diese Tatsache 9 Monate lang geheim gehalten wurde.

Soziales

Warum sind Kriege notwendig?

Diese Frage stellt sich die Arbeiterzeitung von St. Louis in den Vereinigten Staaten und beantwortet sie durch folgende Statistik: Im Jahre 1855 gab es in den Vereinigten Staaten 28 Millionäre. Dann kam der Bürgerkrieg von 1861/64, der das amerikanische Volk eine Million Menschenleben kostete. Das war der Einsatz, um den sich die Zahl der Millionäre auf etwa 560, also auf das Zwanzigfache erhöhte. Im Jahre 1914 zählte man in Amerika etwa 5000 Millionäre, jetzt am Ende des Krieges, der die Welt etwa 10 Millionen Menschenleben gekostet hat, ist ihre Höhe auf 25000 angewachsen.

Welch besseren Beweis kann es für den engen Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus geben?

Briefkasten der Redaktion

G. Elbing. Einen Bericht über eine Veranstaltung vom 7. Dezember, der uns am 15. Dezember zugeht, können wir nicht mehr bringen, weil er veraltet ist.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spierinastraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße: .....

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Wir bitten unsere werte Kundschaft, zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** ihren Bedarf an

Zigarren, Zigaretten und Rauchtabaken

in den unten aufgeführten organisierten

Spezial-Geschäften

gefl. decken zu wollen. Diese Geschäfte bieten Gewähr für reelle und preiswerte Ware.

Elbinger Zigarrenhändler-Verein.

Fritz Bauer, Aeuß. Mühlend., Ecke Johannisstr.
Karl Becker, Georgendamm 6
W. Breitfeldt, Inn. Mühlend. 18/19 u. Herrenstr. 44
Buhrmester, Inn. Mühlendamm 4 b
Herm. Ellmer, Stadthofstrasse 6
Frl. **Felser,** Johannisstrasse 1
Joh. Gustävel, Alter Markt 18
Frau **A. Hecht,** Johannisstrasse 20 b
Aug. Heß, Heil. Geiststrasse 33/34
Gust. Heß, Wilhelmstrasse 2
Ernst Hildebrandt, Bahnhofstrasse 6 a
F. Kleefeldt, Inn. Mühlendamm 36
C. F. Krause, Friedrichstrasse 1
B. Kuhn, Heil. Geiststrasse 27
Richard Siebert, Alter Markt 23
Alb. Lange, Hauptstr. 1, Bahnhofstr. u. Alter Markt
Alb. Liebscher, Wilhelmstrasse 43
Frau **Maciejewski,** Schmiedestrasse 1
Murawski & Co., Leichnamstrasse 23
Herm. Penner, Alter Markt 20
Max Reichelt, Burgstrasse 4
Frl. **Rosenbaum,** Herrenstrasse 20
Aug. Schwark, vorm. **Franz Fahlke Nachfg.,** Inn. Marienburgerdamm 2 a
Franz Wermter, Königsbergerstrasse 98
Otto Wein, Aeuß. Mühlendamm 1
Frau **H. Wild,** Herrenstrasse 26
Zillgitt, Schmiedestrasse 14

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Elbing.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Schweisser

Emil Borchert

im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. d. Mts., vom Trauerhause Ritterstrasse 24 aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

(Sterbefall 5.) **die Ortsverwaltung.**

U. S. P. Elbing.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, Schweisser

Emil Borchert

im 50. Lebensjahre verschieden ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Parteileitung.

Fleischer:

Ausgabe von amerikanischem Schweinefleisch **am Freitag, den 19. d. Mts., morgens von 8 Uhr ab,** auf dem Schlachthof.

Elbing, den 19. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Fleischausgabe

für die Woche vom 14. bis 20. Dezember 1919 auf den betreffenden Wochenabschnitt der Reichsfleischkarte:

175 g amerikanisches Schweinefleisch,

Preis 1,54 Mk., 1 Pfund = 4,40 Mk.

Frisches Fleisch kommt diese Woche nicht zur Ausgabe, es wird vielmehr die für diese und die für nächste Woche bestimmte Menge in den Tagen vor Weihnachten auf einmal ausgegeben.

Elbing, den 18. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

C.T. Brückstrasse 15 **C.T.**

Von Freitag, den 19. bis Montag, den 22. Dezember:
Ein Riesenschlager-Programm!

Ruhm und Frauengunst.

Filmschauspiel in 4 Akten mit **Erich Kaiser-Titz.**

Die Japanerin.

Max Landas fünftes Abenteuer aus dem Leben des berühmten Detektivs in 5 Akten.

Ferner Einlage: Nur Wochentags!

Das große Erlebnis, Dramatisches Lebensbild in 5 Akten.

Um das Programm vollständig zu sehen, bitte schon frühzeitig zu kommen.

Kassenöffnung 6¼ Uhr. Anfang 6¾ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Sonntags von 3 Uhr ab.

Empfehle mein

Rasier-, Frisier- und Haarschneidegeschäft

zur gefälligen Beachtung.

Erich Dautert, gegenüber dem Landratsamt.

Gleichzeitig empfehle ich mich **zur Anfertigung von Haararbeiten etc.**

Für den Weihnachtstisch

empfehle mein reich sortiertes Lager in

Mosel-, Rhein- und Rotweinen

von **Mk. 8.50 an per Flasche**
— exkl. Glas und Weinsteuer —

sowie andere

Süß- u. Dessertweine
Rum- und Kognak-Verschnitt
Kognak-Weinbrand
diverse Liköre

zu mäßigen Preisen

Joseph Kahlweiß

Telephon 258. Schiffsholm 2/3.

Kollegen!

Alles kauft seine

Rauchwaren

Alter Markt 2.

Kautabak frisch eingetroffen!

Größter Basar in Elbing

J. Grabowsky

nur Fischerstraße 27 nur

Empfehle zu billigen Preisen:

Tafelaufsätze — Likörservice
Fruchtschalen — Keksdosen
Große und kleine Bilder
Figuren — Nippes
Wandteller — Kuchenteller
Nähkasten — Rasierkasten
Portemonnaies — Brieftaschen
Kopfbürsten — Kleiderbürsten
Frisierkämme — Seitenkämme
Haarpfeile — Spangen
Halsketten — Broschen
Rocknadeln — Ohrringe
Damentaschen — Markttaschen
Büchermappen — Tornister
Künstl. Blumen — Sträuße
Baumschmuck — Baumlichte
Wunderkerzen — Seife

Spielwaren in sehr großer Auswahl

J. Grabowsky

Fischerstraße 27.

Weihnachtsanzeigen finden in der **Elbinger Volksstimme** weiteste Beachtung u. Verbreitung

---

Achtung!!

Die Herren- u. Damenschneiderei

Wasserstraße 6

ist noch imstande, **Aufträge vor dem Feste entgegenzunehmen.**

Um gütigen Zuspruch bittet

Lange, Wasserstraße 6.

Für den Weihnachtstisch

empfehlen wir unser großes Lager in **besonders preiswerten**

Zigarren und Zigaretten

Zigarren in verschied. Preislagen
Zigaretten mit Mundstck. von 12 Pf.
Zigaretten ohne „ 20 Pf.
Zigaretten mit Goldmdstck. „ 25 Pf.

Baering & Guttke

Fischerstraße 12.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Briefpapier,

lose und in Kassetten

Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister,
Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe

G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 18. Dezbr., abends 7 Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Freitag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr:

Gastspiel des Herrn John Röver vom Luisentheater Königsberg

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Maler Ronai — John Röver.

Frauen-Gesangverein „Liederfreund".

Montag: **Keine** Uebungsstunde, dafür **Freitag, den 19. d. Mts., 6 Uhr.**

Der Vorstand.

Altes Gold

Silber, Edelsteine
usw. usw.
kauft
Juwelier F. Witzki.

Neue Winterkleider

von 150—200 Mk.,

Blusen

von 40—60 Mk. und

Mantelstoffe

zu verkaufen

Holländerstr. 24, unt.

Nehme jederzeit

Plättwäsche

an **zum Plätten.**

Jede Arbeit wird schnell und sauber ausgeführt.

Ich bitte die Parteigenossen, mich gütigst zu unterstützen.

E. Buhrke,

Logenstr. 11 a, III, rechts.

Ein moderner

Ueberzieher

billig zu verkaufen

1. Niederstr. 12, part.

---

1 grosser Spiegel

zu verkaufen

Kl. Wunderberg 15, I, links.

---

2 Gaskronen,

Messing u. Kupfer, u. 3 **Gaslampen** (Hängelicht) zu verk. Herrenstr. 44, I, Eing. Ankerstr.

Elbinger Standesamt

vom 18. Dezember.

Sterbefälle: Dienstmädchen Marie Hinzmann, 23 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 50 | Freitag, den 19. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Deutsche Schiffsablieferung. Im englischen Unterhause wurde mitgeteilt, daß bisher 355 deutsche Handelsschiffe mit einer Million 788 913 B.-R.-Tonnen den Verbündeten ausgeliefert worden seien. Davon habe England 230 Schiffe mit einem Tonnenraum von 1 Millionen 209 600 B.-R.-T. erhalten.

Ein Ausweg in der Auslieferungsfrage? Herbette meldet an die Haagsche Post, daß die Zahl der Prozesse wegen der Kriegsgreuel wahrscheinlich ziemlich erheblich sein wird. Die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, daß man, um die Schwierigkeit wegen der Auslieferung zu beseitigen, diese Prozesse im besetzten Gebiete führen wird. Eine formelle Auslieferung braucht in diesem Falle nicht stattfinden.

Betriebseinstellung. Infolge Brennstoffmangels hat das Hasper Eisen- und Stahlwerk, sein Walzwerk und den Siemens-Martin-Stahlwerkbetrieb vollständig stillegen müssen. Das Hochofenwerk hofft man notdürftig in Betrieb halten zu können. Da das Hasper Werk die märkische Kleinindustrie, die vorzugsweise Schrauben, Muttern und Eisenbahnbeschlagteile herstellt, mit Material versorgt, und da keine nennenswerten Vorräte vorhanden sind, stehen bei Andauer dieses Zustandes Folgen von unübersehbarer Tragweite für den Eisenbahnverkehr zu befürchten. Wie ist so etwas möglich? Haspe liegt in unmittelbarer Nähe der Kohlenzechen. Von Transportschwierigkeiten ist hier gar nicht zu sprechen.

Sigwald Olsen †. Wie aus Kopenhagen gedrahtet wird, ist der Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Sigwald Olsen im Alter von 65 Jahren gestorben.

Zentrumsniederlagen. Ueber den Ausfall der niederreinischen Stadtverordnetenwahlen meldet die Kölnische Zeitung:

Bei den Gemeindewahlen in Herzogenrath entfielen auf das Zentrum 11, die Mittelstandsgruppen 4, die Arbeitergruppen 7, die Bürgerpartei 2 und die Mehrheitssozialisten 5 Sitze; gewählt hatten 83 Prozent. In Eschweiler erhielten das Zentrum 19, die Sozialdemokraten 12, die Bürgerpartei 2, die Mittelstandsvereinigung 3 Sitze. In Stolberg ergaben sich 17 Sitze für das Zentrum, 7 für die Sozialdemokratie, 4 für die Demokraten und 2 für die Bürgerpartei. In Viersen erhielt das Zentrum 26, die Unabhängigen 6, die Mehrheitssozialisten 4, die Kriegsbeschädigten 3, die Deutsche Volkspartei 2 und die Demokraten einen Sitz. Eine große Ueberraschung gab es in München-Gladbach-Land, wo sich folgendes Ergebnis ergab: Zentrum 3404 Stimmen, 10 Sitze, Mittelstandspartei 2708 Stimmen, 7 Sitze, Sozialdemokratie 2411 Stimmen, 7 Sitze. Die Mehrheit des Zentrums, die bisher in München-Gladbach unbestritten war, ist damit beseitigt. In Odenkirchen bekam das Zentrum 18 Sitze, die Mehrheitssozialisten 7, die von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten gemeinsam gebildeten Arbeiter- und Bürgerlisten 6, die Unabhängigen 3, und die Deutschnationale Volkspartei 2 Sitze. Auch hier wurde die absolute Mehrheit des Zentrums gebrochen. Ebenso in Geldern, wo das Zentrum 12, die Mittelstandsvereinigung 4, die Sozialdemokraten 6, die Privatangestellten-Vereinigung und die Bürgervereinigung je einen Sitz bekamen.

Proteststreik der Berliner Gastwirte. Der Beschluß, den die Berliner Gastwirte und Hotelbesitzer Donnerstag und Freitag gefaßt haben, alle Küchenbetriebe und Gastwirtschaften zu schließen, ist restlos durchgeführt worden. Sämtliche Gaststätten, Kaffeehäuser und Konditoreien haben ihre Pforten geschlossen. Auch eine Reihe von Vororten hat sich dem Streik angeschlossen. Der Gasthausstreik hat sich auch im Betriebe des Reichstagsrestaurants fühlbar gemacht. Die Speisung der 300 auswärtigen Abgeordneten konnte nur mit Hilfe einer Gulaschkanone, die Hausmannskost aus einer Volksküche brachte, bewerkstelligt werden. — Die Demonstration richtet sich gegen eine Regierungsverordnung.

Konservativer Vorstoß. Bei Beginn der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gab es eine stürmische Aussprache zwischen der Mehrheit und der Opposition der Rechten. Auf der Tagesordnung stand die von der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Interpellation, in der behauptet wird, daß durch die verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung und durch die den Arbeitswillen lähmende Gesetzgebung des alten Jahres die deutsche Volkswirtschaft vor der Gefahr des völligen Zusammenbruches stehe. Diese Interpellation ist erst am Dienstag eingereicht worden, nachdem der Aeltestenrat beschlossen hatte, die Verhandlungen am Donnerstag zu schließen und das Betriebsrätegesetz erst nach Weihnachten zu verabschieden. Beschlossen wurde, die Interpellation am heutigen Freitag zu verhandeln.

Hinrichtung der ungarischen Kommunisten. Nach einer Drahtmeldung aus Budapest wurden gestern früh in den ersten Morgenstunden der Anführer der „Leninbuben" Joseph Cserny und seine 13 Mitverurteilte hingerichtet.

Das „trockene" Amerika. Wie New York Star berichtet, hat der Oberste Gerichtshof die von den „Nassen" angestellte Behauptung, das Alkoholverbot des Kongresses habe nur für die Kriegszeit Geltung, für unrichtig erklärt. Die Kriegskontrolle über Nahrungs- und Genußmittel sei nach wie vor in Kraft.

Vom spanischen Sozialistenkongreß. Der in Madrid abgehaltene außerordentliche Kongreß der spanischen Sozialisten beschloß, jedes Wahlbündnis mit anderen Parteien abzulehnen. Der Kongreß beschäftigte sich weiter mit der Frage des Beitritts zur dritten Internationale; jedoch sprachen sich die bedeutendsten Führer des spanischen Sozialismus in der Mehrheit für die zweite Internationale aus.

Der Kapitalismus und der Friede

Von Alfred Braunthal.

Vor einem Jahre ist die Konferenz der siegreichen Ententemächte in Paris zusammengetreten, um der Welt den langersehnten Frieden zu bringen — und heute kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß ihr Werk vollständig mißlungen ist. Schon rein formell äußert sich der Mißerfolg darin, daß noch kein einziger Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Am weitesten gediehen ist die Entwicklung des Friedensvertrages mit Deutschland. Aber auch er ist von der größten und einflußreichsten Ententemacht, den Vereinigten Staaten, noch nicht ratifiziert und wird es vermutlich in seiner heutigen Form niemals werden. Und wenn auch die Ratifikation durch drei Entente-Großmächte zu seinem Inkrafttreten genügt und diese auch tatsächlich bereits erfolgt ist — in Italien freilich nicht auf dem normalen gesetzlichen Wege —, so besteht doch die ernste Gefahr, daß der Friede an der letzten Formalität, der Unterzeichnung des Schlußprotokolls scheitert.

Der nächstwichtige Friedensvertrag, der in St. Germain mit Oesterreich geschlossen wurde, ist noch nicht einmal von allen in Betracht kommenden Staaten unterzeichnet. Einer der am unmittelbarsten beteiligten Staaten, Jugoslawien, hat bisher seine Unterschrift verweigert, weil der Vertrag eine Bestimmung enthält, die die nationalen Minoritäten in den ehemals österreichisch-ungarischen Ländern unter besonderen, vom Völkerbund zu gewährleistenden Schutz stellt. Aber auch davon abgesehen ist der Vertrag ein Torso, weil er wichtige Bestimmungen über Ungarn enthält, dieser Staat aber mit der Entente noch nicht einmal in Friedensverhandlungen eingetreten ist. — Der Friede mit Bulgarien wurde zwar vor kurzem unterzeichnet, aber auch er muß noch den Leidensweg bis zur Ratifikation durchmachen und auch er dürfte darunter leiden, daß die Entente noch nicht einmal daran denkt oder vielmehr nicht imstande ist, mit der Türkei Frieden zu schließen.

Blicken wir ringsum in die Welt und fragen wir nach dem Resultat der „Friedensarbeit" dieses ganzen Jahres, so muß die Antwort lauten: es ist gleich Null. Der Krieg hat, abgesehen davon, daß er die Weltmachtstellung Deutschlands vernichtete, die großen außenpolitischen Weltprobleme und Gegensätze unverändert gelassen oder verschärft. Er hat einerseits die wirtschaftliche Macht und Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten begründet und gefestigt, andererseits Japan in Ostasien freie Hand gelassen und damit den Keim zu neuen gewaltigen imperialistischen Auseinandersetzungen zwischen Japan, Amerika und den europäischen Großmächten gelegt. Bleibt in Ostasien die Schantungfrage ein Zankapfel zwischen den Vereinigteu Staaten und Japan, so ist Westasien zum Zankapfel zwischen den europälschen Ententemächten geworden. England, Frankreich und Italien liegen sich wegen des Erbes der Türkei in den Haaren. Sie kämpfen mit allen Schlichen und Kniffen der Kolonialpolitik untereinander um den Einfluß in diesen Gebieten. Deshalb ist an einen Frieden mit der Türkei und an friedliche Verhältnisse in Westasien — seien es auch nur die kirchhoffriedlichen eines kolonialen Daseins — noch lange nicht zu denken.

Im Osten Europas wütet noch der Krieg mit allen seinen Schrecken. Die Ententemächte haben es zwar, von ihren eigenen Völkern gezwungen, aufgeben müssen, mit ihren eigenen Kräften Sowjetrußland zu bekämpfen. Aber sie tun alles, was in ihren Kräften steht, um Krieg und Anarchie in Osteuropa zu einem dauernden Zustand zu machen. Sie wissen es zu verhindern, daß die Randvölker mit der Räterepublik Frieden schließen, sie ermöglichen es durch Unterstützung mit Geld, Waffen und Ausrüstungsgegenständen, daß kleine Völker und Räuberbanden — als etwas anderes sind die Truppen eines Judenitsch, Koltschak und Denikin nicht anzusehen — sich im Kampfe gegen Sowjetrußland noch immer behaupten. Sie lassen das unglückliche Land nicht zur Ruhe kommen, offenbar in der Hoffnung, daß Rußland, wenn auch nicht durch Waffengewalt besiegt, so doch durch die Blockade, die fortwährenden Kriege und daraus folgende Unmöglichkeit, geordnete wirtschaftliche Zustände herzustellen, in kurzer Zeit zermürbt sein wird. Ebenso wie im Osten, erweist sich auch in Mitteleuropa die Entente vollständig unfähig, aufbauende Arbeit zu leisten. Selbst der Zerfall der österreichisch-ungarischeu Monarchie ist nicht so sehr auf ihr Konto zu setzen, als dem revolutionären Willen aller ihrer Völker. Aber der Neubau, den die Entente auf machtpolitischer Gruudlage plante, ist ihr nicht gelungen. Die Staatsgebilde, die sie auf dem Boden der Monarchie geschaffen hat, sind in ihrer heutigen Form lebensunfähig. — Das gilt vor allem von Deutschösterreich, dessen Lebensunfähigkeit sich heute schon in der furchtbaren, unüberwindlichen Not äußert, der dieses unglückliche Land zum Opfer gefallen ist. Ein Staat ohne Kohlen, ohne nennenswerte agrarische Produktion, ohne erhebliche Ausfuhrmöglichkeiten bei vollständig zerrütteter Valuta: Deutschösterreich ist einer der traurigsten Passivposten in der Bilanz, die die Geschichte von den Friedensschlüssen der Entente ziehen wird. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Ungarn, aber noch kompliziert durch die inner- und außenpolitische Lage, durch die Reaktion und die rumänische Invasion, die das Land ganz zugrunde gerichtet haben. Auch hier hat die Entente eine überaus klägliche Rolle gespielt. Vier Monate lang hat sie es trotz eifriger Bestrebungen nicht vermocht, dem Lande zu einer lebensfähigen Regierung zu verhelfen, vier Monate lang hat sie es nicht vermocht, die Rumänen, die das Land buchstäblich kahl fraßen, zum Abzug zu bewegen und selbst heute stehen die Rumänen noch mitten in dem Gebiet, das die Entente Ungarn zugedacht hat.

Aber selbst das Staatsgebilde, das die Entente am liebevollsten bedacht und behandelt hat, die Tschecho-Slowakei, hat mit den schwersten Gefahren und Problemen zu ringen, obwohl das Land außerordentlich fruchtbar und industriereich ist. Von außen und von innen her ist der Bestand des Staates für die Zukunft gefährdet. Nach außen steht der tschechoslowakische Staat in Feindschaft mit Polen, mit dem er einen Kampf um den Besitz des Techener Kohlenreviers auszufechten hat und das, Hand in Hand mit Ungarn, in der Slowakei intrigiert, um dieses Land zum Abfall von der Tschecho-Slowakei zu bringen. Die Slowakei ist aber auch wie Deutschböhmen ein schweres innerpolitisches Problem. Die Tschecho-Slowakei ist eben ein Nationalitätenstaat, in dem die Tschechen nicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen und den sie doch genau so, ja mit denselben Methoden regieren wollen, wie seinerzeit der selige Nationalitätenstaat Oesterreich regiert wurde. Darum kann sie auf die Dauer dem Schicksal Oesterreichs nicht entgehen. Uebrigens kämpft die Tschecho-Slowakei auch wirtschaftlich mit denselben Sorgen wie alle mitteleuropäischen Staaten, auch sie leidet unter einem erschreckenden Tiefstand der Währung, unter Kohlen-, Rohstoff- und Ausfuhrmangel. Am bezeichnendsten für den Schiffbruch der Ententepolitik ist aber die Entwicklung, die das Verhältnis der drei Donaustaaten — Oesterreich, Ungarn und Tschecho-Slowakei — zueinander zu nehmen beginnt. Die Entente hat diese drei Staaten mit Absicht in den tiefsten Gegensatz zueinander gebracht. Sie hat die großen deutschen Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien Deutsch-Oesterreich abgesprochen und der Tschecho-Slowakei zuerkannt, sie hat in Deutschwestungarn einen Zankapfel zwischen Oesterreich und Ungarn, in der Slowakei einen Zankapfel zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei geschaffen. Dennoch kann sie nicht verhindern, daß diese Länder zueinander graritieren und in absehbarer Zeit in ein innigeres wirtschaftliches und politisches Verhältnis treten werden, als es ihr lieb ist.

Ein weiterer Teil des alten Oesterreich-Ungarn und eines der schwersten Probleme, an dem die Ohnmacht der Entente, die Fragen, die der Krieg akut werden ließ, auf imperialistischem Wege zu lösen, am deutlichsten sichtbar wird, ist Fiume, der Angelpunkt des italienisch-südslawischen Gegensatzes. Welche Lösung auch die Frage der Staatszugehörigkeit Fiumes schließlich finden wird, der Gegensatz selbst ist nicht aus der Welt zu schaffen und birgt den Keim zu den schwersten Konflikten in sich. Es handelt sich nämlich dabei um die Beherrschung des adriatischen Meeres und solange Italien und Jugoslawien imperialistische Staaten bleiben werden — bei Italien wird das glücklicherweise immer fraglicher —, werden sich diese beiden Länder darüber nicht verständigen können. Denn für den Imperialismus beider Staaten ist die Beherrschung der Adria eine Lebensnotwendigkeit.

Und wie verfehlt und unvollständig ist erst die „Lösung" der nordslawischen Probleme. Auch hier ist der Staat, den die Entente am liebevollsten bedacht hat, Polen, das unmöglichste Gebilde, sein Bestand im gegenwärtigen Umfange die Quelle unaufhörlicher Konflikte und Kriege. Polen hat es zustande gebracht oder steht im Begriffe, deutsches, tschechisches, ukrainisches, litauisches und weißrussisches Gebiet zu annektieren. Mit allen seinen Nachbarstaaten steht es darum im offenen Kampfe oder in erbittertem Gegensatz, während es im Innern unter den größten Klassengegensätzen zu leiden hat.

Blicken wir schließlich auf Deutschland und die Politik, die die noch immer herrschenden kapitalistischen und alldeutschjunkerlichen Kreise treiben, nämlich von den äußeren und inneren Schwierigkeiten, mit denen die Entente ununterbrochen und in immer steigendem Maße zu kämpfen hat, Vorteil zu ziehen und das Zustandekommen des Friedens in Frage zu stellen, so müssen wir zum Ergebnis kommen: Wie die kapitalistischen Staaten infolge der ihnen zu tiefst innewohnenden Tendenzen unfähig waren, den Weltkrig zu verhindern (wenn selbst zugegeben werden soll, daß einzelne von ihnen oder zumindest von ihren verantwortlichen Leitern diese Absicht gehabt hatten), so sind sie dank demselben, sie noch immer notwendigerweise beherrschenden Imperialismus nicht imstande, dem Krieg auch nur formell ein Ende zu setzen. Es bestätigt sich immer mehr, wie recht die Bolschewiki mit ihrer Losung gehabt haben, mit der sie gegen die bürgerliche Regierung zu Felde gezogen sind: Brot, Friede, Freiheit — nur die soziale Revolution, nur der Sozialismus kann der Welt diese drei Güter bringen, die die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Welt und den Neuaufbau einer besseren sind.

Gewerkschaftszersplitterer in Elbing

Die Elbinger kommunistische Bewegung kann wohl nicht für sich in Anspruch nehmen, daß sie von erprobten Führern geleitet wird. Was diesen an Kenntnissen abgeht, wollen sie dadurch ersetzen, daß sie sich um so radikaler geberden. Selbst die kommunistische Zentrale Berlin wird von ihnen als nicht mehr zeitgemäß angesehen und sie liebäugeln mit dem Syndikalismus, den die Hamburger Richtung der Kommunisten ver-

tritt. Klara Zetkin, Fröhlich, Levi und andere hervorragende Geister der kommunistischen Zentrale sind für einen Kroschewski mit einer Handbewegung abgetan. Was ist auch eine Klara Zetkin gegen Kroschewski! Also die Führung der Elbinger Kommunisten fühlt sich berufen, das, was von ihrer Zentrale verworfen wird, hier einzuführen: den Syndikalismus. Sie hatte zu gestern abend nach Passenheims Festsälen eine Versammlung einberufen. Der Referent „Müller"-Bremen, war aber nicht erschienen und so begnügten sich die Einberufer ein Flugblatt zu verteilen „Die Wahrheit über die Vorkommnisse der Vulkan-Werft, Hamburg." Was darin geschrieben ist, entspricht der Wahrheit in keiner Weise, sondern ist lediglich Stimmungsmache. In Wirklichkeit haben sich die Dinge in anderer Weise abgespielt. Der Berichterstatter des Arbeiterrats der Hamburger Vulkan-Werft, unser Genosse Sengespeik, machte hierzu folgende sehr beachtenswerte Ausführungen:

„Den Kampf der Kollegen als Parteigenossen gegenseitig in einer unvernünftigen Art und Weise auszutragen, hat auf der Vulkanwerft Zustände entstehen lassen, die zur Lahmlegung des Betriebes führten. Er wäre nicht eingetreten, wenn alle dort vertretenen Richtungen, wie U. S. P., S. P. D., K. P. D. und Syndikalistische Förderation, ihre Zusammengehörigkeit als Kollegen bewahrt hätten. Der größte Teil der dort beschäftigten Kollegen sind Mitglieder der U. S. P. und S. P. D. und gewerkschaftlich in den freien Verbänden organisiert. Zwischen den anderen beiden Richtungen soll eine Verbindung bestehen. Man kann aber beim besten Willen innerhalb dieser beiden Gruppen eine einigermaßen einheitliche Auffassung nicht erkennen. Es wird von diesen Richtungen das Konfuseste und Unmöglichste propagiert. Der eine spricht davon, man müsse die Vulkanwerft vom Erdboden verschwinden lassen. Ein anderer Wortführer erklärt in einer Betriebsversammlung: „Wir wursteln so weiter, und wenn wir rausfliegen, dann sind wir eben draußen." Er soll jetzt wieder einen anderen Standpunkt einnehmen, indem er sich in eine Kommission für die Wiederaufnahme der Arbeit hat wählen lassen. Ich persönlich bin, soweit es die Hamburger Richtung der Kommunisten angeht, der Meinung, daß jeder von ihnen wiederum eine andere Richtung vertritt. Jeder einzelne Kollege im Betriebe ist für sie Masse, und wenn es auch nur drei Kollegen sind, so muß ihrer Auffassung vom Betriebsrat Rechnung getragen werden. Von sozialistischen Gedanken ist oft keine Spur."

Mit schmerzlichem Bedauern geben wir die vom Genossen Sengespeik ausgesprochenen bitteren Wahrheiten wieder in der Hoffnung, daß die Arbeiterschaft aus ihnen die nötigen Konsequenzen zieht. Sie liefert sich selbst der Willkür der Unternehmer aus, indem sie die Bewegung auf so heillose Art zersplittert und ihre Aktionskraft aufhebt.

Die kommunistische Zentrale hat dieses längst eingesehen, war aber gegen die Massen der örtlichen Führer machtlos, denn diese folgten zumeist den verworrenen syndikalistischen Losungen.

In dieser Not haben sich die Mitglieder der Zentrale an Moskau um Hilfe gewandt und Lenin selbst eilte ihnen zu Hilfe. In einem vielspaltigen Aufruf entscheidet Lenin über alle Fragen der deutschen proletarischen Taktik. Zuerst kommt die gewohnte Schimpfkanonade auf die Unabhängige Sozialdemokratie und die große Reklamepauke für die „einzig wahren Revolutionäre", die Kommunisten.

Lenin legt dann dar, daß die Bolschewiki wiederholt ihre parlamentarische Taktik geändert haben, sich aber stets an den Gewerkschaften beteiligt haben und sagt dann weiter:

Wenn man sich hineindenkt in diese komplizierte, schwierige, langwierige, an mannigfaltigen Formen und an raschen Aenderungen und an krassen Uebergängen von einer Form zur anderen, so überaus reichen Geschichte des Kampfes des Proletariats um die Macht, so wird der Fehler derer klar, die die Beteiligung am bürgerlichen Parlament, an den reaktionären Gewerkschaften oder Scheidemann'schen Arbeiterkomitees oder Betriebsräten usw. verbieten wollen. Dieser Fehler ist hervorgerufen durch die revolutionäre Unerfahrenheit aufrichtiger, überzeugter, heldenmütiger Revolutionäre aus der Arbeiterklasse.

Der Kampf gegen die Verräter des Sozialismus, die Scheidemänner und Kautskyaner, muß ein rücksichtsloser sein, aber er muß nicht auf dem Boden: Beteiligung am bürgerlichen Parlament, an den revolutionären Gewerkschaften usw. oder Boykott dieser Organe — gekämpft werden. Das wäre ein unbedingter Fehler. Ein noch größerer wäre die Abweichung von den Ideen des Marxismus und von seiner praktischen Linie (eine feste, zentralisierte Partei) zu gunsten der Ideen und der Praxis des Syndikalismus. Man muß danach streben, daß die Partei am bürgerlichen Parlament, an den reaktionären Gewerkschaften, an den von den Scheidemännern verunstalteten und kastrierten Betriebsräten teilnimmt, sie muß überall sein, wo es Arbeiter gibt, wo man zu Arbeitern sprechen, wo man die Arbeiterklasse beeinflussen kann.

Soweit, so gut und vielleicht werden die antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Konfusionsräte Lenin jetzt das glauben, was wir ihnen längst gesagt haben. Und wenn es der Kommunistischen Zentrale gelingt, die Wirrköpfe in den Reihen der Kommunistischen Partei von Dummheiten abzuhalten und sie vor Schaden zu bewahren, wird das sicher recht nützlich sein.

In Berlin und in einer Reihe von anderen Städten haben die Syndikalisten keinen Boden gefunden. Es war aber zu erwarten, daß sie eine Stadt mit starker Arbeiterbewegung wie Elbing nicht verschonen würden, zumal ihre Bewegung von im Klassenkampf nur wenig geschulten Leuten getragen wird und sie solche auch in unserm Osten vorzufinden glaubten. Gerade jetzt, wo in Elbing Lohnkämpfe zu erwarten sind, wollen sie das Verbrechen an der Arbeiterschaft begehen und die nach jahrelangem, opfervollem Mühen hier auf breiter Grundlage aufgebaute Kampffront der Gewerkschaften zertrümmern. Arbeiter, seid durch das Beispiel in Bremen und Hamburg gewarnt und seht euch die genau an, die euch das „Heil" konkurrenzlos billig anpreisen! Die Elbinger Kapitalisten reiben sich schon erfreut die Hände.

A. Grunwald.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Kehlabschneider

Unter der Ueberschrift: Die Ghurkas von Berlin schreibt die Freiheit noch zum Marloh-Prozeß:

Die in der Presse wiedergegebenen Berichte über den Marloh-Prozeß konnten aus technischen Gründen kein vollkommenes Bild von der Verhandlung geben. Viele wichtige Einzelheiten sind auf diese Weise verlorengegangen. Wir geben hiermit als Nachtrag eine kleine Dialogstelle nach dem Stenogramm wieder, welche beweist, daß die militärischen Machthaber während der Märzkämpfe Methoden angewendet haben, so grausamer Art, wie sie nur unter barbarischen Völkerstämmen üblich sind. Der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Weltz, befragte Marloh über die Grundlagen der Instruktion, die er am Tage vor dem 11. März den ihm unterstellten Mannschaften gegeben habe.

Marloh: Zu der Instruktion bin ich gekommen durch den Schießerlaß Noskes, den Befehl der Garde-Schützen-Division und den amtlichen Erlaß über die Matrosen-Division, der in der Presse wiedergegeben war.

Vorsitzender: Die Leute, die mit Waffen kamen oder sich widersetzt hatten, hätten Sie nach Ihrer Auffassung laut Noske-Erlaß auf der Stelle kriegsrechtlich behandeln können?

Marloh: Ich wollte die Leute nicht erschießen lassen.

Rechtsanwalt Grünspach: Nach dem Noske-Erlaß, der ja auch den gemeinen Soldaten zum Richter über Leben und Tod machte, hätte der Angeklagte diese Leute ohne weiteres erschießen lassen dürfen. Ich bitte dem Angeklagten die Frage vorzulegen, warum er das nicht getan hat.

Marloh: Ich habe das nicht getan, weil das allgemeine Befehle von Noske waren, die mich nicht verpflichteten. Ich wollte die Leute nach Moabit bringen und meinem Vorgesetzten Oberst Reinhard vorführen und ihn entscheiden lassen.

Vorsitzender: Haben Sie diese Leute zu Anfang deswegen nicht erschießen lassen, **weil Sie befürchten mußten, daß die späteren Ankömmlinge durch das Knallen der Schüsse abgeschreckt worden und nicht in die Falle gegangen wären?**

Marloh: Das war kein Grund für mich. Wenn ich die Leute hätte töten wollen, **so hätte ich sie ganz geräuschlos durch Abschneiden der Kehle (!) erledigen lassen können.**

Vorsitzender: Ein solches Vorgehen war doch bisher **dienstlich nicht üblich.**

Marloh (bestimmt): **Ein solches Vorgehen ist dienstlich angewendet worden.**

Verteidiger Rechtsanwalt Grünspach: Wir glauben nicht, **daß das Gericht Wert darauf legt, diese Vorgänge zu erörtern.** Sollten die Angaben des Oberleutnants Marloh **bezweifelt** werden, so könnte die Verteidigung in die Lage kommen, **Beweise für die Richtigkeit dieser Angaben anzutreten.**

Die Vorgänge, auf die Oberleutnant Marloh und Rechtsanwalt Grünspach hier Bezug genommen haben, sind so furchtbar, daß die öffentliche Meinung an ihnen nicht vorübergehen kann. Es muß die strengste Untersuchung mit allem Nachdruck gefordert werden.

Genosse Rosenfeld in der Landesversammlung

Nach der scharfen Attacke des Deutschnationalen Hergt und nach Südekums Erwiderung kam unser Redner, Genosse Rosenfeld, zu Wort. Folgende Stellen heben wir aus seiner Rede hervor:

Wir lehnen den Etat ab. Einer Regierung der politischen Unterdrückung und des Belagerungszustandes, der jetzt auch nur nach Ueberwindung des heftigsten Widerstandes dieser Regierung aufgehoben worden ist, können wir keine Mittel bewilligen. Wir werfen ihr auch vor, nicht energisch genug die Reaktion bekämpft, sondern sie gestärkt, sie großgezogen zu haben. Aber wenn es einmal den Kampf um den Bestand der Republik gilt, werden wir uns selbstverständlich mit allen Kräften gegen die Reaktion wenden.

Die Einheitsfront der Arbeiterschaft soll zur Verwirklichung des Sozialismus dienen, sie soll der Klassenherrschaft ein Ende bereiten. (Sehr wahr bei den U. S.) Die Erklärung zum allgemeinen Wahlrecht von den bisherigen schärfsten Gegnern dieses Wahlrechts nimmt sich sehr sonderbar aus. (Abg. Hoffmann: Gilt auch bloß, bis die Monarchie wieder da ist!) Es sind in der Tat Bestrebungen im Gange, ein neues Herrenhaus vorzubereiten. Gegen solche Versuche werden wir uns mit aller Schärfe wenden. Der Satz: die Regierung ist nicht nur für die eigenen Taten, sondern auch für das, was daraus folgt, verantwortlich, wollen wir uns recht genau merken. Damit hat Herr Hergt der Regierung, der er angehört hat, das schärfste Urteil gesprochen. Wir nehmen auch gerne Notiz von dem Eingeständnis, daß sich die Deutschnationalen hinter die Regierung stellen wollen, wenn es den Kampf gegen links gilt. Die Regierung wird ja auch im Interesse der besitzenden Klassen geführt.

Wie die Koalition sich den Parlamentarismus vorstellt, hat Minister Heine kürzlich verraten. Er will die Verfassungsvorlage nicht früher einbringen, bis eine Verständigung unter den Mehrheitsparteien herbeigeführt ist. Erst soll hinter den Kulissen der Kuhhandel abgeschlossen werden. Das bedeutet für die Rechtssozialisten die Preisgabe des letzten Scheins von Sozialismus, wenn sie derartige Techtelmechtelei mitmachen und mit den Rechten des Volkes Schindluder treiben.

Dem Einheitsstaat stehen wir sympathisch gegenüber. Die Kleinstaaterei hätte am 9. November 1918 zu Ende sein müssen.

Wir bedauern, daß bisher von keinem Redner ein Wort des Mitleids für die zweiunddreißig Opfer des Noskeschen Gewaltregiments ausgesprochen worden ist, kein Wort des Abscheues für die Tat, kein Wort der Empörung über das Urteil. Das Urteil zwingt zu Vergleichen mit den Urteilen gegen Revolutionäre.

Im Marlohprozeß sind scheußliche Bestialitäten festgestellt worden. Marloh hat bestimmt versichert, es seien wiederholt

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

50]

Nein. Es war geschehen. Die Schlinge saß fest um seinen Hals. Er mußte, er mußte dies Aktenstück verschwinden machen, genau wie Herta es ihm vorgeschrieben.

Ohnmächtige, hilflose Wut packte ihn. Wie ein Wild kam er sich vor, das in eine heimtückische Fußangel geraten war und an deren scharfen Stahlzähnen sich verzweifelt blutig riß. Nein — kein Entkommen mehr — kein Entkommen mehr möglich — — —. Er mußte tun, wozu sie ihn trieb. Der eiserne Zwang stand hinter ihm. Und dabei keine Menschenseele, mit der man sich beraten, sich aussprechen konnte. Keinen Freund besaß er auf der Welt. Er war also wohl keinen wert — und nichts weniger als zu schade, hier hilflos unterzugehen.

Mit heißem Kopf rannte der Mann zu dieser frühen Morgenstunde, fiebrig und ruhelos, in seinem Arbeitszimmer umher. Schlaf- und Ratlosigkeit hatten ihn aus dem Bett getrieben.

Er begab sich an die Aktenarbeit, die er in den letzten Tagen vernachlässigt und sich hatte ansammeln lassen.

Seit Wochen verspürte er Widerwillen gegen seine Arbeit. Sie, die ihn ehedem ganz und gar ausgefüllt, die ihm das Beste vom Leben gewesen, sie war ihm zum Zwang, zur Pein, zur Qual geworden. Schon beim Aktenstudium überkam ihn der Ekel.

Er war es müde geworden, in menschlichen Verfehlungen wie in einem Haufen Unrats herumzuwühlen, ein Empfinden, das sich bei den Terminen und Verhandlungen zur puren Marter steigerte. Er suchte und fand auch den Ton nicht mehr, den er bisher in Posaunenstärke zur Verfügung gehabt — den erzernen Ton der anklagenden Entrüstung. Richter und Anwälte fanden, daß Jordan urplötzlich sehr milde und nachsichtig geworden war. Kein Wunder, denn er selbst fühlte sich nun „der Sünde bloß", und bei jeder Anklagerede, bei jeglichem Abmessen eines Strafmaßes rief und raunte es in ihm: „Und du? Und du? . . ."

Dann wieder geschah es, daß er, wie um die innere Unsicherheit zu übertäuben, mit unerhörtem Wüten gegen die Angeklagten vorging und drakonische Strafmaße gegen sie beantragte, die er mit Berserkerwut gegen das Richterkollegium verteidigte. In Richterkreisen fing man bereits an, von einer Psychose zu reden, einer seelischen Krise, in die Jordan geraten war. Alles das merkte er wohl, und begann sein Amt zu hassen.

Jetzt schob er die Akten gequält von sich. Sein Blick fiel auf Rosalindens Bild, das vor ihm auf dem Schreibtische stand und ihn vorwurfsvoll ansah. Sollte man's glauben, daß er in der letzten Stunden die Frau sowohl wie ihre rasche Flucht einfach vergessen hatte? Vergessen über dem Drange all seiner anderen Sorgen? Nun war sie bald vierundzwanzig Stunden von Hause fort, und noch kein Lebenszeichen war von ihr zu ihm gelangt. Was würde aus dieser Sache werden? Wie, wann, mit welchen Mitteln würde seine Ehe sich wieder einrenken lassen? Es war im Grunde so wenig geschehen, sie zu zerschlagen. Der Riß war viel eher Stimmungen und Verstimmungen zuzuschreiben (von Rosalindens Seite gesehen) als Taten, Vorgängen, Geschehnissen. Und dennoch hatte Jordan das Gefühl, daß auch hierbei etwas Nichtwiederzukittendes in Scherben gegangen war.

Wohin er blickte — Verwicklungen, Konflikte, Zerstörungen und Katastrophen. Ein allgemeiner Einsturz war in sein Leben gekommen. Der ganze Boden, auf dem man stand, war schütter und unterminiert. Ein Zerstörungsbazillus steckte in seinem ganzen Hause und fraß alles morsch, Gebälke, Träger und Dielen. Ihm war, als rissen Stromschnellen ihn widerstandslos in ihren Strudel, als wirbelte ihn eine höhere Gewalt in schwarze Tiefe hinab, aus der es kein Hochkommen gab. Wenn er alles so wieder und wieder durchdachte und stets von neuem gegen dicke Eisengitter rannte und keinen Ausweg sah, dann griff der Gedanke an seine Browningpistole tief in sein Hirn, und der Wunsch nach Erlösung aus diesem Kampf wurde stark in ihm.

Draußen klingelte es. Die erste Post kam. Der Diener brachte einen Brief.

Aha — aus B . . . — endlich.

Aber die Aufschrift des Umschlages wies nicht Rosalindens Züge, sondern die eines Kanzlisten. Auf der Rückseite das Siegel der Fürstbischöflichen Kanzlei.

Oho, dachte Jordan, brüderliche Einmischung! Das sah ja sehr kriegerisch aus. Er erbrach das Schreiben und durchflog es.

Der Fürstbischof forderte Jordan auf, morgen — Sonnabend — auf einen Tag nach B . . . zu kommen.

Knapp und bündig, ohne weiteren Umschweif, eine Vorladung.

Es sollte also wohl so etwas wie ein ehelicher Sühneversuch vor dem Kirchenfürsten stattfinden, dem naturgemäß Unstimmigkeiten in der Ehe seiner Schwester peinlich waren.

In den Tagen seines Autoritätsglaubens hatte Jordan immer sehr verehrungsvoll zu diesem Schwager aufgeblickt. Heute sah er in ihm nur einen sehr schlauen Diplomaten und gewiegten Kleriker, der alle seine Chancen im Leben wohl erwogen und ausgenutzt hatte, das Höchste in seinem Fache zu erreichen. Heute war der Mann in der Mitte der Sechzig, und dächte sicher auch noch an die Erlangung der päpstlichen Tiara, bliebe diese nicht den italienischen Amtsbrüdern vorbehalten. Der Fürstbischof, gewohnt zu befehlen, lud Jordan für übermorgen vor.

Der kleine Berliner Staatsanwalt würde — müßte ja doch kommen — wenn das große Kirchenlicht winkte.

Er sollte sich wundern, der Herr Fürstbischof! Von Matthias Jordan bekam er auf dieses überhebliche Schreiben noch nicht einmal eine Antwort. Und seine Frau Schwester Rosalinde die konnte er in Gnaden in B . . . behalten. Sie wurde hier nicht vermißt und hatte es reichlich verdient, für ihre rücksichtslose Flucht jetzt den peinlichen Skandal einer Ehekrise in Berlin und B . . . erdulden zu müssen. Dieses aristokratische Pack, dieses gräfliche Gelichter, sollte in seinem Hochmut tüchtig geduckt werden.

Nach B . . — er — haha — jetzt?

Er hatte hier in Berlin reichlich zu tun, war hier ganz und gar unabkömmlich. Hatte Aktenstücke verschwinden zu machen, um den Zuhälter seiner Geliebten vor Anklage zu bewahren. Dann hatte er vor, mit dieser jungen Dame sich auf eine Weltreise zu begeben, auf die sie mitkam zum Dank dafür, daß Jordan ihr seine amtliche Ehre geopfert.

Kam sie nicht mit, die junge Dame, glaubte sie ihn so plump täuschen zu können, daß sie ihn nach alledem doch noch sitzen ließ, so würde er sie strafen — vermutlich mit einer Revolverkugel.

Ja. Solche Dinge bereiteten sich hier vor, hier in seiner Umwelt.

Was? — Fürstbischöfliche Eminenz — das waren doch noch interessante Sachen?!

Die Sippe in B . . ., adelsstolz wie sie war, peitschte Jordans Opposition wie mit Ruten an, so daß er sich, wie ein eigensinniges Kind, gerade jetzt so recht dazu aufgelegt fühlte, die dienstliche Missetat auszuführen, als schiede er sich mit ihr wie mit einem Schlage von der ganzen gräflichen Verwandtschaft.

Er sah auf die Uhr. Gleich acht. Das ist „die wahre Spukezeit der Nacht", um in den Dienstkanzleien, in denen um diese Stunde die Aufwarteweiber scheuerten, Dinge zu tun, die das amtliche Licht zu scheuen hatten. Denn — also — vorwärts.

(Fortsetzung folgt.)

Revolutionäre durch Abschneiden der Kehlen „erledigt" worden. (Entrüstetes Pfui.) Schuld an diesen abscheulichen Dingen ist der Reichswehrminister Noske und schuld sind die Rechtssozialisten, die zu verantworten haben, was ihre Vertrauensleute an Verbrechen aufhäufen.

Festgehalten zu werden verdient auch, wie der Rechtssozialist Noske mit der Immunität der unabhängigen Abgeordneten umspringt. Als ich damals auf die Verhaftslisten hinwies, die gegen uns bestünden, wurde deren Bestehen abgestritten. Jetzt ist die Wahrheit meiner Behauptung gerichtsnotarisch erwiesen. Wir sagen: eine Regierung, unter der solche Dinge möglich sind, muß verschwinden. (Lebh. Beifall b. d. Unabhängigen.)

Ein bescheidenes Ergebnis

Amtlich wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der Zeichnung auf die Sparprämienanleihe rund 3,8 Milliarden Mark beträgt. Es werden noch die Meldungen aus dem Auslande erwartet, sie können jedoch an dem Ergebnis nicht viel mehr ändern.

Die Sparprämienanleihe sollte 5 Milliarden bringen, sie ist also um ein Viertel hinter dem erwarteten Ergebnis zurückgeblieben. Der amtliche Bericht hebt hervor, daß sich eine Anzahl kleiner Zeichner auf ein und zwei Stück beteiligten. Nur 21 Prozent der Gesamtzeichnungen gehen über diese Stückzahl hinaus. Das Zeichnungsergebnis bedeutet, daß die deutschen Kapitalisten für das Reich nichts mehr übrig haben. Zu derselben Zeit, in der die Sparprämienanleihe zur Zeichnung aufgelegt war, haben die Aktiengesellschaften ihr Kapital um Riesensummen erhöht. Die Betriebsgelder mußten verstärkt werden, da die außerordentlich gestiegenen Preise für alle Rohstoffe und die vermehrten Produktionskosten erhebliche Anforderungen an das Kapital stellen. Sie können spielend beseitigt werden. Zur Zeit steht flüssiges Geld genug zur Verfügung, diese Kapitalerübrigungen gehen in die Milliarden, ihr Gesamtbetrag übersteigt jetzt schon wesentlich das Ergebnis der Sparprämienanleihe. Aber das Kapital sorgt nur für den eigenen Profit. Der Patriotismus der besitzenden Klassen hat für das Vaterland nichts mehr übrig, er hört dort auf, wo die Interessen des eigenen Portemonnaies gefährdet erscheinen. Den Arbeitern wird gepredigt, daß sie ihr letztes hingeben müßten, um Deutschland vor dem Zusammenbruch zu retten. Die kapitalistischen Kreise, von deren Lippen diese Predigten fließen, denken gar nicht daran, den Bankerott des Reiches aufzuhalten.

Die „Demokraten"

Im Zoologischen Garten in Leipzig findet in diesen Tagen ein Parteitag der Deutsch-Demokraten statt, der hauptsächlich die Aufgabe hat, der Partei ein Programm zu geben. In seinem einleitenden Referat über die politische Lage führte der Reichsminister Koch aus:

> Mag uns der eine oder andere Wähler vorübergehend verloren gehen, es kann nicht das Ziel einer Partei sein, um jeden Preis alle ihre Wähler festzuhalten. sondern sie muß ihre ganze Kraft, ihren ganzen Willen einsetzen, um dem Ganzen zu dienen. Der Pendel mag jetzt stark nach rechts und links ausschlagen, er wird auch wieder langsamer schwingen und da Halt machen, wo wir eine klare, feste Position eingenommen haben.

Die Demokraten betrachten sich also als die Partei der Mitte, die die Gegensätze zwischen rechts und links versöhnen will, und in diesem Sinne ist auch der Programmentwurf gehalten, der dem Kongreß vorliegt: man steht nicht rechts und man steht nicht links und will möglichst alle Schichten und Klassen des deutschen Volkes unter dem demokratischen Banner vereinigen. An diesem Versuch ist schon der alte deutsche Liberalismus gescheitert, und wir fürchten, daß es seiner Nachfolgerin nicht besser gehen wird, obwohl fürs erste ihre Stellung insofern günstig ist, als sie eine Sozialdemokratie neben sich hat, die sich höchstens durch ihr Programm, nicht aber durch ihre Praxis von der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie unterscheidet.

Aus der Rede des Herrn Koch verdient noch die Stelle Erwähnung, an der er sich mit dem Untersuchungsausschuß beschäftigt. Er wandte sich gegen die deutschnationale Behauptung, daß Herr Cohn zum Richter über Hindenburg gemacht worden sei. Es handele sich nicht um ein Gerichtsverfahren, sondern um einen Versuch, durch Rede und Gegenrede die Wahrheit festzustellen. Wenn man zu wählen hätte zwischen Cohn und Hindenburg, würde sich die ganze Partei hinter Hindenburg stellen. Hoffentlich werde sich der Untersuchungsausschuß auch mit der Frage befassen, in welcher Weise Herr Cohn am Zusammenbruch des Heeres mitgewirkt habe.

Hier haben wir den Demokraten, wie er im Buche steht. Sein Herz drängt ihn zu einer Huldigung für Hindenburg, und um seinen Patriotismus noch stärker hervorzuheben, richtet er durchaus im Geiste der Helfferich und Konsorten einen Angriff gegen den Unabhängigen Oskar Cohn. Er greift die verlogenen Behauptungen der Deutschnationalen erneut auf, trotzdem er wissen muß, wie Cohn sie und ihre Verbreiter in der Nationalversammlung sowohl wie im Untersuchungsausschuß charakterisiert hat. Was tuts? Man muß doch immer wieder beweisen, daß unter der Koalition mit der Sozialdemokratie die gute nationale Gesinnung nicht gelitten hat.

Wieder ein Rückzug

Wie vorauszusehen war, hat die deutsche Regierung wieder einmal den Rückzug angetreten. Die neue Note, die am Montag in Paris überreicht wurde, ist in entgegenkommendem Tone gehalten. Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die Kriegsgefangenen sofort nach Austausch der Ratifikationsurkunden heimgeschafft werden sollen und erklärt sich bereit, den den Alliierten durch Versenkung der Schiffe entstandenen Schaden wieder gut zu machen, betont nebenbei, daß die Wiedergutmachung allerdings nicht durch die Ablieferung der Docks usw. geschehen könne, weil hierdurch das Wirtschaftsleben Deutschlands gelähmt würde. Die Sachverständigen-Kommission wird eingehende Vorschläge über die Art der Wiedergutmachung machen. Zum Schluß wird erwartet, daß nunmehr die Scapa-Flow-Gefangenen ausgeliefert und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages ermöglicht wird.

Wieder einmal ist kostbare Zeit nutzlos vergeudet worden. Das „Unannehmbar" der Regierung hat sich schnell in einen versöhnlichen Ton gewandelt. Bedauerlich ist nur, daß die Kriegsgefangenen unter dieser Verschleppungspolitik am meisten zu leiden haben.

Belgien

Klassenkämpfe im roten Belgien

Aus unserem holländischen Parteiorgan Het Volk erfahren wir, daß die belgischen Genossen Jamer, Longville und Luys verhaftet und ins Gefängnis überführt worden sind; andere Verhaftungen ständen bevor. Gegen Jamer schwebt ein Prozeß. Er ist des „Defaitismus" (defaite, französisch, sprich: defäht = Niederlage; Defaitismus Herbeiführung der Niederlage. Redaktion der Volksstimme) angeklagt, den sein Blatt Der belgische Sozialist gefördert habe. Gegen die beiden anderen Genossen scheinen ähnliche Anklagen erhoben worden zu sein. — Der belgische Sozialist, der während des Krieges gegründet wurde und in Holland für die dorthin geflüchteten belgischen Arbeiter erschien, hat alles andere eher getrieben als Defaitismus. Er war eins der wenigen sozialistischen Blätter, die auch während des Krieges nicht vergaßen, daß der Sozialismus international sein muß und daß es Pflicht jedes Sozialisten ist, neben den Sünden der anderen Regierungen auch die der eigenen aufzudecken. Der belgische Sozialist ist zudem nicht vom Standpunkt des Klassenkampfes abgewichen, und das wird wohl die Hauptursache der gegen seinen Leiter inszenierten Hetze sein.

Longville ist Gemeinderatsmitglied und Vorstandsmitglied im Verband der Gewerkschaften. Luys Schatzmeister des Verbandes und Administrator der sozialistischen Volkszeitung. Es hat den Anschein, als ob in ihnen nicht die Personen, sondern die Vertreter der Arbeiterklasse getroffen werden sollten, als ob man Rache nehmen wollte für den großen sozialistischen Wahlsieg. — Die Aufregung unter der Arbeiterschaft von Antwerpen ist natürlich groß. Am Sonntag vor acht Tagen, dem Tage der Festnahme, sollte eine Versammlung der Metallarbeiter und Transportarbeiter stattfinden, die vergeblich auf die Vorstandsmitglieder warteten. Als der Grund bekannt wurde, brach ein Sturm der Entrüstung los. Die Arbeiter konnten nur mit Mühe von Straßenmanifestationen zurückgehalten werden.

In und um Elbing

Ein Schlag ins Gesicht der Elbinger Arbeiter

Die gestrige Nummer der Elbinger Zeitung bringt folgende Lokalnotiz:

> Zur Verlegung der Zentralleitung der Schichauwerke von Elbing nach Danzig wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt:
>
> Die von der Elbinger Zeitung gebrachte Nachricht über die Verlegung der Zentralleitung der Schichauwerke ist insofern unrichtig, als die Vermutung ausgesprochen wird, die Verlegung wäre als Folge der „Neugestaltung der politischen Verhältnisse" zu betrachten. **Die Verlegung ist erfolgt, weil die städtische Verwaltung aus politischen Gründen sich außerstande sah, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Betrieben erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die wiederholten Bedrohungen der leitenden Persönlichkeiten des Werkes seitens der jugendlichen Arbeiterschaft haben eine Verlegung der Zentralleitung notwendig gemacht.**

Es ist anzunehmen, daß sich der Magistrat, der völlig pflichtgemäß gehandelt hat, wenn er das Verlangen der Firma nach stärkerem militärischen Schutz ablehnte, sich zu dieser Sache äußern wird. Für die Elbinger Arbeiterschaft weisen wir diese arrogante Herausforderung mit allem Nachdruck zurück. In Elbing hat eine geradezu bewundernswerte Ruhe und Sicherheit geherrscht. Man braucht garnicht bis nach Oberschlesien oder Westfalen gehen, um die Disziplin der Elbinger Arbeiterschaft an den dortigen Beispielen zu zeigen. Durchweg hat die Elbinger Arbeiterschaft ihren Standpunkt in sachlicher Weise vertreten. Wenn Ausschreitungen jugendlicher Arbeiter wirklich vorgekommen sind, so sind das Einzelfälle, die sich in Danzig ebenso gut ereignen werden. Die Firma Schichau stellt eine Behauptung auf, ohne sie zu belegen. Die Herren von der Schichauschen Fabrikleitung scheinen nach einem ganz eigenartigen Ehrenkodex zu handeln, wenn sie der Elbinger Arbeiterschaft in so anmaßender Weise gegenüber treten.

Von dem Betriebsrat der Schichauwerke geht uns folgende Erklärung zu:

Elbing, d. 19. 12. 1919.

Zur Verlegung der Zentralleitung der Schichauwerke von Elbing nach Danzig schreibt man in einer Notiz der Elbinger Zeitung v. 18. 12., daß sie deswegen geschehen ist, weil die leitenden Beamten von jugendlichen Arbeitern bedroht werden. Wir bemerken dazu folgendes: Von einer Bedrohung leitender Beamten kann gar keine Rede sein. Am Montag, den 8. d. Mts., veranstaltete ein Teil der Arbeiter — keine jugendlichen — eine Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude. Diese Arbeiter wollten selbst durch eine Kommission mit Herrn Carlson sprechen, weil sie annahmen, daß es nicht nötig sei, die Verhandlungen in Königsberg zu führen. Wenn Herr Carlson etwas geben will, so könne das auch in Elbing geschehen. Wir haben den Kollegen erkärt, daß Herr Carlson garnicht anwesend sei; sie möchten an ihre Arbeit gehen, an dem Termin der Verhandlungen sei doch nichts mehr zu ändern, weil die Zeit zu kurz wäre. Die Kollegen gaben sich damit zufrieden und gingen wieder an ihre Arbeit. Der ganze Vorgang dauerte zirka 20 Minuten. Den Nachweis zu führen, daß Beamte bedroht worden sind, wird man uns wohl schuldig bleiben.

Der Betriebs-Arbeiterrat
Schichau-Stadtwerk.

Soweit die Schichauarbeiter. Jetzt hat die Firma das Wort. Ihr Schweigen wäre gleichbedeutend mit einem Schuldbekenntnis.

Begrüßungsfeier

Donnerstag abend fand in den Räumen des Gewerbehauses eine Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen statt, zu der 220 zurückgekehrte Kriegsgefangene erschienen waren. Nachdem die Feier durch einige Konzertstücke der Kapelle des Stadttheaters eingeleitet worden war, ergriff der Oberbürgermeister Dr. Merten das Wort zur Begrüßungsansprache. Es wechselten dann Musik- und Gesangsvorträge in bunter Reihenfolge ab. Den gesanglichen Teil bestritt die Elbinger Liedertafel, sowie Frl. Pittamitz. Ein Abendessen in Form von Königsberger Rinderfleck, das von den Damen des Roten Kreuzes gestiftet und dargereicht wurde, wirkte auf den körperlichen Menschen der ehemaligen Gefangenen ein. Auch durch das Spenden von Rauchwaren und Bier wurden die Gemüter gehoben.

Die lebenden Bilder und der Reigen, von den Damen des Postbeamtinnenvereins vorgeführt, fanden stürmischen Beifall. Herr Ackermann trug sodann verschiedene Couplets vor, die ebenfalls großen Beifall fanden. Nach verschiedenen Konzertstücken der Stadttheaterkapelle ergriff Herr Oberbürgermeister Dr. Merten das Schlußwort und dankte allen Erschienenen sowie den Mitwirkenden, die zur Verschönerung des Festes beigetragen hatten.

Elbinger Stadttheater

Wie uns das Theaterbureau mitteilt, findet am Sonntag, den 21. Dezember, das letzte Gastspiel des Herrn John Röver vom Luisen-Theater in Königsberg statt und zwar in der Operette: Die Fledermaus. — Am Montag, den 22. Dezember gelangt das Schauspiel: Das verlorene Paradies von Ludwig Fulda zur Aufführung.

Elbinger Polizeinachrichten

Gestern abend wurde der Polizeibeamte Prieß von dem Arbeiter Würfel durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt. Abends gegen 10 Uhr hatte W. gemeinsam mit seinem Bruder und dem Arbeiter Neumann in der Schmiedestraße einen Sprechapparat spielen lassen. Als die drei der Aufforderung der Beamten, das Spielen einzustellen, nicht nachkamen, schritten die Beamten zur Verhaftung der Ruhestörer. Die sich mittlerweile ansammelnde Menschenmenge nahm zum Teil gegen die Beamten Stellung und versuchte, die Festgenommenen zu befreien. Die Beamten sahen sich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Doch sind Personen nicht verletzt. Vor der Polizeiwache zog Würfel plötzlich ein Dolchmesser, stach dem Beamten P. in den Rücken und floh dann. Bei der sofort vorgenommenen Verfolgung gelang es, ihn wieder zu ergreifen. Alle drei Personen sind festgenommen. Es wäre zu wünschen, daß sich Teile des Publikums bei ähnlichen Anlässen, in Unkenntnis der Vorgänge, nicht zur Unterstützung von Rowdys bereit fänden.

Ostdeutsche Nachrichten

Der Nachhall der Danziger Stadtverordnetenwahl

Die Danziger Stadtverordnetenwahl läßt die Gemüter noch immer nicht zur Ruhe kommen. Ihr Echo aber ist ein sehr verschiedenes. Königsberger und Elbinger Volkszeitung bezeichneten die Wahl als „deutschen und sozialistischen Sieg." Etwas weniger anspruchsvoll waren Volkswacht und freies Volk in Danzig. Sie suchten den Stimmenverlust von 20000 dadurch erklären, daß Danzig nicht mehr Garnison sei. Tausende Soldaten hätten bei der Nationalversammlungswahl sozialistisch gewählt, die jetzt fehlten, Auch viele tausend Arbeiter seien abgewandert. Diese Erklärung trifft vorbei. Von den Soldaten, die am 19. Januar in Danzig weilten, hat nur ein Bruchteil sozialistisch gewählt. Es ist z. B. seinerzeit an der Hand des Wahlergebnisses festgestellt worden, daß von den Langfuhrer Husaren ungefähr die Hälfte konservativ gewählt hat. Ganz so schlimm ist es in anderen Kasernen ja nicht gewesen. Aber auf keinen Fall geht es an, die Soldaten in Bausch und Bogen als sozialistische Wähler zu reklamieren. Was die fremden Arbeiter anbetrifft, so ist es richtig, daß einige Tausend von Danzig abgeschoben worden sind. Doch auf der anderen Seite sind auch einige Tausend entlassener Soldaten und auswärts abgeschobener Arbeiter nach Danzig zurückbefördert. Selbst wenn deren Zahl kleiner sein sollte, so wäre auf diese Art wohl der Verlust einiger Tausend, nie aber von 20000 Stimmen zu erklären. Es nützt nichts, sich selber zu betrügen. Und das tun die Danziger Sozialisten, wenn sie von einer bürgerlichen Niederlage sprechen. Die Niederlage haben sie erlitten.

Der Vorwärts kann denn auch nicht umhin, die verlorene Schlacht zuzugeben. In echt rechtssozialistischer Demagogie aber schiebt er die Schuld den Unabhängigen zu. Unter der Ueberschrift: Die Danziger Warnung wird von ihm ausgeführt:

> „Leider verkannte die Sozialdemokratische Partei Danzigs so sehr ihre historische Aufgabe, daß sie sich vor wenigen Wochen in einer „Vereinigung" ganz den Unabhängigen verschrieb. Man bildete in einer Vertrauensmännerversammlung, die in ihrer Mehrheit aus Unabhängigen bestand, mit Rücksicht auf die am 14. Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahlen eine neue „Sozialistische Partei", die sich grundsätzlich auf den Boden der „Diktatur des Proletariats" stellte. Dem Vorwärts wurde leider aus Danzig berichtet, daß die Diktatur nur als Möglichkeit — mit „soll" — in das neue Programm aufgenommen worden sei. Tatsächlich steht darin jedoch wörtlich, daß die Diktatur gegebenenfalls ausgeübt werden „muß"!
>
> Zugleich mit dieser Radikalisierung, die die völlige Absage an das demokratische Programm bedeutete, ging eine Nachgiebigkeit gegen die polnischen Anmaßungen, die schwer verständlich ist. Die dreistesten Fälschungen, durch die der neue „Dziennik Gdanski" Redner des letzten Parteitages des Freistaatgebietes angriff, wurden wortlos übergangen.
>
> Ueber diese Politik fand schon am Sonntag, den 14. Dezember, bei der Stadtverordnetenwahl eine Volksabstimmung statt. Sie ist so ausgefallen, daß die Sozialdemokratie des gesamten deutschen Ostens sie beachten muß. Vor allem anderen ist bemerkenswert das über alle Erwartungen ungünstige Resultat für die „Sozialistische" Diktaturpartei. Von 89236 Gesamtstimmen konnte die „Sozialistische Partei" nicht ein Drittel erhalten. Von 66 Stadtverordneten erhält sie in hoffnungsloser Minderheit nur 20 Sitze. Dieser Rückgang ist beispiellos und drückt der Wahl den Stempel auf.
>
> Im übrigen hat die Wahl das unerschütterliche Deutschtum der Bevölkerung Danzigs festgestellt. Die Polen konnten mit Entente-Geldern wohl Danziger Hotels nnd Grund und Boden, aber nicht die Seele der deutschen Einwohner kaufen.
>
> So schwer hat es sich gerächt, daß die Danziger Sozialdemokratie den abschüssigen Weg der Diktatur gegen die Demokratie gegangen ist."

Wort für Wort ist also eingetreten, was wir bei der „Einigung" prophezeiten: Die Unabhängige Sozialdemokratie hat den Rechtssozialisten die Kosten einer Wahlniederlage erspart und erhält als Anerkennung dafür das Zeugnis, daß sie der schuldige Teil dafür ist. Auch wir meinen mit dem Vorwärts, daß das Danziger Beispiel jedem Parteigenossen eine Lehre sein sollte. Ungestraft steigt niemand zu einem auf den Tod siechen Greise ins Bett. Von einem Bündnis mit dem Rechtssozialismus kann kein Heil für die Arbeiterschaft kommen.

Verhaftung eines Totschlägers

Im Dorfe Kobissau wurde bei einem Streit um drei Pfund Butter der 17jährige Sohn des Besitzers Birr erschossen. Der Täter war unerkannt entkommen. Sofort nach der Tat wurden von der Polizei sämtliche Eisenbahnstationen benachrichtigt und um Fahndung nach verdächtigen Persönlichkeiten ersucht. Am nächsten Tag wurde auch aus Lindenwerder telephonisch gemeldet, daß dort ein verdächtiger Mensch mit einer Fahrkarte in der Richtung Praust den Zug bestiegen habe. In Sierakowitz wurde der Verdächtige festgenommen. Die Untersuchung ergab, daß der Mann im Besitz eines unlängst abgeschossenen Revolvers war, dazugehörige Munition und sogar noch eine abgeschossene Hülse bei sich hatte. Außerdem besaß er ein in unappetitliches Papier eingewickeltes Pfund Buttter, von der er bereits etwas gegessen hatte. Der Verhaftete wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Karthaus eingeliefert. Bei einer Gegenüberstellung des Mannes mit Angehörigen des Erschossenen ergab sich, daß er der Täter war.

Der Kirchhof als Diebeslager

Der Marienwerderer Polizei ist es gelungen, einen geheimnisvollen Diebstahl aufzudecken. Aus einem auf dem Kleinbahnhof stehenden Güterwagen wurden fünf Zentner Erbsen und zwei Zentner Hafer entwendet. Als Dieb wurde ein hiesiger Arbeiter ermittelt und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Das gestohlene Gut konnte bis auf einen Teil wieder beschafft werden. Teils hatte der Dieb es zu Hause versteckt, teils auf dem alten katholischen Kirchhof verborgen, wo er es wohl besonders sicher untergebracht zu haben glaubte.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Stadtverordnetenwahl.

Die Annahme des Amtes als Stadtverordneter haben abgelehnt:

1. Frau Emma Wilke, Wahlvorschlag Diegner, lfd. Nr. 3,
2. Ingenieur Gottfried Cordes, Wahlvorschlag Vorfalt, lfd. Nr. 4,
3. Schlossermeister Emil Habecker, Wahlvorschlag Habecker, lfd. Nr. 1.

Der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing hat in der heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung auf Grund des Protokolls vom 6. Dezember 1919 über die Ermittelung des Wahlergebnisses und der veröffentlichten Wahlvorschläge festgestellt, daß als Ersatzmänner

für Frau Wilke: Rektor **August Kath,** lfd. Nr. 5 der Liste III (Diegner),
für Ingenieur Cordes: Registratorin **Margarete Krause,** lfd. Nr. 5 der Liste VI (Vorfalt),
für Schlossermeister Habecker: Realgymnasialdirektor **Herrmann Kantel,** lfd. Nr. 2 der Liste X (Habecker)

in die Stadtverordneten-Versammlung eintreten.

Elbing, den 18. Dezember 1919.

Der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Fleischausgabe.

Unsere gestrige Bekanntmachung wird dahin berichtigt, daß nur zur Ausgabe kommt:

125 g amerikanisches Schweinefleisch,
Preis 1,10 Mk., 1 Pfund = 4,40 Mk.

Elbing, den 19. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Freibank.

Am Sonnabend, den 20. d. Mts., vorm. 8—9 Uhr:
Fleischverkauf an die Inhaber der Freibankkarten
Nr. 5116—5191.

Elbing, den 19. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Petroleum- und Kerzenausgabe auf Marke 8 der Petroleumkarte.

1/4 **Liter Petroleum**
oder:
3 Kerzen.

Der Kleinhandelspreis für Petroleum beträgt vom 1. Dezember ab 2,75 Mk. pro Liter.

Händler haben 2,52 Mk. pro Liter zu zahlen.

Der Preis pro Kerze beträgt 0,35 Mk.

Die Kerzen sind in den nachstehend aufgeführten Geschäften erhältlich:

Albrecht, Wilhelmstr. 20
Seydel, Heil. Geiststr. 13
Koch Nachfg., Inn. Mühlendamm 4b
Dobrick Nachfg., Holl. Chaussee 13
Duwe, Fischerstr. 31
Behrendt, 1. Niederstr. 4
Prengel, Hindenburgstr. 19
May, Königsbergerstr. 88/89
Danielowski, Aeuß. Mühlendamm 96
Regehr, Albert, Leichnamstr. 57

In diesen Geschäften (außer Seydel) gelangt auch amerikanisches und ungereinigtes Petroleum markenfrei zur Abgabe.

Elbing, den 19. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919
(R.-G.-Bl. 1903.)

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R.-G.-Bl. S. 1903) werden für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis zum 18. Januar 1920 einschließlich folgende Sätze als Häutezuschlag, der an den Tierhalter zu bezahlen ist, für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt:

für Rinder, ausgenommen Kälber	Mk. 48.—
für Kälber	Mk. 87.—
für Schafe	Mk. 54.—
für Pferde, einschließl. Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel	Mk. 33.—

Berlin, den 8. Dezember 1919.

Reichsfleischstelle — Verwaltungsabteilung.

Konfessionslose Vereinigung zu Elbing.

Sonntag, den 21. Dezember 1919, nachmittags 5 Uhr
in der **Aula der Auguste-Viktoria-Schule:**

Oeffentliche Versammlung!

Thema:

Brauchen wir heutzutage noch eine Religion?

Referentin: Fräulein **Dr. Gertrud von Petzold,** Predigerin der Freien Gemeinde und Stadtverordnete in **Königsberg.**

Jeder denkende Mensch, jeder Vater und jede Mutter, hat gegen sich selbst und gegen seine Kinder die Pflicht, sich über diese Frage Klarheit zu verschaffen.

Freie Aussprache!

Die Bestrebungen der Konfessionslosen Vereinigung haben mit Politik **nichts** zu tun.

Alle Freunde geistigen Fortschritts und geistiger Freiheit sind herzlichst eingeladen.

Versammlungskalender

Fabrikarbeiter-Verband.

Freitag, den 26. Dezember, mittags 1 Uhr in Succase bei Kuck:
Vertrauensmänner-Sitzung.

Weihnachtsfeier

veranstaltet vom

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen

am Sonntag, den 21. Oktober 1919,
in beiden Sälen des Volkshauses, Holzstraße 4
bestehend aus

Konzert, theatral. Vorführungen, Verlosung
u. a. m. Zum Schluß: **Kränzchen.**

Nur Mitglieder und deren Angehörige des Reichsbundes der hiesigen Ortsgruppe erhalten unter Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte Einlaß.

Entree 0.50 Mk. **Anfang 4 Uhr.**

Es ladet ein **der Vorstand.**

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von Freitag bis Montag die große **Sensation:**

Der weiße Tod

oder: **Leben um Leben** aus dem **„Tagebuch Collius".**
Das Ende einer Tragödie in **5 Akten.**
Ellen Richter . . . . . Erich Kaiser-Titz.
Hunderte von Mitwirkenden.
Aufnahmen im Riesengebirge.
Auftreten der **berühmten Tänzerin Zoray Hayda.**
Außerdem:

Die Zauberin am Stein.

Volksdrama in 5 Akten.

Für den Weihnachtstisch

empfehle

reinwollene Männer-Shawls
Handschuhe — Socken
Damenhandschuhe, Strümpfe
Preiswerte **Damenhüte**

Auguste Plath, Inhaber **Paul Ziffler**
Wasserstraße 49.

Sämtliche

Farb- u. Reinigungssachen

welche mir bis zum 20. d. Mts. übergeben werden, stelle ich noch auf Wunsch zum Fest fertig.

Reinigungssachen

werden bis **Montag, d. 22. d. Mts.,** angenommen

Expreßfärberei Ewald Gilbers
Innerer Mühlendamm 17
:: Gr. Zahlerstraße 24 ::

Zur Aufklärung

an das kaufende Publikum.

Bitte kaufen Sie

Korbmöbel und Korbwaren

vom Fachmann, der dieselben anfertigen und reparieren kann.

Infolgedessen empfehle ich mein

Korbmöbel- und Korbwarenlager
:: Kinderwagen ::
Puppenwagen und Puppenstühle

zu mässigen Preisen.

Otto Mews, Korbmachermeister, **Fischerstrasse 28.**

Stadttheater Elbing

Freitag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr:
Gastspiel des Herrn John Röver vom Luisentheater Königsberg

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Sonnabend, den 20. Dezbr., nachmittags **3** Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7 1/2 Uhr:

Der arme Jonathan.

Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags **3** Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7 1/2 Uhr:
Letztes Gastspiel des Herrn John Röver v. Luisentheater Königsberg

Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Montag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr:
Zum 1. Male!

Das verlorene Paradies.

Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.

Tadellose

Weihnachts-Lichte

das Stück zu 50 Pf., sowie
Prima

Wunderkerzen

empfiehlt billigst
Kronen-Drogerie
Inh. **L. Schwarz**
Inner. Mühlendamm 13.

Für den

Weihnachtstisch

empfehle

Zigarren

in kleinen Geschenkkistchen,

Zigaretten

in geschmackvollen Geschenkkartons,
echt Bruyèreholzpfeifen, Zigarettenspitzen, Zigaretten-Etuis etc. etc.

W. Breitfeldt

Zigarren-Spezialgeschäft
Innerer Mühlendamm 18/19, neben Café Gold.

Uhren

Max Schwarz

Nur Wasserstr. 51 Nur
an der Hohen Brücke.

Uhren aller Art,

Gold-, Silber- und :: Alfenidewaren ::
in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Optische Artikel
Sprechmaschinen und Schallplatten.
Reparaturen gewissenhaft und billigst.

Das Deutsche Bad

ist **Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 24. Dezbr. von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.**
1/2 Stunde vorher Kassenschluß.
1., 2. und 3. Feiertag geschlossen.
Franz Frankenberg.

Weihnachts-gaben:

Damenhemden
Damennachthemden
Damenschürzen
Damenstrümpfe
Taschentücher
Kinderhemden
Herren-Trikothemden
Herren-Trikotbeinkleider
Bezugstoffe
in Leinen, Baumwolle und Damast
Handtücher
Stickereien
in grosser Auswahl und feinster Ausführung
Schürzenstoffe
Negligéstoffe
in Damast und Barchend
Steppdecken
Seide
schwarz, weiß und farbig

Maschinengarn und Zwirn
weiß und schwarz

Anzug-, Paletot-, Ulster-, Beinkleiderstoffe

Damentuche
schwarz und blau

Wilhelm Lucas

Kastanienallee 105, 1 Tr.
Ecke II. Niederstr.

Echte englische

Kernseife

in Riegeln noch zu 8.— Mk.
sowie

Prima Toilettenseife

empfiehlt noch billigst
Kronen-Drogerie
Inh. **L. Schwarz**
Inner. Mühlendamm 13.

Weihnachtsbäume

in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telefon 553.

Verlobungsringe

auch noch in feinem Golde liefert
F. Witzki,
Elbing, Schmiedestr. 17.

Prima Besen, Schrubber, Scheuerbürsten und Tücher

empfiehlt noch sehr preiswert
Kronen-Drogerie
Inh. **L. Schwarz**
Inner. Mühlendamm 13.

Uebersee-Rauchtabak Zigarettentabak Hülsen und Stopfer

empfiehlt in reicher Auswahl zu soliden Preisen
Erich Murawski
Leichnamstr. 23.

Brennholz,

Buchen, Birken und Kiefern
geschnitten u. waggonweise gibt ab
Chem. Fabrik Carl Warm,
Aeuß. Marienburgerd. 8.

Zur Hautpflege

tadellose Creme
sowie
echtes Glyzerin
empfiehlt
Kronen-Drogerie
Inh. **L. Schwarz**
Inner. Mühlendamm 13.

Konserven-Fleisch

2 Pfd.-Büchse Mk. 6.—
solange Vorrat reicht
Erich Murawski
Leichnamstraße 23.

F. Fitkau Nachf.

Am Markttor.

Billigste Bezugsquelle in:
Geschäftsbüchern, Schulartikeln, Lederwaren.
Gesellschaftsspiele:
Mensch ärgere Dich nicht, Der verhängnisvolle Topf usw.
Sämtliche Artikel für
Tanzbelustigungen, Saalpostkarten,
großer Posten **Weihnachts- und Neujahrskarten**
für Händler und Hausterer, sowie sämtliche
Papierwaren jeder Art.

Elbinger Standesamt

vom 18. Dezember.

Sterbefälle: Arbeiter Hermann Keuchel, 1 S., 11 J. — Invalidenrentenempf. Albert Borschel, 74 J. — Fabrikarb. Aug. Reimer, 1 S., 1 M. — Schweißer Emil Ed. Borchert, 49 J. — Fabrikarbeiter Karl Friedrich Werner, 1 S., 8 W. — Lehrerwitwe Julianna Karnick, 81 J.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 51 | Sonnabend, den 20. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

50 000 Klagen gegen Wilhelm den Letzten. Aus Paris wird den P. P. N. gemeldet: Wie das Journal telephonisch aus London erfährt, hat der Generalstaatsanwalt Sr. Gordon Heward erklärt, der Prozeß gegen den gewesenen Deutschen Kaiser werde unausgesetzt in der emsigsten Weise vorbereitet. Alle gegenteiligen Gerüchte seien aus der Luft gegriffen. Indessen erfordere die Arbeit der Experten viel Zeit. Man habe bisher schon mehr als 50 000 Klagen und Erklärungen hindurchgesehen. Es sei keine Rede davon, daß irgendwelche Unentschlossenheit den Prozeß in Frage stelle.

Tolle Pläne. Als einen neuen Weg zur Beseitigung der Finanznot schlägt Gothein in B. T. eine Verdoppelung des Kohlenpreises vor, der auch dann nur den sechsten Teil des Weltmarktpreises betragen würde. Dem Reiche würden aus dieser Erhöhung insgesamt 9 Milliarden Mark erwachsen. Die gesamte Kohlenförderung einschließlich des Kohlengroßhandels müßte zu diesem Zwecke vertrustet werden. Den breiten Schichten der Bevölkerung sei ein Ausgleich durch Heraufsetzung des einkommensteuerfreien Existenzminimums zu gewähren.

Ein Zentrums-Parteitag. Ende Januar, spätestens Anfang Februar, jedenfalls einige Tage vor Wiederbeginn der Verhandlungen der Nationalversammlung, wird ein Reichsparteitag des Zentrums abgehalten werden.

Papiergelddruckerei entdeckt. Die Berliner Kriminalpolizei hat eine Falschmünzerwerkstätte entdeckt und ausgehoben, in der Fünfzigmarkscheine hergestellt wurden. Nicht weniger als 350 000 angefangene Falsifikate, also für 17½ Millionen falsches Geld, wurde beschlagnahmt, ebenso die Platten und andere Druckwerkzeuge. Die Fälscher wurden festgenommen.

Unruhen in der amerikanischen Armee. Aus Amerika kommen zahlreiche Nachrichten über eine starke Gärung in der amerikanischen Armee. Offiziere und Mannschaften seien bei der herrschenden Teuerung mit ihrem Sold nicht zufrieden. Auch wird seitens der Mannschaften über schlechte Behandlung durch einen Teil der Offiziere geklagt.

Neue Kommunistenprozesse in Budapest. In Budapest begann der Prozeß gegen die Terroristen Karl Sturz, Arpad, Kerekes, Leyr und Ludwig Kovacs, die an den verschiedenen Provinz-Expeditionen Szamuelys teilgenommen haben. Sturz wird wegen 65 „Mordtaten" und 2 Fällen von „Raub", Kerekes wegen 15 „Mordtaten" und 9 Fällen von „Raub", Kovacs wegen 5 „Mordtaten" und 6 Fällen von „Raub" angeklagt.

Aus Budapest wird weiter gemeldet: Am 15. Dezember begann vor dem Budapester Strafgerichtshof die Hauptverhandlung wegen Ermordung des Artilleriehauptmanns Mildner. Der Staatsanwalt erhebt wegen dieser Tat gegen Dinneys sowie gegen den geflüchteten Terroristen Polonitzer Anklage wegen des „vollführten Mordes", gegen den geflüchteten, jetzt in Karlstein (Niederösterreich) internierten Bela Khun wegen „Anstiftung zum Morde" und gegen weitere sieben Kommunisten wegen „Mitschuld am Morde".

Vor dem Generalstreik in Belgien? In Belgien, wo seit kurzem die Bergarbeiter streiken, wird den Journal des Debats zufolge, nunmehr die Lage sehr ernst. Der Streik stehe im Begriff, allgemein zu werden. Die Heizer und Mechaniker hätten die Arbeit verlassen. Mehrere Gruben drohen zu ersaufen. Der Berichterstatter behauptet, die Bergarbeiter seien ohne Ankündigung in den Streik getreten, und die Grubenbesitzer beabsichtigen, Widerstand zu leisten, da erst im September Lohnerhöhungen bewilligt worden seien.

Aus Brüssel wird weiter gemeldet:

Das Wirtschaftsministerium hat im Zusammenhang mit den Streiks die Verteilung der Steinkohlen übernommen. Es teilt mit, daß mit den Steinkohlenlieferungen aus Deutschland nicht zu rechnen sei, da Deutschland statt der vereinbarten 1 750 000 Tonnen der Entente nur 700 000 Tonnen monatlich liefern könne. Die belgische Regierung werde die Ausfuhr nach dem Auslande sperren. Es seien Maßnahmen getroffen, um das Ersaufen der Minen zu verhindern. Zum Schutze der Arbeitswilligen sollten Truppen aufgeboten werden.

Die Forderungen der Bergarbeiter zielen auf eine Altersspension von 2 Franks täglich, einen achtstündigen Arbeitstag, eine 25prozentige Lohnerhöhung für Arbeiter, die in den Gruben arbeiten, und eine 15prozentige Lohnsteigerung für Arbeiter, die an der Oberfläche tätig sind.

Das Ergebnis einer Afflochguckerei. Der aus dem Gengenbacher Franzensbad-Afflochprozeß unsterblich gewordene badische Zentrumsführer und Landtagsabgeordnete Seubert hat jetzt wieder von sich reden gemacht. Er bekleidet gegenwärtig das Amt eines Bahnverwalters der Station Kippenheim im Lahrer Bezirk. Von dort berichtet nun die Ettenheimer Zeitung:

„Bei einer Haussuchung auf Lebensmittel wurden beim Landtagsabgeordneten Seubert im Abort versteckt aufgefunden: 303 Kilo Gerste und 77 Kilo Halbweizen. Auf dem Speicher wurden 8 Zentner Kartoffeln entdeckt. Die Lebensmittel sind beschlagnahmt."

Vor kurzer Zeit ist auch bei einem anderen führenden Zentrumskollegen des Herrn Seubert, dem katholischen Pfarrer Röckel, Redakteur in Bühl-Stadt, ein außerordentlich großer Vorrat von Lebensmitteln entdeckt worden. Beide Abgeordneten haben im Landtag zum Fenster hinaus gegen das schreiende Unrecht der ungenügenden Ernährung des arbeitenden Volkes gewettert. Nun haben sie gezeigt, wie hoch der Nahrungsmittelbestand für einen Pfarrherrn nebst Köchin und einen Bahnvorstand ohne Kinder normal beschaffen sein muß.

Absetzung Denekins. Denekin ist, wie die lettländische Zeitung Waba Maa in Reval aus zuverlässiger Quelle erfährt, seines Amtes enthoben worden. Zum Oberbefehlshaber der Weißen Truppen in Südrußland wurde General Baron Wrangel ernannt.

Entlarvung der Lügenbrut

Zu den Kautsky-Akten.

Von Walter Oehme-Berlin.

I.

Endlich nach mehr als neunmonatlicher Verzögerung hat sich die Regierung entschlossen, der Oeffentlichkeit die Akten zu übergeben, die die Vorgeschichte und Geschichte des Kriegsausbruchs darstellen. Zwar fehlt noch immer einer der wichtigsten Teile — nämlich die Akten über die entferntere Vorgeschichte des Weltkrieges, ohne die man sich eigentlich ein völlig einwandfreies Urteil über die Schuld oder Nichtschuld der einzelnen Regierungen am Kriege nicht bilden kann. Diese Akten werden zurzeit noch von Professor Mendelsohn-Bartholdy bearbeitet und erscheinen erst später. Die vorliegende Sammluug, die vier Bände umfaßt, erstreckt sich vom Attentat von Serajewo bis zur Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Rußland. Das Aktenmaterial ist im wesentlichen vom Genossen Kautsky gesammelt und zusammengestellt worden und wenn es auch eine große Ungehörigkeit bleibt, daß man dem Genossen Kautsky die Beendigung seiner einmal begonnenen Arbeit entzogen hat, so muß doch für die Zuverlässigkeit der Akten-Darstellung die Tatsache in Anspruch genommen werden, daß die Herausgeber erklären, aus rein sachlichen Gründen, wie aus solchen der äußeren Zweckmäßigkeit wenig an der Kautskyschen Sammlung geändert zu haben. „Diese Sammlung stellte sich ihnen bei unbefangener Betrachtung als sorgfältig durchgeführtes Unternehmen dar, das durch wesentliche Aenderungen nur an Wert hätte verlieren können."

Da der Genosse Kautsky auf Ersuchen der Regierung zur Kontrolle der Korrekturbogen die Aktensammlung einer Nachprüfung unterzogen hat und die vorgenommenen Aenderungen gutgeheißen hat, so muß die Aktensammlung für uns zunächst als einwandfrei gelten, da an der Wahrheitsliebe und Objektivität des Genossen Kausky nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Wenn also in den Akten, wie sich aus der Aufzählung der Telegramm-Nummern ergibt, einzelne Telegramme fehlen, so bürgt der Name Kautsky's dafür, daß es sich dabei um unwesentliche Nebensächlichkeiten handelt, die an dem Wesen des Bildes nichts ändern und zu seiner Klarheit nichts beitragen konnten.

Die Regierung hätte also, wenn auch nach unverantwortlichem neunmonatlichen Zögern, das unendlichen Schaden für das deutsche Volk angerichtet hat, endlich ihre Pflicht getan, wenn sie nicht durch Mittelchen versucht hätte, das zu verhindern, was durch die Akten-Veröffentlichung erreicht werden sollte, nämlich die Aufklärung der Oeffentlichkeit über die Schuld des kaiserlichen Regimes. Nach der Methode, die Akten einfach zu verheimlichen, war es nicht mehr gegangen, also versuchte man es auf eine andere Art. Schon als die österreichischen Aktenstücke veröffentlicht wurden, die die Schuld der deutschen Regierung einwandfrei nachgewiesen, hatte man diese neue Methode mit Erfolg angewendet, den österreichischen „diplomatischen Aktenstücken zur Vorgeschichte des Krieges 1914" war durch den Bearbeiter Dr. Gohs sogleich ein Buch beigefügt: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, in dem alle Schuld in tendenziösester Weise von der deutschen Regierung auf die österreichische abgewälzt wurde. Dies Beginnen war zwar lächerlich, denn selbstverständlich konnte kein gewissenhafter Geschichtsforscher aus den österreichischen Akten allein das Maß der Schuld der deutschen Regierung feststellen. Aber zur Irreführung der Offentlichkeit waren sie immerhin ausreichend. Herr Gohs bemüht sich in seinem Buche, alles für Deutschland belastende Material zu entkräften, deshalb stellt man den österreichischen Botschafter in Berlin, den Grafen Szögyény, dessen Berichte nach Berlin äußerst belastend für die deutsche Regierung sind, als einen ausgemachten Trottel hin, und er war es doch nicht mehr und nicht weniger als die andern auch. Aber man begnügte sich in Deutschland nicht mit diesem Buch. Nicht nur, daß man der Presse zuerst das Buch, und dann erst die Akten oder diese überhaupt nicht übergab, man fügte auch dem Buche noch einen Waschzettel bei, auf dem all die Dinge hervorgehoben waren, die die deutsche Regierung entlasten konnten, die belastenden aber verschwiegen waren. Und man ließ extra Herr Gohs aus Wien kommen, damit er bei der Veröffentlichung der Akten die versammelten Pressevertreter rechtzeitig im Sinne der Regierung beeinflußte, was denn auch gründlichst geschah. Die Folge war, daß die deutsche Presse von den Aktenstücken wimmelte, die man bei bösem Willen als eine Entlastung der deutschen Regierung ansprechen konnte, während die belastenden sorgfältig verschwiegen wurden. Die ganze deutsche Presse schob fast einmütig die Schuld auf die böse österreichische Regierung, und das Ausland sah mit Staunen das altbekannte unehrliche Treiben der deutschen Politik auch in der neuen deutschen Repnblik. Die Regierung wußte nun sehr wohl, daß die Veröffentlichung der deutschen Aktenstücke die Mär von der alleinigen Schuld Oesterreichs zerstören würde. Deshalb begann nunmehr dasselbe Spiel. Man übergab der Presse am 9. abends die Akten und dazu einen Waschzettel, der einige Aktenstücke enthielt, die den Friedenswillen der deutschen Regierung beweisen sollten, nämlich eine Warnung des Fürsten Lichnowsky, des Botschafters in London, die serbische Frage nicht zu überspannen. Der Waschzettel verschweigt aber wohlweislich, daß man in Berlin den Fürsten Lichnowsky für einen ausgemachten Trottel hielt, der sich von den Engländern habe einwickeln lassen und dementsprechend seine Berichte behandelte. Der Waschzettel veröffentlicht weiter eine Beschwerde des Reichskanzlers an den Kaiser über vorlaute alldeutsche Hetzereien des deutschen Kronprinzen. Der Waschzettel verschweigt, daß diese Warnung sowie andere des Kanzlers nicht etwa sich gegen die friedensgefährdende Agitation als solche richteten, sondern lediglich zu verhindern suchten, daß die Kriegsabsichten der deutschen Regierung allzu deutlich bekannt würden; hatte doch auch in diesem Sinne der Kanzler vom Kaiser gefordert, daß er seine Nordlandreise nicht verschöbe, um die Welt nicht vorzeitig zu alarmieren. Der Waschzettel veröffentlicht zwei Vermittelungsvorschläge der deutschen Regierung nach Wien, verschweigt aber, in welch unerhörter Weise die deutsche Regierung alle englischen Vermittlungsvorschläge sabotiert hat. Ja, selbst die Kriegserklärnng an Frankreich, die den ungeheuerlichen Schwindel der Bombenabwürfe französischer Flieger auf Nürnberg und Karlsruhe enthält, diese Fälschung, die längst überall aufgedeckt ist, scheint der deutschen Regierung gut, im Waschzettel zur Entlastung des alten Regimes beizutragen. Zwei Berichte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, die gar nicht zu den Akten, sondern zu einer Anlage gehören, werden ebenfalls beigefügt; alle wichtigen belastenden Dokumente werden der deutschen Presse verschwiegen. Die Regierung entschuldigt sich damit, daß ja niemand den Waschzettel zu benutzen brauche. Aber sie kennt die Sensationswut der bürgerlichen Presse nur zu gut, um zu wissen, daß all die Blätter, die ja am nächsten Morgen aus Konlurrenzneid möglichst viel Material aus den Akten ihren Lesern vorführen wollten, sich des Waschzettels bedienen würden, und die Blätter haben es denn auch getan. Die Regierung hat den Zweck ihrer Schiebung erreicht. Nicht die wahrhaften Schuldokumente sind bisher veröffentlicht, sondern die entlastenden Aktenstücke. Damit nicht zufrieden, lud die Regierung am 10. die Pressevertreter zu sich und ließ ihnen durch den Grafen Montgelas, dem Mitherausgeber der Akten, einen Vortrag halten, in dem dieser die Akten angeblich erläuternd, mit Fachausdrücken, Zahlen und Daten um sich werfend, den verblüfften Pressevertretern die deutschen Unschuldsweisen vorführte, indem er alle belastenden Momente sorgfältigst umging, die nicht zu umgehenden zu vertuschen und zu entstellen suchte, und da, wo beim besten Willen nichts zu entschuldigen war, dem bösen Willen zuschrieb, der eine Schuld der deutschen Regierung herauslesen wollte. So zerstört die deutsche Regierung selbst ihr Werk der Wahrheit, indem sie mit allen Mitteln von neuem versucht, die Oeffentlichkeit über die deutsche Schuld irrezuführen.

Warum das geschieht? Man ist der Ansicht, daß allein der Nachweis der deutschen Unschuld eine Basis für die Revision des Friedensvertrags darstellen kann. Wir wären damit einverstanden, wenn es eine solche Unschuld gäbe. Da es sie aber nicht gibt, da sie nur durch Verzerrungen, Fälschungen und Irreführungen konstruiert werden kann, so halten wir diesen Weg für fehlerhaft und sind der Ueberzeugung, daß allein das ehrliche Bekenntnis zur Wahrheit dem deutschen Volke in der Welt neues Vertrauen erringen und somit die moralische Grundlage für die Revision des Friedensvertrages schaffen kann.

Politische Rundschau

Deutschland

Marloh und die Nationalversammlung

Am Beginn der gestrigen Freitagssitzung kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und Noske. Zur Beratung stand eine Anfrage der unabhängigen Abgeordneten Kunert und Henke über den Marloh-Prozeß, die die Aussage des Hauptmanns Schwabacher zum Gegenstand hat, wonach Noske Listen aufgestellt haben soll, die unabhängigen Abgeordneten festzunehmen, die sich an den Aufständen beteiligen. „Inwieweit und seit wann", so fragen die beiden Interpellanten, „ist die Regierung über dieses Vorgehen des Reichswehrministers unterrichtet und was gedenkt sie zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieder der Nationalversammlung sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?"

Reichswehrminister Noske erwiderte auf die Anfrage:

Nach dem von verbrecherischen Elementen verursachten Aufstand im März in Berlin, der mit verursacht worden war durch den von den Unabhängigen proklamierten politischen Generalstreik, der den Sturz der Regierung bezweckte, und nach der wahnwitzigen Räteherrschaft in München, die erst im Mai beseitigt werden konnte, ist in Wort und Schrift weiter zum Bürgerkrieg gehetzt worden. (Großer Lärm bei den Unabhängigen, lebhaftes Hört, hört!) Die Freiheit vom 11. Dezember hat festgestellt, daß sich Teile der Partei der beiden Fragesteller von der gewaltsamen Taktik der Kommunisten nicht ganz ferngehalten haben (Stürmisches Hört, hört!, lebhafter Widerspruch bei den Unabhängigen.) Am 8. Juni habe ich an wenige Dienststellen eine Instruktion erlassen, der erste Satz lautete: „Für alle Fälle des erneuten Aufstandes befehle ich: Der Aufstand ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so schnell wie möglich niederzuschlagen." (Sehr gut! Lärm bei den Unabhängigen.)

Im zweiten Absatze habe ich angeordnet, daß während der Dauer des Aufstandes die Personen, die an dem gewaltsamen Sturz der Regierung mitwirken, sofort festzunehmen seien. (Lebhafte Zustimmung der Bürgerlichen, erneuter Lärm bei den Unabhängigen.) Gegen solche Festnahme schützt die Immunität auch den Abgeordneten nicht. (Pfuirufe und Zwischenrufe bei den Unabhängigen, Zustimmung bei den übrigen Parteien.) Es ist damit nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen worden. (Sehr richtig! Lärm bei den Unabhängigen.) Der eine der beiden Fragesteller, der Abg. Henke, hat sich, da er dies anscheinend auch für selbstverständlich hielt, schleunigst in Sicherheit gebracht, als die Regierung durch Truppen der Bremer Schreckensherrschaft ein Ende machte. (Weitere stürmische Proteste bei den Unabhängigen.) Es ist von mir verfügt worden, daß der Erlaß in allen seinen Teilen erst auf einen besonderen ausdrücklichen Befehl in Kraft gesetzt werden sollte. Das ist zum Glück bisher nicht erforderlich gewesen. Ein Befehl zur Aufstellung von Listen der Personen, die festzunehmen wären, ist von mir nicht erteilt worden. Die Instruktion vom 8. Juni ist im Wortlaute der gesamten Reichsregierung vorher nicht mitgeteilt worden. (Hört, hört! bei den Unabhängigen.) Es handelt sich um eine militärische Maßnahme, für die ich allein die volle Verantwortung trage. (Zuruf bei den Unabhängigen: Diktator Noske! Lachen.) Die Immunität von Mitgliedern der Nationalversammlung, die sich an verbrecherischen Unternehmungen nicht beteiligen, ist nicht gefährdet. (Lärmende Kundgebungen bei den Unabhängigen. Zurufe: Unverschämter Kerl, unverschämter Patron, erregte Gegenrufe bei den übrigen Parteien, neue Zurufe bei den Unabhängigen, Lachen.) Darüber besteht kein Zweifel. (Abgeordnete Frau Zietz: Daß Sie ein Mörder sind! Sehr richtig! bei den Unabhängigen. Lachen bei den übrigen Parteien.)

Vizepräsident Loebe: Dieser Zuruf widerspricht der parlamentarischen Ordnung. (Zurufe rechts: Das tut Frau Zietz überhaupt immer! Stürmische Heiterkeit.) Ich rufe Frau Zietz zur Ordnung. (Beifall.)

Reichswehrminister Noske: Darüber besteht kein Zweifel. (Frau Zietz: Daß sie ein Mörder sind! Gelächter.) Jedenfalls ist die Regierung fest entschlossen, jedem Versuche, durch Aufstand oder durch andere gewaltsame Mittel Frieden und Leben friedlicher Staatsbürger und die Sicherheit der Republik zu gefährden, mit rücksichtsloser Entschlossenheit entgegenzutreten. (Stürmischer Beifall, Pfuirufe und Lärm bei den Unabhängigen.)

Gutgemeinte Illusionen

Die vom letzten Sozialistentag (Einigungssozialisten) eingesetzte Vierzehnerkommission hat einstimmig beschlossen, einen allgemeinen deutschen Sozialistentag einzuberufen. Er soll etwa 14 Tage nach dem süddeutschen Sozialistentag, der in der ersten Hälfte des Januar stattfinden wird, tagen. Die Einigung der Zentralstelle für die Sozialdemokratie ist zur Teilnahme aufgefordert worden, ebenso sollen sämtliche Parteileitungen und Gewerkschaftsvorstände eingeladen werden. Der einzuberufende Sozialistentag soll für die kommende Wahl einen Versuch machen, einen sozialistischen Wahlblock gegen die Reaktion zu ermöglichen.

So notwendig die Einigung gegen die Reaktion auch uns erscheint, so unmöglich erscheint uns leider auch die Verwirklichung dieses Planes. Die Voraussetzung wäre doch, daß die rechtssozialistische Partei erst selbst einmal aufhört, ein Hort der Reaktion zu sein. Das ist leider nicht zu erhoffen, so wenig zu erwarten ist, daß sich diese Partei zu unseren Grundsätzen bekennt und daß sie mit den Sozialverrätern und Revolutionshenkern aufräumt. Die letzten Vorgänge in dieser Partei beweisen das Gegenteil. Mit ihr unter solchen Umständen ein Wahlbündnis zu schließen, hieße das reine Banner unserer Partei beschmutzen.

Die Gefahr in Ostpreußen

Was alle ehrlichen Politiker voraussahen, ist eingetreten, die aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen sind zu einer Gefahr für die deutsche Republik geworden. Obwohl man immer behauptet, daß sie über das ganze Land verteilt würden und deshalb keinerlei Gelegenheit zu reaktionären Putschversuchen hätten, muß festgestellt werden, daß trotzdem in Ostpreußen in großen Verbänden die rückkehrenden Baltikum-Truppen sich sammeln. Noch kürzlich wurden unter ihnen Aufrufe verteilt und auch in der reaktionären Presse verbreitet, in denen erklärt wird, daß die Truppen es auch ferner für ihre Pflicht halten, die alte Ordnung (ließ: das Kaisertum!) in Deutschland wieder herzustellen und der Spartakistenherrschaft (Bauer? Schmidt? Noske?) ein Ende zu bereiten. In Ostpreußen hat man sich auf ihr Kommen aufs sorgfältigste vorbereitet. Es herrscht Aufstandsstimmung wie im Jahre 1812 und der General York, der damals zu den sogenannten Befreiungskriegen aufrief, soll heute der Herr von der Goltz sein, der in Verbindung mit dem General Hoffmann im Geheimen in Ostpreußen und Westpreußen die reaktionäre Aufstandsbewegung organisiert. An alle deutschen Bauern sind längst Waffen in genügender Menge verteilt und das Signal zum allgemeinen Aufstand Ostpreußens, der mit einer Loslösung vom Reiche beginnen wird, kann täglich erwartet werden.

Um die eigenen Pläne zu verschleiern, inszeniert man das Geschrei einer angeblichen Gefahr, die durch den Einfall der Litauer und Letten droht. Obwohl diese Feinde der Bolschewisten sind, denunziert man sie dennoch als bolschewistische Gefahr und die gefälschten Hilferufe der ostpreußischen Bevölkerung vor dem andrängenden Bolschewismus sollen das Waffengeräusch der Vorbereitungen für den reaktionären Putsch übertönen. Die deutsche Regierung läßt sich bluffen, wie sie sich 1918 durch die Herren der antibolschewistischen Liga irreführen ließ, die die bolschewistische Gefahr erfanden, um desto ungestörter ihre reaktionären Treibereien im Baltikum fortführen zu können. Herr Winnig, der sogenannte Sozialdemokrat, begrüßte kürzlich in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei als Referent die heimkehrenden Truppen. Er und Herr Minister Heine fordern, daß die Truppen in Ostpreußen bleiben und den Grenzschutz übernehmen.

Ganz so plump-ehrlich ist die Reichsregierung nicht. Sie gibt sich den Anschein, als ob sie im Gegensatz zur preußischen Regierung stände und den Rücktransport der Truppen wünsche, aber die Anzeichen mehren sich, daß die Reichsregierung dem Drängen der preußischen Regierung gar zu gern nachgeben und die Truppen als sogenannten Grenzschutz in Ostpreußen belassen wird. Die Regierung wird nicht eher zur Einsicht kommen, als bis die plündernden Horden das deutsche Land verwüsten werden.

Der Gipfel der Gemütsroheit

Die deutschnationalen Pressefulis haben schon während des Krieges aufs wüsteste gegen die Linksparteien gehetzt; den Gipfel der Schamlosigkeit haben sie aber erst nach der Revolution erklommen, als der Zusammenbruch des deutschen Heeres und der Monarchie sie ins Unrecht und damit in schäumende Wut versetzte. Welche Gefühlsroheit und Niedertracht die Preßkorsaren des konterrevolutionären Gedankens aufzubringen vermögen, beweist eine Besprechung des Marloh-Freispruchs im Berliner Hauptorgan der Deutschnationalen, der Post. Dort wird ausgeführt, daß Marloh die Matrosen nicht nur erschießen durfte, sondern sogar erschießen mußte. Marloh gebührt „Dank". Denn, so heißt es in dem monarchistischen Schmutzblatt:

„Die bei weitem größere Mehrzahl der Erschossenen waren ausgekochte Verbrecher. Daß die menschliche Gesellschaft von ihnen befreit wurde, kann man nur mit Genugtuung begrüßen. Sage mir, ob du bei der Volksmarinedivision bist, und ich sage dir, wer du bist."

Die Freiheit hatte über den Fall einer unglücklichen Witwe berichtet, die durch Marloh ihren einzigen arbeitsamen Sohn verloren hat, als er hinging, um sich die letzte ihm zustehende Löhnung abzuholen, weil seine Mutter einen neuen Kochtopf brauchte. Die unglückliche Frau wird von demselben Blatt in einem Artikel verhöhnt, der als Spitzmarke die Ueberschrift hat: „Mutter braucht einen Kochtopf". Der deutschnationale Gemütsmensch schreibt:

„Es ist ein wahres Unglück, daß dem Kriegsgericht, das den Prozeß Marloh verhandelte, von diesen Umständen noch nichts bekannt war. Oberleutnant Marloh wäre dann schwerlich freigesprochen worden. Wenn Mutter einen neuen Kochtopf braucht, muß die Prüfung der „Schadenersatzansprüche" unbedingt beschleunigt werden!"

Und dieses sittlich verkommene und verrohte Gesindel schmäht die Revolution und möchte das deutsche Volk durch Wiederaufrichtung der Monarchie wieder mit dieser ihrer verworfenen Gesinnung als der herrschenden „beglücken"!

Die Rote Fahne gegen Putsche

Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes erscheint in Berlin wieder das Zentralorgan der Kommunisten, die Rote Fahne. In der ersten Nummer ist ein Aufruf an das Proletariat Berlins enthalten, in dem es heißt:

„Der Belagerungszustand hat uns schwere Wunden geschlagen.

Das freie Wort hat man uns genommen, unsere Stimme ward nicht gehört. Wir mußten gehetzt und unstet durch das Land flüchten. Unsere Organisationen wurden von außen zerschlagen, von innen vielfach von Spitzeln zerstört. Unklare Wirrköpfe und unverantwortliche Schwätzer haben unbewußt das Werk fortgeführt. Nur zwei Monate größere Freiheit werden dem Spuk der Zersplittung und der Unklarheit ein Ende machen.

Arbeiter! Genossen: Aber gebt euch keiner Täuschung hin. Der Belagerungszustand wird wieder kommen und bald. Die Gegenrevolution kann ihn nicht entbehren: sie braucht ihn wie Lebensluft. Für sie ist jeder Tag seines Fehlens ein Verlust, für uns ein Gewinn. Sie wird ihn wieder herbeizuführen suchen mit allen Mitteln und nicht zuletzt mit dem der Provokation.

Es wird nur Wochen dauern und die Provokateure werden wieder unter euch sein, wie im Januar, wie im März.

Darum sagen wir euch:

Wer euch jetzt zu Putschen, zu bewaffneten Aufständen, wer euch jetzt zur gewaltsamen Zerstörung von Maschinen usw. auffordert, der ist ein Agent der Gegenrevolution.

Weist ihn von euch!

Arbeitet für die Kraft und die Klarheit der Partei! Haltet Disziplin!

Keine Putsche! Keine Krawalle! Hinweg mit den Provokateuren und Spitzeln.

Wir werden euch rufen, wenn die Stunde gekommen ist!"

An diesem Aufruf ist die bestimmte und unzweideutige Ablehnung der Putschtaktik bemerkenswert. Sie wird aber die Blätter der Rechten und die Regierungspresse nicht abhalten, immer wieder Alarmnachrichten über geplante kommunistische Putsche und spartakistische Verschwörungen in die Welt zu setzen. Regierung und Gegenrevolutionäre brauchen ja die von ihnen angezettelten „Spartakisten-Putsche" so notwendig, um damit immer wieder ihre Gewaltpolitik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft „rechtfertigen" zu können.

Rußland

Menschewiki und Sowjetregierung

Der Kampf der Weltreaktion gegen Sowjetrußland hat zu einem Zusammenschluß der sozialistischen Parteien Rußlands im Kampf gegen den äußeren Feind geführt. Wie die Berner Tagwacht meldet, erließ das Moskauer Komitee der Menschewiki — die politisch die erbittersten Feinde der Bolschewiki sind, gegen deren terroristische Methoden sie sich hauptsächlich deshalb wenden, weil die Bolschewiki, als stärkste Arbeiterpartei, auch ohne Terror an der Macht bleiben würden — einen Aufruf an die Mitglieder der menschewistischen Partei, in dem es heißt, daß es beschlossen habe:

„Auf Grund der Beschlüsse des Zentral-Komitees und der allgemeinen Mitglieder-Versammlung der Moskauer Organisation beschließt das Moskauer Komitee:

. . . Alle Mitglieder der Moskauer Organisation und das ganze Proletariat aufzufordern, in die Reihen der „Roten Armee" und in die freiwilligen Fabrik-Kartells, die der Moskauer Sowjet organisiert, einzutreten. — Eine Mobilisierung aller Mitglieder der Moskauer Organisation zu Dienstleistungen für die Rote Armee und zur Agitation für die Verteidigung der Revolution an und hinter der Front anzuordnen. Zu diesem Zwecke werden alle Mitglieder aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Eine speziell gewählte Kommission wird beauftragt, auf Grund des durch die Eintragungen vorliegenden Materials ein Verzeichnis aller Parteimitglieder, die mobilisiert werden können, anzufertigen. Dieses Verzeichnis muß vom Moskauer Komitee bestätigt werden. — Dieselbe Kommission wird beauftragt, mit dem Verteidigungs-Kommissar der Stadt Moskau, dem revolutionären militärischen Rat und anderen Organen in Verbindung zu treten, um die Fragen, die mit der Durchführung der Parteimobilisierung zusammenhängen, zu besprechen. — Alle mobilisierten Mitglieder der Moskauer Organisation müssen in ihrer Tätigkeit den Direktiven der Parteiorgane Folge leisten."

Die Einigkeit des russischen Proletariats für den Kampf gegen die Zarenkonspiranten und ihre ententistischen Hintermänner ist also gewährleistet.

In und um Elbing

Elbings Arbeiterschaft übernimmt die Stadtverwaltung

Der 19. Dezember war ein historischer Tag. Um 5 Uhr nachmittags traten die neugewählten Stadtverordneten zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In der stattlichen Zahl von 29 Vertretern marschierte die U. S. P. auf. Außerdem zogen 5 Rechtssozialisten und 4 Vertreter der Angestellten in das Stadtparlament ein. Es waren in der Hauptsache neue Männer und zum ersten Male gab auch das Erscheinen von vier weiblichen Stadtverordneten der Versammlung eine besondere Note. Mit Spannung wurden hauptsächlich von bürgerlicher Seite die neuen Stadtverordneten der Linken gemustert. Wer Gelegenheit hatte, die wiedereinziehenden bürgerlichen Stadtverordneten zu beobachten, der wird gesehen haben, wie verschiedene mit höhnischen Mienen den kommenden Dingen entgegensahen und allem Anschein nach erwarteten, daß nun ein wüstes Durcheinander entstehen würde. Aber schon gleich nach der Wahl des Vorstehers mußten sie sich überzeugen, daß sie verkehrt kalkuliert hatten. Und sie werden wohl alle im Laufe der Zeit bekennen müssen, daß die neuen Männer der Linken auch einen neuen Geist und den Willen mitbringen, zum Wohle der großen Gesamtheit im Stadtparlament Arbeit zu leisten. Der Verlauf der Verhandlung gestaltete sich folgendermaßen:

Um 5 Uhr erschien Oberbürgermeister Dr. Merten und mit ihm die Vertreter des Magistrats. Der Oberbürgermeister begrüßte dann die neu- oder wiedergewählten Stadtverordneten. Er betonte im besonderen, daß der neuen Stadtverordnetenversammlung schwierige Aufgaben bevorständen. Sie wäre eine andere, als die früheren. Die Arbeiterschaft, Elbings größte Bevölkerungsklasse, habe sich bei dieser Wahl den Einfluß gesichert, der ihr gebühre. Sodann verpflichtete er gesetzmäßig sämtliche Stadtverordneten. Genosse Perschon wurde nun als ältester Stadtverordneter mit dem Vorsitz beauftragt und die Bildung des Vorstandes vorgenommen. Die Linke schlug als Stadtverordnetenvorsteher den Geschäftsführer der Elbinger Volksstimme, Genossen Franz Rudnitzki vor, während die Rechte den früheren Stadtverordnetenvorsteher, Herrn Justizrat Diegner, präsentierte. In der vorgenommenen geheimen Abstimmung erhielt Genosse Rudnitzki 38 und Herr Justizrat Diegner 19 Stimmen, während drei Zettel unbeschrieben abgegeben waren. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Herren Zech (Rechtssozialist) und Fabrikbesitzer Schiller (Dem.) vorgeschlagen. Die Abstimmung entschied für Zech, der 37 Stimmen erhielt. Als erster Schriftführer erhielt Genosse Franz Harwardt 39 Stimmen, während Herr Raffel 4 Stimmen erhielt. Fräulein Krause (Angestelltenliste) erhielt bei der Wahl zum zweiten Schriftführer 38 Stimmen, während 22 Stimmzettel unbeschrieben waren.

Als zweiter Gegenstand der Tagesordnung kam die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zur Durchberatung, an der einige kleine Aenderungen vorgenommen wurden. Im Anschluß daran wurde zur Abteilungsbildung geschritten. Die Linke gab für sämtliche vier Abteilungen einen geschlossenen Vorschlag ab, der das Stärkeverhältnis der Fraktionen in jeder Abteilung zum Ausdruck brachte. Der Stadtverordnetenvorsteher Rudnitzki richtete an die bürgerlichen Stadtverordneten das Ersuchen, sich freiwillig für die ihnen geeignet erscheinende Abteilung zu melden. Während bei den übrigen Abteilungen sich dieses glatt vollzog, gestaltete sich die Zusammensetzung der ersten Abteilung etwas schwieriger, weil 17 Meldungen vorlagen und nur 15 davon in Betracht kamen. Das Präsidium, das hierüber entschied, wurde von Herrn Nitsch in heftiger Weise angegriffen und der Parteilichkeit beschuldigt. Man mußte sich wundern, daß der Stadtverordnetenvorsteher Herrn Nitsch wegen dieser Anrempelung nicht einen Ordnungsruf erteilte. Nachdem sich die Abteilungen gebildet hatten, zogen diese sich zur Wahl ihrer Vorsteher zurück. In der ersten Abteilung wurde Herr Zech (Rechtssozialist) Abteilungsvorsteher, stellvertretender Vorsteher Genosse Grunwald; in der zweiten Abteilung Herr Graske (Angestelltenliste), Stellv. Genosse Recht; in der dritten Abteilung Genosse Lange, Herr Kosik (Rechtssozialist) Stellvertreter; in der vierten Abteilung wurde Genosse Köhler Vorsteher, Stellv. Genosse Wiewrodt.

Vom Magistrat wurde dem Stadtverordnetenvorsteher ein Schreiben übermittelt, das dieser der Versammlung bekannt gab. In diesem stellten die bisherigen unbesoldeten Stadträte der Versammlung ihre Aemter zur Verfügung, erklärten sich aber bereit, bis zur Neuwahl ihre Posten zu versehen. Auch wurde der Versammlung die Mitteilung gemacht, daß Herr Stadtforstrat Loewe vom Minister bestätigt ist. Nach einer kleinen Anfrage des Herrn Ligowski betreffs Ausschreibung der Verpachtung des Gasthauses Vogelsang, welche vom Herrn Oberbürgermeister klärend beantwortet wurde, ergriff Stadtverordnetenvorsteher Rudnitzki das Wort. Seine Ausführungen klangen zum Schluß dahin aus, daß, wenn auch die Gegensätze einmal aufeinander prallen sollten, diese sachlich ausgefochten werden möchten. Immer werde für die neue Stadtverordnetenversammlung das Wohl der Stadt und das Interesse der Allgemeinheit oberstes Gesetz sein. Mit dieser Erklärung wurde die Sitzung kurz nach acht Uhr geschlossen.

Die Gefahren der Steigerung der Lebensmittelpreise

Die Absicht der Regierung, durch Gewährung hoher Prämien die Lieferungsfreudigkeit der Landwirte so zu heben, daß die Ernährung der Bevölkerung im laufenden Erntejahr gesichert ist, wird eine neue gewaltige Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorrufen, durch die gerade die ausreichende Ernährung der Masse der werktätigen Bevölkerung sehr gefährdet wird. Schon heute sind weite Kreise der Bevölkerung nicht imstande, die ihnen zustehenden Lebensmittel zu kaufen, da ihr Einkommen dafür nicht ausreicht.

Jede Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere die beabsichtigte Verteuerung der notwendigsten, Brot und Kartoffeln, muß deshalb die stärksten Bedenken hervorrufen, solange nicht für eine entsprechende Heraufsetzung der Löhne der Arbeiter und Angestellten gesorgt ist. Ohne diese vorherige Anpassung der Löhne ruft die Steigerung der Preise die Gefahr der dauernden Degenerierung der Arbeiterklasse hervor.

Wir haben bereits mehrfach dargelegt, daß es deshalb die dringendste Aufgabe einer weitschauenden Sozialpolitik

wäre, dafür zu sorgen, daß der Reallohn durch Preissteigerungen keine Minderung erfährt, sondern daß die Löhne den Preisen angepaßt werden müssen. Die Absicht der Regierung, neue Preissteigerungen für agrarische Erzeugnisse einzuführen, ruft die Gefahr neuer Lohnkämpfe hervor, gefährdet die Tarifvertragspolitik bei Gewerkschaften und bringt eine gewaltige Unruhe in die Produktion.

Auf diese Gefahren bei der Verwirklichung der Absichten der Regierung macht die Berliner Vorwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister aufmerksam. In ihr wird gefordert:

„daß in gemeinsamer Beratung zwischen Regierung und den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber Tarifvertragsentwürfe ausgearbeitet werden, die eine den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Entlohnungsform vorsehen. Nach unserer Meinung müßte die Entlohnung im Tarife als eine zeitweilige vorgesehen werden. Der eine Teil die stabilen Lohnsätze des Vertrages enthaltend; der zweite Teil als relativer betrachtet, je nach der Preisfestsetzung des täglichen Bedarfs von Zeit zu Zeit herauf und herabgesetzt werden können. Dazu wäre allerdings die Schaffung einer Körperschaft notwendig, die in der Lage und mit den nötigen Machtbefugnissen ausgerüstet sein müßte, diese Festsetzung des relativen Teiles der Entlohnung vornehmen zu können. Die Regierung ist unserer Ansicht nach verpflichtet, nicht nur einseitig die Preise der Lebensmittel und anderer Bedarfsgegenstände festzusetzen, sondern auch verpflichtet, bei einer Heraufsetzung der Preise auch eine Erhöhung des Lohneinkommens der Arbeiterschaft zu garantieren.

Wir bitten, zu einer Vorbesprechung in dieser Angelegenheit uns einem dem Herrn Arbeitsminister genehmen Termin anzugeben."

Diese Schlußfolgerung des Metallarbeiterverbandes deckt sich vollkommen mit dem, was wir mehrfach gefordert haben. Die Regierung hat nun zu zeigen, ob sie nur die geborene Dienerin der Agrarier ist oder auch dafür sorgen will, daß die Verelendung der Arbeiterklasse nicht weiter fortschreitet.

Baukostenzuschüsse und Häuserspekulation

Der Minister für Volkswohlfahrt hat in einem Erlaß die Regierungspräsidenten ersucht, die Gemeinden darauf hinzuweisen, daß bei Durchführung des Beihilfeverfahrens durch Aufnahme entsprechender grundbuchlich zu sichernder Bestimmungen in die mit den Bauherren abzuschließenden Verträge Maßnahmen getroffen werden, welche eine Spekulation mit den aus öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbauten verhindert. Die Verträge der Gemeinden sollen künftig vor Auszahlung der Zuschüsse in dieser Hinsicht einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Wie verheizt man Torf?

Für die zweckmäßige Verheizung von Torf in Oefen und Herden ist folgendes zu berichten:

Man unterscheidet Stichtorf und Preßtorf (zumeist Maschinentorf), letzterer ist im allgemeinen dichter, schwerer und heizkräftiger wie Stichtorf. Der Heizwert des Torfes ist sehr verschieden und hängt hauptsächlich vom Wasser- und Aschegehalt ab. Torf ist möglichst trocken und luftig zu lagern; je höher sein Feuchtigkeitsgehalt ist, desto mehr Wärme geht beim Verfeuern verloren. Die Verbrennung des Torfes erfolgt am vorteilhaftesten bei hoher Verbrennung des Torfes erfolgt am vorteilhaftesten bei hoher Brennstofffläche. Für die wirtschaftliche Verfeuerung von Torf sind Oefen mit großem Wärmeaufspeicherungsvermögen, wie Kachelöfen mit dichtschließender Feuer- und Aschetür, am besten geeignet.

Vor jeder Heizung lüfte man das Zimmer und reinige man Rost und Aschenkasten. Man bedecke den Rost gleichmäßig und vollständig mit zerkleinertem Torf, entzünde auf dieser Unterlage etwa eine Hand voll gespaltenes Holz und breite darauf 2—3 Schaufeln zerkleinerten Torf aus. Schließe die innere Feuertüre, äußere Feuertüre und lehne die Aschentüre an. Beim Nachlegen verteilt man die Glut auf dem Rost und stopft den Feuerraum mit Torfstücken voll. Die äußere Feuertür wird eingeklinkt und die Aschetür angelehnt. Das Nachlegen ist nach Bedarf zu wiederholen. Kurz nach dem letzten Nachlegen sind Heiz- und Aschetür fest zu verschrauben.

Bei der Herdfeuerung verfahre man in der gleichen Weise. Nur bei Erzielung von Starkfeuer muß die Glut ausgebreitet und mit zerkleinerten Torfstücken von Walnuß- bis Eigröße gleichmäßig in möglichst hoher Schicht bedeckt werden. Die Aschetür ist offenzuhalten. Für Schwachfeuer legt man große Torfstücken auf und schließt die Aschetür. Den Rost muß man stets mit Torf vollständig bedecken; durch unbedeckte Rostspalten wird Torf verschwendet und die Kochwirkung verzögert.

Der arme Konrad

Unsere wöchentliche Unterhaltungsbeilage ist diesmal als Weihnachtsnummer hergestellt. Mit Rücksicht darauf wird sie am Dienstag der Zeitung beigelegt werden.

Neuer Forstaufseher

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats ist der Forstaufseher Herr Erich Schmoll in Pfarrhäuschen von dem Landrat des Kreises Elbing als Forsthüter für den Stadtforstbezirk in Vogelsang bestätigt worden.

Versammlung der Konfessionslosen Vereinigung

Die Konfessionslose Vereinigung zu Elbing veranstaltet am Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 5 Uhr im Festsaale der Auguste-Viktoria-Schule eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Brauchen wir heutzutage noch eine Religion. Als Referentin ist die Predigerin der Freien Gemeinde in Königsberg, Fräulein Dr. G. Petzold gewonnen. Die Versammlung dürfte in Anbetracht des brennenden Themas lebhaftes Interesse erwecken. Wir weisen unsere Leser auf das Inserat unserer gestrigen Ausgabe hin.

Wie geht das zu?

Als gestern ein Teil unserer Genossen die Stadtverordnetensitzung besuchen wollte, fanden sie die Türe verschlossen. Als dann später geöffnet wurde, waren bereits Zuhörer auf der Tribüne anwesend, die einen andern Eingang benutzt hatten. Der Hinweis auf die Unzulässigkeit einer solchen Handlungsweise dürfte wohl genügen, derartiges für die Zukunft unmöglich zu machen.

Weihnachtsfeier für die Kriegsbeschädigten

Der Bund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen veranstaltet am Sonntag im Volkshause seine Weihnachtsfeier. Der Vorstand hat für ein gediegenes Programm Sorge getragen.

Geschäftsstunden am morgigen Sonntag

Am morgigen Sonntag, dem sogenannten Goldenen Sonntag, dürfen die Geschäfte von vormittags 11½ bis abends 6 Uhr geöffnet sein.

Ostdeutsche Nachrichten

Stimmungsmache

Nachdem bis vor ganz kurzer Zeit die Königsberger Volkszeitung vollkommen im Geiste Winnigs und seines Gevatters Noske redigiert wurde, hat sie sich in den letzten Tagen unter dem Druck ihrer Parteigenossen zu einer Aenderung ihrer Politik verstehen müssen. Wenn auch unwillig und mit geteiltem Herzen wendet sie sich doch immerhin gegen die mit jedem Tage frecher auftretende konservative Reaktion. Schon vorher setzte aber in der Deutschen Allgemeinen Zeitung eine Stimmungsmache gegen die Rechtssozialisten ein. Nach dieser Zeitung finden die „Ueberheblichkeiten der Unabhängigen" bei „einem Teil der Mehrheitssozialisten nicht nur keine entschiedene Zurückweisung, sondern sogar noch Billigung. Namentlich in Tilsit und Insterburg steht ein Teil der Sozialdemokraten auf einem Standpunkt, der kaum noch von dem der Unabhängigen unterschieden ist. Es sei nur an die seinerzeit gemeldete Forderung der Tilsiter erinnert, daß Noske entfernt werden müsse; zur weiteren Kennzeichnung mag dienen, daß die Tilsiter Volksstimme, ein mehrheitssozialdemokratisches Organ, das von einem Redakteur geleitet wird, der seine Dienste noch im Februar bürgerlichen Parteien angeboten hatte, von „unserm Genossen Haase", „unserm treuen Genossen Liebknecht", aber von dem „sogenannten Genossen Winnig" spricht.

Winnig hat sich den Zorn der Tilsiter Sozialdemokraten zugezogen, weil er den Einigungsbestrebungen sehr skeptisch gegenübersteht."

Der Provinzvorstand der ostpreußischen Rechtssozialisten veröffentlichte dieser Tage einen Aufruf an seine Genossen, in dem er entschiedenen Kampf gegen die Reaktion fordert. Naturgemäß wird er jetzt mit den rabiaten Tilsitern in einen Topf geworfen. Winnig aber scheint von der Haltung und den Besorgnissen seiner Parteifreunde nicht berührt zu werden. Er hielt auf dem Ostpreußischen Provinziallandtage eine Rede, in der nicht mehr der leiseste Hauch von Sozialismus zu spüren war. Für die Baltikumsrebellen wird, zweifellos mit seiner Einwilligung, in allen bürgerlichen Zeitungen ebenfalls stark Stimmung gemacht. Ein Unterfangen, von dem die rechtssozialistische Partei nur Schaden haben kann.

Umbau von Königsberger Kasernen zu Wohnungen

Der Königsberger Magistrat beantragte bei der Stadtverordnung, für die Anmietung von Kasernen und ihre Einrichtung zu Notwohnungen außer den bereits bereitgestellten 250 000 Mark weitere 3 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Von der Hungersnot in Polen

Eine deutschösterreichische Staatskommission für Kriegsgefangenenwesen hat in Warschau mit der polnischen Regierung wegen eines Vertrages über den Rücktransport der noch auf russischem Gebiet befindlichen deutschösterreichischen Kriegsgefangenen durch Polen verhandelt. Bei dieser Gelegenheit konnte die Kommission auch in Polen konstatieren, daß die ukrainische Armee Petljuras vollständig geschlagen, aber auch große Truppenbestände Denikins aufgerieben wurden. Innerhalb weniger Tage sind in Tarnopol 40 000 Versprengte dieser Armee eingetroffen. In Ostgalizien herrscht ungeheures Elend. Ein weit verbreiteter Flecktyphus fordert täglich bis zu 300 Todesopfer. Im Nordosten Polens sind die Verhältnisse so trostlos, daß von allen Beteiligten befürchtet wird, daß in den nächsten Monaten 100 000 bis 200 000 Menschen dem Hungertod erliegen. Alle Versuche der polnischen Regierung und des amerikanischen Roten Kreuzes, sowie andere Hilfsaktionen dürften kaum imstande sein, die drohende Gefahr abzuwehren.

Genossen, berücksichtigt bei den Einkäufen die Inserenten der Volksstimme!

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Gestern verschied nach schwerem Leiden der Magistratsbote Herr

Wilhelm Schulz.

In dem Verstorbenen, der seit dem Jahre 1877 im städtischen Dienst stand und seine Laufbahn bei unserer Berufsfeuerwehr begann, verliert die Stadt einen pflichttreuen und bewährten Beamten.

Ehre seinem Andenken!

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Höchstpreis für Kartoffeln.

Durch den Herrn Reichskommissar für den Osten ist für alle in der Zeit vom 5.—24. Dezember erfolgten Kartoffellieferungen ein den Erzeugern zu zahlender Sonderaufschlag von 5.— Mk. je Ztr. angeordnet worden. Der Höchstpreis für die Abgabe von Kartoffeln an Verbraucher (Kleinhandel) in der Stadt Elbing wird deshalb mit Wirkung vom 22. d. Mts. ab wie folgt festgesetzt:

1 Pfd. = 0,20 Pfg., 1 Ztr. mithin 20,— Mk.

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Neue Brennstoffhöchstpreise.

Eine mit Wirkung vom 1. d. Mts. ab erfolgte wesentliche Heraufsetzung der Lieferungspreise bedingt auch eine Erhöhung der Kleinhandelspreise. Unter Berücksichtigung dieser Preisaufschläge werden deshalb für die Stadt Elbing nach Anhörung des zuständigen Fachausschusses der Preisprüfungsstelle folgende **Kleinverkaufshöchstpreise für die nachstehend bezeichneten Brennstoffarten** hiermit festgesetzt, die für alle Bezüge der Händler, die vom 1. Dezember d. Js. ab vorgenommen sind, Geltung haben:

	ab Lager	frei Haus
Steinkohlen:		
Würfel, Stück und Nuß Ia	Mk. 9,50	Mk. 10,30
Nuß II . . .	„ 9,40	10,20
Steinkohlenbriketts	„ 9,50	10,30
Braunkohlenbriketts	„ 9,05	9,85
Hüttenkoks:		
bei Mengen bis zu 20 Ztr.	„ 15,35	16,25
bei Mengen von mehr als 20 Ztr. . . .	„ 15,30	„ 16,20

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Der **Forstaufseher Erich Schmoll** in Pfarrhäuschen ist vom Herrn Landrat als Forsthüter für den Stadtforstbezirk in Vogelsang auf Grund des § 62 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. 4. 80 bestätigt worden.

Elbing, den 18. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

W. Blank
Wittenfelderstr. 24 b Elbing Telephon No. 938.
Ausführung elektrischer Beleuchtungs-, Kraft- und Schwachstrom-Anlagen
Bau eigener Anlagen
für landwirtschaftliche u. industrielle Betriebe
Akkumulatoren Motore Dynamos
Lager in Beleuchtungskörpern und Lampen
Besuche und Kostenanschläge unverbindlich

Kaufmännische Privatschule
von
R. Mrongovius
Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.
Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten
sowie in Polnischer u. Russischer Sprache

Weihnachts-Geschenke.
Zigarren und Zigaretten
in kleinen geschmackvollen Geschenkpackungen
Zigarettenspitzen und Etuis
sowie reinen Rauchtabak
empfiehlt
Georg Cohn
Junkerstr. 43. — Johannisstr. 16.

F. Fitkau Nachf.
Am Markttor.
Billigste Bezugsquelle in:
Geschäftsbüchern, Schulartikeln, Lederwaren.
Gesellschaftsspiele:
Mensch ärgere Dich nicht, Der verhängnisvolle Topf usw.
Sämtliche Artikel für Tanzbelustigungen, Saalpostkarten, großer Posten Weihnachts- und Neujahrskarten
für Händler und Hausierer, sowie sämtliche Papierwaren jeder Art.

Ung. Rotwein
vorzüglicher Tafelwein, per Flasche exklusive Steuer 9.00 Mark, empfiehlt
Hermann Wegsel,
Mühlen-, Ecke Nitschmannstr.
Telephon 582.

Altes Gold
Silber, Edelsteine usw. usw.
kauft
Juwelier F. Witzki.

Zum Weihnachtsfeste
empfiehlt
Christbaumschmuck
Christbaumkerzen
Wunderkerzen
Spiele, Kaffeten
Papier- und Schreibwaren.
Tapeten-Vers.-Haus
„Vorwärts",
Friedrichstr. Nr. 3.

Gaslampen
für's Geschäft
Regulator,
Pelzhut z. Damenpelz
billig und guterhalten
Alter Markt 25.

Achtung! Achtung!
Knabenulster
(14—16 J.) Friedensware spottbillig zu verkaufen
Logenstraße 11a, I rechts.

2 Küchenschränke
zu verkaufen Mauerstr. 12, III.

1 weißen Muff
und 1 Pelzboa
preiswert zu verkaufen
Gr. Wunderberg 38
unten vorne.

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telefon 553.

Zwei Herren (Handwerker) suchen ab 1. 1. 20
möbliertes Zimmer
nähe Alter Mark. Angeb. unt. B 100 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

Schmiedelehrlinge
stellt von sofort oder später ein
Adolf Wenski,
Neustädt. Grünstraße 6a.

Elbinger Standesamt
vom 19. Dezember.
Sterbefälle: Arbeiterwitwe Regina Wenig geb. Schrade, 76 J. — Rangiervorarbeiter Friedrich Neumann, 31 J.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen

Fischerstraße 42 **Albert Kowalski** Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

Reparaturen in eigener Werkstatt schnell und sauber

U. S. P. Elbing

Montag, den 22. d. Mts., abends 6 Uhr im **Volkshaus**

Vertrauensmännersitzung

Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **die Parteileitung.**

Weihnachtsfeier

veranstaltet vom

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen

am Sonntag, den 21. Dezember 1919,
in beiden Sälen des Volkshauses, Holzstraße 4
bestehend aus

Konzert, theatral. Vorführungen, Verlosung
u. a. m. Zum Schluß: **Kränzchen.**

Nur Mitglieder und deren Angehörige des Reichsbundes der hiesigen Ortsgruppe erhalten unter Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte Einlaß.

Entree 0.50 Mk. **Anfang 4 Uhr.**

Es ladet ein **der Vorstand.**

Arbeiter und Arbeiterinnen Elbings!

Am Sonntag, den 21. Dezember, vormittags 9½ Uhr:

Oeffentl. Versammlung

in Hotel Stadt Elbing.

Thema:

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiterunion.

Referent: Schulz-Bremen.

Hotel Stadt Elbing.

Jeden Sonntag

Konzert

sowie **humoristische Vorträge.**

Im Gartensaale

Großes Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Georgenhöhe.

Jeden Sonntag:
Unterhaltungs-Abend.
TANZ.

Passenheim's Festsäle!

Jeden Sonntag
Tanzkränzchen.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Gasthaus „Legan"

Jeden Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.

Vorsichtige Männer
Aengstliche Frauen

befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürl. Beschränkung d. Kinderzahl. Unzähl. Anerkennungen. Geg. Voreinsendung von M. 1,— franko u. verschl. vom **SANITAS-DEPOT, Abt. 33, Charlottenburg 5.**

Lichtspiel-Haus

Fleischerstraße 9.

Ab heute, Sonnabend, den 20. bis einschl. Dienstag, den 23. Dez. cr.

Pola Negri

Harry Liedtke
in dem 4aktigen Filmspiel

„Komtesse Doddy"

Der zweite Programm-Schlager:

„Die Puppe"

Nach der gleichnamigen Operette in **4** Akten. Für den Film bearbeitet von **Ernst Lubitsch.**

In den Hauptrollen:

Ossi Oswalda

Viktor Jansen : Marga Köhler.

Sonntag nachmittag 3.10 Uhr:
Große Kinder- und Familien-Vorstellung.

Zur Vorführung gelangt **„Die Puppe".**
Täglich 2 Vorstellungen: 6⁴⁵ u. 8³⁰ Uhr.
Mittwoch, den 24. Dez., geschlossen.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von heute, **Sonnabend ab,** aus der **Charly-Bill-Serie 19/20** der große **Detektiv-** und **Verbrecher-Schlager**

Der geheimnisvolle Fremde

in 5 Akten, sowie

Der weisse Tod

oder: **Leben und Leben.**

Kassenöffnung 6¼ Uhr, 1. Vorstellung 6¾, 2. Vorstellung 8,20 Uhr. **Ende heute 11 Uhr.**

Ein sicherer Gewinn

fließt in Ihre Tasche, wenn Sie Ihre **Möbel** direkt aus erster Hand von der im Osten **als leistungsfähig bekannten**

Möbelfabrik Klinger

Elbing

kaufen. Der modern angelegte Betrieb, rationelle Arbeitsmethoden unter fachmännischer Leitung, sowie geringe Geschäftsunkosten

ohne Händlergewinn

verbürgen **billigste Bedienung.**

en gros und **en detail**

Lieferung von Marmor, Matratzen, Polsterwaren

eigenen Fabrikats. ::

Reelle Bedienung, prompte Lieferung. Auf Wunsch Anfertigung nach Zeichnung und Entwürfen.

Gute Reisebrieftauben weg. Futtermangels z. verk. b. **Graw,** 1. Niederstr. 17.

Eine neue braune **Pelzgarnitur** billig zu verkauf. Maaßstr. 8, I.

Stadttheater Elbing

Sonnabend, den 20. Dezbr., abends 7½ Uhr:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7½ Uhr:
Letztes Gastspiel des Herrn John Röver v. Luisentheater Königsberg
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Montag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr:
Zum 1. Male!
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.

Dienstag, den 23. Dezember, abends 7½ Uhr:
Erstes Wiederauftreten des Herrn **Karl Hagin**
Barbier von Sevilla.
Komische Oper in 3 Akten von Rossini.
Graf Almaviva: Herr Hagin.

Das Konfektionshaus Zur goldenen Kugel

empfiehlt zum

Weihnachtsfeste

Herren-Anzüge in reicher
Herren-Ulster Auswahl
Herren-Joppen gut u. billig
Herren-Hosen, gestreift
Herrenwäsche, Pelztrik.
Herren-Unterjacken
Herren- u. Damenschuhe
Anzug- und Kostümstoffe Reichsware
Kinder-Anzüge
Kinder-Ulster
Kinder-Unterzüge
Burschen-Anzüge
Burschenjoppen und -Ulster
Faust-Handschuhe.

Willst Du gut und billig kaufen, mußt zur Goldenen Kugel laufen.

H. Powisteitsky,

Alter Markt 29,
gegenüber Stadtkino
Von 11½ Uhr am Sonntag vor dem Feste geöffnet.

Adler-Apotheke

Brückstraße 19

Anfertigung sämtlicher
Krankenkassenrezepte
Nervenstärkungsmittel
Frostmittel
:: **Tierarzneien** ::

Kluge Eheleute, Frauen

verlangt kostenlos illustr. auftl. Preislisten vom **Sanitätshaus E. Golde, Torgau** (Elbe.)

Parteigenossen!!

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

empfehle:

Zigarren :: Zigaretten und Tabake.

Zigarren von 75, 80, 85 Pfg. aufwärts.

Genosse Noçon

2 Innerer Marienburgerdamm 2

Abholestelle der Elbinger Volksstimme.

Schlüterbrot

besitzt Lockerung, Feinheit des feinsten Brotes und enthält trotzdem die Nährsalze des vollen Kornes.

Zu haben bei **Fritz Ligowski.**

Zum Fest

empfehle ich zu solidesten Preisen:

Tafelwagen	Spiritusplätten
Wirtschaftswagen	Dalliplätteisen
Stahlkassetten	Dalliglühstoff
Aluminiumgeschirr	Bestecke
Emaillegeschirr	Taschenmesser
Gaskocher	Stahlwaren
Rodelschlitten	Waschmaschinen
	Wringmaschinen

F. Koenig Nachfolger

Bruno Sieg.

Freude und Jubel in jeder Familie

erweckt zur **Kürzung der Langenweile** ein gut spielender

Sprechapparat mit neuesten **Platten.**

Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung

Elbinger Platten-Centrale **Hans Tischmann**

Wünschen Sie Ihre Garderoben

unter eigener fachmännischer Leitung

sauber gereinigt oder gefärbt?

so übergeben Sie dieselben der

Expressfärberei

Laden Inn. Mühlendamm 17.

Kontor und Annahme in meinem Betrieb **Große Zahlerstraße 24.**

Fernruf 957.

Tischler

auf bessere furnierte Möbel eingearbeitet, stellt ein **Möbelfabrik Klinger.**

Nr. 51. **Beilage zur Elbinger Volksstimme.** Sonnabend, 20. Dezember 1919.

Der Russenmord in Gräfelfing

Im Verlag der Berliner Freiheit ist ein Büchlein „die Münchener Tragödie“ erschienen, das im politischen nüchtern kritisch, im menschlichen warm mitfühlend die Geschichte der Münchener Räterepublik erzählt. Die Schilderungen des weißen Terrors wird niemand ohne Erschütterung lesen können. Dabei enthalten sie nur eine Auswahl der damaligen Schreckensszenen. Es fehlt merkwürdigerweise auch eine Greueltat, die selbst den Mord am Karolinenplatz noch an Unmenschlichkeit übertrifft — das ist die Erschießung der 53 Russen in Gräfelfing. Am 1. Mai mittags wurden um Bahnhof Pasing von den eben dort eingezogenen Regierungstruppen 53 Russen in deutscher Uniform festgenommen. Sie saßen im Zug aus München, vollkommen waffenlos; sie hatten in München ihre Waffen abgegeben und waren in München von Eisenbahnbeamten in den Vorortzug nach Pasing gedrängt worden. Es ist nicht bewiesen und sehr unwahrscheinlich, daß sie an irgendwelchen Kämpfen teilgenommen und einen Schuß gegen die Regierungstruppen abgefeuert haben. Jedenfalls haben sie bis zum letzten Augenblick ihre Unschuld und Nichtteilnahme an den Kämpfen beteuert. Sicherlich waren sie nicht mit der Waffe in der Hand festgenommen und strengstenfalls als Kriegsgefangene zu betrachten; eine Parteinahme für die Räterepublik hatte ihnen nicht als todeswürdiges Verbrechen angerechnet werden können, da wir ja seit über einem Jahr mit Rußland im Friedenszustand lebten. Die Soldaten wollten sie aber gleichwohl niedermachen und da das bei der großen Anzahl innerhalb des Stadtbildes von Pasing schwer möglich war, so schleppte man sie nach dem ½ Stunde entfernten Lochham. Dort stellte die begleitende württembergische Truppe — sie soll das Zeichen S. K. 13 getragen haben — sie im Haufen an eine Mauer, richtete Maschinengewehre gegen sie und wollten sie niederschießen. Wie die mordlustigen Indianer tanzten die Leute dieser Truppe, Revolver in der Faust, vor diesem Haufen auf und ab und suchten sich Opfer heraus. Einer bereits in Lochham liegenden Truppe, meist Würzburger Studenten, war das doch zu stark und sie protestierte gegen die Erschießung. Sie erreichte auch mit vieler Mühe, daß man sie aufschob. Man sperrte also die 53 Russen, dazu noch eine Anzahl verhafteter Zivilisten, in das Zeughäusl im Riemerschmidtschen Gutshof, 5 Meter lang und 3 Meter breit. Nachmittags um 4 Uhr führte man sie dann einzeln zum Verhör. Jeder mußte eine Spalierkette von Soldaten passieren und wurde dabei mit Fußtritten, Kolbenstößen und Peitschen traktiert. Augenzeugen für diese Mißhandlung sind in Lochham und Umgegend genug vorhanden. Das Verhör verlief anscheinend ergebnislos. Als sie wieder zurückgeführt wurden, wollte einer, der deutsch sprach, noch einmal vortreten und seine Unschuld beteuern. Kaum hatte er zum Reden angesetzt, da sprang ein Soldat vor und schoß ihn nieder. Die Kugel verwundete einen zweiten Russen am Kopfe. Man warf den Toten und Verwundeten, ohne sich weiter um sie zu kümmern, mit den andern ins Gefängnis zurück. Niemand dachte daran, den Mörder zur Verantwortung zu ziehen oder auch nur ein Wort des Vorwurfs an ihn zu richten. Dann begann ein wüstes Streiten um das Leben der Russen: die württembergische Truppe tobte und verlangte die sofortige Erschießung, sonst würde sie einfach heimgehen; einzelne Offiziere, herbeigekommene Ordonnanzen redeten dagegen, man setzte es durch, daß das Oberkommando gefragt werden sollte.

Die Soldaten hausten auch sonst im Gutshof wie in Feindesland, nahmen, was ihnen beliebte, z. B. fuderweise Stroh und als der Gutsverwalter dafür einen Requisitionsschein forderte und sagte, die rote Garde hätte ihm wenigstens einen solchen gegeben, schlug man ihn halbtot. Die Soldaten umdrängten die ganze Zeit das kleine Häuschen im Hof und drohten Handgranaten hineinzuwerfen. Abends um ½9 Uhr brachte man dann die 52 Russen — die Leiche ließ man liegen — nach dem ½ Stunde entfernten Gräfelfing und sperrte sie dort ins Feuerhaus. Man hatte ihnen den ganzen Tag weder Wasser noch sonst etwas gegeben. Die in Gräfelfing liegende Truppe, württembergische Sicherheitskompagnie Nr. 21, forderte ebenso wütend unter Drohung, sonst auseinanderzugehen, den Tod der Russen. Anscheinend entschloß man sich schließlich, zur Beruhigung der Raubtiere, das Opfer vorzuwerfen. Und es sollte noch am selben Abend ein Standgericht zusammentreten. Man vertagte aber dann das Standgericht auf den nächsten Morgen. Am 2. Mai, um ½6 Uhr, trat in Gräfelfing dies „Gericht“ zusammen und in sehr kurzer Zeit hatte es die 52 Menschenleben aus dem Diesseits weggeurteilt. Der Pfarrer von Gräfelfing wurde noch zu den Unglücklichen ins Feuerhaus gelassen, noch einmal beteuerten sie ihm alle ihre Unschuld und baten mit aufgehobenen Händen um ihrer Frauen und Kinder willen um Schonung. Sie sollen auch dem Pfarrer von Gräfelfing eine größere Geldsumme eingehändigt haben, die dieser noch in Verwahrung hat. Um ½9 Uhr vormittags wurden sie zu ihrem Todesgang abgeholt, heulend und weinend umstanden Männer, Frauen und Kinder die abmarschierenden Russen, der Todesgang der Schlachtopfer erschütterte alle aufs tiefste. Sie wurden zur nahen, großen Kiesgrube geführt, dort gegen den Abhang gestellt, je 5, das letztemal 7, und 10 Salven zerfetzten die 52 Leiber. Der Pfarrer von Gräfelfing war bei der Erschießung anwesend, Offizier war keiner zu sehen. Nach kurzer Totenschau durch den Gräfelfinger Arzt wurden die 52 Leichen auf einen Wagen gelegt und zum nahen Friedhof gefahren. Bis abends 7 Uhr schaufelte man an der Grube in der Friedhofsecke, in die man die 53 Leichen — man hatte auch den Toten von Lochham geholt — übereinander schichtete. Dort ruhen sie nun, ein schlichtes Kreuz haben die Gräfelfinger gesetzt, Landsleute haben zu Allerseelen ihr Grab geschmückt, die U. S. P. Pasing hat am Revolutionstag einen Kranz niedergelegt. Es wäre eine Pflicht der benachbarten sozialistischen Parteien, ein würdiges Denkmal zu errichten. Die Volksstimme in Gräfelfing und Lochham hat längst ihr Urteil gefällt und ist sich klar darüber, daß hier keine Verbrecher, sondern unglückliche Opfer menschlichen Mordwahns liegen.

Die Volksstimme fordert aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Mörder zur Verantwortung gezogen werden. Es war keine Tat der Erregung — in Gräfelfing und der ganzen Umgegend wurde überhaupt nicht gefochten — sondern eine überlegte, vorbedachte Tat. Verantwortlich sind die Mitglieder des Standgerichts; wo ist das Gericht, das dies „Gericht“ zur Verantwortung zieht? Zeugen sind genug da, der Tatbestand ist leicht festzustellen. Aber das bürgerliche Rechtsgefühl verspürt kein Aufwallen — waren es doch nur Russen — man wird warten, bis eine fremdländische Kommission Rechenschaft verlangt.

(Unserem Münchener Parteiblatt entnommen.)

Die Syndikalisten

Vom 27. bis 30. Dezember wird in Berlin ein Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften tagen, der eine grundsätzliche Erklärung der Syndikalisten prüfen und beschließen soll. Der Entwurf dieser Erklärung der sozialrevolutionären Gewerkschaften liegt jetzt vor. Es heißt darin u. a. über die Stellung der Syndikalisten zum Parlament:

„Die Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Vertretung. Jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht schmälern kann und daß das ganze parlamentarische Regime den Zweck verfolgt, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechtes zu verleihen, d. h. also den Bedrückten, Arbeitssklaven des Kapitalismus, zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzmäßigen aufzudrücken, ist zu verwerfen.“

Der Kongreß wird sich mit einer Namensänderung beschäftigen müssen. Die Vereinigung soll künftig heißen: „Freie Arbeiter-Union Deutschlands.“ Diese „Freie Arbeiter-Union“ soll sich aus Industrie-Förderationen, aus Gewerkschaftsbünden und solchen Organisationen, Orts- oder Betriebsvereinen, zusammensetzen, für die ein zusammenhängender Bund bisher noch nicht besteht. Angesichts des Zustromes, den die Syndikalisten aus kommunistischen Kreisen im Augenblick erhalten, kann man der Tagung mit Interesse entgegensehen. Es ist unverkennbar, daß die Syndikalisten mit allen Mitteln bestrebt sind, die Spaltung im kommunistischen Lager auszunutzen. Bekanntlich bestehen zwischen der Reichszentrale der kommunistischen Partei und der Hamburger Richtung bedeutende Differenzen, daß man auf dem in den nächsten Wochen zu erwartenden Parteitag der kommunistischen Partei bereits mit einer reinlichen Scheidung rechnen kann. Die Syndikalisten hoffen also ein Kompromiß mit dem linken Flügel der Kommunisten zu schließen.

Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietspreise

Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt veröffentlicht eine Verordnung, die eine Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen festsetzt. Die Verordnung trat sofort in Kraft.

Nach der Verordnung haben die Vorstände der Gemeinden über 200 Einwohner, im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der zuständigen Mieteinigungsämter binnen vier Wochen eine Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen festzusetzen. Die Festsetzung soll nach Anhörung eines von den Gemeindevertretungen gewählten, zur Hälfte aus Hausbesitzern, zur Hälfte aus Mietern bestehenden Ausschusses von höchstens zehn Personen erfolgen. Für Neubauten, die nach dem 1. Januar 1917 fertiggestellt worden sind, gilt die Verordnung nicht. Die festzusetzende Höchstgrenze der Mietsteigerungen hat einen prozentualen Zuschlag zu dem am 1. Juni 1914 vereinbarten Mietzins zu bestehen. Bestand zu jener Zeit eine Vereinbarung nicht, gilt der prozentuale Zuschlag zu dem ortsüblichen Mietpreis. Gegen die neue Festsetzung des Mietpreises steht der

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

51]

Er ging in die Diele, glitt in den Pelz, nahm Hut und Stock, rief ein Auto vorm Hause an und kehrte nach einer knappen halben Stunde mit einem Aktenkuvert in der Hand wieder heim. In Ruhe, in voller Ruhe, als wäre nicht das Geringste geschehen.

Merkwürdig!

Hatte er denn kein Gewissen mehr?

Leicht war ihm, leicht. Nicht deshalb bloß, weil alles wunderbar gelungen war. Das Kanzleizimmer war absolut leer gewesen, soeben von der Reinigungskolonne verlassen worden. Mit einem Griff hatte er das Konvolut unter G gefunden, die Nummer des Aktes im Journal als erledigt gestrichen und das Korpus mit heimgenommen.

Und nun so gar keine Reue. Im Gegenteil. Endlich war ein entscheidender Schritt getan.

Nun gab es kein Zurück mehr.

Während der Akt in dem Kamin in hellen Flammen verbrannte, dachte Jordan mit Frohlocken, daß er mit diesen Papieren seinen Abschied vom Amte genommen. Er schied sich von ihm. War kein Ankläger, kein Staatsanwalt mehr. Seine Vergangenheit, der Schutt seines Lebens brannte hier.

Nun kam ein Neues, endlich — es war wahrhaftig höchste Zeit.

Sein offizielles Abschiedsgesuch wird er heute oder morgen einreichen, und dann — dann gings in die Welt hinaus mit Herta auf eine lange Reise.

Sogleich nach Schluß seiner heutigen Dienststunden begab er sich auf die Bank und vollzog die letzte Liquidierung seines Vermögens. Er wollte schon morgen eine bedeutende Barsumme in der Tasche haben, mit der sich vieles unternehmen ließ. Außerdem besorgte er sich noch einen Kreditbrief, der in allen Erdteilen Geld zu entnehmen erlaubte. Die Uebernahme oder Auflösung des zurückbleibenden Haushaltes überließ er seiner Frau, deren Privatvermögen ihr eine standesgemäße Lebenshaltung auch ohne ihn gewährte.

Es belebte, es beflügelte Jordan, alle diese Vorbereitungen zu treffen. Er war auf der Flucht vor etwas. Irgend etwas trieb ihn mit Macht, rasch die Stadt zu verlassen.

Diese Unrast hatte sich gesteigert, nachdem er das amtliche Aktenstück beiseite gebracht hatte. Sein Gewissen plagte ihn nun doch, und er bemerkte so etwas wie die Anzeichen eines gelinden Verfolgungswahns.

An diesem Morgen war er im Dienste jedesmal zusammengefahren, wenn es an der Tür seines Amtszimmers klopfte. Jede Telephonmeldung machte ihn erbeben. Er fürchtete in jedem Augenblick eine Anfrage nach dem verschwundenen Aktenstück.

Nur fort — fort von Berlin!

Noch ein Zweites peitschte ihn zur Eile. In jedem Falle mußte er fort sein, bevor Rosalinde zurückkam. Ein Wiedersehen mit ihr wollte und konnte er nicht ertragen. Es würde für ihn die ausgesuchteste Qual bedeuten, mit seinem schuldbeladenen Gewissen ihr unter die forschenden und durchdringenden Augen zu treten, die sich jetzt Nacht für Nacht in seinen Angstträumen strafend und vorwurfsvoll auf ihn richteten. Er war sich klar darüber, daß das Ausbleiben seiner Antwort auf das Schreiben des Fürstbischofs Rosalindens Heimkehr beschleunigen würde, da sie ja doch über die Vorgänge in ihrem Hause durch Jordans Schweigen auf das höchste beunruhigt werden mußte.

Also rasch — nur rasch — die Uebergangszeiten waren ohnehin die peinlichsten.

Vom Dienste zum Diner nach Hause, ungezogen, telephonisch bei Herta sich anmelden. Er wollte sofort zu ihr und sie, nachdem er auch ihre letzte Forderung noch erfüllt, zu schleuniger Abreise, womöglich schon übermorgen, am Sonntag, bewegen.

Er wußte, daß auch die Reisegemeinschaft mit Herta nur ein vorübergehender Zustand sein würde, aber ganz gleich, wie lange er dauerte, er forderte ihn, bestand jetzt auf dieser Entschädigung, die er sich hart genug vom Glück erkauft und erkämpft hatte. Es lockte ihn sehr, das junge, schöne, aufgeweckte und empfängliche Wesen mit sich in die Ferne zu führen und an ihrer Seite die Herrlichkeiten der Welt zu genießen. Mochte sie ihm in Kalkutta oder Kairo dann mit einem Nabob durchgehen — bis dahin gab es eine Reihe leuchtender Sonnentage für ihn, die heiß zu genießen er einen Fieberdurst hatte . .

Er trug dem Diener auf, den großen Reisekoffer mit Kleidung, Wäsche usw. für vier Wochen zu packen. Der graue Reiseanzug sollte im Schrank bleiben, den wollte er unterwegs tragen. Der Koffer sollte heute nachmittag nach dem Potsdamer Bahnhof gebracht, die Quittung der Ablieferung und die Kofferschlüssel sollten auf seinen Schreibtisch gelegt werden.

Nun zu Herta.

Er brannte darauf, sich seinen Dank von ihr zu holen, und fieberte vor Erwartung, zu sehen, wie seine Opfertat auf sie gewirkt habe. Ob die Dankbarkeit sie wohl zwingen würde, ihm ein wenig Zuneigung und Zärtlichkeit zu zeigen?

Jetzt ließ Jordan sich mit Herta telephonisch verbinden, um ihr seinen Besuch anzumelden. Aber die Verbindung war nicht herzustellen. Das Amt bestätigte dreimal, daß sich der Teilnehmer des geforderten Anschlusses nicht melde. Jordan erschrak heftig, denn es war die Zeit, um die er gewöhnlich mit Herta zu telephonieren pflegte.

War sie nicht zu Hause?

Weshalb meldete sich die Köchin nicht wenigstens?

In höchster Beunruhigung machte sich Jordan auf den Weg zu Herta. Er fand die Fenster der Wohnung dunkel. Oben wurde auf sein Klingeln nicht geöffnet. Das Nest war leer. Eine abgründige Angst krallte sich in Jordans Herz.

War er schon übertölpelt, schon betrogen?

War Herta schon über alle Berge, nachdem er das Letzte für sie getan hatte?

Ach Gott — sie war leicht und beschwingt. Konnte in jedem Moment die Flügel breiten und davonfliegen.

Da stand er im Schneetreiben — der graue, hohe Mann vor dem Hause, das Herta die letzten Tage beherbergt hatte. Beherbergt — ja — es war ihr Heim nicht, war gemietet, mit all dem fremden Hausrat, der es füllte. Nichts davon eignete dem Mädchen. Es war wurzellos in diesem Boden und frei, jeden Moment sich anderswo niederzulassen.

Und er — in seiner naiven Verblendung — hatte ihr gestern abend noch selbst die Mittel dazu aufgedrängt, sofort wieder ihr Zelt abzubrechen.

Haha — mit den tausend Mark in der Tasche jagte sie vermutlich schon in dieser Stunde in Gesellschaft ihres „Komponisten“ im Luxuszuge dem Süden zu — ohne ihn — den sie dem krachenden Einsturze seines Lebens hier allein überließ.

Kein Zweifel — so war es.

Und wo war denn die Köchin so plötzlich hingeraten? War die Herrin aus, so mußte doch wenigstens die Dienerin im Hause sein und an das Telephon kommen oder die Wohnungstür öffnen, wenn jemand klingelte . .

Hier waren Veränderungen geschehen, von gestern auf heute, Vorgänge, die hinter seinem Rücken sich vollzogen hatten. Während er hinging und Aktenstücke für sie stahl, hatte die Schlaue hier einfach reinen Tisch gemacht, das Mädchen entlassen, die Wohnung verschlossen — und mit dem jungen Galan sich aus dem Staube gemacht . . .

Er hatte eine Empfindung, als versänke er ins Bodenlose, als diese Erkenntnis über ihn kam. Aufheulen hätte er mögen vor Wut und Schmerz. Auf den Leim gegangen, genarrt, genasführt von zwei Kindern — er — der gewiegte Kriminalist — wie ein Tölpel aus der dunkelsten Provinz. Und nun machten sie sich beide weidlich lustig über ihn, den alten Esel, der so kinderleicht hineinzulegen gewesen.

Er ächzte und stöhnte. Aber Gewißheit — Gewißheit wollte er haben. Den Portier wollte er fragen, ob das Fräulein etwa abgereist, wohin ihr Dienstmädchen geraten sei . . .

Er wandte sich zur Haustür zurück, um den Portier herauszuklingeln, da sah er drüben auf der anderen Seite der Straße im ungewissen Lichte der Laterne einen Mann im Zylinder und wallendem Künstlermantel, einen jungen Menschen, dessen Bläße pierrothaft über die Straße leuchtete. Er blickte zu Hertas dunklen Fenstern hinauf, genau wie Jordan selbst das vor wenigen Minuten getan — vielleicht auch mit dem gleichen Ausdruck des Leidens — der Enttäuschung . . .

Wer war das doch, der wie ein Doppelgänger von Jordans Qual zu Hertas leeren Fenstern hinauftrauerte?

Mit einem entschlossenen Ruck wandte Jordan sich um, sprang über den nassen Fahrdamm zu jenem Manne hinüber, der jetzt höflich den Hut zog . . .

(Fortsetzung folgt.)

Kommunalaufsichtsbehörde binnen zwei Wochen nach Einreichung des Vorschlags ein Einspruch zu, auf Grund dessen die Gemeindevorstände aufs neue über die Höchstgrenze zu beschließen haben. Ergibt sich auch dann keine Einigung, so entscheidet ein Sachverständigenausschuß. Ueber die Form des Verfahrens enthält die Verordnnng eingehende Bestimmungen.

Wesentlich ist die weitere Bestimmung, daß Kündigungen zum Zweck der Mietsteigerung von jetzt ab bis zur Veröffentlichung der Beschlüsse der einzelnen Kommunen unwirksam sind. Die laufenden Mietverträge bleiben insoweit unberührt, als sie die zulässige Höchstgrenze nicht überschreiten. Im übrigen ermäßigen sich die Mieten vom nächsten Mietzahlungstermin nach Bekanntmachung der Beschlüsse der Kommunen auf die zulässige Höchstgrenze. Bei Neuvermietungen hat der Vermieter dem Mieter frühere Mietverträge vom 1. Juli 1914 vorzulegen oder sonst den damals erhaltenen Mietpreis nachzuweisen. Die Bestimmungen der Verordnung vom 22. Juni 1919 über Warmwasserversorgung und Zentralheizung bleiben in Gültigkeit. Die Verordnung trifft besondere Bestimmungen für den Fall eines Streites über die Kosten dieser Versorgungen. Die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung sind zu bestimmten Terminen auf die einzelnen Wohnungen nach einem vom Gemeindevorstande bestimmten Maßstabe umzulegen. Bei Beschaffung und Verwendung des Heizmaterials wird einem Mieterausschuß ein Mitwirkungs- und Kontrollrecht eingeräumt. Alle Verträge, die unter Ueberschreitung der Höchstgrenze des Mietzinses abgeschlossen sind, sind unwirksam. Nur im einzelnen Falle kann dem Vermieter auf Antrag für einen festzubestimmenden Zeitraum durch das Einigungsamt ein über die Höchstgrenze hinausgehender Zuschlag zur Miete zugebilligt werden, wenn er nachweist, daß er sonst unverschuldete Zubußen leisten müsse oder daß ihm durch bauliche Instandsetzungsarbeiten oder durch Erhöhung der öffentlich rechtlichen Grundstücksabgaben sonst Schaden erwachsen würde.

Auch die Untervermietung von Wohnungen oder Wohnungsteilen, sowie die Vermietung von möblierten Wohnungen unterliegen in bezug auf die Höhe des Mietpreises, sowie die Vergütung für Nebenleistungen den Bestimmungen der neuen Anordnung.

Den Gemeinden wird die Pflicht auferlegt, Mieteinigungsämter, soweit sie noch nicht bestehen, unverzüglich einzurichten. Der Zusammenschluß verschiedener Gemeinden zu diesem Zwecke ist zulässig. Die Beisitzer dieser Einigungsämter sind unverzüglich zu wählen. Ernannte Beisitzer scheiden aus dem Amte aus. Nähere Bestimmungen über die Wahlen hat der Kommunalverband zu treffen.

Soziales

Kommerzienrat und Wohnungsnot

Der Vorwärts schreibt: In Belgern an der Elbe haben die dortige Waldjagd zwei Leipziger Herren inne; der eine ist Kommerzienrat Hupfeld, der bekannte Kaviarfabrikant, der andere ein Herr Sommer, Inhaber einer Papiergroßhandlung. Außer diesem Jagdrevier besitzt Herr Hupfeld noch ein anderes in Schönau in Sachsen. Beide Herren sind glückliche Besitzer von zwei Villen in Leipzig. Um nun auch während des Jagdaufenthalts standesgemäß wohnen zu können, steht in Belgern eine eigene Jagdvilla mit sieben Zimmern und allem sonstigen Zubehör (Autoschuppen usw.) zur Verfügung. Allein das genügt noch nicht. In der Försterei sind zwei weitere Zimmer an die Herren von der Stadt aus verpachtet. Letztere werden seit Dezember des Jahres von der Witwe des im März verstorbenen Försters Lange bewohnt, da diese in Belgern trotz aller Mühe keine Wohnung finden konnte. Jetzt verlangen diese Herren Räumung der Wohnung. Auf wiederholte Vorstellungen schrieb Herr Sommer:

„Um Ihnen unser größtes Entgegenkommen zu beweisen, haben Herr Hupfeld und ich vereinbart, Ihnen die Räume bis 1. November 1919 zu überlassen. Nach diesem Termin ist jede weitere Benutzung ausgeschlossen, da wir selbst und unsere Gäste dann die Räume bewohnen werden. Sie wollen gefl. dementsprechend Ihre Dispositionen treffen und am 31. Oktober 1919 Herrn Förster Damm die leeren Zimmer übergeben."

Inzwischen fand am 18. November Termin in der Sache statt, da die Frau Lange die Wohnung nicht räumen konnte, weil sie trotz lebhaftester Bemühungen ein anderes Unterkommen nicht hatte finden können. Auf Antrag der Beklagten wurde der Termin verschoben. Als Antwort auf eine Aufforderung an die Leipziger Herren, die Klage zurückzunehmen, schreibt ihr Klagevertreter, Herr Justizrat Hillebrandt, Leipzig, „daß Ihnen Frist zur Räumung bis zum 1. Januar 1920 gegeben wird .... Falls sie nicht bis Ende Dezember ausgezogen sind, werde ich den Prozeß wieder aufnehmen."

Ein ganzer Apparat also, bestehend aus zwei Vertretern des Großkapitals, den Herren Hupfeld und Sommer, wie einem ihnen willfährigen Justizrat, wird aufgeboten, um eine arme Försterswitwe aus ihrer bescheidenen Wohnung zu drängen, nur damit die Herren ein „standesgemäßes" Unterkommen für ihre Gäste haben. Es ist dringend zu hoffen, daß die maßgebenden Regierungsstellen rücksichtslos eingreifen und so die Wohnungsnot zu beseitigen helfen, die — wie hier zu sehen — vielfach erst auf Grund antisozialer und rücksichtslos brutaler Unternehmergesinnung entsteht.

Aus den Gerichtssälen

Wer heute ins Gefängnis muß

Wegen Nötigung ist vom Landgericht Bochum der Bergmann Siegmund Göbel aus Wattenscheid zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er gehörte zur Belegschaft der Zeche Präsident, die am 27. Februar dieses Jahres in den Streik trat. Mit etwa 40 Mann zog der Angeklagte zur Zeche Engelsburg, um auch diese Belegschaft zum Streik zu bewegen. Zur gleichen Zeit langte dort ein Leutnant mit 20 Bewaffneten vor der Zeche an, die einige Schüsse abgaben. Darauf wurden die Tore geöffnet, die Streikenden stürmten auf den Zechenplatz, verteilten sich auf die einzelnen Gebäude und holten die Bureaubeamten heraus. Der Angeklagte ging zum Betriebsführer und sagte ihm, der Generalstreik sei proklamiert, die Leute müßten aufhören mit arbeiten, es helfe alles nichts. Der Betriebsführer faßte die Worte des Angeklagten so auf, als ob er bei Weigerungen Mißhandlungen zu gewärtigen habe und gab seine Zustimmung. Zwei Tage später, am 19. Februar, fuhr vom Schröderschen Lokal in Bochum ein Lastauto mit Bewaffneten nach Wattenscheid, um die Zeche Zentrum trocken zu legen. Der Angeklagte bot sich zur Führung an, da er ortskundig sei. Er begab sich wiederum zum Betriebsführer und es wiederholte sich die Sache wie bei der Zeche Engelsburg. Die Bewaffneten hielten die Leute vom Schichtwechsel ab, einer von ihnen drohte, Handgranaten unter die Menge zu werfen. Das Gericht hat festgestellt, daß der Angeklagte unter Ausnutzung der bedrohlichen Lage es erreicht hat, daß die Belegschaft aus Furcht vor Mißhandlungen oder noch schlimmerem die Arbeit einstellte. Er war sich des bedrohlichen Charakters der Lage bewußt und hat sie zu seinen Zwecken ausgenutzt. Gegen das Urteil hat der Angeklagte Revision eingelegt. Er rügte, daß das Landgericht den Umstand, daß er im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates gehandelt habe, nicht genügend gewürdigt habe. Das Reichsgericht war der Meinung, daß das Vorgehen des Angeklagten durch die Aufträge des Arbeiter- und Soldatenrates nicht bedeckt sei und verwarf die Revision als unbegründet.

1000 neue Abonnenten

können zum 1. Januar leicht gewonnen werden,

wenn jeder Genosse seine Pflicht tut.

Aus der Partei

Warnung!

Ein Angestellter der berüchtigten „Zentrale für Heimatdienst" namens Otto Schäfer, Buchdruckereifaktor in Berlin, bereist das Land und hält patriotische Vorträge für die Sparprämienanleihe und das Betriebsrätegesetz. Schäfer gibt sich hierbei als Mitglied der U. S. P. D. aus und behauptet, Erzberger habe allen politischen Parteien Vorschläge geeigneter Agitatoren für den Heimatdienst erbeten. Er sei auf Empfehlung der Zentralleitung der U. S. P. D. von dem Heimatdienst angestellt worden.

Selbstverständlich ist das glatter Schwindel; weder die Partei noch ihr Zentralkomitee haben mit dem Menschen etwas gemein!

Sekretärin gesucht

für die Zentrale der U. S. P., der die Förderung der Gesamtfrauenbewegung des Reiches obliegt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Angabe über die theoretische Durchbildung, die praktische Erfahrung und die Darstellung des Aufgabenkreises eines solchen Amtes sind bis zum 1. Januar 1920 einzusenden an die Zentrale der U. S. P., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 21, Hof, drei Treppen.

Das Zentralkomitee der U. S. P.
J. A.: Luise Zietz.

Mitgliederzahl und Pflichtbeiträge

Durch die rechtssozialistische Presse läuft eine hämische Notiz über die Angaben, die Genosse Dittmann auf dem Leipziger Parteitag gemacht hat, wonach seit dem März-Parteitag unsere Mitgliederzahl von 300 000 auf 750 000 gestiegen ist und vom 1. April bis 1. Oktober 184 700 Mark Pflichtbeiträge an die Parteizentrale gezahlt worden sind. Zunächst werden aus 184 700 Mark im Handumdrehen 148 700 Mark gemacht und dann wird eine Milchmädchenrechnung aufgestellt, um zu beweisen, daß die Mitgliederzahl nicht 750 000 betragen könne, weil „nur" 148 700 Mark an Beiträgen eingegangen seien. Dabei ist in Dittmanns Rede auf dem Leipziger Parteitag in offenster Weise darüber Aufschluß gegeben worden, woher das Mißverhältnis zwischen den beiden Ziffern kommt. Dittmann sagte in Leipzig:

„Viel Mühe und Sorge hat besonders die finanzielle Fundierung all der neugeschaffenen Einrichtungen gemacht. Die Pflichtbeiträge der Bezirke an die Zentrale sind durchaus nicht in der erforderlichen Weise bei uns eingegangen, andererseits sind aus dem Lande Anforderungen über Anforderungen an die Zentrale gestellt worden. Ich sage das nicht als Vorwurf. Beides erklärt sich durchaus natürlich aus der sprunghaften Entwicklung unserer Bewegung überall. Die Anforderungen allerorts waren dadurch so enorm, daß unsere Organisationen vielfach den Verpflichtungen der Zentrale gegenüber nur schwer nachkommen konnten, und daß andererseits sie sich genötigt glaubten, mit Anforderungen an die Zentrale herantreten zu müssen. Aus diesem Dilemma kommen wir jetzt allmählich heraus. Allerdings, das muß ich sagen, wir haben noch Bezirke im Reich, die sich immer noch nicht daran gewöhnen können, der Zentrale zu geben, was der Zentrale gebührt. (Hört! Hört!) Ich hoffe, daß es nicht notwendig sein wird, deutlicher zu werden, daß diejenigen, die es angeht, diese sanfte Mahnung ad notam nehmen, sodaß bei künftigen Gelegenheiten wir nicht mehr notwendig haben, über diesen Punkt zu reden. Wir müssen unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Pflichtbeiträge an die Zentralleitung abzuliefern sind, sonst ist ein geordnetes Finanzgebahren einfach unmöglich. Kommt ein Bezirk mit den verbleibenden Mitteln nicht aus, so muß er einen Antrag auf Zuschuß an die Zentrale stellen, einen anderen Weg gibt es nicht."

In diesen Darlegungen Dittmanns ist das ganze Rätsel gelöst, über das sich der rechtssozialistische Schmierfink seinen verblödeten Schädel zerbricht. Er braucht nur die Protokolle früherer sozialdemokratischer Parteitage nachzuschlagen, um zu finden, daß selbst in normalen Zeiten auf den Parteitagen ganz ähnliche Mitteilungen und Mahnungen wie die Dittmann's in Leipzig von den jeweiligen Parteikassierern ausgegangen sind. Aber die Rechtssozialisten suchen jetzt ihren Ehrgeiz darin, an Schäbigkeit und Blödheit in der Bekämpfung unserer Partei noch den berüchtigten Reichsverband zu übertreffen.

Von nah und fern

Das Bildnis des Pfarrers Rump

In dem Preußenbund, einer der stinkigsten Sumpfpflanzen der Reaktion, hielt der ber .. gewordene Herr Pfarrer Rump folgende Ansprache, die dem würdigen Herrn und Diener Christi alle Ehre macht:

„Früher galt es als anständig, einen Ehrenhandel unter vier Augen auszutragen. Heute wird man auf öffentlichem Wege vor seiner Frau wie von Strauchdieben überfallen. Die Autorität ist geschwunden, jene wundervolle Unterordnung. Ich stehe noch gern vor dem prachtvollen alten königlichen Berliner Schutzmann stramm, weil er für Schutz und Ordnung sorgt. Als Autorität haben wir jetzt Fritze Ebert als Präsident und Noske als Intimus von Sklarz ... Früher galt es als höchste Würde des Mannes, des Königs Rock zu tragen. Heute trinkt der Reichswehrminister Noske vier Pullen Kognak bei Sklarz. Eine Generalreinigung ist nötig mit preußischem Besen, von preußischer Hand geführt. Heute schielen wir nach Ebert, morgen nach Scheidemann, übermorgen nach der „Freiheit" und schließlich nach Theodor Wolff. Die landfremden Elemente, die wie unsaubere Insekten über Honig und Butter herfallen, müssen aus Deutschland heraus ... Ich wohnte jenem Untersuchungsausschuß bei. Dieser Gothein! Mehr will ich gar nicht sagen, sonst sperren sie mich heute abend noch ein ... (Das ist wohl die preußische Tapferkeit? D. Red.) Auf den Schwingen des Preußenaars muß das deutsche Kaisertum von Hohenzollern wiederkommen. Kein Kaiser von Rom, aus Süddeutschland. Mehr will ich nicht sagen! Wir wollen Hindenburg als Reichspräsidenten. Das weitere wird er schon machen .. Ich grüße den Mann in Amerongen, der mein Kaiser bleibt. Ich stehe auch unbeirrt zu unserem Kronprinzen." (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

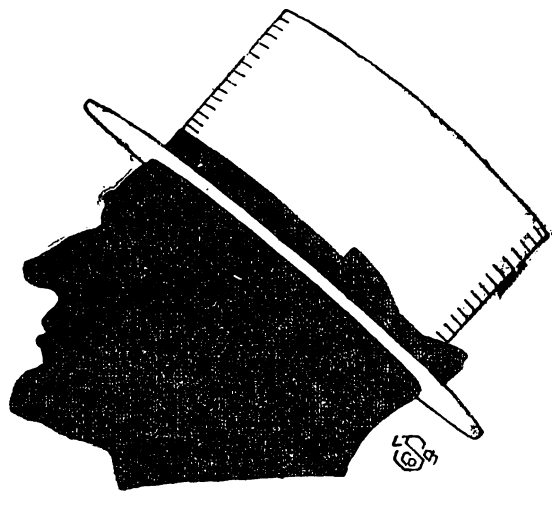
Nun, auch der Preußenbund wird bald eine andere Sprache sprechen lernen.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

empfehle ich mein **reich sortiertes Lager** in

sämtlichen Herrenartikeln - Hüten

: Lederwaren und Sportartikeln :



Telephon 695. **Jockey-Club** **Alter Markt 50.**

Grösstes Spezialhaus für sämtliche Herrenartikel am Platze.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 52 | Montag, den 22. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Aus dem Lande des Ochsenkopfs. Im mecklenburgischen Landtag hat eine bürgerliche Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einem Vertrag zwischen dem Freistaat Mecklenburg-Schwerin und dem ehemaligen Landesherrn zugestimmt, der dem einstigen Großherzog für seine bekanntlich „hervorragenden" Verdienste außer dem Privatvermögen noch folgendes zuspricht: vier Güter im Werte von wenigstens 2 122 500 Mark, ferner 1 425 570 Hektar Forsten, eine große Anzahl Grundstücke, ein Schloß mit der entsprechenden Zahl von Nebengebäuden, Gärten usw., ein Palais mit entsprechendem räumlichen Zubehör, drei Sommerwohnungen mit Nebengebäuden, ein „Kavaliergehöft" und dazu das nette Sümmchen von 6 Millionen in bar. Außerdem werden dem landesväterlichen Hause — es gibt noch einige Tanten, Witwen, Onkels und dergleichen — recht ansehnliche Apanagen gezahlt.

Ein feines Geschäft, Großherzog zu sein und abdanken zu müssen.

Eine Reinigungskommission. Der Parteiausschuß der rechtssozialistischen Partei hat auf Antrag des Parteivorstandes eine siebengliedrige Kommission zur Untersuchung der Beschuldigungen eingesetzt, die im Zusammenhang mit dem Fall Sklarz gegen Parteimitglieder erhoben worden sind. Der Vorsitzende der Kommission ist der Abgeordnete Sollmann. — Wir wünschen der Kommission alles Gute.

„Ehrendamen", die sich bereichern. In der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wurde bekannt, daß ehrenamtlich tätige Damen bei den Krippen und Kindergärten von den für die Kinder gelieferten Lebensmitteln große Mengen für sich bezogen haben. Ein Vertreter der Stadtverwaltung bedauerte das Vorkommnis. Bürgermeister Luppe bemerkte, es handle sich um eine unerhörte Unkorrektheit, man werde eine scharfe Untersuchung anstellen.

Austritt aus der U. S. P. Genosse Dr. Nestriepke teilt mit, daß er schweren Herzens den Austritt aus unserer Partei vollzogen habe. Da er jede Diktatur ablehne, auch die auf der Grundlage des Rätesystems, wäre es ihm unmöglich, sich mit den Beschlüssen des Parteitages solidarisch erklären zu können.

Deutsches Kriegsschiff gestrandet. Ein altes deutsches Kriegsschiff, daß sich auf der Fahrt von Amsterdam nach Rotterdam befand, um dort abmontiert zu werden, ist auf der Höhe von Scheveningen durch den Sturm auf den Strand geworfen worden. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung verweigert sich, das Schiff zu verlassen.

Streik in Oberschlesien. Oberschlesien steht vor einer neuen großen Streikbewegung der Metallarbeiter. Freitag ist auf der Bismarckhütte die gesamte Belegschaft wegen der Forderung der Weihnachtsgratifikation in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht vollständig. Von der 3. Marinebrigade wurden drei der Streikführer verhaftet. Arbeiter haben eine Deputation zum Stabsquartier der Marinebrigade entsandt, um die Freilassung der Verhafteten zu fordern. Wie die Verwaltung der Bismarckhütte mitteilt, sind von den sieben im Betrieb befindlichen Oefen schon vier zur Einstellung gezwungen worden.

Was wird mit dem Vermondt-Gesindel? Nach einer Mitteilung befinden sich augenblicklich in Deutschland 8000 Russen aus dem Vermondtschen Räuberheer, die in verschiedenen Lagern untergebracht und angeblich entwaffnet sind. Die Freiheit schreibt: „Es wird ihnen von der deutschen Regierung bereitwilligst Gastfreundschaft gewährt, trotzdem ihr bekannt ist, daß sie sich der Nordostarmee zum Kampfe gegen die Sowjetregierung, anschließen wollen. Diese Russen sind, wenn man sie nicht als Räuber behandeln will, Teilnehmer an einem Kriege zwischen andern Staaten. Deutschland, als neutraler Staat, hätte also die völkerrechtliche Pflicht, diese Leute nicht nur zu entwaffnen, sondern sie dauernd solange zu internieren, bis der Kriegszustand in Rußland aufgehoben ist."

40 000 Juden abgeschlachtet. Aus Bukarest wird gemeldet: Nachdem die gegenrevolutionären Truppen Denikins von der russischen Sowjet-Armee empfindlich geschlagen worden sind, haben diese Mordgesellen eine neue Aufgabe. Sie haben in der Ukraine furchtbare Judenpogrome veranstaltet. Und nicht nur Soldaten, sondern auch Offiziere beteiligten sich an diesen bestialischen Menschenschlächtereien. In Jekaterinoslaw sind allein 5000 Juden abgeschlachtet worden; alle Läden wurden ausgeraubt. Aus Warschau wird weiter gemeldet, daß in den letzten Wochen 40 000 Juden in der Ukraine abgeschlachtet seien. Zehntausende jüdischer Familien befänden sich unter den entsetzlichsten Verhältnissen ohne jedes Obdach.

Hurra, Amerika schickt Schnaps! Nach Meldungen aus dem Haag werden, da das Oberste Bundesgericht das Alkoholverbot nicht aufhebt, die gesamten Wiskyvorräte in Höhe von etwa 60 Millionen Gallonen von Amerika nach Europa gesandt werden. — Die fehlen uns wirklich nötig.

Auch Frankreich hat „Agrarier". Frankreich hatte am 16. Juli d. J. sämtliche Getreidearten bis auf Weizen dem Handel freigegeben. Am 12. September wurde jedoch die Zwangswirtschaft für Roggen und Roggenmehl wieder eingeführt. Frankreich macht also dieselben Erfahrungen wie wir.

900 Weißgardisten verhaftet. Ueber eine Verschwörung der antibolschewistischen Weißen Garde wird aus Helsingfors gemeldet: Die Tochter eines Obersten wurde auf dem Marktplatz verhaftet und erschossen. Man fand bei ihr Pistolen. Eine bei ihrem Vater vorgenommene Haussuchung ergab, daß es sich um eine weitverzweigte Verschwörung handelte. 900 Personen, darunter Franzosen und Engländer wurden verhaftet.

Leipzig

Von Gustav Schröder.

Die Parteipresse ist gegenwärtig erfüllt von Artikeln einzelner Genossen und von Berichten über Versammlungen, die sich mit dem Leipziger Parteitag der U. S. P. beschäftigen. Auch in den rechtssozialistischen und den bürgerlichen Zeitungen wird noch häufig auf die Leipziger Tagung Bezug genommen. Die Urteile über sie gehen weit auseinander. Den „Parteitag der Tat" und den „Parteitag der Klärung" nennen einige unserer Zeitungen ihn. Von dem „Sieg der Phrase" spricht die Elbinger Volkszeitung in ihrer gestrigen Nummer.

Wer dem Parteitag in sachlicher Weise gerecht werden will, der darf zwei Dinge nicht übersehen: Die Revolution und der Krieg haben große Massen bisher politisch gleichgültiger Menschen in die Bewegung geschleudert. Diese Massen bringen wohl Begeisterung und redlichen Willen mit. Ihnen fehlt indes viel geschichtliches und ökonomisches Wissen. Neben dieser ersten Tatsache ist als zweite die große Erbitterung in Betracht zu ziehen, die das System Noske erzeugt hat. Die Lage der Arbeiterschaft hat sich gerade unter der Herrschaft der rechtssozialistischen Minister unerträglich gestaltet. Jeder Tag bringt neue Preissteigerungen. Sucht die Arbeiterschaft jedoch eine Lohnerhöhung durchzusetzen, dann findet sie die Noske, Heine und Konsorten unweigerlich als Parteigänger der Kapitalisten. Dazu die ständige politische Entrechtung. Es kann nicht Wunder nehmen, daß unter diesen Umständen Noske noch verhaßter geworden ist, als es Wilhelm der Letzte in seinen übelsten Zeiten gewesen ist.

Die beiden hier angedeuteten Dinge beeinflußten den Parteitag in sehr wesentlicher Weise. Da unsere Partei eine Massenpartei ist und keine bloße Gefolgschaft von Führern darstellt, mußte es zu Reibungen kommen. Die ungelenke Ausdrucksweise eines oder des andern Delegierten ist aber nichts, was den Bestand der Partei gefährden könnte. Die Kanten schleifen sich ab, wenn wir erst einige Jahre in der Partei beisammen sind. Schlimmer äußerte sich die fehlende theoretische Durchbildung eines Teiles der Delegierten in dem überflüssigen und überstürzten Zusatzantrag zu der Resolution der Internationale, auf den ich später noch zu sprechen komme.

Die wichtigsten Gegenstände der Tagung waren die Schaffung des neuen Aktionsprogramms und die Stellungnahme zu der Internationale. Bei beiden Stoffen herrschte das Bestreben, zwischen Unabhängigen Sozialdemokraten und Noskesozialisten eine starke Scheidewand zu ziehen. Das hat der Parteitag mit aller Deutlichkeit getan. Und es ist gut, daß er keinen Zweifel gelassen hat, daß eine faule Einigung mit den Sozialpatrioten ausgeschlossen ist. Mit vollem Recht führte Crispien aus: „Die Einigung des Proletariats muß sich so vollziehen, wie sie sich in Elbing vollzogen hat." Für die Massen der Arbeiter, die in übergroßer Vertrauensseligkeit bisher in der alten Partei blieben, hat die U. S. P. offene Arme. Mit den Durchhaltepolitikern und den schuldbelasteten Führern gibt es nie Versöhnung. Halten wir konsequent daran fest, dann wird in wenigen Jahren die gesamte Arbeiterschaft im Lager der Unabhängigen Sozialdemokratie vereinigt sein.

Bürgertum wie Rechtssozialisten nehmen uns besonders übel, daß der Parteitag sich in entschiedener Weise für die Diktatur der Arbeiterklasse aussprach. Die Entrüstung ist wirklich wenig angebracht. War es nicht Lassalle, der die Arbeiter lehrte: „Strebt nach der Macht, dann habt ihr das Recht!" In den Schriften von Marx und Engels findet sich mehr als eine Stelle, die zugunsten der proletarischen Diktatur spricht. 4½ Jahre ertrugen die Rechtssozialisten Ludendorffs Diktatur und fanden sie gut und löblich. Wer erinnert sich nicht der Begründung des Hilfsdienstgesetzes durch die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer? Seit einem Jahre haben wir die Diktatur der Kriegsgewinnler und der wucherischen, lieferungsunwilligen Agrarier. So gut wie Bürgertum und Rechtssozialisten sich mit dieser Diktatur abfinden, werden sie einst auch die Arbeiterdiktatur als notwendig hinnehmen. Diese Diktatur braucht sich durchaus nicht in blutigem Terror austoben. Und andererseits ist doch unbestreitbar, daß wir Bürgerkrieg und alle Greuel gesellschaftlicher Anarchie auch ohne die proletarische Diktatur haben können. Mit jedem Tage zeigt sich klarer, daß die alten bureaukratischen Mächte und das Kapitalistentum die Neuordnung der Gesellschaft nicht vornehmen können. Einen anderen Ausweg, als daß Arbeiter und Angestellte die Zügel des Staates in die Hände nehmen, gibt es nicht. Je rascher diese Erkenntnis Gemeingut wird, um so schmerzloser wird sich der Uebergang vollziehen und um so erträglicher auch für die bisher herrschenden Klassen die Arbeiterdiktatur sein. Wenn Fürsten abdanken, können Geheimräte wohl auch.

In der Frage der Diktatur und des Aktionsprogramms fand der Parteitag eine Lösung, die vollauf befriedigt. Daß er in der Frage der Internationale ebenfalls nicht versagte, ist ein weiteres gutes Zeichen für die Gesundheit unserer Partei. Diese Lösung zu finden war nicht leicht und Kommunisten wie Rechtssozialisten hofften, daß an ihr die Einheit der Partei in die Brüche gehen würde. Daß ihre Erwartungen sich nicht erfüllten, dafür gebührt den Genossen Crispien und Ledebour Anerkennung in weitem Maße. Ledebour hat politischen Blick in einem Umfange bewiesen, den wir bei ihm nicht immer gewohnt sind. Weniger sympathisch war die Haltung Kurt Geyers und Stöckers. Einfach hinzugehen und bei Lenin und seinen deutschen Anhängern um schön Wetter zu bitten, mußte uns die Selbstachtung verbieten. Stöckers Haltung ist aus diesem Grunde völlig unverständlich. Er wird noch viel lernen müssen, ehe er soweit ist, der Partei taktische Wege zu weisen. Daß seine Resolution abgelehnt wurde, ist nur zu begrüßen. Sie hätte weit weniger Stimmen auf sich vereinigt, wenn nicht eine „Anzahl der Delegierten von dem elenden Verhalten der rechtssozialistischen Reaktion zu sehr beeinflußt gewesen wäre. Für die Resolution des Parteivorstandes konnte jeder stimmen, dem Fanatismus nicht ganz die Augen blendete. Der Zusatzantrag, daß die Partei sich auch dann an die dritte Internationale anschließen müsse, wenn die Bruderparteien der andern Länder dies nicht tun, war übereilt und schädlich. Sicher ist anzunehmen, daß die Genossen der anderen Länder dazu bereit sind. Wenn sie es nicht wären, könnte die U. S. P. mit den Russen allein keine Internationale bilden, denn die Internationale setzt doch die Teilnahme aller Völker voraus. Der Zusatzantrag schwächt die Stellung unserer Partei bei den kommenden Verhandlungen mit den Bolschewisten. Daß er angenommen wurde, ist aus dem leidenschaftlichen Sehnen der Massen nach einem neuen wirkungsvollen Kampfmittel verständlich. Die Frage der Internationale ist jedoch die Frage der revolutionären Entwicklung. Jemehr diese Entwicklung vorschreitet, um mehr wird die Frage der Internationale ihrer Lösung näher geführt. Nicht weil wir und andere Bruderparteien uns der Internationale der Tat, der dritten Internationale, anschließen, kommt die proletarische Revolution zum Durchbruch. Nein, umgekehrt, weil die proletarische Revolution sich durchsetzt, werden wir zu einer neuen Internationale kommen. Nicht gegen, sondern mit den Völkern des Westens, mit Engländern, Franzosen und Amerikanern. Der Beschluß des Leipziger Parteitages ist nicht der Abschluß der Diskussion über die Internationale. Dies Problem wird in unserer Partei noch viel diskutiert werden müssen. Die fortschreitende Zeit birgt selber die Lösung im Schoße.

Alles in allem: Die Leipziger Tagung braucht sich gegen frühere sozialdemokratische Kongresse nicht zu verstecken. Unsere junge Partei hat sich einer schwierigen Situation durchaus gewachsen gezeigt. Das Parteigefüge ist in Leipzig gefestigt, nicht gelockert. Die Bewegung ist gesund und kräftig. Sie vereinigt den geistig und politisch aktivsten Teil der deutschen Arbeiterschaft in sich. Wir brauchen vor den kommenden Kämpfen nicht bangen.

Entlarvung der Lügenbrut

Zu den Kautsky-Akten.

Von Walter Oehme-Berlin.

II.

Ließ schon die Veröffentlichung der österreichischen Akten erkennen, daß in Berlin die widerstrebendsten Strömungen in den Juli- und Augusttagen am Werke waren, so wird das durch die deutschen Schulddokumente noch wesentlich verstärkt. Das Bild, das die Akten bieten, ist keineswegs einheitlich, auch die Haltung der deutschen Regierung nicht immer klar und eindeutig. Mehrfach ist ein Schwanken, ein Abirren von der einmal eingeschlagenen Richtung zu verzeichnen, und diese Momente des Besinnens, des Abwägens, ja, vielleicht der Furcht vor etwa unerwarteten politischen Folgen werden immer benutzt werden können, um die Schuld der deutschen Regierung zu leugnen, um einen angeblichen Friedenswillen zu konstruieren. Aber es wird eben eine Konstruktion bleiben, die der Wucht der Tatsachen gegenüber elendiglich zusammenbrechen muß. Zielbewußt ist die deutsche Regierung in diesen Krieg zwar nicht hineingegangen, aber nicht etwa deshalb, weil sie den Frieden erhalten wollte, sondern weil sie unfähig war, die politischen Situationen richtig zu würdigen, das Bild der Verwirrung, die von Wien aus angerichtet wurde, richtig abzuwägen. Wenn Planmäßigkeit der Kriegsvorbereitung eine größere Schuld ist, als Kopflosigkeit und Ziellosigkeit im Handeln, aber doch mit der gleichen Absicht, den Krieg herbeizuführen, dann ist die deutsche Regierung weniger schuld als die österreichische. Gewiß hat man in Oesterreich systematisch den Krieg mit Serbien erzwungen, aber daß die Akten diese Planmäßigkeit klar ergeben, das schreibt sich einmal daraus her, daß Oesterreich ja den unmittelbaren Kriegsgrund schaffen mußte und deshalb sich nicht mit allgemeinen Andeutungen begnügen, sondern zu klaren Plänen greifen mußte, und daß zum andern die Herren Berchthold und Tisza eben Staatsmänner anderen Kalibers als Herr von Bethmann Hollweg, Herr v. Jagow und Herr Zimmermann waren. So wenig übersehen werden kann, daß Oesterreich die unmittelbaren Vorbereitungen zum Kriege traf, die unannehmbaren Forderungen an Serbien formulierte, so wenig darf man vergessen, daß es zu all' diesem nur veranlaßt werden konnte durch die Haltung der Regierung in Berlin, die in dem Bewußtsein, daß der serbische Konflikt zum Weltkriege ausarten müsse, der österreichischen Regierung dennoch eine Blanko-Vollmacht ausstellte. Weisen in dieser Beziehung schon die österreichischen Dokumente in wahrhaft erschütternder Weise nach, daß vor allem Wilhelm II. selbst

der eigentliche Kriegshetzer gewesen ist, so wird das durch die deutschen Dokumente einwandfrei bewiesen.

Am 4. Juli 1914 berichtet der Graf Szögeny an den Grafen Berchthold, daß der Unterstaatssekretär Zimmermann ihn gefragt habe, ob irgendetwas von einem Schritt der k. u. k. Regierung in Belgrad bekannt sei, und versicherte dabei, „er fände ein energisches und entschiedenes Vorgehen der Monarchie, auf deren Seite heute die allgemeinen Sympathien der gesamten gesitteten Welt wären, gegen Serbien ganz begreiflich, doch würde er diesbezüglich große Vorsicht empfehlen und raten, an Serbien keine demütigendere Forderungen zu stellen". Also noch am 4. Juli rät ein Vertreter der deutschen Regierung, wenn auch zu energischem Vorgehen, so doch wenigsten zu einer gewissen Vorsicht. Aber schon am 4. Juli erklärt Wilhelm II. dem österreichischen Botschafter vor dem Essen, daß er „eine ernste europäische Komplikation als Folge des beabsichtigten Vorgehens der österreichischen Regierung voraussehe, und deshalb die Angelegenheit erst mit seinem Kanzler beraten müsse", um nach dem Essen ohne Rücksprache mit dem Kanzler dem österreichischen Botschafter zu versichern, „daß Oesterreich auch in diesem Falle auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen könne". Damit hatte Wilhelm II. bereits am 5. Juli ohne Rücksprache mit seinen verantwortlichen Ministern der österreichischen Regierung die Vollmacht zu allen kriegshetzerischen Maßnahmen gegeben und ihr selbst im Falle eines europäischen Konfliktes die volle deutsche Unterstützung zugesagt. Ja, im weiteren Verlauf des Gespräches drängt Wilhelm II. darauf, den jetzigen so günstigen Moment zu einer militärischen Aktion gegen Serbien nicht unbenutzt zu lassen.

Man versucht heute angesichts der schwer belastenden Randbemerkungen, die Wilhelm II. auf die Aktenstücke gesetzt hat, es so darzustellen, als ob er ohne wesentlichen Einfluß auf die auswärtige Politik gewesen sei. Es geschieht das sogar auf Kosten der ganzen monarchistischen Autorität, indem man behauptet, daß auch die damalige Regierung Wilhelm II. bereits als einen lächerlichen unverantwortlichen Schwätzer erkannt und behandelt habe. Daß diese Version falsch ist, beweist der prompte Umfall der deutschen Regierung.

Am 6. Juli nämlich gibt der Reichskanzler eine Orientiernng an den Botschafter nach Wien, in der es zum Schluß heißt: „was endlich Serbien anlange, so könne S. M. zu den zwischen Oesterreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß S. M. im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft treu an Seite Oesterreich-Ungarns stehen werde."

Die Regierung, die eben noch durch Herrn Zimmermann glaubte, zur Vorsicht in der serbischen Frage mahnen zu müssen, erklärt sich plötzlich für nicht zuständig in der serbischen Angelegenheit und wiederholt nur die Versicherung Wilhelms II., der österreichischen Regierung treu zur Seite zu stehen, läßt dieser also in allem freie Hand. Da der Reichskanzler keinerlei Anmerkungen zu den Worten des Kaisers macht, macht er sie sich also zu eigen und läßt die alte Stellung, in Wien zur Vorsicht zu mahnen, einfach fallen. Da sich inzwischen nichts anderes ereignet hat als die Rücksprache Wilhelms II. mit dem österreichischen Botschafter in Berlin und des „Kaisers" kategorische Versicherung der vollen Unterstützung Deutschlands selbst in einem europäischen Konflikt, so ist hierdurch aufs klarste bewiesen, wie groß der Einfluß Wilhelms II. auf die auswärtige Politik der Regierung war, die auf seine Entscheidung hin einfach in einer wichtigen Frage umfiel. Dieses Moment ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil die Randbemerkungen Milhelms II. die schwerwiegendsten Beweise für die Schuld der deutschen Regierung sind.

Schon am 10. Juli beginnen diese Randbemerkungen Wilhelms II. aufs deutlichste zu zeigen, wohin er zielt. Einem Bericht des Botschafters in Wien an das Auswärtige Amt vom 10. Juli, der über die Beratungen in der österreichischen Regierung Auskunft gibt, fügt er Bemerkungen hinzu, die deutlich zeigen, daß er mit Ungeduld das Herannahen des Konflikts erwartet. „So dauert das sehr lang!" und „Dazu haben sie Zeit genug gehabt!", und als von der Forderung nach Entlassung einiger kompromittierter serbischer Offiziere die Rede ist, schreibt Wilhelm II., der sebst angab, über die serbischen Dinge nicht genügend orientiert zu sein, das dick unterstrichene, mit einem Ausrufungszeichen versehene Wort „der!" an den Rand, verlangt also die Entlassung aller serbischen Offiziere. Die Frivolität, mit der Graf Berchthold zum Kriege trieb, geht aus jenem Bericht des Botschafters in Wien deutlich hervor, sagte er doch zum Grafen Tschirschky: „Sollten die Serben alle gestellten Forderungen annehmen, so wäre das eine Lösung, die ihm sehr unsympathisch wäre, und er sinne noch darüber nach, welche Forderungen man stellen könne, die Serbien eine Annahme völlig unmöglich machen würden." Diese Frivolität, die mit allen Mitteln den Krieg erzwingen will, wird von Wilhelm II. noch überboten. Er weiß das Mittel und schreibt es an den Rand: „Den Sandschak räumen! Dann ist der Krakeel sofort da."

Hat wohl jemals ein verantwortlicher Herrscher frivoler, lästerlicher über einen drohenden Weltkrieg gesprochen? Und so geht es fort durch alle Berichte. Als der deutsche Gesandte aus Belgrad berichtet, daß der serbische Ministerpräsident seine tiefste Entrüstung und seinen größten Abscheu über die Tat von Serajewo ausgesprochen, aber hervorgehoben habe, daß man doch nicht eine zivilisierte Regierung für die Exzesse unreifer und überspannter Burschen verantwortlich machen dürfe, da unterstreicht Wilhelm II. das Wort „zivilisierte" zweimal und schreibt „Blech!" mit vier Ausrufungszeichen an den Rand. Alle Mahnungen zur Vorsicht und Mäßigung, die aus Rom, Petersburg und London kommen, schlägt Wilhelm in den Wind. Es kann seiner Ueberzeugung nach gar nicht schnell genug gehen, und als der Graf Tschirschky aus Wien berichtet, daß man die Ueberreichung der Note an Serbien bis zur Abreise Poincarés aus Petersburg verschoben habe, schreibt „S. M.": „Wie schade!" an den Rand. Diese Randbemerkungen sind nicht nur ein deutlicher Beweis dafür, welch' widersinnige Einrichtung die Monarchie ist, die so unfähige Männer an verantwortliche Stellen bringt, die Männer mit offenbar nur halber geistiger Kraft zu Leitern der Geschicke eines großen Volkes, zu Hütern des Friedens der Welt bestellt, sie erledigen auch den Streit, ob man den Text des Ultimatums an Serbien in Berlin gekannt habe. Nach diesen Randbemerkungen ist das völlig gleichgültig, denn sie beweisen, daß man den Geist des Ultimatums an Serbien in Berlin nicht nur kannte, nicht nur billigte, sondern unterstützte und zu verschärfen suchte. Wilhelm II. konnte es gar nicht schnell genug gehen mit dem Kriege mit Serbien nnd gar nicht unannehmbar genug konnten ihm die Bedingungen sein, die man Serbien stellen wollte. Er wollte eben den Krieg um jeden Preis, und „seine Regierung" leistete ihm dabei gehorsam Hilfe.

Politische Rundschau

Deutschland

Der stürmische Schluß der Nationalversammlung

Im weiteren Verlauf der Schlußsitzung, deren ersten Teil wir Sonnabend wiedergaben, stellte Genosse Kunert einige Ergänzungsfragen, ob der Regierung bewußt sei, daß das Verhalten des Reichswehrmisters im Sinne des geltenden Rechts und der Verfassung geradezu verbrecherisch sei. Noske schweigt auf diese Ergänzungsfrage. Auf eine zweite Ergänzungsfrage, was der Reichswehrminister zu tun gedenke, gegen die von seinen Freunden gekennzeichneten Gewohnheitsverbrecher, natürlich wieder Schweigen.

Sodann kommen zur Verhandlung die beiden Interpellationen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei über die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung. Die Abgeordneten Dr. Hugo und Mumm begründen die Interpellationen. Hugo verlangt wie bei früheren Gelegenheiten, völlige Beseitigung der Zwangswirtschaft und Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktspreise. Mumm schildert das Elend der Ernährung in heuchlerischem Tone und wird dabei sehr oft stürmisch unterbrochen, mit dem Hinweis darauf, daß gerade die Konservativen Schuld seien am Kriege mit dem darauf folgendem Elend. Die Sturmszenen wiederholen sich immer heftiger.

Als dann der Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wort nimmt und äußerst scharf gegen die Interpellanten polemisiert, tobt wieder die ganze Rechte. Schmidt erklärt, daß er seine Politik den Agrariern nicht dienstbar machen wolle. Die Agrarier, die über Schiebertum und Schleichhandel klagen, sind die ersten, die schreien, wenn dem Wucher und dem Schleichhandel an den Kragen gegangen werden soll. Derselbe Mumm, der über die Lebensmittelnot klagte, habe sich doch auch für die Prämienwirtschaft ausgesprochen. Bei den Agrariern heißt es nur immer geben, nur immer mehr her. Die Interpellanten sollten lieber auf das Land gehen und dort die Landwirte auffordern, Getreide und Lebensmittel abzuliefern. Wenn die Agrarier von Freiheit sprechen, so meinen sie die Freiheit der Ausbeutung und des Wuchers. Diese Ausführungen Schmidts werden natürlich von steigendem Tumult auf der Rechten unterbrochen, wobei dann wieder die Rechtssozialisten auf die Rechte einschreien. Etwas eigenartig nimmt sich der Krakeel um die Kriegsschuld aus. Schmidt weist der Rechten die Schuld am Kriege zu, vergißt aber dabei, daß der jetzige Regierungsblock nicht mindere Schuld am Kriege und seiner Verlängerung hat. Das kommt auch in den Zwischenrufen scharf zum Ausdruck. Mit einer längeren Polemik gegen den Abg. Hugo schließt Schmidt seine Rede, er lehnt die freie Wirtschaft ab, erklärt, daß eine Anpassung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise unmöglich sei. Der Lohn müsse dann auf zehn Mark pro Stunde steigen. Das Brot würde acht Mark kosten, und solche Zustände seien unhaltbar und nicht zu verantworten. Er meinte, die Interpellationen der Rechten hätten nur den Zweck, die Regierung anzugreifen, wie ja auch von der Rechten das Großkapital aufgefordert worden sei, der Regierung den Kredit zu verweigern, weil man gehofft habe, daß im November oder Dezember die jetzige Regierung bestimmt stürzen werde.

Nach dieser Rede Schmidt's stellt Schulz-Bromberg den Antrag auf Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. Der Präsident läßt diesen Vertagungsantrag nicht zu, weil der Minister Erzberger noch auf die Interpellationen antworten will. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der festgestellt wird, daß die Rechtssozialisten eine Besprechung der Interpellationen ablehnen, und damit den Deutschnationalen die Antwort auf Schmidt's und Erzberger's Ausführungen abschneiden wollen, erhält Minister Erzberger das Wort.

Nach der Rede Erzbergers wird ein Vertagungsantrag gestellt, über den der Präsident nicht abstimmen läßt, bevor die Besprechung beschlossen ist. Nunmehr stellt Heinze den Antrag auf Besprechung der Interpellationen. Da die Rechtssozialisten so wenig Gefühl für parlamentarische Redefreiheit haben und den Mut aufbringen, sich an der Wortabschneiderei zu beteiligen, reicht die Unterstützung nicht aus. Es sind mit den Unabhängigen nur 48—49 Stimmen für die Besprechung, während 50 notwendig sind. Damit ist die Sache erledigt und das Haus geht in die Weihnachtsferien.

„Held" Ludendorff

Professor Hans Delbrück, ein konservativer Politiker, ehemals konservativer Abgeordneter für Stralsund, Franzburg, Rügen, schreibt über Ludendorff im letzten Heft seiner Preußischen Jahrbücher:

„Was dem General Ludendorff zum Vorwurf gemacht wird, ist nicht, daß er überhaupt keinen Frieden gewollt habe, sondern, daß er als ehrenvoll allein einen Frieden betrachtete, der nicht nur für uns unerreichbar, sondern auch für die Welt unannehmbar und deshalb staatsmännisch verwerflich war. **Durch die Forderung dieses allein angeblich ehrenvollen Friedens haben General Ludendorff und seine Gesinnungsgenossen das deutsche Volk ins Unglück gestürzt. Diese Schuld können sie nicht von sich abwälzen,** weder dadurch, daß sie auf den Vernichtungswillen des Feindes hinweisen, mit dem ein Verständigungsfrieden unmöglich

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

52]

„Sie . . . Sie . . . Sie . . ." stammelte Jordan, „Sie — Herr . . . Herr van Geldern?

Es war der Komponist. Er sah schrecklich blaß wie ein Kranker aus und starrte mit großen, erschreckten, leiderfüllten Augen auf Jordan.

Dieser lüftete den Hut, und an den jungen Mann herantretend, sagte er höflich: „Wollen Sie mir einige Fragen, Fräulein Hecker betreffend, beantworten?"

„Gern, Herr Staatsanwalt."

Jordan atmete auf. Eine Zentnerbürde fiel ihm vom Herzen. Seine Angstvision, Herta könnte mit diesem jungen Menschen geflohen sein, zerstob in nichts. Zudem beruhigte ihn die höfliche und zuvorkommende Art des Komponisten, der sicherlich davon unterrichtet war, was Jordan mit der Unterdrückung der Grabertschen Denunziation für ihn getan hatte. Hier war also ein Verbündeter, ein Mensch jedenfalls, den man befragen, von dem man die nächsten und dringendsten Auskünfte erhalten konnte . . .

Jordan gab sich Mühe, seine große Erregung zu verbergen, und begann seine Fragen mit dem Unwesentlicheren.

„Sagen Sie, Herr van Geldern, wo ist denn Fräulein Hertas Köchin? Warum meldet sie sich nicht am Telephon? Warum öffnet sie nicht, wenn man an der Wohnungstür klingelt?"

„Das Mädchen ist fort, Herr Staatsanwalt. Es war heute früh mit all seinen Sachen verschwunden. Es hat einen Tausendmarkschein mitgenommen, den Fräulein Hecker gestern abend in einem Kuvert auf dem Rauchtisch des Salons hatte liegen lassen."

„Donnerwetter! Hat Fräulein Hecker der Polizei Anzeige hiervon gemacht?"

„Nein. Das Geld wäre doch nicht wiederzubekommen."

„Vermutlich. Wo ist Fräulein Hecker?"

Nach einer Pause antwortete van Geldern: „Ich weiß es nicht."

„Hm. — Sagen Sie bitte, mein Herr, wann haben Sie das Fräulein zum letztenmal gesehen?"

„Heute vormittag."

Da erzählte Sie Ihnen also, was mit der Köchin sich zugetragen hatte?"

„Ja."

„War das Fräulein über diese Sache sehr erregt?"

„Hierüber nicht."

„Aha. Sie war also in Erregung. Aber über etwas Anderes. So. Nicht über das verschwundene Geld und diesen frechen Diebstahl. Was hatte denn sonst Fräulein Hecker erregt?!"

„Herr Staatsanwalt — ich — ich — — —"

„Sie möchten's mir nicht verraten. Hm. Ich bin wie Sie ein Freund des Fräuleins. Was Sie von ihr wissen dürfen, kann ich doch wohl auch erfahren."

„Ja — ja — gewiß — aber das, das sind doch schließlich Fräulein Heckers Privatangelegenheiten, und ich habe wohl kein Recht . . ."

„Ich — finde es hübsch von ihnen, daß Sie diskret sind. Gefällt mir. Aber trotzdem bitte ich Sie, ich bitte Sie, mein Herr, mir zu sagen, was Sie wissen. Fräulein Hecker steht mir nahe — und ich nehme großen Anteil an allem, was das Fräulein betrifft."

„Ich weiß das, Herr Staatsanwalt, aber um so größere Rücksicht muß ich doch wohl nehmen ."

„Vielleicht — vielleicht — —

Aber, es ist so feucht und kalt hier auf der Straße. Man holt sich nen Schnupfen. Ich möchte ein wenig ausführlicher mit Ihnen sprechen, und so tun Sie mir vielleicht den großen Gefallen und begleiten mich dort drüben in das Café, wo man gemütlicher plaudern kann. Ich bitte Sie darum."

„Gern, Herr Staatsanwalt."

Sie traten in das um diese Zeit (es war gegen sieben Uhr abends) leere und stille kleine Café. Jordan nahm auf einem roten Sofa in einer Ecke Platz, van Geldern ihm gegenüber auf einem Stuhl.

Jordan sah im Lichte der elektrischen Lampen zum ersten Male eindringlich und prüfend in das junge, sympathische Gesicht seines Begleiters, der im Rauchjackett war, vermutlich seine Alltagsuniform, von dem Klavierdienst in den Bars her. Der weite Westenausschnitt ließ ein nicht mehr ganz frisches Plätthemd sehen, auch der sehr hohe Stehumlegekragen wie die langen Manschetten wiesen keine Blütenreinheit, und die schwarze Krawatte schimmerte auch recht speckig. Der junge Mann war groß und schlank, von guter Gestalt, mit nicht unfein geformten, langfingrigen Klavierhänden. Das Gesicht sehr blaß und eingefallen, die Augen dunkel umschattet, der volle Mund ein wenig müde im Ausdruck, die hellen, blauen Augen matt von Kummer oder Uebernächtigkeit. Nur das üppige, dunkelblonde, gelockte Haar zeigte Pflege und Gedeihen. van Gelderns Sprache wies leise Anklänge an die kölnische Mundart. Die ganze Persönlichkeit des Menschen deutete auf eine gute Abkunft. Nur in den Schattierungen der Kleidung und im Gesichtsausdruck kündete sich gesellschaftliches Herabgekommensein dem Auge des prüfenden Kenners.

„Ist Ihnen ein Tee mit Zitrone gefällig?"

van Geldern dankte bejahend. Eine Zigarre, die Jordan ihm bot, lehnte er ab, entnahm aber einer Blechdose eine Zigarette, die er anzündete.

Nun saßen sie beide rauchend bei ihren Teegläsern wie Bekannte — der Staatsanwaltschaftsrat und der junge Freund der Dirne . .

Seltsame Tischgenossen, dachte Jordan, wie zwei . . .

Wäre ich nicht pflichtvergessen und ein Verlumpter, so müßte ich mich heut wie ein Spürhund auf die Fährte dieses Zuhälters setzen und ihn wegen seiner strafbaren Geschäftsbeziehungen zu unserer gemeinschaftlichen Freundin je eher je besser hinter Schloß und Riegel bringen.

Aber uns — mich und diesen Knaben, der gut und gern mein Sohn sein könnte — leiten nun friedlichere Beziehungen.

Wir lieben das gleiche Mädchen.

Ja — lieben.

Denn auch er — der junge hübsche Knabe leidet um das Weib, von dessen Unsittlichkeiten er lebt.

Er ist Hertas Zuhälter. Aber dieses typische Verhältnis erscheint hier nicht in der landesüblichen Art. Der Beschützer, der Geliebte der Dirne, ist diesmal nicht auch ihr grausamer Peiniger. In diesem Falle hier ist das Frauenzimmer der herrschende, der quälende Teil.

Seht doch nur diese Kummeraugen und den wehen Zug um die Unterlippe Armer Junge!

. . . Merkwürdig — dachte Jordan weiter — wie die Perspektiven der Dinge in der Nähe sich ändern. Wäre mir dieser Bursche mit der Strafbezeichnung „Zuhälter" vor Gericht je in die Finger gekommen, ich hätte ihn erbarmungslos ins Gefängnis gesteckt — und das so fern seinem Fühlen und Empfinden, weil zwischen meinem hohen Ankägerstuhl und seiner tiefen Gesunkenheit die Brücken fehlten.

Es wäre mir — als ich noch Bureaukrat war, als eine beleidigende Zumutung erschienen, überhaupt mich in das Fühlen solcher Kreatur versenken zu sollen.

Heute fühle ich mit ihm und komme mir hierbei nicht einmal so gar abgründig tief gesunken vor.

Fast will mir scheinen — ich könnte morgen etwa — diesem Verirrten — nachdem ich heute neben ihm im gleichen Leide gesessen, ein gerechterer und menschlicherer Ankläger sein.

gewesen sei, noch dadurch, daß sie die Zermürbung unserer Front durch die revolutionäre Agitation, die „Erdolchung von hinten", anklagen. Es ist nicht wahr, daß drüben überhaupt kein Verständigungswille vorhanden gewesen sei; ich verweise noch einmal darauf, daß auch Herr Helfferich das jetzt zugibt. **Es kam darauf an, daß wir diesen Verständigungswillen, statt ihn durch die übertriebenen Forderungen zu lähmen, durch die offene Erklärung über Belgien beflügelten.** Je mehr ein deutscher Politiker überzeugt war, daß drüben der Vernichtungswille vorherrsche, desto mehr mußte von unserer Seite mit dem Programm der Verständigung gearbeitet werden, je mehr man überzeugt war, daß das zu nichts führen werde, desto leichter konnte man ja diesen Weg gehen, desto ungefährlicher war er. Man gewann in den Augen der Völker die moralische Oberhand, ohne daß es etwas kostete."

Hans Delbrück hat während des ganzen Krieges sich gegen die Alldeutschen gewendet und gegen die Vaterlandspartei, die ja nun denjenigen Frieden tatsächlich erreicht hat, den sie wollte, nur mit dem Unterschied, daß nicht die anderen, sondern daß wir diesen Frieden annehmen mußten. Ludendorff und seine Gesinnungsgenossen — sie haben das deutsche Volk ins Unglück gestürzt, sie sind es in Wahrheit gewesen, die nicht nur die Front, nein, die das deutsche Volk rücklings erdolchten, nach dem Diktat des Großkapitals, der Schwerindustrie und der Großagrarier, die nun ihren Ludendorff auch im politischen Kampf als Helden und Führer verherrlichen und auf den Schild erheben.

Parvus moralisch gerichtet

Der Vorwärts schreibt: In der Glocke zieht Parvus mit den stärksten Worten gegen Kautsky los, den er bezichtigt, sein Buch in gewinnsüchtiger Absicht vorzeitig ins Ausland verhökert zu haben. Der Angriff wirkt in dreifacher Beziehung im höchsten Grade peinlich, weil er erstens erfolgt, nachdem er sachlich längst wiederlegt ist, weil er zweitens von groben Schimpfereien begleitet ist, und weil drittens ihn Parvus mit seinen eigenen Angelegenheiten verquickt. Denn das ist nach Parvus die Moral von der Geschichte: „Wer in der kapitalistischen Gesellschaft seine geistige Unabhängigkeit behalten will, der muß sich mit Kapital versehen." Fast alle sozialistischen Schriftsteller aller Zeiten, ganz besonders auch Kautsky, haben keine Zeit gefunden, sich mit Kapital zu versehen. Sie sind arme Teufel geblieben und wahren, wenn es sein muß, durch unfreiwilliges Fasten ihre geistige Unabhängigkeit. Wenn ihnen einer, der das bessere Teil erwählt hat, ihre geistige Unabhängigkeit bestreitet, so ist das eine moralische Verirrung, die im höchsten Grade abstoßend wirkt.

Prämienanleihe-Skandal

Unter der Ueberschrift Skandale bei der Prämienanleihe bespricht der Vorwärts den geringen Erfolg der Anleihekampagne und wendet sich gegen die Art der Propaganda. Statt an das Staatsgefühl habe man an die niedrigsten Leidenschaften, die Gewinnsucht und die Spielwut, appelliert. Er fährt dann fort: „Für die Sparprämienanleihe-Propaganda können etwa 10 Millionen Mark ausgegeben worden sein. Damit wurden trotz der großen Papiernot ungeheure Mengen bedruckten Papiers bezahlt. Dabei ist mit den Druckaufträgen nur ein ganz kleiner Kreis von Druckereien beglückt worden, die angesichts der bedenkenlosen Annahme höchster Preisforderungen Riesengewinne einstecken konnten. Die tollsten Preisforderungen sind glatt bewilligt worden. In einzelnen Fällen ist nahezu das Doppelte für Drucksachen bezahlt worden, als im ehrlichen Druckgewerbe üblich gefordert wird. Viele Hunderttausende von Mark sind an Preisüberforderungen hinausgeworfen worden, obwohl die schlechte Finanzlage zu äußerster Sparsamkeit hätte zwingen müssen. Noch am 10. Dezember, dem Tage des Zeichnungsschlusses, sind erbärmliche Broschüren: Wie werde ich Millionär? in Massen verbreitet worden. Auf den Postanstalten lagen wochenlang Riesenmengen von Drucksachen, die nicht befördert werden konnten. Verträge, die das Mehrfache der üblichen Kosten für das betreffende Propagandamittel enthielten, sind abgeschlossen worden. An Redakteure ist man mit dem Versprechen von Sonderhonoraren, deren Höhe den Bestechungscharakter aussprach, herangetreten, damit diese in ihren Blättern günstige Werbeartikel schrieben. (!)

Der Vorwärts verlangt dringendste Untersuchung der Dinge. Eine Kommission müsse eingesetzt werden, die rücksichtslos durchgreife, damit derartige Skandale nicht wieder vorkommen könnten.

Amtlich wird durch W. T. B. versichert, daß „selbstverständlich" „eine solche Untersuchung stattfinden" wird. „Schon vor der Veröffentlichung hat namens des Reichsfinanzministeriums das zuständige Untersekretariat den Geheimen Regierungsrat Norden beauftragt eine Prüfung der geschäftlichen Vorgänge bei der Propaganda vorzunehmen, die bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß gegebenenfalls rücksichtslos zugegriffen werden wird. Das Ergebnis der Untersuchung wird mitgeteilt werden."

Auch diese Skandale bei der Prämienanleihe sind, wie der Sumpf um Sklarz und Parvus und ähnliche andere Erscheinungen, ein Zeichen für die allgemeine Sittenverderbnis und Gewissenlosigkeit der Gegenwart. Es sind Verwesungserscheinungen des bis in die Beamtenkreise hinein moralisch verseuchten kapitalistischen Gesellschaftskörpers. Mit Quacksalbereien nachträglicher „Untersuchungen" usw. ist dieses immer mehr um sich fressende Geschwür nicht mehr zu heilen — es muß mit dem heißen Eisen des Spzialismus ausgebrannt werden!

Neun Monate unschuldig in Untersuchungshaft

Der Vorsitzende des Soldatenrats Merseburg, Genosse Otto Lehmann, wurde am 2. März 1919 in Halle verhaftet, auf Grund der Beschuldigung, sich als Soldat an dem Hallenser Aufruhr beteiligt zu haben. Ein Zeuge wollte gesehen haben, daß er den in Halle kämpfenden Revolutionären Instruktionen erteilt habe. Daraufhin wurde Lehmann vom Kriegsgericht der 8. Division wegen militärischen Aufruhrs unter Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte sowohl Lehmann wie der Gerichtsherr der achten Division Berufung ein und es kam infolgedessen vor einigen Tagen zu einer erneuten Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht in Magdeburg. Hier mußte der Zeuge auf eingehendes Befragen durch Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin zugeben, daß er garnicht gehört habe, was Lehmann zu den Revolutionären gesagt habe. Er erklärte nunmehr, daß er nur beobachtet habe, daß Lehmann mit den Revolutionären sprach und daß sich diese dann in der Richtung nach dem Markt entfernten, wo dann später Kämpfe stattgefunden haben. Trotz dieser wesentlichen Einschränkung der Aussage des Belastungszeugen hielt der Vertreter der Anklage diese nicht nur aufrecht, er behauptete sogar, daß Lehmann Rädelsführer beim militärischen Aufruhr gewesen sei und beantragte nicht weniger wie 5 Jahre Zuchthaus. Diesen Ausführungen trat Genosse Dr. Rosenfeld mit Entschiedenheit entgegen. Er verlangte die Freisprechung und das Gericht sprach dann auch den Angeklagten frei.

Die Syndikalisten und ihre Taktik

Was man heute unter „revolutionär sein" versteht, erfuhr die Elbinger Arbeiterschaft in der öffentlichen Versammlung im Hotel Stadt Elbing, die von den Syndikalisten oder wie sie sich auch nennen, den „Unionisten" einberufen worden war. Wie wenig die Arbeiter für derartige Gimpelfänge zu haben sind, zeigte der schwache Besuch der Versammlung. Zirka 200 Personen waren anwesend, also nicht einmal die Parteifreunde des Einberufers richtig vertreten. Der Referent Müller-Bremen ermüdete die Anwesenden zunächst mit einem Bericht vom Stuttgarter Verbandstage der Metallarbeiter. Durch Ausführungen, die einzelne Kollegen auf dem Verbandstage gemacht hätten, wollte er beweisen, daß die Gewerkschaften nicht revolutionär seien, es auch nie werden könnten. Deshalb müßten wir eine andere Organisationsform schaffen. Nach Ansicht des Referenten könnte dieses nur die Arbeiter-Union sein. Bis dahin ging alles gut. Als der Referent aber den neuen Organisationsaufbau erklärte, brachen die Zwischenrufe los. Es war keine andere, als wie der Aufbau der freien Gewerkschaften. Für so dumm braucht der Genosse Müller die Elbinger Arbeiter nicht zu halten, daß sie nur um des „schönen Namens" willen ihre altbewährten Gewerkschaften zerschlagen werden.

In der Diskussion wurde dem Referenten dann auch gleich durch den Kollegen Köhler vom Metallarbeiterverband die richtige Abfuhr zu teil. Ebenso konnte man feststellen, daß auch fast alle anderen Diskussionsredner mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden waren. Eine Ausnahme machten zwei. Denen verzeiht man es schon. Denn der Ueberradikalismus, der die beiden beherrscht, ist ja stadtbekannt. Als in der Diskussion dem Referenten entgegen gehalten wurde, daß die Unionisten an dem Zusammenbruch des Streiks auf den Atlaswerken in Bremen ein Teil beigetragen haben, wandte sich der Referent in seinem Schlußwort dagegen und führte folgendes ins Feld: „Der Streik sei zusammengebrochen, weil die Arbeiter nicht revolutionär genug waren." Wie die Arbeiter ihre revolutionäre Gesinnung betätigen sollten, ist in folgenden Sätzen ausgedrückt. Der Referent erklärte: **„Die Arbeiter der Atlaswerke hätten vor das Werktor ziehen müssen und wenn dasselbe verschlossen war, dieses eindrücken und an die Arbeit gehen oder sie hätten irgend etwas, z. B. „Krach" machen müssen,** dann wäre der Streik **gewonnen** worden."

Arbeiter, merkt ihrs nun, wohin die Reise gehen soll? So sehen die „Revolutionäre" der Arbeiterunion aus. Die Folgen davon zu erwägen, überlassen wir dem gesunden Sinn der Elbinger Arbeiterschaft. Wir werden, wenn es darauf ankommt, geschlossen dem Unternehmertum gegenüber treten. Diese Art von „revolutionärer" Tat lehnen wir jedoch ab.

Umadressierung von Eisenbahnladungen

Nach einer Mitteilung der Handelskammer Elbing herrscht bei den Verkehrtreibenden vielfach die Gepflogenheit, Gütersendungen, insbesondere Wagenladungen nicht unmittelbar nach der eigentlichen Bestimmungsstation, sondern zunächst nach einer vorgelegenen Station an einen Vermittler zur Weiterabfertigung aufzugeben. Dieses Verfahren schädigt nach Ansicht der Eisenbahnverwaltung infolge der damit verbundenen Wagenstillstände den Wagenumlauf, belastet den Rangierbetrieb durch das Hin- und Herschieben der Wagen und trägt somit viel zu den betrieblichen Schwierigkeiten und der ungünstigen Verkehrslage der Eisenbahnen bei. Es ist auch wahrgenommen, daß durch die Weiterabfertigungen dem Schleichhandel und der Fernverschiebung Vorschub geleistet wird. Die Eisenbahndirektionen hatten deshalb schon im Anfang des Krieges die Dienststellen angewiesen, Weiterabfertigungen nur mit Genehmigung des Verkehrsamts zuzulassen. Bei Weiterabfertigung von Kalisalzen ist neuerdings sogar die Genehmigung der Eisenbahndirektion selbst erforderlich. Die Eisenbahndirektionen haben den Dienststellen im Hinblick auf die Verkehrsschwierigkeiten jetzt nochmals genaueste Beachtung des Weiterabfertigungsverbots eingeschärft. Ausnahmefälle können nur zugelassen werden, wenn ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis nachgewiesen wird. Nur Kohlensendungen für Hausbrandzwecke, die durch den Frachtbriefaufdruck „Hausbrand" gekennzeichnet sind, können mit Genehmigung der für die Unterverteilung zuständigen Stellen (Landrat, Kreiskohlenstelle, Ortskohlenstelle usw.) weitergesandt werden, sofern der Reichskohlenkommissar diese Stellen zur Weiterabfertigung ausdrücklich ermächtigt hat.

Elbinger Polizeinachrichten

Eine ganze Anzahl Einbrüche wurden in den beiden letzten Nächten verübt. In dem Kaufhaus Gebr. Lublinski ist eine Schaufensterscheibe in der Kettenbrunnenstraße eingeschlagen und die ganzen Auslagen gestohlen. Der Schaden dürfte ziemlich beträchtlich sein.

Ferner wurde das Schaufenster im Zigarrengeschäft von Wermke, Königsbergerstraße, eingedrückt und eine Anzahl Zigarren und Zigaretten gestohlen.

Die Filiale des Weißwarengeschäfts von Ischdonat in der Leichnamstraße ist beinahe vollständig ausgeplündert worden. Desgleichen ist ein Einbruch ins Zigarrengeschäft von Schmack, Wasserstraße, ausgeführt worden, wobei ebenfalls Zigarren und Zigaretten gestohlen sind.

Außerdem sind noch an verschiedenen anderen Stellen Einbrüche verübt worden.

Es ist die höchste Zeit

das Postabonnement auf die „Elbinger Volksstimme" zum 1. Januar 1920 zu erneuern.

Jede Postanstalt und jeder Land-Briefträger nimmt Bestellungen auf die Zeitung entgegen.

Expedition der „Elbinger Volksstimme"

In und um Elbing

Zu den Schichau-Differenzen

In der Elbinger Zeitung droht Herr Carlson mit der Schließung der Elbinger Schichaubetriebe. Ein Teil der Arbeiter soll passive Resistenz üben und untätig an der Arbeitsstelle stehen. Wenn das nicht nachlasse, werde er den Betrieb stillegen.

Wir können aus anderer Quelle weiter berichten, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden. Ob sie zu einer gütlichen Einigung führen, läßt sich noch nicht sagen. Angesichts der in den letzten Tagen bekanntgegebenen geradezu wahnsinnig hohen Preissteigerungen sollte Herr Carlson endlich einsehen, daß die Arbeiterschaft sich in einer Zwangslage befindet und garnicht anders handeln kann. Gerade er ist es, der den Arbeitern die Tätigkeit verleidet. An die Absicht betreffend dieSchließung der Fabriken glauben wir einstweilen nicht. Herr Carlson dürfte klug genug sein, vorauszusehen, daß damit die Frage der Stellung seiner Elbinger Fabriken unter Staatssequester zur Debatte gestellt würde. Bei der Wichtigkeit der Elbinger Betriebe für den Staat kann dieser sich mit der Schließung der Fabriken nicht abfinden. Herr Carlson sollte die kürzlich von einem seiner Arbeiter in der Elbinger Volksstimme mitgeteilte Haushaltsrechnung einmal eingehend prüfen und sich in die Lage der Arbeiter hineinversetzen. Was man bei Schichau und Ziese vergeblich suchte: Einsicht, darf man von ihm fordern. Denn er ist doch Kind der neuen Zeit und wurzelt nicht wie jene in überlebten Traditionen.

Weihnachtsfeier der Kriegsbeschädigten

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen veranstaltete gestern in den Räumen des Volkshauses seine Weihnachtsfeier. Die Mitglieder waren mit ihren Angehörigen äußerst zahlreich erschienen. Mit großem Beifall wurden die gebotenen Rezitationen und theatralische Vorführungen aufgenommen. Besonders die Kleinen folgten den Vorgängen auf der Bühne mit großer Aufmerksamkeit. Ein Tänzchen beendigte die im ganzen gelungene Feier.

Ostdeutsche Nachrichten

Totschlag eines Majors: 20 Mark Geldstrafe

Die Danziger Presse schreibt: Wie seiner Zeit berichtet, wurde in der Nacht zum 24. Juni in Langfuhr in der Wohnung der Witwe Bonnet ein Major erschossen, der sich hier auf unrechtem Pfade befand. Täter war der Bankbeamte Gustav Kunter in Danzig, der ein Liebesverhältnis mit der Witwe unterhielt. Als er in dieser Nacht die Witwe durch das Fenster besuchte, fand er den Major und es kam zu einem Ringkampf zwischen beiden Männern. Kunter zog einen Browning aus der Tasche und erschoß seinen Nebenbuhler. Das Verfahren gegen Kunter ist eingestellt worden wegen mangelnder Beweise und weil Kunter sich in der Notwehr befunden habe, in der er in Ueberstürzung die Grenze überschritten hat. In diesem Falle tritt Straffreiheit ein. Es blieb nur noch, daß Kunter seine Waffe nicht vorschriftsmäßig abgeliefert hat. Wegen dieser Tat wurde er vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Mit diesem Gerichtsverfahren vergleiche man das gegen unseren Genossen Stein, gegen den von derselben Danziger

---

Hier lag ohne Zweifel die Tragik und das Schicksalschwere unserer gesamten Strafrechtspflege, daß Menschen gerichtet wurden von Menschen, die deren Fühlen, Denken und Sein so weltenfern, so eisig fremd — so ganz und gar verständnisunfähig gegenüberstanden. Ging es ihm mit Herta etwa anders?

Nein! Sein Schicksal hatte ihn erst packen und mit dieser Leidenschaft für die Dirne erfüllen müssen, um ihn zu lehren, daß er mit ihr damals vor Gericht unmenschlich hart verfahren war, daß er sich an ihrer Menschenwürde versündigt hatte — an ihrer Menschenwürde . . die auch in dem bestialistischsten Mörder noch zu achten ist — um wie viel mehr in unmündigen Geschöpfen, deren Erziehung in falsche Hände gefallen war . .

Jordan sah nachdenklich ins Leere mit einem fast verklärten, seherhaften Ausdruck. Es war, als sähe er plötzlich klar.

Es war, als öffneten sich ihm im Augenblick Tiefen der Erkenntnis. Er sank, er fiel — er war im Untergehen — ja — aber er errang bei diesem seinem Sturze Erkenntnisse, die ihn zu beseligen anfingen . . Denn er ahnte, daß das Drama seines Unterganges Lehre, Warnung und Drohung für Zahllose von denen würde werden müssen, die nach ihm von den kurulischen Sesseln der staatlichen Anklägerschaft herab Verirrte und Verführte zu richten hätten . .

Ein Gefühl der Versöhnung mit seinem Schicksal erwuchs ihm hieraus, ein Befreiungs- und Erlösungsempfinden, wie er es in all diesen Wochen schwerster Seelenqual nie erfahren hatte.

Etwas Heiliges blühte urplötzlich in ihm auf, das sein gemeines Los ins Märtyrerhafte hob und seinem Untergange die Weihen des Blutzeugen zu geben versprach . .

Es zuckte weh um seinen Mund. Das Wasser schoß ihm in die Augen. Er biß die Zähne zusammen und bezwang seine tiefe Erschütterung.

Mit der Hand strich er über Stirn und Augen — und sammelte sich . . .

Vollkommen beherrscht wandte er sich jetzt seinem Gegenüber zu.

„Herr van Geldern", sagte er, „Sie können mir schon gut ein ganz klein wenig Vertrauen schenken.

Sehen Sie, ich habe doch immerhin — wenn auch auf Hertas Wunsch und ihr zu Gefallen für Sie etwas nicht Unbedeutendes getan. Von der Denunzition der Frau Grabert werden Sie nichts mehr zu fürchten haben.

Als eine kleine Gegenleistung erbitte ich von Ihnen jetzt, daß Sie mir sagen, was Sie von dem Verbleib Ihrer Freundin im Augenblick wissen."

(Fortsetzung folgt.)

Staatsanwaltschaft wegen des gleichen Vergehens eine Untersuchung eingeleitet war. Stein war von zwei betrunkenen Männern und einer betrunkenen Frau, alle drei mit einem Leumund bösester Art behaftet, angegriffen worden. Die Frau schlug Stein ins Gesicht. Er zog eine Pistole, um sich die Gesellschaft vom Leibe zu halten. Die Waffe entlud sich und verwundete die Frau, die nach einigen Tagen starb. Stein kam vors Schwurgericht und wurde wegen Totschlags zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Danziger Arbeiterschaft hat dies Urteil als Fehlurteil empfunden und muß dies angesichts des Ausganges der Langfuhrer Affäre noch mehr. Ob das Verfahren wohl auch eingestellt wäre, wenn der Bankbeamte in Langfuhr ein Arbeiter und sein Gegner nicht ein polnischer Major, sondern ein Bourgois gewesen wäre?

Da gehört er hin

Die Welt am Montag schreibt: Nachdem der „sozialdemokratische" Oberpräsident August Winnig vor einiger Zeit in der famosen Glocke des Herrn Parvus sein antisemitisches Herz erfüllt hat — a propos, wie wird ihm bei der Propagandareise seines Chefs Hirsch in Ostpreußen? —, hat er in der Versammlung der Deutschnationalen in der Königsberger Börse gesprochen. Die Deutsche Tageszeitung bringt die mit „stürmischem Bravo" aufgenommene Rede Winnigs, die in der Hauptsache ein Lobgesang auf die von seiner eigenen Regierung für Meuterer erklärten Baltikumkämpfer war, an hervorragender Stelle. Sehr begreiflich! Kein Redakteur der Deutschen Tageszeitung hätte schöner deutschnational reden können. Und wir möchten nur eins wissen: Warum vollzieht eigentlich Herr Winnig nicht auch offiziell seinen Beitritt zur Deutschnationalen Volkspartei?

Trinkgelder für Polizeibeamte?

Die Marienburger Zeitung schreibt: „Wir leben in einer Zeit, in der man den Schiebern zu Leibe rückt. Nicht unbeträchtliche Mengen, sei es Fleisch, Fett, Butter, Eier, Feldfrüchte, sind der Allgemeinheit zugeführt worden. Diejenigen, die unmittelbar an der Zwangsherbeischaffung dieser Sachen beteiligt sind, sind unsere Beamten. Sie tun ihre Pflicht, ganz gewiß. Aber wäre es nicht natürlich, wenn man den Beamten für diese Tätigkeit **besonders belohnen würde.** Wir sind der Meinung, daß dadurch die Arbeitsfreudigkeit noch erhöht werden würde. Durch die eifrige Tätigkeit der Polizei oder Gendarmerie oder anderer Beamter kann nur der unerlaubten Ausfuhr gesteuert werden und das Interesse würde fraglos bei den Beamten durch Belohnungen bei Beschlagnahmen gesteigert. **Die Fälle sind nicht vereinzelt, wenn gerade nicht bei uns in Marienburg, daß die Beamten einfach von den Schiebern Belohnungen, d. h. Bestechungsgelder bekommen, dann sehen sie eben nichts.** Wir leben einmal in der Zeit, in der nur mit Geld oder Geldeswert Interesse hervorgerufen werden kann, es ist traurig, aber wahr. Da ist denn wohl diese Anregung, den beteiligten Beamten in Form von Gratifikationen die Aufdeckung bezw. Stellung von Schiebern oder Schieberware zu belohnen. Vielleicht genügt dieser Hinweis."

Von nah und fern

200 000 amerikanische Weihnachtspakete ins Meer versunken

Der amerikanische Dampfer Kerwood der jüngst vor Borkum auf eine Mine lief, hatte eine überaus wertvolle Ladung für Deutschland an Bord. Sie bestand aus 3000 Tonnen Liebesgaben und zum anderen Teil aus Kupfer, Zinn usw. und stellte einen ungefähren Wert von 30 bis 35 Millionen Mark dar. Unter den Liebesgaben befanden sich 26 000 Sack Paketpost. Durchschnittlich enthielt jeder Sack 7 bis 8 Pakete, so daß etwa 200 000 Weihnachtspakete, die für Deutschland bestimmt waren, auf den Meeresgrund versenkt wurden. Außerdem waren 3000 Sack Briefpost an Bord.

Scheidemann — Oberbürgermeister von Cassel

In der Stadtverordnetensitzung wurde der frühere Ministerpräsident Scheidemann mit 48 von 86 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister von Cassel gewählt.

Wirtschaftliches

Kleinigkeiten zur deutschen Valuta

Der Chef der amerikanischen Militärmission in Berlin, ein Generalmajor, erhält das nach amerikanischen Verhältnissen seinem Range entsprechende Gehalt von 30 000 Dollar, die in Berlin jetzt 1 350 000 Mark wert sind. — Die großen Berliner Hotels erheben für die Ausländer für die Zimmer das Dreifache des Preises, den Deutsche zu zahlen haben. — Ein Münchener Kunsthändler, der ein Vermögen von einer Million Mark besaß, beanspruchte kurz vor Kriegsausbruch bei einer Schweizer Bank einen Kredit von 500 000 Franken, damals gleich 400 000 Mark. Während des Krieges war es verboten, größere Beträge ans Ausland zu zahlen. Jetzt ist er dadurch mit einer Schuld belastet, die sein gesamtes Vermögen nm weit über eine Million übersteigt. — Ein Russe kaufte kurz vor dem Kriege in Berlin ein Auto für 10 000 Mark (damals noch nicht 5000 Rubel). Das Auto blieb während des Krieges in Berlin in Verwahrung. Jetzt konnte es der zurückgekehrte Russe einem Mitglied der amerikanischen Mission für 2000 Dollar verkaufen. Dies Geld tauschte er an der Börse in russisches Geld um und kehrte mit einem Kapital von 280 000 Rubel in die Heimat zurück.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Am Freitag, den 19. Dezember, verstarb unser werter Sportgenosse

Friedrich Ruhnau.

Die Beerdigung findet Dienstag um 1½ Uhr von Hauptstrasse 8 aus statt.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der

Arbeit.-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Elbing.

Bekanntmachung.

Der **Bäckerei** von **Hubrecht,** Bismarckstraße 16, ist für 14 Tage die Mehlzuweisung gesperrt worden.

Elbing, den 23. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Fleischausgabe

für die Woche vom 21.—27. Dezember 1919:

1. Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte: **250 g Rindfleisch mit Knochen** und **50 g Wurst** (letztere bei denjenigen Fleischern, die nicht bereits am 20. d. Mts. die betreffende Wurstmenge erhalten und verteilt haben.
2. Auf denselben Wochenabschnitt der Reichsfleischkarte (auch Kinderkarten, aber außer K-(Krankenzusatz-)Karten: **50 g amerikanischen Speck,** Preis 0,44 Mark, 1 Pfund 4,40 Mark.

Elbing, den 22. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Einfuhrzusatzmarke 19, Abschnitt C.

Dienstag, den 23. Dezember 1919:
100 g Margarine Mark 1,04, 1 Pfd. 5,20.

Vorstehende 100 g sind zwei Wochenrationen von je 50 g für die Zeit vom 8. bis 21. Dezember 1919.

Alshuth, Ernst	Grunwald, Nfg.	Mischkowski, F.
Barwich, Rich.	Heinrich, Luise	Meißner, Th.
„ Adolf	Hein, Otto	Penner, Franz
Behrendt, Just.	Harwardt, M.	Preuß, Otto
„ Gustav	Hollasch, Emil	Pulkowski, Ed.
Beamtenverein	Holzrichter, H.	Quiring, Paul
Braun, Regine	Höppke, Rich. Nfg.	Rau, Paul
Brigmann, Th.	Höpfner, A. Nfg.	Reitz, Ferd.
Consumverein	Haddas, Marie	Renfant, Adolf
Danielowski, A.	Jochem, Johann	Richter, C. Nfg.
Doebel, Oskar	John, Konrad	Riesen, Robert von
Draws, Max	Kahlweiß, J.	Runkel, Otto
Duwe, Wilh.	Kellner Nfg.	Rose, Albert
Druschke, Karl	Klein, Otto	Rockel, Georg
„ Johann	Kotlowski, J.	Richter, Klara
Dyck, Heinrich	Krüger, Max	Sarnecki Nfg.
Esau, Aron	Kusch, Ed.	Splieth, Berta
Eisenstädt, S.	Kardell Nfg.	Schulz, Elise Nfg.
Est, Helene	Kolberg, Anton	Schikowski, Karl
Förster, Marie	Langwald Nfg.	Störmer, S.
Friese, M. Nfg.	Lenz Nfg.,	Werner, Otto
Froese, F.	Inh. Fischer	Wettermann, H.
Flier, Bruno	Lieder, Hermann	Wiebe, Rud.
Gerlach, Friedr.	Lickfett Nfg.	Wölfer, Marta
„ Otto	Maibaum, Heinr.	Zech, Betty
Grätzel, Marie	May, Hermann	

Die Neubelieferung von Margarine wird von der Provinzialfettstelle von der prompten Rücksendung der leeren Gebinde abhängig gemacht. Wir ersuchen daher, die **leeren Gebinde** am **Freitag, den 2. Januar 1920,** in gutem Zustande an die Verteilungsstelle **zurückzugeben,** andernfalls das Pfand nicht zurückerstattet wird.

Wir weisen darauf hin, daß die **Räumung von Margarine sofort** dem Ernährungsamt bekannt zu geben ist, und werden wir in Zukunft nur solchen Geschäften Margarine zur Verteilung überweisen, welche unsere Vorschriften befolgen.

Elbing, den 22. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Petroleumausgabe auf Marke 9

½ **Liter.**

Elbing, den 22. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Arbeiter-Unterstützungs-Verein

feiert sein diesjähriges

Weihnachtsfest

am 1. Feiertag im Volkshaus,

verbunden mit **Konzert und Theater** unter Mitwirkung der freien Turnerschaft Elbings.

Anfang 4 Uhr.

Zum Schluß: **Tanz.**

Eintritt 1,50 Mk. **Der Vorstand.**

U. S. P. Versammlungskalender U. S. P.

Heute, Montag, abends 6 Uhr: **Vertrauensmänner** im Volkshaus.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Auf Beschluß des Vorstandes erhalten auch in diesem Jahre die Angehörigen der noch in Gefangenschaft befindlichen Mitglieder eine **Weihnachtsunterstützung.**

Unter Vorlegung der Legitimation wird dieselbe im Bureau, Sonnenstraße 32, ausgezahlt. **Der Vorstand.**

Stadttheater Elbing

Direktion: **Max Spiess.**

Montag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr:

Das verlorene Paradies.

Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.

Dienstag, den 23. Dezember, nachm. **3** Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7 Uhr:

Erstes Wiederauftreten des Herrn **Karl Hagin**

Der Barbier von Sevilla.

Komische Oper in 3 Akten von Rossini.

Mittwoch, den 24. Dezember, nachm. **4** Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends bleibt das Theater geschlossen.

Der Vorverkauf für die Vorstellung am Mittwoch nachm. findet **nur Dienstag nachm. von 4—6 Uhr** statt.

Zum Weihnachtsfeste
empfiehlt
Christbaumschmuck
Christbaumkerzen
Wunderkerzen
Spiele, Kassetten
Papier- und Schreibwaren.
Tapeten-Vers.-Haus
„Vorwärts", Friedrichstr. Nr. 3.

Polnische Apotheke
M. Riebensahm,
Junkerstr. 22.
Lieferantin sämtlicher Krankenkassen,
Lager aller Spezialitäten,
Verbandstoffe, Drogen, Mineralwässer.

1 Winter-Ueberzieher für 16—17 J. zu verkaufen Königsbergerstr. 24, 2 Trp. r.

Kollegen! Uebt Solidarität!

Kauft eure

Rauchwaren

nur von eurem Parteigenossen

Lietzau, Alter Markt 2.

Faust- und Fingerhandschuhe für Arbeiter,

Männer-Shawls

zu haben bei

Auguste Plath, Inh. Paul Ziffler, Wasserstr. 49.

Empfehle mein **grosses Lager**

Regulateure : Freischwinger
Moderne Salon-Uhren
Wecker und Wanduhren

Goldwaren | **Freundschaftsringe, Broschen, Boutons, Manschettenknöpfe, Anhänger, Armbänder, Uhrketten, Trauringe** in verschiedenen Preislagen (Gravierungen gratis)

zu äussersten Preisen.

Reparaturen werden gewissenhaft und gut ausgeführt.

Paul Ozegowsky, Uhrmachermeister
Fischerstraße 47, Ecke Wasserstrasse.

Vergnügungs-Anzeigen

für die Weihnachts-Feiertage

finden in der Elbinger Volksstimme die weiteste Verbreitung und erbitten wir Aufträge möglichst frühzeitig.

Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.
Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.
Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel,
:: **Verbandstoffe und Drogen** ::

Verlobungsringe
auch noch in feinem Golde liefert
F. Witzki,
Elbing, Schmiedestr. 17.

Christbaumschmuck
in großer Auswahl
empfiehlt
Drogerie Ernst Albrecht
Wilhelmstr. 20.

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann,
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telefon 553.

Kino
mit mehreren Films, Platten und Leinwandrahmen, alles gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Näheres bei **Wohlert,** Herrenstraße.

Schwarzer Gehrock
für mittlere Figur, und **Filzhüte** zu verkauf. Fischer Vorberg 2.

Groß. Pferdestall
mit Wohnhaus
für Knaben zu verkaufen Wittenfelderstr. 29, 2 Trp. r.

Groß. Kinderkochherd
mit Geschirr billig zu verkaufen Wasserstraße 62, II.

Sonnabend früh auf dem Wege Trosostr., Holl. Chaussee und Bahnhofstr. eine **Armbanduhr verloren.** Gegen gute Belohnung abzugeben **Gartenstraße 13** im Laden.

Schmiedelehrlinge
stellt von sofort oder später ein
Adolf Wenski,
Neustädt. Grünstraße 6 a.

Elbinger Standesamt
vom 22. Dezember.

Sterbefälle: Magistratsbote Peter Wilhelm Schulz, 66 J. — Klempnerfrau Emilie Liedtke geb. Modegell 80 J. — Wächter Karl Friedr. Ruhnau, 37 J. — Tanzlehrerfrau Anna Boy geb. Winkler, 61 J.

Lebensmittel in der Woche vom 22. bis 28. Dezember 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln*)	5 Pfd.	Kartoffelmarke 13	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	—	—
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 141	—	—		Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 141	—	—		Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
Butter	50 Gramm	Fettmarke 39	—	—	ab Montag	Molkereien	0,65	6,50
Syrup**)	1/2 Pfd.	Nährmittelmarke 542	—	Fritz Wiebe	22. 12.	Kaufleute	0,65	1,30
Ausl. kondensierte Milch***)	1 Dose auf 2 Einfuhrzusatzmarken	Einfuhrzusatzmarke 20 A	—	—	22. 12.	„	2,20 per Dose	
Nudeln	1/4 Pfd.	Nährmittelmarke 543	22. 12.	H. Stach	23. 12.		0,30	1,18
Gemüsekonserven (jg. Erbs.)	1/1 kg-Dose	**markenfrei**	—	A. Goldack (nach Bedarf)	—		3,90 per Dose	
Geschälte Hülsenfrüchte	1/2 Pfd.	Nährmittelmarke 544	—	H. Stach (nach Bedarf)	24. 12.		1,40	2,80
Reis	100 Gramm	Kinderzusatzmarke 161	23. 12.	H. Regier	24. 12.	„	0,44	2,20
Süßstoff (H-Packung)	1 Päckchen	Nährmittelmarke 545	—	—	22. 12.	Drogerien	0,50	
Rindfleisch****)	1/2 Pfd.	10/10 Fleischkarte	22. 12.	Schlachthof	23. 12.	Fleischer lt. Kundenliste	Kochfleisch 0,70	2,80
					24. 12.		Bratfl. 0,88	3,50
							Hackfleisch 1.—	4,—

In der obigen Woche gilt **Brotaufstrichmarke V** für 1/2 Pfund Syrup, **Nährmittelmarke V** für 1/4 Pfund Nudeln, 1/2 Pfund geschälte Hülsenfrüchte, 1 Päckchen Süßstoff, erhältlich bei **Conrad John**, Alter Markt 8, **Bruno Winter**, Holl. Tor 5, **F. Plohmann Nachfl.**, Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Das Eintreffen der Kartoffeln ist infolge des Frostes fraglich. Die Marke behält jedoch für die angegebene Menge ihre Gültigkeit, oder es wird im Laufe der Woche Kartoffelersatz hierfür aufgerufen.

**) Verkaufsstellen für Syrup:

Armbrust, Richard	Czeskowski, Joh.	Friese, Marg., Nfg.	John, Conrad	Prengel Nfg., Inhaber Steffen	Schulz, J. A.
Barwig, Emma	Doebel, Oskar	Froese, F.	Jochem, Johann	Quiering, Paul	Steinhöfel, J.
„ Rich.	Draws, Max	Genatowski, A.	Kusch, Eduard	v. Riesen, Rob.	Tengelmann
„ Adolf	Duwe, Wilh.	Glodde, Heinrich	Kardell Nfg.	Rehbein, Joh.	Thiel, Andreas
Böhnke, Helene	Druschke, Karl	Gerlach, Friedrich	Kolberg, Anton	Richter, Klara	Werner, Paul
Behrendt, Justine	„ Johann	Grunwald Nfg.	Langwald Nfg.	Ritter, August	Werner, Otto
„ Gustav	Düsterbeck, Julius	Gubba, Justine	Lickfett Nfg.	Richter, C. H. Nfg.	Wölfer, M.
Beamtenverein	Esau, Aron	Hahnke, Aug.	Langfeld Nfg.	Senger, Robert	Winter, Bruno
Bluhm Nfg.	Eckert, Hermann	Hein, Otto	Meißner, Th.	Renfant, Adolf	Lieder, Hermann
Brigmann, Th.	Fietkau, Ernst	Heyden, M., Nfg.	Nitsch, Julius	Sawatzki, Gustav	Penner, Franz
Braun, Regine	Fischer, Emil	Horst, Irene	Ochs, Anton	Schewe, W.	Plohmann, F. Nfg.
Consumverein	Förster, Marie	Höppke, Rich., Nfg.	Preuschoff, Franz		

***) Verkaufsstellen für kondensierte Milch:

Alshut, Ernst	Dyck, Heinrich	Kellner Nfg.	Penner, Margarete	Regier, Hermann	Schlinke, M.
Barke, Hermann	Dobrick, Joh. Nfg.	Kümpel, Wilh.	Preuß, Otto	Plohmann, F. Nfg.	Toussaine, Ida
Beamtenverein	Eisenstädt, S.	Klein, Otto	Pulkowski, Ed.	Riesen, Rob. von	Zech, Willy
Braun, Regine	Fischer, Emil	Kothtz, Paul	Renfant, Adolf	Sarnecki Nfg.	
Consumverein	Grunwald Nfg.	Lilienthal, Emil	Rockel, Georg	Siegmuntowski Nfg.	
Draws, Max	John, Conrad	Nitsch, Julius	Runkel, Otto	Salewski, Paul	

****) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 1/2 Pfund ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.

Im Interesse des Publikums weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß **markenpflichtige Ware** nur an **dem Tage zum Verkauf gelangen darf,** welcher im **Wochenplan hierfür vorgesehen** ist und werden in Zukunft nur solche Geschäfte Extra-Zuweisungen in Fett etc. erhalten, die unsere Vorschriften befolgen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß **sämtliche aufgerufenen Marken** nur **eine Woche,** vom Ausgabetag ab, **Gültigkeit haben und dürfen Marken,** welche **nach diesem Zeitpunkt zur Belieferung vorgelegt werden, nicht angenommen werden.**

Markenausgabe im Ernährungsamt

für die Woche vom 22. bis 27. Dezember 1919
(von 9—2 Uhr):

Montag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck A**
Dienstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck B**
Mittwoch: **Ausweiskarten mit dem Buchstabenaufdruck C**
Sonnabend: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck F**
Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck D** und **E**
an einem beliebigen der oben bezeichneten Tage.

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

1. **Brotmarken** für die Zeit vom 29. Dezember 1919 bis 25. Januar 1920;
2. **Fettkarten** für die Zeit vom 29. Dezember 1919 bis 28. März 1920;
3. **Vollmilchkarten** für Kinder bis zu 6 Jahre und Personen über 75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
4. **Magermilchkarten** für Kinder über 6—12 Jahre und Personen über 65—75 Jahre vom 29. Dezember 1919 bis 29. Februar 1920;
5. **Kinder-Nährmittel-Zusatzmarken** von Nr. 165—184.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 19. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Als praktische
Weihnachtsgeschenke
empfehle:

Wirtschaftswagen
Tafelwagen
Gewichte

Kohlenplätten
Bolzenplätten
Spiritusplätten

Dalliplätten
Dalli-Glühstoff
Brotschneidemaschinen

Fleischhackmaschinen
Reibemaschinen
Waffeleisen

Tischmesser u. Gabeln
Taschenmesser
Brot- u. Schlachtmesser
Damenscheren
Eß- und Teelöffel
Rasierapparate
Rasiermesser

Kaffeemühlen
Taschenlampen
Batterien
Geldbeutel

Rodelschlitten
Kinderschlitten
Schlittschuhe

Emaillewaren und andere Küchengeräte

Joh. Meissner Nachfl.
Ecke Königsberger- u. Leichnamstraße.

Preiswerte Angebote
für den
Weihnachtstisch!

Passende **Weihnachtsgeschenke**
Damen-Handtaschen
Geldtaschen
Brieftaschen
Schmuckkästen
Photographie-Album
Markttaschen
Halsketten u. Broschen
Schultornister
Nähkästen
Rasiermesser
Zigarrentaschen
Zigaretten-Etuis
Kaffeeservice
Waschgarnituren
Tonnengarnituren

Spielwaren
Schaukelpferde
Kinderschlitten
Puppenwagen
Puppenstuben
Puppen
Festungen
Gesellschaftsspiele
Bilder- u. Märchenbüch.
Puppen-Kaffeeservice
Soldaten
Kochherde
Pferdeställe
Trommeln
Kaufläden
Säbel und Gewehre

Prakt. Geschenke
Satzschüsseln
Messer u. Gabeln
Eßlöffel u. Kaffeelöffel
Glas-Kuchenteller
Kaffeetassen
Küchenwagen
Thermosflaschen
Brotschneidemaschinen
Kohlenkästen
Plättbretter
Borstenwaren
Emaillewaren
Tisch- u. Küchenlampen
Taschenlampen
Kinderstühle

Bilder i. all. Größen | Christbaumschmuck | Einkoch-Apparate

L. Wolf & Söhne
Alter Markt 35.

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister,
Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe
G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Erstes und grösstes Musikhaus
für feine Künstler- und Orchester-Instrumente
Sprechapparate u. Platten.
Auch in **Gitarren, Lauten, Mandolinen, Harmonikas** usw.
Pianos in gediegener Bauart.
Auswahl und Preise nach wie vor **einzig am Platze!**

H. Kolmsee, Wasserstraße 27.
Man achte auf die Firma.

Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.
Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.
Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel,
:: Verbandstoffe und Drogen ::

Reklamepreis
nur **19.50**

Nachts leuchtend nur 4.50 M. mehr
Nur **19.50** kostet diese echte **deutsche Herren-Ankeruhr,** 39 stünd. Werk, genau reguliert.
Dieselbe Uhr mit Charnier echt Goldrand nur M. **24.00**
Panzerkette . . M. **1.00**
echt versilbert . M. **2.00**
echt vergoldet . M. **4.00**
Uhrkapsel nur . M. **0.75**
Armbanduhr mit Riemen . M. **37.50**
mit Leuchtzahlen nur M. **39.00**
Uhren-Müller, Berlin, Tempelhof 45, Friedrich-Franzstraße 14.

Hämorrhoiden
heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

2 Gaskronen,
Messing u. Kupfer, u. 3 **Gaslampen** (Hängelicht) zu verk. Herrenstr. 44, I, Eing. Ankerstr.

Anfertigung eleganter
Damen- und Herren-Garderobe
nach Maß, unter Garantie für tadellosen Sitz und Formen.
Umarbeiten von Militärsachen
sowie Wenden, Modernisieren, Reparaturen schnellstens.
Empfehle meine soliden und reinwollenen Stoffe.
Anzüge sowie Kostüme schon von 450 Mk. an
bei erstklassiger Arbeit. Zugebrachte Stoffe schnellste Anfertigung.
C. Troike, Schneidermeister
Heilige Geiststrasse 29, III. **Eingang Mauerstrasse.**

Als praktische Weihnachts-Geschenke

empfehle:
Goldene und silberne Damen- und Herrenuhren
Kolliers
Echt Elfenbein- u. Korallenschmuck
Antike Künstlerbroschen
Silberne Taschen und Börsen
Ovale Medaillons
Moderne Salonuhren
Nacht- und Weckeruhren
Paul Mulack Nachflg.
Alter Markt 2.

Ein passendes
Weihnachtsgeschenk
für jeden Herren
ist eine
schöne Pfeife.

Dieselben sind in allen Größen und Preislagen — in großer Auswahl auf Lager. —
Ferd. Kleefeld,
Inn. Mühlendamm 36,
— Zigarren- und Weinhandlung. —

Für den Weihnachtstisch

empfehlen unsere **grossen Läger** in **praktischen Gebrauchsartikeln** ausserordentlich **preiswert:**

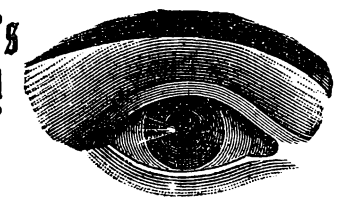
Praktische Kleiderstoffe
Praktische Wäschestoffe
Praktische Blusenstoffe
Praktische Herren- und Damenwäsche
Praktische Kinder-Konfektion
Praktische Schuhwaren

Gardinen ▪ Wäsche ▪ Blusen ▪ Wollwaren

in grösster Auswahl

Gebr. Lublinski :: Elbing.

Geht's Dein Aug' an



Geh' zu Müller 'ran

Optische Centrale, Elbing,

Fischerstraße 32/33. Fernruf 987.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Für den Weihnachtstisch

empfehle mein **gutsortiertes Lager** in

Geigen, Mandolinen, Mandolas
Guitarren, Lauten, Baßlauten,
Guitarrezithern mit unterlegbaren Notenblättern,
sowie **Zieh- und Mundharmonikas**
zu soliden Preisen.

Wasserstr. 87 **Georg Schmidt** **Wasserstr. 87**

Komplette
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer

Komplette
Küchen
auch einzelne
Küchenmöbel

Polsterwaren
in eigener Werkstatt gefertigt.
Sofas, Auflagen
Matratzen, Chaiselongues

Einzelne Möbel:
Kleiderschränke
Vertikos
Bettstellen
mit u. ohne Matr.
Stühle, Tische
Spiegel
Umbauten

Als
Weihnachtsgeschenke
Korbmöbel
Stand- u. Wanduhren
Bauern-, Servier- und Teetische
Bilder
Gondeln, Klub- und Spieltische etc.

Flurgarderoben
Waschtische
Blumenkrippen
Frisiertoiletten
Salonspiegel
Büfetts, Kredenzen
Bücherschränke etc.

Möbelhaus S. Maltenfort

Elbing, Alter Markt Nr. 5

Telephon 1084 Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. **Telephon 1084**

Sonntag von 11½ Uhr bis 6 Uhr geöffnet.

▪ Sonntags geöffnet von 11½—6 Uhr. ▪

Als schönstes Weihnachtsgeschenk

empfehlen

Pelz-

Kragen
Muffen
Hüte
Mützen
usw.

in grösster Auswahl.

Gebrüder Laschinsky

Pelzwaren-Spezial-Haus

Elbing, Alter Markt 64, am Markttor. Fernruf 826.

NB. **Wir kaufen Rohfelle,** wie: Marder, Otter, Fuchs, Iltis, Hasen, Dachs, Katzen, Ziegen, Schaf, Hirsch, Reh, Eichkätzchen, Fohlen, weiße Wiesel usw. usw., sowie **Roßhaare** u. zahlen die **höchsten Tagespreise**

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 53 | Dienstag, den 23. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

1 Million Lustbarkeitssteuer. Recht bezeichnend ist eine Bemerkung über die Einnahmen der Stadt Dresden. Es heißt, von der Lustbarkeitssteuer sei im Jahr 1918 ein Ertrag von 250000 Mk. erwartet worden. Sie habe aber eine Summe von nicht weniger als 990000 Mk. erbracht, obgleich eine Steuererhöhung nur 6 Monate wirksam sein konnte.

Halle ohne Gas. In Halle an der Saale ist bis auf weiteres die Gasabgabe gänzlich eingestellt, da die für Halle bestimmten Kohlenladungen aus Oberschlesien auf dem Wassertransport eingefroren sind.

Komödie. Wie die monarchistische Presse berichtet, hat die Untersuchung gegen Hauptmann Kessel ihr Ende gefunden. Der Angeklagte bestritt jede Schuld und es habe sich nichts ergeben, was gegen seine Behauptung spräche. Kessel ist auf freien Fuß gesetzt worden. — Bravo! Nur weiter so fort.

Lehrerstreik. In Salzburg stellten die Lehrkräfte aller Volks- und Bürgerschulen die Lehrtätigkeit mit der Erklärung ein, daß die erfolgreiche Erziehung der Jugend nur möglich sei, so bald die materielle Notlage der Lehrerschaft behoben sei.

Auch diese kommen auf Wilhelms Konto. Eine Depesche aus Wien meldet: Nach den statistischen Ausweisen sind in den ersten zehn Monaten dieses Jahres in Wien 52016 mehr Todesfälle und 69292 weniger Lebendgeburten im Vergleich mit dem letzten Friedensjahre zu verzeichnen, so daß der Gesamtverlust sich auf 121308 beziffert.

Produktive Erwerbslosenfürsorge Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat Ausführungsbestimmungen zur Erwerbslosenfürsorge erlassen. Danach sollen sogenannte Winterbeihilfen und Sachleistungen, d. h. in Gestalt von Heizmaterial, warme Kleidung, Schuhzeug usw. gewährt werden.

Das soll der Anfang der angekündigten „produktiven Erwerbslosenfürsorge" sein. Wir sind gespannt auf die Fortsetzung. Im übrigen beschränken sich die Ausführungsbestimmungen darauf, die Gemeinden dringend zu ermahnen, daß sie im Falle von wirtschaftlichen Kämpfen keine Erwerbslosenunterstützung zahlen. Uns ist nicht bekannt, daß Streikende jemals Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erhoben haben.

Kapitalistische Brosamen. Die englischen Baumwollspinnereien haben ihren Arbeitern eine Prämie gewährt, die während der Monate Januar, Februar und März zahlbar ist und ein bis drei Pfund Sterling beträgt. Die Kosten der Zulage werden auf eine halbe Million Pfund Sterling berechnet. Als Grund für die Zulage wird angegeben, daß es den Arbeitern während der drei Monate wegen des geltenden Tarifvertrages unmöglich ist, eine Lohnaufbesserung zu erlangen. Als weitere Veranlassung zu dem Entgegenkommen der Spinnereibesitzer wird der große Gewinn der letzten Zeit angegeben.

Belgischer Zeitungsstreik droht. Eine Brüsseler Depesche an Daily Mail besagt, ganz Belgien sei von einem Zeitungsstreik bedroht. Die Maschinensetzer und Maschinisten forderten eine Lohnaufbesserung von 35 Prozent. Die Direktoren hätten 16½ Prozent angeboten, was jedoch abgelehnt worden sei.

Schreckensurteile. Reuter, amerikanisches Bureau, meldet aus Kansas City: 32 Mitglieder der Organisation der Industrial Workers of the World wurden wegen Verletzung des Spionagegesetzes zu Gefängnisstrafen von drei einhalb bis neun einhalb Jahren verurteilt. Die Verurteilungen erfolgten noch nach Kriegsgesetzen wegen der Agitation für den Frieden.

Aufstand in Mesopotamien. Der Amsterdamer Telegraaf berichtet aus London: Die englischen Blätter melden einen ernsten Aufstand der Araber in Mesopotamien. Die Stadt Bhezezzor wurde von arabischen Truppen genommen und die dortigen Regierungsgebäude vollkommen eingeäschert. Eine größere türkisch-arabische Bewegung ist im Gange. Türkische Streitkräfte rücken am Euphrat entlang in Richtung Bagdad vor. Es besteht die Gefahr eines Zusammenstoßes mit britischen Truppen. Die Lage ist sehr ernst.

Gemeinsames Vorgehen. Die Leipziger N. N. melden aus Zürich: Der englische Grubenarbeiterverband hat im Verein mit den französischen Grubenarbeitern eine Entschließung gefaßt, den gemeinsamen Ausstand für den Fall zu proklamieren, daß die Regierung bis zum Frühjahr die Nationalisierung der Kohlengruben nicht durchgeführt habe.

Der Achtstundentag in Deutsch-Oesterreich Die österreichische Nationalversammlung hat die Vorlage über den achtstündigen Arbeitstag angenommen die das bisher vorläufige Gesetz unter Erweiterung des Anwendungsgebietes des Achtstundentages auf alle gewerblichen Betriebe ersetzt.

Erwache Volk, erwache!

Die erlauchten Herren der Regierung haben für das deutsche Volk ein „Weihnachtsgeschenk" zurechtgemacht, wie es noch keine frühere Regierung zu bieten wagte. Was einst dem Volke an Fleischwucher, an brotverteuernder Zoll- und agrarischer Liebesgabenpolitik zugemutet wurde, verblaßt vor dem, was seit dem Ende des Krieges dem lammgeduldigen deutschen Volke auferlegt wird. Haben wir früher mit vollem Recht unsere Agrarier Raubritter genannt, so müssen wir heut sie als

Schwerverbrecher am Volke

bezeichnen. Wenn unter dem früheren Regiment Agrarier und Kapitalisten goldene Zeiten verlebten auf Kosten des Volkes, dann fand sich das Proletariat mit dem mageren Trost ab, daß diese Regierungen auf Grund der rückständigen politischen Verhältnisse nichts als gefügige Werkzeuge der Volksaussauger waren. Deshalb der Kampf der Arbeiter gegen das alte politische System. Nun haben wir einen 9. November gehabt und haben nach den verlogenen Phrasen der Rechtssozialisten einen freien Volksstaat. Da konnten politisch ungeschulte Leute hoffen, daß nicht nur die „vollendete Demokratie" errichtet, sondern auch eine gesunde Wirtschafts- und Ernährungspolitik getrieben wird.

Wir haben diese Hoffnung längst aufgegeben, weil wir wissen, daß sich in Wirklichkeit am System nichts geändert hat. Es haben wohl Personen und Namen gewechselt, aber an den Machtverhältnissen ist nichts geändert. Noch immer

beherrscht das agrarische Raubgesindel die Regierung.

Seit Monaten ist der Ernährungsminister Schmidt Schritt um Schritt vor den schamlosen Forderungen der agrarischen Wucherer zurückgewichen. Die Freigabe der Eier und des Hafers waren die unheilvollen Anfänge. Es folgten dann unter Zustimmung der Regierung ununterbrochen Preissteigerungen für alle rationierten Lebensmittel, während die nichtzugeteilten schrankenlos im Preise stiegen. Nun hat der Reichsrat, die Vertretung der einzelnen Länder, beschlossen, den Brot- und den Kartoffelpreis ganz erheblich zu erhöhen, so daß der Preis für

ein Brot von 2350 Gramm auf 2.45 Mk.

steigen, der Preis für

einen Zentner Kartoffeln um 2.50 Mk. erhöht

wird. In der Meldung über die Reichsratssitzung heißt es, man habe über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln beraten. Es wurde festgestellt, daß die Ablieferung von Getreide im vorigen Jahre 2 630 000 Tonnen, in diesem Jahre dagegen erst 1 100 000 Tonnen betrug. Die Ursachen seien in der verspäteten Ernte und in der Ueberlastung der Verkehrsmittel zu suchen. Das ist natürlich nur zum kleinen Teil richtig. Der wahre Grund liegt im

Lieferungsstreik der Landwirte.

Seit diese Herren wissen, daß sie dank der scheinsozialistischen antirevolutionären Politik wieder die Macht besitzen, seit sie von der Regierung bewaffnet sind und von ihr ein Zugeständnis nach dem andern erhalten haben, kennen sie bei ihren Forderungen kein Maß mehr und erzwingen einfach durch Nichtablieferung die schandhaften Preise. Ob dabei Mutter, Kinder und Greise, ja das ganze schaffende Volk zugrunde geht, ist ihnen gleich. Und die ohnmächtige Regierung macht sich mitschuldig an dem Verbrechen. Es muß immer wieder gesagt werden: Während sie noch immer die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter einkerkert und niederknüppelt, bewilligt sie für die nimmersatten Junker Preiserhöhungen und Lieferprämien. Dieser neueste Raubzug auf die Taschen des hungernden Volkes ist zwar erst im Reichsrat sanktioniert worden, aber es besteht kein Zweifel mehr, daß auch die Regierung zustimmen wird. Der Reichsrat hat sogar beschlossen, daß, wenn die Erhöhungen nicht ausreichen sollten,

das Reich für Fehlbeträge aufkommt!

Das ist geradezu ein Antrag für die Junker, immer mehr zu fordern. Das Reich bezahlt es ja. Die dadurch immer größer werdenden Steuerlasten wälzt man dann auf die niedrigen Volksschichten ab. Die Junker werden nach wie vor sich geschickt von allzu schweren Steuern drücken. Die Habgier der Herren aber wird noch steigen. Schon kündigte man eine gewaltige Steigerung der Zuckerpreise an. Was wird noch alles folgen? Die Regierung aber läßt alles geschehen. Die Berliner Metallarbeiterleitung und die Berliner Gewerkschaftskommission hatten sich gegen die beabsichtigte Preiserhöhung gewandt. Die Regierung hat nicht einmal eine Antwort erteilt! Bezeichnenderweise hat sich die Leitung des Gewerkschaftsbundes, früher Generalkommission, dem Protest nicht angeschlossen. Sie sieht aus Freundschaft für ihre Genossen in der Regierung seelenruhig zu, wie die

Verelendung des Volkes

auf die Spitze getrieben wird. Sie müßte, will sie ihre Aufgabe als Arbeitervertretung erfüllen, die ganze organisierte Arbeiterschaft aufrufen zum Sturm gegen diese Raubpolitik und müßte sie sammeln zum

Kampf um höhere Löhne und Gehälter.

Das muß jetzt die Antwort sein. Wir wissen, daß damit dem Uebel nicht gesteuert wird, daß ein Keil den andern treibt, aber wir können den Millionen Arbeitern, Angestellten und niederen Beamten nicht zumuten, noch mehr zu hungern als bisher schon. Wir wissen auch, daß die wechselweisen Preis- und Lohnerhöhungen rettungslos zum Zusammenbruch des Wirtschaftslebens führen, aber der ist nur aufzuhalten, wenn zuerst mit dem Preiswucher Schluß gemacht und ein allmählicher Preisabbau begonnen wird. Dann erst kann im gleichen Verhältnis ein Abbau der Löhne und Gehälter erfolgen. Jetzt muß das Gegenteil erfolgen. Man mag dann über die streikenden Proletarier noch so sehr zetern; der Kampf um höhere Bezahlung wird zur Lebensfrage.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wohin soll die heutige Agrarpolitik führen? Die schaffende Bevölkerung wird ausgehungert, wird zu Bettlern im Interesse der Agrarier. Die Städte geraten in die Sklaverei der Rittergutsbesitzer. Wir sehen, wie unsere Frauen, unsere Kinder langsam verhungern, weil es die Nachkommen der mittelalterlichen Strauchdiebe so wünschen. Wollt ihr das dulden? Es heißt, im Frühjahr des nächsten Jahres soll wieder gewählt werden. Rettet den Staat, rettet euch und eure Angehörigen aus den Händen der Spitzbuben, die uns „gesetzmäßig" die Haut vom Leibe schinden.

Hinein in die U. S. P.! Werbt Leser für die Elbinger Volksstimme!

Politische Rundschau

Deutschland

Charakterlosigkeit der Rechtssozialisten

Im Unterrichtsausschuß der Preußischen Landesversammlung ist jetzt der Kampf des Zentrums um die Stellung der Geistlichen in den Schuldeputationen beigelegt, indem die Entscheidung über die dritte Frage auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden ist. Angeblich soll der Reichspräsident selbst den Vorschlag gemacht haben, ein Rechtsgutachten einzuholen über die Auslegung des Artikels 174 der Reichsverfassung. Die Fachgelehrten sollen entscheiden, ob der Artikel dahin aufzufassen sei, daß an dem bestehenden Zustande überhaupt nichts gerüttelt werden dürfe, oder ob es der Landesgesetzgebung überlassen ist, Aenderungen auf legalem Wege vorzunehmen. Solange dieses Gutachten nicht vorliegt — und das wird nicht sobald geschehen — bleibt es dabei, daß der Geistliche selbstverständlich der Schuldeputation angehört. Das Staatsministerium hat mit Freuden den rettenden Strohhalm ergriffen, um aus der Krisis herauszukommen und die Rechtssozialisten sind heilfroh, auf diese Weise um eine klare Entscheidung herumgekommen zu sein. Der Ausschuß hatte

nichts dagegen einzuwenden. Damit ist nun auch glücklich dieses Gesetz das Rückgrat gebrochen.

Um nach außen den Anschein zu erwecken, als ob doch noch etwas auf dem Gebiet des Schulwesens geschehe, hat der Ausschuß dann aber die weiteren Artikel des Gesetzentwurfs beraten. Zunächst verhandelte man darüber, ob der Vorsitzende der Schuldeputation, Kommissionen und Vorstände wie bisher von der Regierung ernannt oder von diesen Körperschaften aus deren Mitte gewählt werden sollen. Die bürgerlichen Vertreter sprachen sich für Ernennung aus, weil sie befürchten, es würde sonst in den Landorten der Lehrer niemals gewählt werden. Unsere Vertreterin verfocht dagegen grundsätzlich die Wahl. Dieser Standpunkt wurde auch von der Mehrheit des Ausschusses eingenommen.

Beschlossen wurde weiter, die Zahl der Lehrer bezw. Lehrerinnen und die der Erziehung kundigen Männer oder Frauen soll einander gleich sein. Erstere sind von der gesamten Lehrerschaft des Schulverbandes, letztere von den Gemeindevertretungen gewählt worden. Wir hatten ferner beantragt, das Bestätigungsrecht der Regierung solle aufgehoben werden und die Bestimmungen über das Erlöschen der Mitgliedschaft zu den Schuldeputationen usw. präzis und eindeutig dahin gefaßt werden, daß sie nur aus denselben Gründen, wie bei jedem anderen öffentlichen Ehrenamte erlöschen dürfe. Zuerst hat das Zentrum für unseren Antrag gestimmt, aber es überlegte sich plötzlich die Sache anders und nun kam unser Antrag zu Fall. Die Regierung will an dem Bestätigungsrecht festhalten, weil die in Betracht kommenden Körperschaften nicht nur kommunale sondern auch staatliche Funktionen hätten.

Alles in allem genommen, wird auch hier wieder einmal nichts übrig bleiben, als ein wertloser Fetzen Papier und Eltern wie Lehrer sind betrogen.

Ueber Noskau als Moskau

In der preußischen Landesversammlung hat dieser Tage Herr Heilmann wieder einmal das wahre Gesicht der rechtssozialistischen Partei gezeigt. Er polemisierte gegen die unabhängige Sozialdemokratie, worin er ja von jeher Uebung hat, um schließlich folgendes Geständnis abzulegen:

„Seien wir doch ganz offen: Der ganze Räterummel ist im Laufe der Zeit bewußter Schwindel geworden, an den kein Mensch mehr glaubt."

Das ist das Geständnis einer schönen Seele! Warum der Eifer der Rechtssozialisten bei dem Betriebsrätegesetz? Das war allerdings ein Rummel, ein bewußter Schwindel, an den kein Mensch mehr glaubt. Das revolutionäre Rätesystem wird dem Herrn Heilmann und seinen Gesinnungsgenossen indes noch sehr unangenehm auffallen, wenn das Proletariat zur Macht gelangen wird.

Herr Heilmann schloß mit dem seiner geistigen Struktur angemessenen Kalauer: „Tausendmal lieber Noskau als Moskau!" Wir verstehen das. Herr Heilmann gehört sicherlich nach Noskau!

50 000-Mark-Prämie auf den Kopf Liebknechts?

In der neuesten Nummer der Zukunft wird ein Brief veröffentlicht, den Ernst Sonnenfeld, der in Holland internierte Vertrauensmann von Georg Sklarz, an seinen Verteidiger, einen Berliner Anwalt, gerichtet hat. Der Brief lautet:

„Ich kann unter Eid und unter Angabe von Zeugen aussagen, daß ich als Zahlmeister unsrer Regierungsbrigade den Auftrag erhalten habe, eine Prämie von fünfzigtausend Mark dem auszuzahlen, der Liebknecht oder die Luxemburg tot in den Reichstag einliefern werde. Ich kann diesen Befehl, der mit Erläuterungen gegeben wurde, in allen Einzelheiten und Folgerungen genau detaillieren. Später erzählte mir der Sohn von Sklarz, daß sein Vater und Scheidemann (damals Volksbeauftragter) gemeinsam hunderttausend Mark für diese Tat ausgesetzt hatten, daß sich daraufhin Sklarzens Neffe, Alfred Popp, zu der Tat angeboten habe, von Scheidemann aber, als zu unsicher, abgelehnt worden sei. Herr Sklarz wird über die Genauigkeit meiner Aufzeichnungen staunen; ich begann sie in dem Augenblick, wo mir ein Licht über den Riesenschwindel aufgegangen war. Einige Parteien wird es auch sehr interessieren, wenn ich an Hand der Belege nachweise, daß eine sozialdemokratische Wahlpropaganda mit ihren großen Kosten von der Staatskasse bezahlt worden ist."

Die Regierung, Herr Scheidemann und die Noskepartei haben die Pflicht, sich sofort zu diesen schweren Anschuldigungen zu äußern!

In und um Elbing

Die Schichauarbeiter gegen die Firma

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Auf die beiden Zeitungsartikel vom 20. und 23. d. Mts. in der Elbinger Zeitung sehen wir uns veranlaßt, folgendes der Elbinger Bevölkerung zu unterbreiten: Die Firma versucht in ihrem letzten Artikel es so darzustellen, als ob die Annahme des Angebots des Herrn Carlson ein besonderer Vorteil für die Arbeiter bedeuten würde. Diesem sind wir gezwungen, zu widersprechen, weil in dem Angebot Lohnsätze enthalten sind, die noch unter den jetzt gezahlten stehen. Auch trotz der Erklärung der Firma, daß bisher gezahlte Löhne nicht herabgesetzt werden dürfen, bedeutet es keinen Vorteil gerade für die Arbeitergruppen, für die die Möglichkeit der Akkordarbeit nicht besteht. Eine Irreführung der Oeffentlichkeit bedeutet der Hinweis, daß in dem Angebot des Herrn Carlson die Möglichkeit liegt, in Akkord dieselben Verdienste zu erreichen, wie sie in den Hamburger Vorschlägen vorgesehen sind. In diesem betragen die Lohnsätze für gelernte Arbeiter über 20 Jahre 2,70 Mark und 10 Prozent = 2,97 Mark als Akkordbasis, d. h. der Grundlage zur Berechnung für Akkordpreise, so daß der Durchschnittsarbeiter 2,97 Mark verdienen muß. Dem wollen wir folgendes Beispiel entgegenhalten: Nach dem Angebot des Herrn Carlson soll der gelernte Arbeiter über 20 Jahre 2,10—2,30 Mark erhalten, nehmen wir den Durchschnitt gleich 2,20 Mark und 10 Prozent = 2,42 Mark. Wird nun bei der Akkordarbeit die ehrliche Absicht zu Grunde gelegt, daß man die Durchschnittsfähigkeit eines Arbeiters als Grundbasis betrachten will, so wird niemals ein Akkordpreis zu Stande kommen, bei der die Möglichkeit besteht, 3 Mark und darüber hinaus zu verdienen. Wohl geben wir zu, daß für eine ganz kleine Gruppe (Monteure und Vorarbeiter) Verbesserungen enthalten sind, doch kann dieses bei der Darstellung die Verdiensthöhe, die in den Hamburger Vereinbarungen zu erreichen möglich ist, nicht verallgemeinert werden. Die Verhandlungskommission der Arbeiter habt die Firma nicht im Unklaren gelassen, daß die Arbeiter unter diesen Bedingungen, die zum Teil eine Verschlechterung der zurzeit bestehenden Löhne bedeuten, die Akkordarbeit nicht aufnehmen werden. Der Unterschied des Angebots der Firma und den Hamburger Vereinbarungen besteht darin, daß der Mindestlohn in den Hamburger Vereinbarungen hier als Höchstlohn gelten soll und zwar nur für Gelernte über 24 Jahre, im Hamburger Abkommen von 20 Jahren, ferner die Angelernten und Ungelernten im Höchstlohn noch 10 Pfg. niedriger als dort der Mindestlohn in der zweiten Klasse beträgt. Die östlichen Verhältnisse sind dadurch berücksichtigt, daß man die zweite Lohnklasse eingeführt und diese 20 Pfg. pro Kopf und Stunde niedriger gesetzt hat.

Die Arbeiter haben wiederholt den Beweis erbracht, daß sie gewillt sind, fleißig zu arbeiten. Daher sind die Sätze in der Elbinger Zeitung, die darauf hinweisen, daß die Arbeiter passive Resistenz üben, unrichtig, und wir fordern unsere Mitbürger auf, sich persönlich davon zu überzeugen, wie es in Wahrheit aussieht. Die Arbeiter tun nach wie vor ihre Pflicht. Wenn sich einzelne vergessen sollten, so ist es bis jetzt so üblich gewesen, daß der Betriebsarbeiterrat unterrichtet wurde, der dann für Abhilfe gesorgt hat.

Der Betriebs-Arbeiterrat der Firma F. Schichau.

Aufhebung einer Alkoholverordnung

Der Oberpräsident hat mit Zustimmung des Provinzialrats seine Polizeiverordnung vom 17. August 1904 über den Ausschank von Alkohol in den frühen Morgenstunden aufgehoben. Nachdem der Ausschank von Branntwein und Spiritus reichsgesetzlich geordnet worden ist, gehört die Regelung im einzeln auf Grund Reichsgesetzes zur Zuständigkeit der Regierungspräsidenten. Diese haben vor geraumer Zeit die erforderlichen Verfügungen ergehen lassen. Die Polizeiverordnung vom 17. August 1904 war daher nahezu völlig gegenstandslos geworden. Sie bestraft nur noch den Ausschank von Grog und Punsch in den frühen Morgenstunden, der durch sie verboten wurde. Es ist nunmehr Vorsorge getroffen, daß dieses bestehende Verbot in die erwähnten Regierungsverfügungen übergeht. Damit wird die Polizeiverordnung ihrem ganzen Umfange nach entbehrlich. Da auch der Minister des Innern die Beseitigung überflüssiger Polizeiverordnungen angeordnet hat, ist nunmehr ihre Aufhebung unter Zustimmung des Provinzialrats der Provinz Ostpreußen erfolgt.

An die Adresse einer Neugierigen

Die Elbinger Zeitung bringt gestern die Mitteilungen der Zukunft über die auf Liebknechts Kopf gesetzte 50 000-Mark-Prämie und über die aus Mitteln des Staates bezahlten Propagandaschriften der Mehrheitssozialisten. Ob erstere zutrifft, vermögen wir nicht zu behaupten. Sonnenfelds zweite Behauptung dürfte richtig sein. Von dem Parvus-Sklarz-Baumeister-Konzern sind in den Wochen vor der Nationalversammlungswahl riesige Mengen Flugblätter und Broschüren in die Massen geworfen. **Im rechtssozialistischen Parteisekretariat in Danzig lagen die Flugblattpakete meterhoch aufgestapelt.** Daß sie aus einer Parteikasse bezahlt sind, ist angesichts ihrer Menge ausgeschlossen. Die Elbinger Volksstimme ist im Besitz von etwa 20 verschiedenen Flugblättern und Broschüren dieser Art. Bei ihrer Herstellung und Verbreitung wurde so raffiniert zu Werke gegangen, daß selbst Schriften von Unabhängigen, wie Kautsky und Bernstein, (der damals noch zu uns gehörte) benutzt wurden. Ebenso sind Schriften ehemaliger Offiziere gedruckt. Zum Teil erschienen die Broschüren **ohne Angabe eines Druckers oder Verlegers.** Zum Teil sind sie herausgegeben von der **Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin** W. 25. Da die Schriften auf ihren Inhalt durchgesehen werden müssen und da die Wichtigkeit der Sache erfordert, daß sie nicht im Trubel der Feiertage verrauscht, wird unsere Elbinger Volksstimme nach Neujahr eine ausführliche Darstellung der Sache geben.

Vertrauensmänner-Versammlung der U. S. P.

Die gestrige Vertrauensmännersitzung beschäftigte sich in erster Linie mit dem Bericht vom Parteitage, den die Genossen Erbien, Wolle und Heß als Delegierte gaben. Die Berichterstatter gingen in großen Zügen die Arbeiten des Parteitages durch. In der Diskussion unterstrichen die Genossen Kuhn und Korschenowski die Ausführungen und billigten die Haltung der Delegierten. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Vertrauensleute der U. S. P. Ortsverein Elbing haben den Bericht ihrer Delegierten entgegen genommen. Sie erklären ihr Einverständnis mit der Haltung ihrer Delegierten und mit den auf dem Parteitag gefaßten Beschlüssen. Die Vertrauensmänner sind der Ansicht, daß alle Mitglieder der Elbinger Organisation ihre ganze Kraft zur Verwirklichung des neugeschaffenen Programms einsetzen werden. Zur Internationale stehen die Vertrauensmänner auf dem Standpunkt, daß durch den gefaßten Beschluß es am schnellsten möglich sein wird, die Weltrevolution vorwärts zu treiben und die kapitalistische Produktionsweise zu Gunsten der sozialistischen zu beseitigen."

Nachdem einige Anfragen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Elbinger Stadttheater

Das verlorene Paradies. Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda. Herr Direktor Spieß, der Leiter des hiesigen Schauspielhauses, hat sich entgegen seinem Vor-

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

53]

van Geldern richtete einen hilflosen Blick auf Jordan. Er kämpfte einen Moment — dann begann er zaghaft: „Herr Staatsanwalt . . ."

„Nennen Sie mich Jordan, bitte. Ich bin jetzt nur noch der Doktor Jordan . . ."

„Herr Doktor — ich — ich kann — — ich weiß nicht . ."

„So will ich denn also noch weiter um Ihr Vertrauen werben, Herr van Geldern. Hören Sie. Ich hatte mit Herta verabredet, daß sie mit mir übermorgen eine lange und weite Reise antreten sollte. Ich gehe außer Landes, lege mein Amt nieder und trage mich mit dem Gedanken eines Zusammenlebens mit Herta — solange ein solches möglich sein wird. Auch die Ehe trug ich ihr an. Mein Vermögen, mein Leben soll ihr gehören. Ich bin des Glaubens, das Schicksal unserer jungen Freundin könnte noch zu retten sein, wenn sie aus ihren hiesigen Lebensumständen baldigst herauskäme . . ."

Mit einem entsetzten Blick sah van Geldern auf Jordan.

Dieser sagte: „Ihrer großen Ueberraschung entnehme ich, daß Herta Ihnen von diesen Entschlüssen nichts mitgeteilt hat."

„Kein — kein Wort," stammelte van Geldern, dem Schrecken und Verzweiflung aus den Augen starrten.

„Sie hat es Ihnen demnach nicht gesagt. Ich also — sage es Ihnen und — wenn Sie mir — dem älteren Manne — das erlauben wollen, so möchte ich angesichts Ihrer Fassungslosigkeit über den Verlust, der Ihnen droht, noch etwas hinzufügen.

Wie alt sind Sie?"

„Dreiundzwanzig."

„Nehmen Sie den Verlust der Frau, die Sie lieben, als den ernsten Wink des Schicksals hin. Er soll Ihre Rettung bedeuten. Sie mit Ihren dreiundzwanzig Jahren — mit Ihrer musikalischen Veranlagung — mit Ihrem — guten — man sieht es — und anständigen Herkommen — sind zu schade — zu schade sage ich — auch an dieser Männerverderberin zugrunde zu gehen. Retten Sie sich vor dem Untergange. Sie sollen, Sie müssen heraus — aus dieser strafbaren Lebensführung. Ich fühle, sehe es, daß Sie noch zu retten sind und den Anschluß an die anständige Gesellschaft noch erreichen können. Ehe ich reise, eröffne ich Ihnen bei meiner Bank einen bescheidenen Monatskredit für zwei Jahre. Nützen Sie die Zeit. Nützen Sie Ihre jungen Jahre zur Arbeit. Sie sollen — Sie müssen wieder hinauf Wollen Sie? Wollen Sie?"

Jordan hatte seine Rechte über die kalte, weiße Marmorplatte dem jungen Menschen hinübergereicht. Regungslos saß der, ganz in sich zusammengesunken, wie zerschlagen von einem Streiche. Der Kopf war ihm auf die Brust herabgefallen, große dicke Tropfen fielen aus seinen Augen auf die Marmorplatte herab.

„Was ich von Ihnen fordere," sagte Jordan, „ist schwer, ich weiß es. Weiß es aus eigenem Erleben. Aber wer — wer soll denn über solche Kämpfe hinwegkommen, wer sie überwinden, wenn nicht die Jugend, der die Zukunft noch winkt, die die jungen, starken Lebenskräfte noch besitzt?! Ihre Hand! Ihre Hand! Ihre Bekräftigung. Ihre Zusage! Ihr Versprechen! Ich muß es haben! Ueber Ihr Schicksal wenigstens, Sie junger, verirrter Mensch, will ich meine Beruhigung mitnehmen.

Schlagen Sie ein! Sie müssen über diese Sache hinweg! Denn Herta verlieren Sie ja doch so oder so. Los von ihr — solange Sie noch zu retten sind. Im Namen Ihrer Eltern, die, wie ich ahne, sehr respektable Leute sind, — schlagen Sie ein."

van Geldern erhob sich mit einem Ruck, ergriff Jordans Hand, neigte sich tief darüber — und küßte sie . .

Ein Strahl der Freude schoß aus Jordans Augen, er lächelte, während wieder dieses heilige Gefühl tiefsten Glückerlebens seine beengte Brust wunderbar weitete.

Lange saßen die beiden schweigend beieinander, van Geldern noch immer mit gesenktem Haupt, von Scham ganz überwältigt . .

Endlich sagte Jordan: „Jetzt also darf ich Sie wohl fragen, wo Herta ist?"

„Wo sie im Augenblick ist — das weiß ich nicht. Sie hat Besuch bekommen."

„Besuch? Wer?"

„Heut früh kam ein Telegramm. Der Russe meldete sich für Mittag an."

„Der Russe? Wer ist denn das?"

„Ein hoher Staatsbeamter aus Petersburg."

„Kommt er öfter?"

„Drei- — viermal im Jahr."

„Ein junger Mann?"

„Nein. Etwa Mitte der Fünfzig."

„Reich?"

„Enorm. Er läßt stets Unsummen hier."

„Geht er mit Herta aus?"

„Er bummelt mit ihr ganze Nächte durch. Immer von einem Nachtlokal ins andere."

„Und wo mögen sie jetzt sein?"

„Jetzt? In irgendeinem Theater. Danach wird supiert, und dann fängt der große Bummel an."

„Wie lange pflegt der russische Herr sich hier aufzuhalten?"

„Gewöhnlich zwei Tage."

„Hören Sie, Herr van Geldern. In diesem Ausnahmefall bin ich genötigt, Ihre Liebenswürdigkeit ein wenig stark in Anspruch zu nehmen. Ich muß unter allen Umständen Herta noch heute nacht sprechen. Koste es, was es wolle. Jetzt," er sah auf die Uhr, „ist es acht. Jetzt muß ich nach Hause, um die letzten Vorbereitungen für meine Abreise zu treffen. Sie kennen wohl ungefähr die Nachtlokale, die der Russe aufzusuchen pflegt."

„Ungefähr."

„Ich richte also die Bitte an Sie, mich um zwölf Uhr hier in diesem Café zu erwarten. Dann möchte ich mit Ihnen die Nachtwanderung durch die in Betracht kommenden Lokale antreten. Vielleicht gelingt es uns, die beiden aufzufinden. Wollen Sie das für mich tun?"

„Ja."

„Ich danke ihnen. Also auf Wiedersehen, hier an der gleichen Stelle um Mitternacht."

Es war gegen halb eins, als Jordan und van Geldern auf der ersten Station ihrer Nachtwanderung, im Palais de danse, anlangten. Die Neuberliner Protzenneigung, kein noch so anrüchiges Lokal geringer denn als Palast zu bezeichnen, fand hier in einem maßlosen Luxus der Baulichkeit eine gewisse Begründung. Der Vorraum des Tanzsaales und dieser selbst waren allerdings mit Versailler Königsprunk überladen, und all die gleißende Pracht der Räume wurde noch durch schreiende und plumpe Lichteffekte aufdringlich betont. Unter einem Hermelinbaldachin auf hoher Estrade konzertierte eine laute Kapelle. Auf umgittertem, engem Tanzparkett übten mehrere aufgetakelte Weiber den Tango, Frauen, deren schäbige Eleganz und plumper Gliederbau, deren Ungrazie und schlechte Haltung fast durchgängig die früheren Stubenmädchen kenntlich machte.

Dieser Palast steht auf teuerstem Bankgelände. Wie in allen anderen modernen Berliner Vergnügungsbetrieben gilt auch in ihm als oberstes Prinzip der Geldumsatz. Deshalb kann hier nur Champagner serviert werden. Das „Vergnügen" hat hier gewaltigen Zoll zu entrichten. Dicke Provinzherren staunen die Pracht aus glotzenden Augen an und finden anscheinend höchstes Gefallen an der eindeutigen Gesellschaft dieser Frauenzimmer, mit denen sie an den kleinen Tischen ansehnliche Summen durchbringen.

(Fortsetzung folgt.)

gänger die Aufgabe gestellt, auch in künstlerischer Hinsicht Gutes zu bieten. Aber so oft er ein literarisch wertvolleres Stück spielen läßt, so oft erlebt er, daß das Theater leer ist. Und das ist für ihn eine böse Schattenseite. Das Publikum, gleich, ob hoch oder niedrig, füllt das Theater nur, wenn ein Schmachtfetzen gespielt, gesungen und getanzt wird oder geht, was noch mehr zu bedauern ist, in die „Kientöppe". Die Kapitalisten der Filmindustrie verseuchen mit ihren Erzeugnissen den Kunstsinn unseres Volkes und richten damit die Theater und die mühsam um ihr Brot ringenden Bühnenkünstler zu Grunde. Das letztere allein müßte schon dem Staat Grund genug sein, die Filmindustrie zu sozialisieren und die Theater zu dem zu gestalten, wozu sie bestimmt sind: Kunsttempeln zur Erbauung und Bildung für das Volk.

Gestern wies das Theater eine gähnende Leere auf, und wir hätten gewünscht, das Gegenteil wäre der Fall gewesen. Ludwig Fulda, der Dichter von vielen modernen Gesellschaftsstücken, führt diesmal dem Zuschauer die Gegensätze zwischen der kapitalistischen und proletarischen Weltanschauung vor Augen. Die Menschen, die von der Arbeit anderer leben und die, die schwer und gefahrvoll um ihr Brot fronden. Das Wohlleben der einen und das Hungern der andern. In unserer Zeit herrscht gerade die Modekrankheit, daß von gedankenlosen Schwätzern nur von der Streikwut, Arbeitsunlust und hohen Löhnen der Arbeiter gefaselt wird. Diesen, die die Arbeit und Entbehrung nur vom Hörensagen kennen, versucht der Dichter die Erkenntnis beizubringen, das die Arbeiterschaft niemals aus Uebermut Lohnforderungen stellt und niemals aus Uebermut Streiks führt. Der Fabrikant Bernardi beschäftigt 300 Arbeiter in seiner Fabrik, deren Leitung in den Händen des tüchtigen Ingenieurs Hans Arndt. In Erkenntnis dessen bekümmert Bernardi sich wenig um sein Werk, führt ein großes Haus und ist bestrebt, seiner Tochter Edith, die in dieser Atmosphäre aufgewachsen ist, einen Mann von Namen zu verschaffen. Er findet einen solchen in der Person des Sohnes des berühmten Gelehrten von Ottendorf. Dieser Salonlöwe, das Gegenstück seines einfachen gelehrten Vaters, sucht, nachdem er sein Vermögen verjubelt hat, sich durch die Verlobung mit der Tochter Bernardis eine Existenz zu verschaffen. Bernardi einigt sich mit ihm nach längerem Feilschen, daß Ottendorf als Teilhaber in sein Werk eintritt und mit der Hälfte des Vermögens und Gewinns beteiligt wird. Natürlich geschieht dieser Handel auf Kosten der Arbeiter des Bernardischen Werkes, das der junge Ottendorf durch größere Ausbeutung der Arbeiter rentabler zu gestalten verspricht. Die Arbeiter sind an Bernardi angesichts ihrer Notlage mit einer Lohnforderung herangetreten. Der Betriebsleiter, der ihr Elend kennt und auch selbst gehungert hat, befürwortet ihre Forderungen als gerecht. In einem Gespräch mit der Tochter des Hauses regt er diese zum Nachdenken darüber an, wo ihr Reichtum und Wohlleben her ist, und fordert sie auf, sich das Werk ihres Vaters anzusehen. Erschreckend kommt ihr da die Erkenntnis, daß sie selbst zum Handelsobjekt geworden ist und daß um diesen Handel andere leiden müssen. Gemeinsam mit Ottendorf besucht sie die Fabrik und wird Zeuge eines riesengroßen Vergehens Ottendorfs gegen Arndt und die Arbeiter. Er kehrt den bekannten „Herr im Hause"-Standpunkt heraus, beleidigt Arndt und die Abordnung der Arbeiter. Daraufhin kommt es zum Steik und Arndt nimmt seine Entlassung. Der in diese Situation hinzukommende Bernardi versucht noch einmal die Arbeiter umzustimmen mit dem Hinweis auf die gute Existenz seiner Tochter. Der alte Schlosser Mühleisen ruft daraufhin seine Tochter, die troß ihrer Krankheit um der körperlichen Existenz halber in der Fabrik arbeiten muß, herein und erschütternd wirkt seine Anklage gegen diese Gesellschaftsordnung. Dieses ist der dramatische Höhepunkt der Handlung, wie berhaupt das Stück den Zuschauer in dauernder Spannung erhält. Der dritte Akt müßte heißen: „Des Kapitalisten Katzenjammer und bessere Einsicht". Edith löst die Verlobung, Arndt bleibt als Teilhaber. Die Forderung der Arbeiter wird bewilligt, der Streik ist beendet und das Stück auch — ohne daß „sie" sich — einstweilen — kriegen.

Die Darstellung war sehr gut zu nennen. Alle Mitwirkenden boten ihr Bestes. Frl. Scheurich als die verwöhnte, gebildete Tochter des Fabrikanten, wurde in allem dieser Rolle glänzend gerecht. Herrn Homfeld gebührt für seine Wiedergabe des sozial einsichtsvollen Ingenieurs Arndt vollste Anerkennung. Auch Herr Mieklei gab seinem Ottendorf glaubhafte Gestaltung und das will in Anbetracht dessen, was der Dichter von dieser Rolle fordert, viel heißen. An dem Spiel des Herrn Wiesner findet man selten etwas auszusetzen und so hat er auch für sein gestriges Spiel als Fabrikbesitzer Bernardi und für die Spielleitung ein uneingeschränktes Lob verdient. Die Type eines alteingesessenen, wirtschaftsfriedlichen Arbeiters stellte Herr Freund, wie abgelauscht, dar. Zu erwähnen blieben noch Fräulein Tiede, Frau Steinegg, Herr Breidenbach und Herr Lehmann.

Wir empfehlen unsern Genossen dringend, sich dieses Stück anzusehen. In der Beurteilung werden alle wohl übereinstimmen, daß die Direktion mit der Herausgabe dieses Stückes wiederum ihr gutes, künstlerisches Ansehen gewahrt und vermehrt hat. ld.

Das ist zweierlei

Verschiedentlich gehen Anfragen bei uns ein, ob die vom Reichsrat beschlossene Erhöhung der Getreide- und Kartoffelpreise mit den unlängst vorgenommenen gleichbedeutend ist. Die das annehmen, sind im Irrtum. Was der Reichsrat jetzt beschlossen hat (und wovon auch in dem heutigen Leitartikel der Volksstimme die Rede ist) soll erst kommen. Einstweilen fehlt noch die Zustimmung der Regierung, die aber bei deren Schlappschwänzigkeit sicher erteilt werden wird. Die letzte Erhöhung der Kartoffelpreise, die durch die Winnigsche Prämiengewährung eintreten mußte, hat damit nichts zu tun. Ob sie vorübergehend oder dauernd sein wird, darüber können wir nichts mitteilen, da wir weder mit dem Herrn Oberpräsidenten noch mit Oldenburg-Januschau Beziehungen unterhalten.

Elbinger Polizeinachrichten

Ein Einbruch wurde diese Nacht in die Räume des Kasinos verübt. Gestohlen wurde dem Oekonom Liebe die ganze Tischwäsche sowie zirka 200 Bestecke. Aus den Bureauräumen des Brenn- und Leuchtstoffamtes ließen die Diebe eine Schreibmaschine, sowie die Arbeitskleidung der Beamten mitgehen.

Ostdeutsche Nachrichten

Ende eines journalistischen Zuhälters

Nach einer Mitteilung aus Danzig hält sich dort Herr Adolf Bartel, der frühere Redakteur der Volkwacht und der Königsberger Volkszeitung, beschäftigungslos auf. Von der Königsberger Volkszeitung sei er nun endgültig entlassen. Eine Aussicht in Danzig in der Arbeiterbewegung Stellung zu erhalten, bestehe für Bartel nicht, denn allseitig wolle man mit diesem Mann nichts zu tun haben. In dem Punkt seien alle Danziger Sozialisten wirklich miteinander einig.

Bestätigt sich diese Nachricht, so ist einer der übelsten Kriegs- und Durchhaltepolitiker für die Oeffentlichkeit erledigt. Bartels verlogene Angriffe auf den Genossen Schröder von neulich wären dann also eine seiner letzten Leistungen gewesen. Bartel hat jahrelang eine unheilvolle Rolle in der westpreußischen Arbeiterbewegung gespielt. Bekannt ist, daß er während des Krieges in Danzig und Umgegend zahlreiche Hungervorträge hielt, deren Kosten die Danziger Polizei bestritt und daß er dann in der Volkswacht sich selber öffentlich bescheinigte, daß ihm der Danziger Polizeipräsident Wessel den Dank für seinen „wirkungsvollen" Vortrag aussprach. Bartel war zum Militär ausgehoben. Daß er bei so vortrefflichen Beziehungen ständig reklamiert wurde, wird niemand Wunder nehmen. Begreiflich ist es, daß jetzt nach dem Kriege selbst die rechtssozialistischen Arbeiter mit diesem Menschen nichts mehr zu schaffen haben wollen.

Wo kam das Geld her?

Es war ungefähr vor einem Jahre, als die Danziger Volkswacht, eine bisher dem sozialdemokratischen Parteivorstand bis über die Ohren verschuldete Zeitung, zur Errichtung einer eigenen Druckerei überging. Da das Unternehmen von keiner Massenbewegung getragen wurde, streckten einzelne wohlhabende Menschen das Kapital zu dem Unternehmen vor. Es waren Hunderttausende erforderlich. Wurden doch eine **32-seitige Rotationsmaschine** und zwei Setzmaschinen beschafft. Wir sind in der Lage, einige von den Quellen aufzudecken, aus denen der Betrieb der Volkswacht errichtet wurde. So hat u. a. Hermann Schulz, M. d. N., **10000 Mk.** in der Volkswacht stecken. Bis vor den Kriege war Schulz arm wie eine Kirchenmaus. Zehntausend Mark sind ja nicht allzuviel, aber andererseits ist anzunehmen, daß Schulz auch nicht so leichtsinnig gewesen ist, seinen ganzen Besitz der Volkswacht anzuvertrauen. Ein anderer Gläubiger der Volkswacht ist Herr Fuchs, Besitzer der Danziger Neuesten Nachrichten, der 80- oder 83000 Mark — darüber gehen unsere Gewährsmänner auseinander — zu fordern hat. Herr Fuchs ist einer der übelsten alldeutschen Schreier, als Eigentümer der Danziger Neuesten, Besitzer eines Millionenunternehmens und außerdem noch weiter Besitzer einiger Dutzend Häuser in Danzig. Die Abhängigkeit von ihm dürfte einem „sozialistischen" Unternehmen besonders förderlich sein. Einige weitere Geldgeber der Volkswacht sind zweifellos Idealisten gewesen. Wir übergehen sie und kommen zu der interessantesten Persönlichkeit. Nach den Mitteilungen gut unterrichteter Danziger, **hat Herr Julius Gehl, ebenfalls M. d. N., in der Volkswacht 130000 Mark** angelegt, die er ausdrücklich als sein Geld bezeichnet hat. Der ehemalige Anarchist und Maurergeselle hat es also recht weit gebracht. Und die Frage: Wo kam das Geld der Volkswacht her? verblaßt vor der Frage: wo kam Herrn Julius Gehls Geld her?

Von nah und fern

Blutige Revolte im Zuchthaus

Im Zuchthause zu Ziegenhain bei Kassel kam es zu einer schweren Revolte. Etwa 20 Zuchthäusler überrumpelten, als sie zum Gottesdienste geführt werden sollten, die Aufseher, bemächtigten sich eines Maschinengewehres und brachen damit aus, um dann die Gegend unsicher zu machen. Sofort wurde Reichswehr von Marburg herangeholt, der es nach harten Kämpfen gelang, eine größere Anzahl der Ausbrecher festzunehmen, nachdem mehrere von ihnen, angeblich vier, erschossen und mehrere verwundet worden sind. Verschiedene Ausbrecher streifen noch im Lande umher, darunter solche, die noch größere Freiheitsstrafen zu verbüßen haben.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Bekanntmachung
über den Verbrauch von Alkohol.

Auf Grund der Bekanntmachung betreffend den Ausschank oder Verkauf von Branntwein oder Spiritus vom 26. März 1915 (R. G. Bl. S. 183) wird für den Regierungsbezirk Königsberg i. Pr. folgendes bestimmt:

§ 1.

Unter Branntwein und Spiritus im Sinne dieser Bekanntmachung sind alle Flüssigkeiten zu verstehen, die durch Gärung und Destillation aus Pflanzenstoffen gewonnen werden und aus Wasser und Alkohol bestehen, sowie Flüssigkeiten, welche hieraus hergestellt und hiermit gemischt werden, insbesondere auch Liköre, Kognak, Grog usw. Ausgenommen sind solche Mischungen, die nicht Genußzwecken dienen, wie Riechwässer, Haarwässer, Fleckwässer usw.

§ 2.

Jeder entgeltliche oder unentgeltliche Ausschank von Branntwein oder Spiritus ist:

1. an Markttagen für den ganzen Tag,
2. an den übrigen Tagen von 5 Uhr abends bis 8 Uhr morgens

untersagt.

Auf Grog und Punsch findet diese Beschränkung nicht Anwendung; diese Getränke dürfen aber nur in einer Mischung, die auf zwei Teile alkoholfreie Stoffe (heißes Wasser, Tee und dergleichen) höchstens einen Teil Alkohol enthält, verabfolgt werden. Sie müssen bereits gemischt aus der Zubereitungsstätte in den Schankraum gelangen.

§ 3.

Der Ausschank von Branntwein oder Spiritus darf nur zum sofortigen Genuß auf der Stelle und nur gegen Barzahlung erfolgen. Mehr wie ein Zehntel Liter darf an eine und dieselbe Person nicht verabfolgt werden.

Der Ausschank von Branntwein oder Spiritus aus Automaten ist verboten. Ebenso ist die Verabfolgung verboten an Personen, die sich dem Alkoholgenuß in einem Maße hingeben, daß Eintritt der Trunkenheit zu befürchten ist, oder die bereits Anzeichen beginnender oder eingetretener Trunkenheit erkennen lassen, oder an die Beauftragten solcher Personen.

§ 4.

Der Verkauf von Branntwein oder Spiritus im Kleinhandel in offenen oder geschlossenen Gefäßen ist vorbehaltlich der Bestimmung in Absatz 2 dieses Paragraphen verboten. Kleinhandel in diesem Sinne ist jeder Vertrieb, der anders als in Mengen (Gebinden oder Flaschen) von mindestens einem halben Anker (17,175 Liter) stattfindet.

Der Verkauf von feinen Likören, Kognak, Arrak und Rum in geschlossenen Flaschen zum Preise von mindestens 5 Mark für das Liter ist nur an Markttagen verboten. Die Vorschriften dieses Paragraphen finden keine Anwendung auf den Kleinhandel mit vergälltem Branntwein oder Spiritus, ebenso nicht auf die Abgabe von Branntwein zu Heilzwecken aus Apotheken.

§ 5.

Räumlichkeiten, die ausschließlich dem Verkauf oder Ausschank von Branntwein oder Spiritus dienen, müssen in Zeiten, in denen der Ausschank oder der Verkauf nach §§ 2 und 4 dieser Bekanntmachung verboten ist, geschlossen gehalten werden. Räumlichkeiten, die vorzugsweise diesem Ausschank oder Verkauf dienen, können durch Anordnung der Polizeibehörde für die Zeiten des Verbotes der §§ 2 und 4 geschlossen werden.

§ 6.

Zeigen sich Inhaber oder Betriebsleiter von Betriebs- oder Verkaufsräumlichkeiten in Erfüllung der Pflichten, die ihnen durch diese Bekanntmachung und die dazu erlassenen Bestimmungen (§ 5 Satz 2) auferlegt sind, unzuverlässig, so kann die Polizeibehörde die Geschäfte schließen und die Vorräte einziehen.

§ 7.

Gegen diese Verfügung der Polizeibehörde (§ 5 Satz 2 und § 6) ist in den Städten Königsberg, Memel, Braunsberg und Rastenburg die Dienstaufsichtsbeschwerde an den Regierungs-Präsidenten in Königsberg i. Pr., in den übrigen Städten und Gemeinden des Bezirks an den Landrat zulässig. Die Entscheidung des Regierungs-Präsidenten oder Landrats ist endgültig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 8.

Ein Abdruck dieser Bekanntmachung ist in sämtlichen Räumlichkeiten, in denen Branntwein oder Spiritus zum Ausschank oder Verkauf kommen, an deutlich sichtbarer Stelle zum Aushang zu bringen.

§ 9.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird bestraft, wer den Vorschriften dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt.

§ 10.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Königsberg i. Pr., den 21. März 1919.

Der Regierungspräsident.
Gramsch.

Bekanntmachung
betr. Aenderung der Bekanntmachung über den Verbrauch von Alkohol vom 21. März 1919.

Auf Grund der Bekanntmachung, betreffend den Ausschank oder Verkauf von Branntwein oder Spiritus vom 26. März 1915, Reichsgesetzblatt Seite 183, wird für den Regierungsbezirk Königsberg bestimmt:

An die Stelle von § 2 Absatz 2 der Bekanntmachung vom 21. März 1919 (Amtsblatt Seite 146) tritt folgende Vorschrift:

Auf Grog und Punsch findet diese Beschränkung nur für die Zeit vom Beginn der Polizeistunde bis 8 Uhr morgens Anwendung; in der übrigen Tageszeit dürfen diese Getränke ausgeschänkt werden, jedoch nur in einer Mischung, die auf 2 Teile alkoholfreien Stoff (heißes Wasser, Tee und dergl.) höchstens 1 Teil Alkohol enthält. Sie müssen bereits gemischt aus der Zubereitungsstätte in den Schankraum gelangen.

Königsberg, den 6. Dezember 1919.

Der Regierungs-Präsident.

Große Freude bereiten Sie lieben Angehörigen und guten Freunden am Christabend mit meinen **alkoholfreien, gebrauchsfertig gesüßten**

ff. Punsch-Extrakten

Aug. Reffke,
Wilhelmstr. 60, Keller,
Nähe Kaufhaus Loewenthal.

Altes Gold
Silber, Edelsteine
usw. usw.
kauft
Juwelier F. Witzki.

1 gut. Gummimantel,
1 neuer blauer **Kostümrock,**
blauer Cheviot zu Kinderkleidern billig zu verkaufen
Sonnenstr. 4, u. r.

Wollt Ihr guten Tabak haben,
Herz und Nase Euch zu laben,
Müßt Ihr nur zu **Wein** hinlaufen,
Fein ist er nur dort zu kaufen.
Himmelsluftwerd' Ihr
[genießen,
Werd'Ihr dessen Tabakpriesen!
Und das minderwertig Kraut
Ihr dann in den Ofen haut,
Was Ihr anderswo gekauft.
Gesundheitstabak,
grüner Kownoer,
gelber Kachlinski,
Kautabak,
türkischer Shagtabak
in nur bester Ware empfiehlt
Otto Heldt
Inh. **Otto Wein**
Zigarren- und Tabakhandlung.
am Amtsgericht.

Ein neuer
Wintersportpaletot
sehr billig zu verkaufen
1. Niederstraße 28, I, r.

Wegen Aufgabe des Artikels stelle ich mein grosses Lager in
Papierwaren
bestehend aus: **Schulheften aller Art**
Briefmappen und **Kassetten**
selbst in elegantester Aufmachung
Weihnachts-, Neujahrs-, Kunst-, Bromsilber-,
Gratulations-, Serien- und Ansichts-Karten
zu sehr vorteilhaften Preisen zum Verkauf.
Bei Einkäufen von 3 Mark aufwärts gewähre ich
20 Prozent Rabatt.
Otto Heldt Inh. Otto Wein
gegenüber dem Amtsgericht.

Polizeiverordnung

betreffend den

Gast- und Schankwirtschaftsbetrieb und die Polizeistunde.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) verordne ich nach erfolgter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Königsberg i. Pr. was folgt:

I. Einrichtung der Schanklokale.

§ 1. Gast- und Schankwirte sind verpflichtet, die Zugänge zu den Wirtschaften vom Eintritt der Dunkelheit an bis zum Geschäftsschluß durch eine an der Front des Gebäudes anzubringende hellbrennende Laterne zu beleuchten.

§ 2. In den Schankräumen oder den von diesen unmittelbar zugänglichen angrenzenden Räumen dürfen Schlafstätten für das im Gewerbebetriebe beschäftigte weibliche Personal (Kellnerinnen, Schänkerinnen, Dienstmädchen usw.) nicht eingerichtet werden.

II. Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft.

A. Polizeistunde.

§ 3. Schankwirtschaften aller Art (Gastwirtschaften, Speisewirtschaften, Wein- und Bierstuben, Konditoreien, Cafes usw.) müssen in den Städten um 11 Uhr, auf dem Lande um 10 Uhr abends geschlossen werden. Die zur Aufnahme von Reisenden, welche übernachten wollen, dienenden Schlafräume werden von der Polizeistunde nicht betroffen. Schankstätten, welche mit einem kaufmännischen Betriebe verbunden sind, müssen gleichzeitig mit dem Ladenschluß geschlossen werden, falls nicht die Räume der Schankstätten von denen des kaufmännischen Betriebes vollständig getrennt sind.

Die Ortspolizeibehörden sind befugt, von der Beobachtung der bestehenden Vorschriften für einzelne Tage schriftlich zu entbinden oder für einzelne Schankstätten eine frühere Polizeistunde schriftlich festzusetzen.

Die Ortspolizeibehörden sind befugt, für einzelne Schankwirtschaften ein für allemal, jedoch vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs, die spätere Schließung schriftlich nachzulassen.

Die Bescheinigung über eine von den Vorschriften des Absatzes 1 abweichende Festsetzung der Polizeistunde ist den Polizeibeamten (Gendarmen) auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 4. Der Inhaber des Betriebes ist verpflichtet, die im Lokale weilenden Gäste von dem Eintritt der Polizeistunde in Kenntnis zu setzen und zum Verlassen des Lokals aufzufordern.

§ 5. Für Schankstätten oder Räumlichkeiten, die ausschließlich oder vorwiegend dem Verkauf oder Ausschank von Branntwein oder Spiritus dienen, gelten die Vorschriften der Bekanntmachung vom 21. März 1919 über den Verbrauch von Alkohol (Amtsblatt Stück 14 Seite 146). Desgleichen werden die zur Ersparung von elektrischer Kraft, Gas, Kohle usw. wegen der Laden-, Geschäfts- usw. Schlüsse von den zuständigen Behörden erlassenen Anordnungen durch § 3 nicht berührt.

B. Ordnung und Reinlichkeit im Betriebe.

§ 6. Der Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften hat auf Ordnung und Anstand zu halten.

Störende Gäste sind zu beruhigen oder aus dem Lokale zu entfernen.

Entstehen im Lokale Schlägereien, so ist, wenn dem Inhaber die Beruhigung der Streitenden nicht alsbald gelingt, der Polizeibehörde oder, falls sich diese nicht am Orte befindet, dem Ortsvorstande und dem Bezirksgendarm, wenn dieser am Orte wohnt oder anwesend ist, Anzeige zu machen.

§ 7. Im Betriebe der Gast- und Schankwirtschaften muß größte Sauberkeit herrschen.

Das Trink- und Eßgeschirr ist vor jeder Benutzung gründlich zu säubern, mit reinem Wasser nachzuspülen und sauber abzutrocknen. Spülgefäße müssen täglich wenigstens einmal durch Ausscheuern und Ausspülen gründlich gereinigt werden. Zum Reinigen und Spülen darf nur Wasser verwendet werden, das zum Genuß für Menschen zugelassen ist.

Zum Abtrocknen des Geschirrs und der Trinkgefäße dürfen nur saubere Tücher benutzt werden.

§ 8. Für das Personal, insbesondere das Küchenpersonal, ist Waschgelegenheit, mit Seife und Handtuch bereit zu halten. Das Personal ist zu peinlichster Sauberkeit verpflichtet.

§ 9. Bettwäsche und Zimmerhandtücher sind, ehe sie nach der Benutzung wieder einem Gaste zur Verfügung gestellt werden, durchzukochen oder unter Anwendung heißer Seifenlauge durchzuwaschen.

§ 10. Kopfkissen und Bettzudecken sind entweder völlig in waschbare Bezüge einzuhüllen oder mit waschbaren Laken zu versehen, die derart befestigt sind, daß eine Berührung des Körpers mit dem Zudeck tunlichst verhindert und ein Verschieben des Lakens während des Gebrauchs ausgeschlossen wird.

§ 11. Die Pissoire und Abortanlagen müssen sich stets in reinlichem Zustande befinden. Die Wirte sind verpflichtet, sich täglich davon zu überzeugen und im Bedarfsfalle für sofortige Reinigung zu sorgen.

§ 12. In Herbergen sind die benutzten Bezüge der Schlafsäcke und Kissen sowie die Bettlicher mindestens alle acht Tage zu waschen. Das Stroh der Säcke und Kissen ist mindestens alle Vierteljahre zu erneuern.

Für jeden Schlafgast muß ein reines Handtuch, für je vier Schlafgäste mindestens ein Waschzeug und ein Nachtgeschirr, das nicht aus Holz gefertigt sein darf, vorhanden sein. In jedem Schlafraum muß sich ein mit frischem Wasser gefüllter Spucknapf befinden.

Die Schlafräume müssen reinlich gehalten und mindestens alle acht Tage gründlich gescheuert werden. Außerdem müssen sie täglich einmal naß aufgewischt und täglich durch Oeffnen der Fenster genügend gelüftet werden.

C. Verabfolgung geistiger Getränke an Trunkenbolde.

§ 13. Den Gast- und Schankwirtschaften sowie den Branntweinhändlern ist unbeschadet der Vorschriften in § 3 Absatz 2 der Bekanntmachung vom 21. März 1919 über den Verbrauch von Alkohol verboten, geistige Getränke zum sofortigen Genuß oder zum Mitnehmen an Angetrunkene, Betrunkene oder an solche Personen, die von der Polizeibehörde als Trunkenbolde bezeichnet sind, zu verabfolgen. Den als Trunkenbolde bezeichneten Personen darf das Betreten der Wirtschaften zum Genuß oder zum Mitnehmen geistiger Getränke nicht gestattet werden.

An Angehörige oder Beauftragte der als Trunkenbolde bezeichneten Personen dürfen geistige Getränke nicht verabfolgt werden, wenn bekannt oder den Umständen nach anzunehmen ist, daß sie zum Genusse für den Trunkenbold bestimmt sind.

Die Inhaber der Betriebe sind verpflichtet, die ihnen zugehenden Mitteilungen der Polizeibehörden über die als Trunkenbolde bezeichneten Personen, solange diese Bezeichnung in Kraft besteht, aufzubewahren und den Polizeibeamten (Gendarmen) auf Verlangen vorzuzeigen.

D. Verabfolgung von Speisen und Getränken an Jugendliche, Schüler und Konfirmanden.

§ 14. Den Gast- und Schankwirtschaften sowie den Branntweinhändlern ist verboten, Branntwein und nicht denaturierten Spiritus an Jugendliche unter 16 Jahren zu verabfolgen.

§ 15. Den Gast- und Schankwirten ist verboten, Speisen und Getränke an Schüler und Konfirmanden zum Genuß im Lokale selbst zu verabfolgen und derartigen Personen den Aufenthalt in den Lokalen länger zu gestatten, als zur Empfangnahme der Waren erforderlich ist. Dieses Verbot gilt auch für Konditoreien. Das Verbot findet keine Anwendung, soweit die Schüler und Konfirmanden sich in Begleitung ihrer Eltern oder anderer erwachsener Angehörigen, Vormünder oder Pfleger befinden, oder wenn Schülern der Besuch der Lokale durch den Lehrer der Lehranstalt gestattet ist, oder wenn die Jugendlichen auf Reisewanderungen einkehren.

Der Besuch alkoholfreier Lokale ist den Jugendlichen unbeschränkt gestattet.

E. Ausnahmen.

§ 16. Die Bestimmungen der §§ 4 und 15 finden keine Anwendung auf die Aufnahme von Reisenden in Gast- und Schankwirtschaften zum Zwecke des Uebernachtens.

F. Stellvertretung.

§ 17. Wird die Ausübung des Gewerbebetriebes an Stelle des Inhabers dauernd einem Vertreter übertragen, so ist der Polizeibehörde unter Namhaftmachung des Vertreters und Darlegung des obwaltenden Rechtsverhältnisses Anzeige zu erstatten.

III. Besondere Bestimmungen für Gast- und Schankwirtschaften mit Kellnerinnenbedienung.

§ 18. In den Schankräumen der Gast- und Schankwirtschaften, in welchen Kellnerinnen zur Bedienung der Gäste gehalten werden, sind alle Einrichtungen verboten, durch welche Räume oder Plätze in irgend einer Weise dem freien Ein- oder Ueberblick entzogen werden.

§ 19. Die Inhaber derartiger Gast- und Schankwirtschaften sind verpflichtet, ein Verzeichnis der Kellnerinnen zu führen, welches den Vor- und Zunamen, das Datum der Geburt, den Geburts- und Heimatsort, den Namen, Stand und Wohnort des Vaters oder Vormundes, den Aufenthalt während des letzten Jahres, die Wohnung und die Zeit des Eintritts enthalten muß. Das Verzeichnis muß mit Seitenzahlen versehen sein und bevor es in Gebrauch genommen wird, der Polizeibehörde zur Abstempelung vorgelegt werden. Das Verzeichnis ist auf Verlangen den Polizeibeamten (Gendarmen) vorzuzeigen oder der Polizeibehörde einzureichen.

§ 20. Die Inhaber derartiger Gast- und Schankwirtschaften haben jeden Ein- und Austritt der Kellnerinnen binnen 24 Stunden der Polizeibehörde anzumelden. Die Meldung, welche für jede Person besonders zu erfolgen hat, und die in § 19 vorgeschriebenen Angaben enthalten muß, ist in zwei Exemplaren einzureichen, von denen das eine auf dem Polizeibureau verbleibt, während das andere abgestempelt dem Meldepflichtigen zurückgegeben wird.

§ 21. Jede weibliche Person, welche in eine Gast- oder Schankwirtschaft als Kellnerin zur Bedienung der Gäste eintritt, ist gehalten, dem nach § 20 zu ihrer Anmeldung Verpflichteten alle zur Erfüllung seiner Obliegenheiten erforderlichen Angaben der Wahrheit gemäß zu machen und die über ihre Person lautenden und in ihrem Besitze befindlichen Ausweispapiere vorzulegen.

§ 22. Die im Schankgewerbe tätigen Kellnerinnen haben anständige und unauffällige Kleidung zu tragen.

Die Kleider müssen insbesondere am Halse geschlossen sein und mindestens bis zum Fußgelenk herabreichen.

§ 23. Den Kellnerinnen ist verboten, in auffälliger Weise an den Fenstern oder Türen der Schankräume oder an den Haustüren zu verweilen oder durch Worte, Gebärden oder andere Zeichen Personen in die Schankräume zu locken.

§ 24. Die Kellnerinnen dürfen weder für sich noch für andere Speisen oder Getränke von den Gästen erbitten noch Gäste zum Trinken auffordern oder bereden.

Es ist ihnen ferner untersagt, an den Gasttischen in Gemeinschaft mit den Gästen Platz zu nehmen oder in Gemeinschaft mit den Gästen etwas zu verzehren.

Nach Eintritt der Polizeistunde haben die Kellnerinnen ungesäumt die Schankstätte zu verlassen.

§ 25. Auf die Ehefrauen und Töchter der Gast- und Schankwirte finden die Bestimmungen der §§ 22, 23, 24 Absatz 1 und 2 gleichfalls Anwendung, wenn sie sich der Bedienung der Gäste unterziehen.

§ 26. In Lokalen mit weiblicher Bedienung kann die Ortspolizeibehörde die Polizeistunde bis auf acht Uhr abends vorrücken.

VI. Abhaltung öffentlicher Tanzbelustigungen.

§ 27. Oeffentliche Tanzbelustigungen dürfen ohne Genehmigung der Polizeibehörde nicht abgehalten werden. Die über die Genehmigung zu erteilende Bescheinigung ist den Polizeibeamten (Gendarmen) auf Verlangen vorzuzeigen.

V. Feilhalten von geistigen Getränken im Umherziehen.

§ 28. Biere dürfen im Umherziehen nur dann feilgeboten werden, wenn sie einen höheren Alkoholgehalt als zwei Prozent nicht besitzen. (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 17. Juli 1899 (R. G. Bl. S. 374, Gewerbeordnung § 56 Absatz 2 Ziffer 1, § 56 b Absatz 1 und § 148 Ziffer 7 a).

Die Gefäße, in denen die im Absatz 1 bezeichneten Biere im Umherziehen feilgeboten werden, müssen mit einer den Namen und die Art, den Ursprungsort und den Alkoholgehalt des Getränkes angebenden Bezeichnung versehen sein.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 29. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden, soweit nicht nach sonstigen Vorschriften eine andere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe tritt.

Wer in einer Schankstube oder an einem öffentlichen Vergnügungsorte über die gebotene Polizeistunde hinaus verweilt, ungeachtet der Wirt, sein Vertreter oder ein Polizeibeamter ihn zum Fortgehen aufgefordert hat, wird nach § 365, Reichsstrafgesetzbuch mit Geldstrafe bis zu 15 Mark bestraft.

§ 30. Diese Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Mit diesem Zeitpunkte werden die nachstehend aufgeführten Polizeiverordnungen **aufgehoben:**

1. die Polizeiverordnung vom 10. April 1833, 23. September 1850, 12. Januar 1852 und vom 30. April 1919, betreffend die Abhaltung öffentlicher Tanzbelustigungen;
2. die Polizeiverordnungen vom 4. Januar 1855 und 2. Dezember 1897, betreffend Verabfolgung von geistigen Getränken an Schüler und Konfirmanden;
3. die Polizeiverordnungen vom 28. Juli 1887 und 30. März 1916, betreffend Verabfolgung von geistigen Getränken an Trunkenbolde usw.;
4. die Polizeiverordnung vom 5. Oktober 1899, betreffend das Feilbieten von Bier im Umherziehen;
5. die Polizeiverordnung vom 18. Juni 1901 und 8. April 1903, betreffend Gast- und Schankwirtschaft mit Kellnerinnenbedienung;
6. die Polizeiverordnung vom 20. März 1909, betreffend die Reinlichkeit in Gastwirtschaften, und
7. die Polizeiverordnung vom 20. Juni 1914, betreffend den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften und den Kleinhandel mit Branntwein.

Königsberg, den 10. September 1919.

Der Regierungs-Präsident.
J. V.: **Dr. Domrich.**

Diese Polizeiverordnung gilt nunmehr auch für Elbing.

Für die Einhaltung der Polizeistunde gelten die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 9. d. Mts.

Danach sind die Lokale mit Einschluß der Vereins- und Gesellschaftsräume um 10½ Uhr, Sonnabends um 11 Uhr abends zu schließen.

Elbing, den 18. Dezember 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Anordnung des Volkswohlfahrtsministers vom 9. Dezember 1919 werden demnächst Höchstgrenzen für Mietpreissteigerungen festgesetzt werden, welche bei Mieträumen aller Art Anwendung finden und sowohl laufende Verträge wie frühere Festsetzungen des Mietseinigungsamtes beeinflussen werden.

Entscheidungen über Anträge auf Mietsteigerung und ähnliche können daher gegenwärtig nicht getroffen werden. Aus demselben Grunde ist auch die Einreichung neuer Anträge zwecklos.

Elbing,
den 22. Dezember 1919,
Städt. Mietseinigungsamt.

Betrifft Kriegsfürsorgerinnen

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Notwendigkeit, für möglichst viele Kreise schon in nächster Zeit geeignete Personen als Kriegsfürsorgerinnen zu gewinnen, erscheint es angezeigt, die Anträge auf Zulassung zur staatlichen Prüfung für Fürsorgerinnen nach Maßgabe der Prüfungsordnung vom 10. September 1918 noch für eine längere Zeit tunlichst milde zu behandeln. Wir erklären uns deshalb damit einverstanden, daß die im Erlaß des Ministers des Innern — M. 2975 — und des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten — U. III B. 6802 I — vom 10. September 1918 (Absatz 3) auf den 1. Oktober 1919 festgesetzte Frist für die Zulassung solcher Personen, die den Vorbedingungen des § 4 Ziffer 5—7 der Prüfungsordnung nicht in vollem Umfange entsprechen, unter den dort näher bezeichneten Voraussetzungen bis auf weiteres verlängert wird, und daß die im § 19 der Prüfungsordnung vorgesehenen Anträge auf staatliche Anerkennung als Fürsorgerinnen ohne vorherige Prüfung noch bis zum 1. Oktober 1920 vorgelegt und berücksichtigt werden können.

Berlin, d. 20. Oktober 1919.
Zugleich für den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
Der Minister für Volkswohlfahrt.
Stegerwald.

Stadt-Kino
Alter Markt 39

Von heute, Dienstag, bis 1. Feiertag abends:

Dunkle Wege.

Detektiv Phantomas letztes Abenteuer in 4 Akten.

Der geheimnisvolle Fremde.

Charly-Bill-Verbrecher-Serie.
2. amerikanischer Kriminal-Film in 5 Akten.

Heilig-Abend geöffnet!
2. Feiertag neuer Spielplan!

C.T. Brückstrasse 15 **C.T.**

Vom 23.—25. Dezember. Nur 3 Tage!
Leontine Kühnberg in
„Die Kupplerin"
Ein Sittenroman in 5 Akten
aus den verschwiegenen Häusern Berlin W.
Nach den Motiven von Edm. Edel.

Das Brautpaar wider Willen.
Heiteres Lustspiel in 3 Akten
mit **Frl. Gärtner** und **Rudi Bach als Schnurzel.**

Ab Freitag, 2. Feiertag, bis Montag, 29. Dezbr:
Die Apachen
Detektiv-Abenteuer in 5 Akten. **Max Landa** als Detektiv.
Die Apachen: **Reinh. Schünzel** und **Hanni Weisse.**

Die Hochzeit um Mitternacht.
Großes Wildwest-Drama in 4 Akten.

Als Einlage nur Wochentags:
Der kleine Baron. Lustspiel in 3 Akten.

Anfang Sonn- und Feiertags von 3 Uhr nachmittags ab.
Wochentags Kassenöffnung 6¼, Anfang 6¾ Uhr.

Stadttheater Elbing
Direktion: Max Spiess.
Mittwoch, den 24. Dezember, nachm. 4 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.
Abends bleibt das Theater geschlossen.
Donnerstag, den 25. Dezbr., nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Donnerstag, den 25. Dezbr., abends 7 Uhr:
Die schöne Helena
Operette in 3 Akten von Offenbach.
Freitag, den 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Fledermaus
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Freitag, den 26. Dezember, abends 7 Uhr:
Die schöne Helena
Operette in 3 Akten von Offenbach.

Turnverein Jahn Elbing.
Am Freitag, den 26. Dezbr.:
Weihnachtskneipe
im Vereinslokal Gewerbehaus
Bitte die Verlosungsgegenstände mitzubringen.
Sämtliche aktiven wie passiven Mitglieder sind hierdurch eingeladen.
Anfang ½10 Uhr vorm.
Der Vorstand.

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telefon 553.

Erbsen
und
Bohnen
vorzüglich kochend,
empfiehlt
H. Holzrichter,
Brückstr. 30. Teleph. 73.

Briefpapier, lose und in Kassetten
Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister,
Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe
G.W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Morgen, Mittwoch Roßfleisch,
schieres u. Klopsverkauf.
Metzner, Hauptstr. 45,
Fernruf 659.

Zum Weihnachtsfeste
empfiehlt
Christbaumschmuck
Christbaumkerzen
Wunderkerzen
Spiele, Kassetten
Papier- und Schreibwaren.
Tapeten-Vers.-Haus
„Vorwärts", Friedrichstr. Nr. 3.

Baumlichte
Magnesium-Wunderkerzen
empfiehlt
Drogerie Ernst Albrecht
Wilhelmstr. 20.

Gutgeh. Taschenuhr
mit Kette zu verkaufen
Alter Markt 61, 2 Tr.

1 Damenhut
zu verkaufen Hochstr. 109, I.

Schmiedelehrlinge
stellt von sofort oder später ein
Adolf Wenski,
Neustädt. Grünstraße 6 a.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 54 | Mittwoch, den 24. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die westlichen Industriestädte ohne Kohlen. Aus Dortmund wird berichtet: Die Kohlenversorgung der beiden Elektrizitätswerke in Dortmund (das Westfälische Verbands-Elektrizitätswerk und das Städtische Elektrizitätswerk), welche den ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit Strom versorgen, soweit die Werke nicht selbst welchen produzieren, ist außerordentlich schlecht. Vom 24. bis einschließlich 29. Dezember kann an die Industrie überhaupt kein Strom abgegeben werden.

Die Kohlenversorgung Düsseldorfs ist nach wie vor schlecht. Die Städtische Gasanstalt kann nur in ganz geringem Maße Gas abgeben. In der Industrie mußten Feierschichten eingelegt werden. Duisburg ist für einige Tage noch mit Kohlen eingedeckt, jedoch fürchtet man für die nächste Zeit, durch die allgemeine Kohlenkrise stark in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die großen Werke haben beschlossen, zwischen Weihnachten und Neujahr ihre Betriebe stillzulegen, um auf diese Art und Weise Kohle zu sparen.

Wilhelms Angst vor Bismarck. Konrad Haußmann teilt im Berliner Tageblatt mit, der Cottasche Verlag hätte mit Wilhelm II. einen Privatvergleich geschlossen, nach dem das Erscheinen des dritten Bandes der Bismarck-Erinnerungen vorläufig sistiert werden sollte.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung hierzu von unterrichteter Seite erfährt, ist die Nachricht in dieser Form nicht zutreffend. Ein Vergleich ist bisher nicht abgeschlossen worden. Allerdings schweben Verhandlungen, die aber, wie gesagt, ein abschließendes Ergebnis noch nicht gezeitigt haben.

Abfall von Hindenburg. Die Gemeindevertretung von Hindenburg beschloß auf polnischen Antrag die Umbenennung des Ortes in den früheren Namen Zabrze. — So vergeht die Herrlichkeit der Welt.

Scheidemann dementiert. Das Kasseler Volksblatt enthält eine Erklärung des Abgeordneten Oberbürgermeisters Scheidemann, in der es heißt: Die Behauptung, daß ich eine Prämie auf die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ausgesetzt hätte, kann nur dem Kopfe eines gehirnkranken Menschen entstammen.

Bau eines Scheldetunnels. Laut Nation Belge hat der Minister für öffentliche Arbeiten Anseele sich entschlossen, den Plan eines Tunnels unter der Schelde, der die beiden Scheldeufer bei Antwerpen verbinden soll, ausarbeiten zu lassen.

Oesterreich unter Entente-Kontrolle? Der Telegraaf erfährt aus Paris: Die französische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß die Alliierten Oesterreich unter eine Art interalliierte Kontrolle stellen und die Durchführung des Friedensabkommens und der Unterstützungsarbeiten für Oesterreich als eine gemeinsame Aufgabe aller Alliierten betrachten müßten. Verschiedene andere Regierungen sind jedoch nicht dieser Ansicht und verlangen ein getrenntes Auftreten der Staaten.

Aufnahme der Kopenhagener Verhandlungen. Eine Kopenhagener Depesche besagt: Die Verhandlungen zwischen O'Grady und Litwinow wurden wieder aufgenommen. O'Grady wird aus privaten Gründen nach England abreisen, nach Weihnachten jedoch wieder hierher zurückkehren.

Wie die Frankfurter Zeitung hierzu bemerkt, wäre diese Aenderung der Lage in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Litwinow nicht verhehle, der Weg Sowjetrußlands werde nunmehr zu Deutschland führen. Unter dem Druck dieses Arguments hat England die Verhandlungen wieder aufgenommen, und zwar, wie es heißt unter weiterem, jedoch schwächerem Widerspruch Frankreichs. Die Vorgänge an sich sind recht geheimnisvoller Natur, zeigen jedoch auf das deutlichste, wie wenig sich die Westmächte Sowjetrußlands überlegen fühlen. Die Verhandlungsgrundlage der Russen ist durch die Wiederaufnahme der Verhandlungen gestärkt.

Werressejew ermordet. Wie das führende Blatt der russischen Kommunisten, die Moskauer Iswestije, berichtet, ist Anfang Oktober der berühmte russische Schriftsteller Werressejew von Denikin'schen Weißgardisten ermordet worden.

Frankreich erhöht die Postgebühren. Der französische Ministerrat hat beschlossen, das Briefporto innerhalb Frankreichs von 15 auf 25 Centimes zu erhöhen. Das Jahresabonnement für Telephon kostet von nun ab 750 Frank. Die Wortgebühr für Telegramme im Inland wurde auf 10 Centimes erhöht, für Telegramme nach dem Ausland wird der Vorkriegstarif verdoppelt. Auch die Postanweisungen werden um die Hälfte erhöht.

Politische Prozesse in Belgien. Das Schwurgericht in Namur hat in bezug auf die anwesenden Angeklagten aus dem ehemaligen wallonischen Ministerium folgendes Urteil gefällt: Damery 5 Jahre Gefängnis, Ledent 3 Jahre Gefängnis, Ramelot 3 Jahre Gefängnis, Meyers 5 Jahre Gefängnis, Figeys 2 Jahre Gefängnis, Vandevelde 2 Jahre Gefängnis, Limet 15 Jahre Zwangsarbeit, Joseph Raikem 2 Jahre Gefängnis. Meunier und Albert Raikum wurden freigesprochen. Das Urteil über die abwesenden Angeklagten wird später gefällt.

Die Herausgeber der Vlaamsche Nieuws wurden vom Strafgericht in Antwerpen zu je einem Jahr Gefängnis und 1000 Franks Geldstrafe verurteilt. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Kommunistische Wahlsiege. Nach einer Meldung der Agence Centrale haben bei den Gemeindewahlen in Bulgarien in sämtlichen größeren Stägten die Kommunisten gesiegt. So wurden beispielsweise in Sofia nur 11 Nationalisten und Demokraten sowie 2 Anhänger der Partei Radoslawows gewählt, sonst durchweg Kommunisten.

Wintersonnenwende

Von E. Vogtherr.

Wenn noch die Kerzen nicht herabgebrannt
Schweigt euer Mund von Liebe und von Frieden!

Wir sollen wieder ein Weihnachtsfest feiern, uns gleichsam über das Alltägliche erheben und hängen doch allzusehr mit unsern Sorgen, Ringen und Kämpfen an den geistigen und materiellen Notwendigkeiten der wirklichen Erdenscholle und dem nüchternen Menschenleben. Was diesem Fest Inhalt und Ausdruck geben soll, Freude, Hoffnung, Friede, war zuvor vier Jahre lang von uns genommen und von dem Wahnsinnswüten des Weltkrieges erschlagen worden. Da kamen die Revolutions-Weihnachten von 1918 und ließen wieder neue Hoffnungsstrahlen und neue Zuversicht in unsere Häuser und Herzen ein. Eine wirkliche Sonnenwende sollte es geben und doch gab es nur den blendenden Schein kalten Nordlichts, der ging wie er kam, ohne Erleuchtung und schöpferische Wärme spenden zu können. An wirklichem Neulicht hätten alle teilhaben können, Jung und Alt, Besitzende und Bedürftige, — unter der trüben Täuschung müssen jetzt alle leiden. Es sollte und konnte alles überwunden werden, was uns aus alten Ketten, Eigennutz, Selbstsucht, Herrschertum, Ausbeutung, Gewalt, Vorrecht, Unterdrückung befreit. Und heute nach einem Jahre sehen wir, wie diese Hindernisse neuer Menschenkultur sich wieder ebenso hoch vor uns türmen wie je zuvor. Ueber diese niederschmetternde Erkenntnis kann uns auch eine noch so gut gemeinte künstliche Festesstimmung nicht hinwegtäuschen, denn nicht ein festlicher Kalendertag kann unser Inneres bestimmen und beherrschen, sondern nur die Art der uns umgebenden Verhältnisse.

Wie immer werden auch heuer die berufsmäßigen Festredner des christlichen Bürgertums in gewohnter salbungsvoller Geschwätzigkeit dem geduldigen Volke einzureden versuchen, welche ethischen Werte es diesem „christlichen" Feste entlocken kann. Dieses christliche „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" haben sie auch automatisch angestimmt, als die kriegerischen Massenmörder unter den Menschen aller Länder das grausigste Blutbad verübten, das die Geschichte je gesehen. Und wie immer haben sie sich auch hierbei hinter ihrem Herrgott verschanzt, in dessen Weltprogramm sie auch dieses „Wohlgefallen" ebenso heuchlerisch einfügten, wie alles andere Elend, das den schuldigen Menschen allein zur Last fällt.

Werden so die Erwachsenen von dem Getue abgestoßen, mit dem ihnen falsche Gefühle erzeugt werden sollen, so wird auch die harmlose Kinderschar gerade jetzt zu keiner rechten Festfreude gelangen können. Im Proletariat ist ja auch das Geschick der Kinder, ihr eigenes und Familienleben allzusehr an materielle Bedingungen gebunden. Wir sehen ihre Zahl dezimiert von den verheerendrn Folgen der Unterernährung. Die Lebenden müssen sich wie ihre Eltern mit all der Dürftigkeit abfinden, die auch an Festtagen nichts Ueberflüssiges oder gar Luxuriöses zuläßt. Und günstigsten Falls spüren Alt und Jung schon nach den wenigen Stunden harmloser Festfreude wieder den eisigen Hauch, den die Alltagssorge in ihre Hütte bläst. Die Arbeitsfron fordert ihre angeblichen Rechte. Wieder stehen sich Herren und Knechte, Ausbeuter und Ausgebeutete, die Verteidiger der alten „Ordnung" und die Kämpfer um die Umgestaltung in alter Gegensätzlichkeit gegenüber. Daran haben die christlichen Gesänge und Reden über die sogenannte allgemeine „Gotteskindschaft" nicht ein Titelchen ändern können, weder jetzt, noch in den Jahrtausenden zuvor. Der vom Christentum übernommene, viel ältere Messiasglaube, mußte eben ein bloßer Glaube bleiben, ohne Verwirklichung und Erfüllung. Der Menschheit Glück, Wohlgefallen, Frieden zu bringen, ist nun einmal einem Einzelmenschen nicht gegeben. Nicht Können und Wollen des Einzelnen und nicht Böswilligkeit der anderen sind Mittel und Hindernis des Menschenglücks — sondern alle Menschenkraft muß sich vereinen, die materiellen und damit die geistigen Voraussetzungen höheren Menschenlebens zu schaffen. So kanns auch nur in der Zukunft geschehen.

Wohl hätten wir freudig und hoffnungsmutig die zweite Revolutions-Weihnacht feiern können, wenn der revolutionäre Erlösergedanke des 9. November 1918 schon in allen Köpfen gereift wäre. Aber zu viele waren damals noch zu sehr mit den antisozialen Eigenschaften der vorrevolutionären Zeit belastet — waren noch zu sehr in der Ideenwelt des bürgerlichen Klassen- und Militärstaates befangen, als daß sie der erlösende Weckruf der Revolution schon ganz, dauernd und konsequent für deren Sache hätte gewinnen können. Uns allen stand seit Beginn unseres sozialistischen Denkens das Proletariat als der rettende Messias vor Augen, das in ewig jugendlicher Frische, im einheitlichen Siegeswillen und unwiderstehlicher Kraft das Erlöserwerk an der Menschheit vollbringen werde. Aber ein übles Verhängnis hatte einen großen Teil der Arbeiterklasse durch denkbar blöde unsozialistische Kriegspolitik verspießert und versumpft. Seine Energie und Kraft blieb auch dann noch gelähmt und den proletarischen Interessen fremd, als es galt, den Herrschenden ihre Macht und ihre Vorrechte endgültig zu entreißen und auf neuem Grund, mit neuen Mitteln das Allgemeinwohl im Sinne des Sozialismus zu errichten.

Das in ein Fest christlichen Wunder- und Herzenglaubens umgefälschte alte Naturfest der Wintersonnenwende hätte so seinem inneren Sinne nach wieder das alte Fest neuer Wandlung und neuen Aufstiegs werden müssen. Ein Tag neuen Lichtes nach der Nacht der Finsternis. Aus ihm müßte kommen nicht eine Liebe, die an den Tag gebunden durch einmalige Gaben trösten oder gar sich selbst loskaufen möchte von der Schuld sonstiger Lieblosigkeit. Nein, ein großes Geben an alle und ein großes Empfangen von allen, — nicht als Gnade, sondern als Pflicht und Recht allen, — das muß mit der Sonnenwende die Völkerwende bringen. Aber wir begnügen uns nicht mit dem dahin gerichteten schwärmerischen Sehnen, sondern wir schreiten selber zur befreienden Tat. Je mehr sich die sozialistisch denkende Arbeiterklasse von den träumerischen, oft so unwahren Verheißungen der Kirche emanzipiert, — je mehr sie deren falsche Menschenfreundlichkeit durchschaut, desto sicherer will sie sich zu ihrem eigenen Erlöser machen. Ihre Zukunft ist der Sozialismus, das Reich der freien Menschheit und Menschlichkeit.

Seht ein Tor steht offen und weit
Und es winken Millionen Hände
Menschheit halt dich bereit und geweiht!
Sonnenwende

Kommunalisierung und Zwangswirtschaft

Von W. Schäfer.

„Wenn die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung nicht in zweckmäßiger Weise durchgeführt wird, muß gegebenenfalls Kommunalisierung oder Sozialisierung erfolgen." So äußerte sich der Unterstaatssekretär Herr Professor Hirsch vor dem Zentralverband des Deutschen Großhandels Anfang Oktober. Die Richtung ist also den Gemeindeverwaltungen vorgeschrieben und man mußte nunmehr annehmen, daß die Gemeindeverwaltungen überall darangehen, die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung zu betreiben. Es kann wohl nirgends davon die Rede sein, daß der freie Handel und die freie Wirtschaft zur Zeit eine geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durchführen könnten. Besonders trifft das für die Fleischversorgung zu. Auf diesem Gebiet ist trotz der von Reichswegen angeordneten Zwangswirtschaft noch eine so bunt gestaltete Bewirtschaftung üblich. Was läge näher, als gerade auf diesem Gebiet die Kommunalisierung der Fleischversorgung allgemein durchzuführen. Die praktische Möglichkeit der Durchführung dieser Forderung ist durch die Tatsachen längst erwiesen. Wenn trotzdem eine ganze Reihe von Kommunen es abgelehnt haben, die Fleischversorgung zu kommunalisieren, so deshalb, weil die Rücksichtnahme auf die Fleischermeister sie von dieser Maßnahme abgehalten hat. Bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln sollten aber in allererster Linie, nicht die Interessen einer bestimmten Berufsschicht, sondern vor allem die Interessen der Konsumenten ausschlaggebend sein. Wo von diesem Grundsatz ausgegangen wurde, hat die Kommunalisierung auch Erfolg gezeigt. Die Interessenkreise gehen neuerdings dazu über, Gemeindeverwaltungen überhaupt das Recht abzusprechen, die Fleischversorgung zu kommunalisieren. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Verordnung der Reichsregierung vom 25. Septbr. 1915 den Gemeindeverwaltungen das Recht gibt, diese Maßnahmen durchzuführen. Die Mängel der heutigen Fleischversorgung sind nicht auf die Zwangswirtschaft allein zurückzuführen, sondern sind aufs engste verbunden mit der wenig zweckmäßigen Durchführung der Zwangsbewirtschaftung. In den allermeisten Fällen hat man die Interessenten dabei zu Rate gezogen, die natürlich längst kein Interesse mehr an der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft haben. Die Leidtragenden bei dieser Mißwirtschaft sind die Konsumenten. Statt den früheren 2 Pfund Fleisch pro Woche und Kopf erhält die Bevölkerung im günstigsten Falle ein halbes Pfund. Die Geschäftsleute sind gerissen genug, die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches als die Ursache der Verabfolgung dieser geringen Fleischportion zu bezeichnen. In Wirklichkeit trägt einmal der durch den Krieg herabgewirtschaftete Viehbestand zu dem geringen Fleischquantum bei. Immerhin muß gesagt werden, daß auch bei dem jetzigen Viehbestand die Möglichkeit besteht, pro Woche und Kopf mindestens 500 Gramm Fleisch zu verabfolgen. Daß das nicht geschehen kann, liegt an der mangelhaften Erfassung des Schlachtviehs und an dem damit verbundenen Schleichhandel. Die Befürworter des freien Handels geben vor, daß sie im Stande wären, genügend Fleisch zum Verkauf zu bringen. In Wirklichkeit ist das natürlich nirgends möglich. Das wird am treffendsten bewiesen durch die Fleischwirtschaft in den besetzten Gebieten. In St. Ingbert in der Pfalz weigern sich die Fleischermeister frisches Fleisch abzugeben. Sie wollen es erst zu Wurst verarbeiten, weil sie dabei besser auf ihre Rechnung kommen. In dem Gebiet der amerikanischen Besatzungszone wurden die Bestimmungen über die Zwangswirtschaft der Fleischversorgung so gut wie aufgehoben. Auch die Rationierung wurde stellenweise beseitigt. Das führte dazu, daß die Viehpreise in diesem Gebiet so in die Höhe gingen, daß die Landwirte alles nur irgend wie entbehrliche Vieh verkauften. Dadurch wurde nicht nur der Viehbestand erheblich gemindert, sondern stellenweise sogar das Rinderzug-

vieh verkauft und durch Maultiere ersetzt. Auf dringende Forderung aller zuständigen Organe soll demnächst die Zwangswirtschaft auch in der Besatzungszone wieder eingeführt werden. Solange der Viehbestand Deutschlands ein derartig niedriger ist, muß an der Zwangswirtschaft festgehalten werden. Verlangt werden muß aber, daß durch die Einfuhr von Futtermitteln der Schlachtviehbestand derartig gehoben wird, daß eine bessere Fleischversorgung möglich wird. Nach der Statistik vom Monat Juni 1919 betrug die Ziffer der geschlachteten Rinder 158500, das sind 0,94 Prozent unseres Viehbestandes; im Jahre 1914 wurden im Monat Juni 281200 Rinder geschlachtet, das macht 1,3 Prozent des damaligen Viehbestandes. Es ist also nicht wahr, was gelegentlich in der Presse behauptet wird, daß die Schlachtziffer nicht höher sein könnte, weil dadurch unser Viehbestand zu sehr herabgemindert würde.

Nicht durch die für den offiziellen Fleischbedarf vorgesehenen Schlachtungen wird unser Viehbestand herabgemindert, sondern durch die unverantwortlichen, aus purer Gewinnsucht betriebenen Schwarzschlachtungen. Unsere Fleischproduktion beträgt heute noch 1822378 Tonnen pro Jahr, nämlich 85 Kilogramm pro Schwein und Jahr, 50 Kilogramm pro Rind und 10,5 Kilogramm von einem Schaf. Selbst wenn man zugibt, daß die Schlachtausbeute der Rinder heute um 15 Prozent niedriger wie in Friedenszeiten ist, dann verbleibt immer noch die Möglichkeit, pro Kopf und Woche 1 Pfund Fleisch zu verabfolgen. In einer ordnungsmäßig scharf durchgeführten kommunalen Fleischversorgung erblicken wir eine der Grundbedingungen, die notwendig sind, um die mit der Fleischversorgung verbundenen Schiebungen zu unterbinden. In der Landwirtschaft machen sich neuerdings Bestrebungen bemerkbar, die auf eine genossenschaftliche Organisation der Viehhalter hinzielt. Der Zweck dieser Genossenschaften soll sein, die Produktion der Landwirtschaft direkt mit den Organisationen der Verbraucher auszutauschen unter Ausschaltung aller unnötigen Zwischenhändler. Die Preisbildung des Fleisches gibt der Landwirtschaft Nahrung für ihre Behauptung, daß der Zwischenhandel an dem Vieh soviel verdient wie der Landwirt, der 1—2 Jahre sich mit dem Vieh beschäftigen muß. Sie wollen deshalb eine direkte Austauschmöglichkeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Verbrauchern schaffen. In München gab gelegentlich einer Versammlung, die sich mit der Fleischversorgung befaßte, ein Gutsbesitzer namens Merk eine Erklärung ab, die dahin ging: „Die Landwirtschaft vertrete den Standpunkt, daß Kauf und Verkauf von Vieh in erster Linie die Aufgabe der organisierten Landwirtschaft ist. Die landwirtschaftlichen Korporationen haben bereits zu diesem Zwecke eine „Gemeinnützige bayerische Viehverwertungsgesellschaft" gegründet und letztere ist bereit, mit dem organisierten Handel in ein bestimmtes Verhältnis zu treten. Sie strebt ferner an, daß der organisierten Viehvermittlung eine möglichst geschlossene Organisation der Verbraucher gegenüber gestellt wird."

Nach diesen Bestrebungen gewinnt die kommunale Fleischversorgung neue Bedeutung. Die Schwierigkeit der kommunalen bestand bisher in der regelmäßigen Beschaffung von Schlachtvieh. Durch die gemeinsame Organisation der Landwirte wird diese Schwierigkeit beseitigt. Der kommunalen Betätigung eröffnet sich somit ein neues erfolgreiches Feld. Die Kommunalisierung der Fleischversorgung rückt in ein neues Stadium und kann in den größeren Städten erfolgreicher wie bisher in Angriff genommen werden.

Politische Rundschau

Deutschland

Sozialistenverfolgung im besetzten Gebiete

Im November haben in dem von Belgien besetzten Teil des rheinischen Industriegebietes Streiks stattgefunden, die nicht ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Ziel hatten. Die Arbeiter gaben so ihrer Mißstimmung über die Haltung der belgischen Besatzungsbehörden Ausdruck. Der Streik ging in voller Ruhe und Ordnung vor sich, er wurde durch Verhandlungen zwischen den Arbeitern und dem belgischen Oberkommandierenden beendigt, in deren Verlauf einige Zugeständnisse gemacht wurden. Wie konnte es nun überhaupt zu einem Streik kommen? Wir finden in Het Volk eine Erklärung dafür. Das Blatt schreibt:

„Die Offiziere (der belgischen Besatzungsarmee) sind bei der Bourgeoisie einquartiert. Diese Offiziere haben dadurch Umgang mit Unternehmern, mit Kaufleuten, mit hohen Beamten. Von diesen empfangen sie ihre Kenntnis über das Wesen und die Meinung des deutschen Volkes, wobei die Arbeiter und insbesondere die Sozialdemokraten natürlich nicht gut wegkommen, denn die Bourgeoisie in Deutschland ist, was sie vor der Revolution war: reaktionär, aufhetzend, arbeiterfeindlich. Sie weiß, daß die Entente Sorge vor dem Bolschewismus hat, daß die Alliierten sich für alle Fälle vor einem Eindringen von revolutionären Strömungen schützen wollen. Diese Besorgnis, diese Furcht benutzen die Herren Kapitalisten des besetzten Gebietes und beeinflussen in diesem Sinne ihre belgischen „Gäste", die Offiziere der Besatzung, indem sie die Sozialdemokraten als „Kommunisten", als „Spartakisten", als „Bolschewisten" schildern . . ."

Unter diesen Umständen haben besonders die Unabhängigen zu leiden, die für die rechtssozialistisch-demokratisch-klerikale Regierung als der „gemeinsame Feind", und für die Entente als die Träger des Bolschewismus gelten. Das Blatt der Düsseldorfer Unabhängigen, die Volkszeitung, ist im besetzten Gebiet verboten. Warum? Weil ein schäbiger Konkurrent, das Düsseldorfer Zentrumsblatt es bei der belgischen Obrigkeit als Organ der Bolschewisten verklagt hat." So werden Verhaftungen von Unabhängigen und auch von Rechtssozialisten vorgenommen, ohne daß auch nur die Gründe mitgeteilt werden. Het Volk schreibt weiter:

„Und dabei offenbart sich die merkwürdige Erscheinung: die Menschen, die dem Einfall der Deutschen in Belgien zujubelten, die jede Gewalttat gegen das überfallene Land gutgeheißen haben, die am liebsten ganz Belgien einstecken, oder doch wenigstens die flämische Küste behalten wollten, — sie, die „Bolschewisten des Krieges", sie klagen die Sozialdemokraten als Bolschewisten an, und die Belgier gehen in die Falle. Und die Unabhängigen, die gegen den Krieg waren, die den Einfall in Belgien verurteilt haben, die, weil sie die Wiederherstellung Belgiens verlangten und auf einen baldigen Frieden hindrängten, in die Schützengräben und die Gefängnisse geschickt wurden, werden von den Belgiern zum Vorteil der alldeutschen Gewaltpolitiker der Militaristen und Imperialisten in Haft gesetzt."

Das Organ der holländischen Genossen erwartet, daß sich die neue belgische Regierung um die Zustände in dem besetzten Gebiet bekümmert und eine Aenderung im Verhalten der Besatzungsbehörden eintreten läßt. Wir sind etwas skeptisch in dieser Beziehung. Die Internationale des Kapitals ist zu mächtig, als daß sie es sich nehmen ließe, ihre Widersacher möglichst unschädlich zu machen. Dagegen reichen ein paar belgische sozialistische Minister nicht aus. Aber die in Het Volk geschilderten Vorgänge sind ein interessanter Beitrag zur Geschichte unserer Zeit und ein neuer Beweis dafür, daß die „nationale Gesinnung" bei allen Kapitalisten nur solange vorhanden ist, als sie Geld dabei gewinnen können.

Die Lage der russischen Kriegsgefangenen

Seit das alte Militärregime in Deutschland wieder ganz die Oberhand gewonnen hat, haben die Klagen über schlechte Behandlung der immer noch in Deutschland weilenden russischen Kriegsgefangenen nicht mehr aufgehört. Sie nehmen in letzter Zeit so sehr zu, daß es nicht mehr möglich ist, länger dazu zu schweigen. Die Revolution hatte den russischen Kriegsgefangenen ihr Los so viel wie möglich erleichtert. Diejenigen, die nicht sofort abtransportiert werden konnten, erhielten größtmöglichste Freiheit, bessere Verpflegung und eine einigermaßen angemessene Besoldung für ihre Arbeit. All diese Vorgänge sind jetzt mehr und mehr wieder verschwunden. Die Urlaubsausweise sind den Gefangenen in vielen Gefangenenlagern entzogen worden, so daß sie teilweise überhaupt nicht oder nur in beschränktem Maße Gelegenheit haben, sich außerhalb des Lagers zu bewegen. Dazu ist ganz der alte Ton und die alte Behandlung, wie sie während des Krieges geübt wurde, wieder eingeführt.

Die Regierung will auch garnicht wissen, was in ihren Lagern vorgegangen ist, hat sie doch auch geleugnet, daß in den russischen Gefangenenlagern durch Herrn Bermondt, der einen amtlichen Zulassungsschein zu den Gefangenenlagern hatte, damals Werbungen für die russisch-reaktionäre Freiwilligenarmeen vorgenommen worden sind. Im Sommer dieses Jahres erschien Herr Bermondt in russischen Gefangenenlagern und begann ganz offen die Werbungen für die russischen Freiwilligenarmeen. Zahlreiche gefangene russische Offiziere beteiligten sich an dieser Werbearbeit. Man drohte den Gefangenen damit, daß sie noch jahrelang in Gefangenschaft bleiben müßten, wenn sie sich nicht der Freiwilligenarmee anschließen würden. In die Kriegsgefangenenlager wurde dadurch eine große Beunruhigung getragen, warb man doch auch Leute an, die mit der reaktionären Bewegung nichts zu tun haben wollten und die man zwangsweise abtransportierte. Von den Gefangenen selbst kamen deshalb Beschwerden über Beschwerden, und obwohl man offiziell die Werbungen verbot, unterstützten die deutschen Lagerkommandanten noch weiter die Werbungen der russischen Offiziere.

Es ist unerhört, daß sich eine solche Vergewaltigung der russischen Kriegsgefangenen unter den Augen der Regierung vollziehen konnte. Sie hat hier eine ebenso zweifelhafte Rolle gespielt, wie während des ganzen baltischen Abenteuers. Wir müssen erneut mit allem Nachdruck verlangen, daß die Regierung alles tut, um eine gerechte menschliche Behandlung der russischen Gefangenen sicherzustellen und ihre baldige Rückbeförderung zu ermöglichen.

Wie die Reichswehr verpflegt wird

Die Noskotruppen sind stets mit reichlicher und guter Kost versorgt worden. Trotzdem gibt man ihnen jetzt noch folgende verbesserte Abendkost:

a) je 100 Gramm Fleischkonserven oder Fleischwurst an drei Tagen der Woche;
b) je 125 Gramm Weichkäse oder 100 Gramm Hartkäse oder der halbe Tagessatz einer Gemüseportion an zwei Tagen der Woche;
c) je ein Hering oder Räucherfisch oder der halbe Tagessatz einer Gemüseportion an zwei Tagen der Woche.

Es ist also dafür gesorgt, daß die Noskiden jeden Abend entweder ein Stück Wurst oder ein Stück Käse oder einen Fisch zu ihrem Brote verzehren können. Die Zivilbevölkerung erhält für den Kopf noch lange nicht einmal für die ganze Woche soviel Fleisch- und Wurstkonserven, wie ein Mitglied der Reichswehr an einem Abend verzehrt. Dabei muß der Arbeiter schwer arbeiten, er hat kein so gutes Mittagessen wie der Noskesoldat. Das ist die „Gleichheit", die die rechtssozialistischen Minister in der „demokratischen" Republik der Bevölkerung bieten. Sie füttern zuerst ihre Schutztruppen, und der Arme hat das Recht, mit knurrendem Magen zuzusehen, wie die Herrschaften speisen. Die verbesserte Abendkost, die mobile und immobile Truppen, sowie der Rest des alten Heeres erhalten, erfordert eine tägliche Mehrausgabe von 100000 Mark!

Wachsende Erkenntnis

Der Vorstoß gegen die regierungssozialistische Politik in Baden, der von der Freiburger Organisation der Mehrheitler ausgegangen ist, findet wachsende Unterstützung im badischen Oberlande. Die reaktionäre Entwicklung in Baden insbesondere auf kulturellem Gebiete läßt bei den denkenden Mehrheitssozialisten die Erkenntnis reifen, daß sich die führenden Geister der badischen Noskepartei von der Reaktion über den Löffel barbieren ließen. So bezeichnet es jetzt ein Mitarbeiter der Freiburger Volkswacht als den dümmsten Streich des ministeriellen Sozialismus Badens, daß er sich um die Uebernahme des Unterrichtsministeriums prellen ließ, dafür aber auf den Stuhl des Innenministers gekrochen ist. Der letztere

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

54]

Jordan (im Frack) hatte sich in einer stillen Ecke des Vorsaales niedergelassen, während van Geldern im Saale selbst nach Herta Umschau hielt. Er fand sie nicht, hörte aber von einer Huldin, die Stammgast in der Bar gewesen, in der van Geldern Musik gemacht hatte, daß Herta mit dem Russen vor wenigen Augenblicken das Palais verlassen hatte und weitergezogen war. So brach denn auch Jordan auf. Er nahm ein Auto und fuhr mit van Geldern bei zahllosen Tanzlokalen vor. Während Jordan im Wagen blieb, nahm sein Begleiter die Suche auf.

Sie blieb ohne jeden Erfolg. Jetzt fuhr man nach der Motzstraße zur Feenbar. van Geldern bat Jordan, allein in das Lokal zu gehen, da es ihn geniere, sich dort sehen zu lassen, nachdem er von dem Wirt, in dessen Lohn er als Klavierspieler gestanden, in Unfrieden geschieden war.

van Geldern wollte in dem Café, von dem die Fahrt heute abend ausgegangen war, auf Jordan warten. Dieser betrat den vollgerauchten Barraum, einen großen, tiefen Laden, in dem ein Klavierspieler einen Flügel bearbeitete. Der stand im Schaufenster auf einem Podium. An kleinen Tischen in Klubsesseln rekelte sich eine ähnliche Gesellschaft wie die im Palais gewesen war, Dirnen, Zuhälter, Provinzherren, schnarrende Gardeoffiziere im Frack, ein paar Barone und Grafen und sogar ein Durchlauchtprinz — alles betrunken mit heißen, roten Köpfen — Whisky, Sekt und Schnäpse schlürfend, brüllend lachend — durcheinander rufend.

Den hochgewachsenen, näselnden Aristrokraten sah man es an, welchen Genuß es ihnen gewährte, hier im Schlamm, in der Hefe, im Auswurf der Gesellschaft, Rücken an Rücken mit der Verbrecherschaft sich loszulassen.

Zwei Weiber tanzten den unvermeidlichen Tango zwischen den Tischen und Sesseln, sich die Kleider bis über die Knie hinaufraffend. Zelluloidbälle flogen von Tisch zu Tisch durch die Luft, Zoten durchschwirrten den Raum, Schweinereien wurden gerufen.

Der Portier, vom Wirt zitiert, packte ein bezechtes Frauenzimmer am Arm und beförderte es gewaltsam auf die Straße. Ihr langer Sammetmantel wurde ihr nachgeworfen, während sie draußen wie toll an die hohen Spiegelscheiben schlug, so daß der entsetzte Wirt wütend hinausrannte, um die Polizei zu holen. Die tief dekolletierte Bardame hinter der Kredenz schlug einem Zudringlichen, der auf einem der hohen Hocker am Schanktisch ihr gegenübersaß und ihr eben in den Ausschnitt griff, eine schallende Ohrfeige — und auch sonst vergnügte man sich an den Einzeltischen zwischen Dirnen und Kavalieren auf eigene Faust.

So sah das Nachtgenießen der Berliner Lebewelt aus, die einzig im Geldvertun und im Alkohol die Betäubung suchte, um über das Grauen ihrer inneren Leere hinwegzukommen und Vergessenheit zu suchen.

Auch hier war Herta nicht, und Jordan saß bei seinem Mokka, den Blick starr auf die Eingangstür gerichtet, in der vagen Hoffnung, die Erwartete könne doch noch jeden Moment eintreffen.

So war dem Harrenden eine halbe Stunde vergangen, als der Barportier an ihn herantrat und ihm eine Karte übergab. Mit Bleistift war darauf geschrieben: „Bitte, kommen Sie sogleich. Van Geldern."

Jordan zahlte und ging hinaus.

Draußen stand der Musiker und winkte Jordan aufgeregt heran. „Rasch, Herr Doktor, rasch ."

„Was ist denn geschehen?"

„Herta ist zu Hause. Ich sah Licht in ihren Fenstern. Hier ist ein Auto. Steigen Sie ein."

Im Wagen sah Jordan auf die Uhr. Es war drei.

„Wie komme ich aber ins Haus?" fragte er.

„Hier ist der Wohnungs- und Hausschlüssel."

„Danke. Sie gehen jetzt ruhig nach Hause, van Geldern. Und sollte ich Sie morgen vor meiner Abreise nicht mehr sehen, so nehmen Sie heute schon meinen Dank für Ihren Beistand. Beherzigen Sie, was ich Ihnen gesagt habe, und rechnen Sie bestimmt mit der Hilfe, die ich Ihnen angelobte.

Wollen Sie mir die Zusicherung geben, daß ich Ihrer mit Zuversicht gedenken kann?"

„Ich will!" sagte van Geldern, und beide tauschten einen Händedruck.

Das Auto hielt vor Hertas Hause. Der Musiker stand, während Jordan die Haustür erschloß, zögernd und unentschlossen. Jordan wandte sich nach ihm um.

„Haben Sie noch etwas auf dem Herzen?"

„Es wird doch nicht — nicht zu Gewalttätigkeiten kommen?"

Jordan lächelte nachdenklich. Er schüttelte den Kopf. „Heute nicht," sagte er. „Heute sicherlich nicht."

Langsam stieg Jordan die Treppe hinauf, erschloß Hertas Wohnung und klopfte leise an die Tür ihres Wohnzimmers. Drinnen stockte das Lachen und Schwatzen einen Moment, dann aber setzte es gleich wieder von neuem ein.

Herta meinte natürlich, der eifersuchtsgeplagte Musiker stände draußen, und ignorierte einfach sein Klopfen.

Jordan widerstrebte es, hier mitten in der Nacht Lärm zu machen und die Oeffnung der Tür zu erzwingen. Deshalb ging er wieder fort, verließ das Haus, fragte einen patrouillierenden Schutzmann nach dem nächsten Revier, wo er sich dem Wachtmeister legitimierte und um Mitgabe eines Beamten ersuchte, da er im Hause Nachodstraße 80 eine dienstliche Feststellung sofort vornehmen müsse.

Er bekam einen Schutzmann mit, kehrte in Hertas Wohnung zurück und befahl dem Beamten, die Oeffnung der Tür zu veranlassen.

Der Schutzmann pochte etwas energischer und rief: „Die Polizei ist hier. Oeffnen Sie sofort!"

Drinnen Flüstern, erschrecktes Umhertappen. Dann Hertas Stimme: „Gleich! Einen Augenblick!"

Eine andere Tür zum Korridor wurde sachte geöffnet, im Halbdunkel des Ganges erschien ein eleganter, älterer Herr im Pelz und Zylinder, den Herta eiligst zur Hintertreppe hinausließ. Dann huschte die Frauengestalt im Halbdunkel wieder zurück, drinnen drehte sich der Schlüssel im Schloß, die Tür wurde geöffnet, und Herta in ihrem maigrünen Negligee erschien in einer dicken Rauchwolke.

„Was wollen Sie von mir? Was ist los?"

Jordan trat ihr entgegen.

„Nichts," sagte er, „nichts von Belang."

Dann zum Schutzmann gewendet: „Danke, Sie können jetzt gehen!"

Jordan trat ein und schloß die Tür hinter sich.

Einen Augenblick standen die beiden einander schweigend gegenüber. Sie maßen sich wie zwei Kämpfer, die im nächsten Moment übereinander herfallen werden. Herta war totenblaß. Es zuckte um ihren Mund.

„Willst du mir das erklären?!" stieß sie endlich zwischen zusammengebissenen Zähnen hervor. „Was soll das heißen?!"

„Das soll heißen, daß dein Wüsten jetzt ein Ende hat."

Vollkommen ruhig sagte er das, in der Leidenschaftslosigkeit des eisernen Entschlusses.

„Morgen abend um sieben Uhr reisen wir ab. Du hast bis dahin deinen Koffer zu packen und deine Sachen zu ordnen. Bis zur Abreise kommst du mir nicht mehr aus den Fingern. Also ich frage dich: Reist du morgen gutwillig mit mir?"

Sie lachte gezwungen. „Gern. Wohin du willst. Ich hab's dir doch längst schon gesagt."

— „Gut. Dann ist also vorläufig alles in Ordnung. Geh nun zu Bett. Ich wache die Nacht hier . . ."

In Hertas Wohnzimmer streckte Jordan sich auf den Diwan. Wie Blei waren seine Glieder, schwerer noch die Müdigkeit seines Herzens.

(Fortsetzung folgt.)

trage die Verantwortung für die unglückselige Zwangswirtschaft und verhaßte Versorgungspolitik.

Die bürgerlichen Gegner lachen sich tatsächlich darüber ins Fäustchen, daß man im ganzen Lande darob über den sozialdemokratischen Minister schimpft und seiner Partei die unangenehmen Maßnahmen auf das Wahlkonto schreibt. Mit dem Unterrichtsministerium, glaubt der Genosse in der Volkswacht, hätte seine Partei ein dankbares Feld gehabt und einen großen Teil der freigesinnten Lehrer für den Sozialismus gewonnen, um sie als Führer im Wahlkampf auf den Dörfern verwenden zu können.

Der Kritiker — offenbar dem Lehrerstande angehörend — übersieht ganz, daß die regierungssozialistische Partei im Parlamente auf dem Gebiete des Kultus und Unterrichts schon bei der Schaffung der neuen Verfassung leider einer Lösung der Schulfrage nach den Grundsätzen des Erfurter Programms aus dem Wege gegangen ist.

Rußland

Die Lage in Sowjetrußland

Ein neutraler Reisender, der, aus Zentralrußland kommend, in Kopenhagen eintraf, berichtet, daß die Stellung der Sowjetregierung durch die Haltung der Entente im Bewußtsein der Oeffentlichkeit gestärkt worden sei. Vor allem wachse bei den Bauern die Ansicht, die Entente wolle die alten Bodenverhältnisse wieder herstellen. In ganz Süd- und Zentralrußland arbeiten englische und amerikanische Handelskommissionen eifrig an der Erforschung der Verhältnisse und ebnen den Boden für den planmäßigen Aufkauf russischer Betriebs- und Rohstoffzentren. Der Reisende, der ausführlich mit Trotzki gesprochen hat, glaubt eine starke Schwenkung in dem Sozialisierungskurs der Sowjetregierung zugunsten gemäßigterer Anschauungen konstatieren zu können. Ferner ist er der Ansicht, daß die förderative Idee unter der russischen Bevölkerung nicht unpopulär sei, solange die Randstaaten nicht einem deutsch-russischen Handelsverkehr Schwierigkeiten in den Weg legten. Auch das Verhältnis Estlands zu Moskau habe sich gebessert. Man sei in Moskau gegen einen allzu großen Landerwerb Polens auf den Gebieten der früheren deutschen Grenzen, weil man aus der hieraus folgenden Spannung zwischen Polen und Deutschland für den Transitverkehr über Polen Befürchtungen hege. Zeichen für einen bald bevorstehenden Umsturz in Rußland hat der Gewährsmann nirgends bemerkt, wenn schon Bürgertum und Reaktion täglich an der Arbeit seien.

Frankreich

Spaltung der französischen Sozialisten?

Auch in Frankreich macht die Scheidung der Geister im Sozialismus unaufhaltsame Fortschritte, Reformisten und Revolutionäre stehen sich schroff gegenüber, genau wie bei uns in Deutschland, wo der grundsätzliche Gegensatz bereits im Kriege zur Spaltung geführt. Auch Frankreichs Proletariat wird von ihr kaum verschont bleiben: es muß sich entscheiden, ob es die internationale revolutionäre Tat oder eine Zweckmäßigkeitspolitik auf nationaler Grundlage haben will. Nach einer Wolff-Meldung ist am 17. Dezember in Paris von den rechtsstehenden sozialistischen Abgeordneten, die bei den Kammerwahlen gegen die unifizierten Sozialisten und die in ihrer Taktik und Methode der U. S. P. D. am nächsten stehen kandidiert haben, eine neue Arbeiterpartei gegründet worden. Sie soll auf nationaler Grundlage die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse verteidigen. Als Führer der neuen sozialpatriotischen Gründung wurde u. a. Rozier und Brunest genannt. Auch einige Abgeordnete der unifizierten Sozialisten sollen bei der Gründung zugegen gewesen sein, aber ihren endgültigen Beitritt zur neuen Partei noch nicht erklärt haben.

Italien

Die ersten Folgen des sozialistischen Wahlsieges

Bereits die ersten Abstimmungen des neugewählten italienischen Parlaments haben die große Bedeutung des gewaltigen Wahlsieges der italienischen Sozialisten bewiesen.

Nachdem die bürgerliche italienische Presse und die bürgerlichen Politiker gemerkt hatten, daß ihr Liebeswerben um den Eintritt von Sozialisten in eine bürgerliche Regierung und eine Zusammenarbeit der sozialistischen Partei mit den bürgerlichen Parteien vergeblich gewesen war, benutzten sie den Umstand, daß die sozialistische Kammerfraktion trotz ihrer fast 160 Mitglieder, die sie zur stärksten Fraktion des Parlaments machen, gleichwohl nur etwa den vierten Teil desselben bilden, zu der Behauptung, daß der sozialistische Wahlsieg nur einen platonischen Wert hätte. Mit vielem Getöne wurde behauptet, daß die Vertreter des italienischen Proletariats im Parlament durch die Gesamtheit der anderen Parteien bald zur völligen Handlungsunfähigkeit verdammt werden würden.

Die ersten Debatten und die ersten Beschlüsse des neuen Parlaments aber haben bereits, wie gesagt, das Gegenteil dieser Voraussage erwiesen. Sie haben klar gezeigt, welche Erfolge ein zielbewußter, die revolutionären Grundsätze nicht verlassender Sozialismus in seiner Parlamentsarbeit auch dann erringen kann, wenn er nicht die absolute Mehrheit besitzt.

So sind zum allergrößten Erstaunen und Entsetzen des italienischen Bürgertums u. a. folgende Anträge der sozialistischen Kammerfraktion zur Annahme gelangt: Nichtbeteiligung Italiens an der russischen Blockade und Aufnahme der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zu Sowjetrußland, Einrichtung kontrollierender Arbeiterräte und entschädigungslose Enteignung allen Landbesitzes, welcher ohne Grund von den Großgrundbesitzern unbebaut gelassen wurde.

Diese Beschlüsse erfüllen zwar nur einen kleinen Teil der sozialistischen Forderungen, doch sind sie angesichts der außerordentlichen Zähigkeit, mit der sie von den bürgerlichen Parteien bekämpft wurden, ganz außerordentlich beachtenswert. Möglich waren sie zwar nur dadurch, daß die katholische Partei für die Anträge der Sozialisten stimmte. Doch sie tat es nur notgedrungen, trotz ihres Widerwillens für die Ideen der äußersten Linken, da sie den unabweislichen Druck der Massen fühlte und es nicht wagte, die eben erst durch zahllose volkstümliche Versprechungen errungene Popularität — die katholische Partei hatte nächst der sozialistischen bei der Wahl die größten Erfolge errungen — wieder aufs Spiel zu setzen.

Bei jener Masse aber und nicht im Schoße des Parlaments werden sich die kommenden großen Ereignisse in Italien abspielen. Denn die Masse ist die lebendigste Plattform des politischen Lebens in Italien. Sie ist von bewunderungswürdiger, revolutionärer Gesinnung und durchdrungen vom Bewußtsein des Klassenkampfes. Ein französischer Genosse berichtete in der Humanité über ein Ereignis, das er in Italien erlebt hatte und das bezeichnend ist für den Geist, der dem italienischen Proletariat innewohnt.

„Es war in Turin an der Arbeitsbörse," so schreibt er, „am Nachmittag um 5 Uhr kam die telephonische Nachricht aus Rom über den Generalstreik als Protest gegen die Angriffe einiger Nationalisten auf sozialistische Abgeordnete. Und um fünfeinhalb Uhr bereits waren alle Fabriken geschlossen, der Straßenbahnbetrieb unterbrochen, das Arbeitsleben der ganzen großen Stadt vollkommen erstarrt.

Japan

Auch Japan vor sozialen Kämpfen

Auch Japan leidet unter dem allgemeinen Streikfieber, wie eine Meldung der Baseler Nationalzeitung feststellt. Nach den neusten amtlichen Statistiken zählt Japan 300000 Grubenarbeiter, 1095300 Fabrik- und Werkstättenarbeiter und Arbeiterinnen und 150000 Lehrlinge der staatlichen Werkstätten. Die in Japan vor sich gehende Entwicklung schreitet, wie in Tokio und anderen Städten festgestellt wird, rasch vorwärts. Eine allgemeine Unruhe hat die Städte erfaßt. Es liegt etwas wie eine Drohung in der Luft, der in sehr naher Zukunft die Tat folgen könnte. Eine Arbeitsorganisation hat sich gebildet. Den Arbeitern und Soldaten werden im geheimen Proklamationen verteilt. Das teure Leben erhöht die Unzufriedenheit. Ganze Berufsbranchen fordern die Erhöhung der Löhne und die Herabsetzung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften fordern von der Regierung die Anerkennung ihrer gesetzlichen Existenz. Die Arbeiterfrage ist in ihrer ganzen Tragweite aufgerollt.

Der Weihnachtsfeiertage halber erscheint die nächste Nummer der Elbinger Volksstimme am Sonnabend nachmittag.

In und um Elbing

Konfessionslose Vereinigung zu Elbing

Am Sonntag fand in der Aula der Auguste-Viktoriaschule die erste öffentliche Propagandaversammlung der Konfessionslosen Vereinignng zu Elbing statt.

Herr Dr. Kranz II als Vorsitzender eröffnete die Versammlung. Er wies darauf hin, daß anläßlich der im Frühjahr dieses Jahres einsetzenden Kirchenaustrittsbewegung viele der Ausgetretenen an ihn herangetreten seien mit dem Wunsche, auch in Elbing eine Freireligiöse Gemeinde zu gründen. Mit dem 1. November d. J. konstituierte sich in Elbing die Konfessionslose Vereinigung. Diese Name wurde nach reiflicher Erwägung gewählt, die Vereinigung ist frei von allem äußeren Gepräge und will nur das rein Sittliche und Wahre, das Natürliche fördern und stärken.

Dann nahm die Referentin, Fräulein Dr. von Petzold, Predigerin der Freien Gemeinde in Königsberg, das Wort. Grundlegend für ihren Vortrag war die Frage: „Brauchen wir heutzutage noch eine Religion?" Nachdem die Rednerin einen Ueberblick über die Entstehung der Religion gegeben hatte, betonte sie, daß alles menschliche Suchen und Forschen auf religiösem Gebiet der Wunsch nach Erkenntnis des Woher und des Wohin bedeute. An der Hand historischer Tatsachen wies Frl. v. Petzold nach, daß alle Konfessionen von Menschen gemacht worden und im Laufe der Jahrtausende durch Erzählungen und Schriften naturgemäß verändert und ihrer ursprünglichen Form entkleidet worden sind.

Nach einem Ueberblick über die kirchengeschichtliche Entwicklung Englands und über das dortige Kirchenwesen kam die Rednerin auf die Reformation. Sie wies nach, daß selbst Luther als Kind seiner Zeit noch felsenfest an Hexen und Teufel geglaubt hat, was er selbst in Worten und Schriften angibt, z. B. wenn er seinen vergeblichen Kampf mit dem Teufel schildert. In der gegenwärtigen Zeit besonders während des Krieges, hat die Kirche alles andere getan, als dem Grundsatz der Nächstenliebe zu folgen.

Das Ziel der Konfessionslosen Vereinigung ist nicht etwa, wie vielfach wissentlich oder unwissentlich falsch behauptet wird, Ausrottung oder Herabwürdigung der bestehenden verschiedenen Konfessionen, sondern schärfster Protest gegen das System, **unseren Kindern in den Schulen zwangsweise das lehren zu wollen, was wir Erwachsene selbst nicht glauben.** Die konfessionslosen Vereinigungen fördern das Streben nach geistiger Freiheit, nach Wahrhaftigkeit. Die Dogmen der bestehenden Kirche, die Systeme der Konfessionen finden hier keinen Boden. Gegen den geschichtlich feststehenden Widerspruch, der zwischen den einzelnen Evangelien und Ueberlieferungen besteht, gegen das Buchstäbliche der an sich schönen und sittlich wertvollen Legenden protestieren die Konfessionslosen Vereinigungen. Nicht eine neue Sekte, keine neue Religionsgemeinschaft sind sie, sondern ein Zusammenschluß aller Denkenden und Wahrheit suchenden.

Die Frage, ob wir heute Religion brauchen, beantwortete Frl. v. Petzold mit ja. Grade in der heutigen Zeit brauchen wir mehr denn je Religion. Die Frage, was ist Religion? beantwortete die Rednerin dahingehend: **Religion ist die Erkenntnis der Verantwortlichkeit und des Zusammenhanges mit dem Weltall, der Natur, der Menschheit selbst.** Es soll jeder frei sein in seinen religiösen Anschauungen, es darf kein Zwang herrschen. Mit dem Dichter Schiller sagte auch die Rednerin: Welche Religion ist die deine? Keine! Weshalb? **Aus Religion!** Ein Beweis, daß von den bestehenden Religionen keine hoch und rein genug ist, um als das menschliche Ideal, als höchstes Gut zu gelten. Daß Religion also etwas anderes, Höheres ist und nur in Menschen selbst wohnen kann, nicht durch äußere Formen aufgezwungen werden kann.

In der Diskussion sprach zuerst Herr Pfarrer Beyer. Er führte aus, daß er grundsätzlich mit dem, was die Rednerin gesagt hatte, einverstanden sei, nur wünsche er, daß eine Reformierung innerhalb der jetzt bestehenden evangelischen Kirche erfolgen solle. Die evangelische Kirche sei gerade jetzt dabei, sich neu zu reformieren. Er schlug darauf eine Einigung auf der Basis der Volkskirche vor. Herr Heine stellte sich auf den Standpunkt, daß die den Kindern in der Schule gelehrten 10 Gebote das Richtige seien, er könne nicht glauben, daß Luther an Hexen und Teufel geglaubt habe. Herr Fischer aus Berlin wies besonders nachdrücklich darauf hin, wie bei Kriegsausbruch gerade die Kirchen und ihre Vertreter es waren, die dem Volke entgegen dem Grundsatze: Du sollst nicht töten, den Krieg von den Kanzeln herab gepredigt haben. Herr Hübner wies nach, daß von der sogenannten Allmacht eines höheren Wesens nichts zu spüren sei, Väter und Mütter werden von ihren Kindern gerissen, so vieles Leid und Unglück kommt über die Menschheit und die sogenannte Allmacht hilft nicht.

Im Schlußwort beantwortete Frl. v. Petzold alle gestellten Fragen. Eine Anfrage, wie die Konfessionslosen Vereinigungen zum Deutschen Monistenbund stehen, beantwortete sie mit der Mitteilung, daß seitens der Freien Gemeinden mit dem Bunde ein Kartell gebildet worden ist und die beiderseitigen Anschauungen verwandt sind. Sie schloß mit dem Hinweis auf ein Dichterwort: „Lerne zu leben!"

Ein großer Teil der Zuhörer ließ sich nach Schluß der Versammlung sofort in die Konfessionslose Vereinigung aufnehmen. Die Mitglieder werden regelmäßig Diskussionsabende abhalten, in denen über alle diesbezüglichen geistigen Fragen debattiert wird, besonders soll auf den Unterricht der Kinder Bezug genommen werden. Es kann nur jedem Parteigenossen und jeder Frau dringend empfohlen werden, sich im eigensten Interesse der Vereinigung anzuschließen. Bedingung für die Aufnahme ist, daß innerhalb 3 Monaten der amtliche Nachweis des Austritts aus der Landeskirche erbracht wird. Alle näheren Auskünfte werden in dem Parteibureau erteilt.

Ein gründlicher Reinfall

Es gehört zur alten, guten Sitte, daß zum Weihnachtsfest fast in jeder Familie ein Tannenbaum angezündet wird, um vor allem den Kindern eine Freude zu bereiten. Während in den Jahren vor dem Kriege ein gutes Bäumchen schon für 70 Pfg. bis 1,50 Mk. zu erstehen war und nur selten in den letzten Tagen vor dem Feste bei größerer Knappheit die Preise anzogen, glaubten die Händler mit Tannenbäumen in diesem Jahre ihr „Geschäft" zu machen. Es ist doch alles so teuer, weshalb sollten denn die Tannenbäume eine Ausnahme bilden. Ein großer Teil war unter die Händler gegangen, der in früheren Jahren nicht an den Handel mit Weihnachtsbäumen gedacht hatte. So mußte denn unter den Streichen der Axt manch junger Baum sein Leben lassen. In den ersten Tagen des „Auftriebs" mit Tannenbäumen war unter 5 Mk. kein einigermaßen ansehnlicher Baum zu erstehen und da das Publikum gewöhnt war, daß alles knapper und teurer wird, zahlte es jeden geforderten Preis, heilfroh, sich noch rechtzeitig „eingedeckt" zu haben. Aber Tannenbäume sind keine Ware, die sich hält und im Preise steigt. Das Ueberangebot machte sich von Tag zu Tag mehr geltend. Die Preise sanken zusehends, um in den letzten Tagen einen rapiden Preissturz zu erleiden. „Für jeden Preis" konnte man gestern und heute einen Baum erhalten. Die Händler belegten sich gegenseitig „von wegen der Konkurrenz" mit den schönsten „Schmeichelworten" und schimpften weidlich auf die Neulinge, die ihnen in diesem Jahre ins Handwerk gepfuscht hätten. Händler sowohl als auch teilweise das Publikum sind bei diesem Weihnachtsfest die Reingefallenen.

Anliegen an die Stadtverordnetenversammlung

Aus dem städtischen Laiserkreise wurden der neuen Stadtverordnetenversammlung folgende Bitten unterbreitet:

1. Die Verpachtung von Stadtländereien möge in Zukunft in erster Linie an Elbinger Einwohner mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer erfolgen. 2. Erst wenn die Nachfrage der Elbinger Einwohner befriedigt ist, solle das freibleibende Pachtland an Landbewohner zur Verpachtung kommen. 3. Die Pachtsumme ist nach einer festen Taxe zu regeln. 4. Die Pächter vom Landkreis zahlen eine erhöhte Pachtsumme, da die Lebenshaltung auf dem Lande billiger ist.

Ostdeutsche Nachrichten

Unverstand und Eigennutz regieren die Welt

Ein sprechendes Beispiel hierfür ist die Festsetzung der Staatszugehörigkeit westpreußischer Gebietsteile. Die Ententekommission hat dabei auf die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Grenzgemeinden keine Rücksicht genommen. Zum Teil verstand sie nichts von den geographischen Verhältnissen unserer Heimat, zum Teil wollte sie wohl auch keine Rücksicht nehmen. So fiel die Stadt Dirschau an Polen. So kamen die voll und ganz auf Elbing angewiesenen Orte Zeyer und Jungfer nach Danzig, obwohl sie hier zu wirtschaftlichem Ruin verurteilt sind. Noch schlimmer sieht es in der Umgebung Marienburgs und in Marienburg selbst aus. Schadwalde, Kaminke und einige andere Ortschaften, die für den Absatz ihrer Produkte unbedingt Marienburg brauchen, sind dem Freistaat Danzig zugeteilt. In Marienburg selber geht die Grenze mitten durch die Stadt. Der größere Teil ist Abstimmungsgebiet, bleibt also entweder deutsch oder wird polnisch. Marienburg-Kalthof soll dagegen zu Danzig. Diese Zuteilung ist unsinnig, weil Kalthof nur in Verbindung mit Marienburg gedeihen und garnicht für sich allein existieren kann. Der größte Teil der Kalthofer ist denn auch gegen diese Regelung; dafür sind einige Kaufleute, weil sie glauben, ein gutes Geschäft zu machen, wenn Kalthof von Marienburg abgerissen wird. Hoffentlich wehrt der Marienburger Magistrat sich erfolgreich gegen das Unterfangen der profitlüsternen Beutejäger.

Keine Lust zum Steuerzahlen

Die Einziehung und Ablieferung der Staatssteuern in dem Kreisteil nördlich der Memel stockt seit einiger Zeit fast gänzlich. Andererseits werden fortgesetzt große Summen und Vorentschädigungen auf Kriegsschäden an die Einwohner dieses Gebietes gezahlt. Da fast ausnahmlos nicht wirkliche Notlage, sondern böser Wille der Grund für die Nichterfüllung der Steuerpflicht ist, droht der Landrat in einer Kreisblattverfügung, in Zukunft die Gewährung von Vorentschädigungen von der rechtzeitigen Zahlung der Steuern abhängig zu machen.

Quittung.

Für die Gefängnisopfer der Noskejustiz gingen im Parteisekretariat Elbing ein:

Von der U. S. P. **Marienwerder**	26,45 Mark,
Unabhängige Sozialdemokraten **Dtsch. Eylau** .	36,60 „
Insgesamt	63,05 Mark.

A. Grunwald.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Allgemeine Umsatzsteuer.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Stadtkreis Elbing aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Kalenderjahre 1919 **bis spätestens Ende Januar 1920** dem unterzeichneten Umsatzsteueramte schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle (Zimmer 31 im Rathause mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet.

Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich. Dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig — also spätestens bis Ende Januar 1920 — abgibt, kann ein Zuschlag bis zu 10 Prozent der endgültig festgestellten Steuer auferlegt werden.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können von dem unterzeichneten Umsatzsteueramte (Rathaus Zimmer 31) kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Umsatzsteueramt.

Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Stadtkreise Elbing aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Monat Dezember 1919 **bis spätestens Ende Januar 1920** dem unterzeichneten Umsatzsteueramte schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle (Rathaus, Zimmer 31) mündlich zu machen.

Die Steuerpflicht erstreckt sich nicht auf Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände unterliegen auch diejenigen Personen usw., bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich. Dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, kann ein Zuschag bis zu 10 Prozent der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht, und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte (Rathaus, Zimmer 31) kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind. Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Diese Aufforderung wird nicht allmonatlich wiederholt, die Steuerpflichtigen haben vielmehr künftig die Erklärung über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte jeden Monat im Laufe des ihm folgenden Kalendermonats unaufgefordert abzugeben.

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Umsatzsteueramt.

Ein dreifach-donnerndes Hoch

unserm **Geburtstagskinde**

Ernst Kinder

daß die Sonnenstraße wiggelt und wackelt, rufen ihm viele **durstige Kehlen** zu.

Weihnachten 1919.

Schulgelderhöhung
an den städt. höheren Lehranstalten.

Für **einheimische** Schüler werden vom 1. Januar 1920 ab folgende **erhöhten** Schulgeldsätze erhoben.

A. **Realgymnasium mit Realschule:**
- in den 3 Oberklassen je . 220.— Mk. jährlich
- „ „ Mittel- und Unterklassen je . . . . 200.—
- in den Vorschulklassen je . 160.—

B. **Oberlyzeum mit Lyzeum:**
- im Oberlyzeum, S.-Klasse und Frauenschule je . . . 220.— Mk. jährlich
- in den Ober- und Mittelstufen des Lyzeums Klasse 1—7 je 200.—
- in den Unterstufen Klasse 8—10 je . . . . . 160.— „

Das Eintrittsgeld ist in beiden Anstalten von 3 Mk. auf 6 Mk. erhöht.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist ferner für **auswärtige** Schüler und Schülerinnen in beiden Anstalten zu den Sätzen von 220.— Mk. ein **Zuschlag** von **30.— Mk.** und zu den Sätzen von 200.— Mk. und 160.— Mk. ein **Zuschlag** von **20.— Mk.** zu zahlen.

Elbing, den 23. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Baumgart-Höhe u. Umgegend

Sonntag, den 28. d. Mts., nachm. 1½ Uhr:

Große öffentliche

Versammlung

Redner: Genosse **Grunwald.**

Thema: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeiterschaft".

Zahlreichen Besuch erwarten **die Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) im Volkshaus

Weihnachtsfeier

bestehend aus

Konzert, Theater und Tanz.

Eintritt 1,— Mk. :: **Anfang 4 Uhr.**

Georgenhöhe.

1. und 2. Weihnachtsfeiertag:

Gr. Konzert, Weihnachtsfeier, humor. Unterhaltung und Tanz am 2. Feiertag.

Gasthaus „Legan"

Am
1. Feiertag: Große Weihnachtsfeier.
2. Feiertag: Großes Tanzkränzchen.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.

2. Feiertag: Gr. Weihnachtsfeier.

Restaurant „Zur Theaterhalle"

(am Stadttheater)

empfiehlt seine Räume zum gemütlichen Aufenthalt.

Moderne Tanzkunst

Beginn eines **neuen Tanzkursus** auch für Kaufleute und Seminaristen

am Dienstag, den 6. Januar

im oberen Saale des „Goldenen Löwen".

Gelehrt werden außer den üblichen Gesellschaftstänzen **Two-step, One-step, Boston, Fox-Trott** u. a.

Anmeldungen hierzu bei

Frau Gertrud Zirzow, Lehrerin modern. Tanzkunst, **Fischerstr. 37, III.**

(Eingang „Enge Gasse") und im Unterrichtslokal bei Herrn **Penquitt,** „Goldener Löwe".

Briefpapier, lose und in Kassetten

Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz
kompl. Schreibgarnituren
Löscher in Holz und Glas
Füllfederhalter, Aktentaschen
Brief- und Geldscheintaschen
Portemonnaies für Damen und Herren
Schreibmappen, Schreibunterlagen
Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben
Petschafte, Siegellack, Tornister, Schulmappen, Tafeln, Federkasten
Bilderbücher, Märchenbücher
Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien
Abreiß- und Umlegekalender
Christbaumschmuck in gestanzter Pappe

G. W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Stadttheater Elbing

Direktion: **Max Spiess.**

Donnerstag, den 25. Dezbr., nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Donnerstag, den 25. Dezbr., abends 7 Uhr:
Die schöne Helena
Operette in 3 Akten von Offenbach.

Freitag, den 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Fledermaus
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Freitag, den 26. Dezember, abends 7 Uhr:
Die schöne Helena
Operette in 3 Akten von Offenbach.

Sonnabend, den 27. Dezbr., nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Sonnabend, den 27. Dezbr., abends 7 Uhr:
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Gründliche Ausbildung in
Buchführung,
- Korrespondenz,
- Kaufm. Rechnen,
- Wechselkunde,
- Maschinenschreiben,
- Schönschreiben,
- Stenographie,
- Deutsch usw.

Tages- u. Abendunterricht.
Handelsl.-Kont. Keiries
Herrenstr. 41/43.

Brautausstattungen

Anfertigung in gediegener Ausführung.
Reiche Auswahl in
Hemdentuchen, Linons, Leinen, Handtüchern, Inlets, Steppdecken.
Schürzenstoffen.
Damenwäsche und Herrenoberhemden.
Stickereien in guten Qualitäten.
Etagen-Geschäft
Wilhelm Lucas
Kastanienallee 105, I.
Ecke II. Niederstrasse.

Verlobungsringe

auch noch in feinem Golde liefert
F. Witzki,
Elbing, **Schmiedestr. 17.**

Buch über die Ehe

von Dr. Retau, mit 39 Abbildungen, **2,50 Mk.**

Das Geschlechtsleben, mit 39 Abbildungen, von Dr. Freitag, **2.50 Mk.**

Das Menschensystem, mit 39 Abbildungen, von Dr. Artus, statt 2.50 f. **2.00 Mk.**

Ratgeber für Braut- u. Eheleute, mit Abbildungen, von Dr. Becker, nur **1.80 Mk.**

Paradies der Liebe, nur **1.50 Mk.**

Alle 5 Werke zusammen für 9.00 Mk., dazu Porto und Nachnahme.

A. Willdorff, Verlagsbuchhlg., Berlin 65, Joachimstr. 2.

Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut

von
Johann Kaiser, Tischlermeister
Friedrichstrasse 3, Eingang Heil. Geiststrasse, Telephon 1038
empfiehlt sein Lager in
Särgen nebst Ausstattungen
von den **einfachsten** bis zu den **elegantesten** zu **angemessenen Preisen.**
Eigene Leichenwagen und Träger.

Erstklassig und billig

werden

Damen- und Herren-Garderoben

Stoffe, Decken, Vorhänge usw.
nur unter gediegener, fachmännischer Leitung
in allen Farben gefärbt und tadellos wie neu gereinigt

M. Guske Nachf. Inhaber: Carl Gilbers

1. **Hauptgeschäft:** Kettenbrunnenstr. 15
2. **Laden:** Inn. Mühlendamm 36
3. **Annahme:** Leichnamstraße.

Bitte genau auf die Firma zu achten:

M. Guske Nachf.
Inhaber: **Carl** Gilbers.
Telephon Nr. 929.

Drucksachen

in nur geschmackvoller sauberster und moderner Ausführung bei kürzester Lieferfrist fertigt billigst

Buchdruckerei
Elbinger Volksstimme

Fernruf No. 1071 ELBING · Spieringstr. 21

Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig

Brennholz

Buchen, Birken und **Kiefern,** geschnitten und waggonweise, bietet zur sofortigen Lieferung an

Chemische Fabrik Carl Warm
Aeuß. Marienburgerdamm 8.
Fernruf 610.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Soxleth's Nährzucker
Ramogen
Lebertran-Emulsion
Ovomaltine.
Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.

Hämorrhoiden

heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Gute Geige

zu verkaufen
Inn. Marienburgerdamm 26.

Elbinger Standesamt

vom 24. Dezember.

Sterbefälle: Kaufmannsfrau Lina Maria Koch geb. Brühn, 45 J. — Fabrikarb. Minna Melzer, 19 J. — Zimmermann Johann Jakob Beckmann, 1 S. 14 Tg. — Invalid.-Renten-Empfängerin Marie Friedrich, 52 Jahre.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spiertagstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 55 | Sonnabend, den 27. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Verhaftung deutscher Kriegsverbrecher. Das Kriegsgericht in Lille erließ zahlreiche Haftbefehle gegen deutsche Soldaten und Offiziere, die wegen Verbrechen im besetzten Frankreich verfolgt werden. Drei Leutnants und ein Hauptmann wurden in die Zitadelle von Lille eingeliefert.

Unternehmer, vereinigt euch! Auf Anregung der Bremer Exportfirma J. D. Müller & Co. schlossen sich zirka 1100 über ganz Deutschland vertretene angesehene Zigarrenhändlerfirmen zusammen und schlossen unter dem Namen „Geta", Gesellschaft für Tabakverwertung, G. m. b. H. in Bremen, ein Unternehmen zur Herstellung von Zigarren und Rauchtabakfabrikaten mit einem Kapital von 4 750 000 Mark. Das Unternehmen ist eines der bedeutendsten in Bremen.

Und den Arbeitern raten die Bremer Syndikalisten zur Zersplitterung der Organisation.

Monarchistische Spartakisten. Nach einer Mitteilung unseres Münchener Bruderblatts wurden in einer Versammlung, in der unser Genosse Unterleitner sprach, Zettel folgenden Inhalts verteilt:

„Unterleitner verschwinde, sonst kost's den Kopf. Rache, du Sauhund. Hoch die Monarchie! Du bekommst heute einen Denkzettel. Unterleitner druck dich. Es kracht sonst heute. Verschwind, du Bazi. Es lebe die Monarchie!!! Hoch lebe Kronprinz Rupprecht. Hoch Ungarn."

Na also. Als Ergänzung dieser Notiz mag dienen, daß Eisners Mörder überhaupt nicht vor Gericht kommt. Seine „Kopfschmerzen" haben sich so verschlimmert, daß er dauernd verhandlungsunfähig ist.

Die bewaffnete Viktoria. Zu erregten Auftritten kam es im Geschäftsgebäude der Viktoriaversicherungsgesellschaft in Berlin. Dort wurden im Gebäude des 1. Heizers 2 Maschinengewehre und 10 bis 12 Gewehre mit Munition vorgefunden. Der Angestelltenschaft bemächtigte sich hierauf eine ungeheure Erregung, die dazu führte, daß die vorgefundenen Waffen zerschlagen wurden. Die Direktion, bei der man sofort vorstell'g wurde, erklärte, daß diese Waffen bereits sechs Monate in dem fraglichen Raum lägen und mit der gegenwärtigen Bewegung in keinerlei Zusammenhang ständen. Auf die Frage, zu welchem Zweck die Waffen vor sechs Monaten dorthin gestellt worden seien, wurde eine Auskunft nicht gegeben.

Neue Werft in Harburg. Die Sekuritas-Werke, A.-G. für Schiffbau, Maschinenbau und Sprengstoff-Fabrikation hat im Harburger Hafenbecken den Bau einer Werft, sowie die Anlage einer Hochseefischerei in Angriff genommen. Auf der Werftanlage sollen kleinere Fahrzeuge, vorzugsweise Fischereifahrzeuge, gebaut werden. Die hierzu erforderlichen Werkstätten, Hellinge usw. sind zum Teil bereits ausgeführt.

Sie kleben zusammen. Auf einer Agitationskonferenz, die der rechtssozialistische Bezirksvorstand Berlins abhielt, wurde ein Antrag eingebracht, der den Rücktritt Noskes forderte. Noske nahm selbst das Wort zu seiner Verteidigung und führte u. a. aus, daß wohl die Reaktion beträchtliche Fortschritte macht, aber nicht, weil er „zuviel Blut vergossen habe", sondern weil die ungeschulte Masse jedem Phrasenhelden nachläuft. Die Folge dieser schönen Verteidigungsrede, in der Noske ja Meister ist, war, daß die Sturmläufer gegen seine heilige Person wie die Fliegen umfielen. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Wann werden die Rechtser endlich einsehen, daß der Schimpf auch auf sie fällt, wenn sie einen Noske in der Partei dulden.

Die Pest nach Europa unterwegs. Auf dem Dampfer Kaisarihind, der 200 Heeresangehörige von Britisch-Indien nach England brachte, wurde in Alexandrien die Pest festgestellt. Passagiere und Bemannung wurden in Quarantäne genommen.

Wiens Arbeiter bewaffnen sich. Wie bürgerliche Zeitungen aus Wien melden, sollen dort „in aller Stille 70 000 Arbeiter bewaffnet worden sein". Die Wiener Arbeiterzeitung soll die Nachricht bestätigen mit der Begründung, dies geschehe zum Zwecke der Sicherheit und des Schutzes vor reaktionären Putschen. Und in Deutschland? Hier taumelt man mit offenen Augen in den Abgrund.

Denikins Rückzug. Wie aus London gedrahtet wird, teilt das englische Kriegsministerium mit, daß der linke Flügel von Denikins Donarmee gezwungen ist, sich auf der Donlinie bis Migulinskaja auszudehnen und auf einer langen Front sich zurückzuziehen. Bei Liski ist die Eisenbahn unterbrochen. Der rechte Flügel des Freiwilligen Heeres ist bis südlich von Upjansk zurückgenommen worden. Kiew ist am 17. Dezember zum zweitenmal von den Bolschewisten besetzt worden.

Die Letten verlangen Schadenersatz. Das Kopenhagener lettische Pressebureau teilt offiziell mit: Die interalliierte Kommission des Generals Nießel ist in Riga eingetroffen. Im lettischen Außenministerium wurde eine Sitzung über die Liquidation der Bermondt-Truppen und den deutsch-lettischen Konflikt abgehalten, an der die Mitglieder der interalliierten Kommission teilnahmen. General Nießel stellte fest, daß der Zweck der Kommission, die Deutschen zum Verlassen des Baltikums zu zwingen, nunmehr erreicht sei. Am 17. Dezember hätten die letzten deutschen Truppen die Grenze passiert. Nießel erkannte das Recht Lettlands an, für alle durch die Bermondtschen Truppen zugefügten Verluste gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags Entschädigung zu verlangen. Da in Lettland wieder Ruhe und Ordnung hergestellt sind, beschloß das Ministerkabinett die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Dessauer Bahnarbeiter im Streik. Die Dessauer Bahnarbeiterschaft ist wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Verkehr wird durch das Beamtenpersonal aufrecht erhalten.

An die sozialistischen Parteien aller Länder!

Seit dem Sturz der Räteregierung wütet in Ungarn der weiße Terror. Alle Gefängnisse sind überfüllt. Sozialdemokraten, Kommunisten und Arbeiter werden in den Gefängnissen fürchterlich mißhandelt. Dem roten Terror in der Zeit der Rätediktatur sind 500 Menschen zum Opfer gefallen. Der weiße Terror soll seit dem Sturz der Räterepublik schon 5000 Menschen gemordet haben. Zudem brutalen Mord der weißen Garden gesellen sich die „legalen" Morde der konterrevolutionären Justiz.

Täglich werden in Budapest Todesurteile gefällt. Viele dieser Urteile sind schon vollzogen. Zum Tode verurteilt werden nicht nur Verbrecher, denen der Bürgerkrieg Gelegenheit zur Betätigung ihrer Mord- und Raubgelüste gegeben hat, sondern auch lautere Idealisten und ehrliche Revolutionäre. So ist Corvin zum Tode verurteilt worden, ein Mann, den alle, die ihn kennen, als einen von reinem Idealismus erfüllten Revolutionär schildern und von dem alle, die seine Tätigkeit in der Zeit der Rätediktatur beobachtet haben, bestätigen, daß er einen hartnäckigen Kampf gegen die verbrecherischen Exzesse des roten Terrors geführt und ihm viele seiner Opfer entrissen hat, und ebenso harrt vieler anderer ehrlicher Vorkämpfer des ungarischen Proletariats der Galgen.

Die Ententemächte haben die ungarische Rätediktatur zu Fall gebracht. Mit ihrer Zustimmung wurde Budapest vor dem Abzug der rumänischen Truppen von der konterrevolutionären weißen Garde besetzt. Dadurch wurde das ungarische Proletariat den Cavaignacs und Gallifets der ungarischen Konterrevolution ausgeliefert. So sind die Ententeregierungen mit verantwortlich geworden für die Ereignisse in Budapest. Aber die Ententeregierungen haben zwar zur Zeit der Rätediktatur die konterrevolutionäre Bourgeoisie gegen den roten Terror mit Erfolg geschützt, sie haben aber bisher noch nichts getan, um das revolutionäre Proletariat gegen die wilde Rachsucht des weißen Terrors zu schützen.

Schweigen die Regierungen, so haben die Arbeitermassen zu sprechen. Wir fordern daher die sozialistischen und Arbeiterparteien aller Länder auf, mit uns gegen die blutigen Greuel der ungarischen Konterrevolution zu protestieren. Wir fordern insbesondere die Arbeiter und Sozialisten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten auf, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie durch ihr Machtwort dem grausamen Wüten des weißen Terrors in Ungarn ein Ende setzen.

Genossen, bedenkt, daß in Budapest Tag für Tag Todesurteile gefällt, von Woche zu Woche Todesurteile vollzogen werden. Ihr müßt laut, Ihr müßt vor allem schnell sprechen, wenn Ihr die Vorkämpfer des ungarischen Proletariats ihren Henkern entreißen wollt.

Wien, 22. Dezember 1919.

Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Friedrich Adler an Trotzky

In der neuesten Nummer des Wiener Kampf veröffentlicht Genosse Friedrich Adler folgenden Brief an Leo Trotzky:

Werter Genosse Trotzky!

Während meiner Haft war ich der Gegenstand mannigfacher Kundgebungen. So wurden unter anderem Kasernen und Kinder, Regimenter und Straßen auch nach mir benannt. Natürlich alles ohne meine Zustimmung, die man ja wegen der Gefängnismauern und anderer Hindernisse nicht einholen konnte. Wenige Tage, nachdem ich herauskam, hatte ich aber bereits Gelegenheit, eine weitere solche Ehrung unter Hinweis auf meine Abneigung gegen den Personenkultus zu verhindern, wie Ihnen vielleicht aus meiner Broschüre „Nach zwei Jahren" bekannt ist.

Nun melden die Zeitungen, daß mir auf Ihren Antrag eine Ehrung aberkannt wurde, von deren Existenz ich bisher allerdings nichts wußte. Ich erfahre gleichzeitig, daß ich bisher Ehrenmitglied des russischen Sowjetkongresses gewesen und es fernerhin nicht mehr sein soll. Ich weiß nicht, ob die Zeitungsnachricht wahr ist oder zu jenen 95 Prozent der Meldungen aus Rußland gehört, die frei erfunden sind.

Aber wie immer es mit dieser nicht einmal platonischen Ehrenmitgliedschaft stehen mag, jedenfalls erscheint sie mir recht belanglos, ich hatte niemals Sinn für Titel und Orden. Ich würde auch an sich über die Sache kein Wort verlieren, aber da Sie in dieser schweren Zeit sogar Muße für solche Zeremonien zu haben scheinen, wage ich es, Sie für ein paar Augenblicke in Anspruch zu nehmen, um Sie gerade durch dieses Beispiel — daß nicht einmal mir diese Ehrenmitgliedschaft bekannt geworden war — daran zu erinnern, wie wenig wir voneinander wissen.

Seit wir im August 1914 Abschied nahmen, als Sie mit dem letzten Zuge vor den Mobilisierungstagen Oesterreich verließen, hatten wir nicht Gelegenheit, uns zu sprechen oder auch nur zu schreiben. Und so wie zwischen einzelnen Genossen die Verbindung abriß, so war es zwischen den Staaten überhaupt, ob sie nun „feindlich" oder neutral gewesen. Auch heute ist das noch lange nicht überwunden. Wir wenigstens haben das Gefühl, über Rußland nahezu gar nichts Zuverlässiges zu wissen, wir sind noch immer auf Berichte angewiesen, die in ihren Schrecknissen und Verklärungen lebhaft an die Schilderungen der Reisenden über das alte Wunderland Ophir gemahnen, und deren Wahrheitswort durch die politische Leidenschaft pro oder kontra sicherlich nicht erhöht wird. Gerade in den letzten Tagen hatten wir wieder ein drastisches Beispiel dafür. Eine Gruppe von Georgiern, die vor wenigen Tagen Moskau verlassen hatte, passierte Wien auf der Reise in ihre Heimat. Sie bestand aus Bolschewiken und Antibolschewiken. Was die einen weiß schilderten, malten die anderen mit gleichem Temperament schwarz, und umgekehrt. Welche von beiden Schilderungen der Wahrheit näher kam, vermögen wir absolut nicht zu entscheiden. Wir sind daher nach wie vor in unserem Urteil über die sozialistische Bewegung in anderen Ländern äußerst zurückhaltend und werden in dieser Vorsicht immer wieder bestärkt, wenn wir erwägen, wie wenig es den Genossen anderer Länder gelingt, die Besonderheiten unserer Lage zu erfassen.

Neben aller Bewunderung für Energie und Ausdauer, die Sie und Ihre Freunde auch in den verzweifeltsten Situationen in den zwei Jahren Ihrer Herrschaft immer wieder bewiesen haben, bestand bei mir stets die lebhafteste Beunruhigung darüber, daß gerade Sie diese Schranken, die der Einsicht in die Verhältnisse anderer Länder durch die Schützengräben gezogen wurden, nicht einzuschätzen vermögen. Am schlimmsten war diese Beunruhigung, als ich von meiner Zelle aus Ihnen zusehen mußte, wie Sie in Brest-Litowsk agierten. Was ich von Anfang dieser Verhandlungen an befürchtet, trat in aller Schrecklichkeit ein. Sie rechneten mit der Reife der revolutionären Entwicklung in Oesterreich und Deutschland, als ob Sie etwas davon wissen konnten, während es doch nur Ihre Wünsche waren, die Sie in Ihre politischen Entschlüsse projizierten, und ebenso wie Sie die Bedeutung des Jännerstreiks 1918, insbesondere was Deutschland betrifft, falsch eingeschätzt haben, haben Sie sich immer wieder über das Tempo der Entwicklung den ärgsten Täuschungen hingegeben. Ich maße mir nicht an, zu entscheiden, ob Sie auch bezüglich der Entwicklung in Rußland die Zeitdistanzen nicht abzuschätzen vermochten; was Deutschland und Oesterreich betrifft, sind Sie jedenfalls von einer Illusion in die andere verfallen.

Sie glaubten Oesterreich zu kennen, weil Sie vor dem Kriege längere Zeit in Wien gelebt haben. Aber bereits Ihre glänzende wenige Wochen nach Kriegsausbruch geschriebene Broschüre enthielt Irrtümer über die Vorgänge in unserer Partei. Und je länger der Krieg andauerte, um so mehr wuchs die Isolation. Ich konnte das sehr anschaulich an dem Verhalten Ihrer Freunde in meinem speziellen Falle erkennen. Nach dem Attentat im Oktober 1916 zeigte sich Lenin vollständig verständnislos für die Situation, aus der es hervorging, und gehörte eigentlich zu dem großen Chor derjenigen, die es verurteilten. Nach meinem Prozeß wieder wollten Ihre Freunde mich durchaus für sich reklamieren, Sinowjew mich geradezu zum Bolschewiken stempeln. Wie weit das für Ihre Freunde damals taktische Zweckmäßigkeit oder ehrlicher Irrtum war, vermag ich nicht zu entscheiden. Jedenfalls dürfen Sie heute nur Ihre mangelnde Einsicht und nicht mich anklagen, wenn Sie nun erkennen, daß ich zwar ein revolutionärer Sozialdemokrat bin, aber durchaus nicht die bolschewistische Taktik als alleinseligmachend anzuerkennen vermag. Daß sowohl das Attentat als der Prozeß richtiger eingeschätzt werden konnten, beweist Martow, der in beiden Fällen den klaren Blick bewies und im wesentlichen richtig urteilte.

Aber über diese zwar psychologisch interessanten, aber sachlich belanglosen Irrtümer hinaus glaubten Sie zur Zeit des Umsturzes im November 1918, in die Arbeiterbewegung in Oesterreich eingreifen zu sollen. Sie sandten Geld her. Dagegen ist an sich sicher nichts zu sagen. Auch wir sandten in Betätigung internationaler Solidarität unseren bescheidenen Mitteln entsprechend, so oft wir konnten, materielle Unterstützungen an Bruderparteien ins Ausland. Aber in diesem Falle war es doch anders. Nicht eine Partei suchte Geld, sondern zum Geld wurde eine Partei gesucht. Leider konnten Sie neben dem Geld nicht auch etwas politischen Verstand mitsenden. Und so entstand jene Serie von politischen Fehlern, die man als Tätigkeit der kommunistischen Partei in Deutschösterreich bezeichnet. Mir war von Anfang an klar, daß es unvermeidbar sei, daß wenn sich zu der ökonomischen Basis — nämlich dem russischen und später ungarischen Geld — eine Partei finde, der Absplitterungsprozeß in unserer Arbeiterbewegung infolge ihres Eingreifens notwendig eintreten müsse. Aber ich habe diesen Prozeß niemals gefördert, weil ich ihn nach bestem Wissen und Gewissen für ein Unglück für die proletarische Aktion hielt. Die Leute der neuen Partei kamen damals am 8. November, einen Tag, nachdem ich das Gefängnis verlassen, zu mir mit dem naiven Ansinnen, ich möge die Führung übernehmen. Ich habe sogleich abgelehnt, und wenn ich jetzt alles rückschauend überlege, so kann ich heute wie in jedem Augenblick dieses ganzen Jahres aussprechen, daß es ein großes Unglück für die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse gewesen wäre, wenn ich mich von Stimmungen hätte fortreißen lassen und nicht den Weg

sozialistischer Pflicht gegangen wäre. Und daß ich diesen großen Fehler nicht gemacht, das ist es, was Sie und Ihre Freunde, die die Dinge hier nicht kennen, und durch politische Kinder „informiert" werden, mir nicht verzeihen. Aber ich brauche nur auf den Friedhof hinüberzusehen, den Ungarn jetzt darstellt, um vollständig darüber beruhigt zu sein, daß ich zwar nicht Ihren Wünschen gemäß, aber im wahren Interesse der proletarischen Revolution handelte, wenn ich dabei mitwirkte, das Proletariat Deutschösterreichs vor entscheidenden Niederlagen zu bewahren und es kampffähig zu erhalten.

Ich bin heute in der merkwürdigen Lage, daß meine russischen Freunde aller Richtungen mit mir unzufrieden sind. Aber gerade daß alle von Axelrod bis Lenin in der Unzufriedenheit mit mir einig sind, gibt mir die Zuversicht, daß vielleicht ich doch es bin, der auf jenem Wege ist, der allein zu einer kraftvollen Internationale des revolutionären Weltproletariats führen kann.

Meine Ansichten darüber Ihnen im einzelnen auseinanderzusetzen, übersteigt den Rahmen dieses Briefes. Hoffentlich wird es bald einmal mündlich möglich sein. Vorläufig bestehen allerdings leider noch die Fronten, die Sowjetrußland von der übrigen Welt absperren und mich zwingen, diese anspruchslosen Zeilen zu drucken, damit sie vielleicht doch Aussicht haben, Sie zu erreichen.

Mit sozialistischem Gruße

Ihr
Friedrich Adler.

Politische Rundschau

Deutschland

Scheidemanns Freund, der Parvus

Parvus, der Kriegsschieber, hat, wie wir schon berichteten, in der Glocke den Genossen Kautsky wegen der Veröffentlichung seines Buches „Wie der Weltkrieg entstand" in unverschämter, verleumderischer Weise angegriffen. Er warf ihm vor, daß er nur verdienen wolle. Kautsky antwortet ihm in der Welt am Montag mit der Frage, ob die mit Haase und Bernstein gemeinsame Veröffentlichung des Protestartikels „Gebot der Stunde" auch von der Sucht zum Geldverdienen zeuge. „Dachte ich daran" fragt Kautsky weiter, „dick zu verdienen, als ich mich wegen der Kriegspolitik der Unabhängigen Sozialdemokratie anschloß und dadurch den Verlust meiner Existenz bei der Neuen Zeit herbeiführte? War es mir darum zu tun, dick zu verdienen, als ich im Auftrage der revolutionären Regierung die Herausgabe der Kriegsakten unternahm und monatelang daran arbeitete, ohne einen Pfennig dafür zu fordern oder zu erhalten?

Aber das alles kümmere Parvus nicht. Parvus wolle durch die Verleumdung Kautskys die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von seiner schmutzigen Geschäftemacherei ablenken. Kautsky aber weist darauf hin, daß der Zorn Parvus gegen ihn Gründe hat, die weiter zurückliegen. Er schreibt:

„Indes datiert unsere Entfremdung schon von früher; sie begann lange, ehe Parvus vom wildesten sozialrevolutionären Russen zum Vertrauensmann der deutschen Regierung wurde und als solcher seine so erfolgreichen kaufmännischen Transaktionen" begann.

Allerdings, als Maxim Gorki im Winter 1905/1906 nach Berlin kam und im Gespräch mit mir Parvus als Lumpen und Betrüger bezeichnete, konnte ich das nicht glauben. Wohl stand es fest, daß er eine größere Summe, die er für Gorki eingenommen, nicht an diesen abgeführt, sondern für sich verbraucht hatte. Aber ich konnte mich nicht entschließen, von dem Manne, den ich bis dahin als idealen Kämpfer gekannt, nun mit einem Male das erbärmlichste Handeln anzunehmen. Ich dachte, der Mangel an geschäftlicher Umsicht und Uebersicht erkläre das fatale Vorkommnis.

Mein mildes Urteil über Parvus nahm ein Ende, als er mir zeigte, wie er über „Familiensorgen" denkt. Er fragt mich höhnend, ob mich vielleicht „Familiensorgen" bewogen hätten, dick zu verdienen.

Für Parvus waren es allerdings nie Familiensorgen, die ihn veranlaßten, „dick zu verdienen". Er dachte dabei stets nur an seine eigene werte Persönlichkeit und überließ seine Familiensorgen andern, darunter auch mir. — Er ließ seine erste Frau samt ihrem Kind im Stich, und mit der zweiten und ihrem Kind machte er es ebenso. Seine erste Frau und ihr Sohn wären einfach zugrunde gegangen, wenn nicht wir, vor allem meine Frau, uns ihrer angenommen und mit unseren bescheidenen Mitteln und vermittels Zubußen wohlhabender Freunde jahrelang dafür sorgten, daß sich der Junge mit seiner Mutter über Wasser halten und eine Schule besuchen konnte. Des anderen Kindes erbarmte sich eine arme Lehrerin.

Parvus wußte von alledem. Wir richteten an ihn, der damals in Konstantinopel weilte, die dringendsten Briefe, sein Kind nicht ganz im Stich zu lassen, ihm wenigstens zu schreiben. Er warf nicht nur unsere Zuschriften in den Papierkorb, sondern auch die rührendsten Briefe seines kleinen, um die Liebe des Vaters bettelnden Jungen.

Und doch, wenn man ihn hörte: welch fein empfindender Mensch war Parvus. In einem jener Jahre veröffentlichte er im Vorwärts einen Weihnachtsartikel, in dem er aufs rührendste über das Thema predigte: Lasset die Kindlein zu mir kommen.

Als Rosa Luxemburg, der die Parvusschen „Familiensorgen" genau bekannt waren, diesen Artikel las, kam sie spornstreichs aufs äußerste entrüstet zu uns und rief: Nun bin ich mit Parvus fertig! Das ist ausgesprochene moral insanity (englisch, sprich: morāl inßänniti = moralischer Irrsinn).

Und nun wird jeder einsehen, daß Parvus die triftigsten Gründe hat, mich aufs tiefste zu hassen."

Wir haben dieser Kennzeichnung einer edlen Seele nichts hinzuzufügen.

Fröhliche Weihnachten beim Herrn Erzbischof

Aus Lahr (Baden) wird berichtet, daß die im Dienste des Kreiswucheramts stehende Volkswehr auf dem Bahnhof eine Sendung Butter beschlagnahmte, die 15 Pfund wog und für den Herrn Erzbischof Dr. Nörber in Freiburg i. B. bestimmt war. Da einige Tage zuvor in der Nähe Lahrs eine festgehaltene Buttenhamsterin erklärte, das edle Fett sollte dem Freiburger Kirchenfürsten zugesandt werden, so scheint es der Heilige Christ in dieser Zeit der Fettnot sehr gut mit dem Nachfolger des Messias im erzbischöflichen Palais in Freiburg zu meinen. Bei der auf Weihnachten eingetretenen Brotverteuerung kann auch der wackere badische Zentrumsabgeordnete Seubert, in dessen Bahnhofsabort bekanntlich das Brotgetreide zentnerweise versteckt war, der Kurie mit billigem Mehl aushalten. Wie Leute aus dem Dorfe Kippenheim erklären, ist es ausgeschlossen, daß Herr Seubert solchen Ueberfluß selbst erzeugt hat. Es würde deshalb die Zurückgabe des Getreides zu Unrecht erfolgt sein.

Nationalistische Propaganda in Heer und Kirche

In der Reichswehr ist jede unabhängige und kommunistische Propaganda verpönt. Soldaten, die im Besitze unabhängiger oder kommunistischer Parteizeitungen betroffen werden, fliegen; den Verkäufern solcher Zeitungen ist der Zutritt zu den Kasernen verboten. Offiziere, die dem Republikanischen Führerbund angehören, werden schikaniert, bis sie dem Austritt erklären oder gleichfalls die Kündigung bekommen.

Jeder monarchistisch-alldeutschen Propaganda dagegen ist die Reichswehr zugänglich. Neuerdings entfaltet in ihr der „Verband national gesinnter Soldaten", eine alldeutsch-antisemitische Gründung, eine lebhafte Propaganda, die zumal von den monarchistischen Reichswehroffizieren energisch betrieben wird. Jedem Soldaten drückt man eine Eintrittserklärung in die Hand, die u. a. folgende Rubriken zur Ausfüllung enthält:

Dienstgrad bzw. Stand und Gewerbe.
Truppenteil (Komp. pp.) Wohnung.

Wenn der „große Tag" kommt, will man seine Schäflein gleich zur Hand haben können! —

Unterstützt wird diese Propaganda für den „Verband national gesinnter Soldaten" durch die Kirche! So fand am Dienstag, den 9. Dezember, in der protestantischen Kirche zu Oberberg in der Mark eine Feier statt, zu der v. Puttkammer, Hauptmann und Kommandeur des II. Bataillons 3. Marineregiments alle „national gesinnten Einwohner" durch Zeitungsinserat eingeladen hatte. Der Festredner, Pastor Dr. Mörschel, ließ eine wüste Schimpfkanonade gegen die Revolution und Republik los nnd sagte u. a.:

„— — Es ist nicht wahr, daß es damals, als wir noch eine wirklich königliche nationale Regierung hatten, daß man sich damals kümmerlich durchlungern mußte. Wer wirklich arbeiten wollte und gearbeitet hat, der ist auch dafür ausreichend bezahlt worden. Noch niemals ist soviel gelogen und betrogen worden, als seit der Zeit, wo wir international regiert werden. Aber der Tag wird kommen, wo man all das Rabengezücht davonjagen wird und wo wir wieder Ruhe und Frieden, Glück und Reichtum und wahre königliche Gesinnung herrschen wird und deshalb liebe Kameraden, wir müssen national sein."

Kirche und Militarismus, einst unter monarchistischer, jetzt republikanischer Flagge, arbeiten also einträchtlich an der Vorbereitung des Revanchefeldzugs, an der gegenrevolutionären Aktion, die verbrecherischen Einfaltspinseln, als welche Wilhelm II. und seine Helfer vor der Weltgeschichte stehen, zu neuer Herrschaft verhelfen sollen. Noske, der Offiziershampelmann und die Republik als pfäffische Dienerin haben nichts dagegen einzuwenden!

Wie einst!

Die Verbote des Reichswehrkommandos, in die Kasernen unabhängige und kommunistische Zeitungen zu bringen, mehren sich. Es liegt zweifellos System darin. Vielleicht geschieht es unter freudiger Zustimmung Noskes. In Halberstadt ist durch Garnisonbefehl vom 17. Dezember in Ausführung der Verfügung des Reichswehrgruppenkommandos I vom 11. November 1919 die Einführung folgender Zeitungen in die Kaserne verboten worden: 1. die Freiheit, 2. die Rote Fahne, 3. Magdeburger Volkszeitung, 4. Halberstädter Tageblatt, wegen seiner hetzerischen Artikel gegen die Führer der Reichswehr (wörtlich! D. Red.), 5. die Wahrheit. — Das Halberstädter Tageblatt ist das Noskeorgan. Daß es auch mit auf den Index gesetzt ist, ist bezeichnend. Es hatte auch mehrmals, gezwungen durch allzu krasse Verhältnisse, eine Lippe riskiert. Nun muß es das Regiment Noske am eigenen Leibe spüren. Sich über die Streiche der Militärs und über die stille Duldung durch die Regierung zu entrüsten, ist zwecklos. Wir ersehen daraus die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse und rüsten umsomehr zum Kampfe gegen die Reaktion.

Spanien

Revolution oder Chaos?

Wie in allen Ländern Europas sind auch in Spanien die bestehenden Verhältnisse unhaltbar geworden. Seit Monaten gewinnt die kommende Umwälzung in Spanien immer weiteren Boden.

„Generalstreik in Malaga, Saragossa und Vigo: Aussperrung in Barcelona; Aussperrung in Madrid und dazu Bäcker-, Maler- und Druckerstreik; völliger Stillstand der industriellen Betriebe und des Geschäftslebens in Katalonien; zweimal Kabinettskrise in einer Woche; und um das Unglück voll zu machen, Journalistenstreik, das heißt eine ganze „zeitungslose" Woche!

Als man durch das Erscheinen des ersten Blattes nach siebentägigem Abgeschnittensein von den Weltereignissen erfuhr, daß Spanien in der Zwischenzeit auch noch seine Regierung verloren hatte, war die Bestürzung groß, nicht etwa wegen der Bedeutung des Verlorenen, sondern wegen der ungeheuren Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts das den Anforderungen der trostlosen inneren Lage gerecht werden könnte.

Vier Tage hat diese zweite Krise gedauert, während der die Herren Dato und Bugallal vergeblich versuchten, ein

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

55]

Zentnerbürden lagen auf ihm.

Mit großen Augen sah er im Zimmer umher, als fragte er sich, wie er hierhergekommen und was er hier wolle.

Wie zweck- und ziellos war doch im Grunde alles, was er in dieser Nacht getrieben.

Er hatte sich auf die Fährte eines Wildes gesetzt, das er zum Schluß auch richtig eingefangen hatte — eingefangen bis morgen.

Es würde ihm doch tausendmal entwischen.

Was hatte er an dieser Straßendirne?

Was wollte er von ihr?

Im Grunde eigentlich nichts mehr.

Sie war ihm ganz wertlos geworden.

Er konnte ein Wesen wie dieses nicht lieben.

Die Betörung, die sie bis heute über ihn ausgeübt, fiel wie ein besiegter Zauber jetzt machtlos von ihm ab.

Es war eben am Ende doch so gar nichts Menschliches in einem solchen Geschöpf. Kalt und unberührt blieb solch ein Wesen von all den Leidenschaften, die es mutwillig entfesselte.

Den Ungarn, der auf dem besten Wege gewesen, sein Leben ihretwegen zu zerstören, hatte sie verlassen. Sie dachte nicht mehr an ihn.

Kein Hauch einer menschlichen Anhängigkeit. Alle Liebe, alle Opferwilligkeit, die betörte Männer ihr darbrachten, — es glitt alles ab von ihr wie Wassertropfen von einem Oelmantel.

Was waren ihr die, die sie liebten?

Nichts. Objekte ihrer Genußsucht, ihrer Eitelkeit, ihres Machtkitzels — —

Liebe — oder gar nur die Sympathie der Gewöhnung kettete sie an keinen von allen denen, die sich an sie verloren.

An den Ungarn dachte sie nicht mehr.

Van Geldern hatte sie morgen vergessen.

Ihn — Jordan — würde sie übermorgen nicht mehr kennen, wenn er jetzt aus ihrem Gesichtskreise verschwände.

Wie tot war doch alles in einer solchen Seele!

Sie hatte ihn zu dem Aktendiebstahl veranlaßt. Er hatte für sie die Tat ausgeführt.

Wie er zu ihr zurückkommt, ein Wort des Dankes, der Erkenntlichkeit zu hören, die letzten Verabredungen zur Reise mit ihr zu treffen — — ist sie nicht da.

Fort — ausgeflogen — mit dem Russen auf der Amüsiertour — um einen Geschäftskunden nicht zu versäumen. Das tat sie an dem Tage, an dem er ihr sein schwerstes Opfer gebracht hatte.

War das ein Mensch?

War das jemand, an den man seine Zukunft knüpfen konnte?

Wie verfahren war das alles.

Und nun lag er hier vor ihrer Schwelle, um zu verhindern, daß sie ihm noch einmal ausbrach, ehe er sie auf die gemeinschaftliche Reise fortschleppte.

Wie unsinnig. Wie lächerlich. Wie albern.

Er wußte doch, sie würde ihm unterwegs bei der ersten besten Gelegenheit durchgehen — weshalb — wozu also trat er die Reise in ihrer Gesellschaft überhaupt erst an?

Der einzige vernünftige Zweck dieser Maßregel war, den jungen van Geldern aus Hertas Klauen zu reißen.

Aber auch dieser Versuch einer Seelenrettung war voraussichtlich eine Donquichotterie. Sobald das Weib nach Berlin zurückkehren würde, hatte es den armen Schelm ja doch wieder am Bande — also — wozu — in aller Welt — wozu dieser ganze Tanz? . . .

Jordan hatte sich's aber nun mal so in den Kopf gesetzt. Sie sollte mit. Sie sollte! Er wollte seinen Willen ihr gegenüber durchsetzen. Ihr den Herrn zeigen. Sie zwingen, zwingen zu etwas, was sie nicht wollte. Das sah er ja doch. Sie wollte nicht mit.

Da drinnen lag sie jetzt in ihrem Bett und schmiedete sicherlich Pläne, wie sie ihm morgen in letzter Minute doch noch durch die Lappen gehen könnte. Sie sollte nicht. Sie sollte nicht!

Nicht aus den Augen wird er sie lassen. In einer lächerlichen Trotzigkeit wehrte er sich dagegen, jetzt, nachdem er ihre schrecklichsten Forderungen erfüllt hatte, einfach von ihr zum Narren gehalten und versetzt zu werden.

Diesen letzten Triumph sollte sie nicht haben.

Machte sie ihm dann auf der Reise Sprünge, so hatte er noch immer wenigstens die Möglichkeit, endgültig mit ihr abzurechnen und sie ein für allemal unschädlich zu machen.

So weit war er jetzt, daß er die letzte Glückshoffnung, die ihn mit Herta verknüpfte, von sich abtat und begrub. Hier stand nur die letzte Abrechnung noch aus zwischen ihm und ihr. — Weiteres kam da nicht mehr in Frage.

Jordan dehnte und reckte seine müden Glieder, und eine tiefe Sehnsucht nach dem Ende all dieser Qualen zog durch seine Seele.

Aber er gestand sich nicht ein, was zu allertiefst in seinem Fühlen war: nämlich trotz alledem die pure Angst um den endgültigen Verlust dieser toten Seele, von der er dennoch wußte, daß sie ihn trotz ihrer abgründigen Gemeinheit, Kälte und Fühllosigkeit mit Sehnsucht erfüllte, mit Sehnsucht nach ihrem Besitz, in den er doch nie gelangen konnte, weil dieses Weib, dieser Dämon, sich eben nicht fassen und greifen ließ.

Er gönnte sie, verächtlich und niedrig wie sie war, trotzdem keinem Anderen und würde sie immer wieder, wie er soeben getan, aus den Armen der Männer reißen und würde sie lieber tot sehen als in fremdem Besitz.

Da sie aber immer wieder ihm zu entwischen streben würde und er sie zu lassen nicht die Kraft fand, so stand am Ende alles dessen die Gewalttat, die diesem zerstörenden und entnervenden Ringen endlich das Ende schuf.

Auf dieses Ende also steuerte er — wäre es nur endlich schon erreicht.

Aber noch war er soweit nicht. Sein Gang zur Schädelstätte lag noch vor ihm, und das Bitterste sollte erst noch kommen.

Denn bisher — bis heute hatte er im Geheimen gelitten.

Jetzt sollte und mußte er die Schmach seiner Leidenschaft zu dieser Verworfenen auch noch auf die Gassen tragen.

Dies war ihm noch auferlegt.

Der Skandal seiner Flucht mit der Halbweltdame mußte noch in die Blätter, in die Mäuler der Menschen.

Zur Durchführung dieses letzten Bußganges, dieses Spießrutenlaufens wachte er hier an der Schwelle der Frau, die er so tief verachtete wie liebte, so verabscheute wie begehrte, so durchaus verwarf, wie er in Sehnsucht nach ihrer Umarmung sich verzehrte.

Zum Zeugen dieser seiner brennenden Höllenpein war die Welt noch anzurufen, dann vielleicht, vielleicht dann endlich kam der große — der große Friede . .

Bis zum Morgen lag der Mann so mit offenen Augen. Kein Schlaf kam zu ihm. Sein Gehirn arbeitete fieberhaft. Die Bilder jagten sich in seinem Kopf. Rosalinde. Van Geldern. Der Reiseplan. Bankdispositionen. Seine Behörde. Das Abschiedsgesuch . Alles wirbelte durcheinander.

Endlich erhob er sich fröstelnd in seinem zerknitterten Frack, ging an Hertas Schreibtisch und fing bei der elektrischen Lampe zu schreiben an.

Auf die kleinen parfümierten, farbigen, koketten Briefbogen mit dem pompösen H in Golddruck schrieb er seine Verfügungen, den Abschied an das Ministerium, die Bestimmungen zugunsten van Gelderns an die Nationalbank, die Vollmachten an seine Rechtsvertreter. Ein ganzer Haufe von Briefen schichtete sich vor ihm, als im Morgengrauen so bleierne Müdigkeit ihn überfiel, daß ihm plötzlich der Kopf eisenschwer vornübersank, und der Schlaf ihn am Schreibtisch überwältigte.

(Fortsetzung folgt.)

konservatives Konzentrationsministerium zu bilden; dieser Mißerfolg hat die innere Zersetzung der noch unter Silvela streng disziplinierten und festgeeigneten spanischen Konservativen handgreiflich dargelegt, und seit einigen Tagen läuft das Gerücht, daß Herr Dato beabsichtigt, sich von der Politik zurückzuziehen.

Da die erste und dringendste Aufgabe jeder neuen Regierung die Etatberatung und Abstimmung sein mußte, so war bei der Zusammensetzung des Kabinetts selbstredend die dadurch bedingte Majorität der Stimmen der ausschlaggebende Faktor, und nach Ausschaltung des großen konservativen Konzentrationskabinetts war eine parlamentarische Regierung aus den konservativen und liberalen Fraktionen hervorgehend, die einzige Lösung. Deshalb hat Herr Allen de Salazar, bisheriger Senatspräsident, nach zweitägiger harter Arbeit sein „Budget"-Ministerium aus Vertretern von drei konservativen und drei liberalen Fraktionen zusammenschmieden müssen.

Weder die Presse noch die öffentliche Meinung hält diese Regierung aber für fähig, die schweren Fragen zu lösen, die gegenwärtig den politischen Horizont bedrohen, und deshalb werden ihre Tage gezählt sein."

Es war am 17. Dezember, als dies aus Madrid berichtet wurde. Am 22. Dezember meldete der Draht: In Madrid sind sämtliche Läden und Geschäfte geschlossen, Trambahn und Post liegen still. Durch die Straßen ziehen Truppen. In den Arbeitervorstädten wird scharf gekämpft. Es gab viele Tote und Verwundete. Von der Presse erscheinen nur noch die sozialistischen Blätter. Man erwartet den Sturz der Monarchie.

Tags darauf kam folgende Nachricht: Die Lage in Barcelona ist unhaltbar geworden. Die Ereignisse überstürzen sich. Ein Bombenattentat folgt dem anderen. Nach dem Attentat gegen die Bürgergarde wurde der deutsche Baron v. Koenig ermordet. Zwei Männer, die ihn begleiteten, sind verletzt worden. Die Polizei hat vier Werkstätten entdeckt, in denen Bomben hergestellt worden sind. Zahlreiche Personen sind verhaftet. In Madrid dauert der Straßenbahnerstreik fort. Der Arbeiterverband hat beschlossen, am 26. Dezember den Generalstreik für ganz Spanien zu proklamieren, falls wegen der bisherigen Ereignisse keine Genugtuung gegeben werden sollte.

Ob nun der angekündigte Generalstreik Tatsache wird oder nicht, eins erscheint sicher: auch in Spanien sind die Tage des Königstums von Gottes Gnaden gezählt. Freilich, ob die spanische Arbeiterschaft reif genug sein wird, die Zügel des Staates in die Hand zu nehmen, muß bezweifelt werden, denn ein großer Teil der Bevölkerung liegt in den Banden des katholischen Klerus, der sich gerade in Spanien seit Jahrhunderten durch besonderen Fanatismus ausgezeichnet hat.

In und um Elbing

Die Verlegung der Direktion Schichau

Die Firma Schichau sendet uns folgende Ausführungen:

In Nr. 50 vom 19. cr. nehmen Sie Stellung zu der Begründung, warum die Zentralleitung der Schichauwerke nach Danzig verlegt worden ist. Diese Verlegung hat stattgefunden, da die städtische Verwaltung aus politischen Gründen sich außerstande sah, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Betrieben erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die wiederholten Bedrohungen der leitenden Persönlichkeiten des Werkes seitens jugendlicher Arbeiter haben diese Verlegung notwendig gemacht.

Es wird sowohl von Ihnen als auch vom Betriebsarbeiterrat des Stadtwerkes in Abrede gestellt, daß Störungen der Ordnung und Bedrohungen von leitenden Persönlichkeiten vorgekommen seien bezw. daß, wenn Ausschreitungen jugendlicher Arbeiter wirklich vorgekommen seien, es sich um Einzelfälle handelt.

Ich nehme zunächst Veranlassung, eine Anzahl Störungen im Betriebe sowie Mißhandlungen und Bedrohungen von Beamten und leitenden Beamten aufzuführen.

Am 13. Dezember 1918 verließ eine große Anzahl Arbeiter das Werk, um den jetzigen Stadtverordneten-Vorsteher Rudnitzki unter Mißhandlungen auf die Karre zu werfen und durch Teile des Werkes zu fahren. Herr Rudnitzki wurde aus einem Privathaus, in welchem er seitens der Firma beschäftigt war, gewaltsam herausgeholt.

Am 23. Dezember 1918 versammelten sich die Arbeiter während der Arbeitszeit vor dem Verwaltungsgebäude, drangen in dasselbe ein, beschädigten Einrichtungsgegenstände und waren mit Knüppeln, Eisenstangen und Messern bewaffnet. An diesem Tage kam es zu den schweren Mißhandlungen eines Direktors.

Am 9. Januar d. Js. verließ eine große Anzahl Arbeiter ihre Werkstätten, um vor der „Elbinger Zeitung" zu demonstrieren. Bei solchen Demonstrationen wurden gewöhnlich von einzelnen Arbeitern unberechtigterweise die Antriebsmotoren in den Werkstätten ausgeschaltet, um so selbst arbeitswillige und mit den Demonstrationen nicht sympathisierende Arbeiter zu zwingen, an diesen Demonstrationen teilzunehmen.

Am 13. Januar d. Js. verließ die ganze Arbeiterschaft die Betriebe, und zwar auf Aufforderung des damaligen Gewerkschaftssekretärs, um vor dem Rathaus zu demonstrieren.

Am 22. Januar d. Js. wurden mehrere Meister auf die Karre geladen und unter Mißhandlungen aus dem Werk gefahren, zum Teil bis vors Rathaus. Andere Meister entgingen dem gleichen Schicksal durch das Eingreifen der Betriebsleitung und gewisser einsichtiger Arbeiter.

Unter Androhung von Gewaltmaßnahmen zwang die Arbeiterschaft etwa 30 Betriebsbeamte, ihren Dienst zu verlassen.

Politische Meinungsverschindenheiten haben ebenfalls zur Störung der Ordnung in den Betrieben beigetragen. So wurde am 2. Mai d. Js. wegen Nichtbeteiligung an einem politischen Umzug eine große Anzahl Leute seitens ihrer Arbeitskollegen auf mehrere Tage ausgesperrt.

Am 19. Juli ds. Js. waren wiederum Demonstrationen vor dem Verwaltungsgebäude. Eine große Anzahl der Demonstranten war wieder mit Knüppeln bewaffnet, und ein abseits stehender, ebenfalls mit einem Knüppel bewaffneter Arbeiter äußerte direkt, daß er hier auf eine bestimmte leitende Persönlichkeit lauere.

Am 8. Oktober d. Js. erzwangen sich Arbeiter, von der Straße kommend, Eingang zum Gelände des Stadtwerkes, um die dort beschäftigten Arbeiter zur Teilnahme an Demonstrationen zu zwingen.

Am 8. Dezember d. Js. war wiederum während der Arbeitszeit Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude, und versuchten Arbeiter, darunter einer mit Revolver bewaffnet, in dasselbe einzudringen.

Daß diese Demonstrationen vor dem Verwaltungsgebäude und die damit verbundenen Bedrohungen — oder soll etwa die Bewaffnung mit Knüppeln und Eisenstangen als besonderes Kennzeichen der friedlichen Demonstration aufgefaßt werden — nicht den im Verwaltungsgebäude beschäftigten Arbeitskollegen, sondern lediglich den leitenden Persönlichkeiten gegolten haben, liegt wohl auf der Hand. In wie vielen Fällen durch Umsicht bezw. Nachgeben der im Betriebe beschäftigten Beamten Ruhestörungen und Gewaltmaßnahmen gegen die betreffenden Beamten aus dem Wege gegangen worden ist, soll nicht einzeln festgestellt werden. Es handelt sich aber um Fälle, die häufig in den Betrieben vorkommen. Es ist zur Gewohnheit bei gewissen Arbeiterkreisen geworden, Anordnungen seitens der Betriebsbeamten mit dem Hinweis auf die geschmierte Karre nicht Folge zu leisten. Es ist auch, und zwar in den Verhandlungen in Königsberg, versucht worden, den Leiter der Firma in den Lohnfragen zur Nachgiebigkeit zu veranlassen unter Hinweisung auf Unruhen, Demonstrationen usw., welche zu erwarten seien, wenn der Leiter der Firma nicht in den Lohnfragen den Arbeitern mehr als er getan entgegenkommen würde.

Diese immer wiederkehrenden Demonstrationen unter Begleiterscheinungen, die jedermann als Bedrohung auffassen muß und die immer wiederkehrenden gewaltsamen Störungen in den Betrieben sind die Veranlassung gewesen, daß die Zentralleitung von Elbing weg verlegt werden mußte. Es ist der Firma wohlbekannt, daß solche Demonstrationen mit ihren Begleiterscheinungen in den meisten Fällen nicht die Zubilligung des Arbeiterrates, der Vertrauensleute und eines Teiles der Arbeiterschaft hatten, aber gerade, daß sie trotzdem immer wieder auftreten, beweist, daß der Firma von keiner Seite Gewähr dafür geboten werden kann, daß solche Störungen Demonstrationen usw., verbunden mit Bedrohungen, in Zukunft unterbleiben werden.

Hochachtungsvoll

F. Schichau.

Wir werden am Montag auf diese Darlegungen eingehen.

Wer hat Briefe von Hugo Haase?

Es besteht die Absicht, eine Anzahl von Briefen Hugo Haases, in denen er sich über Fragen sozialistischer Politik ausgesprochen hat, zu sammeln und sie der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir bitten daher die Freunde Haases und alle Genossen, die sich im Besitz solcher Briefe befinden, diese im Original oder in Abschrift an Ernst Haase, Berlin NW 23, Brückenallee 23, einzusenden.

Erweiterung der Mieterschutzverordnung

In Zukunft ist, wie ein Erlaß des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt bestimmt, auch bei Bureau- und Geschäftsräumen zur Kündigung die Zustimmung des Mieteinigungsamtes einholen.

Kauft nichts von den Baltikumern

Nochmals wird gewarnt, von den Baltikumsoldaten gestohlenes Staatseigentum zu kaufen. Es ist bekannt geworden, daß von den aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen Pferde und anderes Heeresgut eigenmächtig verkauft werden. Solche Verkäufe sind verboten und werden von der Heeresverwaltung nicht anerkannt. Die Käufer haben keinerlei Ersatzansprüche an das Reich, wenn die zu Unrecht erworbenen Pferde und Sachen beschlagnahmt werden, auch müssen sie Strafverfolgung gewärtigen.

Elbinger Polizeinachrichten

Ein größerer Einbruch wurde vergangene Nacht in der Wasserstraße bei Herrn Kaufmann Fahrich verübt. Die Diebe erbrachen mit Brechstangen die Eingangstür und stahlen dann für zirka 6000 Mark Stoffe.

Ostdeutsche Nachrichten

Raubmord in Lauenburg

Unweit des pommerschen Städtchens Lauenburg wurde der vom Demobilisierungskommando (Inf.-Regt. Nr. 128) im Oktober nach Lauenburg versetzte Alfred Ursell ermordet aufgefunden. Die Barschaft des Ermordeten in Höhe von 15000 Mark ist geraubt worden. Als Täter kommen ein Reisender eines Danziger Bildervergrößerungs-Instituts und der in Lauenburg beschäftigt gewesene Offizier-Stellvertreter Schweitzer in Frage. Unter dem Vorwande eines gewinnbringenden Geschäftsabschlusses veranlaßten sie U., seine Ersparnisse zur Verfügung zu stellen. Hierbei gerieten sie in Meinungsverschiedenheiten und ermordeten und beraubten ihr Opfer.

Er klebt weiter

Der Regierungspräsident a. D. Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Foerster in Danzig ist zum Reichs- und Staatskommissar für das abzutretende Gebiet der Freien Stadt Danzig sowie für das an Polen abzutretende Gebiet des Regierungsbezirks Danzig bestellt worden.

Ein Winnig-Erpresser

Das Königsberger Landgericht verurteilte den Kreistagsabgeordneten Schneider Horn, Mitglied der Unabhängigen Partei Tapiaus, der durch Streikandrohung des Kreises Wehlau auf den Oberpräsident Winnig dahin einzuwirken versuchte, daß er die Freilassung von sieben wegen Landfriedensbruches verhafteten Arbeitern verfügen sollte, auf Grund des § 114 des Strafgesetzbuches wegen Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis.

Literatur.

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nummer 51 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift Der Sozialist enthält folgende Beiträge: Clarté von Rud. Breitscheid; Was ist Diktatur? von Otto Jensen; Die Theorie des neuen Syndikalismus von Richard Seidel; Die Jugendfrage von Willy Richter.

Der Sozialist erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 6 Mark zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pfennig.

Genossen! Genossinnen!

Die letzten Tage des Dezember sollen nur der Agitation für die Elbinger Volksstimme gewidmet sein. Werbt neue Abonnenten zum 1. Januar.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Elbing.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Arbeiter

Hermann Ehlendt

im Alter von 39 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 29. d. Mts., um 1¾ Uhr von der Leichenhalle des Städt. Krankenhauses aus auf dem alten Johanniskirchhof statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
(Sterbefall 6.) die Ortsverwaltung.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Heute, Sonnabend, und Sonntag morgens
Roßfleisch, schieres u. gehacktes.
Metzner, Hauptstraße 45.
Fernruf 659.

Gebr. Nähmaschinen
Fahrräder u. Ersatzteile kauft zu hohen Preisen
M. Krüger, Junkerstr. 30.

Vorsichtige Männer
Aengstliche Frauen
befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürl. Beschränkung d. Kinderzahl. Unzähl. Anerkennungen. Geg. Voreinsendung von M. 1,— franko u. verschl. vom
SANITAS-DEPOT, Abt. 33, Charlottenburg 5.

Kaufmännische Privatschule
von
R. Mrongovius
Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.
Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten
sowie in **Polnischer** u. **Russischer** Sprache

W. Blank
Wittenfelderstr. 24 b Elbing Telephon No. 938.
Ausführung elektrischer Beleuchtungs-,
: Kraft- und Schwachstrom-Anlagen :
Bau eigener Anlagen
für landwirtschaftliche u. industrielle Betriebe
Akkumulatoren Motore Dynamos
Lager in Beleuchtungskörpern und Lampen
Besuche und Kostenanschläge unverbindlich

Gründliche Ausbildung in
Buchführung,
Korrespondenz,
Kaufm. Rechnen,
Wechselkunde,
Maschinenschreiben,
Schönschreiben,
Stenographie,
Deutsch usw.
Tages- u. Abendunterricht.
Handelsl.-Kont. Keiries
Herrenstr. 41/43.

F. Fitkau Nachf.
Am Markttor.
Billigste Bezugsquelle in:
Geschäftsbüchern, Schulartikeln, Lederwaren.
Gesellschaftsspiele:
Mensch ärgere Dich nicht,
Der verhängnisvolle Topf usw.
Sämtliche Artikel für
Tanzbelustigungen, Saalpostkarten,
großer Posten **Weihnachts- und Neujahrskarten**
für Händler und Hausierer, sowie sämtliche
Papierwaren jeder Art.
Neujahrskarten
fertigt schnellstens an
Buchdruckerei Elbinger Volksstimme.

Soxleth's Nährzucker
Ramogen
Lebertran-Emulsion
Ovomaltine.
Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.

Reklamepreis
nur **19.50**

Nachts leuchtend nur 4.50 M. mehr
Nur **19.50** kostet diese echte **deutsche Herren-Ankeruhr,** 39 stünd. Wert, genau reguliert.
Dieselbe Uhr mit Charnier echt Goldrand nur M. **24.00**
Panzerkette . . M. **1.00**
echt versilbert . M. **2.00**
echt vergoldet . M. **4.00**
Uhrkapsel nur . M. **0.75**
Armbanduhr
mit Riemen . M. **37.50**
mit Leuchtzahlen nur M. **39.00**
Uhren-Müller,
Berlin, Tempelhof 45,
Friedrich-Franzstraße 14.

Dackel entlaufen.
Geg. Belohnung abzugeben bei
Schröter, Trusostr. 3, II.

Altes Gold
Silber, Edelsteine
usw. usw.
kauft
Juwelier F. Witzki.

Hämorrhoiden
heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Elbinger Standesamt

vom 27. Dezember.

Sterbefälle: Fabrikarbeiter Emil Groß T. 1 M. — Fabrikarbeiter Karl Hermann Clendt, 39 J. — Fabrikarbeiter Wilhelm Marquardt, 55 J. — Kriegsinvalide Wilh, Karl Naumann, 34 J. — Geschäftsreisender Philipp Asmussen, 36 J. — Bahnarbeiter Gustav Hopp S. 1 M.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., Elbing.

Lebensmittel in der Woche vom 29. Dezbr. 1919 bis 4. Januar 1920.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt: an Kaufleute am	an Kaufleute durch	ans Publikum am	ans Publikum durch	Preis für Ausgabemengen Mk.	Preis für 1 Pfd. Mk.
Kartoffeln*)	—	Kartoffelmarke 14	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	—	—
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 142	—	—	"	Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
							W.-B. 1,85	0,37
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 142	—	—		Mehlhändler	R.-M. 1,33	0,38
							W.-M. 1,40	0,40
hiesiges Weizenmehl	1/4 Pfd.	Kinderzusatzmarke 162	—	—	30. 12.	alle 5 Mühlen und Filialen	0,10	0,40
Grütze**)	1/4 Pfd.	Nährmittelmarke 546	29. 12.	Paul Dück	30. 12.	Kaufleute	0,19	0,73
amerikan. Schmalz***)	50 Gramm	Fettmarke 40	30. 12.	Fritz Wiebe	31. 12.	"	0,70	7,—
Margarine****)	50 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 20 B	30. 12.	Fritz Wiebe	31. 12.	"	0,52	5,20
Sago	1/4 Pfd.	Nährmittelmarke 547	31. 12.	H. Stach	2. 1.	"	0,33	1,29
Rindfleisch	150 Gramm	10/10 Fleischkarte	30. 12.	Schlachthof	31. 12.	Fleischer lt. Kundenliste	Kochfleisch 0,84	2,80
							Bratfl. 1,05	3,50
							Hackfleisch 1,20	4,—

In der obigen Woche gilt **Nährmittelmarke V** für 1/4 Pfund Grütze, 1/4 Pfund Sago, erhältlich bei Conrad John, Alter Markt 8, Bruno Winter, Holländer Tor 5, F. Plohmann Nachfl., Wasserstr. 63/64.

Elbing, den 27. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Die Marke wird im Laufe der Woche entweder für Kartoffeln oder Kartoffelersatz aufgerufen.

**) Die Ausgabe von Grütze erfolgt durchgehend von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

***) Schmalz kommt zur Ausgabe in folgenden Geschäften:

Barke, Hermann	Barwig, Emma	Lilienthal, Emil	Penner, Margarete	Senger, Robert	Wegsel, Herm.
Beamtenverein	Düsterbeck, Julius	Langfeld Nfg.	Roy, D. von	Siegmuntowski Nfg.	
Consumverein	Lange, Paul	Neubert, Gustav	Runkel, Otto	Thiel, Bernh.	

****) Verkaufsstellen für Margarine:

Böhnke, Helene	Genatowski, A.	Koch, Heinr. Nfg.	Ochs, Anton	Sawatzki, Gustav	Thiel, Andreas
Bluhm, Joh. Nfg.	Glodde, Heinrich	Kothtz, Paul	Plohmann, F. Nfg.	Schicht, Otto Nfg.	Wagner, Paul
Böttcher, Richard	Groß, Gustav	Kriescher, J.	Preuschoff, Franz	Schloß, Ph.	Werk, Herm.
Bratfisch, Luise	Großmann, M.	Kümpel, Wilh.	Quintern, A. Nfg.	Schlinke, Max	Werner, Paul Nfg.
Consumverein	Gubba, Justine	Leriqué Nfg.	Rabe, Franz	Schulz, J. A.	Wiederhöft, H.
Dobrick, Joh. Nfg.	Hahnke, Aug.	Leßau, A. Nfg.	Regier, Herm.	Schulz, Th.	Winter, Bruno
Fietkau, Ernst	Horst, Irene	Leßau, F.	Ritter, Aug.	Schwarz, Luise Nfg.	Wischnewski, F.
Fox, Erich	Honecker, P.	Nitsch, Julius	Runkel, Otto	Inh. Fischer	Zech, Willy
Frost, Carl Nfg.	Kaschner, Adolf	Neumann, E. Nfg.	Salewski, Paul	Tengelmann, F.	Zech, Betty

Markenausgabe im Ernährungsamt

in der Woche vom 29. Dezember 1919 bis 3. Januar 1920 (von 9—2 Uhr):

Montag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck G**
Dienstag: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck H**
Mittwoch: **Ausweiskarten mit dem Buchstabenaufdruck J**
Freitag: **Ausweiskarten mit dem Buchstabenaufdruck L**
Sonnabend: **Ausweiskarten** mit dem **Buchstabenaufdruck M**

Ausweiskarten mit dem **Buchstabenaufdruck K** an einem beliebigen der oben bezeichneten Tage.

Ausgegeben werden an die Inhaber der vorstehend bezeichneten gelben Ausweiskarten:

Brotmarken für die Zeit vom 5. Januar bis 1. Februar 1920.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich jedermann sofort beim Empfang der Marken zu überzeugen hat, daß er alle Marken und in richtiger Anzahl erhalten hat. Nachträgliche Erklärungen, daß zu wenig oder unrichtige Marken ausgegeben seien, können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Elbing, den 27. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

In der Woche vom 29. Dezember bis 4. Januar gilt:

Kartoffelmarke Nr. 13

(für die Zeit vom 22.—28. Dezember), soweit noch nicht beliefert, für 5 Pfund Kartoffeln, Preis 1 Pfd. 0.20 Mk.,

Kartoffelmarke Nr. 14

(für die Zeit vom 29. Dezember bis 4. Januar) für **1 Pfund geschälte Hülsenfrüchte,** Preis 2,80 Mk., bei den Kaufleuten mit Kundenlisten.

Kaufleute, deren Bestände an geschälten Hülsenfrüchten zur Belieferung der ihnen vorgelegten Marken nicht ausreichen, können bei der Firma **H. Stach** weitere Mengen in Empfang nehmen.

Elbing, den 27. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Fleischer.

Fleischausgabe am Montag vormittag auf dem Schlachthof.

Elbing, den 27. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Schulgelderhöhung an den städt. höheren Lehranstalten.

Für **einheimische** Schüler werden vom 1. Januar 1920 ab folgende **erhöhten** Schulgeldsätze erhoben.

A. **Realgymnasium mit Realschule:**
in den 3 Oberklassen je . 220.— Mk. jährlich
" " Mittel- und Unterklassen je . . . . 200.—
in den Vorschulklassen je . 160.—

B. **Oberlyzeum mit Lyzeum:**
im Oberlyzeum, S.-Klasse und Frauenschule je . . . 220.— Mk. jährlich
in den Ober- und Mittelstufen des Lyzeums Klasse 1—7 je 200.—
in den Unterstufen Klasse 8—10 je . . . . . 160.— "

Das Eintrittsgeld ist in beiden Anstalten von 3 Mk. auf 6 Mk. erhöht.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist ferner für **auswärtige** Schüler und Schülerinnen in beiden Anstalten zu den Sätzen von 220.— Mk. ein **Zuschlag** von **30.— Mk.** und zu den Sätzen von 200.— Mk. und 160.— Mk. ein **Zuschlag** von **20.— Mk.** zu zahlen.

Elbing, den 23. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Ablösung der Neujahrsglückwünsche.

Wie alljährlich, so treten wir auch dieses Mal beim Jahreswechsel an unsere Mitbürger heran mit der Bitte, die üblichen **Neujahrs-Glückwünsche** durch Zuwendung eines Geldgeschenkes für Arme an unsere Stadthauptkasse — Rathaus Zimmer 6 —, während der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr vormittags **abzulösen.** Namen und Stand der Geber — ohne Angabe des eingezahlten Betrages — werden alphabetisch geordnet erstmalig am 30. d. Mts., abends in den Zeitungen veröffentlicht.

Die einkommenden Beträge werden zur Anschaffung von Heizmaterial für Arme verwendet.

Elbing, den 27. Dezember 1919.

Der Magistrat — Armendirektion.

Brennholzeinschlag.

Die **Ausgabe** von **Erlaubnisscheinen** zum **Selbsteinschlag** von Brennholz in Damerauer Wüsten wird bis auf weiteres **gesperrt.**

Der Magistrat. — Forstverwaltung.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Nur noch bis Sonntag abend Marla Fein

„Die Vision"

oder: **Wer hat Dr. Harms ermordet?**

Wuchtiges Drama in 4 Akten.

„Frisch gewagt, ist halb gewonnen"

Rosa Porten-Lustspiel in 3 Akten.

Von Montag ab:

„Charly Bill"

der größte Gauner im Film.

Amerikanisches Kriminal-Drama in 5 Akten.

Hotel Stadt Elbing.

Jeden Sonntag

Konzert

sowie **humoristische Vorträge.**

Im Gartensaale

Großes Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Georgenhöhe.

Jeden Sonntag:

Unterhaltungs-Abend.

TANZ.

Passenheim's Festsäle!

Jeden Sonntag

Tanzkränzchen.

Gasthaus „Legan"

Jeden Sonntag:

Großes Tanzkränzchen.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Damenschneiderei

Anfertigung sämtlicher Damen- und Kindergarderoben

(Kostüme, Mäntel, Kleider und Blusen)

sowie **Modernisieren u. Umarbeiten getragener Kleidungsstücke**

H. Hinz, Wilhelmstraße 14

Putzgeschäft und Damenschneiderei.

Stadttheater Elbing

Direktion: **Max Spiess.**

Sonnabend, den 27. Dezbr., abends 7 Uhr:

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Sonntag, den 28. Dezember, nachm. 3 Uhr:

Zu ermäßigten Preisen!

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7 Uhr:

Die schöne Helena

Operette in 3 Abteilungen von Offenbach.

Montag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr:

Das verlorene Paradies.

Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.

Dienstag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr:

Der Barbier v. Sevilla

Komische Oper in 3 Akten von Rossini.

Turnverein Jahn Elbing.

Sportabteilung

Hauptversammlung

am Montag, den 29. Dez. cr., im „Gewerbehaus".

Anfang 7 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht.
2. Abrechnung.
3. Wahl des Sportausschusses.
4. Verschiedenes.

Der Sportausschuß.

TOURISTEN-VEREIN „DIE NATURFREUNDE"

Ortsgruppe Elbing.

Zu der **am Dienstag, den 30. d. Mts.** stattfindenden

Generalversammlung

werden sämtliche Mitglieder ergebenst eingeladen.

Wichtige Tagesordnung.

1. Bericht über das verflossene IV. Quartal.
2. Jahresbericht.
3. Kassenbericht.
4. Vereinsangelegenheiten.
5. Wahl des Vorstandes.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. **Sonntag, den 28. Dez. letzter Ausflug nach Seeteich.**

Abmarsch 2 Uhr von Kaufmann May.

Erstklassig und billig

werden

Damen- und Herren-Garderoben

Stoffe, Decken, Vorhänge usw.

nur unter gediegener, fachmännischer Leitung

in allen Farben gefärbt und tadellos wie neu gereinigt

M. Guske Nachf. Inhaber: Carl Gilbers

1. **Hauptgeschäft:** Kettenbrunnenstr. 15
2. **Laden:** Inn. Mühlendamm 36
3. **Annahme:** Leichnamstraße.

Bitte genau auf die Firma zu achten:

M. Guske Nachf.

Inhaber: **Carl** Gilbers.

Telephon Nr. 929.

Schlüterbrot

besitzt Lockerung, Feinheit des feinsten Brotes und enthält trotzdem die Nährsalze des vollen Kornes.

Zu haben bei **Fritz Ligowski.**

Rodelschlitten

Schlittschuhe

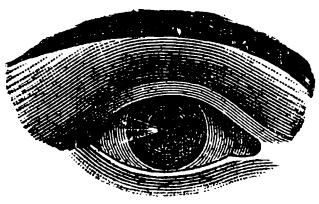
sowie sämtliche Eisenwaren Haus- und Küchengeräte

empfiehlt in reicher Auswahl

Hermann Bruckert,

Brückstraße 3 **Telephon 1083**

Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte.

Geht's Dein Aug' an  **Geh' zu Müller 'ran**

Optische Centrale, Elbing,

Fischerstraße 32/33. **Fernruf 987.**

Freude und Jubel in jeder Familie

erweckt zur **Kürzung der Langenweile** ein gut spielender

Sprechapparat mit neuesten **Platten.**

Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung

Elbinger Platten-Centrale **Hans Tischmann**

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Der arme Konrad

Blätter für Unterhaltung und Belehrung

Nr. 10 | Sonnabend, den 28. Dezember | 1919

Zum neuen Jahre

Tag um Tag! Die Jahre gehn.
Ach, wie sie im Fluge wandern!
Wie die Stunden doch sich drehn,
Wie sich eine fügt zur andern!
Voller Plage, Kampf und Leid
Und erfüllt von Hindernissen
Werden sie zur Ewigkeit
Alle, alle fortgerissen.

Doch, wenn uns die Flut umrauscht
Der dahingefloss'nen Zeiten,
Wenn das Ohr dem Klange lauscht,
Der da tönt aus all dem Streiten —
Brüder, dann ist's nicht nur Not,
Die emporwächst aus der Plage,
Blüten auch und Lust und Brot,
Freuden sind's und Siegestage!

Treulich stehen wir uns bei:
Alle einem, Einer allen,
Wie auch just das Wetter sei,
Wie auch grad die Würfel fallen!
Trifft dich Unrecht, Haß und Leid
Brechen deines Lebens Stützen,
Stehen Tausende bereit,
Dich zu halten, dich zu schützen.

Und so laßt das Banner wehn!
Vorwärts! rauschts aus seinen Falten,
Nie soll's schmachvoll untergehn,
Immer wollen hoch wir's halten.
Weiter! Vorwärts Zoll um Zoll,
Bis wir unser Ziel erreichen,
Bis uns schimmernd, früchtevoll
Uns'rer Zukunft Gärten leuchten.

Menschwerdung

Von Arthur Crispien.

Aus purpurnen Tiefen stieg das Tier zum strahlenden Licht und ward Mensch. Und der Mensch schritt siegend aus den Nebeln und Urwäldern der Vorzeit — —

Vom Tier zum Menschen: eine lange, lange Wanderschaft; eine gewaltige Entwicklung. Nicht meßbare Zeiten.

Stück um Stück formte sich der Tierleib zum edlen Leib des Menschen in seiner überwältigenden harmonischen Schönheit. Mit dem Leib befreite sich das Menschenhirn von tierischer Dürftigkeit und Beschränktheit.

Das war der Mensch! Allen Gefahren trotzend, allen feindlichen Kreaturen furchtbar, gigantische Naturgewalten beherrschend, Meister der Erde! In jauchzender Lust kostete er das Leben. Die liebe, gute Mutter Erde sein Paradies, die lebensweckende, segenspendende Sonne sein Gott!

Dann kam die Finsternis — —

Mensch stand gegen Mensch! Der Starke triumphierte, der Schwache lag zertreten im Staube. Das Paradies wandelte sich zur Hölle.

Mensch ward Herr über Mensch!

Herrenmensch! Für ihn baute der Geknechtete inmitten der Hölle ein neues Eden. Der Herrenmensch trank sich satt an allen Lebenswonnen, ihm leuchtete die Sonne am lichtgesättigten wolkenlosen Himmelsdome. Und wieder jauchzte das Leben: wonnetrunken ein unerschöpfliches Genießen — für den Herrenmenschen.

Der andere schmachtete als Sklave, als Leibeigener, als Lohnknecht.

Der andere ward wieder Tier: Arbeitstier!

*

Düstere Bilder einer grauenvollen Wirklichkeit. Wappne deine Sinne, panzere dein Herz, sammle alle Kraft und allen Mut: du wandelst jetzt in Golgatha des wieder tiergewordenen Menschen.

Noch einmal, auf der Schwelle zum trostlosen Schrecken, schaue zurück. Schaue auf die schillernde Pracht, die den Herrenmenschen umgibt.

Schaue ihn, vom daunenweichen Lager sich erhebend, ins erfrischende Bad steigend uud wohlig die Glieder reckend. Schaue ihn, seinen Leib mit kostbaren Stoffen bekleidend, an der Tafel labendem Trank und köstliche stärkende Speise genießend. Bei allem umgeben von fein gedrillten Dienern und Dienerinnen. Schaue den Herrenmenschen auf dem Rassepferd beim übermütig trollenden Morgenritt. Dann, ihn ruhend im traulich heimlichen Gemach, Kräfte sammelnd für die eigentlichen vollen Tagesfreuden. Schaue den Herrenmenschen im Prunksaale, den blendend tausend Lichtstrahlen durchfluten. Marmor, Kristall, Edelsteine, Gold, Seide, Blumen, Musik. — Was menschlicher Geist ersann, was menschliche Kunst erschuf, berauscht die Sinne, vereinigt sich zu kühnen Märchenträumen, zu überwältigenden Akkorden, zu wirbelnden Orgien nie gesättigter Lust, nie gestillten Verlangens.

Schaue den Herrenmenschen, losgelöst von aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit, auf dem Gipfel der Macht: Herrenmensch und nur Genußmensch!

Nun folge in die Unterwelt der menschlichen Gesellschaft. Tief, sehr tief müssen wir hinab, wo das Grauen wohnt.

Schaue den wieder Tier gewordenen Menschen: das Arbeitstier. Seine ganze Lebenszeit mußte Arbeitszeit werden, damit der Herrenmensch nur genießen kann. Schaue das Arbeitstier! Wie grausam ist in ihm der herrliche Menschenleib zur Karikatur herabgewürdigt. Schaue den gekrümmten Rücken, die verzerrten, verbildeten Glieder, das glanzlose Auge, die unterwürfige, wunschlose Ergebenheit in Haltung und Gebärde. Nicht einmal mehr nur Tier, weniger noch und ärmer noch als Tier. Schaue in die Höhlen des Jammers, auf faulem Stroh das todmüde gesunkene Arbeitstier. Die Alkoholpest, die Schwindsucht, der fürchterliche Krieg, zahllose ewige Seuchen schaffen dem Tod reiche Ernte. Elendes karges Mahl, kurze Ruhe dumpfer Betäubung — und wieder in das Joch der Lohnknechtschaft. Erbarmungslos reißt die Hungerpeitsche den Leib des Arbeitstieres blutig. Harte, nimmerrastende Fron erwürgt den Geist, mordete den Geist.

Aus dieser Hölle nie geahnter Verkommenheit und namenloser Laster kommen ungezählte Reichtümer und Herrlichkeiten für den Herrenmenschen. Aus diesem Abgrund holt der Herrenmensch die Schützer seines Besitzes. Wieder Bestien gewordene Menschen zerfleischen sich, reißen sich das Herz aus dem Leibe — für ihren Peiniger Herrenmensch.

Schaust du das alles, dann unterdrücke den Schrei des Jammers. Presse ihn hinab, er darf dir nicht Befreiung schaffen. Wenn die Zeit erfüllet ist, dann soll er zum Schrei des flammenden Zornes, zum Schrei der Rache werden und dich anfeuern zur Vergeltung.

Vergiß nichts! Vergib nichts!

*

In die Nacht der Hölle drang das Licht — —

Zuerst gefürchtet und gehaßt vom Arbeitstier. — Dann scheu geduldet. — Endlich jubelnd begrüßt!

Tier ward wieder Mensch!

Zum Arbeitstier kamen das Denken, das Verstehen, das Erkennen, das Wollen, die Tat.

Zittre Herrenmensch! Dämmerung senkt sich auf die Macht deiner Herrlichkeit.

Heilige Liebe führte Mensch zum Menschen. Das Arbeitstier begann sich zu zählen. In der Zahl ruhen urgewaltige Kräfte. Arbeitstier um Arbeitstier stieg zur Oberwelt und saugte durstig alle Sinne voll Licht, Luft und Glanz, voll gesunder Begehrlichkeit und wachrüttelndem Verlangen. Arbeitstier und Arbeitetier lernte Demut und Laster, Elend und Knechtschaft verachten.

Tier ward Kämpfer, Tier ward wieder Mensch!

Eine lange, lange Wanderschaft, eine neue gewaltige Entwicklung. Doch stetig aufwärts! Der große heilige Krieg, das heiße Ringen des Arbeitstiers um seine zweite Menschwerdung. Nicht rasender Wahnsinn, nicht blinde Wut, nicht nutzloses Vergeuden der Kräfte treiben den Ringenden auf Irrwege. Nicht der einzelne zermürbt seine Knochen an den Ketten der Lohnknechtschaft. Millionen vereinen ihr Denken, Wollen und Handeln.

Die ganze Lebenszeit darf nicht mehr nur Arbeitszeit sein, soll der goldene Thron des Herrenmenschen zerschmettert fallen.

Die Früchte der Erde müssen, wie die Mühen und Plagen des Lebens, allgemeines Gut werden.

Mensch darf nicht mehr den Menschen vernichten.

Die zweite Menschwerdung wird die letzte sein. Mit ihrer Vollendung beginnt ungehemmt der weitere Aufstieg des Menschen zu Höhen, vor denen die verwegenste Phantasie verblaßt.

Und jenen, die tatenglühend, opferbereit und wissend die Vorbedingungen des freien Aufstiegs für den Menschen schaffen, gebührt der Dank der Menschheit!

Sturm

Von Hans Friedrich Blunck.

Harm Aldag stieg langsam über die schwankende Treppe in die Kajüte hinunter, tastete nach dem Korb, schnitt sich rasch eine Scheibe Schwarzbrot und duckte sich kauernd in eine Ecke. Die kleine Tranlampe kreiste unaufhörlich in ihren Ringen. Mitunter schien es, als wollte sich der Raum überstürzen, so jäh schoß er vorn über, und legte sich breit auf die Seite. Der junge Fischerknecht sah sich unruhig um. War nichts für einen Seemann, im Sturm unten zu sein, ihm schien alles so eng und erstickend. War schon besser draußen auszuhalten bei solchem Wetter. Warum der Fischer wohl nicht rechtzeitig zurückgefahren war, die andern waren wohl schon in der Elbe. Man hat es ja kommen sehen, das Wetter!

Sein Blick fiel plötzlich auf ein kleines vergilbtes Bild, das in seiner Koje hing, mitten zwischen Erinnerungszeichen, Sprüchen und Schnitzereien. War Stine Fock, die es ihm geschenkt hatte, am letzten Abend, an dem sie zusammengewesen waren vor zwei Jahren.

Harm Aldag sah nachdenklich vor sich hin. Der alte Fock hatte sie ihm abgeschlagen, am nächsten Tage, als er zu ihm kam, und er hatte das Mädchen seitdem selten wiedergesehen; sie war ihm scheu ausgewichen, wenn sie ihm begegnete, und Harm Aldag hatte wohl eine Weile gewartet und war dann müde geworden.

Seltsam, daß er gerade heute an sie denken mußte, und er hatte es doch so eilig — oder gerade deshalb, weil er nicht viel Zeit hatte.

Der junge Fischerknecht kaute hastig den Rest des Brotes. Ob das was zu bedeuten hatte, daß er an Stine Fock dachte? Bei dem Sturm war ja alles möglich, und der Besan . . . Vor seinen Augen zog plötzlich in bunten, raschen Bildern die Zeit mit dem Mädchen vorbei, die Märkte und Abende, ihre Versprechungen und Wünsche. War doch gut, daß er ihr treu geblieben war, — so konnte keiner etwas sagen, oder wer wollte etwas sagen? Man weiß ja nicht, was kommt! Und lieb hatte er sie auch gehabt, verflucht lieb! Das war erst rein gewesen, als hätte er sterben müssen, damals, als sie ihm abgeschlagen wurde.

Zwei Jahre waren nun vergangen seitdem. Seltsam, daß er das Bild noch immer bei sich trug — gerade, als könnten sie sich nicht vergessen — wollten sich nicht vergessen. — Ob Stine Fock ihn wohl auch noch gern hatte? Was die wohl sagen würde, wenn er nicht heimkehrte?

Der junge Fischerknecht dachte plötzlich an den andern, der oben stand, dachte an den Sturm und die Not, die der Ewer hatte, an den gebrochenen Besan und noch einmal an Klaus Röwer, der das Ruder hielt. War der nicht auch hinter Stine Fock hergewesen? Der hatte sie wohl auch gern gehabt. Und rein eifersüchtig war er gewesen, als Harm Aldag das letztemal mit Stine Fock zusammenstand.

Der junge Knecht fühlte einen Zorn gegen den Fischer aufsteigen, er wußte selbst nicht warum. Gegen den Fischer, der auf Stine Fock eifersüchtig war, der noch im schweren Wetter gefischt hatte — bis der Sturm über sie gekommen war und sie bald zwei Tage ziellos über See warf —, der ihn immer so drohend ansah während der ganzen Fahrt.

Die Lampe begann zu zucken mitten in ihren Ringen. Der Fischer lachte laut auf — Klaus Röwer eifersüchtig — auf ihn? Wieder kreiste die Lampe um sich selbst. Harm Aldag sah erschreckt auf. Das war doch keine Grundsee, die um das Schiff stand, — das drehte sich ja immer rascher. Er warf Brot und Messer beiseite, kletterte die Treppe hinauf, durch die Luke, und konnte gerade ans Ruder springen, als der Besanstumpf Klaus Röwer gegen die Bünn warf. Dann türmte sich eine See wie eine steile schwarze Mauer dicht neben dem Schwert auf, brach plötzlich darüber und drückte den kleinen Ewer nieder, als dürfte er sich nie wieder aufrichten. Harm Atdag hatte sich fest angeklammert; dann, als das Fahrzeug sich langsam wieder aufrichtete, sah er ängstlich nach vorn und suchte den Schiffer. Der hatte sich an der Bünn gehalten, kroch neben ihm zum Ruder, half ihm das Holz anzulegen, damit er wieder den Wind käme, und blickte ihn ernst an: „Hast was gegessen, Harm?“ Der Knecht nickte vor sich hin und sah über die See, über die die Gischt wie springende weiße Katzen lief. Und plötzlich fiel ihm wieder Stine Fock ein und das harte Gesicht des Schiffers; er dachte daran, daß Klaus Röwer bei Karsten Fock gewesen war, bevor sie ausfuhren, und er versuchte, das alles zusammenzubringen.

„Warum bist du draußen geblieben beim Sturm!“ sagte er hart. Der Fischer sah an ihm vorbei, als dachte er an etwas Fremdes, weitab Liegendes.

„Möcht verdammt wissen, ob wir heil zurückkommen!“

„Ich frag, warum wir draußen geblieben sind, — die andern sind alle reingefahren!“

Der Sturm legte sich eine Weile, als hätten die Männer etwas schweres zu sagen, und er wollte neugierig lauschen. Klaus Röwer schälte das Tauwerk des Besans über Bord, trat plötzlich ans Ruder und sah dem Knecht hart ins Gesicht.

„Hast Stine Fock gern, Harm Aldag?“

Der begriff nicht, wie der andere dazu kam, wunderte sich, wollte sagen, daß er vor bald zwei Jahren zuletzt mit ihr gesprochen, und nickte doch dem Fischer zu, als müßte er etwas beichten. Klaus Röwer preßte die Hände ums Holz, als wollte er etwas zerbrechen.

Das ist wohl schon lange her, Harm Aldag?“

Der nickte noch einmal und sah den Fischer groß und trotzig an. Aber der blickte weitab über die rollenden Wogen, die wie Renner mit tiefen Leibern über die See liefen. Und dann kam es langsam, zögernd über seine Lippen:

„Du warst noch jung damals, Harm, und als ich das merkte mit euch, ging ich zu Karsten Fock und sagte ihm, ein Fischer sei besser als ein Fischerknecht.“

„Du — du und Stine Fock . . .“

„Und dann gingst du den nächsten Tag zu Karsten Fock, — und ich dachte, Stine Fock sollte sich besinnen und würde ja sagen, wenn sie wüßte — wenn sie wüßte . . .“

Ein tiefes Stöhnen des Knechts unterbrach ihn.

Klaus Röwer wollte zuspringen, aber der andre stieß ihn vor die Brust, daß er taumelte. Da richtete sich der Schiffer auf.

„Hätts dir ja nicht zu sagen brauchen, Harm Aldag, hätts ja lassen können.“

Der Knecht lehnte am Ruder, als wäre er vornübergefallen. Alle seine Gedanken drängten und wirbelten wie Sturmvögel, ballten sich zusammen und duckten sich vor dem harten Willen des Fischers. Eine Bö sprang auf, als mahnte der Sturm die Männer, schlug mit schweren Fäusten in die Segel und ließ grausilberne Regenschwaden über den jagenden Wogen flattern.

Klaus Röwer sah auf das Meer, über dem im Westen eine schwere, dunkle Wolkenbank aufjagte und sich höher und höher schob.

„Nein, das war wohl wie ein Beichten. Vorhin an der Bünn, da dachte ich, — ist ehrlicher, wenn wir darüber sprechen . .“

„Und was, — und was hat Stine Fock gesagt, — damals . . .“

Der Fischer sah ihn unruhig an, als fürchtete er sich vor der Wahrheit.

„Wenn du wiederkommst, Harm, dann geh man zu ihr.“

„Ich frag, was sie gesagt hat!“

Klaus Röwer atmete rasch und gequält und zwang sich, zu sprechen.

„Sie hätte mich gern,“ sagte sie, „aber sie möchte einen andern lieber!“

Er blickte auf wie befreit, sah den Knecht trotzig an, packte das Ruder und legte es hart zurecht, als läge ein Kampf hinter ihm. Der Sturm brüllte mit voller, dröhnender Stimme über die See, wollte die Menschen und ihre Worte überschreien.

„Anker raus, Harm!“

Aber der stand noch am Ruder, als könnte er das alles nicht fassen, als müßte er den andern niederschlagen, und wagte es doch nicht, ihn zu berühren.

„Und — und wann hat sie das gesagt?“

„Zuletzt vor drei Tagen, als wir ausfuhren.“

„Du, du Lump, du.“

„Sag das nicht, Harm, sie hätte es besser gehabt — bei mir —, und das ist mein Recht!“

Der Knecht sprang jäh auf, ergriff einen Holzsplitt und wollte sich auf den andern stürzen. Aber der fing ihn auf, als hätte er es erwartet, drängte ihn in die Knie und preßte ihn gegen das Ruder, bis der Jüngere aufstöhnte. Dann gab er ihn frei: „Laß sein, Harm, — das wollen wir nicht, — das nicht, deshalb bin ich ja draußen geblieben!“

Der Jüngere begriff nicht und stierte Klaus Röwer unsinnig an. Der Fischer legte noch einmal das Ruder herum, blickte wütend gegen den Sturm und wandte sich, um das letzte zu sagen.

„Ich dachte — wenn wir nicht wiederkommen, Harm, dann ist es ja doch aus, oder wenn du oder ich — wenn einer von uns beiden wiederkommt, daß er dem andern nicht mehr im Wege steht.“

„Das — darum bliebst du draußen — du!“

„Ich will wissen, wer recht hat von uns beiden, — das will ich wissen, Harm Aldag!“

Klaus Röwer machte gleichgültig die Ankerkette klar. Der Jüngere wollte schreien, wollte sich noch einmal auf den andern stürzen, um ihn niederzuschlagen. Da sah er die starke, zähe Gestalt, sah das seltsam verwitterte Gesicht, und ein harter Wille, ein Stolz wurde in ihm wach, mit dem Fischer um Stine Fock kämpfen zu dürfen. Ihm war, als sei etwas von dem andern auf ihn übergeströmt, als sei er zum Mann geworden in diesem Augenblick, reif und stark, stark genug für Stine Fock.

„Hol den andern Schäkel, Harm!“

Der Knecht nickte, ging die Treppe hinunter, sah sich gleichgültig im Raume um, und blickte noch einmal zäh und stolz auf das Mädchenbildnis in seiner Koje. Das schien ihm zuzulachen.

„Ich habe dich lieb, Harm, — noch immer lieb!“

Er sah hart hinüber, als müßte er sich prüfen, fühlte, wie etwas Neues, Gewaltiges in ihm aufstieg, das er noch nie gefühlt hatte. Das kam wohl von Klaus Röwer und seinem Zorn, — und auf einmal glaubte er, daß er der Stärkere war von beiden, war ihm, als lachte das Mädchen ihm hell zu: Jetzt hab ich dich lieb, Harm, noch tausendmal lieber als vorher!

Harm Aldag fuhr sich über die Stirn — das spukte wohl im Raum —, um nach dem Schäkel zu suchen —, da fühlte er, wie Stine Fock hinter ihm ging, ihm übers Haar strich — so wie damals, genau so .

Harm Aldag fuhr auf, von draußen war ein Ruf gekommen — nach ihm oder nach dem Schäkel. Wo war Stine Fock, — die lachte wieder aus dem Bild; er tastete sich mühsam näher, — das war wohl die Bö; dann fühlte er, wie der Schiffsleib in allen Fugen erzitterte, sich jäh überneigte, und dann langsam, ganz langsam wieder hoch kam. Die Lampe war erloschen, Harm Aldag fühlte auf einmal die stickige Luft ringsum. Er rief mit heiserer Stimme, tastete zur Treppe, kroch hinauf und stemmte die Schultern gegen die schlagende Luke.

Der Großmast war gebrochen und halb über Bord gegangen. Der Anker lag ausgeworfen, und das Schiff trieb im Sturm. Aber das Deck war leer, der Fischer war nicht zu sehen, nirgends zu sehen, den hatte der brechende Mast, über Bord gefegt.

Da schrie Harm Aldag auf, als sollte seine Brust bersten schrie noch einmal und warf den Ring sinnlos über Bord — bis seine klaren Gedanken langsam wiederkehrten und er sich trotzig ans Ruder stellte und es allein in die Faust nahm.

Kleines Feuilleton

Der Seifenbaum

Natürliche Seife, die vollständig die auf chemischen Wege hergestellten Produkte ersetzt, gewinnt man von einem Baum in Algier. Dieser Baum hat eine Frucht, die glatt ist, fleischähnlich aussieht und ungefähr so groß ist wie eine Kastanie. Läßt man diese Frucht an der Luft trocknen, so erhält sie ein leder- oder gummiähnliches Aussehen und wird fast durchsichtig. Dieser Seifenbaum, der in vielen verschiedenen Arten vorkommt, wächst sehr schnell. Ein Steckling erreicht binnen zwei Jahren eine Höhe von drei Metern und trägt nach sechs Jahren die ersten Früchte. Ein ausgewachsener Baum liefert jährlich bis hundert Kilogramm Früchte. Die Frucht des Seifenbaums ist auch seit den ältesten Zeiten in China, Japan und auf den Antillen als Seife gebraucht worden. Ein ähnlicher Baum, der jedoch weit weniger Seifenstoff enthält, wächst in Panama. Wenn man die Seife gewinnen will, entfernt man die schwarzen, ölhaltigen Kerne und trocknet die fleischigen Teile der Frucht, indem man sie während vier Stunden einer Temperatur von etwa 140 Grad Celsius aussetzt. Dadurch verwandelt sich das Fruchtfleisch in eine spröde Masse, die man zu Pulver mahlt. Setzt man diesem Pulver 20 bis 28 Prozent zu, so läßt es sich leicht zu festen Stücken formen, die getrocknet eine vortreffliche Seife geben, die sich besonders zum Waschen farbiger Stoffe eignet. — Diese Seifenbäume möchten wir in Deutschland haben, damit die Seifenwucherer ihr teures Zeug selbst verbrauchen müßten.

Das größte Fernrohr der Welt

Bisher genoß die Yerkessternwarte bei Chikago den Ruhm, das größte Fernrohr der Welt zu besitzen. Diesen Ruhm wird sie aber bald an die neue Sternwarte der kanadischen Regierung in Victoria, Britisch-Columbia, abtreten müssen, die der Prinz von Wales bei seinem Besuch in Amerika einweihen soll. Das große Spiegelteleskop dieser Sternwarte mißt 72 Zoll Durchmesser, während das Fernrohr auf der Yerkessternwarte nur 40 Zoll mißt. Im Gegensatz zu anderen

Rieseninstrumenten, die von Milliardären geschenkt und nach ihnen benannt wurden, ist dieses neue Teleskop von der kanadischen Regierung erbaut worden. Die Wahl eines passendes Platzes für das Observatorium bot viele Schwierigkeiten. Endlich entschloß man sich wegen seiner Höhenlage und seiner reinen und klaren Luft für Viktoria. Man glaubt, daß das Instrument hier doppelt so viel leisten kann als an irgend einem Platz in Kanada. Die Lage der neuen Sternwarte ist idyllisch. Sie liegt auf der Höhe eines Hügels, 732 Fuß über dem Meere und etwa acht englische Meilen von der Stadt entfernt. Das Gebäude ist rund und vollkommen aus Stahl erbaut, mißt 66 Fuß im Durchmesser und 75 Fuß Höhe. Das Rohr des Teleskops ist 40 Fuß lang und weit genug, um ein gewöhnliches Automobil durchzulassen. Sieben Jahre hat es gedauert, bis die Arbeiten an diesem Riesenfernrohr beendigt waren.

Unser Militär!

Von Theobald Tiger.

Einstmals, als ich ein kleiner Junge
und mit dem Ranzen zur Schule ging,
schrie ich mächtig aus voller Lunge,
hört ich von fern das Tschingderingdsching.
Lief wohl mitten über den Damm,
stand vor dem Herrn Hauptmann stramm,
vor den Leutnants, den schlanken und steifen . .
Und wenn dann die Trommeln und die Pfeifen
übergingen zum Preußenmarsch,
fiel ich vor Freuden fast auf den Boden —
die Augen glänzten — zum Himmel stieg
Militärmusik! Militärmusik!

Die Jahre gingen. Was damals ein Kind
bejubelt aus kindlichem Herzen,
sah nun ein Jüngling im russischen Wind
von nahe und unter Schmerzen.
Er sah die Roheit und sah den Betrug.
Ducken! ducken! noch nicht genug!
Tiefer ducken! Tiefer bücken!
Treten und Stoßen auf krumme Rücken!
Die Leutnants fressen, saufen und huren,
wenn sie nicht gerade auf Urlaub fuhren.
Die Leutnants saufen und huren und fressen
das Weizenbrot, wessen? wessen?
Die Leutnants fressen und huren und saufen .
Der Mann kann sich kaum das Nötigste kaufen.
Und hungert. Und stürmt. Und schwitzt. Und marschiert.
Bis er krepiert.

Und das sah einer mit brennenden Augen
und glaubte, der Krempel könne nichts taugen.
Und glaubte, das müsse zusammenfallen
zum Heile von Deutschland, zum Heil von uns allen . .
Aber noch übertönte den Jammer im Krieg
Militärmusik! Militärmusik!

Und heute?
Ach heute! Die Herren oben
tun ihren Vater Noske loben
und brauchen als Stütze für ihr Prinzip
den alten trostlosen Leutnantstyp.
Das verhaftet, regiert und vertobackt Leute,
damals wie heute, damals wie heute —
Und fällt einer wirklich mal herein,
setzt sich ein anderer für ihn ein.
Liebknecht ist tot. Vogel heidi,
Solchen Mörder straft Deutschland nie.
Na und —?

Der Haß, der da unten sich versammelt,
hat euch den Weg zwar noch nicht verrammelt.
Aber das kann noch einmal kommen . .!
Nicht alle Feuer, die tiefrot glommen
unter der Asche, gehen aus.
Achtung! Es ist Zündstoff im Haus!
Wir wollen nicht diese Nationalisten,
Diese Ordnungsbolschewisten,
all das Gesindel, das uns geknutet,
unter dem Rosa Luxemburg verblutet.
Nennt ihr es auch Freiwilligenverbände:
es sind die alten schmutzigen Hände.
Wir kennen die Firma, wir kennen den Geist,
wir wissen, was ein Korpsbefehl heißt
Fort damit —!
Reißt ihre Achselstücke
in Fetzen — die Kultur kriegt keine Lücke,
wenn einmal im Lande der verschwindet,
dessen Druck kein Freier verwindet.
Es gibt zwei Deutschland — eins ist frei
das andre knechtisch, wer es auch sei.
Laß endlich schweigen, o Republik,
Militärmusik! Militärmusik!

Die Schalksecke

Aus einem Leitartikel . . . Und dann hätte dieser Mensch schon längst den blauesten aller blauen Briefe und den glänzendsten aller Zylinder und eine Nase dazu eingesteckt, gegen die ein Elefantenrüssel ein Bazillenschwänzchen wäre.

Kirschenzeit. Der kleine Schorschl kommt zum Vater und sagt: „Du, Vater, den Kirschkern da, den mußt mir aufbeißen. Und das möcht ich essen, was drinnen ist.“ Gut, der Vater beißt ihn auf, den Kern, und der Schorschl ißt das, was drinnen ist. Ah, das ist fein gut. Das mag er gern essen. Gleich kommt er wieder zum Vater: „Vater, beiß mir den auf, du hast die guten Zähn.“ Freilich beißt ihn der Vater auf. Aber dann geht er in den Stall, daß er seine Ruh hat vor dem Buben. Läuft ihm der Bub in den Stall nach: „Vater, noch einen Kirschkern mußt mir aufbeißen.“ „So,“ sagt der Vater und beißt den Kern auf, „so, und itzt will ich eine Ruh haben mit die Kirschkern!“ Der Schorschl brummt: „Itzt willst deine Ruh haben und da liegen noch so viel Kirschkern hinter dem Stadel!“

Hinter dem Stadel, da, wo die Knechte hingehen in der Kirschenzeit.

Schieber unter sich. Sie erzählten einander von ihren Kinderschuhen:

„Ich bin auf den Gschmack gekommen“, berichtete der erste, „wie ich meinen alten Anzug zu einem überraschenden Preis angebracht habe.“

Der zweite verriet: „Zehn Stück Eier, die mir ein Bekannter abgelassen hat, hab' ich statt sie nach Hause zu tragen, unter der Hand abgegeben. Das war mein erstes Geschäft.“

„Da hab' ich noch kleiner angefangen!“ meldete sich der dritte. „Ich habe zuerst gar keine Ware gehabt und — hab' sie doch verkauft.“

Noch eher . . . „Mein Freund, Herr Purtzpichler, ist Ihnen wohl bekannt?“ — „Purtzpichler?! Nein, den kenne ich nicht!“ — „Aber den Herrn Gerschabeck kennen Sie gewiß?“ — „Gerschabeck — Gerschabeck? — hm, hm, — nein; da kenne ich noch eher den Purtzpichler.“

Anerkennung. Die Kindesmutter weiß beim Amtsgericht in einer Alimentationssache gegen Unbekannt mit dem besten Willen den Namen des Kindesvaters nicht anzugeben. Sie wiederholt nur immerzu: „Es war halt ein Herr vom Kommunalverband.“ — Der Richter: „So, vom Kommunalverband! Na, Gott sei Dank, da hat doch der Kommunalverband wenigstens einmal etwas gemacht, das Hand und Fuß hat.“

Deshalb. „Warum sind die Pelze so rasend teuer?“ — „Weil erst den Tieren, dann den Kunden das Fell über die Ohren gezogen wird.“

Auch ein Anhänger des alten Systems. „Wenn ick so an die Stummel denke, die ick noch unter Wilhelm dem Zweiten aufgesammelt habe — un denn heute der Zimt! — Ja, ja. die Monarchie —!“

Das unähnliche Bildnis. Ein Kapitalist wollte, so lesen wir in „Kunst und Künstler“, dem Maler, der ihn porträtiert hatte, das Bildnis nicht abnehmen, weil es nicht ähnlich sei. Er sagte, das sei er nicht. Der Maler erklärte sich bereit, auf die Abnahme des Bildes zu verzichten, wenn der Auftraggeber es ihm schriftlich gäbe, daß er nicht der Dargestellte sei. Dieser stellte die Bescheinigung aus, und der Maler nahm sein Bild zurück. In der nächsten Ausstellung hing das Bild mit dem Titel: „Bildnis eines alten Wucherers.“

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Druck und Verlag Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., beide in Elbing.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 56 | **Montag, den 29. Dezember 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Ueberschwemmung am Oberrhein. Der acht Tage anhaltende Regen und die schnelle Schneeschmelze in den Vogesen haben den Oberrhein weithin über die Ufer treten lassen. Zwischen Mülhausen und Schlettstadt ist die Ebene zwischen dem Rhein und der Eisenbahnlinie nahezu ein einziger See. In vielen Dörfern sind die Häuser überflutet; vielfach mußten die Bewohner flüchten. In Sainte Croix riß die starke Strömung einige Häuser ein. Es wurden mehrere Unglücksfälle gemeldet.

Die Baltikum-Spitzbuben. Bei dem aus dem Baltikum zurückgekehrten Sturmbataillon Lütkenhaus wurde die Bataillonskasse mit einem Inhalt von über 100 000 Mark von einem Feldwebel und mehreren Unteroffizieren geraubt. Die Täter konnten in Stettin festgenommen werden. Ein Teil des Geldes wurde noch bei ihnen vorgefunden. — In Tilsit wurde ebenfalls eine Militärkasse gestohlen. Aus Memel wird berichtet, daß dort Angehörige der berüchtigten Eisernen Division von Lokal zu Lokal zogen, patriotische Lieder anstimmten und die Gäste zwangen, aufzustehen und den vaterländischen Radau mitzumachen. Leute, die sich widersetzt hätten, seien mit der Waffe bedroht oder blutig geschlagen worden.

Die Berliner Freiheit bemerkt hierzu: Rein materiell betrachtet kostet der Spaß, den sich Noske mit der Erhaltung der Baltikumräuber gestattet, täglich etwa 600 000 Mark. Will die Regierung also dem Skandal nicht wenigstens aus finanziellen Gründen ein Ende machen?

Schleswigs Valutasorgen. Eine Abordnung aus Nordschleswig überreichte der dänischen Regierung und dem Reichstag eine mit 45 000 Unterschriften versehene Adresse, in der erklärt wird, daß die Erklärung der dänischen Regierung über eine Lösung der Valutafrage in Nordschleswig einen niederschmetternden Eindruck gemacht habe, und daß die von der dänischen Regierung geplanten Maßnahmen den Charakter einer reinen Wohltätigkeitsveranstaltung hätten. Die Adresse tritt dafür ein, daß das vorhandene Valuta-Mark-Kapital zum vollen Parikurs umgerechnet werde, unter Ausschluß der Kriegsgewinne und des fremden Kapitals. Eine Regelung der Valutafrage auf dieser Grundlage würde die Kräfte des dänischen Volkes nicht übersteigen. — Sozialdemokraten bemerkt, daß die Lösung der Valutafrage in Nordschleswig auf dieser Grundlage dem dänischen Staat 300 Millionen Kronen kosten würde.

Die Entente will Geld. Von Rotterdam aus werden folgende Meldungen verbreitet:

Der Londoner Berichterstatter des Manchester Guardian schreibt, daß man in Kreisen der englischen Wiedergutmachungskommission mit einem Erträgnis von 80—100 Milliarden Mark aus der deutschen Vermögensabgabe für die Wiedergutmachung der Alliierten rechne. — Der Daily Telegraf zufolge sprach Lord Cecil in Manchester und sagte, daß die neue deutsche Steuergesetzgebung den Willen der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu beweisen scheine. Durch die Steuergesetzgebung werde den Alliierten der nicht zu umgehende Eingriff in das deutsche Nationalvermögen erleichtert und technisch möglich gemacht.

Endlich! Eine Breslauer Depesche berichtet: Reichs- und Staatskommissar Hörsing legte, nachdem die Reichs- und Staatsregierung seiner Bitte um Enthebung von seinem Posten nachgegeben haben, sein Amt nieder. Die bisherigen Dienststellen des Reichs- und Staatskommissars in Breslau und Kattowitz sind damit aufgelöst. Zur Erledigung schwebender Anträge wurde eine Abwicklungsstelle unter Gotthilf-Breslau eingerichtet.

Vorläufig keine ausländischen Arbeiter gebraucht. Nach einer Meldung der Pariser Liberte veröffentlichten die sozialistischen polnischen Blätter einen Brief des französischen Gewerkschaftssekretärs Chauvin, in dem er sagt, Frankreich habe im Augenblick keine ausländischen Arbeiter für den Wiederaufbau in der Kampfzone nötig. Erst im Frühjahr werde sich die Notwendigkeit ergeben, polnische Arbeiter heranzuziehen. Dann würden sich die französischen Gewerkschaften direkt an ihre polnischen Kameraden wenden. — Wenn das zutrifft, dann ist die Frage der Arbeitslosigkeit für Frankreich jedenfalls sehr brennend. Dann entfällt aber auch ein Grund für die Zurückhaltung unserer Gefangenen.

Massenprozeß in Saarbrücken. Vor einem französischen Kriegsgericht mußten sich sechs französische Offiziere und zwölf französische und deutsche Zivilisten wegen Bestechung verantworten. Das Urteil lautete gegen Hauptmann Ceffre und Leutnant Dequesne auf Degradation und 15 bezw. 30 Monate Gefängnis. Die Leutnants Cerbin und Goy wurden zu 2 Jahren bezw. fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Leutnant wurde freigesprochen, ein früherer Leutnant gleichfalls, ein anderer früherer Leutnant, der jetzt Soldat zweiter Klasse ist, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Von den angeklagten Zivilisten wurden zwei in contumaciam zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt, die übrigen erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, außerdem wurde auf Geldbußen von 16 bis 6000 Frank erkannt.

Wirbelstürme auf Sizilien. Furchtbare Wirbelstürme haben auf Sizilien in der Weihnachtsnacht großen Schaden angerichtet. Viele Schiffe sind mit Mann und Maus vernichtet worden. Auf dem Lande stürzten Häuser ein und begruben unter ihren Trümmern viele Menschen.

Rücktritt des holländischen Kriegsministers. Weil die zweite holländische Kammer sechs Millionen Gulden im Heeresetat eingestellte Ausgaben gestrichen hat, hat der holländische Kriegsminister Freiherr Alting von Gensau seinen Abschied eingereicht.

Valuta, Preise und Löhne

Von Franz Müller im Münchener Kampf.

Für dieses Thema ist schon ungeheuer viel Druckerschwärze verschwendet worden, ohne daß auch nur ein einziges Mal diese für die Allgemeinheit so sehr wichtige Frage in der Weise behandelt worden wäre, die auch einem einfachen Arbeiter oder überhaupt einem Menschen, der nicht in die Finessen der Finanzpolitik des modernen Schiebertums eingeweiht ist, ein Bild darüber gibt, worin die ganze Misere unseres Wirtschaftslebens liegt.

Ich will nun diese Seite des Wirtschaftslebens, soviel mir möglich ist, klar zu machen versuchen.

Es ist leider eine Tatsache, daß die Arbeiterschaft, der kleine Geschäftsmann und nicht zuletzt der Bauer, sich noch gar nicht oder nur ganz oberflächlich den Kopf darüber zerbrochen haben, warum das Leben der kleinen und mittleren Schichten der Bevölkerung so unsagbar traurig ist.

Wenn man die mit Kapital verfippte und zu 99 Prozent von ihm abhängige Presse, die sich ihrer die Masse beeinflussenden Macht wohl bewußt ist, liest, so glaubt der Denkfaule, nur die Streiklust oder die „ungemessenen" Lohnforderungen der Arbeiterschaft seien schuld an unserm wirtschaftlichen Niedergang.

Es ist nun notwendig, die Ursachen dieses Elends nicht von der hohen Warte des grünen Tisches oder der sogenannten Gebildeten zu suchen, sondern vom Standpunkt des Arbeiters aus!

„Arbeit, Arbeit nur kann uns vor dem Untergang retten!" tönt es von allen Seiten. Nur dadurch kann unsere Valuta wieder in die Höhe gebracht werden!

Eine größere Irreführung der Nichtwissenden kann es nicht geben! Diese Heuchelei kann nur noch der moderne Staat überbieten, wenn er von der nachhaltigen Unterbindung des Schleichhandels und des Wuchers faselt.

Was ist in Wahrheit schuld an dem traurigen Kursstande der deutschen Mark?

Die Antwort ist nicht schwer. Milliarden und Milliarden sind schon während des Krieges und noch in verstärktem Maße seit der Revolution, nicht durch die Arbeiter, sondern durch die patriotischen Kapitalisten, Schieber und ähnliches Gelichter ins „neutrale" Ausland verschoben worden. Man rechnet, daß allein in die Schweiz über 50 Milliarden Mark deutsche Werte verschoben worden sind. Rechnet man nun noch etwa das Doppelte, und das ist nicht zu hoch gegriffen, was nach Holland, das schon längst nicht mehr „in Not ist", und nach Skandinavien in Sicherheit gebracht wurde (hier sind die Verwertungsmöglichkeiten bedeutend besser als in der Schweiz, die tatsächlich an Geldüberschwemmung leidet), so kann sich auch der ungeschulteste Arbeiter ein ungefähres Bild machen, wohin unser deutsches Volksvermögen gekommen ist.

Es ist nun dem Laien ohne weiteres klar, daß in Ländern, die von deutschen Werten sozusagen überflutet sind, auch ein riesiger Kursrückgang dieser Werte die notwendige Folge ist. Gewiß, auch die ungeheuren Kriegslasten, die durch den verbrecherischen Krieg unsere Zahlungsfähigkeit auf die schwerste Probe stellen, haben einen Löwenanteil an dem Valutastand. Aber die Hauptschuld ist bei den Kapitalschiebern zu suchen. Durch diese Riesenschiebungen, Wertpapierabwanderung, ist der Staat, (anstatt sie zu verhindern) auf die Idee verfallen, durch wahnwitzige Notenfabrikation, ständig wieder neue Schulden zu den andern zuhäufen. Die verheerenden Folgen der Notenwirtschaft zeigen sich am meisten im tiefen Valutastand!

Welch entsetzliche Heuchelei und Lüge steckt dahinter, wenn man nun dem „dummen Volk" vordemonstrieren will, die Streiks und die Faulheit der am Hungertuch nagenden Arbeiter seien verantwortlich zu machen, wenn Deutschland zugrunde gehe. Man weiß wahrhaftig nicht, was man mehr bewundern muß, die Unverfrorenheit der bezahlten Preßbanditen, die solche Behauptungen in die Welt hinausposaunen oder die Gleichgültigkeit des Volkes, das sich so elend an der Nase herumführen läßt. Die Arbeiterschaft, die sich in dieser schweren Zeit buchstäblich durch das Leben hindurchhungern und sich jeden Pfennig mehr Lohn erkämpfen muß, um nur das nackte Leben fristen zu können, verantwortlich für die traurige Finanzlage zu machen, ist nicht mehr frivol, sondern verbrecherisch.

Es ist notwendig, auch einen andern Punkt, der bis jetzt von den breiten Massen viel zu wenig gewürdigt worden ist, in Betracht zu ziehen.

Es ist der, den ich den Arbeitern in erster Linie zur Beachtung empfehle: das ist die Warenpreisfrage, die außerordentlich eng mit der Valuta verbunden ist.

Die Warenausfuhr und die Warenproduktion soll die Valuta heben helfen. Nach normalem Menschenverstand sollte man es allerdings für etwas Selbstverständliches halten. — Unter den heutigen Verhältnissen ist es aber ein aufgelegter Schwindel.

Ja, Waren produzieren so viel als möglich, kann den Herren allerdings passen, und das wäre vom gesunden Menschenverstand aus auch zu begrüßen. Aber zu welchem Zwecke wollen denn die Herrschaften eine große Produktion? Um unserm Wirtschaftsleben wieder auf die Beine zu helfen? Wer das glaubt, hat keine blasse Ahnung, wie gleichgültig einem modernen Schieber das allergrößte Elend des deutschen Volkes ist. Nein, die Haupttriebfeder ist persönlicher Gewinn, und wenn das ganze Vaterland darüber zugrunde geht.

Bereits ist die Tatsache zu verzeichnen, daß der deutsche Unternehmer und Kapitalist, ich spreche nur von solchen (ein kleiner Krämer und Heringshändler ist damit nicht gemeint), auf dem Weltmarkt sich durch seine Schmutzkonkurrenz die Feindschaft des internationalen Kapitals sich aufs neue zuzieht. Beweis ist das Dumpinggesetz, das in England und wahrscheinlich in Bälde auch anderswo, wieder zur Einführung gelangen soll.

Wie ist aber die Schmutzkonkurrenz möglich, wo es doch in ganz Deutschland widerhallt von den unerhört hohen, die Industrie ruinierenden Löhnen?

Rechnen wir einmal mit den nackten Tatsachen und Zahlen.

In der Schweiz hat gegenwärtig ein Facharbeiter der Metallbranche einen Stundenlohn von Fr. 1.80 bis Fr. 2.—. Das sind bei dem gegenwärtigen Valutastand 17—19 Mark pro Stunde. Der schweizer Unternehmer berechnet genau wie der deutsche 150—200 Prozent Unkosten und Gewinnzuschlag pro Arbeitsstunde, das sind 34—38 Mark. Der deutsche Arbeitgeber bezahlt hochgerechnet 3—3.40 Mark pro Stunde und 200 Prozent Zuschlag, also hoch gerechnet Mark 7.50. Was ist nun die Folge?

Eine Maschine, die dem deutschen Unternehmer nach deutschem Lohnsatz gerechnet 700 Mark Arbeitslohn kostet, köstet dem schweizer Unternehmer 3400—3880 Mark. Der deutsche Unternehmer ist also imstande, seine Maschine fünfmal billiger zu liefern, will er nicht mehr verdienen wie sein Konkurrent.

Selbstverständlich verkauft er sie nicht fünfmal billiger, sondern so, daß der ausländische Unternehmer schlechterdings nicht mehr konkurrieren kann.

Ebenso verhält es sich mit den Rohstoffen. Wie kürzlich die Presse meldete, **verschieben die vaterländischen Kohlenbarone monatlich 100 000 Tonnen Kohlen nach Holland.** Ebenso war vor einigen Wochen in der Schweizer Presse zu lesen, daß auch nach dort **monatlich 50 000 Tonnen mehr Kohlen** geliefert werden, als vertraglich festgelegt ist! Jetzt wissen wir bald, warum wir frieren müssen!

Nun erhält das Kohlensyndikat für die Tonne Kohlen in der Schweiz 120 Franken, das sind rund 1 100 Mark. **Also der Zentner 55 Mark.** Ebenso ist es mit den andern Rohstoffen. Merkst du nun bald was, lieber Leser? Nun ist leicht der Wink zu verstehen, den der Abgeordnete Gothein gegeben hat, als er dieser Tage den Vorschlag machte, den Kohlenpreis zu verdoppeln! Vom Standpunkt des deutschen Verbrauchers aus ist dies natürlich eine unerhörte Zumutung. Der Kohlenbaron wird deswegen trotzdem nicht die Verschiebungen ins Ausland unterlassen, da er ja, wie auch Gothein zugibt, dort immer noch den zehnfachen deutschen Preis erhält!

Der deutsche Kapitalismus hat nun, wie klar zu sehen ist, ein eminentes Interesse, daß der deutsche Valutastand so tief wie möglich ist, denn um so größer ist sein Gewinn.

Ich will nun noch ein Schulbeispiel geben, das speziell die Münchener Arbeiter und noch mehr die Bierphilister, die in Patriotismus und „Spartakistenbekämpfung" nicht genug leisten können, interessieren wird. Die Münchener Brauereien liefern 12prozentiges Bier nach der Schweiz, das in Zürich z. B. im Faß der Liter 1 Frank kostet; das sind wieder gut 9 Mark pro Liter. Das erhalten die Brauereien. Begreift der Leser nun, warum die Braumagnaten auch immer nach Bierpreiserhöhung schreien.

Ebenso ist es mit den andern Bedarfsartikeln!

Ein Schweizer Arbeiter kauft heute noch mit einem Wochenlohn (wie früher) einen angemessenen Anzug, für nicht einmal einen halben Wochenlohn ein Paar gute Schuhe, für einen halben Stundenlohn ein Pfund gute Seife usw. Und wieviel muß der deutsche Arbeiter für diese Sachen ausgeben? Das brauche ich nicht mehr vorzurechnen.

Aber was ist die Folge dieser verbrecherischen Wirtschaft?

Der deutsche Kapitalismus schafft anstatt Frieden und mit der Zeit wieder Freunde in der Welt, mit seiner infamen Schmutzkonkurrenz wieder Feinde an allen Ecken.

Das könnte uns Proletarier vollständig kalt lassen; aber was uns nicht gleichgültig sein kann und darf, ist, daß **auch das ausländische Proletariat uns deutsche Arbeiter als seinen Schmutzkonkurrenten ansieht.** Und es ist ihm bei oberflächlicher Beurteilung gar nicht zu verdenken. Da das Proletariat in allen Ländern einesteils durch die Schmutzkonkurrenz des deutschen Unternehmers der Arbeitslosigkeit überliefert ist, sorgt auf der andern Seite die kapitalistische Presse in ihren Ländern, um eine Annäherung des Proletariats zu verhindern, dafür, ihm vorzudemonstrieren, daß der deutsche Arbeiter durch seine niedrigen Löhne und seine Ge-

ungsamkeit schuld an seiner Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Elend sei!

Diese Beobachtung hat man in der Schweiz schon gemacht. Der deutsch-schweizerische Arbeiter ist sehr mißtrauisch gegen die Deutschen geworden; ja, es hat schon eine direkte Hetze gegen die deutschen Arbeiter eingesetzt, da er sich auch leider von schweizerischen Unternehmern als Lohndrücker gebrauchen läßt.

Dadurch und nur dadurch ist es möglich, daß das internationale Proletariat auch heute noch den deutschen Arbeiter, wenn nicht als seinen Feind, so doch als minderwertig, mit scheelen Augen ansieht!

Ich könnte nun wohl die Forderung aufstellen, daß der deutsche Arbeiter einen Lohn verlangt, der dem Weltmarktpreis der Arbeitskraft entspricht. Wir müßten also einen Stundenlohn von 15 bis 16 Mark verlangen, um unter den gleichen Bedingungen, wie etwa der Schweizer Arbeiter, leben zu können. Vom praktischen Standpunkt aus wäre es schon deswegen notwendig, weil dann der geldgierigste Kapitalist kein Interesse mehr hätte, die Valuta noch mehr zu drücken. Ich bin überzeugt, dann würden sie bald Raison annehmen. Ich weiß ganz genau, über diesen Vorschlag kann ein braver Spießer einen Ohnmachtsanfall bekommen, oder meine Verbringung nach Eglfing beantragen. Selbstverständlich sehe ich die Unmöglichkeit der Durchführung im heutigen Staate ein. Aber es soll ein Hinweis sein, wie wohl die Schieber und Konsorten Weltmarktspreise verlangen können und dadurch Riesensummen verdienen, der kleine Mann aber erhält nur den vierten bis fünften Teil an Lohn. Die Folge ist eine rapide voranschreitende Verelendung der Massen des deutschen Volkes. Unbestreitbar ist aber, daß von dem Augenblicke an, wo die Arbeitsstunde das gleiche kostet, wie etwa die schweizerische, kein Teufel mehr Interesse daran hat, die deutsche Valuta auf dem heutigen tiefen Stand zu halten. Dann könnten und würden auch der Lohn und die Gebrauchsartikelpreise bald wieder auf ihre natürliche Basis kommen.

Aber gerade die Unwissenheit und nicht zum wenigsten das Phlegma sind es, die es einem internationalen Schiebertum ermöglichen, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Daß der Kampf mit diesem modernen Banditentum außerordentlich schwer ist, ist ohne weiteres klar. Stehen ihm doch alle Hilfsmittel zur Verfügung und besonders die korrupte Presse. Diese wendet alles an, um die Bevölkerungsschichten, die am meisten darunter leiden, nicht zur Besinnung kommen zu lassen.

Der Bauer, der kleine Beamte und der Mittelstand sind infolgedessen leider noch von dem Wahn besessen, nur der „unersättliche" Arbeiter ist an allem Elend schuld.

Der Bauer glaubt steif und fest und schwört alle Heiligen darauf, daß der Arbeiter schuld ist, wenn er für eine Maschine, für die er zuvor 100 Mark bezahlt hat, nun 1000 Mark bezahlen muß. Ebenso der Beamte und Mittelständler, wenn er nun für einen Anzug 800 bis 1000 Mark und für ein Paar Schuhe 250 Mark bezahlen muß. Er bedenkt nicht, daß der Großfabrikant eben den Preis nimmt und verlangt, den er für die Ware im Ausland jederzeit erhält.

Sollte der Wunsch der Landwirtschaft noch erfüllt und die Zwangswirtschaft aufgehoben werden, so müßte das Elend noch größer werden. Wir haben bei Aufhebung der Lederwirtschaft und Freigabe des Hafers gesehen, daß der Preis sofort sich dem Weltmarktspreis angepaßt hat. Dasselbe wäre bei allen Produkten der Fall. Es ist keine Utopie, wenn man flüstern hört, das Pfund Brot komme noch auf zwei Mark. Das sind nach der Valuta in der Schweiz 20 Cts., also normaler Weltmarktspreis! Wenn man nun die ganze Sache überlegt, ist es kein Unsinn, wenn man in diesem Falle auch den Lohn verlangt, der dem Weltmarktspreis entspricht.

Alle die angeführten Umstände können von der heutigen Regierung nicht in geordnete Bahnen geleitet, es kann durch sie nicht Abhilfe geschaffen werden. Erstens fehlt es ihr an gutem Willen überhaupt und auch an der nötigen Autorität gegenüber dem wiedererwachten Spekulantentum, das Volkswohl zu vertreten.

Für dieses Ziel sollten sich unbedingt alle ehrlichen Volksgenossen, nicht zuletzt der Bauer und der Mittelstand, einsetzen. Dazu gehört aber auch gegenseitiges Vertrauen, und nicht der Glaube, daß immer nur der Arbeiter der Schuldige ist. Die Vergifter der öffentlichen Meinung gehören in diesem Kampf kaltgestellt.

Nur fester Wille zur Tat rettet uns vor dem oft genug schon prophezeiten Untergang.

Politische Rundschau

Deutschland

Gegen die Diktatur des freien Handels

Dr. Walter Rathenau hat in der letzten Generalversammlung der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft ein sehr beachtenswertes Referat gehalten, dem wir folgendes entnehmen:

Die entscheidende Wirkung des Krieges ist die der Gütervernichtung, die fünf Jahre andauerte und noch heute nicht beendet ist. Die Gütervernichtung, die größte seit aller Geschichte, erstreckte sich nicht nur auf die Güter des Verbrauchs, sondern auch auf die Produktionsmittel, Verkehrsmittel und auf alles das, was die Welt an sichtbaren Kapitalwerten ansammelte. Da die Bilanz der Güterverhältnisse der Welt eine überaus bedenklich negative ist, ergibt sich daraus ein Prinzip, das an die mittelalterliche Wirtschaft erinnert, nämlich die Umkehr des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, die Umkehr unserer ganzen Handels- und Wirtschaftsverhältnisse. Viele Jahrzehnte war die Produktion gezwungen, für ihre Güter Absatz zu schaffen. Die Produktion mußte dem Konsum nachlaufen. Gegenwärtig ist die Lage umgekehrt. Der Konsum muß auf Jahre der Produktion nachlaufen. Daraus entsteht für uns die Aufgabe, auf der einen Seite die Organisationsapparate zu vereinfachen und auf der anderen Seite die Produktion zu typisieren und dafür zu sorgen, daß die Zersplitterung in unendliche Abstufungen der Typen und Ausführungen sich mindert.

Eine weitere Folge des Güter- und Produktionsmangels ist das dauernde Sinken des Geldwertes. Diese Situation war schon vor Jahresfrist vorauszusehen. Damals war der Augenblick gekommen, um Maßnahmen zu treffen. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Es herrschte der Ruf nach dem freien Handel. Diesem Rufe folgte die deutsche Regierung. Heute stehen wir unter der vollen Diktatur des freien Handels. Das Ergebnis ist die Verschleuderung der deutschen Waren ins Ausland. Es mußte auf der einen Seite ein Ausgleich zwischen Verbrauch und Produktion gefunden werden. Dauernd verbraucht unser Land gewaltig viel mehr als es erzeugt, verbraucht zu Lasten seiner Zukunft, seiner herunterwirtschaftenden Betriebseinrichtungen und der allgemeinen Ausverkäufe.

Die zweite Aufgabe wäre die Verkehrsregulierung an unseren Grenzen; hier wurde nichts vorgenommen. Rathenau sieht eine Besserung nur in einer fortschreitenden Konzentration, Vereinfachung und Verwissenschaftlichung des Produktions- und Vertriebsprozesses.

Diese Bedingungen werden aber nur im Sozialismus restlos erfüllt, es wäre erfreulich, wenn Rathenau, der die Vorbedingungen zum Sozialismus so klar sieht, auch noch bis zu dieser Stufe der Erkenntnis käme. Für diese scheinsozialistische Regierung aber bedeuten Rathenaus Ausführungen die Bankrotterklärung ihrer Wirtschaftspolitik. Offen und einwandfrei wird hier gezeigt, daß diese Regierung, bewußt oder unbewußt, nur die Geschäfte der Schieber und Schleichhändler besorgt hat. Das Proletariat wird nur noch mehr bestärkt in seiner Forderung: „Durch Diktatur zum Sozialismus!"

Das Ende des Amtsgeheimnisses

Der ehemalige Ministerpräsident Scheidemann hat in letzter Zeit mehrfach zu Agitationszwecken gegen unsere Partei unter Verletzung des Amtsgeheimnisses Mitteilungen aus den Kabinettssitzungen der sechs Volksbeauftragten gemacht. Es war bezeichnend, daß die Regierung, die sonst aufs eifrigste darüber wacht, daß aus ihren Geheimsitzungen kein Wort an die Oeffentlichkeit dringt, zu der Scheidemannschen Verletzung des Amtsgeheimnisses schwieg. Jetzt erbringt der Vorwärts den Beweis, daß die Regierung selbst das nötige Material für diese Verletzung des Amtsgeheimnisses geliefert hat. Er veröffentlicht im Wortlaut einen Teil eines Protokolls über die Kabinettssitzung vom 19. November 1918 und erwähnt die Beschlüsse und den Inhalt einer Kabinettssitzung vom 9. Dezember 1918. Er betont ausdrücklich, daß das erste Protokoll der Redaktion vorgelegen habe. Da die Kabinettsprotokolle geheim sind und stets nur in zwei Exemplaren hergestellt werden, die der Unterstaatssekretär der Reichskanzlei persönlich unter Verschluß hält, so ist die Veröffentlichung dieses Kabinettsprotokolls nur möglich mit Hilfe der Reichsregierung. Auf eine Frage danach hat der Regierungsvertreter der Reichsregierung keine Antwort zu geben gewußt. Damit gibt die Regierung zu, daß sie selbst dem Vorwärts geheime Kabinettsprotokolle zur Veröffentlichung gegeben hat. Das ist um so sicherer, da es gar keinen anderen Weg gibt, auf dem der Vorwärts und die Korrespondenz des Herrn Heilmann in den Besitz dieser Protokolle gekommen sein kann. Die Regierung lehnt auch eine Nachforschung in dieser Angelegenheit ab. Sie weiß ja wohl warum. Es muß deshalb festgestellt werden, daß von amtlicher Seite hiermit das Amtsgeheimnis verletzt wird, daß die Regierung selbst ihre Beihilfe zur Aufhebung des Amtsgeheimnisses leiht. Sie legt also offenbar keinerlei Wert mehr auf die Geheimhaltung der Vorgänge in den Kabinettssitzungen, soweit sie der Vergangenheit angehören. Angesichts dieser Tatsache und der mit Hilfe von Entstellungen immer heftiger werdenden Agitation der Rechtssozialisten erwächst nunmehr denjenigen unserer Parteigenossen, die aus eigener Erfahrung über die Vorgänge in den Kabinettssitzungen aus der Zeit der Volksbeauftragten orientiert sind, die Pflicht, ihrerseits das Material zur Verfügung zu stellen, das die Entstellungen der rechtssozialistischen Agitation widerlegt und die ganze Wahrheit an den Tag bringt. Von ihrer Amtsverschwiegenheit hat sie die Reichsregierung durch die Veröffentlichung geheimer Kabinettsprotokolle im Vorwärts selbst entbunden.

Der Syndikalisten-Tag

Am Sonnabend vormittag trat der 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und der ihnen angeschlossenen Vereine zusammen, um den Zusammenschluß zu einer Freien Arbeiterunion Deutschlands zu vollziehen.

Den Verhandlungen gingen Vorträge eines Sängerbundes voraus, dann sprach der im Ausland, namentlich in Frankreich und Amerika bekannte syndikalistische Propagandist Rocher über das bisherige Wirken und die Aussichten des Syndikalismus. Er betonte, daß die Stimmung auch der ausländischen Sozialisten gegen Deutschland nicht die freundschaftlichste sei. Es sei freilich in Kürze auch dort ein Umschwung zu erwarten. Ausführlich schilderte der Redner, wie der Syndikalismus in den romanischen Ländern ein Verschwörerdasein führen mußte. Er zog daraus die seltsame Folgerung, daß die alte deutsche Arbeiterbewegung, die auf zentraler Grundlage aufgebaut sei, untergehen müsse. Der Syndikalismus sei heute noch in der Minderheit und seine Stunde noch nicht gekommen. Aber alles dränge auf die Entscheidung. In Italien stehe durch das Einwirken Malatestas die Revolution unmittelbar bevor, in Spanien tobe der Generalstreik, in den skandinavischen Ländern und in Amerika wachse die radikale Bewegung von Tag zu Tag. Die Losung laute: „Heraus aus den Parteiorganisationen in die Betriebsorganisationen!"

Nach der Bildung des Bureaus, als dessen Vorsitzende Nerwig-Köln und Barwich-Berlin gewählt wurden, wurden Beschlüsse gefaßt, die sich für Sowet-Rußland aussprechen und Stellung gegen die Verteuerung der Lebensmittel nehmen. Die Verhandlungen gehen weiter.

Der Mecklenburger Abfindungsskandal

Zu dem Mecklenburger Afindungsskandal, über den wir vor einigen Tagen berichteten, wird uns von unserem Berliner Korrespondenten noch geschrieben:

Bis zur Revolution waren die Mecklenburg-Schweriner

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

56]

Er erwachte dann jäh, denn eine Hand griff in seine Brusttasche.

Herta stand im Morgenrock vor ihm und wollte ihm den Browning entreißen, den sie in der Brusttasche seines Fracks entdeckt hatte.

Mit eisernem Griff hinderte er das.

„Die Waffe bleibt bei mir."

Er sah auf die Uhr:

„Neun."

Ein Bad, das Herta ihm anbot, lehnte er ab.

„Hast wohl Angst, daß ich dir inzwischen weglaufe?"

„Vielleicht."

Er ließ sich ihren Koffer zeigen und überwachte das Verpacken der Sachen. Es stellte sich heraus, daß Herta für die Reise noch verschiedene Dinge nötig hatte. Diese einzukaufen sollte die Zeit von zwölf bis zwei genützt werden. Ebenso die Besorgung der Schlafwagenkarten.

Als Herta von dem Russen anfing, um sich wegen ihres gestrigen Verhaltens zu entschuldigen, wehrte Jordan kurz ab.

Die Einkäufe wurden besorgt, gleich im Automobil mitgenommen und verpackt. Gemeinsam brachten dann beide, Herta und Jordan, den Koffer zum Potsdamer Bahnhof. Das erste Ziel der Reise sollte Paris sein. Dann aßen sie in einem stillen, feinen Lokal zu Mittag und fuhren in Hertas Wohnung zurück.

Es war diesen ganzen Tag über eine feindliche Einsilbigkeit zwischen den beiden Menschen. Jordan belauerte jede Miene des Mädchens und glaubte, den Ausdruck verschlagener Hintergedanken in jedem ihrer Blicke zu lesen, in dem Verziehen ihres Mundes, in dessen Winkeln Trotz und Hinterlist spielten. Immer wieder fühlte er nach seiner Waffe, als erwarte er, sie plötzlich doch noch brauchen zu müssen.

Hertas Unterhaltung beschränkte sich auf spöttische Bemerkungen über Jordans Frack, mit dem er sich am lichten Tage wie ein Oberkellner im Restaurant hier beim Mittagessen zeigte. Sie höhnte über den unfrischen Kragen, die mitgenommene, nicht mehr sehr weiße Binde und die melancholisch anmutenden Manschetten.

Er lehnte es schroff ab, nach Hause zu fahren und sich umzukleiden. Das wollte er erst für den Abend tun, kurz bevor man zum Bahnhof fuhr.

Immer wieder dachte er nach, ob er nicht etwas vergessen, nicht etwas Wichtiges vor seiner Flucht zu ordnen vergessen hatte, immer wieder fiel ihm irgend etwas ein, und stets von neuem ging er zum Schreibtisch und schrieb. Herta hatte sich nachmittags wieder hingelegt, nur um diesem drückenden, drohenden Schweigen, das zwischen ihnen war, zu entgehen. Endlich — endlich war die Stunde da.

Jordan half Herta in den Reiseulster, dann schlossen sie die Wohnung ab, gaben den Schlüssel an den Portier und fuhren in sinkender Abenddämmerung bei Jordans Wohnung vor, wo dieser sich rasch zur Reise umkleiden wollte.

Herta wollte mit hinaufgehen, um, wie sie sagte, diese Räume zum Abschied einmal wenigstens zu sehen. Jordan wehrte entschieden ab.

Noch einmal und sehr dringend bat Herta darum, die Wohnung sehen zu dürfen.

Jordan blieb bei seinem Nein.

Herta sollte die fünf Minuten drunten im Wagen warten.

Er käme auf der Stelle wieder herunter . . .

Hastig stieg er aus und eilte die Treppen hinauf

Zehntes Kapitel.

Frau Rosalinde Jordan hatte mittlerweile böse Tage.

Sie saß in B . . . und wartete auf ein Lebenszeichen ihres Mannes.

Ihr Bruder, der Fürstbischof, war ein sehr kühler Herr, mit Geschäften überhäuft, die er sich möglichst erschwerte, weil er jeder seiner Amtshandlungen weltgeschichtliche Bedeutung zumaß und den Ehrgeiz hatte, seine Vatikanfiliale zu einer Kopfstation für diplomatische Beziehungen und zu einem Knotenpunkt klerikalpolitischer Interessen zu machen.

Er sah es als ein Opfer an, der Schwester während ihres Aufenthaltes in B . . . . zwei viertelstündige Audienzen zu gewähren. Diese Zeit, brüderlicher Beratung eingeräumt, dünkte ihn fast ein Raub am Kirchengut.

So kostbar waren seine Minuten.

Bei ihrem ersten Besuch begrüßte er die Berliner Schwester reichlich verstimmt.

Allzu unzeremoniell war sie ihm in seinen Erzbischofssitz hineingeschneit. Hatte offenbar keine schwache Ahnung von dem Tagesprogramm eines modernen Kirchenfürsten, dessen Diözese in zwei Kaiserreiche sich hineinerstreckte, und der — eine staatsrechtliche Sehenswürdigkeit in der Welt — einem preußischen sowie einem österreichischen Parlamente als Mitglied zugehörte.

Nicht genug an dem, verlangten Kaiser und Könige häufig seinen Rat in wahrlich nicht leichtzunehmenden Dingen.

Zu einem solchen Instrumente der Vorsehung sandte diese Schwester aus Berlin eines schönen Tages ganz einfach ihre Visitenkarte hinein — während doch Bischöfe mindestens vier Wochen bevor sie das fürstbischöfliche Antlitz zu schauen begehrten, in tadellosem ciceronianischem Latein eine gesiegelte und betroddelte Bulle an das Sekretariat in B . . . richten mußten, das erst nach mehrfachem eilbrieflichen und telegraphischen Drängen sich dann herbeiließ, dem Dezernenten für Audienzen, einem dicken Kapuzinerpater, das in purpurroten Sammet gebundene Aktenfaszikel anzuvertrauen, durch welches Eminenz bewogen werden sollten, die Stunde für den bischöflichen Empfang anzusetzen, wozu der Fürstbischof beim besten Willen nicht immer die Möglichkeit fand.

Ohne jedweden Respekt vor der schwierigen Technik des Aufbaues der Tagesprogramme erschien also diese Schwester in den Vorzimmern, während gerade der größte fürstliche Grundbesitzer der Provinz drinnen seinen Kniefall vor Seiner Eminenz tat.

Die Schwester begehrte reichlich energisch sofortigen Einlaß bei „ihrem Bruder".

Lakaien, Patres, Beichtväter, Audienzerwartende, Kuriere und Sekretäre standen draußen einfach Kopf unter dem Gewölbe der Vorzimmer über diese resolute Dame, die wie Tonnengewölbe über den Haufen rannte und von drei stämmigen Lakaien nur unter Anwendung von Brachialgewalt daran gehindert werden konnte, Seiner Eminenz fürstbischöfliches Privatkabinett, sozusagen das Allerheiligste, zu stürmen.

Sie erreichte bei dem kopflos gewordenen höheren und niederen Klerus vom Dienste immerhin so viel, daß sogleich nach erfolgter Entlassung Seiner Durchlaucht, des soeben frisch gesegneten Fürsten, die Karte der fürstbischöflichen Schwester Seiner Eminenz unterbreitet wurde.

Fürstbischöfliche Gnaden waren peinlichst berührt. Peinlichst. Solche Ueberrumpelungen nannten sie geradezu.

Obendrein konnte es sich nun um Familienverwickelungen nicht über die Maßen liebte, handeln, die der Kirchenfürst auch nicht über die Maßen liebte. Na — die Welt war ohnedies aus den Fugen — und so mußte die Abordnung vom Kloster des Heiligen Mauritius, die draußen — mit Fahnen sich — den Abt an der Spitze schon zum Empfange geordnet hatte, warten.

Mit einem tiefen Seufzer überflog Seine Eminenz die Liste der heute noch zu erteilenden Empfänge und winkte dann hereingeführt,

Die Frau Schwester aus Berlin wurde . . . worden, brach sofort, nachdem die Türen hinter ihr geschlossen, Minuten in einen Weinkrampf aus, der unwiederbringliche sechs . . . er unglücklich fruchtlos verschlang, bis sie sich endlich zu einer . . . lichen ständlichen, wort- und tränenreichen Schilderung ihres ehelichen Ungemachs herbeiließ und auf der Stelle ein Einschreiten des Fürstbischofs verlangte.

(Fortsetzung folgt.)

Großherzöge in ständigen Geldnöten, sie mußten sich dauernd als Bittsteller bei der in Mecklenburg regierenden Ritterschaft einstellen. Diese benutzten die Finanznöte der Großherzöge stets zur Erweiterung der ritterschaftlichen Macht. Der Landtag hat nunmehr dem abgedankten Friedrich-Franz und seiner Sippe mit einem Schlage aus allen Geldverlegenheiten geholfen. 6 Millionen Mark in bar, 4 Güter im angeblichen Gesamtwerte von etwa 2 Millionen Mark, 3 Forsten (Wert 1 Million), das Ludwigsluster Schloß mit einer Unzahl Nebengebäuden, 2 Palais, 4 Wohnhäuser und eine ganze Anzahl weiterer Gebäude und Grundstücke sind dem Großherzog zugesprochen. Der Wert der Güter und Forsten ist in dem Auseinandersetzungsvertrag — um das Volk zu täuschen — viel zu niedrig eingesetzt. Grambow ist z. B. mit 1 Million bewertet. Dabei hätte vor dem Kriege die Ritterschaft dem Großherzog aus Staatsmitteln 2 Millionen bewilligt, damit er das Gut erwerben konnte. Nach allen Gesetzen der Logik handelte es sich bei der Ueberlassung des Gutes um eine Verschenkung von Landeseigentum. Der Forst Heiligendamm ist bei den ungeheuren Holzpreisen gerechnet zum Werte von 0,00 Mark. Den Mitgliedern der großherzoglichen Familie werden weiter jährlich 285 000 Mark Apanagen gezahlt, dem Herzog Paul Friedrich außerdem die Schulden, die er bei einheimischen kleinen Gewerbetreibenden (Likörfabrikanten) gemacht hat. Sofern durch vom Reiche oder vom Lande erhobene Vermögensabgaben, Einkommen- und Vermögenssteuern das Einkommen unter eine festgesetzte Grenze sinkt, sind dem Großherzog diese Steuern aus Landesmitteln zu ersetzen. Ueber die Güter, Forsten, Grundstücke kann der Großherzog freihändig verfügen. Er kann sie zu Spekulationsobjekten machen. Der Staat übernimmt die Hälfte der Pensionen und Hinterbliebenengelder der längst entlassenen Hofbeamten. Der Großherzog erhält besondere Jagdgerechtsame usw. usw.

Das hat sich der lange Friedrich-Franz, als er im November 1918 angstschlotternd die Verzichturkunde unterzeichnete, nicht träumen lassen. Und die sozialdemokratische Fraktion im Landtage? Sie stimmte — — gegen die Abfindung! 32 bürgerliche Abgeordnete und 32 Noskeabgeordnete zählt der Schweriner Landtag. Trotzdem fand der Abfindungsantrag Annahme. Der rechtssozialistische Finanzminister Asch hatte erklärt, daß er demissioniere, wenn die Vorlage abgelehnt würde.

Der rechtssozialistische Landtagspräsident, Parteisekretär Kröger, wußte durch allerhand Schieberpraktiken das Land vor diesem Unglücke zu bewahren. Er überrumpelte die wenigen Rechtler, die Gegner dieser Art von Abfindung waren, indem er die Abstimmung unvermutet auf die Tagesordnung setzte. Und er sorgte dafür, daß bei der Abstimmung **soviel Noskesozialisten den Saal verließen, daß die bürgerlichen Abgeordneten die Mehrheit erhielten.** Der Rest der Rechtssozialisten durfte, um das Dekorum zu wahren, gegen die Vorlage stimmen.

Wenn nun auf Kosten der Allgemeinheit die Schweriner abgedankten Hogeiten ein üppiges Leben führen können, dürfen sie sich mit Fug und Recht bei den Abhängigen bedanken!

Was im neuen Deutschland möglich ist

Die westfälische Stadt Unna liegt im agrarischen Gebiet mit überwiegend frommen Zentrumsbauern. Die Bevölkerung Unnas wurde sehr beunruhigt, weil die Bauern keine Lebensmittel ablieferten. Mitglieder des Arbeiterrates erhielten vom Bürgermeister die Erlaubnis, auf dem Lande Lebensmittel zu requirieren. Mit dem behördlichen Berechtigungsschein versehen, in Begleitung eines Gendarmen, ging eine Schar Unnaer auf die Lebensmittelsuche aufs Land. Die Bauern wollten meist gutwillig nichts herausgeben, schließlich aber hatten die Unnaer aber doch eine Menge Lebensmittel, Kartoffeln und Getreide auf mitgebrachten Wagen verstaut, und die Bauern ihre Bescheinigung, daß die Lebensmittel von der Stadt Unna bezahlt würden. Die Unnaer rüsteten sich zum Heimweg, als die Sache eine schlimme Wendung bekam. Plötzlich erschien die bewaffnete Bürgerwehr des benachbarten Städtchens Fröndenberg mit dem Gendarm an der Spitze, um die Lebensmittel zu sichern, die Fröndenberg schon für sich mit Beschlag belegt hatte. Zwischen den beiden Parteien entstand Streit, der bald in Tätlichkeiten und in ein regelrechtes Gefecht ausartete. Die Kämpfenden verschanzten sich und bald entstand eine wilde Schießerei. Der Kampf tobte lange, bis schließlich auch noch die Bürgerwehren anderer Städtchen eingriffen. Glücklicherweise machten die meisten Kugeln nur Löcher in die Luft, aber ein Mann blieb doch tot auf dem Platze und verschiedene wurden verletzt.

Und das alles, weil die frommen Bauern sich weigern, Lebensmittel an die Stadt abzuführen und sie lieber an Schleichhändler ablassen.

Rußland

Der Bolschewiki-Vormarsch in Sibirien

Aus Moskau wird berichtet, daß die Roten Truppen in der Gegend von Tomsk einen heftigen Angriff ausführten. Sie eroberten den Bahnhof Taiga, machten zahlreiche Gefangene und erbeuteten 2 Panzerzüge, 50 Kanonen, eine große Anzahl Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial. Tomsk ist geräumt worden.

Der Pariser Vertreter der Genfer Feuille hatte Gelegenheit, sich mit einem aus Sibirien zurückgekehrten französischen Offizier über die dortigen Verhältnisse zu unterhalten. Der Offizier erklärte, daß, abgesehen von den Soldaten und einer kleinen Anzahl des Bürgertums, die gesamte Bevölkerung die Rückkehr der Bolschewisten wünsche. Wenn es den Roten Truppen gelinge, sich den Weg nach Sibirien freizumachen, so würden sie ohne Zweifel als Retter empfangen werden. Die französischen Truppen in Sibirien seien viel zu gering, um irgend etwas ausrichten zu können. Die Truppen Koltschaks seien völlig demoralisiert und ihre Offiziere dem Trunke ergeben. Das ganze Unternehmen Koltschaks müsse als beendet betrachtet werden, und die Verbündeten hätten ihn bereits endgültig fallen gelassen. Auch Denikin werde ohne Zweifel das gleiche Schicksal erleiden.

Taiga ist die Station der großen transsibirischen Bahn, von der aus eine Zweigbahn nach der am Fluß Om, einem Nebenfluß des Ob, gelegenen Stadt Tomsk, der Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements, führt. Tomsk ist, obwohl es nur eine mittelgroße Stadt ist (es hatte 1900 nur ca. 60 000 Einwohner) doch kulturell der bedeutendste Platz Sibiriens, denn es hatte die einzigen Hochschulen, die es in Sibierien gab, nämlich eine Universität und eine technische Hochschule. Die Roten Truppen, die erst vor kurzem Nowo-Nikolajewsk erobert haben, haben nun, indem sie so schnell nach Taiga kamen, einen weiteren bedeutenden Vorstoß nach Osten gemacht. Von der Eisenbahnstrecke Omsk—Krasnojarsk befindet sich nun schon mehr als die Hälfte in den Händen der Bolschewisten.

Nach einer weiteren Moskauer Nachricht ist die Verbindung mit der Amurlinie vollkommen abgeschnitten. Auch aus Blagoweschschensk fehlt jede Nachricht, da es sich gleichfalls in den Händen der Aufständischen befindet. Im Lager von Chabarowsk haben sich die deutschen und ungarischen Kriegsgefangenen erhoben. Unter den tschechischen und amerikanischen Soldaten läßt sich eine außerordentlich feindselige Haltung gegen die Regierung Koltschaks feststellen.

Polen

Die Gärung in Polen

Die neue Regierungskoalition im Polnischen Landtag hat sich zu folgendem Programm bekannt: 1. Die Bildung des Zweikammersystems mit einem Landtag und einem Senat (Herrenhaus). Die Wahl des Präsidenten der Republik wird durch die vereinigte Sitzung der beiden Häuser vorgenommen. 2. Hinsichtlich der Agrarreform wird die Aufhebung der Verstaatlichung der Wälder erstrebt, ferner die Vergrößerung des Besitzminimums entgegen bereits angenommenen Bestimmungen.

Die neue Regierungsmehrheit hat ein noch reaktionäreres Aussesen als die alte. Die Umbildung des Warschauer Kabinetts vermag das Anwachsen der revolutionären Bewegung in Polen nicht aufzuhalten. Die Berichte aus der Provinz in den Warschauer Blättern stimmen darüber überein, daß, durch den Lebensmittelmangel veranlaßt, allenthalben die Hungerkrawalle fortdauern und einen politischen Charakter angenommen haben. In welchem Umfange die Lebensmittelnot in den polnischen Industrierevieren Platz gegriffen hat, beweisen die Telegramme, die täglich in den Ministerien einlaufen und die überwiegend ultimativen Charakter tragen. So telegraphierte der Magistrat in Lodz: Unter den Zehntausenden von Arbeitslosen wächst wegen der wahnsinnigen Spekulation und Teuerung die politische Gärung. Brot auf Karten ist nicht mehr zu bekommen, für Brot ohne Karten werden unerhörte Preise gefordert. Im Namen der ausgehungerten Massen, die eine drohende Haltung einzunehmen beginnen, fordern wir die sofortige Sendung der fehlenden 230 Waggons Mehl, sowie die Zusicherung weiterer Lebensmitteltransporte. Wie die Vertreter der Lodzer Konsumvereine erklärten, gewinnt unter den Arbeitern die Agitation an Boden, in Massen aufs Land zu rücken und die Bauern zur Herausgabe des Lebensmittelkontingents für die hungernde Bevölkerung zu zwingen. Die revolutionäre Bewegung greift immer mehr um sich.

In und um Elbing

Eine Antwort an die Schichaudirektion

Auf die Ausführungen der Firma bezüglich der Verlegung der Hauptleitung nach Danzig antwortet der Betriebsarbeiterrat wie folgt:

In der Nr. 55 der Elbinger Volksstimme versucht die Firma F. Schichau den Beweis zu erbringen, daß ihre leitenden Beamten fortgesetzt von den jugendlichen Arbeitern bedroht worden sind, trotzdem sei von der Stadt nicht der gewünschte Schutz zu bekommen gewesen. Daher habe sich die Firma gezwungen gesehen, die Zentralleitung nach Danzig zu verlegen. Wir möchten bei unseren Mitbürgern kein falsches Bild aufkommen lassen, darum wollen auch wir die Vorgänge bei der Firma Schichau in recht kurzen Worten schildern. Als am 9. November 1918 die Revolution einsetzte, ging ein Aufatmen durch die Scharen der Schichauarbeiter, nicht nur bei den Jugendlichen. Die ganze Erbitterung der verflossenen Jahre, besonders der Kriegsjahre, hervorgerufen durch die rücksichtslose Behandlung der Arbeiter, kam nun zum Durchbruch. Das kleine Häuflein organisierter Kollegen hatte in diesen Tagen einen schweren Stand. Alle Beredsamkeit mußte aufgeboten werden, um die große Erbitterung der Arbeiter in geordnete Bahn zu bringen. Und nun denke man sich: **Alle übrigen deutschen Seeschiffswerften arbeiteten zu neuen Lohnbedingungen. Eine Ausnahme machte, wie üblich, die Firma Schichau.** Der Arbeiterausschuß kam immer wieder mit leeren Händen aus den Verhandlungen mit der Firma zurück. Wenn man in solcher Weise mit den Arbeitern verfährt, in einer Zeit, wo die Revolution sich im Anfangsstadium befindet, dann ist es zu verstehen, wenn die Arbeiter demonstrativ vorgehen. Und wenn dabei ein Direktor den Arbeitern in die Hände fällt, der **vor etwa 12 Monaten die Soldaten auf die Arbeiter hetzte mit den Worten: „Da steht noch so eine Horde! Herr Leutnant, treiben Sie dieselben auseinander!“** und sie ihn verprügeln, dann kann man auch dieses verstehen. Wenn ferner einige Beamte durch die Arbeiter aus dem Betriebe entfernt worden sind, weil sie sich durchaus nicht an die neuen Verhältnisse gewöhnen konnten, auch noch andere schöne Eigenschaften während der Kriegsjahre gezeigt hatten, an deren Folgen heute noch Kinder und Mütter tragen, so ist auch diese Handlungsweise der Arbeiter zu begreifen. Schaden ist der Firma dadurch nicht entstanden. **Von dieser Beamtengruppe waren im Betriebe soviel vorhanden, daß die Firma im August noch 10 Kündigungen ergehen lassen mußte.** Das sind nun die schweren „Verbrechen“, die sich die Arbeiter in den ersten Monaten der Revolution zuschulden kommen ließen. In andern Städten und Betrieben sah es anders aus. Die Besonnenheit der Elbinger Arbeiter verdient alle Achtung. Die übrigen Vorgänge oder Demonstrationen richteten sich gegen die Stadtverwaltung bezw. Regierung. Sie sind hervorgerufen durch Lebensmittelmangel. Nicht nur Schichauarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft Elbings waren beteiligt. Daß die Demonstration der Schichauarbeiter am 8. Dezember vor dem Verwaltungsgebäude eine friedliche war, und zu welchem Zweck sie gemacht wurde, daß der ganze Vorgang zirka 20 Minuten dauerte und daß kein Beamter im Verwaltungsgebäude war, haben wir bereits berichtet. Die „Knüppel und Revolver“, die man wieder gesehen haben will, betrachten wir als eine Erscheinung ängstlicher Gemüter. Es soll ja Leute geben, die sich ja nur dann wohl fühlen, wenn sie auf ihrem Arbeitstisch ein kleines Maschinengewehr mit der nötigen Bedienung stehen haben. Wir sind anderer Ansicht. Richtige Beurteilung der jetzigen Zeit, gegenseitiges Vertrauen und Entgegenkommen, werden beide Teile weiter bringen als Soldaten und Maschinengewehre. Vor ihren Arbeitern brauchte die Zentralleitung nicht zu fliehen. Damit wollen wir es für diesmal genug sein lassen. Sollten wir aber durch weitere Aeußerungen der Firma genötigt werden, so werden wir auf jeden angeführten Punkt einzeln eingehen.

Der Betriebsarbeiterrat der Firma F. Schichau.

Bei den Ausführungen der Schichaudirektion wird man das Gefühl nicht los, daß sie aus bestimmten Gründen nach Gründen sucht. Von den acht Fällen, die sie angeführt und zu denen sich der Betriebsarbeiterrat oben äußerte, spielen sich nicht weniger als fünf in den ersten Wochen der Revolution und nur drei im letzten Halbjahr ab. Die Vorgänge sind stark aufgebauscht. **In den 14 Monaten seit dem Beginn der Revolution ist in Elbing durch Ereignisse, die mit der Revolution in Zusammenhang standen, nicht ein Mensch getötet oder verwundet worden. Keine Verwüstungen oder Massenplünderungen trugen sich in Elbing zu.** Die Direktion der Schichauwerke scheint Zeitungen nicht zu lesen. Andernfalls würde ihr bekannt sein, daß es in vielen Gegenden Deutschlands, man darf sogar sagen, den meisten Gegenden Deutschlands, nicht so gemütlich hergegangen ist. Selbst kleinere Städte, wie Landsberg a. W., Frankfurt a. O. und andere, sahen bewegtere Tage; von Berlin, Westfalen oder Schlesien ganz zu schweigen. Der Redakteur der Elbinger Volksstimme hatte als Beigeordneter des ehemaligen Oberpräsidenten v. Jagow oft genug Gelegenheit, über die Sicherheitsverhältnisse der verschiedenen Städte Westpreußens mit diesem Manne, der ein Diener des alten Systems und hochkonservativ war, zu verhandeln. Herr v. Jagow hat wiederholt geäußert, um Elbing wäre ihm nicht bange. Besorgnis habe er ob der Entwicklung der Dinge in den Kreisen Strasburg und Schwetz, weil die dortige Bevölkerung sehr rückständig sei. Die Elbinger Sozialdemokraten würden schon die Ordnung und die Sicherheit aufrecht erhalten. Und merkwürdig! Gerade in den Tagen, wo die meisten Bedrohungen vorgekommen sein sollen, hat sich Herr Carlson nicht an die Staatsbehörden um Schutz gewandt. Also ist sein jetziger Hilferuf durchsichtig genug: er soll ein Mäntelchen sein, die wahren Gründe der Uebersiedlung, die man in Transaktionen finanzieller Art suchen darf, zu verschleiern. Die Elbinger Arbeiterschaft hätte wirklich nicht verdient, von der Direktion einen solchen Fußtritt zu erhalten.

Oder glaubt die Direktion wirklich, sie sei in Danzig sicherer geborgen? Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, welchen Vulkan gerade Danzig darstellt. Diese Stadt wird in den nächsten Jahren soziale Kämpfe heftigster Art erleben. Und zu befürchten steht leider, daß diese Kämpfe im Zeichen nackter Gewalt ausgetragen werden. Die Danziger Arbeiterschaft ist nicht so diszipliniert wie die Elbinger. Das alles muß die Direktion so gut wissen, wie jeder andere das weiß. Wenn sie dennoch nach Danzig geht, ist das ein Zeichen, daß andere Motive als die Furcht um Leib und Leben sie treiben.

Blieben noch einige Worte über die terrorisierten Beamten der Frma zu sagen. Herrn Carlson dürfte bekannt sein, daß ein Teil des Beamtenmaterials, speziell aus den Tagen Schichaus und Zieses, nicht das beste war. Wir brauchen garnicht so weit gehen, um an jenen Werkmeister zu erinnern, dessen „Schwägerin“ ein Wäschegeschäft besaß und bei dem gerade die Leute, die Blusen und Hemden aus diesem Geschäft trugen, bei der Einstellung und der Akkordberechnung auffällig bevorzugt wurden. Es ist auch nachher genügend vorgekommen. Jene Beamten, die unter dem Zwange der Arbeiter die Fabrik verließen, hatten die Arbeiter während des Krieges in schofelster Weise behandelt. An der Front haben deutsche Soldaten ihren Peinigern mit der Offizierstresse ganz anders aufgespielt, als die Revolution losbrach. Herr Carlson sollte auch hier gerechter abwägen. Gegen jene Ingenieure und Meister, die die Arbeiter gerecht behandeln, ist nie der Versuch einer Gewalttat gemacht worden. Noch eins zum Schluß: Als das alte System zusammenbrach, hatten auch die Elbinger Arbeiter 4½ Jahre Belagerungszustand hinter sich. Das heißt viereinhalb Jahre, in denen sie sich durch keine Zeitung, durch keine Versammlung über die politische Lage unterrichten konnten. Fremde Arbeiter waren hier, jugendlich herangewachsene, die politisch überhaupt keine Anschauungen hatten. Wie sehr die Dinge sich geändert haben zeigt der Ausfall der Stadtverordnetenwahl. Von 8000 gingen die Rechtssozialisten auf 2400 zurück; die Kommunisten schmolzen in ihrer Organisation von 1000 auf 300 zusammen. Genosse Rudnitzki, der vor einem Jahre mißhandelt wurde, hat nicht nur mit die höchste Stimmenzahl erhalten, die überhaupt für einen Stadtverordneten je in Elbing abgegeben wurde, er ist zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Und die Elbinger Arbeiterschaft hat im eigenen Hause eine eigene Zeitung die viele tausend Bezieher zählt. So dokumentierte sich auch äußerlich die große Wandlung. Die Elbinger Arbeiterschaft wird ihr Recht mit Entschiedenheit wahren. Elbing wird im Osten immerdar eine rote Hochburg sein, wie Lille in Frankreich, Gent in Belgien und Leipzig, Halle und Erfurt in Mitteldeutschland es sind. Aber das Elbinger Proletariat wird nie zu planlosem aberwitzigen Zerstören schreiten, nie wirtschaftliche Werte in unsinniger Weise vernichten. So gut wie die Elbinger Arbeiterschaft das Rathaus in Besitz nahm, so sicher kommt der Tag, wo einst die Schichauwerke, die Löfer- und Komnikfabriken Volkseigentum werden. Das wird in völlig gesetzlicher Weise vor sich gehen, wenn die Stunde erfüllt ist. Und wenn Herr Carlson etwa meint, als Ausländer — denn das ist er als Danziger doch nun für uns — sich davor zu sichern, irrt er. Mit dem Augenblick, wo in London und Paris die roten Fahnen fliegen, kracht die Polenrepublik und der Freistaat Danzig zusammen. Der Tag wird kommen, eh' ihr's denkt. —

Unser Roman

In einigen Tagen geht „Staatsanwalt Jordan“, unser gegenwärtiger Roman, zu Ende. Ihm wird eine historische Novelle von Adolf Stein, Die Wiedertäufer, folgen, von der wir hoffen, daß sie das Interesse der Leser in gleicher Weise fesseln wird.

1535 wars. Da standen auf den Wällen der festen Stadt Münster 1500 Kommunisten im Kampfe mit 8000 bischöflichen Landsknechten. Die „Wiedertäufer“ nannte man sie, denn sie verwarfen die Kindertaufe, weil von ihr nichts in der Bibel stände. Die Erwachsenen unterrichteten sie in ihrer Lehre, tauften sie und nahmen sie in ihre Gemeinschaft auf, die in Mitteleuropa damals viele Zehntausende Anhänger zählte. Was sie erstrebten, war der Kommunismus der Bibel. In Münster waren sie zur Herrschaft gelangt. Und nun hielt das bischöfliche Heer die Stadt umklammert, in der der Hunger wütete. Sechzehn Monate hielten die Wiedertäufer stand. Sie waren zuletzt so ausgehungert, daß sie Schuhe kochten und den Kalk von den Wänden kratzten. Hunderte waren dem Hunger erlegen, andere wahnsinnig geworden. Dann fiel die Stadt durch Verrat. Jan von Leyden, Knipperdolling und Krechting, die Führer der Wiedertäufer, starben, durch glühende Zangen zerrissen,

auf dem Schaffott. Ihre Leichname wurden in eisernen Käfigen an dem Turm der Lambertikirche aufgehängt, wo sie Jahrzehnte hindurch hingen. Die Wiedertäufer wurden erbarmungslos mit Schwert und Feuer ausgerottet. Sie mußten sich in Einöden bergen und waren ihres Lebens nie sicher. Das alles ist nicht erdichtet, sondern hat sich wirklich zugetragen. Ein trauriges Bild aus der Geschichte vergangener Zeiten.

Vierzig Jahre nach dem Fall Münsters spielt Sterns Novelle. Der geld- und machtstolze Hamburger Ratsherr durchstreift mit einem Trupp Reisiger die Wildnisse an der Ems. Er fahndet nach Wiedertäufern. Die „Ehrbaren" Hamburgs sind in Sorge, denn überall in den Städten regt der gemeine Mann sein Haupt. Er will nicht mehr rechtlos fronden. Noch immer fürchten die Herren ein zweites Münster. Darum die Jagd auf die „Täufer". Mit Nikolaus Lorenzen zieht sein Neffe, den er um des Geldes willen an eine ungeliebte Frau verkuppeln will. Der Junker begehrt hinaus in die Welt. Ihn widert das Blutrichteramt des Ohms an. Während die andern weiter streifen, findet der junge die Spuren der Wiedertäufer und gewinnt ein Mädchen von ihnen lieb. Der Oheim wütet, als er von einem Reisigen zurückgerufen, hinter das Treiben des Neffen kommt. Wie dann der nächtliche Ueberfall auf das Täuferdorf die Lösung des Konflikts bringt, wollen wir hier nicht verraten. Gerade in diesen Tagen, da altes und neues erbittert mit einander ringt, bietet es einen besonderen Reiz, sich in die Kämpfe derer hineinzuträumen, die nun alle im Grabe modern und deren geistige Erben wir sind. — An die Stern'sche Novelle wird sich eine lustige Theater- und Redaktionsgeschichte aus Oesterreich schließen.

Elbinger Stadttheater

„Die schöne Helena" Operette in 3 Abteilungen von Jacques Offenbach. In das sagenhafte Griechenland wurden wir bei der Aufführung der „schönen Helena" versetzt. Die alte Geschichte von den drei Göttinnen und dem Urteil des Paris ist der Untergrund der Handlung. Dafür, daß Paris die Göttin der Liebe, die Venus, als die Schönste erklärt hat, ist ihm von ihr die schönste Frau versprochen. Die schöne Helena, die Gattin des König Menelaus von Sparta gilt als die schönste Frau. Wie Paris diese nun erringt und das nötige drum und dran wird in burlesker Art parodiert und ergötzlich sind die Situationen; mitunter zwerchfellerschütternd. Besonders die Figuren des Calchas, Menelaus und der beiden dummen Ajaxe. Kurz, „Die schöne Helena" bewährte wieder einmal den Ruf, den sie seit langen Jahren genießt. Manchem Zuschauer war wohl die Handlung nicht ganz klar, wurde aber durch die schöne Musik Offenbachs und die Ausstattung eingenommen. Auch ich will gerne zugestehen, daß mich weniger die Handlung, als die Musik fesselte. Die schöne Helena wurde durch Frl. Kleemann dargestellt. Man konnte mit ihrer Leistung zufrieden sein. Herr Steinbach gab den Oberauguren Calchas. Für diese Art Rollen zeigt Herr Steinbach großes Verständnis. Sein Humor wirkt niemals übertrieben. Den Menelaus gestaltete Herr Wiesner mit den Mitteln seines Humors aus, und so kam es, daß sein Menelaus die höchste Potenz an Blödsinn verkörperte. Bei einem solchen Mann kann man die Abwege der schönen Helena begreifen. Herr Heidenreich spielte den Paris. Herr Schimpke-Seidel war dagegen ein flotter Agamemnon. Auch Fräulein Höfler als Orestes wußte dem Publikum sehr gut zu gefallen. Herr Kapellmeister Krause hat seine Musiker gut im Zug. Das bewies auch die Aufführung. Die selbst verfertigten Witze der Darstellenden waren bis auf einige recht originell. Das Haus war an den beiden Feiertagen bis auf den letzten Platz besetzt.

ld.

(Wegen Raummangels zurückgestellt.)

Einbruchsdiebstähle

Periodisch wiederkehrend werden die Keller in der Bismarckstraße ausgeraubt und alle brauchbaren Gegenstände, wie Lebensmittel, Brennmaterial usw. daraus mitgenommen. Diese regelmäßig wiederkehrenden Einbrüche müssen von derselben Gesellschaft verübt werden. Bisher ist es noch nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden.

Neue Erhöhung der Kohlenpreise in Sicht

In der Zechenbesitzer-Versammlung des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wurde beschlossen, an der am 30. Dezember stattfindenden Sitzung des Reichskohlenverbandes über eine Preiserhöhung zu verhandeln. Diese soll angeblich der notwendigen Hebung der technischen Leistungsfähigkeit der Zechen dienen und den in den letzten Monaten ganz außerordentlich gestiegenen Materialpreisen Rechnung tragen. Um Gründe für „notwendige" Erhöhung sind die Kohlenbarone ja nie verlegen gewesen. Es sollten auch schon frühere Preiserhöhungen der technischen Leistungsfähigkeit der Werke dienen. Hoffentlich bietet jetzt die Regierung nicht wieder willig die Hand zur weiteren Schröpfung der Konsumenten. — In der gleichen Versammlung sind als Vertreter der Arbeiter und Angestellten Otto Hué, Heinrich Embusch, Gerhard Schmitz und Steiger Halbfüll in den Aufsichtsrat gewählt.

Ostdeutsche Nachrichten

Selbstmord eines Mörders

Der Besitzersohn Johann Marschall aus Quaschin hat sich im Danziger Untersuchungsgefängnis durch Oeffnung der Halsschlagadern selbst den Tod gegeben. Der Angeklagte war beschuldigt, den Ehemann der Frau Kunkel in Hochstrieß erschossen zu haben. Er war geständig und wollte jedenfalls das Urteil nicht erleben.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen

Fischerstraße 42 **Albert Kowalski** Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

Reparaturen in eigener Werkstatt schnell und sauber

Fleischausgabe

für die Woche vom 28. Dezember bis 3. Januar:

Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte: 150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst, letztere soweit der Vorrat reicht.

Elbing, den 29. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Kinder-Nährmittelzusatzmarke Nr. 163.

1/4 Pfd. Bonbons (Fondants)

Preis 1,45 Mark, 1 Pfd. = 5,80 Mark, bei:

Eltester, Junkerstr. 30
Füllhas, Johannisstr. 6
Müller, Friedrich Wilhelmplatz 7/8.

Es gilt:

Marke für Kinder bis zu 6 Jahren vom 31. d. Mts. ab,
" " " " " 12 " " 5. n. Mts. ab,
" " " " " 16 " " 8. n. Mts. ab.

Elbing, den 29. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Infolge der vom 15. Dezember 1919 ab außerordentlich gestiegenen Löhne des gesamten Druckerei-Personals und der noch immer im weiteren Steigen begriffenen Preise aller für den Druckereibetrieb benötigten Materialien sehen wir uns gezwungen,

die Preise für das Abonnement der Zeitung und die Preise für sämtliche Druckerei-Erzeugnisse zu erhöhen.

Der Abonnementspreis beträgt vom 1. Januar 1920 ab
vierteljährlich frei Haus 6.00 Mk.
monatlich " " . . . 2.00
von der Abholestelle vierteljährl. 5.25
" " " monatlich 1.75 "

Der Zeilenpreis beträgt für die einspaltige Zeile 50 Pf.

Die Preiserhöhung für Drucksachen beträgt 30 %.

Indem wir unsere Bezieher und Kunden bitten, diese Maßnahme mit den augenblicklichen teuren Zeitverhältnissen entschuldigen zu wollen, bitten wir, uns das bisher entgegengebrachte Wohlwollen auch fernerhin zu bewahren.

Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme
E. G. m. b. H.

Ratsapotheke
Schmiedestr. 3.
Anfertigung sämtl. Rezepte der Krankenkassen.
Lager aller Spezialität., Kräftigungsmittel,
:: Verbandstoffe und Drogen ::

Adler-Apotheke
Brückstraße 19.
Anfertigung sämtlicher
Krankenkassenrezepte
Nervenstärkungsmittel
Frostmittel
:-: Tierarzneien :-:

Stadt-Kino
Alter Markt 39
Von Montag bis Donnerstag abends:
„Charly Bill"
Der Verbrecherkönig und seine Verhaftung.
Amerikanisches Detektiv- u. Kriminal-Drama. 5 Akte!
Papas Knoten.
Lustspiel in 3 Akten.

Brückstr. 15 **Central-Theater** Brückstr. 15
Von Dienstag bis Donnerstag. — Nur 3 Tage!
Der große Sensations- und Detektivfilm
John Barrens und seine Geliebte.
Detektiv-Abenteuer in 5 Akten.
Ferdinand Bonn als John Barrens,
Hochstapler Odette Orczy, Elly Wiytte seine Geliebte,
Curt Brenkendorff als Cherlock Holmes.
Spannend! Das doppelte Stelldichein. Fesselnd!
Lustspiel in 3 Akten.
Außerdem Einlagen!
Bitte dieses hochinteressante Programm nicht zu versäumen.
Kassenöffnung 6 1/4, Anfang 6 3/4 Uhr.

Stadttheater Elbing
Direktion: Max Spiess.
Montag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.
Dienstag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr:
Der fliegende Holländer.
Oper in 3 Akten von R. Wagner.
Mittwoch, den 31. Dezember, abends 7 Uhr:
Bunter Abend.
Donnerstag, den 1. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.
Abends 7 Uhr:
Die schöne Helena
Operette in 3 Abteilungen von Offenbach.

Verlobungsringe
auch noch in feinem Golde liefert
F. Witzki,
Elbing, Schmiedestr. 17.

Wollt Ihr guten Tabak haben,
Herz und Nase Euch zu laben,
Müßt Ihr nur zu Wein hinlaufen,
Fein ist er nur dort zu kaufen.
Himmelsluft werd' Ihr genießen,
Werd' Ihr dessen Tabak priesen!
Und das minderwertig Kraut
Ihr dann in den Ofen haut,
Was Ihr anderswo gekauft.
Gesundheitstabak,
grüner Kownoer,
gelber Kachlinski,
Kautabak,
türkischer Shagtabak
in nur bester Ware empfiehlt
Otto Heldt
Inh. Otto Wein
Zigarren- und Tabakhandlung.
am Amtsgericht.

Zum Neujahrstage
empfehle ich:
Taragona, Pomogona, Rotwein,
Rhein- u. Moselweine
zu mäßigen Preisen
Emil Roediger
Inhaber: Ernst Hildebrandt
Bahnhofstraße 6a.

Wandkalender

Januar

für das Jahr 1920 — 1 — Donnerstag — pro Stück 30 Pfennig

erhältlich in der
Geschäftsstelle der Elbinger Volksstimme
Spieringstraße 21.

Morgen, Dienstag,
Rindfleisch,
schieres u. Klopsverkauf.
Metzner, Hauptstraße 45.
Fernruf 659.

Schönes Herren-Masken-Kostüm
zu verleihen
Kastanienallee 3, unt. rechts.

Maskenkostüme
für Damen und Herren, sind leihweise zu haben
Gr. Zahlerstr. 1, i. Friseurgesch.

1 Waschkessel,
1 Backmull,
3 Spinnräder
u. andere Sachen zu verkaufen bei Erdmann, Traubenstr. 7, I.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 57 | Dienstag, den 30. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Zulagen für Noskegardisten. Die Reichsregierung hat eine Aufbesserung der Gebührnisse der verheirateten Löhnungsempfänger der Reichswehr und des bisherigen stehenden Heeres in folgender Weise verfügt:

Die verheirateten Löhnungsempfänger erhalten, wenn sie getrennten Haushalt führen müssen, einen täglichen Löhnungszuschuß von 2.65 Mark (bisher 1,65 Mark). Ferner ist das Kindergeld (bisher 1 Mark täglich) auf 50 Mark monatlich erhöht. Die Zahlung erfolgt mit Wirkung vom 1. Oktober 1919.

Für die Armenrentner. Genosse Kunert hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht:

In furchtbarer Notlage befinden sich die Armenrentner. Sie sind auf das Armenamt mit wöchentlichen Unterstützungen von 5 bis 10 Mark angewiesen, angesichts eines harten Winters ohne Kohlen, ohne ausreichende Ernährung und Bekleidung, inmitten einer unvergleichlichbaren Teuerungskrise.

Ist die Regierung bereit, durch eine großzügige Reichshilfsaktion diese Aermsten der Armen vor dem völligen Untergang zu retten?

Hoffen und harren . . . Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt mit: „Die hohen Preise für Lebensmittel haben zur Folge gehabt, daß bei der Verpachtung von kleinen Acker- und Wiesenparzellen zur gärtnerischen oder landwirtschaftlichen Nutzung die Pachtpreise in unerhörter Weise gesteigert werden. Zum Schutze der Kleinpächter in der Nähe der Städte, die kleine Parzellen zu nicht gewerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung (Schrebergärten) gepachtet haben, ist bereits durch ein Reichsgesetz Vorsorge getroffen worden, daß sie nicht übermäßig durch die Verpächter bewuchert werden können. Ein weiteres Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinbauern, die gezwungen sind, Acker- und Wiesenland für ihre Wirtschaft noch anzupachten, gegen übermäßige Steigerung der Pachtpreise ist bereits in Vorbereitung." — Na, wir haben wieder mal was versprochen gekriegt. Wer freut sich da nicht drüber?

Erzbergers Ehre repartert. Der Kaufmann Heinrich Ukena in Leer (Ostfriesland) ist, wie die P. P. N. erfahren, wegen eines an die Reichsregierung gerichteten Schreibens, das Beschimpfungen gegen den Reichsfinanzminister Erberger enthielt, aus Anlaß eines vom Reichsfinanzminister gestellten Strafantrags wegen schwerer Beleidigung von der 3. Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu 400 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Jetzt noch Unheil bringend. Im Daganhamdock im Londoner Hafen war ein Brand an Bord von Fahrzeugen, die mit Granaten beladen waren. Die Granaten explodierten. Dreieinhalb Stunden lang flogen die Geschosse durch die Luft. Drei Schiffe mußten von der Feuerwehr versenkt werden.

Der verlegte Militarismus. In einer in Hertogenbosch gehaltenen Rede erklärte der holländische Sozialist Troelstra, durch den Krieg sei keinesfalls erreicht worden, daß die Welt vom Militarismus erlöst sei. Der Militarismus habe nur seinen Sitz von Berlin nach Paris verlegt.

Frankreichs Steuern. Der französische Finanzminister Klotz hat in der Budgetkommission angekündigt, die Steuern müßten durchschnittlich um 50 Prozeut erhöht werden. Der französische Verkehrsminister hat der französischen Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch den die Preise auf der Eisenbahn für die dritte Klasse um 45 Prozent erhöht werden, für die zweite Klasse um 50 Prozent, für die erste Klasse um 55 Prozent. Der Gepäcktarif und der Tarif für Post-Pakete werden um 115 Prozent erhöht.

Neuwahlen in England. Zahlreiche englische Zeitungen melden mit Bestimmtheit, daß allgemeine Neuwahlen des englischen Parlaments dicht bevorstehen; von einigen Blättern wird sogar bereits der kommende Februar 1920 als der Wahlmonat bezeichnet. Diese Nachricht, die auch französische Zeitungen als zutreffend bezeichnen, überrascht insofern, als die Mandatsdauer des gegenwärtigen englischen Parlaments noch lange nicht abgelaufen ist. Andererseits hatte der Verlauf des letzten Jahres immer mehr gezeigt, daß dieses Parlament nicht im geringsten dem wahren Willen des Landes entsprach.

Unruhen in Argentinien. Nach Meldungen aus Buenos Aires haben sich in der Stadt und in einigen Provinzen infolge von Streiks große Unruhen ereignet. Die Polizei mußte eingreifen und in Buenos Aires von der Waffe Gebrauch machen. Es kam zu einer förmlichen Schlacht. drei Personen wurden getötet, viele verwundet. Das Militär mußte einschreiten. Ueber 200 Personen wurden verhaftet.

Deutsch-Oesterreich keine Großmacht mehr. Nach dem Petit Parisien haben die Großmächte der Entente beschlossen, nach der Wiederaufnahme der rechtmäßigen diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich sich in Wien nur durch einen Gesandten vertreten zu lassen. Dementsprechend sei auch Deutschland aufgefordert werden, auf die Vertretung durch einen Botschafter in Wien zu verzichten. Dadurch wird zum Ausdruck gebracht, daß die Entente Deutschösterreich nicht mehr als Großmacht anerkennt.

Trotzkys Mutter verhaftet. Aus Warschau wird mitgeteilt, daß die Mutter Trotzkis in Batum festgenommen worden sei. Eine umfangreiche Korrespondenz, die von ihrem Sohn und andern Bolschewistenführern stammt, wurde bei ihr vorgefunden. Im Verlauf der Vernehmung gab sie zu, mit einer Mission für Transkaukasien betraut zu sein.

Wiener Elendsbilder

Aus Wien wird berichtet:

Vor wenigen Wochen ist einem achtjährigen Mädchen etwas Absonderliches zugestoßen: Es wurde als „Jungschweinernes" gebraten und in Tunke genossen. Die Frau, die in einem Misthaufen im Bezirke Favoriten nach Lebensmitteln gesucht hatte, will dort einige Fleischstücke gefunden haben, die sie teils selbst aß, teils veräußerte. Ihre Angaben scheinen auf Wahrheit zu beruhen, auf dreifache schauerliche Wahrheit: daß sie gezwungen ist, Lebensmittel in Misthaufen zu suchen, daß sie zufällig Teile der Mädchenleiche gefunden hat und diese aß und veräußerte. Die Ermordung der kleinen Marie Kramm ist noch in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Eines jedoch ist offenbar: es leben in Wien Menschen, die in Misthaufen ihre Nahrung suchen müssen!

Zu diesem Vorfall sei noch bemerkt, daß sich seit diesem Tage fast stündlich bei der Polizei Menschen mit Leichenteilen einfinden. Jeder fürchtet, irrtümlicherweise Menschenfleisch erstanden zu haben; und es ist glücklicherweise meistens Fleisch von — Hunden . . .

Die Gemeinde Albern an der Donau bei Kaiserebersdorf sandte der niederösterreichischen Landesregierung folgendes Schreiben: Die Gemeindevorstehung teilt der Landesregierung mit, daß in Hinkunft keine angeschwemmten Leichen im Gemeindegebiet von Albern im Friedhof der Namenlosen beerdigt werden könnten, somit die Leichen unbeerdigt in Hinkunft liegen bleiben müssen, weil der Friedhof von den Wiener Holzdieben gänzlich verwüstet wurde. Er wurde nicht nur seiner hölzernen Umzäunung und der Grabkreuze beraubt, sondern es wurde auch die in ihm befindliche Leichenkammer samt den darin befindlichen Särgen und Werkzeugen demoliert und fortgetragen. — Die Wiener Selbstmörder werden unbeerdigt liegen bleiben müssen, weil die Wiener Holzsammler den Alberner Friedhof verwüstet haben. Die Landesregierung hat in Hinkunft die Alternative, entweder den Erfrierenden die Lebensrettung zu verwehren oder die Angeschwemmten unbeerdigt liegen zu lassen. Eine ähnliche Alternative hat der hohe Rat zu Paris: entweder uns unsere Lebensrettung, den Anschluß an Deutschland zu verwehren oder zu verhindern, daß die Diebe aus den Ländern der Alliierten und Assoziierten den Friedhof, zu dem uns der hohe Rat zu machen geruhte, auch noch ausplündern

*

Nach den Mitteilungen des Professor Spitzky hat die Not in Wien in den letzten neun Monaten 29 766 Menschen getötet, das sind 3307 in jedem Monat oder 110 an jedem Tage, die Fremden nnd das Militär nicht gerechnet. Der neunte Teil dieser Toten sind Säuglinge, der fünfte Teil Kinder vom 1. bis 15. Lebensjahre, 8776 Unmündige starben bis zum Ende des schulpflichtigen Alters. Dazu kommt die schaurige Schädigung der Jugend, der es beschieden sein wird, unser Elend zu überleben, aber nur um dauerndem Siechtum zu verfallen. Nach Tausenden zählen die durch Tuberkulose oder Knochenerweichung zu Krüppeln gewordenen, auf Jahrzehnte hinaus werden so in Massen Menschen verkümmern.

Was könnte uns noch Rettung bringen? Es gibt hierzulande Leute, die vermeinen, daß das bloße Erscheinen eines Habsburgers in Wien oder sonst eines gekrönten Paralytikers genüge, um hunderttausende Tuberkulose und Knochenerweichte, Kriegskrüppel und Millionen Unterernährte zu gesunden. Und es gibt Verbrecher, die nicht müde werden, bei Tag und bei Nacht Sodom und Gomorrha, Krieg und Untergang, Knochenerweichung und Tuberkulose den — Sozialdemokraten zuzuschreiben. Wien kann nicht mehr geholfen werden

*

Von 790 Zöglingen eines Wiener Waisenhauses sind 146 minder unterernährt, 220 sehr unterernährt, 161 äußerst unterernährt, letztere sind nicht mehr reisefähig. Wer will sich der übrigen annehmen? Wer will ihnen Vater und Mutter sein!

* * *

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

In Deutschösterreich hat der Hunger seinen Einzug gehalten. Der Gewaltfrieden hat dieses Staatswesen seiner natürlichen Hilfsquellen beraubt, der Nahrungsmittelgebiete wie der Kohlenreviere, und das Wenige, das man ihm belassen hat, ist nicht entfernt ausreichend, um den Bedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Entente hat auch die Vereinigung Deutschösterreichs mit der Republik Deutschland gehindert, die allein dem unglücklichen Donaustaate eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit sichern könnte. Auf sich selbst angewiesen, geht Deutschösterreich einer Zukunft unsäglicher Leiden entgegen. Schon am Beginn des ersten Winters zeigen sich Lebensmittelnot und Kohlennot in erschreckendem Maße. Schwer leidet insbesondere die Bevölkerung Wiens unter diesem Mangel, da der Zustand der Transportmittel auch dort die Heranbringung selbst des Wenigen, was verblieben ist, noch erschwert.

In dieser Not wenden sich die Gewerkschaften Deutschösterreichs an die deutsche Arbeiterschaft um Hilfe. Die Gewerkschaften Oesterreichs waren von Anbeginn ihrer Wirksamkeit treue Bundes- und Kampfgenossen der deutschen Gewerkschaften. Sie haben allezeit deutschen Gewerkschaftsgeist gepflegt und uns stets in Kampf und Not nach Kräften beigestanden. Es war ihr sehnlichster Wunsch, mit den deutschen Gewerkschaften baldigst gemeinsame Organisationen im gemeinsamen Staat zu bilden. Nicht ihre Schuld ist es, daß dieser Wunsch seither unerfüllt bleiben mußte. Aber gewerkschaftliche Solidarität und werktätige Hilfe kennen keine aufgezwungenen Grenzen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ihren Brüdern in Deutschösterreich zu helfen.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, sofort Geldsammlungen für die Gewerkschaften Deutschösterreichs einzuleiten. Die Sammlungen sind allerorts durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartelle) zu organisieren. Wo kein Ortsausschuß oder Gewerkschaftskartell besteht, mögen die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften selbst die Sammlungen in die Hand nehmen. Alle Gelder sind zu senden an den Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 15
(Postscheckkonto 7930 bei dem Postscheckamt Berlin).

Ueber die eingegangenen Gelder wird im „Correspondenzblatt" des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes quittiert.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Wir bitten euch um rege Anteilnahme an diesen Sammlungen, damit unsern Brüdern in Deutschösterreich schnelle und reichliche Hilfe gewährt werden kann.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Carl Legien, Vorsitzender.

Aus einer Geheim-Konferenz der Gelben

Der Deutsche Arbeiterbund, jene gelbe Organisation, die die „wirtschaftsfriedlichen, nationalen Arbeiter" zusammenfaßt, hat vor kurzem in Leipzig unter Ausschluß der Oeffentlichkeit einen „sächsischen Industrie- und Bergarbeitertag" abgehalten. Der Charakter dieser merkwürdigen Arbeiterkonferenz ist dadurch gekennzeichnet, daß daran **Vertreter der Deutschnationalen** und der **Deutschen Volkspartei**, der Handelskammer, der Gewerbekammer und des Bürgerausschusses teilnahmen. Die Verhandlungen der Konferenz bewegten sich fast ausschließlich auf politischem Gebiet und atmeten ganz den Geist der vertretenen reaktionären Parteien. Der Geschäftsführer der Leipziger Verwaltungsstelle des Bundes, Kubutat, erklärte, der Bund müsse seine politische Neutralität aufgeben und sich entweder der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Partei anschließen.

Weidlich geschimpft wurde vor allem über die Revolution und die revolutionären Parteien. Ein Herr Geißler aus Frankfurt a. M., der über das Programm der Industriearbeiterorganisation einen Vortrag hielt, hat entdeckt, daß in Deutschland nach der Revolution eine „gewisse Sozialisierung begonnen" hat. (?) Man habe die Arbeitszeit verkürzt, die Akkordarbeit abgeschafft, von den Unternehmern Lohnsteigerungen „erpreßt" und die Betriebs-Demokratie eingeführt. (?) Alles sei getan worden, um die Produktion zu schädigen, anstatt sie zu heben. Der Redner machte sich ganz die Methode der gegenrevolutionären Demagogen zu eigen und behauptete, durch das Vorgehen der revolutionären Arbeiterschaft sei das Wirtschaftsleben gestört und das Finanzelend herbeigeführt worden. Dreist stellte er die Tatsachen auf den Kopf und meinte, durch den Krieg würde keine derartige Schuldenlast entstanden sein, wie sie jetzt vorhanden sei. „Hirnverbrannt" sei es gewesen, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu machen. **Die Einführung des Achtstundentags hätte eine größere Einbuße gebracht als der verlorene Krieg.** (!) Die jetzige Versklavung der deutschen Arbeiter schiebt Herr Geißler der Sozialdemokratie zu. Diese habe „den deutschen Kapitalismus vernichtet" (davon merkt man leider wenig. D. Red.) und dem Ententekapitalismus zur Herrschaft verholfen. Schließlich sang dieser „Arbeitervertreter" wieder das bekannte Lied von der Harmonie der Interessen zwischen Kapitalisten und Arbeiter. Die Arbeiter sollen den **Klassenkampf aufgeben** und die Unternehmer sollen durch **Gewinnbeteiligung, „Werksmitbesitz"** und ähnliche Konzessionen das Interesse der Arbeiter am Betrieb heben. Im übrigen hat sich der Herr das Ziel gesteckt, den „Geist der Arbeiterschaft umzuformen" und die **Arbeiterschaft zu einem „Hort deutschnationalen Empfindens" zu machen.**

In den gleichen Gedankengängen bewegte sich das Referat des zweiten Referenten Heß-Essen, der über das Thema sprach: War die bisherige deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Segen für die Arbeiterschaft? Auch er lehnte den Klassenkampf ab und rief gleichzeitig zum **Kampf gegen die „wirtschaftsfeindlichen"** (lies modernen) **Arbeiterorganisationen** und zur **Sammlung der Arbeiter und Angestellten für den kommenden Wahlkampf unter die Fahne der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei auf.** Nach der Behauptung dieses Redners strömen jetzt „trotz des Terrors der Sozialdemokratie" tausende Arbeiter den gelben Organisationen zu. Im gleichen Atemzuge gestand er aber zu, daß es nicht so leicht sei, die „50 Jahre von der Sozialdemokratie verhetzten Arbeiter umzuwandeln". Trotzdem glaubt er, daß

es gelingen werde, die „Wahlmanöver der Regierung“ ebenso zu durchkreuzen, wie das Manöver mit dem Untersuchungsausschuß. Den reaktionären Parteien riet Herr Heß, die nationalen Arbeiter nicht mehr als Querulanten (!) zu betrachten, sondern ihnen das Mitbestimmungsrecht in den nationalen Parteien zuzugestehen.

Gar beweglich klagte der Redner über den angeblichen „Terror“ der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften. Dabei machte er den kuriosen Vorschlag, **die Gerichte** anzurufen, damit die **Unternehmer zur Zahlung von Entschädigungen an die „Opfer sozialistischen Terrors“ verurteilt würden.** Von den Gerichten erwartet er anscheinend überhaupt sehr viel. Er begrüßt es, daß schon jetzt Verurteilungen von „Heißspornen“ erfolgt sind. „In Halle“ — sagte er — „ist es zum Generalstreik gekommen, weil ein deutsches Gericht den Mut besessen hat, für ein Vergehen, wodurch Menschenleben vernichtet (?) wurden, eine Strafe auszusprechen“ (!). Im übrigen empfahl der Herr **den nationalen Arbeitern, selbst terroristische Mittel gegenüber den sozialistischen Agitatoren anzuwenden.** Er ist also sicher der geeignetste Mann, sich über den angeblichen Terror der anderen zu entrüsten. —

Viel Kopfzerbrechen bereitet den gelben Herrschaften die **Beschaffung der erforderlichen Mittel.** Das starke Anwachsen der freien Gewerkschaften ist ein ungesunder Zustand. **Deshalb** muß der Kampf gegen die Gewerkschaften mit aller Schärfe geführt werden. Aber dazu gehören Kräfte und vor allem Geld. Daran fehlt es. Zur Beschaffung der Mittel dürfe man „nicht bloß geradeaus“, sondern **„auch drumherum gehen“.** Der Sinn dieser Worte ist etwas dunkel, aber die Zuhörer werden ebenso wie die Offentlichkeit, vor der man sich sicher wähnte, verstanden haben, aus welchen schmutzigen Quellen geschöpft werden soll. Man hat ja gerade in dieser Zusammenkunft alles getan, um sich bei dem Unternehmertum in empfehlende Erinnerung zu bringen. Trotz aller Kriegs- und Revolutionsstimmen sind die Gelben die Alten geblieben **— Schutztruppen des Unternehmertums und Verräter an der Arbeiterschaft.**

Zur Charakteristik dieser Gesellschaft seien noch die folgenden Sätze aus der beschlossenen Resolution wiedergegeben:

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben in verhängnisvoller Weise großen Arbeitermassen die falsche internationale und produktionsfeindliche (!) Richtung gegeben, die die heutige Ausbeutung des deutschen Volkes durch den feindlichen Großkapitalismus, den unnötigen Rückgang der deutschen Produktion nach der Revolution, sowie das Sinken unserer Valuta und das unerhörte Steigen der Lebensmittelpreise verschuldet hat. Die Versammlung hält es für dringend nötig, daß die Richtlinien der nationalen Arbeiterbewegung, die nunmehr auch von den in der Regierung befindlichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern anerkannt und vertreten werden müssen (eine bittere Pille für die Rechtssozialisten), Allgemeingut der deutschen Arbeiterschaft werden und daß das Ziel der deutschen Arbeiterschaft in Zukunft die Förderung der deutschen Produktion und die Wiederbefreiung des deutschen Volkes von fremdländischer (!) Lohnsklaverei sein muß.

Politische Rundschau

Deutschland

Eberts Beihilfe zu der Flucht Ludendorffs

Daß dem großen Feldherrn Erich Ludendorff am 9. November 1918 das Herz in die rotgesäumten Hosen rutschte, ist ebenso begreiflich wie die Tatsache, daß seine bis dahin hurraschreienden Gesinnungsfreunde auf dem Lande sich samt und sonders für die Ehre seines Besuchs bedankten. So mußte Ludendorff in den ersten Tagen der Revolution in Berlin „durchhalten“, bis es ihm mit Eberts Hilfe gelang, ins Ausland zu flüchten.

Die Neue Berliner gibt hierzu interessante Einzelheiten aus Politiken wieder, die das Blatt den Aeußerungen Ludendorffs einem Mitarbeiter gegenüber verdankt:

„Nach dem 9. November 1918 war Ludendorff seines Lebens nicht mehr sicher. Es wurde in den Tagen vom 9. bis 12. November in Berlin eine förmliche Treibjagd auf ihn abgehalten und er war gezwungen, jede Nacht an einer anderen Stelle zu schlafen, sich den Bart stehen zu lassen und nur mit einer Brille auszugehen. Auch war es ihm unmöglich, auf irgendeinem deutschen Gute Aufnahme zu finden, denn überall, wohin er sich wandte, wurden Ausreden gemacht. Entweder war die Hausfrau krank oder das Haus war voll von Gästen oder der Gutsbesitzer sollte verreisen usw. Infolgedessen ließ Ludendorff bei Ebert anfragen, ob die Regierung ihm seine Sicherheit garantieren könne. Im verneinenden Falle erbat er sich einen Paß nach dem Auslande, um dort das Buch über seine Teilnahme am Kriege schreiben zu können. Ebert erwiderte, daß die Regierung für Ludendorffs Leben nicht garantieren könne, aber ein Paß stände zu seiner Verfügung.

So reiste der General denn mit seinem Begleiter, einem Hauptmann aus dem Kriegsministerium, am Morgen des 12. Novembers von Berlin ab.“

Wenn Ludendorff zu feige war, die Konsequenzen seiner Politik auf sich zu nehmen, so entspricht das durchaus der Natur dieses Helden, der vom sturmsicheren Hauptquartier so todesmutig das Leben anderer Leute einsetzte. Weit interessanter aber sind die glaubhaften Angaben über die Teilnahme Eberts an der Fluchtvorbereitung. Anstatt Ludendorff zu einer „fluchtversuchsicheren“ Zuchthauszelle zu verhelfen, hatte dieser Arbeiterführer in den ersten Revolutionstagen nichts besseres zu tun, als dem Massenschlächter hinter dem Rücken der unabhängigen Regierungsmitglieder einen falschen Paß zu besorgen, damit Herr Ludendorff ungestört im Ausland seine Kriegserinnerungen dichten könnte. Fraglos werden die Alldeutschen durch diese vaterländische Tat Eberts ihr Urteil über den Reichspräsidenten erheblich revidieren.

Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wurde der Entwurf zur Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes veröffentlicht. Die Novelle bildet den Vorläufer der zu erwartenden neuen Strafprozeßordnung.

Eine wesentliche Aenderung erfährt die Zuständigkeit der Gerichte. Die Strafkammer scheidet als Gericht erster Instanz vollständig aus. Das Reichsgericht bleibt im bisherigen Umfange Gericht erster und letzter Instanz. Im übrigen sind Gerichte erster Instanz nur Amtsgerichte und Schwurgerichte. Die Amtsgerichte sind in Zukunft für die Fälle zuständig, für die bisher die Schöffengerichte und die Strafkammern zuständig waren. Für wichtigere Pressesachen wird die Zuständigkeit der Schwurgerichte auf das ganze Reich ausgedehnt. Dagegen werden Fälle der Urkundenfälschung, falschen Beurkundung und Unterschlagungen im Amte, für die bisher die Schwurgerichte zuständig waren, den Amtsgerichten übertragen. Berufung ist nur gegen die Urteile der Amtsgerichte zulässig. Ueber die Berufung entscheidet die Strafkammer. Die Urteile der Strafkammer und der Schwurgerichte unterliegen nur der „Rechtsrüge“, wie die Revision in Zukunft genannt wird. Die Oberlandesgerichte sind in Strafsachen zuständig für Entscheidungen über Beschwerden gegen Entscheidungen der Strafkammern und über Rechtsrügen gegen Urteile der Strafkammern, soweit nicht die Zuständigkeit des Reichsgerichtes begründet ist.

Ueber die Zusammensetzung der Gerichte wird folgendes bestimmt: Die Amtsgerichte sind in der Hauptverhandlung mit einem Amtsrichter und zwei Schöffen zu besetzen. Bei den Strafkammern wirken bei der Hauptverhandlung zwei Juristen — einschließlich des Vorsitzenden — und drei Schöffen mit. Die Schwurgerichte bestehen wie bisher aus der Richterbank, besetzt mit drei Berufsrichtern, und der Geschworenenbank, von zwölf Geschworenen besetzt.

Bemerkenswert ist die Hinzuziehung von Frauen als Schöffen und Geschworene. Allerdings soll deren Berufung nur in beschränktem Umfange erfolgen. Nur wenn Frauen oder Personen unter 18 Jahren angeklagt sind, sollen Frauen zugezogen werden. In diesen Fällen sollen als Schöffen oder Geschworene mitwirken: Bei den Amtsgerichten ein Mann und eine Frau, bei den Strafkammern ein Mann und zwei Frauen und bei den Schwurgerichten sieben Männer und fünf Frauen. In allen andern Fällen sollen nur Männer als Schöffen und Geschworene mitwirken. Die Ausschaltung der Lehrer und der Dienstboten vom Volksrichteramt fällt in Zukunft fort. Für die Auswahl der Schöffen wird ein alljährlich bei den Amtsgerichten zusammentretender Ausschuß gewählt, dem auch Frauen angehören können. Die Wahlen sind nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht und möglichst nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen.

Von den sonstigen neuen Bestimmungen seien noch die folgenden hervorgehoben: Die Ungebührstrafen gegen Rechtsanwälte fallen weg. Bei der Eidesleistung kann die religiöse Formel durch die einfache Erklärung „Ich schwöre es“ ersetzt werden.

Noske kann sich laufen — —

Der abhängige Parteisekretär in Tilsit hat in einem Schreiben an den Vorwärts aufs Schärfste dagegen protestiert, daß die heimkehrenden baltischen Meuterer zum Grenzschutz im Osten verwendet werden. Es heißt darin:

„Die Frage, die hier alle freiheitlich gesinnten Gemüter bewegt, ist die Politik der Reichsregierung und Winnigs den zurückgekehrten Baltikumtruppen gegenüber. Der überwiegende Teil der „Eisernen Division“ und der „Deutschen Legion“ bildet ohne Zweifel eine Gefahr. An ihren Transportwagen hatten sie beispielsweise folgende Inschriften: „Hoch die Monarchie“, „Hoch Kaiser Wilhelm, Noske kann sich laufen . .“ und dergl. mehr. Aus ihrer Abneigung gegen die Reichswehrtruppen machen diese modernen Landknechtsschaaren, welche zum Teil mit weiblichem Anhang aus dem Baltikum hier eingetroffen sind, durchaus kein Hehl. Oefters kommt es zu Zusammenstößen zwischen diesen Truppenteilen, weil die „Eisernen“ die Reichswehr als „treulos dem Kaiser gegenüber“ bezeichnen. Nirgends ist wohl der Boden für die reaktionär monarchistischen Bestrebungen der Deutschnationalen günstiger als in dem durch den polnischen Korridor vom Reich abgetrennten Ostpreußen. Man soll doch die Gefahr nicht verkennen, die uns durch die Abtrennung droht. Es ist als durchaus wahrscheinlich anzusehen, daß unsere Ostelbier mit Hilfe der „Eisernen“ den Versuch unternehmen werden, die verhaßte Republik zu stürzen.“

Der Mann hat recht: Es ist sehr wahrscheinlich nicht nur, sondern die ausgesprochene Absicht der baltischen Landknechtsführer, die Republik mit Hilfe ihrer Kohorten zu beseitigen und die Monarchie in Deutschland wieder einzuführen. Nachgerade weiß jeder, der die Geschichte des Baltikums verfolgte, daß sich bei ihnen die unzufriedenen monarchistischen Offiziere, die von der Revolution abgehalftert wurden, sammelten und die Truppen zu einem zuverlässigen Instrument der monarchistischen Putschlinge machten. Nur die Partei des Herrn Noske, deren Berliner Funktionäre ihm vor einigen Tagen erst wieder ein Vertrauensvotum ausstellten, weiß und sieht nichts von den Dingen, die sich im Osten des Reichs vorbereiten und schläft munter weiter in der demokratischen Wiege, die sie in Weimar zimmern geholfen.

Das Waffenlager im Hause der Viktoria

Zu dem bereits gemeldeten Waffenfund im Hause der Versicherungsgesellschaft Viktoria in Berlin wird der Berliner Presse vom Zentralverband der Angestellten folgendes mitgeteilt: „Die Angestellten entdeckten in den Kellerräumen des Geschäftshauses vier Maschinengewehre und ein Dutzend Karabiner. Die Maschinengewehre waren frisch geölt und fertig zum Gebrauch. Ein Schreiben der Unternehmer war den Angestellten bereits in der Sonnabendversammlung im Zirkus Busch mitgeteilt worden. Es wird daher ohne weiteres wohl verständlich sein, daß die Viktoria-Angestellten diese Maschinengewehre in Zusammenhang mit dem Unternehmerverband-Vorgehen brachten. Die Erregung der Viktoria-Angestellten, die sich zum großen Teil aus Kriegsteilnehmern zusammensetzen, steigerte sich beim Anblick der Maschinengewehre derart, daß sie diese auf dem Hofe des Geschäftsgebäudes vernichteten. Die von irgendeiner Seite benachrichtigte Sicherheitswehr, die mit Maschinengewehren anrückte, fand keinen Grund zum Einschreiten. Es blieb ihr nachher nur noch übrig, die Reste der Maschinengewehre und Karabiner zu beseitigen.“

In dem erwähnten Schreiben des Unternehmerverbandes an seine Mitglieder wird empfohlen, daß die Direktoren für den Fall des Streiks der Angestellten mit den Offizieren der Reichswehr Fühlung nehmen sollen. Ferner werden die Direktoren aufgefordert, Skizzen für die Aufstellung der Posten der Reichs- und Sicherheitswehr anzufertigen. Der Polizeipräsident Ernst erklärte auf eine Anfrage des Zentralverbandes der Angestellten, daß er mit dem Schreiben des Unternehmerverbandes in keinem Zusammenhang stehe. Er würde nicht dulden, daß gegen Streikposten vorgegangen würde. Wie die

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

57]

Der hagere Kirchenfürst hörte in seinem Kardinalspurpur den Bericht mit finster herabgezogenen Brauen an. Dann bedauerte er, daß die Berliner Ehekrise gerade in eine Zeit fiele, die für ihn von drängendsten Geschäften überlastet sei. Er wolle sehen, ob eine nochmalige Audienz der Schwester übermorgen um die gleiche Zeit angängig sei, zu der er dann den Herrn Staatsanwalt aus Berlin würde vorladen lassen. Die Frau Schwester solle morgen vormittag im Sekretariat des Palastes nachfragen, ob diese Disposition sich habe ermöglichen lassen, solle übermorgen auf die Minute pünktlich, um elf Uhr 15 im Vorzimmer erscheinen, um dann mit dem Herrn Staatsanwalt aus Berlin sogleich in gemeinsamer Audienz empfangen zu werden.

Fünfzehn Minuten müssen und werden dann zu der Sühnehandlung ausreichen, denn elf Uhr 30 verlasse der Fürstbischof seine Residenz, um zum Bahnhof zu fahren, woselbst der Extrazug für ihn bereitstände, der ihn nach Wien zu einem Besuche bei Seiner Apostolischen Majestät führen werde.

Eminenz erhoben sich, reichten den Ring zum Kusse — und die Frau Schwester war entlassen . . .

Die Abordnung vom Kloster des Heiligen Mauritius dagegen zog nun ein.

Gebeugt begab sich Frau Rosalinde in ihr Hotel zurück.

Das war nun das Wiedersehen mit ihrem einzigen Bruder nach Verlauf voller acht Jahre gewesen.

Wie unwillkommene bedürftige Verwandte wurde man empfangen.

Der Fürstbischof hatte freilich als junger Kleriker schon die Verbindung mit dem Doktor Jordan, dem bürgerlichen Juristen, nicht sonderlich freudig begrüßt und bereits damals seine Schwester, die junge Komtesse, nicht im Unklaren darüber gelassen, daß er diese Mesalliance unbedingt verwerfe.

Aber Komtesse Rosalinde hatte sich diesen Jordan nun mal in den Kopf gesetzt und war vor diesem ihrem Schicksal nicht mehr zu retten.

Na — nun sah sie die Folgen.

Jordan war zwar aus einem ansehnlichen gutbürgerlichen Hause, aber — Rosalinde erlebte es ja doch mit Schaudern, wie der Plebejer jetzt, mit vorschreitenden Jahren, bei ihm durchbrach. So benahm sich kein Aristokrat.

Die beleidigte Gräfin schob also jetzt ihr ganzes Unglück auf die von ihr sträflich mißachteten Standesunterschiede und vergaß dabei, daß es Herzoge gegeben hat, die ihre Frauen vergiftet und Prinzen, die ihre Gemahlinnen mit Gertenhieben traktiert haben.

Es gab Rosalinden vor sich selbst ein so tragisches Relief, wenn sie sich als verratenes Aristokratenkind in den rohen Händen dieses Plebejers bejammerte.

Aber die Entrüstung über des brüderlichen Kirchenfürsten ganz unbrüderliches Verhalten erstickte in der sonst sehr vernünftig veranlagten Rosalinde bald die blaublütigen Aufwallungen gegen ihren bürgerlichen Mann, und der in Unruhe und Herzensangst um ihr häusliches Glück bangenden Frau schoß mit einem Male jetzt der Angstgedanke auf, sie habe ihre Sache daheim arg verfahren.

In länger als fünfundzwanzigjähriger Ehe war ihr Jordan ein guter, freundlicher und vorsorglicher Mann gewesen. Dieses war die erste ernstere Verwickelung, die in ihrer Ehe je vorgekommen.

Nur weil Rosalinde eben an solche Störungen so gar nicht gewöhnt war, verlor sie den Kopf so total bei diesem ersten Zusammenstoß mit Matthias. In anderen, viel schlechteren Ehen, in denen solche Konflikte alltäglich waren, löste man sie mit zweitägigem Schmollen oder einem kräftigen Türzuschlagen.

Sie selbst aber hatte aus einem häuslichen Streite Hals über Kopf eine Staatsaktion gemacht mit Flucht bei Nacht und Nebel — Abreise — Abbruch aller Beziehungen, denn sie hatte ihrem Manne nicht einmal ein paar erklärende Zeilen zurückgelassen.

Statt dessen tat sie das Allerunklügste, das denkbar war.

Sie begab sich zu ihrem feierlichen Herrn Bruder nach B . . . ., der, gleichfalls keiner vernünftigen Regung fähig, dem häuslichen Streite zweier selbständigen Menschen mit dem Apparat einer fürstbischöflichen Vorladung und einer in Form einer Doppelaudienz gedachten Sühneaktion begegnen wollte. Das Lächerliche dieser ganzen Vorgänge trat Rosalinden jetzt voll ins Bewußtsein.

Gewiß, der Abbruch von schlechter Laune, zu dem Jordan sich ihr gegenüber hatte hinreißen lassen, war roh und häßlich genug gewesen, von so abstoßender Lieblosigkeit, ja Gehässigkeit erfüllt, daß auch eine weniger stolze und verletzbare Natur als Rosalinde sich darüber hätte entsetzen müssen.

Aber wir alle sind Menschen, die, von Verstimmungen vergiftet, leicht einmal die Grenzen des Erlaubten überschreiten und Ungehöriges tun.

Zudem kam Jordan in jener schrecklichen Nacht von einer Zechgesellschaft und stand unter alkoholischen Einwirkungen, denen sicherlich ein gut Teil seiner Untat zuzurechnen war.

Alles das hatte Rosalinde nicht bedacht, sonst hätte sie sich nicht so unerhört unversöhnlich betragen.

Ja — jetzt fiel es ihr schwer aufs Herz, daß, als sie in jener Nacht empört aus dem Zimmer lief, Jordan ein ganz bestürztes Gesicht machte und aus so traurigen und tiefbekümmerten Augen hinter ihr dreinsah, daß er gewiß im nächsten Augenblick reuig ihre Verzeihung erbeten hätte. Sie schnitt das ab durch ihre unversöhnliche, schroffe Haltung und setzte am nächsten Tage noch den Trumpf einer abschiedlosen Flucht nach B . . . . . darauf, wie jemand, der den Bruch willkommen hieß und den Riß noch freudig erweiterte.

Waren feindliche Einflüsse zwischen ihr und Jordan tätig, etwa die erwachende Neigung zu einer anderen Frau, so hatte Rosalinde alles getan, um Jordan diesen gefährlichen Einflüssen schutzlos preiszugeben, anstatt um den Besitz ihres Mannes daheim zu kämpfen.

Falsch von A bis Z, unklug, unchristlich, pflichtvergessen.

Jordan war ein guter Katholik, dachte also und konnte an Scheidung nicht denken. War eine Frau im Spiel, was Rosalinden jetzt immer gewisser wurde, so galt es doch, ihm dazu beizustehen, daß er die Prüfung so rasch wie möglich überwand und aus der Versuchung siegreich hervorging. Aber gerade das Gegenteil hatte Rosalinde in ihrer Verzeihung getan, hatte sich rachsüchtig und empfindlich zurückgezogen, war von ihrem Posten gewichen, der ein für allemal neben Matthias war, am allerunbedingtesten in Zeiten seiner Heimsuchung und Verstörung.

Ja, verstört war der Mann seit Wochen.

Er kämpfte und rang ganz sichtlich gegen feindliche Gewalten in seiner Seele. Er hatte ein Eindringen Rosalindens in sein Geheimnis oft und rauh abgewehrt, ja, aber doch vielleicht nur, weil er mit sich noch nicht im reinen war.

(Fortsetzung folgt.)

Waffen in das Gebäude der Viktoria gekommen seien (sie sollen nach einer Uebung der Einwohnerwehr dort eingestellt worden sein), sei ihm unverständlich. Trotzdem sind aber, wie oben erwähnt, wohl zur „Wiederherstellung der Ordnung“ fünf Züge der Sicherheitspolizei nach dem Gebäude der Viktoria beordert werden. Danach kann man beurteilen, was die Versicherungen des Polizeipräsidenten wert sind.

Großbritannien

Revolutionäre Bewegung in England

Im Unterhause teilte der Minister des Innern auf eine Anfrage mit, daß in England in der Tat eine starke revolutionäre Propaganda betrieben werde, die die Einsetzung einer Regierung nach dem Vorbilde der russischen Sowjets zum Ziele habe. Natürlich fehlte auch die Behauptung nicht, das Geld zu dieser Propaganda stamme aus dem Ausland, der Minister fügte aber hinzu, es handle sich bisher um keine großen Beträge. Wenn der Minister mit seiner Antwort den Eindruck erwecken will, als ob es sich bei dieser Propaganda um eine solche vom Ausland hineingetragene handle, so hätte er damit nur die englische Oeffentlichkeit getäuscht, vorausgesetzt, daß er überhaupt Gläubige gefunden hat, denn in England weiß man genau, daß die immer stärker werdende revolutionäre Bewegung sehr bodenständig ist und in den englischen Verhältnissen wurzelt. Wie sehr dies der Fall ist, zeigt der Bericht des Daily Herold über die Wahlbewegung in einem fast rein ländlichen Bezirk, in St. Albans. Die dortigen Landarbeiter waren bisher treue Parteigänger der Minister, die katholischen Arbeiter Anhänger der Koalition, also treue Regierungswähler. Das hat sich nun geändert, die Landarbeiter sind erwacht, schließen sich der modernen Arbeiterbewegung an und organisieren sich. Sie beginnen die Macht, die in ihnen ruht, zu verwirklichen, und sie verbinden sich mit den Arbeitern der Städte. So schreitet die Erstarkung der englischen Arbeiterbewegung auf dem Lande fort und das englische Arbeiterblatt hofft wohl mit guten Grund, daß der Arbeiterkandidat in jenem ländlichen Bezirk den Sieg über die beiden bürgerlichen Gegner davonträgt.

Die englische Arbeiterschaft fordert von der Regierung die Erfüllung der Forderungen, die der Gewerkschaftskongreß in Glasgow beschlossen hat. Das parlamentarische Komitee hat Lloyd George aufgesucht und von ihm die baldige Durchführung der Forderungen verlangt: 1. die Abrüstung, 2. die Lösung der Arbeitslosenfrage, 3. eine Aenderung in der Politik gegenüber Rußland, 4. die Herabsetzung der Lebenshaltungskosten und 5. die Vergesellschaftung der Bergwerke. Der Premierminister antwortete halb zusagend, halb ausweichend. Klar war seine Antwort wegen des Friedens mit Rußland: er erklärte, er könne den von der Sowjetregierung schon zehnmal angebotenen Friedensvorschlag nicht annehmen. Die abweisende Haltung der englischen Regierung in den wichtigsten Lebensfragen der Arbeiterschaft wird bei dieser die Ueberzeugung festigen, daß sie ihr eigenes Geschick schmieden muß und nicht auf die Erfüllung durch die Regierung warten darf.

Spanien

Die revolutionäre Krise in Spanien

Nach Berichten französischer Parteiblätter verschärft sich die innere Krise in Spanien von Tag zu Tag. Die Masse des spanischen Proletariats, die bisher zum großen Teile politisch völlig indifferent war, erfaßt in erstaunlichster Weise plötzlich immer mehr und mehr das Wesen des revolutionären Kampfes. Aufflammend und aufklärend haben natürlich die gewaltigen revolutionären Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa gewirkt, den eigentlichen Anstoß zu der jetzigen Krise aber haben die spanischen Kapitalisten selber gegeben. Jede Forderung der arbeitenden Klasse erschien ihnen als ein unerhörter Eingriff in ihren „heiligen Profit“? den der Krieg ihnen überreichlich beschert.

Und als es daher im Herbste dieses Jahres zu starken Lohnstreitigkeiten und in ihrer Folge zu zahlreichen Streiks kam, hielten es die spanischen Unternehmer für weit unter ihrer Würde, den Streikenden Konzessionen zu machen, ihre Antwort war vielmehr der bekannte Beschluß des sich über ganz Spanien erstreckenden Unternehmerverbandes, der die gesamte Arbeiterschaft aussperrte.

Heute möchten die spanischen Unternehmerkreise diesen Beschluß wohl allzugern zurücknehmen, denn er hat gerade das Gegenteil des erhofften Erfolges gezeitigt. Er hat dem spanischen Proletariat die Augen geöffnet über das Wesen des Kapitalismus, er hat es revolutioniert und ihm die unabweisbare Notwendigkeit des einmütigen Klassenkampfes offenbart. Heute steht fast das ganze innere Leben Spaniens still. Streik folgt auf Streik, Aufstand auf Aufstand. Eine gewaltige Empörung hat die Masse gepackt. — Der Ausgang der Krise ist ganz ungewiß und kann von hier aus nur sehr schwer beurteilt werden, da uns eine direkte Verbindung mit Spanien noch fehlt. Doch wenn sich auch heute noch nicht alle Erwartungen des spanischen Proletariats erfüllen sollten, so hat die Krise auf jeden Fall das revolutionäre, das Klassenbewußtsein unserer Brüder auf der pyrenäischen Halbinsel gewaltig gestärkt. Und das allein ist schon ein großer Gewinn.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Viktor Berger wiedergewählt

Die Frankfurter Zeitung meldet, daß Viktor Berger, der als Vertreter von Milwaukee der einzige Sozialist im Repräsentantenhaus war und wegen Vergehen gegen das sogenannte Spionagegesetz seines Sitzes für verlustig erklärt wurde, wiedergewählt worden ist. Er erhielt 7000 Stimmen mehr als bei den letzten Wahlen.

In und um Elbing

Eine Hetzerin

Die Ermländische Zeitung, das in Braunsberg erscheinende bekannte Zentrumsblatt, hetzt gegen die Elbinger Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

„Die Elbinger Arbeiterschaft hat die Verwaltung der Stadt übernommen“, schreibt stolz das Organ der Elbinger unabhängigen Sozialdemokratie, die Elbinger Volksstimme in einem Bericht über die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung. Und es trifft zu; denn nachdem sich die fünf Vertreter der Mehrheitssozialisten und die vier Stadtverordneten aus den Reihen der kaufmännischen Angestellten mit den Unabhängigen zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben, verfügt der Block über 38 Stimmen, denen 22 bürgerliche gegenüberstehen. Ein unehrliches Spiel mit ihren Wählern haben die Führer der technischen und kaufmännischen Angestellten getrieben; denn ihre Wählerschaft, die doch meistens aus Nichtsozialisten besteht, muß jetzt mit Staunen sehen, wie ihre Erkorenen sich als Sozialisten entpuppen und den Unabhängigen mit Haut und Haaren verschrieben haben. Vielleicht schon vorher. Jedenfalls dürfte diese famose Arbeitsgemeinschaft, der auch als „Mehrheitssozialist“ noch ein Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angehört, bald in die Brüche gehen. Die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine unterscheiden sich hier von den Sozialisten nur durch getrennte Kassenführung und niedrigere Beiträge.

O nein, liebe Schwester in Christo, die „famose Arbeitsgemeinschaft“ wird nicht bald in die Brüche gehen. Im Gegenteil; die Not der Zeit wird nicht nur die Arbeiter immer fester vereinigen, sondern auch die Angestellten und die kleinen und mittleren Beamten immer stärker auf ihre Seite drängen. Die Gemeinsamkeit der Interessen bildet ein Band, das sich mit jedem Tage mehr geltend macht. Seitens der Vertreter der Angestellten ist im Wahlkampfe auch gar kein Hehl daraus gemacht worden, daß ihre Sympathien auf der linken Seite ständen. Und die Arbeiter wieder wissen, daß sie wohl Geheimräte und Großindustrielle entbehren können, nicht aber Techniker, Ingenieure und Buchhalter, wenn sie den neuen Staat aufbauen wollen. Beiden Teilen ist die Erkenntnis gemeinsam, daß das verkommene Kriegsgewinnlertum, das sich allenthalben an der öffentlichen Futterkrippe breit macht, so bald als möglich weggefegt werden muß. Diese Reinigung kann nur von unten herauf erfolgen. Und darum werden Angestellte und Arbeiter um so mehr gemeinsam arbeiten, je mehr die Zeit fortschreitet.

Zeugen gesucht

In der Nr. 50 vom 19. Dezember brachten wir eine von der Polizei mitgeteilte Notiz, daß drei Arbeiter verhaftet worden wären, bei der Polizeiwachtmeister Prieß einen Messerstich erhalten habe. Hierzu teilt uns einer der drei Beteiligten folgendes mit:

Am 18. Dezember kamen die Angeschuldigten Otto Neumann, Johann Würfel und Paul Würfel von einer Familienfeier und führten einen Sprechapparat, dem Johann Würfel gehörig, mit. Sie waren etwas in „Stimmung“ und ließen nun in der Schmiedestraße den Apparat spielen. Von den Nachtpolizeibeamten wurden sie nun mit den Worten „Kommen Sie nur mit, Sie können uns auf der Wache etwas vorspielen!“ aufgefordert und zur Wache mitgenommen. Daraufhin äußerte Otto Neumann: „Los, wir gehen zur Wache, aber mit Musik!“ und alle drei gingen gutwillig mit. Johann Würfel wollte die Membrane abheben und den Apparat, den Neumann trug, stillsetzen. Er erhielt darauf ganz unmotiviert mit einem Polizeiknüppel einen Schlag über die rechte Hand und als er sich umdrehte, einen Schlag übers Gesicht, so daß er zur Erde fiel. Als von Seiten der Polizeibeamten daraufhin noch weiter auf ihn eingeschlagen wurde, versuchte er sich zur Wehr zu setzen, wurde aber zur Wache transportiert. Das letztere geschah auch mit Neumann, der den Polizeibeamten bat, er möchte ihn allein gehen lassen und mit Paul Würfel. Leute, die sich dem Mißhandelten als Zeugen anboten, wurden nicht mit auf die Wache gelassen. Auf der Wache wurden alle drei Arrestanten übel verprügelt. Nach der Bekundung des Johann Würfel hat sich hierbei der Kriminalwachtmeister Kroß ganz besonders hervorgetan. Auch soll er hierbei folgende Worte gebraucht haben: „Die Hunde und Banditen müßte man gleich tot schlagen!“ Johann Würfel wies auch uns mehrere Verletzungen vor und betonte, daß er gegen die Beamten, die ihn geschlagen haben, Strafantrag gestellt hat.

Soweit die Angaben des Gewährsmannes. Sollte der Vorgang sich in der geschilderten Weise abgespielt haben, so ist die Verprügelung der Arrestanten auf der Wache auf das schärfste zu verurteilen. Wir fragen die vorgesetzte Behörde, ob sie eine Untersuchung einleiten und wenn die Darstellung sich bestätigt, diesen Uebelstand, der übrigens nach Behauptungen vieler Arbeiter sich öfter abspielen soll, beseitigen will. Wer etwas verbrochen hat, soll die verdiente Strafe vor Gericht erhalten und nicht Mißhandlungen von Polizeibeamten ausgesetzt sein. Diejenigen Personen, die die Vorgänge mitangesehen haben und bezeugen können, werden gebeten, ihre Adresse an Johann Würfel, Wasserstraße 7, einzusenden.

Die neuen Teuerungszulagen für Beamte

Nachdem die Reichsfinanzverwaltung angekündigt hat, daß den Reichsbeamten bis zum Inkrafttreten der bereits in Arbeit befindlichen Besoldungsreform eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen um 50 Prozent gewährt werden soll, hat das preußische Staatsministerium beschlossen, vorbehaltlich der später einzuholenden Zustimmung der Landesversammlung den preußischen Beamten die gleiche Zulage zu bewilligen. Der Deutsche Beamtenband protestiert gegen die unzureichende Erhöhung der Teuerungszulage. Er hatte eine sofortige Erhöhung der laufenden Teuerungszulage um 150 Prozent beantragt, während von einem Teil der ihm angeschlossenen Gewerkschaften eine Erhöhung um 300 Prozent und darüber gefordert wurde. Der Beschluß der Regierung, dem die Nationalversammlung beigetreten ist, hat allgemeinen Unwillen in der Beamtenschaft hervorgerufen. Die Bundesleitung hat bei der Regierung ausdrücklich Verwahrung gegen die unzulängliche Erhöhung der Zulage eingelegt und zugleich Beschwerde erhoben, daß die Festsetzung ohne weitere Verhandlungen mit der Organisation erfolgt ist.

Die Schulversetzungen zu Ostern 1920

Ein um 19. Dezember 1919 ausgegebener Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung weist die Provinzialschulkollegien an, bei den Versetzungen zu Ostern 1920 darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Unterricht der höheren Lehranstalten auch im laufenden Schuljahre durch die Verkehrsstörungen, die Kohlennot und die noch immer unzureichende Ernährung der Jugend schwere Hemmnisse erfahren. Die Klassenkonferenzen sollen insbesondere Bedacht darauf nehmen, daß Härten, die sich aus fehlendem Ausgleich für nicht genügende Leistungen in einem Hauptfach ergeben können, vermieden werden.

Die Hausangestellten

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird der Volksstimme geschrieben:

Ueber die Lage der Elbinger Hausangestellten ist bisher nur wenig bekannt geworden. Besonders über die Lohn- oder Gehaltsfrage herrschen die verschiedensten Meinungen. Bei den heutigen teuren Verhältnissen erscheint es oftmals direkt ein Rätsel, wie es den Hausangestellten, besonders den weiblichen, möglich ist, überhaupt auszukommen und noch Anschaffungen machen zu können.

Die Frage der gewerbsmäßigen Stellenvermittlerinnen ist ein besonderes Kapitel. In geradezu unerhörter Weise werden hier des Oefteren junge Mädchen, speziell solche vom Lande, buchstäblich verschachert. Die Behörden und sonst in Frage kommenden Körperschaften haben nur zu oft Gelegenheit, derartige Fälle zu behandeln. Häufig sind die Beispiele, in denen den Mädchen von der Vermittlerin erklärt wird, sie hätten Anspruch auf die gesetzliche 14tägige Kündigung. Den Arbeitgebern gegenüber wird dann eine Dienstdauer von sechs Monaten, dreiviertel Jahren bis zu einem ganzen Jahre vereinbart. Treten nun Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein, so beruft sich jeder Teil auf die von der Vermittlerin gemachten Angaben. In den vielen Fällen ist dann ein schriftlicher Mietskontrakt zwischen Arbeitgeber und Vermittlerin vorhanden, der eine Dienstdauer vorsieht, von der der Dienstbote überhaupt nichts weiß. Das Recht bekommt dann natürlich der Arbeitgeber, denn er hat es ja schriftlich in Händen.

Die Behandlung der Hausangestellten läßt häufig ebenfalls zu wünschen übrig. Viele Herrschaften stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß Knecht und Magd die richtige Bezeichnung für ihre dienstbaren Geister sind und daß diese unbedingt in strengster Zucht und Sitte zu halten sind. Davon, daß auch Hausangestellte und besonders die weiblichen Dienstboten gleichberechtigte Menschenkinder sind, kann bei solchen Herrschaften nicht die Rede sein.

Soviel bekannt ist, besteht in Elbing zur Zeit ein Verein, welcher die Lohn- und Arbeitsbedingungen der weiblichen Hausangestellten regeln will. Wie hoch die Löhne in den durch diesen Verein vermittelten Stellungen sind, können viele Frauen und Mädchen bezeugen, die vom Städtischen Arbeitsnachweis derartige Stellen nachgewiesen erhielten. Nach einer gemachten Angabe besteht der Vorstand dieses Vereins nur aus Arbeitgebern, die aber, um den Anschein der Gleichberechtigung zu erwecken, ein oder zwei Dienstmädchen manchmal zu ihren Beratungen heranziehen und als alles bestätigende Mitglieder ausnützen. 15 bis 20 Mark monatlich, allerhöchstens 25 Mark sind die Durchschnittssätze, meist bei eigener Wohnung und Wäsche.

Seitens des Kartells der Freien Gewerkschaften wird beabsichtigt, in allernächster Zeit in Elbing eine Ortsgruppe des Zentralverbandes der Hausangestellten, Sitz Berlin, zu gründen. Die Aufgabe dieses Verbandes wird es sein, in die dunkelsten Tiefen und Winkel der Lohnsklaverei, die nachgewiesenermaßen vielfach in den hochherrschaftlichen Häusern der mit Glücksgütern zur Zeit noch Gesegneten zu finden sind, gründlich hineinzuleuchten und dort endlich auch einmal in Elbing die wirtschaftliche Lage aller männlichen und weiblichen Hausangestellten tatkräftig zu bessern und zu fördern.

Elbinger Polizeinachrichten

Festgenommen wurde der Bergmann Koniczny aus Geisenkirchen, der von einem Posthandwagen ein Wertpaket im Werte von 400 Mark gestohlen hat. Es gelang, dem Spitzbuben das Paket im Wartesaal abzunehmen. K. gab an, daß er zu der Eisernen Division nach Kurland wolle.

Ostdeutsche Nachrichten

Aufklärung der Kobissauer Bluttat

Vor den Feiertagen wurde, wie kurz von uns berichtet, in Kobissau der Pflegesohn des Besitzers Birr ohne jeden Grund von dem Schlosser Wilhelm Kiebler, der bei der Besitzerfrau Butter kaufen wollte, erschossen.

Der Täter, der am Tage nach der Tat festgenommen wurde, leugnet jedoch die Tat, Frau Birr und ihre Halbschwester erklärten jedoch mit Bestimmtheit, daß Kiebler der Täter sei. Ueber den verhängnisvollen Vorfall sagten die beiden Frauen vor Gericht folgendes aus:

Vor etwa 14 Tagen war der Mann schon einmal bei uns. Er stellte sich als ein Schlosser Meier aus Berlin vor und gab an, daß ein Bruder von ihm in Karthaus bei der Post angestellt sei. Auf sein Verlangen erhielt er schließlich drei Pfund Butter und fragte gleich, ob er in etwa 8 Tagen noch einmal Butter haben könne, was ihm bejaht wurde. Als er wiederkam und die für ihn verwahrte Butter in Empfang nehmen sollte, stellte es sich heraus, daß er kein Papier zum Einwickeln hatte. Kiebler bemerkte darauf, daß er von der Nachbarin auch Butter bekomme und dort einen Karton stehen habe. Er verließ dann das Haus, kehrte aber nach kurzer Zeit wieder zurück. Beim Kaffeetrinken erkundigte er sich eingehend nach den Familienverhältnissen seiner Gastgeber und fragte auch, ob der Hausherr zu Hause sei. Nichtsahnend gaben ihm die Frauen den gewünschten Bescheid. Dann holte Frau Birr Pergamentpapier herbei und begann mit dem Einwickeln der Butter. Plötzlich hörte sie einen Schuß fallen. Sich umwendend, sah sie den Mann vor sich stehen und mit einer kleinen Pistole nach ihrem Kopfe zielen. Er drückte ab, doch erreichte der Schuß das Ziel nicht, sondern streifte glücklicherweise nur ihren Hals. Frau Birr hatte nämlich nach dem Arm des Schützen gegriffen und so den Revolver aus der Richtung gebracht. Nach dem Schuß stürzte die Getroffene zusammen, raffte sich jedoch schnell wieder auf und lief hilferufend hinaus. Der Mann eilte hinterher und feuerte noch einmal auf sie, ohne zu treffen. Er kehrte dann wieder um und stürzte sich im Flur auf Frau Birrs Halbschwester, warf sie zu Boden, bearbeitete sie mit einem stumpfen Gegenstand am Kopf und gab ebenfalls einen Schuß auf sie ab, der sie im Genick streifte.

Der erste Schuß, dessen Wirkung die beiden Frauen nicht gleich übersahen, hatte den 17 Jahre alten Pflegesohn der Birrschen Eheleute niedergestreckt.

An einem Raubüberfall großen Stils hat Kiebler wohl nur die Tatsache gehindert, daß er Frau Birr nicht tödlich traf, so daß sie hinauslaufen und um Hilfe rufen konnte.

Todesstrafe für Diebstahl

Die Danziger Zeitung teilt folgende unglaubliche Nachricht mit: „In den letzten Monaten haben in der Stadt und Provinz Posen die schweren Einbruchsdiebstähle, besonders die Wäschebodendiebstähle in so erschreckendem Maße zugenommen, daß die Posener Stadtverordnetenversammlung und die Presse ohne Unterschied der Nationalität zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit die strengsten behördlichen Maßnahmen, ja sogar die Anwendung der Todesstrafe

geforbert haben. Darauf teilte der Chef des Justizdepartements den polnischen Blättern mit, daß bereits gesetzgebende Verordnungen in dieser Angelegenheit erlassen sind, die die Anwendung der Todesstrafe für Straßenraub, schweren Diebstahl und alle gegen die öffentliche Sicherheit gerichteten Vergehen gestatten. Als schwerer Diebstahl ist vor allem Kirchendiebstahl anzusehen, weiter Einbruch mit Hilfe nachgemachter Schlüssel, mit der Waffe in der Hand oder in Banditengesellschaft, des Nachts, wo der Täter Diebstähle in geschlossenen Gebäuden begeht, in denen er sich versteckt hielt. Diese Verordnungen gelten auch für die Standgerichte, die mit Ende dieses Jahres aufhören, ablösenden Zivilgerichte."

Wenn das zutrifft, fällt die polnische Republik in mittelalterliche Justizbarbarei bösester Art zurück. Gewiß muß für die öffentliche Sicherheit gesorgt werden. Aber auf diese Weise kann das nie erreicht werden. Die soziale Not gebiert immer neue Verbrecher. Je größer der Hunger, je größer die Spitzbüberei. Dagegen hilft kein Galgen. Wer die Eigentumsvergehen mindern will, muß die soziale Lage bessern.

Michel gib!

(Zum sozialdemokratischen Sparprämienschwindel.)

Traurig sprach der Präsident
„Wer des Reiches Nöte kennt,
Denkt nicht ans Parteiprogramm;
Ob er reich ist oder klamm,
Hilft er doch uns aus dem Dalles!"
„Deutschland, Deutschland über alles!"

Und des Reiches Kanzler spricht:
Rührt euch unsere Pleite nicht?
Michel hör, du brauchst nnr borgen,
Für das andere laß uns sorgen!
Deinen Kindern wird es nützen.
Wenn wir erst im Trocknen sitzen!"

Spricht von Spaa der schwarze Mann:
„Helfen muß, wer helfen kann!
Zahlt, daß wir nach all dem Kriegen
Endlich einmal wieder siegen!
Gib dein letztes Geld, du Lümmel,
Segnen wird dich der im Himmel!"

Justav, Deutschlands größter Held,
Droht und wetzert: „Jib uns Jeld,
Daß wir schützen mit Musketen
Ruh' und Ordnung vor Proleten!" —
„Michel, bring uns deinen Groschen,
Nachher wirst du brav verdroschen!"

(Hamb. Volksz.)

1000 neue Abonnenten

können zum 1. Januar leicht gewonnen werden,

wenn jeder Genosse seine Pflicht tut.

Literatur.

Lichtstrahlen. Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus. Herausgeber Julian Borchardt.

Das zweite Dezemberheft (Nr. 6 des 5. Jahrgangs) hat folgenden Inhalt: Nochmals Syndikalismus. — Kommunistische Rechnung von Dr. Fritz Anders. — Schulreform und Sozialismus von Rudolf Zimmer. — Die Ursachen der Teuerung, IV. Steigerung der Arbeitslöhne, V. Steigerung der sonstigen Produktionskosten. — Menschensterben, von Walter Leßmann. — Zeitgemäße Worte von Schiller. — Rundschau.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Elbing.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Former

Wilhelm Schneider

im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Januar, um 3¼ Uhr von der Leichenhalle des Leichnamkirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

die Ortsverwaltung.

Nährmittelmarke Nr. 547.

Freitag, den 2. Januar 1920:
¼ Pfd. Sago 40 Pfg., 1 Pfd. 1,60 Mk.
Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat — Ernährungsamt.

Freibank.

Am Mittwoch, den 31. d. Mts., vorm. 8—9 Uhr:
Fleischverkauf an die Inhaber der Freibankkarten **Nr. 5192—5342.**
Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Petroleumausgabe auf Marke 10.

¼ Liter
oder: **3 Kerzen.**

Von den Kerzen sind jedoch nur noch geringe Mengen vorhanden bei:

Albrecht, Wilhelmstr. 20
Schwarz, Drogerie, Inn. Mühlendamm
Froese, Holländer Chaussee 13
Prengel Nachf., Hindenburgstr. 19
May, Königsbergerstr. 88/89
Behrendt, 1. Niederstr. 4.

Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Verkauf von Volksschuhen.

Ein großer Posten **Lederschuhe mit Stoffeinsatz** für Kinder und Knaben und eine kleine Menge für Damen gelangt in der Altkleiderstelle — Kettenbrunnenstr. 2/3 — wie folgt zum Verkauf:

Am 2., 3. und 5. Januar 1920
nur an Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte gegen Vorlage der Mitgliedskarte des Reichsbundes oder Rentenbescheid und Lebensmittelausweiskarte.

Am 6., 7. und 8. Januar 1920
nur an Erwerbslose gegen Vorlage der Erwerbslosen-Kontrollkarte und Lebensmittelausweiskarte.

Vom 9. Januar 1920 ab findet der Verkauf, soweit der Vorrat reicht, an das übrige Publikum statt, jedoch nur an solche Personen, deren Einkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.

Als Ausweis sind mitzubringen
a) die Lebensmittelausweiskarte
b) der Steuerzettel.

Elbing, den 29. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Bekleidungsstelle.

Der Kohlenpreis für eine Tonne Kohle frei Gaswerk Elbing beträgt 206 Mark. Diese Steigerung ist durch Erhöhung des Kohlenpr ises ab Grube und durch den Wassertransport hervorgerufen. Gemäß Beschluß der Gemeindekörperschaften vom 31. 3. und 4. 4. 1919 tritt für jede volle 3 Mark Kohkenmehrpreis über 80 Mark eine entsprechende

Erhöhung der Gaspreise

um weitere 16 Pfg. ein. Diese betragen daher **ab 1. Januar 1920:**

1 cbm Leucht-, Koch- u. gewerbliches Gas 82 Pfg.
1 „ Münzgas . . . . . 85 „

Die Berechnung der höheren Preise erfolgt von der ersten Ablesung der Zähler nach dem 31. Dezember d. Js.

Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Familien-Unterstützung.

Für die erste Hälfte des Monats Januar 1920 gelangt die Familien-Unterstützung am

Freitag, den 2. Januar 1920, vormittags von 8—1 Uhr

in der **Stadthauptkasse**, Rathaus, Zimmer 7, zur Auszahlung.

Es ist der Nachweis zu führen, daß sich der Ernährer noch im Heeresdienst oder in Gefangenschaft befindet und nicht der Reichswehr angehört.

Elbing, den 24. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Lieferungsverband.

Ablösung der Neujahrsglückwünsche.

Durch Zuwendung eines Geldgeschenkes für die Armen haben die Neujahrsglückwünsche abgelöst:

Ahorn R., Architekt, Brauerei „Englisch Brunnen", Bandow, Professor, Breckwoldt Hugo, Dentist, Böttcher Richard, Kaufmann, Frankenberg Franz, Badeanstaltsbesitzer, Gagel Georg, Gewerbeschuldirektor, Ilgner Ludwig, Rentier, Ilgner, Städt. Tierarzt, Kümpel W., Kaufmann, Laible Friedrich, Ingenieur, Menning Heinr., Rentier, Netke Kurt, Ingenieur, Nitschmann Hermann, Privatsekretär, Ortlepp, Oberingenieur, Pamperin, Fabrikdirektor, Preuß, Brauerei, Pilch Leo, Oberlehrer, Pfundt Albert, Restaurateur, Rücker, Dipl.-Ingenieur, Dr. von Rütz, Syndikus, Schürmann Fritz, Kaufmann, Berlin, Dr. Schwarz, Sanitätsrat, Wegmann Johann, Zimmermeister.

Elbing, den 29. Dezember 1919.
Der Magistrat — Armendirektion.

U.S.P. Stadtverordnetenfraktion.

Montag, den 5. Januar, 6 Uhr:

Sitzung.

Spieringstraße.

Fleischauers Saal- u. Gastwirtschaft

Mittwoch, den 31. Dezember

Grosser Sylvesterball

Sämtliche Räume ein Tannenwald.

Nur gute Weine und andere Getränke
zu soliden Preisen.

Anfang 5½ Uhr.

Neujahr: Grosses Familienkränzchen.

Georgenhöhe.

Mittwoch, den 31. d. Mts.

Große Sylvesterfeier

veranstaltet vom **Volksliederklub „Harmonie".**

Anfang 6 Uhr.

Neujahr: Humorist. Unterhaltung und Tanz.

Elbinger Brieftaubenzüchter-Verein.

Zu dem am **1. Neujahrstage 1920** in **Paffenheims Festsälen** stattfindenden

Tanzkränzchen

ladet ergebenst ein **der Vorstand.**

Anfang 4 Uhr.

Sarg- und Möbel-Magazin

von

E. Lehmann's Nachf.

Inhaber: **Joh. Jepp,** Tischlermeister,
Wilhelmstrasse 55.

Vom 1. Januar 1920 ab beträgt der

Zinsfuß für täglich abhebbare Spareinlagen 3¼ %

Kreissparkasse Elbing. Städtische Sparkasse Elbing.

Bei den hohen Lederpreisen

lassen Sie Ihre Schuhe mit der beweglichen

Germania-Holzsohle

besohlen, die sich seit Jahren als bester Ledersatz bewährt hat.

Sohlen und Absätze für Damen **8.50** Mk.
für Herren **9.50** Mk.

Albert Kowalski
Fischerstraße 42
Schuhhaus größten Stils.

Bekanntmachung.

Unter dem Pferdebestande des Molkereibes. H. Schröter, Hindenburgstraße 25, ist die Räude amtstierärztlich festgestellt worden.

Elbing, den 20. Dezbr. 1919.
Die Polizeiverwaltung.

Stadttheater Elbing

Direktion: **Max Spiess.**

Dienstag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr:
Der fliegende Holländer.
Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Mittwoch (Silvester), abends 6 Uhr:
Bunter Abend
und
Lottchens Geburtstag.
Lustspiel in 1 Akt von Ludwig Fulda.

Donnerstag, den 1. Januar, nachm. 3 Uhr:
Kindervorstellung
zu ermäßigten Preisen!
Der gestiefelte Kater.
Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7 Uhr:
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Baumlichte

gute Ware,
Stück 40 Pfg.
um zu räumen.

J. Grabowsky
Fischerstr. 27.

Alkoholfreien
ff. Silvester-Punsch-Extrakt
(gesüßt) empfiehlt
Aug. Reffke,
Wilhelmstraße Nr. 60, Keller,
Nähe Kaufhaus D. Loewenthal.

Turnverein Jahn Elbing.

Am Sonnabend, d. 3. Januar:
Generalversammlung
im Vereinslokal Gewerbehaus

Tagesordnung:
Bericht der Warte.
Anträge.
Neuwahl des Vorstandes.
Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher aktiven wie passiven Mitglieder ist Pflicht.

Anfang 6½ Uhr.
Der Vorstand.

Morgen, Mittwoch:
Fleisch- und Wurstverkauf.
Roßschlächterei Georgendamm 15.

Altes Gold
Silber, Edelsteine
usw. usw.
kauft
Juwelier F. Witzki.

Schmiedelehrlinge

stellt von sofort oder später ein
Adolf Wenski,
Neustädt. Grünstraße 6 a.

Riesen-Abreißkalender
Stück 15,— Mk.,

Notiz-Abreißkalender
Stück 7,50 Mk.,

Wochen-Abreißkalender
Stück 6,— Mk.
empfiehlt
Buchdruckermeister **Hans Kaehler**
Buchdruckerei, Heil. Geiststr. 51

Rohrstühle

werden geflochten
Heil. Geiststr. 51, p. r.

Eine fast neue Zither

mit Noten zu verkaufen
Querstraße 21.

1 Wäschespind

und **1 Kleiderspind** zu verk.
Zu erfr. 1. Niederstr. 3.

Elbinger Standesamt

vom 29. Dezember.

Sterbefälle: Inval.-Rent.-Empf. Jakob Grübnau, 74 J. — Brauereiarbeiter Gotthard Hill, 60 J. — Hausbesitzer Adolf Otto Herrig, 61 J. — Tischler Albert Gustav Schulz, 31 J. — Former Karl Wilhelm Schneider, 64 J. — Stadtarmer Ferdinand Boß, 69 J. — Ackerbürger Julius Brosowski, 61 J. — Arbeiter Adolf Sadlowski, 14 J. — Krankenpflegerin Herta Benke, 27 J. — Fleischer Gustav Reimann T. 1 M.

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 58 | Mittwoch, den 31. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Stadtverordnetenstreik. Der Ausstand der Unabhängigen Stadtverordneten in Spandau, der nunmehr seit etwa zehn Tagen andauert und hervorgerufen wurde durch den Antrag der unabhängigen Stadtverordneten, einen Untersuchungsausschuß für den „Fall Hesse" als den Urheber der Schießerei in den Reichswerken einzusetzen, zieht weitere Kreise. Jetzt sind auch die unabhängigen Stadträte, die im Magistrat mit den Mehrheitssozialisten eine kleine Mehrheit haben, in Konsequenz des Beschlusses ihrer Stadtverordnetenfraktion ebenfalls in den Streik getreten; sie haben die Mitarbeit gleichfalls verweigert, so daß jetzt die einzelnen Dezernate unbesetzt sind.

Herr Landé nicht bestätigt. Die belgische Besatzungsbehörde, die bei der Besetzung der Düsseldorfer Regierung mitzusprechen hat, will Herrn Landé nicht als Regierungspräsidenten von Düsseldorf haben. Womit der rechtssozialistische Rechtsanwalt sich die Ungnade der Belgier zugezogen hat, ist nicht bekannt. Als „Spartakist" wird man ihn doch wohl nicht ansehen, bleibt nur noch die Annahme, daß andere Einflüsse sich geltend gemacht haben, die einen Rechtssozialisten, und sei er noch so zahm, nicht an der Spitze des Millionärebezirks sehen wollen.

Die Weltkrise. In der Kreuzzeitung liest man: „Amerika ist direkt und indirekt daran interessiert, daß Europa nicht weiter zum Zusammenbruch treibt. Als Exportland und Gläubigerland muß es Amerika daran liegen, daß die europäische Wirtschaft wieder gesundet. Darum kommt Amerika um eine planmäßige, umfassende Hilfe für Europa nicht herum. Wir verstehen darunter Valutaanleihen und Warenkredite. Nur auf diesem Wege und nicht auf dem einer mechanischen Ausgleichung an einem ganz unsicherbleibenden Weltmarktpreis kann unsere Valuta wieder gesunden." — Ob Sieger oder Besiegte, die Wirtschaftslage, ist dermaßen durch den Weltkrieg zerrüttet, daß die Wirtschaftsfrage nur international gelöst werden kann. Am ungetrübtesten durch den internationalen Sozialismus.

Helfferich auf der Anklagebank. Das Hauptverfahren gegen den früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger, ist jetzt vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin eröffnet worden. Die Verhandlung soll bereits am 19. Januar stattfinden.

Die Rheinüberschwemmung. Das Hochwasser ist für weite Distrikte des Ober- und Mittelrheins von katastrophaler Wirkung gewesen. Der Kölner Pegel zeigte den höchsten Wasserstand seit 25 Jahren. Rechtzeitige Sicherheitsmaßnahmen der tiefer gelegenen Ortschaften konnten nicht getroffen werden, da der amtlicherseits früher übliche Hochwassermeldedienst zu spät einsetzte. Die Bewohner der Insel Grafenwerth mußten fluchtartig die Insel verlassen. In einzelnen Rheindörfern sind die Bewohner von jeglichem Verkehr abgeschnitten. In den Rheinuferstraßen wurde der Verkehr durch Nachen bewirkt. Der im gesamten Rheingebiet und den Seitentälern angerichtete Schaden steigt ins unermeßliche. Besonders vom Oberrhein kommende Hiobsbotschaften lassen erkennen, daß das Hochwasser zahlreiche Ortschaften aufs höchste gefährdet.

Deutsch-Oesterreichs Hungerelend. Wie Preßbureau Radio aus Carnaborn meldet, wurde im englischen Oberhause über die Lebensmittelnot in Oesterreich verhandelt. Curzon erklärte, man stehe in Mitteleuropa einem wirtschaftlichen Chaos gegenüber. In Wien sei die Lage ernst und traurig; die Sterblichkeit unter den Kindern sei furchtbar. Curzon schilderte die Maßnahmen, die von den Alliierten getroffen seien, um die Not Oesterreichs zu lindern, und sagte, die kritische Periode werde zwischen Winterende und der nächsten Ernte kommen. Ohne die Vereinigten Staaten sei jedoch die Gewährung eines Kredits auf breiter Grundlage nicht möglich. In Wien wird bekannt gemacht, daß eine Untersuchung das erschreckende Resultat ergab, daß 90 Prozent aller Wiener Schulkinder tuberkulös sind.

Polen führt die 24-Stundenuhr ein. Nach Warschauer Blättermeldungen beschloß der dortige Postminister, vom 1. Januar 1920 ab im polnischen Post- und Telegraphendienst die Einführung der 24-Stundenuhr; die Stunden von 12 Uhr mitternacht bis 12 Uhr mittags werden mit Zahlen von 13 bis 24 bezeichnet werden. Die Blätter äußern sich zu dieser „franzosenfreundlichen Einführung" ironisch. — Den Verkehr mit den Nachbargebieten wird das sicher sehr zuträglich sein. Interessant ist in dieser Hinsicht, daß sich Frankreich für die mitteleuropäische Zeit entschieden hat.

Frankreichs Verschuldung. Nach amtlichen Veröffentlichungen hat Frankreich vom 1. Januar bis 31. Oktober 1919 Waren im Werte von 23 109 984 000 Frank eingeführt und für 5 528 494 000 Frank ausgeführt. Das bedeutet einen Ueberschuß der Käufe über die Verkäufe von 17 Milliarden 582 Millionen Frank. Gegenüber der gleichen Zeit von 1918 ist die Einfuhr um 5 186 121 000 Frank gestiegen, die Ausfuhr um 1 471 306 000 Frank.

Aufstand in Innerafrika. Im Sudan ist ein Aufstand ausgebrochen. Ein Telegramm des Marschall Allenby meldet, daß unter den Stämmen der südöstlichen Gegenden des Sudans Mißstimmung herrscht. In einer Provinz, deren Verwaltung Großbritannien obliegt, ereignete sich infolge eines Angriffs auf einen englischen Vorposten ein Zusammenstoß. Der Posten mußte sich zurückziehen. Später wurde eine starke Aufklärungsabteilung vorgeschickt. Diese Kolonne war Gegenstand eines überraschenden Angriffs. Zwei Majore, ein sudanesischer Offizier und 23 Mann wurden getötet, verschiedene verletzt. Eine weitere Kolonne wird zur Bestrafung der Schuldigen entsandt werden, sobald die klimatischen Verhältnisse dies gestatten.

Jahreswende

Ein Jahr der Enttäuschungen liegt hinter uns, da sich 1919 anschickt, seinen Brüdern zu folgen. An seiner Wiege stand die junge Revolution. Zusammengebrochen war das alte System. Aus Schutt und Moder, aus Blut und Tränen sollte ein neues Deutschland entstehen. Ein Deutschland, das weder Herren noch Knechte kannte und in dem künftig jeder sein Brot sich durch seine Arbeit verdienen würde. Die sozialistische Republik! Mit heißem Verlangen ersehnte sie die industrielle Arbeiterschaft der Großstädte. Sie war bereit, für die Arbeiterrepublik ihr Herzblut hinzugeben und erwartete, daß 1919 das Jahr würde, das in der Geschichte als das Sterbejahr des deutschen Kapitalismus weiterleben würde. Und was ist geworden, nun wir Sylvester 1919 die Bilanz des Jahres ziehen? Gestehen wirs ein: noch nicht ein Prozent unserer Wünsche hat sich erfüllt.

Uebermütiger denn je reckt sich der Kapitalismus empor. Es kümmert ihn nicht des Volkes Not, es rührt ihn nicht das Sterben der unterernährten Proletarierkinder. Was Deutschland den siegreichen Gegnern an Kriegsentschädigung zahlen soll, will er aus den Arbeitern herausschinden. Und so muß der Arme, schlecht ernährt und dürftig gekleidet, in der Republik fronden, wie einst im imperialistischen Kaiserreich. Das wenige, was er an Lohn scheinbar mehr erhält, luchsen ihm die wucherischen Hände der Agrarier im Handumdrehen aus der Tasche. Auch der neue Staat ist der Staat der Reichen, trotz des freiesten Wahlrechtes der Welt, dessen wir Deutsche uns ja freuen dürfen.

Wie konnte das kommen? Und wer trägt die Schuld daran? Nie wäre die Entwicklung dieses Jahres in solche Bahnen gelenkt, wenn nicht Arbeiter sich den Kapitalisten verbündet und ihre zusammengestürzte Machtstellung wieder neu aufgebaut hätten. Ob sich eine Straßendirne um Geld anbietet oder ob ein „Sozialist" den Ministersessel mit der Preisgabe seiner Ueberzeuguug erkauft, ist in gleicher Weise zu bewerten. Was sich vor unseren Augen abspielte und noch abspielt, ist nichts anderes als die Prostitution des Sozialismus, die die an der Staatskrippe sitzenden macht- und ämterhungrigen Rechtssozialisten seit Jahr und Tag üben. Ohne ihren Verrat hätte der zu Boden geschmetterte Kapitalismus sich nie mehr dessen erdreistet, was er jetzt wagen darf. Und traurig genug: die „Sozialisten" Heine und Noske hausen ärger als die rückschrittlichsten Minister Wilhelms des Letzten. Vierzehn Monate Revolution liegen jetzt hinter uns und im größten Teile Westpreußens haben die Gemeindewahlen noch immer nicht stattgefunden. Ist eine größere Schmach denkbar für einen „Sozialdemokraten", als so der Beschützer des Dreiklassenwahlrechts zu sein? Dabei lag vom ersten Tage an kein Anlaß vor, die Wahlen hinauszuschieben. Aber das Wort konservativer Exzellenzen galt bei dem „sozialistischen" Minister mehr als die gerechten Wünsche der Arbeiter. Und Noske! Dieses „Arbeiters" werden noch Kind und Kindeskinder gedenken, denn Typen, wie die Noskes, bringt die Geschichte nur alle hundert Jahre einmal und dann in einer Fastnachtslaune zur Welt.

Monatelanger Belagerungszustand, Gewalttaten, ungesühnte Morde, Schutzhaftschande, grundlose Zeitungsverbote, politisches und kaufmännisches Schiebertum, das sind die Spuren „sozialistischer" Ministerherrlichkeit. Und die Partei, auf die soviel Schande von ihren Führern gehäuft wird, hat keine Kraft, ihnen Halt zu gebieten. Verseucht und korrumpiert bis ins innerste Mark ist die rechtssozialistische Partei. Sie besteht nur aus politischen Charlatanen und aus Stimmvieh. Die wenigen ehrlichen, wirklichen Sozialdemokraten, die ihr noch angehören, müssen machtlos dem Untergang ihrer einst so stolzen Partei zusehen. Auch das ist eine Bilanz von 1919.

So scheint es, als ob die deutsche Revolution still stände. Aber es scheint nur so. Die Ereignisse des Jahres 1919 waren die Frucht der geistigen Unreife des deutschen Volkes. Der Krieg und die Militärdiktatur hatten die Arbeiterorganisationen überall im Reiche vernichtet. Politische Betätigung, unbefangene kritische Würdigung, ja selbst wissenschaftliche Forschung waren verboten. Was Ludendorffs Gesellen verschonten, sabotierte der rechtssozialistische Parteivorstand, unter dessen Anleitung die Parteizeitungen der Opposition planmäßig gestohlen wurden. Die Organisationen der unabhängigen Sozialdemokratie waren nur klein. Das zurückflutende Heer, über die Verhältnisse in der Heimat schlecht unterrichtet, glaubte noch immer, die Sozialdemokratie sei die alte und lief den Scheidemännern nach. So kam jenes Resultat der Nationalversammlungswahl zustande, das am Beginn der schiefen Ebene steht. Seitdem jedoch hat die Arbeiterschaft an politischer Einsicht unendlich gewonnen. Sie ist eine andere geworden und der Klärungsprozeß geht unaufhaltsam weiter. Das Lager der Unabhängigen Sozialdemokratie ist der Sammelplatz für alle aufrechten Männer geworden, die den wirklichen Volksstaat erstreben. Noskes Söldner und Erzbergers Papiergeld sind die beiden einzigen Träger der heutigen Regierung. Mit dem Augenbick, wo die eine bricht, hält auch die andere nicht mehr. Und der Zeitpunkt muß eintreten, denn die Papiergeldwirtschaft hat ihre Grenze. Die wirtschaftliche Not, die dieses System über Arbeiter, Angestellte, Unterbeamte und Kleinbürger verhängt, revolutioniert die Köpfe. Ob sie wollen oder nicht, ihre wirtschaftliche Lage zwingt sie, denken zu lernen. Jedes Paar zerrissene Schuhe, das nicht gekauft werden kann, jeder abgerissene Anzug, der nicht zu ersetzen ist, predigen da eindringlicher, als die schärfste unabhängige „Hetzrede". Der äußerliche Prozeß des Zusammenbrechens der Staatsform, ist immer erst die Folge der inneren Umwandlung des Volkes. Hat die sich vollzogen, dann setzt sie sich auch im öffentlichen Leben unweigerlich durch. Die heutigen Machthaber sind unfähig, das Staatsleben in normale Bahnen zu lenken. Weder sie, noch die sich so keck geberdende konservative Opposition vermögen den wirtschaftlichen Zusammenbruch aufzuhalten. Daran müssen sie scheitern. Noch wie zu Herweghs Zeiten spricht die Revolution:

Hinschreit' ich wieder durch die Welt,
Zerbrochne Herrscherstäbe
Und Kronen schmücken mein Gezelt;
Ich leb', ich leb', ich lebe!

Ich lebe und ich winde schon
Den Kranz für meine Streiter:
Ich bin die Revolution!
Nur weiter, Kinder, weiter! **G. Soh.**

Hinter den Kulissen

Unbekanntes zum Austritt der Unabhängigen aus der Reichsregierung.

1)

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Darstellung des Genossen Walter Oehme über die Ursachen der Vorgänge, die vor einem Jahre zu dem Austritt der unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung geführt haben, da sie dokumentarischen Wert beanspruchen dürfte. Genosse Oehme war zur damaligen Zeit Sekretär in der Reichskanzlei.

Der Genosse Haase war kaum verstorben, da benutzten skrupellose rechtssozialistische Agitatoren das Hinscheiden eines der bedeutendsten Zeugen aus den Tagen der Revolution zu entstellenden, sogenannten „Enthüllungen" über die Tätigkeit der unabhängigen Volksbeauftragten und versuchten mit Hilfe dieses Agitationsmaterials ihre durch ihre sachliche Unfähigkeit schwer gefährdete Stellung zu salvieren. Als der Genosse Haase noch auf dem Krankenbette lag, begann man in der rechtssozialistischen Presse mit diesen Entstellungen. Seit jenem Tage haben sie nicht aufgehört und mit den skrupellosen Mitteln, mit der Veröffentlichung geheimer Kabinettsprotokolle, die man nur aus den Händen der Regierung selbst erhalten kann, unter Mißachtung des Amtsgeheimnisses versuchen die rechtssozialistischen Führer den unabhängigen Volksbeauftragten alle Schuld an den Versäumnissen jener Zeit zuzuschieben. Das Treiben der rechtssozialistischen Führer ist um so schamloser, als sie heute die geheimsten Dinge, die sie damals in gemeinsamer Arbeit mit unsern Genossen in der Regierung beschlossen haben, in die Oeffentlichkeit zerren, ohne irgendwelche Rücksichten auf Moral und Anstand. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, diesem schamlosen Treiben entgegenzutreten und der Agitation mit falschen Enthüllungen dadurch ein Ende zu bereiten, daß ich zur Feststellung der Wahrheit soviel beitrage, als im Augenblick notwendig ist. Als Sekretär des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei habe ich vom 3. Dezember bis zum 1. März alle Vorgänge in der Regierung miterlebt. Ich habe bisher über alle diese Dinge Schweigen bewahrt, und ich würde dieses Schweigen keinesfalls gebrochen haben, wenn nicht rechtssozialistische Führer in unverantwortlicher, jedes politischen Anstandes entbehrender Art und Weise das ihnen allein zugängige Material in entstellter Form für ihre Agitationszwecke benutzt hätten. In dieser Situation wird es unabweisliche Pflicht für jeden, der irgendetwas zur Feststellung der Wahrheit zu sagen hat,

seine Kenntnisse der Oeffentlichkeit zur Beurteilung zu unterbreiten. Die Regierung hat durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie eine Amtsverschwiegenheit nicht kennt, wenn es sich um ihre eigenen Parteiinteressen handelt, daß sie also ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Amtsgeheimnisses nicht mehr hat. Dadurch, daß sie die Frage des politischen Verhaltens der unabhängigen Mitglieder in der Reichsregierung zur Erörterung freigegeben hat, hat sie nicht nur alle Beteiligten von der Schweigepflicht entbunden, sondern sie auch ganz offensichtlich zur Antwort herausgefordert. Diese Herausforderung unbeantwortet zu lassen, wäre schmähliche Feigheit und so muß denn heute manches gesagt werden, was besser verschwiegen geblieben wäre.

Der Jahrestag des Austrittes unserer Genossen aus der Reichsregierung gibt mir Veranlassung, zur Abwehr der Angriffe Scheidemanns, Heilmanns und des Vorwärts einmal in kurzen Strichen zu zeichnen, mit welchen Mitteln gegen unsere Genossen in der Reichsregierung gearbeitet wurde,

wie man nicht nur sie, sondern auch den Zentralrat in der unerhörtesten Weise irreführte

Der erste Räte-Kongreß hatte am 19. Dezember einen Zentralrat gewählt, der sich aus rechtssozialistischen und demokratischen Mitgliedern zusammensetzte. Die Unabhängigen hatten eine Beteiligung abgelehnt, weil nach ihrer Ansicht dem Zentralrat zur Kontrolle der Exekutive der Reichsregierung nicht genügend Befugnisse eingeräumt worden waren. Um mir nicht den Vorwurf mangelnder Objektivität machen zu lassen, möchte ich an dieser Stelle nochmals betonen, daß ich diese Nichtbeteiligung für einen der schwersten Fehler halte, der während der ganzen Revolution von den Unabhängigen gemacht worden ist, und ich behaupte, und bin bereit, es zu beweisen, daß, wenn die Unabhängigen damals in den Zentralrat eingetreten wären, am 28. Dezember der Rücktritt der rechtssozialistischen Volksbeauftragten hätte erfolgen müssen.

Vom Tage der Wahl des rein rechtssozialistischen Zentralrats begann in der Regierung ein offensichtliches Treiben gegen die drei unabhängigen Volksbeauftragten. Es war Tagesgespräch, daß ihr Rücktritt selbstverständlich sei. Man sah sich bereits nach den neuen rechtssozialistischen Mitarbeitern um. War schon vorher der ganze Apparat der Reichskanzlei in einseitigster Weise zugunsten der drei rechtssozialistischen Volksbeauftragten eingestellt, so arbeitete er seit jenem Tage überhaupt nur noch für sie.

Man begann langsam, Haase, Dittmann und Barth auszuschalten

Als der Vermittlungsvorschlag auftauchte, daß man nur Barth gehen lassen solle und Dittmann und Haase beibehalten, fand er bei Herrn Ebert und Herrn Scheidemann empörte Ablehnung. Man war eben stolz auf seinen Sieg im Rätekongreß und glaubte, längst alles in der Hand zu haben.

Aber es fehlte der Anlaß, nach dem man dauernd suchte und der hin und her beraten wurde, um den unabhängigen Mitgliedern der Regierung den Rücktritt nahezulegen. Er fand sich sehr schnell in dem Konflikt mit der Volksmarinedivision. Ueber den Konflikt selbst soll hier kein Urteil gesprochen werden. Die Matrosen waren ohne Zweifel durch Wels falsche Behandlungsmanier sehr gereizt worden, aber ich kann auch heute nicht ihr Verhalten, mit dem sie schwerste Gefahren heraufbeschworen haben und das wohl nur auf die mangelnde Selbstbeherrschung ihres Führers Dorenbach zurückzuführen war, billigen. Die Verhaftung der gesamten Reichsregierung wegen Lohnstreitigkeiten war ein Fehler, der bewies, wie wenig die Führer der Volksmarinedivision der großen politischen Aufgabe gewachsen waren, die diese als Schutztruppe der Revolution auf sich genommen hatte. Es sei kurz in die Erinnerung zurückgerufen, daß die Verhaftung der Volksbeauftragten in der Reichskanzlei aufgehoben wurde und daß es am 23. Dezember wenigstens an dieser Stelle gelang, Zusammenstöße zwischen den Matrosen und den von der Regierung herbeigerufenen Fronttruppen zu vermeiden. Der Vermittlung Barths gelang es, beide Parteien zu bewegen, abzuziehen. In der Kommandantur aber hatten Kämpfe stattgefunden, die mit der Verhaftung Wels, Fischers und Bongartz endeten, die von den Matrosen ins Schloß und später in den Marstall gefangen abgeführt wurden. Zwischen den verschiedenen Führern der Volksmarinedivision und den drei Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg fanden am Abend des 23. fast ohne Unterbrechung andauernde sehr erregte Verhandlungen statt, die damit endeten, daß die Matrosen unter Zusicherung ihrer Löhnungsforderungen und gewisser anderer Abmachungen versprachen, Wels, Fischer und Bongartz freizulassen; Fischer und Bongartz wurden auch freigelassen, Wels dagegen war noch immer im Marstall verhaftet. Die Matrosen, denen bekannt war, daß die Regierung alle ihr verfügbaren Kräfte zusammenzog, um zu einem konzentrischen Angriff gegen die Volksmarinedivision vorzugehen, waren in höchster Erregung und einer der Führer der Volksmarinedivision, Nadtke, teilte mir vom Marstall aus mehrmals mit, daß er die Matrosen nur mit Mühe davon abhalten könne, Wels ans Leben zu gehen. Eine Freilassung Wels sei im Augenblick unmöglich, man müsse den Morgen abwarten, bis die Matrosen ruhiger geworden seien.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Krokodilstränen der Bourgeoisie

Die Verurteilung der rheinischen Großindustriellen Robert und Hermann Röchling zu einer Zuchthausstrafe von je 10 Jahren und 10 Millionen Frank (100 Millionen Mark), durch ein französisches Schwurgericht wegen der systematischen Plünderung und Zerstörung französischer Fabriken wird von der deutschen Presse, von der Kreuzzeitung bis zum Vorwärts, als Rechtsbruch und Justizverbrechen bezeichnet. Es ist nur bedauerlich, daß die deutsche bürgerliche Presse mit Einschluß der Reformsozialisten sich an das Vorhandensein von Recht und Gerechtigkeit nur erinnert, wenn die Angehörigen der herrschenden Klasse von einem Urteil fremder Gerichte betroffen werden.

Wir hatten in Deutschland vor dem Kriege eine böse Klassenjustiz und haben sie nach der Unterdrückung der proletarischen Revolution in der „vollendeten Demokratie“ erst recht. Im Vergleich etwa mit der bayerischen Blutjustiz während der Gegenrevolution ist das Urteil des französischen Schwurgerichts human zu nennen. Eine Gesellschaft, die Levine u. a. unter dem Vorwand ehrloser Gesinnung meuchelte und auf Jahrzehnte ins Zuchthaus schickte, wirkt, wenn sie über Justizmord schreit, so abgeschmackt, wie nach Goethe ein Teufel, der verzweifelt. Geradezu grotesk komisch ist es, wenn sich jetzt die deutschen offiziellen Stellen und auf ihren Wink die gesamte bürgerliche und rechtssozialistische Presse an Rechtssätze erinnert, über die sie, als ihnen die Mißachtung politisch zweckmäßig erschien, skrupellos hinweggeglitten sind.

„Röchlings“ so ruft der Chorus der Scheinheiligen „haben auf Anordnung der deutschen Behörden gehandelt, sie können dafür nicht bestraft werden“. Wo waren diese Argumente im Axelrodprozeß, als ein diplomatischer Beamter einer fremden Regierung, der behauptete, im Auftrage seiner Regierung gehandelt zu haben und dessen Behauptung von seiner hohen Auftraggeberin funkentelegraphisch bestätigt worden war, unbekümmert um diese Rechtslage von einem Standgericht zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt wurde? Diese schnöde Mißachtung des Völkerrechts konnte in Deutschland ohne Widerspruch der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse geschehen. So hart die Röchlingsche Familie mit der finanziellen Seite des Urteils betroffen sein mag, ihre Stellung ist nicht entfernt so hilflos, wie die Lage, in die hunderte und tausende deutscher Proletarier während des Belagerungszustandes durch die Blutjustiz der eigenen Volksgenossen gestürzt worden sind. Die Röchlings haben noch große Vermögensbestandteile, auf deutschen und ausländischen Banken, die dem Zugriff der französischen Gerichte entzogen sind, während die Noskehorden bei den Haussuchungen die Familien revolutionärer Proletarier ihrer Kleidung und ihres Hausrates in vielen Fällen beraubten.

Das Urteil im Falle Röchling hat eine symptomatische Bedeutung. Es zeigt, wie ernst die Auslieferungsfrage ist. Die feindlichen Völker, die unter dem deutschen Militarismus genugsam gelitten, wollen, ohne Rücksicht auf die Klassengemeinschaft, die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Die Auslieferungsfrage und ihre Durchführung kann sehr große, noch nicht absehbare Folgen zeigen, das Proletariat wird sie mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müssen.

Vom Syndikalistenkongreß

In der Nachmittagssitzung des Syndikalistenkongresses wurde am 1. Verhandlungstage der Geschäftsbericht erstattet, nach dem die syndikalistische Bewegung im letzten Jahre eine günstige Entwicklung genommen hat. Der Redner gab zugleich einen Ueberblick über die syndikalistische Bewegung in Deutschland überhaupt. Er polemisierte besonders scharf gegen die Kommunisten, deren Kampfesweise gegen die Syndikalisten er als besonders niedrig bezeichnete. Es folgten dann Kassenbericht, Bericht der Revisoren und der Pressekommission. Dann wurde in eine allgemeine Diskussion über die Berichte eingetreten.

Die Rechtssozialisten haben Verständnis und bedauern

Die Berliner Scheidemänner hatten 20 Versammlungen einberufen, die sich mit den kommenden Preiserhöhungen beschäftigen. In allen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der das lebhafte Bedauern über die erneute Preiserhöhung der notwendigen Lebensmittel ausgesprochen wird. Die Versammlung habe aber auch Verständnis für die Gründe, welche die Regierung zu diesem Schritt gezwungen haben. Arbeiter, Angestellte und Beamte müßten durch ausreichende Zulagen für die neue Belastung entschädigt werden. Eine allgemeine Besserung der Lebenslage sei nur möglich durch den fortschreitenden Wiederaufbau der Wirtschaft, durch intensive Arbeit in Stadt und Land. —

Die Noske und Ebert legen also offenbar keinen Wert darauf, daß Arbeiter ihrer Partei noch weiter angehören. Wenn ihre Entwicklung so weiter geht, wird ihnen demnächst die Ehrenmitgliedschaft des Bundes der Landwirte zu Teil werden.

Für Nichtgrüßen Todesstrafe?

Die Berliner Volkszeitung veröffentlicht folgenden Bericht aus dem Reiche Noskes:

„Der Bezirksverband Wasserkante des Republikanischen Führerbundes schreibt der Bundesleitung:

Am Freitag, den 12. Dezember, vormittags, kam der Materialienverwaltungsoberanwärter K. aus dem Kieler Lazarett, Feldstraße, wo er sich seit etwa drei Wochen, seiner erkrankten Augen wegen, in Behandlung befindet. In der Nähe der Garnisonkirche am Niemannsweg begegnete er dem Leutnant z. S. Kl. von der Ostseetorpedobootsflottille, den er, noch geblendet von der stattgefundenen Behandlung und dem Lichtwechsel, nicht als solchen erkannte und deshalb ohne zu grüßen vorüberging. Der Leutnant Kl. rief den Oberanwärter zurück und verlangte ihm den Ausweis ab. Oberanwärter K., verwirrt durch den barschen Ton des Offiziers, versuchte sich seiner beabsichtigten Meldung und sicheren Bestrafung durch die Flucht zu entziehen. Kaum war er jedoch zehn bis fünfzehn Schritt gelaufen, krachte ein Schuß hinter ihm her. Er blieb hierauf stehen und wurde von dem Offizier zur Militärkriminalabteilung gebracht, wo man ihm klarmachte, daß sein Verhalten ein absolut strafwürdiges und das des Offiziers durchaus gerechtfertigt sei. Anscheinend soll die Sache für den Oberanwärter K. noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Einsender bemerkten dazu: Das sind also die Errungenschaften unsrer jungen Republik, daß man beim Nichtgrüßen von Vorgesetzten über den Haufen geschossen werden kann, während früher die Sache mit einem „Anschnauzer“ und drei Tagen „Kasten“ abgeschlossen wurde. Warum läßt man die Offiziere eigentlich ständig mit dem Schießeisen auf der Straße herumlaufen? Sollte der Reichswehrminister tatsächlich nicht in der Lage sein, den Uebermut und die wachsende Provokationstätigkeit seiner Offiziere in Schranken zu halten?“

Ueber einen weiteren Fall liegt diese Meldung vor:

„Meldung des Kapitäns Hagedorn, Kiel, vom 10. Dezember: Der Obermatrose R., 2. K. I. T.-D., passierte mich, ohne mich zu grüßen. Als ich ihn fragte, warum er mich nicht gegrüßt habe, gab er keine Antwort, ging weiter und lief dann fort. **Erst durch Bedrohung mit der Schußwaffe brachte ich ihn zum Stehen. Um Mitteilung des Veranlaßten wird gebeten.**“

Die Bundesleitung des Republikanischen Führerbundes hält es für ihre Pflicht, der Oeffentlichkeit gegenüber hierzu zu bemerken, **daß derartige Vorkommnisse in den Hafenstädten**

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

58]

Wer weiß, wer weiß, ob er sich bei geduldigerem Zuwarten ihrerseits, bei erneuter nachsichtiger und verzeihunggeneigter Annäherung seiner Frau nicht doch schließlich erschlossen, ihr seine Beichte abgelegt und ihren Beistand angenommen hätte, den bösen Feind in seinem Herzen zu überwinden?

Tiefste Reue über ihr voreiliges pflicht- und zweckwidriges Benehmen überkam die verlassene Frau, die jetzt in der Angst um den Verlust des noch immer inniggeliebten Mannes der Gedanke wie ein Raubtier anfiel, sie habe dem Gemahl, falls er doch an Scheidung dachte, durch ihre Flucht den Rechtstitel eines Scheidungsgrundes, den Fall des böswilligen Verlassens vor dem weltlichen Richter in die Hand gegeben . . .

Nie in ihrem ganzen bisherigen Leben hatte sie so falsch und so vernunftwidrig gehandelt wie in dieser für sie wichtigsten und dringendsten Sache.

Zuerst wollte sie sogleich Hals über Kopf nach Berlin zurückreisen, um mit ihrem Mann direkt einen Ausgleich — eine Versöhnung anzubahnen, denn der Aufenthalt in dieser düsteren, ihr fremden Stadt, in der sie keine menschliche Beziehung besaß, war qualvoll und peinigend.

Dann gab sie den Gedanken der sofortigen Heimreise wieder auf.

Irgend etwas hinderte sie hieran, die ungewisse Angst, ihrem Mann unerwünscht und unvermittelt in die Quere zu kommen.

Plante er irgend etwas für immer Trennendes, so sollte ihm die ungestörte Muße dazu bleiben.

Es paßte Rosalinden nicht, Jordan hierbei zu überrumpeln. Auf die Zitierung des Kardinals würde er ja doch zweifellos nach B . . . kommen, denn dieser hochthronende Schwager hatte dem Staatsanwalt von jeher heillosen Respekt eingeflößt.

Also wollte Rosalinde lieber diese zwei Tage in B . . . noch erdulden, dann zur bestimmten Zeit in ihres Bruders Palais sich begeben, um Jordan dort zu treffen.

Die zweite Audienz beim Fürstbischof aber gab sie jetzt auf. Sie widerstrebte ihr. Rosalinde hatte von dem ersten Besuche bei ihrem Bruder für lange Zeit genug. Dann konnte sie mit ihrem Manne, nachdem sie ihn im Palais getroffen, auf der Stelle wieder fortgehen und sich, wie das menschlich und angemessen war, allein mit ihm aussprechen. Dann hatte der Kardinal seine Belehrung darüber empfangen, daß seine Art, Familiendinge zu ordnen, nicht die rechte war, und die Versöhnung ging ohne ihn von statten, und die beiden Eheleute reisten gemeinsam heim.

Wäre es nur erst soweit.

Nach einer schlaflosen Nacht erfuhr die geängstigte Frau, daß allerdings die Audienz auf morgen 1/412 festgesetzt, und der Herr Staatsanwalt aus Berlin brieflich dazu geladen worden sei.

An diesem Tage betete Rosalinde inbrünstig in manchem Kirchenwinkel der Stadt um Wiedergewinnung ihres häuslichen Friedens, schlief in der Nacht vor der großen Entscheidung keinen Augenblick und begab sich, bleich und übernächtig, in zitternder Erwartung zur festgesetzten Zeit in den fürstbischöflichen Palast, um dort zu ihrem Entsetzen zu hören, daß der Herr Staatsanwalt aus Berlin weder gekommen sei, noch überhaupt das Handschreiben Seiner Eminenz beantwortet habe.

Das war das Ende.

Der endgültige Schluß. Der bare Einsturz. Jetzt war alles vorüber und verloren.

Ganz zerschlagen schleppte sich die Frau in ihr Hotelzimmer zurück, legte sich verzweifelt auf ihr Bett und bat Gott flehentlich, sie sterben zu lassen.

In der zweiten Nachmittagsstunde raffte sie sich so weit auf, ihren kleinen Koffer zu packen und nach Berlin abzureisen.

Dort in der Abenddämmerung angelangt, telephonierte Rosalinde vom Bahnhof Zoologischer Garten nach Hause, um der Dienerschaft ihre Heimkehr anzuzeigen und um zu hören, ob Jordan zu Hause sei.

Aber niemand meldete sich am Fernsprecher.

Jordan war nicht da.

Selbst an den Sonntagen pflegte doch sonst stets entweder der Diener oder eines der Dienstmädchen zu Hause zu sein. Heut waren alle ausgeflogen, eine seltsame Sache, da im Jordanschen Hause stets darauf gehalten wurde, daß wenigstens vom Personal einer stets daheim blieb, um das Telephon zu bedienen und das Haus zu behüten.

Bleischwer lag die Angst auf Rosalindens Herzen, als sie nun einen Wagen nahm und in sinkender Dunkelheit nach Hause fuhr.

Mit Trauer spürte sie dort in den Räumen, die ihre sorgende Hand doch nur für die Dauer von Tagen entbehrt hatten, bereits die beginnende Verwilderung: mangelnde Sauberkeit, Lüftung und Ordnung.

Tatsächlich waren sämtliche Bediensteten aus, und das Haus ohne Aufsicht, ganz sich selbst überlassen.

In Jordans Arbeitszimmer weitere Spuren eines totalen Stillstandes in Wirken und Betätigung.

Bergehoch türmten sich die unerledigten Akten.

Mehrere als eilig bezeichnete Dienstschreiben lagen unerbrochen auf dem Schreibtisch. Daneben Kofferschlüssel und ein Zettel, den sie im Zwielicht am Fenster als die Quittung für einen am Potsdamer Bahnhof gestern zur Aufbewahrung abgegebenen Koffer erkannte.

Also Abreise. Flucht.

Jordan war aber noch hier.

War also auf dem Sprunge abzufahren.

Rosalindens Augen weiteten sich angsterfüllt und starrten in das Dämmerdunkel, das nun durch diese weiten stillen Räume zu kriechen begann.

Aus allen finsteren Winkeln und Ecken, so schien es der Geängstigten, kroch das Schicksal heran, geheimnisvoll, drohend, unabwendbar.

Was hatte sich zwischen diesen Wänden vorbereitet? An diesem Schreibtisch, diesem Telephon in den kurzen Tagen ihrer Abwesenheit? Was?

Was — harrte ihrer hier, die jetzt heimkam, um ihres Hauses Einsturz zu sehen?

Wo war Jordan jetzt?

Wohin wollte er?

Wollte er dem Beispiel der Frau dieses Hauses folgen, alles stehen und liegen lassen und von seinem Posten weichen?

Hatte er auch sein Amt hingeworfen — müde davon und angewidert wie von all seinen übrigen Pflichten?

Wollte er alles mitsammen wie eine einzige drückende Bürde abschütteln und fortlaufen?

Wäre es nicht Sonntag gewesen, so hätte sie bei der Dienststelle anfragen können, ob ihr Mann dort vielleicht über sein Verbleiben Kunde hinterlassen. (Fortsetzung folgt.)

an der Tagesordnung sind, und weiter, daß die Angehörigen der Marine angesichts dieser Tatsachen das Vertrauen zum Reichswehrministerium vollkommen verloren haben und eventuell entschlossen sind, zur Selbsthilfe gegen die Provokationen solcher Offiziere zu schreiten.

Helmhakes Mörder freigesprochen

Vor dem Berliner Kriegsgericht fand die Verhandlung gegen den Oberleutnant d. Res. Hiller statt, der an der Front den Freiwilligen Helmhake so mißhandelte, daß Helmhake starb. Hiller wurde von der Anklage der „Mißhandlung mit Todeserfolg" wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Näherer Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Großbritannien

Bemerkenswerter Ausgang eines Bergarbeiterstreikes

Der Korrespondent der Times in Wirksworth berichtet seinem Blatt über die bemerkenswerte Lösung, die der schon monatelang währende Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Hill Close Bleiminen in Derbyschkire finden wird. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Letzte Woche nun erhoben die streikenden Arbeiter — unter Berufung auf ein altes englisches Bergwerksgesetz — Anspruch auf Ueberlassung, von drei stillliegenden Bleiwerken. Das Gesetz bestimmt nämlich daß, falls ein Bergwerksbesitzer verabsäumt, sein Eigentum in Betrieb zu nehmen, die Anrechte an dasselbe ohne weiteres auf einen ev. Prätendenten übergehen. Sobald das Betriebsmaterial da ist, wollen die Arbeiter zur Uebernahme schreiten und auf diese Weise gleichzeitig ihrer augenblicklichen Arbeitslosigkeit ein Ende machen.

Des Neujahrstages wegen erscheint die nächste Nummer der Volksstimme Freitag nachmittag.

In und um Elbing

100 Gramm Zeitungspapier = 20 Pfg.

Es ist kein Scherz. Es ist wirklich so. Die bisherigen Preiserhöhungen für Zeitungspapier scheinen nicht genügt zu haben. Vom 1. Januar 1920 treten neue Preise in Kraft. Die Erhöhung ist gleich so ausgiebig, daß damit eine Verzehnfachung der früheren Preise erreicht wird.

Ein Kilo Zeitungs-Rotationspapier wird rund 2 Mark kosten. Das Kilo hat 1000 Gramm, also kosten 100 Gramm 20 Pfg. Diese Feststellung bedeutet, daß eine Zeitung, die im Umfang von etwa 8 Bogen wöchentlich erscheint — da ein Zeitungsbogen ca. 16 Gramm wiegt —, wöchentlich 128 Gramm Papier braucht, in einem Quartal also etwa 3½ Pfund. Mit anderen Worten: eine Zeitung in dieser Stärke verschlingt also an reinen Papierkosten ungefähr 3½ bis 4 Mark. Zum Ueberfluß wird noch mitgeteilt, daß dieser Preis nur für den Monat Januar Gültigkeit hat. Mit anderen Worten: im Februar wird der Preis noch mehr erhöht werden.

Zur Erhöhung des Abonnementspreises sei darauf hingewiesen, daß die Abonnementserhöhung infolge der Preissteigerungen unumgänglich geworden ist. Zur Erläuterung geben wir nachstehend eine Gegenüberstellung der Kosten der zur Zeitungsherstellung hauptsächlich benötigten Materialien. Es kosteten:

	Vor dem Kriege:		jetzt:		
Druckpapier	100 kg	Mk. 21.—	Mk. 200 = 852	Proz.	Aufschlag
Druckfarbe	100 „	„ 38.—	„ 280 = 687	„	„
Metall	100 „	„ 42.—	„ 900 = 2143	„	„
Maschinenöle	1 „	„ 0.45	„ 7.25 = 1533	„	„
Drucktücher	1 St.	„ 1.18	„ 10 = 747	„	„
Nußkohle	10 t	„ 225.—	„ 1860 = 726	„	„
Braunkohle	10 t	„ 127.50	„ 1700 = 1233	„	„

Verschiede Rohmaterialien sind inzwischen in weiterem Steigen begriffen. Hinzu kommen Steigerungen der Löhne der Angestellten, der Verwaltungskosten, der Kosten für die Redaktion, Berichterstattung usw.

Beamtenversammlung

Der deutsche Beamtenbund (Ortskartell Elbing) hatte gestern abend ins Gewerbehaus eine Protestversammlung gegen die unzulängliche Erhöhung der Teuerungszulagen einberufen. Die Versammlung war von zirka 800 Beamten mit ihren Frauen besucht. Der Vorsitzende des Ortskartells, Herr Horn, führte in seinem Vortrag aus, daß die Festbesoldeten schon vor dem Kriege nicht auf Rosen gebettet gewesen wären. Während des Krieges sei ihre Lage geradezu trostlos geworden. Die gewährten Teuerungszulagen hätten noch nicht einmal ausgereicht, um die Schulden zu decken. Die sprichwörtliche Pflichttreue der Beamten bestehe auch heute noch. Die Beamten wären aber nicht länger willens, Not zu leiden und zu darben. Es hätte den Anschein, als ob die Regierung auf die Dummheit der Beamten rechne. Die 50 Prozent Erhöhung der Teuerungszulage wäre völlig unzureichend. Sollte die Regierung den Wünschen der Regierung nicht nachkommen, so ist der Bruch unvermeidlich.

Wesentlich schärfere Töne kamen bereits in der anschließenden Diskussion zum Ausdruck. Es wurde hier angeführt. daß die Beamten stets im alten Sinne weiter gewirkt hätten und doch wäre ihr Schweigen und ihre Duldsamkeit ausgenützt. Diese Regierung, die ihre Existenz ja nur der Revolution verdanke, wage den Beamten so etwas zu bieten. Wenn den Wünschen auf höhere Bezüge nicht Rechnung getragen würde, müßte es zum Streik kommen. Es hätte mindestens eine 300 prozentige Erhöhung der Teuerungszulage gefordert werden müssen. Die gezahlte Beschaffungsbeihilfe wäre nur eine Nachzahlung gewesen. Infolge der schlechten Bezahlung wären die Beamten gezwungen, eine ganz miserable Lebenshaltung zu führen. Besonders stark wurde die Ausschaltung der Organisationsleitung empfunden. Eine sozialistische Regierung hätte sich nicht gescheut, die zuständige Organisation auszuschalten. Auch an einigen Seitenhieben auf die besser gestellten Arbeiter fehlte es nicht. Gen. Grunwald führte an, daß in früheren Zeiten in den Reihen der Beamten starke Strömungen gegen den Streik herrschten. Wenn jetzt das Klassenbewußtsein erwache, dann wäre das nur mit Freuden zu begrüßen. Die Regierung begünstige direkt das Schieberwesen und die ungeheuren Forderungen der Landwirte. So hätte beispielsweise Winnig den Kartoffelpreis von 12 Mk. auf 20 Mk, erhöht. Nur rücksichtsloses Durchgreifen gegen diese Elemente könne uns retten, weil sonst die Not und das Elend eine andere Sprache reden werden. Parteisekretär Schulz führte aus, daß die Revolution den Beamten in politischer Beziehung große Freiheiten gebracht hätte. Wenn die Wünsche der Beamten nicht ganz erfüllt wären, dann müßte man bedenken, daß wir keine sozialistische, sondern eine Koalitions-Regierung hätten. Die indirekte Steuer in Höhe von 5,7 Milliarden Mark mußte auf Verlangen der bürgerlichen Mitglieder der Regierung bewilligt werden. Er gab auch zu, daß die Wucherer und Schieber das Volk in der unerhörtesten Weise ausplünderten. Eine Herrschaft der Arbeiterklasse lehne er ab, weil die Arbeiter angeblich in der Minderheit wären. Seine Ausführungen wurden teilweise mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen. Herr Abgeordneter Rebehn weist die Unterstellungen des Herrn Schulz zurück, die Koalitionsregierung trüge die Schuld an den geringen Aufbesserungen, Die preußische Regierung bestände aus 4 Bürgerlichen und 5 Mehrheitssozialisten und diese tragen auch die Verantwortung für alle Maßnahmen.

Zum Schluß gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, die eine 150 prozentige Erhöhung der Teuerungszulagen fordert.

Jahresschluß bei den Sparkassen

Die Sparkassen schließen ihr Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember d. Js. ab und schreiben alsdann die dem Sparer für 1919 zu vergütenden Zinsen zu dem Kapital ohne weiteres hinzu, so daß diese Zinsen bereits vom 1. Januar 1920 wieder Zinsen tragen. Infolge der außerordentlich hohen Zahl der von den Sparkassen geführten Konten erfordert diese Arbeit mehrere Tage. Der in den ersten Tagen des neuen Jahres ohnehin bei diesen Kassen herrschende starke Zahlungsverkehr verursacht infolge des erforderlichen Abschlusses jedes Sparbuches einen großen Arbeitsaufwand und verzögert hierdurch naturgemäß die Abfertigung des Publikums erheblich, so daß dieses gezwungen ist, länger als sonst auf die Abfertigung zu warten. Es liegt daher im Interesse des Publikums selbst, wenn dieses die Sparkasse in den ersten Tagen des neuen Jahres nur zu den notwendigen Einzahlungen und Abhebungen aufsucht. Die besondere Vorlegung der Sparbücher zur Gutschrift der Zinsen ist überflüssig, da diese Gutschrift nach den Satzungen der Kassen stets bei der Vorlegung des Sparbuches — selbst in späteren Monaten — von selbst erfolgt.

Die Erneuerung des Abonnements

für das I. Vierteljahr 1920

muß sofort erfolgen

damit in der Zustellung des Blattes keine Verzögerung ☐ eintritt ☐

Kriegsamt Allenstein

Durch Heeresabwicklungsamt Preußen Kriegsamt (Abw.) Nr. 277/12. 19 AZSc. vom 17. Dezember ist bestimmt, daß Entschädigungsansprüche für verloren gegangenes Gepäck von ehemaligen Helfern und Helferinnen der Etappe, die bei den vorgesetzten Dienststellen nach dem 30. 12. 19 eingehen, nicht mehr berücksichtigt werden können. Antragsteller, deren Gepäck im besetzten Gebiet zurückgeblieben ist und entweder bei Spediteuren oder Privatpersonen untergestellt wurde, hatten ihre Ansprüche ebenfalls bis spätestens 30. 12. 19 anzumelden, es wird ihnen aber gestattet, die Unterlagen für etwaigen Verlust der Sachen erst dann beizubringen, wenn feststeht, daß die fraglichen Stücke nicht in ihren Besitz gelangen werden, spätestens jedoch bis 1. 3. 20.

Es werden nur solche Anträge berücksichtigt, zu deren Glaubhaftmachung einwandfreie Unterlagen (Auskunft der ehemaligen Dienststelle, Referentin, Heimleiterin) beigebracht werden können.

Elbinger Polizeinachrichten

Verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt wurden die angeblichen Kaufleute Hennig, Heil. Geiststraße, und Heinrich, Sturmstraße. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte bei ihnen ein ganzes Warenlager, das verschoben werden sollte. Gefunden wurden ca. 2 Zentner Speck, große Mengen Seife und Schokolade. Im ganzen dürfte das Lager einen Wert von 20 000 Mark haben.

Ostdeutsche Nachrichten

Ein Urteil

Durch eine Kohlenbeschlagnahme kamen zwei Mitglieder des Marienburger Arbeiterrates, die Genossen Sandmann und Guth, vor Gericht. Sie waren des Hausfriedensbruches, der Genosse Sandmann außerdem einen Beleidigung angeschuldigt. Das Schöffengericht Marienburg hatte beide des Hausfriedensbruches freigesprochen und nur Sandmann wegen angeblicher Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Amtsanwalt sowie auch der Genosse Sandmann Berufung eingelegt. Aus diesem Grunde mußte sich die Elbinger Strafkammer in der gestrigen Sitzung mit den zu Grunde liegenden „Straftaten" befassen. Folgender Sachverhalt bildete die Ursache zur Anklage:

Der Superintendent Dr. Möricke in Marienburg hatte mit Hilfe eines irdischen Freundes 400 Zentner Kohlen, direkt aus der Grube geliefert erhalten. Als die Kohlen ihm angefahren wurden, rief das unter den Marienburger Einwohnern, die unter großem Kohlenmangel litten große Erbitterung hervor, und sie ersuchten den Arbeiterrat um sein Eingreifen. Der Beauftragte des Arbeiterrates bei der Ortskohlenstelle, der Genosse Guth, begab sich nun zu dem Superintendenten, bat um Aufklärung und stellte hierbei bei ihm einen Bestand von 110 Zentnern fest. Dr. Möricke behauptete diesem gegenüber, es wären noch Kohlen für die Sakristei bei diesem Bestande. Der Küster dagegen, bei dem auch ein Kohlenbestand von zirka 60 Zentnern festgestellt wurde, behauptete von den bei ihm vorhandenen Kohlen dasselbe. Das Lieferungssoll des Herrn Dr. Möricke betrug aber nur 60 Zentner und Guth hatte nun die Auffassung, er müßte die gehamsterten Kohlen der notleidenden Allgemeinheit zuführen. Wie überall, hatten auch in Marienburg die Mitglieder des Arbeiterrats das Recht, mit Genehmigung des Magistrats (hier in diesem Falle des Gasanstaltsdirektors Dr. Heidt), rationierte Lebensmittel und Bedarfsartikel beschlagnahmen zu können. Zu diesem Zweck hatte auch der Polizeikommissar Anweisung erhalten, dem Arbeiterrat einen uniformierten Polizeibeamten mitzugeben. Mit einem solchen begleitet ging nun Guth nach Heranziehung des Genossen Sandmann am andern Tage zu Herrn Dr. Möricke. Während dieser dem Polizeibeamten den Eintritt in seine Behausung verweigerte, einigte er sich mit den beiden Arbeiterräten, daß er 40 Zentner herausgeben wolle. Sandmann überwachte nun den Abtransport der beschlagnahmten Kohlen außerhalb des Hauses des Dr. Möricke. Als Guth nun dem vorsorglichen Gottesmann „nur die 60 Zentner" belassen wollte, änderte dieser sein Verhalten und forderte den Genossen Guth auf, das Haus zu verlassen, was Guth aber erst nach vollendeter Beschlagnahme tat. Sandmann rief nun scherzweise dem Guth zu: „Paul, laß dich man nicht vom heiligen Geist im Keller bekehren!" Auch soll er zu den Dienstmädchen, die eifrig die Partei für den Pfarrer ergriffen und sich den Arbeiterräten hindernd in den Weg stellten, gesagt haben: „Ich begreife nicht, warum ihr dem Pfarrer so beisteht, er nutzt euch doch nur von früh bis spät aus!" Dieses soll nun eine Beleidigung des Superintendenten Dr. Möricke darstellen, die nun getreu nach dem christlichen Grundsatz: „Schlägt dich jemand auf die rechte Wange, so biete ihm auch die linke hin", vor Gericht gerochen werden mußte. Nach der Beschlagnahme versuchte Dr. Möricke den Genossen Guth zu veranlassen, eine von ihm verfaßte Erklärung in die Presse zu bringen, die der Bevölkerung die Dinge in anderm Lichte schildern sollte, was von Guth aber abgelehnt wurde. In der Verhandlung zeigte der Verhandlungsleiter eine auffallende Voreingenommenheit gegen die Arbeiterräte im Allgemeinen und bestritt ihnen gegenüber, daß sie ein Recht zur Beschlagnahme haben. Die Unverletzlichkeit der Wohnung sei verfassungsgemäß gewährleistet. (Damit stellt man sich schützend vor die Wohnungen der Schieber, Schleichhändler und ähnlichem Gelichter. Red.) Die ganze Verhandlung atmete vorrevolutionären „echt preußischen" Geist. Als der Genosse Sandmann, in seinen Ausführungen, durch eine Bemerkung des Vorsitzenden unterbrochen, weitersprach, wurde er von diesem mit den Worten: „Halten Sie den Mund, wenn ich rede!" angeherrscht. Davon stach die Duldsamkeit des Vorsitzendem dem Zeugen Dr. Möricke gegenüber ab. Er konnte sich bei seiner Zeugenaussage in sehr ungezwungener Weise mit den Armen auf das Pult des Richters legen, was bei einem anderen, nicht so standesgemäßen Zeugen nicht so glatt abgehen würde. Der Zeuge Dr. Heidt sagte aus, daß nur mit seiner Zustimmung dem Pfarrer die Kohlen fortgenommen werden konnten und diese wäre nicht erfolgt. Guth wies hierbei nach, daß er verschiedene Male vergeblich versucht habe, den Gasanstaltsdirektor Heidt zu erlangen. Außerdem sagte Dr. Heidt noch aus, daß Dr. Möricke die Kohlen zu recht besaß. (Trotzdem Dr. Möricke schon freiwillig 40 Zentner rausgeben wollte.) Das Urteil lautete gegen Guth wegen Hausfriedensbruchs auf 50 Mark Geldstrafe, gegen Sandmann wegen Beleidigung des Superintendenten Dr. Möricke auf 100 Mark Geldstrafe. Die Berufung des Angeklagten Sandmann wurde verworfen.

Eisenbahnunglück

Auf der Strecke Königsberg—Braunsberg sind gestern nachmittag zwei Güterzüge ineinandergefahren. Nach den uns zugegangenen Meldungen sollen etwa vier Personen ziemlich schwer verletzt sein. Der Materialschaden dürfte ebenfalls bedeutend sein. Die Aufräumungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch. Die im Laufe des Nachmittags fälligen Züge hatten etwa 4—5 Stunden Verspätung.

Beleidigungsklagen gegen unabhängige Redakteure

In Königsberg standen zwei Prozesse gegen die Redakteure der dortigen Freiheit zur Verhandlung. Im ersten Falle war Genosse Mittwoch wegen der Beleidigung von Grenzschutztruppen angeklagt. Dieser Prozeß wurde vertagt. Genosse Polenz soll zwei höhere Offiziere des Fuß-Artillerie-Regiments 1 beleidigt haben. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 300 Mark Geldstrafe.

Rudolf Ullrich, Elbing
Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere
hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Glaserarbeiten
werden prompt, sauber und zu billigsten Preisen ausgeführt.
Richard Böhnke, Glaserei
Wasserstraße, gegenüber Kaufh. D. Loewenthal und Pangritzstraße 32.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief am 28. Dezember infolge Unglücksfalles mein lieber unvergesslicher Mann, der treusorgende Vater unseres einzigen Kindes, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Schwager, Bruder

Ernst Musleitner

im 41. Lebensjahre.

Dieses zeigen an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Der Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

U. S. P. Elbing.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossen, der Schlosser

Theo Assmussen

im 36. Lebensjahre und der Former

Ernst Musleitner

im 41. Lebensjahre verstorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Der Parteivorstand.

Für die überaus reiche Blumenspende und rege Beteiligung bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen, besonders den Kollegen der Firma F. Schichau (Abteilung Tenderbau) und dem Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.

Berta Elendt

geb. Wasmann.

Ablösung der Neujahrsglückwünsche.

Durch Zuwendung eines Geldgeschenkes für die Armen haben die Neujahrsglückwünsche weiter abgelöst:

Adler Jakob, Papiergroßhandlung, Fr. Böhm, Eichmeister, Braun, Stadtbaurat, Björkegren Emil, Konsul, Esau Heinrich, Kaufmann, Goldack A., Kaufmann, Heß August, Zigarrenhändler, Hopp Hermann, Schlossermeister, Komnick F., Fabrikbesitzer, Koch J. H., Rentier, Levy Siegfried, Rentier, Mallette, Superintendent, Stach, Stadtrat, Schiller Franz, Fabrikbesitzer, Selleneit, Küster a. D., Dr. Schröter, Prokurist, Schlücker Wilhelm, Kaufmann, Schulz, Studienrat, Ullrich Rudolf, Brauereibesitzer, Witzki, Franz und Erich, Juweliere, Wilhelm Frau, Fabrikbesitzer, Wagner, Musikdirektor, Zedler A., Dampfschiffsreederei, Dr. Merten, Oberbürgermeister, Dr. Bartel, Bürgermeister.

Elbing, den 30. Dezember 1919.

Der Magistrat — Armendirektion.

Ein frohes neues Jahr

wünscht seiner geehrten Kundschaft

Emil Grunenberg und Frau

I. Fa. **Johs. Sarnecki Nachfg.**

Gott gebe, daß im neuen Jahr
Alles bill'ger wird,
Wie es früher war.

Allen meinen werten Kunden, Kollegen, Freunden und Feinden

ein gesundes, frohes neues Jahr!

Paul Metzner, Hauptstraße 45.

Wünsche meiner werten Kundschaft ein

frohes neues Jahr!

A. Brettschneider, Schneidermeister.

Meinen werten Kunden, Freunden und Bekannten wünsche ein

glückliches neues Jahr!

Joseph Kahlweiß.

Meinen werten Kunden ein

glückliches neues Jahr!

Rattelsberger, Friseur und Heilgehilfe,
Wasserstraße 57.

Allen meinen werten Gästen wünsche ein

frohes neues Jahr!

R. Unruh, Thumberg.

Für das mir im verflossenen Jahre in so überreichlichem Masse erwiesene Wohlwollen und Vertrauen sage ich meiner werten Kundschaft, Freunden und Gönnern, auf diesem Wege meinen

herzlichsten Dank

und bitte ich, auch im kommenden Jahre mich mit Aufträgen zu bedenken.

Gleichzeitig wünsche ich meiner werten Kundschaft von Elbing und Umgebung

ein frohes, gesundes neues Jahr.

Hochachtungsvoll

Ernst Doebel,

Schneidermeister.

Elbing, Neujahr 1920.

Achtung! **Achtung!**

Kartell der Freien Gewerkschaften.

Sonnabend, den 3. Januar, 5 Uhr abends
findet im **Volkshause** eine

Versammlung

statt, wozu sämtliche Gewerkschafts-Vorstände und Kartell-Delegierte eingeladen sind.

Tagesordnung sehr wichtig!

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Elbing.

Freitag, den 2. Januar 1920,
im **Volkshaus,** großer Saal:

Außerordentliche

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl von 3 Delegierten zur Bezirkskonferenz.
2. Stellungnahme zur wöchentlichen Hauskassierung.

Das Erscheinen aller Vertrauensleute und Delegierten ist erforderlich. **Die Ortsverwaltung.**

Restaurant „Zur Theaterhalle"

(am Stadttheater)

empfiehlt seine Räume zur gemütlichen

Silvesterfeier.

Musikalische Unterhaltung.

Gasthaus „Legan"

Am Neujahrstage:

Großes Tanzkränzchen.

Mein Neujahrswunsch!

Jeder einsichtige Kunde ist sich darüber klar, daß der Meister in der **stillen Zeit** in Sorgfalt und Eigenheit mehr bieten kann als in der Hochsaison. Darum bitte ich möglichst schon jetzt mit den Frühjahrsbestellungen zu beginnen.

Ich empfehle mich zur

Herstellung sämtl. Schneiderarbeit

unter Garantie für tadellosen Sitz und erstklassiger Verarbeitung zu soliden Preisen. **Stoffe und prima Futtersachen vorhanden.**

Ich wünsche meinen geschätzten Kunden ein

frohes neues Jahr!

A. Gischkowski

feine Herren-Schneiderei
Kleiner Wunderberg 1.

Bei den hohen Lederpreisen

lassen Sie Ihre Schuhe mit der beweglichen

Germania-Holzsohle

besohlen, die sich seit Jahren als bester Lederersatz bewährt hat.

Sohlen und Absätze für Damen **8.50** Mk.
für Herren **9.50** Mk.

Albert Kowalski

Fischerstraße 42
Schuhhaus größten Stils.

Erstklassig und billig

werden

Damen- und Herren-Garderoben

Stoffe, Decken, Vorhänge usw.

nur unter gediegener, fachmännischer Leitung

in allen Farben gefärbt und tadellos wie neu gereinigt

M. Guske Nachf.

Inhaber: Carl Gilbers

1. **Hauptgeschäft:** Kettenbrunnenstr. 15
2. **Laden:** Inn. Mühlendamm 36
3. **Annahme:** Leichnamstraße.

Bitte genau auf die Firma zu achten:

M. Guske Nachf.

Inhaber: **Carl** Gilbers.

Telephon Nr. 929.

Brennholz

Trockene Kiefern, Kloben und Rollen,
auf Wunsch auch geschnitten, gibt ab

Chemische Fabrik Carl Warm

Aeuß. Marienburgerdamm 8.
Fernruf 610.

Meinen verehrten Kunden wünsche ein

gesundes, frohes Neujahr!

Erdmann Deckner,
Wilhelmstr. 13.

Wünsche meinen werten Kunden

ein fröhliches, neues Jahr.

Böhnke u. Frau.

Stadttheater Elbing

Direktion: **Max Spiess.**

Donnerstag, den 1. Januar, nachm. 3 Uhr:

Kindervorstellung
zu ermäßigten Preisen!

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7 Uhr:

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Elbinger Sportverein „Siegfried".

Freitag, d. 2. Jan., abds. 7 Uhr im Gewerbehaus:

Generalversammlung

Wichtige Tagesordnung: Vorstandswahl usw.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand

Verlobungsringe

auch noch in feinem Golde liefert

F. Witzki,

Elbing, **Schmiedestr. 17.**

Gründliche Ausbildung in

Buchführung,

- Korrespondenz,
- Kaufm. Rechnen,
- Wechselkunde,
- Maschinenschreiben,
- Schönschreiben,
- Stenographie,
- Deutsch usw.

Tages- u. Abendunterricht.

Handelsl.-Kont. Keiries

Herrenstr. 41/43.

Soxleth's Nährzucker

Ramogen

Lebertran-Emulsion

Ovomaltine.

Ratsapotheke

Schmiedestr. 3.

Hämorrhoiden

heilt „Hämorrhal". Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.

Reichert'sche Apotheke, Elbing!

---

1 eiserner Ofen

zu verkaufen
Spieringstraße 21.

Elbinger Standesamt

vom 31. Dezember.

Sterbefälle: Müller Hermann Neubert, 26 J. — Tischlergeselle Erwin Traugott Cornelius, 21 J. —

CZ.R.40
43108